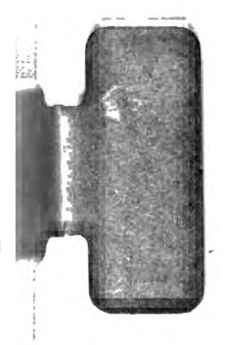
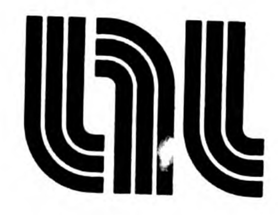
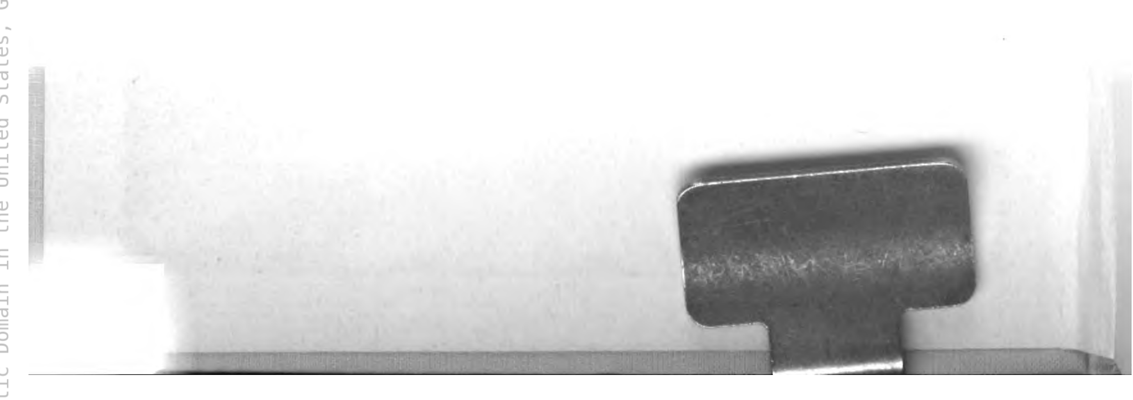






Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale



Petrograd-Moskau
vom 5. November bis 5. Dezember 1922

1 9 2 3
Verlag der Kommunistischen Internationale

Auslieferungsstelle: Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg 8



Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale



Petrograd-Moskau
vom 5. November bis 5. Dezember 1922

1 9 2 3
Verlag der Kommunistischen Internationale

Auslieferungsstelle: Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg 8



Bibliothek der
Kommunistischen Internationale

38.

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG.

Seite 26, Zeile 20 von unten lies *Präsidium.*
S. 27, Z. 8 v. o. lies *Kostrzewa.*
S. 34, Z. 16 v. o. lies *Zentrismus.*
S. 44, Z. 8 u. 16 v. o. lies *Astensionismus.*
S. 46, Z. 14 v. u. lies *KAPTsch.*
S. 89, Z. 24, 25, 26, 27 v. o. lies *Nationalsozialisten.*
S. 95, Z. 10 v. u. lies *Triebkraft.*
S. 99, Z. 16 v. u. lies *nur* statt nicht.
S. 104, Z. 7 v. u. lies *nicht* statt nur.
S. 164, Z. 11 v. u. lies *kein* statt ein.
S. 354, Z. 17 v. u. lies *im Kampf gegen eine* statt bei der.
S. 411, Z. 22 v. u. lies *regierten.*
S. 418, Z. 20 v. o. lies *Unwissenheit.*
S. 454, Z. 16 v. o. lies *apokalyptisches Tier.*
S. 515, Z. 14 v. u. lies *Vercik.*
S. 516, Z. 18 v. u. lies *350 000.*
S. 667, Z. 5 u. 8 v. o. und S. 674, Z. 5 v. u. lies *Kostrzewa*
S. 951, Z. 20 v. o. lies *Parteireorganisation.*
S. 989, Z. 23 v. u. lies *1920.*

Feltrinelli Reprint
in collaborazione con la Biblioteca dell'Istituto G. G. Feltrinelli

1967

Litografia Leschiera - Milano



INHALT.

Seite

AUFRUFE, THESEN, RESOLUTIONEN.

Seite





ERÖFFNUNGSSITZUNG

SONNTAG, DEN 5. NOVEMBER 1922.
VOLKSHAUS ZU PETROGRAD.

Eröffnung. Wahl des Präsidiums. Begrüßungsreden. Begrüßungstelegramme. Aufruf an die politischen Gefangenen. Aufruf an die Arbeiter und Bauern Italiens. Aufruf an die Werktätigen Rußlands. Aufruf an die Rote Armee und die Rote Flotte. Aufruf an die Arbeiter und Rotarmisten Petrograds.

Redner: Clara Zetkin, Sinowjew, Felix Kon, Béron, Azzario, Katayama, Kolarow.

Eröffnung: 9 Uhr abends.

CLARA ZETKIN: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Exekutive der Kommunistischen Internationale erkläre ich diesen vierten Weltkongreß für eröffnet. Der Zusammentritt erfolgt an dem Tage, wo sich zum fünften Male das größte weltgeschichtliche Ereignis dieser Zeiten jährt, nämlich, daß die proletarische Weltrevolution in Gestalt der russischen Revolution sich kühn entschlossen und siegreich erhoben und der Weltbourgeosie die erste entscheidende Niederlage beigebracht hat. Der vierte Kongreß der Kommunistischen Internationale ist eröffnet. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale schlage ich als Präsidenten dieses Kongresses unseren Genossen *Sinowjew* vor. (Beifall.) Ich bitte den Genossen Sinowjew, den Vorsitz zu übernehmen. (Stürmischer Beifall.)

SINOWJEW: Der Kongreß schreitet zur Wahl seines Präsidiums. Laut Beschluß des Erweiterten Plenums der Exekutive und auf Grund einer besonderen Vereinbarung aller Delegationen des Weltkongresses, bringen wir folgende Liste der Mitglieder des Präsidiums in Vorschlag:

Béron und Henriet (Frankreich),
Carr (U. S. of A.),
Katayama (Japan),
Kolarow (Bulgarien),
Leckie (Groß-Britannien),
Lenin und Trotzki (Rußland),
Marabini (Italien),
Neurath (Tschechoslowakei),
Schefflo (Skandinavien),
Warski (Polen),
Zetkin (Deutschland).

Wir stimmen über den vorliegenden Antrag ab. Wer dagegen ist, möge die Hand erheben. — Das Präsidium ist einstimmig gewählt. Ich ersuche alle anwesenden Mitglieder ihre Plätze einzunehmen.

Genossen, mir wurde die ehrenvolle Aufgabe zuteil, vor Ihnen die Eröffnungsrede zu halten. Heute sind so viele Ereignisse und Erinnerungen auf uns eingestürmt, daß man in Wahrheit nicht weiß, wovon man zuerst reden soll. In der Tat wollen wir uns davon Rechenschaft ablegen, was auf dem Boden vorgeht, den die russische Arbeiterklasse erobert hat, was in der Sowjetrepublik vorgeht, die unter dem feindlichen Kreuzfeuer fünf Jahre lang besteht. Es wird der vierte Weltkongreß der fortgeschrittenen Proletarier von 52 Ländern eröffnet. Ich glaube, Genossen, daß man mit Recht sagen kann, daß wir selten Gelegenheit haben, gleich große und geschichtlich bedeutungsvolle Ereignisse zu erleben. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere ersten Worte jenen widmen müssen, die im Laufe der verflossenen fünf Jahre im Kampfe gefallen sind, damit das Banner der Kommunistischen Partei nicht den Händen der Avantgarde der verschiedenen Länder entwunden werde, die in sehr vielen Staaten vorläufig nur eine heroische Minderheit bildet. Die Zahl unserer gefallenen Genossen ist unzählbar. Wenn man nur unser Land allein berücksichtigt, so zählen die Opfer gewiß nach vielen Tausenden.

Mir geriet heute zufällig ein kleiner Almanach in die Hände, der einem der Trupps gewidmet ist, die bei der Verteidigung einer einzigen Sowjetstadt — bei der Verteidigung unseres Petrograd — gefallen sind. Dieser Almanach ist dem Andenken des Trupps der Schlüsselburger Arbeiter gewidmet, der im Jahre 1919 zusammen mit anderen Trupps unser schönes Petrograd verteidigte. Was bedeutet Schlüsselburg gegenüber ganz Sowjetrußland, — ganz zu schweigen von dem Territorium der ganzen Welt, wo unsere Genossen leben und kämpfen! Das ist nur ein kleiner Winkel, ein Fabrikstädtchen, eine einzige große Fabrik. Und dem Trupp dieser großen Fabrik, der im Jahre 1919 vor den Mauern Petrograds stand, ist ein besonderer Almanach gewidmet, der Dutzende und Aberdutzende von Schlüsselburger Arbeitern aufzählt, die mit dem Gewehr in der Hand bei der Verteidigung einer Stadt Sowjetrußlands gefallen sind. Genossen, stellen Sie sich vor, wie groß und unzählbar die Opfer des Proletarierkampfes sind, wenn wir das allgemeine, das „kollektive Schlüsselburg" nehmen, — wenn wir die Arbeiter von ganz Rußland, wenn wir die Kommunisten der ganzen Welt rechnen.

Dieser Tage sah ich ein anderes Buch. Einer unserer Moskauer Genossen versuchte den Grund zu einer Biographensammlung unserer hervorragenden Genossen zu legen, die im Laufe dieser Jahre umgekommen sind. Allein die Aufzählung der Namen würde in Petitschrift ein ganzes Buch von mindestens 20 Druckbogen füllen. Und dabei sind nur die Namen jener Genossen gesammelt, die unserer Partei und der Sowjetregierung näher bekannt waren. Und wir wissen doch, daß viele Tausende namenloser Helden, deren Namen der Geschichte jetzt noch unbekannt sind, im Kampf um die Sowjetfahne zugrundegegangen sind.

Während dieser Jahre gab es in Deutschland keine einzige Stadt, ja nicht einmal einen großen Platz in den großen Städten, die nicht

mit dem Blute der Arbeiter, die für die Fahne des Kommunismus kämpften, bedeckt worden wären. Bei den ersten Versuchen eines Arbeiteraufstandes in Ungarn gingen ungezählte Tausende unserer Brüder zugrunde, und viele von ihnen schmachten noch jetzt im Gefängnis. Erst vor zwei Wochen sind 170 Kommunisten in Budapest verhaftet worden. In dem uns so nahen Finnland, wo die Arbeiter den ersten Versuch zu einem Arbeiteraufstand machten, starben viele Tausende von Arbeitern, und auch jetzt noch sind Tausende in den Gefängnissen. Auf dem Balkan, in Rumänien, ist unsere ganze Partei vom Kongreß direkt ins Zuchthaus gewandert, und viele sind unterwegs erschossen worden. In Griechenland setzte die bürgerliche Revolution eine große Gruppe kommunistischer Kämpfer in die Gefängnisse, und nur ein Teil von ihnen ist von den aufständischen Soldaten befreit worden — von denselben Soldaten, die — das mag hier gesagt sein — ihre eigenen bürgerlichen Offiziere mit dem Rufe „Es lebe Lenin!" auf den Lippen entwaffnet hatten. In Amerika sind in diesen Jahren viele Hunderte unserer besten Arbeiter in die Zuchthäuser gekommen. Und auch jetzt kann die amerikanische Bourgeoisie für die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale mindestens 20 Jahre Zuchthaus verhängen. In Italien führen unsere Genossen schon einige Jahre hindurch mit wechselndem Glück den Bürgerkrieg. Und es ist Ihnen wohl bekannt, daß in diesem Augenblick, wo wir den 4. Weltkongreß eröffnen, die italienische Arbeiterklasse im buchstäblichen Sinne des Wortes der Willkür der Fascistenbanden preisgegeben ist, deren Führer übrigens — das muß hier bemerkt werden — den Reihen der ehemaligen Sozialisten entstammen. Wie wir es im Laufe dieser Revolution immer gesehen haben, sind diese Renegaten des Sozialismus besonders erbitterte, besonders unbarmherzige Henker der Arbeiterklasse, die im Auftrage der Bourgeoisie auf das entsetzlichste mit dem Proletariat ihres Landes abrechnen.

Genossen, wenn wir jetzt in Gedanken zum Beginn unserer Revolution zurückkehren und die Summe der ersten fünf Jahre des großen und großartigen Kampfes der Arbeiterklasse der Welt um den Sieg der Proletarierrevolution ziehen, so gedenken wir zu allererst unserer besten Genossen, unserer besten Führer und Brüder, die nicht mehr unter uns weilen, die für die Sache des Kommunismus in Sowjetrußland und in der ganzen Welt gefallen sind. Ewiges Gedenken den ersten Kämpfern der proletarischen Weltrevolution. (Alle stehen auf. Das Orchester spielt den Trauermarsch.)

Genossen, es sind fünf Jahre seit dem Tage verflossen, an dem die Arbeiter der Stadt, in der soeben der 4. Weltkongreß eröffnet wird, die Bourgeoisie gestürzt und die Regierung in ihre Hände genommen haben. Im Laufe dieser fünf Jahre war jeder Tag eine Lektion für das Proletariat unseres Landes und für das Proletariat der ganzen Welt. Das letzte Jahr war für die Kommunistische Internationale in vielen Beziehungen entscheidend. Zwischen dem 3. und 4. Kongreß liegen 15 Monate. Gerade im Laufe dieser 15 Monate ist in gewissem Sinne das nächste Schicksal der Kommunistischen Internationale entschieden worden. Es ist selbstverständlich, daß der Kommunistischen Internationale im geschichtlichen Sinne des Wortes der Sieg gesichert ist. Selbst wenn unsere Kämpferorganisation durch das Feuer der

1*

Reaktion vom Erdboden verschwinden würde, wie das mit den Pariser Kommunards und der ersten Internationale geschah, würde die Kommunistische Internationale wiedergeboren werden und schließlich das Proletariat zum Siege führen. Aber es handelt sich um die Frage, ob es der Kommunistischen Internationale, wie sie jetzt besteht, ob es unserer Kämpfergeneration gelingen wird, jene historische Mission zu erfüllen, die die Kommunistische Internationale auf sich genommen hat.

Diese Frage wurde gerade in der Zeit zwischen dem 3. und 4. Kongreß entschieden. Der 3. Kongreß schloß seine Arbeit in dem Augenblick, als der Angriff des Kapitals und der Reaktion der ganzen Welt eine nie dagewesene zielbewußte Kraft zu entfalten begann. Auf dem 3. Kongreß wurde uns klar, daß eine Reihe unzuverlässiger Mitläufer uns zu verlassen beginnt. Als der 3. Kongreß geschlossen wurde, prophezeiten die Gegner der Kommunistischen Internationale, wenn auch nicht deren Tod, so doch deren Schwächung und Niedergang. Gerade unter dem Kreuzfeuer, das das angreifende Kapital in den letzten 15 Monaten gegen uns eröffnete, wurde entschieden, ob unsere junge, teilweise noch schwache internationale Kommunistische Partei auf ihrem Posten standhalten würde.

Der Kommunistischen Internationale gehören über 56 Parteien an. Unter ihnen gibt es Parteien, die ihrer Zahl nach die Kommunistische Partei Rußlands übertreffen, wie sie vor fünf Jahren vor dem Beginn des Umsturzes war. Es gibt aber auch eine Reihe von Parteien, die noch nicht erstarkt sind, die noch keine endgültige Gestalt angenommen und die ersten schweren Zeiten noch nicht überstanden haben.

Die in der 2. Internationale vereinigten Kräfte des internationalen Kapitalismus und Menschewismus sind 15 Monate lang gegen die einzelnen Parteien der Kommunistischen Internationale Sturm gelaufen. Alle Anstrengungen der bourgeoisen Welt und ihrer Helfershelfer, der 2. und 2½ Internationale, waren im Laufe dieser Zeit darauf gerichtet, sich an unsere Parteien heranzumachen, einzelne Abteilungen aus unseren Reihen herauszureißen und die Kommunistische Internationale zu vernichten. Das waren kritische Monate für die Kommunistische Internationale.

Sogar in den furchtbarsten Augenblicken war Selbsttäuschung, Überschätzung unserer Kräfte nicht unsere Gewohnheit. Die große Kraft des Kommunismus liegt darin, daß er zu jeder Zeit die Wahrheit sagen kann, auch dann, wenn diese Wahrheit bitter ist. Wenn die Lage der Kommunistischen Internationale gegenwärtig so wäre, wie es unsere Gegner hoffen, wäre es unserer unwürdig, unsere Schwäche auf dem 4. Kongreß verbergen zu wollen. Wir müssen sagen, was ist. Wir tun das auch, und wenn wir auf den zurückgelegten Weg zurückblicken, wenn wir unsere Kräfte summieren, mit denen der 4. Kongreß zu rechnen hat, so können wir mit vollem Recht, ohne jede Übertreibung sagen, daß die Kommunistische Internationale die schwersten Zeiten überstanden hat und so erstarkt ist, daß sie gegenwärtig keinen Angriff der Weltreaktion zu fürchten braucht. Gerade dieses schwere Jahr, das Jahr der planmäßigen Offensive der internationalen Kapitalisten der ganzen Welt, das Jahr des Zusammenschlusses der 2. und 2½ Internationale, das Hungerjahr in Sowjetrußland, das Jahr der endlosen Entbehrungen, in denen die Arbeiterklasse fast immer eine

Niederlage erlitten hat, hat bewiesen, daß die Kommunistische Internationale ein festes Fundament gelegt hat, daß sie lebt und zum Schrecken ihrer Feinde leben wird. (Beifall.)

Im Laufe dieses Jahres haben sich auch andere entscheidende Ereignisse abgespielt. Die Richtlinie des Programms und der Taktik der Kommunistischen Internationale hat in der Form, die ihr von unseren wichtigsten Kongressen, unseren höchsten gesetzgebenden Organen des internationalen Proletariats gegeben worden ist, ebenfalls die Feuerprobe bestanden und sich als richtig erwiesen.

Sie erinnern sich der jüngsten Ereignisse in Deutschland. Vor erst verhältnismäßig kurzer Zeit sind die Reden auf dem berühmten Parteitag in Halle verklungen. Im Namen der Kommunistischen Internationale sagten wir nach der berühmten Entscheidungsabstimmung in Halle, daß den rechten Unabhängigen nach der Ablehnung der 21 Punkte nur noch ein Weg — der Weg zur Sozialdemokratie und zu Noske übrig bleibe. Als wir diesen Ausspruch taten, entstand unter den rechten Unabhängigen eine unerhörte Bewegung. Sie hielten unsere Erklärung für eine böswillige Erfindung. Jetzt liegt eine vollzogene Tatsache vor. Die Prophezeiung der Kommunistischen Internationale ist in Erfüllung gegangen, die rechten Unabhängigen stehen in den Reihen Noskes, in den Reihen der Henker der Arbeiterklasse.

Eine gleiche, außerordentlich interessante Erfahrung mußte die Kommunistische Internationale bei der Prüfung der Taktik in Italien machen, in einem Lande, das gegenwärtig gewissermaßen im Brennpunkt der internationalen Ereignisse steht. Als es zur Spaltung von Livorno kam, haben wir zu denen, die der Kommunistischen Internationale folgen wollten, gesagt: „Euch stehen zwei Wege offen: entweder geht ihr mit den Reformisten und der 2. Internationale und steht im Lager der Bourgeoisie — oder ihr seht euern Fehler ein und kehrt in die Reihen der Kommunistischen Internationale zurück." Ich weiß nicht, wie die einzelnen Führer der Sozialistischen Partei Italiens über die Lektion der italienischen Ereignisse denken. Aber ich kenne die Stellungnahme der überwiegenden Mehrheit der sozialistischen Arbeiter Italiens sehr gut. Die gewaltige Mehrheit der sozialistischen Arbeiter Italiens erkannte auf ihrem jüngsten Kongreß in Rom ihren Fehler und die Richtigkeit der Anschauungen der Kommunistischen Internationale. Sie kehren in unsere Reihen zurück. Selbstverständlich nehmen wir sie als Brüder auf. (Beifall.)

Genossen, an diesen beiden Beispielen aus der internationalen Arbeiterbewegung wird allen ehrlichen klassenbewußten Proletariern der Welt der klare Beweis erbracht, daß die 21 Bedingungen, die von dem 2. Kongreß aufgestellt wurden, keine Erfindung, keine Schikane, kein Dogma sind, sondern dem Gesamtverständnis des Proletariats entsprechen, das um seine Befreiung aus den Ketten des Kapitalismus kämpft. Die Taktik der Kommunistischen Internationale ist richtig und wurde vom Leben erprobt. Wir haben einen bestimmten und klaren Weg; wir wissen, wohin wir gehen und wohin wir das internationale Proletariat führen. Und so werden wir, mit größeren oder geringeren Opfern — das hängt nicht ganz von uns ab — im Laufe einer längeren oder kürzeren Zeit das internationale Proletariat (dafür leisten wir Gewähr) zum endgültigen Siege über die Bourgeoisie führen. (Beifall.)



Eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit ist die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale. Die Prophezeiung der Kommunistischen Internationale ist in Erfüllung gegangen. Der revolutionäre Kampf der Arbeiter gewinnt nur durch diese Vereinigung. Die 2. und 2½ Internationale gleichen einander wie ein Ei dem anderen. Beide Organisationen sind konterrevolutionär. Für das revolutionäre Proletariat kann es nur von Vorteil sein, wenn weniger Wandschirme und Fiktionen vorhanden sind. Wir haben nur Nutzen davon, wenn sich unser ganzer Kampf in einem einfachen und deutlichen Rahmen abspielt.

Zwei Lager — *zwei* Gebiete. Auf der einen Seite steht die 2. Internationale, die Internationale Noskes, die Internationale der Sozialverräter, die Internationale der Verbrecher an der Sache der Arbeiterklasse, auf der anderen Seite steht unser Bruderverband der ganzen Welt, unsere Association der Arbeiter aller Länder, die als Kommunistische Internationale bezeichnet wird.

Es muß laut gesagt werden, daß die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale unter anderem eine Vorbereitung des weißen Terrors gegen die Arbeiter, die um ihre Befreiung kämpfen, bedeutet. Vielleicht rufen diese unsere Worte bei der Sozialdemokratie die gleiche Erbitterung hervor, wie es bei unserer Erklärung in Halle oder anläßlich Livornos der Fall war. Vor den Arbeitern der ganzen Welt übernehmen wir die Verantwortung für unsere Erklärung: die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale ist nur die Vorarbeit der Artillerie für einen neuen, unerhört verzweifelten Angriff der internationalen Bourgeoisie auf die revolutionären Arbeiter. Die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale bereitet neuen Gallifets, Noskes, Mussolinis und anderen neuen Henkern der Arbeiterklasse den Boden vor. Die Führer der 2. und 2½ Internationale erfüllen in diesem Sinne objektiv die neue Aufgabe der Weltbourgeoisie.

Die Frage unserer Stellung zu der Vereinigung der 2. und 2½ Internationale ist nicht nur eine Frage der inneren Parteipolitik und der inneren Parteitaktik, sondern eine Frage der Weltpolitik.

Alle objektiven Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution in allen entscheidenden Ländern reifen. Alle ökonomischen Voraussetzungen werden sichtbar. Das einzige, was der Arbeiterklasse der ganzen Welt fehlt, ist der sogenannte *subjektive* Faktor — die genügende Klassenorganisation, das genügende Klassenbewußtsein. In diesem Sinne ist die Rolle der Sozialdemokratie in der jetzigen Zeit sehr groß.

Ohne jede Übertreibung darf man sagen, die dringendste Aufgabe unserer Tage (vielleicht unserer ganzen Epoche) besteht darin, *die Sozialdemokratie zu besiegen*, diesen wichtigsten internationalen Faktor der internationalen Konterrevolution, diese Bremse auf dem Siegeszug der internationalen Arbeiterklasse. Das ist es, was unsere kommunistischen Parteien, die soeben auf den Plan treten, mehr als alles andere im Auge behalten müssen. Unser Kampf gegen den internationalen Menschewismus, gegen die vereinigte 2. und 2½ Internationale, ist kein Fraktionskampf des Sozialismus, wie einige es glauben, ist kein Aufeinanderprallen verschiedener Strömungen der sozialistischen Bewegung. Nein, nein, tatsächlich ist das der letzte und entscheidende Kampf der

internationalen Arbeiterklasse, die sich vom bürgerlichen Joch befreit, ein Kampf, der sich gegen den letzten Exponenten, den letzten Agenten des internationalen Kapitals, gegen den Menschewismus richtet. (Beifall.)

Ich glaube, daß wir gerade zur Jahresfeier des fünfjährigen Bestehens der Revolution in Rußland der Arbeiterklasse der ganzen Welt dies eindringlich sagen müssen.

Erlauben Sie mir zwei Worte zu einer persönlichen Bemerkung.

Es scheint mir, daß ich ganz besonders dies sagen muß zur fünften Jahresfeier der Revolution. Sie wissen, Genossen, daß ich vor fünf Jahren mit einigen anderen Genossen einen großen Fehler gemacht habe, den größten Fehler meines Lebens. Es war mir in jener Zeit nicht gelungen, die ganze konterrevolutionäre Richtung der Menschewiki voll zu erkennen. Darauf lief im wesentlichen unser Irrtum vor dem Oktober 1917 hinaus. Nachdem ich mehr als zehn Jahre Seite an Seite mit den Menschewiki gekämpft hatte, konnte ich damals — wie viele unserer Genossen — in der entscheidenden Minute nicht begreifen, daß die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre nicht ein Teil der Arbeiterklasse, wenn auch nur ihre rechte Fraktion, ihre rechte Flanke, waren, sondern in Wirklichkeit die „linke", höchst gewandte und agile und daher auch gefährliche Flanke der internationalen Bourgeoisie bildeten und bilden. Und deswegen scheint mir, müssen wir unseren Genossen sagen, die zum Teil erst jetzt ihren entschiedenen Kampf mit dem internationalen Menschewismus beginnen, und zurzeit sich im Kreuzfeuer dieses Kampfes befinden, — haben wir die Pflicht, ihnen die Lehren der gegenwärtigen Revolution klarzumachen und zu sagen: hütet euch am meisten, in dieser Frage zu irren, die große Gefahr zu verkennen, die uns aus dem Lager des Menschewismus droht und im Lager der 2. Internationale ihren Herd hat: die Tücke und Hinterlist dieses Feindes und das Übel, das aus der Politik seiner Führer kommt. Hütet euch, im Menschewismus den rechten Flügel der eigenen Bewegung zu sehen. Ihr müßt in ihm den schlimmsten Feind, den Helfershelfer der internationalen Bourgeoisie sehen, von dessen Mithilfe die Rettung der Bourgeoisie abhängt. Denn darum handelt es sich. Der Kapitalismus verdankt seine Existenz lediglich der Barmherzigkeit der Sozialverräter aus der 2. Internationale. Die arbeitende Klasse ist gegenwärtig so zahlreich, daß sie mit einem Ruck das internationale Kapital niederwerfen könnte, wenn nur die Sozialdemokraten ihr nicht in den Arm fielen.

Zur Jahresfeier der Oktoberrevolution müssen wir dem internationalen Proletariat sagen: die Menschewiki behaupteten, die Oktoberrevolution sei ein Fehler von uns gewesen, wir würden kaum einige Monate leben. Sie erklärten zuerst, daß die Entente uns in einigen Monaten zerschmettern, daß die bewaffnete Hand von Koltschak und Judenitsch uns niederstoßen würde. Darauf haben sie prophezeit, der Hunger würde uns vernichten, unsere Taktik sei durchweg falsch. Jetzt haben die Ereignisse bewiesen, daß der Fehler höchstens darin bestand, daß wir die Revolution in einem Monat machten, der sich durch ungünstige Witterung, Regen und dergleichen auszeichnet. (Beifall.) Doch es scheint mir, daß durch das machtvolle Auftreten der Petrograder Arbeiter trotz des „menschewistischen" Regens auch

dieses Argument des Menschewismus von der heutigen Petrograder Demonstration zunichte gemacht worden ist. (Beifall.)*)

Ein paar Worte über die internationale Bedeutung der „Nep" (neue ökonomische Politik).

Genossen, im vergangenen Jahre, auf dem 3. Kongreß, als die „Nep" erst eingeführt wurde, konnten wir Ihnen nur eine ziemlich unbestimmte theoretische Vorstellung davon geben, welche Rolle die „Nep" im Leben der ersten Arbeiterrepublik spielen wird. Wir haben jetzt eine Vorstellung davon und wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen, Genossen aller Länder, folgendes zu sagen: viele von Ihnen hat zunächst die Wiedergeburt des Kapitalismus in Sowjetrußland befremdet und Sie sagten uns aus bester Absicht heraus: „Ja, wir verstehen, daß ihr gezwungen seid, die neue ökonomische Politik bei euch einzuführen, weil wir Arbeiter der anderen Länder noch zu schwach sind, um euch zu Hilfe zu kommen." Das ist selbstverständlich wahr; doch dieses Argument genügt nicht. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, Genossen, daß die neue ökonomische Politik nicht nur eine Folge davon ist, daß die Kommunisten in einer Reihe von kapitalistischen Ländern noch zu schwach sind. Nein, es gibt noch eine andere Ursache. Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen zu sagen — eine Eröffnungsrede ist kein Ort, um dies zu begründen —, daß die „Nep" eine Periode ist, durch die wahrscheinlich viele Länder hindurchgehen werden, sogar solche mit der stärksten Industrie, wo das Industrieproletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet. Nur ausnahmsweise werden einige Länder diese Etappe umgehen können. Die russische Delegation wird diesen Gedankengang auf dem Kongreß entwickeln. Wir müssen dies offen sagen, weil auf der Grundlage dieser Gedankengänge die ganze Strategie des 4. Kongresses, wie wir hoffen, sich aufbauen wird und auch unser Kriegsplan für die künftigen Jahre. Wir glauben, daß die „Nep" nicht nur ein Ausdruck der Schwäche des Kommunismus in einigen kapitalistischen Ländern ist, sondern uns zeigt, daß das Proletariat seine Kräfte mit denen der Bauern messen und das Verhältnis zwischen Industrieproletariat und einem großen Teil der Landbevölkerung in allen Ländern klar feststellen muß.

Wir haben dies nicht von Anfang an berücksichtigt, weil wir noch kein genaues Augenmaß hatten. Das ist gar nicht sonderbar. Unsere Revolution ist gerade deswegen so groß, weil sie diese Frage praktisch in Angriff nahm. Die „Nep" ist keine Episode, ist nicht ein Ausdruck der Schwäche unserer Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern. Nein, sie ist eine taktische Klugheit, die von der ersten großen proletarischen Revolution in einem Bauernlande schmerzlich erkauft wurde. Sie ist das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse der ersten siegreichen Republik, jener Arbeiterklasse, die zunächst in raschem Tempo vorwärtszudringen versuchte, die aber einsehen muß, daß man, um die Berührung mit der großen Masse der Bauernbevölke-

---

*) Am Eröffnungstage des 4. Kongresses regnete es in Petrograd stark, was jedoch viele Tausende von Werktätigen nicht hinderte, an der Demonstration zu Ehren der fünften Jahresfeier und des 4. Kongresses teilzunehmen.

rung nicht zu verlieren, die in einem bestimmten Milieu für den Ausgang der Revolution *entscheidend* ist, zu jenen Maßregeln greifen mußte, die später den Namen der neuen ökonomischen Politik erhielten. Und nun, Genossen, wenn wir auf unserem Kongreß über die *Agrarfrage* sprechen und ein Programm für die Agrarländer aufstellen, wenn wir über das Programm unserer Kommunistischen Internationale beraten und über viele andere aktuelle Fragen sprechen, werden wir auch bei dem Gedanken verweilen, den ich soeben geäußert habe. Diesem Gedanken fehlt noch eine weitere Begründung und wir werden im Laufe unserer Arbeiten auf dem Kongreß diese Frage noch weiter und tiefer verfolgen.

Wir sagen Ihnen, soweit man irgendwie voraussehen kann, werden auch Zentraleuropa, der Balkan und eine Reihe anderer Länder durch eine neue „ökonomische Politik" hindurchgehen müssen. Um die Bauernschaft, oder wenigstens einige ihrer Kreise, zu neutralisieren, werden Sie die Politik der „Nep" durchmachen müssen, natürlich mit den einen oder den anderen Änderungen, die von der jeweiligen Lage abhängen werden.

Sowjetrußland ist stolz darauf, daß es dem internationalen Proletariat zu Hilfe kommen kann. Fünf Jahre sind seit unserer Revolution verflossen. Und wir können Ihnen die Ergebnisse dieser fünfjährigen Herrschaft unterbreiten. Eins können wir sagen, daß fünf Jahre schwersten Kampfes, ungezählte Opfer, eine Unmenge von Schwierigkeiten, Hungersnot, eine unerhörte Blockade, Interventionen usw. die Kraft der Arbeiterklasse Rußlands nicht gebrochen haben. Am fünften Jahrestag der Revolution verlassen die Massen, mögen sie auch ermüdet sein, unsere Partei nicht. — Das sagen wir Ihnen in dem vollen Bewußtsein, daß wir vor dem internationalen Kongreß der Kommunisten kein Recht haben, unsere Lage irgendwie zu beschönigen; wir sagen es deshalb, weil es eine Tatsache ist. Die Arbeitermassen sind von der KPR. nicht nur nicht weggeströmt, sondern im Gegenteil, wir fühlen, wie diese Massen unserer Partei immer mehr zuströmen, so intensiv, wie es in den besten Tagen der revolutionären Erhebung vor fünf Jahren geschah. Was wir heute in Petrograd sahen, können Sie in jeder beliebigen Stadt der Sowjetrepublik sehen, an einem beliebigen Orte, in einer beliebigen Fabrik, einem beliebigen Bergwerk, überall, wo es Arbeiter gibt, wo arbeitende Massen sind, die in diesem fünfjährigen entsetzlichen Kampf wohl ermatten konnten und das volle Recht auf eine Atempause hätten, heute aber trotzdem fester denn je zu uns stehen. Diese Arbeitermassen glauben heute fester denn je an den Sieg der Sowjetrepublik. Das fühlt jeder von uns, der das große Glück hat, mitten in den dichten Reihen der arbeitenden Massen Rußlands zu stehen, mitten zwischen den Arbeitern solcher wundervollen Städte wie das Rote Petrograd.

Wenn früher unter den Arbeitern noch Gruppen waren, die im Innern zweifelten, schwankten, die immer noch glaubten, daß wir vielleicht doch besiegt werden würden, so haben gerade jetzt diese Arbeiterkreise ihren Glauben an uns wiedergefunden, sie schwanken nicht mehr. Noch nie hat unsere Partei so wie jetzt gefühlt, daß sie auf dem rechten Wege ist, daß die arbeitenden Massen ihr vollständig vertrauen und mit ihr zusammengehen. Die Kommunistische Partei Rußlands übergibt dem 4. Kongreß zum fünften Jahrestage der großen Ok-

toberrevolution eine gefestigte, lebendige, gesunde und auf ihre Kraft vertrauende arbeitende Klasse. (Beifall.)

Deswegen können wir zum fünften Jahrestag der Oktoberrevolution dem Schatten der Vergangenheit, den Sozialrevolutionären, den Menschewisten, den russischen Patrioten der 2. Internationale ins Gesicht lachen. Wir sind auf dem rechten Wege. Es gab während dieser fünf Jahre Augenblicke, da die Kommunistische Partei, die vollständig von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt war, in den Arbeitermassen in der Minderheit war. Es gab Zeiten, in denen unter dem Druck unerhörter Opfer die Reihen der Arbeiter schwankten. Doch darin besteht gerade das große Verdienst der herrlichen Kommunistischen Partei Rußlands, die ihren Stolz darin setzt, daß sie eine Sturmtruppe der Kommunistischen Internationale ist und daß sie in diesen Augenblicken des Schwankens ihre Fahne nicht gesenkt hat.

Denn wir wußten, daß wir uns durch die unerhörten Opfer und Schwierigkeiten durcharbeiten und die Arbeiterklasse zum Sieg *führen würden.* Zum fünften Jahrestag der Oktoberrevolution sagen wir: das Schwierigste haben wir hinter uns. Wir haben die Arbeiterklasse unseres Landes auf eine offene Straße geführt. Unsere Partei, die seit der Oktoberrevolution einen unerhört schweren, doch ruhmreichen und großen Weg gegangen ist, unsere Partei, die nur eine Abteilung der Kommunistischen Internationale ist, hat die Arbeiterklasse des größten Landes mit ihren Ideen durchdringen, eine Brücke zum entlegensten Dorf schlagen und hinter sich das ganze Sowjetrußland führen können. Wir sind stolz darauf, Genossen, daß hinter uns eine Partei steht, die, wenn auch schwere Zeiten kommen sollten, die Fahne nicht sinken lassen wird. Unser größter Stolz besteht darin, daß wir in den schwersten Augenblicken der Revolution wußten, daß wir den Arbeitern der ganzen Welt und ihren Organisationen den Weg bahnen.

Wir wissen wohl, daß in wenigen Jahren viele Länder, die in der Industrie weiter fortgeschritten sind, nach Durchführung ihrer proletarischen Revolution uns überflügeln und den ersten Platz in der Kommunistischen Internationale einnehmen werden; wir aber werden, wie Genosse Lenin gesagt hat, zu einem rückständigen Sowjetland inmitten der übrigen fortgeschritteneren Sowjetländer werden. Wir wissen das, wir erwarten diesen Augenblick als den größten Sieg jener, die die Revolution begonnen haben. Wir wissen ebensogut wie Sie, welche Schwierigkeiten Ihrer auf Ihrem Wege harren; Sie werden einer organisierteren und gierigeren Bourgeoisie entgegentreten müssen. Sie werden die Klingen mit den noch unbesiegten Verrätern der 2. Internationale kreuzen müssen.

Die Petrograder Arbeiter, denen Sie gestern in den Fabriken und Werkstätten Petrograds begegnet sind, können es nicht erwarten, bis sie die Freudenfeuer der siegreichen Weltrevolution erblicken werden. Doch auch ihnen sind die Schwierigkeiten bekannt, die Ihrer auf Ihrem Wege harren. Die Kommunistische Internationale ist *gegen* alles unreife Vorgehen, gegen unvorbereitete Aufstände, die in dem Blute der Arbeiter erstickt werden würden und die das kostbare Gut des Proletariats, die organisierte internationale Kommunistische Partei, niederschmettern könnten. Wir treten in die Fußtapfen der Pariser Kommune, doch wir wollen eine *siegreiche* Kommune. Die Kommunistische

Internationale wird es der Bourgeoisie nicht gestatten, unsere Kräfte in vereinzelten Zusammenstößen zu zerschmettern und die Bewegung im Blute der Arbeiter zu ersticken.

Im Orient hat sich in diesem Jahr die Bewegung ausgedehnt, und diese Bewegung hat nicht nur Fortschritte gemacht, sondern gegenwärtig gibt es fast kein orientalisches Land, wo wir nicht den Kern einer kommunistischen Partei haben, wenn auch dieser Kern bis jetzt noch nicht groß ist. Ja, unsere Parteien im Orient sind zwar noch nicht zahlreich, aber unsere „Gruppe der Befreiung der Arbeit" war in Rußland im Jahre 1883 auch nicht groß. Dennoch bedeutete ihr Entstehen, daß in Rußland eine neue Ära angebrochen war, daß in Rußland die Revolution begonnen hatte. Die Bildung kommunistischer Parteien in solchen Ländern, die eine unerschöpfliche Reserve der sozialistischen Proletarierrevolution darstellen, — die Bildung solcher Parteien ist ein historisches Ereignis. Es bedeutet, daß sich auch dort die Kräfte der fortgeschrittenen Arbeiter häufen, die die unterdrückten Nationen zum Siege der internationalen Revolution führen werden. Während dieses Jahres haben die nationalen Bewegungen unter den unterdrückten Völkern ungeheuer an Umfang gewonnen, jene nationalen Bewegungen, die im objektiven Sinne einen Schlag für das internationale Kapital bedeuten. Die wachsenden Aufstände in Indien, China, Ägypten untergraben die Existenz des bürgerlichen Regimes. Wenn es manchem von uns, Genossen, die in diesem Saal anwesend sind, vergönnt sein soll, noch weitere fünf Jahre zu erleben — wir wollen vorderhand nicht mehr wünschen — und wenn wir die zehnte Jahresfeier der Oktoberrevolution begehen werden, so werden wir sehen, daß das, was wir bis jetzt geleistet haben, nur ein Kinderspiel war. Wir werden sehen, wie die Welt unter unzähligen Aufständen erzittern wird, wie viele Hunderte von Millionen unterdrückter Menschen sich gegen den Imperialismus erheben werden. Wir werden sehen, wie das rote Banner des Kommunismus nicht nur von den Händen einer geringen, wenn auch heldenhaften Minderheit getragen werden wird, sondern wie Hunderte und aber Hunderte von Millionen unterdrückter Menschen und Werktätigen die Welt in Besitz nehmen werden.

Es lebe die internationale Revolution!

Es lebe das russische Proletariat, das das Fundament zu dieser Revolution gelegt hat, das unter dem unerbittlichen Kreuzfeuer des Feindes litt und focht, wohl wissend, daß es nicht nur für das eigene Land kämpfte, sondern für die Sache des internationalen Proletariats!

Die russischen Arbeiter sind im besten Sinne des Wortes Internationalisten. Die Arbeiter Rußlands, insbesondere die Arbeiter Petrograds, wagten während der fünf Jahre kaum auf besseren Lohn zu hoffen, als den, den sie heute erhalten.

Wie viele von Euch, Petrograder Genossen, die Ihr die ersten Vorposten unserer Truppen, die ersten Kämpfer für die Sowjetregierung seid, wie viele unter Euch haben, als Ihr vor fünf Jahren zum Gewehr grifft und die ersten schwachen Truppen der Roten Garde ordnetet, wie viele von Euch haben, als Ihr Euch in den unerhört heldenhaften Kampf stürztet, darauf gehofft, den fünften Jahrestag zu erleben! Es zu erleben, daß ihr in den Mauern Eures Sowjets den 4. Kongreß der

Kommunistischen Internationale beherbergen werdet? Jetzt haben wir es erlebt, und keinen herrlicheren Lohn konnten wir erhoffen. Der Kongreß wird den Arbeitern von Petrograd und von ganz Rußland neue Kräfte einflößen. Wir werden zu dem wirtschaftlichen Aufbau unserer großen Republik schreiten. Wir werden ein Beispiel der Heldenhaftigkeit nicht nur an der Front des Bürgerkrieges geben, sondern auch an der Front der wirklichen Restauration der sozialistischen Wirtschaft. Wir werden unseren Brüdern behilflich sein, sich zu organisieren, und ihnen die Möglichkeit geben, auszuhalten, bis sie imstande sein werden, die Bourgeoisie anzupacken und ihr das Knie auf die Brust zu setzen. (Beifall.)

Nieder mit der internationalen Bourgeoisie! (Beifall.)

Nieder mit ihren Agenten — der 2. Internationale!

Es leben die Kommunisten der ganzen Welt!

Es leben die sich zu neuen Kämpfen erhebenden Arbeiter, die die Bahn des Kommunismus beschreiten!

Es lebe die Kommunistische Internationale! (Es wird die „Internationale" gesungen.)

• Genossen! Ich muß Ihnen folgendes Telegramm des Genossen Lenin mitteilen. Es ist an den 4. Weltkongreß der Komintern und an den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Bauerndeputierten gerichtet. Ich kann bezeugen, Genossen, daß Wladimir Iljitsch auf jeden Fall am heutigen Tage in Petrograd sein wollte. Wir müssen uns aber damit zufrieden geben, daß er es nicht jetzt tat, sondern es später tun wird. Und es wird nicht lange währen, bis wir Wladimir Iljitsch in unserer Mitte werden begrüßen können (Beifall). Vorläufig müssen wir uns damit begnügen, folgendes Telegramm anzuhören:

Genosse Lenin an den Kongreß der Komintern und den Petrograder Sowjet.

An: 1. Gen. Sinowjew, Petrograd, für den 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

2. Den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten.

Ich bedaure außerordentlich, daß ich der ersten Sitzung des Kongresses nicht beiwohnen kann und genötigt bin, mich darauf zu beschränken, Euch in brieflicher Form zu begrüßen. Ungeachtet der gewaltigen Schwierigkeiten, die den kommunistischen Parteien entgegenstehen, wächst die Kommunistische Internationale und wird immer stärker. Die Hauptaufgabe besteht auch weiterhin in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiter. Diese Aufgabe aber werden wir allen Hindernissen zum Trotz erfüllen.

Die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale hat der revolutionären Bewegung des Proletariats genützt. Sie bedeutet: Verringerung der Fiktionen und Täuschungsmöglichkeiten, und das ist für die Arbeiterklasse immer von Nutzen.

Meine besten Wünsche und innigsten Grüße den Petrograder Arbeitern und ihrem neugewählten Sowjet, den Arbeitern, die jetzt in ihrer Stadt den 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale empfangen. Die Petrograder Arbeiter müssen auch an der wirtschaftlichen Front unter den ersten sein.

Mit Freuden habe ich die Nachrichten über die beginnende wirtschaftliche Wiedergeburt Petrograds vernommen. Eurer Einladung, nach Petrograd zu kommen, hoffe ich in allernächster Zeit durch einen Besuch folgen zu können.

Die Sowjetmacht feiert in Rußland ihren fünften Jahrestag. Sie steht jetzt fester denn je. Der Bürgerkrieg ist zu Ende. Die ersten ökonomischen Erfolge werden schon sichtbar. Sowjetrußland setzt seinen Stolz darein, den Arbeitern der ganzen Welt in ihrem schweren Kampfe um die Niederwerfung des Kapitalismus beizustehen; der Sieg wird uns gewiß sein.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

4. November 1922.

Wladimir Uljanow (Lenin).

SINOWJEW (fortfahrend): Ich bin der Meinung, Genossen, daß wir im Namen aller Anwesenden und aller Arbeiter Petrograds antworten können. Wladimir Iljitsch schreibt uns: Es lebe die Kommunistische Internationale. Wir wollen antworten: Es lebe der weiseste und beste aller Führer der Komintern, Genosse Wladimir Iljitsch Lenin. (Stürmischer Beifall.)

Stimmen aus der Versammlung: Ein Hoch dem Genossen Lenin!

SINOWJEW: Genossen, ich muß noch ein an den Petrograder Sowjet gerichtetes Telegramm des Genossen Trotzki verlesen. (Beifall.) (Liest):

Werte Genossen!

Ich bedaure schmerzlich, daß unaufschiebbare, hauptsächlich mit dem Internationalen Kongreß verbundene Arbeiten mir nicht gestatten, diese festlichen Tage, wie vor fünf Jahren, inmitten des Petrograder Proletariats zu begehen. Von ganzem Herzen begrüße ich das Rote Petrograd und den ersten Sowjet der Proletarierdiktatur.

Euer Trotzki.

Rufe: Es lebe der Führer der Roten Armee! (Beifall, Hurrarufe.)

SINOWJEW: Genossen, der Kongreß möchte Worte der Bewunderung und brüderliche Grüße an unsere zahlreichen kommunistischen Genossen und revolutionären Arbeiter überhaupt richten, die in unzähligen Gefängnissen Europas und Amerikas schmachten. Genossin Zetkin wird uns darüber noch einiges sagen. Das Wort hat Gen. Zetkin.

CLARA ZETKIN: Wenn die revolutionäre Vorhut des Proletariats, wenn die Kommunistische Internationale tagt, um Rückschau und Ausschau zu halten, so gedenkt sie stets der Opfer, die auf dem Schlachtfelde des Kampfes geblieben sind. Wir haben bereits mit Trauer und Stolz unsere teuren unvergeßlichen Toten geehrt. Nicht minder ist es unsere Ehrenpflicht, der ungezählten Tausende zu gedenken, die in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, weil sie an den Ketten des Proletariats zu rütteln wagten.

In *Rumänien*, in *Jugoslavien*, in *Griechenland* sind die Gefängnisse überfüllt, werden die Proletarier, die Kommunisten gehetzt, verfolgt, gemartert.



Das gleiche geschieht in Ungarn, wo der weiße Horthy-Terror noch immer Trumpf ist. Und in *Polen?* Der Genosse *Dombal*, der Erwählte der Kleinbauern im Sejm, wurde trotz seiner Immunität als Volksvertreter zu vielen Jahren Zwangsarbeit verurteilt, und das auf Grund von Bestimmungen des zerschmetterten russischen Zarismus, die in Widerspruch zu den jetzt geltenden Gesetzen stehen. Während des Wahlkampfes sind mehr als 500 Kommunisten in die Kerker geworfen worden. In allen polnischen Grenzgebieten wird das Proletariat schamlos unterdrückt, werden die politischer Verbrechen Angeklagten von Militärgerichten nach Kriegsrecht gerichtet. Polen nennt sich eine Demokratie!

Gehen wir in die Staaten, die an den Ufern des Baltischen Meeres liegen. In *Finnlands* Gefängnissen schmachten noch immer tapfere Männer und Frauen aus der Zeit der Revolution, die Mannerheim im Bunde mit dem deutschen Landknechtsführer von der Goltz blutig niedergeworfen hat.

In *Estland* hat unser unvergeßlicher Genosse *Kingissepp*, ein Opfer der rachsüchtigen Bourgeoisie, seine letzten Seufzer ausgehaucht und die Gefängnisse sind mit gemarterten politischen Angeklagten überfüllt.

In *Lettland* wurde über Genossen *Klava-Klavin* das Todesurteil gesprochen, und viele Genossen sehen in den Gefängnissen ihrer Aburteilung durch die weißen Gerichte entgegen.

Blicken wir nach *Deutschland*, an dessen Spitze ein Präsident steht, der sich noch immer Sozialdemokrat nennt, obwohl es kaum einen einzigen Grundsatz im alten sozialdemokratischen Programm gibt, den er nicht verraten, mit Füßen getreten hätte. Nach Deutschland, wo noch heute in den *bayrischen* Festungen und Gefängnissen Kommunisten, revolutionäre Kämpfer aus der Zeit der *Münchener Räterepublik* sitzen, die nun mehr als drei Jahre zurückliegt. Der Notschrei dieser Gepeinigten des *weißen* Terrors dringt wieder und wieder durch die Kerkermauern, ohne daß das Mitgefühl und die Agitation der Führer der Internationale 2 und 2½ sich regen, die doch so laut sich äußerten anläßlich des Prozesses der Sozialrevolutionäre, dieser Vorposten der Gegenrevolution in Sowjetrußland. Bei weitem sind noch nicht alle Opfer der *Märzkämpfe* des letzten Jahres aus ihren Kerkern entlassen worden, — der tapfere revolutionäre Kämpfer Max *Höltz* wird hinter Mauern gehalten, während breiteste proletarische Massen das Ende seines Martyriums fordern. Und das alles, obgleich die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung eine Amnestie erlassen hat, die sich freilich mit jedem Tage mehr als eine freche Verhöhnung des revolutionären Proletariats erweist. Erst kürzlich wieder hat abermals Proletarierblut die Straßen Berlins gefärbt. Das Blut von Proletariern, die nicht einmal für ihr eigenes letztes Ziel gekämpft haben, sondern die bürgerliche Republik gegen die militärisch-monarchistische Reaktion schützen wollten. Alle Gewalttaten, alle Schandtaten dieser Gegenrevolution bleiben ungestraft und ungesühnt. Der Leipziger Prozeß gegen die Rathenaumörder war eine Prämie auf den politischen Mord. Deutschland hat einen sozialdemokratischen Justizminister!

In *Frankreich* sitzen noch heute hinter Kerkermauern die heldenhaften Matrosen der Schwarz-Meer-Flotte, die sich geweigert haben,

gegen Sowjetrußland zu kämpfen, die Republik der revolutionären Arbeiter und Bauern. Während des großen Streiks in *Le Havre*, der mutig aufgenommen, opferfreudig durchgeführt wurde, floß Arbeiterblut und viele revolutionäre Arbeiter wanderten ins Gefängnis.

In *Italien* genügt es der Gegenrevolution nicht, daß die Fascisten die Gewerkschaftshäuser, die Genossenschaftshäuser zerstören, daß sie revolutionäre Arbeiter morden, daß sie eine Geißel für alle sind, die freiheitlich denken. Die bürgerliche Klassenjustiz, die bürgerliche Schandjustiz vollendet das, was der Fascismus beginnt.

Von *England* aus, dem Mutter- und Musterland der Demokratie, schreitet der Justizterror über *Irland* durch die überseeischen Gebiete und Kolonien. In *Südafrika* schmachten in den Gefängnissen Hunderte von Arbeitern, die bei den großen Streiks dieses Jahres ihre Lebensrechte gegen die Ausbeuter verteidigt haben. In *Indien*, in *Ägypten* waltet die Justiz der herrschenden englischen Bourgeoisie grausam ihres Amtes gegen nationale Revolutionäre, die die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat gegen die britische imperialistische Raubgier verteidigen, gegen proletarische revolutionäre Kämpfer, die nach der Befreiung der Ausgebeuteten von jeglicher Knechtschaft streben, auch von der der Bourgeoisie der eigenen Nation.

In den *Vereinigten Staaten* werden die revolutionären Proletarier, werden namentlich die Kommunisten mit einer Barbarei und einem Raffinement ohnegleichen verfolgt, mißhandelt, aller Rechte beraubt, den schlimmsten Gewalten und Tücken preisgegeben.

Die Verfolgung und Einkerkerung der proletarischen Kämpfer, der Justizterror der Bourgeoisstaaten ist zu einer internationalen Massenerscheinung geworden. Was kündet sie uns an? Sie kündet uns nicht bloß an, daß die Proletarier in steigendem Maße müde werden, sich ausbeuten und knechten zu lassen, daß sie in steigendem Maße ihr Menschenrecht verlangen und dafür kämpfen, sie verkündet auch die Todesangst und die aus der Todesangst geborene Rachsucht der herrschenden Klasse. Gewiß, die Bourgeoisie scheint stark, und trotz alledem, — sie fühlt, wie der Boden ihrer Klassenherrschaft unter den Stößen und unter dem Drängen unwiderstehlicher, revolutionärer geschichtlicher Kräfte schwankt und wankt. So sucht sie mit allen Mitteln der List und Gewalt ihre Herrschaft zu behaupten mit dem Schwindel der Demokratie, wie mit den Skorpionen ihrer Klassenjustiz. Und doch! Trotz alledem und alledem wäre diese Bourgeoisie in der gegenwärtigen geschichtlichen Stunde außerstande, ihre Macht aus eigener Kraft zu behaupten. Allzulaut redet der Verfall der kapitalistischen Wirtschaft, redet die Auflösung der bürgerlichen Ordnung von dem nahenden Ende einer Welt, darinnen die Bourgeoisie herrscht und ausbeutet. Mit der Bourgeoisie als herrschender Klasse wäre es aus, wenn sie nicht einen Bundesgenossen fände in den reformistischen Arbeiterführern aller Länder. Sie sind es, die einen Schutzwall errichten für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, und sie sind es, die das volle Maß der Verantwortung dafür tragen, daß Tausende und aber Tausende der besten Söhne und Töchter des Proletariats Zuchthäusler, Gefangene sind, statt ihre Kräfte in dem Kampf zur Überwindung des Kapitalismus einsetzen zu können.





Genossen und Genossinnen! Es ist unsere Ehrenpflicht, daß wir unsere herzlichsten brüderlichen Grüße allen denen senden — wer sie auch seien, wie sie auch heißen, in welchem sogenannten Vaterlande sie auch leiden mögen (Beifall) —, die aufrecht und stark genug waren zu kämpfen, und deren Schuld es wahrlich nicht ist, daß sie nicht zu siegen vermochten. Wir senden ihnen unsere heißesten Wünsche in der Überzeugung, daß sie, die mutig genug waren, den Kampf gegen eine Welt von Feinden aufzunehmen, auch stark genug sein werden, trotz der Rachsucht ihrer Feinde ungebeugt, das Haupt hoch, durchzuhalten. Wir grüßen sie in der festen Überzeugung, daß ihre Befreiung nicht sein wird das Werk der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und anderer schönen Dinge, zu denen die Bourgeoisie sich mit den Lippen bekennt, sondern einzig und allein die Tat der revolutionären proletarischen Massen, die mit unwiderstehlicher Wucht vorwärtsdrängen, und deren Druck auf die Dauer kein Kerkertor zu widerstehen vermag. Wir geben unserer Überzeugung Ausdruck, daß ein solcher Kampf für die Befreiung der revolutionären Kämpfer nicht nur ein Akt der Solidarität sein wird, sondern daß er die Abtragung einer Schuld bedeutet, die das Proletariat seinen Vorkämpfern gegenüber hat, weil es sie im Ringen mit dem Feinde allein ließ. Wir grüßen unsere gefangenen Brüder und Schwestern in der Überzeugung, daß sie unerschüttert in ihrem Denken und Wollen aushalten, auch wenn der Tag ihrer Befreiung erst an dem Tage leuchten sollte, wo das siegreiche Banner der proletarischen Revolution mit dem Sowjetstern über den einzelnen Ländern und über der ganzen Welt wehen wird.

SINOWJEW: Genossen, wir werden nun den Entwurf des in russchischer Sprache verfaßten Aufrufes an die gefangenen Genossen verlesen. Die Verlesung des Dokuments wurde vom Präsidium einem Genossen übertragen, der seinerzeit reichlich Gelegenheit hatte, viel zaristische Kerker und Gefängnisse kennen zu lernen. Das Wort hat Gen. *Felix Kon.*

FELIX KON (liest): Gefangene des Kapitalismus! Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse, in Ketten geschlagen von den kapitalistischen Regierungen! Euch gilt der erste Gruß der Vertreter des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, die sich zum 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale versammelt haben.

Genossen! Jahraus, jahrein ehren die Weltkongresse der revolutionären proletarischen Vorhut, wenn sie die Siege der Arbeiterklasse zählen, die Opfer des Kampfes, die von der Hand der Henker gefallen und in die Gefängnisse geworfen sind. Diesmal aber, von dem Augenblick an, wo das Kapital in vereinigter Front zum Angriff übergegangen ist, tritt seine Grausamkeit mit voller Schärfe zutage. Abermals überflutet das Blut der Proletarier die ganze kapitalistische Welt überall, wo das Proletariat seinen „letzten Kampf" mit seinem Klassenfeinde durchkämpft. Die besten Kräfte verkommen in den Kerkern, die Wogen des weißen Terrors überschwemmen alle kapitalistischen Länder.

In Italien bedrohen die Fascisten das Proletariat mit Feuer und Schwert, sie zerstören die Gewerkschaftshäuser, die Häuser der Arbeitergenossenschaften und der Parteiorgane, ja, sie scheuen nicht zurück vor der Zerstörung der Privatwohnungen der Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die heldenhaften Seeleute in Frankreich, die sich geweigert haben, gegen das Arbeiter- und Bauernrußland zu kämpfen, schmachten weiter in der Gefangenschaft. Und während des Ausstandes in Le Havre haben die Verteidiger des Kapitalismus abermals ihre gewohnte blutige Ernte eingesammelt.

Die Straßen Berlins, der Hauptstadt Deutschlands, sind wieder gerötet von Arbeiterblut, und die Kämpfer, die den monarchistischen Banden entgegentraten, sind ins Gefängnis geworfen.

Die Führer Rätebayerns schmachten noch heute im Gefängnis, obgleich seit dem Sturz der bayrischen Räteherrschaft schon drei Jahre verflossen sind. Viele Teilnehmer an der Märzaktion sind trotz der Amnestie noch nicht aus den Gefängnissen befreit.

In Finnland sind die Gefängnisse überfüllt, die Verhaftungen und Folterungen nehmen kein Ende.

In Estland sind nach wie vor der Hinrichtung des unvergeßlichen Genossen Kingissepp die Gefängnisse mit Vertretern des revolutionären Proletariats gefüllt.

In Lettland werden abermals die Galgen aufgerichtet. Genosse Klava-Klavin ist zum Tode verurteilt, und das Schicksal von Hunderten verhafteter Arbeiter ist noch nicht entschieden.

Im „demokratischen" Polen werden die Kämpfer für den Kommunismus auf Grund der zarischen Gesetzgebung zu Zwangsarbeit verurteilt. Die bürgerlichen Gerichte treten ihre eigenen Gesetze mit Füßen. Der „unantastbare" Abgeordnete Genosse Dombal ist verurteilt und verbüßt bereits seine Zuchthausstrafe. Die Wahlausschüsse werden restlos verhaftet. Über 500 Mann schmachten in den Gefängnissen wegen Teilnahme an der Wahlkampagne, und in den Grenzländern wird der Belagerungszustand verhängt und das Standgericht eingeführt.

In Rumänien ermordet man die Genossen unter dem bewährten Vorwand des „Fluchtversuchs". Die Foltern, die in den Gefängnissen während des Verhörs angewandt werden, rufen sogar unter der Bourgeoisie Unwillen und Protest hervor.

In Jugoslavien sind Verhaftungen, Folterungen in den Kerkern, Erniedrigungen und Quälereien von Arbeitern an der Tagesordnung.

In Griechenland schmachten nach der sogenannten Revolution die Führer des Proletariats immer noch im Gefängnis.

In Ungarn hört die blutige Horthy-Regierung mit Hinrichtungen und Foltern nicht auf.

In Südafrika wütet die englische Bourgeoisie gegen die rebellischen Arbeiter aufs grausamste.

Im demokratischen Amerika, das auf seine Freiheiten stolz ist, werden die härtesten Strafen verhängt gegen alle, die der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verdächtigt sind. Die Polizei der amerikanischen Bourgeoisie zerstört die Gewerkschaften, verhaftet die Arbeiter zu Hunderten, treibt die Streikenden mit Seitengewehren und Gummiknüppeln zu Paaren.

In Indien, Ägypten und in allen Kolonien wird das leiseste Anzeichen von Unzufriedenheit, der leiseste Versuch eines Widerstandes gegen die zügellose Ausbeutung mit Waffengewalt unterdrückt.

Genossen, bei all diesen blutigen Vorgängen treten die Sozialdemokraten als Helfershelfer der Bourgeoisie auf. *Sie* sind es, die die

2

Arbeiterklasse durch Irreführung vom Kampfe abhalten und ihr Reformen ohne Kampf in Aussicht stellen. *Sie* sind es, die jede Aktion des Proletariats vereiteln. Sie sind es, die die Aufmerksamkeit der Massen des einen Landes von dem schroffen Vorgehen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter in anderen Ländern ablenken. Sie sind es, die die Einheitsfront der Arbeiter zerschlagen.

Genossen, Arbeiter! An Opfer braucht sich die Kommunistische Internationale nicht erst zu gewöhnen. Jede Errungenschaft der Revolution ist mit dem Blut der Kämpfer erkauft und auf Blut gegründet. Je schärfer der Kampf, desto zahlreicher die Opfer. Doch wenn auch die Menschen fallen, die Idee kann nicht sterben. Genossen, Häftlinge der kapitalistischen Gefängnisse! Heute, am Tage unseres großen Festes, am großen fünften Jahrestage der russischen Revolution, teilen wir mit Euch unsere Überzeugung, unsern felsenfesten Glauben, daß die Stunde nahe ist, in der das revolutionäre Proletariat das Joch des Kapitalismus abwerfen und sich von Knechtung und Ausbeutung befreien wird, wo es Euch befreit, die Schlösser Eurer Kerker zerbricht und Euch mit Ehren abermals in seine Reihen aufnimmt, Euch, seinen Stolz, Euch, seine besten Genossen.

Nieder mit den kapitalistischen Henkern!

Es lebe der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse!

Es lebe die soziale Revolution, die Befreierin der Werktätigen aller Länder!

SINOWJEW: Genossen, der Kongreß tritt in einem Augenblick zusammen, in dem das italienische Proletariat schwere kritische Tage erlebt, die aber schließlich die revolutionäre Entwicklung im Lande zweifellos beschleunigen werden. Gegenwärtig befinden sich die italienischen Proletarier in einer schweren Lage. Das Präsidium glaubt deswegen, daß der Kongreß zu Beginn seiner Arbeiten eine entsprechende Erklärung zur italienischen Frage abgeben muß. Das Wort zu dieser Frage erhält Genosse Béron, Vertreter der französischen Delegation.

BERON (liest):

Liebe Brüder, Genossen, Arbeiter, Bauern Italiens! Am Tage der feierlichen Eröffnung des 4. Weltkongresses der III. Internationale, der mit der 5. Jahresfeier des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland zusammenfällt, wendet sich die Internationale der Kommunisten an Euch, denn die Ereignisse, die in den letzten Tagen in Eurem Lande stattgefunden haben, stellen Euren Kampf gegen die sich gegen Euch erhebende unverhüllte Reaktion in den Vordergrund.

Vor zwei Jahren hat die Kommunistische Internationale den Führern der damals vereinigten Partei Italiens aufs energischste empfohlen, zur Offensive überzugehen. Die Kommunistische Internationale hat nachdrücklich vorgeschlagen, die Anhänger der Kompromisse, den opportunistischen Flügel, abzuschütteln, und, die Panik der Bourgeoisie und den Aufschwung der revolutionären Stimmung unter den Arbeitermassen nach den Prüfungen des Krieges und den Enttäuschungen des Friedens ausnützend, der alten Ordnung einen entscheidenden Stoß zu versetzen.

Aber die Meinung derjenigen, die zu Halbmaßnahmen und Vorsicht geneigt waren, hatte die Übermacht gewonnen. Diese sind vor der Dik-

tatur des Proletariats zurückgeschreckt, sie haben sich auf die angeblich im Volke eingewurzelten Gewohnheiten der Demokratie und der Gesetzlichkeit berufen.

Und nun ist das geschehen, was Euch die Kommunistische Internationale vorausgesagt hatte: Während die Zentristen sich mit dem rechten Flügel auseinandersetzten, hat sich die Bourgeoisie erholt, ist die Reaktion zur Offensive übergegangen, ist die Macht in die Hände von Banditen geraten, die die Träger der ungezähmtesten Wut Eurer Klassenfeinde gegen Euch und Eure Ideale sind.

Die Fascisten sind die Herren der Lage geworden, sie haben eine Diktatur eingeführt und Demokratie und Gesetzlichkeit, diese lügenhaften Dekorationen, die in naiver Weise von den schwächlichen Führern des italienischen Sozialismus angebetet werden, mit Füßen getreten. Mit Feuer und Blut vollenden sie die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, gegen die sie schon früher mit Unterstützung des Staates einen durch nichts gehemmten Kampf geführt haben, der nun ganz in ihre Hände geraten ist.

Aber verzweifelt nicht!

Es ist nicht alles verloren, ja, Euer Sieg ist bei entschlossener und richtiger Taktik gesichert.

Die Kräfte des Proletariats sind in den wichtigsten Industriestädten — Turin, Mailand, Venedig und Triest — noch ungebrochen und können sich verhältnismäßig rasch zur Abwehr vorbereiten.

Die Kommunistische Partei Italiens, die zur rechten Zeit mit jenen unentschlossenen Elementen gebrochen hat, die unter der Maske des Maximalismus eine Taktik der Schwächung und der Zugeständnisse befolgte, die vor einem Jahre sogar bis zum Friedensvertrag mit den fascistischen Banden geführt hat, die Kommunistische Partei hält das Rote Banner hoch und wird nicht nur alle Sozialisten, die noch zu revolutionären Aktionen fähig sind, nicht nur die gesamte Arbeitermasse und die bewußten Bauern, sondern auch alle ehrlichen Leute, die mit Schrecken der nahenden schwarzen Wolke der Reaktion entgegensehen, auffordern, sich um dieses Banner zu scharen.

Man muß dessen eingedenk sein, daß, wenn die Revolutionskräfte in Italien nicht so schwach sind, wie es die Panikmacher darstellen, — die Fascistenkräfte bedeutend schwächer sind, als es ihre Freunde und Anbeter behaupten. Nicht nur ein bedeutender Teil der radikaldenkenden Demokratie wird sich von ihnen abwenden, sondern auch im Lager Eurer direkten Klassenfeinde selbst gibt es keine Einheit.

Die Fascisten sind vor allem eine Waffe in der Hand der Agrarier. Die Industrie- und Handelsbourgeoisie verfolgt angstvoll das Experiment der ungezähmten Reaktion, die sie für einen schwarzen Bolschewismus hält.

Andererseits: Neben solchen politisch unbestimmten, wenn auch im unmittelbaren Kampfe energischen Elementen, wie die reaktionäre Studentenschaft, die demobilisierten Offiziere und einfachen Gauner besitzen die Fascisten auch Bataillone, die aus Werktätigen, Landproletariern und einem Teil der Bauernschaft bestehen. Diese Elemente werden bald einsehen, durch welche trügerischen Versprechungen man

2*



sie in das konterrevolutionäre Abenteuer hineingelockt und aus ihnen eine Gutsbesitzerarmee gegen ihre Blutsverwandten gemacht hat.

Schließlich bedeutet der Fascismus eine Politik internationaler Abenteuer. Der Fascismus, der jedes Programms und aller Ideale, jeder festen und einheitlichen Klassengrundlage entbehrt, wird in kürzester Zeit eine Bewegung öffentlicher Entrüstung gegen sich heraufbeschwören. Es gilt, diese Bewegung in unsere Bahnen zu leiten, die italienischen Arbeiter, mit der Kommunistischen Partei an der Spitze, diese Protestbewegung gegen die Reaktion so weit führen zu lassen, wie es nur möglich ist.

Die ganze Kommunistische Internationale ist mit Euch, liebe Genossen; sie verfolgt aufmerksam die einzelnen Etappen Eures schweren und verantwortlichen Kampfes, sie macht die Proletarier aller Länder auf die italienischen Ereignisse als auf ein Beispiel der Folgen schwerer taktischer Fehler des Opportunismus und des Halbopportunismus aufmerksam und sie wird glücklich sein, fernerhin auf die weitere Geschichte Eurer Bewegung als auf ein Beispiel dafür hinzuweisen, wie solche Fehler gutzumachen sind. Die Kommunistische Internationale ist bereit, Euch in diesem Kampfe beizustehen, Euch jede in ihrer Macht befindliche Unterstützung zu gewähren.

Es lebe die Einheit der Arbeiter Italiens im Kampfe gegen die Reaktion!

Es lebe die Einheit der Arbeiter der ganzen Welt im Kampfe gegen das Kapital!

Es lebe die III. Internationale und der kommende Sieg der proletarischen Revolution!

SINOWJEW: Auf Anregung einer Reihe von Delegationen beschließt der Kongreß, anläßlich der 5. Jahresfeier einen Aufruf der Kommunistischen Internationale an die Sowjetrepubliken zu richten. Dazu bittet ein Vertreter der italienischen Delegation ums Wort; wir werden Gelegenheit haben, in seiner Person unser Verhältnis zum italienischen Proletariat auszudrücken. Ich erteile unserem alten Kämpfer, dem Eisenbahner Gen. Azzario das Wort.

AZZARIO: Genossen, Ihr bedürft in Eurem Kampfe unserer Hilfe und Unterstützung, doch wird uns in unserem Kampf gegen das Kapital im entscheidenden Augenblick die Hilfe des ersten proletarischen Staates der Welt notwendiger sein. Schützt unsere gemeinsamen Eroberungen, Eure und unsere Sowjetmacht. Haltet jenen Abschnitt der proletarischen Front, an dem Ihr vor 5 Jahren die kapitalistischen Schützengräben durchbrochen und jenes Gebiet, auf dem in Zukunft das Fundament unseres proletarischen Vaterlandes liegen wird, erobert habt, fest in der Hand. Dieses Vaterland wird kraft unseres gemeinsamen Sieges die ganze Welt umfassen.

Es lebe die große Oktoberrevolution und ihre Helden!

Es lebe die Russische Arbeiterklasse!

Es lebe das Rote Petrograd, die Heimat der Sowjetmacht!

Tod dem Weltkapital und seiner wichtigsten Stütze, den verräterischen Sozialdemokraten und Reformisten!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe die Föderation der Sowjetrepubliken der Welt! (Beifall.)

An die Werktätigen Rußlands!

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der sich zur Abhaltung seiner ersten Sitzung in Petrograd — in der Stadt, von wo die proletarische Weltrevolution ausgegangen ist und wo die Sowjetmacht geboren wurde — versammelt hat, richtet an die Arbeiter, Roten Soldaten und Bauern Sowjetrußlands, die jetzt den 5. Jahrestag der Oktoberrevolution feiern, seine glühenden Grüße.

Genossen! Vor fünf Jahren habt Ihr durch Euren heldenhaften Sturmangriff auf die Festungen der alten Welt die Herrschaft der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie in Eurem Lande gestürzt, dem Kapital den sechsten Teil des Erdballes abgerungen, im schweren Bürgerkrieg mit dem Weltkapital habt Ihr es verstanden, Euer Sowjetland — diese Errungenschaft des gesamten Weltproletariats — zu verteidigen, und könnt jetzt mit jedem Tage immer weiter auf dem Wege des friedlichen sozialistischen Aufbaues fortschreiten. Der Sieg ist Euch nicht leicht gefallen. Hunderttausende von Arbeitern und Bauern sind für die Sache des Kommunismus gefallen. Jahre hindurch hat die Arbeiterklasse größte Qualen und Armut erleiden müssen. Aber die Arbeiter, die Tag und Nacht das Wimmern ihrer hungrigen Kinder anhören mußten, haben die Rote Fahne nicht fallen lassen und, unter der Leitung ihrer ehernen Vorhut — der russischen Kommunistischen Partei — haben sie mannhaft und entschlossen die schwerste Strecke ihres Leidensweges zurückgelegt. Der 4. Weltkongreß, dem die Mehrzahl der Delegierten beiwohnen, die auch an früheren Kongressen teilgenommen haben, beugt sich gemeinsam mit Euch vor den zahllosen Gräbern der Proletarier und der Roten Soldaten, die für unsere gemeinsame Sache auf den weiten Ebenen Sowjetrußlands gefallen sind, stellt aber auch mit Freude fest, daß schon zur fünften Jahresfeier der Oktoberrevolution und schon im zweiten Jahre des friedlichen Aufbaues Sowjetrußland seine Kampfwunden rasch heilt. Die Industrie und die Landwirtschaft Sowjetrußlands sind in augenfälligem Wiederaufbau begriffen, die materielle Lage der Arbeiterklasse bessert sich, es wächst eine neue Generation der Arbeiterjugend heran, welche sich der Wissenschaft und der technischen Kenntnisse bemächtigt, es stärken sich die Kräfte der Roten Arbeiter- und Bauernarmee und gleichzeitig behauptet die Arbeiterklasse Rußlands ebenso stark wie zuvor die Staatsmacht.

Der 4. Weltkongreß versammelt sich auf Sowjetboden zu einer Zeit, wo sich über der Arbeiterklasse der ganzen Welt immer mehr und mehr die schwarzen Wolken der kapitalistischen Reaktion verdichten. In breiter Front hat die Offensive des Kapitals gegen die wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse eingesetzt: überall werden die Löhne abgebaut, der Achtstundentag abgeschafft, die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt. Auch auf politischem Gebiete erstarkt die Reaktion. In Italien haben sich die Plündererbanden der Fascisten, die die letzte Reserve der Bourgeoisie in ihrem Existenzkampfe sind, der Staatsmacht bemächtigt. Es organisieren sich die monarchistischen Kräfte in Deutschland und bereiten sich zur Offensive vor. In England hat sich sogar die Regierung Lloyd Georges als zu liberal erwiesen und ihr folgt eine Regierung der Konservativen. Die Klassen-



gegensätze verschärfen sich, und alles spricht dafür, daß Europa sich in dem Knoten einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie verwickelt. Aber je finsterer die Nacht in Europa, um so heller leuchten vom Sowjetnorden die Sterne Eurer und gleichzeitig auch unserer proletarischen Diktatur, wo Hammer und Sichel unter dem Schutz des fünfzackigen Rotarmistensternes das Land verwalten. Je schwerer die Arbeiter anderer Länder unter dem Joch des vorrückenden Kapitals leiden, um so stärker wird die Hoffnung, mit der die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf jenen Erdteil schaut, wo schon fünf Jahre hindurch die Arbeiterregierung am Staatsruder ist.

Genossen! In Eurem schweren Kampfe bedürft Ihr unserer Hilfe und Unterstützung, aber vielleicht werden wir in unserem Kampfe mit dem Kapital in einem entscheidenden Augenblick die Hilfe des ersten proletarischen Staates in der Welt in Anspruch nehmen. Beschützt also unsere gemeinsame Errungenschaft, Eure und unsere Sowjetmacht. Verteidigt tapfer jenen Abschnitt der proletarischen Front, wo Ihr vor fünf Jahren die kapitalistischen Schützengräben durchbrochen und das Territorium zur Schaffung des Fundaments unserer proletarischen Heimat erobert habt. Diese Heimat wird sich als Folge unseres gemeinsamen Sieges auf die ganze Welt erstrecken.

Es lebe die große Oktoberrevolution und ihre Helden!

Es lebe die russische Arbeiterklasse!

Es lebe das proletarische Petrograd, die Heimat der Sowjetmacht!

Nieder mit dem Weltkapital und mit seiner Hauptstütze — den verräterischen Sozialdemokraten und Reformisten!

Hoch lebe die proletarische Weltrevolution!

Hoch lebe die föderative Weltrepublik der Sowjets!

SINOWJEW: Das Präsidium hat auf Verlangen einer Reihe von Organisationen beschlossen, sich mit einem besonderen Aufruf an die Rote Armee zu wenden. Es ist wohl nicht ohne gewisse historische Bedeutung, daß als Redner zu dieser Frage das Präsidium den ältesten Führer der japanischen Arbeiter, den Gen. Katayama, bestimmt hat, dem ich hiermit das Wort erteile.

SEN KATAYAMA: Genossen! Ich bin stolz und dankbar, zu dieser Versammlung sprechen und der Roten Armee und Flotte Sowjetrußlands meine Grüße übermitteln zu dürfen. Wir freuen uns über den Erfolg der russischen Revolution. Wir wissen, was Sowjetrußland durchgemacht hat, an den Fronten sowohl, wie im Innern des Landes. Wir wissen, wie der Weltkapitalismus versuchte, die russische Revolution zu zerbrechen. Wir wissen aber auch, daß die Rote Armee und die Rote Flotte sie verteidigt und den Sieg errungen haben. Wir freuen uns, die russische Revolution zu ihrem Erfolg beglückwünschen zu dürfen, die Revolution, die sich gegen den Imperialismus und den Kapitalismus der Welt verteidigt hat.

Wir, die wir hier zum 5. Jahrestag der russischen Revolution versammelt sind, danken den russischen Soldaten und Matrosen nicht nur dafür, daß sie ihre eigene Revolution siegreich zu Ende geführt haben, sondern auch für die Hoffnung, die sie dem Proletariat anderer

Länder eingeflößt haben. Die Rote Armee Sowjetrußlands ist die Hoffnung des Weltproletariats.

Genossen! Es ist ein großes Ereignis in der Weltgeschichte, daß wir hier zum vierten Mal zusammenkommen, um die Richtlinien der internationalen sozialistischen Revolution festzulegen. Wir sind froh und wir sind voller Hoffnung, weil wir wissen, daß wir hier in der Arbeiterrepublik sicher sind, daß wir geschützt werden von derselben Roten Armee und derselben Roten Flotte, die für Rußlands Volk den Sieg errungen haben.

Wir erwarten aber auch, daß die russische Flotte und die russische Armee in die Zukunft sehen. Ihr, die Ihr die russische Revolution verteidigt und gewonnen habt, Ihr, die Ihr für Euch selbst und Eure Genossen gekämpft habt, noch Größeres steht Euch jetzt bevor. Wir erwarten von Euch, daß Ihr für die Revolution in den anderen Ländern arbeiten werdet. Die Zukunft muß den Sieg der Revolution nicht nur in Rußland, sondern in allen Ländern der Welt sehen.

Genossen! Wir erwarten, nein, wir fordern von der Roten Armee und der Roten Flotte Sowjetrußlands, daß sie sich für den Kampf der Weltrevolution vorbereiten. Wie Ihr in der Vergangenheit die Kommunistische Internationale organisiert und verteidigt habt, so müßt Ihr es auch in Zukunft tun. Wir gestehen, daß wir bisher in den einzelnen Ländern zu individuell gearbeitet haben. In Zukunft wird die Rote Armee Sowjetrußlands international sein. Ihr müßt nicht nur für die Sowjetrepublik kämpfen, sondern auch für die Weltrevolution. Wir in der Kommunistischen Internationale organisieren den Kampf für die Weltrevolution im internationalen Maßstabe. Wir verlangen Eure Mitarbeit, um diesen internationalen Charakter wahrzumachen.

Ich will jetzt die von der Kommunistischen Internationale angenommene *Resolution* verlesen:

An die Rote Armee und die Rote Flotte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik!

Der in der Hauptstadt der Arbeiter und Bauern Rußlands versammelte vierte Kongreß der Kommunistischen Internationale entbietet den Helden der Roten Armee und der Roten Flotte seinen Dank und seinen Gruß. Sowjetrußland ist der einzige Ort in der Welt, wo die Vertreter der revolutionären Arbeiter der Welt, ohne irgend welche Störung befürchten zu müssen, die Befreiung der arbeitenden Menschheit von dem Joch des Kapitals organisieren können. Dank den Siegen der Roten Armee und unter ihrem sicheren Schutz können die Delegierten sich schon zum vierten Mal zu ihrem Weltkongreß versammeln.

Rote Soldaten und Matrosen! Die revolutionären Arbeiter aller Länder haben sich mit Euch über Eure Siege gefreut und haben mit Euch die Bitterkeit Eurer Niederlagen gefühlt. Die aufgeklärten Arbeiter aller Länder wußten, daß Euer Kampf nicht nur im Interesse der russischen Arbeiter, sondern auch im Interesse der arbeitenden Massen der ganzen Welt geführt wurde. Schon auf den früheren Kongressen haben wir die neuen Kampfgenossen der Kommunistischen Internationale anerkannt. Helden des Kampfes der Menschheit!



Genossen, Rote Soldaten und Matrosen! In den Kämpfen der Vergangenheit waren die revolutionären Arbeiter zu unserm Bedauern zu schwach, um Euch in den kritischen Stunden zu Hilfe eilen zu können. Aus diesem Grunde war es schwer für Euch, gegen die vereinigten Kräfte des Kapitalismus zu kämpfen. Aber die Kommunisten aller Länder haben die Zeit nicht unnütz verstreichen lassen und haben emsig an der Aufklärung und der Vereinheitlichung der Massen und den Vorbereitungen zum Sturze des Kapitalismus gearbeitet. Der vierte Kongreß wird alle seine Kräfte dieser Hauptaufgabe des internationalen Proletariats widmen.

Wir beglückwünschen Euch, Ihr Roten Soldaten und Roten Matrosen, zu Eurem letzten großen Sieg im Fernen Osten. Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale muß Euch jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Zeit der Ruhe und der allgemeinen Abrüstung, jene Zeit, die keine Kriege mehr kennt, noch nicht gekommen ist, weil die Kapitalisten, wo sie die Macht haben, die Armeen für ihre eigenen mörderischen Zwecke benutzen und Millionen von Arbeitern und Bauern auf dem Altar des Kapitalismus opfern. Solange dieser Zustand anhält, wird es immer Kriege geben, und alle Völker — die Völker der Sowjetrepubliken nicht ausgenommen — werden im Schatten des Krieges leben. Seid auf der Hut, Ihr Helden der Roten Armee und der Roten Flotte. Die Gefahr ist noch nicht vorüber. Der 4. Kongreß begrüßt mit Freuden die Bestrebungen der Sowjetrepubliken, die Rote Flotte zu reorganisieren und sie für die Verteidigung der Revolution bereitzumachen.

Hoch lebe die Rote Armee und die Rote Flotte!

SINOWJEW: Genossen, der Kongreß erweist den Petrograder Arbeitern eine große Ehre, indem er beabsichtigt, an unser Petrograd einige Begrüßungsworte im Namen der Kommunistischen Internationale zu richten. Das Wort hat einer der Führer der Kommunistischen Internationale, ein alter Kämpfer der Kommunistischen Balkanföderation, Gen. *Kolarow.*

KOLAROW (liest):

An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Rotarmisten des Roten Petrograd!

Am Tage seiner Eröffnung, am Festtage der Oktoberrevolution, begrüßt der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale das heldenhafte Proletariat des Roten Petrograd.

Durch ihren kühnen Vorstoß haben die Arbeiter und Arbeiterinnen Petrograds, brüderlich unterstützt von den Soldaten der Garnison, in den Februar- und Märztagen des Jahres 1917 den verhaßten Zarismus von seinem bluttriefenden Sockel gestoßen und in Gestalt ihres Arbeiter- und Soldatenrates den Grundstein zu jener Organisation gelegt, der es vorbehalten war, bald darauf die Sache der Revolution zu Ende zu führen und eine Ära des Aufbaues des proletarischen Staates zu beginnen.

In den denkwürdigen Oktobertagen 1917 hat das Petrograder Proletariat einen gewaltigen Schritt getan, mit dem ein neuer Zeitabschnitt in der Weltgeschichte beginnt.

Dem Beispiel der unsterblichen Pariser Kommune von 1871 folgend, haben die Arbeiter Petrograds das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt, die Diktatur des Proletariats proklamiert und damit die Ära der sozialen Revolution nicht nur in Rußland, sondern auch in der ganzen Welt eröffnet.

In den jahrelangen äußeren und inneren Kämpfen, die dann einsetzten, hat das Petrograder Proletariat die ganze Zeit in den ersten Reihen gestanden, seine Söhne an alle Fronten geschickt und unzählige Opfer an Blut und Arbeit gebracht.

Sein Beispiel hat breite Massen der werktätigen Bevölkerung Rußlands begeistert, und heute, nach 5 Jahren, kann sich die russische Arbeiterschaft zu ihrem vollständigen Siege an der äußeren und inneren Front beglückwünschen.

Jetzt, da die friedliche Wiederaufbautätigkeit beginnt, nimmt das Petrograder Proletariat, wie stets, einen Ehrenplatz an der Front der Arbeit ein. Seinen Bemühungen ist es zu danken, daß die Wunden Petrograds zu heilen beginnen und es wieder zu einem industriellen und proletarischen Zentrum wird.

Gewaltig sind die Verdienste, die das Rote Petrograd nicht nur gegenüber dem Rußland der Arbeiter und Bauern, sondern auch gegenüber dem gesamten Weltproletariat erworben hat. Wenn Sowjetrußland zum Rückgrat der internationalen Arbeiterbewegung, zu ihrer Stütze und Hoffnung geworden ist, wenn die russische Revolution die Begeisterung aller Arbeiter entflammt und den internationalen Kampf für die soziale Revolution gewaltig gefördert hat, so ist das vor allen Dingen dem Roten Petrograd zu danken. Das von den Petrograder Arbeitern gegebene Beispiel eines schier unerschöpflichen Heroismus begeistert die Arbeiter der ganzen Welt, unermüdlich weiter zu kämpfen für ihre endgültige Befreiung, für die Schaffung einer die ganze Welt umfassenden sozialistischen Föderation der Sowjetrepubliken.

Deswegen betrachtet auch das Weltproletariat das proletarische rote Petrograd als eine seiner Hochburgen, deswegen schlagen auch die Herzen aller Arbeiter voller Sympathie und Liebe der werktätigen Bevölkerung der Nord-Kommune entgegen.

Deswegen schließlich wendet sich heute, am Jahrestag der ruhmvollen Oktoberrevolution, am Tage der feierlichen Eröffnung des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale, der erste Gedanke der Delegierten dieses Weltkongresses der Werktätigen zuerst dem roten Petrograd zu, in dessen gastfreien Mauern wir diesen großen Festtag des Weltproletariats begehen.

Ewiger Ruhm dem heldenhaften Proletariat des roten Petrograd!

Es leben die Petrograder Arbeiter, — diese Pioniere der sozialen Revolution, dieses leuchtende Beispiel für das gesamte Weltproletariat!

KOLAROW (fortfahrend, russisch): Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr, die Ihr als erste die Fahne der Revolution erhoben habt, haltet sie fest in Euren Händen, die Stunde naht, in der sich diese Fahne über der ganzen Welt entfalten wird. (Beifall.)

SINOWJEW: Die erste Sitzung des 4. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ist geschlossen. Ich schlage vor, die „Internationale" des Proletariats zu singen (man singt die „Internationale").



ZWEITE SITZUNG

DONNERSTAG, DEN 9. NOVEMBER 1922.

Eröffnung. Wahl der Kommissionen. Bericht des EK. der KI.

Redner: Kolarow, Humbert Droz, Sinowjew.

Eröffnung: 7 Uhr abends im Kongreß-Saal des Kreml zu Moskau.

Vorsitz: Kolarow.

VORSITZENDER: Der erste Punkt, der in dieser Sitzung zu behandeln ist, besteht darin, die Tagesordnung, die von dem Exekutiv-Komitee aufgestellt wurde, zu bestätigen. Diese wurde in der „Inprekorr", wie auch in der ganzen kommunistischen Presse veröffentlicht. Infolgedessen erübrigt es sich, sie nochmals vorzulesen. Es wird vorausgesetzt, daß sie allen Genossen bekannt ist.

Schlägt jemand Änderungen zu dieser Tagesordnung vor? Ich bringe sie zur Abstimmung. (Angenommen.)

In zweiter Linie handelt es sich darum, die Geschäftsordnung unseres Kongresses, die von der Erweiterten Exekutiv-Sitzung aufgestellt wurde, zur Abstimmung zu bringen. Kein Widerspruch? (Angenommen.) In dritter Linie handelt es sich darum, einige Kommissionen zu bilden, in denen besondere Fragen eingehend geprüft werden sollen. Ich erteile das Wort dazu dem Gen. Humbert Droz.

HUMBERT DROZ: Das Präsidium hat den verschiedenen Delegationen eine Reihe von Kommissionen vorgeschlagen. Die Delegationen haben miteinander beraten und einige Änderungen zu den Vorschlägen des Präsidiums gemacht.

Alle Wünsche der Delegationen sind berücksichtigt worden. Die verschiedenen, vom Präsidenten ernannten Kommissionen sind die folgenden:

Spanische Kommission.

Spanien: Nin.
Schweiz: Humbert Droz.
Italien: Graziadei.
Deutschland: Schreiner.
Frankreich: Paqueraux.
Jugend: Doriot.
Einberufer: Humbert Droz.

Neger-Kommission.

Amerika: Billings, Sascha, Johnstone.
Rußland: Safarow.
Japan: Katayama.
Frankreich: Tanar Boudengha.
Holland: Jansen.
England: Joss.
Holländisch Indien: Malaka.
Südafrika: Bunting.
Einberufer: Die amerikanischen Mitglieder.

Französische Kommission.

Rußland: Lenin, Trotzki, Sinowjew.
Deutschland: Zetkin, Thalheimer, Becker.
Bulgarien: Kolarow.
Tschechoslowakei: Neurath.
Italien: Bordiga.
Norwegen: Grepp.
Polen: Walecki, Kostschewa.
Amerika: Carr.
Schweiz: Welti.
Japan: Katayama.
England: Minni Birch.
Ungarn: Bela Kun.
Belgien: Van Overstraaten
Österreich: Stern.
Spanien: Gonzalès.
Jugend: Schüller.
Profintern: Losowski.
Manuilski und Humbert Droz — Delegierte der Exekutive in Frankreich.
Präsident: Trotzki, Sekretär: Humbert Droz.

Italienische Kommission.

Rußland: Trotzki, Sinowjew, Radek.
Deutschland: Zetkin, Schumann, Ruth Fischer.
Frankreich: Souvarine, Faure.
England: Murphy.
Tschechoslowakei: Seiden.
Bulgarien: Kabaktschijew.
Norwegen: Meyer.
Polen: Michalkowski.
Österreich: Stern.
Amerika: Sullivan.
Jugoslavien: Radovanowitsch
Ungarn: Rakosi.
Schweiz: Humbert Droz.
Jugend: Wujowic.
Profintern: Nin.
Rakosi, Sekretär der Kommission.

Engere Kommission zum Zwecke der Beratung mit den Vertretern der S. P. I.

Kabaktschijew, Radek, Sinowjew, Trotzki, Zetkin.

Norwegische Frage.

Rußland: Bucharin, Radek, Kobetzki.
Finnland: Kuusinen.
Deutschland: Urbans.
Schweden: Samuelson.
Tschechoslowakei: Smeral.
Jugend-Internationale: Schatzkin.
Sekretär: Kobetzki.

Tschechische Frage.

Deutschland: Ruth Fischer, Heckert, Ulbricht.
Frankreich: Rosmer, Duret.
Österreich: Friedländer.
Italien: Tresso.
Rußland: Radek, Sinowjew.
Polen: Keller.
Bulgarien: Issakow.
Jugend: Wujowic.
Profintern: Melnitschanski.
Sekretär: Heckert.

Amerikanische Kommission.

Rußland: Bucharin, Losowski, Radek.
Deutschland: Eberlein.
Balkan: Kobler.
Japan: Katayama.
Italien: Azzario.
Finnland: Kuusinen.
England: Leckie.
Jugend: Kurella.
Tschechoslowakei: Schiffeld.
Polen: Domski, Walecki.
Holland: Ravesteyn.
Einberufer: Kuusinen.

Jugoslavische Kommission.

Italien: Bombacci.
Bulgarien: Kolarow.
Rumänien: Pauker.
Ungarn: Bela Kun.
Jugend: Lickow.
Österreich: Friedländer.
Tschechoslowakei: Koren.
Deutschland: Heckert.
Polen: Pruchnjak.
Frankreich: Leiciague.
Einberufer: Koren.

VORSITZENDER: Die Delegierten zu diesen Kommissionen sind von den verschiedenen nationalen Delegationen ernannt worden. Sollen Änderungen vorgenommen werden, so werden die Delegationen ersucht, diese zu nennen. Werden keine Abänderungen vorgeschlagen? Ich bringe also die Zusammensetzung der Kommissionen, wie sie vom Sekretär zur Verlesung gebracht wurde, zur Abstimmung. (Angenommen.)

Wenn es nötig ist, werden noch andere Kommissionen gebildet werden. Die Delegationen, die für die schon angeführten Kommissionen ihre Mitglieder noch nicht bezeichnet haben — es ist dies z. B. der Fall bei der österreichischen Delegation — werden ersucht, dies sofort zu tun.



Das Präsidium hat beschlossen, einen Generalsekretär für den Kongreß zu ernennen und schlägt als solchen den Gen. Humbert Droz vor. Kein Widerspruch? Der Genosse Humbert Droz ist somit bestätigt.

Die polnische Partei hatte als Mitglied des Präsidiums des Kongresses einen Genossen ernannt, der nachher durch den Genossen Marchlewski ersetzt worden ist. Ich bringe diese kleine Abänderung zur Abstimmung. (Angenommen.)

Wir kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Exekutivkomitees

SINOWJEW: Genossen, ich habe die Aufgabe, Ihnen zunächst Bericht zu erstatten über die Tätigkeit unserer Exekutive während der Periode vom 3. bis zum 4. Kongreß. Ferner soll ich über die zukünftige Praxis der Kommunistischen Internationale sprechen. Mein Referat zerfällt also in zwei Teile.

Die bloßen Tatsachen und Ziffern über die Tätigkeit der Exekutive während dieser 15 Monate habe ich in einem Artikel, der in allen Sprachen veröffentlicht wurde, niedergelegt. Ich will also darauf nicht zurückkommen.

Wir haben zweierlei zu prüfen: erstens ob unsere Exekutive die Beschlüsse des 3. Kongresses richtig ausgeführt hat, und zweitens, ob diese Beschlüsse selbst richtig waren. Denn jetzt, nach 15 Monaten, haben wir sehr viel Material, das früher nicht vorhanden war.

Wie war am Ende des 3. Kongresses die Lage, die unsere ganze Politik bestimmt hat? Sofort nach dem 3. Kongreß wurde es klar, daß das Weltkapital eine regelrechte, gut organisierte, systematische Offensive gegen die Arbeiterschaft fast in der ganzen Welt anfing. Die Arbeiterklasse befand sich gewissermaßen auf dem Rückzuge. Die 15 Monate unserer Tätigkeit sind ausgefüllt worden mit einer ganzen Anzahl von sehr wichtigen und großen Streiks in der ganzen Welt. Aber wenn wir das Ergebnis dieser Streiks etwas näher betrachten, so müssen wir konstatieren, daß die übergroße Mehrzahl dieser Streiks mit der Niederlage der Arbeiter geendet hat. Die ökonomischen Organisationen der Arbeiterklasse sind weniger zahlreich geworden. Die Gewerkschaften zählten z. B. im Jahre 1920 rund 25 Millionen Mitglieder, im Jahre 1922 aber nur 18 Millionen, und ich weiß nicht, ob diese letzte Ziffer nicht noch etwas übertrieben ist. Schon aus dieser Tatsache sehen wir, in welch schwerer Lage sich die Arbeiterschaft während der Berichtszeit befunden hat.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Lage *Sowjetrußlands* gerade während dieser Zeit. Sie werden sich erinnern, daß es sofort nach dem 3. Kongreß klar wurde, daß in Rußland eine große Hungersnot anfing. Dies war noch nicht klar während des 3. Kongresses, aber



sofort nach Beendigung des Kongresses mußten wir uns im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die Arbeiterschaft der ganzen Welt mit der Bitte wenden, das russische Proletariat in diesem Hungerjahre zu unterstützen.

Diese Tatsache hatte sehr große politische Konsequenzen. Sie wissen, daß man uns oft beschuldigt, die Internationale sei bloß ein Werkzeug der russischen Sowjetrepublik. Es gibt auch manche „Freunde", die solche Behauptungen aufstellen. Nun ist es klar, daß eine bedeutende und sehr enge Wechselwirkung zwischen der ersten proletarischen Republik und der Kommunistischen Internationale, die gegen die Bourgeoisie kämpft, vorhanden ist und vorhanden sein muß. Von unserem kommunistischen Standpunkte aus ist es klar, daß die Kommunistische Internationale für Sowjetrußland sehr wichtig ist, und umgekehrt. Es wäre lächerlich zu fragen, wer da Subjekt, wer Objekt ist. Sie sind das Fundament und das Dach eines Gebäudes. Eines gehört zum andern.

Die Lage, in der wir uns in diesem Jahre befanden, wurde von unseren Gegnern sehr reichlich dazu ausgenutzt, um die Idee der proletarischen Diktatur überhaupt zu bekämpfen. Die ganze 2. Internationale hat versucht, den Hunger in Rußland zum Ausgangspunkt einer Kampagne gegen die Kommunistische Internationale zu machen. Und sie versuchte, an Hand dieser Tatsache eine weitere besonders geräuschvolle Kampagne anzufangen: die Kommunistische Internationale sei nur ein Werkzeug der Sowjetrepublik. Die russische Sowjetrepublik ist eine wichtige politische Tatsache, so daß selbstverständlich niemand daran vorübergehen kann. Es fragt sich nur, auf welcher Seite der Barrikade man Stellung nimmt.

Nehmen Sie bloß ein Beispiel aus der letzten Zeit, den Brief des Führers der englischen Labour Party, des Herrn Clynes. Ich glaube, daß die meisten von Ihnen diesen Brief gelesen haben. Herr Clynes, einer der bekanntesten „Arbeiterführer" der letzten Jahre, hat an die Sowjetrepublik einen Brief gerichtet, der jetzt veröffentlicht worden ist. In diesem Brief schlägt Clynes vor, die Sowjetrepublik möge möglichst schnell den bekannten Vertrag mit Herrn Urquhart bestätigen, damit die Chancen der Labour Party bei den jetzt stattfindenden Wahlen steigen. Herr Clynes bemerkt dabei, daß er nicht in seinem eigenen Namen spreche, sondern im Namen aller seiner Kollegen. England macht eine interessante Etappe seiner imperialistischen Entwicklung durch. Die Wahlen stehen in enger Verbindung mit der Lage Sowjetrußlands. Die Labour Party, eine der wichtigsten oder die wichtigste Partei in der 2. Internationale, kann nicht achtlos daran vorübergehen: sie nimmt Stellung. Aber auf welcher Seite der Barrikade? Auf der

Seite des Herrn Urquhart, auf der Seite der Bourgeoisie. Darum glauben wir antworten zu können, wenn die 2. Internationale mit Anschuldigungen an die 3. herantritt und sagt, — Ihr geht immer zusammen mit der Sowjetrepublik Rußland, Ihr seid weiter nichts als ein Werkzeug dieser Republik: Ihr geht auch nicht an Sowjetrußland vorüber, Ihr müßt auch dazu Stellung nehmen, Ihr tut dies aber in der Form, daß Ihr die erste proletarische Sowjetrepublik zugunsten der Bourgeoisie und nicht zugunsten der Proletarier auszunutzen versucht.

Wie gesagt, die Hungersnot in Sowjetrußland war für die 2. und 2½ Internationale der Ausgangspunkt einer sehr energischen Kampagne. Wir müssen offen gestehen, sie hatte einen gewissen Erfolg. Bei dem einfachen Arbeiter, der jetzt handgreiflich die Tatsache erfahren mußte, daß in der ersten Sowjetrepublik tatsächlich Hungersnot herrscht, daß das Leben der Arbeiter und Bauern sehr schwer ist, für den parteilosen Arbeiter, der politisch noch nicht geschult ist, war das eine gewisse Enttäuschung an der Revolution überhaupt. Das ist wohl betrübend, aber begreiflich. Bei der Lage, in der sich die Arbeitermassen nach dem Kriege befanden, war das absolut unausbleiblich. Sicherlich war es seitens unserer Gegner gewissenlos, das auszunutzen: sie mußten wissen, woher dieser Hunger stammte. Sie mußten wissen, daß die Verräter der 2. und 2½ Internationale und die ganze Taktik des Imperialismus mit seiner Blockade die Hauptschuldigen waren. Es ist aber ganz klar, daß die 2. Internationale in dem Kampfe, den sie gegen uns führt, das ausnutzen mußte, und sie hat es auch getan.

Also in diesem Jahre war die Lage der Kommunistischen Internationale, wie auch die der ersten Sowjetrepublik eine ziemlich schwierige, und zwar eine solche, daß unsere gewissenlosen Gegner, die 2. und 2½ Internationale, sie auszunutzen versuchten und mit Erfolg ausgenutzt haben.

Die Streiks waren, wie gesagt, seitens der Arbeiterschaft defensiver Natur. Ich will Ihnen nicht mit allzuviel Tabellen kommen (das kann man in einer Broschüre tun), ich will nur ein Land herausgreifen, das für uns in der Frage der Einheitsfronttaktik besonders wichtig ist: Frankreich. Die Genossen aus Frankreich waren die entschlossensten Gegner der Einheitsfronttaktik. Jetzt ist es anders gekommen. Aber ich meine, wenn unsere französischen Freunde bei ihrer scharfen Kritik gegen die Kommunistische Internationale nur folgende Ziffern im Auge gehabt hätten, die ich vorbringen werde, so hätten sie sich sicher ganz anders zur Taktik der Einheitsfront verhalten. Die Streiks der Arbeiter in Frankreich offensiver Natur, d. h. solche Streiks, wo die Arbeiter um die Hebung ihres Lebensniveaus, um die Erhöhung ihrer Arbeitslöhne usw. kämpften, waren folgende: 1915, also während des

Krieges, haben nur 8000 Arbeiter in Frankreich offensive Streiks geführt: 1916, also auch noch während des Krieges — 37 000; 1918 — 131 000; 1919 — 1 053 000; 1920, und zwar in der ersten Hälfte des Jahres — 628 000. Dann setzt aber sofort eine absteigende Linie ein. In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 waren es nur 57 000 Arbeiter und im Jahre 1921, in dem Jahre, das für uns in Betracht kommt, waren es nur 9000 Arbeiter, die offensive Streiks führten. Dafür aber standen im Jahre 1921 während der ersten acht Monate 160 000 französische Arbeiter in defensivem Streik. Was will das bedeuten? Das bedeutet, daß im Jahre 1921—22 die Offensive des Kapitals am schärfsten war, so daß die französische Arbeiterklasse sich auf defensive Streiks beschränken mußte; zu offensiven Streiks hatte sie keine Kraft, denn die Bourgeoisie befand sich auf der ganzen Linie in der Offensive.

Diese Tatsache war in Frankreich, glaube ich, wie auch in anderen Ländern, für die Taktik der Einheitsfront entscheidend. Wenn unsere französischen Freunde diese Ziffern im Auge gehabt und die Entwicklung der Streiks in ihrem eigenen Lande besser verfolgt hätten, so glaube ich, hätten sie zum großen Teile ihre Opposition gegen die Einheitsfront von Anfang an aufgegeben.

So war die allgemeine Lage schon zu Beginn unserer Tätigkeit während dieses Berichtsjahres. Dabei hat der 3. Kongreß zum ersten Mal eine scharfe Grenze gegen sogenannte „Linkselemente", wie die KAP., die halbanarchistischen Gruppen, gezogen, und einen scharfen Strich gegen die Gruppe rechts. Ich erinnere an die Gruppe Levi, die auf dem 3. Kongreß noch ein Objekt unserer Verhandlungen war. Ich erinnere an die Sozialistische Partei Italiens, von der wir auf dem 3. Kongreß auch viel gesprochen haben. Auf dem 3. Kongreß sahen wir, daß die Bildung wirklich kommunistischer Parteien erst angefangen hat. Der 3. Kongreß überließ uns als Vermächtnis die berühmte Parole: „Zu den Massen". In der taktischen Resolution formulierte er unsere Aufgabe dahin, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und die sozialen entscheidenden Schichten des Proletariats in den Kampf zu führen und kampffähig zu machen.

Aus dieser allgemeinen Lage ergab sich die Parole der Einheitsfront, die im Dezember 1921 von unserer Exekutive zum ersten Mal formuliert worden ist. Ich glaube, Genossen, daß jetzt, nachdem zwei Erweiterte Exekutivsitzungen — die eigentlich kleine Weltkongresse waren — stattgefunden haben, die Entwicklung so weit gediehen ist, daß sogar in Frankreich die Kommunisten ebenso wie die Syndikalisten ihre Opposition gegen die Taktik der Einheitsfront aufgegeben haben, so daß wir auf diesem Kongreß über diese Taktik nicht so viel zu sprechen haben werden. Es ist klar, daß unsere Exekutive richtig ge-

handelt hat, als sie im Dezember 1921 proklamierte, daß die Parole: „Zu den Massen" zur Taktik der Einheitsfront führen müßte. Eigentlich war unsere ganze Taktik nichts anderes als eine praktische Anwendung der Taktik der Einheitsfront auf die konkreten Verhältnisse der einzelnen Länder. Und um es gleich zu sagen, ich glaube, daß im nächsten Jahr, vielleicht auch in den nächsten Jahren dies unsere Aufgabe bleiben wird.

Die Taktik der Einheitsfront war eigentlich die erste groß angelegte internationale Kampagne, die die Exekutive durchzuführen versuchte. Sie wissen, daß wir sehr viel darüber gesprochen haben, daß die Kommunistische Internationale eine Internationale der Tat sein muß, eine Internationale der Aktion, eine zentralisierte internationale kommunistische Weltpartei und anderes mehr. Im Prinzip ist das absolut richtig, und wir müssen darauf bestehen. Aber um das wirklich durchzuführen, brauchen wir Jahre und Jahre. Es ist ziemlich leicht, eine Resolution anzunehmen und in dieser Resolution zu sagen, wir müssen internationale Aktionen durchführen. Der Versuch, den wir sofort nach dem 3. Weltkongreß unternommen haben — also eigentlich ein Unternehmen, das sich prinzipiell nicht von den Unternehmungen der 2. Internationale unterscheidet —, dieser Versuch ist mißlungen, weil unsere Parteien noch sehr heterogen sind, weil unsere Parteien mitunter noch nicht kommunistisch sind und noch sehr viel sozialdemokratisches an sich haben, weil unsere Organisationen noch sehr mangelhaft sind, weil eine internationale Aktion zu organisieren mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Im letzten Jahre haben wir manche internationale Kampagne durchzuführen versucht, so die Kampagne für die Hungerhilfe für Rußland oder die Kampagne im Zusammenhang mit dem Prozeß der Sozialrevolutionäre. Aber die Kampagne zur Durchführung der Taktik der Einheitsfront ist von besonderer Bedeutung. Und da muß ich offen gestehen, daß dies nicht ohne große Störungen vor sich ging. Wir werden darüber noch ausführlich bei den speziellen Punkten der Tagesordnung sprechen.

Es hat sich herausgestellt, daß einige Gruppen unserer Kommunistischen Internationale zuviel Gepflogenheiten der 2. Internationale in die 3. Internationale hinübertragen möchten. Ich glaube, Genossen, wir können das, was in Frankreich geschehen ist, nicht ohne Protest hinnehmen. In dem Moment, wo die Kommunistische Internationale eine zentralisierte Weltorganisation des Proletariats sein soll, wo sie mit der Taktik der Einheitsfront eine groß angelegte Kampagne gegen die 2. Internationale begonnen hat, in diesem Moment muß in unseren Reihen, wenn nicht eine eiserne Disziplin, so wenigstens einfache, pro-

3

letarische Disziplin herrschen, und das war nicht der Fall. Ich muß sagen: was die französische Partei und teilweise auch die italienische Partei getan haben, das war eine Störung der internationalen Aktion, die von unserer Organisation eingeleitet worden ist. Das sollten wir klar sehen und die nötigen Maßnahmen treffen. Denn diese Kampagne war politisch sehr wichtig, es war aber noch keine Kampagne, die Millionen von Genossen auf die Beine zu bringen vermochte. Und wenn schon bei solchen Kampagnen solche Störungen stattgefunden haben, so müssen wir berechtigte Furcht hegen, daß in schwereren Zeiten, wenn wir direkt mit bewaffneter Faust kämpfen müssen, ähnliche Störungen noch einmal vor uns stehen werden.

Ich glaube, Genossen, es wird am besten sein, wenn ich in dem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive Land für Land betrachte. Dabei muß ich die allgemeine Beobachtung aussprechen, daß je größere Teile der alten sozialdemokratischen Bewegung wir aufgenommen haben, desto größere Überbleibsel des Zentralismus und Sozialdemokratismus wir in unserer Partei haben. Aus meiner kurzen Übersicht werden Sie das klar ersehen.

Ich fange an mit *Deutschland.*

Deutschland stand auf dem 3. Weltkongreß im Mittelpunkt fast aller unserer Diskussionen. Die Lage der deutschen Partei während des 3. Weltkongresses war, wie Sie alle wissen, ziemlich schwer. Unsere Feinde sprachen von völligem Zerfall, so manche unserer Freunde waren zu sehr hypnotisiert durch die momentane Schwierigkeit der Lage in der deutschen Bruderpartei. Die Exekutive ist stolz, daß es ihr gelungen ist, unserer deutschen Bruderpartei eine gewisse Hilfe bei der Lösung dieser schweren Krise zu gewähren. Ich glaube, wir können mit vollem Recht und ohne Übertreibung sagen, daß unsere deutsche Bruderpartei auf dem 4. Weltkongreß als eine der gefestigsten und bestorganisierten (verhältnismäßig gesprochen natürlich) und der politisch klarsten Parteien dasteht. Und das soll uns heute als Trost dienen, wo wir doch wissen, daß manche unserer größeren Parteien sich ebenfalls in einer schwierigen Lage befinden. Die französische Partei z. B. ist jetzt für viele Teilnehmer dieses Kongresses Gegenstand des größten Pessimismus. Ich glaube, nach dem Beispiel der deutschen Partei können wir den Kongreß beruhigen und sagen, wenn der Kongreß richtig handelt, wird es gelingen, der französischen Partei Hilfe zu gewähren und sie schnell auf die Beine zu bringen. Die politische Lage in Deutschland ist allgemein revolutionär und günstig für die einzige wirklich revolutionäre Partei, die in Deutschland besteht, d. h. für unsere Kommunnistische Partei.



Die Vereinigung der USP und der SPD., die wir in Halle vorausgesagt haben, ist jetzt Tatsache geworden. Ich erinnere mich genau, daß in Halle nach der bekannten historischen Abstimmung, als wir in unserem Schlußwort sagten, die Rechte habe keinen anderen Weg als zur Sozialdemokratie, große Entrüstung ausbrach: man meinte, das sei eine unverschämte Demagogie usw. Man brauchte wirklich kein Prophet zu sein, um das vorauszusagen. Es war ganz klar, wer nicht zum Kommunismus wollte, der mußte in dieser Epoche des Bürgerkrieges zur Sozialdemokratie kommen. Jetzt ist es Tatsache geworden.

Ich glaube, daß das für die revolutionäre Bewegung eine positive Tatsache ist. Der Genosse Lenin hatte in seinem Begrüßungstelegramm an den Kongreß recht, als er sagte, die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale sei für die revolutionäre Bewegung ein Schritt vorwärts. Weniger Fiktionen, weniger Betrug und weniger Illusionen sind für die Arbeiterklasse besser. Ich glaube, in Deutschland werden wir in kürzester Zeit spüren können, daß diese Vereinigung wirklich ein Schritt vorwärts für uns ist. Wenn wir solche altmodischen Revolutionäre, wie den alten Ledebour, in Deutschland sehen, so wissen wir ganz bestimmt, daß es für ihn nur zwei Wege geben wird: entweder mit den Kommunisten oder mit den Sozialdemokraten. Das deutsche Proletariat wird das in einigen Monaten sehen können.

Wenn ich mich frage, welche Parteien die Taktik der Einheitsfront am besten praktisch angewandt haben, so sind es die *deutsche* und die *tschechische* Partei, — gewiß auch das nur relativ gesprochen. Wir haben manchmal konstatieren müssen, daß unsere deutsche Bruderpartei die Selbständigkeit unserer eigenen Linie nicht immer genügend hervorgehoben hat, denn für uns ist bei dieser ganzen Taktik die Hauptsache, in der kommunistischen Agitation freie Hand zu behalten. Das gelang nicht immer, aber im allgemeinen hat die deutsche Bruderpartei diese Taktik sehr richtig angewandt. Streiks, wie der Eisenbahnerstreik in Deutschland, waren ein klassisches Beispiel für die richtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront, ebenso wie dieser Streik ein Beispiel dafür war, daß jeder ökonomische Streik sich zu einem politischen auswachsen kann Ich habe in einem Artikel der deutschen „Internationale" gelesen, der 4. Kongreß solle klar sagen: Was kommt jetzt in Deutschland? Kommt jetzt eine Epoche verschärfter *ökonomischer* Kämpfe, *oder* kommt eine Epoche verschärfter *politischer* Kämpfe? Eine solche Fragestellung ist absolut unrichtig. Denn es kommt eine Epoche verschärfter wirtschaftlicher Kämpfe und *zugleich mit ihr* eine Verschärfung der politischen Kämpfe. So steht die Frage. Der Eisenbahnerstreik zeigte ganz klar und deutlich, daß bei der ge-

3*

gebenen Lage fast jeder wirtschaftliche Konflikt zu einem politischen Konflikt wird.

Sie kennen die *Betriebsrätebewegung*, die jetzt eingesetzt hat und der unzweifelhaft eine große Zukunft gehört. Die Sozialdemokraten beschuldigen zwar unsere Partei, sie wolle einen Betriebsrätekongreß einberufen und Deutschland dann vor eine vollendete Tatsache stellen, wie es die Bolschewiki im Jahre 1917 mit der Einberufung des 2. Rätekongresses gemacht haben (als sie aber bereits die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt hatten). Diesen Vorwurf, oder besser dieses Kompliment, verdient die deutsche Partei leider noch nicht. Die Kommunistische Partei in Deutschland ist leider noch nicht so stark, um das durchführen zu können, was die Bolschewiki im Oktober 1917 durchgeführt haben. Aber diese Kampagne wird von der größten Bedeutung sein, sie wird einen Kristallisierungspunkt einer wahrhaft revolutionären Massenbewegung um die Kommunistische Partei schaffen.

Unsere Partei in Deutschland ist numerisch nicht sehr stark gewachsen. Das Merkmal dieses Jahres besteht überhaupt darin, daß diejenigen Parteien, die ihren politischen Einfluß bei den Massen verstärkt haben, numerisch nicht in dem gleichen Maße gewachsen sind. Es sind da verschiedene Ursachen, wie die Arbeitslosigkeit, die Armut der Proletarier, die nicht einmal den armseligen Parteibeitrag zahlen können. Da sind auch zugleich politische Ursachen. Das ist am besten in Deutschland zu sehen. Niemand wird bestreiten, daß unsere deutsche Bruderpartei ihren politischen Einfluß ganz wesentlich verstärkt hat. Und dennoch ist ihre Mitgliederzahl nicht sehr gewachsen. Ich habe in einer Versammlung der KPR. einmal gesagt, Deutschland müsse die Parole ausgeben, einen Mitgliederbestand von einer Million zu erreichen. Aber das wird nicht leicht gehen. Ich will nicht sagen, daß die proletarische Revolution solange vertagt werden müsse, bis wir diese Million erreicht haben werden. Ich erinnere daran, daß z. B. die russische Partei bei Ausbruch der proletarischen Revolution höchstens 250 000 Mitglieder gezählt hat: verhältnismäßig ist also die deutsche Partei schon größer, als die russische 1917 war. Aber wir können sicher sein, der Zerfall der deutschen Sozialdemokratie wird sich in schnellem Tempo vollziehen. Wir haben das Gefühl, daß in Deutschland entscheidende Ereignisse viel eher eintreten können, als manche von uns erwarten. Unsere deutsche Partei hat zwar noch Meinungsverschiedenheiten, es gibt dort noch viel auszukämpfen. Zum Beispiel in der Programmfrage sahen wir, daß die letzte Sitzung des Zentralausschusses sich nicht ganz einig war. Aber wenn man die Bewegung vergleicht mit der Bewegung vor vierzehn Monaten, so müssen wir dennoch feststellen, daß die deutsche Partei einen riesigen

Schritt vorwärts getan hat. Wenn nicht alle Merkmale trügen, so führt der Weg der proletarischen Revolution von Rußland durch Deutschland. Und so hat die Gesundung unserer deutschen Partei eine erstklassige politische Bedeutung. Wir haben in Deutschland nur zwei Parteien. Der Gruppe Ledebour prophezeien wir, daß sie nach wenigen Monaten entweder bei den Kommunisten anlangen oder aber eine runde Null werden wird. Die Entwicklung der Dinge werden wir in Ruhe abwarten. Es ist klar, daß wir in Deutschland nur zwei bedeutende Parteien haben, — die Zukunft wird unserer Partei gehören.

Die Verbindung der Exekutive mit der deutschen Partei war organisatorisch die beste, was nicht sagen will, daß sie eine ideale war. Vieles klappte nicht, teilweise durch die Schuld der Exekutive, teilweise durch die Schuld der deutschen Partei. Dennoch waren die Verbindungen ziemlich gut und fest, kein politisches Ereignis ist vorübergegangen ohne Wechselwirkung zwischen der Exekutive und der deutschen Bruderpartei.

Ich komme zu *Frankreich.* Wir werden darüber noch speziell zu reden haben. Ich kann aber nicht umhin, in dem allgemeinen Bericht auch darüber zu sprechen. Ich schrieb vor einigen Monaten einen Artikel: „Die Geburt einer kommunistischen Partei". Ich sagte dort, die Geburt einer kommunistischen Partei sei eine ziemlich schwierige Sache. Nun, Genossen, wenn man sich die Dinge ansieht, wie sie nach dem Pariser Parteitag liegen, dann muß man sagen, daß die Geburt einer kommunistischen Partei in Frankreich noch viel schwieriger ist, als man voraussehen konnte. Da haben Sie eine Konkretisierung der Formel, die ich aufgestellt habe: je mehr sozialdemokratische Elemente wir aus der alten Partei übernommen haben, um so größere Schwierigkeiten haben wir zu überwinden. Das werden Sie noch an Norwegen sehen, wie vielleicht auch an anderen Ländern. Wir haben in Frankreich plötzlich die Mehrheit der alten Partei auf unsere Seite gekriegt, und wir brauchen jetzt ziemlich viel Zeit, bis wir alle die Krankheiten überwunden haben werden, die dieser Tatsache entsprießen. Die wichtigste politische Wahrnehmung der Exekutive und ihrer Vertreter, von denen manche, wie z. B. Humbert Droz, fast ein halbes Jahr in Frankreich weilten, besteht darin — das muß offen ausgesprochen werden —, daß wir in den Reihen der Syndikalisten, der kommunistischen Syndikalisten, eine ganze Anzahl von Elementen für eine kommunistische Partei zu suchen haben. Dies ist vielleicht sonderbar, aber es ist so.

Die Tradition der französischen Bewegung bringt es mit sich, daß wir jetzt, im Jahre 1922, nachdem wir dort schon zwei Jahre eine kommunistische Partei haben, dennoch konstatieren müssen: eine große



Anzahl von Kommunisten, die die besten Elemente in unserer zukünftigen Kommunistischen Partei sein werden, stehen vorläufig noch außerhalb der Kommunistischen Partei, in den Reihen der Gewerkschaften. Und ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben unseres Kongresses und der französischen Kommission muß darin bestehen, diese wirklich proletarischen und wirklich revolutionären und tatsächlich kommunistischen Elemente zu uns zu bringen. Die Tradition in Frankreich ist so, daß man die Partei als Partei der „politiciens" ansieht und — das muß leider gesagt werden — nicht ganz mit Unrecht! (Hört, hört!)

Wir haben auf dem 3. Kongreß zu wenig Kritik an der französischen Partei geübt. Sie war zu jung, und wir hatten auf jenem Kongreß anderes zu tun. Es war vielleicht auch ein Fehler der Exekutive — das kann man zugeben —, aber es ist eine Tatsache: wir haben an der französischen Partei während des 3. Kongresses zu wenig Kritik geübt, und dies geschah zum Nachteil unserer französischen Bruderpartei.

Noch vor drei, vier Monaten stand die Leitung der französischen Partei der Exekutive als Kritiker von „links" gegenüber. Sie kritisierte die Taktik der Einheitsfront von dem Standpunkte aus, daß die Exekutive zu opportunistisch gewesen sei. Ich weiß nicht, ob es viele Mitglieder der Kommunistischen Internationale gegeben hat, die so naiv waren, zu glauben, daß die französische Partei uns wirklich von links aus kritisiert. Ich glaube nicht, daß es viele Mitglieder der Kommunistischen Internationale gab, die das glaubten. Aber es ist gut, daß diese Periode jetzt schon vorüber ist.

Die französische Partei hatte es nicht verstanden, die Taktik der Kommunistischen Internationale anzuwenden in einem Lande, wo diese Taktik von den Ereignissen besonders gebieterisch diktiert worden ist. Ich habe schon einige Ziffern über die Streiks in Frankreich mitgeteilt. Diese Ziffern zeigen, daß, wenn die Partei Verständnis für die wirkliche Massenbewegung gehabt hätte, so hätte sie auch Verständnis für die Einheitsfront gehabt und diese Taktik sofort zum Ausgangspunkt ihrer Annäherung an die Massen gemacht. Die Bourgeoisie in Frankreich führt einen planmäßigen Kampf gegen den Achtstundentag, und ich muß offen gestehen, die Exekutive konnte es nicht dahin bringen, unsere Partei zu veranlassen, eine planmäßige Gegenkampagne anzufangen. Unser Versuch, in Frankreich eine Kampagne im Sinne der Einheitsfront für die Verteidigung des Achtstundentages zu beginnen, ist mißlungen.

Ich erinnere an den letzten „Generalstreik", den wir in Frankreich beobachtet haben. Auch hierüber muß man mit vollkommener Offenheit sprechen. Wir waren in den Jahren 1908 bis 1910 in Frankreich

gewohnt, daß die offiziellen Syndikalisten schier jeden Tag den Generalstreik proklamierten. Aber niemand merkte etwas davon. Das sind die schlimmsten Tage der Syndikalisten gewesen, und ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei sollte darin bestehen, diese Tradition auszurotten. Leider brachte es unsere Partei fertig, diese schlimme Tradition bis jetzt weiter zu führen. Der Generalstreik, zu dem man die französischen Arbeiter vor einigen Wochen (Le Havre) aufforderte, wurde in Wirklichkeit unter dem Druck einer ganz kleinen Clique von Anarchisten durchgesetzt. Unser Blatt, die „Humanité", das größte Arbeiterblatt Frankreichs, wurde ausgenutzt, um die Arbeiterklasse zum Streik aufzurufen, in einem Moment, da unsere Partei gar nicht vorbereitet war. Aus diesem Streik, der nun vorüber ist, müssen wir die Konsequenz ziehen, und wir müssen durchsetzen, daß sich in Frankreich von nun an solche Ereignisse niemals wiederholen können. Die Arbeiterklasse befindet sich in einer tragischen Lage. Man kann es wirklich nicht verantworten, daß unsere Partei, die eine Sektion der Kommunistischen Internationale ist, solche Streiks zuläßt, und daß sie dabei eine so große Verantwortung auf sich selbst und auch auf uns ladet.

Die französische Partei hat auf ihrem Kongreß einstimmig noch einmal die 21 Punkte bestätigt. Ich hatte diese 21 Punkte ein bißchen vergessen und habe sie heute noch einmal durchgelesen. In diesen 21 Punkten heißt die erste Bedingung, daß die Presse wirklich kommunistisch sein muß. Ich muß offen gestehen: in Frankreich ist dieser erste Punkt der 21 Bedingungen noch nicht durchgeführt. Die Zeitung „Humanité" will eine kommunistische Zeitung sein, sie ist aber noch keine kommunistische Zeitung. Sie hat eine sehr große Verbreitung und hat auf manchen Gebieten glänzendes geleistet — das muß anerkannt werden —, aber sie ist noch keine kommunistische Zeitung. Und der 4. Kongreß muß damit anfangen, wenigstens diesen ersten Punkt der 21 Bedingungen wirklich durchzusetzen. Ich hoffe, daß uns dies auch tatsächlich gelingen wird.

Wir haben jetzt in der französischen Partei, wie Sie wissen, drei Hauptrichtungen und zwei Nebenrichtungen. Ich werde diese Richtungen nicht einzeln charakterisieren. Allgemein gesagt, sind sie folgende: die Richtung des Zentrums; von der sagten wir früher: Zentrum, aber keine Zentristen. Das haben wir geschrieben und gesagt. Das war vielleicht allzu optimistisch gegenüber den französischen Genossen. Sie sind nicht vollkommene Zentristen, aber ein guter Einschlag von Zentrismus ist dort doch zu konstatieren. Es ist dort also beides: Zentrum und Zentrismus. Wir müssen nun versuchen, das Zentrum zu behalten und den Zentrismus durch die Tür hinaus-



zubefördern. Das sind meistens die Führer, die aus der alten Partei zu uns herübergekommen sind, die um die Kommunistische Internationale zwar große Verdienste haben, die aber den sozialdemokratischen Adam noch nicht abgestreift haben. Wenn man die letzten Leitartikel des Genossen Marcel Cachin über die Gewerkschaften liest, so muß man sagen, daß diese Artikel nicht viel besser sind als die Artikel Verfeuils, den wir auf dem Pariser Parteikongreß ausgeschlossen haben.

Die zweite Richtung ist eine mittlere Linie, die Gruppe Renoult. Von der müssen wir sagen, daß sich dort sehr gute Proletarier befinden, von denen manche aufrichtig die Taktik der Einheitsfront von links kritisiert haben, die sich aber schließlich noch von der Richtigkeit unserer Taktik überzeugen und zu uns kommen werden.

Die dritte Richtung ist die, die eine wirklich kommunistische ist. Wir sind nicht verpflichtet, alles zu akzeptieren, was die Genossen dieser Richtung getan haben. Auf dem Pariser Kongreß haben sie große Fehler begangen. Ich persönlich halte die Demission unserer verantwortlichen Genossen der Linken für einen groben Fehler, aber man muß doch sagen, daß die moralische Unterstützung der Kommunistischen Internationale dieser Gruppe gehört. Diese Gruppe hat den Kampf für die Einheitsfronttaktik angefangen, sie hat dabei vielleicht manchen Fehler begangen, aber sie war die einzige, die wirklich die marxistische Taktik der Einheitsfront in Frankreich verteidigt und zum Siege gebracht hat.

Ich muß Ihnen sagen, Genossen, daß wir auf Grund der ersten Besprechungen, die wir mit allen französischen Genossen hatten, überzeugt sind, daß eine Spaltung zu vermeiden ist, und selbstverständlich wird die Kommunistische Internationale alles tun, um diese Spaltung wirklich zu vermeiden. Aber an diesem Beispiel sehen wir klar, wie schwer die Geburt einer kommunistischen Partei ist. Bedenken Sie, Genossen, die französische Partei hat noch keine einzige Massenaktion durchgeführt, bedenken Sie, was wir erleben werden, wenn eine solche kommt. Ich erinnere daran, daß die wirkliche Differenzierung in der deutschen Kommunistischen Partei erst eintrat, nachdem es zur Aktion gekommen war. (*Zwischenruf* bei den Deutschen: Sehr richtig!) Ob zu einer schlechten oder guten, mag dahingestellt bleiben, aber die wirkliche Differenzierung hat mit der Aktion angefangen. In diesem Sinne war die Aktion der Heilbalsam für die Partei, sie hat sie gerettet und kuriert, aber sie war auch der Ausgangspunkt für eine neue Differenzierung. Man soll nicht prophezeien, aber wenn es bei der französischen Partei zu einer wirklichen Aktion, zu einer Massenaktion kommt, wo es um Kopf und Kragen geht, dann werden wir erst recht

eine Differenzierung in dieser Partei erleben, dann werden wir erst sehen, wer wirklich zur Kommunistischen Partei gehört und wer nicht.

Die Aufgabe des 4. Kongresses besteht meiner Meinung nach keineswegs darin, an alledem schonend vorüberzugehen, wie es der 3. Kongreß getan hat, sondern die Lage klarzulegen und denjenigen Genossen, die wirklich Genossen sind, moralische Unterstützung zu gewähren. Das will nicht sagen, daß wir die anderen Genossen aus der Internationale ausschließen wollen, aber wir müssen ihnen klar sagen, wo ihre Mängel sind, und wir müssen ihnen auseinandersetzen, wie man wirklich Kommunist wird.

Ich komme nun zu *Italien.* Das italienische Beispiel könnte den Anspruch erheben, ein Schulbeispiel für die Taktik der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale zu werden. Wenn wirklich einmal ein ABC für die Taktik der kommunistischen Parteien ausgearbeitet werden sollte, so wird, glaube ich, das wichtigste Kapitel, das wichtigste Beispiel Italien sein. Italien ist kein klassisches Land für die kommunistische Bewegung, und doch sehen wir, daß sich dort manches mit so klassischer Klarheit abspielt, wie in keinem anderen Lande.

Im Herbst 1920 bildete Italien in der kommunistischen Bewegung einen Gipfelpunkt. Unsere Meinungsverschiedenheit mit Italien bestand damals nicht darin, daß wir den italienischen Genossen sagten: Ihr müßt unbedingt sofort die Revolution machen. Niemals hat das die Kommunistische Internationale der italienischen Partei gesagt. Theoretisch gesprochen ist es richtig, daß, wenn im Herbst 1920 unsere Partei die Macht in Italien ergriffen hätte, sich dort vielleicht das ungarische Beispiel wiederholt hätte. Ich sage nicht, daß das sicher ist. Ich weiß nicht, ob unbedingt eine Blockade gefolgt wäre, ich zweifle daran, aber es ist nicht ausgeschlossen. Es ist möglich, daß wir, wenn wir 1920 in Italien die Macht ergriffen hätten, dort denselben Weg gegangen wären wie die Ungarn. Wir haben niemals von den italienischen Genossen gefordert: Ihr müßt unbedingt die Revolution machen. Es konnte richtig sein, in diesem Moment die Macht nicht zu ergreifen. Stellte sich die Mehrheit auf diesen Standpunkt, so wäre es unberechtigt gewesen, deswegen einen Bruch mit der Italienischen Sozialistischen Partei herbeizuführen.



Der Bruch ist nicht dadurch gekommen, daß sie die Macht nicht ergreifen wollten. Wir standen damals auf dem Standpunkt: Die Lage ist revolutionär, man muß sich auf alle Eventualitäten gefaßt machen; man muß als erstes die Reformisten ausschalten, um eine wirklich revolutionäre Partei zu bilden. Aus diesem Grunde haben wir den Ausschluß derjenigen gefordert, die die Revolution sabotierten; die Kom-



munistische Internationale hat aber keineswegs gefordert, 1920 einen Aufstand zu machen und die Macht an sich zu reißen. Eine solche Behauptung ist historisch unrichtig. Sie wissen, daß D'Aragona jetzt offen zugegeben hat, die Reformisten blieben in der Partei, um die Revolution zu verhindern. Deshalb mußten sie ausgeschlossen werden. Es handelte sich nur darum, die Partei auf die Möglichkeit der Revolution vorzubereiten, aber nicht darum, sofort Revolution zu machen.

Wie Sie wissen, hat die Mehrheit der italienischen Partei unsere Forderungen auf Ausschluß der Reformisten nicht erfüllt. Sie wollte keine revolutionäre Partei vorbereiten und wollte keinen Bruch mit diesen Agenten der Bourgeoisie. Dieses Wort „Agenten der Bourgeoisie" hat viel Staub aufgewirbelt; als wir, nämlich in einem Telegramm, die Reformisten „Agenten der Bourgeoisie" genannt haben, haben unsere Freunde in Frankreich blutige Tränen über die Taktlosigkeit vergossen, daß ich die Reformisten so genannt habe. Nach dem aber, was D'Aragona selbst zugegeben hat, glaube ich, daß die Bezeichnung der Reformisten als Agenten der Bourgeoisie noch die delikateste Bezeichnung für diese Herrschaften ist. Ich weiß nicht, wie man sie noch delikater benennen könnte. Die Reformisten, diese Agenten der Bourgeoisie, verblieben also in der italienischen Partei und haben alles mögliche getan, um die Revolution zu vereiteln und die Arbeiterklasse der Konterrevolution auszuliefern.

Man streitet sich unter den italienischen Genossen, was jetzt in Italien eigentlich geschehen sei: ein coup d'état oder eine Komödie. Es kann beides sein Historisch genommen ist es eine Komödie. Nach einigen Monaten oder Jahren wird sie zugunsten der Arbeiterklasse Italiens ausgehen, aber im Moment ist das eine ganz ernste Umwälzung, eine ganz ernste konterrevolutionäre Tat. Die Schuld unserer Genossen in Italien besteht also nicht darin, daß sie im Jahre 1920 in dem und dem Augenblick die Revolution nicht „gemacht" haben, sondern ihre Schuld und gewissermaßen ihr Verbrechen besteht darin, daß sie die Helfershelfer der Bourgeoisie innerhalb der Partei gelassen und ihnen die Möglichkeit gegeben haben, den klassischen Verrat zu üben und die Arbeiterklasse in die Hände der Fascisten zu spielen.

Sie kennen die Taktik, die die Exekutive in der italienischen Frage angewandt hat Sie wissen, auf dem 3. Kongreß wurde viel darüber gestritten, ob man in Livorno richtig gehandelt habe. Ich glaube, es ist jetzt klar, daß wir in Livorno richtig gehandelt haben, und es ist auch klar, daß wir auch im letzten Jahre richtig gehandelt haben. Unsere Kommunistische Partei in Italien hat in vielen Dingen in der italienischen Frage gegen die Taktik der Exekutive gehandelt. Ich glaube aber, Genossen, wir mußten so handeln, wie wir gehandelt haben,

wir mußten in dem Augenblick, wo es nötig war, mit eiserner Entschiedenheit mit der Italienischen Sozialistischen Partei brechen; wenn wir das nicht getan hätten, wäre die ganze Kommunistische Internationale verloren gewesen. Aber gleichzeitig mußten wir alles tun, um ihr die Rückkehr zur Kommunistischen Internationale zu erleichtern. Es ist ganz klar: — komme, was wolle —, in den nächsten Monaten wird der größte Teil der Arbeiter, der jetzt noch bei den Maximalisten ist, zur Kommunistischen Internationale gehören. Und weil er zu uns gehören wird, müssen wir alles tun, um ihm die Rückkehr zu uns brüderlich zu erleichtern. Dazu sind wir die Kommunistische Internationale, dazu sind wir da, um einer Abteilung der Arbeiterklasse, in dem Moment, wo sie ihren Irrtum eingesehen hat und wieder zu uns kommen will, den Weg zu ebnen. Gewiß müssen wir Garantien fordern, und wir werden es auch tun. Solche Sachen, wie sie in Italien passiert sind, dürfen nicht wieder vorkommen. Die Kommunistische Internationale muß ernste Garantien haben, daß sich dort so etwas nicht wiederholen wird. Aber trotzdem müssen wir alles tun, um uns wieder mit diesen Genossen zu vereinigen.

Ich hörte, daß in Frankreich bei manchen Genossen in der Kommunistischen Partei die Auffassung bestand: Ja, vielleicht ist es gar nicht so gefährlich, mit der Kommunistischen Internationale zu brechen; man wird uns vielleicht ein bißchen beschimpfen, aber zum 5. oder 6. Kongreß wird man uns doch einladen und sich mit uns vereinigen. Und sie hatten dabei das italienische Beispiel im Auge. Nun, Genossen, was soll das bedeuten? Diejenigen, die so sprechen, haben die Kleinigkeit übersehen, daß inzwischen die italienische Partei fast verloren und daß die italienische Arbeiterklasse den schlimmsten Fascisten ausgeliefert worden ist. Sie betrachten die ganze Sache nur vom Standpunkt des Persönlichen: Heute wird man mich beschimpfen, nach einem Jahre aber kann ich doch zurückkommen und man wird mich empfangen. Daß aber dabei die Partei und die Arbeiterklasse zugrunde gehen, ist für sie eine untergeordnete Sache. Ich glaube, daß eine solche Auffassung nur bei einzelnen Personen möglich ist, bei der Mehrheit der französischen Partei ist eine solche Auffassung wohl unmöglich . . .

Die Lehre der italienischen Partei besteht nicht darin, daß dieser oder jener Führer zwei Jahre mit uns gestritten hat und jetzt nach Moskau gekommen ist: das ist eine untergeordnete Frage. Die Personenfrage ist belanglos. Nicht das ist die Lehre der italienischen Partei. Die Lehre ist eine viel tiefere und besteht darin: wer dem Reformismus einen Finger gereicht hat, der wird ihm die ganze Hand

geben. Und wer solche Fehler begeht, richtet seine Partei zugrunde und verursacht der Arbeiterklasse seines Landes den größten Schaden.

Wir werden Auseinandersetzungen haben, nicht nur mit den Maximalisten, sondern auch mit den Kommunisten Italiens.

Wir sind in manchen Fragen nicht einer Meinung. Sie haben ein Programm angenommen, das nicht marxistisch ist. Wir haben es kritisiert und abgelehnt. Und diese Auffassungen in der italienischen Partei sind tief eingewurzelt. Der Anstrich des „Abstenzionismus" ist der Kommunistischen Partei Italiens geblieben. Unser Freund Bordiga hat sehr große Verdienste um die italienische Bewegung. Die Genossen haben sich tapfer geschlagen. Sie haben alles getan, um in der schwierigsten Lage die Fahne der Kommunistischen Internationale zu hissen. Diese Verdienste der italienischen Partei und nicht zuletzt des Genossen Bordiga müssen wir anerkennen. Aber gleichzeitig müssen wir sagen, wir haben doch ernste Meinungsverschiedenheiten mit der Kommunistischen Partei Italiens. Der Anstrich des Abstenzionismus ist geblieben. Bordiga tritt jetzt nicht für den Antiparlamentarismus ein, er hat sich gefügt, aber der Geist ist geblieben. Das haben wir bei dem Programm und der Taktik der Einheitsfront gesehen.

Bezüglich der Taktik der Einheitsfront steht die Führung der italienischen Partei noch auf dem Standpunkt, daß auf ökonomischem Gebiet diese Taktik zulässig sei, auf politischem Gebiet jedoch nicht. Das ist unserer Meinung nach ein Nonsens. Beides gehört zusammen. Sie haben es in Italien versäumt, die Taktik der Einheitsfront richtig anzuwenden. Mit der Parole der Arbeiterregierung ist man in Italien zu spät gekommen. Ich persönlich habe den Fehler begangen, dem Genossen Bordiga nachgegeben und auf eine offene Diskussion über die italienische Frage auf der letzten Erweiterten Exekutivsitzung verzichtet zu haben. Das war ein Fehler. Man hätte eine offene Diskussion haben sollen.

Trotzdem haben wir in der Kommunistischen Partei Italiens einen der tapfersten Trupps der Kommunistischen Internationale, eine der besten Parteien. Gerade in diesem schwierigen Moment wird sich erst zeigen, was diese Partei kann. Ich habe heute einen illegalen Aufruf der Kommunistischen Partei Italiens gelesen und die erste illegale Ausgabe des Zentralorgans unserer Partei erhalten. Das beweist, daß in der schwierigsten Lage die italienische Partei das Banner nicht aus der Hand gegeben hat. (Lebhafter Beifall.) Wir haben eine italienische Kommission gewählt. Sie wird zweierlei zu prüfen haben: 1. die Vereinigung der Partei und 2., wie wir in dieser Epoche des Fascismus unsere Kräfte umorganisieren müssen. Wir wissen nicht, wie lange

diese Epoche dauern wird, wir müssen uns aber auf das Schlimmste vorbereiten.

Nun zur *Tschechoslowakei*. In der Tschechoslowakei hat die Exekutive — selbstverständlich unter eifriger Mithilfe der tschechoslowakischen Partei selbst — die Vereinigung mit Erfolg durchgeführt. Während des 3. Kongresses hatten wir zwei Parteien und manche Gruppen. Es war noch nicht klar, ob es in diesem Lande, wo das nationale Problem eine große Rolle spielt, möglich sein wird, eine einheitliche Partei zu organisieren. Es ist uns gelungen.

In der Gewerkschaftsfrage wurde manches versäumt. Aber dennoch ist es unserer Partei im allgemeinen gelungen, die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter die rote Fahne zu bringen. Die Einheitsfronttaktik wurde von der tschechoslowakischen Partei, man kann sagen, musterhaft angewandt. Wenn man die bürgerliche Presse in der Tschechoslowakei verfolgt, wenn man die Berichte über die Entwicklung der Dinge in den gegnerischen Organen liest, muß man anerkennen, daß unsere Partei richtig manövriert hat, daß es ihr gelungen ist, große Teile der Arbeiter, die gegnerischen Organisationen angehörten, für uns zu gewinnen. Und wir hoffen, daß die praktische Anwendung der Taktik der Einheitsfront in diesem Lande auch weiter glänzend vor sich gehen wird.

Wie Sie wissen, gibt es einen Punkt, in dem wir eine gewisse Meinungsverschiedenheit mit der tschechoslowakischen Partei haben (vielleicht auch international — das wird sich zeigen). Es handelt sich um den Ausschluß der sogenannten Opposition. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die diese Frage behandeln wird. Aber ich kann nicht umhin, unseren Standpunkt in dieser Frage zu motivieren. Die tschechoslowakische Bruderpartei hat auf ihrer Parteikonferenz sieben Mitglieder des Zentralkomitees, darunter den früheren Präsidenten Sturc, wegen eines Disziplinbruches ausgeschlossen. Das kam ganz unerwartet für die Exekutive, die nicht befragt worden war. Die Exekutive hielt es für ihre Pflicht, diesen Beschluß sofort zu annullieren, was nicht sagen will, daß der Opposition recht gegeben werden soll. Das Exekutivkomitee steht auf dem Standpunkt der Mehrheit der Partei. Wir wollen diese Opposition nicht als linke Opposition bezeichnen und wir wollen sie nicht politisch stützen, aber wir meinen, daß der Ausschluß übereilt war und daß noch nicht alle Mittel erschöpft waren. In der Hitze des Gefechts hat man versucht, die Schuld dieser Gruppe mit der Schuld des Herrn Levi zu vergleichen. Die Schuld dieser Gruppe besteht darin, daß sie trotz des Verbotes des Zentralkomitees einen Aufruf erlassen hat. Das ist unzweifelhaft ein Schritt, der vom Standpunkt der kommunistischen Parteidisziplin nicht gutzuheißen ist.

Aber es ist verkehrt, diesen Disziplinbruch mit dem von Paul Levi zu vergleichen. Levi hat die Arbeiterklasse verraten in einem Augenblick, als man unsere Brüder niederschoß. In diesem Augenblick schrieb Paul Levi eine Broschüre für den deutschen Staatsanwalt. Das war ein Verrat an der Arbeiterklasse, und darauf gibt es nur eine Antwort: den Ausschluß. Was aber die Genossen in der Tschechoslowakei getan haben, war zwar ein schwerer Disziplinbruch, aber keineswegs ein Verrat. Nun müssen wir alles mögliche versuchen, um diese Gruppe in den Reihen der Partei zu behalten, gewiß unter der Bedingung, daß keine Disziplinbrüche mehr vorkommen, daß die Beschlüsse, die man faßt, auch durchgeführt werden. Wir müssen eine disziplinierte Partei haben, aber wir können nicht so leicht, wenn auch nur eine ganz kleine Gruppe von Arbeitern ausschließen, wenn nicht bewiesen ist, daß alle Wege zu einer Beilegung beschritten sind. Und das ist in diesem Fall nicht bewiesen. Wir hoffen, daß die Genossen, die wir eingeladen haben, sich klar darüber sind, daß die Exekutive sie nicht eingeladen hat, um ihnen ein Bravo zuzurufen, ihnen zu sagen: „Ihr könnt die Disziplin mit Füßen treten", — keinesfalls. Wir haben die Genossen geladen, um den Versuch zu machen, sie in die Partei zurückzubringen und ihnen zu sagen, daß die Disziplin in der Partei das Heiligste ist. Sollte sich erweisen, daß die Genossen keine proletarische Disziplin bewahren können, dann ist eben nichts zu machen. Was der Kongreß beschließen wird, wird auch Gesetz für diese Gruppe von Genossen sein.

Die Lage verschärft sich noch dadurch, daß wir in der Tschechoslowakei bereits 600 000 Arbeitslose haben. Die Not der Arbeiterklasse ist schrecklich und der Unmut der Arbeiter groß. Die Massen sind verärgert. Jetzt eine syndikalistische Gruppe, jetzt eine KAP.- oder KATsch.-Gruppe zu bilden, ist leicht möglich. Und darüber soll sich die Gruppe klar sein. Sie kann solche Gruppe bilden, und diese kann vielleicht ein halbes Jahr lang vegetieren, sie kann der Arbeiterklasse Schaden bringen, sie wird sich politisch blamieren, aber wir sollen die Lage doch so sehen, wie sie ist. In einem Lande wie die Tschechoslowakei, mit einer so erschreckend großen Arbeitslosenzahl müssen wir alles tun, um zu verhindern, daß eine separate KATsch.-Gruppe gebildet wird. Die Kommunistische Internationale muß alles tun, um das zu vermeiden. Und ich hoffe, daß es ihr gelingen wird.

Ich komme jetzt zur *norwegischen* Frage. Ich sagte bereits vorhin, daß je mehr Elemente wir aus der alten Bewegung bekommen haben, desto schwerer die Geburt einer wirklichen kommunistischen Partei wird. In Norwegen haben wir fast die ganze alte Partei bekommen, und dort haben wir jetzt große Schwierigkeiten, die ich nicht

verheimlichen will. Die Frage ist dieselbe wie in Frankreich. Gewiß besteht da ein großer Unterschied, aber die Ursache ist dieselbe. In Frankreich haben wir sehr viele Traditionen der alten Partei übernommen. In Norwegen sind starke föderalistische Traditionen lebendig, das Organisationsprinzip ist ein ganz eigenartiges. Die Partei war bisher auf der Organisation der Gewerkschaften aufgebaut. Schon in Halle hatten wir eine Besprechung mit dem Genossen Kyrre Grepp, dem Führer der norwegischen Partei, und anderen Genossen, die uns schon damals versprachen, die Partei umzuorganisieren. Bisher ist das nicht geschehen. Sogar den Namen des Zentralorgans hat man noch nicht geändert. Das Blatt in Norwegen trägt auch heute noch den Namen „Socialdemokraten" (Zuruf: Hört, hört!). Und auch in der Provinz heißen elf Blätter „Socialdemokraten". (Erneute Hört! Hört!-Rufe.) Wie Sie sehen, es ist die höchste Zeit, auch in diesem Lande einzugreifen und das durchzusetzen, was die Kommunistische Internationale fordert.

Wir sind eine kommunistische Partei. Und dennoch haben wir Parteien, die den Sozialdemokratismus noch nicht ganz abgestreift haben. Es ist klar, wir sind im Schoße der 2. Internationale geboren und wir haben manche ihrer Traditionen übernommen, die nicht über Nacht ausgemerzt werden können. Aber wenn diese Nacht ein paar Jahre lang dauert, müssen wir fordern, daß dieser Prozeß schneller vor sich geht. In unseren Blättern in Norwegen können Sie Artikel lesen, wo man z. B. die Scheidemänner gegen die deutschen Kommunisten unterstützt. Wir haben auch dort syndikalistische Überbleibsel im schlechten Sinne dieses Wortes. Der Genosse Tranmael gehörte früher zu den IWW. und ihm ist noch ein bißchen von der syndikalistischen Tradition geblieben. Die Disziplin kann er nicht verstehen. In einem Artikel schreibt er: „Disziplin, Disziplin, ich kann dieses Wort nicht vertragen. Es ist etwas erniedrigendes für die Würde freier Menschen." Und das sagt einer unserer Genossen, der nicht etwa ein Intellektueller schlechten Schlages ist. Es ist ein ehrlicher, aufrichtiger Kämpfer, der zur Arbeiterklasse gehört; aber dennoch sind die Traditionen stärker als der Mann. Die Tradition ist so stark, daß sie bei einem unserer besten Genossen in Norwegen solche Verheerung anrichten konnte. Es gibt dort eine Gruppe von Akademikern, ähnlich der „Clarté", die eine Zeitschrift „Mot Dag" herausgibt, die dieselben Prinzipien verficht wie die Gruppe Levi. Und unsere Partei duldet eine solche Gruppe und greift nicht ein.

Wir müssen in diesem Jahre entschieden handeln. Wir haben hier eine Vertretung der Minderheit der norwegischen Partei, und wir sind fest überzeugt, daß es uns gelingen wird, einstimmig oder wenig-

stens mit einer Mehrheit, das zu erreichen, was zu erreichen notwendig ist. Norwegische Genossen, Ihr müßt Euch darüber klar sein, daß die Kommunistische Internationale solche Zustände, wie wir sie bisher gehabt haben, nicht mehr zulassen kann. Wir wissen die guten Seiten der norwegischen Bewegung zu schätzen. Die norwegische Bewegung ist mit der Arbeitermasse verwachsen. Sie hat Genossen, die der proletarischen Revolution absolut ergeben sind. Sie muß aber endgültig einmal den sozialdemokratischen Staub abschütteln. Sie muß einmal einsehen, daß sie keine wirkliche kommunistische Partei werden wird, wenn sie nicht mit allen diesen Sachen ein Ende macht.

Ich komme zu *Polen*. In Polen haben wir eine illegale Massenpartei. Das Problem der Koordinierung der legalen und illegalen Arbeit ist ein sehr wichtiges Problem, und die Erfahrung des letzten Jahres hat meiner Meinung nach gezeigt, daß diese Koordinierung nicht so einfach ist, wie wir sie uns vorgestellt haben. Die russischen Kommunisten hatten die Erfahrung von 1905-1906. Wir waren der Meinung: wo eine legale Bewegung nicht möglich ist, soll man eine Koordination des Legalen und Illegalen durchführen und die Führung soll dem Illegalen gehören. Nun beweist aber die Erfahrung verschiedener Länder, daß diese Koordination nicht so einfach ist. In Polen war das möglich, und in Polen ist es gegangen. Wir haben dort eine illegale Partei, die aber zugleich eine Massenpartei ist. Wir haben dort kleine legale Stützpunkte, die der Partei unterstehen. In Polen ist das möglich, weil die polnische Partei schon eine Revolution durchgemacht hat, weil sie 1905 führend in der Arbeiterklasse war, weil die Führung, die illegal war, schon einmal vor der Front der ganzen Arbeiterklasse gekämpft hat. Sie genießt die allgemeine Anerkennung der kommunistischen Arbeiter. Sie hat sie sich durch ihre Tüchtigkeit während der Revolution erworben. In Polen geht das, in anderen Ländern, z. B. in Amerika, ist das viel schwieriger, weil dort die illegale Partei noch nicht vor dem Forum der ganzen Arbeiterklasse führend gewirkt hat, weil dort die Führung nicht so bewährt ist. Dort ist das Verhältnis, die Koordination zwischen dem Legalen und Illegalen ganz anders.

In Polen haben wir, wie gesagt, eine illegale Massenpartei, eine alte Partei, die eine glorreiche Vergangenheit hat. Dennoch gibt es auch Punkte, in denen die Exekutive mit der polnischen Partei gewisse Meinungsverschiedenheiten hat, und zwar in sehr grundlegenden Fragen: in der Agrarfrage, in der Nationalitätenfrage und teilweise in der Einheitsfrontfrage. Die Agrarfrage werden wir mit unseren polnischen Genossen speziell behandeln. Bei unseren polnischen Genossen war lange Zeit jene Auffassung der Agrarfrage vorherrschend, die

man meiner Meinung nach die altmodische, fast sozialdemokratische Auffassung nennen kann. Ich erinnere die Genossen daran, welche Stellung der 2. Kongreß zu dieser Frage eingenommen hat. Wir hatten damals vorgeschlagen, um das Bauerntum zu gewinnen, auch das Problem der Aufteilung des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer anzufassen. Mit diesem Vorschlag stießen wir teilweise auch auf die Opposition der italienischen Sozialisten. Die Fascisten haben jetzt bewiesen, daß sie es ganz gut verstehen, zu demagogischen Zwecken ein solches Programm zu ihrem Nutzen aufzustellen. Dieser Irrtum kann uns auch in Polen und in anderen Ländern viel kosten. Glücklicherweise ist eine Wendung in der polnischen Partei eingetreten und wir hoffen, daß wir uns mit der polnischen Partei über die Agrarfrage einigen werden, so daß wir ein Aktionsprogramm bekommen, das auch für das Bauerntum eine Anziehungskraft haben wird. Die Kommunistische Partei ist eine *Arbeiterpartei*. Das soll aber nicht heißen, daß sie nur Arbeiterforderungen aufstellt, sondern sie ist eine Partei, die zwar eine Partei der Arbeiterklasse ist, die aber versteht, alle unterdrückten Schichten im Kampfe gegen die Bourgeoisie mit sich zu führen.

Ähnliche Meinungsverschiedenheiten hatten wir mit den polnischen Genossen in der Nationalitätenfrage. Wie wir hoffen, sind auch diese Meinungsverschiedenheiten behoben.

In der Einheitsfrontfrage hat es sich herausgestellt, daß eine Minderheit, wenn ich nicht irre, eine kleine Minderheit, in der polnischen Partei gegen die Einheitsfront war. Dennoch ist es sehr bezeichnend, daß auch in einer der ältesten Parteien eine solche Opposition angefangen hat. Wir sind überzeugt, daß die polnische Partei selbst diese Meinungsverschiedenheiten überwinden wird und wahrscheinlich schon überwunden hat. Aber diese Meinungverschiedenheiten haben doch bestanden und haben gezeigt, wie schwer die Taktik der Einheitsfront praktisch anzuwenden ist.

Vom *Balkan* werde ich nicht viel sagen. Ich muß bemerken, daß unsere Balkanföderation schlecht funktioniert. Als Balkanförderation besteht unsere Organisation fast nicht. Die Versammlungen sind nicht regulär; ich glaube, wir müssen darauf dringen, daß die Balkanföderation stärker wird, daß die bulgarische Partei dieser Frage etwas mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Ein paar Worte über *Rumänien*. Wir sind es unseren rumänischen Genossen schuldig, dem Kongreß zu sagen, daß sie diejenige Delegation sind, die hier Verpflichtungen übernommen hat, und daß die rumänischen Genossen ihre Verpflichtungen treu eingehalten haben, trotz aller Verfolgungen. Sie wissen, daß der ganze Parteitag der rumänischen Genossen — einige hundert Genossen — ins Gefängnis ge-

4

wandert ist, direkt vom Kongreßsaal ins Gefängnis. Manche von ihnen wurden niedergeschossen, manche sitzen noch jetzt im Gefängnis. Die Sozialdemokratie hat ein unverschämtes Bündnis mit der Bourgeoisie gegen diese kommunistischen Elemente geschlossen. Um so größer ist das Verdienst unserer rumänischen Freunde, daß sie bei solchen schwierigen Verhältnissen der Fahne der Kommunistischen Internationale treu geblieben sind und ihre Pflicht und Schuldigkeit treu getan haben.

In *Jugoslavien* macht die Partei eine Krise durch. Dort hat sich auch das Problem des Legalen und Illegalen herausgestellt. Das Problem ist dort noch nicht gelöst. Wir haben große Schwierigkeiten. Aber wir sehen, daß es in Jugoslavien wieder vorwärts geht. Eine neue Bewegung hat in den Gewerkschaften begonnen, und wir hoffen, daß unsere Partei wieder ihre alte Kraft erlangen wird. Über die Meinungsverschiedenheiten in Jugoslavien wird noch eine Kommission verhandeln müssen.

In *England*, einem Lande, das von großer Wichtigkeit ist, geht die Entwicklung unserer Partei sehr, sehr langsam. Vielleicht in keinem anderen Lande entwickelt sich die kommunistische Bewegung so langsam wie in England. Das Problem der Zugehörigkeit unserer Partei zur Labour Party ist jetzt im positiven Sinne gelöst worden. Unsere Partei hat beschlossen, der Labour Party beizutreten. Eine spezielle Aufgabe der zukünftigen Exekutive besteht meiner Meinung nach darin, daß sie England viel mehr Aufmerksamkeit widmet, als es bisher geschah. Wir müssen damit anfangen, England zu studieren. Wir kennen die Ursachen der langsamen Entwicklung noch nicht. England ist überhaupt kein Land der großen politischen Massenorganisationen. Sie wissen, daß dort weder eine sozialdemokratische noch kommunistische Partei eine große Mitgliederzahl hat. Wir haben dort nichts derartiges wie in Deutschland. Es herrschen dort eigenartige Traditionen. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der großen Not des Proletariats in England geht die Entwicklung des Kommunismus merkwürdig langsam. Es ist eine Stagnation und wir haben alle Ursache dazu, der Bewegung in England viel mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als wir es bisher getan haben.

Es ist uns auch gelungen, nach *Amerika* einen Delegierten zu entsenden, der sich ziemlich lange dort aufgehalten hat; wir müssen die Erfahrungen der ganzen Bewegung studieren. Die größte Schwierigkeit der Bewegung in Amerika besteht in dem Problem der Vereinigung des Legalen und des Illegalen. Die Lage ist dort ganz anders wie in Polen, Jugoslavien, Finnland und Lettland, wo wir eine Revolution gehabt haben und die Führer der Arbeiterklasse schon einmal vor deren Forum gestanden und Anerkennung gefunden haben. In Amerika

haben wir eine andere Situation: eine ziemlich starke linke Gewerkschaftsbewegung und eine kommunistische Partei mit heftigen Fraktionskämpfen. Und darum haben wir in Amerika ein ganz schwieriges Problem, das noch studiert werden muß.

In *Österreich* hat unsere Partei trotz aller Schwierigkeiten doch ganz bedeutende Fortschritte gemacht.

In *Ungarn* ist die Lage sehr bedauerlich. Ich sehe hier manche Genossen, die sehr energisch an den Fraktionskämpfen teilgenommen haben, um die Lage zu verschlechtern. Sie mögen mir erlauben, ihr Handeln vor dem Forum der Kommunistischen Internationale ein wenig zu sezieren. Viele der Genossen, die in der Revolution führend waren und in der Vergangenheit Verdienste aufweisen, haben jetzt alles mögliche und auch unmögliche getan, um die Lage zu verderben und ihrer Partei zu schaden: Die Exekutive hat jetzt einen energischen Versuch gemacht, alle diese Streitigkeiten zu überwinden. Ich will über die Emigration überhaupt nichts Böses reden. Wir wissen aus der Geschichte, daß die Emigration der Sache viel nützen kann. Vielleicht wird die italienische Partei jetzt auch eine Zeitlang eine Emigration haben müssen. Aber es gibt Emigrationen und Emigrationen. Es gibt Emigrationen, die nach einer niedergeschlagenen Revolution sehr viel schweres zu überwinden haben, aber unsere ungarischen Genossen haben auf diesem Gebiet soviel geleistet, daß es *zu viel* geworden ist. Ich glaube, daß der 4. Kongreß ernstlich und energisch genug sagen wird, daß wir keinesfalls eine Wiederholung dessen, was wir gesehen haben, erleben wollen und auch nicht im entferntesten so etwas wieder zulassen werden. An einem Tage würden in Ungarn vor wenigen Wochen 170 Kommunisten verhaftet. Obwohl dort die revolutionäre Bewegung in der Arbeiterklasse im Steigen begriffen ist, ist doch die Lage unserer Partei so schlecht wie nur möglich. Unsere Pflicht und Schuldigkeit besteht jetzt darin, in dem Moment, wo die Arbeiterbewegung im Steigen ist, wo die Bourgeoisie noch einmal anfängt Hunderte von unseren Genossen zu verhaften, die Emigrationsfraktionen zu überwinden und eine illegale Partei zu bilden.

Nebenbei bemerkt wird in Ungarn die Vereinigung von Legalem und Illegalem leichter sein, weil die Kommunisten dort dennoch eine ernste Tradition haben.

In *Japan* besteht eine kleine Partei, die unter Mitwirkung der Exekutive sich mit den besten syndikalistischen Elementen vereinigt hat. Wir haben eine junge Partei, aber doch einen wichtigen Kern, und die japanische Partei soll sich jetzt ein Programm geben. Der Kongreß der Fernen Orientparteien und -völker, der hier in Moskau getagt hat, hat große Bedeutung besonders für Japan, weil hier zum ersten Male

4*

ein Zusammentreffen mit wichtigen Persönlichkeiten der Bewegung Japans stattgefunden hat.

In *Indien* haben wir bedeutende Erfolge erzielt. Ich kann mitteilen, daß die Arbeit unserer Genossen während der letzten Monate von Erfolg gekrönt worden ist. Unseren Genossen ist es gelungen, den Weg nach Indien zu ebnen, denn sie fanden Eingang zu den Zeitungen, sie drangen in die Gewerkschaften ein und sind dabei, die kommunistischen Elemente in Indien zu sammeln. Ich glaube, daß dies ein sehr großer Schritt vorwärts ist.

Wir haben dann während dieses Jahres mehr oder weniger starke Kerne der Partei in der *Türkei*, in *China* und *Ägypten* gegründet. Man darf sich gewiß keinen Illusionen hingeben, es sind noch ganz kleine Kerne, aber es ist doch ein Schritt vorwärts und wir müssen den Genossen dort helfen, zweierlei Arbeit zu leisten: erstens den Kern der proletarischen Bewegung auszubreiten und zweitens als Avantgarde der ganzen Befreiungsbewegung gegen die Bourgeoisie voranzugehen.

Wichtige Schritte sind auch in *Australien* und in anderen Ländern gemacht worden.

Ich will nun über die *Profintern* sprechen. Wie Sie wissen, Genossen, mußte es die Profintern im Jahre 1921 erleben, daß sogar in einer der besten Parteien, in der deutschen Partei, eine liquidatorische Strömung gegen sie wahrzunehmen war. In der deutschen Partei hat man in vollem Ernste darüber diskutiert, ob die Profintern nicht eine Frühgeburt sei, ob man sie nicht liquidieren solle, usw. Es geschah das gewiß unter dem Einfluß der levitischen Richtung, aber es waren nicht nur Leviten, die ein bißchen so angehaucht waren. Das war der gefährliche Punkt für die Profintern. Die Exekutive hat es selbstverständlich für ihre Pflicht erachtet, gegen die liquidatorische Strömung anzukämpfen. Wir waren der Meinung, daß die Profintern keinesfalls eine Frühgeburt ist.

Jetzt ist diese Strömung in Deutschland, und ich hoffe auch in den anderen Ländern, vollständig überwunden, und die Profintern ist auf dem besten Wege Erfolg zu haben. Man kann voraussagen, daß die Profintern in den nächsten Jahren, wenn nicht schon in den nächsten Monaten, einen großen Aufschwung erleben und sehr großen Erfolgen entgegengehen wird. Die Amsterdamer wollen jetzt, wie Sie wissen, die Spaltung beschleunigen. Sie haben diese Spaltung in Frankreich vollendet und in der Tschechoslowakei durchgeführt. In Deutschland stehen wir vor der Spaltung der Gewerkschaften. Unsere Aufgabe und die Aufgabe der Profintern besteht nach unserer Auffassung darin, diese Spaltung zu bekämpfen. *Wir* brauchen die Einheit der Arbeiterbewegung, die Amsterdamer brauchen die Spaltung der Arbeiter-

bewegung. Je mehr Einfluß wir gewinnen, desto mehr werden diese Leute die Gewerkschaften spalten wollen, und desto mehr müssen wir das bekämpfen. Wir müssen uns in dieser Beziehung organisieren und versuchen, Gegenmaßregeln zu treffen. Welche, darüber müssen wir noch besonders sprechen. Aber wenn sie uns zwingen, uns selbständig zu organisieren, wie sie uns in Frankreich und in der Tschechoslowakei gezwungen haben, und uns in Deutschland und in anderen Ländern zwingen, müssen wir propagieren, daß diejenigen unserer Gewerkschaften, die als Resultat dieser Spaltung geboren werden, mit dem Schrei nach der Einheit auf den Lippen geboren werden. Der erste Schrei unserer neugeborenen Gewerkschaftsorganisation, die als Resultat des Ausschlusses geboren wird, muß sein: Einheit der Gewerkschaft!

Die tschechischen, deutschen und anderen Genossen müssen, wenn sie genötigt sind, generell oder nur in einer Branche eine selbständige Gewerkschaft zu bilden, als erste Parole ausgeben: Einheit, Kampf um die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung! Ich werde im zweiten Teile meines Vortrags noch ausführlich darüber sprechen.

Bedeutende Fortschritte machte unsere Bewegung in der *Genossenschaftsfrage* und der *Jugendfrage*. Ich möchte besonders über die *Jugendinternationale* noch etwas sagen. Die Verlegung der Jugendinternationale nach Moskau hat sich bewährt. Die Befürchtungen waren unbegründet. Die Jugendinternationale hat gut gearbeitet. Zwar müssen wir konstatieren, daß in einigen Ländern ein Abflauen zu verzeichnen war, und das sind beunruhigende Zeichen. Auch die Jugend in Deutschland hat schwere Zeiten durchgemacht, ebenso wie die Jugend in anderen Ländern. Das ist ein Zeichen der allgemeinen Schwierigkeiten der Lage der Arbeiterklasse. Aber trotz alledem bleibt die Jugendinternationale und die Jugendbewegung ein Vortrupp der Kommunistischen Internationale. Wir werden nach unserem Kongreß einen Jugendkongreß abhalten, dem wir die größte Aufmerksamkeit schenken müssen. Wir müssen im Auge behalten, daß für den erfolgreichen Kampf unserer Jugendorganisationen neue Methoden notwendig sind. Wir müssen es aber erreichen, daß wir unter der Jugend eine übergroße Mehrheit werden. Die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale wird den Sozialdemokraten besonders großen Schaden auf dem Gebiete der Jugendbewegung bringen. Neue Methoden sind nötig, um einzudringen in die Massen der Jugend, die ein wenig gleichgültig geworden sind. Wir werden die Möglichkeit haben, dies zu tun.

Das ist die Übersicht über unsere Tätigkeit während der 15 Monate. Gewiß haben wir sehr viele Irrtümer begangen, und Sie sollen uns wegen dieser Irrtümer kritisieren. Aber wollen wir die 21 Punkte behalten oder nicht? Unsere Genossen in Frankreich z. B. haben den

Paragraphen 9 kritisiert, auf Grund dessen Fabre ausgeschlossen wurde. Ich weiß nicht, ob es einen Genossen geben wird, der sagen könnte, wir hätten hier nicht richtig gehandelt. Dieser Ausschluß war absolut notwendig. Aber ein Teil der französischen Genossen hat diesen Ausschluß beanstandet. Sie haben gesagt, wir hätten nicht das Recht dazu gehabt, wir hätten den Paragraphen 9 zu frei ausgelegt. Der Kongreß soll sagen, ob wir das Recht hatten, den Paragraphen 9 so anzuwenden, wie wir ihn angewendet haben.

Noch eine andere Frage. Die Exekutive hat beschlossen, die *nationalen Kongresse* der kommunistischen Parteien in der Regel nach dem Weltkongreß stattfinden zu lassen. Ausnahmen sind zulässig. Ich will nicht darauf bestehen, zu untersuchen, ob das unbedingt notwendig war. Aber was war der Sinn dieses Beschlusses? Der Sinn war der: wir wollen eine zentralisierte Weltpartei sein, wir wollen eine Partei sein, die sich zentralisiert dirigiert. Wir wollen, daß der Weltkongreß wirklich die entscheidende Stelle für alle Parteien ist. Wir wollen nicht, daß die Kommunistische Internationale einfach ein Sammelsurium für alle Parteien ist. Das wurde in Frankreich heftig kritisiert.

Nun, was hat das Beispiel Frankreichs gezeigt? Wenn der Parteitag nach unserem Kongreß getagt hätte, wer weiß, ob es nicht besser gewesen wäre. Wie gesagt, ich werde nicht besonders dagegen sprechen, wenn Sie diesen Beschluß modifizieren wollen, ich gehe darauf ein. Aber der Sinn des Beschlusses besteht darin, daß wir eine zentralisierte Weltorganisation bleiben müssen. Die 21 Punkte haben wir zu nachlässig durchgeführt. Wenn Sie uns dafür ein bischen schlagen wollen, werden Sie vollkommen recht tun. Die 21 Punkte müssen jetzt viel strenger durchgeführt werden. Ich will keineswegs sagen, daß wir bisher nichts getan hätten. Die Kommunistische Internationale besteht erst dreieinhalb Jahre. Genossen, das ist eine zu kurze Frist, um im Weltmaßstabe unsere kommunistischen Parteien zu organisieren. Das größte Unglück war nicht, daß wir zu nachlässig waren, das größte Unglück wäre, wenn wir auf die 21 Punkte wie auf ein Stück Papier geschaut hätten. Aber ich glaube, der Kongreß wird sagen, daß die Exekutive dazu da ist, die 21 Punkte auszuführen. Wir müssen durchsetzen, daß wir eine wirkliche internationale Weltpartei werden. Im Prinzip waren wir bisher dafür, es ist nötig, daß es zur Tat wird.

Das ist der Bericht über die Tätigkeit der Exekutive während der letzten 15 Monate. Über die zukünftige Taktik der K. I. werde ich noch sprechen.

Vorsitzender: Mit Zustimmung aller Delegierten wird die Sitzung für heute Abend geschlossen. Die nächste Sitzung wird morgen Vormittag um 11 Uhr eröffnet.

Schluß der Sitzung 10,35 abends.

DRITTE SITZUNG

FREITAG, DEN 10. NOVEMBER 1922.

Schluß des Berichts des EK. der KI. Diskussion zum Bericht des EK. der KI.

Redner: Kolarow, Sinowjew, Bordiga, Radek, Vajtauer, Ernst Meyer, Varga, Ruth Fischer, Neurath.

Eröffnung: 11,30 vorm.

Vorsitz: Kolarow, Sinowjew.

SINOWJEW: Genossen, ich hoffe, daß die Thesen, die ich zu dieser Frage aufgestellt habe, schon verteilt sind oder noch verteilt werden. Ich werde mich darauf beschränken, nur einen Kommentar zu diesen Thesen zu geben.

Wir müssen zunächst folgende Fragen behandeln: Die internationale ökonomische Lage, die internationale politische Lage und die Lage innerhalb der Arbeiterbewegung.

Was die erste Frage anbelangt, so ist es, glaube ich, nicht nötig, auf dem 4. Kongreß eine grundlegende Revision dessen vorzunehmen, was wir auf dem 3. Kongreß beschlossen haben. In meinen Thesen schlage ich vor, daß der 4. Kongreß einfach die Thesen der Genossen Trotzki—Varga vom 3. Kongreß über die ökonomische Weltlage bestätige. Wir können und sollen konstatieren, daß die Entwicklung während der letzten 15 Monate im Grunde genommen diese Thesen wirklich im allgemeinen gerechtfertigt hat; der Gang der Dinge war tatsächlich so, wie wir in diesen Thesen im allgemeinen vorausgesehen hatten. Wir haben zwar einen vorübergehenden Aufschwung in Amerika, England, Japan und Frankreich, vielleicht auch in manchen anderen Ländern gesehen, aber es ist ganz klar, daß dieser Aufschwung nur eine vorübergehende Erscheinung ist und daß der Genosse Varga recht hat, wenn er in seiner letzten Broschüre den Stand der Dinge als eine Niedergangsperiode des Kapitalismus charakterisiert. Was wir jetzt noch erleben, ist nicht eine der periodischen Krisen des Kapitalismus, sondern *die* Krise des Kapitalismus; es ist die Dämmerung, der Zerfall des Kapitalismus. Die ökonomische

Weltlage bleibt also trotz mancher Besserung in vielen Ländern die alte. Der Kapitalismus kann sich aus dieser Lage nicht retten. Die einzige Rettung der Menschheit, die einzige Rettung der produktiven Kräfte besteht in der sozialistischen Revolution. In diesem Sinne bleibt die Diagnose vollkommen die alte und wir können ruhig dasselbe sagen, was der dritte Kongreß gesagt hat: die objektive Lage bleibt revolutionär. Der Kapitalismus kann aus seiner eigenen Mitte keine Kräfte finden, um sich aus der entscheidenden Krise der ganzen kapitalistischen Welt zu retten.

Dann die internationale politische Lage. Auch sie ist so, daß wir konstatieren können: Die Gegensätze verschärfen sich mit jedem Tage und die internationale Lage bleibt objektiv revolutionär. Während der letzten 15 Monate ist der Zerfall der Entente mit Riesenschritten vorwärtsgegangen. Was wir erlebt haben, war eine tatsächliche Liquidation des Versailler Friedens in verschiedenen Formen, und dieser Zerfall des Versailler Friedens geht weiter. Der bürgerliche „Pazifismus", der in der Person von Lloyd George seinen hervorragendsten Führer hatte, hat vollkommen bankerott gemacht. Die Konferenzen in Genua und im Haag haben den Bankerott dieses bürgerlichen Pazifismus besiegelt. Der Wahlkampf, der jetzt in England stattfindet, zeugt von einer unerhörten Ideenlosigkeit der bürgerlichen Parteien. Dieser Kampf zwischen den alten klassischen bürgerlichen Parteien im ältesten Lande des Kapitalismus beweist, daß nicht die Spur von Prinzipien mehr in diesem Kampfe besteht. Es ist ein vollkommener geistiger Niedergang der Bourgeoisie. Es ist ein Kampf von Koterien, der das unterstreicht, was auch bisher klar war, daß eben der bürgerliche Pazifismus vollkommen bankerott gemacht hat und daß die bürgerlichen Parteien zu großen prinzipiellen Kämpfen nicht mehr fähig sind.

Die kolonialen und halbkolonialen Länder, die einer der wichtigsten Faktoren jenes Prozesses sind, den wir als den Prozeß der Weltrevolution charakterisieren, haben während dieser Zeit ihren Kampf auf ein sehr hohes Niveau gehoben. Wir sehen, daß während dieser Zeit in einer ganzen Anzahl von unterdrückten Ländern trotz aller Maßregeln der imperialistischen Regierungen die Befreiungsbewegung weiter und weiter fortschreitet, und ich glaube, es wird wohl heute in unserer Mitte kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Kampf, obwohl er kein sozialistischer oder kommunistischer ist, doch objektiv ein Kampf gegen das kapitalistische Regime ist und bleibt. Die großen Bewegungen, die wir während dieser Zeit in Indien und anderen Kolonien und halbkolonialen Ländern wahrgenommen haben, sind keineswegs kommunistisch, aber objektiv genommen haben sie die Bedeutung eines erstklassigen Faktors gegen das kapitalistische Regime.

Die bürgerliche Demokratie, deren Dämmerung wir schon einige Jahre lang verfolgen konnten, zerfällt mit jedem Monat mehr und mehr.

Was bedeuten die Ereignisse in Italien? Ist das nicht ein unerhörter Schlag gegen die bürgerliche Demokratie? War nicht Italien eines der Länder der gesegneten bürgerlichen Demokratie? Gewiß war Italien ein solches Land. Der fascistische Überfall ist ein Schlag nicht nur gegen die monarchistische Idee, sondern auch gegen die Idee der bürgerlichen Demokratie. Nicht nur der italienische Monarch hat in seinem Prestige gelitten dadurch, daß eine Bande ihn tatsächlich politisch zur Seite geschoben hat, sondern auch das ganze Regime der bürgerlichen Demokratie. Es muß uns klar sein, daß das, was in Italien geschehen ist, keine lokale Erscheinung ist. Mit Notwendigkeit wird es kommen, daß wir in anderen Ländern dieselben Erscheinungen vielleicht in anderer Form erleben werden. Wenn die Fascisten in Italien sich behaupten — und das ist für die nächste Zeit wahrscheinlich —, dann ist sogar absolut sicher, daß ähnliche Erscheinungen wahrscheinlich auch in Deutschland, vielleicht in ganz Mitteleuropa auftreten werden. Ein Sieg der Stinnes-Regierung in Deutschland wird vielleicht in der Form nicht ganz ähnlich sein dem, was wir in Italien sehen, aber dem Inhalt nach kann dies eine Erscheinung werden, die blutig ähnlich sieht dem, was wir in Italien sehen.

Was wir jetzt in Österreich erleben, ist ebenfalls ein Bild, das der italienischen Umwälzung sehr nahe kommt. Und das ist auch ein Schlag gegen die bürgerliche Demokratie, die in Österreich nicht nur von den bürgerlichen Parteien und der 2. Internationale, sondern auch von der 2½ Internationale bisher verteidigt worden ist.

In der Tschechoslowakei sind die Vorbereitungen zu einer ebensolchen konterrevolutionären Umwälzung im Gange, von Ungarn gar nicht zu sprechen. Die Fascisten versuchten in Ungarn Schule zu machen.

In den Balkanländern, besonders in Jugoslavien, sehen wir schon Erscheinungen, wie wir sie in Italien erlebten. Wir müssen die Lage sehen, wie sie ist. Das ist notwendig für eine Periode, die nicht sehr lange anhalten wird, die aber eine Prüfungsperiode für unsere kommunistischen Parteien sein wird. Es ist vielleicht unvermeidlich, daß wir eine solche Periode mehr oder weniger fascistischer Umwälzungen in ganz Zentral- und Mitteleuropa bekommen, und dadurch wird unvermeidlich ein ganzer Zeitabschnitt der Illegalität unserer Partei eintreten. Die Exekutive hat schon vor einigen Monaten eine ganze Anzahl unserer wichtigsten Parteien durch speziell abgesandte Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns auf eine illegale Periode vorbereiten müssen, wie wir sie jetzt in Italien sehen. Die

politische Lage, wie wir sie im Moment des 4. Weltkongresses finden, bestätigt leider diese Voraussage. Wir müssen diese Gefahr klar sehen, aber das soll nicht bedeuten, daß das ein Stillstand der Weltrevolution sein wird. Umgekehrt, es ist ein Revolutionierungsprozeß. Dieser Prozeß ist keine gerade Linie. Nein, es können da verschiedene Episoden kommen. Was wir in Italien sehen, ist ein Akt der Konterrevolution. Aber in der Perspektive gesehen, ist es eine Episode der Verschärfung der Lage, der Ausreifung der proletarischen Revolution in diesem Lande. Man kann das auch von der proletarischen Bewegung einer ganzen Anzahl anderer wichtiger Länder sagen.

Also allgemein gesprochen hat sich die internationale politische Lage während dieser Zeit im allgemeinen verschärft. Der 3. Weltkongreß hatte vollkommen recht, als er sagte, wir hätten kein sicheres Gleichgewicht im kapitalistischen Europa, und als er bemerkte, daß Ereignisse von großer Bedeutung, sogar parlamentarische Konflikte, große Streiks usw. sehr leicht zu revolutionären Kämpfen führen können. Das Bild, das wir Ihnen ganz oberflächlich gezeigt haben, beweist, daß diese Diagnose absolut richtig war. Die internationale politische Weltlage spitzt sich zu und was wir auf dem Balkan gesehen haben, war sehr merkwürdig. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem griechisch-türkischen Krieg bedeuten, daß das Gespenst eines neuen Krieges einen Augenblick lang sehr handgreiflich war. Das Gespenst eines neuen Krieges war so handgreiflich wie nur möglich. Es war eigentlich ein kleines Präludium zu einem neuen zukünftigen Weltkrieg. Auch in diesem Moment, wo ich zu Ihnen spreche, haben wir eine Verschärfung dieses Problems, das leicht zu größeren Komplikationen führen kann. So weit man die Lage übersehen kann, wird es jetzt noch nicht zu einem Kriege kommen. Aber was wir im Zusammenhang mit dem Balkan erlebt haben, war in kleinem Maßstabe ein Anzeichen derjenigen Ereignisse, die kommen werden und müssen, wenn vorher nicht die soziale Revolution kommt und dem bürgerlichen Staate die Möglichkeit, einen neuen Krieg zu organisieren, aus den Händen nimmt.

Die Lage bleibt also nach wie vor unsicher. Ein Verfall des kapitalistischen Regimes ist auch auf dem Gebiete der reinen Politik zu verzeichnen. Zu gleicher Zeit sehen wir eine noch nicht dagewesene Stärkung der politischen Position Rußlands, des einzigen revolutionären Staates, der sich bereits fünf Jahre behauptet hat.

Wir werden über die neue ökonomische Politik noch ausführlicher sprechen müssen bei der Behandlung der russischen Frage. Ich will daher nicht vorgreifen, ich will nur hervorheben, was ich bereits zu Beginn der Kongreßarbeiten sagte. Wir sind zu der Überzeugung ge-

langt, daß die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands kein Zufall ist, entstanden durch die Schwäche mancher unserer kommunistischen Parteien, sondern etwas viel größeres. Sie haben recht, wenn Sie, wie es die besten Freunde Sowjetrußlands tun, sagen: wenn Rußland zu der neuen ökonomischen Politik greifen mußte, so geschah es darum, weil die deutschen, französischen und englischen Arbeiter zu schwach sind, ihre Bourgeoisie zu stürzen. Das ist richtig, aber das allein klärt die Lage nicht. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß nicht nur unser Land mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung, sondern vielleicht alle oder fast alle Länder mit großer proletarischer Bevölkerung in dieser oder jener Form eine solche politische Phase werden durchmachen müssen. Der neue ökonomische Kurs ist nicht nur ein Resultat unserer Schwäche oder der Schwäche des Weltproletariats: er ist in dem Machtverhältnis zu den Bauern und Kleinbürgern begründet.

Gewiß ist das Bauerntum in einem Lande wie Rußland ein anderes als in Deutschland. Aber dennoch, auch in Deutschland und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern mit großem Industrieproletariat wird im entscheidenden Augenblick die Arbeiterklasse ein ganzes System von Maßregeln treffen müssen, um den ausschlaggebenden Teil des Bauerntums zu neutralisieren. Sie wird also zu einer ganzen Anzahl von Maßregeln greifen müssen, zu denen auch wir in Rußland greifen mußten. Wir werden, wie gesagt, bei der Behandlung der russischen Frage über diese Dinge sprechen müssen.

Wenn wir die politische Weltlage betrachten, können wir nicht umhin, den erstklassigen Faktor ins Auge zu fassen, den die Sowjetregierung darstellt. In einem Augenblick, da auf dem einen Pol die Entente zusammenkracht, die kolonialen und halbkolonialen Völker in verschärfte Kämpfe eintreten, da auf dem Balkan das Gespenst des Krieges spukt, da das Gleichgewicht der bürgerlichen Welt ins Wanken gerät, — in diesem Augenblick befestigt sich Sowjetrußland, indem es sich eine neue Wirtschaftsform gibt. Dadurch ist Sowjetrußland zu einem riesigen Faktor in der Weltpolitik geworden. Der Stern der ersten proletarischen Republik steigt höher und höher. Dadurch entsteht eine Lage, die objektiv revolutionär ist.

Die Offensive des Kapitals ist eine internationale Erscheinung und einer der revolutionären Faktoren. Die Arbeiterklasse konnte sie noch nicht aufhalten. Es sprechen viele Zeichen dafür — in Frankreich wie auch in anderen Ländern —, daß in der nächsten Zeit auf diesem Gebiete eine Änderung eintreten wird. Die Arbeiter setzen sich immer mehr zur Wehr, sie werden diese Offensive zurückschlagen.

Ich komme jetzt zur Lage innerhalb der Arbeiterbewegung. Auf diesem Gebiete ist die wichtigste Erscheinung die Vereinigung der 2.

und 2½ Internationale, die jetzt in ganz kurzer Zeit zur Tatsache werden wird. In Deutschland ist sie bereits vollendet, gestern erhielten wir die Mitteilung von einer gleichen Vereinigung auch in Schweden. Branting hat die „linken" Sozialdemokraten in seine Partei aufgenommen. Was in Schweden und Deutschland geschehen ist, wird auch in anderen Parteien kommen. Die Vereinigung ist zwar noch nicht organisatorisch vollzogen, aber politisch ist sie da. Und das ist eine Tatsache von großer historischer Bedeutung. Die 2. Internationale ist der Feind der Arbeiterklasse. Daß die 2½ Internationale in der 2. aufgeht und dieser Prozeß sich nicht umgekehrt vollzieht, — das brauche ich hier nicht zu beweisen. Wenn es dennoch nötig ist, so werde ich nur ein Zitat des Herrn Martow anführen; er ist einer der geistigen Führer der 2½ Internationale und manchem seinesgleichen geistig überlegen. Martow schreibt in der letzten Nummer seiner Zeitschrift „Der Sozialistische Bote" über das Problem der 2. Internationale:

„Keine Illusionen! Die mechanische Vereinigung der zwei Internationalen bedeutet *bei den gegebenen Verhältnissen* die Rückkehr derjenigen Parteien in die reformistische 2. Internationale, die aus der 2. Internationale ausgetreten sind, mit der Hoffnung, eine ganz andere Internationale zu schaffen. Es ist eine Niederlage dieser Parteien."

Martow spricht hier also ganz klar seine Meinung aus. Natürlich findet Martow am Ende einen Trost für die 2½ Internationale. Er sagt: „Innerhalb der 2. Internationale werden wir den Marxismus verfechten." Aber das sind nur Worte. In Wirklichkeit ist es nichts anderes als eine Rückkehr in die 2. Internationale, nichts anderes als eine glatte Niederlage der 2½ Internationale.

Wir werden also eine Vereinigung der reformistischen Parteien haben. Diese Vereinigung der reformistischen Internationalen wird jetzt die Spaltung der Arbeiterklasse in einem unerhörten Grade beschleunigen. Auch wir müssen sagen: Keine Illusionen! Die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale bedeutet jetzt zweierlei: sie bedeutet erstens die Vorbereitung des weißen Terrors gegen die Kommunisten. Im Zusammenhang mit der weltpolitischen Lage stehen die fascistischen Umwälzungen, die Umwälzungen mit den Regierungen à la Stinnes an der Spitze. Die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale ist die Vorbereitung einer noch nie dagewesenen Spaltung der Arbeiterklasse zur Schwächung derselben. Was das erste betrifft, so werden wir nicht viel Zeit brauchen, um uns zu überzeugen, daß diese Vereinigung wirklich eine ganze Periode des weißen Terrors gegen die Kommunisten vorbereitet. Es ist kein Zufall, daß an der Spitze der gegenrevolutionären Bewegung in Italien jetzt ein Mussolini steht, ein Renegat der 2. Internationale, ein früherer Sozialdemokrat; es ist auch

kein Zufall, daß in Deutschland ein Ebert und ein Noske an der Spitze der Regierung stehen, daß in Polen ein Pilsudski an der Spitze der Regierung steht. Es ist kein Zufall, daß in einigen Ländern, wie in England und Deutschland, die Rolle der 2. Internationale entscheidend ist. Denn in einem Lande wie Deutschland genügte ein Umschwenken der Gewerkschaften auf die Seite der Arbeiterschaft, um das Verhältnis radikal zu ändern. Also keine Illusionen! Diese Vereinigung bedeutet nichts anderes als eine Artillerie-Vorbereitung des weißen Terrors gegen die kommunistischen Parteien.

Ferner bedeutet diese Vereinigung die Spaltung der Arbeiterklasse. Wir treten jetzt für die Einheit der Gewerkschaften ein. Und nicht umsonst. Die Reformisten sehen klar ein, daß sie den Boden unter den Füßen verlieren. Historisch gesprochen ist das unvermeidlich.

Es ist unvermeidlich, daß diese Gewerkschaften — falls wir einen normalen Entwicklungsprozeß vor uns haben werden — als ganze Organisationen in die Hände der Kommunisten kommen. Das spüren diese Leute. Sie haben keine schlechte Nase. Sie spüren es und verstehen wohl, daß dies unabwendbar ist. Sie sehen, daß der Einfluß der Kommunisten und überhaupt der revolutionären Bewegungen in der Arbeiterklasse wächst. Sie spüren das instinktiv und sie versuchen sich dagegen zu wehren. Sie handeln, as ob sie einen direkten Auftrag von der Bourgeoisie hätten, die Gewerkschaften in Scherben zu schlagen. Sie zerschlagen sie, bevor sie weggehen müssen. Ich sage nicht, daß das ein direkter Auftrag wäre. Sie wissen, daß das in der Politik nicht so einfach ist, daß z. B. Stinnes den Gewerkschaftsführern nicht etwa einen direkten schriftlichen Auftrag gibt. Aber politisch ist der Auftrag der Bourgeoisie der: bevor die sozialistischen Führer abtreten, sollen sie die Gewerkschaften zerschlagen. Sie sollen die Türen der Gewerkschaften hinter sich so zuschlagen, daß alle Scheiben in den Gewerkschaftsorganisationen zerbrechen. Darum handelt es sich.

Wie gesagt, man weiß nicht, wann dieser Prozeß vollendet sein wird, wie viele Jahre oder Monate er dauern wird, aber historisch ist er unbedingt unvermeidlich, und das fühlen unsere „Götter“ aus der 2. Internationale. Darum sehen wir überall dieselbe Erscheinung, eine ganz regelrechte Vorbereitung der Spaltung in dem Augenblicke, wo sie fühlen, daß große Teile zu uns übergehen. Sie wollen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften schwächen und in Scherben schlagen, damit wir, wenn wir in den Gewerkschaften an die Macht kommen, nichts als Scherben vorfinden. Es ist, wie gesagt, gerade das, was die Bourgeoisie jetzt braucht. Es ist ein Verrat, wie er noch nie dagewesen ist. Selbst der Verrat im Jahr 1914 war im

Vergleich zu dem, was sich heute vorbereitet, viel kleiner. Es wird jetzt ein ganz planmäßiger Verrat vorbereitet. Sie wollen die Arbeiterbewegung zerstückeln und zerspalten, damit sie in dem Augenblick, wo sie bereit sein soll, sich gegen die Bourgeoisie zu stellen, ohne Organisationskraft, geschwächt, geteilt und gespalten dasteht. Das ist die Politik der Vereinigung der 2. und 2½ Internationale.

Es handelt sich bei der heutigen Spaltung nicht um eine kleine Episode, — es handelt sich um keine Kleinigkeit, sondern um ein ganz großes Problem. Die Arbeiterklasse hat trotz all ihrer Irrtümer, trotz des Verrates der Führer, trotz aller Niederlagen sich doch eine große Organisation in der Form dieser Gewerkschaften erkämpft, die Millionen von Arbeitern zusammenfassen. Im gegebenen Moment muß diese Organisation für unseren Kampf entscheidend sein, und nun, wo dieser Moment — historisch gesprochen — naht, in diesem Moment wird die 2½ Internationale *gemeinsam mit* den Amsterdamern den größten Verrat an der Arbeiterklasse verüben. Sie wird versuchen, diese letzte Organisation, diese letzte Zuflucht der Arbeiterklasse in Scherben zu schlagen, damit wir, wenn wir die Sozialdemokraten ablösen, nichts bekommen, damit wir dann ohne wirkliche Massenorganisation dastehen. Das ist die wichtigste Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Daher sind die Sozialdemokraten und die Amsterdamer verurteilt, die berufsmäßigen Spalter der Arbeiterklasse zu werden, sie nicht nur zu verraten, nicht nur die Politik der Arbeiterklasse zu schädigen, sondern direkt ihre Waffe, ihre Organisation in Stücke zu zerschlagen. Diese Aufgabe wird die ganze Politik der jetzt vereinigten 2. und 2½ Internationale im nächsten Zeitabschnitt ausfüllen, und das ist eine ganz neue Tatsache, mit der wir zu rechnen haben.

Daher, Genossen, ist unsere Taktik der Einheitsfront nicht nur als eine Strategie gegen unsere Feinde gegeben. Gewiß, wir haben vollkommen das Recht und die Pflicht, gegen unsere Feinde strategische Pläne auszuarbeiten; die Einheitsfront aber ist durch die ganze historische Lage gegeben, durch die ganze Lage des Kapitalismus, durch seine wirtschaftliche und weltpolitische Lage und durch die Lage innerhalb der Arbeiterbewegung. Wenn es richtig ist, was ich Ihnen von der Politik der 2. und 2½ Internationale gesagt habe, wenn es richtig ist, daß sie in der Zukunft eine Taktik der bewußten planmäßigen Spaltung der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse vorbereiten, so folgt daraus unabwendbar unsere Taktik der Einheitsfront. So folgt daraus, daß wir eben aus diesen Ursachen und aus vielen anderen Ursachen planmäßig eine Gegenarbeit gegen diesen Plan der 2. Internationale in Angriff nehmen müssen.

Und das ist eben die Taktik der Einheitsfront.



Wir haben uns auf dem 3. Kongreß die Aufgabe gestellt, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Ist diese Aufgabe erfüllt worden? Nein, sie ist noch nicht erfüllt. Das müssen wir klar aussprechen. Der Einfluß unserer Partei ist in manchen Ländern gewaltig gewachsen, aber dennoch können wir noch nicht auf unserem 4. Kongreß (und vielleicht können wir es auch auf dem 5. Kongreß noch nicht) sagen, daß wir die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen haben. Noch eine mühsame Arbeit steht uns bevor, um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Einheitsfronttaktik ist bei dieser Lage, wie gesagt, das wichtigste Mittel, diese Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das muß deutlich gesagt werden: die Taktik der Einheitsfront bedeutet nicht eine Episode in unserem Kampfe. Es ist eine Taktik, die eine Periode, vielleicht eine ganze Epoche, ausfüllen wird.

Wir werden bei verschiedenen Umständen diese Taktik vielleicht modifizieren müssen; aber im großen und ganzen werden wir eben darum, weil die 2. Internationale der Hauptfeind ist, der die Hauptstütze der Bourgeoisie bildet, an dieser Taktik festhalten müssen.

Der Kapitalismus ist ökonomisch gesprochen für den Sozialismus reif. Die weltpolitische Lage ist so, daß man sie als revolutionär charakterisieren kann. Die 2. Internationale ist die Hauptstütze der Bourgeoisie. Ohne die Hilfe der 2. und der Amsterdamer Internationale kann sich die Bourgeoisie nicht halten. Darum ist unser Verhältnis zu der 2. Internationale nicht nur eine Frage der Partei-Taktik, sondern eben die Frage, das Problem der Weltrevolution, die ganze Taktik unserer Klasse. Und weil, wie ich es gekennzeichnet habe, die vereinigte 2. Internationale jahrelang direkt auf die Spaltung hinarbeiten wird, eben darum werden wir die Mehrheit der Arbeiterklasse dadurch gewinnen, daß wir in Form der Einheitsfronttaktik gegen diese Arbeit planmäßig arbeiten werden.

Wir haben schon von dieser Taktik profitiert, manches haben wir schon daraus gewonnen. Die Taktik der Einheitsfront hat während dieses Jahres der Kommunistischen Internationale große Vorteile gebracht; das dürfen wir nicht übersehen. Nicht in dem Sinne, daß wir schon die Mehrheit gewonnen haben. Wären wir so weit, hätten wir schon fast alles. Aber wir haben schon viel erreicht, wir haben schon gewonnen, daß vor der Arbeiterklasse nicht die kommunistischen Parteien als Spalter dastehen, sondern unsere Gegner. Früher bestand bei den Arbeitern eine andere Auffassung. Es war auch ein gewisser Grund dazu vorhanden. Es gab eine Zeit, wo wir, um die Interessen der Arbeiter als ganzes zu verteidigen, die alte sozialdemokratische Partei spalten mußten. Wir wären Verräter an der Arbeiterklasse gewesen, wenn wir diese Spaltung nicht vollzogen hätten. Es gab einen

Zeitabschnitt, da wir, um die Möglichkeit, der Arbeiterklasse die Wahrheit zu sagen, sie zu gewinnen, die alte sozialdemokratische Partei *spalten mußten.* Innerhalb der alten sozialdemokratischen Partei hatten wir diese Möglichkeit nicht. Wir mußten daher die alte sozialdemokratische Partei spalten, wir mußten einen Sammelpunkt für eine wirkliche, befreiende Bewegung unserer Klasse schaffen, und das war die Schaffung der kommunistischen Parteien. Es war also ein Zeitabschnitt, wo wir es auf uns nehmen mußten, daß man uns Spalter nannte. Ja, wir mußten die alte sozialdemokratische Partei spalten. Das ging nicht anders, anders konnten wir nicht einen Sammelpunkt für uns gewinnen, anders konnten wir kein Instrument der Befreiung der Arbeiterklasse schaffen.

Jetzt hat aber ein neuer Zeitabschnitt der Geschichte angefangen. Diese Aufgabe haben wir vollzogen. Wir haben jetzt kommunistische Parteien; zwar mit Überbleibseln der Sozialdemokratie, mit Krankheiten, mit Kinder- und Wachstumskrankheiten, kurz mit verschiedenen Krankheiten, von denen wir sie jetzt kurieren müssen; aber jetzt handelt es sich viel mehr um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter, um die Rettung und Gewinnung der Gewerkschaften, der wichtigsten Waffe in den Händen des Weltproletariats. Daher die Taktik der Einheitsfront. Ich glaube, Genossen, daß wir auf diesem Kongreß keine großen Kämpfe in dieser Beziehung haben werden. In Frankreich haben die letzten Mohikaner des Kampfes gegen die Einheitsfront die Waffen gestreckt, und das Wichtigste also ist, daß nicht nur die Kommunisten in Frankreich, sondern auch der größte Teil der Syndikalisten jetzt zu dieser Taktik greift. Wir haben gestern eine ganz flüchtige Unterredung mit unseren Freunden aus der CGTU. gehabt. Als wir sie fragten: Opponiert Ihr jetzt noch gegen die Einheitsfront? da antworteten sie ganz kurz: Wir *machen* ja die Einheitsfront. Und wer die Sachlage in Frankreich verfolgt, weiß wohl, daß man jetzt in Frankreich allgemein und auch seitens der Syndikalisten der CGTU. bewußt und planmäßig die Taktik der Einheitsfront anzuwenden beginnt, denn es geht nicht anders. Die Bedürfnisse des täglichen Kampfes des Proletariats haben dazu geführt, daß alle diejenigen, die die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen wollen, auf ökonomischem und politischem Gebiete die Taktik der Einheitsfront anzuwenden gezwungen sind. Die Gewinnung der Opponenten gegen die Einheitsfront in Frankreich ist ein sehr großer Erfolg, und dieser Erfolg zeigt, daß wir unsere Reihen jetzt zusammengeschlossen haben und unsere Taktik ganz planmäßig und bewußt durchführen werden.

Was soll die Einheitsfront sein und was nicht? Sie soll keinesfalls das sein, was die Franzosen eine „Wahlkombination" nennen. Wir

haben eine Enquete über die Durchführung der Einheitsfront-Taktik vorgenommen; diese Enquete ist uns bis zu einem gewissen Grade gut gelungen. Wir haben 300—400 Antworten nicht nur aus zentralen Organen unserer Partei, sondern auch von Genossen erhalten, die mitten in der Arbeiterklasse stehen, die mitten unter den Massen arbeiten. Diese Enquete wird jetzt verarbeitet und wir werden wahrscheinlich darüber ein Buch herausgeben müssen, weil sich das lohnen wird. Diese Enquete hat gezeigt, daß noch viel Konfusion in den Köpfen unserer Genossen besteht, was die Einheitsfronttaktik eigentlich bedeuten soll. Sie soll, wie gesagt, keine Wahlkombination und natürlich keine organisatorische Vereinigung mit der Sozialdemokratie bedeuten. Die Antworten aus den Organen der italienischen und französischen Partei haben mir bewiesen, daß manche Genossen sie merkwürdigerweise so auffassen, daß wir bereit sein sollen, eine organisatorische Vereinigung mit der Sozialdemokratie einzugehen. Das wäre das größte Verbrechen, das wir begehen könnten. Jeder von uns wird sich lieber die Hand abhacken lassen, als eine Vereinigung mit den größten Verrätern der Arbeiterklasse zu unterschreiben, die jetzt die Feinde sind, die letzte Stütze der Bourgeoisie. Das ist keinesfalls die Einheitsfront. *Die Einheitsfront ist der gemeinsame Kampf der Arbeitermassen in ihren Tagesforderungen gegenüber dem Kapitalismus.* Die Einheitsfront soll bedeuten, daß wir bereit sind, mit allen Arbeitern, seien es Anarchisten, Syndikalisten, Christlich-Soziale, Sozialdemokraten, oder wie sie auch heißen mögen, gemeinsam gegen den Kapitalismus und die Kapitalisten im täglichen Kampfe für ein Stückchen Brot, im täglichen Kampfe gegen die Reduzierung der Löhne und gegen die Abschaffung des Achtstundentages zu kämpfen. Dafür nehmen wir in Kauf, daß wir uns manchmal mit den verräterischen Führern an einen Tisch setzen müssen. Das eben bedeutet die Einheitsfront und nichts anderes. Ich glaube, das Problem ist für die Kommunistische Internationale gelöst, und sogar für die Partei, in der die meiste Konfusion herrscht: für die französische.

Wir werden auch für jede Teilforderung der Arbeiterklasse kämpfen. Es wurde mir heute ein Artikel unseres früheren Genossen Gorter gezeigt. Gorter schreibt da: Wir müssen gegen jeden Streik auftreten. Ihr werdet fragen: „warum gegen jeden Streik? Darum, weil wir unsere Kräfte für die Propaganda, für die Revolution reservieren müssen. Wir sind sehr wenige geblieben, unsere Kräfte, die Kräfte der KAPD., sind so gering, daß wir uns nicht auf Streiks, sondern auf die Revolution konzentrieren müssen."

Das ist eine solche Konfusion, daß man tatsächlich der Naivität eines solchen Politikers hilflos gegenübersteht. Er hat nicht die Zeit,

5

den Arbeitern im täglichen Kampfe gegen die Bourgeoisie zu helfen. weil er der ganzen Revolution helfen will. Jeder, der Gefühl für die Arbeiterklasse hat, jeder, der ihr nicht nur subjektiv ergeben ist, sondern etwas von ihrem Leben versteht, der in ihr und mit ihr gearbeitet hat, wird eine solche Kinderei ablehnen. Eben darum, weil wir für die Revolution des Proletariats kämpfen wollen, müssen wir an jedem Streik teilnehmen, der Arbeiterklasse vorangehen und für jede Teilforderung kämpfen. Wir sind revolutionär. Das soll nicht heißen, daß wir nicht verstehen, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse nötig ist, und wäre es auch nur um einen Tropfen Milch für ihre Kinder. Wir sind gegen den Reformismus, aber nicht gegen die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Wir wissen wohl, daß unter den gegebenen Verhältnissen des Kapitalismus die Möglichkeiten dazu sehr beschränkt sind; wir wissen, daß nur die Revolution eine wirkliche Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse bringen wird, wir wissen aber gleichzeitig, daß wir die Arbeiterklasse nur organisieren können, wenn wir für ihre Teilforderungen kämpfen. In diesem Sinne also betrachten wir die Einheitsfront als Taktik, die nicht nur eine Eintagsfliege ist, die nicht nur eine Episode ist, sondern unter den obwaltenden Verhältnissen des Kapitalismus eine ganze Periode ausfüllen wird.

Die Losung der Arbeiterregierung ist nicht genügend geklärt. Die Taktik der Einheitsfront ist fast universell anzuwenden. Man kann schwerlich ein Land nennen, wo eine bedeutende Arbeiterklasse besteht und wo die Taktik der Einheitsfront jetzt nicht angebracht wäre. Diese Taktik ist ebenso in Amerika, wie in Bulgarien, Italien und Deutschland am Platze. *Diese* Taktik ist bei der gegebenen allgemeinen Lage fast generell. Das kann man aber von der Losung der *Arbeiterregierung* bei weitem nicht sagen. Die Losung der Arbeiterregierung ist keinesfalls so generell aufzufassen. Sie hat vielmehr beschränkte Bedeutung. Sie kann nur in solchen Ländern aufgenommen werden, wo das Machtverhältnis wirklich so ist, wo das Problem der Macht, das Problem der Regierung sowohl auf parlamentarischem, als auch außerparlamentarischem Gebiete im Vordergrund steht. Gewiß kann man auch heute in Amerika mit der Parole der „Arbeiterregierung" gute propagandistische Arbeit leisten, indem man den Arbeitern auseinandersetzt: Wollt Ihr Euch befreien, dann müßt Ihr die Macht in die Hände nehmen. Aber man kann nicht sagen, daß bei den gegebenen Kräfteverhältnissen in Amerika die Parole der Arbeiterregierung *einen* solchen Widerhall hervorrufen kann, wie es in der Tschechoslowakei der Fall war, in Deutschland werden kann und in Italien war und werden kann.

Die Losung der Arbeiterregierung ist keine so generelle Losung wie die Taktik der Einheitsfront. Die Losung der Arbeiterregierung ist die bestimmte konkrete Anwendung der Taktik der Einheitsfront unter bestimmten Verhältnissen. Manche Fehler sind auf diesem Gebiete leicht zu begehen. Ich glaube, Genossen, wir müssen uns dagegen verwahren, daß man manchmal versucht, diese Parole als Universalmittel aufzufassen, so als müßten wir unbedingt durch eine Arbeiterregierung hindurchgehen. Ich glaube, soweit man auf diesem Gebiete prophezeien kann, kann man viel eher sagen, daß die Arbeiterregierung nur ausnahmsweise zu einer Tatsache werden wird, nur unter ganz speziellen, konkreten Verhältnissen in diesem oder jenem Lande. Außerdem heißt das keinesfalls, daß wir durch eine Periode halbfriedlicher Natur hindurch gehen werden und daß die Arbeiterregierung uns die Last des Kampfes abnehmen wird. Die Arbeiterregierung, die sich nur auf parlamentarische Positionen gründen würde, wäre nichts wert. Sie würde nur eine kleine Episode im Kampfe sein und den Bürgerkrieg nicht aufhalten. Das will nicht sagen, daß die Parole der Arbeiterregierung unter den gegebenen Verhältnissen nicht anzuwenden ist. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß die Arbeiterregierung nur eine Übergangsstufe sein kann, daß die Arbeiterregierung keinesfalls die Kämpfe, den Bürgerkrieg ausschalten wird. Das muß klar ausgesprochen werden. Nur wenn wir die Gefahren dieser Losung sehen, nur dann können wir ruhig von dieser Waffe Gebrauch machen.

Auch die Einheitsfronttaktik hat ihre Gefahren, darauf hat die Exekutive in ihren Dezemberthesen hingewiesen. Besonders große Gefahren birgt sie in der Form der Arbeiterregierung. Das wird in Ländern mit parlamentarischen Traditionen, wie z. B. in Frankreich, so aufgefaßt, als ob es sich um etwas anderes für uns handelte als um die Diktatur des Proletariats. Wir verstehen unter dieser Parole nichts anderes als Anwendung der Diktatur des Proletariats. Auch wenn eine Arbeiterregierung kommen sollte, können wir den Bürgerkrieg nicht vermeiden. Unter Umständen wird er durch sie sogar noch verschärft werden.

Ich kann nicht umhin, noch einige Worte über die Betriebsrätebewegung zu sagen. In meinen Thesen befindet sich darüber ein spezieller Absatz. Ich stelle folgende These auf: Diejenige Partei, die in den Betrieben keine kommunistischen Organisationen, keine kommunistischen Zellen hat, eine solche Partei ist nicht ernst zu nehmen, sie ist keine ernste kommunistische Massenpartei. Ich sage weiter: Die Arbeiterbewegung, die noch nicht verstanden hat, eine Massenbewegung auf dem Gebiete der Betriebsräte zu unterstützen, zu orga-

5*

nisieren, eine solche Bewegung ist noch keine ernste revolutionäre Massenbewegung. Diese Thesen lassen sich bei fast allen größeren Arbeiterbewegungen unserer Zeit anwenden. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß in Deutschland, das sich ziemlich schnell wichtigen entscheidenden Schlachten nähert, die ganze Avantgarde der Bewegung von der Betriebsrätebewegung erfüllt ist. Wenn wir zu anderen Ländern übergehen, müssen wir unseren Genossen den Rat geben, zuerst kommunistische Zellen in den Betrieben zu gründen und zweitens, die Betriebsrätebewegung zu unterstützen. Erst dann werden wir eine Massenbewegung werden. Diesen ernsten Rat haben viele unserer Parteien nicht befolgt. Wir haben auf dem 3. Weltkongreß eine prächtige Resolution angenommen, die von dem Genossen Kuusinen verfaßt war, und die angab, wie jede kommunistische Partei arbeiten soll, wie die Mechanik der ganzen Arbeit aussehen soll, wie Zellen gegründet werden müssen usw. Aber man muß sagen, daß wir umsonst solche guten Resolutionen annehmen, wenn wir sie nicht ausführen. Es handelt sich um die tatsächliche Ausführung dieser Resolution, es handelt sich um die Gründung dieser Zellen. Dadurch geht die Bewegung weiter und weiter.

Ich muß noch einige Worte über die internationale Disziplin sagen. In den Thesen über die Taktik der Einheitsfront, die von der Gruppe Renoult auf dem Pariser Parteitag vorgeschlagen wurden, ist ein ganzer Abschnitt über die internationale Disziplin enthalten. Goldene Worte stehen da geschrieben. Diese Gruppe hat glänzend bewiesen, daß man ohne Disziplin nichts ausrichten kann, daß die Internationale verloren ist, wenn sie diese Disziplin nicht durchführt. Goldene Worte! Aber diese Gruppe, die in den Thesen über internationale Disziplin geschrieben hat, hat bewiesen, daß auch bei uns manchmal die Taten sehr weit von den Worten entfernt sind. Diese Gruppe hätte besseres tun können. Internationale Disziplin wird nur bezeugt durch die Tat. Unsere Taktik der Einheitsfront ist jetzt eine sehr komplizierte Taktik. Es gibt eine „Internationale", die verankert ist mit der Bourgeoisie, die eine konsequente Taktik gegen uns durchführt. Um sie zu bekämpfen, müssen wir streng organisiert sein, müssen wir eine wirkliche Internationale mit strenger Disziplin haben. Aufgabe des 4. Kongresses wird es sein, das zu sagen und durchzusetzen.

Wir werden in der nächsten Zeit entscheidenden Kämpfen entgegengehen. Ich hörte manche Einwendung seitens der verehrten Genossen. Sie sagen, jetzt gibt es eine Stockung der Weltrevolution. Ein Vorwärts wird erst kommen, wenn die materielle Lage der russischen Arbeiter sich so gehoben haben wird, daß sie besser ist als die

durchschnittliche Lage der europäischen und amerikanischen Arbeiter Dann wird das Beispiel der ökonomischen Lage der russischen Arbeiter revolutionär wirken und es wird ein neuer Aufstieg der revolutionären Welle stattfinden. Das ist, Genossen, ein Standpunkt, der meiner Meinung nach objektiv opportunistisch ist, raffinierten Opportunismus darstellt, obwohl dieser Standpunkt von manchem unserer Freunde verteidigt wird, die subjektiv revolutionär und treue Soldaten der Internationale sind. Ich will nicht lange dabei verweilen — nur zwei Worte. Die Lage des russischen Arbeiters hebt sich jetzt, das ist eine Tatsache. Das Lebensniveau des durchschnittlichen europäischen Arbeiters ist im Sinken begriffen, der Stand des russischen Arbeiters jedoch ist im Steigen. Das ist klar. Es ist zwar ein langsames Steigen, aber es ist ein Aufstieg zu verzeichnen. Und es wird eine Zeit kommen, wo die Lage des russischen Arbeiters auch ökonomisch besser sein wird als die des europäischen Arbeiters. Es wäre wirklicher Opportunismus, wenn man sagen würde, so lange die Lage in Rußland eine so schwierige ist, ist es unmöglich, einen revolutionären Kampf der Arbeiter der kapitalistischen Länder durchzuführen. Das wäre blanker Opportunismus.

Die wirkliche Revolution wird von der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern nicht dazu gemacht, damit sie anderen Ländern ein Beispiel gibt, nicht darum, weil die Arbeiter in den betreffenden Ländern den anderen Arbeitern gönnen, daß sie mehr Brot, mehr Fleisch zu essen haben. Nein! Die Revolution wird darum gemacht, weil die Arbeiterklasse in den gegebenen Ländern keinen anderen Ausweg findet, um die Bourgeoisie zu stürzen. Und darum sollen wir eine solche Note in unserer Agitation, die nur eine Stockung bedeutet, nicht zulassen. Der russische Arbeiter hatte so viele Hindernisse zu überwinden, die keine andere Arbeiterklasse mehr haben wird. Die Arbeiterklasse eines jeden Landes wird die Unterstützung der russischen Arbeiter haben. Und die russische Arbeiterklasse war die erste, die sich zur Revolution aufraffte und die die ganze bürgerliche Welt gegen sich hatte. Solche Schwierigkeiten wird schwerlich eine andere Arbeiterklasse haben. Und wir müssen der Arbeiterklasse der Welt die Lage des russischen Proletariats so darstellen, wie sie war, mit ihrer Blockade, ihrem Hunger, ihren Seuchen, ihren Krankheiten, aber auch mit all ihrer Größe. Wir müssen jetzt verstehen, daß die russische Arbeiterklasse trotz all ihrer Qualen das Allerschwierigste schon überwunden hat und daß sie jetzt von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag und von Monat zu Monat Besserungen entgegengehen wird. So muß unsere Auffassung der russischen Revolution sein, die eine Grundlage unserer ganzen Taktik darstellt. (Beifall.)

VORSITZENDER: Das Wort hat der Genosse Bordiga, der seinen Antrag zum Abstimmungsverfahren begründen will.

BORDIGA: Genossen, im Namen der italienischen Delegation schlage ich vor: 1. Zunächst die Diskussion und sodann die Abstimmung über den Bericht Sinowjews über die Tätigkeit und die Taktik des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale bis zum 4. Kongreß vorzunehmen, und 2. zur Diskussion und Abstimmung über die Frage der Taktik der Internationale nach dem 4. Kongreß überzugehen.

Ich will natürlich diesen Antrag nicht weitschweifig motivieren. Ich glaube, er ist durchaus logisch. Die beiden Fragen sind ganz verschiedener Natur, um so mehr, als wir bereits über zwei Texte verfügen, die dem Kongreß zur Annahme unterbreitet sind: einerseits einen Resolutionsentwurf des 4. Kongresses zum Bericht des Exekutivkomitees der Komintern und andererseits den ersten, vom Genossen Sinowjew redigierten Thesenentwurf über die Taktik der Komintern.

Ich glaube, jedermann wird damit einverstanden sein, daß wir zunächst die Diskussion über die vergangene Tätigkeit des Exekutivkomitees in der allgemeinen Politik der Internationale vornehmen und uns sodann — vielleicht mit Hilfe einer speziellen Kommission, über deren Notwendigkeit der Kongreß selbst entscheiden wird — mit der Prüfung des Thesenentwurfs über die Taktik der Komintern, d. h. mit der Feststellung der Richtlinien der von den Komintern in Zukunft zu befolgenden Taktik befassen.

RADEK: Ich erlaube mir, gegen diesen Antrag folgendes anzuführen.

Die ganze Tagesordnung dieses Kongresses bildet eigentlich ein Ganzes: Abrechnung mit der Vergangenheit und zukünftige Arbeit. Zwischen beiden läßt sich in dem Berichte Sinowjews kein scharfer Strich ziehen. Es entsteht nun die Frage, ob man über die Vergangenheit sprechen kann, ohne die Perspektive für die Zukunft zu eröffnen. Zwischen dem 4. Kongreß und unserer zukünftigen Arbeit liegt doch kein neues Ereignis, das unsere Taktik sprengen und ändern könnte. Aus diesem Grunde ist die Entscheidung über die Vergangenheit eine Vorentscheidung über die zukünftige Taktik. Wenn wir hier auf dem Kongreß erklären, wir sind mit der Taktik der Einheitsfront und mit den Methoden der Arbeit in den einzelnen Ländern, die die Exekutive unterstützt hat, einverstanden, so ist damit die Entscheidung über das weitere gefallen und unsere Aufgabe bei der weiteren Arbeit des Kongresses wird nur in der Detaillierung bestehen. Politisch werden wir nach den hier gefallenen Entscheidungen nichts neues sagen können. Wir werden nur die Strategie im Detail ausarbeiten und für die einzelnen Länder anwenden können. Aus diesem Grunde glaube ich, wir müssen uns in der Diskussion über das Referat generell aussprechen: War die Taktik richtig und soll sie weitergeführt werden?

VORSITZENDER: Es sind keine anderen Redner vorgemerkt; ich werde daher über den Antrag des Genossen Bordiga abstimmen lassen.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Die Diskussion ist eröffnet. Ich erteile das Wort dem ersten vorgemerkten Redner dem tschechoslowakischen Genossen.



VAJTAUER: Ich will vorläufig nur einige Bemerkungen zur gestrigen Rede des Gen. Sinowjew über die tschechoslowakische Angelegenheit sagen. Gen. Sinowjew hat gestern das Urteil über die tschechoslowakische Frage gefällt. Es hat uns dabei sehr überrascht, daß er es als Vorsitzender der Internationale nicht einmal für nötig hielt, sich von beiden Seiten informieren zu lassen. Er kennt nur den Weg zum Genossen Smeral, nach dem auch diese Informationen aussehen. Was werden aber unsere Arbeiter sagen, wenn sie die Rede des Genossen Sinowjew lesen, in der Punkte enthalten sind, die der Wahrheit vollständig widersprechen! Gen. Sinowjew sagte, die Einheitsfront in der Tschechoslowakei sei musterhaft durchgeführt. Wirklich musterhaft, Genossen? In dem Moment, wo die wirtschaftliche Situation sich binnen wenigen Tagen so zugespitzt hatte, daß die Arbeiterschaft sich umschaute, wer ihr etwas sagen und sie führen würde, da hatte die Kommunistische Partei der Arbeiterschaft gar nichts zu sagen. Erst als die anderen Parteien ihren Standpunkt dazu ausgesprochen und ihre eigenen Resolutionen verfaßt hatten, ist die Kommunistische Partei mit Forderungen gekommen. Und diese Forderungen waren die Forderungen des Gen. Lenin, die er im Juni 1917 formuliert hat. Die Situation war damals aber vollständig anders, als sie heute bei uns in der Tschechoslowakei ist. Bei den damaligen Verhältnissen war das ein Faustschlag ins Gesicht. Die Einheitsfront ist so gemacht worden, daß unsere Genossen von unserer Leitung in die national-sozialistischen Versammlungen eingeladen wurden. Dort aber wurden konterrevolutionäre Resolutionen gefaßt. Die kommunistischen Redner traten nicht einmal gegen die gefaßten konterrevolutionären Resolutionen auf, und die kommunistischen Arbeiter mußten über diese Resolutionen so abstimmen, wie die Nationalsozialisten sie eingebracht hatten. Das Ergebnis davon war Verdruß und Wirrwarr unter unseren Parteimitgliedern. Die Initiative ist vollständig an die Nationalsozialisten übergegangen. Es sind nur zwei Ausschüsse in zwei kleinen Ortschaften entstanden, zwei kleine Einheitsfrontausschüsse. Das war schon „musterhaft"

Aber noch musterhafter war die Erweiterung des Einflusses der Einheitsfront. Die Regierung befand sich damals in einer Krise. Es wurden verschiedene Regierungskombinationen gemacht. Massaryk hat in einem Interview mit einem ausländischen Korrespondenten gesagt: Wir können mit der Kommunistischen Partei vielleicht ganz gut arbeiten, aber sie muß vorher die linken Elemente aus der Partei ausschließen; erst dann kann man mit der tschechoslowakischen Partei ernst sprechen. Dann, Genossen, sind ähnliche Leitartikel und Forderungen in allen bürgerlichen und sozialpatriotischen Blättern erschienen. Darum hat Smeral den Feldzug gegen die Linken angefangen. Es ist ihm gelungen, sie durch eine Provokation aus der Partei hinauszuschmeißen. Und zwei Tage vor dem Ausschluß der linken Genossen hat der agrarische Venkow über diesen Ausschluß wie über eine ganz abgemachte Sache geschrieben, obzwar der Ausschluß erst zwei Tage später erfolgte. Die Erweiterung der Einheitsfront erstreckte sich nicht nur auf die Nationalsozialisten, sie dehnte sich auch auf die Rechte der Bürgerlichen bis zu Massaryk aus. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht

massenhaft hinter die Ausgeschlossenen gestellt hätte, als sie die Gefahr merkte, wenn sie nicht gezeigt hätte, daß sie gegen Arbeiterregierungskombinationen auf ganz parlamentarischer Grundlage, wie sie Smeral, Votava und andere im Auge haben, ist, dann hätten wir wirklich eine Einheitsfront erleben können, die wirklich eine musterhafte wäre. Das wäre eine Einheitsfront der Kommunistischen Partei mit allen Sozialdemokraten über die Agrarier bis zur Burg und Massaryk. Wenn jemand eine solche Einheitskampagne empfiehlt, so muß er wirklich ein guter Freund der Kommunistischen Partei sein!

Die Folge davon ist, daß die Partei ganz in zwei Teile zerfallen ist, die jetzt kampfunfähig sind. (Zuruf: Oho!) Sinowjew sagt weiter, die politische Linie der Mehrheit der Ausgeschlossenen der KPTsch. sei unrichtig. Wir können die Linke nicht unterstützen. Gut! Aber der Arbeiter wird sich sagen: die Kommunistische Internationale billigt also alles, was bei uns die Partei-Exekutive macht; sie billigt die vollständige Inaktivität der Partei bei allen ökonomischen Kämpfen? Sie billigt sogar, daß die kommunistischen Metallarbeiter in Kladno, von ihren kommunistischen opportunistischen Führern mitgerissen, Streikbrecherarbeit machten und daß die Exekutive der KPTsch. dazu gar nichts sagte. Sie billigt auch, daß unlängst der Kladnoer Bergarbeitersekretär den Streik der Ostrauer Bergarbeiter verriet, indem er ohne jeden Widerstand die 20prozentige Lohnherabsetzung guthieß, obwohl die Ostrauer Arbeiter gerade deswegen streikten. Die Exekutive billigt auch den ganzen Wirrwarr in der Gewerkschaftsbewegung, dessen Krone der eben stattgefundene Allgewerkschaftliche Kongreß ist, der dank den unfähigen Opportunisten buchstäblich zerfallen ist. Der Arbeiter wird sich sagen: das muß wirklich eine besondere Internationale sein, die das alles mitverantworten wird. Und das, was die Opposition will, das ist also Anarchismus? (Zuruf.) Daß alle ausgeschlossenen Lokalorganisationen und Gewerkschaftsverbände einen großen industriellen Verband organisieren, ist Anarchismus? Sich der Gewerkschaftsarbeit mehr widmen, um die Gewerkschaften vor den Opportunisten zu schützen und Kleinarbeit zu machen, ist Anarcho-Syndikalismus? Den Generalstreik proklamieren ist KAP'ismus? Aus der Partei eine kampffähige, aktionsfähige Partei machen wollen, ist Anarchismus? Smeral hat also recht, wenn er sagt, die Arbeitslosen organisieren und sie in den Kampf führen, können keine Kommunisten, sondern nur Anarchisten wollen, weil die Arbeitslosen putschistische Elemente sind? Die Ausschüsse der Einheitsfront durch Aktion und Kampfprogramm ins Leben rufen und verhindern, daß Smeral aus der Einheitsfront eine Front der nationalen Einheit von den Klerikalen bis zu Massaryk und zur Regierung macht, das ist Anarchismus? Einer trügerischen Arbeiterregierung auf parlamentarischem Fundament mit Einheitsfrontausschüssen, die durch Gesetze ins Leben gerufen und legalisiert werden sollen, entgegentreten, das ist auch Anarchismus? Wenn das alles für die Kommunistische Internationale Anarchismus und KAP'ismus bedeutet, dann wird jeder Arbeiter mit uns sagen: dann bin ich wirklich ein Anarchist und Anarchist bleibe ich, weil ich meine proletarische Pflicht nie verraten werde!

Genosse Sinowjew hat liebenswürdig anerkannt, daß unser Fall

nicht dem Falle Levis gleiche. Dabei ist ihm nicht eingefallen, welche Motive Smeral veranlaßt haben, die nach seiner eigenen Charakteristik besten Leute aus der Partei auszuschließen. Wir sagen dem Genossen Sinowjew nur so viel: Nicht nur, daß es nicht der Fall Levi war, es war überhaupt kein Disziplinbruch. Es ist heilige Pflicht, die Arbeiterschaft auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche der Partei droht. Heilige Pflicht war es, zurzeit die politische Gaunerei vermeiden. Wir haben es getan und wir erklären dem Genossen Sinowjew, daß wir solchen Disziplinbruch so oft begehen werden, wie von irgendeiner Seite ein Attentat auf die Partei vorbereitet wird.

VORSITZENDER: Ich bitte den Genossen mit Rücksicht auf die Besonderheit seiner Ansichten zu erklären, ob er in seinem eigenen Namen oder im Namen der tschechoslowakischen Delegation gesprochen hat.

Zuruf der tschechischen Opposition: Im Namen der gesamten Opposition und der ausgeschlossenen Genossen.

Zuruf *Trotzkis:* Auch der Schluß war im Namen der ganzen Opposition?

Antwort: Ja.

ERNST MEYER (Deutschland): Genossen, die deutsche Delegation ist mit der Haltung der Exekutive seit dem 3. Weltkongreß und mit den Ausführungen des Gen. Sinowjew von gestern und heute in allen wesentlichen Punkten vollkommen einverstanden. Wir schlagen nur vor, daß die vorgelegte Resolution erst zur Abstimmung kommt, nachdem auch die Fragen der einzelnen Länder behandelt worden sind.

Genossen, die Situation, wie sie von dem Gen. Sinowjew geschildert worden ist, ist noch heute so, wie sie in den wesentlichen Grundzügen bereits auf dem 3. Weltkongreß analysiert worden ist. Wir müssen feststellen, daß die Erkenntnis dieser Situation sich nicht in allen Ländern leicht durchgesetzt hat. Es sind vielmehr in verschiedenen Ländern einmal Übertreibungen in der Darstellung dieser Situation, Übertreibungen bei der Analyse und der daraus zu ziehenden Folgerungen vorgekommen und andererseits haben sich verschiedene Gruppen, teilweise auch in Deutschland, geweigert, die Richtigkeit dieser Analyse überhaupt anzuerkennen.

Neben den Fehlern opportunistischer Art, die gemacht worden sind, haben einzelne Genossen den Schluß aus der Situation gezogen, daß man sich abschließen müsse, und die Taktik, die von den einzelnen Genossen in verschiedenen Ländern empfohlen worden ist, lief darauf hinaus, die Kommunistische Internationale zu einer Sekte zu machen. Die deutsche Partei — ich glaube, das beweist ihre Praxis seit dem vergangenen Weltkongreß — hat gezeigt, daß sie sich bemüht hat, das, was auf Grund kameradschaftlicher Aussprache im internationalen Maßstabe festgelegt wurde, auch durchzuführen.

Die Frage der Einheitsfront, die uns jetzt vor allem beschäftigt, und die nach den Ausführungen des Gen. Sinowjew nicht als eine Episode, sondern als eine Periode der kommunistischen Taktik betrachtet werden muß, ist gerade in Deutschland sehr viel erörtert worden. Bei den Ausführungen des Gen. Sinowjew habe ich nur den Hinweis darauf

vermißt, daß die Erörterung und Anwendung dieser Taktik wesentlich durch die Berliner Konferenz gefördert worden ist. Wir können feststellen, daß nicht nur innerhalb unserer Partei durch diese Konferenz eine wesentliche Klärung herbeigeführt worden ist, sondern daß diese Konferenz und ihre Auswertung durch die Partei und die Kommunistische Internationale auch dazu beigetragen hat, die nichtkommunistische Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß die Kommunisten gemeinsam kämpfen wollen und daß die Kommunisten nicht das sind, als was sie von ihren Gegnern verleumdet wurden.

Es ist klar, daß bei Anwendung dieser Taktik eine Reihe von Mißverständnissen selbst unseren Freunden unterlaufen sind. Genosse Sinowjew hat schon auf einige hingewiesen. Manche Genossen außerhalb Deutschlands betrachten die Taktik der Einheitsfront als gemeinsame Verabredung mit den sozialdemokratischen oder gar bürgerlichen Parteien für Wahlen, sie betrachten sie als eine Vorbereitung zu einer organisatorischen Verschmelzung, und man kann nicht leugnen, daß hier und da bei den Arbeitern und auch bei denen innerhalb unserer Partei solche Mißverständnisse aufgetaucht sind.

Es ist weiter die Befürchtung aufgetaucht, daß die Verhandlung mit den Spitzen, an Stelle einer gemeinsamen Operation der Arbeiter, unserer Sache geschadet hat. Man hat dabei übersehen, daß die Verhandlungen der Spitzen keinen anderen Zweck haben sollten, als die gemeinsame Operation der Arbeiter herbeizuführen. Wir können auf Grund der Erfahrungen während der Rathenau-Kampagne ohne weiteres feststellen, daß an vielen Orten und in manchen Bezirken erst eine gemeinsame Zusammenarbeit, ein gemeinsamer Kampf dadurch herbeigeführt worden ist, daß die Spitzen zu Verhandlungen und Beratungen zusammengetreten sind. Manche Genossen behaupten, daß die Einheitsfront nur auf ökonomischer Basis, nicht aber auf politischem Boden errichtet werden darf. Auch das ist falsch. Die Erfahrung, die auch bei uns gemacht worden ist, lehrt, daß in der gegenwärtigen Situation eine solche Trennung überhaupt unmöglich ist. Genosse Sinowjew hatte vollkommen recht, als er sich gegen gewisse Stimmen wandte, die auch in der deutschen Partei aufgetreten sind, die eine solche schematische Trennung der Art der Kämpfe, die die Kommunisten zu führen haben, vornehmen.

Abgesehen von Mißverständnissen, die auftauchen können, sind auch regelrechte Fehler begangen worden, auch von unserer Partei. In den Sitzungen unserer Parteikörperschaften sind diese Fehler ganz offen in der Diskussion und in Resolutionen ausgesprochen worden, und es ist nicht nötig, diese Dinge hier zu wiederholen, da sie ja in den Versammlungen, im Zentralausschuß und in der Presse genügend besprochen worden sind. Wir möchten nur auf eins aufmerksam machen: So sehr es notwendig ist, Fehler zu besprechen, um sie für die Zukunft zu verhindern, so wenig darf doch die Kritik dazu führen, daß man überhaupt vor lauter Fehlern das Richtige und Notwendige nicht mehr sieht. Was z. B. der tschechische Genosse über die Mängel bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront ausgesprochen hat, lief überhaupt auf eine Verwerfung dieser Taktik hinaus. Wenn die oppositionellen tschechischen Genossen uns nicht mehr und nichts anderes zu sagen haben, nicht nur über die Frage des Disziplinbruches, sondern auch über

die taktischen und praktischen Fragen, dann glaube ich, werden die Genossen, in deren Auftrag der Vorredner gesprochen hat, zum letzten Male mit Kommunisten an einem Tisch gesessen haben.

Die Taktik der Einheitsfront darf natürlich nicht schematisch angewandt werden. Sie durchläuft verschiedene Phasen, und es wäre falsch, die Taktik der Einheitsfront immer nur zu betrachten als Verhandlungen der Spitzen und als Verhandlungen von Partei zu Partei. Diese Taktik der Einheitsfront muß sich abwandeln, je nach der Situation, und wenn von einzelnen Genossen gelegentlich das Verhalten der deutschen Partei während der Rathenau-Kampagne und während des Eisenbahnerstreiks in Gegensatz gestellt worden ist zur Betriebsrätebewegung, so ist das weiter nichts als ein Mißverständnis.

Die Fundierung und der Ausbau der Betriebsrätebewegung sind nichts anderes als eine Folge der Haltung, die die deutsche Partei seit dem 3. Weltkongreß eingenommen hat. Wir hätten keine Betriebsrätebewegung in diesem Umfange bekommen, wenn wir nicht in konsequenter Anwendung der Taktik der Einheitsfront uns den Massen mehr und mehr genähert hätten *(Zustimmung bei den Deutschen)* und in die Betriebe und Gewerkschaften, überhaupt in die Massen der Arbeiterschaft, eingedrungen wären.

Auch die Verschmelzung der USP und der SPD. ist eine Folge der besseren Taktik der Partei. Dadurch, daß wir Mißverständnisse forträumten, die aus der früheren andersartigen Situation entstanden, und den gegnerischen Arbeiterorganisationen Angriffe auf uns noch mehr erschwerten, erzwangen wir den Zusammenschluß von SPD. und USP., der für uns einen Fortschritt bedeutet insofern, als er die Fiktion wegräumt, als gäbe es noch ein Mittelding zwischen der reformistischen und Kommunistischen Partei innerhalb eines Landes.

Die schwierigste Frage, die wir bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront zu erledigen hatten und vielleicht noch nicht überwunden haben, ist die Frage der Arbeiterregierung. Wir müssen zwischen sozialdemokratischen und Arbeiterregierungen unterscheiden. Sozialdemokratische Regierungen haben wir innerhalb Deutschlands in Sachsen und Thüringen — früher auch in Gotha —, Regierungen, die wir unterstützen müssen, aber Regierungen, die nichts zu tun haben mit dem, was wir unter Arbeiterregierung verstehen. Wenn wir wünschen, daß sich die Internationale für die Losung der Arbeiterregierung einsetzt, wenn wir insbesondere wünschen, daß diese Losung von den Bruderparteien, die ungefähr unter gleichen Verhältnissen arbeiten, mitaufgenommen wird, dann geschieht das nicht in dem Sinn, daß wir von ihnen verlangen, daß sie sich für sozialdemokratische Regierungen einsetzen oder an ihnen beteiligen, sondern für Arbeiterregierungen kämpfen und uns dadurch den Kampf erleichtern. Die Arbeiterregierung unterscheidet sich wesentlich von einer sozialdemokratischen Regierung, und zwar dadurch, daß sie nicht nur die Etikette einer sozialistischen Politik trägt, sondern in ihrer Praxis wirklich sozialistisch-kommunistische Politik betreibt. Insofern wird die Basis einer Arbeiterregierung nicht eine parlamentarische oder nur in nebensächlicher Beziehung eine parlamentarische sein, sondern sie wird getragen werden müssen von den breiten Massen, und ihre Politik wird sich grund-

sätzlich von der Politik der sozialdemokratischen Landesregierungen unterscheiden, wie wir sie augenblicklich in einzelnen Ländern Deutschlands haben.

Nun entsteht die Frage, die auch Gen. Sinowjew angeschnitten hat: Ist die Arbeiterregierung ein notwendiges Stadium der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern? Wir antworten darauf: Nein, sie ist kein notwendiges Produkt, aber eine geschichtliche Möglichkeit. Es ist *möglich*, daß solche Arbeiterregierungen entstehen, und eine Zeitlang sich auch halten. Damit wird auch die zweite Frage beantwortet: Ist es möglich, daß sich eine Arbeiterregierung lange hält, oder wird sie nur von ganz vorübergehender Dauer sein? Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich klar werden, was überhaupt eine Arbeiterregierung ist, und ob es Unterschiede gibt zwischen Arbeiterregierung und Diktatur des Proletariats. Gen. Sinowjew hat heute diesen Unterschied zwischen Arbeiterregierung und proletarischer Diktatur festgestellt. Bei den Erörterungen über diese Frage ist das nicht immer genügend klar geschehen In dem Bericht über eine Sitzung der Erweiterten Exekutive ist auf Seite 123 folgende Äußerung des Gen. Sinowjew wiedergegeben.

„Die Arbeiterregierung ist dasselbe, was die Diktatur des Proletariats ist. Sie ist ein Pseudonym der Sowjetregierung. *(Zwischenruf:* Hört, hört! — bei den Deutschen.) Sie ist bequemer für die einfachen Arbeiter, und darum wollen wir diese Formel gebrauchen."

Unserer Auffassung nach ist das nicht richtig. Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats (Sehr richtig — bei den Deutschen), sondern sie ist zunächst eine Losung, die wir aufstellen, um die Arbeiter zu gewinnen und davon zu überzeugen, daß sich die proletarische Klasse im gemeinsamen Kampfe gegen die bürgerliche Klasse organisieren muß. Wenn diese Losung befolgt oder angenommen werden sollte von der Mehrheit der Arbeiterschaft und diese wirklich den Kampf für diese Losung aufnimmt; wird es sich sehr bald herausstellen, daß der Versuch der Verwirklichung dieser Arbeiterregierung, wenigstens in den meisten Ländern mit einer stark proletarischen Bevölkerung, entweder unmittelbar zur Diktatur des Proletariats führen wird oder zu längeren Phasen von ganz verschärften Klassenkämpfen, also zum ausgesprochenen Bürgerkriege in allen seinen Formen.

Insofern betrachten wir die Arbeiterregierung als eine notwendige und nützliche Parole zur Gewinnung der Massen, deren Verwirklichung führen wird zu einer Phase verschärfter Klassenkämpfe, aus denen dann letzten Endes die proletarische Diktatur hervorgehen wird.

Zum Schlusse möchte ich darauf hinweisen, daß die Arbeit der deutschen Partei in der letzten Zeit, so fruchtbar sie auch war, gestört worden ist dadurch, daß verschiedene Bruderparteien kein Verständnis für unsere Fragen und keine Kenntnis von ihnen hatten. Bei unseren Erörterungen über die Arbeiterregierung und die Taktik der Einheitsfront sind wir in der Agitation gestört worden durch Äußerungen, die in der Parteipresse und sonst in der französischen Partei gemacht worden sind. Das gibt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es heute keine Frage gibt, die national erledigt werden kann. Alle Fragen wirken unmittelbar auf die Propaganda der Bruderparteien zu-

rück. Dieses Bewußtsein der internationalen Rückwirkung der Haltung jeder Partei in jedem Lande muß in unserer Tätigkeit mehr als bisher betont werden. Das erst ist,wahre internationale Disziplin; nicht nur, daß man verbunden ist durch eine Spitze und daß man Beschlüsse ausführt, die auf internationalen Kongressen gefaßt sind, sondern unsere internationale Disziplin und unsere internationale Solidarität besteht darin, daß jede Bruderpartei die andere kennt und daß sie bei ihren eigenen Schritten die Rückwirkungen und Nachwirkungen bei den anderen Bruderparteien berücksichtigt. Wir haben in der letzten Zeit durch Aussprache mit den französischen Genossen eine Verständigung herbeizuführen versucht, insbesondere in der Frage des Versailler Friedensvertrages. Diesem Zweck diente vor allem die Kölner Konferenz. Wir können feststellen, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt waren. Wir haben das Empfinden, daß unsere französischen Genossen uns in dieser Frage geholfen haben. Aber wir müssen auch feststellen, daß die französische Parteikrise die Durchführung der Kölner Verabredungen wesentlich gehindert hat. Und wenn wir darauf drängen, daß die französische Frage hier restlos geklärt und erledigt wird, so nicht nur im Interesse der französischen Bruderpartei, sondern auch im eigensten Interesse. Uns scheint, daß der 3. Kongreß da einiges versäumt hat, daß die Internationale sich dieser Frage nicht früh genug angenommen hat. Nachdem aber dieser Fehler begangen ist, wäre es verkehrt, wenn man sich jetzt nicht beschränken würde auf ein Mindestmaß von organisatorischen Maßregeln bei aller Entschiedenheit der prinzipiellen Entscheidung.

Zum Schluß möchte die deutsche Delegation darauf hinweisen, daß es uns zweckmäßig erscheint, wenn im allgemeinen die *Parteitage* vor dem Weltkongreß abgehalten werden. Es macht z. B. einen etwas seltsamen Eindruck, daß die französische Partei vor dem Weltkongreß auf ihrem Parteitag ihre Fragen erledigen konnte, während die deutsche Partei, die keine krisenhaften Erscheinungen zeigte, nicht in der Lage war, die Situation, wie sie durch die Verschmelzung von USP. und SPD. gegeben ist, besser auszunutzen. Wir geben zu, daß es in vielen Fällen zweckmäßig sein wird, den nationalen Parteikongreß nach dem Weltkongreß abzuhalten. Es kann das aber nicht generell geschehen, sondern muß in jedem einzelnen Fall durch Aussprache mit der Exekutive geregelt werden.

VARGA (Ungarn): Werte Genossen, ich will nur auf einen einzigen Punkt des Referates des Gen. Sinowjew zurückkommen, auf den allerletzten Punkt, in dem er persönlich in sehr liebenswürdiger Weise einen Genossen der opportunistischen Gesinnung geziehen hat. Dieser Genosse, der des Opportunismus angeklagt worden ist — ich will die Anonymität lüften —, bin ich. Die Sache selbst beruht auf einem Mißverständnis. Es ist mir absolut nicht eingefallen zu sagen, die Arbeiterschaft Europas solle ihren Kampf verlangsamen, bis die Lage der russischen Arbeiterschaft sich gebessert haben werde. Ich habe nur darauf hingewiesen, inwiefern auf die Aussichten eines endgültigen Erfolges, also der Aufrichtung neuer proletarischer Diktaturen, die Hungerkampagne und die Tatsache, daß sich in den Köpfen der europäischen Arbeiterschaft die unrichtige Überzeugung festgesetzt hat, die russische

Arbeiterschaft lebe auch gegenwärtig sehr schlecht, einen schädlichen Einfluß auf die Perspektiven unserer Arbeit ausüben. Nun, Genossen, Se werden sagen: das ist eine Privatangelegenheit und es steht nicht dafür, den Kongreß damit zu beschäftigen. Aber gerade die Tatsache, daß es Genosse Sinowjew für notwenig gefunden hat, dies hier besonders zu erwähnen, weist darauf hin, daß er dies nicht als eine persönliche Angelegenheit meinerseits betrachtet, sondern daß er diesem Ideengang eine gewisse Wichtigkeit beimißt. Sonst hätte er es doch sicher nicht erwähnt. Deshalb glaube ich, daß es notwendig ist, sich mit der Sache zu beschäftigen.

Genosse Sinowjew meinte, die Arbeiterklasse jedes Landes werde dadurch zur Revolution getrieben, daß sie keinen Ausweg aus der gegebenen Lage, aus der gegebenen Not der Arbeiterklasse findet. Wie ist die Tatsache? Die Arbeiterschaft aller Länder des Kapitalismus leidet gegenwärtig in dieser Niedergangsperiode des Kapitalismus sehr schwer.

Die Arbeiter suchen den Weg, aus dieser Lage herauszukommen. Es gibt *einen* bewußt revolutionären Kern; das ist die Kommunistische Partei, und sie weist den Weg. Sie sagt, der Weg geht durch die Diktatur des Proletariats zum Aufbau des Sozialismus. Wir sagen: Dieser Weg bedeutet Entbehrungen, bedeutet Kampf, bedeutet Hunger. Wir brauchen es nicht zu verheimlichen. Vielleicht erlauben Sie mir, da ich des Opportunismus angeklagt bin, darauf hinzuweisen, daß ich, *ohne die russischen Verhältnisse zu kennen, rein auf die Erfahrungen* der ungarischen Diktatur und auf das theoretische Durchdenken der wirtschaftlichen Veränderungen, die in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unausbleiblich sind, gestützt, in meinem Büchlein über „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur" ausgeführt habe, daß in der Periode der Diktatur die Lebenshaltung gerade jener Schicht, die der Vortrupp des Kampfes ist, des industriellen Proletariats, unausbleiblich zurückgehen muß.

Ja, Genossen, aber die große Masse der Arbeiterschaft, die sich noch nicht *zu einer* bewußt revolutionären Auffassung durchgerungen hat, fragt: Wie lange wird diese Periode der Entbehrung, des Hungers dauern? Auf diese Frage antworten die Menschewiki: sie dauert so lange, wie es überhaupt eine Diktatur gibt! Genossen, verschiedene Umstände, zum Teil Umstände, die unvermeidlich mit der Diktatur verbunden sind, andere Umstände, die mit der Tatsache der isolierten Diktatur in Rußland zusammenhängen, endlich Umstände, die zufälliger Art sind, wie das schlechte Wetter, die große Trockenheit im Jahre 1920 und 1921, haben dazu geführt, daß in Rußland eine Hungersnot ausbrach, so daß das russische Proletariat sich an das Proletariat der kapitalistischen Länder um Hilfe gewandt hat. Diese Kampagne hat sicherlich ihre guten Seiten gehabt. Aber, Genossen, jeder, der in einem außerrussischen Lande arbeitet, wird mir zugeben müssen, daß in den breiten Massen der Arbeiterschaft diese Hungerkampagne eine gewisse Furcht vor der Revolution, vor der Diktatur des Proletariats erweckt hat. Es ist ganz sicher, Genossen, daß, wenn die Menschewiki hundert- und tausendmal wiederholen: Ihr sagt, wir sollen uns durch eine Revolution aus unserer Sachlage retten, da habt Ihr das russische Beispiel, wo die proletarische Diktatur vier und fünf Jahre besteht, und

jetzt müssen sie von uns Hilfe verlangen. Macht Ihr, deutsche, italienische und französische Arbeiter Eure Revolution, Ihr werdet nach zehn Jahren von den Arbeitern der kapitalistisch gebliebenen Länder Hilfe erbitten oder, wie sie es nennen, erbetteln müssen. Genossen, ich sage folgendes: Wir müssen nunmehr dieser von den Menschewiki und durch die Hungerhilfe in die breiten Massen getragenen Anschauung, daß es dem russischen Arbeiter sehr schlecht geht, ein Ende machen. Wir müssen ihr ein Ende machen, weil sie nicht wahr ist. Genossen, ich habe hier bei der Parade sehr scharf Hunderttausende von Arbeitern beobachtet, in der Nähe, auf den Straßen, und ich muß sagen, sie sind besser genährt als die Arbeiter in Berlin. Sie sind vielleicht schlechter gekleidet, haben aber ein viel gesünderes Aussehen. Genossen, wenn Ihr die Stimmung der Massen beobachtet habt, die doch nicht alle Kommunisten sind, die zu 90 Prozent Parteilose sind, will ich Euch fragen: Habt Ihr je in Europa auf den Straßen Arbeiter gesehen, die so gut gelaunt und zufrieden wären? Ich will nicht sagen, daß alle russischen Arbeiter so gelaunt sind, ich war lange Zeit von Rußland fort. Aber diese Tatsache, daß die Moskauer Arbeiter gut genährt und gut gelaunt sind, muß festgehalten werden.

Eine weitere Tatsache ist, daß die Lage der russischen Arbeiter seit dreiviertel Jahren eine aufwärtsstrebende Linie aufweist, während die Lage der Arbeiterschaft ganz Kontinentaleuropas eine abwärtsstrebende Linie zeigt; in manchen Ländern, wie in Deutschland, eine scharf abfallende Linie. Genossen, das müssen wir den parteilosen Massen in Deutschland in Hunderten von Artikeln sagen. Wir müssen ihnen sagen: Vielleicht heute noch nicht, aber in drei oder sechs Monaten wird der russische Arbeiter real besser leben als der österreichische Arbeiter. Wir müssen das sagen. Wir müssen diesem Gedanken, daß die Diktatur eine *Verewigung des Hungers bedeutet*, entgegentreten. Ich halte das deswegen für sehr wichtig, weil dies mit meiner allgemeinen Auffassung von dem Weitergang der revolutionären Bewegung im Weltmaßstabe aufs engste zusammenhängt.

Genossen, ich habe gestern in der deutschen Delegation ein vielleicht nicht richtiges Wort gebraucht, ein Wort, das zu scharf ist. Ich habe gesagt, die Bourgeoisie wird sich in keinem Lande mehr überrumpeln lassen, wie es zum Teil in Rußland und fast vollkommen in Ungarn der Fall war. Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, daß die russische Bourgeoisie keinen solchen Widerstand geleistet hat, wie sie hätte leisten können, weil sie davon überzeugt war, daß das Regime der Bolschewiki, die proletarische Diktatur, innerhalb weniger Wochen zusammenbrechen würde. Was nun Ungarn betrifft, Genossen, so muß ich sagen, die Bourgeoisie hat überhaupt nicht gewußt, was proletarische Diktatur bedeutet und ist, möchte sagen, fast widerstandslos in sie hineingeschlittert. Das wird sich nicht wiederholen. Nachdem die Bourgeoisie sieht, daß sich in Rußland ein Regime des Proletariats nunmehr fünf Jahre hält, nachdem nunmehr kein einigermaßen verständiger Mensch in Europa glaubt, daß die russische proletarische Diktatur in absehbarer Zeit zusammenbrechen könnte, wird sich die Bourgeoisie, die herrschende Klasse in allen Ländern, immer vorbereitet halten, bis zum äußersten gewappnet. Ihre Aufmerksamkeit ist jetzt in vollem Maße auf jede Bewegung der Kommunistischen Partei

gerichtet. Das Moment der Überraschung ist meines Erachtens vollkommen ausgeschaltet. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir unseren Truppen, unseren Heerscharen beibringen müssen, daß sie nicht daran denken können, mit einer relativ kleinen entschlossenen kommunistischen Partei, mit einem verhältnismäßig kleinen Kreis von revolutionären Genossen die Burg der Bourgeoisie stürzen zu können. Wir müssen Massen heranziehen. Eben deshalb habe ich gesagt, wir können gewisse Massen der schwankenden Arbeiterschaft nicht heranziehen, wenn wir dieser Legende des Hungers und des Verhungerns der russischen Arbeiterschaft kein Ende bereiten. Ich weiß nicht, ob das Opportunismus ist. Ich glaube nicht. Es ist eine klare Beobachtung der Tatsache, wie westeuropäische Arbeiter, Nichtkommunisten, denken.

Genossen, diese Frage hängt auch eng zusammen sowohl mit der Frage der Einheitsfront als mit der auf diesem Kongreß zu beratenden Frage des agrarischen Aktionsprogramms, das meines Erachtens im Wesen nichts anderes ist als der Gedanke der Einheitsfront, übertragen auf die ländliche Bevölkerung. Geradeso wie wir bei der Einheitsfront anknüpfen müssen an die Tagesbedürfnisse der proletarischen Massen, müssen wir meines Erachtens in der agrarischen Bewegung anknüpfen an die täglichen Bedürfnisse all jener Schichten, die bei einem revolutionären Umsturz etwas zu gewinnen haben. Das bedeutet, daß ich für den Erfolg einer Revolution in außerrussischen Ländern für unerläßlich halte eine größere Ausbreitung jener Massen, auf die wir uns bei einem Angriff auf die Bourgeoisie stützen können oder die wir wenigstens davon abhalten müssen, ins Lager der Bourgeoisie abzuschwenken und gegen uns zu kämpfen.

Wenn ich also das gesagt habe, so glaube ich, daß das kein Opportunismus ist, sondern eine Erkenntnis der wahren Tatsachen in den westeuropäischen Ländern. Solange wir fortwährend darauf stoßen, daß aus den nichtkommunistischen Massen uns das Echo zurückhallt: Diktatur ist Hunger, Hunger und abermals Hunger, solange werden wir diese Massen nicht mitreißen können. Eine der wichtigsten Aufgaben des nächsten Jahres im internationalen Maßstabe ist es deshalb, der Legende vom Hungern und Verhungern der russischen Arbeiterschaft ein Ende zu bereiten.

RUTH FISCHER (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Der Bericht des Genossen Sinowjew gibt reichlich Stoff zur Diskussion, aber ich will nur auf zwei deutsche Fragen eingehen, von denen man annehmen kann, daß sie den Weltkongreß interessieren. Und zwar zunächst auf die Frage, wie der 3. Weltkongreß auf die Entwicklung der deutschen Partei gewirkt hat. Da muß ausgesprochen werden, daß nicht unbeträchtliche Teile der deutschen Partei die Regelung der deutschen Parteifragen nicht ganz in so rosigem Lichte sehen, wie es der Bericht des Genossen Sinowjew tut. Der 3. Weltkongreß hat sich nicht klar zu den politischen Anschauungen der Gruppe Levi gestellt und er hat die Korrektur an der Märzaktion nicht vornehmen können, ohne den Eindruck zu erwecken, als ob Paul Levi lediglich aus Disziplingründen ausgeschlossen worden wäre. Ein großer Teil der deutschen Partei nimmt an, daß die schwierige Entwicklung gerade dieser Frage der deutschen Partei, daß die unglückselige Konstellation

des Parteitages in Jena, daß schließlich die Entwicklung der Friesland-Gruppe zum großen Teil gerade von dieser unklaren Stellung des 3. Kongresses beeinflußt waren. Wir haben kostbare Monate dadurch für die Arbeit verloren, und wenn ich das hier ausspreche, so nicht deshalb, um in alten Wunden zu wühlen, sondern um zu sagen, daß die Frage der KAG. nicht zu identifizieren ist mit der Frage der Non-Disziplin. Dieser Fehler muß uns eine Lehre sein für die Behandlung mancher anderen Fragen. Jede Disziplinfrage ist eine *politische* Frage.

Nun will ich auf die zweite Frage eingehen, auf die Anwendung der Taktik der Einheitsfront in Deutschland und auf die Erfahrungen, die wir in der Praxis mit dieser Parole gemacht haben. Zunächst ist es immer wieder notwendig zu sagen, was man unter der Taktik der Einheitsfront versteht, denn es gibt zu viele Auslegungen. Die Entwicklung der Taktik der Einheitsfront hat auch in Deutschland eine sehr komplizierte Geschichte. Diese Entwicklung hat mit dem Offenen Brief begonnen und sie geht bis zur Betriebsrätebewegung. Man muß sich klar sein, daß sich unsere Arbeit auf die Zusammenfassung der Kämpfe um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter einstellen muß. Aber, Genossen, die Aufstellung jener Teilforderungen, die symbolisiert sind in dem bekannten Radekschen „Stückchen Brot", das wäre eine ungenügende Definition. Es muß weiter gesagt werden, daß es nicht genügt, für diese Forderungen zu *agitieren*, sondern es muß darüber hinaus eine Basis geschaffen werden, organisatorische Grundlagen in der Masse selbst zu schaffen, organisatorische Grundlagen, die die Möglichkeit *geben, den Kampf um diese Forderungen aufzunehmen*.

Genossen, die viel diskutierte Frage der Verhandlungen mit den Spitzen ist dabei eine reine Frage der Zweckmäßigkeit und des taktischen Auftretens. Der Fehler beginnt dabei, daß man alles Schwergewicht auf das Heiligtum der Verhandlungen mit den Spitzen gelegt hat. Was steckt hinter dieser übertriebenen Betonung, dieser Anbetung der Verhandlungen, des Zusammengehens mit den Spitzen? Dahinter steckt eine ganz gefährliche Illusion, eine Illusion, die in ihren Konsequenzen zur Revision des Kommunismus und der Revolution führt, und zwar in folgender Weise: Innerhalb der deutschen Arbeiterschaft haben die ungeheuer großen Niederlagen, die furchtbaren Schläge, die blutigen Erfahrungen, die wir gemacht haben, bei einem Teile der deutschen Proletarier eine Stimmung erzeugt, als ob nur die Spaltung und die organisatorische Schwäche schuld wären an ihrem Zurückweichen vor der Konterrevolution, als ob die organisatorische Stärke — und das ist eine typisch deutsche Illusion — das Hauptmittel sein könnte zur Besiegung der Konterrevolution. Mit dieser Illusion hat die SPD. die USP. gefangen, mit dieser Auffassung der Einheitsfront hat man auf allen Bezirkstagen der SPD. die USP.-Arbeiter in die SPD. hineingeführt. Man hat offen proklamiert, das sei die Einheitsfront des Proletariats.

Zwischen unserer Auffassung und der Auffassung der Menschewiki steht eine Schattierung, die es nicht klar ausspricht, die aber der Überzeugung ist, daß ein wirklicher *Kampf* gegen die Konterrevolution nur geführt werden kann, wenn man die großen sozialdemokratischen Parteien und den ADGB. bei sich hat, also nicht mehr die Verhandlungen mit den Spitzen, nicht mehr das Zusammengehen mit den Spitzen,

sondern die Vorstellung, als ob die Kommunistische Partei für alle Zeit zu schwach wäre, ohne feste Koalition mit den Sozialdemokraten vorwärts zu gehen. Das ist eine ganz gefährliche Vorstellung (Zuruf). Ich werde gleich darauf zu sprechen kommen. Natürlich nehme ich die deutsche, hier anwesende Delegation absolut davon aus (Heiterkeit). Diese Vorstellung, daß die Koalition mit ADGB und mit den Sozialdemokraten die einzige Voraussetzung für eine reine Aktion sei, wird durch die Ausführungen des Genossen Sinowjew daß unser schärfster Feind gegenwärtig die II. Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien sind, aufs neue widerlegt. Sie wird widerlegt durch die Tatsache, daß überall diese Parteien jetzt zur schärfsten Offensive gegen uns übergehen.

Aber Sie fragen: Wo steckt diese Vorstellung? Ich sage Ihnen ganz offen, ohne Honig und Zucker: sie steckt in den Köpfen mancher deutschen kommunistischen Arbeiter, die im Kampfe gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie geprügelt worden sind. Wer sich selbst betrügen und sich selbst Illusionen machen will, soll das ruhig machen, aber die Praxis der Arbeit in den Betrieben, die Praxis der Arbeit in den Gewerkschaften beweist, daß diese Auffassung richtig ist, und daß wir als Massenpartei nicht frei sind von Illusionen der Masse, in deren Mitte wir leben, die auf uns zurückwirken und ihren bestimmten Niederschlag in der Partei finden.

Ich sollte trotz der Kürze der Zeit aber doch noch sagen, daß diese Vorstellung von der Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialdemokraten kraß widerlegt ist durch die ganzen Erfahrungen der letzten Revolutionsjahre. Diese Vorstellung führt hinüber zu jener Vorstellung über die organisatorische Verschmelzung mit der sozialdemokratischen Partei, wie sie von unserer norwegischen Bruderpartei in so erfreulicher Offenheit diskutiert worden ist. Diese Auffassung ist nicht nur eine falsche Auffassung der Einheitsfront, sondern dahinter stecken vielmehr noch verborgene Tendenzen der Revision der Revolution, der Frisierung der Revolution auf „westliche" Art, der Schaffung von demokratischen Ubergangsstufen zwischen dem, was wir jetzt haben, und dem, was wir wollen. Der Versuch, sich hinwegzutäuschen über die Schwierigkeiten des Bürgerkrieges, der *Versuch, schön organisiert und ohne große Schwierigkeiten* den Kapitalismus im Bunde mit den Sozialdemokraten zu stürzen.

Gerade weil auch von dem Gen. Sinowjew betont worden ist, daß die Situation schwierig und auch in Deutschland schwierig ist, gerade weil niemand von uns hier mit einem Siege von übermorgen in Europa rechnet, gerade weil wir einem sehr geschickten und gefährlichen Gegner gegenüberstehen — man soll sich nicht über die Schwäche der deutschen Sozialdemokratie täuschen —, gerade deshalb muß die deutsche Partei und die Kommunistische Internationale diesen Gefahren des Revisionismus mit äußerster Energie entgegentreten in der Praxis der täglichen Arbeit. Wenn man das ausspricht, dann ist man ein „Menschewisten-Riecher", der unzufrieden ist, man verdreht die Auffassung der Kritiker. Ich sage ganz klar: die Gefahr ist noch nicht groß in der deutschen Partei, die Gefahr kann leicht gebannt werden. Aber auch in der KAG.-Krise waren wir die unglücklichen Schwarzseher, bis die Ereignisse uns recht gegeben haben.

Parteigenossen, zum Schlusse will ich noch einen Überblick geben über die Taktik der Einheitsfront in ihrer Anwendung in der Praxis. Ich will zunächst darauf hinweisen, daß der Eisenbahnerstreik eine Bewegung von einer Tiefe gewesen ist, die vielleicht im Auslande nicht ganz richtig eingeschätzt worden ist. Dieser Eisenbahnerstreik hat eine vollkommen richtige Anwendung der Taktik der deutschen Partei gegeben. Wir haben damals den Massen gesagt: der Achtstundentag ist in Gefahr, das Koalitionsrecht ist in Gefahr. Wir haben uns hineingestürzt in die Massenbewegung, aber wir haben kein Programm aufgestellt, das zu unseren Anschauungen in Widerspruch gestanden hätte.

Anders war die Sache in der Rathenau-Kampagne. Es muß klar gesagt werden, daß in der Rathenau-Kampagne die negative Seite der Taktik der Einheitsfront aufgezeigt worden ist. In der Rathenau-Kampagne, als die Massen erregt waren, als man nach uns verlangte, haben wir erst *geheime* Verhandlungen geführt, wochenlange Verhandlungen diplomatischer Natur mit dem ADGB. und der SPD., die ein bewußtes Spiel mit uns getrieben haben. Sie haben so lange verhandeln wollen, damit sie uns binden konnten. Wir haben in den Verhandlungen nur Rücksicht genommen, statt offensiv Forderungen zu stellen. Wir haben in der Presse und auch in den Versammlungen unser Gesicht nicht zu zeigen gewagt.

Wir mußten Rücksicht nehmen, und es gibt keinen größeren Fehler, als vor Massen, die in Erregung sind, und die man gewinnen kann, als Diplomaten aufzutreten, statt revolutionär zu sprechen und auszusprechen, was ist. Diesen Fehler der Rathenau-Kampagne kann die deutsche Partei nicht wegwischen, auch wenn das versucht werden sollte. Und dieser Fehler hat einen tiefen Eindruck bei unseren deutschen Parteimitgliedern gemacht, die sehr mißtrauisch sind, viel mißtrauischer, als hier angenommen wird, und dies auf Grund der Erfahrungen in der KAG.-Krise.

Und, Genossen, die Betriebsrätebewegung, über die ich zum Schlusse noch einiges sagen will, stellt die positive Seite dieser Fehler dar. Aber ich möchte mit derselben Offenheit aussprechen, die Tugenden der Betriebsrätebewegung sind nicht auf unsere Rechnung zu setzen, sondern die Sozialdemokraten sind schuld daran, die uns mit einem Fußtritt hinausgeworfen haben und uns jede Fortsetzung der Rathenautaktik unmöglich gemacht haben. Und ich garantiere Euch, Genossen, wenn die Bewegung in Deutschland schärfer wird, werden die Sozialdemokraten dasselbe Spiel wie bei der Rathenausache wiederholen, weil sie es als ein gutes Mittel erkannt haben, die Kommunistische Partei in gefährlichen Momenten in ihrer Kraft zu lähmen.

Die Betriebsrätebewegung darf man keineswegs überschätzen. Ich glaube, ihre wirkliche Bedeutung kann hier noch nicht ermessen werden. Sie hat, glaube ich, drei Haupttugenden, die wir klar herausarbeiten müssen. Erstens hat sie den ganzen Vereinigungsrummel der Sozialdemokraten und Unabhängigen, ihr ganzes Geschrei von der alleinseligmachenden großen Sozialdemokratischen Partei zerstört; statt für ihre große Sozialdemokratische Partei zu werben, haben die Sozialdemokraten gegen unsere Partei kämpfen müssen. Sie haben gegen unsere Losung kämpfen und Artikel schreiben müssen und sie

6*

waren in der Defensive, und konnten ihre Parteitage nicht mit jener Wirkung abfeiern, wie sie gehofft hatten.

Zweitens ist nach 2 Jahren zum erstenmal wieder die Frage der Initiative der Betriebsräte, der Fabrikkomitees auf die Tagesordnung gesetzt worden. Wer eine Ahnung davon hat, wie versumpft diese Betriebsräte in Deutschland sind, muß die Wichtigkeit dieses Erfolges zu schätzen wissen.

Drittens — und das ist das Bedeutungsvollste —, es wird zwar noch ungeschickt, schwach und ungelenk, aber doch wieder überhaupt die Frage der Kontrolle der Produktion in der Arbeiterschaft debattiert. Sie wird debattiert in den Fabriken, sie wird debattiert nicht nur bei den Kommunisten, die es auch sehr notwendig haben, weil sie in diesen 2 Jahren viel vergessen haben, sondern sie wird auch debattiert bei den sozialdemokratischen Arbeitern und debattiert vom „Vorwärts", der sie abweisen muß.

Wenn die deutsche Partei und die Kommunistische Internationale dieser Bewegung die nötige Aufmerksamkeit weiter schenken und in ihr die Heranbildung der kampffähigen Einheitsfront sehen, wenn sie darin die richtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront erblicken, wird sie uns große Erfolge bringen. Wir haben uns in dieser Bewegung sehr oft an die Spitzenverbände gewandt als taktische Methode, um die Betriebsräte auf unsere Seite zu bekommen, und wir haben dem ADGB. geschrieben, wir wären dafür, einen Block in den praktischen Arbeiterfragen mit ihm zu bilden, um die Arbeiter zu überzeugen, daß der ADGB. weder einen Kongreß noch einen Kampf will.

Die Betriebsrätebewegung beweist auch den Bruderparteien, daß in der Taktik der Einheitsfront, wenn sie richtig verstanden wird, gar keine Gefahr liegt und daß es nur darauf ankommt, klar zu definieren und zu wissen, was man will. Und gleichzeitig muß die Kommunistische Internationale und der 4. Kongreß sich klar werden, daß die Frage der Taktik der Einheitsfront in bestimmtem Sinne auch die Frage des Revisionismus aufrollt, die wir in verschiedenen Formen bei den verschiedenen Parteien haben, und ich spreche es hier aus, wie es mein Mandat von der Berliner Organisation ist: Wir wünschen, der 4. Kongreß möge darüber wachen, daß die Kommunistische Internationale von allem Opportunismus frei wird (Beifall bei den Deutschen).

NEURATH (Tschechoslowakei): *Genossen und Genossinnen!* Zunächst mache ich darauf aufmerksam, daß wir zu dem Referat des Genossen Sinowjew eine Erklärung unserer gesamten Delegation zur Kenntnis bringen werden. Ich beschäftige mich nicht damit, da ich auf die Ausführungen des Genossen Vajtauer mit einigen Tatsachen antworten werde.

Genossen und Genossinnen! Es könnte Delegierte geben, die nach den Äußerungen des Genossen Vajtauer der Meinung sind, daß es sich in der tschechoslowakischen Partei um eine linke Opposition handelt, die eben von dem Genossen Vajtauer vertreten sei. Das, Genossen, ist falsch. Die linke Opposition der tschechischen Partei hat einen Kampf geführt gegen jenen Opportunismus, der bis zum Vereinigungskongreß vom Genossen Smeral vertreten worden war. Nach diesem Kongreß aber hat sich der Genosse Smeral auf den Boden der Beschlüsse des

3. Weltkongresses gestellt, so daß die sachliche Voraussetzung für ein Miteinanderarbeiten der Opposition mit dem Genossen Smeral gegeben wurde. Die sogenannte neue Opposition, die ungefähr seit Dezember vorigen Jahres besteht, hat acht Monate hindurch keine Grundsätze formuliert, die sich unterschieden von den Grundsätzen, die für unsere Taktik maßgebend sind. Die Opposition hat erst vor einigen Wochen so etwas wie ein Programm formuliert und ich werde Ihnen einige seiner Sätze zur Kenntnis bringen. Zunächst muß ich aber darauf aufmerksam machen, daß wir in der Tschechoslowakei nach dem Vereinigungs-Kongreß sofort eine ganze Reihe außerordentlich schwerer Kämpfe zu bestehen hatten, daß die Exekutive der KPTsch. sehr wohl verstanden hat, sich an die Spitze aller Kämpfe zu stellen, daß sie es verstanden hat, den größtmöglichen Einfluß auf die größten Schichten der Arbeitermassen auszuüben. Ich erinnere z. B. an den Kampf der Staatsangestellten, der Privatangestellten, der Metallarbeiter, der Bergarbeiter und der Glasarbeiter. Während all dieser Kämpfe hat die Mehrheit, die man die Smeralisten nennt, die Grundsätze formuliert, die für die kommunistischen Vertrauenspersonen in Betracht gekommen sind. Und diese Grundsätze sind anerkannt worden, sie haben Erfolge gebracht, sie wurden auch von den Mitgliedern der Opposition niemals angegriffen oder bestritten, auch haben sie niemals im Gegensatz zu unseren Grundsätzen andere Grundsätze formuliert. Als wir also diese Kämpfe durchgeführt hatten, und als wir besonders während des Bergarbeiterkampfes diejenigen Parolen formulierten, die den größten Eindruck auf die Arbeitermassen machten, da mußten wir konstatieren, daß von einigen kommunistischen Vertrauensleuten Dummheiten gemacht worden waren. Es ist klar, daß ein kommunistischer Vertrauensmann auch einmal Dummheiten machen kann. Aber als während des Bergarbeiterstreiks die Vertreter bei den Verhandlungen mit den Unternehmern einige Äußerungen von sich gaben, mit denen wir nicht einverstanden sein konnten, haben wir diese Vertrauensleute sofort gerufen und haben sie ganz energisch zurechtgewiesen und ihnen erklärt, worin ihre Fehler bestanden, und haben ihnen gesagt, was sie tun müßten, um diese Fehler zu korrigieren. Damals hat die Opposition zu diesen Dingen keine Stellung genommen, sie hat diese Fehler nicht entdeckt, diese Fehler sind aber von uns sofort erkannt worden.

Das war während dieser großen Kämpfe. Wir haben Aktionen im Interesse der Einheitsfront durchgeführt, großzügige Versammlungsagitationen. Die Opposition war damit einverstanden. Wenigstens hatte sie uns niemals ihre von uns abweichende Meinung verraten; sie hat geschwiegen. Als der neue Sekretär der Partei, Genosse Zapotocky, sein Amt antrat, erklärte er folgendes: Die Opposition verrät uns zwar nicht ihre Grundsätze, sie bekämpft uns aber, sie ist mit uns nicht einverstanden. Und zwar war der Tenor der Ausführungen der Opposition der, daß Smeral ein Opportunist sei, wofür sie nicht den Schatten eines Beweises erbrachten, daß er zweitens unbedingt Minister werden wollte, daß er drittens hinter dem Rücken der Partei Verhandlungen mit der Konterrevolution führe, wofür sie ebenfalls den Beweis schuldig geblieben sind, und daß die andern, die mit Smeral zu

arbeiten versuchten, Smeralisten geworden, daß sie umgefallen sind. Das war der ganze positive Inhalt des Programms, das von der Opposition vertreten wurde

Auf der Osterkonferenz haben wir der Opposition gesagt, jetzt muß das Spiel zu Ende gehen. Ihr sagt uns, was Ihr wollt, Ihr werdet uns endlich einmal den Inhalt Eures Programms entdecken. Ihr werdet Eure Grundsätze formulieren, habt Ihr aber keine Grundsätze, wißt Ihr nicht, worin Ihr Euch von uns unterscheidet, so muß das festgestellt werden. Auf dieser Konferenz haben wir die Grundsätze der Einheitsfront formuliert. Wir haben die Thesen der Arbeit der Partei formuliert. Wir haben so ernste Beschlüsse gefaßt, wie eine kommunistische Konferenz sie überhaupt fassen kann. Und die Opposition hat nicht den Mund aufgetan. Nicht mit einem Wort haben uns die Genossen der Opposition gesagt, daß sie mit irgend etwas nicht einverstanden seien, nicht mit einem Wort haben sie erklärt, daß sie mit den von uns formulierten Grundsätzen über die Einheitsfront und über die übrigen Aufgaben der Partei nicht einverstanden seien. Wir waren daher der Meinung, daß die Opposition, da sie sich nicht zum Wort meldete, obwohl wir sie aufgefordert hatten zu reden, wenn sie anderer Meinung sei, endlich mit den von uns formulierten Grundsätzen einverstanden sei. Nach der Konferenz wurde das Spiel fortgesetzt. Es tut mir leid, daß ich das sagen muß, denn es ist nicht gerade erhebend. Das alte Spiel wurde fortgesetzt. Keine Grundsätze, kein Programm, kein ernsterer Gedanke, außer dem törichten Argument, Genosse Smeral wolle auf dem Rücken des alten Sturc auf einen Ministersessel klettern. Dann, Genossen, ist der Genosse Jilek nach Moskau gefahren. Er wurde hin und her geschickt als Vertreter der tschechoslowakischen Partei. In Moskau haben sich die erfahrensten Genossen zusammengesetzt und das Material studiert. Sie fragten Jilek: was habt Ihr für ein Programm? Er hat hier gesprochen, Smeral hat gesprochen. Und das Ergebnis? Die Exekutive stellt fest: es gibt in der Tschechoslowakischen Partei keine grundsätzlichen politischen Differenzen, es gibt nur organisatorische Mängel. Wir redeten uns nicht darauf hinaus, daß wir diese Mängel nicht abstellen können, weil wir uns Monate hindurch in allen Sitzungen des Vollzugsausschusses mit den komischen Angriffen der Opposition befassen mußten. Wir haben uns nicht darauf hinausgeredet, sondern erklärten: die Exekutive hat recht. Wir werden uns bemühen, diese Mängel zu beseitigen. Genosse Jilek hat in Moskau dieser Resolution zugestimmt. Er hat also erklärt, es gibt bei uns in der Tschechoslowakei keine politischen Differenzen. Und er geht zurück nach der Tschechoslowakei und organisiert erst dann die Opposition, bringt sie in eine organisatorische Form und setzt die Opposition viel schärfer fort als vordem.

Nun, Genossen, was ist da zu tun? Genosse Radek veröffentlicht einen Artikel, die Exekutive veröffentlicht ihren Beschluß. Beide erklären, die Tschechoslowakei habe organisatorische Mängel. Wir haben sie besprochen und sie werden beseitigt werden. Politische Differenzen gibt es nicht. Die Partei kann nunmehr mit der Bewältigung ihrer großen entscheidenden Aufgaben beginnen. Daraus wurde jedoch nichts. Wir konnten leider den großen Aufgaben in der tschechoslowakischen Partei nur geringe Zeit widmen, wir konnten uns um die

großen Probleme der Bewegung fast nicht kümmern, da wir uns immer wieder mit denselben Dingen beschäftigen mußten. Wir mußten uns immer wieder sieben Stunden in den Sitzungen mit diesen Dingen beschäftigen, um dem Genossen Sturc klar zu machen, daß Smeral nicht Minister werden will.

Wir hatten dann eine Sitzung, an der Vertreter der Internationale teilnahmen. Dort wurde festgestellt, daß von der Opposition nichts vorgebracht worden ist, was darauf schließen ließe, daß es theoretische Differenzen gibt. Genossen, ich will ihnen das nicht lang und breit erzählen, ich werde es nur andeuten. Knapp vor der oben erwähnten Sitzung ist ein Artikel in der „Communista" erschienen, der einen ganz schlechten Inhalt hatte und von einem Mitglied der Opposition gezeichnet war. In dem Artikel, der 220 Zeilen umfaßte, waren 180 Zeilen abgedruckt aus dem Buche des Genossen Trotzki „Die neue Etappe". Daraus waren die Grundsätze der Opposition entnommen. (*Bucharin:* In Gänsefüßchen?) Nein, Genossen, nicht in Gänsefüßchen.

Was ist dann geschehen? Die Opposition hat ihren Kampf fortgesetzt. Es blieb nichts anderes übrig, als noch einmal eine Konferenz einzuberufen, die Reichskonferenz. Alle Genossen waren übermüdet. Wir konnten das nicht mehr aushalten. Die ernsten Resolutionen wegen des Bergarbeiter- und Metallarbeiterkampfes haben wir auf der Fahrt zwischen Reichenberg und Prag besprochen, denn in den Sitzungen konnten wir uns nicht damit beschäftigen. Genosse Zapotocky und alle anderen Genossen erklärten: so geht es nicht weiter, noch einmal eine Reichskonferenz, und wenn diese Opposition nicht liquidiert werden kann, dann können wir mit ihren Vertretern nicht mehr arbeiten. Es kam die Reichskonferenz. An dieser Konferenz beteiligten sich zwei Vertreter der Internationale. Endlich wurden uns auf dieser Reichskonferenz einige programmatische Grundsätze formuliert. Ich werde nicht zögern, Ihnen einige Grundsätze dieses Programms zur Kenntnis zu bringen. In dem Programm der Opposition wird Stellung genommen zur Wirtschaftskrise und dazu, wie die Kommunistische Partei sich zu verhalten hat. Es heißt da in dem Kapitel, in dem über das Ziel gesprochen wird (liest vor):

„Der Arbeiter wird auf zweifache Art ausgebeutet, einmal durch die Arbeitgeber, das zweite Mal durch die Händler. Die Teuerung, welche durch den Vermittlungshandel hervorgerufen wird, lastet noch viel schwerer auf ihm als die kapitalistische Ausbeutung.

Unter den kleinen und großen Händlern befinden sich, wenn auch nicht die größten, so die eifrigsten Klassenfeinde des Arbeiters. Eben die Klasse der Geschäftsleute ist die eifrigste Verteidigerin des kapitalistischen Systems und gegebenenfalls auch die eifrigste Kämpferin für sie . . . ."

„Die wichtigsten beiden Mittel, deren sich die Arbeiterklasse bedienen muß und kann, sind:

1. der Boykott der kapitalistischen Produkte,
2. die Verbreitung und Zentralisierung aller Produktiv- und Konsumgenossenschaften."

Über die Anwendung des Boykotts äußert sich der Genosse Vajtauer wörtlich folgendermaßen:



„Boykott. Was die Anwendung des Boykotts anbelangt, so ist die Situation dafür gegenwärtig die allergünstigste. Die Bourgeoisie zögert nie, die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von ihr auszunutzen; deshalb darf auch die Arbeiterschaft nicht zögern, die Abhängigkeit des Bürgertums von der Arbeiterschaft auszunutzen. Die Bourgeoisie wirft Tausende von Arbeitern aufs Pflaster, um mit diesem rohen Mittel niedrige Löhne zu erzielen. Die Arbeiterschaft kann gegenwärtig durch ihren Boykott eine beliebige Firma zugrunde richten, die Bedarfsartikel zu teuer produziert oder gegen die Arbeiterklasse unbarmherzig vorgeht. Und die Arbeiterschaft darf auf diese Mittel nicht verzichten, weil sie durch die Nichtanwendung dieser furchtbaren Waffe nur die großkapitalistische Konzentration beschleunigt und selbst zurückbleibt. Es sollen auf dem Index der zu Boykottierenden alle Firmen gestellt werden, die im Verhältnis zu den Produktionskosten unverhältnismäßig hohe Preise fordern, und in zweiter Linie die, die gegen die Arbeiterschaft feindselig auftreten. Es ist wahr, daß durch diesen Druck auf die Preise viele kleine Existenzen ungerechterweise bedrückt werden, da sie außerstande sind, die Rohstoffe billiger einzukaufen. An diesem Hindernis darf jedoch diese Aktion nicht scheitern. Die Gefahren des Zusammenbruchs werden diese Kleingewerbetreibenden zwingen, sich mit anderen zu einer Produktionsgemeinschaft zu vereinigen und in die Gemeinschaft der Arbeiterproduktionsgenossenschaften einzutreten, wo sie bei einem billigeren Masseneinkauf den Forderungen der Arbeiterschaft werden entsprechen können."

Damit sind die programmatischen Erklärungen der Opposition bis zur Reichskonferenz, die von dem EK. als eine linke Opposition bezeichnet wurde, erschöpft.

Genossen, ich glaube, es könnte genug sein des grausamen Spiels Ich kann Ihnen nicht mehr vorenthalten, nunmehr zu sagen, was für eine Meinung die Opposition über das wichtige Problem der Arbeiterregierung hat, denn Sie haben ja gehört, daß die Opposition der Meinung ist, daß die Auffassung der Exekutive, wir hätten unsere Pflicht erfüllt, falsch und das Gegenteil richtig sei, nämlich, daß wir unsere Pflicht verletzt hätten.

Wir fragen die Genossen, worin unsere Pflichtverletzung besteht, und zweitens, daß man uns sagt, was sich denn die Opposition unter dem Problem der Arbeiterregierung vorstellt. Genossen, die erste Frage, worin wir unsere Pflicht verletzt haben, ist bis jetzt nicht beantwortet worden. Dagegen hat uns aber die Opposition gesagt, was sie sich unter dem Problem der Arbeiterregierung vorstellt. Das kann ich Ihnen auch nicht schenken. Nämlich:

„Die Arbeiterregierung hat die Aufgabe der:
Schaffung einer Kulminationsperiode, die produktions- und verteilungskonzentrierend im Sinne des kollektiven Kapitalismus ist."
(Heiterkeit.)

Genossen, ich habe diesen Satz niemals verstanden und ich glaube, ich werde ihn niemals verstehen können.



„2. Überführung des Militarismus in ein Milizsystem.

3. Schaffung einer Organisationsverbindung mit Sowjetrußland.

Das Problem der Arbeiterregierung muß durch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei möglichst gleichzeitig mit den anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale in allen kapitalistisch freien Ländern in absolut enger Verbindung mit der Kommunistischen Internationale gelöst werden. Über das Wesen der Arbeiterregierung zu diskutieren, lehnen wir entschieden ab und warnen davor, daß darüber bloß abstrakt gesprochen wird."

Das soll nämlich heißen, daß das nicht abstrakt gesprochen ist. Das ist konkret. (Heiterkeit).

Meine Redezeit ist wahrscheinlich um, ich werde mich beeilen, ich bin sofort fertig. Ich habe Ihnen noch folgendes zu sagen: Das ist endlich einmal sachliches Material. Wir haben erst auf der Reichskonferenz diese Grundsätze oder einen Teil dieser Grundsätze erfahren können. Auf der Reichskonferenz sind die Vertreter der Kommunistischen Internationale aufgestanden und haben erklärt: „Ihr, Vertreter und Angehörige der Opposition müßt einsehen, daß Ihr keinen Grund habt, irgendwie politisch gegen die Mehrheit aufzutreten. Ihr müßt mit ihr arbeiten.

Vor der Reichskonferenz haben wir infolge unserer Art der Agitation und Propagierung des Grundsatzes von der Arbeiterregierung und Einheitsfront einen geradezu unerwarteten Einfluß auf alle diejenigen Massen nehmen können, die heute noch den tschechischen Nationalisten nachlaufen. Ich sage, den „tschechischen Nationalisten", weil die Genossin Ruth Fischer (Berlin) die tschechischen Nationalisten mit den deutschen Nationalisten verwechselt hat. Hinter den tschechischen Nationalisten stehen große Massen und auf diese große Massen hatten wir einen so großen Einfluß gewonnen, daß ihre Führer gezwungen waren, zu uns auf das Büro zu kommen, mit uns zu sprechen und uns einzuladen, an einer Konferenz teilzunehmen, um gemeinsam mit ihnen, wie Genosse Vajtauer sagte, auf die Regierung Einfluß zu nehmen. Aber, weiß Genosse Vajtauer nicht, was wir den Nationalsozialisten geantwortet haben? Wir haben den Nationalsozialisten gesagt: Einheitsfront? Ja, aber mit wem? Mit Euch? Mit Euch brauchen wir sie nicht. Eine Einheitsfront mit Euch lehnen wir ab. Aber eine Einheitsfront mit den Arbeitern, die hinter Euch stehen. Ihr wollt bessere Löhne für die Arbeiter? Ihr wollt eine Offensive gegen die Bourgeoisie? Sehr schön, wir sind bereit, mit Euch zu kämpfen, Voraussetzung ist aber, daß unsere Grundsätze, die für diesen Kampf maßgebend sind, anerkannt werden. Daraus formuliert Genosse Vajtauer die Grundsätze, die er heute hier vorgetragen hat. In dieser ernsten Situation, die noch niemals in einem Lande günstiger gewesen ist, als jetzt bei uns, kommt nun die Opposition und erklärt: Wenn die Zentrale uns nicht eine Reihe von Forderungen erfüllt, wenn sie uns nicht ein ganzes Blatt vollständig zur Verfügung stellt, werden wir augenblicklich ein Flugblatt an die Organisationen hinausschicken mit der Aufzählung der Verbrechen, deren sich die Zentrale schuldig gemacht hat. Das war 48 Stunden vor der Reichskonferenz. Wir waren damals nicht imstande, das zu verhindern. Das Flugblatt ist hinausgegangen, in ihm



sind tatsächlich solche Vorwürfe gegen uns erhoben worden, die, wenn sie tatsächlich berechtigt wären, nicht zulassen würden, daß wir jetzt noch hier stehen. Wir hätten dann innerhalb der Kommunistischen Internationale keinen Platz mehr. Es waren die ärgsten und schlimmsten Vorwürfe, die man überhaupt erheben kann. Wir sind auf die Reichskonferenz gegangen und haben gesagt: Jetzt zeigt doch, was an diesen Vorwürfen wahr ist. Und die Genossen waren nicht imstande, auch nur ein Wort mehr zu sagen, als daß sie gegen den Genossen Smeral mißtrauisch sind. Auf dieser Reichskonferenz wurde darauf der Beschluß gefaßt: die Opposition wird ausgeschlossen. Dieser Beschluß wurde von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der KPTsch. zur Kenntnis genommen, nachdem wir uns acht und zehn Monate lang mit einer Opposition hatten herumraufen müssen, die niemals einen Gedanken äußerte, die niemals entschlossen war, mitzuarbeiten, und die niemals zeigen wollte, daß sie es besser kann als wir. Nachdem wir uns zehn Monate lang herumgerauft hatten und alle wichtigen Probleme vernachlässigen mußten, mußten wir uns im Interesse der Partei und ihrer Entwicklung dafür entscheiden, endlich einmal den Grundsätzen der Disziplin Geltung und Anerkennung zu verschaffen und die Opposition zu fragen, ob sie ihr Flugblatt und was darinnen steht, widerrufen wollte. Darauf antwortete die Opposition: Nein. Und als die Vertreter der Kommunistischen Internationale geradezu flehentlich baten, lehnte die Opposition neuerdings ab.

Und nun zum Schlusse: Nehmen wir zur Kenntnis, daß jene Behauptung nicht wahr ist, die darauf hinausläuft, den uninformierten Genossen das Märchen aufzubinden, daß es einen nennenswerten Teil der Mitglieder in der KPTsch. gibt, die auf dem Boden dieser Opposition stehen. Die entscheidenden Beweise dafür werden wir in der Kommissionsberatung angeben. Ich sage Ihnen, daß nur ein einziger Kreis und auch dieser nicht ganz, sich auf den Boden der Opposition gestellt hat. Das ist der Kreis Proßnitz; von 24 Kreisen also einer.

Die Entscheidung der Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die Autorität der Zentrale aufgehoben, hat sie zerstört, sie erschüttert. Wir haben trotzdem die Entscheidung nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern sie veröffentlicht. Wir haben uns nach ihr gerichtet. Nach ihr gerichtet, Genossen, weil wir davon überzeugt sind, daß die Mehrheit auf diesem Kongreß entschlossen sein wird, diejenigen Beschlüsse zu fassen, durch die uns in der Tschechoslowakei erlaubt werden wird, zu arbeiten und zu kämpfen; weil wir überzeugt sind, daß dieser Kongreß in seiner Mehrheit solche Beschlüsse fassen wird, die es nimmermehr erlauben, daß Grundsätze Geltung haben, die nicht für eine proletarische Organisation, sondern eher für einen Veteranenverein maßgebend sein können.

Wir lassen uns diese Art der Opposition nicht mehr gefallen. Wir werden nicht mehr erlauben, daß in einer so frivolen Weise diejenige Partei, die die entscheidendsten Aufgaben zu erfüllen hat, in ihren Arbeiten gehindert wird, gehindert wird in der Erfüllung ihrer Pflichten. (Beifall.)

VORSITZENDER: Die belgische Delegation verlangt in der Negerkommission vertreten zu sein und hat dazu den Gen. Overstraaten bestimmt. Kein Widerspruch? . . .(Angenommen.)

Die südamerikanische Delegation verlangt ihrerseits durch den Gen. Penelon aus Argentinien in der französischen Kommission, durch den Gen. Pintos in der spanischen Kommission und durch den Gen. Stirner aus Mexiko in der amerikanischen Delegation vertreten zu werden. Kein Widerspruch? (Angenommen.)

Das Präsidium schlägt vor, den Gen. Rakowski als Mitglied in die französische Kommission zu entsenden. Kein Widerspruch? (Angenommen.)

Schluß der Sitzung um 4.30 nachm.



VIERTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 11. NOVEMBER 1922.

Fortsetzung der Diskussion zum Bericht des E.K. der K.I.

Redner: Becker, Radek, Duret, Bordiga, Graziadei.

Eröffnung: 11.15 Uhr.

Vorsitz: *Kolarow.*

BECKER (Deutschland): Man hat in dem Bericht der Exekutive die deutsche Partei viel gelobt. Wir aber, Genossen, fühlen uns nicht ganz wohl dabei. Wir denken, daß, wenn man uns jetzt zu einem der guten Söhne der großen Familie der Kommunistischen Internationale zählt, man uns dafür bei der nächsten Dummheit desto mehr prügeln wird, und wir legen deshalb Wert darauf, unsere Mängel hier besonders zu unterstreichen.

Bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik in Deutschland haben wir auch mit zwei Tendenzen zu rechnen, die uns hemmen in der Durchführung dieser Taktik. Bei uns sind diese Tendenzen nicht, wie in Italien und Frankreich, zwei offene Richtungen, die aus ihrer Einstellung eine Theorie gemacht haben, die sich im Prinzip gegen die Taktik der Einheitsfront eingestellt haben. Es sind — wie gesagt — bei uns nur Tendenzen. Aber ich glaube, Genossen, gerade für die Länder, die jetzt herangehen an die praktische Durchführung der Einheitsfront, wird es interessant sein, diese Tendenzen ebenfalls in ihrem Wesen zu kennen, denn sie werden auch damit zu rechnen haben.

Genossen, die Wurzeln dieser Tendenz, die nicht nur in den Spitzen eine Rolle spielen, liegen darin, daß eine Reihe — und nicht eine kleine Reihe — von Parteimitgliedern, statt ihre Aufgaben als Kommunisten zu begreifen, auch in schwierigen Situationen, wo das Proletariat flau und indifferent ist, statt der aktive Faktor zu sein, statt gerade in solchen Situationen das Banner des Klassenkampfes hochzuhalten und mit jeder Faser zu arbeiten für die Mobilisierung der Massen, pessimistisch eingestellt sind. Ein Teil dieser Massen ist angekränkelt von dieser Flauheit, hat keine eigene Initiative, verspricht sich nichts von dem Versuch, an die täglichen Nöte des Proletariats anzuknüpfen.

Genossen, die Stimmung bei einem Teil unserer Mitglieder ist in den letzten Monaten — wir können das sagen — stark zurückgegangen. Diese Stimmung ist aber immerhin die Grundlage für die Tendenzen, die sich in den Spitzen der Parteien auswirken. Bei der Abschätzung der politischen Situation machen zwar die beiden Tendenzen richtige



Bemerkungen, aber in einem Ton, der sich auswirkt in einer Förderung des passiven Pessimismus. Und, Genossen, dies ist sowohl bei der Tendenz, die links genannt wird, zu bemerken, wie auch bei der rechten. Genossen, dann spielt noch eine Reihe anderer Faktoren bei den führenden Genossen eine Rolle, Faktoren der Natur, daß einzelne Genossen — und meistens linker Tendenz — noch nicht ganz begriffen haben die verschiedenen Möglichkeiten der Durchführung der Taktik der Einheitsfront und die deshalb *übertriebene* Befürchtungen in bezug auf die opportunistischen Gefahren haben. Und ihre Bauchschmerzen führen dann in vielen Fällen zu solchen inneren Hemmungen bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront, daß sie sich veranlaßt fühlen, die Durchführung der Taktik der Einheitsfront zu hemmen. Die rechte Tendenz spielt bei einer Reihe führender Genossen eine Rolle, die aus irgendwelchen Gründen schon passive Naturen waren, und die eben auch bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront nicht die Aktivität entwickeln, die notwendig ist. Wir haben in Deutschland die Erfahrung gemacht, wenn wir an die Durchführung der Taktik der Einheitsfront herangehen, daß dann die Sozialdemokraten auch ihrerseits in Einheitsfront machen. Wir haben dabei kritische Fälle erlebt, nämlich die Tatsache, daß nicht wir immer die ersten waren, die eine geschlossene, einheitliche Aktion forderten, sondern daß die Sozialdemokraten uns zuvorkamen. Und die Passivität einiger führender Genossen hat es nicht zuletzt verschuldet, daß Sozialdemokraten uns zuvorkamen, daß die anderen uns die Führung der Politik der Einheitsfront aus der Hand nahmen.

Genossen, bei der Durchführung der Einheitsfrontaktion, die wir in Deutschland während der Rathenau-Krise hatten, da zeigten beide Tendenzen Unsicherheit, Ängstlichkeit. Die Genossen der rechten Tendenz waren sehr ängstlich bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, sie befürchteten, daß man mit den Spitzenorganisationen zu schnell wieder auseinanderkommen werde. Diese Ängstlichkeit führte so weit, daß tatsächlich die Partei bis zu einem gewissen Grade nicht genügend scharf umrissen ihr eigenes Gesicht zeigte.

Was die linke Tendenz betrifft, so hat auch sie Unsicherheit gezeigt. Ich möchte nur an die Berliner Geschichte erinnern. Die Genossin Fischer, die gestern gesprochen hat, weiß auch, daß bei der Durchführung der Aktion während der Rathenau-Krise die Berliner Organisation eine „stumme Demonstration", eine Demonstration ohne Redner gemacht hat. Ihr könnt Euch da ausreden, wie Ihr wollt, aber es ist und bleibt doch ein Zeichen der Unsicherheit, wenn so etwas vorkommen kann bei den linken Elementen in der Partei. Wenn wir gemeinsame Demonstrationen machen, müssen wir das Hauptgewicht auf das eigene Gesicht legen. Wenn die Genossin Fischer gestern sagte, daß in der deutschen Partei sich eine Überschätzung der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen bemerkbar mache, so muß ich feststellen, daß ich in der Partei eine solche Tendenz nicht bemerkt habe. Im Gegenteil: ich sprach von der rechten passiven Tendenz, und diese wirkte sich nicht nur bei den Verhandlungen passiv aus, sondern auch bei der Anknüpfung solcher Verhandlungen zeigt sie eine ängstliche Zurückhaltung. Wir haben nicht eine Anbetung dieser Verhandlungen bemerkt, wir hätten im Gegenteil öfter solche Verhandlungen machen

sollen, das wäre eine noch bessere Anwendung der Einheitsfronttaktik gewesen; wir hätten die sozialdemokratischen Führer noch mehr durch die Massen desavouieren lassen können.

Die Genossin Fischer sagte weiter, daß die Partei in der Rathenau-Krise eine günstige Gelegenheit vorübergehen ließ, die Verhandlungen abzubrechen. Das ist wiederum ein Moment der Unsicherheit der sogenannten linken Elemente gewesen. Für uns lag damals überhaupt keine Ursache vor, die Verhandlungen abzubrechen. Wir hatten vielmehr alles Interesse daran, die Sozialdemokraten immer wieder zu zwingen, selbst die Verhandlungen abzubrechen, wenn sie die Durchführung der aufgestellten Forderungen nicht wollten.

Die Genossin Fischer sagte, daß in der Partei Auffassungen über die Einheitsfront vorhanden sind, die auf eine organisatorische Verschmelzung mit den Sozialdemokraten hinauslaufen. Ich bestreite nicht, daß in den Köpfen einiger unserer Genossen solche Tendenzen vorhanden sind. Aber es kommt doch darauf an, ob die Partei als solche diese Tendenzen nährt. Und da muß ich denn doch sagen, daß die Partei diese Tendenzen nicht nur nicht nährt, sondern daß sie sie sogar bekämpft. Auch bei der Betriebsrätebewegung haben wir, wie das bei allen früheren Aktionen der Fall war, und wie das auch später der Fall sein wird, flaue Elemente gesehen, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, die aus Angst davor, daß unsere Taktik zur Spaltung der Gewerkschaften durch die Amsterdamer führen könnte, die Politik der Partei sabotiert haben. Wir haben sie glatt aus der Partei hinausgeworfen. An solchen Elementen, die opportunistische Neigungen in der Durchführung der Taktik der Einheitsfront zeigen, ist nicht zu beweisen, daß die Partei als solche derartige Tendenzen unterstützt.

Dann ist da noch eine Erscheinung, die Ihr in allen Ländern erleben werdet: das ist die mechanische Auffassung der Durchführung der Taktik der Einheitsfront. Nach einer Aktion, nach irgendeinem großen Verrat der sozialdemokratischen Führer in irgendeiner Einheitsfrontaktion zeigen sich sofort Tendenzen bei sonst durchaus guten Genossen, die da sagen, diese gemeinsame Aktion, die Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Führern müssen die letzten gewesen sein. Jetzt werden wir nur noch von unten auf die Einheitsfront machen. Solche mechanische Auffassungen haben wir in Deutschland immer damit beantwortet, daß wir gesagt haben: Ja, wenn Ihr soviel Aktivität aufbringt, daß wir in 2 Monaten sagen können, wir brauchen mit den sozialdemokratischen Führern nicht mehr zu verhandeln, weil sie keine Massen mehr hinter sich haben, dann werden wir nie mehr mit ihnen verhandeln. Aber solange die Führer die Massen noch organisiert hinter sich haben, solange müssen wir weiter verhandeln. In der Betriebsrätebewegung haben wir diese Methode mit Erfolg durchgeführt und gleichzeitig unter den Massen selbst die Front organisiert.

Genossen, eine weitere Frage, die auch für die nicht deutschen Genossen wichtig ist, ist die Frage der *Arbeiterregierung*. Besonders wichtig dabei ist die Frage, die z. B. bei den französischen Genossen falsche Auffassungen hervorgerufen hat, — die Frage der Unterstützung der sozialistischen Landesregierung und die Frage der Arbeiterregierung in den einzelnen Ländern Deutschlands.

Genossen, wir haben erstens niemals die Frage der Arbeiterregierung — mag es sich um eine Landesregierung oder um die Reichsregierung handeln — in erster Linie als ein Ergebnis parlamentarischer Konstellationen betrachtet, sondern als Ergebnis des Erfolges unserer Arbeit, die Massen für Tagesforderungen zu mobilisieren. Wir haben sie nicht übereilt propagiert und überhaupt nicht aktuell, weil die Situation dafür noch nicht da war.

Was nun die sozialistische Landesregierung unterscheidet von einer Landes-Arbeiterregierung, ist das: eine Arbeiterregierung in einem einzelnen Lande hätte der äußerste Vorposten in den Kämpfen der ganzen deutschen Arbeiterklasse für eine Reichsarbeiterregierung zu sein. Das hieße, sie hätte den Kampf gegen eine Reichsregierung und die Bourgeoisie aufzunehmen. Die heutigen sozialistischen Landesregierungen aber haben alle die Theorie Kautskys befolgt, daß man mit der Bourgeoisie eine Koalitionsregierung machen müsse, oder wenn man eine sozialistische Regierung mache, auf die Interessen der Bourgeoisie neben den Interessen der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen müsse. Unsere Unterstützung dieser Regierungen ist lediglich eine taktische Frage. Sie hängt davon ab, wie weit es uns schon gelungen ist oder noch nicht gelungen ist, die Arbeitermassen in den Teilen Deutschlands, wo solche Regierungen bestehen, von der Unrichtigkeit und Gefährlichkeit dieser Politik der sozialistischen Landesregierungen zu überzeugen.

Wir machen uns keine Illusionen über die Frage der Arbeiterregierung; und es bestehen in dieser Beziehung nicht die Gefahren, die jene Genossen vermuten, die die Dinge von außen sehen.

RADEK (mit Beifall begrüßt): Genossen, wenn die Exekutive den Bericht erstattet, zittern wir alle vor den Stürmen, die dann von der rechten und der linken Seite gegen die Position der Exekutive nahen. Der rechte Sektor, soweit ein solcher besteht, hat bisher noch nicht gesprochen. Genosse Varga hat in seiner liebenswürdigen Weise zu beweisen versucht, daß er nicht zu den Rechten gehört, was wir ihm aufs Wort glauben. So bin ich genötigt, mich in erster Linie mit den Angriffen, die sich als „linke" Angriffe hier darstellen, zu beschäftigen, gegen sie zu polemisieren, obwohl ich der Meinung bin, daß in der Situation, in der sich jetzt das Proletariat im internationalen Maßstab befindet, die Gefahr uns nicht von links, sondern von rechts droht. (Sehr richtig!) Die Gefahr von rechts besteht in erster Linie darin, daß es sehr schwierig ist, in einer Periode, wo die Massen nicht stürmen, kommunistische Politik zu treiben. In einer Sturmperiode fühlt jeder Arbeiter instinktiv die Notwendigkeit des revolutionären Handelns und die Partei ist dann mehr der Regulator als die Betriebskraft. In einer solchen organischen Vorbereitungsperiode zwischen zwei Wellen der Revolution, in der wir uns jetzt befinden, bedeutet Kommunismus in erster Linie eine schwere geistige Vorbereitungsarbeit der Partei und bei der Jugend unserer kommunistischen Parteien einerseits und bei ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit andrerseits ist es nicht nur nicht leicht, sondern sehr schwierig, zwei Dinge zu vereinigen: den Massencharakter der Partei mit ihrem kommunistischen Charakter. Und wenn wir die Lage in der französischen Kommunistischen Partei nehmen, in der norwegischen Partei, die beiden am meisten typischen Parteien des rechten Flügels



der Kommunistischen Internationale, so werden wir in den Debatten über die Lage dieser Parteien den schwierigsten Teil der Arbeit des Kongresses zu leisten haben. Wenn ich mich also jetzt nur mit den zwei linken Genossen, die hier gesprochen haben, beschäftige, so nicht darum, weil ich diese Gefahr der Abschweifungen nach links für größer ansehe, sondern deshalb, weil bisher niemand von der Rechten gesprochen hat.

Ich beginne mit dem Gen. Vajtauer, dem Vertreter der tschechoslowakischen Opposition. Ich will vorausgehen lassen, daß die Rede des Gen. Vajtauer von der Rede der Genossin Fischer sehr absticht. Die Rede der Genossin Fischer war eine Rede über die Fehler der Partei. Die Genossin Fischer mag diese Fehler richtig oder unrichtig analysiert haben, aber keiner, der die Rede gehört hat, hatte den Eindruck, daß hier eine Genossin spricht, die nicht zur Partei gehört. Jeder wußte, daß er es hier mit einem organischen Bestandteil und nicht dem schlechtesten der deutschen Kommunistischen Partei zu tun hat.

Einen ganz anderen Eindruck mußte die Rede des Gen. Vajtauer erwecken. Parteigenossen, wir wissen ungefähr, was die tschechoslowakische Linke oder die tschechoslowakische Opposition ist, obwohl es sehr schwer ist, sie theoretisch zu erfassen. Als Gen. Neurath das versuchte, war mein Freund Gen. Bucharin, der keinesfalls zu den Rechten gehört, in einer solchen Stimmung, daß wir ihn unter den Arm nehmen und ohnmächtig aus dem Saale führen wollten. (Heiterkeit.) Trotzdem wäre es politisch vollkommen unrichtig, diese Erscheinung auf die leichte Achsel zu nehmen und als eine Lächerlichkeit hinzustellen. Die tschechoslowakische Linke verdient ernster behandelt zu werden, nicht nur darum, weil sich darin so ausgezeichnete alte proletarische Elemente der Partei befinden, wie Genosse Sturc, sondern weil sie eine Gefahr signalisiert. In der Tschechoslowakei haben wir 600 000 Arbeitslose, und wenn eine Richtung in der Partei in einer solchen Situation auftaucht und Thesen vorlegt: wir stehen direkt vor dem Kampfe um die Macht! Wenn eine solche Richtung erscheint — so soll man sich nicht nur daran halten, ob sie klarer oder unklarer ihre Ideen formuliert, sondern dann zeigt das, daß in dieser kritischen Situation, in der sich die tschechoslowakische Partei befindet, ein Teil der Partei mit der Haltung der Partei unzufrieden ist. Er glaubt, daß die Partei zu wenig kämpft, und wenn dieser Teil auch heute klein ist, so ist bei 600 000 Arbeitslosen immer genug Material dafür da, um aus einem solchen *Nucleus der Opposition* eine Taktik entstehen zu sehen, die die Partei in verfrühte Kämpfe hineinschleudern kann.

Aus diesem Grunde, sage ich, wollen wir diese Dinge mit Ernst behandeln. Aber ich muß sagen, die Opposition hat es uns nicht leicht gemacht. Wenn im Namen der proletarischen Opposition, wie sie sich in der tschechoslowakischen Partei nennt, im Namen einer Opposition, die das Mißtrauen des proletarischen Acheron ausdrückt, Genosse Vajtauer auftritt, mit dem wir in der Kommunistischen und in der Arbeiterbewegung überhaupt erst zwei Jahre die Ehre haben bekannt zu sein, wenn Genosse Vajtauer nach dieser seiner glorreichen revolutionären Tätigkeit herkommt und ungefähr folgendes behauptet: Smeral und die Mehrheit des Parteivorstandes stehen in einer Konspiration mit der Bourgeoisie und Massaryk, und die tschechoslowakische Bourgeoisie fordert von der tschechoslowakischen Kommunistischen

Partei: gebt mir den Kopf von Vajtauer, und dann wollen wir eine Koalition schließen! Wenn Genosse Vajtauer dann kommt und erzählt, wie in Kladno, wo ein so erprobter Klassenkämpfer wirkt, wie unser Genosse Muna, der seine Pflicht als Revolutionär getan hat, als es etwas schwieriger war, als zu der Zeit, da Gen. Vajtauer die internationale Kommunistische Partei mit seiner Tätigkeit beglückte, wenn Vajtauer im Namen seiner Opposition kommt und sagt: in Kladno wurde unter der Führung der Partei Munas Streikbruch gemacht, wenn er mit solchen Dingen herumschleudert und dann kommt und sagt: Wählt zwischen mir und diesen Verrätern, und wenn er dann sagt: was ich hier tue, wenn das Anarchismus ist, dann bitte schön, wollen wir Anarchisten bleiben, dann sagen wir: etwas bescheidener, Genosse Vajtauer! Dann sagen wir: wenn Sie hier auftreten und sagen: Ja, Disziplin, wenn Ihr mich wählt. Dann werden wir zwar mit der Opposition sprechen, aber wir werden dieser Opposition in erster Linie sagen: Bitte schön, wenn Ihr die proletarische Opposition hier darstellen wollt, dann laßt Euch vertreten durch Leute, die, wenn sie auch keine Proletarier sind — nicht jeder hat das Glück, als Proletarier geboren zu sein —, so doch etwas Verantwortungsgefühl für die Geschichte einer proletarischen Partei besitzen.

Genossen nun zur Sache! Was hat Genosse Vajtauer hier gesagt? Er hat hier die Träume Smerals gedeutet. Er hat gesagt, Smeral wolle sozusagen Minister werden. Er hat es nicht unverblümt gesagt. Das ist die Methode, die der anarchistischen Vergangenheit Vajtauers entspricht. Er hat nicht gesagt, an dem und dem Tage hat Smeral etwas gesagt, auf Grund dessen ich behaupte, daß er Minister werden will. Er hat die Träume von Smeral gedeutet. Das hat seine Ursache. Vajtauer befaßte sich in seiner Vergangenheit wissenschaftlich mit Traumdeuten, und diese Methode überträgt er auf die Kommunistische Internationale. (Heiterkeit.) Da fragen wir: was soll die Exekutive der Komintern mit diesen Traumdeutungen anfangen? Sie kann sie nur in einem Traumkalender unterbringen.

Die Exekutive der Komintern hat folgende Tatsachen: Bis zum März dieses Jahres hatte die Richtung der Opposition die Mehrheit in der Exekutive. Das ist die erste Tatsache. Die zweite Tatsache: Im Juli dieses Jahres fand die Sitzung der Erweiterten Exekutive statt, in der wir uns eingehendst mit den tschechischen Dingen befaßt haben. Nach langer Arbeit unterzeichnete Gen. Jilek mit uns die Resolution: Es gibt keine prinzipiellen Gegensätze in der tschechoslowakischen Partei. Das war im Juli, und im September stand die Partei in Gefahr, daß Smeral sich im Traume des Gen. Vajtauer verkaufte, und die Genossen um Sinowjew sind leichtsinnige Leute, weil sie nicht an seinen Traum glauben. (Zuruf: Und die Internationale ganz besonders!!)

Parteigenossen, wenn Vajtauer uns dann furchtbar droht, daß er diese Internationale für eine besondere Internationale erklären wird, so haben wir schon so etwas erlebt. Auf dem 3. Kongreß sprachen die Vertreter der KAP. — und ich möchte Ihnen jetzt wünschen, den letzten Artikel des Gen. Gorter zu lesen. Nachdem die KAP. sich gespalten hatte, erklärte Gorter jeden Streik für eine konterrevolutionäre Tat und er behauptete, alles gehe nach rechts und die Aufgabe der Kommunisten bestehe darin, dazustehen und zu sagen: Nichts könne helfen

als die Revolution. Wenn sich zu der Stimme von Gorter auch die Stimme des Gen. Vajtauer noch gesellt und sie uns beide zusammen als eine besondere Internationale erklären werden, so werden wir dieses Geschick mit dem Mute, der uns als Kommunisten charakterisiert, zu ertragen wissen, auf die Gefahr hin, daß sich vielleicht noch ein Dritter zu den Genossen Vajtauer und Gorter gesellt.

Will man die Rede des Gen. Vajtauer nicht humoristisch nehmen, so müßte man mit dem Gen. Vajtauer so sprechen, daß er es ein zweites Mal nicht wagt, in dieser Weise zu einem Kongreß von 52 kommunistischen Parteien zu sprechen. Wir können hier die tschechoslowakische Frage in dieser Phase der Debatte nicht endgültig behandeln. Sie wird mit der ganzen Sorgfalt in der Kommission behandelt, und was an den Warnungen dieser Genossen richtig ist über den Zustand der Partei, das wird der Kongreß mit größter Sorgfalt berücksichtigen; denn wir sagen offen: Wenn ein paar ehrliche Proletarier ihre warnende Stimme erheben, so hat man in der jetzigen Periode der großen Gefahr von rechts nicht das Recht, stillschweigend oder mit Witzen zur Tagesordnung überzugehen. Provisorisch gesagt: Die Exekutive müßte auf dem bestehen, was sich als Resultat ihrer bisherigen Arbeit mit der Tschechoslowakei ergeben hat, und dieses Resultat war in großen Linien, daß die Politik der tschechoslowakischen Partei richtig ist; darum haben wir den Genossen aus der Opposition, die die Fahne der Rebellion erhoben haben, gesagt: Ihr habt unrecht gehandelt, aber da uns daran gelegen ist, nicht leichtsinnig Proletarier über Bord zu werfen, sogar wenn sie in der unverständlichsten Weise kritisieren, so wollten wir noch einmal versuchen, diesen Genossen ins Gewissen zu reden, uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Darum haben wir den Beschluß der tschechoslowakischen Partei aufgehoben. Wenn Gen. Neurath sagt: Ihr habt die Autorität der Zentrale vernichtet und erschüttert, so sage ich: wenn wir sie vernichtet haben, so konnten wir sie nicht erschüttern. Haben wir sie erschüttert, so haben wir sie nicht vernichtet. Dann ist die Hoffnung vorhanden, daß diese Autorität gestärkt aus diesem Saale hervorgehen wird, wenn es sich nach der Arbeit der Kommission zeigt, daß die Zentrale alles tut, um aus der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eine gute, kampffähige Partei zu machen. Daß sie es schon ist, kann niemand behaupten. Und wenn Gen. Vajtauer meint, Gen. Sinowjew habe gesagt: Schaut Euch den Knaben Smeral an, das ist ein Muster! Unter diesem Zeichen sollt Ihr siegen! so weiß ich nicht, wann er das gesagt hat. Ich schätze den Gen. Smeral sehr viel höher als viele linke Genossen. Ich bin überzeugt von seinem guten Willen, die Beschlüsse unserer Kongresse durchzuführen, und ich habe keine Spur des Mißtrauens gegenüber Smeral — was viele Genossen sich zur Aufgabe machen —, obwohl ich gegen Smeral sehr scharf auftrat. Aber ich weiß eins: eine mustergültige kommunistische Partei ist noch nicht da, in keinem Lande, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ein solcher Musterknabe erst jahrelang geprügelt werden muß (Heiterkeit), und nicht nur auf dem Kongreß auf Grund der Weisheiten, die wir uns schon in der russischen Revolution angeeignet haben, sondern auf Grund der Erfahrungen der eigenen Revolution im Westen. Es gibt keine mustergültige kommunistische Partei, da man diese nur durch Revolutionen

schafft. Sie muß geschaffen werden im Feuer des Bürgerkrieges, und die Tschechoslowakei hat diese Erfahrungen noch nicht hinter sich.

Ich komme dann zu der Rede der Genossin Fischer. Die Genossin Fischer hat in ihrer Rede eine ganze Anzahl Mängel in der Rathenau-Aktion genannt, die wir hier in Moskau in der Exekutive sofort auch als solche empfunden haben, als wir die detaillierten Nachrichten über den Gang der Ereignisse erhielten. Wenn in der Partei Stimmen laut werden, die sagen: In einer Aktion, die eine Massenaktion sein soll — keine Geheimnisse vor den Massen! Sich unter keinen Umständen von den Sozialdemokraten vorschreiben lassen, daß, wenn wir mit ihnen Verhandlungen führen, unsere Genossen nicht öffentlich von diesen Verhandlungen in allen Details informiert werden!; wenn Stimmen in der Partei laut werden, die sagen: die kommunistische Presse hat zu jedem Ereignis den kommunistischen Standpunkt einzunehmen und nicht der Leiche Rathenaus nachzulaufen und Republik, Republik! zu schreien; wenn das gesagt wird, so können wir nur erwidern, wir wünschen, daß das nicht die Stimme der Opposition ist, sondern das Bewußtsein der Gesamtpartei. (Sehr richtig!)

Daß die deutsche Partei am Anfang der Rathenau-Aktion Fehler begangen hat, kann nur leugnen, wer sozusagen ein geschworener Advokat jedes Parteivorstandes sein will. Als wir die „Rote Fahne" hier zu Gesicht bekamen, sagte Genosse Sinowjew ein paarmal: Der Teufel soll sie holen, was haben sie nur mit dieser Republik, was haben sie nur mit diesem Rathenau! Kein einziges kritisches Wort zu diesen Dingen! — Und das war unser allgemeines Empfinden. Die Partei hat aus Angst vor der Isolierung sich zu sehr an die Sozialdemokraten geklammert.

Würde die Kritik der Genossin Fischer allein darin bestehen, so hätte sie vollkommen recht, aber in dieser Kritik sind noch andere Momente enthalten. Die Genossin Fischer sagte u. a., sie sei nicht prinzipiell gegen die Verhandlungen mit den Spitzen, sie sei auch nicht prinzipiell für die Verhandlungen, aber die Dinge müßten mit Vorsicht genossen werden. Nun, sehr gut, aber ihre Taktik, ihre Kritik der Partei nach der Aktion in der Zentrale, in dem Zentralausschuß, bestand nicht nur in diesen selbstverständlichen Allgemeinheiten. Ihre Opposition trug nicht einen Zug: Ihr seid zu sehr um Eure Tugend besorgt. (Sehr richtig.)

Die Genossin Fischer sagte: Wir hatten den Eisenbahnerstreik, eine glänzende Aktion ohne Spitzen. Wir gingen zu den Massen und noch einmal zu den Massen und sagten dasselbe, was die Massen sagten und deklamierten: Masse, Masse! und keine Spitze war dabei. Bei der 2. Aktion waren die Spitzen dabei, und obwohl sie nicht prinzipiell dagegen ist, ist Unheil entstanden. (Zwischenruf: Russischer Betriebsrätekongreß?) Ich komme sofort darauf.

Genossen, wie war die Geschichte? Wenn wir in die vermaledeite Lage kommen mit den Spitzen zu verhandeln, wird die Opposition, mit Genossin Ruth Fischer an der Spitze, außerordentlich nervös. Ich habe die Geschichte während der Konferenz der 3 Exekutiven mitgemacht. Jeder Tag, der verging, ohne daß wir mit den anderen gebrochen hätten, schien der Genossin Fischer und der Opposition ein verlorener Tag, und als in der Rathenau-Krise die Verhandlungen begannen, da

7*

kam jeden Tag von der Opposition der Antrag an die Zentrale: ein Ultimatum oder Brechen. Warum? Das ist eben das rein Mechanische in der ganzen Auffassung der Genossen von der Linken. Unsere Einheitsfronttaktik verläuft nicht nach einem Schema. Wir wissen eins jetzt generell: Wir sind die Schwächeren. Uns werden die größten Hindernisse auf dem Wege zu den Massen gemacht; die Sozialdemokratie versucht ihre Arbeiter von uns zu isolieren. Wird nun der Druck der Massen groß, so muß sie mit uns verhandeln. Verhandelt sie mit uns, so haben wir ein Interesse zu brechen nur in dem Moment, wo wir sie genötigt haben, schon möglichst große Massen in Bewegung zu bringen oder wo es schon für jeden klar feststeht, daß sie keine Aktion wollen. Früher zu brechen oder überhaupt den Drang zu haben, möglichst nicht eine Stunde oder auch nur eine halbe Stunde mit diesen Leuten zusammensitzen, das ist ein Beweis, daß wir uns für schwächer halten, als wir sind. Würde die Partei vom ersten Tage an in der Presse eine klare Stellung eingenommen haben, würde sie vom ersten Tage an zu den Massen in der Presse gesagt haben: Ja, wir verhandeln mit den Sozialdemokraten, aber wenn Ihr Euch nicht rührt, wird die Sozialdemokratie Euch verraten, so könnten wir ruhig weiter verhandeln bis zu dem Augenblick, wo sich dieser Verrat vollkommen herausgestellt hat. Aber statt daß Ihr darauf drängt, daß die Partei eine klare Haltung vor den Massen entfaltet, zerrt Ihr die Partei immer an der Hand und laßt sie nicht verhandeln. Das ist eine nervöse Überspanntheit, die der Partei nicht dienlich ist.

Im großen und ganzen ist die Situation die: wir gehen in die Verhandlungen mit dem Bewußtsein, daß sie uns diesmal und auch das nächstemal noch praktisch betrügen werden. Um nicht dupiert dazustehen, müssen wir das den Massen von vornherein sagen. Aber die Politik des Bruches sollen wir erst dann anfangen, wenn wir imstande sind, allein das zu tun, was sie mit uns zusammen nicht tun wollen.

Als wir uns hier in der Exekutive untereinander, auch nicht offiziell, über die Rathenau-Krise unterhielten, da fragte ich immer — und das ist das Grundlegende —: kann die Partei riskieren, allein gegen die Monarchisten zu kämpfen? Würde die Partei allein in Aktion getreten sein, so behaupte ich, dieser Fehler wäre größer gewesen als alle die, die gemacht worden sind. (Sehr richtig!) Denn wir haben die Erfahrung nach dem Kapp-Putsch gemacht daß die Sozialdemokratie nur auf die Gelegenheit wartete, sich zusammen mit den Monarchisten auf uns zu stürzen, und daß die Partei das vermieden hat, ist nicht ein Fehler, sondern ein Verdienst.

Gleichzeitig sagen wir der Partei: Laßt in solchen Situationen in Euren Köpfen nicht das Bild versteinern, daß wir immer schwach sein werden! (Sehr richtig!). Wir können innerhalb einer solchen Aktion durch die Stimmung der Massen sehr stark werden, so daß wir sofort zum selbständigen Vorstoß vorgehen können, und die Kunst der Taktik in einer solchen Situation ist die, vorsichtig vorzugehen und nicht zu früh zu brechen, aber bereit zu sein zu diesem Bruch und die Massen zu diesem Bruch bereit zu machen durch die politische Linie unserer Agitation und unserer Behandlung der ganzen Sache.

Im großen und ganzen muß man jedoch sagen, und das hat schon Gen. Sinowjew in seinen Thesen über die Einheitsfront im vorigen Jahre gesagt: die Einheitsfronttaktik ist mit den größten Gefahren verbunden. Diese Gefahren bestehen darin: wir leben in einer Übergangszeit zu einer neuen revolutionären Welle. In dieser Übergangszeit ist bei den breiten Massen das Gefühl da: Was kann man anderes tun als die anderen! Es ist nicht das Gefühl der Möglichkeit einer revolutionären Aktion da, und es entsteht in der Partei sehr leicht eine Zwielicht-Stimmung: ich will mich nicht allein zeigen; wir Kommunisten können nur Arm in Arm mit Scheidemann Unter den Linden spazieren gehen. In dieser Stimmung sind die Parteileitung und die Parteipresse; sie rutschen zu leicht in die sozialdemokratische Politik hinein Diese Gefahr ist vorhanden, und wenn man eine Aktion beginnt, muß man sich nicht nur der Gefahr bewußt sein, daß man Prügel kriegt, wenn man allein auf die Straße geht, sondern man muß sich auch der Gefahr bewußt sein, die darin liegt, daß die Kommunistische Partei unter den Massen verschwindet, daß sie einen Brei mit den Sozialdemokraten bildet.

Was die Frage der Arbeiterregierung anbelangt, so will ich in der Rede der Genossin Fischer ein sehr glückliches Wort unterstreichen. Sie hat gesagt, es bestehe da die Gefahr der Frisierung des Kommunismus ins Westliche. Über diese Gefahr möchte ich ein paar Worte sagen. Als Gen. Sinowjew in der Erweiterten Exekutive sagte, die Arbeiterregierung sei für uns ein Pseudonym für Diktatur des Proletariats, — Gen. Meyer hat es hier so zitiert, ich weiß nicht, ob er es wörtlich gesagt hat —, so ist diese Definition, die nach meiner Überzeugung nicht richtig ist, aus einer Sorge entstanden eben aus der Sorge, die die Genossin Fischer hier mit ihrem Worte „Frisierung ins Westliche" bezeichnet hat. Für viele Genossen ist die Idee der Arbeiterregierung so eine Art sanftes Schlummerkissen. Sie sagen: Diktatur, der Teufel weiß, wann sie kommt, jedenfalls ist es sehr schwierig, die Agitation unter der Losung der Diktatur zu führen; da sage ich lieber Arbeiterregierung, das klingt sehr sanft und unschuldig. Niemand weiß, was das ist. Vielleicht wird es etwas sein. Jedenfalls erscheint es aber nicht so gefährlich.

Diese Gefahr muß durch die Art unserer Agitation beseitigt werden. Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats, das ist klar. Sie ist eine der möglichen Übergangspunkte zu der Diktatur des Proletariats. Dieser mögliche Übergangspunkt besteht darin, daß die Arbeitermassen im Westen nicht politisch amorph waren, wie im Osten, nicht ungegliedert. Sie sind gegliedert in Parteien und sie hängen an den Parteien. Im Osten, in Rußland, war es leichter, als der revolutionäre Sturm begann, sie direkt ins Lager des Kommunismus zu bringen. Bei Euch ist das viel schwieriger. Die deutschen, norwegischen, tschechoslowakischen Arbeiter werden sich viel leichter dafür aussprechen: ja keine Koalition mit dem Bürgertum, lieber eine Koalition der Arbeiterparteien, die uns den Achtstundentag sichern, ein Stück Brot mehr geben usw. usw. Dann wird eine solche Arbeiterregierung entstehen, sei es in Vorkämpfen, sei es auf Grund einer parlamentarischen Kombination und es ist ein Unsinn, die Möglichkeit einer solchen Situation abzulehnen, es ist ein Unsinn, sie doktrinär abzulehnen.



Nun wird die Frage darin bestehen: Legen wir uns auf dieses Ruhekissen und ruhen wir uns aus, oder suchen wir dieselben Massen auf Grund ihrer Illusionen in den Kampf zu bringen für die Ausführung des Programms der Arbeiterregierung? Werden wir die Arbeiterregierung als ein Ruhekissen auffassen, so wird nicht nur die Arbeiterregierung bankerott machen, sondern wir werden politisch geschlagen werden; wir werden zusammen mit den Sozialdemokraten als eine neue Sorte von Betrügern dastehen. Erhalten wir in den Massen das Bewußtsein aufrecht, Arbeiterregierung ist ein Dreck, wenn dahinter nicht Arbeiter stehen, die sich die Waffen nehmen, die Betriebsräte bilden, diese Regierung stoßen und ihr nicht erlauben, Kompromisse nach rechts zu schließen, so wird die Arbeiterregierung ein Ausgangspunkt zum Kampf um die Diktatur des Proletariats, und sie wird einer späteren Sowjetregierung Platz machen und nicht ein Ruhekissen sein, sondern die Periode des Kampfes um die Macht mit revolutionären Mitteln einleiten.

Ich glaube, einer der Genossen sagte: Die Arbeiterregierung ist nicht eine historische Notwendigkeit, sondern eine historische Möglichkeit. Das ist nach meiner Überzeugung eine richtige Formel. Es wäre vollkommen unrichtig, es so darzustellen, daß die Entwicklung der Menschen vom Affen bis zum Volkskommissar obligatorisch durch die Phase der Arbeiterregierung gehen müsse (Heiterkeit). Aber diese Variante ist in der Geschichte möglich, und sie ist in erster Linie in einer Reihe von Ländern möglich, wo sich neben starken proletarischen Bewegungen Bauernbewegungen befinden, oder wo die Arbeiterklasse so groß ist wie in England, wo die Bourgeoisie keine direkten großen Machtmittel gegen die Arbeiterklasse hat. In England ist ein parlamentarischer Sieg der Arbeiterpartei möglich. Er wird jetzt bei diesen Wahlen nicht kommen, aber möglich ist er, und dann wird die Frage entstehen: Was ist diese Arbeiterregierung? Eine neue Auflage der bürgerlich-liberalen Regierung und nichts mehr, oder können wir sie zwingen mehr zu sein? Ich glaube, daß Austen Chamberlein recht hat, wenn er sagt: Gelangt die Arbeiterregierung in England zur Macht, so beginnt sie mit der Macht von Clynes und endet mit der Macht der Linken, weil sie die Arbeitslosenfrage zu lösen hat.

Also, Genossen, in dieser Frage, glaube ich, hat die Exekutive im großen und ganzen in der Stellung des Problems recht, indem sie einerseits vor einer vollkommenen Intransigenz warnt, die sagt: entweder Sowjetregierung oder nichts, und andererseits vor der Illusion warnt, die aus der Arbeiterregierung einen Fallschirm machen möchte.

Parteigenossen, die Frage, die wir bei den weiteren Punkten der Tagesordnung entscheiden, werden, wie ich kurz zur Geschäftsordnung gesagt habe, nur in der Detaillierung unserer Schlachtpläne bestehen. Der Schlachtplan wird in dem Moment gegeben sein, wo Ihr sagt: Jawohl, Einheitsfront, wie sie von der Erweiterten Exekutive beschlossen worden ist, das ist der nächste Weg, den wir zu gehen haben. Ich glaube, daß die Erfahrungen, die wir in diesem Jahre gemacht haben, selbst einen Blinden überzeugen müssen, daß uns kein anderer Weg bleibt. Es gibt entweder diesen Weg oder den Weg Gorters, der einsam unter den Sternen wandelt und das Wort Revolution ruft. Der Weg der Einheitsfront ist ein viel schwierigerer als das, was wir

taktisch im Jahre 1919 sagten: Haut alles zusammen! Es ist viel leichter und angenehmer, alles zusammenzuhauen. Aber wenn man die Kraft dazu nicht hat und dieser Weg notwendig ist, muß man ihn wandern, mit dem Bewußtsein, die Gefahren, die dabei drohen, drohen von rechts, und gleichzeitig mit dem festen Zutrauen, daß dieser Weg nicht uns, sondern der Sozialdemokratie zum Schaden gereicht. Sonst würde die II. Internationale nicht so hysterisch, krampfhaft versuchen, die Brücken zu uns abzubrechen. Wir tun das nicht, und zwar nicht aus dem Willen der Verschmelzung mit den Scheidemännern, sondern aus der Überzeugung heraus, daß wir sie in unserer Umarmung erdrücken würden. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Der nächste Redner ist Genosse *Duret*, ein Vertreter der gegen die Einheitsfronttaktik gerichteten Tendenz der Kommunistischen Partei Frankreichs. Dieser Genosse bittet uns, ihm eine längere Redezeit zu gewähren, damit er seinen Standpunkt auseinandersetzen kann. Das Präsidium hat nichts dagegen. — Keine Einwendungen? Also angenommen. Das Präsidium bewilligt dem Redner ¾ Stunden.

DURET (Frankreich): Genossen, ich spreche hier im Namen jener Tendenz, die die französische Opposition gegen die Einheitsfronttaktik genannt wird. Ich habe um eine längere Redezeit gebeten, weil ich der Ansicht bin, daß man in der Internationale im allgemeinen sich nicht klar genug darüber ist, was wir eigentlich sind.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in dem Augenblick, als die Einheitsfronttaktik auf die Tagesordnung gesetzt wurde, die überwiegende Mehrheit der Kommunistischen Partei Frankreichs sich gegen diese Taktik wandte, und es steht für mich fest, daß dieser Protest, diese Ablehnung eine gesunde Bewegung des französischen Proletariats darstellte.

Man darf in der Tat nicht vergessen, daß Frankreich vornehmlich das Land der Sozialverräter, das Land der Briand, der Millerand, das Land des Wahlkretinismus ist. Daher stellte diese Bewegung, *diese Ablehnung*, diese Auflehnung seitens der französischen Arbeiter, die nicht sofort die ganze Einheitsfronttaktik kannten und in ihr nichts anderes sahen als eine Einigung mit den Reformisten, die wir soeben verlassen hatten, eine günstige Erscheinung dar, die von dem Wunsche des französischen Proletariats nach revolutionärer Aktion zeugte.

Die verschiedenen Ideologien jedoch, die sich dieser gesunden Bewegung des französischen Proletariats aufpfropften, trugen nicht immer diesen Charakter. Sie wissen wohl, daß das Zentrum, das sich nunmehr der Einheitsfronttaktik angeschlossen hat und die größte Fraktion innerhalb der Partei darstellt, damals in seiner Gesamtheit gegen die Einheitsfront war, daß aber die Art und Weise, wie es den Kampf geführt, und die Gründe die es angeführt hat, nicht revolutionärer, sondern rein opportunistischer Natur waren. Sie war — sagte man — gegen die Einheitsfronttaktik, weil die Partei richtig gehandelt habe und es daher überflüssig gewesen sei, ihre Methoden zu ändern, um die bestehende Lage zu modifizieren.

Die Stellungnahme jener Gruppe, der ich angehöre, und die damals sehr schwach war, war eine andere.

Auch sie war gegen die Einheitsfronttaktik, doch aus Gründen, die denen des Zentrums diametral entgegengesetzt waren. Während das Zentrum erklärte: Wir sind gegen die Einheitsfront, weil wir eine gute kommunistische Partei sind, sagten wir: Wir sind gegen die Einheitsfront, weil es in Frankreich keine kommunistische Partei im eigentlichen Sinne des Wortes gibt. Unsere Partei ist *dem Anschein nach* kommunistisch, im Grunde genommen jedoch reformistisch.

Auf welche Gründe ist unser Verhalten zurückzuführen? Wenn das Zentrum gegen die Einheitsfront war, so deshalb, weil es gleichzeitig gegen das Prinzip des täglichen Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse war. In dem unter der Überschrift „Wertlose Argumente" im Februar in der „Internationale" erschienenen Artikel Soutifs, in dem er über die diesbezüglichen Argumente der Exekutive sprach, hieß es: „Warum sollen wir denn für unmittelbare Forderungen, für Reformen kämpfen? Wir wissen, daß die Bourgeoisie uns aus purer Seelengüte nichts bewilligen wird, daß sie uns nur das gewähren wird, was wir ihr entreißen werden. Wenn wir aber stark genug sind, von der Bourgeoisie Reformen zu erwirken, dann sind wir auch stark genug, um die Macht zu erobern und die Diktatur des Proletariats zu errichten."

Diese Worte stammen von einem sehr repräsentativen Mitglied des Zentrums und der Mehrheit der Partei. Wir sind diesem Verhalten entgegengetreten. Wir taten dies durch Thesen, die im „Bulletin Communiste" veröffentlicht wurden, und durch einen Artikel, den ich als Antwort auf den Artikel des Genossen Soutif schrieb.

Wir sind der Ansicht, daß die Aufgabe der französischen Partei darin besteht, die Mehrheit der Arbeiterklasse für die kommunistischen Ideen zu gewinnen, und daß der tägliche Kampf für die unmittelbaren Forderungen eine Notwendigkeit für die Kommunistische Partei Frankreichs ist.

In unserer These erklärten wir, daß wir, bei gleichzeitiger Bekämpfung der Einheitsfronttaktik, diejenigen entlarven wollen, die unter dem Vorwand, diese Taktik zu bekämpfen, bloß die Politik der geringeren Anstrengung verfolgen; diejenigen die durch revolutionäres Geschwätz ihre revolutionäre Keuchheit reparieren wollen.

Um unser Verhalten in der Frage der Einheitsfront und die Art und Weise, wie wir diese Frage in Frankreich betrachten, darzustellen, muß ich die Einheitsfronttaktik selbst analysieren und hier an die Rede erinnern, die Sinowjew in der ersten Sitzung der Erweiterten Exekutive gehalten hat.

Welche Hauptargumente veranlaßten die Kommunistische Internationale, die Losung der Einheitsfront auszugeben?

Sinowjew sagte: Es ging eine gewisse Periode revolutionärer Depression durch ganz Europa. Nach dem Krieg gerieten die Massen in einen Zustand der Müdigkeit. Sie folgten nur dem kommunistischen Banner, als die Partei die Losung der Machtergreifung ausgab. Sie waren nur darauf bedacht, sich ihr tägliches Brot zu sichern. So sind sie denn auch damals dem Einfluß der reformistischen Organisationen verfallen. Hieraus erklärt sich, daß die Verhältnisse die Entwicklung der reformistischen Ideen objektiv begünstigen. In der kapitalistischen Offensive treten jedoch die breiten Massen mit dem Losungswort des

Kampfes um die täglichen Forderungen und der Einigkeit in diesem Kampfe in die Arena. Dieses Losungswort kann zwei verschiedene Formen annehmen: eine reaktionäre Form, die für die Kommunistische Partei gefährlich ist, eine revolutionäre Form, die für die kommunistische Bewegung gewinnbringend sein kann. Die gefährliche Form, von der Sinowjew spricht, ist der Versuch, aus allen bereits vorhandenen Parteien eine einzige große proletarische Partei zu bilden. Die revolutionäre Form ist der Zusammenschluß sämtlicher Elemente aller Organisationen des Proletariats zu einer Aktion. Dieser revolutionäre Versuch, der darin besteht, die große Mehrheit der Arbeiterklasse den Kräften des Kapitalismus entgegenzustellen, muß von den Kommunisten gefordert werden. Die Kommunisten müssen klarlegen, daß sie für die Spaltung nicht verantwortlich sind und daß die ganze Verantwortung die Reformisten trifft. Ferner, sagt Sinowjew, fürchtet sich die Masse vor gefährlichen Abenteuern, in die sie durch die Kommunistische Partei gestürzt werden könnte, und hieraus erklärt sich, daß die Masse, wenn die Partei dieses Losungswort ausgibt, zögert, es zu befolgen. Wenn wir nun die Einheitsfront bilden wollen und uns an die Spitze der Bewegung stellen, müssen wir der Masse beweisen, daß die Kommunistische Partei keine Abenteurerpartei ist, und wir müssen sie mit Hilfe dieses Beweises in den Kampf führen.

Ich glaube die Thesen Sinowjews mehr oder weniger treu wiedergegeben zu haben.

Ich möchte nun untersuchen, in welcher besonderen Weise diese Analyse der Lage auf Frankreich Anwendung findet, und möchte Ihnen, der größeren Deutlichkeit halber, die französische Lage schildern, indem ich sie der Lage in Deutschland gegenüberstelle, auf die sich, wie ich glaube, Genosse Sinowjew wiederholt berufen hat.

Welches sind nun die wesentlichen Unterschiede zwischen der Lage in diesen beiden Ländern?

Während in Deutschland die große Mehrheit des Proletariats entweder politisch oder wirtschaftlich organisiert ist, ist in Frankreich die große Mehrheit des Proletariats unorganisiert.

Man kann daher sagen, daß, wenn die Massen in Deutschland unter dem Einfluß reformistischer Organisationen stehen oder solchen angehören, die Massen in Frankreich unter keinerlei Einfluß stehen und sämtlichen politischen Organisationen gegenüber, ohne Unterschied der Marke, ein tiefes Mißtrauen hegen.

Daher sind wir der Ansicht, daß das Problem der Einheitsfront sich in Frankreich ganz anders gestaltet als in Deutschland.

In Frankreich gibt es keine wirkliche Massenpartei. Ja noch mehr: in der geschichtlichen Entwicklung der französischen Bewegung begegnen wir nirgends großen politischen Massenparteien, sondern nur Ideengruppen; es waren lediglich Gruppen von Kämpfern, die sich um eine Idee, um eine Flagge scharten.

Wir sehen auch in Frankreich einen Drang nach Einheit, und Sinowjew hatte recht, als er sagte, daß die Entfaltung der kapitalistischen Offensive einen Drang nach Einheit nach sich ziehen würde. In Frankreich macht sich jedoch dieser Wunsch nach Einheit auf gewerkschaftlichem Gebiet, nicht aber auf politischem Gebiet geltend, da die Masse die politische Partei nicht als Vertretung einzelner ihrer Teile, sondern



als eine Art große Wahlorganisation betrachtet, die bloß zu Wahlzwecken geschaffen ist. Daher findet man in der französischen Masse keine Tendenz, die die politischen Organisationen zu vereinigen bestrebt ist.

Wir gelangten mit unseren Freunden zu der Ansicht, daß, wenn es in Frankreich einen Drang nach Einheit, einen Versuch zur Bildung eines Blocks der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie gibt, dieser Block kein Block politischer Organisationen sein werde, die bloß eine verschwindende Minderheit der Arbeiterklasse darstellen. Wird die Einheitsfront in Frankreich zur Wirklichkeit werden, so wird dies in Gestalt von Betriebsräten oder Arbeiterräten oder ähnlichen Organisationen geschehen, die die große Mehrheit des Proletariats vereinigen werden und in denen die Konzentration der Kräfte der Arbeiterschaft gegen das Kapital zustande kommen wird.

Wenn in Frankreich die Masse der Kommunistischen Partei gegenüber ein berechtigtes Mißtrauen hegt, so erklärt sich dies daraus, daß die Kommunistische Partei nie etwas im Interesse der Massenaktion getan und nie bewiesen hat, daß sie der Vortrupp des Proletariats ist.

Wie Sinowjew bemerkte, war die Lage eine derartige, daß Aktionsmöglichkeiten vorhanden waren. Diejenigen, die in Frankreich die Einheitsfronttaktik verfochten, begingen einen Irrtum, als sie behaupteten, daß es dort keine Möglichkeiten zur revolutionären Aktion gegeben habe.

Wenn in einem Lande die Offensive der Arbeitgeber gegen sämtliche Arbeiterforderungen in Erscheinung tritt, fällt der Kommunistischen Partei die wichtige Rolle zu, die proletarischen Kräfte gegen die Macht der Bourgeoisie zu organisieren, und sie kann mit Leichtigkeit sämtliche spontanen und von einander abgesonderten Aktionen in eine einzige große methodische Bewegung umwandeln.

Man kann die Einheitsfronttaktik auf zweierlei Art auffassen:

1. derart, daß man einer reformistischen Organisation eine Art Einladung schickt: Wir wollen diese oder jene Aktion einleiten und empfehlen hierzu bestimmte Kampfmittel, Massenaktionen, Streiks usw. Wollen Sie sich uns anschließen? — Das ist die Taktik, die lange vor der Schaffung der Einheitsfrontparole in Anwendung gebracht wurde. Das ist die Taktik der offenen Briefe, wie sie in Deutschland häufig angewandt wurde;

2. derart, daß man sich an die reformistischen Organisationen wendet, ohne jedoch hinsichtlich der Losungsworte und der Aktionsformen intransigent zu bleiben. Es wird vorgeschlagen, sorgfältig abgewogene Losungsworte zu gebrauchen. Es wird vorgeschlagen, Aktionsmethoden anzuwenden, die eine kommunistische Partei gewöhnlich eigentlich nicht anwendet. Im Verlaufe der Aktion versucht man jedoch zu beweisen, daß dieses Losungswort nicht revolutionär genug sei und trachtet dadurch, über den Rahmen der in Angriff genommenen Aktion hinauszugehen. Man sucht die reformistisch-pazifistische Aktion in eine revolutionäre Aktion zu verwandeln.

Ich muß sagen, daß dieses letztere Mittel von starken, bewußten, organisierten kommunistischen Parteien in Anwendung gebracht werden kann, nicht aber von Parteien, die bloß dem Namen nach kommunistisch sind.



Daher haben wir gegen diese zweite Auslegung der Einheitsfronttaktik gekämpft.

Es kam vor, daß sich selbst in Deutschland unliebsame Verirrungen ergaben. Ich frage die französische Delegation, was geschehen wäre, wenn man dieselbe Taktik mit einer Partei wie die unsrige, die außerstande ist, eine revolutionäre Aktion zu führen und die sich im Schlepptau von Organisationen befindet, die nicht fähig sind, ein Losungswort auszugeben und eine Aktion einzuleiten, durchzuführen versucht hätte.

Wenn wir unter der Arbeitermasse tägliche Arbeit leisten wollen wenn wir einen täglichen Kampf um ihre Forderungen führen wollen, der uns mit dieser Masse innig verbinden soll, so dürfen wir uns nicht mit den Dissidenten-Organisationen, mit den sozialistischen Organisationen ins Einvernehmen setzen. Ich muß hier etwas in Klammern bemerken. Man muß sich über die Bedeutung, die die Aktion einer politischen Partei des organisierten Proletariats für die unorganisierten großen Massen annehmen kann, genau Rechenschaft ablegen. In Ländern wie Deutschland, wo die Mehrheit der Werktätigen organisiert ist, kann die politische Partei, wenn sie eine Losung ausgibt, große Massen des Proletariats mit sich reißen. Auf dieser Tatsache wurde im vorigen Jahr die Theorie der Offensive der Kommunistischen Partei Deutschlands aufgebaut. In der gegenwärtigen Situation findet ein von irgendeiner Organisation ausgegebenes Losungswort in der Masse keinen Widerhall, wenn es nicht einer revolutionären Spannung entspricht.

Die Bewegung der Massen in Frankreich muß den Charakter einer elementaren Bewegung annehmen, diese Elementarbewegung wird aber nicht leichter zustandekommen, wenn zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei ein Einvernehmen bestehen wird, denn den Kampf wird die Kommunistische Partei doch allein unternehmen müssen.

Die Einheitsfronttaktik hat noch eine Seite, die ich trotz meiner großen Bemühungen bis heute noch nicht ganz verstehen kann. Ich spreche von der Arbeiterregierung.

Gen. Thalheimer hatte seinerzeit die Freundlichkeit, mir auf fünf oder sechs Seiten auseinanderzusetzen, worin die Arbeiterregierung bestehe. Ich habe jedoch einen harten Schädel, ich habe es nicht begriffen. Gen. Radek gab mir noch eine ausführlichere Erklärung, die ich wiederum nicht verstanden habe. Man sieht, daß ich schwer von Begriff bin. Ich mache aber ungeheure Anstrengungen, um zu begreifen und frage, was die Arbeiterregierung eigentlich sei. Man sagt uns, sie sei nicht die Diktatur des Proletariats, sie sei ein Mittelding zwischen der Diktatur des Proletariats und dem gegenwärtigen Zustand.

Gleichzeitig sagt man uns, die Arbeiterregierung stütze sich nicht auf das Parlament. Nun frage ich aber: Worauf stützt sie sich? Sie werden mir vermutlich erklären, sie stütze sich auf die *Massen*. „Die Massen", das ist aber ein unbestimmter Ausdruck, und man müßte wissen, was dahinter steckt. Wenn man darunter die Organisation der Massen versteht, wenn es sich um die Arbeiterräte handelt, und wenn man sagt, die Arbeiterregierung müsse sich auf die Arbeiterräte und die Betriebsräte stützen, so sind wir vollkommen einverstanden. In diesem Falle bedeutet jedoch die Losung der Arbeiterregierung: alle



Macht den Sowjets, alle Macht den Arbeiterräten. Ich sehe in diesem Falle zwischen der Arbeiterregierung und der Diktatur des Proletariats keinen wesentlichen Unterschied. Wenn sich dagegen diese Arbeiterregierung auf eine parlamentarische Mehrheit stützen muß, so ist das wieder etwas ganz anderes. In diesem Falle nimmt das Losungswort der Arbeiterregierung einen ganz anderen politischen Charakter an.

Gen. Sinowjew sagt uns: Die Parole „Arbeiterregierung" ist keine allgemeine Parole. Sie gilt nicht für alle Länder. Sie ist eine historische Möglichkeit. Ich glaube, er hat auch gesagt, die Arbeiterregierung sei mit dem Bestehen von Arbeiterräten verbunden.

Wie sollen wir uns die in Frankreich ausgegebene Parole einer Arbeiterregierung Blum-Frossard erklären? Jedermann weiß, daß es in Frankreich noch keine Arbeiterräte gibt und daß der größte Teil unserer Parteikämpfer, um von der unorganisierten Masse gar nicht zu reden, noch nicht einmal weiß, was Arbeiterräte bedeuten.

(Zwischenruf *Radek:* dank der Partei!) —

Selbstverständlich; Sie müssen uns jedoch die Gerechtigkeit widerfahren lassen, zuzugeben, daß unsere Gruppe als erste in diesem Sinne gekämpft hat. (Zwischenruf *Lauridan:* Und die C. G. T. Unitaire?) Die Parole einer Arbeiterregierung Blum-Frossard wurde von einem Genossen von der Linken, unserem Gen. Planchon von der Seine-Föderation, erörtert, der zum Antrag Frossard-Souvarine eine Änderung vorgeschlagen hat. In besagtem Antrag heißt es: die Parole, die geeignet sei, die Massen in Zukunft zum Aufstand zu bewegen, sei die Parole einer Arbeiterregierung Blum-Frossard, und da es in Frankreich keine Arbeiterräte gebe, müsse sich die Regierung Blum-Frossard mittlerweile auf eine parlamentarische Mehrheit stützen.

Ich glaube, diese Auffassung der Arbeiterregierung ist vom kommunistischen und revolutionären Gesichtspunkt aus betrachtet, eine Verirrung.

Man sagt uns, das Losungswort der Arbeiterregierung Blum-Frossard dürfe keine konkrete, sofort zu verwirklichende Losung sein, sondern es müsse derart beschaffen sein, daß es geeignet wird, die französischen Arbeitermassen einer mächtigen Aktion zuzuführen. Dies dürfte irgend etwas nach der Art der alten sozialen Mythen sein, die Sorel gepredigt hat. Es erinnert ein wenig an die von ihm verkündete Mythe vom „Generalstreik"

Der Wert, den eine Losung für die politische Bewegung, für die Massenbewegung eines gegebenen Landes darstellt, muß nach dem Einfluß eingeschätzt werden, den sie auf die Politik und die Taktik der Arbeitermassen ausübt.

In welcher Weise? In konkreter Weise. Wenn man in Frankreich die Parole einer Arbeiterregierung Blum-Frossard in der Auslegung Planchons ausgeben würde, würde dies ganz einfach dazu führen, dem Parlamentarismus eine neue Stütze zu gewähren, ihn mit neuen Kräften zu beleben. In Frankreich gibt es keine Arbeiterräte. Eine Arbeiterregierung muß sich auf eine Majorität stützen. Man müßte mit aller Kraft darauf hinarbeiten, daß das Parlament eine sozialistische Mehrheit habe, keine kommunistische, sondern im allgemeinen eine Mehrheit von Vertretern des Volkes.

Wir sehen, wo dies uns hinführt. Dies führt uns zum Wahlkretinismus und zur Auferstehung des Parlamentarismus. Deshalb sagen wir, daß die Ausgabe der Parole einer Arbeiterregierung Blum-Frossard in der gegenwärtigen Lage der französischen Partei gefährlich wäre und zur Aufputzung des Wappens jener Reformisten führen würde, die sich noch immer in unserer Partei befinden. Dies ist einer der Gründe, die uns dazu veranlassen, uns gegen die Einheitsfronttaktik zu wenden.

Die Einheitsfront muß eine Parole der Aktion sein. Man muß sich darüber klar sein, was man in der Kommunistischen Partei Frankreichs eine Aktion nennt. Aktion bedeutet in der Kommunistischen Partei Frankreichs: Artikelschreiben! (Mehrere Stimmen: sehr richtig!) Wir halten im Parlament Reden, behalten jedoch die Methoden der Vereinigten Sozialistischen Partei unverändert bei.

Die Vergangenheit, die auf einer großen Anzahl der kommunistischen Parteien Westeuropas lastet, lastet auf der Kommunistischen Partei Frankreichs doppelt. Wir wollen natürlich die Teilnahme an Wahlen nicht ablehnen. Wir wollen die Methoden des friedlichen Kampfes nicht zurückweisen. All diese Kampfmethoden können jedoch nur dann von Wert sein, einen Einfluß ausüben und kräftig sein, wenn sie berufen sind, Massenaktionen auszulösen. Sämtliche Formen des Kampfes des Proletariats wollen wir vom Gesichtspunkte der Massenaktion betrachten. Das Ziel unserer Aktion muß die Aktion der Arbeitermassen, die Aktion der tiefliegenden Schichten des Proletariats sein.

Diejenigen, die in der französischen Partei die Aktion der Massen verkünden, sind noch in der Minderheit, und wir wissen, daß, wenn man die Einheitsfronttaktik in der Deutung verkündet, die man ihr in Frankreich gegeben hat, wo man sie als Wahltaktik betrachtet, dies sich vor allem gegen die besten revolutionären Elemente der französischen Partei richten würde.

Man wird einwenden: Ihr wollt die Aktion der Massen; Ihr wollt mit dieser Parole die Proletariermassen dazu veranlassen, auf die Straße zu gehen, Ihr wißt jedoch, daß die Reformisten nicht mitmachen wollen. Sie wollen wohl mit uns eine gemeinsame Aktion versuchen, aber nur eine friedliche Aktion, eine parlamentarische Aktion, gemeinsame Versammlungen mit gemeinsamen Bittgesuchen. Sobald es sich um Massenaktionen handelt, machen sie nicht mit.

Wenn wir also der französischen Partei, die noch keine echt-kommunistische Partei ist, die Massenaktion predigen wollten, würde die Verantwortung für das Scheitern der Aktion die Partei treffen. Wenn wir die Einheitsfronttaktik ohne Garantien verkünden würden, so würde dies bedeuten, den reformistischen und opportunistischen Elmenten der Partei neue Kraft zu verleihen.

Leider muß konstatiert werden, daß die reformistischen und opportunistischen Elemente in der Partei und in der Internationale immer zahlreicher werden. Die Zersetzung der 2½ Internationale hat gute Seiten; sie wird jedoch auch schlechte Seiten haben. Eine dieser schlechten Seiten ist die, daß eine große Anzahl von Parteimitgliedern der 2½ Internationale, die das Fiasko der letzteren sehen, mit fliegenden Fahnen zur Kommunistischen Partei übergehen wird.

Wir sehen, daß sich bereits unser lieber Genosse Serrati in diesem Saale befindet, vorläufig noch als Gast, wahrscheinlich wird er aber auch bald unserer großen Familie angehören. Und nach Serrati werden andere kommen. Sie werden zur kommunistischen Bewegung herüberkommen und werden in diese Bewegung ihre alten Vorurteile, ihre alten Kampfmethoden, ihre sozialdemokratischen Methoden mit hineinbringen. Deshalb müssen wir wohl begreifen, daß das Übel nicht links, sondern rechts liegt.

Genosse Radek hat das bereits festgestellt.

Die Linke schwatzt aber immer. Das Zentrum sagt nie etwas, ebenso die Rechte; in der Praxis aber setzen sie ihr kleines Spiel, ihre opportunistische Arbeit fort.

Gerade, weil auf dem Pariser Kongreß an der Linken Kritik geübt wurde, wird die Hauptrolle dieses Kongresses darin bestehen, den von rechts kommenden Verirrungen vorzubeugen. Genosse Radek hat hierauf sehr richtig hingewiesen.

Als die Situation noch derartig war, daß man mit revolutionären Zuckungen rechnen konnte, war das, was man den Inopportunismus der Linken nannte, eine Tendenz, die beseitigt werden mußte.

Der Inopportunismus der Linken bedeutet jedoch, solange er nicht an die holländische Schule erinnert und sich nicht vollständig von den Massen entfernt, keine Gefahr.

Das Gegenteil gilt für den rechtsseitigen Opportunismus, der die deutsche Sozialdemokratische Partei zersetzt hat. Wenn man auf einem Kongreß dem rechtsseitigen Opportunismus nicht vorbeugt, so steigert man dadurch die Macht der reformistischen Elemente, die sich noch immer in unserer Kommunistischen Internationale befinden.

Es muß klar festgestellt werden, was wir unsererseits für die täglichen Forderungen der Arbeiterklasse unternehmen müssen.

Auf welche Weise müssen wir für diese Forderungen kämpfen? Ich glaube, die Internationale müßte deutlich erklären, daß die Kommunisten, wenn sie den Kampf für die täglichen Forderungen aufnehmen, nicht berechtigt sind, es auch nur für einen einzigen Augenblick zu unterlassen, an dem objektiven Wert dieser Reformen Kritik zu üben. So sehr die Kommunisten auch um eine Reform kämpfen, müssen sie klarlegen, daß diese Reform der Arbeiterklasse keineswegs Erleichterung verschaffen kann. Sie müssen klarlegen, daß die Reform durch das Spiel des kapitalistischen Systems aufgehoben werden kann, wenn nicht die kapitalistische Ordnung selbst in ihren Grundfesten erschüttert wird. Auch darf sich die kommunistische Bewegung nicht in einen Kampf um einige gegebene Reformen verankern, sondern muß, sobald der Kampf um die Reform einsetzt, versuchen, sämtliche Schichten der Arbeiterschaft in den Kampf hineinzuziehen.

Die Partei muß sich bemühen, die Führerschaft des Kampfes zu übernehmen und ihn in einen Kampf gegen die Grundlage der heutigen Gesellschaft zu verwandeln.

Daher sind wir zu der Ansicht gelangt, daß die in Frankreich von Treint verkündeten Theorien, wonach heute die Erringung einer Reform von der Bourgeoisie gleichbedeutend sei mit der Revolution, daß sie soviel bedeute, wie das ganze Gebäude der bürgerlichen Gesellschaft in die Luft fliegen zu lassen, — daß diese Theorien, sowohl vom prak-

tischen wie auch vom theoretischen Gesichtspunkt aus betrachtet, für die Arbeiterbewegung gefährlich sind.

Gen. Sinowjew sagte daß ich, der ich eine Kampagne für die Einberufung der Landeskongresse vor den internationalen Kongressen eingeleitet habe, nunmehr durch den traurigen Anblick, den die Kommunistische Partei Frankreichs heute bietet, hiervon geheilt sein müßte. Ich bin nicht dieser Ansicht, denn die Kommunistische Partei hat sich Ihnen gerade jetzt in ihrem wirklichen Lichte gezeigt. Jetzt werden Sie sie erst kennen lernen: jetzt, da Sie wissen, wie der Pariser Parteikongreß verlaufen ist, werden Sie sich darüber klar werden können, was Sie von dieser Partei zu erhoffen haben.

Die Situation ist klar. Sie wissen nunmehr, in welcher Weise man sich an die französische Partei wenden muß.

Meiner Ansicht nach hat der Pariser Kongreß dem französischen Kommunismus und der Internationale keinen Schaden zugefügt.

Wie Sie wohl wissen, hat unsere Richtung gegen gewisse Formen der Einheitsfronttaktik gekämpft. Nichtsdestoweniger erkläre ich hier im Namen aller meiner Freunde, daß wir bereit sind, sämtliche Beschlüsse des 4. Kongresses der Internationale zu respektieren und durchzuführen. Wenn uns der 4. Kongreß der Internationale den Befehl erteilt, die Einheitsfronttaktik praktisch anzuwenden, wenn uns der 4. Weltkongreß andeutet, in welcher Form wir diese Taktik anzuwenden haben, werden wir es nach unserem besten Wissen tun.

Wir wissen jedoch, daß es in der Kommunistischen Partei Frankreichs noch immer Elemente gibt, die die Einheitsfronttaktik einzig und allein nur deshalb angenommen haben, weil diese Taktik für sie den ersten Schritt bedeutet, der sie zur Wiederherstellung der Einheit führt. Wir werden stets gegen diese Elemente auftreten. Zwischen diesen Elementen und uns wird es einen Kampf auf Leben und Tod geben. Wenn die französische Partei die Einheitsfronttaktik akzeptiert, muß sie sich selbst reinigen, muß sie sämtliche reformistisch und konfusionistischen Elemente aus ihren Reihen ausscheiden.

Nur unter dieser Bedingung wird sie zu einer echten, der Kommunistischen Internationale würdigen kommunistischen Partei werden. (Beifall.)

BORDIGA (Italien): Der Gen. Sinowjew hat — um sie zu bekräftigen — gewisse Grundsätze in Erinnerung gebracht, die der 3. Kongreß aufgestellt hat und die von der italienischen Partei gebilligt werden.

Der erste betrifft die Deutung der Lage des Kapitalismus. Es besteht eine Krise, die nicht vorübergehend ist, die den Verfall des Kapitalismus selbst bedeutet, eine Krise, die man als endgültige Krise bezeichnen kann.

Der zweite Punkt stellt fest, daß es, um in dieser Situation den revolutionären Sieg zu ermöglichen, notwendig ist, daß die Kommunistische Partei ihren Einfluß auf die großen Massen ausbreitet. Das läßt sich dadurch verwirklichen, daß sie an den Kämpfen für alle konkreten Interessen der Arbeiterklasse teilnimmt.

Die italienischen Kommunisten haben weder in der Theorie, noch in der Praxis eine putschistische Methode unterstützt, noch sich der Illusion hingegeben, die Macht mit einer kleinen revolutionären Partei



erringen zu können. Sie akzeptieren bloß nicht diese Formel der „Mehrheit" der Arbeiterklasse, die unbestimmt und willkürlich ist. Sie ist unbestimmt, weil sie uns nicht sagt, ob es sich ausschließlich um das Proletariat oder auch um halbproletarische Schichten, um alle politischen oder gewerkschaftlichen Organismen handelt. Diese Formel erscheint uns auch in dem Sinne willkürlich, als der revolutionäre Angriff durch die Kräfteverhältnisse auch in einer Lage, in der wir die Mehrheit haben, sehr wohl unmöglich gemacht werden kann; wie es übrigens auch nicht ausgeschlossen ist, daß der Angriff möglich ist bevor wir diese Mehrheit gewonnen haben.

Unsere Ansicht über die Aufgaben der Internationale und den Bericht, den der Gen. Sinowjew vorgelegt hat, ist die, daß die Internationale bis jetzt das große taktische Problem nicht auf die glücklichste Art und Weise gelöst hat. Gewöhnlich erkennt man die linke Tendenz an der Zuversicht, die sie in bezug auf einen nahen Ausbruch der Revolution hegt. Nun, ich bin in dieser Hinsicht etwas pessimistischer als der Gen. Sinowjew.

Wenn das Bestehen einer großen kapitalistischen Krise eine unbedingt nötige objektive Voraussetzung für die Revolution ist, so muß man dennoch feststellen, daß die subjektiven Voraussetzungen für das Bestehen einer starken Kommunistischen Internationale und für ihren Einfluß auf die Massen in gewissem Sinne durch den direkten Einfluß der Krise auf die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, auf die Gewerkschaften und ähnliche Organisationen, die wir die „ursprünglichen", natürlichen Organisationen der Arbeiterklasse nennen können, und auf die die Entwicklung der objektiven Situation sich unmittelbar auswirkt, gefährdet werden. Die unmittelbarste Art, die Massen zu gewinnen, besteht in einer intensiven gewerkschaftlichen Arbeit. Die wirtschaftliche Krise und die Arbeitslosigkeit machen diese Aufgabe schwieriger. Die Lösung, die die Opportunisten diesem Problem geben, ist die, daß man ein neues kapitalistisches Aufblühen abwarten müsse, ehe man an die Befreiung des Proletariats geht.

In der Tat, wenn man sich an eine klassische Lösung halten möchte, so müßte man in der Tat während der Blüteperiode des Kapitalismus für die revolutionäre Partei den größtmöglichen Einfluß gewinnen, um im Augenblick des Ausbruchs der Krise die wirtschaftlichen Organisationen auf das Gebiet der revolutionären Aktion mitreißen zu können. Das ist es, was die Opportunisten verhindert haben. Trotzdem hört die Kommunistische Internationale nicht auf, sich die revolutionäre Mobilisierung des Weltproletariats zur Aufgabe zu machen.

Dieses Problem steht gegenwärtig unter schwierigen Bedingungen, die aber nicht als unüberwindlich zu betrachten sind. Meines Erachtens wird trotz der Ausnahme, die gewisse Länder momentan bilden, die wirtschaftliche Lage sich im allgemeinen verschlimmern und Arbeitslosigkeit und Rückgang der Gewerkschaften mit sich bringen.

Die Unzufriedenheit wird infolge der Gefahr neuer Kriege nicht nur im Proletariat, sondern auch in den halbproletarischen Klassen wachsen. Diese chaotische Unzufriedenheit in eine Form zu bringen, die für den revolutionären Kampf geeignet ist, — das ist das große Problem. Die Lösung dieses Problems wird von der Internationale in der Erklärung der Bedingungen selbst, die durch die Offensive des

Kapitals geschaffen wurden, gesucht; hieraus entstand die *Taktik der Einheitsfront*.

Im großen und ganzen nehmen wir den Geist dieser Taktik an. Die Vorbehalte, die wir machen und die auch die allgemeine Arbeit der Leitung der Internationale betreffen, werden aus einigen Betrachtungen, die wir jetzt anstellen werden, hervorgehen.

Wenn die Eroberung der Massen für uns das Hauptziel ist, so will das doch nicht sagen, daß man sie gezwungenermaßen in einer beständigen mechanischen Entwicklung verwirklichen muß, wie auch nicht, daß man in einem gegebenen Moment gezwungenermaßen einen Ausweg finden muß, um zu dieser Eroberung in großen Etappen vorzurücken. Es ist möglich, daß man für eine gewisse Zeit in die Lage versetzt ist, die Partei nicht wachsen zu sehen, aber daß man trotzdem in der Zwischenzeit eine derartige Arbeit leistet, die uns die Sicherheit gibt, daß wir imstande sein werden, uns in einem späteren Moment der Massen zu bemächtigen. Sinowjew hat gesagt, daß gewisse Teile der Internationale ihren Einfluß haben wachsen sehen, trotz einer Abnahme ihrer Mitgliederbestände.

Die Eroberung der Massen soll nicht ausschließlich im Sinne statistischer Schwankungen gedeutet werden. Sie ist ein dialektischer Prozeß. Dieser Prozeß wird vor allem durch die Evolution der sozialen objektiven Bedingungen bestimmt und unsere *taktische Initiative* kann ihn nur in bestimmten Grenzen beschleunigen oder, um deutlicher zu sein, unter gewissen Bedingungen, die wir als vorausgesetzt betrachten. Unsere taktische Initiative, d. h. die Geschicklichkeit der Partei in der Aktion, wirkt sich nur auf die Erscheinungen aus, die sich in der Psychologie des Proletariats entwickeln, wobei ich den Ausdruck „Psychologie" im weitesten Sinne gebrauche, bezogen auf das Bewußtsein, auf den Seelenzustand, auf den Kampfeswillen der Arbeitermasse. Wir müssen uns hier daran erinnern, daß es, wie es unsere gesamte revolutionäre Erfahrung zeigt, zwei Faktoren gibt, die eine erstklassige Rolle spielen: eine vollständige ideologische Klarheit in der Partei und eine strikte und geschickte Beharrlichkeit im Aufbau und in der Organisation. Nun sagen wir, daß es auf dem Weg zur wirklichen Eroberung der Massen, die dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie neue Schichten des Proletariats um eine Partei, die fähig zur revolutionären Aktion ist, sammelt, ein schlechtes Geschäft ist, wenn wir zulassen, daß diese Bedingungen gefährdet werden, um eine scheinbare Verbesserung in der Partei herbeizuführen. Die Fähigkeit zur revolutionären Aktion bedingt eine Vorbereitung, die niemals improvisiert werden kann und die in den schon erwähnten Faktoren besteht, d. h. in der Klarheit der Doktrin und in der Festigkeit der Organisation.

Nachdem wir dies festgestellt haben, sagen wir, daß wir die Linie der Internationale voll befolgen, wenn sie sich zum Ziel setzt, wie dies zwischen dem 3. und 4. Kongreß gemacht wurde (wie es unsere Partei als erste getan hat, sogar schon vor der Rückkehr ihrer Delegation vom 3. Kongreß), aus der allgemeinen Erscheinung der kapitalistischen Offensive allen Nutzen zu ziehen, um die Massen der Arbeiterklasse, die sich noch im Gefolge der Sozialdemokratie befinden oder zerstreut sind, mit der Kommunistischen Partei mitzureißen. Wir

8

wiederholen hier nicht die Analyse der Ursachen und des Charakters der bürgerlichen Offensive, zu der die herrschende Klasse gerade durch die Tatsache gezwungen worden ist, daß die Krise unabwendbar ist. Ein besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt diese Frage, und wir werden bei Erörterung des italienischen Fascismus darauf hinweisen können, auf welche Weise die Bourgeoisie die gleichzeitige Anwendung aller ihrer konterrevolutionären Verteidigungsmethoden bewerkstelligt.

Die Unternehmer-Offensive läßt politische und wirtschaftliche Forderungen entstehen, die die Allgemeinheit der Arbeiterschaft unmittelbar interessieren, und die der Kommunistischen Partei eine günstige Gelegenheit bieten, die Einheitsaktion der Arbeiterklasse zu unterstützen und durch Tatsachen zu beweisen, daß die anderen proletarischen Parteien unfähig sind, auch nur die unmittelbaren Interessen des Proletariats zu verfechten. Das alles zieht die doppelte revolutionäre Wirkung nach sich, daß dem Plan des Wiederaufbaues des bedrohten Kapitalismus Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden und daß der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Masse erhöht wird. Wir haben gesagt, daß wir in der Anwendung dieser Taktik Grenzen im Auge haben, Grenzen, die an die Notwendigkeit gebunden sind, die anderen Faktoren des Einflusses der Partei auf die Masse und die innere revolutionäre Bereitschaft ihrer Mitglieder nicht zu gefährden. Wir dürfen niemals vergessen, daß unsere Partei kein starrer Mechanismus ist, den wir einfach handhaben, sondern daß sie ein lebendes Wesen ist, auf das äußere Faktoren einwirken, und das durch die Richtung, die wir unserer Taktik geben, verändert werden kann. Deshalb sagen wir, daß die Bildung eines permanenten leitenden Organs aus den Vertretern der verschiedenen proletarischen Parteien im Widerspruch mit dem Prinzip der Taktik der Einheitsfront steht.

Man muß sich selbstverständlich auf eine Ablehnung als auch auf eine Annahme einer gemeinsamen Aktion durch die Opportunisten vorbereiten. Die Verantwortung für die Aktion muß aber einem Organ zufallen, das aus der Arbeitermasse durch Vermittlung ihrer wirtschaftlichen Organisationen hervorgeht, und das im Prinzip durch jede Partei erobert werden kann. Auf diese Weise wird die Kommunistische Partei sich dieses Organ unterstellen können und ein Beispiel geben, indem sie sich an die Spitze der proletarischen Einheitsaktion stellt, nicht aber, indem sie den Massen gegenüber die Verantwortung für die schlechten Folgen der Methoden der Aktion trägt, die von einer nichtkommunistischen Mehrheit der proletarischen Organisationen diktiert werden, denn auf dem Gebiete der Eroberung eines Einflusses auf die Masse und ihre Psychologie muß man mit der Verantwortung und mit den Traditionen der Vergangenheit der Parteien, der politischen Gruppen und der Männer, denen die Massen folgen, rechnen.

Es handelt sich also keineswegs darum, aus der Zahl der Forderungen der Einheitsfront die politischen Fragen auszuschalten und nur wirtschaftliche zuzulassen, es handelt sich auch nicht darum, im Prinzip, oder ich weiß nicht aus welchem Gefühl der „Sprödigkeit", vorübergehende Unterhandlungen selbst mit den schlimmsten Führern der Opportunisten abzulehnen. Es handelt sich lediglich darum, die Bereitschaft der größtmöglichen Schicht des Proletariats für die revo-

lutionäre Situation, in der die Aktion ausschließlich auf dem Gebiet der Methoden der Kommunistischen Partei stattfinden wird, auf die Gefahr hin, das gesamte Proletariat zu einer Niederlage zu führen, nicht aufs Spiel zu setzen, es handelt sich darum, für unsere Partei die volle Möglichkeit zu bewahren, während der Entwicklung der Einheitsfront auf allen Gebieten an der Einreihung der proletarischen Kräfte im eigenen Sinne weiterzuarbeiten. Die Taktik der Einheitsfront würde keinen Sinn haben, wenn die Arbeit der Organisierung der Massen während der Bewegungen, die die Partei innerhalb der Gewerkschaften, der Fabrik usw. schafft, nicht geleistet werden sollte.

Wir behaupten, daß die Gefahr, die Einheitsfront zu einem kommunistischen Revisionismus degenerieren zu sehen, besteht, und um sie zu vermeiden, muß man sich innerhalb dieser Grenzen halten.

Nun zur *Arbeiterregierung.* Wenn man uns von neuem, wie schon in der Erweiterten Exekutive im Juni, bestätigt, daß sie „die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie" sei, dann sind wir der Ansicht, daß man unter gewissen Umständen zustimmen kann, diese Parole als terminologischen Ersatz für die Diktatur des Proletariats auszugeben. Jedenfalls widersetzen wir uns dem nicht, es sei denn, daß man dieses Bedürfnis, unser wirkliches Programm zu verstecken, als zu opportunistisch bezeichnen könnte. Wenn aber die Parole „Arbeiterregierung" bei den Arbeitermassen den Eindruck hervorrufen soll, daß nicht 1. lediglich eine vorübergehende politische Situation, oder 2. das augenblickliche Verhältnis der sozialen Kräfte, sondern das wichtigste Problem der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und dem Staat (dieses Problem, auf das wir das Programm und die Organisation der Internationale gegründet haben) anders gelöst werden kann, als durch den bewaffneten Kampf für die Macht und ihre Ausübung in Form der proletarischen Diktatur. dann weisen wir dieses taktische Mittel zurück, weil es für das zweifelhafte Ergebnis einer unmittelbaren Popularität eine Grundbedingung der Vorbereitung des Proletariats und der Partei zu den revolutionären Aufgaben gefährdet.

Man wird vielleicht sagen, daß die Arbeiterregierung nicht das ist, was wir befürchten; aber da muß ich bemerken, daß ich unzählige Male Erklärungen über das gehört habe, was die Arbeiterregierung nicht ist, aber daß ich erst aus dem Munde des Genossen Sinowjew oder eines anderen erfahren muß, was die Arbeiterregierung eigentlich darstellt.

Wenn es sich darum handelt, objektiv die Verwirklichung eines Übergangsregimes, das der proletarischen Diktatur vorangehen wird, ins Auge zu fassen, dann bin ich der Meinung, daß, wenn der proletarische Sieg nicht eine ganz entscheidende Form annimmt, es eher zu erwarten ist, daß der Prozeß über die Schläge der Reaktion hinweg zu bürgerlichen Koalitionsregierungen führt, an denen die Rechte der Opportunisten wahrscheinlich direkt teilnehmen wird, während die Zentristen von der politischen Bildfläche verschwunden sein werden, nachdem sie ihre Rolle als Mitschuldige und Sozialdemokraten ausgespielt haben werden.

In Deutschland sehen wir z. B., daß am Vorabend einer allgemeinen industriellen Krise in der Bewegung der Betriebsräte das Pro-

blem der Produktionskontrolle auftauchte. Hier sehen wir eine gewisse Ähnlichkeit mit der italienischen Lage im Monat September 1920, die einer großen proletarischen Niederlage voranging. Wenn eine ähnliche revolutionäre Tatsache entstehen wird, muß die deutsche Kommunistische Partei sich darauf vorbereiten, ohne Ausnahme alle opportunistischen Tendenzen klar zu erkennen, und sogar die bescheidenste Unterstützung für diese Parole der Kontrolle abzulehnen. Entweder wird die Kommunistische Partei von diesem Augenblick an eine selbständige Rolle spielen können, oder es besteht die Möglichkeit, daß eine gegenrevolutionäre Situation sich entwickelt, die eine Regierung vorbereitet, in der der deutsche Fascismus die Verräter der Rechtssozialdemokratie als Mitarbeiter an seiner Seite haben wird.

Aus all dem ergibt sich, daß wir uns weder den Thesenentwurf des Gen. Sinowjew noch die Direktiven der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale vollständig zu eigen machen können. Das bezieht sich nicht nur auf die Taktik, sondern auch auf die Arbeit der Bildung unserer internationalen Organisation.

Wir haben gehört wie Gen. Sinowjew sich über den Mangel an Zentralismus und an Disziplin in unserer internationalen Aktion beklagt. Wir sprechen uns für ein Maximum an Zentralismus und Macht der höchsten Zentralorgane aus.

Aber was den Gehorsam des gesamten Organisationsnetzes der Initiative des leitenden Zentrums gegenüber sichern kann, das ist nicht nur ein feierlicher Schwur der Disziplin, sind keine Verpflichtungen, selbst wenn sie die aufrichtigsten sind.

Es ist auch nicht eine formale und peinliche Anwendung der inneren Demokratie und der Kontrolle seitens der Masse der Organisierten, — das führt meistens zur Verwirrung. Die Garantie für die Disziplin muß anderswo gesucht werden, und wir müssen uns mit Hilfe der marxistischen Dialektik erinnern, welcher Art unsere Organisation ist, die weder ein Mechanismus noch eine Armee ist, sondern ein wirklicher einheitlicher Komplex, dessen Entwicklung erstens, ein Ergebnis und zweitens, ein Faktor der Entwicklung der historischen Situation ist.

Die Garantie für die Disziplin kann nur in der scharfen Umschreibung der Grenzen liegen, innerhalb deren unsere Aktionsmethoden angewendet werden sollen, in der Klarheit der Programme der wichtigsten taktischen Resolutionen und der Organisationsmaßnahmen. Die russische Revolution hat der internationalen revolutionären Bewegung die Grundlagen für die Wiederherstellung ihrer Ideologie und ihrer Kampforganisationen geliefert. Das ist ein nicht abzuschätzender Gewinn, der späterhin in dem Maße, wie das Band zwischen der russischen Revolution und der internationalen proletarischen Bewegung festbleiben wird, seine weiteren Wirkungen erzeugen wird. Wir kritisieren die Tendenz, zuviel Freiheit in den Organisationsmaßnahmen und in den taktischen Mitteln, deren Wahl dem leitenden Zentrum überlassen bleiben soll, zu gewähren, gerade weil sie uns von diesen Zielen entfernt. Diese Wahl soll — wir wiederholen es — dem Zentrum und nicht den nationalen Organisationen überlassen bleiben, welche behaupten, die besonderen Bedingungen ihres Milieus besser beurteilen zu können. Wenn aber dieses Recht zu weit gefaßt wird und das Zentrum mitunter wenig voraussehend

ist, dann werden sich fatalerweise die Fälle von Disziplinlosigkeit häufen, die den Bau und das Ansehen der revolutionären Weltorganisation untergraben werden. Wir sind der Ansicht daß die Organisation der Internationale in ihren Zentralorganen noch weniger föderativ sein soll; sie sollen nicht auf die Vertretung der nationalen Sektionen gegründet sein, sondern aus dem internationalen Kongreß hervorgehen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß nur die russische Revolution uns den Sitz und den Generalstab der Kommunistischen Internationale geben kann, aber dieser Generalstab soll — um mit Sicherheit die Bewegungen der Weltkräfte zu leiten — in Übereinstimmung mit ihnen die Pläne der proletarischen revolutionären Strategie bestimmen, denen gegenüber kein einziger Fall von Gehorsamsverweigerung erlaubt werden darf.

Beispiele von schlechten Folgen einer zu großen Elastizität und eines Eklektizismus in der Auswahl der Kampfmittel sind leider vorhanden. Die schlechte Lage der französischen Partei ist das schlagendste Beispiel. Und man muß die ganz auffällige Tatsache erwähnen, daß alle Parteien, die eine absolute Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter auf ihrer Seite haben und die ihren direkten Ursprung in den traditionellen sozialdemokratischen Parteien haben, eine Krise durchmachen. Das wird uns durch Frankreich, durch die Tschechoslowakei und Norwegen bewiesen. Wir können nicht umhin zu sagen, daß in gewissem Sinne ein freiwilliger Irrtum begangen wird, der darin besteht, die Internationale der Arbeiterparteien als in ihrem Aufbau viel zu sehr den staatlichen und militärischen Organisationen ähnlich zu betrachten.

Indem man unter allen Umständen entscheidende Mittel finden wollte, um große revolutionäre Erfolge zu erlangen, hat man vielleicht einen Weg eingeschlagen, der uns über Krisen hinweg, die ausbrechen, ohne daß irgendeine uns zur Verfügung stehende Kraft sie verhindern könnte, zu sehr von sicheren und festen Ergebnissen entfernt; es ist auch möglich, daß entscheidende Wendepunkte uns überraschen und uns vor schwierige Fragen stellen. Ich behaupte nicht, daß diese Erfahrung in einem gewissen Sinne nicht notwendig gewesen sei; ich erlaube mir nur, hier einen Beitrag zu liefern, der nicht Ergebnis abstrakter Überlegungen ist, sondern aus der Erfahrung einer Partei, die ihren Platz im Kampf an der gemeinsamen Front behauptet, hervorgeht.

Unsere Internationale wird zu oft als etwas betrachtet, das sich außerhalb der Parteien, die ihr angehören, befindet; manchmal erlauben sich diese Parteien oder Fraktionen dieser Parteien eine polemische Diskussion mit ihr, die oft öffentlich und beleidigend ist. Die Internationale sieht sich dazu gezwungen, innerhalb der Parteien Fraktionen zu schaffen, die sich ihren Anweisungen fügen, was mir absurd und gefährlich scheint.

Wir sehen uns gezwungen, zuviel organisatorische und disziplinarische Fragen zu erledigen, in dem Augenblick, in dem wir feststellen, daß der Gegner eine derartige Reaktion vom Stapel läßt, daß die Unterhandlungen und die ganze Prozedur, die in solchen Fällen nötig sind, praktisch unmöglich gemacht werden.

Ich schließe mit der Parole die Sinowjew selbst ausgegeben hat: Seien wir eine wirkliche kommunistische internationale Partei, fest zentralisiert, vom Geiste des revolutionären Kampfes durchdrungen!

Ich bemerke noch, daß in einer solchen Partei keine Änderungen im Aufbau und in der Organisation für diese oder jene Gegend vorgenommen werden würden, daß man auf ihren Landeskongressen niemals Delegierte von einem Bezirk sehen würde, die nicht mit den allgemeinen Regeln der Organisation in Übereinstimmung wären.

In der zentralisierten internationalen Kommunistischen Partei werden wir tatsächlich jene unentbehrliche Einheit des Gedankens und der Aktion besitzen, der gegenüber jede Disziplinverweigerung wie ein Verrat bestraft werden wird.

GRAZIADEI (Italien): Ich spreche im Namen der Minderheit der Kommunistischen Partei Italiens. Wir wollen uns mit der italienischen Frage nicht mehr so viel befassen. Dafür ist eine Kommission vorhanden. Wir stellen uns bereitwilligst dieser Kommission zur Verfügung, die sicher alle Eigentümlichkeiten unserer politischen Lage studieren wird. Sollten wir nach Beendigung der Arbeit dieser Kommission etwas hinzuzufügen haben, so werden wir selbstverständlich vom Kongreß das Wort dazu erbitten.

Augenblicklich bleiben wir bei den Thesen und der dem Kongreß vorgeschlagenen Tagesordnung.

Der Bericht des Genossen Sinowjew besteht aus zwei Teilen.

Zum ersten hat man dem Kongreß schon Resolutionsvorschläge vorgelegt. Ich muß im Namen der Minderheit erklären, daß wir von diesem Augenblick ab bereit sind, diesen Beschlüssen zuzustimmen.

Was die italienische Frage anbelangt, so erklären wir, daß die Kommunistische Internationale unserer Ansicht nach im allgemeinen hinsichtlich der Lage unseres Landes und unserer Partei richtig verfahren ist. Selbstverständlich behalten wir es uns vor, über die Bedingungen und Sicherheiten zu verhandeln, nach denen man die zukünftigen Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und zwischen der Sozialistischen Partei Italiens handhaben muß.

Der zweite Teil des Berichtes des Genossen Sinowjew ist für uns der interessantere, weil er die Grundprobleme der Taktik der Kommunistischen Internationale berührt.

Ich muß daran erinnern, daß auf dem Gebiete der Taktik die Kommunistische Partei Italiens auf ihrem Kongreß zu Rom Thesen in Vorschlag gebracht hat. Die Erweiterte Exekutive vom letzten Mai hat erklärt, daß diese Thesen nicht korrekt seien und einer Revision unterzogen werden müssen. Diese Ansicht hat bereits bei der Minorität des Kongresses in Rom Unterstützung gefunden.

Die verlangte Revision hat in Wahrheit nicht stattgefunden.

Im Gegenteil sind die Genossen der Majorität der Meinung — und das ist ihr gutes Recht —, daß diese Thesen derart gut seien, daß sie sie nunmehr ein zweites Mal durch den Genossen *Bordiga* dem Kongreß vorgelegt haben.

Zum Problem der Einheitsfront meine ich, daß es lächerlich wäre, ein Jahr, nachdem diese Parole ausgegeben wurde, noch eine lange



theoretische Debatte darüber zu eröffnen. Die Einheitsfront stellt ein Mittel dar, um die weitesten Schichten der Arbeiterklasse zu erreichen.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind mir die Besorgnisse des Genossen Bordiga unverständlich, der im Namen der Arithmetik sich erkundigt, was denn die Majorität sei. Die Frage der Majorität ist nicht bloß eine rethorische Frage. Das ist eine Frage, die von verschiedenen und sich gegenseitig ergänzenden Gesichtspunkten betrachtet werden muß. Und es hängt ausschließlich von der Geschicklichkeit der politischen Leiter eines jeden Landes ab, festzustellen, ob die Partei schon eine Massenpartei ist und ob sie die Kraft hat, gewisse Aktionen einzuleiten oder nicht.

Im allgemeinen ist die Einheitsfront ein Werkzeug, mit dem man die allerbreitesten Schichten der Arbeiterklasse gewinnen kann, — und zwar in kürzester Frist.

Viele der Genossen legen dem Problem der Zeit nicht genügende Bedeutung bei. Und das ist der Grund, aus dem sich die Zeit jetzt gegen uns wendet.

Welches sind die Formen der Einheitsfront? Mit Erlaubnis des Kongresses behaupte ich, daß es zwei Formen der Einheitsfront gibt. Die eine ist jene Form, mittels der eine kommunistische Partei sich bemüht, Arbeitergruppen, die ehemals sozialistischen Parteien angehörten und die jetzt sich dem kommunistischen Ideal nähern oder zu nähern glauben, mit ihrer eigenen Organisation zu verschmelzen. Ich gebe zu, daß diese erste Form besonders gefahrvoll ist, und daß man manches Mal in der Absicht, sich eine anscheinend bessere Situation zu schaffen, Gefahr läuft, einen Organisationszustand herbeizuführen, der sich im Laufe der Zeit nur verschlimmert, statt sich zu bessern.

Trotzdem kann man nicht eine Taktik bloß aus dem Grunde verwerfen, weil sie Gefahren in sich birgt. Das ganze Leben besteht aus Gefahren. Die Kommunistische Partei ist aber eine Kampfpartei und darf die Kampfmethoden nicht unter dem Vorwande aufgeben, daß diese Methoden Schwierigkeiten enthalten.

In den Thesen der Kommunistischen Partei Italiens wird erklärt, daß die Kommunistische Partei in allen Ländern der Welt nur individuelle Anschlüsse zulassen dürfe. Fast dasselbe hat der Genosse Bordiga gesagt. Das ist einer der formellen Punkte der Thesen, die die Minderheit schon auf dem Märzkongreß der italienischen Partei bekämpfte. Wenn diese These tatsächlich im absoluten Sinne in allen Ländern und für alle Zeiten angenommen werden sollte, so würden wir den Eindruck erwecken, daß die kommunistischen Parteien unfähig sind ihr Ziel zu erreichen, d. h. die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern.

Wenn es sozialistische Parteien gibt, in denen Arbeiter vorhanden sind, so müssen wir die Hoffnung haben, diese für uns zu gewinnen. Und wenn wir sie für uns gewinnen, so müssen wir sie in Gruppen aufnehmen und keineswegs individuell, gerade weil sie von einer anderen Partei organisiert worden sind und ein moralisches und oft auch finanzielles Kapital mit sich bringen. Schon aus Gründen ihres politischen Gewissens ist es unmöglich, von ihnen zu verlangen, daß sie sich als vereinzelte Individuen anschließen sollen.



In Italien entstand, wie es vor anderthalb Jahren in Deutschland der Fall war, die Frage, einige Fraktionen der ehemaligen sozialistischen Parteien aufzunehmen, und diese Frage besteht noch immer. Ich frage mich, ob es in Deutschland ein Unglück oder ein Glück für die Kommunistische Partei gewesen ist, daß man die Linke der Unabhängigen aufgenommen hat. Ich denke, daß man jetzt im allgemeinen sagen kann, daß diese Handlungsweise der deutschen Kommunistischen Partei viel Nutzen gebracht hat, obgleich man in gewissen Augenblicken die Gefahren dieser Operation hätte verhüten und bekämpfen müssen.

Eine einigermaßen analoge Lage entsteht in Italien. Die Kommunistische Partei Italiens hat in allzu sklavischer absoluter Auffassung erklärt, daß die Sozialistische Partei Italiens sich niemals spalten würde. Sie hat es bis zum letzten Augenblick geglaubt. Die Sozialistische Partei Italiens hat sich trotzdem gespalten. Das ist unbestreitbar.

In einem Lande, wo es an festen Charakteren mangelt, kann man nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Maximalisten schon Kommunisten geworden sind. Ich hüte mich wohl, einen derartigen Unsinn vorzubringen. Ich sage nur, daß die Spaltung zwischen den Maximalisten und den Reformisten eine bedeutungsvolle Tatsache ist und den Voraussetzungen der Mehrheit der Partei, sowie deren Wünschen widerspricht, und daß diese Tatsache uns einem der schwierigsten Probleme der Einheitsfront gegenüberstellt.

Gehen wir zur zweiten Form der Einheitsfront über, zu jener Form, bei der man nicht neue Arbeiterelemente, die früher sozialistischen Parteien angehört hatten, der Kommunistischen Partei zuführen will, wo aber die Kommunistische Partei, trotzdem sie ihre Organisationsunabhängigkeit eifersüchtig bewahrt, immerhin bemüht ist, Unterhandlungen mit den anderen Arbeiterparteien und Genossenschaften anzuknüpfen und sich vorübergehend mit ihnen zu alliieren, um sie zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen, wobei die Kommunistische Partei immer darauf bedacht ist, ihre Freiheit und die Eigenart ihrer Organisation intakt zu erhalten.

Sogar in dieser Form der Taktik der Einheitsfront hat die Majorität unserer Partei, meiner Meinung nach, Fehler begangen. Gewiß befand sich die Kommunistische Partei Italiens im guten Glauben, den Geist der Taktik der Einheitsfront in dieser zweiten Form angenommen zu haben. Ich weise noch darauf hin, daß die Kommunistische Partei Italiens eine der ersten war, die die Parole der Einheitsfront in einem sehr unvollständigen Sinne, aber noch bevor sie das Losungswort der Kommunistischen Internationale geworden war, ausgegeben hatte.

Worin besteht nun unserer Meinung nach der Fehler, den die Majorität der Kommunistischen Partei Italiens in diesen Thesen über die Einheitsfront und in der Anwendung der Einheitsfront in ihrer zweiten Form begangen hat?

Es sind nicht nur in der ersten Form der Einheitsfront Schwierigkeiten vorhanden, sondern auch in der zweiten. Das Leben selbst stellt uns immer Schwierigkeiten in den Weg. Ist etwa die Ehe nicht auch voller Schwierigkeiten? (Heiterkeit.) Und dennoch schließt man sie. Nun, ebenso wie in der Ehe, gibt es auch in dieser Taktik Schwierigkeiten. Bordiga glaubt, sie auf mechanischem und künstlichem Wege

beseitigen zu können. Er macht Unterschiede. Wir wollen keine Einheitsfront mit den Parteien, doch wir wünschen sie mit den Gewerkschaften, weil die Gewerkschaften das natürlichste Produkt der Arbeiterklasse sind, und weil wir uns in den Gewerkschaften freier bewegen können und uns dort weniger kompromittieren. Er vergißt, daß mit den Gewerkschaften ebensoviel Schwierigkeiten verbunden sind wie mit den Parteien. Es gibt dort ebenso Sozialdemokraten wie in den Parteien. (Beifall.)

Die Unterscheidungen des Gen. Bordiga halten also der Wirklichkeit gegenüber nicht stand. In den Gewerkschaften entstehen dieselben Schwierigkeiten, die man in den Parteien zu vermeiden glaubte.

Es ist wahr, es besteht ein natürlicher Unterschied zwischen den Gewerkschaften und den Parteien. Doch das Problem der Einheitsfront ist sowohl ein ökonomisches wie ein politisches Problem, und sogar ein politisches Problem der schwierigsien Art. Auch aus diesem Grunde ist eine Unterscheidung zwischen den Gewerkschaften und der Partei hinsichtlich der Taktik der Einheitsfront durchaus unmöglich.

Gen. Bordiga sagte: Wir sind gegen die Bildung eines ständigen Organs aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Doch die Einheitsfront bedeutet keineswegs die Bildung eines derartigen ständigen Organs. Ganz im Gegenteil bedeutet die Einheitsfront eine ganze Reihe von Verhandlungsabbrechungen und neuen Annäherungsversuchen.

Man kann somit die Einheitsfront nicht als eine ständige Vereinigung betrachten, die bis zum letzten Kampf der Sozialdemokraten mit den Kommunisten vorhalten müsse. Eine derartige Vereinigung würde für die kommunistische Taktik der Einheitsfront dem Selbstmorde gleichkommen.

Doch die Taktik der auf jene Gewerkschaften, in denen es Kommunisten gibt beschränkten Einheitsfront wäre jedenfalls ungenügend, sogar vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkte aus. Es gibt Verbände, in denen wir keinen einzigen Genossen besitzen, z. B. die christlichen oder katholischen Verbände, die in einigen Ländern und auch in Italien sehr zahlreich sind.

Um mit den Gewerkschaften in Verbindung zu stehen — was in gewissen Fällen für die Realisierung der Einheitsfront notwendig ist —, muß man mit ihren politischen Leitern verhandeln.

Die Taktik der Einheitsfront ist in Italien in derart abstrakter und doktrinärer Form verkündet worden, daß sie gegenwärtig für das alltägliche Leben noch keine konkreten Formen angenommen hat.

Betrachten wir die Auffassung über die Arbeiterregierung. Nachdem Gen. Bordiga und ich den Sitzungen des Erweiterten Exekutivkomitees im Monat Mai beigewohnt hatten, sind wir nach Italien zurückgekehrt. Ich tat alles, was in meinen Kräften stand, um den Genossen zu erklären, was die Arbeiterregierung sei. Sicher lag der Fehler ausschließlich auf meiner Seite, aber ich bin fest überzeugt, daß die Genossen nichts von all meinen Erklärungen begriffen haben (Heiterkeit).

Wenn nun der Begriff der Einheitsfront schon von einer Klarheit ist, die jeden Versuch zu einer weiteren theoretischen Erörterung illusorisch macht, so denke ich, daß auch die Idee der Arbeiterregierung jetzt ihren vollkommenen Ausdruck gefunden hat.



Ich habe niemals die Ansicht des Gen. Sinowjew geteilt, der anfänglich des Glaubens zu sein schien, daß die Arbeiterregierung ein Synonym für Diktatur des Proletariats ist. Ich bemerke mit Vergnügen, daß diese Auffassung durch ihn selbst und durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale berichtigt worden ist. Unserer Meinung nach stellt sich das Problem folgendermaßen dar: in den Ländern, wo für die Arbeiterklasse die Möglichkeit besteht, die Macht zu erringen, ist die Arbeiterregierung das Ergebnis der Einheitsfront.

In der Tat, ein Teil der Arbeiterklasse, der sich noch unter dem Einfluß der Sozialdemokratie befindet, glaubt augenblicklich noch nicht an die Diktatur des Proletariats. Um sie dazu zu bringen, die Macht an sich zu reißen, muß man sich mit der Formel der Arbeiterregierung begnügen.

Man kann die historische Möglichkeit zugeben, daß die Arbeiterregierung eine reale Etappe zwischen der bürgerlichen Regierung und der Diktatur des Proletariats sei. In diesem Fall ist es wohl möglich, daß die Arbeiterregierung noch parlamentarische Formen besitzt.

Diese Möglichkeit ist eine der Ursachen, die vielen Genossen die Auffassung der Arbeiterregierung so sehr erschwert. Für Italien, wo die ehemalige antiparlamentarische Fraktion der Sozialistischen Partei in der Bildung und der Organisation unserer Kommunistischen Partei eine so ungeheure Rolle spielt, ist eine derartige Schwierigkeit typisch. Viele unserer besten Genossen sind von der Idee der Arbeiterregierung gerade deshalb so erschreckt, weil sie die parlamentarische Form fürchten.

Darin liegt aber ein großer Irrtum; das habe ich der Majorität meiner Partei immer gesagt.

In einem Lande, wo ein großer Teil der Arbeiterklasse noch von den demokratisch-bürgerlichen oder halbbürgerlichen Ideen beeinflußt ist, kann es wohl geschehen, daß die Arbeiterregierung sich während einer gewissen Zeit einerseits auf eine Gewerkschaftsorganisation, der man bemüht sein muß, immer größere politische Bedeutung zu geben, andererseits auf noch parlamentarische Formen stützt. Wir können die Arbeiterregierung nicht verwerfen, bloß weil sie während einiger Zeit parlamentarische Formen besitzen könnte. Das wäre ein großer Fehler. In Rußland haben die Kommunisten nach der Märzrevolution alles getan, um die politische Macht der Sowjets, in denen sie noch die Minderheit bildeten, ständig zu steigern, und doch haben sie das Parlament, wo die Regierung bloß sozialdemokratisch war, nicht verlassen. In Deutschland hat es nach dem Sturz des Kaiserreichs ein Parlament und gleichzeitig Sowjets gegeben.

Selbstverständlich müssen die Kommunisten den Arbeitern gegenüber immer bei der Behauptung verharren, daß eine wahre Arbeiterregierung sich nur durch den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie und unter der wachsenden Kontrolle der Klassenorganisationen bilden und festigen könne. Außerdem müssen sie immer betonen, daß, falls man nicht ehestens zur Diktatur des Proletariats gelange, die Arbeiterregierung den Angriffen der Bourgeoisie nicht werde widerstehen können.

Ich möchte meine Rede mit einigen Worten über den letzten Teil der Rede des Gen. Bordiga schließen.



Unser Gen. Bordiga verlangte von der Kommunistischen Internationale eine immer strenger werdende Disziplin. Wir unterschreiben vollinhaltlich diesen Teil der Rede des Gen. Bordiga. Aber wir bitten ernstlich unsere Genossen aus der Mehrheit der italienischen Partei, die Disziplin nicht lediglich als eine formelle Sache zu betrachten, sondern aus der gesamten Praxis der Kommunistischen Internationale eine lebendige Aktualität im alltäglichen Leben der Partei zu machen (Beifall).

VORSITZENDER: Bevor wir die Rede des Gen. Graziadei übersetzen, möchte ich darauf hinweisen, daß die Liste der Redner noch lang ist. Wir werden intensiver arbeiten müssen, um zum Schlusse zu gelangen. Das Präsidium macht darum den Vorschlag, um 7 Uhr eine Abendsitzung abzuhalten, und den morgigen Tag den verschiedenen Kommissionen zur Verfügung zu stellen. Keine Einwendungen? (Angenommen.)

Schluß der Sitzung um 4 Uhr nachmittags.

FÜNFTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 11. NOVEMBER 1922.

Fortsetzung der Diskussion zum Bericht des EK. der KI.

Redner: Humbert Droz, Michalkowski, Murphy, Haakon Meyer, Bucharin, Carr, Faure.

Eröffnung: 7.30 Uhr abends.

Vorsitz: *Kolarow.*

VORSITZENDER: Ich erteile das Wort dem Gen. Humbert Droz, der einige Begrüßungsschreiben verlesen wird, die das Präsidium als wichtig genug betrachtet, sie dem Kongreß mitzuteilen.

HUMBERT DROZ: Das Präsidium des Kongresses hat aus allen Teilen Rußlands und der ganzen Welt nahezu tausend Begrüßungsschreiben erhalten. Wir können hier nicht alle Begrüßungsschreiben verlesen. Es sind jedoch zwei darunter, die dem Präsidium besonders wichtig schienen: 1. die Glückwünsche des Wladiwostoker Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmisten-Deputierten an die Proletarier der ganzen Welt (Beifall) (Liest:)

Genossen! Überstrahlt vom roten Stern der Sowjets senden wir Euch von der Küste des Stillen Ozeans unseren proletarischen Gruß. Nach vier grenzenlos schweren Jahren der japanischen Intervention und des grauenvollen Wütens der Weißgardisten hat sich im befreiten Wladiwostok heute der Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten versammelt. Die zahllosen Opfer der Werktätigen Rußlands sind nicht umsonst gebracht. Nach langem blutigen Kampf hat die Rote Armee sich des letzten Fußbreits russischen Landes bemächtigt, der bisher in der Gewalt der Söldlinge des japanischen Militarismus war. Enthusiastisch hat das Proletariat des Küstengebiets seine Befreiung begrüßt, mit seinem Fluch hat es die Schwarzhundertler gebrandmarkt, die feige geflohen sind.

Zum erstenmal ist die gewaltige Arbeiter- und Bauernarmee mit ihren siegreichen Fahnen durch die Straßen der freien Stadt gezogen. In ihrem Triumphzuge äußerte sich die Macht der Arbeiterklasse Sowjetrußlands und der ganzen Welt, die geschlossen und unüberwindlich ist, und das Erscheinen der festgefügten ehernen Reihen in der Stadt, die erst vor wenigen Stunden von den Interventionisten verlassen worden war, erweckte in den Herzen der Werktätigen die unerschütterliche Überzeugung, daß die schwere Schreckenszeit nun

überstanden ist. Nun, da die Interventionisten abgezogen sind und die Bauernarmee Wladiwostok in Besitz genommen hat, bedürfen die Werktätigen nicht mehr des Pufferstaates der Republik des Fernen Ostens, der im Jahre 1920 notwendigerweise gebildet werden mußte, um einen Zusammenstoß zwischen dem noch nicht gefestigten Sowjetrußland und dem kriegerischen Imperialismus zu vermeiden. Ihr wißt, Genossen, wie Sowjetrußland in den letzten zwei Jahren an Kraft und Festigkeit zugenommen hat, welche Erfolge es in internationaler Beziehung erreicht hat. Ihr habt gesehen, wie die Delegierten Sowjetrußlands in Genua und im Haag die Interessen ihres Staates vertraten. Ihr wißt, daß die Annexionspläne Japans auf der Konferenz in Dajren und Tschandschun vereitelt worden sind. Sowjetrußland ist erstarkt infolge einer in der ganzen Menschheitsgeschichte beispiellosen Begeisterung und schöpferischen Anspannung aller Kräfte der Proletarier und Bauern. Die Intrigen der zahllosen Feinde sind zerstört, das elementare Unglück der Zerrüttung ist besiegt, die japanische Annexionspolitik ist zerschellt am Widerstande des russischen Volkes, an den Unruhen in Japan selbst und am Druck der benachbarten Großmächte, die kein Interesse haben am Anwachsen des japanischen Einflusses. Die Befreiung des Küstengebietes erfolgte im Zeichen der endgültigen Wiedervereinigung aller getrennten Gebiete Sowjetrußlands, und das Wladiwostoker Proletariat hat die ihm gestellte Aufgabe in ihrer ganzen Größe erfaßt und seinen unbeugsamen Willen kundgetan, das von der Intervention und den weißen Banditen zerfleischte Küstengebiet mit dem Mutterlande zu vereinigen. Dank der revolutionären Initiative der Werktätigen Wladiwostoks haben am 5. November d. J. in allen Gewerkschaften Wladiwostoks die Wahlen zum Sowjet der Arbeiterdeputierten stattgefunden. Die Bauernschaft der Gouvernements und die Rote Armee haben sich der großen Initiative angeschlossen und ebenfalls ihre Delegierten entsandt. Der große Tag ist da, an dem der höchste Traum aller Bedrückten, Elenden und Ausgebeuteten zur Wirklichkeit wird. Das ist ein Sieg nicht nur der Arbeiter und Bauern des Küstengebietes, nicht nur aller Werktätigen Rußlands, es ist ein Sieg des ganzen Weltproletariats, es ist Euer Sieg, Genossen, denn von nun an bildet das Küstengebiet einen untrennbaren Teil der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, welche die Basis und der Herd der sozialen Weltrevolution ist. Von nun an werden die Losungen des Roten Oktobers über den Städten und Dächern des Küstengebiets leuchten, die lange Jahre hindurch vom stinkenden Dunst der schwarzen Finsterlinge vergiftet wurden. Genossen, empfangt unseren Gruß im Augenblick des schweren Kampfes, den Ihr mit Eurer heimischen Bourgeoisie führt. Alle Sympathien des Wladiwostoker Proletariats sind auf Eurer Seite. Selber erst kürzlich befreit, dürsten wir danach, Euch frei zu sehen von den Ketten der gewissenlosen kapitalistischen Ausbeutung. Die Befreiung ist nahe. Dafür bürgt der Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der jetzt in der ersten Stadt der Revolution — in Moskau — tagt. Genossen, die Arbeiterklasse des Küstengebiets hat gesiegt. Aber sie hat keine Garantie für ihre volle Ruhe, für die Möglichkeit der Anbahnung eines friedlichen Lebens und einer erfolgreichen Entwicklung des Landes, solange im Hafen von Wladiwostok noch die ausländischen



Kriegsschiffe liegen. Die Fortsetzung der Intervention in den russischen Gewässern beflügelt die Hoffnungen der machtberaubten Weißgardisten und spornt sie zu dem Versuche an, den jungen proletarischen Sowjets des Küstengebiets einen neuen Schlag zu versetzen. Wir warten auf Euer Wort. Wir sind überzeugt, daß es als mächtiger Vulkan aus Euren Herzen hervorbrechen wird, mit dem Protest und der Forderung an Eure Regierungen: Hände weg von Sowjetrußland!

Verantwortl. Sekretär: Pachanitzyn.

Geschäftsführer: Asanow.

Ein aus Alexandrien eingetroffenes Telegramm:

„Große Versammlung anläßlich 7. November votiert innige Anhänglichkeit an Internationale. Wünscht Kongreß vollen Erfolg zum Sieg der Sache des Weltproletariats. Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Ägyptens." (Beifall.)

MICHALKOWSKI (Polen). Der Gen. Sinowjew hat der polnischen Kommunistischen Partei ziemlich viel Lob gespendet; er hat aber auch mit Tadel nicht gekargt. Lob hat er uns als alten Revolutionären gespendet, die es u. a. verstehen, die legale Tätigkeit mit der illegalen zu kombinieren. Die letzte Wahlkampagne in Polen ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie in einem Lande, wo die Kommunisten auf jede Weise verfolgt werden, der Kommunismus sich den Weg zur öffentlichen politischen Arbeit zu bahnen versteht. Als nämlich Genossen in der Provinz aus den Zeitungen erfuhren, daß sich in Warschau ein Zentralwahlkomitee des Bundes des Proletariats für Stadt und Land gebildet hatte, da entstanden fast automatisch in der Provinz schon in ein paar Tagen in 45 Bezirken oder mehr örtliche Wahlkomitees. Und zwar mußten bei der Bildung die Wahlkomitees mit Unterschriften auftreten, und noch mehr: bei der Aufstellung der Wahllisten mußten Unterschriften gesammelt werden Nun haben wir zwar noch nicht die Endresultate der Wahlen, wir haben aus verschiedenen Bezirken noch keine Nachrichten, jedenfalls beträgt die Zahl der Wähler, die für die Kommunisten gestimmt haben, in drei Bezirken: in Warschau, Dombrowo und Lodz, ca. 100 000. Dieses Erscheinen auf der Wahlarena war sowohl für das Bürgertum wie für die Regierung etwas überraschendes und deswegen konnte der Bund des Proletariats mit einem legal gefaßten Wahlaufruf auftreten. Aber nach kurzer Zeit wurde alles verboten und konfisziert. Sogar Zettel, die nur die Nummer unserer Liste, Nr. 5, enthielten, wurden konfisziert. Die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, wenn auch in allerkleinstem Maße, ist also fast automatisch entstanden, es liegt in der Tradition, im Instinkt, im Blut der Genossen.

Gen. Sinowjew hat aber auch manches in unserer Partei seiner Kritik unterworfen. Zunächst einige Worte über die Einheitsfronttaktik in Polen. Gewiß, am Anfang hat diese Losung unsere Genossen ein wenig verwirrt und auf der Parteikonferenz, die kurz nach der Erweiterten Exekutiv-Sitzung stattfand, gab es in dieser Frage drei Richtungen. Die erste Richtung stimmte mit der Exekutive in bezug auf die Einheitsfronttaktik vollkommen überein, und diese Richtung hat schließlich auch auf der Konferenz die große Mehrheit bekommen. Die zweite Richtung ebenfalls mit der Taktik der Einheitsfront einverstanden, war aber

zunächst gegen die Verständigung mit den Spitzen. Sie schloß sich übrigens der ersten Richtung an. Nun richtete unsere Partei vor dem 1. Mai ein offenes Schreiben an die P. P. S. mit der Einladung, am 1. Mai Kundgebungen zu organisieren mit aktuellen Teilforderungen. Gerade dieser Vorschlag, der selbstverständlich von der Exekutive der P. P. S. abgelehnt wurde, hat bewirkt, daß die Taktik der Einheitsfront eine sehr große Bewegung im besten Sinne des Wortes sowohl unter den Kommunisten wie unter den Arbeitern der P. P. S. und hauptsächlich in den breiten unorganisierten Massen hervorgerufen hat. Denn gerade die offene Aufforderung an die verantwortlichen Leiter hat bewirkt, daß die Taktik der Einheitsfront auf eine breitere öffentliche Grundlage gestellt wurde. Und auf diese Weise erfahren die Massen schneller als sonst die Stellung der Parteien und überzeugen sich, daß wir für die Einheit und die anderen gegen die Einheit sind.

Außerdem hatten wir auf unserer Parteikonferenz noch eine dritte Richtung, die nicht nur diese oder jene Art der Anwendung der Taktik der Einheitsfront, sondern überhaupt die ganze Einstellung der Einheitsfronttaktik verwarf.

Aber diese Opposition war mit taktischen Ansichten verbunden in anderen Fragen, die aus ihr eine ausgesprochene KAP.-Richtung machten. Gen. Sinowjew hat sie richtig eingeschätzt, indem er sagte, daß unsere polnische Partei mit dieser Strömung selbst fertig werden kann und zwar — auch meiner Meinung nach — sehr leicht. Es ist eine Richtung, die in bezug auf den Charakter und die Rolle der Kommunistischen Partei, auf die Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus, auf die Frage der Einheitsfronttaktik, schließlich auf die Frage der Politik der Sowjetregierung und auf die Rolle der Russischen Kommunistischen Partei als Staatspartei und gleichzeitig führender Partei in der Kommunistischen Internationale Anschauungen verficht, die den Ansichten der Partei entgegengesetzt sind. In all diesen sehr wichtigen Fragen tritt diese Richtung ausgesprochen KAP.-istisch auf, sie ist aber ziemlich schwach, besonders in bezug auf ihren Ideeninhalt, so daß wir sehr leicht mit ihr fertig werden. Sie ist ideologisch noch naiver und ärmer als verwandte Gruppen in Deutschland und anderswo. (Zuruf: Wenn das möglich ist.) Gewiß, wenn es möglich ist, und in Polen ist alles möglich, denn das kleinbürgerliche Polen ist geistig noch viel ärmer als die anderen Länder.

Weil aber der Führer dieser dritten KAP.-istischen Richtung sich in Moskau befindet, hat unsere Delegation beschlossen, ihn mit beratender Stimme einzuladen und ihm das volle Recht einzuräumen, hier öffentlich aufzutreten und seine Richtung und deren Gedankengänge vorzutragen. Ich hoffe, daß der Gen. Schreiber mit demselben Mute und mit derselben Offenheit hier seine Ideen vortragen wird, wie er das auf unserer Parteikonferenz getan hat.

Dann kam in dem Bericht des Gen. Sinowjew die *Agrarfrage* in Polen zur Sprache. Er hat die Stellung unserer Partei in dieser Frage etwas altmodisch genannt. Dieser Ausdruck ist doch etwas zu stark. Wir werden noch Gelegenheit haben, darüber zu sprechen. Ich bin kein Freund des Altmodischen. Die Frage wird jetzt in der polnischen Partei lebhaft diskutiert. Wir geben ein Buch zur Diskussion darüber heraus und außerdem werden Diskussionsartikel in unserer Presse ver-

öffentlicht. Eins kann ich aber jetzt schon sagen: auf unserer letzten Parteikonferenz hat sich herausgestellt, daß fast die ganze Partei einstimmig der Meinung war, daß die Arbeiterklasse, um die Revolution zu vollziehen, Hand in Hand mit der landarmen Bevölkerung, mit den Kleinbauern gehen müsse. Und das ist meines Erachtens das Wichtigste für solche Länder wie Polen, wo die kleinbäuerliche Bevölkerung die übergroße Mehrheit der arbeitenden Massen bildet. Wenn unsere Partei schon diese Einstellung hat, daß man praktisch, politisch und wirtschaftlich einen Ausdruck finden muß, der die Arbeiter und Kleinbauern zu einer revolutionären Macht zusammenschweißt, so ist damit meiner Meinung nach praktisch die Hauptsache schon getan, das Programmatische wird sich leichter erreichen lassen.

Ich möchte noch ein paar Worte über die Losung der Arbeiterregierung sagen. Vorausschicken möchte ich, daß wir auf unserer Parteikonferenz und auch in unserer Parteiliteratur diese Frage nicht diskutiert haben und daß die Partei als solche über diese Frage auch keine Beschlüsse gefaßt hat, weil diese Frage in Polen zurzeit nicht aktuell ist und aller Voraussicht nach auch in nächster Zeit nicht aktuell werden wird. Meiner Meinung nach ist über diese Frage zuviel spekuliert, und zwar zuviel ins Blaue hinein spekuliert worden (*Sehr richtig!* bei den Deutschen).

Die Kritik in dieser Frage richtet sich auf drei Punkte. Erstens: Entweder ist es eine Scheidemannregierung oder eine Koalitionsregierung der Kommunisten *mit* den Sozialverrätern. Zweitens: Entweder ist es eine Regierung, die sich auf den Parlamentarismus stützt oder auf die Arbeiterräte. Drittens: Es ist zugleich der Ausdruck der Diktatur des Proletariats, oder es ist es nicht. Nun, Genossen, ich meine, in dieser Beziehung brauchen wir garnicht mit der Stange im Nebel herumzuhantieren, denn wir haben eine wirklich praktische historische Erfahrung. Ich frage Sie: was taten die Bolschewiki im Jahre 1917 vor der Eroberung der Macht? Sie verlangten die Verwirklichung der Losung: Alle Macht den Sowjets! Damals bedeutete das: Die Regierungsgewalt in die Hände der Menschewiki und der Sozialrevolutinäre geben, die die Mehrheit in den Sowjets innehatten. Es bedeutete also damals eine Arbeiterregierung, in der die Sozialverräter sitzen würden die gegen die Diktatur waren. Das war sozial und politisch gesprochen auch die Losung der Arbeiterregierung, und zwar in der Form von Sowjets. Eine andere Frage ist die, wann und wie diese Losung verwirklicht werden kann. Aber im Grunde war die Arbeiterregierung doch eine Losung, die den Bolschewiki sehr vortreffliche Agitationsdienste geleistet hat.

In Deutschland haben wir nach den Novembertagen dieselbe Lage gehabt. Die Spartakisten haben verlangt: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, d. h. den Scheidemännern und den Unabhängigen, die damals die Mehrheit in den Sowjets hatten und Gegner der Diktatur waren. Also wieder keine kommunistische Regierung!

So war es auch in Polen und überall, wo sich Arbeiterräte gebildet haben. Darin liegt, wie mir scheint, der Kern der Frage. Es war eine Etappe in unserer Agitation, in der die Zeitumstände die historisch sehr wichtige Form — die Räte — ergaben, aber der Kern war die Arbeiterregierung. Wenn wieder eine revolutionäre Welle kommt, wenn wieder die Arbeitermassen in den Straßen

fluten werden, wenn sich wieder Arbeiterräte bilden werden, werden wir auf Grund unserer historischen Erfahrungen aller Wahrscheinlichkeit nach wieder mit dieser Losung auftreten und verlangen: Die Macht der Regierung in die Hände der Arbeiterräte! Wir werden dann die Diktatur des Proletariats verlangen und dann werden, ebenso wie im Jahre 1917 und 1918, wieder Genossen kommen und uns kritisieren und sagen: Wieso, Ihr verlangt die Diktatur des Proletariats, Ihr verlangt alle Macht für die Sowjets, in denen wir noch keine Mehrheit haben! Es kann sehr wohl kommen, daß wir wieder eine große revolutionäre Bewegung in dem Augenblick haben, wo wir noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert haben. Die Revolution kommt — das ist das Wahrscheinlichste — in einem Moment, wo wir durch die revolutionäre Gärung, durch die Revolution selbst viel schneller die Mehrheit erobern werden als jetzt. Wenn wir also aller Wahrscheinlichkeit nach wieder mit derselben Losung auftreten werden, so wird es im Grunde dieselbe Losung sein, wie sie die Exekutive bereits in dieser oder jener Weise zu formulieren probiert hat. Es wird im Grunde genommen dieselbe Regierung sein, aber auf die Massenbewegung gestützt. Und wenn die Exekutive in dieser Frage bis jetzt noch nicht die richtige Form der Losung finden konnte, so kommt das meiner Meinung nach daher daß wir zwei verschiedene Sachen verwechseln, daß wir eine Losung aufstellen wollen und ihr zugleich eine Form zu geben versuchen, die wir gar nicht geben können, weil die Form abhängig sein wird von den revolutionären Umständen, in denen sie eine breitere Grundlage finden könnte, als es jetzt der Fall ist. Und ich meine, es ist doch gut, sich in dieser Beziehung ein wenig an das zu erinnern, was wir während der revolutionären Periode getan haben. Dann werden wir gleich bemerken, daß das, was jetzt manchen linken Genossen als Ziel der Kritik erscheint, damals von denselben Genossen als sie noch revolutionärer eingestellt waren als jetzt, kein Gegenstand der Kritik war.

MURPHY (England): Genossen, unsere Partei stimmt mit der Hauptlinie im Bericht der Exekutive vollkommen überein. Wir halten auch die Diagnose über die Lage des Kapitalismus in der ganzen Welt für richtig. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die gegenwärtige kapitalistische Offensive gegen die Arbeiterklasse nicht die Offensive einer sich ihrer Macht bewußten Klasse ist, sondern lediglich eine Offensive zum Zweck der Verteidigung darstellt. Es gibt vielleicht in der ganzen Welt kein Land, in dem diese Offensive gewandter geführt worden ist, als in Großbritannien. Aber trotz dieser Versuche und trotz dieser Gewandtheit der Kapitalisten haben sie sich vollkommen unfähig erwiesen, ihre eigenen fundamentalen Probleme zu lösen. Wir haben gerade den Sturz von Lloyd George erlebt. Der Sturz Lloyd Georges ist der Anfang einer neuen Phase im Auflösungsprozeß des englischen Kapitalismus, trotzdem die augenblicklichen Wahlen dazu benutzt werden, um die imperialistischen Parteien zu konsolidieren. Auch hier haben sie sich als äußerst gewandt erwiesen, und trotzdem die Labour Party Großbritanniens große Hoffnungen auf diese allgemeinen Wahlen setzt, glaube ich, daß diese Hoffnungen sich nicht in dem gewünschten Maße erfüllen werden. Dies ist an sich eine sehr wichtige Entwick-

lung, da sie das Signal für eine neue Periode größerer Aktivität ist, als wir sie in England bisher gehabt haben.

Gen. Sinowjew hat in seiner Rede gesagt, daß die fascistische Bewegung sich auf Italien beschränkt. Es ist jedoch eine Tatsache, daß, als die Fascisten in Italien ihre Angriffe auf die Kommunisten, auf die Gewerkschaften, die Genossenschaften usw. machten, die bürgerlichen Zeitungen Londons von dem Zusammenschluß des Special Police Corps berichteten, mit der Ankündigung, daß dies die zukünftigen Fascisten Englands sein würden.

Da im allgemeinen überall die gleiche Lage vorherrscht, ist es von höchster Wichtigkeit, daß wir diese Ereignisse analysieren und unsere zukünftige Politik festlegen. Wir haben sehr viel über die Einheitsfront gehört. Es ist zweifellos, daß die Opposition gegen die Einheitsfront langsam aus den Reihen der Kommunistischen Internationale verschwindet.

Ihre Einführung in England zeitigte jedoch einige ziemlich bemerkenswerte Resultate. Sie traf die englische Partei wie ein elektrischer Schlag. Die Partei war jung und hatte keine großen Erfahrungen. So kam es, daß in einigen Bezirken die Forderung der Einheitsfront zuerst einen beträchtlichen Mitgliederverlust nach sich zog. Die Forderung der Einheitsfront traf die Partei nach einer inneren Auseinandersetzung, während sie praktisch noch im Prozeß der Entstehung war.

Auf dem 2. Kongreß gab es noch keine kommunistische Partei. Es gab nur eine Anzahl Parteien, kleine Parteien mit allen Schattierungen der sozialistischen Farbe, von rosarot bis zum leuchtendsten Rot. Diesen wurde vom 2. Kongreß aufgetragen, zusammenzutreten, sich zu vereinigen und sofort bei der Labour Party ihren Anschluß zu beantragen. Es ist jedoch etwas anderes, sozialistische Parteien zu vereinigen, sie Kommunistische Partei zu benennen, und — diese Kräfte zu einer wirklichen kommunistischen Partei zu machen. Die folgenden Monate sind von einem ständigen Ringen in der Partei selbst, sich von den verschiedenen Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen freizumachen, angefüllt gewesen. Die Frage der Labour Party, die Frage des Anschlusses an die Labour Party hatte die Parteien schon getrennt, ehe sie noch zusammengekommen waren, und nun, da sie zusammengekommen waren, war diese spezielle Frage auf der ersten Konferenz nur mit einer kleinen Majorität entschieden worden.

Es mußte noch ein ganzes Jahr vergehen, ehe diese spezielle Frage dem Schatze praktischer Erfahrung der Partei für ihre Arbeit einverleibt werden konnte. Hierin hat uns die Labour Party unbewußt Beistand geleistet, indem sie auf der Brighton Conference die Behandlung dieser Frage aufschob; und 12 Monate vergingen, ehe die Frage der Beziehungen zur Labour Party für die Partei aktuell wurde. Vorher war sie mehr das Objekt für theoretische Diskussionen in der Partei gewesen als der Gegenstand praktischer Kämpfe mit der Labour Party. Dieser Kampf erreichte seinen Höhepunkt auf der diesjährigen Konferenz der Labour Party in Edinburg.

Um die Schwierigkeiten, mit denen wir in dieser Beziehung zu kämpfen hatten, völlig verständlich zu machen, möchte ich den Kongreß daran erinnern, daß wir nicht nur mit Schwierigkeiten bezüglich der Frage des Anschlusses an die Labour Party zu kämpfen hatten,

sondern daß die Partei erst im Oktober dieses Jahres auf ihrer Landeskonferenz ihr Zentralkomitee gewählt hat, — eine Tatsache, die auf den syndikalistischen Charakter mancher Elemente in der Partei schließen läßt.

In Anbetracht dieser Differenzen in der Partei selbst und ferner in Anbetracht der Notwendigkeit, das größere Problem der Einigkeit in der Aktion zu lösen, kann man gewiß verstehen, daß die Aufgabe, der wir uns unterzogen, keine leichte Sache war. Aber nachdem die Partei einmal gehen gelernt hatte, hat sowohl sie wie die ganze Arbeiterbewegung viel Wertvolles gelernt.

Die Labour Party, die während und vor den allgemeinen Wahlen von den kapitalistischen Parteien durch geschickte Manöver beiseite geschoben worden ist, hat sich durch ihre Versuche, das Wohlwollen der Mittelklasse zu gewinnen, die Unterstützung der Arbeiterklasse verscherzt. Die von ihr für die Gewinnung der Stimmen der Mittelklasse angewandte Taktik bestand in dem Ausschluß der Kommunisten aus ihren Reihen. Die in Edinburg gefaßte Resolution trieb den Kampf zwischen den Kommunisten und der Labour Party auf die Spitze. Die beiden dort vorgeschlagenen Resolutionen verbieten die Aufnahme irgendeiner Partei — die parlamentarische Kandidaten aufstellt — die in Opposition zu der Labour Party stehen.

Wir standen also vor der folgenden Situation: die Bedingungen der Labour Party machten unseren Eintritt in sie unmöglich. Die Situation wurde noch weiter verschärft dadurch, daß die Labour Party die ihr angeschlossenen Arbeiterorganisationen zwang, alle Mitglieder einer Partei, die eine parlamentarische Kampagne gegen sie (die Labour Party) führt, auszuschließen. Infolgedessen führten wir einen Gegenstreich. Sofort zog die Partei die Parlamentskandidaten zurück, die gegen die Labour Party opponierten, und nahm die Konstitution der Labour Party an. Auf diese Weise haben die Kommunisten inmitten der Arbeiterbewegung einen bedeutenden Sieg errungen. Trotzdem wir anfangs Mitglieder verloren, hat sich doch der Einfluß der Kommunistischen Partei in verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse bedeutend erhöht.

In Glasgow, Sheffield, Manchester, Birmingham war die Labour Party absolut unfähig, ihre eigenen Beschlüsse auszuführen. In anderen Gegenden haben ferner die Kommunisten in den Labour Parties von Barrow, Battersea und anderen Ortschaften die Herrschaft über diese Organisationen errungen.

Außerdem sahen wir uns der Tatsache gegenübergestellt, daß dieser Versuch, die Kommunisten von der Labour Party auszuschließen, für letztere nur neue Schwierigkeiten schuf, die sie nicht überwinden konnte. Der Umstand z. B., daß die Labour Party aus vereinigten Trade-Union-Organisationen besteht, veranlaßte sie, den Ausschluß der Kommunisten von den Konferenzen der Labour Party durchzusetzen. Hier aber stehen ihnen die großen Arbeiterorganisationen gegenüber, und diese werden nicht alle ihrer Führung folgen. Bereits hat eine Arbeiterorganisation, und zwar eine bedeutende, sich geweigert, die Beschlüsse der Labour Party auszuführen, und sofort hatte die Labour Party den Abfall einer Labour Union, einer Massenorganisation zu gewärtigen. Auf diesem Wege wagen sie nicht weiterzugehen.

9*

Daraus ersehen wir, daß die Politik der Einheitsfront keine Politik ist, die die Kommunistische Partei schwächen könnte, sondern daß sie dazu beiträgt, die Kommunistische Partei zu stärken.

Von gleicher Bedeutung war der Fortschritt in der gewerkschaftlichen Bewegung, und hier kann ich sagen, daß in dieser Bewegung gleich wichtige Fortschritte gemacht worden sind. Auf dem Kongreß der Trade Unions z. B. hatten wir die Möglichkeit, durch Aufstellung eines Programms zur Konsolidierung der Gewerkschaftsbewegung alle Gewerkschaftsführer mitsamt ihren Fehlern vor den Massen aufmarschieren zu lassen.

Hinsichtlich der aktuellen Kämpfe in den Fabriken oder in der Gewerkschaftsbewegung haben wir bedeutenden Einfluß gewonnen. Bei der Maschinistenaussperrung leiteten die Kommunisten und die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale den Kampf; in allen Kämpfen waren sie die treibende Kraft.

Hier muß ich mich gegen einen Punkt in Sinowjews Bericht wenden, nämlich gegen seine Behauptung über die Betriebsrätebewegung. Er sagte: Keine kommunistische Partei kann als eine wirkliche Massenpartei gelten, solange sie in den Fabriken und Werkstätten, in den Gruben und auf den Eisenbahnen usw. noch keinen festen Einfluß besitzt. Unter den gegenwärtigen Umständen kann keine Bewegung als gut organisierte proletarische Massenbewegung betrachtet werden, solange es der Arbeiterklasse und ihren Organisationen nicht gelingt, Fabrik- und Werkkomitees zu gründen.

Hiergegen erheben wir Einspruch. Uns scheint, bei dieser Behauptung hat dem Redner zu sehr Deutschland vorgeschwebt. In England besaßen wir eine mächtige Shop Steward-Bewegung. Aber sie konnte und kann nur unter bestimmten objektiven Verhältnissen bestehen. Diese notwendigen Bedingungen existieren in England augenblicklich nicht. Wie kann man Fabrikorganisationen aufbauen, solange 1 750 000 Arbeiter auf der Straße herumlaufen. Man kann keine Fabrikorganisationen in leeren und verlassenen Werkstätten errichten, solange man eine große Reserve von Arbeitslosen besitzt.

Unter diesen Verhältnissen nimmt die Bewegung andere Formen an. Sie nimmt die Form einer Minoritätsbewegung in den Gewerkschaften an und gibt den Anstoß zu einer großen Arbeitslosen-Komitee-Bewegung. In der Maschinenarbeiter-Aussperrung waren es gerade diese Organisationen, die den Kampf leiteten, und selten jene Arbeiter, die tatsächlich aus den Fabriken ausgesperrt waren.

Daraus folgt, daß die Kommunistische Partei sich den verschiedenen, durch die historischen Umstände gegebenen Kampfformen anpassen muß. In dem einen Lande machen die Umstände es möglich, in die Fabriken zu gehen und Fabrikkomitees zu schaffen; in einem anderen stehen Minoritätsbewegungen in den Gewerkschaften und Arbeitslosenkomitees auf der Tagesordnung. Die Kommunistische Partei, die in den Kämpfen der Massen tiefe Wurzeln geschlagen hat und fähig ist, sich den verschiedenen Formen der den Umständen entsprechenden Massenorganisationen anzupassen, ist eine wirkliche kommunistische Partei, einerlei ob die Form der Massenorganisation aus Fabrikkomitees besteht oder andere Formen annimmt.



Betrachten wir nun die internationalen Verbindungen, die die Politik der verlangten Einheitsfront zur Folge hat. Was haben wir seit den Konferenzen der 2. und der 2½ Internationale gesehen? Wir sahen, wie in diesem und jenem Lande eine Reihe von Kämpfen stattfand. Zur Zeit der Maschinistenaussperrung fanden in einigen Ländern Lohnkämpfe der Metallarbeiter statt; von den kommunistischen Parteien dieser Länder wußte keine, was die andere tat, sie standen miteinander in keinem lebendigen Kontakt. Sie gaben nicht die gleichen Losungen aus, und es wurden nicht einmal Maßregeln getroffen, um unter den kommunistischen Parteien selbst eine Einheitsfront zu schaffen. In dieser Hinsicht hat die Kommunistische Internationale vieles nachzuholen, um die Lage zu bessern.

Außerdem haben wir viel über das Erwachen der Ostvölker und der Kolonialvölker zu hören bekommen. Wir hören von dem Entstehen einer Bewegung in Indien, Ägypten, Mesopotamien, und in Irland besitzen wir eine in der Entwicklung begriffene revolutionäre Bewegung. Es ist jedoch wenig unternommen worden, um die Parteien jener Länder, die diese Völker beherrschen und leiten, einander näherzubringen, um sie mit den Problemen der kämpfenden Massen vertraut zu machen Verbessert die in dieser Hinsicht begangenen Fehler und wir werden eine weitere Anwendung der Einheitsfront möglich machen und dabei die Kommunistische Internationale entwickeln!

HAAKON MEYER (Norwegen): Werte Genossen! Ich will nicht viel über die norwegische Frage reden; diese Frage wird ja in der norwegischen Kommission behandelt werden und kommt dann zum Kongreß zurück. Ich muß einige Worte über die flüchtigen Bemerkungen des Gen. Sinowjew in seinem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive sagen. Auch nach der Meinung der meisten norwegischen Delegierten, die in dieser Frage nicht ganz mit der Internationale übereinstimmen, ist es vor allem eine Frage, wie Gen. Sinowjew sagt, der Geburt einer Kommunistischen Partei in Norwegen. Es ist vor allem eine Organisationsfrage, aber auch in erster Linie eine taktische Frage der Partei. Das sind die zwei Hauptfragen, die in der norwegischen Frage zu lösen sind. Es ist aber vor allem nicht die Hauptfrage, wie die Namen der Zeitungen der norwegischen Partei sind. Gen. Sinowjew kam schon früher bei unseren Diskussionen und auch hier auf dem Kongreß auf diese Namen zu sprechen und auch die Exekutive ist in ihrem letzten Brief an die norwegische Partei wieder auf den Namen der Parteizeitungen zurückgekommen. Gen. Sinowjew sagt: In Norwegen heißen sämtliche Zeitungen noch „Socialdemokraten" Die norwegische Partei ist eine verhältnismäßig sehr starke Partei. Sie ist eine Partei, die nicht aus einer anderen großen Partei hervorgegangen ist, sondern eine große Partei an sich, die nahezu sämtliche Zeitungen erobert hat. Der Name „Socialdemokraten" ist in unserer Sprache nie als aggressives Schimpfwort angeschaut worden. (Heiterkeit.) Ja, Genossen, es hört sich lächerlich an, aber es ist nun mal so. Aber das ist nicht das Wichtigste dabei. Das Wichtigste ist, daß Gen. Sinowjew wohl weiß, daß von der Landeszentrale unserer Partei einstimmig vorgeschlagen worden ist, daß die Zeitungen, die noch sozialdemokratische Namen haben, diese ändern sollen. Wir haben in unserer Partei ungefähr 40

bis 50 Zeitungen. In einem so kleinen Lande wie Norwegen über 40 Zeitungen, die jetzt fünf Jahre lang für die russische Revolution, für die revolutionäre Idee eingetreten sind, das ist eine Stärke, die durch die Namen der Zeitungen nicht beeinträchtigt werden kann. Wie Gen. Sinowjew weiß, liegt diesbezüglich von der Landeszentrale unserer Partei ein Antrag vor. Dieser Antrag hätte schon auf dem Parteikongreß im September behandelt werden sollen, wenn die Internationale selbst nicht gefordert hätte daß der Parteitag bis *Januar* aufgeschoben werden sollte. Im Januar werden diese Namen geändert werden, das weiß die Exekutive sehr wohl.

Ich möchte etwas über die Gruppe „Mot Dag" sagen. Gen. Sinowjew hat diese Gruppe in der norwegischen Partei eine Levi-Gruppe genannt. Ich gehöre dieser Gruppe an. Sie besteht hauptsächlich aus jungen Akademikern. Allerdings ist diese Gruppe, die als organisierte Gruppe der Partei angeschlossen ist, in einen sehr scharfen Konflikt mit einzelnen Parteigenossen geraten. Aber keiner der Genossen hat uns noch eine Levi-Gruppe genannt. Unter einer Levi-Gruppe versteht man im allgemeinen eine Gruppe, die sich gegen ihre Partei während einer Aktion verräterisch wendet. Das ist bei dieser Gruppe nie der Fall gewesen. Diese Gruppe hat sich nie gegen ihre Partei in irgendeiner Weise verräterisch gewendet. Es besteht überhaupt kein Grund, plötzlich in der norwegischen Partei eine Levi-Gruppe zu finden.

In der Diskussion auf dem Kongreß ist die *Frage der Arbeiterregierung* ziemlich in den Vordergrund gerückt worden. Diese Frage ist in der norwegischen Partei noch sehr wenig diskutiert worden, sie ist eigentlich noch gar nicht in der Parteidiskussion vorgetragen worden. Es ist uns aber klar, daß in der Partei eine Richtung besteht, die eine Politik führt, die planmäßig dahinstrebt eine Arbeiterregierung zu bilden, die sich auf die Einheitsfront stützt, — aber eine Einheitsfront nicht nur aus Arbeiterparteien, sondern auch aus bürgerlichen Gruppen. Daß wir uns dagegen wenden, geschieht nicht nur, weil wir nicht glauben, daß das eine richtige Politik ist, sondern vor allem, weil die, die diesen Weg offen gehen wollen, jene Genossen aus der Parlamentsgruppe der Partei sind, die eine ganz opportunistische Politik im Parlament durchgeführt haben. Es ist während der Debatte über die Frage der Partei und der Regierung von dem Vize-Vorsitzenden der Parlamentsgruppe unserer Partei gesagt worden: „Meine Anschauungen in Regierungsfragen habe ich schon längst dadurch ausgedrückt, daß ich mich nicht unter allen Umständen gegen eine bürgerliche Regierung stellen würde. Ich war der Meinung — mit der meine Partei aber nicht einverstanden war —, daß wir unter gewissen Umständen den verächtlichen sogenannten Ministerialsozialismus anerkennen müßten. Als ich das vor vielen Jahren aussprach, setzte ich mich in Gegensatz zu meiner Partei, und ich erwartete, daß man mich daraufhin später bei den Reichstagswahlen, eben weil ich diese Meinung hatte, nicht akzeptieren würde. Es kommt aber ganz auf die Situation an. Vielleicht tritt einmal der Fall ein und vielleicht sind wir schon in dieser Situation, daß wir nicht ohne weiteres sagen können: „Wir bekämpfen unter allen Umständen jede bürgerliche Regierung."

Aber wie gesagt, die Partei war *nicht* dieser Ansicht, sondern sie war der Meinung, daß sie jede liberal-bürgerliche Regierung bekämpfen

müsse. Das ist kein Zufall, sondern im Gegenteil ein Symptom der ganzen Politik der parlamentarischen Gruppe unserer Partei. Wenn Genossen in dieser Gruppe mehrmals auf diese Politik zurückkamen, vor allen Dingen in der Frage des Zwangsschiedsgerichts, für das die Parlamentarier der Partei eingetreten sind, so daß die Partei dieses Gesetz annehmen mußte, wenn sie wiederholt eine solche opportunistische Politik betrieben haben, da ist es zu verstehen, daß wir nicht glauben, daß wir auf diese Art eine Politik führen können, die zu einer Arbeiterregierung führt, ohne daß die Partei von dieser Gruppe parlamentarisch ganz korrumpiert wird. Man könnte noch eine ganze Reihe von Fällen anführen, die zeigen, wie diese Gruppe in ihrer ganzen Politik opportunistisch war. Sie hat z. B. darüber diskutiert, ob man ein bürgerliches Bankinstitut mit Staatsmitteln unterstützen soll, wenn es vor einer Krise steht, und sie ist dafür eingetreten, daß man in einzelnen Fällen jedenfalls ein solches bürgerliches Bankinstitut unterstützen muß. Wir haben eine Reihe weiterer Fälle, die dasselbe zeigen, vor allen Dingen — wie gesagt — den Fall des Zwangsschiedsgerichts.

Im vorletzten Briefe der Exekutive an unsere Partei wurde gesagt, daß die Stellung, die die Parlamentsgruppe in dieser Frage eingenommen hat, eine Stellung sei, die vom parlamentarischen Opportunismus beeinflußt wäre. In dem letzten Briefe aber ist gesagt worden, daß das eine sehr schwere taktische Frage sei. Wenn diese Gruppe in einer solchen Situation den Weg wählte, daß man das Zwangsschiedsgerichtsgesetz für alle Arbeiter annehmen sollte, so hat sie das nicht nur mit Rücksicht auf die Gewerkschaftsorganisationen tun müssen. Das ist also ebenfalls ein Ausdruck der opportunistischen Politik dieser Gruppe, wie sie schon längst vorher zum Ausdruck gekommen war. Sie hat das auch deshalb getan, weil sie die liberale Regierung oder — wie gesagt worden ist — den Ministersozialismus indirekt unterstützen wollte, um nicht wieder eine mehr konservative Regierung zu bekommen. Wenn man von Zeit zu Zeit sieht, daß diese Gruppe eine absolut opportunistische Politik führt, so steht man dieser Gruppe etwas mißtrauisch gegenüber, wenn sie eine Politik führt, die zur Arbeiterregierung führen soll, und wenn diese Arbeiterregierung so aussehen soll, daß sie nicht nur die Arbeiter sondern auch Gruppen der bürgerlichen Parteien umspannen soll.

Ich muß endlich ein paar Worte zu der Resolution sagen, die hier vorgeschlagen worden ist. Es ist dem Kongreß wahrscheinlich bekannt, daß die Mehrheit der Zentrale der norwegischen Partei mit dem letzten Briefe der Exekutive an die Partei nicht einverstanden ist, daß wir überhaupt in verschiedenen Fällen mit der Exekutive nicht einverstanden waren. Wenn wir diese Resolution annehmen sollen, dann müssen wir auch das billigen, was die Mehrheit der Parteizentrale, deren Vertreter wir sind, nicht annehmen will. Wir können deshalb diese Resolution nur dann annehmen, wenn sie so abgeändert wird, daß sie nur im allgemeinen die Zustimmung zur Arbeit der Exekutive zum Ausdruck bringt, nicht aber in den einzelnen Fällen; daß also diese einzelnen Fälle ausgeschaltet werden, da sie in den Kommissionen behandelt werden. Wir werden aber nicht gegen die Resolution stimmen, weil man das so auffassen könnte, daß wir im allgemeinen gegen die

Internationale sind. Das ist nicht der Fall. Wir werden deshalb, wenn die Resolution nicht abgeändert wird, uns an der Abstimmung nicht beteiligen, und zwar gilt das nur für die Vertreter der Mehrzahl der Parteizentrale, für drei Mitglieder aus der Delegation (Beifall der norwegischen Delegierten).

BUCHARIN (mit Beifall empfangen):

Verehrte Parteigenossen. Zuerst will ich folgendes bemerken: Es ist sonderbar, daß hier auf diesem internationalen kommunistischen Weltkongreß kein einziger Redner über die internationale Lage, über die Lage in allen Parteien gesprochen hat. Fast jeder Redner — ohne Ausnahme — sprach ausschließlich über die Lage in seiner eigenen Partei; sogar unsere flammende Genossin aus der Berliner Organisation, die Gen. Ruth *Fischer*, beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Sache der Berliner Organisation oder bestenfalls mit der Sache der deutschen Partei, während wir jetzt doch die Diskussion nach dem Referat des Gen. Sinowjew haben, in dem die Lage in der ganzen Internationale analysiert wurde. Nach dieser Analyse konnten wir von unseren Freunden, von den Vertretern der verschiedenen Bruderparteien, gerade eine Diskussion über diese Gesamtlage erwarten. Denn wie Sie alle wissen, haben wir noch verschiedene separate Fragen, die sich mit der Lage in den verschiedenen einzelnen Parteien beschäftigen, und wo wir uns ausführlicher über die einzelnen Fragen unterhalten können. Das bedeutet, daß wir noch zu sozialdemokratisch sind, daß wir noch nicht gewöhnt sind, die Lage *innerhalb* des ganzen internationalen Kreises zu analysieren, und ich möchte hier versuchen, die Taktik der Exekutive im Kreise der ganzen Internationale nach verschiedenen Gruppierungen, nach verschiedenen Tendenzen innerhalb der Internationale zu analysieren.

Wir sollen die Frage beantworten, ob die Exekutive der Kommunistischen Internationale richtig gehandelt hat. Diese Frage über die Richtigkeit des Handelns der Exekutive der Internationale zerfällt in zwei Hauptfragen: 1. ob die Internationale die verschiedenen Tendenzen innerhalb der Internationale richtig beurteilt hat, ob sie diese innerpolitische Taktik gut und richtig verfolgt hat, und 2. ob sie die allgemeinen taktischen *Linien* gut oder schlecht bestimmt hat. Das sind die zwei Hauptfragen, auf die wir Antwort erhalten sollen. Innerhalb der Internationale unterscheide ich verschiedene taktische Strömungen und Tendenzen. Ich möchte sie zuerst aufzählen: Erstens die *zentristischen* Tendenzen; zweitens die *halbreformistischen* Tendenzen, die aber eine „linke" Maske tragen und phraseologisch als Linke dastehen; drittens die verschiedenen Übergangsformen, die teilweise syndikalistisch, teilweise reformistisch sind oder zu derselben Zeit beide Strömungen verkörpern, und viertens die eigentlichen Linken. Unter den Linken verstehe ich solche Gruppierungen, die die sogenannten linken Fehler begehen. Dann haben wir den eigentlichen Kern der Internationale, der, wie wir hoffen, die richtige Politik verfolgt.

Die zentristischen Tendenzen sind in der ganzen Tätigkeit der Internationale am krassesten überhaupt und auch hier auf diesem Kongreß von den Vertretern zweier Parteien vertreten worden: einerseits von einem Teile der französischen Partei und andererseits von einem

Teile der norwegischen Partei, deren Vertreter (der Majorität) hier gesprochen hat.

Die französischen zentristischen Tendenzen sind das Überbleibsel der früheren sozialdemokratischen Ideologie; *sie haben auch eine weiße Maske*. Ihre Maske besteht darin, daß sie alles annehmen, was man ihnen vorlegt. Man kann ihnen 21 Bedingungen stellen; diese 21 Bedingungen werden angenommen. Man kann ihnen sehr gute Resolutionen über Parteitätigkeit vorschlagen; diese guten Resolutionen werden sofort einstimmig angenommen (Heiterkeit). Das ist immer so. Man bewilligt alles, was das sogenannte Moskauer Diktat will. Später schimpft man natürlich über das Moskauer Diktat mit der ganzen kommunistischen Energie, aber man unterschreibt alles, was gewünscht wird. Das ist nach außen zuerst ganz loyal, aber die große Gefahr besteht darin, daß das alles auf dem Papier bleibt. Nach der Annahme solcher guten Resolutionen macht man überhaupt nichts. Die Abweichungen, die taktischen Abweichungen, die materiell existieren, sind niemals formuliert worden. Es ist niemals ein Versuch gemacht worden, den abweichenden Standpunkt klar zu formulieren.

Einer der französischen Genossen hatte ganz recht — das war vielleicht einer der wenigen richtigen Punkte in seiner Rede —, wenn er sagte: wir Linken besprechen die Sachen immer, aber die Zentristen haben immer und immer wieder eine Vorsichtsmaßregel, und deswegen kann man nicht begreifen, was die Leute eigentlich wollen. Und das ist das Gefährlichste; denn wenn wir die französischen Zentristen betrachten, so werden wir ihre Taktik bestimmen als einen Kampf um die Eroberung der Macht, aber immer nur innerhalb des Rahmens ihrer Partei (Heiterkeit). Was aber das Antlitz der Partei, das zu den Massen gewendet ist, betrifft, so müssen wir sagen, daß kein Schritt getan wird, der die Arbeiterbewegung in Frankreich wirklich unterstützte. Der Kampf seitens der Gewerkschaften, das Wichtigste, was tatsächlich die Substanz des gesellschaftlichen Arbeiterlebens in Frankreich bedeutet verläuft unabhängig von der Partei. Die Partei kümmert sich darum nicht. Das kann man an der Arbeit aller Sektionen merken: in der Zentrale der französischen Partei und ihrem Zentralorgan. Das Zentralorgan ist bis jetzt noch kein kommunistisches Organ, das müssen wir unseren französischen Brüdern sagen. Die „Humanité" ist bisher kein kommunistisches Blatt, obwohl die „Humanité" sehr große Möglichkeiten hat, die Arbeiter im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Wenn die französischen Genossen sich mehr mit dem Leben der Arbeiterschaft befassen würden, so könnten wir unseren Einfluß unter den französischen Arbeitern auch wesentlich stärker geltend machen, als es bisher möglich war. Wir haben auch innerhalb dieser Tendenz der französischen Partei eine stark ausgeprägte pazifistische Strömung, die sehr stark humanitär gefärbt ist, und die nur die einzige Tugend hat, daß sie die bürgerlichen Traditionen Frankreichs verlängert.

Und dann noch ein Punkt. Innerhalb dieser Richtung haben wir auch eine antikommunistische Tendenz, d. h. eine Tendenz, die direkt gegen die internationale Disziplin der Kommunistischen Internationale gerichtet ist. Das ist eine der größten Gefahren innerhalb der Kommu-

nistischen Internationale, und gegen diese rechte Gefahr sollen wir kämpfen.

Was die norwegische Partei betrifft, so haben Sie hier ja eben einen Genossen von dem rechten Flügel gehört. Was hat er uns gesagt? Der Name der Zeitung in Norwegen, „Socialdemokraten", sei, wie jede Inschrift, nichts anderes als ein paar Buchstaben, die man aneinanderreiht (Heiterkeit). Aber warum nennen wir uns nicht Sozialdemokraten? Etwa wegen unserer Liebe zu besonderen Buchstaben? So denkt der norwegische Genosse. Wir meinen jedoch, der Name ist ein Symbol, das unsere Linie schon im vorhinein definiert. Zwei Jahre duldeten wir die sozialdemokratischen Zeitungen, und meinen Sie nicht, daß die Benennung nicht ohne Einfluß auf den Inhalt dieser Zeitungen bleibt? Wir können hier beweisen, und das werden wir tun, daß auch inhaltlich diese Zeitungen teilweise halb sozialdemokratisch sind, und in diesen Zeitungen kann man manchmal Artikel lesen, die gegen die Kommunistische Internationale direkt gehässig geschrieben sind.

Das ist absolute Wahrheit. Und wenn der Genosse hier sagt: Das ist alles eine Kleinigkeit, im Januar werden wir es — nach zweieinhalb Jahren — mit den Zeitungen wieder gutmachen, so kann auch ich Ihnen sagen, das wurde uns schon oftmals versprochen, aber nicht ausgeführt. Und wo bleibt die internationale Disziplin? Die vergißt der Genosse vollständig. Wir haben oft direkt gesagt, der Beschluß der Internationale, der Beschluß der Exekutive, die früheren Beschlüsse unserer Kongresse dulden eine solche Situation nicht und trotzdem kommt man und sagt, das sei eine Kleinigkeit. Nein, Genossen, das ist keine Kleinigkeit. Sie dürfen nicht — nach den internationalen Beschlüssen — glauben, daß das eine Kleinigkeit sei. So ist die Disziplin. Und hier haben wir wieder eine Maske; über diese Frage werde ich aber sofort in einem anderen Zusammenhang sprechen.

Einige von den zentristischen und halbzentristischen Elementen bilden eine besondere Kategorie, die deswegen spezifisch ist, weil sie immer unter der linken Maske auftritt.

Wir haben zwei programmäßige Kritiker, nämlich in der Agrarfrage und in der Nationalitätenfrage. In der Agrarfrage kritisierte unser Freund Serrati uns von links sehr scharf. Er sagte: Was für ein Marxismus ist das, wenn sie einen Teil des Grund und Bodens an die Bauern, an das Kleinbürgertum, vergeben? Das ist eine Konzession an das Kleinbürgertum. Wir sind wirklich revolutionäre orthodoxe Marxisten, wir führen gegen die kleinbürgerliche Kanaille Krieg. Das klang sehr gut. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß das nur ein Deckmantel war. Und auch Gen. Serrati wird das, hoffe ich, nicht abstreiten. Der Kern war etwas verfault.

Ebenso in der Nationalitätenfrage. In der Nationalitätenfrage hatten wir auch einen prinzipiellen Gegner, — das war Herr Levi. Er sagte: Nun ja, Nationalitätenfrage, — was für verschiedene Konzessionen macht Ihr da? Was ist übrigens von Ihrer Orthodoxie übriggeblieben? Nichts. Und dann haben wir die so prächtige Entwicklung des Gen. Levi miterlebt. Es ist ad oculos demonstriert worden, was für ein Kern in dieser Geschichte steckte. Das war bloß die Maske, die orthodoxe Tendenzen trug, um den opportunistischen Kern zu verbergen.

Unsere Menschewisten und Sozialrevolutionäre schreien auf allen Straßen, daß sie gegen die neue ökonomische Politik sind und daß sie die wirklichen Arbeiterinteressen vertreten. Das ist eine Kriegslist, und diese Kriegslist sollen wir entlarven.

Jetzt gehe ich zu verschiedenen konkreten Dingen über. Nehmen wir die französischen Genossen. Ihr taktisches Hauptmerkmal ist eine reine Passivität, indem sie keinen Streik unterstützen usw. Aber sie haben einen Deckmantel: die Gefahren der Einheitsfront. Sie sagen: warum sollen wir mit solchen Lumpen verhandeln die gar keine Sozialisten sind? Hier hatten sie auch eine Illustration von mehr linksstehenden Genossen, Gen. Duret. Gen Duret sprach vor wenigen Tagen gegen den Ausschluß von Verfeuil und Co. Er war und ist bis jetzt für die Autonomie der Gewerkschaften, und dann kommt er zu uns und bezichtigt uns des Opportunismus. Vor einigen Tagen noch war er gegen den Ausschluß von Verfeuil. Verfeuil ist eine rein bürgerliche Kanaille. Und dann kommt Gen. Duret und sagt: Was für eine opportunistische Internationale haben wir, die die Einheitsfront von uns fordert, Serrati aufnehmen will usw.? Was bedeutet das? Das bedeutet, Gen. Duret, daß wir in der Internationale auch in Ihrer Person noch die Überbleibsel des Reformismus haben, und daß Sie uns mit Ihren Phrasen betrügen wollen. (Beifall.)

Aber wir lesen auch die französischen Dokumente. Wir freuen uns sehr, daß sie auf dem Wege zur Besserung sind (Heiterkeit), aber in der Politik sind die Symptome der Besserung noch nicht alles, und man muß die Sache ein bißchen kontrollieren (Heiterkeit), wie sie weiter aussehen wird. Die praktische Probe, die verschiedenen praktischen Beweise müssen wir haben, ehe wir ihnen vollständig glauben werden. Wir wissen, wie die Leute hin und her schwanken, und wenn da ein Genosse kommt und in einer so scharfen Weise, fast mit Verachtung, über die Internationale spricht, dann sagen wir dasselbe, was schon Gen. Radek zu einem Genossen sagte: Sie sollten ein bißchen bescheidener sein, und Sie müssen uns erst noch die Beweise Ihrer eigenen, wirklich revolutionären Tätigkeit geben.

Was dann die sachlichen Argumente des Gen. Duret anbelangt, so hat es damit folgende Bewandtnis. Das erste Argument war — ich habe die wichtigsten Argumente herauskristallisiert —: Man kann mit unserer Partei nicht manövrieren, denn unsere Partei ist unfähig zu manövrieren. Das war das erste Argument gegen die Einheitsfront, und dieses Argument ist von unserem Freunde Bordiga aufgegriffen worden. Ich sage aber: das ist eine ganz unrichtige Auffassung, zuerst eine Partei bis zum letzten Mann zu bilden und dann anzufangen zu manövrieren. So macht man die Sache nicht. Bei uns fangen die Parteien an zu manövrieren, obwohl sie unvollkommen sind, und nur im Verlauf des Manövrierens kann man wirkliche Parteien bilden. Wenn Sie aber warten, bis Sie diese Partei haben werden, und in dieser abwartenden Position immer in der Hoffnung sein werden, daß Sie irgendwann einmal diese Partei bekommen werden, so bedeutet das gerade die Taktik der Passivität, die Sie immer an der französischen Partei kritisieren. Sie zeigen mit dem Finger auf ihre zentristischen Genossen und sagen: das sind passive Leute, die gar nichts tun wollen, und machen doch selbst denselben Fehler indem Sie abwarten wollen,



bis Sie die Partei haben. Nein, die Partei schafft man im Verlauf der Kämpfe, und das muß man auch in Frankreich so machen.

Dann führt Gen. Duret als weiteres Argument an: „Die sozialistischen Opportunisten wären nicht damit einverstanden, mit uns zusammen zu marschieren." Wirklich ein schlagendes Argument! So geben Sie also sofort ihre kommunistische Unschuld preis, wenn die sozialistischen Opportunisten nicht damit einverstanden sind, mit ihnen zu marschieren. Was ist das für ein Argument! Wenn sie nicht einverstanden sind, dann müssen Sie sie entlarven, gegen sie schreiben, Ihre Agitation gegen sie richten usw. Das ist Ihre Pflicht! Sie müssen das ausnutzen das ist das Material für die Ausnutzung sozialpatriotischer Sünden. Hier ist also wieder dieselbe verfluchte Passivität. Sie sind zu faul, das wollte ich Ihnen nur sagen (Beifall).

Das dritte, sehr komische Argument war das: Für Deutschland ist die Einheitsfronttaktik natürlich ganz gut. So sagen die Opportunisten immer. So sagte man während des Krieges in Deutschland: Die Revolution in Rußland, — bitte schön! die unterstützen wir, aber in Deutschland, — das ist ganz etwas anderes. Ebenso argumentieren Sie hier. In Deutschland sind die Massen organisiert, hier sind sie unorganisiert; deshalb können wir in Deutschland die Massen mit der Taktik der Einheitsfront gewinnen und hier nicht. Warum? Wo ist der Beweis oder auch nur der Schatten eines Beweises, daß das wirklich ein Argument ist? Erstens haben wir nicht nur organisierte Genossen, und hier ist eine vollständige Analogie zu Deutschland. Auch die Unorganisierten sollen zu Ihnen kommen. Und wenn Sie noch einige andere organisierte Genossen haben und dieser Akkumulationskern vergrößert wird, bekommen Sie auch die unorganisierten Schichten viel rascher. Was ist also Ihr Argument? In Deutschland nennt man das Klugscheißerei! (Heiterkeit). (*Sinowjew:* Das ist aber kein parlamentarischer Ausdruck!) Gen. Sinowjew sagt, daß das kein parlamentarischer Ausdruck sei. Ich gebe zu, es ist eine etwas frivole Sprache (Heiterkeit). Aber ich bin ja kein Parlamentarier.

Dann bitte erlauben Sie mir, Genossen, zu einer anderen Kategorie aus unserem Gesamtreiche überzugehen, nämlich zu der Kategorie, die sozusagen eine Übergangsstufe zu den Linken einerseits und zu den Reformisten andererseits darstellt, und deren typischer Vertreter der Gen. Vajtauer ist. Er sagte: ich bin ein Linker. Es besteht eine linke Opposition; ich unterscheide zwischen verschiedenen Elementen innerhalb der tschechischen linken Opposition, und jetzt wähle ich den Gen. Vajtauer als denjenigen, der also sozusagen aus allen Kräften bemüht ist, eine Ideologie aus dieser linken Opposition zu machen. Ich behaupte: man muß nicht von rechts, sondern von links kritisieren. Das, was uns Gen. Vajtauer vorträgt, hat erstens mit Kommunismus gar nichts gemein, sondern es hat viel Gemeinsames mit dem kleinbürgerlichen Proudhonismus, von A bis Z. Es gibt solche Käuze in der Arbeiterbewegung, in Deutschland z. B. einen gewissen Dr. Bernstein, der im Kampf gegen den Kapitalismus den Gebärstreik proklamierte; kein Weib sollte Kinder produzieren, denn ohne Kinder kann ja der Militarismus nicht existieren (lebhafte Heiterkeit). Jetzt kommt der Gen. Vajtauer und schlägt uns programmatisch fixierte Mittel vor, um dem Kapitalismus das Rückgrat zu brechen, und zwar als einziges

Mittel: niemand soll von jenen Kapitalisten kaufen die unbarmherzig mit der Arbeiterklasse umgehen.

Das · ist glänzend. Ich weiß nicht, was für einen Kampf Gen. Vajtauer gegen den Kapitalisten führen wird, der nicht so unbarmherzig gegenüber den Arbeitern ist. Das ist eine ganz philantropische Terminologie, als ob Gen. Vajtauer weiblichen Geschlechts wäre (Heiterkeit) und dabei auch von aristokratischer Herkunft (Heiterkeit). Aber, Genossen, die Sache ist wirklich ernst. Das ist kein Marxismus. Das ist theoretisch von A bis Z falsch. Diese theoretische These, daß der Arbeiter mehr von dem Handelskapital als von dem produktiven Kapital ausgebeutet wird, — ist himmelschreiend, so daß ich dem Gen. Vajtauer rate, in die erste Klasse einer marxistischen Vorbereitungsschule einzutreten (Heiterkeit). Dabei will ich aber keineswegs sagen, daß diese Theorie erstklassig sei · (erneute Heiterkeit). Die Sache ist die: die theoretische Basis ist grundfalsch. Die Taktik ist lächerlich, und nicht nur lächerlich, sondern opportunistisch, absolut opportunistisch. Anstatt Massenerhebung, Streiks usw. zu propagieren, gibt man eine süße Milch für die bürgerliche Welt und keineswegs für das revolutionäre Proletariat. Und dann kommt man und sagt: das ist eine sonderbare Internationale, mit der die russische Partei die Oktoberrevolution gemacht hat. Genossen, das ist nicht ernst zu nehmen. Aber es ist ernst zu nehmen, daß solche blöden Gedanken einen gewissen Anklang haben, sogar unser Freund Bordiga hat dieser ganzen Rede Vajtauers Beifall gezollt. Was soll das bedeuten? Das soll bedeuten, daß die Leute in dieser innerpolitischen Manövriertaktik in vollständig unrichtiger Weise gehandelt haben. Natürlich behaupte ich nicht daß die Genossen es in bewußter Weise tun, aber es ist absolut sekundärer Natur, ob es bewußt oder unbewußt geschieht. Die objektive Wirkung ist der ausschlaggebende Faktor.

Was den Gen. Vajtauer betrifft, kann ich das verallgemeinern.

Wie ich gehört habe, ist Vajtauer Philosoph. Aber diese Philosophie ist keine Verkörperung der reinen Vernunft, sondern die dialektische Negation dieser Vernunft (Heiterkeit). Es ist hier die Frage: hat die Exekutive hier richtig gehandelt oder nicht? Sie hat sofort begriffen, daß hier einige ehrliche Arbeiterelemente beteiligt sind. In der französischen Frage führte die Exekutive einen energischen Kampf gegen die Rechte und forderte, sie auszuschließen. Was aber das Zentrum betrifft, mahnte sie zur Geduld, bis zu einem gewissen Grade natürlich. War das richtig oder nicht? Das war richtig. In der tschechischen Frage wußten wir, daß hinter den blöden Gedanken des Gen. Vajtauer auch einige Arbeiter stehen. Was haben wir getan?

Wir haben Geduld geübt. Die tschechische Partei sollte versuchen, die Arbeiter, die hinter diesen blöden Gedanken stehen, in der Partei zu lassen. Das sollte sie versuchen, und nun sollen Sie hier entscheiden, ob das richtig war.

Ich möchte dann auch einige Worte über die sogenannten linken Fehler sagen und spreche zunächst über die Rede der Gen. Ruth Fischer. Ihr Hauptfehler bestand in der Übertreibung einiger Gefahren. In einigen Fällen war die Kritik richtig, und Gen. Radek, der keineswegs zur Linken gehört, hat zwar nicht offiziell, aber offiziös gesagt: diese Kritik ist berechtigt. Aber der Fehler beginnt dann wenn die Gen. Ruth

Fischer sagt: das ist schon Reformismus und Revisionismus in voller Blüte. Das ist eine Übertreibung. Das ist eine ganz undialektische Beurteilung ganz konkreter Situationen und Handlungen. Darin besteht ihr Fehler, und das wollen wir auch offen aussprechen. Ein zweiter wichtiger Fehler, den ich in der Rede der Gen. Ruth Fischer bemerkt habe, war folgender Satz, den ich hier notiert habe: „Die organisatorische Stärke ist ein Überbleibsel des sozialdemokratischen Geistes."

Das ist keineswegs ein Überbleibsel des sozialdemokratischen Geistes. Wir dürfen die politische Einstellung nicht dahin konstruieren, daß die Organisation für uns fast gar nichts ist, während die ganze Bourgeoisie mit ihrer Organisation sogar neue Formen findet. Der Fascismus ist nicht eine einfache Organisationsform, die die Bourgeoisie schon früher hatte, — sie ist eine neuerfundene Form, die der neuen Bewegung angepaßt ist mit dem Hineinziehen der Massen. Unter anderem: Die Bourgeoisie versteht, daß auch für sie eine Massenpartei notwendig ist, was leider sogar Bordiga nicht versteht. Es ist hier eine ganz andere Organisationsform, und wir wollen natürlich keineswegs zu propagieren wagen, daß die Organisationsform nichts sei. Nein, gerade umgekehrt. Das Entscheidende ist natürlich die Masse; sie wird entscheidend wirken, aber der Kern muß die Organisationsform haben, und das ist nicht nur das Problem einer sozialdemokratischen Partei, sondern jeder kämpfenden Partei. (Zuruf: Sehr richtig!)

Dann der dritte Punkt. Gen. Fischer sagt, daß gegen die deutsche Partei wegen der putschistischen Taktik viel gekämpft wurde und daß deswegen jetzt eine gewisse Depression besteht. Möglich! Aber im Leben kann man bekanntlich nicht jeden Punkt im voraus bestimmen und skizzieren. Und es wäre für die Partei viel schlimmer, wenn wir früher keinen energischen Kampf gegen den Putschismus geführt hätten.

Jetzt zu dem Gen. *Bordiga*. Gen. Bordiga hat uns in seinen einleitenden Worten gesagt, er nehme den Geist der Taktik der Einheitsfront an. Das ist sehr edel gesagt, sehr idealistisch, spiritualistisch ausgedrückt Aber Ihr Geist, Gen. Bordiga, ist etwas zu mager (Heiterkeit). Wir brauchen keinen so mageren Geist, sondern etwas viel Reelleres. Der Hauptfehler des Gen. Bordiga besteht darin, daß er nicht die lebendige Dialektik, sondern eine statutarische Fixierung des Unbekannten will. Also, zuerst soll man alle Eventualitäten ausrechnen, sagt Gen. Bordiga, und dann wollen wir verschiedene Vorsichtsmaßregeln ausarbeiten, um ja keinen Sündenfall zu begehen (Heiterkeit.) Da aber das Leben kompliziert ist und man nichts a priori ausrechnen kann, deshalb steckt der Gen. Bordiga in einer großen Galosche (Heiterkeit), wie man bei uns in Rußland zu sagen pflegt (d. h. in großer Verlegenheit).

Gen. Bordiga sagt weiter: Elastizität und Eklektizismus! Diese Begriffe braucht Gen. Bordiga als synonyme Begriffe. Was soll das bedeuten? Was die russische Partei als die größte Eroberung betrachtet hat, das ist für Gen. Bordiga gleichbedeutend mit Prinzipienlosigkeit, mit kleinbürgerlichem Zynismus. Das ist natürlich ein großer Fehler. Damit kann man keineswegs durch das schwere Leben gehen. Dann sagt uns Gen. Bordiga wieder in seinen Ausführungen gegen die Einheitsfronttaktik: Zuerst die Partei und dann die Aktion der Partei. Das ist derselbe Fehler, worüber ich schon gesprochen habe.

Auch die internationale Disziplin legt der Gen. Bordiga mit seinen geistigen Fähigkeiten sehr sonderbar aus. Er sagt uns: Ja, ich bin Zentralist, ich bin sogar gegen die föderative Zentrale, die aus den Vertretern der Parteien gebildet wird. Ich bin für eine absolute zentralisierte Exekutive. Dann aber kommt er mit dem Aber: wir sind keine Soldaten, und die Internationale ist keine Kaserne, man kann nicht die Gesetze der Armee mechanisch auf die Internationale übertragen; — und in Wirklichkeit fordert er eine größere nationale Autonomie der Parteien. Gen. Bordiga hat viel über dialektische Widersprüche gesprochen. Was wir hier vor uns haben, sind nicht *Widersprüche*, sondern ist *Widersinn*. Hier ist auch ein kleines Mäntelchen dabei, natürlich viel edlerer Natur. Die internationale Disziplin kann man nicht so deuten: die Internationale hat die volle Macht, aber wir sind autonom und werden so handeln, wie wir wollen.

Dann noch einige Bemerkungen: Sehen Sie sich jetzt die Lage in Italien an. Alles schreit nach Einigung der proletarischen Kräfte. In Italien ist das wichtigste Problem das Problem der organisatorischen Vereinigung mit der sozialistischen Partei. Und Gen. Bordiga kommt und sagt kein Wort über dieses wichtige Problem. Seine ganze Rede ist ein Versuch der abstraktesten bergsonianisch gefärbten Philosophie der Aktion, die keine Aktion ist Aber über konkrete Probleme kein Wort. Das ist wieder der Ausfluß dieses mageren Geistes, der in der Tat kein gesundes Instrument des proletarischen Kampfes ist. Das sind also die Überbleibsel rein dogmatischer sektiererischer Auffassungen. Die italienische Partei, die sehr Gutes geleistet hat, hat auch Fehler begangen in der Agrarfrage, in der Frage der „Arditi del popolo" usw. Alle Fehler, die die italienische Partei begangen hat, sind der Ausfluß und die logische Fortsetzung dieser Fehler, die auch in der Rede des Gen. Bordiga zum Ausdruck kommen.

Genossen, was für eine Haltung die Exekutive, unsere internationale Organisation, zu diesen Fragen auch eingenommen hat, wir haben diese linken Fehler korrigiert, und wir haben sie korrigiert nicht vom Standpunkt „rechts" oder „links", sondern vom Standpunkt der *richtigen proletarischen* Taktik. Die richtige proletarische Taktik braucht keine linke oder rechte zu sein, sie braucht nur angepaßt zu sein an die konkreten Situationen, in denen sich das Proletariat dieses oder jenes Landes befindet. Deshalb fordere ich Sie auf, die Taktik der Exekutive als Ihre eigene anzunehmen und sie weiter zu unterstützen, bis wir die reale Macht, das ganze Proletariat für uns haben. (Beifall.)

CARR (Ver. Staaten Am.): Genossinnen und Genossen, obgleich Gen. Bucharin es als einen Fehler ansieht, daß sich die Delegierten der verschiedenen Parteien bei diesem Punkt bloß mit den Angelegenheiten ihrer eigenen Parteien beschäftigten, werde ich doch denselben Fehler begehen. Vielleicht ist das das beste mindestens das bescheidenste, für eine so kleine Partei, wie die unsere, die so wenig revolutionäre Erfahrung hat, wie Gen. Sinowjew hier gesagt hat, und wie es auch die Wahrheit ist.

Vorausschicken möchte ich, daß ich das, was ich heute abend sage, im Auftrage der Delegation der Partei sage. Im Namen der Kommunistischen Partei Amerikas sage ich, daß wir mit der Taktik

der Exekutive in diesem letzten Jahr vollkommen einverstanden sind. Nicht bloß im allgemeinen, sondern auch in den konkreten Beschlüssen, die von der Exekutive bezüglich Amerikas gefaßt wurden.

Ich gehe zunächst auf die allgemeinen Fragen ein. Wir hatten vom 3. Kongreß die Losung bekommen: Hinein in die Massen! Es ist wahr, daß lange Zeit in Amerika nicht die richtige Auffassung über die Aufgaben einer kommunistischen Partei herrschte. Aber jetzt gibt es sehr wenige Genossen in Amerika — so gut ist die Propaganda unter dieser Losung gewesen —, die, wie Gen. Radek sagen würde, es für eine Tugend halten, einsam und allein unter den Sternen zu wandeln bis zu dem schönen Morgen, wo ihnen die rote Sonne der Revolution ins Antlitz scheinen wird. Jetzt versteht fast jedes Mitglied der Partei, daß es die Aufgabe der Partei ist, unter den Massen zu wirken und daß es nicht nur seine ganze Tätigkeit auf seine Parteigenossen beschränken, sondern auf die verschiedenen Organisationen der Arbeiterschaft erstrecken muß. Gegen diese Losung spricht niemand mehr in der amerikanischen Partei.

Die zweite Losung, die der Einheitsfront, war auch für Amerika eine gute Losung. Dort war aber die Situation etwas anders als in den europäischen Ländern. Ganz natürlich, denn in Amerika gibt es keine Arbeiterpartei, keine sozialistische Partei, die Massen hinter sich hat. Die gelbe sozialistische Arbeiterpartei geht dort wie eine alte Hexe im Lande umher, es kümmert sich aber niemand mehr um sie und die Massen gehören nicht zu ihr. Als diese Losung der Einheitsfront nach Amerika kam, war es natürlich, daß einige Mißverständnisse darüber in der Partei existierten. Da waren Genossen, die das gleich als einen Befehl ausdeuteten, daß wir mit den Politikern und Führern der sozialistischen Partei und anderen Organisationen ein kleines Übereinkommen treffen sollten, und das ging so weit, daß einmal sogar vorgeschlagen wurde, wenn wir auch einen Kandidaten für die Wahlen ins Feld stellten, diesen zurückzuziehen zugunsten des gelben Meyer London, den wir dann bei den Wahlen unterstützen sollten. Aber diese Ansicht herrscht jetzt nicht mehr in der Partei, und jeder versteht jetzt, daß es sich nicht um solche Sachen handelt, sondern darum, Aktionen herbeizuführen, bei denen wir gemeinsame Sache mit allen Arbeitern und Organisationen gegen die Bourgeoisie machen können.

Ich komme dann zu den konkreten Fragen. Wie Ihr wißt, haben wir in Amerika eine illegale kommunistische Partei, deren Gruppen im geheimen organisiert sind. Früher gab es zwei Parteien; die wurden im Mai 1921 zu einer Partei vereinigt. Nach dieser Vereinigung trat die Frage in den Vordergrund, wie diese Partei nun unter den Massen wirken solle. Wie sollen wir die Losung, die wir von der Internationale bekamen und deren Notwendigkeit jeder einsieht, verwirklichen?

Da sahen sehr viele, daß es nötig war, eine legale Partei zu organisieren, um besser in die Massen einzudringen und unter ihnen zu wirken. Bei dieser Frage, ob und wie eine legale Partei organisiert werden sollte, spaltete sich die Partei. Die Frage wurde hier in Moskau besprochen. Es wurden Thesen darüber verfaßt und in diesen Thesen wurde empfohlen, eine legale Partei zu organisieren. Losungen wurden aufgestellt. Es wurde auch bestimmt gesagt, daß man

nicht der Gefahr der Liquidierung nachgeben solle sondern daß man die unterirdische Partei weiter wirksam erhalten und sie kräftigen solle und daß man außerdem die legale Partei aufbauen solle als ein Instrument der Kommunistischen Partei, um besser unter den Massen zu wirken. Diese Thesen wurden nach Amerika geschickt. Sie wurden von der großen Mehrheit der Mitgliedschaft mit Freuden begrüßt. Es haben sich aber auch Stimmen dagegen erhoben, und zwar von beiden extremen Enden. Die linke Opposition, die außerhalb der Partei stand, erklärte sich gegen sie; denn sie waren ja eine Verurteilung ihrer Propaganda. Aber auch innerhalb der Partei wurden die Thesen nicht von allen mit Freuden begrüßt. Da waren Genossen, die sie für grundsätzlich falsch hielten, die sagten, daß die Thesen auf falschen Informationen basiert seien, daß die Exekutive keine richtige Information über die Lage in Amerika habe. Darum habe sie uns solche Thesen geschickt. Aber trotzdem wurden die Thesen offiziell angenommen und die Debatte über die Fragen, die in diesen Thesen aufgestellt wurden, dauerte monatelang. Das ist vielleicht die Ursache für die Bemerkung des Gen. Sinowjew, daß es in Amerika große Fraktionskämpfe gibt. Diese Kämpfe sind jetzt zu Ende. Die Fragen, die die Partei im letzten Sommer bewegt haben, sind von dem Parteitag erledigt worden, mit der sehr großen Hilfe des Vertreters der Kommunistischen Internationale, der ihm beiwohnte. Hier wird man vielleicht noch etwas darüber hören. Es ist so, als ob man noch das Donnern und Blitzen von einem Gewitter hörte, das schon vorbei ist, das sich im Abziehen befindet. Der wirkliche Sturm über die Fragen ist vorbei, und die Thesen, die uns von der Internationale über die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Amerikas geschickt wurden die Thesen, die sich mit der Frage der legalen und illegalen Partei beschäftigten, sind jetzt von der überwiegenden Mehrzahl, ich möchte behaupten, von mindestens $^{9}/_{10}$ der Mitglieder der Partei, als richtige Thesen, die den Umständen in Amerika entsprechen und die eine richtige Linie der Arbeit in Amerika geben, angenommen worden.

Die Exekutive der Internationale hat im letzten Winter der Partei anbefohlen, sich wieder zu vereinigen. Die Genossen von der linken Opposition, die hier waren, um zu erreichen, daß sie als Kommunistische Partei Amerikas anerkannt würden bekamen die Weisung, wieder in die Partei einzutreten, und die Partei selbst bekam die Weisung, sie wieder aufzunehmen. Die Einheit der Partei in Amerika wurde von der Exekutive befohlen. Auch in dieser Sache hat die Exekutive richtig gehandelt. Das ist heute die Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Partei.

Aber auch gegen diese Direktive haben sich gewisse Stimmen von beiden Oppositionen erhoben. Die Linken, die die Partei gespalten hatten, wollten nicht zurück und viele der „rechten" Führer der Partei wollten sie nicht zurück haben. Offiziell haben diese gesagt: Ja wir werden sie wieder aufnehmen. Aber in der Tat wurden die Zurückkehrenden nicht mit der Begeisterung begrüßt, die man erwarten konnte. Auch über diese Frage entbrannte ein großer Streit zwischen denjenigen, die wirklich die Einheit der ganzen kommunistischen Bewegung in Amerika wollten, die wollten, daß alle, die das Recht haben sich Kommunisten zu nennen, in einer Partei sein sollten,



und denjenigen, die glaubten der Partei besser dienen zu können, wenn alle diese linken Elemente sich außerhalb der Partei befänden. Nach monatelangem Streit ist der Befehl der Exekutive endlich durchgesetzt worden: im letzten Monat haben sich die zwei Fraktionen wieder vereinigt; und zwar ohne Bedingungen und mit der Mitarbeit des Vertreters der Kommunistischen Internationale, der damals in Amerika war. Auch in dieser Sache sagt die amerikanische Partei heute, daß die Exekutive der Internationale richtig gehandelt hat.

Nun muß ich noch auf ein oder zwei Punkte hinweisen, die sich in dem Referat des Gen. Sinowjew befinden.

Gen. Sinowjew sagt, wir haben eine sehr kleine Partei. Das ist wahr. Er sagt auch, es gebe in Amerika eine große linke Bewegung unter den Arbeitern, und es scheint, als ob er nicht ganz sicher sei, ob wir in Amerika die richtigen Wege gehen. Die linke Arbeiterbewegung ist zum großen Teil heute die Arbeit unserer Partei. Unsere Parteigenossen wirken in den Zellen der Gewerkschaften, und einige große Gewerkschaftsführer, die hier in Moskau gewesen sind, sind hierher getrieben worden durch die Arbeit der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften. Es ist also nicht ganz richtig, wenn man diese so trennen und sagen will, hier sitzt die Partei, sie ist klein, und da ist eine große linke Gewerkschaftsbewegung. Das ist nicht richtig. Die Partei wirkt in den Gewerkschaften noch nicht so klug, wie wir es möchten, aber doch lernen wir von Tag zu Tag, sie besser zu beeinflussen, die ganze linke Arbeiterbewegung gegen die rechten Gompersleute zu organisieren und allmählich die Arbeiterbewegung zu revolutionieren.

Nun, Genossen, heute haben wir in Amerika zum ersten Male, zum großen Teil dank der richtigen Linien, die in diesem Jahre von der Exekutive der Internationale empfohlen wurden, eine wirklich vereinigte Partei, in der die große Mehrzahl aller Mitglieder einig ist über die Fragen, die vor der Partei stehen. Wir sagen, daß diese Partei die Arbeit der Exekutive der Internationale gutheißt und daß die Partei hofft und glaubt, daß die Arbeit im nächsten Jahre in derselben Linie fortgesetzt wird.

FAURE (Frankreich): Genossen, im Sinne der sehr richtigen Entscheidung der Exekutive, die besagt, daß die Fragen, die die Konflikte innerhalb der nationalen Sektionen betreffen, in den dafür bestimmten Kommissionen verhandelt werden sollen, muß ich erklären, daß ich jetzt weniger als Redner einer Tendenz das Wort ergreife, sondern daß ich vor allem die Gelegenheit benutze, in der Diskussion über den Bericht unseres Gen. Sinowjew als Wortführer der Kommunistischen Partei Frankreichs aufzutreten.

Über den Bericht unseres Gen. Sinowjew besteht in den großen Linien vollkommene Übereinstimmung. Es ist eine Tatsache, daß in allen wichtigsten Ländern der Welt die Lage der Arbeiterklasse, nachdem sie eine Periode großer Wirren und heftiger Krisen durchgemacht hat, gegenwärtig etwas besser zu sein scheint, und man kann sagen, daß dies auch für unser Land zutrifft.

Wie ist die Lage unseres Landes? Ich weiß sehr wohl, daß Gen. Bucharin soeben gesagt hat, daß die meisten Redner, die hier ge-



sprochen haben, nur über ihr Land berichtet haben. Aber aus der Gesamtheit aller dieser Ausführungen, die die aufeinanderfolgenden Redner über ihre Länder machten, kann man eine Synthese machen und man kann sich eine begründete und richtige Ansicht über die internationale Lage bilden. Ich sehe nicht ein, wie ich persönlich Information über die Nachbarsektionen geben könnte, da doch diejenigen, die diesen Sektionen angehören, mir dazu qualifizierter erscheinen.

Ich werde versuchen, nach Maßgabe der Möglichkeit Ihnen einiges über die Lage meines Landes mitzuteilen. Es handelt sich selbstverständlich um die Lage der Arbeiterklasse.

Ich sagte, daß diese Lage etwas besser geworden zu sein scheint. Ich sage: „scheint", weil die Besserung in Wirklichkeit, insofern sie zutage getreten ist, nur darin bestand, daß die Arbeitslosigkeit sozusagen verschwand. Gewiß gibt es in Frankreich noch Arbeitslose. Aber nach der schrecklichen Krise, die wir vor ungefähr 2 Jahren durchgemacht haben, können wir nunmehr sagen, daß diese Krise vorüber ist. Gegenwärtig dürfen wir behaupten, daß es in unserem Lande nur eine verschwindend kleine Zahl von Arbeitslosen gibt. Diese Krise hat Hunderttausende von Arbeitern betroffen. Bei dieser Gelegenheit haben wir uns Rechenschaft darüber ablegen können, daß die kommunistische Tätigkeit auf dem Gebiete der Propaganda der Aktion und der Organisation zum mindesten für Frankreich von Nutzen gewesen war.

Dieses ist in der Tat das Land, wo ehemals die Arbeiter, die arbeitslos waren, die für immer berühmt gewordene Parole herausgegeben haben: Arbeitend leben oder kämpfend sterben.

Bei Gelegenheit dieser Arbeitslosenkrise haben wir auch erkennen können, daß die Bourgeoisie sehr wohl gefühlt hat, daß für ihre Privilegien eine Gefahr entstehen könnte, wenn die Arbeitslosigkeit nicht bloß weiterbestehen, sondern sich noch verschlimmern würde.

Persönlich habe ich im Arbeiterzentrum, in dem ich für unsere Partei tätig bin, eine aktive Propaganda entwickelt, um den Arbeitern über die wahren Ursachen, aus denen diese Arbeitslosigkeit entstanden ist, die Augen zu öffnen.

Welches ist die Propaganda, die wir zu entfalten haben würden, wenn eine neue Arbeitslosen-Krise ausbrechen wird? Wir werden den Arbeitern Frankreichs sagen: „„Eure Beherrscher haben euch während des ganzen Krieges gesagt, daß ihr das Land des Sieges seid. Sagten sie euch nicht: ihr müßt unbedingt diesen Sieg erringen, denn wenn euer Land eine Niederlage erleidet, dann bedeutet dies für die Arbeiter in der Nachkriegsperiode das Elend. Sie fügten hinzu: wenn es im Gegenteil Sieger bleibt wenn ihr durchhaltet, dann wird es eine Periode des Aufblühens und der intensivsten Arbeit geben. Frankreich würde ein wahres Schlaraffenland werden.

Hier aber die Wirklichkeit:

Ihr habt den Sieg errungen, ihr habt durchgehalten. Das Ergebnis? 1 500 000 Tote, 800 000 Krüppel, für euch Elend und Arbeitslosigkeit.

Ihr seht also, Genossen, in welcher Weise wir unsere Propaganda entfalten können. Infolge des Krieges war keine Nachfrage nach Arbeitern. Es gab wohl 1 500 000 Tote, und doch gab es keine Arbeit für die Überlebenden. Das war ein klarer Beweis für die Unordnung des kapitalistischen Regimes. Das war ein Beweis, der sich allen Arbeitern auf-

10*



drängte, in deren Geist unsere Propaganda so schwer eindringt, wenn wir nicht konkrete Tatsachen, wie diese hier, zur Hand haben.

Wir haben insbesondere diese Frage hervorgehoben, und ich kann sagen, daß unsere Propaganda Früchte gezeitigt hat.

Wir befinden uns auch gegenwärtig in einer Teuerungs- und Arbeitslohnkrise; man kann behaupten, daß in unserem Land die Löhne sehr stark herabgesetzt worden sind. So hat man in der Gewerkschaft der Bergleute die Löhne um ungefähr 3 Franc pro Tag herabgesetzt, und man denkt daran, noch weitere Verminderungen vorzunehmen. Der Koeffizient der Lebenshaltung wird, sozusagen offiziellerweise, mit ungefähr 350 % der Vorkriegslebenshaltung angegeben, als das Gehalt noch ungefähr 6 Francs täglich betrug; folglich müßte man heute, um einen normalen Lohn zu erhalten, 18 bis 20 Francs täglich verdienen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß das Durchschnittsgehalt des Arbeiters, wenigstens in der Gegend, in der ich mich betätige, ungefähr 12 Francs täglich ist.

Daraus ergibt sich zwar nicht ein Elendszustand, der mit dem der Arbeiter in Deutschland, in Österreich oder in Italien zu vergleichen wäre, aber immerhin ein Zustand, der sich dem des Elends nähert. Wenn die Offensive des Kapitalismus fortgesetzt wird und wenn eine neue Lohnverminderung die Folge sein wird, dann wird das Leben für die Arbeiter immer schwieriger werden und folglich wird das Gebiet für unsere Propaganda bedeutend günstiger werden.

Diese Lohnverminderung wird noch durch die teure Lebenshaltung verschärft. Die Straflosigkeit, die den Schiebern und Wucherern zugesichert wird, und andererseits der Lohnabbau im ganzen Lande, machen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer schwieriger und unsere Propaganda zeitigt folglich bessere Ergebnisse.

Auch die Wohnungsnot drückt schwer auf die Arbeitermassen. Die Mietzinse steigen immer höher, gebaut wird aber nicht. Während man z. B in Deutschland 170 000 Häuser gebaut hat, während England ungefähr 10 Milliarden für den Bau von billigen Wohnhäusern verwendet, hat das siegreiche Frankreich für diesen Zweck nur 300 Millionen ausgegeben. Aber wir sind in einer Republik und es genügt uns das Wort zu haben ohne die Sache selbst zu erhalten; der Staat greift nicht ein um die Arbeiterklasse zu beschützen.

Alle diese Erwägungen zwingen uns zu sagen, daß wir für die nächste Zukunft der französischen Arbeiterklasse das unglückliche und elende Schicksal der gesamten Arbeiterklasse Europas und der Welt voraussagen können.

Diese Situation wird noch durch eine Finanzkrise verschärft, auf die auch Gen. Sinowjew in seinem Bericht hingewiesen hat, eine Krise, die uns dazu bringen wird — wie dies Gen. Cachin in einem klaren Artikel in der „Humanité" sehr gut zum Ausdruck gebracht hat, als er die Ansicht des Herrn Bokanowski, eines verdienstvollen Finanzmannes der französischen Kammer, darlegte —, daß wir im Jahre 1929 eine Schuld von 430 Milliarden haben werden und daß der gesamte gegenwärtige Staatshaushalt, selbst wenn Deutschland zahlen würde, nicht imstande wäre, allen Anforderungen der Administration, der öffentlichen Schuld und der Verzinsung gerecht zu werden.

Sie sehen also, wohin wir steuern, sogar wenn Deutschland bezahlt. Nun kann man wohl sagen, daß in Frankreich niemand an dieses Wunder glaubt, niemand kann daran glauben, die Steine zum Blüten zu bringen; wir erinnern uns an das Sprichwort: Wo nichts ist, hat sogar der Kaiser sein Recht verloren.

Als kürzlich der Satz: Deutschland wird zahlen! in der französischen Kammer ausgesprochen wurde, brächen alle Abgeordneten in ein Gelächter aus; niemand mehr will dieses Wort aussprechen, so klar ist es für jedermann, daß Deutschland niemals zahlen kann.

Niemand will zahlen. Die französische Bourgeoisie ebensowenig wie die anderen. Die Bourgeoisie rechnet auf das französische Proletariat, wodurch sich auch die Offensive des Kapitals erklärt, und dasselbe ist der Fall in allen Ländern der Welt. Direkte Offensive gegen die Löhne, gegen die Arbeitszeit, Steuern auf die Löhne, auf die Umsatzziffer, schwere Lasten, die immer mehr und mehr auf die werktätigen Massen drücken.

Wir können folglich behaupten, ohne zu befürchten, daß wir einen Irrtum begehen, daß man die Lage unseres Landes als eine revolutionäre Lage betrachten kann, die sich immer revolutionärer gestalten wird. Die Punkte der Internationale, die die Einheit der revolutionären Front und die Einheitsfront betreffen, kommen somit für unser Land im richtigen Moment; wir müssen alle Möglichkeiten, die sich in der Zukunft bieten können, ins Auge fassen. Man hat sehr viel Schlechtes über die Haltung der französischen Partei gesagt. Ich bin darum nicht böse, nicht einmal denjenigen, die schärfste Kritik geübt haben. Das beweist, meines Erachtens, daß, wenn man uns so scharf kritisiert, man auf uns auch sehr rechnet, und man tut gut daran, auf uns zu rechnen.

Immerhin darf man nicht vergessen, daß, wenn wir in Frankreich das zweifelhafte Glück haben, vom Bloc National und von der Sippschaft des Herrn Poincaré regiert zu werden, die sich auf eine starke Armee stützen, wenn Frankreich, wie gesagt wird, der tolle Hund der Reaktion geworden ist, der jede Möglichkeit einer Revolution in der Welt und zu allererst in Deutschland bedroht, wenn es wahr ist, daß Frankreich der Urheber jenes Planes war, den Poincaré den Stacheldrahtverhau um Rußland nannte, — dies nicht unsere Schuld ist. Man soll nicht glauben, daß unsere Armee sich damit begnügt, Deutschland zu bedrohen, auch auf uns lastet sie, und ich bitte Euch, das nicht zu vergessen.

Das soll nicht bedeuten, daß wir nicht den notwendigen Mut aufbringen werden, unsere Pflichten zu erfüllen. Aber wenn wir die Situation, die morgen eintreten kann, betrachten, wenn wir die Anstrengung der Bourgeoisie, die sich der Gefahren bewußt ist, die ihre Interessen bedrohen, ins Auge fassen, dann haben wir das Recht, von der Internationale zu verlangen, daß sie Vertrauen zu uns habe und die großen Schwierigkeiten richtig einschätze. Wir verlangen ebenfalls, daß sie unsere Anstrengungen anerkennt, die wir gemacht haben, um in weitestgehendem Maße die gefaßten Resolutionen durchzuführen und auf diesem Wege fortzufahren, damit wir in der nächsten Zukunft zu einer der besten Parteien der Kommunistischen Internationale werden.



Übrigens ist das für uns nicht nur eine Pflicht des Gehorsams, sondern auch ein Instinkt der Selbsterhaltung. Nehmen wir an, daß es keine russische Revolution, keine Kommunistische Internationale gegeben hätte, sondern nur diesen imperialistischen Krieg, um dessen Liquidierung es sich heute handelt. Glaubt Ihr, daß wir nicht selbst die Notwendigkeit empfunden hätten, über die zu führende Aktion nachzudenken? Es hätte hierzu genügt, die Tätigkeit unserer Bourgeoisie uns gegenüber zu betrachten. Man hat vom Fascismus gesprochen, von ähnlichen in Deutschland bestehenden Organisationen, aber auch wir bei uns sind davon nicht verschont. In dem Frankreich des Bloc National organisiert sich die Bourgeoisie. Sie hat die sogenannte „Bürgerwehr der Freiwilligen für die Ordnung" geschaffen. Die Organisation dieser Freiwilligen steht unter dem Schutze der Regierungspräsidenten. Alle diese Freiwilligen, die bei den Streiks im Jahre 1920 zum ersten Male eine Rolle spielten, als sie auf den Lokomotiven die Lokomotivführer und auf den Automobilen die Chauffeure ersetzten und somit ihre erbärmliche kapitalistische Mission mit einer Streikbrecherarbeit begannen, sind, wie aus offiziellen Dokumenten hervorgeht, aufs modernste ausgerüstet und haben, damit sie über ihre Aufgabe nicht im Zweifel sind, je 8 Pakete Patronen erhalten.

Das steht uns für den morgigen Tag bevor. Es wird gegenwärtig auch eine ganze Organisation leichter Gendarmerie geschaffen. Allein für die Gegend von St. Etienne sind 200 Gendarmen vorgesehen und man weiß, was das in einem solchen Arbeitszentrum bedeuten will. Die Bourgeoisie hat nicht nur diese verschiedenen Maßregeln ergriffen, sondern sie hegt gegenwärtig auch den Plan, die städtische Polizei zu nationalisieren.

Es kann also kein Zweifel bestehen, daß die Bourgeoisie weiß, was ihrer morgen harrt. Indem sie alle möglichen Vorsichtsmaßregeln ergreift, glaubt sie, daß die Arbeiterklasse, wenn sie diese Vorbereitungen der Bourgeoisie sieht, nicht zu dem Mittel greifen wird, das ihr der Instinkt der Selbsterhaltung diktieren wird.

In Frankreich verteidigen die Kapitalisten mit vereinter Kraft ihre Geldschränke.

Diese einfache Übersicht über die Lage beweist, daß die Arbeiterklasse unseres Landes von selbst daran denkt, die Einheitsfront aller revolutionären Elemente zu schaffen. Wir glauben, daß es notwendig ist, schnellstens diese Einigung zwischen allen proletarischen Kämpfern, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen herbeizuführen, um der Konterrevolution der Bourgeoisie Widerstand leisten zu können.

Die erste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist die Einheit der revolutionären Front. Gelingt uns das nicht, dann werden wir unfähig sein, uns zu verteidigen, denn wenn das Haus erst brennt, wird es zu spät sein, sich zu einigen. Warum sollte es hier auch das geringste Zögern geben?

Darf man fortfahren, große Reden über den mehr oder weniger revolutionären Wert dieser oder jener Organisation zu halten?

Man fand in Frankreich nicht die Zeit dazu, sich z. B. an den Gedanken der organischen Verbindung zu gewöhnen. Aber in Le Havre ist diese organische Verbindung geschaffen worden. Kommunisten und Syndikalisten haben in den Gefängnissen der französischen Republik

die Annehmlichkeiten der organischen Verbindung kennengelernt. Es ist besser, dieselbe zur Verteidigung zu verwirklichen als die Härten unserer Regierung zu erdulden. Dieses Argument ist uns übrigens schon durch frühere Tatsachen in der Geschichte geliefert worden.

Wir brauchen nur an die blutige Erfahrung der Kommune zu denken, um uns keiner Illusion über die Haltung der Bourgeoisie hinzugeben; ihre Gendarmen, ihre Bürgerwehr, die Armee zeigen uns, daß wir uns vorbereiten müssen.

Deshalb glauben wir, daß in unserer französischen Partei bald vollständige Einigkeit darüber herrschen wird, daß die Einheitsfront aller revolutionären Elemente geschaffen werden muß.

Wenn wir die Einheitsfront geschaffen haben werden, werden wir natürlich besser zu den Massen gehen und ihnen erklären können, daß die Arbeiter sich zur Verteidigung ihrer Interessen vereinigen. Das wird für uns vorteilhaft sein, denn wir werden die Möglichkeit haben, eine klare Stellung einzunehmen und die reformistischen Führer zwingen, zu zeigen, was sie denken.

Das ist, in flüchtigen Zügen gezeichnet, unsere Haltung. Es ist die Haltung der Internationale, sowohl was die Beziehung der Partei zu den Gewerkschaften als auch was die Einheitsfront aller Arbeiter betrifft.

Es war notwendig, diese Erklärung abzugeben. Ich wiederhole, daß ich es vorgezogen habe, nicht den Bitten nachzugeben, die mich veranlassen wollten, die auf dieser Tribüne gegen die französische Partei vorgebrachten Angriffe zurückzuweisen. Aber ich muß sagen, daß ich sie bedaure. Es schien mir, daß man in den Beschlüssen, die uns mitgeteilt worden waren, die Frage der Konflikte für die kompetenten Kommissionen vorbehalten hatte. Es war nicht zu verhüten, daß über diese Frage von der Tribüne gesprochen wurde, aber wir verlangen jedenfalls, daß man, unbeschadet der allgemeinen Lösung, die aus der französischen Kommission hervorgehen wird, allen unseren Anstrengungen Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wir hoffen, daß man dieser von uns abgegebenen formalen Erklärung Rechnung tragen wird. Wir wollen treue Soldaten der Kommunistischen Internationale bleiben. Ich sehe unseren Gen. Souvarine lächeln und ich weiß nicht ob diese Erklärung ihm die Veranlassung dazu gibt. (*Ricux:* Nein, es ist nur Deine Rede.) Es ist die Rede? Nun, dann erlaubt mir zu sagen, daß Ihr eine komische Haltung einnehmt.

Es gibt Genossen, die sich ganz einer Idee hingeben und die behaupten, daß unsere Partei noch zu sehr vom sozialdemokratischen Geiste durchdrungen ist. Es gibt andere, die verzweifelte Anstrengungen machen, um alle diejenigen Elemente, die fähig sind zu uns zu kommen, zu uns zu bringen. Und wenn nun Genossen, die seit langem die Wahrheit begriffen haben — und auch wenn sie sie nicht seit langem begriffen haben, so ist es um so verdienstvoller ihrerseits, daß sie es schließlich doch tun —, auf die Tribüne eines Kongresses kommen, um ihre tiefe Überzeugung, ob alt oder neu, auszudrücken, dann wird gelächelt. Der Genosse sagt: „Deine Rede bringt mich zum Lachen!" (*Rieux* (Frankreich): Das ist eine Rede für eine öffentliche Versammlung, aber nicht für einen Kongreß der Internationale.) Das ist vielleicht Deine Ansicht, denn Du hättest vorgezogen, daß man die



Klatschereien des Kongresses von Paris herbringe. Ich habe es vorgezogen, die Internationale über das, was in meinem Lande vorgeht, zu unterrichten. Ihr beweist nicht, daß Ihr aufrichtig den Wunsch habt, Euch neue Elemente zuzuführen, wenn Ihr eine solche Haltung einnehmt.

Ihr behauptet, die moralische Unterstützung der Internationale zu besitzen. Erlaubt mir Euch zu sagen, daß man meinen könnte, Ihr verteidigt eine Fabrikmarke. Ich habe mich solcher Worte enthalten wollen, doch Eure Haltung machte dies unmöglich. Aber unser Entschluß wird dadurch nicht im geringsten geändert.

Ich gehöre zu denjenigen, — und Ihr werdet vielleicht wieder lachen —, die von ihrer frühesten Jugend, vom 25. Lebensjahr an, auf dem Posten stehen. Ich habe niemals meine Organisation verlassen, ich habe niemals meine Partei gewechselt, ich bin zur Kommunistischen Internationale gekommen, ich werde dort bleiben. Wenn ich dorthin gekommen bin, dann geschah es, um das zu bleiben, was ich stets in der Vergangenheit gewesen war. Seid überzeugt, daß trotz der kleinlichen Verleumdungen, die Ihr hier über unseren sozialdemokratischen Geist verbreitet, uns immer noch genügend Jugend und Willen bleiben, um unsere Aktion im Sinne der Ergebnisse dieses Kongresses fortzusetzen.

Ihr gebt Euch in Frankreich als die Vertreter der russischen Revolution aus, und das verleiht Euch den Heiligenschein eines Heldentums der Euch gut steht. Aber ich achte die Kämpfe der russischen Revolution und mit Recht behaupte ich, daß Euch die Löwenhaut sehr schlecht kleidet. Ihr habt nicht das Recht, den Schauplatz unserer Arbeit als erobertes Gebiet zu betrachten. Wir betrachten ihn als einen Platz der Gefahr und des Kampfes.

Wir wissen in Frankreich sehr wohl, bis zu welchem Punkt wir getrieben werden können, wir kennen das Spiel, das wir spielen werden, und Ihr wißt das genau so gut wie wir. Wenn Genossen mit voller Überzeugung zu Euch sprechen und wenn sie durch ihre ganze Aktion und Tätigkeit Euch zumindest die Achtung einflößen müßten, die Genossen einander schulden, dann solltet Ihr nicht lachen. Lachen bedeutet nichts, und es wäre richtiger, hier Resolutionen und vernünftige Gründe vorzubringen. Um diesen Zwischenfall zu beendigen — ich bedaure sehr, ihn verlängert zu haben —, betone ich noch einmal unseren festen Willen, der Kommunistischen Internationale treu zu bleiben.

Unser Landeskongreß hat dies durch unsere ganze Tätigkeit in der Vergangenheit bewiesen und auch unsere zukünftige Tätigkeit wird es noch beweisen. Wir werden sehen, wer mit Recht wird behaupten können, eine reine Zelle zu sein. Wir verlangen keine Prämien. Es genügt uns, unsere Pflicht vollkommen erfüllt zu haben. (Beifall des franz. Zentrums.)

Schluß der Sitzung 11,45 abends.

SECHSTE SITZUNG

SONNTAG, DEN 12. NOVEMBER 1922.

Fortsetzung der Diskussion zum Bericht des EK. der KI.

Redner: Rosmer, Radek, Peluso, Ravesteyn, Landler, Acevedo, Domski, Kolarow, Seiden, Bucharin, Katayama, Rakosi.

Eröffnung: 12,30 mittags.

Vorsitz: *Kolarow*, später *Marchlewski*.

VORSITZENDER: Auf der Rednerliste sind noch ungefähr 20 Genossen vermerkt. Ich glaube, das genügt, die Liste müßte abgeschlossen werden. Keine Einwendungen? Die Liste ist abgeschlossen.

Das Präsidium stellt den Antrag, eine Kommission zur Abfassung einer Resolution über den Bericht des Exekutivkomitees einzusetzen. Die verschiedenen Delegationen haben in diese Kommission folgende Genossen entsandt: Bordiga, Ruth Fischer, Renaud Jean, Roy, Welti, Grepp, Stern, Penelon, Acevedo, Ravesteyn, Michalkowski.

BORDIGA: Wird sich diese Kommission mit beiden Teilen der Rede Sinowjews beschäftigen?

VORSITZENDER: Nein, es ist bloß vom Bericht die Rede.

SCHÜLLER: Wir schlagen als Vertreter der Jugend den Genossen Wujowitsch vor.

VORSITZENDER: Niemand dagegen? Angenommen.

Die Kommission wird ersucht, sofort zusammenzutreten, damit sie die Resolution bis zum Schluß der Debatte fertigstellen kann.

ROSMER (Frankreich): Es ist gar nicht meine Absicht, anläßlich des Berichtes des Exekutivkomitees mit einem Genossen von der französischen Delegation zu polemisieren. Wir werden hierzu bei der Diskussion über die französische Frage reichlich genug Gelegenheit haben, um nicht schon jetzt damit beginnen zu müssen.

Gen. Faure hat jedoch gestern abend zum Schluß seiner Rede eine Erklärung abgegeben, die ich für so wichtig und ernst erachte, daß ich mir gestatte, sie jetzt gleich einer Prüfung zu unterziehen.

Am Schluß seiner Rede gab Gen. Faure seinem lebhaften Bedauern Ausdruck über die Angriffe, die verschiedene Redner gegen die französische Partei gerichtet haben. Es ist dies eine sehr ernste Erklärung, weil sie nicht nur die Ansicht des Gen. Faure ausdrückt.



Wir wissen sehr wohl, daß diese Ansicht in Frankreich, selbst unter den Genossen, die für die Parteileitung verantwortlich sind, ziemlich verbreitet ist und daß alle Interventionen von kommunistischen Parteimitgliedern oder Vertretern der Kommunistischen Internationale beständig als unzulässige und unerträgliche Eingriffe in das Leben der französischen Partei betrachtet werden.

Diese durchaus irrige und gefährliche Auffassung von der Kommunistischen Internationale ist der Quell aller Schwierigkeiten, die sich im Verlaufe der letzten 15 Monate zwischen der Kommunistischen Internationale und ihrer französischen Sektion so häufig ergeben haben.

Wir sind hier Kommunisten unter uns, wir erörtern und untersuchen die internationale Lage. Die besonderen Probleme, die sich für die französischen Genossen ergeben haben, interessieren nicht bloß die französischen Genossen, sondern auch die Genossen aus den übrigen Ländern um so mehr, als Frankreich seit dem imperialistischen Krieg eine äußerst wichtige Stellung einnimmt. Die französische Armee bildete überall das Werkzeug der Gegenrevolution und unsere Genossen von den übrigen Parteien haben das gute Recht, hier an der Aktion der französischen Partei die Kritik zu üben, die sie für notwendig erachten.

Gen. Meyer hat zum Beispiel recht, wenn er sagt, das Verhalten der Kommunistischen Partei Frankreichs habe die Aktion der Kommunistischen Partei Deutschlands stark behindert. Wir wissen, daß das wahr ist. Wir können über die Ansicht unseres deutschen Genossen streiten, wir wissen jedoch, daß er recht hat. Wir wissen, daß die Kommunistische Partei Frankreichs in der Aktion, die zur Unterstützung unserer deutschen Genossen in ihrem täglichen Kampf erforderlich war, ihre Pflicht nicht erfüllt hat.

Unser Gen. Meyer fügt hinzu: Unlängst fand in Köln eine Konferenz statt, in der sich die Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Deutschlands versammelten. Diese Konferenz faßte Beschlüsse, diese Beschlüsse konnten jedoch infolge der in der Kommunistischen Partei Frankreichs entstandenen inneren Zwistigkeiten nicht durchgeführt werden.

Und als Schlußfolgerung sagt er: Wir bestehen darauf, daß die französische Frage hier definitiv liquidiert werde.

Ich meinerseits bin der Ansicht, daß dies eine durchaus berechtigte Forderung ist.

Wenn es noch notwendig wäre, andere Beispiele anzuführen, in denen ausländische Genossen das Recht hätten, an der Aktion der französischen Revolutionäre Kritik zu üben, möchte ich noch eine besonders ernste Tatsache anführen: den zwischen den Vertretern der französischen, italienischen und englischen Organisationen für den 21. Juli 1920 vereinbarten Generalstreik. (*Renaud Jean:* Die Kommunistische Partei existierte damals noch nicht!) Ihr wißt, was sich damals ereignet hat. Die französische CGT. war damals eine Verpflichtung eingegangen; sie hatte versprochen, die Parole des Generalstreiks auszugeben, und doch wurde im letzten Augenblick ein neuer Beschluß gefaßt, in dem es hieß, daß unter den schwierigen Verhältnissen, in denen sich die französische CGT. befände, und angesichts der Drohungen der Regierung sie nicht in der Lage wäre, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten und an der angekündigten Streikbewegung teilzunehmen.

Die Folgen sahen wir sofort.

Gleich nach dem Scheitern dieser Kundgebung fühlte sich die französische Bourgeoisie sicher genug, um in brutalster Weise den Kampf gegen die ungarische Sowjetrepublik aufzunehmen, die französischen Heere gegen sie aufmarschieren zu lassen und das Sowjetsystem in Ungarn zu zertrümmern.

Gen. Renaud Jean sagt, die Kommunistische Partei habe damals noch nicht existiert. Das stimmt. Die Kommunistische Partei Frankreichs hat bereits genug Passiven, um ihnen nicht mehr hinzuzufügen. Ich stelle mich jedoch nicht auf den engen Standpunkt der Kommunistischen Partei Frankreichs. Ich betrachte die französische Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit.

Ich betone, daß die ausländischen Genossen vollkommen im Rechte sind, wenn sie von uns in einem Kongreß, wie der gegenwärtige, Aufklärungen verlangen und uns fragen: Tut Ihr auch alles, um Euch vorzubereiten? Befestigt Ihr Eure Organisation, um eine Kommunistische Partei zu schaffen, die imstande ist, die Aufgabe, die ihr unter den jetzigen Verhältnissen zufällt, zu bewältigen? (*Dormoy:* Ganz unsere Ansicht!) Die gestern abend gesprochenen Worte des Gen. Ferdinand Faure waren nicht gerade geeignet, in unseren ausländischen Genossen den Glauben zu erwecken, daß dies die einmütige Ansicht der französischen Delegation wäre. Wenn ich auf diese Erklärung des Gen. Faure über diesen besonderen Punkt zurückkomme, geschieht dies auch deshalb, weil ich der Meinung bin, daß in der Kommunistischen Partei ein vollkommen unzulässiger nationalistischer Geist herrscht und daß wir diesen ausmerzen müssen. Gen. Dormoy weiß, daß es französische Genossen gibt, darunter auch einflußreiche Mitglieder der Partei, die es unzulässig finden, daß ein ausländischer Genosse die Politik der französischen Partei beurteilt und kritisiert. Wenn aus Italien, aus Deutschland oder aus Rußland ein Genosse zu uns kommt, so ist das für uns kein Ausländer, sondern ein Kommunist. Gen. Dormoy weiß aber, daß ein solcher Genosse für die Mitglieder der französischen Partei vor allem nicht Kommunist, sondern Ausländer ist, der kommt, um sich in Angelegenheiten einzumischen die ihn gar nichts angehen

Ich möchte jetzt zu jenen Punkten übergehen, die sich auf den Bericht des Genossen Sinowjew beziehen, und die Frage der Einheitsfront und des Artikels 9 der Statuten, sowie die Krise der französischen Partei und das Verhalten des Exekutivkomitees zu dieser Krise in aller Eile untersuchen.

Gen. Duret erklärte gestern, daß, sobald in Frankreich von dieser Einheitsfronttaktik die Rede gewesen sei, sofort eine sozusagen allgemeine Empörung aller französischen Arbeiter ausgebrochen sei, und er fügt hinzu, dies sei letzten Endes eine gesunde Reaktion auf eine durchaus gefährliche Taktik gewesen.

Ich denke, die Ausführungen des Gen. Duret über diesen Punkt bedürfen einer Ergänzung.

Warum entstand eine sozusagen einmütige Empörung der französischen Arbeiter?

Die Erklärung ist sehr einfach. Es genügt, daran zu erinnern, in welcher Weise die Einheitsfront den französischen Arbeitern hingestellt



wurde. Sie wurde ihnen als eine Taktik der Verneinung des Kommunismus, als Rückkehr zum Reformismus, als Verzichtleistung auf die Prinzipien, die der Kommunistiscnen Internationale bis dahin als Fundament gedient hatten, hingestellt. Man sprach von einer Abrüstung der Revolution und anderen Dingen von der gleichen Wichtigkeit. Es war gar nicht zu verwundern, daß die französischen Arbeiter unruhig und besorgt waren und daß sie sich sagten: Wir lehnen es unbedingt ab, uns auf eine Taktik einzulassen, die uns zur Versöhnung mit den Dissidenten und zur Preisgabe des Kommunismus führen muß.

Warum konnte eine derart phantastische Auslegung der Einheitsfront in Frankreich so leicht durchdringen?

Weil man sich dort in Unkenntnis befand über all jene Fragen, die die Weltbewegung der Arbeiterschaft interessieren. Diese Einheitsfrontfrage war keineswegs eine neue Frage. Man konnte mit ihr schon vertraut sein. Ihre erste Anwendung erfuhr sie in Deutschland; in Frankreich war sie jedoch etwas Neues und es schien, als würde die vorgeschlagene Taktik in der Tat einen Bruch mit der ganzen bis dahin befolgten Taktik bedeuten.

Die Genossen, die in der Angelegenheit der Einheitsfront diese gefährliche Phantasie entfalteten, waren zweifellos aufrichtig; es ist auf ihre Unkenntnis der internationalen Bewegung zurückzuführen, daß sie über die vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gemachten neuen Vorschläge so aufrichtig bestürzt sein konnten.

Wollte man jetzt all das zusammenfassen, was in jener ersten Periode über die Einheitsfront in Frankreich gesprochen wurde, könnte man es unter diesem Titel tun: Alles, was nichts mit der Einheitsfront zu tun hat.

Die Kommunisten, die diese Taktik so schrecklich entstellten, fanden bei den syndikalistischen Genossen die in dieser Angelegenheit ebensowenig scharfsichtig waren wie sie und von dieser Taktik nicht mehr verstanden als sie, eine Stütze. Freilich, gerade in dem Augenblick, da dieser Vorschlag der Exekutive in Frankreich gemacht wurde, ging die Spaltung in der Gewerkschaftsorganisation vor sich. In dem Augenblick, da sich die Zerrüttung vollzog, da die Arbeiterbewegung infolge der Schuld der reformistischen Führer gespalten worden war, war es natürlich schwer, die Einheitsfronttaktik sofort in Anwendung zu bringen. Die gegen die Einheitsfront gerichtete Opposition bezog sich jedoch nicht auf einzelne Punkte oder auf die Art und Weise der Durchführung. Die ganze Einheitsfronttaktik wurde als ein von der Kommunistischen Internationale kommender, gefährlicher Antrag abgelehnt.

Man nahm also die große Mehrheit der französischen Arbeiter gegen die Einheitsfronttaktik ein, und nachdem man sie gegen diese Taktik eingenommen hatte, bediente man sich ihrer, um der Kommunistischen Internationale zu erklären, es wäre unmöglich, diese Taktik in Frankreich anzuwenden. Man sagte: Wir werden alle Arbeiter gegen uns haben, die Arbeiter wollen von der Einheitsfronttaktik nichts wissen.

Die französische Partei entsandte zur Februarsitzung der Erweiterten Exekutive eine Delegation, und es ist vielleicht zweckmäßig, daran zu erinnern, daß diese Delegation, mit Ausnahme der Linken,

Mitglieder aller Tendenzen enthielt. Gen. Cachin vertrat das Zentrum, Gen. Daniel Renoult vertrat seine Richtung und ein anderer Genosse vertrat die Tendenz der äußersten Linken. All diese Genossen waren über die Einheitsfronttaktik vollkommen einig. Sie fanden damals nicht die vom Gen. Duret gestern nachträglich gegebene Erklärung, die Kommunistische Partei Frankreichs wäre eine viel zu junge Partei, sie hätte keine revolutionäre Vergangenheit hinter sich, sie könne sich das Risiko nicht erlauben, sich auf eine Massenaktion einzulassen. Diese Genossen sagten uns das alles nicht. Sie sagten uns: Eine Einheitsfront bilden? Mit wem? Mit den Dissidenten? Sie existieren nicht mehr. Das ist eine völlig unbedeutende Fraktion. Es ist gar nicht der Mühe wert, ein Wort über sie zu verlieren. Die CGT. in der Rue Lafayette? Sie ist in vollständiger Auflösung begriffen. Ihre Gewerkschaften sind leer und es wäre absurd, dort einen Kräftezuwachs zu suchen.

Hierauf gründeten diese Genossen ihre Opposition gegen die Einheitsfront.

Ich wiederhole: das waren Genossen aller Schattierungen, mit Ausnahme der linken. Sie waren einmütig, sie bildeten einen unantastbaren Block und waren entschlossen, niemanden an sich heranzulassen.

Die französischen Genossen — wenigstens die, die dort waren — bekundeten eine Energie, die man bei ihnen unter anderen Verhältnissen, wenn es sich darum handelt, als echte Kommunisten zu handeln, gerne sehen möchte. In dieser Einheitsfrontfrage bekundeten sie eine anerkennenswerte Energie. Es gab eine Diskussion. Sie sahen, daß keine einzige Sektion der Internationale ihre Auffassung teilt. Sie fanden jedoch an den italienischen Genossen, die besonders darüber, was eine kommunistische Partei darstellen müsse, keine eigene Auffassung hatten, eine Stütze. Die Italiener unterzeichneten damals gemeinsame Erklärungen mit der französischen Delegation und erwiesen dadurch der letzteren eine gewisse Unterstützung. Dies veranlaßte die französische Delegation, ihre Feindseligkeit beizubehalten und bei ihrer Stellungnahme zur Einheitsfront zu verharren.

Nach der Rückkehr der Delegation tagte in Frankreich der Nationalrat, der die Frage der Einheitsfront von neuem untersuchte, und die Diskussion führte zur Votierung einer Resolution, die wahrhaftig das Extravaganteste ist, das man sich vorstellen kann. Nicht nur, daß die Kommunistische Partei Frankreichs zeigte, daß sie von der Einheitsfronttaktik nichts verstand, sondern sie erklärte auch, daß die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien, die die Einheitsfront in Anwendung brächten, nicht mehr revolutionär wären und dem Reformismus, der Sozialdemokratie zuneigten.

Es war die Kommunistische Partei Frankreichs, die so sprach.

Gen. Ferdinand Faure beklagt sich darüber, daß ein deutscher Genosse an der französischen Partei Kritik übt, er vergißt jedoch gar zu leicht, was die französische Partei damals getan hat. Es ist kein leichtes, den linksgerichteten Kommunisten zu spielen. Es gibt Parteien und Gruppen, die berechtigt sind, eine solche Stellung einzunehmen. Die französische Partei ist jedoch die letzte, die es sich erlauben darf, linksgerichteten Kommunismus zu spielen. Jetzt, da die französische Frage in der Kommunistischen Internationale so oft dis-



kutiert wurde und sämtliche Genossen mit dieser Frage bis in die geringsten Einzelheiten vertraut sind, herrscht die einmütige Ansicht die französische Partei stehe nicht nur nicht allzu links, sondern geradezu viel zu sehr rechts, um eine echte kommunistische Partei sein zu können.

In der Folge hat sich diese unbedingte Feindseligkeit der Einheitsfront gegenüber gelegt. Die französische Partei war trotz allem geneigt, diese Feindseligkeit aufrechtzuerhalten, während die Einheitsfront so ziemlich überall, sogar in Frankreich, bereits verwirklicht wurde. Zur selben Zeit, da man diese Taktik in Frankreich für vollkommen unmöglich erklärte, konnte man bereits Beispiele für sie sehen, und zwar vor allem in der Gewerkschaftsbewegung. Die CGT. in der Rue Lafayette wurde als eine nicht mehr existierende Macht betrachtet, mit der man nicht mehr zu rechnen brauchte. Wir hatten gar kein Interesse daran, uns über die wirklichen Kräfte, über die wir verfügten, einer Täuschung hinzugeben. Als die Genossen von der ersten Delegation hier eintrafen, hatten wir eben Paris verlassen.

Im Laufe einiger Tage war nichts vorgefallen, was die Situation verändern konnte. Man muß nicht übertreiben. Die Rue Lafayette bleibt noch eine Macht. Wir haben dies den Genossen gesagt, die uns geantwortet haben: „Nein, nein, dort bleibt überhaupt nichts, dort ist nur Spaltung, Auflösung und Zersetzung."

Dieselbe Taktik wurde in Frankreich auch weiter fortgesetzt. Über die Bestände der CGTU. und der CGT. hat man falsche und absurde Behauptungen ausgestreut. Es war natürlich schwierig, genaue Ziffern anzugeben, aber man wußte, ohne daß es notwendig gewesen wäre, einen genauen Prozentsatz anzuführen, daß bei der Rue Lafayette aus gewissen Korporationen nicht zu unterschätzende, große Kräfte verblieben sind. Gewisse Berufe, gewisse Industrien von großer wirtschaftlicher Bedeutung, wie die Bergleute, verfügen noch über große Kräfte. Und man kann unmöglich eine Aktion der Arbeiterklasse ohne diese unternehmen.

Der Widerstand gegen die Einheitsfront ist, wenn auch nicht sehr schnell, immerhin etwas abgeschwächt worden. Aber man hat die außergewöhnliche Tatsache feststellen können, daß im Moment der Verwirklichung der Einheitsfront, die von den Organisationen vorgeschlagen wurde, welche die Notwendigkeit der Einigung in der gegebenen Situation erkannt hatten, die französischen Genossen sagten: „Nein, das ist nicht wichtig, wir werden in 6 Monaten sehen."

Zuerst hatten sie gesagt, daß die Einheitsfront nicht zu verwirklichen sei, und als die Einheitsfront sich verwirklichte, sagten sie: „Wir werden später sehen."

Welches war das Ergebnis dieser Taktik? Die französische Partei ist nicht nur in einen passiven Zustand versetzt worden, von dem Gen. Bucharin gesprochen hat, sondern sie hat die Passivität noch verstärkt. Der Gen. Duret ist immer auf der Suche nach Massenaktionen und er hat vollständig recht, die Partei in Massenaktionen führen zu wollen. Er will die Partei aus dem stagnierenden Zustand herausziehen, in dem sie sich seit langem befindet, aber sobald sich ihm eine Gelegenheit dazu bietet, weist er sie zurück. Er sagte uns, daß die Einheitsfront unmöglich sei, aber wenn man Betriebsräte schaffen könnte, würde sie

möglich werden, weil man sich auf diese stützen könnte. Also zuerst soll man die Betriebsräte schaffen, dann käme die Einheitsfront und die Massenaktion.

Nach Beendigung der zweiten Sitzung der Erweiterten Exekutive ist Gen. Frossard nach Frankreich zurückgekommen. Ich kann nicht sagen, daß er von der Opportunität der Taktik der Einheitsfront überzeugt war, noch daß er entschlossen war, sie anzunehmen. Aber er erklärte, daß man sich in dieser Hinsicht über die Meinung der Internationale keinen Illusionen hingeben sollte. Die französische Partei sei vollständig isoliert, und es sei unmöglich weiterhin in dieser Isolierung zu verharren, und auch unmöglich, den Beschluß des 4. Weltkongresses abzuwarten. Man hat in der Tat gesagt, daß die Exekutive nicht die Eigenschaften, noch die Vollmachten besäße, um in einer Frage dieser Ordnung die Disziplin aufzuzwingen, und daß nur der 4. Kongreß darüber beschließen könne.

Nach seiner Rückkehr nach Frankreich sagte Frossard, daß man nicht mehr zögern dürfe, sich der Taktik der Einheitsfront anzuschließen. Es gelang ihm, eine große Anzahl Genossen herüberzuziehen, und auf dem Kongreß wurde die Taktik der Einheitsfront mit großer Mehrheit angenommen.

Wir sehen also, daß unendliche Diskussionen stattgefunden haben, um zur kleinsten Aktion zu kommen, während die Einheitsfront sich in der Tat selbst durchsetzte. Sie setzte sich durch gegen die Kommunistische Partei, da die Kommunistische Partei beständig gegen sie gewesen war.

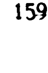
Also eine Aktion, die sich verwirklicht hat. Die Partei hat nicht nur nichts dazu getan, sondern sie erweckt den Anschein, als ob sie deren Gegner wäre und nichts anderes vorzuschlagen hätte. Die beste Stellung bot sich den Gegnern der Einheitsfront, wenn sie etwas besseres vorgeschlagen hätten. Aber sie schlugen nichts vor.

Welches wäre die Stellung der französischen Partei gewesen, wenn sie von Anfang an ihre Rolle begriffen hätte, die sie als Sektion der Kommunistischen Internationale zu erfüllen hatte? Wenn die französische Kommunistische Partei die Taktik der Einheitsfront richtig aufgefaßt hätte, wäre ie ihr nicht von heute auf morgen aufgezwungen worden. Eine mehr oder minder lange Zeit wäre ihr zugestanden worden, während welcher die sich jetzt verwirklichende Einheitsfront sich wahrscheinlich schneller durchgesetzt hätte, wovon die Kommunistische Partei allen Nutzen davongetragen haben würde. So würde sie das Vertrauen der Massen errungen und die noch ungenügenden und schwachen Bande mit der Arbeiterklasse verstärkt haben.

Nun zu den Gefahren der Einheitsfront.

Natürlich bietet die Einheitsfronttaktik, wie alle anderen Taktiken, zahlreiche Gefahren, gegen die man sich schützen muß. In Frankreich bestehen demokratische Traditionen, die für die Partei die Gefahr in sich bergen, sie mit den Dissidenten zu vereinigen und die Einheit wiederherzustellen. Aber auch wenn wir die Einheitsfronttaktik nicht vorschlagen würden, würden wir dann diese Gefahren vermeiden? Sie bieten sich so häufig, daß wir sie kennen sollten.

Die Gen. Ruth Fischer, die die französische Opposition der Einheitsfront für sich in Anspruch zu nehmen versuchte hat uns ge-



zeigt, daß ihre Haltung mit deren Haltung nichts gemein hatte. Sie hat einige Gefahren dieser Taktik in gewissen Erläuterungen aufgezeigt. Das ist sehr nützlich. Wir müssen beständig Kritik an unserer Aktion üben, zeigen, inwiefern wir uns getäuscht haben, in welchem Sinne wir einen falschen Weg eingeschlagen haben, um für die Zukunft aus den gemachten Erfahrungen Nutzen zu ziehen. Aber das ist alles. Es ist keineswegs erlaubt, die ganze Taktik abzulehnen.

Die Kommunistische Internationale hat schon im Jahre 1920 die internationale Arbeiterbewegung gerettet, als sie den Revolutionären untersagte, die reformistischen Gewerkschaften zu verlassen. Mit der Taktik der Einheitsfront hat sie von neuem die Arbeiterbewegung gerettet, in einem Augenblick, in dem die Umstände vollständig verändert und die Kräfte zerstreut waren.

1920 gab es auch zahlreiche Genossen und gute Revolutionäre, die der Ansicht waren, daß die Periode der Gewerkschaftsorganisation vorüber sei. Sie glaubten, in den reformistischen Gewerkschaften nichts mehr unternehmen zu müssen, um diese für uns zu gewinnen. Aber solange man sie nicht gewonnen hat, wird man nicht bewiesen haben, daß man fähig ist, die Revolution zu machen. Das ist die erste und nicht die geringste Aufgabe, die vor den Revolutionären steht.

Mit der Taktik der Einheitsfront hat die Kommunistische Internationale der Arbeiterklasse denselben Dienst erwiesen.

Die Spaltung war vollzogen, und man mußte den Weg finden, um die Elemente der verschiedenen Organisationen für einen gemeinsamen Kampf zu vereinigen.

Es war für die Arbeiteraktion selbst von großem Nutzen, dazu Stellung zu nehmen. Diese gemeinsame Aktion war durchaus nötig, um die Folgen der Spaltung, die schon großen Schaden anrichtete, abzuschwächen und die Arbeiter gegen den Kapitalismus zu sammeln.

Gehen wir nun zum § 9 über. Es ist verwunderlich, daß gerade die französische Partei diese Frage aufgeworfen hat und daß sie für die Statuten der Kommunistischen Internationale ein solches Interesse bekundet. Die Texte der Kommunistischen Internationale werden gewöhnlich in Frankreich weder gelesen, noch sind sie dort bekannt. Man hat den § 9 entdeckt, da es eine Affäre Fabre gegeben hat, und da es schwierig war, den Kampf um die Affäre Fabre aufzunehmen, hat man ihn um den § 9 aufgenommen. Der Text schien nicht ganz klar zu sein. In diesem Text wird gesagt, daß die Kommunistische Internationale eine Sektion ausschließen kann. Selbstverständlich, wenn sie eine Sektion ausschließen kann, kann sie auch ein Mitglied dieser Sektion ausschließen. Aber die französischen Genossen sagten: „Nein, die Kommunistische Internationale kann dies nicht machen und außerdem gibt der § 9 der Exekutive zu große Vollmachten, die man revidieren muß."

Dieselben Genossen, die diese Frage des § 9 aufgeworfen hatten, haben auch Widerspruch gegen den Vorschlag, von nun an die Landeskongresse nach den Internationalen Kongressen einzuberufen, erhoben. Sie sagten: die Kommunistische Internationale will, daß man auf den Kongressen die Angelegenheiten der nationalen Sektionen diskutiert; dann aber hätten diese letzteren nichts mehr zu sagen. Wenn sie sich nach dem Internationalen Kongreß versammelten, bliebe ihnen nichts

weiter übrig, als die gefaßten Beschlüsse durchzuführen. Man hat gesagt, daß dies nicht zulässig wäre, daß die Kommunistische Internationale Besitz der Masse sei, von den Massen selbst geleitet werden müsse.

Das sagte man in Frankreich. Die französische Kommunistische Partei ist aus Teilen verschiedenen Ursprungs zusammengesetzt, die verschiedene, schwach zusammengeschweißte Ansichten wiedergeben. Nur die Verbindung mit der Kommunistischen Internationale kann die französische Kommunistische Partei am Leben erhalten. Aber gerade diese Verbindung ist erschüttert, herabgesetzt, vermindert, als etwas Unzulässiges hingestellt worden, das die nationalen Sektionen zu einer passiven Rolle in der Internationale, sei es in der Aufstellung von Prinzipien, sei es in der Durchführung der *taktischen* Linien, verurteilt.

Die Genossen, die diese Ansicht in Frankreich vertreten haben, erkennen heute wohl, daß sie einen für den französischen Kommunismus gefährlichen Weg beschritten haben. Der Gen. Duret hat sich sehr verändert, seit er Paris verlassen hat. Wir erkennen ihn nicht wieder. Aber Gen. Bucharin, der ihn niemals gesehen hat, hat ihn sehr gut erkannt und uns seine Stellung derart gekennzeichnet, daß es meines Erachtens nicht mehr nötig ist, nochmals darüber zu sprechen. (*Duret:* Warum?) Weil der Präsident mich darauf aufmerksam gemacht hat, daß meine Zeit abgelaufen ist.

Ich möchte nur einige Worte über den Punkt sagen, der in dem Bericht des Gen. Sinowjew nicht klar ist: die Betriebsräte.

In der französischen Übersetzung dieses Textes wurde gesagt, daß eine kommunistische Partei solange sie keine Betriebsräte geschaffen hat, nicht ernst genommen werden kann. Der Gen. Murphy hat diesen Punkt mit Recht hervorgehoben, indem er sagte, daß der Wille einer kommunistischen Partei nicht genüge, um Betriebsräte zu schaffen, und daß eine Gesamtheit von Bedingungen dazu nötig wäre. Ich bin durchaus derselben Ansicht. Er hat uns gezeigt, wie die Frage sich in England stellte. Dieselbe Frage stellte sich in Frankreich, und es ist klar, daß die Schwierigkeit, jetzt Betriebsräte zu schaffen, in Frankreich ebenso groß ist wie in England, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die Versuche, die in dieser Richtung unternommen worden sind, sind vereinzelt geblieben und man kann nicht sagen, daß diese Frage in Frankreich auf dem Wege der Verwirklichung sei. Es ist unmöglich, die Bildung von Betriebsräten mit solcher Klarheit vorauszusehen, um von einem Phänomen sprechen zu können, das die ganze Partei interessiert. (Mehrere Stimmen: Man wird sie bilden.) Natürlich, aber es war nötig, diesen Punkt hervorzuheben. Das vorgelegte Resolutionsprojekt lautet: Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale billigt die von der Exekutive der Kommunistischen Internationale gefällte Entscheidung über die innere Krise der französischen Kommunistischen Partei.

Ich habe nicht mehr die Zeit, jetzt die Frage der Krise der französischen Partei, wenn auch nur gedrängt, zu berühren. Diese Frage wird später zur Diskussion kommen. Dann werden wir zeigen, warum die von der Exekutive der Kommunistischen Internationale gefaßten Beschlüsse nicht imstande waren, sie zu lösen, und welches die Gründe für die Wichtigkeit dieser Krise sind, die auf dem letzten Kongreß der

11

französischen Kommunistischen Partei so scharf hervorgetreten ist. (Beifall.)

VORSITZENDER: Die holländische Delegation hat einen Vorschlag unterbreitet, in dem sie verlangt, daß die Redezeit für jeden eingeschriebenen Redner auf 5 Minuten beschränkt werde. Es sind noch 20 Redner eingeschrieben, unter ihnen Vertreter von Parteien, die noch nicht zu Worte gekommen sind, während andere schon gesprochen haben, aber Oppositionsgruppen vertreten. Man muß über diesen oder einen anderen Vorschlag abstimmen, um die Diskussion abzukürzen, denn sonst brauchen wir noch drei Tage, um zu Ende zu kommen, und wir verfügen nicht über die genügende Zeit. Es muß also etwas getan werden.

RADEK (zur Geschäftsordnung): Ich würde vorschlagen, daß die Redner der Parteien, die schon gesprochen haben, eventuell gestrichen werden, es sei denn, daß es sich um Vertreter der Minderheit der betreffenden Parteien handelt, und daß man dann den übriggebliebenen Rednern 10 Minuten Redezeit gewährt. In 5 Minuten kann man absolut nichts sagen, dann ist es besser, die Debatte vollkommen zu schließen.

VORSITZENDER: Wird noch ein Vorschlag gemacht?

PELUSO (Italien): Wird für Erklärungen, die man abzugeben hat, eine Ausnahme gemacht?

VORSITZENDER: Eine schriftliche Erklärung kann jederzeit zur Verlesung gebracht werden.

RAVESTEYN (Holland): Genossen, die holländische Delegation macht den Vorschlag, die Redezeit für die noch eingetragenen Redner auf 5 Minuten zu beschränken. Wir sind der Meinung, daß es unmöglich ist in dieser Weise weiter zu tagen, weil der Gen. Kolarow sagte, daß wir dann wenigstens noch zwei Tage nötig hätten. Aber, Genossen, wir haben zugleich den Vorschlag gemacht, den Vertretern der östlichen Völker, die hier fast gar nicht zum Wort gekommen sind, eine längere Redezeit zu gewähren. Wir schlagen vor, den Vertretern der östlichen und der Kolonialvölker — wir haben den Ausdruck gewählt, statt vielleicht eines bessern, aber der Kongreß wird verstehen, was wir meinen — die übliche Redezeit zu geben. Genossen, wenn wir so noch eine Zeitlang weitertagen, dann wird es vielleicht möglich sein — ich kenne natürlich die Reihenfolge nicht, in der die verschiedenen Genossen eingeschrieben sind —, daß die Vertreter der Ostvölker auch in derselben Weise zu Wort kommen, wie bisher die Vertreter der westeuropäischen Delegationen. Das ist der holländische Vorschlag, und ich möchte bitten, über diesen Vorschlag zuerst im ganzen und dann geteilt abzustimmen.

LANDLER (Ungarn): Genossen, der Gen. Sinowjew hat auch über die ungarische Frage gesprochen und hat in seiner Rede auch die ungarische Emigration sehr energisch angegriffen. In Ungarn hat man gerade jetzt mehr als 200 Genossen verhaftet und vielleicht werden einige von ihnen heute oder morgen schon zum Tode verurteilt. Gen. Sinowjew hat über die ungarische Bewegung sehr wenig gesagt und trotzdem vom Kongreß gefordert, daß er sehr energisch zu dieser



Frage Stellung nehme. Ich glaube, daß man über diese Angelegenheit nicht in 5 Minuten sprechen kann; der Kongreß wird nicht imstande sein, nach einem Referat von 5 Minuten sich ein Urteil zu bilden. Ich bitte die Genossen, mir für diese Frage eine halbstündige Redezeit zu gewähren, so wie die Genossen der anderen Parteien sie erhalten haben.

VORSITZENDER: Das Präsidium schlägt vor, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Niemand dagegen? Angenommen.

ACEVEDO (Spanien, übersetzt von Gen. Stirner): drückt zu Beginn seiner Rede sein Bedauern darüber aus, daß er keine andere Sprache als die spanische beherrscht. Trotzdem hofft er, daß genügend Delegierte im Saale bleiben werden, um seine Rede anzuhören.

Er fährt dann fort: Die spanische Delegation befindet sich vollkommen im Einverständnis mit den Ausführungen des Gen. Sinowjew, mit Ausnahme dessen, was die Arbeiterregierung anbelangt. Besonders gefreut hat es ihn, daß die Exekutive in der Frage der französischen, italienischen, norwegischen und tschechoslowakischen Partei eine absolut gute und strenge Kritik geübt hat. Nur dann, sagt er, kann die Kommunistische Internationale ihre Taktik aufrechterhalten, wenn sie beständig und dauernd eine solche Kritik übt.

Er sagt weiter: Obgleich wir früher gegen die Taktik der Einheitsfront waren hat unser Vertreter in dem EK. der Kommunistischen Internationale, zusammen mit der italienischen und französischen Partei, eine Resolution unterschrieben, in der sich diese Parteien verpflichten, die Einheitsfronttaktik in allen Ländern durchzuführen. Trotzdem hat man in Frankreich die Einheitsfronttaktik systematisch sabotiert, während die spanische Partei — obgleich in Spanien viel größere Schwierigkeiten, besonders den Syndikalisten gegenüber bestanden — alles mögliche getan hat, um der Einheitsfronttaktik getreu nachzukommen.

Als Gen. Humbert Droz in Spanien war, richtete die Kommunistische Partei Spaniens einen Offenen Brief an die Sozialisten, an die reformistischen Syndikalisten, an die Syndikalisten und an die Anarchisten, der den Zweck verfolgte, eine gemeinsame Aktion anläßlich eines Streiks der Minenarbeiter herbeizuführen. Die Bergarbeiter wurden mit einer zwanzigprozentigen Lohnreduktion bedroht. Der Sekretär des Minenarbeiterverbandes schlug darauf dem Unternehmertum vor, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern, statt die Lohnreduktion vorzunehmen, was dazu geführt hätte, daß die heiligste Errungenschaft der Arbeiterschaft, der Achtstundentag, preisgegeben worden wäre. Daraufhin hat die spanische Kommunistische Partei den Kampf im Sinne der Einheitsfronttaktik aufgenommen, und es wurde ein dreimonatlicher Streik durchgeführt. Das Resultat dieses Streikes war, daß die Arbeiter unter Annahme einer fünfprozentigen Lohnreduktion zur Arbeit zurückkehrten. Das beweist uns klar und deutlich, daß die Einheitsfronttaktik Erfolge bringen kann. Erstens Erfolge, um die Offensive des Kapitalismus aufzuhalten, und zweitens Erfolge, um auch der Reaktion, die sich in Spanien im letzten Jahre breit macht, entgegenzutreten.

Er sagt dann weiter: Leider kann ich nicht ausführlicher mitteilen, **inwiefern man in Spanien** mit der Einheitsfronttaktik der Reaktion ent**gegentreten kann,** weil mir die Zeit dazu fehlt.



Er kommt dann noch sehr kurz auf die Frage der Arbeiterregierung zu sprechen und sagt: Wir betrachten die Frage der Arbeiterregierung als eine reformistische Illusion. Das näher auszuführen, habe ich leider keine Zeit, weil ich durch das Klingelzeichen des Präsidenten an den Schluß gemahnt werde. Ich werde versuchen, das bei einer späteren Frage nachzuholen, aber wir glauben, daß die Frage der Arbeiterregierung bei vielen Parteien der Kommunistischen Internationale auf den reformistischen Weg führen wird.

Mögen die Resolutionen und Beschlüsse des Kongresses sein, wie sie wollen, die spanische Partei wird auf alle Fälle und in jeder Hinsicht treu zur Kommunistischen Internationale stehen und die internationale Disziplin wahren. (*Sinowjew:* Was hat er zu den Ausführungen Lenins über die Kinderkrankheiten der Partei gesagt?) Dazu hat er ausgeführt: Die Ausführungen Lenins über die Kinderkrankheiten der Kommunistischen Partei müssen zusammen mit der Frage der Arbeiterregierung betrachtet werden. Er hat sich aber dann nicht näher darüber ausgesprochen, sondern gesagt, es fehle ihm die Zeit, genauer darauf einzugehen.

DOMSKI (Polen): Werte Genossen! Vor allem wollte ich ein paar Worte zu den Erklärungen meines hochgeschätzten Gen. Michalkowski sagen. Er hat gesagt, daß in der polnischen Kommunistischen Partei eine Fraktion der KAP-isten bestehe, eine Fraktion, die auf der letzten Parteikonferenz ein Viertel der Konferenzmitglieder ausgemacht habe. Ich bin überzeugt: dem Gen. Michalkowski stand die Absicht fern, unsere Partei zu verleumden. Und doch ist es eine Verleumdung der Partei — die nach dem Ausspruch des Gen. Sinowjew eine der am besten revolutionär geschulten Parteien in Europa ist —, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß diese Partei es angeblich jahrelang duldet, daß in ihr KAP-isten sitzen und daß der Führer dieser KAP-isten, der hier anwesende Gen. Schreiber, seit sechs Jahren regelmäßig in die Parteizentrale gewählt wird. Es wäre eine Schande für unsere Partei, wenn das wirklich KAP-isten wären, und wenn wir mit ihnen nicht schon längst fertig geworden wären! Das ist nicht der Fall. Diese Genossen sind keine KAP-isten. Diese Genossen sind eine kommunistische Linke. Und auch der Gen. Schreiber, mit dem ich nicht übereinstimme wegen seiner antiparlamentarischen Einstellung, steht in seinen Ansichten über die Putschtaktik, die Gewerkschaftsarbeit, den organisatorischen Zentralismus usw. in vollem Gegensatz zur KAP. und hat in der Praxis tausendmal bewiesen, daß er kein KAP-ist, sondern ein Kommunist ist. (Zuruf *Radek:* KAP-ist ist ein Schimpfwort.)

Ich spreche nicht im direkten Auftrage dieser Opposition, weil unsere illegalen Bedingungen die Erteilung solcher Aufträge durch einzelne Parteiströmungen erschweren. (*Sinowjew:* Die einzig gute Seite der Illegalität!) Ja, diese gute Seite hat es mit sich gebracht, daß ich hier formell nur in meinem eigenen Namen spreche.

Zu den Problemen die hier in der Rede des Gen. Sinowjew berührt worden sind, möchte ich folgendes bemerken: Die Geschichte mit der Einheitsfront ist eine Sache, die während des letzten Halbjahres schon sehr erprobt wurde. Wir haben schon große Erfahrungen gesammelt und ich glaube, diese Erfahrungen sind nicht eben ermuti-

gend für die Anhänger dieser Taktik der Einheitsfront, wie sie zuletzt angewendet worden ist. Natürlich, wenn man gegen die Taktik der Einheitsfront irgendwie auftritt, so bekommt man die Antwort: Ja, du verstehst nicht, daß man die Mehrheit des Proletariats hinter sich haben muß! Und in Moskau sagt man es manchmal noch schärfer: Nur ein Esel kann nicht verstehen usw. Natürlich ist das ein starkes Argument. Man kann einen Elefanten damit niederschlagen (Heiterkeit). Aber dieses Argument haut daneben. Man muß die Mehrheit des Proletariats gewinnen, aber man muß sie gewinnen für eine kommunistische Partei und nicht für einen Brei, der gebildet wird eben auf der Grundlage der unklaren und verschwommenen Losungen.

Diese Erfahrungen mit der Einheitsfront haben wir überall gesammelt, vor allen Dingen in Deutschland, aber auch bei uns in Polen. Die Gen. Ruth Fischer hat hier manches über die Einheitsfront in Deutschland gesagt und hat die Fehler, die bei der Anwendung dieser Taktik gemacht wurden, sehr richtig charakterisiert.

Ich möchte noch etwas dazu bemerken. Wenn die Genossen von der deutschen Zentrale diese Taktik verteidigen, sagen sie: Gott, welche Siege haben wir dadurch errungen. Also, vor allen Dingen die Stärkung unserer Partei ist es, was wir in Deutschland dadurch gewannen. Genossen, wenn man eine solche Lage wie in Deutschland hat: Steuerkompromiß, Valutaelend, Teuerung usw., so muß man vorsichtig damit sein, wenn man sagt: Alle Erfolge der Partei wurden nur durch unsere Taktik errungen. Nein, es waren ganz andere objektive Bedingungen, die das erfreuliche Wachstum der deutschen Kommunistischen Partei hervorriefen. Und wenn wir diese Taktik der Einheitsfront in der Form durchführen wie jetzt, so werden wir sehen, ob sie zu den Erfolgen in Deutschland beitrug oder sie verminderte.

Genosse Radek führte einen anderen „Erfolg" dieser Taktik an. Er sagte: Wir haben durch unsere schlaue Taktik während der Rathenau-Aktion die Sozialdemokratie verhindert, sich auf uns zu stürzen usw. Sie konnten sich nicht zusammen mit der ganzen Reaktion auf uns stürzen, wie es während des Kapp-Putsches der Fall war. Unsere Taktik hat sie daran gehindert. Ich habe ihn wenigstens so verstanden. Ich glaube aber, die Taktik während des Kapp-Putsches war noch viel harmloser als unsere Taktik während der Rathenau-Aktion, und sie hat doch die Sozialdemokraten nicht gehindert, sich offen mit der Reaktion zu verbünden. Warum? Deshalb, weil unsere Taktik während der Rathenau-Aktion eben nicht revolutionär und die Lage viel weniger revolutionär war als während des Kapp-Putsches. Wenn wir wieder in eine revolutionäre Lage kommen und revolutionär handeln, wird keine noch so schlaue Taktik die Sozialdemokratie daran hindern, sich mit den Reaktionären zu verbünden und sich auf uns zu stürzen. (Zuruf *Radek:* Was ist Reaktion?) Ja, wenn Du das nicht weißt . . . (Heiterkeit).

Einen andern „Sieg" hat Meyer angeführt: Die USPD. hat sich mit der SPD. vereinigt. Ja, ein großer Sieg, aber nicht der unsrige. Das war ein Sieg der Sozialdemokraten, und wir sollten ihnen diesen Sieg nicht bestreiten. Sie hatten auch noch einen andern Sieg. Die Arbeiter der USP. haben gegen diese Vereinigung gar nicht protestiert. Die große Mehrheit der USP.-Arbeiter ist ganz ruhig zur SPD. über-

gegangen, und zwar deshalb, weil unsere Taktik der Einheitsfront den Boden so gut vorbereitet hatte, daß die USPD.-Arbeiter ganz unmerklich in die SPD. hinüberglitten und Ledebour isoliert geblieben ist. (Zuruf.) Wenn das Euer Sieg ist, dann wünsche ich Euch weniger solcher Siege. Ihr könntet Euch totsiegen!

Erfreulicherweise hat die Kommunistische Partei mit Hilfe der Exekutive diesen Fehler erkannt. Jetzt wird die Taktik der Einheitsfront ganz anders angewandt. Wie man sie jetzt betreibt — ich denke an die Betriebsrätebewegung in Deutschland —, kann jeder Kommunist ihr zustimmen. Das ist die richtige Taktik.

Wir in Polen haben auch manche Erfahrungen mit der Taktik der Einheitsfront gemacht. Der Gen. Michalkowski sprach bereits davon. Wir haben uns an die Sozialpatrioten gewandt wegen einer gemeinsamen Demonstration. Was waren die Folgen? In Warschau haben wir auf eine eigene Demonstration verzichtet, in Krakau wurden 15 unserer Genossen von der PPS. blutig mißhandelt. Das war in der Tat ein sehr erfreulicher Erfolg. Es war nur gut, daß unsere Parteizentrale nicht dabei war (Heiterkeit). Diese Taktik zeigte auch theoretisch ihre Auswirkungen. Während des Regierungswechsels in Polen, als der Strohmann Pilsudskis, Sliwinski, an die Spitze kam, da erkannten die Kommunisten in Warschau, daß das die Gefahr eines Krieges mit Sowjetrußland bedeute; theoretisch aber fand das einen ganz anderen Ausdruck. Ich muß hier wörtlich zitieren, weil man sonst sagen könnte, daß ich zwischen den Zeilen lese. Einer der Führer unserer Partei schrieb also: „Man sollte glauben, daß die erste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei die Forderung der sofortigen politischen Amnestie und der Freiheit für den revolutionären Teil der Arbeiterklasse ist . . . . Bei diesem Punkte muß die kommunistische Agitation gegenüber der Regierung Sliwinskis einsetzen."

Also, da die neue Regierung Pilsudskis kommt, die im Grunde genommen eine Kriegsregierung war, beginnen wir mit der Forderung der politischen Amnestie. (Zuruf *Radeks:* Das war ja keine Kriegsregierung.) Das war nur vor den Wahlen keine Kriegsregierung. Ich zitiere weiter: „Eine demokratische Regierung, sehr gut. Aber im Sejm und in den bisherigen Methoden hat diese Regierung keine Grundlage für demokratische Taten und sie kann sie *nicht* haben. Diese Grundlage könnte erst der Kampf der breiten Massen um die Demokratie geben, und hätte Herr Sliwinski den Mut, sich auf die Massen zu stützen, und hätte er zu diesem Zwecke seine Regierungszeit mit der Amnestie und der Proklamierung der politischen Freiheit für die Arbeiterklasse eingeleitet, so hätte die Kommunistische Partei dadurch viel gewonnen. Aber es ist nicht weniger sicher, daß die demokratische Regierung ebensoviel gewinnen würde, die wenigstens für eine gewisse Zeit die Massen mit sich reißen und in ihnen eine breite und feste Stütze finden würde." (Zuruf: Das ist allerdings eine Feststellung, die sehr nach einer Offerte unserer Partei, diese Regierung zu unterstützen, aussieht.) (Zuruf: Er ist auch ein Traumdeuter!) Das sind die Erfahrungen, die wir in Polen gemacht haben, es sind glücklicherweise ziemlich wenige (Glocke des Präsidenten: Die Redezeit ist abgelaufen. Zurufe: Redezeit verlängern!), weil wir in Polen keinen Boden für diese Taktik der Einheitsfront hatten. In Deutschland hatten

wir diesen Boden, in Frankreich hat die Forderung der Taktik der Einheitsfront die Krise in der Partei nur verschärft und ihr keinen Nutzen gebracht, bisher jedenfalls nicht. (Zurufe.)

VORSITZENDER: Die Redezeit ist abgelaufen. (Erneute Zurufe: Verlängern.)

HECKERT (Deutschland): Ich beantrage die Verlängerung der Redezeit um 5 Minuten.

VORSITZENDER: Wer ist dagegen? — Das ist angenommen.

DOMSKI: Ich muß meine Ausführungen abkürzen und direkt zur Frage der Teilforderungen und der Arbeiterregierung übergehen, die uns hier beschäftigt hat. Wegen der Arbeiterregierung war ich in derselben Lage wie mein Freund Duret, ich konnte nicht verstehen, was die Arbeiterregierung in unserer Taktik bedeutet. Ich habe jetzt endlich hier die klare Definition dieser Regierung zu hören bekommen. — Es handelt sich um eine Regierung, die sich ebenso gut auf eine parlamentarische Mehrheit, wie . . . Gen. Radek hat mich privat getröstet, daß diese Regierung für Polen nicht in Betracht komme (*Radek:* Das habe ich nicht gesagt). Also, auch Polen wird mit dieser Regierung bestraft. Es ist offenbar ein internationales Problem.

Gen. Radek sagt, die Arbeiterregierung ist keine Notwendigkeit, aber eine Möglichkeit und es wäre Unsinn, diese Möglichkeit abzulehnen. Nun ist die Frage die, ob wir alle Möglichkeiten auf unsere Fahne schreiben, und ob wir dadurch ihre Verwirklichung beschleunigen. Ich glaube, daß es möglich ist, daß im letzten Moment eine sogenannte Arbeiterregierung, die noch keine proletarische Diktatur bedeutet, kommen kann. Aber ich glaube, wenn diese Regierung kommt, so wird sie ein Ergebnis verschiedener Strömungen sein: unseres Kampfes um die proletarische Diktatur, des Kampfes der Sozialdemokraten gegen sie usw. Ist es richtig, sich auf diese Resultate einzustellen? Ich glaube nicht, ich glaube, daß wir uns nach wie vor auf den Kampf um die proletarische Diktatur einstellen müssen. Und wenn die Arbeiterregierung kommt, so kommt sie auch dann, wenn wir für unser volles Programm agitieren und kämpfen.

Es gibt ja verschiedene Resultate in unserem Kampfe. Es kann vorkommen, daß die Arbeitermassen, wie bei uns in Oberschlesien, die nationale Arbeiterpartei verlassen und der polnischen Sozialdemokratie zuströmen. Das ist immerhin ein Fortschritt. Aber es ist nicht unsere Pflicht, für diesen Fortschritt zu agitieren. Wir müssen nach wie vor für unsere Kommunistische Partei werben und eben dadurch fördern wir am besten diesen Fortschritt.

Manche Genossen geben aber der Lösung der Arbeiterregierung eine andere Auslegung. Unser Kampf geht um die proletarische Diktatur, nur können wir das nicht sagen. Die Arbeitermassen haben Furcht vor der kommunistischen Diktatur, und wenn wir auch sagen, die proletarische Diktatur ist keine kommunistische Diktatur, so glauben sie uns nicht.

Nun glaube ich folgendes. Wenn man im Kampf um die kommunistische Diktatur auf Gegner stößt, die diese „Kommissaren"-Diktatur in den schrecklichsten Farben ausmalen, so begegnet man dem nicht



dadurch, daß man Losungen aufstellt, die ein Pseudonym sind, wie Gen. Sinowjew richtig sagte. Mit Pseudonymen werden wir im Kampfe nichts ausrichten, wir werden nur Illusionen erzeugen. Wir müssen unsere revolutionären Losungen ganz klar aufstellen. Freilich müssen wir auch Teilforderungen aufstellen, und wir haben sie in jedem Kampfe aufgestellt, soweit das notwendig war im Kampfe der proletarischen Massen um die Besserung ihrer Lage und die Lockerung ihrer Ketten. Diese Losungen müssen wir aufstellen, formulieren und unterstützen. Aber wir dürfen keine Losungen aufstellen, an die wir selbst nicht glauben, keine Entlarvungsparolen, keine Manövrierungsparolen, Wir müssen Teilparolen und Endparolen geben, an die wir selbst glauben, um die wir kämpfen wollen.

Ich komme also zum Schluß und möchte nur noch folgendes sagen. Die Arbeiterklasse ist nicht so dumm und nicht so feige, wie manche denken. Die Arbeiterklasse will für die Revolution kämpfen. Wer kürzere oder längere Zeit hindurch mit der Arbeiterklasse in ihrer Sprache spricht, den wird sie verstehen. Die Arbeiterklasse als eine Armee anzusehen, die man heute nach rechts, morgen nach links kommandieren kann, ohne daß sie es versteht, ist eine Verkennung des proletarischen Kampfes. Dieser Kampf kann nur siegreich geführt werden, wenn jeder Soldat uns versteht, wenn jedem Soldaten unsere Losungen und unsere Ideologie vollständig klar sind. Also keine Entlarvungs- und Manövrierungsparolen, die die Arbeiter irreführen, sondern reale Forderungen, die sie über unsere wirklichen Ziele aufklären. Nur dann kann und wird die Arbeiterklasse ihren Kampf konsequent durchführen.

KOLAROW (Bulgarien): Ich ergreife das Wort im Namen der Kommunistischen Balkanföderation.

Gen. Sinowjew machte die Bemerkung, unser Verband habe im vergangenen Jahre fast überhaupt nicht funktioniert. Leider entspricht dies nur zu sehr der Wahrheit. Unsere Bemühungen, aus dem Verbande einen politischen Mittelpunkt der Balkanparteien zu machen, waren nur teilweise von Erfolg gekrönt. Die Arbeit ist noch immer in ihrem Anfangsstadium begriffen und es werden die fortgesetzten Bemühungen aller Balkanparteien und die tatkräftige Mitwirkung der Exekutive der Internationale notwendig sein, um sie einem günstigen Ende zuzuführen. Jetzt, da die rumänische Partei wieder auf die Füße gestellt ist und die jugoslavische Partei im Begriffe ist, sich zu reorganisieren, indem sie sich den illegalen Verhältnissen anpaßt, unter denen sie sich befindet, dürfen wir mit Recht hoffen, daß die Kommunistische Balkanföderation in kürzester Zeit ein wichtiger Faktor der revolutionären Bewegung des Balkans werden wird.

Ich muß erklären, daß die Balkanparteien die allgemeine politische Richtlinie, die das Exekutivkomitee seit dem dritten Kongreß verfolgt hat, vollkommen billigen. Sie finden, daß es die Beschlüsse der internationalen Kongresse richtig interpretiert und in ihrem Geiste gehandelt hat. Was die Einheitsfronttaktik anbelangt, haben sie die Balkanparteien vom ersten Augenblick an akzeptiert. Die Kommunistische Partei Bulgariens hat auf ihrem ersten Kongreß in einer ausführlichen Resolution die Bedingungen der Anwendung dieser Taktik in Bulgarien

untersucht und festgestellt. Die unlängst abgehaltenen Konferenzen der Parteien Jugoslaviens und Rumäniens haben dasselbe getan. Auch die Kommunistische Partei der Türkei (Konstantinopel) hat diese Taktik angenommen. Außer der theoretischen Zustimmung zur Einheitsfronttaktik haben aber die Balkanparteien auch versucht, sie praktisch anzuwenden. Die Kommunistische Partei Bulgariens hatte wiederholt Gelegenheit, sich ihrer zu bedienen und erzielte damit gute Resultate. Dank dieser Taktik gelang es ihr, den bürokratischen Teil des Proletariats, diesen trägsten Teil des Proletariats des Landes, in Bewegung zu setzen und ihn unter der tatsächlichen Leitung der Kommunisten in den Kampf zu führen. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die diese proletarischen Elemente immer bevormundet haben, sehen jetzt ein, wie ihr ganzer Einfluß auf diese Elemente dahinschwindet. In Jugoslavien und in Rumänien haben die Sozialdemokraten es kategorisch abgelehnt, mit den Kommunisten die Einheitsfront zu bilden, was jedoch die kommunistischen Parteien nicht hindert, die Massen dieser Länder unablässig zur Einheit im Kampfe aufzufordern. Die in den Balkanländern gemachten Erfahrungen beweisen, daß die Einheitsfronttaktik, wenn sie richtig interpretiert und angewendet wird, selbst in den industriell rückständigen Ländern zur Revolutionierung und Vereinigung der Massen zu dienen, geeignet ist.

Das Problem der Arbeiterregierung kommt in den Agrarländern des Balkans nicht in Betracht so daß ich bei diesem Problem nicht verweilen werde.

Angesichts der großen Wichtigkeit gewisser Schritte der Exekutive, namentlich ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der französischen, italienischen, tschechoslowakischen, norwegischen etc. kommunistischen Parteien kann ich nicht umhin zu erklären, daß die kommunistischen Parteien des Balkans den Standpunkt, den das Exekutivkomitee bei ihren Interventionen eingenommen hat, im allgemeinen billigen.

Derartige Interventionen, so schmerzlich sie auch sein mögen, werden stets notwendig und heilsam sein, solange es innerhalb der Kommunistischen Internationale Parteien geben wird, die in mancher Hinsicht vieles zu wünschen übrig lassen.

Es ist eine Grundwahrheit, daß die strikteste Disziplin sowohl für die Internationale wie auch für ihre Sektionen von vitaler Notwendigkeit ist. Sämtliche kommunistischen Parteien erkennen diese Wahrheit an und verkünden sie auch. Die einzige wirkliche Garantie für die Befolgung der internationalen Disziplin ist die gemeinsame Auffassung aller großen Fragen des Programms, der Organisation und der Taktik der Kommunistischen Partei. Abweichende Meinungen führen unwillkürlich zur Disziplinlosigkeit, wie es die Beispiele der französischen, der italienischen und anderer Parteien beweisen. Eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale ist die Schaffung und Unterstützung dieser Einmütigkeit der Auffassung.

SEIDEN (Tschechoslowakei): Genossen und Genossinnen! Im Namen der tschechoslowakischen Delegation, mit Ausnahme des Gen. Vajtauer, erkläre ich, daß wir die Tätigkeit der Exekutive seit dem 3. Kongreß gutheißen.



Bei verschiedenen ernsten Anlässen hat die Exekutive fruchtbar und glücklich in die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in der Tschechoslowakei eingegriffen. Dieses Land ist von Proletariern tschechischer, slowakischer, deutscher, polnischer, ungarischer, ukrainischer Sprache bewohnt.

Es ist ein großer Erfolg des verflossenen Jahres, daß es bei uns eine einheitliche, internationale, in dem Aufbau der Organisationen wirklich zentralisierte Partei zu schaffen gelang. Es gab unter uns einzelne, die befürchteten, es würde nicht möglich sein, so rasch unter der Arbeiterschaft verschiedener Nationalitäten, auf dem klassischen Gebiete der nationalen Gegensätze, die Verschiedenheit der Traditionen, die nationalen Vorurteile, Voreingenommenheiten, Illusionen sowie die technischen, mit der sprachlichen Verschiedenheit verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sind imstande heute zu konstatieren daß die strittigen Fragen in der KPTsch. gelöst sind. Daß dies gelang, dazu hat die Exekutive mit ihren Beschlüssen und Ratschlägen wesentlich beigetragen Als sehr nützlich haben sich in unserem Lande die Beschlüsse erwiesen, die von der Exekutive in den Fragen der organisatorischen Mängel der Partei, der Einheitsfront und in der Frage der Gewerkschaftstaktik gefaßt worden sind.

Die Kommission dieses Kongresses wird sich mit einem konkreten Fall des Disziplinbruches befassen, zu dem es in unserer Partei gekommen ist. In diesen konkreten Angelegenheiten hat die Exekutive eine andere Stellung eingenommen als die Reichskonferenz und der Parteivorstand der KPTsch. Wir werden in der Kommission Gelegenheit haben, detailliert die Gründe anzuführen, infolge deren der Parteivorstand der KPTsch. seinen Standpunkt für richtig hält, ebenso wie wir ihn für richtig halten. Die Disziplin in der Kommunistischen Internationale erkenen wir aber für eine so wichtige Sache an, daß wir den Beschluß der Exekutive bei uns zu Hause sofort durchgeführt haben. Wir erwarten, daß die Kommission des Kongresses unsere Gründe gewissenhaft prüfen wird. Die kommunistische Disziplin ist für uns selbstverständlich bindend. Wir erklären daher, daß wir die Entscheidung des Kongresses anerkennen werden: Ich mache nur den Kongreß darauf aufmerksam, daß durch die Entscheidung der Exekutive die Autorität des Parteivorstandes in der KPTsch. außerordentlich untergraben wurde, und daß es bei der komplizierten Lage der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei zu weitgehenden Konsequenzen führen kann, wenn die Zentrale der Partei nicht die genügende Autorität und die Möglichkeit, die Disziplin durchzusetzen, hat.

Was die Arbeit der Exekutive in der Zukunft betrifft, so halten wir es für möglich, daß der Verbindungs- und Informationsdienst der Exekutive vervollkommnet wird.

VORSITZENDER: Genossen, das Wort hat jetzt der Gen. Landler, der hier zur Geschäftsordnung gesprochen und gefordert hat, daß ihm eine halbe Stunde Redezeit zugebilligt werde. Ich möchte den Kongreß befragen, ob dieser Antrag des Gen. Landler Unterstützung findet (Zuruf: Nein). Gen. Landler bittet um 20 Minuten Redezeit. (Erneute Zurufe.) Nach unserem Reglement beträgt die Redezeit 10 Minuten. Ich werde also den Kongreß befragen. Wer dem

Gen. Landler 20 Minuten Redezeit zubilligen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. Die Genossen beteiligen sich so schwach an der Abstimmung, daß das Präsidium im Zweifel ist. Ich werde die Abstimmung wiederholen lassen.

BUCHARIN (zur Geschäftsordnung): Genossen, ich muß folgendes bemerken· Es findet in der ungarischen Partei ein Kampf zwischen verschiedenen Richtungen statt. Der Gen. Landler ist Vertreter der einen Richtung. Falls wir ihm 20 Minuten Redezeit gewähren, müssen wir auch den anderen ungarischen Vertretern ebensoviel Zeit geben. Ich schlage deshalb vor, aus dem Rahmen des Reglements nicht herauszutreten.

VORSITZENDER: Ich komme zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß dem Gen. Landler 20 Minuten Redezeit zugestanden werden, bitte ich, die Hand zu erheben. Die Mehrheit ist dagegen. Es bleibt also bei 10 Minuten.

LANDLER (Ungarn): Genossen und Genossinnen. Der Gen. Sinowjew sprach sehr kurz und sehr diplomatisch von der ungarischen Frage, nämlich von der ungarischen Bewegung, und überraschend energisch gegen die Emigration. Er behauptet, daß in Ungarn eine kommunistische Bewegung im Erwachen sei. Er behauptete, ein Beweis dafür sei, daß 170 Kommunisten an einem Tage verhaftet wurden; und er behauptet ferner im Zusammenhang mit dieser Frage, daß die ungarische Emigration etwas noch Niedagewesenes sei und daß sie einen sehr großen Schaden für die ungarische Bewegung und auch für die Internationale bedeute. Endlich fordert er vom Kongreß, daß er gegen die Emigration energisch Stellung nehme. Ich glaube, das ist zu diplomatisch. Ich kann ganz gewiß behaupten, daß keiner im Saale von dieser Sache etwas verstanden hat. Nach diesem Referat wird sich jeder fragen: Wurde diese kommunistische Bewegung in Ungarn durch den heiligen Geist hervorgerufen, oder hat die Internationale vielleicht diese Bewegung gegen den schlechten Willen der Emigranten direkt zustande gebracht? Oder haben vielleicht die Emigranten dagegen gearbeitet, daß in Ungarn eine Bewegung entstehe?

Jedermann kann dieses Referat verstehen, wie er will, und eben das ist diplomatisch, denn in dieser Sache kann man nur auf diese Weise einen energischen Beschluß gegen die Emigration fassen. Die Sache ist um so überraschender, als eben der Gen. Sinowjew gegen keine Richtung so energisch zu sprechen pflegt. Es ist seine Tugend, daß er ein Beschwichtigungshofrat ist. Gen. Sinowjew hat z. B. von den Fehlern der französischen Partei und der norwegischen Parteigenossen in einem väterlichen Ton gesprochen und nur gegen die ungarische Emigration donnert er los. Das gehört nicht zu seinen Gewohnheiten. Wenn ich den Grund dieses Verhaltens suche, so scheint er mir darin zu liegen, daß Gen. Sinowjew damit eine altbewährte Methode anwandte, da er wußte, daß die Exekutive in der Frage der ungarischen Bewegung angegriffen werden würde. Und nun hat er die Offensive ergriffen, damit man uns in die Defensive drängt.

Ich kann aber dem Gen. Sinowjew, den ich als Menschen und als Präsidenten der Internationale hochschätze, den Gefallen nicht tun, mich in die Defensive drängen zu lassen, weil ich von den ungarischen Or-

ganisationen den Auftrag erhalten habe, alles unverhüllt herauszusagen. Ich sage kein Wort über Fraktionen, denn es gibt keine Fraktionen, aber im Namen der ungarischen Emigration muß ich den Genossen offen den wahren Tatbestand mitteilen. Auch wenn ich loyal sein will, so kann ich das nur, wenn ich dem Kongreß aufrichtig alles sage, was über die ungarischen Organisationen zu sagen ist und mich nicht so kurz und so diplomatisch fasse, wie es der Genosse Sinowjew tut.

Der Tatbestand ist folgender: Eine Führergruppe der jetzt in Ungarn arbeitenden Kommunistischen Partei wird höchstwahrscheinlich laut authentischem Bericht dieser Tage vor ein ungarisches Sondergericht gestellt und zum Tode verurteilt werden. Die Mehrzahl dieser Führergruppe besteht aus Emigranten und gehört ausschließlich der Fraktion an, der anzugehören ich die Ehre hatte. Diese Emigranten gingen vor einem Jahr und vor 7 Monaten nach Ungarn. Damals, als der Fraktionskampf auf dem Höhepunkt stand und unsere Fraktionsgruppe sich absonderte, arbeitete sie, ohne sich im geringsten um den Fraktionskampf zu kümmern, allein gegen die Sozialdemokratie und das Horthy-Regime. Sie arbeiteten mit heroischer Aufopferung, mit Hingebung und mit gutem Erfolg. Sie gaben wöchentlich in Budapest ein illegales Blatt heraus, das fortlaufend in 29 Nummern nacheinander erschien. Es konnte keine größere sozialdemokratische Volksversammlung abgehalten werden, in der man nicht minutenlang für die Kommunistische Internationale demonstrierte. Was den politischen Einfluß anbelangt, berufe ich mich darauf, daß das sozialdemokratische Parteiorgan wöchentlich, oft aber auch täglich, gegen die kommunistische Wühlarbeit protestierte. Trotz Verfolgungen und sozialdemokratischen Denunziationen flüchteten sie nicht, sondern alle Emigrantenführer arbeiteten bis zur letzten Minute. Ich betone nochmals: weder in der Zeitung, noch in der Agitation, noch in der ganzen Arbeit wurde ein Wort von dem Fraktionskampf gesprochen, obwohl er in der Emigration wütete. Sie schickten regelmäßig Berichte an die Exekutive durch einen Verbindungsmann, der auch zu der gewesenen Anti-Kun-Gruppe gehört. Aber kein einziger Bericht wurde von der Exekutive beantwortet. (Hört, hört.)

(Klingelzeichen des Präsidenten.) Genossen, ich bitte noch um 10 Minuten Redezeit. (*Friedländer* beantragt, die Redezeit um 10 Minuten zu verlängern. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.)

Unter diesen Umständen muß ich die Art und Weise, wie Gen. Sinowjew die Emigranten hier behandelt hat, mit Recht auf das energischste zurückweisen. Die Emigrantenfrage zu einer Zeit, wo seit der Erweiterten Exekutiv-Sitzung, also seit 9 Monaten, kein Fraktionskampf mehr stattfand, jetzt hier vorbringen, heißt vergessen, daß die ungarischen Emigranten sich vom ersten Tage des Sturzes der Räteherrschaft an geopfert haben. Kein Monat, keine Woche ist vergangen, wo nicht Genossen nach Ungarn gegangen sind und sich für die Sache geopfert haben. Ich verstehe daher nicht, wie Gen. Sinowjew dazu kommt, eine derartige Brandmarkung auszusprechen. Ich spreche nur in meinem Namen und im Namen dieser Genossen, die jetzt verhaftet sind, aber ich muß sagen, daß ein derartiges Verhalten der ganzen Emigration

gegenüber ungerecht und der Sache schädlich ist. Ich verstehe nicht, wie man hier auf dem Weltkongreß gegen Kommunisten ohne ein Wort des Beweises solche Behauptungen aufstellen kann. Gen. Sinowjew wird sich auf zwei sogenannte Disziplinverletzungen berufen. Er kann sagen, daß die Exekutive ein Zentralkomitee designiert hat, und daß dieses Zentralkomitee nicht nach Ungarn gegangen ist. Aber es kann bewiesen werden, daß ein Führer der ungarischen Organisation nach Berlin gekommen ist und gesagt hat, daß wir keine Genossen zur Arbeit brauchen, die nicht in die Betriebe hineingehen können. Er sagte, die illegale Arbeit sei viel gefahrvoller, wenn z. B. ein Genosse, der zur Zeit der Räteherrschaft Polizeipräsident war, zu einer konspirativen Arbeit hinunterkommt. Sie schickten den diesbezüglichen Bericht her sie bekamen aber auf diesen Bericht auch keine Antwort.

Ich war bis zum August hier in Moskau. Man behandelte die ungarische Frage ganz einfach so, als wenn man die Theorie des Absterbens des Staates auf die ungarische Frage applizieren wollte. Der Gen. Brandler, der in Moskau als Kommissar der ungarischen Frage fungierte, brüstete sich z. B. damit, daß er sämtliche Eingaben der Ungarn ohne Erledigung ad acta legte. Als Gen. Brandler abgereist war, hat man einen Kommissar für die ungarische Frage designiert, der nur bulgarisch und russisch sprach, und weil wir diese Sprachen nicht beherrschten, konnte keiner von uns mit ihm sprechen. Als man sich darüber beschwerte, zuckte man die Achseln. Was war das seitens der Exekutive? Vielleicht eine objektive Behandlung der ungarischen Angelegenheit? Ferner kann der Gen. Sinowjew noch sagen, wir hätten vor einem Monat gegen den Beschluß der Exekutive in Berlin ein Blatt herausgegeben.

Aber wir teilten der Exekutive mit, daß die Organisation in Ungarn ein Blatt fordere. Sie forderte ein Wochenblatt von 4 oder 8 Seiten, mit dessen Hilfe sie sich über Sowjetrußland und die internationale Lage orientieren könnte. In dieser Zeitung war kein Wort über den Fraktionskampf enthalten. Wenn diese formelle Verletzung der Disziplin eine so große Sache geworden ist, daß man die Emigration dafür brandmarken muß und wenn das mit einem so kurzen Referat gemacht werden kann, wie es Gen. Sinowjew getan hat, dann halte ich ihn für einen geborenen Diplomaten. Ich glaube aber, Genossen, der Weltkongreß wird sich nicht dazu hergeben.

Unter diesen Umständen muß ich den Kongreß ersuchen, folgende Resolution anzunehmen:

Der Kongreß beschließt:

1. Außer der von dem Präsidium ernannten Delegation der KPU. die Delegation der ungarischen illegalen Organisation zuzulassen.

Die ungarischen Organisationen haben nämlich jetzt nur einen Vertreter aus Ungarn, aber von der Emigration noch 2 Vertreter delegiert. Es wurde aber nicht gestattet, daß die zwei in der Emigration befindlichen Vertreter zu dem Kongreß herkommen dürfen, weil sie zu unserer früheren Fraktion gehörten. Ich bitte die Genossen, zu beschließen, sie zum Kongreß zuzulassen.

2. Die ungarische Frage, die Frage der in Ungarn existierenden Organisationen auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen und zur



Vorbereitung der Frage eine Kommission einzusetzen, in der gleichen Zusammensetzung wie die übrigen Kommissionen.

3. Der Kongreß protestiert gegen die verbrecherischen Greueltaten, mit denen die Untersuchung gegen die jüngst verhafteten Kommunisten geführt wird, und dagegen, daß sie vor ein staatliches Gericht gestellt werden, um zu Tode verurteilt zu werden. Der Kongreß bewundert die Tapferkeit und den Mut, mit denen sie den Martern des weißen Terrors zum Trotz für die Revolution wirken.

Genossen, ich bitte diese Resolution anzunehmen. Es handelt sich nicht um einen Fraktionskampf, sondern darum, daß endlich die ungarische Frage zur Ruhe kommt. Man kann die Frage nicht diplomatisch erledigen. Es liegt gar keine Gefahr darin, wenn man untersucht, was in der ungarischen Frage und in Ungarn vorgeht. Nur wenn man diese in Ungarn existierende Bewegung als Ausgangspunkt betrachtet und nicht wieder künstlich ausgeklügelte Formen erfindet, kann man ernstlich von der endgültigen Lösung der ungarischen Frage reden. Die Frage ist jetzt nicht, wer in Ungarn Volkskommissar war, wer einen historischen Namen — wie der Genosse Sinowjew sagt — hat, wer große Verdienste gehabt hat: jetzt handelt es sich darum, wer sich jetzt in der ungarischen kommunistischen Kleinarbeit große Verdienste erwirbt, — und das tun nur jene Genossen, die zu Hause arbeiten. Eine Lösung dieser Frage kann nur im stillen, nicht auf diplomatischem Wege geschehen; der Kongreß kann das durch Vorbereitungen selbst machen. Dann wird auch die ungarische Frage ihre Erledigung finden. (Beifall.)

KATAYAMA (Japan): Genossen, die japanische Delegation erklärt sich mit dem Bericht des Gen. Sinowjew einverstanden. Ich will hier nur von der Einheitsfront sprechen, soweit sie sich auf Japan bezieht. Die japanische Kommunistische Partei ist illegal und noch jung. Wir sind durch die Gewerkschaften und auf anderen Wegen an die Öffentlichkeit getreten. Unsere Gewerkschaften sind Kampfgewerkschaften und mit keinen Traditionen belastet. Wir haben keine Henderson und keine Gompers, so daß unsere Partei, so bald sie organisiert war, in die Gewerkschaften eindringen und sie unter ihren Einfluß bringen konnte. Genossen, wir haben in der Vergangenheit die Einheitsfront in einer Reihe von Fällen angewandt. Als wir unsere Propaganda gegen die Washingtoner Konferenz begannen, kamen alle Gewerkschaften zu unserer Unterstützung und halfen uns, die bürgerliche, kapitalistische und imperialistische Konferenz in Washington bloßzustellen. Als die Regierung einen Gesetzentwurf gegen alle radikale Bewegungen in Japan einbrachte, haben sich die Gewerkschaften aller politischen Schattierungen, Anarchisten, Syndikalisten, Kommunisten und die Gemäßigten zusammengetan und eine so wirkungsvolle Propagandakampagne begonnen, daß die Regierung von ihrem Plan Abstand nehmen mußte.

Wir haben ferner eine Bewegung unter dem Namen: „Hände weg von Sowjetrußland", die der in England ähnlich ist. Alle Gewerkschaften und alle radikalen Vereinigungen arbeiten jetzt zusammen gegen Interventionen in Sowjetrußland und für seine Anerkennung. Wir konnten zuerst für die russische Hungersnot nichts tun. Nach dem Regierungswechsel haben wir jedoch auch dies aufgenommen und

nicht nur die Gewerkschaften und die radikalen Vereine, sondern auch das Kleinbürgertum hilft uns, die russische Hungersnot zu bekämpfen. Dies geht vor sich unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei, trotzdem sie in tiefer Illegalität lebt.

Nun möchte ich von meinen Eindrücken während der letzten Tage sprechen. Wir haben in der Kommunistischen Partei Schwierigkeiten mit der Einheitsfront. Die Einheitsfront ist noch nicht im Lande, ja noch nicht einmal in der Partei errichtet. Aber Genossen, wir haben einen gefährlichen Feind, den größten, den wir bekämpfen müssen, was es auch kosten möge. Ihr, Genossen aus Frankreich, Italien und anderen Ländern, Ihr vergeßt den Feind und Ihr vergeßt, daß es von höchster Wichtigkeit ist, ihn zu bekämpfen. Im Gegenteil, Ihr kämpft gegen Euch selbst, Ihr solltet für die Einheitsfront, gegen Imperialismus und Kapitalismus kämpfen. Und wieder muß ich Euch sagen, wir haben hier noch nichts gehört von einer internationalen Einheitsfront. Was tut Ihr, um die anderen Länder zu vereinigen und die Einheitsfront gegen den Imperialismus und Kapitalismus zu errichten? Nichts habt ihr bisher getan. Ich habe bisher nichts Internationales über die Einheitsfront gehört. Wir wollen eine Einheitsfront mit den starken kommunistischen Parteien der Erde. Die kolonialen Länder brauchen die Einheitsfront, um den Kapitalismus niederzuzwingen. Ich möchte Euch ins Bewußtsein rufen, daß der 4. Kongreß allen Genossen, die von hier fortgehen, die Wichtigkeit der Einheitsfront einprägen muß. Nicht nur in ihren eigenen Ländern, sondern in allen Ländern, so daß wir unser Ziel erreichen können. Jemand hat gesagt, daß die Einheitsfront ein Kompromiß darstellt. Es ist wahr, sie ist ein Kompromiß, aber ein Kompromiß, um unser Ziel zu erreichen. Sie wird unsere Bewegung nicht schwächen, sondern stärken. Sie ist nicht ein Kompromiß mit dem Kleinbürgertum. Nein, sie ist ein Kompromiß mit Arbeiterführern, um die Arbeiter zu erreichen, die diesen Führern noch folgen. Sie wird die Kommunistische Bewegung stärken und uns instandsetzen, unser Ziel zu erreichen.

RAKOSI (Ungarn): Genossen, ich muß aufrichtig gestehen, daß ich nicht gern die ungarische Frage hier anschneide. Die ungarische Frage ist wie die ungarische Partei in diesem Moment eine sehr heikle Angelegenheit und wie Sie aus den Worten des Gen. Landler ersehen haben, kostet jeder Schritt, den man nicht genügend überlegt, und auch jedes Wort, das man über diese Frage nicht entsprechend sagt, Hunderten von guten Proletariern das Leben. Ich kann mir den Luxus nicht erlauben, wie der Gen. Landler, daß ich illegale Angelegenheiten, die in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft unseren besten Kämpfern das Leben kosten können, hier behandele. Ich möchte dennoch ein anderes Licht auf die Lage der ungarischen Emigration und die ungarische Partei werfen.

Genossen, was ist die ungarische Emigration? Sie ist der ins Ausland geflüchtete Teil der Kommunistischen Partei, der ungarischen Arbeiterbewegung. Was war die ungarische Kommunistische Partei? Sie hatte eine energische, rasche Periode des Aufblühens, die aber nur 4 Monate dauerte. Sie hatte in vier Monaten die Macht erobert und sie hielt sie 4½ Monate lang. Diese 8½ Monate konnten natürlich



nicht genügen, um sämtliche Meinungsverschiedenheiten, prinzipielle und taktische Fragen, die bei der Ausbildung und Kristallisierung einer kommunistischen Partei entstehen, auszufechten. Die ungarische Kommunistische Partei ging in die Emigration, wo sie eine Menge von praktischen und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten durch die Praxis, durch die Tageskämpfe nicht austragen konnte.

Diese Differenzen konnten in der Emigration nicht durch die Aktivität, durch Massenaktionen, durch die tägliche Arbeit, in den Massen erledigt werden. Sie lebten aber und ihre Wirkung drückte sich hauptsächlich in persönlichen Reibungen und Anpöbeleien aus. Die Exekutive hat sich mit dieser Frage 10 Monate lang beschäftigt und hat sich Mühe gegeben, sobald als möglich die prinzipiellen Unterschiede zu enträtseln. Weil diese prinzipiellen Unterschiede nur mikroskopischer Natur waren, konnte man nicht die entsprechenden Schritte einleiten. Aber daneben bestand die Tatsache, daß die Emigration einen zehnmonatlichen Skandal entfachte, Broschüren schrieb, die ein fetter Bissen für die Sozialdemokraten waren, die wochenlang im „Vorwärts" Tagesgespräch bildeten, so daß unsere Revolution, unsere Rätediktatur, unsere Kommunistische Internationale mit Schmutz besudelt wurden. Zu dieser Tatsache mußte die Exekutive Stellung nehmen. Diese Tatsache hat die erste erweiterte Sitzung der Exekutive beschäftigt. In einer solchen Situation ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Exekutive, diese Eiterbeutel mit scharfem Messer aufzuschneiden. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Nach einem solchen Skandal konnte die Exekutive nicht anders, als mit Aufbietung aller Energie diese Eiterbeule aufschneiden. Das ist die große Linie der Fraktionskämpfe.

Ich möchte noch etwas über die ungarische Kommunistische Partei sagen. Gen. Landler hat hier den Versuch gemacht, mit den Wunden und den Verlusten der ungarischen Kommunistischen Partei seine Fraktion zu schmücken. Ich muß dagegen energisch protestieren. Die ungarische kommunistische Bewegung ist nicht das Resultat irgendeiner Fraktion, sie ist das Resultat des ungarischen Proletariats, des Proletariats, das während viereinhalb Monaten die Macht in Händen hatte und mit jedem Tage klarer sieht, was es in der jungen Rätediktatur verloren hat.

Die ungarische Kommunistische Partei, ebenso wie die jetzt Eingekerkerten gehören nicht nur zu den früheren Fraktionskämpfern von beiden Seiten, sondern zu den besten Elementen der Kommunisten in Budapest und Ungarn. Aber diese Tatsache nur auf das Konto einer Fraktion zu setzen, — das muß ich auf das entschiedenste zurückweisen.

Dann noch eins! Es wäre für das ungarische Proletariat und für die Zukunft der Kommunistischen Partei Ungarns nicht vorteilhaft, wenn der Weltkongreß unter dem Eindruck einer Fraktionsstreitigkeit um die ungarische Partei auseinanderginge. Die Kraft der ungarischen Kommunistischen Partei kann man nicht nach den Fraktionskämpfen beurteilen. Es genügt, einen Blick auf die Tätigkeit der ungarischen Bourgeoisie, die noch bis zu 60 % von der Furcht vor der Kommunistischen Partei und vor ihrer Rückkehr diktiert ist, zu werfen. Die un-

garische Gegenrevolution, die mit Feuer und Schwert jede kommunistische Bewegung im Keime ersticken möchte, ist gezwungen, sich für die Zukunft zu rüsten, und sich zu illegalen Zehnergruppen zu organisieren, die den illegalen Kampf mit der raschkeimenden kommunistischen Bewegung in Ungarn aufnehmen sollen. Und ich hoffe, daß die Kommunistische Partei Ungarns und mit ihr das ungarische Proletariat, das 1919 schon gezeigt hat, daß es geneigt ist, für seine Befreiung zu kämpfen, und das jetzt den Befreiungskampf unter unerhörten Schwierigkeiten trotz der Unterdrückung durch den weißen Terror fortsetzt, auch in der Zukunft den Weg finden wird, den ihm die Geschichte, die zentrale Lage des Landes und seine revolutionäre Vergangenheit zuweisen.

Genossen, ich möchte noch einmal wiederholen, daß, wenn die Exekutive energisch in dieses Drecknest hineingegriffen und dort Ordnung geschafft hat, dies gewiß unangenehm war. Es tat jedem ungarischen Genossen weh, als die Partei auf dem Seziertisch der Exekutive lag und wir haben wirklich einen tiefen Schmerz empfunden, als wir sahen, daß unsere Arbeit und unsere Kämpfe schließlich solche Früchte trugen. Ich bin vollkommen mit dem letzten Teile des Vorschlages des Gen. Landler einverstanden, in dem er vorschlägt, daß der Weltkongreß seine Sympathie für die Gemarterten zum Ausdruck bringt und Protest gegen ihre Folterung einlegt. Ich möchte gleichzeitig sagen, daß die Kommunistische Internationale, wo sie die Möglichkeit hatte, keine Gelegenheit hat vorübergehen lassen, dem ungarischen Proletariat hilfreich unter die Arme zu greifen. Die Genossen wissen wohl, daß es uns gelungen ist, vierhundert ungarische Genossen aus den Kerkern Horthys herauszuholen, und ich kann sagen, daß die Exekutive sofort die nötigen Schritte unternommen hat, um diese Gruppe der Verhafteten aus dem Rachen der weißen Justiz und aus den Händen Horthys zu befreien. Wir haben nichts gegen eine Untersuchung der ungarischen Angelegenheit, ich möchte aber energisch dagegen Verwahrung einlegen, daß die Angelegenheit der ungarischen Partei noch einmal in der Form von Fraktionen, und sei es auch nur in verdeckter Form, wie Gen. Landler es hier vorschlug, vor die Exekutive oder vor den Weltkongreß kommt. Die ungarische Partei und die ungarische Emigration haben schon genügend Material für die 2. und 2½ Internationale geliefert, und das, was Gen. Landler hier vorgetragen hat, ist nichts weiter als die Wiederaufrührung des schon einmal begrabenen Drecks. Ich bin dagegen, daß dieser sein Vorschlag in der Fraktionsfärbung angenommen wird. (Beifall.)

VORSITZENDER: Genossen, wir werden jetzt eine Mittagspause machen. Ich möchte Ihnen aber vorher noch einiges mitteilen.

Die Abendsitzung beginnt um 7 Uhr.

Folgendes ist zu erledigen: Die Delegation von Kanada bittet, einen Repräsentanten für die französische Frage stellen zu dürfen, und zwar den Gen. Spector, und für die amerikanische Frage den Gen. Mac Donald.

Sind Widersprüche dagegen? —

Das ist nicht der Fall.

12



Einige Delegierte Frankreichs schlagen vor, den Gen. Scocci Maro, der Delegierter auf dem Pariser Kongreß war, ebenfalls in die französische Kommission zu delegieren. Ist Widerspruch hiergegen vorhanden? — Das ist nicht der Fall.

Der Vorschlag ist also genehmigt.

(Schluß der Sitzung 4,15 Uhr nachmittags.)

SIEBENTE SITZUNG

SONNTAG, DEN 12. NOVEMBER 1922.

Schluß der Diskussion zum Berichte des EK. der KI. Resolution zum Berichte des EK.

Redner: Marshall, Sullivan, Friedländer, Wujowitsch, Malaka, Sinowjew, Scocci Maro, Graziadei, Duret Souvarine, Dormoy, Peluso, Meyer, Peric, Domski.

Eröffnung: 8 Uhr abends.

Vorsitz: ***Marchlewski.***

VORSITZENDER: Genossen, die Kommissionen, zu der alle Mitglieder des Präsidiums gehören, werden noch ungefähr 20 Minuten bis eine halbe Stunde in Anspruch nehmen, so daß wir die Diskussion noch etwas hinausschieben müssen. Wenn Sie aber wünschen, daß wir mit der Diskussion trotzdem beginnen, können wir jetzt fortfahren. (Zurufe: fortfahren!) Das Wort hat dann der Gen. Grün (Österreich). (Zuruf Grün: „Ich verzichte"!) (Beifall.)

MARSHALL (Amerika): Genossen und Genossinnen! Als Vertreter einer jener Tendenzen in der amerikanischen Partei, von der der Genosse Carr behauptete, daß sie nicht im Einklang mit den Richtlinien der Exekutive der Kommunistischen Internationale gehandelt habe, möchte ich hier erklären, daß diese Tendenz in jeder Weise und in allen Fragen in der Hauptsache mit den Richtlinien der Exekutive im vergangenen Berichtsjahre einverstanden ist.

Ich muß mich mit den Ausführungen des Gen. Carr ein wenig beschäftigen und vorerst darauf hinweisen, daß der Gen. Carr in einen Fehler verfallen ist, den schon der Gen. Bucharin kritisierte, indem er sich darauf beschränkte, nur über die inneren Fragen der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten zu sprechen. Und dann erwartete er, daß die Delegierten des Kongresses ohne Kenntnis der Lage und der konkreten bestehenden Verhältnisse in den Vereinigten Staaten seinen Worten Glauben schenken sollte. Er meint, daß in Anbetracht der Kleinheit der Partei in den Vereinigten Staaten Bescheidenheit wohl am Platze wäre; und bescheiden ist er auch wirklich gewesen, wenn auch nur im geistigen Sinne. Es scheint doch, daß die Kleinheit der Partei in den Vereinigten Staaten uns nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Probleme des Landes zu den größten Problemen der Weltrevolution gehören. In dem Lande, wo die Bourgeoisie auf der Höhe ihrer Macht steht, wo die Arbeiterbewegung noch am weitesten zurück



ist, da harren einer revolutionären Partei wohl die schwierigsten Aufgaben. Der Gen. Carr erklärt, daß sich das Leben innerhalb der Partei in den Vereinigten Staaten einfach auf Grund der Thesen abgespielt habe, die von der Exekutive in Moskau angenommen und dann nach Amerika gebracht wurden; dort wurde darüber gestritten. Nach einer Weile nimmt man andere Thesen an und befiehlt uns, mit den Streitereien aufzuhören, und dann hören wir eben einfach auf. Ein ganz einfacher Prozeß. Aber so einfach spielen sich die Dinge denn doch nicht ab. Schließlich ist Moskau kein preußischer Unteroffizier der alten Schule und wir sind auch keine Rekruten vom Lande, die nur auf den Befehl warten und gehorchen, um so weniger, als die Partei ja keine Ursache hat, auf den Befehl von Moskau zu warten.

Welche Gegensätze entwickelten sich in der amerikanischen Partei in der verflossenen Zeit? Die Internationale beschließt die Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Für die Partei Amerikas galt es nun, die Lage einzuschätzen und im ganzen die Taktik anzuwenden. Gegen diese Einschätzung der damaligen Majorität des Zentralkomitees erhob sich Widerspruch. Das Zentralkomitee erklärte, daß in den Vereinigten Staaten die Anwendung der Taktik der Einheitsfront auf politischem Gebiet nicht den Zusammenschluß verschiedener, mehr oder minder revolutionärer Gruppen und Parteien bedeute, weil wir solche Gruppen und Parteien nicht haben. In den Vereinigten Staaten bedeutet die Anwendung der Einheitsfronttaktik, bei den Arbeitermassen erst das politische Bewußtsein zu wecken und sie daraufhin in den Kampf zu führen. Bei der Lösung dieses Problems helfen uns ja die Kapitalisten. Auf der ganzen Linie führen sie alle Machtmittel ins Feld, die ihnen gegen die Arbeiterschaft zur Verfügung stehen. Die Arbeiter, die heute in einen Streik gegen das Unternehmertum treten, sehen sich morgen der Polizei, der Miliz, den Staatsorganen, der Bundesarmee gegenüber. Sie alle haben wohl gelesen, wie in einem Streik der Eisenbahnwerkstattarbeiter ein Richter in Chicago den Streik einfach damit erledigte, daß er ihn verbot. Dieses Ins-Feld-führen des politischen Machtmittels des Kapitals in Amerika erweckt erst bei den Arbeitermassen das Bewußtsein, daß sie auch eigene Interessen haben. Bis heute hat dies Bewußtsein in der Masse noch nicht existiert. Die Arbeiterklasse war auf politischem Gebiet vollständig aufgegangen in den bürgerlichen Parteien, in der republikanischen und in der demokratischen Partei. Jetzt aber wachen die Arbeitermassen auf, Resolutionen werden angenommen, von großen Arbeiterorganisationen, z. B. von der Brüderschaft der Eisenbahner, die etwa eine halbe Million Mitglieder umfaßt, von den Bergarbeitern, die im Bergarbeiterverband etwa eine halbe Million Mitglieder organisierten, von der Maschinistenorganisation mit über 200 000 Mitgliedern. In diesen Resolutionen und auf ihren Kongressen fordern die Arbeiter in den Vereinigten Staaten, daß eine Organisation geschaffen wird, mit der sie selbständig, allein als Klasse in den politischen Kampf eintreten können. Diese Resolutionen zeigen zweierlei: erstens in ihrem Ursprung zeigen sie das erwachende politische Klassenbewußtsein der Arbeiter, zweitens in ihrer Mannigfaltigkeit, in der sie in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten, zeigen sie den Versuch der Führerschaft, diesen erwachenden Geist in irgend einen Sumpf hineinzuführen.



Was sollen wir Kommunisten nun in diesem Falle tun? Es scheint, daß uns drei Wege offen stehen. Erstens gegen diese Tendenzen — die in letzter Linie auf die Schaffung einer Labour Party hinauslaufen — und damit gegen die Tendenzen der selbständigen politischen Betätigung der Arbeiterklasse zu opponieren, oder aber diesen Tendenzen passiv gegenüberzustehen, oder die Führung dieser Bewegung zu übernehmen. Die damalige Majorität des Zentralkomitees entschied sich für den letzten Weg, d. h. sich dieser Bewegung zu bemächtigen zu versuchen, nicht nur einzugreifen, sondern zu versuchen, die Führung, die Initiative zu ergreifen für den Fortschritt dieser erwachenden Massen. Hier lag der fundamentale Konflikt, der sich für die amerikanische Partei aus der Einheitsfronttaktik ergab. Der Gen. Carr erklärte, daß dies Verrat der Aufgabe der eigenen Partei bedeute, statt Propaganda für die eigene Partei zu machen. Der Aufbau der Partei ist schließlich kein Prozeß. In der Aktivität der Massenpartei der Arbeiter wird unsere Partei alle Elemente an sich heranziehen können, die wegen ihres Parteiprogramms zu ihr gehen. Sie wird aber auch gleichzeitig eine politische Massenbewegung der noch nicht revolutionierten und für unsere Partei nicht reifen Elemente der amerikanischen Arbeiter schaffen und uns dadurch einen gewaltigen Schritt zur proletarischen Revolution vorwärtsbringen. Durch diese Arbeit schon im Entstehungsprozeß dieser Partei würden wir uns in einer solchen Bewegung einen dominierenden Platz verschaffen. Wir würden ein integrierender Bestandteil dieser Bewegung werden, nicht erst in der Minute, wenn die Arbeiter den Versuch machen, sich für uns zu entschließen, sondern als ein Teil dieser Kraft, die die Massenbewegung geschaffen hatte, würden wir wirklich ein vorwärtstreibendes Element sein. Und dadurch könnten wir der Bewegung in Amerika einen großen Dienst erweisen. Diese Auffassung und diese Einschätzung verstößt gegen keine der Thesen und der Resolutionen, gegen kein Diktat der Internationale. Wenn wir uns aber darin täuschen, so ist es Sache des 4. Kongresses, uns zu sagen, daß das ein Fehler ist.

Zum Schluß noch ein Wort über die Frage der Unterstützung der Kandidatur Meyer London. Gen. Carr erklärte, er hielte es für ehrenwert, es so darzustellen, als ob in der Partei eine Tendenz bestände, die aus Freundschaft für Meyer London, den Kandidaten der Kommunistischen Partei zurückziehe, damit Meyer gewählt würde. Wie sind die Dinge gewesen? Meyer ist der einzige Kandidat der SP. Er ist aber als Kandidat aufgestellt worden. Eben haben wir angefangen, festen Fuß unter den jüdischen Arbeitermassen zu fassen. Wir sind aber noch nicht stark genug, um der Sozialistischen Partei, die dort ihre stärkste Stellung hat, ihren Platz streitig zu machen. Wenn wir nun dort einen Kandidaten bis zur Wahl hätten stehen lassen, so hätten wir dadurch die Massen derjenigen Arbeiter, die noch immer glauben, daß der Kandidat der Sozialistischen Partei ihr Kandidat ist, die noch nicht wie wir wissen, daß es ganz gleichgültig für die Arbeiter ist, ob sie Meyer London oder einen Kandidaten der demokratischen Partei wählen, gegen uns aufgebracht und hätten damit der Sozialistischen Partei eine Handhabe gegeben, uns beschuldigen zu können, daß wir dazu geholfen haben, einem Kandidaten der Arbeiter den Sieg zu entreißen und dafür einem bürgerlichen Kandidaten den Sieg zu er-

möglichen. Ein solches Argument durften wir der Sozialistischen Partei nicht in die Hand geben. Und was machten wir da? Wir stellten einen Kandidaten auf, führten als Kommunisten einen Wahlkampf gegen die Sozialistische Partei, im letzten Moment der Wahl zogen wir aber unseren Kandidaten zurück und erklärten den Arbeitern des Distrikts, daß wir diesen Kandidaten nicht deshalb zurückziehen, weil wir Meyer London als einen guten Vertreter der Arbeiter betrachten, sondern weil wir die Arbeiter noch nicht überzeugt haben, daß er kein guter Vertreter ist und wir ihm die Möglichkeit geben wollten, das unseren Wählern ad oculus zu demonstrieren und zu beweisen. Ich glaube, daß diese Taktik die einzige ist, die in der amerikanischen Partei vorgeschlagen worden war, und daß sie auch die einzig mögliche war, die hätte durchgeführt werden können. Gen. Carr und seine Freunde sind allerdings gegen diese Taktik gewesen, haben es aber bis jetzt in ihrer Bescheidenheit unterlassen, irgendeine andere vorzuschlagen. Ich glaube, Bescheidenheit ist in diesem Moment nicht am Platz, sondern das ist hier ein Problem, das gelöst werden muß. Entweder wir lösen dieses Problem, oder wir müssen als Marxisten und Kommunisten abdanken.

SULLIVAN (Amerika): Genossen! Ihr habt zwei Vertreter Amerikas gehört. Gestern sprach der Vertreter des Zentrums, Gen. Carr. Er hat wenigstens gute Absichten. Ich stimme nicht mit ihm überein. Er hegt verschiedene freundliche Illusionen, z. B. die, daß in der amerikanischen Partei der rechte Flügel und das Zentrum zusammen für den Kommunismus arbeiten können. Ich halte diese Illusion für schädlich. Trotzdem — er ist wenigstens ehrlich. Eben habt Ihr nun einen anderen Vertreter der amerikanischen Partei angehört, den Gen. Marshall vom rechten Flügel. Er ist der Vertreter der Menschewiki, er ist nicht ehrlich. Er trägt eine Maske vor seinem Gesicht. Er kommt hier zu Euch, zeigt Euch ein Stückchen seines wahren Gesichtes und sagt, daß wir Meyer London, den Sozialpatrioten, in den Kongreß wählen müssen. Andernfalls würde die kommunistische Bewegung in Amerika aufhören.

Ich vertrete die linken Elemente in der Partei, von denen 4000 ausgeschlossen wurden und 1000 im letzten Januar aus eigenem Antriebe die Partei verlassen haben. Es war die Marshallfraktion, die bis zum September dieses Jahres in der Partei regierte, die uns ausschloß.

Ich habe etwas an der Arbeit der Exekutive der Komintern zu kritisieren, nämlich, daß die Exekutive den rechten Flügel der amerikanischen Kommunistischen Partei zu sehr unterstützt hat. Das Resultat hiervon sehen wir in Amerika heute vor uns — die Partei ist im Untergehen. Wenn wir jetzt Einigkeit erzielen, ist es doch nur eine teilweise und künstliche Einigkeit, die nicht von langer Dauer sein wird, denn der rechte Flügel, der linke Flügel und die Mitte können nicht zusammenarbeiten und können nicht lange in ein- und derselben Organisation bleiben. Ich muß die Exekutive kritisieren, weil sie vergessen hat, die 21 Punkte auch auf Amerika anzuwenden. Hätte sie es getan, so hätten wir heute hier nicht den Vertreter des rechten Flügels gehört. Um Euch die Art der vom linken Flügel betriebenen Propaganda zu beweisen, will ich einige Zitate anführen, und zwar Zitate aus den

offiziellen Organen der Parteien, offiziellen, legalen Organen der Partei unter der Herrschaft Marshalls und seines Zentralkomitees. Das erste Zitat handelt von der Genuakonferenz. Das offizielle Organ der Partei, die kommunistische Propaganda betreibt, schreibt wie folgt:

„Trotzdem ist die Genuakonferenz der erste ehrliche Versuch der Beherrscher Europas, den vom Krieg angerichteten Schaden wiedergutzumachen."

Im Namen des Kommunismus lobt hier Marshall die Genuakonferenz der imperialistischen Banditen.

MARSHALL: Habe ich das geschrieben?

SULLIVAN: Sie waren im Zentralkomitee und Sie waren dafür verantwortlich. Das Organ stand absolut unter Ihrer Kontrolle. Sie haben es nicht zurückgezogen. Es war ein offizieller Leitartikel der Partei — „der erste ehrliche Versuch der Beherrscher Europas"! Das ist die Sorte kommunistischer Propaganda, die Sie im Namen der Kommunistischen Internationale servieren. Aber es kommt noch besser. Ich frage das Präsidium, ob es nicht möglich ist, zwischen den Bildern, wo die Kaplan den Gen. Lenin herunterschießt oder zwischen die sozialrevolutionären Bilder eine Nummer des offiziellen Organs der amerikanischen Partei anzuheften, eine Nummer des Organs, das von Marshall herausgegeben wird, denn er ist verantwortlich für seine Politik. Er sagt:

„Ganz abgesehen von der politischen Situation wäre es auch augenblicklich mehr als dumm, Taten, die in der ersten Periode der Revolution begangen worden sind, zu streng bestrafen zu wollen."

Ist dies kommunistische Politik?

MARSHALL: Bitte, diese Zeitungen vorlegen!

SULLIVAN: Ich werde sie der amerikanischen Kommission vorlegen. Sie glauben vielleicht nicht, daß ich sie habe, aber Sie wissen, daß sie existieren.

VORSITZENDER: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen, die Sprechzeit ist beschränkt.

SULLIVAN: Wenn ich gewisse Leute hier irritiere, kann ich nichts dafür, ich freue mich sogar darüber. Es gibt noch einen anderen Leitartikel über die Konferenz der drei Internationalen in Berlin. Was wurde uns im Namen der kommunistischen Propaganda darüber in demselben Blatte aufgetischt? Es wurde von einem der kämpfenden Führer, Herrn X. X., verfaßt und ist in der offiziellen Parteipresse niemals berichtigt worden. X. X. hat den Kuß noch nicht vergessen, den ihm der Pseudogenosse Vandervelde, der pflichttreueste Diener seines Königs, im Winter 1914—15 gab. Er hat Sehnsucht nach solch' einem Kuß:

„Der Ruf der Einheitsfront (Konferenz der 3. Internationalen in Berlin) hat etwas Faszinierendes. Er hypnotisiert uns und weckt leise Hoffnungen, daß die Zeit wiederkommen wird, wo es nur eine sozialistische Partei und eine Internationale geben wird."

So „hypnotisiert" er uns und weckt leise Hoffnungen, daß die Zeit wiederkommen werde, wo es nur eine sozialistische (nicht kommuni-



stische) Partei und eine Internationale geben werde. Dies ist die Sorte von Propaganda, die von dem rechten Flügel in Amerika geführt wird. Und zwar von den amerikanischen Menschewiki mit der — unbewußten -- Unterstützung der Kommunistischen Internationale. Hierauf beruht meine Kritik an dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

So können Sie sich nicht darüber wundern, daß die revolutionären Elemente die Partei verlassen. Ich kann noch viele Beispiele menschewistischer Tätigkeit anführen. Die Partei ist in die Hände der Menschewiki geliefert worden die die 21 Punkte der Kommunistischen Internationale angriffen, Paul Levi und Serrati verteidigten und der Kontrolle der Kommunistischen Internationale über die legale Parteiorganisation widersprachen. Auf der Basis der Einheitsfront propagieren sie organisatorische Einigkeit mit den Menschewiki und die Wahl de Sozialpatrioten Meyer London in den Kongreß.

Marshall hat es nicht für nötig gehalten zu sagen, daß er und der rechte Flügel der Partei darauf bestehen, daß die illegale Partei aufgelöst werden muß. Er hat eine Kampagne angefangen, um die illegale kommunistische Partei aufzulösen und nur eine legale Organisation mit einem Programm in den Grenzen bürgerlicher Legalität zu behalten. Gerade so wie es die alten russischen Liquidatoren von 1906 und später machten. Sie wollten dieselbe große Massenpartei. Sie versprachen eine große Massenpartei in Amerika mit 100 000 Mitgliedern und nun ist sie nach ihren eigenen Angaben auf 14 000 Mitglieder zusammengeschrumpft — eine zentristische, menschewistische Partei, d. h. eine kleine Sekte.

Ich kann nicht alles, was ich zu sagen habe, sagen, ich habe keine Zeit dazu. Aber so lange, wie die Kommunistische Internationale nicht darauf besteht, daß der menschewistische rechte Flügel aus der Partei ausgeschlossen wird, werden Sie keine gesunde kommunistische Bewegung in Amerika haben. Sie werden vielmehr die Wahrnehmung machen, daß die wirklich revolutionären Elemente, die Arbeiterelemente, die Partei verlassen und daß die Partei eine kleinbürgerliche Bewegung werden wird, die es für ihre größte Pflicht hält, den Sozialpatrioten Meyer London in den Kongreß zu schicken, so wie es hier vor einigen Minuten empfohlen wurde.

VORSITZENDER: Genossen, von der Schweizer, Österreichischen und Holländischen Delegation ist ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden. Nur die Jugendorganisation und ein Vertreter der Ostvölker sollen nach dem Antrag noch zu Wort kommen. Für die Jugendorganisation ist Gen. Wujowitsch und für die Ostvölker Gen. Malaka aus Java eingetragen. Den Antrag auf Schluß der Debatte wird Gen. Friedländer begründen.

FRIEDLÄNDER (Österreich): Genossen! Die Debatte ist bereits durchaus erschöpfend gewesen. Alle Richtungen sind zu Wort gekommen. Es ist zweifellos auch schon eine gewisse Abspannung zu bemerken. Ferner hat Gen. Sinowjew noch ein längeres Schlußwort zu halten, um auf die verschiedenen Redner zurückzukommen. Es ist daher vollkommen zweckwidrig, die Aussprache unter diesen Umständen fortzusetzen. Zweckentsprechend wäre es nur, wenn noch ein Ver-

treter der Parteien, die noch nicht gesprochen haben, und ein Vertreter der Jugend sprechen könnten. Ich glaube, alle Genossen werden mit diesem selbstverständlichen Antrag nach fast viertägiger Debatte einverstanden sein.

VORSITZENDER: Will jemand gegen den Antrag sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. (Angenommen.)

WUJOWITSCH: Genossen! Die Kommunistische Jugendinternationale hat die von der Exekutive der Kommunistischen Internationale befolgte politische Linie gutgeheißen und stimmt ihr auch weiterhin zu. Nach ihrer Meinung hat die Exekutive im Laufe der letzten 15 Monate die Beschlüsse des 3. Kongresses in Geist und Tat durchgeführt.

Die Kommunistische Jugendinternationale spricht nicht nur ihre theoretische Solidarität mit der politischen Richtlinie der Exekutive aus, sondern macht ihrerseits alle Anstrengungen, um diese Taktik in den Jugendorganisationen durchzuführen.

Wir können feststellen, daß die Durchführung der Einheitsfront in allen Jugendorganisationen und in allen Ländern, in denen wir sie anwandten, von Erfolg gekrönt war. Die Jugendorganisationen Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und anderer Länder haben die Einheitsfront angewandt, indem sie sich auf die von der Exekutive der KI. gegebene Linie stützten. Diese praktische Erfahrung hat die Richtigkeit dieser Linie bewiesen.

In den besonderen Fällen von Frankreich, Italien, Norwegen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern, in denen die Exekutive während der vergangenen Berichtsperiode hat eingreifen müssen, erklärt die Kommunistische Jugendinternationale ihre vollständige Übereinstimmung mit der Haltung des EK. der KI. Die Kommunistische Jugendinternationale erachtet, daß der von der Exekutive in allen Ländern gezeigte Wille, für die praktische Durchführung der Beschlüsse des 3. Kongresses zu wirken, von der Exekutive nicht nur begriffen, sondern in allen Ländern, insbesondere in der Tschechoslowakei und in Italien, praktisch durchgeführt wurde. Dieser Wille bestand darin, in allen Ländern die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erringen.

Die Kommunistische Jugendinternationale, in deren Namen ich hier spreche, will besonders einen Punkt hervorheben, der ihr in der Rede des Gen. Sinowjew grundlegend erscheint. Er betrifft die Bildung kommunistischer Zellen in allen Fabriken und Betrieben. Die KJI. glaubt den Moment gekommen, an die praktische und konkrete Durchführung der von dem 3. Kongreß angenommenen Thesen über diesen Punkt heranzugehen.

Die KJI. hat ihrerseits durch ihre eigene Tätigkeit die Durchführung dieser Thesen zu verwirklichen gesucht. Wir könnten konkrete Beispiele anführen, unter anderem das in Frankreich von der Gegend um Lyon gegebene. Die dort gegründeten Fabrikorganisationen waren von Erfolg gekrönt und die Schaffung von kommunistischen Zellen in Fabriken und Betrieben ist dort Wirklichkeit geworden.

Die Kommunistische Jugendinternationale glaubt, daß in der nächsten Zukunft alle Kommunistischen Parteien in dieser Hinsicht eine wirkliche Tätigkeit entfalten müssen.



Noch ein anderer Punkt scheint uns sehr wichtig. Wir denken an die notwendige Zentralisierung der Kommunistischen Internationale und an die Disziplin innerhalb der Kommunistischen Internationale.

Die Kommunistische Internationale hat durch die Tätigkeit ihrer besonderen Organisationen in den verschiedenen Ländern bewiesen, daß sie nicht nur in Worten, sondern auch in der Praxis für die kommunistische Disziplin und Zentralisierung ist.

In Frankreich und in anderen Ländern, in denen die Exekutive mit einem gewissen Widerstand der Kommunistischen Parteien zu rechnen hatte, waren die Jugendorganisationen immer die ersten, um der Exekutive ihre Unterstützung zu leihen. Wir haben die Haltung der Exekutive innerhalb der Kommunistischen Parteien immer verteidigt.

Die verschiedenen Fälle von Disziplinbruch im Verlaufe der verflossenen Berichtsperiode wurden von der Jugend mit der größten Schärfe verurteilt. Wir nehmen an, daß in Zukunft solche Fälle nicht mehr vorkommen werden. Die Kommunistischen Parteien werden hoffentlich beweisen, daß die Thesen und Resolutionen, die in mehreren Resolutionen zu verschiedenen Malen, auf mehreren Kongressen angenommen wurden und die Grundlage der Kommunistischen Internationale bilden, nicht nur in Worten gutgeheißen werden, sondern daß wirklich jeder Verband in den zukünftigen Kämpfen zeigen wird, daß die kommunistische Disziplin eine lebendige Disziplin ist. Und wir hoffen, daß alsdann die Exekutive der KI. mit mehr Sicherheit als bis jetzt darauf wird rechnen können, daß alle Beschlüsse durchgeführt werden. Wir drücken den Wunsch aus, daß von nun an die Parolen der Kommunistischen Internationale — wie die der Einheitsfront — vorbehaltlos angenommen und durchgeführt werden. Die KJI. glaubt, daß das EK. der KI. die erste Periode hinter sich hat, in der sie sich besonders damit beschäftigen mußte, allen Kommunistischen Parteien eine allgemeine politische Linie zu geben. Es ist höchste Zeit, daß in der kommenden Periode die Exekutive sich mit Organisationsfragen beschäftigen und weit mehr als bisher die Organisierung der Kommunistischen Parteien zu wahren Massenparteien fördern kann. Wir wollen hoffen, daß die Verbände der KI. nicht mehr durch offenen oder versteckten Widerstand die Arbeit der Exekutive, soweit sie die politische Leitung betrifft, beeinflussen werden können. Sie wird sich so in allen Ländern mehr der Reorganisierung der Kommunistischen Parteien auf Grundlage der Betriebsräte, die in den Arbeitermassen ihre Wurzeln haben werden, widmen können.

So wird die Kommunistische Internationale und ihre Exekutive alle zukünftigen revolutionären Kämpfe, die ihr von der jeweiligen Lage aufgezwungen werden, mit mehr Energie und Erfolg führen können. (Beifall.)

MALAKA (Holländisch-Indien): Genossen! Anläßlich der Rede der Gen. Sinowjew und Radek und anderer europäischer Genossen meine ich, unter Berücksichtigung der Wichtigkeit der Frage der Einheitsfront auch für uns im Osten, für die Tausende von Millionen der unterdrückten Völker des Ostens sprechen zu müssen im Namen der Kommunistischen Partei Javas.

Ich muß einige Fragen an die Gen. Sinowjew und Radek richten. Vielleicht hat der Gen. Sinowjew nicht an eine Einheitsfront auf Java gedacht, vielleicht ist unsere Einheitsfront eine andere. Aber der Beschluß des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale bedeutet praktisch, daß wir auch mit dem revolutionären Nationalismus eine Einheitsfront machen müssen. Wir müssen anerkennen, daß die Einheitsfront auch in unserem Lande notwendig ist. Es ist somit unsere Einheitsfront keine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, sondern mit den revolutionären Nationalisten. Aber wir haben sehr oft verschiedene Formen der Taktik der Nationalisten gegen den Imperialismus, so den Boykott und den Befreiungskrieg der Moslems, den Panislamismus Ich habe besonders diese zwei Formen im Auge, und deshalb stelle ich folgende Fragen. Zuerst: Müssen wir die nationale Boykottbewegung unterstützen oder nicht? Zweitens, müssen wir den Panislamismus unterstützen, — ja oder nein? Wenn ja, — wie weit müssen wir gehen?

Ich muß zugeben, daß der Boykott sicherlich keine kommunistische Methode ist, aber er ist eine Methode, die bei der politisch-militärischen Unterjochung im Osten eine der schärfsten Waffen ist, und wir können in diesen letzten zwei Jahren auch sehen, daß im Jahre 1919 der Boykott unter den ägyptischen Völkern gegen den britischen Imperialismus wie auch der große chinesische Boykott Ende 1919 und Anfang 1920 von Erfolg gekrönt waren. Die letzte Boykottbewegung haben wir in Britisch-Indien gehabt. Wir können annehmen, daß in diesem oder in den folgenden Jahren eine andere Art des Boykotts im Osten angewandt werden wird. Wir wissen ja, der Boykott ist unsere Methode nicht, sie mag die Methode der Kleinbürger oder der nationalistischen Bourgeoisie sein. Wir können noch mehr sagen, wir können sagen, der Boykott ist die Unterstützung des einheimischen Kapitalismus, aber wir haben auch gesehen, daß infolge der Boykottbewegung in Britisch-Indien jetzt noch 18 000 Führer in den Gefängnissen schmachten und daß durch den Boykott eine sehr revolutionäre Stimmung hervorgerufen worden ist, ja, daß durch die Boykottbewegung in Britisch-Indien die englische Regierung sogar gezwungen wurde, die japanische militärische Hilfe zu erbitten, für den Fall, daß die Boykottbewegung in einen offenen bewaffneten Aufstand überginge. Wir wissen auch von den mohammedanischen Führern in Indien, von Dr. Kirchlef, Hasret Mahoni und den Brüdern Ali, daß sie in Wirklichkeit Nationalisten sind; wir haben keinen Aufstand zu verzeichnen gehabt, als Gandhi verhaftet wurde. Aber in Indien weiß man sehr genau, weiß auch der einfachste Revolutionär, daß ein Lokalaufstand mit einer Niederlage enden muß, weil wir dort nicht über Waffen und anderes Kriegsmaterial verfügen. Die Frage der Boykottbewegung tritt also für uns Kommunisten jetzt oder in Zukunft in den Vordergrund. Wir wußten in Indien und in Java, daß viele Kommunisten geneigt sind, die Boykottbewegung auf Java zu proklamieren, vielleicht weil die kommunistische Stimmung aus Rußland so lange vergessen war, vielleicht auch deshalb, weil in Britisch-Indien kommunistische Stimmungen ausgelöst wurden die der ganzen Bewegung Konkurrenz machen konnten. In jedem Fall stehen wir vor der Frage: Müssen wir diese Taktik unterstützen, ja oder nein? Und wieweit können wir gehen?

Panislamismus, das ist eine lange Geschichte. Zuerst will ich sprechen über unsere Erfahrungen in Indien, wo wir mit den Islamiten zusammenarbeiten. Wir haben in Java eine sehr große Vereinigung mit vielen sehr armen Bauern, den „Sarekat-Islam" („Islam-Bund"). Diese Vereinigung hatte zwischen 1912 und 1916 vielleicht eine Million Mitglieder, es können auch drei oder vier Millionen gewesen sein. Das war eine sehr große Volksvereinigung, die spontan aufkam und sehr revolutionär war. Bis 1921 haben wir mit ihr zusammengearbeitet. Unsere Partei, bestehend aus 13 000 Mitgliedern, ging in die Volksvereinigung und machte dort Propaganda. 1921 erreichten wir es, daß der Sarekat-Islam unser Programm annahm. Der Islambund propagierte auch in den Dörfern für die Fabrikkontrolle und für die Parole: Alle Macht den armen Bauern, alle Macht den Proletariern! So machte daher der Sarekat-Islam dieselbe Propaganda wie unsere Kommunistische Partei, nur manchmal unter anderem Namen. Aber im Jahre 1921 kam es zu einer Spaltung infolge einer ungeschickten Kritik gegen die Führer des Sarekat-Islam. Die Regierung hat mittels ihrer Agenten im Sarekat-Islam die Spaltung ausgenutzt und hat auch den Beschluß des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale: Kämpft gegen den Panislamismus! ausgenutzt. Was hat sie zu den einfachen Bauern gesagt? Sie sagte: Seht, die Kommunisten wollen nicht nur spalten, die Kommunisten wollen auch Eure Religion vernichten. Das war für einen einfachen mohammedanischen Bauer zuviel; der Bauer hat sich gedacht: ich habe alles auf dieser Welt verloren, soll ich auch meinen Himmel noch verlieren? Das geht nicht! So haben die einfachen Moslems gedacht. Und die Propagandisten, die Regierungsagenten haben das sehr gut ausgenutzt. Wir haben also eine Spaltung. (*Vorsitzender:* Ihre Redezeit ist abgelaufen.) Ich komme aus Indien, bin 40 Tage gefahren. (Beifall.) Die Sarekat-Islamiten glauben an unsere Propaganda und bleiben mit ihrem Magen, um mich populär auszudrücken, bei uns, aber mit dem Herzen bleiben sie bei dem Sarekat-Islam, bei ihrem Himmel. Denn den Himmel können wir ihnen nicht geben. Deshalb boykottierten sie unsere Versammlungen und wir konnten keine Propaganda mehr machen.

Wir haben Anfang des vorigen Jahres daran gearbeitet, die Verbindung mit dem Sarekat-Islam wiederherzustellen. Wir haben auf unserem Kongreß im Dezember vorigen Jahres gesagt, daß die Moslems im Kaukasus und anderen Ländern, die mit den Sowjets zusammenarbeiten und gegen den Internationalen Kapitalismus kämpfen, ihre Religion viel besser verstehen, und wir haben auch gesagt, daß, wenn sie für ihre Religion Propaganda machen wollen, sie es tun können, daß sie es aber nicht in Versammlungen tun sollen, sondern in den Kirchen (mesigid).

Man hat uns dabei in öffentlichen Versammlungen gefragt: Sind Sie Moslems, — ja oder nein? Glauben Sie an Gott, — ja oder nein? Und was haben wir geantwortet? Ja, habe ich gesagt, wenn ich vor Gott stehe, da bin ich ein Moslem, wenn ich aber vor Menschen stehe, dann bin ich kein Moslem (lebhafter Beifall), weil Gott gesagt hat, daß es unter den Menschen viele Satane gibt! (Lebhafter Beifall.) Und so haben wir mit dem Koran in der Hand ihren Führern eine Niederlage bereitet und wir haben auf unserem Kongreß im vorigen Jahr die Sarekat-Islam-Führer durch ihre Mitglieder gezwungen, mit

uns zusammen zu arbeiten. Da brach im März vorigen Jahres ein Generalstreik aus und die moslemitischen Arbeiter mußten uns haben, weil wir die Eisenbahner unter unserer Führung hatten. Die Sarekat-Islam-Führer haben gesagt: Ihr wollt mit uns zusammen arbeiten, da müßt Ihr uns auch helfen. Wir kamen selbstverständlich und haben zu ihnen gesagt: Ja, Euer Gott ist mächtig, aber Euer Gott hat gesagt, auf dieser Welt sind die Eisenbahner mächtiger! (Lebhafter Beifall.) Die Eisenbahner sind das Exekutivkomitee Gottes auf dieser Welt. (Heiterkeit.) Damit ist die Frage aber noch nicht erledigt, wenn wir wieder eine Spaltung haben, können wir sicher sein, daß die Regierungsagenten wieder mit ihrem Panislamismus ankommen. Darum ist die Frage des Panislamismus sehr aktuell.

Nun muß man aber erst verstehen, was das Wort Panislamismus eigentlich bedeutet. Es hatte einmal eine historische Bedeutung und heißt, daß der Islam die ganze Welt mit dem Schwerte in der Hand erobern muß, und das muß mittels des heiligen Krieges unter Führung des Khalifen geschehen und der Khalif muß vom arabischen Stamme sein. Ungefähr 40 Jahre nach dem Tode Mohammeds haben sich die Mohammedaner in 3 große Reiche gespalten und damit hat der Heilige Krieg seine Bedeutung für die ganze mohammedanische Welt verloren. Damit verlor er die Bedeutung, im Namen Gottes für die Khalifen und die mohammedanische Religion die ganze Welt zu erobern, weil der westliche Khalif von Spanien sagte: Ich bin der richtige Khalif, ich muß das Banner führen, und der Khalif von Ägypten sagte dasselbe und der Khalif von Bagdad sagte: Ich bin der rechte Führer, weil ich von dem arabischen Stamme Koraschit bin. So hat der Panislamismus nicht mehr seine ursprüngliche Bedeutung, sondern hat jetzt praktisch eine ganz andere Bedeutung. Panislamismus bedeutet jetzt den nationalistischen Freiheitskampf, weil der Islam für die Moslems alles ist: nicht nur die Religion, sondern auch der Staat, die Ökonomie, das Essen und alles, — und so bedeutet Panislamismus die Verbrüderung aller mohammedanischen Völker, den Freiheitskampf, nicht nur der arabischen, sondern auch der hindostanischen, javanischen und aller unterjochten mohammedanischen Völker. Diese Verbrüderung heißt jetzt praktisch Freiheitskampf, nicht nur gegen den holländischen, sondern auch gegen den englischen, französischen und italienischen Kapitalismus, also gegen den Kapitalismus der ganzen Welt. Das bedeutet jetzt Panislamismus in Indien unter den unterjochten kolonialen Völkern, so haben sie es im geheimen propagiert, d. h. den Kampf gegen die verschiedenen imperialistischen Mächte der Welt. Das ist für uns eine neue Aufgabe. Ebenso wie wir den nationalen Krieg unterstützen wollen, wollen wir auch den Freiheitskrieg der sehr offensiven, sehr aktiven 250 Millionen Mohammedaner unter den imperialistischen Mächten unterstützen. Deshalb frage ich noch einmal: Müssen wir den Panislamismus in dieser Bedeutung unterstützen? Damit bin ich am Schluß meiner Rede. (Lebhafter Beifall.)

SINOWJEW:

Schlußwort zum Bericht der Exekutive.

Genossen, erlauben Sie, daß ich zunächst das Kapitel Arbeiterregierung etwas ausführlicher bespreche. Es ist mir nicht ganz klar, ob



wirklich in unserer Mitte ernste Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage bestehen, oder ob diese Frage vielleicht nur nicht ganz gut erläutert worden ist und ob es sich nicht zum Teil nur um die Terminologie handelt. Im Laufe des Kongresses und bei der Abfassung der Resolution über die taktischen Fragen, die wir nach den Fragen der russischen Revolution behandeln werden, wird sich das zeigen. Für mich handelt es sich absolut nicht um das Wort „Pseudonym", das hier zitiert worden ist. Ich bin gerne bereit, in diesem Streit um das Wort nachzugeben. Doch es handelt sich um die Auffassung. Ich glaube, Genossen, die Frage wird am klarsten, wenn ich zunächst folgendes ausspreche. Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine Bourgeoisregierung, eine kapitalistische Regierung. Man kann sich schwerlich eine bürgerliche Regierung vorstellen, eine Regierung der bürgerlichen Klasse, die nicht zugleich eine kapitalistische Regierung wäre. Aber leider kann man nicht das Umgekehrte sagen. Nicht jede Arbeiterregierung ist eine sozialistische Regierung. Diese Antithese ist sehr tiefer Natur. Es ist eine Umschreibung der Tatsache, daß die Bourgeoisie innerhalb unserer Klasse ihre Vorposten hat, und nicht umgekehrt. Wir können unmöglich unsere Vorposten im Lager der Bourgeoisie haben.

Jede bürgerliche Regierung ist also eine Bourgeoisregierung, und sogar manche Arbeiterregierungen können ihrem sozialen Inhalte nach Bourgeoisregierungen sein. Aber das Umgekehrte kann man nicht sagen. Meiner Meinung nach ist dies der springende Punkt: es gibt Arbeiterregierungen und Arbeiterregierungen. Ich glaube, man kann sich vier Arten von Arbeiterregierungen vorstellen (das erschöpft die Liste der Möglichkeiten bei weitem noch nicht). Es kann eine Arbeiterregierung geben, die ihrem Inhalt nach eine liberale Arbeiterregierung ist, wie z. B. die australische Arbeiterregierung. Es gab eine australische Arbeiterregierung, und manche unserer australischen Genossen sagen, die Parole der Arbeiterregierung sei unrichtig, und zwar deshalb, weil in Australien schon solche Arbeiterregierungen gewesen seien und sie bürgerlich waren. Es waren dort wirklich Arbeiterregierungen, aber ihrem Inhalt nach liberaler Natur, es waren bürgerliche Arbeiterregierungen, wenn man sie so nennen darf.

Wir haben jetzt in England Wahlen. Es wird wahrscheinlich in diesen Wahlen noch nicht dazu kommen, aber theoretisch kann man sich ganz gut eine Lage vorstellen, daß eine Arbeiterregierung kommt, die der australischen Arbeiterregierung ähnlich ist und ihrem Inhalt nach eine liberale Arbeiterregierung ist. Diese liberale Arbeiterregierung kann in England bei der jetzigen Sachlage auch ein Ausgangspunkt zur Revolutionierung des Landes werden. Das kann sein. Aber

sie selbst ist nichts weiter als eine liberale Arbeiterregierung. Wir, die Kommunisten, stimmen jetzt in England für die Labour Party. Das ist dasselbe, als wenn wir für eine liberale Arbeiterregierung stimmen würden. Die Kommunisten in England sind genötigt, bei der jetzigen Lage für eine liberale Arbeiterregierung zu stimmen. Das ist eine absolut richtige Taktik. Warum? Weil das objektiv ein Schritt vorwärts sein wird, weil eine liberale Regierung in England am besten den Bankrott des Kapitalismus vorbereiten wird. Wir haben bereits in Rußland in der Kerenski-Zeit gesehen, daß die Lage des Kapitalismus erschüttert worden ist, obwohl die Liberalen Agenten des Kapitalismus waren. Plechanow nannte die Menschewiki in der Epoche vom Februar bis zum Oktober 1917 halbe Bolschewiki. Wir meinten, dies sei falsch, sie seien keine Bolschewiki, auch nicht um ein Viertel. Wir sagten das, weil wir mit ihnen im heißen Kampfe standen und weil wir ihre Verräterei gegenüber dem Proletariat sahen. Objektiv hatte Plechanow aber recht. Objektiv war die Menschewistenregierung am besten geeignet, dem Kapitalismus das Spiel zu verpfuschen, ihm die Lage unmöglich zu machen. Unsere Parteigenossen, die im Kampfe gegen die Menschewiki standen, konnten dieses Moment damals noch nicht sehen.

Man steht gegeneinander im Kampfe. Man sieht nur, daß sie Verräter an der Arbeiterklasse sind. Sie sind nicht Gegner der Bourgeoisie, aber wenn ihnen die Waffe der Bourgeoisie eine Zeitlang in die Hand gedrückt wird, können sie manche Schritte tun, die objektiv gegen den bürgerlichen Staat gerichtet sind. Wir unterstützen also in England die liberale Arbeiterregierung und auch die Labour Party. Die englische Bourgeoisie hat auch recht, wenn sie sagt: die Arbeiterregierung fängt bei Clynes an und kann beim linken Flügel enden.

Das ist der erste Typus einer möglichen Arbeiterregierung.

Der zweite Typus ist der einer sozialdemokratischen Regierung. Man kann sich in Deutschland vorstellen, daß die VSPD. eine rein „sozialistische" Regierung bildet. Das wird auch eine Arbeiterregierung sein (natürlich in Gänsefüßchen). Man kann sich eine Lage vorstellen, wo wir dieser Regierung einen bedingten Kredit gewähren, wo wir ihr eine bedingte Unterstützung angedeihen lassen. Man kann sich vorstellen, daß unter bestimmten Umständen eine „sozialistische" Regierung eine Etappe zur Revolutionierung der Lage ist.

Das ist die zweite Möglichkeit.

Ein dritter Typus ist die sogenannte Koalitionsregierung, d. h. eine Regierung, in der Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer, Parteilose und vielleicht auch Kommunisten sitzen können. Man kann sich diese Möglichkeit vorstellen. Eine solche Regierung ist noch nicht die Diktatur des Proletariats. Sie ist vielleicht ein Ausgangspunkt für die



Diktatur des Proletariats. Wenn alles gut geht, werden wir aus einer solchen Regierung einen Sozialdemokraten nach dem anderen hinausbugsieren, bis die Macht in den Händen der Kommunisten bleibt. Das ist also eine historische Eventualität.

Viertens habe ich eine Arbeiterregierung im Auge, die wirklich eine Arbeiterregierung, d. h. eine kommunistische Arbeiterregierung ist, denn eine andere ist keine wirkliche Arbeiterregierung. Von dieser vierten Möglichkeit glaube ich, daß sie ein Pseudonym für Diktatur des Proletariats ist, wirklich — eine Arbeiterregierung im vollen Sinne des Wortes.

Damit ist die Frage bei weitem nicht erschöpft. Es kann ein fünfter oder sechster Typus vorkommen und sie alle können gut ein Ausgangspunkt für eine weitere Revolutionierung der Lage sein.

Ich fürchte, daß wir auf der Jagd nach einer streng wissenschaftlichen Definition das Politische übersehen. Es handelt sich für mich nicht um Haarspaltereien wissenschaftlicher Definition, sondern darum, daß man das Revolutionäre nicht versäumt. Man hat oft das Gefühl, daß sich manche Genossen die Sache so vorstellen, daß wir mit den Sozialdemokraten bloß zusammengehen brauchen und schon eine Arbeiterregierung haben. Man vergißt dabei das eine: daß man zunächst die Bourgeoisie stürzen muß. Die Bourgeoisie wird ihren Platz nicht freiwillig abtreten, sie wird um ihre Macht ringen.

Man soll nicht vergessen: außer den Arbeiterparteien besteht noch eine Bourgeoisie, die jahrzehntelang an der Macht gewesen ist und die alles tut, um für diese Macht zu kämpfen.

Um also eine Arbeiterregierung im revolutionären Sinne zu bilden, muß man zunächst die Bourgeoisie stürzen — das ist das Wichtigste. Wir wollen nicht vergessen, daß wir zweierlei zu unterscheiden haben: 1. Unsere Methode der Agitation, wie wir am besten zum einfachen Arbeiter sprechen, wie wir ihm seine Lage am besten begreiflich machen können. Dazu, glaube ich, ist die Parole der Arbeiterregierung wohl geeignet. Und es gibt eine zweite Frage, die Frage, wie die Ereignisse sich historisch entwickeln werden, wie die Revolution konkret vor sich gehen wird.

Wir wollen den Vorhang der Zukunft hier etwas lüften.

Wie wird die Revolution marschieren? Wir wollen Vermutungen aufstellen — durch alle Stadien der Arbeiterregierung, der Koalitionsregierung und dann des Bürgerkrieges. Wir alle lieben es, über den weiteren Verlauf der Revolution zu weissagen, aber man kann bloß voraussagen, daß alle unsere Prophezeiungen nicht zutreffen werden. Die Revolution wird sehr wahrscheinlich anders kommen, als wir es uns vorstellen, durch eine ganz andere Tür. Das haben wir auch bei unserer

russischen Revolution gesehen. Vor fünf Jahren hat man sich vorgestellt, daß man uns durch die Blockade, durch den Hunger auf die Knie zwingen würde usw. Man hat an verschiedene Eventualitäten gedacht, nur die Eventualität der neuen ökonomischen Politik und den jetzigen Weg der Revolution hat niemand vorausgesehen.

Die Lage ist in allen Ländern verschieden. Wahrscheinlich wird die Revolution in Deutschland und in England ganz verschieden kommen. Das soll nicht bedeuten, daß wir als bewußte Revolutionäre den Vorhang der Zukunft nicht lüften dürfen. Wir sind denkende Menschen, wir wollen der Arbeiterklasse vorangehen. Wir müssen die Dinge von allen Seiten zu klären versuchen. Aber es ist wirklich schwer, hier etwas vorauszusagen. Wenn wir die Parole der Arbeiterregierung von diesem Standpunkt aus betrachten, als konkrete Frage des Weges zur proletarischen Revolution, so kann man sehr bezweifeln, ob die Weltrevolution unbedingt durch die Tür der Arbeiterregierung hereinspazieren wird. Gestern wurde von unserem Freunde Radek gesagt, daß die Arbeiterregierung eine Möglichkeit des Übergangs zur Diktatur des Proletariats ist. Ich möchte sagen, es ist nur eine Möglichkeit, oder wenn ich mich ganz richtig ausdrücken soll, es ist ganz ausnahmsweise eine Möglichkeit. Das will nicht heißen, daß die Parole der Arbeiterregierung nicht richtig sei. Sie ist richtig. Sie wird uns dort, wo die Machtverhältnisse dazu geeignet sind, große Erfolge in der Agitation bringen. Aber wenn wir die Frage des Weges prüfen, die Frage, ob die Revolution unbedingt diesen Weg gehen wird, so sage ich: das ist keine Frage, die hier zu lösen ist. Das ist ein Weg, der wahrscheinlich der ungewöhnlichste ist. In Ländern mit entwickelter Bourgeoisie werden wir die Macht nicht anders erobern als im Bürgerkrieg, und wenn wir die Bourgeoisie im Bürgerkrieg beseitigt haben werden, so wird es für einen größeren Zeitabschnitt schwerlich eine Zwischenpause geben. Das kann sein, aber es lohnt sich nicht, darüber zu streiten, man kann nur Vermutungen aufstellen. Das einzige, was wir brauchen, ist, daß wir alle grundlegenden Eventualitäten des Weges der Revolution klar sehen. Es kann eine Arbeiterregierung geben, die nichts anderes ist als eine liberale Arbeiterregierung, wie sie in England, Australien usw. möglich war. Diese Arbeiterregierung kann objektiv für die Arbeiterklasse von Nutzen sein. Die Agitation für die Arbeiterregierung ist richtig, in der Agitation können wir sehr viel damit machen. Aber was wir dabei nicht vergessen sollen, ist die revolutionäre Perspektive.

Ich habe da eine schöne Stelle aus einem Blatt des tschechoslowakischen Ministers Benes. Ich werde Ihnen die Stelle vorlesen. Der „Cas", Organ des Ministers Benes, schreibt am 13. September:

„Unter der Losung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit baut die Kommunistische Partei die Einheitsfront der Arbeiter aus. Den Kommunisten ist die Findigkeit nicht abzusprechen. Sie verstehen es, die gleiche Sache den Arbeitern in verschiedener Form darzubieten. So z. B. fingen die Kommunisten seinerzeit eine Agitation für die Bildung von Sowjets an; als diese Agitation zu keinen Resultaten führte, stellten die Kommunisten die Agitation für die Bildung von Sowjets ein, um sie nach anderthalb Jahren unter der Maske von Einheitsfront-Ausschüssen von neuem anzufangen. Gewiß könnte die proletarische Einheitsfront zu einer riesigen Kraft werden, wenn progressive Ideen ihre Grundlage bilden würden usw."

Ich glaube, dieser Bourgeois hat recht. Es wäre erwünscht, daß wir öfters ein solches Lob verdienen. Ja, wir Kommunisten, die wir mit der Arbeiterklasse zu tun haben, die von der Bourgeoisie auch geistig jahrzehnte-, jahrhundertelang geknechtet worden ist, wir müssen versuchen, unsere Klasse durch alle Mittel aufzuklären. Ich habe gesagt, es kann eine Arbeiterregierung geben, die in Wirklichkeit eine bürgerliche Regierung ist, aber es kann auch eine Arbeiterregierung geben, die wirklich revolutionär handelt. Wir müssen versuchen, die rückständigen Teile der Arbeiterklasse auf verschiedene Weise aufzuklären, wenn dies leichter ist — auch auf dem Wege der Einheitsfront. Aber der Inhalt unserer Aufklärungsarbeit muß stets derselbe bleiben.

Noch eines, Genossen: Sowjetregierung bedeutet nicht immer Diktatur des Proletariats. Keinesfalls. Eine Sowjetnebenregierung hat in Rußland neben der Kerenskiregierung acht Monate bestanden und war keine Diktatur des Proletariats. Wir waren dennoch für die Parole der Sowjetregierung.

Darum glaube ich, Genossen, daß wir ruhig die Parole der Arbeiterregierung weiter befolgen sollen, aber nur unter der einzigen Bedingung, daß wir uns dabei klar sind, um was es sich handelt. Wehe uns, wenn wir in der Agitation auch nur eine Minute lang die Meinung aufkommen ließen, es würde unbedingt eine Arbeiterregierung kommen, sie könnte auch auf friedlichem Wege zustandekommen, es gäbe eine feste organische Periode, die den Bürgerkrieg ersetzen könnte usw. Wenn solche Auffassungen bei uns vorhanden sind — und sie sind vielleicht irgendwo vorhanden —, dann muß man sie entschieden bekämpfen und die Arbeiterklasse in dem Sinne erziehen, daß man ihr sagt: Ja, liebe Freunde, um eine Arbeiterregierung zu errichten, muß man zunächst die Bourgeoisie stürzen und besiegen!

Das ist das Wesentliche an dieser Parole. Willst du eine Arbeiterregierung haben, schön, so sind wir sogar mit den Sozialdemokraten einverstanden; wenn wir auch sagen, sie werden dich verraten, so sind wir

doch für eine solche Arbeiterregierung, aber nur unter der Bedingung, daß sie bereit ist, Schulter an Schulter mit uns die Bourgeoisie zu bekämpfen. Wenn du willst, so werden wir den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen, und wenn eine Arbeiterregierung aus diesem Kampfe hervorgeht, wird sie auf fester Grundlage stehen und wird wirklich ein Auftakt, ein Anfang der Diktatur des Proletariats sein. An und für sich handelt es sich nicht um das Wort „Pseudonym" — ich schenke dieses Wort dem Genossen Meyer gern —, sondern es handelt sich darum, daß wir eine klare Linie in dieser Frage haben. Keinesfalls ist dies eine Kriegslist, durch die wir der Bourgeoisie den Verzicht auf den Bürgerkrieg ablisten können. Die Internationale soll eine gute Strategie machen, aber es gibt keine Strategie, mit der man den Bürgerkrieg vermeiden und glatt auf dem Parkett zu einer Arbeiterregierung kommen kann. Das gibt es in der Natur nicht. Das Entscheidende ist der Kampf, das Bezwingen der Bourgeoisie; wenn wir sie bezwungen haben, dann können verschiedene Formen der Arbeiterregierung eintreten.

Eine Arbeiterregierung kann in England in der jetzigen Lage objektiv revolutionierend wirken, und wir werden sogar eine beschränkte menschewistisch-liberale Arbeiterregierung unterstützen. Aber das ist noch keineswegs eine Vermeidung des Klassenkampfes, das ist nur eine andere Form des Klassenkampfes. Das Vorhandensein einer solchen Arbeiterregierung bedeutet nicht, daß wir die wirksamste Form, die des Bürgerkrieges, vermeiden können — keineswegs. Wir wissen, unter gewissen Bedingungen kann sich eine solche menschewistisch-liberale Arbeiterregierung mit viel größerem Blutdurst als eine Bourgeoisieregierung gegen uns wenden — das hat Noske bewiesen und das haben auch unsere Menschewiki bewiesen. Das kann also keineswegs die Möglichkeit bedeuten, dem Bürgerkrieg vorzubeugen. Darum meine ich, Genossen, daß diese Parole als Agitationsparole unbedingt richtig ist, wenn wir wirklich verstehen, sie revolutionär auseinanderzusetzen. Nehmen wir z. B. in Frankreich die Parole Regierung Blum-Frossard. Die Exekutive ist für sie verantwortlich. Wir hatten sie den Genossen im Laufe der Diskussion vorgeschlagen. Sie war jedoch in Frankreich verfrüht. Warum? Weil dort bei den Traditionen der Partei diese Parole als eine parlamentarische Kombination aufgefaßt wurde. Theoretisch hatte die Exekutive vollkommen recht, als sie sagte, wir könnten auf die Losung der Arbeiterregierung nicht verzichten. Es war eine Eventualität, eine Möglichkeit, eine revolutionäre Perspektive, aber bei den konkreten Verhältnissen und Bedingungen war sie verfrüht. Wenn wir dort die Einheitsfronttaktik mit dem Achtstundentag angefangen hätten, wäre es vielleicht besser gewesen. So hat man sofort angefangen zu schnüffeln, man sagte: vielleicht hat man schon Verhand-

13*

lungen angefangen, um die Parteien zu vereinigen usw. Man muß das eben praktisch nehmen, wie es ist. Einige Freunde unter den Linken haben da vielleicht auch ein bißchen übertrieben. Wenn ich nicht irre, war es unser Freund, Gen. Souvarine, der geschrieben hat: „In Rußland gab es auch eine Periode, wo man eine Regierung Martow-Lenin gemacht hat." Das stimmt nicht. Eine solche Zeit gab es in Rußland nicht. Dann muß man verstehen, daß bei uns der Sturz des Zarismus halbwegs der Sturz der Bourgeoisie war. Die Februarrevolution war anfangs zwar eine bürgerliche Revolution, aber nicht ganz bürgerlicher Natur; sie war schon von Anfang an eine große Volksrevolution und hatte dabei die Oktoberrevolution im Schoße. Sie hatte schon am ersten Tage Soldatenräte, aber nicht solche, die man, wie Noske es tat, nach ein paar Monaten nach Hause schickte, sondern solche, die gleich am Anfang Kerenski an der Gurgel packten.

Bei einer derartigen Lage, wo die Menschewiki wirklich eine Nebenregierung darstellten, war es richtig, zu sagen: Wir wollen eine Koalitions-Arbeiterregierung bilden. Wie Sie wissen, hat das auch objektiv zu nichts geführt. Es kam zum Bürgerkrieg. Nur mit der Waffe in der Hand haben wir unser Ziel erreicht. Wir hatten zunächst ein Bündnis nicht mit Martow, sondern mit den linken Sozialrevolutionären, die den revolutionären Teil der Bauernschaft vertraten. In dieser Fassung war die Parole richtig. Aber jetzt in Frankreich mit dieser Waffe kommen und sagen: das ist dasselbe wie eine Regierung mit Martow und Lenin, bedeutet eine unrichtige Perspektive.

Sogar unsere besten Freunde haben da kleine Fehler gemacht. Ich glaube, daß unsere Diskussion auf diesem Kongreß, und zwar erst recht nach der Arbeit der Kommissionen, nicht dazu führen wird, daß wir die Parole der Arbeiterregierung aufgeben werden. Die Parole bleibt richtig als Zutrittsmittel zu den Massen. Darüber läßt sich nicht streiten. Die Parole bleibt richtig. Wir müssen nur verstehen, sie richtig zu gebrauchen. Sie birgt dieselben Gefahren in sich wie die Taktik der Einheitsfront. Wenn man anfängt, von Regierungen zu reden, da ist es selbstverständlich, daß man an parlamentarische Kombinationen mit der Verteilung der Portefeuilles denkt usw. Da bestehen noch größere Schwierigkeiten als bei der Einheitsfronttaktik. Deswegen dürfen wir aber nicht sagen, daß wir auf diese Parole verzichten müssen, weil sie schwierig ist, wie unsere französischen Genossen es vorgeschoben haben. Sie sagten: Ja, unsere Partei taugt nichts, wir können nichts machen, wir sind so schwach! Seid Ihr zu schwach, so müßt Ihr eben stärker werden. Könnt Ihr nicht schwimmen, so werft Euch ins Wasser und lernt schwimmen, und Ihr werdet so das Schwimmen lernen. Wir müssen also die Gefahren unterstreichen, da-

mit wir ihnen begegnen können. In dieser flauen Zeit, die wir teilweise noch durchleben werden, besteht unbedingt die Gefahr des opportunistischen Bazillus. Gen. Radek hat in dieser Beziehung vollkommen recht, wenn er meint, die Gefahr stehe jetzt rechts. Davon haben uns auch unsere sechs Sitzungen, die wir bis jetzt gehabt haben, überzeugen müssen.

Wir müssen in dieser Frage eine feste Linie verfolgen. Man muß den Genossen sagen: Ja, Arbeiterregierung, das ist gut und schön, aber um eine Arbeiterregierung zu bilden, muß man zunächst die Bourgeoisie stürzen, die Bourgeoisie, die jetzt besteht, und dazu muß man zunächst Waffen haben, muß man sich zunächst organisieren und dazu muß man sich darüber klar sein, daß es zu harten Kämpfen kommen wird und daß wir anders einen Sieg nicht davontragen können. Ich glaube, Genossen, damit kann ich diesen Teil meines Schlußwortes beendigen.

Ich komme jetzt zu den wichtigsten Parteien. Ich werde sie in derselben Reihenfolge durchnehmen, wie in meiner ersten Rede.

Also zunächst Deutschland. Die Genossin Ruth Fischer, die gezeigt hat, daß sie nicht so schrecklich aussieht, wie manche sie sich vielleicht vorgestellt haben (Heiterkeit), machte uns zum Vorwurf, daß der 3. Kongreß die deutsche Partei nicht ganz gut beeinflußt habe. Diesen Vorwurf sollte sie zunächst dem 3. Kongreß machen und nicht dem 4. Aber schön, wir sind ja der Nachfolger des 3. Kongresses und können das beantworten. Ich glaube, der Vorwurf ist nicht zutreffend. Wir brauchen nicht zu übertreiben und zu sagen: Wir haben die deutsche Partei gerettet. Nicht wir haben sie gerettet — das deutsche Proletariat hat seine Partei selbst auf die Füße gestellt. Aber insofern der 3. Kongreß in Frage kommt, glaube ich, der 3. Kongreß hat doch richtig gehandelt. (Zuruf: Sehr richtig!) Man sagt: die Levi-Gruppe wurde nicht richtig behandelt, man hat alles in einen Topf geworfen. Bitte, das ist nicht richtig. Vergessen Sie nicht, daß während des 3. Kongresses die besten revolutionären Kämpfer in dieser Frage in Zweifel waren. Selbst in unserer russischen Delegation bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, und zwar bei den besten unter uns. Man war der Meinung: Ja, Levi ist doch ein kluger Kopf, er wird die Sache vielleicht besser machen als manche seiner Gegner. Es hat sich gezeigt, daß das nicht der Fall war. Die Aufgabe und die Pflicht des 3. Kongresses bestand darin, den Herrn Levi allein zu Herrn Noske gehen zu lassen, oder wenigstens in einer möglichst kleinen Gesellschaft. Die Geyer und alle diese Leute bedeuten nicht viel. Diese können wir ihm ruhig gönnen. Er kann ruhig noch ein paar Geyer mit sich nehmen. Daß er aber einen Teil unserer Partei mitnehmen konnte, — diese Gefahr bestand.



Und in dieser Sache hat der 3. Kongreß unserer deutschen Partei doch ein bißchen geholfen, die richtige Stellung einzunehmen und die besten Elemente für die Revolution zu retten. Also in dieser Beziehung hat die Genossin Ruth Fischer nicht ganz recht.

Was die Rathenau-Affäre betrifft, so wurde schon vom Gen. Radek betont, daß wir mit dieser Kritik einverstanden sind. Wir haben der deutschen Partei im Augenblick, als der Rathenau-Mord geschehen war, ein vertrauliches Schreiben geschickt, im Augenblick der Aktion selbst. Wir wandten uns an unsere Zentrale in Deutschland und äußerten ihr unsere Ansicht zu den Dingen.

Sie werden erlauben, daß ich einige Zitate aus dem Briefe bringe. Der Brief ist datiert vom 18. Juni, ist also noch in der Hitze des Gefechts geschrieben:

„Nun die Haltung der Partei. Wir haben nach Möglichkeit alles verfolgt, was in Deutschland vor sich geht. Ihre Berichte haben wir sehr aufmerksam und mit Dank für ihre Ausführlichkeit gelesen. Die Taktik in den ersten Tagen, so wie sie in der ‚Roten Fahne' zum Ausdruck kam, scheint uns allen schwächlich zu sein. Man sollte nicht: Republik! Republik! schreien in einer Situation, wie sie bestand. Man sollte vielmehr von der ersten Minute an den Massen ad oculus zeigen, daß das gegenwärtige Deutschland eine Republik ohne Republikaner ist. Man sollte den breiten Arbeitermassen, die sich nicht so viel um die Republik als um ihre ökonomischen Interessen kümmern, in diesem Moment der Aufregung zeigen, daß die bürgerliche Republik nicht nur keine Garantie für die Klasseninteressen des Proletariats ist, sondern umgekehrt in der gegebenen Lage die beste Form der Unterdrückung der Arbeitermassen. Man sollte nicht mit den Sozialdemokraten und der USP. zusammen in ein Horn blasen, die Einheitsfront soll nie, nie, nie die Selbständigkeit unserer Agitation ausschließen. Das ist für sie eine conditio sine qua non.

Wir sind bereit, mit den SPD.- und USP.-Leuten zu verhandeln aber nicht als arme Verwandte, sondern als eine selbständige Kraft, die immer das eigene Gesicht beibehält, von A bis Z die Meinung der Partei den Massen gegenüber ausdrückt."

Ich glaube, dieses Zitat genügt, um zu beweisen, daß wir im gegebenen Augenblick unsere deutsche Partei auf diese schwache Seite der Rathenau-Kampagne aufmerksam gemacht haben. Wir gingen weiter, wir haben gefragt, ob nicht ein energischeres Auftreten der deutschen Partei möglich wäre. Gewiß konnten wir nicht leichtsinnig sein und sagen: Ihr sollt sofort in Aktion treten, einen Streik proklamieren usw. Das muß schon die Partei bestimmen. Aber die Frage

haben wir gestellt, ob nicht ein selbständiges, sofortiges, energisches Auftreten unserer Partei möglich wäre. Und meine Überzeugung, soweit ich die Lage übersehen kann, ist: das war nicht möglich, das hätte zu einem Blutbad führen können. Diesen Kardinalfehler hat die Zentrale nicht gemacht, sie hat trotz anderer Teilfehler, die sie gemacht hat, die Situation ausgenutzt.

In dem oben angeführten Zitat heißt es, daß nie, nie, nie auf die Selbständigkeit der Agitation verzichtet werden soll. Und das konnten wir nicht anders sagen, es wäre einfach Selbstmord der Kommunistischen Partei gewesen. (Zuruf: Sehr richtig!) Wir wollten z. B. auch, daß die englischen Kommunisten sich der Labour Party anschließen, aber wir machten die Selbständigkeit der Agitation zur Bedingung. Die Labour Party hat das nicht angenommen, und wir sagten: gut, hier stehen wir, wir können nicht anders. Die Bildung der Kommunistischen Partei bezweckt ja hauptsächlich die Selbständigkeit der Agitation. Die Kampfaufgaben kommen schon, aber die Selbständigkeit ist die erste Aufgabe. Wir müssen das eigene Gesicht immer bewahren. Es kann keinen Augenblick geben, wo wir vergessen, daß diese lumpige bürgerliche Republik nichts anderes ist, als eine Schlinge um den Hals der Arbeiterklasse. Wie konnte die „Rote Fahne" nur mit dem Begriff Republik kommen! Gerade jetzt sollten wir den Arbeitern sagen: diese hündische Republik will Euch ersticken; es handelt sich um Eure proletarischen Interessen. Wir werden im gegebenen Fall gegen die Nationalisten auch zusammen mit den Sozialdemokraten kämpfen. Aber Ihr solltet niemals vergessen, was die „Republik" bedeutet.

Gerade in diesem Moment war das die größte Pflicht. Es schien uns aus der Ferne, daß unsere Partei sich ein bißchen zu sehr in die Hände der Spitzenorganisationen gegeben hat. Wir in Deutschland sind keine armen Verwandten, wir sind eine selbständige Partei und der Partei gehört der Sieg. Und da sie uns um jeden Preis haben wollten, hatten wir gerade in diesem Moment am allerwenigsten Grund, als arme Verwandte aufzutreten. Es ist klar, die Strategie der Scheidemann-Leute am Anfang der Rathenau-Kampagne bestand darin, uns ein bißchen zu isolieren. Wir mußten das verstehen und durften nicht darauf verzichten, mit ihnen eine Unterredung zu haben. Aber in demselben Moment hätten wir in allen Zeitungen schreiben und mit allen Glocken läuten sollen, was die Noskiden sind. Und ich glaube, dieses Beispiel ist auch für alle Parteien von Bedeutung.

Noch ein paar Worte über die Berliner Organisation. Ich habe vergessen in meinem ersten Bericht mitzuteilen, daß wir während dieser Berichtsperiode einen kleinen Konflikt mit der Berliner Organisation hatten, der teilweise auch in der Presse seinen Ausdruck gefunden hat.



Nun, ich glaube, Genossen, im Namen der Exekutive zu sprechen, wenn ich sage: dieser Konflikt war in jeder Beziehung peinlich und wir sind durchaus bereit, alles zu tun, um sogar den Schatten eines Gegensatzes zu vermeiden. Die Schwächen mancher unserer Lokalorganisationen sind der Exekutive bekannt. Die Berliner Organisation, ebenso wie die Pariser, sogar die Petersburger, Moskauer und verschiedene andere Organisationen haben ihre schwachen Seiten. Man kann nicht sagen, daß die Zirkus-Busch-Kampagne eine glänzende Seite unserer Berliner Organisation zeigt. Aber wir wissen, daß sie eine proletarische Organisation ist und wir wollen es nicht so ausgelegt wissen, als gäbe es eine konstante Meinungsverschiedenheit. Soweit wir die Sache übersehen, gibt es Nuancen, die in der Organisation nicht zu vermeiden sind. Wir haben die Berliner Genossen damals aufgefordert, persönlich zu uns zu kommen, um möglichst schnell diesen Konflikt beizulegen. Das ist nicht gelungen. Ich kann nicht umhin, dies auf dem Kongreß zu unterstreichen, um für alle Fälle diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Wir sind überzeugt, daß unsere Berliner Organisation im allgemeinen der Partei weiter die größten Dienste leisten wird.

Ich will zu der Rede der Genossin Fischer noch einiges bemerken. Ihre Rede, wenn Sie mir erlauben, Genossin Fischer, hat sich dadurch ausgezeichnet, daß sie neben vielem Richtigen viel Unrichtiges enthielt. Das ist nicht so schlimm, das kommt so zu sagen in den besten Familien vor. Sie sagen z. B.: durch die Einheitsfront-Illusion hat die SPD. die USP. gefangen. Das ist nicht richtig. Da schmeicheln Sie der USP. Sie wurde nicht gefangen, sondern sie wollte gefangen sein. Und das sollen wir eben den deutschen Arbeitern sagen. Es ist eine politische Tatsache, daß die USP. gefangen sein wollte. Sie hat sich eigentlich der SPD. an den Hals geworfen. Und das ist eine Tatsache, die sehr wichtig ist, um jetzt die Arbeiter der USP. zurückzugewinnen. Auch in kleinen Sachen übertreiben Sie, wenn Sie sagen, daß man wochenlang mit den Spitzenorganisationen verhandelt habe. Die Verhandlungen zogen sich etwas in die Länge, aber wochenlang dauerten sie nicht. Es war, glaube ich, nicht einmal eine ganze Woche. Aber, wie gesagt, in solchen Kleinigkeiten kann man sich schon versehen, wenn nichts Schlimmeres passiert.

Die deutschen Genossen sagten, besonders in Privatgesprächen: Sie haben die Lage der deutschen Partei zu rosig dargestellt, es ist bei uns nicht alles so schön und gut. Nun, Genossen, da mir sehr viele andere Delegierte den entgegengesetzten Vorwurf gemacht haben, so glaube ich, ist es nicht so schlimm, wenn ich die Verhältnisse bei einer Partei etwas zu gut und zu schön dargestellt habe. Aber es ist eine Tatsache, daß über Probleme, die in der deutschen Partei bereits in einer

Woche überwunden werden, in anderen Parteien monatelang gestritten wird. Nach den Märzkämpfen, nach der Rathenau-Kampagne, nach der Diskussion, die wir in der deutschen Partei hatten, kann man ohne Übertreibung sagen, daß die deutsche Bruderpartei die größten Schwierigkeiten überwunden hat und auf dem Wege ist, eine wirkliche, ernste kommunistische Partei zu werden, die schon verstehen wird zu manövrieren. Wir haben hier ein Subjekt des Manövrierens, eine wirkliche kommunistische Partei, die, wie ich hoffe (ich sage das nicht, um ihr ein Kompliment zu machen, sondern weil ich davon überzeugt bin), in Deutschland bald zu entscheidenden Ereignissen kommen wird, vielleicht eher, als manche von uns und manche von den deutschen Genossen selbst denken.

Dann komme ich zu den französischen Genossen. Es tut mir leid, daß in der Debatte nicht alle Nuancen der Kommunistischen Internationale ausreichend zu Worte gekommen sind. Manche haben geschwiegen und das ist nicht lobenswert. Gen. Duret hatte vollkommen recht, als er sagte: wenn die linken Burschen etwas auf dem Herzen haben, dann kommen sie sofort und sagen es offen und manchmal sogar mit überflüssiger Offenheit heraus. Das ist eine gute Seite der Linken. Aber diejenigen Genossen, die etwas mehr nach rechts sitzen, die schweigen sich aus. Das ist eine schlimme Sache. Beachtet man nur das, was in diesem Saale gesprochen worden ist, dann würde niemandem der Gedanke kommen, daß in den Reihen der Kommunistischen Internationale eine zentristische, halb sozialdemokratische Stimmung vorhanden ist.

Wir wollen aber nicht nur über das sprechen, was hier offen ausgesprochen worden ist, sondern auch über das was man verschwiegen hat. Denn nur dann wird man ein wirkliches Bild erhalten. Ich habe also leider nicht die Möglichkeit, eine lebendige Rede eines französischen Genossen aus dem Zentrum herausgreifen und sie diskutieren zu können. Hoffentlich wird das aber noch im Laufe des Kongresses möglich sein.

Was die Rede des Gen. Duret anbelangt, so glaube ich, daß Gen. Bucharin etwas zu streng mit ihm ins Gericht gegangen ist. Gewiß, Gen. Duret und seine Gruppe haben große Fehler in dieser Kampagne gemacht. Wenn wir aber bedenken, daß diese Gruppe 800 Mandate auf dem Pariser Parteitag hatte und daß manch guter Arbeiter darunter ist, und wenn wir bedenken, daß manche Genossen (und dazu gehört auch Gen. Duret) ganz aufrichtig ihre Fehler einsehen und sich bessern wollen, dann soll man nicht alles mit einem Witz abtun und meinen: morgen wird er dasselbe tun. Wenn er morgen dasselbe tut, dann wird, möge er mir verzeihen, die ganze Inter-



nationale gegen ihn kämpfen müssen. Wenn er aber sagt: wir erkennen unsere Fehler an, dann haben wir keine Veranlassung, ihm zu miß trauen. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß ein großer Teil der früheren Fraktion Renoult der Internationale wirklich treu ist und wirklich die Fehler, die diese Fraktion begangen hat, wiedergutmachen will und wiedergutmachen wird.

Aber seine Argumentation muß man doch etwas näher ansehen. Einige seiner Argumente sind ja schon widerlegt worden. Er sagte, in Deutschland seien organisierte Massen da, in Frankreich aber lose; deshalb sei in Deutschland die Einheitsfront am Platz, in Frankreich aber nicht. Ich glaube, man muß dem Gen. Duret sagen, daß er durchaus nicht weiß, was es bedeutet, die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen. Formlos und unaufgeklärt wie sie ist, ist sie wie der Sand am Meer, eine lose Masse. Das ist unser Fluch. Wir müssen diese formlose Masse ausbilden, formen, und das ist in Frankreich viel leichter, gerade weil Frankreich keine Tradition hat. Der Arbeiter muß in Deutschland, um sein Mitgliedsbuch zu wechseln, einen großen seelischen Kampf durchmachen. In Frankreich ist das nicht der Fall. Wir haben schon zu Anfang der Kommunistischen Internationale gesagt: die Sozialdemokratie ist das größte Hindernis der Revolution, und man kann die These aufstellen: je stärker die Sozialdemokratie, desto schwieriger der Weg der Revolution Ihr in Frankreich habt das Glück, daß die Sozialdemokratie nie so stark war.

Desto leichter werdet Ihr die Massen erfassen, wenn Ihr eine wirklich revolutionäre Politik treibt, wenn Ihr eine wirklich kommunistische Partei ausbaut. Es wurde weiter gesagt: man hat bei uns in Frankreich die Einheitsfront sofort als eine Wahlkombination auf politischem Gebiet aufgefaßt. Schön, vielleicht! Aber warum haben Sie nicht auf gewerkschaftlichem Gebiete, warum nicht auf ökonomischem Gebiete angefangen? Ein prinzipieller Gegensatz wird nur von dem Genossen Bordiga konstruiert. Das ist falsch. Ich frage Euch: warum hat man nicht den Achtstundentag angefaßt? Jetzt kommt Ihr und sagt: unsere Partei ist noch zu schwach usw. Warum seid Ihr zu schwach? Weil Ihr diese Frage nicht richtig angefaßt habt.

Nebenbei möchte ich noch zwei Worte über den Gen. Rosmer sagen, um mit der französischen Frage zu Ende zu kommen. Er hat heute früh meine Worte zitiert, wonach diejenige Partei, die in den Betrieben nicht zähle, die keine Betriebsrätebewegung geschaffen habe, nicht ernst zu nehmen sei. Rosmer sagte, die erste Voraussetzung sei richtig, aber die zweite nicht. Er meinte, es sei mit den objektiven Schwierigkeiten zu rechnen und diese objektiven Schwierigkeiten wären nicht zu überwinden. Ich muß aber darauf bestehen, denn — das ist

eine sehr wichtige Frage; die Betriebsrätebewegung ist jetzt die Bewegung unserer Zeit. Gewiß, es gibt objektive Schwierigkeiten, die man nicht unterschätzen soll. Die Shop-Steward-Bewegung z. B. ist in England an vielen Orten sanft eingeschlafen. Dies beweist, daß in diesem Lande eine revolutionäre Massenbewegung noch nicht existiert. Aber wir müssen klar sagen: dort, wo wir wirklich eine ernste revolutionäre Massenkraft haben, wird sie in kurzer Zeit eine solche Bewegung hervorrufen.

Ich bin fest überzeugt, wenn unsere Bruderpartei in Frankreich wirklich gesunden wird, wird sie in einem halben Jahre den Anfang zu einer ernsten Betriebsrätebewegung machen können. Denn Streiks sind da, wie der Streik in Le Havre, Streiks, die drei bis vier Monate dauern. In Le Havre waren die Massen fast nicht organisiert. Die Partei hat am Anfang nichts getan. Bei solchen glänzenden Streiks ist es möglich, daß eine Partei wie die unsere, die ein Zentralorgan mit 200 000 Lesern hat, in kurzer Zeit den Anfang zu einer Betriebsrätebewegung macht. Ich glaube also, es ist nicht gut, solche quietistischen Elemente hereinzubringen und zu sagen: es ist schwierig, es gibt Hindernisse! Gewiß, die Hindernisse sind da, aber vieles hängt von uns selbst ab. Darum glaube ich, auf diesen Satz bestehen zu müssen.

Noch eins möchte ich zu der Rede des Gen. Duret sagen. Er sagte, nachdem das Zentrum sich gespalten hatte, bestand die Gefahr, daß ein Teil zu uns kommen und uns verseuchen würde. Darin hat er recht. Wir haben die Zentristen daher auch abgelehnt, als sie zu uns kommen wollten, und sie haben sich dann alle vereinigt und erklärt: wir bilden eine eigene Internationale. Das war die 2½ Internationale. Dann kam die Spaltung. Dann kam die Vereinigung der Mehrheit dieser Elemente mit der 2 Internationale, aber ein Teil dieser Leute wird noch einmal an unsere Tür anklopfen, und dann müssen wir vorsichtig sein und unbedingt die Tür noch einmal schließen und ihnen die 21 Bedingungen noch einmal unter die Nase reiben. Ja, wir werden nicht umhin können, zu sagen: diese 21 Bedingungen genügen nicht für diese Leute! Man wird ihnen 42 Bedingungen vorlegen müssen (heitere Zustimmung). Sonst werden diese Leute alles schlucken und morgen haben wir wieder denselben inneren Kampf.

Ich komme jetzt zu Italien.

Das ist eine der wichtigsten Fragen unseres Kongresses. Man hat die Überzeugung, daß die Partei, an deren Spitze Gen. Bordiga steht, im Grunde genommen eine gesunde Arbeiterpartei ist, eine revolutionäre Arbeiterpartei, die viel Gutes geschaffen hat, und dennoch ist man oft gezwungen, sie theoretisch und politisch zu bekämpfen. Das ist die peinliche Seite; aber man kann das nicht ver-



meiden, die Parteipflicht fordert das. Gen. Bordiga hat damit angefangen, daß er unsere Thesen über die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse bekämpft hat. Er sagte: das ist eine vage Formel. Man könne nicht verstehen, was wir damit wollten, und er forderte, man solle überall aus der Resolution ausmerzen, daß wir die Mehrheit haben wollten.

Da war das erste Gefecht zwischen dem Gen. Lenin und dem Gen. Terracini. Ich muß gestehen, wir hatten damals ein bißchen Mitleid mit Terracini; wir dachten, der Gen. Lenin hätte ihn etwas zu rauh angefaßt. Inzwischen haben die Fascisten gesiegt, die Italienische Sozialistische Partei ist gespalten und eine andere Menge von Weltereignissen ist herangezogen — da tritt der Gen. Bordiga auf den Plan, öffnet den Mund und sagt: „Mehrheit ist eine vage Formel!" Ich muß jetzt anerkennen, daß Lenin recht hatte. Diese Genossen fürchten scheinbar die Mehrheit. Bordiga kommt und fragt in vollem Ernst: Wie soll man die Mehrheit abschätzen? In unserer Resolution wird gesagt, daß wir den Einfluß der Kommunisten auf die Majorität der Arbeiterklasse gewinnen wollen. Wie können wir konstatieren, daß wir die Majorität haben? Wir können doch nicht zum Notar gehen. Wir werden allerdings nicht vom Gen. Bordiga fordern, er solle uns von einem italienischen Notar oder von Mussolini ein Zeugnis bringen, daß der Kommunismus in Italien die Mehrheit habe. Ich glaube, als erster Maßstab sind da die Gewerkschaften anzuwenden: es werden sich noch andere Maßstäbe finden, die uns wissen lassen, wann wir die Mehrheit haben. Das will nicht sagen, daß wir erst anfangen wollen zu kämpfen, wenn wir die Mehrheit der Arbeiter organisiert haben. Bordiga sagt aber, daß das eine gewisse Kleinkrämerei sei. Seine Auffassung ist: heute ist die Exekutive rechts und morgen links. Ich sage: hier besteht ein solcher Fehler, daß man ihn ausmerzen muß. Und wenn man das nicht tut, ist die Partei einfach verloren.

In der Tat, was kann man von einer Partei erwarten, die nicht einmal Verständnis dafür hat, daß das Hauptziel die Eroberung der Masse ist? Und das ist keine vage Formel. Bordiga hält mir vor, ich hätte gesagt, daß manche Parteien ihren Einfluß gestärkt hätten, obgleich sie zahlenmäßig zurückgegangen seien. Das ist allerdings eine Tatsache. Es handelt sich eben um diesen Einfluß. Die Mehrheit in der Arbeiterschaft zu organisieren — das ist unmöglich: das wird erst nach der Machtergreifung des Proletariats möglich sein. Auch in Rußland fangen wir erst jetzt, im fünften Jahre der Revolution an, die Mehrheit organisatorisch zu erfassen.

Das kann man in den anderen Ländern jetzt noch nicht. Aber den Einfluß der Kommunistischen Partei kann man schon jetzt gewinnen.

Ja, es gibt Parteien, die zahlenmäßig zurückgegangen sind und die dennoch ihren Einfluß behauptet haben. Und um diesen Einfluß handelt es sich. Ich werde Ihnen ein Beispiel aus einem fernen Land, New South Wales, bringen. Wir haben dort eine Partei, die 500 Mitglieder zählte. Nachdem wir sie in die Kommunistische Internationale aufgenommen hatten, ist die Zahl auf etwa 900 bis 1000 gestiegen. Aber diese kleine Partei hat die dortigen Gewerkschaften — eine Viertelmillion Arbeiter — vollkommen zur Profintern gebracht, in großer Disziplin und mit großer Begeisterung. Das ist ein gutes Exempel. Wir werden nicht sagen: bitte, organisiert die Mehrheit. Wir verstehen durchaus die Initiative der Minderheit zu schätzen. Gewiß ist es eine prächtige Gruppe von 900 Arbeitern, die 230 000 Arbeiter beeinflußt. Es handelt sich eben darum, daß man wirklich diesen Einfluß der Kommunisten behauptet. Das ist kein Brei. Bordiga sagte: Einfluß gewinnen, wofür? Für das kommunistische Programm: Ja, — aber für einen Brei? nein, das nicht. (Zuruf: Aber für ein Bräu ist er auch nicht!)

Ja, wir sind auch dafür, daß man sie für die Revolution gewinnt. Aber wenn Gen. Domski meint, daß alle 230 000 Arbeiter in Südwales das Programm Bucharins gelesen haben und alle Programmentwürfe der Gen. Thalheimer und Kabaktschiew lesen werden, so stimmt das nicht. Die Arbeiter wissen ganz gut, was sie wollen: sie wollen die Bourgeoisie niederzwingen, und das genügt uns vorläufig vollkommen.

Noch einige Worte über die Gewerkschaften in Italien. Ich las unlängst einen Artikel, der wahrscheinlich von dem Gen. Terracini ist. Er schreibt dort über fascistische Gewerkschaften. Die Fascisten bilden in Italien eigene fascistische Gewerkschaften, eine wirklich neue und wichtige Erscheinung. Sie wollen eine Massenorganisation werden. Und was tun die Arbeiter? Ich kann Ihnen ein Beispiel anführen. In einer großen Fabrik hat der Fabrikeigentümer alle Arbeiter davongejagt und erklärt, daß er nur noch Arbeiter einstellen werden, die eine fascistische Karte haben. Die Arbeiter haben sich das ein wenig überlegt und haben sich dann alle fascistische Karten geholt und wurden so in die Fabrik eingestellt. Nach kurzer Zeit kamen Fabrikkomiteewahlen in dieser Fabrik. Die Fascisten bekamen ein Prozent Stimmen, die übergroße Mehrzahl der Gewählten waren Kommunisten. Das ist eine geniale „Geste" der Arbeitermassen. Diese Massen haben verstanden, um was es sich handelt. Sie haben sich gesagt: wir bringen die Karte, aber wir bleiben revolutionär, wir werden die Brutalität überlisten. In dem Moment, wo die Fascisten Gewerkschaften erobern oder neue gründen — was ist da unsere Aufgabe? Selbstverständlich



müssen wir in die fascistischen Gewerkschaften hineingehen, sie erobern. Aber was machen unsere Freunde? Sie schreiben einen Artikel, in dem sie auseinandersetzen: was ist Fascismus, was ist Syndikalismus und was ist Diktatur des Proletariats? Der Artikel enthält verschiedene sehr „solide" Definitionen, nur das eine fehlt: die lebendige Seele, die lebendige Masse, das einzige, was wir sagen müssen: daß wir in die Gewerkschaften hinein müssen, um die Bourgeoisie am Kragen zu packen. Dies einzige Dogma fehlt, und darum ist die Parole tot. Ich glaube, dieser Artikel war in der Inprekorr. abgedruckt. Lesen Sie diesen Artikel. Finden Sie dort eine lebendige Parole, aus der ein einfacher Arbeiter lernt, in die Festung des Feindes einzudringen? Nein, und das ist das Bleigewicht an den Füßen unserer sonst sehr prächtigen, guten und tapferen Kommunistischen Partei in Italien.

Noch einige Worte über Spanien. Die Rede des Gen. Acevedo war meines Erachtens sehr interessant. Das Wichtige, was er sagte, bestand darin, daß Spanien auf dem Gebiete der Einheitsfronttaktik große Erfolge erzielt hat. Die spanischen Genossen waren gegen die Einheitsfronttaktik. Einer der spanischen Genossen hat in der Erweiterten Exekutivsitzung mit Renoult gegen die Einheitsfronttaktik gestimmt. Jetzt hat die Praxis gezeigt, daß unsere Genossen in Spanien einen großen Erfolg auch gegenüber den Syndikalisten und Anarchisten erzielt haben. Das sollte für uns vorbildlich sein. Ich rate daher unseren Freunden aus der französischen Partei, sich hieran ein Beispiel zu nehmen.

Jetzt komme ich zu der Tschechoslowakei. Ich werde auf dem Gen. Vajtauer nicht noch einmal herumhacken, denn das wurde reichlich getan. Ich will nur bemerken: für uns ist die Frage damit nicht erschöpft, daß Gen. Neurath bewiesen hat, das Programm der Opposition sei nichts wert. Ja, sie sind hilflos; man kann sich diese Lage ganz gut vorstellen. Man kann ihnen sogar sehr wissenschaftlich beweisen, daß sie Proudhonisten sind, obwohl man nicht dafür garantieren kann, daß manche von ihnen Proudhon jemals gelesen oder vielleicht überhaupt den Namen Proudhon jemals gehört haben. Damit ist diese Frage also noch nicht gelöst, sondern wir müssen sie ganz konkret, lebendig machen, so wie sie ist.

Unsere Genossen in der Zentrale der tschechoslowakischen Partei werfen uns vor, wie Sie wissen, daß wir einen Fehler begangen haben, als wir den Ausschluß der Opposition rückgängig machten; manche deutsche Genossen unterstützten sie. Man sagt, wir hätten damit die Autorität der tschechoslowakischen Zentrale untergraben. Das glaube ich nicht. Ich hoffe, daß die Autorität der tschechoslowakischen Zentrale und der tschechoslowakischen Partei so bedeutend ist, daß sie,

auch wenn sie einen solchen Irrtum begeht, nicht dadurch untergraben wird. Ich glaube, daß die Rede des Gen. Vajtauer dazu beitragen wird, die Autorität dort zu heben und den Arbeitern zu zeigen, um was es sich handelt. Die Genossen sollen nicht mit einer Artikelserie kommen, wie es der Gen. Kreibich getan hat, der erklärt hat, daß wir die Befähigten und sie die Inferioren seien. So kann man die Arbeiter nicht aufklären. Ich weiß nicht, wie der Ausgang unserer Debatte sein wird. Ich will den Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, es kann auch Unerwartetes kommen; denn, gewiß, wenn sich Genossen den Beschlüssen der Exekutive nicht fügen, dann bleibt nichts übrig, als mit ihnen zu brechen. Es kann also auch ein sehr unerwünschter Ausgang kommen. Dennoch aber hat die Internationale recht gehandelt, daß sie diese Genossen eingeladen und die Sache vor den internationalen Kongreß gebracht hat. Wenn sie ausgeschlossen werden, dann tut das die Internationale, und nicht die Parteileitung. Dann wird man in Deutschland und anderswo nicht sagen können: Da seht ihr, man schließt linke Arbeiter aus, ohne sie anzuhören Nein, alle, die Italiener, die Deutschen, kurz alle Genossen sollen sehen, ob es möglich ist, solche Leute zu behalten. Als wir Verfeuil, Fabre und andere von den Rechten ausschlossen, da hatten wir es sehr leicht, denn dazu hatten wir den Paragraphen 9. Aber Arbeiter, selbst wenn sie Proudhon huldigen, ohne es zu wissen, die soll man nicht gleich ausschließen; da soll man sich eine Zeitlang gedulden und abwarten und versuchen, die Genossen zu überreden. Und da sollen alle Genossen aus allen Ländern mitsprechen. Vergessen Sie nicht, das kam — kaum einen Monat vor dem Weltkongreß — wie aus der Pistole geschossen. Warum sollte man sich da beeilen? Es war unsere Pflicht und Schuldigkeit, es der Internationale zu unterbreiten. Wir hatten das Gefühl, daß sie vielleicht noch viel schlechtere Dinge haben als den Proudhonismus. Und ich hoffe, daß wirklich internationale Arbeiter, nachdem die Internationale gesprochen haben wird, es sich zwanzigmal überlegen werden, ehe sie mit der Partei brechen.

Manche deutschen Genossen meinen, unsere Exekutive fängt an, in der tschechischen Frage ein bißchen KAPD-istisch zu riechen. Ich glaube aber, daß wir in der Frage der KAPD. vollkommen recht hatten. Wir haben sie ausgeschlossen, als sie schon eine ganz hilflose Gruppe war, nachdem alles versucht worden war. Als die besten Elemente aus ihr zu unserer Vereinigten Kommunistischen Partei gekommen waren, da erst hat die Internationale gesprochen. Jetzt sind sie nur eine Gruppe von harmlosen Leuten, die nur noch für die Geschichte von Interesse sind, nicht mehr für die Politik. Aber was machte der selige Levi? Er machte es anders. Ihm war es um die Eile zu tun.

als manche Arbeiter sagten, daß ihnen das oder jenes nicht paßte, brach er mit ihnen. Es war ein Fehler des Spartakusbundes, daß er in dieser Frage Levi gefolgt ist. Da zeigte sich der bürgerliche Aristokrat Levi, für den der Arbeiter nur das Objekt war, der nie ein kameradschaftliches Wort für die Arbeiter hatte, um sie über ihre Fehler aufzuklären. Diesen Fehler wollte unsere tschechische Zentrale auch bei der KAP. begehen.

Das war ein Fehler derselben Art, und da haben wir die Hand etwas aufgehalten und gesagt: wartet, Genossen, es kommt der 4. Kongreß. Wir hoffen, daß die besten Elemente zurückkommen werden. Wenn sie nicht kommen, dann gibt es eben einen Bruch. Die Sache ist etwas komplizierter geworden, als wir sie uns vorstellten. Es handelt sich nicht um die Autorität, sondern um etwas viel wichtigeres, es handelt sich um die Interessen der Partei als ganzes, um die Interessen der Internationale als ganzes. Dies ist nicht nur eine tschechische Angelegenheit. Ich hörte, daß in Berlin manche Genossen in dieser Frage ganz bewußt das Feuer etwas geschürt haben. Ich will das dahingestellt sein lassen, aber daß eine gewisse Beunruhigung besteht, ist sicher. Es ist nicht nur eine tschechische Frage, sondern eine internationale Frage, die Frage unseres Verhaltens zu derartigen Arbeitergruppen, und ich glaube, wir alle müssen uns auf diesem Kongreß bemühen, die Frage so zu lösen, daß diese Arbeiter trotz aller Fehler bei uns bleiben. Mit denjenigen, die auf die Internationale nicht soviel Wert legen — nach der Philosophie eines Vajtauer —, ist nichts zu machen. Aber ich hoffe, für die Mehrheit wird die Frage anders stehen. Im entscheidenden Punkte werden sie sich erinnern, daß wir nicht eine solche Internationale, wie Vajtauer sie bezeichnet hat, sind, sondern daß es nur eine einzige proletarische Internationale gibt und daß sie diese Bedeutung für jeden Arbeiter hat. Ich glaube, daß gerade diese Arbeiter diese Auffassung haben und wieder zu uns kommen werden.

Ich komme jetzt zu Polen und zu der Rede unseres Gen. Domski. Ich kann zunächst unserem Gen. Domski das eine nicht schenken, daß er noch vor dem 3. Kongreß einen sehr großen politischen Fehler gemacht hat. Domski war während des russisch-polnischen Krieges derjenige, der einen Artikel gebracht hat, in dem gesagt wurde: Ja, mit der Roten Armee, den Bajonetten der Sowjetregierung den Sozialismus nach Polen bringen, — das ist keine kommunistische Politik (Zuruf des Gen. Domski: Das habe ich nicht geschrieben!). Gen. Domski, ich kenne Sie schon ein Jahrzehnt und weiß, daß es Ihnen schwer fällt, ruhig zu bleiben, wenn man Sie kritisiert. Ich bitte Sie aber dennoch, die Ruhe zu bewahren. Erst in einem Briefe und dann in der „Roten Fahne" haben Sie diese Stellung eingenommen, die wir damals als

den raffiniertesten Typus des Nationalismus charakterisiert haben. Jeder Proletarier mit gesundem Menschenverstand wird sagen: wenn die Bourgeoisie in einem Lande die Proletarier mit den Bajonetten niederhält, so werden wir glücklich sein, wenn eine Rote Armee, sei es eine ungarische, russische oder italienische, oder gar eine französische, den Proletariern des Nachbarlandes helfen kann. Das ist die gesunde Auffassung eines jeden Arbeiters (Händeklatschen). Gen. Domski ist selbstverständlich kein Nationalist. Es war da nur so ein kleines Überbleibsel dieser PPS.-Ideologie. Die polnische Intelligenz als ganzes ist durch den Nationalismus verseucht. Selbst bei manchen sehr guten Genossen bleibt ein guter Schuß Nationalismus übrig. Diesen Fehler beging Gen. Domski vor 15 Monaten. Ich sage ihm das nicht, um ihm sozusagen den Kopf abzuschneiden. Wenn man uns heute noch belehren will, so lassen wir uns gern belehren, aber wir werden dabei nicht vergessen, daß er diesen großen politischen Fehler begangen hat.

Nun zu der Belehrung selbst. Das, was Gen. Domski über die Mehrheit sagte, das habe ich schon kritisiert. Wir wissen ganz genau, daß wir heute in Polen die Mehrheit noch nicht haben. Wir können die Wahlen, die jetzt Pilsudski gemacht hat, nicht als Maßstab nehmen. Wir wissen, daß Pilsudski ein Gauner ist und daß die Bourgeoisie die Wahlen gefälscht hat. Wir wissen das alles ganz gut, aber wir wissen andererseits, daß wir der Mehrheit sehr nahe sind. Wir haben sie noch nicht und man muß arbeiten, um sie zu bekommen.

Er sagt weiter: für alle anderen Länder ist die Einheitsfront vielleicht gut, aber in Polen taugt sie nichts. Das ist dieselbe Ideologie, die wir heute schon kennengelernt haben. In allen anderen Ländern kann die Exekutive diktatorisch handeln, auch die Einheitsfront anwenden, aber in meinem Lande ist das doch etwas ganz anderes; da sind ganz eigenartige Verhältnisse, da ist eine ganz andere Arbeiterklasse und eine ganz andere Partei. Ich sage: gerade in einem Lande wie Polen ist die Einheitsfront am meisten am Platze. Ihr seid illegal, aber das darf Euch nicht hindern. Ich sehe im Zentralorgan der PPS. in Warschau täglich eine Rubrik mit der Aufschrift: „Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung". Ich kann Ihnen das auch polnisch vorlesen. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß in den tiefsten Tiefen der Massen die Parole der Arbeiterregierung sowohl bei den Arbeitern wie bei den Bauern zieht. Ihr habt gesagt, daß wir diese Demagogie machen, weil bei den Arbeitermassen diese Parole Erfolg verspricht. Gen. Domski sagt: Wir müssen gegen die Arbeiterregierung und gegen die Einheitsfront sein. Ich sage umgekehrt: wenn das schon so populär in den Massen ist, daß selbst die Sozialverräter es täglich wieder-



holen, dann müssen wir erst recht mit der Parole der Einheitsfront kommen. Wir müssen ihnen die Parole täglich vor die Nase halten. Wir wissen, daß der polnische Arbeiter und der polnische Bauer nicht für eine bürgerliche Regierung sind, sondern für eine Arbeiterregierung, und wir müssen zu den Sozialverrätern sagen: Trotzdem Ihr Verräter seid, schlagen wir Euch vor, eine Arbeiterregierung und eine Einheitsfront zu bilden.

Das soll die Note in der Agitation sein. Die Lage in Polen trägt gewiß besondere Züge, aber sie zwingt uns gerade dort, die Taktik der Einheitsfront am meisten anzuwenden.

Die polnischen Genossen gaben mir noch eine Rede des Gen. Slussarski, eines Vertreters der polnischen Opposition, der leider nicht gesprochen hat. Gen. Domski hat mir persönlich gesagt, ich solle ihn nicht mit ihm verwechseln, ihn nicht mit seiner Stellungnahme identifizieren. Der Gen. Slussarski sagte in einer seiner Reden auf der Parteikonferenz folgendes:

„Wenn Gen. Lenin sagt: ‚Weiter gehen wir nicht', so glaube ich gern, daß das seine aufrichtige Meinung ist. Doch leider ist das unmöglich. Der wirtschaftliche Diktator Rußlands ist der Bauer.

Es steht die Frage des Verhältnisses der Kommunistischen Internationale dieser Politik gegenüber. Die Sowjetrepublik möchte alle Mittel ausnutzen, um ihre Politik zu stützen. In dieser Hinsicht kann der Einfluß der Sozialvermittler und Opportunisten auf die Politik der Regierungen großen Einfluß haben. Die Taktik der Einheitsfront, die einen Kontakt mit den Opportunisten schafft, gestattet es, diesen Einfluß auszuüben."

Das sind die schlimmsten Beschuldigungen, die man gegen die Sowjetregierung erheben kann (Zuruf: Levi!). Ich glaube nicht, daß Slussarski mit Levi viel gemeinsam hat. Er hat diesen Irrtum hoffentlich längst überwunden, und wenn nicht, so wird er ihn spätestens noch heute Nacht überwinden (Heiterkeit). Das ist aber aus dem Geiste Levis. Also, Gen. Slussarski, Sie sehen schon ganz gut, auf welcher schiefen Ebene man sich da bewegt.

Man kritisiert von „links" und man endet ziemlich schnell, fast im Handumdrehen, bei Levi. Das ist eine ganz gefährliche Marschroute. Dieser Irrtum muß so schnell wie möglich aufgegeben werden.

Nun noch einige Worte über Norwegen. Ich sagte, es gebe in Norwegen zwölf Zeitungen, die alle „Socialdemokraten heißen. Der Genosse Haakon Meyer hat mir mitgeteilt, es gebe vierzig Zeitungen. Wahrscheinlich tragen sie alle den Namen „Socialdemokraten". Unsere Partei in Norwegen ist stark, und darum eben müssen wir strenge Forderungen stellen. Als wir die kurze Rede des jungen Akademikers, Ge-

nossen Meyer, hörten, mußten wir uns sofort sagen, daß die Genossen sich im Irrtum befinden. Ein Teil der Gruppe „Mot Dag" ist gut, aber ein anderer Teil untersteht der Partei nicht; es sind eben junge Akademiker; von ihnen kann man sagen: bis zum 25. Jahre sind sie rabiate Revolutionäre, mit 26 Jahren ändern sie sich, mit 30 Jahren sind sie gutsituierte Advokaten, und dann wenden sie sich gegen die Arbeiterklasse. Wir fürchten uns vor diesen Akademikern. Diejenigen, die wirklich etwas gelernt haben, sollen sich der Partei unterstellen, sollen zu den Arbeitern gehen und ihnen in ihrem Befreiungskampfe helfen. Es geht aber nicht an, daß sie, nachdem sie anderthalb Jahre in der Bewegung sind, die Kommunistische Internationale nicht selbständig genug finden. Wir müssen darauf bestehen, daß in der norwegischen Frage eine reine Lage geschaffen wird, und ich hoffe, das wird auch geschehen.

Nun ein paar Worte zu der Rede des Gen. Varga. Er hat sehr ausführlich bewiesen, daß satt sein besser ist als hungrig sein, daß Brot besser ist als Hunger und daß die Legende vom Hunger zerstört werden muß. Aber darum handelt es sich ja nicht. Erstens war das keine Legende, es war ein wirklicher Hunger, — das mußten wir den Arbeitermassen sagen. Jetzt fängt es an, besser zu werden, der Hunger ist vorbei und selbstverständlich — in dieser Frage stimme ich dem Gen. Varga bei — werden wir der Arbeiterklasse sagen, daß der russische Arbeiter nicht mehr hungert, daß seine Lage sich täglich bessert. Wir werden allerdings nicht prahlen, wir werden abwarten, bis das eine feste Tatsache geworden ist. Wir werden zu den Arbeitern mit Tatsachen und Ziffern kommen. Wir werden die Lage unserer Arbeiter Schritt für Schritt verbessern und das den Arbeitern der anderen Länder sagen. Aber nicht darum wird gestritten, sondern um etwas ganz anderes. In Rußland gibt es keinen Hunger mehr. Aber in anderen Ländern — das können wir nicht verbergen — kann die Diktatur des Proletariats den Hunger mit sich bringen. Können wir darauf verzichten, das den Arbeitern zu sagen, obwohl es eine bittere Wahrheit ist? Wir können darüber nicht hinweg. Wir müssen den Arbeitern sagen, was ist. In Rußland waren es fünf schreckliche Jahre, in anderen Ländern wird es vielleicht etwas kürzer sein. Die Diktatur kann auch ohne Hunger kommen, das hängt von verschiedenen Faktoren ab. Aber in manchen Ländern wird sie wahrscheinlich mit dem Hunger kommen. Daß man den Arbeitern das nicht sagen will, ist eben Opportunismus, ist eine innere Unsicherheit. Wir können den Arbeitern nicht sagen: morgen wirst Du es gut haben, Du wirst Fleisch und ein gutes Haus haben. Auf diesem Wege würden uns eben die Reformisten schlagen. Es handelt sich nicht darum, daß ich den Arbeitern der

anderen Länder nicht mitteilen will, daß es in Rußland keinen Hunger mehr gibt. Es handelt sich darum, zu sagen, wie es auch bei ihnen kommen wird. Das muß ihnen ohne Scheu gesagt werden. Und der Arbeiter kennt das Leben, er wird das Unvermeidliche hinnehmen. Aber wir, die wir der Avantgarde der Arbeiterschaft vorangehen, müssen ihr das offen ins Gesicht sagen.

Noch *ein* paar Worte über die Rede des Gen. Landler. Ich wollte gern dem Kongreß diese unerquickliche Debatte ersparen, es ist nicht gegangen. Gen. Landler *hat* die Sache so dargestellt, als wenn *ich* gegen jede Emigration gekämpft hätte. Genossen, Sie haben die Rede gehört, — war das wirklich der Fall? Ich sagte, wahrscheinlich wird es unseren italienischen Freunden nicht erspart bleiben, jetzt eine Emigrationsbasis zu schaffen. Die Finnen hatten sie, und wir, die Russen, hatten sie auch. Ich weiß eine Emigration zu schätzen, eine Emigration, die sich um den revolutionären Kampf kümmert. Niemals werden wir von ihr so sprechen, wie Herr Ebert von den ausländischen „Gruppen" geredet hat. Aber, Gen. Landler, da haben Sie vorbeigeschossen, da haben Sie vorbeigekämpft. Es gibt eine solche Emigration, die die Bewegung ruiniert, die die Bewegung vergiftet, und einen solchen Fall hatten wir in der Gestalt eines Teiles der Wiener Emigration, deren Vertreter heute in der Person des Gen. Landler sagt, ich sei ein Diplomat. Worin besteht diese Diplomatie? Ich erkläre dem Gen. Landler unverblümt, daß er und seine Freunde unserer Sache schaden, und er wirft mir Diplomatie vor!

Was die Genossen *im* Gefängnis anbelangt, so gehört ihnen selbstverständlich alle unsere Hochachtung. Das erste Wort dieses Kongresses in Petrograd bei der feierlichen Eröffnung war ein Manifest an die Genossen, die in Haft sind, und nicht zuletzt an die ungarischen Brüder, die in den Gefängnissen sitzen. Selbstverständlich kann ich von dem Antrag des Gen. Landler den Teil unterstützen, daß unsere Brüder im Gefängnis zu begrüßen und die Gefallenen zu beweinen sind; dafür bin selbstverständlich auch ich. Aber dem zweiten Teil seines Antrages, nämlich noch zwei Emigranten das Mandat zu geben und auf diesem Kongreß noch einmal eine Kommission zu bilden, die die Wiener Geschichten nachprüfen soll, kann ich nicht beistimmen. Um was handelt es sich da? Die Genossen, die in Ungarn im Kampfe für den Kommunismus gefallen sind, werden uns ewig heilig sein. Aber in dieser Weise im Namen der Toten sprechen, — das geht nicht an. Solche Bräuche waren bei den Sozialrevolutionären gang und gäbe. Wir sagen: Alle, die im Befreiungskampf gefallen sind, sind uns heilig, aber Ihr solltet nicht im Namen der Toten sprechen. Das rate ich auch dem Gen. Landler. Im Namen der Toten kann die ganze

Internationale sprechen, aber nicht ein einzelner Mensch, und man soll den Wiener Klatsch nicht mit diesen Dingen in Zusammenhang bringen. Das sind ganz andere Dinge, die soll man nicht miteinander verquicken.

Es gibt 4000 Kommunisten in Ungarn, sagte Gen. Landler. Ich hoffe, daß es sogar noch mehr gibt. Ich möchte aber gerne die Meinung dieser 4000 Genossen wissen, ob sie für die Exekutive der Kommunistischen Internationale, für die Kommunistische Internationale sind oder für den Wiener Klatsch, den Gen. Landler hier so geistreich interpretiert hat. Ich hoffe, sie werden für uns sein und nicht für den Wiener Klatsch.

Gen. Landler sprach im Namen derer, die in Ungarn im Gefängnis sind. Wir können leider nicht mit diesen Genossen sprechen. Doch wird es uns vielleicht gelingen, sie aus Horthys Krallen zu befreien und sie nach Moskau zu bringen, und dann werden wir mit ihnen reden. Wir haben aber auch hier Leute, die aus den Gefängnissen in Ungarn gekommen sind und die dort zum Tode oder zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden waren. Wir haben sie nach Rußland herübergerettet. Was sagen diese Genossen? Sind sie für den Gen. Landler? Nein, sie sind gegen den Gen. Landler, gegen die Wiener Geschichten und für die Internationale. Wir haben wirklich alles getan, um dort die Sache beizulegen. Es war ein Gaudium für die 2½ Internationale. Sie werden sich alle erinnern, die deutschen, die französischen, die englischen und alle Genossen, wie man in den Zeitungen damit gekommen ist und uns damit geschadet hat. Das war ein Fressen für diese Leute, das war ein Wiener Schnitzel für Friedrich Adler. (Heiterkeit.) Und das hat Gen. Landler gemacht und er meint jetzt, das sei noch zu wenig gewesen, wir sollen es noch einmal machen. Wir sind Gegner von solchen Kommissionen. Die Internationale garantiert Ihnen, daß wir die Lage dort gesund machen werden, aber nur in dem Fall, daß man nicht mit neuen Emigrationsgeschichten kommt, sondern an die Arbeit geht. Alle Hochachtung vor den Emigranten, die die Bewegung unterstützen, aber nieder mit solcher Emigration, die die 2. und 2½ Internationale mit Material versieht, wir haben genug davon.

Damit, Genossen, bin ich im großen und ganzen mit meiner Erwiderung zu Ende. Nur noch eine kurze Frage möchte ich anschneiden. Genosse Radek sagte gestern, die Gefahr drohe nicht von links, sondern von rechts. Ich möchte diese Worte unterstreichen und mich ihnen vollkommen anschließen. Es kommt nicht auf den guten Willen der Genossen und der Gruppe an, sondern auf die objektiven Verhältnisse. Wir müssen das klar sehen. Es können noch schlechtere Zeiten kommen, und es werden noch schlechtere Zeiten kommen. Wir werden die



Kommunistische Internationale stärken und sie als den Vortrupp des Proletariats behalten, aber nur in dem Falle, wenn wir uns klar sind, daß wir eine wirklich internationale Organisation sind, die jede Spur von Opportunismus bekämpfen wird, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Ich habe heute in einer Kommission gesagt: Manchmal hören wir von unseren Freunden, daß sie „im Prinzip" mit all dem, was die Exekutive macht, einverstanden sind. Aber das ist eben der Haken, daß sie nur „im Prinzip" einverstanden sind. Ich muß ein Wort von Bismarck zitieren, der einmal gesagt hat: „Wir alten Diplomaten sind immer so, daß, wenn wir sagen, wir sind im Prinzip dafür, wir dagegen sind". Solche Dinge können wir in der Kommunistischen Internationale nicht gebrauchen. Wer gegen die Taktik der Kommunistischen Internationale ist, der möge es heute klar bezeugen. Wer dafür ist, der mag dafür einstehen mit Feuer, Kraft und Geist. Dann werden wir eine wirklich kommunistische Internationale aufbauen, trotz der Finsternis der Welt, eine Internationale, die bei erster Gelegenheit die Arbeiterklasse wirklich zum Angriff und zum Sieg führen wird. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Bevor wir zur Verlesung und Abstimmung der Resolution übergehen, werden einige Genossen ihre Erklärungen abgeben. Das Wort hat Gen. SCOCCI MARO (Italien): Die Majorität der italienischen Delegation muß die Erklärung abgeben, daß die Argumente der Rede Graziadeis die sich trotz seiner Vorbehalte größtenteils auf italienische Angelegenheiten bezogen, während der speziellen Debatten des Kongresses beantwortet werden sollen.

Dennoch müssen zwei Ungenauigkeiten bei der Anführung der Tatsachen berichtigt werden:

1. Die These des Kongresses der Kommunistischen Partei Italiens enthält keineswegs die Behauptung, daß jede Spaltung innerhalb der Sozialistenpartei Italiens unmöglich geworden sei; sie schließt nur die Möglichkeit einer Änderung der Konstitution der Sozialistenpartei Italiens durch eine Verschmelzung mit der linken SPI. aus.

2. Es ist nicht die absolute Wahrheit, daß die Mehrheit der Kommunistischen Partei Italiens sich der Abstimmung enthalten habe.

Innerhalb der Kämpfermassen in den Zentralorganen gibt es bloß eine Minorität, die sich der Abstimmung enthält, sich im übrigen aber diszipliniert der Taktik der Internationale unterwirft. In der Delegation sind es nur einige, von denen einer zur Minorität gehört, in deren Namen Graziadei soeben gesprochen hat.

GRAZIADEI (Italien): Die Minorität der Kommunistischen Partei Italiens behält sich das Recht vor, die Wahrheit ihrer, im übrigen sehr allgemein gehaltenen Behauptungen zu beweisen, wenn die italienische Frage in allen Einzelheiten debattiert werden wird.

Ich persönlich erkläre, daß, als ich in objektiver Weise die Gesinnungsart gewisser italienischer Genossen betreffs der Frage der Arbeiterregierung erklären wollte und dabei von der ehemaligen anti-

parlamentarischen Fraktion sprach, damit nur sagen wollte, daß bei der Gründung und Organisation der Kommunistischen Partei Italiens diese Fraktion aus leicht erklärlichen Gründen eine sehr bedeutende Rolle spielte und noch spielt.

DURET (Frankreich): Genossen, ich betrete diese Tribüne, um das Votum der Fraktion, der ich angehöre, zu begründen.

Wie Ihnen bekannt ist, war unsere Fraktion gegen die Taktik der Einheitsfront, wie das Exekutiv-Komitee sie auffaßte. Es ist Ihnen bekannt, daß unsere Fraktion ihren Widerstand bis zuletzt aufrechterhielt. Sie wissen andererseits, daß ich selbst hier, auf den Sitzungen des Präsidiums, bis zum letzten Augenblick gegen den Beschluß des Exekutivkomitees gestimmt habe, da man in jenem Beschluß in vollem Maße die Taktik der Einheitsfront in der Auffassung des Exekutiv-Komitees guthieß.

Auch in anderen Punkten haben wir einiges hinzuzufügen, insbesondere, was die Taktik des Exekutivkomitees hinsichtlich der verschiedenen nationalen Sektionen anbelangt. Zum Beispiel, in der französischen Frage sind wir der Ansicht, daß die Politik des Exekutivkomitees, die sich auf das Zentrum und auf die Linke stützen wollte, keine richtige Politik gewesen sei. Wir sind der Meinung, daß man weder in Frankreich noch in irgendeiner anderen Sektion der Internationale die kommunistische Politik auf Elemente gründen kann, die noch in den Vorurteilen der Sozialdemokraten befangen sind, die sich in Frankreich besonders im Zentrum gruppiert haben.

Unsere Fraktion hat auf dem Pariser Kongreß die Erklärung abgegeben, daß sie sich allen Beschlüssen der Kommunistischen Internationale fügen werde. Unsere Fraktion hat ferner in den Sitzungen der französischen Kommission erklärt, daß sie sich der Kommunistischen Internationale unterwerfen werde. Wir stellen fest, daß es Elemente gibt, die die Möglichkeit eines Bruches mit der Kommunistischen Internationale ins Auge fassen, und wir wollen beweisen, daß die überwiegende Majorität der französischen Partei durchwegs der Kommunistischen Internationale angehört, und das ist der Grund, aus dem wir trotz aller Einwendungen, die ich soeben vorgebracht habe, für die Resolution des Exekutivkomitees stimmen werden.

SOUVARINE (Frankreich): Die Linke der französischen Partei stimmt für die Resolution mit der Erklärung, daß ihrer Ansicht nach die auf das Verhalten der Exekutive in der Angelegenheit der Krise der französischen Partei bezughabende Stelle dieser Resolution den vom Kongreß zur französischen Frage zu fassenden speziellen Beschlüssen nicht präjudiziere.

DORMOY (Frankreich): Die Delegation des Zentrums der französischen Kommunistischen Partei stimmt den Beschlüssen des Pariser Kongresses zufolge für die Schlußfolgerungen des Berichtes von Sinowjew.

Sie behält sich vor, im Verlaufe der Debatten zur französischen Frage ihre Haltung zu erläutern und verschiedene ungenaue oder unrichtige Auffassungen zu berichtigen die während der Debatten über den Bericht der Exekutive geäußert worden sind.



PELUSO (Italien): Die italienische Delegation billigt in der vorgeschlagenen Resolution jenen Teil, der die Vollmachten des höchsten Organs der Kommunistischen Internationale, den § 9 der Statuten der Internationale und deren Anwendung seitens des 3. Kongresses, betrifft.

Da aber die italienische Delegation gegen einige andere Punkte der Resolution und insbesondere in bezug auf die Einheitsfront und die Haltung der Internationale zur italienischen Politik Einwendungen erhebt, die im Laufe der Debatten des Kongresses dargelegt werden sollen, enthält sie sich der Abstimmung über den Bericht der Exekutive.

MEYER (Deutschland): Nachdem wir die Erklärung über die Abstimmung zur Resolution gehört haben, empfiehlt es sich wohl, die *Resolution* selbst zu verlesen. Sie lautet:

RESOLUTION ZUM BERICHT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE.

Der 4. Weltkongreß der KI. billigt völlig die politische Arbeit des EK. der KI., das in 15 Monate langer Tätigkeit die Beschlüsse des 3. Weltkongresses richtig durchgeführt und den besonderen politischen Verhältnissen entsprechend richtig angewandt hat.

Im besonderen billigt der 4. Kongreß der KI. völlig die Taktik der Einheitsfront, wie sie von dem EK. der KI. in den Leitsätzen vom Dezember 1921 und in den weiteren Dokumenten des EK. zu dieser Frage formuliert worden sind.

Der 4. Kongreß der KI. billigt den Standpunkt, den das EK. der KI. in der Krise der Kommunistischen Partei Frankreichs, bei den Vorgängen in der Arbeiterbewegung in Italien, in der norwegischen Kommunistischen Partei und in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eingenommen hat. Rein praktische Detailfragen, die diese Parteien betreffen, werden in besonderen Kommissionen behandelt, deren Beschlüsse der Kongreß noch prüfen wird.

Mit Rücksicht auf die Vorgänge, die sich in einigen Parteien abspielten, erinnert und bestätigt der 4. Kongreß von neuem, daß das EK. der KI. in den Zeiträumen zwischen den Weltkongressen die höchste Instanz der gesamten kommunistischen Bewegung bildet und daß die Beschlüsse des EK. für alle angeschlossenen Parteien bindend sind. Daraus folgt im besonderen, daß die Verletzung der Beschlüsse des EK. unter dem Vorwand einer Berufung auf den nächsten Kongreß einen offenen Disziplinbruch bedeutet. Wenn die KI. eine solche Praxis zulassen würde, so wäre dies gleichbedeutend mit der völligen Vereitelung jeder regelmäßigen und einheitlichen Tätigkeit der KI.

Zu den Zweifeln, die in der KPFr. über die Auslegung des § 9 des Statuts der KI. geäußert worden sind erklärt der 4. Kongreß, daß dieser § 9 dem EK. der KI. unbedingt das Recht zuerkennt, einzelne Personen und ganze Gruppen, die nach der Ansicht des EK. der KI. dem Kommunismus feindlich gesinnt sind, aus der KI. und folglich auch aus ihren nationalen Sektionen auszuschließen.

Es ist selbstverständlich, daß das EK. der KI. gezwungen ist, den § 9 des Statuts in Anwendung zu bringen, wenn die entsprechende nationale Partei durch ihre führenden Organe nicht die nötige Energie und Achtsamkeit zum Schutz der Partei vor nichtkommunistischen Elementen an den Tag legt.

Der 4. Kongreß der KI. bestätigt noch einmal die 21 Bedingungen, die von dem zweiten Kongreß der KI. ausgearbeitet wurden, und beauftragt das künftige EK. über ihre wirkliche Durchführung auf das strengste zu wachen. In der kommenden Zeit muß das EK. der KI. mehr als bisher eine internationale proletarische Organisation sein, die jeden Opportunismus schonungslos bekämpft, eine Organisation, die auf den Prinzipien des strengsten demokratischen Zentralismus aufgebaut ist.

Genossen! In der Kommission behandelte die Diskussion eigentlich nur eine Frage, nämlich, ob die Sätze, die ausdrücken, daß der 4. Kongreß das Verhalten des EK. in den einzelnen Länderfragen billigt, jetzt schon aufgenommen werden sollen, oder ob man mit der Abstimmung über diesen Passus warten solle, bis die Kommissionen der einzelnen Länderfragen ihre Arbeiten beendet haben. In den Kommissionen wurde erklärt, daß ein solches Abwarten der Kommissionsarbeit nicht nötig ist, zumal diese Kommissionen sich mehr mit der zukünftigen Arbeit der Parteien beschäftigen werden und weniger mit der Haltung des EK. in der Vergangenheit. Außerdem wurde dieser Passus dahin erläutert, daß der Gesichtspunkt des EK. im allgemeinen gebilligt werden soll, während einzelne Fälle der Anwendung noch der Prüfung der Kommissionen unterliegen. Es wurde deshalb auf Antrag einer Delegation ein Zusatz zu dem ursprünglichen Entwurf aufgenommen, den ich schon verlesen habe:

„Rein praktische Detailfragen, die diese Parteien betreffen, werden in besonderen Kommissionen behandelt, deren Beschlüsse der Kongreß noch prüfen wird."

Bei der Endabstimmung haben, nachdem dieser Satz eingefügt worden ist, alle Delegationen, mit Ausnahme von zweien, dieser Resolution ihre Zustimmung gegeben. Die Kommissionen bitten den Kongreß, dieser Resolution zuzustimmen.

PERIC (Frankreich): Der Nationalverband der Kommunistischen Jugend Frankreichs, der mit der Politik der Linken der französischen Partei im Kampfe für die Anwendung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale im Einklang steht, erklärt, daß er ohne Vorbehalt dem Beschluß zum Bericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale beistimmt.

VORSITZENDER: Es ist noch folgende schriftliche Erklärung eingegangen (Radek: Schluß mit den Erklärungen und abstimmen!)

„Zu der von dem erweiterten Präsidium vorgelegten Resolution erklären die Genossen Torp und Meyer aus der norwegischen Delegation, daß sie für diese Resolution stimmen werden. Sie wollen aber dem Protokoll hinzugesetzt haben, daß sie mit dem Standpunkte der Exekutive in dem norwegischen Parteistreit nicht einverstanden sind."

Nachdem diejenigen Delegationen, die Einwände gegen einzelne Punkte der Resolution oder gegen die ganze Resolution zu machen hatten, ihre Erklärungen hier abgegeben haben, glaube ich, daß wir im allgemeinen und nicht nach Delegationen abstimmen können.

Wenn dagegen nicht Einspruch erhoben wird, werde ich zur Abstimmung schreiten.

Ein Einwand erfolgt scheinbar nicht.

Wir schreiten zur Abstimmung. Diejenigen Delegierten, die für die Resolution sind, bitte ich die Hand zu erheben. Ich danke Ihnen.

Diejenigen Delegierten, die gegen die Resolution sind, bitte ich die Hand zu erheben.

Diejenigen Delegierten, die sich der Abstimmung enthalten, bitte ich die Hand zu erheben.

(Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen. 1 Stimme gegen, 16 Enthaltungen.)

Zu einer persönlichen Erklärung hat das Wort der Genosse Bordiga.

BORDIGA: Ich verzichte.

VORSITZENDER: Zu einer persönlichen Erklärung hat das Wort Gen. Domski.

DOMSKI: Dem Genossen Sinowjew sind anläßlich seiner Ausführungen über meinen Nationalismus einige kleine Mißverständnisse passiert. (Lachen.) Der inkriminierte Artikel wurde nicht während des Angriffs auf Warschau gedruckt, sondern lange vor dieser Offensive, als noch niemand wußte, daß sie erfolgen würde. Dieser Artikel drückte keine grundsätzliche Stellung gegen jedes Hineintragen des Sozialismus auf den Spitzen des Bajonetts aus, sondern er stellte einfach fest, daß unter den konkreten Bedingungen . . . (Lachen. Einige Genossen stimmen die Internationale an. Alle Anwesenden stimmen ein. Der Redner verzichtet auf das Weiterreden.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr 10 Minuten nachts.

ACHTE SITZUNG

MONTAG. DEN 13. NOVEMBER 1922.

Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

Redner: Lenin, Clara Zetkin.

Eröffnung: 11,40 vorm.

Vorsitz: *Béron.*

LENIN (mit stürmischem, langanhaltendem Beifall empfangen. Es wird die „Internationale" angestimmt): Parteigenossen, ich bin als Hauptredner auf der Liste genannt, aber Sie werden verstehen, daß ich nach meiner langen Krankheit nicht in der Lage bin, einen längeren Bericht zu erstatten. Ich kann nur eine Einführung in die wichtigsten Fragen geben. Mein Thema kann nur ganz beschränkt sein. Das Thema „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution" ist zu umfangreich und groß, als daß es ein einzelner Redner in einer Rede überhaupt erschöpfen könnte. Darum greife ich für mich nur einen kleinen Teil aus dieser Materie heraus, nämlich die Frage von der neuen ökonomischen Politik. Ich wähle absichtlich nur diesen kleinen Teil, um Sie in die Materie einzuführen, die jetzt das Wichtigste ist, — oder wenigstens für mich das Wichtigste ist, weil ich jetzt gerade daran arbeite. Ich werde also über das Thema sprechen: Wie haben wir die neue ökonomische Politik begonnen und welche Resultate haben wir mit dieser Politik erzielt? Wenn ich mich auf diese Frage beschränke, glaube ich vielleicht imstande zu sein, Ihnen einen allgemeinen Überblick und eine allgemeine Vorstellung davon zu geben.

Wenn ich damit beginne, wie wir diese neue ökonomische Politik angefangen haben, so muß ich auf einen Artikel von mir aus dem Jahre 1918 zurückgreifen. Zu Beginn des Jahres 1918 habe ich nämlich einmal in einer kurzen Polemik die Frage berührt, wie wir uns zum Staatskapitalismus zu stellen haben. Ich schrieb damals:



„Der Staatskapitalismus ist gegenüber der heutigen Wirtschaftspolitik der Räterepublik — das heißt also gegenüber der damaligen Wirtschaftslage — ein Schritt vorwärts. Wenn wir z. B. den Staatskapitalismus in einem halben Jahre bei uns einführen könnten, wäre das ein großer Erfolg und die beste Garantie, daß innerhalb eines Jahres der Sozialismus bei uns fest und unbesiegbar sein wird."

Das ist natürlich zu einer Zeit gesagt, als wir noch dümmer waren, als jetzt, aber nicht so dumm, um solche Themen nicht behandeln zu können.

Ich war also damals, im Jahre 1918 der Meinung, daß gegenüber der damaligen wirtschaftlichen Lage der Räterepublik der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts sei. Das klingt sehr seltsam und vielleicht sogar widersinnig, denn damals war unsere Republik eine sozialistische Republik, damals trafen wir täglich, so schnell als nur möglich, wahrscheinlich zu schnell, verschiedene neue wirtschaftliche Maßnahmen, die nicht anders als sozialistische genannt werden konnten, und trotzdem meinte ich damals, daß der Staatskapitalismus gegenüber der damaligen Wirtschaftslage der Räterepublik einen Schritt vorwärts bedeutete, und ich erläuterte diesen Gedanken weiter, indem ich einfach die Elemente der wirtschaftlichen Struktur Rußlands aufzählte. Diese Elemente waren nach meiner Meinung: „1. eine patriarchalische, d. h. in höchstem Grade primitive Landwirtschaft. 2. Die Kleinproduktion von Waren. Hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die mit Getreide handeln. 3. Privatkapitalismus. 4. Staatskapitalismus. 5. Sozialismus." Alle diese ökonomischen Elemente waren im damaligen Rußland vertreten. Damals machte ich es mir zur Aufgabe aufzuklären, in welchem Verhältnis diese Elemente zueinander stehen und ob wir vielleicht ein nichtsozialistisches Element, nämlich den Staatskapitalismus höher einzuschätzen haben als den Sozialismus. Ich wiederhole, das erscheint allen sehr seltsam, daß ein nichtsozialistisches Element in einer Republik, die sich für sozialistisch erklärt hat, höher bewertet erscheint, als höherstehend anerkannt wird als der Sozialismus. Doch die Sache wird verständlich, wenn Sie sich daran erinnern, daß wir damals den ökonomischen Zustand Rußlands durchaus nicht als einen einheitlichen und hochstehenden betrachteten, sondern uns vollständig bewußt waren, daß wir in Rußland sowohl eine patriarchalische Landwirtschaft, d. h die primitivste Form der Landwirtschaft, als auch eine sozialistische Form besitzen. Welche Rolle nun könnte unter solchen Umständen der Staatskapitalismus spielen?

Ich fragte mich weiter, welches dieser Elemente überwiegt. Es ist klar, daß in einem kleinbürgerlichen Milieu das kleinbürgerliche Element vorherrscht. Damals war ich mir klar, daß das kleinbürgerliche Ele-

ment überwiegt. Anders zu denken, war unmöglich. Die Frage, die ich mir damals stellte — es geschah in einer speziellen, nicht zur heutigen Frage gehörenden Polemik —, war: wie stellen wir uns zum Staatskapitalismus? Und da habe ich mir gesagt: der Staatskapitalismus, obwohl diese Form keine sozialistische ist, wäre für uns und für Rußland günstiger als die jetzige Form. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir die Wurzeln und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, obwohl wir schon die soziale Revolution vollzogen hatten, nicht überschätzten, sondern schon damals bis zu einem gewissen Grade begriffen hatten: Ja, es wäre besser, wenn wir erst zum Staatskapitalismus und darauf zum Sozialismus gelangten.

Ich muß diesen Teil ganz besonders betonen, weil ich glaube, daß sich nur daraus erklärt, erstens, was die heutige ökonomische Politik darstellt, und zweitens, daß sich daraus auch für die Kommunistische Internationale sehr wichtige und auch praktische Folgerungen ergeben. Ich will nicht sagen, daß wir damit schon im voraus einen Plan des Rückzuges fertig gemacht hatten. So war es nicht. Einen Rückzugsplan stellten damals diese kurzen Zeilen der Polemik keineswegs dar. Über die Freiheit des Handels z. B. — ein sehr wichtiger Punkt und für den Staatskapitalismus von grundlegender Bedeutung — steht hier kein Wort. Immerhin war eine allgemeine, eine vage Idee des Rückzuges doch darin gegeben und ich glaube, daß wir auch als Kommunistische Internationale und nicht nur als ein Land das in seiner wirtschaftlichen Struktur weit zurückgeblieben war und bis heute geblieben ist, auch in den westeuropäischen, fortgeschrittenen Ländern das beachten müssen. Gegenwärtig sind wir beispielsweise mit der Ausarbeitung eines Programms beschäftigt. Ich für meinen Teil glaube, daß wir am besten tun würden, wenn wir jetzt alle Programme allgemein beurteilen, gewissermaßen die erste Lesung vornehmen und sie alle drucken lassen, nicht aber sie sofort, schon in diesem Jahre festlegen. Warum? Zunächst natürlich darum, glaube ich, weil wir sie schwerlich alle gut durchdacht haben. Weiter aber auch noch darum, weil wir den Gedanken des Rückzuges, seiner Sicherung noch fast gar nicht durchdacht haben. Das aber ist eine Frage, die wir bei einer so weitgehenden Veränderung der Welt, wie dem Umsturz des Kapitalimus und dem Aufbau des Sozialismus mit seinen so großen Schwierigkeiten unbedingt beachten müssen.

Wir müssen uns nicht nur bewußt sein, wie wir zu handeln haben, wenn wir direkt zum Angriff übergehen und dabei siegen. Das ist in revolutionären Zeiten gar nicht so schwer. Aber das ist auch gar nicht so wichtig, zum mindesten nicht ausschlaggebend. Während der Revolution gibt es immer Momente, in denen der Gegner den Kopf ver-

liert. Wenn wir ihn in einem solchen Moment angreifen, können wir sehr leicht siegen. Aber das besagt noch nichts, weil unser Gegner, wenn er ruhig überlegt, vorher seine Kräfte sammelt usw. Er kann uns dann sehr leicht zum Angriff provozieren und uns auf Jahre hinaus zurückwerfen. Ich meine also, die Idee, daß wir den Rückzug vorbereiten müssen, ist sehr wichtig, und zwar nicht nur vom theoretischen Standpunkt aus. Auch vom praktischen Standpunkt aus müssen jetzt alle Parteien, die daran denken, in nächster Zeit zu einem direkten Angriff gegen den Kapitalismus überzugehen, auch noch daran denken, wie der Rückzug zu sichern sei. Ich glaube, diese Lehre samt allen anderen Lehren aus der Geschichte unserer Revolution zu ziehen, wird uns sicher nicht zum Schaden gereichen und uns höchstwahrscheinlich in einer großen Anzahl von Fällen nützlich sein.

Nachdem ich nun betont habe, daß wir den Staatskapitalismus schon 1918 als mögliche Rückzugsstellung bezeichnet haben, gehe ich zu den Resultaten unserer neuen ökonomischen Politik über. Ich wiederhole: Damals war es noch eine ganz vage Idee. Im Jahre 1921 aber, nachdem wir die wichtigste Etappe des Bürgerkrieges schon überwunden, und zwar siegreich überwunden hatten, kam es zu einer großen — ich glaube der größten — inneren politischen Krise Sowjetrußlands, die dazu führte, daß nicht nur sehr große Massen der Bauern unzufrieden waren, sondern auch große Massen von Arbeitern. Es war das erste, und ich hoffe, auch das letzte Mal in der Geschichte Sowjetrußlands, daß wir die großen Massen der Bauern gegen uns hatten, nicht bewußt, doch instinktiv, stimmungsgemäß. Was war die Ursache dieser originellen und für uns sehr unangenehmen Lage? Die Ursache war, daß wir mit unserem ökonomischen Vordringen zu weit gegangen waren, daß wir unsere Basis nicht gesichert hatten, daß die Masse schon fühlte, was wir noch nicht bewußt zu formulieren wußten, was aber auch wir nach ganz kurzer Zeit, nach einigen Wochen erkannten, nämlich, daß der direkte Übergang zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zu der rein sozialistischen Distribution der Güter, unsere Kräfte übersteigt und daß wir zugrunde gehen würden, wenn wir es nicht zustande brächten, unseren Rückzug so zu vollziehen, daß wir uns auf leichte Aufgaben beschränkten. Ich glaube, im Februar 1921 setzte die Krise ein. Schon im Frühling desselben Jahres aber haben wir einstimmig — große Differenzen darüber habe ich bei uns nicht gesehen — beschlossen, zur neuen ökonomischen Politik überzugehen. Heute, nach anderthalb Jahren, am Ende des Jahres 1922 sind wir nun imstande, Vergleiche ziehen zu können. Was hat sich nun ereignet? Wie haben wir diese mehr als anderthalb Jahre überstanden? Was ist das Ergebnis? Hat uns diese Rückzugslinie Nutzen gebracht und uns wirklich

gerettet, oder ist das nicht der Fall und das Ergebnis kein bestimmtes? Das ist die Hauptfrage, die ich mir stelle, und ich glaube, diese Hauptfrage ist auch von höchster Wichtigkeit für alle kommunistischen Parteien, weil wir, wenn die Antwort negativ ausfällt, alle zugrundegehen werden. Ich glaube, wir alle können mit gutem Gewissen diese Frage bejahend beantworten, und zwar in dem Sinne, daß die anderthalb Jahre, die seitdem verflossen sind, positiv und absolut beweisen, daß wir dieses Examen bestanden haben.

Ich werde das nun zu beweisen versuchen. Ich muß dazu ganz kurz alle Bestandteile der russischen Ökonomie aufzählen.

Zunächst nehme ich das Finanzsystem und den berühmten russischen Rubel. Ich glaube, man kann den russischen Rubel für berühmt erklären, schon deshalb, weil seine Zahl jetzt eine Quadrillion übersteigt. (Heiterkeit.) Das ist schon etwas. Eine astronomische Ziffer. (Heiterkeit.) Ich bin sicher, daß Sie nicht einmal alle wissen, was das heißt. Aber wir erachten und zwar vom Standpunkte der ökonomischen Wissenschaft, die Rubelzahlen nicht für so wichtig, denn man kann ja die Nullen streichen. (Heiterkeit.) Wir haben in dieser Kunst, die vom ökonomischen Standpunkt aus belanglos ist, schon etwas geleistet und ich bin überzeugt, daß wir im weiteren Verlauf der Dinge noch viel größeres in dieser Kunst leisten werden. Wichtig dagegen ist die Frage der Stabilisierung des Rubelkurses. Daran arbeiten wir, arbeiten unsere besten Kräfte und dieser Aufgabe messen wir eine entscheidende Bedeutung bei. Gelingt es uns, für längere Zeit und später für immer den Rubel zu stabilisieren, so haben wir gewonnen. Dann sind diese astronomischen Ziffern, diese Trillionen und Quadrillionen nichts. Dann können wir unsere Wirtschaft auf festen Boden stellen und auf festem Boden weiterentwickeln. In bezug auf diese Frage nun, glaube ich ihnen ziemlich wichtige und entscheidende Tatsachen vorbringen zu können. Im Jahre 1921 dauerte die Periode der Stabilisierung des Kurses des Papierrubels weniger als drei Monate. Im Jahre 1922, also in diesem Jahre, obwohl es noch nicht zu Ende ist, dauerte diese Periode schon mehr als 5 Monate. Ich glaube, das genügt schon. Natürlich genügt es nicht, wenn Sie wissenschaftlich bewiesen haben wollen, daß wir diese Aufgabe für die spätere Zukunft vollkommen lösen werden. Aber das zu beweisen ist meiner Meinung nach überhaupt nicht möglich.

Die mitgeteilte Tatsache beweist, daß wir seit dem vorigen Jahre, als wir am Beginn unserer neuen ökonomischen Politik standen, bis heute schon gelernt haben, vorwärts zu gehen. Wenn wir das gelernt haben, dann bin ich sicher, daß wir, wenn wir nicht eine spezielle Dummheit machen, weiter zu lernen verstehen werden, auf diesem

Wege weitere Fortschritte zu machen. Das Wichtigste ist aber der Handel, der bürgerliche Umsatz, der uns nottut, und wenn wir schon nach 2 Jahren, obwohl wir noch im Kriege standen — Sie wissen, daß Wladiwostok erst vor einigen Wochen genommen worden ist —, obwohl wir also unsere ökonomische Tätigkeit systematisch und mit Überlegung erst jetzt beginnen können, es fertiggebracht haben, daß die Periode der Stabilisierung des Papierrubels von 3 auf 5 Monate gestiegen ist, so glaube ich sagen zu dürfen, daß wir damit zufrieden sein können. Denn wir stehen allein. Wir bekamen und bekommen keine Anleihen. Kein einziger von den mächtigen, kapitalistischen Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft so „gut" einrichten, daß sie noch jetzt nicht wissen wohin, hilft uns. Mit dem Versailler Frieden haben sie ein finanzielles System geschaffen, daß sie selbst nicht verstehen. Wenn diese großen kapitalistischen Staaten so wirtschaften, dann glaube ich, daß wir, die Zurückgebliebenen, die Ungebildeten, damit schon zufrieden sein können, daß wir das Wichtigste, die Gründe der Stabilisierung des Rubels, begriffen haben. Nicht irgendwelche theoretische Analyse beweist das, sondern die Praxis, und das ist, glaube ich viel wichtiger als alle theoretischen Diskussionen der Welt. Die Praxis aber beweist, daß wir hier entscheidendes geleistet haben, nämlich die Wirtschaft in der Richtung einer Stabilisierung des Rubels zu bewegen, und das hat für den Rubel, für den freien Umsatz der Waren, für die Bauern und für die enorme Masse von Kleinproduzenten die allergrößte Bedeutung.

Also frage ich jetzt: nach dem Unglück der Mißernte, diesem ungewöhnlichen und unerwarteten Unglück, wie steht die Sache jetzt, nachdem wir die neue ökonomische Politik eingeführt haben, nachdem wir den Bauern die Freiheit des Handelns gegeben haben. Ich sage mir, die Antwort darauf liegt ganz klar vor Augen, nämlich, daß die Bauernschaft in einem Jahr nicht nur mit dem Hunger fertig geworden ist, sondern auch die Naturalsteuer so eingebracht hat, daß wir schon jetzt mehrere Hunderte von Millionen Pud bekommen haben, und zwar fast ohne Anwendung von Gewaltmitteln. Die Bauernaufstände, die früher bis zum Jahre 1921 sozusagen das allgemeine Bild in Rußland darstellten, sind fast vollständig verschwunden. Die Bauern sind mit ihrem jetzigen Zustand zufrieden. Das können wir getrost behaupten. Wir glauben, solche Beweise sind viel wichtiger als irgendwelche statistischen Beweise. Daß die Bauernschaft bei uns der entscheidende Faktor ist, das bezweifelt niemand. Diese Bauernschaft befindet sich jetzt in einem Zustande, daß wir irgendeine gegen uns gerichtete Bewegung nicht zu befürchten haben. Das sagen wir mit vollem Bewußtsein, ohne zu übertreiben. Das ist schon erreicht. Die Bauernschaft mag mit unserer

Macht in der einen oder andern Hinsicht unzufrieden sein, mag klagen — das ist natürlich und unvermeidlich, denn unser Apparat und unsere Staatswirtschaft sind zu schlecht, um dem vorzubeugen —, eine ernst zu nehmende Unzufriedenheit der gesamten Bauernschaft mit uns ist aber auf alle Fälle ausgeschlossen. Das haben wir in einem Jahr erreicht. Ich glaube, daß das schon sehr viel ist.

Ich komme nun zur leichten Industrie. Wir müssen nämlich bei der Industrie unterscheiden zwischen der leichten und schweren Industrie, weil diese beiden Arten von Industrie sich in verschiedener Lage befinden. Was die leichte Industrie betrifft, so kann ich getrost sagen: hier sehen wir einen allgemeinen Aufschwung.

Ich gehe nicht auf Einzelheiten ein. Statistische Belege zu erbringen ist heute nicht meine Aufgabe. Diese allgemeine Behauptung jedoch gründet sich auf Tatsachen, und ich kann garantieren, daß ihm weder Unwahrheit noch Ungenauigkeit zugrunde liegt. Wir haben einen allgemeinen Aufschwung der leichten Industrie zu verzeichnen und im Zusammenhang damit die deutliche Besserung der Lage der Arbeiter sowohl in Petrograd als auch in Moskau. In anderen Distrikten ist das weniger der Fall, weil da die Schwerindustrie vorherrscht, so daß man diese Tatsache nicht verallgemeinern darf. Doch ich wiederhole: die leichte Industrie hat unbedingt einen Aufschwung und eine Besserung der Lage der Arbeiter in Petrograd und Moskau zu verzeichnen. In beiden Städten waren die Arbeiter im Frühling 1921 unzufrieden, jetzt ist dies nicht mehr der Fall. Wir, die wir täglich die Lage und die Stimmung der Arbeiter beobachten, irren uns darin nicht.

Die dritte Frage betrifft die Schwerindustrie. Hier muß ich sagen, daß die Lage immer noch schwer ist. Jedoch ist eine schwache Besserung in der Zeit von 1921 bis 1922 eingetreten. Wir können also hoffen, daß es in nächster Zukunft besser werden wird. Die Mittel dazu haben wir teilweise schon aufgebracht. In einem kapitalistischen Lande würde die Besserung der Lage der Schwerindustrie unbedingt eine Anleihe von Hunderten von Millionen erfordern, ohne welche eine Besserung unmöglich wäre. Die ökonomische Geschichte der kapitalistischen Länder beweist uns, daß zur Hebung der Schwerindustrie in einem zurückgebliebenen Lande nur langfristige Hunderte von Millionen Dollar- oder Goldrubelanleihen taugen. Wir hatten keine derartigen Anleihen und haben bisher nichts bekommen. Was man bis jetzt über Konzessionen und anderes geschrieben hat, ist fast alles auf dem Papier geblieben. Geschrieben haben wir darüber viel in der letzten Zeit, besonders auch über die Urquhart-Konzession. Unsere Konzessionspolitik scheint mir ausgezeichnet zu sein. Trotz alledem: eine erträgliche Konzession haben wir noch nicht. Das bitte ich, nicht zu vergessen. Die Lage der

Schwerindustrie bildet also für unser zurückgebliebenes Land wirklich eine sehr schwere Frage, da wir auf Anleihen bei reichen Staaten nicht rechnen können. Bei alledem sehen wir doch schon eine merkliche Besserung. Weiter sehen wir, daß unsere Handelstätigkeit uns schon ein gewisses Kapital eingebracht hat. Auch dieses hat einen sehr bescheidenen Umfang, nämlich nicht viel mehr als 20 Millionen Goldrubel, aber ein Anfang ist da. Unser Handel gibt uns Mittel, die wir zur Hebung der Schwerindustrie verwenden können.

Zurzeit befindet sich unsere Schwerindustrie jedenfalls immer noch in einer sehr schweren Lage. Doch ich glaube, daß wir schon imstande sind, etwas zu sparen. Dies werden wir auch weiter tun, wenn es auch oft auf Kosten der Bevölkerung geschieht. Wir müssen jetzt trotzdem sparen. Wir arbeiten jetzt daran, unseren Staatshaushalt zu verringern, unseren Staatsapparat einzuschränken. Über den Staatsapparat werde ich später noch einige Worte sagen. Wir müssen den Staatsapparat auf jeden Fall verkleinern, soviel wie möglich sparen. Sparen wir an allem, selbst an den Schulen. Das muß sein, denn wir wissen, daß wir ohne die Rettung der Schwerindustrie, ohne ihre Wiederherstellung keine Industrie aufbauen können, und ohne sie sind wir als selbständiges Land überhaupt verloren; das wissen wir sehr wohl. Die Rettung Rußlands liegt nicht nur in einer guten Ernte der Bauern; das ist noch zu wenig; auch nicht allein in dem guten Zustand der leichten Industrie, die der Bauernschaft die Gebrauchsgegenstände liefert, das ist ebenfalls zu wenig; wir bedürfen noch der Schwerindustrie. Sie in einen guten Zustand zu versetzen, erfordert aber eine Arbeit von mehreren Jahren.

Die Schwerindustrie braucht Subsidien vom Staate. Wenn wir die nicht haben, dann sind wir als zivilisiertes Land — als sozialistisches ganz zu schweigen — zugrunde gerichtet. In dieser Hinsicht also haben wir den entscheidenden Schritt gemacht. Wir haben die Mittel, die nötig sind, um die Schwerindustrie auf eigene Füße zu stellen, aufgebracht. Die Summe, die wir bisher aufgebracht haben, beträgt zwar noch wenig über 20 Millionen Goldrubel, aber sie ist da und wird bestimmt nur zur Hebung der Lage unserer Schwerindustrie verwendet werden.

Ich glaube, Ihnen nun im allgemeinen und flüchtig, wie ich es angekündigt habe, die wichtigsten Elemente unserer Volkswirtschaft vor Augen geführt zu haben, und ich glaube, aus dem Angeführten den Schluß ziehen zu dürfen, daß die neue ökonomische Politik jetzt schon ein Plus ergeben hat. Es liegt jetzt schon ein Beweis dafür vor, daß wir imstande sind, als Staat Handel zu treiben, uns die festen Positionen der Landwirtschaft und der Industrie zu sichern und vorwärts zu marschieren. Das hat

die praktische Tätigkeit bewiesen. Mir scheint, daß das vorläufig genügt. Wir werden noch sehr viel lernen müssen, und wir haben begriffen daß wir noch lernen müssen. Fünf Jahre haben wir unsere Macht gehalten, und zwar die ganzen 5 Jahre hindurch gleichzeitig Krieg führend. Wir haben also Erfolg gehabt.

Das ist verständlich, weil die Bauernschaft für uns war. Schwerlich ist es möglich, mehr für uns zu sein, als es die Bauern waren. Sie sahen ein, daß hinter den Weißen der Gutsbesitzer steht, den sie mehr als alles in der Welt hassen. Deshalb hielten sie mit größtem Enthusiasmus und mit fester Treue zu uns. Es war nicht schwer zu erreichen, daß die Bauernschaft uns gegen die Weißen verteidigte; die Bauern, die früher den Krieg haßten, nun aber für den Krieg gegen die Weißen, für den Bürgerkrieg gegen die Gutsbesitzer alles erdenkliche taten. Trotzdem war das noch nicht alles, denn es betraf ja eigentlich nur die Frage, ob die Macht in den Händen der Gutsbesitzer oder der Bauern bleiben sollte. Uns genügte das nicht. Die Bauern begriffen, daß wir die Macht für die Arbeiter an uns rissen und daß wir das Ziel verfolgen, die sozialistische Ordnung mit Hilfe dieser Macht aufzubauen. Daher bestand die wichtigste Frage für uns in der ökonomischen Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaft. Diese konnten wir nicht auf direktem Wege vorbereiten. Wir mußten es auf indirektem Wege tun.

Der Staatskapitalismus, den wir geschaffen haben, ist ein eigenartiger Staatskapitalismus. Er entspricht nicht dem gewöhnlichen Begriff des Staatskapitalismus. Wir haben in unseren Händen alle Kommandohöhen, wir haben den Grund und Boden, der dem Staate gehört; das ist sehr wichtig, wenn auch die Gegner die Sache so darstellen, als ob das nichts bedeutet. Das ist aber falsch; daß der Grund und Boden dem Staate gehört, ist sehr wichtig und hat große praktische Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht. Das haben wir erreicht und ich muß sagen, daß auch unsere weitere Tätigkeit nur in diesem Rahmen liegen muß. Wir haben schon erreicht, daß die Bauernschaft bei uns zufrieden ist, daß sich die Industrie hebt und daß sich der Handel hebt. Ich habe schon gesagt, unser Staatskapitalismus unterscheidet sich von dem anderen buchstäblich zu verstehenden Staatskapitalismus dadurch, daß wir nicht nur den Grund und Boden in den Händen des proletarischen Staates haben, sondern auch alle wichtigsten Teile der Industrie. Vor allem einen gewissen Teil der Klein- und Mittelindustrie haben wir in Pacht gegeben, alles andere dagegen bleibt in unseren Händen. Bezüglich des Handels möchte ich noch betonen, daß wir gemischte Gesellschaften zu gründen trachten und schon gegründet haben, d. h. Gesellschaften, wo ein Teil des Kapitals Privatkapitalisten,

und zwar ausländischen gehört, der andere Teil aber uns. Erstens lernen wir dadurch, Handel zu treiben, und das haben wir nötig, und zweitens haben wir alle, wenn wir es für nötig finden, ja immer die Möglichkeit, die Gesellschaft wieder aufzulösen, so daß wir sozusagen nichts riskieren. Von den Privatkapitalisten aber lernen und sehen wir, wie wir aufsteigen können und was für Fehler wir machen. Ich glaube, daß ich mich auf diese Ausführungen beschränken kann.

Ich möchte noch einige geringfügige Punkte berühren. Es ist zweifellos, daß wir eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht haben und noch machen werden. Niemand kann das besser beurteilen und anschaulicher sehen als ich.

Warum machen wir denn Dummheiten? Das ist klar: 1. Sind wir ein rückständiges Land, 2. ist unsere Bildung minimal, 3. sind wir ohne Hilfe. Kein zivilisiertes Land hilft uns. Im Gegenteil, sie arbeiten alle gegen uns. 4. Wegen unseres Staatsapparates. Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, aber das war unser Unglück. Der Staatsapparat arbeitet sehr oft gegen uns. Die Geschichte war so, daß im Jahre 1917, nachdem wir die Macht an uns gerissen hatten, der Staatsapparat uns sabotierte. Damals waren wir sehr erschrocken und sagten: Bitte schön, kehren Sie zu uns zurück, und alles kam zurück. Das war unser Unglück. Wir haben jetzt eine enorme Masse von Funktionären, aber wir haben noch nicht genügend gebildete Kräfte, um wirklich über sie zu verfügen. Tatsächlich geschieht es sehr oft, daß hier oben, wo wir die Staatsmacht haben, zwar der Apparat funktioniert, während sie unten eigenmächtig verfügen und so verfügen, daß sie gegen unsere Maßnahmen arbeiten. Oben haben wir, ich weiß nicht, wieviele aber ich glaube sicher, nur einige tausend, im Maximum einige zehntausend der Unsrigen, unten dagegen haben wir Hunderttausende alter Funktionäre vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommen, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten. Hier können wir in kurzer Zeit nichts machen. Das ist ganz sicher, hier müssen wir mehrere Jahre arbeiten, um den Apparat zu ändern, zu vervollkommnen und neue Kräfte heranzuziehen. Wir machen das in ziemlich schnellem Tempo, vielleicht in zu schnellem Tempo. Sowjetschulen sind gegründet. Arbeiterfakultäten sind gegründet, mehrere Hunderttausende von jungen Leuten lernen, vielleicht zu schnell, aber jedenfalls ist die Arbeit begonnen und ich glaube, diese Arbeit wird auch ihre Früchte tragen. Wenn wir nicht zu schnell arbeiten, dann werden wir in einigen Jahren eine Masse von jungen Leuten bekommen, die imstande sein werden, den Apparat von Grund aus zu verändern.

Ich habe gesagt, daß wir eine enorme Zahl von Dummheiten ge-

macht haben. Aber ich muß in dieser Hinsicht auch etwas über unsere Gegner sagen. Wenn unsere Gegner uns vorhalten und sagen, Lenin selbst erkennt, daß die Bolschewiki eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht haben, möchte ich diesen anworten: Ja, wissen Sie, unsere Dummheiten sind doch wesentlich anderer Art als Ihre. Wir haben erst begonnen zu lernen und wir lernen so systematisch, daß wir überzeugt sind, gute Ergebnisse zu erreichen. Wenn unsere Gegner, also die Kapitalisten und Helden der II. Internationale, betonen, daß wir Dummheiten gemacht haben, so möchte ich mir hier einen Vergleich erlauben, indem ich mich der Worte eines berühmten russischen Schriftstellers bediene, die ich ein bischen abändere, so daß sie folgendes Gesicht erhalten: Wenn die Bolschewiki Dummheiten machen, so heißt das, daß der Bolschewik: $2 \times 2 = 5$ sagt, wenn aber der Gegner, d. h. die Kapitalisten und die Helden der II. Internationale, Dummheiten machen, so heißt das, daß sie $2 \times 2 =$ Stearinkerze sagen. Das ist nicht schwer zu beweisen. Nehmen Sie z. B. den Vertrag mit Koltschak; den Vertrag, der geschlossen wurde von Amerika, England, Frankreich, Japan. Ich frage Sie: gibt es gebildetere und mächtigere Staaten in der Welt? Und was kam heraus? Sie versprachen Koltschak, ihm zu helfen, ohne zu rechnen, ohne zu denken, ohne zu beobachten. Das war ein Fiasko, das ich nicht einmal menschlich verständlich finden kann.

Oder ein anderes Beispiel, ein noch naheliegenderes und bedeutsameres, der Versailler Frieden. Ich frage Sie, was haben da die „glorreichen" Mächte geschaffen? Wie können sie jetzt aus diesem Wirrwarr, aus diesem Widersinn einen Ausweg finden? Ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn ich wiederhole, daß unsere Dummheiten noch nichts sind im Vergleich zu den Dummheiten, die der kapitalistische Staat, die kapitalistische Welt und die II. Internationale zusammen machen.

Deshalb meine ich, daß die Perspektiven der Weltrevolution — das ist ein Thema, das ich kurz berühren muß — gut sind und unter einer gewissen Bedingung, glaube ich, werden sie noch besser werden.

Über diese Bedingungen möchte ich noch einige Worte sagen. Auf dem 3. Kongreß 1921 haben wir eine Resolution angenommen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Diese Resolution ist ausgezeichnet. Aber die Resolution ist fast ausgesprochen russisch, d. h. es ist alles der russischen Entwicklung entnommen. Das ist das Gute an der Resolution, aber das ist auch das Schlechte. Es ist das Schlechte, weil fast kein Ausländer — das ist meine Überzeugung, ich habe diese Resolution noch einmal gelesen, bevor ich das sage — sie lesen kann. Erstens ist sie zu lang, 50 oder mehr §§. So etwas können die Ausländer



gewöhnlich nicht lesen. Zweitens, wenn sie doch gelesen wird, so kann kein Ausländer sie verstehen, eben weil sie zu russisch ist. Nicht als ob *sie* russisch geschrieben wäre, denn sie ist ausgezeichnet in alle Sprachen übersetzt, sondern weil sie durch und durch von russischem Geist durchdrungen ist; und drittens, wenn ein Ausländer sie ausnahmsweise versteht, so kann er sie nicht erfüllen. Das ist der dritte Mißstand.

Ich habe mit einigen Delegierten, die hierher gekommen sind, ein wenig gesprochen und ich hoffe, im weiteren Verlaufe des Kongresses werde ich die Möglichkeit finden — zwar nicht selbst am Kongreß teilzunehmen, denn das kann ich leider nicht —, mit einer größeren Zahl von Delegierten aus verschiedenen Ländern ausführlich zu sprechen. Mein Eindruck ist, daß wir mit dieser Resolution einen großen Fehler gemacht haben, nämlich, daß wir uns selbst den Weg zu einem weiteren Fortschritt versperrt haben. Wie gesagt: die Resolution ist ausgezeichnet, ich unterschreibe alle 50 oder mehr Paragraphen. Aber wir haben nicht verstanden, wie wir mit unserer russischen Erfahrung an die Ausländer heranzutreten haben; alles in der Resolution sind tote Buchstaben geblieben, und wenn wir dies nicht verstehen, werden wir nicht vorwärts kommen.

Ich glaube, das Wichtigste für uns alle, sowohl für die Russen als auch für die Ausländer, ist, daß wir jetzt, nach 5 Jahren russischer Revolution lernen müssen. Erst jetzt haben wir die Möglichkeit zu lernen. Ich weiß nicht, wie lange diese Möglichkeit bestehen wird. Ich weiß nicht, wie lange uns die kapitalistischen Mächte die Möglichkeit geben werden, ruhig lernen zu können. Aber jeden Augenblick, den wir von militärischer Tätigkeit, vom Kriege frei sind, müssen wir ausnützen, um zu lernen, und zwar von Anfang an. Die ganze Partei und alle anderen Schichten Rußlands beweisen das durch ihren Bildungshunger. Das Streben nach Bildung beweist, daß für uns jetzt die wichtigste Aufgabe darin besteht, zu lernen und zu lernen.

Aber auch die Ausländer müssen lernen. Nicht in dem Sinne, in dem wir lernen müssen, also lesen, schreiben und das Gelesene verstehen, was uns noch not tut. — Man streitet sich darüber, ob das zur proletarischen oder bürgerlichen Kultur gehört. — Ich lasse diese Frage offen. Fest steht jedenfalls: Wir müssen zunächst lesen und schreiben und das Gelesene auch verstehen lernen. Die Ausländer brauchen etwas höheres. Nämlich erstens, daß das, was wir über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien geschrieben und was die Ausländer, ohne es gelesen, ohne es verstanden zu haben, unterzeichnet haben, auch verstanden wird. Das müssen sie zu ihrer großen Aufgabe machen. Man muß diese Resolution zur Durchführung

bringen. Man kann das nicht über Nacht tun, das ist absolut unmöglich, sie ist zu russisch, sie spiegelt die russische Erfahrung wider; deshalb wird sie von den Ausländern nicht verstanden; die Ausländer können sich nicht damit begnügen, diese Resolution als Heiligenbild an die Wand zu hängen und anzubeten, damit ist nichts erreicht. Sie müssen ein Stück der russischen Erfahrung in sich aufnehmen.

Wie das geschehen wird, das weiß ich nicht. Vielleicht werden z. B. die Fascisten in Italien uns gute Dienste leisten, indem sie den Italienern erklären, daß sie noch nicht so gebildet sind, daß schwarze Banden in ihrem Lande noch nicht unmöglich geworden sind. Vielleicht wird das sehr nützlich sein. Wir Russen müssen auch nach Mitteln suchen, den Ausländern die Anfänge dieser Resolution zu erklären. Sonst sind sie absolut nicht imstande, diese Resolution zu befolgen.

Ich bin überzeugt, daß wir in diesem Sinne nicht nur den Russen, sondern auch den Ausländern sagen müssen, daß das Wichtigste für die jetzt beginnende Periode das Lernen ist. Wir lernen im allgemeinen Sinne, sie müssen im speziellen Sinne lernen, um die Organisation, den Bau, die Methode, den Inhalt der revolutionären Arbeit wirklich zu verstehen. Wenn das geschieht, dann bin ich überzeugt, werden die Perspektiven der Weltrevolution nicht nur gute, sondern ausgezeichnete sein. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. *Zuruf:* „Es lebe unser Gen. Lenin", in den die Versammlung begeistert einstimmt.)

CLARA ZETKIN (Deutschland): Genossinnen und Genossen! Die russische Revolution steht vor uns, heute wie vor fünf Jahren, als das gewaltigste weltgeschichtliche Ereignis dieser Zeit. Kaum daß die Riesin sich kühn emporreckte und vorstürmte, und in dem Maße, wie sie den ebenso zähen wie leidenschaftlichen Kampf für ihre Existenz und ihre Fortentwicklung aufnahm, schieden sich in der Arbeiterklasse aller Länder schärfer denn je die Geister und die Wege. Hie Reform, hie Revolution! das war der Ruf, der auf die russische Revolution aus allen Ländern antwortete. Die sich darin kündende Situation gibt der russischen Revolution eine ganz bestimmte, weitreichende Bedeutung. In der Arbeiterklasse hatte sich etwa seit Mitte der neunziger Jahre eine geistige, politische Einstellung herausgebildet, die der ideologische Niederschlag des imperialistischen Kapitalismus war und seiner Rückwirkung auf die Lage der Arbeiterklasse. Theoretisch bezeichneten wir sie als Revisionismus, praktisch als Opportunismus. Was machte ihr Wesen aus? Die Meinung, ich sage der Wahn, daß die Revolution überflüssig und vermeidbar geworden sei. Der Kapitalismus — so wurde von den Revisionisten, den heutigen Reformisten, behauptet — erzeugt aus sich selbst Organisationsformen, die die ihm immanenten wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche



überwinden oder wenigsten soweit mildern, daß die Verelendungstheorie, die Krisentheorie, die Katastrophentheorie ihre Gültigkeit verloren haben. Nach der revisionistischen Auffassung schuf der Kapitalismus selbst nicht mehr die objektiven Faktoren einer notwendigen, einer unaufhaltsamen Revolution. Nach der gleichen Auffassung wurde auch der soziale Faktor. der Revolution ausgeschaltet, der Wille der Arbeiterklasse zur Revolution. Demokratie und Sozialreform „höhlten allmählich" — so wurde erklärt — „den Kapitalismus aus. Die Gesellschaft wüchse aus dem Kapitalismus in den Sozialismus hinein."

Diese Auffassung wurde zwar theoretisch auf den Parteitagen der Sozialdemokratie, der führenden Partei der 2. Internationale, abgelehnt. Sie wurde 1900 und 1904 auf den Internationalen Kongressen von Paris und Amsterdam verworfen, wenn auch auf dem zuerst genannten nicht mit der nötigen Klarheit und Schärfe. Allein in der Praxis der Parteien der 2. Internationale wurde sie mehr und mehr herrschend. Das zeigt sich bereits in der Einstellung der internationalen Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel zur Frage des Imperialismus, des Militarismus und eines drohenden Weltkrieges.

Der Weltkrieg brach aus. Die Bourgeoisie der kriegführenden Länder philosophierte mit Maschinengewehren, mit Tanks, mit Unterseeboten, mit Tod und Verderben speienden Luftfahrzeugen. Schon bei Ausbruch des Weltkrieges war es klar, und es wurde in seinem Verlauf immer deutlicher, daß er nichts anderes bedeutete als die Krise der Krisen, daß er enden würde mit einer furchtbaren Katastrophe, der Katastrophe des Weltkapitalismus. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß, während die Entwicklung der Dinge die Krisen- und Katastrophentheorie bestätigte, der größte Teil der organisierten Arbeiterklasse der hochentwickelten kapitalistischen Länder an der Theorie der Abkehr von der Revolution, an der Theorie des Reformismus festhielt. Das führte beim Kriegsausbruch zum schmachvollen Bankrott der 2. Internationale.

Die Lehre des Weltkrieges wurde vom Proletariat nicht durch den internationalen Zusammenschluß zur Generalabrechnung mit dem Kapitalismus beantwortet, sondern umgekehrt, durch den Zusammenschluß der Proletarier mit der Bourgeoisie ihrer sogenannten Vaterländer. Und als am Ende des Weltkrieges der Kapitalismus seine Unfähigkeit bewies, die Katastrophe zu überwinden, als die Bourgeoisie ihre Unfähigkeit und ihren mangelnden Willen bekundete, die Welt aus dem geschaffenen Chaos wieder aufzubauen, da hielten die opportunistischen Arbeiterführer erst recht an ihrer Theorie des Reformismus fest. Sie erfanden eine neue Auslegung dafür: Nicht aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern nur aus seiner Wiederaufrichtung, aus seiner neuen Blüte könne der Sozialismus, der Kommunismus erstehen. Nicht durch den revolutionären Klassenkampf, nur durch das Zusammenwirken, durch die Harmonie, die Arbeitsgemeinschaft, durch die Koalition von Bourgeoisie und Proletariat könnten die Leiden und Übel des Krieges überwunden, könnte die Gesellschaft wieder aufgerichtet werden. Keine Revolution für den Aufbau der Gesellschaft auf kommunistischer Grundlage! Statt dessen:

Zusammenschluß mit der Bourgeoisie zur Wiederherstellung des Kapitalismus. Dies die reformistische Losung.

Genossen und Genossinnen, in dieser stickigen Atmosphäre war die russische Revolution ein reinigendes Gewitter. Das russische Proletariat war das erste und ist leider bis heute das einzige geblieben, wenn wir von der Schaffung der kleinen Sowjet-Republiken absehen, die sich auf früher großrussischem Gebiet gebildet haben, das mit logischer Folgerichtigkeit die praktischen Schlußfolgerungen aus dem imperialistischen Kriege und aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus gezogen hat.

Die russische Revolution hat mit der Tat die Liquidierung des Revisionismus, des Reformismus begonnen, jene Liquidierung, die die Weltrevolution selbst vornimmt. Die russische Revolution brachte unzweideutig, klar die Erkenntnis und den Willen proletarischer Massen zum Ausdruck, dem Kapitalismus ein für alle Mal ein Ende zu machen. Sie ist der erste gewaltige Akt der Weltrevolution, die das Weltgericht über den Kapitalismus ist.

Gewiß Genossen, die Menschewisten, die Sozialrevolutionäre und ihre Geschwister außerhalb Rußlands vertreten die Theorie, die russische Revolution sei nichts als eine kleine nationale Angelegenheit und müsse sich in den Bahnen einer rein bürgerlichen Revolution halten. Die Rückkehr zur Februar-Märzrevolution müsse das Ziel sein. Nun ist es ganz sicher, daß in der russischen Revolution zum Ausdruck gekommen sind die gegebenen historischen Umstände, die auf russischem Boden zur Vernichtung des Zarismus und zu neuen politischen staatlichen Formen drängten. Aber vom ersten Tage ihres Daseins an hat sich auch gezeigt, daß die russische Revolution trotzdem keine kleine nationale Angelegenheit ist, vielmehr die große Sache des Weltproletariats; hat sich gezeigt, daß sie nicht eingezwängt werden kann in das enge Strombett einer bürgerlichen, bloß politischen Revolution, weil sie ein Teil ist des gewaltigen Geschehens der proletarischen Weltrevolution. In der russischen Revolution leben und weben nicht nur die revolutionären gesellschaftlichen Kräfte, die objektiven und subjektiven Tendenzen, die auf russischem Boden selbst entstanden sind. In der russischen Revolution sind wirksam die wirtschaftlichen, die sozialen, revolutionären Tendenzen und Kräfte des internationalen Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft der ganzen Welt. Das erweist sich schon äußerlich in der Tatsache, daß die Revolution ausbrach infolge jenes Weltkrieges, der kein zufälliges Ereignis war, sondern das zwangsläufige Ergebnis der Verknüpfung und Verschlingung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Verhältnisse unter der Herrschaft des Finanzkapitals, des imperialistischen Kapitalismus. In der russischen Revolution kommen zum Ausdruck alle jene ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse, die durch den imperialistischen Weltkapitalismus sowohl in Rußland selbst als auch außerhalb Rußlands geschaffen worden waren. In der russischen Revolution ist aber auch kristallisiert, zusammengeballt die geschichtliche Erkenntnis und der revolutionäre Wille des Proletariats aller Länder zur Revolution. Der internationale, revolutionäre Sozialismus mit den geistigen und sittlichen Kräften, die er weckte und schulte, ist lebendig, wirksam geworden in der russischen Revolution.



So ist die russische Revolution der große Beweis weltgeschichtlichen Maßes von dem Leben, der Stärke, von der Unwiderstehlichkeit des sozialen Faktors der historischen Entwicklung, d. i. die Erkenntnis, der Wille, das Handeln und das Kämpfen proletarischer Massen, die den Kapitalismus niederzwingen und den Kommunismus verwirklichen wollen.

Es ist behauptet worden, der Beginn der proletarischen Revolution gerade in Rußland sei zurückzuführen auf die Schwäche der russischen Bourgeoisie. Diese Schwäche habe es bewirkt, daß auf russischem Boden und nirgends sonst bis zum heutigen Tage die Weltrevolution sich rasselnd und reißig aufgerichtet habe. Das ist gewiß wahr, aber doch nur zu einem Teil. Genossen und Genossinnen, ich behaupte, daß noch entscheidender dafür gewesen ist als die Schwäche der russischen Bourgeoisie, die Stärke des revolutionären Denkens und des revolutionären Handelns der russischen Proletarier, die durch die bolschewistische Partei ideologisch geschult und emporgehoben, mit revolutionärem Geist erfüllt und organisatorisch als Macht zusammengeschlossen, bewußte Träger der Geschichte wurden. Für meine Auffassung spricht dieses: das russische Proletariat hätte beim Ausbruch der Revolution wohl die verhältnismäßig schwache russische Bourgeoisie überrumpeln und niederrennen können. Aber der weitere Triumph der Revolution, ihr Fortbestehen während fünf Jahren, von denen jeder Tag ein Kampftag gegen die starke Weltbourgeoisie gewesen ist, dieser Triumph zeigt, daß für die russische Revolution eines stärker noch, entscheidender war als die Schwäche der russischen Bourgeoisie: die Stärke, die Leidenschaft, die zähe Ausdauer, kurz der entschlossene Wille zur russischen Revolution, der die Proletariermassen unter Führung der Bolschewiki beseelte.

Genossen und Genossinnen! Schon von Anfang an trat hervor, daß die Revolution in Rußland weder nach ihrem wichtigsten sozialen Träger, dem Proletariat, noch nach ihrem Inhalt eine rein bürgerliche Revolution sein konnte. Es erschallte immer lauter die Forderung: Friede durch die Revolution; das Land den Bauern; Arbeiterkontrolle der Produktion und vor allem die Losung: Alle Macht den Sowjets, alle Macht den Räten! Diese Forderungen waren unvereinbar mit einer bürgerlichen Revolution. Gewiß, sie traten zunächst zurück, sie kamen während der Monate im Zeichen der Februar-Märzrevolution noch nicht voll zur Geltung. Allein sie wurden mit steigendem Nachdruck erhoben, gewannen an Boden, verwandelten sich aus propagandistischen Losungen in Kampfobjekte.

Die Bourgeoisie war in diese Revolution eingetreten, organisiert. In den Semstwos, in den Dumas verschiedener großer Städte, in vielen industriellen Vereinen und Verbänden usw., die während des Weltkrieges entstanden waren. Das russische Proletariat dagegen hatte keine revolutionären Kampfesorganisationen. Es schuf sie sich erst im Verlaufe der Revolution in Gestalt der Räte. Es ist kennzeichnend, daß die Räte zunächst nicht den Kampf auf revolutionärer Grundlage für revolutionäre Ziele und mit revolutionärer Entschiedenheit aufnahmen. In den Räten waren anfangs die Menschewisten und Sozialrevolutionäre maßgebend. Sie hielten im russischen Proletariat fest, was das Wesen des Reformismus, der freiwilligen Abdankung des

Proletariats vor der Macht der Bourgeoisie ausmacht. Nämlich den mangelnden Mut zur Verantwortung und das mangelnde Vertrauen in die eigene Kraft.

Es ist charakteristisch, daß die Konferenz von 82 Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte, die im April 1917 in Petrograd zusammentrat, eine Resolution faßte, in der es heißt, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit müsse den Verhältnissen Rechnung tragen, die durch die noch nicht vollendete Revolution und durch die Kriegslage geschaffen seien. Die Formen des Kampfes müßten durch die Rücksicht darauf bestimmt werden. Der Kleinmut des russischen Proletariats, ja sogar seiner gewerkschaftlich organisierten Elite fand seinen Ausdruck in der Beschlußfassung der Konferenz allrussischer Gewerkschaftsvertreter, die am 20. Juni des gleichen Jahres ebenfalls in Petrograd eröffnet wurde. Diese Konferenz erwies durch die zur Annahme gelangenden Forderungen bereits den steigenden Einfluß der bolschewistischen Partei, als der revolutionären Klassenpartei des Proletariats. Neben anderen radikalen Forderungen wurde die der Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter erhoben. Aber — so wurde dann hinzugesetzt — das Proletariat könne nicht allein die Verantwortung für das Funktionieren der Staatsorgane zur Regelung der Wirtschaft übernehmen. Diese Aufgabe sei so schwierig, so kompliziert, daß alle produktiven Elemente, alle Bevölkerungsklassen zur Mitwirkung herangezogen werden müßten.

Diese Stellungnahme der organisierten Arbeiter steht durchaus im Zeichen der Koalitionspolitik des Proletariats mit der Bourgeoisie, wie sie von den kleinbürgerlichen, reformistischen, sozialistischen und sozialrevolutionären Parteien seit der Februar-Märzrevolution getrieben wurde. Sie war in Wahrheit und Tat Bourgeoispolitik, demokratisch bemäntelt, Ausdruck kapitalistischer Klassenherrschaft. Sie äußerte sich am drastischsten darin, daß sie an Stelle des Friedens die Junioffensive brachte, an Stelle der Befriedigung des Landhungers der Bauern die Niederkartätschung aufständischer Muschiks, an Stelle der Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter zur Gesundung der Wirtschaft den Verzicht auf jede Sozialreform und die Ausplünderung und Sabotage der Wirtschaft durch die Kapitalisten und namentlich durch die feindselige Ablehnung auch nur einer Konzession an die Forderung des Proletariats und der Bauern: Alle Macht den Räten.

Die Demokratie gab im Kampfe gegen das revolutionär vorstoßende Proletariat sehr bald ihre Prinzipien preis. Sie enthüllte sich mehr und mehr als die nackte Klassenherrschaft der Bourgeoisie, verschärft zur Diktatur der Bourgeoisie. Da die koalierten, sozialistischen Kleinbürger und Intellektuellen aus Rücksicht auf die Bourgeosie und durch sie gebunden nicht wagten, über den Rahmen einer bürgerlichen, politischen Revolution hinauszugehen, so war das Ende, daß der Diktator schon im Monat September vor der Tür stand. Und hinter dem Diktator, ob nun ein Militär, ob ein Kerenski, ganz gleich, da lauerte die Wiederaufrichtung des Zarismus.

In diesem Augenblick griff das Proletariat unter Führung der bolschewistischen Partei entscheidend ein. Es jagte die Harmonieregierung der „reinen Demokratie" zum Teufel und übertrug alle Staatsgewalt den Räten der Arbeiter, der Bauern und Soldaten. Aus deren



Vertretung wurde eine provisorische Regierung eingesetzt. In diesem entscheidenden historischen Augenblick bewies das Proletariat, daß es sein Mißtrauen in die eigene Kraft verloren und den mangelnden Mut zur Verantwortlichkeit gewonnen hatte, eine alte Welt zu zertrümmern und eine neue Welt aufzubauen. Das russische Proletariat war das erste und ist bis heute das einzige, das damit aufgehört hat, ein Objekt der Geschichte zu sein, und das nunmehr zum Subjekt der Geschichte geworden ist, das nicht mehr Geschichte erduldet, sondern seinerseits selbständig Geschichte macht.

Die Machtergreifung durch das Proletariat, unter der Führung der Bolschewiki rückt für uns eine Lehre in den Vordergrund. Es ist das Recht und die Bedeutung des revolutionären Aufstands mit bewaffneter Hand, auch einer Minderheit. Aber diese Lehre der russischen Revolution grenzt sich nach rechts und nach links hin scharf ab. Sie zeigt, daß geschichtlich jene kleinliche Rechenmeisterei keine Berechtigung hat, die die Revolution zu einem glatten Additions- und Subtraktionsexempel machen will, jene Klugrederei, die den revolutionären Kampf, den Kampf um die Besitzergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat, nur unter einer Bedingung für „erlaubt" hält. Nämlich der, daß eine so große Mehrheit für diesen Kampf gesichert sei, daß der Sieg unter allen Umständen schon im voraus verbürgt werde. Diese Auffassung erniedrigt die Revolution zu einem Versicherungsgeschäft auf bare und prompte Zahlung. Sie wurde durch die russische Revolution Lügen gestraft. Aber ebenso grenzt sich der entscheidende revolutionäre Aufstand des Proletariats in Petrograd und Moskau von aller romantischen Putschabenteuerei ab. Er war nicht die Aktion einer kühnen, kleinen Partei, die ohne festen Zusammenhang mit proletarischen Massen in der blauen Luft revolutionärer Schlagworte und Formeln operierte. Nein, die Aktion der Bolschewisten war die heldenhafte Tat einer als Partei organisierten Minderheit, die sich auf breitester Front den Zusammenhang mit den Massen gesichert hatte, in den proletarischen Massen verwurzelt war.

In der Geschichte erscheint die Eroberung der Macht für die Sowjets, in der die Bolschewiki führend vorangingen, als eine glänzende isolierte Tat, die wie mit einem einzigen Schlage geschah. So aber liegen die Dinge nicht. Der kühnen Tat waren Monate der eifrigsten, zähesten Agitations-„Propaganda" und Organisationsarbeit durch die Bolschewiki unter den Massen vorangegangen. Es war dadurch dem Kampfe nicht nur die Unterstützung der breitesten Massen gesichert, sondern noch ein anderes. Die Kampfeslosungen der Bolschewiki wurden von den Massen verstanden, konnten Kampfesobjekte der Massen selbst werden. So war die Tat des Aufstandes keine revolutionäre Gymnastik einer wagemutigen Partei, sondern eine revolutionäre Tat breitester revolutionärer Massen. Aber das Entscheidende dabei ist das Wagnis. Die Antwort auf die Frage: Sieg oder Niederlage stand trotz aller Vorbereitung unter den Massen nicht im voraus fest. Das Wagnis konnte, durfte nicht vermieden werden. Wer die Revolution, wer den Aufstand vertagen will, bis der Sieg gesichert ist, der vertagt den Sieg bis zum St. Nimmerlein. Und letzten Endes lehnt er damit nicht nur den revolutionären Kampf ab, sondern verzichtet auf die Revolution selbst. Die revolutionäre Aktion einer Partei kann noch

so klug, noch so sorgsam unter den proletarischen Massen vorbereitet sein, der Sieg ist ihr damit noch nicht verbürgt. Es heißt wagen, um zu gewinnen. Wenn die Bolschewiki, wenn die revolutionären Proletarier in der russischen Revolution im ersten kühnen Anlauf gewonnen hatten, so nur, weil sie den Mut hatten, zu wagen. Das ist eine Lehre der russischen Revolution, die die Proletarier aller Länder beherzigen müßten: Wägen, gewiß, aber im Hinblick auf das Wägen nicht auf das Wagen verzichten. Das Wägen darf nur Grundlage und Vorbereitung für das Wagen sein.

Genossen und Genossinnen! Sobald die russischen Arbeiter mit Unterstützung der russischen Bauern die Macht erobert hatten und daran gingen, in der Sowjetordnung ihre Diktatur aufzurichten, bewahrheitete sich eine andere geschichtliche Erkenntnis. Bereits im Jahre 1884 hat sie unser Altmeister Engels in einem Briefe vom 11. Dezember an Bebel ausgesprochen. Sie steht in schroffstem Widerspruch zu dem Gesinge und Gesage der Reformisten aller Länder, die Demokratie sei allein der Weg, der zur Befreiung des Proletariats führe. Diese Erkenntnis verträgt sich nicht mit der Politik bürgerlich-proletarischer Harmonieseeligkeit, nicht mit der Politik der Koalitionsregierungen. Engels wies darauf hin, daß am Tage der Krise und nach der Revolution das Proletariat keinen ärgeren, keinen erbitterteren Feind vor sich haben werde als die „reine Demokratie". Ich will die betreffende Stelle vorlesen:

„Die reine Demokratie kann im Moment der Revolution als letzter Rettungsanker erneute Bedeutung bekommen. So verstärkten die sog. feudal-bürokratischen Massen (1848, März bis September) die Liberalen, um die revolutionären Massen niederzuhalten. Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion und das — glaube ich — darf nicht aus den Augen verloren werden."

Genossen und Genossinnen! Es ist auffällig, daß die reformistischen Herren jeder Schattierung, die so beschäftigt sind, mit Engels- und Marxzitaten das Recht der russischen Revolution, das Recht der proletarischen Revolution zu bestreiten, daß jene Herren, die so geschäftig sind, in allen Zungen das Lob der Demokratie zu verkünden, gerade die angeführte Meinung Engels vergessen zu haben scheinen. Merkwürdig oder auch nicht. Die russische Revolution hat augenscheinlich bewiesen, wie recht Engels hatte. Schon am Tage der Revolution und in der ersten Zeit nach Aufrichtung der Rätemacht trat als schärfster Feind der Klassenherrschaft des Proletariats die „reine Demokratie" hervor. Die „reine Demokratie", die die russischen Proletarier seit der Februar-Märzrevolution am Werke gesehen hatten als Klassenherrschaft des Kapitals, als Diktatur der Bourgeoisie. Die Losung, mit der die „reine Demokratie" den Kampf gegen die Sowjetdemokratie, gegen die Arbeiterdemokratie aufnahm, war: die Konstituante und nicht die Sowjetmacht. Die „reine Demokratie" stellte der Sowjetmacht, legitimiert durch die Revolution, die Schöpfung der Revolution, ihr vornehmster Träger, die Forderung der Konstituante entgegen. Das berührt eigentümlich. Die „reine Demokratie" hatte gegen acht Monate Zeit gehabt, eine Konstituante wählen zu lassen und einzuberufen. Sie hatte das nicht getan, sie hatte darauf verzichtet, das



zu verwirklichen, was sie als den reinsten Ausdruck des Volkswillens hinstellte. Warum? Die Konstituante hätte nicht zusammentreten können, ohne daß sich das Gespenst der proletarischen Revolution und das der Agrarrevolution drohend erhoben hätten. Das Gespenst der Agrarrevolution in Gestalt der Land- und Friedensforderung der Bauern. Das Gespenst der proletarischen Revolution in Gestalt der Losung: Frieden und Produktionskontrolle durch die Arbeiter. Und so war von der „reinen Demokratie" zuerst die Wahl der Konstituante, dann der Zusammentritt der Konstituante wieder und wieder verschleppt worden. Jetzt auf einmal, als Mittel zur Niederzwingung der Sowjetmacht, wurde die Forderung der Konstituante, das Kampfziel, das Sturmbanner der „reinen Demokratie". Die Konstituante wurde als das Unantastbarste, als Heiligstes erklärt, dem allein die schöpferische Kraft eigene, eine rechtsgültige Staatsordnung zu schaffen.

Die Forderung der Konstituante ist nicht nur von den kleinbürgerlichen Sozialisten, von den Reformsozialisten im Bunde mit den bürgerlichen Parteien in allen Ländern erhoben worden. Sie hat einen Widerhall gefunden bis in unsere eigenen revolutionären Reihen. Ich erinnere daran, daß niemand Geringeres — als die geniale Theoretikerin des Kommunismus, Rosa Luxemburg, zu einer bestimmten Zeit die Forderung vertreten hat: Konstituante und Sowjets! Konstituante und Sowjets als Rückgrat der proletarischen Staatsmacht! Es ist kennzeichnend für die Bedeutung dieser Forderung, daß sie nicht lange zurück wieder aufgetaucht ist. Bei dem Kronstadter Aufstand wurde sie von einem Teil der Sozialrevolutionäre erhoben, von anderen schließlich zurückgewiesen, wurde sie erhoben sogar von dem Kadettenführer Miljukow. Konstituante und Sowjets, so hieß es. Aber die Sowjets natürlich „ohne Kommunisten", was darauf hinausläuft: Körper ohne Seele, Inhalt ohne Kern, Wort ohne Tat.

Aber davon abgesehen. Wie lagen denn die Dinge nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat? Hat es eine Berechtigung, wenn oft genug heute noch in weiten Kreisen der Arbeiterklasse der Revolutionsregierung zum Vorwurf gemacht wird, daß sie die Konstituante auseinanderjagte, als sie am 5. Januar zusammentrat? Prüfen wir die Tatsachen ganz nüchtern. Die Konstituante erklärte sofort bei ihrem Zusammentritt, daß sie nicht zur Mitarbeit mit den Sowjets kam, sondern als Feindin der Sowjets, daß sie die Berechtigung der Sowjetmacht leugnete und damit das Recht der Revolution selbst. Ihre sozialrevolutionäre, menschewistische und bürgerliche Mehrheit lehnte die geheischte Anerkennung der Sowjetmacht ab, wie die Anerkennung der von ihr eingesetzten provisorischen Regierung. Ja, sie lehnte es ab, darüber auch nur zu diskutieren. Die Bolschewiki in der Konstituante und mit ihnen die linken Sozialrevolutionäre beantworteten diese freche Kriegserklärung so, wie sie beantwortet werden mußte. Sie verließen die Konstituante, und die Sowjetmacht erklärte diese für aufgelöst und trieb sie auseinander.

Soweit gehen auch viele Kritiker der russischen Revolution im Lager des europäischen und amerikanischen Proletariats mit der bolschewistischen Politik, die die Politik der russischen Revolution schlechthin ist. Die Sowjetmacht war berechtigt — so geben sie zu —

die Konstituante auseinanderzujagen; denn sie war unter anderen Voraussetzungen gewählt worden und spiegelte keineswegs mehr die Meinung, den Willen der breiten schaffenden Volksmassen wider. Die seitdem stattgefundenen Sowjetwahlen hatten das klar und unwiderruflich gezeigt. Aber — so fügen sie hinzu — die Sowjetregierung hätte sofort Neuwahlen ausschreiben müssen. Gegen Ausschreibung von Neuwahlen, gegen die Einberufung einer neuen Konstituante sprachen jedoch nicht nur die Gründe technischer und äußerer Natur, die sofort für das Unterbleiben dieser Maßnahme geltend gemacht worden sind. Nämlich daß es bei der Zerrüttung des Verkehrswesens, bei dem losen Zusammenhang zwischen den zentralen Punkten des politischen Lebens und der Peripherie schwer sein würde, in kurzer Zeit Wahlen zustande zubringen, die ein wirklich treues Spiegelbild des Volkswillens gegeben hätten.

Nein, es sprachen dagegen geschichtliche, politische Gründe weit tieferer Art. Die Konstituante einberufen, die Entscheidung über die Staatsordnung und Staatsgewalt in ihre Hand legen, hieß in letzter Linie, die Sowjetmacht, die Sowjetordnung, die Revolution und ihr Recht leugnen. Und eine Konstituante neben Sowjets, welches konnte und sollte ihre Rolle sein? Sollte die Konstituante vielleicht nur als beratende Körperschaft funktionieren, und sollte die Entscheidung in den Händen der Sowjets liegen? Das wäre eine Lösung gewesen, mit der der „reinen Demokratie" durchaus nicht gedient war. Die „reine Demokratie" wollte nicht beraten und begutachten, sondern herrschen und regieren. Die Sowjetmacht aber konnte sich unmöglich zu einer beratenden Körperschaft degradieren lassen. Das russische Proletariat durfte die politische Macht nicht mit der Bourgeoisie teilen oder ihr gar zurückgeben, nachdem die Revolution diese Macht ganz in seine starke Faust gelegt hatte. Es wäre ein Dualismus der Macht entstanden, wenn Sowjets und Konstituante nebeneinander existiert hätten, ein Dualismus, der sehr bald zu einem Kampf um die Macht führen mußte. Das Werk der Revolution wäre in Frage gestellt, bedroht worden. Die Konstituante neben den Sowjets wäre nichts weiter gewesen als ein legaler Mittelpunkt für die legal und illegal wühlende und hetzende Gegenrevolution. Deshalb keine Konstituante, alle Macht den Sowjets! Das mußte die Losung der russischen Revolutionspolitik sein, wenn die politische Macht tatsächlich in den Händen des Proletariats bleiben sollte.

In Verbindung mit der Ablehnung der Konstituante hat eine andere Maßnahme der russischen Revolutionspolitik die Empörung der strengen Kritiker herausgefordert: das Sowjetwahlrecht. Das Sowjetwahlrecht ist bekanntlich ein beschränktes Wahlrecht insofern, als alle Ausbeutenden von seinem Besitz ausgeschlossen sind. Ausbeutende können weder wählen noch gewählt werden. Davon abgesehen ist es allgemein für alle Arbeitenden über 18 Jahre. Diese Beschränkung war eine notwendige Maßregel zur politischen Expropriation der Bourgeoisie. Die Sowjetordnung legt die ganze politische Macht in die breiten schaffenden Massen. In Betrieb und Fabrik, im Dorfe wählen sie ihre Vertreter in die Sowjets. Da ist es ausgeschlossen, daß sie der Bourgeoisie durch das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, einen Teil der politischen Macht zurückgibt.



Man hat gemeint, die Verweigerung dieses Rechts sei eine kleinliche Maßregel, durch die schaffende Kräfte entmutigt und zurückgeschreckt würden, freudig am Aufbau der neuen Ordnung mitzuwirken. Gewiß, die Zahl der Bourgeois, denen das Wahlrecht vorenthalten wird, ist nicht allzu groß. Aber groß war die soziale, die wirtschaftliche Macht, die sich zu Beginn der Revolution noch in den Händen der Bourgeoisie befand. Das Proletariat, das seine Macht aufrichten wollte, hatte wahrhaftig keinen Anlaß, auch nur ein Jota politischer Macht und politischen Rechts an seine frühere Ausbeuter- und Herrenkaste zurückzugeben.

Dazu kommt noch ein anderes: die Wahlentrechtung sollte ein Zeichen sozialer Ächtung und Brandmarkung sein. Wer nicht arbeitet, sei es mit dem Kopf, sei es mit der Hand, wer Ausbeuter und Parasit in der Gesellschaft ist, der soll auch kein Recht besitzen, über den Ausbau der politischen und sozialen Zustände direkt oder indirekt mit zu entscheiden. Und noch ein Moment kommt in Betracht, warum das Sowjetwahlrecht der ausbeutenden Klasse nicht zusteht. Es ist die grundsätzliche Bedeutung, die dem Wahlrecht zukommt als politischem, rechtlichem Ausdruck des Charakters einer Gesellschaftsordnung. Die Art des Wahlrechts läßt erkennen die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft, der Macht und des Rechts der verschiedenen Klassen. Das von der Revolution geschaffene Wahlrecht der bürgerlichen Ordnung bedeutete ursprünglich nur eine Ausdehnung der politischen Rechte und der politischen Macht von den Trägern des alten feudalen unbeweglichen Eigentums auf die Träger des beweglichen kapitalistischen Eigentums. Deshalb war es an Vermögen, Einkommen, Steuerleistung und anderes gebunden. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ist der Ausdruck der Tatsache, daß sich neben der besitzenden Klasse eine neue Klasse, die der Besitzlosen, emporzuringen beginnt. Im allgemeinen Wahlrecht wird neben dem Besitz auch die Arbeit, die soziale Leistung des einzelnen, als Grundlage politischer Macht und politischen Rechts gewertet Aber die Sowjetregierung baut die Gesellschaft nicht auf auf der Teilung der Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Arbeit und Besitz, sondern auf der Arbeit allein. Dem Charakter des Rätestaats als Arbeiterstaat, dem Wesen der neuen sozialen Ordnung entsprechend konnte das Wahlrecht nur ein Wahlrecht der Arbeitenden und nicht auch der Ausbeutenden sein.

Es genügte jedoch nicht, Genossen, daß die Sowjetrepublik als Macht, als Diktatur des Proletariats, in Paragraphen gefaßt, auf dem Papier aufgerichtet wurde. Sie mußte Leben, Tat werden. Das konnte nur im heißen Kampfe mit der Bourgeoisie, der Gegenrevolution geschehen. Fast vom ersten Tage ihrer Existenz an mußte sie ihre Verteidigung aufnehmen. Nicht bloß gegen die russische Bourgeoisie, sondern auch gegen die Weltbourgeoisie, die sich sofort mit jener solidarisch fühlte. Sie mußte kämpfen gegen die Konterrevolution im eigenen Lande, wie an allen Fronten. Die junge proletarische Macht mußte geschützt werden gegen Feinde von außen und innen.

Das erste Wort der Sowjetmacht war ein Wort des Friedens. Ich sage: des Friedens, aber nicht im Sinne des Pazifismus, wie ich später nachweisen werde. Sowjetrußland schied aus dem Weltkriege aus, es demobilisierte, aber siehe die Antwort darauf. Die Heere des deut-

schen Imperialismus, in ihnen Sozialdemokraten, das Erfurter Programm im Tornister, stießen weiter gegen Petrograd vor. Sie hielten die Ukraine und andere Gebiete besetzt. Die Entente schickte sich an, die Sowjetmacht zu überfallen und leistete der Konterrevolution politischen, finanziellen und militärischen Beistand. Die Rote Armee mußte geschaffen werden, sollte die Sowjetmacht erhalten bleiben. Es hieß Gewalt sammeln, organisieren, Gewalt ausüben, um Gewalt abzuwehren. Die eine Form der Gewalt zum Schutze des Arbeiterstaats war die Rote Armee, die seinen Bestand und seine Unabhängigkeit auf den Schlachtfeldern verteidigte. Die andere Form der Gewalt war die Diktatur des Proletariats, gesteigert bis zum Terror. Beide Formen der Gewalt waren harte, geschichtliche Notwendigkeit, unvermeidliche Notwehr, damit Sowjetrußland leben und sich aufbauend entwickeln konnte.

Infolge des Einflusses der reformistischen Führer gibt es noch immer breite Arbeitermassen, die die geschichtliche Notwendigkeit des revolutionären Verteidigungskriegs und das Wesen des Terrors nicht begreifen. Sie lassen die „Rote Armee" als Ausfluß eines angeblichen „Sowjetimperialismus" beschimpfen, sie entrüsten sich insbesondere über „die Barbarei" des Terrors. Aber sehen wir die Dinge wie sie sind. Der rote Terror in der russischen Revolution war die Antwort auf den weißen Terror der noch starke Machtmittel besitzenden Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ging nicht nur daran, durch Verschwörungen, Aufstände usw. die politische Macht des Proletariats zertrümmern zu wollen, sie bot auch ihren ganzen Einfluß auf, um die Aufbauarbeit zur Erneuerung der Wirtschaft, des sozialen Lebens zunichte zu machen. Der rote Terror der Sowjets war nichts als nackte Notwehr. Die russische Revolution mußte tun, was Marx in seiner tiefschürfenden Abhandlung „Die Klassenkämpfe in Frankreich" als erste Pflicht jeder Revolution bezeichnet: sie mußte „Feinde niederschlagen". Es galt nicht nur die Feinde niederzuschlagen, die Diktatur des Proletariats, unter bestimmten Umständen verschärft zum Terror, hatte noch eine andere Aufgabe zu erfüllen: die Gegenrevolutionäre zu entmutigen, auch die letzten Hoffnungen in ihrer Seele auszurotten, als könnte es ihnen je gelingen, die verlorene Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht wieder zurückzuerobern. Eine Revolution kann nicht befreiend durch das Land schreiten im Flügelkleid der Mädchenschule, nicht im weißen fleckenlosen Gewand, die Friedenspalme in den Händen. Sie muß kommen mit ehernen Sandalen an den Füßen, das Schwert reisig gegürtet, weil die Gegner das so wollen, das herausfordern. Die Härten der proletarischen Diktatur, ihre Terrormaßregeln, sind nicht freigewählte Willenstaten der Revolution. Sie werden dieser vielmehr aufgezwungen durch die Gegenrevolution. Und sie haben einen großen Zweck. Ihr Wesen ist, durch Schlimmes noch Schlimmeres zu verhüten. Die Notwendigkeit der Abwehr begreift auch die Notwendigkeit des Vorbeugens in sich. Man jammert über die Hunderte, über die Tausende, die im Bürgerkrieg, die als Opfer des Terrors gefallen sind. Man rauft sich die Haare aus in Verzweiflung über die angebliche Erdrosselung der „Demokratie", der bürgerlichen Freiheiten durch die Diktatur des Proletariats, durch den Terror. Aber niemand spricht von den Zehntausenden, die als Opfer der Gegenrevolution gefallen sind. Niemand



gedenkt der weiteren Zehntausende, die sicher von dem gleichen Schicksal ereilt worden wären, wenn nicht revolutionäre Gewalt die Gewalt der Gegenrevolution gebrochen hätte. Niemand im Lager der Reformsozialisten gedenkt der Tatsache, daß ohne die Härten der Revolution Millionen und Abermillionen länger in der Barbarei der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtschaft schmachten müßten, dem Verderben und Sterben preisgegeben.

Genossen, kann ich vielleicht eine Pause machen?

VORSITZENDER: Genossin Zetkin bittet, jetzt eine Pause eintreten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Das Präsidium schlägt vor, die Fortsetzung der heutigen Tagesordnung auf morgen vormittag 11 Uhr zu verlegen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 8 Minuten nachmittags.



NEUNTE SITZUNG

DIENSTAG, DEN 14. NOVEMBER 1922.

Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

Redner: Clara Zetkin, Bela Kun.

Eröffnung: 11,50 Uhr vormittags.

Vorsitz: *Neurath.*

CLARA ZETKIN (mit Beifall begrüßt): Genossen und Genossinnen! Ich habe gestern meine Rede mit der Ausführung abgebrochen, daß die Sowjetmacht zu ihrer Verteidigung und Erhaltung der Gewalt nicht entraten konnte. Nichts ist aber falscher als die Behauptung unserer reformistischen und bürgerlichen Gegner, die Sowjetmacht bestehe nur dank der Gewalt. Eine Staatsgewalt kann nicht lange auf Bajonetten sitzen. Das haben die 8 Monate der Koalitionsregierungen in Rußland und namentlich die Monate der Kerenski-Regierung der Sozialrevolutionäre deutlich gezeigt. Das gilt ganz besonders für eine Zeit der Revolution, in der die Tage nach Monaten und die Jahre nach Jahrzehnten, manchmal sogar Jahrhunderten zu bemessen sind. Die Sowjetmacht mußte sich ihre Existenzberechtigung durch ihre schaffende, durch ihre aktive Politik sichern. Als ein wichtiger Wesenszug tritt die Internationalität der Sowjetpolitik in den Vordergrund. Sie kam unzweideutig in der Stellung zur Kriegs- und Friedensfrage zum Ausdruck. Friede war der erste Ruf des Proletarierstaates. Die Friedensforderung hatte gewiß eine starke Wurzel in dem Elend, das der Krieg geschaffen hatte; unter seinem Druck forderten die bäuerlichen und proletarischen Massen den Frieden. Ihre andere, mindestens ebenso starke Wurzel war das Bewußtsein internationaler revolutionärer Solidarität der Arbeitenden, der Schaffenden der ganzen Welt.

Marx hat in den Klassenkämpfen in Frankreich geschrieben: „In Frankreich ist die sozialistische Umwälzung proklamiert worden. Sie kann aber in Frankreich nicht gelöst werden; die sozialistische Umwälzung kann überhaupt innerhalb nationaler Wände nicht gelöst werden." Diese Überzeugung war vom ersten Tage eines der Leitmotive der Russischen Revolution, der bolschewistischen Revolutionspolitik. Zu den ersten Erlassen der Provisorischen Regierung gehörte ein Aufruf an die Regierungen und Völker für den Frieden. Er ließ klar hervortreten, daß er nicht von bürgerlich-pazifistischen Illusionen ein-

16*

gegeben war, sondern den Frieden als revolutionäre Tat der Proletarier, als Tor, als ersten Schritt zur Weltrevolution forderte. In diesem Aufruf wurde insbesondere den Arbeitern von Deutschland, Großbritannien und Frankreich nachgerühmt, daß sie der Menschheit bereits große und wertvolle Dienste geleistet hätten. Darum, so hieß es weiter, müßten sie auch jetzt ihre Pflicht zur Befreiung der Menschheit vom Kriegselend tun.

Der Ruf der Räterepublik — Frieden durch die proletarische Revolution — verhallte ungehört, obgleich sicherlich der Friede und die Revolution verhältnismäßig nie so billig und unter so vorteilhaften Umständen zu haben gewesen wären, wie in unmittelbarer Weiterführung der proletarischen Revolution Rußlands. Ein Jahr der Verbrechen, der Greuel, der Verwüstung von Menschenleben und Gütern wäre erspart geblieben. Und das Wichtigste: die breiten proletarischen Massen waren damals im Besitz der Waffen und konnten sie mit aller Wucht gegen die ausbeutende Klasse kehren. Es kam nicht zum Weltfrieden durch die Weltrevolution. Die Sowjetrepublik war zu dem Separatfrieden mit dem Zweibund, zu dem Frieden von Brest-Litowsk gezwungen. Dieser Friede verschärfte für den jungen proletarischen Staat die Schwierigkeiten der inneren Lage aufs äußerste. Er wurde von den Sozialrevolutionären, der festesten, energischsten organisierten Macht der Konterrevolution in Sowjetrußland, zu einer schamlosen Hetze gegen die Rätemacht ausgenutzt. Ihr wurde die Verantwortung für den militärischen Zusammenbruch aufgebürdet.

Aber wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? Mit den Härten, den Demütigungen des Brest-Litowsker Friedens mußte der junge Sowjetstaat büßen für das Verbrechen und die Torheit der Junioffensive der Kerenski-Regierung. Er mußte zahlen für den Imperialismus der „reinen Demokratie". Weiter behaupteten die Sozialrevolutionäre, die Gegenrevolutionäre — und sie nutzten das als einen besonderen Angriffspunkt gegen die Rätemacht aus —, durch den Brest-Litowsker Frieden habe der Sowjetstaat den deutschen, den hohenzollernschen Militarismus auf Kosten der ach so glänzend bewiesenen „Demokratie" und „Kultur" der Entente-Imperialisten gestärkt. Der deutsche Imperialismus ist jedoch von Brest-Litowsk ganz geraden Wegs nach Versailles und zum Versailler Frieden marschiert. Die Siegestollheit des deutschen Imperialismus entflammte und steigerte auf der anderen Seite den Siegerwillen bis zur Weißglühhitze. Die Spuren des Brest-Litowsker Friedensvertrages schreckten! Er bewirkte den Einsatz aller Machtmittel in den Krieg. Es kam zum Zusammenbruch des deutschen Militarismus, des deutschen Imperialismus.

Zu den Kräften aber, die den Zusammenbruch herbeigeführt haben, muß unstreitig die russische Revolution und ihr Beispiel als einer der stärksten moralischen und politischen Faktoren zur Zermürbung des Durchhaltewillens der deutschen und österreichischen Armee gerechnet werden. Als die deutschen Proletarier sich zu weigern begannen, noch länger auf den Schlachtfeldern für den Profit, die Ziele der deutschen Bourgeoisie zu verbluten, war das erste Wort, das die militärische Auflehnung stammelte: Soldatenräte! Und als der militärische Zusammenbruch zum politischen Umsturz wurde, als sich in Deutschland die Revolution erhob, war ihr erstes Wort: Arbeiter- und Bauernräte. Wo-

her hatten die schaffenden Massen Deutschlands diese Formeln für ihre Empörung, ihren Freiheitsdrang genommen? Sie hatten sie von der russischen Revolution gelernt.

Leider blieb es bei dem Buchstabieren des revolutionären ABC. Das deutsche Proletariat hat damals noch nicht fließend revolutionär lesen gelernt. Es hatte nicht gelernt, was die russischen Arbeiter und Bauern, die „rückständigen" Analphabeten, in acht Monaten aus der bürgerlichen, der kapitalistischen Politik der Koalitionsregierungen gelernt hatten. Und es hat dies bis heute, nach vier Jahren, noch nicht gelernt. Die deutschen Arbeiter gaben die in den Räten konzentrierte politische Macht in die Hände der Bourgeoisie zurück. An die Stelle der Diktatur des Proletariats setzten sie die „Demokratie", das heißt die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. So blieb zunächst die Erwartung der russischen Revolutionsführer unerfüllt, daß die Weltrevolution rasch ihre Wogen weiterwälzen würde. Die Gegner haben die Bolschewiki belächelt und wohl auch gescholten ob ihrer festen Überzeugung, daß die russische Revolution der Anfang der Weltrevolution sei, die sich im Sturmlauf weiterentwickeln würde.

Genossinnen und Genossen! Dieser Spott ist sehr leicht, und er ist nicht berechtigt. Die Führer der russischen Revolution haben klar die Richtung und das Ziel der ausgebrochenen Weltrevolution erkannt. Über das Tempo konnten sie sich täuschen. Warum? Ziel und Richtung der historischen Entwicklung lassen sich klar erkennen, klar fassen, in Perspektive aufzeichnen. Sie sind gegeben durch das Wirken der objektiven Kräfte in der Gesellschaft. Aber das Tempo hängt in höchstem Maße ab von den subjektiven Kräften des geschichtlichen Werdens, d. h. in diesem Falle von dem revolutionären Erkennen, Wollen und Handeln der proletarischen Massen. Bei der Bewertung dieses Faktors kommen so viele Imponderabilien in Betracht, daß sich nicht mit Sicherheit über das Tempo der Entwicklung der Weltrevolution prophezeien läßt. Aber was von den Klagmeiern der Weltgeschichte den Bolschewiki als Rechenfehler angekreidet wird, das ist zu einer der stärksten treibenden Kräfte für die durchhaltende, tragende Kraft der russischen Revolution geworden. Dieser Rechenfehler ist zehnmal, hundertmal fruchtbarer in seiner Auswirkung weit über die Grenzen Sowjetrußlands hinaus, als alle die neunmal gescheit sein sollenden Rezepte der überlegenen Rechenmeister. Der unerschütterlichen Überzeugung, daß die Weltrevolution weiterschreiten müsse, daß sie vollenden werde, was auf russischem Boden begonnen: gerade dieser Überzeugung verdankt das russische Proletariat jene Vertrauenskraft, jenen geradezu religiösen Glauben an die Weltrevolution, an die revolutionäre Solidarität der Proletarier aller Länder, die bis heute, nach fünf Jahren heißesten Kampfes, unerhörter Leiden die Massen Sowjetrußlands frisch, kampfbegeistert, arbeitsfreudig, kühn und entschlossen erhalten hat.

Von der Friedenspolitik der russischen Revolution zu ihrer Wirtschaftspolitik! Die Wirtschaftspolitik sollte die feste, tragende Kraft des revolutionären Proletariats schaffen. Sie sollte die Gesellschaft umwälzen. Von Anfang an hatte die Revolution ihren proletarischen Charakter herausgekehrt. Ihre Wirtschaftspolitik mußte in der Richtung auf das kommunistische Endziel eingestellt sein. Wenn die po-



litische Sowjetmacht die Aufgabe hatte, den Kommunismus zu verwirklichen, so mußte sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben. Und nicht genug damit. Sie mußte die gesamte Gesellschaftswirtschaft neu, planmäßig, in kommunistischem Sinne organisieren. Das war eine gewaltige Aufgabe, bei deren Lösung die Tragik der russischen Revolution in Erscheinung tritt. Diese Tragik besteht in dem Widerspruch zwischen dem klarsten, dem leidenschaftlichsten Willen, den Kommunismus womöglich sofort aufzubauen, vollkommen zu verwirklichen, und der Schwäche der Rückständigkeit der gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Umstände, unter denen dieser Wille sich betätigt.

Wenn wir die Wirtschaftspolitik der russischen Revolution verstehen wollen, so müssen wir uns klar sein über die sozialen Kräfte, die für die Durchführung der kommunistischen Umwälzung dem Proletarierstaat zur Verfügung stehen. Welches sind die Kräfte, auf die sich die russische Revolution bei der Umwälzung stützen kann?

Der Marxismus geht im Gegensatz zu dem Utopismus davon aus, daß die Grundlage der sozialen Revolution durch die höchstmögliche wirtschaftstechnische Entwicklung gegeben ist, die die Produktivkräfte riesig entfaltet, die vollkommensten Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren wie Organisationsformen und Organisationsmethoden schafft und auf der anderen Seite ein Proletariat, das die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung ausmacht, ein Proletariat der Hand- und Kopfarbeit, das fähig ist, die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Umwälzung zum Kommunismus und der Aufrichtung des Kommunismus zu erfüllen.

Wie steht es in dieser Beziehung in Sowjetrußland? Der Sowjetstaat gleicht seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur nach einer Pyramide, die durch die Revolution auf die Spitze gestellt worden ist. Unten als tragende Basis eine junge, rückständige, verhältnismäßig noch wenig entwickelte moderne mechanische Großindustrie, ein junges, verhältnismäßig wenig zahlreiches Proletariat, jung auch noch an Schulung, an Fähigkeit, den Produktionsapparat zu handhaben, zu verwalten, zu leiten, zu höchster Produktivität auszunutzen, verhältnismäßig auch noch unerfahren in der Verwaltung und Leitung der öffentlichen, der staatlichen Geschäfte. Über dieser schmalen, engen Grundlage lagern die ungeheuren Massive einer kleinbäuerlichen Wirtschaft, einer kleinbäuerlichen Bevölkerung; einer kleinbäuerlichen Wirtschaft, in deren Betriebsweise auch noch die rückständigsten Formen vertreten sind, „rückwärts", wie Rosa Luxemburg sich ausdrückte, „bis zu den Zeiten der Pharaonen". Selbstredend auch die entsprechende Mentalität.

Genossen und Genossinnen, wenn wir diesen Stand der Dinge festhalten, müssen wir eines sagen: Es ist das geschichtliche Wunder der Wunder, daß diese umgestellte Pyramide bis heute steht, obwohl fünf Jahre hindurch alle Mächte und Stürme der Gegenrevolution an ihr gerüttelt haben. Aber auf die Dauer ist solch ein Zustand unhaltbar. Auch die größte Balancierkunst würde nicht vermeiden können, daß schließlich die Pyramide stürzt, oder daß die großen massiven Quadern oben die schmale, dünne Grundlage unten zusammendrücken. Anders nur, wenn sich die schmale Grundlage der

modernen Industrie, des modernen Proletariats verbreiterte, emporwüchse, so umfangreich und fest würde, daß sie gegen allen Druck von oben her standzuhalten vermöchte.. Oder aber, wenn die schmale Basis unten von außen her, durch die Revolution Stützen bekäme, indem sie auch jenseits des russischen Sowjetstaates Räterepubliken schaffte; wenn das Proletariat neuer Sowjetstaaten mit höchster wirtschaftlicher Entwicklung und höchster Kultur, wie man in der bürgerlichen Gesellschaft sagt, imstande wäre, in brüderlicher Solidarität die Entwicklung der schmalen Grundlage Sowjetrußlands rasch zu verbreitern und zu befestigen und dadurch die Umwälzung zum Kommunismus zu beschleunigen. Das ist nicht geschehen, keine solchen Sowjetstaaten sind entstanden. Und die Folge davon war, daß die russische Revolution, daß ihre Schöpfung, der russische proletarische Staat, zu einem modus vivendi kommen mußte mit der Bauernschaft, zu einem modus vivendi mit den ausländischen und russischen Kapitalisten. Dieser modus vivendi ist die neue ökonomische Politik. Bei ihrer Bewertung dürfen wir nie die gegebenen spezifisch russischen Verhältnisse vergessen. Wir dürfen nicht danach urteilen, ob ergriffene Maßnahmen irgend einem in der Studierstube ausgedachten, sehr vollkommenen Plane zur sozialen Umwälzung entsprechen. Kriterium ist, ob sie, gemessen an den nicht frei gewählten, sondern vorgefundenen Umständen, Schritte bedeuten, die die Entwicklung in der Richtung zum Kommunismus vorwärts führen, ob die Maßnahmen auf den Kommunismus als Ziel gerichtet sind.

Unter diesem Gesichtswinkel muß vor allem die bolschewistische Agrarpolitik betrachtet werden, die in den Reihen der Reformisten und Bürgerlichen, aber auch unter den Kommunisten schärfste Kritik erfahren hat. Ich muß bei dieser Agrarpolitik etwas verweilen. Ihr Verständnis in den großen Linien — auf Einzelheiten können wir natürlich hier nicht eingehen — ist zum Verständnis der russischen Revolution durchaus notwendig. Es ist ferner auch außerordentlich wichtig für die Lösung der Aufgaben, die das Weltproletariat nach Eroberung der politischen Macht wohl in allen Ländern, wenn auch unter anderen Umständen als in Sowjetrußland, zu erfüllen haben wird. In ihrer Weise sind jene menschewistischen Beckmesser logische Denker, die die russische Revolution wegen ihrer Agrarpolitik überhaupt verwerfen. Ob sie sich mit Recht marxistische Denker nennen, das steht freilich auf einem anderen Blatte.

Man muß sich bei Bewertung der bolschewistischen Agrarpolitik an dieses erinnern: der Kapitalismus ist trotz der Fülle seiner Machtmittel ohnmächtig gewesen, im Lauf langer Zeiten den kleinbäuerlichen Betrieb zu überwinden und durch höhere Betriebsformen zu ersetzen. Gewiß, der Kapitalismus hat die Kleinbauernschaft weiter Gebiete und ganzer Länder proletarisiert. Aber die kleinbäuerliche Betriebsform ist trotz alledem bestehen geblieben. Wir brauchen dabei nicht zu denken an die Balkanländer, die noch einen überwiegend kleinbäuerlichen Charakter tragen. Wir brauchen dabei nicht zu denken an die kleinbäuerlichen Massen in Italien und Frankreich. Auch in dem industriell hoch entwickelten Deutschland gibt es noch eine starke Kleinbauernschaft. Sogar in den Vereinigten Staaten sind zahlreiche kleinbäuerliche Betriebe vorhanden, die Kleinfarmen dort allerdings

nicht gemessen an dem Maßstab europäischer Wirtschaft, sondern an dem der amerikanischen.

Wie kann man da erwarten, daß die russische Revolution, daß die bolschewistische Agrarpolitik im Handumdrehen mit dem kleinbäuerlichen Betrieb fertig werden könnte! Bei der Stärke der kleinbäuerlichen Bevölkerung war gegeben, daß die Revolution in Rußland nicht möglich war ohne eine Agrarpolitik, die die bäuerlichen Massen befriedigte. 80 Prozent der Bevölkerung Rußlands sind Kleinbauern, davon sollen neun Zehntel werktätige Bauern sein. Die Revolution, die Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat gegen den Willen dieser Massen wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Ich gehe weiter. Auch eine Revolution ohne die Unterstützung dieser Massen war nicht möglich. Wer die proletarische Revolution in Rußland wollte, der mußte auch den harten und saueren Brocken der bolschewistischen Agrarpolitik schlucken. Entweder — Oder. Daran war nichts zu ändern.

Die bolschewistische Agrarpolitik setzte damit ein, daß eines der ersten Dekrete der Provisorischen Regierung das Privateigentum an Grund und Boden abschaffte. Das Ausnutzungsrecht wurde individuell allen Personen zugesprochen, ohne Unterschied des Geschlechts, wenn sie den Boden selbst bebauen. Es kam eine Zeit, in der der Großgrundbesitz von den Muschiks zerstückelt und wild, anarchisch aufgeteilt wurde; auch das Inventar an Maschinen, Geräten, Vieh usw. der großen Gutshöfe wurde verteilt. Es folgte dann eine Periode des Versuchs, die Bodenverteilung nach festen Regeln zu gestalten, die Zerstückelung von Großgrundbesitz zu vermeiden und die kleinbäuerliche Wirtschaft planmäßig in die allgemeine Volkswirtschaft einzugliedern. Das mußte geschehen in den Zeiten des „Kriegskommunismus" mit seinen „Eintreibungskommissionen", seinen „Requisitionen". Der Landhunger hatte die bäuerlichen Massen revolutionär gemacht, seine Stillung erhob sie zu starken Stützen der Sowjetmacht.

Es geschah *nicht*, was Rosa Luxemburg als Folge dieser Art der Agrarumwälzung befürchtet hatte: der russische Muschik verfiel nicht dem politischen Stumpfsinn. Er bestellte nicht sein Stückchen Land, um dann auf den Ofen zu kriechen. Nein, der gestillte Landhunger machte ihn zum heldenhaften Verteidiger der Sowjetrepublik. In der Sowjetmacht verteidigte er seine Scholle gegen die Rückkehr der Grundherren. Aber es geschah auch nicht, was von den Führern der russischen Revolution erhofft worden war. Die Bodenverteilung verschärfte nicht den Klassengegensatz auf dem Lande und trieb nicht die armen bäuerlichen Massen an die Seite des industriellen Proletariats, um mit ihm zusammen den Klassengegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalist zu überwinden. Es entstand eine breite Schicht Mittelbauern, die sehr bald mit ihren Interessen in Gegensatz und Konflikt zu dem Kriegskommunismus gerieten. Diese Mittelbauern hielten das nährende Brot und das tötende Gewehr, und so erzwangen sie die Maßnahmen der neuen Politik, die gekennzeichnet ist durch die Einführung von Naturalsteuern an Stelle der Zwangsablieferung des ganzen landwirtschaftlichen Ertrages, die Ernährungsration abgezogen. Sie erzwangen den freien Handel und in Verbindung damit die anderen bekannten ökonomischen Neuerungen.

Genossen und Genossinnen! Es ist gegen die bolschewistische Agrarpolitik eingewandt worden, daß sie nicht kommunistisch sei und abseits führe vom Kommunismus, im Gegensatz stehe zu der Aufgabe des Sowjetstaates, die kommunistische Umwälzung vorzubereiten und durchzuführen, Schlimmeres noch: daß sie sogar den Weg zu dieser Umwälzung verrammele. Wie steht es damit? War es überhaupt möglich, dies ist die erste Frage, daß eine Agrarrevolution durchgeführt werden konnte, der zufolge der Großgrundbesitz erhalten blieb, weitere Großhöfe geschaffen und in modernsten großwirtschaftlichen Betrieb genommen werden konnten? Die das behaupten, reden aus der blauen Luft.

Sowjetrußlands Agrarwirtschaft erhält ihr Gepräge nicht durch eine moderne Großwirtschaft, sondern durch den kleinbäuerlichen Betrieb. Großwirtschaft in nennenswertem Umfange war bei Ausbruch der Revolution nur vorhanden in Polen, in den Ostseeländern und in manchen Teilen der Ukraine. Was besagt das für die Lösung der Agrarfrage, wie sie die alten sozialistischen Rezepte vorsehen? Es war nicht der landwirtschaftliche Produktionsapparat vorhanden, der erlaubt hätte, in dieser Richtung vorwärts zu dringen, Großbetriebe zu schaffen. Und weiter. Es fehlte auch an einem eigentlichen modernen Landproletariat, das imstande gewesen wäre, einen solchen Produktionsapparat zu handhaben, zu verwalten, zu leiten. Es ist charakteristisch, daß wir in Rußland fortwährend von der „Dorfarmut" hören, aber nicht von einem bäuerlichen, von einem landwirtschaftlichen Proletariat. Ein solches im eigentlichen Sinne des Wortes existiert nicht. Der Großgrundbesitz, der vorhanden war, wurde von den Gutsherren noch nach dem alten feudalen Schema bewirtschaftet und nicht nach den Methoden und mit den Mitteln des modernen Kapitalismus, wie das nur ganz vereinzelt liberalisierende Adelige taten.

So war es ausgeschlossen, daß die Agrarpolitik der russischen Revolution mit der Schaffung von landwirtschaftlichen Großbetrieben einsetzte. Wie die Dinge lagen — dazu noch die anfänglich schwache Zentralgewalt in Betracht gezogen —, mußte die Durchführung der Agrarreform zuerst im buchstäblichen Sinne das Werk der bäuerlichen Massen selbst und chaotisch sein, sie mußte in der Weise erfolgen, wie das geschehen ist.

Ist es wahr, daß auf der Grundlage der bolschewistischen Agrarpolitik unbedingt unübersteigbare Hindernisse für die Entwicklung der Landwirtschaft in der Richtung zum Kommunismus geschaffen worden sind? Ich bestreite das. Gewiß, die „altererbte Besitzerpsychologie", von der bei der Kritik der agrarischen Revolutionsmaßnahmen so viel gesprochen wird, ist in der Kleinbauernschaft Sowjetrußlands noch mächtig. Sie ist zunächst bei vielen gestärkt, sie ist unzweifelhaft befestigt worden. Ob aber für die Dauer, das ist eine andere Frage. Für die Opposition, ja Rebellion der Muschiks gegen die Maßregeln des Kriegskommunismus ist sicherlich ein anderer Umstand maßgebend gewesen als allein eine angeblich angeborene unwiderstehlich hervorbrechende kleinbürgerlich-bäuerliche Mentalität.

Der Landhunger hatte die Bauern zu Anhängern und Verteidigern des Sowjetstaates gemacht. Der gewerbliche Warenhunger trieb sie vom Kommunismus zurück, ließ sie sich auf dem Gebiet der Wirt-

schaft kapitalistisch gegenrevolutionär einstellen. Wie denn lernten sie den Kommunismus kennen? Nicht als ausgleichende Solidarität zwischen Stadt und Land, zwischen Industrieproletariat und Kleinbauernschaft, nein, als „Kriegskommunismus", der von den Bauern alles nahm, ohne dafür das Notwendige, das Unentbehrliche an gewerblichen Erzeugnissen für Betriebsführung und Lebenshaltung zu geben. Deshalb dürfen wir erwarten, daß, wenn die Industrie emporblüht, die sowjetistische Wirtschaftspolitik auf keine unüberwindliche antikommunistische Gesinnung der Muschiks stoßen wird.

Wir dürfen bei der Bewertung der kleinbäuerlichen Psychologie verschiedene andere Umstände nicht vergessen. In der russischen Kleinbauernschaft sind alte Traditionen, gefühlsmäßige Traditionen des urwüchsigen Dorfkommunismus nicht ganz gestorben. Sie werden erhalten und gekräftigt durch eine primitive religiöse Einstellung, die alles Eigentum letzten Endes als von Gott, als Gotteseigentum betrachtet. Sie sind genährt worden durch die Propaganda der Tolstoianer, der Sozialrevolutionäre, der Narodniki und mancher religiösen Sekten usw. Und diese Ansätze kommunistischer Einstellung werden planmäßig gepflegt und gefördert durch die Maßnahmen des proletarischen Staates.

Zunächst: trotz aller neuen Politik ist der Grund und Boden nicht Privateigentum der Bauern geworden. Er ist das Eigentum des Proletarierstaates geblieben. Der Muschik erhält ihn zur Nutznießung, er kann ihn aber weder verkaufen noch vererben. Die Ausbeutung von Lohnarbeit ist verboten. Außerdem ist die kleinbäuerliche Wirtschaft der allgemeinen Volkswirtschaft eingegliedert worden. Nicht bloß durch die Naturalsteuer, vielmehr auch durch eine ganze Reihe von Bestimmungen, Einrichtungen, Vorschriften über die Bewirtschaftung und Ausnutzung des Grund und Bodens. Schließlich geht die Sowjetmacht sehr bewußt und planmäßig darauf aus, die Entwicklung der Landwirtschaft in die Bahnen des genossenschaftlichen Betriebs zu lenken. Das geschieht zum Teil auch aus eigener Initiative der Bauern unter dem Druck der Not. Mißwachs und Hungersnot des letzten Jahres haben dazu geführt, daß die Neigung der Muschiks, Artels zu gründen, Genossenschaften, Zweckverbände, gefördert worden ist. Nachbarschaftsverbände, Verwandtschaftsverbände usw. sind entstanden zur gemeinsamen Anschaffung und Benutzung von Maschinen, Pferden usw. Dazu kommt das Bestreben der Sowjetmacht, soviel als möglich große Sowjetgüter zu schaffen, das Entstehen und Emporkommen von Genossenschaftsgütern und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben zu fördern. Gewiß, die Sowjetgüter und Genossenschaftsbetriebe, die zu modernen landwirtschaftlichen Großbetrieben ausgestaltet sind, gleichen noch Inselchen im ungeheuren Ozean der Kleinbauernwirtschaften, deren Zahl auf 12 Millionen geschätzt wird. Aber sie können eine bedeutende Rolle als betriebstechnische und soziale Musteranstalten spielen, und es ist erwiesen, daß sie das bereits in reichem Maße tun.

Dazu müssen wir noch eins berücksichtigen. Wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, die russische Agrarumwälzung im Lichte der französischen Bauernemanzipation zu betrachten, soviel Analogien zwischen diesen beiden gewaltigen Ereignissen auch in äußerer Beziehung bestehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die französische Bauern-

emanzipation stattgefunden hat, verkettet mit einer bürgerlichen Revolution, deren Wesen durch die Worte charakterisiert wurde: Eigentum und Individualismus. Die russische Agrarumwälzung dagegen ist einer proletarischen Revolution eingegliedert, deren Leitmotive sind: Arbeit und Solidarität. Das schafft eine ganz andere soziale Atmosphäre für die Entwicklung der kleinbäuerlichen Einstellung, als zur Zeit der französischen Revolution.

Vor allem wird der russische Kleinbauer aus der Erfahrung lernen, daß seine Lage auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung der Industrie und mit dem Aufsteigen des Proletariats zu höheren Formen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens verbunden ist. Er kann seinen Betrieb nicht rationeller gestalten, wenn er dabei nicht durch eine aufblühende moderne Industrie und durch die Leistungen der Proletarier für eine solche unterstützt wird. In diesem Zusammenhange sage ich, das beste Agrarprogramm und die wirksamste Agrarreform, die die russische Sowjetmacht ins Auge gefaßt hat und durchzuführen bemüht ist, das ist die Elektrifizierung der russischen Wirtschaft. Sie schafft eine Solidarität zwischen Stadt und Land, eine Verbindung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen von Industrieproletariern und Kleinbauern, wie sie stärker und fester nicht gedacht werden kann.

So komme ich zu diesem Schluß: Wenn auch die bolschewistische Agrarreform selbstverständlich die Agrarfrage nicht von heute auf morgen durch die Verwirklichung des vollen Kommunismus zu lösen vermag, so hat sie doch keineswegs die Entwicklung von der Richtung und dem Ziele der kommunistischen Gesellschaft abgelenkt. Im Gegenteil! Sie hat Neuerungen auf Neuerungen geschaffen, die wirtschaftlich, sozial, kulturell die Kleinbauernschaft auf den Weg zum Kommunismus führen und auf diesem Wege festhalten werden. Denn auch ihre Psychologie kleiner Besitzer wird sich mit umgewälzten Arbeits- und Lebensbedingungen wandeln.

Die kleinbürgerlichen Reformsozialisten betrachten die Agrarpolitik der russischen Kommunistischen Partei gleichsam als den Sündenfall im Paradies der Revolution. Mit ihr kam nach ihrer Ansicht die kapitalistische Erbsünde in die bolschewistische Welt, die Erbsünde, die sich auswirken mußte in dem Wiederaufleben des Kapitalismus schlechthin. Diese Einstellung ist meines Dafürhaltens grundfalsch. Sowjetrußland hätte auch ohne die bolschewistische Agrarpolitik zwangläufig zu einem modus vivendi mit dem Kapitalismus kommen müssen, wenn es konsequent den Weg zum Kommunismus gehen will. Die führende Partei der russischen Revolution hat von Anfang an bei ihrer Wirtschaftspolitik über dem Endziel, dem Kommunismus, nicht vergessen, nach dem Weg zu fragen, der zum Kommunismus führt. Sie prüfte und wog realpolitisch die konkreten Umstände, unter denen dieser in Rußland verwirklicht werden muß. Die Bolschewiki steckten deshalb ihrer Wirtschaftspolitik begrenzte Augenblicksziele, Gegenwartsziele, die jedoch unverwandt auf den Kommunismus gerichtet waren. Lenin hat sie im April 1917 zusammengefaßt. Was stellte er als nächste wirtschaftliche Aufgaben nach der Machteroberung hin? Die Sozialisierung der Großindustrie, des Transportwesens, der Banken, die staatliche



Monopolisierung des Außenhandels und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter. Auch die ersten Dekrete der Provisorischen Regierung sind nicht erheblich über diese Forderungen hinausgegangen. Erst nach und nach wurden weitere Maßregeln ergriffen zur Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, an den Gütern usw.

Die proletarische Revolution zwang in dieser Richtung vorwärts, zwang dazu, hinauszugehen über die Aprillosung: Produktionskontrolle durch die Arbeiter usw. Warum? Ein großer Teil der Unternehmer beantwortete die Maßregeln der Sowjetmacht mit der Sabotage oder damit, daß sie ihre Betriebe schlossen und davonliefen. Es blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als diese Betriebe in Verwaltung zu nehmen, sie zu besetzen, wenn sie nicht stillgelegt werden sollten und die Wirtschaft ganz zerrüttet werden sollte. Dazu trat ein anderer Grund: Sowjetrußland mußte die Rote Armee ausrüsten und unterhalten, ausrüsten im Ringen mit Heeren, die durch die fortgeschrittenste Rüstungsindustrie der ganzen Welt ausgestattet und erhalten wurden. Das konnte nicht geschehen, wenn man sich auf die anfänglichen, verhältnismäßig bescheidenen wirtschaftlichen Maßregeln beschränkt hätte. Es erforderte die Besitzergreifung und Ausnutzung aller vorhandenen Produktionsmittel und Werte, die Nutzbarmachung aller Produktivkräfte. Außerdem: Die Bourgeoisie war zwar von ihrer politischen Macht expropriiert, aber sie war noch im Besitze reicher sozialer Hilfsquellen, die sie rücksichtslos gegen den Arbeiterstaat einsetzte. Man mußte die Bourgeoisie an der Wurzel ihrer Macht treffen, und das war das Eigentum. Es geschah durch die Nationalisierung aller vorhandenen Produktionsmittel und Güter. Schließlich aber sprach noch eine andere Erwägung mit. Sowjetrußlands Verteidigung wider den Ansturm der Gegenrevolution legte den breitesten Massen die ungeheuersten, nie dagewesenen Opfer und Entbehrungen auf. Die Massen ertrugen sie mit Freudigkeit, weil ein gewisser — wie soll ich mich ausdrücken — grobschlächtiger primitiver Kommunismus des Verbrauchs geschaffen wurde. So wurde die russische Revolution wirtschaftlich weit über die anfänglich gesteckten Ziele vorwärtsgetrieben.

Wenn man nun jammert, die Revolution sei geschlagen, sie befinde sich auf der Flucht, so ist das nicht wahr. Die russische Revolution hat sich in guter Ordnung zurückgezogen auf ihre anfänglichen Positionen, und sie hat sogar mehr Höhen und Festungen gehalten, als sie ursprünglich besetzen wollte und besetzt hatte. Gewiß: Der Kapitalismus kommt wieder, dessen Macht gebrochen wurde, der von Sowjetrußlands revolutions-heiligem Boden für immer verbannt schien. Er kehrt wieder nicht nur in Gestalt des Kleinbauern, sondern auch in Gestalt des Pächters, des Konzessionärs. Es liegt auf der Hand, daß diese Herren sich an der russischen Wirtschaft nicht beteiligen um des erhebenden Gefühls willen, diese aufzubauen, zu heben und dadurch der Kultur zu dienen. Sie verfolgen einen „realeren" Zweck: Profit zu machen, möglichst reichen Profit. Aber, Genossen, der Kapitalist kehrt nach Sowjetrußland zurück, nicht mehr als absoluter Herr im Hause des eigenen Betriebs. Und warum nicht? Weil er nicht mehr Herr ist im Hause des Staates. Die Profitsucht der Konzessionäre, der Pächter wird gezügelt durch die Gesetze des Arbeiterstaates, durch die Durchführung dieser Gesetze mit den Mitteln der Sowjetgewalt.

Sicherlich: Auf dem Boden der neuen Wirtschaftspolitik wird der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in aller Härte und Schärfe hervorbrechen. Aber der Sowjetstaat betätigt sich als vom Proletariat beauftragter Verwalter aller Produktionskräfte, aller Naturreichtümer, aller menschlichen Arbeitskräfte. Die Interessen des Proletariats sind ihm oberstes Gesetz. Durch gesetzliche Vorschriften und Bedingungen macht er es den Kapitalisten des In- und Auslandes unmöglich, Raubbau mit den Naturschätzen zu treiben. Ebenso verwehrt er erst recht den Kapitalisten, wie groß immer ihr Profitbegehren sei, ihre Gewinne zu steigern auf Grund eines menschenverwüstenden Raubbaues. Der Proletarierstaat ist sich bewußt, daß der größte Reichtum Sowjetrußlands die schaffenden Menschen sind, die alle Werte erzeugen. Er ist sich klar bewußt, daß deshalb das russische Proletariat nicht nur erhalten werden muß, so wie es heute lebt und webt. Nein, daß es an körperlicher, geistiger, beruflicher Tüchtigkeit, an sittlicher kultureller Kraft auf ein bedeutend höheres Niveau gehoben werden muß, damit es der Schöpfer und Träger vollkommenen Kommunismus werde.

Deshalb werden in den unvermeidlichen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit in den verpachteten und konzessionierten Betrieben die Gewerkschaften, die Genossenschaften als Kampfesorgane des Proletariats aufs neue eine große Rolle spielen, eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit entfalten. Was wird sich dabei im Gegensatz zu dem zeigen, was wir in den nichtsowjetistischen Ländern sehen, in denen die Kapitalisten auch politisch herrschen? Die Staatsmacht ist dort nichts als eine Bremse für die Betätigung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Sie greift dort in die Konflikte zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein, stets zu Nutz und Frommen des Kapitals, es sei denn, die Arbeitermassen wären bereits so stark, daß sie die Staatsmacht daran hindern können. Aber in Sowjetrußland wird in allen Konflikten der Arbeiter mit dem Industriekapital, mit dem Handels- und Wucherkapital die Staatsgewalt hinter den Gewerkschaften, hinter den Genossenschaften stehen.

Man muß jedoch noch eine andere Seite des „Staatskapitalismus" in Betracht ziehen. Die Sowjetrepublik treibt „Staatskapitalismus" nicht nur als verpachtende und als konzessionierende Macht: sie muß auch „Staatskapitalist" in eigenen Betrieben sein. Nur ein Teil — und bis jetzt nur ein kleiner Teil — der russischen Industrie, der russischen Wirtschaft ist sozusagen „leihweise" den Kapitalisten zur Ausbeutung überlassen. Der andere Teil, und zwar der wichtigste, die Großindustrie, das Transportwesen etc., bleibt in den entscheidenden Positionen in den Händen der Sowjetmacht. Die Sowjetmacht, der Arbeiterstaat selbst, ist der größte Unternehmer in Sowjetrußland. Was bedeutet das aber in einer Zeit, wo die russische Wirtschaft nicht verbunden ist mit Staaten, die auf dem Wege zum Kommunismus sind, sondern wo sie eingegliedert ist in die kapitalistische Weltwirtschaft? Das heißt, daß auch die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze dieser Weltwirtschaft innerhalb gewisser Grenzen Einfluß nehmen können auf die Gestaltung der Verhältnisse in dem ersten Arbeiterstaat. Auch der Sowjetstaat muß als Unternehmer im Interesse der von ihm vertretenen Klasse auf „Rentabilität" der Betriebe bedacht sein. Ja, ich gehe weiter. Sogar wenn die Übergangszeit vorüber



ist, sogar wenn wir den reinen Kommunismus haben werden, wird die Gesellschaft in ihrer Wirtschaft Mehrwert erzeugen, wird akkumulieren müssen im Interesse ihrer höheren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Was folgt daraus? Daß der Arbeiterstaat als Unternehmer vorübergehend hier und da auch in Konflikt geraten kann mit Forderungen und Interessen einzelner Arbeiter und Arbeitergruppen, denen gegenüber er die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen des gesamten Proletariats als Klasse zu vertreten hat. Es versteht sich, daß solche Konflikte entschieden werden müssen nicht nach dem vorübergehenden, nicht nach dem Augenblicksinteresse einzelner Personen, einzelner Gruppen des Proletariats, einzelner Zweige der Wirtschaft. Nein, daß sie entschieden werden müssen jetzt und später nach dem Interesse des Proletariats als Klasse, als Gesamtheit.

Es ist selbstverständlich, daß Konflikte solcher Art in Sowjetrußland nicht ausbleiben können. Konflikte werden schon infolge dieses Tatbestandes entstehen: Das russische Proletariat kann heute noch nicht aus seinen eigenen Reihen alle Kräfte stellen, um die verwaltenden, leitenden, entscheidenden Posten etc. zu besetzen. So kommen auf diese Posten Leute mit großer wirtschaftstechnischer, beruflicher Bildung und Erfahrung, aber ohne die nötige kommunistische Einstellung. Genossen und Genossinnen! In dieser Hinsicht fällt abermals den Gewerkschaften und Genossenschaften eine außerordentlich bedeutsame Aufgabe zu. Nicht nur als Aufbauorgane, sondern auch als Erziehungsorgane, und zwar als Erziehungsorgane nach „unten und oben", um diesen Ausdruck zu gebrauchen. Nach unten, um die proletarischen Massen als Produzenten zu höchstmöglicher Leistungstüchtigkeit emporzuheben. Das wird vielleicht manchmal von Proletariern als Härte empfunden werden. Vergessen wir aber bei der Bewertung dieser anscheinenden Härte und bei der Bewertung der Rückständigkeit, von der unser Freund Lenin gestern sprach, daß eine nicht: außerhalb Rußlands, in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten ist das Proletariat seit Jahrhunderten durch die grausame Schule des Kapitalismus gegangen, um seine heutige Produktions- und Arbeitsfähigkeit zu erlangen. Am Anfange dieser Schule steht die Blutgesetzgebung in England, und heute noch wird mit der Hungerpeitsche, den Skorpionen der Klassenausbeutung und Klassenherrschaft gezüchtigt. Der Arbeiterstaat Sowjetrußland wird mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften seine Arbeitermassen mit anderen, mit milderen, humaneren Methoden im Sinne des Kommunismus erziehen. Aber er muß sie doch erziehen, erziehen zu Arbeitsdisziplin, qualifizierten Leistungen etc. Und das schließt die Möglichkeit von Zusammenstößen in sich.

Der Arbeiterstaat wird aber auch gleichzeitig mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften einen Stab von Angestellten, Beamten, Verwaltenden und Durchführenden, erziehen, die, vom Geist des Kommunismus erfüllt, die Wirtschaft so rasch und so gründlich wie möglich in der Richtung zu diesem umwälzen. Den Angestellten und Beamten muß es zum Bewußtsein kommen, was es bedeutet, Vertreter, Vertrauensleute des Arbeiterstaates zu sein.

Eine andere Tatsache. Sowjetrußland ist heute, so behaupte ich, trotz seiner Armut, trotz der Zerrüttung seiner Wirtschaft, der Staat der fortgeschrittensten Arbeiterschutzgesetzgebung und sozialen Für-

sorge. Und das nicht bloß auf dem Papier. Gewerkschaften und Genossenschaften haben in Verbindung mit den Sowjetorganen die Durchführung der Arbeitsgesetzgebung und sozialen Fürsorge zu überwachen und ihre weitere, bessere Ausgestaltung zu bewirken. Sie sind wirksame Träger der Sozialreformen. Die Tätigkeit der Genossenschaften und Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zur Sozialreform wurde früher von den Herren Reformisten — wie ich bereits anführte — als das Mittel gefeiert, den Kapitalismus auszuhöhlen, die Revolution zu vermeiden. Jetzt zeigt sich, wie recht wir „Radikalinskis" hatten, als wir ihnen entgegenhielten, daß eine wirklich umwälzende Sozialreform mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat nicht möglich sei. Sie kommt als Mittel zur Umwälzung der Wirtschaft in der Richtung zum Kommunismus erst nach Eroberung der politischen Macht in Betracht. Mit ihr erhält die Sozialreform ein anderes Gesicht, eine andere Bedeutung. Auch sie wird aus Schutz und Verteidigung des Proletariats gegen den Kapitalismus zum Aufbauwerk des Kommunismus. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Aufrichtung seiner Diktatur in der Sowjetordnung ist der hochragende Meilenstein der Wegwende, wo eine höhere Entwicklung eine veränderte Aufgabe aller genannten sozialen Faktoren eintritt.

Ich brauche nicht auf die Auswirkung der neuen Politik in anderer Beziehung hinzuweisen. Das hat gestern unser Freund Lenin in der lichtvollsten Weise getan. Ich hielt es aber für notwendig, diese Seite der neuen Politik scharf hervorzuheben. Denn sie weist auf zwei Tatsachen hin. Zunächst darauf, daß mit der Eroberung der politischen Macht und mit ihrer Behauptung das Proletariat noch nicht über den Berg gekommen ist, sondern erst dicht vor dem Berge steht. Es muß durch die Gesamtpolitik und namentlich durch die Wirtschaftspolitik der proletarischen Staatsmacht über den Berg hinübersteigen in das gelobte Land des Kommunismus. Es treten dabei eine Reihe schwieriger Probleme auf: Das Problem des Verhältnisses zwischen Stadt und Land. Das Problem zwischen politischer Arbeitermacht, verkörpert in dem Sowjetstaat und den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats, verkörpert in den Gewerkschaften und Genossenschaften. Das Problem des Verhältnisses zwischen den produzierenden Arbeitern auf der einen Seite und den Angestellten, Beamten in den Betrieben auf der anderen, der Bürokratie in den zentralen und lokalen Sowjetämtern jeder Art. Mit diesen stachlichen Problemen wird sich das Proletariat eines jeden Landes nach der Eroberung der politischen Macht auseinandersetzen müssen.

Deshalb haben wir von der einschlägigen Entwicklung der Dinge in der russischen Revolution außerordentlich viel zu lernen. Das aber nicht nur von dem, was richtig zu sein scheint, sondern auch von dem, was fehlerhaft dünkt oder wirklich fehlerhaft ist. Wir müssen uns jedoch bei alledem über das Zentralproblem klar bleiben. Das Zentralproblem ist die Eroberung und Bewahrung der politischen Macht, ist die Staatsgewalt in den Händen des Proletariats. Mit ihr steht und fällt die Möglichkeit, die Gesellschaft zum Kommunismus umzuwälzen, und das als Werk des Proletariats selbst. Der Behauptung der Staatsmacht durch das Proletariat und für das Proletariat sind alle anderen Erwä-

gungen unterzuordnen. Wenn es eines Beweises dafür bedürfte, welche ausschlaggebende Rolle der Besitz der Staatsgewalt für die Umwälzung zum Kommunismus spielt, so steht dieser Beweis in zwei klassischen Beispielen vor uns. Das eine: Sowjetrußland, das andere: das Deutschland der Koalitionsregierung.

In Sowjet-Rußland: Behauptung der proletarischen Staatsgewalt; Sozialisierung der Großindustrie; Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung; Sicherung des Achtstundentages; konsequenter Kampf gegen das Überstunden-Unwesen — Überstunden werden nur dort erlaubt, wo sie nachweisbar notwendig sind im höheren Interesse des Arbeiterstaates selbst —; Ausbau der sozialen Fürsorge; trotz aller Armut ein Ausbau des Schulwesens, wie er in keinem anderen Lande erfolgt. Alles in allem ein Anfang zum Wiederaufbau der Wirtschaft, kleine Fortschritte des Wirtschaftslebens und — das Wichtigste: eine leichte, doch deutlich spürbare Besserung in der Lage des Proletariats.

Dagegen Deutschland: das Proletariat ohne die Staatsmacht, die Koalitionsregierung von Stinnes bis Scheidemann, ja sogar bis Hilferding-Crispien; an Stelle der Sozialisierung die drohende Stinnesierung der Staatsbetriebe; der Abbau des Achtstundentages mit Hilfe der bürgerlichen Staatsgewalt; Abbau aller sozialen Fürsorgeeinrichtungen; die Schule der Verpfaffung ausgeliefert; die Proletarisierung des Mittelstandes unter furchtbaren Nöten; die von Tag zu Tag wachsende Zerrüttung der Wirtschaft. Alles in allem eine steigende Verelendung der werktätigen Massen, eine Verelendung, die geradezu das Sterben von Millionen bedeutet.

Ich glaube, diese Tatsachen beleuchten schärfer als alles, welche ausschlaggebende Bedeutung der Erhaltung der Staatsgewalt in der Faust des Proletariats zukommt. Aber es ist nicht dieses Ziel allein, das in Sowjet-Rußland zu der „neuen Politik" als zu einem „unvermeidlichen Übel" geführt hat, geboren aus den spezifisch russischen Verhältnissen. Ich erblicke in der „neuen Politik" vielmehr den einzigen Weg, der unter eben diesen Verhältnissen aus dem Kapitalismus in den Kommunismus hinüberleitet.

Der Weg Sowjet-Rußland zum Kommunismus hat nicht nur zur Voraussetzung das Festhalten an der „neuen Politik". Als Ergänzung muß neben ihr stehen die Vertiefung der kommunistischen Erkenntnis, das stärkste Herauskristallisieren des idealistischen Kerns des Kommunismus, das Herauskristallisieren des gewaltigen Kulturwertes, den der Kommunismus enthält und zur vollen Entfaltung bringt. Deshalb muß Hand in Hand gehen mit der neuen Politik, auch schon um die Wirtschaft auf eine neue, höhere Stufe zu heben, die weitestfassende, planmäßige Arbeit der Volksbildung, ganz besonders der Jugendbildung und -Erziehung. Sie muß Bildung, Erziehung für den Kommunismus sein.

Genossen und Genossinnen! Es würde den Rahmen meiner Aufgabe überschreiten, wenn ich hier auch nur andeutungsweise schildern wollte, welches gewaltige Werk die russische Revolution gerade auf dem Gebiete der Kulturarbeit geleistet hat. Die russische Revolution ist ein Kulturträger, eine Kulturmacht, wie sie größer heute nirgends zu finden ist. Erinnern Sie sich all der Maßregeln, die dank der Revolution auf dem Gebiete des Volksbildungswesens, der Erziehung, der Kunst er-

griffen worden sind. Ich will in diesem Zusammenhange nur hervorheben, welcher Kulturfaktor die Rote Armee geworden ist. Die Rotarmisten, die durch die Schule des revolutionären „Militarismus" in Sowjet-Rußland gegangen sind, kehren im wahrsten Sinn des Wortes als Kulturträger in ihre abgelegenen Dörfer zurück. In kultureller Beziehung hat die russische Revolution in den fünf Jahren ihres Waltens Titanenhaftes geleistet. Wenn man sie danach allein bewerten wollte, so ist sie bereits unsterblich. Wie hätte sie das zu leisten vermocht ohne die proletarische Staatsmacht? Was aber ist die Voraussetzung dafür, daß die Sowjetmacht weiterbesteht als starke Kraft, um die Gesellschaft wirtschaftlich und kulturell zum Kommunismus umwälzen zu können. Ich betrachte als unerläßliche Vorbedingung dafür die innige organische Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei, der führenden revolutionären Klassenpartei des Proletariats und den breitesten proletarischen Massen außerhalb dieser Partei. Aus dieser festen Einheit ist die russische Revolution geboren worden. Dank ihr ist sie bis jetzt erhalten geblieben. Sie muß auch die kommunistische Zukunft sichern. Eine organische Einheit von Partei und Massen, die nicht besteht in der strengen Durchführung eines äußeren mechanischen Schemas, die nicht eine dem Proletariat von außen aufgezwungene Macht ist, nein, ein Leben, das herausquillt aus den Massen selbst. Das Wesen und Wirken der Kommunistischen Partei Sowjet-Rußlands ist der vollkommenste, der kraftvollste Ausdruck der revolutionären Erkenntnis, des revolutionären Willens, der revolutionären Selbstbetätigung und Selbstbewegung der proletarischen Massen. In reichem Wechselstrom fließt Leben und Wirken von unten aus den Massen zu der Partei und durch tausend sichtbare und unsichtbare Kanäle fließt es von der Partei in die Massen zurück. Wir hören das Gezeter von der lähmenden und tötenden Diktatur einer Parteiclique, einer Führerclique in Sowjet-Rußland. Es nährt sich von Schlagworten, die nichts sind als der Abklatsch der antibolschewistischen Lügen und Verleumdungen über die Verhältnisse in demjenigen Staat, in dem das Proletariat nicht nur die Macht erobert, sondern auch bewahrt hat und nicht mehr unter der Fuchtel der Bourgeoisie steht. Wenn wir entgegen solchem Geschrei richtig einschätzen wollen, welche Quelle höchsten schöpferischen Lebens die Kommunistische Partei Sowjet-Rußlands ist, so brauchen wir nur einen Blick zu werfen auf das Leben und Weben der proletarischen, der bäuerlichen Massen. Welch ein brennender Lerneifer, welche Bildungsbegeisterung! Welch Regen und Bewegen früher schlummernder Kräfte von Ungezählten!

Dank der Sowjetmacht, unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei erblühen in den werktätigen Massen die herrlichsten Begabungen, schönste geistige und sittliche Werte werden aus den Tiefen ans Licht gehoben. Schauen Sie auf die Sowjetorgane, schauen Sie auf die verschiedenen sozialen Einrichtungen. Überall ein Weben und Wirken, wie es augenblicklich in keinem anderen Lande der Welt zu finden ist. Millionen streben vorwärts, aufwärts. Und in ihrem Wollen und Tun blitzt das Hirn, klopft das Herz der Kommunistischen Partei. Gewiß, wir, die wir vom Auslande kommen, sehen manches blutige Leid, sehen manchen schweren Mißstand. Aber trotzdem überwältigt uns das Gefühl: welch ein neues, starkes Leben! Die Geister sind erwacht. Hier

17

ist es eine Lust zu leben, hier ist es eine Lust zu arbeiten, hier ist es eine Lust zu sterben, wenn nichts anderes übrig bleibt!

Genossinnen und Genossen, ich fasse zusammen. Wenn wir überblicken, was die russische Revolution geleistet hat, so werden vielleicht sogenannte „ordnungsliebende" Elemente fragen, — nämlich jene, die die Revolution vermeiden wollen, alle, die sie hassen, die sie fürchten oder die sie wenigstens um recht billigen Preis und als „schöne Revolution" haben möchten: War für diese Ergebnisse das Gewitter einer Revolution nötig, konnte es nicht auch auf dem Wege der Demokratie, der Reform erreicht werden? Ich behaupte: Nein! Denn ohne die Revolution hätte Sowjetrußland nicht seine schöpferische umwälzende politische Macht, hätte es nicht die Sowjetordnung, den Arbeiterstaat, hätte es nicht die Diktatur des Proletariats. Ohne diese entscheidende Wendung gibt es aber kein neues, kein höheres, befreiendes geschichtliches Leben.

Die russische Revolution braucht sich wahrhaftig nicht der angeblichen Geringfügigkeit ihrer Leistungen zu schämen. Umgekehrt, diese ihre Leistungen sind erstaunlich, sind bewunderungswürdig groß. Die proletarische Revolution hat ein weit größeres, ein umfangreicheres, ein tieferes Werk zu vollbringen als jede bürgerliche Revolution. Die bürgerliche Revolution schafft lediglich den Staatsapparat um, sie schafft die politischen Machtverhältnisse um und was damit zusammenhängt. Sie greift nicht schöpferisch in die Wirtschaft der Gesellschaft ein. Und trotzdem hat es z. B. nach der Großen Französischen Revolution hundert Jahre gedauert, bis ihre größte Errungenschaft, die Republik, durch den Aufstand der Kommune sichergestellt worden ist. Die proletarische Revolution kann sich nicht damit begnügen, das „alte morsche Ding", den kapitalistischen Staat, „jung zu hämmern" zum Sowjetstaat, sie muß auch die soziale Wirtschaft umwälzen und mit ihr den gesamten sozialen Überbau. Das ist eine gewaltige Aufgabe, die nicht über Nacht gelöst werden kann, die auch nicht das Werk einzelner großer Persönlichkeiten sein kann, sondern die das Werk der ganzen Klasse des Proletariats sein muß und das Werk von Dezennien sein wird. Marx hat in seiner Polemik gegen Max Stirner geschrieben, man dürfe nicht entmutigt sein, wenn die proletarische Revolution viele Jahrzehnte dauern werde. Denn sie habe nicht nur die Aufgabe, neue soziale Verhältnisse zu schaffen, sondern auch die neue Menschen zu schaffen, die Menschen zu erziehen, die die neuen sozialen Verhältnisse aufbauen müssen.

Das müssen wir im Hinblick auf den ersten Proletarierstaat der Welt beherzigen. Rußlands Revolution hat mehr geleistet als irgend eine Revolution vor ihr. Sie ist nicht zu ihrem Ausgangspunkt zurückgeworfen worden, sondern vielmehr weit über ihn hinaus vorwärtsgeschritten. Sie hat den Boden Rußlands mit eisernem Besen von allen feudalen Einrichtungen und Überbleibseln reingefegt. Sie hat das mit einer Gründlichkeit besorgt, wie dies keine einzige bürgerliche Revolution in irgend einem Lande Europas getan hat. Blicken Sie nach England! Trotz bürgerlicher Revolution und langer bürgerlicher Klassenherrschaft bestehen dort heute noch starke Überreste der feudalen Ordnung. Sehen Sie nach Deutschland, dem Lande der jüngsten bürgerlichen Revolution. Dort ist die Errungenschaft der Revolution, die re-

publikanische Staatsform, noch so wenig gesichert, daß die Träger der Republik vor einem Kapp-Putsch, vor einem Orgesch-Putsch zittern müssen. In Sowjetrußland dagegen ist es ganz undenkbar, daß der alte Zarismus wiederkehren könnte. Es ist aber auch undenkbar, daß hier ein Staat jenes modernisierten Kapitalismus aufzukommen vermöchte, von dem die Reformisten im Bunde mit der kleinbürgerlichen Demokratie träumen. Die proletarische Revolution hat in die Einrichtungen und in das Bewußtsein von Millionen so viel Keime neuen, fruchtbaren Lebens gelegt, daß dieses Leben nicht wieder ausgelöscht und vernichtet werden kann.

Sowjetrußland als Proletarierstaat steht fest. Es ist der erste Typus des Proletarierstaates in der Zeit der Umwälzung vom Kapitalismus zum Vollkommunismus. Gewiß nicht der einzige Typus, das muß beachtet werden — die geschichtlich gegebenen Umstände für die Errichtung des Proletarierstaats sind verschieden. Aber doch der erste und zurzeit der einzige Staat mit proletarischer Diktatur. Als Typus dieser Art ist alles, was er tut und läßt, sind alle seine Errungenschaften, wie auch seine Fehler und Schwächen, fruchtbar, bedeutsam, auch für das Weltproletariat, für die Weltrevolution. Rußlands Proletarier und Rußlands Kommunistische Partei haben das höchste Lehrgeld dafür bezahlt, wie man die politische Macht erobert und behauptet. Jetzt müssen sie das höchste, bitterste Lehrgeld bezahlen, um zu lernen, wie ein proletarischer Staat, verlassen vom Weltproletariat, allmählich zu einer kommunistischen Gesellschaft umgewälzt wird. In diesem Zusammenhange erscheint die bolschewistische Politik von ausschlaggebender und lehrreicher Bedeutung. Manche glauben sie mit Naserümpfen abtun zu können als einen Zickzack, als eine Kette von Fehlern und Verirrungen. Das Gegenteil trifft zu.

Die Politik der Bolschewiki, der russischen Kommunisten, zeigt als Ganzes eine geradezu großartige Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Konsequenz der Linie. Diese Politik ist der erste Versuch weltgeschichtlichen Maßes, den Marxismus aus einer Theorie zur Praxis zu machen, sie ist der erste große weltgeschichtliche Versuch, das Proletariat vom Objekt der Geschichte zu ihrem Subjekt zu erheben. Sie ist der erste Versuch, Weltgeschichte in Freiheit „zu machen" Sicherlich auf Grund vorgefundener Verhältnisse, aber die Hauptsache ist doch, bewußt Geschichte zu machen und nicht mehr Geschichte als anarchisches Spiel der blindwaltenden objektiven Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft hinzunehmen.

Genosse Lenin hat gestern erklärt, daß wir alle viel zu lernen haben. Sie hier in Sowjetrußland, und wir im Auslande. Er hat gemeint, daß wir im Auslande noch nicht genügend Russisch verständen, um die russisch gedachte und russisch empfundene Resolution unseres dritten Weltkongresses richtig zu erfassen. Im gewissen Sinne hat Lenin vollkommen recht. Das ausländische Proletariat hat noch nicht genügend gelernt, Russisch zu lesen, d. h. russisch zu handeln. Wie die Kommunistische Internationale das Zentrum sein soll, von dem aus der revolutionäre Kampf über die Welt wogt, so soll sie gleichzeitig die Hochschule für unsere gegenseitige Schulung und Erfahrung sein. Lernt, gewinnt Zeit, ruft uns Lenin zu. Zeit gewonnen, alles gewonnen!

17*

Diese seine Auffassung deckt sich mit dem tiefen Wort Goethes im Hinblick auf die Menschheitsentwicklung.

„Mein Erbteil, wie herrlich, weit und breit!
Die Zeit ist mein Acker, mein Besitz ist die Zeit."

Die Zeit, jawohl, Genossen, nicht erfaßt als ein müßiges, tatenloses Harren. Nein, die Zeit, jede Minute ausgenutzt in leidenschaftlicher Aktivität. Ihr, hier in Sowjetrußland, um zu lernen, die Kelle zu führen für den Aufbau des Proletarierstaates. Wir im Ausland, um das Schwert zu brauchen im revolutionären Kampf für die Eroberung der politischen Macht. So schließt sich der Ring der Weltrevolution, die die Menschheit befreit. So wird aus den Ruinen des Weltkriegs neues Leben blühen. Denn in diesen Zeiten ist die höchste, gewaltigste, fruchtbarste und schöpferischste Form alles geschichtlichen Werdens die Revolution, die Revolution als freie Willenstat der proletarischen Massen. (Langandauernder, lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Wir gehen jetzt in der Behandlung der Tagesordnung weiter. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung spricht als Berichterstatter Genosse Bela Kun.

BELA KUN (Ungarn): Parteigenossen, die Zeit ist noch nicht gekommen, die Geschichte der fünf Jahre russischer Revolution zu schreiben. Und wenn sie auch gekommen wäre, so ist das nicht die Aufgabe des vierten Weltkongresses, dessen Teilnehmer in erster Linie die Geschichte zu machen, aber sie nicht zu schreiben haben. Um so mehr ist es aber unsere Aufgabe, alle Erfahrungen der russischen Revolution sorgfältig und kritisch zu sammeln und die gesammelten Erfahrungen in unseren revolutionären Kämpfen kritisch zu verwerten. Wir alle, die wir die russische Revolution durchgekämpft und westlich von Rußland revolutionäre Kämpfe geleitet haben, wir alle haben auf der Grundlage der russischen revolutionären Erfahrungen mehr oder weniger unreife, fehlerhaft verallgemeinerte Theorien aufgestellt. Fast keiner von uns hat diese Fehler vermieden. Ich glaube jetzt sagen zu können, daß der Sinn der Erfahrungen eben der ist, daß wir auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution weitere Fehler vermeiden müssen. Wir müssen jeden Utopismus vermeiden, alle Erfahrungen, die gesammelt wurden, kritisch auf die westeuropäischen Verhältnisse anwenden. Wir müssen versuchen, auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution *im* Westen die gleiche revolutionäre Realpolitik zu inaugurieren, wie es die Politik der Kommunistischen Partei Rußlands stets war und auch jetzt ist.

Nach den Referaten des Genossen Lenin und der Genossin Klara Zetkin ist es nun meine Aufgabe, den subjektiven Faktor der proletarischen Revolution hervorzuheben, die Rolle der Kommunistischen Partei Rußlands in der proletarischen Revolution, wenn auch nur in Abrissen zu schildern. Parteigenossen, Sie werden mir erlauben, in Verbindung mit dieser Frage eine Parallele zu ziehen zwischen der Großen Russischen Revolution und dem früh abgebrochenen Zweig der internationalen Revolution: der ungarischen Revolution.

Ein Rückblick auf die Geschichte dieser fünf Jahre, die hinter uns liegt; wir stehen vor einem Wunder. Die Sowjetmacht besteht. Sie

besteht trotz der Offensive des deutschen Imperialismus seligen Angedenkens, trotz der vereinigten Offensive der Kapitalisten aller Länder, trotz aller Wühlarbeit des russischen und des internationalen Menschewismus. Sie besteht und erleuchtet den Weg des internationalen Proletariats. Das Bestehen der russischen Revolution, das Bestehen der russischen Sowjetmacht ist durch Faktoren begründet, deren Mangel in Ungarn zum Zusammenbruch der ungarischen proletarischen Diktatur führen mußte.

Ich will hier die internationalen und innerpolitischen Gründe, die die Lage der russischen Sowjetmacht begünstigt, die der ungarischen hingegen verhängnisvoll beeinflußt haben, nicht erörtern. Ich will nur bemerken, daß die ungarische proletarische Revolution nicht nur keinen Rückzugsplan hatte, über den Genosse Lenin gestern sprach, sondern sogar kein Rückzugsfeld. Ich will aber vor allem in bezug auf die russische Revolution feststellen, daß der Umstand, der alle Thermidorprophezeiungen für Sowjetrußland zuschanden machte, der folgende ist: das Bestehen einer zentralisierten, disziplinierten, grenzenlos aufopferungsvollen Arbeiterpartei in der Gestalt der Kommunistischen Partei Rußlands. Das Fehlen einer solchen oder auch nur annähernd solchen Partei in Ungarn führte bei der ungünstigen internationalen und innerpolitischen Lage trotz allem im allgemeinen aufopferungsvollen Verhalten und allem Elan des ungarischen Proletariats und des ärmeren Bauerntums zum Zusammenbruch der proletarischen Revolution. Zu diesem Zusammenbruch führte, abgesehen von den militärischen Niederlagen an den Fronten, das damalige durch die Sozialdemokratie hervorgerufene Wanken der ungarischen Arbeiterklasse. Das russische Proletariat, seine glorreiche Armee hat zu jener Zeit und auch später an verschiedenen Fronten der Konterrevolution eine ganze Reihe von Niederlagen erlitten. Es gab Momente in Rußland, als in gefährlichsten Situationen große Teile der russischen Arbeiterklasse ins Schwanken gerieten. Momente, in denen die Stimmung eines Teiles der Arbeiterklasse, wenn auch nicht positiv, so doch passiv, konterrevolutionär geworden war. Es gab Zeiten, wo die schwankende, hungernde und müde Arbeiterklasse den oberflächlichen Beobachter mit Recht zur Prophezeiung eines Thermidors für Sowjetrußland verleiten konnte. Ich erinnere nur an die Zeit des Kronstädter Aufstandes. Doch wurden alle Wirkungen dieser Schwankungen eines Teiles der Arbeiterklasse paralysiert. Wir in Ungarn hatten keine gereifte kommunistische Partei und ich darf ruhig behaupten, daß wir zu jener Zeit eine solche gereifte kommunistische Partei noch nicht haben konnten. Wir hatten keine gereifte kommunistische Partei, die im kritischsten Augenblicke des Wankens der Arbeiterklasse das Ruder der Staatsmacht mit fester Hand, trotz aller Passivität oder sogar des augenblicklich entgegengesetzten Willens der Arbeiterklasse, hätte halten können. Infolge der Verschmelzung mit der Sozialdemokratie war die aktive Minderheit, d. h. die Kommunistische Partei, die den Kampf des ungarischen Proletariats bis zur Eroberung der Staatsmacht mit klarem Klassenbewußtsein, mit festem Glauben und mit Entschlossenheit geführt und ihren Einfluß auf die großen Massen des Proletariats geltend gemacht hatte, nicht mehr imstande, den Kampf zu leiten und im kritischen Moment das zu tun, was



notwendig gewesen wäre. Dagegen, Parteigenossen, bestand und besteht in Rußland eine in jahrzehntelangen Kämpfen geschulte kommunistische Partei, deren Rolle in den kritischen Momenten der russischen Revolution ebenso groß war wie ihr Einfluß auf die großen Massen des Proletariats überhaupt.

Und, Parteigenossen, diese Partei, deren Klassencharakter am ausgeprägtesten war und ist, wurde während der fünf Jahre der Revolution zu einer wahren Partei des russischen Volkes. Die deutsche Sozialdemokratie warf auf dem Görlitzer Parteitag ihre Klassenmaske endgültig weg, erklärte sich als „Volkspartei" statt als Klassenpartei und wurde als deutsche Sozialdemokratie eine der größten Massenparteien der Welt, eine wirkliche Partei der Kleinbourgeoisie, und damit eine Dienerin der deutschen Groß-Bourgeoisie. Die russische Kommunistische Partei hingegen, die während der ganzen Zeit der russischen Diktatur mit allen Kräften bemüht ist, den Klassencharakter der Partei zu wahren, wurde seit der Zeit, seit der sie die Staatsmacht besitzt, wirklich zu einer Partei aller arbeitenden Schichten des russischen Volkes. Man will das in den Reihen der Sozialdemokratie nicht glauben, und es gibt sogar Kommunisten, die dieser Tatsache zweifelnd gegenüberstehen. Ich will aber ein Beispiel anführen, das beweist, daß die Kommunistische Partei Rußlands tatsächlich eine Partei des russischen Volkes und daß jeder Kommunist sozusagen ein Beauftragter der arbeitenden Schichten des russischen Volkes ist.

Wir haben im vorigen Jahre in Rußland eine Säuberung der Partei durchgeführt, die den Zweck verfolgte, die russische Partei von allen solchen Elementen zu befreien, die ihr, sagen wir, unerwünscht sind. Diese Säuberung wurde in öffentlichen Versammlungen der Parteizellen, in Anwesenheit der gesamten parteilosen Masse der Betriebe durchgeführt. Ein jeder parteilose Arbeiter und jeder parteilose Bauer hatte Gelegenheit, gegen das Verbleiben von Kommunisten in der Partei Einspruch zu erheben, und die parteilosen Arbeiter und Bauern haben dieses Recht nachweislich wirklich in Anspruch genommen. Kommunist in Rußland zu sein — ich möchte das noch einmal wiederholen —, bedeutet, ein Beauftragter des Volkes zu sein. Damit ist die Kommunistische Partei Rußlands wirklich eine Partei des arbeitenden Volkes geworden und hat während der 5 Jahre der Revolution ihren Klassencharakter gewahrt und aufs schärfste ausgeprägt.

Was ist nun die Ursache dieser staunenerregenden Entwicklung? Sie liegt natürlich in der revolutionären Politik, in der wunderbar elastischen Taktik der KPR. Wir müssen aber die Frage stellen, wie die Partei zu einer solchen Politik und zu einer solchen Beeinflussung der Arbeiterklasse fähig gewesen ist. Wie ist es möglich gewesen, daß die russische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht nur einmal, vor der Oktoberrevolution, erobern konnte, sondern, ich möchte sagen, fünfzehnmal, hundertmal täglich während der Revolution erobert hat? Das Geheimnis besteht in erster Linie in der Zusammensetzung der Kommunistischen Partei. Es gibt und es gab in keiner, weder bürgerlichen noch proletarischen Partei einen so sorgfältig ausgewählten, fest zusammengefügten, ideologisch einheitlichen Kern oder — wie es Gen. Bucharin ausdrückt — Generalstab, wie in der russischen Partei.

Diese Partei, dieser Generalstab, dieser Kern, diese grundlegende Gruppe wurde in langjährigen Kämpfen ausgebildet. Während dieser Kämpfe sind alle Elemente, die jeglicher Form des Opportunismus ver dächtig waren, nicht nur mechanisch, sondern auch organisatorisch aus der Partei entfernt worden. Alle Elemente, die in den Rahmen dieses engen Kreises nicht hineinpaßten, sind aus den Kampfreihen weggeblieben. Dagegen hat die Kommunistische Partei Rußlands während ihrer Kämpfe nicht nur ihren Kern ausgebildet, sondern eine Reihe von Kadres um diesen Kern gebildet, und in diesen Kadres sind wirklich alle Elemente zusammengefaßt, die zur Führung der Massen geeignet waren, nicht Mitläufer, nicht Intellektuelle, die sich der Parteidisziplin nicht unterwerfen wollen, sondern wirkliche Arbeiterführer, die die Arbeitermassen, die Mehrheit der Arbeiterklasse wirklich zu führen fähig sind.

In den 5 Jahren der russischen Revolution ist es einer der charakteristischen Züge in der Entwicklung der russischen Revolution, daß während dieser fünfjährigen Kämpfe fast alle Elemente der menschewistischen und sozialrevolutionären Partei, die mit der Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse etwas gemeinsames hatten . von der Kommunistischen Partei Rußlands aufgesogen wurden. Es blieb von der menschewistischen und sozialrevolutionären Partei nichts übrig, als einige Literaten, die mit der Arbeiterbewegung nie etwas zu tun hatten. Diese Kadres sind heute leider schon sehr gelichtet, aber sie bilden den Ausgangspunkt zur Bildung neuer Kadres, durch die sich der Einfluß der Partei auf die Massen der Arbeiterschaft auswirkt. Dieser Einfluß auf die breitesten Arbeitermassen drückt sich natürlich jetzt, wo die Kommunistische Partei das Ruder der Staatsmacht in ihren Händen hat, nicht nur agitatorisch und propagandistisch aus, sondern auch durch die Institutionen der Staatsmacht in der alltäglichen Administration, die bisher den Einfluß der Sozialrevolutionären Partei auf die Massen sicherte. Wie man früher an jedem Ort, wo es Arbeiter gab, wo man nur zu Arbeitern sprechen konnte, einen Sozialrevolutionär finden konnte, so kann man jetzt überall, wohin Arbeiter gehen, wo Arbeiter etwas zu tun haben, einen Bolschewik, einen Kommunisten treffen. Die Sowjetinstitutionen, die Sowjetadministrationen mögen noch so viele Fehler haben, wie das Gen. Lenin gestern schon hervorhob, sie sind durch die Kommunistische Partei trotzdem zur Form der proletarischen Demokratie geworden. Wir können sagen, daß die Sowjetorgane durch die Kommunistische Partei zu Organen der proletarischen Demokratie geworden sind und nicht umgekehrt. Eine Parallele mit der Geschichte der ungarischen Sowjets wird das zeigen.

Wir in Ungarn haben Sowjets gehabt, Sowjets — ich möchte sagen in dem Sinne, wie Gorter sich das vorstellt, oder wie es sich andererseits die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie vorgestellt hat —, die aber keine kommunistische Führung hatten. Die Organe, die auf breitester Grundlage proletarischer Demokratie gewählt wurden, wurden nicht zu wirklichen Organen der arbeitenden Massen. Sie waren nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung des Proletariats. Und hier in Rußland, Parteigenossen, wo die Menschewiki die freie Wahl der Sowjets forderten, wo sie von Martow bis Miljukow in einheitlicher Front für die freie Wahl der Sowjets und gegen die Bolschewiki-

Diktatur auftraten, sind diese Sowjetorgane weit mehr Organe der proletarischen Demokratie, als die frei gewählten Sowjets ohne feste kommunistische Führung in Ungarn es waren. In Ungarn gab es keine einheitliche Führung in den Sowjets und Gewerkschaften seitens der Parteien. Die Gewerkschaften beanspruchten die Führung für sich, weil sie eben viel mehr proletarischen Inhalt hatten als die Sowjets, in denen nicht nur rein proletarische Elemente waren. Es war ein Kampf zwischen Sowjets und Gewerkschaften, und die Gewerkschaften konnten sich mit Recht darauf berufen, daß sie in weit höherem Maße die öffentliche Meinung, den Klassencharakter des Proletariats ausdrückten als die Sowjets. Aus diesen Kämpfen entstand — ich möchte sagen — ein reformistischer, syndikalistischer Kampf der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen die Sowjetorgane. Die Arbeiter gingen eher in die Gewerkschaften, wo immerhin eine Führung seitens der reformistischen Arbeiterführer vorhanden war, als in die Sowjets, wo keine kommunistische Führung bestand. In Rußland konnten die Sowjets mit Hilfe der Kommunistischen Partei zur Volksinstitution, zur wirklichen Institution der proletarischen Demokratie werden. In Ungarn gelang uns das gerade wegen des Mangels an einer kommunistischen Führung *nicht*. Wie ist es aber möglich, Parteigenossen, in einem so großen Lande so viele Organe des Staates, so viele Arbeiterorganisationen einheitlich zu führen? Wie ist es möglich, daß in einem solchen Lande, in dem einige Teile viel größer sind als England, Frankreich und Deutschland zusammen, die Führung der Partei sich in allen kleinen Orten geltend macht?

Wie ist die Zentralisation überhaupt in einem Lande wie Rußland möglich? Auf diese Frage, Parteigenossen, möchte ich mit einer Parallele antworten. In Deutschland hat sich die Sozialdemokratie, nachdem sie zur Regierung gelangt war, als Partei fast aufgelöst. Die Regierungsorgane beeinflussen die Sozialdemokratische Partei viel mehr als die Sozialdemokratische Partei die Regierungsorgane. Der entscheidende Faktor in der Sozialdemokratischen Partei, die an der Regierung sitzt, ist die aus der Parteibürokratie entstandene staatliche sozialdemokratische Bürokratie. In Rußland ist es umgekehrt. Hier trug die Partei immer Sorge dafür, daß die führenden Elemente der Partei die Sowjetorgane, die staatlichen Organe beeinflussen und nicht umgekehrt. Dazu, daß es so wurde, brauchte man natürlich etwas, was ich in einer vorgestrigen Rede gehört habe, etwas, was vielen, die die Kommunistische Partei Rußlands nicht genau kennen, unverständlich ist.

Vorgestern hat hier ein Parteigenosse folgendes erklärt: Moskau ist kein preußischer Unteroffizier und wir sind keine Rekruten. Darauf möchte ich sagen: Moskau ist wirklich kein preußischer Unteroffizier, sondern vertritt eine gute Führerschaft der Weltrevolution. Aber diejenigen, die die Bedeutung einer zentralisierten Disziplin nach den Erfahrungen der russischen Revolution nicht verstehen, sind schlechte Rekruten des Kommunismus, schlechte Rekruten der Kommunistischen Partei. Eine Leitung, eine Führung des gesamten Staatsapparates seitens der Kommunistischen Partei ist in einem so großen Lande, wie es Rußland ist, eine Aufgabe von fast grenzenloser Schwierigkeit. Die Geschichte dieser fünf Jahre zeigt, daß die Kräfte der Partei wenigstens zehn- oder fünfzehnmal vollkommen umgruppiert werden mußten, um

die Aufgaben, vor die die Revolution die Partei gestellt hatte, durchführen zu können. Eine Waffe, wie die neue Politik, wäre ohne eine eiserne Disziplin der Kommunistischen Partei vollkommen unmöglich gewesen. Nur durch eine ganz neue Umgruppierung aller Parteikräfte war es möglich, diese neue ökonomische Politik ohne schwere Erschütterungen der Partei durchzuführen.

Wie ist aber diese Disziplin zu erklären? Wie kann sie verstanden werden? Natürlich spricht man sehr viel darüber, daß die alten Bolschewiki unter der Führung des Gen. Lenin eine Verschwörungsorganisation waren. Ich habe an dieser Verschwörung leider nicht teilgenommen. Ich weiß nicht, was für Verschwörer es waren. Eins aber weiß ich auf Grund meiner Erfahrungen, daß gerade diese Verschwörer die besten Massenführer geworden sind. Warum? Weil gerade in dieser „Verschwörungszeit" der russischen Revolution die Disziplin geschaffen wurde und die Mitglieder der Partei zu dieser Disziplin erzogen wurden.

Die Disziplin kommt natürlich nicht nur aus der Masse, sondern aus den Führern, und die Mitglieder müssen ein sicheres Vertrauen zu ihrer Führerschaft besitzen. Und diese Führerschaft, dieser Kern der russischen Kommunistischen Partei, ist wirklich eine autoritative Körperschaft vor der ganzen Mitgliederschaft der Kommunistischen Partei. Es ist sehr leicht möglich und es war so nach der Einführung der Nep, daß viele Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands nicht verstanden haben, was das bedeutet. Auch jetzt gibt es Gegenden, wo die Massen sich noch nicht klar darüber sind, wie wir durch die Nep zum Sozialismus kommen sollen, was die Nep eigentlich bedeutet. Aber die Massen haben ein solches Vertrauen zu ihrer Führerschaft, daß sie auch dann, wenn sie eine politische Maßnahme nicht sofort verstehen, sondern wenn das Verständnis erst das Resultat eines längeren Prozesses ist, ihr folgen und die Gewißheit haben, daß sie ihnen das, was sie noch nicht verstehen, noch verständlich machen wird. Ich muß hier etwas von dem österreichischen Dichter Anzengruber zitieren: „Du sollst Vater und Mutter ehren, sie sollen aber darnach sein." Die Führer der russischen Revolution waren darnach, und das ist die Erklärung dafür, daß dieses Vertrauen der Kommunistischen Partei und der Massen ihren Führern gegenüber entstanden ist. Diese eiserne Disziplin der russischen Kommunistischen Partei war andererseits das beste Mittel zur Verwirklichung ihrer unerhört elastischen Taktik. Ich will nicht darüber sprechen, warum diese Taktik elastisch ist. Die Quelle und der Ursprung dieser Elastizität sind allen klar. Es gibt nirgends in der Welt ein Land, wo der Marxismus wirklich so Fleisch und Blut geworden ist, wie in der Kommunistischen Partei Rußlands, aber die beste marxistische Analyse wird nur ein historisches Dokument sein, wenn es keine Organisationen und Organe gibt, die diese elastische Taktik befolgen und ihr entsprechend beweglich genug sind. Ohne eine feste Disziplin, ohne geschulte Kadres, die in Kämpfen diszipliniert wurden, und ohne die aus diesen Kämpfen entstandene organisatorische Beweglichkeit wäre die Durchführung und Verwirklichung dieser elastischen Taktik nicht möglich gewesen.

Jetzt, im sechsten Jahr der Revolution steht die Kommunistische Partei Rußlands vor dem, ich glaube, größten Problem, das die Partei



während der ganzen Revolution zu lösen hatte, nämlich vor dem Problem, die neue ökonomische Politik unter Führung einer politischen Partei, der Partei der Arbeiterschaft, so durchzuführen, daß die Wirkungen dieser neuen ökonomischen Politik von den Instinkten des Kleinbürgertums befreit werden und daß die Partei von den Folgen dieser kleinbürgerlichen Instinkte verschont bleibt. Diese Probe hat die Kommunistische Partei bestanden dank ihrer Disziplin und dank ihrer beweglichen Organisation.

Und jetzt, im sechsten Jahre der Revolution, ist eine der wichtigsten Lehren, die uns die russische Kommunistische Partei während der Revolution gegeben hat, diese Zentralisation und diese zentralisierte Disziplin. Einer der glücklichsten Leitsätze der Komintern sind meiner Ansicht nach die Thesen des 2. Kongresses über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Diese sehr glücklich gefaßten Thesen spielen jedenfalls nur verblaßt jene Rolle, die die KPR. in der russischen Revolution spielte. Diese Rolle, die gesamte Tätigkeit der KPR. sollte von jedem Führer und Organisator der westlichen Parteien auf das gründlichste und ausführlichste studiert werden, um durch kritische Anwendung dieser Erfahrungen auf die westlichen Verhältnisse die westlichen Parteien zur Eroberung und Festhaltung der Macht vorzubereiten. Die Verwendung dieser Erfahrungen ist vom Standpunkt der Perspektiven der internationalen Revolution keineswegs von untergeordneter Bedeutung.

Genossen und Genossinnen! Ich stehe gewiß jeder voluntaristischen Philosophie fern, doch ich glaube, daß, wenn wir in die Zukunft schauen und die Perspektiven der proletarischen Revolution sehen wollen, der subjektive Faktor der Kommunistischen Partei einer der wichtigsten Faktoren ist. Wir können leider die objektiven Faktoren nicht bestimmen, wir können sie höchstens durch die Kommunistische Partei beeinflussen. Ich glaube aber doch behaupten zu können, daß, wenn wir im Jahre 1919, als wir die Demobilisationskrise durchmachten, nur annähernd solche kommunistische Partei gehabt hätten, wie die russische, wenn wir über solche Parteien verfügt hätten, wir imstande gewesen wären, nicht nur zu siegen, sondern auch die Macht zu behalten.

Auch jetzt, in dieser mehr oder weniger flauen Epoche der Weltrevolution, ist die Bedeutung des subjektiven Faktors der Kommunistischen Partei unberührt geblieben. Bei Prüfung der Perspektiven der Weltrevolution steht vor uns die Frage, wie wir solche kommunistischen Parteien schaffen können, die in westlichen Verhältnissen, in den westeuropäischen Ländern, vielleicht mit anderen Mitteln und Methoden, die Mehrheit des Proletariats vor der Revolution und nach der Revolution wieder und wieder erobern können.

Besteht die Möglichkeit, solche kommunistischen Parteien zu bilden? Genossen, ich glaube, daß diese Möglichkeit besteht. Ich arbeite in der letzten Zeit auch in den Tiefen der Kommunistischen Partei Rußlands und kann behaupten, daß die Masse, die Mitgliedschaft der russischen Partei, nicht auf einem höheren Niveau steht als die deutschen Proletarier. Ich könnte sogar sagen: die Masse des deutschen Proletariats steht kulturell viel höher als die Masse der russischen Kommunistischen Partei. Natürlich steht hinter dem russischen

Proletariat eine fünf Jahre lange Erfahrung, und mit dieser Erfahrung können sie sich viel mehr der elastischen Taktik der Partei anpassen.

Aber es besteht die Möglichkeit, dies in allen Parteien zu erreichen. Was meines Erachtens das Hauptproblem der Ausbildung des subjektiven Faktors der Weltrevolution bildet, ist die Ausbildung dieses Kerns und der grundlegenden Kadres der Revolution. Ich glaube, Genossen, behaupten zu können, daß es uns gelingt, diesen Kern, diese Kadres, diese Vortrupps auszubilden, und wir können die westlichen Proletariermassen dann eben so sicher zur Eroberung der Macht führen und mit ihrer Hilfe die Macht behalten, wie es die russische Kommunistische Partei getan hat. Darum ist diese Aufgabe — aus der Perspektive der Weltrevolution genommen — eine der wichtigsten Aufgaben, und die Lehre, die uns die russische Kommunistische Partei gegeben hat, eine der wichtigsten Erfahrungen der fünfjährigen russischen Revolution. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung um 3 Uhr.

ZEHNTE SITZUNG

DIENSTAG, DEN 14. NOVEMBER 1922.

Fünf Jahre Russ. Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

Redner: Trotzki.

Eröffnung: 6,15 Uhr abends.

Vorsitz: *Neurath.*

TROTZKI (die Delegierten erheben sich und empfangen Gen. Trotzki mit stürmischem Händeklatschen):

Genossinnen und Genossen!

Das große, das zentrale politische Ziel jeder revolutionären Partei besteht in der Eroberung der politischen Macht. In der zweiten Internationale war dieses Ziel, um mit den Philosophen zu sprechen, eine regulative Idee, d. h. ein ziemlich mageres Ding, das mit der Praxis wenig zu tun hatte. Wir haben es erst seit wenigen Jahren im internationalen Sinne zu lernen begonnen, die Eroberung der politischen Macht zu einem praktischen Ziele zu machen. Und wie sehr das Ziel keine nur philosophische Idee, sondern praktische Idee ist, beweist die Tatsache, daß wir in Rußland ein ganz festes Datum haben, den 7. November 1917, an dem eine kommunistische Partei an der Spitze der Arbeiterklasse die politische Macht im Staat erobert hat.

Die Geschichte, wie man die Macht erobert hat, kann man Stunde für Stunde erzählen, was zu tun ich jedoch gar nicht beabsichtige. Aber diese Geschichte beweist, daß es sich dabei nicht um automatisch „objektiv" sich vollziehende Ereignisse, sondern um ganz praktische politische Bemühungen und Maßnahmen handelt.

Im Moment der Eroberung der politischen Macht steigert sich unsere politische Taktik zur revolutionären Strategie im konkretesten Sinne des Wortes. Am 7. November hat unsere Partei durch diese revolutionäre Strategie, die gewissermaßen die Potenz der gesamten vorhergehenden Politik darstellte, die Macht im Staate erobert. Das bedeutete nicht — und dies erwies sich mit voller Klarheit erst später —, daß der Bürgerkrieg zu Ende war. Im Gegenteil, erst nach der Eroberung der

politischen Macht hat der Bürgerkrieg bei uns im weiten Umfange begonnen. Das ist eine Tatsache, die nicht nur geschichtliches Interesse hat, sondern aus der man manche wichtige Lehren für die westeuropäischen, überhaupt für die internationalen Parteien ziehen kann.

Warum ist es so gekommen, daß bei uns der Bürgerkrieg erst nach dem 7. November mit voller Wucht eingesetzt hat und wir später im Norden, im Süden, im Westen und im Osten fast fünf Jahre hindurch ohne Unterbrechung Bürgerkrieg haben führen müssen? Das ist eine Folge der Tatsache, daß wir die Macht so leicht erobert haben. Es ist oft gesagt worden, daß wir unsere besitzenden Klassen überrumpelt hätten. In gewissem Sinne ist das richtig! Das Land war politisch eben erst aus der zaristischen Barbarei herausgekommen. Das Bauerntum hatte fast keine politische Erfahrung, das Kleinbürgertum eine winzige, die mittlere Bourgeoisie eine, dank den Dumas usw., etwas größere, der Adel eine gewisse Organisation in den Semstwos usw. Also die großen Reserven der Konterrevolution: die reichen Bauern, für gewisse Augenblicke auch die mittleren Bauern, das mittlere Bürgertum, die Intellektuellen, dann das gesamte Kleinbürgertum, diese Reserven waren sozusagen noch intakt, noch fast unberührt, und erst als das Bürgertum zu verstehen begann, was es verlor, wenn es die Macht verlor, suchte es mit allen Mitteln, wobei es selbstverständlich die erste Stelle an den Adel, die adeligen Offiziere usw. abtrat, die potentiellen konterrevolutionären Reserven in Bewegung zu setzen. Daher ist der langandauernde Bürgerkrieg die geschichtliche Revanche für die Leichtigkeit, mit der uns die Macht zufiel.

Aber — Ende gut, alles gut! Wir haben die Macht im Laufe dieser 5 Jahre doch behauptet. Für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt kann man jetzt schon mit einer gewissen Bestimmtheit feststellen, daß die kommunistischen Parteien bei Euch es viel schwerer vor der Eroberung und viel leichter nach der Eroberung der Macht haben werden. In Deutschland wird alles, was gegen das Proletariat nur mobil gemacht werden kann, mobil gemacht werden, von Italien gar nicht zu reden, wo man heute schon die vollendete Konterrevolution hat, noch ehe es zu einer auch nur vorübergehend siegreichen Revolution gekommen ist. Mussolini und seine Fascisten konnten — da sie dank dem Fiasko der Revolution von 1920, der nur eine revolutionäre Partei fehlte, schon im ganzen Lande Einfluß gewonnen hatten — jetzt die Macht ergreifen, und das Bürgertum hat ihnen diese Macht übergeben. Mussolini aber repräsentiert die Organisierung und Zusammenfassung aller Kräfte, die gegen die Revolution, plus manche Kräfte, die noch für die Revo-



lution zu gewinnen sind. Doch in dieses Thema will ich mich nicht weiter vertiefen, da es die Aufgabe eines anderen Vortrags ist.

In Frankreich, in England, überall sehen wir, daß die Bourgeoisie, gewitzigt durch das russische Beispiel und gewappnet mit der gesamten geschichtlichen Erfahrung der demokratisch-kapitalistischen Länder, alles organisiert und mobilisiert, was nur in Bewegung zu setzen ist. Das beweist, daß alle diese Kräfte schon jetzt dem Proletariat im Wege stehen und daß das Proletariat, um die Macht zu ergreifen, alle diese Kräfte mit seinen revolutionären Mitteln neutralisieren, paralysieren, bekämpfen und besiegen muß. In dem Moment aber, wo sich das Proletariat der Macht bemächtigt haben wird, werden fast keine neuen Reserven der Konterrevolution dastehen, und das Proletariat wird nach Eroberung der Macht in Westeuropa und der übrigen Welt eine viel größere Ellbogenfreiheit für seine schöpferische Arbeit haben, als wir sie in Rußland hatten.

Der Bürgerkrieg war bei uns in Rußland nicht nur eine militärische Erscheinung — selbstverständlich war er mit Verlaub der geehrten Pazifisten militärisch, aber *nicht nur* militärisch —, sondern im Grunde eine politische Erscheinung. Es war der Kampf um die politischen Reserven, in erster Linie um das Bauerntum, und dank der Tatsache, daß das Proletariat durch seine schonungslose Taktik im Bürgerkriege dem Bauerntum bewiesen hat, daß es nur zwischen dem Adel und dem Proletariat zu wählen habe, dank dieser konsequenten und schonungslosen revolutionären Strategie hat das Proletariat das Spiel gewonnen.

Denn dauernd schwankend zwischen dem Bürgertum, der Demokratie und dem Proletariat hat die Bauernschaft in letzter Stunde, als es wirklich keinen dritten Ausweg mehr gab, sich für das Proletariat entschieden und es nicht nur mit dem demokratischen Stimmzettel, sondern mit den Waffen unterstützt.

Die demokratischen Parteien, und das glaube ich, wird auch in Westeuropa nicht viel anders sein, die sozialistischen Parteien inbegriffen, waren stets die Zutreiber der feudalen Konterrevolution. Sie wissen, Genossen, daß wir vor wenigen Tagen durch die Rote Armee Wladiwostok besetzt haben. Damit schließt die lange Kette aller Fronten des Bürgerkrieges. Zu diesem Abschluß schreibt der allbekannte Führer der liberalen Partei, Miljukow, in seinem Pariser Blatte ein paar Zeilen, die ich klassisch nennen möchte. Er skizziert hier die Rolle der demokratischen Parteien. „Diese traurige Geschichte" — sie war immer eine traurige Geschichte (Heiterkeit) — „beginnt mit der Verkündung (der Artikel datiert vom 7. September) einer all-

gemeinen Einmütigkeit der antibolschewistischen Front. Merkulow (der Chef der Konterrevolution im Osten) hat anerkannt, daß die Nichtsozialisten, d. h. die rechten Elemente, ihren Sieg in hohem Maße den demokratischen Elementen zu verdanken hatten. Aber die Unterstützung der Demokratie — sagt Miljukow — ist von Merkulow nur dazu benutzt worden, um die Macht der Bolschewiki zu stürzen. Darauf übernahmen die Macht diejenigen Elemente, die die Demokraten eigentlich als versteckte Bolschewiki betrachteten."

Diese Zeilen können banal erscheinen, weil wir an derartiges bereits genügend gewöhnt sind. Aber man erinnere sich, daß diese Geschichte sich immer wiederholt. So war es zuerst mit Koltschak, dann mit Denikin, dann mit Judenitsch und dann mit der englischen und französischen Okkupation, früher auch bei Petljura, in der Ukraine; an allen unseren Grenzen wiederholte sich mit langweiliger Monotonie derselbe Vorgang: die Bauernschaft wird von der Sozialdemokratie der Reaktion zugetrieben, wird von der letzteren betrogen und mißbraucht, dann kommt der Moment der Reue, dann der Sieg der Bolschewiki. Und dann beginnt dieselbe Geschichte an irgendeiner anderen Stelle der Arena des Bürgerkrieges. Und trotzdem diese Mechanik so simpel und allbekannt ist, kann man schon jetzt sagen, daß sie nichtsdestoweniger von den sozialistischen Elementen in der Zeit schärfster Zuspitzung des Bürgerkrieges in allen Ländern wiederholt werden wird.

Wir haben viele Fehler begangen. Das hat Gen. Lenin gestern bereits erwähnt. Doch, ich glaube, im Bürgerkriege haben wir ziemlich gut, d. h. konsequent und schonungslos gehandelt. Und ich glaube, daß ein Buch über unsere revolutionäre Politik während dieser Jahre, vom Standpunkte des Bürgerkrieges für das internationale Proletariat geschrieben, ein ziemlich lehrreiches Buch sein würde.

Nach der Eroberung der politischen Macht beginnt nicht nur die Verteidigung mit den Mitteln des Bürgerkrieges, sondern auch der Aufbau des Staates und — was besonders schwierig ist — „der neuen Wirtschaft". Ich kann auf sehr viele Ausführungen, die ich machen wollte, verzichten, da wir gestern abend und heute den wirklich prachtvollen Vortrag der Genossin Zetkin angehört haben. Ich werde mich im Rahmen der notwendigsten Ergänzungen halten. Nachdem die politische Macht gesichert ist, was die erste Vorbedingung ist, hängt der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft von verschiedenen Faktoren ab: von der Höhe der Entwicklung der Produktivkräfte, dem allgemeinen Kulturniveau des Proletariats und der politischen Situation im nationalen wie im internationalen Rahmen.

Ich habe diese drei Faktoren der Reihenfolge ihrer grundlegenden



Bedeutung nach aufgezählt. Aber die Sowjetregierung als subjektiver geschichtlicher Faktor fand sie in der entgegengesetzten Reihenfolge vor: zuerst die politische Situation, dann das kulturelle Niveau des Proletariats und erst in letzter Linie die Höhe der Entwicklung der Produktivkräfte. Das ist ganz klar. Wir mußten unsere wirtschaftliche Tätigkeit in dem Rahmen und dem Tempo führen, wie sie in erster Linie der Bürgerkrieg erheischte, und nicht immer läuft die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der politischen Notwendigkeit parallel. Das Wichtigste ist, daß man versteht (wenn man überhaupt in der Geschichte unseres sogenannten Zick-Zack-Kurses etwas verstehen will), daß das politisch Notwendige und Unausbleibliche nicht immer parallel dem ökonomisch Zweckmäßigen läuft.

Wir haben in der Elementarschule des Marxismus gelernt, daß man von der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen nicht mit einem Sprung kommen kann, und niemand von uns hat den berühmten Engelsschen „Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit" in dieser mechanischen Art interpretiert; niemand hat geglaubt, daß man von heute auf morgen die Gesellschaft ummodeln kann. Engels meinte damit eine große Epoche, die vom großen geschichtlichen Standpunkt aus einen wirklichen „Sprung" bedeutet. Nun, wir haben es doch ziemlich sprunghaft (im engeren Sinne des Wortes) gemacht mit der Nationalisierung, mit den Versuchen der Sozialisierung. Es ist hier schon erwähnt worden, daß wir es in erster Linie unter dem Druck des Bürgerkrieges machen mußten, weil, wie gesagt, der Adel, die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum vor der Eroberung der politischen Macht keine Möglichkeit gehabt haben, sich zu überzeugen, daß wir, die Arbeiterklasse, die unwiderrufliche geschichtliche Macht darstellen, und daß man sich unter das Joch des Proletariats beugen muß. Sie hatten bis zum 7. November keine Möglichkeit, diese wichtige Lehre zu ziehen. Wir mußten sie ihnen erst nach der Machteroberung beibringen. Worin äußerte sich das? Darin, daß jede Fabrik, jede Bankfiliale, jedes Sprechzimmer eines Advokaten und Arztes, natürlich derjenigen, die eine Praxis hatten, d. h. der reicheren, sich unmittelbar nach der Eroberung der Macht in Stützpunkte der Konterrevolution verwandelten.

Um nach der Eroberung der politischen Macht die kleinen und mittleren Fabriken den Besitzern noch eine Zeitlang zu überlassen, mußte man mit ihnen zu einem Abkommen gelangen, mußte man von ihnen verlangen, daß sie sich den Gesetzen der neuen Macht unterwerfen. Das war absolut ausgeschlossen. Niemand von diesen Leuten wollte uns ernst nehmen. Das war die böse Geschichte, niemand wollte

uns ernstnehmen. Und da hatten wir die ziemlich schwere Aufgabe, sie darüber zu belehren, daß wir ernst zu nehmen seien, und das konnte man nicht anders machen, als ihnen das, was ihre Macht begründete, zu konfiszieren, in die Hände des Staates zu nehmen. Wie anders? Die einen von ihnen trieben die Arbeiter aus den Fabriken, sperrten die Betriebe oder verwandelten ihre Wohnungen in Asyle für Konterrevolutionäre usw.

Es ist ganz natürlich, daß die Gebote des Bürgerkrieges in diesem Falle höher standen, als die Rücksicht auf die ökonomische Zweckmäßigkeit. Also das Bürgertum wurde nicht systematisch expropriiert, nicht allmählich, in dem Maße, in dem wir das Eigentum des Bürgertums zu organisieren und zu verwerten imstande gewesen wären, sondern in dem Maße, in dem man den unmittelbar uns mit dem Tode bedrohenden Feind niederwerfen mußte. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Selbstverständlich: wenn und inwieweit die westeuropäischen Parteien es nach der Eroberung der Macht leichter haben werden, werden sie auch die Möglichkeit haben, viel systematischer, viel vorsichtiger auf dem Gebiete der Expropriation vorzugehen. Man wird in dem Maße expropriieren, in dem man das Expropriierte auch ökonomisch, organisatorisch wird ausnützen können. Selbstverständlich wird aber die politisch militärische Rücksicht immer der ökonomischen Systematik vorangehen. Nun zurück zu unserer Frage.

Nachdem wir viel mehr expropriiert hatten, als wir imstande waren zu verwerten, nachdem alle die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft als feindliche Zitadellen zerstört waren, befand man sich in der Situation der Notwendigkeit, diese große und ziemlich desorganisierte Erbschaft irgendwie zu organisieren. Der Bürgerkrieg dauerte fort, und auch die Organisation der Wirtschaft ging unter dem Drucke der militärisch-ökonomischen Bedürfnisse des Bürgerkrieges vor sich. Auf diese Weise entstand unser Kriegskommunismus. Er bedeutete in erster Linie das Erfordernis, dem Staat und der Armee Brot zu verschaffen, und zwar unter der Anwendung aller Mittel, in erster Linie durch das Mittel der bewaffneten Macht. Er bedeutete ferner die Notwendigkeit, aus dieser desorganisierten, von dem Bürgertum und seinen technischen Lakaien sabotierten Industrie das für die Armee und den Bürgerkrieg Erforderliche herauszupressen und herauszuziehen. Nun, da der gesamte Apparat, der das früher leitete, in Scherben lag, hatten wir keine andere Möglichkeit, als den Versuch zu machen, diesen Apparat durch einen zentralisierten Apparat des Staates zu ersetzen. Das war aber tatsächlich nur ein Ersatzapparat für die Erfordernisse des Krieges.

Sie werden fragen, ob wir keine Hoffnung hatten, aus diesem

18



Stadium ohne große Rückzüge, also auf einem mehr oder weniger direkten Wege zum Kommunismus überzugehen? Wir müssen gestehen, daß wir tatsächlich in dieser Zeit die Hoffnung auf ein rascheres Tempo der revolutionären Entwicklung in Westeuropa hatten. Das stimmt! Und auch jetzt können wir mit voller Bestimmheit sagen, daß, wenn das Proletariat in Deutschland, in Frankreich und überhaupt in Europa sich im Jahre 1919 der Macht bemächtigt hätte, dann die ganze Entwicklung bei uns eine ganz andere Gestalt angenommen hätte.

Marx hat im Jahre 1883 an einen Theoretiker der russischen Volkstümler, der Narodniki, geschrieben, daß, wenn in Europa das Proletariat die Macht ergreift, bevor die russische Obschtschina, die russische Dorfgemeinde, das Gemeindeeigentum an Grund und Boden im Dorfe, von der Geschichte vollständig abgetragen ist, auch die Dorfgemeinde in Rußland zum Ausgangspunkt der kommunistischen Entwicklung werden könnte. Und er hatte vollständig recht. Mit desto größerem Rechte konnten wir annehmen, daß, wenn das Proletariat in Europa im Jahre 1919 die Macht ergriffen hätte, es damals unser zurückgebliebenes Land mit seinen Ersatzorganisationen und mit seinem wirtschaftlichen Ersatzapparat ins Schlepptau genommen und uns technisch und organisatorisch geholfen hätte, und daß wir schließlich dadurch, wenn auch mit vielen Korrekturen an unserem primitiven Kriegskommunismus, doch allmählich ohne große Rückzüge, immer vorwärts schreitend, die Entwicklung zum Kommunismus durchgemacht haben würden. Das hatten wir gehofft, und es war kein Verbrechen, denn selbstverständlich konnte niemand voraussagen, ob diese Entwicklung in langsamerem oder rascherem Tempo vor sich gehen würde. Sogar die 2½ Internationale hat ja im Jahre 1919 die Diktatur anerkannt. Es war wirklich nicht so utopistisch, auch vom Standpunkt des Tempos und nicht nur vom Standpunkt der Entwicklungstendenz aus betrachtet. Vergessen wir einmal für einen Moment, daß wir Sprünge nach vorwärts und dann nach rückwärts gemacht haben, und geben wir einem internationalen Kongreß wie diesem darüber Rechenschaft, was im großen und ganzen geschehen ist, so können wir sagen: im März 1917 wurde der Zarismus gestürzt, im Oktober 1917 hat sich das Proletariat der Macht bemächtigt, dann hat es begonnen, seine Macht zu verteidigen und zur selben Zeit seinen Staat und seine Wirtschaft zu organisieren; im Laufe dieser fünf Jahre machte es den Grund und Boden, die wichtigsten Industrieunternehmungen, alle Eisenbahnen und die wichtigsten Wassertransportbetriebe zu Staatseigentum und ließ nur die ganz unbedeutenden Unternehmungen, von denen ich noch ausführlicher sprechen werde, in den Händen der Bourgeoisie als Pächter. Der Arbeiter-Staat kontrolliert den Handel und spricht das

entscheidende Wort auf dem Markt. Der Staat bekommt vom Bauer, der den dem Staate gehörenden Boden bebaut, eine Naturalsteuer und verwertet sie, um die Industrie auf staatliche Kosten und für staatliche Zwecke zu entwickeln. Jeder wird sagen: Ja, für ein ziemlich zurückgebliebenes Land ist der sozialistische Fortschritt sehr bedeutend. Nun aber besteht das Unglück darin, daß dieser Fortschritt nicht auf dem Wege einer allgemeinen, in derselben Richtung fortlaufenden Entwicklung, sondern sprunghaft oder im „Zickzackkurs" erreicht worden ist. Da sagen uns unsere Feinde, das sei der Anfang der Kapitulation. Und hierin liegt der springende Punkt.

Warum mußten wir den Rückzug antreten? Diese Frage muß ausführlicher behandelt werden. Die wichtigste Aufgabe der Organisation der Wirtschaft besteht in der Verteilung der Produktivkräfte und der Arbeitskräfte unter die verschiedenen Zweige der nationalen Wirtschaft, in erster Linie unter die Landwirtschaft und Industrie. Für die sozialistische Verteilung und Organisierung dieser Kräfte sind Methoden nötig, die das siegreiche Proletariat selbst in den entwickeltsten Ländern erst im Laufe von Jahren und vielleicht Jahrzehnten zu entwickeln fähig sein wird. Unsere Surrogate konnten nur für die Zwecke der Kriegsindustrie ausreichen. Warum? Ganz klar. Stellen sie sich die gesamte Situation vor. Unter dem Kapitalismus vollzieht sich die Verteilung der Produktivkräfte entsprechend den Gesetzen des freien Marktes, der Konkurrenz, des Angebots und der Nachfrage. Durch Krisen und Prosperitätsperioden wird immer ein gewisses Gleichgewicht einmal hergestellt, dann wieder gestört. So ging es bis zum Jahre 1914. Dann kam der Krieg. Er bedeutete in ökonomischer Hinsicht eine große Deformation der Wirtschaft, ihre größte Desorganisation. Dann kamen die beiden Revolutionen, die die Wirtschaft im Inventar ihres Produktionsapparates auch schrecklich geschädigt hatten. Wir standen vor diesem Chaos, mit den Nachklängen der kapitalistischen „Harmonie", die wir stets als Anarchie bezeichneten, und die doch eine gewisse „Harmonie" in dem Sinne darstellte, als sie ein gewisses sozial notwendiges Verhältnis zwischen verschiedenen Produktionszweigen hergestellt hatte. Diese Nachklänge also, durch vom Kriege hervorgerufene Deformation verzerrt und durch die Sabotage des technischen Personals kompliziert, hatten wir vor uns, während wir gleichzeitig vor der Frage standen, die Armee zu ernähren und den Arbeitern ein Stück Brot zu verschaffen.

Für diese letzteren Zwecke reichte, wie gesagt, unsere primitive zentralistische Methode aus. Aber es ist absolut ausgeschlossen, daß man für die sozialistische Wirtschaft auf einmal eine aprioristische Statistik aufstellt, das heißt daß man einen großen Strich durch die

18*



kapitalistischen Organisationsmethoden macht und dann auf Grund einer allgemeinen Berechnung der Bedürfnisse, der Arbeitsfähigkeit und der materiellen Elemente der Wirtschaft den Sozialismus zur Welt bringt. Das ist ausgeschlossen. Man bemächtigt sich also der kapitalistischen Methoden und des materiellen Produktionsapparates, der Organisation der Wirtschaft, der Verteilung der Produktion und der Arbeitskräfte, nachdem man sich natürlich vorerst der Macht bemächtigt hat. Man trägt an Hand der Erfahrung immer und immer neue Korrekturen ein, die von zweierlei Gesichtspunkten geleitet sind: von den vorhandenen Materialsmöglichkeiten einerseits und den durch die Revolution geänderten Bedürfnissen andererseits. Durch diese Korrekturen nähert man sich immer mehr dem Zustande, bei dem man wirklich durch einen zentralistischen Plan die Wirtschaft leiten kann, bei dem ein zentralistischer Plan besteht, der auf voraufgegangener Erfahrung und dem akkumulierten Reichtum basiert und elastisch genug ist, um die notwendige Anpassungsfähigkeit an die lokalen und sogar individuellen Bedürfnisse zu entwickeln.

Zwischen der kapitalistischen Anarchie und diesem Zustande liegt also die Entwicklung der im Entstehen begriffenen sozialistischen Wirtschaft mit kapitalistischen Mitteln. Das ist eben unsere Situation. Ich möchte nicht gern den Terminus „Staatskapitalismus" gebrauchen. Auch Lenin hat gesagt, man dürfte diesen Terminus nur mit einer gewissen Einschränkung und Reserve gebrauchen, denn selbstverständlich besteht ein großer Unterschied zwischen dem, was man jetzt bei uns ofter „Staatskapitalismus" nennt, und zwischen dem wirklichen Staatskapitalismus. Die Reformisten meinten immer, der Sozialismus würde auf dem Wege progressiver Nationalisierung zustande kommen. In Frankreich lautete das Programm Jaurès' so: die progressive Sozialisierung der demokratischen Republik. Wir dagegen betonen immer, daß man dadurch im besten Falle nur zum Staatskapitalismus gelange, denn solange das Bürgertum herrsche, würde auch der Staatskapitalismus, das kollektive Instrument des Bürgertums, immer nur der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse dienen.

Nun haben wir aber jetzt in Rußland eine andere Situation. Wir haben eine Situation, in der der Arbeiterstaat sich der Industrie bemächtigt hat und diese Industrie nach den Methoden des kapitalistischen Marktes, der kapitalistischen Kalkulation, leitet. Wir hatten eine Epoche in der russischen Entwicklung — ich glaube, man kann in der Entwicklung anderer Länder und Völker viele Parallelen finden —, in der das russische Bürgertum zur Zeit der Leibeigenschaft Fabriken besaß — man nannte sie damals Possessionsfabriken —, die die Arbeit

der leibeigenen Bauern verwendeten. Das war eine Entwicklung moderner Produktion unter der Form alter Rechtsverhältnisse. Das geschah aber unter der Herrschaft des Zarismus und des Adels. Wir haben jetzt ein großes geschichtliches Experiment vor uns, das von der geschichtlichen Notwendigkeit diktiert ist, bei dem eine neue Klasse eine neue Wirtschaft aufbaut, und dabei die alten Methoden anwendet, die noch nicht zu ersetzen sind, weil keine neuen da sind, denn die neuen können sich nur aus den alten entwickeln.

Wir haben mit dieser Wendung zur neuen Politik bei der Bauernschaft angefangen. Die politischen Ursachen dafür sind auch schon von Lenin genannt und erklärt worden. Das ist aber erst ein Teil der allgemeinen Aufgabe der Einteilung der Produktivkräfte und der Arbeitskräfte im Rahmen einer nationalen Wirtschaft. Da es bei der Bauernschaft am schwierigsten war, wegen ihrer wirtschaftlichen Zersplitterung und kulturellen Rückständigkeit, kamen wir dazu, die neue ökonomische Politik gerade von diesem weiten Gebiete aus zu beginnen.

Ich würde ein Beispiel anführen, das uns beweist, daß die Nep nicht nur ein Zugeständnis an die Bauernschaft, sondern eine notwendige Etappe in der sozialistischen Entwicklung des Proletariats war. Es betrifft die Eisenbahnen. Gerade die Eisenbahnen, der Eisenbahntransport, das Eisenbahnnetz ist dasjenige Unternehmen, das bei uns schon unter dem Kapitalismus zu einem großen Teile nationalisiert und durch die Technik selbst bis zu einem gewissen Grade normalisiert und zentralisiert war. Wir haben also die eine Hälfte vom Staate übernommen, die andere, kleinere Hälfte den Privatgesellschaften abgenommen. Wir sind jetzt im Besitze des ganzen Eisenbahnnetzes. Die wirklich sozialistische Verwaltung hat das natürlich als Ganzes zu betrachten, nicht vom Standpunkte des Eigentums der einen oder der anderen Eisenbahnlinie, sondern vom Standpunkte der Transportinteressen des gesamten Landes. Sie hat die Lokomotiven und Waggons unter die Eisenbahnlinien zu verteilen, wie es die Interessen des wirtschaftlichen Lebens des Landes erfordern. Denn die Lokomotiven haben verschiedene Typen, weil sie zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Gesellschaften in verschiedenen Fabriken hergestellt worden sind; verschiedene Werkstätten remontieren und reparieren gleichzeitig verschiedene Lokomotiven. Es gilt, die Lokomotiven nach Typen zu gliedern, die Eisenbahnen auf verschiedene Werkstätten zu verteilen. Es ist eine Typisierung, d. h. eine technische Vereinheitlichung der Lokomotiven und ihrer Bestandteile zu fordern und rücksichtslos durchzuführen. Die kapitalistische Gesellschaft vergeudet ja ungeheure Arbeitskraft durch die Mannigfaltigkeit, die Buntscheckigkeit der Bestandteile ihres sachlichen Produktionsapparates. Da ist es notwendig,



mit der Typisierung des Transportwesens, des Eisenbahnwesens zu beginnen, weil sie hier am leichtesten ist.

Die Typisierung ist, wie bei uns mit Recht gesagt worden ist, der Sozialismus der Technik. Es ist ebenso wichtig, die Wirtschaft zu typisieren, wie sie zu elektrifizieren. Die Technik wird ohne Typisierung nicht zu höchstem Triumphe gelangen. Nun, wir haben es versucht, sind aber sogleich auf große Hindernisse gestoßen. Die Tatsache, daß die Eisenbahn einer Gesellschaft gehörte, brachte es mit sich, daß jede Eisenbahnlinie, als ganzes genommen, ihre Rechnung mit der ganzen Wirtschaft über den Markt vollzog und ihre Bilanz immer auf dem Tisch hatte. Diese Tatsache war ökonomisch notwendig, aber technisch, wie gesagt, sehr schädlich. Ökonomisch war sie unter den gegebenen Verhältnissen unausbleiblich, denn ob man eine Linie unterhalten oder fallen lassen darf, das hängt ganz davon ab, inwieweit sie ökonomisch notwendig ist. Ob man mit Hilfe dieser Linie etwas befördert —, das kann man entweder durch die Gesetze des Marktes kontrollieren oder durch die allgemeine statistische sozialistische Rechnungslegung der Wirtschaft. Diese letzteren Methoden haben wir noch nicht. Es sind das die feinsten Methoden der sozialistischen Berechnung, die sich erst entwickeln müssen. Man hat also die alten Methoden durch den Krieg und die Revolution verloren. Sie sind beseitigt worden, während neue noch nicht da waren. Man konnte zwar, soviel man wollte, diese Typisierung, diesen technisch-sozialistischen Neubau des Eisenbahnnetzes durchführen, aber man verlor dabei den Kontakt zwischen der einzelnen Eisenbahnlinie und der gesamten Wirtschaft. Wie man die Waggons und die Arbeitskraft zu verteilen hat, kann man einstweilen nur mit Hilfe kapitalistischer Kalkulation feststellen. Dadurch, daß man jede Reise, jede Beförderung von Waren bezahlen läßt und die Bilanz aufstellt, wird man in den Stand gesetzt, jede einzelne Eisenbahnlinie und das gesamte Transportwesen als ganzes abzuschätzen und in späterer Zeit auch zentralistisch zu leiten. Somit mußten wir auch in dieser Beziehung einen Rückzug vornehmen und einzelne Eisenbahnlinien oder auch ganze Gruppen derselben als etwas mehr oder weniger selbständiges bis zu einem gewissen Moment bestehen lassen. Das beweist, daß man mit abstrakten technischen Zielen und Bedürfnissen, die an und für sich vollständig gerechtfertigt sind, mit formal sozialistischen Zielen allein nicht über gewisse wirtschaftliche Etappen in der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus hinwegkommt.

Dasselbe bezieht sich natürlich in noch weit höherem Maße auf industrielle Unternehmungen. Man hat z. B. Maschinenfabriken im Ural, im Süden, im Gouvernement Brjansk usw., und man hat Kohlen,



Rohmaterialien und andere Materialien auf Grund der Einschreibungen in den Büchern des zentralen Apparats in Moskau unter ihnen zu verteilen. Dadurch verlor man vollständig die Fühlung mit der Wirklichkeit, d. h. man wußte nicht, ob die Fabrik gut arbeitet oder schlecht, ob sie die Kohlen gut verwendet oder nicht, denn man hatte eine ziemlich zweifelhafte zentrale Statistik und keine wirtschaftliche, kommerzielle Kalkulation für jedes Unternehmen als solches, das gewissermaßen als Zelle des sozialistischen Organismus, nicht aber als auf eigene Verantwortung wirtschaftendes Unternehmen funktionieren muß und seine Nützlichkeit dem Arbeiterstaate zu beweisen hat. Die Möglichkeit dazu gibt die neue ökonomische Politik, die nichts anderes ist als der langsamere Aufbau der sozialistischen Wirtschaft durch den Arbeiterstaat, mit Hilfe der Methoden der Kalkulation, der Rechnungslegung und Einschätzung der Zweckmäßigkeit des Unternehmens, die durch die kapitalistische Entwicklung geschaffen worden sind. Wir sind auf diese Weise dazu gekommen, den Markt wiederherzustellen.

Der Markt braucht aber ein allgemeines Äquivalent. Dieses Äquivalent sieht bei uns ziemlich miserabel aus. Gen. Lenin hat ja schon ausführlicher darüber gesprochen, daß die Stabilität des Rubels erreicht werden müsse und daß unsere Versuche in dieser Richtung nicht ganz erfolglos geblieben sind. Unsere Industrie klagt jetzt dauernd über Mangel an Betriebskapital, und in diesen Klagen hört man öfters die Töne des kapitalistischen Fetischismus, ohne daß wir den Kapitalismus hätten — den haben wir im wirklichen Sinne keinesfalls, denn wenn wir unseren Zustand auch „Staatskapitalismus" nennen, so geschieht das doch nur, wie gesagt, in sehr konventionellem Sinne und ich vermeide lieber diese Benennung —, aber der Fetischismus ist uns von der alten Zeit her geblieben und steckt noch bei manchen Genossen im Hirn. Diesen Teufel haben wir sofort auf die Beine gebracht.

Man klagt, unser Finanzkommissariat gäbe nicht genügend Geld. Hätten wir für unsere Fabrik nur ein paar miserable Rubel mehr gehabt, so hätten wir weiter produzieren können. Als Ersatz für diese miserablen Rubel hätte man sogleich Leinwand, Schuhe oder andere notwendige Dinge bekommen. Wir leiden also an einer Krise des Betriebskapitals. Was bedeutet das? Da wir die Verteilung der Produktivkräfte durch kapitalistische Methoden jetzt durchführen, nehmen selbstverständlich alle unsere Schwierigkeiten ein Gesicht an, das wir von der kapitalistischen Gesellschaft zu sehen gewohnt sind. Die metallurgischen Betriebe z. B. verfügen über kein genügendes Quantum Betriebskapital. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir vor allem sehr arm sind und zur Belebung der Industrie beginnen müssen, unsere technischen und finanziellen Kräfte dort anzuwenden, wo es



am dringendsten ist. Am dringendsten aber ist es da, wo der Konsum beginnt, — bei den Arbeitern, Bauern und roten Soldaten. Es ist also klar, daß finanzielle Mittel in erster Linie dorthin wandern. Erst wenn die Fertigfabrikatindustrie sich entwickelt, wird die Möglichkeit für eine gesunde Entwicklung der Schwerindustrie entstehen. Die Fertigindustrie arbeitet jetzt für den Markt, das heißt, daß sie in die Arena der Konkurrenz zwischen den verschiedenen staatlichen und privaten Unternehmungen getreten ist, und erst dadurch wird man sich gewöhnen, gut zu arbeiten. Dies Ziel kann man weder durch moralische Erziehung und Predigten noch durch eine zentralistische Wirtschaft ganz erreichen, sondern nur dadurch, daß jeder Verwalter einer Fabrik nicht nur vom Staate, von oben, sondern auch von unten, vom Konsumenten daraufhin kontrolliert wird, ob seine Produkte Absatz finden und bezahlt werden, d. h. gut sind. Das gibt die beste Kontrolle über das Gebaren des Unternehmers und seine Verwaltung. In dem Maße, wie die Fertigfabrikatindustrie uns die Möglichkeit gibt, dem Lande reale Reichtümer zu entnehmen, und dabei Profit abwirft, bekommen wir auch eine Grundlage für die Schwerindustrie.

Also, die Finanzkrisen der Industrie erklären sich aus der ganzen Entwicklung der Ökonomie. Selbstverständlich kann unser Finanzkommissariat nicht sofort ein jedes Unternehmen, das vorgibt, mit Betriebskapital arbeiten zu können, durch Ausgabe von Emissionen unterstützen. Was würde das bedeuten? Erstens natürlich, daß der Markt diese überflüssigen Emissionen ausgegeben hätte, und zwar derart, daß der Sturz des Rubels so katastrophal würde, daß die summarische Kaufkraft aller Emissionen geringer wäre, als die der heutigen Rubelquantität. Und zweitens würde das bedeuten, daß wir aus der Emission einen Faktor der Desorganisation der Wirtschaft machen, denn wenden wir schon kapitalistische Methoden an, so müssen wir sie nur sehr sorgfältig korrigieren und uns nicht barbarisch einmischen, indem wir Emissionen hinausschleudern und ein vollständiges Chaos in die Wirtschaft hineinbringen.

Gewiß kann man mit vollem Recht über die Nep sagen, daß hier eine große Gefahr vorliegt, denn reicht man dem Teufel den Finger, wird man ihm auch die Hand, den Arm und schließlich den ganzen Körper geben müssen. Der Markt, die Konkurrenz, der freie Getreidehandel, — was zieht all das nach sich? Eine Zunahme der Bedeutung des Handelskapitals in erster Linie, eine steigende Akkumulation desselben. Das Handelskapital, einmal vorhanden, dringt auch in das produktive Leben, in die Industrie ein. Es erhält vom Staate Industrieunternehmungen in Pacht. Darauf haben wir die Akkumulation auch in der Industrie und nicht mehr im Handel allein. So sehen wir, wie

der wirkliche Kapitalismus — denn die Spekulanten, die Vermittler, die Pächter sind die wirklichen Kapitalisten, die sich im Arbeiterstaat breit machen — immer und immer stärker wird, sich eines immer größeren Teiles der nationalen Ökonomie bemächtigt und dadurch den Sozialismus, der im Entstehen begriffen ist, zunichte macht und letzten Endes sich auch der Staatsmacht bemächtigt. Denn das wissen wir so gut wie Otto Bauer, daß die Ökonomie die Basis und die Politik der Überbau ist. Indem die neue ökonomische Politik den kapitalistischen Kräften, die immer die verfluchte Tendenz haben, durch die Akkumulation des Kapitals zu wachsen, freien Spielraum läßt, laufen wir dauernd Gefahr — Bauer bezeichnet es jedenfalls immer als einzige rettende Perspektive, um nicht ganz kaputt zu gehen —, vom Kapitalismus ganz überwunden zu werden. Abstrakt, theoretisch gesprochen, war es nicht ausgeschlossen, daß Koltschak und Denikin sich Moskaus bemächtigten. Wir standen im Kampfe. Es war ein militärischer Kampf, und als man uns fragte, ob nicht wirklich die Gefahr bestünde, daß Koltschak nach Moskau käme oder noch früher die Regimenter der Hohenzollern nach Moskau gelangten, antworteten wir: Selbstverständlich ist das eine Möglichkeit, die im Verlaufe des Kampfes durch eine Niederlage unserer Truppen zur Wirklichkeit werden kann. Wir wollen aber den Sieg, nicht die Niederlage. Und wie liegen die Dinge heute? Wir stehen heute ebenfalls in einem Kampf. Die bäuerliche Landwirtschaft ist die Basis. Wenn im Bürgerkriege eigentlich um die Seele des Bauern gerungen wurde; wenn von der Roten Armee einerseits, von den Adligen und Bürgerlichen andererseits darum gekämpft wurde, die Bauern auf ihre Seite zu ziehen, so geht heute der Kampf zwischen dem Arbeiterstaat und dem Kapitalismus in erster Linie nicht um die Seele, sondern um den Markt des Bauern. Im Kampfe muß man immer die Mittel des Feindes und die eigenen Mittel richtig einschätzen. Welches sind unsere Mittel? Unser Hauptmittel ist vor allem die Staatsmacht, ein ausgezeichnetes Mittel im ökonomischen Kampfe. Das beweist die ganze Geschichte des Bürgertums und unsere kurze Geschichte bestätigt das. Weitere Mittel sind: der Besitz der wichtigsten Produktivkräfte, einschließlich der Transportmittel des Landes, der Grund- und Bodenbesitz, der die Möglichkeit gibt, vom Bauern die Naturalsteuer einzutreiben. Dazu kommt die Armee und alles übrige Das sind unsere Aktivposten.

Wenn der sich entwickelnde Kapitalismus, der sogenannte Staatskapitalismus, sich weiter entwickelt, steigert er sich nicht zu einem wahren Kapitalismus, sondern zu einem wirklichen Sozialismus. Je besser der sogenannte Staatskapitalismus gedeiht, desto mehr nähert er sich dem Sozialismus. Das ist keine Gefahr für uns, sondern die



Gefahr besteht in der Entwicklung des wirklichen Privatkapitalismus, der freien Spielraum erhält. Dieser wirkliche Kapitalismus macht unserer Staatswirtschaft und Staatsindustrie Konkurrenz. Und nun frage ich: über welche Mittel verfügt er? Er hat keine Staatsmacht und genießt keine große Sympathie bei der Staatsmacht. Im Gegenteil, die Staatsmacht bemüht sich, ihn im Zaum zu halten, was notwendig ist, damit der junge Bursche sich nicht zu sehr aufbläst, und seine Bäume nicht in den Himel wachsen. Die Schere zum Wegschneiden des Überflüssigen befindet sich immer in der Hand des Arbeiterstaates.

Hierzu gehören in erster Linie die Steuern. Ferner verfügt der Staat auch über die verpachteten Industrieunternehmen. Ich muß hier ein paar Zahlen anführen, da man gerade in diesem Punkt von einer Kapitulation spricht. Lassen wir das Transportwesen außer Betracht (die Zahl der gesamten Transportarbeiter beträgt 956,952), da es vollständig in den Händen des Staates bleibt, und berücksichtigen wir nur die reinen als Trusts geleiteten Industrieunternehmen, so beschäftigen wir gegenwärtig bei der sehr mißlichen Lage unserer Wirtschaft eine Million Arbeiter. In den Fabriken, die wir verpachtet haben, sind dagegen 80 000 Arbeiter beschäftigt. Aber nicht nur das ist das Ausschlaggebende, sondern auch die Höhe der Technik der Unternehmen. Von der Technik gibt Ihnen die Tatsache ein Bild, daß im Durchschnitt die Zahl der Arbeiter in den verpachteten Unternehmen 18 ist, in den Staatsbetrieben dagegen 250.

Also die wichtigsten, technisch am besten eingerichteten Unternehmen sind vollständig im Besitze und Betriebe des Staates. Ich sagte, eine Million Arbeiter sind in den staatlichen Unternehmen beschäftigt, 80 000 Arbeiter in den verpachteten, konzessionierten Unternehmen. Doch selbst diese 80 000 Arbeiter sind nicht alle in Privatunternehmen, da die Hälfte dieser Unternehmen nicht von Privatkapitalisten betrieben werden, sondern von Konsumgenossenschaften oder von einzelnen Kommissariaten, die die Unternehmen vom Staate gepachtet haben und auf eigenes Konto wirtschaften, so daß also in den vom Staate verpachteten rein privatkapitalistischen Unternehmen nicht mehr als ca. 40—45 000 Arbeiter arbeiten, gegenüber der Million Arbeiter in den Staatsunternehmen. Die ganze Geschichte ist ja neueren Datums. Bis nun dieses Privatkapital wirklich das Staatskapital überholt haben wird, haben wir noch reichlich Zeit, alles zu berechnen und, wenn notwendig, zu ändern. Ich glaube aber, wenn die Revolution im Westen in den nächsten Jahren nicht eintritt, wird sich unser Privatkapital längere Zeit entwickeln können, ohne die Stufe des Staatskapitals auch nur im entferntesten zu erreichen.

Auf dem Gebiete des Handels spielt das Privatkapital jetzt schon



eine größere Rolle. Es ist ziemlich schwer, es ziffernmäßig einzuschätzen. Unsere Sachverständigen, die nicht immer das sind, was sie zu sein vorgeben — nicht nur aus Mangel an gutem Willen, sondern auch infolge objektiver Gründe —, meinen, das private Handelskapital bilde jetzt ungefähr 30 % des im Umlaufe befindlichen Handelskapitals, während die übrigen 70 % von den Staatsinstitutionen und den Konsumgenossenschaften, die vom Staate subventioniert und eigentlich vom Staate geleitet sind, bestritten werden.

Diese beiden Prozesse laufen also nebeneinander her und sind auch gleichzeitig einander entgegengesetzt. Trotzalledem unterstützen sie einander in derselben Zeit. Das Privatkapital gruppiert sich um unsere Staatstrusts, macht ihnen Konkurrenz und wird doch auch wieder von ihnen genährt. Andererseits wären unsere staatlichen Unternehmen nicht imstande, zu wirtschaften, wenn sie auf die Lieferungen gewisser kleinerer Privatunternehmen verzichten müßten. Unsere Staatsunternehmen machen jetzt die Periode der *ursprünglichen sozialistischen Akkumulation* durch. Wenn wir keine Kredite bekommen, so werden wir als isolierter Nationalstaat, wenn auch nicht ganz im Sinne von List, unsere Wirtschaft weiter entwickeln müssen, indem wir nicht im kapitalistischen, sondern im sozialistischen Sinne akkumulieren. Auf der anderen Seite vollzieht sich von neuem der Prozeß der ursprünglichen *kapitalistischen* Akkumulation, und welcher dieser beiden Prozesse schneller verlaufen wird, wird die Wirklichkeit lehren. Die größeren Vorteile, die Trümpfe befinden sich in den Händen des Arbeiterstaates. Man kann sie natürlich auch verlieren. Aber die gegebene Situation analysierend, sehen wir alle Vorteile auf unserer Seite, einen jedoch ausgenommen, nämlich: hinter dem Rücken des Privatkapitals, das bei uns jetzt zum zweiten Male die Epoche der ursprünglichen Akkumulation durchmacht, steht das Weltkapital. Wir sind noch immer vom Kapitalismus eingekreist. Daher kann und soll man auch die Frage aufwerfen, ob unser beginnender Sozialismus, der noch mit kapitalistischen Mitteln wirtschaftet, nicht von dem wirklichen Kapital aufgekauft wird.

Nun, zum Aufkaufen gehören immer zwei Parteien, eine, die kauft, und eine, die verkauft. Die Macht ist bei uns in den Händen des Arbeiterstaates. Die wichtigsten Industrien und der Außenhandel sind monopolisiert. Daher hat das Monopol für uns eine prinzipielle Bedeutung. Das ist der Schutz gegen den Kapitalismus, der den beginnenden Sozialismus aufkaufen will. Wie es aber mit den Konzessionen steht, hat Gen. Lenin Ihnen schon gesagt: Große Diskussionen, kleine Konzessionen. (Heiterkeit.) Man hat ja öfters hervorgehoben, der Weltkapitalismus befände sich in einer schrecklichen Krise und man



brauche Sowjetrußland, England brauche den russischen Markt, Deutschland brauche Getreide, usw. Abstrakt genommen, scheint das ganz richtig zu sein, wenn man die Welt pazifistisch, vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes, der ja immer pazifistisch ist (Heiterkeit), betrachtet. Es scheint also, als würde das englische Kapital mit allen Kräften auf Rußland lossteuern, um Rußland ökonomisch zu belegen, während Deutschland nachhinken würde. Das ist aber nicht der Fall. Warum? Weil wir uns in einer kritischen Epoche des gestörten ökonomischen Gleichgewichts befinden und weil das Kapital nicht die Möglichkeit hat, große ökonomische Pläne zu entwerfen und zu verwirklichen. Rußland bedeutet für England gewiß ein großes Reservoir, aber nicht des morgigen Tages. In einem Tage wird der russische Markt die noch immer eine Million zählende Arbeitslosenarmee Englands nicht beseitigen können. Vielleicht würde er das im Verlaufe von drei, fünf oder zehn Jahren erreichen, aber dann muß man auch seine Rechnung für zehn Jahre aufstellen. Und dies ist unmöglich. Alles ist jetzt so unsicher in dieser zerrütteten Welt!

Darum ist die ganze ökonomische Politik der kapitalistischen Regierungen nur von heute auf morgen berechnet. Das bedingt die gesamte Weltsituation. Und weil man sich bewußt ist, daß Rußland für morgen keine Rettung bedeutet, vertagt man immer und immer wieder den Beginn der angekündigten Konzessionen, Kredite usw., usw. Es ist völlig grundlos, zu befürchten, wir könnten von diesen Konzessionen überhäuft und erdrückt werden. Sie sehen ja, daß wir im Zentralorgan unserer Partei jetzt eine Reihe langer Artikel einer sehr großen Konzession — der Konzession an Urquhart — widmen, in denen wir kühl berechnen, vielleicht mit manchem Rechenfehler, was ich zugebe, ob diese Konzession uns nützlich oder schädlich ist. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß das Heft sich in den Händen des Arbeiterstaates befindet. Der Arbeiterstaat erwägt, ob er diese oder jene Konzessionen vergeben will oder nicht.

Mit einem Wort: die Gefahr, daß der wirkliche Kapitalismus, dessen Entwicklung unvermeidlich ist, wenn man ihm den freien Markt gegeben hat, dem Arbeiterstaat über den Kopf wächst, ist viel geringer als die Möglichkeit der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse Europas. Das bedeutet für uns eine Politik des Durchhaltens, bis die Arbeiterklasse Europas und der übrigen Welt sich der Staatsmacht bemächtigt hat.

So ungefähr müßte, glaube ich, die Antwort an die neunmal Weisen der seligen oder wenigstens auf dem Sterbebette sich befindenden 2½ Internationale lauten. Zu unserem vierten Jubiläum hat Otto Bauer unserer Wirtschaft eine Broschüre gewidmet, in der er über die

neue ökonomische Politik in säuberlich logischer Form all das sagt, was unsere Feinde aus dem sozialdemokratischen Lager zu sagen pflegen. Erstens sei natürlich die neue ökonomische Politik eine Kapitulation, aber eine gute Kapitulation. Denn daß das endgültige Ergebnis der russischen Revolution eben nichts anderes sein könne als eine bürgerlich-demokratische Republik, habe er schon im Jahre 1917 vorausgesagt. Doch erinnere ich mich, daß im Jahre 1919 die Prophezeiungen bei diesen Herren, bei Otto Bauer und der 2½ Internationale etwas anders klangen. Denn damals gaben sie den Beginn der sozialrevolutionären Epoche zu. Niemand wird glauben, daß, wenn der Kapitalismus in der gesamten Welt seinem Untergange zustrebt, im revolutionären Rußland, das von der Arbeiterklasse beherrscht wird, seine Blütezeit einsetzen wird.

Also im Jahre 1917, als Otto Bauer noch den jungfräulichen Glauben an die Felsenfestigkeit des Kapitalismus hatte, schrieb er, die russische Revolution könne nur mit dem bürgerlichen Staate ein Ende nehmen. Der sozialistische Opportunist ist in der Politik immer impressionistisch. Von den Wellen der Revolution überschwemmt und überrumpelt, hat er im Jahre 1919 erkannt: das ist der Anfang der sozialrevolutionären Epoche. Da nun jetzt, Gott sei Dank, die Wellen der Revolution nicht so hoch gehen, kehrt er schleunigst zu seiner Prophezeiung vom Jahre 1917 zurück, denn er hat immer zwei Prophezeiungen auf Lager, die er nach Wunsch verwenden kann. (Heiterkeit.) Weiter führt er dann aus: „Es ist eine kapitalistische Wirtschaft, die wir so wiedererstehen sehen, eine kapitalistische Wirtschaft, in Rußland, die von der neuen Bourgeoisie beherrscht wird, die sich auf die Millionen Bauernwirtschaften stützt und der sich die Gesetzgebung und das Verhalten des Staates notgedrungen anpassen müssen." Also schon vor einem Jahre hat er proklamiert, daß die Wirtschaft und der Staat bei uns von der neuen Bourgeoisie beherrscht werden. Es ist weiter selbstverständlich auch die Verpachtung der Unternehmen, von denen ich Ihnen erzählt habe, also ungefähr 40 000 Arbeiter in den schlechteren, kleineren Unternehmen gegenüber der Million Arbeiter in den besten Unternehmen des Staates, ebenfalls eine „Kapitulation der Sowjetmacht vor dem industriellen Kapital". Um dem allen einen guten Rahmen zu geben, erzählt er folgendes: „Nach langem Zögern hat sich die Sowjetregierung jetzt endlich (!!) entschlossen, die zaristischen Auslandsschulden anzuerkennen."

Da manche Genossen natürlich unsere Geschichte nicht immer genau im Gedächtnis haben, muß ich Sie daran erinnern, daß wir durch ein Radio vom 4. Februar 1919 allen kapitalistischen Regierungen folgendes vorgeschlagen hatten:



a) Anerkennung der Schuldenverpflichtungen der früheren Regierungen Rußlands,

b) Verpfändung unserer Rohmaterialien als Sicherstellung für die Zahlung der Anleihen und der Prozente,

c) Verleihung von Konzessionen — nach ihrem Belieben,

d) territoriale Zugeständnisse in Gestalt von militärischen Okkupationen gewisser Distrikte durch Streitkräfte der Entente.

Das alles haben wir durch ein Radio vom 4. Februar 1919 der kapitalistischen Welt vorgeschlagen, und im April desselben Jahres haben wir das noch ausführlicher und genauer dem nichtoffiziellen amerikanischen Bevollmächtigten Bullit wiederholt. Nun, Genossen, wenn man diese Vorschläge mit denjenigen, die unsere Vertreter auch in Genua und im Haag gemacht oder richtiger zurückgewiesen haben, vergleicht, so sieht man, daß wir auf dieser Bahn uns nicht in der Richtung einer Erweiterung der Zugeständnisse, sondern im Gegenteil in der Richtung einer festeren Haltung unserer Ansprüche den anderen gegenüber entwickelt haben.

Freilich, diese Entwicklung führt zur „Demokratie", das ist ganz klar und zwischen Otto Bauer und Martow längst abgemacht. Es bestätigt sich abermals Marx' Lehre — belehrt uns Bauer —, daß der Umwälzung der ökonomischen Basis die Umwälzung des ganzen politischen Überbaues folgen muß. Es ist ganz richtig, daß mit der Veränderung der ökonomischen Basis sich auch der Überbau ändert, aber erstens ändert sich die ökonomische Basis nicht ganz nach dem Diktat von Otto Bauer und auch nicht ganz nach dem Diktat des Herrn Urquhart, der in dieser Frage ein gewichtigeres Wort zu sagen hat. Andererseits, insoweit sich die ökonomische Basis wirklich verändert, geschieht es in solchem Tempo und Umfang, daß wir weit davon entfernt sind, über diesen Prozeß die politische Kontrolle zu verlieren. Das Bürgertum hat auch den Arbeitern manche Reformen gegeben, mancherlei Konzessionen an die Arbeiterklasse gemacht. Das sollte man nicht vergessen; manche Experimente waren von Anfang an ziemlich gewagt, z. B. das des allgemeinen Wahlrechts. Marx hat die gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages in England den Sieg eines neuen Prinzips genannt. Welches Prinzips? Des Prinzips der Arbeiterklasse. Aber zwischen dem partiellen Siege dieses Prinzips der Zukunft bis zur Eroberung der politischen Macht durch die englische Arbeiterklasse liegt eine ganze große geschichtliche Periode. Wir brauchen aber kein so langes Moratorium. Wir müssen und können ruhig sagen, daß wir selbstverständlich, wenn die Konzessionen an die kapitalistischen Methoden einerseits und an die kapitalistische Welt andererseit sich weiter entwickeln, akkumulieren, vertiefen, multiplizieren,

potenzieren, schließlich zu einem Moment kommen können, wo die Basis solche Veränderungen erlitten haben wird, daß der Überbau des Arbeiterstaates notwendigerweise zusammenbrechen muß. Aber das ist ja eben die Dialektik in der Sache, daß erstens der Überbau, einmal geschaffen, selbst wieder ein Faktor der Beeinflussung der Basis wird; und daß diese Basis ihrerseits festesten Halt in diesem Überbau gewinnt; zweitens, daß wir nicht mit der Ewigkeit rechnen, sondern mit einer gewissen geschichtlichen Periode, bis die großen westlichen Reserven, die zur Avantgarde werden müssen, auf die Bühne kommen. Wenn man die geschichtlichen Ereignisse nicht quantitativ, sondern nur qualitativ abmißt — und die Quantität schlägt ja in Qualität um, was Sie als Dialektiker wissen —, wenn man weiter die geschichtliche Entwicklung von dem Faktor Zeit, selbst in der relativen Interpretation Einsteins, befreit, wenn man die Geschichte zeitlos nimmt, in die Ewigkeit hineinspekuliert, dann ist selbstverständlich die neue ökonomische Politik für uns absolut tödlich. Denn wenn sie ewig dauert, wird der Sozialismus nie zu seinem Triumph gelangen. Das ist ungefähr die ganze Weisheit des Herrn Otto Bauer. Nur meint er zum Schlusse noch, daß wir die Veränderung des Überbaues beschleunigen müßten. Er sagt: „Der Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaft kann nicht unter der Diktatur einer kommunistischen Partei erfolgen. Der neue Kurs in der Volkswirtschaft erheischt einen neuen Kurs in der Politik."

Der Mann also, der es in Österreich so weit gebracht hat (Heiterkeit), erklärt uns: Wissen Sie, der Kapitalismus kann doch unter der Diktatur Eurer Partei nicht zum Aufblühen kommen. Nun, eben deshalb behalten wir ja die Diktatur unserer Partei! (Große Heiterkeit. Beifall.)

Es gibt jedoch noch eine wichtige Frage, Genossen, die ich nicht beantwortet habe. Ich meine die Frage der Produktivität, der Arbeitsleistung.

Der Sozialismus ist ein Wirtschaftssystem, der Kapitalismus ein anderes. Die Vorzüge des Sozialismus können nicht durch Vorträge bewiesen werden, sondern nur durch eine erhöhte Arbeitsleistung. Denn ebenso, wie die kapitalistische Wirtschaftsweise vor der feudalen den Vorzug hatte, die menschliche Arbeit leistungsfähiger gemacht zu haben, besitzt auch der Sozialismus den gleichen Vorzug vor dem Kapitalismus. Wir sind nun sehr arm, das ist die entscheidende Tatsache, und wenn man uns von dieser Seite ansieht, können unsere Feinde viel ernstere Argumente ins Feld führen. Die landwirtschaftliche wie die industrielle Produktion sind im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich zurückgegangen. Nun aber macht der Ernteertrag des

letzten Jahres ungefähr ¾ eines durchschnittlichen Ernteertrages vor dem Kriege aus, und die Erzeugnisse der Industrie betragen in diesem Jahre ungefähr ¼ der Industrieerzeugnisse vor dem Kriege. Auf den ersten Blick scheint hierin eine große Gefahr verborgen zu sein. Wir stützen uns auf die Industrie, während die Landwirtschaft den Boden für die Akkumulation des Privatkapitals abgibt. Nun soll man nicht vergessen, daß der Bauer den größten Teil seiner Produktion für sich selbst, für den Selbstbedarf produziert. Wenn er in diesem Jahre ¾ der Ernte der Vorkriegszeit erreicht hat, ist er imstande, bestenfalls nur 100 Millionen Pud auf den Markt zu werfen, nachdem er seine Naturalsteuer (314 Millionen Pud) an den Staat abgeliefert hat. Für das Privatkapital wie für das Handelskapital, das sich in den Händen des Staates befindet, kommt nur dasjenige Quantum der landwirtschaftlichen Produktion in Betracht, das auf den Markt kommt. Und dieses Quantum ist ziemlich klein und wird kaum schneller wachsen als die industrielle Entwicklung.

Jedenfalls haben wir durch Tatsachen noch nicht bewiesen, daß der Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus eine vorteilhaftere Methode der Wirtschaft ist, denn wir sind ärmer, als das Land vor dem Kriege und auch vor der Revolution war. Das ist eine Tatsache. Sie erklärt sich aus einer anderen Tatsache, nämlich daraus, daß die Revolution als System einer wirtschaftlichen Umwälzung ein sehr kostspieliges Unternehmen ist. Das haben alle Revolutionen der Welt bewiesen. Nehmen wir die Große Französische Revolution. In Genua hat der französische Sachverständige, jetzt Justizminister Frankreichs, Collerat, zu dem Genossen Litwinow (oder Tschitscherin) gesagt: „Ihr habt überhaupt kein Recht, in ökonomischen Dingen mitzusprechen, denn vergleichen Sie den Zustand Ihres Landes mit dem unsrigen." Nun ist der Zustand des heutigen Frankreich auf kapitalistischer Basis aus der Großen Französischen Revolution hervorgegangen, und Frankreich, wie es heute vor uns steht, mit seinen Reichtümern, seiner Zivilisation und Korruption, wäre ohne seine Große Französische Revolution undenkbar. Und derselbe Collerat spricht selbstverständlich am 14. Juli von der Großen Französischen Revolution als der Mutter der modernen Demokratie. Ich habe auf seine Rede hin ein paar geschichtliche Werke nachgeschlagen, so die des französischen Historikers Taine und die Geschichte des Sozialismus von Jaurès und habe folgende Tatsachen festgestellt: Erstens, nach dem 9. Thermidor, also nach dem Beginn der konterrevolutionären Aera, setzt die Verarmung Frankreichs erst recht ein. Zehn Jahre nach Beginn der Revolution, d. h. unter dem ersten Konsul Bonaparte, bekam Paris täglich nur 300 bis 500 Sack Mehl, während es als Minimum 1500 Säcke benötigte. Also

Paris, das damals eine Stadt von 500 000 Einwohnern darstellte, bekam im zehnten Jahre der bürgerlichen Revolution lediglich ⅛—¼ seiner notwendigsten Nahrungsmittel.

Ein weiteres Beispiel. In derselben Zeit, im 9. und 10. Jahre der französischen Revolution, ist in 37 von 58 Departements die Bevölkerungszahl zurückgegangen, und zwar durch Hunger, Epidemien usw. Bitte, im 10. Jahre! Wir aber stehen erst am Anfang des 6. Jahres. Das Bild, das wir jetzt darstellen, ist nicht beneidenswert, aber es ist viel günstiger als das Bild, das Frankreich nach zehn Jahren seiner bürgerlich demokratischen Revolution laut statistischen Aufstellungen bot. Jedenfalls sehen wir, daß die Geschichte durch zeitweilige Verwüstungen ihr Ziel verwirklicht, indem sie die Potenzierung der menschlichen Arbeit verfolgt. Das ist nun einmal die disharmonische Manier der Geschichte, für die wir nicht verantwortlich sind. Gerade in den letzten Tagen fiel mir eine Rede in die Hand, die ich ganz besonders den französischen Genossen empfehlen möchte. Es ist die Rede des französischen Chemikers Berthelot, des Sohnes des berühmten Berthelot, der als Delegierter der Academie des Sciences folgendes gesagt hat (ich übersetze aus dem „Temps"):

„In allen Epochen der Geschichte war es auf dem Gebiete der Wissenschaften wie auf dem Gebiete der Politik und der sozialen Erscheinungen immer das grandiose und schreckliche Privilegium der bewaffneten Konflikte, die Geburt neuer Zeiten durch Blut und Eisen zu beschleunigen."

Natürlich meint er in erster Linie die Kriege, und er hat auch recht, daß die Kriege, insbesondere die Kriege, die ein neues geschichtliches Prinzip verteidigen, eine große Stoßkraft ausgeübt haben. Aber er spricht im allgemeinen von bewaffneten Konflikten. Diejenigen revolutionären Konflikte, die Verwüstungen bedeuten, bedeuten zu gleicher Zeit auch die Geburt neuer Epochen. Somit kann man feststellen, daß die Ausgaben, die Unkosten der Revolution keine „faux frais", keine unnützen Ausgaben sind, und wir fordern von unseren Freunden — und sie werden uns das gewähren — noch eine Frist von 5 Jahren, um im zehnten Jahre der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur durch Spekulationen, sondern durch materielle Tatsachen die Kraft des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zu beweisen.

Wenn die kapitalistische Welt aber noch mehrere Jahrzehnte existiert, nun ja, — dann würde dies für das sozialistische Rußland das Todesurteil bedeuten. Wir haben jedoch in dieser Beziehung kein Bedürfnis, die Ansichten, Feststellungen und Thesen, die wir auf dem 3. Kommunistischen Kongreß formuliert haben, zu bezweifeln oder

zu ändern. Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Curzon, hat in einer Rede, die er am 9. November, genau am Geburtstage der deutschen Republik, gehalten hat, die Weltlage vortrefflich charakterisiert. Ich weiß nicht, ob die Genossen das gelesen haben. Ich will deshalb ein paar Sätze dieser Rede vorlesen. Er sagte am 9. dieses Monats:

„Alle Mächte gehen aus dem Kriege mit geschwächten und gebrochenen Kräften hervor. Wir tragen eine schwere Steuerlast, unter der die Industrie des Landes leidet. Wir haben eine Menge Arbeitsloser in allen Arbeitszweigen. Was die Lage Frankreichs anbelangt, so ist dieses Land mit einer ungeheuren Verschuldung belastet und ist nicht imstande, die Reparationen zu erhalten. Deutschland befindet sich im Zustande politischer Labilität und sein wirtschaftliches Leben ist durch eine furchtbare Währungskrise gelähmt. Rußland bleibt immer noch außerhalb der Familie der europäischen Völker. Es steht noch immer unter dem Banner des Kommunismus (es ist also nicht ganz mit Otto Bauer einverstanden) (Heiterkeit) und führt seine kommunistische Propaganda in allen Weltteilen fort. (Was gar nicht wahr ist!) (Heiterkeit.)

Italien ist durch eine Reihe innerer Erschütterungen und Regierungskrisen durchgegangen. (Bei weitem noch nicht durchgegangen, sondern geht erst durch.) (Heiterkeit.)

Der Nahe Osten befindet sich im Zustande eines völligen Chaos. Eine solche Lage ist schrecklich."

Eine bessere Propaganda im Weltmaßstabe können auch die russischen Kommunisten nicht machen. „Eine solche Lage ist schrecklich", konstatiert zum fünften Jubiläum der Sowjetrepublik der berufenste Vertreter des stärksten Reiches Europas. Und er hat recht. Nur muß man die schreckliche Lage ändern.

Ich habe einmal auf die Frage eines italienischen Korrespondenten, wie wir jetzt die Weltlage einschätzen, in ziemlich banaler Form geantwortet: „Der Kapitalismus ist schon unfähig zu herrschen — was Herr Curzon ja eben vollständig bestätigt hat —, die Arbeiterklasse ist noch nicht fähig dazu. Das ist das Merkmal unserer Epoche." Und vor drei oder vier Tagen bekomme ich aus Berlin von einem Freunde einen Ausschnitt aus einer der letzten Nummern der „Freiheit", worin es heißt: „Kautskys Sieg über Trotzki" (Heiterkeit) und in dem steht, die „Rote Fahne" habe keinen Mut, sich gegen meine Kapitulation vor Kautsky zu wenden, — obwohl die „Rote Fahne" immer den Mut hatte, sich gegen mich zu wenden, auch wenn ich manchmal recht hatte. Doch das gehört zum dritten Kongreß und nicht zum vierten. (Beifall und Heiterkeit.) Ich hatte also gesagt: „Der Ka-

pitalismus ist wohl unfähig, die Arbeiterklasse ist noch nicht fähig das ist das Merkmal unserer Epoche." Dazu bemerkte nun die selige „Freiheit": „Was Trotzki hier als seine Ansicht erklärt, war bisher Kautskys Meinung." Also ein Plagiat! Ja, wissen Sie, das Interviewgeben ist kein angenehmer Beruf und es geschieht niemals aus freiem Willen, sondern immer auf Befehl unseres Freundes Tschitscherin. Bei uns bleibt doch manches zentralisiert und die Erteilung eines Interviews erfolgt aus dem Kommissariat des Auswärtigen heraus. (Heiterkeit.) Wenn man sich einem Interview unterwerfen muß, so sagt man natürlich immer die plattesten Dinge, die man gerade auf Lager hat. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich habe nicht daran gedacht, daß diese Feststellung, daß der Kapitalismus schon unfähig, der Sozialismus dagegen noch nicht fähig sei, die Macht auszunützen, eine Erfindung von mir sei. Jetzt findet man dazu als geistigen Vater den Kautsky. Ich habe mir ganz ehrlich Mühe gegeben, zu verstehen, worin meine Kapitulation besteht. Die Tatsache, daß das Proletariat dazu noch nicht fähig ist, besteht eben darin, daß bei der Arbeiterklasse noch sehr starke Traditionen und Einflüsse des Kautskyanismus vorhanden sind. (Heiterkeit.) Darin liegt gerade seine Unreife, die Macht zu ergreifen, und diesen Gedanken habe ich, ohne Kautsky zu nennen, denn jedermann weiß, was damit gemeint ist, dem italienischen Korrespondenten gegenüber geäußert.

Der Kapitalismus befindet sich in einer geschichtlichen Krise. Die Arbeiterklasse ist heute noch nicht fähig, dieser Krise durch Ergreifung der politischen Macht ein Ende zu machen.

Wir haben uns auf dem dritten Weltkongreß — daß muß hier erwähnt werden — bemüht, in unseren Reden sowohl, als auch in unseren Thesen mit aller Schärfe den Unterschied zwischen der geschichtlichen Krise des Kapitalismus und einer Konjunkturkrise festzulegen. Sie erinnern sich auch der Diskussionen, die aus diesem Grunde damals stattgefunden haben, teils in der Kommission, teils im Plenum. Nun diktiert uns ein eminent praktisches Interesse, diese Thesen gerade in diesem Punkte zu bestätigen, denn manche Genossen haben sich damals, von der Voraussetzung der geschichtlichen Krise ausgehend, die Sache so vorgestellt, als ob die Krise, sich automatisch verschärfend, ökonomisch das Proletariat revolutioniere, indem es in gerader Linie seine Angriffsmethoden verschärfe und es bis zum Aufstand treibe. Wir haben betont, daß im Rahmen der geschichtlichen Krise des Kapitalismus die Wellen der Zyklen, des Konjunkturwechsels unvermeidlich seien, und daß der akuten Konjunkturkrise, die im Jahre 1920 begann, unvermeidlich in der gesamten kapitalistischen Welt eine gewisse Besserung, d. h. zunächst eine Einstellung der Verschlechterung,

19*

später aber auch eine größere oder geringere Besserung folgen müsse. Mancher Genosse meinte nun damals, das sei ein Hinneigen zum Opportunismus in der Absicht, ein Mittel zu finden, die Revolution überhaupt zu vertagen.

Stellen wir uns einmal vor, wie wir heute daständen, wenn wir diese mechanische Theorie einer sich dauernd verschärfenden Krise akzeptiert hätten, und uns heute der Tatsache gegenübergestellt sähen, daß in den wichtigsten Ländern des Kapitalismus die Krise einer Besserung oder einer Stagnation, die nach der Krise schon eine Besserung bedeutet, Platz gemacht hat. In den Vereinigten Staaten, dem mächtigsten Lande, haben wir eine Prosperität. Wie lange sie dauern wird, und ob sie tiefe Wurzeln, die eine längere weitere Entwicklung garantieren, besitzt, ist eine Frage für sich. Der Zustand Europas ist gegeben. Ebenso die Zersetzung der ganzen Welt. Diese Tatsachen bestehen und sie bestimmen die große geschichtliche Krise. Aber auch die Konjunkturbesserung besteht. Wir müßten heute unsere Auffassung über den revolutionären Charakter unserer Epoche ändern, revidieren, einer neuen theoretischen Prüfung unterwerfen, wären wir damals jenen Genossen gefolgt, die von uns forderten, daß wir das Prinzip anerkennen, wonach die Krise immer und unter allen Umständen ein revolutionärerer Faktor sei als die Prosperität, und anerkennen, daß wir keinen Grund hätten, die Möglichkeit einer Verbesserung der ökonomischen Situation unseren Thesen einzuverleiben.

Dies wäre ein großer Fehler gewesen! Nein, wir hatten vollständig recht, und jetzt stehen wir bewaffnet vor unseren Gegnern der 2. und 2½ Internationale. Nicht deshalb haben wir diese Epoche als revolutionär aufgefaßt, weil 1920 eine akute Konjunkturkrise die Scheinprosperität des Jahres 1919 abgelöst hat, sondern wegen unserer Einschätzung der gesamten Weltsituation und ihrer Zusammenhänge. Ich meine, das ist eine Lehre, die manchem Genossen nützlich sein wird, so daß wir das größte Interesse haben, unsere Thesen vom dritten Kongreß zu bestätigen.

Auch soweit wir damals in unseren Thesen und Reden den Anfang einer neuen Etappe proklamierten, und soweit manche Genossen uns beschuldigten, daß wir sie etwas zu weit ausdehnten, daß wir das Visier zu weit nähmen, glaube ich, waren wir in unseren Thesen im Recht. Ich erinnere mich, wie Gen. Lenin in einer seiner Reden auf dem dritten Kongreß oder vielleicht in einer Kommission des Kongresses gesagt hat: „Genossen, ja, selbstverständlich haben wir das größte Interesse daran, das Tempo der Revolution zu beschleunigen, aber wenn die Revolution in einem Jahre noch nicht kommt, auch nicht in zwei Jahren, so werden wir in Rußland doch durch-

halten und warten. Wir drängen Sie keinesfalls zu voreiligen Taten." Manche Genossen sahen sich an und dachten: Zwei Jahre! Das erschien manchem Genossen als etwas Schreckliches. Nun sind schon fünfviertel Jahre verflossen. Wir sind der Revolution näher gekommen, aber noch nicht ganz nah. Rußland ist jetzt viel eher und mit größter Sicherheit imstande zu sagen: Wenn die Weltrevolution noch ein oder zwei Jahre braucht, so wird sie Sowjetrußland noch viel fester vorfinden als heute.

Diese Perspektive ist der Tatsache entwachsen, daß wir im Jahre 1919 im internationalen Maßstabe die Bourgeoisie nicht niedergeworfen haben. Aus dieser Situation heraus entstand unser Kampf um die Eroberung der großen Massen des Proletariats, und die Entwicklung unserer Organisation und unserer Methoden. Wir waren gezwungen, Teilforderungen der Arbeiterklasse auf unsere Fahne zu schreiben, der Arbeiterklasse auch darin voranzugehen. Worin besteht der Unterschied zwischen uns und der alten Sozialdemokratie, wenn auch wir für partielle Forderungen eintreten? Er besteht zunächst in der Einschätzung des Charakters der Epoche. Das ist das Wichtigste. Das Bürgertum, als herrschende Klasse vor dem Kriege, war imstande, Konzessionen zu machen. Das 19. Jahrhundert als ganzes kann als eine Epoche betrachtet werden, in der das Bürgertum der Arbeiterklasse und speziellen Schichten der Arbeiterklasse Konzessionen machte. Es waren Konzessionen, die stets nach der Bilanz des Bürgertums berechnet waren, auf daß seine Macht, seine Herrschaft nicht erschüttert würde. Die neue Epoche — das kann man heute mit Bestimmtheit sagen — hat nicht erst nach dem Kriege, sondern schon im Jahre 1913—1914 begonnen. Die Krise des Jahres 1913 war nicht nur eine Konjunkturkrise nach einer Prosperitätsphase, sondern der Beginn einer neuen Epoche des Kapitalismus, dessen Rahmen den Produktivkräften zu eng geworden war. Das Bürgertum wurde der Möglichkeit beraubt, weitere Konzessionen zu machen. Der Krieg hat diese Lage noch verschärft. Doch das gibt uns keinesfalls das Recht, unsere Aufgabe automatisch oder fatalistisch aufzufassen, denn auch in der neuen revolutionären Epoche kann sehr wohl die eine oder andere Partei in Versumpfung geraten, und als den Weg zur Versumpfung kann man sich auch den Kampf um Teilforderungen vorstellen.

Auf dem dritten Kongreß hat die überwiegende Mehrheit desselben diejenigen Elemente der Internationale zur Ordnung gerufen, von deren Seite die Gefahr drohte, daß die Avantgarde durch übereiltes Vordrängen an der Passivität oder Unreife der großen Masse der Arbeiterklasse und an der noch bestehenden Festigkeit des kapitalistischen Staates zerschelle. Darin lag die größte Gefahr, und die

Mahnung des dritten Kongresses bestand darin, die Aufmerksamkeit auf diese Gefahr zu lenken. Soweit hierin ein Rückzug vorlag, ging dieser Rückzug mit dem wirtschaftlichen Rückzug Rußlands parallel. Der eine oder andere Genosse konnte das in dem Sinne auffassen, daß die ganze Richtung der Internationale gegen die Linksgefahr eingestellt sei.

Selbstverständlich ist das ganz verkehrt. Was damals in der konventionellen Sprache die „linke Gefahr" genannt wurde, ist lediglich eine Gefahr der Fehler, die wir selber machen können. Was die Gefahr von rechts dagegen ist und bleibt, ist die Versumpfung der kommunistischen Parteien durch den Einfluß der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, der sich aus der gegebenen Charakteristik der Vorbereitungsepoche ergibt; denn im Jahre 1919, als mächtige Wogen der Unzufriedenheit alle Länder überschwemmten und die ganze Politik den Abglanz dieser revolutionären Bewegung darstellte, da war das Bürgertum auch politisch desorientiert. Heute, in relativ ruhigeren Zeiten, da man auch partieller Forderungen wegen um die Seele der Arbeiter ringen muß, entsteht eine Lage, in der die kapitalistische Welt wieder über größere Möglichkeiten, ihre Agentur im Rahmen unserer revolutionären Weltpartei einzurichten, verfügt. Wir haben daher nicht nur das Recht, uns auf den revolutionären Charakter der Epoche zu berufen, sondern die Pflicht, den Ablauf dieser Epoche zu beschleunigen. Das geschieht durch eine sorgfältige Sanierung der Internationale, damit im Moment des Großkampfes die Internationale vollständig gerüstet und kampfbereit dastehe. Denn die Schwierigkeiten, die die westeuropäischen Parteien zu überwinden haben, sind unvergleichlich größer als diejenigen, die wir in der Revolution zu überwinden hatten. Die pazifistischen und reformistischen Illusionen sind z. B. bei weitem noch nicht verflogen. In Frankreich ist eine Blüteperiode des Pazifismus und Reformismus unvermeidlich, wenn nicht die Revolution infolge einer nicht vorauszusehenden neuen Konstellation früher eintritt. Nach den Illusionen des Krieges und Siegesrausches werden in Frankreich die kleinbürgerlichen Illusionen des Pazifismus und Reformismus in Gestalt eines Blocks der Linken zur Macht gelangen. In dieser Epoche kann eine starke Woge dieser Illusionen auch die Arbeiterklasse erfassen. Unsere französische Partei hat das eminenteste Interesse daran, ihre Reihen rechtzeitig von denjenigen zu befreien, die als Vermittler pazifistischer und reformistischer Illusionen in unseren Reihen dienen können.

Für England gilt dasselbe. Ich weiß nicht, welches das Resultat der jetzt stattfindenden Wahlen sein wird. Wenn aber die Konservativen mit den Nationalliberalen wieder ans Ruder kommen, wird

diese Herrlichkeit nicht allzu lange dauern. Die Ablösung der konservativen Richtung durch eine pazifistisch-demokratische ist in England unvermeidlich. Nun stellen Sie sich einmal das Bild vor: In Frankreich — „le bloc des gauches", also eine demokratisch-pazifistische Regierung, und in England eine Arbeiterregierung im Bunde mit den unabhängigen Liberalen! Was wird da in Deutschland entstehen! In Deutschland erhalten die Lungen der Sozialdemokraten frische Luft. Wir werden eine Neuauflage des Wilsonismus auf einer breiteren Basis erhalten. Wir sind absolut nicht gegen eine neue, in ihrer Art großartige Verdummungs- und Betäubungsperiode der Arbeiterklasse durch pazifistisch-reformistische Tendenzen gesichert. Da die Epoche revolutionär ist, die Widersprüche unlösbar und die Gegensätze innerhalb des Kapitalismus selbst außerordentliche sind, kann diese Epoche nur dem letzten Aufflackern einer abbrennenden Kerze gleichen. Dadurch kann freilich, wenn nicht vorher die Revolution ausbricht — was noch keineswegs sicher ist —, im Laufe einer solchen pazifistischen Hochflut, nach deren Abebben die französische und englische Arbeiterklasse die Notwendigkeit einsehen, sich nach derjenigen Partei umzuschauen, die sie noch nicht betrogen hat, selbstverständlich die größte psychologische Krise entstehen. Es muß eine Partei da sein, die die Arbeiterklasse der Welt in dieser Periode wahrscheinlicher, ja, wohl unausbleiblicher pazifistischer Lügen nicht betrügt, eine Partei der Wahrheit, der schroffen, brutalen Wahrheit. Diese Partei muß die Kommunistische Partei sein.

Deshalb sind wir heute mehr denn je verpflichtet, unsere Reihen streng zu überprüfen und sie dauernd zu kontrollieren. Ein französischer Genosse — es war Gen. Frossard — hat einmal gesagt: „Le parti c'est la grande amitié" (Die Partei ist die große Freundschaft.) Das wurde später oft wiederholt. Es ist eine sehr hübsche Formel, die ich in beschränktem Sinne bereit bin, auf mein Konto zu setzen. Nur darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Partei erst durch tiefgehende Auslese zu einer großen Freundschaft heranwächst. Diese Auslese muß aber sorgfältig und, wenn nötig, schonungslos sein. Mit anderen Worten: Die Partei muß erst als die große Auslese dastehen, bevor sie zur großen Freundschaft wird! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Schluß der Sitzung 8.25 abends.

ELFTE SITZUNG

MITTWOCH, DEN 15. NOVEMBER 1922.

Die Offensive des Kapitals.

Redner: Radek.

Eröffnung: 12.30 mittags.

Vorsitz: Kolarow.

VORSITZENDER: Vier Berichterstatter haben über die russische Revolution referiert. Ich glaube, keine einzige Delegation wird einen anderen Standpunkt vertreten. Wenn es sich nur darum handelt, eine Solidaritätserklärung abzugeben, so hat der Kongreß schon mehrmals Gelegenheit gehabt, prächtige Kundgebungen seiner Solidarität mit dem russischen Proletariat zu veranstalten. Darum hat das Präsidium beschlossen, nur jenen Delegationen das Wort zu erteilen, die einen anderen Standpunkt verteidigen wollen, als denjenigen der Berichterstatter. Wünscht jemand das Wort? Da es nicht der Fall ist, so gehen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Die Offensive des Kapitals" über. Als Berichterstatter hat das Wort Gen. Radek.

RADEK: Genossen und Genossinnen! Den Gegenstand aller unserer taktischen Debatten, die wir hier geführt haben und die wir noch führen werden, bildet eigentlich die einzige Frage: die Weltoffensive des Kapitals gegen das Proletariat und die Verteidigungsmaßregeln des Proletariats. Ob wir über die Frage der Kampffähigkeit der französischen Kommunistischen Partei, ob wir über die Frage der Einheitsfront, der Arbeiterregierung diskutieren, — immer bleibt die sachliche Frage, die dieser taktischen Frage zugrunde liegt, einzig und allein die *Offensive des Kapitals.*

Die Frage der Offensive des Kapitals wird in unseren Kreisen zu eng gefaßt, indem man die Offensive des Kapitals in erster Linie als eine Frage der Drückung des Lohnes und der Verlängerung der Arbeitszeit auffaßt. Andererseits drängen die Sozialdemokraten die ganze Geschichte der Weltrevolution in zwei Phasen, die mechanisch voneinander getrennt sind: in die Phase der Offensive des Proletariats

und die Phase der Gegenoffensive des Kapitals; diese zweite Phase betrachten sie als für absehbare Zeit endgültig, als den Sieg der Konterrevolution. Ich glaube daher, daß wir am besten die Lage und die Haltung, die die Kommunistische Internationale einnehmen muß, verstehen werden, wenn wir in kurzen Zügen die Entwicklung der Weltrevolution in ihren konkreten Formen vor unseren Augen vorbeiziehen lassen. Auf die Gefahr hin, nur in Stichworten die wichtigsten Tatsachen Euch in Erinnerung zu bringen, will ich mich zunächst dieser Aufgabe unterziehen.

I. *Die Offensive des Proletariats.* Die russische Revolution, die auf der vorigen Tagesordnung stand, und über die wir ausführlich gesprochen haben, wurde von dem Proletariat als ein Ereignis von internationaler Bedeutung empfunden. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Weltbourgeoisie in noch viel höherem Maße als das Weltproletariat begriffen hat, daß die russische Revolution der erste Akt der internationalen Offensive des Proletariats ist. Es genügt, die geheimen Memoranden zu lesen, die im Jahre 1917 und Anfang des Jahres 1918 von den Führern der Zentralmächte an ihre Regierungen gerichtet wurden. Ich verweise hier auf das Memorandum des Grafen *Czernin*, um zu zeigen, wie sofort nach der Märzrevolution, vor dem Oktobersiege die Führer der Mittelmächte außerordentlich gut verstanden haben, daß nach der Periode des Krieges, in der dank dem Bankrott der Sozialdemokratie verschiedene Cliquen der Bourgeoisie miteinander auf dem Rücken der passiven Volksmassen kämpfen durften, mit der russischen Märzrevolution die Bresche in die Front des Kapitals geschlagen wurde und ein neuer historischer Faktor auf der Weltbühne erschien. In seinen Erinnerungen schildert *Ludendorff*, wie ihn die militärische Lage Deutschlands zwang, die Bolschewiki nach Rußland durchzulassen, obwohl er die Gefahr erkannt hatte, und wie er später sich desto mehr verpflichtet sah, die russische Revolution zu unterdrücken. Es war das Verhängnis des Weltkapitals, daß seine inneren Kämpfe der russischen Revolution die Atempause gegeben haben, in der sie sich organisieren konnte.

Genossen! Nach der Niederlage Deutschlands setzt die zweite Welle der proletarischen Revolution ein. Der Zusammenbruch in Deutschland und Österreich, der die Krone der Habsburger und Hohenzollern auf die Straße, in den Kot wirft, schafft die Situation, wo ein innerlich ausgepumptes, durch den Krieg und die sozialdemokratische Politik zermürbtes Proletariat genötigt ist, sich zu bücken und die Macht in seine Hände zu nehmen, weil kein anderer Faktor da ist, der versuchen könnte, sie zu ergreifen. Es wird sehr viel gespottet über die Illusionen, die die Kommunistische Internationale bei ihrem

Entstehen über die Weltlage hatte. Es wird seitens der früheren Zentralisten und jetzigen Mitglieder der 2. Internationale erzählt, wie optimistisch, kurzsichtig wir waren, als die Kommunistische Internationale gegründet wurde und ihre Politik auf den Sieg der Weltrevolution einstellte. Ich erlaube mir, Ihnen ein Dokument vorzulesen, das geschrieben wurde fast in derselben Zeit, als der 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammentrat, und zwar von *Lloyd George* geschrieben wurde. Dieses Dokument wurde von Loyd George und den Seinen geheim gehalten, bis es in diesem Jahre von dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti in seinem Buche „Das friedlose Europa" abgedruckt wurde. Lloyd George sagt in diesem geheimen Memorandum, das er an die Führer der Versailler Konferenz richtete, folgendes:

„Heute ist die Lage eine ganz andere. *Die Revolution steckt noch in ihren Kinderschuhen;* in Rußland herrscht noch der schlimmste Terror. *Europa ist erfüllt von revolutionären Gedanken.* Ein tiefes Gefühl, nicht von Mißachtung, sondern von *Wut und Auflehnung,* lebt in der Brust der Arbeiterklasse gegen die Lebensbedingungen vor dem Kriege. Alle heutigen Einrichtungen auf politischem, sozialem, ökonomischem Gebiete werden von der Bevölkerung in ganz Europa mißtrauisch von der Seite angesehen. In einigen Ländern, wie in Deutschland und in Rußland, drängt diese Unruhe zu offener Empörung; in anderen Ländern, in Frankreich, England, Italien, macht sie sich in Streiks, in einer gewissen Unlust zur Arbeit bemerkbar. Alles Zeichen dafür, daß man sich ebenso sehr nach einer sozialen und politischen Änderung wie nach einer Erhöhung der Löhne sehnt."

Unter dem Drucke der proletarischen Offensive hält er die Lebensbedingungen von 1914 für menschlich unwürdig. Wir wissen, wie er dann seine Meinung geändert hat:

„Ein guter Teil dieser Unruhe ist freudig zu begrüßen; wir kommen niemals zu einem Dauerfrieden, wenn wir uns das Ziel stecken, dieselben Lebensbedingungen wie 1914 zu schaffen. Damit laufen wir nur Gefahr, die Masse der Bevölkerung in Europa den Radikalen in die Arme zu treiben, deren Grundidee zur Wiedergeburt der Menschheit darin besteht, daß sie das heute bestehende soziale Gebäude vollständig niederreißen wollen. In Rußland haben diese Leute den Sieg davongetragen. Aber der Preis dieses Sieges war fürchterlich. Hunderttausende von Einwohnern sind nicht mehr am Leben. Eisenbahnen, Städte, das ganze russische Staatsgebäude ist fast völlig zerstört; jedoch in mancher Beziehung ist es ihnen gelungen, die Masse des russischen Volkes in Zucht zu halten, und, was noch bezeichnender ist, es ist ihnen gelungen, *ein großes Heer zu organisieren, das anscheinend gut*

geführt und in strenger Disziplin gehalten wird und zum größten Teile bereit ist, sein Leben für seine Ideale zu opfern.

Lassen wir noch ein Jahr verstreichen und Rußland, *von neuer Begeisterung beseelt*, wird sein Friedensbedürfnis vergessen haben, weil *ihm das einzige Heer zur Verfügung steht, das Vertrauen zu den Idealen hat, für die es kämpfen soll.*"

Und nach dieser Charakteristik, die wert ist, daß sie von uns den weitesten Volksmassen bekanntgemacht wird, schildert Lloyd George die aktuelle Gefahr, in der sich damals der Kapitalismus befand. Diese Schilderung kann als Anklageakt gegen die sozialdemokratischen Parteien, in erster Linie Deutschlands, dienen.

Er sagt:

„Die größte Gefahr, die ich in der jetzigen Lage erblicken kann, liegt darin, daß Deutschland imstande sein könnte, sein Schicksal in die Hand der Bolschewisten zu legen, seine Reichtümer, seinen Geist, seine großartige Organisationskraft diesen revolutionären Fanatikern zur Verfügung zu stellen, die von einer Eroberung der Welt durch den Bolschewismus träumen, und zwar mittels Waffengewalt. Diese Gefahr ist kein leeres Phantom. Die jetzige deutsche Regierung ist schwach; sie genießt keine Achtung; ihre Autorität ist gering; dennoch hält sie sich; ihr Gehen hieße, den Spartakismus rufen, für den Deutschland noch nicht reif ist. Aber das Argument, das die Spartakisten ständig anzubringen wissen und das nie seine Wirkung verfehlt, ist, daß sie allein imstande wären, Deutschland von den unerträglichen Bedingungen zu befreien, in die es der Krieg gestürzt hat."

Und dann sagte er weiter:

„Wenn sich Deutschland dem Spartakismus ergibt, ist es unvermeidlich, daß es sein Schicksal mit den russischen Bolschewisten eng verknüpft. Wenn dies geschähe, würde *ganz Osteuropa in den Strudel der bolschewistischen Revolution hineingerissen*, und im Ablauf eines Jahres fänden wir uns *fast 300 Millionen Menschen gegenübergestellt, die von deutschen Generalen, von deutschen Instruktoren zu einer Roten Riesenarmee geschult* wären, ausgerüstet mit deutschen Maschinengewehren, jeden Augenblick bereit, den Angriff auf Westeuropa zu erneuern."

Genossen! Wir können Lloyd George die deutschen Militärinstrukteure schenken, aber dieses Bild, das dem klügsten Führer der europäischen Bourgeoisie damals vorschwebte, ist kein Bild, das nur Clemenceau und die anderen schrecken sollte. Es ist eine Photographie der Lage, in der sich die Welt in dieser zweiten Phase der proletarischen Revolution beim Beginn der deutschen Revolution befand. Das Welt-



kapital parierte diese Lage durch die Verbindung einer *defensiven Haltung im Westen* mit der *ersten kapitalistischen Offensive im Osten.*

Wenn Sie jetzt die Statistik der Streiks im Jahre 1919 zur Hand nehmen — ich will Sie durch die Aufzählung diese Ziffern nicht sehr ermüden —, so sehen Sie vor sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, in Amerika eine Angriffswelle des Proletariats. Die englischen Arbeiter haben im Jahre 1919 eine Lohnerhöhung erzielt, die größer war als die Lohnerhöhung, die sie während des ganzen Krieges erzielt hatten, wo ihre Arbeit zur Rettung des Ententekapitalismus doch absolut notwendig war. Während sie für die ganze Periode des Krieges nicht mehr als 7 Schilling Lohnerhöhung pro Woche und Kopf erzielt hatten, haben sie im Jahre 1919 allein eine Lohnerhöhung von 1 Pfund Sterling erkämpft. Sie haben die Arbeitszeit für ca. 7 Millionen Menschen um 3—4 Stunden gekürzt. Im Jahre 1919 begannen 60—80 % der englischen Arbeiter 8 Stunden oder sogar weniger zu arbeiten. Auf die Forderung der Nationalisierung der Bergwerke antwortete die englische Regierung mit der Einsetzung der Kommission Sankey, die prinzipiell die Forderungen der Bergarbeiter akzeptierte. In ganz Amerika flutet nicht nur eine Welle der Streiks nach der anderen, sondern zur Bezeichnung der Lage ist es sehr charakteristisch, daß in diesem Lande des Individualismus die Eisenbahner ernsthaft den Plan der Nationalisierung der Eisenbahnen besprechen können.

In Deutschland hat die Bourgeoisie Milliarden ausgegeben, um die Lebensmittelpreise usw. zu drücken und so die Unzufriedenheit der Arbeitermasse zu mildern. „Der Sozialismus marschiert" — schrien die Sozialdemokraten und die Regierung, und eine „Sozialisierungskommission" arbeitete, um den Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiterklasse auf friedlichem Wege ihre Ziele verwirklichen könne.

Auf der ganzen Westlinie, in den Ländern des industriellen Kapitals, hat sich die Bourgeoisie der Arbeiterklasse gegenüber rein defensiv verhalten, um nicht durch großen Widerstand die Arbeiterklasse in Westeuropa und in Amerika in die Umarmungen des Kommunismus zu treiben.

Gleichzeitig ging die Bourgeoisie zu ihrer ersten Offensive über, zu der Offensive gegen Sowjetrußland, die wir als die ententistische Intervention in Sowjetrußland kennen. Genossen! So bestand dieser erste große Waffengang des Weltproletariats mit dem Weltkapital darin, daß das russische Proletariat nicht nur die erste Bresche in das System des Weltkapitalismus geschlagen hat, sondern daß es allein in dieser Bresche um ihre Erhaltung kämpfte, während das westeuropäische Proletariat sich mit der Verbesserung seiner Lage begnügte. Als einziger Teil des mitteleuropäischen Proletariats gingen die



ungarischen Arbeiter zu einer Entlastungsoffensive über, die die Lage Sowjetrußlands erleichtern und das ungarische Proletariat selbst befreien sollte. Sie wurden bei diesem Ausfall aufs Haupt geschlagen. Die Sowjetrepublik Ungarn wurde vernichtet.

Genossen! Sowjetrußland hat nicht nur die Offensive des Weltkapitals zurückgeschlagen, sondern im Jahre 1920, an der Scheide der beiden bisherigen Hauptepochen der Entwicklung der Weltrevolution, an der Scheide des wirtschaftlichen Konjunkturumschlags, ging Sowjetrußland *von der Verteidigung zum Angriff über.* Der Kampf in Polen bedeutet den Versuch dieses Überganges. Ich brauche jetzt nicht in Phantasien zu schwelgen, was der Sieg des russischen Proletariats bei Warschau, wenn er endgültig gewesen wäre, für die Weltlage bedeutet hätte. Ich brauche nur an die Tatsache zu erinnern, daß gleichzeitig mit diesem offensiven Vorgehen des russischen Proletariats mit der Waffe in der Hand die Offensive des ersten größeren Teiles der westeuropäischen Arbeiterklasse einsetzte —, die *italienische Bewegung* zur Besetzung der Fabriken Es genügt, einen Augenblick daran zu denken, welche Folgen die Hinausrückung der Grenze des ersten proletarischen Staates über die Weichsel und die Eroberung der Macht in Italien haben müßte; *es würde die Agrarländer in Ost- ud Südosteuropa in die Zange zweier proletarischer Staaten bringen, ja, zur Verfügung des industriellen Proletariats Europas stellen.* Und wenn wir uns heute einen Begriff über die Bedeutung der Niederlage Sowjetrußlands und der italienischen Arbeiter im Jahre 1920 machen wollen, so genügt es, nur an diese Möglichkeiten, die in der Lage damals real existierten, konkret zu denken.

Der Zusammenbruch der militärischen Offensive Sowjetrußlands gegen Warschau und der proletarischen Offensive in Italien hatte verschiedene Gründe. Sowjetrußland erwies sich militärisch, die italienische Arbeiterklasse politisch zu schwach. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese Niederlage ein Wendepunkt in der Geschichte der ersten Phase der proletarischen Revolution war. Rudolf Hilferding hat später einmal mit großer Emphase erklärt, daß es die Unabhängigen waren, die den Sieg an der Marne gegen die Bolschewisten erfochten haben. Der gelehrte Vertreter des Austromarxismus, der jetzt um den Posten eines Vertreters des kapitalistischen Deutschland im Auslande buhlt, hat zwar keine Ursache, sich den Sieg über Sowjetrußland zuzuschreiben: die Rote Armee wurde zurückgeworfen nicht durch die Zungenfertigkeit des deutschen Zentrumsführers, sondern durch die Bajonette der polnischen Schlachzizenarmee und die Kanonen des französischen Imperialismus, der, soweit ich orientiert bin, der 2. und 2½ Internationale noch nicht beigetreten ist. Der Zu-



sammenbruch der Offensive der Roten Armee bei Warschau und der italienischen Arbeiter, der die zweite Phase der bisherigen Entwicklung der Weltrevolution einleitet, fiel zusammen mit dem Abebben der Scheinkonjunktur, die die Grundlage der Zugeständnisse des Weltkapitals an die westeuropäischen Arbeiter in den Jahren 1919 und 1920 bildete, mit dem Beginn der wirtschaftlichen Weltkrise.

II. *Die Konteroffensive des Kapitals.* Ich komme zu dieser Phase. Die Grundlage dieser Änderung bildet eine Tatsache, die auf die Dauer die Niederlage des Kapitalismus besiegeln wird, die aber vorübergehend die Position des Weltkapitals außerordentlich gestärkt hat: das ist der bekannte Konjunkturumschlag, die Tatsache, daß das Weltkapital einerseits dank den Folgen des Krieges, die erst jetzt wirtschaftlich kraß zutage treten, andererseits dank den Folgen des Versailler Friedens, an die Grenzen seiner Ausbreitung gelangt ist. Es beginnt die wirtschaftliche Krise in allen Ländern, und die Bedeutung der wirtschaftlichen Krise für die Politik des Weltkapitals dem Proletariat gegenüber wird am besten durch die sehr einfachen Worte gekennzeichnet, die ein geistig führendes Organ des englischen Kapitalismus, die „Westminster Gazette", die — wie bekannt — jetzt das Organ von Asquith ist, über die Lage sagt:

„Die Arbeiterklasse kann dessen sicher sein, daß keine Kraft auf Erden sie vor der Herabsetzung ihres Lebensniveaus schützen wird, solange es hungrige Menschen gibt, die miteinander um das Recht auf Leben kämpfen. Das Vorhandensein solcher Menschen schafft die Bedingungen, unter welchen allerlei Lebensstandards über Bord geworfen werden müssen."

Das schrieb die „Westminster Gazette" am Anfang der einsetzenden weltwirtschaftlichen Krise, und das ist die grundlegende Tatsache der Erstarkung des Kapitals in der ganzen Welt. Weil Millionen von Arbeitern in den industriellen Ländern des Westens — über Deutschland werde ich noch sprechen — arbeitslos sind, ist die Kampfkraft der Arbeiter, die beschäftigt sind, gebrochen. Die einfache Tatsache der Möglichkeit des Ausspielens der Arbeiter, die arbeitslos sind, gegen die, die beschäftigt sind, bricht die Offensivkraft der Gewerkschaften und den Kampfesmut der Arbeiter.

Ich will mein Referat nicht mit statistischen Daten spicken, es ist sehr schwer, Ziffern anzuhören. Die Exekutive hat einen ausführlichen Bericht über den Zustand der Offensive des Kapitals in allen Ländern bei einem sehr qualifizierten Genossen, bei dem Gen. *Z. Leder* bestellt. Der Bericht konnte leider von uns noch nicht veröffentlicht werden, weil er zu spät angelangt ist. Wir werden ihn aber in allen

Sprachen veröffentlichen, und ich will ihm jetzt nur ein paar grundlegende Ziffern entnehmen, um die ausschlaggebenden Änderungen, die eingetreten sind, zu zeigen.

Wenn Sie die englischen Zahlen nehmen, so gab es im Jahre 1918 1250 Streiks, an denen 1 100 000 Arbeiter teilnahmen. Diese Streiks dauerten 6 730 000 Tage. Im Jahre 1919 erhöht sich diese Zahl auf 1411 Streiks. Es streikten 2 500 000 Arbeiter 34 Millionen Tage. Im Jahre 1920 haben wir 1715 Streiks. Die Zahl der Streikenden vermindert sich, aber es sind doch noch ca. 2 Millionen Streikende, und sie streiken noch 27 Millionen Tage. Das Resultat dieses Streiks war für 6—7 Millionen Arbeiter die Erhöhung der Löhne um 7. Millionen Pfund wöchentlich. Die Kürzung der Arbeitszeit in dieser Zeit beträgt im Jahre 1919 für 6 500 000 Arbeiter 6 Stunden wöchentlich, im Jahre 1920 für ½ Million Arbeiter 3½ Stunden. Im Resultat arbeiten 60—80 % Arbeiter 8 oder weniger als 8 Stunden.

Im Jahre 1921 streiken nur 118 000 Arbeiter. Für 8 Millionen Arbeiter verschlechterte sich die Lage um 11 Millionen Pfund Sterling wöchentlich. Im Jahre 1922 erfuhren die Löhne bis zum Monat August Herabsetzungen, 7½ Millionen Arbeitern wird der Wochenlohn um weitere 3½ Millionen Pfund herabgedrückt, während Lohnerhöhung nur 18 000 Arbeiter erhalten, und zwar nur in der geringen Höhe von über 3000 Pfund wöchentlich.

Das englische Kapital begnügt sich nicht mit diesen Resultaten. Nicht einzelne Schriftsteller, sondern das verantwortliche Organ der englischen Kapitalisten, die Organisation des englischen Industriellenverbandes, veröffentlicht eine Denkschrift, aus der der Londoner „Economist" folgendes zitiert:

„Möglicherweise wird es notwendig sein, noch weiter zu gehen. Die Arbeiter werden bereit sein müssen, einen *Geldlohn* anzunehmen, welcher, solange die Geschäfte nicht aufblühen, *ihnen einen niedrigeren Lebensstandard sichern wird als derjenige, welcher vor der industriellen Depression vorherrschend war, oder sogar vor dem Kriege* Weiter, damit diese Lohnherabsetzungen ohne unangebrachte Schärfe durchgeführt werden können, ist es erwünscht, daß die Bewegung so umfangreich und so einheitlich wie nur möglich ist." (11. Februar und 11. März 1922.)

Denselben Prozeß auf der ganzen Linie sehen wir in Amerika. Die Unternehmer begnügen sich nicht mit der Drückung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit. Auf der ganzen Linie im Westen entflammt der Kampf gegen die Rechte, die sich die Gewerkschaften erobert haben. In Amerika setzt die open shop-Bewegung, der Kampf um die freie Werkstatt ein. Die Gewerkschaften sollen das Recht



aufgeben, die Werkstätten mit organisierten Arbeitern zu besetzen und die unorganisierten auszuschließen, — ein Recht, das sie sich in jahrzehntelangem Kampfe erobert haben. Während des diesjährigen Streiks der Eisenbahnwerkstättenarbeiter sehen wir, daß die höchsten amerikanischen Gerichte zu derselben Taktik greifen, die auch in England bei der Tafe Vale-Entscheidung geübt wurde und die Arbeiterklasse Englands seinerzeit auf die Beine brachte. Die Gewerkschaften werden für die Schäden verantwortlich gemacht, die der Kampf um die wirtschaftlichen Interessen den Kapitalisten zufügt.

In England sehen wir den Kampf um die vollkommene Ausrottung der Betriebsräte. Ein Führer der englischen Kapitalisten faßte die Frage in die Worte zusammen: Es muß entschieden werden, ob die Unternehmer oder die Sowjets in den Fabriken den Ausschlag geben. Und gleichzeitig holt die englische Konservative Partei zu einem Schlage gegen die Labour Party aus, indem sie den Antrag im Parlament einbringt, den Gewerkschaften zu verbieten, ihre Mittel zur Führung politischer Kämpfe zu gebrauchen.

Ich werde nicht weitere Tatsachen aus einer ganzen Reihe von Ländern, wie Schweden, Holland, Norwegen und der Schweiz bringen, da sie prinzipiell nichts Neues bieten, — über die deutschen Dinge werde ich in einem anderen Zusammenhange sprechen. Es ist klar, daß es sich hier im Weltmaßstabe um einen *groß angelegten wirtschaftspolitischen Plan* handelt, dessen Grundlage das Resultat des Weltkrieges bildet. Das Weltkapital plante während des Krieges die Überwindung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen durch Integrierung — Zusammenfassung — der Wirtschaftsgebiete. Der Plan Mitteleuropas, der tragende Pfeiler des deutschen Imperialismus auf der einen Seite, auf der anderen Seite sogar der Wilsonismus, sie waren nichts anderes, als der Plan der Schaffung großer imperialistischer Gebiete, wo sich die Lasten auf die Träger des Weltkrieges verteilen und es ermöglichen, die Folgen des Krieges zu überwinden. Der mitteleuropäische Plan des deutschen Imperialismus ist zusammengebrochen mit dem deutschen Imperialismus selbst. Der Plan Wilsons, die Schaffung eines großen anglo-amerikanischen Reiches, war die reale Grundlage des Planes der Völkerliga. Dieser Plan aber zerschlug sich an den Gegensätzen der nationalen kapitalistischen Gruppen.

Versailles bedeutete einen anderen Plan. Es bedeutete wirtschaftspolitisch genommen die Belastung der besiegten Länder mit den Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaus. Dieser Plan zerschellte an dem Widerstand Sowjetrußlands und an der finanziellen Ohnmacht Deutschlands. In dieser Lage bleibt dem Weltkapital kein anderer Ausweg für den Wiederaufbau des Kapitalismus übrig, als die Kosten des

Wiederaufbaus den breiten Schichten der Arbeitermassen aller Länder aufzubürden. Wenn wir während des Krieges gesagt haben, der einzig Besiegte im Weltkriege wird die Arbeiterklasse sein, so sagt heute das Weltkapital: Jawohl, nur auf Kosten der Arbeiterklasse ist der kapitalistische Wiederaufbau möglich. Dieser Plan wird zu einem weltumfassenden Plan des Kapitals. Je schlechter die Wirtschaftslage wird, desto klarer wird es, daß das Weltkapital, im Gegensatz zu seiner Lage nach den napoleonischen Kriegen, nicht imstande ist, die Weltkrise zu überwinden.

Wenn Sie die Denkschrift von Owen nachlesen, die er an Metternich gerichtet hat, so werden Sie finden, daß er die Frage stellt, mit welchen Mitteln England die große wirtschaftliche Zerrüttung überwunden hat, und daß er darauf antwortet, daß England nach der seinerzeitigen Wirtschaftskrise die Maschinen eingeführt habe. Es habe die Produktivkraft erhöht, so daß es imstande war, die Krise zu überwinden und wirtschaftlich zu einer erstklassigen Macht zu werden. Das Weltkapital befindet sich in einer Situation, in der es große Mittel zur Durchführung seines Wiederaufbaus braucht. Für den zehnten Teil der italienischen Kriegskosten könnte Italien heute befreit sein von dem Kohlentribut an England und die Vereinigten Staaten; aber diese Mittel sind nicht vorhanden. Der zweite Weg zur Überwindung der Krise wäre die Erweiterung der Absatzgebiete; aber er ist ungangbar. Aus diesem Grunde ist die Offensive des Kapitals nicht eine vorübergehende Ausnutzung der Schwäche der Arbeiterklasse, sondern ein großzügiger Plan für ein Jahrzehnt.

Wird diese Offensive zusammenbrechen, so wird das Weltkapital von der Arbeiterklasse zurückgeworfen werden, — jedenfalls in den entscheidenden Ländern Europas. Weil es sich um eine so große Sache handelt, um einen Kampf auf Leben und Tod, so ist es klar, daß er nicht ausgefochten wird mit den Mitteln des Streiks von der einen, mit den Mitteln der Aussperrung, des Lohndrucks und der Arbeitszeitverlängerung auf der anderen Seite. *Und so komme ich zu den politischen Formen der Offensive des Kapitals.*

Genossen! Es schien vielen an den Haaren herbeigezogen, als wir auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen, als wir in unserer ganzen Agitation sehr oft darauf hingewiesen haben, daß der Kampf des Weltkapitals um die Aufhebung der Nationalisierung der Fabriken in Rußland usw. ein Teil dieser Offensive ist. Man verstand auch sehr schlecht den Zusammenhang des ganzen Kampfes von Stinnes um die Macht mit der Offensive des Weltkapitals gegen das Proletariat. Erlauben Sie mir darum, auf diese Seite der Frage, die sehr wenig bei uns dargestellt wird und die die ausschlaggebende Seite ist, die den

Kampf um die Vorbedingungen des wirtschaftlichen Sieges des Kapitals darstellt, mit ein paar Worten einzugehen.

Wenn das Weltkapital gewillt ist, die Arbeiterklasse zurückzuwerfen hinter das Jahr 1914, wenn es gewillt ist, die Arbeiterklasse auf die Knie zu zwingen, so ist es klar, daß die Führer des Weltkapitals das erreichen können nur durch ein kombiniertes System innerer Kämpfe mit der Arbeiterklasse und weltpolitischer Kämpfe. Die erste Vorbedingung der Durchführung des Planes, der der Offensive des Weltkapitals zugrunde liegt, wurde enthüllt in Genua und im Haag. Und in England gelang es, die Bestrebungen der Arbeiter, die Nationalisierung der Hauptzweige der Industrie durchzuführen, abzuwehren. Im vorigen Jahre haben die englischen Arbeiter nicht mehr um die Nationalisierung der Minen, der Gruben gekämpft, sondern sie mußten schon um die Beibehaltung der alten Löhne kämpfen. Und sogar in diesem Kampfe wurden sie geschlagen. In Amerika wurden die Reste der Bewegung für die Nationalisierung weggeschwemmt. In Deutschland marschierte der Sozialismus auf den Plakaten im Jahre 1919, als es galt, die Arbeiter in ihrem Vordringen aufzuhalten: jetzt stehen wir vor dem Verkauf der Eisenbahnen an die Privatindustrie. Der einzige Staat, in dem sich die Industrie in den Händen der Arbeiterklasse befindet, ist Rußland.

Aus diesem Grunde ist der Kampf gegen Sowjetrußland, der Kampf mit dem Zweck, uns durch einen finanziellen Boykott zu zwingen, die Fabriken aufzugeben, nicht ein besonderes Ziel, das das Kapital nur deshalb realisieren will, weil es ihm größere Profite in Rußland verspricht, es ist ein prinzipieller Bestandteil der kapitalistischen Weltoffensive. Ich gehe weiter. Die kapitalistische Weltoffensive erfordert die Lösung der deutschen Frage in der Form, daß erstens der Kapitalismus auf deutschem Gebiete gerettet wird, und zweitens, daß er die Mittel gibt zum kapitalistischen Wiederaufbau der Ententeländer. Die Politik des deutschen Kapitals, die am krassesten in Stinnes verkörpert wird, sucht einen Ausweg aus der katastrophalen Lage und hat ihn theoretisch gefunden.

Der Ausweg besteht in dem Verkauf der Staatsgüter, in dem Verkauf der Gruben, der Eisenbahnen, für die dann eine große Anleihe von Deutschland auf den amerikanischen und den englischen Märkten aufgebracht werden soll; zur Zahlung der Prozente dieser Anleihe wie der Reparationen dient der finanzielle Plan Stinnes, der darin besteht: Entlastung der Industrie — Belastung der breitesten Massen als Mittel der neuen Akkumulation des deutschen Kapitals. Das scheint eine rein innerpolitische deutsche Frage zu sein, die nicht zusammenhängt mit der Offensive des Weltkapitals. Aber es genügt, nur die Zusammen-

hänge dieser Politik mit der französischen festzustellen, um zu sehen, daß es sich hier um viel mehr handelt. Während der militärische Teil der französischen Bourgeoisie und ein Teil der Industrie die Fortsetzung der Offensive gegen die Revolution sich in der Form denken: Besetzung des Ruhrgebietes, Schaffung eines Rhein-Puffer-Staates, Einverleibung der Ruhrkohle und des Kokses in das französische Industriegebiet, dadurch Abtrennung Süddeutschlands von Norddeutschland, Schaffung eines französischen Vasallenstaates, der Österreich und Bayern durch den Rhein-Puffer-Staat mit Frankreich verbindet —, so ist der tragende Gedanke eines anderen Teiles der französischen Industriekreise ein ganz anderer. Dieser Gedanke besteht in der Schaffung eines deutsch-französischen Stahl- und Kohlensyndikats, das einerseits den Franzosen die notwendigen Mittel zum Wiederaufbau gibt, aber andererseits Stinnes ermöglicht, entgegen dem jetzigen Kräfteverhältnis in Deutschland seine Politik durchzuführen, und so Frankreich vor der Notwendigkeit militärischer Abenteuer bewahrt. Die französische Presse und die Trabanten der französischen Weltpolitik haben es sehr oft gesagt, um was es sich handelt: ohne die Verwirklichung des Planes von Stinnes, d. h. Einschränkung des Beamtenapparates, Entlassung der Arbeiter, die nicht notwendig sind, Erhöhung der Arbeitsintensität in Deutschland, Erhöhung der Arbeitszeit, ist der Kapitalismus weder in Deutschland, noch in Frankreich zu retten.

Aber Stinnes allein kann dies nicht durchführen. Als er den Plan der Privatisierung der Eisenbahnen aufstellte, traf er auf große Widerstände. Und darum muß durch ein Ultimatum Frankreichs, durch die französische Forderung an die deutsche Regierung der Plan Stinnes' durchgeführt werden. Das, was die deutschen Sozialdemokraten nie schlucken werden, wenn es ihnen nur von Stinnes serviert wird, das werden die deutschen Sozialdemokraten und die deutsche Arbeiterklasse schlucken, wenn es als Bedingung des Friedens seitens Frankreichs gestellt wird. Genossen, wenn dieser Plan nicht realisiert wird, so wird er ganz gewiß nicht an dem Widerstand der deutschen Sozialdemokraten scheitern. Wenn er in dieser Situation scheitert, so nur an dem Widerstand des englischen Kapitalismus, der bedroht wird durch die Schaffung eines zentraleuropäischen Eisen- und Kohlensyndikats, das ihn bedrängen wird, gleichzeitig mit dem amerikanischen Kapital. Also, wenn der Plan scheitert, dann an den Gegensätzen innerhalb der Konterrevolution, nicht an dem Widerstand der deutschen Arbeiterklasse, der momentan gering ist. Dieser Plan von Stinnes, diese ganze Auffassung der volkswirtschaftlichen Tendenzen, ist nicht allein auf Deutschland beschränkt.

20*



Lesen Sie doch die Reden und das Programm von *Mussolini* noch vor dem Siege des Fascismus. Ich möchte hier nur ein paar Zitate anführen, die sehr klar die sozialpolitische Seite der Frage beleuchten. Wenn Sie das Steuerprogramm von Mussolini lesen, seinen wirtschaftspolitischen Plan, so werden Sie sehen, wie dieselben Kräfte, die in Deutschland in der Person der Vertreter der Schwerindustrie an der Arbeit sind, auch in Italien am Werke sind. Mussolini sagt in dem Programm der Fascisten:

„*Revision der sozialen Gesetze, welche die Produktion hemmen;* Neuordnung der Steuern auf einer einfacheren, rationelleren und erfolgreicheren Basis."

Worin diese Basis besteht, werden Sie sofort erfahren, wenn Sie hören, daß Mussolini folgendes ausspricht:

„Man muß endlich den Mut haben, auch die folgende *antidemagogische Wahrheit* offen auszusprechen: *Heute sind es die Arbeitermassen, die am wenigsten mit Steuern belastet sind, obgleich sie mehr verdienen als die mit Steuern überlasteten Mittelklassen.* Auch darf nicht vergessen werden, daß die Produktion mit schrecklichen direkten Kapitalsteuern zu hemmen, für die unteren Klassen ebenfalls eine indirekte Steuer bedeutet, aber nur in einer noch schlimmeren Form, da die Unterbindung der kapitalistischen Wirtschaft Arbeitslosigkeit und Herabsetzung der Arbeitslöhne nach sich zieht. *Nichts ist falscher, als die Forderung, die „Reichen" mit Steuern zu belasten, um die Armen zu schonen.*"

Wenn Sie auf Frankreich übergehen, so genügt es, das Buch Caillaux' „Wohin geht Frankreich?" zu nehmen, oder die Artikel Caillaux' und anderer französischer Sachverständiger in der Rekonstruktions-Nummer des „Manchester Guardian", um zu sehen, daß die ganze Politik auf die größte Belastung der arbeitenden Massen und womöglich auf die Schonung der Besitzenden in einem Ausmaß gerichtet ist, das die alte Steuerscheu der Bourgeoisie weit übersteigt.

Genossen! Diese Pläne der Bourgeoisie erfordern entsprechende politische Maßregeln, denn wir sehen in ganz Europa *den Zug nach rechts. Der Fall Briands* nach der Konferenz in Cannes und die Machtergreifung durch *Poincaré* war eine Änderung in dem Rahmen derselben äußeren Kräfteverhältnisse, derselben Kammer des Nationalen Blocks, und trotzdem unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Änderung dem Willen entsprang, durch eine energische konterrevolutionäre Politik die Initiative, die den Händen des Kapitals entgleiten könnte, in die Hände des aktivsten Teiles des Kapitals zu legen.

Wenn Sie den politischen Sinn der jetzigen *Wahlen in England* überdenken, wenn Sie die Reden lesen, die während der Wahl-



kampagne jetzt von den Konservativen gehalten werden, und die Antworten, die ihnen Lloyd George gibt, so scheint es auf den ersten Blick: es ist ein Irrenhaus! Lloyd George treibt konservative Politik und die Konservativen stellen dasselbe Programm auf. Formell hat sich nichts geändert, aber der einzige Sinn dieser Reaktion äußert sich in zwei Schlagworten: 1. in dem Programmwort von Bonar Law „Ruhe schaffen im Lande!" und 2. in der einfachen Tatsache, daß in der Konservativen Partei, die von den Einflüssen der Liberalen befreit wurde, der rücksichtsloseste Teil der Konservativen an die Macht gekommen ist. Wenn in der Regierung nur ein kleiner Teil der Diehards sitzt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß bei der Verschärfung der Lage dieser reaktionärste Teil der Konservativen das Heft in die Hände bekommen wird. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Kräfte der Bourgeoisie, um aus diesem allgemeinen Zerfall, in dem sie sich befindet, zu retten, was zu retten ist. Bonar Laws erste Tat war der Versuch der Abschaffung des Arbeitsministeriums, die Erklärung, der Staat solle sich möglichst wenig in die Wirtschaft einmischen, ein Pendant zu der Erklärung Mussolinis, daß er wirtschaftlich altliberal sei, im wahren Sinne des Wortes: keine Einmischung in die Wirtschaft! Das heißt dem Kapital die Möglichkeit zu geben, die Übermacht, die es hat, rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse auszunützen.

III. *Der Sieg des Fascismus.* Genossen! Diese Politik wird von konterrevolutionären konspirativen Organisationen in viel bewußtere Form gekleidet. Es ist eine sehr niederdrückende Tatsache, daß, wenn man die Winkelliteratur der Konterrevolution liest, wenn man die Zirkulare, die kleinen Schriften usw. der konterrevolutionären Kreise verfolgt, man sagen muß: sie sind tausendmal besser orientiert über das, was wir tun, über die letzten Gedanken der revolutionären Strategie, sogar über ihre kleinen Schachzüge, als wir über sie informiert sind. (Sehr richtig!) Es besteht jetzt trotz der legalen Herrschaft der Konterrevolution in Europa ein *illegales Leben der Konterrevolution*, das die bewußtesten Elemente der Konterrevolution zusammenfaßt. Nur an ihren Taten erkennen wir den Plan, den dieser zielbewußte Teil der Konterrevolution verfolgt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die deutschen konterrevolutionären Kreise mit dem Obersten Bauer an der Spitze in der engsten Verknüpfung mit den russischen Monarchisten, mit Horthy-Ungarn und in Verbindung mit Mussolini wirken, daß von ihnen zu der französischen Militärpartei Verbindungen gehen, die sich politisch eines Tages im grellsten Lichte enthüllen werden. Wenn man die Schachzüge dieses rechten Flügels der Konterrevolution beobachtet, so sieht man folgendes: Sie begreifen



ausgezeichnet, daß es in Mitteleuropa drei mögliche Herde der proletarischen Revolution gibt: das industrielle Deutschland, die Tschechoslowakei und Italien. Aus diesem Grunde ist ihr Plan auf die Schaffung einer Barriere zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Italien gerichtet. Die Bestrebungen nach der Schaffung einer Festung der Konterrevolution in Bayern gehen Hand in Hand mit den Bestrebungen der Unterwerfung Österreichs unter das Gebot der Konterrevolutionäre.

Der Genfer Vertrag, die Ausschaltung des österreichischen Parlaments, die Abschaffung der schwächlichen Wehrmacht, die noch in Wien aus proletarischen Kreisen bestand, bildet den Anfang. In dem Moment, wo die Konterrevolution offen die Wittelsbacher auf den Thron setzt, wird die Verbindung mit Österreich durch Tirol hergestellt werden. Horthy-Ungarn wird nach Mitteleuropa verlegt. Der Sieg der Fascisten in Italien ist ein Teil dieser zum Teil bewußt geführten, zum Teil sich spontan aus der Lage ergebenden Politik, und ich glaube, daß es von Bedeutung für die Kommunistische Internationale ist, den Sieg der Fascisten und ihre Wesensart zu verstehen. Sie werden mir daher erlauben, daß ich vielleicht länger, als es der Bedeutung Italiens entspricht, mich bei dieser Frage aufhalte, in der Hoffnung, daß uns Genosse Bordiga aus seiner intimeren Kenntnis der Tatsachen näheres zur Beleuchtung dieser Frage bringen bzw. meine Auffassung korrigieren wird.

Ich sehe in dem Siege des Fascismus nicht nur einen mechanischen Sieg der Waffen der Fascisten, sondern ich sehe darin die größte Niederlage, die der Sozialismus und der Kommunismus seit Beginn der Periode der Weltrevolution erlitten haben, eine größere Niederlage als die Sowjet-Ungarns, denn der Sieg des Fascismus ist eine Folge des momentanen geistigen und politischen Bankerotts des italienischen Sozialismus und der ganzen italienischen Arbeiterbewegung. Wenn gesagt wird, die Fascisten stellen die bürgerliche Konterrevolution dar, so braucht man das nicht weiter zu beweisen; wer Arbeiterorganisationen zertrümmert und die Macht der Bourgeoisie etabliert, ist konterrevolutionär.

Läßt man sich also mit der banalen Wahrheit abspeisen, daß die Bourgeoisie dort gesiegt hat, so verzichtet man darauf, das zu verstehen, was von größter Bedeutung für die deutsche und tschechoslowakische Bewegung vielleicht schon in den nächsten Monaten sein wird. (Sehr richtig!) Die Frage besteht darin: *wie war der Sieg des Fascismus möglich, worauf basiert er und was besonderes stellt er in der europäischen Konterrevolution dar?* Es genügt vielleicht, zu fragen: Ist Mussolini sozial und politisch gleichzustellen mit

Stinnes und Bonar Law oder ist er etwas anderes? Ich glaube, er ist etwas anderes, obgleich das Prgramm Mussolinis nichts anderes ist als das von Bonar Law und Stinnes. Und daß er etwas anderes ist, ist von der größten Bedeutung. Erinnern wir uns an die Tatsache: was waren die Fascisten und wie sind sie entstanden? Aus dem Kriege kehrten die unteren bürgerlichen Schichten zurück, die Intellektuellen, die Apotheker, die Volksschullehrer, die Veterinäre usw., die alle im Kriege eine soziale Rolle gespielt haben. (In Italien spielten die Intellektuellen immer eine viel größere Rolle als in anderen Ländern; es genügt nur daran zu erinnern, daß vor dem Kriege unsere italienische Bruderpartei ca. 70 Privatdozenten hatte, um zu sehen, wie breit die Schicht der Intelligenz in Italien ist.) Sie kehrten also aus dem Kriege zurück als Nationalisten: entmutigt, denn trotz seines Sieges bekommt Italien nicht das, was das ganze nationalistische Programm verlangte.

Sie kommen zurück in ein wirtschaftlich vollkommen ruiniertes Land; der Staat ist nicht imstande, sie zu versorgen. Sie sehen das Wachstum einer revolutionären Arbeiterbewegung. Dieser Arbeiterbewegung stehen sie feindlich gegenüber, nicht nur weil es eine Arbeiterbewegung ist, sondern weil sie doch als Interventionisten, die für den Krieg waren, den Kampf gegen die Sozialistische Partei geführt haben. Und die Sozialistische Partei tut alles, um diese Schichten, und nicht nur diese Schichten, sondern sogar die Kriegsinvaliden von sich abzuweisen. Wenn man jetzt die Tatsache liest, daß viele sozialistische Kommunen im Jahre 1919 die Kriegsinvaliden im Stiche gelassen haben, weil sie im Kriege waren, wenn man liest, wie die Sozialistische Partei nicht fähig war, das Gefühl, daß sich etwas Neues vorbereitete, daß man im alten Gleis nicht mehr gehen konnte, dieses Gefühl, das allgemein in den Massen war, zur Tat zu gestalten, so kann man sich die Geburt des Fascismus erklären. Bedenken Sie, bei den Wahlen im Dezember 1919 bekommt Mussolini in Mailand nur 4000 Stimmen, obwohl er sich für die Kontrolle der Parlamente durch die Arbeiterräte, Verteilung des Landeigentums an die Bauern, allmähliche Nationalisierung der Industrie ausspricht; die Fascisten sind zum Teil mit d'Annunzio in Fiume, zum Teil kleine versprengte Gruppen. Durch das Land geht inzwischen die Welle der Revolution: es sind nicht nur Streiks, sondern es ist die vollkommene Auflösung des bürgerlichen Italien.

Ich habe bei der Vorbereitung meines Referats unter meinem Material einen Artikel des konterrevolutionären polnischen Literaten Nowaczynski gefunden, der einen interessanten Beitrag zu dem Bilde des Verfalls liefert. Der Artikel handelt von der Entwicklung der italie-

nischen Literatur in den Jahren 1918—1922. Dieser Artikel ist als Illustration sehr interessant und ich versuchte die Tatsachen teils mit italienischen Genossen durchzusprechen, teils sie in literarischen Zeitschriften zu kontrollieren. Es zeigt sich nämlich, daß seit dem Jahre 1918 die schöne Literatur in Italien pazifistisch, sozialreformerisch und pornographisch ist, der beste Beweis für die Zersetzung der Bourgeoisie. Nach dem Sieg über die Arbeiterklasse wird sie nationalistisch.

Einer unserer diplomatischen Vertreter im Auslande erzählte mir, daß ihm die italienischen Diplomaten Anfang 1920 in einem Gespräch sagten: „Nun ja, wir sehen, die Revolution siegt, sie soll nur wenigstens die Möglichkeit geben, weiter zu arbeiten." Das war die Verfassung des bürgerlichen Italien. Der Sozialismus wächst an Macht, und er verzettelt diese Macht. In einer Korrespondenz eines bürgerlichen Blattes in Deutschland wird über den Entschluß Mussolinis, die Macht zu ergreifen, in folgenden Worten berichtet: Der Berichterstatter fragte Mussolini: Werden Sie es riskieren, auf illegalem Wege die Macht zu nehmen? Mussolini antwortete: Legal oder illegal, ich nehme sie. Die Sozialisten wurden geschlagen, weil sie auf die Worte keine Taten folgen ließen. Mussolini fühlte, daß seine militärischen Organisationen und die große Masse, die er auf seine Seite bekommen hat, sich gegen ihn wenden werden, wenn er die Macht nicht ergreift. Daß die sozialistische Partei nicht imstande war, die Massen zum Kampfe zu führen, das hat die Kraft des Fascismus geboren. Als die Arbeiter die Fabriken besetzten, als die italienische Bourgeoisie so ohnmächtig war, daß Giolitti, der Fuchs von Cuneo, sagte, ich kann die Soldaten nicht in die Fabriken senden, sonst werde ich auf der Straße geschlagen, und daß man mit Hilfe der italienischen Reformisten die Arbeiter dazu gebracht hatte, aus den Fabriken zu gehen, da hat die italienische Bourgeoisie das Fürchten verlernt. Die italienische Bourgeoisie geht zur Offensive über.

Jetzt entsteht die Frage: warum tut sie das nicht mittels des Staatsapparates, der Carabinieri, vermittels der bürgerlichen Gerichte und vermittels der bürgerlichen Parteien, die sie hat?

Die bürgerlichen Parteien sind zersetzt, sie haben den Krieg geführt, haben den Staat und die Volkswirtschaft ruiniert, sie haben den Soldaten, den Beamten, den Kleinbürgern nichts mehr zu sagen. Aber die Mussolini, die nationalistischen kleinbürgerlichen Intellektuellen, sie stellen einen neuen Willen zur Macht dar. Die Fascisten kommen mit einem neuen Glauben, sie sagen: der Sozialismus war nicht imstande etwas Neues zu bringen, wir aber werden zwischen Arbeitern

und Kapitalisten vermitteln, wir werden die Kapitalisten zwingen, die Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen. Aber Ihr Arbeiter müßt arbeiten. Ihr müßt die Nation aufbauen.

Rosa Luxemburg sagte einmal, die besten Verteidiger des Bürgertums sind diejenigen, die Illusionen haben. Illusionen kann doch nur das Kleinbürgertum haben, und da sich der italienische Sozialismus als Illusion erwiesen hatte, so konnten die Fascisten ihm die kleinbürgerliche Illusion gegenüberstellen. Sie überfielen die Organisationen der Arbeiter und diese wußten sich nicht zu wehren. In den Städten und Industriezentren hielt die Masse noch zusammen. Aber in den kleinen Städten und Dörfern, wo die Arbeiter zerstreut waren, wurden sie zum Opfer des Fascismus. Er überwältigte zuerst mit bewaffneter Hand ihre Organisationen, dann aber führte er sie. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn in den Industriezentren ihm die Arbeitermassen innerlich nicht folgten, er auf dem flachen Lande, in den Kleinstädten, die Arbeiter nicht nur mit den Waffen, sondern zum Teil auch durch seine demagogische Politik gewonnen hat. In erster Linie erzeugte sein Angriff ein Wachsen des Reformismus.

In Livorno stellten die Reformisten ein kleines Häufchen dar. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß wurden für die Koalition mit der Bourgeoisie 500 000 Stimmen abgegeben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, während der Reformismus geschlagen aus dem Kriege kam, durch die Tatsache, daß das Proletariat sich gegen den Fascismus nicht zu verteidigen verstand, ein Teil der Arbeiter ihm in die Arme getrieben wurde: da die Sozialistische Partei den Arbeitern nicht zeigte, wie man sich revolutionär gegen die Fascisten wehren soll, folgte ein Teil des Proletariats den Reformisten, die versprachen, durch die Koalition mit der Bourgeoisie, die Teilnahme an der bürgerlichen Regierung das Proletariat vor dem schlimmsten zu schützen. Die Rechnung war aber ohne den Wirt gemacht. Die Verhandlungen der Reformisten mit dem Teil der Bourgeoisie, der den Sieg der Fascisten fürchtete — er traut den Fascisten nicht zu, daß sie den Staat verwalten können — bildete eine der Ursachen, warum die Fascisten sich beeilten, die Regierung Facta zu stürzen.

Genossen! Wenn jetzt der Fascismus ohne den geringsten Widerstand der Arbeiterklasse gesiegt hat, so können wir sagen, daß wir an dem tiefsten Punkt der Entwicklung in Italien angelangt sind.

Ich habe es vermieden, einzelne Genossen wegen dieser Entwicklung anzugreifen, wenn wir uns auch nicht so verhalten können wie der römische Senat, der einem geschlagenen Feldherrn entgegenging und ihn begrüßte. Aber eins müssen wir sagen: wenn unsere Genossen in



Italien, wenn die Sozialdemokratische Partei Italiens die Gründe des Sieges des Fascismus und die Ursachen unserer Niederlage nicht verstehen, so werden wir eine lange Herrschaft des Fascismus haben. Die Schaffung einer illegalen Organisation erfordert nicht nur den Mut, der den italienischen Kommunismus auszeichnet, sondern erfordert, daß man den Fascismus politisch schlägt. Nur wenn die italienischen Kommunisten imstande sein werden, den Arbeitermassen trotz allem, was sie erlebt haben, einen neuen Glauben an die siegreiche Kraft des Sozialismus beizubringen, werden sie imstande sein, den Kampf gegen den Fascismus bald aufzunehmen.

Die Fascisten stellen das Kleinbürgertum dar, das, gestützt durch die Bourgeoisie, zur Macht kommt und das genötigt sein wird, nicht das Programm des Kleinbürgertums, sondern des Kapitalismus durchzuführen. Und darum ist diese grelle Konterrevolution die schwächste der konterrevolutionären Mächte Europas. Mussolini kommt mit einem großen Schweif der kleinbürgerlichen Intellektuellen, und das erste ist, daß er auf ein Staatsdefizit von 7 Milliarden stößt. Er entwickelt das Programm der Sparsamkeit, der Einschränkung der Bürokratie, aber hinter ihm stehen schon Hunderttausende von Anwärtern auf die Regierungsposten. Mussolini bringt ein Herr von Schwarzhemden in Bewegung, und an dem Tage, wo der König ihn empfängt, um ihn als Ministerpräsidenten zu bestätigen, sagt Mussolini: Demobilisiert, jetzt gibt es nur ein Heer! Aber die Leute reisten nicht in ganz Italien herum wegen der schönen Augen Mussolinis. Sie lebten von ihrem Berufe als weiße Condottieris. Und diese Leute werden ihre Rechnung vorlegen, wenn sich Mussolini nur auf das reguläre Heer stützen und seine Hunderttausend nach Hause schicken wird.

Mussolini und die Fascisten, als sie der Bourgeoisie halfen die Arbeiterklasse niederzuwerfen, sogen alle konterrevolutionären bürgerlichen Elemente in sich auf. Wir sehen im Fascismus einen agrarischen und einen industriellen Flügel, und bei dem Kampfe, den die norditalienische Industrie-Bourgeoisie gegen die süditalienischen Agrarier führen muß, wird es zu Konflikten kommen, die den Fascismus zersetzen werden. Mussolini stellt die Politik des Herrenmenschen dar, die Gegnerschaft zur Demokratie. Aber indem er große, breite demokratische Massen in seine Politik hineingezogen hat, hat er schon einen demokratischen Flügel.

Und eben das, was die Stärke des Fascismus ist, das wird auch die Ursache seines Todes bilden: weil er eine kleinbürgerliche Partei wurde, hat er die breite Angriffsfront, den Enthusiasmus, mit dem er uns bekämpft hat. Aber weil er eine große kleinbürgerliche Partei ist, wird er nicht die Politik des italienischen Kapitals durchführen

können, ohne Revolten im eigenen Lager hervorzurufen. Wenn Gen. Serrati vor Jahren gegen unser Agrarprogramm protestiert hat, so wird jetzt die Wiederauferstehung der italienischen Partei davon abhängig sein, ob wir es verstehen werden, die Bauern gegen den Fascismus zu organisieren. Wenn unsere italienischen Freunde, die Kommunisten, eine reine und kleine Partei sein wollen, so kann ich ihnen sagen, daß eine reine und kleine Partei sehr leicht Platz im Gefängnis findet. Sie kann dort ihren Geist in Reinkultur pflegen. Aber wenn die italienische Kommunistische Partei eine Macht werden will, so wird sie proletarische und kleinbürgerliche Massen gegen den Fascismus mobilisieren müssen. Theoretische Resolutionen über die Einheitsfront, theoretische Betrachtungen über den Fascismus, ja sogar der Heroismus einer kleinen kommunistischen Schar genügen nicht, sondern wir müssen der Schrei der Massen nach Befreiung sein.

IV. *Der Kampf gegen die Konteroffensive des Kapitals.* Genossen! Die ganze Offensive des Kapitals, wie sie sich auf ökonomischem wie politischem Gebiete mit wachsender Kraft entfaltet — wir haben den Höhepunkt keinesfalls überschritten —, diese Offensive des Kapitals stellt an uns natürlich die erste Frage: welche Aussichten hat sie? Haben wir es hier mit der Welle der Konterrevolution zu tun, die die Welle der Revolution abgelöst hat, wie im Jahre 1849? Hat sich hier der Zyklus Revolution und Konterrevolution abgespielt? Das ist die grundlegende Frage — und ihre Beantwortung ist die Vorbedingung unserer weiteren Taktik —, folgendes festzustellen: *Der Sieg der Konterrevolution im Jahre 1849 hatte zur Grundlage den wirtschaftlichen Aufschwung, der mit der Erschließung der kalifornischen Goldgruben merklich einsetzte.*

Ich werde in diesem Zusammenhange nicht breit darauf eingehen, man kann es im dritten Bande des Marxschen Nachlasses nachlesen. Die europäische Konterrevolution siegte, weil der Aufschwung des Kapitalismus der Bourgeoisie Profite gab und sie zu einem Kompromiß mit den Agrariern drängte und weil er der jungen Arbeiterklasse Brot gab, was die Proletarier von dem Gedanken des Umsturzes abdrängte. Die Welle der Konterrevolution, die sich jetzt über die Welt ergießt, ist am besten dadurch zu charakterisieren, daß diese Konterrevolution sich nicht stützt auf eine Periode des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges, sondern, *daß sie einen Versuch darstellt, den wirtschaftlichen Zerfall durch Machtmittel aufzuhalten.* Es genügt, die Situation zu überdenken, in der sich die englische Regierung befindet, um zu sehen, daß die Konterrevolution nicht nur keine Lösung bringt, sondern umgekehrt die Lage verschärft. Es genügt, nur die einfachsten Tatsachen zu nennen. Der englische Kapitalismus soll die Arbeitslosigkeit



aufheben in einer Situation der Orientkrise, die er verschleppen, aber nicht lösen kann, in der Situation der steigenden amerikanischen Konkurrenz und der Einschnürung des englischen Marktes, in der Situation des katastrophalen Fallens der Mark, bei einer Verschärfung der Lage in Indien. Die Konservativen werden versuchen, mit Mitteln der Gewalt die Entwicklung aufzuhalten, aber sie werden sie nur beschleunigen.

Sie werden das Chaos beschleunigen, und in dieser Hinsicht hat Lloyd George vollkommen recht, wenn er sagt: „Ihr werdet nur alles in Scherben schlagen", wenn er sich von seinem bürgerlichen Standpunkt ebenso gegen den Sieg der Arbeiterpartei wie der Konservativen wendet. Wenn man die Politik der französischen Reaktion ansieht, so hat sie zweifelsohne die Politik Frankreichs vorübergehend gestärkt aber sie hat sie gestärkt um den Preis, daß man sagen kann: Im Orient standen Frankreich und England im Kriege gegeneinander. Die Entente und der europäische Friede sind nur dadurch gerettet worden, daß beide dicht am Abgrund sich noch dazu aufgerafft haben, wegzuspringen.

Aber ein Kompromiß des englischen und französischen Imperialismus ist noch unwahrscheinlicher geworden, seitdem in England der radikalste Flügel des Imperialismus gesiegt hat, mag er sich noch so frankophil gebärden. Und wenn es sich um Deutschland handelt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Abwirtschaftung der Regierung Wirth, die Schaffung einer Stinnesregierung die Gegensätze in einer immensen Weise verschärfen wird. *Die Konterrevolution kann kein Brot und keinen Frieden geben und darum haben wir es hier mit einer konterrevolutionären Welle, mit einer Offensive zu tun, die trotz ihrer Rücksichtslosigkeit keine Aussichten auf Sieg hat.* Ihre Dauer wird davon abhängen, inwieweit wir imstande sein werden, zur Gegenoffensive überzugehen. Ihre soziale Basis ist aber jedenfalls gering. Sie hat weder die Vorsprungskraft, noch hat sie Verbindungen und die Grundlagen, die eine lange und siegreiche Kriegführung ermöglichen.

Somit, Genossen, stehen wir vor dem dritten Teile der Farge. Wir stehen vor der Frage der *Gegenwehr der Arbeiterklasse.* Genossen, auch wir Kommunisten können von uns nicht sagen, daß wir die Zeichen der Zeit sofort verstanden haben. Im vorigen Jahre, wo schon die Offensive des Kapitals in vollem Gange war, hatten wir noch den Streit über die Offensive des Proletariats zu überwinden. Aber jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß wir als erste die Zeichen der Zeit verstanden haben und daß wir als erste auf den Plan erschienen sind, um die Gegenwehr des Proletariats einzuleiten und womöglich zur Gegenoffensive überzugehen. Die Sache begann

eigentlich bereits mit der Taktik des offenen Antwortschreibens in Deutschland im Januar 1921. Daß es sich hier um einen empirischen Schritt handelte, bewiesen die Märzereignisse, die unmöglich gewesen wären, wenn wir die Sachlage bis zu Ende durchgedacht hätten, die uns zu diesem Schritt geführt hat. Seit dem dritten Kongreß haben wir immer systematischer die Sachlage erfaßt und indem wir die Taktik der Einheitsfront aufrollten, hat die Kommunistische Internationale bewiesen, daß sie imstande ist, nicht nur den Vormarsch des Proletariats zu leiten, sondern auch seine Verteidigung.

Genossen, worin besteht unser Verteidigungsplan? Eine Klarstellung seiner Grundlage bildet gleichzeitig eine Antwort auf unsere taktischen Fragen. Die Periode des Ansturms des Proletariats war dadurch gekennzeichnet, daß immer breitere Massen direkt zum Sturme gegen den Kapitalismus vorgingen. Wenn Sie sich erinnern, nicht nur an die Stimmungen des Proletariats in Deutschland im Jahre 1919, wo zweifelsohne nicht nur Kommunisten und Unabhängige, sondern Arbeiter der Scheidemannpartei in den Werkstätten davon überzeugt waren, daß sich der Sozialismus auf dem Marsche befindet, und glaubten, sich nur in den Methoden von den Kommunisten zu unterscheiden, sondern wenn Sie die Tatsachen nehmen, daß in England im Jahre 1919 zum ersten Male der Sozialismus zur inneren Frage breiter Massen wurde, daß wegen einer außerpolitischen Frage, wie der Unterstützung Sowjetrußlands in England im Sommer des Jahres 1920 die Möglichkeit eines Massenstreiks reell bestand, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das Charakteristische der Epoche des Ansturms der Arbeitermassen darin bestand, daß sie bewußt um die Macht kämpften.

Das Charakteristische der Zeit, in der wir jetzt leben, ist, *daß, obwohl die Krise des Weltkapitals nicht überwunden ist, daß, obwohl die Machtfrage objektiv immer noch das Zentrum aller Fragen ist, die breitesten Massen des Proletariats den Glauben daran verloren haben, daß sie in absehbarer Zeit die Macht erobern können.* Sie sind in die Verteidigung gedrängt.

Genossen, wir kämpfen gegen die Idee der Koalition mit dem Bürgertum und wir kämpfen mit Recht dagegen. Wir übersehen nur, daß auf der Tagesordnung nicht die Koalition der Sozialdemokratie, der Arbeiterparteien mit dem Bürgertum steht, sondern das Herausschmeißen der Arbeiterparteien und sogar zum Teil der liberalen Parteien aus allen bürgerlichen Regierungen. Und selbst angesichts dieser Tatsache steht die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit noch passiv



da. Wie könnte man es sich sonst erklären, daß nach Görlitz, wo die Sozialdemokratie sich bereit erklärte, sich mit Stinnes zu verbünden, was, wie für jeden Arbeiter klar war, eine Kapitulation der Sozialdemokratie war, sich zwar in manchen Ecken Arbeitergruppen rührten, aber ein Proteststurm der deutschen Arbeiter nicht eintrat. Das Gefühl der schwindenden Macht der Arbeiterklasse ist vielleicht die wirklichste Ursache, warum die Vereinigung der Unabhängigen und der Sozialdemokraten so leicht vor sich ging (Sehr richtig bei den Deutschen); weil die Arbeiter überzeugt sind, daß ihre Macht entschwindet. Aus diesem Grunde sind sogar die unabhängigen Arbeiter, die gegen die Koalition mit der Bourgeoisie waren, bereit, sich mit den Sozialdemokraten zu vereinigen, um das letzte Atom von Macht zu behalten.

Wenn die Situation so ist, wenn in den breitesten Arbeitermassen die Idee des Kampfes um die Macht momentan nicht nur nicht lebendig ist, sondern durch die ganze Situation zurückgedrängt ist, wenn die große Mehrheit der Arbeiterklasse sich ohnmächtig fühlt, *so steht die Eroberung der Macht als momentane aktuelle Aufgabe nicht auf der Tagesordnung.* Das ist eine historische Tatsache. Und wenn die Kommunisten bei jeder Frage, sogar bei der Frage der staatlichen Regelung der Zahnpflege sagen, nur unter der Diktatur des Proletariats werden die Zähne schmerzlos gezogen (Heiterkeit), so wird eine solche Wiederholung vielleicht propagandistische Bedeutung haben, aber sie schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß unsere eigenen Genossen, die kommunistischen Arbeiter, überzeugt sind, in diesem Moment ist der Kampf um die Macht nicht möglich, so sicher es auch ist, daß früher vielleicht, als manche denken, viele Staaten vom direkten Kampf um die proletarische Diktatur erzittern werden. Daraus ergibt sich: sogar wenn wir an keine Einheitsfronttaktik denken, wenn wir uns nur die politische Aufgabe stellen werden, uns mit den breitesten Arbeitermassen zu verbinden, so müssen wir in erster Linie den Kampf um die Fragen führen, *die für die breitesten Arbeitermassen die aktuellsten sind: die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, die Wohnungsfrage, die Fragen der Abwehr gegen die weiße Gefahr, gegen die Kriegsgefahr* und all die Fragen des täglichen Lebens der Arbeiterklasse. Der Kommunismus besteht nicht darin, daß man den Kopf in den Sand steckt und sagt, einem so guten Kommunisten, wie ich es bin, paßt es nicht, sich mit solchen Dingen zu plagen. Wenn wir auch nur die Arbeiter, die wir schon gewonnen haben, bei der Fahne des Kommunismus behalten wollen, dann müssen wir unseren Kampf auf diese Fragen *konzentrieren: nur aus der Ausbreitung, Vertiefung und Steigerung dieses Kampfes wird der Kampf um die Diktatur entstehen.*

Der Arbeiter sieht in der Fabrik, er fühlt es bei jedem Streik, daß er nicht um die nächsten Lebensfragen kämpfen kann, wenn er nicht zusammen mit den anderen Arbeitern kämpft.

Und er sieht noch mehr. Er sieht, daß die Arbeiter ohne Rücksicht auf die Partei, daß die Arbeitermassen sich in diesen Fragen einig sind. Und weil sie das fühlen, muß die Politik der Kommunistischen Partei ihnen die Antwort auf die Frage geben, *was sie mit der Tatsache der gemeinsamen Forderungen der Arbeiter und ihrer politischen Trennung anfangen sollen.* Und, Genossen, wenn wir es nicht verstehen sollten zu den Massen zu sprechen als die Träger des Einheitsfrontgedankens des Proletariats, — so würden wir zu einem kleinen Häuflein zusammenschrumpfen. Das, was unseren Arbeitern in dieser Zeit die Kraft gibt, bei der Kommunistischen Partei zu bleiben, ja, sich um sie in neuen Scharen zu sammeln, das ist nicht nur unser Ziel, nicht nur die wachsende Erkenntnis der Vorderreihen von der Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, sondern auch das Gefühl, daß wir das *einigende Element* in der Arbeiterklasse sind. Ich fühlte das niemals mehr als Ende des Jahres 1920, als ich nach dem Vereinigungsparteitag in Berlin war und mit den Genossen sprach. Wir haben mit der Losung der Diktatur des Proletariats alles das von der Sozialdemokratie abgespalten, was auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Revolution bereit war, den Gedanken der Diktatur des Proletariats aufzunehmen. Die Arbeiter, die dazu nicht bereit waren, sie sahen nur die Spaltung; und unsere Genossen fühlten, mit der Propaganda der Endziele, die durch die ganze Lage im Bewußtsein der Massen eine Zeitlang in den Hintergrund gedrängt sind, mit der Propaganda der Spaltung konnten sie keine neuen, größeren Massen von Arbeitern zu sich herüberziehen, wie groß, wie unumgänglich auch die Notwendigkeit dieser Propaganda, wie groß ihre Bedeutung auch war.

Sie fühlten, daß sie mit den Arbeitern über das sprechen mußten, was die Arbeiter denken und fühlen, was sie bedrückt, wenn sie arbeitslos sind und nichts zu essen haben oder wenn sie hungern müssen, sogar in der Zeit, wo sie Beschäftigung haben. Die Idee der Einheitsfront ist für die Arbeitermasse die Idee der Sammlung der Arbeiterklasse für den Kampf gegen die Leiden, die der zerfallende Kapitalismus ihnen zufügt.

Die zweite Frage war, wenn die Einheitsfront notwendig ist, *wie sollen wir sie durchführen?* Sollen wir sie so durchführen, daß wir uns an die breitesten Massen des Proletariats wenden und sie auffordern: Kämpft mit uns unter der Fahne des Kommunismus! Sollen wir sie durchführen, indem wir den Arbeitern sagen: wir lehnen



alle Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Spitzenorganisationen ab?

Die einfachste Überlegung zeigt den ganzen Unsinn des Gedankens, daß man in dieser Form die Einheitsfront durchführen könne. Obgleich die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß ihre Partei gegen die Diktatur ist, so glauben sie doch, daß sie ihre Interessen trotzdem vertritt und deshalb gehören sie der Sozialdemokratischen Partei noch an. Wenn diese Arbeitermassen davon überzeugt sind, daß Scheidemann, Graßmann, Renaudel, Jouhaux für den Achtstundentag kämpfen wollen, so werden sie uns fragen: Ja, sehr richtig, man muß zusammen kämpfen, aber habt Ihr darüber mit Scheidemann, Renaudel, Henderson gesprochen?

Sollen wir ihnen darauf antworten: Scheidemann ist ein Verräter? Wenn sie mit uns übereinstimmten in diesem Urteil über Scheidemann, so brauchten wir doch das nicht erst zu propagieren, sie würden mit uns gehen. Also dieses Urteil ist das trennende und deshalb muß man trotz dieses Urteils mit den Führern der 2. Internationale verhandeln, wenn man die Einheitsfront will. Der Unterschied zwischen der 2. und der Kommunistischen Internationale besteht nicht darin, daß wir für die Diktatur des Proletariats sind und sie gewillt sind mit demokratischen Mitteln um den Sozialismus zu kämpfen, sondern darin, daß sie nicht kämpfen wollen, sogar nicht um ein Stück Brot. Wenn sie sich kompromittiert haben, wenn wir durch Tatsachen den Massen bewiesen haben, daß sie nicht kämpfen wollen und warum sie nicht kämpfen wollen, dann ist der Weg zur Einheitsfront frei.

Nun werden viele Genossen sagen: da wir das wissen, brauchen wir nicht die Illusionen im Proletariat zu stärken, um sie dann zu widerlegen. Aber es handelt sich eben nicht darum, die Illusionen zu stärken, sondern umgekehrt, sie zu widerlegen. Wir müssen sie nicht mit Worten, sondern mit Taten widerlegen. Es gibt komische Käuze in unserer Partei, die große Angst haben, vielleicht werden sich die Sozialdemokraten nicht entlarven lassen, vielleicht werden sie kämpfen. Ich glaube, es gibt keinen Menschen mit gesundem Hirn, der es nicht begrüßen würde, wenn die Sozialdemokraten kämpfen wollten. Und wenn die Sozialdemokraten uns vorwerfen: Ihr kommt mit dem Dolch im Gewande, Ihr wollt uns umarmen, um uns zu erdrücken, so sagen wir: *Das hängt von Euch ab*, beweist, daß Ihr kämpfen wollt, und dann werden wir wenigstens ein Stück Weges zusammengehen können. Wir fürchten das nicht.

Wir kamen daher zur Konferenz der drei Exekutiven nicht mit dem Plan, Manöver und Tänze aufzuführen, in denen sich zeigen sollte, daß wir gut tanzen und die andern nicht. Wir kamen, *um die Einheits-*



front des Proletariats wenn möglich von oben zu organisieren, um der Arbeiterklasse zu ermöglichen, wenn nicht sofort zur Gegenoffensive zu schreiten, so doch wenigstens ihre Positionen zu verteidigen. Dieser Plan scheiterte. Er scheiterte nicht an der Frage des Weltarbeiterkongresses. Wenn Sie die Situation analysieren, so werden Sie sehen, daß er daran gescheitert ist, daß die 2. und 2½ Internationale *unserem Plan der Abwehr einen Plan der Kapitulation* entgegenstellten.

Genossen, die russische Frage spielte dort eine große Rolle. Aus diesem Grunde muß ich auch bei ihr verweilen. Vielen Genossen schien sie ein Manöver der Sozialdemokraten, die durch die Ausnutzung unseres Kampfes gegen die Menschewiki, die Mitglieder der 2½ Internationale sind, dieselben von der Kommunistischen Internationale abdrängen wollten. Genossen, ich überschätze nicht die geistige Höhe der sozialdemokratischen Führer. Es ist möglich, daß es sich bei ihnen nur um ein taktisches Manöver handelte. Aber Dinge existieren auch dann, wenn sie im Kopfe von Wels nicht existieren.

Die Sozialdemokraten — die 2. und 2½ Internationale — forderten von uns in der russischen Frage folgendes: legalisiert — ich sage nicht, wie sie das dargestellt haben, sondern was der Inhalt war —, legalisiert die Menschewiki und die SR., dann wollen wir Sowjetrußland unterstützen. Was bedeutet das? Um was kämpft Sowjetrußland? Sowjetrußland kämpft um die Beibehaltung der Fabriken und des Grund und Bodens in der Hand des Arbeiterstaates. Was ist das Programm der Menschewiki und der SR.? Die Menschewiki haben jetzt ihr Programm in den Artikeln von *Martow* und *Dan* mit vollkommener Klarheit aufgestellt: es ist die Rückkehr zum Kapitalismus, das Aufgeben der nationalisierten Produktion. Martow formuliert diesen Standpunkt wörtlich dahin: weg mit den Hindernissen für die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland! Also die 2. und 2½ Internationale wollen Sowjetrußland unterstützen, wenn Sowjetrußland die Parteien legalisiert, die die Kapitulation Sowjetrußlands erzwingen wollen, die zum Teil dies durch ein Bündnis mit dem Ententekapital tun. Wenn wir während der Konferenz in Genua das Gefühl hatten, daß diese Menschen infolge einer vollkommenen Verdummung und Blindheit nicht sahen, daß Sowjetrußland kämpft, damit die internationale Arbeiterklasse nicht zu dem Ausgangspunkt der Revolution zurückgeworfen werde, bis zum Jahre 1914, wo in der ganzen Welt die Fabriken in den Händen des Kapitals waren, wo es noch keinen proletarischen Staat gab, so hat die jetzige Stellungnahme der Menschewiki, der Partei der 2½ Internationale gezeigt, daß es nicht nur Dummheit und Blindheit war, sondern daß ihr Programm ist: Einstellung des

Kampfes um den Sozialismus in Rußland, weil, wie Martow sagt, die Weltrevolution auf der ganzen Linie zurückgeworfen worden ist.

Und wie war die Position der 2. und 2½ Internationale in den Fragen der Verteidigung der einfachsten Lebensinteressen des westeuropäischen Proletariats? Wenn wir sagten: Kampf um den Achtstundentag, wenn wir sagten: Kampf gegen die Herabsetzung der Löhne, so haben sie uns natürlich nicht offen gesagt: nein. Sie haben uns gesagt: wir werden mit euch solange nicht zusammenkommen, wie die Profintern nicht aufgelöst ist. Was bedeutet das? Das bedeutet: bis die Kommunisten nicht auf den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie verzichten, die den Achtstundentag in allen Ländern opfert, die die Verlängerung der Arbeitsschichten in Deutschland durchgeführt hat, gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die in England am schwarzen Freitag den Kampf der Bergarbeiter verraten hat, gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die sich nicht nur auf der ganzen Linie auf dem Rückzuge befindet, sondern schon kapituliert hat. Der soziale, der politische Sinn des Abbruches der Verhandlungen in Berlin besteht darin: *wir kamen mit einem Plane der Abwehrkampagne und die Gegner verlangten von uns, daß die Kommunistische Internationale und der Teil der Arbeiterklasse, der hinter ihr steht, auf den Kampf verzichten solle.* Das war der soziale Sinn, der sich kraß in der Frage des Weltarbeiterkongresses äußerte. Die Führer der 2. und 2½ Internationale waren nicht bereit zu kämpfen, und daran ist die Aufrichtung der gemeinsamen Front von oben gescheitert.

Genossen, die Frage, die jetzt vor uns steht, ist: Geben wir die Versuche auf, die Einheitsfront nicht nur von unten aufzurichten, sondern sie auch von oben aufzurichten? Wir antworten darauf: Wir geben nicht nur diesen Plan *nicht auf, sondern wir müssen erst recht an die Verwirklichung dieses Planes herangehen.* Die Situation der sozialdemokratischen Führer ist die, daß sie sehr gut wissen, daß der Beginn dieses Kampfes als erste Konsequenz den Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie haben wird, daß sie die Koalition verlassen müssen, bevor sie hinausgeschmissen werden, und daß sie dann, wenn Stinnes, wenn Bonar Law, wenn Poincaré die Macht haben, genötigt sind, durch ihre eigenen Massen angesichts der Klarheit der ganzen Situation den Kampf zu beginnen. Und wir müssen wissen, sie werden sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, aber wir haben daran zu arbeiten, daß Momente eintreten, die sie zum Aufgeben dieses Standpunktes zwingen. Wenn es ihnen im Mai gelungen ist, den ersten Versuch der Aufrichtung der allgemeinen Einheitsfront zu sabotieren, so ist ihnen dies deshalb gelungen, weil wir nicht imstande waren, eine kräftige Agitation in den Massen für diese Idee zu führen. Als unsere Ber-

liner Organisation nicht imstande war, Deputationen aus 300 Fabriken in den Reichstag zu bringen, war es klar, daß der größte Lärm der „Roten Fahne" Wels kalt lassen würde: Besser war es im Rheinland, in Elberfeld, aber die Provinz wirkt sich langsamer aus als das Zentrum.

In Frankreich sabotieren die französischen Genossen diese Politik, ohne die sie nicht bloß zu einer politischen Sekte, sondern zu einer Sekte von Politikastern herabsinken werden.

In Italien hat unser Freund Bordiga die verteufelt kluge Idee ausgeheckt: die Einheitsfront in den Gewerkschaften, aber nicht in der Politik! Wenn wir vom Kampfe um die Einheitsfront sprechen, müssen wir uns ja in erster Linie selbst sagen: diesen Kampf haben wir *noch nicht einmal in einheitlicher kommunistischer Front geführt. Wir haben nur die ersten Schritte dazu getan.*

Weiter. Wenn unser Druck zu klein war, müssen wir ihn vergrößern und steigern, aber trotzdem wird es vielleicht nicht gelingen, *auf einmal, im internationalen Maßstab* die 2. und 2½ Internationale, zumal sie sich jetzt vereinigen, dazu zu bringen, mit uns zu gehen. Aber das bedeutet nicht, daß wir auf die Spitzenverhandlungen verzichten sollen. Wir sollen uns *nach den Ländern richten, wo der Druck am größten ist.* Wir haben hier die Front des Gegners, wir werden sie in frontalem Kampfe brechen, und dort brechen, wo der Druck der Arbeitermassen am größten ist. Natürlich wissen wir nicht, ob dies in internationalem Maßstabe gelingen wird. *Wird es nicht gelingen, — um so schlimmer für die 2. Internationale,* denn das würde beweisen, daß sie dem Tode geweiht ist, daß sie nicht versteht, vom Wagen der Bourgeoisie abzuspringen und daß sie mit diesem Wagen in den Abgrund hinuntersausen wird. Die Arbeit wird groß sein und viel Zeit in Anspruch nehmen. Aber das ist der einzige Weg, die Massen zum Kampfe und unter das Banner des Kommunismus zu bringen.

In meinem Schlußteile, Genossen, erlauben Sie mir, kurz über die Losungen des Kampfes zu sprechen.

V. *Die Losungen des Kampfes.* Wenn die Forderung der Erhöhung der Löhne, wenn die Forderung der Beibehaltung des Achtstundentages, die Forderung des Ausbaues der Betriebsrätebewegung den Ausgangspunkt unserer Aktion bilden, so ist die Situation so, daß wir mit diesen Forderungen allein nicht auskommen können. Nicht nur kommunistische Arbeiter, sondern vollkommen parteilose Arbeiter verstehen und können fordern, daß man ihnen täglich 1000 Mark zahlt, wenn sie mit 500 nicht leben können. Aber sie werden sehen, daß die Erhöhung der Papierlöhne kein Ausweg ist, und wenn wir in den ersten Stadien des Kampfes nur mit diesen Losungen aus-

21*



kommen können, so wird es, *je mehr der Kampf um sich greift,* nötig sein, politische, organisierende Losungen mitten im Kampfe zu stellen. Dieser Augenblick wird der Augenblick sein, wo wir *von der Gegenwehr zur Offensive übergehen.*

Diese Losungen haben wir schon auf dem 2. Weltkongreß aufgestellt aus unserer allgemeinen Analyse des zerfallenden Kapitalismus und der Aufgaben des Proletariats. Ich habe sie dann beleuchtet in meinem Referat über die Taktik auf dem 3. Kongreß. Wir haben in erster Linie die Losung der *Kontrolle der Produktion* aufgestellt. Die Losung der Produktionskontrolle ist notwendig aus folgenden Gründen: 1. zeigt sie dem Arbeiter eine Perspektive, sie zeigt ihm, daß das Proletariat imstande ist, den wirtschaftlichen Zerfall aufzuhalten.

Sie zeigt ihm die Perspektive des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, den Weg aus dem Chaos hinaus. Der Kampf um diese Losung wird zum Kampfe um die Staatsgewalt führen, da die Bourgeoisie jeden Aufbau, der auf ihre Kosten geschehen soll, mit allen Mitteln verhindern wird.

Die kommunistischen Parteien müssen darum die Losung der Kontrolle der Produktion nicht nur von Zeit zu Zeit in einem Artikel oder auf irgendeinem Kongreß aufstellen, sondern sie zum Mittelpunkt ihrer Bewegung machen. Sie müssen es verstehen, den Arbeitern klarzumachen, daß, wenn man nicht durch die Kontrolle der Produktion in den Fabriken und Werkstätten in Wirklichkeit die Macht an sich reißt, das wirtschaftliche Chaos mit jedem Tage wachsen wird. Die Losung der Produktionskontrolle ist die Losung, die den Massen einen Ausweg zeigt, die ihrem Kampfe die Idee für die nächste Periode gibt. Wenn wir in unserem Kampfe die Losung gegen die Steuern: Belastung der Bourgeoisie durch die Erfassung der Sachwerte aufstellen, so hängt diese Losung in der Luft, wenn nicht Kontrollorgane des Proletariats existieren, die imstande sind, dieser Losung den Boden zu geben.

Genossen, diese Fragen werden in den kommunistischen Parteien in breitestem Umfange bei der Programmfrage diskutiert werden müssen. Wenn manche Genossen der Internationale glauben, daß z. B. die Frage der Erfassung der Sachwerte nur eine deutsche Spezialität sei, so unterliegt es keinem Zweifel, daß bei der wachsenden Entwertung des Geldes in Frankreich, in Italien und in einer Reihe von anderen Ländern diese Frage einer der Ausgangspunkte der proletarischen Kämpfe sein wird. Wir können in diesen Kampf, in dem wir zusammenstoßen mit der bürgerlichen Gewalt, nicht ohne Losung über unser Verhältnis zur bewaffneten Macht hineinkommen. Die Forde-

rung der Konzentrierung der bewaffneten Macht in den Händen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter steht im engsten Zusammenhange mit dem Abwehrkampfe des Proletariats und wird überall spontan auftreten.

VI. *Arbeiterregierung*. Und jetzt komme ich zu der Frage, die in unserem Kampfe gegen die Offensive des Kapitals eine große Rolle spielt, die eine große Rolle spielte in den taktischen Ausführungen des Gen. Sinowjew zur *Frage der Arbeiterregierung*, die wir nicht ausschalten können bei der Besprechung des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals. Gen. Sinowjew hat in seinen Ausführungen eine gedankliche Klassifizierung der möglichen Arten der Arbeiterregierung gegeben. Ich bin mit diesem Klassifikationsversuch einverstanden. Ich ergänze ihn nur durch den Hinweis auf den Typus einer Arbeiter- und Bauernregierung in Ländern wie Polen, Jugoslavien, Bulgarien, Rumänien usw. Was für uns in diesem Zusammenhang von Wichtigkeit ist, das ist, an Stelle der gedanklichen Klassifikation die Frage aufzuwerfen: *Woran denken die Arbeitermassen — nicht nur die Kommunisten —, wenn sie von Arbeiterregierungen sprechen?* Ich beschränke mich auf Länder, in denen diese Gedanken schon Anklang gefunden haben: England, Deutschland und die Tschechoslowakei. In England denken sie an die Labour Party. Der Kommunismus ist dort noch keine Massenkraft. In den Ländern der Zersetzung des Kapitals ist diese Idee sehr lebhaft mit der Einheitsfront verbunden, und so, wie die Arbeiter sich sagen, Einheitsfront bedeutet, daß sich die Kommunisten und Sozialdemokraten in den Fabriken bei Streiks nicht bekämpfen, sondern daß sie zusammengehen, so hat auch die Idee der Arbeiterregierung für die Arbeitermassen dieselbe Bedeutung. *sie denken an die Regierung aller Arbeiterparteien.* Um was handelt es sich für diese Massen praktisch und politisch? Wir haben diese Frage zu beantworten. Und wie stellen wir uns zu dieser Frage? Wenn man die Frage untersucht, inwieweit ist es praktisch wahrscheinlich, daß es zu solchen Arbeiterkoalitionsregierungen kommt, so kann man tausend geistreiche Antworten finden. Man kann sagen, die Arbeiterregierung ist zwar nicht der notwendige, aber der mögliche Weg. Man kann mit dem Gen. Sinowjew paradox sagen, sie ist nicht der notwendige, sondern wahrscheinlich der unwahrscheinlichste Weg. Die Frage wird sich politisch entscheiden durch die Tatsache, *ob die Sozialdemokratie bis zu ihrem Tode mit dem Bürgertum zusammengehen wird.* Wird das der Fall sein, dann ist die Arbeiterregierung nur möglich als Diktatur des kommunistischen Proletariats. Wir können nicht über die Politik der Sozialdemokraten entscheiden. Was wir zu entscheiden haben, ist, wenn wir vor die Massen in

unserem Kampf gegen die Offensive des Kapitals treten, ob wir ihnen sagen können, ***daß wir bereit sind, für eine Arbeiterkoalitionsregierung zu kämpfen, die Vorbedingungen für sie zu schaffen oder nicht?***

Das ist die Frage, die man durch angebliche theoretische Kalkulationen für die Massen nur verwirren kann. Nach meiner Meinung müßten wir, wenn der Kampf um die Einheitsfront geht, klipp und klar sagen, ***daß, wenn die sozialdemokratischen Arbeitermassen ihre Führer zwingen, mit der Bourgeoisie zu brechen, wir bereit sind, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen, wenn diese Regierung ein Organ des Klassenkampfes sein wird.*** Ich sage: wenn sie bereit ist, gemeinsam mit uns zu kämpfen. Wäre natürlich die Situation so, daß uns die gebratenen Tauben vom Himmel fallen: daß sich nichts im Reiche geändert hat, die Kohlen hat Stinnes, in der Hand der Monarchisten ist das Militär, nur die Wilhelmstraße hat Scheidemann, und in diese Wilhelmstraße würden auch wir eingeladen; wenn unser Gen. Meyer einen Frack anzöge (Heiterkeit) und die Gen. Ruth Fischer, die sich sträubt (Heiterkeit), unter den Arm nähme und sie in das Reichskanzleipalais führte, — wenn solche historischen Perspektiven vorhanden wären, so wäre gegen eine solche Idee folgendes einzuwenden: Erstens würde ein Leutnant mit 10 Mann kommen und die Genossen Meyer, Scheidemann und Ruth Fischer ausheben, und dann würde es mit der Arbeiterregierung zu Ende sein. Aber bei dem Kampf gegen die Offensive des Kapitals handelt es sich nicht um eine parlamentarische Kombination, sondern um eine *Plattform zur Mobilisierung der Massen, um eine Plattform zum Kampfe.* Die Frage steht so: werden die Sozialdemokraten von der Bourgeoisie aus der Koalition hinausgeworfen und stellen sie sich in einen stillen Winkel und protestieren, werden sie in der Koalition verfaulen oder helfen wir den Massen, sie zu zwingen, den Kampf anzufangen? Man könnte sagen, was brauchen wir uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was sie tun werden? Wenn es sich um die Führer der Sozialdemokratie handelte, so würden wir es ganz gewiß vorziehen, daß sie verfaulen. Aber wenn es sich um die Mobilisierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen handelt, so müssen wir mit einem positiven Programm kommen. Inwieweit steht es im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats, inwieweit steht es im Widerspruch zum Bürgerkriege? Es steht in einem solchen Widerspruch, wie das Vorzimmer zum Zimmer steht (sehr richtig!). Man kann in ein Zimmer durch die Mauer, wenn es verschlossen ist; sogar durch einen Kamin kann man hinein. (Zuruf Urbahns: Durch den Kamin ist Blut geflossen!) Ich höre zum erstenmal, daß das Proletariat *in* erster Linie auf dem Dache Barrikaden baut. Sogar wenn die Bourgeoisie irgendwo der Sozialdemokratie und den Kommunisten die

Regierung überläßt — was historisch nicht ausgeschlossen ist, wie das ungarische Beispiel zeigt —, so folgt darauf eine Periode der wildesten Kämpfe; es kann auch eine Situation entstehen, ähnlich der, in der sich am 9. November die Bourgeoisie in Deutschland befand, wo sie einfach verschwand. Sie kann sich in einer Situation befinden, wo sie uns die Macht überläßt in der Hoffnung, daß wir nicht in der Lage sein werden, diese Macht zu behalten. Ob wir zur Regierung kommen durch den Bürgerkrieg, ob wir dazu kommen durch das Versagen der Bourgeoisie, der Bürgerkrieg ist das Resultat der Arbeiterregierung. Die Arbeiterklasse wird nicht imstande sein, die Macht zu halten ohne den Bürgerkrieg. Nicht als ob wir Kommunisten uns sagen: ohne Bürgerkrieg kann ich nicht leben, wie Tom Sayer den Neger durch einen unterirdischen Gang zu befreien müssen glaubte, obwohl die Türen offen standen; nicht als ob wir sagen würden, ohne Bürgerkrieg nehme ich die Macht nicht an, ohne Bürgerkrieg bin ich unglücklich (Heiterkeit), sondern aus dem einfachen Grunde, den Gen. Sinowjew anführte: die Bourgeoisie kann versagen in dem und jenem Falle, aber sie gibt die Macht ohne erbitterten Kampf endgültig nicht auf. Wenn die Sozialdemokraten nicht fähig sein werden, zu kämpfen, dann werden wir über sie hinwegschreiten. Wo die Arbeiterregierung zustande kommt, wird sie nur ein Ausgangspunkt des Kampfes um die Diktatur des Proletariats sein, denn die Bourgeoisie wird eine sogar auf demokratischer Grundlage fundierte Arbeiterregierung nicht dulden, und es wird sich zeigen, daß „der Bien muß". Der sozialdemokratische Arbeiter muß zum Kommunisten werden, er muß den Bürgerkrieg zur Verteidigung seiner Herrschaft führen. Aus diesem Grunde glaube ich, in der Praxis, in der Entwicklung der Dinge, drohen uns hier keine großen Gefahren des Versumpfens, inwieweit es sich um wirkliche Klassenkämpfe handelt, nicht um parlamentarische Regierungsfragen in kleinen abgelegenen Nestern, wie Braunschweig und Thüringen, wo man ohne Bürgerkrieg in der Regierung sitzen kann, womit ich nicht sagen will, daß man diese Fragen als nichts behandeln soll. Die Losung der Arbeiterregierung ist eine notwendige orientierende Losung, eine Losung, die der Einheitsfront ein einheitliches politisches Ziel setzt. Der Moment, in dem sich die Arbeiter zum Kampfe um die Arbeiterregierung, um die Kontrolle der Produktion zusammenfinden, wird den Beginn unserer Gegenoffensive bedeuten, denn wenn wir nicht nur das was ist und verschwindet verteidigen, *sondern um neue Positionen kämpfen, beginnt die Offensive.*

Die Kommunisten können diese Offensive nicht künstlich herbeiführen. Der große Fehler der Märzkämpfe war eben, daß sie den



Kampf der großen Massen durch den Willen unserer Partei zum Kampfe zu ersetzen versuchten. Der Wille unserer Partei zum Kampfe muß in der Art unserer Agitation und Organisation der Massen zum Ausdruck kommen, und es ist am bezeichnendsten für den Stand der Arbeiterbewegung, daß sogar unsere kommunistische Agitation in den Ländern, wo wir die besten Parteien haben, noch einen abstrakten Charakter trägt, daß sie nicht von der Leidenschaft der Menschen getragen ist, die überzeugt sind, daß sie wirklich um bald erreichbare Zwecke kämpfen.

Alles macht noch den Eindruck einer reinen Agitation, und wenn wir, Parteigenossen, wollen, daß all unsere Debatten nicht an Blutmangel sterben, daß all unsere Kongresse nicht die Bedeutung eines Parteikonventikels haben, in denen man nur theoretische Entwicklungstendenzen diskutiert, so müssen unsere Parteien in der Tat praktisch eine ganz andere Politik treiben; nicht anders in bezug auf die politische Linie, sondern anders in bezug auf die Energie ihres Kampfes. Und Genossen, hier, bei der Besprechung der Frage der Offensive des Kapitals müssen wir das eine feststellen: wir müssen an uns die Änderung vornehmen, bevor wir sie bei den nichtkommunistischen Massen durchsetzen können.

Viele Genossen stellen sich die Sache so vor, die Kommunistische Internationale könne nur florieren und gesunde Backen haben in dem Augenblick, wo die revolutionären Wogen hoch gehen, wo die proletarischen Massen stürmen.

Die Kommunistische Internationale ist nicht nur die Partei der Eroberung der Macht, sondern sie ist die Partei des Kampfes um die Macht. Und darum ist es ein Unsinn, zu sagen, jetzt sei gewissermaßen Sauregurkenzeit, die Partei könne deshalb nicht kämpfen. Man macht auf diese Weise die Kommunistische Internationale zu einem Parasiten der proletarischen Weltrevolution, statt zu einem Kämpfer für sie. Nicht die Stimmung der Enttäuschung und des Wartens auf die Revolution, *sondern Kampf um jeden Fußbreit Boden muß die Parole sein.* Alle unsere Auseinandersetzungen haben nur einen Zweck, wenn wir verstehen, daß wir kommunistische Parteien nur bilden können, unter einer bestimmten Voraussetzung, nicht irgendwo in der Stube, wo Resolutionen gefaßt und studiert werden, sondern in der Erfüllung unserer Aufgaben im praktischen Kampfe, in der Einheitsfront des Proletariats, im Kampfe um die Frage, die die Geschichte schon heute stellt. Und wer einen Gegensatz sieht zwischen der Linie der Einheitsfront und dem Prozeß der Vereinigung und Festigung der kommunistischen Parteien, der versteht nichts von den Aufgaben der

Kommunistischen Internationale und der versteht nicht, daß wir gefestigte Parteien haben müssen, wenn wir die Träger der Einheitsfront sein wollen, sowie daß, wenn wir um die Einheitsfront des Proletariats kämpfen wollen, wir gefestigte Parteien haben müssen. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 3.55 nachmittags.

ZWÖLFTE SITZUNG

DONNERSTAG, DEN 16. NOVEMBER 1922.

Fascismus, Fortsetzung der Diskussion über die Offensive des Kapitals.

Redner: Bordiga, Smeral, Pullman, Urbahns.

Eröffnung: 12.20 mittags.

Vorsitz: *Kolarow,* später *Marchlewski.*

VORSITZENDER: Die Sitzung ist eröffnet. Ich erteile das Wort dem Gen. Bordiga für den Bericht über den Fascismus.

BORDIGA: Werte Genossen, ich bedaure, daß die eigenartigen Verhältnisse, die in der Verbindung zwischen unserer Delegation und unserer Partei eingetreten sind, mir die Möglichkeit nehmen, über das gesamte Urkundenmaterial dieser Frage zu verfügen.

Es ist ein von unserem Gen. Togliatti verfaßter schriftlicher Bericht vorhanden; diesen Bericht habe ich nicht nur nicht bei mir, ich hatte nicht einmal Gelegenheit, ihn zu sehen.

Bezüglich der genauen statistischen Daten muß ich jene Genossen, die sich eingehender informieren wollen, auf diesen Bericht verweisen, der sicher hierher gelangen und hier übersetzt und verteilt werden wird.

Meine Informationen wurden übrigens im letzten Augenblick ergänzt, da gestern abend ein Abgesandter der Zentrale unserer Partei in Moskau eingetroffen ist und uns über die Eindrücke der jüngsten Fascistenereignisse auf die italienischen Genossen berichtete; mit diesen Informationen werde ich mich im letzten Teil meines Referates befassen.

Ich muß mich, nach dem, was Gen. Radek gestern hier in seiner Rede über das Verhalten der Kommunistischen Partei zum Fascismus gesagt hat, auch mit einer anderen Seite dieser Frage befassen.

Unser Gen. Radek hat das Verhalten unserer Partei zur Fascistenfrage, die heute die herrschende politische Frage in Italien ist, kritisiert. Er hat unseren Standpunkt — unseren angeblichen Standpunkt — kritisiert, der darin bestehe, daß wir eine kleine Partei haben wollen und sämtliche Fragen derart beurteilen, daß wir uns auf das Gebiet der Organisation der Partei und ihrer unmittelbaren Rolle beschränken, ohne unser Augenmerk auf die großen politischen Fragen zu richten.

In Anbetracht der Kürze der Zeit werde ich mich bemühen, nicht allzu weitschweifig zu sein. Bei der Erörterung der italienischen Frage

und unserer Beziehungen zur Sozialistischen Partei werden wir auch die Frage behandeln müssen, wie wir in der in Italien durch den Fascismus geschaffenen neuen Situation vorzugehen haben.

Ich gehe jetzt direkt zu meinen Ausführungen über.

Untersuchen wir vor allem den Ursprung der Fascistenbewegung.

Was sozusagen den unmittelbaren und äußeren Ursprung der Fascistenbewegung anbelangt, reicht dieser in die Jahre 1914/15 zurück, in jene Periode, die dem Eingreifen Italiens in den Weltkrieg vorangegangen ist. Ihre ersten Anfänge sind jene Gruppen, die diese Intervention unterstützt haben. In politischer Hinsicht bestanden diese Gruppen aus Vertretern verschiedener Tendenzen.

Es gab eine Rechtsgruppe mit Salandra: die Großindustriellen, die am Krieg interessiert waren und die, bevor sie den Krieg für die Entente befürworteten, sogar den Krieg gegen die Entente unterstützt hatten.

Andererseits gab es auch Tendenzen der linken Bourgeoisie: die italienischen Radikalen, d. h. die linksseitigen Demokraten, die Republikaner, die aus Tradition für die Befreiung Triests und Trients waren. An dritter Stelle enthielt die Interventionistenbewegung gewisse Elemente der Proletarierbewegung: revolutionäre Syndikalisten und Anarchisten. Zu diesen Gruppen gehörte namentlich — es ist wohl ein persönlicher Fall, der aber von besonderer Bedeutung ist — der Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei: Mussolini, der Leiter des „Avanti"!

Man kann ungefähr sagen, daß die mittlere Gruppe sich an der Fascistenbewegung nicht beteiligt und sich in den Rahmen der traditionellen bürgerlichen Politik eingefügt hat.

In der Fascistenbewegung verblieben die Gruppen der äußersten Rechten und jene der äußersten Linken: die ex-anarchistischen, die ex-syndikalistischen und die ex-syndikalistisch-revolutionären Elemente.

Diese politischen Gruppen, die im Mai 1915 dadurch, daß sie entgegen dem Willen der Mehrheit des Landes und selbst des Parlaments, das dem plötzlichen Handstreich nicht zu widerstehen vermochte, dem Lande den Krieg aufdrängten, einen großen Sieg errungen hatten, sahen nach Kriegsschluß, wie sich ihr Einfluß verringerte. Schon während des Krieges konnten sie diese Tatsache konstatieren.

Sie hatten den Krieg als ein sehr leichtes Unternehmen hingestellt; als man jedoch sah, daß der Krieg sich in die Länge zog, büßten diese Gruppen ihre Volkstümlichkeit, die sie ja eigentlich niemals recht besessen hatten, vollends ein.

Unmittelbar nach dem Krieg sank der Einfluß dieser Gruppen auf ein Minimum.

Während und nach der Demobilisierungsperiode gegen Ende des Jahres 1918, während des Jahres 1919 und in der ersten Hälfte 1920 lag diese politische Tendenz inmitten der durch die Folgen des Krieges hervorgerufenen allgemeinen Unzufriedenheit vollständig am Boden.

Dennoch läßt sich der politische und organische Zusammenhang dieser damals schon fast erloschen scheinenden Bewegung mit der mächtigen Bewegung, die sich heute vor unseren Augen entrollt, feststellen.



Die „fasci di combattimento" haben niemals aufgehört zu existieren; der Führer der fascistischen Bewegung war stets Mussolini, ihr Blatt ist „Il Popolo d'Italia".

Bei den politischen Wahlen, Ende Oktober 1919, wurden die Fascisten in Mailand, wo sie ihr Tageblatt hatten und wo sich ihr politischer Führer befand, vollständig geschlagen. Sie erhielten eine verschwindend kleine Stimmenzahl: trotzdem aber setzten sie ihre Arbeit fort.

Die revolutionäre sozialistische Richtung des Proletariats hatte dank der revolutionären Begeisterung, die sich der Massen bemächtigt hatte — die Gründe brauche ich hier wohl nicht ausführlich auseinanderzusetzen —, in der Nachkriegsperiode eine bedeutende Verstärkung erfahren. Dennoch verstand sie es nicht, sich diese günstige Situation zunutze zu machen.

Diese Tendenz verkümmerte schließlich, weil all diese der Erstarkung einer revolutionären Organisation günstigen objektiven und psychologischen Verhältnisse keine Partei vorfanden, die imstande gewesen wäre, auf ihnen eine stabile Organisation aufzubauen. Ich behaupte nicht, daß die Sozialistische Partei — wie Gen. Sinowjew dieser Tage sagte — in Italien die Revolution hätte machen können, sie hätte es jedoch zumindest fertig bringen müssen, den revolutionären Kräften der Arbeitermasse eine feste Organisation zu geben. Sie war aber dieser Aufgabe nicht gewachsen.

Wir haben also die Abnahme der Popularität, deren sich die immer kriegsfeindliche sozialistische Richtung in Italien erfreut hatte, mitansehen müssen.

In dem Maße, wie die sozialistische Bewegung in der Krise des sozialen Lebens Italiens einen Irrtum nach dem anderen beging, begann die entgegengesetzte Bewegung — der Fascismus — zu erstarken.

Der Fascismus verstand es ganz besonders, die Krise auszunutzen, die sich in der wirtschaftlichen Lage geltend machte und deren Einfluß auf die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats fühlbar zu werden begann.

Im schwierigsten Augenblick fand die Fascistenbewegung eine Stütze in der Fiumaner Expedition d'Annunzios. Aus der Fiumaner Expedition schöpfte der Fascismus eine gewisse moralische Kraft, und dort entstand auch, obgleich die Bewegung d'Annunzios und der Fascismus zwei verschiedene Dinge waren, seine Organisation und seine bewaffnete Macht.

Wir haben über das Verhalten der sozialistischen Proletarierbewegung gesprochen; die Internationale hat an ihren Fehlern wiederholt Kritik geübt.

Die Folge dieser Fehler war ein völliger Stimmungsumschwung bei der Bourgeoisie und den übrigen Klassen. Das Proletariat war entzweit, war demoralisiert. Die Stimmung der Arbeiterklasse, die den Sieg aus ihren Händen gleiten sah, erfuhr eine bedeutende Änderung. Man kann sagen, daß die italienische Bourgeoisie im Jahre 1919 und in der ersten Hälfte 1920 sich so ziemlich damit abgefunden hatte, den Sieg der Revolution mitansehen zu müssen. Die Mittelklasse und die Kleinbourgeoisie waren geneigt, eine passive Rolle zu spielen, und

zwar nicht im Gefolge der Großbourgeoisie, sondern im Gefolge des Proletariats, das im Begriffe war, den Sieg zu erringen.

Diese Stimmung hat nun eine gründliche Änderung erfahren. Statt Zeugen des Sieges des Proletariats zu sein, sehen wir im Gegenteil, wie die Bourgeoisie sich zur Verteidigung sammelt.

Als die Mittelklasse sah, daß die Sozialistische Partei es nicht verstand, sich so zu organisieren, daß sie die Oberhand gewinnen konnte, gab sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck; sie verlor allmählich ihr Vertrauen, das sie in die Bestimmung des Proletariats gesetzt hatte, und wandte sich der entgegengesetzten Seite zu.

In diesem Augenblick setzte die kapitalistische Offensive der Bourgeoisie ein, die sich hauptsächlich die Stimmung der Mittelklasse zunutze machte. Der Fascismus stellte dank seiner sehr verschiedenartigen Zusammensetzung die Lösung dieses Problems dar; dadurch war er sogar in der Lage, die Offensive der Bourgeoisie und des Kapitalismus einzudämmen.

Das italienische Beispiel ist ein klassisches Beispiel für die Offensive des Kapitals. Diese Offensive bildet, wie Gen. Radek gestern von dieser Tribüne herab sagte, eine komplizierte Erscheinung, die man nicht nur hinsichtlich der Lohnherabsetzungen oder der Verlängerung der Arbeitszeit, sondern auch auf dem allgemeinen Gebiet der politischen und militärischen Aktion der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse einer Prüfung unterziehen müsse.

In Italien haben wir in der Entwicklungsperiode des Fascismus alle Erscheinungsformen der kapitalistischen Offensive erlebt.

Vom ersten Augenblick ihres Bestehens an hat unsere Kommunistische Partei die Lage kritisch erörtert und dem italienischen Proletariat seine Aufgabe in der einheitlichen Selbstverteidigung gegen die bürgerliche Offensive gewiesen; sie entwarf einen einheitlichen Plan, auf Grund dessen das Proletariat gegen diese Offensive hätte aufmarschieren müssen.

Wenn wir die kapitalistische Offensive als Ganzes betrachten wollen, müssen wir die Lage in ihren allgemeinen Linien, und zwar einerseits auf dem Gebiete der Industrie, andererseits auf dem Gebiete der Landwirtschaft untersuchen.

In der Industrie nutzt die kapitalistische Offensive vor allem die wirtschaftlichen Erscheinungen unmittelbar aus.

Die Krise beginnt und die Arbeitslosigkeit macht sich geltend. Ein Teil der Arbeiter muß entlassen werden und die Arbeitgeber haben leichtes Spiel, denn sie können aus den Betrieben jene Arbeiter, die an der Spitze der Gewerkschaften stehen, sie können die Extremisten davonjagen. Die industrielle Krise bildet für die Arbeitgeber den Ausgangspunkt, der es ihnen ermöglicht, die Herabsetzung der Löhne und die Revision der disziplinarischen und moralischen Zugeständnisse zu fordern, die sie vorher den Arbeitern ihrer Betriebe machen mußten.

Am Anfang dieser Krise entsteht in Italien der Allgemeine Industrieverband, der Klassenverband der Arbeitgeber, der diesen Kampf leitet und die Aktion jedes einzelnen Industriezweiges seiner Führung unterwirft.

In den Großstädten kann der Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht mit der sofortigen Anwendung der Gewalt einsetzen. Die städtischen



Arbeiter bilden im allgemeinen große Gruppen; sie können sich mit einer gewissen Leichtigkeit in großen Massen versammeln und einen ernsten Widerstand leisten. Vor allem zwang man daher dem Proletariat gewerkschaftliche Kämpfe auf, die zu ungünstigen Ergebnissen führten, weil die wirtschaftliche Krise sich im akutesten Zustande befand. Die Arbeitslosigkeit nahm ununterbrochen zu. Die einzige Möglichkeit, die sich in der Industrie entrollenden wirtschaftlichen Kämpfe siegreich zu bestehen, hätte in der Übertragung der Tätigkeit vom Gebiete der Gewerkschaftsbewegung auf das revolutionäre Gebiet, in der Diktatur einer wahrhaft kommunistischen politischen Partei bestanden; die italienische Sozialistische Partei war aber keine solche Partei.

Sie hat es nicht verstanden, im entscheidenden Sturm die Aktion des italienischen Proletariats auf das revolutionäre Gebiet zu verlegen. Die Periode der großen Erfolge der italienischen Gewerkschaftsorganisation im Kampfe um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse machte jener neuen Periode Platz, in der die Streiks zu Defensivstreiks der Arbeiterklasse wurden; die Gewerkschaften erlitten eine Niederlage nach der anderen.

Da in Italien in der revolutionären Bewegung den landwirtschaftlichen Klassen, besonders den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern und auch jenen Schichten, die nicht vollständig proletarisiert sind, eine große Bedeutung zukommt, sahen sich die herrschenden Klassen genötigt, sich gegen den Einfluß, den die roten Organisationen auf dem flachen Lande erlangt hatten, eines Kampfmittels zu bedienen.

Die Lage, die wir in einem großen Teile Italiens, in dem vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus wichtigsten Teil, in der Po-Ebene, vor uns hatten, sah einer örtlichen Diktatur des Proletariats oder wenigstens der Landarbeiter verzweifelt ähnlich. Dort hat die Sozialistische Partei Ende 1920 viele Gemeinden erobert, die dann eine lokale Steuerpolitik gegen die landwirtschaftliche und die mittlere Bourgeoisie betrieben. Wir hatten dort blühende Gewerkschaftsorganisationen, bedeutende Genossenschaften und zahlreiche Sektionen der Sozialistischen Partei. Und selbst dort, wo sich die Bewegung in der Hand der Reformisten befand, nahm die Arbeiterklasse des flachen Landes eine revolutionäre Haltung ein. Man zwang die Arbeitgeber, einen Steuerbeitrag, einen gewissen Betrag an die Organisation zu zahlen, der gewissermaßen eine Garantie für die Unterwerfung der Arbeitgeber unter den ihnen im gewerkschaftlichen Kampf aufgezwungenen Vertrag darstellte.

Es entstand eine Lage, in der die landwirtschaftliche Bourgeoisie auf dem flachen Lande nicht mehr leben konnte und gezwungen war, sich in die Städte zurückzuziehen.

Die italienischen Sozialisten begingen gewisse Fehler, und zwar hauptsächlich in der Frage der Aneignung des Bodens und der Tendenz der Kleinpächter, nach dem Krieg Land anzukaufen, um zu Kleinbesitzern zu werden.

Die reformistischen Organisationen zwangen diese Kleinpächter, sozusagen Sklaven der Landarbeiterbewegung zu bleiben; unter solchen Verhältnissen fand dort die fascistische Bewegung eine bedeutende Stütze.

In der Landwirtschaft gab es keine mit großer Arbeitslosigkeit ver-

bundene Krise, die den Grundbesitzern auf dem Gebiete der einfachen Gewerkschaftskämpfe eine siegreiche Gegenoffensive ermöglicht hätte.

Hier begann der Fascismus sich dadurch zu entwickeln und die Methode der physischen Gewalt, der bewaffneten Gewalt in Anwendung zu bringen, daß er sich auf die Klasse der ländlichen Grundbesitzer stützte und die in der mittleren Schicht der landwirtschaftlichen Klassen durch die organisatorischen Fehler der Sozialistischen Partei und der reformistischen Organisatoren hervorgerufene Unzufriedenheit ausnutzte. Der Fascismus stützte sich auch auf die allgemeine Situation, auf die von Tag zu Tag zunehmende Unzufriedenheit sämtlicher kleinbürgerlicher Schichten, der kleinen Kaufleute, der Kleingrundbesitzer, der ausgedienten Soldaten, der ehemaligen Offiziere, die nach der Stellung, die sie während des Krieges innegehabt hatten, durch ihre jetzige Situation enttäuscht waren.

Man nutzte all diese Elemente aus; und indem man sie organisierte und in Formationen einreihte, konnte man die Bewegung zur Zerstörung der Macht der roten Organisationen auf dem italienischen flachen Lande in Angriff nehmen.

Die Methode, deren sich der Fascismus bediente, ist höchst charakteristisch; der Fascismus sammelte sämtliche demobilisierten Elemente, die in der Gesellschaft nach dem Kriege ihren Platz nicht finden konnten, und machte sich ihre militärischen Erfahrungen zunutze.

Er begann mit der Bildung seiner militärischen Formationen nicht in den großen Industriestädten, sondern in jenen Städten, die wir als Hauptstädte der italienischen landwirtschaftlichen Bezirke betrachten können, wie zum Beispiel Bologna und Florenz; er stützt sich hierbei auf die staatlichen Behörden, worauf wir noch zurückkommen. Die Fascisten verfügen über Waffen und Transportmittel, erfreuen sich der Straflosigkeit vor dem Gesetze und genießen die Vorteile dieser günstigen Verhältnisse auch dort, wo sie die Zahl ihrer revolutionären Gegner noch nicht erreichen. Sie organisieren zunächst die „Spedizioni primitive" genannten Expeditionen. Sie gehen hierbei folgendermaßen vor:

Sie überfluten ein bestimmtes kleines Gebiet, zerstören die Zentralstellen der proletarischen Organisationen, zwingen die Munizipalräte gewaltsam zum Rücktritt, verwunden oder töten im Notfalle die gegnerischen Führer oder zwingen sie im besten Falle, das Gebiet zu verlassen. Die Arbeiter der betreffenden Ortschaften sind außerstande, diesen bewaffneten und von der Polizei unterstützten, aus allen Teilen des Landes zusammengezogenen Truppen Widerstand entgegenzusetzen. Die fascistische Ortsgruppe, die vorher gegen die proletarischen Kräfte keinen örtlichen Kampf wagen konnte, konnte jetzt die Oberhand gewinnen, weil die Bauern und Arbeiter terrorisiert waren und wußten, daß, wenn sie es wagen würden, gegen diese Gruppe irgendeine Aktion zu unternehmen, die Fascisten ihre Expedition mit noch größeren Kräften wiederholen könnten, denen man keinesfalls Widerstand entgegensetzen könnte.

So erobert der Fascismus eine herrschende Stellung in der italienischen Politik und marschiert hierbei sozusagen gebietsweise auf, nach einem Plan, der sich auf der Landkarte sehr gut verfolgen läßt.



Sein Ausgangspunkt ist Bologna, wo sich im September und Oktober 1920 die sozialistische Administration eingerichtet und bei dieser Gelegenheit eine große Mobilisierung der roten Streitkräfte durchgeführt hatte.

Es ereignen sich Zwischenfälle; die Sitzungen werden durch Provokationen von außen gestört. Auf die Bänke der bürgerlichen Minderheit wird, vielleicht mit Hilfe von Lockspitzeln, geschossen.

Diese Tatsache führt zum ersten großen fascistischen Überfall.

Die entfesselte Reaktion unternimmt Zerstörungen und Brandstiftungen, sowie Gewalttätigkeiten gegen die Führer des Proletariats. Mit Hilfe der Staatsmacht bemächtigen sich die Fascisten der Stadt.

Mit diesen Ereignissen setzt der Terror am historischen 21. November 1920 ein, und nachher gelingt es dem Bologner Munizipalrat nicht wieder, die Macht zu ergreifen.

Von Bologna ausgehend, verfolgte der Fascismus einen Weg, den wir hier nicht in allen Einzelheiten beschreiben können; wir sagen nur, daß er zwei geographische Richtungen einschlug: einerseits zum nordwestlichen industriellen Dreieck: Mailand, Turin und Genua, und andererseits nach Toscana und dem Zentrum Italiens, um die Hauptstadt umzingeln und bedrohen zu können. Es war von vornherein klar, daß in Süditalien aus denselben Gründen, die auch die Entstehung einer großen sozialistischen Bewegung unmöglich gemacht hatten, keine fascistische Bewegung entstehen konnte.

Der Fascismus stellt so wenig eine Bewegung des rückständigen Teiles der Bourgeoisie dar, daß er zuerst nicht in Süditalien, sondern gerade dort auftauchte, wo die proletarische Bewegung am meisten entwickelt und der Klassenkampf am deutlichsten in Erscheinung getreten war.

Wie sollen wir uns nach diesen Angaben die fascistische Bewegung erklären? Ist sie eine rein agrarische Bewegung? Das wollten wir am allerwenigsten sagen, als wir die Behauptung aufstellten, daß die Bewegung hauptsächlich auf dem flachen Lande entstanden war; man kann den Fascismus nicht als unabhängige Bewegung eines einzigen Teiles der Bourgeoisie, als die Organisation der agrarischen Interessen im Gegensatz zu jenen der industriekapitalistischen hinstellen. Der Fascismus hat übrigens seine politische und gleichzeitig militärische Organisation selbst in jenen Provinzen, wo er seine Aktionen auf das flache Land beschränkte, in den großen Städten geschaffen.

Wir sahen, daß in der Kammer, als der Fascismus nach seiner Beteiligung an den Wahlen 1921 eine parlamentarische Fraktion erlangt hatte, sich unabhängig vom Fascismus eine Agrarpartei bildete. Im Verlaufe der weiteren Ereignisse sahen wir, daß die industriellen Arbeitgeber den Fascismus unterstützten.

Entscheidend für die neue Situation war in allerletzter Zeit eine Deklaration des Allgemeinen Industrieverbandes, der sich dafür aussprach, daß Mussolini mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werde.

Eine noch interessantere Erscheinung in dieser Hinsicht ist jedoch das Phänomen der fascistischen Gewerkschaftsbewegung.

Wie bereits gesagt, verstanden es die Fascisten, sich die Tatsache zunutze zu machen, daß die Sozialisten niemals eine Agrarpolitik hatten und daß gewisse Elemente auf dem flachen Lande, die nicht aus-



gesprochen dem Proletariat angehörten, Interessen hatten, die jenen der Sozialisten entgegengesetzt waren.

Der Fascismus war eine Bewegung, der sämtliche Mittel der brutalsten und wildesten Gewalt ausnutzen mußte. Er verstand es jedoch, diese Mittel mit der Anwendung der zynischsten Demagogie zu paaren. Der Fascismus versuchte, mit den Bauern und sogar mit den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern Klassenorganisationen zu bilden. In gewissem Sinne trat er sogar gegen die Gutsbesitzer auf. Wir hatten Beispiele von gewerkschaftlichen Kämpfen unter fascistischer Leitung, die sehr viel Ähnlichkeit mit den früheren Methoden der roten Organisationen aufwiesen.

Wir können diese Bewegung, die durch Zwang und Terror eine fascistische Gewerkschaftsbewegung macht, keinesfalls als eine Form des Kampfes gegen die Arbeitgeber betrachten, wir können aber andererseits auch nicht den Schluß ziehen, daß der Fascismus eine Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber im eigentlichen Sinne darstelle. Tatsache ist, daß der Fascismus eine große einheitliche Bewegung der herrschenden Klasse ist, die imstande ist, sämtliche Mittel, sämtliche partiellen und lokalen Interessen gewisser Gruppen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitgeber in ihren Dienst zu stellen, sie anzuwenden und auszunutzen.

Das Proletariat hat es nicht verstanden, sich zu einer einheitlichen Organisation zum gemeinsamen Kampf um die Eroberung der Macht zusammenzuschließen und diesem Zwecke die unmittelbaren Interessen der kleinen Gruppen zu opfern. Es verstand nicht, dieses Problem in einem günstigen Augenblick zu lösen.

Die italienische Bourgeoisie nützte diesen Umstand aus, um dies ihrerseits zu versuchen. Es ist dies ein ungeheures Problem. Die herrschende Klasse schuf eine Organisation zur Verteidigung der in ihrer Hand befindlichen Macht und sie verfolgte hierbei einen einheitlichen Plan der antiproletarischen, kapitalistischen Offensive.

Der Fascismus schuf eine Gewerkschaftsbewegung. In welchem Sinne? Um den Klassenkampf zu führen? Niemals! Der Fascismus schuf seine Gewerkschaftsbewegung unter der Losung: Alle wirtschaftlichen Interessen haben das Recht, eine Gewerkschaft zu bilden; es können sich Vereine bilden unter den Arbeitern, den Bauern, den Kaufleuten, den Kapitalisten, den Großgrundbesitzern usw. Sie alle können sich auf Grund desselben Prinzips organisieren. Die gewerkschaftliche Aktion sämtlicher Organisationen muß sich aber den nationalen Interessen, der nationalen Produktion, dem nationalen Ruhm usw. unterordnen.

Das ist eine Arbeitsgemeinschaft der Klassen und kein Klassenkampf. Sämtliche Interessen werden in eine angebliche nationale Einheit zusammengeschweißt. Wir wissen, was diese nationale Einheit bedeutet: die unbedingte gegenrevolutionäre Konservierung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen. Die Gründung des Fascismus kann unserer Ansicht nach drei Hauptfaktoren zugeschrieben werden: dem Staat, der Großbourgeoisie und den Mittelklassen.

Der erste dieser Faktoren ist der Staat. Der Staatsapparat hat in Italien bei der Gründung des Fascismus eine wichtige Rolle gespielt. Die Nachrichten über die aufeinanderfolgenden Krisen der bürgerlichen

Regierung Italiens ließen den Glauben aufkommen, daß die italienische Bourgeoisie einen derart unbeständigen Staatsapparat habe, daß zu dessen Sturz ein einziger Handstreich genügen würde.

Das stimmt keinesfalls. Die Bourgeoisie konnte die Fascistenorganisation gerade in dem Maße aufbauen, wie sich ihr Staatsapparat befestigte.

Während der unmittelbar auf den Krieg folgenden Periode macht der Staatsapparat eine Krise durch. Die offenkundige Ursache dieser Krise ist die Demobilisierung; sämtliche Elemente, die bis dahin am Krieg beteiligt waren, werden jetzt auf einmal auf den Arbeitsmarkt geworfen, und in diesem kritischen Augenblick soll sich die Staatsmaschine, die bis dahin mit der Herbeischaffung aller Hilfsmittel gegen den äußeren Feind beschäftigt war, in einen Apparat der Verteidigung der Macht gegen die innere Revolution verwandeln. Es war dies für die Bourgeoisie ein ungeheures Problem. Sie konnte dieses Problem weder vom technischen, noch vom militärischen Standpunkte aus durch einen offenen Kampf gegen das Proletariat lösen: sie mußte es vom politischen Standpunkt aus tun.

In dieser Periode entstehen die ersten linken Regierungen nach dem Krieg; in dieser Periode kommt die politische Richtung Nittis und Giolittis zur Herrschaft.

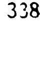
Gerade diese Politik hat es dem Fascismus ermöglicht, seinen späteren Sieg zu sichern.

Man mußte vorerst dem Proletariat Zugeständnisse machen; in dem Augenblick, da der Staatsapparat der Konsolidierung bedurfte, tauchte der Fascismus auf: es ist pure Demagogie, wenn er an diesen Regierungen Kritik übt und sie der Feigheit den Revolutionären gegenüber bezichtigt.

In Wirklichkeit haben die Fascisten die Möglichkeit ihres Sieges den Zugeständnissen der demokratischen Politik der ersten Minister der Nachkriegszeit zu verdanken.

Nitti und Giolitti haben der Arbeiterklasse Zugeständnisse gemacht. Gewisse Forderungen der Sozialistischen Partei — die Demobilisierung, das politische Regime, die Amnestie für die Fahnenflüchtigen — wurden erfüllt. Man machte diese verschiedenen Konzessionen, um zur Wiederherstellung des Staatsapparates auf solider Grundlage Zeit zu gewinnen. Nitti war es, der die „Guardia Regia", d. h. die „Königliche Garde" schuf, eine Organisation, die nicht gerade polizeilicher Natur war, sondern einen ganz neuen militärischen Charakter trug. Einer der großen Fehler der Reform-Sozialisten war es, daß sie dieses Problem, das sie sogar auf verfassungsmäßiger Grundlage, durch Protest gegen die Tatsache, daß der Staat eine zweite Armee bildet, hätten behandeln können, nicht als grundlegend betrachteten. Die Sozialisten begriffen nicht die Wichtigkeit dieser Frage und betrachteten Nitti als einen Mann, mit dem man in einer Linksregierung zusammenarbeiten könnte. Es ist dies wieder ein Beweis dafür, wie unfähig diese Partei ist, Verständnis für den Werdegang der italienischen Politik aufzubringen.

Giolitti vervollständigte das Werk Nittis. Im Ministerium Giolitti unterstützte Kriegsminister Bonomi die ersten Versuche des Fascismus; er stellte sich der im Entstehen begriffenen Bewegung und den de-



mobilisierten Offizieren, die sogar nach ihrer Rückkehr ins bürgerliche Leben den größten Teil ihrer Gagen weiterbezogen, zur Verfügung.

Er stellte den Staatsapparat im höchsten Maße dem Fascismus zur Verfügung. Man gewährte den Fascisten alle zur Bildung einer Armee nötigen Mittel.

Diese Regierung begreift im Augenblick der Besetzung der Betriebe sehr wohl, daß das bewaffnete Proletariat sich der Fabriken bemächtigt, daß das landwirtschaftliche Proletariat in seinem revolutionären Schwung darauf lossteuert, sich des Bodens zu bemächtigen, daß es aber ein ungeheurer Fehler wäre, jetzt, bevor die Organisierung der konterrevolutionären Kräfte durchgeführt ist, den Kampf aufzunehmen.

Diese Regierung, die die Organisierung der reaktionären Kräfte vorbereitet hatte, die eines Tages die proletarische Bewegung zerschmettern sollten, konnte sich auf die Manöver der verräterischen Führer des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes stützen, die damals Mitglieder der Sozialistischen Partei waren. Durch das Zugeständnis des Gesetzes über die Arbeiterkontrolle, das niemals durchgeführt oder auch nur votiert wurde, gelang es der Regierung, in der kritischen Situation den bürgerlichen Staat zu retten.

Das Proletariat hatte sich der Betriebe und des Grund und Bodens bemächtigt, die Sozialistische Partei bewies aber wieder einmal, daß sie unfähig war, das Problem der Einheit der Aktion der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterklasse zu lösen. Dieser Fehler wird es der Bourgeoisie morgen ermöglichen, die gegenrevolutionäre Einheit zu verwirklichen, und diese Einheit wird sie in die Lage versetzen, einerseits die Arbeiter der Betriebe, andererseits die Arbeiter des flachen Landes zu besiegen.

Wie wir sehen, hat der Staat in der Entwicklung der fascistischen Bewegung eine Rolle von größter Wichtigkeit gespielt.

Nach den Ministerien Nitti, Giolitti und Bonomi kam ein Ministerium Facta. Diese Regierung dient zur Maskierung der vollständigen Aktionsfreiheit des Fascismus in seinem territorialen Vormarsch. Zur Zeit des Auguststreiks 1922 entwickelten sich zwischen den Arbeitern und den Fascisten, die von der Regierung offen unterstützt wurden, ernste Kämpfe. Wir können das Beispiel von Barri anführen. Eine ganze Woche Kampf genügte nicht, die Arbeiter von Barri, die sich in ihre Wohnungen in der Altstadt zurückgezogen hatten und sich mit der Waffe in der Hand verteidigten, zu besiegen, obwohl die ganze Macht der Fascisten aufgeboten war. Die Fascisten mußten sich zurückziehen, wobei ihrer mehrere auf dem Schlachtfelde blieben. Was tat jedoch die Regierung Facta? In der Nacht ließ man die Altstadt durch Tausende von Soldaten, Hunderte von Carabinieri und Soldaten der „Guardia Regia" umzingeln; man ließ zum Sturm aufmarschieren. Vom Hafen her nahm ein Torpedoboot die Häuser aufs Korn. Maschinengewehre, Panzerautos, Geschütze fahren auf. Die im Schlafe überrumpelten Arbeiter wurden geschlagen, die Arbeiterkammer genommen. Genau so verfuhr der Staat überall. Überall, wo man merkte, daß der Fascismus vor den Arbeitern den Rückzug antreten mußte, griff die Staatsmacht ein; man schoß auf die widerstehenden Arbeiter, man verhaftete und verurteilte die Arbeiter, deren einzige Schuld die Selbstverteidigung

war, während Fascisten, die zweifellos gemeine Verbrechen begangen hatten, von den Behörden systematisch freigesprochen wurden.

Der erste Faktor ist also der Staat.

Der zweite Faktor des Fascismus ist, wie ich bereits gesagt habe, die Großbourgeoisie. Die Großkapitalisten der Industrie, des Bankwesens, des Handels, sowie die Großgrundbesitzer haben ein natürliches Interesse daran, daß eine Kampforganisation gegründet werde, die ihre Offensive gegen die Werktätigen unterstützt.

Aber der dritte Faktor spielt in der Bildung der Fascistenmacht gleichfalls eine sehr wichtige Rolle.

Um neben dem Staat eine illegale reaktionäre Organisation zu schaffen, mußte man andere Elemente anwerben, als jene, die die hohe herrschende Klasse unter ihren sozialen Elementen aufweisen konnte. Man erhielt sie dadurch, daß man sich an jene Schichten der Mittelklasse wandte, die wir erwähnt haben, indem man ihre Interessen vertrat, um sie zu umgarnen. Das ist es, was der Fascismus versuchte und was ihm, das muß man anerkennen, auch gelungen ist. Er hat in den Schichten, die dem Proletariat am nächsten stehen, Anhänger angeworben; desgleichen unter den Unzufriedenen des Krieges, unter all jenen Kleinbürgern, Halbbürgern, Kaufleuten und Händlern und vor allem unter jenen intellektuellen Elementen der bürgerlichen Jugend, die, indem sie Anhänger des Fascismus sind, die Energie wiederfinden, sich moralisch zu heben und sich in die Toga der Bekämpfung der Proletarierbewegung zu hüllen, wobei sie dann zum exaltierten Patriotismus und italienischen Imperialismus gelangen. Diese Elemente brachten dem Fascismus eine bedeutende Anzahl von Anhängern und machten es ihm möglich, sich militärisch zu organisieren.

Das sind die drei Faktoren, die es unseren Gegnern gestatteten, uns dieser Bewegung gegenüberzustellen, die an Roheit und Wildheit ihresgleichen sucht, der man aber zugestehen muß, daß sie eine solide Organisation ist und Führer von großer politischer Gewandtheit hat. Die Sozialistische Partei hat niemals die Bedeutung der auftauchenden Gegenbewegungen begreifen können. Der „Avanti" hat von dem, was die Bourgeoisie unter Ausnutzung der verhängnisvollen Fehler der proletarischen Führer vorbereitete, nichts verstanden. Er wollte Mussolini nicht erwähnen, da er befürchtete, durch ein zu starkes Hervorheben Reklame für ihn zu machen.

Wir sehen also, daß der Fascismus keine neue politische Doktrin darstellt. Der Fascismus hat aber eine große politische und militärische Organisation, eine bedeutende Presse, die mit viel journalistischem Geschick und viel Eklektizismus gehandhabt wird. Aber er hat keine Ideen, kein Programm und jetzt, wo er an das Staatsruder gelangt ist, ist er konkreten Problemen gegenübergestellt und genötigt, sich der Organisation der italienischen Volkswirtschaft zu widmen. Sobald er von seiner negativen Arbeit zur positiven Arbeit übergehen wird, wird er ungeachtet seines organisatorischen Talentes Schwächer aufweisen.

Wir haben die historischen Faktoren und die soziale Realität betrachtet, aus denen die fascistische Bewegung entstanden ist. Wir müssen uns jetzt mit der Ideologie befassen, die der Fascismus ange-

nommen hat, sowie mit dem Programm, mit dessen Hilfe er die verschiedenen ihm folgenden Elemente für sich gewonnen hat.

Unsere Kritik veranlaßt uns zu dem Schluß, daß der Fascismus hinsichtlich der Ideologie und des traditionellen Programms der bürgerlichen Politik nichts Neues gebracht hat. Seine Überlegenheit und seine Eigenart bestehen alles in allem in seiner Organisation, seiner Disziplin und seiner Hierarchie. Außer diesem außerordentlichen und militärischen Äußern, bleibt ihm nichts als eine Lage voller Schwierigkeiten, die zu überwinden er unfähig ist: die ökonomische Krise, die stets die Ursachen der Revolution erneuern wird, während es dem Fascismus unmöglich sein wird, den sozialen Apparat der Bourgeoisie zu reorganisieren. Der Fascismus, der es nicht verstehen wird, die ökonomische Anarchie des kapitalistischen Systems zu überwinden, hat eine andere historische Aufgabe, die wir als den Kampf gegen die politische Anarchie, gegen die Anarchie der Organisation der bürgerlichen Klasse als politischer Partei bezeichnen können. Die Schichten der herrschenden Klasse Italiens haben traditionelle politische und parlamentarische Gruppierungen gebildet, die sich nicht auf fest organisierte Parteien stützen und die gegeneinander kämpfen und in ihren besonderen und lokalen Interessen einen Konkurrenzkampf führen, der unter den professionellen Politikern in den Couloirs des Parlaments zu allerlei Manövern führt. Die konterrevolutionäre Offensive der Bourgeoisie machte es notwendig, im sozialen Kampf und in der Regierungspolitik die Kräfte der herrschenden Klasse zu vereinen. Der Fascismus ist die Verwirklichung dieser Notwendigkeit. Indem er sich über alle traditionellen bürgerlichen Parteien stellt, beraubt er sie allmählich ihres Inhalts; er ersetzt sie in ihrer Tätigkeit und dank den Mißgriffen der Proletarierbewegung gelingt es ihm, die politische Macht und das Menschenmaterial der Mittelklassen für seinen Plan zu verwerten. Aber es wird ihm unmöglich sein, sich eine Ideologie und ein konkretes Programm sozialer und staatlicher administrativer Reformen zu bilden, die die traditionelle bürgerliche Politik, die schon tausendmal bankrott gemacht hat, übertreffen.

Der kritische Teil der angeblichen Doktrin der Fascisten hat keinen großen Wert. Sie gibt sich einen antisozialistischen und zugleich einen antidemokratischen Anstrich. Was den Antisozialismus anbelangt, so liegt es klar auf der Hand, daß der Fascismus eine Bewegung der antiproletarischen Mächte ist und daß es ihm ansteht, sich gegen alle sozialistischen oder halbsozialistischen wirtschaftlichen Formen zu erklären, ohne daß es ihm dabei gelingt, etwas Neues zu bieten, um das System des Privatbesitzes zu unterstützen, es sei denn, daß er sich mit dem Gemeinplatz des verfehlten Kommunismus in Rußland begnügt. Die Demokratie muß aber durch einen fascistischen Staat ersetzt werden, weil sie es nicht verstanden hat, die revolutionären und antisozialen Tendenzen zu bekämpfen. Doch das ist bloß eine hohle Phrase.

Der Fascismus ist nicht eine Tendenz der bürgerlichen Rechten, die sich auf die Aristokratie, die Geistlichkeit, die hohen Zivil- und Militärbeamten stützt und die Demokratie der bürgerlichen Regierung und der konstitutionellen Monarchie durch die despotische Monarchie ersetzen will. Der Fascismus verkörpert den gegenrevolutionären Kampf aller verbündeten bürgerlichen Elemente, und darum ist es für ihn keines-



wegs unbedingt notwendig, die demokratischen Institutionen zu zerstören. Von unserem marxistischen Gesichtspunkte aus braucht dieser Umstand keineswegs als paradox angesehen zu werden, denn wir wissen, daß das demokratische System nur eine Zusammenfassung lügnerischer Garantien darstellt, hinter denen sich der Kampf der herrschenden Klasse gegen das Proletariat verbirgt.

Der Fascismus vereinigt gleichzeitig die reaktionäre Gewalt und das demagogische Geschick, womit die bürgerliche Linke es stets verstanden hat, das Proletariat zu betrügen und die Überlegenheit der großen kapitalistischen Interessen allen sozialen und politischen Bedürfnissen der Mittelklassen gegenüber zu beweisen. Wenn die Fascisten von einer sogenannten Kritik der liberalen Demokratie dazu übergehen, uns ihre positiven, ideologischen Anschauungen zu enthüllen, indem sie einen überspannten Patriotismus predigen und von einer historischen Mission des Volkes faseln, so dichten sie einen historischen Mythos, der keine ernste Grundlage hat, sobald man die wahre soziale Kritik anwendet, die das Land der Scheinsiege, Italien genannt, entlarvt. Was den Einfluß auf die Massen betrifft, so haben wir hier eine Nachahmung der klassischen Haltung der bürgerlichen Demokratie vor uns: wenn man behauptet, daß alle Interessen sich dem überlegenen nationalen Interesse unterordnen müssen, so bedeutet das, daß man im Prinzip ein Zusammenarbeiten aller Klassen unterstützt, während man in der Praxis nur die konservativen bürgerlichen Institutionen gegen die revolutionären Selbstbefreiungsversuche des Proletariats unterstützt Dasselbe hat die liberale bürgerliche Demokratie immer getan.

Das Neue im Fascismus besteht darin, daß er die bürgerliche Regierungspartei organisiert. Die politischen Ereignisse auf der Tribüne des italienischen Parlaments haben den Glauben erweckt, daß der bürgerliche Staatsapparat in eine derartige Krise geraten ist, daß ein Stoß von außen genügen würde, um ihn zu zerbrechen. In Wahrheit handelte es sich bloß um eine Krise der bürgerlichen Regierungsmethoden, die entstanden war infolge der Ohnmacht der Gruppierungen und der traditionellen Leiter der italienischen Politik, die es nicht vermochten, den Kampf gegen die Revolutionäre während einer scharfen Krise zu führen.

Der Fascismus schuf ein Organ, das befähigt war, die Rolle des Hauptes der Staatsmaschine in diesem Lande zu übernehmen.

Als aber die Fascisten neben ihrem praktischen Kampf gegen die Proletarier ein positives und konkretes Programm der sozialen Organisation und Administration des Staates aufstellten, haben sie im Grunde nur die banalen Thesen der Demokratie und der Sozialdemokratie wiederholt. Sie haben keineswegs ein eigenes, geschlossenes System von Vorschlägen und Projekten geschaffen.

So haben sie z. B. immer behauptet, daß im fascistischen Programm eine Einschränkung des bürokratischen Staatsapparates enthalten sei, die von oben her mit der Einschränkung der Zahl der Ministerien begonnen und auf allen Gebieten der Administration fortgesetzt werden soll. Wenn es nun auch wahr ist, daß Mussolini auf den Salonwagen des Ministerpräsidenten verzichtet hat, so hat er andererseits die Zahl der Minister und Staatsuntersekretäre erhöht, um hier seine Prätorianer unterbringen zu können.

Genau so wie der Fascismus sich nach verschiedenen republikanischen oder rätselhaften Gesten angesichts des Problems: Monarchie oder Republik? zum reinen loyalen Monarchismus entschlossen hat, so hat er auch, nach vielem Geschrei über die parlamentarische Korruption, völlig die Praxis des Parlamentarismus übernommen.

Er zeigte so wenig Neigung, sich die Tendenzen der reinen Reaktion anzueignen, daß er dem Syndikalismus den weitesten Spielraum ließ. Auf dem Kongreß zu Rom im Jahre 1921, wo der Fascismus fast lächerliche Versuche machte, seine Doktrin zu fixieren, unternahm man den Versuch, den fascistischen Syndikalismus als die Vorherrschaft der Bewegung der intellektuellen Arbeiterkategorien zu bezeichnen. Aber diese angeblich theoretische Richtung ist durch die häßliche Wirklichkeit schon längst widerlegt worden. Dem Fascismus, der seine Gewerkschaftsorganisationen auf die materielle Gewalt und das Monopol der Arbeitsgelegenheiten gründete, das ihm von den Arbeitgebern überlassen wurde, um dadurch die roten Organisationen zu brechen, ist es doch nicht gelungen, sich auch auf jene Kategorien zu erstrecken, wo die technische Spezialisierung der Arbeit, die für den Arbeiter vorteilhaft ist, größer ist. Er hat nur unter den landwirtschaftlichen Arbeitern und gewissen weniger qualifizierten Kategorien der städtischen Arbeiterschaft Erfolg gehabt, z. B. unter den Hafenarbeitern, ohne daß es ihm aber gelungen wäre, den fortgeschrittensten und intelligentesten Teil des Proletariats zu erobern. Er hat nicht einmal der Bewegung der Angestellten und Gewerbetreibenden auf gewerkschaftlichem Gebiet einen neuen Schwung gegeben. Der Syndikalismus der Fascisten beruht auf keiner ernsten Theorie. Die Ideologie und das Programm der Fascisten enthalten ein wirres Gemisch von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen und Forderungen, und die systematische Anwendung von Gewalt gegenüber dem Proletariat verhindert keineswegs, daß man aus den sozialdemokratischen Quellen des Opportunismus schöpft.

Einen Beweis dafür gibt die Stellungnahme der italienischen Reformisten, deren Politik eine Zeitlang von antifascistischen Prinzipien und von der Illusion, eine bürgerlich-proletarische Koalitionsregierung gegen die Fascisten bilden zu können, beherrscht zu sein schien, und die sich jetzt den siegreichen Fascisten anschließen. Diese Annäherung ist keineswegs paradox, sie kam durch eine ganze Reihe von Umständen zuwege und viele Dinge ließen sie voraussehen. Unter anderem auch die d'Annunzio-Bewegung, die einerseits mit dem Fascismus in Verbindung steht und andererseits den Versuch machte, sich auf Grund eines jener Fiumaner Konstitution entstammenden Programms, das angeblich auf proletarischer, oder sogar sozialistischer Grundlage ruhte, den Proletarierorganisationen anzuschließen.

Ich müßte noch einige Dinge erwähnen, die ich hinsichtlich des fascistischen Phänomens für sehr wichtig halte; doch fehlt es mir an der Zeit hierzu, aber die übrigen italienischen Genossen werden meine Rede ergänzen können, wenn sie an den Debatten teilnehmen. Ich wollte alles unerwähnt lassen, was die sentimentale Seite der Frage und die Leiden anbelangt, die die italienischen Arbeiter und Kommunisten zu erdulden hatten, weil mir das nicht das Wesentliche der Frage zu sein schien.



Ich muß mich noch mit den *letzten Ereignissen* befassen, die in Italien vorgefallen sind und über die der Kongreß genaue Informationen erwartet.

Die letzten Ereignisse.

Unsere Delegation hat Italien vor den letzten Ereignissen verlassen und war bis jetzt ziemlich schlecht über sie informiert.

Gestern abend ist ein Delegierter unseres Zentralkomitees angelangt und hat uns über diese Ereignisse berichtet. Ich bürge Ihnen für die genaue Wiedergabe der Tatsachen, die man uns über die letzten Ereignisse in Italien mitgeteilt hat, und werde sie Ihnen wiederholen.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, hat die Regierung Facta den Fascisten bei der Durchführung ihrer Politik den allerweitesten Spielraum gelassen. Ich gebe dafür nur ein Beispiel. Der Umstand, daß es in den aufeinander folgenden Ministerien eine starke Vertretung der italienischen Katholisch-bäuerlichen Volkspartei gab, hat die Fascisten nicht gehindert, den Kampf gegen die Organisationen, die Personen und die Institutionen dieser Partei fortzusetzen. Die bestehende Regierung war nur eine Scheinregierung, deren einzige Tätigkeit darin bestand, den auf die Macht gerichteten Vormarsch der Fascisten, den wir als rein territorial und geographisch bezeichnet haben, zu unterstützen.

In Wirklichkeit bereitete die Regierung den Boden zum fascistischen Umsturz vor. Unterdessen entwickelten sich aber die Dinge. Es entstand eine neue ministerielle Krise. Man forderte die Abdankung Factas. Die letzten Wahlen hatten hinsichtlich der verschiedenen Parteien eine derartige Zusammensetzung des Kabinetts ergeben, daß es unmöglich war, sich nach den alten Methoden der traditionellen bürgerlichen Parteien eine ständige Majorität zu sichern. Man pflegte immer zu sagen, daß in Italien die „riesige liberale Partei" an der Macht sei. Das war aber keine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes — als Partei hat sie niemals bestanden; sie war nicht zu einer Organisation ausgebildet. Sie stellte nur einen Mischmasch von persönlichen Cliquen dieser oder jener Politiker aus dem Norden oder Süden vor; ferner von Cliquen der industriellen oder ländlichen Bourgeoisie in den Händen von Berufspolitikern. Das Ensemble dieser Parlamentarier bildete in der Tat den Kern jeder parlamentarischen Kombination.

Nun aber war für den Fascismus der Augenblick gekommen, diese Lage zu ändern, wenn er nicht einer schweren inneren Krise verfallen wollte. Es handelte sich auch um eine Organisationsfrage. Man mußte die Bedürfnisse der Fascistenbewegung befriedigen und die Kosten dieser Organisation bezahlen. Diese materiellen Mittel sind im großen Maßstabe von den herrschenden Klassen und, wie es scheint, auch von den ausländischen Regierungen vorgestreckt worden. Frankreich hat der Gruppe Mussolini Geld gegeben. In einer geheimen Sitzung des französischen Kabinetts ist über ein Budget beraten worden, das bedeutende, im Jahre 1915 an Mussolini verabfolgte Summen umfaßt. In Dokumente dieser Art hat die Sozialistische Partei Einsicht genommen; sie wollte aber damals die Sache nicht weiter verfolgen, denn sie behauptete, daß Mussolini ein geschlagener Mann sei. Andererseits hat die italienische Regierung den Fascisten immer die Aufgabe erleichtert, so daß diese z. B. in ganzen Banden unentgeltlich die Eisenbahnen be-



nutzen durften. Dessenungeachtet, wurde die Lage infolge der ungeheueren, durch die Fascistenbewegung verursachten Ausgaben eine schwierige, wenn sie nicht direkt die Macht ergreifen wollten. Sie konnten auf keine neuen Wahlen warten, trotzdem der Erfolg sicher war.

Die Fascisten besitzen bereits eine starke politische Organisation. Sie zählen schon 300 000 Mann; sie selbst behaupten, daß ihrer mehr seien. Sie hätten sogar mittels der „Demokratie" siegen können. Doch Eile tat not.

Am 24. Oktober fand in Neapel die Sitzung des Nationalrates der Fascisten statt. Jetzt wird behauptet, daß dieses Ereignis, wofür in der ganzen bürgerlichen Presse Reklame gemacht worden ist, nur ein Manöver gewesen sei, um die Aufmerksamkeit vom Staatsstreich abzulenken. In einem gewissen Augenblick sagte man den Teilnehmern des Kongresses: brechen wir die Debatten ab, es gibt Besseres zu tun. Jeder gehe wieder an seinen Platz. Es begann eine fascistische Mobilisation. Das war am 26. Oktober. In der Hauptstadt herrschte noch völlige Ruhe.

Facta hatte erklärt, daß er nicht abdanken wolle, ehe er nicht noch einmal das Kabinett zusammenberufen habe, um den üblichen Vorgang zu beobachten. Doch ungeachtet dieser Erklärung reichte er beim König seine Abdankung ein.

Man begann über die Bildung eines neuen Ministeriums zu unterhandeln. Die Fascisten marschierten nach Rom, dem Zentrum ihrer Tätigkeit. Sie waren besonders in Mittel-Italien, in Toscana, tätig. Man ließ sie gewähren.

Salandra wurde mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Doch infolge der Haltung der Fascisten lehnte er es ab, die Regierung zu übernehmen.

Es ist anzunehmen, daß die Fascisten, wenn man sie nicht durch die Ernennung Mussolinis befriedigt hätte, sich sogar gegen den Willen ihrer Führer wie Räuber aufgeführt und in den Städten und auf dem Lande alles geplündert und zerstört hätten.

Es bestand eine gewisse Erregung der öffentlichen Meinung. Die Regierung Facta erklärte: wir verhängen den Belagerungszustand. Man erklärte den Belagerungszustand und erwartete einen großen Zusammenstoß der Staatsmacht mit den Kräften der Fascisten. Die öffentliche Meinung wartete darauf einen ganzen Tag lang, unsere Genossen verhielten sich zu dieser Möglichkeit sehr skeptisch.

Nirgends, wo die Fascisten vorüberkamen, stießen sie auf ernstlichen Widerstand. Und dennoch gab es in der Armee gewisse Kreise, die gegen die Fascisten gestimmt waren; die Soldaten waren bereit, gegen die Fascisten loszugehen, während die Mehrzahl der Offiziere für sie war.

Der König weigerte sich, die Verhängung des Belagerungszustandes zu unterschreiben. Das bedeutete die Annahme der Bedingungen der Fascisten, die im „Popolo d'Italia" schrieben: Es genügt, Mussolini zu bitten ein neues Ministerium zu bilden, und man hat damit noch eine legale Lösung gefunden; ist das nicht der Fall, so marschieren wir auf Rom und bemächtigen uns seiner.

Einige Stunden, nachdem der Belagerungszustand aufgehoben worden war, erfuhr man, daß Mussolini sich nach Rom begebe. Man hatte schon



eine militärische Verteidigung vorbereitet, man hatte Truppen zusammengezogen und die Stadt mit spanischen Reitern umgeben. Aber die Vereinbarung war schon getroffen worden und am 31. Oktober zogen die Fascisten siegreich in Rom ein.

Mussolini bildete das neue Ministerium, dessen Zusammensetzung bekannt ist.

Die Fascistenpartei, die im Parlament nur 35 Sitze besaß, hatte in der Regierung die absolute Majorität.

Mussolini behielt sich nicht nur den Präsidentenstuhl im Ministerrat vor, sondern auch die Portefeuilles des Innern und des Äußeren.

In die übrigen wichtigen Portefeuilles teilten sich die Mitglieder der Fascistenpartei.

In den anderen Ministerien machten sich die Fascisten ziemlich breit.

Da es aber mit den traditionellen Parteien noch zu keinem völligen Bruch gekommen war, gab es in der Regierung auch zwei Vertreter der sozialen Demokratie, das heißt der linken bürgerlichen Elemente, sowie auch der Rechts-Liberalen und einen Anhänger von Giolitti.

Die Repräsentanten des königlichen Monarchismus waren im Kriegsministerium der General Diaz und im Marineministerium Admiral Thoan Revel.

Die Volkspartei, die im Kabinett eine sehr große Bedeutung besitzt, zeigte sich im Kompromiß mit Mussolini sehr geschickt. Unter dem Vorwande, daß die offiziellen Parteiorgane sich nicht in Rom versammeln könnten, wurde die Verantwortung für die Annahme der Vorschläge Mussolinis einer offiziösen Versammlung einiger Parlamentarier überlassen. Dennoch gelang es, Mussolini zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen, und die Presse der Volkspartei konnte erklären, daß die neue Regierung keine großen Veränderungen im Wahlsystem der Volksvertretung gebracht habe.

Das Kompromiß erstreckte sich bis auf die Sozialdemokraten. Einen Augenblick lang war man überzeugt, daß der Reform-Sozialist Baldesi an der Regierung teilnehmen würde. Mussolini war geschickt genug, durch einen seiner Leutnants seine Meinung einzuholen; nachdem Baldesi erklärt hatte, daß er glücklich sein würde, diese Stellung einzunehmen, erklärte Mussolini, daß dieser Schritt lediglich von einem seiner Freunde auf dessen persönliche Verantwortung hin unternommen worden sei. So kam es, daß Baldesi dem Ministerkabinett nicht beitrat.

Mussolini hat aus dem Grunde keinen Vertreter des reformistischen allgemeinen Gewerkschaftsverbandes aufgenommen, weil die rechten Elemente des Kabinetts sich dem widersetzt haben. Aber Mussolini ist der Meinung, daß man schließlich doch eine Vertretung dieser Organisation in seiner „großen nationalen Koalition" haben müsse, jetzt, wo sie von jeder revolutionären politischen Partei unabhängig geworden ist.

Wir erblicken in diesen Ereignissen ein Kompromiß zwischen den traditionellen politischen Cliquen und den verschiedenen Schichten der herrschenden Klasse, den Grundbesitzern, Bank- und Industriekapitalisten, die dem neuen Regime zuneigen, das durch eine Bewegung hervorgebracht wurde, die sich die Unterstützung der Kleinbourgeoisie gesichert hat.

Unserer Meinung nach ist der Fascismus ein Mittel, sich durch alle den herrschenden Klassen zur Verfügung stehenden Mittel, die Macht zu sichern, wobei sie sich sogar die Lehren der ersten Proletarierrevolution — der russischen Revolution — zunutze machten. Sobald es sich um eine ökonomische Krise handelt, genügt der Staat nicht, um die Macht aufrechtzuerhalten. Es bedarf einer einheitlichen Partei, einer einheitlichen gegenrevolutionären Organisation. Die Fascistenpartei ist infolge ihrer Berührung mit der gesamten Bourgeoisie in gewisser Hinsicht dasselbe, was in Rußland die Kommunistische Partei infolge ihrer Beziehungen zum Proletariat ist, nämlich ein leitendes und kontrollierendes Organ des gesamten Staatsapparates, das gut organisiert und diszipliniert ist. Die Fascistenpartei in Italien hat mit ihren politischen Kommissaren fast alle bedeutenden Posten in den Ressorts des Staatsapparats besetzt. Sie ist das leitende bürgerliche Organ des Staates in der Periode des Niederganges des Imperialismus. Das ist, meiner Meinung nach, eine ausreichende geschichtliche Erklärung des Fascismus und der letzten Ereignisse in Italien.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung beweisen, daß diese nicht beabsichtigt, die Grundlagen der traditionellen Institutionen in Italien zu ändern.

Ich behaupte selbstverständlich nicht, daß die Lage für die proletarische und sozialistische Bewegung günstig sei, wenn ich auch voraussage, daß der Fascismus liberal und demokratisch sein wird. Die Regierungen der Demokratie haben dem Proletariat niemals etwas anderes als Erklärungen und Versprechungen gegeben. Z. B. hat die Regierung Mussolinis die Versicherung abgegeben, daß sie die Pressefreiheit respektieren werde. Aber sie hat nicht unterlassen hinzuzufügen, daß die Presse sich der Freiheit auch würdig erweisen müsse. Was soll das heißen? Das soll heißen, daß die Regierung zwar die Pressefreiheit zu respektieren vorgibt, daß sie aber ihre fascistisch-militärischen Organisationen, die gegen die kommunistischen Organe losgehen, gewähren lassen wird, wenn es ihr belieben sollte, sie so zu unterdrücken, wie es schon einmal der Fall war. Man muß übrigens zugeben, daß die fascistische Regierung gewissen bürgerlichen Liberalen Zugeständnisse macht und daß man nicht allzu große Hoffnung auf die Versicherung der Regierung Mussolinis setzen darf, nach der dieser seine militärische Organisation in einen Sportverein oder etwas ähnliches umzuwandeln gedenkt; es ist uns bekannt, daß man Dutzende von Fascisten in Polizeigewahrsam nehmen sah, weil sie sich dem von Mussolini erlassenen Demobilisierungsbefehl widersetzt hatten.

Welchen Einfluß hatten nun diese Ereignisse auf das Proletariat? Dieses hat sich in einer derartigen Lage befunden, daß es im Kampf keine wichtige Rolle spielen konnte und sich fast passiv verhalten mußte.

Was die Kommunistische Partei anbelangt, so hat sie es stets wohl begriffen, daß der Sieg des Fascismus eine Niederlage der revolutionären Bewegung sein würde. Das Problem besteht hauptsächlich darin, zu wissen, ob die Taktik der Kommunistischen Partei imstande gewesen war, das Maximum der Ergebnisse bei der Verteidigung des italienischen Proletariats und in der Verteidigungsstellung zu erreichen,

denn wir bezweifelten nie, daß sie gegenwärtig nicht imstande sei, eine Offensive gegen die fascistische Reaktion einzuleiten. Wenn an Stelle des Kompromisses zwischen der Bourgeoisie und dem Fascismus ein militärischer Konflikt, ein Bürgerkrieg entstanden wäre, so hätte das Proletariat vielleicht eine gewisse Rolle spielen, die Einheitsfront für den Generalstreik herstellen und einen Erfolg erringen können. Aber wie die Lage nun einmal war, hat das Proletariat an den Aktionen nicht teilgenommen. War auch die Bedeutung der sich entwickelnden Ereignisse ungeheuer, so muß man doch in Betracht ziehen, daß der Wechsel auf der politischen Bühne weniger brüsk war, als es den Anschein hat, da die Umstände sich noch vor dem endgültigen Losschlagen des Fascismus tagtäglich zugespitzt hatten. Als einziges Beispiel des Kampfes gegen Staatsmacht und Fascismus mag der Konflikt von Cremona gelten, bei dem sechs Personen getötet wurden. Das Proletariat hat nur in Rom gekämpft. Die revolutionären Arbeitertruppen hatten einen Zusammenstoß mit den Fascistentruppen. Es hat Verwundete gegeben. Am nächsten Tage hat die „Guardia Regia" die Arbeiterviertel besetzt, sie aller Verteidigungsmittel beraubt und die heranziehenden Fascisten schossen die Arbeiter kaltblütig nieder. Das ist die blutigste Episode, die es während dieser Kämpfe in Italien gegeben hat.

Die Allgemeine Arbeitsföderation hat die Kommunistische Partei, als sie den Generalstreik vorschlug, entwaffnet, und forderte das Proletariat auf, den von den revolutionären Gruppen gegebenen gefährlichen Weisungen nicht zu folgen. Man hat sogar die Nachricht verbreitet, daß die Kommunistische Partei sich aufgelöst habe; das geschah in einem Augenblick, wo es unserer Presse unmöglich war, zu erscheinen.

In Rom war das für unsere Partei blutigste Ereignis die Besitzergreifung der Redaktion des „Communista". Am 31. Oktober wurde das Lokal der Druckerei in einem Augenblick besetzt, wo die Zeitung gerade erscheinen sollte und 100 000 Fascisten die Stadt besetzt hielten. Allen Redakteuren war es gelungen durch Nebenausgänge zu entkommen, mit Ausnahme des Gen. Togliatti, unseres Chefredakteurs. Er war in seinem Büro. Die Fascisten kamen herein und bemächtigten sich seiner. Die Haltung unseres Genossen war geradezu heldenhaft. Kühn erklärt er, daß er der Chefredakteur des „Communista" sei. Schon wurde er an die Wand gestellt, um erschossen zu werden, während die Fascisten die Menge zurücktrieben, um die Exekution vorzunehmen. Unser Genosse entging ihr nur dadurch, daß die Fascisten auf die Nachricht hin, die übrigen Redakteure seien über die Dächer entflohen, sich aufmachten, um sie zu fangen. Das hat unsern Genossen nicht gehindert, einige Tage später, auf dem Meeting in Turin anläßlich der Jahresfeier der russischen Revolution eine Rede zu halten (Beifall).

Aber die eben von mir berichtete Tatsache steht ganz vereinzelt da. Die Organisation unserer Partei befindet sich in ziemlich gutem Zustande. Daß der „Communista" nicht erscheint, geschieht nicht infolge eines Regierungsbeschlusses, sondern weil die Druckerei ihn nicht herstellen will. Wir haben ihn dann auf illegale Weise in einer anderen Druckerei herausgegeben. Die Schwierigkeiten der Veröffentlichung waren nicht technischer, sondern nur ökonomischer Art.

In Turin wurde das Gebäude des „Ordine Nuovo" besetzt und die

dort zur Verteidigung befindlichen Waffen beschlagnahmt. Aber wir drucken die Zeitung an einem andern Orte.

In Triest hat die Polizei gleichfalls von der Druckerei unserer Zeitung Besitz ergriffen, aber wir lassen auch dieses Organ illegal erscheinen. Unsere Partei besitzt noch die Möglichkeit, legal zu arbeiten, und unsere Lage ist nicht allzu tragisch. Aber man kann nicht wissen, wie die weitere Entwicklung der Dinge sein wird, und deshalb bin ich genötigt, mich über die zukünftige Lage unserer Partei und unserer Arbeit zurückhaltend zu äußern.

Der soeben eingetroffene Genosse ist ein leitender Arbeiter aus einer wichtigen lokalen Organisation unserer Partei und er vertritt die interessante Auffassung, die auch von vielen anderen Kämpfern vertreten wird, daß man von nun ab besser als früher wird arbeiten können. Ich will diese Ansicht nicht für eine feststehende Wahrheit halten. Aber der Genosse, der das sagt, ist ein Kämpfer, der wirklich unter den Massen arbeitet, und seine Meinung ist von hohem Wert.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß die gegnerische Presse die falsche Nachricht über die Auflösung unserer Partei verbreitet hat. Wir haben ein Dementi veröffentlicht und die Wahrheit festgestellt. Unsere zentralen politischen Organe, unsere illegale militärische Zentrale, unsere Gewerkschaftszentrale sind in voller Arbeit begriffen und die Verbindungen mit der Provinz sind fast überall wiederhergestellt. Die in Italien gebliebenen Genossen haben keinen Augenblick den Kopf verloren und sind eben dabei alles zu tun, was nötig ist. Der „Avanti" ist durch die Fascisten zerstört worden und es wird einiger Tage bedürfen, um die Herausgabe der Zeitung wieder zu ermöglichen. Man hat das Gebäude der Zentrale der Sozialistischen Partei in Rom zerstört und alle Geheimpapiere bis auf das letzte Blatt verbrannt.

Über die Stellung der Maximalisten-Partei zu der Polemik zwischen der Kommunistischen Partei und der CGL. besitzen wir weder ein Manifest, noch eine Deklaration.

Was die Reformisten anbelangt, so geht es aus der Sprache ihrer Blätter, die noch erscheinen, klar hervor, daß sie sich mit der neuen Regierung vereinigen werden.

Hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage ist der Gen. Repossi von unserem Gewerkschaftskomitee der Meinung, daß man die Arbeit werde fortsetzen können.

Das sind die von uns erhaltenen Informationen, die vom 6. November datieren.

Meine Rede dauert schon lange, und ich werde die Frage der Stellungnahme unserer Partei während der ganzen Entwicklungsperiode des Fascismus nicht berühren, indem ich es mir vorbehalte, das bei anderen Punkten der Geschäftsordnung des Kongresses zu tun. Wir wollen uns nur die Frage stellen, welches die Aussichten für die Zukunft sind. Wir haben behauptet, daß der Fascismus mit der durch die Politik der Regierung provozierten Unzufriedenheit wird rechnen müssen.

Dennoch wissen wir sehr wohl, daß, wenn man neben dem Staat eine militärische Organisation zur Hand hat, es leichter ist die Unzufriedenheit und die ungünstigen ökonomischen Verhältnisse zu bewältigen.



Während der Diktatur des Proletariats war das in einem viel weiteren Sinne wahr, weil die historische Entwicklung zu unseren Gunsten spricht. Die Fascisten sind ausgezeichnet organisiert und haben feste Aussichten. Unter diesen Umständen läßt es sich voraussehen, daß die Position der Fascistenregierung durchaus nicht unsicher sein wird. Sie haben gesehen, daß ich die Verhältnisse, unter denen unsere Partei gekämpft hat, keineswegs übertrieben habe. Wir wollen hier keine Gefühlsfrage daraus machen.

Die Kommunistische Partei Italiens hat vielleicht Fehler begangen; man kann sie kritisieren, aber ich glaube, daß im gegenwärtigen Augenblick die Haltung der Genossen davon zeugt, daß wir eine wirkliche Arbeit, die der Bildung einer revolutionären Partei des Proletariats geleistet haben, die die Grundlage der Erhebung der Arbeiterklasse Italiens bilden wird.

Die italienischen Kommunisten haben das Recht, Anerkennung zu verlangen. Wenn man auch ihre Haltung nicht immer gebilligt hat, so fühlen sie doch, daß sie sich gegenüber der Revolution und der Kommunistischen Internationale nichts vorzuwerfen haben.

VORSITZENDER: Wir treten jetzt in die Diskussion über die Referate der Genossen Radek und Bordiga ein. Als Redner hat Gen. Smeral das Wort.

SMERAL (Tschechoslowakei): Genossen, in der Tschechoslowakei treten wir — meiner Analyse nach — in eine Periode ein, die in absehbarer Zeit zu einer Form der Regierung führen kann, die dem internationalen Typus einer Fascistenbewegung entsprechen wird. Wir machen eben jetzt in der Tschechoslowakei eine wirtschaftliche Krise und eine politische Krise durch, beides Krisen von solcher Tiefe, von solcher Wesentlichkeit, daß sie bis an die Wurzeln des bürgerlichen Staates greifen und daß aus ihnen schwer ein anderer Ausweg möglich ist als der Versuch der Bourgeoisie, in der Form der Regierung fascistische Methoden anzuwenden. Ich werde versuchen, diese beiden Krisen kurz zu charakterisieren, um dann unsere taktische Stellungnahme anzudeuten.

1. *Wirtschaftliche Krise.* Ich habe die Merkmale dieser Krise schon in der Sitzung der Erweiterten Exekutive im Sommer angeführt. Der Staat ist überindustrialisiert. Er hat die industrielle Maschinerie, den industriellen Apparat, die Arbeiterschaft für 60—70 Millionen Abnehmer. Er hat aber nur 14 Millionen Einwohner. Er hat bei dem jetzigen Zustand der staatlichen Zerschlagung von Mittel- und Osteuropa, bei dem Sinken der deutschen Mark, bei dem politischen, technischen und kommerziellen Übergewicht der Großstaaten der Entente keine Exportmöglichkeit. Hier ist der Kern der wirtschaftlichen Krise. Noch im Sommer habe ich hier gesagt, daß die Offensive des Kapitals die aus dieser Krise entstehen muß, sich darin äußert, daß die tschechoslowakische Bourgeoisie seit Neujahr einen groß angelegten, gut durchdachten und gut durchgeführten Plan hat, die Löhne der Arbeiterschaft im ganzen Staate durchschnittlich um 50 % zu reduzieren.

In diesem Stadium des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals standen wir in den Sommermonaten. Seit der Zeit sind vier Monate



verflossen und wir haben es mit einer ganz neuen Erscheinung zu tun. Es handelt sich nicht mehr nur um die Herabsetzung der Löhne, sondern darum, daß der Kapitalismus in der Tschechoslowakei einen ganz klaren, bewußten, bestimmten Beschluß gefaßt hat, den größten Teil der Industrie definitiv abzuschaffen. Vor drei Monaten standen wir vor der Erscheinung einer sehr raschen Aufwärtsbewegung des Kurses der tschechoslowakischen Krone. Von 8 und 9 Centimes ist der Kurs der tschechischen Krone in Zürich im Laufe von vier Wochen auf 18 bis 20 gestiegen. Diese Aufwärtsbewegung ist von den tschechoslowakischen Banken künstlich arrangiert worden. Und was war der Zweck der künstlichen Steigerung der tschechoslowakischen Valuta? Der Zweck war: das, was an Export noch möglich war, die Beschaffung von Rohmaterialien im Auslande absolut unmöglich zu machen. In den Beratungen der tschechoslowakischen Handelskammern und der Banken ist ganz offen der Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß die Leitung des tschechoslowakischen Staates absichtlich diese Kurssteigerung fördert, damit durch diese Kurssteigerung Exportmöglichkeiten, Rohmaterialienbeschaffungsmöglichkeiten, Produktionsmöglichkeiten, inwiefern sie noch bestanden, für die ganze kleinere und mittlere Industrie unmöglich gemacht werden. Alle kleinen Fabriken sollen vernichtet werden, und zwar sollen sie nicht nur für eine Übergangszeit geschlossen, sondern definitiv aus dem Bau des tschechoslowakischen Staates ausgeschlossen werden. Es ist eine ähnliche Methode, wie sie bei den periodischen Krisen der Vorkriegszeit die amerikanischen Plantagenbesitzer benutzten, die in der Zeit der übergroßen Ernte einen Teil der Ernte, des Kaffees, des Getreides vernichteten, um ihren Geschäftsplan und die Preise hoch zu halten. Dies ist ein weit entwickelter Typus derjenigen Taktik, die wir in den Randstaaten wahrnehmen, die sich künstlich gegen die Entwicklung einer Industrie wehren, damit sie kein Proletariat bekommen. Wir haben in der Tschechoslowakei eine Situation, in der die Produktivkräfte mit den heutigen politischen Organisationen des Kapitalismus selbst ihre schon bestehenden, technisch guten Industrieunternehmungen nicht nur für eine Übergangszeit schließen, sondern definitiv vernichten, um Luft zu bekommen. Es ist eine sehr ernste wirtschaftliche Krise, in der sich der tschechoslowakische Staat befindet. Ich mache darauf aufmerksam, daß es Symptome gibt, daß dieser Abbau der Industrie für eine Übergangszeit von einigen Monaten eine Erleichterung in der großen sozialen Spannung hervorrufen kann, doch nicht für lange.

Die Fabriken sind vernichtet, die Bevölkerung bleibt, die Arbeiter, die um die Städte konzentriert sind, wo früher die Fabriken waren, bleiben: Welche Stimmungen müssen daraus in weiterer Zukunft entstehen? Dieser Abbau der Industrie wird unter der Losung des Aufbaus des inneren Gleichgewichts des nationalen Staates durchgeführt. Vom nationalistischen Standpunkt betrachtet ist das ebenso ein Resultat wie ein verlorener Krieg, der mit dem Verlust eines Territoriums endet. Ja, noch mehr. Wenn die Tschechoslowakei ein Drittel des Territoriums verlieren würde, würde sie auch die Bevölkerung verlieren, die auf diesem Territorium wohnt. Wenn sich aber die Tschechoslowakei nicht horizontal vermindert, sondern vertikal, in ihrem industriellen Aufbau, so verliert sie die Fabriken und damit die Ernährungsmöglich-

keit für die Bevölkerung, — aber die Bevölkerung bleibt da. Die Krise im Staate wird unter diesen Umständen sehr groß, sie wird unlösbar.

Dazu kommt zweitens *die politische Krise*. Das Interessante in der Struktur des tschechoslowakischen Staates ist, daß ein Drittel der Bevölkerung aus nationalistischen Gründen (der Staat setzt sich aus Tschechen, Slowaken, Deutschen, Polen, Ungarn, Ukrainern zusammen) prinzipiell in Opposition steht. Die parlamentarische Macht muß aus der tschechoslowakischen Zweidrittel-Mehrheit der Bevölkerung gebildet werden. In diesem Teile, der für die parlamentarische Mehrheit in Betracht kommt, bilden die Kommunisten eine Massenpartei. Seit der Gründung der Kommunistischen Partei wurden in der Tschechoslowakei noch keine politischen Wahlen durchgeführt. Die allgemeinen Kommunalwahlen sollten als erste politische Wahlen seit dem Bestehen unserer Partei in diesem Jahre stattfinden. Sie wurden, obwohl sie gesetzlich stattzufinden hatten, durch ein neues Gesetz aus Furcht vor einem kommunistischen Resultat um ein Jahr verschoben. Es wird schwer sein, die Wahlen noch einmal um ein weiteres Jahr hinauszuschieben. Und die Wahlen werden dann wahrscheinlich statistisch ergeben, daß eine tschechoslowakische bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit nicht mehr vorhanden ist. Der bürgerliche, nationale, unlängst geborene Staat wird in eine Situation geraten, wo in ihm der bürgerliche Parlamentarismus seine eigenen Aufgaben nicht wird erfüllen können. Die Krise der bürgerlichen Demokratie ist wieder so tief, daß sie, ebenso wie die industrielle Krise, fast die Existenz des Staates — im bürgerlichen Sinne, in der bürgerlichen Form — in Frage stellen wird.

Und Genossen, noch ein Drittes kommt hinzu. Auf dem Scheidewege, bevor die Krise der Wirtschaft und die Krise des Parlamentarismus einer neuen Form der Machtausübung weicht, werden wir noch eine große Welle der nationalen Kämpfe erleben. In den breiten Schichten der nichtkommunistischen Bevölkerung wird der Anschein erweckt, daß die nationale Selbständigkeit bedroht sei. Vielleicht werden auch die irredentistischen, nationalistischen Elemente aus den nationalistischen Kreisen der Deutschen und des ungarischen Bürgertums und Kleinbürgertums diese Situation auszunutzen suchen. Das Bewußtsein der Massen wird durch diese Möglichkeit sehr kompliziert. In der kapitalistischen Staatsform können die kleinen Nationen nur als Amboß oder Hammer dienen. Durch diese Welle des Nationalismus kann eine verstärkte Erregung in die Massen gebracht werden, die die bürgerliche Welt für fascistische Ziele, gegen den Klassenkampf der Arbeiterschaft benutzen kann.

Wir haben also drei wichtige Erscheinungen vor uns: eine unmittelbare wirtschaftliche Krise, eine direkt die Wurzel des Staates erfassende Krise der Demokratie mit der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Form und die panikartige Furcht vor dem Verlust der nationalen Selbständigkeit in nationalen Kreisen. Alle Schuld wird den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Schon jetzt hat die Bourgeoisie in der Tschechoslowakei ihre letzten Autoritäten in die Regierung geschickt; nachdem Massaryk, Benes, Svehla abgewirtschaftet haben, hat die tschechische Bourgeoisie keine weiteren Autoritäten mehr. Es gibt keinen anderen Ausweg, als daß die Regierung auf die Form der Demokratie pfeift und



erklärt: Die Erhaltung des Nationalstaates ist die höchste Notwendigkeit. Aus diesem Gedanken heraus wird sich nach meinem Dafürhalten in absehbarer Zeit eine Regierung bilden, die sich nicht auf das Parlament, sondern auf die weißgardistischen Organisationen, auf die Sokols, auf die sibirischen Legionäre und auf andere solche Organisationen stützen wird, die im Volke vorhanden sind und in dem nichtkommunistischen Teile der Bevölkerung eine große Popularität genießen.

Und, Genossen, wenn ich die Situation so analysiere, wenn unsere ganze Partei von dieser Beurteilung der Sachlage ausgeht, kann jemand glauben, daß wir so blöde und so dumm sind, um mit der Verminderung der Klassengegensätze mit der Abstumpfung der Methoden des Kampfes zu rechnen, um in dieser Richtung nur einen einzigen Gedanken zu haben? Wer wird unter diesen Umständen meinen, daß in der Tschechoslowakei eine Richtung entstehen könnte, welche den Kommunismus europäisch „frisieren" wollte? Das ist nicht wahrscheinlich und entspricht auch nicht der Wahrheit. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß in diesen komplizierten Verhältnissen die Kommunistische Partei sicher damit rechnen muß, daß sie zum Gegenstand eines furchtbaren Angriffes gemacht werden wird. Unsere Jugendorganisation ist schon in den Zustand der Illegalität geworfen. Nach Neujahr wird wahrscheinlich die jetzige Majorität des Parlaments ein Gesetz zum Schutze der Republik durchsetzen wollen. Die Organisationen der bürgerlichen konterrevolutionären Macht, die Sokols, die Legionäre und andere ähnliche Formen werden in der Presse, durch Subventionen und staatliche Unterstützungen systematisch gepflegt, das legale Zentrum der bürgerlichen Konterrevolution ist wach und durch nationale Schlagworte und Lügen in der Lage, Stimmung gegen uns zu machen. Wir müssen hier beraten, wie wir dieser Gefahr die Stirne bieten können.

Ich werde nicht mehr über die letzten Etappen sprechen. Jeder hier weiß, was diese letzten Etappen sind: Kampf auf Leben und Tod, der Kampf um die Macht und die Diktatur. Hier handelt es sich *jetzt* nur um das, was wir in der ersten Phase zu tun haben. In der ersten Phase müssen wir eine solche Taktik einschlagen und solche Losungen aufstellen, mit denen wir möglichst viele Massen der Konterrevolution abtreiben und zu uns herüberziehen können. Je mehr Einfluß wir auf die Massen bekommen, desto mehr werden wir den Angriff der Konterrevolution paralysieren können. Welche Schlagworte und Parolen das sein müssen, das werden wir bei der Frage der Taktik prüfen.

Wenn wir in der ersten Periode der Entwicklung der Dinge Teilparolen herausgeben, die wir eigentlich selbst nicht für ein Dogma, für etwas Endgültiges halten, so müssen wir sie doch mit solcher Sicherheit aufstellen, daß die Masse glaubt, daß wir tatsächlich diese Parolen haben, wenn sie auch für uns nur ein Manöver bedeuten, ein Mittel, das die Masse in Bewegung bringt und sie durch ihren eigenen Anschauungsunterricht weiter führt. Als Lenin im März und April 1917 mit der Forderung kam: Syndizierung der Banken, Syndizierung der größten Unternehmungen und Aufhebung des Handelsgeheimnisses, Zusammenfassung der Konsumenten, — da hat er der ganzen Öffentlichkeit und Kerenski nicht gesagt: das ist ein Schwindel, das ist eine Lüge, das ist für uns eine Methode, sondern er hat gesagt: wir wollen für diese Parole kämpfen, wir halten diese Parole jetzt für möglich.

Weil diese Parolen in dieser Form der Masse vorgelegt wurden, haben sie die Massen mitgerissen und in den Kampf geführt. Im weiteren Stadium sind sie durch die eigene Erfahrung zu dem Gedanken gekommen, daß man über diese Parole hinausgeben muß.

Und was jetzt die Taktik der Sammlung der Kräfte betrifft, so müssen wir, ich möchte sagen noch raffinierter sein, weil unsere Bourgeoisie auch die russische bolschewistische Taktik vor der Ergreifung der Macht studiert hat. Sie kennt das Dialektische in unserer Taktik. Sie weiß, daß für uns eine Losung, die gestern vorzüglich war, heute absolut unpassend sein kann und umgekehrt.

Darum müssen wir manövrieren können. Aber um manövrieren zu können, muß die Partei innerlich konsolidiert sein, es muß in ihr Vertrauen, Autorität und Disziplin herrschen; ohne Autorität, Disziplin, ohne Vertrauen werden wir nur vor der Bourgeoisie unsere letzten Gedanken aussprechen können. Wir werden uns nur auf dogmatische Deklamationen beschränken und den Sieg über die Bourgeoisie uns selbst erschweren, aus der Befürchtung, daß wir im Fraktionskampfe von einem Genossen besiegt werden könnten. Eine Freiheit, eine Elastizität der Taktik in den einzelnen aufeinander folgenden Perioden der Entwicklung der Ereignisse ist absolut notwendig. (Zuruf: Sehr richtig!)

Wenn in einer kommunistischen Partei eine Führung ist, die das Vertrauen der Internationale, des Generalstabes unseres ganzen revolutionären Kampfes nicht hat, dann kann man ruhig sagen: Du Führung, verschwinde! Wenn aber die Führung einer Partei das Vertrauen der Internationale hat, muß sie auch die Vollmacht bekommen, ungestört durch Mißtrauen und Mißstimmungen manövrieren zu können, damit sie die Massen in Bewegung bringt.

Mir fehlt die Zeit, diese Taktik in der Übergangsperiode in der Tschechoslowakei konkret aufzuzeigen. Ich konstatiere hier nur, daß die Arbeiterregierung für uns im jetzigen Stadium kein Dogma ist und keine definitive Lösung des Übels, sondern eine Parole, mit der wir die Massen in Bewegung bringen wollen. Die nationalsozialistischen Arbeiter, die bei der Orgesch- oder Fascistenregierung eine sehr wichtige Rolle spielen könnten, wollen wir wenigstens mit ihren Sympathien auf unsere Seite bringen. Wir wollen mit Hilfe dieser Losung nach Möglichkeit alle proletarischen Elemente der Koalition mit den Bürgerlichen, den Einflüssen der pazifistischen Kreise entreißen, wir wollen dadurch weiter eine Bewegung zur Schaffung selbständiger proletarischer Klassenorgane ins Leben rufen und unter dem Schutze dieser Parole auch den Weg in die Armee finden, denn die Propaganda in der Armee, das ist neben dem Streben, die Proletarier zu gewinnen, der zweite Wall, den wir gegenüber den fazcistischen Versuchen aufrichten müssen. Hiermit habe ich nur die Richtlinien angedeutet; sie ausführlich zu besprechen, ist mir wegen der beschränkten Zeit nicht möglich.

PULLMANN (Amerika): Genossen, der imperialistische Krieg hat das normale Gleichgewicht und das gegenseitige Verhältnis der bei der kapitalistischen Weltwirtschaft in Betracht kommenden Länder gestört. Auch Amerika, das am wenigsten durch den Krieg zu leiden hatte, mußte

dies erfahren. Die mächtige und klassenbewußte Kapitalistenklasse Amerikas machte sich die industrielle Depression zunutze und richtete gegen die Arbeiterorganisationen, denen es im Verlaufe des Krieges gelungen war, ihre Position bedeutend zu befestigen, einen heftigen Angriff. Unter dem Vorwand der Abnahme der Kriegsbestellungen setzte ein allgemeiner Abbau der Industrie ein. Die Arbeitseinstellung zahlreicher Fabriken schuf ein ungeheures Heer von Arbeitslosen, das einmal sogar die Zahl von 6 Millionen erreichte. Um der organisierten Arbeiterschaft den Todesstoß zu versetzen, wurde ein Unternehmerverband mit einem Kapital von über 15 Mill. Dollar gegründet. Der Angriff setzte ein unter dem Schlagwort der „Offenen Werkstätte" („open shop") und der sogenannten „Rechte" der Arbeiter auf unbeschränkte Arbeitsfreiheit.

Das erste Opfer war der unorganisierte Teil der Arbeiterschaft. Vor allem wurden jene Werkstätten geschlossen, in denen nichtorganisierte Arbeiter beschäftigt waren. Bei der Wiedereröffnung dieser Werkstätten wurde nur ein Teil der früheren Arbeiter wieder aufgenommen, und zwar zu herabgesetzten Arbeitslöhnen. In manchen Fällen betrug diese Lohnreduktion mehr als 60 %. Gleich nachher bekamen die Arbeiter der ungenügend organisierten Industriezweige den Stoß zu fühlen und zum Schluß richtete sich der Angriff gegen die starken Verbände.

Das Ergebnis der kapitalistischen Offensive ist, daß die wirtschaftliche Basis der Arbeiterklasse erschüttert und ihre Kampfreihen zersplittert wurden. Während dieser Periode erfuhr die Zahl der organisierten Arbeiter eine erhebliche Verminderung. Der Amerikanische Gewerkschaftsverband (American Federation of Labor) allein hat mehr als eine Million Mitglieder eingebüßt. Der Arbeitstag wurde verlängert, die Löhne herabgesetzt, die Arbeitsverhältnisse verschlechtert, die mit dem höheren Dienstalter verbundenen Rechte, sowie das Recht zur Vorrückung aufgehoben.

In der Metallindustrie sank die Zahl der organisierten Arbeiter von 800 000 auf 275 000. Die Arbeitslöhne wurden um 25—40 % vermindert und der Arbeitstag von 8 Stunden auf 9—10 Stunden verlängert.

In der Stahlindustrie, die zur Zeit der letzten Streiks über 350 000 organisierte Arbeiter aufwies, ist heute faktisch keine Organisation mehr vorhanden. Die Löhne wurden hier um 22—40 % reduziert: die Stahlbarone bestanden auf der Aufrechterhaltung des 12-Stundentages und bei Schichtwechsel sogar des 24-Stundentages.

In der Büchsenindustrie sind von den ursprünglich 200 000 organisierten Arbeitern nicht mehr als 10 000 geblieben. Hier wurden die Löhne um 25—35 % reduziert und der 8-Stundentag in einen 10-Stundentag verwandelt.

Im Schneidergewerbe ist die Zahl der organisierten Arbeiter um ungefähr 80 000 gesunken. Die Arbeitslöhne wurden um 15—25 % reduziert.

In den Ölfeldern und in den Metallbergwerken kann von einer Organisation gar nicht die Rede sein: dort herrscht der weiße Terror absolut.

In der Automobilindustrie wurde die Zahl der angestellten Arbeiter in demselben Verhältnis reduziert, in dem die Arbeitsleistung der ver-

bliebenen Arbeiter gesteigert wurde. So beschäftigte z. B. die Willis-Overland Company früher 14 000 Mann und produzierte 550 Automobile täglich, später wurde das Arbeiterpersonal auf 7000 Mann reduziert, die 500 Wagen produzierten. Dieses Jahr haben 650 000 Grubenarbeiter 5 Monate hindurch gestreikt. Ein zeitweiliges Übereinkommen mit den Arbeitgebern sicherte die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bis März 1923. Die gebrachten Opfer und der Heldenmut der Arbeiter führten also zu keinem greifbaren Resultat, obgleich es ihnen allerdings gelang, die kapitalistische Offensive teilweise aufzuhalten.

Infolge der Einmischung der Regierung und des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie endete auch der Eisenbahnerstreik mit einer Niederlage. Die Eisenbahner wurden gezwungen, eine Lohnreduzierung von über 15 % anzunehmen. Zu Beginn des Streiks blieb die Regierung passiv und anscheinend neutral; als jedoch der Widerstand der Arbeiter stärker wurde, eilte die Regierung den Eisenbahnmagnaten offen zu Hilfe. In der Regel eilt die Regierung in allen Industriekonflikten den Kapitalisten zu Hilfe, indem sie ihnen die gesamte Macht des Justiz- und Militärapparates zur Verfügung stellt. Dies trat ganz besonders in dem Beschluß des Obersten Gerichtshofes von Colorado zutage, der die Gewerkschaften für alle durch die Streiks angerichteten Schäden verantwortlich machte. Das krasseste Beispiel der Regierungseinmischung wurde in West-Virginia geliefert, wo die Regierungstruppen den Streik unterdrückten. In Herrin, Illinois, wurde die Verfolgung durch die Illinoiser Handelskammer finanziert und angestiftet. Beim Eisenbahnerstreik erwirkte der Oberstaatsanwalt Daugherty gegen die Gewerkschaften ein Gerichtsurteil, das in der Praxis jede Streiktätigkeit lähmte und als ungesetzlich erklärte. Bei der Erwirkung dieses Gerichtsurteils erklärte Daugherty ganz offen, daß die Regierung den Kampf um die „Offene Werkstätte" unterstützen werde.

Der kapitalistischen Offensive folgten die Überfälle auf die Kommunistische Partei und den linken Flügel der Gewerkschaften auf dem Fuße. Die Verhaftung und Deportation von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, gepaart mit dem Lynchen, dem Einteeren und Federn und dem Foltern der politischen Gefangenen wurden zum täglichen Ereignis. Die verfassungsmäßigen Rechte werden sogar den gelben Sozialisten abgesprochen. Die Arbeitsämter und obligatorischen industriellen Schiedsgerichte werden zur Unterdrückung der Arbeiter verwendet. In vielen Staaten wurde eine Staatspolizei geschaffen, die die Eisenbahn-, Stahl-, und Grubenmagnaten bei Aufrechterhaltung des weißen Terrors unterstützt.

Was die Fascistenorganisation in Amerika anbelangt, haben wir eine „Amerikanische Legion", die von einer Gruppe von Offizieren organisiert wurde, und die mit der Vorspiegelung, daß sie ihren Mitgliedern Ersparnisse, Pensionen, Gratifikationen und ärztliche Behandlung gewähre, eine große Anzahl von ausgedienten Soldaten in ihre Reihen zu locken wußte. Die Kapitalisten unterhalten auch ein großes Heer von Privatdetektivagenturen und Fabrikwächtern. Eine bedeutende Rolle spielt in der kapitalistischen Offensive eine unter dem Namen „Ku-Klux-Klan" bekannte geheime Organisation. Diese ist besonders im Süden aktiv, ihre Tätigkeit er-

streckt sich jedoch auch auf den Norden. Sie terrorisiert die Neger, zwingt sie, für geringe Löhne eine regelrechte Zwangsarbeit zu verrichten, und ist unter allerhand gesetzlichen Vorwänden den Plantagenbesitzern bei der Aufrechterhaltung eines förmlichen Sklavensystems behilflich. Zur Zeit der Wahlen wurde die Abstimmung streng überwacht und die Neger wurden an der Ausübung ihrer formellen Rechte gehindert.

Die kapitalistische Offensive geriet in stets wachsenden Eifer, die Gewerkschaftsbürokratie leistete aber keinerlei aktiven Widerstand; im Gegenteil, sie wurde immer passiver und verriet die Arbeiterinteressen. Die Gewerkschaftsbürokraten gaben die zahlreichen, während des Krieges durch die Arbeiter errungenen Verbesserungen ohne jeden Kampf preis. Samuel Gompers, das Haupt des Amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, bemüht sich gegenwärtig um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und gemeinsamer Komitees mit der Amerikanischen Legion und bekämpft gleichzeitig die Kommunisten und die auf dem linken Flügel der Gewerkschaften stehenden Elemente.

Im Grubenarbeiterverband verrieten die Gewerkschaftsbürokraten die Grubenarbeiter gerade zu einem Zeitpunkt, als der Streik so gut wie gewonnen war.

Während des Eisenbahnerstreiks bremste E. F. Grabble, der Führer der Internationalen Bruderschaft der Streckenarbeiter und der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten seine 400 000 Mann starke Organisation, trotzdem die überwiegende Majorität für den Anschluß an den Streik gestimmt hatte. Die Niederlage des Eisenbahnerverbandes ist in hohem Maße diesem Verrat zuzuschreiben.

Auf politischem Gebiete treten die Gewerkschaftsbürokraten, diese Werkzeuge der herrschenden kapitalistischen Parteien, den politischen Aktionen der Arbeiterschaft und der Gründung einer echten Arbeiterpartei entgegen. Ein bedeutendes Hindernis bildet die mangelhafte Form der Arbeiterorganisationen, die es den Kapitalisten ermöglicht, ihren Angriff gegen die Arbeiterschaft auszuführen und die Konsolidierung der Arbeiterorganisationen zu verhindern.

Die Partei hat auf die kapitalistische Offensive reagiert und den Versuch gemacht, ihr Bestes zu tun, trotzdem in der Kommunistischen Partei im verflossenen Jahre innerer Zwist herrschte. Sie unternahm eine Reihe von Versuchen, die Arbeiter gegen die kapitalistische Offensive zu vereinigen. Es wurden wiederholt Anstrengungen zur Organisierung der Arbeitslosen gemacht. Da aber zu jener Zeit die Partei keine feste Verbindung mit den Gewerkschaften hatte, waren unsere Bemühungen nicht von dem Erfolg begleitet, den die objektiven Verhältnisse erwarten ließen. Die Partei konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf das Eindringen in die Gewerkschaften und nahm an der Schaffung des linken Flügels aktiven Anteil. Unter der Leitung der Partei wurde in den Gewerkschaften ein linker Flügel organisiert, der zu starkem Einfluß gelangte. Im Interesse der Herstellung einer engen Verbindung mit den Arbeitern und der Entwicklung einer starken Massenorganisation wurde eine legale politische Partei geschaffen, und wo immer die Arbeiter in einen Kampf verwickelt waren, suchte die Partei die Einheitsfronttaktik anzuwenden.



Da der amerikanische Kapitalismus den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht und das leistungsfähigste Produktionssystem geschaffen hat, ist er gezwungen, nach zwei Richtungen einen Ausweg zu suchen. Der erste ist die Auswanderung des Finanzkapitals in die in industrieller Hinsicht rückständigen Länder, der zweite die Ausdehnung auf ausländische Märkte. Der amerikanische Kapitalismus wurde dadurch in einen erbitterten Konkurrenzkampf mit dem europäischen Kapitalismus verwickelt. Die amerikanischen Kapitalisten werden sich infolgedessen veranlaßt sehen, den auf die amerikanische Arbeiterklasse ausgeübten Druck zu steigern. Der Kampf der Arbeiter, besonders jener in den Metallindustrien und den Grubenindustrien wird jedoch in Zukunft seinen isolierten Charakter verlieren. Die Durchführung der koordinierten und gemeinsamen Aktion der amerikanischen und europäischen Gruben- und Metallarbeiter wird die Arbeiterschaft in die Lage versetzen, die Offensive zu ergreifen. Der Arbeiter bemächtigt sich jetzt eine tiefgehende Unzufriedenheit. Niemals noch hat die Regierung ihren Klassencharakter den Arbeitern gegenüber so deutlich offenbart. Und wir können darauf rechnen, daß der Industriekonflikt, der in unmittelbarer Zukunft ausbrechen wird, einen revolutionären und politischen Charakter tragen wird.

Die Partei muß kampfbereit sein, muß die Zahl ihrer Mitglieder erhöhen, das Vertrauen der Massen gewinnen, indem sie die Kräfte der Arbeiter in ihrem Kampf um ihre unmittelbaren Forderungen zusammenfaßt und entwickelt.

Die Partei muß die Tätigkeit ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften intensiver gestalten, an ihren täglichen Kämpfen, an ihrem Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie aktiv teilnehmen und sie für politische Aktionen vorbereiten. Die Partei muß in jedem Betrieb, in jedem Bergwerk, in jeder Werkstätte ihre Zellen errichten und durch Einbeziehung sämtlicher Kampfelemente in ihre Reihen die Führerschaft der revolutionären Kämpfe erlangen.

Das sind unserer Ansicht nach die wichtigsten Aufgaben, die die Kommunistische Partei in Amerika ins Auge fassen muß.

URBAHNS (Deutschland): Genossinnen und Genossen! Ich muß zunächst erklären, daß ich nicht im Auftrage der Mehrheit der Delegation spreche, sondern daß ich die Auffassung einer Minderheit in der deutschen Delegation vertrete.

Von dem Gen. Sinowjew sowohl als auch von dem Gen. Trotzki ist als Aufgabe dieses Kongresses bezeichnet worden, daß die Internationale sich scharf gegen den Zentrismus abgrenzen müsse. Ich bin nun der Meinung, daß der Gen. Radek dem Kongreß und der Internationale keinen besonderen Dienst erwiesen hat mit seinem Referat, daß er vielmehr den Zentristen und den Freunden der Zentristen Gelegenheit gegeben hat, seine Argumente und Formulierungen zur Stützung ihrer Stellung auszunutzen, und daß damit die Einheitlichkeit der Auffassung des Kongresses im wesentlichen abgeschwächt wurde. Es erscheint so, als ob der Gen. Radek sich bei seinem Referat zu sehr hat faszinieren lassen von dem Thema, das er sich gestellt hat. Er hat die Offensive des Kapitals, die sicher in verschärfter Form auftritt, einzig und allein in den Vordergrund geschoben, und er hat vergessen, darauf hinzu-

weisen, daß diese verschärfte Offensive auch die Gegenwehr des Proletariats auslöst. Er hat nur von den Abwehrkämpfen gesprochen und hat nicht auf die sich schon international zeigenden Bewegungen hingewiesen, die etwas mehr sind als bloße Abwehrkämpfe.

Der Gen. Radek hat in seinen Ausführungen folgendes gesagt, und damit beweise ich das Hervorkehren gerade dieser Seite der Offensive des Kapitals:

„Der Charakter der jetzigen Zeit ist, daß die breitesten Schichten des Proletariats den Glauben verloren haben, daß sie in absehbarer Zeit die Macht erobern können." Und später: „Jetzt ist der Kampf um die Macht nicht möglich, er wird einmal möglich sein, jetzt ist er nicht möglich." Wenn diese Sätze und dieser Ton gar zu sehr durch seine Rede hindurchklingen und dagegen die Gegenseite nicht betont wird, nämlich die stärker werdende Bewegung des Proletariats, so wird diese Argumentation allen Zentristen nur Wasser auf ihre Mühlen geben. Das hätte der Gen. Radek zumindest vermeiden müssen und das setzt ihn in Gegensatz zum Gen. Sinowjew sowohl als auch zum Gen. Trotzki.

Ich bin bei der beschränkten Redezeit natürlich nicht imstande, das im einzelnen zu beweisen. Ich zeige das nur auf an diesen beiden Zitaten. Und dieser falschen Einschätzung der Offensive des Kapitals und dem Nichtaufzeigen der positiven Kräfte der Arbeiterbewegung entspringt auch die taktische Einschätzung der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Am typischsten zeigt sich diese Einschätzung der Einheitsfront in Radeks Beispiel von der Neunerkommission und dem Weltarbeiterkongreß.

Der Gen. Radek sagt: „Wir kamen zur Neunerkommission nach Berlin, um, wenn möglich, die Einheitsfront zu organisieren." Er sagt weiter: „Die 2. und 2½ Internationale waren nicht bereit zu kämpfen." Ja, klingt da nicht der Unterton durch, als wenn die Möglichkeit bestände, mit der 2. und 2½ Internationale überhaupt den Kampf zu führen? (Zuruf Radek: Sehr richtig!) Wenn Sie das bestätigen, dann sage ich ganz kraß, daß für uns die Möglichkeit nicht besteht, mit der USP. und SPD. den Kampf zu führen; denn sie können auf Grund ihrer Vergangenheit unmöglich in den Kampf um die Macht eintreten. Sie haben sich gegen die Arbeiterschaft eingestellt und der werdende Klassenkampf des Proletariats kann allein nur enden mit einer Zerschlagung ihrer Organisationen, kann nur damit enden, daß die 2. Internationale in diesem Kampf zerrieben wird.

Die Politik der 2. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaften treibt sie heute so weit, daß sie selbst die Schwächung der Arbeiterschaft durch Zerschlagung ihrer Organisationen herbeiführt. Dort ist allerdings der grundlegende Unterschied in der Auffassung der Situation, den ich betonen möchte.

Wenn Gen. Radek in bezug auf den Weltarbeiterkongreß ausführt, daß diese Kommission einen Erfolg nicht herbeiführen konnte, erstens deswegen, weil die Massen nicht mobilisiert waren, und dann nicht, weil die 2. und 2½ Internationale dem Plan, diese zu organisieren, eine Spekulation entgegenstellten — so ähnlich drückte sich Gen. Radek aus —, und wenn er dabei hinweist auf die Mängel, die darin zum Ausdruck kamen, daß nicht 500 Betriebe mobilisiert wurden und Dele-



gationen zum Reichstag schickten, so ist das richtig. Aber eine solche Verhandlung in der Neunerkommission kann man unmöglich aus dem hohlen Bauch heraus machen, wie das damals geschehen ist. Dazu gehört eine politische Vorbereitung, dazu gehört die Einstellung der Massen darauf. Erst dann werden die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen von Erfolg gekrönt sein können, unter dem Druck von unten. Gen. Radek scheint aber die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen zu überschätzen, wenn er sagt: „Wir denken auch jetzt noch daran, von oben her die Einheitsfront zu organisieren." Die Einheitsfront wird erst erwachsen im Kampfe des Proletariats, indem sich die Massen unten vereinigen und dadurch ein zeitweiliges Zusammengehen der Spitzenorganisationen und ein Konzessionenmachen der SPD. und USPD. oder der 2. Internationale herbeiführen. Zum wirklichen Kampf können diese Organisationen nicht kommen. (Zwischenruf *Else Baum:* Über den Einwurf wollen wir uns später unterhalten!) Aus derselben Einschätzung heraus ergibt sich auch die Einschätzung der Arbeiterregierung durch den Gen. Radek. Er sprach hier vom Vorzimmer, durch das man gehen müsse, um in das wahre Zimmer der Diktatur zu gelangen, und er grenzte sich etwas von den Linken ab, die glauben, durch den Kamin hineinzukommen. Ja, Gen. Radek, dann sagen Sie schon offen, daß Sie es für notwendig halten, durch das Vorzimmer hineinzukommen, und Sie werden den Boden geben selbst für diejenigen, die glauben, daß sie sich längere Zeit im Vorzimmer aufhalten müssen, um in das rechte Zimmer zu gelangen. Ich bin der Meinung, daß es besser wäre, diesen Weg nicht auszuschließen: daß man im Sturme selbst versucht, durch den Kamin hineinzukommen, statt im Vorzimmer lange zu warten. (*Radek:* Das Proletariat ist zu groß, um durch den Kamin zu gehen.) Das Proletariat ist kräftig genug, um den Kamin zu durchbrechen und im Zimmer die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Einschätzung der Arbeiterregierung steht trotz der Betonung des Gen. Radek, daß sie sich mit den Ausführungen des Gen. Sinowjew deckt, im Widerspruch zu dessen Auffassung, wie sich das auch aus dem Protokoll herausstellen wird. Diese Einstellung sowohl zur Einheitsfront wie zur Arbeiterregierung entspringt durchaus einer Einschätzung der Situation, die meines Erachtens nicht richtig ist. Die Bewegung des Proletariats ist zu einem großen Teil bereits umgeschlagen in ein aktives Stadium. Die Ansätze zeigen sich sowohl in der Bewegung für den Achtstundentag in Frankreich, wie vor allen Dingen — es ist bezeichnend, daß Gen. Radek kein Wort darüber verloren hat — in der Betriebsrätebewegung in Deutschland. Die Betriebsrätebewegung in Deutschland ist das typische Zeichen für das erwachende politische Bewußtsein des Proletariats. Der Arbeiter sieht, daß er, ohne mit anderen Arbeitern zusammenzugehen, nicht einmal das historische Stückchen Brot des Gen. Radek erreichen kann. Das ist richtig. Er sieht aber mehr, nämlich, daß, wenn er um dieses Stück Brot ringt, er auch der Sipo und den übrigen Einrichtungen der Staatsmacht gegenübersteht. Er sieht die politische Seite der Dinge, er sieht, daß die Lohnkämpfe nicht mehr genügen, er sieht, daß die wirtschaftlichen Kämpfe politisch ausgewertet werden müssen. Und der Kampf um die Kontrolle der Produktion ist doch schon ein solcher

politischer Faktor, der der Arbeiterschaft durchaus bewußt geworden ist. Die Anbahnung dieses Kampfes in der Betriebsrätebewegung ist für mich ein positives Zeichen in der Arbeiterbewegung und sie ist herbeigeführt durch das politische Erwachen.

Genossen, wir sollen dabei nicht verkennen, daß die Betriebsrätebewegung nicht nur einen organisatorischen Charakter trägt, wie sie die Kampagne für die Neunerkommission und den Arbeiterweltkongreß und selbst noch die Demonstration bei dem Rathenaumord trug, sondern daß sie darüber hinaus eine viel positivere Seite hat. In dieser Betriebsrätebewegung sind die Arbeiter — zum Teil erst lokal, aber darüber hinaus zum Teil auch schon bezirklich zusammengefaßt — dazu übergegangen, ihre Macht der Macht des Staates gegenüberzustellen, ihre Kontrollausschüsse gegen den Willen des Staates und der Staatsbürokratie vor allem in den Gemeinden sich auswirken zu lassen. Diese Kontrollausschüsse haben Erfolge gehabt. Die Beweise dafür sind in Deutschland vorhanden. Die Arbeiterschaft schätzt sehr wohl ab.

Ich weiß, daß damit noch lange nicht der endgültige Kampf um die Macht da ist. Ich überschätze die Erfolge des Proletariats nicht, aber daß das Bewußtsein des Proletariats in dieser Bewegung erwacht ist, das dürfen wir keinesfalls verkennen und das gilt es, als positive Seite vor der Kommunistischen Internationale hier in den Vordergrund zu stellen und nicht zu verschweigen. Man darf nicht nur die andere Seite zeigen. Dadurch werden die zentristischen Strömungen und deren Freunde nur gestärkt. Wenn wir diese positive Seite in den Vordergrund stellen, dann wird das auch ein Gegengewicht gegen das sein, was die italienischen Maximalisten getan haben; denn gerade das italienische Beispiel und die Ausführungen des Gen. Bordiga zeigen deutlich, daß es nichts nützt, allein von der Einheit der Arbeiterklasse zu reden, sondern daß es gilt, diese Einheitsfront zu schaffen im Kampf um die notwendigsten Dinge, die das Proletariat zum Leben braucht.

Schluß der Sitzung 5 Uhr nachm.



DREIZEHNTE SITZUNG

FREITAG, DEN 17. NOVEMBER 1922.

Bericht der Mandatprüfungskommission. Diskussion zur Frage der Offensive des Kapitals. Protest gegen die Verhaftung der polnischen Abgeordneten.

Redner: Eberlein, Radic, Humbert Droz, Radek, Ravesteyn, Stern, Harry Webb, Hörnle, Clara Zetkin, Welti, Kolarow, Rosmer, Sinowjew.

Eröffnung: 11.20 vorm.

Vorsitz: *Kolarow,* später *Marchlewski.*

EBERLEIN (Deutschland): Genossen! Das Präsidium hatte, nachdem der Weltkongreß beschlossen war, einen Verteilungsplan an die verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale gesandt, nach dem die Delegierten zum Weltkongreß gewählt werden sollten. Nach diesem Plane wurden insgesamt 350 Delegierte aus 61 Ländern zum Kongreß der Kommunistischen Internationale geladen. Die Prüfung der Mandate der eingetroffenen Genossen wurde auf Grund eines Beschlusses des Präsidiums zunächst von einer Vorkommission vorgenommen, die am 16. Oktober 1922 gewählt wurde und sich aus den Gen. Trilliser, Piatnitzki und Eberlein zusammensetzte. Die Erweiterte Exekutive wählte dann eine definitive Kommission zur Prüfung der Mandate und es kamen zu den bereits genannten 3 Genossen noch die Gen. Thalheimer (Deutschland), Kabaktschijew (Bulgarien), Scheflo (Norwegen) und Gramsci (Italien) hinzu.

Diese Kommission prüfte die Mandate der eingetroffenen Genossen und es stellte sich bei dieser Prüfung im großen und ganzen heraus, daß die Mandate in Ordnung waren. Das Präsidium hatte schon früher konkrete Anweisung gegeben, daß jeder Delegierte ein besonderes Mandat mitzubringen hat, das vom Zentralkomitee seiner Partei unterschrieben und gestempelt sein muß. Diese Vorschrift ist in den meisten Fällen eingehalten worden.

Ich will Ihnen nun die Zahl der eingetroffenen Delegierten und die Zahl der anerkannten Mandate vortragen und werde am Schluß um Bestätigung der Arbeit der Mandatkommission bitten. Ich werde Ihnen gleichzeitig, soweit das möglich ist, die Zahl der vorhandenen Mitglieder der betreffenden Parteien vortragen, wobei ich jedoch darauf hinweise, daß nicht alle Parteien imstande sind, ihre Mitgliederzahl genau anzugeben, da eine Anzahl Parteien völlig illegal lebt und aus diesem Grunde nicht in der Lage ist, definitive Zahlen zu nennen.

Weiter will ich darauf hinweisen, daß sich die Zahl der geladenen Delegierten nicht allein nach der Mitgliederzahl richtet, sondern daß bei der Verteilung der Mandate außerdem auch auf die politische Wichtigkeit der Parteien in der jetzigen Situation des revolutionären Kampfes, ferner auf die besondere politische und ökonomische Lage des betreffenden Landes und schließlich auch auf den Grad der Illegalität der betreffenden Partei und auf den Grad der Unterdrückung durch die Gegner Rücksicht genommen wurde.

Von der *deutschen* Partei, die heute über einen Bestand von 226 000 Mitgliedern verfügt, von denen im letzten Quartal 182 400 nach den eingegangenen Beitragslisten ihre Beiträge vollständig abgeführt haben, wurden 20 Genossen geladen. 23 Genossen sind erschienen. Die Mandatkommission erkannte die 23 Genossen mit beschließender Stimme an. Ihre Mandate waren in Ordnung.

Die *französische* Partei meldete 78 828 Mitglieder. 20 Genossen wurden geladen, 24 Genossen sind erschienen. 23 Mandate wurden mit Stimmrecht, 1 Mandat mit beratender Stimme anerkannt.

Die *italienische* Partei meldete 24 638 Mitglieder. 20 Genossen wurden geladen, 21 Genossen sind erschienen. Allen 21 Genossen wurde Stimmrecht zuerkannt.

Die *russische* Partei meldete 324 522 Mitglieder, und zwar nur für Rußland. Der Mitgliederbestand für die Ukraine, Weißrußland und den Nahen und Fernen Osten wird besonders geführt. Eingeladen wurden 75 Genossen, 75 sind erschienen und erhielten beschließende Stimme.

Die *tschechoslowakische* Partei meldete 170 000 Mitglieder, von denen im letzten Quartal 125 000 ihre Beiträge voll abgeführt haben. 20 Genossen wurden geladen, 17 sind erschienen und erhalten beschließende Stimme.

Außer diesen großen Parteien wurden mit derselben Stimmenzahl von 20 Stimmen und demselben Stimmrecht die *Jugendinternationale* mit 760 000 Mitgliedern und die *Profintern* geladen. Von beiden sind je 20 Delegierte erschienen. Ihre Mandate sind gültig.

Die englische Partei meldete einen Mitgliederbestand von 5116, von denen allerdings nach uns gewordener Mitteilung nur 2300 voll bezahlt haben. Von der englischen Partei wurden 10 Delegierte geladen, 7 sind erschienen und wurden anerkannt.

Die KP. *Amerikas* meldet einen Mitgliederbestand von 8000 Mitgliedern. 10 Delegierte sind geladen, 9 sind erschienen, 8 Delegierte erhalten beschließende, 1 Delegierter beratende Stimme. Von Amerika sind außerdem Vertreter der Workers' Party erschienen, die 14 000 Mitglieder zählt. 3 Delegierte kamen an, sie erhielten beratende Stimme. Außerdem sind von Amerika Vertreter einer der *Neger*-Organisationen erschienen; sie melden, daß ihre Organisation ca. 500 Mitglieder umfaßt. 2 Genossen sind erschienen, die mit beratender Stimme zum Kongreß zugelassen wurden.

Die Partei *Polens* meldet einen Mitgliederbestand von 10,000 Mitgliedern, von denen 7000 ihre Beiträge voll abgerechnet haben. Bei der polnischen Partei ist zu berücksichtigen, daß die Partei streng illegal arbeitet. Es wurden 10 Genossen geladen, 20 Genossen sind erschie-





nen und 20 wurden mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen. Zur Delegation der Polnischen KP. gehören zwei Delegierte des Kommunistischen Bundes, die eine Mitgliedschaft von 2000 vertreten.

Die Kommunistische Partei der *Ukraine* meldet einen Mitgliederbestand von 80 000 Mitgliedern. 10 Genossen wurden geladen, 15 Genossen sind erschienen. 10 Genossen wurden mit beschließender und 5 mit beratender Stimme anerkannt.

Die KP. *Japans* zählte 250 Mitglieder und 800 Mitglieder, die sich zur Partei gemeldet haben, die aber nach dem System der japanischen Partei erst eine Probezeit durchmachen müssen, bevor sie in die Partei aufgenommen werden. Von Japan wurden 6 Genossen geladen, von denen 4 erschienen sind. Die 4 Genossen erhalten beschließende Stimme.

Die *norwegische* Arbeiterpartei meldet 60 000 Mitglieder. 6 Genossen wurden geladen, 5 Genossen sind erschienen und 5 sind mit beschließender Stimme zugelassen.

Die KP. *Jugoslaviens* meldet einen Mitgliederbestand von 80 000 Mitgliedern; 6 Genossen wurden geladen. Nach Eintreffen der Genossen sind erhebliche Differenzen wegen der Verteilung der Mandate entstanden. Das Zentralkomitee hatte 6 Mandate ausgestellt, davon sind aber nur 4 Genossen gekommen. Dafür sind aber zwei andere Mitglieder eingetroffen, die vom Präsidium geladen waren, da die Parteidifferenzen hier auf dem Kongreß zum Austrag kommen sollten. Es ist hier auch eine Kommission für die jugoslavische Frage eingesetzt worden. Die beiden Genossen, die nach dem Brauch als geladene Mitglieder mit beratender Stimme zum Kongreß zugelassen wurden, erhoben dagegen Protest und verlangten, daß sie mit beschließender Stimme zugelassen würden. Die Mandatsprüfungskommission lehnte dies ab. Die Genossen beriefen sich aber darauf, daß bei der Wahl der Mitglieder im Zentralkomitee der eine der eingetroffenen Genossen mit 4 : 4 Stimmen, der andere mit 3 : 5 Stimmen abgelehnt wurde. Nach Auffassung der Mandatprüfungskommission ist der Sachverhalt klar; die beiden Genossen sind nicht gewählt. Da aber für die jugoslavische Partei die Frage sehr wichtig ist und die Parteidifferenzen sehr scharf und stark sind, übertrug die Mandatprüfungskommission die Entscheidung dem Präsidium. Das Präsidium nahm dazu Stellung und beschloß, den beiden hier eingetroffenen Genossen beschließende Stimme zu gewähren, mit der ausdrücklichen Feststellung, daß damit keine Stellung genommen werden solle in dem Parteistreit der jugoslavischen Partei und die Austragung darüber erst in der politischen Kommission entschieden werden soll.

In einer besonders formulierten Resolution wurde den Genossen dies bekannt gemacht. Wir bitten also, aus diesen Gründen ebenfalls die Mandate dieser Genossen anzuerkennen.

Die *bulgarische* Partei zählt 40 000 Mitglieder. 6 Delegierte sind geladen und erschienen; ihre Mandate sind gültig.

Die *finnische* Partei zählt 25 000 Mitglieder, von denen 20 000 ihre Beiträge voll verrechnet haben. 6 Delegierte waren geladen, 7 sind erschienen. Ihre Mandate sind als gültig anerkannt worden.

Die KP. *Spaniens* verfügt über ca. 5000 Mitglieder. 3 Delegierte waren geladen, 4 sind erschienen. 3 Mandate wurden mit beschließender, 1 mit beratender Stimme anerkannt.

Die KP. *Rumäniens* zählt ca. 2000 Mitglieder. 4 Delegierte waren geladen, 3 sind erschienen. 3 Delegierte wurden mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen.

Die KP. *Schwedens* zählt 12 143 Mitglieder. Im letzten Quartal haben 7843 Mitglieder ihre Beiträge voll verrechnet. 6 Genossen waren geladen, 6 Delegierte wurden mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen.

Die KP. *Lettlands* zählt 1500 Mitglieder. 6 Delegierte waren geladen, 8 Delegierte sind erschienen. 6 wurden mit beschließender und 2 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. der *Schweiz* zählt 5200 Mitglieder. 3 Delegierte waren geladen, 3 sind erschienen und mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen worden.

Die *österreichische* Partei zählt 16 000 Mitglieder. 3 waren geladen, 6 sind erschienen. 4 Delegierte wurden mit beschließender und 2 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. *Hollands* hat 2500 Mitglieder. 1 Delegierter geladen, 4 erschienen. Es erhielten 1 Genosse beschließende, 3 beratende Stimme.

Die KP. *Belgiens* meldet 517 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, erschien und wurde mit beschließender Stimme zugelassen.

Die KP. *Chinas* meldet 300 Mitglieder. Davon haben 180 ihre Beiträge voll verrechnet. 3 Delegierte waren geladen, einer ist erschienen und mit beschließender Stimme zugelassen.

Die KP. *Indiens* kann einen Mitgliederbestand nicht angeben, da die Genossen dort völlig illegal leben. 4 Delegierte waren geladen, 1 ist erschienen und mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen worden.

Von der KP. *Irlands* waren 3 Delegierte geladen, 4 sind erschienen. 3 Delegierte wurden mit beschließender und 1 mit beratender Stimme zugelassen.

Von der KP. *Aserbeidschans* waren 2 Delegierte geladen, 3 sind erschienen. 2 wurden mit beschließender, 1 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. *Georgiens* meldet 18 811 Mitglieder. 2 Delegierte waren geladen, 3 sind erschienen. 2 Delegierte wurden mit beschließender, 1 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. *Litauens* zählt 1000 Mitglieder. 500 haben ihre Beiträge voll verrechnet. 1 Delegierter war geladen, 2 sind erschienen. Beiden wurde beschließende Stimme zuerkannt.

Die KP. *Estlands* zählt 2800 Mitglieder. 2 Delegierte waren geladen, 3 sind erschienen. 2 wurden mit beschließender, 1 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. *Dänemarks* meldet 1200 Mitglieder, wovon 780 ihre Beiträge völlig verrechnet haben. 2 Delegierte waren geladen, 3 sind er-

schienen. 1 wurde mit beschließender, 2 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. *Persiens* zählt 1000 Mitglieder. 500 haben ihre Beiträge völlig bezahlt. 2 Delegierte waren geladen, 3 sind erschienen. 2 Delegierte wurden mit beschließender, 1 mit beratender Stimme zugelassen.

Die *Türkei* hat jetzt 2 Parteien, und zwar die Partei von *Konstantinopel* und die Partei von *Angora*. Die Partei von Angora verfügt über 300 Mitglieder. 2 Delegierte waren geladen, 6 sind erschienen. 2 Delegierte wurden mit beschließender Stimme zugelassen, 2 erhielten Gastkarten und 2 wurden abgewiesen. — Die Mitgliederzahl der Partei von Konstantinopel ist nicht anzugeben. 2 Delegierte wurden geladen, 3 sind erschienen. 2 wurden mit beschließender Stimme anerkannt, 1 bekam beratende Stimme.

Die KP. *Australiens* zählt 900 Mitglieder. Davon haben 750 ihre Beiträge voll bezahlt. 2 Delegierte waren geladen, 4 sind erschienen. 2 wurden mit beschließender und 2 mit beratender Stimme zugelassen.

Die KP. *Argentiniens* hat ca. 3500 Mitglieder. 2 Delegierte waren geladen, 2 sind erschienen und mit beschließender Stimme zugelassen worden.

Die KP. *Südafrikas* meldet 200 Mitglieder. 100 haben ihre Beiträge voll bezahlt. 1 Delegierter war geladen, 2 sind eingetroffen. 1 Delegierten wurde beschließende, 1 beratende Stimme zuerkannt.

Die Partei *Javas*. Mitgliederbestände sind nicht festzustellen. Die Partei hat wahrscheinlich ca. 13 000 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, 1 Genosse ist erschienen und erhielt beschließende Stimme.

KP. *Kanadas*. 4810 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, 3 Delegierte sind erschienen; 1 Delegierten wurde beschließende, 2 Delegierten beratende Stimme zuerkannt.

KP. *Portugals*. 2900 Mitglieder. 1702 haben ihre Beiträge bezahlt. 1 Delegierter wurde geladen, 2 sind erschienen. 1 Delegierten wurde beschließende, 1 beratende Stimme zugestanden.

KP. *Chile*. Ca. 2000 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen. Der Genosse ist gestern abend erst angekommen, sein Mandat ist noch nicht geprüft.

KP. *Uruguay*. Ca. 1000 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, 1 Delegierter mit beschließender Stimme zugelassen.

KP. *Brasiliens*. Ca. 500 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, 1 mit beschließender Stimme zugelassen.

KP. *Mexikos*. Ca. 1500 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, 1 mit beschließender Stimme zugelassen.

KP. *Armeniens*. 1 Delegierter wurde geladen, 2 Delegierte sind erschienen. 1 Genosse wurde mit beschließender, der andere mit beratender Stimme zugelassen.

KP. *Chivas*. 1 Delegierter wurde geladen, der Delegierte ist noch nicht erschienen.

KP. *Bucharas*. 1 Delegierter wurde geladen, 1 mit beratender Stimme zugelassen.

Partei der *Mongolei*. Ca. 1500 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen, 1 ist erschienen. Ihm wurde beratende Stimme zuerkannt, da die Partei der Mongolei noch nicht der Kommunistischen Internationale angeschlossen ist.

KP. *Koreas*. 1 Delegierter wurde geladen, 4 Delegierte sind erschienen. Da aber die Parteistreitigkeiten in Korea so groß sind, daß nicht festzustellen ist, wer eigentiich der Vertreter der eigentlichen Kommunistischen Partei ist und welche Gruppe er vertritt, wurden 2 Genossen als Gäste zugelassen und 2 Delegierte abgewiesen.

Arbeiterpartei *Islands*. 4700 Mitglieder, die aber heute noch in menschewistischem Fahrwasser schwimmen. In der Partei ist aber eine Fraktion von 450 Kommunisten. Diese Fraktion wurde zugelassen. 1 Delegierter ist erschienen. Sein Mandat wurde mit beratender Stimme anerkannt.

KP. von *Fiume* meldet ca. 150 Mitglieder. 1 Delegierter ist unterwegs. Er ist noch nicht eingetroffen, wird aber mit beratender Stimme zugelassen.

Von der KP. *Palästinas* ist 1 Delegierter geladen. Der Genosse ist ebenfalls noch unterwegs.

Die KP. *Weißrußlands* zählt ca. 5000 Mitglieder. 1 Delegierter wurde geladen und mit beratender Stimme zugelassen.

KP. *Griechenlands*. 1 Delegierter wurde geladen. Der Genosse ist noch nicht erschienen.

KP. *Ungarns*. 3 Delegierte wurden geladen, 7 Delegierte wurden vom Präsidium der Internationale bestimmt und von der Mandatkommission mit beschließender Stimme zugelassen, da die Kommunistische Partei Ungarns völlig illegal arbeitet und eine wirkliche Arbeit in Ungarn selbst sich noch nicht konstituieren konnte.

Außerdem wurde geladen von *Turkestan* 1 Delegierter. Der Genosse traf ein und erhielt beratende Stimme.

Von der *Uigurischen Sektion* der KP. Turkestans sind 3 Delegierte erschienen. 1 Delegierter wurde mit beratender Stimme zugelassen, 2 Delegierte als Gäste.

Von der KP. der *Krim* ist 1 Delegierter erschienen. Er wurde mit beratender Stimme zugelassen.

1 Delegierter der *Berg-Republik* (Kaukasus) ist erschienen und mit beratender Stimme zugelassen.

Die Partei *Ägyptens* sandte ebenfalls 1 Delegierten, der mit beratender Stimme zugelassen wurde.

Ferner wurden mit beratender Stimme zugelassen: 1 Vertreter der *Fraueninternationale* und 1 Vertreter der *Hungerhilfe*.

Soweit die zum Kongreß geladenen und zum Kongreß erschienenen Vertreter der kommunistischen Parteien.

Es sind insgesamt 350 Delegierte zum Kongreß geladen worden und 394 erschienen. Davon bekamen 340 Delegierte beschließende Stimmen, 48 Delegierte beratende Stimmen und an 6 Delegierte wurden Gastkarten gegeben.

Außerdem wurden vom Präsidium der Internationale zum Kongreß noch besonders geladen: 5 Delegierte von der *Italienischen Sozialistischen Partei.* 5 Delegierte sind erschienen und mit beratender Stimme zugelassen worden.

Ferner wurden von der *Opposition* aus der *Tschechoslowakei* 3 Genossen geladen. Sie sind erschienen und wurden mit beratender Stimme zugelassen.

2 Genossen wurden zu den Sitzungen der Programmkommission geladen und ebenfalls mit beratender Stimme zugelassen.

Ferner wurden 2 Genossen, *Frossard* und *Cachin*, aus Frankreich eingeladen. Beide Genossen sind noch nicht eingetroffen, sollen aber nach den letzten Telegrammen unterwegs sein.

Weiter wurde Genosse *Tranmael* aus *Norwegen* geladen, der ebenfalls noch nicht eingetroffen ist, so daß von diesen besonders geladenen Genossen bis jetzt 10 erschienen sind und 10 mit beratender Stimme zugelassen worden sind.

Außerdem ist ein Vertreter zur Agrarkommission von Amerika eingetroffen und ebenfalls mit beratender Stimme zugelassen worden.

Dann will ich Ihnen kurz einige Abweisungen vortragen, die von der Mandatkommission vorgenommen werden mußten.

Es wurden 2 Delegierte vom *Auslandsbüro der Kommunistischen Partei Persiens* geschickt. Dieses Auslandsbüro ist bereits seit über einem halben Jahre von der Komintern aufgelöst worden. Trotzdem scheint es noch weiter zu leben, denn es sandte 2 Delegierte nach hier, die aber von der Mandatkommission abgelehnt werden mußten.

Schwierigkeiten bereitete die Anerkennung der Mandate der Kommunistischen Partei *Österreichs.* Aus Österreich trafen 3 Genossen mit Mandaten ein, die am 17. und 19. Oktober in Wien ausgestellt waren. Einer dieser Genossen war bereits am 19. Oktober von Wien abgereist. Am 22. Oktober bekamen wir vom Zentralkomitee der österreichischen Partei ein Telegramm, durch das diese 3 Mandate annulliert wurden und die sämtlichen Mandate dem Vertreter in der Exekutive, dem Gen. Grün, zuerkannt wurden. Das Telegramm lautete dahin, daß die österreichische Partei nicht finanzkräftig genug sei, die Kosten für die Reise der 3 Vertreter nach Moskau zu tragen. Trotz dieses Telegramms trafen aber alle 3 Delegierten hier ein, so daß auf der einen Seite der Gen. Grün zwar mit 3 Mandaten belastet war, auf der anderen Seite aber außerdem die 3 Delegierten mit gültigen Mandaten ihres Zentralkomitees auch erschienen waren. Die Mandatkommission beschloß auf den Antrag der 4 österreichischen Genossen hin, die Mandate der ersten 3 Genossen als gültig zu erklären, dem 4. Genossen ebenfalls beschließende Stimme zu geben, so daß die österreichische Partei hier mit 4 Mandaten vertreten ist.

Die *Frauensektion der Ostabteilung,* vertreten durch ihre Leiterin Kasparowa, beantragte ein Mandat mit beschließender Stimme; es wurde abgelehnt.

Im allgemeinen wurden bei der Verteilung der Mandate mit beschließender und beratender Stimme dort, wo mehrere Delegierte mit gültigen Mandaten eingetroffen waren, von der Mandatkommission die



Mandate mit beschließender Stimme so verteilt, daß in der Regel die Genossen beschließende Stimme bekamen, die aus dem Lande selbst kamen, und daß die Genossen beratende Stimme bekamen, die nicht direkt aus dem Lande kamen, sondern seit längerer Zeit schon in Moskau saßen.

Außerdem wurden auf Antrag des Präsidiums mit beratender Stimme zum Kongreß noch zugelassen die Delegierten, die zum Profintern-Kongreß gekommen sind, und mit Gastkarten die Delegierten, die bereits zum Jugendkongreß in Moskau eingetroffen sind. Desgleichen die Genossen des Kooperativkongresses, von denen 2 Delegierte mit beratender Stimme zugelassen wurden, da diese Frage auf der Tagesordnung steht und diese beiden Genossen deshalb mit in der Kommission arbeiten müssen.

Soweit der Bericht der Mandatkommission. Ich bitte Sie in deren Auftrage, die Mandate anzuerkennen und die Beschlüsse der Mandatkommission für gültig zu erklären.

RADIC (Jugoslavien): Im Namen der drei Genossen aus der jugoslavischen Delegation habe ich folgendes zu erklären:

Das Präsidium hat 2 Genossen das entscheidende Wort gegeben und sie mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen. Das Präsidium hat sich damit auf den Standpunkt gestellt, daß diese beiden Genossen im Namen einer besonderen Gruppe sprechen. Diese Genossen und Gruppen haben sich nicht als solche ausgesprochen, ja sie haben sogar in der Sitzung der Exekutive, als über die Delegation gesprochen wurde, gesagt, daß sie nicht als Gruppe bestehen. Diese beiden Genossen vertreten überhaupt keine Gruppe nach ihrer eigenen Erklärung. Wenn überhaupt über eine solche Gruppe gesprochen werden kann, so ist diese Gruppe mit einem Mitglied in der Delegation vertreten. Auf Grund dessen stehen wir auf dem Standpunkt, daß diese beiden Genossen überhaupt nicht als Mitglieder der Delegation vom Kongreß bestimmt werden können. In dem Falle, daß der Kongreß solchen Beschluß faßt, und mit Rücksicht auf die Folgen in Jugoslavien müßten sich die anderen 3 Delegierten vom Kongreß zurückziehen. Das wollte ich im Namen dieser 3 Genossen erklären.

HUMBERT DROZ (Schweiz): Im Interesse der Lösung der Krise in der Kommunistischen Partei Jugoslaviens hielt es die Exekutive für notwendig, die Gen. Petzowic und Stanic und andere Vertreter der Minderheit der Partei einzuladen, nach Moskau zu kommen und hier ihren Standpunkt auseinanderzusetzen und zu verfechten.

Das Präsidium ist der Ansicht, daß es eine moralische Garantie für die Beilegung der in der Partei bestehenden Streitfragen wäre, wenn es den zum Kongreß gekommenen Gen. Petzowic und Stanic die Möglichkeit bieten würde, sich an den Arbeiten des Kongresses nebst den Delegierten Jugoslaviens nicht nur mit beratender, sondern mit beschließender Stimme zu beteiligen.

Diese Befugnis wurde ihnen vom Präsidium im Interesse der Beruhigung der Partei zuerkannt und darf keinesfalls als vorgreifende Stellungnahme zu den entstandenen Streitfragen betrachtet werden oder als Präzedenzfall dienen.

24



Der Kongreß wird sich über die Krise der Kommunistischen Partei Jugoslaviens erst nach Anhören des Berichtes der Kommission äußern.

RADEK: Genossinnen und Genossen! Ich will nicht über die Interna des Parteistreites in Jugoslavien sprechen. Ich möchte dem jugoslavischen Vertreter nur ein paar Worte erwidern. Er sagte, falls der Kongreß die Mandate anerkenne, würden die Genossen genötigt sein, sich vom Kongreß zurückzuziehen.

Die Erklärung des Genossen zeigt, daß er in viel zu geringem Kontakt mit dem Geist und der ganzen Arbeit der Kommunistischen Internationale steht. Es kommt mir zum ersten Male vor, daß ein Delegierter erklärt: falls der Kongreß anders entscheidet, als mir gefällt, so füge ich mich nicht. Solche Dinge sind nur von Leuten gemacht worden, die jetzt außerhalb der Kommunistischen Internationale stehen, das sind Dinge, die z. B. von der KAPD. gemacht wurden. Hier aber muß jeder Teil, jeder Delegierte wissen, daß man sich den Beschlüssen dieses souveränen Kongresses fügt. Aus diesem Grunde halte ich die Erklärung für durchaus unangebracht. Sie schadet der Bewegung nur.

Was die Sache selbst betrifft, so sind die Gründe, nach denen das Präsidium gehandelt hat, in der Erklärung des Präsidiums klargelegt. Ich will nur etwas hinzufügen. Die jugoslavische Partei ist eine illegale Partei. In einer solchen Organisation entstehen Differenzen tausendmal leichter und ihre Auskämpfung ist tausendmal schwieriger als in Parteien, die legal arbeiten können. In dieser Situation nicht alles tun, um die Genossen zusammenzuhalten, wäre ein Verbrechen des Präsidiums. Weiter sage ich: Die beiden Genossen haben sogar eine große Anzahl der Stimmen erhalten. Die Partei hat die Zahl der Mandate, die ihr zur Verfügung standen, nicht ausgenutzt. Auch formell ist also der Beschluß des Präsidiums nichts anderes, als die Berücksichtigung der Verhältnisse, die in der jugoslavischen Partei herrschen.

VORSITZENDER: Es ist eine Erklärung der französischen Delegation eingelaufen, die ich zu verlesen bitte.

HUMBERT DROZ: Die französische Delegation bittet, ihr das Recht, in der Verteilung der Mandate Änderungen vorzunehmen, bis zum Eintreffen der auf der Fahrt nach Moskau befindlichen Genossen zu reservieren.

VORSITZENDER: Da seitens der jugoslavischen Delegation eine Reklamation gegen die Beschlüsse der Mandatsprüfungskommission resp. des Präsidiums eingelaufen ist, werde ich zuerst darüber abstimmen lassen und dann, da keine weiteren Reklamationen vorhanden sind, den Bericht der Mandatsprüfungskommission insgesamt zur Abstimmung bringen.

Genossen, wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Wer gegen den Beschluß des Präsidiums in Sachen der jugoslavischen Mandate ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.

Es ist niemand dagegen, ich konstatiere, daß sich keine Stimme gegen den Beschluß des Präsidiums erhoben hat.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Bericht der



Mandatsprüfungskommission. Wer gegen den Bericht der Mandatsprüfungskommission ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.

Also der Bericht der Mandatsprüfungskommission ist einstimmig angenommen.

Genossen, somit können wir fortfahren in der Diskussion über die Frage der Offensive des Kapitals. Wir fahren in der Rednerliste fort. Genossen, das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Rednerliste zu schließen. Eingetragen sind noch Ravesteyn (Holland), Stern (Österreich), Webb (Großbritannien), Hörnle (Deutschland), Katayama (Japan), Rosmer (Frankreich) und Welti (Schweiz).

Dem Präsidium ist noch die Mitteilung zugegangen, daß die jugoslavische Delegation sich dem Beschluß des Präsidiums fügt. (Bravorufe.)

Also, wer für den Schluß der Rednerliste ist, möge die Hand erheben.

Die Rednerliste ist geschlossen. Gen. Ravesteyn hat das Wort.

RAVESTEYN (Holland): Genossen, es war wohl nicht möglich, nach dem Referat des Gen. Trotzki sich zur Debatte zu melden, wenn man nicht in den Verdacht kommen wollte, mit den ebenso wichtigen wie schönen Ausführungen eines der führenden Geister der russischen Revolution nicht einverstanden zu sein. Trotzdem, Genossen, gaben diese Ausführungen zu einigen Bemerkungen Anlaß, nicht, was den Hauptteil betrifft, sondern wo Trotzki über die Perspektiven der Weltrevolution sprach, und zwar über die wahrscheinliche politische Entwicklung in Westeuropa.

Gen. Trotzki sagte ungefähr dies: Er wies auf die Gefahr reformistischer und pazifistischer Illusionen in den westlichen Parteien hin. Darüber wird es natürlich nach den Erfahrungen des letzten Jahres wohl keine Meinungsverschiedenheiten geben. Er begründete diese Gefahr jedoch auch damit, daß die politischen Umstände für diese Auffassungen, für diese Illusionen wahrscheinlich in der nächsten Zeit einen äußerst günstigen Nährboden liefern würden, und zwar deshalb, weil die politische Entwicklung in den Westländern sehr leicht zu einem Block und folglich zu einer Regierung der kleinbürgerlich-pazifistischen Schichten, sozusagen einem „bloc de gauche" führen könnte, dessen Unterstützung durch die Arbeiterparteien dann von selbst auf die Tagesordnung kommen würde. In dem Falle wäre die Gefahr der Unterstützung eines solchen Blocks durch die Kommunisten oder wenigstens die Gefahr, daß ein solcher Block starke Neigungen in der Richtung einer Unterstützung in den Reihen der Kommunisten erwecken werde, ziemlich groß. Gen. Trotzki führte England und Frankreich als Beispiele einer derartigen Entwicklung an. Er sagte z. B., in England wäre zwar der Sieg der Unionisten und der National-Liberalen bei den kommenden Wahlen gewiß. Es wäre aber wahrscheinlich, daß diese Koalition sich nicht sehr lange halten würde und daß dann die Labour Party sehr leicht an die Reihe kommen könnte.

Nach dem Gen. Trotzki hat Gen. Radek ausführlich über diese Dinge gesprochen und es hat sich bei mir — und ich glaube wohl auch bei vielen anderen — der Eindruck festgesetzt, daß Gen. Radek mit den Ausführungen des Gen. Trotzki in dieser Hinsicht nicht ganz ein-

24*

verstanden war. Mir hat in dem Referat des Gen. Radek — ich will das besonders betonen — vor allem der Teil gefallen, ohne daß ich darum dem Wert des ganzen auch nur im geringsten Abbruch tun will, in dem er ausführlich auf die Gefahr einer extremreaktionären, d. h. monarchistischen oder, wenn man es so nennen will, fascistischen Reaktion in ganz Mitteleuropa hingewiesen hat; eine Gefahr, könnte man sagen, deren historische Parallele sich von selbst ergibt, nämlich eine Art von Bewegung, die man teilweise mit den Bauernbewegungen während der französischen Revolution, den Bewegungen der Vendée und der chouans und teilweise mit der royalistischen Gegenrevolution in Spanien gegen die Regierung von Cortez, teilweise auch mit dem Bonapartismus des Dezembermannes vergleichen könnte.

Gen. Radek hat auf diese akute, sozusagen extremistische und konspirative Gefahr der Konterrevolution in ganz Mitteleuropa hingewiesen. Man möchte sagen, von Sizilien bis zur Elbe. Und es schien mir auch darum so wichtig, daß er das tat, weil man sich zweifelsohne seiner Meinung nach z. B. in der deutschen Arbeiterbewegung und auch in der deutschen Kommunistischen Partei nicht immer der ganzen Größe dieser Gefahr bewußt ist. Als ich den Genossen der deutschen Opposition, wenn ich so sagen darf, hörte, der gestern gegen den Gen. Radek polemisierte, fragte ich mich: ist dieser Genosse sich dessen bewußt, daß es tatsächlich vom Willen eines einzigen Mannes, des Prinzen Rupprecht abhängt, ob am morgigen Tage in Bayern und damit in Tirol, in Österreich, in Ungarn und wer weiß wo anders noch die Monarchie und damit der weiße Terror nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die Sozialdemokraten und gegen die Arbeiterbewegung im allgemeinen eingeführt wird?

Genossen, wenn der deutsche Genosse sich diese Tatsache klar vor Augen gestellt hätte, so hätte er vielleicht meiner Meinung nach in einem anderen Tone gesprochen.

Das zweite, was mir aber in den Ausführungen des Gen. Radek besonders gefiel, war seine klare, deutliche Anerkennung, daß auch in Westeuropa, also in den Ländern mit alter bürgerlicher Kultur und Tradition im Gegensatz zu Mitteleuropa, das ja die bürgerliche Kultur und Tradition nie ganz gekannt hat, die Entwicklung auf politischem Gebiete deutlich nach rechts geht, d. h. in allen bürgerlichen Schichten und folglich auch in allen bürgerlichen Parteien; Frankreich und England sind natürlich die hauptsächlichsten Beispiele.

Was sich in England heute ereignet, ist in der Hinsicht symptomatisch. Gen. Radek sagte: was dort auf politischem Gebiete vor sich geht, erscheint beim ersten Anblick geradezu irrsinnig. Die Unionisten sind in den Wahlkampf sozusagen ohne Programm gegangen, ohne etwas zu versprechen, und man muß mit der Lupe untersuchen, was eigentlich der Unterschied zwischen Herrn Lloyd George und Bonar Law ist. Ganz richtig: Aber Bonar Law ist der typische Vertreter der Reaktion in den breiten Massen des englischen mittleren Bürgertums, der Mittelklasse, der typische Vertreter ihrer Borniertheit. Diese Klassen haben nur noch eine Parole: Aufhebung und Erleichterung des gewaltigen Steuerdrucks, unter dem sie seufzen infolge des imperialistischen Krieges.

Und zweitens womöglich Rückkehr zu den alten Zuständen vor dem Kriege, also so viel wie möglich Enthaltsamkeit, man möchte sagen, Abstinenzlerei des Staates auf dem Gebiete des gesamten Wirtschaftslebens und besonders der Sozialpolitik.

Das nimmt zum Teil geradezu haarsträubende und widersinnige Formen an. Man bemerkt das in einem so alten, bürgerlichen Lande wie Holland, das alle Geistesströmungen der bürgerlichen Welt widerspiegelt, dessen Bourgeoisie genau orientiert ist über alles, was in der gesamten bürgerlichen Welt vorfällt, in besonders klarer Weise, wobei man nicht vergessen darf, daß auch Holland ein imperialistisches Reich von großer Bedeutung ist. Es ist bei den bürgerlichen Extremisten die Rückkehr zur altliberalen Ideologie in ihrer nacktesten Form bis zum völligen Cobdenschen Manchestertum.

Es gibt zum Beispiel bei uns Fanatiker und Politiker dieser Richtung, die den gänzlichen Abbau der sozialen Gesetzgebung anstreben. Fort mit aller Arbeiterschutzgesetzgebung. Und diese Strömung findet, wenn auch nicht in dieser extremen Form, einen starken Widerhall in fast allen bürgerlichen Parteien, ja sogar in einem Teile der Arbeiterschaft, die unter dem Einfluß dieser bürgerlichen Parteien steht. In allen altbürgerlichen Ländern wie England, Frankreich, Belgien und Holland ist dies politisch die alles beherrschende Tatsache der Gegenwart. Man soll nie vergessen, daß besonders in diesen Ländern mit zum Teil noch vollständig unerschütterter Valuta die imperialistischen, die Reichsinteressen, eine derartige Politik auch gebieterisch fordern. Ohne bedeutende Einschränkung der Steuern und der Ausgaben für soziale Gesetzgebung wäre es einfach unmöglich, in England und in Holland z. B. die nötigen Gelder für rein imperialistische Zwecke aufzutreiben.

Bei dieser Entwicklung nun werden die Arbeiterparteien, ja sogar alle noch einigermaßen reformistischen und pazifistisch-bürgerlichen Gruppen ausgeschaltet und politisch an die Wand gedrückt. So ist es z. B. bereits nach den letzten Wahlen in Holland, einem bürgerlichen Musterlande wenn es auch ein kleines Land ist, dem Beispiel eines rein imperialistischen Staates, dessen ganz große Kapitalisten, wie der Führer des riesigen Petroleumtrusts — der Royal Dutch Shell Company — Colin, absolut herrschen trotz allgemeinen Wahlrechts und trotz demokratischer Staatseinrichtungen.

Dahin geht meiner Meinung nach auch die Entwicklung Englands. Die Labour Party in England wird in die Ecke geschoben und sozusagen an die Wand gedrückt. Meint man vielleicht, daß es einem Henderson und einem Clynes noch gelingen wird was seinem so viel tüchtigeren und gebildeteren Parteigenossen, wie Troelstra in Holland, mißlungen ist, nämlich noch zur Macht zu gelangen mit Hilfe z. B. des kleinbürgerlichen Zentrums, das die stärkste Partei bildet und in unserem Lande Hunderttausende von Arbeitern unter seiner Fahne vereinigt? Das ist vollkommen ausgeschlossen, jetzt und für die Zukunft, solange der imperialistische Staat und die imperialistischen Interessen noch aufrechterhalten bleiben.

So geht auch die Entwicklung in Frankreich vor sich. Auch dort ist meiner Meinung nach die Zeit eines Blocks der Linken unwiderruflich vorbei. Die Radikal-Sozialistische Partei hatte bereits vor dem

Kriege abgewirtschaftet. Durch den Krieg sind alle unverhüllt reaktionären Parteien und Ideologien gekräftigt. In Frankreich z. B. die Junkerpartei, die es auch dort gibt, die Partei der Action Française, die katholischen Parteien sowie alle ganz rechts stehenden Parteien. Die Entwicklung in Frankreich ist sehr gut in dem lehrreichen kleinen Buche des bekannten früheren französischen Ministerpräsidenten und Politikers Caillaux: „Où va l'Europa, où va la France" geschildert. Es ist leider unmöglich, in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, etwas ausführlicher über diese Dinge zu sprechen. Jedenfalls steht meiner Meinung nach fest: *es sind keine Anzeichen vorhanden, die auch in den westlichen Ländern auf eine Wiederbelebung des bürgerlichen Reformismus, Radikalismus und Pazifismus hindeuten.*

Was folgt aus alledem? Es geht natürlich die Notwendigkeit der Einheitsfront, eines energischen Zusammenschlusses aller proletarischen Elemente unter Führung der Kommunisten noch deutlicher aus dieser Lage, wenn man sie so sieht, hervor. Worauf ich jedoch noch hinweisen möchte, ist, daß wenigstens für diese Länder, die ich genannt habe, die sozusagen rein bürgerliche Länder mit historisch rein bürgerlichen Ideologien des politischen Lebens sind, die Idee, die Losung der Arbeiterregierung vollkommen aus der Luft gegriffen, ich möchte sagen utopisch erscheint. In diesen imperialistischen Ländern mit großen überseeischen Besitzungen, in England, Frankreich, Belgien und Holland, die zusammen, man möchte sagen, einen Typus bilden, kann man sich vor allen Dingen viel eher einen gewaltigen Einfluß der Ereignisse *des Orients* denken. Ja dies Einwirkung steht meiner Meinung nach absolut fest. Denn man soll keinen Augenblick vergessen, daß der Kapitalismus in diesen Ländern mit den überseeischen Besitzungen verbunden ist, ich möchte sagen, wie die siamesischen Zwillinge, d. h. auf Leben und Tod. Das Band ist nach dem Kriege überall noch viel fester geworden. Wir bemerken z. B. in unserem Lande, daß sich tatsächlich das Band zwischen Indotunesien und Holland erst nach dem Krieg gegefestigt hat. Jede Erschütterung in den überseeischen Besitzungen muß den tiefsten Widerhall im imperialistischen Herrscherlande finden. Ich will damit schließen, daß es mir einfach undenkbar erscheint, daß Henderson und Clynes in England und Longuet und Blum in Frankreich, sich stützend auf bürgerliche reformistische Elemente, noch in die Lage kommen werden, regierungsfähig zu werden. Die Henderson und Clynes, die Longuet und Vandervelde, Troelstra und Vliegen kommen höchstens noch als Minister in einer imperialistischen Einheitsfront in Betracht. Aber die imperialistische Einheitsfront würde doch wohl kaum unter die Definition der Arbeiterregierung gebracht werden können.

Ich komme also zu dem Schluß: die proletarische Einheitsfront ist die große taktische Richtungslinie für alle kapitalistischen Staaten, in denen das Proletariat noch nicht gesiegt hat, ohne Unterschied ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Verfassung. Die Arbeiterregierung dagegen kann höchstens für die besonderen Verhältnisse Mitteleuropas und vielleicht noch für einige andere Länder in Betracht kommen. Für diese Länder hat sie einen großen Wert. Im Zeichen der Einheitsfront des gesamten Proletariats aber wird die Kommunistische Internationale auf der ganzen Welt kämpfen und siegen müssen.

STERN (Österreich): Genossinnen und Genossen! Bei der Betrachtung der Frage der Offensive des Kapitals scheint es mir, daß es zwei Fragen von besonderer prinzipieller Bedeutung sind. Die erste Frage ist, was diese Offensive des Kapitalismus bedeutet, ob sie bedeutet, daß wir vielleicht einer kürzeren oder längeren Periode entgegengehen, in der bei dem großen Kampf zwischen Weltreaktion und Weltproletariat die Weltreaktion überwiegt. Die zweite Frage von Bedeutung ist, wie wir bei dem uns aufgezwungenen Kampf um Teilforderungen es vermeiden können, Reformisten zu werden oder für reformistisch gehalten zu werden.

Was die erste Frage betrifft — was die Offensive des Kapitals bedeutet —, so genügt es für denjenigen, der etwa meinen sollte, daß die Offensive des Kapitals eine Entwicklung im Sinne eines Vorwiegens der Gegner des Weltkommunismus bedeutet, nach Österreich zu blicken. Österreich ist seiner Entwicklung nach ein Schulbeispiel der Entwicklung, und es wird vielleicht das Muster für die Länder sein, die heute noch nicht ahnen, daß ihnen eine ähnliche Entwicklung bevorsteht. In Österreich kann man mit aller Deutlichkeit sehen, daß die Offensive des Kapitals nichts anderes ist als ein letztes Verzweiflungsmittel, sich zu retten mit untauglichen Mitteln. In Österreich hat die Bourgeoisie alles mögliche getan, um ihren Untergang aufzuhalten. Sie hat die Reallöhne der Arbeiterschaft auf das niedrigste Maß herabgedrückt, sie ist in der Offensive mit den raffiniertesten Mitteln vorgegangen, um sich vor dem Untergang zu retten, und sie hat doch nur durchgesetzt, daß der Zusammenbruch und der Fall immer rascher vor sich gegangen sind. Wir sind so weit in Österreich, daß selbst die klügsten Vertreter der Bourgeoisie Situationen hatten, in denen sie offen zugeben mußten den Bankerott der bourgeoisen Politik und die Unmöglichkeit, in Österreich irgendetwas zu unternehmen.

Der Vertrag von Genf bedeutet nichts anderes, als daß die Weltbourgeoisie diese unhaltbare Situation der österreichischen Bourgeoisie einsieht und ihr zu Hilfe kommt. Die Weltbourgeoisie weiß ganz genau, daß Österreich eine viel größere Bedeutung zukommt, als dies der Größe seines Landes entspricht. Und deshalb kommt die Weltbourgeoisie Österreich zu Hilfe; sie will versuchen, durch eine schärfere Diktatur der Bourgeoisie noch weiter zu gehen in der Offensive gegen die Arbeiterklasse, um herauszupressen, was die Bourgeoisie braucht, um noch eine Atempause zu gewinnen.

In diesem Zusammenhange ist das österreichische Problem von internationaler Bedeutung. Nicht nur strategisch gesprochen, weil Österreich die Verbindung herstellt zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslavien, zwischen dem fascistischen Italien und Deutschland und zwischen Ungarn und Bayern, sondern auch deshalb, weil wir in Österreich klar sehen können, wie die Bourgeoisie fürchtet, daß aus dem Zusammenbruch auch unter den schwierigsten Verhältnissen das Proletariat zum Gegenangriff übergeht, und weil die Bourgeoisie sich dort in dem großen Ringen eine Machtposition sichern will.

Genossen, ich glaube, man kann in diesem Zusammenhange auch darauf hinweisen, daß unserer Internationale in der nächsten Epoche neue Aufgaben bevorstehen. In einer Situation, wie sie in Österreich

besteht, ist es nötig, daß eine internationale Aktion im Sinne der Einheitsfront eintritt. Aber es ist niemand da, der diese Aktion unternimmt. Das österreichische Proletariat allein ist zu schwach, den Ansturm seiner Bourgeoisie in Verbindung mit der Weltbourgeoisie anderer Staaten abzuwehren. Es müssen die Proletarier der anderen Länder zu Hilfe kommen. Und da meine ich, ist es die Aufgabe der Internationale, nicht nur sich als Partei zu organisieren, sondern auch schon als Partei führend einzugreifen und aktiv aufzutreten.

In einem solchen Falle wie z. B. in Österreich hat sich die Internationale an die Arbeiter der betreffenden Länder und an die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder zu wenden, hat ihnen die internationale Bedeutung dieses Falles klarzulegen und hat die kommunistischen Parteien zu veranlassen, daß sie Aktionen im Interesse des österreichischen Proletariats und im Interesse des Weltproletariats zu veranlassen haben. Natürlich nicht einen Putsch, natürlich nicht Aktionen, zu denen das Proletariat der betreffenden Länder nicht fähig ist, sondern Aktionen im Sinne der Einheitsfront, d. h. die Parteien der betreffenden Länder haben in jedem einzelnen Lande das gesamte Proletariat zum wohlorganisierten Kampf im Interesse des österreichischen Proletariats aufzufordern. Genau, wie man hier den Franzosen gesagt hat, Ihr dürft, wenn Ihr Euch im Sinne der Einheitsfront aktiv betätigen wollt, nicht warten, bis Ihr eine vollständig ideale Partei seid, so muß auch die Internationale sagen, Ihr dürft nicht warten, bis wir eine festgefügte Weltpartei sind, sondern wir werden nur eine internationale Weltpartei werden, wenn man sich in jedem einzelnen Moment nicht damit begnügt zu sagen, wie sich die Parteien zu verhalten haben, sondern wenn man dazu übergeht, in jedem einzelnen Falle, wo internationale Aktionen notwendig sind, Direktiven für diese Aktionen auszugeben und tatsächlich eingreift in den allgemeinen Kampf zwischen Weltkapital und Weltproletariat. Wir sehen, daß der Kampf sich international ausbreitet, daß die einzelnen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sich in jedem einzelnen Lande ausweiten zu Kämpfen von Gruppen der Bourgeoisie der einzelnen Länder gegen das Proletariat dieser Länder. So muß auch die Internationale diese Entwicklung beobachten und in dieselbe entsprechend eingreifen.

Genossen, wir haben in Österreich auch in anderer Hinsicht ein lehrreiches Beispiel. Wir in Österreich haben die Einheitsfront unter besonders schwierigen Verhältnissen anwenden können. Und ich glaube, die Erfahrung in Österreich hat gezeigt, daß die Einheitsfronttaktik auch da mit Erfolg angewandt werden kann, wo eine kleine Partei einer mächtigen Partei gegenübersteht. Und das ist der schwierigste Fall der Anwendung der Taktik der Einheitsfront, weil die große Partei in der Lage ist, die Arbeiterschaft falsch zu informieren, alles zu verdrehen, die kleine Partei zu verleumden. Selbst unter den Verhältnissen, wo wir zu den Massen in Zeitungen und Versammlungen nicht sprechen können, hat sich in Österreich gezeigt, daß trotzdem die Taktik der Einheitsfront von Erfolg sein kann. Wir haben in Österreich auch gesehen, welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Taktik der Einheitsfront von unten und von oben. Wir haben gesehen, daß selbst dort, wo eine große Partei hochmütig die kleine Partei nicht kennen will, es vorteilhaft sein kann, an die Spitzenorganisationen heranzutreten, um



auf diese Weise den Druck der Massen von unten zu verstärken. Wir haben das am 1. Mai gesehen, wo die Sozialdemokratische Partei uns beiseite stoßen wollte und wo es die sozialdemokratischen Arbeiter erzwungen haben, gegen die Parole der sozialdemokratischen Parteiführung, daß gemeinsame Versammlungen stattfanden, und wo sie für Kommunisten in diesen Versammlungen das Wort erzwangen.

Wir haben besondere Erfolge dieser Taktik bei dem Kampf der Straßenbahner gesehen, die fast durchweg sozialdemokratisch sind. Das Ergebnis unserer Unterstützung im Sinne der Einheitsfronttaktik war, daß bei den letzten Vertrauensmännerwahlen der Straßenbahner sämtliche sozialdemokratische Kandidaten durchgefallen und lauter Kommunisten und Opponenten gewählt worden sind. Nachdem die Sozialdemokraten diese Wahl angezweifelt haben, sind sie wiederum mit einer noch geringeren Stimmenzahl durchgefallen. Wir haben weiter mit Erfolg diese Taktik angewendet bei dem Genfer Vertrag. Als der Genfer Vertrag bekannt wurde, haben sich die Sozialdemokraten nicht geschämt, anzudeuten, daß sie bereit sind, diesen Vertrag zu schlucken. Wir haben mit aller Energie den Kampf unter Anwendung der Taktik der Einheitsfront aufgenommen, darauf hingewiesen, was auf dem Spiele steht, wenn die Sozialdemokraten nicht einmal bereit sind, ihre vielgeliebte Demokratie zu verteidigen. Wir haben durchgesetzt, daß die Sozialdemokraten sich wenigstens zu einem Scheinkampf entschließen mußten. Und da hat sich gezeigt was es mit der Befürchtung mancher Genossen auf sich hat, daß die Sozialdemokraten zu einem Kampf gezwungen und als Revolutionäre erscheinen könnten. In dem Maße, wie die Reformisten dazu gezwungen werden, erleichtern sie uns die Taktik der Einheitsfront.

Denn wenn z. B. die Sozialdemokratie in Österreich gesagt hat, der Genfer Vertrag müsse angenommen werden, sonst müssen wir verhungern, so hätten das vielleicht viele Arbeiter geglaubt. Aber wenn die österreichische Sozialdemokratie auftritt und sagt: der Genfer Vertrag muß verschwinden er bringt uns die Sklaverei und meint es nicht ehrlich, und wir sagen: zieht die Konsequenz daraus und verhindert den Vertrag, und es stellt sich heraus, daß die Sozialdemokratie den Vertrag nicht verhindert, so haben wir leichteres Spiel, die Bewegung weiter vorwärts zu treiben. Und ich möchte allgemein sagen, mir scheint die Taktik der Einheitsfront um so größere Erfolgsmöglichkeit zu bieten, je mehr es gelingt, die Reformisten unter dem Drucke der Massen vorwärts zu treiben. Wir haben uns in der Hinsicht keinen Illusionen hingegeben, daß die Sozialdemokraten, die Reformisten jemals werden kämpfen wollen, aber es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß es uns gelingen kann, sie unter Umständen zu zwingen, gegen ihren Willen kämpfen zu müssen Allerdings wird das kein ehrlicher Kampf sein, kein gewollter Kampf, es wird ein Kampf sein, auf den im entscheidenden Moment der Verrat folgen wird. Aber schon dieses Vorwärtsgetriebenwerden, dieses allmähliche Inbewegungkommen der Massen ist für uns von Vorteil und Bedeutung. In diesem Sinne muß auch das Problem der Arbeiterregierung aufgefaßt werden. Ich sehe in der Parole der Arbeiterregierung nichts anderes als einen Teil der kommunistischen Taktik der Einheitsfront. Wir wollen die Parole der Arbeiterregierung nicht so auffassen, daß wir die Arbeiterregierung als ein Ideal

fordern. Das ist die Arbeiterregierung nicht, sie kann unter Umständen eine schwere Gefahr mit sich bringen. Wir müssen die Arbeiterregierung als dasjenige fordern, was die anderen machen müßten, wenn sie ehrlich auch nur für ihre eigenen Forderungen kämpfen wollten, als eine Konsequenz des Kampfes für ihre Teilforderungen, als eine Gegenparole gegen die Koalitionsregierung, durch welche die Sozialdemokraten dem Kampfe ausweichen wollen.

Ich meine, es gibt zweierlei Koalitionsregierungen, je nach der Epoche, in der sie eingesetzt werden. Als die Möglichkeit der unmittelbaren Macht bestand, sollte die Koalitionsregierung, die mitten im energischsten Kampfe um die Macht den Zweck hat, den Kampfeswillen der Arbeiter zu brechen, die bourgeoise Macht retten. Dieser Koalitionsregierung konnten wir dort, wo die Möglichkeit bestand, die Diktatur des Proletariats gegenüberstellen. Es gibt jetzt eine andere Art der Koalitionspolitik, die nichts anderes bedeutet, als daß die Sozialdemokratie nicht einmal für die Teilforderungen kämpfen will, und diese Tatsache können wir nur entschleiern, indem wir eine Parole aufstellen, durch die wir klar zeigen: was müßt Ihr tun, wenn Ihr für Eure Forderungen kämpfen wollt? Das ist die Parole der Arbeiterregierung.

Ich sage nicht: wir dürfen diese Parole aufstellen, weil wir wissen, daß die Sozialdemokratie nicht kämpfen wird, sondern ich sage, wir müssen sie aufstellen, obwohl wir wissen, daß die Sozialdemokratie nicht kämpfen wird, nicht aus Heuchelei, sondern weil wir sagen: wir können jetzt augenblicklich noch nicht um die Diktatur kämpfen, aber wir sind bereit, für Eure Forderungen zu kämpfen, wir sind also auch bereit, dafür einzutreten, wenn Ihr es wirklich ernst damit meint, die Arbeiterregierung zu vertreten. Das ist keine Heuchelei, gerade dadurch wird es entlarvend sein, weil wir tatsächlich ernstlich bereit sind, jeden ernstlichen Kampf zu unterstützen.

Und so möchte ich zum Schlusse sagen: die gegenwärtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront scheint mir doch schon einen etwas anderen Charakter zu haben als früher. Zuerst war die Taktik der Einheitsfront eine Deckung des Rückzuges des Proletariats auf der ganzen Linie, und jetzt scheint mir die Taktik der Einheitsfront eine Deckung des Aufmarsches, der Sammlung, der Vorbereitung zu dem neuen Vormarsche zu sein. Es ist wahr, daß die Reaktion auf allen Linien vorrückt. In Mitteleuropa sehen wir es ganz deutlich. Aber auch das Proletariat sammelt sich und die Taktik der Einheitsfront ermöglicht ihm eine gedeckte Sammlung, verhindert unter Umständen das verfrühte Vorspringen einzelner Gruppen, die niedergeschlagen werden. Es ist eigentlich nichts anderes als der Beginn, die Vorbereitung eines neuen Angriffes, so daß wir jetzt sagen können: die Offensive des Kapitals ist nicht ein einseitiger Vormarsch der Reaktion, sondern der Offensive des Kapitals steht eine Vorbereitung des Weltproletariats zum Angriff gegenüber. Wir sehen die beiden Lager einander entgegenmarschieren. Jede einzelne Machtposition z. B. in Österreich, ist wichtig in diesem Aufmarsch, auf jedem einzelnen Posten und um jede einzelne Teilforderung hat das Proletariat zu kämpfen und in diesem Kampfe kann augenblicklich keine andere Taktik angewendet werden als die Taktik der Einheitsfront.



HARRY WEBB (Großbritannien): Genossen, ich will über die Offensive des Kapitals sprechen und zwar nicht nur vom Gesichtspunkte der Entwicklung der kapitalistischen Offensive in England, sondern auch vom Gesichtspunkte der Offensive des Kapitalismus in anderen Ländern. In England, in Britannien war die kapitalistische Offensive in den Jahren 1921 und 1922 intensiver, als in irgendeinem anderen Lande Europas. Die Lage der Arbeiterklasse, die wirtschaftlichen Verhältnisse der werktätigen Klasse erfuhren im Verlaufe dieser zwei Jahre eine Verschlimmerung, wie sie in der Geschichte der modernen Arbeiterklasse Britanniens beispiellos dasteht. Im Jahre 1921 hatten wir eine große Aussperrung der Kohlenbergwerksarbeiter, die durch die, Hand in Hand mit der britischen Regierung arbeitenden, britischen Kohlenbergwerksbesitzer heraufbeschworen wurde. Sie wissen wohl, daß die Regierung versprochen hatte, die Kontrolle der Bergwerke nicht vor August 1921 aufzuheben. Dennoch hob sie diese Kontrolle schon im März 1921 auf, damit die organisierte Industriearbeiterschaft keine Vorkehrungen treffen konnte und am Erreichen ihrer Ziele verhindert wurde; ferner damit zwischen die Grubenarbeiter und die übrige Arbeiterklasse ein Keil getrieben würde und diese den Grubenarbeitern keinen Beistand erweisen könnte.

Was sahen wir während dieses großen Kampfes der Bergarbeiter im Jahre 1921? Wir sahen das Versagen des Dreibundes, auf den die Arbeiter Britanniens seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes große Hoffnungen gesetzt hatten. Sie sind über die wichtigsten Einzelheiten dieses Versagens unterrichtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn den Grubenarbeitern die Unterstützung der Transportarbeiter und Eisenbahner in ihrer schwierigen Lage zuteil geworden wäre, wir uns heute in Britannien in einer ganz anderen Lage befinden würden, und daß die Besserung der Verhältnisse der industriellen Arbeiterklasse Britanniens nicht ohne Wirkung auf die Lage des gesamten europäischen Proletariats geblieben wäre. In jenen Tagen wurden nach Großbritannien 1 500 000 Tonnen Kohle importiert. (*Radek:* Aus Amerika!) Die Amsterdamer Internationale samt der II. Internationale bewies ihren totalen Bankerott durch die Unfähigkeit, die industriellen und politischen Kräfte zur Unterstützung der Grubenarbeiter zu mobilisieren. Frank Hodges vom Grubenarbeiterverband erklärte in seiner auf dem jüngsten Gewerkschaftskongreß gehaltenen Rede über die Frage des Anschlusses an die Rote Gewerkschaftsinternationale, daß er persönlich sich bemüht habe, eine einheitliche Aktion zustande zu bringen und den Kohlenimport nach Britannien zu verhindern. Hodges mußte damals zugeben, daß die Amsterdamer Internationale vollkommen unfähig war, der Situation Herr zu werden. Zugleich müssen aber auch wir, die Mitglieder der Kommunistischen Internationale, restlos anerkennen, daß auch im Apparat unserer eigenen Internationale etwas nicht klappt, denn in denselben Tagen, als die Amsterdamer Internationale außerstande war, den Anforderungen der Lage zu entsprechen, war auch die Kommunistische Internationale mit ihrem Einfluß auf die Rote Gewerkschaftsinternationale unfähig, die Arbeiter zu mobilisieren. Es ist ja wahr, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale damals eben erst zur Welt gekommen war, dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß jenes Zusammenwirken der bestehenden kommunistischen Parteien

mit den revolutionären Arbeitern, das damals möglich gewesen wäre, nicht vorhanden war.

(*Radek:* Es lag nicht in unserer Macht zu handeln.)

Die kapitalistische Offensive äußerte sich im Jahre 1922 in der großen Aussperrung der Maschinenarbeiter, genau so, wie sie im Jahre 1921 in der Aussperrung der Grubenarbeiter in Erscheinung getreten war. Dieses sind die hervorragendsten Beispiele der wuchtigen Offensive des Kapitalismus gegen das britische Proletariat. In demselben Augenblick, als die Maschinenarbeiter Britanniens gegen die kapitalistische Offensive im Kampfe standen, war in sieben europäischen Ländern ein Kampf der Metallarbeiter gegen verschiedene Sektionen der internationalen Kapitalistenklasse im Gange. In diesem Jahre, 12 Monate nach der Aussperrung der Grubenarbeiter, nachdem im Aufbau der kommunistischen Parteien bedeutende Fortschritte erzielt worden sind, finden wir noch immer dasselbe Fehlen des Zusammenwirkens der einzelnen kommunistischen Parteien dort, wo Teile des Proletariats mit der kapitalistischen Offensive im Kampfe stehen. Heute sehen wir, daß die Kapitalistenklasse Englands, nachdem sie ihre Faust auf die Grubenarbeiter niedersausen ließ, nachdem sie den Widerstand der Maschinenarbeiter brach, im Begriffe ist, ihre Aufmerksamkeit den Transportarbeitern zuzuwenden. Die am besten zentralisierte Organisation, die machtvollste Sektion der Transportarbeiterbewegung Englands ist der Landesverband der Eisenbahner.

In den letzten Tagen des Jahres 1919 spielte sich ein Landesstreik der Eisenbahner ab, der vierzehn Tage dauerte. In diesem kurzen Zeitraum bewiesen die Eisenbahner der herrschenden Klasse Britanniens, daß sie ihre Kräfte rasch mobilisieren können und imstande sind, die Versuche der Arbeitgeber, ihre wirtschaftliche Lage zu verschlechtern, zu vereiteln. In diesem Zeitraum von 14 Tagen hatten die Eisenbahner beinahe einen Sieg über die Unternehmer und über die Staatsmacht errungen, als sie von Herrn J. H. Thomas und anderen Leuten seines Schlages, die zur Führerschaft der Eisenbahner gehörten, betrogen wurden.

Nun sehen wir, daß die Wortführer der Kapitalistenklasse, die Wirtschaftsgelehrten des Kapitalismus brutal und offen heraussagen, daß die Verhältnisse der Eisenbahner auf das Niveau der Grubenarbeiter und Maschinenarbeiter herabgedrückt werden müssen. Die Kapitalistenklasse führt mit bemerkenswerter Offenheit Beispiele von Löhnen an, die den Arbeitern in den Bergwerken von Lanarkshire und Südwales gezahlt werden, und den Eisenbahnern wird ganz offen erklärt, daß sie trotz des Vertrages über die bewegliche Lohnskala und trotz der angeblich wunderbaren Führerschaft J. H. Thomas', für ihre Arbeitskraft nicht mehr erwarten können, als was ihnen der Konkurrenzkampf sichert. Diese Offensive des Kapitalismus äußert sich aber in England auch in einer anderen Richtung.

Wir mußten in diesem Jahre 1922 nicht nur die brutale, unverhüllte und unverschämte Offensive des Kapitalismus, sondern auch die Führerschaft Amsterdams und der Leiter der Labour Party über uns ergehen lassen, die zu den Hauptvertretern der 2. Internationale gehören und die der Arbeiterklasse weißmachen, daß die gegenwärtigen



wirtschaftlichen Verhältnisse ihren Erwartungen entsprechen. Herr Henderson propagierte die Idee eines industriellen Waffenstillstandes auf Grund einer wirtschaftlichen Lage, die viel schlechter ist, als jene der Vorkriegszeit. Sie machen wahnsinnige Anstrengungen, um der Bourgeoisie bei der Errichtung der Sklaverei der Arbeiterklasse auf einem niedrigeren Niveau behilflich zu sein.

Gen. Sinowjew und andere haben die kapitalistische Offensive auch in Gestalt von politischen Mächten, wie den Fascismus, dargestellt. England und die Vereinigten Staaten Amerikas verkündeten immer, daß das demokratische Vertretungssystem sogar die Arbeiterklasse in die Lage versetzen werde, ihre Wünsche zu befriedigen, ohne den Pfad der Revolution betreten zu müssen, wie dies in Rußland der Fall war. Aber jetzt finden wir das Gesetzbuch durch das Ausnahmegesetz bereichert. Dieses Gesetz wurde vor der Aussperrung der Grubenarbeiter im Jahre 1921 angenommen. Im Lichte der Ereignisse der Aussperrung wird offenbar, daß die herrschende Klasse die Dinge voraussah und deshalb das Gesetz durch das Parlament durchpeitschte. Die Labour Party setzte diesem Gesetz keinerlei Widerstand entgegen. Dieses Gesetz verschafft der Regierung der herrschenden Klasse die Möglichkeit, bei jeder akuten Krise den Ausnahmezustand zu verhängen, der sie ermächtigt, die Armeereserve und die Marinereserve einzuberufen, besondere Verteidigungskorps zu organisieren, die Kräfte der Mittelklasse zu mobilisieren und alle Vorkehrungen zu treffen, um für den Bürgerkrieg gerüstet zu sein. Die Verwendung der „Black and Tans" in Irland beweist deutlich, daß der englische Kapitalismus, wenn er in demselben Maße bedroht wird, wie der Kapitalismus in anderen Ländern bedroht war, zu noch schärferen Maßnahmen greift, als diejenigen sind, die in anderen Ländern in Anwendung gebracht wurden.

Als die Unabhängige Arbeiterpartei (ILP.) in England aus der II. Internationale austrat und der Kommunistischen Internationale eine Reihe von Fragen stellte, lautete die Antwort der letzteren, daß wir uns vorbereiten müssen, in England den Sieg des Proletariats durch einen gewaltigen Bürgerkrieg zu erringen. Nicht ein einfacher Bürgerkrieg, sondern ein gewaltiger Bürgerkrieg harrt unser also nach der Auffassung der verantwortlichen Genossen von der Kommunistischen Internationale. Während die „Black and Tans" in Irland Krieg führten und die irischen Eisenbahner zwangen, Kriegsmunition und Truppen für den britischen Imperialismus zu transportieren, stellte eine Deputation Lloyd George die Frage, ob die Regierung diese Verordnung gegengezeichnet habe oder nicht. Lloyd George antwortete: „Es ist nicht wahr, daß die Verordnung gegengezeichnet wurde, das Gegenteil davon ist wahr und Ihr müßt Euch klarmachen, daß die Sanktion der Gesetze in der unbeschränkten Macht liegt."

Dennoch sagte Gen. Sinowjew, daß Lloyd George auf der pazifistischen Seite der kapitalistischen Welt gestanden habe. Aber Lloyd George war es, der diese Worte gebrauchte mit Bezug auf die Unterwerfung des irischen Volkes. Im Jahre 1919 sprach der „Manchester Guardian" in Verbindung mit dem Eisenbahnerstreik über das Verhalten der Mittelklasse der werktätigen Klasse gegenüber und sagte hierbei, es wäre ein Übereinkommen getroffen worden, das Gewerk-

schaftswesen ein für alle Mal zu vernichten, und dies sei ein gefährliches politisches Symptom. „Die Organisierung von Bürgergarden", sagte der ‚Manchester Guardian", ‚ist mit der Organisierung weißer Garden in Rußland gleichbedeutend und weiße Garden bedeuten genau soviel, wie rote Garden."

Alles weist also in Großbritannien auf einen erbitterten Kampf hin.

Nun will ich ein Wort über die Forderungen der europäischen kommunistischen Parteien und über die Internationale sagen. Die Internationale müßte besonders in Westeuropa auf der gegenseitigen Vertretung der Zentralkomitees der einzelnen Parteien bestehen, so daß die kommunistischen Parteien Englands, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der skandinavischen Länder zusammenwirken, ihre Probleme gemeinsam untersuchen und die Einheitsfront anwenden können. Hierdurch würde die Arbeiterschaft instand gesetzt, gegen den Kapitalismus einen regelrechten Defensivkampf zu führen. Überdies ist es notwendig, daß die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Gruppen jener Länder, in denen eine revolutionäre nationale Bewegung besteht, intensiver zusammenarbeiten. Sie muß das Zusammenwirken der kommunistischen Gruppen Ägyptens, Mesopotamiens, Palästinas, Persiens und aller ähnlichen Länder raschestens zustandebringen. Es ist auch von Wichtigkeit, daß die Kommunistische Internationale der Kommunistischen Partei Englands erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet. Freilich, wir sind zahlenmäßig schwach, die Internationale muß jedoch in Betracht ziehen, daß England das Zentrum eines Reiches ist, das das schwerste Hindernis auf dem Wege der Weltrevolution darstellt. Die Internationale darf die Kommunistische Partei Englands nicht geringschätzen; während Deutschland für den nächsten Schritt auf dem Wege der Revolution sehr wichtig ist, können wir, sobald eine starke englische kommunistische Partei ausgebaut sein wird, an das Problem der Koordinierung der Bewegungen jener Teile des britischen Reiches herantreten, in denen sich nationalistische revolutionäre Bewegungen entwickeln. Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale können wir einen Kontakt zustandebringen, der die Einheitsfront in diesen Teilen der Welt aus einer bloßen Formel zu einer lebenden Wirklichkeit macht.

Ein anderer Grund, weshalb die Kommunistische Internationale sich mit den Bewegungen des Nahen und Fernen Ostens befassen müßte, ist der Umstand, daß die Sozialdemokratie hier keine Wurzeln gefaßt hat. Die Kommunistische Internationale ist sich darüber einig, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Opportunismus und ihrem Verrätertum das Haupthindernis der Entwicklung der Weltrevolution ist. Ich möchte die Kommunistische Internationale dazu bewegen, daß sie darauf besteht, daß jene Elemente der Kommunistischen Partei, die noch immer auf dem Boden des reformistischen Parlamentarismus stehen, ausgeschlossen werden. Ich erkläre im Namen der Kommunistischen Partei Großbritanniens, daß wir ohne Vorbehalt auf der Grundlage der 21 Punkte stehen. Wir werden jeder Tendenz, die auch nur einen dieser 21 Punkte aufgeben will, auf das entschiedenste entgegentreten. Und daher erklären wir, daß die Internationale darauf bestehen müßte, daß den 21 Punkten, die die Kommunistische Internationale von der refor-



mistischen Internationale der Vergangenheit unterscheiden, keinerlei Abbruch getan werde.

HÖRNLE (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Im Unterschied zum Gen. Urbahns möchte ich feststellen, daß die Mehrheit der deutschen Delegation vollkommen mit den Ausführungen des Gen. Radek einverstanden ist, sowohl mit seiner Analyse der Situation, als auch mit seinen daran geknüpften praktischen Forderungen für die Partei und die Kommunistische Internationale.

Ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Gen. Urbahns. Ich glaube, es ist nicht unsere Aufgabe hier angestrengt danach zu horchen, ob in den Ausführungen des Gen. Trotzki oder Radek oder irgendeines anderen Genossen ein Ton oder ein Unterton mitklingt, den irgend jemand da oder dort etwa mißdeuten oder in opportunistischem Sinne verdrehen könnte. Wir haben hier Wichtigeres zu tun. Aber es ist typisch für die Opposition in der deutschen Partei, für eine Richtung, die vielleicht nicht allein auf die deutsche Partei beschränkt ist, daß man immer und bei jeder Gelegenheit und bei jeder Anwendung unserer Taktik Bedenken hat. Die Parole der Einheitsfront — man hat Bedenken. Die Parole der Arbeiterregierung — man hat Bedenken. Ein offener Brief an die Spitzenorganisationen — man hat Bedenken. Die Zusammenkunft der drei Exekutiven — man hat Bedenken. Die neue Wirtschaftspolitik in Rußland — man hat Bedenken. Die Beschlüsse des dritten Weltkongresses — man hat Bedenken.

Überall und immer und immer wieder hat man Bedenken (Zuruf bei den Deutschen: Bedenken, ohne zu denken!). Immer wieder Reservativen! Ein Mitmachen unserer Taktik, aber mit Widerwillen. Es ist klar und muß offen ausgesprochen werden: selbstverständlich birgt die Taktik der Einheitsfront große Gefahren in sich, selbstverständlich gibt es Möglichkeiten der Rechtsabweichungen. Die Einheitsfront möchte ich mit einem schmalen Berggrat vergleichen. Ich sage, es ist schlüpfrig hier und der Weg ist schmal. Wenn wir aber stehenbleiben und nur philosophieren, ob es ein Bedenken oder eine Gefahr gibt, so kommen wir nicht vorwärts. Wir müssen Schritte machen, um die Anwendung der Einheitsfronttaktik überhaupt kennen zu lernen. Darauf kommt es an. Deshalb glaube ich, daß es notwendig ist, klar und deutlich auszusprechen, daß in ihrer objektiven Wirkung diese Art und Methode der Opposition, diese Politik der tausend Ängste und Bauchschmerzen lähmend und passiv auf die Partei wirken muß. (Sehr richtig! bei den Deutschen.)

Dann möchte ich zu der Einschätzung der Lage insbesondere in Deutschland seitens des Gen. Urbahns noch einige Worte sagen. Er glaubt feststellen zu können, daß sich bereits eine Gegenoffensive des Proletariats geltend macht und er stützt sich u. a. dabei auf die deutsche Betriebsrätebewegung. Gen. Urbahns, wir wären alle sehr froh, wenn wir heute in Deutschland Anzeichen eines revolutionären Erwachens der breiten Massen hätten, aber es muß leider gesagt werden, daß die Betriebsrätebewegung in Deutschland noch nicht die breiten Massen erfaßt hat, wie wir es gern haben möchten und haben müssen. (Sehr richtig! bei den Deutschen.) Die Betriebsrätebewegung in Deutschland geht noch nicht weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, wenn auch



ein Kreis von Sympathisierenden davon erfaßt ist. Gewiß, ein Teil der indifferenten Arbeiter steht hinter uns. Aber das ist erst ein Anfang und von einer wirklichen Umkehr des Proletariats aus dem Zurückweichen in das Vorgehen kann noch nicht die Rede sein. Ich möchte so sagen: der Widerstand des Proletariats versteift sich, er beginnt stärker zu werden. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, darüber zu philosophieren, ob wir jetzt schon in einer Periode der Offensive stehen oder noch der Defensive. Unsere Aufgabe ist es, das ganze Philosophieren über Offensive und Defensive einmal an den Nagel zu hängen und praktisch in die Massen zu gehen und ihren Widerstand zu organisieren. (Sehr richtig! bei den Deutschen.)

Ich möchte gerade diese Tatsache kurz an dem Beispiel der deutschen Verhältnisse zeigen. Die Offensive des Kapitals in Deutschland hat eingesetzt, und das ist symptomatisch, im Frühjahr 1920, als jene erste Scheinkonjunkturperiode zu Ende ging, als die Unternehmer zum ersten Male ihre Betriebe einschränkten und ihre Fabriken schlossen. Sie hat eingesetzt, nachdem der erste Versuch, die Arbeiterschaft zu überrumpeln, beim Kapp-Putsch zusammengebrochen war, aber die Arbeiterschaft ihren Sieg nicht ausnutzte.

Im Sommer 1920 kam jene Erklärung des Arbeitgeberverbandes, keine Lohnerhöhungen mehr zu gewähren. Da wurden zum ersten Male die illegalen bewaffneten Orgeschverbände von der Konterrevolution organisiert. Da kam zum ersten Male jene Teuerungswelle. Und, Genossen, damals hatten wir noch keine Theorie der Einheitsfront, aber instinktiv haben unsere Parteiorganisationen des alten Spartakusbundes zu dieser Taktik anläßlich der Teuerungsdemonstration und in jenen Streiks gegen den 10prozentigen Lohnabzug — ich erinnere hier an den Steuerstreik in Württemberg — gegriffen.

Genossen, ich kann hier auf die Einzelheiten nicht eingehen. Aber schon im Sommer 1920 zeigte es sich, wie mit der ökonomischen Offensive der Unternehmer die politische Offensive des Staates verbunden wurde, wie die Regierung die Schupo, Sipo usw. auf die Arbeiter hetzte, wie in den Agrargebieten die Betriebe für lebenswichtig erklärt wurden und so den Arbeitern das Streikrecht verkürzt wurde. Die Schlichtungsordnung tauchte auf, der Versuch der Abwürgung des Streikrechts der Arbeiter.

Ich erinnere weiter an den Winter 1920/21, wo zum ersten Male spontan von den Stuttgarter Metallarbeitern vier oder fünf Forderungen aufgestellt wurden, auf die dann der bekannte Offene Brief im Januar des Jahres 1920 folgte. Diese werdende Linie der Taktik der Einheitsfront wurde kurz unterbrochen durch die Märzaktion. Der 3. Weltkongreß hat also keine neue Taktik geschaffen. Er hat nur System in diese Taktik gebracht. Er hat erreicht, daß die unsystematisch und lokal betriebenen und deshalb mit großen Fehlern verbundenen Aktionen jetzt eine Richtschnur erhielten und so eine systematische Anwendung der Taktik der Einheitsfront möglich wurde.

Es wäre sehr lehrreich, auf Grund der Verhältnisse in Deutschland nachzuweisen, wie die Taktik der Einheitsfront nicht gelernt werden kann durch fertige Rezepte, sondern in jeder Situation neue Formen annehmen muß. Einmal durch ein Herantreten an die Spitzenorganisationen, einmal durch ein Herantreten an die breiten Massen. Wir

haben gesehen, wie die deutsche Partei immer sicherer geworden ist in dieser Anwendung der Taktik der Einheitsfront, wie auch sie gelernt hat, parlamentarische Aktionen mit Massenaktionen zu verbinden, eine Kunst, die gewiß schwer ist.

Dabei zeigte sich, daß infolge der Offensive des Kapitals immer neue Schichten, die vorher noch nicht in der Kampffront des Proletariats gestanden hatten, aktiv geworden sind. Ich erinnere an die erste Bewegung der Postbeamten Ende 1920, ich erinnere an den Eisenbahnerstreik in diesem Jahre, und ich erinnere an die ersten größeren Lehrlingsstreiks, durch die breitere Schichten jugendlicher Arbeiter in den Kampf gezogen worden sind.

So sehen wir, daß auf der einen Seite die Organisation des Kapitals ökonomisch, politisch und militärisch stärker wird, wie die Kapitalisten es verstehen, neue, immer raffiniertere Methoden der Beherrschung des Proletariats ausfindig zu machen. Aber gerade durch die Notwendigkeit der Abwehr der Offensive wird auf der anderen Seite die Armee des kämpfenden Proletariats größer und geschulter. Ich stimme dem Vorredner zu. Gerade jetzt ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder in engere Verbindung miteinander gebracht werden. Was zwischen der französischen und der deutschen Partei getan ist, muß systematischer ausgebaut werden, damit der Einheitsfront des Kapitals nicht nur eine Einheitsfront innerhalb der Nation, sondern die internationale Einheitsfront des Proletariats wirklich entgegengesetzt werden kann.

Genossen, wir haben noch eine weitere Erfahrung in Deutschland gemacht. Ich habe vorhin gesagt, daß die Opposition der deutschen Partei immer Bedenken hat. Sie fürchtet immer, der Opportunismus könne sich einschleichen, und verlangt immer, daß Maßnahmen getroffen, daß Garantien geschaffen werden gegen die Opportunisten. Die deutschen Erfahrungen haben uns folgendes gezeigt: je entschlossener und konsequenter die Taktik der Einheitsfront angewendet wird, desto besser geht die Reinigung und Säuberung der Partei vor sich. (Rufe: Sehr richtig!) Wir haben das gesehen im Herbst 1921, als die Partei nach dem 3. Weltkongreß ihre ersten Schritte gemacht hat, als sie sich stellte hinter die 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und als die Sozialdemokratie einen Gegenschlag auszuüben versuchte durch ihren Verleumdungsfeldzug, womit sie die Kommunisten zu Verbrechern stempeln wollte, immer noch zehrend von dem Gute der Märzaktion. Damals reinigte sich die Partei von einer großen Anzahl von opportunistischen Elementen, der KAG. In diesem Jahre sehen wir etwas Ähnliches. In dem Moment, wo, weil die Partei stärker wird, die Gewerkschaften zur Gegenoffensive übergehen, wo die Verschmelzung der SPD. und USP. eintritt, in diesem Moment trennen sich wiederum schwankende Elemente von der Partei. Sie werden einfach durch die konsequente Anwendung unserer Taktik, durch die Betriebsrätebewegung und ihre konsequente, ruhige Steigerung aus der Partei hinausgedrängt.

Genossen, ein Wort noch zu der Frage des Fascismus. Ich glaube, daß die Frage des Fascismus in der Komintern sehr ernstlich behandelt werden muß, sehr ernstlich analysiert werden muß, nicht nur deshalb, wie Gen. Radek mit Recht gezeigt hat, weil es in den verschiedenen

25

Ländern Parallel-Erscheinungen gibt, sondern weil diese Parallel-Erscheinungen unter sich bereits verbunden sind, einen gewissen Offensivplan haben und bereits organisatorische Fäden hin- und herlaufen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in Deutschland zwei Typen der fascistischen Bewegung unterscheiden können, jenen süddeutschen Typus, den ich kurz mit dem Worte „Bayern" charakterisieren möchte und die norddeutsche Form. Hier stützt sich der Fascismus auf breite Schichten des Kleinbürger- und mittleren Bauerntums. Es ist eine Verbindung der äußersten monarchistischen Gegenrevolution mit diesen breiten, an sich demokratischen Schichten. Die norddeutsche Form des Fascismus, wie sie vor allem in Ostelbien auftritt, stützt sich auf wesentlich andere Schichten. Dort ist es der Arbeitnehmergruppe des Landbundes gelungen, Teile der Landarbeiter, und zwar ansehnliche Teile der Landarbeiter in gelben Gewerkschaften zu sammeln. Neben diesen stehen die festgeschlossenen illegalen Formationen der Frontkämpfer, z. B. die Roßbachorganisation, eine ausgesprochene fascistische Organisation. Diese ganze Bewegung wird geführt, wie in Italien, von den deklassierten Intellektuellen.

Wir haben uns in Deutschland wie in anderen Ländern die Frage vorgelegt: Was tut und was muß die deutsche Partei gegen den Fascismus tun der bereits wieder in Bombenattentaten, bewaffneten Demonstrationen usw. gegen die Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt? Die deutsche Partei muß hier zunächst eine intensive Zersetzungspropaganda treiben in der Reichswehr, in den konterrevolutionären Verbänden der Landarbeiter usw. Sie muß die Frage des proletarischen Selbstschutzes auf die Tagesordnung stellen in dem Augenblick, wo die Gefahr den breiten Massen sichtbar wird. Nicht vorher spintisieren, nicht vorher versuchen, künstlich Selbstschutzformationen zu schaffen! Aber in dem Augenblick, wo die Gefahr den Massen sichtbar und fühlbar wird, muß sie die proletarische Selbstschutzforderung in den Vordergrund stellen.

Ich möchte mit dem Hinweis schließen, daß es in diesem Augenblick Aufgabe der kommunistischen Parteien ist, gerade weil sie die Taktik der Einheitsfront anwenden, gerade weil sie anknüpfen an die Tagesforderungen und Lebensinteressen der breiten Massen, die Kommunistische Internationale noch geschlossener und zentralisierter zu gestalten, feste Disziplin zu üben, klarer ihr Gesicht zu zeigen, damit sie diese Bewegung nicht nur sehen, nicht nur mitmachen, sondern sie führen aus der Defensive zur Offensive. (Lebhafter Beifall!)

VORSITZENDER: Es sind noch drei Redner vorgemerkt, außerdem hat Gen. Rosmer um das Wort gebeten zur Verlesung eines Protestes. Ferner gebührt dem Gen. Radek das Schlußwort. Für all diese Arbeit steht uns höchstens eine Stunde zur Verfügung. Wie sollen wir damit auskommen?

Unter den vorgemerkten Rednern befinden sich Delegierte solcher Länder, die das Wort noch nicht hatten und die Anspruch darauf erheben, zum Wort zu gelangen. Wenn diese Genossen hiervon nicht Abstand nehmen wollen, so wird die Redezeit jedes einzelnen Redners beschränkt werden müssen. Ich beantrage die Beschränkung auf 10 Minuten.



CLARA ZETKIN: Genossinnen und Genossen! Wir schlagen Ihnen vor, die Debatte jetzt abzubrechen (Sehr richtig), weil die wichtigsten Gesichtspunkte, die zur Beurteilung der Lage und der Konsequenzen für uns in Betracht kommen könnten, unserer Meinung nach bereits zum Ausdruck gekommen sind. Wir schlagen deshalb vor, daß die weiteren Redner aufs Wort verzichten und Gen. Radek das Schlußwort erhält. Er wird als Referent noch sagen, was gesagt werden muß.

WELTI (Schweiz): Genossinnen und Genossen, ich möchte vorschlagen, diesen Antrag abzulehnen. Es geht nicht an, daß man auf einmal, nachdem man stundenlange Referate mit sehr vielen Wiederholungen gehört hat, die Debatte einfach abmurkst. Wir haben von der schweizerischen Delegation noch einen Antrag zu dieser Frage zu stellen und wir verlangen unbedingt, daß wir zum Worte kommen.

RADEK: Genossinnen und Genossen! Soweit es sich nicht um prinzipiell neue Dinge handelt, kann man immer zur Begründung eines besonderen Antrages das Wort ergreifen. Ich habe das Wort bisher nicht ergriffen und als Referent auch nicht den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Aber ich glaube, die Debatte hat jetzt folgenden Charakter angenommen: Die gegensätzlichen Standpunkte sind schon ausgesprochen und nun erzählen die Genossen aus den einzelnen Ländern, die uns absolut bekannten Tatsachen über den Zustand der Offensive in ihren Ländern. Es ist kein Grund einzusehen, warum man diese Berichte aus den einzelnen Ländern bei diesem Punkte weiterführt, wodurch wir morgen nur einen Tag verlieren.

VORSITZENDER: Es wird über den Vorschlag der Genossin Clara Zetkin abgestimmt betreffs Schluß der Debatte. — Ist jemand gegen diesen Vorschlag? . . . Der Vorschlag ist angenommen. Die Debatte über diese Frage ist geschlossen.

Bevor ich das Wort an den Gen. Radek gebe, hat Gen. Rosmer das Wort, um einen Protest vorzulesen.

ROSMER (Frankreich): Genossen, Warschauer Depeschen bringen die Nachricht, daß die Gendarmerie den Genossen Stefan Rybacki, der mit 32 000 Stimmen der Grubenarbeiter des Dombrowaer Beckens zum Abgeordneten erwählt wurde, auf Grund der zarischen Gesetze, die nur noch in Polen in Kraft sind, verhaftet hat.

Genosse Stefan Krolikowski, der in Warschau mit 27 000 Stimmen gewählt wurde, befindet sich ebenfalls im Gefängnis. Diese gewaltsame Verletzung des Willens von Zehntausenden Arbeiterwählern ist ein neues Glied in der Kette der niederträchtigen Verfolgungen, denen die kommunistische Bewegung in der demokratischen Republik des befreiten Polens unterworfen ist.

Die Regierung dieser Republik versucht jetzt, da sie an dem Abgeordneten Dombal, der sich mutig zum Kommunismus bekannt hat, einen Justizmord begangen hat, die ungeachtet des entfesselten weißen Terrors in das Parlament entsandten Erwählten des revolutionären Proletariats zu knebeln.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale spricht vor der ganzen Arbeiterwelt seinen Abscheu über diese barbarischen Handlungen der Regierung der Lakaien des Internationalen Kapitals aus

und gibt seiner Bewunderung für das polnische Proletariat Ausdruck, das unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen mit unbeugsamem Mut die Sache der Freiheit und der Menschlichkeit verteidigt.

VORSITZENDER: Wir stimmen über diesen Protest ab.

(Einstimmig angenommen.)

RADEK (Schlußwort): Genossen, die Debatte über die Offensive des Kapitals hat sich teilweise zu einer erneuten Debatte über den Bericht der Exekutive und über die Taktik ausgewachsen. Das ließ sich nicht vermeiden aus dem Grunde, weil, wie ich in meinem Referat sagte, das Verhältnis zur Offensive des Kapitals die wichtigste Aktion und taktische Frage der Kommunistischen Internationale im gegenwärtigen Moment ist. Aus diesem Grunde müssen sich die Genossen in der Debatte wiederholen und ich muß das jetzt auch tun; indem ich den Genossen, die hier gesprochen haben, in meinem Schlußwort entgegentrete, muß auch ich wieder Fragen berühren, die eigentlich bei dem Berichte des Gen. Sinowjew erschöpfend behandelt werden konnten.

Was die Frage des Charakters der Offensive des Kapitals, ihrer Formen und Perspektiven betrifft, verdient außer den interessanten Ausführungen des Gen. Bordiga über den Fascismus, die eine ausführlichere Besprechung verdienen, als ich ihnen angesichts der sehr vorgerückten Zeit hier widmen kann, noch die Bemerkung des Gen. *van Ravesteyn* Aufmerksamkeit, der einen gewissen Gegensatz zwischen meinen Ausführungen und denen des Gen. Trotzki feststellen zu können glaubt. Das ist ein Mißverständnis. Wenn ich *den Zug nach rechts* im Lager der Bourgeoisie, ihre Offensive im Auge habe, und Gen. Trotzki von einer *neuen Welle des Pazifismus* und sozialreformerischen Betrugs spricht, so besteht der Unterschied darin, daß ich den *heutigen und morgigen* Tag behandle, Gen. Trotzki aber den *übermorgigen*, die Haltung der Bourgeoisie nach der Erschöpfung ihrer Offensive.

Um aber zu den taktischen Fragen zurückzukehren, die den Hauptinhalt der Diskussion gebildet haben, so hat die Offensive des Kapitals uns genötigt, die Taktik der Einheitsfront einzuschlagen, und in dieser Taktik sahen wir Gefahren von rechts und Gefahren von links. Wir haben in der Debatte über den Bericht der Exekutive gesagt, *daß die Gefahren von rechts größer sind als die von links*, und ich halte an dieser Auffassung fest. Die Gefahren, die unserem Kampfe und unserer Taktik in diesem Moment von rechts drohen, bestehen nicht nur darin, daß ein Teil der Kommunistischen Internationale in der Periode zwischen zwei Wellen der Revolution zu sehr das kommunistische Gesicht verliert, sondern sie bestehen in erster Linie in der Tatsache,



daß unter dem Druck der Offensive des Kapitals große Teile des Proletariats passiv werden, daß sie nicht nur den Feind nicht angreifen, sondern sich sogar nicht verteidigen. Vom Standpunkte der ganzen Lage in der Arbeiterklasse ist diese Minderung des Kampfwillens breiter proletarischer Massen die größte Gefahr und die taktische Frage besteht für uns darin: wodurch stärken wir den Kampfwillen und was müssen wir vermeiden, um diesen Kampfwillen nicht zu mindern und herabzudrücken? Ich glaube, wenn die *allgemeine Linie derKommunistischen Internationale in erster Linie gegen die Passivität der Arbeitermassen, gegen ihre Unfähigkeit, sich zu wehren, gerichtet ist, d. h. gegen die Sozialdemokratie, gegen die 2½ Internationale* und gegen die Elemente in den kommunistischen Parteien, die sich der Situation nicht anpassen, sondern sich ihr unterwerfen, so sind die *Fehler von links Wasser auf die Mühle der Zentristen* (sehr richtig!), und hier gebe ich dem Gen. Urbahns die Worte zurück, mit denen er mich beehrte, nur werde ich im Gegensatz zum Gen. Urbahns das zu beweisen suchen.

Gen. Urbahns begeht in seiner Rede einen Fehler, der wichtiger ist als alles, was er gegen unsere Taktik sagt, nämlich den Fehler der unrichtigen Einschätzung der Situation. Er erklärte in seiner Rede, mein Referat sei deshalb Wasser auf die Mühle der Zentristen, *weil ich die Kraft der kapitalistischen Offensive übertreibe und wail ich nicht sehe, daß schon die Gegenbewegung des Proletariats, die Konteroffensive des Proletariats eingesetzt hat,* und er nennt als Beweis für seine Behauptungen den Kampf um die Beibehaltung des Achtstundentags in Frankreich und die Betriebsrätebewegung in Deutschland. Ich halte das für das Ausschlaggebende: wenn man eine Gefahr überwinden will, muß man sie zuerst sehen. Wenn es wahr wäre, was Gen. Urbahns sagt, die Konteroffensive gegen das Kapital beginne schon, dann wäre die Gefahr von rechts nicht so groß. Zu schreien: Große Gefahr der Versumpfung der Kommunistischen Internationale und in einem Atemzuge zu sagen: die Arbeiterklasse erhebt sich schon — das bedeutet, sich den Weg zur realen Einsicht der Dinge verbauen.

Ich weiß nicht, ob wir schon den höchsten Punkt der kapitalistischen Offensive überhaupt überschritten haben. Wenn der Gen. Urbahns auf den Kampf in Frankreich hinweist, so frage ich: was stellt er dar? Er stellt die ersten Abwehrschritte des französischen Proletariats dar. Und wenn der Gen. Urbahns von der Betriebsrätebewegung in Deutschland sprach, so will ich nur erwidern, daß ich in dieser Frage vollkommen mit dem Gen. Hörnle einverstanden bin. Diese Bewegung soll man nicht überschätzen; sie hat gewiß eine große Be-



deutung für uns, weil wir in dieser Bewegung versuchen werden, lokal zusammenfassende Stützpunkte für den Kampf zu organisieren. Große breite Massen der nichtkommunistischen Arbeiter hat diese Betriebsrätebewegung noch nicht erfaßt, aber selbst, wenn sie sie erfaßt hätte, würde das schon eine Offensive des Proletariats sein? Es wäre eine Verteidigung gegen die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. Wenn man von einer Offensive sprechen wollte, müßten die Massen schon in der Betriebsrätebewegung Erfolge gehabt haben, sie müßten schon die Kontrolle wenigstens eines Teiles der Industrie durchgesetzt haben. Sie beginnen aber erst, den Abwehrkampf schwach zu organisieren, und schon schreien Sie, die Gegenoffensive hat begonnen.

Die Dinge so einschätzen, heißt, sich der Gefahr aussetzen, noch zehnmal mehr zurückgeschlagen zu werden. ***Die Rückzugsbewegung des Proletariats ist noch nicht zum Stillstand gekommen;*** erst hier und da beginnen die Arbeiter, ihre Positionen zu halten, und Sie schreien schon von dem Beginn der Gegenoffensive. Sie sehen nicht die Gefahr der Passivität der Arbeiterschaft. Sie brauchen nur die deutsche Bewegung in Betracht zu ziehen, um zu ermessen, was es bedeutet, daß den Bergarbeitern das Überschichtenabkommen aufgeschwätzt wurde. Was bedeutet das? Das bedeutet doch, daß die Arbeiter bereit sind, länger zu arbeiten und praktisch den Achtstundentag aufzugeben. Nicht nur die Gewerkschaftsführer, sondern die Arbeiter selbst geben den Achtstundentag praktisch preis, indem sie länger arbeiten.

Und wenn die Dinge so liegen, so müssen wir sagen: Wollen wir gegen die Offensive des Kapitals wirklich kämpfen, so müssen wir sie in ihrer wirklichen Größe sehen und die Gefahren dort sehen, wo sie sind. Es gibt Gefahren genug, als daß wir noch welche hinzudichten müßten.

Genossen! Die Offensive des Kapitals haben wir in ihrer ganzen Größe gewürdigt. Es war uns natürlich nicht leicht, von der Politik des ununterbrochenen Angriffs auf die Sozialdemokratie überzugehen zur Taktik der Einheitsfront, die immer Gefahren in sich birgt. In den ersten Thesen des Gen. Sinowjew wurde diesen Gefahren der Einheitsfront große Aufmerksamkeit geschenkt, weil wir uns sagten, ***man muß die Arbeitermassen zusammenbringen zum Abwehrkampf, aber die Kommunisten dürfen dabei nicht vergessen, daß sie um mehr als um ein Stück Brot kämpfen.*** Und wir sind noch der schwächere Teil der Arbeiterbewegung, wir haben im Verhältnis zur 2. und 2½ Internationale noch eine schwache Presse, sie aber haben eine starke Presse. Bei dieser Einheitsfront besteht die Gefahr, daß die nicht ganz eisenfesten Kommunisten sich zu sehr anlehnen an die Sozialdemokraten.



daß wir das Erstgeburtsrecht aufgeben, daß wir nicht verstehen werden, mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen das Kapital zu kämpfen und gleichzeitig den Massen die revolutionären Perspektiven des Kampfes klar aufzuzeigen, sie weiter zu treiben, als die Sozialdemokratie es zulassen will. Diese Gefahr haben wir klar gesehen und aus diesem Grunde haben wir die Frage unserer Taktik im Kampfe für die Einheitsfront, im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals auf den Erweiterten Exekutiven behandelt. Wir behandeln sie auch heute.

Nun, Genossen, gegen diese Taktik im Kampfe gegen die Offensive wurden hier vom Gen. Urbahns eine Anzahl Vorwürfe erhoben. Er hat zuerst kritisiert, wie wir die Taktik in der Sitzung der 3 Exekutiven angewandt haben. Worin unsere Fehler bestanden, hat er nicht gesagt. Er hat gesagt, es war eine Taktik aus dem hohlen Bauch. Ich glaube, das ist ein Vorwurf aus dem hohlen Kopf. Denn entweder mußte Urbahns erklären: Keine Verhandlungen mit den Spitzen, oder er mußte sagen, worin unsere Fehler in den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und der 2½ Internationale bestanden. (Zuruf Urbahns: Er hat die Mängel der Vorbereitung der Aktion kritisiert!) Dann erlauben Sie mir, diesen Vorwurf gegen Sie zu richten. Die Exekutive gibt Thesen aus, die unsere Aktionen theoretisch vorbereiten. Die Parteien wissen es, aus allen Parteien werden Vertreter herangeholt. Sie wissen, um was es sich handelt. Wir wollen die Sozialdemokraten zwingen, zusammen mit uns für den Achtstundentag, gegen die Gefahr des neuen Krieges, gegen die Herabsetzung der Löhne, gegen die Offensive des Kapitals in Sowjetrußland zu kämpfen. Alle Parteien wissen, was das bedeutet. Jetzt beginnen die Verhandlungen. Man muß also in jeder Stadt und in jedem Lande den größten Druck auf die 2. und 2½ Internationale ausüben. Wer kann diesen Druck ausüben? Die Exekutive in Moskau, die Delegierten in der Sitzung? Die Parteien müssen es tun. Und jetzt werde ich folgendes feststellen: Als wir nach Berlin kamen, war das erste der Apell an die Organisationen: mobilisiert die Massen, bringt die Delegationen aus den Fabriken in den Reichstag und organisiert Versammlungen. Und das Resultat? Zwei Tabakarbeiterinnen und noch drei Genossen kamen in den Reichstag und spazierten dort herum. Ich bin überzeugt, daß unsere Berliner Organisation eine der besten ist. Aber wenn das auf dem Holze der Berliner Organisation möglich ist, so wenden Sie sich, verehrter Gen. Urbahns, an die Berliner, Hamburger und andere Organisationen, die es nicht verstanden haben, in dieser Situation große Massen aufmarschieren zu lassen. Obwohl es sich dabei nicht um eine organisatorische Frage handelte, darum, eine Kon-



ferenz abzuhalten mit der 2. und 2½ Internationale, sondern um den ersten Versuch, die Sozialdemokraten an die Wand zu drücken und sie unter dem Druck der Arbeitermassen zu zwingen, mit uns gemeinsam den Kampf zu führen, geschah seitens der Organisationen sehr wenig. Hier, sehe ich, fällt Gen. Urbahns in Ohnmacht. Und hier komme ich zu einem zweiten Vorwurf von ihm.

Er sagt, die größte Illusion, die wir haben, ist die Illusion, daß die Sozialdemokraten kämpfen können, die Illusion, daß die sozialdemokratischen Führer, die wir seit dem Jahre 1914 als Agenten der Bourgeoisie behandeln, auf einmal genötigt werden, den Kampf zu führen. Und Gen. Urbahns, der seit dieser Zeit hört, daß sie die Agenten der Bourgeoisie sind, sagt natürlich: wie können die Agenten der Bourgeoisie kämpfen? Nun, verehrte Parteigenossen, wenn die Politik eine so leichte Sache wäre, daß, nachdem ich einmal gesagt habe, sie sind Agenten der Bourgeoisie, sie für immer verflucht und verdorben sind, so wäre die Politik sehr leicht.

Daß, soweit es sich um die Führerschaft der Sozialdemokratie in ihrer Masse handelt, diese Führerschaft bewußt gegen die Revolution ist, unterliegt keinem Zweifel. Aber diese Führerschaft lebt in Deutschland, in Frankreich, in England nicht in einem luftleeren Raume und sie lebt nicht nur in der Polemik mit dem Gen. Urbahns und mir. Diese Führerschaft stützt sich in Deutschland auf eine Millionenpartei und auf die Millionen, die ihnen nachlaufen. Und diese Führerschaft steht entweder offen und klar auf seiten der Bourgeoisie oder sie sucht von dem Wagen der Bourgeoisie abzuspringen.

Erinnern Sie sich einer sehr einfachen Tatsache: Am 5. November 1918 verhandeln Scheidemann und Ebert mit dem Hauptquartier: wenn der Kaiser die Krone niederlegt, dann werden der Kronprinz und die Krone gerettet werden. Und am 9. November springt Scheidemann auf die Rampe des Reichstages und schreit: Es lebe die Republik! Er hat es getan, um uns zu verraten, wird eingewandt. (Sehr richtig!) Aber inzwischen ist eine Kleinigkeit geschehen, die der Gen. Urbahns gar nicht einschätzt, wie der Zusammenbruch der Hohenzollern und die Revolution und die Konterrevolution. Die Scheidemänner haben uns verraten. Aber sie haben auch geholfen, Wilhelm vom Throne zu werfen; das kann nur der leugnen, der die Tatsachen, die ihm unangenehm sind, nicht sehen und nicht verstehen will. Sinowjew hat in der Erweiterten Sitzung und in seiner Taktikrede ein außerordentlich glückliches Wort gebraucht: die Sozialdemokraten sind *je nachdem Verräter des Proletariats, und, wenn es für ihre Rettung notwendig ist, können sie auch die Bourgeoisie verraten.*

Nun ist die zweite Frage: Können wir darauf irgend etwas geben?



Genossen, könnte man mit unseren Bannflüchen ganze Parteien vernichten, so würden wir nur den Gen. Sinowjew bitten, einen Ukas zu unterschreiben, daß Scheidemann und seine Genossen verschwinden sollen. Da das unmöglich ist, müssen wir mit ihnen kämpfen. Nun kommt es darauf an, in welcher Periode wir sie vernichten werden. Es ist möglich, daß die Leute sich mit der Bourgeoisie so eng liieren, daß sie nicht abspringen können daß sie von uns in einem unermüdlichen Kampfe durch die Rebellion der Massen zusammen mit den Bürgerlichen in die Wolfsschlucht geworfen werden. *Aber es ist auch möglich, daß wir in eine Periode übergehen müssen, wo sie, nachdem die Koalition mit der Bourgeoisie unmöglich sein wird, genötigt sind, eine Koalition mit uns einzugehen, und in dieser Koalition von neuem versuchen werden, uns zu verraten, und wo wir sie erst besiegen können, nachdem ihre Politik in der Koalition mit uns abgewirtschaftet hat und die Massen zu uns gekommen sind.* Wer diese Möglichkeiten nicht sieht, wer nur so an den Knöpfen abzählt: liebt er mich, liebt er mich nicht, wird er ganz verraten oder wird er nur halb verraten, soll ich Angst haben, soll ich nicht Angst haben?, der erinnert mich an die Mädchen, von denen Heine sagt: sie haben nichts als ihre Tugend. Nun, Gen. Urbahns, Sie haben sogar Ihre Tugend verloren, weil Sie nicht prinzipiell gegen die Arbeiterregierung sind, und auf eine solche etwas beschädigte Tugend, Gen. Urbahns, gibt man in prinzipiellen Dingen sehr wenig.

Was bedeutet aber die Losung der Arbeiterregierung? Gen. Urbahns hat die großen Differenzen angedeutet, die zwischen Trotzki, Sinowjew und mir in dieser Frage bestehen sollen. Wir haben in der bürgerlichen Presse schon vielfach gelesen, wie die Kavallerie Bucharins mit der Infanterie von Sinowjew kämpft, wie an dem einen Tage Trotzki Lenin verhaftet hat und am anderen Tage Lenin Trotzki. Daß man aber hier etwas hineinzugeheimnissen versucht, ist nicht nötig. Wir alle sind keine Pferde. In unserem Denken bestehen Nuancen. Der eine tritt an die Frage unter einem anderen Gesichtspunkte heran wie der andere. Der eine sieht sie unter dem Gesichtspunkte des einen Landes, der andere mehr unter dem Gesichtspunkte eines anderen, so daß sich gewisse Nuancen ergeben. Die Frage ist die: *steht die Exekutive auf dem Standpunkt, daß wir in den Massen eine Aktion für die Arbeiterregierung führen sollen oder nicht? Die zweite Frage ist, was bedeutet Arbeiterregierung?* In diesem Moment bedeutet das in Deutschland *daß wir der Sozialdemokratie erklären, zusammen mit ihr gegen die bürgerliche Koalition kämpfen und eine Arbeiterregierung eventuell unterstützen oder auch an ihr teilnehmen zu wollen.* Steht die Exekutive auf diesem Standpunkt oder nicht?

Ich sage, ***sie steht auf diesem Standpunkt, und das ist die wichtigste politische Frage***. Wenn Gen. Urbahns gesagt hat: in der Frage der Arbeiterregierung stehe ich auf dem Standpunkt: ***unmöglich***, so wird Gen. Urbahns also, wenn jetzt die bürgerliche Koalition vielleicht zusammenkracht, folgende Agitation führen: Er wird an die sozialdemokratischen Werftarbeiter in Hamburg herangehen und ihnen sagen: Ihr seid siebenmal so stark wie wir, wir stellen die Forderung der gemeinsamen Arbeiterregierung auf, wir wollen für sie kämpfen, aber sie ist unmöglich. Das ist natürlich ein Blödsinn, und hier muß ich ein paar Worte zu Gen. ***Smeral*** sagen. Er macht den großen Fehler, daß er, weil er in der Vergangenheit opportunistische Politik getrieben hat, allemal, wenn er auftritt, glaubt, er müsse sich immer bekreuzen und sagen: glaubt nicht etwa, daß das ein opportunistischer Standpunkt ist, und wenn Ihr es glaubt, dann will ich auf meinen Standpunkt verzichten. Ich bin mit dem Gen. Smeral vollkommen solidarisch in der Meinung, daß in der Tschechoslowakei der Kampf um die Bildung einer Arbeiterregierung entbrennen kann in der nächsten Zeit, in den nächsten Monaten sogar. Gen. Smeral schielt aber sofort nach links und sagt: ich glaube auch nicht an die Arbeiterregierung, aber die anderen glauben, deshalb müssen wir so auftreten, als ob wir auch glaubten. Wenn man eine Kampagne so führen will, dann wird aus der Geschichte nichts. So in den Massen aufzutreten, wo der Dollar auf 10 000 Mark steht, die Löhne herabgesetzt werden, die Koalition gesprengt wird, weil Stinnes gegen die Stabilisierung der Mark ist, ist ein Unding. Vielleicht kommt jetzt ein Kompromiß zustande. Aber in dieser Krise, in dieser Unfähigkeit des Bürgertums, irgend etwas zu stabilisieren, in diesen Wirren halte ich die Kommunistische Partei für den ruhenden Pol. Sie muß den Massen den Ausweg zeigen und sagen: Ihr fürchtet die Diktatur, wir sind für die Diktatur. Ihr glaubt, daß Ihr es auf irgendwelchem friedlichen Wege machen könnt. Probiert es. Ihr könnt die Mehrheit in Deutschland haben, erobert die proletarische Mehrheit. Ihr werdet zur Diktatur schreiten müssen und wir werden mit Euch Schulter an Schulter kämpfen. In dieser Situation werden unsere Genossen, die sagen, daß sie die engste Verbindung mit der Masse haben, auftreten und sagen: Bürgerliche Koalition zum Teufel, Arbeiterregierung, ja, wir sind für die Arbeiterregierung. Die anderen werden sagen, ich glaube nicht, aber Ihr glaubt (Heiterkeit). Genossen, macht ein freundliches Gesicht, wir manöverieren mit Euch!

Kann man eine solche Kampagne führen? Wir müssen doch der Masse sagen, was wir wollen, was wir dem Angriff des Kapitals entgegenstellen. Wir müssen ihr sagen, wir stellen ihm die Einigung der



Arbeiterklasse, die politisch gespalten ist, als praktisches Ziel entgegen. Und wenn die Arbeiterklasse zur Macht kommt, bevor sie in großer Mehrheit dazu fähig ist, sich für die Diktatur zu entschließen, so gehen wir mit ihr durch alle Kampfetappen mit der festen Überzeugung, daß sie der Kampf zu unserem Standpunkt bringen wird.

Ich will nur noch ein paar weitere Worte zu der oppositionellen Gruppe in Deutschland sagen. Genossen, laßt die Späße: Die Gen. Ruth Fischer hat hier zu der Frage der Taktik gesprochen. Sie hat Einzelheiten der Taktik der Zentrale kritisiert und wir sagten ihr: recht so. Das war eine Kritik, die mit der Taktik und der Politik der Kommunistischen Internationale vereinbar ist. Gen. Urbahns kommt aber mit einer prinzipiellen Ablehnung der Taktik der Kommunistischen Internationale, er sagt aber, das sei keine prinzipielle Ablehnung. Gen. Bordiga will auch die Einheitsfront ablehnen und sagt auch: Als Ganzes erkenne ich sie an, in den Einzelheiten aber unterscheide ich mich. Wir sind aber nicht in einem bürgerlichen Parlament, Gott sei Dank, um solche Spiegelfechtereien zu treiben.

Ihr sollt entweder die taktischen Thesen annehmen, oder Eure Plattform klar ausarbeiten und sie dem Kongreß vorlegen, aber dieses Herumtanzen, dieses Nein-Ja, ich möchte gern, aber nein, Nichtmögen, Wollen, Sollen, damit kann man in den Parteibezirken wohl schieben und nach dieser oder jener Richtung Majoritäten schaffen, aber damit kann man nicht proletarische Politik treiben.

Genossen! All dieses Wanken und Schwanken darf nicht leicht genommen werden. Ich las heute einen Artikel eines Genossen aus der Berliner Organisation, des Gen. Geschke. Man erzählte mir, daß er ein guter revolutionärer Arbeiter sei. Der Genosse schreibt über den Thalheimerschen Programmentwurf folgendes:

„Selbst Marx schreibt schon über eine gewisse Sorte von Intellektuellen in seinem Manifest, daß sie gewisse Theorien zum Besten geben, mit denen sie Verwirrung in die Arbeiterklasse hineintragen, ablenkend wirken und so dem Kapitalismus über Krisen, teils bewußt, teils unbewußt, hinweghelfen."

Er gibt also gütig zu, daß es vielleicht möglich ist, daß Thalheimer unbewußt mit seinem Programmentwurf den Kapitalisten hilft. Aber er erhebt die Hand zum Himmel und sagt:

„Das Wesentlichste, was daran zu kritisieren wäre, ist die Abhandlung über die Arbeiterregierung. ***Dadurch, daß man zugibt, daß schon im kapitalistischen Staate es der Arbeiterschaft möglich ist, Machtpositionen einzunehmen und im proletarischen Sinne auszubauen,***

ist die klare Linie, die wir bis jetzt innegehalten haben, vollkommen verwischt und den Reformsozialisten eine Waffe gegeben, ohne daß sie sich in große geistige Unkosten zu stürzen brauchen."

Also man sagt, daß, wenn wir im kapitalistischen Staate Machtpositionen erobern, dies Reformismus sei. Die Machtpositionen im kapitalistischen Staate sind die Gewerkschaften, die Kommunistische Partei und Betriebsräte, wenn wir sie anzuwenden verstehen. Eine Machtposition ist es auch, wenn wir im Parlament tüchtige Genossen haben, die das Parlament für die Interessen der Arbeiterklasse auszunutzen verstehen. Aber Machtpositionen im Kapitalismus zu erobern, ist Reformismus. Revolutionäre Politik besteht gewiß darin, unsere Ohnmacht bestehen zu lassen, bis uns der Kapitalismus den Gefallen tut, zusammenzubrechen.

Der Genosse sagt weiter, und das ist auch sehr interessant:

„Nun stand unlängst in der ‚Roten Fahne' ein Auszug aus einer Rede des Gen. *Trotzki,* gehalten vor den Moskauer Funktionären, in der ausgeführt wurde, daß die Arbeiterklasse nach der Machteroberung den bürgerlichen Staat nicht nur übernehmen, sondern auch noch eine Zeitlang im Sinne der alten Produktionsform, mit Kalkulation, Börse, Bank usw. weiterführen muß. Eine Rechtfertigung für die Arbeitsgemeinschaften und die Koalitionspolitik ist dieses, wie sie sich die Amsterdamer nicht besser wünschen können."

Wenn Trotzki sagt, daß man nach der Eroberung der Macht kalkulieren muß und nicht mit der Stange im Nebel herumfahren kann, so ist das das beste Argument für die Sozialdemokraten, die nicht nur für die Kalkulation, sondern sogar für die Spekulation unter der Herrschaft der Kapitalisten sind.

Das steht gedruckt in „Taktik und Organisation", ohne daß die Redaktion in derselben Nummer dagegen polemisiert. Was bedeutet das? Wenn das ein guter Genosse ist — und man sagt, es sei ein guter, revolutionärer Arbeiter —, so zeigt sich noch eine große Unklarheit in den Köpfen eines Teiles der besten revolutionären Arbeiter. *Und Ihr als Führer dieser Arbeiter kommt, statt Klarheit und eine klare Linie zu schaffen, mit dem Zwielicht Eurer Bedenken.* Worin besteht die Gefahr Eurer Bedenken? Sie besteht darin, daß wir in der Offensive des Kapitals die Kommunistische Partei nicht auf eine klare Linie sammeln können, ohne die es einen Kampf nicht geben kann. Und wenn Sie sagen, die Konteroffensive des Proletariats hat schon begonnen, so sage ich: wir können die Verteidigung des Proletariats noch nicht einmal organisieren. Wir haben noch nicht verstanden, unsere eigenen Parteien, die Parteien der Kommunistischen Internationale zum Zentrum des Kampfes gegen die Offensive zu



machen. In Italien ist die Taktik der Einheitsfront nicht durchgeführt, in Frankreich ebenfalls nicht. In Deutschland macht Ihr schwache Anfänge und diesen Anfängen tretet Ihr voller Bedenken entgegen, statt daß Ihr die Gefahren überwindet im Kampfe, indem Ihr die Massen in den Kampf führt, den Kampf mit kommunistischem Geiste erfüllt.

Genossen, es wurde mir hier gesagt, daß ich in meinem Referat das Wort gebraucht habe, die Arbeitermasse als Ganzes kämpft jetzt nicht bewußt um die Macht, sie sei überzeugt, daß diese Frage jetzt nicht aktuell ist. Und es wurde mir gesagt, das sei eine sehr gefährliche Äußerung. Nun, Parteigenossen (Zwischenruf Urbahns: die Formulierung war wesentlich anders). Vielleicht sagen Sie, wie sie war. (Urbahns: Die Arbeitermasse hat den Glauben an die Eroberung der Macht verloren.) Ich akzeptiere diese Formulierung. Wenn die Arbeitermasse jetzt in ihrer großen Mehrheit den Glauben hatte, daß sie die Macht erobern, die Diktatur aufrichten könne, warum haben Sie, Gen. Urbahns, zugestimmt, daß die Partei die Losung der Arbeiterregierung aufstellte?

Ich glaube, es gibt nichts Verhängnisvolleres für die Kommunistische Internationale, als wenn sie nicht einsieht, daß die neue, zweite Etappe darin besteht, daß die großen Massen jetzt nicht stürmen; nur im Sturm haben große Massen den Glauben an das Ziel. Die Kommunisten sind die Vortrupps der Arbeiterklasse, sie haben den Glauben an die Diktatur des Proletariats. Die nichtkommunistischen Arbeitermassen aber kämpfen nur, wenn die Verhältnisse sie dazu zwingen. *Daß die Mehrheit der Arbeiterklasse an die Eroberung der politischen Macht jetzt nicht denkt, ist klar, wer das leugnet, ist blind und wird nicht imstande sein, die jetzige Stimmung der Massen im Laufe der weiteren Entwicklung zu überwinden,* sondern er kann nur dem Wagen der Partei nachlaufen und nörgeln, weil er nicht versteht, daß die Partei so handeln muß.

Parteigenossen, die Fehler, die wir jetzt vermeiden müssen, sind historisch schon einmal dagewesen. Als nach der Niederlage der russischen Revolution im Jahre 1906 das russische Proletariat in der schwersten Situation war, da haben die Menschewiki gesagt, die Revolution ist zu Ende. Der Kapitalismus und Zarismus stabilisieren sich, Rußland hat den Weg der preußischen, der friedlichen Entwicklung betreten. Die Bolschewiki haben dagegen gesagt: die Bourgeoisie und der Zarismus sind nicht fähig, auch nur eine grundlegende Frage zu lösen. Und darum ist die Revolution nicht beendet. Es ist eine Welle der Revolution abgelaufen und die zweite noch nicht gekommen. Aber unter den Bolschewiki entstanden Streitereien über das

was zwischen diesen zwei Wellen zu tun sei. Die Berliner Genossen sind sehr unzufrieden, wenn man das Wort *„Otsowismus"* gebraucht. Sie halten es für ein Schimpfwort. Sie sprechen von Menschewismus und wir, die wir die russische Sprache genauer kennen, werfen ihnen ein anderes Wort an den Kopf: Otsowismus. Aber so liegen die Dinge nicht. Der Otsowismus besteht darin, daß man sagt: die Revolution muß kommen, sie wird kommen. Man sagte ungefähr, wie der von mir zitierte Genosse in seinem Artikel sagt, daß die Revolution ganz *zwangsläufig* kommen werde. Nun, die Führer der Bolschewiki waren keine Mystiker und sie wußten, daß die Geschichte auf Grund der ökonomischen Entwicklung von Klassen gemacht wird; und wenn die vorderen Reihen einer objektiv-revolutionären Klasse nicht zu Vorkämpfern der Revolution werden, kann die Revolution sehr lange auch zwangsläufig nicht kommen, obwohl die Entwicklung in der Richtung der Revolution geht. Es handelt sich um das Vorhandensein einer revolutionären Klasse, *die durch einen bewußten Vortrupp geführt wird,* und wenn die Otsowisten sagten, weil die Revolution kommen wird, darum wollen wir nicht ins Parlament gehen, nicht in die Gewerkschaften gehen, nicht in die Kooperativen gehen, haben die Bolschewiki dagegen gekämpft. Es gab auch Schattierungen von Otsowisten. Wie es Halb-Menschewiki und Halb-Zentristen gab und gibt, gibt es auch Halb- und Viertel-Otsowisten, die man am Schwanze zur Erkenntnis heranziehen muß. Daher haben Lenin, Kamenew und Sinowjew gegen die Halb- und Viertel-Otsowisten angekämpft und gesagt: Ja, übermorgen Revolution, aber heute müssen wir erst die Massen zusammenführen zum Kampfe, Und, Genossen, die Gefahr otsowistischer Stimmungen besteht, sie ist nur die andere Seite der Passivität der Masse.

Die Otsowisten, heute KAP., warten, bis die Massen in Fluß kommen, und diese Zeit wollt Ihr ausfüllen mit dem, was man in der Angst tut. Wenn Kinder Angst haben, singen und schreien sie. Wir sagen, diese Taktik ist gefährlich, diese Taktik müßt Ihr überwinden. Nicht nur in ihrer offenen Formulierung, sondern auch in den Überbleibseln des Geistes der KAP. Ihr dürft die Partei nicht immer in der Aktion am Arm ergreifen und sie in Aktionen hindern. Im „Bolschewik" wurde meine erste Rede so wiedergegeben, als hätte ich gesagt, daß Ihr die Partei gehindert habt. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe gesagt: Eure Ängstlichkeit wird sie hindern; denn die Partei rechnet, daß hinter Euch ein Teil der Partei steht. (Zuruf bei der deutschen Delegation: Wann haben wir das getan?) Ich werde es Euch sofort aufzählen. Als die *Frage der Sachwerte* auftrat, die Frage der Schaffung eines Steuerprogramms, der Besteuerung der



Bourgeoisie und der Entlastung der Arbeiterklasse. Wollen Sie sich erinnern an alle die Reden über die Gefahr des Staatskapitalismus? Ihr habt es getan, als die Frage der *Arbeiterregierung* auftauchte! Wollen Sie sich erinnern an Ihre eigenen Reden hier, als die *Einheitsfrontfrage* auftauchte? Bei jeder Gelegenheit hieß es: die Genossen werden, wenn sich auch nicht verraten, so doch wenigstens einwickeln lassen! Während der Sitzung der Neunerkommission bestand doch Eure ganze Politik in der Angst, daß sich Bucharin und Radek nicht als Verräter oder Trottel erweisen. Eine solche Politik ist, wenn ihr nicht ein Ende gemacht wird, eine Politik der Ruinierung der Partei.

Wenn wir nach der Rede der Gen. Ruth Fischer eine Rede wie die des Gen. Urbahns hören, der eine große deutsche Parteiorganisation vertritt, so sagen wir: Werte Genossen, bringt die Dinge ins Reine, sonst werdet Ihr die Partei schädigen, was Ihr nicht wollt, weil Ihr, ich sage es offen, einen guten Teil des Proletariats vertretet, auf den wir uns um so mehr stützen müssen, weil die Gefahr der Passivität es notwendig macht, alle revolutionär lebendigen Kräfte des Proletariats zu sammeln.

Genossen, ich will noch ein paar Worte über die Gefahr von rechts sagen. Es sprach hier der englische Gen. Webb und wandte sich an die Exekutive mit den Worten: laßt nicht von den 21 Bedingungen ab. Ich habe zum erstenmal heute gehört, daß der gute Gen. Webb nicht schlafen konnte, weil es nur 20 Bedingungen sein könnten. Ich kann ihn trösten. Gen. Sinowjew sagte, bei den nächsten Verhandlungen mit Gruppen, die von rechts kommen, werden es 42 Bedingungen sein. Vielleicht genügt das dem Gen. Webb. Aber die Partei, die er vertritt, ist nicht so radikal wie er. Wir müssen diese Partei, die er vertritt, in einem wichtigen Aktionsfehler etwas kritisieren. Ich habe hier den Wahlaufruf der Kommunistischen Partei Englands.

Wie wendet die Kommunistische Partei Englands ihre Einheitsfronttaktik an? Sie sagt: wir sind ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der linke Flügel. Aber wir wollen zusammengehen mit allen anderen Arbeiterparteien. Wo Naemi ist — da bin ich, Ruth, auch. Ich meine nicht die Gen. Ruth Fischer (Heiterkeit), — sondern die gutmütige biblische Ruth. Und dann sagt der Wahlaufruf: Was ist die Labour Party? Die Arbeiter sind ausgezeichnet, sie wollen kämpfen, aber die Führer sind nicht so gut. Und dann sagt er: es gab in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart Verrat der Führer. Ein solcher Verrat kann ja einmal passieren. Aber, sagt er trotzdem, Einigkeit gegen die Kapitalisten. Wenn das zum Donnerwetter eine Einheitsfronttaktik ist, dann sollen wir sie lieber lassen. Die Exekutive hat in dem Aufruf konkret den Arbeitern gezeigt, daß die ganze Politik

der Labour Party nichts weiter ist als ein Verrat an den Arbeiterinteressen. Aber sie hat ihnen dann weiter gesagt: Wenn die Labour Party siegt und die Regierung übernimmt, wird sie Euch endgültig verraten und den Arbeitern zeigen, daß sie nichts anderes will als den Kapitalismus, und dann werden die Arbeiter von ihr abfallen, oder sie wird unter dem Druck der Arbeiter kämpfen müssen und dann werden wir hinter ihr stehen. Wir geben eine bestimmte Parole: stimmt für sie und bereitet den Kampf gegen sie vor. Wenn Gen. Webb dann hierher kommt und uns vor dem Opportunismus warnt, dann sagen wir ihm: Gen. Webb, setzen Sie sich schnell auf die Bahn und fahren Sie nach England und kämpfen Sie dort gegen den Opportunismus, wir werden Sie dabei unterstützen.

Die Fragen der Einheitsfront und der Offensive sind die wichtigsten Fragen des nächsten Jahres, bzw. der nächsten Jahre. Es ist sehr leicht möglich, daß sich die Führer der Sozialdemokratie für lange Zeit mit der Bourgeoisie verbünden werden. Dann ist unsere Hoffnung, daß es uns gelingt, sie durch den Druck ihrer Massen in die Kampflinie zu stoßen, wenigstens für die nächste Zeit, und es wird sich zeigen, daß die Revolution viel langsamer gehen wird. Das Elend wird vielleicht größer, bis die Massen in den Kampf kommen werden. Es ist möglich, daß wir dann übergehen müssen zu großen frontalen Attacken. Aber wir werden es erst tun, wenn wir stark sind.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale muß zugeschnitten sein auf die nächste Zeit, obwohl ihre Perspektive die ganze Epoche umfassen muß. Unsere Perspektive ist nicht nur die alte geblieben, sondern je länger die Epoche der kapitalistischen Offensive dauert, desto mehr zeigt sich die Bourgeoisie unfähig, ihre Macht zu befestigen. Und nicht als agitatorische Tirade, sondern als tiefe theoretische Überzeugung ist unsere Ansicht, daß es für sie keinen Ausweg gibt.

Aber was das Vorzimmer und was der berühmte Kamin ist, läßt sich theoretisch nicht entscheiden. Ich prophezeie gerne für einige hundert Jahre voraus, aber ich hüte mich, für das nächste Jahr zu prophezeien, weil die Tatsachen so verwickelt sind, daß nur derjenige prophezeien kann, der von der Theorie sehr wenig versteht und nicht fürchtet, sich zu blamieren. Es handelt sich darum, die Arbeiter zum Kampfe zusammenzufassen. Und ist es dazu nötig, mit den Sozialdemokraten zu verhandeln, so müssen wir dieses Mittel anwenden: und wir tun das in der wissenschaftlichen Erkenntnis, daß die Entwicklung den Klassengegensatz verschärft. Und verschärft sich dieser Kampf, so werden wir die ausschlaggebende Macht sein.

In der Zeit zwischen zwei großen Kampfperioden ist nichts gefährlicher als diese Ängstlichkeit, als dieses Herumreiten auf bloßen



Prinzipien. Wir müssen mit den Massen in die praktischen Kämpfe gehen und den Kommunismus nicht für zerbrechliches Porzellan halten. Wir sind noch schwach, und es wäre eine verhängnisvolle Sache, wenn wir das nicht sehen würden. Aber wir können nur stark sein, wenn wir uns sagen, daß wir das tun müssen, was der Tag erfordert. Und der Tag, der vor uns steht, erfordert die Zusammenfassung der Massen zum Kampf um die nächsten praktischen Ziele, der führen wird zum Kampf um die Diktatur des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

SINOWJEW: Genossen und Genossinnen! Soeben erhielt ich ein Telegramm aus Glasgow von dem Genossen Walton Newbold, der mitteilt, daß in Motherwell in Schottland unsere Partei in den Wahlen gesiegt hat. (Beifall.)

Ein selbständiger Kandidat der englischen Partei ist dort gewählt. Wir überschätzen gewiß nicht den Parlamentarismus und überschätzen es nicht, einen Platz in diesem schönen Hause zu gewinnen, aber dieser Sieg hat doch prinzipielle Bedeutung, der Stern scheint doch in diesem entscheidenden Lande des Kapitalismus anzufangen zu steigen. Ich glaube, daß unter den gegebenen Verhältnissen in England dieser Sieg doch kein unbedeutender Sieg der Kommunistischen Internationale ist. (Beifall.)

VORSITZENDER: Bevor wir die Übersetzung der Rede des Gen. Radek vornehmen, müssen wir einige kleine Fragen erledigen. Gen. Welti will einen Vorschlag unterbreiten; ich erteile ihm zur Verlesung und Motivierung dieses Vorschlages das Wort.

WELTI (Schweiz): Genossen, ich will dem Antrage, den ich hier im Namen der Schweizer Delegation zu stellen habe, einige kurze Bemerkungen vorausschicken. Was wir bisher namentlich in den Referaten über die Taktik und die Offensive des Kapitals gehört haben, hat uns in der Schweizer Delegation nicht ganz befriedigt, und wir haben es heute durch die Diskussionsredner erkennen können, daß dasselbe auch bei verschiedenen Diskussionsrednern der Fall ist. Genossen, es ist interessant, zu sehen, wie man hier auf dem Kongresse bestrebt ist, der Notwendigkeit gerecht zu werden, zunächst einmal innerhalb der verschiedenen kommunistischen Parteien selbst eine Einheitsfront herzustellen. Es war sehr interessant, daß Gen. Sinowjew die Einheitsfront in der ungarischen Partei dadurch herzustellen versuchte, daß er erklärte: Es gibt keinen Fraktionsstreit mehr.

Einen nicht geringen Raum in der Diskussion hat hier — und Gen. Radek hat das in seinem Schlußwort besonders betont — die Frage der Einheitsfronttaktik in den verschiedenen Ländern eingenommen. Ich hätte darüber auch einiges sagen können. Aber wir Schweizer fügen uns, wenn uns der Kongreß das Wort nicht gibt. Wir haben, lange bevor die Exekutive die Taktik der Einheitsfront als Losung ausgab, diese Taktik angewandt und in vielen Fällen mit sehr gutem Erfolg. Aber darüber können wir uns ja an einem anderen Orte unterhalten. Vielleicht können wir die Zeit noch ausnutzen, um den Genossen, die nicht in Moskau sind, diese Sache auch zu übermitteln, weil es sie vielleicht interessiert.



Nun, Genossen, sicherlich waren diese Referate interessant, und man kann im großen ganzen damit einverstanden sein, Schilderungen über die Situation und Prognosen für die Zukunft zu hören. Aber wir Schweizer Delegierte meinen, daß wir doch nicht eine Föderation von irgendwelchen kommunistischen Parteien sind und daß aus diesen Gründen sich hier die Frage erhebt, nicht nur, wie es mit der Einheitsfronttaktik in den einzelnen kommunistischen Parteien aussieht, und wie diese Einheitsfronttaktik von den Parteien der einzelnen Länder angewandt werden soll, sondern, was uns mehr interessiert, ist, wie im internationalen Maßstabe, durch die Internationale selbst die Einheitsfront durchgeführt wird. Genossen, bisher haben wir sehr wenig darüber gehört und namentlich auch auf diesem Kongreß sozusagen gar nichts. Mich dünkt, es sollte auf diesem Kongreß deutlich eines zum Ausdruck kommen und das sollte sich dann auch nicht durch den Kongreß, sondern durch die Praxis in jeder Form bewähren. Was zum Ausdruck kommen sollte, ist das Folgende: Daß die einzelnen Erscheinungen der Reaktion in einem Lande nicht als eine Angelegenheit angesehen werden und dürfen, die nur die Kommunistische Partei und das Proletariat dieses Landes angehen sondern diese Erscheinungen müssen angesehen werden als eine Angelegenheit der Internationale. Und wenn sie dies nicht sind, so soll man sie zu einer Angelegenheit der Internationale machen.

An Stelle bloßer Schilderungen und Prognosen muß in dieser Epoche der verschärften Offensive vom 4. Kongreß eine kräftige Linie und eine Marschroute gegeben werden. Der Sieg des Fascismus in Italien, die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland und der Tschechoslowakei erheischen das dringend. Ich kann mir nicht denken, daß angesichts dieser Situation der 4. Kongreß es versäumen wird, Stellung in dieser Richtung zu nehmen, daß er mindestens von den Parteien West- und Mitteleuropas fordert, durch ein koordiniertes Vorgehen auf der Basis einer proletarischen Einheitsfront mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln einen Damm gegen den Fascismus zu bilden, dem italienischen Proletariat und insbesondere der Kommunistischen Partei Italiens in ihrem Kampfe alle Hilfe in jeder Form zu bringen.

Genossen, was gerade das letztere anlangt, so sind wir z. B. davon überzeugt, daß die schweizerische Partei, die man hier so leicht zu übergehen scheint, und vielleicht auch die österreichische Partei schon jetzt oder in der allernächsten Zeit eine ganze Anzahl eminent praktischer Fragen gestellt bekommen werden oder schon gestellt erhalten haben, deren Lösung gerade bei der Kleinheit der Parteien und vielleicht auch aus anderen Gründen ihnen recht schwer fallen oder für sie überhaupt unmöglich sein wird.

Ich will und kann mich an dieser Stelle zu diesem Thema nicht mehr äußern. Aber ich beantrage nun namens der Schweizer Delegation das Folgende:

Es ist sofort eine Kommission einzusetzen, die ungesäumt alle diese brennenden Fragen, wie sie durch den Sieg des Fascismus, wie sie durch die Verhältnisse in Deutschland und in der Tschechoslowakei entstanden sind, prüft und dem Exekutivkomitee Bericht auf Antrag unterbreitet. Ob diese Kommission legalen oder illegalen Charakter



haben soll, das zu entscheiden, überlasse ich den leitenden Instanzen oder dem Kongreß selbst.

Genossen, ich schließe, indem ich sage: Es ist hier das Wort gefallen: der Fascismus sei eine Komödie. Ich weiß, es war nicht frivol gemeint, aber ich glaube, es wäre besser und für seine Opfer würdiger und käme der Wahrheit näher, wenn wir den Fascismus mit seinen Folgen für das italienische Proletariat und mit seinen mutmaßlichen Folgen für die Kommunistische Internationale, für das internationale Proletariat überhaupt, von einer anderen Seite betrachten. Ich glaube, wenn wir dies tun, können wir es nicht lediglich in Resolutionen, nicht lediglich in Betrachtungen tun, sondern wir müssen hier ernsthaft prüfen, welche Aktionen in der beschriebenen Weise vorzunehmen sind (Beifall).

VORSITZENDER: Wir müssen die Resolutionsentwürfe über die auf diesem Kongreß untersuchten Fragen prüfen.

1. Resolution über den Bericht: „5 Jahre russische Revolution und Perspektiven der Weltrevolution."

2. Resolution zum Bericht: „Die Offensive des Kapitals."

3. Resolution zu den Thesen über die Taktik und zum Offenen Brief.

Das Präsidium ersucht Sie, dieselbe Kommission, die die Resolution über den Bericht des Exekutivkomitees ausgearbeitet hat, auch mit der Prüfung der Resolutionsentwürfe über die oben angeführten Fragen zu betrauen.

Selbstverständlich haben die Delegationen immer das Recht, Veränderungen in der Zusammensetzung dieser Kommission vorzunehmen.

Hat jemand gegen diesen Vorschlag etwas einzuwenden? (Der Vorschlag wird angenommen.)

Was den Vorschlag des Gen. Welti anbelangt, muß ich sagen, daß die Exekutive sich mit dieser Frage beschäftigt hat. Es wurde beschlossen, daß die zukünftige Exekutive mit den Vertretern der interessierten Parteien gemeinsame Konferenzen abhalten wird.

Die Orientkommission schlägt dem Kongreß vor, eine besondere Kommission zur Untersuchung der Lage in Ägypten einzusetzen und nennt als Mitglieder dieser Kommission folgende Genossen:

Béron (Frankreich).
Gramsci (Italien).
Katayama (Japan).
Orchan (Türkei).
Ravesteyn (Holland).
Webb (England).

Hat jemand etwas dagegen einzuwenden? Nein. Die Einsetzung dieser Kommission ist also in dieser Zusammensetzung angenommen.

Schluß der Sitzung 4.45 nachm.



VIERZEHNTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 18. NOVEMBER 1922.

Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien.

Redner: Bucharin, Thalheimer.

Vorsitz: ***Kolarow.***

Eröffnung: **11.45** vorm.

VORSITZENDER: Auf der Tagesordnung steht: „Das Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien". Als erster Redner hat das Wort Gen. Bucharin.

BUCHARIN: Genossen, wir werden, wie Sie alle wissen, auf diesem Kongreß kein endgültiges Programm annehmen, und zwar deshalb nicht, weil viele Parteien zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen haben. Selbst die russische Partei hat den Entwurf, den ich Ihnen vorzutragen habe, noch nicht diskutiert. Deshalb meinen die meisten Delegationen, daß es zweckmäßiger sei, auf diesem Kongreß noch kein endgültiges Programm anzunehmen, sondern nur über das Programm zu diskutieren und es dann erst auf dem folgenden Kongreß endgültig anzunehmen. Die Tatsache aber, daß wir es überhaupt wagen, eine so bedeutsame Frage, wie die des Programms, auf die Tagesordnung eines Weltkongresses zu setzen, ein so schwieriges Problem, wie das des internationalen Programms hier zu diskutieren, ist ein Zeichen unseres starken Wachstums. Und wenn wir uns heute mit diesem Problem beschäftigen, so können wir getrost und mit ruhigem Gewissen jetzt schon sagen, daß die Kommunistische Internationale dieses Problem auch lösen wird, während im Lager unserer Gegner, der 2. und 2½ Internationale, momentan eine vollständige theoretische Impotenz herrscht. (Clara Zetkin: Sehr richtig!)

Als erste Abteilung der verschiedenen Fragen, die ich zu behandeln habe, werde ich die programmatischen Grundfragen der Theorie innerhalb der 2. Internationale vor dem Krieg betrachten. Ich stelle da die These auf, daß in dieser Theorie der 2. Internationale vor dem Kriege der Zusammenbruch der 2. Internationale während des Krieges seine sehr tiefe theoretische Wurzel hat. Überhaupt können wir im Marxismus, in seiner Ideologie, in seiner ideologischen Konstruktion drei Hauptphasen unterscheiden: die erste Phase war der Marxismus von Marx und Engels selbst. Dann kam die zweite Phase: das war der Marxismus der 2. Internationale, der Marxismus der Epigonen.

Und jetzt haben wir die dritte Phase des Marxismus, den bolschewistischen oder kommunistischen Marxismus, der sich in einem gewissen, und zwar ziemlich hohen Grade wieder rückwärts zu dem ursprünglichen Marxismus von Marx und Engels selbst bewegt. Dieser ursprüngliche Marxismus von Marx und Engels selbst war das Kind der europäischen Revolution von 1848 und deshalb hatte dieser wirklich orthodoxe Marxismus von Marx und Engels eine höchst revolutionäre Seele; dieser revolutionäre Sinn der marxistischen Theorie erklärt sich eben daraus, daß die Lehre von Marx und Engels geboren wurde als ganz Europa im Schwanken begriffen war und das Proletariat als revolutionäre Klasse in die Arena der Weltgeschichte trat. Dann kam eine andere Periode und auch eine ideologische Wendung. Diese ganze geschichtliche Entwicklung zeigt uns wieder einmal das Phänomen, das wir in der Geschichte fast aller Ideologien antreffen, daß nämlich eine Ideologie, die unter gewissen Bedingungen geboren ist, unter anderen Bedingungen ein anderes Antlitz, eine andere Form annimmt. Ebenso war es mit dem Marxismus. Nach der revolutionären Epoche um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Europa, kam eine ganz andere geschichtliche Epoche in der Entwicklung des kapitalistischen Systems. Das war die Epoche des riesigen Wachstums der kapitalistischen Gebiete. Dieses Wachstum gründete sich im wesentlichen auf die Kolonialpolitik der Bourgeoisie, die Blüte der kontinentalen Industrie basierte im wesentlichen auf der Ausbeutung der kolonialen Völker. Diese Blüte, diese Prosperität der kontinentalen Industrie rief verschiedene soziale Verschiebungen innerhalb der europäischen Völker hervor. Die Position der Arbeiterklasse wurde befestigt im ökonomischen Sinne des Wortes, aber innerhalb derselben Zeit hat die kapitalistische Entwicklung eine große Interessengemeinschaft zwischen der Bourgeoisie und der kontinentalen Arbeiterklasse geschaffen und diese Tatsache, diese Interessengemeinschaft der kontinentalen Bourgeoisie und des kontinentalen Proletariats ergeben die Basis für eine sehr große psychologische und ideologische Wendung innerhalb der Arbeiterklasse und eo ipso innerhalb der sozialistischen Parteien.

Und nun kam die zweite Phase in der Entwicklung des Marxismus, nämlich die des sozialdemokratischen Marxismus, des sogenannten Marxismus der marxistischen Epigonen. Der Kampf zwischen der sogenannten orthodoxen Tendenz und der reformistischen Tendenz, der berühmte Streit der sogenannten orthodoxen Sozialdemokratie mit der revisionistischen, der in Kautsky auf der einen Seite und in Eduard Bernstein auf der anderen Seite personifiziert wurde, dieser Streit, von dem gesagt wurde, er sei ein Sieg des orthodoxen Marxismus, erscheint — wenn wir die ganze Geschichte retrospektiv betrachten — vor unseren Augen als eine völlige Kapitulation des „orthodoxen" Marxismus vor dem revisionistischen Marxismus. Ich kann hier die These aufstellen, daß in diesem Streite, der längst vor dem Weltkriege bestand, der sogenannte orthodoxe Marxismus, d. h. der Marxismus von Karl Kautsky, in den wichtigsten theoretischen Fragen vor dem Revisionismus kapitulierte. Das haben wir früher nicht bemerkt. Jetzt sehen wir es aber ganz klar und deutlich und können auch sehr gut begreifen, warum das so war. Nehmen wir z. B. die Frage der *Verelendungstheorie;* wie Sie alle wissen, hat der



Kautskysche Marxismus dieser Frage eine mildere Form gegeben, als es jene war, die von Marx selbst herrührte. Es wurde behauptet, daß wir in der Epoche der kapitalistischen Entwicklung eine relative Verschlechterung der Position der Arbeiterklasse haben und daß das immanente Gesetz der kapitalistischen Entwicklung gerade darin bestehe, daß die Lage der Arbeiterklasse sich zwar bessert, daß sie sich aber relativ zur Lage der Bourgeoisie verschlechtert. So begründete Kautsky vor der Attacke Bernsteins diese angeblich marxistische These. Ich halte diese Behauptung von Kautsky für unrichtig und behaupte, daß sich diese theoretische Position auf die wirkliche, empirische Lage der europäischen und amerikanischen Arbeiterschaft gründete.

In der marxistischen Theorie aber analysiert Marx eine abstrakte kapitalistische Gesellschaft und behauptet, daß das immanente Gesetz der kapitalistischen Entwicklung zur Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft führt. Was tut aber der Kautskysche Marxismus? Er verstand unter der Arbeiterklasse ausschließlich die kontinentale Arbeiterklasse. Die Lage dieser Schichten des Proletariats wurde immer besser und besser; aber der Kautskysche Marxismus übersah den Umstand, daß diese Besserung der Lage der kontinentalen Arbeiterklasse um den Preis der Vernichtung, der Ausraubung der kolonialen Völker gekauft wurde. Marx nahm die ganze kapitalistische Gesellschaft. Wenn wir etwas konkreter sein wollten als Marx, dann sollten wir nicht nur den amerikanisch-europäischen Kreis in unsere Betrachtungen ziehen, sondern die gesamte Weltwirtschaft. Dann bekämen wir ein ganz anderes theoretisches Bild, als das von Kautsky und Konsorten. Also — theoretisch betrachtet war die These Kautskys unrichtig. Es war eine Kapitulation vor der Attacke des Revisionismus.

Nehmen wir eine andere Frage, die *Zusammenbruchstheorie* — und die Erhebung des Proletariats. Die Theorie der Katastrophe, des Zusammenbruchs wurde auch von Kautsky im Streite mit den Revisionisten stark gemildert. Was aber die Revolution betrifft, das Resultat des Zusammenbruchs, so finden wir, wenn wir sogar die am meisten revolutionären Schriften Kautskys, z. B. seinen „Weg zur Macht" lesen, selbst in diesen Schriften viele rein komische Stellen, einen bis zur Komik übertriebenen Opportunismus. Nehmen wir z. B. verschiedene Urteile in der „Sozialen Revolution" über den Generalstreik, wo Kautsky behauptet, wenn wir fähig sind, die Revolution zu machen, brauchen wir keinen Generalstreik, wenn nicht — brauchen wir auch keinen. Was bedeutet das? Das bedeutet einen reinen Opportunismus, den wir früher nicht ganz genügend bemerkt haben, den wir jetzt aber ganz klar sehen.

Nehmen wir die dritte theoretische Frage, nämlich die Frage der *Theorie des Staates.* Hier muß ich etwas länger sprechen. Auch wir behaupteten am Anfange des Krieges, daß der Kautskyanismus seine eigene Theorie plötzlich preisgegeben habe. Das haben auch wir gemeint und haben das geschrieben. Aber das ist nicht wahr. Jetzt können wir ganz ruhig sagen daß unsere Behauptungen irrig waren. Ganz umgekehrt: der sogenannte Verrat der Sozialdemokraten und Kautskyaner war begründet in der Theorie, die diese Theoretiker auch schon vor dem Kriege vertraten. Was behauptete man über den Staat und über die Eroberung der politischen Macht seitens des Proletariats? Man

stellte sich die Sache so vor, als ob es sich um irgendwelches Objekt handelte, das aus den Händen einer Klasse in die Hände einer anderen Klasse überzugehen hat. Das war auch die Vorstellung von Kautsky.

Nehmen wir dann den Fall des imperialistischen Krieges. Wenn wir den Staat als ein einheitliches Instrument betrachten, das früher in einer Hand und in einer anderen Epoche in anderen Händen ist, als ein fast neutrales Ding, dann ist es vollkommen begreiflich, daß, wenn der Krieg ausbricht und das Proletariat die Perspektive hat, diesen Staat auf diese Weise zu erobern, man dieses Instrument schützen muß. Während des Weltkrieges wurde die Verteidigung des Staates auf die Avantszene getragen. Es war völlig logisch durchdacht und es war nur eine logische Konsequenz dieser Theorie, wenn Kautsky die Frage der Landesverteidigung aufgestellt und bejaht hat.

Ebenso verhält es sich mit der Frage der Diktatur des Proletariats. Sogar im Streite mit den Revisionisten hat Kautsky diese Frage niemals entwickelt. Er hat über diese wichtigste Frage und dieses wichtigste Problem in diesem Streite fast kein Wort verloren. Er hat ungefähr gesagt: diese Frage werden andere Generationen entscheiden. Das war die „Problemsteilung"

Genossen! Wenn wir alle diese logischen Gedankengänge betrachten und wenn wir versuchen wollen, das soziologische Äquivalent zu entdecken, dann müssen wir sagen, wir haben hier eine angeblich marxistische Ideologie, die begründet ist in der aristokratischen Position dieser kontinentalen Arbeiterschichten, deren Besserung der Lage mit der kolonialen Ausplünderung der Arbeiter erkauft wurde. Diese These über die soziologische Grundlage des Kautskyanismus ist in der Wirklichkeit von den Theoretikern der 2. Internationale anerkannt. Die Leute sind so frech geworden, daß sie jetzt glauben, keine Maske mehr zu brauchen. In seiner Programmschrift spricht Kautsky gerade über diese Diagnose und sieht gar nichts Schlechtes darin:

„Das Proletariat ist ja in seinem Wesen nicht ganz einheitlich. Wir haben bereits gesehen, daß es in zwei Schichten zerfällt: die einen sind durch besondere ökonomische Verhältnisse oder durch die Gesetzgebung so begünstigt, daß sie starke Organisationen bilden und durch sie ihre Interessen ausgiebig wahren können; sie bilden den aufsteigenden Teil des Proletariats, seine „Aristokratie", die den herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus erfolgreich Widerstand zu leisten weiß, mitunter so sehr, daß der Kampf gegen den Kapitalismus für sie nicht mehr ein Kampf gegen das Elend, sondern ein Kampf um die Macht ist."

Diese Gegenüberstellung von Kampf gegen das Elend und Kampf um die Macht ist auch eine „sehr marxistische" Redewendung! Und dann weiter:

„Neben diesen wohldisziplinierten, geschulten, kampffähigen (d. h. die Stiefel der Generale leckenden) Truppen steht aber das große Heer derjenigen (sehen Sie, das kann er nicht negieren!), die unter so ungünstige Verhältnisse versetzt sind, daß sie noch nicht vermochten, sich zu organisieren und die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus



zu überwinden. Sie bleiben im Elend und versinken vielfach immer tiefer in seinem Sumpf."

Und dann, wenn Kautsky versucht, die taktischen Unterschiede zwischen ihm und uns, der Kommunistische Internationale, die sich nicht auf die Arbeiteraristokratie stützt, sondern auf die am meisten unterdrückten Schichten, zu finden, dann findet er für die Beurteilung der taktischen Richtungen folgendes:

„Dank seiner Unwissenheit und Unerfahrenheit wird er in seinem heißen Drängen nach Wohlfahrt und Freiheit eine leichte Beute aller Demagogen (d. h. Kommunisten!), die aus Berechnung oder Leichtfertigkeit (d. i. die „soziologische Analyse") ihm die glänzendsten Versprechungen vorgaukeln und zum Kampfe gegen die geschulten, altorganisierten Elemente führen, die gewohnt sind, sicher zu gehen und sich in jedem Moment nur solche Aufgaben zu stellen, zu deren Lösung ihre Fähigkeiten und Kräfte ausreichen usw. usw."

Es gibt einen Roman von Jack London „Die eiserne Ferse" Jack London, der kein besonders guter Marxist war, begriff das Problem der modernen Arbeiterbewegung sehr gut. Er verstand sehr gut, daß die Bourgeoisie nicht nur versucht, sondern es in Wirklichkeit zustandegebracht hat, die Arbeiterklasse in zwei Teile zu spalten, indem sie den einen Teil korrumpiert, nämlich den geschulten, qualifizierten Teil des Proletariats, und mittels dieser Arbeiteraristokratie jeden Aufstand der Arbeiterklasse unterdrückt. Aber das, was Jack London sehr gut vom Standpunkt der Arbeiter schildert, versteht der Theoretiker der 2. Internationale nicht. Die Tragödie der Arbeiterklasse, die innere Spaltung, nutzt er aus, um die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen. Darin besteht die Funktion der Sozialdemokratie. Jetzt, nach vielen Jahren des Krieges und der Revolution, sehen wir, daß die Leute so schamlos sind, daß sie diesen Dreck selbst schildern und theoretisch begründen. Die soziologische Grundlage dieses Kautskyschen Marxismus ist so klar, wie sie nicht klarer sein kann. Und wenn ich dieselben Probleme, von denen ich schon geredet habe, noch einmal betrachte, in der Form, in der sie jetzt in den Theorien der 2. Internationale vor unseren Augen stehen, bekommen wir noch ein klareres Bild.

Wenn wir die neuesten Schriften, speziell das neueste Buch Kautskys betrachten und als erstes Problem das der Verelendungstheorie untersuchen, finden wir darin kein Wort über diese Theorie. Es ist absolut unbegreiflich: in der Zeit, wo die Tendenz des Kapitalismus in ihrer ganzen Nacktheit vor unseren Augen steht wo alles zugespitzt ist, wo alle Schleier von unseren Augen fallen, verliert Kautsky kein Wort über das wichtigste Problem! Aber wenn wir noch einige andere Schriften betrachten, nicht allein das Buch Kautskys, finden wir die Schlüssel dazu, was dieses Schweigen eigentlich bedeutet.

Es gibt in Deutschland ein Buch, speziell für Jugendliche verfaßt, von einem gewissen Abraham. Dieses Buch hat eine sehr große Verbreitung innerhalb der Jugend und ist, soviel ich weiß, in verschiedene andere Sprachen übersetzt. Dieser Herr Abraham stellt frech und zynisch die These auf: „Den Marxismus hat der Revisionismus gerettet!" Wir brauchen keine marxistische Theorie, der Revisionismus, Bernstein, hat der Arbeiterschaft „die wahren Elemente des Marxismus gerettet". Das ist die Hauptthese. Wenn dieser Herr die Lage der Arbeiterklasse

analysiert und versucht, etwas über unsere kommunistischen Behauptungen zu sagen, so stellt er folgende zwei Thesen auf: 1. Früher war die Sache nicht so, die Lage hat sich immer gebessert (er läßt die Kolonialvölker und die Kulis außer acht). Das zweite ist das Frappanteste: Die jetzige Situation, mit dem Valutachaos, der wirklichen Verelendung einiger Schichten, ist so, daß sie sich nicht vom Standpunkt irgendwelcher Gesetzmäßigkeit analysieren läßt. Also: wir sind nicht imstande, das alles zu analysieren. Wenn wir das alles als ernsthafte Behauptung betrachten, können wir sagen: Sie geben uns eine mystische Erklärung, von Mystik und Mist zugleich (Heiterkeit). Der taktische Sinn besteht darin, daß die Leute vor der Arbeiterschaft ausweichen wollen mit einer so dummen Behauptung, daß wir jetzt nichts erklären können, da die Sache so kompliziert sei, daß wir gar nichts verstehen. Sie können es deswegen nicht verstehen, da wir uns in einer Periode befinden, wo die Zusammenbruchstheorie sich in der Wirklichkeit realisiert.

Sie sind nicht imstande, die *Revolution* zu analysieren, eine Analyse zu machen, aus der praktische Schlüsse revolutionärer Natur gezogen werden können. Sie weichen aus und sagen: es gibt in unserer Zeit keine Gesetzmäßigkeit.

Nehmen wir z. B. die *Krisentheorie.* Was die Krisentheorie betrifft, so behauptet Kautsky, daß wir jetzt bei der theoretischen Betrachtung der Entwicklung des kapitalistischen Systems ganz offen sagen sollen, daß die Krisentheorie bei unserer Betrachtung „bescheidenere Dimensionen" annehmen müsse. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die kapitalistische Welt nach Kautsky in der letzten Zeit *harmonischer* geworden ist. Diese Behauptung ist natürlich die Verkörperung der reinen Dummheit. Umgekehrt ist es. Wir können jetzt die These aufstellen, daß die Krisentheorie sich als vollständig richtig herausgestellt hat. Wir können jetzt sogar behaupten, daß der Krieg selbst eine ganz spezifische Form der ökonomischen Krise war, und gerade diese spezifische Form sollen wir theoretisch begreifen, theoretisch analysieren. Und wenn diese Leute jetzt die Revolution beurteilen, wenn sie eine proletarische Revolution mit Fleisch und Blut beurteilen wollen, dann sagen sie: Das ist keine wahre Revolution; wir wollen auf eine „wirkliche" Revolution warten.

Es gibt bürgerliche Gelehrte, die Sprünge in der Natur und in der Wissenschaft verneinen, obwohl diese Tatsachen empirische Tatsachen sind. Ebenso Kautsky, der sagt: Die Revolution in Rußland ist erfolgt, aber das ist keine proletarische, keine wirkliche, keine wahre Revolution. Der Zusammenbruch ist da, wir sind mitten drin; die größte Krise, die die Weltgeschichte kennt, ist da, aber Kautsky sieht die Krise nicht und sagt: Bei unseren theoretischen Betrachtungen der Krisentheorie sollen wir bescheidener sein. Das ist ein reiner Blödsinn der irrsinnigen Opportunisten, die vollständig das Gefühl für die Realität verloren haben, die in ihren Kabinetten sitzen und deren Sitzfleisch in voller Blüte (Heiterkeit), deren Hirn aber vollständig verloren gegangen ist.

Einer von diesen Herren behauptet z. B. sogar, der Kapitalismus sei aus dem Kriege noch gestärkt hervorgegangen. Sie sehen also die „theoretischen Proportionen". Die einfachsten Liberalen, die Pazifisten,

die Pfaffen, die bürgerlichen Ökonomen sehen fast alle mehr oder weniger die ökonomische Schwäche der kapitalistischen Welt, kein einziger von ihnen negiert sie. Und dann kommt ein Sozialdemokrat, ein angeblicher „Marxist" und sagt: der Kapitalismus wurde nach dem Kriege noch stärker. Das klingt fast wie eine Aufforderung zu einem neuen Kriege. Wenn der Kapitalismus nach einem Kriege immer stärker wird, dann probiert er es noch einmal! Dieser komische Standpunkt ist mit allem Ernste von Theoretikern der 2. Internationale jetzt vertreten worden.

Nehmen wir ferner die *Staatstheorie*. Die Staatstheorie wird jetzt bei allen Theoretikern der 2. Internationale ohne Ausnahme zu einer direkten Apologie der bürgerlichen Republik. Kein anderes Wort, kein Versuch, etwas zu begreifen, absolut keine Gedanken, nur eine reine Apologie der bürgerlichen Republik. Sie können mit den Leuten tausendmal reden, sie sind absolut taubstumm, sie kennen nur eins: diese Apologie der bürgerlichen Republik. Hier besteht absolut kein Unterschied zwischen den bürgerlichen Gelehrten, zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten. Wenn wir z. B. die theoretischen Schriften von Cunow lesen, dann sehen wir, daß einige der bürgerlichen Professoren, wie z. B. Franz Oppenheimer oder andere von dieser Richtung oder bürgerliche Gelehrte der Schule Gumplovicz, viel näher zum Marxismus stehen als Cunow. Cunow behauptet in seinem Buche, daß der Staat sozusagen eine allgemeine Wohlfahrtsinstitution sei, die als guter Vater für alle Kinder, einerlei ob aus der Arbeiterklasse, oder aus der Bourgeoisie, Sorge trägt. So ist die Geschichte. Ich sagte einmal, das ist eine Theorie, die schon der babylonische König Hammurabi vertreten hat. Auf diesem theoretischen Niveau steht der Vertreter und Hauptgelehrte der 2. Internationale.

Aber es gibt theoretische Verrätereien, die noch eklatanter und noch schamloser sind. Da ist die Auffassung Kautskys über die *proletarische Revolution* und über die *Koalitionsregierung*. So etwas zu schreiben, heißt wirklich die letzten Atome jedes theoretischen Gewissens verlieren. Z. B. Kautskys Theorie über die Revolution! Wissen Sie, was die neueste Entdeckung in dieser Frage ist? Das sind folgende Behauptungen: 1. die bürgerliche Revolution operiere mit Gewalt; 2. die proletarische Revolution dürfe notwendigerweise gerade deswegen, weil sie eine proletarische Revolution ist, mit keiner Gewalt operieren, oder, wie ein anderer der Herren sagte, die Gewalt sei immer reaktionär. Wir wissen, was Engels über die Revolution in einem italienischen Artikel „Dell autorità" geschrieben hat. Er schrieb: die Revolution ist die autoritativste Sache in der Welt; denn Revolution bedeutet ein geschichtliches Ereignis, in dem ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil der Bevölkerung mit Bajonetten, Kanonen und Flinten seinen Willen aufzwingt. So war die Auffassung des revolutionären Marxismus. Und dann kommt ein kläglicher Herr Kautsky und erzählt uns: Bajonette, Kanonen und andere Gewaltmittel sind rein bürgerliche Mittel! Nicht das Proletariat hat sie ausgedacht, sondern das Bürgertum. Die Barrikade ist eine rein bürgerliche Institution (Heiterkeit). Auf diese Weise kann man alles beweisen. Wenn Kautsky zu uns kommt und sagt: Vor der bürgerlichen Revolution operierte das Bürgertum mit Gedanken, und das ist eine

rein bürgerliche Methode! so müßte man analog sagen, wir dürfen auch **nicht mit Gedanken operieren.** Vielleicht hat Kautsky jetzt eben keine **Gedanken** (Heiterkeit). Es wäre absolut blöde, eine solche Methode **wirklich ernst zu nehmen.**

Dann kommt noch die Frage der *Koalition.* Das ist der Gipfel aller theoretischen Entdeckungen Kautskys. Kautsky meint, er sei der Vertreter des orthodoxen Marxismus. Marx behauptete, daß die Seele seiner Lehre in der Lehre von der Diktatur des Proletariats bestehe. Es gibt eine Stelle bei Marx, wo er sagt: „Von dem Klassenkampf wußten auch andere vor mir etwas, aber meine Lehre besteht darin, daß die Entwicklung des Kapitalismus notwendigerweise zur Diktatur des Proletariats führt." So faßte also Marx selbst seine Lehre auf. Das ist das konstitutive Merkmal, das Spezifische, was in der marxistischen Lehre ist. Und dann kommt Kautsky und schreibt: „In seinem berühmten Artikel zur Kritik des sozialdemokratischen Programms sagte Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

So sagt Marx.

Und Kautsky? Ich zitiere hier wörtlich!

„Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen (er drückt das sehr hübsch aus), der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren daß wir sagen:

Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierenden demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den andern. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird." (Heiterkeit).

Das ist also wirklich nicht mehr eine Übergangsform vom Marxismus zum Revisionismus, sondern das ist schlimmer als der reinste Revisionismus. Hier liegen verschiedene Verrätereien vor, denn bei Marx war auch nach der Übergangsperiode ein Kommunismus vorhanden, hier verschwindet der Kommunismus vollkommen. Wo ist er hier? Es besteht hier kein Kommunismus, denn es ist die Übergangsphase von der rein kapitalistischen Regierung zu einer rein proletarisch-demokratischen Regierung. Wo ist der Platz für den Kommunismus? Es gibt keinen Platz für den Kommunismus. Was überhaupt diese Ersetzung der Diktatur durch die Koalition bedeutet, das können Sie selbst beurteilen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn einige bürgerliche Theoretiker ganz sinnig davon sprechen, daß bei den Theoretikern der 2. Internationale von dem Marxismus gar nichts übrig geblieben ist. Es gibt z. B. in Deutschland einen Professor, einen sehr klugen, aber auch sehr zynischen und frechen Kerl, Hans Delbrück, der, nachdem er verschiedene Schriften der 2. Internationale durchgelesen hat, wörtlich in einer Nummer der „Preußischen Jahrbücher" folgendes schreibt:

„Die Differenz zwischen uns sozialpolitisch denkenden Bürgerlichen und ihnen (gemeint ist Kautsky usw.) ist nur noch ein gradueller. Noch einige Schritte weiter auf dem beschrittenen Wege, meine Herren, und der kommunistische Nebel hat sich verflüchtigt."

Das ist ein sehr gutes Zitat. Ein bürgerlicher, wilhelminischer Professor also sagt zu dem Theoretiker des angeblichen Marxismus und der angeblichen „internationalen" „revolutionären" Sozialdemokratie: es gibt keinen Unterschied zwischen uns Sozialdenkenden, also zwischen den bürgerlichen wilhelminischen Professoren und Kautsky und Genossen. Das ist ein Zitat, das die ganze Situation recht gut beleuchtet.

Also in der Theorie gibt es auch eine eigenartige Taktik und Strategie und diese theoretische Taktik und Strategie ist eine vollständige Parallele zu der wirklichen politischen Taktik und Strategie. Auf dem Schachbrett verschiedener Klassen, Parteien, Gruppierungen und Untergruppierungen haben wir verschiedene Verschiebungen erlitten und die größte Verschiebung war die Spaltung des Proletariats infolge des politischen Verrats der sozialdemokratischen Parteien und der Führer der Gewerkschaften und der Blockbildung dieser Schichten der Arbeiterorganisationen mit der Bourgeoisie. Und parallel zu diesem Prozeß haben wir einen anderen Prozeß der theoretischen Blockbildung der gewesenen angeblichen Marxisten mit der bürgerlichen Wissenschaft. Eine solche Situation haben wir jetzt in der Theorie der 2. Internationale. Ebenso, wie politisch jetzt nur die Kommunistische Internationale den wirklich revolutionären praktischen Standpunkt vertritt, ebenso vertritt unter den jetzigen Umständen auch nur die Kommunistische Internationale theoretisch wirklich den Marxismus.

Ich gehe dann zu einer anderen Frage über. Nach der Auseinandersetzung mit den Theoretikern der 2. Internationale will ich einige Worte über die neue Analyse der heutigen Epoche sagen, und zwar werde ich hier ausschließlich über solche Punkte sprechen, die im großen und ganzen noch nicht genügend durchgearbeitet sind. Ich stelle zuerst die Frage: Unter welchem Gesichtswinkel ist es am zweckmäßigsten, die ganze kapitalistische Entwicklung zu betrachten? Es muß doch bei der ganzen Betrachtung der kapitalistischen Entwicklung irgendwelche theoretische Achse geben. Welche Achse wählen wir hier am besten? Wir können hier natürlich verschiedene Achsen wählen. Wir können entweder die Lage der Arbeiterklasse als das Entscheidende herauskristallisieren oder die Konzentration des Kapitals, oder wir können die Architektonik des Programms vom Standpunkt der Bildung der Elemente der neuen Gesellschaft aufstellen, oder auch irgendwelche anderen Züge der kapitalistischen Entwicklung als das Entscheidende betrachten. Aber ich meine, die ganze kapitalistische Entwicklung muß vom Standpunkt *der erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Widersprüche* betrachtet werden; von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir alle Prozesse der kapitalistischen Entwicklung betrachten. Jetzt sind wir schon in einem solchen Stadium der Entwicklung, wo der Kapitalismus zerfällt. Zum Teil betrachten wir die kapitalistische Entwicklung schon retrospektiv, aber das hindert uns nicht, daß wir alle Ereignisse der kapitalistischen Epoche, sogar die Prognose, die wir auch berühren müssen, vom Standpunkt dieser stetigen und permanenten Reproduktion der kapitalistischen Widersprüche betrachten.

Der Krieg ist die Äußerung der Widersprüche, die überhaupt in der kapitalistischen Konkurrenz inbegriffen sind. Wir brauchen den Krieg nur als eine erweiterte Reproduktion der anarchistischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft festzustellen. Wenn schon diese Reproduktion der Widersprüche zur Unmöglichkeit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft geführt hat, so können wir alles andere — die Gruppen der Arbeiterklasse, die soziale Gliederung der Gesellschaft, die Lage der Arbeiterklasse, die soziale Struktur — unter diesem Gesichtspunkt beleuchten.

Die zweite Frage ist meines Erachtens die Frage des Imperialismus. Ich gehe auf die ganze Analyse der imperialistischen Epoche nicht näher ein, denn in unseren Kreisen ist die theoretische Beantwortung dieser Frage schon etwas ganz Selbstverständliches. Ich will nur den einen Punkt betonen, den ich für sehr wichtig halte, nämlich den: womit soll man die spezifischen Formen der Gewaltpolitik des Finanzkapitals erklären, worin ist die tiefste Tiefe dieser Gewalt begründet? Man hat es mit vielem erklärt. Man erklärte es mit dem monopolistischen Charakter des Kapitalismus und mit anderen Dingen. Das trifft zu, meines Erachtens aber ist ein sehr wichtiger Faktor für die Beantwortung dieser Frage folgender: Wenn die ganze frühere politische Ökonomie, auch die marxistische Ökonomie, von der Konkurrenz redete und die Erscheinungen der Konkurrenz betrachtete, so betrachtete sie in Wirklichkeit nur eine Form der Konkurrenz, nämlich die Form, die für die Epoche des sogenannten industriellen Kapitalismus spezifisch war.

Das war die Epoche des Kampfes verschiedener Industrieller, deren Methode des Konkurrenzkampfes die Methode der billigeren Preise war. Sie finden bei Marx fast ausschließlich diese Sorte der Konkurrenz. Aber in der imperialistisch-kapitalistischen Epoche sind nicht nur diese Arten der Konkurrenz auf die Avantszene getreten, sondern Arten des Konkurrenzkampfes, bei denen die Methode der billigeren Preise überhaupt nichts bedeuten kann. Wenn z. B. ein Kohlessyndikat mit einem Eisensyndikat um den Mehrwert kämpft so ist klar, daß diese Syndikate durch billigere Preise nicht konkurrieren können. Das wäre eine Absurdität. Solche Gebilde können den Kampf ausschließlich mit irgendwelchen Gewaltmitteln, mit Boykott, Aussperrung usw. führen. Die Hauptgruppierungen der Bourgeoisie sind jetzt trustartige Gruppierungen, die im Staatsrahmen eingeschlossen sind. Und diese Gebilde sind in Wirklichkeit nichts anderes, als kombinierte Unternehmungen.

Es ist natürlich sehr begreiflich, daß eine solche Form des Unternehmens, eine solche Konstruktion der konkurrierenden Gruppen das Schwergewicht ihrer Kampfmethoden in den Gewaltmitteln hat. Die internationale Teilung der Arbeit, das Bestehen der agrarischen und industriellen Länder, die verschiedenartigen Kombinierungen der Produktionszweige innerhalb dieser imperialistischen Staaten ergeben den Umstand, daß diese Staaten keine andere Politik führen können. Die Politik der billigeren Preise ist fast unmöglich. Es entstehen also neue Formen des Konkurrenzkampfes, was zu militärischen Eingriffen seitens dieser Staaten führt.

Ich möchte jetzt den dritten Punkt, der im Programm besonders erwähnt werden muß, berühren, das ist nämlich die *Betonung der*

Rolle des Staates überhaupt und die Rolle des Staates im jetzigen Moment im besonderen. Wir sollen ganz offen sagen, daß in der marxistischen Theorie und sogar bei den orthodoxen Marxisten überhaupt die Frage des Staates nicht besonders gut untersucht wurde. Wir wissen alle: die Epigonen haben diese Frage berührt und später verräterisch gelöst. Aber fragen wir uns selbst, wer von den revolutionären Marxisten diese Frage gut untersucht hat? Was bedeutet das? Das bedeutet folgendes: Die marxistische Theorie entstand in einer Periode, die stark mit Manchestertum gefärbt war. Die freie Konkurrenz herrschte vollständig. Dieser Umstand hat seine Wurzeln in den besonderen spezifischen Merkmalen dieser Epoche. Aber wir können uns damit nicht begnügen. Die Rolle des Staates ist jetzt sehr wichtig, und zwar von allen Seiten betrachtet, vom Standpunkt der Bourgeoisie sowohl, als auch vom Standpunkt des Proletariats. Einerseits handelt es sich darum, daß wir eine Organisation zertrümmern sollen, und zweitens ist die Frage deshalb wichtig, weil wir etwas Neues errichten sollen und unsere Staatsgewalt als den Hebel der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse gebrauchen. Alle diese Ursachen zwingen uns im großen und ganzen dazu die Frage der Rolle des Staates im Programm viel schärfer zu betonen, als das früher geschah.

Dann meine ich, wir sollen im Programm noch etwas sagen über das *Bildungsmonopol* der herrschenden Klasse. Früher geschah das bei der Feststellung der programmatischen Fragen fast gar nicht. Aber jetzt, wo das Proletariat nach der Gewalt und nach der Reorganisierung der Gesellschaft strebt, spielen solche Fragen, wie die Frage der Qualifizierung unserer Funktionäre, unserer Administratoren, des Wissensvermögens unserer Führerschaft vor und nach der Eroberung der Macht eine gewaltige Rolle. Alle diese Fragen sind ungemein wichtig, während sie das früher nicht in dem Maße waren, denn sie standen nicht immer als praktische Fragen vor uns. Jetzt aber sind sie zu absolut praktischen Fragen geworden und deshalb sollen wir auch dieser Frage einen größeren Platz in unseren programmatischen Feststellungen geben, als das früher geschah.

Dann meine ich, wir sollen in unserem Programm die Frage *der spezifischen Merkmale der Ausreifung des Sozialismmus in der kapitalistischen Gesellschaft berühren*. Es ist eine klassische Stelle in Marx' Lehre, daß die neue Gesellschaft bereits in der Hülle der alten vorhanden ist. Aber mit dieser Theorie treibt man in den Reihen der 2. Internationale einen so großen Unfug, daß wir in dieser Frage viel konkreter sein sollen, als wir es früher waren. Ich kann hier diese Frage nicht im ganzen berühren, aber ich möchte sagen: Wir sind uns alle dessen bewußt, daß die proletarische Revolution viele Anforderungen an uns stellt, daß die proletarische Revolution in einer gewissen Zeit mit dem Fallen und Sinken der Produktivkräfte verbunden ist. Das ist ein immanentes Gesetz der proletarischen Revolution. Unsere Gegner aber wollen uns beweisen, daß diese Ausgaben deswegen so groß sind, weil überhaupt der Kapitalismus für den Sozialismus noch nicht reif ist. Das ist ihre theoretische Hauptthese und dabei verwechselt man andere Arten der Ausreifung des Kapitalismus innerhalb der Feudalherrschaft. Wir sollen aber den prinzipiellen Unterschied zwischen

beiden Erscheinungen hervorheben. Jedenfalls müssen wir die Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft im Programm feststellen.

Der Unterschied zwischen den zwei Typen der Ausreifung neuer Formationen besteht nämlich darin, daß der Kapitalismus innerhalb der Feudalherrschaft vollkommen ausreifte. Es wuchsen nicht nur die Arbeiter, sondern die kommandierenden Schichten, der ganze Apparat der Gesellschaft, vom Arbeiter bis zum kommandierenden Bourgeois, — alles wurde reif innerhalb des Schoßes der feudalen Gesellschaft. So kann aber der Sozialismus *niemals* ausreifen, auch unter den günstigsten Verhältnissen nicht, wenn wir sogar die mathematische Grenze der Reife des Kapitalismus schildern. Es ist unmöglich, daß schon im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse die Produktion beherrscht. Das ist ein Unsinn, das ist eine contradictio in adjecto. Und deswegen ist der Typus der speziellen Züge der Ausreifung des Sozialismus in der bürgerlichen Gesellschaft ein ganz anderer, als das spezifische Merkmal der Ausreifung des Kapitalismus innerhalb der feudalen Gesellschaft. Das Kapital hatte seine administrativen, seine regierenden Schichten schon während der Feudalherrschaft. Und das Proletariat, das unterdrückt ist, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und kulturell, das Proletariat, das keine eigenen Ingenieure, keine eigenen Technologen usw. usw. hat, es kann das alles erst erlernen, wenn es die Möglichkeit dazu hat, d. h. wenn es schon die *Diktatur des Proletariats verwirklicht* hat. Nur dann zerbricht es die Türen der Hochschulen und dringt ein. Kulturell ist das Proletariat unentwickelt, wir müssen sagen, daß es sehr unwissend und sehr rückständig ist im Vergleich zur Bourgeoisie. Das bedeutet, daß das Proletariat im Rahmen des Kapitalismus nicht reifen kann zum Organisator der Gesellschaft. Es reift aus als eine Organisationskraft, als Führer der ganzen Gesellschaft, als wirklicher Schöpfer dieser Gesellschaft in positivem Sinn erst nach seiner Diktatur. Anders kann es nicht sein. Diesen prinzipiellen Unterschied zwischen der Ausreifung des Kapitalismus und der des Sozialismus, müssen wir unterstreichen. Die Gegner berufen sich auf die blödsinnige Idee, daß wir in der bürgerlichen Gesellschaft ebenso ausreifen können, wie die Kapitalisten in der feudalen. Leider ist es nicht so, und man muß verstehen, welche speziellen Differenzen hier existieren.

Dann sollte ich noch einen Punkt berühren, der nicht genug analysiert wurde, auch in unserer Literatur nicht; das ist das Problem des *Hineinwachsens in den Sozialismus*. Dieses Problem des Hineinwachsens in den Sozialismus besprach man sehr viel in der revisionistischen Fragestellung. Die revisionistische Auffassung bestand darin, daß der Kapitalismus in den Sozialismus hineinwächst. Man kann sagen, daß wir ausschließlich mit dem Dekret, mit reinen Gewaltmaßregeln unsere Aufgabe nicht erfüllen können, sondern daß das ein großer langandauernder organischer Prozeß, bedingt gesprochen, ein Prozeß des wirklichen Hineinwachsens in den Sozialismus ist. Aber der Unterschied zwischen uns und den Revisionisten besteht in dem Zeitpunkt, wo dieses Hineinwachsen anfängt. Die Revisionisten, die keine Revolution wollen, behaupten, daß schon im Schoße des Kapitalismus dieser Prozeß des Hineinwachsens vor sich geht. Wir behaupten, er fängt nach der Diktatur des Proletariats an. Das Proletariat soll den alten

bürgerlichen Staat zertrümmern, die Gewalt an sich reißen und mit diesem Hebel die ökonomischen Verhältnisse ändern. Da haben wir einen langen Prozeß der Entwicklung, wo die sozialistischen Formen der Produktion und der Verteilung immer mehr Boden gewinnen und so allmählich alle Überbleibsel der kapitalistischen Wirtschaft verdrängen werden, bis die vollständige Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft stattgefunden hat.

Dann noch ein Punkt, der auch im Zusammenhang mit dem obengenannten steht: die Frage über die *„nationalen Typen" des Sozialismus*, als Produktionsform natürlich. Vor der Revolution stellten wir uns ohne Ausnahme die Sache so vor, daß wir über Planwirtschaft, Kollektivwirtschaft sprachen, ohne konkret darüber zu denken. Jetzt aber, besonders nach den Erfahrungen der russischen Revolution, sehen wir, daß wir eine große Periode vor uns haben werden mit verschiedenen nationalen Typen der sozialistischen Produktionsform. Nehmen wir den Kapitalismus, vergleichen wir den französischen mit dem amerikanischen Kapitalismus. Der französische Kapitalismus hat seine speziellen Merkmale, der amerikanische die seinigen. Nehmen wir den Charakter des Wucherkapitalismus der Franzosen und des Finanzkapitalismus vom reinsten Wasser in Amerika, oder die Geschichte der Syndikate und Trusts in Deutschland und England. Das sind verschiedene Wege, verschiedene Züge. Mit der Zeit wird natürlich alles mit dem Wachstum der Weltwirtschaft nivelliert. Aber der Sozialismus kann ausschließlich auf dem wachsen, was schon da ist, und deswegen darf man behaupten, daß verschiedene sozialistische Formen in einem gewissen Sinne die Verlängerung der früheren kapitalistischen Formen in anderer Form sein werden, d. h., daß die speziellen Merkmale je nach dem Lande des Kapitalismus ihren Ausdruck in den speziellen Formen der sozialistischen Produktionswirtschaft finden werden. Später wird auch das nivelliert werden mit dem Wachsen der Weltherrschaft des Proletariats, der Weltproduktion im sozialistischen Sinne. Das Anfangsstadium der Entwicklung, sogar nachdem das Proletariat in allen Ländern die politische Macht erobert hat, wird verschiedene sozialistische Produktionsformen haben. Wir können ganz offen sagen, der russische Sozialismus wird im Vergleich zu anderen asiatisch aussehen. Die Proportion zwischen dem, was wir nationalisieren können und was nicht, das Verhältnis zwischen Industrie und Bauern usw usw., — alle diese rückständigen Züge unserer ökonomischen Entwicklung werden ihren Ausdruck finden in den rückständigen Formen unseres Sozialismus. Wenn wir alles das in Betracht ziehen, wenn wir damit schon vorher rechnen, können wir über andere Dinge sprechen, z. B. über die Frage der *neuen ökonomischen Politik*.

Das ist der achte Punkt, den ich mir vermerkt habe. Ich will hier kurz ein paar Worte sagen.

Man kann diese neue ökonomische Politik von zwei ganz besonderen Standpunkten aus beleuchten, vom taktischen Standpunkt oder vom Standpunkt der revolutionären Taktik und Strategie und dann vom Standpunkt der *ökonomischen Rationalität*. Das sind zwei Standpunkte, die nicht immer identisch sein können. Vom Standpunkte der Strategie und der Taktik haben schon verschiedene Genossen gesprochen, u. a. Gen. Lenin und Trotzki. Aber ich möchte hier nicht

von diesem Standpunkte, sondern vom Standpunkt der ökonomischen Rationalität diese Frage beleuchten.

Ich behaupte: jedes Proletariat jedes einzelnen Landes, das am Ruder der politischen Gewalt steht, hat als wichtigstes ökonomisch-organisatorisches Problem vor sich das Problem des Verhältnisses zwischen den Produktionsformen, die dieses Proletariat rationalisieren, organisieren, planmäßig bewirtschaften kann, und den Produktionsformen, die es nicht imstande ist, im Anfangsstadium seiner Entwicklung zu rationalisieren und planmäßig zu bewirtschaften. Das ist das wichtigste ökonomische Problem, das das Proletariat vor sich haben würde. Falls das Proletariat dieses Verhältnis nicht richtig bestimmt in dem Sinne, daß es zu viel an sich reißt, dann bekommt das Proletariat notwendigerweise folgende Situation: Die Produktivkräfte werden nicht entwickelt, sondern gehemmt; das Proletariat ist nicht imstande, alles zu organisieren; das Proletariat kann mit seinen Plänen nicht gewaltsam den Kleinproduzenten, den Kleinbauer, der individuell wirtschaftet, ersetzen. Und an Stelle der Funktion dieser Schicht, die der Gesellschaft wirklich etwas Reelles liefert, bekommt das Proletariat eine Null. Die Zirkulation bekommt sozusagen eine Verstopfung. Das bedeutet das weitere Sinken der Produktivkräfte und ein weiteres Sinken des ökonomischen Lebens überhaupt.

Unter solchen Umständen bekommt das Proletariat dann noch etwas anderes. Wenn das Proletariat bestrebt ist, zuviel in seine Hände zu bekommen, dann braucht es einen riesigen Verwaltungsapparat. Es braucht zu viel Beamte, zu viel Funktionäre, die alle diese Kleinproduzenten, Kleinbauern usw. in ihren ökonomischen Funktionen ersetzen sollen. Und dieser Versuch des Ersetzens aller dieser kleinen Funktionäre durch die staatlichen Beamten — oder wie Sie sie nennen wollen, in Wirklichkeit sind es Staatsbeamte — produziert einen so gewaltigen bürokratischen Apparat, daß dessen Kosten viel größer sind, als die Unkosten, die wegen der anarchischen Zustände innerhalb der kleinen Produktionssphäre entstehen, und dann bekommen wir das Bild, daß die ganze Verwaltungsform, der ganze ökonomische Apparat des proletarischen Staates nicht die Form der Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet, sondern die Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte darstellt. Er bedeutet gerade das Gegenteil dessen, was er sein soll, und deswegen muß er mit eiserner Notwendigkeit gesprengt werden. Ob dies einer gewissen Konterrevolution entspringt oder dem Kleinbürgertum, oder ob dieser Apparat durch die Partei selbst verkürzt und reorganisiert wird, wie es bei uns der Fall war, ist gleichgültig. Falls das Proletariat das nicht selbst macht, wird er von anderen Kräften gesprengt. Das sollen alle Genossen ganz klar sehen.

Deswegen behaupte ich: die neue ökonomische Politik ist zwar einerseits eine spezifisch russische Erscheinung, aber andererseits ist sie auch eine allgemeine Erscheinung. (Sehr richtig!) Sie ist nicht ausschließlich ein strategischer Rückzug, sondern sie ist eine Lösung eines großen organisatorisch-gesellschaftlichen Problems, nämlich des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, die wir rationalisieren sollen, und den Produktionszweigen, die wir zu rationalisieren nicht imstande sind. Genossen, offen gesprochen: wir haben versucht, bei uns alles zu organisieren, sogar die Bauern und die Mil-

lionen von Kleinproduzenten. Deswegen haben wir einen so riesengroßen bürokratischen Apparat gehabt. Deswegen haben wir so große Verwaltungsunkosten gehabt. Deswegen haben wir auch die politische Krise bekommen. Deswegen mußten wir auch, um uns zu retten, wie Gen. Lenin ganz offen ausgesprochen hat, um die Sache des ganzen Proletariats zu retten, diese neue ökonomische Politik einführen. Das ist keineswegs, wie einige Genossen meinen, etwas Ähnliches wie eine geheime Krankheit, die man verbergen muß. Das ist nicht bloß eine Konzession gegenüber dem Gegner, der mit aller Kraft gegen uns losgeht, das ist auch die richtige Lösung eines organisatorisch-gesellschaftlichen Problems. Und offen gesagt: Wenn wir bei dem alten ökonomischen Kurse solche Zustände hatten, daß unsere Rote Miliz in Moskau alte Weiber, die Brot usw. verkauften, auseinanderjagte, so war das vom Standpunkte der ökonomischen Rationalität ein Irrenhaus. Und wenn man das richtig erkannt hat, dann soll man dieses Irrenhaus in etwas Besseres verwandeln. Einige Genossen meinen: das war eine Sünde vom Standpunkte des orthodoxen Marxismus. Das war nicht unsere Sünde, sondern das war die durch unsere Partei erfolgte und notwendige Korrektur dessen, was wir in der ersten proletarischen Revolution wegen unserer Unerfahrenheit und infolge unserer Unwissenherbeigeführt haben. Das ist unsere Auffassung. Und ich sage: die Probleme der neuen ökonomischen Politik sind auch internationale. Das Spezifische haben wir natürlich in dem konkreten Koeffizienten des Verhältnisses zwischen dem, was wir rationalisieren und dem, was wir nicht rationalisieren können. Darin besteht das spezifisch Russische.

Wir haben sehr viele Bauern, Kleinbürger usw., aber wenn wir die fortgeschrittensten industriellen Länder nehmen, wie Deutschland oder sogar Amerika, — meinen Sie, daß diese Probleme da nicht sofort auftauchen werden? Aber sofort! Können wir z. B. amerikanische Farmer gleich von Anfang an organisieren? Keineswegs! Für solche Schichten muß die freie wirtschaftliche Bewegung beibehalten werden. Ebenso ist es z. B. in Deutschland. Glauben Sie, daß das siegreiche Proletariat sofort alle bäuerlichen Wirtschaften, besonders die in Bayern, kommunistisch organisieren kann? Keineswegs! Wissen Sie, was der Bauer, wenn Sie von ihm die Lieferung des Brotes verlangen, fordern wird? Daß er sich frei bewegen, daß er verkaufen darf. Deshalb werden Sie auch in Deutschland dieses Problem immer vor Ihren Augen haben müssen, Sie werden immer gezwungen sein, sehr sorgfältig auszurechnen, in welchem Verhältnis Sie die gebundene sozialistische Wirtschaft haben wollen und in welchem Maßstabe Sie die freie Wirtschaft beibehalten müssen.

So steht das Problem der neuen ökonomischen Politik. Dieses Problem ist aber mit einem ganz anderen Problem verbunden. In der Revolution nämlich steht das Prinzip der ökonomischen Rationalität im Widerspruch zu einem anderen Prinzip, das auch für das Proletariat notwendig ist, nämlich zu dem Prinzip der *rein politischen Kampfzweckmäßigkeit*. Ich habe schon oft Beispiele dafür gebracht. Wenn Sie z. B. Barrikaden bauen und für die Barrikaden die Telephonstangen absägen, so heißt das keineswegs, die produktiven Kräfte erhöhen, das versteht sich von selbst. (Heiterkeit.) Ebenso in der

Revolution. Wenn z. B. das kapitalistische Bürgertum mit allen Kräften gegen Sie losgeht und innerhalb der kleinbürgerlichen Kreise seine Agenten hat, die direkt im Auftrage der Großbourgeoisie handeln, was ist dann für das Proletariat notwendig? Das Proletariat muß diese kleinbürgerlichen Agenturen der Großbourgeoisie um jeden Preis zerschmettern. Mit dem Anschwellen des Kampfes ist es gezwungen, auch die ökonomische Basis dieses Kleinbürgertums wegzunehmen. Dann kommt das Unrationelle, was rein ökonomisch betrachtet unzweckmäßig ist, was aber vom Standpunkte des politischen Kampfes und des siegreich sein sollenden Bürgerkrieges zweckmäßig sein kann. Diese zwei Standpunkte, die ökonomische Rationalität einerseits und die Zweckmäßigkeit des politischen Kampfes andererseits, sind nicht dasselbe und sie stehen oft im Widerspruch. Das Primäre muß aber die Zweckmäßigkeit des politischen Kampfes sein, und zwar deshalb, weil man nicht den Sozialismus aufbauen kann, ohne vorher den proletarischen Staat zu haben. Wir müssen aber unser Augenmerk immer darauf richten, daß wir nichts Überflüssiges tun, nichts tun, was vom Standpunkte des politischen Kampfes unzweckmäßig und vom ökonomischen Standpunkt aus unrationell ist. Ich kann natürlich diese Gedankengänge nicht weiter entwickeln, sie verstehen sich aber von selbst, wir können dieses Problem auch vom Standpunkte verschiedener Klassen, Schichten und Gruppierungen beleuchten. Es kommt da unser Verhältnis zum Mittelstande in Betracht, zur sogenannten Intelligenz, d. h. zum neuen Mittelstande, dann unser Verhältnis zum Bauerntum und den verschiedenen Schichten des Bauerntums. Alles das müssen wir hier programmatisch feststellen. Dabei wollen wir die Erfahrungen der russischen Revolution natürlich verwerten, denn es wäre geradezu dumm, wenn wir die Erfahrungen der größten Revolution, die wir bisher gehabt haben, theoretisch nicht begreifen und verwerten würden.

Ich komme nun zur vierten Unterabteilung, die ich als die *neuen allgemein taktischen Probleme bezeichne*. Bisher habe ich verschiedene Probleme rein theoretischer Natur betrachtet, nun will ich also einige Probleme betrachten, die allgemein taktischen Charakter haben und die deshalb auch in gewissem Sinne als programmatisch bezeichnet werden können.

Zunächst ganz flüchtig eine Frage, nämlich die der *Kolonien*. Dieser Frage müssen wir in unserem Programm viel größere Dimensionen schenken, als es bisher der Fall war. (Sehr richtig.) Wir versuchen jetzt, ein internationales Programm zu schreiben. Der aristokratische Beigeschmack, den die Bücher von Kautsky und Konsorten haben, muß mit Blut und Eisen heraus. Wir müssen begreifen, daß im Prozeß der Weltrevolution unsere Reserven, die von größter Wichtigkeit sind, sich in den kolonialen Ländern befinden. Deshalb muß diese Frage viel ausführlicher behandelt werden, als es früher der Fall war.

Das zweite taktische Problem ist das der *Landesverteidigung*. Dieses Problem der Landesverteidigung, das für uns Kommunisten zu Anfang des Krieges absolut klar war und das in der fast glatten Ablehnung der Landesverteidigung bestand, stellt sich jetzt etwas anders, etwas modifiziert und kompliziert dar. Die größere Kompliziertheit in der Fragestellung hat ihren Grund darin, daß wir jetzt in einem Lande die proletarische Diktatur haben, und das Bestehen eines proletarischen

27*

Staates verändert sofort die ganze Situation. Überhaupt müssen wir Marxisten und Dialektiker mit solchen Veränderungen im großen Maßstabe rechnen. Ich will nur ein Beispiel anführen.

Als wir eine oppositionell-revolutionäre Partei waren, konnten wir natürlich keinen einzigen Moment daran denken, von irgend einem bürgerlichen Staate für unsere revolutionäre Tätigkeit Geld zu nehmen. Das wäre zu dumm gewesen. Wir hätten in dem Moment, wo wir von irgend einer feindlichen Macht Geld bekamen, unsere Sache vollständig diskreditiert. Deshalb behandelte die internationale Bourgeoisie dieses Problem von ihrem Standpunkte aus ganz richtig, wenn sie zu beweisen versuchte, daß wir die Agenten des deutschen Imperialismus wären oder daß Karl Liebknecht der Agent der französischen Bourgeoisie wäre. Wir haben sehr richtig erkannt, daß wir niemals so etwas tun dürfen und wir sind immer gegen solche Versuche gewesen. Nachdem aber jetzt ein proletarischer Staat existiert und mit irgend einem bürgerlichen Staate eine Anleihe abschließen kann, so wäre es auch dumm, wenn er das prinzipiell ablehnen wollte. Das ist also ein kleines Beispiel, um eine solche prinzipielle Wendung zu zeigen, die dann eintritt, wenn wir bereits einen proletarischen Staat haben.

Ebenso ist es bei der Frage der *Landesverteidigung*. Es ist ganz klar, was proletarisches *Land* heißt, d. h. der proletarische Staat (denn in allen diesen Fragen ist das Wort „Land" das Synonym des Wortes „Staat" mit der oder ohne die Klassencharakteristik). Wenn die Bourgeoisie über Landesverteidigung spricht, so meint sie damit die Verteidigung des bürgerlichen Staatsapparates; und wenn wir über die Landesverteidigung sprechen, so meinen wir die Verteidigung des proletarischen Staates. Wir wollen also programmatisch klar feststellen: der proletarische Staat darf und muß nicht nur von dem Proletariat dieses Landes, sondern von den Proletariern aller Länder verteidigt werden. Das ist das Neue gegenüber der Fragestellung zu Beginn des Krieges. Die zweite Frage ist die: Dürfen die proletarischen Staaten, von den Zweckmäßigkeiten der Strategie des Gesamtproletariats ausgehend, militärische Blocks mit den bürgerlichen Staaten bilden? Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Was später sein wird unter gewissen Kräfteverhältnissen, das können Sie sich leicht vorstellen. Das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen *Zweckmäßigkeit*. So soll man das im Programm aufstellen.

Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen. Wenn in einer anderen Phase der Entwicklung die Bourgeoisie eines solchen Landes selbst besiegt ist, so tauchen andere Probleme auf (Heiterkeit), die ich hier nicht zu skizzieren verpflichtet bin, die Sie aber leicht begreifen werden.

Dann sollen wir noch einen taktischen Punkt erwähnen, das ist das Recht auf die *Rote Intervention*. Das ist m. E. der Probestein für alle kommunistischen Parteien. Das Geschrei über den Roten Militarismus ist stark verbreitet. Wir sollen programmatisch feststellen, daß

jeder proletarische Staat ein Recht auf die Rote Intervention hat. (Zuruf *Radek:* Du bist Chef eines Regiments und deswegen sprichst Du so! Heiterkeit.) Im Kommunistischen Manifest stand, daß das Proletariat die ganze Welt erobern soll. Nun, das kann man nicht mit einem Finger (Heiterkeit), das muß man mit Bajonetten und Flinten tun. Und deswegen ist die Verbreitung des Systems, auf dem jede Rote Armee basiert, eine Verbreitung des Sozialismus, der proletarischen Macht, der Revolution. Damit ist begründet das Recht der Roten Intervention unter besonderen Umständen, die rein technisch die Realisierung ermöglichen.

Damit habe ich die verschiedenen Probleme erledigt und gehe jetzt — ich kann da ziemlich kurz sein — zu der allgemeinen Auffassung des Programms, insbesondere der Architektonik des Programms über. Ich meine, daß die Programme der nationalen Parteien mindestens aus zwei Teilen bestehen sollen: 1. einem allgemeinen Teil, der für alle Parteien gültig ist. Der allgemeine gemeinsame Teil muß im Parteibuch eines jeden Mitgliedes in einem jeden Lande enthalten sein. 2. soll das Programm aus einem nationalen Teil bestehen, der die spezifischen Forderungen der Arbeiterbewegung der betreffenden Länder beleuchtet. Und dann 3. vielleicht — aber das ist nicht ein eigentlich programmatischer Bestandteil — ein Aktionsprogramm, das die rein taktischen Fragen beleuchtet, das beliebig rasch verändert werden kann, vielleicht alle zwei Wochen (Heiterkeit). Einige Genossen behaupten, daß die taktischen Fragen, wie die Erfassung der Sachwerte in Deutschland, die Taktik der Einheitsfront oder die Frage der Arbeiterregierung auch programmatisch festgestellt werden sollen. Gen. Varga sagt, es sei Feigheit des Gedankens, wenn man dagegen protestiert. (*Radek:* Sehr richtig!) Aber ich behaupte, der Wunsch, diese Fragen festzustellen, ist nichts anderes, als der Ausfluß der opportunistischen Einstellung der betreffenden Genossen. (Heiterkeit.) Solche Fragen und solche Losungen, wie z. B. die Einheitsfront oder die Arbeiterregierung oder die Erfassung der Sachwerte, sind Losungen, die auf sehr fluktuierender Basis gegründet sind. Diese Basis besteht in einer gewissen Depression innerhalb der Arbeiterbewegung. Und diese Defensive, in der sich das Proletariat befindet, wollen diese Genossen programmatisch festlegen, also die Offensive unmöglich machen. Dagegen werde ich mit allen Mitteln kämpfen. Wir werden niemals erlauben, solche programmatischen Feststellungen zu machen. (*Radek:* Wir, wer ist wir?) Wir, das sind die besten Elemente der Kommunistischen Internationale. (Heiterkeit, Beifall.)

Ich meine, Genossen, daß in diesem theoretischen Teile folgende Unterabteilungen vorhanden sein müssen: Zunächst eine allgemeine Analyse des Kapitalismus; dieser Teil wird besonders notwendig sein für die Kolonialvölker. Dann sollen wir darin die Analyse des Imperialismus und der Zerrüttung des Kapitalismus haben und weiter die Analyse der Epoche der sozialistischen Revolution.

Als zweiter Teil des Programms sollen wir eine Skizze der kommunistischen Gesellschaft haben. Ich meine, daß die Schilderung der kommunistischen Gesellschaft im Programm notwendig ist, daß es notwendig ist zu sagen, was der Kommunismus eigentlich bedeutet und was der Unterschied zwischen den verschiedenen Übergangsphasen ist.

Der dritte Teil soll den Sturz der Bourgeoisie und den Kampf des Proletariats um die Macht enthalten.

Der vierte Teil soll allgemein strategischen Fragen gewidmet sein, aber nicht Fragen, wie z. B. das Verhältnis zu der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften.

Denn diese Fragen sind nicht fluktuierender Natur und diese strategisch taktischen Fragen können im Programm festgestellt werden.

Was die nationalen Teile betrifft, so ist es nicht meine Aufgabe, diese Probleme zu berühren; da muß man eine spezielle Untersuchung je nach dem Lande und dem Programm vornehmen.

Genossen, ich möchte hier noch einige kritische Bemerkungen über Äußerungen — auch schriftliche Äußerungen — und Artikel verschiedener Genossen machen.

Es liegen aus der Diskussion über diese Frage folgende Dokumente, folgende Äußerungen vor:

1. Der Bericht der ersten Diskussion der Programmkommission, den alle Parteien erhalten haben.
2. Die Antwort der italienischen Zentrale auf diesen Bericht.
3. Einige Artikel des Gen. Varga.
4. Ein Artikel des Gen. Rudas.
5. Ein Artikel des Gen. Rappoport.
6. Ein Artikel des Gen. Smeral.
7. Ein Projekt der deutschen Partei.
8. Ein Projekt der bulgarischen Partei und
9. mein Projekt.

Was die erste Diskussion in der Programmkommission betrifft, so kamen in ihr zwei Standpunkte zum Ausdruk. Die Differenzen lagen gerade auf der Linie, ob wir solche taktischen Probleme wie die der Arbeiterregierung usw. programmatisch feststellen sollen oder nicht. Ich begründete hier den einen Standpunkt.

Die italienische Zentrale gab ihre Antwort auf die Diskussion der Programmkommission in einem Brief, in dem sie meine Auffassung der Dinge vertrat, aber mit einer sehr sonderbaren Motivierung. Sie erklärte, man könne diese Sachen nicht programmatisch feststellen, denn man könne nicht von den nationalen Parteien „das Credo" erzwingen. Also nicht, weil es opportunistisch und unmöglich ist, diese Fragen in das Programm zu bringen — in diesem Falle müßten wir unser Programm alle zwei Wochen ändern —, vertrat die italienische Zentrale meinen Standpunkt, sondern weil die Internationale nicht das Credo von den nationalen Parteien erzwingen könne.

Ich sage den italienischen Genossen vielen Dank, daß sie meiner Auffassung beistimmen, aber ich kann ihnen keinen Dank, nicht mal einen kleinen, für diese sonderbare Motivierung sagen.

Nun zu den Artikeln des Gen. Varga. Gen. Varga ist ein sehr braver Kerl, und er meint deswegen, daß alle feige sind, die seinen Standpunkt in dieser Frage nicht einnehmen wollen. Ich habe schon gesagt, seine Bravheit ist eine opportunistische Bravheit und unsere Feigheit ist die Feigheit, keine Opportunisten zu sein. Darin besteht unsere Feigheit. Wir fürchten, uns in Opportunisten zu verwandeln und



Varga ist nicht so feige, das zu fürchten. Darin besteht der Unterschied zwischen ihm und uns.

Varga fordert noch, daß die Typologie aller Länder in der Periode der Zerrüttung des Kapitalismus gegeben wird. Er will überhaupt statt eines Programms ein Universalbuch aller Gesellschaftswissenschaften mit allen Beilagen dazu geben. Die Typologie aller Länder zu geben und sie programmatisch festzustellen, ist meines Erachtens auch sehr riskant. Die Verschiebungen innerhalb der Länder können sehr rasch vor sich gehen. Wenn es z. B. in Deutschland zu einer siegreichen Revolution kommt, so werden wir sofort eine vollständige Veränderung der ganzen Weltkonstellation haben. Deswegen meine ich, ist es nicht zweckmäßig, eine konkrete Typologie der Länder zu geben, es ist nicht zweckmäßig vom Standpunkt der raschen Veränderungen aus, die möglich sind, und es ist nicht zweckmäßig deshalb, weil dann unser Programm so lang sein würde, daß kein einziger Arbeiter imstande wäre, es zu Ende zu lesen.

Was den Artikel des Gen. Smeral betrifft, so unterscheide ich zwei Richtlinien seiner Wünsche, die in dem Artikel zum Ausdruck kommen. Er fordert in seinem Artikel einerseits, daß wir die Erfahrungen der russischen Revolution vollständig ausnutzen, und stellt ganz richtig die Frage nach dem Verhältnis zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, den Produktionsgebieten, Formen und den verschiedenen sozialen Schichten und fragt nach unserem Verhältnis zu ihnen. In dieser Fragestellung hat er vollständig recht, aber er hat nicht recht, wenn er zusammen mit Varga und Radek die programmatische Fixierung solcher Fragen, wie der Fragen der Arbeiterregierung, des Offenen Briefes usw. fordert.

Mit dem Artikel des Gen. Rudas bin ich im großen und ganzen einverstanden.

Was den Artikel des Gen. Rappoport betrifft, so habe ich beim besten Willen darin absolut keinen Gedanken finden können.

Zu dem Programm der deutschen Bruderpartei möchte ich folgende allgemeine Bemerkungen machen. Das Programm hat meines Erachtens folgende Mängel:

1. Es ist zu gelehrt geschrieben.

2. Es ist zu konkret-beschreibend abgefaßt.

Es gibt da z. B. einen langen Passus über verschiedene konkrete Dinge, über die Folgen des Versailler Friedens usw. usw., die meines Erachtens nicht zum Programm gehören. Diese beschreibende und konkret-historische Seite des deutschen Entwurfs verursacht auch seine Länge. Das ist kein Programm, sondern ein sehr großes universelles Manifest. Diesen Eindruck habe ich von dem Projekt erhalten. Viele Stellen sind stilistisch glänzend geschrieben und theoretisch sehr gut.

3. Der Entwurf ist zu europäisch abgefaßt — die deutschen Genossen erkennen das selbst an — und meines Erachtens auch ein bißchen zu deutsch, vom Standpunkt Zentraleuropas ausgehend.

4. Der letzte Fehler des deutschen Programms, der alle anderen summiert, ist, daß es zu lang ist. Es enthält nicht die allgemeine Analyse des Kapitals, die nötig ist, es enthält nicht die allgemeine Be-

schreibung des Kommunismus, die auch nötig ist, und trotzdem ist es sehr, sehr lang.

Was das *bulgarische* Programm betrifft, so habe ich folgendes zu bemerken:

Es enthält einige Stellen die auch zu konkret-beschreibend, nicht den Anforderungen eines Programms angepaßt sind; sie können als Kommentar dienen. Dann ist die Architektonik des Programms nicht ganz glücklich, weil es eine gewisse architektonische Mischung zwischen den balkanischen Fragestellungen und den allgemeinen Fragestellungen darstellt. Ich habe zu einer Stelle materiell Bemerkungen zu machen, nämlich zu der Stelle, an der die bulgarischen Genossen die Rolle der Partei behandeln. Am Ende dieses Passus sprechen sie sogar über den bewaffneten Aufstand. Sie sagen, wir gehen durch die Massenaktionen mit Streiks zum bewaffneten Aufstand; und das ist sehr revolutionär. Aber wo überhaupt über die Rolle der Partei gesprochen wird, da enthält das Programm meines Erachtens eine zu überflüssige Betonung der parlamentarischen Parteitätigkeit.

Das Verhältnis zwischen der außerparlamentarischen und der parlamentarischen Tätigkeit ist sogar, wenn wir die Dimensionen des Papiers, worauf das geschrieben ist, berücksichtigen, nicht ganz glücklich und ich meine, es würde besser sein, wenn wir hier eine kleine Korrektur vornähmen.

Dann zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: Wenn die Forderungen der Partei, die im bulgarischen Programm sehr ausführlich dargestellt werden, für alle Parteien, die der Internationale angehören, bestimmt sind, so ist das zu viel. Wenn das ausschließlich für die balkanischen Länder bestimmt ist, dann fehlen die Forderungen, die für die Internationale gültig sein sollen. Auch hier sollte man meines Erachtens eine kleine Korrektur anbringen.

Ich werde meine eigene „Ware" natürlich nicht anpreisen. (Heiterkeit.) Das ist selbstverständlich. Ich bitte die Genossen aber doch, diese Fragen etwas zu diskutieren und besonders nach dem Kongreß viele Bestandteile des Programms in größerem Maßstabe theoretisch zu bearbeiten.

Ich schließe mein langes Referat mit der Hoffnung, daß wir alle aus dem fünften Kongreß mit einem einträglichen, wirklich revolutionären und wirklich orthodoxen, marxistischen Programm hervorgehen werden. (Lebhafter Beifall.)

THALHEIMER (Deutschland): Genossen und Genossinnen, Sie haben 4 verschiedene Programmentwürfe vorliegen: den des Gen. Bucharin, ein bulgarisches Programm, ein deutsches Programm und schließlich ein Aktionsprogramm der italienischen Partei. Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, unter diesen verschiedenen Programmentwürfen etwa den deutschen Entwurf in seinen konkreten Einzelheiten als denjenigen anzupreisen, der unbedingt die Konkurrenz schlagen muß. Es ist ein erster Entwurf, der formell und inhaltlich der Verbesserung und Ergänzung bedarf. Ich behaupte aber, das gilt von allen Entwürfen, die vorliegen, und der deutsche Entwurf macht dabei keine Ausnahme. Die Entwürfe sind so, wie sie vorliegen, Grundlagen für eine endgültige Fassung und für eine internationale Diskussion.

Die endgültige Fassung kann meiner Meinung nach nur Ergebnis der Kollektivarbeit sein. Ich stimme vollkommen mit dem Gen. Bucharin darin überein, daß über das endgültige Programm erst der nächste Kongreß beschließen soll. Heute können wir die definitive Ausarbeitung nur einleiten und vorbereiten. Zu diesem Zweck ist es nötig, die Differenzpunkte, soweit sie bestehen, in aller Kürze, aber auch mit aller Schärfe herauszuarbeiten, und das wird den Hauptteil meiner Ausführungen ausfüllen. Ich werde die ausgezeichneten Ausführungen des Gen. Bucharin nicht wiederholen, um den theoretischen und programmatischen Bankrott der 2. und 2½ Internationale nachzuweisen, ich will nur, um dieses Kapitel wenigstens zu streifen, einige kleine typische Ergänzungen bringen.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß Kautsky in seiner Programmschrift so weit geht, daß er sogar das Fundament der marxistischen Auffassung der kapitalistischen Ökonomie aufgibt. Charakteristisch dafür ist die Vorstellung, daß der Endzweck und das regelnde Gesetz des Kapitalismus die Mehrwertproduktion ist, und nun entwickelt plötzlich Kautsky jetzt, daß der Kapitalismus vom Konsumbedürfnis geleitet wird. Ich glaube, es kann keine vollständigere, gründlichere und fundamentalere Kapitulation vor der bürgerlichen Ökonomie geben, als hierin liegt.

Dann will ich noch mit ein paar Worten auf die reformsozialistischen Vorschläge eingehen, die Kautsky für die Wege zur sozialistischen Ökonomie macht. Gen. Bucharin hat ganz richtig erwähnt, daß uns von Kautsky nicht die Vorstellung vom Tempo des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unterscheidet, sondern der wesentliche Punkt ist der, daß wir überzeugt sind, daß dieser Übergang nach der Eroberung der politischen Macht beginnt, während er meint, dies vor Eroberung der politischen Macht und ohne sie zustande zu bringen.

Nun, Kautsky hat sich in allen diesen Punkten heute vollkommen zurückrevidiert auf Bernstein. Alle diese Reformvorschläge, die Wege, die Bernstein einschlug, die betritt jetzt Kautsky mit dem Anspruch, das sei jetzt der wahre Marxismus. Ich will diese Dinge nicht weiter theoretisch beleuchten, sondern praktisch. Worauf beziehen sich diese Vorschläge? Es sind erstens die bekannten Wege des Munizipalsozialismus und zweitens die Wege des Gildensozialismus, eine neue Importware. Um hier seine neuesten alten Bernsteinschen Thesen zu beweisen, begeht Kautsky, der in allen seinen Schriften als ein besonders nüchterner Theoretiker auftritt, den phantastischsten Unsinn. Nehmen wir den Gildensozialismus.. Der Gildensozialismus stellt sich vor, daß ohne Eroberung der politischen Macht die Gewerkschaften Schritt für Schritt den Sozialismus durchführen können, sozusagen hinter dem Rücken der kapitalistischen Gesellschaft. Nun, man braucht sich nur die Lage der Gewerkschaften anzusehen, ihre Finanzlage in der verfallenden kapitalistischen Wirtschaft, um zu erkennen, daß das eine reine Phantasie ist. Wo die Gewerkschaften heute die größten Schwierigkeiten haben, ihre Kampffonds aufrechtzuerhalten, kann man nicht erwarten, daß sie hinter dem Rücken des Kapitalismus den Sozialismus durchführen sollen.

Ein zweites beliebtes reformistisches Steckenpferd ist der Kommunalsozialismus, die Kommunalisierung. Jeder, der einigermaßen die

Dinge im Westen kennt, weiß, daß ein hervorstechender Zug nicht nur der allgemeine Bankrott der Länder, sondern auch der Gemeindefinanzen ist und daß das Problem für die Gemeinden heute so steht: nicht Übergang zum Sozialismus aus eigener Kraft, sondern Verteidigung gegen die Angriffe der Kapitalisten, die die munizipalen Einrichtungen privatisieren wollen.

Nun noch ein Drittes. Um den Übergang besonders milde zu machen, hat man die Übernahme des kapitalistischen Eigentums gegen Entschädigung vorgeschlagen. Sie wissen alle, daß Marx an dieser Stelle davon spricht, daß man eventuell die englischen Grundbesitzer gegen Entschädigung auskaufen könne. Er hat aber nicht in dem Sinne davon gesprochen, daß man das vor der Eroberung der politischen Macht könne, sondern daß erst nach der Eroberung der politischen Macht ein solcher Weg gangbar sein könne. Wie stehen die Dinge in den größten Teilen Europas? Nehmen wir an, die Macht sei erobert und es handele sich darum, die Kapitalisten auszukaufen, so weiß jeder, daß eine der ersten Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau die Liquidierung der ungeheuren toten Lasten von Schulden ist, die auf der Wirtschaft lasten. Diese milde Methode des Auskaufens der Kapitalisten ist heute genau so eine Utopisterei, wie es die Vorstellung vom Gildensozialismus oder Munizipalsozialismus Kautskys ist.

Dann mache ich Sie noch auf eine besondere Schönheit Kautskys aufmerksam, die gerade hier und jetzt besonderes Interesse hat, nämlich die Frage einerseits der Staatsbürokratie, andererseits des Staatskapitalismus oder Staatssozialismus, wie Kautsky sie behandelt. Nach der Kautskyschen Auffassung gibt es eigentlich nur noch zwei Staaten, wo die Bürokratie eine große Rolle spielt. Der eine Staat ist Frankreich, die „Republik ohne Republikaner" in dem alten Sinne. Der zweite Staat nach Kautsky ist — Sowjetrußland. Offenbar ist in Deutschland insoweit die Demokratie durchgeführt, daß die staatliche Bürokratie verschwunden ist. Nun, die praktische Konsequenz davon ist, daß in Deutschland und in den anderen Staaten der bürgerlichen Demokratie von den Sozialdemokraten die Bürokratie nicht berührt wird, unangetastet gelassen wird. Die ganze praktische Politik der Sozialdemokratie beschränkt sich ja darauf, sozialdemokratische Beamte den bürgerlichen hinzuzufügen.

Nun aber das Gegenstück. Bei der Behandlung des Staatssozialismus und des Staatskapitalismus entdeckt Kautsky plötzlich: diese staatliche Bürokratie ist ja noch da und die ist ganz unfähig, die kapitalistischen Betriebe zu übernehmen. Sie ist starr konservativ, nicht beweglich, — das kann nur die kapitalistische Bürokratie, nur sie kann diese Betriebe übernehmen.

Nun, was bedeutet das heute, in Deutschland und allgemein angewandt, praktisch? Nun, es bedeutet direkt die Kombination, das Hand-in-Hand-Arbeiten mit Stinnes und seinen Leuten, die Empfehlung der Stinnes-Bürokraten als die Berufsschicht, die die Sozialisierung durchführen soll. Kautsky hat bereits, ehe praktisch die Verschmelzung der 2. und 2½ Internationale, der USP. und SP. in Deutschland erfolgte, den theoretischen Segen und die theoretische Begründung dafür gegeben. Wenn jetzt in Deutschland eine Stinnesregierung mit Einschluß der Sozialdemokraten gebildet wird, wenn diese Stinnesregie-

rung die noch staatlichen Betriebe für das Privatkapital zu ergattern sucht, so hat Kautsky bereits auch dafür seinen theoretischen Segen gegeben.

Ich wollte nur diese Punkte berühren, weil sie besonders aktuell scheinen, weil sie besonders grell die Kapitulation der 2. und 2½ Internationale in theoretischer Hinsicht beleuchten.

Und dann noch einige kleine Ergänzungen zu dem, was Gen. Bucharin sagte, zu dem Marx-Epigonentum und seiner Auflösung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen: Historisch liegen die Dinge so, daß die Auseinandersetzungen mit diesem Marx-Epigonentum in Deutschland und den übrigen Kreisen der 2. Internationale bereits nach der ersten russischen Revolution begannen. Der Anknüpfungspunkt damals war die Debatte über den Massenstreik und das Kampffeld erweiterte sich dann. Das Hauptkampffeld war die theoretische Debatte über die Wurzeln des Imperialismus und im Zusammenhang damit die politischen Fragen der Abrüstung. Hier wurden die ersten theoretischen Turniere in Deutschland ausgefochten, und hier wurde die Grundlage gelegt von der einen Seite wie von der anderen zu dem, was dann das marxistische Zentrum, schließlich die USP. und jetzt die Vereinigte SPD. auf der einen Seite wurde und die KPD. auf der anderen Seite.

Dann noch eine Bemerkung, eine Unterstreichung dessen, was Bucharin über die theoretische Kapitulation sagte, wie sie in dem Programm der 2. und 2½ Internationale zum Ausdruck kam, vor allen Dingen im Görlitzer Programm.

Alles das, was hier Bucharin unterstrichen und angeführt hat, die Beseitigung der Verelendungstheorie, der Krisentheorie usw., alles das ist mit aller Klarheit und Schärfe in den Programmkommentaren des Görlitzer Programms ausgesprochen worden. Kampffmeier, Bernstein, Stampfer, sie alle bestätigen mit aller Schärfe diese Liquidation.

Nun die Streitfragen: Ich werde in der Hauptsache folgende Fragen berühren:

1. Den grundlegenden Teil, die theoretische Begründung des Imperialismus im Zusammenhange mit der Theorie der Akkumulation.

2. Die Frage, die ich als die Hauptfrage für die wirkliche Ausarbeitung sowohl des allgemeinen Programms wie des Programms der einzelnen Parteien betrachte, nämlich die Frage der Übergangsmaßnahmen, Etappenforderungen, oder wie man es sonst bezeichnen will, vor Eroberung der Macht.

3. Kurze Bemerkungen über die wirtschaftlichen Übergangsmaßregeln nach Eroberung der Macht, Kriegskommunismus und Nep.

4. Den Aufbau und die Form des Programms.

Ich gehe gleich zu dem ersten Punkte der theoretischen Begründung des Imperialismus über. Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß sich hier eine eingehende theoretische Debatte entfalte. Worauf es mir ankommt, ist nur das, daß die Frage klargestellt wird, daß die theoretische Diskussion, die mir unbedingt notwendig zu sein scheint, eingeleitet wird. Es ist klar, daß in solchen Fragen eine Entscheidung nur fallen kann, wenn zuvor in der Literatur und in sonstigen Auseinandersetzungen eine ausgiebige theoretische Aussprache erfolgt ist. Was



ich will, das ist die genaue Präzisierung der Frage und dann die Hervorhebung ihrer praktisch-theoretischen und programmatischen Bedeutung. Ich erwähnte vorhin schon, daß die programmatisch theoretischen und taktischen Differenzen in der alten Sozialdemokratie in Deutschland gerade an die theoretische Frage des Imperialismus anknüpften, und zwar sind es zwei Fragen, die hier eine Rolle spielen: die Hauptfrage: ist der Imperialismus eine notwendige Phase der kapitalistischen Entwicklung, notwendig im Sinne des Kapitalismus? Die zweite Frage ist die theoretische Begründung dieser Notwendigkeit. In Deutschland war diese Frage das Scheidewasser, das die marxistische Linke und das marxistische Zentrum trennte. Der Kardinalpunkt, um den es sich in dieser Frage dreht, ist offenbar folgender: Der Imperialismus ist ökonomisch ein Problem der Akkumulation, des Kapitalwachstums oder der erweiterten Reproduktion. Diese erweiterte Reproduktion, dieses Kapitalwachstum, das Hinübergreifen des Kapitals in nichtkapitalistische Gebiete ist eine geschichtliche Tatsache, und zwar eine Tatsache, die nicht erst seit der imperialistischen Epoche, sondern bekanntlich schon seit der Entstehung des Kapitalismus überhaupt datiert. Von der Entstehung des Kapitalismus ab ist die Welt ausgefüllt mit Kolonialkriegen, mit kolonialen Eroberungen, mit Handelskriegen usw.

Und wenn wir den Imperialismus erklären, handelt es sich nicht allein um diese Tatsache der kolonialen Ausbreitung der kapitalistischen Expansion, es handelt sich um die besondere Form der Expansion, heute, unter imperialistischen Verhältnissen. Diese besondere Form der Expansion, diese besonderen Bedingungen, unter die die kapitalistische Expansion im Zeitalter des Imperialismus tritt, formuliert die Gen. Luxemburg folgendermaßen:

„Es handelt sich im imperialistischen Zeitalter um den Kampf um die Reste des nichtkapitalistischen Gebietes, um seine Neuaufteilung und schließlich im Zusammenhang damit um die Erweiterung der kapitalistischen und der politischen Machtbasis."

Diese Tatsachen waren längst bekannt und sind nicht fraglich. Es handelt sich um die Erklärung dieser Tatsachen, und zwar um die Entscheidung: Ist diese imperialistische Epoche mit ihren Katastrophen und Krisen ein historischer Zufall oder ist sie eine Notwendigkeit? Und daran knüpft sich die politische Entscheidung: Ist es möglich, von dieser imperialistischen Epoche zurückzukehren, das Rad in die Manchesterepoche zurückzudrehen, in die Epoche des liberalen Kapitalismus, zum Freihandel, zum Völkerfrieden, zum Pazifismus, oder gibt es nur einen Weg vorwärts, nämlich die revolutionäre Überwindung dieser imperialistischen Epoche, gibt es nur den Ausweg zum Sozialismus? Und von der Entscheidung dieser Frage wird auch die politische Taktik bestimmt.

Wenn ich annehme, der Imperialismus verkörpert nur die Interessen eines Teils der Bourgeoisie, das Gesamtinteresse der Bourgeoisie aber läßt sich mit Manchestermethoden vereinigen, was folgt taktisch daraus? Es folgt, daß taktisch die Möglichkeit besteht, sich mit einem Teil der Bourgeoisie gegen den anderen Teil zu koalieren. Es ist das theoretisch-programmatische Fundament der Koalitionspolitik hier bereits gelegt. Umgekehrt natürlich mit der umgekehrten Auffassung.

Rein theoretisch stellt sich die Frage so: Ist Kapitalerweiterung, ist Akkumulation möglich innerhalb der Grenzen des Kapitalismus und in unbeschränkter Weise, oder findet diese Akkumulation andere Schranken als den Kapitalismus selbst? Das heißt auf die einfachste Formel gebracht: besteht für den Kapitalismus die Möglichkeit unbegrenzt zu wachsen und sich unbegrenzt auszubreiten, oder bestehen unbedingte theoretische Schranken für diese Ausbreitung und für dieses Wachstum? Man hat der Vorstellung, die die Theorie der Akkumulation entwickelt, den Vorwurf gemacht, sie sei eine Art Fatalismus, sie starre auf den Punkt, wo der Kapitalismus mechanisch zusammenbricht. Dieser Punkt, wo der Kapitalismus kein Ausbreitungsgebiet mehr findet, wo er rein mechanisch zusammenbrechen müßte, ist nur eine gedankliche Grenze, ein Grenzwert, wie es die Mathematiker nennen würden. Worauf es ankommt, ist etwas anderes. Nämlich, daß der Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase gezwungen ist, die Klassengegensätze zu verschärfen, daß er gezwungen ist, durch die schwersten politischen und sozialpolitischen Katastrophen durchzugehen. Woraus folgt, daß nicht dieses Gedankenende für das Ende des Kapitalismus entscheidend ist, sondern die schwere Krisenperiode, in die der Imperialismus hineinführt.

Um das zu belegen, bin ich genötigt, die entsprechenden Ausführungen der Gen. Luxemburg anzuführen. Es heißt hier in ihrer Schrift, die sich mit den Kritikern der Akkumulation auseinandersetzt:

„Die Akkumulation ist in einem ausschließlich kapitalistischen Milieu unmöglich. Daher vom ersten Moment der Kapitalsentwicklung der Drang zur Expansion auf nichtkapitalistische Schichten und Länder, der Ruin des Handwerks und des Bauerntums, die Proletarisierung der Mittelschichten, die Kolonialpolitik, „Erschließungspolitik", Kapitalausfuhr. Nur durch ständige Expansion auf neue Produktionsdomänen und neue Länder ist die Existenz und Entwicklung des Kapitalismus seit jeher möglich gewesen. Aber die Expansion führt in ihrem Weltgang zum Zusammenstoß zwischen dem Kapital und den vorkapitalistischen Gesellschaftsformen. Daher Gewalt, Krieg, Revolution, kurz: Katastrophe, das Lebenselement des Kapitalismus von Anfang bis Ende."

Nun fragt die Gen. Luxemburg: Muß diese objektive Schranke des Kapitalismus erreicht werden? Sie fragt: Kann dieser Moment wirklich eintreffen? Und sie antwortet folgendermaßen:

„Allerdings ist das nur eine theoretische Fiktion, gerade weil die Akkumulation des Kapitals nicht bloß ökonomischer, sondern politischer Prozeß ist.

Der Imperialismus ist ebensosehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals, wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen. Damit ist nicht gesagt, daß dieser Endpunkt pedantisch erreicht werden muß. Schon die Tendenz zu diesem Endziel der kapitalistischen Entwicklung äußert sich in Formen, die die Schlußphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen gestalten." („Akkumulation des Kapitals" Seite 425.) Das wird dann näher erläutert:

„Je gewalttätiger das Kapital vermittels des Militarismus draußen in der Welt und bei sich daheim mit der Existenz nichtkapitalistischer

Schichten aufräumt und die Existenzbedingungen aller arbeitenden Schichten herabdrückt, um so mehr verwandelt sich die Tagesgeschichte der Kapitalsakkumulation auf der Weltbühne in eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen in Gestalt der Krisen die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden, selbst ehe sie noch ökonomisch auf ihre natürliche selbstgeschaffene Schranke gestoßen ist." (l. c. S. 445.) Das ist diese Seite.

Und nun, Genossen, mit einigen Worten die Kehrseite der Medaille, die von Anfang an diese Theorie mit aller Schärfe bekämpft hat. Hilferding, der in seinem „Finanzkapital" kurz und knapp dieses Marxsche Schema wiederholt, sagt, der Kapitalismus kann sich unbeschränkt ausbreiten. Dann Bauer, damit das österreichische Haupt der Schule nicht fehle, der eine ganz merkwürdige Theorie entwickelt hat, nämlich daß das kapitalistische Wachstum bedingt geregelt sei durch das Wachstum der Bevölkerung, und zwar speziell der Arbeiterbevölkerung. Das heißt die Marxsche Bevölkerungstheorie auf den Kopf stellen, die gerade das Gegenteil sagt.

Und nun will ich Ihnen an einigen Beispielen die politischen Konsequenzen dieser Auffassung zeigen. Und dabei will ich betonen, es gibt eine Reihe derer, die die Akkumulationstheorie abgelehnt und die diese politischen Konsequenzen nicht gezogen haben; das beweist nichts für ihre Argumente, nur etwas für ihren Mangel an Konsequenz.

Ich führe also hier diejenigen an, die aus diesem theoretischen Ausgangspunkt konsequent weiter gefolgert haben.

Zunächst Kautsky. Es ist eine fortlaufende Reihe, von 1912 bis 1922. Kautsky schreibt am 26. April 1912 in der „Neuen Zeit":

„Das Wettrüsten beruht auf ökonomischen Ursachen, aber nicht auf einer ökonomischen Notwendigkeit."

Das ist eine besonders feine scholastische Finesse.

„Seine Einstellung ist nicht im geringsten eine ökonomische Unmöglichkeit."

Damit haben Sie den theoretischen Schlüssel zu der Haltung, die die USP., die Kautsky während des Krieges eingenommen hat.

Dann im selben Ton Bernstein auf dem Chemnitzer Parteitag 1912. Es ist sehr interessant, daß diese beiden Antipoden sich in diesem Punkt schon 1912 gefunden haben. Bernstein führte auf dem Chemnitzer Parteitag aus:

„Ich könnte viel darauf antworten, daß das, was wir heute verlangen, nämlich die Abrüstung, Utopie und reaktionär sei. Das ist es nicht.... Die Weltgeschichte ist oft auf falschem Wege gewesen."

Das erinnert mich sehr an die kleine Anekdote von dem Offizier, der eine Taube fliegen sieht und behauptet: Sieh mal, die Taube fliegt falsch.

„Wir wollen das bewußte Eingreifen in den Prozeß, die Losung: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen."

In diesem Wohlgefallen fanden sich Kautsky und Bernstein bereits 1912 zusammen.

Dann während des Krieges Hilferding. Ich habe hier einen kleinen Auszug aus einem Artikel, den Hilferding in dieser Zeit — November-Dezember 1916 — unter dem Titel veröffentlichte: „Die Zusammenbruchstheorie", „Gegenseitigkeit und Gewalt als Mittel der Handelspolitik". Einige kleine Zitate daraus:

„Während Kapitalismus möglich bliebe, auch wenn die ganze Welt annähernd gleich kapitalistisch entwickelt wäre — setzt Imperialismus das Bestehen großer ökonomischer Verschiedenheit voraus."

Weiter:

„Die Arbeiterschaft kann nur eine Handelspolitik der Gegenseitigkeit vertreten."

Und schließlich:

„Der Freihandel wird so in seinem Gegensatz zur imperialistischen Handelspolitik und damit zum Imperialismus überhaupt eine unvermeidbare Kampfforderung des Proletariats."

Weiter:

„Von diesem Standpunkt aus verliert die Kolonialpolitik ihre Bedeutung. Es wird dann gleichgültig, wem die Kolonien politisch gehören. Die Entwicklung des englischen Kolonialreiches ist rein wirtschaftlich allen anderen Volkswirtschaften zugute gekommen, die dabei die Lasten der Erwerbung und Entwicklung erspart haben."

Was steckt dahinter?

Eben der Gedanke, den wir vorhin erwähnt haben, der Gedanke der Möglichkeit der Überwindung des Imperialismus nach rückwärts zum Freihandel und die theoretischen Folgerungen daraus. Die Arbeiterklasse müsse nicht nach vorwärts für den Sozialismus kämpfen, sondern nach rückwärts. Sie müsse sich mit den entsprechenden Schichten der Bourgeoisie verbünden.

Und dann, Genossen, die höchste Blüte in dieser Sache ist ein Artikel Hilferdings von Neujahr 1922, in dem er bewies, daß die Zeit der imperialistischen Gegensätze zu Ende sei, daß jetzt die Zeit der großen imperialistischen Harmonie beginne, eine konsequente Linie vom Ausgangspunkt von 1912 an. Hilferding sagte damals:

„Zwei Mittel kennt die kapitalistische Wirtschaft, um den Profit zu steigern: Konkurrenz und Vereinbarung. Je fortgeschrittener der Kapitalismus, desto mehr tritt an Stelle der Konkurrenz die Vereinbarung. Dasselbe gilt für die internationale Politik kapitalistischer Staaten .... Der letzte Krieg hat zwei überwiegende Machtzentren zurückgelassen. Er hat zugleich demonstriert, wie verderblich der Krieg war. Sollen Erfolge erreicht werden, ist ein Wechsel der Methoden nötig, Vereinbarung an Stelle des Kampfes."

Vereinbarung, ein Rat, den Hilferding auf Grund einer Analyse den Kapitalisten im Jahre 1922 gegeben hat.

Genossen, diese Frage der theoretischen Erklärung des Imperialismus spielt aber nicht nur in Deutschland, sondern auch auf russischem Boden eine Rolle. Das bitte ich gerade die russischen Genossen zu beachten. Es war der legale Marxismus, Tugan-Baranowsky, Struve, Bulgakow, die die Theorie der schrankenlosen Akkumulationsmöglichkeit des Kapitalismus vertraten. Ich will mit einigen Worten auf die



Wurzeln dieser Theorie eingehen. Es handelte sich für den einsetzenden Marxismus in Rußland darum, gegen die Narodniki zu beweisen, daß die kapitalistische Entwicklung in Rußland möglich und notwendig sei. Nun, das haben diese Marxisten bewiesen, aber sie haben etwas zuviel bewiesen. (Zuruf: Lenin auch?) Auch Lenin. Ja. Sie haben bewiesen, daß der Kapitalismus unbeschränkt und ewig sei. Und sie haben damit den theoretischen Beweis der Unmöglichkeit des Sozialismus erbracht. Und Genossen, hier nun die Analogie zu dem Fall in Deutschland. Tugan-Baranowsky, Struve und Bulgakow sind alle im Lager der Bourgeoisie gelandet. Es gibt auch andere Fälle, aber ich sage, sie beruhen auf theoretischen Inkonsequenzen.

Ich stelle diese Frage deshalb so ausführlich, präzisiere sie deshalb, weil ich sage, es handelt sich hier um keinen Nebenpunkt, sondern um einen Hauptpunkt der Theorie. Die Kritik, die in Deutschland, in Österreich von den Austromarxisten an dieser Theorie geübt worden ist, ist meiner Meinung nach widerlegt worden, und die Genossen, die diese Theorie ablehnen — es gibt eine Reihe russischer Genossen, bei denen das der Fall ist —, haben die Pflicht — nicht hier und jetzt, aber überhaupt — sich theoretisch damit auseinanderzusetzen.

Ich komme nun zu der Frage, die für die Abfassung des allgemeinen Programms und des Programms der einzelnen Parteien die ententscheidende ist, diejenige, worin ich in scharfem Gegensatz zu dem Gen. Bucharin stehe. Das ist die Frage der Übergangsforderungen, der Etappenforderungen oder des Minimalprogramms. Gen. Bucharin vertritt die Stellung, man müsse diese konkreten Übergangsforderungen, diese Etappenforderungen von dem eigentlichen Programm trennen. Er macht dafür ein chambre séparée, das sich Aktionsprogramm nennt. Hier darf man allerlei Sünden begehen. (Zuruf *Bucharin:* Aber öffentlicher Eintritt ist erlaubt.) Öffentlicher Eintritt ist erlaubt. Gut, dann wollen wir diese Türe aufmachen und sehen, was für programmatisch zulässige Dinge sich dort abspielen. (Zuruf: Was halten Sie für zulässige Dinge?) Darum handelt es sich eben. Wir haben in Deutschland auch die Widersprüche gehabt gegen die Aufnahme der Übergangsforderungen vor der Eroberung der Macht in das Programm. Man hat darin, wie Gen. Bucharin, eine besondere Gefahr des Opportunismus gewittert und wir müssen deshalb sehr genau die Frage prüfen: inwieweit ist es möglich, die taktischen Grundsätze — ich meine nicht die konkreten Grundsätze, ich meine nicht die konkreten Tageslosungen, hier müssen wir unterscheiden, sondern die taktischen Grundsätze — von den übrigen Grundsätzen und Zielen zu trennen? Und ich behaupte, wenn man in dieser Trennung von Taktik, Prinzip und Zielen eine Sicherung sieht, so begeht man einen schweren Irrtum und läßt gerade die Gefahren offen, die man beseitigen will. (Sehr richtig! bei den Deutschen.)

Man braucht sich nur die Geschichte der 2. Internationale, ihre Auflösung anzusehen, um zu erkennen, daß gerade diese Abtrennung der taktischen Grundsätze von den Zielen den Übergangspunkt ihres Abgleitens in den Opportunismus bildet. Womit fängt es in Deutschland an? Mit den Debatten Bernstein-Kautsky über die Taktik. Das Endziel ist geblieben. Und weiter, fassen wir heute den Unterschied zwischen uns Kommunisten und den Reformsozialisten zusammen, so sagen wir:

Wir unterscheiden uns im Endziel, wir wollen den Sozialismus und Kommunismus, sie wollen ihn nicht. Womit beweisen wir diese Behauptung? Wir beweisen sie damit, daß wir sagen: die Taktik, der Weg, den diese Leute einschlagen, ist ein anderer Weg. Das ist doch der Hauptbeweis. Ich sage also, die spezifische Differenz zwischen uns und den Reformsozialisten liegt nicht darin, daß wir Reform-, Etappenforderungen oder wie man sie sonst nennen mag, in ein chambre séparée abtrennen und aus unserem Programm herausbringen, sondern sie besteht darin, daß wir diese Übergangsforderungen und Übergangslosungen in den strengsten Zusammenhang mit unseren Grundsätzen und Zielen bringen. Mit diesem Zusammenhang ist natürlich die Sicherung an und für sich nicht gegeben, so wenig eine Sicherung dafür gegeben ist, daß ich den richtigen Weg finde, wenn ich eine richtige Karte habe. Ich brauche ja die Karte nicht lesen zu können. Und mir scheint, daß das, was Gen. Lenin kürzlich bezüglich Rußlands sagte, Rußland habe sich hauptsächlich mit den Elementen des Lesens und Schreibens zu befassen, auch in etwas anderem Sinne für die kommunistischen Parteien des Westens gilt: die Wirklichkeit lesen lernen, (Zuruf *Radek:* Auch kämpfen lernen!) darum handelt es sich. Ich sage also, die Gefahr des Opportunismus liegt gerade auf der umgekehrten Seite, als wo Gen. Bucharin sie wittert, sie liegt in den Wegen, die von den gegebenen Ausgangspunkten zum Sozialismus, zur Diktatur des Proletariats führen.

Dadurch, daß man diesen Weg auf großen Strecken unbeleuchtet läßt, sind in diesem Dunkel sehr viele Irrtümer möglich. Besonders interessant war mir, was Bucharin über das Schreiben der italienischen Kommunistischen Partei gesagt hat. Sie schreibt, sie sei gegen die Übergangsforderungen, weil daraus kein Credo gemacht werden dürfe.

Es gibt eine ganze Reihe solcher Übergangsforderungen und Übergangsmaßregeln, die ein Credo werden müssen, was wir verlangen müssen von den einzelnen Parteien.

Genossen! Die Frage dieser Übergangsforderungen und des Minimalprogramms ist nicht neu. Sie ist sogar auf russischem Gebiet bereits einmal durchgefochten worden, und ich glaube, es ist von Interesse, gerade die Dokumente, die sich darauf beziehen, zu verlesen. Es war im Herbst 1917, als hier in Rußland die Frage des russischen Parteiprogramms behandelt wurde. Da tauchte die Frage auf: Behält die russische Partei in einer Situation, wo sie kurz vor der Eroberung der Macht steht — und diese Situation war damals ziemlich klar —, nur das Maximalprogramm und stößt sie das Minimalprogramm aus? Ich glaube, es ist wichtig, die Äußerung des Gen. Lenin zu zitieren. Der Gen. Lenin sagte damals — Sie werden entschuldigen, wenn das Zitat etwas länger ist —:

„Tatsächlich wäre unser ganzes Programm ein elender Wisch Papier, wenn es uns nicht für alle Eventualitäten und in allen Momenten des Kampfes zu dienen, und zwar durch seine Ausübung und nicht durch seine Nichtausübung zu dienen imstande wäre. Ist unser Programm einmal die Formulierung der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus, dann muß es offenbar auch alle Übergangsphasen dieser Entwicklung formulieren, in den Grundzügen enthalten, also auch das entsprechende Verhalten im Sinne der

Annäherung zum Sozialismus in jedem Moment dem Proletariat anweisen können. Daraus folgt, daß es überhaupt für das Proletariat keinen Augenblick geben kann, in dem es gezwungen wäre, sein Programm im Stiche zu lassen, oder wo es von diesem Programm könnte im Stiche gelassen werden.

Praktisch äußert sich das in der Tatsache, daß es keinen Moment geben kann, in dem das Proletariat, durch den Gang der Dinge ans Ruder gebracht, nicht in der Lage und auch nicht verpflichtet wäre, gewisse Maßregeln zur Verwirklichung seines Programms, gewisse Übergangsmaßregeln im Sinne des Sozialismus zu treffen. Hinter der Behauptung, das sozialistische Programm könnte in irgendeinem Augenblick der politischen Herrschaft des Proletariats völlig versagen und gar keine Anweisungen zu seiner Verwirklichung geben, steckte unbewußt die andere Behauptung: das sozialistische Programm sei überhaupt und jederzeit unrealisierbar.

... Von dem allgemeinen oder grundsätzlichen Teil des Programms gehen wir zum Minimalprogramm über.

Hier finden wir gleich den äußerlich „sehr radikalen" und ganz unzulänglichen Vorschlag der Gen. Bucharin und W. Smirnow vor, das Minimalprogramm gänzlich zu beseitigen. Die Teilung in ein Maximal- und in ein Minimalprogramm sei „veraltet", es sei unnütz; denn es handle sich um den Übergang zum Sozialismus. Keinerlei Minimalprogramm, sondern einfach ein Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus.

Das ist der Vorschlag der beiden genannten Genossen, die sich dennoch aus irgendwelchem Grunde nicht entschlossen haben, ein entsprechendes Programm vorzulegen (obgleich die Aufgaben und die Tagesordnung des nächsten Parteitags, die die Revision des Parteiprogramms vorsehen, diese Genossen einfach verpflichteten, ein solches Projekt zu verfassen). Es ist möglich, daß die Urheber dieses scheinbar „radikalen" Vorschlages selbst unschlüssig geworden sind .... Wie dem auch sei, ihre Meinung muß geprüft werden.

Infolge des Krieges und der Zerrüttung der Wirtschaft sind alle Länder gezwungen, vom monopolistischen Kapitalismus zum monopolistischen Staatskapitalismus überzugehen. Das ist die objektive Lage. Aber in einer revolutionären Situation geht der monopolistische Staatskapitalismus unmittelbar in den Sozialismus über. Man kann nicht in einer Revolution vorwärts gehen, ohne zum Sozialismus zu gehen. Das ist die objektive Lage, die durch Krieg und Revolution geschaffen worden ist. Das hat unsere Aprilkonferenz festgestellt, indem sie die Losungen der „Räterepublik" (politische Form der Diktatur des Proletariats) und der Nationalisierung der Banken und Trusts (die grundlegende Maßnahme des Übergangs zum Sozialismus) ausgab. Bis hierher sind alle Bolschewiki miteinander einverstanden und einmütig. Aber die Gen. W. Smirnow und N. Bucharin wollen weitergehen und das Minimalprogramm ganz verwerfen. Das würde heißen: ganz Zuwiderhandeln dem weisen Rat des weisen Sprichworts, das da lautet: „Prahle nicht, wenn Du in den Kampf ziehst, sondern prahle, wenn Du vom Kampfe kommst". (Zurufe: Hört, hört — Heiterkeit.)

Wir ziehen in den Kampf, d. h. wir kämpfen für die Eroberung der politischen Macht durch unsere Partei. Diese Macht würde eine

Diktatur des Proletariats und der armen Bauern sein. Wenn wir diese Macht übernehmen, so fürchten wir uns nicht, über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinwegzuschreiten, sondern erklären im Gegenteil, geradeaus, präzise und überall, daß wir über diesen Rahmen hinausgehen werden, daß wir furchtlos zum Sozialismus gehen werden, und daß eben dahin unser Weg führt — über die Räterepublik, die Nationalisierung der Banken und Trusts, die Arbeiterkontrolle, die allgemeine Arbeitspflicht, die Nationalisierung des Grund und Bodens, die Konfiskation des Inventars, der Großgrundbesitzer usw. In diesem Sinne haben wir ein Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus gegeben.

Aber wir sollen nicht prahlen, wenn wir in den Kampf ziehen; wir sollen das Minimalprogramm nicht hinauswerfen, denn das würde einer leeren Prahlerei gleich sein. (Hört, hört!) Wir wollen nichts „von der Bourgeoisie fordern", sondern es selbst verwirklichen, keine Kleinarbeit im Rahmen der bürgerlichen Ordnung scheuen.

Das würde eine leere Prahlerei sein; denn erst muß man die Macht erobern, und wir haben sie noch nicht erobert. Erst muß man durch die Tat die Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus verwirklichen, unsere Revolution bis zum Siege der internationalen sozialistischen Revolution führen und dann, „wenn man vom Kampf kommt", kann und soll man das Minimalprogramm als unnötig hinauswerfen.

Können wir jetzt dafür bürgen, daß es nicht sehr nötig ist? Gewiß ist es unmöglich, aus dem einfachen Grunde, weil wir die Macht noch nicht erobert, den Sozialismus nicht durchgeführt und sogar den Anfang der sozialistischen Weltrevolution noch nicht erlebt haben.

Man muß fest, kühn und ohne Schwanken zu diesem Ziel gehen, aber es ist lächerlich, es als erreicht zu erklären, wenn es bekannterweise noch nicht erreicht ist. Das Hinauswerfen des Minimalprogramms ist der Erklärung, der Verkündung (der Prahlerei, einfacher gesagt) gleich, „daß wir schon gesiegt haben". Nein, werte Genossen, wir haben noch nicht gesiegt."

Und dann einige weitere Ausführungen, die das noch erläutern, und ich glaube, auch Anhaltspunkte für unsere weitere Programmdebatte geben werden. Gen. Lenin fährt fort:

„Wir wissen nicht, ob wir morgen siegen werden oder etwas später. Ich persönlich neige der Meinung zu, daß es morgen der Fall sein wird — ich schreibe das am 6. Oktober 1917 —, und daß wir uns mit der Übernahme der Macht verspäten können; aber morgen ist immerhin morgen und nicht heute. — Wir wissen nicht, wie schnell nach unserem Siege die Revolution im Westen kommen wird. Wir wissen nicht, ob es nach unserem Siege nicht noch zeitweise Perioden der Reaktion und Siege der Gegenrevolution geben wird. Darin liegt nichts Unmögliches; darum werden wir, wenn wir gesiegt haben, eine „dreifache Linie von Schützengräben" gegen eine solche Wirklichkeit bauen.

Wir wissen das alles nicht und können es nicht wissen. Niemand kann das wissen und darum ist es lächerlich, das Minimalprogramm hinauszuwerfen, das notwendig ist, solange wir noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung leben, solange wir diesen Rahmen nicht zerstört, die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus nicht geschaffen, den Feind, die Bourgeoisie, nicht geschlagen, und wenn er ge-

schlagen ist, nicht vernichtet haben. Das alles wird kommen und wird vielleicht schneller kommen, als es manchem scheint. Ich persönlich glaube, daß es morgen beginnen wird; aber es ist noch nicht da.

Nehmen wir das Minimalprogramm auf politischem Gebiet. Es ist auf die bürgerliche Republik berechnet. Wir fügen hinzu, daß wir uns nicht auf ihren Rahmen beschränken, sondern sofort für den höheren Typus der Räterepublik kämpfen. Das müssen wir tun. Zur neuen Republik müssen wir mit grenzenloser Kühnheit und Entschlossenheit gehen und ich bin sicher, daß wir so zu ihr gehen werden. Aber das Minimalprogramm darf man auf keinen Fall hinauswerfen; denn erstens haben wir noch keine Räterepublik, zweitens ist die Möglichkeit von „Restaurationsversuchen" nicht ausgeschlossen, man muß sie erst erleben und besiegen, drittens sind beim Übergang vom Alten zum Neuen zeitweilig „kombinierte Typen" möglich (worauf der „Rab. Putj" vor einigen Tagen richtig hingewiesen hat), z. B. sowohl die Räterepublik als auch die Konstituante. Das alles muß sich überleben, und dann werden wir noch Zeit haben, das Minimalprogramm hinauszuwerfen."

Und zum Schluß heißt es:

„Dasselbe ist auf wirtschaftlichem Gebiet der Fall. Wir sind alle darin einer Meinung, daß die Furcht, zum Sozialismus vorwärtszugehen, die größte Gemeinheit und der Verrat an der Sache des Proletariats ist. Wir sind alle darin einer Meinung, daß die grundlegenden ersten Schritte auf diesem Wege solche Maßnahmen wie die Nationalisierung der Banken und Trusts sein müssen. Verwirklichen wir erst diese und ähnliche Maßnahmen und dann werden wir sehen. Dann werden wir besser sehen; denn die praktische Erfahrung wird unseren Gesichtskreis unermeßlich erweitern, die praktische Erfahrung, die millionenmal mehr wert ist als die besten Programme. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich und sogar unzweifelhaft, daß es auch hier ohne „kombinierte Typen" für den Übergang nicht gehen wird; z. B. können wir die kleinen Betriebe mit ein oder zwei Lohnarbeitern weder sofort nationalisieren, noch unter eine wirkliche Arbeiterkontrolle stellen. Nach ihrer Rolle mögen sie verschwindend klein und durch die Nationalisierung der Banken und Trusts an Händen und Füßen gebunden sein, das ist alles wahr; aber wozu das Minimalprogramm hinauswerfen, solange noch, wenn auch kleine Reste bürgerlicher Verhältnisse bleiben? Als Marxisten, die kühn in die größte Revolution der Welt gehen und zugleich die Tatsachen nüchtern beurteilen, haben wir kein Recht, das Minimalprogramm hinauszuwerfen.

Wenn wir es jetzt hinauswerfen würden, so hätten wir dadurch bewiesen, daß wir den Kopf schon verloren haben, bevor wir noch siegen konnten. Aber wir dürfen ihn nicht verlieren, weder vor dem Siege, noch während des Sieges, noch nach dem Siege; denn wenn wir den Kopf verlieren, verlieren wir alles."

Genossen, das schrieb Lenin am 6. Oktober 1917 in einer Situation, wo er sagte: „die proletarische Diktatur, unser Sieg, ist eine Sache von morgen, aber wir sind noch nicht da, wir sind bei heute". Und im Weltmaßstabe gesehen, Genossen, kann man mit Recht sagen: der Sieg der Weltrevolution ist sicher noch nicht heute. Er ist vielleicht nicht morgen, nicht morgen in dem Sinne, wie das 1917 gesagt wurde.

Im Weltmaßstabe gesehen, muß man sagen: diese Strecke von dem heutigen Zustande bis zur Verwirklichung der proletarischen Diktatur im Weltmaßstabe bemißt sich nach Jahren, vielleicht nach Jahrzehnten, nach Jahrzehnten sicher, wenn wir nicht nur die großkapitalistischen Gebiete einschließen, sondern auch die koloniale, halb agrarische usw. Umwelt. Für eine solche große Strecke, die vor uns liegt, muß man genaue Weglinien aufrichten und ich frage mich nun: welcher Art können diese taktischen Wegzeichen, diese Grundregeln sein? Der Haupteinwand des Gen. Bucharin bestand darin, daß er sagte, wir können keine konkreten Tagesforderungen in das allgemeine Programm aufnehmen, denn diese konkreten Tagesforderungen sind nur kurzfristig; sie können sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat ändern. Und zweitens: diese konkreten Tagesforderungen sind von Land zu Land sehr verschieden. Wir können sie also nicht unter einen Hut bringen. Darauf antworte ich folgendes: Wir haben nicht, weder in das allgemeine Programm, noch in die nationalen Programme die konkreten Tagesforderungen bis in alle ihre Einzelheiten hineinzubringen, aber wir haben die taktischen Grundregeln zu geben, die taktischen Grundsätze, die Methoden, um mich so auszudrücken, aus denen alle diese konkreten einzelnen Forderungen eindeutig und sicher abgeleitet werden können.

Und, Genossen, es gibt nicht nur solche Probleme des Überganges, die je nach den einzelnen Ländern verschieden sind und die von Woche zu Woche und von Monat zu Monat verschieden sind, es gibt eine ganze Reihe solcher Fragen des Überganges, solcher großen Fragen allgemeiner Natur, die unbedingt in einem kommunistischen Programm festgelegt werden müssen. Und ich sage, ein allgemeines Programm der Kommunistischen Internationale, das hier auf dieser großen Strecke einen weißen Fleck aufweist, ein solches allgemeines Programm hat für die Parteien des Westens nur sehr wenig praktischen Wert. (Sehr richtig! bei den Deutschen.) Für die nächste Zeit liegt das Hauptgewicht gerade auf dieser Übergangsstrecke und ihrer Absteckung. Ich will einige solcher Fragen des Überganges erwähnen, die meiner Ansicht nach unbedingt in ein solches kommunistisches Programm hineingehören. Ich rechne dazu die Frage der Produktionskontrolle, die Frage des Staatskapitalismus, Richtlinien für eine Steuerpolitik und Finanzpolitik der einzelnen Parteien. (Sehr richtig!) Diese Fragen treten ja jeden Tag an die Parteien heran, die konkrete Form wechselt *(Bucharin:* Aha!). Ja, aber Richtlinien muß man haben, aus denen dann das praktische Verhalten abzuleiten ist. Nehmen Sie zum Vergleich das Erfurter Programm: Dieses enthielt Grundsätze für die Steuerpolitik, die heute natürlich überholt sind. Sie werden nicht leugnen wollen, Gen. Bucharin, daß die steuerlichen und finanziellen Verhältnisse der einzelnen Länder und auch Deutschlands, in den einzelnen Jahren verschieden waren, und doch ist eine solche Richtschnur wichtig, nützlich und notwendig.

Dann, Genossen, ein zweiter wichtiger Punkt des Übergangs ist das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie. Ich finde in dem Programmentwurf des Gen. Bucharin eine ausgezeichnete kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Demokratie, aber betrachten Sie die Kommunistische Internationale als Ganzes, die Reihenfolge ihrer Parteien, sagen wir von Indien an bis Sowjetrußland, genügt das für eine Kommunistische Internationale? *(Bucharin:* Nein.) Bei weitem nicht! Sie

müssen eine Richtschnur haben, erstens für das Verhalten der Kommunisten zur Demokratie in den Verhältnissen, wo die bürgerliche Demokratie noch nicht existiert, d. h. wir haben Verhältnisse, wo noch gegen absolutistische und feudale Staatsformen zu kämpfen ist. Zweitens müssen Sie eine Richtschnur haben für das Verhalten der Kommunisten in einer Situation, wie in Deutschland zur Frage der Verteidigung der Republik gegen monarchistische Anschläge. Und drittens müssen wir eine Richtschnur haben für das Verhalten der Kommunisten in einer Situation, wie wir sie etwa im November 1918 in Deutschland hatten, wo es sich darum handelte, die Demokratie zu zerbrechen und zur Diktatur überzugehen. Ich sage, all diese Übergangsphasen müssen in ihren Grundlinien angegeben werden, nicht in ihren Einzelheiten. Und daß das möglich ist, beweist das Kommunistische Manifest von 1848. Sehen Sie hier den letzten Abschnitt durch, der sich mit den Verhältnissen der Kommunisten zu den anderen Parteien beschäftigt, zur bürgerlichen Demokratie, zum Kleinbürgertum usw. In wenigen knappen Sätzen ist hier das wesentliche Verhalten angegeben, und so muß es auch in unserem Programm sein. Ein Programm — ich beziehe mich hier auf einen Ausspruch der Gen. Luxemburg, der mir sehr zeitgemäß zu sein scheint — muß eine Handhabe für alle wesentlichen Übergangsphasen geben. Ein Programm, das uns in diesen Phasen im Stiche läßt oder das wir in bestimmten Situationen gebrauchen und in bestimmten Situationen nicht gebrauchen können, hat wenig politischen Wert.

Und ich finde auch, daß Gen. Bucharin nicht konsequent gewesen ist. Wenn er die Folgerungen zieht aus seiner Ablehnung der Übergangsforderungen, dann mußte er mit aller Vehemenz gegen das bulgarische Programm und auch gegen unser, das deutsche, Programm vorgehen. Er muß das noch nachholen, ganz entschieden.

Damit verlasse ich diese Frage und komme ganz kurz zu der Frage der Übergangsforderungen, des Kriegskommunismus und der neuen ökonomischen Politik in ihrer Anwendung auf die Westländer. Ich stimme hier im ganzen dem zu, was der Gen. Bucharin gesagt hat. Ich möchte nur einige Erläuterungen hinzufügen.

Es ist hier ganz richtig gesagt worden, sowohl der Kriegskommunismus, als auch die Nep sind durch Notwendigkeiten, durch zwingende Umstände entstanden, sie sind nicht Produkte eines fertigen Planes, der vorausging, sondern Schritte der Notwendigkeit. Diese Notwendigkeiten, sowohl der Kriegskommunismus, als auch die Nep sind bedingt durch Ursachen nicht nur spezifisch russischer Art, sondern auch allgemeiner Art: Und nun frage ich: Wie stellen sich diese Dinge für Westeuropa dar?

Trotzki hat richtig entwickelt und auch der Gen. Bucharin hat das in ausgezeichneter Weise getan, daß ein Widerspruch besteht zwischen den Erfordernissen des Bürgerkrieges und den ökonomischen Notwendigkeiten. Was den Kriegskommunismus betrifft, so ist er ein Produkt des Bürgerkrieges in erster Linie. Und wir sagen, wenn wir voraussehen — und wir sehen es voraus —, daß wir im Westen auch eine Periode des Bürgerkrieges durchzumachen haben werden nach der Eroberung der Macht, wir andererseits auch voraussehen, daß diese Periode wahrscheinlich kürzer sein wird, und so wird man annehmen,

dieser Kriegskommunismus wird im Westen vielleicht eine unbedeutendere Rolle spielen als hier in Rußland. Gewiß können wir nichts im einzelnen voraussehen, aber wir sollen feststellen, daß wir in der Periode des Bürgerkrieges sämtliche wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Kriegsnotwendigkeiten unterzuordnen haben.

Dann zur Nep im Westen. Die Bedürfnisse des Kleinbauern existieren auch im Westen, wenn auch nicht in diesem Umfange. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß man gewohnt ist zu betrachten: hier ist Rußland, das macht eine bestimmte ökonomische Politik, und hier ist Deutschland, das wird auch eine bestimmte ökonomische Politik machen. Man vergißt eins, daß in der Periode, in der etwa Deutschland vor dieser Frage stehen wird, es sich nicht um ein isoliertes Deutschland handeln wird, sondern wahrscheinlich um einen ökonomischen Block Deutschland — Rußland. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß für das deutsche Wirtschaftsgebiet diese großen kleinbürgerlichen Massen Rußlands hinzukommen, und für Rußland eine Verstärkung des industriellen Faktors.

Soweit wir sehen, bedeutet diese Politik für Rußland eine Politik nach vorwärts, für den Westen aber wird sie wahrscheinlich ein Zurückgehen von dem sein, was im Westen eigentlich an sich möglich wäre.

Genossen, die große Bedeutung der ökonomischen Politik für die Parteien des Westens beruht auf der programmatischen Festlegung unseres Verhältnisses zu den Mittelschichten, den Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, Kleinhandwerkern. Ich meine, man soll hier nicht programmatisch fixieren, was keine ökonomische Notwendigkeit ist. Man soll aber in das Programm hineinsetzen, daß die Rücksichten auf die Schonung dieser Schichten unter Umständen den Notwendigkeiten des Bürgerkrieges weichen müssen.

Dann noch eine Bemerkung in Anknüpfung an das bulgarische Programm.

In unserem Programm und dem bulgarischen Programm haben wir die Forderung aufgestellt: genossenschaftliche Vereinigung der Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibenden nach Eroberung der Macht. Ich möchte hier nur eins hinzufügen: daß in der Industrie, beim Kleingewerbe diese Genossenschaften eine ziemlich andere Rolle spielen werden als in der Landwirtschaft. Denken wir uns einen Staat wie Deutschland mit einigermaßen entfalteter Industrie. Dann wird, geschichtlich gesprochen, bald der Moment kommen, wo wir diese kleinindustriellen Schichten in die Großindustrie aufnehmen werden. Anders ist es mit den Kleinbauern und Mittelbauern. Hier muß sich die Idee der Genossenschaft auf viel längere Sicht erstrecken und diese Genossenschaften werden einen ziemlich anderen Charakter haben als die industriellen Genossenschaften.

Ich komme dann schließlich ganz kurz noch zum Aufbau des Programms. Ich möchte hier nur die Bemerkung machen: im großen und ganzen kann man dem Vorschlag, den Gen. Bucharin gemacht hat, zustimmen. Wir haben in unserem Programm abgesehen von der Analyse der kapitalistischen Periode. Wir haben begonnen mit der Analyse der imperialistischen Epoche. Wir sind zu der Meinung gekommen,

daß diese Analyse der kapitalistischen Epoche notwendig ist, und daß sie hinzugesetzt werden muß.

Ich möchte noch hinzufügen, daß mir auch die Berücksichtigung des Vorschlags des Gen. Varga notwendig erscheint, auch die Analyse der vorkapitalistischen Methode der Ausbeutung vorherzuschicken. Wenn wir wirklich ein Weltprogramm des Kommunismus haben wollen, müssen wir auch darauf noch eingehen.

Dann zum Schluß die Form. Gen. Bucharin hat die Länge der Programme gerügt. Genossen, wir sind mit dieser Länge auch nicht einverstanden, aber es ist uns damit gegangen, wie jenem französischen Bischof, der seinem Freunde schrieb: „Ich schreibe Dir einen langen Brief, weil ich keine Zeit habe, einen kurzen zu schreiben." Wir haben keine Zeit gehabt, ein kurzes Programm abzufassen. Es ist absolut notwendig, daß die Programme kurz gehalten werden, vielleicht noch kürzer als das von Bucharin. Ich beziehe mich hier auf Äußerungen, die Engels in der Programmfrage tat, wo er sagt: ein Programm soll so kurz wie möglich sein, es muß vieles der mündlichen Erläuterung überlassen. Daneben soll es natürlich einfach sein, möglichst verständlich. Auch hier geben wir zu, daß das deutsche Programm der Verbesserung bedarf.

Genossen, ich komme nun zum Schluß und sage: wir sollen unser kommunistisches Programm hieb- und stichfest machen, was die Prinzipien und die Ziele anbelangt, absolut hieb- und stichfest. Aber wir sollen nicht glauben, daß wir das erreichen, indem wir eine große Strecke des Weges, die wir zurückzulegen haben, unbeleuchtet lassen, oder — anders ausgedrückt — indem wir eine große Strecke des Weges nicht in unsere Landkarte aufnehmen.

Gen. Bucharin und manche anderen Genossen fürchten, daß sie, wenn dieser Weg aufgezeichnet würde, vielleicht den Sprung darüber nicht machen könnten. Nun, Genossen, ich sage, z. B. unsere russischen Genossen, die am 6. Oktober 1917 das Minimalprogramm beibehielten, haben sehr rasch diesen Sprung machen können, und ich bin überzeugt, es hängt wirklich nicht von diesem Auslassen der Wegbezeichnung ab, ob wir ein Programm haben werden, das uns zum Siege führt. (Lebhafter Beifall).

Schluß der Sitzung um 4 nachm.



FÜNFZEHNTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 18. NOVEMBER 1922.

Programmfrage.

Redner: Kabaktschijew.

Vorsitz: *Kolarow.*

Eröffnung: 7,30 abends.

KABAKTSCHIJEW (Bulgarien): Genossen, die Kommunistische Internationale steht vor der wichtigen Aufgabe, ihr Programm und das Programm ihrer Hauptsektionen auszuarbeiten. Welche Umstände haben die Kommunistische Internationale vor diese wichtige Aufgabe gestellt?

Die Notwendigkeit eines kommunistischen Programms.

Die 2. Internationale ist bankrott. Die Epoche der friedlichen Entwicklung und der wachsenden Prosperität des Kapitalismus von 1871 bis zum Anbruch der imperialistischen Epoche, d. h. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, hat die opportunistischen Tendenzen innerhalb der 2. Internationale geschaffen und verstärkt und dem Programm der sozialdemokratischen Parteien ihren Stempel aufgedrückt. Der charakteristischste Zug der sozialdemokratischen Parteien ist, daß sie die Arbeiterklasse dem Kapitalismus angepaßt, sie mit dem kapitalistischen System versöhnt und für unbestimmte Zeit vom Sozialismus entfernt haben.

Hieraus erklärt sich, daß die sozialdemokratischen Parteien dem Minimalprogramm — d. h. den innerhalb der Grenzen und auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichbaren Forderungen der Partei — die Hauptbedeutung beimaßen und das Endziel — die Eroberung der politischen Macht durch die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats — verdunkelten.

Die neue revolutionäre Epoche.

Nun haben aber einerseits das Einsetzen des Imperialismus und die imperialistischen Kriege, die an der Peripherie der kapitalistischen Welt ausbrachen und schließlich die großen kapitalistischen Staaten in den imperialistischen Weltkrieg von 1914 stürzten, und andererseits die russische Revolution von 1905, der die Revolutionen in der Türkei, in China, in Persien usw. folgten, der friedlichen Epoche des Kapitalismus ein Ende bereitet und eine neue, an Kriegen und Revolutionen reiche

Epoche geschaffen. Diese Epoche stürzt die gesamte kapitalistische Welt in eine allgemeine und tiefgreifende wirtschaftliche und politische Krise. In dieser Epoche nimmt die revolutionäre Bewegung des Proletariats einen neuen Anlauf. Der Imperialismus, der Krieg und die Krise haben die Klassengegensätze verschärft und dem Klassenkampf einen neuen, mächtigen Antrieb verliehen.

Die klassenbewußten und revolutionären Elemente des Proletariats lösten sich von den sozialdemokratischen Parteien los und verstanden es, durch einen unerbittlichen Kampf gegen den Opportunismus, durch den Bruch mit der nationalen Bourgeoisie die internationale Solidarität des revolutionären Proletariats wiederherzustellen.

So kamen die Vorbedingungen zur Gründung der Kommunistischen Internationale zustande, deren Fundament im Jahre 1919 in Moskau gelegt wurde.

Die revolutionäre kommunistische Bewegung der Arbeiterklasse zeichnet sich durch neue Kampfmethoden aus: Es ist dies der Kampf um die Eroberung der politischen Macht durch die Aktion der Massen, durch den Generalstreik, durch den bewaffneten Aufstand. Nicht mehr das Minimalprogramm, sondern der revolutionäre Kampf zur Aufrichtung der Proletarierdiktatur steht im Mittelpunkt der Bemühungen des Proletariats.

Die Erfahrungen der russischen Revolution.

Selbstverständlich konnten und können die kommunistischen Parteien sich des alten Programms der sozialdemokratischen Parteien nicht mehr bedienen. Wenn die Pariser Kommune, dieser erste Versuch des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht, *Marx* die Möglichkeit geboten hat, die Ziele und Mittel der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats klar zu bestimmen, so ist die große russische Revolution, die dem Proletariat in dem größten Lande der Welt zur Macht verholfen hat und die bereits seit 5 Jahren besteht, von noch viel größerer historischer Wichtigkeit, weil sie dem Weltproletariat die Formen und die Mittel der Proletarierdiktatur gezeigt hat. Das Beispiel der russischen Revolution muß also der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen als wichtigste Quelle dienen, mit deren Hilfe sie die Ziele und die Formen der Proletarierdiktatur, sowie die Mittel der Eroberung der Macht bestimmen können. Wenn wir also das Programm der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen ausarbeiten wollen, müssen wir vor allen Dingen aus den Erfahrungen der russischen Revolution schöpfen.

Die Kommunistische Internationale hat ihre Prinzipien auf ihrem ersten Kongreß aufgestellt und festgestellt. Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat das Fundament ihrer Organisation festgelegt. Der 3. Kongreß hat die allgemeinen Richtlinien der Taktik der Kommunistischen Internationale in der gegenwärtigen Periode festgestellt. Es ist nunmehr an der Zeit, das Programm der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen auszuarbeiten. Wenn der 4. Kongreß diese Aufgabe nicht in definitiver Weise erfüllen kann, so muß er wenigstens die Grundlage feststellen, auf der die Sektionen der Kommunistischen Internationale während des laufenden Jahres arbeiten

müssen, um zum nächsten Kongreß ein definitives Programm ausarbeiten zu können.

Das Programm der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Der dem Kongreß unterbreitete Programmentwurf der Kommunistischen Partei Bulgariens ist nach folgendem System aufgebaut.

Das Programm besteht aus zwei Teilen; der erste Teil enthält die allgemeine Auseinandersetzung der Prinzipien, die theoretische Grundlage des Programms, der zweite Teil enthält die Aufzählung der konkreten Ziele und der Forderungen, für deren Verwirklichung die Partei kämpft, mit einem Wort das eigentliche Programm.

Der theoretische Teil zerfällt in vier Punkte:

I. Kurze Darstellung der durch den imperialistischen Krieg geschaffenen revolutionären Krise und der Verhältnisse, unter denen die Kommunistische Partei gegründet wurde;

II. Analyse der kapitalistischen Produktion und der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die Entstehung der Arbeiterklasse, die Schaffung der Vorbedingungen der sozialen Revolution innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbst;

III. Analyse der imperialistischen Epoche des Kapitalismus, der imperialistische Krieg, seine Konsequenzen, die Verschärfung der Klassengegensätze, der Bürgerkrieg, die russische Revolution als Anfang der proletarischen Weltrevolution;

IV. Einfluß des Imperialismus und des imperialistischen Krieges auf die Entwicklung des Balkans; in Bulgarien: die neuen Kampfverhältnisse der Partei und ihre Ziele in dieser Epoche.

Der 2. Teil des Programms, das eigentliche Programm, beginnt mit der Feststellung des Endzieles der Partei und kommt dann zu den Forderungen, um deren Verwirklichung die Partei während der Epoche der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats — die die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus genannt wird — kämpft.

Wir haben in unserem Programm den allgemeinen Verhältnissen auf dem Balkan, wo die kommunistischen Parteien des Balkans zum Kampf aufmarschieren und sich zur Revolution vorbereiten, einen besonderen Platz eingeräumt. Wir glauben damit einen Programmtypus gegeben zu haben, den sich die übrigen kommunistischen Parteien des Balkans zunutze machen können. Gleichzeitig bezeichnen wir in unserem Programm die Aufgaben des kommunistischen Balkanbundes, als einer zur Vorbereitung und zum endgültigen Sieg der Revolution auf dem Balkan erforderlichen Organisation.

Das Maximalprogramm der Kommunistischen Partei.

Nun ist die Frage, ob die Kommunistische Partei ein Maximalprogramm und ein Minimalprogramm oder bloß ein allgemeines Programm für die Übergangsperiode haben soll.

Die Kommunistische Partei kann ein Minimalprogramm, wie es die sozialdemokratischen Parteien vor dem Kriege hatten, nicht akzeptieren, weil die Kommunistische Partei der Auffassung ist, daß sich der Ka-



pitalismus in einer tiefgreifenden Krise befindet, die rasch und unvermeidlich zur völligen Zersetzung und zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen wird, und daß die Aufgabe des Proletariats heute nicht darin besteht, sich — wie es das alte Minimalprogramm vorschrieb — anzupassen, sondern darin, den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg der Revolution zu beschleunigen.

Andererseits können heute die politischen Forderungen (Demokratie) des Minimalprogramms, solange die Bourgeoisie an der Macht sein und ihre Klassenherrschaft selbst in den demokratischsten Staaten mit Hilfe der Diktatur aufrechterhalten wird, nicht verwirklicht werden. Die wirtschaftlichen Forderungen des Minimalprogramms aber können zumeist infolge der wirtschaftlichen Krise, der Teuerung und des Verfalls des Kapitalismus nicht verwirklicht werden.

Die Kommunistische Partei stellt sich auf den Standpunkt, daß die kapitalistische Gesellschaft in das Stadium der revolutionären Krise eingetreten ist und daß wir am Beginn der proletarischen Weltrevolution stehen.

Aus diesem Grunde ist die Hauptaufgabe des Proletariats und der Kommunistischen Partei die Eroberung der politischen Macht und die Verwirklichung des Maximalprogramms.

Kann die Kommunistische Partei ein Minimalprogramm haben?

Nun ist die Frage, ob die Kommunistische Partei vor der Eroberung der Macht — also in einer Periode, die heute viel länger zu sein scheint, als man 1918—1919 dachte — auf jede Forderung innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft verzichten kann. Selbstverständlich kann sie das nicht. Diese Forderungen haben jedoch nicht dieselbe Bedeutung und dieselbe Wichtigkeit, die sie im alten Minimalprogramm hatten; sie sind lediglich Übergangsforderungen, für die die Arbeiterklasse sich in der gegenwärtigen Krise rasch erhebt, um dann sofort vor die großen Forderungen des Maximalprogramms zu gelangen.

Diese Forderungen haben heute eine revolutionäre Bedeutung, sind von revolutionärer Wichtigkeit. Sie bedeuten gewissermaßen eine Etappe in der Ausbreitung und der Verschärfung des Klassenkampfes des Proletariats.

Ein Teil dieser Forderungen trägt einen mehr vorübergehenden Charakter und hängt von den jeweiligen, augenblicklichen Verhältnissen des Kampfes ab; diese Forderungen müssen als Losungen, als augenblickliche Forderungen aufgestellt werden.

Die übrigen Forderungen sind für längere Zeit berechnet und stellen die wichtigsten Forderungen dar, für die die Kommunistische Partei kämpft und bis zur Eroberung der Macht kämpfen wird; diese Forderungen müssen in das Programm aufgenommen werden. Da sie aber ebenfalls vorübergehender Natur sind, sind sie für die Maximalforderungen und die Kampfbedingungen nicht ausschlaggebend, und da andererseits der Kampf um ihre Verwirklichung unaufhörlich und unvermeidlich zur Frage der Eroberung der Macht und der Verwirklichung der Maximalforderungen führt, geht es nicht an, diesen Forderungen im Programm einen selbständigen Platz einzuräumen. Sie müssen dem Maximalprogramm am Schluß der Maximalforderungen angefügt werden.

Das Programm der KPR.

Zur Festlegung der Maximalforderungen des Programms ist die Ausnützung der Erfahrungen der russischen Revolution und des Programms der KPR. notwendig.

Das Programm der KPR. enthält dasjenige, woran es dem alten sozialdemokratischen Programm mangelte und was eine Lücke bildete, die den Hauptfehler dieses Programms darstellte: Im russischen Programm sind die Aufgaben des Proletariats während der sozialen Revolution in bezug auf die Eroberung der Macht und die Diktatur des Proletariats, auf Aufhebung des kapitalistischen Staates und des alten Regimes wie auch in bezug auf den Aufbau des neuen Staates und der sozialistischen Gesellschaft in konkreter Form dargelegt.

Das Hauptziel des kommunistischen Programms besteht gerade in der Darlegung dieser Hauptaufgaben des revolutionären Proletariats. Ist es nun wohl zulässig, auf diesem Gebiete die Erfahrungen der russischen proletarischen Revolution, die von allgemeiner geschichtlicher Wichtigkeit ist, außer acht zu lassen? Die Antwort ist ganz entschieden: nein.

Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen die großen Erfahrungen der russischen Revolution, die den realen Inhalt für das Programm des Proletariats der ganzen Welt lieferten und die in einer konkreten Form die Forderungen und die Kampfmittel der Weltrevolution gezeigt haben, ausnützen.

Das will aber natürlich nicht besagen, daß das russische Programm kopiert werden muß; das will besagen, daß es ausgenutzt werden soll als Leitfaden zur sorgfältigen Untersuchung der realen Verhältnisse jedes Landes und zur Festlegung des Programms jeder Partei unter voller Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse.

Die Taktik der Kommunistischen Partei und ihr Programm.

Eine andere Frage ist, ob das Programm *alle* taktischen Fragen — betreffend die Einheitsfront, die Arbeiterregierung usw. — beantworten muß, die der Partei in der gegenwärtigen Periode gestellt werden? Im Programm müssen wir eine allgemeine Linie unserer Taktik festlegen, mit Berücksichtigung der Prinzipien der Kommunistischen Partei und der Bedingungen der gegenwärtigen historischen Epoche, wir können aber die besondere Anwendung dieser allgemeinen Linie für jeden gegebenen Augenblick nicht festlegen.

Soll das Programm der Kommunistischen Partei ein Aktionsprogramm sein?

Es wurde die Frage gestellt: Soll das Programm der Kommunistischen Partei ein Aktionsprogramm sein oder nicht? Das Programm der Kommunistischen Partei soll ein Aktionsprogramm sein, aber es soll noch etwas mehr sein: ein prinzipielles Programm. Das will besagen, daß das kommunistische Programm keine Plattform mit vorübergehenden Augenblicksforderungen sein kann, sondern eine theoretische und prinzipielle Darlegung unserer historischen Konzeption, gleichzeitig aber muß das kommunistische Programm jene Hauptforderungen bezeichnen,

für die das revolutionäre Proletariat während der Übergangsperiode bis zur Eroberung der Macht und während der proletarischen Diktatur kämpft.

Die Taktik der Kommunistischen Partei Bulgariens im parlamentarischen Kampfe.

Ich will jetzt auf jene Kritiken, die unserem Programmentwurf gegenüber geäußert wurden, antworten. Gen. Bucharin sagte, daß wir dem Parlamentarismus zu viel und den Mitteln des revolutionären Kampfes zu wenig Platz zuwiesen. Dieser Tadel ist nicht begründet.

Die Kommunistische Partei Bulgariens hat unmittelbar nach dem 1. Kongreß der KI., zur gleichen Zeit, als sie sich der KI. anschloß, eine „Programmdeklaration" angenommen (auf dem Parteikongreß im Mai 1919), die die Prinzipien und die Taktik der KI. enthielt. Diese „Programmdeklaration" nützt die Erfahrungen der russischen Revolution aus und stellt als Hauptaufgaben der Partei folgendes fest: Eroberung der politischen Macht durch den Kampf der Massen der Arbeiterklasse und der armen Bauern, einen Kampf, der sich bis zum bewaffneten Aufstand und zur Errichtung der durch die Sowjets der Arbeiter und Bauern gehandhabten proletarischen Diktatur entwickeln muß. Gleichzeitig hat aber die Kommunistische Partei Bulgariens auf die Teilnahme am Wahlkampf, am Kampfe im Parlament und in den Munizipalitäten nicht verzichtet; zum Unterschied von gewissen kommunistischen Parteien, die nach dem Siege der Sowjets in Rußland auf eine Teilnahme an Wahl- und parlamentarischen Kämpfen verzichteten, hat die Kommunistische Partei Bulgariens mit verstärkter Energie und großem Erfolge die Teilnahme an diesen Kämpfen fortgesetzt. Es gelang ihr bei den Parlamentswahlen mehr als ein Viertel der Wähler unter ihrem Banner zu sammeln und sie eroberte eine ganze Reihe von Stadt- und Dorfvertretungskörperschaften. Sie erreichte diese parlamentarischen Erfolge durch die Propaganda und durch einen prinzipiellen Kampf im Namen der revolutionären Forderungen. Der Kampf der Partei im Parlament und in den Munizipalitäten ist untrennbar verbunden mit dem Kampfe der großen Arbeiter- und Bauernmassen, mit den Massenaktionen der Partei und mit der ständigen Zunahme der Zahl der Mitglieder der Partei und ihres Einflusses auf die Massen.

Die Partei kämpft für die Aufhebung des kapitalistischen Staates und aller seiner Organe: vom Parlament bis zur Polizei und der Armee, und für die Errichtung der Republik der Sowjets. Die Taktik der Kommunistischen Partei Bulgariens steht daher nicht im Gegensatz zur Taktik der Kommunistischen Internationale, sie befindet sich im vollen Einklang mit den vom 2. Kongreß der KI. angenommenen Thesen über den Parlamentarismus, — ja noch mehr, sie ist eine Bestätigung der von der KI. angenommenen parlamentarischen Taktik.

In dem vorgelegten Programmentwurf wird der parlamentarischen Aktion keine größere Wichtigkeit beigemessen als sie es verdient. Es wäre vielleicht besser, diese Stelle des Programms in den ersten Abschnitt zu setzen, der von der Republik der Sowjets handelt, wie auch in jenen Abschnitt, in dem die bürgerliche Demokratie in der folgenden Weise charakterisiert wird: In der Maske der Demokratie unterstützt der



kapitalistische Staat die Macht und die Privilegien einer aus den besitzenden Klassen zusammengestellten Minorität auf Kosten der aus den enterbten und ausgebeuteten werktätigen Massen bestehenden großen Majorität. Die Bourgeoisie hält gegenwärtig ihre erschütterte Herrschaft durch Verfolgungen und blutigen Terror aufrecht; selbst wenn sie die demokratische Republik errichtet, herrscht sie in Wirklichkeit durch eine auf Polizei, Armee und den gesamten Apparat des kapitalistischen Staates gestützte Diktatur.

„Das Parlament und das konstitutionelle Regime sind bloße Instrumente der Diktatur der Bourgeoisie."

Revolutionäre Kampfmethoden.

Unser Programmentwurf zählt die revolutionären Mittel des Kampfes um die Eroberung der Macht auf. Das Programm erklärt:

„Das Proletariat wird die soziale Revolution durch Eroberung der proletarischen Macht und durch Errichtung seiner Klassendiktatur vollziehen." Und weiter: „Der imperialistische Krieg hat die Ära der sozialen Revolution eröffnet. Während dieser Ära gewinnt das Maximalprogramm der Partei im Kampfe des gesamten Weltproletariats eine besondere und unmittelbare praktische Bedeutung. Die Erfahrungen der Revolution in Rußland und der revolutionären Bewegung anderer Länder haben sowohl die Forderungen des Proletariats wie die Mittel zu ihrer Verwirklichung klar bezeichnet; nämlich die Organisation der Arbeiter und den Kampf der Arbeitermassen für ihre unmittelbaren Interessen bis zum allgemeinen politischen Streik und zum bewaffneten Aufstand."

„Die revolutionären Klassen (die Arbeiter und die armen Bauern) bemächtigen sich mit bewaffneter Gewalt der politischen Macht des Staates, sie unterdrücken den Widerstand der Bourgeoisie und der Konterrevolution und sichern dadurch ihre Herrschaft und den vollen Sieg der Revolution."

Die wichtigsten Mittel des revolutionären Kampfes sind somit in unserem Programmentwurf angegeben.

Die revolutionären Forderungen der Kommunistischen Partei.

Die Einwendung, daß die Forderungen in unserem Programm in einer zu konkreten und ausführlichen Form dargelegt sind, ist nicht gerechtfertigt. Es ist wahr, daß sich unser Programm nicht mit allgemeinen vagen Formeln begnügte und daß es versuchte, eine genaue Definition sowohl der Maximal- wie der Minimal-Forderungen der Kommunistischen Partei zu geben. Es ging aber auf überflüssige Einzelheiten, die unserer Arbeit unmittelbar nach Eroberung der Macht hinderlich werden könnten, nicht ein.

Wir wiederholen Tag für Tag, daß das Proletariat sich zur Eroberung der Macht und zur proletarischen Diktatur vorzubereiten hat. Der Augenblick der Revolution kann im gegenwärtigen Augenblick noch nicht bestimmt werden, die allgemeine wirtschaftliche und politische Krise, in der sich die kapitalistische Welt befindet, kann sie aber z. B. in Mitteleuropa oder auch auf dem Balkan in sehr naher Zukunft zum Ausbruch bringen. Dieser Perspektive gegenüber, die wir in der gegen-

wärtigen Epoche stets im Auge behalten müssen, sind die kommunistischen Parteien, ist das Proletariat, das an der Spitze der revolutionären Bewegung schreitet, verpflichtet, ein klares und genaues Programm der Aufgaben, die seiner unmittelbar nach der Eroberung der Macht harren, zu besitzen. Andererseits ist ein konkretes und genaues Maximalprogramm, ohne in Einzelheiten zu gehen, ein mächtiges Mittel der kommunistischen Propaganda und Erziehung und der Sammlung der Arbeiter- und Bauernmassen unter dem Banner der Kommunistischen Partei. Schließlich ist es richtig, daß ein ganzes Dutzend Programme nichts wert sind, wenn sie nicht auf der Grundlage einer realen revolutionären Bewegung des Proletariats stehen.

Ferner ist es genau so richtig, daß jede proletarische Bewegung, die keine theoretische Grundlage und kein klares revolutionäres Ziel besitzt, zur Kraftlosigkeit und zur Rolle eines Instruments in den Händen der Bourgeoisie verdammt ist.

In der gegenwärtigen Epoche der sozialen Revolution, da die Rolle der KI. und der kommunistischen Parteien mit jedem Tage bedeutender wird, da die Sozialpatrioten mit den Arbeitermassen, die sie unter ihrem Einflusse halten, die hauptsächlichste Stütze der Herrschaft der Bourgeoisie bilden, müssen die KI. und ihre Sektionen ein auf die festen Grundlagen unserer Theorie: auf die Theorien Marx' gegründetes Programm besitzen, ein Programm, das in der klarsten Weise die Forderungen des revolutionären Proletariats darlegt.

VORSITZENDER: Genossen! Wir haben die drei Berichte über das kommunistische Programm gehört. Es handelt sich jetzt darum, was weiter geschehen soll. Soll die allgemeine Debatte eröffnet werden, damit der Kongreß einen Programmentwurf annehme, oder soll die Debatte und die endgültige Abstimmung bis zum nächsten Kongreß aufgeschoben werden? Die deutsche Delegation hat einstimmig beschlossen, die Debatte und die endgültige Abstimmung bis zum nächsten Kongreß aufzuschieben. Die russische Delegation hat aber das Präsidium ersucht, ihr die Möglichkeit zu geben, über die Frage zu beraten.

Das Präsidium hielt es nicht für möglich, die Frage zu entscheiden, ob unverzüglich die Debatte eröffnet und ein Programm angenommen werden oder ob die Debatte und die Abstimmung bis zum nächsten Kongreß aufgeschoben werden sollen. Es war aber der Meinung, daß das Ersuchen der russischen Delegation bewilligt und daß ihr die Möglichkeit gegeben werde, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Schluß der Sitzung 8,15 abends.

SECHZEHNTE SITZUNG

MONTAG, DEN 20. NOVEMBER 1922.

Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Redner: Losowski, Clark, Lansing.

Eröffnung: 12 Uhr.

Vorsitz: *Kolarow.*

LOSOWSKI: Die Kommunistische Internationale, die sich den entschlossenen und erbitterten Kampf gegen den Reformismus in allen seinen Erscheinungsformen zur Aufgabe gemacht hat, mußte notwendig schon gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit auf das wichtigste Bollwerk des Reformismus — die bestehenden Gewerkschaften stoßen. Darum eben formuliert die Kommunistische Internationale in ihren ersten Kundgebungen ihr Verhalten zu den reformistischen Gewerkschaften und zu der Stellung, die die hervorragendsten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegsperiode eingenommen haben. Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat die Richtlinien für die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung vorgezeichnet, indem er die Theorie der Spaltung und Zersplitterung der Gewerkschaften verwarf, die aus der Ungeduld und Verständnislosigkeit für die grundlegenden Aufgaben der kommunistischen Politik entstanden war.

Der 3. Kongreß hat die Frage der Gewerkschaftsbewegung von neuem erörtert.

Und das ist auch nicht verwunderlich, denn die Gewerkschaften sind zum letzten Zufluchtsort der internationalen Bourgeoisie und zu dem Hauptfundament geworden, auf das sich die kapitalistische Herrschaft gründet. Der 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat in detailliert ausgearbeiteten Leitsätzen abermals die wichtigsten Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung berührt und besonders angelegentlich die Notwendigkeit der höchsten Anspannung aller Kräfte im Kampf gegen die Reformisten auf dem Boden der Eroberung der Gewerkschaften hervorgehoben. Endlich hat die letzte Erweiterte Exekutivsitzung der Kommunistischen Internationale es als notwendig erachtet, das in einigen kommunistischen Kreisen hervorgetretene Bestreben nach einer Liquidierung der Roten Gewerkschaftsinternationale genau zu erörtern, wobei es klar war, daß diese liquidatorischen Tendenzen, wenn sie auch sehr ideale Erwägungen als Begründung ins Feld führten, in Wirklichkeit ein Resultat der Schwäche

und des Unvermögens waren, die eigenen Kräfte im Kampf gegen den Reformismus zu organisieren.

Der 4. Kongreß muß einen weiteren Schritt vorwärts tun. Die allgemeine Richtlinie der vorgezeichneten Grundsätze für die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften ist festgelegt. Wir haben jetzt eine ganze Reihe von Aufgaben zu konkretisieren und nochmals die Fragen hervorzuheben, die vom praktischen internationalen Klassenkampf in den Vordergrund gerückt worden sind. Um diese Fragen zu beleuchten, muß man vor allen Dingen die Lage betrachten, in der gegenwärtig der Kampf der Kommunisten für die Revolutionierung der Gewerkschaften vor sich geht.

Es genügt einen flüchtigen Blick auf die internationale Gewerkschaftsbewegung zu werfen, um zur Überzeugung zu gelangen, daß sie eine tiefgehende Krise durchmacht. Diese Krise wird einerseits durch die gewaltige Offensive des Kapitals und andererseits durch die Haltlosigkeit der Theorie und Praxis des führenden Kerns der internationalen Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen. Die Offensive der Kapitalisten gewann feste Form in den letzten Monaten des Jahres 1920, wobei sie einen planmäßig organisierten Charakter annahm und den Zweck verfolgte, die Produktionsausgaben um jeden Preis durch eine Verbilligung der Arbeitskraft herabzusetzen. Die Bourgeoisie wollte ihre Nachkriegsschwierigkeiten durch einen Druck auf die Arbeiterklasse beseitigen, und je mehr die Krise sich verschärfte, desto erbitterter wurde die Angriffstaktik der Bourgeoisie, denn es handelte sich für sie darum, unter allen Umständen die unsinnig hohen Gewinne zu erzielen, an die sie sich während des Weltkrieges gewöhnt hatte. Die Form des Angriffs war dabei in den valutastarken Ländern eine andere als in denen mit niedriger Valuta, aber im großen und ganzen richtete sich der Ansturm gegen den Achtstundentag; die Arbeitslöhne wurden systematisch abgebaut, und es begann ein Feldzug gegen die bloße Existenz der Gewerkschaften (der Kampf um die „open shops") in Amerika).

Abgesehen von dieser rein wirtschaftlichen Offensive, hat die Bourgeoisie in den letzten zwei Jahren noch besondere Organisationen geschaffen. die die Aufgabe hatten, die Gewerkschaftsorganisationen zu vernichten und ihre Führer auszurotten. Als klassisches Beispiel in dieser Hinsicht kann Italien dienen (wo kürzlich die ganze kommunistische Bewegung zerstört worden ist), das den traurigen Ruhm hat, auf dem Wege der Zertrümmerung und Vernichtung der Arbeiterorganisationen an der Spitze aller „zivilisierten" Mächte zu marschieren. Die gesamte fascistische Bewegung ist ebenso wie die analogen Bewegungen in den anderen Ländern, nicht mehr und nicht weniger als eine vorbeugende Konterrevolution, wobei die italienischen Arbeiter genötigt sind, alle Nachteile und Lasten der Konterrevolution zu erdulden, ohne daß sie alle Vorteile der sozialen Revolution genossen haben. Diese allseitigen Angriffe des Kapitals haben seitens der Spitzenorganisationen der internationalen Gewerkschaftsbewegung nur einen äußerst schwachen Widerstand gefunden. Die Amsterdamer, die bei jeder günstigen und ungünstigen Gelegenheit von ihren großen Siegen über das Kapital und von den großen Wohltaten erzählen, die das Internationale Arbeitsamt im Völkerbund der Menschheit bereitet.

haben vom ersten Augenblick der kapitalistischen Angriffsaktionen an eine abwartende Haltung eingenommen und während der ganzen verflossenen Periode kein einziges Mal die Initiative zu einem ernstlichen Kampf ergriffen, sondern sind bestenfalls nur von der Empörung der Arbeitermassen vorwärtsgepeitscht worden. Äußerst bezeichnend ist in dieser Hinsicht die letzte Aussperrung in England, der Kohlenarbeiterstreik in Amerika, die Metallarbeiterbewegung in Frankreich, sowie eine Reihe von Streiks in Deutschland und Italien. Die Amsterdamer haben stets und überall eine passive Rolle gespielt, haben den Konflikt immer möglichst schnell beizulegen gesucht, die Reihen der Arbeiterklasse desorganisiert und demoralisiert und dadurch ihren Kampf nur vereitelt. Diese Ohnmacht der Gewerkschaften, dem angreifenden Kapital entgegenzutreten, die offene Abgeneigtheit der Führer, die Arbeitermassen in den Kampf zu führen, rief in weiten Kreisen der Arbeiterklasse tiefe Enttäuschung hervor, und hieraus erklärt sich der Abmarsch ganzer Arbeitergruppen aus den Gewerkschaften. Das Anwachsen der Gewerkschaften kommt in den Jahren 1921—22 nicht nur zum Stillstand, sondern macht einem raschen Rückgang Platz. Hunderttausende von Arbeitern verlassen die gewerkschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften bröckeln ab, werden somit geschwächt und verlieren die Fähigkeit, dem angreifenden Kapital entgegenzutreten. Die französische CGT., die Anfang 1920 über 2 Mill. Mitglieder hatte, zählt gegenwärtig in beiden Parallelorganisationen nur noch 600 000 Mitglieder. In Italien ist die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder von 2 Millionen auf 700 000 gefallen. In England sank die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder um 1 300 000. In den Vereinigten Staaten haben die Gewerkschaften ungefähr 1½ Millionen Mitglieder verloren. Einen ähnlichen Rückgang der Mitgliederzahl beobachten wir in der Tschechoslowakei, in Schweden, Norwegen, Holland, Dänemark usw. Nur in Deutschland und Österreich hat sich die Mitgliederzahl ungefähr auf der früheren Höhe gehalten, aber das erklärt sich nicht etwa aus der übermäßigen revolutionären Gesinnung der Gewerkschaftsführer in diesen Ländern, sondern aus der tragischen Lage, in der sich das österreichische und deutsche Proletariat befindet, und durch die größere Organisiertheit der Arbeiter dieser Länder. Abgesehen vom numerischen Rückgang wächst in den Gewerkschaften auch die allgemeine Unsicherheit und der Mangel an Vertrauen in die eigenen Kräfte. Die Amsterdamer, die im Laufe mehrerer Jahre große Reformen ankündigten, die aus dem Schoße des Internationalen Arbeitsamts hervorgehen sollten, sind verstummt. Die Blüten sind entblättert, die Feuer ausgebrannt. Sie selber haben den Glauben an das große soziale Schöpfertum der von ihnen geschaffenen Organisationen verloren, und wenn sie auch am Internationalen Arbeitsamt des Völkerbundes noch weiter teilnehmen, so geschieht es deshalb, weil sie an dieses Arbeitsamt festgeschmiedet sind wie ein Zwangssträfling an seinen Karren, und sie werden das Schicksal dieser in jeder Hinsicht bemerkenswerten Institution teilen. Sie können auf die Arbeitsgemeinschaft der Klassen nicht verzichten, denn ihre ganze Tätigkeit ist auf dieses Prinzip gegründet. Ja noch mehr. Diese Arbeitsgemeinschaft wird von Tag zu Tag immer enger, denn ein Bruch der Klassenarbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und der Bourgeoisie würde

nicht nur das Ende der Bourgeoisie, sondern auch das Ende der Amsterdamer bedeuten.

Wenn die Führer der Amsterdamer Internationale in allen Fällen, wo der Offensive des Kapitals entgegengearbeitet werden mußte, die größte Bescheidenheit und die äußerste Passivität an den Tag legten, so wurden sie dafür höchst ungezwungen aggressiv und energisch, wenn es sich um den Kampf gegen die revolutionären Arbeiter handelte. Die Zeit zwischen dem 3. und 4. Kongreß ist charakterisiert durch den Feldzug gegen den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung. Die Amsterdamer beschlossen, unter keinen Umständen in der Minderheit zu bleiben: lieber eine Spaltung, als die Übergabe der Gewerkschaftsleitung an die Kommunisten. Das ist die Losung der Amsterdamer Internationale, und diese Losung ergibt sich aus der ganzen Stellungnahme der Amsterdamer, denn auf andere Weise würde es ihnen schwer fallen, die kapitalistische Gesellschaft und das kapitalistische System zu retten. In Frankreich ist es den Amsterdamern gelungen, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, und wir haben dort zwei Arbeitskonföderationen. Als die Kommunisten begannen, die bequemen Pöstchen der tschechoslowakischen Amsterdamer zu bedrohen, folgten diese letzteren dem Beispiel ihrer französischen Kollegen und führten die Spaltung der tschechoslowakischen Gewerkschaften herbei.

In Spanien spaltete der reformistische Allgemeine Arbeiterbund seine größte Organisation, den Verband der Bergarbeiter, in demselben Augenblick, als die Kommunisten und Syndikalisten in diesem Verband die Mehrheit gewonnen hatten. In Deutschland ist in den Verbänden der Bauarbeiter, der Eisenbahner und der Verkehrsarbeiter eine systematische Kommunistenhetze eingeleitet worden, wobei die deutsche Methode darin besteht, die zu einem Amt gewählten Kommunisten hinauszuwerfen, ihre Wahlkandidaten nicht anzuerkennen und auf diese Weise die revolutionären Führer von der revolutionären Masse zu trennen.

Beharrlich und hartnäckig führen die Amsterdamer in Deutschland ihre Taktik durch, mit allen Kräften bestrebt, die besten Kampfelemente aus den Arbeiterverbänden zu vertreiben.

„Um stark zu sein, müssen wir unsere Reihen säubern", so lautet die zynische Erklärung des Zentralorgans des ADGB., des „Korrespondenzblatt", in seinem Artikel „Der Feind steht links". „Heraus aus den Gewerkschaften", das ist die Losung der Amsterdamer, und sie ziehen aus ihr die praktischen Folgerungen. Und je größer die kommunistische Gefahr wird, je mehr das revolutionäre Klassenbewußtsein der Massen wächst, um so klarer werden die Bestrebungen der Amsterdamer, die Gewerkschaften zu spalten, denn revolutionäre Gewerkschaften können sie nicht brauchen. Sie ziehen die katholischen und die gelben Gewerkschaften den revolutionären Gewerkschaften vor. Das läßt sich durch eine beliebig große Anzahl von Tatsachen zeigen. So schließt der reformistische Bergarbeiterverband in Deutschland freudig Verträge mit dem katholischen Verband und mit dem nationalistischen polnischen Verband, aber er will sich unter keinen Umständen mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter verständigen, und hilft sich damit, daß er ihre Mitglieder als Unorganisierte bezeichnet. Die Union ist eine revolutionäre Organisation, die von Kommunisten geleitet wird,

und die ehrenwerten Gentlemen aus dem Deutschen Bergarbeiterverband ziehen die Katholiken den Kommunisten vor. Aber die Amsterdamer begnügen sich nicht damit, auf die Gewerkschaften einen Druck im nationalen Ausmaß auszuüben. Auf dem letzten Kongreß der Amsterdamer Internationale in Rom wurde in einer gemeinsamen Beratung mit den Vertretern der internationalen Sekretariate der einzelnen Produktionszweige von neuem der Beschluß gefaßt, daß die revolutionären Gewerkschaften zu diesen Internationalen Sekretariaten nicht zugelassen werden dürfen. In dieser Hinsicht wird eine ganz bestimmte Taktik durchgeführt, denn die Amsterdamer sind immer fest, wenn es sich um den Kampf gegen die revolutionären Gewerkschaften handelt. Während des letzten Jahres wurden aus den internationalen Industrieverbänden ausgeschlossen oder in sie nicht aufgenommen: die russischen Verbände der Metallarbeiter, der Bergarbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter, der Textilarbeiter, der Landarbeiter, der Angestellten, der Post- und Telegraphenbeamten, der Lederarbeiter, der Verkehrsarbeiter usw. Der formelle Grund für ihren Ausschluß war, daß sie durch den Allrussischen Zentralverband der Gewerkschaften der Roten Gewerkschaftsinternationale angegliedert sind, in Wirklichkeit aber werden sie deshalb ausgeschlossen, weil sie die Revolution durchgeführt haben, weil sie mit dem Sowjetstaat verbunden, von kommunistischem Geiste durchdrungen und die Grundlage und das Fundament des Sowjetstaats und der Diktatur des Proletariats sind. Die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Internationalen Sekretariate würden mit Vergnügen konterrevolutionäre Gewerkschaften aufnehmen, aber revolutionäre Gewerkschaften wollen sie nicht aufnehmen, denn das könnte ihr friedliches Leben und ihre Verdauung stören.

Was stellt dieser Feldzug gegen die revolutionären Gewerkschaften dar? In seinem Kern ist er nichts anderes als eine Widerspiegelung des Feldzuges des internationalen Kapitals gegen die Arbeiterklasse, er ist ein Widerschein der sozialen Kämpfe, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ausgefochten werden. Die Amsterdamer Internationale, die auf der anderen Seite der Barrikade steht, beschießt die internationale Arbeiterbewegung mit den Kanonen, die sie gegenwärtig zur Verfügung hat. Den Leitern der heutigen Gewerkschaftsbewegung ist es vollkommen klar, daß die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie ihre Einheit bewahrt, zwar langsam aber dennoch nach links rückt und daß in dem Augenblick, wo die Kommunisten sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen, nicht nur für die Bourgeoisie, sondern auch für den Reformismus das Ende da ist. Deshalb treiben sie eine bewußte Politik der Spaltung und des Ausschlusses. Sie wollen die Arbeiterklasse entkräften, zur Eroberung der Macht unfähig machen und soweit desorganisieren und demoralisieren, daß sie ihre Hand nicht auf die Produktions- und Austauschmittel zu legen vermag. Die Amsterdamer Internationale rettet die moderne Zivilisation mit allen Mitteln und auf jede Weise.

Die Amsterdamer stehen in ihrem Kampf gegen die Kommunisten nicht allein: sie haben Verbündete in den Anarchisten. Seit den letzten zwei Jahren beobachten wir eine besondere Verschärfung des Kampfes der Anarchisten gegen den Kommunismus. Seit dem Jahre 1920 nehmen

diese Feindseligkeiten einen immer schärferen Charakter an und in der letzten Zeit unterscheiden sie sich in ihrem Charakter schon durch nichts mehr von den Aktionen der Reformisten. Die Begründung ist freilich eine andere, die Angreifer selbst tragen eine andere Fahne, aber der politische Inhalt ist derselbe: die Anarchisten sind mit allen Kräften bestrebt, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu beschränken, sie anzuschwärzen, und die anarchistische Organisation spricht den Kommunisten sogar das Recht ab, überhaupt in der Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Derartige Angriffe unternahmen im Laufe des letzten Jahres die IWW. in Amerika, die Syndikalisten in Italien, die Anarcho-Syndikalisten Spaniens und einige syndikalistische Gruppen Frankreichs. Als Parole diente hierbei der Kampf gegen die Politik, und die Gewerkschaftsinternationale wurde in einen Gegensatz gebracht zur Kommunistischen Internationale und zu den kommunistischen Parteien. Bekanntlich werden die Begriffe Politik, Partei, Staat von den Anarchisten als eine Art Wundertier dargestellt, wobei es für sie völlig gleichgültig ist, um welche Politik oder Partei und um welchen Staat es sich handelt. Ihre metaphysische Denkweise wirft alles in einen Topf und so sind sie gewohnt, in Ausdrücken des Ewigen und Absoluten zu denken. Wir finden bei ihnen ein nacktes und kategorisches Ableugnen jeglichen politischen Kampfes und jeglicher Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den kommunistischen Parteien. Diese weltfremde Theorie wird als unabhängig bezeichnet, und unter dieser Flagge fanden im Laufe des letzten Jahres die Angriffe der Anarchisten gegen die Kommunistische Internationale und die RGI. statt. Gewerkschaften und Parteien müssen voneinander vollkommen getrennt sein, — so lautet der Sinn aller dieser Erklärungen. In einer Reihe von Entschließungen und in einer ganzen Anzahl von Aufrufen haben die Anarchisten diesen elementaren Gedanken immer wieder durchgekaut, der durch seine Einkleidung in ein rein gewerkschaftliches Gewand nicht klarer und revolutionärer geworden ist

Aber die anarchistischen Elemente beschränken sich nicht nur auf den ideellen Kampf gegen die Kommunisten. Im letzten Jahr kam es zu einer Reihe von Ereignissen, die beweisen, daß die Lorbeeren der Amsterdamer auch die Anarchisten nicht schlafen lassen. Einige anarchistische Organisationen haben mit dem Ausschluß derjenigen Mitglieder begonnen, die Anhänger der RGI. sind und für die Verbindung zwischen beiden revolutionären Internationalen eintreten. Solche Ausschlüsse haben im italienischen Syndikalistenverband stattgefunden. Auch die holländischen Syndikalisten drohen den Kommunisten mit Skorpionen, und ihren Spuren folgen die anarcho-syndikalistischen Gruppen anderer Länder. Alle diese Aktionen verfolgen die Aufgabe die Gewerkschaftsbewegung von der politischen Bewegung zu trennen, die revolutionären Gewerkschaften von der RGI. loszureißen und eine eigene kleine jenseitige Internationale zu bilden. In dieser Hinsicht verwirklichen alle anarchistischen Gruppen die Direktiven der internationalen Anarchistenkonferenz, die im Dezember 1921 stattfand und sich für die Bildung einer neuen, unabhängigen, selbständigen, revolutionär-syndikalistischen Internationale aussprach. Ein Versuch in dieser Richtung wurde im Juni d. J. unternommen, wobei es den Initiatoren gelang, die Vertreter einiger Organisationen zusammenzubringen. Zur

Charakterisierung dieser neuen Internationale genügt der Hinweis, daß die Führerrolle in ihr von den deutschen Lokalisten gespielt wird, diesen typischen Tolstoianern und politischen Vegetarianern.

Wodurch erklärt sich nun die Verschärfung des Kampfes der Anarchisten gegen die Kommunistische Internationale und die RGI.? In der ersten Periode nach der Oktoberrevolution waren die anarchistischen Gruppen und insbesondere die anarcho-syndikalistischen Organisationen sogar der Kommunistischen Internationale angeschlossen. Ihren Anschluß vollzogen damals die Nationale Arbeitskonföderation Spaniens, der Syndikalistenbund Italiens usw. Wodurch erklärt sich der Abmarsch dieser Gruppen nicht nur aus der Kommunistischen Internationale, sondern sogar aus der RGI.? Dieses Auftreten der Anarchisten gegen die Kommunistische Internationale, die RGI. und die russische Revolution erklärt sich aus der allgemeinen Lage der internationalen Arbeiterbewegung, und die anarchistischen Angriffe sind nur ein Spiegelbild der Angriffe des internationalen Kapitals und der Amsterdamer. Sie sind ein Glied derselben Kette. Trotz ihrer revolutionären Phraseologie sind die Anarchisten stets die Träger kleinbürgerlicher Ideen gewesen. Und als die bürgerliche Gesellschaft ihre Kräfte zum Kampf gegen den Kommunismus sammelte, als eine Einheitsfront aller Elemente geschaffen wurde, die der bürgerliche Staat zur Abwehr der kommunistischen Gefahr besitzt, da war es natürlich, daß die Anarchisten an dieser Front den gebührenden Platz einnahmen. Sie erklären ihre Angriffe gegen die Kommunistische Internationale und die RGI. freilich häufig durch die Lage, in der sich die Anarchisten in Sowjetrußland befinden, und durch ihre prinzipielle Stellung zu jeglichem Staat und zu jeglicher Diktatur überhaupt. Aber uns interessiert ja nicht das, was die Anarchisten reden, sondern das, was sie tun. Und ihre Taten sehen folgendermaßen aus. Als die kommunistische Bewegung ihre schwerste Zeit erlebte, als der Staatsapparat und die Brachialgewalt des internationalen Kapitals sich mit ihrer ganzen Schwere auf sie stürzten, als der gesamte mächtige Apparat der alten Gewerkschaften gegen den Kommunismus und die kommunistische Bewegung gerichtet wurde, da traten die Anarchisten mit ihrem antikommunistischen Programm und mit ihrem Kampf für die angebliche Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung hervor. Es entstand eine anarcho-reformistische Front, die sich der bürgerlichen Front angliederte. Die antikommunistische Front hat in der kleinbürgerlichen Demagogie der Anarchisten ihre Vollendung gefunden. So ist die kommunistische Bewegung gezwungen, nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen den Reformismus und den Anarchismus zu kämpfen, die einen Block gegen die kommunistische Gefahr geschlossen haben. Der Anarchismus hat sich hier wie immer als Verbündeter des Reformismus erwiesen. Und das ist nicht verwunderlich. Denn sie bilden nur die beiden Seiten derselben kleinbürgerlichen Medaille.

Die Anarchisten und die revolutionären Syndikalisten lieben es besonders, die Neutralität der Gewerkschaften den politischen Parteien gegenüber zu betonen. Sie formulieren dies als ihr besonderes Verdienst und eine Eigenart der revolutionär-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung, wobei sie statt Neutralismus den Ausdruck Unab-



hängigkeit gebrauchen, was aber im Grunde genommen dasselbe ist. Was ist Neutralismus? Neutralismus ist eine Strömung in der Gewerkschaftsbewegung, die die Parole aufstellt: völlig gleichartiges Verhalten zu allen politischen Parteien, oder volle und absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von der Politik. Die Politik ist bekanntlich die bête noire der Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten, wobei sie die Politik mit dem Parlamentarismus und die politische Tätigkeit, den politischen Kampf mit den Parlamentswahlen und der damit verbundenen Wahlküche verwechseln. Der Neutralismus ist die Losung der extremsten Reformisten einerseits und der Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten andererseits. Einer der angesehensten Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung, John Mitchel, hob in seinem Buche „Die organisierte Arbeit" diesen Neutralismus mit besonderer Klarheit hervor, wobei er die Idee verfocht, daß die moderne Gesellschaftsordnung aus 3 Elementen zusammengesetzt sei: dem Kapital, der Arbeit und der Gesellschaft. Was dieser ehrenwerte Führer unter Gesellschaft gemeint hat, ist ziemlich schwer zu erraten; offenbar wohl die liberalen Sozialreformatoren, mit denen er gemeinsam an verschiedenartigen Liguen und Gesellschaften teilnahm, die ein Herumreden über die soziale Gesetzgebung und über eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zum Gegenstand haben. In welchem Maße dieser Herr unabhängig und neutral gewesen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß man nach seinem Tod eine Hinterlassenschaft von nicht mehr und nicht weniger als einer halben Million Dollar vorfand. Das alles hatte er als Führer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung verdient. Dieser Neutralismus ist die schlimmste Form des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat und der ideellen Unterordnung der Interessen des Proletariats unter die der herrschenden Klassen.

Die Unabhängigkeitstheorie ist in ihrem Wesen auf denselben Grundsätzen aufgebaut. Sie stellt sich freilich Ziele, die denen der neutralistischen Politiker entgegengesetzt sind. Die von den Anarcho-Syndikalisten und Anarchisten gepredigte Unabhängigkeit ist die Theorie der Ausschließlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, der Vorherrschaft der Gewerkschaftsbewegung über alle anderen Formen der Arbeiterbewegung, und sie spricht den politischen Parteien nicht nur das Recht auf Führung, sondern sogar die bloße Existenzberechtigung ab. Besonders trat diese Ideologie der Unabhängigkeit während des letzten Jahres in der Polemik der Anarcho-Syndikalisten aller Richtungen gegen die RGI. zutage. Die französischen, italienischen, holländischen, schwedischen, amerikanischen Syndikalisten, deren Prätentionen umgekehrt proportional ihrem spezifischen Gewicht in der Arbeiterbewegung sind, spielen sich beständig gegen die kommunistischen Parteien aus und erklären, daß die Gewerkschaften die Revolution selber durchführen und die Früchte ihres Sieges ernten werden. Auf diese Theorie können die Kommunisten antworten: „Bitte, beweist die Richtigkeit Eurer Theorie durch Tatsachen." Wir sind berechtigt, insbesondere im gegenwärtigen Augenblick des ernsthaftesten Kampfes, von den Führern der Arbeiterbewegung zu fordern, daß sie nicht nur Deklarationen erlassen, daß sie nicht nur das Versprechen geben, die Revolution durchzuführen, sondern daß sie diese Versprechungen auch verwirklichen. Die beste Theorie ist diejenige, die durch die Tatsachen bewahrheitet

wird. Unsere kommunistische Theorie ist nicht nur durch die russische, sondern auch durch andere Revolutionen bestätigt worden.

Die Theorie der Anarchisten und Syndikalisten aber hat eine derartige Bestätigung noch nicht gefunden. Im Gegenteil, soweit der Anarchismus sich in der russischen Revolution praktisch betätigte, war er im Grunde genommen der Träger einer kleinbürgerlichen antiproletarischen Ideologie. Die Machno-Bewegung bildete den höchsten praktischen Ausdruck des kriegerischen Anarchismus und sie lieferte den Beweis, daß der Anarchismus in seinem Wirken ein antiproletarisches, kleinbürgerliches, mit den „Kulaki" (bäuerlichen Ausbeutern) in Verbindung stehendes Element ist. Deshalb verhalten wir uns zur antikommunistischen Theorie der Unabhängigkeit nicht nur skeptisch und mißtrauisch, sondern betrachten diese Theorie auch als höchst schädlich und gefährlich für die Arbeiterbewegung des Landes, in dem sie Einfluß und Übergewicht erhält. Die Trennung der Politik und der Ökonomie in zwei parallele, selbständige Teile bedeutet im Grunde genommen eine Zerschneidung der einheitlichen proletarischen Arbeiterbewegung in zwei Hälften. Die Arbeiterbewegung kann verschiedene Erscheinungsformen haben: in Abhängigkeit von den Verhältnissen, von Ort und Zeit, von der politischen Lage, vom Kräfteverhältnis können diese oder jene Formen und Methoden des Kampfes besser zur Anwendung gelangen als andere. Eines aber ist völlig klar: in dem Augenblick, wo wir die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung voneinander trennen oder gar einander gegenüberstellen, zerreißen wir das, was sich im Kampfprozeß organisch verknüpft, wir schwächen das Proletariat und schneiden ihm jede Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes gegen den trefflich geeinten, ausgezeichnet organisierten Klassenfeind ab. Die Bourgeoisie beschäftigt sich nicht mit solchen Theorien, sie trennt die Politik nicht von der Ökonomie, sie versteht sich vortrefflich darauf, alles auszunutzen, was von ihrem Apparat geschaffen worden ist. Die Staatsgewalt, die Literatur, die Wissenschaft, die Kunst, die Kirche und die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer, — das alles bildet einen einheitlichen festgefügten Block, der dem Streben des Proletariats nach Befreiung vom kapitalistischen Joch immer entgegensteht. Die Politik — so heißt es im Programm der Kommunistischen Partei Rußlands — ist die konzentrierte Ökonomie. Mir scheint, daß dies die ausdrucksvollste und genaueste Formulierung der Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomik ist. Unter Politik verstehen wir Kommunisten die Bewegung der Arbeiterklasse zum Zwecke ihrer Befreiung, den Gegensatz der Arbeiterklasse zur gesamten bürgerlichen Gesellschaft. Die Tätigkeit, die die Verschärfung dieses Gegensatzes zur Aufgabe hat, die den Abgrund zwischen den Klassen vertiefen, das Proletariat zur Verwirklichung seiner Ziele vereinigen, ein richtiges Verhältnis zwischen den millionenköpfigen Massen herstellen will, — diese gesamte Tätigkeit heißt *Politik*. Nur Leute mit primitiver Denkweise können den politischen Kampf mit dem Parlamentarismus verwechseln, der eine von den zahlreichen Spielarten der politischen Tätigkeit des Proletariats ist. In dieser Gegenüberstellung von Politik und Ökonomie im Neutralismus, in der Unabhängigkeitstheorie kommt der Wunsch der Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten zum Ausdruck, die Kommunistische Partei mit den Gewerkschaften in Konflikt zu

bringen und, gestützt auf die parteilosen Organisationen, den Kampf gegen die Kommunistische Partei zu führen. Ihrem Wesen nach ist die Unabhängigkeitstheorie nicht nur gegen die Partei, sondern auch gegen den Kommunismus gerichtet, denn der Kommunismus ist nicht körperlos, er kann nicht außerhalb von Zeit und Raum und ohne eine bestimmte Organisation bestehen, sondern existiert nur in dem Maße, in dem ein Träger dieses Kommunismus vorhanden ist. Gewiß stellt die Arbeiterklasse als Ganzes einen solchen Träger dar, aber die Arbeitermasse, die kommunistische Instinkte besitzt, verkörpert ihr kommunistisches Bewußtsein in einer bestimmten Organisation und das ist eben die Kommunistische Partei. Wenn man daher die Gewerkschaften zu den kommunistischen Parteien in Gegensatz bringt und bestrebt ist, unter der Flagge der Unabhängigkeit den Kampf zwischen ihnen zuzuspitzen, so richtet sich dieses Streben nicht nur gegen die Partei als solche, sondern auch gegen den Kommunismus, gegen die Arbeiterklasse und gegen die soziale Revolution.

Im Kampf gegen die „Politik" stellen die Anarcho-Syndikalisten dem Kommunismus den Syndikalismus entgegen. Was aber ist der Syndikalismus? Unter Syndikalismus versteht man vor allen Dingen die gesamte Gewerkschaftsbewegung als Ganzes, d. h. die Summe aller Gewerkschaften des betreffenden Landes. Unter solchen Umständen verliert die Gegenüberstellung von Syndikalismus und Kommunismus jeden Sinn, denn in dem Maße, wie die Gewerkschaften alle organisierten Arbeiter erfassen, erfassen sie auch ihren kommunistischen Teil. Die Gewerkschaften der Kommunistischen Partei gegenüberstellen, heißt also auch, die kommunistischen Arbeiter sich selbst entgegenstellen. Es ist klar, daß in den Begriff Syndikalismus auch ein anderer Sinn hineingelegt wird. In der Tat wird unter Syndikalismus auch eine bestimmte ideelle Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung, innerhalb der Gewerkschaften verstanden. Die besondere Eigenart dieser ideellen Richtung besteht darin, daß sie sich vor allen Dingen auf die Gewerkschaften stützt. Aber worin bestehen die grundlegenden Charakterzüge des Syndikalismus? In der Gestalt, in der der Syndikalismus sich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte in seinen verschiedenen Verzweigungen herauskristallisiert hat, ist er die Theorie der Priorität der Gewerkschaftsbewegung vor den anderen Formen der Arbeiterbewegung. Wir sehen also, daß dem Syndikalismus eine anarchistische, parteifeindliche und antipolitische Tendenz zugrunde liegt. Der Syndikalismus behauptet, daß die Arbeiterklasse sich in den Gewerkschaften ihre Vorhut schaffe und durch die Gewerkschaften ihre Aufgaben verwirklichen werde. Sehr interessant ist in dieser Hinsicht die Polemik, die zwischen den Syndikalisten und Kommunisten in Frankreich anläßlich der Resolution entstand, die vom Marseiller Parteitag der Kommunistischen Partei über die Gewerkschaftsbewegung angenommen wurde. Der vom Parteitag sehr vorsichtig ausgedrückte Gedanke, daß die Kommunistische Partei die Vorhut des Proletariats bilde, stieß bei den Syndikalisten auf schroffe Ablehnung.

Als eine Strömung innerhalb der Gewerkschaften ist der Syndikalismus bestrebt, sein eigenes Programm, seine eigene Taktik, seine eigenen Formen und Methoden des Kampfes auszuarbeiten und die Arbeitermassen in der Klassenaktion zusammenzuschließen. Dasselbe

Ziel stellt sich auch der Kommunismus. In Ländern mit syndikalistischer Arbeiterbewegung haben wir also keinen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei, wie heftig die verschiedenen Schattierungen des Syndikalismus das auch behaupten mögen, sondern wir haben im Grunde genommen einen Gegensatz zwischen zwei Parteien, von denen die eine kommunistische und die andere syndikalistische Partei heißt. Natürlich können die Syndikalisten schon beim bloßen Gedanken daran, daß sie in ihrem Wesen eine Partei darstellen, in Entsetzen geraten, denn die Partei — und in diesem Sinne erscheinen die Syndikalisten als Nachfolger der Anarchisten — ist von ihrem Standpunkt aus etwas höchst Negatives. Diese negative Vorstellung von der Partei ist in diesen Ländern aus den verdorbenen parlamentarischen Sitten und aus der äußersten Dehnbarkeit des Gewissens und Rückgrats der Führer, nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der sogenannten sozialistischen Bewegung in den westeuropäischen Ländern entsprungen. Auf dem Boden der reformistischen Praxis und des parlamentarischen Kretinismus ist diese Verwechselung der Politik mit der Wahlköcherei erwachsen. Das Unglück der Syndikalisten besteht darin, daß sie die eigentliche Quelle, die Wurzel ihrer Theorie gar nicht sehen, und darum ist der Syndikalismus in ihren Augen eine aus der proletarischen Massenbewegung organisch hervorgewachsene Erscheinung, während der Kommunismus eine künstlich eingepflanzte Bewegung ist, die irgendwelche verdächtige und der Arbeiterklasse ganz offenbar feindselige „Politiker" von auswärts hineingetragen haben. Als ideelle Bewegung und in seiner gesunden realistischsten Form betrachtet, nähert sich der Syndikalismus in vielen Dingen dem Kommunismus, denn er stellt sich nicht nur dieselben Ziele — Sturz des Kapitalismus usw. —, sondern er predigt auch dieselben Hauptmethoden — die Diktatur des Proletariats. Welche Wechselbeziehungen müssen nun zwischen Syndikalisten und Kommunisten hergestellt werden? Vor allem stellt der Syndikalismus, wie bereits erwähnt, keine einheitliche Strömung dar. Man kann vielmehr im Syndikalismus mehrere Strömungen unterscheiden. Um so seltsamer ist der Anspruch des Syndikalismus, sich dem Kommunismus entgegenzustellen. Wir haben da vor allem die Anarcho-Syndikalisten, die sich fast durch nichts von den Anarchisten unterscheiden; ferner die Syndikalisten-Revolutionäre, die bereits eine bestimmte Trennungslinie zwischen sich und dem Anarchismus zu ziehen vermocht haben; und schließlich die Syndikalisten-Kommunisten, die dem Kommunismus näherstehen. Somit ist also der Syndikalismus an und für sich nichts Fertiges, in eine bestimmte Form Gegossenes, sondern die Summe einer ganzen Reihe ideeller Strömungen, die zwischen dem Anarchismus und dem Kommunismus stehen. Hieraus ergibt sich natürlich auch Klarheit über die Aufgaben der Kommunisten in den Ländern, wo eine revolutionär-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Vor allem müssen die Kommunisten die Initiative übernehmen zum Zusammenschluß des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Am nächsten stehen uns die Syndikalisten-Kommunisten. Das ist die Strömung innerhalb des Syndikalismus der Gegenwart, die aus dem Kriege und aus der russischen Revolution tatsächlich viel gelernt hat. Sie begreifen, was die Diktatur des Proletariats ist, sie begreifen die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit derselben für die Übergangszeit.



Sie tritt an die Diktatur nicht vom Standpunkt eines abstrakten anarchistischen Büchleins über die Probleme der Revolution heran, sondern vom Standpunkt der Erfahrung, vom Standpunkt solcher Leute, die wirklich beim lebendigen Leben in die Lehre gehen wollen. Am typischsten ist in dieser Hinsicht die Gruppe „Arbeiterleben" in Frankreich, die man als parteilose, kommunistische Gruppe bezeichnen kann. Diese Gruppe ist ihrem ganzen Wesen nach kommunistisch. Zu ihr zählen sehr viele Mitglieder der Kommunistischen Partei, aber ihre praktische Tätigkeit hat im Rahmen der Kommunistischen Partei keinen Raum. In Frankreich ist das übrigens auch nicht verwunderlich, denn die Kommunistische Partei Frankreichs stellt keine Organisation dar, die als politische Autorität für alle revolutionären Arbeiter des Landes gelten könnte. Die Partei befindet sich noch in der Periode des Aufbaus, sie kennt noch ideelle Meinungsverschiedenheiten, sie ist noch nicht einheitlich und geschlossen genug, um sich der Herrschaft über die Massenbewegung in Frankreich zu bemächtigen, obgleich die objektive Lage für eine ernste kommunistische Partei äußerst günstig ist.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß Kommunismus und Syndikalismus zwei verschiedene Theorien darstellen, zwei verschiedene Arten des Herantretens an die Probleme der Arbeiterbewegung und an die Methoden zur Verwirklichung der Aufgaben, vor denen die Arbeiterklasse steht. Und in dem Maße, wie wir mit den Trägern des Syndikalismus Meinungsstreitigkeiten haben, müssen die Kommunisten den entschlossensten ideellen Kampf gegen alle antikommunistischen Tendenzen des Syndikalismus führen. Die Kommunisten können auch nicht im mindesten eine Theorie und Praxis zulassen, die zur Verneinung der politischen Parteien führt, von wem diese Theorie und Praxis auch immer durchgeführt und verteidigt werden mag. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit eines systematischen, hartnäckigen und planmäßigen ideellen Kampfes gegen all die anarchistischen Schichtungen, die es gegenwärtig noch in der Arbeiterbewegung gibt. Aber das darf nicht im geringsten die praktische Annäherung, die gemeinsame Tätigkeit, die enge Arbeitsgemeinschaft zwischen Kommunisten und Syndikalisten im Kampfe nicht nur gegen das angreifende Kapital, sondern auch gegen den Reformismus behindern. Wie ist dies zu erreichen? Lediglich durch revolutionäre Tätigkeit. Der Syndikalismus ist um so stärker, und dem Kommunismus gegenüber um so aggressiver, je schwächer und politisch hilfloser die Kommunistische Partei ist. Wo die Kommunistische Partei bei allen Vorgängen die Führung hat, wo sie rechtzeitig die Initiative ergreift, wo sie die verwundbarsten Stellen unserer Klassenfeinde herauszufinden und sie rechtzeitig zu treffen versteht, da sind die Syndikalisten gezwungen, mit den Kommunisten zusammenzugehen, selbst wenn sie eine Macht darstellen. Wo aber in der Partei beständige innere Reibungen vor sich gehen, wo sie ihrer eigenen kommunistischen Richtung nicht sicher ist, wo sie die Initiative zu übernehmen fürchtet, wo sie sich beständig danach umschaut, was die anderen sagen, — da können keine normalen Wechselbeziehungen zwischen Syndikalisten und Kommunisten hergestellt werden, denn zur Rechtfertigung ihres Mangels an Initiative und des Unvermögens, sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen, fangen die

Kommunisten selber an, die Unabhängigkeitstheorie aufzustellen, indem sie aus der Not eine Tugend machen.

Für die Kommunisten ist die Frage der Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteien überhaupt keine Frage. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, alle Arbeiterorganisationen mit einheitlichem kommunistischem Geist und einheitlichem kommunistischem Willen zu erfüllen. Die Kommunistische Partei hat nur dann einen Sinn, wenn sie diese Aufgabe planmäßig und systematisch verwirklicht. Eine wirkliche und wahrhafte kommunistische Partei ist nur die Partei, die nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis die Eroberung der Gewerkschaften durchführt, denn das ist die Voraussetzung für die soziale Revolution. Der 4. Kongreß hat sich daher mit den theoretischen Fragen auf diesem Gebiet nicht zu beschäftigen, denn diese Frage ist längst entschieden. Wenn wir uns aber dennoch abermals mit dieser Frage beschäftigen müssen, so geschieht es nicht zur Festsetzung neuer Prinzipien, sondern um zu sehen, wie unsere alten guten Prinzipien verwirklicht werden. Da müssen wir offen sagen, daß sie von vielen Kommunisten herzlich schlecht verwirklicht werden. Vor allen Dingen können die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht in allen Ländern vollkommen gleichartig sein. Wenn über diese Frage bei uns theoretische Übereinstimmung herrscht, so ist es doch jedermann klar, daß auf diesem Gebiet eine außerordentliche praktische Mannigfaltigkeit vorhanden ist. Die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften ändern sich in Abhängigkeit vom Charakter der Arbeiterbewegung, von den Besonderheiten des Milieus, von der ganzen politischen und sozialen Lage, von den Traditionen, von der Rolle, die in dem betreffenden Lande die sozialistischen Parteien spielen, usw. usw.

In den Ländern mit alter Arbeitergewerkschaftsbewegung und jungen kommunistischen Parteien, wie England oder Amerika, kann das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht das gleiche sein, wie in den Ländern mit alter politischer Bewegung und jüngerer Gewerkschaftsbewegung (Rußland und andere Länder). Wenn wir das Ziel richtig festgelegt haben, daß wir alle Gewerkschaften für den Kommunismus erobern müssen, daß wir sie mit kommunistischem Geist erfüllen und darnach trachten müssen, daß sie der kommunistischen Taktik folgen; — wenn wir dieses Ziel anstreben, so bedeutet das nicht, daß wir es in den verschiedenen Ländern auf einen Schlag und gar mit den gleichen Mitteln erreichen können. Nehmen wir z. B. England. Das ist ein Land mit einer gewaltigen Gewerkschaftsbewegung, mit alten antipolitischen und antisozialistischen Traditionen und mit einer kleinen kommunistischen Partei, die ein paar Tausend Mitglieder zählt. Hier kann von Wechselbeziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Partei im eigentlichen Sinne des Wortes nicht gesprochen werden. Die Trade-Unions verhalten sich feindlich zur Partei, aber in diesen Ländern muß nicht von den Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften überhaupt gesprochen werden, sondern von den Wechselbeziehungen zwischen der Partei und dem Teil der revolutionären Gewerkschaften sowie der Opposition innerhalb der Gewerkschaften, die auf dem Boden der Entwicklung des Klassen-

kampfes entsteht. Die Aufgaben sind hier in jedem Lande durchaus ungleichartig.

Es ist ganz klar, daß es für England äußerst schädlich wäre, wenn die Partei bestrebt sein würde, sich nur auf ihre kleinen Parteizellen zu beschränken. Hier muß die Schaffung einer großen oppositionellen Gewerkschaftsbewegung angestrebt werden. Es muß dahin kommen, daß unsere kommunistischen Gruppen einen Kristallisationskern bilden, um den sich die oppositionellen Elemente sammeln. Man muß die gesamte Opposition ins Leben rufen, muß ihr eine Form geben, muß alle ihre Teile sammeln, und infolge des Anwachsens der Opposition wird auch die Kommunistische Partei selbst wachsen. Zwischen der Parteiorganisation und der Opposition — die ihrem ganzen Wesen nach mannigfaltig ist und aus verschiedenartigen Elementen besteht — muß eine solche Wechselbeziehung hergestellt werden, daß den Kommunisten nicht der Vorwurf gemacht werden kann, als wollten sie sich die gesamte oppositionelle Bewegung mechanisch unterordnen.

Dieses Ziel, d. h. die Eroberung der Arbeitermasse für den Kommunismus, muß unter diesen Umständen mit größter Vorsicht, mit größter Deutlichkeit und Ausdauer verwirklicht werden. Vor einer im wesentlichen analogen Aufgabe stehen wir auch in Amerika. Wir haben da eine kleine kommunistische Partei und eine ziemlich große oppositionelle Gewerkschaftsbewegung, die ihre Ausdrucksform in der Trade-Union Educational League gefunden hat. Worin besteht die Aufgabe der Kommunisten in Amerika? Sie müssen auf Grund des Programms dieser Liga in der Gewerkschaftsbewegung arbeiten. Welches Programm hat die Liga? Das Programm der Roten Gewerkschaftsinternationale. Natürlich ist es nicht in dem Maße formuliert, nicht so klar und bestimmt, wie das Programm der Kommunistischen Internationale. Das Programm der T. U. Education League Amerikas ist natürlich nicht so ausdrucksvoll, nicht so bestimmt, nicht so zugespitzt, wie das Programm der Kommunistischen Partei Amerikas. Aber sie kann auch nicht denselben Charakter haben, denn sie vereinigt ja die ganze Opposition. Unsere Aufgabe in Amerika besteht darin, die ganze Gompers feindliche Opposition zu sammeln. Und die Partei muß der Arbeit dieser Liga gegenüber die größte Ausdauer an den Tag legen, und das um so mehr, als die Liga in sehr kurzer Zeit eine gewaltige organisatorische und erzieherische Arbeit geleistet hat. Unsere Aufgabe in Amerika besteht darin, die Liga bei der Entfaltung ihrer Kräfte zu unterstützen, alle mit dem Kommunismus Sympathisierenden zur aktiven Unterstützung dieser Liga aufzurufen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln jegliche Unterstützung ihres Kampfes gegen den Gompersismus anzustreben, der die amerikanische Arbeiterbewegung verseucht. Natürlich entsteht für die Partei die Frage der Einflußmethoden. Aber der Einfluß wird in der Arbeiterbewegung nicht durch Resolutionen hervorgebracht, nicht durch irgendwelche glücklichen Beschlüsse des Zentralkomitees, sondern durch die Arbeit, die die Kommunisten in den entsprechenden Arbeiterorganisationen leisten. Darum muß man von einer Kontrolle über die Tätigkeit der Liga möglichst wenig oder sogar überhaupt nicht sprechen, denn solche Gespräche führen nur zu einer mechanischen Kontrolle oder genauer gesagt zu Versuchen, sich mechanisch in eine Arbeit einzumischen, die von der

Partei im Grunde genommen weder geleistet noch verwirklicht werden kann. Die Aufgabe des Einflusses der Kommunisten in den Gewerkschaften ist vor allen Dingen eine parteiorganisatorische Aufgabe. Es muß vor allem eine festgefügte und ernste politische Partei geschaffen werden, zu unseren Organisationen muß eine möglichst große Zahl von Arbeitern aus den verschiedenen Zweigen der Arbeiterbewegung herangezogen werden, die Mitglieder müssen durch innere Disziplin zusammengeschmiedet werden, und dann wird unser Einfluß in den Gewerkschaften ununterbrochen wachsen.

Der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften ist direkt proportional ihrer Arbeit in den Massen, ihrer politischen Resonanz. Die Aufgabe besteht dabei darin, diesen politischen Einfluß organisatorisch festzulegen. Es muß überhaupt hervorgehoben werden, daß unsere organisatorische Arbeit in den Gewerkschaften beständig hinter der politischen Arbeit zurückbleibt. Als bestes Beispiel dafür kann Deutschland dienen. In Deutschland haben wir eine sehr starke kommunistische Bewegung, und der Einfluß der Kommunistischen Partei erstreckt sich dort nach grober Schätzung ungefähr auf ein Drittel aller Mitglieder der Amsterdamer Gewerkschaften. Aber man mache den Versuch, unsere Kräfte dort organisatorisch zu zählen, und man wird sofort sehen, daß diese ganze gewaltige Masse organisatorisch schlecht verknüpft ist, daß die uns nachfolgenden Massen untereinander keinen genügenden Zusammenhalt haben; wir vermögen unsere politischen Erfolge dort organisatorisch nicht festzulegen. Dieser Gegensatz zwischen dem raschen Anwachsen unseres politischen Einflusses und der äußerst langsamen organisatorischen Festigung des Wachstums der revolutionären Ideen bildet ein bedrohliches und sehr gefährliches Moment in der deutschen Arbeiterbewegung. Das bedeutet, daß die Partei in bestimmten Augenblicken des angespannten politischen Kampfes in die Lage geraten kann, keine ausreichende Anzahl organisatorischer Mittelpunkte zu besitzen, um die gesamte revolutionäre Energie zu konzentrieren und sie mit größter Zweckmäßigkeit zu leiten. Die Frage „Partei und Gewerkschaften" wurde und wird hier natürlich anders gestellt, als in England oder in Amerika. Hier hat sich vornehmlich die Frage der Wechselbeziehungen zwischen der Partei und der Union der Hand- und Kopfarbeiter zugespitzt. Bekanntlich ist diese Union seinerzeit sogar durch die Initiative der Spartakisten ins Leben gerufen worden. Späterhin hat die Kommunistische Partei ihre Taktik gegenüber den Gewerkschaften geändert, und die Union, die 150 000 Arbeiter in sich vereinigt, wird von vielen kommunistischen Gewerkschaftlern Deutschlands beständig als eine Organisation angesehen, die die kommunistische Bewegung in ihrem Lande behindert. Hier äußert sich ein gewisses abstraktes Herantreten an eine praktische Frage und eine unrichtige Auffassung unserer Losung, die die Eroberung der Gewerkschaften fordert. Einige Kommunisten urteilen folgendermaßen: da unsere Taktik darin besteht, die Gewerkschaften nicht zu spalten, sondern zu erobern, so verliert die Union dadurch ihre Existenzberechtigung. Aber das ist die reinste Metaphysik. Die Union besteht, und bei den konkreten Verhältnissen, die in Deutschland vorliegen, wird sie auch in den nächsten Jahren weiterbestehen. Und insofern sie besteht, sucht sie natürlich ihre Mitgliederzahl zu vergrößern. Es

kann keine Organisation geben, die sich nicht mit der Anwerbung neuer Mitglieder beschäftigt. Andernfalls könnte die Union ja ganz ohne Mitglieder bleiben, wenn diese allmählich wegsterben.

Die Partei muß ihre Mitglieder zwingen, kommunistische Politik zu treiben. Und alle Debatten über diese Frage und der ganze Kampf während der letzten Monate hätte eben auf diesem Boden ausgefochten werden müssen. Statt aber die Frage so zu stellen, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei eine kommunistische Politik treiben müssen, wurde die Frage der Wechselbeziehungen zwischen Partei und Union angeschnitten, und dadurch wurde die ganze Angelegenheit kompliziert und unklar. Glücklicherweise ist auf dem letzten Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter die Frage im großen und ganzen entschieden worden. Der Ausgangspunkt für die unrichtige Auffassung lag in dem Bestreben, ausschließlich innerhalb der alten Gewerkschaften zu arbeiten, und in dem Wunsch, allen selbständigen Organisationen um jeden Preis ein Ende zu machen.

In Italien ist die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen Bewegung eng verknüpft. Das Beispiel des Syndikalistenbundes beweist nichts, denn diese Organisation hat nicht den geringsten Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Die bedeutendsten Kräfte sind der Gewerkschaftsbund (C. d. L.) und die Kommunistische Partei. In bezug auf Italien ist jede Diskussion über die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften überflüssig und gegenstandslos.

Einen sehr eigenartigen Charakter hat die Frage der Wechselbeziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften in Frankreich. Hier haben wir eine alte, syndikalistische Gewerkschaftsbewegung und eine junge Kommunistische Partei, wobei die Kommunistische Partei sich nicht weniger leidenschaftlich für die Autonomie und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung ausspricht, als die Syndikalisten selbst. Bekanntlich haben die französischen Syndikalisten sich mit besonderer Energie gegen die Resolutionen des 1. Kongresses der RGI. gewandt, auf dem die Verbindung zwischen beiden Internationalen hergestellt und der Beschluß gefaßt wurde, daß in jedem Lande die revolutionären Gewerkschaften und die kommunistischen Parteien bei allen aggressiven und defensiven Aktionen Hand in Hand gehen müssen. Am bemerkenswertesten ist dabei, daß diese Resolution nicht nur bei den Syndikalisten, sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei auf Widerstand stieß. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei formulierten die Notwendigkeit der Unabhängigkeit und Autonomie besonders scharf und verwiesen dabei hauptsächlich auf die Traditionen der französischen Arbeiterbewegung. Wenn man schon von der Tradition spricht, so muß man sagen, daß das eine schlechte Tradition ist. Sie entstand auf dem Boden des Opportunismus der Sozialistischen Partei Frankreichs, was in der Periode, wo die Sozialistische Partei reformistisch war, als verständlich und natürlich erschien, denn damals bedeutete die Unabhängigkeit von ihr nichts anderes, als die Unabhängigkeit vom Opportunismus und Reformismus. Für eine solche Unabhängigkeit muß jeder Kommunist kämpfen. Wenn wir aber eine kommunistische Partei haben, die nicht mit den Krankheiten ihrer sozialistischen Vorgängerinnen behaftet sein darf, dann verliert diese

Theorie ihren Sinn. Die historische Tradition tut hier gar nichts zur Sache.

Die Charte von Amiens war im Jahre 1906 brauchbar, als der opportunistischen Partei entgegengewirkt werden mußte, die am parlamentarischen Kretinismus litt. Damals war sie zeitgemäß. Aber wenn man dieses Programm von Amiens auf alle Länder anwenden will, wenn man ihm eine internationale Bedeutung beimessen will, ohne die von der russischen Revolution und der Kommunistischen Internationale vollzogene gewaltige Umwälzung zu beachten, so muß man unvermeidlich in toten Formeln erstarren, am Leben vorübergehen und dann Gefahr laufen, sein ganzes Leben in diesen Formeln hinzubringen.

In dieser Hinsicht ist Frankreich ein Land der Wunder. Die Kommunisten fordern dort die Unabhängigkeit von ihrer Partei und führen zusammen mit den Syndikalisten in der leitenden Kommission der CGTU. den Beschluß durch, daß der Ausschluß eines Gewerkschaftsleiters aus der Partei als feindseliger Akt gegen die CGTU. angesehen werden wird.

In Frankreich haben wir streng genommen zwei Parteien, nicht etwa zwei kommunistische Parteien — die Partei der Linken und die Partei des Zentrums —, sondern zwei Parteien, von denen die eine die französische kommunistische Sektion der Kommunistischen Internationale ist und die andere als syndikalistisch bezeichnet wird. Man soll die Lage der Dinge nicht verschleiern: die Syndikalisten sind eine Partei, die sich nicht als Partei bezeichnet. In der Kommunistischen Partei gibt es ungefähr vier Strömungen, in der Partei der Syndikalisten vier oder fünf.

Wenn man den Anarcho-Syndikalisten sagt, daß sie eine Partei bilden, dann stellen sie sich auf die Hinterbeine, dann sind sie erstaunt: wir eine Partei, aber nein doch, wir sind nur Arbeiter. Nach der Ansicht der Syndikalisten werden die politischen Parteien von Elementen gebildet, die außerhalb des Proletariats stehen, während ihre Partei sich organisch innerhalb des organisierten Arbeiterkerns gebildet habe.

Was charakterisiert nun die Kommunistische Partei Frankreichs und insbesondere ihr Verhalten zur Gewerkschaftsbewegung? Zur Beleuchtung dieser Frage wollen wir einige Beispiele anführen.

Vor allem aber wollen wir sagen, was die Kommunistische Partei überhaupt charakterisiert: Jedes ihrer Mitglieder hat das Bewußtsein der Notwendigkeit, innerhalb des Proletariats zu arbeiten, eine organische Verbindung zwischen Partei und Klasse herzustellen, und das Bewußtsein, daß die Partei die Vorhut der Arbeiterbewegung ist. Die Syndikalisten können darüber denken, was sie wollen. Wenn du aber zur Partei gehörst, so gehörst du ihr eben zu diesem Zweck an und zu keinem anderen.

Vor dem Pariser Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs kam es zu sehr interessanten Debatten über die Leitsätze, die der Gen. Rosmer aufgestellt hatte.

Gegen diese Leitsätze bildete sich ein Block einiger unserer Freunde, die der Kommunistischen Internationale angehören, und den Anarcho-Syndikalisten, die ebenfalls Gegner dieser Leitsätze waren. Wenn sich ein Block zwischen Kommunisten und Leuten bildet,

die außerhalb der Kommunistischen Partei stehen, so ist dies das Anzeichen einer Krankheit, die um jeden Preis geheilt werden muß. Einige Genossen, Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs, waren durch diese Leitsätze so erschreckt, daß die „Internationale" nach der Ablehnung dieser Leitsätze durch das Zentralkomitee der Partei schrieb: „Das Zentralkomitee hat die Partei gerettet, denn in den vorgelegten Leitsätzen waren außerordentlich gefährliche Dinge enthalten." Und nach dem Parteitag veröffentlichte das „Bulletin Communiste" einen Artikel des geschäftsführenden Parteisekretärs, Gen. Soutif, der die Geschichte dieser Leitsätze in Ausdrücken erzählt, die eine Wiedergabe an dieser Stelle verdienen:

„Die Linken legten eines Tages dem Zentralkomitee eine Resolution vor, die eine völlig unannehmbare Gewerkschaftspolitik in Vorschlag brachte. In dieser Resolution hieß es: die Kommunistische Partei sei der Ansicht, daß sie die Bestrebungen der Arbeiterklasse am genauesten zum Ausdruck bringe und zur Verwirklichung ihrer Befreiung am besten befähigt sei."

Ein Kommunist, der geschäftsführende Sekretär der französischen Partei protestiert, wenn eine Resolution behauptet, daß die Kommunistische Partei die Bestrebungen der Arbeiterklasse am besten zum Ausdruck bringt. Die Syndikalisten können dagegen protestieren. Das ist ihr Recht. Wir können mit diesen Genossen streiten, aber ein derartiger Protest eines Mitgliedes der Kommunistischen Partei, und zudem noch ihres Sekretärs, sind uns unbegreiflich. Wenn die Partei nicht die Bestrebungen der Arbeiterklasse ausdrückt, worin besteht denn dann ihre Arbeit? In der Beschäftigung mit dem Parlamentarismus und in der Abfassung von Zeitungsartikeln? Die Kommunistische Internationale ist anderer Ansicht über die Aufgaben der Partei.

Jedes Parteimitglied muß fest davon überzeugt sein, daß seine Partei die Bestrebungen der Arbeiterklasse besser ausdrückt, als alle anderen Parteien. Ohne diese Überzeugung werden wir nichts vollbringen können, wir werden beständig genötigt sein, passiv zu bleiben. Eine Partei, die diese feste Überzeugung nicht besitzt, ist keine kommunistische Partei. Und wenn sogar der Sekretär der Partei vor dieser Idee zurückschreckt, so wird es klar, daß diese Partei krank ist.

Soutif sagt weiter: „Besonders große Bedeutung besitzt der Umstand, daß die Leitsätze Anspruch darauf erheben, innerhalb der CGTU. eine Art von kommunistischer CGT. zu bilden." Das ist unrichtig. In dieser Resolution wird gesagt, daß die Kommunisten sich nicht nur territorial vereinigen müssen, d. h. nach Sektionen und Bezirken, sonder auch nach Föderationen usw.

Es gibt Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs, die in dem Augenblick, wo sie in den Gewerkschaften zu arbeiten beginnen, ihre Mitgliedsbücher im Vorzimmer lassen. Wenn sie in die Gewerkschaft eintreten, vergessen sie, daß sie Kommunisten sind. Auf ihren Parteiversammlungen sind sie Kommunisten, aber außerhalb dieser Versammlungen behalten sie sich das Recht vor, alles zu tun, was ihnen gefällt, und sie treten zuweilen als eifrigste Anhänger der Unabhängigkeit und Autonomie der Gewerkschaftsbewegung auf.

Die Kommunistische Internationale will sich die Gewerkschaften nicht unterordnen. Eine kommunistische Partei, die erklären würde,

daß sie sich die Gewerkschaften unterzuordnen wünsche, würde von der Taktik der Kommunistischen Internationale keine blasse Ahnung haben. Aber die Kommunistische Partei muß danach streben, daß jedes kommunistische Parteimitglied überall Kommunist bleibt. Wir müssen danach streben, daß die Gewerkschaftsbewegung von kommunistischem Geist erfüllt wird, und daß die Parteimitglieder, die einer Gewerkschaft angehören, gleichzeitig auch immer Mitglieder der Kommunistischen Partei bleiben. Eine kommunistische Partei wird nicht auf dem Wege der Mobilmachung geschaffen. Man tritt in die Partei nicht auf Grund eines Dekrets ein, und da man eben freiwillig eintritt, so übernimmt man zwar freiwillige, zugleich aber auch feste Verpflichtungen. Es ist völlig unzulässig, wenn ein Parteimitglied sagt: wir sind in unserer Gewerkschaftstaktik vollkommen unabhängig.

Noch ein weiteres kleines Beispiel. In der letzten Nummer der „Lutte des classes", die wir erhalten haben, ist ein Artikel oder genauer gesagt, eine Deklaration veröffentlicht, die unterzeichnet ist von den Gen. Monatte, Chambelien, Orliange, Charbitte u. a. Von diesen 6 Genossen ist nur Monatte nicht Mitglied der Kommunistischen Partei. In dieser Deklaration lesen wir: „Einige von uns sind Mitglieder der Partei, andere dagegen nicht, aber wir alle sind revolutionäre Syndikalisten, d. h. wir weisen der Gewerkschaft im revolutionären Kampf für die Befreiung des Proletariats die Hauptrolle zu, der Partei aber nur eine unterstützende Rolle und nicht die leitende."

Man muß fragen, warum diese revolutionären Syndikalisten Parteimitglieder sind. Wir können absolut nicht begreifen, warum ein Parteimitglied, das da weiß, weshalb es in der Partei ist, und das nicht beschuldigt werden kann, nach einem Abgeordnetensitz zu streben, in dieser Partei verbleibt, wenn es ihr nur eine Nebenrolle zuschreibt. Diese Frage ist historisch zu erklären. Die Kommunistische Partei Frankreichs ist in ihrer Zusammensetzung ungleichartig. Sie hat sich aus verschiedenen ideologischen Schichten gebildet. Die alte Ideologie einer jeden Schicht kam mit in die Partei und faßte dort Wurzel.

In den Leitsätzen, die dem 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale vorgelegt sind, ist ein Punkt enthalten, der folgendermaßen lautet: „Wenn es in irgendeinem Lande eine wirklich revolutionär-syndikalistische Bewegung gibt und zugleich eine Partei, die nicht genügend Kräfte und keinen ausreichenden Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung besitzt, so ist es klar, daß die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften mit dem Kräfteverhältnis in Einklang gebracht werden müssen." Ein solches Verhältnis muß aus dem Grunde hergestellt werden, weil ohne die Arbeitsgemeinschaft zwischen der Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale die revolutionäre Arbeiterbewegung vom angreifenden Kapital erdrückt werden wird.

Wie dem auch sei, — wir haben in Frankreich einerseits eine kommunistische Partei, die selbst auf dem Standpunkt der Autonomie und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung steht, und andererseits Gewerkschaften, die die Autonomie und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung noch energischer vertreten. Die Kommunistische Internationale ist natürlich überzeugt, daß das Versprechen der Anarcho-Syndikalisten, die Gewerkschaften würden selber die Revolution



durchführen, sich auf keinerlei ernstliche Grundlagen stützt. Wir verhalten uns auch mißtrauisch zur Möglichkeit einer Verwirklichung der Losung: „Alle Macht den Gewerkschaften". Aber in jedem Lande bestehen die Wechselbeziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, wie die Kommunistische Partei sie verdient. Der reale Kampf, die Zuspitzung der Gegensätze in Frankreich, der erbitterte Angriff der Bourgeoisie, — das alles zwingt die französischen Arbeiter, nicht nur die Syndikalisten, sondern sogar die Kommunisten, ihre Ansichten über die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften zu ändern. Mögen sie ihre Wechselbeziehungen „autonom" festsetzen, wie sie wollen und können, — das Leben wird sie lehren, zu leben, wird ihnen zeigen, daß der Sieg nicht dort ist, wo „Autonomie und Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung" geschrieben steht, sondern dort, wo alle Formen der Arbeiterbewegung durchdrungen sind von einem einheitlichen Geist, vom einheitlichen kommunistischen Willen.

Je mehr sich der Kampf zwischen den revolutionären Arbeitern und der Bourgeoisie verschärft, um so klarer tritt die Verbindung und Einheit zwischen dem Reformismus und der modernen bürgerlichen Gesellschaft hervor. Ich habe schon oben darauf hingewiesen, daß der Ansturm der Amsterdamer gegen die revolutionären Gewerkschaften sich zusammen mit der Offensive des Kapitals verstärkt hat. Diese Verbindung wird besonders deutlich bei der Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, mit der nicht nur wir uns beschäftigen, die wir wissen, daß die Gewerkschaftsbewegung, wenn auch langsam, aber doch immerhin zu der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Herrschaft des Kapitals gelangen muß, daß die aggressiven Aktionen der Bourgeoisie nur dann Erfolg haben können, wenn die Gewerkschaften entweder endgültig zerschlagen oder in mehrere feindliche Gruppen getrennt werden. Die Rettung der Bourgeoisie liegt in der Desorganisierung der Arbeiterbewegung, in ihrer Zersetzung, in der organisatorischen Zerreißung der von ihr im Kampfe geschaffenen Organisationen. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung bedroht also die Herrschaft des Kapitals, denn der Druck des Kapitals zwingt diese mächtigen reformistischen Organisationen, nach links zu rücken, und je mehr sie nach links abschwenken, desto größer werden die Aussichten auf einen Sieg der Arbeiterklasse. Es ist also ganz natürlich, daß die Bourgeoisie den Wunsch hat, die Gewerkschaften zu spalten, sie in Splitter zu verwandeln und dann die einander befehdenden Organisationen einzeln zu zerschlagen.

Es muß bemerkt werden, daß die Amsterdamer in dieser Frage hinter ihren Herren herlaufen. Das letzte Jahr ist an Ausschlüssen revolutionärer Gewerkschaften besonders reich. So ist es z. B. bekannt, daß die Spaltung der französischen CGT. im großen und ganzen unter der offensichtlichen „ideellen" Einwirkung der französischen Bourgeoisie und ihrer Agenten vor sich ging. Nicht weniger bekannt ist, daß die Spaltungstätigkeit der tschechoslowakischen Amsterdamer mit einer gewaltigen wirtschaftlichen Depression und einem Druck der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse zusammenfiel. Je schwerer die Lage der Arbeiter in Deutschland wird, um so lauter fangen die Amsterdamer an, über die Gefahr von links zu schreien, und um sich von dieser Gefahr zu befreien, wird ganz offen der Vorschlag gemacht, die Reihen

zu säubern. Die Frage der Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist leider auf die Tagesordnung gestellt worden. Sie hängt nicht von uns ab. Diese Spaltung ist nicht von uns Kommunisten hervorgerufen. Wir waren im Laufe der letzten Jahre bestrebt, innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen, die Gewerkschaften in eine neue Bahn zu lenken, die Arbeiterorganisationen zu revolutionieren, aber wir haben stets systematisch und planmäßig die Losung der Eroberung und nicht der Zerstörung der Gewerkschaften vertreten. Die Spaltung ist nicht von uns auf die Tagesordnung gesetzt worden. Was sind nun unsere Aufgaben? Was müssen die Kommunisten angesichts dieser ärgsten Bedrohungen aller Eroberungen der Arbeiterklasse tun? Die Kommunisten müssen ihre Arbeit verzehnfachen und dieser Spaltung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken. Wir lassen die Spaltung nicht zu, — so muß die Losung der Kommunisten lauten. Wir lassen die Spaltung nicht zu, denn sie schwächt die Arbeiterbewegung jedes Landes. Wir lassen die Spaltung nicht zu, denn sie wirft die Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblick um viele Jahre zurück, sie schwächt ihre Widerstandsfähigkeit, sie gibt den Unternehmern eine neue Waffe gegen die Arbeiterklasse, eine neue Möglichkeit zur Festigung ihrer Herrschaft. Wir lassen die Spaltung nicht zu. Das darf nicht nur eine Losung sein. Davon muß bei allen unseren praktischen Handlungen ausgegangen werden.

Jeder Schritt der Kommunisten in den Gewerkschaften muß die Schaffung und Festigung der Einheit unserer Organisationen im Auge haben. Wo die Spaltung bereits vollzogen ist, wo ohne und wider unseren Wunsch schon eine Parallelorganisation geschaffen ist, da müssen die Kommunisten einen äußerst ernsten und systematischen Kampf für die Wiedervereinigung der gespaltenen Teile führen. Der Kampf muß nach zwei Seiten hin geführt werden. Er muß geführt werden gegen die Reformisten, gegen die Agenten der Bourgeoisie, die die Arbeiterbewegung um jeden Preis spalten wollen, um sie zu schwächen, und er muß in ernster und entschlossener Weise geführt werden gegen die sogenannten Linken, die in der Spaltung der Gewerkschaften die Rettung der Arbeiterklasse sehen. Dieser Radikalismus hat mit unserem revolutionären marxistischen Standpunkt nichts gemein. Wir haben in Frankreich Radikalinskis gehabt, die auf die Provokationen der Reformisten gern eingingen. Sie wollten möglichst schnell unter vier Augen mit sich selbst bleiben. Wir haben in der Tschechoslowakei Radikalisten, die überhaupt glauben, daß es für die Arbeiterorganisationen das beste sei, von den anderen Arbeiterorganisationen isoliert zu sein. Das ist der Standpunkt der Führer des Landarbeiterverbandes, die noch vor einem Jahr alles Erdenkliche taten, um außerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei zu bleiben. Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung ist unsere Losung, und darum dürfen die Kommunisten ihre Mitglieder nicht aus den reformistischen Gewerkschaften herausreißen, denn wenn wir sie von dort herausnehmen und in die revolutionären Gewerkschaften überführen, können wir nicht in erforderlicher Weise auf die reformistischen Organisationen einwirken und sie zur Vereinigung mit den revolutionären Organisationen zwingen. In solchen Fällen müssen die Kommunisten der Verwirklichung der Einheitsfronttaktik ernste Aufmerk-

samkeit zuwenden. Es ist ja ganz klar, daß es ohne eine Verständigung zwischen den parallelen Gewerkschaften unmöglich ist, den Angriff des Kapitals auf die elementarsten Eroberungen der Arbeiterklasse abzuschlagen. Die Kommunisten müssen den Massen die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den Gewerkschaften, die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehr zum Schutz des Arbeitslohns, zur Verbesserung der Lebenshaltung usw. klarmachen. Man muß die Führer der parallelen Gewerkschaften zwingen, sich zwecks gemeinsamen Vorgehens zu verständigen. Das muß zum praktischen Aktionsprogramm für die Kommunistische Partei selbst werden. Man darf sich hier nicht verwirren lassen, weder durch die Angriffe der Reformisten und der Anarcho-Syndikalisten, die mehr Eifer als Verstand haben, noch auch sogar durch die Angriffe von Kommunisten. Mit gewaltiger Hartnäckigkeit und gewaltiger Anspannung muß man diese Taktik systematisch durchführen, die in der Aktion, in der Praxis zur Vereinigung von parallelen, rivalisierenden Organisationen führen muß.

Der Kampf um die Einheitsfront der Gewerkschaftsbewegung bildet die wichtigste Frage der kommunistischen Parteien aller Länder. Wir wissen, warum die Reformisten die Gewerkschaftsbewegung spalten wollen. Sie wollen sich nicht nur von der beständigen Kritik und der revolutionären Gärung befreien, sondern sie wollen durch die Spaltung die soziale Revolution selbst unmöglich machen.

Nachdem sie zu dem Entschluß gekommen sind, niemals in der Minderheit zu bleiben, mußten die Amsterdamer logischerweise zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt gelangen. Das ist für sie um so notwendiger, als das Vertrauen der Arbeiter in ihre reformistischen Versprechungen von Tag zu Tag sinkt. Tagtäglich schlägt die Offensive des Kapitals einen neuen Nagel in den Sarg des internationalen Reformismus, denn die Stärke des Reformismus lag in den Zugeständnissen der Bourgeoisie. Allerdings, die Bourgeoisie gab deshalb nach, weil sie die revolutionäre Bewegung fürchtete, aber jedenfalls konnten die Reformisten unmittelbar nach der Kriegsperiode, während sie eine Vermittlerrolle spielten, den Arbeitern gegenüber auf die Erfolge ihrer Taktik verweisen. Der einfache Arbeiter merkte nicht, daß die Reformen nicht infolge der reformistischen Taktik, sondern trotz dieser Taktik gewährt wurden, denn das reformistische Schaffen der Bourgeoisie ging parallel mit einem Anwachsen der revolutionären Unzufriedenheit und der revolutionären Ausbrüche. Gleichzeitig mit dem Zurückfluten der revolutionären Welle ging die Bourgeoisie von der Verteidigung zum Angriff über. Heute ist es auch dem einfachsten Arbeiter klar, daß der Reformismus bankerott ist. Er hat sich als machtlos erwiesen, das festzuhalten, was er in den ersten Jahren angeblich erreicht hatte. Sowohl das Internationale Arbeitsamt als auch der Völkerbund und all die großartigen Versprechungen des Versailler Friedensvertrags, — alles zeigt sich jetzt in seiner wahren und unverhüllten Gestalt. Der stürzende Reformismus, der seinen Untergang nahe fühlt, will die Arbeiterklasse um jeden Preis soweit desorganisieren, daß sie die stürzende Bourgeoisie nicht abzulösen vermag. Als Antwort auf die systematische Spaltung der Gewerkschaftsbewegungen müssen wir, Kommunisten alle zusammen und jede kommunistische

Partei einzeln, erklären, daß wir die Spaltung um jeden Preis verhindern werden.

Die Spaltung zu verhindern, wird von Tag zu Tag immer schwerer. Die Amsterdamer, die beschlossen haben, sich von den revolutionären Arbeitern zu befreien, ergreifen zu diesem Zweck die erforderlichen Maßregeln. Der Ausschluß von Kommunisten ist eine alltägliche, normale Erscheinung geworden. Und die Kommunistische Internationale sowie die einzelnen kommunistischen Parteien stehen vor der Frage, wie diese Ausschlüsse zu bekämpfen sind. Welchen Zweck verfolgen die Amsterdamer mit diesen Ausschlüssen? Sie wollen die kommunistischen Führer von der mit dem Kommunismus sympathisierenden Arbeiterklasse isolieren. Sie wollen die besten revolutionären Elemente von der Arbeitermasse abschnüren, um ihre ideelle und organisatorische Einwirkung auf die Gewerkschaftsmitglieder fortzusetzen. Es ist ja ganz klar, daß die Kommunistische Internationale sich mit der Taktik der Isolierung der Kommunisten von der Arbeiterbewegung nicht abfinden kann. Die Kommunisten sind für die Einheit, aber sie können dieser Einheit nicht den Kommunismus zum Opfer bringen. Und die Aufgabe der nächsten Zeit besteht darin, eine Reihe ernsthaftester praktischer Gegenmaßregeln gegen diese Ausschlußepidemie sorgfältig zu erwägen.

Die Ausschlüsse treffen bekanntlich vor allen Dingen die Führer. In Deutschland wird das System des Ausschlusses der gewählten Kommunisten angewandt. In der Tschechoslowakei verfährt man einfacher: dort hat die Gewerkschaftszentrale den Ausschluß des Chemikerverbandes und des Holzarbeiterverbandes verfügt, in denen insgesamt 110 000 Arbeiter organisiert sind. Jedes Land hat seine eigene Methode der Kommunistenverfolgung. Daher müssen auch die kommunistischen Parteien ihre eigenen Kampfmethoden gegen die Zerstörung der Gewerkschaften durch die Reformisten haben.

Aber es gibt immerhin einige allgemeine Fragen, die für alle Länder Geltung haben. Vor allem muß hervorgehoben werden, daß unsere kommunistischen Parteien alle statutarischen Möglichkeiten des Kampfes gegen die Ausschlüsse nicht hinreichend ausnutzen. Die Statuten aller Gewerkschaften sprechen vom Ausschluß der Mitglieder für bestimmte Vergehen. Aber soviel ich weiß, sehen die Statuten nicht vor, daß Kommunisten ausgeschlossen werden sollen, nur weil sie Kommunisten sind. Dabei ist aber eine Reihe von Ausschlüssen und Nichtbestätigungen gewählter Funktionäre nur auf dieser Grundlage erfolgt. Ist ein Kampf auf Grund der Gewerkschaftsstatuten möglich? Uns scheint, daß ein solcher Kampf in vielen Ländern möglich ist.

Die Statuten der Gewerkschaften bieten hinreichende Möglichkeiten für einen solchen Kampf. Wenn wir nur auf unser formelles Recht verweisen wollten, so würde das auf die Amsterdamer nicht den geringsten Eindruck ausüben. Wir wären höchst naiv, wenn wir auch nur einen Augenblick daran zweifeln würden. Und die Ausnutzung aller legalen Rechte, die jedes Gewerkschaftsmitglied genießt, darf nicht in diesem Sinne verstanden werden. Man muß eine ausgedehnte Agitation und Propaganda unter den Gewerkschaftsmitgliedern entfalten, muß auf jeder Hauptversammlung, auf jeder Delegiertenversammlung, überall, wo Arbeiter des Berufszweiges sich versammeln, in dem die

Ausschlüsse erfolgt sind, die Ausschlußfrage aufrollen. In einigen Ländern beschränken sich unsere Genossen auf ein bis zwei Artikel in den Zeitungen, und damit ist die Sache dann zu Ende. In Wirklichkeit muß der Ausschluß auch nur eines einzelnen Kommunisten aus der Gewerkschaft eine Quelle beständiger politischer Agitation unter den Mitgliedern dieser Gewerkschaft zugunsten der Wiederaufnahme bilden. Gegen die Ausschlüsse muß eine ausgedehnte Kampagne in den Betrieben durchgeführt werden. Es ist immer möglich, die Ausschlußfrage zur Sprache zu bringen. Besonders gegenwärtig, in diesem für die ganze Arbeiterklasse äußerst kritischen Augenblick der Offensive des Kapitals begreift jeder Arbeiter, daß diese Ausschlüsse einen ganz unzweideutig verräterischen Charakter haben.

Es ist die Aufgabe der kommunistischen Agitation und Propaganda, die wahre Ursache dieser Ausschlüsse aufzudecken und jedem Arbeiter die verborgenen Gründe klarzumachen. Solche Dinge dürfen den Gewerkschaftsbürokraten nicht ungestraft hingehen, und nur wenn sie wissen, daß ein solcher Vorfall als Gegenstand ständiger Anklagen gegen sie dienen wird, und zwar nicht für Tage, sondern für Jahre, nur dann werden sie sich erst zehnmal bedenken, bevor sie sich zur Vertreibung und zum Ausschluß der Kommunisten aus den Gewerkschaften entschließen. Weiter. Irgendein Lokalverband wählt seinen Vorstand. Die Zentrale verweigert ihm die Bestätigung. Solche Fälle hat es in Deutschland gegeben.

Es entsteht die Frage: Was weiter, — etwa Neuwahlen? Aber die Neuwahlen werden dieselbe politische Zusammensetzung ergeben. Gleichzeitig mit der Nichtbestätigung erfolgt gewöhnlich auch der Ausschluß der Gewählten. Was ist also zu tun? Soll man sich auch in diesem Falle nur auf die Agitation beschränken, oder soll man versuchen, weiterzugehen? Es ist klar, daß man sich hier nicht auf den bloßen Protest beschränken kann. Hat der Lokalverband einmal Kommunisten gewählt und sind die Wahlen auf Grund des Statuts erfolgt, so bedeutet ihr Ausschluß oder ihre Nichtbestätigung eine schamlose Verletzung der elementaren demokratischen Rechte der Mitglieder. Wenn das Band zwischen den Mitgliedern und ihren gewählten Vertrauensmännern kein zufälliges ist (wenn die Kommunisten deshalb gewählt wurden, weil sie Kommunisten sind), so muß die Ortsgruppe, um ihre Gewerkschaft zu retten und die Einheit der Arbeiterbewegung zu wahren, die Erfüllung der Vorschrift der Zentrale verweigern. Der Selbstherrlichkeit der Amsterdamer muß ein Ende gemacht werden. Natürlich kann es zu einem ernsten Konflikt kommen. Die Vertreter der Zentrale können die ganze Ortsgruppe wegen Gehorsamsverweigerung ausschließen. Aber keine einzige Ortsgruppe ist verpflichtet, ungesetzliche Forderungen der Zentrale zu erfüllen. Wir wollen die Spaltung nicht, aber das bedeutet keinesfalls, daß wir den Reformisten gestatten können, die Gewerkschaften nach ihrem Gutdünken umzumodeln.

Wie sehr wir auch gegen die Spaltung ankämpfen mögen, die Angriffsaktionen der Reformisten werden beständig gegen uns gerichtet sein. Und darum ist es die wichtigste Aufgabe der Kommunisten, die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Elemente keinen Augenblick lang zerstreut zu lassen. Die Frage der Sammlung der Ausge-

schlossenen ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Es gibt unter den Kommunisten Genossen, die an einem organisatorischen Fetischismus leiden und daher glauben, daß die Sammlung und Vereinigung der Ausgeschlossenen der Einheit der Gewerkschaftsbewegung widerspricht. Das ist ein absolut falscher und im höchsten Grade schädlicher Standpunkt. Wer die Ausgeschlossenen sammelt, wer die durch die reformistische Politik zerstreuten Elemente zusammenschließt, der arbeitet in Wirklichkeit für die Wiederherstellung der zerstörten Einheit, der schafft die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der gespaltenen und zersplitterten Teile. Je nach der Lage, nach den Kampfbedingungen und den speziellen Besonderheiten der Gewerkschaft sind verschiedenartige Organisationen nötig. In Deutschland z. B. können in manchen Fällen die einen Elemente in Verbänden der Ausgeschlossenen vereinigt, die anderen in der Union der Hand- und Kopfarbeiter zusammengeschlossen und vereinigt werden. Hier gibt es keine einheitlichen Formen und Methoden des Kampfes gegen die Spaltungspolitik. Jeder praktische Schritt muß einzeln erwogen und je nach den Umständen muß das eine oder das andere praktische Mittel angewandt werden. Man muß beachten, daß es unter bestimmten Umständen möglich und zulässig ist, die Abführung der Beitragszahlungen an die Zentrale einzustellen. Und wenn die Zentralleitung das gewählte Organ der Ortsgruppe ausgeschlossen hat, kann die Ortsgruppe bis zur endgültigen Regelung dieser Frage die Zahlung der Mitgliedsbeiträge einstellen, ja in einigen Fällen muß sie es tun.

Das bedeutet nicht, daß die Verweigerung der Beiträge an die Gewerkschaften selbst gepredigt werden soll. Jedes Gewerkschaftsmitglied setzt vielmehr die Einzahlung seiner Pflichtbeiträge fort, sie verbleiben in der Ortskasse, die im Statut festgesetzten Summen werden auch weiter in Rechnung gestellt, aber sie werden nicht abgeführt, bevor nicht die Lösung des Konflikts erfolgt ist. Ist das ein universales Kampfmittel? Natürlich nicht. In einer bestimmten Lage, unter bestimmten Verhältnissen kann es eine Methode und ein Mittel des Kampfes sein. An und für sich kann dieser Kampf für uns nur dann bestimmte Ergebnisse haben, wenn er einen Massencharakter trägt. Natürlich muß jeder einzelne Kommunist seinerseits alles tun, um diese Ausschlüsse zu verhindern. Aber zum Protest müssen hier alle sympathisierenden örtlichen und zentralen Organisationen herangezogen werden. Welche Formen soll dieser Protest derer, die mit den Ausgeschlossenen sympathisieren, annehmen? Die Formen des Protestes sind auch hier außerordentlich schwer zu bestimmen. Aber daß ein solcher Protest notwendig ist, daß ein gemeinsames kollektives Vorgehen absolut erforderlich ist, um der Ausschlußwut ein Ende zu machen, das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Ob diese Organisationen ihren Protest in organisatorische oder in finanzielle oder sonst irgendwelche Formen kleiden, ist wiederum eine konkrete Frage. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß jedes Land den örtlichen Verhältnissen entsprechend hunderterlei praktische Methoden für den Protest gegen die Ausschlüsse finden wird. Wichtig ist, daß die Parteien sich nicht auf Resolutionen beschränken, sondern sich klar des Einen bewußt sind: wenn wir diese Flut der Ausschlüsse nicht überwinden, wenn es uns nicht gelingt, den

Angriff der Amsterdamer zurückzuschlagen, dann wird die internationale Arbeiterbewegung gespalten und gleichzeitig der Augenblick des Sieges über die Bourgeoisie hinausgeschoben werden.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Ausschlußepidemie seit der Vereinigung der 2. und der 2½ Internationale an Stärke zugenommen, und nicht nur einzelne Länder, sondern auch die Internationalen der Industriezweige erfaßt hat. So ist während des letzten Jahres eine ganze Anzahl revolutionärer Gewerkschaften aus den entsprechenden internationalen Sekretariaten ausgeschlossen oder in sie nicht aufgenommen worden. Nicht zugelassen wurden die russischen Verbände der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der Angestellten, der Holzarbeiter, der Lederarbeiter, der Verkehrsarbeiter, der Post- und Telegraphenbeamten usw. Der einzige Verband, der in die Internationale Vereinigung aufgenommen wurde, aber auch nur bedingt, ist der Verband der Nahrungsmittelarbeiter. Und die revolutionären Gewerkschaften aller Länder sehen sich vor die Frage gestellt, welche Formen die Vereinigung der revolutionären Gewerkschaften annehmen soll. Bisher bestanden internationale Propagandakomitees nach Industriezweigen. Aber die systematischen Ausschlüsse ganzer Gewerkschaften aus den Internationalen Verbänden können die revolutionären Gewerkschaften dazu zwingen, von den Propagandakomitees zur Schaffung von Büros zur Organisierung neuer Internationaler Verbände überzugehen. Das ist keine Frage einer entfernten Zukunft, sondern eine Gegenwartsfrage. Was sollen die Kommunisten auf diesem Gebiete tun? Man muß bemerken, daß selbst die wenigen Kommunisten, die in den internationalen Komitees der Industrieverbände sitzen, sich zu den Ausschlüssen ihrer revolutionären Kollegen ziemlich kaltblütig verhalten. Das spricht vor allem dafür, daß nicht alle, die sich Kommunisten nennen, auch wirklich Kommunisten sind. In nächster Zukunft werden die revolutionären Gewerkschaften aller Länder genötigt sein, sich nach Industriezweigen zusammenzuschließen, um mit vereinten Kräften für die Schaffung einer einheitlichen Internationale in jedem Industriezweig zu kämpfen. Und die Kommunisten müssen auf jede Weise diese Organisationen unterstützen, die im internationalen Ausmaß dieselbe Arbeit leisten, wie die revolutionären Arbeiter in jedem Lande.

Wie schwer der Kampf der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung auch sein mag, wie sehr die Reformisten uns auch zur Spaltung herausfordern mögen, wir werden nichtsdestoweniger fortfahren, die Losung zu verfechten, die schon vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt wurde: nicht Zerstörung, sondern Eroberung der Gewerkschaften. Die verflossenen Jahre haben die Richtigkeit dieser Taktik bewiesen. Die Ungeduld vieler Kommunisten, und häufig auch die Unfähigkeit, gegen die reformistische Bürokratie anzukämpfen, haben zur Entstehung der Theorie von der Zerstörung der Gewerkschaften geführt. Wo wäre jetzt die Kommunistische Internationale, wenn sie sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht hätte! Sie hätte nicht einmal den zehnten Teil der Arbeit leisten können, die gegenwärtig in allen Ländern innerhalb der Gewerkschaften vollbracht worden ist. Dort, in der Hochburg der Reformisten, dort, wo die breiten Massen stehen, dort müssen die Kommunisten arbeiten ohne zu rasten. Mag der Reformismus uns zum Wohlgefallen der Bourgeoisie

verfolgen. Mag er es versuchen, die kommunistische Ansteckung mit der Wurzel auszurotten. Mag er im Bündnis mit der Bourgeoisie bestrebt sein, die immer stärker anwachsende Opposition zu zerschlagen. Alles vergebens. Der Kommunismus ist nichts von außen angeflogenes, nichts äußerlich beigebrachtes, er wächst organisch aus dem Schoß der Arbeitermasse empor. Er bildet die Form für das, was in den schaffenden Massen heranreift und elementar gärt. Die Kommunistische Internationale ist der bewußte Ausdruck eines unbewußten historischen Prozesses, und darum wäre es Wahnsinn, auf die ständige, hartnäckige, systematische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zu verzichten, die Losung des Austritts aus den Massenorganisationen und der Schaffung eigener kleiner Zwergverbände aufzustellen. Nein, mit der Zerstörung der Gewerkschaften beschäftigen sich andere. Die Bourgeoisie zerstört. Die Taktik der Reformisten zerstört und schwächt die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Die Kommunisten werden sich damit nicht befassen. Es gibt jetzt nur noch wenige Leute, die aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt hätten. Immerhin findet man solche Sonderlinge noch in Amerika, in Deutschland und in einigen syndikalistischen Strömungen. Sie glauben, daß die Arbeiterbewegung wachsen wird, wenn sie die kommunistischen Schafe von den reformistischen Böcken trennen, wenn sie ihre eigenen kleinen und reinen Zwerggewerkschaften schaffen. In Wirklichkeit kann die Arbeiterbewegung als Ganzes dadurch nur verlieren. Sie kann verlieren, denn das kommunistische Ferment, das kommunistische Klassenbewußtsein, die kommunistische Energie, die kommunistische Initiative werden dadurch von ihrer natürlichen Umgebung abgeschnitten. Das wäre eine künstliche Ausschaltung des Motors der Revolution, und das wäre der größte Schlag für die Arbeiterklasse und für den Kommunismus.

Hieraus ergibt sich die Losung der Kommunisten — Eroberung der Gewerkschaften. Aber was bedeutet Eroberung der Gewerkschaften? Und hier kommen wir nun zur schwachen Seite unserer kommunistischen Arbeit in vielen Ländern. Es gibt Länder, wo die Eroberung der Gewerkschaften im Sinne einer Eroberung der Führerstellen aufgefaßt wird. Wenn die Sekretäre und die Vorsitzenden der Gewerkschaften Kommunisten sind, dann beruhigen sich viele kommunistische Parteien bis zur ersten Erschütterung, bis zum ersten Konflikt, und erst wenn der Konflikt beginnt, sehen sie plötzlich, daß die Massen noch nicht erobert sind, daß die Eroberung der Spitzen noch nicht die Eroberung der Gewerkschaften bedeutet. Wir haben solche Erfahrungen in der Tschechoslowakei, in Deutschland und in vielen anderen Ländern gemacht. Was bedeutet eine derartige Taktik? Sie bedeutet, daß unsere kommunistischen Parteien es nicht für nötig gehalten haben, die kommunistische Stimmung in kommunistisches Bewußtsein umzuwandeln. Es bedeutet, daß sie keine allgemeinen kommunistischen Zellen geschaffen haben, die durch feste Disziplin innerhalb dieser selben Gewerkschaften verbunden sind. Es bedeutet, daß sie das Schicksal der Massenorganisationen zufälligen Strömungen oder der Stimmung dieses oder jenes Führers anheimgestellt haben. Die große kommunistische Erziehungsarbeit der Massen wird leider in vielen Ländern noch gar nicht durchgeführt, und dabei bedeutet die Eroberung der Gewerk-

schaften eben die Eroberung der Massen, die kommunistische Aufklärung dieser Massen, die kommunistische Organisierung der entwickeltsten Elemente, damit die ganze Gewerkschaft in allen ihren Verzweigungen von oben bis unten mit kommunistischem Geist und kommunistischem Bewußtsein durchdrungen werde.

Erst wenn die Kommunisten selbst organisiert sind, erst wenn sie selbst zusammengeschlossen sind und wissen, was sie wollen, — erst dann können und dürfen sie die Initiative zur Vereinigung der gesamten Opposition übernehmen. Man darf sich nicht auf die Vereinigung nur seiner eigenen Reihen beschränken. Die Gewerkschaftsbewegung umfaßt gegenwärtig verschiedene Zehnmillionen Menschen. Die Gewerkschaften sind die ausgesprochene Massenorganisation. Darum ist die Frage der gegenseitigen Beziehungen, der Beziehungen der Partei zu ihren Zellen und dieser Zellen zur gesamten Opposition die wichtigste Frage unserer kommunistischen Taktik in der Gewerkschaftsbewegung. Unsere kommunistischen Zellen, unsere kommunistischen Gruppen sind ja doch der vermittelnde Mechanismus, das Bindeglied zwischen der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften. Wie sollen diese Beziehungen hergestellt werden? Wie die Arbeit unter diesen Teilen richtig zu organisieren ist, das kann in jedem Lande durch die Ausarbeitung eines praktischen Aktionsprogramms vorgezeichnet werden. In der ersten Periode der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften hatte unsere Agitation einen rein abstrakten Charakter. Sie bestand in der Propagierung der kommunistischen Losungen, der Notwendigkeit der sozialen Revolution, des Kampfes gegen die Bourgeoisie, aber diese Agitation entsprang nicht immer den konkreten, realen Bedürfnissen des betreffenden Landes. Sehr häufig trug auch die Gegenüberstellung von Moskau und Amsterdam einen abstrakten Charakter und deshalb sind wir so langsam vorwärtsgekommen, haben wir so langsam unsere Fühler in die Massenorganisation hineinstrecken können.

Es ist Aufgabe der Kommunisten, ihre Propaganda konkreter und praktischer zu gestalten, sie den Augenblicksumständen anzupassen und jedenfalls aus den konkreten Bedürfnissen der Arbeiter des betreffenden Landes, des betreffenden Industriezweiges die allgemeine Forderung zu ziehen; vom praktischen Kampf zu den allgemeinen Aufgaben der Arbeiterklasse zu kommen, und auf Grund dieses praktischen Kampfes das Bewußtsein der Massen zu heben. Nur eine solche Arbeit kann uns zu dem erforderlichen Ergebnis führen, und wenn wir auf solche Weise vorgehen, werden wir die Eroberung der Gewerkschaften am besten durchführen können. Die Eroberung der Gewerkschaften besteht eben gerade darin, die Gewerkschaften zur Verwirklichung unseres praktischen Programms und zur Durchführung unserer Vorschläge zu zwingen, selbst wenn die Führer dies nicht wollen. Auf diese Weise und eben nur auf diese Weise kann die Eroberung der Gewerkschaften verwirklicht werden. Gewiß, um diese Taktik durchzuführen, um in alle Arbeiterorganisationen einzudringen, um unsere Losungen zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Werktätigen zu machen, ist außer einer lebendigen organisatorischen, methodischen Arbeit auch eine entsprechende Presse erforderlich. Leider verwenden die kommunistischen Parteien auf unsere Gewerkschaftsorgane zu wenig Aufmerk-

samkeit. Die Gewerkschaftsbewegung nimmt in der allgemeinen Parteipresse einen unverhältnismäßig kleinen Raum ein. Nicht alle Parteien geben Gewerkschaftsorgane heraus oder diese erscheinen nicht häufig genug, und vor allem die Gewerkschaftsorgane haben häufig unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden. Es ist, als ob die Fragen der Gewerkschaftsbewegung Nebenfragen wären und als ob man die Gewerkschaftspresse nötigenfalls auch verringern könnte.

Ohne Eroberung der Gewerkschaften ist die soziale Revolution unmöglich. Und um die Gewerkschaften zu erobern, müssen wir in der nächsten Periode unserer Gewerkschaftspresse besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Man muß sie entwickeln, bedeutend praktischer machen, muß das Ausmaß unserer Presseagitation und Propaganda vergrößern, und in unserer Presse nicht nur allgemeinpolitische und internationale Fragen erörtern (sie sind außerordentlich wichtig und müssen unbedingt erörtert werden), sondern auch die Fragen des konkreten praktischen Kampfes, die Fragen der Tarife, die Fragen der organisatorischen Aufbautätigkeit, der Sozialversicherung usw. Mit einem Wort, alle Fragen, die die Arbeitermassen so stark interessieren und erregen, müssen in den Spalten unserer Gewerkschaftspresse ständig ihren Platz finden. Unsere gesamte Parteipresse muß dessen eingedenk sein, daß wir ohne die Eroberung dieser Hochburg der Reformisten keinen Schritt vorwärtsgehen können.

Aber es wäre schlimm, wenn wir uns nur auf Agitation und Propaganda beschränken wollten. Die organisatorische Festlegung der Ergebnisse unserer politischen Arbeit muß für jede kommunistische Partei im Vordergrunde stehen. Sonst wird das Mißverhältnis zwischen der politischen Entwicklung der Massen und der organisatorischen Festlegung zu einer ganzen Reihe von Niederlagen führen. Die Eroberung der Gewerkschaften ist eine langwierige, hartnäckige, systematische, konkrete organisatorische Aufgabe, die keine unmittelbaren sofortigen Ergebnisse verspricht, aber dem Kommunismus ein festes proletarisches Fundament für die Errichtung des großen kommunistischen Gebäudes sichert. Und die schon vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale gestellte Aufgabe wird um so rascher durchgeführt werden, je weniger Abstraktionen und je mehr Praxis in der Stellung der Fragen der Gewerkschaftsbewegung, im Herantreten an die Eroberung der Massen und der Gewerkschaften herrschen wird.

Unsere auf einem praktischen und konkreten Aktionsprogramm aufgebaute Arbeit in den Gewerkschaften muß darauf gerichtet sein, die Gewerkschaftsbewegung aller Länder in der Roten Gewerkschaftsinternationale zu vereinigen. Es muß gesagt werden, daß in der Zeit zwischen dem 3. und 4. Kongreß in einigen Parteien liquidatorische Stimmungen hinsichtlich der RGI. zutage traten. Es gab Leute, die folgendermaßen urteilten: da wir einmal für die Einheitsfront, für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, für die Eroberung und nicht für die Zerstörung der Gewerkschaften sind, so muß also die RGI. liquidiert werden. Dann wird die wahre Einheit der Gewerkschaftsbewegung erzielt und die Aufgabe der Kommunisten in bezug auf die Eroberung der Gewerkschaften wesentlich erleichtert werden. Diese Idee wurde seinerzeit von Paul Levi und seinen anderen Anhängern in Deutschland ausgesprochen. Sie schimmerte auch bei einigen Kommunisten anderer



Länder durch. Im ersten Augenblick war da bei vielen Genossen das Wesen der Liquidationstheorie noch nicht klar. Vielen schien es, daß dies keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit, sondern nur eine Zweckmäßigkeitsfrage sei. Aber diese Genossen irrten sich. Die liquidatorischen Stimmungen hinsichtlich der RGI. zielten eigentlich und im Grunde genommen auch auf eine Liquidierung der Kommunistischen Internationale hin. In der Tat, was bedeutet die Liquidierung der RGI.? Sie bedeutet den Verzicht auf die Aufgabe, die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in einem internationalen Mittelpunkt zu sammeln, sie bedeutet, die revolutionären Elemente der internationalen Gewerkschaftsbewegung zerstreut und ungeeint zu lassen. Wenn es sich nur um die kommunistischen Fraktionen, um die kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften handeln würde, dann wäre die Frage sehr einfach; für die kommunistischen Elemente in der Gewerkschaftsbewegung ist eine neue Internationale nicht erforderlich. Die Kommunistische Internationale hat die Aufgabe der Führung und Vereinigung der kommunistischen Bewegung in allen Ländern erfüllt, und zwar sehr gut erfüllt. Aufgabe der RGI. ist die Vereinigung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in allen ihren Abarten, in ihrer gesamten Vielgestaltigkeit. Hierher gehören sowohl die Kommunisten, als auch die Syndikalisten aller Richtungen und alle einfach linksrevolutionären Arbeiter, alle diejenigen, die nicht den Klassenfrieden wollen, sondern den proletarischen Kampf gegen das Kapital und seine Agenten. Darum bedeutet eine Liquidierung der RGI. im wesentlichen eine Verringerung der Basis der internationalen kommunistischen Aktion und muß ihrerseits logischerweise zur Liquidierung der kommunistischen Organisationen führen. Das erweiterte Plenum der Exekutive hat diesen liquidatorischen Stimmungen ein Ende bereitet. Jetzt wird sich schwerlich eine Partei finden, in der diese Stimmungen liquidatorischen Charakters ernstliche Bedeutung hätten. Aber wenn auch keine liquidatorischen Stimmungen bestehen, so gibt es dafür ein passives Verhalten zur RGI. Viele Kommunisten glauben, daß die Frage der RGI. zwar interessant, aber nebensächlich sei. Das ist ein für die kommunistische Arbeiterbewegung höchst schädlicher Fehler. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung muß ihren Mittelpunkt haben, sonst zerreißt das Band zwischen der Kommunistischen Internationale und den revolutionären Arbeitern aller Richtungen. Eine Stärkung der RGI. bedeutet auch eine Stärkung der Kommunistischen Internationale. Die kommunistischen Parteien arbeiten hier für sich selbst und für die Kommunistische Internationale, daher müssen sie in ihrer gesamten Gewerkschaftsarbeit, in ihrer gesamten Politik auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung diese höchst wichtige Aufgabe der internationalen kommunistischen Bewegung im Auge haben. Die RGI. ist während der kurzen Zeit ihres Bestehens schon eine große Macht geworden. Es gibt in der ganzen Welt keinen Winkel, wo nicht um unser Programm und die Taktik der RGI. ein erbitterter Kampf geführt wird. Besonders heftigen Angriffen ist ihre enge Verbindung mit der Kommunistischen Internationale ausgesetzt. Eben deshalb ist die ganze Energie der kommunistischen Parteien erforderlich, um die Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften und zu ihrer Heranziehung an den Weltmittelpunkt der revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu vertiefen und zu erweitern. Da-

durch spalten wir die Gewerkschaften nicht, sondern wir vereinigen sie. Wir schlagen nicht vor, einzelne Arbeitergruppen organisatorisch loszureißen und sie der RGI. anzugliedern. Wir beantragen — und dieses Recht kann uns niemand streitig machen — die Heranziehung der Gewerkschaften zum Programm und zur Taktik der RGI. Nicht organisatorische Zerreißung, nicht Spaltung, nicht Zersplitterung, nicht Zerstörung der Gewerkschaften, sondern ideelle Eroberung dieser proletarischen Organisationen und ihre Vereinigung unter dem revolutionären Programm und der revolutionären Taktik. Ich drücke die feste Überzeugung aus, daß es gelingen wird, die großen Schwierigkeiten, vor denen die Kommunistische Internationale auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung steht, zu überwinden. Und bald wird der Tag kommen, wo alle Formen der Arbeiterbewegung sich zu einem einheitlichen Block zusammenschließen und unsere herrliche kommunistische Fahne über allen Arbeiterorganisationen weht.

CLARK (Großbritannien): Genossen! Im Namen der englischen Delegation möchte ich sagen, daß wir uns mit den vorgeschlagenen allgemeinen Thesen restlos einverstanden erklären. Nun möchte ich noch ein paar Worte in bezug auf die Amsterdamer Führer und die englische Gewerkschaftsbewegung sagen. Es scheint mir ein großes Mißverständnis in bezug auf das Verhältnis zwischen der englischen Gewerkschaftsbewegung und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu herrschen. Man muß wissen, daß die ganze englische Gewerkschaftsbewegung in dem Englischen Gewerkschaftskongreß zusammengefaßt ist und daß jedes Mitglied dieses Gewerkschaftskongresses, d. h. alle, die wir in Gewerkschaften organisiert sind, auch automatisch der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehören. Hieraus folgt, daß jeder Gewerkschaftler und jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation in England in seiner Eigenschaft als Mitglied der Organisation auch der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehört.

Nun sind in England gewisse starke Tendenzen zu beobachten, die die Aussichten für die revolutionäre Arbeiterklasse vollkommen verändern. In den letzten vier oder fünf Jahren ist das Bestreben dahin gegangen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den gelernten und ungelernten Industriearbeitern in England auszugleichen. Die durch die kapitalistische Offensive herbeigeführten allmählichen Lohnherabsetzungen haben mehr und mehr das englische Proletariat auf eine einheitliche Linie herabgedrückt.

Dann noch einige Worte in bezug auf die Shop-Stewards- und Betriebsrätebewegung. Seit ungefähr 30 Jahren besteht in England das System der Werkstätten-Vertrauensmänner. Aber in der Zeit, als die Arbeiter diese Institution gerade am notwendigsten brauchten, wurde sie durch gesetzliche Maßregeln vollständig gelähmt. Man hat auf diesem Kongreß viel Kritik an der augenblicklichen Inaktivität der Shop Stewards-Bewegung in England geübt. Aber, Genossen, erlaubt mir, Euch zu sagen, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit (gegenwärtig sind 35 % aller Arbeiter, die in normalen Zeiten in den großen Maschinenfabriken und auf den Werften beschäftigt sind, arbeitslos) die meisten von denen, die bisher die Betriebsrätebewegung gebildet haben, sich gegenwärtig nicht in, sondern außerhalb der Betriebe be-

finden. In einer Zeit, in der so viele Mitglieder der Arbeiterklasse, die die Bedeutung und die Funktionen der Betriebsräte verstehen, arbeitslos sind, kann man keine Betriebsräte haben. Aber Genossen, wir sind dabei, die Kräfte zu reorganisieren. Wir bemühen uns nicht nur, die Kräfte innerhalb der Betriebe zusammenzufassen, sondern wir, der revolutionare Flügel der englischen Gewerkschaftsbewegung, tragen auch, und zwar zum erstenmal in der Geschichte dieser Bewegung, unsere Propaganda in die Gewerkschaften.

Es ist hier die Bemerkung gemacht worden, daß, trotzdem England eine große Gewerkschaftsbewegung hat, wir nur eine kleine kommunistische Partei sind und praktisch keinen Einfluß in den Gewerkschaften haben.

Das ist wahr, aber es gibt viele Erklärungen dafür. Es war eins der größten Verbrechen der revolutionären Kommunisten oder der alten revolutionären Demokraten in der Vergangenheit, daß sie sich weigerten, die Verantwortung für die Hilfe beim Aufbau der proletarischen Bewegung in den Betrieben zu übernehmen. Immer wieder haben sich die Revolutionäre geweigert, in den Gewerkschaften zu arbeiten, um die Machtmittel des Proletariats zu stärken. Ganz zuletzt lernten wir dann von der Taktik der Einheitsfront, in die Gewerkschaftsbewegung zu gehen und zu versuchen, sie zu erobern. Was den Kampf zwischen den Bürokraten und den Revolutionären in der englischen Gewerkschaftsbewegung betrifft, so hat dieser Kampf bis jetzt noch kein großes Ausmaß angenommen. Als Grund hierfür könnte man angeben, daß wir keine Macht in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale haben und daß wir noch nicht zu einer Kraft geworden sind, die den Amsterdamer Führern Furcht einflößt. Ich möchte jedoch nicht, daß Ihr Euch dieser Meinung anschließt; ungefähr 20% aller Mitglieder der englischen Gewerkschaften sind den Kommunisten so oder so sympathisch gesinnt. Aber bisher haben wir zugegeben, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich des ganzen Apparates bemächtigte. Nur, wenn wir anfangen, ihnen die Gewerkschaftsposten streitig zu machen, werden sie uns als gefährliche Feinde behandeln.

Wenn wir das Verhältnis zwischen dem politischen Gebiete und der großen Gewerkschaftsbewegung auf dem wirtschaftlichen Gebiet betrachten, finden wir, daß die Labour Party, die trotz allem den tatsächlichen politischen Flügel der großen Gewerkschaftsbewegung darstellt, die örtlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsräte unter ihren Einfluß gebracht hat. Sie hat sie alle unter den Flügel der politischen Partei, der Labour Party, der politischen Partei der Gewerkschaftsbewegung, gebracht. Sie hat den Grundsatz festgelegt, daß niemand von uns, der Kommunist oder Mitglied der Kommunistischen Partei ist, von den Gewerkschaften in diese örtlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsräte delegiert werden darf, denn die Labour Party hat auf ihrem letzten Landeskongreß der Kommunistischen Partei die Aufnahme verweigert. Dies ist der Beginn des Kampfes. Hier machen die Amsterdamer den ersten Angriff auf die Kommunisten und vom Standpunkt der englischen Kommunisten heißen wir diesen Angriff willkommen.

Was die augenblickliche Stärke der Roten Gewerkschaftsinternationale in England betrifft, können wir nicht behaupten, daß es bis jetzt eine große Gewerkschaft in England gibt, die als nationale

Organisation der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist. Aber dank der Tätigkeit der Kommunistischen Partei, die in den letzten 12 Monaten oder seit dem letzten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale den Kampf für die Durchdringung der ganzen Gewerkschaftsbewegung aufgenommen hat, haben wir doch in unseren Reihen 140 Ortsgruppen der verschiedenen Gewerkschaften, und zwar in den Industriezentren von Schottland. Es sind ferner 200 Ortsgruppen der verschiedenen Gewerkschaften in dem Londoner Distrikt an uns angeschlossen. In jedem Industriezentrum und Kohlengebiet werden die Kräfte der Roten Gewerkschaftsinternationale langsam organisiert. Diese Kräfte gewinnen an Macht in einem Grade, der bisher niemals in der proletarischen Bewegung erreicht worden ist.

Ich kann im Namen der englischen Sektion sagen, daß die Gewerkschaftsinternationale in der englischen Gewerkschaftsbewegung eine große Zukunft hat.

LANSING (Amerika): Genossen, nachdem Gen. Losowski die Frage der Gewerkschaftsbewegung so gründlich besprochen hat, gibt es nur noch ein paar Punkte über die Aufgaben der Kommunisten in den amerikanischen Gewerkschaften, die ich im Namen der amerikanischen Delegation berühren möchte. Ihr wißt vielleicht, daß wir in Amerika trotz des hoch entwickelten Kapitalismus und der radikalen Traditionen der Arbeiter eine sehr rückständige und reaktionäre Arbeiterbewegung haben. Die Führung dieser Gewerkschaften ist seit Jahren, ohne praktisch irgendwie angefochten zu werden, in denselben Händen. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft ist diesen Führern in Fleisch und Blut übergegangen. Die Gewerkschaften haben sich zu geschlossenen Vereinen entwickelt, die sich nur noch mit Berufsangelegenheiten beschäftigen und fast gar kein Interesse für die Organisierung der ungelernten und teilweise gelernten Arbeiter, die hauptsächlich in den Schlüsselindustrien arbeiten, bezeugen.

Sie haben selbstverständlich auch die Parole von der politischen Neutralität der Gewerkschaften aufgebracht und darauf gedrungen, daß die Gewerkschaften sich nur auf gewerkschaftliche Ziele beschränken. Trotz ihres reaktionären Charakters haben diese Gewerkschaften auch unter der kapitalistischen Offensive in den Vereinigten Staaten zu leiden. Sie wurden sogar einem heftigen Angriff ausgesetzt mit dem offenen Ziel, sie vollkommen zu zerstören, und haben Verluste sowohl in der Mitgliedschaft als auch in der Verschlechterung früher erreichter Bedingungen zu verzeichnen gehabt. Die organisierte Arbeiterbewegung ist auf weniger als 4 000 000 organisierter Arbeiter zurückgegangen. Hierbei muß man bedenken, daß die Vereinigten Staaten 110 000 000 Einwohner haben, von denen wenigstens 36 000 000 Lohnempfänger sind.

Die Gewerkschaften haben eine Niederlage nach der anderen erlitten. Im Frühling dieses Jahres vollzog sich eine merkliche Änderung. Die Arbeiter fingen tatsächlich an, der Offensive des Kapitals Widerstand entgegenzusetzen, und zwangen selbst ihre reaktionären Führer, zu solchem Widerstand aufzurufen.

Man kann viel aus den letzten Streiks der Bergarbeiter und der Eisenbahner lernen. Diese Kämpfe haben der Kommunistischen Partei Amerikas viele äußerst wichtige Lehren gegeben. Die Streiks zeigten

31

klar und deutlich, daß die Massen der Arbeiter den Willen zum Kampfe hatten und daß die ungeheuren latenten Energien der Arbeiter zweckmäßig angewandt werden könnten, wenn sie die richtige Führung hätten. Es zeigte sich ferner, daß der Verrat der reaktionären Bürokraten, der die Arbeiter, die den Streik wirklich gewonnen hatten, der Früchte ihres Sieges beraubte, von den Kommunisten ausgenutzt werden kann, um die Radikalen zu einem ideologischen Kampfe für bessere Führung und bessere Organisationsformen zusammenzuschließen. Es zeigte sich auch, daß die Kapitalisten die Regierung der Vereinigten Staaten mehr und mehr zwingen, selbst in die alltäglichen wirtschaftlichen Kämpfe aktiv einzugreifen. Die Regierung wurde gezwungen, ihre heuchlerische Maske abzuwerfen, und heute haben Tausende von Arbeitern die demokratischen Illusionen durchschaut. Die gerichtliche Verfügung gegen die Eisenbahner, die jedwede Teilnahme an dem Streik verbot, hat viel dazu beigetragen, den Arbeitern ihre Klassenlage in der Gesellschaft klarzumachen. Viele Gewerkschaften und zentrale Körperschaften forderten zu einem Generalstreik auf, der einem Streik gegen die Regierung gleichgekommen wäre. Dieser Vorschlag wurde jedoch von dem Exekutiv-Büro der American Federation of Labor (Amerikanische Arbeiterföderation) abgelehnt. Die Stimmung für unabhängige politische Aktionen der Arbeiterklasse gewinnt auch an Boden innerhalb der Gewerkschaften. Die Politik von Gompers, der seine Freunde belohnt und seine Feinde straft, ist in vielen Örtlichkeiten ein für allemal verdammt worden.

Diese sich schnell entwickelnden objektiven Bedingungen geben die Basis und die Möglichkeit für die Bildung einer großen radikalen Bewegung. Sie beweisen ferner die Notwendigkeit für uns, eine solche Bewegung ins Leben zu rufen, und daß eine solche Bewegung entstehen wird, ganz gleich, ob wir einen führenden Anteil daran haben oder nicht, ganz gleich ob die Kommunisten sie beherrschen können oder nicht.

Gen. Losowski sagte, daß es falsch sei, diese Kontrolle, wie es in vieler Hinsicht bei der Mehrheit unserer Mitglieder der Fall ist, als einen rein mechanischen Vorgang zu betrachten. Er sagte, daß wir keine mechanische Herrschaft ausüben, sondern daß wir uns bemühen sollten, eine ideelle Herrschaft durchzuführen. Solch ideelle Herrschaft liegt im Bereich der Kommunistischen Partei Amerikas, wenn sie es versteht, ihre ganze Energie in den Dienst dieser großen radikalen Bewegung zu stellen. Die beste Methode, eine solche radikale Bewegung ins Leben zu rufen, oder, ich möchte lieber sagen, die absolut unumgängliche Vorbedingung für eine solche radikale Bewegung ist die zielbewußte Entwicklung der legalen Partei, die wir geschaffen haben. Sie muß eine wirkliche Partei werden, eine Partei, die fähig ist, die Massen zu leiten, eine Partei, die die wirkliche Verteidigerin der Interessen der Arbeiterklasse ist. Sie muß mehr werden als nur ein Instrument für gewisse Zwecke. Wir müssen eine Partei schaffen, die imstande ist, unter unserm Banner die besten Elemente in den Gewerkschaften zu sammeln.

In dieser Weise müssen wir diese Parallelbewegungen politisch und wirtschaftlich entwickeln, die Bewegungen, die in der Zukunft den kommunistischen Kampf gegen den stärksten Imperialismus der Welt führen werden.

Die radikale Bewegung in Amerika ist zu einem allgemein anerkannten Faktor geworden und übt ihren Einfluß in allen Gewerkschaften aus. Ihr werdet jedoch zweifellos verstehen, daß wir in Amerika ganz elementare Parolen anwenden müssen. Die Parole der Vereinheitlichung der Kräfte der Arbeiterklasse auf der Basis besserer Organisationsformen und besserer Kampfmethoden; dieser Teil des Programms der radikalen Bewegung ist heute von den Versammlungen der Föderationen in 11 Staaten, von 2 internationalen Gewerkschaften und von Tausenden von örtlichen Gewerkschaften und zentralen Arbeiterkörperschaften angenommen worden. Der ideelle Kampf gegen Gompers und seine reaktionäre Politik entwickelt sich sehr schnell.

Wir sehen selbstverständlich voraus, daß, wenn dieser Kampf immer mächtiger und einflußreicher wird, Gompers und seine Gefolgschaft den Ausschluß anwenden werden. Wir müssen mit dieser Politik in der Zukunft rechnen. Kommunisten und radikale Elemente werden wegen ihrer revolutionären Tätigkeit ausgeschlossen werden. Wenn wir jedoch irgendwelche Gegenmaßnahmen gegen diese Ausschlüsse treffen sollen, müssen diese Maßnahmen mit der Lage in jedem Lande in Einklang stehen. Ehe wir uns für irgendwelche endgültigen Gegenmaßnahmen entscheiden, sollten wir diese Lage eingehend studieren.

Wenn wir dies auf Amerika anwenden, finden wir, daß der Kampf der Kommunisten gegen die Bürokraten sich noch in den Anfängen befindet und daß die Politik des Ausschlusses wegen revolutionärer Tätigkeit noch nicht allgemein befolgt wird. Daher sollten sich kommunistische oder radikale Elemente, die wegen solcher Tätigkeit ausgeschlossen werden, weigern, die Berechtigung solcher Ausschlüsse anzuerkennen. Sie sollten sich an die Radikalen in den Gewerkschaften wenden und sie auffordern, in ihnen zu bleiben und den Kampf für ihre Wiederzulassung aufzunehmen und in diesem Kampfe alle in den Statuten gegebenen Möglichkeiten anzuwenden. Wenn Mitglieder oder Ortsgruppen ausgeschlossen werden, müssen sie selbstverständlich in möglichst enger Verbindung mit den Radikalen in den Gewerkschaften bleiben und nicht, was in andern Ländern eine gute Taktik wäre, sich unabhängigen revolutionären Gewerkschaften anschließen. Dies würde den Kampf für die Wiederaufnahme unmöglich machen. Mit jeder Veränderung der Lage in Amerika werden wir neue Methoden anzuwenden haben.

In einigen europäischen Ländern stellen die unabhängigen revolutionären Gewerkschaften die Lösung des Kampfes gegen den Ausschluß dar. In Amerika sind sie jedoch noch ein Problem. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hat unter dem Geist der Spaltung zu leiden. Aus diesem Grunde haben sich viele der besten, aktivsten und revolutionärsten Kräfte von den Gewerkschaften zurückgezogen und sich außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, und zwar nach dem Prinzip der Schaffung idealer Gewerkschaften zusammengeschlossen. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß diese unabhängigen Gewerkschaften die Massen nicht zu sammeln vermochten, selbst nicht in den unorganisierten Industriezweigen. Heute finden wir eine Organisation wie die IWW. (Industrie-Arbeiter der Welt), die, wie jedermann zugeben muß, in der Vergangenheit die amerikanische Arbeiterklasse mit radikaleren Kampfmethoden begeistert hat, unter der Kontrolle von Anarcho-Syn-



dikalisten, die Sowjetrußland feindlich gegenüberstehen und deren Propaganda an der Grenze der Konterrevolution liegt.

Es gibt eine Anzahl von unabhängigen, mehr oder weniger revolutionären Gewerkschaften. Es sollte eins der wichtigsten Probleme der Kommunistischen Partei Amerikas sein, eine befriedigende Lösung für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte zu finden, und die Radikalen, die augenblicklich in den unabhängigen Gewerkschaften organisiert sind, in Organisationen, die größere Massen erreichen, zweckmäßig zu gebrauchen. Auf dem ersten Kongreß der Profintern wurde ein Programm vorgeschlagen, das von unserer Partei angenommen wurde. Es ist ein Programm für die Vereinheitlichung der Arbeiterschaft und zwar auf der Basis einer einheitlichen Gewerkschaft in jeder Industrie. Dies Programm müssen wir nun ausführen. Die Anfänge dazu sind schon gemacht.

Die Parole der Einigkeit muß in die amerikanischen Gewerkschaften mit Einschluß der revolutionären unabhängigen Gewerkschaften getragen werden. Die letzteren müssen öffentlich bekanntgeben, daß sie wünschen, sich den Massenorganisationen wieder anzuschließen. Sie sollten eine wirkungsvolle Propaganda für den Wiederanschluß durchführen. Alle radikalen Elemente in den Massengewerkschaften sollten den gleichen Kampf für die Wiederzulassung dieser Gewerkschaften auf der Basis der Einheit der Arbeiterschaft durchführen. Ich bin sicher, daß dieses Ziel erreicht werden kann, wenn wir nur seine Notwendigkeit einsehen. Die Führer der radikalen Bewegung und der revolutionären unabhängigen Gewerkschaften, die in beiden Fällen Kommunisten sind, müssen sich zusammensetzen und über die Maßnahmen zur Durchführung dieser Politik beraten.

Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Rolle der Gewerkschaften in dem wirtschaftlichen Kampf gegen den Kapitalismus scheinbar bei unsern Feinden, den Kapitalisten und den reaktionären Arbeiterführern, mehr Anerkennung findet als bei uns selbst. Wir haben bis jetzt noch nicht die Notwendigkeit für die Kommunisten und alle radikalen Elemente, mit den Massenorganisationen der Arbeiterschaft zu arbeiten, eingesehen. Wir haben das bis jetzt in Amerika noch nicht vollkommen eingesehen. Es scheint, daß wir Angst haben, angesteckt zu werden und unser kommunistisches Gesicht als Kommunisten zu verlieren, wenn wir uns „zu sehr" mit der Arbeit in den Gewerkschaften befassen.

Wollen wir diese Politik der Arbeit in den Gewerkschaften durch die Bildung von Zellen (die von der Komintern endgültig beschlossen worden ist) durchführen, müssen wir einsehen, daß wir das nicht nur tun, um neue Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen. Wir tun es, um an den täglichen Kämpfen der Arbeiter teilzunehmen und diese Kämpfe der Massen für wirtschaftliche Ziele zu einem allgemeinen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu entfalten und ferner, um die jetzigen Gewerkschaften zu einem revolutionären Instrument in dem Kampf für den Kommunismus zu machen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr nachmittags.

SIEBZEHNTE SITZUNG

MONTAG, DEN 20. NOVEMBER 1922.

Inhalt: Diskussion zur Gewerkschaftsfrage. Über die KP. der Türkei.

Redner: Heckert, Lauridan, Tasca, Hertha Sturm, Garden, Pavlik, Vercik, Kucher, Rosmer, Cachin, Orchan.

Eröffnung: 6 Uhr abends.

Vorsitz: *Carr.*

HECKERT (Deutschland): Genossen! Heute morgen hat Gen. Losowski ausgeführt, daß wir in der Gewerkschaftsfrage eine klare und eindeutige Linie einnehmen müssen, und daß es vor allen Dingen gilt, jede nervöse Politik und jede Politik abzulehnen, die dazu führt, aus irgendwelcher Ungeduld oder anderer Einstellung der Spaltung der Gewerkschaften das Wort zu reden, und er hat nach meiner Meinung den sehr guten Satz geprägt: Hätten wir die Parole „Spaltung der Gewerkschaften" aufgenommen oder ihr Konzessionen gemacht, dann würde die ganze kommunistische Bewegung kaput sein. Ich glaube auch, daß wir Kommunisten den allergrößten Fehler gemacht hätten, wenn wir die Spaltung der Gewerkschaften propagiert hätten, oder wenn wir uns hätten verleiten lassen, denjenigen, die die Gewerkschaften hätten spalten wollen, Konzessionen zu machen, und ich hoffe, daß auf diesem Kongreß einmütig zum Ausdruck gebracht wird, daß man jede Spaltungstendenz rücksichtslos bekämpfen muß. Denn es ist unbedingt notwendig, sich angesichts der ganzen Arbeiterklasse für die Erhaltung und Wiedervereinigung der Gewerkschaftsverbände zu bekennen, wenn man ernstlich die Propaganda für die Einheitsfront führen will. Für die Einheitsfront kämpfen und mit der Spaltung sympathisieren, bedeutet, daß wir uns vor der gesamten Arbeitermasse lächerlich machen, ja nicht nur lächerlich machen, sondern verächtlich machen, und wir würden damit ein großes Verbrechen begehen.

Nun sind aber die Gewerkschaften in manchen Ländern schon gespalten, nicht erst jetzt, weil sie die Amsterdamer gespalten haben, sondern weil es schon aus der Vorkriegszeit oder aus der Kriegszeit parallele Organisationen in diesen Ländern gegeben hat. Wir haben auf dem vorigen Kongreß schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß es die Aufgabe unserer Genossen sei, in diesen Parallelorganisationen für die Wiedervereinigung aller Organisationen in eine zu wirken. Aber auf diesem Gebiete haben unsere kommunistischen Genossen nicht ihre ganze Kraft aufgewandt, die sie hätten aufwenden können und sollen.



Ja wir haben sogar nicht nur in einem Lande, sondern in allen Ländern, wo die Gewerkschaften gespalten sind, die Bemerkung machen müssen, daß die Kommunisten sich gegenseitig befehdet haben, statt daß sie miteinander für ein Ziel gekämpft haben, und ich möchte deshalb hier sagen: Jeder Kommunist, der nicht den anderen Kommunisten, welcher in einer anderen Organisation ist, unterstützt und mit ihm für das gleiche Ziel kämpft, stärkt positiv den Reformismus und hilft denen, die die Gewerkschaftsbewegung zertrümmern wollen. Darum ist es unser oberstes Gesetz, die Kommunisten in allen Ländern, wo Parallelorganisationen bestehen, zu verpflichten, die Zwistigkeiten, die sie untereinander haben, zu beseitigen und eine Plattform für die gesamte Arbeit zu finden. Ich muß offen aussprechen, daß wir Deutsche unsere italienischen Kameraden bewundern, wie die es fertig gebracht haben, in ihrer Partei Verständnis dafür zu erzielen, daß man auch in den fascistischen Organisationen wirken muß für dieselben Ziele, daß man auch dahinein seine Zellen zu senden hat.

Die Politik der Zellenbildung ist innerhalb der Kommunistischen Internationale auch nach dem 3. Weltkongreß schwer angegriffen worden. Wir hatten z. B. in der deutschen Kommunistischen Partei einen sehr starken Streit darüber. Es gab eine ganze Gruppe von Genossen, die erklärte, die Zellen sind schlecht, und es entwickelten sich in dieser Gruppe und um sie herum liquidatorische Tendenzen, die dahin gingen, die ganze Gewerkschaftsarbeit der Komintern zu liquidieren und die ganze kommunistische internationale Gewerkschaftsbewegung aufzugeben. Wir haben uns gegen diese Kreise gewendet. Die Friesland-Krise beruht in dieser Partei auf diesen Dingen. Wir haben die Leute aus der Organisation hinausgeworfen und einen entschiedenen Kampf innerhalb der deutschen Organisation geführt, um mit allen revolutionären Schichten, die wir haben, zu einem Einverständnis zu kommen. Natürlich sind bei diesem Kampfe oft Späne geflogen und mancher Kommunist hat nicht klug genug gesprochen und sich nicht klug genug verhalten. Aber es geht doch nicht an, daß man die Opposition innerhalb der Partei gegen die sogenannten revolutionären Verbände so mit einigen Worten abtut, wie es Gen. Losowski getan hat, der erklärte, Gen. Maslow hätte eine Dummheit begangen und einen ganz blöden Artikel gegen die Kommunisten geschrieben und erst die Gen. Heckert und Brandler hätten die Situation gerettet.

Genossen! Ich will nicht den Orden der Rettung der Unionen an meine Brust geheftet bekommen, denn ich kann nicht das, was Gen. Maslow getan hat, so ohne weiteres als Verdammenswertes und Verbrechenswertes bezeichnen, ohne hervorzuheben, daß zu den Äußerungen des Gen. Maslow das Verhalten der Unionisten beigetragen hat. Wir müssen die Schuld auf beide Seiten verteilen, damit wir uns ein gerechtes Urteil bilden können. Worin die Partei in dieser Frage schuld hat, ist, daß sie hätte voraussehen müssen, daß es zu diesen Differenzen kommen mußte, wenn wir nicht genügende Vorarbeit in der Union machten. In der Union haben wir uns darauf verlassen, das sind Kommunisten, die werden die Arbeit schon machen. Und unsere unionistischen Genossen kämpften gegen die Fraktionsbildung, und unsere Parteigenossen ließen die Dinge laufen. Darum ist es zu solchen heftigen Differenzen mit der Union gekommen. Glücklicherweise ist es

auf dem Unionskongreß Anfang Oktober gelungen, ein Einverständnis herbeizuführen, eine Basis zu schaffen, die für die fernere Zukunft ein harmonisches Zusammenarbeiten ermöglicht. Aber das schlechte Beispiel, das wir gehabt haben durch die Nichtbildung von Fraktionen in den Unionen, dieses schlechte Beispiel haben auch verschiedene andere kommunistische Parteien gegeben.

Ich muß hier zwei Parteien hervorheben, die jetzt darunter leiden: die französische Kommunistische Partei, die, trotzdem sie im vergangenen Jahr die Verpflichtung übernommen hat, in der CGTU. zu wirken, Fraktionen zu bilden, das nicht getan hat, daß sie die Dinge treiben ließ bis zu dem Punkt, wo die Spaltung perfekt war und vollständige Verwirrung in die französische Gewerkschaftsbewegung gekommen ist. Die Partei hätte auf ihrem Parteitag in Marseille die Möglichkeit gehabt, die Führung in der revolutionären Bewegung Frankreichs zu erobern, wenn sie den Rat befolgt hätte, den man ihr gegeben hat, nämlich ein Programm aufzustellen, um alle revolutionären Kräfte zusammenzufassen. Aber die französische Partei hat das nicht getan. Auf dem Parteitag in Marseille sprachen die Genossen nicht etwa darüber, was die Kommunisten in den Syndikaten tun sollen, sondern der jetzt aus der Partei entfernte Gen. Magoux hat wesentlich dazu beigetragen, daß die französische Partei in eine solche Krise geraten ist. Ich glaube, daß daraus gelernt werden muß, es in Zukunft anders zu machen. Wenn die Partei sich angewöhnt, zu den Fragen, die vor ihr stehen, Stellung zu nehmen, wird es ihr auch möglich sein, eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaftsführern und Partei herbeizuführen, die dazu führt, daß solche Leute wie Monmousseau und Monatte wirklich tüchtige, führende Mitglieder in der Partei Frankreichs werden, daß es dazu kommt, eine wirkliche Partei zu sein, und daß nicht Leute an die Spitze kommen, die auf dem Rücken des Proletariats ihre Politik machen wollen. Es geht nicht an, daß die alten Zwiespältigkeiten weiter beibehalten werden. Es muß der ganze Einfluß der Kommunistischen Internationale auf die Führer der Partei und der CGTU. ausgeübt werden, daß sie zusammenarbeiten im Interesse der Arbeiterklasse Frankreichs.

Ein Wort über die *Tschechoslowakei.* In der Tschechoslowakei sind ähnliche Strömungen vorhanden gewesen. Vor allem waren es die der Partei angeschlossenen Gewerkschaftsführer, die sich gegen die Fraktionsbildung stemmten. Manche Genossen haben ganz offen ausgesprochen: wozu Fraktionen? Das bringt nur Stänkereien; wenn an der Spitze der Gewerkschaften Kommunisten stehen, ist schon alles gut.

Aber unsere tschechischen Genossen haben bemerken müssen, daß damit eben nicht alles gut ist. Hätten sie gute Fraktionen schon vor einem Jahr gebildet, dann würde der Tayerle nicht noch solche Positionen haben, wie gegenwärtig.

Ich glaube aber, die schlechten Erfahrungen, die wir in Deutschland gemacht haben, die Beispiele, die wir in der Tschechoslowakei und in Frankreich gesehen haben, — sie geben uns die Lehre, in Zukunft besser zu beachten, was wir auf vorherigen Kongressen beschlossen haben.

Dann noch ein Wort über die Verhältnisse in Deutschland. Wir wollen nicht behaupten, daß jeder unserer Schritte, den wir gemacht haben, um die Gewerkschaften zu erobern, ein guter Schritt war. Aber



was der Gen. Losowski heute morgen anführte in bezug auf die Landarbeiterorganisation, aus der Zehntausende ausgetreten seien, ohne daß sich die Partei um diese Landarbeiter gekümmert habe, so hat das denn doch noch etwas andere Ursachen, als sie der Gen. Losowski geschildert hat.

Es ist wahr, die deutsche Landarbeiterbewegung hat Hunderttausende von Mitgliedern verloren. Aber wir haben dort eine Bürokratie, die nichts anderes tut, als „sozialistische" Staatspolitik zu machen, und dieser bourgeoisen Staatspolitik der Sozialdemokraten werden die Interessen der Arbeiterklasse einfach untergeordnet. Da man sich um die Interessen der Landarbeiter nicht kümmerte, ist es gekommen, daß die Landarbeiter rebelliert haben. Aber diese Landarbeiter, die nach der Revolution in Deutschland zu 800 000 organisiert waren, sie waren vor dem Kriege überhaupt nicht organisiert. In der besten Zeit seines Bestehens hat der Deutsche Landarbeiterverband 27 000 Mitglieder gezählt. Während des Krieges ist diese Zahl zusammengeschrumpft auf 3000. Wir hatten es also mit einer ganz neuen Organisation der Landarbeiter zu tun, und die Landarbeiter wurden von der Bürokratie des Verbandes für deren Zwecke ausgenutzt.

Wir haben schon einmal, im Jahre 1919, versucht, an die Landarbeiter heranzukommen. Es entstand bei uns ein sogenannter kommunistischer Landarbeiterverband. Wir haben damit aber einen schmählichen Zusammenbruch erlitten. Wäre die Revolution nicht stehen geblieben, wäre sie weitergegangen, hätten wir den Landarbeitern unmittelbar etwas geben können, dann wäre es damit vielleicht anders gekommen. So war das aber nicht der Fall, und die Sozialdemokraten behielten die Landarbeiter in ihren Händen.

Dann sind aber in dem laufenden Jahre Hunderttausende aus dem Verband gebracht worden. Unsere Genossen standen vor der Wahl: sollen sie diese Arbeitermassen wieder zusammenfassen zu einer von Kommunisten geleiteten Organisation, ohne daß sie imstande sein werden, mit ihnen Kämpfe zu führen? Sollen wir nicht zurückschrecken vor der Tatsache, daß, wenn wir dazu übergehen, einen Verband zu gründen, die Amsterdamer Gelegenheit haben werden, sich erneut auf die Kommunisten zu stürzen und zu sagen: Hier habt Ihr ein eklatantes Beispiel dafür, daß die Kommunisten spalten wollen.

Wären wir an die Gründung einer neuen Organisation in einer Periode gegangen, wo wir die Zügel noch nicht in der Hand hatten, — uns wären die Dinge einfach über den Kopf gewachsen.

Ich will nicht bestreiten, daß es besser gewesen wäre, wenn wir in manchen Fragen vielleicht ein wenig aktiver gewesen wären. Aber bei dem ungeheuren Mangel an Kräften, den wir haben, dem auf der anderen Seite der nach Zehntausenden zählende Apparat der Amsterdamer gegenübersteht, ist es schwer zu manövrieren, und wir haben zahlreiche Fälle, wo wir die ungeduldigen Genossen, die irgend einen dummen Schritt machen wollen, wieder ins Gleichgewicht zurückbringen müssen.

Es geht nun einmal nicht an, in Zeiten, wo die Differenzen so groß geworden sind, wie gegenwärtig, und wo die Fragen so difficil wurden, mit einer noch nicht richtig durchgebildeten Arbeiterschaft irgendein Manöver zu unternehmen. Man braucht, um zu beeinflussen, einen

festen guten Apparat, und nicht nur einen guten Apparat, sondern auch das Vertrauen der breiten Masse der Arbeiter zu unserer kommunistischen Politik. Jetzt glaube ich im Namen unserer Partei versichern zu können, daß es uns möglich sein wird, in den nächsten Monaten besser zu kämpfen, weil unsere Partei jetzt von dem Vertrauen immer breiter werdender Schichten des Proletariats getragen wird. Weil die Partei sich jetzt gründet auf die breiten, mit ihr sympathisierenden Massen, weil sie einen Apparat hat, mit dessen Hilfe sie imstande ist, eine Bewegung zu leiten, kann sie jetzt ganz andere Manöver vornehmen.

Doch können wir auch hier nicht sagen, daß es ratsam wäre, ein allgemeines Rezept zu geben. Es ist richtig, was Gen. Losowski heute morgen gesagt hat, und ich will es noch einmal unterstreichen: wir brauchen für jedes Land, den bestimmten Verhältnissen dieses Landes entsprechend, ein Gewerkschaftsprogramm, worin unsere Aufgaben klar und eindeutig niedergelegt sind, so daß sie die Massen verstehen. Wir brauchen ferner für jede Industriegruppe, oft vielleicht für jeden Verband, eine andere Taktik, und ich will das, wenn Gen. Carr mir noch zwei Minuten gibt, noch ein wenig erläutern.

In Deutschland ist es z. B. sehr gut möglich, mit den Bauarbeitern gut zu operieren. Wir können, wenn wir einen ganzen Ort haben, das Unternehmertum, das noch nicht vertrustet ist, noch nicht stark über das ganze Land organisiert ist, schlagen, während bei den Eisenbahnern z. B. die Dinge ganz anders liegen. Wir haben bei den Eisenbahnern ebenso revolutionäre Arbeiter. Aber hier steht uns der ganze Staat als Arbeitgeber gegenüber, und zwar mit seiner ganzen Macht. Er hat Gesetze geschaffen, mit deren Hilfe er die Arbeiter knebeln kann. Sagen wir zu den Bauarbeitern: Es ist Schluß mit Päplow, wir lassen uns das nicht mehr gefallen, wir machen eine eigene Organisation, — dann können wir mit diesen Bauarbeitern für eine verbesserte Lebenslage kämpfen. Wenn wir das aber mit den Eisenbahnern machen, werden wir todsicher verlieren, weil uns der ganze Staat gegenübersteht. Der wird uns niedertreten können und die revolutionären Elemente werden natürlich sofort auf die Straße geworfen werden. Wir haben auf diese Weise ungefähr 2000 der besten Kameraden im letzten Jahre verloren, die so hinausgeworfen wurden.

Und so wie die Unterschiede zwischen den Bauarbeitern und den Eisenbahnern uns verschiedene Taktiken aufzwingen, so ist es auch in den anderen Organisationen. Bei den Metallarbeitern sind wir so weit vorgeschritten, daß die Dißmänner es nicht mehr wagen, uns gruppenweise auszuschließen, weil wir dort ungefähr die Hälfte der Mitglieder hinter uns haben und der Widerstand zu groß ist. Bei den Landarbeitern wissen wir nicht, wohin die Politik der Amsterdamer treibt. Voraussichtlich ist es dort so, daß wir dazu übergehen müssen, sie neu zu organisieren, weil wir nicht mehr dulden können, daß der Bruch erweitert wird.

Ich bitte zum Schlusse meiner Ausführungen, erstens zu beschließen, daß alle kommunistischen Parteien verpflichtet sind, mit ganzem Ernste an die Bildung der Fraktionen zu gehen und die Beschlüsse des 2. und 3. Weltkongresses in diesem Jahre durchzuführen, zweitens für jede Fraktion und — wenn notwendig — auch für die

verschiedenen Industriegruppen Aktionsprogramme aufzustellen, die es uns ermöglichen, mit den Arbeitern so um unsere Ziele zu kämpfen, wie dies notwendig ist, und drittens zu untersagen, daß unsere Genossen in den verschiedenen revolutionären Organisationen oder parallelen gewerkschaftlichen Organisationen sich gegenseitig bekämpfen zum Gaudium unserer Gegner. (Beifall.)

LAURIDAN (Frankreich): Dadurch, daß die französische Delegation einen Gewerkschaftler, den Sekretär einer der bedeutendsten Provinzverbände der französischen CGTU. auf diese Tribüne sandte, wollte sie einstimmig demonstrieren, welche Wichtigkeit sie der Frage der kommunistischen Aktion in den Gewerkschaften beilegt.

Sinowjew sagte bereits, daß die Gewerkschaftsfrage zu den wichtigsten Fragen der französischen Bewegung gehört. Wir sind ganz dieser Ansicht und fügen mit Losowski hinzu, daß die Gewerkschaftsfrage in jedem einzelnen Lande auf Grund der historischen Entwicklung und der Organisationsverhältnisse des betreffenden Landes gelöst werden muß.

Die ganze französische Delegation, von der Rechten bis zur äußersten Linken, ist mit dem Bericht Losowskis einverstanden.

Der § 20 dieses Berichtes verdient, erklärt, studiert und erläutert zu werden.

Was besagt dieser Paragraph? Er überläßt es den Kommunisten gewisser Länder, besonders den Kommunisten Frankreichs, die Formen und Methoden des gemeinsamen Kampfes und der Arbeitsgemeinschaft in allen Defensiv- und Offensivaktionen gegen das Kapital im Einvernehmen mit den Syndikalisten an Ort und Stelle auszuarbeiten.

Es scheint, als wäre dies ein Zugeständnis. Weshalb dieses Zugeständnis? Erstens, weil in Frankreich eine bedeutende syndikalistisch-revolutionäre Organisation, die CGTU. besteht, die 300 000 Mitglieder zählt. Zweitens, weil in der organisierten Masse, die unter der unorganisierten Masse verstreut ist, den politischen Parteien, darunter auch der Kommunistischen Partei gegenüber, ein, übrigens verdientes Mißtrauen besteht.

Man hat viel von den Traditionen in Frankreich gesprochen. Man spricht auch heute noch viel davon. Man ist sich nicht bewußt, daß die Tradition Vergangenheit bedeutet, und daß die Tradition zuweilen sogar Vergessen bedeutet.

Das Leben, das uns leitet, wechselt sein Angesicht. In Frankreich kommt die Tradition bei jeder Gelegenheit und häufig sogar ohne jede Gelegenheit zum Vorschein.

So oft wir in irgendeiner Aktion eine kommunistische Arbeit vollbringen wollen, halten uns die Genossen die Tradition entgegen. Nun wohlan, da nun einmal die Tradition da ist, sprechen wir rasch darüber.

In welche Epoche fällt in Wirklichkeit der Aufschwung der französischen syndikalistischen Bewegung? Er fällt in die Epoche nach der Kommune, gegen 1878—1880. In dieser Epoche gab es in der französischen politischen Partei einen Mann, der die marxistischen Theorien verfocht. Das war Jules Guesde, der Jules Guesde des Marseiller Kongresses, nicht jener des Krieges. Er predigte die innigste Verbindung der Gewerkschaften mit der politischen Partei.

Die echte französische Tradition fällt in diese Epoche, die französische Partei hat jedoch später ihre Tradition vergessen. Sie versank in den beschränktesten, in den verwerflichsten Parlamentarismus und die Jünger Jules Guesdes — die Lebas und die Delory, die auch heute noch Abgeordnete des Nordens sind — vergaßen die gewerkschaftliche Tradition Jules Guesdes und versanken in einen Syndikalismus der gefährlichsten und ekelhaftesten Burgfriedenspolitik.

Jedermann erinnert sich noch der im Jahre 1911 in der Kammer gehaltenen Rede Chesquières, die er auf dem darauffolgenden Kongreß verteidigte und in der er die revolutionären Syndikalisten als Leute der direkten Aktion denunzierte, die außerhalb des Gesetzes gestellt werden müßten. Wie soll eine politische Partei unter solchen Verhältnissen das Vertrauen der Arbeitermassen gewinnen! Was geschah hernach?.

Der Kongreß von Amiens im Jahre 1906, aus dem die famose Charte von Amiens hervorgehen sollte, war alles in allem nichts anderes als eine hauptsächlich gegen die politische Partei gerichtete Reaktion der kräftigen und gesunden Geister der französischen Arbeiterklasse.

Dieser Kongreß sanktionierte die „Charte", die man uns auch heute noch in den Gewerkschaften entgegenhält und die zwei Seiten hat: eine nach innen gerichtete, d. i. die gewerkschaftliche Autonomie, und eine nach außen gerichtete, d. i. die syndikalistische Aktion, den Syndikalismus, der sich selbst nicht genügt und der dennoch alle Anforderungen befriedigt, was schließlich bloß eine politische Formel, aber eine verschwommene und gefährliche politische Formel ist.

Dann kam der Krieg. Wir erlebten im Krieg die Verdunkelung beider Organisationsformen: der politischen Form, die sich schon lange vorher mit der Bourgeoisie verbunden hatte, und der gewerkschaftlichen Form, in die man noch einige Hoffnung setzen konnte. (Zwischenruf *Losowski:* Der Krieg hat die Einheit zustandegebracht.) Ja, aber in schlechtem Sine. Und hier will ich nebenbei dem Mann, den wir verloren haben, will ich Jaurès eine Huldigung darbringen, damit man nicht mehr sagen kann, daß wir sein Andenken verunglimpfen, selbst wenn wir seine Lehren bestreiten.

Während des Krieges gab es einen Kampf, der darauf abzielte, die Partei in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung in die richtige Bahn zu lenken. In diesem Kampf wurde zwischen denjenigen, die der Partei angehörten, und denjenigen, die sich speziell mit der Gewerkschaftsbewegung befaßten, kein Unterschied gemacht. Es wurde ein Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen eingesetzt, dem die Genossen Losowski, Trotzki, Loriot, Rosmer, Souvarine, Monatte, Péricat, Sirolle und einige andere angehörten.

Im Kriege angefangen, dauerte dieser Kampf auch nach dem Waffenstillstand fort. Syndikalisten und Sozialisten — dieser Punkt muß betont werden —, die wußten, wie sehr die heilige Einheit in schlechtem Sinne zustandegebracht wurde, griffen die Männer an, die sich an der Spitze der Sozialistischen Partei, und gleichzeitig auch jene, die sich an der Spitze der CGTU. befanden. Das war das Komitee der Kommunistischen Internationale.

So gelangten wir zum Kongreß von Tours, zur Spaltung der Partei.

Hier, Genossen, müssen wir unseren politischen Freunden und auch uns selbst den Vorwurf machen, daß die Wichtigkeit der Spaltung von Tours nicht erfaßt und nicht verstanden wurde, daß nicht verstanden wurde, daß die Dissidenten versuchen würden, das, was sie in der politischen Partei verloren haben, in der gewerkschaftlichen Bewegung wiederzugewinnen.

Warum? Weil zwischen den Führern der französischen Sozialistischen Partei und den Führern der französischen Confédération Générale du Travail eine Kampfsolidarität bestand.

Sie waren durch das Band des Schmutzes, des Blutes und des Verbrechens miteinander verbunden.

Sie waren gezwungen, die gewerkschaftliche Spaltung anzustreben; sie mußten es tun und sie taten es auch.

Überdies war bei den Dissidenten der französischen Sozialistischen Partei, die jetzt die sogenannte „Französische Sektion der Arbeiterinternationale" bilden, der Wille vorhanden, den Kontakt mit der Arbeitermasse zu wahren. Wie konnten die Dissidenten diesen Kontakt anders wahren als mit Hilfe der CGT., durch das Organ, das damals behauptete, 2 Millionen Mitglieder zu haben.

Drittens hatten sie das Bedürfnis, der Kommunistischen Partei zu schaden, jenen Schwung der französischen Arbeiterklasse zu vernichten, den man mit Recht mystisch zu nennen pflegt und der die französischen Arbeitermassen zur russischen Revolution hinzieht.

Daher mußten sie den Angriff gegen die russische Revolution unternehmen, propagieren und entwickeln.

Wir hatten in jenem Augenblick in Frankreich eine kommunistische Partei, die aus der Spaltung von Tours hervorgegangen war. Die russische Revolution, das Sowjetsystem wurde angegriffen. Was tat die Kommunistische Partei Frankreichs?

Ihr standen zwei Wege offen. Den parlamentarischen Weg, den alten Weg der Sozialisten konnte die Partei nicht beschreiten, das hätten ihr die Massen nicht erlaubt. Sie hätte in die Arbeiterbewegung eindringen müssen. Sie tat es nicht.

Wir werden in der französischen Kommission bei der Erörterung der Krise der französischen Partei untersuchen, wer hierfür verantwortlich ist; wir müssen jedoch sagen, daß der Hauptfaktor der Krise die der Arbeiterbewegung gegenüber verfolgte Politik der Enthaltung ist.

Warum wollte die Partei den Gewerkschaften gegenüber nichts machen? Zur Beruhigung ihres eigenen Gewissens beruft sie sich vor allem auf die Tradition der Partei. Oder aber sie spricht von der bösen Tradition, von der Tradition eines Guesde, der nicht mehr identisch ist mit dem von 1879—1880, von jener bösen Gewerkschaftstradition, die es ermöglicht hat, aus den Gewerkschaften Wählerschulen zu machen; oder sie beruft sich ganz einfach auf ihre Tradition von 1906 und auf die durch diese böse Tradition der Sozialistischen Partei hervorgerufene Reaktion.

Zweifellos stützte sich die Gewerkschaftsbewegung auf diese Tradition von 1906. Als der Kongreß der Vereinigten CGT. im Dezember 1921 in Paris abgehalten wurde, als wir, die wir aus der alten CGT. ausgeschlossen wurden, vor der Spaltung standen, traten die Anarchisten

und die reinen Syndikalisten, die kampflustiger waren als wir, sofort mit der Frage an uns heran: Was wollt Ihr in der Gewerkschaftsbewegung tun? Nehmt Ihr die Charte von Amiens an? Da war ich es, der Colomer vom Theaterangestelltenverband die Antwort gab: Wir nehmen jetzt die Charte von Amiens an, weil wir keine Zeit haben, in eine Diskussion über sie einzugehen und weil man sich über eine Grundlage verständigen muß. Wir beabsichtigen, über die Charte von Amiens auf dem nächsten Kongreß der CGTU. eine Diskussion zu eröffnen.

Als Monmousseau die Tribüne des Kongresses von St. Etienne bestieg, als er uns erklärte, daß der Syndikalismus sich selbst genüge, aber nicht mehr alle Anforderungen befriedige, brach Monmousseau mit der Tradition der französischen Syndikalistenbewegung. Warum sollten sich die Kommunisten einen Zwang auferlegen, wenn Monmousseau selbst sich keinen Zwang auferlegte?

Übrigens hat die Kommunistische Partei eine noch bestimmtere Pflicht: sie muß beobachten, was ihre Mitglieder in den Gewerkschaften machen. Statt dessen bestand die Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs darin, daß sie zur Helfershelferin der Antikommunisten wurde, die sich diesen Umstand zunutze machten und sich der Parteipresse und sogar der „Humanité" bedienten.

Es müssen hier nebenbei einige Tatsachen angeführt werden. Man sagte, wir hätten in Frankreich der gewerkschaftlichen Spaltung vielleicht entgegentreten können. Ich habe soeben auseinandergesetzt, daß diese Spaltung politischer Natur war und daß wir nicht entsprechend organisiert waren, um den Spaltungsabsichten der Dissidenten und der alten CGT. Widerstand entgegensetzen zu können. Wir hatten damals jedoch eine Minoritätsgruppe. Diese Gruppe führte den Namen „Revolutionär-Syndikalistisches Komitee". In diesem Komitee bildeten die kommunistischen Elemente die Mehrheit und dennoch verfolgte das Komitee einen Weg, der jenem der Kommunistischen Partei gar nicht entsprach. Warum? Weil es die Kommunistische Partei für sehr angemessen fand, nie etwas zu sagen und die Theorie der geringsten Anstrengung zu befolgen.

Vor dem Kongreß der Vereinigten CGT. im Jahre 1921 hätte man die kämpfenden Kommunisten versammeln können. Man hätte sie versammeln können, um ihnen die Gewerkschaftsthese des Marseiller Kongresses, der darüber zu bestimmen hatte, ob die revolutionären Syndikalisten die Spaltung annehmen oder nicht, vorzulegen. Man hat sie nicht versammelt. Man sagt, es gebe Entschuldigungen hierfür, vor allem die, daß kein gewerkschaftliches Programm vorhanden war. Wie stellen Sie sich eine Kommunistische Partei vor, die ein Jahr nach der Spaltung noch kein gewerkschaftliches Programm hat?

Als Losowskis Telegramm eintraf, in dem es hieß, wir sollten die Spaltung nicht beschleunigen, wir sollten sie im Gegenteil zu verhindern trachten, traf uns dieses Telegramm wie ein vom Himmel gefallener Stein. Man verstand es nicht. Warum? Weil uns die Partei nicht unterrichtet hatte.

Schließlich will ich nebenbei auf einen Fehler hinweisen: Während in Paris ein Kongreß der aus der alten CGT. ausgeschlossenen besten Arbeiterelemente — die Mehrzahl bestand aus Kommunisten — im Gange war, veranstaltete man einen Kongreß der Partei in Marseille,

Hunderte von Kilometern von Paris entfernt, und isolierte dadurch die auf dem Pariser Kongreß befindlichen kommunistischen Kämpfer von ihrem eigentlichen Herd.

Wir kommen jetzt zur Vorbereitung des Kongresses von St. Etienne. Das Zentralbüro der CGTU. — ein provisorisches Büro — legt einen Statutenentwurf vor, in dem es heißt, daß die syndikalistische Bewegung gegen jeden Staat — und sei es ein proletarischer Staat — gerichtet sein müsse. Dies war ein direkter Angriff auf die Prinzipien des Kommunismus selbst. Die Partei kümmerte sich darum gar nicht; ein Bezirksverband, der Bezirksverband des Nordens war es, der einen Gegenstatutenentwurf verfaßte. Während der Bezirksverband des Nordens gegen die Anarchisten, gegen die „Libertaires", gegen die reinen Syndikalisten anzukämpfen versuchte, mußten wir sehen, daß ein Blatt der Kommunistischen Partei, die „Internationale", das unter der Leitung des Genossen Renoult stand, den Aufsätzen Besnards, Quintons, der reinen Syndikalisten, der Antikommunisten ein Asyl gewährte, daß in diesem Blatte der Bürger Méric über die Artikel des Genossen Verdier — eines anderen Antikommunisten — mit großer Freude und Genugtuung sprach.

(Zwischenruf RENOULT: Es muß festgestellt werden, daß ich, als sich der von Dir erwähnte Fall ereignete, mich gerade in Moskau befand, wo ich der anfangs dieses Jahres abgehaltenen Tagung des Erweiterten Exekutivkomitees beiwohnte.)

LAURIDAN (fortfahrend): Was Gen. Renoult da sagt, beweist nicht, daß ich auf dieser Tribüne etwas Unwahres behauptet hätte. Er war nicht in Frankreich, das Blatt jedoch, ein Parteiblatt, war ein Asyl für die Aufsätze der Antikommunisten.

Wir kommen jetzt zum Kongreß von St. Etienne. Frossard sagt uns: Ich habe die hier eingegangenen Verpflichtungen gehalten, denn ich habe die Syndikalisten in St. Etienne versammelt.

Sie müssen wissen, Genossen, daß angesichts der völligen Untätigkeit der Kommunistischen Partei Frankreichs, wir, die kommunistischen Gewerkschaftler, schon lange Zeit vor dem Kongreß von St. Etienne von Frossard die Einberufung einer Versammlung der Kommunisten verlangten. Der Wunsch der Internationale traf mit dem Wunsch der innerhalb der Gewerkschaft kämpfenden Kommunisten zusammen.

Man versammelte die kommunistischen Gewerkschaftler eines Abends, und das war alles. Die Anarchisten, die reinen Syndikalisten, die Anhänger der Tendenz Monmousseau versammelten sich jeden Abend. Die Kommunisten konnten spazieren gehen, konnten ins Theater oder sonstwo hingehen. Der Kongreß von St. Etienne interessierte sie nicht mehr.

Auch konnte man folgenden Zwischenfall erleben, den keine Partei zulassen dürfte: Die Antikommunisten verteilten auf dem Kongreß von St. Etienne einen Brief des kommunistischen Abgeordneten Lafont, eines Advokaten, der sich zum Verteidiger der Arbeiterbewegung aufwirft, — einen Brief, über den wir uns sehr gemäßigt ausdrücken, wenn wir sagen, daß er antikommunistisch ist. (Zwischenruf DORMOY: Das ist ja ein Auszug aus Marx!) Nach dem Kongreß von St. Etienne standen wir vor der Bildung des Komitees für syndikalistische Verteidigung.

Dieses Komitee wurde von den reinen Syndikalisten und von den „Libertaires" organisiert, die behaupteten, Monmousseau hätte sich der Kommunistischen Internationale verkauft.

Wir hätten hierauf mit der Bildung kommunistischer Gruppen in den Gewerkschaften antworten müssen. Als wir hiervon sprachen, erhob sich sofort eine beträchtliche Anzahl von Genossen und rief: Rührt nicht an die Gewerkschaften, wenn Ihr die Beziehungen, die wir mit ihnen haben, nicht zerstören wollt! Diese Beziehungen haben übrigens nie bestanden.

Als der Pakt entdeckt wurde, zeigte sich, daß dies ein regelrechter Kontrakt war zwischen verschiedenen rein syndikalistischen Genossen und anderen, die eine kleine geheime Gesellschaft gebildet hatten, mit dem Ziel, gegen die Verbandsorganisation Sturm zu laufen. Man wollte die wichtigsten Posten sofort nach dem siegreichen Ansturm unter den Genossen verteilen, die an dem Pakt beteiligt waren. Als die Arbeiter diesen Pakt sahen, erhoben sie natürlich ihre Stimme. Das wäre eine großartige Gelegenheit gewesen zur Einleitung einer Kampagne gegen die reinen Syndikalisten und die „Libertaires". Die Kommunistische Partei Frankreichs ließ diese Gelegenheit unbenützt.

Dieses Stillschweigen läßt darauf schließen, daß es in der Partei Mitschuldige gab, die den Pakt verfaßt und unterschrieben hatten.

(Zwischenruf LOSOWSKI: Unter den 18 Unterzeichnern des Paktes waren drei Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs.)

VORSITZENDER (unterbrechend): Die Redezeit ist abgelaufen.

HECKERT (Deutschland): Weiterreden lassen!

Es ist der Vorschlag gemacht worden, den Redner weitersprechen zu lassen. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall.

LAURIDAN (fortfahrend): Dann kamen wir zu dem großen Ereignis der französischen Arbeiterbewegung in diesem Jahre, zum Streik von Le Havre. Es wurde über den Streik von Le Havre viel erzählt, hauptsächlich aber viel Unsinn; es wäre immerhin angebracht, ein bißchen die Wahrheit festzustellen.

Wir müssen sagen, daß die Partei dem Streik von Le Havre ihr Blatt, die „Humanité", in vollem Maße gewidmet hat. Sie ließ dem Auszug der Kinder die größte Unterstützung angedeihen. Da die Partei diesem Streik die ganze große Bedeutung verlieh, die ihm zukam, da sie, die Kommunistische Partei, es bewirkte, daß dieser Streik durch Vermittelung ihres Blattes in ganz Frankreich und sogar in der ganzen Welt bekannt wurde, hatte sie das Recht, sich mit dem Streik von Le Havre zu befassen. Es scheint aber, daß dem nicht so ist. Die Partei — sagte man — hat kein Recht, sich mit derartigen Konflikten zu befassen. Hätte die Partei auch nur einen Delegierten nach Le Havre entsendet — sagte man —, die streikenden Gewerkschaftler hätten sich geweigert, ihn zu empfangen.

Da genügt es, auf die Tätigkeit der kommunistischen Jugend hinzuweisen. Die kommunistische Jugend ließ sich in Frankreich durch diese vielen Scheingründe nicht einschüchtern. Die Tätigkeit zweier junger Genossen war es, die bezeichnenderweise den Streik von Le Havre entfesselte. Am Tage, nachdem die Gendarmen auf die Arbeiter

geschossen hatten, veröffentlichte die kommunistische Jugend Aufrufe an die Soldaten, verbreitete Maueranschläge an die Soldaten und an die Bevölkerung. (Beifall.)

Und die kämpfenden Gewerkschaftler von Le Havre nahmen das, was ihnen die kommunistische Jugend sandte, sehr gern an; sie wiesen es nicht zurück.

Unlängst sagte mir ein Genosse — ich möchte seine Auffassung nicht als vollwertig betrachten —, ja, aber in Le Havre machte man ja in den gewerkschaftlichen Kreisen einen Unterschied zwischen der Jugend und der Partei. Man kannte die Jugend als revolutionäres Element, während die Partei als politisches Element betrachtet wurde, dem man Mißtrauen entgegenbrachte.

So gelangten wir zu dem 24stündigen Streik, der auf die Forderung der anarchistischen und rein syndikalistischen Elemente ausbrach, zu diesem Streik, der Sonntag beschlossen und Dienstag durchgeführt wurde, und für den der Befehl in die Provinz nicht durch die CGTU., sondern durch das offizielle Organ der Partei, die „Humanité", vermittelt wurde.

Ich meinerseits erhielt den Streikbefehl in Lille am Montag um 11 Uhr. Ich wußte nichts, ich las die Streikorder in der „Humanité", dem offiziellen Organ meiner Partei. Ich sagte mir: Man muß mitmarschieren. Da gab es nichts mehr zu streiten; ich konnte hernach kritisieren, aber augenblicklich mußte ich um jeden Preis mitmarschieren.

In einigen Stunden brachten wir den ganzen Nordbezirk in Aufruhr. Wir führten den Streik durch, und es beteiligten sich daran im Nordbezirk 150 000 Arbeiter.

Die Kommunistische Partei erfüllte sowohl im Nordbezirk, wie auch in den übrigen Bezirken ihre Pflicht. Trotzdem hatten wir kein Recht zu sprechen und zu sagen, wie wir über den Streik dachten, zu sagen, daß dieser Streik verfrüht beschlossen und zu früh propagiert wurde. Warum? Weil sich die Partei gar nicht darum kümmert, was in der CGTU. vorgeht. Sie will nicht wissen, was die CGTU. macht. Gewiß, es bestehen freundschaftliche Bande zwischen einzelnen Parteigenossen und Genossen von der CGTU. Einzelne Kommunisten besuchen wohl von Zeit zu Zeit die Genossen von der CGTU., um ihnen eine gewerkschaftliche These oder irgendeine Arbeit oder einen Artikel zu zeigen; sobald es sich jedoch darum handelt, sich mit ernsten Angelegenheiten der Arbeiterbewegung zu befassen, geht niemand hin, weil eben niemand mehr hingehen kann.

Wir haben aber die „Humanité"; damals hatten wir auch die „Internationale", die in den Streiktagen in 80 000 Exemplaren erschien.

Was nützten all diese Dienste? Diese Dienste gaben der Kommunistischen Partei das Recht zu schweigen und den Antikommunisten das Recht zu sagen: Seht mal die Kommunisten, man nennt sie Revolutionäre und sie haben nicht einmal den Mut zu reden!

So kamen wir zur letzten Tagung des Landeskomitees der CGTU. Wir hatten vier sehr ernste Probleme zu erörtern. Vor allem das Problem der Einheitsfront. Man sagt, daß Frossard in dieser Beziehung seine Verpflichtungen eingehalten habe. Nun, das war wohl gar leicht! Seit dem März verfolgen die Arbeiter in der Praxis die Einheitsfronttaktik.

Da haben wir z. B. den Metallarbeiterstreik von Lille. Der aus 40 aktiven Mitgliedern bestehenden Vereinigten Gewerkschaft stand die Dissidentengewerkschaft der Metallarbeiter gegenüber, die angeblich 5000 Mann stark war. Wir forderten die Einheitsfront, und zwar nicht im Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei Frankreichs, weil diese sie ja gar nicht wollte, sondern in Übereinstimmung mit dem Geist der Kommunistischen Internationale.

Unsere Gewerkschaft hat durch die Verwirklichung der Einheitsfront nur gewonnen; sie hat nicht abgenommen, im Gegenteil sie hat einen Zuwachs erfahren. Ihr Einfluß unter den Arbeitermassen war ein derartiger, daß sie, obwohl nur aus 40 aktiven Mitgliedern bestehend, es zustande brachte, die im Streik stehenden Parteilosen zu vereinigen, ihnen ein Komitee zu geben und ihnen sogar ihren Beistand angedeihen zu lassen, damit sie zusammen mit uns unter der revolutionären Flagge marschieren können.

Wir haben also die Einheitsfront praktisch verwirklicht. Es ist ein leichtes, nachher nach Frankreich zurückzukehren und zu sagen: Wir nehmen die Einheitsfront an. Denn praktisch war dies in unserem Lande schon der Fall.

Dasselbe gilt von der Einheitsfrage.

Bei der letzten Tagung des Landesverbandskomitees war die Frage der Einheit auf die Tagesordnung gesetzt. Ihrer Taktik getreu kümmerte sich die Kommunistische Partei Frankreichs um die in der Tagung des Landesverbandskomitees gestellte Frage nicht im geringsten. Sie ließ es gewähren.

Glauben Sie, daß die Antikommunisten dasselbe taten? Durchaus nicht. Sie schlugen ein Mittel zur Schaffung der Einheit vor; sie sagten: Wir wollen wohl die Einheit, aber die Einheit ohne die Führer, wir wollen die CGT. ohne ihre Führer und die CGTU. ohne die ihrigen; was konnte auf diese Art geschehen? Sie hätten ihre antikommunistische Diktatur aufgerichtet und die französischen Gewerkschaften der jetzt in Berlin im Entstehen begriffenen anarchistischen Internationale zugeführt.

Hierauf antwortet die Kommunistische Partei Frankreichs damit, daß sie die Ereignisse laufen läßt.

Dasselbe gilt von den Betriebskomitees. Wir erörterten diese Frage in der letzten Tagung des Landesverbandskomitees zur selben Zeit, als die Kommunistische Partei Frankreichs damit beschäftigt war, was wir den schändlichen Pariser Kongreß nennen können.

Wir hatten die Frage der Betriebskomitees zu erörtern und es standen uns keinerlei Dokumente, keinerlei Daten zur Verfügung. Wir, die Kommunisten, standen im Verbandskomitee da, die einen in der einen Ecke, die anderen in der anderen Ecke und fragten uns, was wir zu tun hätten: Die Partei schwieg.

In der Angelegenheit von Périgueux waren die Angriffe noch viel schrecklicher. Was ereignete sich hier?

Die kommunistische Sektion von Périgueux hatte mit der stichhaltigen Begründung, daß ein Gewerkschaftssekretär, der gleichzeitig Kommunist ist, nie vergessen dürfe, daß er Kommunist ist, den Sekretär des Bezirksverbandes aus ihren Reihen ausgeschlossen, weil dieser gesagt



hatte: In der Partei, da bin ich Kommunist; im Bezirksverband jedoch, da kenne ich die Partei nicht mehr.

Das ist wohl die bei uns herrschende Mentalität!

Die Sektion von Périgueux erklärte also: Nun gut, da Du im Bezirksverband die Partei nicht mehr kennst, so gehe denn aus der Partei!

Sofort erhob sich in der CGTU. ein Heer von Verteidigern. Monmousseau selbst erhebt ein Geschrei über die Verletzung der Subordination seitens der Partei. In der Presse erscheint eine indirekte Rüge an die Partei. Die „Humanité" antwortet nicht. Die Partei antwortet nicht.

Wir, das Landesverbandskomitee, mußten uns gegen diese Rüge wenden, um die französische Arbeiterbewegung von diesem Schimpf zu befreien.

Welche Ergebnisse zeitigt eine derartige gewerkschaftliche Enthaltungstaktik der französischen Partei?

Es sind das Ergebnisse, Genossen, die auf Ihren Entschluß einen Druck ausüben müssen. Deshalb war ich gezwungen, diesen historischen Rückblick zu unternehmen, den mir gewisse Genossen wohl verzeihen werden, weil ich getrachtet habe, ihn so mäßig wie möglich zu halten.

Ja, die Ergebnisse! Die Antikommunisten haben überall Spielraum gewonnen. Die Kommunistische Partei hat unter den Arbeitermassen keinerlei Einfluß und die Kommunistische Internationale und — was noch viel trauriger ist — Moskau werden überall vor den französischen Arbeitermassen, die sich an Moskau wie an ihr Leben klammerten, angegriffen, verleumdet und verächtlich behandelt.

Monate hindurch sahen war, wie sich anläßlich des Prozesses der Sozialrevolutionäre die gesamte französische Arbeiterpresse gegen die Moskauer Richter wandte, wie die ganze reaktionäre Presse und die ganze sogenannte französische Arbeiterpresse, „Le Peuple", das Organ der CGT., „Le Populaire", das Organ der Dissidenten, das Organ der Sozialdemokraten, die ganze Presse die Moskauer Richter angriff, und die Kommunistische Partei tat nichts, überhaupt nichts. (Mehrere Stimmen: Das ist nicht richtig!)

(Zwischenruf PAQUEREAUX: Es ist unrichtig! Es ist jämmerlich! CACHIN: Es ist schrecklich!)

LAURIDAN: Die Genossen vom Zentrum behaupten, daß keiner von ihnen je vergessen habe, in den Versammlungen die russische Revolution zu verteidigen. Das ist das Allerwenigste, was sie tun konnten. Ich bin überzeugt, daß keiner von ihnen es vergessen hat. Die Partei als solche hätte sich jedoch gegen diese Kampagne der Lüge und der Demagogie wenden müssen. (Beifall.)

Eine einzige Organisation hat Protest erhoben: der Bezirksverband der Vereinigten Gewerkschaften des Nordens. Es ist dies dieselbe Organisation, die auch in der Affäre Schapiro Protest erhoben hat. Die Partei hatte keinen Mut, darüber zu sprechen.

Und wir waren es wieder, die die russische Revolution im Landesverbandskomitee verteidigen mußten, als man ihr wegen der Angelegenheit der Sozialrevolutionäre und der Angelegenheit Schapiro den Prozeß machen wollte. Deshalb hat die Kommunistische Partei ihre Ach-

tung eingebüßt. (Zwischenruf CACHIN: **Es ist mindestens eine Entstellung der Wahrheit, über eine derart ernste Angelegenheit so zu sprechen. Nicht nur, daß das Blatt der Partei seine Spalten zur Verfügung gestellt und die Moskauer Kommunisten und die Moskauer Gerichte Monate hindurch Tag für Tag verteidigt hat, sondern wir taten dies auch in unserer täglichen Aktion; ich meinerseits tat es in der Deputiertenkammer gegen die Dissidenten, gegen die Bourgeois; ich verteidigte Moskau ganz allein.** (PAQUEREAUX: **Das ist nicht ehrlich von Ihnen, Lauridan!**)

LAURIDAN: Gestatten Sie mir eine Frage, Cachin! Sie wissen, welche Verehrung ich für Sie habe und wie ich auch auf die Wahrheit bedacht bin, selbst wenn sie gegen mich selbst gerichtet ist. Ich stelle Ihnen folgende Frage: Hat die Kommunistische Partei Frankreichs als solche in ihrer Gesamtheit durch ihr leitendes Organ irgend etwas gegen die demagogische Kampagne der Sozialrevolutionäre unternommen?

CACHIN: Täglich wurde im Parteiblatt protestiert, das muß ich erklären und das erkläre ich auch.

Mehrere Stimmen: Das ist unrichtig!

LAURIDAN: Ich bitte Sie, Cachin, mir auf meine Frage zu antworten: Hat die Partei in ihrer Gesamtheit irgend etwas getan? ... Nein!

CACHIN: Der Generalsekretär ist hierher gekommen, um Zeugenschaft abzulegen. Ich glaube, das ist klar und deutlich genug!

PAQUERAUX: Uns als Helfershelfer der Sozialrevolutionäre hinstellen, das ist ja fürchterlich!

VORSITZENDER (unterbrechend): Die Redezeit ist jetzt vorbei (Zurufe: weiterreden lassen). Es ist vorgeschlagen worden, die Redezeit noch einmal zu verlängern (Beifall). (Zuruf: 10 Minuten), und zwar um 10 Minuten. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall.

LAURIDAN: Ich will versuchen, rasch zu Ende zu gelangen.

Ist das Problem der Kommunistischen Internationale denn so füchterlich, daß es nicht gelöst werden kann? Ein Punkt muß stark betont werden: Niemand in Frankreich, nicht einmal die Linke, denkt daran, die gewerkschaftliche Autonomie zu verletzen. Wir wollen aber, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften Kommunisten seien und daß sie in den Gewerkschaften kommunistische Gruppen bilden.

Niemand kann der Kommunistischen Partei das Recht streitig machen, sich für die Arbeiterbewegung zu interessieren und folglich in den Betrieben Zellen zu bilden.

Nehmen wir das Beispiel des Nordens, wo eine Guesdistische Formation besteht. Wir haben im kommunistischen Verband 8000 Mitglieder, die fast durchwegs Proletarier sind (wir haben bloß zwei oder drei Advokaten, die uns übrigens sehr lästig sind), und die Partei und die Gewerkschaften kommen dabei gut weg.

Der Kommunistische Verband des Nordens hat zur Zeit des dreimonatigen Textilstreiks von Roubaix-Tours-Tourcoing im Jahre 1921 sein Blatt — „Le Prolétaire du Nord et du Pas-de-Calais" — den Strei-

32*

kenden im vollen Umfange gewidmet. Das Blatt war sogar Verfolgungen ausgesetzt. Der Bezirksverband des Nordens kann sich seinerseits auf einen Gegenentwurf gegen die Statuten der CGTU., seinen Protest gegen den Prozeß der Sozialrevolutionäre, seine Beteiligung an der Einheitsfront und seinen Protest gegen den Prozeß Schapiro berufen.

Auf allen Gebieten: auf dem Gebiete der Gewerkschaften, des Genossenschaftswesens, des freien Gedankens, überall müssen wir, Kommunisten, als Kommunisten kämpfen um unseren Ideen zum Sieg zu verhelfen. (Zwischenruf DORMOY: Das ist ja möglich.) Genosse Dormoy sagt: Das ist ja möglich! Jawohl, Ihr tut es aber nicht.

Die These Losowskis verkündet überall die Vorherrschaft des Kommunismus. Im Büro der CGTU. sitzen Kommunisten; in den Verbänden der Kanalarbeiter, der Wegearbeiter u. a. sind die Sekretäre Kommunisten; in den wichtigsten Bezirksverbänden sind die Sekretäre Kommunisten; in den Lokalverbänden, in den Gewerkschaften, überall sind Kommunisten.

Und doch machen überall die Kommunisten was sie wollen, ohne sich um ihre Partei zu kümmern.

Das ist eine brutale Tatsache: Genossen, wie denkt Ihr von einer 80 000 Mann starken Partei und einer CGTU. mit 300 000 Mitgliedern, die gar nicht unter dem Einfluß der 80 000 Mitglieder der Kommunistischen Partei stehen? Wenn die letztere bloß 2000 oder 3000 Mitglieder hätte, wäre das denkbar: 2000 oder 3000 gegen 300 000! Da könnte man wohl sagen: Wir können nichts tun. Wir sind aber 80 000 und uns gegenüber stehen 300 000. Wir müssen uns stark genug fühlen, um unsere Ideen den übrigen einzuimpfen und ganz besonders, um unseren Einfluß in den Arbeitergewerkschaften geltend zu machen.

Losowski sagte soeben, daß der Marxismus das Leben nimmt, wie es ist. In Frankreich ist die Kommunistische Partei keine echte Partei, daher das Mißtrauen; dagegen ist die Arbeiterorganisation, die CGTU., revolutionär und proletarisch. Sie hat Einfluß auf die Arbeitermassen. Wir müssen mit ihr rechnen.

Wir machen ein Zugeständnis und hoffen, daß dieses Zugeständnis bloß ein Zugeständnis der Form sein wird, daß die Entwicklung der Dinge die Gestalt der offensiven und defensiven Arbeitsgemeinschaft gegen den Kapitalismus annehmen wird. Wenn wir wirklich Kommunisten sind, werden wir die CGTU. an uns fesseln.

Die These Losowskis sagt: Es gibt Kommunisten in den Gewerkschaften. Es muß hinzugefügt werden, daß es auch in der Partei Kommunisten gibt.

Innerhalb der Partei gibt es eine starke Truppe überzeugter Kommunisten, und eine starke Truppe aufrichtiger Kommunisten finden wir in den Gewerkschaften. Diese beiden Kräfte müssen sich vereinigen und es fertig bringen, eine echte kommunistische Partei zu bilden, eine Partei, die frei sein wird von allen Berufspolitikern und Arrivisten, eine Partei, die in der Tat der Leuchtturm der Arbeiterklasse und die treue Führerin des französischen Proletariats sein wird.

Dann wird — seien Sie hierüber unbesorgt — die Frage der Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften nicht mehr auftauchen, weil die Partei eine echte Proletarierpartei sein wird. Sie wird auf



ihrem richtigen Platz stehen, an der Spitze, und nicht hinter den mit dem Weltkapitalismus ringenden Organisationen, wie dies heute der Fall ist. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Genossen, Gen. Rosmer hat gebeten, daß man ihn an die letzte Stelle der Rednerliste setze. (Zwischenruf CLARK.) Der Genosse protestiert dagegen, daß niemals ins Englische übersetzt wird. Er sagt, daß hier Änderungen in der Tagesordnung vorkommen, und die englischen Genossen wissen nicht einmal, worum es sich handelt. Der Genosse sagt, daß er von jetzt an jedesmal protestieren wird. Wir werden jetzt den Gen. Marshall beauftragen, den englisch sprechenden Genossen stets zu übersetzen, was behandelt wird. Solange ich den Vorsitz führe, werde ich selbst ins Englische übersetzen.

HERTHA STURM (Deutschland): Genossen, die Gewerkschaftsfrage wurde hier unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Einheitsfront im wesentlichen von ihrer formalen Seite betrachtet. In dem Sinne nämlich: Wie ist es möglich, die organisatorische Einheit der Gewerkschaften zu erhalten, und welches sollen die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften sein, um diese im Sinne des Kommunismus zu beeinflussen. In beiden Fragen stoßen wir auf den Widerstand der Reformisten, der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie. Selbstverständlich sind diese Fragen politische Fragen. Denn inwieweit es gelingt, diese organisatorische Einheit zu erhalten und zu stärken, — das hängt eben ab von der Klarheit, Geschlossenheit und Kampffähigkeit der kommunistischen Parteien und ist unter anderen Tagesordnungspunkten bereits behandelt worden: unter dem Tagesordnungspunkt der Offensive des Kapitals und der Taktik.

Ich möchte hier aber doch hinweisen auf die sehr enge Verbindung dieser beiden Seiten der Frage unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle bei diesen Aufgaben die *Arbeiterinnen* in den Gewerkschaften spielen. Die Frage ist deswegen von großer Bedeutung, weil die Arbeiterinnen eine Schicht der Arbeiterschaft darstellen, deren Umfang und deren Gewicht in der Produktion und in den Gewerkschaften ständig wächst. In den europäischen Ländern stellen die Frauen je nach der wirtschaftlichen Struktur des Landes 20 bis 45 Prozent der Erwerbstätigen dar. Die Zahlen sind während des Krieges erheblich gestiegen und sind in der Nachkriegszeit höher geblieben, als sie vorher waren. In den jungen kapitalistischen Ländern Korea, Japan, mit ihren Millionen Arbeitern, stellen die Arbeiterinnen sogar mehr als 50 Prozent der Arbeiterschaft dar.

Auf der andern Seite ist bekannt, daß die Schicht der Arbeiterinnen zu den Schichten gehört, von denen Gen. Bucharin in der Frage des Programms sagte, daß sie vom Kapitalismus und seinen Helfershelfern faktisch ausgenutzt worden sind, um seine Machtpositionen zu verstärken und zu behaupten. Die Arbeiterinnen werden gegen die Arbeiter in ähnlicher Weise ausgespielt, wie die Kolonialvölker ausgenutzt werden, auf deren Kosten die europäischen Arbeiter gewisse vorübergehende Erfolge erzielen konnten.

Es ist klar, daß die Einheitsfront der Arbeiter und die organisatorische Einheit der Gewerkschaften um so gefestigter sein werden, je

mehr alle Schichten der Arbeiterschaft bewußt zusammenhalten, je schmaler die Schichten, die passiv, wenn nicht gar feindlich abseits stehen. Es ist notwendig, gerade jetzt diese Schichten der Arbeiterinnen zu der Einheitsfront zusammenzuschließen, weil bei der Offensive des Kapitals nicht nur die Interessen der Arbeiterinnen persönlich, sondern die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse gefährdet sind dadurch, daß große Massen von Arbeiterinnen nicht aktiv am Kampfe teilnehmen.

Die Offensive des Kapitals geht ganz planmäßig auf der Linie des geringsten Widerstandes vor sich. Ich weise kurz auf drei Punkte hin: zunächst auf die Frage des Achtstundentages und des *Arbeiterschutzes* im allgemeinen. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß die Kapitalisten überall damit anfangen, die Arbeiterinnen zur Aufgabe des Achtstundentages und zur sogenannten freiwilligen Übernahme von Überstunden zu bewegen, und daß dann durch wirkliche und angebliche technische Notwendigkeiten des Betriebes erreicht wird, daß zunächst in diesen Betrieben und später in allen die Arbeiter zu denselben Bedingungen arbeiten, wie die Arbeiterinnen. Wir haben bereits in fast allen Ländern Vorbereitungen zu verzeichnen, um den Abbau des Achtstundentages und des Arbeiterschutzes gesetzlich zu verankern. Aber schon vorher wird diese Praxis teils auf dem Verordnungswege, teils gegen die bestehenden Gesetze in weitem Umfang durchgeführt.

Die zweite Frage ist die *Lohnfrage*, die sofort brennend wurde in der ersten Stunde, als durch die Anwendung der Maschine in der Industrie die Arbeiterinnen als willigste und billigste Ausbeutungsobjekte auf den Arbeitsmarkt geworfen wurden. Die Lohnfrage wird jetzt wieder aktuell, weil der Kapitalismus in seiner Krise nicht mehr imstande ist, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Indem er auf die ursprünglichsten Formen der Ausbeutung zurückzugreifen gezwungen ist, steigert er die Ausbeutung einerseits durch die Verlängerung der Arbeitszeit und Intensivierung der Arbeit, um die geringere Produktivität der Arbeit infolge der technischen Verschlechterung des Betriebsapparats auszugleichen, andererseits durch die Senkung des Reallohnes. Niedrige Löhne der Arbeiterinnen ziehen Senkung der Löhne auch der Arbeiter nach sich. Die alte Losung: gleicher Lohn für gleiche Leistung sollte daher in den Mittelpunkt unserer Diskussionen und und unserer Kämpfe in den Gewerkschaften lebhafter als je gestellt werden.

Die dritte Frage ist die Frage der *Arbeitslosigkeit*, die wieder einen ähnlichen Charakter annimmt, wie sie damals hatte, als die industrielle Frauenarbeit aufkam. Wieder spukt in den Köpfen der Arbeiterschaft die Illusion, als würde durch die Ausschaltung der Frauenarbeit die Existenzmöglichkeit für die Arbeiter erleichtert. Hier muß der schärfste Kampf einsetzen, um der Gefahr zu begegnen, daß nicht ein Keil getrieben wird zwischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich als Konkurrenten bekämpfen, anstatt solidarisch zusammenzuhalten, wie wir ein solches Zusammengehen auch anstreben zwischen den Arbeitern, die in den Betrieben und denen, die außer Arbeit stehen.

Das zweite wichtige Moment ist dies: der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften wird um so stärker sein, je mehr die breiten Massen in den Gewerkschaften erkannt haben, daß es in den Kämpfen

um ihre unmittelbarsten und nächsten Interessen geht. Wenn es im allgemeinen gilt, heute der Arbeiterschaft klar zu machen, daß sie für ihre nächsten Tagesforderungen kämpfen muß, so gilt das in noch erhöhtem Maße für die Arbeiterinnen, die infolge ihrer größeren Rückständigkeit im allgemeinen weniger als die Arbeiter die Notwendigkeit eines Kampfes für fernere Ziele verstehen. Es ist klar, daß die Bürokratie der Gewerkschaften nicht in diesem Sinne arbeiten konnte, weil sie wußte, daß sie in dem Augenblicke, wo sie die Massen für solche Tagesforderungen mobilisiert, eine Kampftruppe gegen sich selbst schaffen würde.

Aber stellen wir die Frage, was die kommunistischen Parteien in dieser Hinsicht geleistet haben, so müssen wir antworten: Sehr wenig, und zwar haben sie noch weniger getan in bezug auf die Mobilisierung der Arbeiterinnen als in bezug auf die Organisierung der Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen. Das ist selbstverständlich kein Zufall, weil nämlich alle Schwächen der kommunistischen Bewegung im allgemeinen sich widerspiegeln, ja sich potenzieren in der Kommunistischen Frauenbewegung. Denn diese stellt ja nur einen Teil der Kommunistischen Gesamtbewegung dar, mit der sie auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Aber die organisatorische und die ideologische Schwäche der kommunistischen Bewegung muß sich in der Frauenarbeit in dem Maße stärker auswirken, als die Masse der Frauen politisch, organisatorisch, ideologisch, wirtschaftlich rückständiger, weil sie weniger mit dem gesellschaftlichen Leben verknüpft ist. Wenn schon die Gesamtmitgliederschaft der meisten kommunistischen Parteien zahlenmäßig klein ist, verglichen mit der Masse der Gesamtarbeiterschaft, so ist die Zahl der weiblichen Mitglieder geradezu verschwindend, absolut wie relativ. In der am allergünstigsten gestellten Partei, in der tschechoslowakischen, beträgt die Zahl der weiblichen Mitglieder rund 20%, in Italien, einer ziemlich bedeutenden Partei, noch nicht einmal 2% der Mitgliedschaft; im großen Durchschnitt der kommunistischen Parteien, soweit wir Zahlen haben, rund 10%. Das besagt, daß es verhältnismäßig noch schwerer ist, mit dieser kleinen Zahl von Kommunistinnen die breiten Massen der Arbeiterinnen zu erfassen, als es für die Kommunisten schwer ist, die Massen der Arbeiter außerhalb ihrer Reihen zu erfassen.

Weiter ist aber auch noch nicht in allen Parteien der Gedanke durchgedrungen, daß die Revolutionierung der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften planmäßig organisiert werden muß. Wenn noch innerhalb der Kommunistischen Internationale gestritten wird, ob Zellen gebildet werden sollen, wenn es noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden ist, sowohl in der Theorie wie in der Praxis, daß die Partei alle ihre Kräfte aufwenden muß, um jedes ihrer Mitglieder zur intensivsten kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften zu verpflichten, dann braucht es uns nicht zu wundern, daß in bezug auf die gewerkschaftliche Schulung der Kommunistinnen in der Partei so gut wie noch nichts geschehen ist.

Wir können feststellen, daß eigentlich nur in ganz wenigen, in den verhältnismäßig besten Parteien, in der russischen, der bulgarischen, der deutschen, außerdem noch in der österreichischen Partei diese Arbeit in Angriff genommen worden ist. In allen anderen Ländern liegt dies Gebiet noch fast vollständig brach.



Die beiden organisatorischen Aufgaben, die jetzt unmittelbar praktisch vor uns stehen, sind folgende:

1. Es muß beim Aufbau der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften überall dafür Sorge getragen werden, daß planmäßig alle weiblichen Parteimitglieder in den Gewerkschaften ihrer Fraktion angeschlossen werden.

Genossen, daß scheint eine Selbstverständlichkeit und eine Plattheit zu sein. In Wirklichkeit ist es das nicht. Wir beobachten, daß in den kommunistischen Parteien, besonders in den jungen, die Frauenbewegung etwas neben der allgemeinen Parteibewegung herläuft, statt aufs engste mit ihr verbunden zu sein. Ein solcher mangelnder Kontakt ist besonders bedenklich in der Gewerkschaftsarbeit. Es ist aber Tatsache, daß oft den Parteiinstanzen, den verantwortlichen Parteifunktionären nicht einmal bekannt ist, welche unter den weiblichen Mitgliedern gewerkschaftlich organisiert sind, wo sie arbeiten, wie sie mit ihrer Zelle in Verbindung kommen. Eine solche persönliche Feststellung und Durchorganisierung der weiblichen Mitgliedschaft ist zwar eine mühsame, aber äußerst fruchtbare Kleinarbeit, sie ist unerläßlich als solide Basis für die weiteren Aufgaben.

Es muß zweitens von der Spitze der Partei aus, von der Parteiexekutive, dafür gesorgt werden, daß eine unmittelbare, enge Verbindung zwischen derjenigen Stelle besteht, die von der Partei für die verantwortliche Leitung der Gewerkschaftsarbeit bestimmt wird — möge sie Gewerkschaftsabteilung oder Gewerkschaftssektion oder Gewerkschaftsrat heißen —, und dem Zentralen Frauenkomitee der Kommunistischen Partei. Diese Stellen müssen gemeinsam arbeiten, einen Plan aufstellen, in welcher Weise die Arbeit zentral organisiert werden soll und welche Schritte zur weiteren Schulung und planmäßigen Organisierung der Gewerkschaftlerinnen für ihre Aufgaben in den breiten Massen getan werden sollen.

Die Aussichten dieser Arbeit sind sehr günstige, und zwar deshalb, weil wir in den Massen der Arbeiterinnen ein Rekrutierungsfeld vor uns haben, das noch sehr wenig voreingenommen ist, eben weil es unorganisiert ist. Die Masse der Arbeiterinnen ist in geringerem Grade an eine politische Führerschaft und an eine gewerkschaftliche Bürokratie gebunden, sie kann auf Grund eines primitiveren, aber deshalb vielleicht gesünderen, weniger verfälschten Klasseninstinkts eher dazu kommen, sich mit Entschiedenheit auf den Boden des Klassenkampfstandpunktes zu stellen. Sie wird ihre Klasseninteressen eher verfechten ohne Rücksicht auf alle jene Bindungen, die es uns heute so schwer machen, in den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter der jahrzehntelang organisierten Gewerkschaftler Boden zu gewinnen.

Ich möchte einen Vergleich ziehen, der lehrreich für uns sein sollte. Als im Gefolge der politischen Ereignisse vom November 1918 das politische Frauenstimmrecht in verschiedenen Ländern eingeführt wurde, haben wir erlebt, daß die Bourgeoisie es verstanden hat, die Frauenmassen, die zum großen Teil von politischen Fragen noch vollkommen unberührt waren, in das Lager der Bourgeoisie hinüberzuführen. Nicht bloß, daß die bürgerlichen Frauen die besten Agenten ihrer Parteien geworden sind, sondern es sind auch große Massen der Arbeiterinnen in das nationalistische Lager, in die Bourgeoisparteien, in das klerikale

Lager, d. h. ins Lager ihrer Klassenfeinde hinübergeführt worden. Sie haben so zur Stärkung der Bourgeoisie, wenn auch nur auf parlamentarischem Gebicte, beigetragen. Es darf uns auf dem Gebiete der Gewerkschaften, das eine ganz andere Bedeutung für den Klassenkampf hat als die Parlamente, nicht ebenso gehen. Und diejenige Partei wird die Frauen für sich gewinnen, die am zielklarsten und energischsten auf den Plan tritt und es am besten versteht, an die Interessen, Sorgen und Nöte dieser Massen anzuknüpfen und diese Massen für ihre Forderungen in den Kampf zu führen. Mit diesen Massen wird es gelingen, den Angriff der Kommunisten gegen die Gewerkschaftsbürokratie zu verstärken; und mit diesen Massen wird es gelingen, noch weitere Massen von der klassenkampffeindlichen Führung der Gewerkschaften abzulösen und in das Lager des revolutionären Klassenkampfes hinüberzuführen. (Beifall.)

TASCA (Italien): Ich erkläre, daß ich im Namen der gesamten italienischen Delegation spreche. Das ist aus dem Grunde möglich, weil die Kommunistische Partei Italiens die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit sofort erkannt und die Zellenbildung in den Gewerkschaften schon vor der Spaltung in Livorno angefangen hat, ein Umstand, der die Sammlung gemeinsamer Erfahrungen und eine einheitliche Handlungsweise ermöglicht hat.

Ich will die Fragen von minderer Wichtigkeit in wenigen Worten erledigen. Vor allem muß ich erklären, daß die Delegation dem Vorschlag beigestimmt hat, die Erörterung der Rolle der Arbeitslosen in den Gewerkschaften zu verschieben. Sie hält es aber für nötig, die außerordentliche Wichtigkeit der Aufgaben der Kommunistischen Partei auf dem Gebiete der Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitslosen, dort, wo die reformistischen Führer diese Rechte unterschlagen wollen, hervorzuheben.

Wir haben gleichfalls beschlossen, die Erörterung der Tätigkeit der Kommunisten in den nationalen Gewerkschaften, in den Arbeitgebergewerkschaften, bei uns in den „fascistischen" Gewerkschaften, nicht zu verlangen.

Wir müssen deutlich erklären, daß die Kommunisten in den fascistischen Gewerkschaften arbeiten müssen, aber nur dann, wenn dies eine unumgängliche Bedingung dafür ist, daß sie auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht entwurzelt werden, d. h. wenn es keine andere Möglichkeit gibt, um im Interesse der Partei in den roten Gewerkschaften tätig zu sein.

Die Leitsätze Losowskis befassen sich viel mit dem Problem der Einheit und der Spaltungen. Das sind die unmittelbarsten und dringendsten Probleme der gewerkschaftlichen Bewegung. Wir sind in diesem Punkte mit ihm völlig einverstanden, sowohl aus den Gründen, die er anführt, als auch aus andern Gründen.

Die reformistische Spaltungspolitik, die sich auf eine mehr oder weniger zugestandene Unterstützung der Arbeitgeberklasse stützt, ist bestrebt, die rein gewerkschaftliche Verteidigungsaktion der gewerkschaftlichen Minderheiten äußerst zu erschweren, sie will den roten Gewerkschaften jede Möglichkeit einer konkreten Arbeit nehmen und ihnen die Verteidigung der täglichen Interessen der Arbeiter, die zu

ihrem Bestande und ihrer Entwicklung unbedingt notwendig ist, unmöglich machen.

Ferner muß hervorgehoben werden, daß, wenn die in der Minderheit gebliebene kommunistische Gewerkschaft aus der Arbeiterorganisation ausgeschlossen wird und im Rahmen der einheitlichen Organisation keinen Schutz mehr finden kann, die Verbindung der legalen Arbeit der Kommunistischen Partei, die gewöhnlich in der Gewerkschaft eine sehr wertvolle Stütze besitzt, bedeutend schwieriger wird.

Es ist unbedingt notwendig, einige Punkte in den Thesen Losowskis zu klären. Wenn man von Kommunisten spricht, müssen genauere Kriterien gegeben werden, damit sich die Kommunisten ihrer in der gewerkschaftlichen Arbeit bedienen können.

Wir haben nicht recht verstanden, ob man sich von Amsterdam in dem Falle trennen soll, wenn man die Mehrheit in der Internationalen Föderation eines Industriezweiges besitzt, oder wenn man in der nationalen Konföderation die Mehrheit hat. Wir bitten den Genossen Losowski sich über diesen Punkt klarer zu äußern.

Was uns betrifft, so sind wir für die zweite Lösung, d. h., daß man sich von Amsterdam trennen soll, wenn man die Mehrheit in der nationalen Konföderation besitzt, weil wir der Meinung sind, daß diese Lösung eine geringere Spaltungsgefahr in sich birgt.

Gewiß ist es unmöglich, jede Spaltungsgefahr zu vermeiden, wenn die Rote Gewerkschaftsinternationale bestrebt ist, sich immer mehr in ein Propagandabüro, in eine internationale Zentrale der gewerkschaftlichen Organisationen umzugestalten, aber es muß die Lösung gesucht werden, die auf diesem Wege mit den geringsten Gefahren verbunden ist.

Es fehlt mir jetzt an Zeit, die Frage der organisatorischen Verbindung zwischen der KI. und der RGI. zu erörtern. Aber ich behaupte, daß diese Frage auf dem Kongreß der KI. gelöst werden muß; denn es ist absolut notwendig, daß die kommunistischen Genossen, die am Kongreß der RGI. teilnehmen, zu einem Übereinkommen über den Standpunkt gelangen, den sie dort zu unterstützen haben werden.

Ich möchte Losowski ersuchen, mich noch über einen Punkt: über die Frage der Betriebsräte, aufzuklären.

Die Betriebsrätebewegung gewinnt in Deutschland eine immer größere Bedeutung. Es besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen dieser Frage und der Frage der Spaltungen und wir wollen, daß man uns darüber etwas sagt, denn diese Frage wird auch in anderen Ländern aktuell werden.

In bezug auf die Zellenbildung sind auch wir der Meinung, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale bestrebt sein muß, die Bedingungen für eine gemeinsame Arbeit mit den Syndikalisten, Anarchisten und sogar den Parteilosen zu schaffen, um die Reformisten zu verdrängen und sich ihrem Einflusse entgegenzusetzen. Wir sind aber der Ansicht, daß eine rein kommunistische Zellenbildung, eine Zusammenfassung der in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten unbedingt gesichert werden muß, damit alle Möglichkeiten zur Entfaltung unserer Tätigkeit in der Richtung des revolutionären Kampfes ausgenützt werden.

Wir sind gegen die Aufnahme des § 20 der allgemeinen Leitsätze des Genossen Losowski. Dieser § kommt nach dem § 17, in dem es heißt, daß die Kommunisten auf ihr Recht zur Bildung von Zellen in



den Gewerkschaften im Namen von abstrakten anarcho-syndikalistischen Prinzipien nicht verzichten können und sollen, welcher Art auch die Orientierung der Gewerkschaften sei. Dieses Recht kann ihnen niemand nehmen. Im § 20 wird dann gesagt, daß in den Ländern, wo bedeutende syndikalistische Organisationen bestehen (Frankreich), und wo unter dem Einflusse einer ganzen Reihe historischer Gründe das Mißtrauen den politischen Parteien gegenüber den Geist gewisser Schichten der revolutionären Arbeiter noch immer beherrscht, die Kommunisten an Ort und Stelle, im Einvernehmen mit den Syndikalisten und in Anpassung an die Eigenheiten des Landes und der betreffenden Arbeiterbewegung die Formen und Methoden des gemeinsamen Kampfes und der Zusammenarbeit in allen gegen das Kapital gerichteten defensiven und offensiven Aktionen ausarbeiten müssen.

Nachdem dies nach dem § 17 kommt, haben die italienischen Genossen den Eindruck, daß dies alles in Frankreich die unmittelbare Arbeit der kommunistischen Zellenbildung ersetzen soll. Wir möchten über diese Frage gern aufgeklärt werden. Ist es eine Formel für die Einheitsfront, so sind wir nicht dagegen, weil dann dieses nicht bloß in Frankreich, sondern in allen Ländern geschehen muß, und zwar nicht bloß mit den Syndikalisten, sondern mit allen Revolutionären. Will es aber besagen, daß die Kommunisten in Frankreich aus völlig lokalen Gründen darauf verzichten, besondere Formen des Kampfes zu besitzen, und daß sie sich in dieser Beziehung vorher die Zustimmung der Syndikalisten sichern müssen, so sind wir dagegen, daß eine Formel, die eine solche Deutung ermöglicht, in den allgemeinen Thesen belassen werde.

Genosse Losowski erklärte, daß die Beziehungen zwischen den Parteien und den Gewerkschaften eine Frage der Kräfteverhältnisse seien; das ist richtig, wir müssen aber einander ganz genau verstehen. Die Anwendung der kommunistischen Prinzipien und Methoden ist immer durch das Kräfteverhältnis bedingt, das darf aber nicht heißen, daß die Prinzipien durch die Kräfteverhältnisse ersetzt werden sollen.

Losowski sagt: Nicht die Theorie macht die Bewegung, sondern die Bewegung macht die Theorie. Ich weiß wohl, daß Losowski von jeglicher Mißdeutung dieses Satzes weit entfernt ist, aber das ganze hat doch den Anschein der Formel von Bernstein, der erklärte: Die Bewegung ist alles. Wir dürfen für eine Deutung in diesem Sinne seitens jener, die daran ein Interesse oder eine Neigung dazu haben, keinen Raum lassen.

Selbst wenn es wahr wäre, daß in Frankreich die Gewerkschaften infolge ihrer geschichtlichen Entwicklung eine leitende Rolle in der proletarischen Revolution spielen müssen, wäre das kein Grund, um auf die kommunistische Zellenbildung zu verzichten; im Gegenteil, es ist ein Grund mehr, um die Zellenbildung weiter zu betreiben und uns unsere Rolle in der Leitung der proletarischen Revolution zu sichern.

Wir geben uns vollauf Rechenschaft von den Schwierigkeiten, die in Frankreich bestehen. Nachdem aber die gewerkschaftliche Frage die Grundlage der französischen Frage bildet, scheint es uns unmöglich, einen durchaus zweideutigen Paragraphen in die allgemeinen Thesen aufzunehmen; sein Platz ist in den Feststellungen der französischen Kommission, die über die Arbeit der Kommunisten in den französischen Gewerkschaften die nötigen Andeutungen geben wird. Dort wird alles

geklärt werden müssen und all das, was hier über die Pflichten der Kommunisten in den Gewerkschaften nicht gesagt werden kann, aufgenommen werden, damit die Zugeständnisse, die gewissen örtlichen Bedingungen gemacht werden müssen, nicht zu einer Sache werden, die zur Fortdauer jener äußerst schwierigen Lage, auf die seitens mehrerer Genossen hier hingewiesen wurde, beitragen könnte.

Aus diesem Grunde sind wir der Ansicht, daß diese Formeln aus den allgemeinen Thesen entfernt werden müssen. Der einzige Grund, der in Frankreich gegen die Zellenbildung angeführt werden kann, ist das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Kommunistische Partei Frankreichs. Das ist aber ein circulus vitiosus, der entschieden durchbrochen werden muß. Wir sind überzeugt, daß die Schaffung von Bedingungen für eine methodische Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften eine Lebensfrage für die Kommunistische Partei Frankreichs ist. Das ist aber ein Grund dafür, daß über diese Frage in den Feststellungen der französischen Kommission und nicht in den allgemeinen Leitsätzen über die Gewerkschaftsbewegung gesprochen werde.

Einige Worte noch zur Frage der Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei. Wir sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Garantie der Entwicklung einer kommunistischen Partei darin besteht, daß sie die Möglichkeit besitze, ihre Meinung über jedes Ereignis des Lebens der Arbeiterschaft zu äußern. Wie könnte aber die Kommunistische Partei Frankreichs zu jeder Frage, die die französischen Arbeiter interessiert, Stellung nehmen, wenn sie keine organisatorischen Verbindungen mit dem Leben der Arbeiterschaft, mit allen Formen dieses Lebens besitzen würde? Parolen herauszugeben, kann sehr leicht scheinen, aber es ist notwendig, daß die Partei ihre Parolen aus der unmittelbaren Kenntnis des Arbeiterlebens nimmt. Das ist die einzige Garantie dafür, daß die Arbeitermasse begreifen wird, daß diese Parolen die ihren sind und daß sie ihren Bedürfnissen entsprechen.

Wir bekämpfen natürlich die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei, die Kommunisten müssen aber ihre Aufgabe im Sinne der Gewerkschaftspolitik der Partei dadurch erfüllen, daß sie in die Gewerkschaften eintreten und dort eine methodische Tätigkeit entfalten, um das Vertrauen der Massen zu erobern. Nach Eroberung des Vertrauens dürfen sie nicht wie die reformistischen „Sachverständigen" handeln, sondern sie müssen ihre gesamte Erfahrung im Interesse der allgemeinen Ziele des Kommunismus in den Dienst der Partei stellen. Sie müssen den nichtkommunistischen Massen das Gefühl verleihen, daß ihre Parolen nicht vom Himmel gefallen und nicht von weither geholt sind, sondern daß es Parolen sind, die der unmittelbaren Erfahrung der Arbeiter entstammen und zu deren Verständnis die Arbeiterschaft bloß eine kleine Anstrengung zu machen braucht. Wenn die französischen Kommunisten genau so wie die Kommunisten aller Länder in diesem Sinne arbeiten werden, werden wir in der Lage sein, die Verluste, die die kommunistische Bewegung im Laufe des gegenwärtigen Kampfes erlitt, wettzumachen. Es gibt einen alten Mythos, der von einem Riesen erzählt, der, selbst wenn er verwundet und verstümmelt wurde, dadurch seine Kräfte zurückgewann, daß er die Erde berührte. Die Kommunistische Partei wird nur dann zu einem Riesen werden können wenn sie sich in die Lage versetzt, die Erde berühren zu können,

d. h. wenn sie in engem Kontakt mit den Arbeitermassen sein wird, um die Möglichkeit zu besitzen, ihre Kräfte wiederzugewinnen und den Kampf um die Endziele der Revolution weiterzuführen und auszubreiten. (Beifall.)

GARDEN (Australien): Genossen! Ich erkläre im Namen der australischen Delegation, daß wir den Thesen des Gen. Losowski beistimmen. Lenin sagte, daß die größte Aufgabe der westlichen Parteien in der organisatorischen Arbeit besteht, und ich möchte der angelsächsischen Sektion einige Worte darüber sagen, denn jedermann weiß, daß die angelsächsische Bewegung in organisatorischer Hinsicht schwach ist. Sie sehen, daß die deutsche Partei imstande ist, sich unter den Massen bemerkbar zu machen. Und trotz aller Meinungsverschiedenheiten unter den französischen Arbeitern werden Sie sehen, daß der Einfluß der Partei auf die Massen dennoch zum Ausdruck gelangt. Das gleiche ist in Italien der Fall. Wenn Sie aber zur angelsächsischen Bewegung kommen, werden Sie finden, daß die Kommunistische Partei schwach ist, und es ihr an jenem Einfluß auf die Massen, den die übrigen Parteien besitzen, fehlt.

Ich glaube, daß die Kommunistische Partei Australiens, trotzdem sie eine kleine Partei ist, den richtigen Grundton zur organisatorischen Arbeit, insofern die angelsächsische Bewegung in Frage kommt, gefunden hat. Die Kommunistische Partei in Australien hat eine Mitgliedschaft von knapp 1000 Mann; aber sie ist trotzdem imstande, ungefähr 400 000 Arbeiter, die 237 000 Arbeiter des Staates New South Wales eingerechnet, die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu leiten. Sie ist auch die Führerin der in Brisbane, Queensland, organisierten 110 000 Arbeiter.

Die Kommunistische Partei ist in Australien auf das Zellensystem gegründet. Jede Gewerkschaft hat kommunistische Zellen, von zwanzig bis zu 2, aber es gibt keine einzige Gewerkschaft ohne Zellen. Die Leiter der Zellen müssen wöchentlich einmal zusammenkommen und sie erörtern dann die Probleme ihrer Organisationen, die Probleme der Arbeiterklasse in Australien. Sie bestimmen bei jeder Beratung ihre Taktik, gehen dann in ihre Gewerkschaften, Fabriken, Betriebe und Bergwerke und führen die festgelegte politische Linie durch. Diese politische Linie wird von der politischen Exekutive in Gemeinschaft mit den Führern der Zellen festgelegt. Bei jeder aktuellen Frage der Arbeiterklasse werden Sie finden, daß die Führer der Zellen die ersten an Ort und Stelle sind, um der Arbeiterklasse Weisungen zu geben, wie sie sich in der gegebenen Lage zu verhalten hat.

Der Labor Council (Arbeiterrat) von New South Wales umfaßt 120 Gewerkschaften. Trotzdem hat die Kommunistische Partei die volle Kontrolle über die Exekutive. Von den 12 Mitgliedern sind 11 Mitglieder der Kommunistischen Partei, sie führen diese 120 Gewerkschaften und bestimmen die Politik jeder Gewerkschaft. Wir haben in der australischen Labor Party die gleiche Organisationsgrundlage wie in der englischen Labor Party, — d. h. die Partei ist auf die gewerkschaftliche Bewegung gegründet, und wir stehen den gleichen Schwierigkeiten gegenüber wie die englische Partei. Als wir mit der australischen Labor Party 1919 in einen Streit gerieten, als wir auf der Kon-



ferenz der Partei mit 6 Stimmen geschlagen wurden, isolierten wir uns, nahmen an keinerlei Politik teil und richteten unsere gesamte Energie auf das industrielle Gebiet. Ein jeder machte sich an die Organisation der Arbeiterschaft, an die Entfernung der durch die einzelnen Gewerbezweige gezogenen Grenzen, an die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaft für jeden Industriezweig, um unsere gesamten Kräfte in einer aus 6 Abteilungen bestehenden Union zu vereinigen, d. h. wir strebten an, daß alle Transportarbeiter, alle Bauarbeiter, alle Bergarbeiter, alle landwirtschaftlichen Arbeiter in je einer Abteilung der Union zusammengefaßt seien; wir vereinigten auf diesem Wege in 6 Abteilungen die gesamte Arbeiterschaft Australiens. Dadurch, daß wir unsere Energie nach innen richteten, waren wir imstande, die IWW., die die einzige Klassenkampforganisation in Australien war, zu liquidieren. Die IWW. änderte ihre Taktik. Sie vereinigte sich mit uns und machte sich in den Gewerbezweig-Unionen an die Arbeit im Interesse der Bildung von Industriezweigunionen; sie arbeiteten innerhalb der Unionen, um die Gewerbezweiggrenzen niederzubrechen und ihre gesamten Kräfte in ganz Australien in 6 großen Industrieverbänden zu vereinigen.

In diesem Moment entschieden wir uns für die politische Betätigung; wir hatten zu dieser Zeit in Australien die ASP., die SLP. und die Dissidentensektion der Labor Party. Die ASP. rief eine Konferenz aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter von New South Wales zur Bildung einer kommunistischen Partei zusammen. Die Gewerkschaften beschlossen, sich auf dieser Konferenz vertreten zu lassen und sandten Delegierte. Es wurde die Bildung einer kommunistischen Partei beschlossen. Nach kurzer Zeit kam es zu einer Spaltung, aber schließlich kamen wir wieder zusammen und wir sind gegenwärtig die einzige kommunistische Partei in Australien. Das Resultat davon ist, daß die Kommunistische Partei die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften leitet. Was die Labor Party betrifft, so fanden wir, daß wir imstande waren, auch die Politik der Labor Party zu leiten, dieser Partei, die voll von Opportunismus war und von Reformisten geführt wurde, — wir fanden, daß der aktive Teil der Arbeiterklasse selbst die Politik dieser Partei lenken konnte.

Im Juni 1921 erließ die Labor Party einen Hilferuf. Sie forderte die Arbeiter auf, der Partei volle Hilfe zu gewähren, und wir beschlossen, an dieser von der Labor Party einberufenen Konferenz teilzunehmen. Im Juni 1921 trat in Melbourne der größte Kongreß, der je in Australien abgehalten wurde, zur Tagung zusammen und es erschienen Delegierte als Vertreter von 700 000 Arbeitern. Was ergab sich nun? Wir fanden, daß wir imstande waren, die Politik der Labor Party zu ändern. Die Labor Party glaubte an die Aufrechterhaltung eines weißen Australien, sie glaubte an Nationalisierung. Wir änderten das Ziel aus Nationalisierung in Sozialisierung der Industrie durch revolutionäre politische und gewerkschaftliche Aktion. Die Labor Party war aber damit nicht einverstanden. Sie verließ die Konferenz und rief im Oktober 1921 eine Konferenz ihrer eigenen Anhänger zusammen. Diese ersetzten die Worte: „durch revolutionäre politische und industrielle Aktion" durch die Worte „durch konstitutionelle Mittel". Ein anderer Kongreß wurde im Juni dieses Jahres abgehalten, auf dem die Gewerkschaften mit der Kommunistischen Partei zusammen der Labor Party erklärten,

daß sie nur die Politik der Juni-Konferenz von 1921 billigen könnten. Die Konferenz von 1922 bestätigte somit die Politik vom Juni 1921 und ging noch weiter, indem sie der Labor Party die Weisung gab, ihre Tore für den Anschluß der Kommunistischen Partei bei voller Propaganda- und Organisationsfreiheit für sie weit zu öffnen. Es war ein Vorschlag, den die Labor Party im Jahre 1921 abgelehnt hatte. Wir sehen also, daß es einer einjährigen Tätigkeit in den Gewerkschaften gelang, ein Ziel zu erreichen, das wir früher nicht erreichen konnten.

Als dann die kapitalistischen Angriffe gegen die Arbeiter einsetzten, faßten wir alle Arbeiter zusammen und anstatt zuzulassen, daß eine Sektion nach der anderen einzeln zugrunde ging, erklärten wir: „Die Arbeiterklasse Australiens muß fest stehen, einstimmig sprechen und vereint handeln." Wir beschlossen, an dieser Linie festzuhalten. Die Unternehmer wandten sich an die Regierung, die Einberufung einer Konferenz wurde beschlossen. Einige Gewerkschaften machten Einwände. Wir aber entsandten zu der Konferenz unsere Vertreter und wir sahen, daß es auf dieser großen, von der Regierung einberufenen Konferenz unter 18 Arbeitervertretern 9 Kommunisten aus verschiedenen australischen Staaten gab. Was waren nun die Ergebnisse dieser Konferenz? Die Unternehmer verließen sie. Sie sagten, daß unsere ganze Tätigkeit hier aus der Darlegung der Doktrinen Lenins und Trotzkis bestehe; wir wären nichts anderes als russische Söldner und wir wären nicht zum Wohle oder im Interesse der australischen Arbeiterklasse da. Wir wendeten uns hierauf mit einem Propagandaaufruf an die Massen. Die Massen sammelten sich um unser Banner, und Australien ist das erste Land der Welt, das der Offensive widerstehen konnte und imstande war, zu erklären: „Nicht länger sollt ihr unsere Arbeitslöhne heruntersetzen, nicht länger sollt ihr um unsere Arbeitszeit feilschen, nie mehr sollt ihr sie verlängern. Wir werden unsere Arbeitszeit verkürzen, anstatt sie zu verlängern." Es war das einzige Land der Welt, in dem sich die Massen um die Parole sammelten: „Hände weg vom Arbeitslohn und von der Arbeitszeit." Diese ganze Politik wurde durch die Kommunistische Partei Australiens, die klein an Zahl, aber stark an Einfluß ist, gelenkt.

Ferner, wir erlauben nicht jedem, der Mitglied der Partei werden möchte, in die Partei einzutreten. Wenn jemand sich aus einer Gewerkschaft an die Partei mit der Bitte um Aufnahme wendet, so teilen wir zuerst seinen Namen dem Führer der Zelle in seiner Gewerkschaft mit und der Bittsteller wird eine Zeit lang beobachtet. Jeder Vorschlag, der in seiner Gewerkschaft im Interesse der Arbeiterschaft gemacht und von ihm bekämpft wird, ist ein Grund gegen seine Aufnahme und wir erklären dann, daß er nicht geeignet ist, ein Mitglied der Kommunistischen Partei Australiens zu sein. Wir glauben an die Wichtigkeit der Beeinflussung der Massen und wir bedienen uns jedes Mittels, um unseren Einfluß durch Lenkung der Politik der Massen und durch ihre Organisierung auszubreiten, denn wir sind der Meinung, daß die Massen zu jeder Zeit bereit sind, zu kämpfen, sie sind entschlossen, zu kämpfen und ihre Lebensverhältnisse nicht schmälern zu lassen, und es ist Aufgabe der Kommunistischen Partei, in diesem Sinne zu arbeiten und die Massen in dieser Richtung zu führen.

Und nun einige Worte zur Frage der Spaltung. Die Spaltungsbewegung setzte in den Gewerkschaften im Jahre 1918 ein. Zweieinhalb Jahre hindurch bekämpften wir die Reformisten mit dem Ergebnis, daß die Anhänger des Klassenkampfes an Einfluß gewannen und die Reformisten den Boden unter ihren Füßen verloren. Die revolutionäre Richtung arbeitete eifrig in den Gewerkschaften weiter, weil diese die Kontrolle über den Propagandaapparat: den Labor Council von New South Wales besaßen, der die gesamte Politik des Staates lenkte. Die Revolutionäre hielten diesen Apparat in ihren Händen, so daß die Propaganda weitergeführt werden konnte. Als die Spaltungen in den Gewerkschaften einsetzten, verlangten die Reaktionäre den Ausschluß aller revolutionären Arbeiter. Wir gingen in die Masse der Arbeiterschaft und erhielten ihre volle Unterstützung. Wir gaben der IWW. den Rat, direkt in die Gewerkschaftsbewegung zu gehen und sie nach Art der weißen „Ameisen" zu bearbeiten. Ich muß hier erklären, daß die weiße Ameise ein Tier ist, das bloß gefälltes Holz angreift und nie ein lebendes Wesen anrührt. Das Ergebnis unserer Tätigkeit war, daß wir eine landwirtschaftliche Union mit 120,000 Mitgliedern bekamen. In der Bergwerkindustrie faßten wir alle Arbeiter: Bergarbeiter, Maschinenarbeiter, Schmiede, in einer Gesamtzahl von 45 000, zusammen. Auf dem Gebiete des Kontinental-Transportwesens haben wir alle Eisenbahnarbeiter, von den Lokomotivführern bis zu den Gepäckträgern, insgesamt 58 000, zusammengefaßt. Wir haben in Australien 17 Bauarbeiterverbände, die sich alle bereit erklärten eine einheitliche Organisation: den Industrieverband der Bauarbeiter zu bilden. Sie umfaßt 42 000 Arbeiter. All dies stärkt den Klassenkampf und dient als Beweis dafür, daß der Kapitalismus nur durch eine revolutionäre politische und gewerkschaftliche Aktion gestürzt werden kann.

Das Ergebnis unserer Klassenkampftätigkeit war die Zusammenfassung aller Kräfte in einer großen Union, die die Scheidewände der einzelnen Gewerbezweige niederreißt.

Jetzt noch eins. Wenn eine politische Linie festgelegt wird, so werden die Einzelheiten gedruckt und wir geben sie bei den wöchentlichen Versammlungen den Zellenleitern, damit diese den Unionen für ihr Verhalten Weisungen geben können.

Zum Schlusse führe ich die Weisung an, mit der der Labor Council die Unterstützung der Labor Party empfahl. Sie lautet folgendermaßen:

„1. Der Labor Council erkennt den Klassenkampf an und gründet seine organisatorischen Pläne und seine Propaganda auf diese Tatsache.

Der Labor Council erkennt ferner an, daß dieser Klassenkampf in der kapitalistischen Gesellschaft ein politischer Kampf, d. h. ein Kampf um die politische Macht ist, und daß der Labor Council den in diesen Kampf verwickelten politischen Parteien gegenüber ebenso wenig neutral bleiben kann, wie dem Kampf selbst gegenüber. Der Labor Council erklärt aus diesem Grunde, daß das Folgende die Grundlage seiner Haltung den bestehenden politischen Parteien gegenüber bildet.

2. Die gewerkschaftliche Bewegung in Australien vereinigt eine schwächliche Anerkennung des Klassenkampfes mit der Anerkennung und Unterstützung einer reformistischen Partei, der Australischen Labor Party. Eine volle Unterstützung dieser Partei, ihrer Methoden und

Ziele bedeutet, daß das erwachende revolutionäre Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse samt ihrem Wunsche, den Klassenkampf gegen das kapitalistische System zu beginnen, durch die Maschinerie des bürgerlichen Staates in den Händen der Politiker der Labor Party zu einem sozialen Frieden umgestaltet wird, der eine Verneinung des Klassenkampfes bedeutet.

3. Der Labor Council ist der Ansicht, daß die Labor Party ein Teil der Bewegung der Arbeiterklasse ist und durch ihre Organisation und Propaganda von Zeit zu Zeit, wenn es sich im täglichen Kampf der Arbeiterschaft um Fragen der Aufrechterhaltung der Grundlöhne, der 44-stündigen Arbeitswoche usw. handelt, die Interessen der Arbeiterschaft fördert. Der Labor Council wird daher in gewissen Momenten die Labor Party unterstützen, insofern dies im Interesse der Unterstützung der aktuellen Forderungen der Arbeiter notwendig erscheint. Der Labor Council ist auch der Ansicht, daß es angesichts der organisierten Angriffe der kapitalistischen Klasse auf die Arbeiterschaft für die letztere von Interesse ist, daß die Labor Party in diesem kritischen Augenblick zur Macht zurückkehre:

a) Weil sie dem Angriffe der kapitalistischen Klasse gegen die Grundlöhne einen stärkeren Widerstand entgegensetzen würde als die nationalistische Partei.

b) Weil in diesem Falle die Propaganda und die Organisationstätigkeit der Arbeiterschaft erleichtert würden.

c) Sie wird den Arbeitern auch beweisen, daß die Arbeiterpartei den Arbeitern keine dauernde Besserung durch eine gesetzgeberische Tätigkeit im Rahmen des kapitalistischen Staates bringen kann.

4. Der Labor Council ist sich, indem er im täglichen Kampfe eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse anstrebt, vollauf bewußt, daß es unmöglich ist, der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus eine wirtschaftliche Sicherheit zu schaffen. Der Labor Council ist daher bestrebt, diesen täglichen Kampf der Arbeiterschaft in einen Kampf um Abschaffung des Kapitalismus und Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse umzuwandeln. Ein solcher Kampf kann nur im Interesse der gesamten Arbeiterschaft entsprechend organisiert und geführt werden, wenn die Gewerkschaften in voller Einheit mit der revolutionären politischen Partei der Arbeiterklasse handeln werden."

Dies ist ein Beispiel der Weisungen, die wir den Zellen zur Verbreitung in den Gewerkschaften und zur Bestimmung ihrer Tätigkeit unter den Massen geben. Wir sind der Meinung, daß, wenn die angelsächsischen Länder — England, Amerika, Irland usw. — die gleichen politischen Linien durchführen, die angelsächsischen kommunistischen Parteien in die Lage kommen werden, die künftige Politik der Arbeitermassen dieser Länder zu lenken.

PAVLIK (Tschechoslowakei): Werte Genossen und Genossinnen! Ich will zunächst eins betonen, nämlich, daß das Exposé des Gen. Losowski mich nicht im geringsten befriedigt hat. Ich habe mehr erwartet; denn wenn die Thesen des letzten Kongresses Gültigkeit hatten, so muß man auch damit rechnen, daß dieser Kongreß vor ca. 15 Monaten stattfand. Und während dieser 15 Monate hat sich so manches

nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in anderen Staaten entwickelt. Ich will vorausschicken, daß ebenso wie die Gewerkschaften auch die politische Partei in der Tschechoslowakei im besten Einvernehmen gemeinsame Aktionen unternehmen. Ich will darauf hinweisen, daß Gen. Losowski in seinem Exposé nach der Übersetzung erklärt hat, die Ausgeschlossenen müßten organisatorisch zusammengefaßt werden. Was bedeutet das? Das ist ein Aufbau auf der alten These des 1. Kongresses. Auf dieser Basis sollen die Ausgeschlossenen wieder organisatorisch zusammengefaßt werden. Das bedeutet, daß Gen. Losowski bis heute von diesen Thesen ausgeht, die gar nicht für die neue Zeit und für die veränderten Verhältnisse ausgearbeitet sind.

Jetzt möchte ich fragen: wie soll man diese Ausgeschlossenen zusammenschließen? In Industrieverbänden? Haben wir einen solchen Verband, der die Ausgeschlossenen in sich aufnimmt, so kommen sofort die Amsterdamer; wir haben bei uns nicht nur die Kommunisten ausgeschlossen, sondern auch den Verband, der die Ausgeschlossenen zusammengefaßt hat. Dieser Verband der Ausgeschlossenen hat mehrere 10 000 Mitglieder. Und deshalb frage ich: Ist es möglich, die Ausgeschlossenen zu einem Industrieverband zusammenzufassen? Oder wäre es nicht besser, die Form einer Organisation zu wählen, die allen Gruppen entspricht, die von den Amsterdamern ausgeschlossen werden? Das ist die unbeantwortete Frage, und deshalb sage ich: Gen. Losowski stützt sich in seinem Exposé nur auf die Thesen des 1. Kongresses.

Es hat mich am meisten in Unsicherheit gebracht, daß für die Zukunft nicht zielsicher vorgearbeitet wurde. Ich will für die Verhältnisse in unserer Republik nichts besonderes haben, aber ich will wissen, daß für die Zukunft ein klares Programm geschaffen wird, nach dem sich unsere Vertrauenspersonen in allen Staaten richten können; besonders klar muß ausgesprochen werden, wie die Ausgeschlossenen organisiert werden sollen.

Weiter meint Gen. Losowski: wo die Kommunisten die Mehrheit haben, da sollen wir ohne Rücksicht darauf, daß der Verband der Amsterdamer Internationale einverleibt ist, uns auch bei der Moskauer Internationale anmelden. Was ist die Folge davon? Die Amsterdamer in der Tschechoslowakei sind gescheit genug, daß sie uns zu dieser Mehrheit nicht kommen lassen werden. Nachdem genügend Beweise vorhanden waren und sie gesehen haben, daß in einzelnen Verbänden die kommunistischen Fraktionen die Mehrheit erlangt hatten, waren es nicht nur einzelne Persönlichkeiten, die ausgeschlossen wurden, sondern ganze Gruppen, die sich hinter die Fraktionen gestellt haben, und das ist so weit gegangen, daß man zum Ausschluß ganzer Verbände geschritten ist.

Es ist etwas unklar, was Gen. Losowski in seinem Exposé ausgeführt hat. Wir stehen auf dem Boden der Einheitsfront, das ist wohl richtig, aber in dem Augenblicke, wo sich Genossen melden, die der Moskauer Internationale angehören wollen, wird die Spaltung durchgeführt. Damit kommen wir also nicht vorwärts.

Ich möchte noch einige Worte sagen über meinen Freund Heckert, der es für notwendig gefunden hat, die Tschechoslowakei in dieser

Frage zu streifen. Er hat gesagt: würden in der Tschechoslowakei Fraktionen in den Gruppen bestehen, dann würde die Macht der Tayerle nicht so groß sein. Gerade umgekehrt: weil wir eben Fraktionen haben, weil wir eben so viele kommunistische Arbeiter noch heute in den Verbänden haben, so müssen wir um so mehr Wert darauf legen, daß sie drinnen bleiben. Aber was geschieht? Wir hatten in der Tschechoslowakei Kongresse einzelner Branchen, und vor dem Kongreß schlossen die Amsterdamer die revolutionären Gruppen ohne weiteres aus, weil es ihnen nicht genehm war, diese zum Kongreß erscheinen zu lassen. Man kann nicht sagen, daß in der Tschechoslowakei keine Fraktionen wären, im Gegenteil: überall dort, wo wir festen Fuß gefaßt haben, haben wir die Mehrheit der organisierten Arbeiter hinter uns gebracht. Und das ist die Hauptfrage. Ich bin der Meinung, daß man einen Mittelweg finden muß. Es muß etwas geschaffen werden für die Länder, die in der Entwicklung weiter sind als die Thesen des 1. Kongresses reichen. Es muß also ein Verband geschaffen werden, dem alle Gruppen, die von den Amsterdamern ausgeschlossen sind, einverleibt werden.

Man hat in der Tschechoslowakei 20 000 Textilarbeiter ausgeschlossen. Sie haben sich darum beworben, in den tschechoslowakischen Textilarbeiterverband (Brünner Verband) aufgenommen zu werden. Dort hat man ihnen aber den Beitritt verweigert. Darauf hat man mit dem Reichenberger sozialpatriotischen Verband Verhandlungen eingeleitet. So verhält sich die Sache bei uns. Und da möchte ich schon bitten, uns, die wir weiter sind in der Entwicklung, die wir alle Wege bisher umsonst gemacht haben, weil wir an der Hartköpfigkeit und Starrheit der Amsterdamer scheitern mußten, in dieser Hinsicht endlich einen Weg zu weisen. Für uns gilt nur eins, wir haben keine anderen Mittel. Es besteht folgende Möglichkeit: sollten noch weitere Verbände ausgeschlossen werden, würden diese zu dem Mittel greifen, einen allgemeinen Verband ins Leben zu rufen, in den alle Ausgeschlossenen aufgenommen werden, damit die Masse dort aufgefangen wird. Wenn wir das nicht in kürzester Zeit tun, ist die Gefahr vorhanden, daß die Leute — besonders jetzt während der großen Krise in der Tschechoslowakei — in Indifferentismus verfallen. Es wird die Pflicht der Kommission sein, darauf Rücksicht zu nehmen und uns überall die entsprechenden, genauen Weisungen zu geben.

VERWIK (Tschechoslowakei): Genossen, die Gewerkschaftsfrage bildet die Achillesferse nicht nur der kommunistischen Parteien, sondern der ganzen Internationale, und beim Aufbau der kommunistischen Parteien haben wir nicht die Aufmerksamkeit darauf verwendet, die sie verdient hätte. *„Die Massen sind in den Gewerkschaften und wir müssen dort sein, wo die Massen sind"*, hat Gen. Losowski erklärt. Jedoch der Weg ist nicht korrekt genug vorgezeichnet worden. Gen. Losowski hat in seinem Referat von einer Einheit in den Gewerkschaften gesprochen, auch mit den Sozialpatrioten. Gen. Heckert hat erklärt, *wer die Spaltung heute will, der treibe Wasser auf die Mühlen der Reformisten. Die Gründung selbständiger roter Verbände ist nicht unsere Stärke, sondern unsere Schwäche.* Aber auf der anderen Seite, Genossen, müssen wir bekennen, daß die Linie der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht immer klar genug war. Die Massen brauchen für

33*

ihre Bewegung eine klare, deutliche und feste Linie. Und diese Richtlinie haben wir nicht gehabt. Wir haben zwar Weisungen gehabt, aber diese waren ziemlich nebelhaft. Es hieß nicht ja und nicht nein. Der Standpunkt der Roten Gewerkschaftsinternationale ließ zwei Auslegungen zu. Er ist selbstverständlich von den Kommunisten immer links ausgelegt worden. Aber wenn die Massen in Bewegung gerieten in der Richtung der Roten Gewerkschaftsinternationale und die Spaltungen unvermeidlich erschienen, da hat uns Moskau zur Vorsicht gemahnt und uns als Parteien ist die Führung aus den Händen entschlüpft.

Mit Thesen und Resolutionen haben wir in den Parteileitungen und unsere Genossen in den Gewerkschaften uns gegenseitig bekämpft, ja sogar Disziplinbrüche wurden durch Thesen und Resolutionen aufgezeigt. Mit Thesen ließ sich wie mit der Bibel alles beweisen, schwarz und weiß.

In Frankreich kam es zur Spaltung. Dann haben die Amsterdamer in der Tschechoslowakei die Spaltung provoziert. Ja selbst Deutschland wird durch die Sozialpatrioten auf denselben Weg gestoßen, wie wir. Unsere Genossen werden nicht stark genug sein, dem vorzubeugen. Die Scheidemänner fürchten sich heute noch, die Spaltung herbeizuführen, aber sie werden es tun. Bei der riesigen Wirtschaftskrise liegt es im Interesse der gelben Gewerkschaftler, durch Abfluß ihrer Mitglieder ihren Verbandsfonds zu entlasten. In Perioden riesiger Arbeitslosigkeit, wo Hunderttausende Arbeitsloser Anspruch auf Unterstützung haben, ist für sie jede Gelegenheit begrüßenswert, die den Ausschluß aus Verbänden wegen sogenannten Disziplinbruchs ermöglicht. Wir sind auf diesen Weg gelangt.

Ich will nur mit einigen Worten die Entwicklung in der Tschechoslowakei streifen. Die Gewerkschaftsorganisationen sind verteilt auf tschechoslowakische, deutsche, nationale beider Nationen und christlich-soziale. Die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission, Mitglied der Amsterdamer Internationale, zählte ungefähr 800 000 Mitglieder. Die deutsche Zentrale 3 500 000, die Nationalsozialisten ca. 200 000 Mitglieder. Die deutsche Zentrale ist ebenfalls Mitglied der gelben Internationale. An eine Vereinigung denken sie gar nicht. Es spielen dabei nicht nur nationalistische, sondern auch wirtschaftliche Verhältnisse eine Rolle. Die Deutschen, auch die Sozialisten, zählen sich zu den national *Unterdrückten.* Gewiß ist dies kein sozialistisch begründeter Standpunkt. Aber dies ist ein Bindeglied zwischen der deutschen Bourgeoisie und den deutschen sozialpatriotischen Arbeitern. Außerdem ist zu erwägen, daß 70 % der Unternehmungen des Kapitals in den Händen der deutschen Bourgeoisie sind. Dagegen sind die finanziell schwächeren Kapitalisten, tschechische Patrioten, an der Staatsmacht. Zwischen der tschechischen und deutschen Bourgeoisie bestehen Gegensätze. Dies würde erfordern, daß die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation eine Einheitsfront gegen die konkurrierende deutsche und tschechische Bourgeoisie bildet. Jedoch sind die Reformisten gegen eine solche Vereinigung auf der Grundlage des Klassenkampfes. Die Arbeiterschaft muß durch ihren jämmerlichen Stand, dezimiert durch Arbeitslosigkeit und Elend, sich selbst davon über-

zeugen, daß sie sich nur durch den Sturz der Bourgeoisie aus dieser Situation retten kann.

Das gemeinsame Vorgehen der Kapitalisten beider Nationen, die ihre Feindseligkeiten in Zeiten des Ansturmes gegen das Proletariat zurückgestellt haben, muß mit einem gemeinsamen Vorgehen des Proletariats beantwortet werden. Die Löhne werden bis um 40—50 % erniedrigt. Die Gewerkschaftsorganisationen sind kampfunfähig. Alle Kämpfe enden mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Partei hat keine feste Richtlinie in der Frage der Gewerkschaften. Die Disziplinlosigkeit untergräbt die Autorität des Zentralkomitees. Z. B. ist der von den Amsterdamern einberufene Kongreß vom Landarbeiterverband nicht beschickt worden, obgleich Gen. Bolen, der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes und Mitglied des Zentralkomitees, dem Beschlusse, sich um jeden Preis am Kongreß zu beteiligen, zugestimmt hat. Die Folge war, daß die Abstimmung einen Sieg der Amsterdamer bedeutet hat. Die tatsächliche Mehrheit der Arbeitenden jedoch war für Moskau.

Gleich darnach begannen die Gelben unsere Organisationen zu zertrümmern; es begannen die Ausschlüsse von Personen, von einzelnen Genossen, Lokalorganisationen und auch Verbänden. In dieser Situation wurde eine Konferenz in Berlin (17. Juli) abgehalten, auf der die Lage der Gewerkschaften behandelt wird. Gen. Losowski ließ eine Resolution gutheißen, die die Einstellung der Zahlungen der Mitgliedsbeiträge empfahl. Unter normalen Verhältnissen würde dies für die Sozialpatrioten einen Verlust bedeuten. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bedeutet dies jedoch einen Sieg für die Reformisten, da durch diesen Schritt sich Lokalorganisationen aus den Verbänden automatisch ausschließen.

Gen. Losowski hat angeführt, daß die Massen zu den Nationalisten und Christlichsozialen übergehen. Bei uns ist dies nicht der Fall. Die Wirtschaftskrise ist keine natürliche, sie wird durch die Bourgeoisie künstlich vergrößert, um durch Lahmlegung der Produktion und der Ausfuhr das Proletariat niederzuringen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit jagt die Mitläufer der Gewerkschaftsorganisationen in die Arme des Indifferentismus.

Wir in der Tschechoslowakei sind dort, wo die Massen sind. Auf unserem letzten Kongreß hat es sich gezeigt, daß über 300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in unseren Reihen stehen. Dieser Kongreß hat beschlossen, einen bei uns neuen Typ der Organisation einzuführen, ähnlich der One Big Union (ein großer Verband).

Wir müssen, durch die Entwicklung gezwungen, diese Art Organisation festhalten, auch wenn uns vorgeworfen wird, daß dies entweder die vollständige Vernichtung oder eine starke Schädigung der Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Wir müssen dennoch diese Linie festhalten.

Der Kongreß soll unsere weitere Tätigkeit bestimmen. Das Vorgehen muß aber klar und bestimmt vorgezeichnet sein, mit Rücksicht darauf, daß die Spaltung entweder bereits durchgeführt oder in dem Stadium der Entwicklung ist. Die zukünftigen Richtlinien müssen nur *eine* Auslegung gestatten können, und wir werden als Partei die Resolutionen und Thesen des 4. Weltkongresses mit allen Kräften unter-

stützen und durchführen. Wenn Gen. Heckert sagt, daß die Kommunisten sich gegenseitig befehdet haben, so haben die Nebelhaftigkeiten der Resolutionen und Thesen viel dazu beigetragen; um die Befehdung zu beseitigen, muß festgestellt werden, ***was ist und was sein soll.*** Wir wissen, daß die Gewerkschaften eine Lebensfrage der Partei bilden, und deshalb ist eine klare Sprache von großer Wichtigkeit. Unseren Genossen in der Tschechoslowakei das Aushalten bei den Gelben zu empfehlen, würde Mißtrauen hervorrufen. Da die Sozialpatrioten planmäßig die Spaltung durchführen, müssen wir mit einer guten Anwendung der Losung der Einheitsfront die Reste, die bei den Sozialpatrioten sind, zu uns herüberziehen, um sie zum Klassenkampfe gegen die Bourgeoisie zu formieren. Für diese Aufgabe muß ein richtiger Weg gewiesen werden.

KUCHER (Amerika): Genossen! Ich bin nicht hier, um Euch eine lange Geschichte zu erzählen, sondern nur um so kurz wie möglich ein paar Tatsachen aufzuzählen.

Ich habe tatsächlich nur darum um das Wort gebeten, weil der Redner, der vorgab, die amerikanische Arbeiterbewegung zu vertreten, die Situation ganz falsch dargestellt und die Tatsachen verdreht hat. Ich überlasse es Euch zu entscheiden, ob dies einem Mangel an Verständnis oder böser Absicht zuzuschreiben ist.

Ich möchte hervorheben, daß ich hier nicht als Vertreter einer oppositionellen Bewegung in Amerika stehe, sondern als der Vertreter einer besonderen Bewegung, der Unabhängigen Gewerkschaften, und im Auftrag des Vereinigten Arbeiterrats von Amerika. Ich bin hier, um gegen die Opposition der Propagandagruppe zu protestieren, die hierher gekommen ist mit der Behauptung, daß sie für die amerikanische Arbeiterschaft spricht.

Die Unabhängigen Gewerkschaften, die in ihrer Tätigkeit und ihrem Aufbau Industrieverbände sind, werden beschuldigt, die Ursache der schwachen Gewerkschaftsbewegung in Amerika zu sein, und zwar deshalb, weil die Radikalen in ihren Reihen sind. Man hat Euch gesagt, daß der „Gewerkschaftsparallelismus" die Wurzel allen Übels sei; — selbst wenn dem so wäre, so wären doch die als unabhängig bekannten Gewerkschaften nicht die Ursache davon, weil sie keineswegs „parallelistisch" sind.

Ihren Ursprung verdanken sie teilweise den jahrelangen, zahllosen Ausschlüssen radikaler Gewerkschaftsmitglieder und Minderheiten, die, außerstande zu ihren der Föderation angeschlossenen Gewerkschaften zurückzukehren, gezwungen waren, sich zu vereinigen und eigene Organisationen zu bilden. Da ferner die American Federation of Labor sich darauf beschränkte, die gelernten Arbeiter zu ausgesprochenen Berufsorganisationen zu vereinigen und die großen Massen ungelernter und halbgelernter Arbeiter einfach ignorierte, gründeten die zurückgesetzten Arbeiter ganz spontan ihre eigenen, oft nur örtlichen Gewerkschaften, die isoliert blieben. Diese Organisationen weigerten sich, der Föderation oder ihren Gewerkschaften beizutreten.

Um die Tätigkeit aller dieser Gruppen zu vereinigen und zu verbinden, wurde es nötig, den Vereinigten Arbeiterrat zu bilden. Dieser Rat sollte die Arbeit koordinieren und verwandte Gewerkschaften in



„eine Gewerkschaft in jeder Industrie" zusammenschließen. Die bestehenden Unabhängigen Gewerkschaften haben niemals die Politik der Spaltung oder des Zwanges gegen Minderheiten, sich von der sogenannten „allgemeinen" Bewegung zurückzuziehen, verfolgt. Das Feld für unsere Tätigkeit unter den Unorganisierten war groß, wir haben auch in der Richtung gearbeitet und finden, daß die Arbeiter dem Rufe nach Industrieverbänden Folge leisten. Die Arbeiter erkennen im allgemeinen die Schwäche der Berufsorganisationen, und selbst wenn die Radikalen der Föderation beitreten wollten, würden ihnen die Massen nicht folgen. Das einzige, was wir erreichen würden, wäre, die Radikalen, die sich jetzt des Vertrauens der Arbeiter erfreuen, um allen Kredit zu bringen.

Diesen Tatsachen gegenüber zu sagen, daß der Vereinigte Arbeiterrat von Amerika sich nur auf Kosten der der Föderation angeschlossenen Gewerkschaften vergrößern kann, zeigt den Mangel an Wissen von diesen selbst ernannten Vertretern von Amerika.

Man beschuldigt uns des Versuches, eine parallele Föderation zu bilden, während wir doch nur bestrebt sind, die verschiedenen Kräfte außerhalb der Föderation zu sammeln, um eine einheitliche Politik und einheitliche Ziele in der ganzen Bewegung zu schaffen, so daß wir einmal eine einige Bewegung haben werden, die für die Arbeiter gegen die vereinigten kapitalistischen Mächte kämpfen kann und will.

Wir stimmen mit dem Programm der Roten Gewerkschaftsinternationale überein und protestieren gegen gewisse Elemente in Amerika, die für ihre eigenen Zwecke das Ziel des Programms verdrehen.

Alle, die von der amerikanischen Bewegung nichts verstehen, behaupten, daß die Unabhängigen Gewerkschaften künstliche Gebilde zum Zweck der Gründung „idealer" Gewerkschaften sind. Dies ist nicht der Fall. Die Unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Amerika ist das Resultat einer natürlichen Entwicklung, und insoweit sie der Entwicklungslinie folgt, müssen wir sie als einen Faktor anerkennen und sie als solchen in unserer Arbeit berücksichtigen.

In dem Stenogramm der Eröffnungsrede des Gen. Sinowjew finden wir, daß er die Zahl der kommunistischen Mitglieder in Amerika auf 8000 schätzte, während wir dem Bericht des Vertreters der Liga für gewerkschaftliche Bildung, der vorhin sprach, entnehmen, daß die Liga 422 000 aktive Mitglieder in den Gewerkschaften zu haben glaubt. Gen. Sinowjew wies auf die Unvereinbarkeit dieser Berichte hin; er sagte, daß es unnatürlich sei, daß die Partei so schwach sein und trotzdem solchen starken Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet ausüben könne.

Was das amerikanische Problem betrifft, so hatte ich gehofft, daß Ihr, und ganz besonders die russischen und deutschen Genossen, es Euch zur Aufgabe machen würdet, die verschiedenen Phasen der amerikanischen Bewegung zu betrachten, ehe Ihr Euch endgültig in bezug auf Liquidation oder Auflösung von Gruppen, die als revolutionär oder als Unabhängige Gewerkschaften gelten, entschließen würdet. Während ich hier stehe, möchte ich protestieren gegen den Mißbrauch der offiziellen Presse durch einen Teil der Bewegung, die nur ihren eigenen Standpunkt klarstellt, ohne jedoch konkrete Tatsachen zur Begründung dieses Standpunkts vorzubringen. Wäre es nur eine Frage

von Tatsachen, gut; aber in diesem Falle waren die Verdrehungen so groß, daß es ein Verbrechen an der Bewegung ist, solche Veröffentlichung zuzugeben. Ich möchte feststellen, daß, was die Unabhängigen Gewerkschaften anbetrifft, sie sofort nach der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale um Anschluß nachsuchten. Die große Masse der Kämpfer, die große Masse der radikalen Arbeiter haben sich ganz natürlicherweise zu den revolutionären Gewerkschaften hingezogen gefühlt. Der Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale wurde einstimmig gutgeheißen. Hierin zeigt sich die Stimmung der Arbeiter in diesen Gewerkschaften.

Es gibt noch einen anderen Punkt, der auch betont werden sollte. Es ist von einem vorhergehenden amerikanischen Redner gesagt worden, daß die Unabhängigen Gewerkschaften sich auflösen und sich der American Federation of Labor anschließen sollten. Ihre Parole ist: „Zu den Massen!" Aber wir finden in der Föderation die Massen nicht. Der vorhergehende Redner über die amerikanische Frage sagte, daß es in Amerika 36 Millionen Arbeiter gebe, die für den Eintritt in die Föderation in Frage kämen. Zu keiner Zeit sind jedoch mehr als 4 500 000 Arbeiter in der Föderation gewesen, und heute wird man dort kaum viel über 2 Millionen — und selbst die nicht — finden. Die Massen wollen der Föderation nicht beitreten. Sie stehen im Gegensatz zu der Föderation. Die Hoffnung, daß man die Massen bewegen könnte, der Föderation beizutreten, wird bestimmt unerfüllt bleiben. Die Föderation hat sich so um allen Kredit gebracht, daß die Massen dem Rufe nicht Folge leisten würden. Wenn ‚Heran an die Massen!" die Parole ist, — nun gut, laßt uns an sie herantreten, aber laßt uns nicht in dem verfallenen Bau der Föderation nach ihnen suchen. Das Hauptargument ist, daß man der Föderation beitreten solle, um sie zu reformieren. Solch eine Organisation, wie die Föderation, kann aber nicht reformiert werden. Die amerikanische Bewegung verstehen, heißt wissen, daß jeder Gedanke an eine Reformierung der Föderation zwecklos ist.

Es gibt noch viele Dinge, über die ich mit Bezug auf die Agitation, die die Reihen der amerikanischen Bewegung zerstört, oder doch Unruhe in ihnen gestiftet hat, sprechen möchte. Aber ich will jetzt davon Abstand nehmen. Ich möchte folgenden Vorschlag machen. Wir in den Unabhängigen Gewerkschaften anerkennen, daß, soweit gewisse wertvolle Elemente in der American Federation of Labor vorhanden sind und soweit es dort eine Struktur gibt, die wenigstens für einen Zweck nutzbar gemacht werden kann, in der Föderation gearbeitet werden sollte, nicht um sie zu reformieren (denn das ist beinahe unmöglich), sondern um die von der reaktionären Bürokratie gebrauchten Methoden aufzudecken; ferner um die Agitation für einen allgemeinen Zusammenschluß nach Industrien fortzuführen, — nicht, weil wir hoffen, das erreichen zu können, sondern als ein Propagandamittel. Aus diesem Grunde stehen wir dem Gedanken, daß die Liga für gewerkschaftliche Bildung ihre Arbeit auf die Föderation selbst beschränken solle, sympathisch gegenüber. Die Unabhängigen Gewerkschaften müssen mit der alleinigen Verantwortung für die Arbeit unter den Unabhängigen Gewerkschaften und den unorganisierten Arbeitern betraut werden.

Wenn die Liga für gewerkschaftliche Bildung durch ihre Tätigkeit in der Föderation in diesen Grenzen ihren Wert beweist und die Un-

abhängigen Gewerkschaften, angefeuert und mit einem Rückhalt versehen, ihre Arbeit unter den Unabhängigen Gewerkschaften und unorganisierten Arbeitern fortführen, — wenn jede dieser Organisationen auf ihrem Gebiet arbeitet, dann ist der endgültige Erfolg in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Für diese zwei Arbeitslinien muß eine Zwischenorganisation geschaffen werden, die die Arbeit beider Gruppen koordinieren und in Übereinstimmung bringen und zugleich in beiden Gruppen eine gemeinsame Tätigkeit ausüben kann. Dies ist eine Möglichkeit, die der amerikanischen Bewegung offen steht. Es wird dagegen der Einwand erhoben, daß man eine parallele Bewegung schafft. Dies ist nicht der Fall. Man schafft lediglich ein Mittelglied, das die Arbeit beider Gruppen zusammenfaßt, um gleichzeitige Aktionen auszuführen. Wir wissen und haben genug gesehen, um die Tatsache bestätigen zu können, daß die Föderation ihre Zustimmung zum Ausschluß aller Kommunisten aus ihren Reihen ausgesprochen hat. Sollen nun diese Gruppen einfach aus den Gewerkschaften hinausgeworfen und dann zur Seite gestellt werden? Das wird geschehen, denn bis jetzt haben wir noch keinen Apparat, der die Agitation für das Verbleiben in der Föderation leiten könnte, und bis solch ein Apparat geschaffen ist, muß alle Tätigkeit unabhängig von der Föderation ausgeübt werden. Es muß eine Organisation geschaffen werden, die alle Elemente, die nicht für die Rückkehr in die Föderation kämpfen können, aufnimmt. Ehe die Liga für gewerkschaftliche Bildung nicht wenigstens etwas einer Organisation zum Kampf für den Wiedereintritt der ausgeschlossenen Elemente ähnliches hat, ehe Ihr nicht ein Zentralkomitee oder einen Rat, um die Tätigkeit dieser zwei Gruppen zusammenzufassen, gegründet habt, könnt Ihr nicht auf eine einheitliche Bewegung in Amerika rechnen. Je eher Ihr dies einseht, um so besser ist es.

Das Unglück war, daß viele von denen, die sich Führer oder Vertreter nennen, wenig tatsächliches Verständnis für die Bewegung in Amerika haben. Es ist in der Hauptsache eine rein theoretische Diskussion gewesen über das, was getan werden sollte, während die Tatsachen niemals berührt wurden. Es ist nur eine Frage: „Welches sind die Tatsachen?" und dann — danach handeln! Diese Leute haben sich eine Theorie zurechtgezimmert und versuchen, die Tatsachen dieser Theorie anzupassen. Ich will Eure Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, denn ich wollte nur diese Punkte hervorheben. Das ist unser Standpunkt und wir sind überzeugt, daß das ganze Problem gründlich erörtert werden sollte, speziell wenn man die Entwicklung in anderen Ländern betrachtet, wo die Bewegung sich spaltet. Es ist ein Problem, das wir sowohl in Amerika wie in England lösen werden müssen.

ROSMER (Frankreich): Ich bin mit den Erklärungen des Gen. Tasca vollkommen einverstanden. Nur gelange ich zu einem anderen Schluß als er und bitte um die Beibehaltung des Artikels 20 in den vorgeschlagenen Thesen. Ich habe über das Verhalten der Kommunistischen Partei Frankreichs nicht viel zu sagen. Die hier gemachten Ausführungen des Gen. Lauridan geben den Delegierten ein klares Bild über die Tätigkeit — besser gesagt Untätigkeit — der Kommunistischen Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung.

Sämtliche von ihm angeführten Tatsachen sind richtig. Es sind einige darunter, die nebensächlich erscheinen können, so zum Beispiel jene, die sich auf das Verhalten der „Humanité" während des Prozesses der Sozialrevolutionäre beziehen; Gen. Lauridan hat jedoch dieses Beispiel nur erwähnt, um zu betonen, daß in dieser Frage der Gewerkschaftsverband des Nordens die Initiative ergreifen mußte, die die Partei nicht ergriffen hat.

Natürlich wollte er damit nicht sagen, daß die „Humanité" niemals vom Prozeß gesprochen habe. Er wollte bloß sagen, daß die „Humanité" nicht das gesagt habe, was die französischen Arbeiter von ihr als Antwort auf die Lügen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse erwartet hatten.

Was die Auffassung der Führer der französischen Partei über die Gewerkschaftsfrage anbelangt, hat hier Gen. Losowski heute morgen u. a. zwei Fragmente eines Artikels des administrativen Sekretärs der Partei verlesen. Was diesem Artikel besondere Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß sein Verfasser nicht irgendein beliebiges Mitglied der Partei ist. Er ist Mitglied des Zentralkomitees und administrativer Sekretär der Partei und schrieb diesen Artikel gleich nachdem er mit den übrigen Mitgliedern des Zentralkomitees eine Deklaration unterschrieben hatte, in der er erklärt, daß er die Politik der Kommunistischen Internationale betreiben wolle. Nachdem er diese schöne Erklärung abgegeben hatte, schreibt er einen Artikel, in dem er einen Antrag zur Gewerkschaftsfrage erläutert. Er zitiert eine Stelle aus diesem Antrag, in der es heißt, daß die Kommunistische Partei diejenige Partei sei, die die Bestrebungen der Arbeiterklasse am besten verkörpere und die am fähigsten sei, die Verteidigung der Arbeiterklasse zu sichern. Er fügt aber sofort hinzu, dies sei eine durchaus extravagante und gefährliche Fassung, die das Zentralkomitee „natürlich" nicht akzeptieren könne.

Man könnte auch andere Stellen anführen. Das ist aber nicht besonders zweckmäßig und es ist für uns auch ein wenig erniedrigend, Ihnen von der französischen Partei dieses Bild entwerfen zu müssen. Wie Gen. Tasca in seiner Rede ausgeführt hat, ist die Gewerkschaftsfrage der Kern der französischen Frage, und solange die Partei diese Frage nicht gelöst haben wird, ist es selbstverständlich, daß sie nicht als kommunistische Partei betrachtet werden kann.

Warum haben wir also in die dem Kongreß unterbreiteten Thesen diesen § 20 aufgenommen, über den wir in der Kommissionssitzung mit dem Gen. Azzario schon so viel gestritten haben?

Gen. Azzario sagte, genau so wie heute Gen. Tasca: Wozu sich in den Thesen und allgemeinen Beschlüssen mit dem speziellen Fall Frankreichs befassen? Wenn bezüglich Frankreichs besondere Verfügungen zu treffen sind, werden wir hierzu bei der Behandlung der französischen Frage, bei der Erörterung der Resolution, die die Debatten über diese Frage abzuschließen haben wird, noch immer Zeit haben.

Wir sind der Ansicht, daß man in diese Thesen dennoch einen besonderen Paragraphen aufnehmen müsse. Warum? Gerade wegen dieser Situation in der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Vor dem Kongreß hatten Sie einen mehr oder minder annähernden Begriff von dem Verhalten der französischen Partei. Jetzt kennen

Sie sie ganz genau. Sie wissen, daß die französische Partei den ersten Schritt in der Gewerkschaftsfrage nicht nur noch nicht gemacht hat, sondern daß sie diesen ersten Schritt gar nicht machen wollte. Mehr noch; wenn einzelne Parteimitglieder fordern, daß die Partei aus dieser Passivität heraustrete, daß sie ihren Willen, als echte kommunistische Arbeiterpartei zu gelten, kundgebe, können sie mit Bestimmtheit darauf rechnen, durch die Mitglieder des Zentralkomitees in brutalster Weise desavouiert und von Genossen, die aus politischen Gründen mit den Syndikalisten gemeinsame Sache gegen sie machen, in tückischer Weise angegriffen zu werden.

Das ist heute die Lage in Frankreich. Der Kommunistischen Partei, die keine eigene Gewerkschaftspolitik hat, steht die CGTU. gegenüber, die natürlich die Verbindung mit den Massen aufrechterhält und die durch ihre Tätigkeit den Kommunismus in Frankreich ziemlich gut vertritt oder jedenfalls unter den gegebenen Verhältnissen am besten vertritt, besser als die Partei.

Die Partei stimmt den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale zu; wenn ihr diese Beschlüsse von neuem vorgelegt werden, stimmt sie ihnen von neuem zu; aber geändert wird nichts. Ihre Politik bleibt mit ihrer früheren Politik identisch.

Alle wirtschaftlichen Schlachten wurden von der CGTU. geliefert und die Kommunistische Partei beschränkte sich darauf, dieser ihre bedingungslose Unterstützung zu gewähren.

Im § 20 der Thesen legen wir die allgemeine Situation in Frankreich klar, wo eine mächtige syndikalistisch-revolutionäre Bewegung besteht und eine kommunistische Partei vorhanden ist, die noch keine kommunistische Partei ist. Wir wollen die soeben verklungenen allgemeinen Betrachtungen nicht im geringsten mildern und wollen auch weder die Prinzipien noch die Methoden der Kommunistischen Internationale irgendwie mäßigen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Prinzipien und diese Methoden in einem gegebenen Augenblick selbst in Frankreich nicht mehr als extravagante Dinge erscheinen werden und daß sie genau so in Anwendung gebracht werden, wie dies namentlich in Italien bereits der Fall ist.

Die Genossen von der Linken haben von den Beziehungen zur CGTU. eine ganz andere Auffassung, als jene Genossen, die bisher an der Spitze der Partei gestanden haben. Sie sind der Ansicht, daß die Beziehungen der Partei zur CGTU. erst dann den Charakter annehmen werden, den sie im Interesse sowohl der Gewerkschaftsorganisation selbst, wie auch im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung unbedingt annehmen müssen, wenn ihr Standpunkt durchgedrungen sein wird. Wie ich Ihnen soeben sagte, weichen unsere Theorien von jenen unserer syndikalistischen Genossen ab; soweit sie revolutionäre Syndikalisten und wir Kommunisten bleiben, bestehen zwischen uns ernste und bedeutende theoretische Differenzen.

Müssen wir diese Differenzen verbergen? Nein. Oder aber, wir setzen fort, was wir bis jetzt getan haben: eine Verzichtspolitik der Partei der CGTU. gegenüber. Das ist keine kommunistische Politik und ist mit dem Wesen der Kommunistischen Partei unvereinbar; diese

Politik ist gewissermaßen die Ursache sämtlicher Schwierigkeiten, die sich jetzt in der französischen Partei geltend machen.

Wir glauben im Gegenteil, daß es keine unangenehmen Folgen haben kann, wenn wir die theoretischen Differenzen, die uns von den Syndikalisten trennen, zugeben und wenn nötig sogar betonen, und daß dies die Arbeitsgemeinschaft, die zwischen der CGTU. und der Partei bestehen muß, in keiner Weise stören wird. Wir sind jedoch überzeugt, daß, sobald die Partei ihre Richtungslinie mit vollem Nachdruck und größter Energie klarlegen wird, daß dann die Arbeit nach einigen Diskussionen und vielleicht auch unvermeidlichen Reibungen mit den Genossen von der CGTU. unter viel günstigeren Verhältnissen vonstatten gehen wird. Die revolutionären Syndikalisten werden für die Partei eine Wertschätzung empfinden, die sie heute nicht empfinden. Welche Achtung soll denn heute ein Syndikalist für die Kommunistische Partei Frankreichs empfinden, solange sich diese nicht wesentlich von der alten Sozialistischen Partei unterscheidet?

Es wurde bereits gesagt, daß die Formel der Unterstellung der Gewerkschaften unter die Partei, die in den Kontroversen so häufig auftaucht, eine unmögliche Formel ist, die jedenfalls in keiner Weise die kommunistische Auffassung über die Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften ausdrückt. Wenn man jedoch die jetzigen Vorgänge in Frankreich beobachtet, so muß man in Wirklichkeit eher eine Unterordnung der Partei unter die CGTU. konstatieren.

Wenn eine Arbeiterorganisation einen Beschluß faßt, eine Tagesordnung votiert, die zuweilen ausgesprochen antikommunistische Erklärungen enthält, so wird dieser Beschluß oder diese Tagesordnung der „Humanité" zur Veröffentlichung übergeben, und wenn sich dort der betreffende Redakteur gestattet, einen kurzen Kommentar beizufügen, in dem er erklärt, daß der Text Dinge enthalte die kein Kommunist annehmen könne, ruft dies einen gewissen Skandal hervor. So sehr ist man daran gewöhnt, daß jede Mitteilung, welchen Charakter sie auch immer trage und von welcher Wichtigkeit sie auch immer sein mag, ohne Kritik, ohne Kommentar aufgenommen wird.

Und ich muß sagen, das ist ein Standpunkt, den auch die Leitung der „Humanité" einnimmt.

CACHIN: Gestatten Sie mir eine Berichtigung!

Tatsächlich kam in zwei Fällen eine Abordnung der CGTU. zur „Humanité". Sie kam, um sich zu beklagen:

1. Wegen der Nichtveröffentlichung eines von dem Büro der CGTU. oder dem Gewerkschaftsverband des Seinebezirks gefaßten offiziellen Beschlusses;

2. wegen der Tatsache, daß ein einem Redakteur der „Humanité" übergebener offizieller Aufsatz nicht in unverändertem Wortlaut gebracht wurde, sondern innerhalb des Textes Kommentare eingefügt waren.

Die Deputation kam, um uns ganz einfach zu sagen: Wir sprechen der „Humanité" absolut das Recht nicht ab, an unseren Texten Kritik zu üben. Da aber die „Humanité" ein Blatt der Arbeiterklasse ist, so soll sie unsere Texte veröffentlichen und sie hernach nach freiem Er-



messen kommentieren; wir verlangen bloß, daß der Kommentar nicht in den Text eingefügt werde.

Das war die einzige Beanstandung, um deren Prüfung — auf ihre Berechtigung hin — wir ersucht wurden.

Ich gestehe, daß die Leitung der „Humanité" den Genossen, die mit der Redaktion der Rubrik „Vie sociale" (soziales Leben) betraut sind, gesagt hat: Wir glauben, es ist richtig, wenn der offizielle Text der CGTU. im Blatt erscheint und erst hernach der Kommentar folgt.

Was den zweiten Zwischenfall anbelangt, auf den Sie anspielen, so verhält es sich damit folgendermaßen: Die CGTU. bringt uns einen Aufsatz; der Aufsatz erscheint nicht. Darauf protestiert die CGTU. im Wege einer 2. Deputation.

Auch in diesem Falle gab die Leitung der „Humanité" zu, daß es notwendig sei, daß wenigstens der Aufsatz erscheine und nachher der Kommentar folge.

Das sind in genauer Darstellung die Tatsachen, auf die Sie anspielen und die Sie — gestatten Sie mir, es Ihnen zu sagen — nicht genau wiedergegeben haben.

ROSMER: Wenn ich hier alle Beschwerden vorbringen würde, die die Kommunisten in der Angelegenheit der Gewerkschaftsfrage gegen die „Humanité" zu erheben haben, würde ich hierzu viel mehr Zeit brauchen, als die mir bewilligte Viertelstunde.

Wir werden in der französischen Kommission Zeit haben, diese Tatsachen und diese Auffassung zu erörtern und wir werden auch über einige in jüngster Zeit erschienene Leitartikel sprechen, in denen dieser Gegenstand direkt oder anspielungsweise behandelt wird.

Ich wollte nur an Hand von Beispielen zeigen, wie die Lage in Frankreich ist, da diese Diskussion in der Angelegenheit des Artikels 20 mit dem Gen. Tasca geführt wird. Ich habe gezeigt, wie sehr die Kommunistische Partei jeder Initiative auf dem Gebiete der Fragen des Arbeiterkampfes entbehrt, wie sie sich darauf beschränkt, der CGTU. zu sekundieren und ihr behilflich zu sein. Ich habe dem Gen. Tasca gegenüber darauf bestanden, daß diese Sachlage, der wir bei der Ausarbeitung des Artikels 20 Rechnung getragen haben, in die allgemeinen Thesen hineingehört.

Denn wenn diese Thesen auch allgemeiner Natur sind, so untersuchen sie doch konkrete Probleme der Gewerkschaftsaktion, sprechen von der Einheit, von der Spaltung, von der Propaganda in den internationalen Industrieverbänden, und die Frage ist nicht mehr dieselbe, die sie auf dem zweiten Kongreß war, wo es sich darum handelte, die Rolle der Partei und die Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften zum ersten Male festzustellen.

Gen. Azzario wünschte ebenfalls, daß die Kommission in die vorgeschlagenen Texte eine Verfügung aufnehme, die diese Rolle der Partei und die Taktik der Kommunistischen Internationale auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung in Erinnerung ruft. Wir legten ihm nahe, daß es ganz überflüssig ist, diesen Wortlaut jetzt wieder einzufügen. Wir sagten: Für Euch Italiener ist es überflüssig, ihn zu reproduzieren, da Ihr ihn in seinem Inhalt durchgeführt habt. Wenn Ihr für Frankreich wünscht, daß er von neuem veröffentlicht werde,



ist dies von keinem Vorteil, weil das französische Problem viel schwerer zu lösen ist.

Die Arbeit muß in Frankreich neu angefangen werden. In Italien habt Ihr die durch die Kommunistische Internationale festgestellte Taktik bereits systematisch angewendet. In Frankreich ist die Lage jedoch eine ganz entgegengesetzte. Die Arbeit ist noch nicht in Angriff genommen. Sie muß begonnen werden, damit die französische Partei zu einer kommunistischen Partei werde, und ich glaube, daß es gerade aus diesem Grunde sehr zweckmäßig ist, in einen Text allgemeiner Natur einen auf Frankreich bezüglichen besonderen Paragraphen aufzunehmen. Selbstverständlich, wenn es sich um eine Prinzipienfrage handeln würde, wenn es sich darum handeln würde, eines der grundlegenden Prinzipien der Kommunistischen Internationale hinsichtlich der Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften einzuschränken, wären wir die ersten, die dagegen auftreten würden. Aber ich wiederhole noch einmal, es handelt sich um eine Frage praktischer Natur, es handelt sich darum, eine gegebene Lage zu charakterisieren, um daraus die Form der einzuleitenden Aktion abzuleiten.

Aus diesem Grunde bitte ich unseren Gen. Tasca und unsere italienischen Genossen, nicht auf ihrem Antrag zu bestehen, den Artikel 20 fallen zu lassen. Dagegen können wir sie versichern, daß dies keinesfalls so aufzufassen ist, als wären wir geneigt, den Prinzipien der von der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen über die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften in irgendeiner Weise Abbruch zu tun.

VORSITZENDER: Genossen, das Schlußwort des Gen. Losowski wird auf morgen verschoben. Das Präsidium hat beschlossen, heute abend noch einem türkischen Genossen das Wort zu erteilen, der eine sehr dringende und wichtige Mitteilung zu machen hat.

ORCHAN (Türkei): Genossen, Sie alle haben in den Zeitungen die Nachrichten über die Massenverhaftungen der Kommunisten in Kleinasien und über die Auflösung der Türkischen Arbeitergewerkschaft in Konstantinopel gelesen. Damit Sie diese Repressalien und die Bedeutung dieser Neuorientierung des Kemalismus richtig verstehen, erachte ich es für notwendig, den Kongreß über die Tätigkeit der Angoraer und Konstantinopeler Kommunistischen Partei und über die Politik der nationalistischen Regierung zu unterrichten.

Die Kommunistische Partei der Türkei wurde in dem Augenblick gegründet, als die bürgerlich-nationalistische Regierung — die es verstanden hatte, sich an die Spitze der von den Arbeitern und Bauern eingeleiteten Freiheitsbewegung zu stellen — sich gegen die vitalsten Interessen der werktätigen Massen wandte; infolgedessen stand die Kommunistische Partei der Türkei zur Zeit ihrer Gründung zwei Feinden gegenüber: dem Imperialismus und der nationalistischen Bourgeoisie. Die Partei war der Ansicht, daß der Kampf gegen den Imperialismus, ihren größten Feind, von überragender Wichtigkeit ist, und beschloß daher, die Regierung zu unterstützen, solange diese gegen den Imperialismus kämpft, fuhr aber fort, für die Arbeiter und Bauern demokratische Reformen zu fordern und an ihrer Organisierung zu arbeiten. Diese Beschlüsse stimmten mit den Resolutionen des 2. Kongresses

über die nationale und Kolonialfrage überein. Die Partei hat seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tage an dieser Politik nichts geändert. Zum Beweis will ich Ihnen als Beispiel die Proklamationen der Partei an die Armee, an die Arbeiter und an die Bauern zitieren, in der sie diese auffordert, bis zum Endsiege zu kämpfen. Andererseits rief sie in einer Proklamation an die Armee und an die griechischen werktätigen Massen diese auf, sich zu erheben und die Armee, die sich nur für den Profit der griechischen Bourgeoisie und des englischen Imperialismus schlage, zu desorganisieren.

In allerletzter Zeit gab sie auch eine andere Proklamation heraus, in der sie die Einwohner Konstantinopels aufforderte, die Einheitsfront gegen die Reaktion und den Imperialismus zu bilden, den Sultan nicht entkommen zu lassen und ihn vor das Oberste Volksgericht zu stellen.

Die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangene Regierung der Großen Nationalversammlung, die stets die Verteidigung des nationalen Pakts und den Kampf gegen den Imperialismus verkündet hatte, wobei sie sich auf den gesamten Orient stützte, hat während der drei Jahre ihrer Tätigkeit bewiesen, daß das bloß eine Betrugspolitik war. Sehr erbaulich sind in dieser Beziehung folgende Tatsachen:

1. Als die Regierung im Begriffe war, ihre ersten Beziehungen zu der Sowjetregierung anzuknüpfen, behaupteten ihre nach Moskau entsandten Delegierten, daß im Lande eine große kommunistische Partei bestehe und daß diese Partei hauptsächlich die Bauern um sich versammele, daß in mehreren Ortschaften sogar schon Bauernräte funktionieren.

2. Um Sowjetrußland zu täuschen, bildete sie in der ersten Zeit ihres Bestandes unter dem Namen „Grüne Armee" eine ausschließlich aus bürgerlichen Elementen bestehende sogenannte Bolschewikenpartei.

3. Nach dem Eintreffen der ersten Sowjetgesandtschaft in Angora gründete sie aus den Überresten dieser Grünen Armee, aus hohen Funktionären und Intellektuellen eine offizielle kommunistische Partei.

4. Um der imperialistischen Regierung zu gefallen, verkündete die sich zur Londoner Konferenz begebende Delegation in allen Hauptstädten, daß man soeben etwa 20 Kommunisten, darunter unsere hervorragendsten Gen. Subhi und Edhem Nedscheat, getötet habe, daß man noch sämtliche anderen eingekerkerten Kommunisten töten werde und daß die Bolschewikenplage dieses Land nicht heimsuchen werde.

5. Der mit den Franzosen im Jahre 1921 abgeschlossene Vertrag beweist, daß sich die Regierung vom Orient entfernt und daß sie auf Kosten des Nationalpaktes Zugeständnisse macht.

6. Schließlich treffen die gegen die Kommunistische Partei und gegen die türkische Arbeitergewerkschaft gerichteten Repressalien mit dem Zeitpunkt der Einberufung der Lausanner Konferenz zusammen.

Was die innere Politik der Regierung von Angora anbelangt, bestand diese darin, jede Gruppe oder Partei mit demokratischem Reformprogramm an der selbständigen Arbeit zu hindern, jede Opposition zu vernichten, bevor sie erstarkt oder sich zu befestigen vermag, und das Volk durch feierliche Versprechungen zu täuschen. Diese Politik läßt sich in folgenden Tatsachen konkretisieren:

1. Sie hat die im Innern der Großen Nationalversammlung zustandegekommene „Volksgruppe", die ein großangelegtes Reformprogramm verfocht, unterdrückt.

2. Sie hat das während der Ausarbeitung der Verfassungsgesetze vorgeschlagene Berufswahlsystem abgelehnt.

3. Sie hat zur Unterdrückung der in der Großen Nationalversammlung bestehenden Oppositionsgruppen die „Solidaritätsgruppe" geschaffen und zur Sicherung ihrer Herrschaft über die breiten Volksschichten in sämtlichen Teilen Kleinasiens Gruppen gebildet, die ausschließlich aus Mitgliedern der Bourgeoisie, aus Grundbesitzern und sonstigen Spekulanten bestehen.

4. Trotz ihrer Versprechungen schuf sie keinerlei Reformen zugunsten der werktätigen Massen; im Gegenteil, sie verhindert mit allen Mitteln die Gründung von Gewerkschaften und Arbeiterverbänden und läßt die Bauern unter der Last unerträglicher Steuern zusammenbrechen.

Die Beziehungen der Partei zu den Massen.

Die von der Partei ausgegebenen Losungen fanden in den breiten Massen der ausgebeuteten Arbeiter und Bauern starken Widerhall, so daß die klassenbewußtesten unter ihnen der Partei beitraten. Trotz der wiederholten Repressalien der Regierung gegen die Partei klammerten sich die Arbeiter und die Bauern immer mehr an diese. In kurzer Zeit erzielte sie bedeutende Erfolge. Während der zweiten Periode ihrer Tätigkeit — vom März 1922 bis Oktober 1922 — leistete sie auf dem Gebiete der Propaganda und der Erziehung, wie auf jenem der Roten Gewerkschaftsorganisation und der Organisierung der kommunistischen Jugend eine wertvolle Arbeit. Als die Regierung ihren großen Einfluß auf die Massen merkte, sah sie sich veranlaßt, ihrer Tätigkeit ein Ende zu bereiten.

Konstantinopel.

Ich will Ihnen noch einiges über die Arbeiterbewegung, über den Einfluß der kommunistischen Gruppe in Konstantinopel sagen, wo soeben die türkische Arbeitergewerkschaft unter dem Vorwand, daß sie kommunistische Propaganda betreibe, aufgelöst wurde. Dort war die Arbeit eine viel schwerere. Es ist nicht notwendig, Genossen, daß ich die schwierige und tragische Situation beschreibe, in der sich die Genossen befinden, die mit der reaktionären türkischen Regierung und dem gesamten Imperialismus, diesem ausgesprochenen Feind des Kommunismus, im Kampfe stehen. Aber trotz aller Schwierigkeiten, trotz allem Terror, verstand es die kommunistische Gruppe von Konstantinopel, die seit fast zwei Jahren illegal arbeitet, unter den Massen einen bedeutenden Einfluß zu erlangen, indem sie in den Fabriken, in den Werkstätten und fast überall, wo es Werktätige gibt, Zellen bildete, legal und illegal Broschüren, Zeitschriften, Manifeste, Abhandlungen veröffentlichte und zahlreiche kommunistische Pressepublikationen verteilte, die sie von den kommunistischen Organisationen regelmäßig bezieht.

Es ist natürlich unmöglich, Ihnen heute abend alles zu erzählen, was die kommunistische Gruppe von Konstantinopel geleistet hat; um

Ihnen jedoch einen Begriff zu geben von ihrer Tätigkeit, möchte ich anführen, daß sie im Juli die bedeutendsten Arbeiterorganisationen von Konstantinopel versammelte, um die proletarische Einheitsfront gegen die allgemeine Offensive des Kapitals zu verwirklichen.

Der „Internationale Arbeiterverband" jedoch, den wir bis dahin als die klassenbewußteste Arbeiterorganisation betrachtet hatten, sabotierte diese Initiative zur Errichtung der Einheitsfront. Diese Genossen sagten, die Arbeiterklasse wäre noch nicht vorbereitet und müßte vor allem aufgeklärt werden. Wir entgegneten hierauf, daß die Führer es sind, die die Einheit nicht wollen, daß diese aber durch die Aktion und in der Aktion zustande kommen wird. Wir sagten auch, daß die Bourgeoisie wenn es uns heute nicht gelingen sollte, diese Einheit zustande zu bringen, nachher alle Arbeiterorganisationen, die miteinander nicht verbunden sind, vernichten wird. Die Tatsachen haben uns recht gegeben. Heute sehen wir die Ergebnisse.

Die Neuorientierung der Regierung. Perspektiven.

Was die Neuorientierung des Kemalismus betrifft, so können wir zusammenfassend sagen, daß die türkische nationalistische Bourgeoisie, die auf der Londoner Konferenz von Haß gegen den Imperialismus erfüllt war angesichts der Möglichkeit, an der Ausbeutung der türkischen werktätigen Massen teilnehmen zu können, ihre bis zum äußersten gehende Kriegspolitik in eine Politik der Konzessionen und des Verrats verwandelt. Seit der Londoner Konferenz ist die nationalistische Bourgeoisie nicht mehr revolutionär gesinnt. Und nun schickt sich die Angoraregierung, die auf der Lausanner Konferenz jene Friedensbedingungen erwirken will, deren sie im Interesse ihrer Existenz und im Interesse der Großbourgeoisie, deren Vertreterin sie ist, bedarf, an, auf Kosten der werktätigen Massen Zugeständnisse hinsichtlich des Nationalpaktes zu machen.

Die Regierung von Angora ist, wie Sie sehen, nicht außerhalb der allgemeinen Offensive des Kapitals geblieben, die sich gegen das Proletariat und gegen die Kommunisten richtet. Als die Genossin Clara Zetkin in der Eröffnungssitzung des Kongresses die Kommunistenverfolgungen in Italien, Polen, Rumänien, Griechenland, Lettland usw. brandmarkte, waren wir schon im Besitze des Telegramms, das uns über die barbarischen Repressalien der Regierung Mustafa Kemals gegen die Kommunistische Partei der Türkei berichtete. Wir nennen diese Repressalien mit Recht barbarisch, denn die mit Rasiermessern und spitzigen Eisenstücken versehenen Polizeileute haben die Gefangenen unmenschlich gequält.

Die Regierung von Mustafa Kemal hat bei den Massenverhaftungen gegen die verhafteten Genossen die Anklage erhoben, daß sie zugunsten Sowjetrußlands Spionage betrieben und sich dadurch des Hochverrats schuldig gemacht hätten. Nach den zuletzt erhaltenen Berichten dauern die Verhaftungen an. Die Zahl der Verhafteten übersteigt 200, in Konstantinopel selbst wurde das Syndikat der Arbeiter der Türkei geschlossen und man verfolgt die Kommunisten. In keinem Lande wurden bisher in normaler Zeit Verhaftungen in so großem Umfange vorgenommen. Trotz dieser Repressalien und dieses Terrors schließen sich

34

aber die Arbeiter und die Bauern, die jetzt ihre wahren Freunde und Feinde kennen gelernt haben, noch stärker an ihre Partei an, ein Umstand, den wir durch Anführung einiger Tatsachen beweisen können.

1. Bei der Verhaftung der kommunistischen Arbeiter in der Munitionsfabrik von Angora fragten die nicht kommunistischen Arbeiter nach dem Grunde der Verhaftungen. Als sie die Antwort erhielten, daß die Verhafteten Kommunisten wären, erklärten sie: Da Ihr jene verhaftet, die die Interessen des Proletariats verteidigen, könnt Ihr auch uns verhaften. Bisher waren wir keine Kommunisten, aber jetzt sind wir es.

2. Der Aufruf eines kommunistischen Arbeiters, der gegen diesen willkürlichen Akt protestierte und die Arbeiter zur Vereinigung um die Kommunistische Partei aufforderte, wurde von dem größten Teil der anwesenden Arbeiter unterstützt. Es kam zu einem Zusammenstoß und die herbeieilenden Offiziere konnten nur mit großer Mühe die Ordnung herstellen.

3. Bei den Verhaftungen in den Bauernorganisationen wurde seitens der Bauern ein ziemlich ernster Widerstand geleistet.

4. In Konstantinopel befinden sich die Kommunisten trotz der Diktatur und des vereinten Terrors des Imperialismus und der Bourgeoisie weiter auf ihrem Kampfposten.

Genossen! Aus den Mitteilungen, die ich Euch machte, konntet Ihr ersehen, daß die Kommunistischen Parteien der Türkei und Konstantinopels die nationale Befreiungsbewegung im Sinne der Direktiven der KI stets unterstützt haben. Die Kommunistischen Parteien haben in Anbetracht der allgemeinen Lage ihre Tätigkeit der Organisierung und der Aufklärung des Proletariats gewidmet und demokratische Reformen für die breiten Arbeitermassen gefordert. Die nationalistische bürgerliche Regierung hat aber die Partei trotz ihrer zuvorkommenden und wohlwollenden Haltung stets verfolgt und wir sehen jetzt, daß sie entschlossen ist, jede revolutionäre und kommunistische Bewegung zu vernichten.

Es ist wirklich sonderbar, daß die Regierung in ihrer blinden antikommunistischen Politik, in einem Augenblick, wo alle imperialistischen Kräfte vereint sind, um die volle Knechtung der Türkei zu vollziehen, und die Regierung in größtem Maße die Unterstützung der werktätigen Massen und des gesamten Weltproletariats braucht, in solcher Weise verfährt. Die Gegenstöße aber, die seitens der werktätigen Massen selbst und des Weltproletariats, das sie in diesen drei Jahren des Kampfes unterstützt hat, nicht lange werden auf sich warten lassen, werden ihr die große Dummheit und das große Verbrechen, das sie begangen hat, klar zeigen.

Genossen! Die türkische Delegation macht dem 4. Kongreß der KI. den Vorschlag, im Namen des Weltproletariats an das werktätige Volk der Türkei, das unter der Diktatur des Imperialismus und der Regierung des nationalen Verrates schmachtet, wie auch an die verhafteten Genossen, die in den Gefängnissen mutig den bevorstehenden großen Tag der Befreiung erwarten, folgenden Offenen Brief zu richten:



An die Kommunisten und die werktätigen Massen der Türkei!

Der 4. Kongreß der 3. Internationale, der mit der 5. Jahreswende der großen proletarischen Revolution zusammenfällt, sendet der Arbeiter- und Bauernklasse der Türkei seine besten Wünsche anläßlich des Erfolges in ihrem heldenhaften Unabhängigkeitskampfe gegen den westlichen Imperialismus.

Türkische Genossen! Ihr seid es, die dem gesamten geknechteten Osten und allen kolonialen Ländern das lebendige Beispiel einer revolutionären Unabhängigkeitsbewegung gegeben habt.

Die letzten Ereignisse beweisen aber, daß die nationalistische Bourgeoisieregierung sich die Ergebnisse dieses um den Preis Eurer unerhörten Opfer errungenen Sieges aneignen will. Die nationalistische Regierung von Angora ist bereit, sich mit den Imperialisten für gewisse Zugeständnisse zugunsten der türkischen Groß-Bourgeoisie zu verständigen.

Sie inauguriert diese neue Politik, indem sie die Partei auflöst. alle ihre Organisationen unterdrückt, zu Massenverhaftungen schreitet, die verhafteten Genossen in barbarischer Weise behandelt und indem sie zuletzt in Konstantinopel das Syndikat der Arbeiter der Türkei schließen ließ. Die Kommunistische Partei der Türkei hat die nationalistische bürgerliche Regierung im Kampfe der werktätigen Massen gegen den Imperialismus stets unterstützt. Die Kommunistische Partei der Türkei erwies sich sogar bereit, angesichts des gemeinsamen Feindes hinsichtlich ihres Programms und ihres Ideals vorläufig Opfer zu bringen.

Die Haltung der Regierung der Kommunistischen Partei gegenüber erklärt sich somit durch die Tatsache, daß sie die klassenbewußten Vertreter der Arbeiter- und Bauernklasse, die die Verwirklichung der uns zwecks Erreichung unserer Hilfe versprochenen Reformen fordern werden, aus dem Wege schaffen und gleichzeitig auf der Konferenz in Lausanne als eine wahre Bourgeoisieregierung erscheinen will. Die Bourgeoisieregierung der Türkei wagt es, gegen Euch und Eure Vertreter Verbrechen zu begehen, die beim ganzen Weltproletariat, an dessen Spitze sich das russische Proletariat befindet, das im schwierigsten Augenblick, als alle imperialistischen und kapitalistischen Klassen gemeinsame Sache machten, um das werktätige Volk der Türkei zu erdrosseln, keinerlei materielle Opfer scheute, die größte Entrüstung hervorrufen müssen.

Die nationalistische Regierung will somit, indem sie sich anschickt. sich mit dem Imperialismus zu verständigen, Eure wahren Vertreter vernichten und sie von Euren auswärtigen Freunden trennen.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale erhebt gegen diesen barbarischen Akt energischen Protest und erachtet es für seine Pflicht, feierlich zu erklären, daß er gewillt ist, jede Regierung oder politische Partei zu unterstützen, die nicht die Rolle eines Gendarmen des Imperialismus spielen, die den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion fortsetzen und zugunsten der werktätigen Massen der Türkei demokratische Reformen verwirklichen wird.

Verhaftete Genossen! Die Kommunistische Internationale, als Generalstab und als Verteidigerin des gesamten Weltproletariats, begrüßt

34*

in Eurer Person mit größter Wärme die klassenbewußten und hingebungsvollsten Vertreter der türkischen werktätigen Massen.

Vergeßt nicht, Genossen, daß das Dunkel der Gefängnisse nie die Sonne der Revolution verfinstern konnte.

Vergeßt nicht, Genossen, daß am Vorabend des Sieges der Revolution die Machtlosigkeit der herrschenden Klasse in gesteigerter Brutalität zum Ausdruck gelangt. Wir stellen fest, daß in dem Augenblick, da der Kapitalismus unter der Last seiner inneren Widersprüche zusammenbricht und der Zusammenstoß der imperialistischen Gegensätze sich auf seinem Höhepunkte befindet, die internationale Bourgeoisie ihre Verfolgungen gegen die Vorkämpfer und Schöpfer der neuen kommunistischen Gesellschaft verdoppelt.

Aber kein weißer Terror konnte jene, die den Glauben an den unausbleiblichen und endgültigen Sieg besitzen, einschüchtern. Und an Stelle jedes ins Gefängnis geworfenen und erschossenen Genossen treten aus den Reihen der ausgebeuteten proletarischen Massen Hunderte von Genossen, die den Befreiungskampf mit gesteigerter Kraft fortsetzen.

Genossen! Die 3. Internationale erachtet es als ihre wichtigste Pflicht, alles zu tun, um Euch den Händen Eurer Henker zu entreißen.

Es lebe die Weltrevolution!

Es leben die aufopferungsvollen türkischen Kommunisten!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe Sowjetrußland!

(Die Resolution wird einstimmig angenommen.)

Schluß der Sitzung 11,30 Uhr abends.

ACHTZEHNTE SITZUNG

DIENSTAG, DEN 21. NOVEMBER 1922.

***Inhalt:** Gewerkschaftsfrage. Erklärung der russ. Delegation. Antrag des Präsidiums und Erklärung der ital. Deleg. zur Programmfrage. Arbeiterhilfe.*

Redner: Losowski, Neurath, Murphy, Bucharin, Sinowjew, Bordiga, Radek, Béron, Münzenberg.

Eröffnung 12 Uhr mittags.

Vorsitz: *Neurath.*

LOSOWSKI: Genossen, die Debatte, die sich gestern nach meinem Referat entwickelt hat, zeigt vor allem, daß wir in der prinzipiellen Seite und im Wesen der Sache der gleichen Meinung sind. Es bestehen aber unter uns einige Meinungsverschiedenheiten über die Form und die Methoden der praktischen Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. Nach meinem Dafürhalten haben einige Genossen unrichtige Gedanken zum Ausdruck gebracht. Ich fange mit den Einwänden des Gen. Heckert an.

Ich wies in meiner Rede darauf hin, daß in Deutschland bestimmte Fälle vorgekommen sind, in denen unsere Genossen nicht geschickt genug handelten und bei denen die Resultate ihrer Handlungen sich ungünstig auf die kommunistische Bewegung auswirkten. Ich will nur zwei Beispiele anführen: das Beispiel der Union der Hand- und Kopfarbeiter und des Verbandes der landwirtschaftlichen Arbeiter. Wir stimmen mit unseren Genossen aus der KPD. völlig darin überein daß in der Union nicht alles in Ordnung ist. Was ist die Union der Hand- und Kopfarbeiter? Es ist eine Organisation, die verschiedene syndikalistische, kommunistische und parteilose Elemente umfaßt; zu dieser Organisation gehören viele zurückgebliebene Arbeiter, die in theoretischer und praktischer Hinsicht noch keine klare und bestimmte Vorstellung vom Kommunismus besitzen, die aber gute und kampffähige Revolutionäre sind. Es ist natürlich, daß einer solchen Organisation gegenüber die Formen und Methoden unserer Einwirkung anders sein müssen, als einer Organisation gegenüber, die unmittelbar an die Kommunistische Partei angeschlossen ist.

Wenn wir innerhalb der Kommunistischen Partei einer Verwirrung, einer Konfusion gegenüberstehen, so treffen wir dagegen entschiedene Maßnahmen, sowohl parteipolitischen wie organisatorischen und allge-



mein politischen Charakters. Wenn wir aber in einer parteilosen Organisation einer solchen Konfusion gegenüberstehen, so müssen wir eine umfangreiche erzieherische, politische und organisatorische Tätigkeit entfalten, um diese parteilosen Massen auf die Höhe des kommunistischen Klassenbewußtseins zu bringen.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen mir und dem Gen. Heckert besteht nicht in der Frage, ob diese Tätigkeit zur Hebung des kommunistischen Bewußtseins der proletarischen Massen entfaltet werden muß, sondern in der Frage, wie und in welchen Formen diese Einwirkung zu geschehen hat. Die Kritik, die seitens unserer deutschen Genossen gegen die Union laut geworden ist, ist in ihrer Grundlage natürlich richtig: Die Union ist eine konfusionistische Organisation; aber eine ganze Reihe von Schritten, die seitens der deutschen Genossen gegen die Union unternommen wurden, waren unrichtig, aus dem Grunde, weil sie durch ihre Handlungen gute revolutionäre Elemente von der Kommunistischen Partei abstoßen konnten. Äußerst charakteristisch in dieser Beziehung ist eine Beratung von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, die in Berlin abgehalten wurde. Im Ruhrgebiet machte der alte Bergarbeiterverband bei einem Konflikt zwischen den Bergarbeitern und Unternehmern den Vorschlag, den Unternehmern von dem Streik, den die Bergarbeiter in zwei Wochen zu erklären beabsichtigten, Mitteilung zu machen. Jeder Arbeiter mußte eine individuelle Mitteilung über den Streik unterschreiben. Das war ein äußerst abnormer Umweg, der aber trotzdem einen gewissen Druck auf die Unternehmer ausüben konnte. Diesen Beschluß faßte der reformistische Verband in der Ansicht, daß die Streikgefahr auf die durch die Offensive der Unternehmer erregten Arbeitermassen beruhigend wirken wird. Die Unionisten erklärten aber, daß diese Taktik für sie unannehmbar sei. Sie erklärten, daß dies eine opportunistische Form sei, daß sie lediglich revolutionäre Kampfmethoden anerkennen und keine solchen Mitteilungen an die Arbeitgeber unterschreiben und absenden wollten.

Die Partei wandte sich gegen die Taktik der Union und erklärte den Unionisten: Die Reformisten machen einen bestimmten Schritt, macht dasselbe, erklärt aber dabei den Arbeitern: „Dieser Schritt ist ungenügend, es sind radikalere, revolutionärere Methoden im Kampfe gegen das Kapital notwendig; wenn Ihr aber diese durch den alten Bergarbeiterverband empfohlene Erklärung nicht unterschreibt, werden die revolutionären Arbeiter sagen, daß Ihr bloß revolutionäre Phrasen drescht und den gemeinsamen Kampf ablehnt." Die Union hatte in dem gegebenen Falle unrecht, da sie von abstrakten „ewigen" Prinzipien ausging und nicht von den Erfordernissen der realen Wirklichkeit.

Wir veranstalteten in Berlin eine Beratung, an der auch Gen. König, der Sekretär der Rheinisch-Westfälischen Kommunistischen Organisation, teilnahm. Bei dieser Beratung richtete ich an Gen. König die Frage: „Wieviel Mitglieder hat die rheinisch-westfälische Organisation der Union?" Ich erhielt die Antwort: 70 000. Und wieviel Mitglieder hat die Partei? Die Antwort lautete: 29 000. Und auf meine letzte Frage: „Wie ist es denn möglich, daß Ihr, trotzdem Ihr 29 000 Mitglieder in der Partei habt, nicht imstande seid, auf die Union einzuwirken?" antwortete mir Gen. König offen: „Auch unter den Kommunisten herrscht Konfusion." Darauf erklärte ich: „Wenn der Wirrwarr auch in den

Reihen der Partei so stark ist, so muß sie, bevor sie den Konfusionismus unter den parteilosen Unionisten ausrotten will, sich selbst gründlich kurieren."

Gewiß, im Vergleich zur gesamten deutschen Arbeiterbewegung ist die Union eine unbedeutende Kraft, sie hat bloß 150 000 Mitglieder; darunter sind aber 120 000 Bergarbeiter des Ruhrgebietes, — und das ist eine Größe, die keinesfalls ignoriert und unbeachtet bleiben kann.

Es ist der RGI. und der KI. gelungen, den im Entstehen begriffenen Konflikt zwischen der KPD. und der Union zu lösen. Alle Vorschläge der RGI. wurden schließlich auf dem letzten Kongreß der Union angenommen.

Gen. Heckert wirft die Frage auf, wie wir denn die aus den Gewerkschaften austretenden Arbeiter organisieren können, — fördern wir doch durch die Übernahme dieser Aufgabe die Politik der Spaltungen. Ich bin der Ansicht, daß wir uns diese Frage gründlich überlegen müssen. Nehmen wir z. B. den deutschen Landarbeiterverband. Der Landarbeiterverband zählte 500 000 und vielleicht noch mehr Mitglieder. In zwei Jahren hat dieser Verband 200 bis 300 000 Mitglieder verloren. Wir stehen vor einer Alternative: entweder wir bleiben passiv und sagen: „gut, Ihr könnt gehen", oder die KPD. übernimmt die Aufgabe, diese aus dem Verband austretenden Arbeiter zu organisieren.

Können wir nun auf Grund dessen, daß wir jene Elemente, die aus den Gewerkschaften austreten, organisieren, beschuldigt werden, daß wir die Gewerkschaftsbewegung spalten? Natürlich nicht. Wenn wir diese Arbeiter nicht organisieren, so sind wir keine Kommunisten. Für uns Marxisten ist die Organisation kein Ziel, sondern bloß ein Mittel zur Erreichung unseres Zieles. Wir kämpfen für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, wir dürfen aber die Organisierung von Hunderttausenden von Arbeitern nicht abstrakten Prinzipien zum Opfer bringen.

Ich gehe nun zu *Frankreich* über. Manche Genossen werden sagen, daß die Rede des Gen. Lauridan ein Schlachtruf gegen den Syndikalismus sei. Ich bin nicht dieser Ansicht. Seine Rede ist ein Appell an die kommunistische Würde. Lauridan erzählte uns von den gewöhnlichsten, gleichzeitig aber jedem Kommunisten notwendigsten Sachen. Das, was er will, wollen auch wir. Wir wollen, daß die Kommunisten stets und überall in den Gewerkschaften und Kooperativen Kommunisten bleiben. Sie müssen überall Kommunisten sein und nicht einzeln, zusammenhanglos, sondern durch einen kollektiven kommunistischen Willen vereinigt handeln. Wir stellen vor allem die Frage, ob die Kommunistische Partei Frankreichs ihre eigene Gewerkschaftspolitik hatte. Sie hatte Resolutionen über die Gewerkschaftsfrage, aber keinerlei Gewerkschaftspolitik, da es keinen kollektiven Einfluß und keinen Willen zur Durchführung dieser Gewerkschaftspolitik gab. Wir wollen, daß unsere praktischen Losungen, unsere Ideen, Auffassungen, unsere Beschlüsse und Methoden des Klassenkampfes durch die Kommunisten angewendet werden. Es ist hierzu notwendig, daß überall, wo es, wenn auch nur drei Kommunisten gibt, diese Kommunisten immer, wenn es notwendig wird, zu einem Übereinkommen gelangen.

Als ich nach St. Etienne kam, fragte ich unsere kommunistischen Genossen: Wie ist es möglich, daß 2—3000 Anarchisten einen größeren

Einfluß in den Gewerkschaften besitzen, als die 100 000 Mitglieder zählende Kommunistische Partei? Bedeutet das, daß ein Anarchist 50 Kommunisten wert ist? Das ist nur dann möglich, wenn Kommunisten keine kommunistische Arbeit leisten wollen und wenn jeder Kommunist sich von seiner Partei unabhängig hält. Wenn ein Kommunist nicht aggressiv ist, so ist er kein Kommunist. Ich meine eine Aggressivität nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit, eine Aggressivität im aktiven Kampfe gegen die Bourgeoisie, in dem der Kommunist immer vorne zu sein hat. Kommunist sein heißt nicht bloß, eine Mitgliedskarte besitzen, es bedeutet eine tiefe Überzeugung von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und der kommunistischen Taktik zu haben.

Ist es wahr, frage ich daß in den Organen der Kommunistischen Partei Anarcho-Syndikalisten Artikel veröffentlichten, die gegen die KI., die RGI. und gegen die KPF. selbst gerichtet waren? Sie werden zugeben, daß das tatsächlich der Fall war. Ist es wahr, daß Anarcho-Syndikalisten ihre Propaganda in Organen der französischen Kommunistischen Partei entfalteten? Ja, es ist wahr. Ich könnte Hunderte von Beispielen dafür anführen. Ist es wahr, daß es einen Block zwischen einigen Anarcho-Syndikalisten und Mitgliedern der Kommunistischen Partei gab? (Zwischenruf *Lauridan:* Es wurde ein geheimer Vertrag unterschrieben.) Ja gewiß! Kommunisten haben mit Anarcho-Syndikalisten einen geheimen Vertrag unterschrieben.

Wie hat nun die KP. auf die Veröffentlichung dieses Vertrages reagiert? Als der Vertrag veröffentlicht wurde, traf das ZK. der Partei keinerlei Maßnahmen, um jene gegen den Kommunismus und die KP. gerichteten Kommunisten, die diesen Vertrag im geheimen unterschrieben hatten, zur Ordnung zu rufen.

CACHIN: Erlauben Sie, es gab eine Gewerkschaftskommission, die mit der Arbeit in den Gewerkschaften beauftragt war. Der Vorsitzende dieser Kommission war der Gen. Tommasi vom linken Flügel. Er hat dem ZK. über diese Tatsachen keinen einzigen Bericht erstattet. Die Verantwortlichkeit muß genau festgestellt werden und man soll sie nicht stets denselben Leuten zuschieben. (Zwischenruf *Pâcquereaux:* Das ist eine Anklage gegen die andere Strömung.)

LOSOWSKI (fortfahrend): Sie können überzeugt sein, daß ich im gegenwärtigen Augenblick niemanden beschuldigen will. Ich glaube, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, daß der Vorsitzende einer Kommission, zu welcher Strömung er auch gehört — zur linken, rechten oder zentristischen — aus der Partei entfernt werden muß, wenn er seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. (Beifall. Zwischenruf *Lauridan:* Sehr richtig!) Weder die Gewerkschaftskommission noch das ZK. hat gegen die Parteimitglieder, die einen antikommunistischen Vertrag unterzeichnet haben, etwas unternommen. Ich behaupte daß das eine abnorme Erscheinung ist; ob nun linke, rechte oder andere Genossen ihre Pflicht verletzen, die Verantwortung fällt auf die Gesamtheit.

Es kann gegenwärtig festgestellt werden, daß die Partei als Ganzes in der französischen Gewerkschaftsbewegung einen ihren Kräften nicht entsprechenden Einfluß besitzt. Besäße die Kommunistische Partei



einen Zusammenhang und eine Einheit ihrer Handlungen, so wäre ihr Einfluß zehnmal so stark.

Dann noch eine, vielleicht ein wenig heikle Frage, die ich hier berühren möchte. Noch vor dem Kongreß von St. Etienne las ich einen Artikel des Gen. Frossard, in dem er u. a. schreibt: „In der Gewerkschaftsbewegung folgen wir den glorreichen Traditionen Jean Jaurès." Wir sind dem Andenken Jaurès' gegenüber von der tiefsten Ehrfurcht erfüllt. Seine Traditionen sind aber trotzdem keine kommunistischen Traditionen. Wir können das erklären, ohne befürchten zu müssen, daß wir dadurch sein Andenken verletzen. Jaurès war einer der hervorragendsten Führer der 2. Internationale. Er bezahlte seine tiefe Überzeugung mit seinem Leben. Die Ehrfurcht seinem Namen gegenüber darf uns aber nicht zu der Behauptung veranlassen, daß alles, was er tat, richtig war. Nein, die Taktik Jaurès' ist für die Kommunistische Partei völlig unannehmbar. Wenn die kommunistischen Parteien von Traditionen lebten, so würden sie nur wenig erreichen. Es gibt nützliche Traditionen, mit denen wir rechnen müssen, und schlechte Traditionen, die wir abstoßen müssen.

Es gibt in der französischen Gewerkschaftsbewegung auch eine andere Art von Traditionen. Die Traditionen des Industrieproletariats Nordfrankreichs sind andere als die Traditionen der Kleinhandwerker von Paris. Die Kraft der Industrierayons besteht in der Verknüpfung der gewerkschaftlichen Bewegung mit der politischen. Und wenn schon Traditionen Rechnung getragen werden soll, so würde ich die Traditionen Nordfrankreichs als die besseren vorziehen.

Schließlich noch etwas über Frankreich. Die Kommunistische Partei Frankreichs besaß während der gesamten neuesten Periode keine bestimmte und klare Stellungnahme in der Frage der Gewerkschaftsbewegung. Ja, vielmehr, sie fürchtete eine solche Stellung einzunehmen und schielte fortwährend zu den Syndikalisten hinüber. Die französischen Kommunisten dürfen aber, bei voller Anerkennung der Autonomie der Syndikalisten, nicht vergessen, daß sie selbst genau so autonom und selbständig sind, und sie müssen den Mut besitzen, nicht immer auf die Syndikalisten zu achten, sondern ihre eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Ich gehe nun zu *Italien*, zu der Rede des Gen. Tasca über. Gen. Tasca schilderte uns hier ein trauriges Bild, in dem sogar Bernstein und sein Reformismus erwähnt wurde. Was war es nun, was in meinem Berichte Material für dieses von dem Gen. Tasca geschilderte trostlose Bild lieferte? Was erschreckte ihn so? Es war meine Erklärung, daß das Leben nicht an Thesen angepaßt werden könne, sondern daß die Thesen den Erfordernissen des Lebens entsprechend aufgebaut werden müssen. In diesen Worten glaubt er etwas an Bernstein Erinnerndes zu erblicken. Natürlich hatte das, was ich sagte, mit den Prinzipien Bernsteins nichts gemein.

Die Reformisten sagen, daß das Endziel durch Reformen, ohne Kraftanstrengung erreicht werden kann. Wir aber erklären: auf Grundlage des täglichen Kampfes werden wir eine kampffähige Armee organisieren können, die Bourgeoisie besiegen und unser Endziel, den Kommunismus, verwirklichen.

Unser Endziel ist der Kommunismus. Auf welche Weise können wir zu diesem Endziel gelangen? Auf verschiedene Weise, denn die Lage der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern hat ihre Eigenheiten und die einzelnen Länder befinden sich auf verschiedenen Stufen, auf verschiedenen Etappen des zu unserem Ziel führenden Weges. Wir müssen diese Eigenheiten eines jeden Landes in Rechnung ziehen und dementsprechend die eine oder andere Taktik anwenden. Eine solche Auffassung der Frage ist keinesfalls gleichbedeutend mit dem Bernsteinschen Verzicht auf das Endziel. Die Befürchtungen des Gen. Tasca entbehren daher jeder Grundlage.

Wir stehen gegenwärtig starken reformistischen Verbänden gegenüber, in denen eine große erzieherische Arbeit geleistet werden muß, um die Ideologie der Arbeitermassen zu ändern. Von diesem Ziel sind wir durch eine ziemlich bedeutende Entfernung getrennt, denn wir haben noch eine ganze Reihe historischer Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Schwierigkeiten bestehen in den abnormen, auf Grundlage der Traditionen des parlamentarischen Sozialismus entstandenen Beziehungen mancher kommunistischen Parteien zu den Gewerkschaften.

Worin besteht das Wesen des § 20 meiner Thesen? Dieser Paragraph spricht darüber, daß in den Ländern, wo die Partei noch nicht genügend gestärkt ist und wo ein innerer Kampf sich abspielt, solche gegenseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei geschaffen werden müssen, die der augenblicklichen Lage entsprechen. In Frankreich bildete sich wie bekannt innerhalb der Gewerkschaften eine eigene Partei unter dem Namen des Syndikalismus. Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir die besten Elemente aus der gegenwärtigen Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften zusammenfassen. Auf dem Boden der gemeinschaftlichen Aktion werden die besten Elemente beider Organisationen sich einander immer mehr nähern und es wird sich eine wahre, einheitliche, von Kampfeswillen erfüllte Kommunistische Partei herauskristallisieren, die eine wirkliche Avantgarde des französchen Proletariats sein wird. Beide Parteien, die syndikalistische und kommunistische, entwickeln sich nicht in parallelen, einander nicht treffenden Linien; ihre Linien werden zusammentreffen und die Kommunistische Partei Frankreichs wird dann endgültig organisiert sein.

Wenn wir die Prinzipien unserer Arbeit in dem einen oder anderen Lande feststellen, so müssen wir von den realen Kräfteverhältnissen und von den gegenseitigen Beziehungen ausgehen, die sich in den einzelnen Ländern zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und der Partei herausgebildet haben. Aus diesem Grunde nahmen wir den § 20 in die Thesen auf. Indem wir dies taten, befolgten wir den Rat Lassalles: Sagen, was ist, die Wahrheit sagen, wie sie auch sei.

Gen. Tasca sagte in seiner Rede, daß die RGI. nichts sei als ein Propagandabüro und daß sie, wenn sie mehr zu sein wünschte, wenn sie zu einem die internationale revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zusammenfassenden Zentrum werden wollte, dadurch eine Spaltung der Weltgewerkschaftsbewegung hervorrufen würde. Das ist eine unrichtige Behauptung. Wir sind natürlich ein Propagandabüro, gleichzeitig sind wir aber auch eine Organisation und die Eigenart der RGI.

besteht darin, daß sie sowohl die ihr unmittelbar angeschlossenen revolutionären Organisationen wie auch die revolutionären Minderheiten der zu Amsterdam gehörenden Gewerkschaftsverbände zusammenfaßt. Die RGI. bildet eine wahre internationale Organisation, die unter den Arbeitermassen eine große moralische und politische Autorität besitzt. Wenn wir beschließen würden, in allen Ländern die mit uns sympathisierenden Arbeitermassen aus den Amsterdamer Verbänden auszuscheiden und sie in eine unmittelbare und ausschließliche Verbindung mit der RGI. zu bringen, so würde dies eine Spaltung bedeuten. Da wir aber keine Spaltung wollten, sagten wir: Trotz der großen Schwierigkeiten verbleiben wir innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften und werden dort im Interesse der RGI. arbeiten.

Gen. Tasca hat über die Betriebsräte gesprochen. Diese Frage wurde schon auf dem zweiten Kongreß behandelt und ich glaube nicht, daß es nötig ist, sie jetzt zu erörtern. Die Betriebsrätebewegung in Deutschland bildet gegenwärtig eine riesige Massenbewegung. Ich wiederhole aber, daß wir diese Frage hier nicht erörtern werden, da sie in den Thesen über die allgemeine Taktik der KI. behandelt werden wird.

Ferner die Frage, wann die nationalen Organisationen ihren Anschluß an die RGI. erklären können. Das ist eine Frage der Taktik. Wenn in einem Lande der Zentralgewerkschaftsverband auf unserer Seite ist, dann erklären wir: Ihr müßt Euch der RGI. anschließen. Ich möchte diese Frage der Klarheit halber an einem Beispiel illustrieren. Wir haben der italienischen Arbeitskonföderation in der Person ihrer offiziellen Vertreter den Vorschlag gemacht, sich der RGI. anzuschließen. Diese Vertreter haben mit uns zusammen ein Dokument unterzeichnet, das sie dann selbst zerrissen haben. Ob nun die offizielle Organisation sich uns anschließt oder nicht, wir sind jedenfalls gegen eine Spaltung. Eins ist klar: in den Gewerkschaften muß eine kommunistische revolutionäre Tätigkeit entfaltet werden. Wir müssen die reformistischen Organisationen zu Aktionen anspornen. In jedem Lande müssen Formen und Methoden unserer Arbeit gefunden werden, die die breiten Arbeitermassen in vollem Umfange ideologisch zu uns bringen und dadurch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung bewahren.

Die von uns empfohlene vorsichtige Taktik in der Frage des Anschlusses an die RGI. wird aber von manchen gewerkschaftlichen Organisationen offenbar unrichtig gedeutet. In Norwegen sympathisieren z. B. 80 % der Arbeiterschaft mit uns. Schon zweimal hat die Zentralorganisation der norwegischen Gewerkschaften den Anschluß an uns beschlossen, ihre Schwankungen setzen sich aber aus dem Grunde fort, weil 20 % der Mitglieder der norwegischen Gewerkschaften mit Amsterdam sympathisieren. Ist es nun eine Spaltung, wenn eine gewerkschaftliche Organisation, die bloß 10 oder 20 % reformistisch gesinnter Mitglieder besitzt, sich uns anschließt? Zweifellos nein! Wir erklären: Die Minderheit muß in der Gewerkschaft verbleiben und sich der Mehrheit unterordnen, — wir handeln auch so, wenn wir in der Minderheit sind; jedenfalls aber kann die Mehrheit sich nicht der Minderheit unterordnen. In dem Falle, wo unsere Anhänger in einer

gewerkschaftlichen Organisation die Mehrheit bilden, ist der offizielle Anschluß an die RGI. ihre Pflicht.

Jetzt über die internationalen Föderationen. Niemand kann das Recht der internationalen Propagandakomitees bezweifeln, in nationalem und internationalem Maßstabe Propaganda zu machen. Ein Syndikat, das sich einer propagandistische Tätigkeit entfaltenden Organisation anschließt, bleibt gleichzeitig Mitglied der entsprechenden internationalen Föderation. Es setzt seine Arbeit in der internationalen Föderation fort und ist bestrebt, eine möglichst große Zahl ihrer Organisationen ihrem ideologischen Einflusse zu entziehen und sie unserem politischen Credo zuzuführen. Wir wollen in den internationalen Produktionsföderationen keine Spaltung herbeiführen. Als die russischen und bulgarischen Gewerkschaften den Vorschlag machten, sie als Mitglieder der internationalen Föderationen aufzunehmen, wurden sie hinausgeworfen. Sie kehrten wieder zurück und wieder wurde ihnen die Tür gewiesen; sie werden nochmals wiederkehren, denn sie wollen keine Spaltung. Wenn aber die Amsterdamer bloß die gewerkschaftlichen Spitzen darstellen und die Arbeiter uns folgen werden, so werden wir vor der Schaffung unserer eigenen internationalen Organisationen nicht zurückweichen.

Die letzte Frage, die wir hier berühren wollen, ist die Frage der *Tschechoslowakei*. In der Tschechoslowakei gibt es gegenwärtig zweierlei gewerkschaftliche Organisationen. Die Spaltung spielte sich in der Tschechoslowakei ungefähr auf die gleiche Art ab wie in Frankreich. Auch hier gab es Massenausschließungen revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften, die Minderheit organisierte sich nachher und berief einen Kongreß zur Wiederherstellung der Einheit.

Im gegenwärtigen Augenblick stehen wir einer vollendeten Tatsache gegenüber. Wir haben es mit zwei parallelen Organisationen zu tun. Ich will auf ein charakteristisches Moment in der Tätigkeit unserer Genossen in der Tschechoslowakei hinweisen. Ungefähr vor 10 Monaten, im März, hatten die Kommunisten die Möglichkeit, auf dem Kongreß der Zentralorganisationen der Gewerkschaften die Mehrheit zu erhalten. Was geschah aber? In der Tschechoslowakei gibt es, wenn auch weniger als in Frankreich, so doch immerhin eine ziemlich große Anzahl Kommunisten, die von der Partei „unabhängig" sein wollen. Die große Landarbeiterföderation, an deren Spitze Gen. Bolen steht, hat dort vor dem Kongreß die Zahlung der Mitgliedsbeiträge verweigert und hat durch sechsmonatiges Verharren auf diesem Standpunkt erreicht, daß ihre Vertreter nicht zum Kongreß zugelassen wurden.

Wie verhielt sich demgegenüber die Partei? — Ich muß nebenbei erwähnen, daß Gen. Bolen, der an der Spitze der Landarbeiterföderation steht, gleichzeitig Mitglied des ZK. der Partei ist. — Sie tat nichts. Die Reformisten hätten gerade so viel Stimmen gehabt wie die Kommunisten, wenn 50 Genossen, ausschließlich wegen der Geldfrage, nicht außerhalb des Kongresses geblieben wären. In jenem Moment fürchtete aber die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei die Mehrheit auf diesem Kongresse zu erhalten, denn sie hätte nachher viele Schwierigkeiten zu bestehen gehabt. Was geschah aber letzten Endes? Die Reformisten schlossen die revolutionären Syndikate aus und führten

eine Spaltung durch, die für unsere Genossen unter sehr schweren Verhältnissen vollzogen wurde.

Nach meiner Rückkehr aus St. Etienne führte ich Verhandlungen mit den Genossen aus der Tschechoslowakei, und wir arbeiteten Formen aus, die geeignet waren, dieser Spaltung entgegenzutreten. Wir stellten eine Reihe von Kampfmethoden fest und sagten deutlich, daß wir keine Spaltung wollten.

Es gibt noch eine Frage, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte. Unsere tschechoslowakischen Genossen haben auf ihrem Kongreß beschlossen, eine einheitliche Organisation zu schaffen, d. h. die einzelnen, unabhängigen Föderationen aufzuheben (ähnlich wie es in Frankreich im Departement Mosel geschehen ist); die einzelnen Produktionsföderationen sollten zu Sektionen einer einheitlichen gewerkschaftlichen Landesorganisation werden. Als die Genossen uns dieses Projekt einsandten, sagten wir ihnen: Vorsicht, das ist die Zukunft der Organisation und nicht ihre Gegenwart! Gegenwärtig gibt es unter den kommunistisch gestimmten Arbeitern noch viele korporative Vorurteile, die schwer zu überwinden sind, und der Versuch, auf einmal eine vollendete einheitliche Organisation zu schaffen, wird zweifellos eine Opposition von innen hervorrufen.

Wir werden diese Frage auf dem Kongreß der RGI. ausführlicher behandeln, wo die organisatorischen Fragen und die Fragen der Beziehungen zwischen den örtlichen Sektionen und dem Zentrum in vollem Umfange erörtert werden sollen. Es muß aber doch hervorgehoben werden, daß die KI. und RGI. den Genossen erklärten: Seid vorsichtig, es wird auf diesem Wege Schwierigkeiten geben, denn Ihr werdet auf Widerstand stoßen, auf Widerstand in Euren eigenen Reihen. (Zwischenruf *Lauridan:* Dieselben Schwierigkeiten gab es bei der Vereinigung der Syndikate im Departement Mosel. Das ist richtig.) Meine Schlußfolgerung ist äußerst einfach: Der internationale Kommunismus stellt gegenwärtig eine sehr große Kraft dar. Wir können sagen, daß er die einzige revolutionäre Kraft der ganzen Welt ist. Wenn wir mit solcher Leidenschaft, mit solcher Wärme und zuweilen sogar mit Schärfe die Fragen jedes Landes erörtern, so tun wir es aus dem Grunde, weil die unrichtige Taktik eines Landes sich auch auf andere Länder auswirkt. Unschlüssigkeit und Schwankungen in einem Lande zerrütten die einheitliche kommunistische Front und werfen den gesamten internationalen Kommunismus zurück. Wir wollen, daß unsere Arbeit in allen Ländern so organisiert sei, daß unser Einfluß sich von Tag zu Tag stärke. Wir wollen keinen französischen, holländischen, deutschen Kommunismus, wie es in der 2. Internationale war, wo der Sozialismus einen nationalen Charakter hatte. Wir unterscheiden uns von den übrigen Internationalen dadurch, daß die KI. und die RGI. wahre Weltorganisationen sind, in denen das internationale Interesse die nationalen Interessen überwiegt.

Durch gegenseitige Kritik, kollektive Arbeit und kollektive Verbesserung unserer Tätigkeit in jedem Lande werden wir der Kommunistischen Internationale die Möglichkeit geben, ihre Aufgabe — den Sturz des Kapitalismus — sicher bis zum siegreichen Ende zu führen. (Beifall.)



VORSITZENDER: Wir müssen jetzt eine Kommission wählen, die den Auftrag erhält, die Gewerkschaftsthesen nochmals zu redigieren, bevor sie dem Kongreß zur Abstimmung vorgelegt werden. Das Präsidium schlägt vor, folgende Genossen in diese Kommission zu wählen:

Losowski (Rußland),
Rosmer (Frankreich),
Heckert (Deutschland),
Lansing (Amerika),
Tasca (Italien),
Pavlik (Tschechoslowakei),
Kolarow (Bulgarien).

Wünscht jemand zu diesen Vorschlägen das Wort?

MURPHY (Großbritannien) schlägt vor, für England den Gen. Clark in diese Kommission zu wählen.

VORSITZENDER: Es wird vorgeschlagen, daß außer den Genannten noch der Gen. Clark für England in die Kommission gewählt wird.

Ist jemand gegen die Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Da also kein Einwand gegen sämtliche Vorschläge erfolgt, gilt die Kommission in dieser Zusammensetzung als gewählt.

Genossen, wir kommen nochmals zur Behandlung der *Programmfrage*. Zuerst erhält im Namen der russischen Delegation das Wort Gen. Bucharin.

BUCHARIN: Im Namen der russischen Delegation habe ich folgende Erklärung abzugeben:

„Angesichts dessen, daß der Streit darüber, welche Formulierung den Übergangsforderungen gegeben werden soll und in welchem Teile des Programms sie untergebracht werden sollen, vollkommen unrichtig den Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes erweckt hat, bestätigt die russische Delegation einstimmig, daß die Aufstellung der Übergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programms nicht als Opportunismus aufgefaßt werden können.

Vertretung der russischen Delegation:
Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin."

VORSITZENDER: Mit dem Gegenstand hat sich das Präsidium eingehend befaßt und einen Antrag ausgearbeitet. Zu diesem erhält Gen. Sinowjew das Wort.

SINOWJEW: Ich werde diesen Antrag einfach verlesen. Er wird, wie uns mitgeteilt wird, auch von einer Anzahl Delegationen unterstützt, die schon die Möglichkeit hatten, sich mit ihm bekannt zu machen, in erster Linie von der deutschen, der russischen, tschechoslowakischen, polnischen, bulgarischen und noch einer Anzahl anderer.

Der Antrag lautet:

1. Alle Programmentwürfe werden der Exekutive der Kommunistischen Internationale oder einer von ihr bestimmten Kommission zum Zwecke des Studiums und detaillierter Bearbeitung überwiesen. Die



Exekutive der Kommunistischen Internationale ist verpflichtet, in kürzester Frist alle Programmentwürfe, die bei ihr einlaufen, zu publizieren.

2. Der Kongreß bestätigt, daß die nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale, die noch keine nationalen Programme besitzen, verpflichtet sind, sofort an ihre Ausarbeitung zu gehen, um spätestens 3 Monate vor dem 5. Kongreß sie der Exekutive zu unterbreiten zwecks Bestätigung durch den nächsten Kongreß.

3. In den Programmen der nationalen Sektionen muß die Notwendigkeit des Kampfes für die Übergangsforderungen mit aller Klarheit und Entschiedenheit begründet werden, wobei die entsprechenden Vorbehalte über die Abhängigkeit dieser Forderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes gemacht werden müssen.

4. Die theoretische Grundlage für alle Übergangs- und Teilforderungen muß bestimmt gegeben werden in dem allgemeinen Programm, wobei der 4. Kongreß gleichermaßen entschieden die Bestrebungen verurteilt, die Einführung der Übergangsforderungen in das Programm als Opportunismus darzustellen, wie auch alle Versuche, die grundlegenden revolutionären Aufgaben durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen.

5. In dem allgemeinen Programm müssen klar die grundlegenden historischen Typen der Übergangsforderungen der nationalen Sektionen dargestellt werden, gemäß den grundlegenden Unterschieden in der ökonomischen und politischen Struktur der verschiedenen Länder, wie z. B. Englands einerseits, Indiens andererseits usw.

VORSITZENDER: Das Präsidium ist der Meinung, daß dieser Antrag ohne Diskussion angenommen werden kann. Aber trotzdem halten wir dafür, daß die Delegationen, obwohl sich die meisten schon für den Antrag ausgesprochen haben, noch einmal Gelegenheit bekommen, Stellung zu nehmen. Ich unterbreche daher die Sitzung auf 20 Minuten. (Pause.)

Ich mache auf folgendes aufmerksam. Soweit ich informiert bin sind alle Sektionen grundsätzlich mit dem Vorschlage des Präsidiums einverstanden. Die italienische Delegation hat aber erklärt, daß sie, obwohl auch sie grundsätzlich mit unserem Vorschlage einverstanden sei, die Absicht habe, eine Erklärung abzugeben. Nun bin ich informiert, daß für den Fall, daß die italienische Sektion eine Erklärung abgibt, auch andere Sektionen Erklärungen abgeben werden. Ich wende mich deshalb an die italienische Sektion mit der Bitte, auf ihre Erklärung zu verzichten.

BORDIGA: Die italienische Delegation ist damit einverstanden, daß ihre Erklärung im Protokoll figuriere, ohne verlesen zu werden, sie kann jedoch auf die Deklaration selbst nicht verzichten.

(Zwischenruf *Radek:* Dann soll er sie lieber verlesen!)

VORSITZENDER: Die italienische Sektion ist damit einverstanden, daß ihre Erklärung hier nicht zur Kenntnis gebracht, sondern nur in das Protokoll aufgenommen wird.

RADEK: Das ist ein Mißverständnis, die italienische Delegation verzichtet nicht darauf; sie will nur, daß ihre Erklärung in das Pro-

tokoll kommt. Etwas, was im Protokoll steht, muß aber auch in der Sitzung selbst zur Kenntnis gebracht werden.

VORSITZENDER: Gut, wir werden diese Erklärung zur Kenntnis der Versammlung bringen falls die italienische Delegation nicht darauf verzichtet, daß sie ins Protokoll kommt.

BORDIGA: Es sind derartige Präzendenzfälle vorhanden. Wenn Gen. Radek glaubt, daß man in das Protokoll eine Erklärung, die in der Sitzung nicht verlesen wurde, nicht aufnehmen könne, so besteht die italienische Delegation darauf, daß ihre Erklärung zur Verlesung gelange.

BERON (verliest die Erklärung): Die italienische Delegation stimmt für die Resolution, die die Programmfrage vertagt, wünscht jedoch im Protokoll zu vermerken daß sie es vorgezogen hätte, wenn das Programm der Kommunistischen Internationale auf diesem Kongreß erörtert und angenommen worden wäre. Sie ist mit dem vom Berichterstatter Bucharin verfochtenen Kriterium der Verfassung des Programms einverstanden und ist der Ansicht, daß die Frage des Programmtypus, selbst bei Vertagung der endgültigen Fassung, auf diesem Kongreß genauer hätte präzisiert werden müssen.

VORSITZENDER: Wünscht noch eine Delegation eine Erklärung abzugeben? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Vorschlag des Präsidiums? Das ist nicht der Fall.

Der Vorschlag des Präsidiums gilt also als einstimmig angenommen.

Bevor wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen, erteile ich noch dem Gen. Sinowjew das Wort.

SINOWJEW: Ich möchte nur noch ganz kurz betonen, warum wir vorgeschlagen haben, ohne Diskussion diese Resolution anzunehmen. Ich hoffe, daß ich damit die Meinung der großen Majorität aller Anwesenden ausdrücken werde.

Wir waren der Meinung, daß eine verkrüppelte, eine zu gekürzte Diskussion, ein Surrogat einer Diskussion in der gegebenen Lage nur schaden könnte. Darum haben wir vorgeschlagen, was unbedingt die Zustimmung der Mehrheit aller Anwesenden finden wird, die Resolution anzunehmen, ohne eine gekürzte Diskussion anzufangen, die in dieser sehr komplizierten Frage, wie gesagt, nur schaden könnte.

Ich hoffe, daß der Ausweg, den wir gefunden haben, der beste ist.

VORSITZENDER: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: *Die Arbeiterhilfe*. Das Wort hat Gen. Münzenberg.

MÜNZENBERG: Genossen! Ich habe meinen Bericht in zwei Teile gegliedert. Ich werde einige Minuten über die durchgeführte Hungerhilfsaktion sprechen und mich im zweiten Teil mit den aktuellen Fragen der Wirtschaftshilfe befassen.

Es ist selbstverständlich, daß ich an dieser Stelle nicht auf die Ursachen, auf den Umfang und auf den Verlauf der Hungersnot selbst eingehen werde. Diese Tatsachen sind den meisten Delegierten nur zu gut bekannt. Über die letztjährige russische Hungerkatastrophe, die von Lenin als die größte Schwierigkeit bei dem Wiederaufbau Sowjetrußlands bezeichnet wurde, hat die gesamte Presse, die gesamte

Öffentlichkeit in weitestem Maße berichtet. Es genügt, nur noch einmal kurz darauf hinzuweisen, daß durch sie ungefähr 40 Millionen Menschen unmittelbar der Hungersnot ausgesetzt wurden, und daß ungefähr 3 Millionen im Verlaufe der Hungersnot gestorben sind.

Wichtig ist, daß die Hungersnot bezwungen und niedergerungen wurde, nicht von der ausländischen Hilfe, nicht von der bürgerlichen oder der Arbeiterhilfe, sondern allein durch Sowjetrußland.

Ich habe mir vorgenommen, heute fast keine Zahlen zu bringen, aber bei dieser Frage muß ich zwei Zahlen nennen, weil die breiteste Öffentlichkeit absolut uninformiert über die tatsächliche Hilfeleistung bei der Niederringung der Hungersnot ist.

Das gesamte Ausland, alle Regierungen, die Roten Kreuz-Verbände, die ARA, Nansen, die Quäker gemeinsam mit der Arbeiterhilfe haben bis zum 1. August 1922: 33 Mill. Pud Getreide nach Rußland transportiert; Rußland selbst hat 165 Mill. Pud an Lebensmitteln und 31 Mill. Pud an Saatgetreide, zusammen also 196 Mill. Pud an Getreide aufgebracht. Das gesamte Ausland, alle Gesellschaften haben ein Sechstel von dem geleistet, was das selbst verhungerte Rußland zur Bekämpfung der Hungersnot getan hat.

Die Hungersnot im Wolgagebiet hat eine Arbeiter-Solidaritäts-Aktion ausgelöst, wie wir sie — das können wir ohne Übertreibung sagen — bisher in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht zu verzeichnen hatten. Die Aktion brach spontan aus, noch bevor irgendeine Organisationsleitung, irgendein Parteivorstand eine Aufforderung an die Arbeiter gerichtet hatte. Deutsche, österreichische, holländische Arbeiter leiteten auf die ersten Hilferufe hin größere Sammlungen ein. Die Aktion hat sämtliche Länder erfaßt; sowohl in Japan wie in Indien, in Nord- und Südamerika, wie in sämtlichen europäischen Ländern wurden Hilfsaktionen für die Hungersnot durchgeführt.

Die Aktion hat in den meisten Ländern fast ungeschwächt über ein Jahr gedauert. Im Verlaufe der Aktion fanden eine ganze Menge rührender Kundgebungen brüderlicher Solidarität für die russische Arbeiterklasse statt. Es ist vorgekommen, daß in England und namentlich in Holland, eine ganze Anzahl von Arbeiterfrauen ihren letzten Schmuck, meistens ihren Ring, für die Hungernden Sowjetrußlands geopfert haben, daß Arbeiterkinder ihre Sparbüchsen leerten, ihre Bleistifte, ihre Hefte zur Hilfe beisteuerten, daß — in Deutschland — Festungsgefangene von ihrem kargen Sold die Hungernden Rußlands unterstützten.

Es hat innerhalb der letzten Jahrzehnte selten eine Aktion innerhalb des Proletariats gegeben, die so populär gewesen ist, so breite Schichten erfaßt hat, wie die Aktion für die russische Hungerkatastrophe. Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber aus dem Bericht aus Bulgarien will ich einige Zeilen vorlesen:

„Werden Hochzeiten gefeiert, bekommt jemand Familienzuwachs, wird jemand beerdigt, geschieht sonst irgendein Ereignis in der Familie, immer wird der Hungernden in Rußland gedacht. Viele Fälle sind aufzuzeichnen, wo Frauen auf die Ausführung religiöser Gebräuche verzichteten und das sonst darauf verwendete Geld für die Hungernden in Rußland spendeten. Viele entsagten dem Rauchen auf Wochen, andere verzichteten auf das Rasieren, ja es ist vorgekommen,

daß Genossen sogar auf mehrere Mittagessen im Monat verzichtet haben, um das dafür ersparte Geld der Hungerhilfe überweisen zu können."

Das sind keine Einzelerscheinungen. Ich zitiere sie als Beweis dafür, wie sehr diese Aktion breiteste, auch nichtkommunistische Kreise erfaßt und die Aufmerksamkeit und Solidarität für Rußland erweckt und gesteigert hat.

Gen. Sinowjew hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß die Aktion zu jenen Aktionen der KI. gehört, die mit zu den bemerkenswertesten des letzten Jahres zu zählen sind. Es ist unstreitig richtig, daß fast sämtliche kommunistischen Parteien und Gruppen mit ganz geringen Ausnahmen in diese Aktion eingeschlossen waren und geholfen haben, sie durchzuführen. Aber es muß doch festgestellt werden und gerade hier an dieser Stelle, daß verschiedene Parteigenossen und Parteigruppen eine absolut andere Auffassung und Bewertung der Aktion zeigten. Es gab in Deutschland eine ganze Gruppe von Genossen, die in der Aktion lediglich eine philantropische Almosentätigkeit erblickten und sie demgemäß bewerteten. Ich glaube, es ist nichts falscher, als in der verflossenen Aktion und in der bevorstehenden Wirtschaftsaktion lediglich eine Sammeltätigkeit, eine Tätigkeit philantropischen Charakters zu sehen. Das Schwergewicht liegt nicht auf dieser Seite, vielmehr auf der politischen Seite.

Die verflossene Hungerhilfsaktion hatte große politische Aufgaben zu lösen, die sie nur zum Teil gelöst hat, eben weil mitunter kommunistische Kreise erst durch die Massen gedrängt werden mußten, in so breiter Weise die Aktion zu führen, wie es notwendig war.

Was waren die unmittelbaren Folgen, als die Hungersnot ausbrach? Die unmittelbaren Folgen waren, daß eine ganze Anzahl bürgerlicher Regierungen versuchten, ihre Erpressungstaktik gegenüber Sowjetrußland zu steigern. Im September-Oktober 1920 war die Welt erfüllt von dem Säbelgerassel der polnischen und französischen Militaristen. Und wie im englisch- und polnisch-russischen Kriege es der englischen Arbeiterschaft gelang, einen solchen Druck auf England auszuüben, daß es davon abgehalten wurde, die geplante militärische Unterstützung gegen Sowjetrußland zu leisten, so gelang es der Hungerhilfsaktion der Komintern mit teilweiser Unterstützung der Gewerkschaftsinternationale — das muß hier anerkannt werden — und breiter indifferenter Massen, eine Stimmung zu erzeugen, die Frankreich abhielt, seine Pläne gegen Rußland in jener Breite durchzuführen, wie sie wohl damals nach den ersten Nachrichten aus dem Hungergebiete in den Kabinetten geplant waren.

Im Verlaufe der Aktion steigerte sich der Druck und nahm die öffentliche Meinung zugunsten der Hungernden, zugunsten Sowjetrußlands in einem solchen Maße zu, daß sogar reaktionäre Regierungen, wie die Frankreichs, sich gezwungen sahen, Mittel für die Hungernden auszuwerfen und zu verwenden.

Eine zweite politische Aufgabe war der Aktion bei der Auseinandersetzung mit der 2. und 2½ Internationale und den sie begleitenden Gewerkschaften gestellt. Unter dem unmittelbaren Einfluß der spontanen Massenkundgebungen für die Hungernden haben im August und September 1921 die offiziellen Spitzenbehörden der 2. und 2½ In-



ternationale, ihre Gewerkschaften und ihre Parteien sich für eine breite Hilfsaktion zugunsten der Hungernden erklärt. Aber schon wenige Monate später, als der Druck der Massen nicht mehr so unmittelbar auf den Spitzenbehörden lag, haben sie geschwankt und haben sofort versucht, die Hungerkatastrophe gegen Rußland und vor allen Dingen gegen Sowjetrußland auszunutzen. Sämtliche sozialdemokratischen Blätter haben eine ganz wüste Kampagne in Szene gesetzt, ungefähr auf den Ton abgestimmt: Da seht Ihr, wohin der Kommunismus, der Bolschewismus führt! Es ist Barbarei. Ich erinnere nur an die Worte des Abg. Wels auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag, der erklärte: Was ist Bolschewismus? Er ist der Rückweg über den Kannibalismus zum Kapitalismus! Auf diesen Ton waren monatelang die Blätter der Sozialdemokratie in sämtlichen westlichen Ländern gestimmt. Hier war es die Aufgabe der kommunistischen Parteien, gegen diese Hetze vorzugehen, die wahren Ursachen der Hungersnot zu zeigen. Die wahren Ursachen waren nicht der Bolschewismus, sondern jene Leute, die verhindert haben, daß die Blockade aufgehoben wurde, die die militärischen Expeditionen nach Rußland unterstützt haben. Hier hat unsere Presse nur einen Teil ihrer Aufgabe erfüllt. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratische Presse hat in einem viel breiteren Rahmen und in einer viel größeren Aufmachung die Kampagne gegen Rußland geführt, als die kommunistische Presse die Kampagne für Rußland. Genossen, die große politische Bedeutung der verflossenen Hungerhilfsaktion lag eben darin, anzuknüpfen an das Interesse, das weite und breite Arbeiterkreise durch die öffentliche Erörterung der Hungerkatastrophe in den Wolgagebieten für Sowjetrußland bekamen, anzuknüpfen durch Vorträge, populäre Zeitschriften und andere Veranstaltungen, die Massen zusammenzubringen und über Entstehen und Verlauf der russischen Revolution aufzuklären und die Opfer und die Hungersnot als einen Teil in dieser gesamten Kette hinzustellen. Überall dort, wo unsere Komitees und Parteien das verstanden haben, können wir von einem guten politischen Erfolge reden.

Ich erinnere nur an Amerika und Japan, zwei ganz typische Länder. Durch die Hungerhilfe und durch ihre Aktion war es zum ersten Male möglich, in Nordamerika in breiten Gewerkschaftskreisen mit kommunistischer Tendenz zu arbeiten und große und breite Gewerkschaftskreise zu einer Hilfsaktion unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei zusammenzuführen. Dasselbe ist von Japan zu berichten. In Japan sind 12 große Organisationen geschaffen worden, hauptsächlich Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftsverbände, darunter sogar bürgerliche Frauenverbände, die in einem Komitee zusammenarbeiten. Auf diese Weise ist es gelungen breite Massen zum ersten Male an Diskussionen über Sowjetrußland, über die proletarische Revolution usw. zu beteiligen.

Ich will kurz sein, ich möchte bei dieser Gelegenheit aber doch noch auf ein politisches Moment aufmerksam machen, und das ist die Frage der Wirkung der Aktion innerhalb Sowjetrußlands selbst. Die bürgerlichen Organisationen haben nicht nur im Auslande versucht, die Hungerkatastrophe gegen Sowjetrußland auszuspielen, sondern sie haben auch versucht, innerhalb Sowjetrußlands die leidenden Arbeiter und Bauern gegen die Sowjetregierung aufzuputschen und gegen die

Sowjetregierung zu führen. Die amerikanische Hilfsaktion hat an jedem Suppennapf, in dem sie Erbsenbrei zur Ausgabe gebracht hat, auf einem Plakat in großen breiten Lettern bekanntgemacht: Wir, das amerikanische Bürgertum, helfen Euch, nachdem Ihr unter dem Regime des Bolschewismus in diese fürchterliche Lage gekommen seid. Die Gewerkschaftsinternationale hat mehrere Delegierte monatelang durch die Hungergebiete geschickt, wo sie überall von den Bauern und Arbeitern Sympathieerklärungen für die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam annehmen ließen. Und Genossen, da sind wir dazu übergegangen, die ganze Einrichtung einem Verteilungsapparat und besonderen Verpflegungsstellen zu übergeben — in Samara, in Saratow, in Orenburg, im Ural und in der Krim —, um gegen diese unerhörte Ausnutzung der Notlage Sowjetrußlands einen Damm aufzuführen und im Namen der Kommunistischen Internationale den Bauern und notleidenden Arbeitern das Stückchen Brot, das Stückchen Fleisch, das wir ihnen leisten konnten, zu überreichen. Diese russischen Bauern und Arbeiter sind natürlich nicht auf der Höhe und von der geistigen Schulung wie vielleicht die Teilnehmer an dem 4. Kommunistischen Weltkongreß hier. In ihren Gehirnen spiegelt sich die Sache noch etwas einfacher und primitiver. Bisher hatten sie von der Kommunistischen Internationale nur durch die Kongreßberichte in Form der Resolutionen und des Bekenntnisses der westlichen Arbeiter für Sowjetrußland etwas gehört. Im Verlaufe der Hungerhilfsaktion erlebten sie zum ersten Male die Kommunistische Internationale durch Fleisch und Blut. Sie erlebten eine tatsächlich praktische Handlung, durch die sie unterstützt wurden. Auf diese Weise hat die Hungerhilfsaktion innerhalb Rußlands selbst ganz positive politische Erfolge für die Kommunistische Internationale erzielt.

Genossen, einige Worte noch über den tatsächlichen Verlauf der Hungerhilfsaktion. Zum größten Teile ist ja auch hier durch die dauernden Berichte den meisten Genossen der tatsächliche Verlauf der Aktion bekannt. Wir hatten natürlich von der Exekutive der Kommunistischen Internationale aus versucht, eine Einheitsfront der Arbeiter in der Hungerhilfsaktion zustandezubringen. Es waren Verhandlungen mit den Spitzen der 2. und 2½ und mit der Gewerkschaftsinternationale. Das Resultat waren zwei gemeinsame Konferenzen in Berlin, aber ohne positive organisatorische Folgen. Nur in Italien und in der Tschechoslowakei kam es vorübergehend zur Bildung eines gemeinsamen Komitees aus Vertretern der einzelnen Parteien, Genossenschaften und Gewerkschaften. Aber schon nach wenigen Monaten, als die Frage der Verwendung der Gelder auf die Tagesordnung gesetzt wurde, wurden die Komitees gesprengt, weil die tschechoslowakischen Sozialdemokraten unbedingt forderten, die Gelder nach Amsterdam abzuliefern.

Die Arbeiterhilfsaktion für die Hungernden in Rußland hat sich dann in zwei großen Rahmen vollzogen; einmal in dem Rahmen der Gewerkschaftsinternationale und andererseits in dem Rahmen der Organisation der Kommunistischen Internationale.

Ein Wort über die Art der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Die Arbeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wurde von sämtlichen sozialdemokratischen Parteien unterstützt und

von den damals noch bestehenden unabhängigen zentristischen Parteien. Ebenfalls unter dem Drucke der spontanen Massenkundgebungen des Massenwillens zur Hilfe hat das Amsterdamer Büro sehr scharfe und sehr kluge Worte gefunden.

Es erschienen Manifeste in verschiedenen Zeitungen, wo gesagt wurde: Arbeiter, helft Sowjetrußland, denn stürzt Sowjetrußland zusammen, dann bricht das Unglück über ganz Europa herein! Diese Manifeste wurden von den zentristischen und anderen sozialdemokratischen Organen totgeschwiegen. Als später die Agitation in der Presse nachließ, ließ auch in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die Sache nach und seit einem halben Jahr kann man die Arbeit als eingestellt betrachten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten haben durch diese Hilfsaktion nach der Quittung vom April 1922 im ganzen 1 400 000 holländische Gulden zusammengebracht. Mit diesem Gelde haben sie mehrere Monate 40 000 Kinder ernährt und einmal 50 000 Eisenbahnern Pajoks gegeben.

Noch geringer und fast zu bescheiden ist die Hilfe der internationalen Genossenschaften, da eigentlich nur die tschechoslowakischen und italienischen Kooperativen nennenswerte Spenden an Kleidern usw. geliefert haben.

Nun einige Worte über den Verlauf der Aktion der Kommunistischen Internationale. Nachdem der Plan gescheitert war, sämtliche Arbeitergewerkschaften und -parteien zu einer gewaltigen Einheitsfront gegen den Hunger in Rußland zu vereinigen, hat die Kommunistische Partei versucht, direkt in den Betrieben und Gewerkschaften eine möglichst breite Masse für ihre Hilfsaktion zu gewinnen. Das ist in einzelnen Ländern mit gutem Erfolg geschehen, z. B. in der Schweiz, Holland, in Skandinavien, zum Teil auch in Amerika. Es wurden große Gruppen sympathisierender und weite Kreise indifferenter Arbeiter durch die Tätigkeit der Kommunistischen Partei für die Aktion gewonnen.

Das materielle Resultat der Aktion war unerwartet gut. Als wir die Aktion einleiteten, hätte niemand von uns geglaubt, daß es möglich wäre, so große Summen zusammenzubringen, wie tatsächlich zusammengebracht worden sind. Sie haben aus dem Bericht des Gen. Eberlein gehört, wie organisatorisch schwach heute eigentlich noch die Parteien in den westlichen Ländern sind. Dazu kam, daß eine starke Arbeitslosigkeit in Amerika, England, der Schweiz, Schweden und Norwegen die Aktion ganz bedeutend hemmte, während in Österreich und Deutschland wieder infolge der steigenden Teuerung die Lebenslage der Arbeiter sich derartig verschlechterte, daß es selbst guten Kommunisten mitunter schwer wurde, diese Genossen noch zu weiteren Opfern aufzufordern.

Alles in allem wurden durch die Tätigkeit der kommunistischen Hilfskomitees an Waren, Geld und gesammelten Sachwerten über 2½ Millionen Dollars zusammengebracht.

Zur besseren Illustration dieser Summe möchte ich nur zwei Vergleiche ziehen. In der Schweiz haben 250 000 Gewerkschaftler und Sozialdemokraten, die für sich eine Aktion durchführten, nur 80 000 Schweizer Francs zusammengebracht. Das Schweizerische Hilfskomitee der Kommunistischen Partei dagegen, die nur wenige tausend Mitglieder

umfaßt, hat zusammen 540 000 Schweizer Francs, also über eine halbe Million zusammengebracht. (Beifall.) Das sind doch Zahlen, die deutlich zeigen, daß es dem kommunistischen Komitee gelungen ist, in weite indifferente Kreise hineinzudringen und von ihnen eine Geldunterstützung zu bekommen.

Ich sagte vorhin, daß die gesamte Gewerkschaftsinternationale mit über 20 Millionen Mitgliedern 1 400 000 holländische Gulden zusammengebracht hat. Das Komitee der kleinen Kommunistischen Partei Hollands hat allein bis vor ca. einem halben Monat annähernd eine halbe Million holländische Gulden gesammelt. Ich glaube, die holländische Partei hat nur 4 oder 5000 Mitglieder, und diese bringen nahezu ½ Million holländische Gulden auf, während die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf der anderen Seite mit ihren Millionen Mitgliedern bis zum 15. März nur 1 400 000 Gulden zusammengebracht hat. Ich glaube, diese beiden Ziffern beweisen, daß es möglich war gute Resultate zu zeitigen, wenn die einzelnen kommunistischen Parteien mit Geschick und Taktik die Agitation führten, und sie zeigen andererseits den großen Opferwillen weiter Arbeiterkreise.

Von den gesammelten 2½ Millionen Dollars wurden ca. 30 000 Tonnen Lebensmittel und andere Hilfsmittel nach Rußland geschickt. In Rußland begann die Arbeit bereits im November. Im Dezember trafen die ersten Verpflegungstransporte in Kasan und anderen Teilen des Hungergebietes ein. Ich will Sie mit statistischen Zahlen über unsere russische Arbeit nicht lange aufhalten, zumal einzelne unserer Genossen, die im Hungergebiet tätig waren, keine genaue Statistik geführt haben; sie haben manchen in die Statistik einzutragen vergessen, den sie verpflegt haben; aber es ist besser zu vergessen, jemand in die Statistik einzutragen, als zu vergessen, ihn zu verpflegen, wie das, glaube ich, bei einigen bürgerlichen Organisationen der Fall gewesen ist. Wir haben in den Hungermonaten ca. 200—220 000 Personen voll verpflegt und darüber hinaus noch wichtigen Berufsgruppen, wie Eisenbahnarbeitern und Arbeitern in verschiedenen Maschinenfabriken Pajoks, Lebensmittelzuwendungen, gegeben. Augenblicklich dauert die Hilfe noch in Form der Kinderhilfe an. Wir haben Kinderheime in den verschiedenen Hungergebieten übernommen, in denen augenblicklich 14 000 Kinder von uns voll verpflegt werden, auch werden die Heime direkt von uns ausgestattet.

Was die Hilfsaktion der Komintern von vornherein von allen Aktionen des Bürgertums und der bürgerlichen philanthropischen Gesellschaften unterschied, war die Tatsache, daß wir von Anbeginn der Aktion an, die Hungerhilfe, d. h. die rein primitive Speisung, mit der Hilfe für den Wiederaufbau der durch den Hunger zerstörten russischen Landwirtschaft und Industrie in den Hungergebieten zu verbinden gesucht haben.

Ich komme damit zum zweiten Teil meines Berichtes — zur Wirtschaftshilfe. Da muß ich zunächst einen kurzen Rückblick geben. Der Wille bei den westeuropäischen und amerikanischen Arbeitern, neben der politischen Hilfe Sowjetrußland durch die Kommunistische Partei auch unmittelbare, praktische, wirtschaftliche Hilfe angedeihen zu lassen, zeigt sich schon seit mehreren Jahren. Schon im Herbst 1919 und verstärkt im Frühjahr 1920 sind amerikanische, schwedische, nor-

wegische und deutsche Arbeitergruppen nach Rußland ausgewandert und haben da mit vielem Idealismus und wenig Geschick versucht, die russische Wirtschaft aufzubauen. Die meisten derartigen Experimente haben ein vollständiges Fiasko erlebt. Ich erinnere nur an die gerade in Deutschland sehr bekannte Affäre von Kolomna. Seit ungefähr einem Jahre hat sich nun, und zwar hauptsächlich im Anschluß an die Hungerhilfsaktion, ein verstärkter Wille und Drang unter den westeuropäischen und besonders amerikanischen Arbeitern gezeigt, Sowjetrußland wirtschaftlich zu helfen. In Deutschland hat eine ganze Anzahl von Betrieben Maschinen gestiftet, oder sie sind dabei, irgendwelche Werkzeuge, landwirtschaftlichen Geräte und anderen Hilfsmittel für Rußland zu erarbeiten. In Italien sind es vor allen Dingen die Kooperativ-Vereine, die versuchen und augenblicklich an der Arbeit sind, wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Sie gedenken 100 000 Hektar Land zu bearbeiten. In England, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei bilden sich Vereine und Gruppen, z. B. Bauarbeitergruppen und andere Gruppen, die mit Werkzeugen und ein wenig Kapital nach Rußland auswandern wollen. In Südafrika und besonders stark in Amerika ist die gleiche Tendenz vorhanden. Wir haben dort verschiedene große Gruppen, z. B. das Unternehmen des holländischen Ingenieurs Gen. Rutgers, der in Kuzbas mehrere tausend schwarze Arbeiter hat und Minen und Strecken zur Bebauung übernommen hat.

Wir haben in Amerika das Komitee der Freunde Sowjetrußlands, das stark mit der Komintern verknüpft ist und das ebenfalls — ich erinnere an die 20 Traktoren, die bei Perm arbeiten — heute schon wirtschaftliche Hilfe geleistet hat. Wir haben eine Organisation der Technischen Hilfe, die mehrere Traktoren nach Rußland sandte, verschiedene Zweigvereine besitzt und mehrere Tausend Mitglieder hat. Wir haben das Unternehmen des Gen. Hillmann, das damit beschäftigt ist, eine Anleihe von 1 Million Dollars für Rußland aufzubringen, und das mit dem Schneiderverband ein Abkommen getroffen hat, um z. B. wichtige Schneiderwerkstätten zu übernehmen usw.

In den letzten Tagen hat die russische Regierung eine besondere Kommission ins Leben gerufen, die unter Leitung der Gen. Eiduck und Martens steht und die 8000 amerikanische Arbeiter im Frühjahr nach Rußland führen wird.

Ich glaube, es ist Pflicht der KI., zu diesen Erscheinungen Stellung zu nehmen. In Amerika sind es mindestens 20 000 Menschen, die mittelbar oder unmittelbar heute an diesen Aktionen und Bestrebungen interessiert sind, in Europa vielleicht ebenfalls so viel. Zu diesen Erscheinungen muß Stellung genommen werden. Vielleicht sind sie nicht gut, dann muß man sie formen, zusammenfassen zu großen, breiten Wirtschaftshilfsaktionen. Bei den meisten dieser Arbeiter, die heute in Europa und Nordamerika darnach drängen, nach Rußland auszuwandern, mischt sich das Gefühl, Rußland zu helfen, mit dem Gefühl, sich selbst zu helfen. Sie haben die Überzeugung, daß es noch Jahre dauert, bis es in Amerika oder Europa zu staatlichen Umwälzungen kommt. Rußland aber befindet sich im Stadium der Besserung; also — denken sie — schnüren wir unser Bündel und gehen dorthin. Gegen derartige Tendenzen hat die KI. wiederholt Stellung genommen, und gegen sie muß mit aller Schärfe Stellung genommen werden. Angesichts solcher Pläne,

8000—10 000 Emigranten nach Rußland zu bringen, sind wir vor der KI. verpflichtet den russischen Genossen zu sagen, daß wir die allergrößten Bedenken dagegen haben, sowohl was die Arbeit dieser Emigranten hier, als auch was die dadurch eintretende Schwächung der revolutionären Stoßkraft in den meisten Ländern betrifft. Wir haben keine Ursache, die großen Wirtschaftskrisen in Frankreich, in der Tschechoslowakei dadurch zu mildern, daß wir eine große Masse der Arbeitslosen nach Sowjetrußland bringen. Ich glaube, man muß sich unbedingt, wie das bisher von der KI. geschehen ist, auf den Standpunkt stellen, daß wir als Kommunistische Partei gegen jede Massenauswanderung europäischer und amerikanischer Arbeiter nach Rußland sind. Das bedeutet keine Unterstützung für Rußland, nur eine Erleichterung der Krisen für die westlichen kapitalistischen Länder.

Ganz etwas anderes ist es, wenn in einzelnen Fällen für bestimmte Fabriken besonders ausgebildete Spezialarbeiter gebraucht werden, die in Rußland nicht zu finden sind. In solchen Fällen ist die Übersiedlung westeuropäischer oder amerikanischer Arbeiter unter der Kontrolle und im Einvernehmen mit den russischen Gewerkschaften vielleicht möglich.

Genossen! Wie man sich auch zu diesen Erscheinungen stellen mag, man muß zu ihnen Stellung nehmen und der Kongreß muß irgendwie darüber entscheiden. Entweder ist die Einwanderung ausländischer Arbeiter gut, dann muß sie unterstützt werden, oder sie ist schlecht, dann muß gegen sie Stellung genommen werden.

Ich persönlich glaube, daß die Frage der Wirtschaftshilfe eine Frage ist, die die Unterstützung der Kommunistischen Internationale in weitestem Maße verdient. Nur muß man sich absolut klar über den Charakter dieser Wirtschaftshilfe sein. Man muß mit derartigen phantastischen Ansichten brechen, als ob die Wirtschaftshilfe eine neue Aktion, ein neues Mittel sei, die Weltprobleme zu lösen, daß sie den Produktionskampf der Klassen einleite, und wie die Sprüche einzelner Genossen sonst noch heißen. Hier muß absolut ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden.

Es gibt eine Anzahl Genossen, die die größten Bedenken gegen die Wirtschaftshilfe haben. Sie sehen in ihr die Gefahr opportunistischer Kleinbürgerei, sie befürchten wirtschaftliche Experimente, die mißlingen und dann traurige Rückschläge auf die politische Propaganda verursachen müssen, sie verweisen auf Kolomna und andere Fälle.

Es ist richtig, die Hungerhilfe und noch viel mehr die Wirtschaftshilfe ist ein sehr heikles Mittel, das die KI. zur Unterstützung Sowjetrußlands anwendet. Sie birgt sehr viele und große Gefahren in sich. Aber es gibt keine Taktik und keine Kampfesmethode, die nicht irgendwelche Gefahren in sich birgt. Wir haben fast ein Jahr diskutiert über die Einheitsfront, über ihre Durchführbarkeit, und der ganze Kongreß ist sich einig darin, daß diese Taktik sowohl nach rechts, wie nach links sehr große Gefahren in sich trägt. Trotzdem wird er einstimmig für sie eintreten. Daß eine Taktik Gefahren in sich birgt, ist noch lange kein Argument, sie nicht anzuwenden und durchzuführen, wenn sie möglich, nützlich und wertvoll ist. Es gilt dann, genügend internationale und nationale Sicherungen zu schaffen, damit diese Gefahr auf ein Minimum reduziert wird.



Genossen! Ich glaube, die Frage der Wirtschaftshilfe ist vor allen Dingen eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Durchführbarkeit; vor allen Dingen muß man fragen, ob die angewandten Kräfte in einem Verhältnis stehen zu den Resultaten, die man durch die Verwendung dieser Kräfte bekommt. Es darf hier an dieser Stelle und vom Kongreß kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Kommunistische Internationale auf dem Standpunkt steht, daß die erste und die beste Unterstützung des Wiederaufbaues des russischen Wirtschaftslebens darin besteht, daß die Kommunisten und die anderen Arbeiterparteien den politischen Druck auf die Regierung ihres Landes steigern, damit sie Sowjetrußland anerkennen, günstige Handelsbeziehungen mit ihm abschließen und in ihrem eigenen Lande die Revolution durchführen. Darüber besteht bei den Genossen, die augenblicklich mit dieser Arbeit betraut sind, kein Zweifel, und keiner unserer Mitarbeiter glaubt, daß die Wirtschaftshilfe irgendwie die politische Hilfsaktion für Sowjetrußland aufheben oder abschwächen kann. Wir stehen absolut auf dem Boden, daß der politische, revolutionäre Kampf im eigenen Lande die beste und die notwendigste Unterstützung Sowjetrußlands ist und bleiben muß.

Die Frage, die wir hier auf dem Kongreß stellen, ist nur die: Hat das Weltproletariat, hat die KI. nur dieses eine Mittel, nur den politischen Kampf, um heute bei der besonderen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation Sowjetrußland zu unterstützen und seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern?

Über die Bedeutung Sowjetrußlands sind alle einig. Durch die Referate Lenins, Trotzkis, Sinowjews wurde unter Zustimmung des ganzen Kongresses aufs neue dokumentiert, was jedem Genossen einfach zum ABC geworden ist: daß ohne Sowjetrußland eine Fortführung, eine neue Entfesselung der proletarischen Revolution überhaupt nicht möglich ist. Und je höher die Welle des Fascismus im Auslande steigt, um so mehr muß Sowjetrußland unterstützt werden als einzige Rückzugslinie für die gesamten proletarischen Armeen der Welt. In dieser besonders heiklen Situation stellen wir die Frage: Hat das Weltproletariat nur seine politische Macht, um Sowjetrußland zu unterstützen? Ich sage: nein. Es hat noch ein Minimum von wirtschaftlicher Kraft. Wir haben zwar keine Maschinen, keine Fabriken — die gehören den Kapitalisten —, wir haben aber Berufskenntnisse, Organisationskenntnisse, technische Kenntnisse. Dieses Minimum von wirtschaftlicher Kraft soll durch diese wirtschaftliche Hilfsaktion mobilisiert und zugunsten Sowjetrußlands in seinem Wirtschaftskriege mit den Imperialisten in die Wagschale geworfen werden.

Genossen! Zum Schluß einige taktische Einwände, die von einzelnen Genossen dagegen gemacht werden. Man sagt: Das ist vielleicht richtig und gut, aber wir können heute nicht mehr. Wir sind übermüdet. Die Hungerhilfe die ein Jahr dauerte, hat eine derartige Abgespanntheit herbeigeführt, daß wir sie so nicht mehr fortführen können.

Genossen! Das ist ein Grund, der von allen Einwänden gegen die Aktion noch der beachtenswerteste ist. Tatsächlich ist ein Teil, vor allen Dingen das mitteleuropäische Proletariat, durch die Länge der Aktion sammelmüde geworden. Darüber besteht gar kein Zweifel, daß die Sammlungen, wie sie bisher geführt wurden, absolut abgebrochen

werden müssen. Die Mittel, die wir bisher angewendet haben, können für die Aktion nicht mehr benützt werden. — Aber eine andere Frage ist es, wie wir technisch, organisatorisch eine Aktion durchführen, nachdem wir uns einig geworden sind, daß sie prinzipiell notwendig und wichtig und gut ist. Die Sammlungen müssen in der heutigen Form aufhören. Es werden andere Mittel möglich sein, um das Minimum von finanzieller Kraft des Proletariats für Sowjetrußland zu mobilisieren.

Ein anderer Grund wird angeführt: Die kommunistischen Parteifunktionäre sind finanziell erschöpft. Alle Aufforderungen werden vergeblich sein, die Leute werden kein Geld geben können. Dieser Einwand spricht nicht gegen die Aktion, sondern gegen diejenigen Genossen, die dieses Argument anführen. Wir haben nie an die Kommunistische Internationale oder an irgendeine kommunistische Partei die Zumutung gestellt, sie solle ihre Funktionäre und die Arbeiter finanziell so auspumpen, daß sie die Parteibeiträge nicht mehr leisten könnten. Was wir verlangt haben, das war, daß jede kommunistische Partei ihre Funktionäre benutzt, um in den indifferenten, aber mit Rußland sympathisierenden Kreisen für unsere Aktion zu wirken, und wir finden, daß überall in den Parteigruppen, wo man diese Agitation und diese Aufforderung richtig verstanden hat, mit gutem Erfolge gearbeitet wurde und daß in ihnen gute Resultate gezeitigt wurden.

Einer der wichtigeren Einwürfe ist, daß man sagt, die wirtschaftliche Hilfsaktion beeinträchtige den politischen revolutionären Kampf der Parteien, er nehme uns unsere besten Genossen weg. Das ist nicht wahr. In Parteien, wie z. B. in der deutschen Partei, mit 200 000 Mitgliedern, sind nicht lauter politisch aktive Leute. Sobald man die Kommunistische Partei als offene Partei organisiert, in die jeder eintreten kann, der sich durch unsere Agitation gewinnen läßt, bekommt man eine ganze Masse Elemente, die sich eventuell nicht politisch aktiv an der absolut rein politischen Tagesarbeit beteiligen.

Hier sind noch Tausende von Arbeitern und Parteigenossen tatenlos, und jede kommunistische Partei könnte bei geschickter Auswahl, ebenso wie für ihre Jugendarbeit, für die Parteiarbeit, für die Bildungsarbeit, an jedem Orte mehrere Kräfte gewinnen, die sich für diese wirtschaftliche Hilfsaktion ganz besonders eignen.

Man sagt aber: der politische Charakter der Partei wird getrübt werden: der politische Charakter der Partei bekommt einen philanthropischen, kleinbürgerlichen Einschlag. Das beweist nur, daß diese Parteien diese Taktik nicht anzuwenden verstehen, und das ist dasselbe Argument, als wenn man sagte: Man müsse die Einheitsfront ablehnen, weil sie von irgendeiner Parteigruppe falsch angewendet worden ist. Gerade die wirtschaftliche Hilfsaktion gibt hundert Anknüpfungspunkte, um überall die russische Frage und im Zusammenhange damit allgemein revolutionäre Fragen zu stellen und zu behandeln, und im täglichen politischen Kampfe auf die breiten Massen einzuwirken und auf die proletarische Revolution einzugehen.

Zum Schlusse das Hauptargument. Die Genossen sagen: Was kommt dabei heraus? Wir mobilisieren Hunderte von Parteigeldern, öffnen jede Woche eine halbe Spalte in unserer Presse, und was ist der Erfolg?



Ich will am Schlusse über den materiellen Erfolg sprechen, ich spreche jetzt nur über den politischen Erfolg.

Genossen! Wir wissen sehr gut, daß wir als Arbeiter und als Kommunistische Internationale durch unsere Finanzkraft Sowjetrußland nicht aufbauen können. Das scheidet aus. Wenn das der Fall wäre, hätte unsere Exekutive diese buchhalterische Transaktion schon längst durchgeführt. Das können wir selbstverständlich nicht. Aber wenn man bei den einzelnen Erfolgen überschätzt, was wir tun können, so unterschätzt die Mehrzahl der Genossen heute das, was wir finanziell leisten können. Die meisten Genossen haben absolut keine Ahnung, was heute durch das internationale Proletariat, durch eine breite Hilfsaktion für finanzielle Kräfte mobilisiert werden können. In der Hungerhilfskampagne hat das Proletariat direkt oder indirekt 5 Millionen Dollars aufgebracht. Das sind 10 Millionen Goldrubel. Genossen, Sie erinnern sich noch an die Rede des Gen. Lenin, der sagte: Der größte Erfolg der letztjährigen Wirtschaftspolitik bestehe darin, daß wir 20 Millionen Goldrubel erspart hätten für den Wiederaufbau der Schwerindustrie. Der ganze große Staatsapparat hat diese 20 Millionen Goldrubel aufgebracht, das Proletariat dagegen hat in der Hungerhilfe 10 Millionen Goldrubel aufgebracht, ohne daß auch nur eine einzige kommunistische Partei, die Gewerkschaften, die Kooperativen und andere Arbeiterparteien, ihre Kräfte voll ausgegeben hätten. Bei der geringsten allgemeinen Kräfteanspannung ist es möglich daß mindestens das Doppelte an finanzieller Kraft aufgebracht werden kann. Ich kann mir vorstellen, daß zu gewissen Zeiten eine wirtschaftliche Hilfsaktion der Arbeiter geradezu ein Blödsinn, eine Ironie ist, aber bei der heutigen wirtschaftlichen Situation Sowjetrußlands kann die finanzielle Kraft des Proletariats viel helfen.

Noch ein zweiter Beweis: Die Arbeiterhilfe besitzt heute schon in Sowjetrußland eine Anzahl eigener Unternehmungen: Fischereien, Güter, Schuhfabriken und anderes. Es hat Zeiten gegeben, wo 30 000 Arbeiter unmittelbar in den Betriebsunternehmungen der Arbeiterhilfe tätig waren. Erinnern Sie sich der Worte des Gen. Trotzki, als er sagte: eine Million Arbeiter in den Staatsbetrieben und 40 000 Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben!

Genossen! Bei einer geringen Steigerung unserer Tätigkeit ist es möglich, unsere Betriebe und Unternehmungen auf 50 000 Arbeiter und auf noch mehr zu bringen; vielleicht auf 1/10 der Arbeiter, die der Staat in seinen Betrieben beschäftigt, und mindestens so viel, wie in den kleinkapitalistischen Betrieben beschäftigt sind.

Ich wiederhole: das Schwergewicht, warum wir die wirtschaftliche Hilfsaktion durchführen, warum wir dafür eintreten und dafür arbeiten, ist der heutige wirtschaftliche Zustand Sowjetrußlands, der es dem Weltproletariat ermöglicht, tatsächlich praktische Hilfe zu bringen, ohne daß der politisch revolutionäre Zug irgend eine Einbuße erleidet.

Deshalb treten wir dafür ein. Ich sagte bereits, wir haben seit ¾ Jahren mit gutem Erfolge eine Anzahl Unternehmungen in Rußland. Wir haben 3 Güter bei Kasan, die in einem Jahre einen Überschuß abwerfen, der es ermöglicht, mehr als 100 Kinder davon zu ernähren. Wir haben mit gutem Erfolge jetzt eine Fischerei organisiert und dort



eine ganze Menge Fische gewonnen, die in den Hungergebieten jetzt mit zur Verteilung kommen. Augenblicklich sind Verhandlungen mit der russischen Regierung über die Verwertung der Einmillion-Dollaranleihe, die wir ausgeschrieben haben, im Gange.

Wir werden vielleicht die Lederindustrie zum Teil dadurch reorganisieren. Augenblicklich wünscht man von uns, wir sollen uns daran beteiligen, mehrere Millionen Eisenbahnschwellen in den Wäldern zu hauen und für die Eisenbahnlinien für das nächste Frühjahr bereitzustellen. Die bisherigen Erfahrungen beweisen also, daß eine praktische Hilfe bei dem Aufbau von Sowjetrußland möglich ist.

Ich sagte, daß wir jetzt eine Einmillion-Dollaranleihe ausgegeben haben, um damit neues Geld für unsere Unternehmungen in Rußland zu gewinnen. Es ist interessant, festzustellen, welche Aufnahme diese Anleihe gefunden hat. Nicht nur Arbeiterkreise, nicht nur kommunistische Kreise, sondern weite bürgerliche Kreise zeichnen diese Anleihe. Die Deutsche Bank in Berlin und die Brüsseler Staatsbank haben ebenfalls Obligationen der Arbeiteranleihe gezeichnet. Auch eine ganze Anzahl von Mittelschichten und Gruppen hat solche Obligationen genommen. Die holländischen Arbeiter haben durch ihre Einzahluugskarten eine Summe von 75 000 holländischen Gulden gezeichnet, die in einigen Wochen flüssig werden. Ich zweifle also keinen Moment daran, daß diese Einmillion-Dollaranleihe bis zum Frühjahr voll gezeichnet wird und daß damit neue Mittel zum Ausbau russischer Unternehmungen gewonnen werden. Ich beantworte also die Frage, ob es überhaupt lohnend ist, für diese Aktion Geldmittel zu mobilisieren, dahin: Jawohl, die Erfahrungen und die Perspektive beweisen, daß eine gewisse Summe Geld mobilisiert werden kann, mit der man innerhalb Rußlands praktisch arbeiten kann.

Aber die rein materielle Seite dieser Anleihe spielt bei der Wirtschaftshilfe nur eine sekundäre Rolle. Die Hauptbedeutung der Fortführung der Wirtschaftshilfe liegt darin, daß wir dauernd die Möglichkeit haben, durch diese Aktion an die breitesten primitiv denkenden Massen heranzukommen, die sonst vielleicht schwer durch die kommunistische Parteipropaganda zu bekommen sind. Diese Aktion der Wirtschaftshilfe bietet uns die Möglichkeit, durch Films und Zeitungen usw. an die indifferenten Massen heranzukommen, und darin liegt der große propagandistische Wert der Aktion. Aus diesem Grunde glauben wir, beim Kongreß beantragen zu müssen, daß die Hungerhilfe in Form der Wirtschaftshilfe unter allen Umständen weiter fortgeführt wird.

Das Nächste ist der Versuch einer Zentralisation aller heute vorhandenen Gruppen. Wir haben begonnen, uns mit dem holländischen Ingenieur Rutgers zu vereinigen. Die Tendenz der Organe, die für diese Wirtschaftshilfe arbeiten geht überhaupt dahin, sämtliche tätigen Gruppen zu vereinigen und alle Kräfte zusammenzufassen.

Ich glaube noch einmal kurz mit ein paar Sätzen die politische Tendenz der Aktion festlegen zu müssen. Es handelt sich darum, klar zu erkennen, daß die Übertreibungen, die einerseits, das gebe ich zu, in unserer Literatur stattgefunden haben, daß damit eine neue Epoche des Klassenkampfes und der Menschheitsgeschichte beginnt, die die Wirtschaftshilfe zum Siege führen wird, verfehlt sind. Auf der anderen

Seite aber ist es eine vollständige Verkennung der politischen Bedeutung der Aktion, wenn man sie nur mit philanthropischen, humanitären Dingen verwechselt. Sie ist und soll sein eine Ergänzungsaktion zu den politischen Bestrebungen der kommunistischen Parteien, Sowjetrußland in kurzer Zeit tatkräftig zu helfen. Diese Aktion wird übermorgen, wenn Deutschland die Revolution macht, und wenn ebenso in Frankreich die Revolution gemacht wird, überflüssig und dumm und schade sein, aber bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage und unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Rußland kann die wirtschaftliche Hilfsaktion eine sehr nützliche und sich unmittelbar auswirkende Ergänzungsaktion zur politischen Aktion sein und die beste Hilfe und Unterstützung für Sowjetrußland bedeuten. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

NEUNZEHNTE SITZUNG

MITTWOCH, DEN 22. NOVEMBER 1922.

Die Orientfrage.

Redner: van Ravesteyn, Kolarow, van Overstraaten, Roy, Katayama, Tahar Boudengha, Carr, Béron.

Eröffnung: 12 Uhr.

Vorsitz: ***Carr.***

VORSITZENDER: Vom Präsidium ist gestern abend beschlossen worden vorzuschlagen, eine Kommission einzusetzen, um den Bericht des Gen. Münzenberg zu prüfen und die Resolution, die er vorbereitet hat, in eine endgültige Form für den Kongreß zu bringen. In diese Kommission sollen eintreten: je ein Genosse aus Frankreich, Deutschland, der Tschechoslowakei, Holland, England, Rußland, den Balkanländern, Skandinavien, Amerika, Kanada, ferner ein Vertreter des Präsidiums der Profintern, der Kooperativsektion und der Jugendinternationale. Auch Gen. Münzenberg selbst soll an der Kommission teilnehmen und sie einberufen. (Angenommen.)

Das Präsidium hat ferner beschlossen, angesichts der Tatsache, daß zur Orientfrage, die heute auf der Tagesordnung steht, vier Referenten sprechen sollen, die Redezeit jedes Referenten zu beschränken, und zwar sollen die Gen. Roy und Ravesteyn je ¾ Stunden bekommen, die Gen. Boudengha und Katayama je ½ Stunde.

Gen. Ravesteyn hat das Wort zur Tagesordnung.

RAVESTEYN (Holland): Genossen! Ich kann mich mit dem Vorschlage des Präsidiums nicht einverstanden erklären. Bisher haben die Referenten über wichtige Fragen, ich will nicht sagen unbeschränkte Redezeit, aber jedenfalls eine viel längere Redezeit als ¾ Stunden gehabt. (Sehr richtig!) Es ist nicht unsere Schuld, Genossen, und auch nicht meine Schuld, daß die Sitzungen des Kongresses so spät anfangen, daß eine geraume Zeit verloren geht, während wir hier sitzen und nichts tun. Es ist mir einfach unmöglich, in der kurzen Zeit, die mir hier zugestanden worden ist (ich bin speziell von der Exekutive eingeladen worden, diese Frage zu behandeln), das Referat so zu halten, wie ich es mir vorgestellt hatte. Wenn also der Kongreß den Antrag des Präsidiums annimmt, bin ich gezwungen, mein Referat an einem Punkte abzubrechen, wo es noch nicht beendigt ist, und Sie darum zu bitten, den Schluß meines Referates wenigstens in das Protokoll aufzunehmen.



KOLAROW: Ich muß auf dem Vorschlag des Präsidiums bestehen. Ich verstehe den Wunsch des Gen. Ravesteyn sehr wohl. Er wurde zu diesem Zwecke hierhergerufen, er bereitete seinen Bericht in der Voraussetzung vor, daß es ihm möglich sein würde, lange zu sprechen; der Kongreß muß jedoch dem allgemeinen Arbeitsprogramm Rechnung tragen. Wenn man jedem einzelnen Berichterstatter und Redner die Freiheit einräumt, für seine Rede so viel Zeit in Anspruch zu nehmen, wie er braucht, um all seine Gedanken ausdrücken zu können, muß die Tagung des Kongresses um drei Wochen verlängert werden. Wir müssen diesem Umstand Rechnung tragen. Der Kongreß zieht sich in die Länge und nicht einmal die Hälfte seiner Arbeiten ist bisher erledigt. Wen trifft die Schuld hierfür? Es ist nicht der richtige Augenblick, das zu entscheiden. Jedenfalls müssen wir die auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzte gesamte Arbeit erledigen, und zwar selbstverständlich so rasch wie möglich.

Da nun die Orientfrage in der Kommission, wo sie von allen Seiten beleuchtet werden konnte, hinreichend untersucht wurde und da der größte Teil der interessierten Delegationen an dieser Kommission teilnahm und die Möglichkeit hatte, sich auszusprechen, glaube ich, daß der Kongreß keinen Schaden erleiden wird, wenn er die Redezeit, die er sämtlichen Berichterstattern und allen Genossen, die im Verlaufe all dieser Debatten das Wort ergreifen wollen, erteilt, einschränkt.

Wenn der Kongreß entschlossen ist, seine Arbeit noch drei Wochen hindurch fortzusetzen, steht es ihm natürlich frei, die Gastfreundschaft der russischen Genossen in Anspruch zu nehmen und den Wunsch des Gen. Ravesteyn sowie alle übrigen ähnlichen Wünsche, die gewiß nicht unterbleiben werden, zu erfüllen.

OVERSTRAATEN (Belgien): Genossen, Gen. Sinowjew hat in seinem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive selber betont, daß in der zukünftigen Tätigkeit der Internationale zwei wesentliche Punkte berücksichtigt werden müssen: erstens die Organisation und der Klassenkampf im Westen und zweitens die Unterstützung der Freiheitsbewegung der Kolonial- und Halbkolonialvölker in den nächsten Jahren. Ich glaube, daß die am Kongreß teilnehmenden Genossen durch ihr bisheriges Verhalten wiederholt bewiesen haben, daß sie die Bedeutung der Orientfrage weder genügend verstehen noch empfinden. Auf der Tagesordnung des Kongresses befaßt sich mit der Orientfrage ein einziger Punkt. Man müßte dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Bis jetzt wurden alle anderen Fragen lang und breit erörtert. Ich erachte es als Notwendigkeit von elementarer Wichtigkeit, daß den Genossen, die über die Orientfrage zu berichten haben, eine entsprechend lange Redezeit bewilligt werde. Ich schlage vor, daß den ersten zwei Berichterstattern Roy und van Ravesteyn je 1½ Stunden bewilligt werden.

VORSITZENDER: Wir kommen jetzt zur Abstimmung; wer für den Vorschlag des Präsidiums ist, wolle die Hand erheben. (Angenommen.)

Ein weiterer Vorschlag des Präsidiums ist der, daß in der Diskussion ein Genosse aus England, ein Genosse aus China und ein Ge-



nosse aus Ägypten sprechen soll und daß Gen. Radek das Schlußwort bekommt. Ist jemand dagegen? — Das ist nicht der Fall.

FRIEDLÄNDER (Österreich): Das Schlußwort soll aber nur auf eine halbe Stunde beschränkt werden.

VORSITZENDER: Das ist sowieso festgesetzt. Nun hat Gen. Ravesteyn das Wort.

RAVESTEYN (Holland): Genossen, es war während der Tage der Mudania-Konferenz, als ein Telegramm aus New-York meldete, daß bei einem Festessen des amerikanischen Bankdirektorenvereins zu New-York Herr Morgenthau, der zeitweilig Botschafter der Vereinigten Staaten in Konstantinopel war, sich über das Auftreten Englands in der Krise des Nahen Ostens wie folgt ausgesprochen habe. Morgenthau huldigte England wegen seiner Haltung und erklärte, England habe während der letzten 2 Wochen die Zivilisation gerettet, und fügte hinzu: niemand, außer denen, die einen Blick hinter die Kulissen geworfen, hätte wissen können, welche glänzende Arbeit wieder von England vollbracht worden sei. Dieser Vertreter des amerikanischen Bankkapitals erklärte also, England sei aufs neue der Retter der Zivilisation gewesen und habe aufs neue sozusagen die Rolle des Heilands gespielt.

Fast zu gleicher Zeit, am 6. Oktober, erklärte Herr Bonar Law, damals noch nichts als gewesener Minister und Führer der Unionisten im englischen Unterhaus, in einem Briefe an die „Times", daß er in der Hauptsache die Haltung der Regierung in der Frage des Nahen Ostens billige. Er sagte: hätte man den Türken nicht eine so bestimmte Warnung erteilt, so hätten diese, durch ihren Sieg überdreist geworden, versucht, in Konstantinopel und Thrazien einzudringen. Wenn man Massaker in größtem Maßstabe in Konstantinopel und auf dem Balkan verhindert habe, so sei das nicht bloß ein spezifisch englisches Interesse, sondern ein Interesse der ganzen Menschheit gewesen.

Herr Bonar Law drohte sogar dem französischen Imperialismus, er würde ihn nicht mehr unterstützen können bei seinen Bestrebungen, sich die gewaltigen Summen zu verschaffen, die nach dem Versailler Frieden dem deutschen Volke abgepreßt werden sollen. Und Herr Bonar Law, der während der Regierung Lloyd Georges dessen treuer Mitarbeiter und Helfer, mitverantwortlich für alle Taten der Koalitionsregierung war, wiederholte auch hier dasselbe, was der amerikanische Geldsackvertreter Morgenthau, sowie Lloyd George selbst in allen Tonarten behaupteten: England kämpft und hat während der letzten Wochen nicht bloß für seine eigenen Interessen gekämpft, sondern auch für die der ganzen Menschheit.

Genossen: In welch tiefen Abgrund der Heuchelei blicken wir hinein, sobald wir ein paar Momentaufnahmen von der jetzigen und jüngsten Krise des Nahen Ostens gemacht haben. Nach den Erfahrungen eines 8 jährigen Weltkrieges und des Weltchaos haben Staatsmänner wie Lloyd George, der Marktschreier und puritanische Heuchler, wie Bonar Law, der waschechte Vertreter der beschränkten englischen Mittelklasse, noch den Mut, Englands Haltung und die Missetaten der englischen Regierung, die Europa bereits wieder an den Rand einer entsetzlichen Massenabschlachtung gebracht haben, als einen

Kampf für Ordnung und Recht, für Kultur und Zivilisation hinzustellen. Es wäre unerhört, wenn wir nicht wüßten, daß die angelsächsische, puritanische Heuchelei, die diese Herren beseelt, die spezifisch bürgerliche und zugleich die häßlichste und ekelerregendste ist, die je bestanden hat.

Die „Iswestija", Euer Blatt, Genossen und Genossinnen, einer unserer proletarischen Wahrheitsverkünder, schrieb einmal bei Gelegenheit der Konferenz von Genua:

„England ist das Land Shakespeares und Lloyd Georges. Der erste war ein Komödiant, der zweite auch. Der erste war der Schöpfer weltberühmter historischer Dramen, der zweite hätte es gerne sein mögen. Der erste hat viel Lärm um nichts gemacht, der zweite auch. Der erste hat die Frage: Sein oder Nichtsein aufgeworfen. Der zweite steht vor derselben Frage. Der einzige Unterschied zwischen dem einen und dem anderen ist:

Der erste hat sich durch seinen Genius auf friedliche Weise einen Platz in der Geschichte erworben, der zweite hat sich diesen Platz durch Gewalt erobert."

Das proletarische Blatt hatte auch noch in tieferem Sinne recht. In der Parallele zwischen Shakespeare und dem Geiste Shakespeares mit der heutigen bürgerlichen Heuchelei, wie sie in einem Bonar Law, in einem Lloyd George hervortritt, offenbart sich der tiefe Unterschied zwischen der aufgehenden bürgerlichen Kultur der Renaissance in ihrer höchsten westeuropäischen Erscheinungsform, noch bevor die Morgendämmerung der proletarischen Kultur überhaupt angefangen hatte, und dem Tiefstande dieser Kultur im Zeitalter des untergehenden Imperialismus. Es ist wie ein Abstieg von gewaltigen Bergeshöhen in einen stinkenden Pfuhl der Verwesung.

Genossen und Genossinnen, es gibt vielleicht kein treffenderes historisches Beispiel zur Demonstration der kulturvernichtenden Wirkungen des Imperialismus als die Orientfrage. Die Orientfrage ist seit einem Jahrhundert die Frage der Zukunft des ehemaligen türkischen Reichs. Zu gleicher Zeit ist sie die Frage, in welche Lage die Länder und Völker kommen werden, die den Übergang von Südeuropa nach Asien bilden. Kaum hatte sich der moderne Imperialismus entwickelt, da wurde der Zustand dieser Länder natürlich eine imperialistische Frage allerersten Ranges, ein Brennpunkt und Knotenpunkt imperialistischer Reibungen.

Genossen und Genossinnen, gestatten Sie mir einen kleinen historischen Rückblick, damit wir von der Höhe der historischen Beobachtung die große Frage des Nahen Ostens übersehen, an der das ganze Weltproletariat und das russische Proletariat im besonderen so sehr interessiert ist.

Vor einem Jahrhundert, am Anfang des 19. Jahrhunderts, konnte Napoleon noch mit einem gewissen Recht die Behauptung aufstellen: wer Konstantinopel beherrscht, beherrscht auch die Welt, d. h. die damalige Welt des prä-imperialistischen Kapitalismus. In großen Zügen war dies richtig, weil Konstantinopel damals strategisch auch die Verbindungen nach Indien beherrschte.

Das ganze 18. Jahrhundert war vom Ringen des französischen und britischen merkantilen Kapitalismus um die beherrschende Handels-



stellung in Amerika und Indien erfüllt. Im 7jährigen Kriege schien es, daß der Kampf bereits zugunsten des britischen Kapitals entschieden wurde. Jedoch der Aufstand der amerikanischen Kolonien brachte die englische Herrschaft noch einmal ins Wanken. So fing der große, entscheidende Kampf erst im Jahre 1793 an, im Kampfe Englands gegen die französische bürgerliche Revolution und im Kampf um die absolute Seeherrschaft. Es war ein Kampf, der die große bürgerliche Revolution begleitete. Napoleon war nichts als der Kondottiere des französischen Handelskapitals aus dem 18. Jahrhundert, das sich auf kriegerische Weise ganz West- und Mitteleuropas bemeisterte. Der Zug nach Moskau — Ihr hättet die 110 jährige Jahresfeier dieser Ereignisse vor kurzem feiern können, Genossen, Moskau brannte am 15. und 16. September und der Rückzug der napoleonischen Heere fing am 19. Oktober an — war bloß der letzte Schachzug in diesem ungeheuren welthistorischen Drama, ein Schachzug, der den Zweck hatte, den noch jungen zaristischen Despotismus in die Dienste der weltumfassenden Pläne Napoleons zu stellen. Napoleon wollte durch Moskau Konstantinopel erobern und via Stambul, der Stadt des Orients, England die tötliche Wunde versetzen in Vorderindien, dem wahren Osten. Der ganze nahe Osten war in diesem ungeheuren Spiel bloß ein Schachbauer. Wir wissen alle, daß Napoleon das Spiel verlor. In der russischen Unendlichkeit, an der Kraft des noch jungen Rußland zerschellten die gewaltigen Pläne des Welteroberers, die größten, die seit Alexander in einem menschlichen Gehirn konzipiert waren.

England hatte in dem jahrhundertelangen Ringen gesiegt. Das britische Handelskapital hatte den Sieg erkämpft auf allen Ozeanen der Welt, und von dem Augenblick an konnte es ruhig seine weitere Entwicklung zu einer höheren Phase, der Phase des modernen industriellen Kapitalismus, fortsetzen. Der Boden war bereitet, die Grundlage war fertig für die größte Weltmacht, die die Welt je gesehen, — das britische Weltreich, das fünf Weltteile umfaßte und vom Nordpol bis zum Südpol reichte, alle Ozeane umfassend. Okeania war wirklich geboren.

Genossen und Genossinnen! Nicht mehr, wie in jenen Tagen, die bereits so unendlich in der Ferne zu liegen scheinen, gilt heute das Wort: Wer Stambul beherrscht, beherrscht auch die Welt. Die kapitalistische Welt ist größer geworden, die Probleme der Weltpolitik gewaltiger, ausgedehnter, wie der moderne Kapitalismus. Vor 100 Jahren war der Ferne Osten noch nicht der Mittelpunkt der Weltprobleme. Afrika war zum größten Teil noch nicht einmal bekannt. Es ist aber gut, wenn wir die verschiedenen Phasen, die die Orientfrage im 19. Jahrhundert durchgemacht hat, kurz ins Auge fassen.

Eine neue Phase begann ungefähr vor 100 Jahren, 1822, mit dem Aufstand der damaligen griechischen Bevölkerung in der Umgebung des Ägäischen Meeres. Der Aufstand war eine Demonstration des Zusammenbruchs des Ottomanischen Reichs, der im 18. Jahrhundert bereits angefangen, erst im 19. offen und drohend wurde. Zu gleicher Zeit senkt sich die Macht des Zaren-Despotismus immer mehr wie ein drohender Schatten über die Welt des Nahen Ostens.

Der Zarismus, der im 18. Jahrhundert noch bloß eine halbeuropäische Macht war, die an den europäischen Angelegenheiten gar nicht oder kaum Anteil hatte und jedenfalls von den großen westlichen Ka-

pitalsmächten des 17. Jahrhunderts nicht als ebenbürtig anerkannt war, wurde durch die Dialektik der Geschichte in alle europäischen und Weltangelegenheiten hineingezogen. Der Zug Napoleons nach Moskau war welthistorisch, besonders auch weil er den Zug Moskaus nach Paris zur Folge hatte. Die Länder längs der Nordsee, die noch nie osteuropäische Eroberer gesehen hatten, erblickten zum erstenmal die Söhne des Urals und Transkaspiens, die das französische Handelskapital besiegt hatten, im Dienste des britischen Kapitals.

Seit 1812 war Rußland nicht bloß eine Weltmacht, sondern auch eine der Großmächte, ja die größte Großmacht neben England.

Und vom Jahre 1815 ab wird die Orientfrage vor allem auch eine *russische* Frage. In doppeltem Sinne. Für Rußland selbst wird die Frage seiner Expansion nach dem freien, dem Mittelmeere genau so eine beherrschende Frage seiner auswärtigen Politik wie die Erwerbung des „Fensters" und der „Türe" am Baltischen Meere in den Tagen Peters I. Für die westlichen Großstaaten wird die Frage, ob Rußland auf die Dauer das Erbe der Byzantiner und der Sultane erhalten wird, ob die Hagia-Sophia wieder eine Hauptkirche der griechisch-russischen Kirche und Rußland demzufolge eine Mittelmeermacht werden wird, — diese Frage wird zur politisch überragenden Frage. Der Aufstand und der Befreiungskrieg der Hellenen wurde von Rußland unterstützt ungeachtet der Tatsache, daß sie gegen die legitime Autorität des Sultans rebellierten und obgleich sie die Unterstützung genossen aller, die im damaligen Europa als „liberal", d. h. revolutionär galten. Dieser Aufstand enthält im Keime bereits die neueren Phasen der Orientfrage im 19. Jahrhundert, ja sogar die imperialistische Phase, die dem Weltkrieg voranging. Warum? Weil durch diesen Aufstand Rußland in Wirklichkeit die Stellung einer Mittelmeermacht beanspruchte. In dieser russischen Forderung, ja sogar in der Forderung der freien Durchfahrt durch die Meerengen, lag welthistorisch eingeschlossen der Konflikt mit dem britischen Reich, das bereits im Anfange des 19. Jahrhunderts sich befleißigte, das Mittelmeer in eine strategisch besetzte Wasserstraße nach Indien zu verwandeln.

Der Konflikt kam im 19. Jahrhundert nach dem Krimkriege nicht mehr zum Ausbruch. Er blieb unter der Oberfläche der politischen Erscheinungen. Der Konflikt wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in den Hintergrund gerückt durch die Tatsache, daß nach dem Kongreß von Berlin Preußen-Deutschland im schnellsten Tempo ein Faktor von überwiegender Größe in den türkischen Angelegenheiten wurde.

Sobald der deutsche Machtfaktor in diesem gewaltigen Kräftespiel verschwunden war, mußte jedoch der russisch-britische Gegensatz wieder in voller Gewalt hervortreten.

Als der deutsche Imperialismus im Weltkriege unterlag, wo der Zarismus in der Hoffnung auf die Beute Konstantinopel an der Seite des britischen Imperialismus kämpfte, genau wie er 1812 an Englands Seite gekämpft hatte, um Frankreich zu schlagen, — da wurde automatisch der Gegensatz zwischen den britischen imperialistischen Interessen und den russischen wieder offenbar. Jetzt aber ist das russische Interesse das Interesse an der wirklichen Freiheit der Meerengen geworden, und dieses Interesse ist ein Interesse des proletarischen Ruß-

land. Das Interesse des proletarischen Rußland an der Freiheit der Meerengen bedeutet aber zugleich ein Weltinteresse des Proletariats. Freiheit der Meerengen bedeutet ja nichts anderes, als daß dieser Weltverkehrspunkt nicht vom britischen Imperialismus beherrscht werde.

Und das Interesse des heutigen proletarischen Rußland fällt in dieser Hinsicht nicht bloß mit den Interessen aller anderen Völker zusammen, die an der Küste des Schwarzen Meeres leben, sondern zugleich auch mit den Interessen des Proletariats der westlichen Länder.

Genossen, dieses Rivalitätsspiel, die ganze Orientfrage, die seit 1822 immer mehr das Kreuz der westeuropäischen Diplomaten und Politiker und eine Gefahr für die Völker wird, wurzelt in der welthistorischen Tatsache, daß das Ottomanische Reich zu Beginn des 19. Jahrhunderts anfing zusammenzustürzen und plötzlich nicht mehr lebensfähig schien.

Es gilt, die Phasen dieses Zusammenbruches noch einmal kurz vor Augen zu führen. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bildete das Ottomanische Reich in Wirklichkeit bereits keine Einheit mehr. Die großen Paschas in den Provinzen hatten sich zu tatsächlich unabhängigen Satrapen entwickelt. Es setzte jedoch nach dem Abfall der Griechen eine Reformperiode ein: das Reich wurde von Reschid Pascha reorganisiert. Unter ihm, sowie unter Ali und Fuad Pascha wurde eine starke Bürokratie gebildet, die sich zur Beherrschung der Satrapen in den Provinzen der neuen Mittel bediente, die der junge Kapitalismus bot, besonders des Telegraphen. Die Gouverneure der Provinzen waren nicht mehr unabhängige Fürsten, sondern Kreaturen der Pforte, meistens niedriger Herkunft. Dieses System mündete schließlich im Despotismus Abdul Hamids, einem System, das bloß auf Spitzelei und der Kontrolle durch Hofparasiten beruhte. Dies System stürzte im Jahre 1909 zusammen. Die Bürokratie, die den Despotismus wieder in höherer Form möglich gemacht hatte, wurde selbst zum Opfer des Despotismus und vernichtete ihn im Jahre der sogenannten türkischen Revolution. Brailsford, einer der bürgerlichen Geschichtsschreiber, skizzierte diese Periode kurz und kräftig als eine bankrotte Anarchie. Aber aus dieser bankrotten Anarchie wußte der europäische Kapitalismus sich feste und ansehnliche Einkünfte herauszupressen.

Genossen, unsere unvergleichliche Vorkämpferin und Theoretikerin, Rosa Luxemburg, hat in ihrem größten und besten theoretischen Werke den Beweis geliefert, daß der Prozeß der Akkumulation des Kapitals nicht stattfinden kann ohne eine nichtkapitalistische Umgebung, auf die er destruktiv wirkt; mit anderen Worten, nicht ohne ältere, vorkapitalistische Produktionsformen, die von ihm zerstört werden.

Doch abgesehen von jeder theoretischen Beweisführung steht felsenfest die Tatsache, daß historisch die kapitalistische Akkumulation in allen ihren Phasen, auch in ihren letzten, nicht vor sich geht und nicht vor sich gehen kann ohne eine nichtkapitalistische Umgebung. Neben den glänzenden Beispielen, die Rosa Luxemburg in ihrem Buche gegeben hat, ist die Geschichte des ganzen Ottomanischen Reiches eine der klarsten historischen Beispiele. Rosa Luxemburg hat auch nachgewiesen, daß die Akkumulation in allen historischen Phasen nicht begreiflich ist und auch historisch nicht vor sich geht, ohne die Anwendung der nackten Gewalt. Die ganze Kolonialpolitik des Kapitalismus

vom 15. bis zum 20. Jahrhundert — ich brauche darüber nicht viel zu reden — ist eine ununterbrochene Reihe von Gewaltanwendungen. Und die Formen der Gewalt sind mannigfaltig. Die Vernichtung der Naturalwirtschaft sowie aller kapitalistischen Wirtschaftsformen bildet eine der hauptsächlichsten Formen. Das Kapital bedient sich dabei verschiedener Mittel und Wege, der stets steigende Steuerdruck ist überall eines dieser Mittel, eines der wichtigsten. Genau wie in Britisch-Indien, in Niederländisch-Indien, in den französischen nordafrikanischen Besitzungen und in allen neuen Kolonialländern ist auch im Türkischen Reich die Entwicklung vor sich gegangen. Genossen, der bekannte radikale englische Schriftsteller Brailsford, den ich vorhin schon zitierte, kam vor Jahren schon zu derselben Schlußfolgerung wie die Marxisten, in seinem ausgezeichneten Werke „Macedonia", in dem er die Kämpfe der revolutionären slawischen Nationalitäten in der Türkei unter Abdul Hamid beschrieb. Er sagt dort z. B.:

„Insofern es ihm gelungen ist, seit dem Krimkriege den Türken einen illusorischen Schein der Kultur aufzudrängen, hat der europäische Einfluß bloß Schwäche und Zusammensturz gefördert."

Und er fügt hinzu:

„Einen noch wichtigeren Einfluß vielleicht haben die sogenannten *Kapitulationen* ausgeübt, die den Untertanen der sogenannten Kulturstaaten einen Staat im Staate schufen."

Genossen, die Kapitulationen, deren historischer Ursprung die Kraft der Ottomanischen Herrschaft und die Schwäche der fremden, kapitalistischen Kaufleute des Westens war, waren infolge der historischen Entwicklung eine der Hauptursachen der Schwäche des Ostens und insbesondere der Türkei geworden.

Genossen und Genossinnen, in der rechtlichen und ökonomischen Situation der fremden Kapitalisten in der Türkei spiegelte sich in genauer Weise das Verhältnis des Kapitals zu den machtlosen und schwachen Orientvölkern wider, die es als Ausbeutungsobjekte, taillables et corvéables à merci, betrachtete. Die Lage dieser fremden Kapitalisten glich aufs Haar dem privilegierten Zustande des Adels in den alten Ständemonarchien vor der bürgerlichen Revolution. Auch der Adel zahlte absolut keine Steuern und hatte alle Vorrechte, auch das Vorrecht, den Pöbel zu zertreten. Der Unterschied ist bloß der, daß dieser moderne kapitalistische Adel in der Türkei sowie in den anderen Ländern des Orients auch noch aus landfremden Elementen bestand. Es war der Zustand, den der westeuropäische Kapitalismus auch in Rußland nach dem Kriege eingeführt hätte, wenn es ihm gelungen wäre, die proletarische Revolution mit Dolch und Gift niederzuringen. Kurz, in den Kapitulationen liegt sozusagen der Kern der Beherrschung des Orients durch den fremden Kapitalismus, der ihn nicht nur ausquetscht, sondern auch degradiert.

Genossen, es ist selbstverständlich, daß die neue Türkei von heute, die mit Hilfe ihrer Bauernmassen die Söldlinge des europäischen Kapitals besiegt hat, die Aufhebung der Kapitulationen bei den Friedensunterhandlungen als eine Forderung aufstellen wird, deren Erfüllung sozusagen eine conditio sine qua non ist.

Genossen, aus diesen wenigen historischen Bemerkungen geht schon hervor, wie sehr die Frage der Aufhebung der Kapitulationen eine fun-

damentale Frage für die Türkei sowie für alle Orientvölker ist. Solange diese nicht aufgehoben sind, bleibt der Zustand der Erniedrigung dem europäischen Kapitalismus gegenüber bestehen.

Die Folgen des Zusammensturzes des Ottomanischen Reiches sind ferner bloß zu ermessen, wenn man die geographischen, die ethnographischen und historischen Umstände der Balkanhalbinsel berücksichtigt. Diese sind darum so wichtig, weil aus ihrer Betrachtung ein wichtiger Schluß auch für die Zukunft zu ziehen ist, der Schluß nämlich, daß es kein Zufall war, wenn sowohl im Altertum wie in der neueren Geschichte der Balkan mit Anatolien politisch ein Ganzes darstellte. Die tiefste Ursache aller historischen Probleme der Balkanhalbinsel liegt, wie der große serbische Geograph Cvijic nebst anderen bewiesen hat, in ihrem eigentümlichen geographischen Charakter. Während die beiden anderen südeuropäischen Halbinseln eine in der Hauptsache gleiche Nationalität und Kultur herausgebildet haben, ist davon in der Balkanhalbinsel nie die Rede gewesen.

Dies bildet für die Völker und Nationalitäten, die sie bewohnen, die stärksten trennenden Momente. Das Ägäische Meer dagegen ist auch jetzt noch, wie in den Tagen des alten Hellas, kein trennendes, sondern ein einigendes Element. Eine direkte Folge der geographischen Verhältnisse ist die ungeheure Vielgestaltigkeit der ethnographischen, anthropogeographischen und Kulturverhältnisse auf der Halbinsel. Die Geographen, wie Cvijic, unterscheiden nicht weniger als 4 Kulturen und wenigstens 6 Sprachen. Und auf dem Boden dieser geographischen Tatsachen, die -- wie unsere Großmeister Marx und Engels in ihren berühmten Studien über den Krimkrieg auch für Rußland bewiesen haben — in letzter Instanz für die Geschicke der Völker bestimmend sind, mußte man bereits vor den Balkankriegen zu dem Schluß kommen: die einzige befriedigende Lösung der Balkanprobleme besteht in der Einheit des Balkans und Vorderasiens, besonders aber des Balkans selbst. In Übereinstimmung damit stellten schon vor den Balkankriegen die Balkansozialisten ihr Programm auf. Es war der Zarismus, der mit seiner infamen doppelsinnigen Politik nebst den anderen imperialistischen Großmächten diese Einigung stets mit aller Kraft zu verhindern suchte. Wie war der Zustand auf dem Balkan bereits in den letzten Jahren des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts? Brailsford z. B. konstatierte bereits im Jahre 1903: Es gibt keinen Ort auf Erden, wo die nationale Idee so ungeheuren Ruin verursacht oder sich so bis zur Maßlosigkeit und Irrsinnigkeit herausgebildet hat wie in Mazedonien: Aber er brandmarkte zur gleichen Zeit die Missetaten der englischen Diplomatie im Jahre 1877, die sich weigerte, Mazedonien die Freiheit zu verleihen, weil sie fürchtete, daß es einem Großbulgarien zufallen würde und dieses Großbulgarien ein mächtiger Bundesgenosse Rußlands werden könnte. Für Mazedonien, den Teil der Halbinsel, wo seit Ende des 19. Jahrhunderts der Nationalitätenkrieg immer scheußlichere Formen annahm, war es eine Tatsache, daß die Frage, ob die mazedonische Bevölkerung dem einen oder anderen Balkanstaate angehörte, nicht zu lösen war. Alle Greueltaten, die unzähligen Morde, alle Gewalttaten und Scheußlichkeiten der furchtbaren Jahre der mazedonischen Aufstände kommen auf das blutige Konto der kapitalistischen Regierungen, die der türkischen Revolution vorangingen. Alle die



Greuel, die sogar jetzt noch nach den Erfahrungen unseres blutigen Zeitalters mit Grauen erfüllen, kommen ebenfalls auf das Konto des Kapitalismus, wie alles Blut, das im Weltkriege, in den Revolutionen und jetzt wieder im türkisch-griechischen Kriege geflossen ist. Es ist eine und dieselbe ungeheure Kette der Blutschuld.

Brailsford mußte auch damals im Jahre 1903 schon nicht nur auf die traurige Rolle der Großmächte, sondern auch noch auf einen anderen Faktor der Vernichtung und der Zerstörung hinweisen, einen Faktor, der auch heute noch in vollem Umfange seinen fatalen Einfluß ausübt, nämlich auf die Macht der christlichen Pfaffen. Brailsford hatte sie aufs genaueste an Ort und Stelle kennengelernt, und nachdem er die ungeheure Macht der Bischöfe über die einfachen Bauern erfahren hatte — sie hießen nicht umsonst Despoten —, schrieb er:

„Sie treiben Schacher in Intoleranz, und ihr Geschäft ist Propaganda. Das Kreuz ist im Orient so sehr bloß ein Symbol des Krieges geworden, daß es schwierig ist, über das orthodoxe Christentum anders als in negativen Formen zu sprechen." Er konstatierte, daß in dieser orthodoxen Geistlichkeit keine Spur von humanitären Gefühlen mehr übrig war. Er zeigte ausführlich, wie tief die griechische Kirche in Barbarei versunken war. Die verschiedenen Diener Christi bekämpften einander aufs Messer oder hetzten ihre Gläubigen fortwährend zu Mord und Totschlag auf, obwohl sie nicht nur Diener desselben Glaubens, sondern auch derselben Kirche waren, denn die bulgarisch-schismatische Kirche unterscheidet sich von der griechisch-orthodoxen allein durch eine andere Administration. Diese Leute stachelten also fortwährend zu Morden an und hatten dabei keine edleren Beweggründe als die, aus denen der eine Kaufmann dem anderen das Genick umdrehen möchte. Und auch diese historische Tatsache ist von größter Wichtigkeit, wenn man die heutigen Umstände ins Auge faßt und die Rolle berücksichtigt, die die hellenische Geistlichkeit von Fanar im jüngsten hellenisch-türkischen Konflikt gespielt hat, nämlich genau dieselbe scheußliche und bestialische Rolle. Seit dem Mittelalter ist die orthodoxe Kirche im Nahen Osten ein rein weltliches Machtinstrument ohne geistliche oder höhere Zwecke, eine Maschine zur Ausbeutung der Unwissenheit, der Armut, des Aberglaubens und des Schreckens der armen terrorisierten Bauernbevölkerung.

Genossen und Genossinnen, die Ära der imperialistischen, d. h. durch den Imperialismus verursachten Kriege wird für das Ottomanische Reich definitiv eröffnet durch das italienisch-tripolitanische Abenteuer im Jahre 1911. Man kann ruhig sagen: unverschämter war der Imperialismus noch nicht hervorgetreten. Für die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich im Jahre 1908 wurden wenigstens noch Entschuldigungen angeführt, z. B. die Tatsache, daß die Okkupation nun einmal bereits geraume Zeit gewährt und gewisse Resultate hätte. Für den italienischen Mordanschlag fehlte sogar jede Spur einer Entschuldigung außer der Entschuldigung, die das Raubtier an seiner Raublust hat. Wer sich der Besonderheiten des Falles erinnert, der weiß auch, daß dem noch immer armen Italien dieser Raubzug von einigen Großbanken aufgezwungen wurde, die mit zynischer Offenherzigkeit ihre Geschäftchen offenlegten. Italien zog in den Krieg, weil die Banca

di Roma es wollte. Der Raubzug war ein Schulbeispiel des Imperialismus in seiner nacktesten Schamlosigkeit.

Der italienisch-türkische Krieg blieb, wie Sie wissen, lokalisiert, er führte nicht zu einem allgemeinen Kriege, auch darum nicht, weil Italien sich wohlweislich nicht an sein „natürliches" Expansionsgebiet, Albanien, heranwagte, wodurch es unmittelbar mit seinem „Bundesgenossen", der Donaumonarchie, in Kampf geraten wäre.

So war der italienisch-türkische Krieg auch durch den Frieden von Lausanne vom Oktober 1912 ein Symptom des Wunsches der großen Raubstaaten, die Frage des Nahen Ostens nicht zu liquidieren, weil dies bereits einen Weltenbrand bedeutet hätte. Aber er war doch die direkte Ursache der zweiten großen Phase der imperialistischen Balkankonflikte, weil er die Möglichkeit für die 4 Balkanstaaten ins Leben rief, ihre Forderungen zusammen bei der ottomanischen Pforte vorzubringen. So wurde er zum Vorspiel der schrecklichen Trilogie, die aufgeführt werden und die mit dem Weltenbrand, mit der Götterdämmerung sozusagen, enden sollte. Der Krieg offenbarte zum ersten Male deutlich die Kräfte und die Schwächen der neuen Türkei, die nach der Revolution von 1908, nachdem sie Abdul Hamid fortgejagt hatte, mit großer Mühe dem Griffe der fatalen Vergangenheit zu entrinnen suchte.

Der türkisch-italienische Krieg war jedoch besonders darum von äußerster Wichtigkeit, weil er dem erwachenden Islam einen heftigen Stoß versetzte. In dieser Hinsicht ist der italienisch-türkische Krieg von welthistorischer Bedeutung. *Zum ersten Male wurde in diesem schicksalsschweren Jahre 1911* — es war auch das Jahr der Marokko-Krise — *der Islam in seiner ganzen Breite und Tiefe sich dessen bewußt, daß in ihm sich neue Kraft offenbarte. Es ging ein Zittern durch die Reihen der Mohammedaner, von den Säulen des Herkules bis zur Mündung des Hoangho im fernen China.*

Warum war das der Fall? Natürlich infolge des ganzen Komplexes von Umständen, von denen wir hier nur wenige aufzählen können. Im Zusammenhang jedoch brachten sie einen neuen Beweis für den Satz, daß der Imperialismus in seiner Verblendung selbst die Kräfte heraufbeschwört, die ihm das Genick brechen werden. Einer der Hauptumstände war der Ursprung des tripolitanischen Abenteuers selbst. Es ist kaum zweifelhaft, daß die französischen kolonialen Imperialisten, die damals in der Regierung der französischen Republik übermächtig waren, den Anstoß zum tripolitanischen Abenteuer gaben. Und eins ihrer Hauptmotive dabei war die Furcht vor der Wiederherstellung oder der Ausbreitung des türkischen Einflusses via Tripolis und dem Hinterlande Fezan über die so gut wie unabhängigen Bewohner der Wüste, besonders in Tibesti, das ein Kettenglied von Tripolis und der Mittelmeerküste nach dem Bled-es Sudan, dem Lande der Schwarzen, — kurz Mittelafrika bildet. Die Jungtürken hatten vor kurzem ihre Herrschaft in Tibesti befestigt. Ihr Streben richtete sich auf eine Wiederherstellung des alten Einflusses Stambuls bis ins Herz des schwarzen Kontinents, dort, wo der Islam noch immer eine erobernde und gewinnende Religion ist. Frankreich und England hatten bei einem Einvernehmen von 1899 versucht, Tripolitanien auf die Wüste zu beschränken und ihm den Zugang zu dem bevölkerten und bebauten

Lande südlich des großen Sandmeeres zu verweigern. Die Franzosen waren seit 1911 immer noch damit beschäftigt, ihre Herrschaft über die dort gelegenen unabhängigen islamitischen Staaten auszubreiten. Noch Anfang 1910 trugen sie z. B. eine ernste Niederlage im Kampfe gegen den Sultan von Wadai davon. Wadai war nicht zu behaupten, wenn Tibesti, Borku usw. mit ihren ungezähmten Räuber- und Kriegerstämmen die Unterstützung regulärer türkischer Truppen erhielten. Die französischen Kolonialpolitiker sahen in der jungtürkischen Politik eine gewaltige Gefahr. Diese jungtürkische Politik traf sie auch ins Herz, nämlich in bezug auf die Befestigung und Konsolidierung des ungeheuren französischen Kolonialreichs, das sich über den ganzen Nordwesten des schwarzen Kontinents erstrecken sollte. Sie hatten dafür bereits im Jahre 1911 einen Krieg mit Deutschland, d. h. einen Weltkrieg, wenn es nötig war, führen wollen. Dies bestimmte die damalige Haltung Frankreichs der Türkei gegenüber. Solange die Türkei noch festen Fuß auf dem afrikanischen Kontinent hatte, war sie gefährlich, und die Kolonialpolitiker des Quay d'Orsay, des französischen auswärtigen Amtes, benutzten die italienischen Bauern und Arbeiter als Kanonenfutter, um die Jungtürken zu schlagen.

Der italienische Raubzug weckte also, gerade weil er der Ausbreitung des politischen Einflusses der Türkei oder besser noch der Wiederherstellung eines Teils des Einflusses widerstrebte, den die Türkei in den 80iger Jahren infolge der Okkupation Ägyptens durch England und infolge des Verlustes des Sudans und der Äquatorialprovinz verloren hatte, die islamitischen Gefühle in stärkstem Maße. Der italienische Angriff verursachte direkt ein heftiges Aufflackern des sogenannten islamitischen Fanatismus, wie die kapitalistischen Blätter damals schrieben, in Ägypten, in Tunis, im ganzen französischen Nordafrika, wo die Herrschaft der Ungläubigen überall von der mohammedanischen Bevölkerung als eine unerträgliche Last empfunden wurde. Und ein so ausgezeichneter Kenner des Islams, wie der französische Professor Le Chatelier, Herausgeber der „Revue du monde Musulman", warnte Frankreich vor den gewaltigen Folgen, die der Zusammenschluß des Islams auf jedem Gebiete, auch auf ökonomischem Gebiete, für Europa zeitigen könnte. Der Panislamismus wurde durch den italienischen Raubzug eigentlich zum ersten Male zum politischen Faktor ersten Ranges. Es ist bloß der relativ kurzen Dauer des italienisch-türkischen Krieges zuzuschreiben, daß er auch in den islamitischen Ländern um das Mittelmeer herum keinen tieferen Widerhall weckte. Dann hätte auch Abessinien z. B., das einzige damals und auch jetzt noch vollkommen unabhängig gebliebene afrikanische Reich, eine Gelegenheit gefunden, sich wieder mit dem Meere in Verbindung zu setzen, von dem es durch das frühere ebenso elend abgelaufene italienische Abenteuer von 1896 abgeschnitten wurde.

Genossinnen und Genossen! Dem türkisch-italienischen Kriege folgte der sogenannte Krieg der Bundesgenossen, der eigentliche Balkankrieg als unmittelbare Folge auf dem Fuße. Krieg gebiert Krieg. Die Gewalt des Imperialismus weckte neue und schlimmere Gewalt.

Die zeitweilige Versöhnung der hauptsächlichsten Rivalen, der Serben, der Bulgaren und der Hellenen, kam unter dem Schutz des Zarismus zustande. Dieser Krieg jedoch sollte auch kein einziges der

Balkanprobleme einen Schritt näher zu ihrer Lösung bringen. Im Gegenteil: Er sollte die Gegensätze verschärfen, den Haß der nationalen Bourgeoisien heftiger entfachen, den Nationalismus zu einem wahren Paroxysmus steigern und schließlich alle Völker des Balkans der Macht des europäischen Imperialismus noch mehr überliefern und der hohen Finanz noch mehr unterordnen. Er ist in dieser Hinsicht das rechte Vorspiel des Weltkrieges, der ihm in allen seinen Wirkungen im Riesenmaßstabe gleichkam. Für jede dieser Fragen konnte man das schon damals deutlich nachweisen.

Ein besonders deutliches Beispiel dieser Schwierigkeiten lieferte die Frage nach der Zukunft der Ägäischen Inseln, deren strategischer und politischer Wert allen Kabinetten der europäischen Mächte seit der Schlacht bei Tschesme im Jahre 1770, als eine russische Flotte die türkische vernichtete, bekannt war. *Stampalia* z. B., die westlichste der dem anatolischen Festlande angehörigen Inseln, war seit längerer Zeit der britischen Admiralität als vortrefflicher maritimer Stützpunkt bekannt. Die Inseln, die östlich von Stampalia gelegen sind, konnten nicht griechisch werden, weil sie geographisch Kleinasien angehörten.

Die einzig befriedigende Lösung für die Zukunft der Inseln, wie für alle Teile des Balkans, lag in einer möglichst weiten Autonomie der Teile und in der Föderation dieser Teile. Das war im gleichen Maße der Fall für die asiatische Türkei, wie für den Rest des europäischen Ottomanischen Reiches. Der Krieg von 1912 hatte die doktrinären Jungtürken belehrt, daß ein Reich wie das ottomanische, mit so verschiedenen Nationalitäten, so abweichenden Kulturkreisen, so ungleichen Graden der Entwicklung auf zentralistischem Wege bloß durch einen Absolutismus wie den des blutigen Hamid zu regieren war.

Ihre Versuche, die Zentralisierung weiter durchzuführen, scheiterten auch vollkommen und mußten scheitern. Ihr Parlamentarismus war eine Karikatur und ein absolut sinnloses Ding in einem Reiche, das z. B. sogar Kurden und Albanen umfaßte, die noch in ihren ursprünglichen Stammverbänden lebten. Schon das revolutionäre mazedonische Komitee vom Jahre 1903 hatte die Idee der Föderation und Autonomie der Teile des Reichs in den Vordergrund gestellt, als einziges Mittel zur friedlichen kulturellen Entwicklung.

Aber wenn die Jungtürken — Doktrinäre wie sie waren — nicht auf diese Idee kamen, muß man zu ihrer Entschuldigung sagen, daß auch jeder Reformversuch an der Ausbeutung durch das europäische Kapital abprallte. Das europäische Kapital verfügte in der sogenannten Dette Ottomane über eine wahre Saugpumpe, deren Eigentümlichkeit es war, daß sie immer schneller und fester sog, je länger sie in Wirkung war. Die Dette Ottomane hatte sich zu einem völlig unabhängigen Staatswesen im türkischen Staatskörper entwickelt. Bereits im Jahre 1911 verfügte sie über Einkünfte von über 5 Millionen türkische Pfund, d. h. ungefähr 5½ Millionen Pfund Sterling, bei einem Budget des türkischen Staates, das auf 26 Millionen Einnahmen und auf 33 Millionen Ausgaben kam. Dieses Defizit machte natürlich fortwährend neue Anleihen nötig und die Dette Ottomane verfügte gerade über einen wichtigen Teil der drückendsten Steuern. So mußten die armen türkischen Bauern damals schon in den Steuern auf Schafe, in dem Zehnten, der Salzsteuer usw. jährlich gewaltige Summen an die europäische Finanz



abführen. Dieser Zehnte erforderte allein in Wirklichkeit wenigstens 12½% des Bodenertrages, und jeder türkische Bauer bebaute also für diesen Teil der Schuld einen ganzen Monat oder noch länger den Boden umsonst. Die Jungtürken fanden bei ihrem Regierungsantritt eine heillose Verwirrung auf finanziellem Gebiete vor; fast unmittelbar darauf zwang der Angriff der Donaumonarchie, der italienische zwei Jahre später, zu großen militärischen Rüstungen. So waren sie gezwungen, sogar zu neuen drückenden Steuern zu greifen. Es war aber unmöglich, eine Bilanz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben zu erreichen. Das durfte auch nicht sein. Der Tribut mußte sich vermehren. Die Finanziers mußten durch Ausgabe neuer Anleihen stets neue enorme Gewinne einheimsen können. Die Balkankriege haben wenigstens diesem Zweck gedient. Mehr als 1600 Millionen Francs wurden an neuen Anleihen den Staaten aufgebürdet, die daran beteiligt waren. Trotz alledem waren bereits die Jungtürken während des Balkankrieges gezwungen, Maßnahmen zu treffen, die, richtig durchgeführt, dem Kriege einen revolutionären Charakter hätten verleihen können. Als nach den baldigen und gewaltigen ersten Niederlagen im Herbst Friedensunterhandlungen begonnen hatten und ein Waffenstillstand zustande gekommen war, während die ehemaligen Kreaturen Hamids die Macht wieder in den Händen hatten und alles gewähren wollten, was die Sieger unter dem Schutze der europäischen Diplomatie forderten, da gingen die Jungtürken (am 23. Januar 1913) unter Anführung Envers zu einem Staatsstreich über, ergriffen aufs neue die Macht und hoben die Unterhandlungen auf. In diesem Staatsstreich lag wenigstens die Möglichkeit einer Auflehnung gegen den europäischen Imperialismus. Die Auflehnung Envers und Konsorten war auch sehr deutlich eine Demonstration der zunehmenden Wut, die in der ganzen Welt des Islam durch die brutale Gewaltpolitik des europäischen christlichen Kapitals geweckt wurde. Schon damals kamen aus allen Teilen dieser islamitischen Welt die Proteste gegen die Politik, die die Türkei aus Europa vertreiben wollte. So protestierte der Kongreß der britisch-indischen Mohammedaner zu Lucknow gegen die Politik der englischen Regierung. Auch in Ägypten wuchs die Sympathie für die bedrohte Türkei immer mehr und offenbarte sich immer deutlicher. Damals dämmerte auch in der europäischen Presse das Bewußtsein, wie gefährlich der jungtürkische Staatsstreich für die europäische hohe Finanz werden könnte, wenn die Jungtürken den Mittelpunkt der nationalen Verteidigung nach Anatolien verlegen und ohne sich um die europäische Finanz zu kümmern, alle Geldmittel, über die sie verfügten, zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes verwenden würden.

Genossen und Genossinnen! Sollte das nicht auch für die heutigen Türken eine historische Lektion sein, die sie sich zu Herzen nehmen sollten? Die Auszahlung der Renten der türkischen Schuld hat leider wieder begonnen. Im April 1921 hat in Frankreich zuerst eine neue Teilauszahlung stattgefunden. Eine zweite Auszahlung hat am 17. Juli 1922 stattgefunden. Es scheint also die Absicht der Herren Finanziers der Dette Ottomane zu sein, die Rentenzahlung nicht nur wieder regelmäßig stattfinden zu lassen, sondern auch den europäischen Besitzern den vollen Betrag der während des Krieges und in den Jahren, als die junge Türkei um ihre Existenz kämpfte, verfallenen Rentenscheine zu

vergüten. Der europäische und imperialistische Shylock will sein volles Maß haben. Und besonders die französischen Besitzer sind wohl darum der neuen Türkei gegenüber so außerordentlich freundlich gesinnt, weil sie hoffen — besser als von Rußland —, ihre verfallenen Renten vergütet zu bekommen.

Genossen! Es braucht wohl kaum wiederholt zu werden, daß, solange die Türkei sich dieser Schuldsklaverei nicht entzieht, wie Rußland es getan hat, sie sich nicht wirklich vom Joche des europäischen Imperialismus befreien kann. Sollte die Angora-Regierung sich dieser Ansicht verschließen, so müßten die türkischen Bauernmassen und die türkischen Proletarier nicht eher ruhen, bis sie durch schärfsten Kampf diese Forderung durchgesetzt haben. Diese Bauern und Arbeiter haben nicht acht Jahre lang ihr Blut verspritzt, um jetzt noch einmal durch Mühe und Not und schwere Arbeit dem europäischen Kapital fette Profite zuzuschanzen. Genossen! Wir bemerkten bereits: der Balkankrieg 1912/13 offenbarte sowohl die Kraft, wie die Schwäche der türkischen Lage. Die Schwäche der Jungtürken in jenem Moment war besonders ihre Furcht, dem Imperialismus gegenüber revolutionäre Mittel anzuwenden, an erster Stelle die Aufhebung der Macht der Dette Ottomane. Ihre Kraft zeigte sich auch damals wieder in glänzender Weise auf militärischem Gebiet. Ja, ihre Lage war sogar stärker, als im Jahre 1878. Vor der Tschataldja-Linie brach die bulgarische Macht zusammen, und als bald darauf die Bundesgenossen wie Rasende einander an der Kehle packten, war es den Türken ein leichtes, sich aufs neue Ostthraziens und Adrianopels zu bemächtigen. Den christlichen Balkanstaaten wurde es durch ihre eigene Verblendung unmöglich, die Türken aus Europa zu vertreiben. Die tiefere historische und geographische Ursache lag jedoch darin, daß Konstantinopel ein Vereinigungspunkt und kein trennender Punkt ist, daß es nach Westen gleich wie nach Osten die Hand ausstreckt und daß der Bosporus und die Dardanellen kein Gebirge mit ungangbaren Pässen sind, wie z. B. der Pindus, sondern ein einigender Verkehrsweg. Und auch in dieser Hinsicht ist das Ende des Balkanringens, das die direkte Einleitung zum Weltkriege bildete, vorbildlich und prophetisch für das, was wir jetzt erleben. Auch jetzt ist mit unendlich größeren Kräften der Versuch gemacht worden, und auch jetzt ist er mißlungen. Der mörderische Bruderzwist, in dem das so einig begonnene Balkanringen schließlich im Sommer 1913 endete, ist ebenso symptomatisch und historisch vorbildlich. Die bulgarischen Herrscher, die dem Nationalitätenkampf gegen die türkische Despotie in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die größte Intensität verliehen und die ihre nationalen Forderungen am weitesten, bis weit über die ethnographischen Grenzen, ausgedehnt hatten, die dem bulgarischen Einfluß eine nationale Grenze verleihen sollten, — sie hatten auch durch ihren Sieg am meisten den Eifer und die Machtgelüste der anderen Sieger gereizt. Sie, die Bulgaren, waren die Unbarmherzigsten beim Unterdrücken ihrer nationalen Gegner gewesen, und nun mußte Bulgarien sich erniedrigen, so erniedrigen, daß darin schon der Keim eines neuen Krieges lag. Nach zwei Jahren erschöpfenden Ringens mußte im Sommer 1913, als der Friede von Bukarest (am 28. Juli) Bulgarien diktiert wurde, ohne daß die Großmächte sich hätten hineinmischen können, konstatiert werden: der einzige

Sieger war der europäische Imperialismus. Ein volles Jahr des grauenvollsten Massenmordes, den Europa seit 1870 erlebt hatte, hatte die Welt einer dauerhaften Lösung der Balkanfragen keinen Schritt näher gebracht. Der Friede von Bukarest schuf ferner für jeden der großen Bundesgenossen eine Lage, die gleich große Unzufriedenheit und die gleichen fatalen Folgen haben mußte. Besonders Bulgarien war in eine Situation geraten, die aufs Haar der von Frankreich im Jahre 1871 glich, nachdem Elsaß-Lothringen abgetrennt worden war. Die bulgarische Revanche mußte fortan der beherrschende Faktor unter den bürgerlichen Klassen werden. In dem furchtbaren Rachegefühl war im Verhältnis der drei Bundesgenossen eine neue heftige Quelle der Reibungen entstanden, als die Albaner die Unabhängigkeit erobert hatten und von diesem Tage an bis auf den heutigen Tag mit den Serben auf Kriegsfuß verbleiben sollten. Es ist fast absolut sicher, daß aus dem Bundesgenossenkrieg nach kurzer Frist ein neues Balkanringen hervorgegangen sein würde, wenn nicht am 1. August 1914 die weit größere Katastrophe selbst gekommen wäre. Und jetzt, acht Jahre nach dem Anfang des Weltbrandes, nachdem die Halbinsel all die Kriegsgreuel von 1914/18 wieder hat erleben müssen, jetzt ist die Lage potentiell nicht viel anders als im Jahre 1913. Wieder hat das Kriegslos gesprochen. Die Türken, die nach dem Worte des englischen Premiers Asquith für ewig aus Europa, aus dem europäischen Paradiese verbannt werden sollten, sind wieder zurückgekehrt. Noch sind die nationalen Rivalitäten auf dem Balkan genau so blutig und fürchterlich. Wieder steht Bulgarien niedergeworfen und erniedrigt da, als Sklave des europäischen Kapitalismus. Und wenn man den Zustand der anderen Balkanvölker ins Auge faßt, so ist bloß ein Unterschied gegen 1913 zu vermerken: ihre Lage ist viel schlimmer und viel verzweifelter. Griechenland ist durch den neuen Krieg gegen die Türken, den seine Bourgeoisie ihm aufgezwungen hat, jetzt zum zweiten Male an den Rand des Abgrundes gebracht.

Gen. Radek hat erst neulich eine Beschreibung der heutigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes gegeben, die eine Übersicht des heutigen Elendes bietet. Historisch jedoch bekommt man erst eine Übersicht der Situation, wenn man den heutigen Zustand Griechenlands und den Zustand vor dem Balkankriege vergleicht mit dem, wenn auch langsamen Aufbau, der der Aera der imperialistischen Kriege voranging. Im Jahre 1890 hatte das Land 570 Millionen Francs leihweise aufgenommen und davon in Wirklichkeit 413 Millionen erhalten. Jeder Bewohner des armen und kleinen Landes war mit einer Summe von 260 Francs, in Gold zahlbar, belastet. Im Jahre 1893 forderte diese Schuld eine Rente, in Gold zahlbar, von 58 Millionen pro Jahr, und weil die gesamten Staatseinkünfte viel niedriger waren, war ein Bankrott unvermeidlich. Ein neuer Krieg, der unglückliche Krieg, den Griechenland 1897 gegen die Türkei führte und der dem Lande neue Lasten aufbürdete, bot der internationalen Finanz Gelegenheit, die finanzielle Schlinge, die das arme Land sich vom Halse geschafft hatte, aufs neue und kräftiger zusammenzuziehen. Es wurde eine internationale Finanzkommission gebildet, die die völlige Kontrolle über die Eintreibung und die Verwendung der Steuern erhielt, die zum Tilgen der nationalen Schuld, sowie der Kriegsentschädigung an die Türkei notwendig waren.

Das griechische Volk war somit wieder in völlige Schuldsklaverei geworfen. Es unterschied sich in dieser Hinsicht nicht mehr vom türkischen Volke oder von anderen orientalischen Völkern. Die Finanzkommission des internationalen Kapitals brachte neue Anleihen zustande, die der hohen Finanz natürlich wieder ansehnliche Gewinne zuschanzten. Der Ertrag verschiedener Monopole sowie einiger der wichtigsten Steuern wurden dieser Kommission überwiesen. Griechenland hatte nahe an 40 Millionen Goldfrancs jährlich zur Zinsenzahlung und Amortisierung der Schuld aufzubringen. Das arme Volk zahlte in Form der Salz-, Petroleum-, Streichhölzer- und anderer Monopole. Infolge dieser rigorosen Finanzwirtschaft hatte das internationale Kapital im Jahre der Balkankriege soviel aus dem noch immer armen Lande gepreßt, daß die nationale Schuld auf 824 Millionen Francs gesunken war. Infolge der Besserung der ökonomischen Lage, der Bereicherung der Bourgeoisie, war es gelungen, die Ausgaben und Einkünfte des Staates zu balancieren. Zwar war dies alles nur möglich infolge eines äußerst drückenden Steuersystems, das in den Städten allen Konsumenten und besonders den Arbeitern das Leben in ungeheurem Maße verteuerte, so daß eine immer größere Auswanderung stattfand, obwohl das Land immer noch sehr dünn bevölkert war und dies auf dem flachen Lande und in der Agrikultur jeden Fortschritt hemmte. Aber mit der größten Anstrengung war es am Vorabend der Balkankriege denn doch soweit gekommen, daß das Land sich der Kontrolle der internationalen Finanzkommission tatsächlich entzogen hatte und sich wieder mehr oder weniger selbst verwalten durfte. Die Balkankriege störten allerdings sofort das kaum mit Mühe und Not wiederhergestellte Gleichgewicht. Im Jahre 1904 erforderten das Heer und die Marine zusammen noch den Betrag von 20¼ Millionen Francs. Im Jahre 1912/13 steigerte sich dieser Betrag infolge des Krieges bereits auf 450 Millionen. Für 1914 wurde bereits ein normales Budget für Heer und Marine von 130 Millionen vorgesehen. Das Land betrat endgültig die Bahn der imperialistischen Expansion, im Dienste des europäischen Imperialismus. Die Eroberungen durch die Balkankriege verschafften ihm eine Vergrößerung der Bodenfläche von 56 000 qkm und eine Bevölkerungsvermehrung von 2 Millionen. Aber die Lasten, die dem alten und dem neuen Griechenland aufgebürdet wurden, waren viel höher. Die neuen Provinzen — und besonders die zweite große Handelsstadt Saloniki — befanden sich in dem denkbar schlechtesten ökonomischen Zustande, abgeschnitten von ihrem natürlichen Hinterlande und durch Krieg und Mißwirtschaft ruiniert. Kurz: die Balkankriege versetzten Griechenland wieder in eine Lage, die in vieler Hinsicht trauriger war, als die am Anfang des 20. Jahrhunderts. Seitdem sind der Weltkrieg und die Kriege gegen die Türken hinzugekommen, um den Prozeß weiterzuführen. Heute befindet sich Griechenland mit seiner verwüsteten Wirtschaft, seiner unrettbaren finanziellen Lage, seiner ungeheuren Schuldenlast, seiner Bevölkerung von nackten Flüchtlingen aus Anatolien und Thrazien wieder in einer Lage, die weit schlimmer ist, als die, in der sich das unglückliche Land nach dem Unabhängigkeitskrieg befunden hat.

Das sind die Folgen des Imperialismus und der imperialistischen Kriege für einen der Sieger von 1912/13. Und wie dem türkischen, so

kann auch dem griechischen Volke nur eines helfen: eine gewaltige Erhebung gegen die Imperialisten des Westens und ihre Helfershelfer im Lande selbst. Vor allen Dingen, — Aufhebung der unerschwinglichen Lasten, die das finanzielle Kapital dem armen Lande aufbürdete, Vernichtung der griechischen öffentlichen Schuld, ebenso wie der Dette Ottomane.

Die Lage des so sehr vergrößerten Königreichs der Serben, das sich ironischerweise „Königreich der Serben und Kroaten" nennt, ist um kein Haar besser, vielleicht noch schlimmer als die Griechenlands. Denn außer dem wirtschaftlichen Unheil, das genau so groß ist wie das Griechenlands — Serbien hat sich erst jetzt auch dem amerikanischen Kapital tributpflichtig gemacht — kommt im serbo-kroatischen Königreiche ein wütender politischer Kampf der Nationalitäten hinzu. Bloß durch Terrorismus und Verfassungsverletzung kann der serbische Einheitsstaat sich nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Kroaten gegenüber behaupten. Die Mühlen der Geschichte haben das unglückliche Land 8 Jahre lang gemartert und scheinbar ist nichts anderes als Stroh gemahlen worden. Es ist gemordet und verwüstet worden, und wenn der Kampfesmut und die Kraft der kommunistischen Arbeiterschaft nicht zugenommen hätten, so könnte man sagen, gebessert hat sich nichts. Auch bürgerliche Beobachter sind sich darüber einig, daß der serbokroatische Staat ohne festeren Zusammenhang ist und eines Tages wieder auseinanderfallen wird, falls nicht die völlig verblendeten belgradischen Herrscher noch rechtzeitig gezwungen sein werden, dem Zentralismus ein Ende zu machen und den Nationalitäten eine weitgehende Autonomie zu gewähren.

Genossen! Die Parallele mit dem Zustande vor dem Weltkriege kann noch weiter gezogen werden. Damals war es der italienische Imperialismus, der im Jahre 1911 den ersten Angriff tat, wodurch die Bluthochzeit im Nahen Osten, die bis zum heutigen Tage währt, entfesselt wurde. Jetzt ist der italienische Imperialismus, obgleich er sozusagen zu den Siegern gehörte, so machtlos durch eigene Erschöpfung und durch die wachsende Macht der Revolution in Italien, daß er sich nicht weiter in die Fragen des Nahen Ostens zu mischen wagt. Er hält noch immer die Dodekanesos besetzt, und hierin liegt noch immer eine Gefahr für sein Eingreifen in die Angelegenheiten des Balkans und des Nahen Ostens. Aber er scheint auf seine Ansprüche in Anatolien verzichtet zu haben. Die bürgerlichen italienischen Staatsmänner spielten sogar die pazifistische Flöte. Ein Facta, ein Nitti denunzierten den Imperialismus der anderen. Sie selbst sind unschuldige Lämmer. Doch mittlerweile hat sich aus den Ruinen des vorkriegerischen Imperialismus bereits drohend und gewappnet eine neue Macht erhoben: der Fascismus, der den Nationalismus ebenso bis zum Wahnsinn treibt, wie es auf dem Balkan selbst der Fall war. Die Fascisten bilden jetzt die Macht, die Italiens Los in den Händen hat, und Herr Mussolini sagte bereits: Haben wir einmal Italien, so fängt die Expansion an! Die Expansion! — Wohin denn anders als über die Adria, die für die italienischen Nationalisten jetzt ihr Meer geworden ist! Das Abenteuer des Poeten d'Annunzio hat genau so wie die Geschichte des Weltkrieges gezeigt, wozu eine derartige Expansion führt, zu einem Zusammenstoß mit den Serben, die sofort die Halbinsel wieder in Feuer und Flammen setzen

würden, indem z. B. die Albaner sofort die Bundesgenossen der italienischen Expansion wider die Serben werden würden.

Genossen, die Machtzunahme des Fascismus in Italien, diese Wiederbelebung der imperialistischen Ideen in neueren Formen, bildet aufs neue eine furchtbare Gefahr nicht bloß für Italien selbst, sondern auch für den ganzen Balkan und somit für den nahen Osten. Das internationale Proletariat hat die Pflicht, alles ins Werk zu setzen, um es unseren italienischen Genossen möglich zu machen, dieser neuen Gefahr die Zähne auszubrechen.

Genossen, das einzige Balkanland, der einzige Staat des Nahen Ostens, der an dem gewaltigen Ringen von 1911—1922 beteiligt war und aus diesen Kämpfen kräftiger und sozusagen wiederbelebt zum Vorschein gekommen ist, ist die Türkei, ein islamitischer Staat.

Das Wiederauferstehen der Türkei mußte nach den furchtbaren Ereignissen, den ungeheuren Verlusten zuerst im italienisch-türkischen Kriege und dann im Balkankriege, im Weltkriege und schließlich im hellenisch-türkischen Kriege in den Augen Westeuropas wie ein Wunder wirken.

Was die anatolischen Bauern auf militärischem Gebiete in diesen 11 Jahren zustande gebracht haben, ist unglaublich und muß in bürgerlichen europäischen Augen einem Wunder gleich sein. Noch vor kurzem wurde von einem holländischen Sachverständigen im „Handelsblatt" zu diesem Thema folgendes bemerkt:

„Die überraschende Wandlung in Vorderasien, die sogar für die besten Kenner und die fanatischsten Türkenfreunde noch überraschend kam, wirft die Frage auf, wie es möglich war, daß die augenscheinlich abgelebte und zum Tode verurteilte Türkei, deren letzte materielle und moralische Kraft in dem vierjährigen Weltkriege vollständig erschöpft wurde und die in diesem Kriege keine besonderen Beweise von Fähigkeit oder anderen Eigenschaften gegeben hatte, nun plötzlich die Welt in Erstaunen setzte. Dieses Land, das dem Untergang geweiht schien, zeigt jetzt in seiner vollkommenen Isolierung die höchsten organisatorischen Fähigkeiten und einen hohen Enthusiasmus."

Das Urteil ist für den Eindruck charakteristisch, den die türkischen Siege der letzten Monate in Europa gemacht haben. Er fährt fort:

„Einfache türkische Generale und Politiker haben mehr von der Psychologie der asiatischen Völker begriffen, als alle mohammedanischen Abteilungen in den Ministerien der großen Weststaaten in Downing Street und anderswo. In London wurde haarscharf bewiesen, das Mustapha mit seiner ganzen nationalistischen Bewegung am Ende seiner Kräfte wäre und daß seine Isolierung inmitten des anatolischen Hochlandes früher oder später ein Fiasko für die ganze Bewegung bringen müßte. Man sagte, Anatolien hätte sich bereits während des Weltkrieges totgeblutet, — ein wahres Land von Witwen und Waisen. Das Land sei unbebaut, es fehlen Samen, Landbaumaschinen und Arbeitskräfte. Das Land würde einmal seine Geduld verlieren und sich wider die nationalistischen Führer auflehnen. So wurde in London geredet. Daß Anatolien tatsächlich das Land der Waisen und Witwen ist, darin hatte man recht. Daß es nach Aufopferung von Millionen Menschen noch 4 Jahre lang ununterbrochen Krieg geführt hat und mit seiner Panzerfaust noch derartige Schläge

versetzen konnte, daß es den Mietling Englands ins Meer werfen konnte, das alles war nur möglich durch den Glauben an die nationale Idee.

Eine abwartende Haltung ist nicht mehr genügend. Wir müssen uns von unserer europäischen Höhe oder Finsternis in die Ideen des Islams versetzen, nicht nur um etwas mehr zu wissen, sondern einfach aus gesundem Egoismus und Sorge für unsere Zukunft, damit wir nicht eines schönen Tages die gewaltigen Pforten Asiens vor unseren erstaunten Augen auf ewig verschlossen finden mögen."

Genossen, so tief ist der Eindruck, den die türkischen Siege auf etwas weiter blickende Beobachter machten. Größer noch ist der Widerhall im ganzen Islam. Von den Säulen des Herkules bis zu den Inseln des Pacifik hat der Muezin aufs neue das Lob des anatolischen Soldaten und seines Helden, des Ghaci Kemal, getragen. Man höre nur einen so mit den europäischen Herrschern in Verbindung stehenden Mann wie den Großvezir von Marokko. Er sagte in einem Interview in Genf: „Der Sieg der Türken hätte auch ihn sehr gefreut und dieser Sieg hat in Marokko große Begeisterung geweckt. Denn wenn auch unser Land keine speziellen Relationen zu der Türkei unterhält, so ist doch unser Herz mit ihnen. Es ist von Frankreich sehr einsichtsvoll, daß es im Orient auf die türkischen Interessen achtgibt. Alle müssen Frankreich dafür verbunden sein."

In dieser ganzen unermeßlichen Welt des Islams, die sich gegenwärtig unter französischer Oberherrschaft befindet, mit seinen Millionen gelber, weißer, brauner und schwarzer Muselmanen jeder Rasse und jeder Sprache ist es bloß möglich, sich zu behaupten, indem man wenigstens den herrschenden Klassen des Islams so viel wie möglich entgegenkommt und ihnen schmeichelt.

Die französischen herrschenden Klassen versäumen auch nichts in dieser Hinsicht, insofern sich dies in Einklang mit ihrer Oberherrschaft bringen läßt. Die Politik der Assimilation wird soweit wie möglich durchgeführt. Frankreich hat ja auch vom türkischen Reiche seine Beute in Händen. Es hat sich in Syrien festgesetzt, wo es zwar alte „Rechte" hatte, wie es im diplomatischen Jargon heißt, jedoch kaum die Hoffnung hegte, je wieder festen Fuß zu fassen.

Genossen und Genossinnen, wenn es nicht schwer fällt, für die beschwichtigende Rolle, die das militaristische und imperialistische Frankreich des Herrn Poincaré in der jüngsten Orientkrise gespielt hat, triftige Gründe aufzufinden, die aus der allgemeinen weltpolitischen Lage hervorgehen (wozu noch direkte ökonomische und finanzielle Ursachen hinzukommen, über die wir noch zu reden haben), so läßt sich die Rolle, die England seit dem Aufmarsch der Türken unter der Ägide des Herrn Lloyd George gespielt hat, viel schwerer begreifen. Man möchte sogar sagen, daß sie auf den ersten Blick kaum zu begreifen ist. Herr Lloyd George hat den Türken und dem Islam gegenüber eine Position eingenommen, die mit den wirklichen Interessen des britischen Imperiums in Widerspruch zu stehen schien. Ein Teil der großen imperialistischen Presse in England hatte eine sehr einfache Erklärung für die Wiederbelebung der türkischen Kraft, die sich im September fix und fertig der ganzen Welt offenbarte. Die Erklärung bestand in einer Art Zaubermittel, einem wahren Fund aus den arabi-

schen Erzählungen aus Tausend und eine Nacht. Sie trug den Namen: „Die Hand von Moskau". So schrieb die „Times" vom 6. Oktober:

„Ein sonderbares Gemisch von historischen Kräften sammelt sich um die verhängnisvolle Stadt Konstantinopel. Im Vordergrunde die Türken. Im Hintergrunde, — die Macht, die Rußland regiert, eine fremde und sinistre Macht mit Zielen, die wenig Übereinstimmung haben mit den türkischen nationalen Aspirationen und die sehr bestimmt und kräftig in Widerspruch stehen mit allem, wofür die Alliierten in den Krieg gegangen sind."

Das Blatt fährt weiter fort:

„Die Kemalisten sind mit den Bolschewiki durch eine Anzahl öffentlicher und geheimer Verträge und Abmachungen verbunden. Die lange Periode, in der sie durch den Krieg mit Griechenland von dem Westen abgeschlossen waren, ließ ihnen keine andere Wahl, als sich mit den Bolschewiki zu verbinden, die ihnen eifrig mit Geld und Munition zu Hilfe kamen und die in alle Geheimnisse ihrer Politik eindrangen. Die Türkei wurde zum neuen Leben erweckt durch die Hilfe Sowjet-Moskaus, nicht damit die Türkei leben möchte, sondern damit die Kultur des Westens aufs neue in ihrem schwächsten Punkt, dem Balkan, angegriffen werden sollte und damit mittels neuer Unruhen die revolutionäre Aktion in dem erschöpften Europa aufs neue eingeleitet werden könnte."

„Die Bolschewiki", — so heißt es weiter, „versuchen die türkischen nationalen Bestrebungen zu benutzen, um sich Zugang zu den in Unruhe verharrenden Ländern Südost-Europas zu verschaffen." Die „Times" weist auf die Chancen hin, die der Bolschewismus jetzt hat, um sich in den Balkanländern festzusetzen, und sagt, daß es die Pflicht der Alliierten sei, zu verhüten, daß diese Ziele der Bolschewiki durchgeführt werden. Das wird so ungefähr der Gedankengang sein, der auch bei Herrn Lloyd George eine Rolle gespielt hat. Ein anderer, etwas weiter blickender Teil der kapitalistischen Presse hat Herrn Lloyd George als denjenigen bezeichnet, der er wirklich ist, als Kriegserwecker und Kriegshetzer. Der Revue-Schreiber des liberalen Wochenblattes „Nation" wies nach, daß, wenn der Friede nicht bereits in den ersten Tagen des Oktober gestört wurde, dies bloß dem Auftreten eines gemäßigten Generals, Harrington, zu verdanken sei. Er bezeichnet die Herren Lloyd George, Winston Churchill und Lord Birkenhead als Kriegshetzer, auch der „New Statesman" denunzierte eine Kriegspartei im Kabinett, zu der die Herren Lloyd George und Churchill gehörten, die auf eigene Faust beschlossen, die Türken mit bewaffneter Hand aus der sogenannten neutralen Zone zu vertreiben.

Am schärfsten und charakteristischsten vielleicht war jedoch die Art und Weise, wie der frühere Bewunderer und Schildknappe des Herrn Lloyd George, Garwin, im „Observer" den Nachweis führte, was die Politik des Kabinetts Lloyd George in der jüngsten Orientkrise in Wirklichkeit war. Er schrieb: „Wir müssen eine brutale Tatsache ins Auge fassen. Unwiderruflich und jämmerlich hat die britische Regierung nach 4 Jahren den großen Krieg im Osten verloren. Das diplomatische Sèvres-Porzellan liegt in Scherben, und zum Schluß hat die Regierung sich nicht wie Gladstone im Osten auf Rußland zu



stützen verstanden oder wie Beaconsfield auf die Türkei. Die Minister waren bloß imstande, die Fehler aller früheren politischen Richtlinien zu kombinieren. Jetzt ist es nötig, daß wir ein für allemal damit aufhören, das Kind mit dem Bade auszuschütten und von einem Übel in ein größeres Übel zu verfallen. Anstatt die Türkei und Rußland zusammen zu provozieren, Frankreich und Italien abzustoßen und obendrein die Grundlagen unseres Reichs zu erschüttern, indem wir den ganzen Islam uns zum Gegner machen, müssen wir das ganze tragische Buch der Verblendung und der Fehler schließen. Wir müssen nicht bloß den ganzen Geist und die ganze Methode fahren lassen, die diese Politik beseelte, sondern den Weg verlassen, den wir gegangen sind; denn, wenn wir in der derselben Richtung weitergehen würden, so würde das Reich bald vor so gewaltige und tödliche Gefahren zu stehen kommen, wie es noch nie der Fall war."

Einige der vernünftigsten bürgerlichen Politiker sind auch zu dem Schluß gekommen, daß die Politik, die Herr Lloyd George der Türkei gegenüber befolgt hat, vom Standpunkte des britischen Weltreichs eine geradezu irrsinnige, ja man könnte sagen, frevelhafte sei.

Und wenn man die Tatsachen objektiv reden läßt, muß man auch zu dem Schluß kommen.

Es lassen sich sehr einfache materielle Gründe für die antitürkische und progriechische Haltung dieses Mannes anführen, so wie sie z. B. Gen. Rosenberg in einem Inprekorr-Artikel angeführt hat. Herr Lloyd George gehört seit langem einer gewissen Clique von großen Finanzleuten an, die mit griechischen Geschäftsleuten eng liiert sind. Diese jüdisch-griechischen Finanziers haben zweifellos einen sehr großen Einfluß auf ihn ausgeübt. Auch von anderer Seite ist auf diesen Einfluß plutokratischer Art hingewiesen worden, z. B. durch den bekannten katholischen Schriftsteller Chesterton. Zweifellos sind bei Lloyd George ideologische Einflüsse hinzugekommen, sein beschränktes und bigottes Christentum, das ihn in jedem Christen, und sei es auch nur ein Grieche oder Byzantiner, ein auserwähltes Wesen erblicken läßt, gegenüber den verfluchten Türken.

Felsenfest aber steht die Tatsache, daß die Politik Lloyd Georges dem britischen Reiche im Nahen Osten eine furchtbare Niederlage bereitet hat. Die Niederlage wurde bereits offensichtlich in dem Moment, als die Konferenz zu Mudania die Rückkehr der Türken nach Thrazien und folglich die völlige Herrschaft der Türkei über die Meerengen zur Folge hatte.

Eine große holländische kapitalistische Zeitung schrieb am 11. Oktober, als die Resultate der Konferenz in der Hauptsache bekannt waren, folgendes: „Das einzige, was den Engländern noch geblieben ist, ist die Genugtuung, daß sie vorläufig noch in Tschanak bleiben, um die Freiheit der Meerengen zu sichern. Es ist bloß die Frage, was man unter Freiheit der Meerengen versteht. Der vierte Artikel des nationalen Pakts von Angora lautet: Sicherstellung der Stadt Konstantinopel, der Residenz des Kalifen wie des Marmara-Sees gegen jeden Angriff. Ungeachtet dieses Prinzips sollen die Meerengen und der Bosporus gänzlich frei sein für den Handel und die Schiffahrt aller Länder. Dies gibt dem türkischen Standpunkt gegenüber die Freiheit der Meerengen an, und es bedeutet gewiß nicht, daß, wenn die Ufer auf beiden

Seiten den Türken zurückgegeben sind, britische Kriegsschiffe immer frei aus- und einfahren dürfen. Was Lloyd George unter dieser Freiheit verstand, kann man aus seiner feierlichen Erklärung schließen, es dürfte nicht mehr vorkommen, daß die Meerengen im Falle eines Krieges geschlossen werden, wie im Jahre 1914, als Rußland im Schwarzen Meer isoliert blieb, die alliierten Flotten sich mit ihrem Bundesgenossen nicht in Verbindung setzen konnten und auch Rumänien bis zum Schwarzen Meer vom Feinde besetzt werden konnte. Lloyd George wünscht also, daß nie mehr eine Kanone auf ein englisches Kriegsschiff abgefeuert werde und keine Mine mehr mit dem schnellen Strome zum Ausgang der Dardanellen treiben dürfe, dem Rumpf eines englischen Kriegsschiffs entgegen. Das ist ein unmöglicher Wunsch. Der Völkerbund könnte eine Art Aufsicht erhalten über eine Demilitarisierung des Gebietes um die Meerengen herum. Aber wenn es zum Krieg käme, so würden Rußland und die Türkei zusammen, ob nun Fortifikationen vorhanden sind oder nicht, gegen einen hineinfahrenden Feind Maßregeln treffen. Verteidigungswerke lassen sich schnell improvisieren. Minenabsperrungen sind sehr schnell hergestellt, im Kriegsfall werden die Meerengen aufs neue geschlossen werden, weil die Alliierten selbst die Türken wieder auf beiden Seiten der Engen zulassen. Und somit ist die ganze Freiheit der Meerengen, für die das britische Reich kämpfen wollte, weiter nichts als eine rein formelle Lösung ohne praktische Bedeutung."

Hier ist von neutraler kapitalistischer Seite kurz und klar angegeben, wie Herr Lloyd George im September für einen Posten kämpfen wollte, den er bereits aufgegeben hatte. Das Programm der neuen Türkei, das z. B. noch einmal von Mustapha Kemal in Smyrna formuliert wurde, ist jetzt durch die Konferenz in Mudania zu einem bedeutenden Teil verwirklicht worden. Es hieß damals: wir verlangen Kleinasien, Thrazien bis an die Marizza und Konstantinopel. Wir sind bereit, alle möglichen Garantien zu geben für den freien Durchzug durch die Dardanellen und wir werden uns verpflichten, sie nicht zu befestigen. Es ist bloß gerecht, wenn die Großmächte zulassen, daß wir am Strande des Marmara-Meers Verteidigungswerke anlegen, derartig, daß Konstantinopel gegen eine Überraschung geschützt ist.

Daraus geht, wie man sieht, genau das hervor, was die große holländische Zeitung schrieb: Die Freiheit der Meerengen ist, wenn einmal die Türkei wieder im völligen Besitz der beiden Ufer ist, nichts als eine rein formelle Lösung ohne praktische Bedeutung. Sogar wenn der sogenannte Völkerbund diese Freiheit garantieren würde und die Türkei Mitglied dieses Bundes würde, so hätte die Formel doch bloß Bedeutung in Friedenszeiten, und ob Friede auf dem Balkan sein wird oder nicht, hängt ab vom europäischen Imperialismus und von der Frage, ob die Balkanvölker sich vom Joche dieses Imperialismus wie seiner Helfershelfer im eigenen Lande befreien und sich zusammenschließen.

Kemal nannte in diesem selben Interview als weitere Friedensbedingungen: 1. die Abschaffung der Kapitulationen, die er mit Recht einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Türkei nannte, 2. die Übergabe der griechischen Flotte, die sonst die anatolische Küste bedrohen könnte, 3. Schadenersatz für die durch die Griechen angerichteten Verwüstungen.



Über die Bedeutung dieser Forderungen lohnt es sich wohl kaum jetzt noch viel zu sagen, bloß eins vermissen wir: die Forderung der Abschaffung der Dette Ottomane. Will das türkische Volk wirklich Freiheit, dann muß es diese Forderung durchsetzen.

Kemal wies im Interview auf einen wichtigen Faktor hin, durch den die neue Türkei soviel kräftiger ist als die alte. Sie ist jetzt nahezu ein nationales Ganzes. Sie umfaßt nicht mehr die arabischen Reichsteile, deren Besitz dem Despotismus unter Hamid so viel Mühe machte und wo der türkische Soldat als Gendarm fungieren mußte. So ist die neue Türkei in eine Lage gekommen, wo sie nicht mehr wie früher einen großen Teil ihrer Kraft dem erschöpfenden Ringen der Nationalitäten zu opfern braucht. Diese Provinzen sind jetzt vom türkischen Staatskörper losgelöst und die Beute des westlichen Imperialismus geworden. Syrien steht vorläufig unter französischer Herrschaft, Palästina und Mesopotamien, dem Namen nach Mandatsländer des Völkerbundes, stehen unter englischer Oberherrschaft. Man kann jedoch nicht sagen, daß der Imperialismus, besonders der englische, bis heute an den neuen Eroberungen Freude erlebt hat.

Die Geschichte des Mandats über Palästina und Mesopotamien ist eine lange Leidensgeschichte, die Zustände sind noch in höchstem Maße unbestimmt.

In Palästina sind die beiden herrschenden Elemente, die Juden und die Araber, gleich unzufrieden. Und ohne die verwickelte Geschichte dieses Landes in den letzten Jahren auch nur in den Hauptzügen darzustellen, kann man das eine sagen: die englische Herrschaft ist nicht imstande gewesen, auch nur einigermaßen eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Nationalitäten im neuen Palästina zustande zu bringen. Das Land steht jetzt am Vorabend der Wahlen für eine Art Repräsentativkörperschaft. Die Araber jedoch haben den Boykott über diese Wahlen verhängt. Die panislamitische Bewegung, auf die wir noch zu sprechen kommen, ist auch da immer noch im Wachstum begriffen.

Im Irak ist die Lage womöglich noch verwickelter und für den englischen Imperialismus noch viel ungünstiger. Eine bleibende Besetzung würde gewaltige Summen kosten, die im absoluten Widerspruch stehen zu dem Bestreben nach Verminderung der Ausgaben, das augenblicklich in allen kapitalistischen Ländern das Hauptproblem der bürgerlichen Krise ist.

Durch die Besetzung Mesopotamiens, die sich als Folge des Krieges herausstellte, ist für das britische Reich die Lage entstanden, vor der Brailsford bereits während des Krieges in seinem Buch „A league of nations" warnte, indem er sagte: Die Besetzung Mesopotamiens würde für England strategisch wie politisch eine Schwächung bedeuten.

Für den Irak wie für die Teile des arabischen Kontinents, die dem englischen Einfluß unterworfen sind, gibt England jetzt schon einer Art Selbstverwaltung den Vorzug. Ja, diese Selbstverwaltung unter englischer Oberherrschaft ist sogar für England selbst eine Notwendigkeit. Die Selbstverwaltung führt jedoch unmittelbar genau wie im Falle Ägyptens zur Stärkung des Bestrebens, die verhaßte englische Oberherrschaft zu vernichten.

Den jüngsten Berichten nach ist in der ersten Hälfte des Oktober in Bagdad zwischen dem hohen englischen Kommissar Sir Percy Cox und dem ersten Minister des Iraks eine Art Bundesvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag fixiert das Verhältnis zwischen England als Mandatsmacht im Irak und wird als der erste wichtige Schritt betrachtet, um dem Irak auf die Dauer die Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Britannien nimmt es dann auf sich, die Zulassung des Iraks zum Völkerbund zu sichern, wodurch das britische Mandat automatisch aufhören würde.

Zugleich kommt die Nachricht, daß die britische Regierung alles mögliche versuchen wird, um die Grenzen des Iraks zu regeln. Wenn der Vertrag regelrecht ratifiziert ist, eine stabile Regierung in Übereinstimmung mit dem organischen Gesetz eingeführt ist, und wenn die Grenzen festgestellt sind, dann — so heißt es — erwartet die britische Regierung vertrauensvoll, daß die Regierung des Irak um den Eintritt in den Völkerbund ersuchen wird.

Genossen, hier sieht man die heuchlerische Politik des britischen Imperialismus wieder besonders klar und deutlich. Genau wie mit dem scheinbar unabhängigen Königreich des Feissal will England auch hier einen sogenannten unabhängigen arabischen Staat als Bundesgenossen ins Leben rufen. Dieser Bundesgenosse darf sogar Mitglied des Völkerbundes werden. Ägypten, ein mohammedanischer Staat, der jetzt sogar unabhängig heißt, darf von diesem Bunde, dem Instrument der Großmächte, jedoch keinen Teil bilden. Es scheint augenblicklich ein Versuch Englands im Gange zu sein, seine Oberherrschaft auf dem gewaltigen arabischen Kontinent mit allen Mitteln durchzuführen. Eine bekannte, in englischen Diensten stehenden Reisende, Mrs. Rosita Forbes, ist in diesen Tagen mit geheimen Aufträgen in die arabische Wüste abgereist. Sie hat wohl den Auftrag, die Beduinenhäuptlinge mit Gold und Geschenken aufs neue an England zu fesseln. Tatsächlich steht in den nächsten Jahren für England auf dem arabischen Kontinent nicht weniger auf dem Spiel als die ganze Verbindung mit Indien. Wenn die arabischen Stämme und die Araber im allgemeinen sich in den nächsten Jahren der englischen Bevormundung gemeinsam entziehen würden, so müßte die ganze strategische Brücke, an der England 200 Jahre gebaut hat, zusammenstürzen.

So Gewaltiges steht jetzt im Nahen Osten auf dem Spiel. Man möchte sagen: So wie die Araber in den kommenden Monaten und Jahren sich orientieren werden, so wird sich die Weltgeschichte im Nahen Osten orientieren.

Genossinnen und Genossen, England versucht mit allen Mitteln, seine Oberherrschaft in diesen Ländern aufrechtzuerhalten, mit List oder Gewalt, — je nachdem.

Die Interessen des Weltproletariats sowie die der orientalischen Völker gehen vollkommen parallel dahin, daß diese Oberherrschaft zu Falle kommt.

Der Irak ist wohl die schwächste, strategisch ungünstigste Position in der Brückenverbindung des britischen Reichs. Strategisch liegt der Irak bei weitem ungünstiger als Palästina oder Ägypten. Seine Bevölkerung



besteht zum überwiegenden Teil noch aus Nomaden, die nicht gewillt sind, sich dem britischen Joch unterzuordnen. Eine Abgrenzung der freien Wüste gegenüber ist nicht möglich. Bei den freien Beduinenstämmen kann bloß die Korruption etwas ausrichten.

* * *

Genossen und Genossinnen, wie schwierig die Lage des britischen Imperialismus im Nahen Osten bereits ist, wird augenscheinlich, wenn man seine Lage in der ganzen gewaltigen Ausdehnung der strategischen Position der nah-östlichen Welt in Betracht zieht. Denn diese ganze Welt des Nahen Ostens, von den Grenzen Beludschistans bis zum Mittelmeer, ist vom britischen imperialistischen Standpunkte ja nichts als ein unermeßliches Glacis der Festung Indien, durchschnitten von einem Graben, der die freie Verbindung gewährleisten soll zwischen den beiden großen Wasserflächen, wo das Imperium zur See Meister ist und bleiben muß, nämlich dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean.

Noch im Jahre 1918/19 war der britische Imperialismus auf dieser ganzen gewaltigen Oberfläche in der Offensive.

Besonders deutlich bekommt man den Eindruck der britischen Offensive, die den Weltkrieg in seinem letzten Stadium auf dieser gewaltigen Front begleitete, der Front, die sich ausdehnte über die Tausende von Meilen von Zentralasien bis zum Schwarzen Meer, wenn man das Buch eines englischen Militärs liest, der in dieser Materie sozusagen etwas aus der Schule geplaudert hat, vielleicht mehr, als gut und nützlich war. Genossinnen und Genossen, ich meine das Buch des Kapitäns L. V. S. Blacker of the Corps of Guides, das den Namen trägt: *„On Secret Patrol in High Asia"*.

In der Vorrede dieser äußerst interessanten Arbeit schreibt der bekannte englische imperialistische Politiker und Stratege *Sir George Younghusband*, daß britische, indische, mohammedanische Truppen in geringer Anzahl 10 000 Bolschewiki vernichteten und die Furcht Gottes und der indischen Soldaten unter britischer Führung Tausende von Kilometern weit nach Asien hineintrugen.

Es ist kaum möglich, schärfer die welthistorische Tatsache zu beleuchten, die diese Militärs laut herausschreien, daß der Weltkrieg im Jahre 1918 auf dem gewaltigen Terrain, das sich vom Hochlande von Pamir und Chinesisch-Turkestan bis zum Schwarzen Meere erstreckt, automatisch zum Ringen *zwischen dem proletarischen Rußland und dem britischen Imperialismus ward*.

Die zwei unversöhnlichen Feinde prallen da aufeinander in diesem unermeßlichen, Tausende von Meilen umfassenden Gebirge und diesen unermeßlichen Wüsten im Augenblicke der Geburt der proletarischen Republik, als das britische Imperium auf den Höhepunkt seiner Macht gekommen war.

Seit der Zeit ist es mit dem britischen Imperialismus rasch bergab und mit der Macht der proletarischen Republik bergauf gegangen. Und jetzt, nach 4 Jahren, ist das stolze britische Weltreich bereits gezwungen, auf gleichem Fuße mit der neuen, so gefürchteten und verachteten proletarischen Macht zu unterhandeln.

Und ebenso schlimm! es hat vor einer islamitischen Macht, die es bereits zerschmettert zu haben glaubte, die Segel streichen müssen.

Genossen und Genossinnen! es ist ein Fall, der an den gewaltigen Wechsel des Schicksals erinnert, den Shakespeare, der größte englische Dramatiker, in seinen Königsdramen, besonders in Heinrich V., so gewaltig vorgeführt hat.

Aber das Wichtigste ist vielleicht dies: Kapitän Blacker rühmt sich, daß Mohammedaner aus Britisch-Indien, daß Punjabi unter britischer Anführung die schmutzige Arbeit verrichteten, die ihm aufgetragen war. Ja, daß sie, wenn man es in London bloß gewollt hätte, die jungen Roten Armeen hätten schlagen und die Rote Republik hätten erdrosseln können.

Inwiefern dies in militärischer Hinsicht richtig ist, sei der Beurteilung der militärischen Sachverständigen überlassen. Aber wir wissen, daß der britische Offizier und der britische Militarismus jetzt über die Mohammedaner Britisch-Indiens nicht mehr verfügen könnten, wie noch damals und während des großen Krieges. Die Gefühle der Mohammedaner auch in Indien sind jetzt England gegenüber durch die englische Politik selbst derartige geworden, daß sie nicht mehr wider die Sowjetrepublik zu verwenden sind. Oder höchstens dann bloß noch zu einem geringen Teile. Unsere Pflicht aber, Genossen und Genossinnen, ist, dafür Sorge zu tragen, daß in der allernächsten Zeit kein islamitischer Soldat sich mehr als Söldner gegen die proletarische Freiheit verwenden läßt.

Wir sind hiermit aufs neue bei dem Hauptinteresse angelangt, das die Ereignisse im Nahen Osten für den Kampf des Weltproletariats, für unsere Kommunistische Internationale, für den Zusammenbruch des Kapitalismus haben.

Diese Ereignisse bilden ja eine neue Phase in dem gewaltigen Ringen, das sich noch immer mehr entwickelt, in dem die orientalische Welt als ganzes, aber besonders die Welt des Islams als deren streitbarster Teil, sich erhebt wider die europäische Kapitalsherrschaft.

Dieser Aufstand ist von so gewaltiger welthistorischer Bedeutung, daß die proletarische Internationale ihm mehr als je ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden muß und ihn nach Kräften unterstützen soll. Denn die Unabhängigkeit der orientalischen Welt als ganzes, die Unabhängigkeit ganz Asiens, die Unabhängigkeit der islamitischen Völker als ganzes, die nicht bloß in Asien und Vorderasien einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, sondern die auch eine noch immer zunehmende Macht im schwarzen Weltteil bilden, wo sie bereits bis über den Zambesi vorgedrungen sind, bedeutet an sich schon das Ende des westlichen, in erster Linie des britischen Imperialismus.

Ohne die politische Oberherrschaft über die asiatischen Völker, ohne die Ausbeutung der islamitischen Völker, nebst den Hindu-, den chinesischen Völkern und den anderen Völkern des Fernen Ostens ist der Weiterbestand des Imperialismus unmöglich. Warum? Weil die Befreiung der islamitischen und der anderen Orientvölker zugleich bedeutet, daß ihre Tributpflicht dem europäischen Kapital gegenüber aufhört und die Akkumulation des Kapitals ohne diese Tributpflicht nicht fortgesetzt werden kann.

Eine Stagnation der Akkumulation aber, das ist es vor allen Dingen, was das Kapital tödlich verwundet. Dies schneidet ihm die Lebensader ab. Das zeigt uns die Entwicklung der letzten zwei Jahre aufs neue.

Die Bewegung, die Revolution, die den Nahen Osten und den ganzen Orient ergriffen hat und die ihm die völlige politische Selbständigkeit bringen wird, ist unabwendbar.

Bei den islamitischen Völkern strebt sie nicht bloß nach politischer, sondern auch nach ökonomischer Emanzipation. Darin liegt eben das Verderbliche für den Kapitalismus des Westens.

Eine und dieselbe gewaltige Bewegung geht seit einigen Jahrzehnten durch die islamitische Welt, die, wenn auch nur zeitweilig, die nationalen und Rassenunterschiede überbrückt und beiseiteschiebt. Es ist die panislamitische Bewegung.

Stoddard, einer der jüngsten Geschichtsschreiber des Islam, weist darauf hin, in wie starkem Maße die Gefühle der Solidarität und des Hasses den Europäern gegenüber bereits durch die Ereignisse der letzten Jahre vor dem Weltkrieg geweckt und gekräftigt wurden. Ein einflußreicher islamitischer Politiker schrieb gerade vor dem großen Kriege in der „Revue du monde Musulman" folgendes: „Die Ereignisse dieser letzten 10 Jahre und die Schicksale, die die mohammedanische Welt getroffen haben, haben in ihrem Herzen Gefühle der Herzlichkeit und der Ergebenheit geweckt, die bisher unbekannt waren, und ein allgemeiner Haß gegen alle Unterdrücker erregt heute die Herzen aller Moslems."

Stoddard weist nachdrücklich darauf hin, daß diese Gefühle des Hasses gegen den Westen nicht auf Journalisten und Politiker beschränkt bleiben, sondern von allen Klassen geteilt werden. Jede Klasse hat ihre spezifischen Gründe, die europäische politische Herrschaft zu hassen. Sie alle hassen jedoch, und dies gibt etwas Gemeinschaftliches, das unter bestimmten Umständen alle anderen Gefühle überstimmen kann. Der Weltkrieg wurde von großen Massen Muselmanen begrüßt als eine verdiente Nemesis für westliche Begierde und westlichen Hochmut. Der „Tanin" schrieb am 24. Oktober 1914: „Sie wollten die Übel in ihren eigenen Ländern oder anderswo nicht sehen, aber beim geringsten Zwischenfall mischten sie sich in unsere Angelegenheiten. Jeden Tag nagten sie an irgendeinem unserer Rechte oder an irgendeinem Teil unserer Souveränität. Sie machten Vivisektion an unserem zitternden Fleisch und schnitten ganze Stücke davon ab. Und wir konnten, indem wir mit Gewalt die aufrührerischen Gefühle in unseren Herzen unterdrückten und machtlos die Fäuste ballten, stillschweigend und niedergeschlagen bloß murren, während das Feuer in uns brannte, und rufen: Oh, wenn sie sich doch angreifen möchten, wenn sie doch einander zerfleischen möchten. Und siehe, jetzt zerfleischen sie sich gerade, wie der Türke es wollte."

Der Weltkrieg kam also für viele Islamiten, die weiter blickten, als ein erfreuliches Ereignis.

Und Herr Stoddard behauptet auch, daß, wenn dem großen Kriege nicht sofort eine gewaltige islamitische Aufstandsbewegung gefolgt ist, dies bloß der Tatsache zu verdanken ist, daß die einflußreichsten Führer des Islams die Zeit für einen solchen Aufstand nicht gekommen

erachteten und im allgemeinen auch das Auftreten der Jungtürken auf der Seite eines der kämpfenden Imperialisten verurteilten. Die wirklich geistigen Führer des Panislamismus, d. h. die Männer, die an der Spitze der großen islamitischen Brüderschaften, besonders der Senuseer stehen, erachteten den Zeitpunkt damals für ungeeignet. Materiell waren sie auch nicht vorbereitet. Sie hatten noch keine gehörigen Abmachungen zustandegebracht, und vor allen Dingen trug der Aufruf des Khalifen zum heiligen Krieg auch allzu deutlich den Stempel „Made in Germany". Diese weiterblickenden Muselmanen hatten keine Lust, sich für einen der kämpfenden Imperialismen in den Weltkampf zu stürzen. Und obgleich überall in islamitischen Ländern unter englischer und französischer Oberherrschaft Aufstände zum Ausbruch kamen, so waren diese doch spontan und nicht eine Folge der Unterstützung dieser großen Führer. Diese Führer hatten richtig geurteilt. Denn alles, was während des Krieges und nachher geschah, war derartig, daß es die panislamitische Bewegung ungeheuer kräftigen mußte. An erster Stelle stellte es sich heraus, daß die kapitalistischen Mächte während des Krieges nichts gelernt hatten. Es ist bekannt genug, wie sie bei Geheimverträgen ihre Verteilungs- und Eroberungspolitik während des Krieges fortsetzten. Und als nun gar der Friede kam, — geben wir Herrn Stoddard, der wahrhaftig kein Revolutionär ist, das Wort, damit er den Eindruck schildere, den die Versailler Friedenskonferenz auf die islamitischen Völker ausübte. Er sagt, die Taten der europäischen imperialistischen Mächte, die Geheimverträge, die die islamitische Welt weiter verteilten, erfüllten sie mit einer Wut und einem Gefühl der verletzten Gerechtigkeit wie nie zuvor. Es erhob sich eine Springflut leidenschaftlicher Entschlossenheit, und dies scheint bloß einen viel schwereren Sturm zu verkündigen.

Die Hochflut dieser leidenschaftlichen Entschiedenheit, die dem Historiker des Islam zufolge noch immer im Steigen begriffen ist, diese Grundwelle, die dem größeren Sturm bloß vorangeht, — sie ist seit dem Jahre 1919 immer höher gestiegen.

Man darf sich, sagt Herr Stoddard, nicht durch die Tatsache irreführen lassen, daß die Aufstände der islamitischen Völker des Nahen Ostens in den Jahren nach 1918 dem Scheine nach an erster Stelle einen nationalen Charakter tragen. Denn der islamitische Nationalismus und der Panislamismus, so verschiedenartig sie auch sind, sind schließlich einig in ihrem Streben nach völliger Befreiung des Islams von jeder europäischen politischen Kontrolle.

Der Islam ist zu einer gewissen Einigung der kapitalistischen Welt fähig, weil das Band, das alle Islamiten vereinigt, mehr als ein religiöses ist. Der Islam ist mehr als ein Glauben, er ist ein komplettes gesellschaftliches System, er ist eine Zivilisation, mit eigener Philosophie, Kultur, Kunst, und in seinem jahrhundertelangen Ringen mit der rivalisierenden Kultur des Christentums ist er ein organisches Ganzes geworden, das seiner selbst bewußt ist.

Diese Worte eines englischen Islamkenners, Sir Morison, gaben bereits vor dem Kriege auch die Meinung eines so tüchtigen Islamgelehrten wie des Professors Le Chatelier wieder, und ein so berühmter, vielleicht der berühmteste Kenner des Islams, wie Vambéry, schrieb nach dem italienischen Angriff auf Tripolis: „Je mehr die Macht und

die Autorität des Westens in der alten Welt zunimmt, desto stärker wird das Band der Einheit und des gemeinschaftlichen Interesses zwischen den verschiedenen Teilen der asiatischen Bevölkerung, und um so tiefer brennt der fanatische Haß gegen Europa."

Herr Stoddard beschreibt die Folgen des Weltkriegs für den Orient im allgemeinen und den Islam im besonderen wie folgt:

„Der Krieg hat das europäische Prestige im Osten zerstört und den Orientalen die Augen für die Schwächen des Westens geöffnet. Für den Orient war der Krieg ein gewaltiger Erziehungskursus. Nehmen wir bloß das eine. Millionen von Orientalen und Negern wurden den entferntesten Wäldern Asiens und Afrikas entrissen, damit sie als Soldaten und Arbeiter im Kriege des weißen Mannes dienten. Obgleich die Masse dieser Hilfstruppen in kolonialen Kriegsoperationen beschäftigt wurde, so wurde doch eine Million und mehr nach Europa selbst transportiert. Dort töteten sie den weißen Mann, vergewaltigten weiße Frauen, kosteten von den Leckerbissen der Weißen, lernten die Schwächen des weißen Mannes kennen und kehrten heim, um ihren eigenen Leuten die ganze Geschichte zu erzählen. Asien und Afrika kennen heute Europa, wie sie es noch nie gekannt haben, und wir können gewiß sein, daß sie diese Kenntnisse verwenden werden. So ist die Lage am heutigen Tage: Ein Orient, der durch den Konflikt zwischen dem Neuen und dem Alten zerrissen wird, einem Westen gegenüber, der gänzlich zerklüftet ist durch tiefe Feindschaften und krank ist infolge seiner irrsinnigen Tollheiten. Noch nie waren in den Verhältnissen zwischen beiden Welten so viele unberechenbare, ja kataklismische Möglichkeiten verborgen wie jetzt."

Dieser bürgerliche Beobachter des Islams kommt in Übereinstimmung mit den bekanntesten Islamgelehrten zu dem Schluß: Das Verhältnis zwischen dem westlichen Kapitalismus und der Welt des Islams, der sich seit einem Jahrhundert in seinem Renaissancezeitalter befindet, einer Renaissance, die ungefähr am Anfang unseres 19. Jahrhunderts in Arabien ihren Ursprung nahm, zwischen einer kapitalistischen Welt, die erschöpft und gleichsam unterminiert ist durch eine zu große Anstrengung und zu tiefe Wunden, die übrigens tief zerklüftet ist und den Feind im eigenen Busen hat, nämlich das revolutionäre Proletariat, und einer islamitischen Welt, die in jeglicher Hinsicht, auf religiösem, kulturellem, politischem, ökonomischem Gebiete, sich aus der Tiefe des Verfalls erhebt, in den sie im 18. Jahrhundert versunken war, dieses Verhältnis ist jetzt wieder genau so gespannt, wie in den Zeiten der Kreuzzüge, wo seit dem Einfall der Türken in die christliche Welt des 11. Jahrhunderts ein jahrhundertelanger Krieg zwischen Ost und West folgte.

In diesem jahrhundertelangen Ringen des Mittelalters trug der Westen den Sieg davon und kräftigte sich im Kampfe, obgleich der Kampf der Weltkultur tiefe, ja fast unheilbare Wunden versetzte.

Jetzt ist das Verhältnis ein umgekehrtes. Dem westlichen dekadenten und untergehenden Kapitalismus gegenüber erhebt sich drohend die junge, noch immer kräftiger werdende Welt des Orients und des Islams, ungezählte Millionen, die der Imperialismus seit Jahrzehnten so tief erniedrigt und mißhandelt und ausgeplündert hat, daß sie sich immer mehr gegen ihn empören.

Und dieser Westen ist so viel geringer an Kräften und Größe, er hat den Feind im eigenen Hause, die revolutionäre Arbeiterschaft, die ihm längst ein Ende bereitet hätte, wenn die sozialistischen Verräter dem untergehenden System nicht unter die Arme gegriffen hätten. Aber auch so ist der Unterschied gegen die Jahre vor dem Kriege gewaltig. Vor 1914 war der Zarismus ein genau so gefährlicher Feind der orientalischen Freiheit und der Freiheit der islamitischen Völker, wie die westlichen Imperialisten. Der Zarismus aber ist vernichtet, und das proletarische Rußland ist an seine Stelle getreten, der Freund der wirklichen Selbstbestimmung und der Freiheit der orientalischen Völker.

Vor 1914 war Deutschland dem Schein nach der Freund der islamitischen Völker, in Wirklichkeit aber ein genau so heftiger und perfider Feind. Deutschland ist als imperialistische Macht verschwunden, die Donau-Monarchie, ihr Bundesgenosse, ist vernichtet worden. Vor 1914 war Italien einer der Feinde der Unabhängigkeit der islamitischen Staaten; der italienische Imperialismus ist so geschwächt aus dem Kriege hervorgegangen, daß er auf alle Ansprüche auf dem Balkan und in Anatolien verzichtet zu haben und bloß noch in Lybien eine Scheinherrschaft aufrechtzuerhalten imstande zu sein scheint, eine Scheinherrschaft, die zweifellos vernichtet werden wird. Es braucht das italienische Proletariat nur einen einzigen Schritt vorwärts zu tun nach den vielen Schritten, die es seit 1920 rückwärts getan hat, und dann wird auch den italienischen Imperialisten die Lust vergehen, Lybien zu halten.

Es bleiben von den sechs größeren Feinden des Islam bloß noch zwei, nebst einem kleineren, dem holländischen Kapitalismus, der sich während des Krieges voll und satt gesogen hat und der jetzt wie ein Hilfsschiff mitfährt in der Linie des britischen Schlachtschiffs. Bloß zwei statt sechs, der britische und der französische Imperialismus. Und von den beiden großen erscheint wenigstens einer, der französische Imperialismus, der islamitischen Welt gegenüber gefügiger, man möchte sagen vernünftiger. Kurz nach dem Kriege schien es noch nicht so. Im Nahen Osten ist das bestialische Auftreten der französischen Truppen unter dem Henker Gouraud gewiß noch nicht vergessen. Herr Stoddard schrieb noch in seinem Buch Ende 1921, nachdem er beschrieben hatte, wie ernst die Lage im Nahen Osten war:

„Das hoffnungsvollste Anzeichen ist in letzter Zeit, daß die britische Regierung, wie es scheint, zur Einsicht der immer wachsenden Gefahr der Stunde erwacht ist und folglich ihre Haltung zu ändern angefangen hat. Andererseits ist das dunkelste Anzeichen im Nahen Osten die sich gleichbleibende Unversöhnlichkeit Frankreichs. Es scheint, daß die französische Politik, in ihren alten Traditionen befangen, sich weigert, der Realität ins Angesicht zu schauen. Kommt es zu einer Explosion — und diese Explosion muß kommen, wenn Frankreich sein Verhalten nicht ändert —, so werden eines dunklen Tages 20 bis 30 französische Bataillone durch einen Wirbelsturm arabischer Wut, der aus den Tiefen der Wüste aufsteigt, gepackt und in einem neuen Adowa vernichtet; so kann das bedauernde Urteil aller, die in orientalischen Fragen zuhause sind, bloß lauten. Die französische Politik hat sich das selbst eingebrockt."

Man sieht, wie äußerst gefährlich noch vor kurzer Zeit die Lage in Syrien diesem gut unterrichteten Verfasser für die französische Be-

satzung vorkam. Er sah den Cyklon der arabischen Beduinenwelt sich bereits über die französischen Truppen ausbreiten und sie mit einem Male fortfegen. Die französische Politik hat sich seitdem dem Islam gegenüber geändert. Unter welchen Einflüssen? Außer den Gründen, die in der allgemeinen Lage des französischen Imperiums wurzeln und über die wir bereits einiges ausführten, darf man annehmen, daß kapitalistische Interessen, besonders die Interessen des Petroleumkapitals, hierbei eine Rolle gespielt haben. Das ist ein Kapitel für sich, auf das ich in diesem Zusammenhang bloß hinweisen kann. Wichtiger ist, daß die Hoffnung, die Herr Stoddard z. B. noch im Jahre 1921 hegen konnte, nämlich daß die britische Politik dem Islam gegenüber sich ändern würde, gänzlich Schiffbruch erlitten hat. Die Versöhnungsversuche des Lord Milner in Ägypten haben nichts zustande gebracht. Alle Beobachter, die noch vor kurzem in Ägypten waren, stimmen darin überein, daß die ägyptischen Massen sich in offener Revolte dem englischen Kapitalismus und dem Scheinkonstitutionalismus gegenüber befinden, den England dort unter dem Schutze der britischen Bajonette eingeführt hat. Was Mesopotamien anbelangt, so kann man bereits aus den jüngsten Berichten ersehen, wie gefährlich die Lage dort für England ist. Man darf ruhig sagen, daß die ganze Herrschaft Englands in den Randgebieten Arabiens, auch in Palästina, auf der Sinai-Halbinsel, im Irak und in Oman von einem hier in Europa völlig unbekannten Faktor abhängt, nämlich von der Stimmung der Beduinenscheiks im freien Arabien. Jedenfalls steht auch fest, daß die imperialistischen Mächte des Westens, deren Interessen in der letzten Zeit in der europäischen Politik der Frage des deutschen Schadenersatzes so aufeinander prallen, auch in der Orientpolitik sich vollständig widerstreben, und daß sie das Gegenteil von Freunden, nähmlich integrierende Widersacher sind.

Der Panislamismus jedoch verfügt über Politiker, wie das Haupt der Senuseer, dessen geistiger Einfluß unter Millionen von Muselmanen noch immer zunimmt, die gewiß nicht versäumen werden, sich dieser Reibungen zwischen den zwei einzigen großen Feinden, die dem Islam noch gegenüberstehen, zu bedienen. Diese geistigen Oberhäupter des Islams beeilen sich nicht, sie können und wollen den günstigen Augenblick abwarten, und dann werden sie, dessen kann man sicher sein, dem einen oder anderen Feinde die Schläge versetzen, die möglich sind.

In diesem welthistorischen Ringen um die politische Befreiung des Islams ist es Pflicht des revolutionären Proletariats, diesem Ringen seine volle Aufmerksamkeit und die moralische Unterstützung zu gewähren, die ihm möglich ist. Das Proletariat der ganzen Welt hat bloß einen Feind, den Imperialismus. Aber dieser Imperialismus ist weder ein Ganzes, noch hat er im Proletariat seinen einzigen unversöhnlichen Gegner. Der mächtigste Feind des Proletariats sowie der orientalischen Völker und besonders der islamitischen Völker ist das britische Reich, dessen weltumspannender Imperialismus auch auf der Herrschaft über die indische Welt und der Seeherrschaft im Mittelländischen Meer und dem Indischen Ozean beruht. Die islamitischen Völker haben es in ihrer Macht, die Brucke zu vernichten, die den britischen Imperialismus unterstützt. Stürzt diese Brücke ein, dann bricht auch dieser Imperialismus zusammen, und sein Sturz würde einen so

mächtigen Widerhall finden in der ganzen islamitischen Welt und der Welt des Orients, daß auch das französische Imperium diesen Stoß nicht überleben würde. Die Befreiung der islamitischen Welt von jeglicher europäischer politischer Herrschaft, insbesondere derjenigen der Länder des Nahen Ostens, liegt also nicht bloß im Interesse der dortigen Völker, der Bauern und Arbeiter in den noch nicht vom Kapitalismus ergriffenen orientalischen Gebieten, sie bedeutet auch ein gewaltiges Interesse des westeuropäischen, des Weltproleriats. Diese Befreiung würde den unvermeidlichen Sturz des westlichen Imperialismus, die Vernichtung der frevelhaften imperialistischen Friedensverträge, die Herrschaft der Revolution in Europa, den Anschluß der westlichen europäischen Sowjet-Republiken an die mitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten, die Befreiung der Balkannationalitäten und ihren Zusammenschluß zu einem großen Balkanbunde der befreiten Balkanrepubliken zur Folge haben.

Das internationale Proletariat begrüßt also das politische Streben der islamitischen Völker nach völliger ökonomischer, finanzieller und politischer Befreiung von dem Einfluß, von der Herrschaft der imperialistischen Staaten, als ein Streben, das, wenn es auch nicht die Aufhebung der Lohnsklaverei und des Privateigentums an den Produktionsmitteln in den islamitischen Ländern bezweckt, doch die Wurzel der Herrschaft des europäischen Kapitals bedroht.

ROY (Indien): Genossen! Die Orientfrage hätte auf dem Kongreß schon mehrmals behandelt werden sollen. Sie hätte in Verbindung mit der Offensive des Kapitals behandelt werden sollen, denn wenn Sie über die Offensive des Kapitals reden, dürften Sie die Reserven nicht außer acht lassen, auf denen diese basiert, oder auf die sie sich in Zukunft stützen könnte. Aber das war nicht der Fall. Und wo nun diese Frage endlich zur Debatte gelangt, ist die dafür bestimmte Zeit so beschränkt, daß es faktisch unmöglich wird, die Frage auch nur einigermaßen klar verständlich zu behandeln. Darum bin ich ziemlich pessimistisch in bezug auf die Möglichkeit, Ihnen die Lage in den Orientländern gründlich und detailliert schildern zu können, was meiner Meinung nach ziemlich wichtig ist, soll die Bewegung in den westlichen Ländern bis zu einem endgültigen Sieg entwickelt werden. Aber ich will mein Bestes tun, trotz der Kürze der mir zur Verfügung gestellten Frist.

Auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale sind die Hauptprinzipien betreffs des nationalen Befreiungskampfes in den Kolonial- und Halbkolonialländern festgesetzt worden. Es sind die Hauptprinzipien formuliert worden, durch die die Beziehungen der proletarischen Revolutionen und der proletarischen Bewegung der ökonomisch fortgeschrittenen Industrieländer zu dem Nationalkampf der rückständigen Völker bestimmt werden müssen; aber die Erfahrungen, die wir im Jahre 1920, d. h. zur Zeit des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale gemacht hatten, gestatteten uns nicht, jene Prinzipien besonders breit zu entwickeln. Seit jenen Tagen hat die Bewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern im Laufe der letzten zwei Jahre eine lange Entwicklungsperiode durchgemacht, und trotz allem, was ungetan geblieben ist, und was die Kommunistische Internationale und vor allem die kommunistischen Parteien der West-

länder hätten tun müssen, um mit diesen Bewegungen nähere Beziehungen anzuknüpfen, um sie zu entwickeln, trotz alledem sind wir heute in der Lage, mit mehr Kenntnis und Erfahrung und Verständnis von diesen Bewegungen in den Kolonial- und Halbkolonialländern zu reden.

Die von dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen konstatierten, daß die nationale Bewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern objektiv und ihrer Grundlage nach ein Revolutionskampf ist, und daß sie als solcher einen Teil des Revolutionskampfes der Welt bildet. Darum wurde beschlossen, daß die kommunistischen Parteien der Westländer, und insbesondere jene der imperialistischen Länder, alles in ihrer Macht befindliche tun müßten, um diese Bewegungen zu fördern. Aber wir wußten in jenen Tagen nicht, wie diese Instruktion, diese Resolution des 2. Kongresses realisiert werden könnte; denn in jenen Tagen begriffen nur wenige, daß die umfassende Bezeichnung „Kolonial- und Halbkolonialländer" verschiedene Regionen und verschiedene Völker umfaßte. Diese Regionen und diese Völker wiederum umfaßten alle Arten sozialer Entwicklung und alle Arten politischer und industrieller Rückständigkeit. Wir waren der Ansicht, daß sie alle, bloß weil sie politisch, ökonomisch und sozial rückständig waren, in einen Sack geworfen werden könnten und daß dies Problem als allgemeines Problem gelöst werden könnte. Aber das war eine irrige Ansicht. Wir wissen heute, daß die Orientländer weder politisch, noch ökonomisch, noch sozial als homogene Einheiten behandelt werden können. Darum ist diese Orientfrage für die Kommunistische Internationale, vorausgesetzt, daß die Kommunistische Internationale sie ernst zu nehmen wünscht, eine Frage von größerer Kompliziertheit, als jene des Kampfes im Westen. Der soziale Charakter der Bewegung in den Ländern des Westens ist im Kampfe ein und derselben Art. Aber im Osten ist das nicht der Fall.

Die Länder des Orients können in drei Kategorien geteilt werden. Erstens, jene Länder, in denen der Kapitalismus ziemlich hoch entwickelt ist. Länder, wo nicht nur die Einfuhr von Kapitalien aus den großen Kapitalzentren die Industrie entwickelt hat, sondern wo auch ein einheimischer Kapitalismus groß geworden ist, der das Entstehen einer Bourgeoisie mit entwickeltem Klassenbewußtsein und ihres Gegenstücks, eines Proletariats, gefördert hat, das gleichfalls sein Klassenbewußtsein entwickelt und sich mit ökonomischen Kämpfen befaßt, die allmählich in ihr politisches Stadium umschlagen. Zweitens, jene Länder, wo die kapitalistische Entwicklung schon eingesetzt hat, aber noch auf niedrigem Niveau steht, und wo der Feudalismus noch das Rückgrat der Gesellschaft bildet. Dann haben wir einen dritten Grad, wo die primitiven Verhältnisse noch vorherrschen, wo der feudale Patriarchalismus die Gesellschaftsordnung ausmacht. Wie ist nun für die Länder, die die Bezeichnung „Kolonial- und Halbkolonialländer" erhalten haben, die in so verschiedene Gruppen geteilt werden können, — wie ist nun für diese Länder ein allgemeines Programm oder eine allgemeine Richtschnur der Taktik möglich, um die Entwicklung der revolutionären Bewegung zu fördern? Unsere heutige Aufgabe auf dem 4. Kongreß ist es nun, jene grundlegenden Prinzipien, welche durch den 2. Kongreß der Kommunistischen Internatio-

nale festgesetzt wurden, gründlich auszuarbeiten. Wir stehen heute dem konkreten Problem gegenüber, wie wir die Entwicklung der Bewegung in jenen Ländern fördern können; denn trotz der oben angeführten Unterschiede in jenen Ländern haben wir es doch in jedem mit einer revolutionären Bewegung zu tun. Aber da die soziale Struktur dieser Länder verschieden ist, so ist die Natur der revolutionären Bewegung gleichfalls verschieden. Insoweit die soziale Natur verschieden ist, muß das Programm für jene Bewegungen auch verschieden sein, und auch die Taktik muß verschieden sein.

Angesichts dessen haben alle die Orientdelegationen, die auf diesem Kongreß zugegen sind, gemeinsam mit der Orientsektion der Kommunistischen Internationale Thesen vorbereitet, die dem Kongreß vorgelegt worden sind. In diesen Thesen ist die allgemeine Lage des Orients dargelegt und die Entwicklung der Bewegung seit dem 2. Kongreß geschildert worden, und auch die Richtlinie, die die Entwicklung der Bewegung in jenen Ländern bestimmen sollte, ist gleichfalls angegeben worden.

Während des 2. Kongresses, d. h. gleich nach dem imperialistischen Kriege, konstatierten wir unter den Kolonialvölkern eine allgemeine Erhebung. Diese Erhebung entstand infolge der intensiven ökonomischen Ausbeutung während des Krieges.

Diese große revolutionäre Erhebung erregte das Aufsehen der ganzen Welt. Es gab einen Aufstand in Ägypten im Jahre 1919 und einen anderen des koreanischen Volkes im selben Jahr. In den zwischen diesen beiden äußersten Punkten liegenden Ländern war eine mehr oder weniger intensive und ausgedehnte revolutionäre Erhebung zu bemerken. Aber damals waren diese Bewegungen weiter nichts, als große spontane Erhebungen, und seit jenen Tagen haben die verschiedenen Elemente und sozialen Faktoren, aus denen diese Bewegung zusammengesetzt war, sich ebensoweit geklärt, wie die soziale ökonomische Basis sich entwickelt hat. Infolgedessen konstatieren wir heute, daß die Elemente, die vor zwei Jahren die aktiven Teilnehmer jener Bewegungen waren, diese allmählich verlassen, wenn sie sie nicht schon verlassen haben. So ist, z. B. in den kapitalistisch entwickelteren Ländern die oberste Schicht der Bourgeoisie, d. h. jener Teil der Bourgeoisie, der bereits das besitzt, was man einen Einsatz im Lande nennen könnte, der ein größeres Kapital investiert und eine Industrie ausgebaut hat, der Ansicht, es sei für ihn vorteilhafter, heute unter imperialistischer Protektion zu stehen. Denn als die große soziale Erhebung gegen Ende des Krieges stattfand und sich zu einem revolutionären Sturm entwickelte, da waren es nicht nur die ausländischen Imperialisten, sondern ebenso auch die eingeborene Bourgeoisie, die sich durch seine Möglichkeiten bedroht fühlten. In keinem jener Länder ist die Bourgeoisie schon genug entwickelt, um es sich zutrauen zu können, den ausländischen Imperialismus zu ersetzen und nach dem Sturz des Imperialismus „Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten zu können. In Wahrheit befürchten sie jetzt, daß, falls die ausländische Herrschaft gestürzt wird, dieser revolutionären Erhebung eine Periode der Anarchie, des Chaos und der Unruhen des Bürgerkrieges folgen könnte, was für ihre eigenen Interessen nicht von Vorteil sein würde. Mit anderen Worten, die industrielle Entwicklung

der Bourgeoisie braucht Ruhe und Ordnung, die der ausländische Imperialismus den meisten dieser Länder brachte. Die Bedrohung dieser Ruhe und Ordnung, die Möglichkeit von Unruhen und revolutionären Erhebungen lassen es der einheimischen Bourgeoisie passender erscheinen, mit der imperialistischen Oberherrschaft ein Kompromiß zu schließen.

Selbstverständlich wurde dadurch die Bewegung in einigen Ländern geschwächt, dessenungeachtet kann aber dies vorübergehende Kompromiß die Bewegungen nicht in ihren Grundlagen abschwächen. Um seine Macht in jenen Ländern aufrechtzuerhalten, muß sich der Imperialismus nach lokaler Unterstützung umsehen, er muß eine soziale Grundlage haben, er muß sich der Unterstützung der einen oder der anderen Klasse der einheimischen Gesellschaft versichern. Heutzutage hat er es für notwendig befunden, die alten Methoden der Ausbeutung zu verwerfen, und er hat der einheimischen Bourgeoisie oder einem gewissen Teil der einheimischen Bourgeoisie auf politischem und ökonomischem Gebiet gewisse Zugeständnisse gemacht. Diese Zugeständnisse haben einstweilen die einheimische Bourgeoisie versöhnt; aber sie haben auch weitere Perspektiven vor ihr eröffnet. Sie haben sie Geschmack an der ökonomischen Entwicklung finden lassen und eine kapitalistische Konkurrenz geschaffen, denn sobald die Industrie in den Kolonialländern zu wachsen beginnt, untergräbt sie die Grundlage des Monopols des imperialistischen Kapitals.

Darum kann das zeitweilige Kompromiß zwischen einheimischer und imperialistischer Bourgeoisie nicht von langer Dauer sein. In diesem Kompromiß finden wir die Keime zu künftigen Konflikten.

In jener zweiten Ländergruppe, wo Wucher- und Handelskapital, feudale Bürokratie und feudaler Militarismus die leitenden sozialen Elemente und die Führer der nationalen Bewegung sind, ist gleichfalls diese imperialistische Kompromißpolitik eingeführt worden, aber sie hat nicht so befriedigende Resultate gezeitigt wie in jenen anderen Ländern, weil die Interessen der feudalen Bürokratie und der kolonialen Feudalherren nicht so leicht eingeschläfert werden können, wie es zwischen der imperialistischen und einheimischen Bourgeoisie der Fall ist. Darum sehen wir, daß im Laufe des letzten Jahres der Kampf in der Türkei, der nationalistische Kampf in der Türkei, über alle Kolonialkämpfe die Oberhand gewonnen hat.

Aber die letzten Ereignisse in der Türkei zeigen uns ebensogut die Schwäche dieses Umstandes, da wir wissen, daß ein Nationalkampf das politische Nationalgefühl nicht entwickeln kann, solange die soziale Ökonomie des betreffenden Volkes durch das feudale Patriarchalsystem gebunden ist. Solange es keine Bourgeoisie gibt, die die Führung der Gesellschaft übernimmt, kann kein Nationalkampf mit all seinen revolutionären Möglichkeiten zustande kommen. So ist in all diesen Ländern der Nationalkampf der Entwicklung der Bourgeoisie entsprechend vertieft worden. Obwohl wir wissen, daß es gefährlich ist, wenn die Kolonialbourgeoisie mit der imperialistischen Bourgeoisie ständig Kompromisse schließt, so müssen wir von diesem Gesichtspunkt aus im Prinzip immer dafür sein: daß eine bürgerlich nationale Bewegung in den Kolonialländern objektiv revolutionär ist und darum unterstützt werden muß; aber wir dürfen den Umstand nicht über-

sehen, daß diese objektive Macht nicht bedingungslos angenommen werden darf, und daß besondere historische Gründe in Betracht gezogen werden müssen. Die Bourgeoisie wird zu einem revolutionären Faktor, wenn sie den Aufruhr gegen rückständige überlebte Gesellschaftsformen richtet, d. h. wenn der Kampf im Grunde gegen die Feudalordnung gerichtet ist und die Bourgeoisie dabei das Volk führt. Dann ist die Bourgeoisie die Vorhut der Revolution.

Aber von der neuen Bourgeoisie der Orientländer oder von ihrem größten Teil kann man dies nicht behaupten. Obwohl die Bourgeoisie dort Führerin des Kampfes ist, so führt sie ihn trotzdem nicht gegen den Feudalismus. Sie führt den Kampf der schwachen, unentwickelten und unterdrückten Bourgeoisie gegen eine starke und entwickelte Bourgeoisie. Statt ein Klassenkampf zu sein, ist es sozusagen ein Konkurrenzkampf, und enthält als solcher Kompromißelemente.

Somit kann der nationalistische Kampf in den Kolonien, die revolutionäre Bewegung für nationale Entwicklung in den Kolonien nicht ausschließlich und einfach auf eine Bewegung gegründet werden, die von der bürgerlichen Ideologie inspiriert und von der Bourgeoisie geführt wird. Wir sehen jetzt, daß in jedem Lande alle diese leitenden Faktoren — die liberale Bourgeoisie in den fortgeschrittensten Ländern und die feudalen Militärcliquen in der zweiten Gruppe dieser Länder — allmählich Versuche machen, mit der imperialistischen Oberherrschaft und dem imperialistischen Kapitalismus Kompromisse zu schließen.

Dieser Umstand stellt uns vor die Frage, ob es eine Möglichkeit gibt, daß ein anderer sozialer Faktor in diesen Kampf eingreift und seine Leitung jenen Händen entwindet, die den Kampf bis jetzt geführt haben.

Wir sehen, daß in den Ländern, wo der Kapitalismus genügend entwickelt ist, ein solcher sozialer Faktor bereits ins Leben zu treten beginnt. Wir sehen, daß in diesen Ländern eine Proletarierklasse im Entstehen begriffen ist; und wo der Kapitalismus die Bauernschaft zu bedrängen begonnen hat, da entstand durch ihn eine große Masse armer und landloser Landarbeiter. Diese Massen werden allmählich in den Kampf hineingezogen, wodurch dieser nicht mehr rein ökonomischer Natur ist, sondern von Tag zu Tag immer mehr und mehr einen politischen Charakter annimmt. In den Ländern, wo der Feudalismus und die feudale Militärclique noch die Führung in der Hand halten, finden wir gleichfalls eine wachsende Agrarbewegung in der Entwicklung begriffen. In jedem Konflikt, in jedem Kampf sehen wir, daß die Interessen des imperialistischen Kapitals mit denen der einheimischen Grundbesitzer und feudalen Klasse identisch sind und daß, wenn die Volksmasse sich erhebt, wenn die nationale Bewegung einen revolutionären Umfang annimmt, sie nicht nur das imperialistische Kapital und die ausländische Oberherrschaft bedroht, sondern daß sie auch die eingeborenen oberen Klassen sich den ausländischen Ausbeutern anschließen sieht.

Wir sehen, wie sich in den Kolonialländern ein doppelter Kampf abspielt, ein Kampf, der gleichzeitig gegen den ausländischen Imperialismus und gegen die einheimischen oberen Klassen gerichtet ist, die



unmittelbar oder mittelbar den ausländischen Imperialismus stärken und unterstützen.

Das ist die Grundlage des Problems, das wir zu erforschen haben: wie die einheimische Bourgeoisie und die einheimischen oberen Klassen, deren Interessen jenen des Imperialismus zuwiderlaufen, oder deren ökonomische Entwicklung durch die imperialistische Herrschaft verhindert wird, ermutigt und unterstützt werden können, um den Kampf aufzunehmen? Wir müssen herausfinden, wie die objektive revolutionäre Bedeutung dieser Faktoren ausgenutzt werden kann. Gleichzeitig müssen wir im Auge behalten, daß diese Faktoren nur bis hierher und nicht weiter wirken dürfen. Wir müssen wissen, daß sie bis zu einer gewissen Grenze gehen werden, um dann zu versuchen, die Revolution aufzuhalten. Wir haben schon in allen Ländern derartige Erfahrungen gemacht. Eine Übersicht der Bewegung in allen Orientländern während der letzten Jahre hätte uns geholfen, unsere Programmpunkte zu entwickeln, aber die uns zur Verfügung stehende Zeit gestattet das nicht. Jedenfalls glaube ich, daß die meisten von Ihnen ziemlich gut mit der Entwicklung der Bewegung in jenen Ländern bekannt sind. Sie wissen, daß die Bewegung in Ägypten und Indien infolge der Ängstlichkeit und des Schwankens der Bourgeoisie zu einem Stillstand gebracht wurde, wie eine große revolutionäre Bewegung, die die breiten Massen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse umfaßte und den Imperialismus ernstlich bedrohte, diesem keinen schweren Schaden zufügen konnte, aus dem einfachen Grunde, weil die Leitung dieser Bewegung in den Händen der Bourgeoisie lag.

Die Bourgeoisie teilte sich in zwei Gruppen. Die obere Schicht, die industriell entwickelt ist und große industrielle und kommerzielle Interessen hat, die mit dem imperialistischen Kapital verknüpft sind, — sah, welche Gefahr ihrer Ausbreitung drohte, und ging deshalb zum Imperialismus über. Hierdurch wurde sie selbst ein positives Hindernis für die revolutionäre nationalistische Bewegung mit ihrem schwachen sozialen Hintergrund. Sie besaß nicht die Entschlossenheit, den Mut, sich selbst an die Spitze der großen revolutionären Bewegung zu stellen, um sie fortzuführen, und folglich hat die Bewegung, die von diesen Elementen verraten und irregeführt wurde, ihr gegenwärtiges Depressionsstadium erreicht.

Andererseits haben wir das Beispiel des türkischen Kampfes. Dieser Kampf findet gegenwärtig statt und Sie wissen, wie der bedeutende Sieg des türkischen Volkes nicht bis zu seinen logischen Konsequenzen durchgeführt worden ist, dank der feudalen Militärclique, die heute an der Spitze der Bewegung steht. Der endgültige Sieg des türkischen Volkes, die völlige politische und ökonomische Befreiung der türkischen Nation, ist und wird in Frage gestellt, nur damit die Interessen einer kleinen feudalen Militärclique geschützt werden, weil diese es vorteilhafter fand, sich an eine Gruppe Imperialisten zu verkaufen. Diese Clique fand es am vorteilhaftesten, sich mit einer Imperialistengruppe gegen eine andere zu verbinden. Das könnte zur Vergrößerung dieser Gruppe und zur Thronbesteigung von Mustapha Kemal Pascha an Stelle des Sultans führen, der hauptsächlich ein Werkzeug des britischen Imperialismus war, — aber dadurch wird das türkische nationale Problem keineswegs gelöst. Und wir wissen,

daß, während vor zwei oder drei Monaten die revolutionären Elemente der ganzen Welt über die Siege von Mustapha Kemal Pascha jubelten, diese jetzt die Nachricht erhalten, daß Kemal in der freien Türkei, die durch die revolutionäre Kraft der Arbeiter und Bauern befreit worden ist, alle auf das grausamste verfolgt, die die Wohlfahrt der Arbeiter und Bauern anstreben. Das ist der Beweis dafür, daß zwar die Bourgeoisie und die feudale Militärclique in dem einen oder anderen dieser Länder die Führung des nationalistisch revolutionären Kampfes übernehmen können, daß aber dann ein Zeitpunkt kommt, wo diese Leute todsicher die Bewegung verraten und zu einer gegenrevolutionären Macht werden. Solange wir das andere soziale Element, das objektiv revolutionärer ist, nicht derartig politisch erziehen, daß es den Platz jener einnehmen und die Führerschaft übernehmen kann, solange ist der endgültige Sieg des nationalistischen Kampfes für die Gegenwart problematisch. Obgleich wir vor zwei Jahren dieses Problem noch nicht so klar durchschauten, war diese Tendenz doch schon als eine objektive Tendenz vorhanden, und als Ergebnis der Gegenwart besitzen wir fast in allen orientalischen Ländern kommunistische Parteien, politische Massenparteien. Wir wissen, daß diese kommunistischen Parteien in den meisten dieser Länder nicht eigentlich kommunistische Parteien im westlichen Sinne des Wortes genannt werden können, aber ihr Dasein beweist, daß soziale Faktoren dort politische Parteien erfordern, nicht bürgerlich politische Parteien, sondern politische Parteien, die die Forderungen, Interessen und Aspirationen der Volksmassen, der Bauern und Arbeiter ausdrücken und widerspiegeln und die jene Sorte des Nationalismus ersetzen, der nur für die ökonomische Entwicklung und die politische Verstärkung der einheimischen Bourgeoisie kämpft. Die Existenz dieser kommunistischen Parteien in jenen orientalischen Ländern und ihre historische Rolle gewinnen an Bedeutung, wenn wir die Sache von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachten, wenn wir sie von jenem Gesichtspunkt aus betrachten, wonach die Bourgeoisie in den Kolonial- und Halbkolonialländern unglücklicherweise den Kampfplatz ein wenig zu spät, um 150 Jahre zu spät, betreten hat, und keineswegs bereit ist, die Befreierrolle zu spielen, weil sie soweit und nicht weiter gehen kann noch will. Darum wird die nationalistische revolutionäre Bewegung in diesen Ländern, wo Millionen und aber Millionen nach nationaler Befreiung seufzen und sich ökonomisch wie politisch vom Imperialismus befreien müssen, bevor sie weitere Fortschritte machen können, unter der Führerschaft der Bourgeoisie keinen Erfolg haben.

Darum sehen wir, daß diese kommunistischen Parteien notwendig sind, wenngleich sie augenblicklich weiter nichts als Zellen sind, und daß sie bestimmt sind, eine große Rolle zu spielen, da sie die Führerschaft in dem nationalen Revolutionskampf übernehmen werden, wenn er von der Bourgeoisie verlassen und verraten werden wird. Sie werden fähig sein, den Kampf um die Befreiung vom Imperialismus fortzusetzen. Sie allein werden in der Lage sein, den Kolonialvölkern und den unterdrückten Nationalitäten zu völliger politischer und ökonomischer Unabhängigkeit zu verhelfen.

Diese Parteien sind für diese Aufgabe geschichtlich bestimmt und sozial befähigt, da sie sich auf die objektiv revolutionärsten Faktoren,

nämlich die Arbeiter und Bauern stützen, — jene Faktoren, die mit dem Imperialismus kein gemeinsames Interesse haben und deren soziale Lage und ökonomische Verhältnisse nicht verbessert werden können, solange diese Länder unter kapitalistisch-imperialistischer Herrschaft stehen.

Darum kann der nationale Revolutionskampf in diesen Ländern nur unter der Führerschaft der Arbeiter und Bauern, d. h. einer politischen Partei, die die Arbeiter und Bauern vertritt, zu einem endgültigen Siege gelangen.

Genossen, die Notwendigkeit der Organisation kommunistischer Parteien in diesen Ländern führt uns jetzt zu dem Programm und der Taktik dieser kommunistischen Parteien. Ich muß darauf hinweisen, daß, wenn die Kommunistische Internationale das Programmproblem debattiert, sie den Umstand ernstlich in Betracht ziehen muß, daß die Entwicklung eines Programms der Internationale in den Orientländern sehr kompliziert ist. Es ist um so komplizierter, da — das muß leider eingestanden werden — unsere Genossen von der Kommunistischen Internationale dem Studium dieser Fragen bisher sehr wenig Zeit gewidmet haben.

Bevor wir in dieser Frage ein Programm verfassen und eine Taktik entwickeln können, die von den kommunistischen Parteien in den Orientländern angenommen werden sollen, tut es not, daß die verschiedenen Sektionen der Internationale diesen Fragen ein wenig mehr Aufmerksamkeit widmen und sie ein wenig sorgfältiger studieren. Es wäre für sie keine vergebliche Arbeit, weil die Macht der Bourgeoisie gegenwärtig in ihren eigenen Ländern sehr eng mit der Lage in den Kolonialländern verknüpft ist; weil der Imperialismus gegenwärtig den Versuch macht, sich durch Entwicklung der Industrie in den Kolonialländern zu retten. Während des Krieges hielt der Imperialismus, insbesondere der britische Imperialismus, es für notwendig, sein Verfügungsmonopol über das industrielle und ökonomische Leben der rückständigen Kolonialländer weniger rigoros zu handhaben. So wurde z. B. einem Lande wie Indien, das länger als 150 Jahre eine landwirtschaftliche Reserve und Rohmaterialienquelle für die britische Industrie war, während des Krieges eine genügende industrielle Entwicklung gestattet. Die Erschütterung des kapitalistischen Gleichgewichts in Europa zwingt den Imperialismus, sich nach neuen Märkten umzusehen, damit das Gleichgewicht des Weltkapitalismus wiederhergestellt werden könne. Sie hoffen sie in den Kolonialländern zu finden, indem sie Länder wie Indien und China industriell entwickeln; sie versuchen die Lösung dieses Problems auf diesem Wege zu finden. Indem der Imperialismus sich auf die Hilfsquellen der Kolonialländer stützt, sucht er seine Offensive gegen das europäische Proletariat zu einem vernichtenden Sieg auszugestalten. Wir dürfen diese Tendenz nicht aus den Augen verlieren. Wir können zwar folgenden Einwand erheben: Das kann nicht geschehen, weil es im Interesse des Imperialismus liegt, daß die Kolonialländer ökonomisch rückständig bleiben, damit die in den herrschenden Ländern produzierten Waren hier losgeschlagen werden können. Gut, aber das ist eine sehr mechanische Art, die Dinge zu betrachten. Wir dürfen nicht vergessen, daß, wenn wir die Rockschöße der Chinesen um ein paar Zoll



verlängern, die Textilproduktion der Welt verdoppelt werden muß. Auf Grund der industriellen Entwicklung kann das Lebensniveau von 400 Millionen Chinesen gehoben und somit die Textilproduktion der Welt verdoppelt werden. Die industrielle Entwicklung Chinas hat nicht notwendigerweise die Einschränkung der Produktion in den kapitalistischen Hauptländern zur Folge. Wenn diese Länder sich industriell entwickeln, so brauchen sie Maschinen usw., die sie nicht selbst produzieren können, und somit würde zwar der Kolonialmarkt in einigen Warensorten eingeschränkt und begrenzt werden, doch was die Maschinen anbelangt, muß er erweitert werden.

Außerdem muß der Teil der Produktion von England und anderen Ländern, der gewöhnlich in Zentral- und Westeuropa Märkte fand, sich neue Abnehmer suchen, und das kann nur dadurch geschehen, daß man die konsumierende Kraft der Kolonialländer entwickelt.

Sie sehen, daß die Vereinigung des imperialistischen Kapitals mit dem einheimischen Kapital in den Kolonial- und Halbkolonialländern eine große Rolle in dem umfangreichen Schema der kapitalistischen Offensive spielen wird. Um fähig zu sein, die kapitalistische Offensive in den europäischen Ländern zu bekämpfen, müssen wir unsere Streitmacht mit der Bewegung in den Kolonial- und Halbkolonialändern in Einklang bringen.

Die während der letzten zwei Jahre bei der Koordinierung unserer Macht mit der der bürgerlichen nationalistischen Parteien in diesen Ländern gemachten Erfahrungen lehrten uns, daß diese Verbindung nicht immer praktisch ist. Es ist notwendig, daß wir in diesen Ländern unsere eigenen Parteien haben, und wir müssen sie haben. Durch Vermittlung dieser Parteien können wir die bürgerlich-revolutionären Parteien in den weitesten Grenzen ausnutzen.

Das führt uns zu der Frage der anti-imperialistischen Einheitsfront. Schulter an Schulter mit der Einheitsfront der Arbeiterschaft in den Westländern müssen wir in den Kolonial- und Halbkolonialländern eine anti-imperialistische Einheitsfront organisieren. Das Ziel dieser anti-imperialistischen Einheitsfront ist die Organisation aller zur Verfügung stehenden revolutionären Mächte zu einer großen Einheitsfront gegen den Imperialismus. Die Organisation dieser Front — das zeigte uns die Erfahrung der letzten zwei Jahre — konnte unter der Führung der bürgerlichen Parteien nicht realisiert werden. Darum müssen wir unsere Parteien in diesen Ländern entwickeln, um die Leitung und Organisierung dieser Front in die Hand zu nehmen. So, wie die Taktik der proletarischen Einheitsfront in den westlichen Ländern zu einer Akkumulierung der organisatorischen Wucht führt und den Verrat und die Kompromißtaktik der sozialdemokratischen Parteien enthüllt, indem sie sie zu Konflikten führt, so wird die Kampagne der anti-imperialistischen Einheitsfront in den Kolonialländern die Führung der Bewegung von der ängstlichen und schwankenden Bourgeoisie befreien und die Massen aktiver in die Vorhut bringen, damit das revolutionärste soziale Element die Grundlage der Bewegung bilde und somit den endgültigen Sieg sichere.

KATAYAMA (Japan): Genossen! Ich stehe hier, um über die japanische Frage und die Frage des Fernen Ostens zu sprechen. Japan



nimmt in der kommenden sozialistischen Revolution eine sehr wichtige Stellung ein. Japan ist das einzige Land im Fernen Osten, das wirklich, wirtschaftlich sowohl wie politisch, unabhängig ist. Japan ist für die revolutionäre Bewegung in der ganzen Welt von großer Wichtigkeit, denn in naher Zukunft werden sich die japanischen Arbeiter vielleicht gegen die kapitalistische Klasse erheben. Aus diesem Grunde möchte ich Euch bitten, aufmerksam zuzuhören. Wir alle wissen, und ich brauche es Euch wohl kaum noch zu sagen, daß wir die russische Revolution beschützen müssen. Sowjetrußland wird vom japanischen Imperialismus bedroht. Aus diesem Grunde allein sollten der 4. Kongreß und die Kommunisten der Welt dieser Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen, als es bisher der Fall gewesen ist. Auf diesem Kongreß ist Japan vertreten, um die soziale Weltrevolution weiterführen zu helfen. Aus diesem Grunde, Genossen, möchte ich, daß Ihr meinen Bericht über Japan und die Lage in Japan lest. Ich möchte Euch ein paar Tatsachen aufzählen, Tatsachen, die Euch über Japan aufklären werden.

Bevölkerung:	56 000 000	
Nationalvermögen:	87 000 000 000	Yen
Produziert im Jahre 1917:	8 372 000 000	„
„ „ „ 1918:	5 608 000 000	„

Japan ist das industriell entwickeltste Land des Fernen Ostens; zum Beweis will ich Euch einige Zahlen anführen:

Beschäftigungsart	Männer	Jugendliche	Frauen	Insgesamt
Staatsbeamte	133 000	—	43 000	176 000
Fabriken mit 10 oder mehr Arbeitern	706 000	—	314 000	1 520 000
Bergleute	353 000	—	112 000	465 000
Waldarbeiter	564 000	—	147 000	716 000
Fischer	617 000	20 000	170 000	808 000
Eisenbahnarbeiter	2 373 000	20 000	1 186 000	3 860 000
Landarbeiter	1 856 000	55 000	1 402 000	3 293 000
Volksschullehrer	173 000		53 000	226 000

Zusammen gibt es also 7 364 000 Arbeiter

All dies sind Lohnarbeiter, die in einigen Fällen ungeheuer ausgebeutet werden. Der Arbeitstag in den Spinnereien dauert 11 und 12 Stunden; dann gibt es noch Nachtschichten. In diesen Fabriken arbeiten Frauen und junge Mädchen. Außerdem gibt es noch 4 160 000 Familien armer Bauern und Pächter.

Ein Teil des Industrieproletariats unter diesen Arbeitern ist organisiert; im Jahre 1920 gab es 838 Gewerkschaften mit einer Mitgliedschaft von 269 000 und im Jahre 1921 671 Gewerkschaften mit einer Mitgliedschaft von 246 000 und 229 Pächtervereine mit einer Mitgliedschaft von 24 000. Diese Zahlen haben sich selbstverständlich seitdem vergrößert. Der Verband der Grundbesitzer, der mit Ausnahme von 225 Großgrundbesitzern in Wirklichkeit eine Kleinbauernorganisation ist, hat einen Mitgliederbestand von 1 422 000. Es gibt ferner Vereine für gegenseitige Hilfe, und zwar betrug ihre Zahl im Jahre 1920 685 mit einem Mitgliederbestand von 2 000 000. Diese letzteren Vereine unterstützten 3 169 000 Personen mit der Summe von 1 551 000 Yen.

Genossen! Diese ungeschminkten Tatsachen sind Regierungsberichten entnommen. Was die Gewerkschaften anbetrifft, so hat die Regierung selbstverständlich versucht, ihre Zahl zu verkleinern; wir haben in Wirklichkeit mehr. Die japanischen Arbeiter werden von der militaristischen Regierung unterdrückt und ausgebeutet. Jeder Versuch, eine liberale Bewegung zu gründen, wird rücksichtslos unterdrückt. Aber die japanischen Arbeiter wachen auf; sie mußten europäische Technik lernen und die europäischen Methoden zur Führung der Industrie. Es dauerte ungefähr 40 bis 50 Jahre und in dieser kurzen Zeit haben sie alles gelernt. Ich kann mich gut entsinnen, daß, als ich 13 oder 14 Jahre alt war, es überhaupt noch keine nennenswerten Fabriken gab. Es gab im ganzen Lande nur 25 Meilen Eisenbahn und von Kohle und Petroleum hatten wir nie etwas gehört. Für Beleuchtungszwecke benutzten wir Kerzen. Es gab in Japan keine Maschinen außer dem Wasserrad und dem Spinnrad.

Heute haben wir 6000 Meilen Eisenbahn, eine Handelsflotte mit einer Gesamttonnage von 4 000 000 t, und, ich schäme mich, es Euch zu sagen, eine Flotte mit einer Gesamttonnage von 700 000 t. In 40 bis 50 Jahren haben die Japaner gelernt, Dampfschiffe, Lokomotiven und komplizierte Maschinen zu bauen, während die Arbeiter immer mehr und mehr unterdrückt wurden. Die Japaner sind auch zur Erlernung der Kriegskunst gezwungen worden. Im Jahre 1894 führte Japan gegen China und im Jahre 1904 gegen Rußland Krieg. Die japanischen Arbeiter opferten sich als Kanonenfutter, aber sie sahen ein, daß sie nur für Japans Kapitalisten kämpften. Dies war eine große Erkenntnis für die japanischen Arbeiter. Sie haben nicht nur die komplizierte moderne Industrietechnik gelernt, sondern haben auch eine Arbeiterbewegung organisiert. Unsere Gewerkschaften sind noch sehr schwach, aber ich sage Euch, daß es in Japan weder einen Henderson noch einen Gompers gibt. Sie scheren sich nicht um die Kasse oder um das Eigentum der Gewerkschaft, sie kämpfen für die Revolutionierung Japans. Sie fordern außer Lohnerhöhungen Herabsetzung der Arbeitszeit und Industriekontrolle und sind entschlossen, ihren Kampf für ein neues Gesellschaftssystem durchzuführen. Unsere Gewerkschaftsführer verstehen die kapitalistischen Bedingungen und beweisen den Arbeitern, daß das kapitalistische System die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt schaffen kann, daß dies nicht eher der Fall sein wird, ehe der Kapitalismus abgeschafft ist.

Genossen! Unsere Arbeiter sind noch rückständig, was die Arbeiterbewegung anbetrifft, aber ich muß Euch sagen, daß wir keine hindernden Traditionen und keine reaktionäre Arbeiteraristokratie haben und daß sich aus diesem Grunde die Bewegung in Japan schneller entwickelt als in anderen Ländern. Die meisten der Gewerkschaften sind erst kürzlich, d. h. vor ein paar Jahren, gegründet worden, aber eine Gewerkschaft besteht schon 11 Jahre. Ich möchte Euch zeigen, wie die japanische Arbeiterbewegung fortgeschritten ist. Die Yuai Kai (Japanische Arbeiterföderation) wurde vor 11 Jahren gegründet, um die Arbeiter zu erziehen, und zwar von Suzuki, einem Studenten, der sich rühmte, die Freundschaft des Polizeipräsidenten von Tokio zu genießen. Und trotzdem diese Bewegung als eine Bildungsbewegung gegründet wurde, verursachte sie doch eine große Überraschung. Da Suzuki der



persönliche Freund des Chefs des Detektivbüros war (eine Tatsache, auf die er sehr stolz war), erlaubte man ihm, eine Arbeiterbewegung zu gründen. Die Polizisten halfen ihm sogar, das Organ der amerikanischen Arbeiterföderation zu verteilen. Aber die Arbeiter wollten sich mit einer reinen Bildungsorganisation nicht zufrieden geben. Trotzdem wuchs sie ungeheuer schnell. Zehntausende von Arbeitern vereinigten sich in der Japanischen Arbeiterföderation, die darauf Industrieverbände bildete, die nach und nach, trotz ihres bürgerlichen Gründers stark und radikal wurden. Zuerst waren sie sozialistisch; im letzten Oktober jedoch, auf ihrer Jahresversammlung wurden sie ausgesprochen bolschewistisch. Der Föderation sind 63 Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedschaft von 120 000 Arbeitern angeschlossen. Auf der erwähnten Jahresversammlung im Oktober beschloß man unter anderem, daß man sich auf einen 24stündigen Generalstreik am 1. Mai vorbereiten müsse. Die Delegierten stimmten für die sofortige Anerkennung Sowjetrußlands und für die Aufgabe des Arbeitsamts des Völkerbundes. Sie stimmten ferner für eine Propaganda für radikalere Textbücher in den Schulen. In Japan werden die Kinder in den Schulen (was auch in Amerika der Fall ist) mit Textbüchern versehen, die ihren Geist zugunsten der imperialistischen und kapitalistischen Klassen vergiften. Wir müssen anti-militaristische und anti-chauvinistische Propaganda führen.

Dies zeigt, daß diese Gewerkschaft in den 10 Jahren, seit sie unter dem Schutz der Polizei gegründet wurde, stark und revolutionär geworden ist. Ihr linker Flügel hat einen Delegierten zum Zwecke des Anschlusses an die Rote Gewerkschaftsinternationale geschickt. Dies zeigt, daß die japanische Arbeiterbewegung Fortschritte macht. Genossen! Ich habe einen unerschütterlichen Glauben an die japanische Arbeiterbewegung. Die japanischen Arbeiter haben während anderthalb Generationen gelernt, die industrielle Technik zu beherrschen und die moderne Industrie zu leiten; hierzu haben die europäischen Arbeiter länger als ein Jahrhundert gebraucht. Da die japanische Industrie in so kurzer Zeit von Arbeitern aufgebaut worden ist, behaupte ich, daß die japanischen Arbeiter auch lernen werden, den revolutionären Kampf, und zwar nicht nur in Japan selbst, sondern im ganzen Fernen Osten zu führen.

Es ist eine Tatsache, daß sich schon japanische und koreanische Arbeiter, und speziell die unabhängigen Revolutionäre in Korea, zu revolutionärer Arbeit im Fernen Osten zusammengetan haben. Ich weiß, daß in vielen Ländern der Welt der japanische Arbeiter als billig verschrien ist, ich weiß, daß diese Tatsache in Nordamerika, Kanada und Australien ein Faktor ist, mit dem man rechnen muß, aber, Genossen, ich sage Euch, daß die japanischen revolutionären Arbeiter, nein, die ganze Mitgliedschaft der Gewerkschaften sich nicht beklagen über die antijapanische Bewegung in Nordamerika und Australien. Sie haben wichtigeres zu tun als sich über die antijapanische Bewegung in diesen Ländern aufzuhalten, und sie haben gefunden, daß sie diese Arbeit tun können. Die japanischen Arbeiter kämpfen und protestieren gegen den Ausschluß chinesischer Arbeiter und die japanischen Gewerkschaften bekämpfen die Kapitalisten, die die koreanische Arbeiterschaft grausam ausbeuten. Die koreanischen Arbeiterorganisationen in Japan sind der Japanischen Arbeiterföderation angeschlossen. Sie warten auf den

Tag der völligen Befreiung der Arbeiterklasse unter dem Einfluß der russischen Revolution. Aus diesem Grunde möchte ich meinen Genossen aller Länder, die eine antijapanische Bewegung haben, versichern, daß die japanischen Arbeiter, die fortgeschrittenen revolutionären Arbeiter und die radikalen Gewerkschaften sich nicht um diese antijapanischen Bewegungen kümmern. Sie erwarten, daß Ihr eine Einheitsfront gegen den Imperialismus und Kapitalismus der ganzen Welt errichtet. Ich freue mich, hier sagen zu können, daß die japanischen Arbeiter schon angefangen haben, für die Einheitsfront im Fernen Osten zu wirken. Mit Unterstützung Sowjetrußlands und der Komintern haben wir im Februar und März dieses Jahres eine Konferenz des Fernen Ostens gehabt, auf der wir die Einheitsfront errichteten. Die japanischen, chinesischen und koreanischen Kommunisten gingen mit der Errichtung der Einheitsfront gegen den japanischen Imperialismus voran. Genossen aus dem Westen! Ich möchte hier sagen, daß, obschon Ihr vielleicht in Euren Ländern die japanischen Arbeiter gering einschätzt, Ihr mit mir übereinstimmt, daß ein Versuch gemacht werden muß, den japanischen Imperialismus zu zerschmettern. Nicht wahr? Wir sind unter diesem Banner organisiert, um den japanischen Imperialismus im Fernen Osten zu bekämpfen.

Ich möchte nun ein paar Worte über die Frauenbewegung sagen. Der 4. Kongreß hat diesen Punkt ein wenig vernachlässigt. Die japanischen Arbeiterinnen werden sehr ausgebeutet. Sie sind Gefangene in den Wohnhäusern der Unternehmer und arbeiten 12 Stunden täglich in Tag- und Nachtschichten. In früheren Zeiten war es den japanischen Frauen untersagt, sich an politischen Versammlungen zu beteiligen und politische Vereine zu bilden. Diese Verbote sind jetzt jedoch aufgehoben worden. Die japanischen Frauen werden in den besten Bildungsanstalten des Landes erzogen und verwenden ihre Bildung zur Verbesserung ihrer Lage. Sie beteiligen sich nicht nur an dem politischen Leben der Nation, sondern viele sind auch schon in die Gewerkschaften eingetreten. Die Japanische Arbeiterföderation hat mehrere Tausend weiblicher Mitglieder. An jedem Streik beteiligen sich die Frauen aktiv und helfen den Streikenden in vieler Beziehung. Sie veranstalten selbst öffentliche Versammlungen und halten Reden, die so wirkungsvoll und interessant sind, daß selbst die kapitalistischen Zeitungen sie manchmal erwähnen. So sind endlich auch die japanischen Arbeiterinnen erwacht. In den Volksschulen wird den Mädchen dieselbe Erziehung wie den Knaben zuteil.

Nun, Genossen, was den Fernen Osten betrifft, so hat Korea eine nationalistische Bewegung. Diese Unabhängigkeitsbewegung ist immer stärker geworden und die nationalen Revolutionäre organisieren nun, was bisher nicht allgemein bekannt war, die Durchführung ihrer Endaufgaben. Sie haben gefunden, daß für einen erfolgreichen Kampf für die koreanische Unabhängigkeit die Mitarbeit der japanischen Arbeiter unerläßlich ist.

Der japanische Imperialismus ist unter den japanischen Arbeitern sehr unpopulär geworden. Er ist jedoch noch sehr stark. Hierfür will ich Euch ein Beispiel geben. In früheren Zeiten sagte eine Mutter ihrem Kinde, wenn sie es erschrecken wollte, daß sie es ins Gefängnis stecken werde, heute droht sie ihm, daß sie es zu den Soldaten geben



werde. Die Imperialisten bereiten sich auf den nächsten Krieg vor. Aus diesem Grunde schlagen wir, zusammen mit der chinesischen Delegation, vor, daß der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale eine Resolution gegen die Besetzung des nördlichen Teils der Insel Sachalin durch die Japaner beschließen solle, um hiermit die japanischen revolutionären Arbeiter in ihrem Kampf gegen den Imperialismus anzufeuern und sie für die kommende sozialistische Revolution in Japan vorzubereiten.

VORSITZENDER: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, werde ich die Resolution verlesen, die von der japanischen und chinesischen Delegation eingebracht worden ist:

„Die japanische und die chinesische Delegation des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale beantragen folgende Resolution zur Frage der Besetzung des Russischen Sachalin durch die japanischen Imperialisten:

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sendet der werktätigen Bevölkerung der Russischen Sachalinhälfte und des Fernen Ostens, sowie der Arbeiterklasse Japans seinen Gruß und brandmarkt die japanischen Imperialisten, die im Laufe von vier Jahren die Arbeiter und Bauern Sibiriens gepeinigt haben.

Der Abzug der Imperalisten aus dem Küsten- und Amurgebiet, sowie endlich auch aus Wladiwostok, ist das Ergebnis des heldenhaften Widerstandes der werktätigen Bevölkerung des russischen Fernen Ostens und vor allen Dingen des Proletariats des Küstengebiets, wie auch die Folge des immer stärker anwachsenden Unwillens der breiten Arbeitermassen Japans gegen die Intervention und die Regierung des Mikado.

Doch die japanischen Imperialisten, die Sibirien und das Küstengebiet notgedrungen haben räumen müssen, halten noch immer das russische Sachalin besetzt, knechten auch weiterhin die werktätige russische Bevölkerung und bedrohen von dort aus die junge Sowjetordnung in den eben erst von der Intervention befreiten Gebieten des Fernen Ostens.

Das internationale Proletariat ist überzeugt, daß die Zeit nicht fern ist, wo die militaristische Clique, die gegenwärtig über die japanischen Arbeiter und Bauern herrscht, vor das Gericht des siegreichen japanischen Proletariats treten und sich verantworten müssen wird für die Unzahl ihrer Verbrechen, darunter auch für die, die sie im russischen Fernen Osten begangen hat."

TAHAR BOUDENGHA (Tunis): Genossen, ich glaube, es ist überflüssig, daß ich meinen Bericht verlese, da die verschiedenen Sprachgruppen je ein Exemplar davon bekommen haben. Ich will mich darauf beschränken, einige Punkte dieses Berichtes zu beleuchten.

Der französische Imperialismus besitzt Kolonien in der Nähe des Mutterlandes, was ihm die Möglichkeit bietet, sich dort soviel Truppen und Lebensmittel zu holen, wie er will. Er tut dies teils in Erwartung künftiger Kriege, teils zur Unterdrückung der proletarischen Revolution in Frankreich.

Indessen besteht aber in Nordafrika eine Bewegung der Unzufriedenheit. Die kommunistische Zelle, die nach Tours in Tunis zu-

stande kam, unterließ es nicht, diesen Umstand auszunutzen. In Anbetracht der ernsten Lage, die im Falle einer proletarischen Revolution entstehen würde, unternahm sie es, die Gefahr zu bekämpfen, die damit verbunden ist, daß der französische Kapitalismus sich der eingeborenen Bevölkerung Nordafrikas bemächtigt. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, wandten wir uns sowohl im Wege unserer arabischen Tagesblätter, wie auch in unseren öffentlichen Versammlungen an die Arbeiterklasse und an die Bauern. Unser Erfolg war so bedeutend, daß die Regierung unruhig wurde und zu Verfolgungen und Verhaftungen schritt. Sie erklärte sogar die Auflösung unserer Partei, wodurch wir zur unterirdischen Arbeit gezwungen wurden. Ich muß Ihnen gestehen, daß sowohl diese Auflösung, wie auch die Einstellung unserer arabischen Blätter uns großen Schaden verursachte, weil unsere Tätigkeit nicht bloß auf Tunis beschränkt war, sondern sich auf ganz Nordafrika erstreckte. Ebenso muß ich sagen, daß Gen. Louzon bei der französischen Partei wiederholt Schritte unternommen hat, um eine Subvention für unsere Presse zu erwirken. Dank dem Einfluß einiger Genossen gelang es ihm schließlich, bei der „Humanité" eine Anleihe von 10 000 Francs zu erwirken. Andererseits war Genosse Vaillant-Couturier nach Algier und Tunis gekommen und konnte den unter den Eingeborenen herrschenden Geist kennen lernen. Er gab selber zu, daß sowohl in der Stadt, als auch auf dem flachen Lande Elemente vorhanden sind, die sich für die rein proletarische kommunistische Bewegung vortrefflich eignen.

Was tat jedoch das Zentralkomitee nach der Reise Vaillant-Couturiers? Es handelt sich ja nicht bloß darum, Propaganda zu machen, es muß eine ständige Aktion organisiert werden, und zwar nicht bloß in Tunis, sondern in allen Kolonien, wo Unzufriedenheit herrscht.

Deshalb muß die Partei ein klares, bestimmtes koloniales Aktionsprogramm haben. Denn die Kolonialpolitik des französischen Kapitalismus besteht darin, die unter seiner Herrschaft befindlichen Völker gegeneinander zu hetzen. So geschah es, daß der französische Militarismus angesichts des Verhaltens der tunesischen Schützen bei den Ereignissen am 5. April d. J. in Tunis zwei Brigaden schwarzer Truppen einquartierte.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat die Nützlichkeit einer realen und wirksamen Kolonialpolitik noch immer nicht begriffen. Sie ließ sich vielmehr von den algerischen Pseudokommunisten beeinflussen und vertagte auf dem Pariser Kongreß aus Wahlrücksichten die Diskussion über die Kolonialfrage.

Ich muß Ihnen den Brief verlesen, den das Zentralkomitee am Vorabende des Kongresses an die koloniale Studiengruppe gerichtet hat. Der Brief lautet folgendermaßen:

„Das Zentralkomitee hält seinen Beschluß aufrecht, die Untersuchung der Kolonialfrage bis zum nächsten Nationalkongreß zu vertagen, der auf den 4. Weltkongreß folgen wird. Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß die Kantonalwahlen in Algier für die Genossen von den überseeischen Verbänden von viel größerer Bedeutung sind, als das koloniale Studienkomitee auch nur zu ahnen scheint; daß diese Wahlen nicht nur am 8., sondern auch am 15. Oktober stattfinden werden, daß an der Wahlkampagne die angesehensten Genossen dieser Ver-

bände werden teilnehmen müssen und daß unter solchen Umständen keine Rede davon sein kann, die Kolonialpolitik der Partei in ihrer Abwesenheit in endgültiger Form festzulegen."

Allem Anscheine nach, Genossen, hängt die Kolonialpolitik der Partei nur von den algerischen Bürgern ab. Dieselben Bürger, denen die Partei bei ihrer Kolonialpolitik soviel Bedeutung beilegt, haben sich die Freiheit genommen, Thesen zu verfassen, die der 8. Bedingung Moskaus absolut entgegengesetzt sind. Ich muß Ihnen einige Stellen aus der fraglichen, in Sidi-bel-Abbas (Algier) verfaßten These vorlesen:

„Aus diesem Grunde ist die kommunistische Sektion von Sidi-bel-Abbas der Ansicht, daß die Befreiung des eingeborenen Proletariats Nordafrikas ausschließlich die Folge der Revolution des Mutterlandes sein wird und daß das beste Mittel zur Förderung jeder Freiheitsbewegung in unserer Kolonie nicht die Preisgabe dieser Kolonie ist — wie es in dem 8. Punkt der 21 Bedingungen des Beitritts zur Kommunistischen Internationale heißt —, sondern im Gegenteil, daß es die Aufgabe der Kommunistischen Partei bleibt, dort die Propaganda, die Gewerkschaftsbewegung und den Kommunismus zu steigern...; daß sie ferner nicht in der Lage ist, dem Aufruf Moskaus ehrlich Folge zu leisten usw."

Folglich ist also die Internationale unehrlich. Das ist die Gesinnung dieser sogenannten Kommunisten, die die Kommunistische Partei Frankreichs noch immer in ihren Reihen duldet. Diese These Algiers lautet weiter:

„Die ersten beiden Artikelserien entsprechen wohl den jetzigen Propagandabedürfnissen Algiers; sie wurden einstimmig gebilligt und wir wünschen nichts anderes, als daß deren viele ähnliche erscheinen."

Was die dritte Serie betrifft, haben wir gegen das Wesen dieser Artikel nichts einzuwenden, da sie von rein kommunistischen Beweggründen diktiert sind und die Methoden der Anwendung der 8. Bedingung behandeln. Es wäre uns jedoch lieber gewesen, wenn sie z. B. im „Bulletin Communiste" erschienen wären, als in der „Humanité", weil die erstere nur an eine beschränkte Zahl von Parteikämpfern gerichtet ist, die wohlunterrichtet und fähig sind, die Ideologie und die unmittelbaren Möglichkeiten richtig aufzufassen.

Die „Humanité" hat besonders seit der Reise Vaillant-Couturiers die größte Verbreitung; sie wird von europäischen und eingeborenen Elementen gelesen, die die kommunistischen Ideen noch nicht verarbeitet haben, die jedoch uns gegenüber eine Sympathie bekundet haben und die wir an uns zu fesseln hoffen. Die imperialistisch-bürgerliche Presse hat diese Artikel in geschickter Weise gegen uns ausgenutzt, Sie erschraken sehr über all das, was sie für unseren Propagandaplan in Algier hielten und wandten sich von uns ab. Die bürgerlich-imperialistische Presse hat diese Artikel in geschickter Weise gegen uns ausgenutzt, und die Unzulänglichkeit unserer Lokalpresse und unserer Organisationen gestattete es uns nicht, mit ihnen zu polemisieren."

Für sie ist es also gefährlich, wenn in der Presse ausgesprochen kommunistische Artikel erscheinen, während sie doch vorgeben, unter den eingeborenen Massen Propaganda machen zu wollen.

Das ist die Mentalität dieser angeblichen Kommunisten.

Andererseits sagen sie:

„Die Befreiung der eingeborenen Bevölkerung Algiers kann nur als Folge der Revolution in Frankreich eintreten.

Die niedergehaltene, seit Jahrhunderten im Zustande der Halbsklaverei gehaltene, fanatische und fatalistische, geduldige und entsagende, unterdrückte und von religiösen Vorurteilen durchdrungene eingeborene Masse kann sich ihre Befreiung heute noch nicht vorstellen; sie begnügt sich damit, einem besseren Dasein zuzustreben, das sie durch Reformen und durch Erlangung gewisser politischer Rechte verwirklichen zu können glaubt...

Zur Erreichung dieses Resultats ist es gar nicht notwendig, in Algerien jetzt eine offene kommunistische Propaganda zu machen, ist es gar nicht notwendig, in unsere Presse Aufrufe zum Aufstand zu veröffentlichen oder Flugblätter in arabischer Sprache, wie sie von mancher Seite empfohlen werden, zu verteilen.

Die Veröffentlichung des Aufrufes der Kommunistischen Internationale zur Befreiung von Algier und Tunis war ein Fehler und wir erblicken einen Beweis hierfür in der Tatsache, daß die bürgerliche Kolonialpresse diesen Aufruf veröffentlicht hat, um die öffentliche Meinung gegen uns einzunehmen. Dieses Ziel wurde teilweise auch erreicht."

Diese Genossen bewerben sich also um die Wertschätzung der Bourgeoisie.

(Zwischenruf LAURIDAN: Wer hat das geschrieben?) Das ist die These der Kommunistischen Sektion Algiers.

Ich will nicht weiter dabei verweilen, ich bin aber der Ansicht, daß die Kommunistische Partei Frankreichs solche Herren nicht weiter dulden darf, und ich glaube, daß diese Herren ausgeschlossen werden müssen.

Ich hoffe, daß die französischen Genossen sich sofort nach dem Weltkongreß ohne Unterschied der Tendenz daran machen werden, in den Kolonien durch Schaffung eines Zentralorgans und Mitwirkung der Genossen aus den Kolonien an den Arbeiten des Zentralkomitees eine kommunistische Aktion einzuleiten.

Die französischen Genossen müssen ein für allemal zur Kenntnis nehmen, daß die proletarische Revolution in Frankreich zum sicheren Mißerfolg verdammt ist, solange die französische Bourgeoisie die Bevölkerung der Kolonien unter ihrer Herrschaft hält; ebenso wird die Befreiung der letzteren erst erfolgen können, wenn es in Frankreich eine Partei geben wird, die sich zur revolutionären Aktion und nicht zum Opportunismus bekennt.

Die Kommunistische Internationale muß die Sache derart in die Hand nehmen, daß sie einen ständigen Vertreter der französischen Kolonien beruft.

Ich glaube, daß auch die englische Partei nichts von all dem getan hat, was sie hätte tun müssen. Was hat die englische Partei zur Unterstützung der revolutionären Bewegung in Indien und Ägypten getan? Die ägyptische Kommission suchte hier gestern abend irgendeine Partei, die die junge ägyptische Partei unter ihre Flügel nehmen könnte, und sie dachte hierbei an die italienische Partei, obwohl diese Aufgabe einzig und allein der Kommunistischen Partei Englands zufällt.

Die Kommunisten dürfen ihre Aktion nicht ausschließlich auf das

nationale Gebiet beschränken, ohne sich um die Tausende von Völker zu kümmern, die unter der Unterdrückung der Bourgeoisie stöhnen und unter dem Joche ihres eigenen Imperialismus zu leiden haben. Ich glaube, es ist eine Feigheit, die Völker, deren Befreiung und Zukunft ausschließlich von der Kommunistischen Partei abhängt, preiszugeben, wie dies z. B. bei der englischen Partei der Fall ist.

Andererseits war Genosse Malaka unlängst in Verlegenheit bei der Frage, ob er den Panislamismus unterstützen darf. Sie dürfen nicht so verlegen sein. Der Panislamismus bedeutet jetzt nichts anderes, als die Vereinigung aller Muselmanen gegen ihre Unterdrücker. Er muß also unterstützt werden.

Andererseits haben sich der Entwicklung des Kommunismus Fragen religiöser Natur in den Weg gestellt. In Tunis hatten wir dieselben Schwierigkeiten wie Sie in Java. Jedesmal, wenn man mit uns über die Unvereinbarkeit des Kommunismus mit dem Islamismus stritt, bewiesen wir diesen Schlauköpfen in den öffentlichen Versammlungen, daß erstens die muselmanische Religion die Lohnarbeit nicht anerkennt und daß dies die vornehmste Grundlage dieser Religion ist; und daß zweitens unsere Gegner, wenn sie so sehr religiös sind, die Anwendung der religiösen Grundsätze damit beginnen müssen, daß sie den zehnten Teil ihres Vermögens, Kapital und Gewinn mit einbegriffen, jedes Jahr den Arbeitsunfähigen zuwenden. Ich sage Ihnen, daß sie sich jedesmal, wenn sie sich mit uns streiten wollten und sich auf die religiösen Grundsätze beriefen, die Finger verbrannten.

Ich glaube, daß die Befürchtungen des Gen. Malaka unbegründet sind. Unsere Ideen haben unter den Muselmanen größere Fortschritte gemacht, als man vorausgesehen hatte. Von allen Ecken und Enden der muselmanischen Welt erhielten wir, besonders als wir noch unsere arabischen Blätter hatten, zahlreiche Glückwünsche wegen der Art und Weise, wie wir den Kommunismus in den muselmanischen Ländern durchführen wollten.

In Anbetracht des Vorhandenseins der revolutionären Bewegung sowohl in Nordafrika als auch in den anderen Kolonien, ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei Frankreichs im Einvernehmen mit der Internationale und den kompetenten Genossen aus den Kolonien, in diesen Ländern eine wirksame und ständige Aktion führt und diese Bewegung in der Richtung zu unseren Ideen leitet.

Ich hoffe, daß der Kongreß die Schlußfolgerungen meines Berichtes, die zum Sieg der kommunistischen Ideen unter den unterdrückten Völkern beitragen werden, annehmen wird.

In Nordafrika und in Westafrika ist es überflüssig, Vorkehrungen für eine Übergangsperiode zu treffen; ich bin dessen sicher, daß wir vom feudalen System unmittelbar zum kommunistischen System übergehen werden, ohne erst den Kapitalismus der Eingeborenen durchmachen zu müssen.

In Tunis und in Algier gibt es bereits kollektiv bearbeitete Felder; selbstverständlich ist das ein patriarchalischer Kommunismus, wir können ihn jedoch entwickeln, reformieren und durch den vollständigen Kommunismus ersetzen.

Ich schließe, indem ich den Kongreß der Internationale begrüße. (Beifall.)



VORSITZENDER: Bevor wir die Sitzung vertagen, sind noch einige wichtige Mitteilungen zu machen.

BERON: Das Präsidium schlägt dem Kongreß vor, folgendes Telegramm abzuschicken:

„Betriebsrätekongreß, Neue Welt, Berlin-Neukölln.

Teure Genossen!

Mit lebhafter Anteilnahme verfolgen wir Eure Bewegung. In schwerer Stunde versammelt Ihr Euch, um der deutschen Arbeiterklasse den Weg zu zeigen, den sie kämpfend beschreiten muß, um sich aus Not und Elend zu befreien. Die Offensive des Kapitals verschärft sich mit jedem Tag. Der Hauptangriff gilt jetzt dem Achtstundentage. Die sozialdemokratischen Führer und die Gewerkschaftsbürokratie leisten dabei aktive und passive Beihilfe. Sie sabotieren jede proletarische Abwehraktion, ja sie gehen dazu über, im Interesse der Kapitalisten die Gewerkschaften zu spalten. Das Gebot der Stunde ist die Bildung der geschlossenen proletarischen Kampffront zur Verteidigung des Achtstundentages, zur Sicherstellung der Arbeiterernährung, zur Arbeiterkontrolle der Produktion, zur Gegenwehr gegen den deutschen Fascismus durch Bildung von Arbeiterwehren. Diesem Gebot der Stunde gehorchend, werden der 4. Kongreß der Komintern und der 2. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale ein Offenes Schreiben an die 2. und 2½ Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, sowie an die ihnen angeschlossenen Parteien und Gewerkschaften richten, in dem diese zu gemeinsamer Aktion für die oben bezeichneten Forderungen aufgefordert werden.

Führt Euer begonnenes Werk beharrlich und kraftvoll weiter. Die Betriebsrätebewegung muß der Mittelpunkt der Sammlung aller Arbeiter zum Abwehrkampf werden. Sie muß diesen Abwehrkampf auf breitester Grundlage organisieren und führen. Gelingt es Euch, trotz aller Widerstände die Einheitsfront zu bilden, so ist die wichtigste Vorbedingung für die erfolgreiche Abwehr, ja für den Übergang zum Angriff geschaffen.

Wir, die versammelten Vertreter der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt wünschen Eurem Werk durchschlagenden Erfolg und senden Euch unsere revolutionären brüderlichen Grüße.

Moskau, 22. November 1922.

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
Der 2. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale."

(Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Ist jemand gegen die Absendung dieses Telegramms? Niemand.

Die Besprechung der weiblichen Kongreßmitglieder, d. h. der erweiterten Frauenkommission, zu der schon durch Rundschreiben eingeladen worden ist, findet morgen vormittag 11 Uhr pünktlich in einem der Nebensäle des Kreml statt. Alle Delegationen werden vom Internationalen Frauensekretariat gebeten, ihre Vertreter zu entsenden.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.



ZWANZIGSTE SITZUNG

DONNERSTAG, DEN 23. NOVEMBER 1922.

Orientfrage. Protest gegen den Terror in Südafrika.

Redner: Webb, Lin-Yen-Chin, Chosni-el-arabi, Earsman, Safarow, Orchan, Nik-Bin, Radek, Bunting.

Eröffnung: 12.15 mittags.

Vorsitz: Carr.

VORSITZENDER: Auf der Tagesordnung steht die Diskussion über die *Orientfrage.*

Folgender Protest ist eingereicht worden:

„Die Delegationen der unterzeichneten Länder protestieren hiermit dagegen, daß das Präsidium und der Kongreß, indem sie in der letzten Minute die Sprechzeit herabsetzten, der Frage des Orients und der Kolonien nicht die gebührende Achtung geschenkt haben."

Der Protest ist unterzeichnet von Japan, England, der Türkei, Angora, Polen, Belgien, Australien, Indien, Java, Ägypten, Persien, Tunis, Mexiko und der Schweiz.

Zwei Anträge auf Eintragung in die Rednerliste sind offiziell von der Orientkommission eingegangen, und zwar für den Gen. Earsman (Australien) und Gen. Safarow (Rußland). Das Präsidium schlägt vor, diese beiden Genossen in die gestern angenommene Rednerliste mit einer Redezeit von 15 Min. einzuschreiben. Erhebt irgend jemand Widerspruch? Der Vorschlag ist angenommen.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich eine kurze Bemerkung machen über die Notwendigkeit für alle Redner, sich an die Redezeit zu halten. Hier ist die von dem Präsidium entworfene Tagesordnung. Die einzige Frage auf der Tagesordnung, der von nun an mehr als ein Tag gewidmet ist, ist die Orientfrage, für die man zwei Tage angesetzt hat. Von heute an bis zum 3. Dezember können wir jedem Punkt auf der Tagesordnung nur einen Tag widmen. Um fertig zu werden, müssen wir uns an die Tagesordnung halten. Die Genossen in der Orientkommission werden einsehen, daß man mit ihnen keinen Unterschied gemacht und daß man ihnen gerade soviel Redezeit gestattet hat wie allen anderen. Von nun an können wir keine Zeit mehr verschwenden. Der Vorsitzende wird jedem Redner nur 15 Minuten Redezeit gestatten, wenn die Redezeit nicht durch Beschluß der Versammlung ausgedehnt wird. Die uns zur Verfügung stehende



Zeit ist beschränkt. Um mit unserer Arbeit fertig zu werden, müssen wir auch die Redezeit beschränken. Jeder Redner muß eben entweder seine Rede so aufbauen, daß er in der ihm gestatteten Redezeit das Wichtigste sagt, oder die Konsequenzen daraus ziehen.

WEBB (Großbritannien): Genossen, selbst auf die Gefahr hin, mich wegen meiner Erwähnung der 21 Punkte in dieser wichtigen Frage — der Orientfrage — wieder der Kritik des Gen. Radek auszusetzen, habe ich doch die Absicht, wieder auf die 21 Punkte, oder doch den 8. der 21 Punkte, die von dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommen wurden, hinzuweisen. In seiner Rede auf diesem Kongreß warnte der Gen. Lenin die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien, zu diesem Kongreß zu kommen, oder Delegierte zu schicken, und für die verschiedenen Grundsätze zu stimmen, für Grundsätze, wie sie in den Thesen und den Statuten der Kommunistischen Internationale festgelegt sind, ohne die Folgerungen der von ihnen gutgeheißenen Grundsätze völlig zu verstehen. Als die 21 Punkte von dem 2. Kongreß angenommen wurden, wurden zu gleicher Zeit auch die Thesen über die Nationalitätenfrage und die Kolonien angenommen. Seit der Zeit hat sich eine gewaltige Entwicklung in der internationalen Arbeiterbewegung vollzogen. Und man kann ruhig behaupten, und zwar ohne einen Einwand von dem Gen. Radek oder irgend einem anderen Genossen in der Kommunistischen Internationale befürchten zu müssen, daß die kommunistischen Parteien der ganzen Welt nicht die Konsequenzen der von dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen über die Nationalitätenfrage und die Kolonien verstanden haben.

Der Punkt 8 der 21 Punkte lautet wie folgt: „In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitz von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die „Kniffe" ihrer Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erwecken und unter den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen."

Dies war der Beschluß des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Seit jenen Tagen haben wir den Aufschwung der nationalen revolutionären Bewegung in Ägypten, Persien, Mesopotamien und der Türkei erlebt. Und trotzdem darf man ruhig behaupten, daß nicht einmal die reifsten kommunistischen Parteien — nicht jene kleinen Parteien oder revolutionären Gruppen, die sich gerade im Entwicklungsstadium zu einer kommunistischen Partei befinden, sondern die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen entwickeltsten kommunistischen Parteien — sich ihrer eben angeführten Pflichten gegenüber der nationalen Bewegung nicht bewußt gewesen sind.

In dem Entwurf zu den Thesen über die nationale und Kolonialfrage hat Gen. Lenin vor dem 2. Kongress der Kommunistischen Internationale auf die Bedeutung hingewiesen auf der einen Seite der Gruppierungen der fortgeschrittenen revolutionären Bewegungen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, und auf der anderen Seite der Kräftegruppierung des revolutionären Nationalismus um Rußland. In diesem vorläufigen Entwurf stellt Gen. Lenin folgendes fest: Man kann sich nicht mit der einfachen programmatischen Anerkennung der Notwendigkeit einer Verbindung mit diesen revolutionären nationalistischen Bewegungen und den Kolonien begnügen. Man darf nicht bei der einfachen Erklärung stehen bleiben, sondern muß eine Politik ausarbeiten, die von dem Entwicklungsstadium der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung in diesen Ländern bestimmt wird. Es ist wahr, daß die Partei, für die ich hier spreche, wegen ihrer Stellungnahme zur Frage der Kolonien und der nationalen Bewegungen kritisiert worden ist. Im Bereiche des englischen Weltreiches haben wir die Freiheitsbewegungen in Irland, Ägypten und anderen Teilen Afrikas und in Indien ebenso wie in den anderen Kolonien, aus denen sich das britische Weltreich zusammensetzt. Aber unsere Unterlassungssünden können in der Hauptsache darauf zurückgeführt werden, daß unsere Partei noch sehr klein und auch noch sehr jung ist und daß sie zahllose innere Schwierigkeiten überwinden mußte, ehe sie sich mit der gebührenden Aufmerksamkeit dem Problem der nationalen Bewegungen zuwenden konnte.

In einem vor der russischen Revolution geschriebenen Buch kritisierte Gen. Trotzki die stärkste Sektion der 2. Internationale, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, und wies darauf hin, daß die deutsche Sozialdemokratie sich zu einem Sozial-Imperialismus entwickelt hätte.

Ich möchte heute ganz besonders betonen, daß wir unser möglichstes tun müssen, um alle Elemente, die versuchen, aus der Kommunistischen Internationale eine Internationale des kommunistischen Imperialismus, ähnlich dem sozialistischen Imperialismus, der für die Sozialdemokratie charakteristisch ist, zu machen, von der Kommunistischen Internationale fernzuhalten.

In einer der letzten Nummern des „Fortnightly Review", einer in der kapitalistischen und englisch sprechenden Welt sehr bekannten Zeitschrift, findet sich ein sehr bedeutungsvoller Artikel. Dieser Artikel ist ein klares Anzeichen dafür, daß die kapitalistische Klasse, die Bourgeoisie, die Wichtigkeit dieser revolutionären nationalen Bewegungen erfaßt hat und sich bemüht, diese Bewegungen gegen Sowjetrußland zu verwenden, und zwar als Gegenzug zu den Versuchen der Kommunistischen Internationale, diese Kräfte zu ihren Hilfstruppen zu machen. In einem Artikel über die nationale revolutionäre Bewegung in der Türkei — „Kemal, der Mann und die Bewegung" — sagt die schon erwähnte Zeitschrift: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, während die Kemalisten rein nationalistische Ziele verfolgen, die Bolschewisten sich die türkischen nationalen Aspirationen zunutze machen, um die westliche Zivilisation an ihrer schwächsten Stelle anzugreifen, und daß infolge dieser neuen Erschütterungen die revolutionäre Bewegung im erschöpften Europa von neuem ausbrechen kann." Nachdem sich die Zeitschrift dann mit den Beziehungen zwischen der Sowjet-

39*

regierung und der Angoraregierung beschäftigt hat, fährt sie fort: „Es gibt auch eine englische Verbindung von nicht geringerer Bedeutung" und zitiert dann aus der Erklärung der Exekutive der Kommunistischen Partei Großbritanniens die Stelle, die die bedingungslose Rückgabe Konstantinopels an das türkische Volk fordert. Darauf sagt die Zeitschrift: „Die Vereinigung amerikanischer Bankiers hat ganz recht, wenn sie sagt, daß England, als es sich weigerte aus Tschanak fortzugehen und 30 Infanteristen von Lankashire 1000 kemalistischen Reitern gegenüberstellte, bis Verstärkungen herbeieilten, während zweier Wochen die europäische Zivilisation beschützt hat." Sie schließt damit, daß England und die Alliierten vielleicht Konstantinopel dem türkischen Nationalisten Kemal Pascha übergeben könnten, daß aber vorher der Welt bewiesen werden müßte, daß Kemal Pascha nicht mehr eine Schachfigur Sowjetrußlands ist. Eine solche Erklärung von einer autoritativen kapitalistischen Zeitschrift wie die „Fortnightly Review" beweist, daß die Bourgeoisie sich der Gefahren einer Umbildung der revolutionären nationalen Bewegung in eine gegen sie gerichtete revolutionäre proletarische Bewegung sehr wohl bewußt ist. Aus diesem Grunde verdienen die größte Beachtung jene Punkte in den Thesen, zu denen Gen. Roy gesprochen hat. Er betonte die Notwendigkeit der Zusammenfassung der proletarischen Elemente in diesen Ländern, um sie gesondert von den bürgerlichen Freiheitsbewegungen zu organisieren. Dies hat Bedeutung nicht nur für die revolutionären proletarischen Elemente in den Kolonialländern, sondern auch für die kommunistischen Parteien in den Ländern, von denen die Unterdrückungsmaßnahmen gegen diese Bewegungen ausgehen.

Mich überrascht die geringe Anzahl der Delegierten, die hierher gekommen sind, um der Fortsetzung der Diskussion über eine so wichtige Frage wie diese beizuwohnen. Ich behaupte, und zwar im Gegensatz zu dem, was der Vorsitzende des Präsidiums heute morgen gesagt hat, daß es besser wäre, für den Kongreß noch einige Tage im Dezember in Anspruch zu nehmen, als so wichtige Fragen wie die Orientfrage in dieser Weise durchzupeitschen.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß der härteste Schlag, der bisher gegen den Friedensvertrag von Versailles (und zur Erörterung der Frage des Versailler Friedensvertrages werden wir alle wichtigen Mitglieder der Kommunistischen Internationale auf dieser Tribüne sehen), der entscheidende Schlag, der bisher gegen den Vertrag geführt worden ist, der Sieg der revolutionären türkischen Bewegung ist, die den Friedensvertrag von Sèvres zerbröckelt. Aus diesem Grunde ist die Frage von äußerster Wichtigkeit, das möchte ich dem 4. Kongreß sagen.

LIU-YEN-CHIN (China): Genossen, da meine Redezeit beschränkt ist, kann ich Euch, trotzdem ich viel mehr zu sagen hätte, doch nur eine allgemeine Übersicht über die gegenwärtige Lage in China geben.

Zuerst muß ich von der gegenwärtigen politischen Lage in China sprechen. Von Mai bis zum Juni d. J. haben wir den Sturz zweier Regierungen in China erlebt. Dieser Sturz hat eine ungeheure Bedeutung für die revolutionäre Bewegung des Landes.

Zuerst kam der Sturz der Südlichen Regierung, der revolutionären Regierung von Sun-Yat-Sen. Diese Regierung wurde von einem untergeordneten militärischen Mitglied, einem Mitglied der nationalen Partei, gestürzt. Der Sturz ist auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Führer Sun-Yat-Sen und diesem untergeordneten Mitglied betreffs der Pläne für die militärische Expedition gegen den Norden zurückzuführen. Was bedeutet das? Es bedeutet das absolute Mißlingen des militärischen Planes für die Revolution. Die Kuomintang-Partei, die nationalrevolutionäre Partei in China, hat seit Jahren Pläne für eine militärische Revolution gehegt. Sie hoffte, durch die militärische Eroberung der Provinzen die Demokratie in China einzuführen. Sie führte keine Massenpropaganda im Lande durch. Sie hat die Massen nicht organisiert. Sie bemühte sich nur, militärische Kräfte zur Erreichung ihres Zweckes zu gebrauchen. Noch ehe sie im Jahre 1920 Kwantung erobert hatte, errichtete sie eine Regierung. Sie wollte alle Hilfsmittel der Kwantungprovinz erschöpfen, um eine Expedition gegen die Nördliche Regierung, die Regierung der feudalen Militaristen und der Agenten des Weltimperialismus, auszurüsten.

Dieser Plan schien zuerst ausführbar zu sein, denn alle Mitglieder der Partei waren scheinbar mit ihm einverstanden. Aber nachdem sie sich einmal der Kwantung-Provinz bemächtigt hatten, gab der militärische Gouverneur, ein Mitglied dieser Partei, alle Pläne für die Expedition gegen den Norden auf und wurde mehr und mehr konservativ und immer mehr geneigt, sich mit der einen Provinz zu begnügen und sich um alles, was außerhalb dieser Provinz vorging, nicht zu bekümmern. Es gibt in dieser Partei viele solcher Mitglieder. Ehe sie die Macht erobern, sind sie revolutionär; nachher werden sie konservativ. Dieser General, der die Südliche Regierung stürzte, ist nur ein Beispiel für die vielen ähnlichen Elemente in dieser Partei. Die Majorität der Partei besteht aus Leuten, die ihrem Wesen nach reaktionär sind. Wenn sie einmal in anderen Provinzen die Macht erobern, treten sie, ebenso wie dieser Gouverneur, dem Plane der militärischen Eroberung entgegen. Dies zeigt, daß der Plan der militärischen Eroberung ein Fehlschlag ist: es ist ferner ein Beweis dafür, daß die revolutionäre Bewegung eine neue Richtung einschlagen muß. Das heißt, daß eine Revolution, wenn sie erfolgreich sein will, die Massen organisieren und unter ihnen Propaganda treiben muß. Sie darf sich nicht nur auf militärische Mittel verlassen. Diese Methode ist für China erledigt.

Im Norden wurde während der Monate April und Mai ein Bürgerkrieg zwischen den beiden Fraktionen der feudalen Militaristen geführt. Die eine Fraktion der Militaristen war für die Japaner und die andere für die Amerikaner. Dieser Kampf endigte mit dem Sieg der proamerikanischen Gruppe der militaristischen Fraktion unter Wu-Pei-Fu. Dieser Ausgang ist auch von ungeheurer Bedeutung für die revolutionäre Bewegung in China.

Die Regierung des nördlichen China hatte sich seit ungefähr fünf Jahren unter japanischem Einfluß befunden. Der japanische Imperialismus sicherte seinen Einfluß durch Anleihen, die der Nördlichen Regierung zur Fortführung des Bürgerkrieges gewährt wurden. Die japanische Regierung bestach Beamte dieser Nördlichen chinesischen



Regierung, um sich Anteile an den chinesischen Bergwerken zu sichern, das Recht, Eisenbahnen in Shantung zu bauen, usw. Alle diese Rechte wurden durch Bestechung erlangt. Aus diesem Grunde hat die chinesische Bevölkerung dem japanischen Imperialismus und den japanischen Agenten der Nördlichen Regierung gegenüber eine feinselige Haltung eingenommen. Da der japanische Imperialismus in China bitter gehaßt wird, neigte die Bevölkerung mehr und mehr zur Unterstützung des amerikanischen Imperialismus, und da die Nördliche Regierung unter Tschang-Tso-Lin sehr reaktionär ist, stand die Bevölkerung der militaristischen Gruppe unter Wu-Pei-Fu, der fortschrittlicher gesinnt ist und für eine Herabsetzung des Heeresbestandes und die Abschaffung der Tuchunate (der feudalen Einteilung der Provinzen) eintritt und die Unterstützung der Amerikaner genießt, sympathischer gegenüber. Die kürzliche Eroberung der Macht durch Wu-Pei-Fu und den amerikanischen Imperialismus in China wird beweisen, daß Wu-Pei-Fu das chinesische politische Problem nicht lösen kann, und ferner, daß sich dieser Führer nicht sehr von Tschang-Tso-Lin unterscheidet. Er kann den Plan der Herabsetzung des Heeresbestandes und der Abschaffung der Tuchunate, trotzdem er für ein demokratisches Programm ist, nicht durchführen. Dies wird die Massen enttäuschen und sie gegen den amerikanischen Imperialismus aufbringen, was ihre Radikalisierung bedeutet. Die Bevölkerung wird sich der Tatsache bewußt werden, daß nur sie selbst die Demokratie durchführen und sich auf keine der militaristischen Gruppen verlassen kann. Die Massen werden sehen, daß die verlockenden Versprechungen Wu-Pei-Fus aus der Zeit, als er noch nicht die Macht in Händen hatte, nicht gehalten werden. Die Tendenz des pazifistischen Kleinbürgertums, mit Wu-Pei-Fu zu sympathisieren, weil er verspricht, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, wird immer mehr schwinden und sich endlich durch solche politischen Veränderungen auflösen.

Nehmen wir den Fall Wu-Pei-Fu. Er behauptete, daß er kein Geld von den großen Mächten borgen wolle, und gewann damit die Sympathien der Bevölkerung. Nachdem er aber einmal zur Herrschaft gelangt war, organisiert er sein Kabinett mit Hilfe einer Gruppe proamerikanischer Intellektueller, die sofort die Organisierung einer amerikanischen Anleihe ins Werk setzten. Dies und noch manches andere wird die Massen enttäuschen. So wird die Situation immer günstiger für die revolutionäre Bewegung in China.

Zweitens muß ich die Arbeiterbewegung erwähnen. Diese Bewegung hat während dieses Jahres große Fortschritte gemacht. Im Anfang des Jahres erlebten wir den Hongkong-Streik der Seeleute, der 50 Tage dauerte, sich zuerst auf ökonomische Forderungen beschränkte und dann bald zu einem nationalen Faktor gegen den englischen Imperialismus wurde. Dieser Streik beschränkte sich zuerst nur auf die Seeleute, wuchs sich dann aber zu einem Generalstreik gegen den britischen Imperialismus in der Kolonie Hongkong aus und verbreitete sich nach Norden. Wir hatten ferner den Streik auf der Peking-Hankow-Eisenbahn, der sich bis nach Mittelchina ausdehnte. Andere Streiks fanden statt in den Eisen- und Stahlwerken in Hongkong, in der Textil- und Tabakindustrie in Shanghai und in den Bergwerken. Alle diese Streiks folgten einander in kurzen Abständen. Die

Ausdehnung der Revolte gegen die kapitalistische Klasse hat die arbeitenden Massen beinahe aufgeweckt. Dies zeigt, daß die Massenbewegung in China nicht nur in den Träumen der Sozialisten existiert, sondern eine handgreifliche Tatsache ist; es zeigt ferner, daß die Kommunistische Partei mit ihrer Propaganda unter den Massen erfolgreich sein kann. Aus all diesem folgt, daß die Kommunistische Partei gute Fortschritte machen wird, und zwar im Gegensatz zu früheren Jahren, als sie nur eine Sekte und ein Bildungszirkel war. In diesem Jahr konnten wir die Verstärkung des Einflusses unserer Kommunistischen Partei unter den Massen verfolgen.

Nun komme ich zu der jüngsten politischen Tätigkeit der Kommunistischen Partei Chinas. Von dem Grundsatz ausgehend, daß zur Ausrottung des Imperialismus in China eine anti-imperialistische Einheitsfront errichtet werden muß, hat unsere Partei sich entschlossen, eine Einheitsfront mit der national-revolutionären Partei Kuomintang zu errichten. Die Form dieser Einheitsfront besteht darin, daß wir unter unserem Namen und als Einzelpersonen der Partei beitreten. Hiermit bezwecken wir zweierlei. Erstens wollen wir unter den vielen organisierten Arbeitern in der national-revolutionären Partei Propaganda treiben, und sie für uns gewinnen. Zweitens können wir den Imperialismus nur bekämpfen, wenn wir unsere Kräfte, die Kräfte des Kleinbürgertums und des Proletariats, vereinigen. Wir beabsichtigen, uns mit dieser Partei auf einen Wettbewerb einzulassen in der Organisierung und propagandistischen Erfassung der Massen. Wenn wir dieser Partei nicht beitreten, werden wir isoliert bleiben und einen Kommunismus predigen, der zwar ein großes und hehres Ideal darstellt, dem jedoch die Massen nicht folgen. Die Massen würden vielmehr der kleinbürgerlichen Partei folgen und von ihr für ihre Zwecke gebraucht werden. Wenn wir der Partei beitreten, werden wir imstande sein, den Massen zu zeigen, daß wir auch für revolutionäre Demokratie sind, daß für uns aber revolutionäre Demokratie nur ein Mittel zum Zweck ist. Wir werden ferner in den Stand gesetzt, darauf hinzuweisen, daß, indem wir uns für dieses noch weit entfernte Ziel einsetzen, wir doch darüber nicht die Tagesforderungen der Massen übersehen. Wir können die Massen um uns sammeln und die Kuomintang Partei spalten.

CHOSNI-EL-ARABI (Ägypten) (spricht arabisch, ins Englische übersetzt von der Genossin PAUL): Ich bin beauftragt, zu sagen, daß wir in Ägypten glauben, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem die roten Fahnen über den Pyramiden wehen und die rote Fahne über dem Kreml grüßen wird.

Das ist die Botschaft, die ich Euch von den Arbeitern und Fellachen Ägyptens überbringen soll. Nun will ich selbst noch ein paar Worte hinzufügen.

Der ägyptische Arbeiter leidet unter der Last der Kapitulationen, unter dem Joch des britischen Imperialismus, der ausländischen Kapitalisten und seiner eigenen Bourgeoisie. Die Fruchtbarkeit des ägyptischen Bodens und die geographische Lage Ägyptens, das die Brücke für die Ausdehnung des britischen Imperialismus nach dem Fernen Osten bildet, der Bau der Palästina-Eisenbahn, die Afrika über Ägypten mit Kleinasien verbindet, die Aussicht auf eine Eisenbahn von Kairo

bis Südafrika, — all dies bestärkt die imperialistischen Ausbeuter in ihren Hoffnungen und vergrößert die Leiden der ägyptischen Arbeiter.

Ägypten ist für sozialistische Ideen reif. Ein Beweis hierfür ist das Wachstum der ägyptischen Sozialistischen Partei. Die Partei wurde im August dieses Jahres legal gegründet und hat während der kurzen Dauer ihres Bestehens schon 1000 Mitglieder in ihre Reihen aufgenommen. Da also Ägypten für sozialistische Ideen reif ist, tun wir alles, um zu verhindern, daß dem ständigen Eindringen kommunistischer Propaganda und der Entwicklung zum Kommunismus Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir sind der Auffassung, daß wenn Ägypten in der Familie der Kommunistischen Internationale kein Platz eingeräumt wird und wenn man Ägyptens Eifer nutzlos im Sande verrinnen läßt, seine Rückständigkeit der Entwicklung der Revolution im Osten schädlich sein und die Revolution im Westen verzögern wird.

Die bewundernswerten Aufstände in den Jahren 1919 und 1920 erschütterten die Macht des britischen Imperialismus und waren den ägyptischen Kapitalisten eine gründliche Lehre. Durch diese Ereignisse aufgeschreckt, gewährte die englische Regierung im Verein mit den ägyptischen Kapitalisten Ägypten mit einer großen Geste seine völlige Unabhängigkeit. Aber das Volk ließ sich durch diese hohlen Versprechungen nicht täuschen. Worin bestanden schließlich diese Versprechungen? Erstens, in dem Schutz der Verbindungen, der zugestanden wurde, weil England seinen Weg nach Indien beschützen wollte. Zweitens, in einer Mitregierung über den Sudan, um England eine neue Rohstoffquelle für den Bedarf seiner Manchester-Baumwollspinnereien zu erschließen. Drittens, in dem Schutz der nationalen Minderheiten. Viertens, in der Aufhebung der Kapitulationen. Diese letzten beiden Forderungen wurden aufgestellt, um Großbritannien ein Recht zu geben, in ägyptischen Angelegenheiten mitzusprechen.

Die ägyptischen Kapitalisten haben nun eine Liberale Partei gebildet, um die neue Konstitution zu schützen und das Übereinkommen zwischen England und Ägypten zu ratifizieren. Zu diesem Zweck haben sie ein Programm aufgestellt und Kandidaten ausgewählt, die diese Richtung im Parlament vertreten sollen. Die Wahlen werden jedenfalls im nächsten Januar ausgeschrieben werden.

Die ägyptische Sozialistische Partei begrüßte es freudig, daß der Feind sich nun offen zeigte. Ein arabisches Sprichwort sagt: „Schönheit zeigt sich noch vorteilhafter, wenn man sie der Häßlichkeit gegenüberstellt."

Der Kampf zwischen uns und der Liberalen Partei verspricht sehr heftig zu werden. Aber wir fürchten den Zusammenstoß nicht, denn wir fühlen, daß die Stärke und der Einfluß der ägyptischen Sozialistischen Partei von Tag zu Tag wachsen. Wir können unseren Platz auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet behaupten. Wir haben keine einzige schamlose Tat der Regierung vorübergehen lassen, ohne sie in der Presse aufzudecken. Wir gehen unter die Arbeiter und propagieren die sozialistischen Ideen und den Klassenkampf, mündlich sowohl, wie durch die Herausgabe von Flugschriften und Broschüren. Wir haben auch die Gelegenheit zur Propaganda während der internationalen Maifeier nicht ungenutzt verstreichen lassen. Trotz der Tatsache, daß die Regierung alle öffentliche Propaganda untersagte und



unsere Partei zu der Zeit noch illegal und das Land im Belagerungszustand war, scharten wir die proletarischen Kräfte um unsere Fahnen und hielten in drei Städten imposante Demonstrationen ab.

Wir beabsichtigen die bevorstehenden Wahlen zum ersten ägyptischen Parlament auszunutzen. Während der Wochen, die noch bis zu den Wahlen vergehen, werden wir alles tun, um es möglich zu machen, daß einige Genossen die Arbeiter in der neuen Körperschaft vertreten. Wenn es urs gelingt, ein oder zwei Sitze zu gewinnen, werden wir das Prestige des Kommunismus im Osten vergrößern und die Basis unserer Partei in Ägypten befestigen.

Was die Industriefrage betrifft, so ist Ägypten in der Hauptsache ein Agrarland und steht vor einem akuten agrarischen Problem. Die Partei erörtert diese Frage gegenwärtig und hofft imstande zu sein, in der nahen Zukunft ein agrarisches Programm auszuarbeiten.

Die Industriearbeiter sind ziemlich gut in 100 Gewerkschaften organisiert. Seit die Partei legal wurde, hat sie zwei Gewerkschaften organisiert und der Roten Gewerkschaftsinternationale drei schon bestehende Gewerkschaften zugeführt. Die Gesamtzahl der in diesen Gewerkschaften organisierten Arbeiter beläuft sich jedoch nur auf 2750. Wir hoffen jedoch imstande zu sein, dieser Zahl vor dem nächsten Kongreß so viele Nullen anhängen zu können, wie — nach einem Ausspruch des Gen. Lenin — von dem neuen Rubel abgestrichen werden. In diesen fünf Gewerkschaften haben wir gut organisierte kommunistische Zellen, während wir in anderen Gewerkschaften Parteimitglieder haben. Viel Arbeit steht uns noch bevor, ehe wir auch in diesen Gewerkschaften Zellen errichten können.

Nun möchte ich noch etwas anderes erwähnen. Die Komintern hat ein Subkomitee eingesetzt, um die ägyptische Frage zu studieren. Auf der letzten Sitzung dieses Komitees waren nicht alle Mitglieder zugegen. Die Anwesenden nahmen eine Resolution an, in der sie der ägyptischen Partei verschiedene Fehler vorwarfen. Dies scheint mir ein Zeugnis für gutes Betragen zu sein, denn Untätige haben niemals Gelegenheit, Irrtümer zu begehen. Selbst wenn die ägyptische Partei in der Vergangenheit Fehler gemacht haben sollte, bin ich überzeugt, daß sie bemüht sein wird, diese Fehler in der Zukunft wiedergutzumachen. In der Sitzung, in der diese Resolution angenommen wurde, waren nur drei Mitglieder des Komitees zugegen und einer von diesen dreien widersprach der Resolution! Ich bin davon überzeugt, daß im Laufe des nächsten Jahres die Komintern die ägyptische Sozialistische Partei besser als in der Vergangenheit verstehen wird und daß die Resolution auf dem 5. Kongreß revidiert werden muß.

Hoch lebe die Kommunistische Internationale!

EARSMAN (Australien): Genossen! Ich möchte über zwei Punkte der dem Kongreß vorgelegten These sprechen.

Der erste betrifft die Bildung und Entwicklung der revolutionären Bewegung in den Kolonialländern, und zwar speziell in den vom Imperialismus unterdrückten im Nahen und Fernen Osten.

Der zweite Punkt, für den wir uns speziell interessieren, betrifft das durch den sich im Stillen Ozean entwickelnden Zusammenstoß hervorgerufene Problem. Wenn wir die Lage eingehend betrachten, finden



wir, daß es noch viele Schwierigkeiten und Mißverständnisse zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder und speziell der Staaten im südlichen und der Staaten im nördlichen Stillen Ozean gibt, vor allem die Frage der weißen und farbigen Arbeiter. Die Hauptschwierigkeit, die wir überwinden müssen, ist das durch die Furcht vor billigen farbigen Arbeitskräften hervorgerufene Vorurteil unter den weißen Arbeitern. Die meistbeteiligten Länder — Australien, die Vereinigten Staaten und Kanada — haben Gesetze, die die Einwanderung farbiger Arbeiter verbieten, da die Arbeiter glauben, daß die eingewanderten farbigen Arbeiter dazu benutzt werden könnten, die in diesen Ländern erlangte Lebenshaltung und Lebenslage herabzusetzen. Es genügt nicht, einfach zu sagen, daß die Arbeiter in den genannten Ländern reaktionär sind, daß sie die der Situation unterliegenden wirtschaftlichen Faktoren nicht verstehen und ihre eigene spezielle Aufgabe nicht begreifen. Wir, die Vorhut der Arbeiterklasse, müssen diesen Arbeitern klar und deutlich sagen, wie man in dieser Situation handeln soll. Bisher ist dies nur in geringem Maße der Fall gewesen, und niemals von einem internationalen Standpunkt.

Zurzeit werden Tausende von farbigen Arbeitern von Indien und China nach den Zuckerfeldern in den Ländern des südlichen Stillen Ozeans gebracht, und zwar unter den schlimmsten Verhältnissen, dem Kontrakt- und Vertragssystem. Diese Arbeiter werden speziell nach den Fiji-Inseln und den anderen Inselgruppen in der Nachbarschaft Australiens transportiert. Bisher ist es den Kapitalisten noch nicht gelungen, dieses System auch in Australien und Neuseeland einzuführen. Aber sie bemühen sich sehr um dieses Projekt, und ihr Versuch, es auch in Australien einzuführen, macht die Arbeit der kommunistischen Parteien in diesen Ländern sehr schwierig, weil die Arbeiter unter dem Druck dieser Versuche sich zum Schutze der gegen die farbige Einwanderung gerichteten Gesetze zusammenschließen. Die Kommunistische Partei hat sich auch mit dem Problem beschäftigt, mit dem Erfolg, daß es ihr gelang, die Gewerkschaftsführer auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß in Melbourne über die volle Bedeutung dieser Gesetze und die Faktoren, deren Auswirkung den Interessen der Arbeiterklasse schädlich ist, da sie die Interessen der australischen Arbeiter auf Kosten der Arbeiter Japans, Chinas und anderer Länder im südlichen Stillen Ozean verteidigen, aufzuklären. Das ist das Problem, das wir lösen müssen, das wir, meiner Meinung nach, lösen können, wenn wir die Unterstützung der Kommunistischen Internationale genießen und wenn die volle Bedeutung dieses ernsten Problems heute und in den nächsten Jahren nicht aus den Augen verloren wird.

Alle, die der Pacific-Frage auch nur vorübergehend Beachtung geschenkt haben, werden begreifen, daß dort die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufsteigt. Und wenn Ihr das begreift, werdet Ihr zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die im Kriegsfalle von den Kapitalisten verbreiteten Parolen wirkungsvoller sein würden, als die Parolen, die die Arbeiterklasse gegen einen solchen blutigen Konflikt ausgeben würde; daß, wenn die kapitalistische Klasse die augenblickliche Furcht vor der „gelben Gefahr" in Australien noch durch die Furcht vor einem „gelben Einfall" verstärken würde, dies ihnen in der Ver-

gangenheit nie gesehene Massen zuführen würde. Deswegen ist es unsere spezielle Aufgabe, in den nächsten Monaten diese Parolen abzubauen und den Arbeitern ihre wahre Meinung und Bedeutung zum Bewußtsein zu bringen.

In der These ist ein Vorschlag gemacht worden, der nach unserer Meinung von großem Vorteil für unsere gegen die Kapitalisten in diesen Ländern gerichtete Arbeit sein wird. Ferner hat der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Melbourne eine Resolution angenommen, die als das beste Mittel zur Erzielung eines Einverständnisses zwischen den Arbeitern in den Ländern des nördlichen und südlichen Stillen Ozeans die Einberufung eines Pan-Pacific-Kongresses fordert. Solch ein Kongreß würde die Arbeiter Japans, Chinas, der Malaiischen Inseln, Indiens, Amerikas, Kanadas, Australiens, Neuseelands zusammenbringen, ihnen ermöglichen, ihre Probleme zu besprechen und zu einem Übereinkommen zu gelangen über die besten Mittel und Wege, den Arbeitern das Reaktionäre ihrer früheren Haltung gegen die farbige Arbeiterschaft klarzumachen. Sie würden begreifen, daß sie keine Furcht zu hegen brauchen vor einem japanischen Einfall und keine Furcht davor, daß japanische, indische und andere farbige Arbeiter mit der Absicht, die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter herabzudrücken, nach Amerika und Australien kommen. Sie würden einsehen, daß die Arbeiter im nördlichen Stillen Ozean organisiert sind, und wenn sie einmal die vom Kapitalismus drohende Gefahr begreifen, wird der erste Schritt zur Konsolidierung der Reihen der Arbeiterklasse in den Ländern am ganzen Stillen Ozean getan sein.

Wenn wir diesen Vorschlag in der These machen, hoffen wir, daß den Arbeitern in diesen Ländern jegliche Unterstützung zuteil wird, daß dieser Kongreß wirklich eine Resolution zustande bringen und in einer These festlegen wird, die besagt, daß solch ein Kongreß wirklich abgehalten werden soll. Wir halten es jedoch für unsere Pflicht zu sagen, daß der Kongreß zustandekommen muß und daß auf ihm ein scharf umrissenes Programm entworfen und dann in praktischer Weise ausgearbeitet werden muß.

Wir sehen ferner ein, daß sich auch die Gewerkschaften in Australien mit diesem Problem beschäftigen müssen. Dies wird von Erfolg begleitet sein, wenn die Gewerkschaften einmal gelernt haben werden, das Problem zu erkennen. Da die Gewerkschaftsbewegung in Australien, wo 80 % aller Arbeiter organisiert sind, sehr stark ist, könnten wir durch die Gewerkschaften jeden farbigen Arbeiter, der ins Land kommt, zwingen, unseren Gewerkschaften beizutreten. Im Januar des nächsten Jahres wird auch das letzte Überbleibsel des Rassenvorurteils, das auch in den Statuten der revolutionären Gewerkschaften einen Platz gefunden hat, verschwinden. Dann wird auch der Weg für die Gewerkschaften, die die Schlüsselindustrien beherrschen, frei sein. Sie werden jeden farbigen Arbeiter, der entweder schon in Australien ist, oder nach Australien kommt, in ihre Reihen aufnehmen. Es ist wahr, daß diese Gewerkschaften in der Vergangenheit sich weigerten, farbige Arbeiter aufzunehmen. Wenn wir die historische Bedeutung der Situation vollkommen verstehen, können wir ihnen aus dieser Stellungnahme keinen Vorwurf machen. Heute gibt es jedoch keine Berechtigung für eine solche Scheidungslinie in den Gewerkschaften, und der Versuch

der Kommunistischen Partei, diese Scheidungslinie auszulöschen, ist von Erfolg begleitet gewesen.

Um jedoch die Situation zu konsolidieren und die These auf die praktische Politik anzuwenden und sie den Arbeitern in ihren Tageskämpfen zum Bewußtsein zu bringen, müssen wir sobald wie möglich die vorgeschlagene Konferenz einberufen, und zwar mit Unterstützung der Kommunistischen Internationale. Wir müssen jetzt die Unterstützung der Exekutive haben. Die Exekutive muß den kolonialen Problemen mehr Aufmerksamkeit als in früheren Jahren entgegenbringen. Sie muß begreifen, daß das Kolonialproblem ebenso wichtig ist, wie irgendein Problem in Europa. Wenn dies wirklich der Fall sein wird, sind wir in Australien überzeugt, daß wir die übernommene Aufgabe, die wir in dieser These vorschlagen, erfolgreich zu Ende führen werden.

SAFAROW (Rußland): Trotz der Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale haben die kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder äußerst wenig getan, um an die nationalen und kolonialen Fragen heranzugehen.

Erst in den letzten Tagen hat die Kommunistische Partei Englands ihre Aufmerksamkeit den revolutionären Kolonialbewegungen in Indien und Ägypten zugewendet.

Trotz der bedeutenden revolutionären Bewegung der französischen Kolonien hat die französische Partei statt eines regelrecht organisierten Zentrums zur Leitung dieses sehr wichtigen Zweiges ihrer Tätigkeit bloß eine koloniale Studiengruppe.

Noch mehr: hinter der Flagge des Kommunismus verbergen sich souveränistische Ideen, die dem proletarischen Internationalismus fremd und feindselig gegenüberstehen.

Die Sektion von Sidi-bel-Abbas lieferte hierfür einen schlagenden Beweis.

Diese Genossen — wenn man sie überhaupt Genossen nennen kann, denn es sind keine Genossen, sondern Kleinbürger —, diese Bürger sagen in einem Protest gegen den Aufruf der Kommunistischen Internationale an die französischen Kolonien:

„Die Kolonialfrage ist gekennzeichnet durch den vollständigen Mangel an Einheit, die so notwendig ist. Es gibt bevormundete Völker, die nunmehr imstande sind, sich selbst zu regieren, und andere, die es noch nicht sind. Und wenn es die kommunistische Pflicht erfordert, den ersteren ihre Freiheit zu geben, so befiehlt sie noch gebieterischer, daß man die letztgenannten nicht ihrem elenden Schicksal überlasse. Ist auch eine ägyptische Souveränität notwendig, so ist eine Souveränität von Menschenfressern nicht erwünscht."

Das ist der Standpunkt dieser sogenannten Kommunisten.

Diese Leute sind von der Überzeugung durchdrungen, daß die Kommunistische Internationale und ihre Exekutive diese guten Leutchen von Sidi-bel-Abbas von Menschenfressern verspeisen lassen wollen.

Wir sind nicht so streng, wir sind nicht so terroristisch gesinnt, und diese guten Leutchen von Sidi-bel-Abbas und dem algerischen Verband können sich beruhigen, denn es handelt sich um keine Menschenfresserei, es handelt sich bloß um die nationale und koloniale Frage.

Es muß ein für allemal gesagt werden, daß die Vorkriegsanschauungen der 2. Internationale in der Kommunistischen Internationale unzulässig sind. Bei gewissen Thesen, wie z. B. dieser von Algier, und gewissen Erklärungen unserer Genossen in den verschiedenen Ländern über diese Frage muß man sich dessen bewußt sein, daß es sich hier um Anschauungen à la Hildebrand, à la Noske usw. usw. handelt.

Und deshalb protestieren wir gegen die Passivität, die hier der größere Teil des 4. Weltkongresses bekundet. (Beifall.)

Das Schicksal der proletarischen Revolution gegen den Weltimperialismus in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern ist mit dem Schicksal der Kolonialrevolution in den rückständigen Ländern innig verbunden. Der Weltkapitalismus ist bestrebt, seine Kräfte durch intensivere Ausbeutung der Kolonien aufzufrischen. Da der Kapitalismus sich in einer schwierigen Periode befindet, beutet er China, Indien usw. um so stärker aus.

Beachten Sie alle Gegensätze, die sich jetzt in der internationalen Politik entwickeln. Das Programm des konservativen Ministeriums Bonar Law in England ist ein Programm der Wiederherstellung der Kräfte des englischen Imperialismus mit Hilfe der Kolonien. Um China und den Stillen Ozean geraten die Interessen Amerikas, Englands und Japans aneinander.

In Kleinasien, in Nord-Persien und in Süd-Persien sind die englischen, amerikanischen und französischen Interessen im Konflikt miteinander. In Frankreich spielen die schwarzen Truppen in den Plänen der Herren Millerand, Poincaré und ihresgleichen eine vorherrschende Rolle. Millerand, Poincaré und ihresgleichen verstehen die Kolonialfrage besser als gewisse Kommunisten, weil sie recht wohl wissen, daß all diese rückständigen Länder — wenn sie vom revolutionären Geist nicht berührt sind —, all diese Menschenfresser gegen die Revolution „zugunsten des Imperialismus ausgenutzt werden können!". Diese Lage ist sehr einfach und leicht verständlich.

Bis jetzt haben wir in unseren Blättern — abgesehen von einigen seltenen Ausnahmen — schöne Deklarationen über die Kolonialfrage gelesen: „Man muß die unterdrückten Völker befreien, ihnen behilflich sein usw. usw."

Niemand sagt aber, *was* jetzt getan werden muß.

Die Kolonialbewegung hat sich in den rückständigen Ländern, in Indien, China usw., seit dem 2. Kongreß ziemlich rasch entwickelt.

Während der Kriegsjahre hat der einheimische Kapitalismus dank dem Nachlassen der imperialistischen Vormundschaft über die Kolonien ungeheuere Fortschritte gemacht. In einigen Ländern — z. B. in Indien — hat sich die Industrieproduktion sogar verdoppelt. Die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus in diesen Ländern ist die Grundlage der Entwicklung der national-revolutionären Bewegung.

Der ausländische Imperialismus in den Kolonien spielt heute dieselbe Rolle, die der Feudalismus der Bourgeoisie gegenüber im 18. und 19. Jahrhundert gespielt hat.

Die koloniale und nationale Revolution ist in den rückständigen Ländern eine bürgerlich-demokratische Revolution, und wir wissen, daß zur selben Zeit die internationale Lage eine revolutionäre ist. Wir

wissen, daß wir uns in einer Periode des großen Aufschwunges des Klassenkampfes befinden. Wir wissen, daß der Tag des vollständigen Sieges der proletarischen Revolution nahe ist. Deshalb ist eine bürgerlich-demokratische Regierung in den rückständigen Ländern eine Unterstützung und eine große Beruhigung für unsere proletarische Bewegung. Deshalb dürfen wir diese Bewegung nicht geringschätzen und deshalb müssen die kommunistischen Parteien ihr möglichstes tun zur Unterstützung dieser Bewegung und zur Organisierung der besten Elemente der rückständigen Länder.

Die verschiedenen Länder des Ostens — China, Indien — sind ziemlich rückständig. Der Agrarfeudalismus, der militärische Bürokratismus sind die Hauptstützen des ausländischen Imperialismus. Die Nomadenhäuptlinge in Persien z. B. haben die Eroberungspolitik der Engländer begünstigt.

In China sind es die „Duziun" genannten Militärgouverneure, die die Einheit Chinas verhindern.

Unsere erste Aufgabe ist, alle Bestrebungen der kolonial-revolutionären Bewegung zu einer anti-imperialistischen Einheitsfront zu vereinigen.

In diesen rückständigen Ländern haben sich die Elemente der kleinbürgerlichen Entwicklung von den feudalen Elementen noch nicht abgesondert, und diese feudalen Elemente sind Anhänger des ausländischen Imperialismus.

Der Kampf gegen das feudale Agrarregime ist notwendig. In Persien ist dieser Kampf jetzt im Gange, es ist dies der Kampf gegen den ausländischen Imperialismus.

Zur Zeit des 2. Kongresses hatten wir in diesen Ländern noch keine kommunistischen Parteien. Das erste Zeichen der Arbeiterbewegung machte sich in China im Jahre 1920 beim Boykott der ausländischen Waren bemerkbar; in Indien begann sie sich im Jahre 1919 zu entfalten.

Wir können zahlreiche ähnliche Beispiele anführen: die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus während des Krieges und während der Krise der Nachkriegszeit verursachte den Aufschwung der Arbeiterbewegung. Die kommunistischen Parteien dieser verschiedenen Länder sind noch sehr schwach. Sie zählen einige Hundert, zuweilen sogar nur einige Dutzend Mitglieder. Wir kennen jedoch die Geschichte der Arbeiterbewegung sehr gut. Die Bolschewiken-Partei war im Jahre 1883 eine kleine Gruppe von 5 Mitgliedern; 40 Jahre später wurde sie zur Staatsmacht. In der Tat, die Geschichte schreitet in unseren Tagen noch schneller vorwärts. Der gleiche Aufschwung harrt auch der kleinen kommunistischen Parteien.

Diese Arbeiterklasse, die sich erst während des Krieges entwickelt hat, ist noch immer an das Handwerk, an das Kleinbauerntum gefesselt. In Indien haben wir 2 Millionen Arbeiter, die in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind. Bürgerliche Advokaten leiten die Bewegung. Erst im Jahre 1920 trat in Indien die erste revolutionäre Gruppe auf den Plan. In Bombay erscheint ein sozialistisches Blatt, dessen Redakteur Gen. Dangay ist, der jetzt die Gründung einer Arbeiterpartei in Indien beabsichtigt. Wir sind überzeugt, daß der Zeit-

punkt der Gründung dieser unabhängigen Partei in Indien bereits in nächster Nähe ist.

Die Arbeiterbewegung entwickelt sich in den verschiedenen Ländern in verschiedener Weise, dennoch lassen sich aber diese Erscheinungen verallgemeinern. Wir können füglich sagen, daß die Arbeiterklasse in den Kolonialländern zur unabhängigen politischen Kraft wird, und das ist ein großer Fortschritt zum Endsieg der proletarischen Revolution.

Ich habe hier einen Bericht des Führers der Pekinger Gendarmerie vor mir. Die chinesischen Gendarmen haben Angst vor Lenin. Ihr Führer schreibt:

„Die Erfahrung mit Lenin ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß die Verwirklichung perverser Ideen tausend Mal schädlicher ist, als jene Gefahren, mit denen uns die Überschwemmungen und die wilden Tiere bedrohen." (Heiterkeit.)

Sogar die chinesischen Gendarmen sind wegen der Fortschritte der bolschewistischen Ideen besorgt.

Wir können das Problem der Sowjetrevolution in diesen verschiedenen Ländern nicht unverzüglich stellen. Unsere erste Pflicht ist in diesen Ländern, für die Befreiung der Arbeiterklasse und für ihre Organisierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu kämpfen. Die Arbeiterklasse muß sogar am gemeinsamen Kampf gegen den ausländischen Imperialismus teilnehmen. Die Arbeiterbewegung darf nicht eine verkleinerte Form der nationalistischen Bewegung sein.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat bereits erklärt, daß wir sämtliche Formen der unabhängigen Arbeiterbewegung in den rückständigsten Ländern unterstützen müssen. Wir haben diese Richtlinie befolgt. Die kommunistischen Parteien sind bereits zu einer politischen Kraft geworden; sie sind imstande, die national-revolutionäre Bewegung zu organisieren und diese Bewegung vorwärtszutreiben. Das erste Stadium der nationalistischen Bewegung ist noch von veralteten Vorurteilen gefesselt. Die während langer Jahrhunderte unterdrückt gewesenen Massen glauben, daß die Methoden der passiven Resistenz ihnen zum Sieg verhelfen können. Wir müssen diese Methoden kritisieren, weil sie nicht geeignet sind, uns zu unserem Ziel zu verhelfen.

Dagegen ist es notwendig, daß wir die Aufmerksamkeit aller Länder der Kolonialfrage zuwenden; bis jetzt hatten wir in der Internationale bloß koloniale Studiengruppen. Das genügt nicht. Man muß die Arbeiterklasse dieser rückständigen Länder organisieren, weil diese Arbeiterklasse, diese Kolonial- und Halbkolonialvölker für den Sieg der proletarischen Weltrevolution von großer Wichtigkeit sind. (Beifall.)

ORCHAN (Türkei): Genossen, die Kommunistische Internationale hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Unabhängigkeitsbewegung der Kolonialvölker für die Weltrevolution von großer Wichtigkeit ist. Es ist uns daher vollkommen unerklärlich, daß die kommunistischen Parteien des Westens der Orient- und Kolonialfrage nicht jene Bedeutung beilegen, die ihr gebührt.

Als schlagenden Beweis können wir zu unserem großen Bedauern anführen, daß die Kommunistische Partei Italiens in ihr Aktionspro-



gramm noch immer kein spezielles Kapitel über die Aufgaben der kommunistischen Parteien in den Kolonien aufgenommen hat.

Wir sehen leider, daß der 4. Kongreß bei der Erörterung der Orientfrage das Beispiel des 3. Kongresses befolgt hat. Wir schließen uns den Protesten unserer Genossen durchaus an.

Wir sind der Ansicht, daß die anti-imperialistische Einheitsfront eine Art Koalition der fortgeschrittensten Klassen zum Kampf gegen den Imperialismus auf der Grundlage der Befriedigung der Minimalforderungen der werktätigen Massen darstellt.

Genau so wie die proletarische Einheitsfront gegen die Offensive des Kapitals, die sich das Ziel gesteckt hat, die Massen durch Entlarvung der verräterischen Politik der Internationalen 2 und 2½ zu gewinnen, auf der Grundlage der Minimalforderungen der Arbeiter (Achtstundentag, Löhne, Koalitionsrecht usw.) zustandegekommen ist, hat auch die anti-imperialistische Einheitsfront das Ziel, die imperialistischen Kräfte zu desorganisieren, die Massen zu gewinnen und die Außenpolitik der herrschenden Klassen, die eine Versöhnung mit den Imperialisten anstreben, zu entlarven.

Um den Massen Verständnis für den Sieg der anti-imperialistischen Einheitsfront beibringen zu können, muß diese Taktik derart konkretisiert werden, daß ihr als positiver Inhalt die Forderungen der Massen nach Agrar-, Verwaltungs-, Steuer-, Wahlreformen usw. zugrunde gelegt werden.

In Anbetracht dessen, daß nunmehr auch die 2. und 2½ Internationale sich gezwungen sehen, in Worten gegen den westlichen und östlichen Imperialismus zu handeln, müssen wir den europäischen opportunistischen Parteien die anti-imperialistische Einheitsfront auf Grundlage der Unabhängigkeit der Orient- und Kolonialvölker vorschlagen.

In der Folge müssen wir der Labour Party vorschlagen, auf die Regierung in folgender Richtung einen Druck auszuüben:

a) Daß sie auf der Lausanner Konferenz den Abschluß eines mit dem Nationalpakt übereinstimmenden Friedensvertrages fordere;

b) Unverzügliche Räumung Konstantinopels und ganz Thraziens;

c) Liquidierung der Meerengenfrage im Sinne des russisch-türkischen Vertrages mit Beteiligung der Küstenstaaten des Schwarzen Meeres;

d) Möglichkeit der Veröffentlichung von Artikeln über diese Frage in den Arbeiterblättern;

e) Räumung Syriens, Mesopotamiens und Palästinas. Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit sämtlicher Kolonien und Halbkolonien.

Im Interesse der nationalen und Arbeiterbewegung des Orients und der Befreiung sämtlicher arbeitenden Völker vom Joch der eingedrungenen kapitalistischen Regierungen, ferner im Interesse der Organisierung der einheitlichen Kampffront schlagen wir vor, durch eine Konferenz sämtlicher Delegierten der Orientländer und der französischen und englischen Delegierten unverzüglich einen Kongreß einzuberufen; einzuladen sind sämtliche revolutionären Organisationen, die den Kampf gegen den Imperialismus führen.

Die letzten Siege, die das türkische Volk über den Weltimperialismus errungen hat, haben in den entlegensten Ländern Asiens und Afrikas, sogar in Cochinchina, in diesem nicht muselmanischen Land, dessen Freudekundgebungen in der bürgerlichen Presse besonders verzeichnet wurden, begeisterten Widerhall erweckt.

An Hand dieser Tatsachen erklären wir, daß ein von der Kommunistischen Partei der Türkei einberufener Kongreß sämtlicher unterdrückter Völker für die Weltrevolution von einer Wichtigkeit ersten Ranges sein wird.

Sämtliche Parteien jener Länder, die Kolonien und Halbkolonien besitzen, besonders die französischen und englischen Parteien, müssen jede revolutionäre Unabhängigkeitsbewegung unterstützen und den kommunistischen Parteien ihrer Kolonien mit allen Mitteln beistehen, als wären es ihre eigenen Sektionen. Wir bestehen auf diesem Punkt ganz besonders, weil bis heute die kommunistischen Parteien der Mutterländer ihre Pflicht der nationalen Freiheitsbewegung und den kommunistischen Parteien gegenüber in unbegreiflicher Weise vernachlässigt haben. Wir fordern, daß der 4. Kongreß sämtliche Sektionen verpflichtet, den Punkt 8 der 21 Bedingungen durchzuführen, und sie dazu anhält, den kommunistischen Parteien des Orients regelmäßig das ganze Material und die Literatur zu senden, die geeignet sind, die Politik der Imperialisten zu entlarven. Wir wünschen auch, daß sie ihnen Broschüren, Zeitschriften, Flugschriften, Proklamationen usw. senden, die speziell mit der Bestimmung verfaßt sind, die Besatzungstruppen zu desorganisieren und zu revolutionieren.

Die kommunistischen Parteien dieser Länder werden die Aufgabe der Verteilung dieser Publikationen auf sich nehmen.

In den orientalischen Ländern, in denen die Entwicklungsstufe der Produktivkräfte der Arbeiterklasse nicht gestattet, ihre Endziele in der Form der Diktatur des Proletariats unverzüglich zu verwirklichen (obgleich die industrielle Ausgestaltung der Türkei eine viel tiefere ist und das Klassenbewußtsein des Proletariats sich in den letzten Jahren ziemlich entwickelt hat), besteht das wichtigste Problem für die jungen kommunistischen Parteien dieser Länder in erster Linie darin, den Rahmen der Partei zu festigen und sie von allen opportunistischen und individualistischen Elementen zu befreien, das Proletariat auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete aufzuklären und zu organisieren, die Arbeiterbewegung durch unausgesetzte und methodische Arbeit im Inneren der Gewerkschaften zu zentralisieren.

Die Vorbedingung des unausbleiblichen Sieges dieser jungen kommunistischen Parteien ist ihr Einfluß auf die halbproletarischen und bäuerlichen Massen.

Deshalb müssen in der Übergangsperiode die kommunistischen Parteien dieser Länder Losungen ausgeben, die geeignet sind, die breiten Massen der Werktätigen zusammenzuschließen und die Position der herrschenden Klasse dem ganzen Volk gegenüber zu schwächen.

Die wesentlichen Aufgaben der jungen kommunistischen Parteien der orientalischen Länder sind, kurz gefaßt, die folgenden:

1. Die nationalen Freiheitsbewegungen sind mit allen Mitteln zu unterstützen. Sämtliche Kräfte sind zu einer anti-imperialistischen Ein-

heitsfront zu vereinigen. Es ist darüber zu wachen, daß die herrschende Klasse diese nationale Freiheitsbewegung nicht sabotiere.

2. Es sind demokratischere Formen zugunsten der breiten werktätigen Massen zu fordern; diese Taktik wird der Partei die Sympathien aller werktätigen Klassen einbringen und aus der Kommunistischen Partei die große Partei des Volkes machen.

Wenn jedoch ihre Gesamtbetätigung ausschließlich darin bestehen würde, die Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen und Reformen zu fordern, würde sie aufhören eine kommunistische Partei zu sein. Eine ihrer Hauptaufgaben ist, die Arbeiterklasse aufzuklären und zu organisieren, feste Rahmen zu bilden und diese auszuprobieren, damit im gegebenen Augenblick die Partei imstande ist, trotz der nationalistischen und sozialverräterischen Führer das Proletariat und die halbproletarischen Massen zum Endsieg zu führen. (Beifall.)

NIK-BIN (Persien): Genossen, bevor ich zur Darlegung der Sachlage in Persien übergehe, halte ich es für erforderlich zu erklären, daß bisher dem Osten, den Kolonialländern sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Die Resolution des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale, in der es klar ausgesprochen wurde, daß die Kolonialländer nur mit Unterstützung der kommunistischen Parteien der Länder der Großmächte, die im Besitz dieser Kolonien sind, befreit und in ihnen kommunistische Parteien geschaffen werden können, ist eine papierene Resolution geblieben. Wir haben von den kommunistischen Parteien der imperialistischen Westländer nicht nur keinerlei moralische Hilfe erhalten, sie haben auch überhaupt sehr wenig Interesse für die Ostfrage gezeigt. Einen Beweis dafür gibt die heutige Sitzung des 4. Kongresses. Bei der Aufhebung der kapitalistischen Ordnung spielt die Ostfrage zweifellos eine sehr wesentliche Rolle. Um die kapitalistische Ordnung zu beseitigen, muß man alle Arterien unterbinden, durch die dem Kapitalismus lebendige Säfte und Kräfte zuströmen. Die Kräfte des Kapitalismus müssen in den Kolonien untergraben werden. Was Persien betrifft, so befindet sich dieses Land gegenwärtig in einem Übergangsstadium von der patriarchalischen Geschlechterordnung zum Kapitalismus. In Persien gibt es nicht nur eine einzige Gewalt, sondern zwei, drei usw. bis in die Unendlichkeit. Die Kommunistische Partei muß dort nicht nur gegen die eigenen Feudalherren kämpfen, sondern auch gegen die Imperialisten, hauptsächlich gegen die englischen, die sich mit den Feudalherren vereinigt haben, die wichtigsten Verbündeten derselben sind und Persien an der Grenze des Überganges zur kapitalistischen Ordnung zurückhalten. Die Weltindustriekrise hat sich auch in Persien bemerkbar gemacht, nämlich insofern, als der persische Markt bis zu einem gewissen Grade von den Kapitalisten unausgenutzt geblieben ist. Das hat dazu geführt, daß die einheimische Industrie sich zu entwickeln begann; gleichzeitig mit ihr entstand eine Arbeiterklasse. Infolgedessen und infolge vieler anderer Ursachen hat sich in Persien eine kommunistische Partei organisiert. Diese Organisation zählt gegenwärtig in ganz Persien 1000 Mitglieder. Ferner gibt es Arbeitergewerkschaften, die in ganz Persien 15 000 Mitglieder zählen, von denen 12 000 allein auf die Hauptstadt Persiens, Teheran, entfallen. Vom strengen Parteistandpunkt aus wäre

die Organisation einer kommunistischen Massenpartei in Persien unrichtig. Die Organisation hat dort nur einen Kern, allerdings einen völlig gesunden Kern, der hauptsächlich aus Arbeitern besteht. Andererseits gibt es Organisationen in Gestalt der Gewerkschaften; diese stehen vollkommen unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei. Die Partei leitet die Politik und wirkt auf den Gang der Arbeit in den Gewerkschaften ein.

Die Gewerkschaften entstehen in ungeheurer Zahl, so daß die Partei nicht alle Gewerkschaften restlos erfassen kann. Wie sehr die Kommunistische Partei in Persien erstarkt ist, erhellt aus der Tatsache, daß im Laufe des Jahres unter ihrer Führung Streiks stattfanden, von denen die Mehrzahl, ungefähr 10, einen siegreichen Verlauf nahmen.

Nicht verschwiegen werden darf auch der Einfluß der Zeitung, der Presse. In Teheran haben wir zwei Organe, die die populärsten Zeitungen in ganz Persien sind. Sie übertreffen alle anderen Zeitungen nicht nur an Popularität, sondern auch an Auflagenhöhe. Die Partei sucht eine allgemeine anti-imperialistische Front gegen die Imperialisten zustande zu bringen. In dieser Hinsicht tritt sie mit dem umfassenden Plan eines demokratischen Blocks hervor, dem die Vertreter aller nationalen und demokratischen Gruppen angehören sollen. Die Führerrolle in diesem Block spielt die Kommunistische Partei Persiens. Es ist bedeutsam, daß die Kommunistische Partei Persiens sich sogar als stärker erwiesen hat, als die bürgerlichen Parteien. Die bürgerlichen Parteien streben selbst einen Block mit uns an, und zwar vor allem die sogenannten Sozialdemokraten, die ein demokratisches Programm haben. Man kann sagen, daß die Voraussetzungen dafür gegegeben sind, daß die Kommunistische Partei Persiens in nächster Zukunft sehr große Erfolge haben kann, denn in Persien gibt es Industriebezirke mit zahlreichem Proletariat. Ich verweise z. B. auf die nördlichen und südlichen Häfen Persiens, wo es Hafenarbeiter gibt, sowie ferner auf die Bezirke Südpersiens, wo die englischen Naphthaquellen liegen, an denen über 40 000 persische Arbeiter beschäftigt sind. Es muß bemerkt werden, daß in Persien in diesem Jahr zum erstenmal in seiner Geschichte eine Feier des 1. Mai veranstaltet worden ist. Am 1. Mai wurden nicht nur Meetings abgehalten, sondern es wurde auch anläßlich des Maifeiertages ein Streik proklamiert. Es haben allerdings nicht alle Arbeiterkategorien gestreikt, sondern nur der Setzerverband erklärte den Maistreik. Dies alles beweist, daß die Kommunistische Partei Persiens völlig herangereift ist und daß sie eintritt in den Kampf für den Sieg des Kommunismus.

RADEK: Genossen, wir müssen den Weg, den wir seit dem 2. Kongreß in der Frage unseres Verhältnisses zu den Bewegungen im Orient durchschritten haben, einer Prüfung unterziehen. Sie erinnern sich, als wir auf dem 2. Kongreß der KI. die These aufstellten von der großen revolutionären Bedeutung der Bewegung im Orient, von der Notwendigkeit der Unterstützung dieser Bewegung durch die KI., daß diese Stellungnahme ein Halloh hervorgerufen hat, nicht nur in der kapitalistischen Welt, die wußte, warum sie unseren Ratschluß fürchtete, sondern auch in den Parteien der 2. und 2½ Internationale. Es genügt, Sie daran zu erinnern, wie die Crispien und Hilferding in Halle erzählt haben, daß

40*

wir den Mullahs aus Chiva eine größere Bedeutung beilegen als irgendeinem Industrieproletariat, als einer Partei, wie es die unabhängige deutsche Sozialdemokratie war.

Genossen, die Geschichte hat gezeigt, wie recht wir hatten und wie unrecht diese Herren, die mit ihrer westeuropäischen Überhebung von den Mullahs von Chiva sprachen. Sie erinnern sich, wie nach dem Orientkongreß in Baku die Leute uns beschimpften, daß wir uns mit „den Türken" verbündeten. Und was hat die Praxis, was hat die Geschichte gezeigt? Der Versailler Frieden existiert trotz aller Proteste Hilferdings, und die Herren Hilferding sind jetzt bereit, in die Regierung einzutreten, um als Lakaien der Entente zu wirken. Die Hilferdinge sind ein ohnmächtiges Objekt der Geschichte, das nur der Welt seine Leiden vorjammern kann.

Aber die revolutionäre Bewegung in der Türkei, aber der Kampf der türkischen Volksmassen, denen wir unsere Unterstützung versprochen haben, hat den Vertrag von Sèvres zerrissen. Und während die ganze 2. und 2½ Internationale ein Nichts ist gegen den Kapitalismus, hat dieser Kampf der Türkei das ganze westeuropäische Gleichgewicht erschüttert. Und damit wird die Frage beantwortet, ob diese Bewegungen im Orient revolutionäre Bewegungen sind, ob sie eine große Bedeutung für die Unterwühlung der Macht des Kapitalismus haben, oder ob es eine Spielerei der auswärtigen Politik Sowjetrußlands ist, die die KI. mitmacht.

Nachdem die Bedeutung der Orientfrage in dieser eklatanten Weise sogar für Blinde klar wurde, kommen die Herren mit einem neuen Liede. Diesmal ist es einer der Vorsitzenden unseres 2. Kongresses, der als Kommunist tote Paul Levi, der zu diesem Gesang den Auftakt gibt. Jetzt heißt es nicht mehr, daß die Orientvölker und die Orientrevolution von keiner Bedeutung sind, jetzt heißt es: Siehe da, der Sieg Kemal Paschas ist ein Sieg Poincarés. Und indem Sowjetrußland Kemal Pascha unterstütze, hat es auch Poincaré unterstützt. Und Paul Levi sagt: So weit sind wir gekommen! Dieses Auftreten Levis zeigt besser als alle seine Artikel über die innere Politik Deutschlands, auf welche abschüssige Bahn er persönlich geraten ist, und auch, wie vollkommen verfault die internationale Sozialdemokratie ist. Sie versteht nicht, daß in einer großen weltgeschichtlichen Entwicklung verschiedene Kräfte an der Arbeit sind, daß der revolutionäre Kampf der Orientvölker ausgebeutet und ausgenutzt wird von den hadernden Cliquen des internationalen Imperialismus, daß das aber weder diesem revolutionären Kampf seinen Charakter nimmt, noch das Weltproletariat der Pflicht enthebt, die revolutionären Tendenzen im Osten zu unterstützen. Die armen Schächer von der 2. und 2½ Internationale verstehen nicht, daß eben, weil die kapitalistischen Mächte versuchen, die Orientvölker zu einem Instrument des Kapitalismus zu machen — die internationale Arbeiterklasse verpflichtet ist, alles zu tun, um den Orientvölkern zu helfen, sich mit der europäischen und der Weltarbeiterbewegung zum Kampf gegen den Weltkapitalismus zu vereinigen.

Wenn Herr Levi und seinesgleichen jetzt sagen: Ja, der Sieg der Türkei ist der Sieg Frankreichs, so haben sie um 2 Wochen zu früh prophezeit: Die Lausanner Konferenz wird ein Bild dessen sein, wie der erwachende Orient eine geeinigte Front des Weltkapitalismus gegen

sich haben wird; Frankreich will im Orient die Rolle spielen, die Deutschland vor dem Kriege im Orient gespielt hat. Frankreich will England ein verhältnismäßig großes türkisches Gebiet gegenüberstellen, aber nicht darum, um dieses türkische Gebiet selbständig zu machen, sondern damit es Gegenstand der französischen Expansion wird. Darum wird die französische Regierung, nachdem sie der Türkei geholfen hat, Griechenland zu besiegen, diese im Stiche lassen. Sie wird in der Frage der Kapitulationen, sie wird in der Frage der Finanzkontrolle der Türkei dieselbe Stellung einnehmen, wie der britische Imperialismus. Dann wird es sich zeigen, wer recht hatte: die revolutionären Kräfte, die Kommunistische Internationale, Sowjetrußland, die sich sagten, daß durch alle Wirrnisse hindurch die Bewegung im Orient zu unterstützen ist, weil sie in ihrem Kerne eine revolutionäre Bewegung ist, oder die, die aus Angst und Bangen auf jeder Station den Ausblick für alles verlieren, was hinterher kommt.

Somit komme ich, Genossen, zu der zweiten Frage, die hier in den Berichten der türkischen Delegierten wie in den Berichten unserer türkischen Genossen eine Rolle gespielt hat. Unsere These war: der ausgebeutete Orient muß sich gegen das internationale Kapital wehren und er wird sich wehren. Aus diesem Grunde die Unterstützung des ausgebeuteten Orients. Nun stehen an der Spitze der Orientvölker nicht nur keine Kommunisten, sondern zum größten Teil sogar keine bürgerlichen Revolutionäre. An der Spitze der Orientvölker stehen noch Vertreter der absterbenden feudalen Cliquen, wie sie das Offizierkorps und die Bürokratie in diesen Ländern gebildet haben. Unsere Unterstützung der Orientvölker wirft also die Frage von dem Verhältnis zu diesen regierenden Elementen auf. Diese Frage ist praktisch aufgeworfen durch die Verfolgung der Kommunisten in der Türkei und durch die in den letzten Wochen eingetretenen Kämpfe, die Wu-Pei-Fu in China gegen die Streikenden führt. Wir Kommunisten können ohne jede Diplomatie vollkommen klar und öffentlich über unser Verhältnis zu diesen Dingen sprechen. Als wir dem erwachenden Orient unsere Unterstützung versprachen, haben wir auch für keinen Augenblick die Klassenkämpfe vergessen, die sich auch im Orient abspielen werden. Marx hat im Jahre 1847 im „Kommunistischen Manifest" nicht nur den deutschen Arbeitern gesagt: Unterstützung der Bourgeoisie, insoweit sie revolutionär auftritt, sondern er hat sogar in Polen die revolutionären Elemente aufgefordert, der Fraktion des polnischen Großgrundbesitzes, des Adels, die in der Bauernfrage einen revolutionären Standpunkt einnahm, Unterstützung zu gewähren. Was bedeutet das? Er wußte sehr gut, daß das Bürgertum Bürgertum bleibt, daß der polnische Adel polnischer Adel bleibt. Er wußte, daß die junge Arbeiterbewegung mit diesen ihr fremden und feindlichen Klassen einen Klassenkampf zu führen haben wird. Er hat aber verstanden, daß eben die Interessen dieses Klassenkampfes, seiner zukünftigen Entwicklung in diesem historischen Augenblick trotz der Klassengegensätze die Untertützung dieser Klassen durch die Arbeiterklasse erfordert. Genossen, die Verfolgung der Kommunisten in der Türkei ist ein Teil eines Klassenkampfes, der sich in der Türkei erst zu entwickeln beginnt: nicht nur zwischen der Arbeiterklasse, der jungen Bourgeoisie und der Bürokratie, sondern auch in dem Lager der herrschenden Schichten.

Es ist kein Geheimnis, daß für diese Verfolgung der Kommunisten in erster Linie der Minister des Inneren Rauf Bey und Refad Pascha verantwortlich sind, die beide für ein Kompromiß mit der Entente sind und die Gegner des Sultans waren. Es ist kein Geheimnis, daß die Absetzung des Sultans in der Türkei einen Kampf entfesselt hat, und jetzt kommt die Frage: kapitulieren die revolutionären Elemente der herrschenden Klasse vor den Reaktionären oder nicht? Kapitulieren sie, dann ist die Rolle Kemal Paschas ausgespielt, dann wird in der Türkei der neue Schacher um die Türkei einsetzen und das türkische Volk für ein Bakschisch verkaufen werden. Kapitulieren sie nicht, dann werden sie versuchen müssen dem Anprall der Klerisei, dem Anprall der reaktionären Paschas, dem Anprall aller korrupten Elemente den Widerstand der Massen entgegenzustellen. Wir wissen nicht, welche Partei siegt, aber wir bedauern keinen Augenblick, daß wir den türkischen Kommunisten gesagt haben: Eure erste Aufgabe, nachdem Ihr Euch als besondere Partei organisiert habt, ist die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung in der Türkei. Es geht um die ganze Zukunft des türkischen Volkes, um die Frage, ob es sich die Bahn freimacht oder zum Sklaven des Weltkapitals wird. Wenn die Paschas das türkische Volk verkaufen werden, wenn die ganze Last der Kapitulationen, die Finanzkontrolle usw. auf die türkischen Bauern fällt, dann wird der türkische Bauer verstehen, daß die Kommunisten, die junge Arbeiterklasse diejenigen sind, die für seine Interessen gekämpft haben, und er wird sich um die Kommunistische Partei sammeln. Und auch in diesem Momente der Verfolgungen sagen wir den Kommunisten der Türkei: vergeßt über dem jetzigen Augenblick die nächste Zukunft nicht! Die Aufgaben der Verteidigung der Selbständigkeit der Türkei, die eine große internationale revolutionäre Bedeutung hat, sind noch nicht beendet. Ihr sollt Euch gegen Eure Verfolger wehren, Ihr sollt Spitze gegen Spitze kehren, aber Ihr sollt verstehen, daß historisch die Zeit für den Befreiungskampf noch nicht gekommen ist, sondern daß Ihr noch einen weiten Weg mit den sich erst herauskristallisierenden revolutionären Elementen der Türkei zu gehen habt.

Oder die Lage in China! Erinnert Euch, Genossen, an den Gang der Ereignisse! Als Wu-Pei-Fu gegen Tschang-Tso-Lin in den Kampf zog, hatte er die Linie des Jangtse und ihre Arsenale als Hintergrund, aber er beherrschte nicht die Eisenbahnen im Norden, die sich in den Händen von Leuten befanden, die von Japan gekauft waren. Und was hat er gemacht? Er wandte sich an die junge Kommunistische Partei in China um Unterstützung und diese gab ihm Kommissare, die während des Kampfes die Eisenbahnen für seine Truppen, die dort den revolutionären Kampf führten, fest in den Händen hielten. Wer in China gegen den japanischen Imperialismus kämpft, kämpft für die revolutionäre Entwicklung Chinas. Indem die Kommunisten das verstanden haben, haben sie in der Arbeiterklasse das Gefühl der Selbständigkeit, ihrer Bedeutung gestärkt. Die Arbeiter stellten später ihre Forderungen an Wu-Pei-Fu und sie haben zum Teil ihre Forderungen durchgesetzt. Durch diese Unterstützung, durch die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe der revolutionären bürgerlichen Kräfte, ist es unseren Genossen gelungen, in Nord-China unter den Arbeitermassen Fuß zu fassen. Wenn die 2. und 2½ Internationale uns immerfort sagen: Idioten, ver-

steht Ihr nicht, daß Euch eigentlich alle die Enver Paschas, die Wu-Pei-Fus immer wieder verraten, so antworten wir ihnen folgendes: Verehrte Herren aus der 2. und 2½ Internationale, solange es ein Kleinbürgertum gibt, und Ihr gehört zu ihm, schwankt es immer zwischen Kapital und Arbeiterklasse, und Ihr, die Ihr Euch Sozialisten nennt, habt schon tausendmal die Arbeiterklasse verraten und trotzdem kommen wir nach jedem Verrat von neuem und suchen Euch für die Einheitsfront zu gewinnen, die Ihr bekämpft, und der Witz der Geschichte ist der, daß Ihr hineingepeitscht werdet. Ihr müßt, ob Ihr wollt oder nicht, wenn Ihr uns auch verraten habt, wieder einmal mit uns zusammengehen und unserer Sache dienen.

Erinnern Sie sich an die Ereignisse in Deutschland! Mußte nicht die deutsche Sozialdemokratie, die die Lüttwitze zur Macht gebracht hat, während des Kapp-Putsches Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern kämpfen? Sie hat sie dann zwar später wieder verraten, aber trotzdem war dieser Kampf, den sie notgedrungen mit uns zusammen führte, ein der Arbeiterklasse geleisteter Dienst, denn natürlich wäre eine Kappregierung schlechter als die jetzige. Um so mehr sind Verrate und Schwankungen im Orient möglich, wo nicht einmal das Kleinbürgertum, sondern eine sterbende feudale Kaste an der Spitze der Regierung steht. Sie wird sich tausendmal an diese oder jene Fraktion des Weltkapitals zu verkaufen suchen, sie wird tausendmal die revolutionären Interessen des Landes zu verraten suchen, aber der Witz der Geschichte ist der: Der Bien muß! Sie muß kämpfen, weil ein Kompromiß mit dem Imperialismus für sie auf die Dauer unmöglich ist. Die Paschas können, um sich ein gutes Leben zu sichern, natürlich Kompromisse schließen, aber wenn sie morgen den anatolischen Bauern das Fell über die Ohren ziehen werden, um das Kompromiß zu bezahlen, so werden sie sehen, daß die Geschichte nicht umsonst die türkischen Bauern 12 Jahre lang im Kriege gehalten hat: der Bauer ist jetzt ein anderer geworden, als er vor dem Kriege war. Ein Organ der Sozial-Revolutionäre, die gewiß nicht in für Sowjetrußland freundlicher Weise berichten, bringt eine Korrespondenz aus Konstantinopel: Sie beschreibt den Eindruck, den die Siege Kemal Paschas machten, und sagt: Die Rufe, die man auf den Straßen hörte, wo sich Zehntausende und Hunderttausende von Menschen versammelt hatten, waren zwei: „Es lebe Kemal Pascha! und es lebe Sowjetrußland!" Die Massen wußten, daß die Franzosen auch mitgeholfen hatten, und trotzdem erschollen keine Rufe für Frankreich, weil sie instinktiv fühlten, daß Frankreich aus diplomatischen Gründen einmal für die Türkei und einmal gegen die Türkei operierte, daß aber Sowjetrußland trotz der hundertjährigen Kämpfe, die zwischen dem Zarismus und der Türkei bestanden haben, die imperialistische Politik des Zarismus abgelehnt hatte und ein brüderliches Verhältnis zum türkischen Volke herstellen will. Und diese Tatsache hat sich in das Bewußtsein des türkischen Volkes eingefressen, und sie führt auf den Weg des Sieges.

Und darum sagen wir, nicht nur vom Standpunkt Sowjetrußlands, sondern vom Standpunkt der Kommunistischen Internationale: Macht uns nicht bange! Wir setzen unsere Karte nicht auf die vorübergehende Politik dieser oder jener Clique, sondern auf den großen historischen

Strom der die Arbeitermassen Westeuropas mit den erwachenden Massen des Ostens gegen das Weltkapital zusammenbringt.

Genossen! Jetzt ein paar Worte über die Berichte und das, was hier über den Zustand unserer Parteien im Osten, über ihre Arbeit gesagt wurde.

Wie immer, beginne ich damit: Genossen, seht die Sache nicht zu rosig an, überschätzt Eure Kräfte nicht. Wenn der chinesische Genosse hier auftritt und sagt: Wir haben feste Wurzel in ganz China gefaßt, so muß ich sagen: Verehrter Genosse! Es ist gut, sich beim Beginn der Arbeit kräftig genug zu fühlen, um die Arbeit zu leisten. Aber man soll doch die Sachen sehen, wie sie sind. Unsere chinesische Partei entwickelte sich in zwei Teilen Chinas verhältnismäßig unabhängig voneinander. Die Genossen, die in Kanton und Shanghai arbeiten, haben sehr wenig verstanden, sich mit den Arbeitermassen zu verbünden. Wir hatten ein ganzes Jahr lang Kämpfe mit ihnen, weil viele glaubten: wie kann sich ein guter Kommunist in so gewöhnliche Dinge einmischen wie Streiks; viele unserer Genossen dort sperrten sich in ihrer Stube ein, um Marx und Lenin zu studieren, wie sie einst Confutse studierten. Das war noch vor ein paar Monaten. Wie ist es möglich, daß die Sache der Revolution, die ohnehin in Südchina durch den Fall Sun-Yat-Sens einen Schlag erlitten hat, auf einmal als starke Macht dasteht? Im Norden, wo die Partei überhaupt schwach ist, wo sie sich nur auf die Eisenbahner stützen kann, wie könnt Ihr da eine große Macht sein? Es wurde von Gen. Thalheimer ein Zitat Lenins vorgebracht, in dem er sagt: Prahlt mit dem Sieg nicht vorher. Das ist ein sehr gutes Wort, wert, wie die Sprüche der alten chinesischen Weisen, gelernt und verstanden zu werden.

Die chinesischen Genossen haben in erster Linie die Aufgabe, die Möglichkeiten der chinesischen Bewegung ins Auge zu fassen. Genossen, Ihr müßt verstehen, daß in China weder die Frage der Eroberung des Sozialismus noch die Frage der Sowjetrepublik auf der Tagesordnung steht. Leider steht in China noch nicht einmal historisch die Frage der nationalen Einheit und der nationalen einheitlichen Republik auf der Tagesordnung. Was wir in China erleben, erinnert an das 18. Jahrhundert in Europa, in Deutschland, wo die Entwicklung des Kapitalismus noch so schwach war, daß er kein einziges, kein einheitliches nationales Zentrum gebildet hatte. Wenn Ihr sagt: die Tutschune, die Militärgouverneure, wenn Ihr schreit: Hier Sun-Yat-Sen, dort Wu-Pei Fu — was bedeutet das? Es bedeutet, daß die Entwicklung des Kapitalismus um eine ganze Anzahl von Zentren beginnt. Ein Volk von über 300 Millionen Menschen, ohne Eisenbahnen, wie kann das anders sein? Und unsere Aufgabe besteht darin, trotz der weiten Perspektiven, die wir haben, für die Ihr mit aller Glut Eurer jungen kommunistischen Überzeugung eintreten sollt, die realen, in der Arbeiterklasse sich bildenden Kräfte zu vereinigen zu zwei Zwecken: 1. die junge Arbeiterklasse zu organisieren und 2. sie in ein vernünftiges Verhältnis zu den objektiv revolutionären bürgerlichen Elementen zu bringen, um den Kampf gegen den europäischen und asiatischen Imperialismus zu organisieren. Diese Aufgaben beginnen wir erst zu verstehen und darum, Genossen, müssen wir uns selbst sagen, wir müssen

dort ein konkretes Programm der Aktionen schaffen, damit wir stärker werden. Und wenn die Kommunistische Internationale den kommunistischen Parteien des Westens sagt: Zu den Massen! So ist das erste, was wir Euch sagen: Heraus aus den Confutseschen Gelehrtenstuben des Kommunismus, hinein in die Massen! Nicht nur in die Massen der Arbeiter, nicht nur unter die Kulis, sondern auch in die Massen des Bauernvolkes, das durch alle diese Ereignisse aufgewühlt wird.

Ich gehe zu Japan und Indien über. In beiden Ländern ist die Konstellation der Kräfte sehr ähnlich. In Japan wie in Indien existiert schon eine starke Arbeiterklasse, in beiden Ländern herrscht eine große soziale Krise, Kämpfe verschiedener Schichten des Bürgertums und des Grundadels um die Macht, und in beiden Ländern haben wir noch keine kommunistische Massenbewegung. Das ist Tatsache. Nehmen Sie doch die Aufrufe, die Gen. Katayama in der letzten „Kommunistischen Internationale" über die Lage in Japan zusammengestellt hat. Sie sind sehr interessant. Sie finden in diesen Aufrufen, die von verschiedenen Arbeitergruppen legal herausgegeben worden sind, einen ganzen Regenbogen von Nuancen vom Tolstoianismus über den Syndikalismus und Kommunismus bis zur simpelsten Sozialreform. Und ich muß sagen: In diesem Konzert der Stimmen ist der Kommunismus am schwächsten.

Warum? Wir wußten bisher in Japan noch nichts von der Stimmung der Arbeiter, die sich in einer Periode befinden wie der, in der die englischen Chartisten sich befanden; wir verstanden es nicht, Brücken zu schlagen zu den konkreten Aufgaben, die sie jetzt haben. Und die bestehen in der Organisierung der Arbeiterklasse als einer Macht, die in den Klassenkampf in Japan eingreifen kann, um vorerst die Demokratie zu schaffen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung in Japan die Entwicklung in England nicht einfach wiederholen wird.

Es sind hundert Jahre vergangen und es ist selbstverständlich, daß das Tempo der Entwicklung in Japan schneller sein wird. Die ganze Geschichte wird konzentriert, und das wird es mit sich bringen, daß sogar in dieser bürgerlichen Revolution, die sich jetzt in Japan vorbereitet, Sowjets nicht als Machtorgane, sondern als Organe, die die Arbeiterklasse zusammenfassen, entstehen werden. Aber jetzt haben wir Gewerkschaften zu bilden, jetzt haben wir ein vernünftiges Programm aufzustellen, das die nächsten Aufgaben der Arbeiterklasse vor Augen führt. Diese nächste Aufgabe ist, die Arbeiterklasse als organisierte Masse in den Kampf zu führen.

Wir haben in Indien ein geistiges Zentrum. Es muß hier gesagt werden, daß das, was dem Genossen Roy gelungen ist im letzten Jahre zu schaffen — die marxistische Orientierung über die indischen Dinge —, die er in seinem vorzüglichen Buche gegeben hat und die er in seinem Blatte gibt, eine sehr große Arbeit ist. In keiner kommunistischen Partei des Ostens ist eine selbständige geistige Arbeit geleistet worden; diese Arbeit verdient die größte Unterstützung der Kommunistischen Internationale. Aber praktisch sind wir bei der großen Gewerkschaftsbewegung in Indien, bei diesem Aufflammen der Streiks noch nichts. Wir haben noch nicht verstanden, unter der englischen Okkupation die Rechte auszunutzen, die sie uns geben muß; die Aufnahme, die Gen. Roy dort gefunden hat, zeigt, daß dort legale Möglichkeiten

bestehen. Wir haben nicht verstanden als praktische Arbeiterpartei auch nur die ersten Schritte zu tun. Und das alles sagt: „It's a long way to Tipperary". Und wenn die Genossen sich hier darüber beklagen, daß das Interesse für ihre Arbeit nicht sehr groß ist, so muß ich sagen: Das Interesse von Parteien wird durch Taten gefesselt. Wenn zum zwanzigsten Male auf einem Kongreß vorgetragen wird, daß Persien viele Arbeiter habe, so sind das Dinge, die man nicht auf einem Kongreß, sondern aus einer Geographiefibel erfährt.

Genossen, ich spreche die Hoffnung aus, daß es uns auf diesem Kongreß gelingen wird, die Arbeit, die unsere Ostabteilung und die Ihr geleistet habt, in ein praktisches Geleise zu bringen, und daß wir dann auf dem nächsten Kongreß imstande sein werden, über praktische organisatorische Erfolge zu berichten; wenn das geschehen wird, dann wird auch die Internationale nicht nur das Empfinden von der großen Bedeutung der Orientfrage haben, sondern auch das Bewußtsein, daß Ihr die Arbeit leistet die der großen Bedeutung dieser Frage entspricht.

Genossen, wir haben jetzt eine andere Weltsituation als auf dem 2. Kongreß. Auf dem 2. Kongreß — es war unausgesprochen, aber alle Delegierten des Ostens fühlten das — war die Linie im Osten gerichtet auf sofortige große revolutionäre Aufstände. Die Weltlage, wie sie jetzt ist, die Tatsache, daß wir uns in der ganzen Welt in einer Periode befinden, wo die Revolution die Kräfte sammelt, hat auch ihren Einfluß auf die Lage in den Orientländern ausgeübt und wir müssen in den Orientländern dahin wirken, daß wir in erster Linie, wenn wir in den kommenden Zeiten eine revolutionäre Rolle spielen wollen, eine große organisatorische und politische Geistesarbeit leisten. Natürlich wird der Orient mit seinen Revolutionen nicht so lange warten, bis unsere Genossen in allen Ländern verstanden haben, daß Revolution nicht bedeutet, die Thesen der Kommunistischen Internationale zu lesen und zu verdauen, sondern daß in den Massen revolutionäre praktische Arbeit geleistet wird. Aber wenn sich große Ereignisse im Orient entwickeln, wie sie sich jetzt in der Türkei entwickeln, wo wir schwach und unorganisiert sind, dann spielen sie sich ohne uns ab, dann können wir sie nicht vom revolutionären Standpunkt beeinflussen, und darum muß die Losung dieses Kongresses in der Orientfrage sein: zu den gequälten Orientmassen zu gehen, an ihrer Bildung zu arbeiten, feste Stützpunkte der Kommunistischen Internationale im Orient zu schaffen, die praktische Arbeit zu leisten für den Kampf, der bevorsteht die imstande ist, große Massen zu beeinflussen. Und dann müßt Ihr, nachdem wir die Arbeiter um uns gesammelt haben, zu den Bauern und zu den Handwerkern gehen und müßt die Führer der zukünftigen Volkspartei werden. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Es sind noch einige Mitteilungen zu machen.

Erstens schlägt das Präsidium die Einsetzung einer Kommission vor, die die Thesen und Resolutionen zur Orientfrage prüfen und dann dem Kongreß vorlegen soll und die aus folgenden Genossen bestehen soll. Roy (Indien), Radek (Rußland), Safarow (Rußland), Ravesteyn (Holland), Webb (Großbritannien), Salich (Türkei), Sen Katayama (Japan), Malaka (Java), Tschen-du-Scha (China), Issakow (Bulgarien), Cachin (Frankreich).

Von unserer Seite wird vorgeschlagen, auch je einen Genossen von Persien und Jugoslavien in die Kommission hineinzunehmen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Wir müssen also darüber abstimmen, und zwar lasse ich zuerst über den unveränderten Vorschlag des Präsidiums abstimmen. Der Vorschlag ist angenommen. Damit erledigt sich der andere Vorschlag.

Gen. *Bunting* von Südafrika hat das Wort zur Verlesung einer Resolution über die Lage in Südafrika.

BUNTING (Südafrika): Genossen, die Resolution lautet wie folgt:

„Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat die Nachricht erhalten, daß die südafrikanische Regierung General Smuts' vier Arbeiter erschossen hat, weil sie sich während des Bergarbeiterstreiks gegen die bewaffnete Macht der Regierung, des getreuen Dieners der Goldkapitalisten, verteidigten.

Der Kongreß verdammt die südafrikanische Regierung, die in der Person des General Smuts sich in Europa als liberal und pazifistisch ausgibt und doch in Wirklichkeit selbst nicht vor Mord zurückschreckt, um die Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Der 4. Kongreß sendet brüderliche Grüße an die südafrikanischen Arbeiter und ist davon überzeugt, daß sie den Kampf nicht aufgeben werden, sondern daß sie im Gegenteil ihre Anstrengungen, die schwarzen Arbeiter in den Kampf gegen das südafrikanische Kapital hineinzuziehen und so den Sieg der Arbeiter zu sichern, erneuern werden. Die südafrikanischen Arbeiter können in diesem Kampfe auf die Hilfe der Kommunistischen Internationale rechnen; die Kommunistische Internationale betrachtet sie als einen ihrer Vortrupps."

Nun möchte ich noch einige Worte hinzufügen. (*Zwischenruf:* Hoch leben die südafrikanischen Märtyrer!) Ich fürchte, daß einige von ihnen schon tot sind und daß es zu spät ist, sie hoch leben zu lassen. Aber wenn wir diese Resolution nach Südafrika kabeln, können wir vielleicht noch einige Leben retten. Und es gibt noch etwas anderes, was wir tun können. Wir können in die Seelen und die Hirne der übrig gebliebenen einen solchen Haß pflanzen, daß sie niemals wieder mit der blutbefleckten Regierung des Generals Smuts paktieren, sondern den Kampf gegen den Kapitalismus unerbittlich führen werden.

Dies ist, wie ich glaube, das erste Mal, daß die Komintern eine Gelegenheit hat, sich in die südafrikanische Politik einzumischen, ohne befürchten zu müssen, daß ihr dies Unannehmlichkeiten zuzieht. Augenblicklich, wo der Aufruhr durch das Land geht und die Handlungen der Regierung von allen Seiten Proteste hervorrufen, hat die Komintern Gelegenheit, sich die Achtung und Hochschätzung der südafrikanischen Arbeiter zu sichern.

Ich hoffe, daß die Resolution nach Südafrika gekabelt wird, um dies zu erreichen.

(Die Resolution wird einstimmig angenommen).

Schluß der Sitzung 4,10 nachmittags.

EINUNDZWANZIGSTE SITZUNG

FREITAG, DEN 24. NOVEMBER 1922.

Die Agrarfrage.

Redner: **Varga, Renaud Jean, Theodorowitsch, Joß, Rieux, Pauker.**

Eröffnung: **11.45 vorm.**

Vorsitz: ***Kolarow,*** später ***Marchlewski.***

VARGA (Ungarn): Werte Genossen, die Agrarfrage wurde bereits auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale eingehend erörtert. Es wurden damals Thesen angenommen, die auch gegenwärtig die Grundlage unserer Arbeit bilden. ***Das Aktionsprogramm, das die Agrarkommission Ihnen zur Annahme vorlegt, bedeutet keine Änderung der Thesen, sondern eine Ergänzung derselben.*** Diese Ergänzung wurde notwendig durch die historische Änderung, die in den letzten zwei Jahren vor sich gegangen ist.

Auf dem 2. Kongreß, Genossen, waren wir alle der Überzeugung, daß die Revolution in kürzester Zeit weiter nach Westen vorgreifen werde. Es war die Zeit des siegreichen Vormarsches der russischen Armee in Polen, der Ausbreitung der kommunistischen Bewegung in ganz Europa und unter diesem Eindruck der aufwärtsgehenden revolutionären Bewegung sind in den Thesen des 2. Kongresses vor allem jene Gesichtspunkte herausgearbeitet worden, welche unmittelbar mit der Ergreifung der Macht zusammenhängen. Gegenwärtig müssen wir die Zeit der Machtergreifung in den Ländern Europas als nicht unmittelbar bevorstehend betrachten und es ***ergibt sich die Notwendigkeit, größere Massen als Hilfstruppen heranzuziehen, das Angriffsheer der Kommunistischen Partei zu vergrößern.***

Diese Idee liegt der Taktik der Einheitsfront zugrunde und dieselbe Idee liegt auch dem von uns vorgeschlagenen agrarischen Aktionsprogramm zugrunde. Wir müssen uns, wenn wir in Europa einen entscheidenden Erfolg, die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats erreichen wollen, vor allem die aktive Hilfe breiter Schichten der ländlichen Bevölkerung sicnern und weiter die Neutralisierung anderer Schichten erreichen. Denn wir müssen doch sehen, Genossen: auch die Bourgeoisie hat aus der russischen Revolution ebenfalls viel gelernt — nicht nur wir. Die Bourgeoisie, die zur Zeit der Machtergreifung durch die Bolschewiki der Überzeugung war, daß eine proletarische Diktatur nur eine vorübergehende Erscheinung sein kann, sieht heute

an dem Beispiel der russischen Diktatur die reale Größe der ihr drohenden Gefahr und ist in der ganzen Welt auf ihrer Hut. Von einer Überrumpelung der Bourgeoisie durch eine kleine revolutionäre Gruppe kann nunmehr nicht die Rede sein.

Wenn wir uns als Ziel die Gewinnung jener Schichten, die für uns zugänglich sind, und die Neutralisierung weiterer Schichten setzen, so müssen wir vor allen Dingen die *Methode unserer Arbeit* bestimmen. Diese Methode kann nichts anderes sein als eine *Anknüpfung an die realen alltäglichen Interessen der betreffenden Schichten der ländlichen Bevölkerung* innerhalb des Kapitalismus. Und, was ich besonders betonen will, die Gewinnung dieser Schichten kann nicht durch das bloße Aufstellen eines Programms erreicht werden. Diese Schichten stehen der Kommunistischen Partei im allgemeinen mißtrauisch gegenüber. Wenn wir an sie herankommen wollen, so genügt es nicht, ein gutes Programm zu machen, sondern es ist absolut notwendig, durch Aktionen, durch Teilnahme an ihrem alltäglichen Kampfe diese Schichten zu gewinnen, das Mißtrauen, welches gegen die Kommunistische Partei besteht, zu beseitigen. Hierzu ist vor allem nötig, daß die Schichten des ländlichen Proletariats, *der armen Bauern, also der Bauern, die nicht genug Land besitzen, um hiervon allein leben zu können, und teilweise auf Lohnarbeit angewiesen sind*, sowie die ärmeren Schichten der kleinen Bauern gewonnen werden. Um diese gewinnen zu können, müssen sie vor allen Dingen der ideologischen Führung der Großbauern und Großgrundbesitzer entrissen werden. Dies ist in Europa eine schwere Arbeit, denn die europäische Bauernschaft ist keine derartig lose Masse, wie es das russische Bauerntum vor der Revolution war. Die Landbevölkerung in Europa hat ihre politischen, wirtschaftlichen und kooperativen Organisationen, Organisationen, in denen überall die Großbauern die Führung haben, und die Methode unserer Arbeit muß sein, an die Interessen der ärmeren Schichten anzuknüpfen und sie von der Führung der Großbauern loszureißen. Diese Aufgabe ist eine ungemein schwierige. Die Schwierigkeiten sind vor allem in der Natur der kommunistischen Parteien in Europa begründet.

Allen diesen Parteien fast ohne Ausnahme mangelt es an dem Stab der Kräfte, die nötig wären, um eine derartige Kampagne durchzuführen. Bei vielen Parteien reichen die vorhandenen Kräfte nicht einmal dazu aus, um das industrielle Proletariat genügend zu bearbeiten. Es bleiben für die Arbeit in der ländlichen Bevölkerung wenig Kräfte übrig und es kann sich daher eine Situation ergeben, daß die kommunistische Partei eines Landes von dem Zusammenhang mit der ländlichen Bevölkerung ganz abgeschnitten wird.

Ich will Ihnen ein Beispiel anführen. Ich richtete an den Genossen, der von der rumänischen Delegation in die Agrarkommission delegiert worden war, die Frage:

Welche politischen Konsequenzen hatte die Tatsache der großen Bodenverteilung in Rumänien unter der bäuerlichen Bevölkerung?

Er mußte mir sagen: Wir wissen es nicht! Ich will damit nicht der rumänischen Partei Vorwürfe machen. Wir wissen alle, unter welch ungemein schweren Bedingungen sie in der vergangenen Zeit gearbeitet hat. Ich will damit nur charakterisieren, daß eben in sehr vielen Ländern die Kräfte der kommunistischen Parteien zu einer groß-

zügigen Arbeit auf dem Lande nicht hingereicht haben. Natürlich ist die Lösung nicht die, daß man der Arbeit auf dem Lande entsagt, sondern man muß trachten, aus der ländlichen Bevölkerung selbst, aus dem Proletariat auf dem Lande Führer, Agitatoren, Parteiarbeiter heranzuziehen, sie speziell auszubilden und dann wieder in die Bewegung zu werfen.

Diese Arbeit, Genossen, die Anknüpfung an die realen Interessen der verschiedenen Schichten der Arbeitenden auf dem Lande begegnet auch großen objektiven Schwierigkeiten. Die größte hiervon ist meines Erachtens *die Verschwommenheit der Klassenlage dieser Schichten.* In der Industrie ist die Klassenschichtung viel schärfer und klarer. Man weiß ganz klar, das ist ein industrieller Arbeiter, das ist ein Handwerker, das ist ein Fabrikant, und der Übergang aus der einen Schicht in die andere ist schwer und selten. Natürlich kommt es in der gegenwärtigen Niedergangsperiode des Kapitalismus oft vor, daß ein Industriearbeiter nebenbei einen kleinen spekulativen Handel treibt, daß er zu Hause gewisse Dinge verfertigt. Aber im allgemeinen ist die Schichtung doch klar und scharf.

Ganz anders steht die Sache mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Dort gibt es einen stetigen Übergang von dem eigentlichen, absolut land- und vermögenslosen landwirtschaftlichen Proletarier zu den reichen Bauern. Es gibt einen stetigen Übergang von einer Schicht zu der anderen. Auch ist die Klassenlage zeitlich nicht beständig. Durch Änderung der Kultur kann ein Bauer, der bisher sagen wir ein kleiner Bauer war, zu einem Arbeitgeber werden. Andererseits kann er durch irgendeine andere äußere Veränderung dazu gezwungen werden, wieder teilweise Lohnarbeit zu verrichten, so daß also die Klassenschichtung nicht nur ineinanderfließt, sondern auch zeitlich nicht beständig ist.

Außerdem will ich noch die quantitative Differenz betonen, die zwischen der Landwirtschaft und zwischen der Industrie in bezug auf das Gewicht der mittleren Schichten besteht. In den Städten können wir die Masse der kleinbürgerlichen, schwankenden Schichten der Kleinmeister, der Kleinhändler usw. in unserer Agitation im allgemeinen vernachlässigen. Dagegen gibt es manche Länder, wo das eigentliche landwirtschaftliche Proletariat an Zahl sehr gering ist, wo hingegen die halbbäuerlichen Existenzen der Kleinbauern und der Mittelbauern die überwiegende Majorität der Bevölkerung bilden. Infolgedessen müssen wir in unserer Arbeit auf dem Lande diesen Schichten eine viel größere Aufmerksamkeit widmen als in unserer Arbeit in den Städten.

Ich will ganz kurz, Genossen, auf ökonomische Grundlage dieser unklaren Klassenlage in der Landwirtschaft hinweisen. Sie beruht auf der Tatsache, daß *das wichtigste Produktionsmittel der Landwirtschaft, der Grund und Boden, leicht teilbar ist.* Er ist teilbar, ohne einen besonderen Rückgang der Produktion nach sich zu ziehen. Genossen, das ist ganz undenkbar, daß Industriearbeiter auf die Idee verfallen könnten, eine Eisenbahnlinie, eine elektrische Station, eine große Schiffswerft oder eine Maschinenfabrik zu teilen. Es ist offenbar, daß das ein Unsinn wäre, weil dadurch die Produktion zunichte würde. Aber in der Landwirtschaft kann man die Teilung des Hauptproduktionsmittels, des

Bodens, vornehmen, ohne daß dadurch der Ertrag in besonderer Weise vermindert würde. Wenn der Kleinbauer intelligent genug ist, so zieht die Verteilung des Bodens keinerlei schlechte Folgen für die Produktion nach sich. Man kann Bodenstücke hin und her verkaufen, man kann Boden dazu kaufen, man kann durch Erbteilung verarmen. Die Grundlage selbst ist teilbar, und infolgedessen ist die darauf aufgebaute Schicht in ihrer Klassenlage ebenfalls schwankend und unklar.

Schließlich will ich noch auf die große Schwierigkeit hinweisen, die in der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Gebieten, in den einzelnen Ländern liegt. Während die Probleme des Industrieproletariats, die Verhältnisse, in denen es lebt, im wesentlichen überall die gleichen sind, gibt es in der Landwirtschaft tiefgehende Unterschiede. Ich will da nur drei Haupttypen unterscheiden. Erstens die Kolonialländer mit unterdrückter eingeborener Bauernbevölkerung. Ich denke da z. B. an Ägypten, an Indien, wo folgende Lage ist: Der Bauer wird geknechtet von den fremden Räubern, die in engster Verbindung mit den feudalen Großgrundbesitzern der betreffenden Gebiete stehen, den großen Fürsten, den Verbündeten des englischen Imperialismus. In diesen Gebieten ist der Kampf gegen den Imperialismus zugleich der soziale Kampf des niedergehaltenen, geknechteten Bauerntums gegen seine eigenen Grundherren und hier ist der nationale Befreiungskampf zugleich ein Befreiungskampf der Bauern von der althergebrachten sozialen Knechtung.

Einen zweiten Typus bilden die Länder, wo noch *starke feudale Überreste vorhanden* sind, wo die bürgerliche Revolution ihre Arbeit nicht zu Ende geführt hat. Selbst in Deutschland sind noch starke Reste dieses Feudalismus vorhanden, und wenn wir weiter nach Osten gehen, nach Polen, nach dem Balkan, Rumänien, Kleinasien, so finden wir immer mehr den ins Feudale gehenden Typus der auf dem Lande Arbeitenden.

Den dritten Typus finden wir dann in rein kapitalistischen Staaten, z. B. Amerika, wo die Landwirtschaft ein Zweig der kapitalistischen Produktion ist, ebenso in den englischen Siedlungskolonien, wie z. B. in Kanada, Australien und in England selbst. Es ist ein einfaches Verhältnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ganz analog der Industrie. Wie verworren die Verhältnisse sind, zeigt z. B. das kleine Land Jugoslavien, wo wir in den neu angegliederten Teilen Bosnien und Herzegowina ein fast ganz feudales Verhältnis zwischen den ländlichen Arbeitern und den gewesenen türkischen Großgrundbesitzern finden; in dem alten Serbien selbst ein rein demokratisches Bauernland: in den von Ungarn angegliederten Gebieten, also Südungarn und Kroatien, eine voll entwickelte kapitalistische Landwirtschaft, große Güter mit moderner Einrichtung, so daß auf diesem kleinen Terrain drei sozial und politisch verschiedene Typen vorhanden sind, was natürlich die Arbeit auf dem Lande ungemein erschwert, da die Losungen, die an die Tagesforderungen anknüpfen, ganz andere sein müssen im alten Serbien, ganz andere in Bosnien und wieder andere in dem kapitalistischen Kroatien oder in den von Ungarn angeschlossenen Gebieten.

Die zweite große Verschiedenheit ist dann die *Bodenfrage.* Es gibt Länder, wo im Mittelpunkte alles Interesses der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Bodenhunger steht, und es gibt Länder, wo die

Frage des Bodens fast gar keine Rolle spielt. Wenn wir z. B. Polen nehmen oder Ungarn, zum Teil auch gewisse Gebiete Deutschlands oder Italiens, so ist dort die Bodenfrage *die* Frage, während dies in Amerika und in den Siedlungskolonien z. B. absolut nicht der Fall ist, weil dort genügend Land vorhanden ist. In Frankreich ist es ebenfalls weniger der Fall, weil dort die Bevölkerung sehr langsam wächst; im Kriege sind 1½ Millionen Bauernsöhne gefallen, so daß momentan von einem akuten Landhunger dort keine Rede ist. Andererseits wäre in Bulgarien zwar ein Landhunger vorhanden, aber da es dort einen Großgrundbesitz, der zu verteilen wäre, überhaupt nicht gibt, so ist der Landhunger dort, wenn ich so sagen darf, gegenstandslos. Wie Sie also sehen, sind die Verhältnisse auch in dieser Beziehung außerordentlich verschieden.

Ich bezeichnete als Hauptmerkmal der ärmeren bäuerlichen Schichten auf dem Lande die Unklarheit und die Veränderlichkeit ihrer Klassenlage. Diese Tatsache determiniert auch ihre politische Rolle: sie ist eine schwankende; wie ihre ökonomische Basis eine sich sehr verändernde ist, so ist auch ihre politische Stellungnahme stets eine schwankende. Manchmal fühlen sie sich dem Proletariat näher, ein anderes Mal bei besserer Konjunktur dem Großbauerntum. Sie sind im allgemeinen ein sehr schwankendes Element, das man intensiv fassen und immer aktuell bearbeiten muß.

Ich muß in diesem Zusammenhange auch auf die Veränderungen hinweisen, die infolge des Krieges in der Klassenlage und in der politischen Auffassung der bäuerlichen Bevölkerung vor sich gegangen sind. Ich will es kurz so zusammenfassen: Die Einkommensverteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt hat sich während des Krieges zugunsten des Landes, zugunsten der Landwirtschaft verschoben, und im Zusammenhang damit sind verschiedene Schichten der Bauernschaft, die vor dem Kriege dem Proletariat näher gestanden sind, gehoben und damit dem Großbauerntum näher gebracht worden. Ich will sagen, daß die Scheidungslinie der einer proletarischen Revolution zugänglichen Schichten durch den Krieg etwas in die Tiefe gegangen ist, daß wir nach dem Kriege eine etwas geringere Masse erfassen können, als wir es vor dem Kriege hätten tun können. Andererseits ist durch den Krieg die Scheidung zwischen uns zugänglichen Elementen und uns nicht zugänglichen Elementen etwas schärfer geworden. Die Bereicherung des Landes während des Krieges ging dadurch vor sich, daß die Preise der Lebensmittel stärker in die Höhe gingen als jene aller anderen Waren. Infolgedessen bereicherten sich jene bäuerlichen Schichten, die einen Produktionsüberschuß auf den Markt bringen konnten.

Jene Elemente hingegen, die zum Teil durch Lohnarbeit ihr Leben verdienen mußten, verarmten während des Krieges und die Scheidung wurde etwas schärfer, aber natürlich nicht annähernd so scharf wie in der Industrie.

Ich will noch hinzufügen, daß in den letzten ein bis zwei Jahren eine *neuerliche Verschlechterung* eingetreten ist. Ich erinnere an die große Agrarkrise in Amerika und in Argentinien und an die Tatsache, daß infolgedessen, daß die industriellen Preise nunmehr stärker in die Höhe gehen, der Bauer *nicht* mehr den Vorteil hat, teuer seine Lebens-

mittel verkaufen und verhältnismäßig billig industrielle Waren einkaufen zu können. Diese jüngste Verschlechterung der Lage der Bauernschaft zeigt sich in den verschiedenen Ländern in der neuerlich zunehmenden Verschuldung der Bauernschaft.

Genossen! Die von mir als Hauptcharakteristikum hervorgehobene schwankende Klassenlage der bürgerlichen Schichten macht es verständlich, daß wir überall, wo es ein eigentliches landwirtschaftliches Proletariat gibt, *dieses landwirtschaftliche Proletariat als den Hauptfaktor der revolutionären Bewegung betrachten müssen.* Es sind die eigentlichen landwirtschaftlichen landlosen, echten Proletarier, welche die sicheren, verläßlichen, in jeder Situation verläßlichen Kampfgenossen unserer Partei werden müssen. Dieses, Genossen, ist in dem Aktionsprogramm klar ausgesprochen.

Nun muß ich hier darauf hinweisen, daß in der französischen Übersetzung der Thesen ein ganz unverständlicher Fehler, ich möchte fast sagen, eine Fälschung vorgenommen wurde. Im deutschen Text heißt es in Punkt 6 ganz klar:

„Es ist der wichtigste Faktor der revolutionären Bewegung."

Im französischen Text heißt es ganz unerklärlicherweise:

„Un des facteurs des plus importants".

Ich bitte also den Genossen, der die Übersetzung besorgen wird, das im französischen Text klar hervorzuheben, daß der deutsche, unterzeichnete Text der endgültige und maßgebende Text ist.

Wie kommen wir nun an die landwirtschaftlichen Proletarier heran? Ich glaube, es ist nicht nötig, hierüber viel zu sprechen. Wir können an sie herankommen durch Anknüpfung an ihre *realen Tagesforderungen als Lohnarbeiter, als Proletarier,* indem wir ihre Kämpfe um Erhöhung des Lohnes, um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung usw. unterstützen. Ja, nicht nur unterstützen, sondern ihren Kampf zusammenfassen, uns an seine Spitze stellen und trachten, diese Kämpfe mit den Kämpfen des industriellen Proletariats zu verbinden, um auf diese Weise dem landwirtschaftlichen Proletariat den Beweis zu erbringen, daß die Kommunistische Partei wirklich die Partei des Proletariats ist. Ich glaube, es ist nicht nötig, hierüber mehr zu sagen. In dem Programm selbst ist alles enthalten.

Nun komme ich zu unserer Arbeit unter den *halbbäuerlichen* Schichten, und hier will ich auf die Gefahren, die daraus drohen, aufmerksam machen. Es drohen Gefahren, wenn ich so sagen darf, nach rechts und nach links. Nach rechts droht die Gefahr, daß in Ländern, wo es jetzt ein zahlreiches Halbbauerntum und Kleinbauerntum gibt, unsere Agitation umschlägt, daß *kein prinzipieller, kein scharfer Unterschied zwischen der Arbeit der Kommunistischen Partei und der Arbeit einer radikalen Bauernpartei vorhanden sein würde.* Ich will da auf zwei derartige Dinge hinweisen. Erstens auf Frankreich, wo in der Methode der Arbeit des Genossen Renaud Jean eine gewisse Gefahr in dieser Richtung zu sein scheint, daß über der Betonung der Interessen der Halbbauern und Kleinbauern das Interesse der eigentlichen echten, landwirtschaftlichen Proletarier vergessen wird. Auf der anderen Seite sehe ich ein derartiges Zeichen in dem Berichte der amerikanischen Delegation, worin nichts weniger gefordert wurde als staatlich festgelegte Minimalpreise für die landwirtschaftlichen Produkte, für die



sogenannten Stapelprodukte, was nicht nur dem Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern auch dem Interesse des industriellen Proletariats in den Städten als Konsumenten entschieden widerspricht. Hierin sehe ich die Gefahren nach rechts.

Andererseits, Genossen, sehe ich auch gewisse Gefahren nach links. Ich sehe bei gewissen Genossen eine Furcht vor den Bauern, ein gewisses sektenhaftes Kleben an dem Gedanken, daß nur echte Proletarier, industrielle und landwirtschaftliche, aktive Kämpfer für die Revolution sein können, daß dagegen die Schichten der armen Bauern, die ärmeren Kleinbauern, für eine aktive Revolution nicht zu haben sind. Ich glaube, das ist ein ebenso großer Fehler, denn es gibt eine ganze Reihe von Ländern, wo ohne aktive Mithilfe dieser Schichten eine proletarische Revolution unmöglich ist. Ich möchte sagen, daß mit Ausnahme von England in keinem europäischen Lande sich eine Diktatur halten kann, wenn die Bourgeoisie, die reichen Bauern, die mittleren Bauern und die kleinbäuerlichen Schichten gegen uns sind.

Also ich halte die Furcht vor der Mithilfe der Bauern, das Mißtrauen gegen die Möglichkeit einer Revolutionierung breiter bäuerlicher Schichten für einen ähnlichen politischen Fehler, wie die Vernachlässigung der Interessen der ländlichen Arbeiter. Die Sache steht ganz klar: Sichere Kampftruppen für uns, ständige Kampftruppen kann nur das ländliche Proletariat liefern. Aber im Moment der revolutionären Bewegung müssen die breitesten Schichten der arbeitenden ländlichen Bevölkerung mit hineingezogen werden. Ohne diese Hineinziehung wird in vielen Ländern die Ergreifung der Macht unmöglich sein und in unseren Ländern wird sich die Diktatur ohne ihre aktive Unterstützung nicht halten können.

Die Frage ist nun: Wie kommen wir an die verschiedenen Schichten der Bauernschaft heran? In unserem Aktionsprogramm sind die verschiedenen Abhängigkeitsverhältnisse der Bauern vom Kapital angegeben: Die Abhängigkeit vom Leihkapital, vom Wucherkapital, die Abhängigkeit von der Spekulation, die billig die Produkte der Kleinbauern aufkauft und sie dann teuer an die Städte verkauft, die Abhängigkeit vom Industriekapital, das durch Monopole die Preise der Industrieprodukte künstlich erhöht, die Abhängigkeit vom Transportkapital, welches z. B. in Amerika von entscheidender Wichtigkeit ist, da dort manchmal 50 Prozent des Erlöses für die Tranportkosten weggenommen werden. Vielleicht sind einige Genossen hier, die den sehr interessanten Roman von Norris gelesen haben, in dem er folgendes erzählt: In Amerika ändert die Eisenbahngesellschaft allwöchentlich oder alle zwei Wochen im Monat ihre Tarifsätze. Da fragt so ein armer Kerl, der sich durch schwere Arbeit vom Proletarier zu einem kleinen Hopfenzüchter emporgearbeitet hat, den Direktor: „Sagen Sie mir, wie bestimmen Sie eigentlich die Tarife?" Der Direktor antwortet: „Wir bestimmen sie so hoch, als es Ihr Geschäft vertragen kann." Also sie nehmen alles weg, was über den Arbeitslohn hinaus übrig bleibt.

Außerdem kommt der Kampf der Bauern gegen den kapitalistischen *Staat* als solchen in Betracht, der in der Form der Besteuerung und in der Form des Krieges, der Blutsteuer, dem Bauern schroff gegenübersteht.

Ich glaube, unsere tatsächliche Arbeit muß darin bestehen, diese einzelnen Forderungen der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber dem Kapital aufzugreifen und sie zu unterstützen. Hier liegt meines Erachtens auch die Lösung der sehr schwierigen Stellungnahme in der Preisfrage. Natürlich dürfen wir nicht sagen: Ja, die Bauern sollen hohe Preise bekommen. *Aber wir müssen die Preisfrage in einen Kampf des Bauerntums gegen das Kapital hinüberlenken.* Wir müssen sagen: Das Kapital soll gezwungen werden, für die Bauern billige Produktionsmittel, billige Maschinen, billigen Kunstdünger usw. zu liefern, um den Bauern zu ermöglichen, billig Lebensmittel zu verkaufen. Wir dürfen nicht sagen, wir wollen einen bestimmten hohen Preis, sondern wir müssen sagen: Die Kapitalisten sollen um niedrigen Preis den Bauern alle Industriewaren liefern, die sie zu ihrer Produktion nötig haben.

Aber, Genossen, der Mittelpunkt unserer Arbeit muß in unserer Stellungnahme in der *Bodenfrage* liegen. Denn der Bodenhunger ist der aktivste treibende Faktor aller revolutionären Bewegungen auf dem Lande. Die Frage ist klar gestellt: Soll die Kommunistische Partei die Bewegung der armen Bauern zur Erlangung von mehr Land innerhalb des Kapitalismus unterstützen oder nicht? Soll sie sich dem entgegenstellen oder soll sie dafür sein? Ein Ausweichen in dieser Frage gibt es nicht. In den meisten Ländern ist die Frage so scharf gestellt, daß die Kommunistische Partei entweder mit Ja oder mit Nein antworten muß. Ich sage, Genossen, die Kommunistische Partei muß überall mit einem klaren Ja antworten. Sie muß alle Bestrebungen der arbeitenden Schichten der Bauernschaft zur Erlangung von mehr Land aktiv unterstützen. Die Taktik muß darin bestehen, jeder *bürgerlichen Agrarreform unsere revolutionäre Lösung der Agrarfrage immer und beständig scharf gegenüberzustellen* und die Aktion dieser Schichten in der Richtung unserer Lösung zu leiten.

Jene landarmen Bauern z. B., die Teilpächter, Kleinpächter sind, verlangen die Herabsetzung des Pachtzinses. Die Kommunistische Partei kann nicht sagen: Nein, wir sind nicht dafür. Sie muß sagen: Ja, wir sind dafür, aber wir sagen Euch gleich, daß das keine Lösung ist, vielmehr nur die Enteignung dieser Felder, die Ihr heute in Pacht habt, die revolutionäre Konfiszierung, kann eine Lösung bringen. Die landarmen Bauern wollen *Land kaufen*, wollen, daß der Staat ihnen zum billigen Preis dieses Land verschafft. Die Kommunistische Partei kann nicht sagen, wir sind dagegen. Sie muß sagen, wir sind dafür, aber wir wollen, daß Ihr es *umsonst* bekommt; wir kämpfen dafür zwar jetzt mit Euch zusammen, daß Ihr es jetzt zu billigem Preis bekommt; aber wir kämpfen weiter, damit Ihr es umsonst bekommt samt der Einrichtung, samt dem Vieh, den Maschinen usw.

Auf diese Weise, Genossen und nur auf diese Weise ist es möglich, aktiv Fühlung mit diesen Schichten zu bekommen, diese Schichten, die heute von der Kommunistischen Partei, ich möchte fast sagen, abgeschnitten sind, in unseren Wirkungskreis zu bringen und ihre Aktionen, ihre revolutionären Bewegungen mit der revolutionären Bewegung des städtischen Proletariats zu vereinigen. Nun kann man dagegen folgendes einwenden.

Wenn die bürgerlichen Regierungen sehen, daß die Bewegung wirklich revolutionär geworden ist, dann machen sie den Versuch, diese

41*



Bewegung durch Verteilung von Land an die Führerelemente, an die aktivsten Elemente der Bauernschaft zu dämpfen. Das ist bereits in allen Ländern geschehen, die Rußland umgeben: in Finnland, in Estland (in Polen ist es nur versprochen, aber noch nicht durchgeführt) und in Rumänien. Ein Berichterstatter des englischen „Economist" schreibt ganz klar und deutlich in einer der letzten Nummern vom 21. Oktober 1922 über Rumänien:

„Es ist offenbar, daß es die Furcht und nicht ökonomische Überlegungen waren, die zur Agrarreform in Rumänien geführt haben. Diese war tatsächlich der Preis, den die herrschenden Klassen gezahlt haben, um das Land vor dem Bolschewismus zu bewahren."

Das ist ganz klar und richtig. Es könnte daher hier der Gedanke auftauchen, wenn es so ist, warum sollen wir solche Bewegungen unterstützen, Bewegungen, die in einem gewissen Zeitpunkt antirevolutionär wirken können? Aber ich muß sagen, die Frage ist scharf gestellt, und die Kommunistische Partei muß entweder Ja oder Nein sagen. Und sie kann in diesen Ländern nicht Nein sagen, sie muß Ja sagen und muß die Gefahr eines Teilerfolges, welcher die revolutionäre Bewegung abflauen läßt, auf sich nehmen. Das Ideal der revolutionären Bewegung wäre natürlich, daß der Kampf der städtischen Arbeiter und die *revolutionäre Bewegung der landarmen Bauern auf dem Lande parallel bis zu dem Zeitpunkte gesteigert wird, wo gleichzeitig das industrielle Proletariat in den Städten die Macht ergreift und das landwirtschaftliche Proletariat und die landarmen Bauern das Land mit Beschlag belegen,* wo die ländliche Bevölkerung das Land aus der Hand der proletarischen Diktatur empfängt, so wie es in Rußland geschehen ist; daß nicht das Bürgertum, sondern das revolutionäre, soeben zur Macht gelangte Proletariat das Land verteilt. Das wäre das Ideal der Entwicklung. Aber wir sind nicht allein auf dem Kampfplatz; die Bourgeoisie kämpft auch, und sie kann die Chance haben, daß sie das Land früher hingibt, um eben die allgemeine revolutionäre Bewegung zu dämpfen!

Tut sie das, so müssen wir von neuem anfangen. Wir müssen alle Mängel einer bürgerlichen Agrarreform sofort ausnützen. Wir müssen sofort darauf hinweisen, daß eine bürgerliche Agrarreform ihre Grenzen an der Tatsache ihrer Bürgerlichkeit hat. Eine bürgerliche Reform kann den eigentlichen landlosen Proletariern nichts geben; denn sie verteilt das Land gegen Bezahlung oder gegen Schulden. Sie kann kein Land an Leute geben, die keine Produktionsmittel haben, die kein Vieh, keine Samen, keine Maschinen, keinen Stall usw. haben. Versuchen sie es doch, wie das z. B. in Jugoslavien der Fall war, wo in den neu hinzugekommenen ungarischen Gebieten an ganz mittellose Soldaten Land verteilt worden ist, so führt das zu nichts, denn diese haben das Stück Land einfach weiter in Pacht gegeben, und die Sache ist damit erledigt.

Zusammenfassend: *wir müssen die Gefahr einer bürgerlichen Agrarreform bewußt auf uns nehmen* und uns, wenn diese eintritt, in unserer Taktik sofort darauf umstellen, alle Mängel dieser bürgerlichen Agrarreform auszunutzen.

Das soziale Ergebnis einer solchen bürgerlichen Agrarreform ist folgendes:

Sie dämpft momentan die revolutionäre Bewegung, sie schafft eine breitere Schicht von mit dem Kapitalismus verbundenen Großbauern; verschärft andererseits aber entschieden den Klassengegensatz zwischen den reichen und den armen Bauern, welche keinen Boden oder die ihn zu Bedingungen erhalten haben, die sie zu Schuldknechten von Banken machen und sie in kürzester Zeit wieder in das frühere Elend zurückdrängen.

Genossen! In unserer Agitation müssen wir immer scharf und klar, wie ich es bereits gesagt habe, unser Programm hervorheben: die Konfiszierung des Bodens, die Konfiszierung aller Betriebsmittel, die damit verbunden sind, die kostenlose Übergabe dieses Bodens mit der ganzen Einrichtung an die landlosen Proletarier und landarmen Bauern. Wir müssen, um die neutralen Mittelschichten zu gewinnen, immer betonen: die proletarische Revolution schafft die Hypotheken ab, schafft die Pachten ab: jeder, der ein Feld bisher in Pacht bearbeitet hat, bekommt dasselbe Stück von nun an unentgeltlich zur Benutzung. Und wir müssen immer und immer wieder scharf den Unterschied zwischen *bürgerlicher Agrarreform und proletarischer Agrarrevolution herausarbeiten.*

Zum Schluß will ich noch einige Worte über die organisatorischen Maßnahmen sagen, die in dem vorgelegten Aktionsprogramm vorgesehen sind. Es ist natürlich, Genossen, daß es unsere Aufgabe sein muß, das eigentliche landwirtschaftliche Proletariat, dort, wo es gewerkschaftlich noch nicht organisiert ist, zu organisieren, daß es unsere Aufgabe ist, in diesen landwirtschaftlichen Gewerkschaften kommunistische Zellen zu bilden und diese unter unsere Führung zu bringen. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß es in unserem Interesse liegt, die landwirtschaftlichen Gewerkschaften zu Industrieverbänden auszugestalten in der Weise, daß alle diejenigen industriellen Arbeiter, die ständig in der Landwirtschaft beschäftigt sind, also z. B. die Schlosser, Schmiede, die Holzarbeiter, die Bauarbeiter, die Maschinisten auf den großen Gütern in den Gewerkschaften der landwirtschaftlichen Arbeiter organisiert werden, damit wir in diesen Gewerkschaften einen besseren Stützpunkt haben.

Andererseits, Genossen, ist es wünschenswert, daß die auf dem Lande lebenden Kommunisten in die gelben Gewerkschaften, in die bürgerlichen Gewerkschaften, in die fascistischen Gewerkschaften, in alle konterrevolutionären Gewerkschaften auf dem Lande eintreten, dort Zellen bilden und zersetzend wirken, indem sie zeigen, daß diese Gewerkschaften ihren angeblichen Zweck nicht erfüllen, daß sie keinen Kampf gegen die Arbeitgeber führen. Weiter müssen die Kommunisten auch in die verschiedenen Organisationen der Kleinbauern eintreten, in die wirtschaftlichen Organisationen, in die Kooperativen, um dort ebenfalls Zellen zu bilden und diese Organisationen unter die Führung der Kommunistischen Partei zu bringen.

Selbstverständlich ist es bei Aktionen der armen Bauern notwendig, daß die Kommunistische Partei trachten muß, die Führung zu gewinnen. Sie muß danach trachten, den Kampf zu beeinflussen, ihm immer revolutionärere Losungen zu geben — natürlich je nach der taktischen Lage in dem betreffenden Zeitpunkt —, um auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, dem Proletariat, den landarmen Bauern,



praktisch den Beweis zu geben, daß die Kommunistische Partei nicht nur in ihrem Programm, sondern auch in ihrer Arbeit sich als Vertreter der Interessen aller dieser arbeitenden armen Schichten auf dem Lande betrachtet. Wir müssen danach trachten, wo sich nur irgendeine Gelegenheit dazu bietet, den Kampf der landwirtschaftlichen Proletarier und der landarmen Bauern mit dem Kampfe des industriellen Proletariats irgendwie durch gegenseitige Unterstützung der Kämpfe zu verbinden. Es ist das keine Utopie. In Deutschland wissen wir Fälle, in denen die armen Bauern z. B. den Streik der Metallarbeiter in Süddeutschland durch ziemlich bedeutende Lebensmittelgaben unterstützt haben, und sicherlich gibt es auch Gelegenheiten, wo die industriellen Arbeitnehmer den Kampf der landarmen Bauern unterstützen können. Man muß trachten, diese zwei Arten der Bewegung, welche bisher ziemlich zusammenhanglos nebeneinander hergingen, zu vereinigen; wo es eine starke Betriebsrätebewegung gibt, durch Bildung von Gutsräten auf dem Großgrundbesitz und durch Bildung von Kleinbauernräten, damit gemeinsame Betriebsrätebewegungen der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe entstehen, damit die Kleinbauern einen Stützpunkt in der industriellen Rätebewegung finden usw. Ich kann hier natürlich nicht alle Fälle aufzählen, sondern nur Beispiele anführen.

Genossen, ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Das Aktionsprogramm, wie es Ihnen vorliegt und wie es von der Kommission einstimmig angenommen worden ist, bedeutet nicht, daß in einzelnen Delegationen hierüber nicht Meinungsverschiedenheiten vorhanden wären. Solche sind vorhanden als Folge eben der Schwierigkeit der Materie und der Verworrenheit der Verhältnisse auf dem Lande, objektiv betrachtet. Ein Genosse, ich glaube, es war ein Pole, gebrauchte den ganz treffenden Ausdruck, das Agrarprogramm sei ein Omnibus, in den jeder einsteigen könne. Es ist so, Genossen. Es kann nicht anders sein. Eben wegen der Tatsache, daß in der Landwirtschaft die Scheidung keine klare und scharfe ist, daß die Klassenscheidung eine wechselnde ist, muß unser Aktionsprogramm so aufgebaut werden, daß es bei der Betonung des Primates der echten landwirtschaftlichen Proletarier auch allen arbeitenden Schichten auf dem Lande die Möglichkeit gibt, auf Grundlage dieses Programms an der revolutionären Bewegung der Kommunistischen Partei aktiv teilzunehmen. (Lebhafter Beifall).

RENAUD JEAN (Frankreich): Aus den Berichten, die die verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale über den Stand der Agrarfrage in den betreffenden Ländern verfaßt haben, geht hervor, daß die kommunistische Aktion auf dem flachen Lande überall besondere Schwierigkeiten aufweist. Und dennoch kann gar keine Rede davon sein, die Bauern aus der Revolution auszulassen, besonders in Ländern wie Frankreich, wo nahezu die Hälfte der Bevölkerung von der Bearbeitung des Bodens lebt. Denn das würde ja ganz einfach einen Verzicht auf die Revolution bedeuten.

Folglich muß die Kommunistische Internationale diese Arbeit unter den Bauern — Propaganda, Werbetätigkeit, Agitation — als eine ihrer wesentlichen Aufgaben betrachten. Die Kommunistische Partei Frankreichs ist sich dessen seit ihrer Gründung bewußt. Im vorigen Jahre erörterte und votierte die Partei auf dem Marseiller Kongreß ein Agrar-

programm, das schon im vorhinein die Zustimmung der Exekutive erhalten hatte.

Dieses Programm — und das ist sein charakteristischster Zug — vernachlässigte die unmittelbaren Forderungen, um sich ausschließlich der Präzisierung der großen Linien der Agrarorganisation nach der Machtergreifung zu widmen. Weshalb geschah das? Ich weiß, daß diese Auffassung von einem Agrarprogramm so manche Vertreter der übrigen Sektionen der Internationale überrascht hat. Und dennoch ist sie die einzige, die der heutigen Stimmung der französischen Bauern entspricht.

In den letzten Monaten habe ich, um einen von der Exekutive verlangten Bericht zu verfassen, eine Enquête angestellt, die sich auf unsere sämtlichen Verbände erstreckte. Wie ich vor einigen Tagen im „Bolschewik" schrieb, melden die meisten Genossen, die in den Marktflecken und Dörfern arbeiten, daß in den verschiedensten Gegenden, sogar in jenen, die, wie z. B. die Bretagne, jederzeit Stützen des sozialen Konservativismus waren, sich eine unbestreitbare Veränderung der Denkungsart der Bauern geltend macht. Die harten Proben des Krieges haben die ehemaligen politischen Illusionen unserer Landbevölkerung stark angegriffen. Gewiß, im Jahre 1919, zur Zeit der allgemeinen Wahlen, sprachen sie sich, wie übrigens auch ihre Arbeitergenossen, in ihrer Majorität zugunsten des kapitalistischen Systems und dessen Vertreter aus. Heute aber ist es sicher, daß sie eine andere Richtung eingeschlagen haben.

Die Mehrheit der französischen Bauern ist zum Bewußtsein dessen gelangt, daß die politischen und wirtschaftlichen Organisationen eine schwere Krise durchmachen. Ein großer Teil von ihnen faßt die Möglichkeit einer Revolution ohne Entsetzen, zuweilen sogar mit sympathischen Gefühlen ins Auge.

Diese Tatsache, für die nicht nur eine persönliche Erfahrung, sondern die von der weitaus überwiegenden Zahl der landwirtschaftlichen Verbände eingelaufenen Nachrichten sprechen, erklärt die Haltung, die die französische Partei zur Frage des Agrarprogramms eingenommen hat. Während in gewissen Ländern den Werktätigen des Bodens der Begriff der Revolution nur durch eine Reihe von Aktionen auf Grund beschränkter Plattformen wird beigebracht werden können — Arbeitsbedingungen, Steuerprobleme usw. usw. —, sind die französischen Bauern aus Gründen, die wir jetzt untersuchen wollen, in der Lage, diese Zwischenstufen zu überspringen.

Die Agrarfrage weist in Frankreich auch eine andere Eigentümlichkeit auf. Es ist möglich, für den Kommunismus — sei es direkt, durch die Schaffung von Sektionen, sei es indirekt, durch den Einfluß, den diese Sektionen auf die zögernde Masse ausüben — nicht nur das landwirtschaftliche Proletariat, sondern auch die wohlhabenden Bauern zu gewinnen, die im Besitze ihrer Felder, ihres Hauses, ihrer Wirtschaftsinstrumente sind.

Gewiß haben die besitzlosen Bauern einen besonderen Grund, sich gegen das herrschende System zu wenden: die Eigentumsfrage besteht für sie in derselben Form, wie für die Lohnarbeiter der Industrie und des Handels. Des Besitzes ihrer Arbeitswerkzeuge — des Bodens, des Viehstandes, der Wohn- und Betriebsgebäude — beraubt, sind sie genau

so Proletarier wie ihre Genossen in den Betrieben und den Magazinen, wie die Taglöhner und das Hausgesinde — trotz aller Übertreibungen der Bourgeoisie über die Bereicherung des flachen Landes, wo ja das Leben sehr schwer ist.

Obgleich der Krieg dadurch, daß er das Angebot der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verringert hat, die Lage der Landarbeiter verbessert hat, beziehen diese noch immer eine Entlohnung, die in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht: 1200 bis 2000 Francs jährlich, Verpflegung und Unterkunft (mit Ausnahme der Brie und Beauce, wo ihre Löhne im allgemeinen den Betrag von 3000 Francs übersteigen). Da der Bauer unserer Zeit sich ungern damit abfindet, so sparsam zu leben, wie es unsere Großväter mit Freude taten, da er sich anständig kleiden und bei Gelegenheit zerstreuen will, bleibt ihm sehr wenig übrig. Am Ende des Jahres befindet sich der Teilpächter in der gleichen großen materiellen Verlegenheit wie der Kleinpächter. Diejenigen, die nicht mobilisiert wurden oder wenigstens jemanden — eine Frau, Kinder oder Alte — zu Hause ließen, die imstande waren, die Verwertungsmöglichkeiten des Bodens zu verfolgen, machten Ersparnisse, die es ihnen in vielen Fällen ermöglichten, sich von der Ausbeutung durch die ländliche Bourgeoisie zu befreien. Die Übrigen jedoch mußten sich nach Kriegsende dieser Ausbeutung von neuem unterwerfen.

Wie groß ist die Anzahl dieser besitzlosen Bauern? Ich will nicht verbergen, daß ich über diesen Punkt sogar Hypothesen aufzustellen zögere. Die Statistik ist viel eher dazu eingerichtet, denjenigen, die sie ausnutzen, irre zu führen, als der Wahrheit zu dienen. Im Jahre 1906 wurde die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter auf ungefähr 1 300 000 geschätzt. Wie viele waren hiervon nach dem Kriege vorhanden? Eine Million, vielleicht 800 000. Wenn wir dieser annähernden Zahl die Hunderttausende von Kleinpächtern und Teilpächtern hinzufügen, kommen wir, da die Anzahl der männlichen Werktätigen des Bodens im Jahre 1920 die Höhe von 3 700 000 nicht überstieg, zu folgenden Schlußfolgerungen: die Zahl des landwirtschaftlichen Proletariats erreicht den dritten Teil der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung. Für ungefähr ein Drittel der französischen Bauern stellt sich also die Eigentumsfrage in derselben Weise dar, wie für das Proletariat der Industrie und des Handels.

Bleiben die Kleingrundbesitzer. Auf den ersten Blick sollte man glauben, daß diese, da sie ja ihre Arbeitsinstrumente schon erobert haben, der Revolution, die sie für sich selbst schon durchgeführt haben, ohne Interesse gegenüberstehen; daß sie diese Revolution infolge der konservativen Propaganda sogar fürchten müssen und daß sie infolgedessen notwendigerweise dazu verurteilt sind, zu Hilfskräften der Gegenrevolution zu werden. Dennoch bleiben noch ziemlich ernste Gründe, die sie dem herrschenden System gegenüber feindselig stimmen, so daß wir hoffen können, den größten Teil dieser Bevölkerungsschicht dem Kommunismus zuzuführen. Sie sind im Besitze ihrer Felder, die seit dem Kriege immer hypothekenfrei sind, sie müssen jedoch jeden Tag auf den Markt gehen, um ihre Produkte zu verkaufen, um die Gegenstände anzukaufen, die für ihr Leben unentbehrlich sind und sind bei ihrer Arbeit dem Gesetz des Großkapitals unterworfen. Das Großkapital stellt die Kurse fest und zwingt sie dann den Bauern auf.

Diese sind wegen der finanziellen Lage des Landes ganz besonders besorgt. Sie haben ihre während der letzten Jahre gemachten Ersparnisse — 5000, 10 000, 15 000 Francs — in Staatsrenten angelegt und verfolgen mit Schrecken das Anwachsen der Staatsschuld; sie befürchten eine Katastrophe, deren Unabwendbarkeit sie fühlen. Kapitalistisches Vorurteil, — wird man sagen. Sehr bescheidene Kapitalisten, deren Ersparnisse gerade nur genügen würden, ihre Existenz im Falle eines Hagels, einer Viehseuche, einer langwierigen Krankheit zu sichern. Und schließlich, wer kümmert sich denn um die Ursachen, die den Rebellengeist hervorrufen. Das Wichtigste ist, diesen Geist zu entfachen, sich seiner zu bemächtigen, um ihn in einen revolutionären Geist zu verwandeln. (Beifall.)

Ganz besonders aber verabscheut der Bauer den Militarismus und den Krieg. Ich habe meinem Erstaunen darüber, daß die Kommunistische Internationale diesem doppelten Haß nicht jene Bedeutung beilegt, den er verdient, schon lange Ausdruck gegeben. Die modernen Kriege, die 20 Länder umfassen und 40 bis 50 Millionen Menschen auf die Schlachtfelder werfen, stellen eine neue Tatsache dar, die man vor dreiviertel Jahrhunderten nicht voraussehen konnte. In jener Epoche beraubte die kapitalistische Evolution die arbeitenden Massen genau so wie heute ihrer Werkzeuge und knechtete sie genau so wie heute. Wenn jedoch die Suche nach Absatzgebieten, das Streben nach Rohmaterialien, nach Eroberung der großen Verkehrswege zur See und zu Lande einen bewaffneten Konflikt hervorriefen, wurden von dieser Maschinerie bloß einige hunderttausend Menschen erfaßt. Heute erfaßt diese Maschinerie alle gesunden Männer, während das Auftreten neuer Imperialismen und der Mangel an gewissen Rohstoffen die Konfliktsgefahr vervielfältigen.

Der Krieg bedeutet für die Bauern die fürchterlichste Expropriationsgefahr. In Frankreich genau so wie in all jenen Ländern, die am Kriege teilgenommen haben, leben heute Tausende von Menschen, die das kapitalistische System um sieben oder acht Jahre ihres Lebens gebracht hat; Tausende und aber Tausende von Verstümmelten, die es ihrer Glieder, ihrer Kraft, ihrer Jugend beraubt hat; eineinhalb Millionen Familien, denen es ihre Stütze genommen hat.... (Zwischenruf BORDIGA: Während des Krieges hat niemand in Frankreich diese Stimmung gemerkt. Jedermann war patriotisch, sogar die Bauern, deren Antimilitarismus Sie preisen.) Ich erkläre diese Tatsache durch den jämmerlichen Zusammenbruch der 2. Internationale im Jahre 1914. Die Bauern berauschten sich wie alle anderen Menschen an der chauvinistischen Propaganda der bürgerlichen Blätter. Sie waren, wie alle anderen, dem Einfluß des Geldes unterworfen, das die Regierung ungezählt im Lande verstreute.

Sie hatten jedoch in den Führern der Internationale, deren Pflicht es gewesen wäre, zum Aufstand aufzurufen, eine Stütze. Diese Bauern wären einer Aktion gegen den Krieg gefolgt und hätten Revolution gemacht.

Wenn sie in den Krieg marschiert sind, war das nicht ihre Schuld, nicht die Schuld der Bauern, sondern vor allem die Schuld der Sozialistischen Partei der Vorkriegszeit, der Internationale der Vorkriegszeit, die es im Jahre 1914 unterlassen hat, ihre Pflicht zu erfüllen.

Ich kann hier nur sagen, daß wenigstens in Frankreich (ich kenne die anderen Länder nicht, ich pflege nicht über Dinge zu sprechen, die ich nicht kenne) der Haß gegen den Krieg und der Haß gegen den Militarismus in einen echten Hebel der sozialen Revolution verwandelt werden kann, unter der Bedingung allerdings, daß man, wie dies in den letzten Monaten der Fall war, diesen Haß gegen den Krieg und den Militarismus bei den Bauern nicht gegen einige Menschen — Poincaré und Wilhelm —, nicht gegen diese Puppen wendet, die die Geschichte nur oberflächlich beeinflussen können, sondern gegen das kapitalistische System selbst.... (Zwischenruf BORDIGA: Für den Krieg gegen den Militarismus!) Seien Sie überzeugt, daß der französische Bauer, und ich hoffe, auch der italienische Bauer... (Zwischenruf BORDIGA: hat den Krieg bloß für die Bourgeoisie mitgemacht.) Er hat den Krieg im Jahre 1793 gegen die feudalen Grundbesitzer geführt. Er hat die Revolution gemacht. Er kann sie wieder beginnen.

Alle diejenigen, die dem allgemeinen Gemetzel entkommen sind, wissen, daß die unterzeichneten Friedensverträge, weit entfernt davon, die Kriegsgefahr zu beseitigen, diese nur erhöht haben. Es ist ein leichtes, den Bauern zu beweisen, daß der Krieg die direkte Folge des kapitalistischen Systems ist und infolgedessen durch ihren revolutionären Willen abgeschafft werden kann.

Aus diesen verschiedenen Gründen macht sich der Einfluß der Agrarbourgeoisie auf die Kleingrundbesitzer in Frankreich nicht auf die gleiche Art und Weise und mit der gleichen Kraft geltend, wie im größten Teil der übrigen Länder. Da unsere Kleingrundbesitzer im Besitze des Bodens sind, könnten sie wohl glauben, daß sie mit der ländlichen Bourgeoisie solidarisch sein müssen und in einem gewissen Maße glauben sie es auch. Ihr tägliches Leben, die geteilten Arbeiten und hauptsächlich die Erinnerung an die harten Kämpfe ihrer Ahnen um den Grund und Boden bringen sie jedoch dem landwirtschaftlichen Proletariat näher; sie verachten den Müßiggänger, den Reichen, den Besitzer, und die Leiden der Schützengräben haben diesen Haß nur noch verschärft. Der beste Beweis dafür, daß auf dem flachen Lande die Barrikade sich zwischen der Bourgeoisie und den Kleingrundbesitzern und nicht zwischen den Kleingrundbesitzern und dem Proletariat erhebt, ist, daß in Frankreich eine ähnliche Agrarpartei, wie sie in Mitteleuropa eine bedeutende Rolle spielt, nicht vorhanden ist.

Indessen hat die Regierung alles mögliche unternommen, um die Masse der Kleingrundbesitzer in ihren Bannkreis zu ziehen; sie schuf mächtige Vereinigungen, Gewerkschaften, Genossenschaften. Es ist unleugbar, daß es ihr auf diese Weise zuweilen gelang, die politische Führerschaft der Bauern zu erlangen. Meistens jedoch geht der Bauer in die Gewerkschaft, kauft Dünger, Saatkorn, bringt seine Produkte hin, stimmt in der Gesellschaft selbst für die Krautjunker, die diese führen, um sie dann auf politischem Gebiet zu bekämpfen. Während die ländlichen Großbesitzer im großen und ganzen den Parteien der politischen Reaktion treu geblieben sind, stimmt die Mehrheit der Kleinbauernmasse seit dem Beginn dieses Jahrhunderts für die Radikalen. In sämtlichen Kleinbauerngegenden ist zwischen den Bauern und den Krautjunkern ein Kampf um die Munizipalverwaltungen entbrannt. Die Krautjunker wurden von ihren zu Kleingrundbesitzern gewordenen

ehemaligen Teilpächtern aus dem Gemeindehaus vertrieben. Der Bauer, der sich im Gemeindehaus einrichtete, hat übrigens die Verwaltungsmethode derjenigen, an deren Stelle er getreten ist, beibehalten. Andererseits ist der Radikalismus nichts anderes, als eine der verschiedenen Masken, die die Bürgerklasse nach und nach anlegt, um das Volk auch weiter an die politische Schaubude zu fesseln und von der sozialen Frage abwenden zu können.

Nichtsdestoweniger steht es fest, daß die Mehrheit der französischen Kleingrundbesitzer dem Einfluß der Krautjunker schon vor dem Kriege entglitten ist. Und heute beweisen ihnen die Folgen des Krieges, beweist ihnen der zwischen den verschiedenen antiklerikalen, klerikalen, radikalen, gemäßigt-republikanischen und reaktionären politischen bürgerlichen Parteien zustande gekommene Block, daß in Wirklichkeit kein Unterschied zwischen ihnen besteht, daß sie alle die Interessen der verschiedenen Zweige der Bourgeoisie vertreten, und da der Haß des Kleinbauern gegen den Reichen sich während des Krieges noch verschärft hat, wird ihn dieser Haß der Revolution zuführen, vorausgesetzt natürlich, daß die Kommunistische Partei es verstehen wird, sich auf der Höhe der unternommenen Aufgabe zu halten.

Voriges Jahr haben wir in gewissen Bezirken des Südwestens der Entstehung einer Gewerkschaftsbewegung beigewohnt, von der es unmöglich ist, vorauszusagen, wie sie enden wird, die jedoch durch ihren eigentümlichen Charakter ein merkwürdiges Beispiel der zwischen den verschiedenen Kategorien der Werktätigen des flachen Landes bestehenden Solidarität bildet. Zwischen den Großgrundbesitzern und den Teilpächtern und Pächtern hatte sich hinsichtlich der Verteilung des wertvollsten Teiles des lebenden Viehmaterials eine Differenz ergeben.

Unter dem Vorwand der vis major des Krieges und der Unmöglichkeit, die plötzlichen Kursänderungen vorauszusehen, weigerten sich die Großgrundbesitzer, den unterschriebenen Kontrakten nachzukommen. In Wirklichkeit waren an diesem Konflikt ausschließlich die Teilpächter und Pächter interessiert. Und dennoch kamen die Gewerkschaften spontan derart zustande, daß sie Schulter an Schulter Kleingrundbesitzer, Pächter, Teilpächter und Lohnarbeiter vereinigten. Es war dies der Block der echten Bauern, der Block aller Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Und es handelt sich hier nicht um irgend *einen* Zufall. Dieselben Tatsachen haben sich auch *in* anderen Gegenden Frankreichs ergeben.

Mit *einem* Wort, in Frankreich können, obgleich aus verschiedenen Gründen, die Proletarier des flachen Landes und die Kleingrundbesitzer für die Revolution gewonnen werden. Die Kommunistische Partei muß daher eine ganz besondere Aktion führen. Sie muß sich bemühen, einen Block sämtlicher Kategorien der Werktätigen des flachen Landes zustande zu bringen und diese dem städtischen Proletariat näher zu bringen.

Auf dem flachen Lande stehen diesem Block nur zwei Kategorien unentwegter Feinde gegenüber: die müßiggängerischen Großgrundbesitzer — die Nachkommen oder Nachfolger der Feudalen — und im größten Teil der Fälle die Großpächter, die sich in manchen Gegenden, dank der zahlreichen Arbeitskraft, der industrialisierten Boden-Kultur ergeben.



Bevor jedoch die Bauern den Weg betreten, der zur Revolution führt, möchten sie, wenn auch nicht im Detail, so doch in großen Linien wissen, was die Revolution für sie machen wird, was die Revolution aus ihnen machen wird.

Ich glaube, daß sich die Kommunistische Internationale dieses Bedürfnisses, die Zukunft zu kennen, das man leicht feststellen kann, wenn man am Leben der städtischen und der ländlichen Arbeiter teilnimmt, nicht genügend bewußt ist.

Denn auch das Industrieproletariat fordert, daß man ihm, bevor es sich der Revolution rückhaltslos anschließt, den Inhalt der Revolution erkläre. Kaum einen Monat ist es her, daß unser Genosse Delfosse, der Sekretär des Kanalarbeiterverbandes, im vereinigten Verbandskomitee erklärte: Die Hauptursache des Zögerns, die bürgerliche Herrschaft zu stürzen, ist der Zweifel daran, welcher Organismus diese Herrschaft ersetzen wird.

Ich fürchte, daß das Mißverständnis, das in dieser Hinsicht zwischen der Kommunistischen Internationale und den proletarischen Massen herrscht, eines Tages tragische Proportionen annehmen kann. Wir wollen eine Kampforganisation aufrichten. Die Machtergreifung ist unser erstes Ziel, dem sich alle anderen Ziele anzupassen haben. All unsere Energien müssen diesem Ziele zustreben. Wer diese Auffassung nicht akzeptiert, stellt sich schon dadurch außerhalb der Kommunistischen Internationale. Da haben wir aber den Sekretär einer der mächtigsten Arbeiterorganisationen Frankreichs, der sagt: Die Massen werden solange zögern, das herrschende System zu stürzen, die Macht an sich zu reißen, solange sie nicht die Überzeugung haben werden, daß der Kommunismus richtiger handeln wird als die Bourgeoisie. Sämtliche Parteikämpfer, die mit den Bauern in Berührung stehen, wissen, daß diese von der gleichen Stimmung beherrscht sind.

Wer es also hartnäckig ablehnt, die großen Linien der wirtschaftlichen Organisation während der Periode der Diktatur zu bestimmen, verzichtet auf das geeignetste Mittel zur Erhebung des Proletariats gegen das herrschende System, zur Entfachung der Kampflust des Proletariats. Man kann nicht mit einer Schriftenmappe zur Revolution mobilisieren. Der Wille zum Kampf muß von unten ausgehen.

Es ist sehr bequem, sich in Doktrinen einzuschließen, abstrakte Betrachtungen anzustellen und die Ohren vor dem positiven Gedanken der Bauern und der Arbeiter zu verschließen, von utopischen Konstruktionen zu sprechen. Utopie? Ja gewiß, wenn es sich darum handeln würde, die politische und wirtschaftliche Organisation des proletarischen Staates in allen Einzelheiten zu bestimmen.

Es handelt sich jedoch nicht darum. Übrigens kann man immer darauf hinweisen, daß ein für die Übergangsperiode im vorhinein festgestelltes Programm nur eine Möglichkeit, keineswegs aber etwas Bestimmtes darstellen kann, und daß die Dinge nicht notwendigerweise so verlaufen werden, wie man es wünschen würde. Zwischen dem vollständigen Mangel eines positiven Programms und einer gewagten und gefährlichen Vorausbestimmung gibt es jedoch ein Mittelding. Heute stellen wir gewisse Formeln auf: Notwendigkeit der Gewalt, Diktatur, Sozialisierung. Diese Formeln genügen nicht. Überall erhebt die bäuerliche Zuhörerschaft eine Frage: Was werdet Ihr am Tage nach der



Machtergreifung tun? Was ist die Diktatur? Wie werden die Räte funktionieren? Wie werdet Ihr die Eigentumsfrage lösen?

Bedenken Sie auch, daß das gar nicht unmöglich ist. Infolge des Krieges und seiner Verwüstungen an Menschen und Material, der wirtschaftlichen und finanziellen Krisen kann die Revolution, von der es noch vor zehn Jahren schien, als könnte sie erst nach vielen Jahren, nach mehreren Jahrhunderten erfolgen, erheblich näher gekommen sein. Wer also ihre allgemeinen Konturen festzustellen sucht, arbeitet nicht in einem Traumlande. Wenn die Ergreifung der Macht durch das Proletariat in drei, fünf oder zehn Jahren erfolgt, wird die Bodenverteilung, der Grad der Vollkommenheit der Werkzeuge, die Psychologie des Bauerntums noch immer dieselbe sein, wie heute. In einer so kurzen Periode wird auch die Industrie selbst keine bemerkenswerten Veränderungen erfahren. Noch weniger wird dies auf dem flachen Lande der Fall sein, wo jede ernste Entwicklung einen viel größeren Zeitraum erfordert.

Das sind, Genossen, in flüchtigen Umrissen die hauptsächlichsten Charakterzüge, die die Agrarfrage in Frankreich kennzeichnen. Es ist möglich, in kurzer Zeit einen großen Teil der Bauern — ohne Rücksicht darauf, ob sie Lohnarbeiter, Pächter oder Kleingrundbesitzer sind — für die Revolution zu gewinnen. Dreiviertel Jahrhunderte des allgemeinen Wahlrechts und des Parlamentarismus hindurch betrogen, glauben sie nicht mehr an Reformen, an teilweise Verbesserungen, an die Erklärungen der verschiedenen politischen Parteien. Um sie aber dem Kommunismus zuführen zu können, wird es notwendig sein, ihnen zu zeigen, daß sie sich nach der Periode des Kampfes unter dem neuen Regime einer besseren Lage erfreuen werden.

Einerseits aus der Psychologie der Bauern schöpfend, andererseits sich auf die materiellen Verhältnisse der französischen Landwirtschaft stützend — welche Verhältnisse in dem Bericht der von der Exekutive ernannten Kommission erörtert wurden —, hat die Kommunistische Partei Frankreichs sein Agrarprogramm aufgestellt, das zusammen mit dem Programm, das Sie annehmen werden, den Hauptbedürfnissen der kommunistischen Aktion auf dem flachen Lande zu entsprechen scheint.

THEODOROWITSCH (Rußland): Genossen, die Tatsache, daß fast überall die bäuerliche Wirtschaft, dieses Überbleibsel des Mittelalters, bestehen geblieben ist, erklärt sich im allgemeinen und wesentlichen durch drei Umstände: 1. durch das Gesetz der absoluten Rente, das sich seinerseits aus der Tatsache des privaten Eigentummonopols an dem Grund und Boden erklärt, da nur die bäuerlichen Wirtschaften nach Befriedigung ihrer Ernährungsbedürfnisse imstande waren, dem Grundbesitz eine Renteneinnahme, und zwar nicht aus der Kategorie der Rente, sondern aus dem Gewinn und sogar aus dem Arbeitslohn zu zahlen; 2. dadurch, daß die Großwirtschaft, oder besser und genauer gesagt, die kapitalistische Ausbeutungsform dieser Wirtschaft nicht imstande war, die Frage der Heranziehung einerseits von Kapital und andererseits von Arbeitskräften zum Ackerbau zu lösen; endlich dadurch, daß das Handels-, Bank-, Wucher- und Aufkaufskapital die Landwirtschaft mit solchen Beziehungen umstrickt hatte, die uns an das häusliche System der Großindustrie erinnern, sowohl

in der Form, die „Kaufsystem" genannt wird, als auch in der Form, die „Lohnsystem" heißt. Am ehesten und besten kann man zur allgemeinen Charakterisierung der Landwirtschaft die Worte anwenden, die Marx über das Deutschland der vierziger Jahre gesagt hat: daß es nicht nur an der Entwicklung des Kapitalismus, sondern auch an der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus leide. Somit gehört zu den wichtigsten grundlegenden Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise unter anderem folgender Widerspruch: die Störung des Gleichgewichts zwischen Landwirtschaft und Industrie im Weltmaßstab, die maximale Konzentration, die maximale Anhäufung auf industriellem Gebiet, die die Hülle des Privateigentums bereits durchbricht, und andererseits der Prozeß der Zersetzung, der Fäulnis, der Rückständigkeit, den wir in der Landwirtschaft beobachten, selbstverständlich mit der Ausnahme, daß gewisse Elemente der Landwirtschaft in Gestalt des kapitalistischen Großgrundbesitzes und andererseits der großbäuerlichen Wirtschaft sich so oder anders den kapitalistischen Wirtschaftsformen assimiliert und angepaßt haben. Darum ist die Charakteristik im großen und ganzen vollkommen richtig, die Marx von der Bauernschaft gab, als er seinerzeit sagte: „Die bürgerliche Gesellschaft saugt den Bauern das Blut aus dem Herzen und das Hirn aus dem Kopfe und wirft das alles in den Kessel des Kapitalismus, dieses neuen Alchimisten."

Wenn wir jetzt zu Rußland übergehen, so sehen wir, daß alle die grundlegenden Züge, die die Landwirtschaft charakterisieren, hier besonders scharf und besonders ausgeprägt zutage treten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts finden wir im russischen Dorfe einerseits halbherrschaftliche feudale Überbleibsel, wie z. B. die Adelslatifundien, die Naturalpfandpacht, das Abarbeitungssystem, und andererseits sehen wir die Gewaltherrschaft des Handels-, Wucher- und Aufkaufkapitals, sehen wir den Untergang der Bauerngewerbe, sehen wir die Zerstörung der Hausindustrie. Somit sehen wir alle die Formen, die das Leben des Dorfes überhaupt charakterisieren. Aber die russische bäuerliche Wirtschaft wird noch dadurch charakterisiert, daß sich in ihr Überbleibsel erhalten haben, die wir in Westeuropa schon längst nicht mehr sehen. So z. B. die Dreifelderwirtschaft, die zwangsmäßige Wechselwirtschaft, die Gemeinde mit ihren Streuländereien, Schmaläckern und Fernäckern, alle die Erscheinungen, die wie gesagt in Europa schon nicht mehr vorhanden sind, weil dort der Entwicklungsprozeß der Geldwirtschaft, der Prozeß der Anpassung der bäuerlichen Wirtschaft an die Anforderungen des Marktes alle diese odiösesten Überbleibsel des Mittelalters vernichtet hat. In Rußland jedoch finden wir sie noch heute.

Beim Ausbruch der Revolution von 1917 hatte nur ein Sechstel der russischen Bauern nicht unter der Last der Agrarkrise zu leiden, da sie etwa die Hälfte der gesamten Produktion und des Bodens in ihren Händen vereinigt hatten, während ⅚ in den Klauen der Agrarkrise schmachteten. Die schwache Entwicklung der städtischen Industrie gestattete weder eine Ablenkung des Bevölkerungsüberschusses in die Stadt, noch die Erzielung einer solchen Nachfrage nach den Erzeugnissen der bäuerlichen Wirtschaft, daß dadurch die Steigerung der Intensivierung, der Übergang in der Richtung auf die Viehzucht angespornt worden wäre. Der Umstand, daß unsere Revolution Erfolg hatte, erklärt sich in bedeutendem Maße daraus, daß unser Dorf auf die

städtische Bewegung, auf die Bewegung des Industrieproletariats mit einer grandiosen Agrarbewegung antwortete; und wenn diese Agrarbewegung ihrerseits bei uns in Rußland gesiegt hat, so war es nur deshalb der Fall, weil sie vom Proletariat mit seiner Kommunistischen Partei an der Spitze organisiert werden konnte. Daher kam es, daß die grundlegenden Übel und Nöte des Dorfes mit einem Schlage gehoben wurden.

Wie Sie wissen, haben wir im Jahre 1917 als die ersten die Idee der Nationalisierung des Bodens durchgeführt, genau 50 Jahre, nachdem sie auf dem Lausanner Kongreß der I. Internationale im Jahre 1867 verkündet worden war. Wir haben die Ländereien der Gutsbesitzer, der Klöster, der Apanagen- und Kronländereien beschlagnahmt, wir haben der Bauernschaft einen Landfonds übergeben, der einen Wert von rund 5 Milliarden Goldrubeln besitzt. Gleichzeitig haben wir dem Bauerntum die Hypotheken erlassen, die (ohne Sibirien) auf 1½ Milliarden Goldrubel geschätzt werden. Wir haben das russische Bauerntum von den Pachtzahlungen befreit, die (ohne die Ukraine, ohne Vorkaukasien und den Kaukasus) eine Summe von 200 Mill. Goldrubeln jährlich ausmachten, und endlich haben wir dem Bauerntum lebendes und totes Inventar im Gesamtwerte von über 300 Millionen Goldrubeln übergeben. Deshalb ist es uns gelungen, nicht nur die Neutralisierung des Bauerntums zu erreichen, sondern es auch zum aktiven Kampf für die Errungenschaften der Republik heranzuziehen und das Ergebnis zu erzielen, daß alle Angriffe der gegenrevolutionären Banden der Gutsbesitzer und Kapitalisten durch die vereinigten Anstrengungen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft abgeschlagen wurden. Unsere Partei wußte, daß die Eroberung der Macht es ermöglichen würde, eine solche Lage zu schaffen, daß die Arbeiter und Bauern nicht mehr für die Ausbeuter, sondern für sich selbst arbeiten können, und obgleich sie sich bewußt war, daß diese Erschütterung zu einer zeitweiligen Einschränkung unserer Produktion führen würde, nahm sie diese Folge dennoch mit in den Kauf. Wir wußten, daß unsere Bauernschaft infolge ihrer Rückständigkeit für die Privatländereien nicht die Methode der Aufrechterhaltung, der großkapitalistischen Wirtschaften, sondern die Methode der Aufteilung anwenden würde. Und in der Tat haben wir ein Bild gesehen, das sich nicht anders charakterisieren läßt als mit den Worten eines russischen Gelehrten, nämlich daß das Land in einen Flüssigkeitszustand gebracht worden sei. Das Land wurde in Besitz genommen und verfiel der sogenannten „Rohaufteilung"

Infolgedessen erblicken wir das Bild einer eigenartigen Verkleinlichung, Zerbröckelung oder Parzellierung unseres Bodens. Die statistischen Angaben besagen, daß der Prozentsatz der Wirtschaften, in denen die Saatfläche 8 Deßj. übersteigt, bei uns in Rußland nicht mehr als 2—4 beträgt; die Anzahl der Wirtschaften ohne Saatfläche ist zurückgegangen, aber besonders typisch für das russische Dorf ist folgende Erscheinung: In den Zentralen, den westlichen und den östlichen Gouvernements haben wir eine durchschnittliche Saatfläche von nicht über 4 Deßj. auf den Hof und in den südlichen Gouvernements eine Saatfläche von nicht über 8 Deßjatinen. Somit sehen wir ein Bild, das an Bienenwaben erinnert: die kleinen Warenproduzenten, die schon während der französischen Revolution die Losung „Freiheit, Gleichheit,



Brüderlichkeit" aufgestellt hatten (denn das ist tatsächlich die Losung des kleinen Warenproduzenten), haben es durchgesetzt, daß ein Ausgleich im Besitz des von ihnen selbst parzellierten Landes eingetreten ist, sie haben eine Reihe von Parzellen geschaffen, die einander an Größe ungefähr gleich sind.

Die Folge war — wie es auch nicht anders sein konnte — ein Sinken der Getreideproduktion. Gleichzeitig traten Umstände ein, unter denen die Bauernschaft dem Proletariat seine Macht zu fühlen gab. — die Macht dessen, der im Besitz der Verpflegungsmittel ist. Das war in jener Periode der Revolution, als unsere Republik infolge des imperialistischen Krieges und angesichts des ihr aufgezwungenen Bürgerkrieges in eine kritische Ernährungslage geraten war. Als diese kritische Ernährungslage uns zwang, zur Lebensmittelrequisition zu greifen, da reagierten die Bauern recht eigenartig auf diese Forderungen. Im großen und ganzen kann man dieses Reagieren folgendermaßen darstellen: die Bauernschaft begann die Anbaufläche zu verringern. Diese Verringerung erreichte im Vergleiche zum Jahre 1916 schließlich ungefähr 30%. Andererseits begann die Bauernschaft vornehmlich Brotgetreide anzubauen, wobei der Weizen durch den Roggen und die Gerste durch den Hafer verdrängt wurde. So hat die Bauernschaft ihrer Wirtschaft eine Richtung auf den Getreidebau gegeben und die Keime einer Intensivierung erstickt, die in der vorangegangenen Periode bemerkbar wurden. Die Bauernschaft schränkte den Anbau von technischen Pflanzen ein und ließ einen Fortfall der Aussaat von Futterkräutern aus der Wechselwirtschaft zu. Freilich kam darin nicht nur ihr bewußter Wille, ihr bewußtes Wirtschaften in dieser Richtung zum Ausdruck; in dieser Erscheinung muß auch das Ergebnis der Massenzerstörung der Produktivkräfte des Dorfes durch solche Erschütterungen wie den Bürgerkrieg, den imperialistischen Krieg, die Mißernte usw. gesehen werden.

Aber die Tatsache bleibt bestehen: Die subjektive Reaktion der Bauern auf die Forderungen, die das Proletariat an sie stellte, kann nicht geleugnet werden: der unentwickelte, während all der Jahrhunderte seiner Geschichte eingeschüchterte Bauer vermochte die ganze Größe der Ideale des Proletariats nicht zu begreifen.

Wir hatten also damals folgendes Ergebnis: einen zersplitterten, parzellierten Grundbesitz mit gesunkener Produktion, mit äußerster Unzufriedenheit der Bauernschaft in bezug auf den Kampf des Proletariats. Und da haben nun gerade in diesem Augenblick das Proletariat und die an seiner Spitze stehende Kommunistische Partei beschlossen, die Grundlagen ihrer Politik zu revidieren und neue Formen für das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft herauszubilden. In den Jahren des sogenannten „Kriegskommunismus" wollten wir durch die Requisitionsmethoden der Bauernschaft einen bestimmten Überschuß an Rohstoffen und Nahrungsmitteln entziehen, auf dieser Grundlage unsere Industrie wiederherstellen und erweitern, die ihre Erzeugnisse nach einem Verteilungsplan in die Dörfer abführen sollte. Das hätte eine eigenartige Form der Kreditgewährung seitens des Dorfes an die Stadt bedeutet. Aber die Bauernschaft hat eine solche Bündnisform mit Bestimmtheit abgelehnt, und die aus diesen großen Ereignissen geschöpfte historische Erfahrung veranlaßte die Partei, ihre Politik der

Bauernschaft gegenüber kühn und entschlossen zu ändern. So wurde die neue Wirtschaftspolitik verkündet, der die Möglichkeit einer Zulassung kapitalistischer Beziehungen im Dorfe, der Beziehungen der Warenproduktion zugrunde gelegt wurde. Diese Lage ist vom Genossen Lenin in erschöpfender Form charakterisiert worden. „Der Kapitalismus", sagt er, „ist ein Übel im Vergleich zum Sozialismus, aber der Kapitalismus ist eine Wohltat, ein Schritt vorwärts im Vergleich zum Mittelalter. Da im russischen Dorfe die krassesten Überbleibsel dieses Mittelalters zu finden waren, so ist die Zulassung der kapitalistischen Produktion im Dorfe gleichbedeutend mit der Ermöglichung einer besonderen Form des Kampfes gegen diese Überbleibsel."

Jetzt, nachdem die neue Wirtschaftspolitik bereits seit fast 2 Jahren betrieben wird, können wir einige Schlußfolgerungen ziehen. Ich stütze mich auf die neuesten statistischen Angaben, auf die neuesten Budgetuntersuchungen, die von uns in allerletzter Zeit vorgenommen worden sind. Da sehen wir als erste Tendenz: die *Ausgleichung der Preise*. Vor der Nep waren bei uns alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Vergleich zum Roggen entwertet und Rußland wurde zu einem wahren Roggenrußland; jetzt aber sehen wir eine Tendenz zur Ausgleichung der Preise, eine Tatsache von außerordentlicher Wichtigkeit, die die Hauptvoraussetzung bildet für eine Intensivierung der Landwirtschaft. Die Intensivierung aber gibt die Lösung des grundlegenden Problems unserer bäuerlichen Wirtschaft in der Übergangsperiode zum Sozialismus.

Die zweite Tendenz, die wir infolge der neuen Wirtschaftspolitik entstehen sehen, kann charakterisiert werden als Verlangsamung des Tempos, hier und da sogar als völliges Aufhören der Verringerung der Anbaufläche. In vielen Gebieten sehen wir eine Hebung, eine Vergrößerung der Anbaufläche, und wenn sie auch irgendwo unter dem Einfluß des Hungers noch weiter zurückgeht, so geschieht das doch jedenfalls in langsamerem Tempo. Eine weitere Tendenz, die unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik im Dorfe zu beobachten ist, besteht darin, daß das Abströmen der Bevölkerung aus der Stadt ins Dorf aufhört und sich statt dessen die ersten Anzeichen dafür bemerkbar machen, daß die Stadt wieder anfängt, den Bevölkerungsüberschuß aus dem Dorfe aufzusaugen.

Eine weitere Tendenz kann bezeichnet werden als ein Streben der Bevölkerung nach *einzelpersönlichen Wirtschaftsformen*. Bereits im Jahre 1917, als wir unser Agrargesetz herausgaben, erklärten wir, daß die Wahl der Formen der Landbenutzung vollkommen frei sei. Nichtsdestoweniger strebte die Bauernschaft damals hauptsächlich die Rohaufteilung an und eine Tendenz zur Zerstörung unserer Gemeinde war nicht bemerkbar. Jetzt aber kann man diese Tendenz mit Bestimmtheit feststellen und selbstverständlich steht sie in engster Verbindung mit dem Intensivierungsprozeß, von dem ich bereits gesprochen habe. Denn für den Kleingrundbesitzer, für seine Psychologie, für seine Wirtschaft erscheint es als ganz natürlich, daß er die Form der Landbenutzung vorziehen muß, die ihm bei steigender Nachfrage des Marktes nach seinen Erzeugnissen ein freies Manövrieren auf diesem Markt ermöglicht. Und eine solche Form, und zwar die freieste und dem Markt am besten angepaßte, ist die Form der einzelpersönlichen, nicht gemeindlichen Landbenutzung.



Die letzte Tendenz endlich, die wir gegenwärtig in unserer Landwirtschaft beobachten, besteht in der *Differenzierung der Bauernschaft*, denn wo die Gesetze des Marktes in den Vordergrund treten, da kann es natürlich keine Glückspilze und Unglückspilze geben. Wie verhalten wir uns zu dieser Erscheinung? Wir kontrollieren sie auf jede Weise. So zeigt z. B. unser Dekret über Hypothekengeschäfte deutlich, daß wir diesen elementar anwachsenden Prozeß in die Schranken, in das Bett hinein leiten, das einerseits die Entwicklung odiöser, himmelschreiender Formen der Ausbeutung, andererseits aber auch eine Ausbreitung der Rückständigkeit verhindert. Wir können also als Ergebnis der neuen Wirtschaftspolitik die Tendenzen verzeichnen, die ich soeben aufgezählt habe.

Wir haben also ein vollkommen aufgeteiltes Land, wir haben Beziehungen, bei denen die Faktoren des außerwirtschaftlichen Zwanges vollkommen fehlen, denn die Diktatur der Ausbeute ist gefallen und es ist ihr die Möglichkeit genommen, den Akkumulationsprozeß durch die Kirche, durch die Schule, durch ihre Armee und Polizei zu fördern. Diese Mittel der Ausbeutung sind ihnen genommen. Gleichzeitig steht die Kooperierung der Bevölkerung jetzt unter der Kontrolle der Arbeiter- und Bauernmacht, und das Genossenschaftswesen ist befreit von den Ketten der bürgerlichen Ideologie und richtet sich nicht, wie in den kapitalistischen Ländern auf eine Abstumpfung der Spitze des Klassenkampfes, sondern ist eine Form der sozialistischen Aufbautätigkeit. Alle diese grundlegenden wirtschaftlichen Voraussetzungen, alle diese politischen Voraussetzungen ermöglichen es mit vollständiger Sicherheit zu sagen, daß dieser Prozeß des Überwindens der Überbleibsel des Mittelalters sich bei uns in schmerzlosester Form vollziehen wird. Von diesem Stadpunkt aus kann man sich dem Urteil anschließen, das hier auf dem Kongreß vom Genossen Lenin abgegeben wurde, als er erklärte, daß die Bauernschaft im großen und ganzen zufrieden sei.

Ich möchte zum Schluß an die bekannten Worte Labruyères über die französische Bauernschaft erinnern: diese Worte sind auch auf die russische Bauernschaft der vorrevolutionären Epoche besonders gut anwendbar. Labruyère sagt: „Es gibt eine Art menschenähnlicher Wesen, Männlein und Weiblein, schmutzig, ausgemergelt, sonnenverbrannt. Sie wühlen in der Erde; aber wenn sie sich aufrichten, kann man an ihnen ein menschliches Gesicht bemerken." Und eben diesen Worten: „Wenn sie sich aufrichten", möchte ich eine gewisse symbolische Bedeutung unterlegen. Ja, eben wenn die Bauernschaft sich aufrichtet, dann sehen wir an ihr ein menschliches Gesicht, aufrichten aber kann sie sich nur unter der Diktatur des Proletariats. Nur die Diktatur des Proletariats mit ihrer Nationalisierung des Bodens wird die Bedingungen schaffen, unter denen die Bauernschaft sich aufzurichten vermag, nicht nur in dem physischen Sinne, von dem Labruyère gesprochen hat, sondern auch im politischen und sozialen Sinne dieses Wortes. (Beifall.)

JOSS (Großbritannien): Genossen! Das Agrarproblem hat in bezug auf England zwei Seiten. Die eine Seite ist die nationale, während die andere internationaler Natur ist. Wir finden, daß unser Problem bezüglich der Agrarlage in England eine außerordentlich schwierige Sache ist, dank dem Umstande, daß während der letzten 150 Jahre die

Entwicklung der industriellen Kräfte in England auf Kosten der Entwicklung der Landwirtschaft stattgefunden hat. Gegenwärtig sind 80% unseres Volkes von der industriellen Tätigkeit absorbiert, und nur 20% davon sind in der Landwirtschaft und mit der Herbeischaffung von Nahrungsmitteln beschäftigt. Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß wir, um eine Proletarierrevolution in England möglich zu machen, entweder die Hilfsquellen unseres eigenen Landes entwickeln müssen, oder aber wir werden an der agrarischen Entwicklung anderer Länder sehr interessiert sein.

Nun aber sehen wir, daß nicht nur in der kommunistischen Bewegung unseres eigenen Volkes, sondern auch unter der Arbeiterklasse Schottlands die gewöhnlichste Frage, die man dem kommunistischen Redner entgegenhält, folgende ist: wenn Ihr die industrielle Revolution durchgeführt haben werdet —, wie werdet Ihr für Euer eigenes Volk die nötigen Lebensmittel herbeischaffen? Man erinnert uns an das Verhältnis zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern. In England und in einigen Gegenden Schottlands ist große Nachfrage nach jenen Arbeiterelementen, die einstmals in der Landwirtschaft tätig waren und infolge der Entwicklung der Industrie in die Städte gezogen sind; gegenwärtig erheben diese Arbeiter auf Grund des Niedergangs der industriellen Organisation in Großbritannien während der letzten zehn oder elf Jahre steigende Ansprüche auf das Land, wohin sie zurückverlangen. Im nördlichen Teile Großbritanniens und in Schottland, das sich ausschließlich in einen Sportplatz für reiche Leute, für die Kapitalistenklasse verwandelt hat, ist dies reiche Land mit den fruchtbaren Tälern, die ehemals eine große Bevölkerung ernährten, ausschließlich Waldhühnern und Rehen überlassen. Das Ergebnis davon ist gegenwärtig eine Richtung, die sich im nördlichen Teil Britanniens in Revolten gegen die Behörden äußert, um auf diese Weise zu Land zu gelangen. Viele dieser Arbeiter waren während des Krieges Soldaten und hatten das Versprechen erhalten, daß sich nach dem Kriege ein für Helden geeignetes Land finden werde; nun haben diese Leute infolge der Nichterfüllung dieser Versprechungen das Land in diesen Bezirken in Besitz genommen. In diesen speziellen Gebieten, wo die landwirtschaftlichen Arbeiter ansässig sind, würde die Aufgabe der Kommunistischen Partei entweder darin bestehen, für die Entwicklung der nationalen Hilfsquellen zu sorgen, oder aber dieses landlose Volk anderwärts anzusiedeln.

Es gibt auch noch einen anderen wichtigen Umstand im Agrarproblem. Wir finden in England nicht die gleichen Unterschiede, die in anderen Kontinentalländern vorhanden sind. Unsere bäuerliche Bevölkerung ist außerordentlich gering an Zahl, die meisten der landwirtschaftlichen Arbeiter gehören dem Agrarproletariat an. Vermittelst der Gewerkschaftsbewegung handeln sie gemeinsam und mittels jener stellen sie ihre Forderungen, und darum ist, soweit England in Betracht kommt, die Verbindung der landwirtschaftlichen und der industriellen Arbeiter eine einfache Sache. Aber neuerdings ist ein anderer Umstand geschaffen worden, nämlich der Umstand, daß es in den grundlegenden Industrien im allgemeinen in England gegenwärtig 2 Millionen arbeitslose Werktätige gibt; außerdem haben wir in den grundlegenden Industrien der Kohlen-, Eisen-, Stahl- und Landwirtschaftsbetriebe Ar-

beiter, die infolge des Niedergangs der Ökonomie bis auf 60 % des Vorkriegsniveaus herabgedrückt worden sind. Dabei betragen die Unterhaltskosten in England jetzt um 80% mehr als vor dem Kriege. Die Löhne der Kohlen-, Eisen- und Stahlarbeiter sind von 20% bis 30% unter das Vorkriegsniveau herabgesetzt worden, woraus hervorgeht, daß sie sich um etwa 60 % schlechter als damals stehen. Und wir sehen gleichfalls, daß die Bourgeoisie zu begreifen beginnt, daß für sie hier ein Problem zu lösen ist. Der Deputierte und Vorsitzende der Lloyds-Bank, einer soliden Organisation, die den industriellen Kapitalismus in England beherrscht, sagte, als er die Statistik von 1921 überblickte, die das Verhältnis der industriellen Bevölkerung zur landwirtschaftlichen demonstrierte: falls England nicht den Handel, den es 1913 besaß, wiederherstellt, ist in Britannien nur für eine Bevölkerung von 15 Millionen Raum, woraus klar hervorgeht, daß die fortschreitende Loslösung jener Länder, die England bis heute mit Nahrung versorgten — d. h. Amerika, Kanada und Indien —, daß die sich steigernde Abhängigkeit Britanniens von diesen Ländern und die fortschreitende Tendenz seitens der Kolonien und Amerikas, sich, soweit England in Betracht kommt abseits zu halten, für die Kommunistische Partei Großbritanniens ein spezielles Problem ist. Infolge dieses Umstandes bestehen wir bei unserem landwirtschaftlichen Problem nicht nur darauf, in enger Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Proletariat Englands zu bleiben, sondern auch darauf, die für England notwendigen Hilfsquellen bis zu dem äußersten Grade zu entwickeln, sowie auch darauf, gleichzeitig unsere Verbindung mit den landwirtschaftlichen Arbeitern der ganzen Welt aufrechtzuerhalten. Und da Prof. Varga vor uns die Behauptung aufstellte, daß kein Land der Welt, mit Ausnahme Englands, eine Revolution ohne das Bauernproletariat durchführen kann, so stehen wir wiederum vor dem Problem: wenn wir eine Revolution haben werden, mit welchen Mitteln werden wir sie halten und mit welchen Mitteln werden wir das Proletariat halten? Die Revolution in England wird davon abhängen, welchen Erfolg die Kommunistische Partei nicht nur bei der nationalen, sondern auch bei der internationalen Lösung des Agrarproblems aufzuweisen haben wird.

RIEUX (Frankreich): Ich bin mit dem Referat des Gen. Renaud Jean nicht einverstanden, wenigstens nicht in bezug auf die kommunistischen und revolutionären Fähigkeiten, die er den französischen Bauern zuerkennt. Gen. Renaud Jean erweckt durch sein Referat den Glauben, daß die französischen Bauern revolutionär seien, was nicht richtig ist, oder daß sie bereit seien, es zu werden, und daß eine antimilitaristische Propaganda sie schnell revolutionär machen würde: eine Auffassung, die gefährlich ist.

Es gibt in Frankreich Großgrundbesitzer, die unsere unversöhnlichen Klassenfeinde sind, ferner landwirtschaftliche Lohnarbeiter, d. h. besitzlose Bauern und Kleingrundbesitzer. Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter haben mit den städtischen Proletariern gemeinsame Interessen. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen — wie es die CGTU. ist —, besteht in der Schaffung landwirtschaftlicher Gewerkschaften und der Zusammenfassung der landwirtschaftlichen und der städtischen Lohnarbeiter zum gemeinsamen Kampfe. Was die Klein-

grundbesitzer betrifft, so glaube ich, daß unser Genosse Renaud Jean nicht die genaue Wahrheit zum Ausdruck bringt, wenn er behauptet, daß sie sich im Vergleich zu den landwirtschaftlichen und den städtischen Lohnarbeitern in keiner privilegierten Lage befinden. (Zwischenruf *Renaud Jean:* Ich habe das nicht behauptet und Du weißt das sehr wohl!) Die ländlichen Besitzer haben während des Krieges nicht wenig Geld verdient. Unsere gesamte Propaganda war bestrebt, ihnen zu beweisen, daß das von ihnen verdiente Geld nur Papiergeld ohne realen Wert ist. Die Bauern antworteten hierauf, daß dieses Papiergeld, da es eine Kauf- und Handelskraft besitzt, ihnen dadurch eine günstigere Lage verschafft, als die der Lohnarbeiter. Solange sich die ländlichen Kleinbesitzer besserer Lebensbedingungen erfreuen, solange sie sich in einer privilegierten Lebenslage befinden, kann man lediglich versuchen, ihre Neutralisierung zu erreichen, indem man ihnen für die Zeit nach der Revolution die Beibehaltung ihres Grund und Bodens verspricht, man kann aber keinesfalls hoffen, daß sie revolutionär werden und daß sie, wie die landwirtschaftlichen und die städtischen Lohnarbeiter an den revolutionären Kämpfen um die Eroberung der Macht teilnehmen werden.

Der Gen. Renaud Jean erklärt ferner, daß er durch die antimilitaristische Propaganda die Bauern auf den Weg der Revolte führen wird, die dann ihren revolutionären Geist herausbilden soll. Ich glaube nicht, daß das richtig ist. Ich glaube, daß der Gen. Renaud Jean die Notwendigkeiten des Bürgerkrieges, die Notwendigkeiten eines bewaffneten Kampfes verkennt, ohne die das Proletariat der Bourgeoisie ihren Besitz nicht nehmen und die Macht nicht erobern kann.

Man setzt sich schweren Gefahren aus, wenn man zu den Bauern geht, ihnen immer und unaufhörlich von Antimilitarismus spricht, ihnen immer und unaufhörlich den Haß gegen die Uniform, den Haß gegen die Armee predigt, wenn man bedenkt, daß auch wir, sowohl zur Eroberung der Macht, wie zur Verteidigung der schon eroberten Macht eine Armee benötigen werden. Man hält auf diese Weise in den Geistern eine Konfusion aufrecht und diese Konfusion spiegelt sich in der Kommunistischen Partei Frankreichs und in unseren kommunistischen Versammlungen wider. Es gibt nicht wenig Leute, die erklären: Das ist ein niedriger Unteroffiziersgeist, wir müßten so ja wieder Soldaten, wieder Diener werden. Und diese Genossen erklären, daß sie in einem gegebenen Moment die Anwendung der Gewalt, die Anwendung einer bewaffneten Kraft vielleicht annehmen würden, sie benutzen aber die Schrecken des Krieges und diese Theorie des abstrakten Antimilitarismus zum Vorwand, um diese Armee, die doch notwendig sein wird, nicht vorzubereiten und die Gewaltanwendung, die doch unvermeidlich sein wird, nicht zu organisieren. (Zwischenruf *Renaud Jean:* Wie willst Du jetzt in Frankreich eine Armee außer der Regierungsarmee organisieren?) Das ist eine Frage, die mit dieser Sache nichts zu tun hat, ich will aber trotzdem erklären, daß es durch Propaganda unter den Soldaten moglich ist, durch Schaffung von Zellen in der Armee . . . (*Renaud Jean:* Dann sind wir ja derselben Meinung, nicht wahr?) . . ., durch Unterstützung der Propaganda unter der Jugend, die Ihr bisher nicht unterstützt habt, und indem wir versuchen, den Geist der Armee für uns zu erobern,

nicht dadurch, daß wir erklären, daß man keine Armee mehr brauche, daß dieses Instrument der Gewalt nunmehr überflüssig sei, sondern durch die Erklärung, daß wir diese Kraft brauchen und daß sie dem Proletariat zur Verfügung gestellt werden müsse. (Beifall.)

Wenn der Gen. Renaud Jean erklärt, daß die an Menschenleben geforderten Opfer für den Bauer mehr bedeuten als die Enteignung des Grund und Bodens, so schließe ich mich dem Zwischenruf des Gen. Bordiga an: Ich erkläre, daß im Kriege die französischen wie auch alle übrigen Bauern bereit waren, ihre Kinder, ihre Angehörigen in den Tod zu schicken; sie ließen sich ihre Kinder, aber nicht ihre Spargelder enteignen, und wenn sie ihre Kinder umsonst hergaben, so gaben sie ihre Sparpfennige nur leihweise und gegen Zinsen her.

Meiner Ansicht nach müssen wir vor allem bestrebt sein, die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die nichts besitzen (durch den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen, die Lohnfrage, die Wohnungsfrage, alle Fragen, die sie interessieren), auf unsere Seite zu bringen, und wir müssen ihnen die Parole geben: Besitzergreifung des Bodens, den sie bearbeiten.

Nachher müssen wir bestrebt sein, die Kleinbesitzer zu neutralisieren. Vor allem müssen wir unsere gesamten Kräfte und unsere gesamte Zeit der wichtigsten, unmittelbaren Aufgabe: der Eroberung der Macht widmen. Um die Macht erobern zu können, müssen wir die werktätigen Massen, die städtischen und die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Kampf werfen.

Was das Aufbauprogramm betrifft, so haben uns die russischen Genossen durch die verschiedenartigen Produktionsergebnisse bewiesen, daß man auf nichts Festes bauen könne und daß die Ereignisse selbst zeigen, welcher Art die realen Aufbaumöglichkeiten in einem jeden Lande unmittelbar nach Eroberung der Macht sind.

Auch Gen. Trotzki erklärte, daß es eine gewisse Epoche gibt, in der das Wirtschaftsleben des Landes und der landwirtschaftlichen Arbeiter den Notwendigkeiten des Bürgerkrieges, den Notwendigkeiten der Festhaltung der Macht durch das Proletariat untergeordnet ist.

Man darf der Legende, daß die französischen Bauern revolutionär seien, nicht zu viel Wichtigkeit beimessen, man darf ihr, Genossen aus der Internationale, keinen Glauben schenken, weil man sonst fragen müßte, aus welchem Grunde sie den städtischen Arbeitern bisher noch keine Hilfe erwiesen haben und warum sie von ihrem Kapitalismus noch nicht befreit sind.

Die französischen Bauern sind nicht revolutionär, die französischen Bauern sind konservativ. Die französischen Bauern besitzen eine Geistesverfassung, die Gen. Trotzki sehr richtig als kleinbürgerlich charakterisierte, und nur, wenn wir versuchen, die Bauernklasse zu trennen, indem wir die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter mit uns reißen und den anderen Elementen die Diktatur des Proletariats aufzwingen, werden wir in Frankreich die soziale Revolution verwirklichen können. (Beifall. Zuruf *Renaud Jean:* Du kannst Deine Rede drucken lassen und sie den Bauern der Gironde überbringen!)

PAUKERT (Rumänien): Genossen, mit den Thesen sina wir nur im großen und ganzen einverstanden. Ich glaube, daß wir dem Gen. Varga



einige Erklärungen schuldig sind, da er sich darüber beklagt hat, daß die rumänische Delegation auf die Frage, welchen Einfluß die Agrarreform in Rumänien auf die Bauern ausgeübt hätte, mit einem klaren: Ich weiß nicht, geantwortet hat.

Nun, Genossen, ich muß die Worte des Gen. Varga bestätigen. Ja, es stimmt — es ist vielleicht sehr traurig —, wir wissen es nicht, d. h. Genossen, wir sind darüber nicht so weit unterrichtet, daß wir der Internationale wirklich genügend Material geben können in dem Sinne, daß es ein Beitrag sein könnte zur Schaffung eines Aktionsprogramms, das nicht nur aus theoretischer Einsicht, sondern aus praktischer Erfahrung entstanden ist. Ja, in diesem Sinne können wir sagen: wir wissen es nicht. Aber man muß nicht vergessen, daß die Kommunistische Partei Rumäniens trotz des Lobes, welches sie hier und in den Kommissionen geerntet hat, praktisch noch nicht als ganze, arbeitsfähige Organisation existiert, sondern erst im Entstehen begriffen ist und, Genossen, in einem ziemlich schweren Entstehen.

Übrigens glaube ich, daß es im allgemeinen nicht eine Schande ist, zu sagen: ich weiß es nicht. Wir haben z. B. Gen. Varga die klare Frage gestellt, ob er glaubt, daß ein intensiv industrialisierter ländlicher Großbetrieb produktiver sei als ein bäuerlicher Kleinbetrieb. Und Genosse Varga hat geantwortet: Ich weiß es nicht! Nun, das zeigt, daß die Frage der ländlichen Produktion und der ländlichen Bewegung auch sonst in der Internationale noch nicht genügend studiert ist, auch nicht von Organisationen, welche stärker und besser organisiert sind als die Kommunistische Partei Rumäniens.

Nun, die in der Vergangenheit der rumänischen Sozialistischen Partei gemachten Fehler, der Verrat und die Reaktion haben es mit sich gebracht, daß jetzt die rumänische Organisation als Zwergorganisation, welche im Entstehen begriffen ist, dasteht und daß sie deshalb noch nicht die Möglichkeit hat, auf das Land zu gehen, mit der Reaktion und den rumänischen Gendarmen zu kämpfen und dort Fuß zu fassen.

Aus diesem Grunde und nicht etwa, wie die falsche Schlußfolgerung Vargas lautet, weil man der Bauernfrage nicht die genügende Wichtigkeit beimißt, ist es so gekommen, daß wir antworten mußten: Wir wissen es nicht.

Genossen, es gibt ein paar Fragen, die man in das Aktionsprogramm nicht aufgenommen hat, die aber trotzdem eine gewisse Bedeutung haben. Ich möchte nur kurz darauf hinweisen. Gen. Varga hat ausgeführt, daß vor allen Dingen in den angelsächsischen Ländern die Frage des Transports und der Eisenbahnen, welche im Privatbesitz sind, ein wichtige Frage darstellt, indem die Privatkapitalisten es verstehen, den Bauern einen Teil des Verdienstes dadurch abzunehmen, daß sie mit dem Wachsen und Fallen der Getreidepreise auch die Eisenbahntarife wachsen und fallen lassen.

In Rumänien steht die Sache ganz ähnlich, die rumänische Bourgeoisie rechnet damit, daß der rumänische Bauer den größten Teil seiner Produkte ausführt, da Rumänien ein Getreideausfuhrland ist. Mit dem Wachsen und Fallen der Weltmarktpreise für das Getreide wachsen und fallen die Ausfuhrzölle auf das Getreide, welche die rumänische

Bourgeoisie nimmt, und diese Zölle sind nicht etwa ein geringer Prozentsatz des Erlöses, sondern gehen manchmal bis 100 % des Preises, wie es gerade jetzt der Fall ist, hinauf. Hingegen hat Gen. Varga die Auffassung, und ich glaube, die Kommission war derselben Auffassung oder hat wenigstens nicht dagegen protestiert, daß wir nicht dagegen auftreten können, weil das eine Steuer ist, die der rumänische Staat einnimmt, und Steuern sind nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft da. Wenn diese Steuer nicht wäre, wäre eine andere da; ich glaube aber, daß wir dann auch gegen die andere Steuer, zumal wenn sie 100% des Ertrages ausmachen würde, vorgehen müßten. Darin finden wir also eine Inkonsequenz im Aktionsprogramm.

Was nun die Frage der ländlichen Propaganda überhaupt betrifft, so kann, glaube ich, auch unsere Auffassung eine gewisse Richtigkeit haben, obwohl wir praktische Erfahrungen im großen Maßstabe noch nicht haben. Wir müssen uns aber jedenfalls näher damit befassen, weil wir als Partei und als revolutionäre Bewegung nur existieren können, wenn wir es verstehen, wirklich an die Landbevölkerung heranzugehen. Für uns ist also die Frage, welche Schicht der Arbeiterschaft auf dem Lande sich wirklich revolutionieren läßt und welche sich nur neutralisieren läßt, von ausschlaggebender Bedeutung, und da teilen wir die Meinung des Gen. Renaud Jean durchaus nicht. Ich glaube, es besteht hier überhaupt ein Mißverständnis. Alles, was uns Gen. Renaud Jean an Details hier gesagt hat, ist durchaus richtig: man kann durch Antimilitarismus die Bauern gewinnen, man kann die Kleinbauern dadurch gewinnen, daß man ihnen verspricht, die Revolution werde ihnen ihr Land nicht nehmen, aber eben das nennen wir auf gut deutsch Neutralisierung der Bauernschaft. Die Bauern werden der Revolution nicht an die Gurgel springen, sie werden nicht gegen die Revolution vorgehen, weil sie sich sagen werden, sie haben nichts dabei zu verlieren. Sie werden aber auch der Bourgeoisie nicht an die Gurgel springen. Sie werden also vor oder während der Revolution nicht aktiv mitmachen, nicht auf die Barrikade steigen. Ich spreche von den Bauern, die genug Erdboden haben, um sich allein mit ihrer Familie ernähren zu können. Diese Schicht der Bauern werden wir mit den Methoden, die Gen. Renaud Jean predigt und anwendet, sicher in dem Sinne für die Revolution gewinnen, daß sie nicht gegen die Revolution auftreten, wenn der Augenblick des Kampfes um die Macht da ist. Aber die Bauern, die nicht genug Erdboden haben, um sich und ihre Familie selbst ernähren zu können und die deshalb auch für Lohn arbeiten müssen, können wir, wenn nicht jetzt, so in wenigen Jahren, für den revolutionären Kampf gewinnen, sie werden aktiv mit uns mitmachen, obgleich wir ihnen selbstverständlich nicht diejenige elementare revolutionäre Aktivität beimessen können, die wir dem industriellen Proletariat und dem eigentlichen ländlichen Proletariat zumuten.

Es kann ja die Frage auch so gestellt werden. Schließlich ist das nur eine Frage des Details, ob wir jetzt im Programm sagen: Wir werden diese Bauern revolutionieren, oder ob wir sagen: Wir denken, es wird uns gelingen, sie nur zu neutralisieren. Dem ist aber keineswegs so, denn Gen. Renaud Jean hat ein verhängnisvolles Wort gesagt und wiederholt es immer in Privatgesprächen. Er sagte: Wir haben

viel mehr Erfolge mit unserem Kommunismus bei den Bauern als beim landwirtschaftlichen Proletariat. Da habe ich ihm immer gesagt: Ich kann mir auch einen Kommunismus vorstellen, mit dem wir viel mehr Erfolg haben beim Großgrundbesitz und dem Industriekapital als beim Proletariat. Es kommt ganz darauf an, was man unter Kommunismus versteht. Das zeigt aber, daß die Art und Weise, wie man die Propaganda macht, wenigstens in einem Teile von Frankreich, unrichtig ist, und darum müssen wir darauf bestehen, daß diese Frage geklärt wird, daß wir genau umschreiben, welchen Teil der Bauern und mit welchen Mitteln wir diesen neutralisieren können und welchen Teil der Bauern wir revolutionieren können und mit welchen Mitteln. Die Unterstreichung der gleichen Forderungen für das ländliche Proletariat ist uns in unserem Aktionsprogramm da selbstverständlich sehr willkommen.

Nun, Genossen, zur eigentlich rumänischen Frage. Ich glaube, da sind wir auch einige Aufklärungen schuldig und damit werde ich schließen. Der rumänischen Bourgeoisie ist es gelungen, die Agrarreform durchzuführen, d. h. sie wurde in dieser Durchführung durch den Ausbruch der sozialen Revolution, durch die unmittelbare Ergreifung der Macht durch das Proletariat und die Bauern nicht gestört. Es ist nun wohl bekannt, daß Rumänien das klassische Land der Bauernaufstände gewesen ist. Wir haben ungefähr alle zehn Jahre — zum letzten Male in furchtbarster Weise im Jahre 1907 — Bauernaufstände gehabt. Die Periode nach 1907 bis zum Kriege war die Kampfperiode zwischen den Teilen der Bourgeoisie, die versuchten, die Bauern zu neutralisieren und den Großgrundbesitzern, welche das altfeudale Ausbeutungssystem weiter bestehen lassen wollten. Und Rumänien war feudal genug, um den feudalen Herren die Weiterherrschaft zu sichern bis zur russischen Revolution. Die russische Revolution war der ausschlaggebende Faktor, welcher den Boden aus den Händen der Großgrundbesitzer genommen und in die Hände der Bauern gelegt hat. Die Art und Weise, wie das geschehen ist, entspricht ungefähr dem Punkte 9 des Aktionsprogramms, d. h. die Bauern, welche den Erdboden bekommen haben, sind im allgemeinen entweder die reichen Bauern oder die politisch die Bourgeoisie unterstützenden Personen, also einflußreiche Gesellen, welche Bürgermeister im Dorfe oder etwas ähnliches sind. Die paar armen Bauern, die Erdboden bekommen haben, sinken in schnellstem Tempo unter das Joch der Banken, da sie nicht das genügende Inventar, nicht genügend Maschinen und nicht genügend Vieh haben, um das Land zu bebauen und dadurch selbstverständlich gezwungen sind, zum Kredit zu greifen, wodurch sie von den Banken ausgesogen werden. Es ist bemerkenswert, daß sogar das bürgerliche Gesetz der Expropriation genügend Türchen und sogar ziemlich breite Tore hat, um die Expropriation zu sabotieren, indem es z. B. den Bauern gestattet, den Boden zu verkaufen. Dadurch besitzt man ein Mittel, den Großbauernstand zu bevorzugen. Dagegen ist der Ackerboden — von Wäldereien, Weinbergen gar nicht zu reden —, der im Besitz unserer Bourgeoisie geblieben ist, noch so groß — er beträgt weit über die Hälfte des expropriierten Bodens, wenigstens in Altrumänien —, daß die Frage der totalen Expropriation noch immer eine Parole ist, welche tief eingreifenden und revolutionierenden Charakter auf die Bauernmassen hat. Aus diesem Grunde ist zu hoffen, daß,

wenn die Kommunistische Partei es verstehen wird, — wir sind sicher, daß sie es verstehen wird —, diese Parole zu vertiefen und auszubreiten, es ihr doch gelingen wird, so weit zu kommen, daß sie dann mit Recht auf das Lob des Gen. Varga sowie das der Internationale rechnen darf. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung um 4 Uhr.



cher,
ıszu-
dann
ınale

ZWEIUNDZWANZIGSTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 25. NOVEMBER 1922.

Die Agrarfrage. Die Jugendfrage. Die Negerfrage.

Redner: **Korczewa, Katayama, Varga, Schüller, Billings, Mackay.**

Eröffnung: 12,20 nachmittag.

Vorsitz: ***Neurath,*** später ***Kolarow.***

KORCZEWA: (Polen): Genossen, ich möchte die Agrarfrage von einer besonderen Seite betrachten. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den Mangel an Beziehung lenken, der besteht zwischen dem, was wir, was die hervorragendsten, die schärfsten Geister unserer Internationale über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der revolutionären Periode sagen, und der theoretischen und praktischen Stellungnahme unserer Kommunistischen Partei zu dieser Frage.

Auf dem 2. Kongreß der Internationale sagte Lenin, daß das wesentlichste und tiefgreifendste Problem der gegenwärtigen Epoche und jeder einzelnen Revolution — nicht nur der russischen Revolution, sondern jeder sozialen Revolution — *das Problem des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und der Bauern sei.* Diese Worte Lenins haben in unserer Internationale nicht genügenden Widerhall geweckt.

Auf dem Kongreß des Spartakusbundes im Dezember 1918 charakterisierte *Rosa Luxemburg* die deutsche Revolution folgendermaßen: „Das war vor allem eine politische Revolution, sie muß aber in ihrem Wesen eine wirtschaftliche Revolution werden. Ebenso war sie bloß eine städtische Revolution. Das flache Land wurde von ihr bis jetzt fast gar nicht berührt. Wenn wir ernstlich eine sozialistische Revolution herbeiführen wollen, so müssen wir unsere Aufmerksamkeit ebenso auf das flache Land konzentrieren, wie auf die Industriezentren, und in dieser Hinsicht sind wir erst am Anfang des Anfangs."

Vier Jahre sind seither verstrichen, vier Jahre der schrecklichsten Erfahrungen, die die Weltgeschichte kennt, und man kann füglich sagen, daß wir uns noch immer am Anfang des Anfangs befinden.

Gen. Varga hatte recht, als er hier alle komplizierten Ursachen, alle Schwierigkeiten bezeichnete, die sich uns jedesmal entgegentürmen, so oft wir an die Agrarfrage herantreten.



Wir stehen hier einem Mosaik der verschiedensten Verhältnisse, der verschiedensten Probleme gegenüber, wir stoßen auf schwere technische Hindernisse, die unsere Tätigkeit auf dem flachen Lande erschweren. All dies ist nur zu sehr wahr. Es gibt aber noch ein Ding, es ist noch ein Faktor vorhanden, der uns stört. Vom politischen Standpunkt aus ist die Frage innerhalb unserer Internationale noch nicht genügend geklärt. Sie ist sozusagen unserer politischen Lehre noch nicht organisch einverleibt.

Gen. Sinowjew sagte in seinem Bericht, daß man in jedem Lande den Umfang der im Interesse der Betriebsräte entwickelten Bewegung als Gradmesser der Kraft der revolutionären Bewegung betrachten könne. Wenn wir solche objektiven Gradmesser suchen, können wir sagen, daß die Reife der revolutionären Lage in den verschiedenen Ländern u. a. auch am Fortschritt der objektiven Zersetzungsfaktoren gemessen werden kann, die das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande stören. Und dennoch liegt die Analyse der Lage von diesem Gesichtspunkt aus noch immer fast vollständig außerhalb des Gesichtskreises unserer Parteien. Man kann sich bei unseren Genossen über alles Aufschluß verschaffen mit Ausnahme der Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur unseres flachen Landes, der Kämpfe, die dort stattfinden und des effektiven Einsatzes bei diesen Kämpfen. Wir haben viel über die Offensive des Kapitalismus gesprochen. Wir haben versucht, uns über alle Konsequenzen Rechenschaft abzulegen, die diese Offensive für das Leben und für den Kampf des städtischen Proletariats haben wird. Wir haben jedoch nicht versucht, dieselbe Analyse über den Klassenkampf auf dem flachen Lande zu machen und die Folgen dieser Offensive auf diesem Gebiete zu erkennen. Und dennoch hat man in allen Agrarländern, besonders in der Epoche der Offensive der Arbeiterklasse, Agrarreformen votiert, die man jetzt zu liquidieren versuchen wird; dieses Bestreben der Bourgeoisie kann der Agrarfrage in all diesen Ländern eine außerordentliche Schärfe verleihen.

Wir beschränken uns auf eine unvollständige Analyse, wir beschränken unsere Analyse, weil wir gewohnt sind, das Terrain unserer Aktion selbst zu begrenzen.

Ich glaube erklären zu dürfen, daß diese Langsamkeit, mit der die Idee des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und der Kleinbauern sich in unserer Kommunistischen Internationale Bahn bricht, daß diese Langsamkeit das Symptom jener Langsamkeit ist, mit der unsere jungen kommunistischen Parteien sich in Generalstäbe der Revolution verwandeln. Denn der Generalstab der Revolution muß sein Augenmerk auf all diese Probleme richten, muß ein Verständnis für die Gesamtheit dieser Interessen aufbringen.

Wir sprechen immer von der sozialen Revolution, in vielen Dingen verstehen wir jedoch die Probleme nicht, die uns diese Revolution stellt, und wir bleiben Sklaven der Tradition der alten Internationale. Wir können uns unseres alten Wesens nicht definitiv entledigen. Wir sind immer geneigt zu glauben, daß es genügt, unsere Aktion ausschließlich in rein proletarischen Kreisen zu entfalten, ausschließlich die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. In der gegenwärtigen Epoche, in

der Epoche, in der das Proletariat seine große historische Mission, die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten erfüllen soll, ist dies jedoch nicht unsere einzige Aufgabe. In dieser Epoche müssen wir uns den übrigen unterdrückten sozialen Schichten nähern und uns an die Spitze ihrer Kämpfe stellen. Diese Ideen haben die meisten unserer Parteien in Wirklichkeit noch nicht übernommen.

Deshalb sind die Agrarthesen des 2. Kongresses für uns in gewissem Sinne tote Buchstaben geblieben, sie haben auf die Praxis und auf die Tätigkeit der Parteien keinen genügenden Einfluß ausgeübt.

Jedesmal, wenn wir an die Agrarfrage herantreten, bemerken wir sofort eine starke Tendenz, diese Frage einzuschränken und zu erklären, daß wir uns auf dem flachen Lande ebenso wie in den Städten ausschließlich auf das Proletariat, auf die Lohnarbeiter stützen müssen.

Genossen, die Hauptaufgabe jeder kommunistischen Partei besteht darin, das Proletariat der Städte und des flachen Landes zu organisieren. Das ist klar, und wenn es auf diesem Gebiete für uns ein Problem gibt so ist dies lediglich ein Organisationsproblem. Das politische Problem, das sich uns hier entgegenstellt, sieht ganz anders aus. Es ist dies das Problem, Mittel und Wege zu finden, uns den übrigen Schichten der unterdrückten Bevölkerung zu nähern. Und diesem Problem sucht man immer auszuweichen.

Die Genossen aus Westeuropa sagen uns: diese Frage ist bloß für Osteuropa wichtig. Und was sagen die Genossen aus Osteuropa?

In Polen z. B. hat die Agrarfrage eine ganz besondere Schärfe erreicht, aber ein großer Teil unserer Genossen ist auch hierin nicht immer dieser Ansicht. Diese Genossen sagen: Ja, gewiß, es gibt bei uns anderthalb Millionen Kleingrundbesitzer, die insgesamt 4 Millionen Hektar Boden innehaben, während zur selben Zeit der Großgrundbesitz 8 Millionen Hektar urbaren Feldes, also zweimal soviel umfaßt als das Kleinbauerntum. Die praktischen Schwierigkeiten verhindern jetzt die Auswanderung, wodurch die Übervölkerung auf dem flachen Lande und der Bodenhunger zunehmen. All das ist wahr, — sagen diese Genossen; dennoch ist die Frage durchaus nicht so wichtig, nichts kann beweisen, daß die Bevölkerung des flachen Landes den bürgerlichen Staat sprengen wird.

Ebensowenig kann man aber, ohne die ganze Kompliziertheit der Ereignisse ins Auge zu fassen, beweisen, daß selbst irgendeine Schicht des Proletariats den bürgerlichen Staat sprengen könnte. Auf diese Weise will man sich der Frage ganz einfach entledigen.

Genossen, jedesmal, wenn die Frage unserer Tätigkeit auf dem flachen Lande auf der Tagesordnung auftaucht, entstehen sofort tausend politische Zweifel. Laufen wir nicht Gefahr, daß wir uns in eine Bauernpartei verwandeln, übertreiben wir nicht die politische Rolle der Bauernbevölkerung, erwarten wir von ihr nicht zuviel, setzen wir nicht zugunsten der Bauern die Rolle des landwirtschaftlichen Proletariats herab usw. usw.

Genossen, versuchen wir uns zu verständigen. Wenn man von der Gewinnung eines Teiles der Bauernschaft für die Revolution spricht, was soll das bedeuten? Glauben wir, daß man aus der Bauernbevölkerung die Vorhut der Revolution bilden könnte? Nie und nimmer! Die Vorhut der Revolution und deren schöpferische Kraft wird einzig

und allein das Proletariat und ganz besonders das städtische Proletariat sein. Nie und nimmer werden wir aus den Bauern eine der Arbeiterklasse gleichwertige disziplinierte Armee der Revolution bilden. Wer solche Hoffnungen hegt, der verfolgt Illusionen, die sowohl für ihn als auch für seine Partei gefährlich sind. Aber nicht darum handelt es sich.

Ebensowenig handelt es sich um die Illusion, daß die Rolle der Bauern im Augenblick der Revolution in sämtlichen Ländern die gleiche sein wird. Dort, wo die Aufteilung des Grund und Bodens eine entscheidende Rolle spielen wird, kann man mit der Möglichkeit elementarer Explosionen rechnen; die Mitwirkung der Bauern an der Revolution wird in den anderen Ländern eine weniger aktive sein; — überall wird jedoch das Verhalten der Bauernmassen für die Revolution von ungeheurer Bedeutung sein.

Was wollen wir damit sagen, wenn wir von der Möglichkeit der Gewinnung eines Teiles der Bauern für die Revolution sprechen? Damit wollen wir bloß sagen, daß die Zerfallsperiode des Kapitalismus Bedingungen schafft, die die Unzufriedenheit der Bauernmassen erhöhen, die Klassengegensätze auf dem flachen Lande verschärfen und einen Teil der Bauern den Arbeitern näherbringen. Diese Unzufriedenheit steigern und ausnutzen, den Bauern das Zusammentreffen ihrer wesentlichsten Interessen mit den Interessen der Arbeiter zeigen: das ist es, was wir ihre Gewinnung für die Revolution nennen. Vergessen wir nicht, daß die Stabilität der bürgerlichen Herrschaft stets auf einer Unbeweglichkeit und vollständigen Untätigkeit des flachen Landes beruhte. Wenn wir Bewegung in diese Untätigkeit bringen, erschüttern wir damit die Grundlagen des gegenwärtigen Systems.

Die westeuropäischen Genossen sagen uns, alles, was wir tun können, sei die Neutralisierung der Bauern. Es ist aber keine kleine Aufgabe, die Bauern zu neutralisieren. Es ist dies eine große politische Aufgabe, eine sehr schwere und komplizierte Aufgabe.

Die Aufgabe, einen Teil der Bauern für die Revolution zu gewinnen, ist für alle Länder eine Aufgabe von wesentlicher Wichtigkeit; *es ist dies nicht ein Organisationsproblem, sondern vor allem ein politisches Problem;* es handelt sich darum, die Mittel und Wege zur Beseitigung der Hindernisse zu finden, die uns von den Kleinbauern trennen; diese Hindernisse sind die noch bestehenden wirklichen Interessengegensätze, die noch durch unsere Feinde in künstlicher Weise gesteigert werden.

Dies ist ein schwieriges Problem. Wir müssen jede günstige politische Lage ausnützen, wenn wir diese Aufgabe richtig erfüllen wollen.

Der diesem Kongreß unterbreitete Vorschlag besagt, daß es nicht genüge, daß man ein gutes Programm hat; man muß eine Tätigkeit entfalten, die der bäuerlichen Bevölkerung zeigt, daß wir in der Tat ihre Wortführer sind, daß wir imstande sind, ihre Interessen zu verteidigen. Daher genügt es nicht, dieses Programm in abstrakter Weise zu erläutern, man muß das Leben auf dem flachen Lande gut kennen und muß das Programm in einem Augenblick anwenden, der dazu geeignet ist.

In dem Vorschlag gibt es zahlreiche Hinweise, die uns auf diesen Weg, auf den Weg der Annäherung zwischen Arbeitern und Kleinbauern führen. Der Vorschlag zeigt, wie man die Konflikte auf dem

Gebiete der Preise, der Steuern usw. vermeiden, wie man die Einheitsfront der Kleinbauern und Arbeiter aufrichten kann. Lange Zeit stand zwischen uns und der Bauernbevölkerung ein sehr schweres Hindernis: die Illusionen vom schlecht verstandenen Kollektivismus.

Diese Illusionen gelangen in den Erklärungen zum Ausdruck, daß wir sofort nach der Revolution die Gemeinschaft sämtlicher Grundbesitze werden schaffen können. Diese Illusionen müßten bereits durch die auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen erledigt worden sein. Sie sind jedoch im Geiste einer gewissen Anzahl von Genossen noch immer vorhanden.

Es ist die Aufgabe unserer Exekutive, diesen Thesen eine theoretische Grundlage zu verleihen, ihren Zusammenhang mit den Prinzipien der neuen Wirtschaftspolitik und mit der gesamten marxistischen Theorie zu demonstrieren, die unsere Aktion auf den objektiven Gang der Ereignisse gründet. Der objektive Gang der Ereignisse in einem Lande, wo großer Bodenhunger herrscht, kann nur in der Aufteilung eines Teiles des Großgrundbesitzes bestehen.

Die Kommunistische Partei darf nicht auf einem utopischen Standpunkt verharren und der Wirklichkeit fremd bleiben, sie darf sich nicht dem Gang der Revolution selbst entgegenstemmen.

Alle diese Fragen sind in der Internationale noch immer nicht klar genug und erfordern eine tiefgehende Prüfung.

Ich bin überzeugt, daß, wenn die Exekutive uns behilflich sein, wenn die Gesamtheit unserer Arbeit im Dienste der Klärung dieser politischen und theoretischen Probleme stehen wird, unsere Hauptaufgabe sehr erleichtert sein wird und wir in viel schnellerem Tempo dem revolutionären Bündnis des Proletariats der Städte und des Proletariats des flachen Landes, der Klasse der Kleinbauern zuschreiten werden.

Ich weiß wohl, daß unser auf diesem Wege Gefahren harren. Ich möchte, daß wir sie zu überwinden verstehen. Ich will aber erklären, wie ich über die Methode denke, die überall nur Gefahren und die Möglichkeit des Verrates erblickt.

Wenn man irgendeinen Weg beschreitet, so muß der Führer alle Gefahren kennen. Wer sich aber, vom Gespenst der Gefahren verfolgt, nur auf die Untätigkeit beschränkt, ist kein revolutionärer Führer, sondern eine feige Memme.

Wir wissen, daß der Interessengegensatz, der zwischen den Arbeitern und den Klein- und Mittelbauern besteht und der durch den Kapitalismus geschaffen und in vieler Hinsicht künstlich gesteigert wurde, im Proletarierstaat nicht vorhanden sein wird. Um den Weg für unsere künftige Macht bahnen zu können, müssen wir alle möglichen Anstrengungen machen, um schon heute die Mannigfaltigkeit der sekundären Interessen zu beseitigen, das Übereinstimmen der wesentlichen Interessen zu demonstrieren und diese beiden Klassen einander näher zu bringen, damit sie die soziale Revolution gemeinsam durchführen und verteidigen.

VORSITZENDER: Genossen! Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich Ihnen einige Mitteilungen machen. Wir haben heute noch zu erledigen: 1. die Agrarfrage, 2. die Negerfrage, 3. die Jugendfrage



und 4. den Bericht der Kooperative. Es ist klar, wenn wir mit dieser Tagesordnung heute fertig werden wollen, darf die Redezeit, wie in dem letzten Falle, nicht verlängert werden. Es ist ein Antrag eingelaufen, die Rednerliste zu schließen. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das wird nicht gewünscht. Ist jemand gegen den Antrag? — Dann ist der Antrag angenommen.

KATAYAMA (Japan): Genossen, wir, die japanische Delegation, sind von dem Bericht des Gen. Varga zufriedengestellt. Japan ist ein junges kapitalistisches Land und, wie ich schon berichtete, ist die Agrarbevölkerung dort vorherrschend. 63 oder 65 % der Gesamtbevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Von fünfeinhalb Millionen Familien bearbeiten 3 750 000 Familien jede weniger als zweieinhalb Acres Land, woraus hervorgeht, daß es sich hier um Zwergbauern handelt. Davon sind aber nur anderthalb Millionen Familien Bodenbesitzer, während die übrigen Pächter oder Halbpächter sind. Sie werden ausgebeutet, denn sie müssen hohe Steuern zahlen: Konsumsteuern, Einkommensteuer und andere lokale Steuern. Diese armen Bauern haben keinerlei politische Rechte, sie besitzen nicht einmal das Parlamentswahlrecht. Wir müssen diese Umstände in Betracht ziehen, wenn wir die Arbeit der Revolutionierung Japans erörtern. Ich wollte darauf hinweisen, daß die japanischen Pächter von jeher wahrhaft revolutionär gesinnt waren, weil sie im Laufe einiger Jahrhunderte, während der Feudalperiode, keinerlei politische Rechte noch Bildung besaßen, Durch Aufstände suchten sie eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Während der letzten 300 oder 400 Jahre gab es bei uns zahllose Aufstände. In diesen haben die Bauern immer eine Art demokratischer Rechte gefordert. Ich erwähne einen Umstand, der von den westlichen Schriftstellern und sogar von den japanischen bürgerlichen Schriftstellern unerwähnt geblieben ist, — nämlich: so oft die Bauern und Pächter sich gegen die feudalen Grundbesitzer empörten, stellten sie stets die Forderung, ihre Steuereinnehmer selbst wählen zu dürfen. Diese Forderung wurde jedesmal aufgestellt, so oft die Bauern und Pächter sich in der Feudalperiode empörten. Nur die Führer des Aufruhrs wurden in solchen Fällen bestraft. Diese Art der Bauernaufstände war immer von Erfolg begleitet. Dadurch erreichten die Bauern eine Herabsetzung der Steuern und eine allgemeine Verbesserung ihrer Lage. Natürlich suchten die feudalen Grundbesitzer immer die Bauern zu unterdrücken und auszubeuten, und darum hat sich die Aufstandstradition bis auf den heutigen Tag erhalten.

Gegenwärtig tragen die Bauern, den zu uns gelangten Zeitungen zufolge, ihre Beschwerden den Dorfschulzen und Landbehörden vor, und zwar in Form von aufrührerischen Schriften und Aufrufen, die von Massendemonstrationen begleitet werden.

Geschichtlich haben die Bauern also eine gründliche revolutionäre Erfahrung gegenüber den Grundherren.

Während der letzten 50 Jahre ist der Kapitalismus in das Land gedrungen.

Die Majorität der 5½ Millionen Familien, — nämlich 3 750 000 Familien können als revolutionärer Faktor in Japan betrachtet werden. Noch vor einigen Wochen traf die Nachricht ein, daß es in einigen Teilen

des Landes Bauernaufstände gebe und daß die Bauern die Nationalisierung des Bodens forderten.

Die japanischen Pächter-Farmer und die landwirtschaftlichen Arbeiter machen bereits Versuche, sich zu organisieren. Tatsächlich sind bereits 35—50 000 organisiert und mindestens 35 000 haben sich der japanischen Arbeitervereinigung angeschlossen. Dergestalt ist der Grund zu einem Zusammenarbeiten der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Proletariats in Japan für die Revolution bereits gelegt worden.

Im allgemeinen stehen die japanischen Bauern sogar höher, als die Bauern der Länder des Westens, da sie auf dem Gebiete der Bildung schon emanzipiert sind. Im ganzen Lande ist der Elementarunterricht obligatorisch, und gegenwärtig besitzen wir in den Schulen der Bauerndörfer (deren Zahl 10 000 beträgt) dieselben Lehrbücher und dieselben Lehrer, wie überall. Die Bauernkinder können lesen und schreiben und es gibt eine große entsprechende Literatur, deren Gegenstand das Pächter- und Bauernleben ist. Ja mehr als das, — die Bauernjugend, sowohl Knaben als Mädchen, ist organisiert, und obwohl diese ihre Organisationen von der Regierung protegiert werden, so lehnen sie sich doch gegen diese Protektion auf.

Darum steht der japanischen Kommunistischen Partei der Weg dorthin offen, und schon arbeitet die Partei unter den Bauernverbänden und gewinnt an Einfluß, dank ihrer Arbeit gegen die Grundherren. Die japanischen landwirtschaftlichen Arbeiter können organisiert werden und sind in einigen Fällen schon organisiert; außerdem sind sie leicht zu organisieren, da sie Saisonarbeiter sind: die Seidenindustrie arbeitet drei oder vier Wochen hindurch, die Reisindustrie einen Monat lang usw.; sie können auch hohe Löhne fordern. In Wahrheit haben sie sich schon einen um drei oder viermal höheren Lohn gesichert, als die gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeiter erhalten.

Die armen Bauern Japans stehen den Industriearbeitern nahe, was eine Folge des Umstandes ist, daß Japans Industrie erst während der letzten 40 oder 50 Jahre entstanden ist. Die japanischen Arbeiter kommen vom Lande, wo sie während der Saison arbeiteten und wo die Tradition der Empörung besteht, in die Stadt. Ich setze voraus, daß dasselbe in Rußland der Fall ist. In einem erst in der Entwicklung befindlichen Industrielande besteht zwischen der Industrie und dem Lande immer dies enge Band. Darum kann das Erwachen des städtischen Proletariats verhältnismäßig leicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden und umgekehrt, so daß die japanische Revolution nicht allein durch das Industrieproletariat, sondern ebensowohl durch die Bauern und die landwirtschaftlichen Arbeiter Japans verwirklicht werden wird.

Vorsitzender NEURATH: Es ist ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? — Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall.

Der Antrag gilt als angenommen.

VARGA (Ungarn): Werte Genossen, die Debatte, die hier stattgefunden hat, hat meiner Erwartung nicht ganz entsprochen. Das Richtige wäre meines Erachtens gewesen, wenn die Genossen der einzelnen

43



Länder, welche eine tatsächliche Arbeit unter der ländlichen Bevölkerung verrichten, die Methoden, die Hindernisse und die Ergebnisse dieser Arbeit mitgeteilt hätten, um aus ihren Erfahrungen gegenseitig zu lernen. Statt dessen hat sich die Debatte in einem mehr allgemeinen Fahrwasser bewegt.

Wenn ich zusammenfassend diese Meinungen durchsehe, so finde ich jene Gefahr von rechts und von links, auf die ich in meinem Referat hingewiesen habe, vollauf bestätigt. Tatsächlich ist es so, daß viele Genossen der ganzen Frage eigentlich fremd gegenüberstehen. Es ist dies vor allem eine Tatsache, weil die Kommunistische Partei vor allem in den Städten als Partei des industriellen Proletariats entstanden ist. Es gibt einen Gedankengang, der sich ganz den Interessen des Proletariats anschmiegt und in ganz unklarer Weise meint, daß das industrielle Proletariat, welches tatsächlich berufen ist in der Periode der Diktatur die Politik des Staates entscheidend zu beeinflussen, auch die Revolution selbst ohne Mithilfe der breiten Massen der ländlichen Bevölkerung machen kann. Das ist natürlich ein Irrtum. Wir können ohne Mithilfe des ländlichen Proletariats und ohne Mithilfe weiter Schichten der armen Bauern, des Halbproletariats auf dem Lande, der Zwergbauern, der Kleinpächter, ärmerer Schichten der Kleinbauern, eine erfolgreiche Revolution in keinem Lande des europäischen Kontinents durchführen. Ebensowenig können wir uns ohne ihre Hilfe an der Macht halten.

Es hat sich hier eine eigenartige Gegenüberstellung der Ansicht in bezug auf die Frage ergeben: Sind die Bauern revolutionär oder sind sie konterrevolutionär? Diese Frage hat sich in Frankreich in der Debatte zwischen dem Gen. Jean Renaud und dem Gen. Rieux zugespitzt. Ich würde im allgemeinen sagen: *Man kann eine Frage auf diese Weise nicht behandeln.* Man kann nicht in dieser starren, unhistorischen, undialektischen Weise an eine Sache herangehen — wie es der Gen. Rieux tat — und behaupten: Renaud Jean hat nicht recht; der französische Bauer ist nicht revolutionär, er ist konservativ, er ist konterrevolutionär. Das ist nicht richtig. Das Bezeichnendste für die bäuerliche Bevölkerung ist ihre unklare, stetig von einer Schicht in die andere übergehende, von Zeit zu Zeit wechselnde Klassenlage. Es gibt historische Momente, wo sie gegenrevolutionär ist. Man kann nicht ein für allemal sagen, wie es Gen. Rieux gesagt hat, der französische Bauer sei konservativ oder konterrevolutionär.

Letzteres zu sagen ist eine Absage an unsere eigene revolutionäre Arbeitsmöglichkeit. Wie sollen wir an die Landbevölkerung herantreten, wenn wir selbst sagen: Es ist nichts zu machen, diese Leute sind gegenrevolutionär oder konservativ, im besten Falle können wir die Kleinbauern nur neutralisieren! Das ist eine absolut unhistorische und, ich möchte sagen, unsere eigene Arbeit hindernde Auffassung der Sache. Deshalb bin ich nicht der Ansicht, daß diese Furcht vor den Bauern und dieses Mißtrauen gegen das Kleinbauerntum irgendwie berechtigt sei. Wir müssen wissen, daß das Bauerntum, wie es die Genossin Korczewa sehr richtig hervorgehoben hat, nicht die Elitetruppe der Revolution sein kann; aber es ist in gewissen historischen Momenten das große Reservoir der revolutionären Kräfte, aus dem wir unsere Kräfte ergänzen und alles herausschöpfen müssen, was sich herausschöpfen läßt.



Aus diesem Grunde möchte ich auch meinerseits die Ausführungen der Genossin Korczewa besonders unterstreichen, wo sie sagt, wir können nicht an die Gewinnung weiter ländlicher Massen ohne eine ständige eingehende Analyse ihrer Lage herangehen. Tun wir das nicht, so kommen wir zu so starren Begriffen, wie wir sie bei dem Gen. Rieux und zum Teil auch bei dem Gen. Renaud Jean haben, von denen der eine sagt, der Bauer sei revolutionär, während der andere meint, der Bauer sei konservativ. So kann man nicht arbeiten. Man muß die Lage der ländlichen Bevölkerung ständig verfolgen und analysieren und sie in jenen Momenten in Bewegungen hineinziehen, wo sie politisch zugänglich ist.

Aus diesem Grunde bin ich gar nicht dafür, die Arbeit des Gen. Renaud Jean so zu verurteilen, wie einige Genossen hier dazu die Neigung haben! Sicherlich sind in den Ansichten des Gen. Renaud Jean gewisse Züge, die nicht ganz kommunistisch sind; aber wir müssen doch sagen, er arbeitet unter den ländlichen Massen, er gewinnt Leute für die Revolution, er organisiert Schichten, die schwer zugänglich sind, und das ist eine wichtige Arbeit! Auch was er theoretisch gesagt hat, daß der Bauer aus dem Kriege mit einer veränderten Psychologie hervorgegangen ist, ist etwas sehr Wichtiges. Man darf nicht starr sein und sagen: ja, der Bauer war immer so, er ist jetzt so und wird immer so sein, sondern man muß an die Tatsachen herangehen und die Sache historisch erfassen.

Ich will im übrigen auf die einzelnen Ausführungen nur ganz kurz eingehen und nur auf die Rede des englischen Genossen zurückkommen, der im wesentlichen folgendes sagte: bei uns ist die Sache der Revolution durch die Tatsache erschwert, daß England ohne Import von Lebensmitteln nur einige Monate auskommen kann. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen daß die Lage in England in dieser Beziehung durchaus nicht so schlimm ist, wie man im allgemeinen auf Grund der statistischen Daten annehmen könnte.

Ein deutscher Professor, Oppenheimer, bewies einmal in einer Studie, daß England, wenn man es von allen ausländischen Lebensmittelzufuhren abschneiden würde, keinesfalls verhungern müßte. Er bezieht sich vor allen Dingen darauf, daß in England große Territorien unbebaut sind, — eine Situation, die innerhalb eines Jahres verändert sein kann. Er weist darauf hin, daß in England immer riesige Vorräte an Lebensmitteln vorhanden sind, daß England eine große Lebensmittelreserve in seinem Viehstand hat und daß es die unbegrenzte Möglichkeit hat, seine Lebensmittelvorräte durch Fischfang zu ergänzen. Wenn man England abschließen würde, könnte es sich ganz gut selbst ernähren, natürlich nicht bei der gegenwärtigen Ernährung der Engländer, sondern mit einer Norm, wie sie z. B. die durchschnittliche Ernährung in Italien zeigt. Und darum sage ich, es ist gefährlich, wenn man in England die Legende verbreitet, daß England von der Revolution ausgeschlossen sei, weil es sich nicht selbst ernähren könnte. (Zuruf RADEK: Das könnte es auch nicht!) Natürlich würde es einen sehr großen Hunger geben, aber Hungers sterben würden die Leute in England nicht, wenn die Diktatur eine Zeitlang auf sich selbst beschränkt bliebe.

Der rumänische Genosse ist der einzige von den Genossen, der gegen das Aktionsprogramm gewisse Einwendungen machte. Er führte aus,

43*

daß wir in der Kommission zu seiner Anregung gegen die Ausfuhrabgabe, die der rumänische Staat erhebt, nicht Stellung nehmen wollen. Ich war sehr dagegen, denn was würde es bedeuten, wenn man in Rumänien sagen würde: nein, wir wollen nicht, daß der Staat, wenn er die Lebensmittel von hier ausführt, eine Abgabe erhebt?

Ich will nicht auf die ökonomisch-theoretische Frage eingehen, wer diese Abgabe bezahlt, — der ausländische Käufer oder der inländische Verkäufer. Aber ich behaupte, für das Proletariat ist es in beiden Fällen unmöglich, gegen diese Abgabe aufzutreten. Denn setzen wir den Fall voraus, diese Abgabe wird durch die ausländischen Käufer bezahlt und fließt in die Kassen des rumänischen Staates, so würde die Abschaffung der Abgabe bedeuten, daß der rumänische Staat von den Arbeitern mehr Steuern erhebt. Andererseits, wenn sie den inländischen Preis drückt, so drückt sie das Einkommen der Großbauern und Großgrundbesitzer aus dem Verkauf des Getreides, aber sie drückt nicht auf das Einkommen der Arbeiter und jener Schichten des Bauerntums, welche nur wenig Lebensmittelüberschüsse zu verkaufen haben.

Genossen, ich will Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen, ich will zum Schlusse nur wiederholen, was ich bereits zu Beginn meiner Ausführungen gesagt habe. Die Tatsache, daß wir ein Aktionsprogramm gemacht haben ist an sich sehr wenig.

Es wird zur Tat, wenn die verschiedenen Parteien sich der großen Tatsache bewußt werden, daß es zum Erfolg der Revolution unumgänglich notwendig ist, breite Schichten der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen; wenn sie diese Hinweise, die im Programm gegeben sind, nicht mechanisch annehmen, sondern mit einer fortgesetzten Analyse der politischen Lage verbinden, der Lage der ländlichen Bevölkerung; wenn sie dieselben sinngemäß anwenden und nicht theoretisch, sondern praktisch an die Frage herangehen, um zu den Erfolgen, welche die Kommunistische Partei unter der städtischen Arbeiterschaft hat, in kürzester Zeit einen großen Erfolg in der Organisierung, in der Beeinflussung, in der Revolutionierung der ländlichen Massen zu erreichen. (Beifall.)

VORSITZENDER: Das Präsidium hat vorgeschlagen, eine *Redaktionskommission* einzusetzen, bestehend aus folgenden Gen.: Varga, Renaud Jean, Theodorowitsch, Marchlewski, Rieux, Preobraschenski, Paukert, Hörnle (oder Unfried), Katayama, Joß.

Außerdem wird die chinesische Delegation beauftragt, einen Delegierten ihrer Delegation in die Redaktionskommission zu entsenden.

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen?

Die vorgeschlagenen Mitglieder sind also gewählt.

SCHÜLLER (Jugendinternationale; wird mit Beifall begrüßt): Genossen und Genossinnen! Die Kommunistische Internationale hat die Frage der kommunistischen Arbeit unter den Massen der Arbeiterjugend und die Lage der Kommunistischen Jugendinternationale für wichtig genug erachtet, um sie auf die Tagesordnung des Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu setzen.

Wir wollen, soweit das möglich sein wird, in diesem Referat drei Punkte behandeln, und zwar: 1. Die Analyse der Entwicklung der Kommunistischen Jugeninternationale vom 2. Weltkongreß bis heute, 2. die

Lage der Arbeiterjugend unter den gegenwärtigen Verhältnissen und ihr Kampf gegen die Offensive des Kapitals und die Reaktion und 3. das praktische Verhältnis zwischen den kommunistischen Parteien und den kommunistischen Jugendorganisationen.

Der 2. Weltkongreß unserer Kommunistischen Jugendinternationale hat bei Freund und Gegner eine gewisse Berühmtheit erlangt, und gewiß nicht mit Unrecht verdient er diese Beachtung. Denn er brachte eine sehr tiefgehende Umstellung in der Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisationen mit sich. Sie wissen, daß die kommunistischen Jugendorganisationen während des Krieges, als die Sozialdemokraten offen ins Lager der Reformisten abschwenkten, als erste wieder die Fahne des Klassenkampfes aufnahmen und als erste den Kampf gegen den Krieg und für die soziale Revolution eröffneten. Sie wissen auch, daß die Jugendorganisationen als erste ihre internationale Organisation wieder zusammengeschlossen haben und daß sie die begeistertsten Anhänger und Vorkämpfer der russischen Revolution und der Kommunistischen Internationale geworden sind. Es hat sich in jener Zeit ein bestimmter Typus der sozialistischen — sagen wir gleich kommunistischen — Jugendbewegung herausgebildet, den man mit den Worten kennzeichnen kann: Die Zeit der politischen Avantgarde-Rolle. Jene Zeit, da die kommunistischen Parteien entweder noch nicht bestanden haben oder noch schwach waren und wo die kommunistische Jugendorganisation eine führende politische Rolle innerhalb der Arbeiterbewegung durchgeführt hat.

Der 2. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale hat nun in ihrer Tätigkeit eine neue Epoche eröffnet. Die kommunistischen Parteien hatten sich gebildet und die Kommunistische Internationale war zu einer festen, internationalen Organisation geworden. Die allgemeine politische führende Rolle der kommunistischen Jugenorganisationen war dort, wo sie eine Berechtigung gehabt hatte, nicht mehr notwendig, sie mußten ihre politische Führerrolle an die kommunistischen Parteien abgeben. Dieser erste wichtige Punkt wurde von dem 2. Weltkongreß der KJI. beschlossen.

Die Politik sollte weiter die grundsätzliche und praktische Basis der Tätigkeit der Jugendorganisationen bleiben, sie sollte nach wie vor die Seele der kommunistischen Jugendbewegung bilden, aber die kommunistischen Jugendorganisationen sollten sich nunmehr vor allem der Erledigung ihrer eigentlichen Jugendaufgaben zuwenden. Unter diesen Aufgaben verstehen wir vor allem drei Dinge: Die Verteidigung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend, die planmäßige kommunistisch-marxistische Erziehung der Jugend und die antimilitaristische Propaganda unter den jungen Werktätigen außerhalb und innerhalb der bürgerlichen Armeen.

Das dritte wichtige Ergebnis des 2. Weltkongresses muß aber noch besonders unterstrichen werden: die kommunistischen Jugendorganisationen beschlossen, auch ihren organisatorischen Rahmen zu erweitern. Die kommunistischen Jugendorganisationen waren während des Krieges und in den ersten Revolutionsjahren nach dem Kriege gezwungenermaßen, wie die gesamte kommunistische Bewegung damals, mehr oder weniger eng zusammengeschlossene Gruppen und kleinere Organisationen mit einem ziemlich sektenmäßigen Charakter. Das Losungswort: „erst Klar-

heit und dann Mehrheit", das bedeutet, daß die kommunistischen Jugendorganisationen nur eine kleine Auslese von erprobten und klaren Elementen in sich gruppieren dürften, dieses Losungswort, das von der deutschen kommunistischen Jugend während des Krieges aufgestellt worden war, konnte man sozusagen als Motto der gesamten kommunistischen Jugendbewegung ansehen. Es hat seine historische Berechtigung in den Zeiten während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Kriege gehabt, als noch keine Parteien bestanden, aber es hat seine historische Bedeutung verloren, als die Parteien selbst dazu übergehen mußten, die Massen innerhalb der Partei zu organisieren. Auch für die kommmunistische Jugendbewegung galt das Wort: Heran an die Massen, die Massen zu erfassen, zu organisieren und zu Massenorganisationen zu werden, dies sowohl im Sinne ihrer zahlenmäßigen Organisierung in unseren Reihen als auch im Sinne der Führung durch unsere Organisation. Diese Losungen des 3. Kongresses der KI.: Heran an die Massen!, wurden auch sinngemäß von der Kommunistischen Jugend aufgefaßt und angewendet, jedoch nicht nur als eine taktische Parole für den Augenblick, sondern als Grundsatz für die Jugendbewegung überhaupt. Denn man muß sehr klar festhalten, daß der organisatorische Rahmen einer Jugendbewegung viel weiter gesteckt sein muß, als der organisatorische Rahmen einer Partei. Eine kommunistische Partei gruppiert Mitglieder, die auf Grund eines klaren gemeinsamen Parteibekenntnisses organisiert werden und bereits eine bestimmte Stufe des Klassenbewußtseins im kommunistischen Denken erreicht haben. Die Jugendorganisation aber muß in diese Massen der arbeitenden Jugend hineingehen und die rohen, indifferenten Elemente erst erfassen und in den Klassenkampf hineinziehen, ihnen erst die ersten Elemente der Erziehung beibringen, sie erst nach und nach im Kampfe in der Organisation zu klar bewußten Arbeitern heranbilden. Um das alles tun zu können, müssen die kommunistischen Jugendorganisationen ihren organisatorischen Rahmen viel weiter stecken als die kommunistischen Parteien und sie müssen ihre Tore viel weiter offenhalten gegenüber den noch indifferenten, noch nicht zum kommunistischen Klassenbewußtsein erwachten jugendlichen Arbeitern. Man muß diesen Gedanken so unterstreichen, weil er noch nicht überall durchgedrungen ist, weder bei unseren Parteien noch bei unseren kommunistischen Jugendorganisationen, und weil wir uns gegenwärtig noch in der Diskussion mit unseren italienischen Genossen befinden, die noch nicht so klar erfaßt haben, daß sich die kommunistischen Jugendorganisationen nicht so streng und schroff abschließen dürfen gegenüber den außenstehenden Klassen der Arbeiterjugend, wie es die Partei gegenüber den Außenstehenden tun muß.

Ich muß übrigens auch sagen, daß diese Parole des 3. Weltkongresses: Heran an die Massen! für die Kommunistische Jugendinternationale in jenem Momente notwendiger war als für die kommunistischen Parteien. Denn, wenn es für die kommunistischen Parteien richtig war, daß sie zur Zeit des 3. Kongresses bereits in Gefahr kamen, ihre unmittelbare Fühlung mit den breiten Massen der Arbeiterklasse zu verlieren, wenn sie die Taktik der ersten Nachkriegsjahre fortsetzen wollten, so war es um so richtiger für die kommunistischen Jugendorganisationen. Die Rolle der kommunistischen Jugendbewegung ist nicht die einer kommunistischen Partei. Und die fast ausschließlich politische

Rolle, die die kommunistischen Jugendorganisationen während des Krieges gespielt haben, war mehr eine historische Ausnahmeentwicklung. Innerhalb der arbeitenden Jugend selbst aber waren bereits Veränderungen eingetreten, die eine Änderung der Tätigkeit der KJI. dringend verlangte. Das politische Interesse bei der Arbeiterjugend war nicht mehr in demselben Grade vorhanden, wie es während des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre lebendig gewesen war. Das ist ein Teil der allgemeinen Erscheinung des Niederganges und der zeitweiligen Schwächung der revolutionären Welle in der Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde war die kommunistische Jugendbewegung noch weniger imstande, ihre sozusagen kriegskommunistischen Methoden, die rein politische Tätigkeit, weiter fortzusetzen, wenn sie die Massen behalten und weitere Massen gewinnen wollte, sondern sie mußte ihre Taktik der neuen objektiven Etappe und der subjektiven Situation in der Arbeiterjugend anpassen und nunmehr die Mittel finden, die sich aus dieser Situation ergeben, um die Arbeiterjugend zu gewinnen und zu organisieren. Wie gesagt, diese Aufgabe wurde durch den 2. Weltkongreß der KJI. gelöst, welcher die politische Führerrolle an die Partei abgab und der Kommunistischen Jugendinternationale hauptsächlich die Vertretung der Jugendorganisationen zuwies und den kommunistischen Jugendorganisationen den Weg wies, aus in sich geschlossenen politischen Organisationen zu breiten Massenorganisationen der Arbeiterjugend zu werden, welche sich die Interessenvertretung auf allen Gebieten des Lebens der Arbeiterjugend zur Aufgabe stellen.

Nun, Genossen, fragen wir uns, welche Entwicklung die Kommunistische Jugendinternationale seit dem 2. Weltkongreß genommen hat, ob die Beschlüsse des 2. Weltkongresse richtig waren.

Wir können diese zweite Frage nur durchaus bejahen. Wenn wir auch Schwierigkeiten gehabt haben, so müssen wir doch sagen, daß die Beschlüsse des 2. Weltkongresses durchaus richtig gewesen sind und uns dem richtigen Ziele näher gebracht haben. Wir müssen dabei bemerken, daß diese Beschlüsse des 2. Weltkongresses selbstverständlich eine ziemliche Neuheit für unsere Jugendbewegung bedeutet haben, daß sie natürlicherweise auch einen großen Aufwand von Aufklärungsarbeit verlangten, bis die kommunistische Jugendbewegung in ihren eigenen Reihen sich klären konnte zu der völligen Annahme der Auffassung über die gegenwärtigen Aufgaben der kommunistischen Jugendbewegung. Das dauerte eine geraume Zeit und brachte ziemlich viele Diskussionen mit sich. So hatten wir die Annahme der Beschlüsse des 2. Weltkongresses der Jugendinternationale in Italien erst im März d. J. und in Frankreich erst im Mai d. J. Dabei stellte sich die kommunistische Jugend natürlich die Aufgabe, während dieser Zeit die Ereignisse in der Arbeiterklasse zu verfolgen und auf sie zu reagieren. Diese warteten nicht darauf, bis wir uns möglichst schön fertig gemacht hatten, um dann in den Kampf hinauszuziehen. Schon während des Verlaufes des Jahres wurde von den Jugendorganisationen aktive Arbeit gefordert in dem Sinne, wie sie von dem 2. Weltkongreß vorgesehen worden war: in wirtschaftlichen Fragen, Kampf gegen die Reaktion und Bildungsarbeit, die aber von den kommunistischen Jugendorganisationen noch nicht voll geleistet werden konnte, weil sie in ihrem eigenen Innern noch nicht so weit geklärt waren. Die Folge davon war, daß eine gewisse

Stockung des Einflusses der kommunistischen Jugendorganisationen in diesem Winter auf die außenstehenden Massen der Arbeiterjugend eintrat. Der Aufstieg der Jugendorganisationen wurde auch erschwert durch die ökonomische Krise, welche ja überhaupt lähmend auf jede Organisation der Arbeiterklasse eingewirkt hat, und durch die Verfolgungen der Reaktion, die manche Organisationen um einen starken Teil ihrer Mitglieder beraubt haben, wie z. B. in Italien oder in anderen Ländern, wo wir ihre Folgen spüren mußten.

Aber im allgemeinen konnten wir diese erste schwere Zeit ziemlich gut überwinden und wir befanden uns zur Zeit der Bürositzung und zur Zeit der Sitzung der Erweiterten Exekutive der KI. in einer Zeit unleugbaren Weiterschreitens. Wir hatten auch eine Art Nachkrise in der kommunistischen Jugendbewegung in der Tschechoslowakei. Es war das diejenige Jugendorganisation Mitteleuropas, die vielleicht am stärksten und längsten die rein politische Propagandatätigkeit fortgeführt hatte und welche auf diese Weise in ihrem Einfluß auf die Arbeiterjugend wesentlich geschwächt wurde. Die Folge davon war auch eine Krise im Innern des Verbandes. Wir haben aber auch diese Nachkrise — es war eigentlich nur ein Nachzügler — gut überwunden. Wir können heute im allgemeinen sagen, daß unsere kommunistische Jugendbewegung die Notwendigkeit der Beschlüsse der „Neuen Etappe" gut erfaßt hat. Dies ist ein Erfolg, den wir nicht außer acht lassen können.

Die Abgabe der politischen Führerrolle an die Parteien ist gut gelungen und schnell vor sich gegangen, ein Zeichen dafür, daß diese Frage wirklich bereits reif geworden war und man einfach nur einen bereits historisch notwendigen Zustand durch einen Beschluß festgestellt hatte.

Was die politische Tätigkeit der einzelnen Jugendorganisationen anlangte, so können wir im allgemeinen sagen, daß sie gesund war. Wir haben in einer Reihe von Ländern selbst gute Erfolge in der politischen Arbeit auf der Linie der KI. errungen. Wir haben z. B. in Frankreich sehr viel auf die Tätigkeit der kommunistischen Jugend zurückzuführen, daß die Linke in der kommunistischen Partei Frankreichs einen solchen Einfluß gewinnen konnte und daß die Losungen der KI. in der Arbeiterschaft Frankreichs immer mehr Fuß gefaßt haben. Auch die kommunistische Jugend Italiens hat sich der Reaktion des Fascismus in ihrer politischen Tätigkeit im notwendigen Maße angepaßt.

Wir haben auch die kommunistische Jugendbewegung in Norwegen als Beispiel zu erwähnen, die in diesen Jahren ihre politische Tätigkeit ganz im Einverständnis mit uns noch in verstärktem Maße weitergeführt hat, weil es die Verhältnisse in der Kommunistischen Partei Norwegens erforderten. Es sind einige Meinungsverschiedenheiten in der letzten Zeit aufgetaucht, aber das sind nur Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen, im allgemeinen war das Maß der politischen Tätigkeit bis zu den letzten Monaten ziemlich gesund.

Nun müssen wir sagen, daß in den kommunistischen Jugendverbänden Mitteleuropas aber eine Schwächung der politischen Tätigkeit, ja sogar ein Niedergehen des politischen Interesses zu beobachten war, und zwar nicht nur in den breiten Massen, nicht nur unter den Mitgliedern unserer Organisationen selbst, sondern bis in die Zentralvorstände hinein. Und diese Erscheinung ist es, die unsere Genossen von den kommunistischen Parteien am meisten beunruhigt. Wenn man z. B. mit Ge-

nossen gesprochen hat, die aus Mitteleuropa gekommen sind und sich etwas in der Jugend umgesehen haben, so kommen sie immer zuerst mit der Feststellung: Die Jugend kümmert sich wenig um Politik, sie kümmert sich höchstens um ihre Bildungsarbeit, und sie äußern sich darüber mit Recht sehr beunruhigt. In gewisser Beziehung ist das etwas übertrieben. Es rührt zum Teil daher, daß die Aufgaben der Jugendtätigkeit in der neuen Etappe von vielen Parteigenossen noch nicht richtig erfaßt sind, aber im Kern ist die Feststellung richtig gewesen und heute noch richtig. Es ist zweifellos, daß sich die politische Tätigkeit und das politische Interesse in unseren kommunistischen Jugendorganisationen Mitteleuropas gesenkt hat. Auf welche Ursache ist diese Erscheinung zurückzuführen? Zuerst müssen wir eine allgemeine objektive Tatsache feststellen. Natürlich sind unsere kommunistischen Jugendorganisationen ein Teil der Arbeiterjugend und sind wie die gesamte Arbeiterjugend den Stimmungen und Verhältnissen in ihr unterworfen. Diese Stimmungen und Verhältnisse, die gesamte Lage der Arbeiterjugend haben sich wie gesagt, in den Jahren seit 1921 insoweit geändert, daß diese sich vielmehr ihren eigentlichen unmittelbaren Jugendfragen, den wirtschaftlichen Fragen, den Bildungs- und Erziehungsfragen und selbst der Befriedigung ihrer eigentlichen jugendlichen Geselligkeitsbedürfnisse zugewendet hat. Das ist der erste allgemeine Grund. Diese Stimmung in der gesamten Arbeiterjugend wirkt selbstverständlich auch auf die kommunistische Jugend, die ein Teil der Arbeiterjugend ist, zurück. Zweitens ist die Senkung des politischen Interesses und der politischen Tätigkeit in der kommunistischen Jugend Mitteleuropas auch durch den Umstand zu erklären, daß wir in diesen Parteien, wenn wir die Tschechoslowakei ausnehmen, bis in letzter Zeit nicht derartige Krisen gehabt haben wie in den anderen Parteien, z. B. in Frankreich und Norwegen, oder so wichtigen Fragen gegenübergestellt waren wie in Italien, die unmittelbare Anteilnahme brennend machten. Wir hatten in Deutschland die Levifrage, aber in der Zeit zwischen dem zweiten und dritten Kongreß waren die Parteien Mitteleuropas im allgemeinen mehr verschont, als die anderen Parteien. Das hat auch dazu beigetragen, daß die Notwendigkeit der politischen Stellungnahme nicht so bestanden hat. Drittens liegt die Ursache aber auch in einer falschen Auffassung der politischen Tätigkeit der KJI., wie sie durch den zweiten Kongreß begründet wurde. Es ist stellenweise durch dessen Beschlüsse eine falsche Auffassung in der Jugend entstanden, daß ihre politische Tätigkeit in übertriebenem Maße eingeschränkt werden muß. Die KJI. hat diese Erscheinung sehr ernst verfolgt und bekämpft, sowohl selbst, als auch durch die Zentralvorstände der einzelnen Länder, und hat dafür gewirkt, daß diese es einsehen und daß in den einzelnen Ländern tatsächlich wieder mehr die politische Tätigkeit: Diskussion, Stellungnahme und Aufklärung, sowie die Teilnahme am politischen Leben und an den Kämpfen der Partei durchgeführt wird, als es bisher der Fall gewesen ist. Und ich glaube, wir können der KI. versichern, daß wir auf diesem Wege unsere Absicht erreichen werden, diese Übertreibungen zu verhindern und die kommunistische Jugend wieder, soweit es notwendig ist, an dem politischen Kampfe der Partei aktiv teilnehmen zu lassen.

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der KJI. ist in den Ergebnissen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu erblicken. Ich möchte bemerken,

daß die Frage des wirtschaftlichen Kampfes, d. h. des Kampfes für die unmittelbaren Tagesforderungen der Arbeiterjugend auf dem zweiten Weltkongreß wie auch auf dem dritten Weltkongreß der KJI. eine viel umstrittene Frage war und auch nachher den Gegenstand lebhafter Diskussionen gebildet hat. Diese Aufgabe war eine neue Aufgabe für die Masse der kommunistischen Jugendverbände, wenn wir Rußland, Österreich und Deutschland ausnehmen wollen. Wir können aber heute sagen, daß die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes durch die kommunistischen Jugendorganisationen von allen Jugendorganisationen nicht nur eingesehen wurde, sondern daß man auch praktisch begonnen hat, in dieser Weise zu wirken. Die wirtschaftliche Frage, der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterjugend, steht heute überall im Mittelpunkt des Interesses und der Tätigkeit unserer Jugendverbände, und konkrete Schritte wurden schon getan auf dem Wege der Interessierung der Arbeiterschaft für diese Frage und des Kampfes für die Jugendforderungen. Wenn wir heute Einblick in die Presse der kommunistischen Jugend nehmen und mit der Presse vergleichen, wie sie vor dem 2. Weltkongreß gewesen ist, so sehen wir, daß eine ganz lebhafte Berichterstattung und Widerspiegelung des täglichen Lebens der arbeitenden Jugend, in den Betrieben, bei den Handwerkern, bei den Bauern und Grundbesitzern überall vorhanden ist und daß wir die Zeitungen mit Schilderungen und Artikeln über die Ausbeutung der Arbeiterjugend angefüllt finden.

Wir sehen weiter überall, daß die kommunistischen Jugendorganisationen auf Grund dieser konkret beobachteten Lage der Jugend Forderungen aufgestellt haben, die sie in Wort und Schrift zu vertreten begonnen haben. Auch ihre Arbeit in den Gewerkschaften hat begonnen, der Anfang zu einer regelmäßigen Arbeit in diesen Organisationen wird gemacht. Wir sehen, daß in fast allen Ländern eine umfangreiche Propaganda für bestimmte und konkrete Forderungen beginnt. Und schließlich finden wir auch, daß kommunistische Jugendverbände, wie in Deutschland, Österreich, in der Tschechoslowakei, Dänemark, auch wirklich Kampforganisationen gegen das Kapital und gegen die Staatsmacht für einzelne Forderungen geführt und zum Teil auch durchgeführt haben.

Diese ganze Kampagne der kommunistischen Jugendorganisationen erfolgte unter den Losungen der Einheitsfront der Jugend und des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Verelendung der arbeitenden Jugend. Dieser erste Beginn einer positiven Arbeit auf dem wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Gebiete, auf dem Gebiete der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend ist ein vielversprechender Anfang für die weitere Arbeit der kommunistischen Jugend.

Genossen, man müßte nun von der antimilitaristischen Arbeit sprechen. Die antimilitaristische Arbeit der einzelnen Jugendorganisationen ist dieselbe geblieben. Sie ist nach wie vor mit Begeisterung geführt worden, die Jugendgenossen haben ihre Presse und die Kampagne gegen den Militarismus weitergeführt. Sie haben bei ihrer Arbeit die nicht zu vermeidenden Opfer erlitten. Nur in Mitteleuropa müssen wir eine Senkung des Interesses an der Frage des Antimilitarismus feststellen und eine Senkung auch der Tätigkeit selbst auf diesem Gebiete,



was ebenso ernst zu nehmen ist, wie die Senkung des politischen Interesses überhaupt, und die wir auch mit denselben Mitteln bekämpfen müssen.

Auch auf dem Gebiete der Bildungsarbeit wurden die ersten Anfänge gemacht. Doch mußten wir sehen, daß wir auf diesem Gebiete nicht soviel erreichen konnten, wie auf dem Gebiete der wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Arbeit, weil die Bildungsarbeit Kräfte verlangt, die wir von den Parteien brauchen und die wir nicht bekommen haben. Auch in organisatorischer Beziehung wurden viele Verbesserungen durchgeführt. Nehmen wir z. B. die kommunistische Jugend Frankreichs und Englands, die ebenso wie die Partei dort auf sehr föderalistischer Grundlage aufgebaut war. Dort war es möglich, sie zu veranlassen, eine zentralisierte Zusammenarbeit in der Organisation zu erreichen. Die Arbeitsteilung wird im allgemeinen eingeführt, es ist gelungen, die Selbstbetätigung der Mitglieder und die Zentralisation zu erhöhen. Auch in internationaler Beziehung sind wir weitergekommen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Exekutivkomitee der Jugendinternationale und den Verbänden ist heute schon im allgemeinen so eng wie zwischen dem Zentralvorstand eines Verbandes und den Bezirken und Gruppen. Die KJI. kann jedoch sagen, daß sie in vielen Fragen besser arbeitete als manches Zentralkomitee eines Landesverbandes, besonders in der Erteilung von Ratschlägen.

Im allgemeinen können wir, wenn wir einen Rückblick auf die Zeit seit dem Weltkongreß werfen, sagen, die Erfahrungen haben es bewiesen, daß unsere Tätigkeit richtig gewesen ist und daß die kommunistische Jugendbewegung es gut verstanden hat, sich den Aufgaben der neuen Etappe anzupassen, die Aufgaben zu begreifen und zu beginnen, sie in die Tat umzusetzen. Wir haben auf einzelnen Gebieten, besonders auf wirtschaftlichen Gebieten, Kämpfe gehabt und zum Teil auch Organisations- und Bildungsarbeit geleistet, welche wichtige Voraussetzungen für den Aufstieg der kommunistischen Jugendverbände und zur Erfassung der Massen bilden. Wir sind aber noch nicht zu Massenorganisationen geworden in diesen 15 Monaten. Massenorganisation fassen wir auf als eine Organisation, welche sowohl eine massenhafte Mitgliedschaft hat, als auch eine solche, die einen ständigen Einfluß auf die Massen der arbeitenden Jugend hat und diese Massen in ihrem Kampfe und mit ihren Losungen ständig mit sich führt. Wir unterliegen bei unserem Aufstieg zu Massenorganisationen selbstverständlich auch den Schwierigkeiten der kommunistischen Gesamtbewegung, welche mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 3. Weltkongreß infolge der allgemeinen Bedingungen auch nicht sehr große Fortschritte machen konnte in der Richtung auf die Massenorganisation hin, in bezug auf die Vermehrung ihrer Zahl, in bezug auf die Verbreiterung und festere Verankerung in den Massen. Wir machen uns darüber keine Illusionen und wir nehmen die Frage sehr ernst, wir wissen, daß die kommunistische Jugendbewegung in dieser Beziehung von der Entwicklung der KI. abhängig ist, aber wir wissen auch, daß sie ihr gerade auf diesem Gebiete in manchem vorauseilen kann und muß. Unter dritter Kongreß wird sich genau und konkret mit den Arbeiten befassen, die wir durchführen müssen, um unseren Aufstieg zu Massenorganisationen zu beschleunigen. Ich möchte diesen

Punkt nicht verlassen, ohne eine Tatsache hervorzuheben, die vielleicht nicht so selbstverständlich ist. Wenn Sie die frühere sozialdemokratische Jugendbewegung ansehen, so finden Sie folgendes Bild: Die politische Organisation der Arbeiterklasse, die sozialdemokratische Partei hat die Beschlüsse gefaßt; diese Beschlüsse wurden ausgeführt und daneben war eine Jugendorganiation mehr oder minder ein passives Anhängsel, das eine innere Bildungsarbeit betrieben hat, die sich mehr oder minder immer gleich geblieben ist. Mögen die Bewegungen der Arbeiterklasse noch so stark gewesen sein, mögen große Ereignisse vor sich gegangen sein, im großen und ganzen ist die Tätigkeit der sozialdemokratischen Jugend immer gleich geblieben, unberührt von dem Kampfe der Partei, unberührt von den Kämpfen der Arbeiterklasse, eine in sich geschlossene, nicht gerade rühmenswerte Republik. Wir sehen, daß heute der Typus der Arbeiterjugendbewegung sich geändert hat und ein ganz neuer lebendiger Typus geschaffen wurde. Wir sehen, daß, wenn die KI. eine Parole ausgibt, eine Taktik beschließt, die KJI. nicht nur formell, sondern praktisch an die Verwirklichung dessen herangeht, was die Internationale beschlossen hat. Wir sehen, daß die kommunistische Jugendbewegung mit allen Kräften bemüht ist, die Parole der KI. in ganz bestimmt praktischer Weise auch auf ihrem Gebiet aktiv anzuwenden.

Ich komme jetzt zur Lage der Arbeiterjugend und dem Kampfe, den die KJI. in dieser Beziehung geführt hat. Sie wissen alle, daß die Lage der arbeitenden Jugend sich gemeinsam mit der Lage der erwachsenen Arbeiter in den 15 Monaten seit dem 2. Weltkongreß nicht verbessert, sondern in wirtschaftlicher Beziehung, unter dem Drucke der Reaktion, des Drohens der Kriegsgefahr und des Militarismus verschlimmert hat. Sie wissen, daß die arbeitende Jugend unter der Offensive des Kapitals unter denselben Erscheinungen zu leiden hat wie die erwachsenen Arbeiter: unter den Lohnkürzungen, der Verlängerung der Arbeitszeit, unter der Arbeitslosigkeit und der Ausbeutung im Handwerke. Aber für die Jugend haben diese Erscheinungen noch schlimmere Formen angenommen als für die erwachsene Arbeiterschaft und für sie gibt es noch spezielle Verschlechterungen. Ich will Sie hier nicht mit den Details aufhalten. Man kann hier, wenn man von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend spricht, nur bestätigen, was die Erweiterte Exekutive der KI. vor neun Monaten in bezug auf diese Lage gesagt hat: Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend unter den heutigen Verhältnissen in der Periode des Zusammenbruches des Kapitalismus muß von der gesamten Arbeiterklasse mit größtem Ernst betrachtet werden. Die arbeitende Jugend ist von der Gefahr der körperlichen und moralischen Verelendung bedroht.

Diese Tatsache, diese Feststellung der KI. vor neun Monaten ist durch die neun Monate nachher nicht widerlegt worden, und wenn sie modifiziert werden muß, dann nur in der Hinsicht, daß sich die Lage der arbeitenden Jugend noch mehr verschlimmert hat.

In dieser Zeit hat auch die Verschärfung des Feldzuges der Reaktion gegen unsere kommunistische Jugendbewegung begonnen. Wir haben geradezu einen planmäßig scheinenden Angriff der Reaktion in allen Ländern gegen die kommunistische Jugendbewegung. Verfolgungen der kommunistischen Jugendbewegung sind z. B. zu verzeichnen in

Frankreich, Polen, Italien, Deutschland, Österreich, in Ungarn und in der Tschechoslowakei, Verfolgungen, die sich in vielen Fällen ausschließlich gegen die kommunistischen Jugendorganisationen richten, wie z. B. in Frankreich oder in der Tschechoslowakei, wo die kommunistischen Jugendorganisationen von der Regierung aufgelöst wurden infolge ihrer antimilitaristischen Propaganda, während die Partei völlig legal besteht.

Die zunehmende Gefahr des Militarismus trifft in erster Linie die Arbeiterjugend, die das Kanonenfutter für die Bürgerlichen abgeben soll. Zehntausende von englischen jugendlichen Arbeitslosen sind in die Armee gegangen, Zehntausende haben in Marokko, in Asien und Afrika, kurz in allen Teilen der Welt, an den Kämpfen teilgenommen.

So hat sich die Lage der jugendlichen Arbeiter in allen Teilen verschärft, wir müssen jedoch auch eine Tatsache hervorheben, die wir nicht ernst genug betrachten können: das ist die Ausnutzung der arbeitenden Jugend gegen die erwachsene Arbeiterschaft als Druckmittel zur Verschlechterung der Lage der erwachsenen Arbeiterschaft. Es ist im allgemeinen bekannt, wie dies vor sich geht. Die Löhne der arbeitenden Jugend werden gedrückt, und zwar zuerst und mehr gedrückt, um auf die Löhne der erwachsenen Arbeiter drücken zu können. Material darüber finden Sie in allen Jugendzeitungen. Die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter wird mehr verlängert als die der erwachsenen Arbeiterschaft; sie wird zuerst verlängert, um das dann als ein Zwangsmittel gegenüber den erwachsenen Arbeitern auszunutzen. Ein Beispiel dafür ist Deutschland. Dort wurde die Arbeitszeit in der Fortbildungsschule bisher in den achtstündigen Arbeitstag eingerechnet. Die Regierung hat es noch nicht gewagt, den achtstündigen Arbeitstag für die Arbeiter herabzusetzen; aber sie hat im Sozialpolitischen Ausschuß einen Gesetzentwurf beschließen lassen, welcher nicht mehr die Fortbildungsschulzeit unter die Arbeitszeit rechnet und weiter erlaubt, Lehrlinge bis zu einer Stunde täglich außerhalb der Arbeitszeit zu Aufräumungsarbeiten zu verwenden. Die achtstündige Arbeitszeit soll also durch die zehn- oder mindestens neunstündige Arbeitszeit ersetzt werden! Derartige Beispiele finden wir in allen Ländern. Das ist ein Druckmittel auf die erwachsene Arbeiterschaft. Nehmen wir einmal ein praktisches Beispiel. Wenn in einem Betriebe die jugendlichen Arbeiter zehn Stunden arbeiten, kann man doch die erwachsenen Arbeiter nicht kürzer arbeiten lassen und man wird infolgedessen dazu übergehen, auch die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter zu verlängern.

Ferner ist es eine allgemein beobachtete Erscheinung, daß Jugendliche in Produktionszweigen angestellt werden, während erwachsene Arbeiter entlassen werden. Jugendliche Arbeiter sollen die Arbeitslosigkeit der erwachsenen Arbeiter vermehren helfen und so die Lage der Arbeiterschaft verschlechtern. Unzählig sind ferner die Beispiele, wo die arbeitenden Jugendlichen die Streikbrecher gegen die erwachsenen Arbeiter abgeben, wo sie im Waffenrock für den Kapitalismus gegen ihre erwachsenen Mitarbeiter auftreten müssen. Die Ausnutzung der Jugend gegen die erwachsenen Arbeiter hat jedoch in der Offensive des Kapitals eine besondere Bedeutung angenommen und wird heute vom Kapitalismus besonders verwendet. Die Reformisten aller Länder haben gegenüber dieser Lage der Arbeiterjugend sich ebenso verräterisch verhalten wie gegenüber allen Lebensfragen der Arbeiterklasse. Die reaktionäre

Gewerkschaftsbürokratie, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist jedoch nicht nur nicht imstande gewesen, die Sachlage zu erfassen und in dieser Frage tätig vorzugehen, sondern sie hat die Forderungen der arbeitenden Jugend in allen diesen Dingen geradezu geopfert. Wenn Lohnbewegungen vor sich gehen, Tarife abgeschlossen werden, wenn es sich um die Arbeitszeit, um Streikbeteiligung handelt, so sehen wir überall die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie den Forderungen der Arbeiterjugend passiv gegenüberstehen, ja wir sehen, wie sie deren Forderungen geradezu fallen läßt in der vermeintlichen Auffassung, damit für die erwachsenen Arbeiter etwas herauszuschinden, aber mit der tatsächlichen Wirkung, daß diese Hintanstellung der Arbeiterjugend der erwachsenen Arbeiterschaft gegenüber für diese verhängnisvoll wird und deren eigenes Lebensniveau dadurch nur senkt.

Es ist die Kommunistische Jugendinternationale, die als erste die Parole des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals und der Einheitsfront zwischen der Jugend und der erwachsenen Arbeiterschaft herausgegeben hat! Eine Parole, die durch die Kampagnen in einzelnen Ländern sowohl als auch im internationalen Maßstabe vertreten und durchgeführt wurde.

Was sehen wir bei der sozialdemokratischen Jugendinternationale? Wir sehen dasselbe Schauspiel, das sich in der 2. Internationale abspielt, auf dem Gebiete der Jugendfrage sich wiederholen. Getreu dem Beispiel der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Parteien verhalten sie sich untätig gegen das Elend der Arbeiterjugend, die Reaktion und den Militarismus. Dort, wo sich Aktionen der Arbeiterjugend entwickeln, wo Kämpfe entstehen, sehen wir die Sozialdemokratische Jugendinternationale bemüht, diese Kämpfe abzuwürgen. Sie lenken die arbeitende Jugend vom Kampfe ab, um sie zu beschwichtigen. Die Kommunistische Jugendinternationale hat der Amsterdamer Arbeiterjugendinternationale und der Wiener Sozialistischen Jugendinternationale den konkreten Vorschlag gemacht, zu einem Jungarbeiterweltkongreß zusammenzutreten, der den Kampf gegen die Offensive des Kapitals und die Teilnahme der arbeitenden Jugend am Kampfe der erwachsenen Arbeiterklasse organisieren sollte. Aber die sozialistischen Jugendinternationalen, die noch vor unserem Schreiben behauptet hatten, sie seien für den Jungarbeiterweltkongreß, und wir allein machten ihn unmöglich, sie haben sich nunmehr in ihrem wahren Gesichte gezeigt und haben es abgelehnt selbst nur an einer Vorbesprechung teilzunehmen, die die Frage des Jungarbeiterweltkongresses besprechen sollte. Dagegen haben sie mit den Amsterdamer Gewerkschaftsführern ein Programm mit sogenannten Forderungen aufgestellt, die einen so schmählichen Charakter haben, daß sie gar nicht ernst genommen werden können. Statt die arbeitende Jugend zum Kampfe in gemeinsamer Front und gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft zu führen, haben sie ihr Verschmelzungsmanöver durchgeführt. Heute stehen wir vor der Verschmelzung der 2½ Jugendinternationale mit der Arbeiterjugendinternationale, d. h. vor der endgültigen Kapitulation der zentristischen Eunuchen vor der II. Internationale.

Wir kommen nun zu einem Kapitel, das für uns besonders wichtig ist: das ist die Bewegung, die sich in der arbeitenden Jugend selbst,

in den indifferenten Massen bemerkbar macht zur Gegenwehr gegen die Verelendung und zur Anteilnahme an dem Kampfe der erwachsenen Arbeiter. Wir haben Beispiele, wo die arbeitende Jugend gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und leider auch ohne unseren direkten Anstoß ganz spontan in Kampfaktionen, in Streiks eingetreten sind. Wir haben ein solches Beispiel im englischen Metallarbeiterstreik. Die Gewerkschaften verbieten den Lehrlingen, den Betrieb zu verlassen und zu streiken. Die Lehrlinge, wohlgemerkt, an Orten, wo es keine Jugendbewegung gibt und niemals gegeben hat, versammeln sich spontan und erklären: „Nein, wir bleiben nicht im Betrieb. Wir streiken mit!" Wir haben ein solches Beispiel in Deutschland, wo es in Hamburg zu einem spontanen Streik von etwa 1000 Lehrlingen und Jungarbeitern auf den Werften kam, die für Lohnforderungen kämpfen und die 5 bis 6 Tage im Streik geblieben sind trotz der Sabotage der Gewerkschaftsführer. Weitere Beispiele von spontanen Streikbewegungen haben wir in München, Mannheim, Polen. Wir erfahren, daß auch in einer Stadt Österreichs 400 jugendliche Arbeiter in den Streik getreten sind, weil sie beim Abschluß des Tarifvertrages nicht berücksichtigt wurden. So sehen wir, wie sich eine große Gärung in der arbeitenden Jugend immer stärker bemerkbar macht und wie die Jugend spontan in den Abwehrkampf gegen die Offensive des Kapitals eintritt.

Diese Erscheinung muß uns sehr zu denken geben. Was müssen wir aus ihr für Schlüsse ziehen? Der erste Schluß ist der, den ich schon früher erwähnt habe, daß in der arbeitenden Jugend heute der Wille zur Teilnahme am Kampfe der erwachsenen Arbeiterschaft und der Wille zum Kampfe gegen die Verelendung der Arbeiterjugend vorhanden ist und wächst.

Zweitens müssen wir daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß die Organisationen der Arbeiterklasse sich der arbeitenden Jugend nicht annehmen und daß die arbeitende Jugend nicht mehr warten will, bis ihre Forderungen durch sie vertreten werden. Wenn ich davon spreche, daß die Organisationen der Arbeiterklasse sich der arbeitenden Jugend nicht annehmen, so meine ich nicht nur die Gewerkschaften damit und die Sozialdemokratische Partei, sondern auch in gewissem Sinne die Kommunistische Partei und die Kommunistische Jugendorganisation. Man darf sich darüber keine Illusionen machen. Die Genossen aus Deutschland, die an diesen Bewegungen teilgenommen haben, wissen es: diese Bewegungen waren, wenn auch die jungen Kommunisten an ihnen aktiv teilgenommen haben, spontane Bewegungen ohne direkte Initiative der KI. und kamen erst später unter die Führung der KI. Diese Bewegungen wurden nicht durch unsere Organisation hervorgerufen, sondern sind spontan ausgebrochen. Es ist klar, daß die arbeitende Jugend nicht länger warten will, daß ihre Interessen vertreten werden. Diese Tatsache hat ein Gutes und ein Schlechtes. Sie hat ein Gutes: sie zeigt, daß die Arbeiterjugend kämpfen will, daß sie nicht länger warten will, daß sie teilnehmen will am revolutionären Kampf. Aber sie hat auch etwas ernstlich zu Erwägendes für uns. Sie sagt uns daß, wenn die kommunistischen Jugendorganisationen, die kommunistischen Gewerkschaften usw. es nicht verstehen, sich der Interessen der arbeitenden Jugend aktiver als bisher anzunehmen, so wird eine

Entfremdung der arbeitenden Jugend von den gewerkschaftlichen Organisationen und von ihren Organisationen überhaupt und eine Neigung zu Mißtrauen gegenüber diesen Organisationen eintreten. Andererseits, wenn die KI. in diesen Bewegungen der Arbeiterjugend beistehen, wie es bisher die KJ. Deutschlands zu tun bestrebt war, dann wird sie ihren Einfluß in den Massen der Arbeiterjugend sichern.

Es ist klar, daß ein Streik der arbeitenden Jugend nutzlos ist und kein Ergebnis haben kann, wenn die erwachsene Arbeiterschaft nicht mittut, wenn die Gewerkschaften ihr nicht ihren Beistand leihen. Ich muß sagen, daß wir in diesen lokalen und spontanen Bewegungen der arbeitenden Jugend in der letzten Zeit eine Erscheinung gesehen haben, die leider ein recht schwarzes Gegenstück ist zu der Tatsache der Ausnutzung der arbeitenden Jugend gegen die erwachsene Arbeiterschaft, nämlich die Tatsache, daß die erwachsene Arbeiterschaft sich dazu hergegeben hat, fast regelmäßig in den lokalen Bewegungen der arbeitenden Jugend die Streikbrecher gegen die jugendlichen Arbeiter zu bilden. Nehmen wir das Beispiel von Hamburg. Dort hatten die Lehrlinge gestreikt, weil ihre Löhne eine schmähliche Niedrigkeit behalten hatten, während die Löhne der erwachsenen Arbeiter stark gestiegen waren. Die Lehrlinge hatten 1000 Mark und die Erwachsenen 4500 Mark. Die Werftbesitzer hatten erklärt, wenn die erwachsenen Arbeiter nicht die Arbeit der streikenden Jugendlichen aufnehmen, und zwar zu denselben Löhnen wie die Jugendlichen, dann würden auch die erwachsenen Arbeiter ausgesperrt. Dasselbe hat sich an anderen Stellen wiederholt. Und was taten die erwachsenen Arbeiter in diesen Fällen? Sie machten die Streikbrecherarbeit, und zwar nicht zu ihren Löhnen, sondern zu den Hungerlöhnen der jugendlichen Arbeiter. Diese Tatsache ist beunruhigend, sie zeigt die große Kluft zwischen der Masse der arbeitenden Jugend und der Masse der erwachsenen Arbeiter. Sie zeigt, wie es dem Kapital gelungen ist, die beiden Gruppen der Arbeiterklasse gegeneinander zu bringen und die eine gegen die andere auszuspielen, sowohl zum Schaden der einen wie der anderen und der gesamten Arbeiterklasse.

Darum muß die Kommunistische Internationale in dieser Frage ein unzweideutiges und klares Wort sprechen und die Kommunistische Internationale ist bereit, das zu tun. *Sie erklärt, daß die Einheitsfront der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und die Reaktion eine unbedingte Notwendigkeit ist, und sie fordert alle ihre Parteien und die gesamte Arbeiterklasse auf, in ihrem täglichen Kampfe auch die Interessen und Forderungen der arbeitenden Jugend zu vertreten und sie zum Gegenstand des täglichen Kampfes zu machen!* Und wir wissen, daß, wenn die Kommunistische Internationale einen solchen Aufruf an ihre Mitglieder, an die erwachsene Arbeiterschaft richtet, wenn sie einen derartigen Beschluß faßt, das nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern daß sie vielmehr tatsächlich auch bereit ist, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen und alle ihre Organisationen zu verpflichten, den Ernst dieser Frage zu erfassen und diesen Beschluß und Grundsatz auch überall im täglichen Kampfe praktisch anzuwenden. Die Kommunistische Internationale darf nicht dulden, daß die jugendlichen Arbeiter ihrem Einfluß entgleiten, sie darf nicht dulden, daß die jugendlichen Massen in den In-

differentismus hinübergleiten, sondern sie muß die arbeitende Jugend in ihr Lager bringen. An dem eisernen Widerstand der gesamten revolutionären Arbeiterschaft muß der Angriff des Kapitalismus, muß die Reaktion scheitern! Wenn wir heute verstehen, die Interessen der Arbeiterjugend zu vertreten und die Arbeiterjugend zu uns zu bringen, so werden wir uns die Türen zur Gewinnung der arbeitenden Jugend öffnen und tatsächlich die breiten Massen derselben in der Kommunistischen Internationale organisieren.

Die ganze Frage des Kampfes für die arbeitende Jugend hat ein praktisches Gesicht. Es ist die praktische Zusammenarbeit zwischen der Kommunistischen Partei und der Jugend. Im allgemeinen kann und muß man sagen, daß die praktische Zusammenarbeit zwischen Kommunistischer Partei und Jugend in diesem Jahre besser geworden ist, aber es müssen doch im allgemeinen für die beiderseitigen Beziehungen noch viel Anstrengungen gemacht werden, um zu dem Ziele zu gelangen, das uns als notwendiges Ideal und als notwendige praktische Forderung vorschweben muß. Ich will nur ein Beispiel erwähnen, das sich auf die allgemeine Einschätzung der Jugendorganisation bezieht. Wir haben in der Tschechoslowakei eine monatelange Diskussion mit den offiziellen Parteiinstanzen darüber gehabt, ob die kommunistische Jugendorganisation überhaupt notwendig ist oder nicht. Viele Parteigenossen in führender Stellung haben dort folgenden Standpunkt eingenommen: man brauche keine kommunistische Jugendorganisation, es genüge die Partei, die Gewerkschafts- und die Turnerorganisation, die gleichzeitig auch die jugendlichen Mitglieder erziehen. Das ist eine vollständige Verkennung der Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisation, als eine Organisation, die die breiten Massen der arbeitenden Jugend heranziehen und kommunistisch-politisch erziehen soll. Wir haben die Genossen schließlich davon überzeugen können, doch wenn wir diesen Standpunkt auch offiziell überwunden haben, so ist damit noch nicht gesagt, daß er nicht doch in der Partei weiterlebt.

Wir haben in England eine schwere Arbeit leisten müssen, um die Kommunistische Partei überhaupt davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, eine proletarische Jugendbewegung ins Leben zu rufen, und haben tatsächlich erst nach langen Monaten erreicht, daß sich der Kongreß der Partei dafür ausgesprochen hat.

Das sind Beispiele dafür, daß in einzelnen Ländern die Einschätzung der Jugendbewegung noch nicht befriedigend ist, aber im allgemeinen können wir sagen, daß sich die Zusammenarbeit wesentlich bessert.

Wir haben eine Resolution ausgearbeitet, in der wir eine Reihe von praktischen Vorschlägen für die Zusammenarbeit auf allen praktischen Gebieten machen, und diese Resolution wird den einzelnen Delegationen noch vorliegen. Da meine Redezeit nur kurz ist, möchte ich nur kurz auf die einzelnen Fragen eingehen.

Wir haben zunächst die Frage des wirtschaftlichen Kampfes. In dieser Frage haben wir auf seiten der kommunistischen Parteien leider nicht das Verständnis gefunden, das für diese Frage notwendig gewesen wäre. Wir haben bei einer Reihe von Parteien, z. B. bei der deutschen, der österreichischen und der tschechoslowakischen Partei ein sehr gutes Verständnis gefunden; auch die italienische Partei hat uns in dieser

Beziehung sehr gut unterstützt, aber es gibt noch eine Einstellung von kommunistischen Parteigenossen, die man einfach nicht gestatten kann. Ich will nur ein Beispiel erwähnen, das übrigens einen deutschen Genossen betrifft. Wir haben eine Sitzung des Vollzugsrates der Roten Gewerkschaftsinternationale gehabt und für die Vertretung der arbeitenden Jugend innerhalb der Roten Gewerkschaftsinternationale verschiedene Vorschläge gemacht. Darauf ist uns die Antwort geworden: ja, außenstehende Organisationen haben in unsere Gewerkschaft überhaupt nicht hineinzureden. Erst vor einigen Tagen konnten wir mit einem spanischen Genossen, einem führenden kommunistischen Gewerkschaftler sprechen, dem wir auseinandergesetzt haben, daß man in der Frage der Offensive des Kapitals auch von der Ausnutzung der Arbeiterjugend sprechen muß, worauf wir die Antwort erhielten, daß es unnötig sei, die erwachsenen Genossen so viel mit unseren Fragen zu beschäftigen. Daraus spräche ein „esprit corporativ", ein zünftlerischer Geist. Also aus der Tatsache, daß man verlangt, daß man die arbeitende Jugend nicht außerhalb der Reihen der erwachsenen Arbeiter läßt, daß sie mit in den Kampf der Gewerkschaften einbezogen werden, daß sie an dem Kampfe der erwachsenen Arbeiter teilnehmen soll, spricht ein esprit corporativ, ein zünftlerischer Geist! Wir erklären: der zünftlerische Geist ist auf seiten all derer, die nicht begreifen, daß der Kampf der Arbeiterklasse nur ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse sein kann. Derartige Beispiele ließen sich noch viele erwähnen. Die Genossen in den Parteien und Gewerkschaften müßten ein viel größeres Verständnis haben für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterjugend und für die wirtschaftlichen Kämpfe der Jugendorganisationen. Es darf sich nicht wiederholen, was in Frankreich geschah, wo der Gewerkschaftskongreß stattfand, auf dem die Jugend eine Reihe von Jugendforderungen gestellt hat, und wo von über 150 Kommunisten nur 7 Genossen dafür gestimmt haben, daß die Frage der Arbeiterjugend überhaupt behandelt und der Brief der kommunistischen Jugend auch nur zur Verlesung gebracht werde! Die übrigen Genossen enthielten sich einfach der Abstimmung oder stimmten gar dagegen. Derartige Fälle dürfen sich nicht wiederholen. Die Parteiorganisationen müssen mehr Verständnis für die Interessen der Jugend haben; die Parteigenossen in den Gewerkschaften müssen eintreten für die Organisierung der Jugendlichen in den Gewerkschaften, für ihre Berücksichtigung bei den Kollektivverträgen, für die Unterstützung der Fraktionsbildung der kommunistischen Jugend, für die Organisierung der Zellen der kommunistischen Jugend in den einzelnen Betrieben und Werkstätten.

Auch zum antimilitaristischen Kampf muß man etwas sagen. Er ist bei den meisten unserer Parteien noch ein ziemlich wunder Punkt. Hier müssen wir mehr zusammenarbeiten als bisher, weil die gegenwärtige Lage es schon nicht mehr erlaubt, daß die kommunistische Jugend den Kampf allein führt. Es ist notwendig, daß die Parteien den Kampf praktisch verstärken und führen. Mehr Zusammenarbeit ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Zu der Bildungsarbeit machen wir in unserer Resolution auch eine Reihe von Vorschlägen, die darauf hinzielen, daß die Partei die Bildungsarbeit der kommunistischen Jugend unterstützt durch Bereit-

stellung von Bildungskräften, Einräumung von Plätzen in den Parteischulen usw.

Auch über die Parteipresse muß man in diesem Zusammenhang sprechen. Man muß sagen, daß wir in der Parteipresse in bezug auf die Behandlung der Jugendfragen eine ziemliche Besserung zu verzeichnen haben, da die meisten Zeitungen den Jugendfragen mehr Aufmerksamkeit widmen. Aber trotzdem gibt es hier noch manches zu tun. Deutschland ist zweifelsohne der Brennpunkt des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterjugend. Wir sehen in Deutschland jedoch, daß eine Konferenz der Presseleiter den Beschluß fassen konnte, sämtliche Jugendbeilagen in der gesamten deutschen kommunistischen Presse einzustellen! Uns wird berichtet, daß die Berliner „Rote Fahne" nur mit größtem Widerstande Artikel über Jugendfragen aufnimmt und daß es fast unmöglich ist, irgend etwas in die „Rote Fahne" hineinzubringen. Die Jugendbeilage kann in ihr nicht zu dauerndem Leben kommen. Man hat lange Kämpfe gehabt; das politische Büro hat beschlossen und die Redakteure sagten nein. Es ist bedauerlich, daß in einem Lande wie Deutschland im Zentralorgan der Partei so wenig für die Jugendarbeit getan wird. Auch im Zentralorgan der Tschechoslowakei haben wir keine Jugendbeilage, ebenso ist es auch in der englischen Presse nicht möglich gewesen, auch nur einen Artikel über Jugendorganisation zu bringen. Nicht einmal ein Artikel über die Tatsache der Gründung der Jugendorganisation wurde aufgenommen. In die „Humanité" etwas über die Jugend zu bringen, ist schwerer als in die Berliner „Rote Fahne". In dieser Beziehung muß also noch manches verbessert werden.

Zum Schluß muß ich noch die Frage der *Kindergruppenorganisation* erwähnen. Diese Bewegung hat in diesem Jahre eine gute Festigung in vielen Ländern erfahren und die Parteien beginnen sich für diese Arbeit zu interessieren. Dieses Interesse ist sehr zu begrüßen und es ist zu verlangen, daß die Parteien die Tendenzen einer allgemeinen verschwommenen Erziehung der Arbeiterkinder überwinden, daß sie den ganzen bürgerlichen Unsinn von der allgemeinen rationellen Erziehung über Bord werfen, und daß den Kindern eine kommunistische Erziehung gegeben wird. Es geht nicht an, daß man, wie in Frankreich, die Zeitschrift „Les petits bons hommes", die von einer kleinbürgerlichen intellektuellen Gruppe herausgegeben wird, in der Organisation verbreitet und die eigene kommunistische Zeitschrift nicht. Auch die KP. der Tschechoslowakei hat geduldet, daß ihre Organisation gegen die bereits erscheinende kommunistische Kinderzeitschrift der Jugendorganisation ein farbloses Blättchen herausgibt und für dieses Propaganda macht. Die Arbeit der KJ. in der Kindergruppenbewegung muß noch viel mehr unterstützt und die Tendenzen der bürgerlichen Erziehung müssen überwunden werden. Genossen, es ist natürlich unmöglich, alle einzelnen Fragen der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Partei- und Jugendorganisationen hier erschöpfend zu behandeln. Wir hoffen, daß die Resolution Ihre Zustimmung finden und praktisch angewendet werden wird; daß die kommunistische Jugendorganisation auf diese Weise ihre Pflicht gegenüber der Partei erfüllen und noch eifriger erfüllen wird als im verflossenen Jahre; daß auch die Zusammenarbeit auf seiten der Partei eine eifrigere als in manchen Fällen werden

wird. Durch diese Zusammenarbeit, durch dieses Zusammenwirken zwischen der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugend auf allen Gebieten werden wir in der nächsten Epoche die arbeitende Jugend unter unseren Einfluß bringen, für uns gewinnen und bei uns organisieren, und wenn wir die arbeitende Jugend gewonnen haben, wenn die Kommunistische Internationale die arbeitende Jugend hinter sich hat, kann sie sicher sein, daß die Zukunft und der Sieg der Revolution ihr gehören wird.

Es sind in diesen Tagen drei Jahre her, daß die Kommunistische Jugendinternationale in Berlin gegründet wurde. Es war ein kleines, rauchiges Hinterzimmer in einer Berliner Vorstadtkneipe, wo wir uns, einige Genossen, unter der Herrschaft von Noske, der die Partei in die Illegalität gedrängt hatte, zum ersten Kongreß zurückziehen mußten. Seit diesem November 1919 ist die Kommunistische Jugendinternationale gewaltig gewachsen, ihre Stärke hat sich fast vervierfacht, sie hat sich auch gestärkt, gefestigt und geklärt. Genossen, wir hoffen, daß es der KI. gelingen wird, gemeinsam mit der KJI. durch die Weiterverfolgung ihres bisherigen Weges in die Massen der Arbeiterjugend einzudringen, sie aufzurütteln und auf diese Weise neue gewaltige Kampftruppen der kommunistischen Bewegung zuzuführen. Und wir hoffen, Ihnen auf dem nächsten Kongreß davon Zeugnis ablegen zu können, daß die Internationale Kommunistische Jugendbewegung mit Hilfe der Kommunistischen Internationale es verstanden hat, die Interessen der Massen der arbeitenden Jugend zu vertreten, sie in den Kampf der erwachsenen Arbeiterklasse einzubeziehen und sie für die Fahne des Kommunismus zu gewinnen. (Beifall.)

VORSITZENDER: Das Präsidium schlägt vor, die Resolution zur Jugendfrage dem Präsidium zu überweisen und keine besondere Kommission einzusetzen. — Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall; es ist so beschlossen.

BILLINGS (Amerika): Genossen! Die Wichtigkeit der Kolonialfrage für die Weltrevolution wurde von dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale anerkannt. Aus den Reihen der Genossen aus dem Osten, sowohl wie von einigen Genossen aus den Kolonien kommt jedoch der Vorwurf, daß diese Angelegenheit sehr stiefmütterlich behandelt und ihr nicht die Beachtung geschenkt worden ist, die einem Teilproblem der Weltrevolution gebührt. Die Negerfrage ist ein anderer Teil der Rassen- und Kolonialfrage, der man bisher keine Beachtung geschenkt hat. Ich möchte damit sagen, daß die II. Internationale bisher der Negerfrage keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Aus diesem Grunde finden wir in den Thesen des 2. Kongresses die Bemerkung, daß die II. Internationale eine Internationale weißer Arbeiter und die Kommunistische Internationale eine Internationale der Arbeiter der Welt sei.

Die Gen. Sinowjew und Bucharin haben in ihren Reden darauf hingewiesen, daß die Kolonialfrage eine der wichtigsten Fragen ist, mit der wir uns heute beschäftigen müssen. Und da nun dies wichtige Problem diskutiert wird, erwarte ich von diesem Kongreß, daß er die gemachten Erfahrungen und die in der Kolonialfrage empfohlene Taktik anerkennt. Der Kongreß, oder doch wenigstens die Kom-

munistische Internationale muß während ihrer Tätigkeit unter den Völkern des Nahen und Fernen Ostens gewisse Erfahrungen gemacht haben und sollte aus diesem besonderen Problem einiges Wissen gewonnen haben. Man wird finden, daß in der Behandlung dieser Frage gewisse unvermeidliche Irrtümer begangen worden sind, aus denen man lernen muß. Wenn wir uns jetzt mit der Negerfrage beschäftigen, müssen wir von Anfang an und in der richtigen Richtung beginnen.

Wenn wir nun die Negerfrage betrachten, sollten wir die psychologischen Faktoren des Negerproblems in den Kreis unserer Betrachtung ziehen. Aus diesem Grunde müssen wir einsehen, daß verschiedene Völker, die zu bestimmten Zeiten eine bestimmte Entwicklungsstufe erreichen, notwendigerweise auf die Welt im allgemeinen auch in einer bestimmten Weise psychologisch reagieren. Wenn wir versuchen, unter diesen Massen zu arbeiten und unsere Propaganda und Agitation unter ihnen durchzuführen, müssen wir notwendigerweise die Faktoren, die wir in diesen speziellen, zur Behandlung stehenden Problemen finden, in Betracht ziehen.

Trotzdem das Negerproblem hauptsächlich ein wirtschaftliches Problem ist, finden wir doch, daß dieses Problem durch die Reibungen zwischen der weißen und der schwarzen Rasse verschlimmert und vertieft wird. Es ist allgemein bekannt, daß die Rassenfrage, obwohl ein Vorurteil, das den Klassenvorurteilen bestimmter Gruppen der Gesellschaft entspringt, doch eine wichtige Rolle spielt. Während es zwar wahr ist, daß z. B. in den Vereinigten Staaten die Konkurrenz zwischen schwarzen und weißen Arbeitern die Hauptbasis des Rassenhasses ist, darf man doch nicht vergessen, daß der Neger noch das aus der Zeit der Sklaverei herrührende Zeichen der Knechtschaft auf der Stirn trägt. Aus diesem Grunde finden wir, daß dieser spezielle Antagonismus der weißen Arbeiter gegenüber den schwarzen Arbeitern eine spezielle Form annimmt. Es gibt in der ganzen Welt ungefähr 150 Millionen Neger. Von diesen wohnen annähernd 25 000 000 in der Neuen Welt und der Rest in Afrika. Die Neger in Amerika und Westindien sind für den amerikanischen Kapitalisten eine Quelle billiger Arbeitskraft. Und wir sehen, daß die kapitalistische Klasse sie immer gebraucht hat und noch gebraucht, um die weiße Arbeiterklasse in ihrem Tageskampf zu unterdrücken. Aus den Reihen dieser Neger werden sich die Elemente der „weißen Garden" rekrutieren, in dem Falle, daß irgendwo eine revolutionäre Erhebung ausbricht. Die Ausbeutung der Neger in Afrika gab die Möglichkeit für die Fortsetzung der Akkumulation des Kapitals. Die kapitalistische Klasse als Klasse anerkennt die wertvolle Hilfe, die die Negermassen ihr leisten. Aus diesem Grunde hat sie es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, den Geist der Negerbevölkerung mit der bürgerlichen Ideologie zu infizieren. Dies tat sie selbstverständlich in ihrem eigenen Interesse und nicht, um den Negern zu helfen. Die Kapitalisten haben sorgfältig geplante Organisationen unter den Negern gebildet, um Propaganda für die Bourgeoisie und gegen den weißen Arbeiter zu machen, sie haben die bekannte Rockefeller-Gründung und die Urban League ins Leben gerufen. Die erste Organisation unterstützt die Negerschulen mit Geld, während die zweite eine bekannte Streikbrecherinstitution ist, die auf dem Posten war, während die meisten Revolutionäre schliefen. Trotz

dieser Umstände war es unvermeidlich, daß die Negerbevölkerung gegen die Unterdrückung, der sie überall in der Welt ausgesetzt ist, sich irgendwie wehrt. Dies nahm zuerst die Form von religiösen Institutionen an, die einzige Form, die ihnen zu gewissen Zeiten für ihr eigenes Vergnügen erlaubt war. Später finden wir jedoch die ständige Entwicklung von Negerorganisationen, die, obwohl ganz aus Negern zusammengesetzt, bis zu einem gewissen Grade entweder direkt oder indirekt dem Kapitalismus feindlich gegenüberstehen.

Die drei wichtigsten Negerorganisationen sind erstens „die nationale Vereinigung der Farbigen", eine Organisation, die sich hauptsächlich aus proletarischen Elementen zusammensetzt, die von bürgerlichen Intellektuellen geführt werden, und deren Aktion auf dem Prinzip aufgebaut ist, die kapitalistische Klasse durch Petitionen zu ersuchen, die Lage der Neger zu bessern, was praktisch gesehen nur eine Bettelei ist. Dann kommen wir zu der zweiten und interessanteren Organisation, der Garvey Vereinigung, einer ultranationalistischen Organisation, jedoch mit einer radikalen Mitgliedschaft. Trotzdem diese Organisation ihr Programm mit einigen billigen Anteilschein-Systemen verbrämt hat, hat sie doch die Neger gegen den Imperialismus mobil gemacht. Diese Organisation wurde nach dem Weltkrieg gegründet. Sie nahm selbstverständlich keine definitive radikale Form an; sie wurde, gerade noch zur Zeit, von ihrem eigenen Führer daran gehindert. Trotzdem ist das Rassenbewußtsein erwacht und wird in einem großen Ausmaß verwendet, bis weit in das Innere Afrikas, wo man kaum erwarten sollte, daß eine in Amerika entstandene Organisation einen Stützpunkt finden könnte. Die dritte Organisation ist die „afrikanische Blutsbrüderschaft", eine radikale Negerorganisation, deren Programm auf der Vernichtung des Kapitalismus aufgebaut ist. Diese Organisation war die einzige, die während der Rassenkämpfe in Tulsa (Oklahoma) einen glänzenden und tapferen Kampf führte, und sie ist die einzige, der die kapitalistische Klasse Amerikas nächstens ihre Beachtung schenken wird.

Wir haben auch in Afrika verschiedene — nationalistische — kleine Organisationen, wie z. B. die äthiopische Bewegung, die jedoch alle von Amerika, dem Zentrum politischer Tendenzen unter den Negern, inspiriert werden. Diese Organisationen erstrecken und entwickeln sich bis in den Sudan. Sie könnten von den Kommunisten benutzt werden, wenn die Propagandamittel sorgfältig, mit Überlegung und intensiv dazu gebraucht würden, um diese Bewegungen zusammenzuschließen. Wir sehen also, daß schon eine Art Organisation existiert, die sich gegen den Weltimperialismus auflehnen wird.

Es gibt in den Vereinigten Staaten ungefähr 450 Negerzeitungen und -zeitschriften, die, meistens nur der Rassenfrage gewidmet, doch einen großen Einfluß auf die Negermassen ausüben. Da gibt es z. B. den „Chicago Defender" (den Verteidiger) mit einer wöchentlichen Auflage von 250 000, der nach allen Weltteilen, wo immer sich größere Gruppen von Negern befinden, verschickt wird. Dann gibt es ferner die „Crisis" (Krise), eine monatliche Zeitschrift mit einer Auflage von über 60 000. Diese Zeitschriften, und speziell der „Chicago Defender" und andere mit einer geringeren Verbreitung, haben sich immer des von uns zur Verfügung gestellten radikalen Propagandamaterials bedient.

Die Neger fühlen das Nahen der Krise, die im Süden zwischen den Weißen und den Schwarzen ausbrechen wird. Im Süden wurde der Samen gesät und im Süden muß er auch irgendwie aufgehen. Es ist wahrscheinlich, daß die Krise die Form von Rassenhetzen im großen Maßstabe annehmen wird.

Die Negerfrage, Genossen, ist von großem Interesse und von äußerster Wichtigkeit für uns. Wir sehen z. B., daß von der ungefähren Anzahl von 12 Millionen Negern, die in den Vereinigten Staaten wohnen, 2 Millionen in den nördlichen Industriebezirken arbeiten und die anderen 10 oder 9 Millionen im Süden. (Ich nehme an, daß Ihr Euch alle diesen Süden vorstellen könnt. Wenn Ihr dorthin kommt, glaubt Ihr in Dantes Hölle zu sein. Manchmal werdet Ihr fühlen, daß alle Hoffnung vergebens ist.) Der Süden ist beinahe ein Land für sich selbst. 80 % der Neger leben auf dem Lande. Man zieht einen scharfen Trennungsstrich und beraubt sie des Wahlrechtes. Und hier, wo der Klassenkampf in seiner brutalsten Form geführt wird, finden wir, daß das Verhältnis zwischen den Schwarzen und Weißen aus ständigen Konflikten und Kämpfen bis zum Tode besteht. Dort findet Ihr das Lynchen und die Rassenaufstände. Ihr findet, daß das Lynchen eines Negers im Süden etwas ist, an dem man Freude hat, gerade so wie man sich anderswo in einem Kino amüsiert. Wenn Ihr wißt, daß die weiße Bevölkerung im Süden so durchdrungen ist von dieser Idee der weißen Herrschaft über die Neger, werdet Ihr auch sehen, daß wir uns mit dieser Frage beschäftigen müssen. Gegenwärtig, wenn im Norden der Vereinigten Staaten große Streiks geführt werden, sehen wir, daß die kapitalistische Klasse ihre bezahlten Agenten schleunigst nach dem Süden schickt, um die dortigen Neger als Streikbrecher nach den nördlichen Distrikten zu bringen. Durch das Versprechen höherer Löhne und besserer Bedingungen veranlassen diese Agenten die Neger, die Streikgebiete zu betreten. Dies ist eine immerwährende Gefahr für die weißen Streikenden. Man darf jedoch die Neger nicht allein hierfür verantwortlich machen. Die amerikanischen Gewerkschaften, und ich spreche hier von den wirklichen Gewerkschaften, haben seit den letzten paar Jahren darauf bestanden, daß ein Neger, obschon ein gelernter Arbeiter, wegen seiner Hautfarbe den Gewerkschaften nicht beitreten kann. Erst vor ganz kurzer Zeit hat die American Federation of Labor einen schwächlichen Versuch gemacht, den Negern den Eintritt in die regulären Gewerkschaften zu ermöglichen. Aber selbst heute hat, wenn ich mich nicht sehr irre, eine Organisation, wie die Gewerkschaft der Maschinisten, in ihrem Programm die Vorschrift, daß die Bedingung für die Mitgliedschaft ist, daß jeder weiße Kollege andere weiße Arbeiter als Mitglieder einführen soll, oder doch etwas Ähnliches. Das heißt, daß die Neger für immer außerhalb der Gewerkschaften bleiben sollen, einfach, weil sie schwarz sind; und die kapitalistische Klasse und die reaktionäre Negerpresse beuten diese Tatsache soviel wie möglich aus, um die schwarzen Arbeiter gegen die Gewerkschaften zu beeinflussen. Wenn man mit einem Neger über seinen Beitritt zu einer Gewerkschaft oder über die Notwendigkeit, ein Radikaler zu werden, spricht, bekommt man immer folgendes ins Gesicht geschleudert: „Predige doch nicht mir. Predige den Weißen. Sie gebrauchen die Gewerkschaften und ich gebrauche sie nicht. Ich bin

immer bereit, Seite an Seite mit ihnen zu kämpfen, wenn sie bereit sind, mich aufzunehmen; aber solange sie sich weigern, werde ich Streikarbeit verrichten und bei Gott, ich habe ein Recht, dies zu tun. Ich will mein Leben schützen." Dies ist eins ihrer Argumente, das wir nicht übergehen können. Während wir theoretisch alle die schönen Phrasen, die wir kennen, vorbringen, gibt es doch in dem Tageskampfe einige harte und konkrete Tatsachen.

Die Negerkommission hat eine These über die Negerfrage entworfen, die ich sofort vorlesen werde. Während wir die Negerfrage besprachen, haben wir auch gewisse definitive Vorschläge gemacht, die unserer Meinung nach von den verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale, in deren Ländern oder Kolonien Neger sind, durchgeführt werden sollten. Wir haben selbstverständlich diese Vorschläge nicht gemacht, damit sie lediglich auf dem Papier stehen bleiben, sondern damit sie von den verschiedenen Sektionen in die Praxis umgesetzt werden. Und wir werden die Kommunistische Internationale ersuchen, darauf zu sehen, daß diese Vorschläge dem Buchstaben und dem Geiste nach, in dem sie geschrieben sind, auch ausgeführt werden. Wir haben die Umrisse der Arbeit festgelegt: ein Vorschlag für den sofortigen Beginn der Arbeit unter den Negern in der ganzen Welt. Wir haben ferner den Vorschlag für die Gründung eines Negerbüros als Teil des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gemacht. Der Grund hierfür war, daß wir die Arbeit koordinieren und zentralisieren wollten, und zwar dachten wir, daß Moskau der beste Platz für dieses Büro, diese Sektion, oder, wie Ihr es nennen wollt, ist. Die Negerfrage ist von großer Wichtigkeit für uns, und aus diesem Grunde haben wir uns bemüht, die wirkliche Situation in Afrika und speziell in Amerika sorgfältig zu studieren. Wir haben uns keinen Träumen über ein Programm hingegeben, trotzdem wir gewisse definitive Vorschläge für den Plan einer Negerorganisation gemacht haben. Dieser Plan nahm Rücksicht auf die besonderen geistigen Eigenheiten der Neger in der gegenwärtigen Periode.

Die These über die Negerfrage lautet wie folgt:

„Die Basis des Akkumulationsprozesses, die vor dem Kriege für die Entwicklung des Kapitalismus existierte, ist, als Resultat des Weltkrieges, völlig umgestülpt worden, und zwar mit Bezug auf das Verhältnis zwischen den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, die Kapital ausführen, und den kolonialen und halbkolonialen Völkern unter ihrer Herrschaft. Zugleich hat sich unter diesen Völkern eine noch immer erfolgreich fortschreitende Aufstandsbewegung gegen die Macht des Weltkapitals, wie sie im britischen Imperialismus verkörpert ist, entwickelt, und zwar in solcher Ausdehnung, daß das Eindringen in die von schwarzen Rassen bewohnten Gebiete und deren intensive Kolonisierung das letzte große Problem wird, von der die Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation abhängt. Die französischen Kapitalisten haben klar erkannt, daß sich der französische Nachkriegsimperialismus nur durch die Errichtung eines französisch-afrikanischen Weltreiches halten kann, das durch eine durch die Sahara führende Eisenbahn verbunden wird. Amerikas Finanzmagnaten, die in den Vereinigten Staaten 12 000 000 Neger ausbeuten, haben sich nun auch

der friedlichen Durchdringung Afrikas zugewandt. Wie sehr England diese Bedrohung seiner Position fürchtet, zeigt sich in den extremen Maßnahmen, die zur Niederwerfung des Randstreiks getroffen wurden. Gerade so, wie im Stillen Ozean die Gefahr eines neuen Weltkrieges als das Resultat des Wettbewerbes zwischen den dortigen imperialistischen Mächten akut geworden ist, so gibt es auch düstere Anzeichen für die Tatsache, daß Afrika das Objekt der rivalisierenden Bestrebungen dieser Völker wird.

Hierzu kommt noch, daß der Krieg, die russische Revolution und die großen Revolten der asiatischen und muselmanischen Völker gegen den Imperialismus das Bewußtsein von Millionen Negern zum Erwachen gebracht haben, derselben Neger, die der Kapitalismus seit hundert Jahren nicht nur in Afrika, sondern vielleicht noch mehr in Amerika, wo die Aufstandsbewegung immer intensiver wird und auf die ganze Negerrasse einen Einfluß ausübt, unterdrückt und erniedrigt hat.

Hieraus folgt, daß subjektiv sowohl wie objektiv das Negerproblem eine wichtige Frage der Weltrevolution geworden ist, und daß die Kommunistische Internationale, die schon begriffen hat, wie wertvoll die Unterstützung der farbigen asiatischen Völker in halbkapitalistischen Ländern für die proletarische Revolution sein kann, auch die Mitarbeit unserer unterdrückten schwarzen Mitmenschen als notwendig für die Revolution der proletarischen Massen und die Zerstörung der kapitalistischen Macht anerkennt. Aus diesem Grunde erklärt der 4. Kongreß daß es die spezielle Pflicht der Kommunisten ist, die „These der Kolonialfrage" auch auf das Negerproblem anzuwenden.

1. Der 4. Kongreß anerkennt die Notwendigkeit der Unterstützung jeder Form der Negerbewegung, die den Kapitalismus oder Imperialismus entweder unterhöhlt und schwächt oder sein weiteres Vordringen verhütet.

2. Die Negerarbeiter sollten überall organisiert werden, und wo schwarze und weiße Arbeitermassen Seite an Seite existieren, sollte jede Gelegenheit zur Bildung einer Einheitsfront ausgenutzt werden.

3. Die Arbeit unter den Negern soll hauptsächlich von Negern ausgeführt werden.

4. Es sollen augenblicklich Schritte unternommen werden, um eine allgemeine Negerkonferenz oder einen Kongreß nach Moskau einzuberufen."

Zum Schluß, Genossen, möchte ich noch die Hoffnung aussprechen daß die Genossen der verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale, in deren Ländern Negerarbeiter sind, das Negerproblem so wie es heute steht, begreifen werden, und daß sie dies nicht als eine Neujahrsresolution betrachten, sondern diese Arbeit wirklich und direkt ausführen, um das Bewußtsein der Negermassen zu erwecken und uns instand zu setzen, sie in die proletarische Revolution einzugliedern.

MAC KAY (Amerika): Genossen, ich habe das Gefühl, daß ich lieber einem Lynchgericht im zivilisierten Amerika gegenüberstehen möchte, als zu versuchen, vor der geistig entwickeltsten und kritischsten Hörerschaft der Welt eine Rede zu halten. Ich gehöre zu einer Rasse von Rednern, jedoch gelingen meine öffentlichen Reden immer so

schlecht, daß mir von meinen eigenen Rassegenossen gesagt wurde, ich solle nie mehr versuchen Reden zu halten, sondern beim Schreiben bleiben. Als ich aber hörte daß die Negerfrage auf die Tagesordnung des Kongresses gebracht werden soll, fühlte ich trotzdem, daß es eine ewige Schande für mich wäre, wenn ich nicht irgendetwas über meine Rassengenossen sagen würde. Besonders würde ich den amerikanischen Negern zur Schande gereichen, da ich, seitdem ich 1919 ein bekanntgewordenes Poem veröffentlichte, auf Grund meines poetischen Temperaments als einer der Wortführer des Negerradikalismus in Amerika stets in den Vordergrund geschoben wurde.

Ich habe das Gefühl, daß meiner Rasse durch die an eines ihrer Mitglieder gerichtete Einladung, auf dem gegenwärtigen 4. Kongreß zu sprechen, eine Ehrung zuteil wurde. Es ist eine Ehrung, nicht weil meine Rasse von der weißen und der gelben verschieden ist, sondern weil es im besonderen eine Rasse von Arbeitern, Holzhackern und Wasserträgern ist, eine Rasse, die zu dem am meisten unterdrückten, ausgebeuteten und geknechteten Teil der Arbeiterklasse der Welt gehört. Die Kommunistische Internationale ist für die Emanzipation aller Arbeiter der Welt ohne Unterschied der Rasse und Farbe. Und diese Stellungnahme der Kommunistischen Internationale bleibt nicht bloß auf dem Papier, wie die fünfzehnte Anmerkung zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, sie ist eine reale Sache.

Die Negerrasse nimmt gegenwärtig im wirtschaftlichen Leben der Welt eine ganz besondere Stellung ein. In jedem Lande, wo Weiße und Schwarze zusammen arbeiten müssen, stellen die Kapitalisten die einen den anderen gegenüber. Es hat den Anschein, daß die internationale Bourgeoisie die Negerrasse als Trumpf im Kampfe gegen die Weltrevolution ausnutzen will. Großbritannien hat in den Kolonien seine Negerregimenter, und es hat durch ihre Verwendung im letzten Kriege gezeigt, was es durch den Negersoldaten erreichen kann. Und die Revolution in England ist infolge der gut organisierten Ausbeutung der dem britischen Reiche unterworfenen Völker noch weit entfernt. In Europa sehen wir, daß Frankreich eine schwarze Armee von über 300 000 Mann besitzt und daß es zur Durchführung seiner Politik der imperialistischen Beherrschung Europas seine schwarzen Untertanen ausnutzen will. In Amerika stehen wir der gleichen Lage gegenüber. Die nordamerikanische Bourgeoisie weiß, wie gut die Negersoldaten im Bürgerkriege, trotzdem sie Analphabeten und ungeübt waren, für ihre eigene Befreiung kämpften. Sie weiß auch, wie gut die schwarzen Soldaten im spanisch-amerikanischen Kriege unter Theodor Roosevelt gekämpft haben. Sie weiß, daß die im letzten Kriege mobilisierten mehr als 400 000 Neger sich sehr gut bewährten und daß sie außer dem Kampfe für die Kapitalisten auch im eigenen Interesse einen harten Kampf mutig bestanden, als sie nach ihrer Rückkehr nach Amerika gegen den weißen Pöbel in Chicago, St. Louis und Washington zu kämpfen hatten.

Aber noch wichtiger als die Tatsache, daß die amerikanischen Kapitalisten in ihrem Kampfe gegen die Interessen der Arbeiterschaft schwarze Soldaten verwenden, ist die Tatsache, daß die amerikanischen Kapitalisten sich anschicken, die gesamte schwarze Rasse in Amerika

zur Bekämpfung der organisierten Arbeiterschaft zu mobilisieren. Die gegenwärtige Lage in Amerika ist schrecklich und großer Gefahren voll. Sie ist scheußlicher, schrecklicher als die Lage der Bauern und Juden unter der Zarenherrschaft in Rußland war. Sie ist so scheußlich und schrecklich, daß sehr wenig Leute in Amerika sich in sie fügen können. Die reformistische Bourgeoisie führte einen Kampf gegen Rassenscheidung und Rassenvorurteile in Amerika. Die Sozialisten und Kommunisten führten diesen Kampf mit großer Behutsamkeit, denn es gibt noch starke Vorurteile solcher Art unter den amerikanischen Sozialisten und Kommunisten. Sie wollen sich mit der Negerfrage nicht befassen. Im Verkehr mit amerikanischen Genossen habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten, bei denen weiße und schwarze Genossen zusammenzukommen hatten, Vorurteile feststellen können. Und die größte Schwierigkeit, die die Kommunisten in Amerika zu überwinden haben, besteht darin, daß sie zuerst sich selbst von ihrer Stellungnahme den Negern gegenüber befreien müssen, bevor es ihnen gelingen kann, die Neger durch irgendwelche Art radikaler Propaganda zu erreichen. Wenn ich aber die Neger selbst betrachte, so habe ich das Gefühl, daß, wie die anderen unterdrückten Rassen nach Moskau gekommen sind, um zu lernen, wie sie gegen ihre Ausbeuter zu kämpfen haben, auch die Neger nach Moskau kommen werden. Im Jahre 1919, als die Kommunistische Internationale ihr Manifest veröffentlichte und einen Passus betreffend die ausgebeuteten Kolonien einschaltete, gab es in Amerika mehrere radikale Gruppen von Schwarzen, die diese Propaganda unter den Negern verbreiteten. Als im Jahre 1920 die amerikanische Regierung sich anschickte, die radikale Propaganda unter den Negern zu bekämpfen und zu unterdrücken, beantworteten die kleinen radikalen Negergruppen dieses Streben der Regierung dadurch, daß sie öffentlich erklärten, daß die Sozialisten die Emanzipation der Neger anstreben, während das reformistische Amerika nichts für sie tun kann. Bei dieser Gelegenheit, denke ich, begriffen die amerikanischen Neger zum ersten Male in der amerikanischen Geschichte, daß Karl Marx Interesse für ihre Emanzipation hatte und energisch für sie kämpfte. Ich will das diesbezügliche Zitat aus einer Schrift Karl Marx' aus der Zeit des Bürgerkrieges vorlesen:

„Als eine Oligarchie von 300 000 Sklavenhaltern zum ersten Male in den Annalen der Weltgeschichte es wagte, das Wort „Sklaverei" auf das Banner einer bewaffneten Revolte zu schreiben, als auf derselben Stelle, wo vor kaum einem Jahrhundert die Idee einer großen demokratischen Republik zuerst entstand, woher die erste Deklaration der Menschenrechte entstammte und der erste Impuls zur europäischen Revolution des 18. Jahrhunderts gegeben wurde, als auf dieser Stelle die Konterrevolution zynisch erklärte, daß das Eigentum an Menschen „der Eckstein des neuen Gebäudes" sei, da begriff die Arbeiterklasse Europas mit einem Male, daß die Rebellion der Sklavenhalter das Läuten einer Sturmglocke zu einem allgemeinen heiligen Krieg des Eigentums gegen die Arbeiterschaft und ihre Hoffnungen auf die Zukunft ist; sogar ihre bisherigen Eroberungen stehen in diesem furchtbaren Konflikt jenseits des Atlantischen Ozeans auf dem Spiel."

Karl Marx, der diese Zeilen schrieb, ist im allgemeinen als der Vater des wissenschaftlichen Sozialismus und der Verfasser des epochemachenden, volkstümlich „Die sozialistische Bibel" genannten Werkes: „Das Kapital" bekannt.

Zusammen mit Richard Cobden, dem Atheisten Charles Bradlaugh und John Bright bereiste er England, um überall Reden zu halten, und nahm die Arbeiterschaft dermaßen gegen die Konföderation ein, daß Lord Palmerston, der Ministerpräsident, der den Süden schon anerkennen wollte, zurücktreten mußte. Genau so wie Marx 1861 gegen die Leibeigenschaft kämpfte, kämpfen seine geistigen Nachkommen, die heutigen Sozialisten, gegen die Lohnsklaverei — gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Wenn die amerikanische Workers' Party in Wirklichkeit eine Arbeiterpartei wäre, die auch die Neger umfaßt, so müßte sie z. B. im Süden illegal sein, und ich möchte den amerikanischen Genossen mitteilen, daß es eine Ortsgruppe der amerikanischen Arbeiterpartei im Süden, in Richmond, im Staate Virginia gibt, die illegal ist, — illegal, weil sie farbige Mitglieder hat. Wir haben hier eine kleine Gruppe von weißen und schwarzen Genossen, die zusammen arbeiten, und die Tatsache, daß es in Virginien und in den meisten südlichen Staaten Gesetze gibt, die gemeinsame Versammlungen von Weißen und Schwarzen verbieten, führt dazu, daß die Workers' Party im Süden illegal sein muß. Um die virginischen Gesetze zu umgehen, müssen die Genossen, der Farbe entsprechend, besondere Versammlungen veranstalten und kommen nur einmal monatlich hinter verschlossenen Türen zusammen.

Das ist bezeichnend für die Arbeit, die im Süden zu leisten sein wird. Die Arbeit unter den Negern im Süden muß durch eine im Norden organisierte legale Propaganda geführt werden, da gegenwärtig in den südlichen Staaten Amerikas (wo neun Millionen der insgesamt zehn Millionen zählenden Negerbevölkerung wohnen) die Lage derart ist, daß sogar die liberale Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie der Neger infolge der gesetzlichen Bestimmungen nicht die Möglichkeit haben, eigene Presseorgane zur Entfaltung einer reformistischen Propaganda herauszugeben.

Tatsache ist, daß bloß in den südlichen Staaten eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit besteht. Im Norden hingegen besteht keine solche Unterdrückung. Im Norden werden für besondere Fälle besondere Gesetze herausgegeben, wie z. B. die Gesetze gegen Kommunisten und Sozialisten während des Krieges. Im Süden hingegen finden wir Gesetze, die seit 55 Jahren bestehen und die es den Negern verbieten, zur Erörterung ihrer Beschwerden zusammenzukommen. Die Weißen, die sich für die Sache der Neger interessieren, dürfen nicht zu ihnen gehen und zu ihnen sprechen. Wenn wir weiße Genossen nach dem Süden senden, werden sie gewöhnlich von der weißen Oligarchie ausgewiesen, und wenn sie das Gebiet nicht verlassen, werden sie vom Pöbel gepeitscht, in Teer und Federn gewälzt. Wenn wir aber schwarze Genossen senden, so kommen sie nicht mehr zurück, denn sie werden gelyncht und verbrannt.

Ich hoffe, daß es der internationalen Bourgeoisie nicht gelingen wird, die Neger im Endkampfe gegen die Weltrevolution auszunutzen.

Ich hoffe, daß wir gleichsam als eine Herausforderung an die internationale Bourgeoisie, die nunmehr die ganze Wichtigkeit der Negerfrage begriffen hat, sehr bald einige schwarze Soldaten in den Reihen der besten, heldenmütigsten und schönsten bewaffneten Macht der Welt, der Roten Armee und der Roten Seekräfte Rußlands sehen werden, wo sie nicht nur für ihre eigene Emanzipation, sondern auch für die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse der Welt kämpfen werden.

VORSITZENDER: Ich mache darauf aufmerksam, daß es das erste Mal ist, daß sich der Weltkongreß der KI. mit der Negerfrage befaßt, und ich glaube nicht, auf die Wichtigkeit dieser Frage hinweisen zu müssen. Es handelt sich um die Gewinnung einer Rasse, die bisher am meisten unterdrückt worden ist. Es ist von der Negerkommission eine Resolution gefaßt worden, die in ihrer Fassung ziemlich theoretisch erscheint und für die allgemeine Arbeiterklasse und die unteren Schichten der schwarzen Rasse nicht vollständig verständlich ist. Das Präsidium hat daher beschlossen, diese Resolution an dieselbe Kommission zurück zu verweisen, mit der Bestimmung, sie noch einmal abzuändern und in eine klarere Fassung zu bringen.

Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Der Vorschlag des Präsidiums ist also angenommen.

Schluß der Sitzung 4,55 nachmittag.

DREIUNDZWANZIGSTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 25. NOVEMBER 1922.

Inhalt: Die Genossenschaftsbewegung.

Redner: Meschtscherjakow, Lauridan, Henriet, Chintschuk.

Vorsitz: *Marchlewski.*

Eröffnung: 7,10 abends.

MESCHTSCHERJAKOW (Rußland): Die Genossenschaftsbewegung stellt eine der stärksten Formen der Arbeiterbewegung dar, wenn man diese Stärke nicht an der Festigkeit und Disziplinierung der Organisation, sondern an der Anzahl ihrer Mitglieder mißt.

Im allgemeinen wird es keine Übertreibung sein, wenn wir sagen, daß die Genossenschaftsorganisationen der Welt in ihren Reihen nicht nur Millionen, sondern einige zehn Millionen Mitglieder zählen.

Die Genossenschaftsorganisation ist nicht nur eine Organisation, die das Mitglied der Genossenschaft von Zeit zu Zeit aufsucht, um die notwendigen Einkäufe zu machen. Die Genossenschaft ist eine Organisation, die bestrebt ist, ihre eigene Ideologie zu schaffen, ihre ganze Arbeit auf diese Ideologie abzustimmen, diese Ideologie tief im Bewußtsein ihrer Mitglieder zu verwurzeln. Und die von den alten Führern des Genossenschaftswesens hartnäckig vertretene Anschauung, daß das Genossenschaftswesen die „dritte Form der Bewegung" bilde und von den beiden anderen Formen — den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen — vollkommen unabhängig sein müsse, hat dazu geführt, daß im Kopfe eines jeden aktiven Genossenschaftlers ein besonderer „Genossenschaftswinkel" entstand, in dem sie, die alten Führer des Genossenschaftswesens, unumschränkte Herren waren. Aber natürlich kann der menschliche Kopf nicht durch völlig undurchdringliche Scheidewände in mehrere Abteilungen geteilt werden. Die neuen Ideen des Revolutionskampfes drangen auch in diesen geheiligten „Genossenschaftswinkel" ein, aber dieser Prozeß vollzog sich äußerst langsam. Andererseits aber, sozusagen neben der Erscheinung des Ekdosmos fand auch ein Exosmos statt, — die Diffusion ging auch in umgekehrter Richtung vor sich: die tiefeingewurzelten opportunistischen Ideen drangen aus dem Genossenschaftswinkel in die anderen Teile des Arbeiterkopfes ein und infizierten sie mit Opportunismus.

Das Genossenschaftswesen war bisher eine *rein wirtschaftliche* Organisation. Es ist niemals ein Kampforgan des Proletariats gewesen.

Daher genoß das Genossenschaftswesen nicht die Aufmerksamkeit der revolutionären Elemente der Arbeiterklasse, die die fortreißende Kampfarbeit in den politischen Parteien und Gewerkschaften stets mitgezogen hat. Dieser Umstand wurde von den Sozialverrätern jeder Art und Schattierung trefflich ausgenutzt. Da sie bei den revolutionären Elementen des Proletariats nicht auf Widerstand stießen, haben sie sich in den Genossenschaften außerordentlich feste Positionen geschaffen, verfügen frei über ihre Geldmittel und vergiften andererseits ebenso frei von diesem Bollwerk aus das Klassenbewußtsein des Proletariats mit den giftigen Gasen ihrer opportunistischen, sozialverräterischen Ideologie. Zu ihrer Verfügung steht ein Auditorium, das viele Millionen Arbeiter umfaßt.

Alle diese Umstände zeigen deutlich, wie wichtig es für die revolutionären Organisationen des Proletariats ist, die alten Führer des Genossenschaftswesens — diese Verräter an der Sache der Arbeiterklasse — aus ihrem letzten Zufluchtsort zu vertreiben, sich dieses letzten Bollwerks, dieses letzten Stützpunkts der extrem-rechten Opportunisten zu bemächtigen. Andererseits hat die Erfahrung der russischen Revolution deutlich gezeigt, welche gewaltigen Schwierigkeiten sich bei der Organisierung der Volksernährung und des Warenaustausches vor dem Proletariat auftürmen, das die Macht übernommen hat, wenn es sich nicht *vorher* des Genossenschaftswesens bemächtigt hatte. Es muß dann diese Stellung zu einer Zeit erobern, wo alle seine Kräfte darauf gerichtet sein müssen, die Macht festzuhalten und die neue Gesellschaft zu organisieren, während die Genossenschaften ihre Arbeit auf Grund der Aufträge der neuen proletarischen Macht unverzüglich beginnen müßten. Diese Eroberung aber kann nicht auf einen Schlag durchgeführt werden. Es ist unmöglich, den fauligen Morast des alten Genossenschaftswesens in kurzer Zeit von oben bis unten zu reinigen. Viele wichtige Genossenschaftspositionen bleiben noch lange in den Händen der alten Genossenschaftler,— dieser Feinde des Proletariats; sie sabotieren die Arbeit; die Organisierung der Volksernährung und des Warenaustausches wird schlecht durchgeführt; das erregt die Unzufriedenheit der Massen und schwächt die Kräfte der neuen revolutionären Macht.

Alle diese Umstände zeigen deutlich, wie wichtig es für das revolutionäre Proletariat ist, die alten Führer des Genossenschaftswesens — diese Verräter an der Sache der Arbeiterklasse — rechtzeitig, noch vor der Revolution, aus ihrem letzten Schlupfwinkel zu vertreiben, diesen letzten Stützpunkt der extrem rechten Opportunisten rechtzeitig in Besitz zu nehmen.

Die Kommunistische Internationale hat diese Notwendigkeit rechtzeitig begriffen. Schon auf ihrem 3. Kongreß im Sommer 1921 setzte sie die Frage der Arbeit der Kommunisten in der Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung und billigte die über diese Frage vom Referenten vorgelegten Leitsätze.

Diese Leitsätze behandelten hauptsächlich die allgemeinen, sozusagen programmatischen Linien der Arbeit, die die Kommunisten in der Genossenschaftsbewegung zu vollbringen haben. Die Fragen der Taktik und noch mehr als das, — die Fragen der Organisation wurden in diesen Leitsätzen nur ganz im allgemeinen berührt. Die Leitsätze

bestanden hauptsächlich darauf, daß das Genossenschaftswesen aufhören müsse, die „dritte Form der Arbeiterbewegung" zu sein, die von den übrigen Formen vollkommen unabhängig und isoliert ist, daß die Arbeit der revolutionären Genossenschaften sich in engster Weise mit der Arbeit der revolutionären, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats verflechten muß. Die Leitsätze bestanden darauf, daß die alte Losung der opportunistischen Genossenschaften von der angeblichen politischen Neutralität des Genossenschaftswesens aufs entschiedenste verworfen werden muß, denn unter dieser Losung haben die Sozialverräter kühn und völlig anstandslos ihre Politik zur Verwandlung des Genossenschaftswesens in einen Aufwärter der Bourgeoisie durchgeführt. Auf organisatorischem Gebiet bestanden die Leitsätze nur darauf, daß die kommunistischen Genossenschaftler überall ihre Zellen bilden müssen, daß diese Zellen nach Bezirken und im nationalen Ausmaß vereinigt werden müssen und daß die ganze Bewegung geleitet werden muß von der Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale.

Dieser Sektion wurde der Auftrag erteilt, die erste internationale Konferenz kommunistischer Genossenschaftler einzuberufen.

Dieser Beschluß ist von der Sektion ausgeführt worden und am 1. November 1922 trat in Moskau die erste internationale Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler zusammen.

An dieser Konferenz nahmen 36 Vertreter von 20 Ländern mit beratender oder beschließender Stimme teil. Beschließende Stimme hatten die Vertreter Rußlands, der Ukraine, Georgiens, Aserbeidshans, Armeniens, der Republik des Fernen Ostens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Österreichs, Bulgariens, Polens, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Estlands und Litauens, die Vertreter der angelsächsischen Länder und die Mitglieder der Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale. Von den Ländern mit starker Genossenschaftsbewegung waren nicht vertreten die Tschechoslowakei und Belgien. Es fehlte auch ein besonderer Vertreter Englands.

Die Arbeiten der Konferenz dauerten sechs Tage, vom 1. bis 6. November, und zwar wurden täglich zwei Sitzungen abgehalten.

Die Tagesordnung der Konferenz hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Konstituierung der Konferenz.
2. Berichte der Delegierten über den Stand der Genossenschaftsbewegung in ihren Ländern und über die Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften.
3. Kommunismus und Genossenschaftswesen.
4. Taktische Fragen.
5. Organisatorische Fragen.
6. Wahlen.

Aus den Berichten der Delegierten ergab sich, daß die Genossenschaftsbewegung überall eine tiefgehende Krise durchmacht, deren Gründe in der Wirtschaftskrise, in den starken Valutaschwankungen und in der erbitterten Offensive des Kapitals liegen. Unter solchen Umständen wird jede Hilfe seitens eines Genossenschaftswesens, das sich in seinen bisherigen engen Grenzen verschließt, illusorisch. Da die Ge-

nossenschaften ihre alten Arbeitsmethoden auch weiter anwenden, so können sie dem Arbeiter keinerlei wesentliche Hilfe leisten. Der Bankerott des alten Genossenschaftswesens wird sogar von seinen eigenen Führern empfunden, aber sie vermögen keine neuen Arbeitswege aufzufinden. Dies alles schafft einen geeigneten Boden für das Wachstum und die Entwicklung der neuen revolutionären Ideen in der Genossenschaft.

Die Berichte stellten ferner einstimmig fest, daß die kommunistischen Parteien Westeuropas der Genossenschaftsbewegung und der Arbeit der Kommunisten auf diesem Gebiet nur sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet haben. Die Parteipresse gibt diesen Fragen nur schwer und ungern Raum. In vielen Ländern ist der Beschluß des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Bildung von Zellen durch die kommunistischen Genossenschaftler noch bis heute nicht verwirklicht. Die Parteien sondern keine Genossen für die kommunistische Arbeit in der Genossenschaft aus und zeigen nicht das Bestreben, die Leitung dieser Arbeit zu übernehmen. Sie bemühen sich nicht, die Genossenschaften in die politischen und wirtschaftlichen Kampfkampagnen hineinzuziehen, die sie unternehmen. Besonders bittere Klagen kommen aus Frankreich. Dort hat die Kommunistische Partei den Genossenschaften bisher nicht die geringste Aufmerksamkeit geschenkt und den Kommunisten, die auf diesen Gebieten arbeiten, keinerlei Direktiven gegeben. Infolgedessen herrscht unter diesen große Uneinigkeit. Es gibt zwar einen Parteibeschluß, der alle Mitglieder verpflichtet, Genossenschaftler zu werden und auf diesem Gebiete zu arbeiten. Aber dieser Beschluß wird nicht durchgeführt. Wie die Antwort auf unsere Rundfrage bemerkt, „waren die meisten Mitglieder der Kommunistischen Partei nicht Mitglieder von Genossenschaften". „Nur die kommunistischen Arbeiter waren Mitglieder der Genossenschaften", sagt die Antwort an einer anderen Stelle. „Die Kommunistische Partei hat bisher zu den Tendenzen, die unter den aus der Partei hervorgegangenen Genossenschaftlern entstanden sind, noch in gar keiner bestimmten Weise Stellung genommen. Die Partei zeigt kein Bestreben, diese Bewegung unter ihren Einfluß und unter ihre Führung zu bringen. „Die Kommunistische Partei — so klagt die Antwort — hat dem Komitee der kommunistischen Genossenschaftler keinerlei Hilfe erwiesen. Mit Mühe ist es uns gelungen, ganz zu Anfang in der „Humanité" einige Artikel zu veröffentlichen, die unser Vorgehen begründen." Die Früchte einer solchen Politik liegen auf der Hand. Wenn die Kommunistische Partei kein Bestreben zeigt sich den kommunistischen Genossenschaftlern zu nähern, so zahlen die letzteren ihr mit gleicher Münze. Sie bemühen sich nicht darum, von der Partei geleitet zu werden. „Unser Komitee der kommunistischen Genossenschaftler steht in keinerlei offizieller Beziehung zur Kommunistischen Partei, sucht aber freundschaftliche Beziehungen zu ihr zu unterhalten," sagt die Antwort auf die Rundfrage.

Nur „freundschaftliche Beziehungen" zum führenden Stabe der gesamten revolutionären proletarischen Bewegung des Landes. Und dabei besteht eines der wichtigsten, grundlegenden Prinzipien der revolutionären Genossenschaftsbewegung eben in der möglichst engen Annäherung aller Arten der revolutionären Arbeiterbewegung, in ihrer Unterordnung unter einen einheitlichen Willen, eine einheitliche Führung, in der

Arbeit nach einem einheitlichen Plan, in der Hegemonie der Kommunistischen Partei über alle Arten der proletarischen Organisationen. Nur diese Einheitsfront aller Organisationen kann unsere Arbeit erfolgreich gestalten. Es ist nicht verwunderlich, daß bei einer solchen Losgelöstheit der Partei von den kommunistischen Genossenschaftlern sowie der letzteren von der Partei die revolutionäre Genossenschaftsbewegung sich in Frankreich nur schwach entwickelt hat. „Die Partei hat uns bisher noch nicht die Unterstützung erwiesen, die wir erwarten, — sagt die Antwort —, deswegen ist unser Einfluß bedeutend geringer als er sein müßte."

Je weniger Aufmerksamkeit die Partei auf die Arbeit in den Genossenschaften verwendet, um so stärker ist die Uneinigkeit in dieser Arbeit, um so schwerer ist die Einheitlichkeit in ihr zu erreichen. In dieser Hinsicht bietet Frankreich ein trauriges Beispiel. In einem Briefe unserer französischen Genossen lesen wir z. B. folgendes:

„Auf dem Genossenschaftskongresse konnten wir folgende bedauerliche Erscheinung beobachten: sobald jemand von den kommunistischen Genossen gegen den Bericht der Reformisten das Wort ergriff, betrat irgendein anderes Mitglied der Partei zur großen Freude unserer Gegner die Tribüne und forderte ein Vertrauensvotum für die Genossenschaftsführer. Es ergab sich also, daß die meisten Argumente gegen die Äußerungen der Kommunisten von Mitgliedern unserer Partei ausgingen. Bei jeder günstigen Gelegenheit haben die Reformisten, von dem Wunsche beseelt, die Kommunistische Partei zu spalten und zu schwächen, mit Vergnügen die Meinungsverschiedenheiten unter uns hervorgehoben."

Die kommunistischen Parteien müssen dem Genossenschaftswesen überall die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Sonst wird der Mangel an Disziplin unter den kommunistischen Genossenschaftlern sich einwurzeln, zur Gewohnheit werden, und es wird dann nachträglich sehr schwer werden, gegen diese Übel anzukämpfen. Im Kriege müssen alle Stellungen rechtzeitig eingenommen werden. Eine nicht rechtzeitig eingenommene Stellung erfordert späterhin eine Erstürmung unter großen Opfern.

Und die Zeit für den ernsten Kampf der Kommunisten in den Genossenschaften ist bereits gekommen. Die Unzufriedenheit mit den alten Führern, mit der alten Theorie und der alten Praxis der Genossenschaftsbewegung bricht sich überall Bahn. Die Luft ist buchstäblich mit revolutionären Ideen geschwängert. Obgleich die Arbeit der kommunistischen Genossenschaftler in Frankreich sehr chaotisch, sehr schwach, sehr unorganisiert ist, so machen sich selbst dort ihre Erfolge bemerkbar. In einem Bericht unserer französischen Genossen lesen wir z. B. folgendes:

„Die Erfolge unserer Arbeit treten am deutlichsten bei den Abstimmungen unserer Kongresse zutage. Im Jahre 1919 fanden überhaupt keine Abstimmungen statt. Im Jahre 1920 hatten unsere Genossen 21 Mandate von insgesamt 4000; im Jahre 1921 — 51 Mandate von derselben Anzahl; im Jahre 1922 300 Mandate von denselben 4000 Mitgliedern. Jeder Tag führt uns neue Anhänger zu. In der nächsten Zukunft kann man auf glänzende Ergebnisse hoffen."

In einigen Ländern (z. B. in Holland) besteht zwischen den Kommunisten und den Genossenschaften überhaupt keine Verbindung. Von den Vorgängen in der Genossenschaftsbewegung Spaniens, Portugals, Jugoslaviens, Rumäniens, Griechenlands, Lettlands (ich spreche nur von den europäischen Ländern) hat die Sektion nicht die geringste Vorstellung.

Andererseits stellen die Berichte der Delegierten fest, daß überall, wo die Kommunisten und die kommunistischen Parteien der Arbeit in den Genossenschaften auch nur ein wenig Aufmerksamkeit zuwenden, diese Arbeit sehr rasch reiche Früchte trägt. Den ersten Platz in dieser Hinsicht nimmt Deutschland ein. Dort wird eine Reihe erfahrener Genossen zu dieser Arbeit verwandt. In Deutschland haben die kommunistischen Genossenschaftler in den Genossenschaften, deren Mitglieder sie sind, 112 Fraktionen organisiert. Es gibt Genossenschaften, in denen der ganze Vorstand aus Kommunisten besteht, wenn auch die Anzahl solcher Genossenschaften sehr klein ist. Zur Verbindung der Zellen untereinander sind 20 Bezirksvertretungen organisiert worden. Von Zeit zu Zeit finden Bezirkskonferenzen der kommunistischen Genossenschaftler statt (im Jahre 1921 waren es drei, im Jahre 1922 vier); auch Reichskonferenzen werden von Zeit zu Zeit abgehalten. Es gibt eine Zeitschrift „Der Kommunistische Genossenschaftler", die im Dienst der Bewegung steht. Fünf Parteiblätter geben Genossenschaftsbeilagen heraus. Beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei besteht eine Genossenschaftssektion, die allerdings nur über eine sehr geringe Anzahl von Kräften verfügt. Überhaupt kann man sagen, daß die Kommunistische Partei Deutschlands mit der Arbeit in den Genossenschaften begonnen hat, aber es darf nicht verhehlt werden, daß sie bisher auf diesem Gebiet nur wenig tut. In der Antwort auf die Rundfrage heißt es: „Die Genossenschaftsfragen werden von der Partei bisher noch stiefmütterlich behandelt."

Dabei machen sich aber für den Anfang doch große Erfolge der revolutionären Arbeit in den Genossenschaften bemerkbar. Die Zahl der organisierten kommunistischen Genossenschaftler wächst rasch und ebenso wächst auch ihr Interesse für die Arbeit. Das ergibt sich aus der Zahl der Delegierten, die an den Reichskonferenzen teilgenommen haben. Bisher sind drei solche Konferenzen abgehalten worden. An der ersten (im Jahre 1921) nahmen 24 Vertreter aus 16 Bezirken teil. An der zweiten 30 Vertreter aus 21 Bezirken und an der dritten (am 20. August 1922 in Weißenfels) 96 Vertreter, wobei der Bericht hervorhebt, daß diese Zahl bei einer besseren Organisierung der Konferenz noch größer gewesen wäre. Wenn die Kommunistische Partei Deutschlands dieser Bewegung ernste Aufmerksamkeit zuwendet, so werden die glänzenden Ergebnisse dieser Arbeit bald zutage treten.

Ebenso glänzende Aussichten können sich für die Arbeit der Kommunisten in der Tschechoslowakei eröffnen, wenn die kommunistischen Genossenschaftler dort entschlossener an die Arbeit gehen.

Alle diese Berichte aus den verschiedenen Ländern zeigen, daß der 4. Kongreß mit besonderer Eindringlichkeit den Beschluß des 3. Kongresses wiederholen muß, der es als notwendig erklärte, daß die Kommunisten in den Genossenschaften ihre Zellen organisieren und

45*

daß alle Parteiorganisationen dieser Bewegung möglichst große Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Aus dem Referat „Kommunismus und Genossenschaftswesen" und aus den Debatten über dieses Referat hat sich ergeben, daß der 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale in seiner Resolution die grundlegenden Programmlinien in dieser Frage vollkommen richtig vorgezeichnet hat. Die erste internationale Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler hat in dieser Frage keinerlei Verbesserungen oder Ergänzungen vorgenommen. Es hat auch nicht einen einzigen Antrag in dieser Richtung gegeben.

In der Frage der Taktik hat die Konferenz in absolut kategorischer Weise die Notwendigkeit anerkannt, daß die Genossenschaft sich in energischer Weise in den Kampf um alle Fragen einmischt, die von den Genossenschaften oder von den Konsumenten angeschnitten werden. Diesen Kampf müssen sie Schulter an Schulter und im engsten Kontakt mit den kommunistischen Parteien und den Roten Gewerkschaften führen. Besondere Wichtigkeit erhält der Kampf gegen alles, was ein Anwachsen der Teuerung fördert oder ihre Bekämpfung erschwert. Hierher gehört der Kampf gegen jede Erhöhung der Zölle, der Akzisen und indirekten Steuern, der Kampf gegen die Versuche einer Auferlegung von übermäßigen oder speziellen Steuern auf die Genossenschaften, die Forderung der Übergabe der Verteilung aller lebenswichtigen Produkte unter die Bevölkerung ausschließlich an die Konsumgenossenschaften und die Teilnahme der Genossenschaften und ihrer Mitglieder an allen Formen dieses Kampfes. Von besonderer Wichtigkeit, speziell für Deutschland, ist gegenwärtig die Frage einer energischen Kampagne für die Teilnahme der Genossenschaften an dem Kampfe, den die Betriebsräte jetzt so energisch begonnen haben. Die kommunistischen Genossenschaftler müssen in ihren Vereinen und Verbänden eine äußerst energische Kampagne einleiten für die Teilnahme der Genossenschaften an diesem Kampf und am Betriebsrätekongreß.

In Italien besteht die Aufgabe der kommunistischen Genossenschaftler darin, sowohl die städtischen Konsumgenossenschaften als auch die ländlichen Produktivgenossenschaften in den Kampf gegen den Fascismus hineinzuziehen.

Eine ebenso energische Agitation müssen die kommunistischen Genossenschaftler auch in solchen Fragen einleiten, wie das Anwachsen des Militarismus, der eine Erhöhung der Konsumentenbesteuerung notwendig macht, Kriegsgefahren und Interventionsversuche hervorruft usw.

Nur die Praxis eines solchen Kampfes Hand in Hand mit den kommunistischen Parteien und Roten Gewerkschaften wird das Prinzip der politischen Neutralität des Genossenschaftswesens zerstören, das von den alten Genossenschaftsführern tief eingepflanzt worden ist, und wird andererseits auch die Vorstellung zerstören, daß die Genossenschaftsbewegung die völlig unabhängige dritte Form der Arbeiterbewegung bilde. Nur durch die Praxis eines solchen gemeinsamen Kampfes kann die Einheitsfront aller Arten der Arbeiterbewegung und dann auch die völlige Einheit dieser Bewegung geschaffen werden.

Aber damit sind die Aufgaben der Kommunisten in den Genossenschaften noch nicht erschöpft. Sie müssen in ihrer Arbeit auch *rein genossenschaftliche Methoden* anwenden, und zwar müssen sie die Me-

thoden der Genossenschaftsarbeit zu ermitteln suchen, die unter den gegebenen Verhältnissen für die Arbeit der Genossenschaften als Organe der Werktätigen (der Bauern, der Arbeiter und der Handwerker) die besten sind. Hierher gehört z. B. die Frage der Notwendigkeit, auf die Verteilung von Dividenden unter die Genossenschaftsmitglieder zu verzichten und diese Einkünfte zur Erhöhung der Mittel der Genossenschaft durch ihre Abführung in das unteilbare Reservekapital, sowie zur Bildung von besonderen Hilfsfonds für Streikende, für Opfer der kapitalistischen Reaktion, für ausgesperrte Arbeiter zu verwenden. Hierher gehört die Arbeit unter den weiblichen Mitgliedern der Genossenschaft, die Arbeit unter der Jugend, der Kampf gegen das Eindringen des Gildensozialismus in die Genossenschaften usw. usw.

In den Organisationsfragen hat die Konferenz die Grenzen festgelegt, in deren Rahmen die Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften, von der Zelle bis zur Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale, vor sich zu gehen hat. Die Sektion soll aus 20 Vertretern verschiedener Länder bestehen, die auf den internationalen Konferenzen gewählt werden. Für die laufende Arbeit bildet die Sektion ein aus 7 Genossen bestehendes Präsidium.

Die Konferenz hat somit auf Grund des ersten Jahres der Arbeit der Kommunisten in der Genossenschaftsbewegung zwei neue große Schritte vorwärts getan: in der Ausarbeitung der Taktik der Bewegung und in der Ausarbeitung ihrer organisatorischen Formen.

In Ansehung dieser geleisteten Arbeit schlägt die Sektion dem Plenum des 4. Kongresses der Komintern vor, über die Frage der Genossenschaftsbewegung folgende Resolution anzunehmen:

Resolution
des 4. Kongresses der Komintern über die Genossenschaftsbewegung.

Schon in den letzten Jahren vor dem Weltkriege und in noch höherem Grade während dieses Krieges hat das Genossenschaftswesen fast in allen Ländern eine sehr große Entwicklung erfahren und breite Massen der Arbeiter und Bauern in seine Reihen hineingezogen. Die gegenwärtig überall vor sich gehende Offensive des Kapitals veranlaßt die Arbeiter — und insbesondere die Frauen — zu einer noch höheren Einschätzung der Hilfe, die die Konsumgenossenschaften ihnen gewähren können.

Die alten Sozialreformisten haben die Bedeutung der Genossenschaften für die Verwirklichung ihrer Ziele schon längst und sehr gut begriffen. Sie haben sich in den Genossenschaftsorganisationen festgesetzt und von dort aus das Bewußtsein der werktätigen Massen unermüdlich und energisch vergiftet, ja es gelang ihnen sogar bei den revolutionär gesinnten Arbeitern einen Zwiespalt zwischen Bewußtsein und Handeln hervorzurufen. Andererseits schöpfen in einigen Ländern die sozialdemokratischen Parteien, die die Leitung der Genossenschaftsbewegung in Händen haben, aus den Kassen der Genossenschaften eifrig die Geldmittel zur Unterstützung ihrer Parteien und verwirklichen unter der Flagge der politischen Neutralität in Wahrheit die Unterstützung der Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Politik.

Die alten Führer der Genossenschaftsbewegung, die an der Spitze der Genossenschaften stehen, können oder wollen die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und die neuen Aufgaben der Genossenschaften nicht begreifen und keine neuen Arbeitsmethoden für diese ausarbeiten. Indem sie sich hartnäckig weigern, auf ihre geheiligten genossenschaftlichen Prinzipien zu verzichten, untergraben sie sogar die rein wirtschaftliche Arbeit und die Existenz der Genossenschaften, und zugleich damit auch die ganze Genossenschaftsbewegung.

Endlich tun sie auch nichts dazu, um die Genossenschaften auf die Durchführung der gewaltigen und wichtigen Aufgaben vorzubereiten, die ihnen zufallen werden, wenn das Proletariat die Macht ergreift.

Alle diese Umstände veranlassen die Kommunisten, überall ihre ernsteste Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, daß die Genossenschaften den Händen der Sozialreformisten entrissen und aus einem Werkzeug der Lakaien der Bourgeoisie in ein Werkzeug des revolutionären Proletariats umgewandelt werden.

Der 3. Kongreß der Komintern hat die Leitsätze über die Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften geprüft und gebilligt. Gegenwärtig hat die Erfahrung von 1½ Jahren gezeigt, daß diese Leitsätze vollkommen richtig entworfen waren. Der 4. Kongreß der Komintern bestätigt nochmals diese Leitsätze und fordert alle kommunistischen Parteien, Gruppen und Organisationen dringend auf, sich energisch an die Arbeit in den Genossenschaften zu machen, und fordert ebenso die Preßorgane auf, den Fragen der Genossenschaftsbewegung in ihren Spalten ausreichenden Raum zuzuweisen.

Im besonderen und in Entwicklung dieser Leitsätze weist der 4. Kongreß auf folgendes hin:

1. Es ist unbedingt notwendig, daß alle kommunistischen Parteien den Beschluß durchführen, demzufolge alle Parteimitglieder auch Mitglieder von Konsumgenossenschaften sein und in diesen Organisationen kommunistische Arbeit leisten müssen. Die kommunistischen Genossenschaftler müssen in jeder genossenschaftlichen Organisation eine geheime oder öffentliche kommunistische Zelle bilden. Alle diese Zellen müssen zu Bezirksorganisationen, und diese letzteren zu einer gesamtnationalen Organisation verbunden sein, an deren Spitze eine besondere Genossenschaftssektion, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei des betreffenden Landes stehen muß. Die gesamte Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften muß auf Grund der strengsten Disziplin durchgeführt werden, unter der Leitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Die Aufgabe dieser Zellen besteht darin, eine Verbindung mit den breiten Massen der Arbeitsgenossenschaftler herzustellen, unter ihnen nicht nur an den Prinzipien, sondern insbesondere auch an der Praxis der alten Genossenschaftsbewegung Kritik zu üben und alle unzufriedenen Massen unter ihrem Einfluß zu organisieren, um in den Genossenschaften eine Einheitsfront gegen das Kapital und gegen den kapitalistischen Staat zu bilden. Alle nationalen Vereinigungen der kommunistischen Genossenschaftler müssen durch die Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale eng mit dieser letzteren verknüpft sein.

Gleichzeitig aber dürfen die kommunistischen Genossenschaftler keinesfalls eine Loslösung der revolutionären oder oppositionellen Ge-



nossenschaftler von der genossenschaftlichen Gemeinschaft oder eine Spaltung der letzteren anstreben, denn das würde nur zur Verringerung der Kräfte des Genossenschaftswesens und zur Unterbrechung des Kontakts der revolutionären Genossenschaftler mit den breiten Arbeitermassen führen. Aus denselben Gründen darf auch die Loslösung der nationalen Genossenschaftsverbände vom Internationalen Genossenschaftsbund nicht angestrebt werden. Im Gegenteil, die Kommunisten müssen verlangen, daß alle nationalen Verbände, in denen die Kommunisten die Mehrheit bilden, und die noch nicht Mitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes sind, in diesen eintreten und aufgenommen werden.

2. Sowohl die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien, als auch alle kommunistischen Genossenschaftler müssen mit äußerster Energie den Kampf gegen die genossenschaftlichen Illusionen aufnehmen, die darin bestehen, daß die Genossenschaften allein, aus eigener Kraft imstande sind, die sozialistische Ordnung durch langsames Hineinwachsen in den Sozialismus und ohne Machtergreifung durch das Proletariat zu verwirklichen, oder daß sie imstande sind durch die Anwendung der alten Methoden die Lage der Arbeiterklasse wesentlich zu verbessern. Ein ebenso energischer Kampf muß gegen das Prinzip der angeblichen politischen Neutralität des Genossenschaftswesens geführt werden, hinter dem sich in Wirklichkeit eine offene und versteckte Unterstützung der Politik der Bourgeoisie und ihrer Diener verbirgt. Dieser Kampf darf nicht nur in der theoretischen Propaganda seinen Ausdruck finden, sondern muß auch in der Heranziehung der Genossenschaften zu dem wirtschaftlichen und politischen Kampf, den die politischen Parteien und Roten Gewerkschaften gegenwärtig zum Schutz der Interessen der Werktätigen führen, bestehen. Hierher gehört z. B. der Kampf gegen eine Erhöhung der Steuern, insbesondere der indirekten Steuern, die den Konsumenten treffen; der Kampf gegen eine spezielle oder drückende Besteuerung der Genossenschaften oder ihres Umsatzes; der Kampf gegen die Teuerung; die Forderung, daß die gesamte Verteilung der lebenswichtigen Produkte an die Konsumgenossenschaften der Arbeiter übergehen muß; der Kampf gegen den Militarismus, der zur Steigerung der Staatsausgaben und folglich zur Erhöhung der Steuern führt, der Kampf gegen die wahnwitzige Finanzpolitik der imperialistischen Staaten, die den Sturz der Valuta hervorruft; der Kampf gegen den Fascismus, der überall sein Haupt erhebt und die Genossenschaften schonungslos zerstört; der Kampf gegen einen drohenden neuen Krieg; der Kampf gegen die Intervention, der Kampf für Handelsverträge mit Sowjetrußland usw. Die kommunistischen Genossenschaftler müssen bestrebt sein, ihre Organisationen Schulter an Schulter mit den kommunistischen Parteien und den Roten Gewerkschaften in diesen Kampf hineinzuziehen und dadurch eine proletarische Einheitsfront zu schaffen. Die kommunistischen Genossenschaftler müssen fordern, daß ihre Organisationen den Opfern des kapitalistischen Terrors, den streikenden und ausgesperrten Arbeitern usw., Hilfe leisten. Die kommunistischen Genossenschaftler müssen energisch darauf bestehen, daß die Genossenschaften eine revolutionäre Aufklärungsarbeit großen Stils führen, und müssen diese Arbeit in ihre Hände nehmen.

3. Neben dieser energischen Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Kampf des revolutionären Proletariats müssen die kommunistischen Genossenschaftler in ihren Organisationen eine rein genossenschaftliche Arbeit leisten, um der letzteren den Charakter zu verleihen, den die neuen Aufgaben des Proletariats erfordern. Die Vereinigung kleiner Konsumgenossenschaften zu großen, die Abkehr vom alten, die Genossenschaften schwächenden Prinzip der Gewinnverteilung und die Verwendung der Überschüsse zur Stärkung der Kräfte des Genossenschaftswesens; die Bildung eines Spezialfonds zur Unterstützung der Streikenden aus den Überschüssen; der Schutz der Interessen der Genossenschaftsangestellten; der Kampf gegen einen Bankkredit, der für die Genossenschaften gefährlich sein könnte, usw. Falls eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge erforderlich ist, müssen die Kommunisten fordern, daß die Arbeiter, die diese Zahlungen nicht leisten können, nicht aus den Genossenschaften ausgeschlossen werden dürfen, und daß für die unbemittelten Arbeiter Zahlungserleichterungen eingeführt werden.

Die Zellen der kommunistischen Genossenschaftler müssen ihre Arbeit auch möglichst eng mit der Arbeit der proletarischen Frauenorganisationen und mit den Verbänden der kommunistischen Jugend verknüpfen, um mit gemeinsamen Kräften unter den Arbeiterinnen und unter der Jugend eine von kommunistischen Prinzipien durchdrungene Genossenschaftspropaganda zu treiben. Ebenso ist es notwendig, mit aller Energie den Kampf gegen die Genossenschaftsbürokratie aufzunehmen, die die Losung der Demokratie als Deckmantel benutzt, aber dieses Prinzip zur hohlen Phrase herabgewürdigt hat und in Wirklichkeit willkürlich und unkontrolliert in den Genossenschaften wirtschaftet, die Einberufung von Hauptversammlungen vermeidet und mit dem Willen der Arbeitermassen, die zu den genossenschaftlichen Organisationen gehören, in keiner Weise rechnet. Endlich ist es notwendig, daß die Zellen der kommunistischen Genossenschaftler ihre Mitglieder, auch Frauen nicht ausgenommen, in die Vorstände und Kontrollorgane der Genossenschaften hineinbringen und andere Maßregeln ergreifen, um den Kommunisten die Kenntnisse und Gewohnheiten zu vermitteln, die zur Leitung der Genossenschaften erforderlich sind.

LAURIDAN (Frankreich): Die in dem uns vorgelegten Vorschlag erwähnten Thesen und die Resolution des 3. Kongresses haben die Genossenschaftsfrage in einer Art und Weise behandelt, die mir viel zu allgemein erscheint.

Die Kritik hatte Berichtigungen vorzunehmen, die, wie mir scheint, nicht vom Westen nach Moskau gelangt sind. Gen. Meschtscherjakow klagte soeben darüber, daß man besonders in Frankreich in den Genossenschaften keine entsprechende Arbeit geleistet habe. Andererseits bezieht sich der Bericht, den uns Gen. Meschtscherjakow hier vorgelegt hat, hauptsächlich auf die Konsumgenossenschaften.

Zweifellos stimme ich mit dem Berichterstatter über die Bedeutung der Rolle der Konsumgenossenschaften überein und ich möchte, daß man dieser Frage morgen die ganze ihr gebührende Aufmerksamkeit widmet, weil eine sehr große Gefahr besteht, und zwar die, daß die Genossenschaften jedem Zweck dienstbar gemacht werden.

Als Guesde im Jahre 1876 aus der Verbannung heimkehrte, begegnete er in einer Konferenz der Genossenschaftler einer derart neutralistischen Stimmung, daß, als für die Streikenden von Monceau les Mines eine Unterstützung verlangt wurde, ein Mitglied des Genossenschaftsrates, Chabert, dagegen Stellung nahm und im Namen der politischen Neutralität die Verweigerung der verlangten Unterstützung erwirkte.

Dieser politischen Neutralität bediente sich die Politik der Arbeitgeber und die christliche Politik, um den Versuch zu unternehmen, die Arbeitergenossenschaften zu bekämpfen. Ein Arbeitgeber von Roubaix, namens Motte, sagte eines Tages demselben Jules Guesde, der im Norden den Genossenschaftsgedanken verbreitet und in Roubaix die erste Arbeitergenossenschaft gegründet hatte, daß die Arbeitergenossenschaft nicht mehr und nicht weniger wäre, als die „Milchkuh" der Revolutionäre.

Die Vorsicht gebietet also, das Genossenschaftswesen sehr genau zu überwachen, und es wäre ein grundlegender Fehler unsererseits, wenn wir zu dem Glauben gelangen würden, daß das Genossenschaftswesen die Elemente der neuen Gesellschaft vorbereiten könne. Das materielle Element, das persönliche Element wird nicht durch die Genossenschaft, sondern durch den Kapitalismus selbst, durch die Konzentration vorbereitet.

Guesde hatte eine prachtvolle Definition: „Den Arbeitern genügt der Kommunismus der Werkstätten." Es ist also selbstverständlich, daß man einerseits alles, was die Genossenschaften machen, genau beachten muß, ihnen jedoch andererseits nur eine relative Bedeutung beimessen darf; wir müssen darauf hinsteuern, daß diese Genossenschaften dem im Kampf stehenden Proletariat Asyle gewähren und vor allem Munition liefern. In Nordfrankreich haben alle Genossenschaften Volkshäuser für die Arbeiterorganisationen gegründet; sie verteilen Streikunterstützungen und Arbeitslosenunterstützungen. Manche Genossenschaften widmen der Partei direkte oder indirekte Subventionen.

Wir können dies durch eine typische Formel ausdrücken: Die Genossenschaft muß heute eine Hilfskraft der Partei sein, sie wird morgen die Hilfskraft der proletarischen Macht sein müssen.

Deshalb ist es notwendig, ist es unerläßlich, daß die Kommunisten die Genossenschaften im Sturm nehmen. Ich sprach soeben von der Tradition des Nordens und vom Pas-de-Calais. Es gibt dort zahlreiche Genossenschaften, eine ähnliche Genossenschaftsbewegung, wie sie in Belgien vorhanden ist. Nach der Spaltung von Tours wollte die Sozialistische Partei die Kommunisten aus den Genossenschaften ausschließen.

In manchen Genossenschaften haben die Kommunisten die Mehrheit, so z. B. in Tourcoing, einer Stadt mit 60 000 Einwohnern, in Halluin, einer Stadt, der man in Frankreich den Namen „Rotes Halluin" beigelegt hat, in Marco, in Baroul, in Solesmes; in Roubaix sind die Kommunisten jedoch in der Minderheit. Den Dissidenten ist es durch eine Reihe von unbeschreiblichen Manövern gelungen, die Kommunisten aus den Genossenschaften auszuschließen.

Die Kommunisten gingen daran, gegenüber der Genossenschaft der Dissidenten eine andere Genossenschaft zu gründen. Diese proletarische Genossenschaft von Raubaix, die seit einem Jahr besteht, hat während

der ersten sechs Monate ihres Bestandes einen Umsatz von 500 000 Francs erzielt. Sie besitzt Immobilien im Flächenraum von 1000 qm, Backöfen, einen Kohlenladen am Kanal, ein Kaffeehaus, Versammlungssäle, Musiksäle usw.

Diese offenkundigen Erfolge spornen die Kommunisten der übrigen Gegenden und auch der übrigen Städte des Nordens an, diesem Beispiel zu folgen.

Man geht von dem Prinzip aus, daß man den Reformisten, den Dissidenten kein Geld geben darf, und von diesem Prinzip ausgehend, reden die Kommunisten in den Genossenschaften der Dissidenten der politischen Neutralität das Wort. Ich weiß wohl, daß es den Kommunisten peinlich ist, den Dissidenten Geld zu geben und die sozialdemokratische Partei zu subventionieren. Ist aber diese Geste auch peinlich, so ist die Antwort, die an die Neutralität der Genossenschaften appelliert, ein gewaltiger Irrtum. Es handelt sich nicht darum, das Prinzip der Subvention, sondern jene Partei anzugreifen, die diese Subvention bezieht; wir müssen die Subventionierung der echten Arbeiterpartei, d. h. der Kommunistischen Partei fordern.

Ich empfehle der Aufmerksamkeit des Berichterstatters diese isolierte kommunistische Genossenschaft im Norden, die morgen die Bedeutung eines Symbols annehmen und eine ganze Spaltungsbewegung in den Genossenschaften hervorrufen kann. Die Einheit, das ist die Losung.

Selbstverständlich sind die Kommunisten von Roubaix verpflichtet, diese Kommunistische Genossenschaft von Roubaix zu unterstützen, nichtsdestoweniger müssen sie mit allen möglichen Mitteln die Aufnahme dieser Genossenschaft in den Genossenschaftsverband Frankreichs anstreben.

Ich hoffe, daß die französischen Genossen, sowie auch alle anderen Genossen die Aufnahme unserer kommunistischen Genossen von Roubaix unterstützen werden.

Wo es jedoch Gruppen von Ausgeschlossenen gibt, muß man ihre Wiederaufnahme in die Genossenschaften erzwingen, gleichzeitig jedoch auch für die materiellen Mittel zur Errichtung einer Genossenschaft sorgen, wie sie in Roubaix zustande kam, als die Mittel zur Versöhnung erschöpft waren.

Soviel über die Konsumgenossenschaften, über die übrigens der Bericht schwungvoll und in vollständiger Weise gesprochen hat. Es gibt aber auch andere Genossenschaftsformen. Da sind besonders die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ich spreche hier nicht von den Gewerkschaften der Landarbeiter, die ja im Grunde genommen ebenso Lohnarbeiter sind wie die Industriearbeiter, ich spreche hier von den Syndikaten der Kleinpächter, der Teilpächter, die sich zuweilen mit den Kleingrundbesitzern vereinigen.

Darf man der Gründung dieser Gewerkschaften entgegentreten? Muß man in diesen bäuerlichen Kleingrundbesitzern nicht den für sich selbst arbeitenden Arbeiter erblicken? Müssen wir nicht im Gegenteil versuchen, diese Bauern in die Syndikate hineinzuführen, die regelrechte Genossenschaften für gemeinsamen Kauf und Verkauf sind?

Der Eintritt in die Genossenschaften ist eine Notwendigkeit, und zwar nicht nur deshalb, weil die Genossenschaften bei der Soziali-



sierung des Bodens behilflich sein können — hieran denkt niemand —, sondern weil man während der Zusammenarbeit in das individualistische Denken der Bauern die Idee einer neuen Gesellschaft einführen kann, die den Individualismus aus der heutigen Gesellschaft entfernt.

Es ist dies ein Mittel des Eindringens, der Erziehung, das die Bauern mit der Idee vertraut macht, daß der Kommunismus jedem einzelnen Menschen jenen Teil verschafft, auf den er in der Kollektivität und besonders unter der Herrschaft der Kollektivität Anspruch hat.

Es gibt auch Produktivgenossenschaften, von denen man gar nicht oder nur wenig spricht.

Der 5. Kongreß, der im nächsten Jahr abzuhaltende Kongreß, wird an diesen delikaten und zugleich gefährlichen Punkt herantreten müssen. Es liegt mir fern, die Produktivgenossenschaften zu verteidigen, über die auch ich nur wiederholen kann, daß man gar nicht daran denken kann, aus ihnen etwas anderes zu machen, als einen Kapitalismus im Kapitalismus. Wenn wir aber angesichts der Gefahr die Augen schließen, so ist das noch keine Lösung.

Die Genossen vom Norden sind an diese Frage der Produktivgenossenschaften herangetreten und sind in dieser Frage sogar weitergegangen: Sie haben die *Gründung von Banken* der kollektiven Arbeit ins Auge gefaßt, die die Ersparnisse der Arbeiter aufsaugen und das Geld der Arbeiter sammeln würden, damit diese es nicht dem Kapitalismus oder dem antiproletarischen Staat übergeben müssen.

Das Studium dieser Frage ist der Anfang der Gefahr und die Durchführung ist die Gefahr selbst. Die Arbeiter haben Produktivgenossenschaften gegründet. In Tourcoing besteht eine Weberei: „Die Arbeitersolidarität". Es ist dies eine Produktivgenossenschaft, die seit vielen Jahren funktioniert. Ich weise auf diese eine hin, die isoliert dasteht, während es außerdem eine ganze Anzahl von Genossenschaften gibt, die in unseren verwüsteten Gebieten als Wiederaufbaugenossenschaften dienen.

Diese Wiederaufbaugenossenschaften — die wir nicht vermeiden konnten, die wir funktionieren lassen mußten —, diese Wiederaufbaugenossenschaften haben den Gedanken der „Gilden" gezeitigt. Diese Gilden wurden heute von der „Ustica", dem „Gewerkschaftsverband der industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Techniker" verteidigt.

Diese Gilden wurden zugleich vom revolutionären Bauarbeiterverband studiert. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Kommunistische Partei eine Meinung hierüber bildet und daß die Kommunistische Internationale sagt, wie sie über diese Gilden denkt und zu welchem Resultat sie in Frankreich und anderswo führen können.

Von den Wiederaufbaugenossenschaften führt nur ein ganz kleiner Schritt zu der Instandhaltungsgenossenschaft, in der sich die Kleinbürger vereinigen werden. Wenn man in Betracht zieht, daß die Arbeiter — sei es infolge des Gesetzes über die billigen Wohnungen, sei es auf anderem Wege — zu Kleinbesitzern geworden sind, müssen wir zu dem Schluß gelangen, daß es unser Interesse ist, sie an unserer Seite zu haben und sie nicht gegen uns zu wenden. Übrigens interessieren sich alle Arbeiter, ohne Rücksicht darauf, ob sie Kleinbesitzer

sind oder nicht, für das Wohnungsproblem, das immer dringender wird, so daß in Frankreich die Mieterverbände bedeutende Erfolge erzielen. Es ist dies ein Tätigkeitsfeld, das wir nicht den Gegnern überlassen dürfen. Man muß über die Sozialisierung der Wohnungen sprechen; man muß eine Formel finden, die die Arbeitermieter davon abhält, sich gegen die Arbeiter zu wenden, die kleine Häuschen besitzen. Diese Formel wird den Kleinbesitzern zeigen, daß der Kapitalismus für sie keinerlei Gnade empfinden wird und daß die zur Instandhaltungsgenossenschaft gewordene Wiederaufbaugenossenschaft von der Bourgeoisie im Namen der angeblichen Interessen dieser Kleinbesitzer, die fast durchwegs Arbeiter sind, mit Leichtigkeit ausgebeutet werden wird.

Es ist selbstverständlich, daß die erste Aufgabe des Kommunismus in allen Ländern, ganz besonders aber in Frankreich, darin besteht, den Quellen der Revolution ihre Reinheit wiederzugeben, indem wir dem Industrieproletariat jene Bedeutung beimessen und jene Aufmerksamkeit widmen, die diesem Proletariat gebührt. Diese Aufgabe erfordert jedoch auch die Neutralisierung jener Elemente, die der Sache der Gegenrevolution dienen könnten.

Deshalb wollte ich dem Bericht des Gen. Meschtscherjakow einige praktische Bemerkungen beifügen und deshalb sage ich mit ihm, daß wir auf das Gebiet des Genossenschaftswesens mit unserem kommunistischen Stolz auch unsere glühende Kampfeslust, unsere theoretische Wachsamkeit und unseren revolutionären Glauben hinübertragen müssen. (Beifall.)

HENRIET (Frankreich): Genossen, auf der Genossenschaftskonferenz, die vor diesem Kongreß in Moskau abgehalten wurde, stimmten wir darin überein, daß wir während dieses Kongresses in keine Diskussionen eintreten wollten, da wir sehr wohl wußten, daß unsere kommunistischen Genossen sich für das Genossenschaftswesen nicht allzusehr interessieren, und daß daher in hohem Maße die Möglichkeit besteht, daß wir, wenn die Diskussion sich in die Länge zieht, vor leeren Bänken sprechen werden.

Wir sind nicht sehr stolz darauf, da dem aber so ist, können wir darüber nicht schweigend hinweggehen.

Auch wir dachten, daß wir den Kongreß nicht mit den Produktivgenossenschaften beschäftigen würden. Das Problem ist äußerst kompliziert und außerdem stimmten wir so ziemlich darin überein, daß die Produktivgenossenschaften unter der Herrschaft des Kapitalismus sich der Arbeiter, die sich ihnen widmen, derart bemächtigen, daß sie für die revolutionäre Aktion vollkommen neutralisiert werden.

Damit sich eine Produktivgenossenschaft entwickeln kann, bedarf sie dreier Dinge:

1. Eines genügenden Kapitals.
2. Techniker und erfahrener Verwalter.
3. Eines Absatzgebietes für die Produkte.

Diese drei Bedingungen sind jedoch in den Produktivgenossenschaften, die die Arbeiter unter der kapitalistischen Herrschaft organisieren, äußerst selten aufzufinden.

Im allgemeinen fehlt es vor allem an Kapital. Man ist gezwungen, zu Subventionen oder Anleihen bei Kapitalisten Zuflucht zu nehmen,

in deren Folge man unter die Herrschaft, in die Gewalt entweder der bürgerlichen Regierungen gerät, die die Produktivgenossenschaften subventionieren, um sie in ihren Dienst zu stellen, oder der Kapitalisten, die, sobald die Technik oder die Verwaltung mangelhaft ist, von einem Tag auf den anderen ihrerseits zu Eigentümern der Produktivgenossenschaft werden.

Es besteht also eine große Schwierigkeit schon hinsichtlich der Geldmittel selbst, also des unter der kapitalistischen Herrschaft wichtigsten Dinges, um die Organisation von Produktivgenossenschaften für Kommunisten überhaupt möglich zu machen.

Eine andere Schwierigkeit liegt in der Technik und der Verwaltung; die Tatsache an und für sich, daß man eine Gesellschaft gründet, bedeutet noch nicht, daß man über alle erforderlichen administrativen und technischen Eigenschaften verfügt. Außerdem kann man auch sagen, daß der Absatz der Produkte unter der kapitalistischen Herrschaft durchaus nicht gesichert ist, da die Genossenschaften, die an das kapitalistische System gebunden sind, genau so wie dieses System, Krisen der Überproduktion oder der Unterproduktion durchzumachen haben, denen sie nicht entgehen können. In Wirklichkeit können sie sich nur entwickeln, wenn sie sich mit dem kapitalistischen System vollständig vereinigen. Unter solchen Umständen sind jene Genossen, die sich damit beschäftigen, für die Sache der Revolution fast vollständig verloren.

In unserer so verworrenen Epoche, in der wir immer ernsteren Krisen gegenüberstehen, ersuche ich die kommunistischen Genossen, sich die Sache wohl zu überlegen, bevor sie die Gründung einer derartigen Organisation unternehmen. Die Lage ist nicht mehr dieselbe, wie sie früher war, als das kapitalistische System noch gesichert zu sein schien. Im Gegenteil, heute muß jeder Kommunist bemüht sein, nichts zu unternehmen, was seinen Schwung hemmen könnte, was seine eigene Freiheit auf dem Gebiete der Propaganda und der kommunistischen Aktion beeinträchtigen könnte.

Es wurde soeben über die Gilden gesprochen. Ich halte es für wichtig, unsere Genossen zu warnen, daß diese Gilden nichts anderes darstellen als gewöhnliche Produktivgesellschaften mit dem Unterschied, daß ihre Statuten nicht die Verteilung des Gewinns unter ihren Aktionären vorsehen und daß sie sehr häufig die Arbeitergewerkschaften selbst in ihren Bannkreis ziehen. Unter solchen Umständen verdoppeln sich die von mir soeben bezeichneten schlimmen Folgen, und zwar infolge der Tatsache, daß die Gewerkschaften — und sogar die revolutionärsten, über die soeben gesprochen wurde — an die reformistischste Form herangezogen werden, und das in dem Glauben, daß man unter dem kapitalistischen System etwas Dauerhaftes, etwas Ernstes, etwas Nützliches leisten könne. (Zwischenruf LAURIDAN: Warum haben Sie das nicht im Bericht gesagt? Da das Ihre Ansicht ist, war es bloß notwendig, daß Sie sie heraussagen.) Wir sagten im Bericht, daß wir die Genossen vor den Produktivgesellschaften, die sich „Gilden" nennen, warnen. Wir wollten hierüber aus denselben Gründen, die ich soeben bezeichnet habe, nicht ausführlicher sprechen. (LAURIDAN: Die Gefahr ist da; sie stecken den Kopf in den Sand wie

der Vogel Strauß.) Lauridan hat vollkommen recht. Die Gefahr ist groß für ihn, jedoch nicht für die kommunistischen Genossenschaftler.

Seit 70 Jahren besteht in der Arbeiterklasse die Tendenz, sich vom Kapitalismus zu befreien. Man hat verschiedene Systeme versucht, man hat das System Proudhons, das System Buchers versucht, die die Arbeiterklasse dazu zu veranlassen suchten, sich in Produktivgesellschaften zu organisieren. Bis zu unserem Arbeiterkongreß im Jahre 1879 sprach man in Frankreich bloß von Produktivgesellschaften. Es schien, daß die Gewerkschaften nicht dazu geschaffen wurden, um die Arbeiterklasse im Klassenkampf zu schützen, sondern einzig und allein dazu, bei der Gründung von Produktivgenossenschaften als Kern zu dienen.

Die ersten Produktivgenossenschaften wurden in der Zeit zwischen 1840 und 1848 gegründet. Im Jahre 1848 sind dank einer Subvention der Provisorischen Regierung überall in Frankreich Produktivgesellschaften eröffnet worden. Während der ganzen Dauer des Kaiserreiches, also von 1848 bis 1870 hat das System Proudhons, die „Gegenseitigkeit" geblüht. In jener Epoche wurden mehrere tausend Gesellschaften gegründet und heute sind sie fast alle tot.

Die wenigen Überlebenden wurden jenen Gesellschaften gleich, die noch vom Jahre 1848 her bestehen; die Gesellschaft der Pariser Brillenmacher ist die schlimmste kapitalistische Gesellschaft.

Das ist ein triftiger Grund.

Seither wurde nach dem Arbeiterkongreß von 1879 eine Organisation der Produktivgenossenschaften in Frankreich geschaffen, die den Namen Konsultativkammer der Arbeiterproduktivgesellschaften trägt und die ungefähr 150 solcher Gesellschaften umfaßt. Man kann füglich sagen, das keine einzige am Leben geblieben wäre, wenn ihnen nicht der Staat seine Subventionen hätte angedeihen lassen und wenn sie nicht Begünstigungen bei den Unternehmungen der Verwaltungsbehörden und der Stadt Paris genossen hätten.

Die Tatsachen entscheiden daher diese Frage, so daß es nicht zweckentsprechend ist, darüber weiter zu verhandeln, denn diese 70jährige Erfahrung, die für Frankreich keine spezielle Erfahrung ist, sondern auch in England besteht, wo dem System Robert Owens ebenfalls die Organisierung von Produktivgesellschaften zugrunde lag, — dieses System hat vollkommen versagt. Jenes, das man heute zu erneuern versucht und das von unseren Genossen von der Ustica propagiert wird, beruht auf denselben Grundsätzen; unter dem Vorwand, daß sich dies in der Theorie machen läßt, versuchen unsere Genossen auf Grund gewisser Lehren, die sie sich in Deutschland angeeignet haben, die Verwirklichung dieser Grundsätze.

Was sie aber nicht sagen, was sie niemals sagen, das ist die Tatsache, daß die in der Form der Gilden in Deutschland organisierten Produktivgenossenschaften, wenn sie der deutschen Kleinbürgerklasse gewisse Dienste erwiesen haben, nur dank der augenblicklichen Lage in gewissem Maße gewinnbringend waren, welche Lage durch die achtjährige Pause im Baugewerbe geschaffen wurde. Es mußte unverzüglich die Möglichkeit zur Unterbringung der überreichlichen Bevölkerung gefunden werden. Sobald jedoch wieder normale Verhältnisse eintreten, werden die famosen Gewinne der deutschen Gilden genau so sinken, wie die Gewinne der kapitalistischen Gesellschaften, mit denen sie zu

konkurrieren haben werden. Gen. Beatrice Webb, die die englischen Genossenschaften studiert hat, hat gezeigt, wie sie unter gewissen Umständen nacheinander in die Hände der Kapitalisten fielen oder vollkommen verschwanden und eine tötliche Enttäuschung für die Arbeiterklasse und für den Klassenkampf hinterließen.

Die Bourgeoisie nahm diese Theorie an, denn wenn man sich in sie vertieft, wird man sich bewußt, daß das Genossenschaftswesen, das mit dem Kapitalismus den Wettkampf aufnehmen muß, nicht zu jenem Resultat gelangen kann, das Charles Gide verkündet, und daß, wenn diese Theorie die Illusion der Arbeiterklasse während 25, 30, 40 oder 50 Jahren nährt, dies bloß eine der kapitalistischen Gesellschaft gewährte Frist bedeutet. Diesen Traum Charles Gides haben unsere ehemaligen reformistischen Genossen vom Genossenschaftsverband wieder aufgenommen.

Die kommunistischen Genossen dürfen also diesen Weg nicht beschreiten, ohne erst den Erfahrungen, den Tatsachen Rechnung zu tragen. Ich habe nicht nur zu diesem Gegenstand, sondern auch zur sozialen Rolle des Genossenschaftswesens das Wort ergriffen. Lauridan sagte soeben, immer noch nach der Theorie von Jules Guesde, daß die Genossenschaften keinen sozialen Wert haben, höchstens den, daß sie ihren Mitgliedern eine gewisse kollektive soziale Erziehung geben, oder der Partei und der revolutionären Aktion eine gewisse Stütze bieten. Ich bin nicht dieser Ansicht und glaube, daß das Genossenschaftswesen eine ungeheure Macht in der sozialen Revolution ist; ich bin nicht Genossenschaftler, ich bekenne mich nicht zu den Lehren Charles Gides, der in einem großartigen Traum sämtliche Kapitalisten und sämtliche Arbeiter in Konsumgenossenschaften vereinigen und nach und nach, mit Hilfe der in diesen Gesellschaften angehäuften Kapitalien die Welt umgestalten und die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen der Produktion und dem Konsum beseitigen, kurzum eine kommunistische Gesellschaft schaffen zu können glaubte.

Der Traum Charles Gides war ein schöner Traum, er war jedoch nichts anderes als ein Traum.

Im Jahre 1910, als die Sozialistische Partei Frankreichs beschloß, in das Genossenschaftswesen einzutreten und diesen Beschluß mit einigen revolutionären Phrasen umgab, wurde wieder nur die These Charles Gides angenommen. Wenn sich die Sozialistische Partei selbst darum auch nicht viel kümmerte, so gab es Genossen, die seither erkannten, von welcher Wichtigkeit es ist, in die Konsumgenossenschaften einzutreten, und die in diese Genossenschaften tatsächlich auch eintraten und dort heute die eifrigsten Verfechter der Thesen Charles Gides sind. Sie fordern die politische Neutralität und schläfern die Arbeiterklasse ein.

(Zwischenruf LAURIDAN: Auch Du! Du sagst, wie es scheint, soeben, daß die Partei in den Genossenschaften nichts zu suchen habe, daß Du die Ideen Gides nicht teilst und daß Du in den Genossenschaften nicht die Möglichkeit dafür siehst, der Partei Munition zu liefern. Wir müssen uns über diesen Punkt verständigen.)

HENRIET: Ich sage, daß die Genossen in unserer alten Partei erkannten, wie wichtig es sei, in das Genossenchaftswesen einzu-

dringen, und zwar nicht, um der Subsidien der Partei willen, was ja übrigens den Genossenschaften nicht untersagt ist, sondern, um sich abseits der politischen Kämpfe, der Krisen, der Stürme, die in unseren politischen Gruppen an der Tagesordnung sind, eine angenehme, ruhige Stellung zu verschaffen und immer an einem gedeckten Tisch sitzen zu können.

Andererseits hatten während des Krieges, nach dem allgemeinen Verrat, diejenigen, die sich in den Genossenschaften befanden, es nicht nötig zu versuchen, den Wert des Genossenschaftswesens zu erfassen, um sich sämtlicher führender Posten der Genossenschaften zu bemächtigen, da sie ihrerseits sehr wohl fühlten, daß das Genossenschaftswesen ihnen beträchtliche Subsidien liefern konnte, und so betrieben sie unter dem Deckmantel der politischen Neutralität mit den von den Genossenschaften — sogar den kommunistischen Genossenschaften — gelieferten Subsidien in aller Ruhe die Politik der Dissidenten, der Sozialdemokraten, die Politik der Reaktion. In Frankreich hat der Nationalverband, dem die Genossenschaftler einen Beitrag von 336 000 Francs zuwenden, ein Blatt, das in 150 000 Exemplaren erscheint. „Dieses Blatt wird von den Genossenschaften bezogen und verfolgt ausschließlich die Politik der unbedingt reaktionären Reformisten und Neutralisten, obwohl auch die Kommunisten zu den Auslagen beitragen. So macht man also, indem man sich die allgemeine Lage des Genossenschaftswesens und sogar die von Jules Guesde verkündeten Ideen zunutze macht, eine reaktionäre Politik, wenn auch nicht direkt, so doch in verdeckter Form. In den Genossenschaften, denen wir angehören, stellt sich uns dieselbe Frage in derselben Form entgegen.

Wir sind in diesen Genossenschaften nicht einig. In den Generalversammlungen herrscht selten Einmütigkeit, wir sind jedoch einmütig darin, daß wir Propaganda machen, daß wir die Gewinne dem Entwicklungsfonds, dem Fonds für soziale Solidarität oder der kommunistischen Propaganda widmen, und diese Propaganda gestattet uns, in jeder Hinsicht die kommunistischen Prinzipien zu entfalten und gleichzeitig auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu verbleiben.

Das ist jedoch nur eine Seite der Frage. Wenn es sich bloß darum handeln würde, der Partei Subsidien zu geben, würde dies nicht genügen, da die Genossenschaft auch ihre Gefahren hat. Eine Generalversammlung kann, nachdem sie für die kommunistische Propaganda Geld bewilligt hat, sehr gut auch für die reformistische Propaganda Geld bewilligen.

(Zwischenruf LAURIDAN: Es liegt an uns, unsere Pflicht in den Genossenschaften zu erfüllen.)

HENRIET: Ich erblicke im Genossenschaftswesen eine andere Form der sozialen Aktion. Solange das kapitalistische System herrscht, kann das Genossenschaftswesen keineswegs das geben, worauf wir soeben hingewiesen haben; wenn es sich jedoch um eine Gesellschaftsordnung wie Rußland handelt, wo das Proletariat die politische Führung ergriffen hat, wo die Diktatur des Proletariats besteht, ist dem nicht mehr so: Das Ziel der Revolution ist die Sozialisierung, was keinesfalls bedeuten soll, daß unter dem Kommunismus alles sozialisiert wird. Es gibt eine

Unmenge von wirtschaftlichen Organismen, die individuell bleiben und nicht sozialisiert werden können. Es ist leicht, von Sozialisierung zu sprechen, wenn es Großgrundbesitze und Großbetriebe gibt, in denen die Arbeiter bereits organisiert sind, wo bereits eine besondere Mentalität zur Übernahme der Führung vorhanden ist und in denen es Arbeiterräte gibt. Die Gewerkschaften sind jedoch außerstande, die Kleinindustrie, das Bauerntum, das Handwerkertum, den Handel und den Tauschhandel zu sozialisieren. Das ist eben die Frage. Und in der Republik, in der wir uns eben befinden, hat man grausame Erfahrungen gemacht, weil man sich früher niemals mit dem Genossenschaftswesen befaßt hatte. Man betrachtete es als überflüssig und verdächtigte es sogar, die Revolution verhindern zu können. Ich hörte, wie sich Sozialisten auf das Beispiel der Baseler Gesellschaft beriefen, wo das Genossenschaftswesen den höchsten Entwicklungsgrad der Welt erreicht hat, um erklären zu können, daß die niedrigen Preise, zu denen die Waren in der Genossenschaft dieser Stadt verkauft wurden, zur Degenerierung der Arbeiterklasse beitrugen, weil sie es dem Arbeitgeber ermöglichten, die Arbeitslöhne herabzusetzen; man trug hierbei dem Widerstand der Arbeiter gegen die Herabsetzung der Löhne nicht Rechnung. Es war dies das eherne Gesetz, das die Löhne auf das Minimum des Lebensunterhaltes herabdrückt. Die russischen Kommunisten, die sich mit dem Genossenschaftswesen nicht befaßten, mußten es erleben, daß dieses von den Menschewiki, die es in ihren Händen hielten, sabotiert wurde. Zu jener Zeit lieferten die Genossenschaften drei Viertel des Lebensmittelbedarfs Rußlands, und die Russen waren infolge des Widerstandes, der sich in den Genossenschaften geltend machte, gezwungen, das Genossenschaftswesen ganz abzubauen und es auf die Rolle eines einfachen Verteilungsorgans zu beschränken, da der Staat die Requisition aller Lebensmittel übernommen hatte. Das war das Ergebnis der Verkennung dieser Frage. Deshalb haben wir heute die „NEP", die wir hätten vermeiden können, wenn man, anstatt gezwungen zu sein, das Genossenschaftswesen abzubauen, die Rolle des Genossenschaftswesens in der sozialen Organisation begriffen und es verstanden hätte, sich dieser Einrichtung zu bedienen. Selbstverständlich ist das Genossenschaftswesen nicht eine definitive Form der Gesellschaft, es ist bloß eine provisorische Form. Es bedient sich des Kapitals, dient aber dem Kapital nicht. Es ist dem Wesen nach demokratisch, es hat eine Form, die jedem, der sich um das Genossenschaftswesen kümmert, ohne Rücksicht darauf, welchen Kapitalanteil er eingezahlt hat, die Möglichkeit gibt, abzustimmen. Folglich ist der Wert des Kooperativwesens vom sozialen Standpunkte aus unbestreitbar, besonders wenn man, anstatt den Gewinn an jedes einzelne Mitglied zu verteilen, wie es in manchen Gesellschaften der Fall ist, was ein ziemlich individualistischer Vorgang ist, die Verteilung dieses Gewinns abschafft und ihn zur Bildung unteilbarer kollektiver Kapitalien verwendet; so gelangt man zu einem Sozialisierungssystem mit Hilfe eines indirekten Mittels. (Zwischenruf CACHIN: Sie fallen auf den Fall Charles Gide zurück.) Unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems begreife ich diese Bemerkung sehr wohl, weil das Genossenschaftswesen sich infolge der Konkurrenz nicht vollständig entwickeln kann. In Italien zum Beispiel steckt der Fascismus die Genossenschaften in Brand. Bei einem System aber, wie es in Sowjet-

rußland herrscht, wo die Revolution durchgeführt ist, wo die Diktatur des Proletariats ausgeübt wird, ist dies das einzige Mittel, den störenden Überbleibseln des kapitalistischen Systems in der Organisation der Diktatur des Proletariats wirksam zu begegnen.

Es gibt kein anderes Mittel. Es gibt keine Macht, die die hundert oder hundertzwanzig Millionen russischer Bauern zwingen kann, sich kollektiv zu organisieren.

Man muß sie mit anderen Mitteln als es die Gewalt ist, dazu anhalten. Man muß dies durch indirekte Mittel erreichen. In seinem Werk: „Ich nehme die Doktrin nicht an" sagte Proudhon, gegen Marx polemisierend, Marx denke nur an die Revolution, er aber, der die Pariser Kleinindustriellen vertrat, fühlte, daß die von Marx vorausgesagte Revolution des Weltproletariats eines bereits herausgebildeten Proletariats und einer vorhandenen Großindustrie bedarf, die damals in Paris noch nicht vorhanden war.

Diese Feststellung bildete die Grundlage dieser falschen gesellschaftlichen Doktrin, die die Sozialisierung mit Hilfe der Produktivgenossenschaften durchführen wollte. Wenn sich jedoch Proudhon unter der kapitalistischen Herrschaft getäuscht hat, bin ich überzeugt, daß der Sowjet sich nicht täuscht und daß gleichzeitig mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik das Konsum- und Produktivgenossenschaftswesen derart reorganisiert wurde, daß es die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Konkurrenz dieser Genossenschaften verhindert.

Was hat die Sowjetregierung zu diesem Zwecke getan? Sie liefert den Genossenschaften die Fonds und die notwendigen Einrichtungen und stellt ihnen all das zur Verfügung, was ihre Erstarkung, ihre Entwicklung zu fördern vermag. Als wir uns zur ersten Konferenz versammelten, erschien der Sekretär der Moskauer Sowjets, um uns zu sagen, er sei glücklich, zu sehen, daß sich die Kommunisten mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen, denn wenn man es verstanden hätte, die Genossenschaften zu organisieren, und wenn diese Einrichtung in den Händen der Kommunisten gewesen wäre, man die neue Politik hätte vermeiden können.

Wir müssen, wie Lenin sagte, eine Übergangsperiode durchmachen. Die Diktatur des Proletariats genügt nicht, die Welt zum Kommunismus hinüberzuführen; wir haben am Anfang der Revolution diese Durchgangsperiode nicht durchgemacht, weil wir so manche andere Hühnchen zu pflücken hatten und so manche Dinge zerstören mußten, damit diese uns nicht töten. Wenn Ihr jedoch die nötige Intelligenz besitzt, Euch der Mittel zu bedienen, die Euch zur Verfügung stehen, werdet Ihr die Dummheiten vermeiden können, die wir begangen haben, werdet Ihr den Kommunismus organisieren können. Ihr werdet nach der Diktatur des Proletariats die großen Produktionsmittel sozialisieren und das Genossenschaftswesen zur Grundlage all jener wirtschaftlichen Organismen machen können, die noch auf kapitalistischer und individualistischer Grundlage stehen werden.

Das ist die Bedeutung des kommunistischen Genossenschaftswesens. (Beifall.)



VORSITZENDER: Da sich keine Redner mehr zum Worte gemeldet haben, erhält der Gen. Chintschuk der Vereinbarung gemäß das Schlußwort.

CHINTSCHUK (Rußland): Die Polemik zwischen Lauridan und Henriet steht mit der Frage selbst in keinerlei Zusammenhang, so daß über die Frage eigentlich gar nicht gesprochen wurde.

Gen. Lauridan hat unrecht, wenn er uns den Vorwurf macht, daß wir die Produktivgenossenschaften vergessen hätten. Wir haben uns mit dieser Frage in der Resolution nicht befaßt, weil wir sie noch nicht studiert hatten. Wir sprachen darüber auf der Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler und nahmen eine Resolution an, deren § 11 besagt: „Die Produktiv- und Kreditgenossenschaften, die fast immer Verbände der Kleinbourgeoisie und daher außerstande sind, den Kampf gegen das Kapital zu führen, sind dazu verurteilt, zugrundezugehen oder sich in kapitalistische Aktiengesellschaften zu verwandeln." Ich habe Ihnen jetzt bloß einen Teil der Resolution, den § 11 vorgelesen; Sie sehen also, daß wir den Gegenstand kennen.

Wenn wir es nicht wagten, darüber hier in unserer Resolution zu sprechen, ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß der Kongreß der Kommunistischen Internationale etwas viel zu Großes ist, um über eine so ungenügend studierte Frage zu sprechen.

Wir verweisen diese Frage vor den 5. Internationalen Kongreß, dem wir einen besonderen Resolutionsentwurf unterbreiten werden. Henriet hat unrecht, wenn er sagt, daß wir jetzt deshalb die „NEP" haben, weil wir vorher kein Genossenschaftswesen hatten. Der Zweck der „NEP" ist, den Staatskapitalismus aufzubauen, und dazu kann das Genossenschaftswesen nicht beitragen.

Henriet hat recht, wenn er sagt, daß vor der Revolution richtig entwickelte kommunistische Genossenschaften die Aufgabe der Revolution wesentlich erleichtert hätten, die „NÖP" wäre jedoch trotzdem unvermeidlich gewesen. Das Genossenschaftswesen käme hierbei nicht in Betracht.

Lauridan wies darauf hin, daß die Einheit der Genossenschaftsbewegung gewahrt werden müsse. Hierin hat er vollkommen recht, Wir sind Anhänger dieser Einheit, wir sprachen hierüber in den Resolutionen des 3. Kongresses. Auf dem 4. Kongreß sprachen wir hierüber nicht wieder, da man ja nicht immer dieselben Dinge wiederholen kann.

Jedenfalls tun wir jetzt in Rußland unser möglichstes, um den Genossenschaftsverband zu verallgemeinern und ihn auf Bulgarien auszudehnen, das ihm nicht angehört. Auch stimmen wir mit Ihnen darin überein, daß die Kommunisten in den Genossenschaften verbleiben müssen, daß wir die Genossenschaften ebenso erobern müssen, wir wir die Gewerkschaften erobern müssen. Wir sind nicht berechtigt, die dem Genossenschaftswesen inneliegende Macht unseren Feinden zu überlassen. Der Versuch, eine gesonderte Genossenschaftsbewegung zu schaffen, wie z. B. in Ägypten, kann niemals gelingen; sie muß in ihrer Gesamtheit erobert werden.

Die Kommunisten verstehen die Wichtigkeit des Genossenschaftswesens noch nicht vollkommen, obgleich es ein Mittel von ungeheurer

46*

Macht und Nützlichkeit ist. Wir sahen, daß im Jahre 1919, als die Sowjetregierung gezwungen war, die Verteilung der Produkte mit Hilfe der Genossenschaften durchzuführen, und diese sich in den Händen unserer Gegner befanden, wir gezwungen waren, statt uns mit der Verteilung der Produkte zu befassen, den Kampf gegen unsere Gegner zu führen, sie einzukerkern usw. Dies zerstörte die Arbeit des Genossenschaftswesens, die Leute waren unzufrieden und bekamen nichts. Wenn Sie derartige Schwierigkeiten vermeiden wollen, müssen Sie sich des Genossenschaftswesens vor der Machtergreifung bemächtigen.

Schluß der Sitzung 9.40 Uhr abends.

VIERUNDZWANZIGSTE SITZUNG

MONTAG, DEN 27. NOVEMBER 1922.

Die kommunistische Arbeit unter den Frauen.

Redner: Clara Zetkin, Hertha Sturm, Smidowitsch, Kasparowa, Murphy.

Eröffnung: 12,40 mittags.

Vorsitz: *Neurath.*

CLARA ZETKIN (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Dem Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats der Exekutive und über die Entwicklung der kommunistischen Arbeit unter den Frauen muß ich einige kurze Bemerkungen vorausschicken. Sie mögen an sich überflüssig erscheinen. Denn sie wiederholen nur Feststehendes, Beschlossenes, aber sie sind trotzdem notwendig, denn wir stehen vor der Tatsache, daß noch immer Mißverständnisse über unsere Arbeit herrschen, und das nicht nur in den Reihen der Gegner, sondern auch in den Reihen der eigenen Genossen, bei Männern wie Frauen, Mißverständnisse über das, was die kommunistische Arbeit unter den Frauen ist und welche Aufgaben den Organen der nationalen Sektionen und der Internationale dafür zufallen, Mißverständnisse, die bei den einen offenbar als Überbleibsel einer alten, früheren Auffassung fortwirken, während sie von manchen anderen freiwillig hervorgesucht werden, weil sie letzten Endes der Sache selbst nicht sympathisch, ja zum Teil sehr ablehnend gegenüberstehen.

Das Internationale Frauensekretariat für die kommunistische Arbeit unter den Frauen ist nicht, wie manche wähnen, die Zusammenfassung selbständiger Organisation und Bewegung von Frauen, sondern es ist nichts als ein Hilfsorgan der Exekutive der Komintern. Es arbeitet nicht nur in steter enger Fühlung mit der Exekutive, sondern unmittelbar unter ihrer Leitung und Führung. Was wir gewöhnlich als Kommunistische Frauenbewegung bezeichnen, ist durchaus nicht eine selbständige Bewegung von Frauen und hat nichts mit irgendwelchen frauenrechtlerischen Tendenzen gemein. Es bedeutet die planmäßige kommunistische Arbeit unter den Frauen zu einem doppelten Zweck. Nämlich einmal, um die Frauen, die bereits von der kommunistischen Idee erfüllt sind, ideologisch und organisatorisch fest



in die einzelnen nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale einzugliedern und sie hier zu tätigen, bewußten Mitarbeiterinnen und Mitträgerinnen des gesamten Lebens und Webens dieser Sektionen zu machen, und zum anderen, um die Frauen, die noch nicht von der kommunistischen Idee beseelt sind, für diese zu gewinnen und zu allen Aktionen und Kämpfen des Proletariats heranzuziehen. Massen von schaffenden Frauen sollen für solche Kämpfe mobilisiert und tüchtig gemacht werden. Es gibt keine Arbeit, keinen Kampf der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern, den mitzutragen und mitzuschlagen wir Frauen nicht als unsere erste und vornehmste Pflicht empfinden. Ja noch mehr, wir haben den Ehrgeiz, bei der Arbeit und bei den Kämpfen der kommunistischen Parteien und der sie zusammenfassenden Internationale im ersten Gliede und im dichtesten Kugelregen zu stehen, aber auch bei der bescheidensten Alltagsarbeit mit Eifer voraus zu sein.

Es hat sich eins herausgestellt. Bei aller festen ideologischen und organischen Verknüpfung der kommunistischen Arbeit unter den Frauen mit dem Leben der einzelnen Parteien bedürfen wir besonderer Organe, um diese Arbeit auszuführen. Gewiß! Die kommunistische Arbeit unter den Frauen soll nicht Frauensache sein, sondern Sache der Gesamtheit, Sache der Kommunistischen Partei jedes Landes, Sache der Kommunistischen Internationale. Wenn wir jedoch dieses Ziel erreichen wollen, so ist es notwendig, daß überall Parteiorgane vorhanden sind, die die kommunistische Arbeit unter den Frauen einheitlich und planmäßig durchführen, leiten und auf dieses Ziel gerichtet halten, mag man diese Organe Frauensekretariate, Frauenabteilungen oder sonstwie nennen. Gewiß bestreiten wir nicht die Möglichkeit, daß unter besonders günstigen Umständen eine einzelne starke Persönlichkeit, sei es ein Genosse oder eine Genossin, die gleiche kommunistische Arbeit unter den Frauen eines Ortes oder eines ganzen Bezirkes leisten kann. Allein mit wie großer Bewunderung wir auch auf solche individuellen Leistungen innerhalb der Partei blicken, immer werden wir uns sagen müssen, wenn an Stelle der planmäßigen Arbeit der einen Persönlichkeit ein planmäßiges Zusammenwirken vieler stattfände, so würde unstreitig die Wirkung, der Nutzeffekt für den Kommunismus noch größer sein. Deshalb muß das Zusammenwirken vieler zu einem Ziele innerhalb der Partei und innerhalb der Internationale auch für das kommunistische Wirken unter den Frauen die Losung sein. Es hat sich dabei als eine Forderung der Zweckmäßigkeit, praktischer Arbeitsteilung innerhalb der Partei herausgestellt, daß in ihren besonderen Organen für die kommunistische Frauenarbeit in erster Linie und am besten Frauen tätig sind. Die Gründe dafür liegen wohl auf der Hand. Wir kommen an der geschichtlichen Tatsache nicht vorüber, daß die breiten Frauenmassen auch heute noch unter sozialen Sonderbedingungen leben und weben. Wir kommen nicht an der geschichtlichen Tatsache vorüber, daß die Sonderstellung des weiblichen Geschlechtes in der Gesellschaft auch eine besondere weibliche Psychologie geschaffen hat. Das von der Natur als Geschlecht Gegebene und das von den sozialen Einrichtungen und Zuständen geschichtlich Geschaffene verschlingt sich miteinander. So gut wir mit einer besonderen Psychologie der

kleinbäuerlichen Massen rechnen müssen, auf Grund ihrer konkreten Lebensbedingungen, so müsen wir auch mit einer besonderen Psychologie der breitesten Frauenmassen rechnen. Daraus folgt, daß im allgemeinen — ich unterstreiche das Wort „allgemeinen" — die Frauen selbst am besten, scharfsinnigsten und raschesten die Ansatzpunkte im Leben der schaffenden Frauen erkennen, wo sie mit der kommunistischen Arbeit zu beginnen haben. Ferner, daß die Frauen auch im allgemeinen besser die erfolgreichsten Methoden und Formen der kommunistischen Betätigung in den tiefen Frauenschichten der Ausgebeuteten und Empordrängenden finden werden. Aber selbstverständlich gilt das nur im allgemeinen. Wie wir Kommunisten es als unsere Pflicht und als unser Ehrenrecht betrachten, an jeder Betätigung der Partei teilzunehmen, von der unscheinbarsten Arbeit des Austragens von Flugblättern an bis zu den gewaltigen Kämpfen um die Entscheidung, und wie wir es als Beleidigung empfinden würden, wenn man uns als minderwertig erachtete, im gesamten großen geschichtlichen Leben unserer Partei und der Kommunistischen Internationale teilzunehmen, so ist uns auch jeder Mann bei der besonderen kommunistischen Arbeit unter den Frauen willkommen. Das gilt sowohl für unsere Organe, wie für unsere gesamte Tätigkeit in ihren verschiedenen Äußerungen und Gebieten.

Genossen und Genossinnen! Während des letzten Jahres hat sich der Wert der Frauenorgane für die kommunistische Arbeit unter den Frauen, sowohl positiv als negativ, gezeigt. Positiv in den Ländern, wo die kommunistischen Sektionen der Internationale sich solche Sonderorgane geschaffen haben. So in *Bulgarien* und *Deutschland*, wo die Frauensekretariate darauf hinwirken, die vorliegenden Aufgaben zu erfüllen, die Kommunistinnen zu organisieren und zu schulen, die schaffenden Frauen zu mobilisieren und in die sozialen Kämpfe zu führen. Dort ist die Kommunistische Frauenbewegung zu einer Stärke, zu einer Kraft des allgemeinen kommunistischen Parteilebens geworden.

Kein Zweifel, in diesen Ländern haben wir zahlreiche Frauen als Mitglieder und Mittätige in der Partei und immer größere Frauenmassen als Mitkämpferinnen außerhalb der Partei. Das gleiche gilt von dem Lande, das ich zuletzt nenne, das aber seiner Bedeutung nach an erster Stelle steht, von **Sowjet-Rußland.** In Sowjet-Rußland haben die Frauenabteilungen der Kommunistischen Partei in stetem Zusammenwirken mit dieser Partei und unter ihrer Führung bewiesen, wie bedeutsam und unentbehrlich die Mitwirkung der Frauen gerade jetzt ist, in dieser schwierigen Periode der Umwälzung der Wirtschaft und Gesellschaft unter der Sowjet-Macht zum Kommunismus. Von höchster Wichtigkeit ist, was unsere russischen Genossinnen durch die Frauenabteilungen mit Hilfe, im Einvernehmen mit der Partei und von ihr geleitet, geleistet haben und noch leisten, um die Massen der Arbeiterinnen, der Bäuerinnen auf allen Gebieten der Wirtschaft, auf allen Gebieten des sozialen Lebens zur Mitwirkung am Aufbau neuer Verhältnisse heranzuziehen, zur Mitwirkung heranziehen, um die auftauchenden schweren Probleme zu bewältigen, wie z. B. die Arbeitslosigkeit, die Lebensmittelknappheit, die Probleme, die mit der Umwälzung unter den gegebenen historischen Umständen verbunden

sind; heranzuziehen zur Mitarbeit bei der Neugestaltung der Gesellschaft in der Richtung zum Kommunismus. Ich sage, was die Sonderorgane der Kommunistischen Partei Sowjet-Rußlands für die Arbeit unter den Frauen in dieser Beziehung geleistet haben und leisten, ist von beispielgebender und richtungweisender Bedeutung. Denn wir wissen eins. Sowjet-Rußland ist der erste Typus, der in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus als Träger dieser gewaltigen Umwälzung der Gesellschaft vor uns steht. Die nämlichen Probleme, die nämlichen Aufgaben, die dort vor der Kommunistischen Partei und vor dem Proletariat sich aufrecken, werden eines Tages — hoffentlich recht bald —, wenn auch unter anderen Umständen, die Probleme und Aufgaben der kommunistischen Parteien und des Proletariats auch in den Staaten sein, die heute noch unter der kapitalistischen Klassenherrschaft seufzen. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, was späterhin unsere Gen. Smidowitsch über diese Arbeit der Frauenabteilungen der KPR. uns berichten wird.

Nun, Genossen und Genossinnen, die negativen Beispiele dafür, wie nötig es ist, daß die kommunistischen Parteien Sonderorgane haben für das Wirken unter den Frauen. Sie werden gegeben durch die geringe Beteiligung der Frauen am kommunistischen Parteileben und des weiblichen Proletariats an den Kämpfen ihrer Klasse in Ländern, wo Frauensekretariate usw. fehlen oder wieder aufgelöst worden sind. In Polen hat es die Partei bis jetzt abgelehnt, Sonderorgane für die Arbeit unter den Frauen zu schaffen. Es genügte der Kommunistischen Partei, daß Frauen mit höchsten Leistungen in Reih und Glied kämpften, daß bei Streiks, bei Massenbewegungen auch die Beteiligung von Frauen nicht fehlte. Aber man beginnt sich zu überzeugen, daß das nicht genügt, um mit der kommunistischen Bewegung in die Tiefen des weiblichen Proletariats zu dringen. Wir hoffen, daß in Polen sehr bald mit einem Frauensekretariat der Partei der Ausgangspunkt für die planmäßige Bearbeitung der breitesten arbeitenden Frauenschichten geschaffen wird. Dann werden gerade in Polen, mit der glorreichen kampferfüllten Vergangenheit, in der Kommunistischen Partei die schaffenden Frauen in Stadt und Land eine ganz andere, eine vorwärtstreibende Rolle spielen, als heutzutage. Bei den letzten Sejmwahlen hat sich gezeigt, daß die Reaktion und die Beschwindlung der Massen in den von der kommunistischen Idee nicht erfaßten, unaufgeklärten Frauenmassen eine ihrer festesten Stützen hatten. Das darf sich nicht wiederholen.

Die Parteiorgane für die nötige systematische Betätigung unter dem weiblichen Proletariat fehlen so gut wie vollständig in England. Die Kommunistische Partei *Englands* hat es unter Berufung auf ihre schwachen materiellen Kräfte im vorigen Jahr immer und immer wieder unterlassen oder hinausgeschoben, die notwendigen Einrichtungen für eine planmäßige Bearbeitung der Proletarierinnen zu schaffen. Die Anregungen, die Mahnungen des Internationalen Frauensekretariats in dieser Hinsicht sind vergebens geblieben. Kein eigentliches Frauensekretariat wurde errichtet, wenngleich eine Genossin als allgemeine Parteiagitatorin angestellt war. Genossinnen haben in England aus eigener Kraft mit bescheidenen Mitteln Veranstaltungen zur politischen Schulung der kommunistischen Frauen und zu ihrer festen Verbindung

mit der Partei geschaffen. Diese Veranstaltungen haben so gute Resultate erzielt, daß sie zur Einrichtung ähnlicher Bildungsanstalten für die Kommunistische Partei vorbildlich werden sollen. Das Verhalten der Exekutive der Kommunistischen Partei Englands erklärt sich meiner Meinung nach nicht bloß aus ihrer finanziellen Schwäche, sondern zum Teil auch aus der Jugend und den damit zusammenhängenden Mängeln der Organisation. Ich will hier nicht in eine Kritik der Partei eintreten, und das um so weniger, als ihr letzter Kongreß gezeigt hat, daß die Kommunistische Partei Englands entschlossen auf dem Wege ist, in fester Einheit mit der Kommunistischen Internationale sowohl organisatorisch wie politisch vorwärts zu schreiten, sich arbeitend, kämpfend zur revolutionären Massenpartei zu entwickeln.

Wir haben den Beweis des ernsten Willens und seines praktischen Erfolges vor uns in Gestalt der Wahlsiege der Kommunistischen Partei bei den letzten Wahlen in England. Aber dieser Wahlsieg, wie die beschlossene politische Aktivität und Reorganisation verpflichten die Kommunistische Partei Englands jetzt, wo sie aus dem engen Stübchen einer mehr propagandistisch gestimmten kleinen Partei heraustritt unter die Massen der Arbeiterklasse, auch ferner den Kampf aufzunehmen um die Seele der proletarischen Frauen. Die englische Sektion der Internationale kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß in England viele Millionen der proletarischen Frauen organisiert sind in frauenrechtlichen Vereinigungen, in Frauengewerkschaften alten Stils, in Konsumgenossenschaften usw., in der Labour Party, in der Independent Labour Party. Für die Kommunistische Partei gilt es, mit allen diesen Organisationen um das Hirn, um das Herz, um den Willen, um die Tat der proletarischen Frauen zu ringen. Deshalb wird sie, je länger je stärker, die Notwendigkeit empfinden, die besonderen Arbeitsorgane zu schaffen, mittels deren sie die Kommunistinnen in der Partei organisiert und schult und die Proletarierinnen außerhalb der Partei zu opferbereiten Kämpferinnen ihrer Klasse macht. Das Internationale Frauensekretariat, als Beauftragte, als Hilfsorgan der Exekutive, wird selbstverständlich der Partei dabei behilflich sein.

Eine besondere Erwähnung verdienen die einschlägigen Verhältnisse in *Frankreich*. In Frankreich brachte der Kongreß zu Marseille einen großen Fortschritt zur Schaffung einer revolutionären, einer proletarischen Frauenbewegung. Zum ersten Male wurden in Frankreich die in der Frauenwelt sich regenden revolutionären Kräfte organisatorisch zusammengefaßt, und das in der Kommunistischen Partei. Der Kongreß entschied sich, wie die erste Frauenkonferenz der Kommunistinnen Frankreichs zu Marseille, für die Eingliederung der kommunistisch gesinnten Frauen in die Partei und die Schaffung von Arbeitsorganen der Kommunistischen Frauenbewegung in Gestalt eines Frauensekretariats bei der Parteileitung und eines Frauenblatts.

Genossinnen und Genossen, leider hat der Kongreß zu Paris den Ansatz vernichtet, der vorhanden war. Allerdings hoffentlich nur für kurze Zeit. Im Schatten der Parteikrise, infolge ihrer Auswirkungen hat die Parteileitung die Auflösung des Frauensekretariats und die Einstellung des Erscheinens der „Ouvrière", des Frauenblatts, beschlossen. Wir sind überzeugt, daß, wie die Krise innerhalb der französischen Partei überwunden werden muß, so auch die Frage der

Schaffung der Organe befriedigend gelöst werden wird, deren eine einige, eine tatkräftige, zielbewußte kommunistische Partei bedarf, um die größten Schichten der Proletarierinnen zu Mitträgerinnen von Arbeit und Kampf unserer Internationale zu machen.

In *Italien* hat sich im letzten Jahr ohne große Schwierigkeiten die Eingliederung der Kommunistinnen in die Partei und die Schaffung der nötigen Sonderorgane vollzogen, die die breiten, tiefen Schichten der Frauenwelt der Besitzlosen, der Ausgebeuteten in den Bannkreis des kommunistischen Gedankens und der Kämpfe des Proletariats führen wird. Gen. Hertha Sturm wird Ihnen konkrete Angaben über das machen, was ich im allgemeinen angeführt habe, wie es steht mit den notwendigen Arbeitsorganen, die wir national und international haben müssen, um die Kommunistinnen, um die proletarischen Frauen zu treibenden Kräften des Klassenkampfes, des revolutionären Emporsteigens der ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu machen.

Organisatorisch ist es mit Hilfe des internationalen Frauensekretariats in Holland gelungen, die besondere Frauenorganisation aufzulösen, die dort bestand. Sie umfaßte zum Teil neben Kommunistinnen auch anarchistische und anarchistelnde Elemente. Die kommunistischen Mitglieder sind der Kommunistischen Partei Hollands eingereiht worden, und sie betätigen sich dort in Gemeinschaft mit den Genossen. Im allgemeinen geht die Erfahrung dahin, daß die Eingliederung der Kommunistinnen in die Partei, daß ihre planmäßige Mitarbeit in ihr und von dort aus ihre Betätigung unter den Massen sich als erfolgreich, als fruchtbringend erweist.

In *Norwegen* ist die Einreihung der Kommunistinnen in die Kommunistische Partei noch nicht so vollständig erfolgt, wie es den Grundsätzen und den Richtlinien der Kommunistischen Internationale entspricht. Das erklärt sich als eine Auswirkung allgemeiner Züge des Parteilebens in Norwegen. Die Sonderorganisation der Frauen hängt dort zusammen mit der organisatorischen Struktur der norwegischen Kommunistischen Arbeiterpartei, die sich heute noch sozialdemokratisch nennt. Ihre organisatorische Grundlage ist nicht die Einzelmitgliedschaft, sondern die Mitgliedschaft in den Gewerkschaftsorganisationen. Es steht zu erwarten, daß mit der Neuorganisation der Partei auch jede Sonderorganisation der Frauen aufhören wird und daß Arbeitsformen gefunden werden, die es erlauben, alle jetzt im Dienste der kommunistischen Idee wirkenden Frauen auch weiterhin zu höchster Betätigung, zu höchster Mitarbeit anzuspornen.

Ähnliches gilt, wenn auch ohne Parteikrise und ohne entsprechende allgemeine Parteiorganisation von der Sektion der Kommunistischen Internationale in *Schweden*. Auch hier bestehen noch Sonderorganisationen der kommunistischen Frauen. In Norwegen wie in Schweden sind übrigens Sonderorganisationen Überbleibsel der alten, starken frauenrechtlerischen Vergangenheit, die zum Teil in der sozialdemokratischen Bewegung weiterwirkte. Sie werden zusammen mit der Überwindung aller ideologischen Überbleibsel der sozialdemokratischen Vergangenheit und dem Sieg einer streng kommunistischen Einstellung verschwinden.

Wie steht es nun mit der Auswirkung unserer kommunistischen Arbeit auf tiefe, weit sich erstreckende Schichten der arbeitenden,



der ausgebeuteten Frauen? Hat sie solche n beachtenswertem Umfange erfaßt? An die Spitze meines Berichtes darüber möchte ich eine Tatsache von außerordentlich weitreichender geschichtlicher Bedeutung stellen. Es ist die Tatsache, daß in dem *Nahen* und in dem *Fernen Osten* die Frauen der Mühseligen und Beladenen anfangen zu erwachen und sich um das kommunistische Banner sammeln. Genossen und Genossinnen, es ist das eine Tatsache von einer Bedeutung, die wir nicht hoch genug bewerten können. Wie liegen die Dinge? Dort gilt es, Frauenmassen aufzuklären und zu gewinnen, bei denen Jahrhunderte, — ja vielleicht Jahrtausende alte Vorurteile zum Teil noch nicht vernichtet worden sind durch eine lange, tiefgehende kapitalistische Entwicklung, die nichts Neues schafft, ohne Altes zu zerstören und zum Absterben zu bringen. Wohl hat der Kapitalismus auch dort seinen Einzug gehalten und vor allem Frauenmassen seiner Ausbeutung und Knechtschaft unterworfen. So in Japan, in Indien, in Transkaukasien, ja auch in China usw. Jedoch er hat die alte soziale Versklavung der Frau nicht vernichtet, sondern macht sie seinen Zwecken nutzbar.

In den Ländern des Ostens leben und weben die Frauen noch überwiegend unter patriarchalischen, vorkapitalistischen Formen des gesellschaftlichen Lebens, gebeugt unter altersgraue Vorurteile, gedrückt durch soziale Einrichtungen, durch Religion, Gebräuche und Sitten. Und trotz allem fangen die Frauen an zu erwachen, fangen an, die kommunistische Ideenart aufzunehmen und sich aufzulehnen, von Befreiung zu reden. Was besagt das? Daß der Kapitalismus auf der Welt seine letzten Reserven verliert, die Länder vorkapitalistischer Kultur oder ganz unvollständiger jungkapitalistischer Entwicklung, Länder, die der kolossalen Herrschaft kapitalistischer Staaten unterworfen sind oder als künftige Kolonialgebiete von der kapitalistischen Ausbeutungsgier umschlichen werden. Diese Gebiete mit ihren reichen und verhältnismäßig leichten Ausbeutungsmöglichkeiten gaben der Bourgeoisie die Mittel, auf Kosten der niederträchtigsten, der menschenunwürdigsten Ausplünderung der Volksmassen dort den rebellierenden Arbeitern, den meuternden Lohnsklaven in den alten kapitalistischen Ländern die Bettelbrocken kleiner Zugeständnisse und Reformen zuzuwerfen. Wenn in jenen Ländern der Drang nach Freiheit, der Haß gegen den Kapitalismus und seine Herrschaft lebendig wird, wenn sich dort die Gedrücktesten der Gedrückten, die *Frauen* erheben, wenn sie im Zeichen des Kommunismus arbeiten und kämpfen wollen, so ist das die Bürgschaft dafür, daß der Kapitalismus mit Riesenschritten seinem Ende entgegeneilt. Deshalb verdient besondere Beachtung, was Gen. Kasparowa uns über die Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats der Exekutive im Osten mitteilen wird. Ein Feuersignal ist, daß in wachsender Zahl und mit hingebungsvoller Entschlossenheit in jenen Ländern die Frauen sich um das Banner des Kommunismus zu scharen beginnen, als des einzigen Erlösers von Ausbeutung und Knechtschaft.

In manchen Ländern, zumal in den romanischen, wird uns versichert: wir können keine nennenswerte revolutionäre Arbeit unter den Frauen leisten. Der Einfluß der kirchlichen Gesinnung, die alten überkommenen Traditionen in Familie und Gesellschaft sind zu stark,

zu übermächtig. Das Bemühen ist vergebens, die Frauenmassen aus dem Bann der Häuslichkeit hinauszubringen, sie als Kämpferinnen auf das Blachfeld des geschichtlichen Kampfes zwischen Arbeit und Kapital zu führen.

Genossinnen und Genossen! Was im Osten möglich ist, das ist für uns im Westen der Hinweis darauf, daß wir an dem geschichtlichen Milieu nicht achtlos vorübergehen dürfen, sondern es beachten müssen. Es ist aber zugleich auch eine starke Mahnung an das, was der menschliche Wille kann. Die Berufung auf die materialistische Geschichtsauffassung ist nicht immer am Platze, um Schwächen und Mängel zu entschuldigen. Das geschichtliche Milieu ist gewiß mächtig, aber nicht allmächtig. Unsere Erkenntnis und unser Wille können es bezwingen und ändern. Wenn wir nicht diese Überzeugung hätten, wären wir keine Marxisten, keine revolutionären Kämpfer. Was hat Marx in seiner Auseinandersetzung mit Feuerbach, dem Ausgangspunkt seiner eigenen Geschichtsauffassung geschrieben? „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; worauf es aber ankommt, ist, sie zu verändern." Wenn in den Sowjet-Republiken des Kaukasus und darüber hinaus unter ihrem Beispiel in Persien und der Türkei Frauen den Willen bekunden, als Kommunistinnen ihre Befreiung zu erkämpfen, so, meine ich, geht es nicht an, zu erklären, daß in den romanischen Ländern die Schwierigkeiten der kommunistischen Arbeit unter den Frauen so gut wie unüberwindlich seien. Nein, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir haben den Willen zur Weltrevolution, darum müssen wir auch den Weg zu den breitesten Massen der ausgebeuteten versklavten Frauen finden, ganz gleich, wie die geschichtlichen Umstände liegen mögen, die ihn erschweren.

In den Ländern kapitalistischer Herrschaft, wie auch in dem Proletarierstaat Sowjet-Rußland und den anderen Sowjet-Republiken hat in der Berichtszeit die Erfassung größerer Frauenmassen durch Agitation und Propaganda und vor allem auch durch die Tat — durch Arbeit und Kampf — große Fortschritte gemacht. Überall da, wo das Proletariat dazu geschritten ist, den Kampf gegen die Generaloffensive des Unternehmertums aufzunehmen; wo die Massen in den Kampf gegen die Teuerung, gegen den Steuerdruck, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, mit einem Worte gegen die Verschlechterung der proletarischen Existenzbedingungen eingetreten sind; überall dort, wo das Proletariat sich zur Wehr setzte gegen die Offensive des Kapitals, um auf die breiten Massen der Ausgebeuteten die Kosten des Kriegs und des Aufbaus der Wirtschaft abzuwälzen: da haben auch die Frauen in erfreulichem Maße mit tatkräftigster Energie an den Kämpfen teilgenommen. Überall ist ein Anschwellen der Frauenmassen festzustellen, die die Aktionen der Kommunistischen Internationale und ihrer einzelnen Sektionen mitgetragen haben. Überall kamen sie, wenn sie im Namen der Kommunistischen Internationale gerufen wurden. Das hat sich besonders bei zwei internationalen Aktionen gezeigt. Die eine davon ist der *Internationale Frauentag.* Er hat in diesem Jahre in erheblich größerem Umfange stattgefunden, einheitlicher und mit Erfassung weit größerer proletarischer Frauenmassen, als in den vorhergehenden beiden Jahren. Und gerade er hat in helles Licht gerückt, daß er nicht eine Sonderveranstaltung von Frauen,

nicht Frauensache ist, sondern Parteisache, Parteiaktion, eine Kampfansage des Kommunismus an den Kapitalismus, die Aufnahme dieses Kampfes, für den Millionenheere Ausgebeuteter und Unterdrückter gesammelt, gerüstet, bereit gemacht werden sollen. Fast allerorts, hier mehr, dort weniger, ist der Frauentag als eine Aktion der Kommunistischen Gesamtpartei durchgeführt worden.

Das gleiche gilt auch von der anderen internationalen Aktion, an der wir beteiligt waren, von der *Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland*. Diese ist in allen Ländern unter hervorragender Initiative und Mitwirkung der Frauen durchgeführt worden. Von Norwegen und Finnland bis hinunter nach der Schweiz und Italien, vom Westen bis zum Osten sind es die Frauen gewesen, die im Einverständnis mit ihrer kommunistischen Partei und in ihrer Partei die tätigsten Propagandistinnen, Sammlerinnen, Organisatorinnen der Internationalen Arbeiterhilfe gewesen sind. Sie haben dabei wirklich großzügig, geschickt und stark das proletarische Solidaritätsbewußtsein bekundet.

Eins muß sowohl betreffs des Internationalen Frauentages als auch der Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland betont werden. Bei beiden Aktionen war der besondere Zweck Ausgangspunkt politischer Aktivität, politischen Ziels. Beim Internationalen Frauentag knüpften wir an die besonderen Forderungen an, die die Frauen des schaffenden Volkes als Hausfrauen und Mütter zur Bekämpfung schmerzlichster Nöte an die Gesellschaft zu stellen haben. Bei der Hilfe für Sowjet-Rußland knüpften wir an die proletarische Solidarität an. Aber in dem einen wie in dem anderen Falle verfolgten wir darüber hinaus den Zweck, breite Frauenmassen zum politischen Denken, zur politischen Aktivität zu erwecken. Sowohl die Forderungen der Frauen für Mutter- und Kinderschutz usw. wie auch die Praxis der Solidarität mit Sowjet-Rußland wurden auf politische Aktion, auf politischen Kampf zugespitzt. Das ist bei der kommunistischen Arbeit unter den Frauen überhaupt das Ziel. Die wirtschaftlichen, sozialen Nöte der Frauen, ihre Forderungen eines kulturwürdigen Lebens, werden als Ausgangspunkte benutzt, um zur höchstmöglichen politischen Aktivität, zum schärfsten Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu führen.

Es haben natürlich in den verschiedenen Ländern die Kommunistinnen im Einverständnis und unter Führung ihrer Partei jede Gelegenheit und jeden Anlaß benutzt, um proletarische Frauenmassen zu wecken, zu werben und in den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung zu führen. So war z. B. in *Deutschland* der Kampf gegen die sogenannten Abtreibungsparagraphen der Ausgangspunkt einer sehr weitreichenden, erfolgreichen Kampagne gegen die bürgerliche Klassenherrschaft und Klassenjustiz und den bürgerlichen Staat. Diese Kampagne hat uns die Sympathie und Gefolgschaft weiter Frauenkreise eingebracht. Auch sie wurde nicht als Frauenangelegenheit betrachtet, sondern als politische Angelegenheit, als Sache des Proletariats.

Alle Kampagnen und Aktionen unsererseits sind im Zeichen der proletarischen Einheitsfront durchgeführt worden, im Zeichen der Losung, die uns der 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale gegeben hat: Heran an die Massen! Weil wir von der Berechtigung, von der Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront durch-

drungen sind, erkennen wir die volle Wichtigkeit, eine gesteigerte und vertiefte Arbeit auf den speziellen Gebieten der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung zu entfalten. Für unsere stärkere, planmäßige Arbeit auf beiden Gebieten ist bestimmend, daß wir dadurch größte Frauenschichten zu erfassen und kampftüchtig zu machen imstande sind. Von Arbeiterinnen, berufstätigen Frauen — durch die Gewerkschaftsbewegung; von nichtberufsmäßigen Frauen, von Hausfrauen, proletarischen und kleinbürgerlichen Frauen — durch die Genossenschaftsbewegung.

Die Umstände sind besonders günstig, um auch nichtproletarische Frauen, sowohl berufstätige wie Hausfrauen, in größerer Zahl um das Banner des Kommunismus zum Kampfe gegen den Kapitalismus zu sammeln. Der Verfall des Kapitalismus hat nicht bloß in Deutschland, er hat auch in England und in anderen bürgerlichen Staaten eine kleine Zahl neuer Reicher und eine ungeheure Zahl neuer Armer geschaffen. Der Mittelstand ist proletarisiert oder wird wenigstens mehr oder weniger rasch proletarisiert. Des Lebens Nöte greifen infolgedessen heute mit grausamer Faust in die Kasse und an das Herz vieler Frauen, die bis dahin unter der Herrschaft des Kapitals eine einigermaßen gesicherte und angenehme Existenzmöglichkeit gehabt haben. So werden jetzt weibliche Berufstätige, zumal Intellektuelle, wie Lehrerinnen, Beamtinnen aller Art usw. rebellisch wider diese „beste aller Welten". Unter dem Drucke der Teuerung, unter dem schreienden Mißverhältnis zwischen Einkommen und den Kosten der Lebenshaltung erwachen immer mehr Hausfrauen, auch bürgerliche Hausfrauen, zu der Erkenntnis von der Unvereinbarkeit des heutigen Zustandes, d. h. des Fortbestehens des Kapitalismus mit ihren elementarsten Lebensinteressen. Genossen und Genossinnen! Wir müssen die Gärung, die Bewegung, die in jenen Frauenkreisen auftritt, ausnutzen, um die müde Hoffnungslosigkeit anzufachen zum hellen Funken der Empörung, die schließlich in revolutionärer Erkenntnis und revolutionärem Wollen und Handeln aufflammt. Unsere Arbeit, die kommunistische Arbeit unter den Frauen in den Gewerkschaften und Genossenschaften und für diese proletarischen Organisationen kann außerordentlich viel zu diesem Ziele beitragen. Auf beiden Gebieten können die Frauen nicht nur wichtige Mitträgerinnen der Einheitsfront sein, nein, sie können ein Höheres leisten, sie können ein Mehr geben, als Bahnbrecherinnen der Einheitsfront bei manchen Bewegungen.

Ich habe darauf hingewiesen, wie erbarmungslos des Lebens Leiden in die Existenz von Millionen Frauen eingreifen, so daß diese aufzuwachen beginnen. Was bis jetzt von uns peinlich empfunden worden ist, die politische Rückständigkeit, die Stumpfheit der Frauenmassen kann unter dem Druck ungeheurer Leiden unserer Sache förderlich werden, dann das Hinüberziehen der erwachenden Frauen in das kommunistische Lager erleichtern. Die Seele der Frauen ist noch nicht so viel politisch, sozial beschrieben, wie die der Männer. Sie ist weniger bedeckt mit den falschen, trügerischen Losungen der sozialdemokratischen Reformisten, der bürgerlichen Reformer und anderer Elemente. Sie ist sehr oft noch ein unbeschriebenes Blatt. Es wird uns in der Folge verhältnismäßig leichter sein, die bisher

indifferenten Frauenmassen ohne Durchgang durch frauenrechtlerische, pazifistische und andere reformistische Vereinigungen unmittelbar in unseren Kampf hineinzureißen. Wenn auch zunächst nicht in unseren Kampf für das Endziel, für die proletarische Revolution — vor dieser Illusion möchte ich warnen —, so doch in unseren Verteidigungskampf, zum Zurückschlagen der Generaloffensive der Bourgeoisie. An ihm werden sie sicherlich in großer Zahl und mit höchster Energie teilnehmen.

Ich glaube, unsere Genossinnen in *Bulgarien*, denen wir so manche Anregung, so viel tatkräftige Arbeit innerhalb der Kommunistischen Internationale verdanken, haben uns einen Weg gezeigt, den wir beschreiten können, um während unserer Abwehrkämpfe auch unter jenen Frauenmassen organisatorische Stützpunkte für unsere späteren Kämpfe mit höherem Inhalt und weiterreichenden Zielen zu schaffen, kurz, um Entscheidungskämpfe vorzubereiten. Unsere bulgarischen Genossinnen haben Vereine gegründet von sympathisierenden Frauen. Diese Vereinigungen sind nicht nur Vorschulen für den Eintritt in die Kommunistische Partei, sondern gleichzeitig feste, organisatorische Stützpunkte, um Frauenmassen zu allen Arbeiten, allen Aktionen der Partei heranzuziehen. Unsere Genossinnen in *Italien* sind daran gegangen, diesem Beispiel zu folgen. Sie haben Gruppen für „sympathisierende Frauen" gegründet, die solche Frauen umschließen, die noch Bedenken haben, einer politischen Partei beizutreten, politische Versammlungen zu besuchen usw. Ich bin überzeugt, daß die Fruchte ihres Vorgehens erfreuliche sein werden. Das Beispiel, das gegeben worden ist, muß von denen, die sich mit der kommunistischen Arbeit unter den Frauen in allen Ländern befassen, nicht nur beachtet, sondern befolgt werden. Es wird uns überall nicht nur eine Stärkung der kommunistischen Sektionen unserer Internationale bringen, sondern noch zwei andere gute Folgen. Die Ausdehnung des kommunistischen Einflusses unter großen proletarischen und nichtproletarischen Bevölkerungsschichten und Gärung, Zersetzung, Zersplitterung in den Reihen der Bourgeoisie, d. h. Schwächung unseres Todfeindes. Jede Schwächung der Bourgeoisie bedeutet aber eine Stärkung der proletarischen Kräfte im Kampfe zur Niederringung des Kapitalismus und zum Sturze der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Genossen und Genossinnen! Ich will hier nicht in die Einzelheiten eingehen, wie wir uns die kommunistische Arbeit zur Gewinnung der Frauen durch die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung denken. Das wird Gen. Hertha Sturm nach mir tun. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir bei unserer Arbeit darauf bedacht sein müssen, keine falschen Illusionen zu erwecken, sondern alle Illusionen zu zerstören, als ob auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung die Gewerkschaftsbewegung und die Genossenschaftsbewegung zu Nutz und Frommen des Proletariats die Gesetze, die Existenzbedingungen des Kapitalismus zu vernichten vermöchten. Nein, so wertvoll, so unentbehrlich es ist, was Gewerkschaften und Genossenschaften leisten können, sie vermögen den Kapitalismus nicht auszuhöhlen, sie vermögen ihn nicht zu stürzen. Ihre volle Wirksamkeit kommt erst nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, nach der Aufrichtung seiner Diktatur zur Geltung. Dann werden die Gewerkschaften und die Genossenschaften nicht nur ein Mittel zur Ver-

nichtung der Überreste des Kapitalismus sein, sondern auch Aufbauorgane des neuen, höheren Lebens der kommunistischen Gesellschaft.

Angesichts der großen entscheidenden Bedeutung der proletarischen Diktatur für den Charakter, für das Wirken von Gewerkschaften und Genossenschaften, müssen wir auch in unserem Falle wieder hervorheben, welcher Unterschied sich ergibt für die kommunistische Arbeit unter den Frauen in den Sowjetrepubliken und in den Staaten, die noch vom Kapitalismus beherrscht werden. In den Staaten mit kapitalistischer Klassenherrschaft wird die Rolle der beiden Organisationsarten als Verteidigungs- und als Kampfesorgane für die breitesten Massen scharf in den Vordergrund treten. Die Gewerkschaftsbewegung für die Massen als Produzenten, die Genossenschaftsbewegung im Kampf gegen das Handels-, das Wucher- und Schieberkapital. In den Sowjetstaaten dagegen überwiegen die erzieherischen, die aufbauenden Aufgaben beider Organisationsarten des Proletariats.

Genossinnen und Genossen, ich muß darauf aufmerksam machen, daß unsere Arbeit im letzten Jahre uns auf eine besondere Bedeutung der Arbeit hingewiesen hat, die Frauen unter den Einfluß der Kommunistischen Internationale zu bringen, als ihre Anhängerinnen zu gewinnen. Das ist die bedeutsame Rolle, die die Kommunistinnen und die mit uns sympathisierenden Frauen überall dort spielen, wo die Illegalität die einzige Form des Wirkens, des Kampfes ist, und wo neben den legalen Vereinigungen an der Oberfläche unterirdische Organisationen wirken müssen. Dort überall, in *Finnland*, in *Polen* und anderen Staaten noch, hat sich die große Nützlichkeit, ja, ich möchte sagen die Unentbehrlichkeit der Mitarbeit zielklarer, opferbereiter, kommunistischer Frauen gezeigt. Wenn uns jetzt der Vorstoß der schwärzesten Reaktion, des Fascismus, in vielen Ländern möglicherweise vor die Notwendigkeit stellen wird, illegal kämpfen zu müssen, auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, den Bruch der gesetzlichen Ordnung der Bourgeoisie auch unsererseits mit der Nichtbeachtung, mit der Verachtung der bürgerlichen Legalität zu beantworten, so werden die Genossen nicht vorwärtskommen können, ohne daß sie auch die Frauen auf ihrer Seite haben. Die *Turiner* Proletarierinnen haben gezeigt, daß wir, wo der Fascismus sich breit macht, auf die opferbereite Unterstützung der Frauen zählen können. Bei der letzten großen proletarischen Demonstration gegen den Fascismus in Turin marschierten bewaffnete Proletarierinnen auf, unter einem roten Banner mit der Inschrift: Rosa Luxemburg. Diese Tatsache müßte der Bourgeoisie zu denken geben, sie hat jedenfalls den Mut, die Kampfesfreudigkeit in den Reihen der Arbeiter erhöht.

Genossinnen und Genossen! Wenn unsere kommunistische Arbeit unter den Frauen all die Aufgaben erfüllen soll, die ich hier nur kurz, in allgemeinen Umrissen andeuten konnte, so ist eins notwendig: Daß wir uns und Ihr mit uns, daß wir alle uns die Frage stellen: Sind die Kommunistinnen in den Sektionen der Internationale reif an Erkenntnis, Willen, an Tatkraft, um ihre Pflicht in idealem Maß erfüllen zu können? Und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es bei den Kommunistinnen wie auch bei den Kommunisten — wir sind im allgemeinen nicht schlechter und nicht dümmer als Ihr — häufig noch an der notwendigen, gründlichen,

theoretischen und praktischen Schulung fehlt. Die Unreife und Schwäche der Frauen in der politischen Bewegung ist nur ein Reflex der Unreife und der Schwäche in den Reihen der Kommunisten im allgemeinen. Es erklärt sich das in der Hauptsache aus der Jugend unserer Sektionen. Ernste Arbeit wird die Schwäche überwinden, die wir mit den vielen Vorzügen der Jugend unserer Bewegung in den Kauf nehmen müssen. Es ist von höchster Bedeutung, Genossen und Genossinnen, daß wir rasch Unreife und Schwäche unter denjenigen überwinden, die die kommunistische Arbeit unter dem weiblichen Proletariat durchführen sollen. Deshalb richte ich an Euch alle hier die eindringliche Mahnung: Sorgt dafür, daß die Kommunistinnen in Euren Reihen von Euch zu den praktischen Aufgaben der Partei, ich möchte sagen einzeln, persönlich herangezogen, persönlich zu ihnen verpflichtet werden. Sorgt dafür, daß ihnen alle Bildungsgelegenheiten, alle Bildungsanstalten offen stehen, die für die theoretische und praktische Schulung der Mitglieder existieren. Sorgt dafür, daß dort, wo die gemeinsame Durchbildung nicht möglich ist, die nötigen Bildungsorgane in Gestalt von Kursen, Vorträgen, in Gestalt einer entsprechenden Presse und Literatur für die Frauen geschaffen werden. Die Schulung der Frauen, grundsätzlich und praktisch, zu vollwertigen, kommunistischen Mitkämpferinnen, Genossen, das ist ein Teil Eurer eigenen Bildungsarbeit, und es ist eine wichtige, unerläßliche Vorbedingung Eures Erfolges. Das ist sicher.

Gerade in dieser Zeit halte ich es für besonders notwendig, auf die klarste, tiefste, grundsätzliche Schulung der Frauen bedacht zu sein. In dieser Übergangszeit soll das Schiff des Kommunismus hinaus auf den breiten Ozean der revolutionären Entscheidungskämpfe von gewaltigen Massen für die Eroberung der politischen Macht, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Da drohen zwei Gefahren. Von links droht, daß das Schiff an den Riffen, an den Klippen einer abenteuerlichen Putschromantik zerschellt, von rechts droht die Gefahr, daß das Schiff auf die reformistischen Sandbänke aufläuft, daß es in den faulenden, stinkenden Gewässern des Opportunismus stecken bleibt. Es gibt nur eins, um die Gefahren von rechts und von links zu überwinden. Das ist die höchste, gesteigerte Aktivität des Willens, eines Willens, der Tat wird, der geleitet wird von der klarsten Einsicht in die geschichtliche Situation, in das Wesen der gegenwärtigen Weltkrisis und die Bedingungen zu ihrer Überwindung, das ist, in die Bedingungen des revolutionären Kampfes. Danton hat seinerzeit den revolutionären Vorkämpfern der französischen Revolution zugerufen: „Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit!" Jawohl, Genossinnen und Genossen, wir wollen das alle Tage den Frauen sagen, die für den Kommunismus kämpfen wollen. Sie sind bis jetzt zum Teil ein besonders passives Element gewesen und alles drängt dazu, daß sie ganz besonders aktiv sein müssen. Darum: Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit! Aber wir müssen diesem Wort das andere hinzufügen, das der größte Führer des Weltproletariats, das Gen. Lenin wieder und wieder uns zuruft: Klarheit, Klarheit und nochmals Klarheit!, Klugheit, Klugheit und nochmals Klugheit! Nicht als Ausdruck von Furcht, nicht als Ausfluß des Schwankens und Wankens. Nein, als Vorbedingung dafür, den tödlichen Streich gegen den Kapitalismus sicher zu führen.

Genossinnen und Genossen, wir müssen das beherzigen. Alles, was Sie bis jetzt auf diesem Kongresse gehört haben, hat uns gezeigt, wie richtig die Kommunistische Internationale auf ihrem vorigen Kongreß die Weltsituation eingeschätzt hat. Alle Zeichen der Zeit künden uns: Die Gesellschaft ist objektiv reif, ja überreif für die Beseitigung, für den Sturz des Kapitalismus. Bis jetzt hat sich noch nicht als reif erwiesen im geschichtlichen Sinne der Wille des Proletariats, der Wille jener Klasse, die berufen ist, der Totengräber der kapitalistischen Ordnung zu sein. Aber, Genossinnen und Genossen, es ist in dieser geschichtlichen Situation wie in einer Alpenlandschaft, wo auf hoher Bergesspitze riesige Schneemassen lagern, die seit Jahrhunderten allen Wettern getrotzt haben, und die noch für Jahrhunderte allen Einflüssen der Sonne, des Regens, des Sturmes zu trotzen scheinen. Sie sind trotz allem Anschein unterhöhlt, zermürbt, sie sind „reif", herabzustürzen. Und es genügt vielleicht, daß ein Vöglein seine Schwingen regt und mit der Spitze seines Flügels an diese Massen stößt, um die Lawine ins Rollen zu bringen, die Täler unter sich begräbt. Wir wissen nicht in der gegenwärtigen Situation, wie bald die Weltrevolution vor uns steht, vor Männern und vor Frauen. Deshalb gilt es, mit Arbeit jede Stunde und jede Minute zu nutzen, um für die Weltrevolution bereit zu sein und bereit zu machen. Weltrevolution, das besagt nicht nur Weltvernichtung, Vernichtung des Kapitalismus, es besagt auch Weltschöpfung, Schöpfung des Kommunismus. Durchdringen wir uns mit der Bedeutung dieses Wortes! Seien wir bereit und machen wir die proletarischen Massen bereit, daß sie die Weltschöpfer des Kommunismus werden. (Lebhafter Beifall.)

HERTHA STURM (Deutschland): Genossen, die Aufgabe der Kommunistischen Partei in bezug auf die Frauenbewegung ist die, die breitesten Massen der werktätigen Frauen in die Klassenkämpfe des Proletariats hineinzuziehen, sie für diese zu organisieren und zu schulen. Auf dem Wege zu diesem Ziele haben wir noch den größten Teil des Weges vor uns liegen. Wenn schon durch die Kommunistische Partei die Mehrheit des Proletariats im allgemeinen noch nicht gewonnen ist, so trifft das in erhöhtem Maße für die weiblichen Massen des Proletariats zu, denn hier sprechen neben den allgemeinen Gründen, die es der Arbeiterschaft erschweren, zum Kommunismus durchzudringen, noch spezielle Gründe mit: die soziale Rückständigkeit der Frau, ihre weit geringere Politisierung, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß auch in den anderen politischen Parteien Frauen schwach beteiligt sind.

Wenn wir den Einfluß, den wir auf die proletarischen Frauenmassen heute haben, einschätzen wollen, so haben wir einen gewissen Gradmesser in der Zahl der weiblichen Mitglieder in den kommunistischen Parteien. Da sehen wir, daß, während das weibliche Proletariat heute mehr als die Hälfte des Proletariats stellt, während insbesondere nach dem Krieg in dem Alter von 20—45 Jahren, das für die politische Arbeit hauptsächlich in Frage kommt, das Zahlenübergewicht der Frauen gegenüber den Männern ein ziemlich bedeutendes ist, trotzdem innerhalb der kommunistischen Parteien die Frauen nicht die 50 % oder mehr stellen, die ihnen rein rechengemäß zukommen

müßten, sondern einen viel geringeren Prozentsatz, im großen Durchschnitt vielleicht 10 %. Jedoch zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß hier sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien bestehen. Je größer eine Partei zahlenmäßig und je besser organisiert sie ist, desto größer ist nicht nur die absolute Zahl ihrer weiblichen Mitglieder, sondern desto größer ist auch das Prozentverhältnis ihrer weiblichen Mitglieder zur Gesamtzahl.

Ich werde das an einigen Beispielen erläutern. Wir haben z. B. in der Tschechoslowakei mit 36 000 weiblichen Mitgliedern 20 % der Mitgliedschaft insgesamt, in Deutschland mit rund 35 000 weiblichen Mitgliedern 11—12 % der Gesamtheit, in Norwegen mit 15 000—16 000 weiblichen Mitgliedern 15 % der Gesamtheit. Im Gegensatz dazu steht eine andre Gruppe von Parteien, unter denen Frankreich, Italien, England und Belgien als Beispiele dienen mögen: in Frankreich insgesamt 1800 weibliche Mitglieder, — das sind 2 % der Gesamtheit; in Italien 350—400, — das sind ungefähr 1½ %. In England ist die Zahl der weiblichen Mitglieder noch kaum festgestellt; jedenfalls ist aber auch hier die absolute Zahl wie der Anteil der Frauen, der Prozentsatz, außerordentlich niedrig. In Belgien mit insgesamt 30 weiblichen Mitgliedern beträgt sie 6 % der gesamten Mitgliedschaft.

Ich möchte das Beispiel noch etwas deutlicher machen, indem ich darauf hinweise, daß auch innerhalb der einzelnen Parteien sich große Differenzen ergeben, je nach dem Grade der Durchorganisierung, der Konkretisierung, der Aktivisierung verschiedener Bezirke der Partei auf ihre bestimmten Aufgaben. So stellen in Deutschland in der größten Ortsgruppe Berlin die Frauen etwa 20 % gegenüber dem Reichsdurchschnitt von etwa 12 %. Umgekehrt gibt es Bezirke, die organisatorisch schwach, politisch wenig geklärt und gefestigt sind, in denen die Ziffer unter 6 % bleibt. Ähnlich ist es in der Tschechoslowakei, wo wir im deutschen Kreise Aussig, der seit altersher eine gut organisierte Frauenbewegung hat, 50 %, also ein Maximum der weiblichen Mitglieder haben, während der Landesdurchschnitt nur 20 % beträgt und in einigen tschechischen und slowakischen Gegenden sogar noch weit weniger.

Aus diesen Beispielen folgt, daß, je intensiver die Arbeit innerhalb der Kommunistischen Partei ist, je gefestigter und geklärter die Partei oder Teile der Partei im ganzen sind, desto weiterreichend auch der Einfluß ist, den die Partei sich auf die Frauenmassen sichert. Das spiegelt sich in dem Umfange der organisatorischen Angliederung der Frauen an die Kommunistische Partei wider.

Es ist aber noch eine andere Tendenz zu beobachten und das ist die: in den Ländern, wo die Kommunistische Partei die stärkste Arbeiterpartei ist, wo sie die größten Massen organisatorisch aus den alten sozialdemokratischen Parteien mit hinübergenommen hat, ist das Zahlenverhältnis der weiblichen Mitglieder ein günstiges.

Das geht besonders aus den Beispielen der Tschechoslowakei und Norwegens hervor. Die Frauen, die schon durch die sozialdemokratische Bewegung politisch erfaßt waren, wurden hier auf organisatorischem Wege in die kommunistische Bewegung hinübergeleitet, während in den jungen, in den schwachen kommunistischen Arbeiterparteien jedes Mitglied sozusagen individuell gewonnen werden muß,

47*

wenn es von der reformistischen Partei abgelöst oder wenn es herausgehoben werden soll aus der Masse derjenigen Frauen, die bisher politisch überhaupt noch nicht organisiert waren.

Wenn in Frankreich, das in günstiger Lage gegenüber der sozialdemokratischen Partei ist, trotzdem die Ziffer eine so niedrige ist — 2% —, so spricht hier noch ein Umstand mit, der ähnlich wie in Italien, eine ungünstige Rolle für die kommunistische Frauenbewegung spielt. Das ist die Ideologie in breiten Massen der Arbeiterschaft, bis tief in die Reihen der Kommunisten hinein, eine Ideologie, die klassisch zum Ausdruck kam im Jahre 1865 auf dem Internationalen Kongreß von London, ein Jahr nach Gründung der 1. Internationale, als die Streitfrage sich entspann, ob unter „Arbeiter" auch die Arbeiterin mit zu verstehen sei. Damals prägte der Vertreter der französischen Delegation die Maxime: dem Manne die Arbeit und das Studium der gesellschaftlichen Probleme, der Frau die Sorge für die Kinder und die Verschönerung des Heimes des Arbeiters. Diese Ideologie, die in Frankreich und in Italien noch sehr stark verbreitet ist, und die wir mit allen Kräften bekämpfen müssen, ist mit dafür verantwortlich zu machen, daß die Zahl der organisatorisch erfaßten weiblichen Mitglieder so gering ist. Selbstverständlich verkennen wir nicht, daß diese Ideologie ihre wirtschaftlichen Ursachen hat, die darin bestehen, daß in Frankreich, in Italien, in Spanien die Großindustrie noch nicht die breiten Massen der Frauen aus dem Bauerntume, aus der Enge des kleinbürgerlichen Haushaltes herausgerissen hat in das öffentliche Leben, sie noch nicht zusammengestellt hat in den Riesenbetrieben, wie in den großindustriellen Staaten, und daß dieser Umstand selbstverständlich auch die Auffassung über die Rolle der Frau im politischen Leben stark beeinflußt.

Über den Zahlenanteil der Frauen in den Ländern, wo die Partei illegal ist, sind bestimmte Angaben aus naheliegenden Gründen unmöglich. Es scheint jedoch, daß in den illegalen Parteien die Frauen in der Regel stärker in die allgemeine Parteiarbeit hineingezogen werden, als es in den anderen Parteien der Fall ist.

Was folgt aus den angeführten Tatsachen, welche Rückschlüsse können wir daraus für unsere Arbeit ziehen? Aus den Zahlenbeispielen sehen wir zunächst, wie ungeheuer schwierig es ist, die Frauen für den Kommunismus zu gewinnen, sie organisatorisch der Partei anzugliedern.

Es folgt weiter, daß die Organisierung der proletarischen Frauen eine Aufgabe ist, die in den kommunistischen Parteien nicht an erster Stelle in Angriff genommen worden ist, sondern eine Aufgabe, für deren Anerkennung, um deren Durchsetzung innerhalb der Partei erst zähe gekämpft werden mußte.

Und aus der Art, wie die weiblichen Mitglieder gewonnen sind, folgt ein Zweites. Es sind zum Teil wenig geschulte politische Kämpferinnen, es sind in der Mehrheit keine Arbeiterinnen, sondern Hausfrauen, die Frauen unserer Genossen, die mehr durch Überredung als aus eigener tiefster Überzeugung in die Partei gekommen sind. Diese Elemente sind naturnotwendig passiver eingestellt, ihnen fehlt die Erfahrung und Schulung für die Arbeit und vor allen Dingen

haben sie nicht die breite organische Verbindung mit den Massen der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften, auf die es uns vor allem ankommt.

Um so zwingender ergibt sich daraus die Notwendigkeit, diese unsere schwachen Kräfte planmäßig einzusetzen, rationell auszunutzen durch Schaffung von Organen, die es uns ermöglichen, mit den geringsten Mitteln das Höchste an Arbeit zu leisten.

Aus diesem Gesichtspunkt sind die Frauenausschüsse in den kommunistischen Parteien gegründet worden.

Es war die erste Aufgabe des internationalen Frauensekretariats seit dem Beginn des Jahres, wo sein Schwerpunkt nach Berlin verlegt wurde, diesen organisatorischen Stützpunkten, die der Notwendigkeit der Arbeit entsprungen waren, innerhalb der Internationale zur Geltung zu verhelfen. Und wir können sagen, daß diese erste Voraussetzung für die Erfassung der breiten Massen draußen in gewissem Umfange geschaffen ist. Zum mindesten haben wir das eine erreicht, daß nämlich ideologisch der Gedanke der Notwendigkeit besonderer Frauenorgane sich durchgesetzt hat. Freilich ist noch ein großer Schritt bis zur praktischen Durchführung dieser Ausschüsse zu tun, und da muß ich kurz an einige Punkte erinnern, die Gen. Zetkin schon gestreift hat.

Ich weise auf die Tatsache hin, daß in England, einem außerordentlich wichtigen Lande für den internationalen Kampf des Proletariats, bis zum heutigen Tage kein zentraler Frauenausschuß am Sitz der Parteileitung geschaffen worden ist, um die Arbeit planmäßig für das ganze Land zu leiten.

Ich weise darauf hin, daß in ganz Frankreich bis heute nur etwa 15 Frauenausschüsse gebildet worden sind bei einem Vorhandensein von vielen Hunderten von Ortsgruppen der Partei, daß sogar das zentrale Frauensekretariat in Frankreich gefährdet, ja aufgelöst worden ist durch die Parteikrise.

Ich verweise ferner auf die Tschechoslowakei, die eine im allgemeinen starke und gut organisierte Partei hat, und wo trotzdem die Versendung eines Fragebogens durch das Prager Frauensekretariat das folgende Ergebnis zeitigte: nur $^1/_7$ aller Ortsgruppen hielten es für notwendig, den Fragebogen überhaupt zu beantworten; nur $^1/_{10}$ aller Ortsgruppen haben weibliche Mitglieder und nur 2 %, im ganzen 47, besitzen Frauenausschüsse.

Es braucht nicht zu verwundern, wenn schon in dieser großen und verhältnismäßig guten Partei die Arbeit unter den Frauen organisatorisch so schwach verankert ist, daß sie in den kleineren Parteien, wie in Österreich, in Holland und in Dänemark sich eigentlich ausschließlich auf den Hauptort des Landes, auf den Sitz der Parteiexekutive, beschränkt.

Es wird in der kommenden Zeit, wenn die Kämpfe des Proletariats in großem Maßstabe über das ganze Land geführt werden müssen, zwingende Notwendigkeit sein, diese Frauenausschüsse weiter auszubilden bis in die letzten Ortsgruppen aller Parteien hinein.

Welches sind die Aufgaben dieser Ausschüsse?

Die elementarste, unmittelbarste Aufgabe ist, daß diese wenigen aktivisierten Genossinnen selbst die Arbeit machen, die uns auf den

Nägeln brennt. Sie müssen „Mädchen für alles" sein. Zunächst müssen sie organisieren im ganzen Land, sie müssen reden, schreiben, Anweisungen geben für die bestimmten Tätigkeitsgebiete in allen Zweigen des politischen Lebens. Aber es wäre falsch, wenn ihre Arbeit sich darauf beschränkte. Es ist unmöglich, mit dem heutigen kleinen Stamm der tätigen Genossinnen die ungeheuere Fülle der Aufgaben zu bewältigen, die vor uns stehen. Es muß das Hauptaugenmerk dieser Genossinnen darauf gerichtet sein, die bereits in der Partei organisierten, aber noch nicht erfahrenen Genossinnen für die Arbeit zu schulen und für bestimmte Aufgaben aktiv zu machen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es wichtig, was übrigens übereinstimmend in allen kommunistischen Parteien ist, die überhaupt die Arbeit ernstlich in Angriff nehmen, daß die Genossinnen Diskussionsabende, Kurse, Zirkel für die Frauen einrichten, um diese für ihre Arbeit in den Massen außerhalb der Partei vorzubereiten. Und es ist ein Zeichen der Stärke oder zum mindesten ein positiver Beginn der Arbeit in der englischen Partei, wenn unsere Genossinnen dort mit richtigem Instinkt den Weg beschritten haben, um die Arbeit zu beleben, indem sie die kleine Parteischule für die Genossinnen schufen, von der Gen. Zetkin sprach. Ich glaube, es wird in solchen Parteien — wie besonders in der Tschechoslowakei —, die zahlenmäßig eine große weibliche Mitgliedschaft haben, deren weibliche Mitglieder aber nur erst gefühlsmäßig revolutionär, jedoch noch nicht planmäßig geschult sind, notwendig sein, nicht nur in einzelnen Kreisen, sondern im ganzen Lande, und zwar planmäßig unter Leitung des Frauensekretariats und mit Unterstützung der Partei-Exekutive solche Schulungsgelegenheiten zu geben, um die zahlreichen Genossinnen zu aktivisieren, um sie zu lehren, was es heißt, Kommunistin zu sein, welche Pflichten und Aufgaben sie als Kommunistinnen zu erfüllen haben.

Die dritte Aufgabe ist jedoch die wichtigste. Sie besteht darin, daß die Frauenausschüsse innerhalb der Gesamtparteien durchsetzen müssen, daß die Arbeit unter den breiten Massen des weiblichen Proletariats in der allgemeinen Parteiarbeit verankert wird, daß die Arbeit unter den Frauen nicht eine Angelegenheit des kleinen Häufleins der Kommunistinnen bleibt; sie müssen bei allen Gelegenheiten und in allen Aktionen der Partei darauf hinwirken, daß die Arbeit unter den Frauen ein Glied der allgemeinen Bewegung wird, daß diese Arbeit durch alle organisatorischen und politischen Hilfsmittel und durch die volle Autorität der Gesamtpartei und aller ihrer Organe betrieben und gestützt wird.

Auf diesem Gebiet haben wir noch die ersten Schritte zu tun, und die Versuche, dieses Prinzip durchzudrücken, sind nicht immer in ganz glücklichen Formen geschehen. Wir hatten insbesondere in den romanischen Ländern, wo die Genossinnen stark gegen die kleinbürgerliche Einstellung auch der eigenen Genossen zu kämpfen haben, einige Anwandlung von Feminismus zu beobachten. Wir kennen alle aus den Anfängen der Frauenbewegung her diese Einstellung, daß die Genossinnen und Genossen sich gegenseitig bekämpfen. Die Genossinnen beklagen sich, daß die Genossen ihre Arbeit nicht anerkennen und sie nicht unterstützen, und die Genossen ihrerseits beklagen sich, daß die Frauen selbst zu wenig für die Arbeit tun, daß es ihre eigene Ange-

legenheit sein müßte. Genossen, das sind Kinderkrankheiten, das sind Anfangsstadien, durch die wir alle einmal hindurchkommen. Wir finden in der Presse, z. B. in dem französischen Frauenorgan „L'ouvrière", obgleich dieses im großen und ganzen gut gehalten ist, hin und wieder auch in dem italienischen Frauenorgan „Campagna", Artikel, wo die Genossinnen den Genossen auseinandersetzen, daß die Frau doch sozusagen auch ein menschliches, dem Manne gleichberechtigtes Wesen ist, das Anspruch auf politische Betätigung und Verteidigung seiner eigenen Rechte hat.

Selbst am Internationalen Frauentag standen in England in der ersten Frauenseite des „Communist" derartige Artikel, die nichts mit einer Revolutionierung der breiten Massen zu tun hatten, die nicht an die Nöte und Sorgen der englischen Arbeiterfrauen anknüpften, sondern den Kampf des Selbstverständigungsprozesses der Kommunistischen Partei in ihren Spalten austrugen. Ich sage, es ist eine Schwäche, und trotzdem haben wir diesen Artikel im „Communist" damals begrüßt, weil wir darin einen Anfang erblickten für den Klärungsprozeß, der dahin führen mußte, daß die Genossen und Genossinnen innerhalb der Partei an dieser gemeinsamen Parteiarbeit zusammenwirken.

Wenn wir uns aber nun fragen, wieweit es gelungen ist, die Frauenmassen außerhalb der Kommunistischen Partei zu erfassen, und in die Kämpfe des Proletariats einzugliedern, dann müssen wir bekennen: erst in sehr geringem Umfange. Die Gen. Zetkin erwähnte zwei internationale Aktionen, die verhältnismäßig gut durchgeführt waren: den Internationalen Frauentag und die Hilfsaktion für Sowjetrußland. Wenn es hier einigermaßen gelang, die Massen der Frauen zu mobilisieren und sie für die Idee des Kommunismus zu gewinnen oder doch zu interessieren, dann hatte das seine bestimmten Gründe.

Beim Internationalen Frauentag war der Grund der, daß dieser schon von der 2. Internationale her eine gewisse revolutionäre Tradition hatte, daß daher auch die Parteien, die noch Anklänge an die Sozialdemokraten mitbringen und in vieler Beziehung sonst passiv eingestellt sind, auf diesem Gebiete ihren Mann gestellt haben. Bei der Hilfsaktion für Sowjetrußland sprachen zwei Gründe für ihren Erfolg mit. Einmal der, daß die Frauen hier organisatorisch starke Stützpunkte in den nationalen Hilfskomitees hatten, die im einheitlichen Sinne straff organisiert waren. Zweitens war es der sachliche Grund, daß gerade diese Aktion sehr stark innerlich verbunden war und glücklich anknüpfte an die besten Instinkte der Weiblichkeit, an ihre mütterlichen Instinkte, die hier einmal Gelegenheit hatten, sich hinaus über die engen Grenzen des individuellen Eigenheims auszuwirken, in der Form der Solidarität mit dem gesamten Proletariat, mit dem Vorkämpfer des Weltproletariats Sowjet-Rußland.

Aber schon in der Arbeiterkinderwoche, die wir gemeinsam mit der Internationalen Kommunistischen Jugend durchführen wollten, zeigte es sich, daß wir nur da gewisse Erfolge hatten, wo die Jugendorganisation gut funktionierte, daß dagegen in den Ländern, wo das nicht der Fall war, wie in der Tschechoslowakei, diese Aktion einen ziemlich glatten Mißerfolg bedeutete.



Aus diesen Erfahrungen kommen wir zu bestimmten Folgerungen. Auf der Konferenz der Internationalen Korrespondentinnen in Berlin wurde Kritik an der Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats geübt. Es wurde gesagt, daß wir nicht genügend verstanden hätten, bei den verschiedensten Gelegenheiten internationale Aktionen der Frauen einzuleiten. Wenn das so war, so entsprang das weder einem Mangel an Einsicht, noch einer gewissen Passivität von uns. Nicht als ob wir nicht gesehen hätten, welche Fragen international auf der Tagesordnung standen, nicht als ob wir nicht gewußt hätten, wie diese Fragen in den Ländern zu gemeinsamen Aktionen planmäßig zusammenzufassen wären. Unser Verhalten rechtfertigt sich vielmehr aus der einfachen Erkenntnis, daß unsere Organe in der Frauenbewegung noch zu schwach sind, um in großem Maßstabe internationale Frauenaktionen durchzuführen, wenn nicht die ganze Kommunistische Partei mit allen ihren Kräften hinter diesen Aktionen steht. Es wäre sehr wohl denkbar und äußerst notwendig, Kampagnen zu führen, z. B. für das politische Frauenrecht in Frankreich, Bulgarien und anderen Ländern; wir könnten und müßten Aktionen einleiten und führen zur Verteidigung und Erweiterung des Arbeiterinnenschutzes, zum Kampf gegen die Teuerung, die in allen Ländern anwächst, zur Frage des maßlos steigenden Kinderelends, zur Bekämpfung der drohenden Kriegsgefahr und zum Kampfe gegen den weißen Terror, unter dem weite Kreise von Proletarier-Frauen, deren Männer im Kerker sitzen, leiden usw. Aber wir wissen, daß es heute unter den gegebenen Verhältnissen notwendiger und fruchtbarer ist, zunächst die Frauen in diejenigen allgemeinen Kämpfe der kommunistischen Parteien hineinzuziehen, die in jedem Lande besonders auf der Tagesordnung stehen. Wir müssen z. B. in England den Schwerpunkt darauf legen, die arbeitslosen Frauen in und mit der Masse der Arbeitslosen zu mobilisieren und für unsere Ideen zu gewinnen. Wir müssen in allen Ländern die Frauen in die Kämpfe für die Einheitsfront gegen die Offensive des Kapitals hineinstellen. Wir müssen in Deutschland speziell die Frauen in der Betriebsrätebewegung auf die Beine bringen. Kurzum, wir müssen dahin streben, überall die Frauen der Arbeiterklasse in die allgemeinen Kämpfe des Proletariats einzugliedern. Wenn es uns gelingt, in diesen Kämpfen die Parteien so einzustellen, daß sie die Notwendigkeit der Beteiligung der proletarischen Frauenmassen einsehen, dann wird es uns in Zukunft eher möglich sein, auch die Unterstützung der gesamten Partei für besondere Kampagnen zu gewinnen, die ganz speziell die Frauen angehen. Eine derartige Aktion ist, wie die Gen. Zetkin schon erwähnte, z. B. der Kampf gegen die sogen. Abtreibungsparagraphen, der vorläufig nur in Deutschland einen großen Umfang angenommen hat, der aber wahrscheinlich in der nächsten Zeit auch in der Tschechoslowakei, in Österreich, Frankreich und England auf der Tagesordnung stehen wird.

Zur Arbeitslosenfrage in England möchte ich feststellen, daß die englische Partei sich über die Frage der Einbeziehung der arbeitslosen Frauen in diese Bewegung durchaus noch nicht klar geworden ist. Wir dringen etwa seit einem halben Jahr bei der englischen Partei darauf und hoffen, daß auch die Exekutive der Komintern in demselben Sinne einwirken wird, daß die Partei die Massen der Frauen

durch Anwendung besonderer Mittel aufrütteln möge, z. B. durch ein Flugblatt, das jetzt in die Massen hineinzuwerfen wäre. Wir haben Berichte aus England, daß in Dundee, einer Stadt mit außerordentlich starker Frauenindustrie — es ist die Juteindustrie, wo auf je 7 Frauen ein Mann kommt — so stark ist dort die Frauenindustrie konzentriert — eine starke Arbeitslosigkeit herrscht. Hier wäre es notwendig, an die Arbeiterinnen heranzukommen, um ihnen die Zusammenhänge zu zeigen, die zwischen ihrer Arbeitslosigkeit, der kapitalistischen Wirtschaft und dem englischen Imperialismus bestehen, denn speziell die Entwicklung der Juteindustrie in Indien hat es verschuldet, daß infolge der niedrigeren Löhne der kolonialen Arbeiter in Indien die Arbeiterinnen in England heute auf dem Pflaster liegen.

Die wichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, um in den allgemeinen Parteisektionen die Arbeiterinnen mit in die Kampfesreihen einzugliedern, ist die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Es war kein Zufall, sondern entsprang einem zielklaren Plan des Kommunistischen Internationalen Frauensekretariats, daß wir, sobald die Frauenausschüsse einigermaßen durchorganisiert waren, in der Internationale zu der Aufgabe übergingen, nunmehr die Zusammenarbeit dieser Organe mit den gewerkschaftlichen Organen zu organisieren, die von den Parteien zur Erfassung und Schulung der Massen in den Betrieben und Gewerkschaften geschaffen sind. Aus diesem Gesichtspunkte war es ein durchaus glücklicher Griff unserer italienischen Bruderpartei, wenn sie das Frauensekretariat, das bis dahin in Rom bestanden hatte, in den letzten Wochen nach Turin verlegte, und zwar deswegen, weil in Rom nicht ein einziges weibliches Parteimitglied existiert, weil in Rom die Frauenindustrie überhaupt keine irgendwie nennenswerte Rolle spielt. In Turin dagegen, in Piemont, im Norden Italiens, in der Nähe der industriellen Lombardei mit der stark ausgebreiteten Textilindustrie, war die Möglichkeit gegeben, an die Massen der erwerbstätigen Frauen in den Betrieben und in den Gewerkschaften heranzukommen. Und weiter, um auf die Frage von Norwegen noch einmal zurückzukommen: nicht deswegen, Genossen, bestehen und drängen wir darauf, daß nicht nur der Frauenverband, sondern auch die Frauenvereine in Norwegen aufgelöst werden, weil wir etwa aus organisatorischem Fetischismus überall die einheitliche Linie haben müssen, d. h. die Eingliederung der Frauen in die allgemeinen Organisationen. Wir tun es vielmehr aus dem sehr guten sachlichen Grunde, weil die Frauenvereine durch ihre organisatorische Selbständigkeit und innere Abgeschlossenheit von dem allgemeinen Leben der Partei abgesondert wurden, weil das Bestehen dieser Frauenvereine bisher eine Schranke für die Erfassung der Massen der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften außerhalb dieser kleinen Kreise bildete.

Es ist auch kein Zufall, daß Bulgarien mit der mustergültigsten Partei der Internationale — natürlich verhältnismäßig, um mit Sinowjew zu sprechen —, dasjenige Land ist, das die Organisation der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften am besten durchgeführt hat. Hier sind spezielle Organe innerhalb der Partei und innerhalb der Gewerkschaften geschaffen, die ja in Bulgarien von der Partei vollständig beherrscht werden; hier ist die Zusammenarbeit zwischen

der Partei und den Gewerkschaftskomitees durch Satzungen und Richtlinien genau geregelt, hier sind mit äußerster Sorgfalt und eingehend auf die Bedürfnisse und die besondere Lage der Arbeiterinnen alle die großen Aufgaben gekennzeichnet, die die Kommunistische Partei in bezug auf die Mobilisierung der Frauen in den Betrieben und Gewerkschaften zu erfüllen hat.

Eine besondere Rolle spielt die Gewerkschaftsarbeit noch in den illegalen Ländern. Ich weise nur auf ein Moment hin, daß z. B. in Finnland, in Rumänien, in Spanien, wo die Partei nicht in der Öffentlichkeit und nicht durch spezielle Frauenorgane an die Arbeiterinnen herankommen kann, die Gewerkschaften sozusagen das einzige Terrain sind, auf dem sie sich den Arbeiterinnen nähern und sie im kommunistischen Sinne beeinflussen können.

Die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit unter den Frauen sind eng verknüpft mit den Schwierigkeiten, die für die Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen in den Parteien bestehen. Wir wissen sehr wohl, daß die Gewerkschaftsarbeit unter den Frauen in dem Maße voranschreiten wird, als die Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen gut durchgebildet ist. Wir verstehen, daß in England, wo die Kommunistische Partei schon allein durch ihre organisatorische Schwäche gegenüber den anderen Arbeiterorganisationen sehr wenig Einfluß in den Gewerkschaften hat, naturgemäß auch die Erfassung der Arbeiterinnen fast überhaupt noch nicht in Angriff genommen werden konnte. Wir sehen in Frankreich, wo die Partei noch in den eigenen Reihen Auseinandersetzungen zu führen hat, ob und in welchem Sinne die Kommunistische Partei in den Gewerkschaften politisch arbeiten soll, den Reflex dieser Schwäche in der Arbeiterinnenbewegung. Unsere wenigen kämpfenden Genossen in Frankreich haben es ungeheuer schwer, ein positives Stück Arbeit in den Gewerkschaften zu leisten, wenn sie einerseits in der Spitze der Partei noch um die Erhaltung ihres Frauensekretariats und ihrer Frauenzeitschrift kämpfen müssen, wenn sie andererseits in der Gewerkschaftsfrage mitzukämpfen haben für die Durchsetzung des grundlegenden Prinzips, daß die Kommunistische Partei verpflichtet ist, in den Gewerkschaften den kommunistischen Einfluß auf die Massen zu erobern.

In der Tschechoslowakei, wo wir zwar organisatorisch große Massen der Arbeiter unter den Einfluß der Roten Gewerkschaftsinternationale gebracht haben, ist es einfach aus Mangel an Zeit, an Kräften oder auch aus Mangel von Aktivität noch nicht gelungen, diese Massen kommunistischer durchzuschulen. Mit Recht haben darum die tschechoslowakischen Genossinnen an die Exekutive, an das Internationale Frauensekretariat und an die Rote Gewerkschaftsinternationale die Aufforderung gerichtet, dafür zu sorgen, daß ihre Anhänger in der Tschechoslowakei in ihren Verbänden —, von denen z. B. der Landarbeiterverband allein 30 000 gewerkschaftlich organisierte weibliche Mitglieder hat — viel intensiver als bisher den Kampf um alle Forderungen der Arbeiterinnen aufnehmen müssen.

Genossen, die Notwendigkeit, die Mobilisierung der Arbeiterinnen durchzuführen, zwingt uns die Gewerkschaftsarbeit überhaupt planmäßig aufzubauen, d. h. die Kommunisten müssen hier unbedingt an dem wichtigsten Teil der allgemeinen Parteiarbeit positiv mitwirken.

Es ist unvermeidlich, daß die Kommunistinnen mit allen besonderen Plänen und Organisationsvorschlägen für die Revolutionierung der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften solange in die Luft bauen werden, als nicht durch den Aufbau der kommunistischen Zellen die Grundlage für jede Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben geschaffen worden ist. Gerade an diesem Beispiel, wo wir bisher wenig Erfolg hatten, sehen wir am deutlichsten, wie stark die Kommunistische Frauenbewegung auf Gedeih und Verderb mit der allgemeinen kommunistischen Bewegung verbunden ist. Gerade wenn wir unter den Arbeiterinnen Fuß fassen wollen, müssen wir Kommunistinnen in allen kommunistischen Parteien mit der größten Energie und mit der größten Sorgfalt uns an die allgemeine Aufgabe machen, von unten auf planmäßig und gediegen die kommunistischen Zellen aufbauen. Je rascher und je gründlicher diese Aufgabe gelöst sein wird, um so eher werden die Organe, denen wir besondere Aufgaben in bezug auf die Arbeiterinnen stellen, auch diesen Anforderungen gewachsen sein. Gleichzeitig mit dem Aufbau der Zellen müssen wir die gewerkschaftlich organisierten Kommunistinnen eingliedern und ihnen die Vertretung der Forderungen der Arbeiterinnen zur Aufgabe stellen. Die kommunistischen Gewerkschaftlerinnen müssen mit den Frauenausschüssen der Partei in engster Fühlung stehen, um ihre Erfahrungen gegenseitig auszutauschen und zu beraten, wie die Massen der Arbeiterinnen weiter aufgeklärt und tiefer in die Kämpfe des Proletariats hineingeführt werden können.

Noch ein Wort zu den Konsumgenossenschaften: Die Konsumgenossenschaften unterscheiden sich von den Gewerkschaften insofern, als hier nicht nur Arbeiterinnen, sondern außer ihnen große Massen von proletarischen Hausfrauen organisiert sind. Es bietet sich uns daher ein Feld, auf dem wir neue, breite Massen erfassen können, die uns in den Betrieben und Gewerkschaften nicht zugänglich sind.

Und ein zweites Moment weist uns in der gegenwärtigen Zeit auf die Arbeit in den Genossenschaften hin. Das ist die Tatsache, daß heute bei der großen Teuerung und dem Massenelend, die fast in allen Ländern herrschen, die Konsumgenossenschaften die berufenen Organe sind, in Verbindung mit den Gewerkschaften und den politischen Arbeiterparteien ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen, um dem Verelendungsprozeß des Proletariats entgegenzuarbeiten. Die Aufklärungsarbeit, die wir darum innerhalb der Konsumgenossenschaften unter den Frauen treiben, wird in starkem Maße ein revolutionäres Moment bilden, das die Einheitsfront des Proletariats auch in den Außenbezirken, unter den Arbeiterinnen, die nicht in dem Produktionsprozeß stehen, stärken wird.

Genossen! Ein letztes Wort zur Presse. Die Presse ist ja eins der wichtigsten Mittel, um die breiten unorganisierten Massen zu erfassen und im kommunistischen Sinne zu beeinflussen.

Wir haben in der Internationale eine ziemlich ausgedehnte Frauenpresse, und wir haben daneben die Möglichkeit durch die allgemeine Presse unsere Fragen in die Massen zu werfen. Es muß festgestellt werden, daß organisatorisch die Frauenpresse noch nicht die Aufgabe gelöst hat, in möglichst weite Kreise einzudringen. Wir haben eine ganze Reihe von Ländern, wo die Frauenzeitschriften noch nicht einmal in einer

Auflage umgesetzt werden, die die Zahl der weiblichen Parteimitglieder erreicht. Von Beispielen für das Gegenteil möchte ich wiederum Bulgarien und diesmal außerdem Italien hervorheben, wo es gelungen ist, durch die Frauenpresse bedeutend weitere Kreise zu erfassen, als organisatorisch der Partei schon angeschlossen waren. Das muß natürlich überall unser Ziel sein.

Was den Inhalt der Presse betrifft, so spiegeln sich natürlich alle Schwächen der kommunistischen Frauenbewegung wie der allgemeinen kommunistischen Bewegung in ihr wider. Ich möchte zwei Hauptfehler hervorheben, die gewissermaßen Extreme darstellen.

Das eine Extrem kam, besonders am Anfang, vielleicht in der holländischen Frauenzeitschrift „De Voorbode" am stärksten zum Ausdruck. Die Zeitschrift ist theoretisch, prinzipiell außerordentlich klar und einwandfrei gehalten, sie knüpfte aber so wenig an konkrete, tägliche Sorgen und Nöte der proletarischen Frauen an, nahm so wenig Bezug auf die speziellen Verhältnisse gerade in Holland, daß sie dem Verständnis der ungeschulten Massen wenig entsprach, daß sie innerlich nicht mit den Frauen verwachsen sein konnte. Inzwischen hat sich diese Zeitschrift jedoch weit besser den Bedürfnissen der Massen angepaßt. Das andere Extrem zeigte sich am deutlichsten in dem Brünner Kreisblatt „Zena" (Tschechoslowakei), das umgekehrt, um große Popularität zu gewinnen, die klare grundsätzliche Linie des Kommunismus preisgab, an die kleinbürgerliche Einstellung der Proletarierfrauen zu kritiklos anknüpfte und dem Sensationsbedürfnis der Massen entschieden zu weitgehend Rechnung trug, indem es von allen möglichen Dingen schrieb, die mit dem Kommunismus nichts zu tun haben.

Vielleicht ist es nützlich, in diesem Zusammenhang auch die französische Presse zu nennen. Obwohl die verantwortliche Redaktion der „Ouvrière" ihren Standpunkt gut verfochten hat, so muß zu ihrer Rückenstärkung hier festgestellt werden, daß sie seit der Gründung der Zeitschrift auf dem Marseiller Parteitag bis zum heutigen Tag mit Tendenzen innerhalb der Kommunistischen Partei zu kämpfen hatte, die aus der Zeitschrift ein Modejournal und ein Blatt für Küchenrezepte machen wollen.

Wir unterstreichen darum hier vor der Internationale, daß wir uns einen derartigen Luxus nicht leisten können, sondern daß unsere Organe dazu da sind, die kommunistische Propaganda unter den Arbeiterinnen zu betreiben und nichts anderes!

Wir sehen uns neuerdings einer Schwierigkeit in der Pressefrage gegenüber, die mit der finanziellen Schwäche unserer kommunistischen Parteien zusammenhängt. Es sind Anzeichen dafür da, daß wir gezwungen sein werden, in einem gewissen Umfange die Frauenzeitungen abzubauen. Die „Ouvrière" wird sterben. An ihre Stelle muß etwas anderes treten. Wir müssen unbedingt in allen Parteien darauf drängen, daß in Durchführung der Beschlüsse der vorjährigen Frauenkonferenz und des Weltkongresses in allen Parteiorganen Frauenbeilagen eingeführt werden; und zwar dürfen diese nicht nur gelegentlich erscheinen, wenn es dem betreffenden Redakteur oder Sekretär gerade beliebt, sondern sie müssen ganz regelmäßig herauskommen. Und wir müssen weiter versuchen, unsere Arbeit unter den Frauen so weit in den Mittelpunkt der ganzen Parteiarbeit zu rücken, daß wir auch in die allgemeinen Spal-

ten der Parteigruppe hineindringen und in all die übrigen Organe der Partei, in die Spezialorgane, in die Gewerkschaftsblätter, in die wissenschaftlichen Zeitschriften, in die Zeitungen für die Landarbeiterschaft und welche immer sonst noch in Frage kommen. Erst dann wird unsere Frauenbewegung stark in der Gesamtpartei verankert sein, erst dann wird sie die ganze Unterstützung der Partei haben, wenn durch eine einheitliche Durcharbeitung all der Fragen in der allgemeinen Presse die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Arbeit unter den Frauen sich ganz durchgesetzt haben wird.

Ich komme zum Schluß. Die Perspektiven für die Frauenbewegung sind günstig; sie wird wachsen mit der Entwicklung der Kommunistischen Internationale in ihrer Gesamtheit. Die kommunistischen Parteien werden im Fortschreiten der Bewegung sich klären, festigen, aktiver einstellen für die Aufgaben im Klassenkampf. Und wir können zuversichtlich sagen, daß gerade jetzt durch die ungeheuren Aufgaben, die vor der Kommunistischen Internationale stehen, durch die Kämpfe gegen die Offensive des Kapitals, durch die Kämpfe für die Einheitsfront in den Massen ein gesunder Boden geschaffen worden ist, auf dem es gelingen wird, alle Kräfte in der Partei zusammenzufassen, alle Kräfte auch des Proletariats außerhalb der eigenen Reihen zusammenzufassen, für den Kampf zu organisieren, die breitesten Massen in die Kämpfe hineinzuführen.

Wir wissen: Wenn wir auf dem vorigen Kongreß noch feststellen mußten, daß in bezug auf die Kommunistische Frauenbewegung eigentlich noch alles zu tun war, wir heute feststellen können, daß die Anfänge gemacht, die Grundsteine für die Frauenarbeit gelegt worden sind, und wir werden und müssen auf dem nächsten Weltkongreß feststellen können, daß es gelungen ist, die Frauenarbeit mit der allgemeinen Parteiarbeit so innig zu verknüpfen, daß wir einen Erfolg verzeichnen können. Mit den Massen des Proletariats, die durch unsere Führung in den Strom der revolutionären Bewegung gezogen worden sind, sind auch breite Frauenmassen erfaßt und mobilisiert worden, die in den Reihen der Einheitsfront kämpfen für den Sieg des Proletariats über alle seine Feinde.

SMIDOWITSCH (Rußland): In Rußland wird die Agitation unter den Arbeiterinnen, falls diese keine rückständigen Massen darstellen und man sich deswegen besonderer Methoden bedienen muß, von besonderen Sektionen der kommunistischen Parteikomitees geführt. Diese Sektionen arbeiten mit denselben Rechten wie alle anderen Sektionen der kommunistischen Parteikomitees.

Die Methoden der Frauensektionen bestehen darin, die Tätigkeit der Arbeiterinnen zu leiten, die Ausführung praktischer und konkreter Aufgaben zu veranlassen, die die Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse verkörpern. Diese Methode, die Arbeiterinnen zu praktischer Tätigkeit anzuhalten, hat den Einfluß der Kommunistischen Partei unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen ungeheuer erhöht.

In jeder kommunistischen Betriebszelle ist ein Genosse mit der politischen Arbeit unter den Frauen betraut; er führt den Namen „Arbeiterinnenorganisator". Die Arbeiterinnen eines jeden Betriebes nehmen regelmäßig zwei- bis dreimal jährlich in ihrer Frauengeneral-

versammlung Delegiertenwahlen vor und diese Delegierten werden dann durch die Frauensektionen zu Delegiertenkonferenzen einberufen. Die Zahl solcher Delegierten beträgt in ganz Rußland gegen 70 000. Diese Delegiertenversammlungen sind zu einer Art praktischer politischer Schule geworden: es werden dabei Berichte über alle Fragen des politischen und ökonomischen Lebens erstattet. Auf diese Weise werden die Delegierten zu ihren ersten Versuchen auf dem Gebiete der sozialen Tätigkeit veranlaßt. Die Delegierten werden zu praktischer Arbeit in verschiedene Kommissionen und Organe des Sowjetapparates entsandt. Alle Delegierten sind verpflichtet, vor ihren Wählerinnen Rechenschaft abzulegen, und somit bilden sie ein organisiertes Band zwischen der Kommunistischen Partei einerseits und den großen parteilosen Arbeiterinnenmassen andererseits.

Während der Sowjetwahlen hat es sich mittlerweile herausgestellt, daß die Delegierten sehr tätig sind, daß sie an den Wahlen teilnehmen, daß sie für die Kommunisten stimmen, und ein bedeutender Teil von ihnen wird selbst zu Kommunistinnen, zu Mitgliedern der KPR.

Die Kommunistische Partei zählt in ihren Reihen 29 773 Arbeiterinnen. Die Zahl ist nicht sehr bedeutend, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Kommunistische Partei Rußlands von ihren Mitgliedern eine regelmäßige Mitarbeit fordert.

Die Zahl der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften wächst mit jedem Jahr. Wir haben gegen anderthalb Millionen Arbeiterinnen, die Mitglieder der Gewerkschaften sind.

Eine bedeutende Anzahl Arbeiterinnen sind Mitglieder der Betriebskomitees und der Verwaltungsräte der Gewerkschaften. Es gibt auch Arbeiterinnen, die Mitglieder der Zentralkomitees der Gewerkschaften sind.

Die neue Wirtschaftspolitik stellte uns vor die Aufgabe, das Auseinandersprengen der infolge der Betriebseinschränkung arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen zu verhindern. Die Frauensektionen bewiesen bei dieser Gelegenheit eine große Energie. Auf ihre Initiative bildeten die arbeitslosen Frauen Genossenschaften der weiblichen Arbeitslosen. Tausende von Arbeiterinnen blieben auf diese Weise unter dem Einfluß der Partei: die Frauensektionen machen unter den Mitgliedern dieser Arbeiterinnengenossenschaften kommunistische Agitation und Propaganda. Die Delegierten dieser Genossenschaften nehmen an den Delegiertenversammlungen, die von den Frauensektionen geleitet werden, teil. In allen unseren Städten und Dörfern besitzen wir Genossenschaften für Stricken, Weben, Näharbeit und Spitzenklöppelei u. a. m., die auf die Initiative unserer Frauensektionen entstanden. Das Organisieren der Frauen zur genossenschaftlichen Bewegung stellt einen bedeutenden Teil der Arbeit dar, die von unseren Sektionen angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Lage geleistet wird. Wir suchen auf solche Weise die im Lande verstreuten Heimarbeiterinnen in Genossenschaften zu vereinigen und stellen sie unter den Einfluß der Partei. Das ist gleichfalls ein Mittel, die Interessen der Arbeiterinnen von Stadt und Dorf zu vereinen. Die Genossenschaft ist gleichfalls ein Mittel, um die Existenz der Arbeiterfamilie zu verbessern. In den kapitalistischen Staaten sind alle Versuche, mit Hilfe der Genossenschaften eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, nicht nur zum Mißerfolg verurteilt, sondern

dienen auch dazu, reformistische Illusionen Wurzel fassen zu lassen. Dagegen kann in einem Staat mit Proletarierdiktatur die Genossenschaft rationell ausgenutzt werden, um der Arbeiterin die häuslichen Pflichten zu erleichtern.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik, wo der Sowjetstaat zeitweilig der Mittel beraubt ist, den Müttern zu Hilfe zu eilen, ist gerade die genossenschaftliche Form geeignet, die Aktivität der Arbeiterinnen auf diesem Gebiet zu entwickeln. In Petrograd sind 24 000 Mütter zu einer Genossenschaft „Mutter und Kind" vereinigt, die einen Teil des Netzes der Konsumentenvereinigung Petrograds bildet. Diese Genossenschaft verabfolgt den Müttern die notwendigen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen. In Zukunft beabsichtigt diese Genossenschaft an die Gründung von Kinderinstitutionen zu gehen.

Ähnliche Genossenschaften bestehen auch im Gouvernement Pskow, in einigen Kreisstädten und in den Gemeinden. Seit dem Internationalen Frauentag von 1922 haben die Frauenabteilungen das Recht, Arbeiterinnen als Eleven in die Genossenschaftssektion zu entsenden. Eine gewisse Anzahl dieser Arbeiterinnen arbeitet bereits in den Genossenschaftsinstitutionen. Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind häufig Mitglieder der Verwaltungsräte der Betriebsgenossenschaften in den Dörfern usw.

Unter anderem besucht eine bedeutende Anzahl Arbeiterinnen die genossenschaftlichen Lehrkurse. Wir betrachten unsere Arbeit auf dem Gebiete der Genossenschaft als ein Mittel, die Interessen der Arbeiterinnen in den Städten und in den Dörfern zu vereinen und sie in die Einflußsphäre der Partei hineinzuziehen.

Die politische Agitation und Propaganda unter den Bäuerinnen gründet sich auf deren Interessen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Genossenschaft. Zu diesem Zweck berufen wir in jeder Gemeinde oder jedem Bezirk Bäuerinnenkonferenzen ein; wir befassen uns auch mit individueller Propaganda und bringen die Fortgeschrittensten auf landwirtschaftliche Lehrkurse und Schulen.

Ich kann es nicht unterlassen, ein Beispiel zu nennen: Im Gouvernement Rjasan sind von den 50 Bäuerinnen, die die landwirtschaftliche Schule absolviert haben, 20 in die Partei eingetreten und wurden zu ausgezeichneten Kämpferinnen. Im Gouvernement Samara sind 50 % der Zöglinge der landwirtschaftlichen Schulen Bäuerinnen. Man belehrt sie über verschiedene Fragen des Mutter- und Säuglingsschutzes. Sogar in den vom Zentrum entferntesten Bezirken nehmen die Bäuerinnen teil an der Krippengründung. Eine bedeutende Anzahl von Bäuerinnen sind auf die Lehrkurse für Mutter- und Säuglingsschutz gesandt worden.

Die Zahl der während der letzten Wahlen in die Sowjets gewählten Frauen beträgt nach den eingelaufenen und noch nicht vollständigen Rechenschaftsberichten 2000. Es gibt unter ihnen auch solche, die zu Vorsitzenden der Gemeindesowjets gewählt worden sind.

Das Zentral-Exekutivkomitee zählt unter seinen Mitgliedern 9 Frauen.

Die Bekämpfung der Hungersnot fand die Sympathien der breitesten Arbeiterinnenschichten in der Stadt und auf dem Lande, und die

Frauensektion hat sich beeilt, daraus Nutzen zu ziehen, indem sie neue Schichten der arbeitenden Frauenwelt zur Partei- und Sowjetarbeit heranzog. Sie sind mit der denkbar größten Energie den Unglücklichen zu Hilfe geeilt, und das allein vermochte das grausame Elend zu besiegen.

Sie nahmen die Kinder der Hungernden in ihren Familienkreis auf, sie wirkten an der Gründung von Kinderheimen in den von der Hungersnot ergriffenen Gouvernements mit, sie waren es, die den unglücklichen Kleinen die Mütter ersetzten. Die Arbeiterinnen haben all ihren Fleiß aufgeboten, um während der „Subbotniki" (Komm. Samstage) für diese Kinder Kleider und Wäsche zu nähen, und sie haben sogar ohne Unterlaß ihren geringen Arbeitslohn mit den Unglücklichen geteilt.

Die Frauensektionen tun alles, was in ihren Kräften steht, um Arbeiterinnen und Bäuerinnen in die Schulen für Erwachsene hineinzuziehen. Man organisiert für sie Vorbereitungskurse. In den Arbeiter-Fakultäten (Rabfak) studieren 3683 Frauen, und eine bedeutende Anzahl hat auch die Kommunistische Universität bezogen, wo sie ihre Erziehung erhalten. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei veröffentlicht zwei Zeitschriften für die Arbeiterinnen. Auch in der Provinz erscheinen einige Zeitungen und ungefähr 60 Arbeiterinnenblätter. Ich will bloß betonen, daß diese Zeitungen über einige Hundert Korrespondentinnen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind, verfügen.

Diese ungeheure Arbeit unter den Arbeiterinnenmassen ist nur unter der Proletarierdiktatur möglich, aber die Kommunistische Partei weiß die Bedeutung der Agitation und Propaganda unter den Arbeiterinnen nach besonderen Methoden zu schätzen, wenn diese dazu beitragen, die Massen in die Reihen der proletarischen Kämpfer zu ziehen. Die ersten Schritte zur Arbeit unter den Frauen wurden schon in den Jahren 1905-1906 gemacht. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben den Versuch gemacht, ihren Einfluß auf die russischen Arbeiterinnen auszudehnen, aber der von der Partei geleitete Klasseninstinkt der Arbeiterinnen verhalf diesen dazu, sich eine richtige Meinung von dem bürgerlichen Inhalt der feministischen Propaganda zu machen, und sie haben ohne Bedenken ihr Schicksal in die Hände der Kommunistischen Partei gelegt. Zur selben Zeit wurde in Petrograd der erste Arbeiterinnenklub gegründet, der bald darauf von der Polizei aufgehoben wurde. Die Reaktion zwang die Arbeiter, ihren Kampf illegal fortzusetzen. Im Jahre 1914 machte unsere Partei einen neuen Versuch, auf halb illegale Weise unter den Arbeiterinnen Agitation und Propaganda zu treiben. Man ließ die Zeitschrift „Die Arbeiterin" erscheinen, die gleichzeitig als das Zentrum diente, um das sich die kämpfenden Arbeiterinnen gruppierten. Die Samojlowa, Kudella, Jelisarowa, Menschinskaja, Rosmirowitsch, die Genossinnen Armand, Krupskaja und Staal, die zu dieser Zeit ins Ausland gingen, waren draußen Mitglieder derselben Redaktion. Aber die Verfolgungen ließen auch diese Versuche mißlingen; die Kämpferinnen wurden verhaftet und die Herausgabe der Zeitung verboten.

Unter Kerenski, als die Kommunistische Partei genötigt war, halb illegal zu arbeiten, erneuerte sie die Arbeit unter den Frauen; die Partei verstand die Teilnahme der Arbeiterinnen am Kampf um die Diktatur des Proletariats wohl zu würdigen. Im Jahre 1917 wurde in Petro-

grad die „Arbeiterin" aufs neue herausgegeben, in Moskau ließ man eine Rundschau erscheinen „Das Leben der Arbeiterin"; gleichzeitig organisierte das Komitee der Kommunistischen Partei in Moskau eine Kommission zur politischen Propaganda unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Die um diese Kommission gruppierten Arbeiterinnen wurden zu Kämpferinnen und eine bedeutende Anzahl von ihnen hat in den Oktobertagen eine wichtige Rolle gespielt.

Die Oktoberrevolution verwandelte die Lage der Arbeiterinnen in radikaler Weise und öffnete vor ihnen und schließlich auch vor den Bäuerinnen weite Perspektiven. Jetzt gibt es im Sowjetstaat kein Gebiet mehr, auf dem die russische Arbeiterin nicht ihre ziemlich bemerkenswerten Fähigkeiten gezeigt hätte. Auch gibt es keine einzige Front mehr, an der sich die Arbeiterinnen und Bäuerinnen nicht als prächtige Kameraden erwiesen hätten. Man zählt die Arbeiterinnen nach Tausenden, die in unserem Kampf gefallen sind, ohne auch nur ihre Namen der Geschichte zu hinterlassen.

Die erwachte Arbeiterin beweist eine durchaus kommunistische Gesinnung; sie hat sich dem großen Kampf um die Erfüllung der Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse mit einer Treue hingegeben und beim kommunistischen Aufbau eine Energie an den Tag gelegt, die keine Grenzen kennen.

Die Kommunistische Partei verstand diese Eigenschaften der Arbeiterin wohl zu würdigen, und sie hat es verstanden, sich mit sinnreichen Methoden in den Tiefen der Arbeiterklasse eine feste Basis zu schaffen, die zur Festigung der neuen Gesellschaftsordnung nicht wenig beigetragen hat.

Aus vollster Überzeugung fordere ich die Genossen der anderen kommunistischen Parteien auf, die Agitation und Propaganda unter den Arbeiterinnen mit größtem Fleiß zu betreiben. Ihre Teilnahme an der Einheitsfront des Proletariats ist für deren Wirksamkeit, für deren Erfolg im endgültigen und siegreichen Kampf unerläßliche Bedingung.

KASPAROWA (Rußland): Genossen und Genossinnen!

In dem großen Kampf für die proletarische Revolution widmete die Kommunistische Internationale stets ganz besondere Aufmerksamkeit der national-revolutionären Bewegung gegen den Imperialismus, der in letzter Zeit die werktätigen Massen, Arbeiterinnen und Bäuerinnen einbegriffen, aller Kolonial- und Halbkolonialländer des Ostens erfaßt hat. Indem die Kommunistische Internationale diese Bewegung, soweit sie die Interessen der breiten Arbeitermassen des Orients wahrte, unterstützte, konnte sie die Teilnahme der Frauenmassen an dieser revolutionären Bewegung nicht übergehen, denn, wie schon Karl Marx betont hat, keine soziale Revolution ist ohne diese möglich.

Aber seitdem der 2. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die prinzipiellen Richtlinien in der kolonial-nationalen Frage in der Epoche des Kampfes zwischen Imperialismus und proletarischer Diktatur aufgestellt hat, trafen im Orient folgende Ereignisse ein:

1. Die Entwicklung des Kampfes gegen den Imperialismus in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern, wie Korea, Britisch-Indien, Holländisch-Indien, Ägypten und Syrien, China und Persien unter

Ausdehnung dieser Bewegung auch auf die Frauenmassen, ferner die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Türkei.

2. der Beginn einer proletarischen Klassenbewegung fast in allen Ländern des Ostens, angefangen von dem kapitalistischen Japan, und die gleichzeitige Bildung kommunistischer Parteien fast in allen diesen Ländern.

Gleichzeitig bemerken wir eine *immer stärker werdende* aktive Teilnahme an der Bewegung seitens der in besonders *drückender* Knechtschaft *schmachtenden Frauen*, vor allen Dingen in jenen Ländern des Ostens, wo die Großindustrie sich zu entwickeln beginnt. Für Japan illustrieren das folgende Zahlen:

3 047 902 Arbeiter und 3 225 363 Arbeiterinnen, bei einer Bevölkerung von 28 042 395 Männern und 27 918 145 Frauen.

Im Jahre 1911 zählte in Britisch-Indien die werktätige Bevölkerung ungefähr 101 825 424 Männer und 47 359 582 Frauen, von im ganzen 320 000 000 Einwohnern. Darunter waren in der Industrie im ganzen 11 500 000 Männer und 6 000 000 Frauen beschäftigt. Die *Webereien allein* beschäftigten 1 764 193 Frauen, die Spinnereien 1 215 714, das Nahrungsmittelgewerbe 2 200 000, das Bekleidungsgewerbe 1 071 310 Frauen, dazu die Ladenarbeiterinnen, welche mehr als 12 000 000 auf 13 000 000 Männer ausmachen.

In Ägypten wie auch in Syrien steigt die Zahl der Arbeiterinnen in den Baumwollfabriken und Seidenspinnereien ebenso wie in der Tabakindustrie ständig. Sogar in China, wo die Industrie schwächer entwickelt ist, zählen wir mehr als 200 000 Frauen in den Fabriken. Die beständig wachsende Teilnahme der weiblichen Massen an der industriellen Produktion zieht eine immer aktiver werdende Teilnahme an der allgemeinen Arbeiterbewegung nach sich. Das *beweisen* uns die Streiks in Japan in den Jahren 1918 und 1920, an denen große Frauenmassen beteiligt waren, desgleichen der große Weberstreik in China im Jahre 1921.

In Indien hatten wir nach dem Weberstreik in Bombay und in Ahmedabad 1916 den Streik der Madurafabrik in Madras im Jahre 1920 (700 Arbeiterinnen), dann den Streik der Porzellanfabrik in Bombay 1922. In Bombay entstand 1922 die Organisation eines Allindischen Gewerkschaftsbundes der Arbeiterinnen und ähnliches mehr.

Andererseits sehen wir, wie sowohl in den kolonialen als auch in den halbkolonialen Ländern des Orients, wo noch keine große Industrie besteht, wie z. B. in Persien und in der Türkei, gezwungen durch die ökonomischen Bedingungen in der Nachkriegszeit, die Frau als Produktionsfaktor immer unentbehrlicher wird. In allen Orientländern, wo eine starke national-revolutionäre Bewegung besteht, wie in Korea, Indien, Ägypten und sogar in der Türkei, nimmt die Frau daran regen Anteil.

Fast in allen diesen Ländern bestehen illegale oder legale revolutionäre Frauenorganisationen, die unter dem Einfluß der nationalen Bourgeoisie stehen, aber oft große Massen Arbeiterinnen und Bäuerinnen umfassen. Die ökonomische Lage der Arbeiterinnen und Bäuerinnen ist in allen Ländern des Orients sehr schlecht. Als billiges Werkzeug dienen sie dem europäischen und japanischen Kapitalismus als wehrloses Ausbeutungsobjekt.

So hat uns die Entwicklung der Frauenmassen der Orientländer ein fruchtbares Terrain für kommunistische Propaganda und Agitation geschaffen. Die Erfahrungen der kommunistischen Propagandatätigkeit im Sowjettranskaukasus und in Turkestan lassen sich in den meisten Fällen, besonders soweit muselmanische Frauen in Frage kommen, auch auf die übrigen Gebiete des Ostens übertragen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der kommunistischen Parteien und Gruppen der Orientländer, desgleichen der kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs und anderer Kolonien besitzenden Länder auf die außerordentliche Wichtigkeit der Arbeit unter den Frauen während dieser revolutionären Epoche; in dieser Arbeit müssen die verschiedenen objektiven Bedingungen in jedem Land in Betracht gezogen werden. Dort, wo wir schon kommunistische Parteien organisiert haben und wo eine Arbeiterbewegung besteht, wie z. B. in Japan, teilweise in China und Indien, können die kommunistischen Parteien spezielle Organe zur Arbeit unter den Frauenmassen gründen. Dort, wo wir hauptsächlich eine national-revolutionäre Bewegung haben, welche die breiten Massen der arbeitenden Frauen umfaßt, muß die Partei sich dieser Bewegung bedienen, um in nähere Beziehungen zu den Massen zu treten, sie vom Einfluß der Bourgeoisie zu befreien und sie unter revolutionär-demokratischen Parolen im Kampf gegen den fremden Imperialismus zur proletarischen Revolution zu führen.

Im Osten, wo die Aufgaben der kommunistischen Parteien in der Vertiefung und Erweiterung des national-revolutionären Kampfes durch Herstellung eines Kontaktes mit der nationalen Freiheitsbewegung bestehen, müssen die kommunistischen Frauengruppen durch Hineinziehung der Frauenorganisationen (sowohl der Kultur- und Bildungsvereine, als auch der Frauenrechtlerinnen) in diesem Kampf die Basis ihrer Tätigkeit erweitern und Kaders einer revolutionären Fraueninteligenz herauskristallisieren.

Die anti-imperialistische Einheitsfront ebenso wie die Arbeiterinneneinheitsfront kann nur unter *Hinzuziehung* der breitesten Frauenmassen *verwirklicht* werden. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Zunächst, Genossen, mache ich darauf aufmerksam, daß das Präsidium den Frauen sehr weit entgegengekommen ist, indem es beschlossen hat, der Behandlung dieses Punktes einen ganzen Tag zu widmen. Darüber hinaus kann das Präsidium nicht gut gehen. Sie müssen bedenken, daß wir nur schwer fertig werden können. Ich nehme an, daß Sie nicht die Absicht haben, bis Ende dieses Jahres in Moskau zu bleiben. Wenn wir aber in diesem Tempo fortfahren, dann sehe ich keine Möglichkeit, früher fertig zu werden. Aus diesem Grunde hat das Präsidium beschlossen, den Frauen zwar zuzugestehen, daß vier Berichterstatterinnen sprechen sollen, von einer weiteren Diskussion sollte dann aber Abstand genommen werden. Es hat sich nun eine englische Genossin zum Wort gemeldet. Ich habe sie gebeten, auf das Wort zu verzichten. Sie verzichtet nicht. Ich frage daher die englische Delegation, bzw. die Gen. Birch, noch einmal, ob sie auf das Wort verzichtet, weil ich sonst genötigt wäre, den Kongreß zu befragen.

MURPHY (Großbritannien): Die englische Delegation ist bereit, ihr Verlangen zurückzuziehen. Sie will aber das Präsidium darauf

48*

aufmerksam machen, daß es, wenn in Zukunft die Absicht besteht, keine Debatte zu haben, die Berichterstatter instruieren soll, keine Fragen zu berühren, die sich bestreiten lassen.

VORSITZENDER: Es ist hier noch darauf aufmerksam zu machen, daß wir natürlich dieser einen Genossin gern das Wort erteilt hätten. Aber es ist selbstverständlich, daß dann darauf eine Antwort hätte erfolgen müssen und daß man dann auch anderen Genossinnen nicht das Wort hätte verweigern können.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die *Resolution*, die ich Ihnen jetzt zur Kenntnis bringe:

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale billigt die Tätigkeit, die das Internationale Kommunistische Frauensekretariat in Berlin als Hilfsorgan der Exekutive in der Berichtszeit entfaltet hat. Das Internationale Kommunistische Frauensekretariat hat darauf hingewirkt, daß in allen Ländern mit revolutionärer Bewegung die Kommunistinnen den Sektionen der Kommunistischen Internationale als Mitglieder eingegliedert, geschult und zu den Arbeiten und Kämpfen der Partei herangezogen wurden. Es hat des weiteren darauf hingewirkt, daß die kommunistische Agitations-, Propaganda- und Organisationsarbeit die breitesten Frauenmassen erfaßte, in die Bewegung und in den Kampf für die Interessen der schaffenden Massen und den Kommunismus hineinriß.

Das Internationale Kommunistische Frauensekretariat hat sich angelegen sein lassen, die Arbeit der organisierten Kommunistinnen unter den Frauen in den verschiedenen Ländern international miteinander zu verbinden, d. h. mit der Arbeit und dem Kampf der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale. Es ist ihm gelungen, im Einvernehmen mit den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder, die internationalen Beziehungen zwischen den in diesen Parteien organisierten Kommunistinnen auszudehnen und zu befestigen. Seine gesamte Tätigkeit erfolgte im steten, festen Einvernehmen mit der Exekutive und unter ihrer Leitung gemäß den grundsätzlichen und taktischen Richtlinien und Beschlüssen der Weltkongresse der Kommunistischen Internationale und der 2. Internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz in Moskau.

Die auf Grund dieser Richtlinien und Beschlüsse geschaffenen besonderen Organe (Frauensekretariate, Frauenabteilungen etc.) und die angewandten besonderen Methoden der kommunistischen Parteiarbeit unter den Frauen haben sich nicht bloß als nützlich, sondern als unentbehrlich erwiesen, um mit den kommunistischen Ideen und Losungen in die tiefen Schichten der schaffenden Frauen zu dringen.

In den Ländern mit noch bürgerlicher Klassenherrschaft stand im Vordergrund des planmäßigen kommunistischen Wirkens unter den Proletarierinnen, den schaffenden Frauen, der Kampf zur Verteidigung der dringendsten Lebensnotwendigkeiten gegen die ausbeutenden Kapitalisten, der Kampf für die Niederwerfung der Bourgeoisie und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. In Sowjetstaaten dagegen war ihr Hauptgehalt das Bestreben, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen auf allen Gebieten der Wirtschaft und des sozialen Lebens heranzuziehen zum Aufbau des proletarischen Staates und sie für die Erfüllung der

dadurch gegebenen Aufgaben zu schulen. Die internationale Bedeutung Sowjet-Rußlands als des ersten Arbeiterstaates, den die Weltrevolution geschaffen hat, verleiht hier der kommunistischen Betätigung unter den schaffenden Frauen große beispielgebende Wichtigkeit für alle Sektionen der Kommunistischen Internationale in den Ländern, in denen das Proletariat die politische Macht erobern muß, als Vorbedingung für die kommunistische Umwälzung der Gesellschaft. Der Wert und die Unentbehrlichkeit besonderer Organe für die kommunistische Arbeit unter den Frauen werden auch erwiesen durch die Tätigkeit des Frauensekretariats für den Osten, das auf neuem und eigenartigem Boden wertvolle und erfolgreiche Arbeit geleistet hat.

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale muß leider feststellen, daß einige Sektionen ihre Pflicht, die kommunistische Arbeit unter den Frauen planmäßig zu fördern, nicht oder nur unvollständig erfüllt haben. Sie haben bis heute entweder Maßregeln nicht durchgeführt für die Organisierung der Kommunistinnen in der Partei, oder die Parteiorgane nicht geschaffen, die für die Arbeit unter den Frauenmassen und die Verbindung mit ihnen unentbehrlich sind.

Der 4. Kongreß fordert die betreffenden Sektionen nachdrücklichst auf, das bisher Versäumte schleunigst nachzuholen. Er mahnt gleichzeitig alle Sektionen der Kommunistischen Internationale daran, die kommunistische Arbeit unter den Frauen ihrer großen Bedeutung gemäß tatkräftig voranzutreiben. Die proletarische Einheitsfront kann nur unter verständnisvoller, energischer Mitwirkung der Frauen und bei Eingliederung der Frauen in sie verwirklicht werden. Bei richtiger und fester Verbindung zwischen den kommunistischen Parteien und den schaffenden Frauen können diese unter bestimmten Umständen Bahnbrecherinnen der proletarischen Einheitsfront und revolutionärer Massenbewegungen sein.

Die Kommunistische Internationale muß unterschiedslos alle Kräfte des Proletariats, der schaffenden Massen, in revolutionärer Erkenntnis zusammenballen für die den Kommunismus aufrichtende Arbeit, wie für den Kampf, der die bürgerliche Klassenherrschaft zerschmettert."

Wünscht jemand zur Fassung der Resolution das Wort? — Das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung. Die Resolution ist einstimmig angenommen. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 4,20 Uhr.

FÜNFUNDZWANZIGSTE SITZUNG

DIENSTAG, DEN 28. NOVEMBER 1922.

Die Erziehungsfrage. Der Friedensvertrag von Versailles. Begrüßungstelegramm an den Allindischen Gewerkschaftskongreß.

Redner: Hörnle, Krupskaja, Cachin, Gennari, Smeral, Radic.

Eröffnung: 12,30 Uhr mittags.

Vorsitz: (abwechselnd): *Neurath, Marchlewski, Clara Zetkin, Carr.*

HÖRNLE (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Die Kommission für die Erziehungfrage ist sich darüber einig geworden, daß hier auf dem Kongreß nicht der gesamte Komplex der kommunistischen Erziehungspolitik behandelt werden soll, sondern nur die Frage der kommunistischen Erziehungsarbeit, die die Partei selbst leistet, die Frage also der politischen Erziehung der Mitglieder und Funktionäre der Partei und jener politischen Erziehung, die durch die Mitglieder und Funktionäre der Partei in den breiten Massen außerhalb der Partei geleistet wird.

Die kommunistische Politik unterscheidet sich von der bürgerlichen und reformistischen nicht nur durch ihr Ziel, sondern auch dadurch, daß sie streng wissenschaftlich begründet ist, daß sie auf der sorgfältigen Analyse der geschichtlichen Situation, auf der Kenntnis der im Kapitalismus wirkenden gesellschaftlichen Kräfte basiert. Die Methode, die sie hierbei anwendet, ist die Methode der marxistischen Forschung, des historischen Materialismus. Die Kommunistische Internationale kann also ihre Aufgabe als Führerin des revolutionären Proletariats und als Anwalt der breiten Massen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten nur dann erfüllen, wenn sie ihre Politik streng marxistisch fundiert. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien eine sorgfältige theoretische Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre vornehmen.

Die politische Erziehungsarbeit der Kommunistischen Partei ist aber auch schon deshalb notwendig, weil die kommunistischen Parteien alles junge Parteien sind, jung in zweierlei Beziehung: nicht nur deshalb, weil die meisten Parteien erst wenige Jahre bestehen, sondern auch ganz physisch genommen jung in bezug auf das Alter, wenigstens auf das politische Alter der großen Massen ihrer Mitglieder. Die Massen der kommunistischen Parteimitglieder

leiden heute noch zum großen Teil unter den Nachwirkungen und Überresten der alten kleinbürgerlichen und reformistischen Einstellung und Ideologie. Die Situation, in der wir heute kämpfen, und besonders gerade jetzt kämpfen, stellt aber diese jungen, zum Teil rasch wachsenden Parteien vor immer neue und immer schwierigere Aufgaben. Insbesondere erfordert die Taktik der Einheitsfront nicht nur von den leitenden Funktionären, sondern auch von den Mitgliedern ein hohes Maß von geistiger Elastizität, Gewandtheit und Beweglichkeit des Denkens, verbunden mit grundsätzlicher Festigkeit. Um so notwendiger ist es, daß die kommunistische Bildungsarbeit der Parteien unten bei den breiten Massen der Mitglieder beginnt und sich nicht auf die Heranschulung eines kleinen Kreises von Funktionären beschränkt. Gerade im Unterschied zu den reformistischen Parteien liegt das Schwergewicht der kommunistischen Parteiarbeit nicht bei einer kleinen Anzahl von Führern, sondern bei den Massen der Mitglieder, die nicht nur Stimmvieh, Versammlungsbesucher und Mitgliedskarteninhaber sind, sondern verantwortliche Parteiarbeit zu leisten haben. Die Form, in der die Partei ihre Arbeit leistet, die Arbeit in Fraktionen und Zellen, erfordert, daß jedes einzelne Mitglied ein Minimum von politischer Kenntnis, von marxistischer Schulung und auch von formaler Fähigkeit, wie Redegewandtheit, Kenntnis der Versammlungstechnik, Fähigkeit zu debattieren, zu organisieren usw. besitzt.

Die kommunistische Bildungsarbeit unterscheidet sich wesentlich von der Bildungsarbeit, die in den reformistischen Parteien getrieben wird. Die reformistische Bildungsarbeit lenkt den Arbeiter vom Klassenkampf ab, indem sie Illusionen in ihm erweckt, Illusionen, als ob er heute, innerhalb des Kapitalismus, trotz aller Ausbeutung und trotz aller Armut der Proletarier, doch wenigstens im Reiche des Wissens und der Kunst es dem Bourgeois gleichtun könnte, als ob wenigstens in diesem idealen Reiche des Geistes Gleichheit und Freiheit des gesamten Menschengeschlechtes innerhalb des Kapitalismus möglich wären. Die reformistische Bildungsarbeit wendet sich ferner in erster Linie an den individualistischen Egoismus des einzelnen; sie gibt dem einzelnen Arbeiter eine, allerdings geringe, Gelegenheit, sich durch persönlichen Fleiß, durch Anhörung von allerlei populär-wissenschaftlichen Vorträgen und durch Ausbildung in bestimmten Fächern, als einzelner persönlich über den Durchschnitt seiner Klassengenossen zu erheben und sich so auf Kosten seiner Klassengenossen ein besseres Dasein zu verschaffen. Die kommunistische Bildungsarbeit hat genau das entgegengesetzte Ziel. Der Zweck der kommunistischen Bildungsarbeit ist die Ausbildung revolutionärer Klassenkämpfer, die Erziehung aller einzelnen zu der großen Klassensolidarität, ist die Erhöhung und Stärkung der Kampfeskraft, der Agitationskraft, der Organisationskraft der Partei. Während also das Resultat der reformistischen Bildungsarbeit eine verschärfte Abhängigkeit der Arbeiterschaft von der bürgerlichen Ideologie ist, bezweckt die kommunistische Bildungsarbeit die Loslösung des Arbeiters aus dem Banne der bürgerlichen Ideologie. Sie zeigt ihm die Abhängigkeit jeder Ideologie von der ökonomischen und sozialen Basis und die Unmöglichkeit geistiger Freiheit bei ökonomischer und sozialer Knechtung. Während die reformistische Bildungsarbeit im großen und ganzen dem Arbeiter fertige Resultate liefert, ihm ein

fertiges Wissen in schlechter Popularisierung, die zweifelhaften Früchte bürgerlicher Wissenschaften und bürgerlicher Kunst darzubieten sucht, ihn also mit vergifteten Brosamen abspeist, aber dabei immer den Anschein erweckt, als gäbe sie ihm wirklich Brot, zeigt die kommunistische Bildungsarbeit dem Proletarier die Klassenbedingtheit der gesamten bürgerlichen Wissenschaft und sagt der gesamten bürgerlichen Wissenschaft, Kunst, Moral und Religion den schärfsten Kampf an; sie zeigt, wie nicht nur in den gesellschaftlichen Wissenschaften, nicht nur in der Politik usw., sondern auch in den scheinbar neutralen Wissenschaften, auf scheinbar ganz abgelegenen Gebieten, überall die bürgerlichen Tendenzen sich auswirken. So schafft sie durch die kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst, mit der bürgerlichen Moral und Religion die Grundlage für den Aufbau einer neuen, proletarischen, sozialistischen Kultur und Lebensführung. Und es ist eine Utopie zu glauben, daß in irgendeiner anderen Weise eine neue proletarische Kultur entstehen könne, als einzig und allein durch diese im Dienste des Klassenkampfes, im Dienste der proletarischen Revolution getriebene kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst.

Das Proletariat ist heute nicht nur deshalb besitzlos, weil es Mangel an materiellen Gütern hat, sondern weil es auch Mangel an geistigen Gütern hat, weil es geistig enterbt ist. Darin unterscheidet sich die proletarische Revolution ganz wesentlich von der bürgerlichen Revolution. In den bürgerlichen Revolutionen haben die bürgerlichen Intellektuellen gerade während der revolutionären Zeit große, mächtige, dauernde Kunstwerke und wissenschaftlich bahnbrechende Leistungen hervorgebracht. Sie konnten das, weil die Bourgeoisie bereits vor ihrer Revolution gesättigt war, weil sie bereits vor ihrer politischen Revolution im Besitz der materiellen und geistigen Produktionsmittel war. Beim Proletariat ist es gerade umgekehrt. Das Proletariat kann erst in den Besitz sowohl der materiellen als auch der geistigen Produktionsmittel gelangen, wenn es die Macht erobert hat. Die erste bahnbrechende Geistesarbeit des Proletariats, im historischen Sinne gesehen, besteht darin, daß das Proletariat mitten im Kampf die mächtige Waffe des historischen Materialismus geschmiedet, daß es noch in den Kinderschuhen den Geist eines Marx und Engels zu dem gewaltigen Gebäude des Marxismus veranlaßt hat.

Die kommunistische Bildungsarbeit muß sich deshalb, weil sie ganz streng dem Kampfe dient, gewisse Schranken auferlegen. Es ist ganz unmöglich, daß eine finanziell schwache, eine in den schwersten politischen Kämpfen stehende Partei irgendwelche beliebigen Wissensgebiete behandeln kann, die zwar an sich ganz gut und nützlich sein mögen, aber nicht direkt mit den Aufgaben des Kampfes in Verbindung stehen. Sie muß eine gewisse Auslese vornehmen, sie muß sich auf das beschränken, was ihre Mitglieder, ihre Funktionäre direkt für den Kampf brauchen. Sie muß z. B. ihre Mitglieder in die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einführen, sie muß sie einführen in die Grundbegriffe der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Sie muß sie bekannt machen mit den Grundsätzen und taktischen Richtlinien der Kommunistischen Internationale, und sie muß dort, wo die breiten Massen noch sehr stark in klerikaler Abhängigkeit, in kirch-



lich-religiöser Ideologie befangen sind, noch einen Schritt weiter gehen, sie muß sie dort mit der Entwicklungsgeschichte der Natur, mit der Entstehung und der Rolle der Religion bekannt machen. Ja, in jenen Ländern, wo die breiten Massen des Proletariats noch Analphabeten sind, also nicht einmal die elementarste Bildung haben, wird unter Umständen eine kommunistische Partei sogar Elementarbildung vermitteln müssen, wenigstens an ihre Mitglieder, um sie in den Stand zu setzen, als Propagandisten, als Agitatoren, als Berichterstatter der Partei aufzutreten, und zwar einfach deshalb, weil sie ihre politisch-revolutionäre Aufgabe sonst nicht werden erfüllen können.

Sie sehen also, es handelt sich bei dieser Frage immer darum: wie wird die Kampf-, die Agitations-, die Organisationskraft der Partei am besten und am meisten gesteigert?

Aber neben dieser allgemeinen politisch-marxistischen Bildungsarbeit unter den breiten Massen ihrer Mitglieder muß jede Partei, wenn sie ihre Pflicht voll erfüllen will, eine spezialisierte Erziehungsarbeit unter ihren Funktionären leisten. Die Kommunistische Partei hat zu arbeiten in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in den Mieterorganisationen, unter den Frauen, unter der Jugend. Sie hat zu arbeiten im Parlament, sie hat zu arbeiten in den Gemeinden usw. Dazu ist es notwendig, daß die Funktionäre für ihr spezielles Arbeitsgebiet ein bestimmtes Maß speziellen Wissens haben. Es ist unmöglich, ohne eine gewisse Spezialisierung auszukommen. Mit allgemeinen grundsätzlichen Kenntnissen ist noch lange nicht alles gegeben, was der einzelne auf seinem speziellen Arbeitsgebiet wissen muß. Geschieht eine solche intensive systematische und organisierte Bildungsarbeit nicht, so ist sehr leicht die Gefahr vorhanden, daß die Mitglieder ähnlich wie bei den reformistischen Parteien in eine geistige Unselbständigkeit und Abhängigkeit von ihren Führern gelangen, die sie unfähig macht, das notwendige demokratische Mißtrauen gegen ihre Führer zu haben, die notwendige Kritik an ihren Führern zu leisten. Sie fallen dann den Schwankungen der Führer zum Opfer.

Es genügt aber nicht, daß die kommunistische Bildungsarbeit sich nur auf die Funktionäre und die Mitglieder der Partei beschränkt. Die kommunistische Bildungsarbeit muß sich auch an die Massen außerhalb der Partei wenden, an die Sympathisierenden, an die reformistischen Arbeiter, an die breiten Massen der Indifferenten. Das bedeutet: die kommunistischen Parteien haben die Aufgabe, ihre Agitation nicht mit allgemeinen Schlagworten zu führen, sondern sorgfältig wissenschaftlich-marxistisch zu fundieren, und trotz dieser wissenschaftlichen Fundierung sie in einer wirklich populären, den Massen verständlichen Form vorzutragen. Ein großer Philosoph hat das Wort geprägt: es gibt keine größere Kunst, als die tiefsten Dinge in der einfachsten Weise zu sagen. Die meisten kommunistischen Agitatoren werden dieses Wort unterschreiben können; es ist nichts schwieriger, als die wissenschaftlichen Resultate marxistischer Forschung in ganz einfacher, in ganz populärer Weise wiederzugeben, anknüpfend an das Verständnis der breiten indifferenten Massen, anknüpfend an ihre Vorurteile und Befangenheiten, anknüpfend an ihre kleinen Tagesinteressen und hinführend auf die großen grundsätzlichen Ziele. Die kommunistischen Parteien müssen deshalb Wert darauf legen, daß ihre

Propaganda und Agitation neue Mittel anwendet, Mittel der Belebung, Mittel, die es möglich machen, die Aufmerksamkeit der indifferenten Masse zu fesseln, ihr Interesse zu wecken. Sehen wir, wie die Bourgeoisie es ausgezeichnet versteht, die breiten Massen durch das Mittel des Films, durch das Mittel des Lichtbildes, durch das Mittel des kirchlichen Pomps usw. zu beherrschen. Auch die kommunistischen Parteien müssen lernen, diese Mittel anzuwenden, das Mittel des Lichtbildes, das Mittel des Films, das Mittel künstlerisch ausgestalteter Feiern, das Mittel von Theateraufführungen, politischer Propagandastücke usw., eine Sache, die bisher in Westeuropa sehr vernachlässigt worden ist und die planmäßig gefördert werden muß.

Die kommunistischen Parteien müssen aber außerdem hineingehen in die proletarischen Bildungsorganisationen, die außerhalb der Partei stehen, die selbständig sind oder mit der Partei sympathisieren. Es gibt fast in allen Ländern solche proletarischen Bildungsorganisationen. Ich erinnere z. B. an die deutschen proletarischen Freidenker. In anderen Ländern nennt sich die Bewegung „Proletkult" in England „Plebs' League". In den meisten dieser Organisationen arbeiten heute schon Kommunisten, aber diese Arbeit ist noch nicht zentral durch die Kommunistische Partei geleitet. Es ist ein großer Unterschied, ob ein einzelner nach eigenem Gutdünken in diesen proletarischen Bildungsorganisationen arbeitet oder ob diese Arbeit fraktionsweise zusammengefaßt und von der Partei zentral geleitet wird.

In manchen anderen Ländern bestehen ferner eine Reihe kommunaler oder staatlicher Volksbildungsanstalten, sogenannte Volkshochschulen und dergleichen. Auch in diesen besteht unter bestimmten Umständen die Möglichkeit einer revolutionären Tätigkeit der Partei. In solche Volksbildungsanstalten gehen zum Teil große Arbeitermassen, und die Partei versäumt eine wichtige Aufgabe, wenn sie dort nicht überall dabei ist, wo Arbeitermassen ihren geistigen Hunger zu stillen versuchen. Sie muß deshalb sorgfältig untersuchen, inwiefern es ihr möglich ist, auf die Leitung einer solchen Volkshochschule Einfluß zu gewinnen, inwieweit es ihr möglich ist, den Lehrplan zu beeinflussen, eventuell auf dem Umwege ihrer Gemeindevertretung und dergl. Sie muß versuchen, den Einfluß der Partei, überhaupt der proletarischen Kampforganisationen auf solche Bildungsanstalten zu verstärken. Sie muß versuchen, die dort hörenden und lernenden Arbeitermassen in Opposition zu den bürgerlichen Professoren und Lehrkräften zu bringen, sie muß fordern, daß die Methode der Lehrvorträge durch freie Diskussion ersetzt wird, und sie muß ihre besten Mitglieder in diese Diskussion eingreifen lassen und so die geistige Opposition gegen die bürgerliche Beeinflussung wecken.

Es ist selbstverständlich, daß nach der Eroberung der Macht die Erziehungfrage einer kommunistischen Partei ein ganz anderes, weit größeres Maß erhält. Es kann sich dann für eine kommunistische Partei nicht mehr darum handeln, nur den engen Stab ihrer eigenen Agitatoren, Organisatoren, Redakteure usw. auszubilden, es kann sich dann auch nicht bloß darum für die Partei handeln, ihre Mitglieder auf eine bestimmte Höhe des politischen Wissens zu bringen, sondern die kommunistische Partei in einem Lande der siegreichen proletarischen Diktatur hat selbstverständlich die Aufgabe, noch weiter zu

gehen, und ist dafür verantwortlich, daß in allen Ämtern, Betrieben Kulturinstitutionen, in Schulen und Universitäten, der kommunistische Geist zum herrschenden wird, daß das gesamte kulturelle Leben in Stadt und Gemeinde kommunistischer Leitung untersteht.

Die kommunistische Bildungsarbeit unterscheidet sich auch wesentlich in ihren Unterrichtsmethoden von der bürgerlichen Lehre und der reformistischen Bildungsarbeit. Die Methode, mit der an den bürgerlichen Volkshochschulen gelehrt wird, ist heute in den meisten Fällen noch der Lehrvortrag, der den Schüler passiv, zu einem rein aufnehmenden Gefäß macht.

Es wird fertiges Wissen mitgeteilt, ein Wissen, das gedächtnismäßig vom Schüler aufgenommen und womöglich schwarz auf weiß nach Hause getragen wird. Für kommunistische Bildungsarbeit eignet sich eine solche Methode absolut nicht, denn es kommt uns ja gerade darauf an, nicht nur Kenntnisse zu vermitteln, sondern in erster Linie die Methode des wissenschaftlichen Forschens den Schülern zu geben, die marxistische Methode, damit sie selbst die historische Situation, die ökonomische und politische Lage zu analysieren verstehen, damit sie selbst imstande sind, in Diskussionen mit Reformisten und bürgerlichen Gegnern einzugreifen, selbst imstande sind, im Betriebe zu unterscheiden, was sie zu tun, welche Anträge sie zu stellen, wie sie bei Aktionen zu handeln haben.

An die Stelle des Lehrvortrages muß also bei der kommunistischen Bildungsarbeit in der Hauptsache die Form der Arbeitsgemeinschaft zwischen Schülern und Lehrern treten, eventuell die Form des Vortrages verbunden mit seminaristischem Unterricht, die Diskussionsform, also der aufgelockerte Unterricht, bei dem der Schüler aus einem passiven in einen aktiven Faktor verwandelt wird.

Die kommunistische Bildungsarbeit findet ihre laufende Korrektur in der täglichen Praxis des Kampfes und der Propaganda der Partei. Sie muß deshalb in engstem Kontakt mit der täglichen Praxis und der täglichen Kampfarbeit betrieben werden. Es darf unter keinen Umständen zugelassen werden, daß die Bildungsarbeit, die eine Partei betreibt, parallel mit der politischen Kampfarbeit geht, sondern sie muß den politischen Gesichtspunkten und den politischen Tagesinteressen untergeordnet sein. Das muß rein organisatorisch darin zum Ausdruck kommen, daß die verantwortlichen Funktionäre für die Erziehungsarbeit in der Partei, die Bildungsobleute nicht aus irgendwelchen Literaten, Ästheten, Schriftstellern genommen werden, die sozusagen an der Peripherie der Partei als Schlachtenbummler der Revolution herumlaufen, sondern aus den besten politischen Funktionären und Kämpfern der Partei, damit sie die gesamte Bildungsarbeit straff den politischen Kampfesinteressen der Partei unterordnen. Und es wird sich dann sofort zeigen, daß diese Bildungsarbeit sich auch in ihrem Umfange je nach der Situation richten muß. Ist die Partei in einer Aktion, die alle Kräfte anspannt, die jedes Mitglied an die Front ruft, wo das Schwergewicht auf die Straße, in die Betriebe gelegt ist usw., so muß in einer solchen erregten Zeit die Bildungsarbeit, die ruhige theoretische Arbeit natürlich zurücktreten, um im Augenblick des Abflauens, in einer ruhigen Periode sofort wieder stark in den Vordergrund gestellt zu werden, damit die Erfahrungen des Kampfes, damit die

Lehren der Siege oder Niederlagen, die das Proletariat errungen oder erlitten hat, sofort ausgenützt, sofort umgemünzt werden in neues Wissen und in neue Tatkraft.

Kurzum, was heute von den kommunistischen Parteien als ein Minimum gefordert werden muß, ist folgendes: Zentral geleitete organisierte Bildungsarbeit unter ihren Mitgliedern und spezialisierte Bildungsarbeit unter ihren Funktionären, eine wissenschaftlich marxistische Vertiefung der Agitation, verbunden mit einer wirklich volkstümlichen Form der Propaganda mit Unterstützung aller künstlerischen, aller Anschauungsmittel, aller musikalischen Mittel, der Mittel der Bühne usw.

Auch die schwächste Partei kann diese wenigen Forderungen erfüllen, sie kann einen Stab von Parteiarbeitern schaffen, die marxistisch geschult sind und die übrigen Mitglieder schulen sollen. Und zu der Arbeit, die unter den Mitgliedern, die unter den neu eintretenden, unter den Sympathisierenden, unter den Parteikandidaten geleistet werden muß, bedarf man nicht der großen wissenschaftlichen Leuchten. Ein guter, praktisch bewährter Genosse wird imstande sein, die neuen Mitglieder, die noch politisch rückständigen Mitglieder in ihre Aufgabe einzuführen. Es ist oft notwendig, daß man diese Mitglieder lehrt, wie man überhaupt eine kommunistische Zeitung liest, was man mit dem gelesenen Inhalt bei der Agitation in den Betrieben, in den Gewerkschaften usw. anzufangen hat.

Ein schwerer Fehler wäre es, wenn man die Herausgabe von Lehrbüchern, von Kursus-Dispositionen, von Leitfäden der Initiative einzelner Ortsgruppen, einzelner Personen, einzelner Verlagsanstalten der Partei überlassen würde. Auch hier Zentralisation, so daß rationelle Arbeit geleistet und mit vereinten Kräften das Beste geschaffen wird.

Das Sekretariat der Partei, das die Bildungsarbeit leitet, muß innig zusammenarbeiten mit den Verlagsanstalten, mit den Buchhandlungen der Partei, muß hier versuchen, auf die Herausgabe solcher Schriften und Broschüren hinzuwirken, die gerade für die Bildungsarbeit besonders wichtig sind. Nicht zu vergessen die Schaffung von Bibliotheken. Je mehr die Verelendung der Arbeiterklasse es den einzelnen unmöglich macht, sich die wichtigsten Bücher anzuschaffen, nicht nur die wichtigste Tagesliteratur, sondern die wichtigste marxistische wissenschaftliche Literatur, um so mehr sind die Ortsgruppen der Parteien verpflichtet, durch Schaffung von Büchereien dem Mangel abzuhelfen. Und hierbei muß versucht werden, kommunistische Literatur in die Gewerkschaftsbibliotheken einzuführen, in die Gemeindebüchereien hineinzubringen, dadurch die Ausgaben der Partei zu verringern und trotzdem den Mitgliedern das zu geben, was sie zu ihrer Schulung notwendig haben müssen. Die Zentralstelle, die eine Partei für die Leitung der Bildungsarbeit schafft, muß neben der Herausgabe von Leitfäden, Musterdispositionen usw. auch versuchen, die vorhandenen revolutionären oder revolutionär gesinnten Künstler, Schauspieler, schriftstellerischen Kräfte zu organisieren zur Arbeit im Dienste der kommunistischen Propaganda. Solange von diesen Kräften jeder einzeln, jeder für sich, jeder an seinem Orte arbeitet, kommt das Resultat ihres Handelns der Partei nicht so zugute, wie es möglich ist, wenn von einer Stelle aus die Kräfte vermittelt werden, die Erfah-

rungen auf dem Gebiete volkstümlicher oder künstlerischer Propaganda ausgetauscht werden.

Zur Bildungsarbeit der kommunistischen Parteien gehört unter allen Umständen auch die Bildungsarbeit unter den *jugendlichen* Arbeitern und den Arbeiterkindern. Die selbständige Bildungsarbeit der kommunistischen Jugendorganisation muß von den Parteien sowohl finanziell wie auch durch Stellung von Lehrkräften, Büchern usw. aufs kräftigste unterstützt werden. Jedes Mitglied der kommunistischen Jugend muß ohne weiteres hineingezogen werden und Einlaß haben zu allen bildenden Veranstaltungen der Partei. Und zusammen mit der kommunistischen Jugendorganisation müssen die Parteien die revolutionäre Erziehung der proletarischen Kinder, wie sie durch unsere kommunistischen Kindergruppen begonnen worden ist, in die Hand nehmen.

Die Kommission macht dem Kongreß den Vorschlag — und wir werden eine entsprechende Resolution dem Präsidium überreichen —, daß, um die kommunistische Bildungsarbeit in den verschiedenen Parteien zu organisieren, zu leiten, zu kontrollieren, bei der Exekutive der Komintern eine Sektion eingerichtet wird, die das, was die Bildungssekretariate der einzelnen Parteien im nationalen Rahmen zu schaffen haben, international zusammenfaßt, international organisiert und international leitet. Die Kommission hält es für äußerst wünschenswert, daß hier in Moskau, am Sitz der Exekutive, an jenem Orte, wo alle Fäden der Internationale zusammenlaufen und wo gerade der internationale Blick der Genossen am meisten geschärft wird, als Spitze der gesamten Bildungsarbeit eine sozialistische Akademie geschaffen wird. In welcher Form, das mag Gegenstand späterer Erörterungen bleiben. Aber wir halten es für notwendig, daß aus den einzelnen Ländern praktisch bewährte und theoretisch bis zu einem gewissen Grade vorgeschulte Genossen die Möglichkeit erhalten, hier am Sitz der Exekutive eine wirklich marxistische Durchbildung zu erhalten. Denn alle westlichen Parteien außer der Sowjetrußlands leiden ja gerade daran, daß wir zwar eine Menge tüchtiger revolutionär gesinnter Genossen haben, aber sehr, sehr wenig marxistisch geschulte.

Ein Stab von wirklich marxistisch-wissenschaftlich geschulten Genossen tut uns in allen Ländern not, und diesem Mangel soll eben die Akademie hier am Orte abhelfen.

Genossinnen und Genossen! Die Kommission ist der Meinung, daß, wenn diese von mir hier kurz skizzierte zentral-organisierte und systematisch geleitete Bildungsarbeit in den Parteien begonnen wird — in der Form anders natürlich bei den Parteien, die illegal sein müssen, als bei den Parteien, die legal arbeiten können, in der Form natürlich auch anders bei den Parteien, die bereits große Massen umfassen und deshalb auch finanziell und materiell besser gestellt sind, als bei den Parteien, die noch recht klein und schwach und ideologisch ungefestigt sind, wenn diese systematisch, zentral organisierte Bildungsarbeit von hier aus, von der Exekutive, systematisch geleitet wird, es dann möglich sein wird, durch diese kommunistische Bildungsarbeit und durch die theoretische Schulung die Kampfeskraft der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale um ein bedeutendes zu erhöhen. (Lebhafter Beifall.)

KRUPSKAJA (Rußland): Genossen! Ich möchte zu dem, was Gen. Hörnle gesagt hat, einige Worte hinzufügen. Unsere russische Kommunistische Partei besitzt auf dem Gebiete der Agitation und Propaganda eine sehr große Erfahrung. Die Besonderheit unserer Partei besteht darin, daß sie eine Partei ist, in der jedes Mitglied ein aktives Mitglied sein muß. Das folgte stets aus den Verhältnissen, unter denen die Partei bestand. Die Partei war sehr lange illegal und der Eintritt in die Partei bedeutete natürlich die Gefahr, alles zu verlieren, die Gefahr, verhaftet zu werden. Die Partei gewährte keinerlei Vorteile und legte ihren Mitgliedern sehr große Verpflichtungen auf, es traten daher lediglich aktive Elemente in die Partei ein.

Aber auch theoretisch war die Frage für uns von allem Anfang klar. In seiner Schrift: „Was tun?" entwickelte Gen. Lenin vor zwanzig Jahren den Standpunkt, daß jedes Mitglied der Partei aktiv sein muß. Auf dem 2. Kongreß der Partei im Jahre 1903 diente gerade die Frage der Parteimitgliedschaft als Grund zur Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki. Die damals von Lenin gefaßte Formulierung bestand darin, daß jedes Mitglied der Partei gleichzeitig ein aktives Mitglied der Partei sein muß; es muß nicht nur das Programm der Partei annehmen, sondern auch in der inneren Organisation sich betätigen, während die Formulierung Martows in der Feststellung bestand, daß das Parteimitglied bloß das Programm anerkennen und unter Führung der Partei arbeiten muß. Auf den ersten Blick schien der Unterschied nicht groß. Und vielen Genossen schien es damals, daß um Kleinigkeiten gestritten werde und daß dies keine wichtige Frage sei. Die weitere Geschichte der Partei bewies, daß diese Frage äußerst wichtig war. Unsere Partei hat nur infolge jenes Umstandes großen Einfluß auf die Massen und konnte nur aus jenem Grunde den Sieg erringen, weil ihre Mitglieder aktive Parteimitglieder sind.

Die Tatsache, daß jedes Parteimitglied aktiv ist, wirkte sich auf die gesamte Lage und auf unser Verhalten zur Frage der Agitation und Propaganda aus.

Es ist etwas ganz anderes, sich mit Theorie zu befassen und verschiedene Fragen zu studieren, wenn das nur des Interesses halber geschieht, und wieder etwas ganz anderes, wenn die Erfordernisse der Arbeit ein theoretisches Studium und das Streben zum gründlichen Kennenlernen einer Frage unentbehrlich machen. Jedes Mitglied der Partei muß entweder auf dem Gebiete der Agitation oder Propaganda oder auf dem Gebiete der Organisationstätigkeit arbeiten. Ich will vor allem die Frage der Agitation berühren. Dank einer richtigen Auffassung der Frage der Agitation ist es der Kommunistischen Partei, der Partei der Bolschewiki gelungen, stets einen sehr großen Einfluß auf die Massen zu besitzen. Die Agitation wirkt auf das Gefühl, auf die emotionelle Seite, durch Agitation werden breite Massen in die Partei hineingezogen.

Die Frage der Agitation wurde für uns zum ersten Mal zu jener Zeit aktuell, als eine breite wirtschaftliche Bewegung einsetzte. Agitation im großen Maßstabe wurde zum ersten Mal im Zusammenhange mit dem Kampf um Besserung der materiellen Lage entfaltet. Es war am Ende der 90er Jahre. Viele Genossen ließen sich zu jener Zeit übermäßig durch diese Seite der Sache hinreißen, denn wir hatten

damals eine besondere Richtung, wir hatten die Richtung der Zeitschrift „Rabotschaja Mysl" (Arbeitergedanke). Diese Richtung überschätzte die Bedeutung der unmittelbaren elementaren Bewegung der Arbeiter. Sie ließ sich von jenem riesigen Erfolg, den die Agitation aufwies, hinreißen, und die Anhänger dieser Richtung fingen an zu sagen, daß die Theorie überhaupt nicht notwendig und daß ausschließlich die elementare Bewegung wesentlich sei, und sie verstiegen sich bis zu der berühmten Erklärung, daß man Marx und Engels nicht brauche und daß die Arbeiterklasse auch ohne sie zum Sozialismus gelangen wird. Die Partei führte damals einen energischen Kampf gegen diese Richtung.

Eine andere zu dieser Zeit entstandene Frage war die Art und Weise, wie die Agitation zu vertiefen sei. Das war zu derselben Zeit; alle diese Streitigkeiten bestanden bei uns vor zwanzig Jahren. Ein Teil der Genossen erklärte damals, daß man die Agitation nicht forcieren solle und daß man sich auf jene Fragen beschränken müsse, die die Massen interessieren. Zu jener Zeit interessierte die Massen am meisten die wirtschaftliche Lage, und ein Teil der Parteimitgliedschaft behauptete, daß man sich auf diese beschränken müsse, daß man nicht vorwärtsgehen und die Agitation nicht vertiefen solle, man müsse auf jenem Niveau, das die Arbeiterklasse in diesem Augenblick erreicht hat, stehen bleiben.

Wir hatten die Richtung der sogenannten Ökonomisten, die Richtung des „Rabotscheje Djelo" (Arbeitersache), die behaupteten, daß die Agitation nicht vertieft werden müsse, daß man bloß der Arbeiterklasse zu folgen brauche. Die Gruppe der Zeitschrift „Iskra" (Funke) führte gegen diese Richtung, die sie für äußerst schädlich hielt, einen ungemein erbitterten und leidenschaftlichen Kampf. Und tatsächlich, hätte sich die Partei auf den Standpunkt der Ökonomisten gestellt, so würde das bedeutet haben, daß sie die Massen nicht hätte führen können.

Der Marxismus half der Partei, die Bedeutung der Agitation richtig einzuschätzen. Auf welche Weise wurde bei uns die Agitation geführt? Immer wurde — und dieser Frage widmeten wir sehr, sehr viel Zeit — der Mittelpunkt der Agitation festgestellt. Ende der 90er Jahre bildete die ökonomische Agitation den Mittelpunkt. Später, im Jahre 1905, war es die rechtlose Lage der Arbeiterklasse, und schließlich in neuester Zeit, zurzeit des Weltkrieges, bildete der Krieg den Mittelpunkt aller Fragen. Aber nicht bloß die Zentralfrage wurde festgestellt, sondern auch das Gesamtsystem der Fragen, in die die Grundfrage zerfiel, wurde ausgearbeitet. Ein ganzer Stab von Agitatoren vereinigte sich zu einem Kollektiv, in dem alle diese Fragen erörtert wurden.

Wenn unsere Partei während des Krieges imstande war, eine so kolossale Arbeit zu leisten, so geschah dies nur dank dem Umstande, daß in der gesamten vorhergehenden Periode diesen Fragen der Agitation äußerst große Aufmerksamkeit gewidmet worden war. Wenn wir über die Formen der Agitation sprechen, müssen wir die mündliche Agitation näher berühren. Der Erfolg der Agitation hängt nicht so sehr von der Eloquenz und der Redekunst des Redners ab, als vielmehr davon, in welchem Maße die Frage, um die die Agitation geführt wird, die Lebensinteressen der Massen berührt, in welchem Maße sie den Massen nahegeht. Wir konnten uns davon vollständig überzeugen.

So kam es z. B. während des Krieges vor, daß irgendein Soldat auftrat, der bloß wenige Worte sagen konnte, aber weil er die Stimmung, die das Seelenleben der Massen erfüllte, ausdrücken konnte, auf die Masse eine riesige Wirkung ausübte. Wir müssen diesem Umstande große Beachtung schenken. Über die Frage der Lokalagitation werde ich nicht sprechen, ich möchte aber auf eine andere Form der Agitation hinweisen, die besonders während des Krieges zu großer Entwicklung gelangte.

Ich meine die Agitation mit Hilfe der Kunst. Der Arbeiter, die Arbeitermasse denkt weit mehr in Bildern als in logischen Folgerungen, und aus diesem Grunde übt eine künstlerische Agitation durch Plakate und Musik und durch das Theater auf die Werktätigen eine unwiderstehliche Wirkung aus. Und wenn es sich darum handelt, daß die Massen angespornt und zur Arbeit herangezogen werden, so ist das Verwenden der Kunst von äußerst großer Bedeutung. Die russische Erfahrung beweist in dieser Hinsicht, daß, wenn es sich um die primitivste Agitation handelt, gerade diese Form von riesiger Bedeutung ist.

Es besteht in unserer Partei noch eine andere Tradition. Nicht nur die Agitation und Propaganda spielten in unserer Partei stets eine große Rolle. Noch bevor die Agitation in breitem Umfange angewendet wurde, wurde bei uns Propaganda in illegalen Zirkeln entfaltet. Gewöhnlich kam ein Marxist in den Zirkel, las dort Marx und Engels und führte Unterhaltungen über aktuelle Fragen. Es wurde über Kulturgeschichte und Nationalökonomie gesprochen. Diese Tradition hat bei uns unter der Arbeiterschaft — nicht nur unter den Erwachsenen, sondern auch unter den Jungarbeitern — tiefe Wurzeln gefaßt. Ich selbst war z. B. Augenzeuge davon, daß in einem entlegenen kleinen Dörfchen Schüler von der Lehrerin verlangten, daß sie sie unbedingt damit beschäftige, womit sich die Zirkel früher beschäftigten und daß sie mit ihnen Nationalökonomie und Kulturgeschichte durchnehme. Den Kindern schien es, daß es ohne das keinen Ausweg gibt. Die Arbeiterzirkel erlitten allerdings nach kurzer Zeit infolge der Verhaftungen eine Unterbrechung, und die Arbeiter mußten ihre Bildung in der Verbannung und in den Gefängnissen beenden. Die Traditionen unserer Partei sind derart, daß sowohl die Gefängnisse wie auch die Verbannung zu einer Art Universität und Schule wurden, wo die Arbeiter, die nachher führende Parteifunktionäre wurden, eine gute marxistische Schule durchmachten. Die Gruppe des „Rabotscheje Djelo" unterschätzte aber die Bedeutung der Propaganda. In der Polemik gegen sie wies Gen. Lenin darauf hin, wie Engels in dem Vorwort zum Bauernkrieg hervorhebt, daß neben der ökonomischen Bewegung der Arbeiterklasse, neben dem politischen Kampfe auch die Ausarbeitung der Theorie eine ebenso wichtige Bedeutung besitzt. Die Kommunistische Partei trennte daher nie die Frage der Agitation und Propaganda von ihrer grundlegenden Aufgabe. Die Fragen der Agitation und Propaganda bildeten stets das Wesen der Tätigkeit der Partei.

Jetzt, nachdem die Partei nach Ergreifung der Macht durch die Arbeiterschaft legal wurde, ist unsere ganze Aufklärungsarbeit, unsere ganze Tätigkeit in den Gewerkschaften von denselben Traditionen durchdrungen. Jeder Funktionär der Zentralstelle führt politische Auf-

klärung, wo er auch tätig sein möge, — in einer Schule für Erwachsene oder in einer Bibliothek —, wie auch ein jeder Gewerkschaftsfunktionär verpflichtet ist, nach Kräften und Fähigkeiten eine Propaganda zu entfalten. Die Partei leitet auch jetzt ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung die politisch aufklärende Tätigkeit unter den Erwachsenen. Diese Tätigkeiten wurden dadurch zu einer riesigen Kraft. Die marxistische Erziehung ist überall im Lande im Gange, und wir sehen, wie unsere Jugend jetzt mit großer Energie sich dem Lernen widmet. Wir können dieses Streben zum Studium der Theorie nur begrüßen. Es kam besonders auf dem letzten Jugendkongreß stark zum Ausdruck. Überhaupt ist bei uns jetzt eine scharfe Wendung wahrzunehmen. In den ersten Jahren der Revolution konzentrierte sich unsere gesamte Aufmerksamkeit auf die Agitation an den Fronten und im Hinterland. Gegenwärtig aber, da wir zur Arbeit des wirtschaftlichen Aufbaues übergegangen sind, treten die Fragen einer tiefer gehenden Arbeit in den Vordergrund. Das Interesse für Theorie, das Interesse für Marxismus ist außerordentlich gestiegen. Ich arbeite in der Zentralstelle für politische Aufklärungsarbeit, man erhält da Tag für Tag die Bestätigung der Tatsache, daß die Masse jetzt nach diesem vertieften Wissen lechzt. Das ist auch völlig verständlich.

Im Jahre 1905 brachte die Revolution die Massen in Erregung und erschütterte das ganze Land. Nachher traten die Jahre der Reaktion ein. In diesen Jahren der Reaktion ist der Mut der Intellektuellen völlig gesunken. Ihnen schien, daß alle Eroberungen der Revolution vernichtet sind, daß alles verloren sei. Die Masse kann aber die Revolution nie vergessen. Wir überzeugten uns davon im Jahre 1912. Die Ereignisse an der Lena rüttelten mit einem Male die Masse auf und zeigten, wie sehr die Masse in diesen Jahren gewachsen ist. Während dieser Zeit vollzog sich eine für das gewöhnliche Auge unsichtbare riesige innere Arbeit. Die durch die Revolution gewonnenen Eindrücke wurden von der Masse überdacht und erörtert, und im Jahre 1912 waren die Massen schon anders als 1905. Gegenwärtig sehen wir den gleichen Prozeß. Wir sehen, daß die Masse sich auf das Gebiet des Denkens zurückzieht; sich in sich selbst zurückzieht. Die Gesamtaufmerksamkeit ist jetzt auf Beschaffung einer materiellen Basis, für die Eroberungen der Revolution konzentriert. Die Frage der Schaffung einer materiellen Basis ist aber eng verbunden mit der Änderung des Personalbestandes, der Hebung der Masse auf eine höhere Kulturstufe, mit der Änderung aller Arbeitsmethoden und der gesamten Psyche der Massen.

Wir leben jetzt gerade in einer Periode, in der eine tiefe innere, unmerkliche Arbeit im Gange ist. Die Arbeiterklasse, die Arbeiterjugend Rußlands widmet sich jetzt mit allen Kräften dem Lernen. Und indem sie für Hebung der Produktion arbeitet, arbeitet sie auch gleichzeitig für ihre eigene Entwicklung. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir in dem Augenblick, in dem die Weltrevolution emporlodern wird, fertig dastehen werden

VORSITZENDER: Genossen und Genossinnen! Zur Frage der politischen Erziehung hat die mit der Durcharbeit dieser Frage beauftragte Kommission Thesen ausgearbeitet, die dem Präsidium und dann dem Kongreß zur Abstimmung vorgelegt werden.



Wir fahren nun in der Verhandlung fort. Auf der Tagesordnung steht: *Der Friedensvertrag von Versailles.* Als erster Berichterstatter hat Gen. Cachin das Wort.

CACHIN (Frankreich): Genossen! Wir haben hier die Folgen des Vertrages von Versailles und der übrigen Verträge, die auf ihn folgten, zu untersuchen.

Die erste Bemerkung, die gemacht werden muß, besteht darin, daß diese Verträge und vor allem der von Versailles den Eindruck unversöhnlicher Zwangsdiktate machen und der Welt und Europa den schlimmsten Schaden zugefügt haben.

Es ist eine schon banale Feststellung, daß man sich fragen muß, ob die Verbrechen des Friedens von Versailles nicht schlimmer waren als die des Krieges selbst.

Die Verträge zeugen von einer solchen Unkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeit, daß die Entente-Bourgeoisie jetzt zum drittenmal gezwungen ist, sich in Lausanne zu versammeln, um in den Texten, die sie für endgültig hielt, Abänderungen vorzunehmen, — ein Versuch, der noch nicht der letzte ist.

Man macht uns von einer neuen Konferenz Mitteilung, die im Dezember in Brüssel abgehalten werden soll, und es ist zu befürchten, daß das Ergebnis dieser Konferenz für den jetzigen erbärmlichen Frieden schwere Gefahren mit sich bringen wird.

Ich möchte zu Ihnen vor allem über die Haltung eines der Ententeländer sprechen, das seit 1918 die stärkste Gier neben einer völligen Unkenntnis der aktuellen Notwendigkeiten an den Tag legte: ich meine Frankreich.

Frankreich ist gegenwärtig, — sagen seine Machthaber — das konsolidierteste Land Europas, das Land, das Konvulsionen sozialer Art am wenigsten befürchtet.

Die französische Bourgeoisie mimt offiziell chronisch die größte Seelen- und Gemütsruhe. In Wirklichkeit aber bereiten die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des von ihnen unterzeichneten Versailler Vertrages auch ihr große Schwierigkeiten. An ihrem Körper ist eine blutende Wunde. Es ist die erdrückende Schuld, für deren Bezahlung sie keine Frist festsetzen kann, und viele hervorragende Vertreter des französischen Kapitalismus stellen fest, daß es nunmehr unmöglich sei, ein Budget aufzustellen und auf normale Art und Weise zu gestalten.

Man rechnet auch für die nächste Zukunft — in drei oder vier Jahren — mit dem Eintreten eines Zeitpunktes, da das französische Budget kaum genügen wird, um die Zinsen der Gesamtschuld zu bezahlen.

Vom Budget 1929/30 sagte der Berichterstatter des Budgets im Parlament, wird nichts übrig bleiben, um die Kosten der staatlichen Dienstzweige zu decken. Die Milliarden und aber Milliarden, die durch die erdrückenden Steuern eingenommen werden, werden kaum genügen, um die Zinsen der Staatsschuld zu decken.

Es ist wichtig, auf dieses Hauptgebrechen der französischen Bour-

geoisie hinzuweisen und zu zeigen, daß diese Gefahr stets wie ein Alpdruck auf ihr lastet.

Anfangs war sie der Meinung, und ihre Wirtschaftler und Finanzfachleute wollten sie nicht eines besseren belehren, daß sie imstande sein würde, von Deutschland genügend hohe Summen zu erhalten, um das Kapital ihrer Staatsschuld zu bezahlen.

Erinnern Sie sich an die unerhörten Zahlen, die sie bis zum Vertrag von London im Mai 1921 von Deutschland forderte: 300 oder 400 Milliarden, sagte man dem leichtgläubigen französischen Volke, würden bis zum letzten Sou vom besiegten Deutschland gefordert werden. Die Finanzminister erklärten, daß die ganze Politik des Landes auf das einzige Ziel gerichtet werden muß, Deutschland zur Zahlung von Silber und Gold zu veranlassen.

Im Mai 1921 fing man an, die ursprünglichen unsinnigen Forderungen herabzusetzen.

Man setzte jetzt die endgültigen Ziffern fest, die Deutschland zahlen sollte: 132 Milliarden Goldmark, von denen 52 Prozent, d. h. 80 Milliarden, Frankreich zufallen würden.

Bis in die letzte Zeit ist dies das einzige Thema, das ausschließliche Leitmotiv der Minister der Republik, der servilen Presse und der gesamten öffentlichen Meinung, die man in diesem Glauben absichtlich befestigt hatte.

Als man aber sah, daß nichts kam, wurde der ursprüngliche Plan allmählich geändert. Als man sah, daß bis 1922 keine einzige Goldmark nach Frankreich kam, daß es keine einzige Warenzahlung gab und daß die deutschen Zahlungen in Gold, die etwas mehr als eine Milliarde betrugen, an Belgien und England geleistet wurden und daß Frankreich nichts davon bekam, wurde in der öffentlichen Meinung der Glaube, daß Deutschland zahlen werde, allmählich schwächer.

Frankreich hat bisher ungefähr 80 Milliarden als Vorschuß an seine Kriegsbeschädigten ausgezahlt; es unterhielt am Rhein seit Dezember 1918 eine Armee von 90 000 Mann, die 12 Milliarden Goldfrancs kostete.

Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, daß Frankreich, bisher durch den Unsinn seiner offiziellen Führer irregeleitet, nunmehr angefangen hat, den Glauben an das alte Dogma, daß Deutschland zahlen werde, zu verlieren.

Dieser Gemütsverfassung entspricht die Abmachung von Lubersac. Ich werde auf ihre Einzelheiten nicht eingehen, ich hebe lediglich hervor, daß, als die Kriegsbeschädigten und eine gewisse Anzahl von Politikern die Vergeblichkeit und Ergebnislosigkeit einer für endgültig ausgegebenen Aktion sahen, sie versuchten, in unmittelbare Verbindung mit den deutschen Industriellen zu treten, um Zahlungen in natura zu erhalten, da es unmöglich war, Geldzahlungen zu bekommen.

Daraus entstanden die berühmten Abmachungen, die soviel Aufsehen erregten. Hinter diesen Abmachungen sind die Grundzüge einer ganzen Reihe von Verhandlungen zwischen zahlreichen französischen und deutschen Kapitalisten ersichtlich.

In welchem Grade wurden nun diese Verhandlungen durch Tatsachen realisiert? Wir sind darüber nicht sehr informiert. Es gibt zwischen den beiden Ländern zu hohe Zoll-Tarifsätze, Valutaschwan-

49*



kungen und eine ganze Reihe Schwierigkeiten sowohl wirtschaftlicher und finanzieller, als auch politischer und moralischer Art, die es unmöglich machten, daß aus diesen Abmachungen reale Wirklichkeit wurde.

Es macht sich daher gegenwärtig schon eine ganz andere Strömung bemerkbar. Es scheint, daß Abmachungen in der Art des Stinnes-Lubersac-Abkommens nicht gleich zur praktischen Anwendung gelangen können.

Das kapitalistische Frankreich erklärt, es sei in einer bedrängten Lage. Durch unsere schlimmsten Chauvinisten, durch die französischen Unternehmer, durch die Kapitalisten, die befürchteten, daß ihnen die Aufgabe der Wiederherstellung des Nordgebietes, die sie ausschließlich sich vorbehalten wollen, entzogen wird, wurde eine starke Kampagne gegen die Abmachung Stinnes-Lubersac eingeleitet.

Die letzten Kundgebungen des Parlaments und der bürgerlichen Presse beweisen, daß man gegenwärtig die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung ganz anderen Zielen zulenken will.

So kam unlängst im Senat zum hundertsten Mal die Frage der Reparationen zur Verhandlung und Herr Lubersac hatte mit seinem Versuch zur Verteidigung der berüchtigten Abmachungen nicht den geringsten Erfolg. Er wurde sehr lebhaft kritisiert. Ich glaube, daß er mit seiner Meinung so ziemlich allein blieb und die Regierung erwies ihm keinerlei Unterstützung. Im Gegenteil, zahlreiche Senatsmitglieder erklärten sich energisch gegen diese Abmachungen und der eine unter ihnen erklärte, daß die Verhandlungen Stinnes-Lubersac genau so wie diejenigen, die bisher versucht wurden, gegenwärtig in Frankreich nicht auf den erwarteten günstigen Empfang rechnen können. Er fügte hinzu, daß man mit Energie und Gewalt handeln müsse, und daß jene Politik wieder aufgenommen werden soll, als deren Verfechter sich Herr Poincaré bisher erklärte.

In der Kammer war die gleiche Gemütsverfassung zu sehen und ich will nur einen Beweis hierfür anführen.

Der Mann, der seit jeher der Gegner des Stinnes-Lubersac-Abkommens und der Verallgemeinerung dieser wirtschaftlichen Vereinbarungen war, Herr Loucheur, erklärte, daß es notwendig sei, zu einer energischeren Politik Deutschland gegenüber überzugehen durch eine dauernde Besetzung des linken Rheinufers.

Es scheint somit im gegenwärtigen Augenblick, so sind die Aussichten der Konferenz von Brüssel, daß das kapitalistische Frankreich, auf das Trugbild der Geldzahlungen verzichtend und seine Hoffnungen auf Zahlungen in natura verlierend, seine Anstrengungen nunmehr auf zwei bestimmte Ziele richten wird.

Das erste ist die Okkupation, — eine Deklaration über die dauernde und unbegrenzte Okkupation, wie auch über die wirtschaftliche Ausbeutung des linken Rheinufers.

Es ist wohl zu merken, daß unter dem linken Rheinufer auch die Brückenköpfe auf dem rechten Ufer verstanden werden. Es ist auch nicht zu vergessen, daß man darunter auch das Ruhrgebiet versteht, und zwar nicht bloß jenes Gebiet, das schon okkupiert ist. Einer der einflußreichsten Männer Frankreichs erklärte, daß unsere Armeen gegenwärtig einen Teil des Ruhrgebietes besetzt halten, in dem sich ungefähr

44 Hochöfen befinden, und daß es genügen würde, das Besetzungsgebiet ein wenig auf das rechte Ufer auszubreiten, um in Tragweite unserer Gewehre, Tanks und Maschinengewehre nicht 45, sondern 60 Hochöfen zu haben. Und — sagt er weiter, — wenn ihr jenseits der 60 Hochöfen eine Zollgrenze aufstellt, so bricht das Gerüst der deutschen Metallurgie zusammen und schneidet den Lebensnerv der deutschen Schwerindustrie durch. Er erklärte hierbei, daß er für seine Person diese Lösung für entscheidend halte.

Man darf folgende Erwägungen nicht außer Acht lassen. Es ist in der französischen bürgerlichen Welt allgemein die Ansicht vertreten: nachdem die Deutschen nicht zahlen, muß die deutsche Industrie gebrochen und vernichtet werden müssen, natürlich zugunsten der französischen Metallurgie. Die Idee der unbegrenzten Okkupation des linken Rheinufers nimmt gegenwärtig immer festere Gestalt an. Man verhüllt natürlich diese kapitalistischen Begierden, wie immer, mit allerlei hochtrabenden Namen. Man sagt, daß es notwendig sei, die Sicherheit Frankreichs zu wahren, und nachdem weder England noch Amerika den von ihnen im Jahre 1919 verlangten Garantiepakt unterzeichnen wollten, ist es notwendig, daß Frankreich selbst durch seine Armee auf dem breiten Aufmarschgebiet des linken Rheinufers seine ständige Sicherheit wahre.

Unter diesen Worten, die von Diplomaten, Militärs, Industriellen und der gesamten kapitalistischen Bourgeoisie gesprochen werden, ist das von Deutschland losgetrennte Rheinufer zu verstehen; keine Annexion, man braucht ja diese brutalen Worte nicht, sondern die Sicherung seiner Unabhängigkeit unter einer Zoll- wie auch politischen und militärischen Kontrolle der französischen Armee.

So steht es um den im Jahre 1919 gemachten Versuch, die für den Wiederaufbau Frankreichs nötigen Milliarden aus Deutschland herauszubekommen. Es ist unsere Pflicht, gegen diese Politik ständig zu protestieren. Wir müssen aber nicht bloß dieses Ergebnis des Versailler Vertrages hervorheben. Es ist auch noch ein anderes da, das allen gegenwärtig ist, und über das sich die Genossen aus den andern Ländern zu äußern haben werden. Das kapitalistische Frankreich wollte aus Deutschland nicht bloß Geld und Sachleistungen herausbekommen. Es will auch seine Zerstückelung. Außerdem wird es seinen Sieg auch dazu ausnutzen, um seine wirtschaftliche und politische Hegemonie zu sichern, indem es jene kleinen europäischen Länder, die es nach dem Kriege geschaffen hat, verschlingt; diese Länder haben weder ein unabhängiges wirtschaftliches, noch ein freies politisches Leben; sie verdanken ihr Leben der moralischen und materiellen Unterstützung, die ihnen seitens der Entente-bourgeoisie erwiesen wurde. Es gab von diesem Standpunkte aus Manöver, die den offenbaren Wunsch des französischen Kapitalismus zeigten, seine wirtschaftliche und politische Herrschaft über die Gesamtheit der mitteleuropäischen Länder zu errichten. Unsere Genossen aus diesen Ländern werden ihnen über die Folgen dieser Tatsachen Bericht erstatten.

Der Vertrag von Versailles hat durch seine Forderungen in hohem Grade zum Zustandekommen der gegenwärtigen finanziellen Lage, zur äußersten Entwertung der meisten europäischen Währungen beigetragen.

Er hat somit die volle Unfähigkeit, die Unvorsichtigkeit der Bourgeoisie bewiesen, die nicht im geringsten diese unvermeidliche Folge dieser Politik voraussah und auch jetzt immer mehr ihre Unfähigkeit beweist, an ihr auch nur noch das geringste zu bessern.

Es wäre langweilig, die allen Kommunisten geläufig gewordenen Folgen des Versailler Vertrages, wie auch aller ihm folgenden Verträge aufzuzählen. Das wesentliche ist, daß es für das kapitalistische Europa unmöglich ist, sich aus dem Haufen so vieler Ruinen emporzuheben.

Es ist notwendig, daß wir auf den Niedergang der kapitalistischen Macht in allen Siegerstaaten hinweisen.

Wir müssen die düstere Tatsache feststellen, daß die als am intelligentesten bezeichnete Bourgeoisie sich als völlig unfähig erweist, dem Devisensturz, der die Gesamtheit der bürgerlichen Welt andauernd zerrüttet, die sozialen Krisen und das Elend verschärft, Einhalt zu tun. Diesen Tatsachen und diesen Folgen gegenüber wird natürlich der Klassenkampf in all seinen Formen immer schärfer und lebhafter. Für uns in Frankreich ist es vom Klassenstandpunkt unsere Pflicht, gegen diesen Vertrag von Versailles den energischsten Kampf zu führen, auf den stets wachsenden Einfluß militärischer Stellen in unserem Lande immer hinzuweisen, auf das entschiedenste gegen diese militärische Entwicklung zu kämpfen, die unverzügliche Räumung des linken Rheinufers zu verlangen, sowie die unverzügliche Befreiung der 6 Millionen Rheinländer, die unter dem Joch und dem Stiefel unserer Armeen gehalten werden, und sogar nicht imstande sind, sich einem im übrigen Deutschland erklärten Streik anzuschließen, zu fordern.

Es ist notwendig, daß die Aktionen der beiden großen, am unmittelbarsten von dieser Lage berührten Proletariate: Deutschlands und Frankreichs immer mehr in Einklang und Zusammenhang miteinander gebracht werden. Wir hatten bisher zu wenig Verbindungen. Wir kamen kaum zwei-, dreimal zusammen und in letzter Zeit waren wir besonders in Frankreich durch unsere inneren Zwistigkeiten so in Anspruch genommen, daß wir der Entwicklung dieser Aktion nicht jene Energie widmen konnten, die sie unbedingt erfordert.

Aus diesem Kongreß muß eine innigere und festere Vereinigung unter genauen Abmachungen zwischen den Delegationen der Vertreter des deutschen und französischen Kommunismus hervorgehen. Es ist notwendig, daß die Manifestationen jeder Art in beiden Ländern vervielfacht werden und daß immer mehr französische Genossen nach Deutschland und deutsche nach Frankreich kommen, damit die beiden Propaganden sich auf diese Art gegenseitig durchdringen.

Vor einiger Zeit, am 15. Oktober, waren die französischen Bergleute seitens ihrer Kapitalisten mit einem Lohnabbau bedroht. Sie beschlossen, diesem Lohnabbau Widerstand zu leisten, und erklärten, eher in den Streik zu treten, als das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Mehrere unter ihnen sind Kommunisten. Sie beschlossen im Einverständnis mit der Partei, die deutschen Kameraden im Ruhrgebiet zu besuchen, um in Gemeinschaft mit ihnen einen gemeinsamen Kampfplan auszuarbeiten.

Die Bergleute des Ruhrgebietes waren nicht von einer Lohnherabsetzung, sondern von einer Verlängerung des Arbeitstages bedroht. Wir



dachten, daß sich hier eine besonders günstige Gelegenheit bot, um die beiden Proletariate in der gleichen Aktion zu vereinigen, und wir gaben uns der Hoffnung hin, daß es vielleicht möglich wäre, eine gleichzeitige Bewegung im Ruhrgebiet, im Kohlenbecken des Nordgebietes, im Pas-de-Calais und in all unsern Kohlenzentren zu organisieren. Wir erhofften hier eine positive Aktion, die bei guter Führung einen beträchtlichen moralischen und materiellen Einfluß auf beide Länder und das Gesamtproletariat hätte ausüben können. Es war unmöglich, diesen Plan zu verwirklichen. Ich glaube aber, daß wir gerade in dieser Richtung unsere Anstrengungen vervielfachen müssen. Unserem Dafürhalten nach sollte dem Kongreß in konkreter und praktischer Form eine einfache und klare Resolution vorgelegt werden; es ist notwendig, daß die vereinigten Delegationen sich verständigen, um in Erwartung der schweren Folgen, die die Konferenz von Brüssel für Europa mit sich bringen wird, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist unumgänglich notwendig, daß hier eine großangelegte Aktion, eine gemeinsame Bewegung vorbereitet werde, die unter allen möglichen Formen und mit der größten Energie gegen den Vertrag von Versailles geführt werden soll. Es ist dies ein konkreter und unverzüglich zu verwirklichender Plan, den ich mir erlaube, dem Kongreß vorzulegen. (Beifall).

VORSITZENDE CLARA ZETKIN: Genossen und Genossinnen! Ich kann Ihnen eine freudige Mitteilung machen. Unser italienischer Genosse Gennari ist soeben hier eingetroffen, gehetzt und verwundet von den Fascisten. Ich glaube, Ihr alle stimmt dem Präsidium zu, wenn wir ihn hier von Herzen willkommen heißen und wenn ich ihn bitte, im Präsidium seinen Platz einzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Wir grüßen in Gennari das tapfere, verfolgte, mit Wunden bedeckte italienische Proletariat, das sich anschickt, angesichts des weißen Terrors seine revolutionären Kräfte einheitlich zu einem neuen Vorstoß gegen den Kapitalismus und zu künftigen Siegen zu sammeln. Genosse Gennari, seien Sie uns allen herzlichst willkommen! Hoch der Kommunismus in Italien! Hoch das italienische Proletariat!

(Lebhafter Beifall. Die Versammlung singt, während sich Gen. Gennari auf die Präsidialtribüne begibt, stehend die „Internationale" und bricht abermals in Beifall aus.)

GENNARI: Genossen! Ich spreche Euch meinen Dank aus, besonders, weil diese Kundgebung an alle Genossen, alle Arbeiter, alle italienischen Revolutionäre gerichtet ist, die jahrelang in der schrecklichen Lage gekämpft haben, an jene, die mißhandelt und verwundet wurden und trotzdem in den Schützengräben der sozialen Revolution verblieben sind.

Wenn der Kongreß die Haltung der Kommunistischen Partei Italiens erörtern wird, wird er auf die begangenen Fehler hinzuweisen haben, er wird aber vor allem sich erinnern müssen, in welchen Verhältnissen die Genossen in Italien gekämpft haben.

Als Antwort an alle Genossen kann ich die Versicherung aussprechen daß wie sehr auch die politische Lage in Italien sich verschlechtert hat, die Partei intakt geblieben ist. Die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter sind bereit, mit Euch weiter zu kämpfen für die Sache der proletarischen Weltrevolution. (Beifall.)

SMERAL (Tschechoslowakei): Der Friede von Versailles hat den tschechoslowakischen Staat geschaffen. Infolgedessen lebt ein großer Teil der Bevölkerung der Tschechoslowakei, auch ein Teil des tschechoslowakischen Proletariats in der Illusion, der Versailler Frieden sei ein Element des geschichtlichen Fortschrittes, die Grundlage und die Bürgschaft der nationalen Selbstbestimmung und der nationalen Befreiung. Die KP. der Tschechoslowakei hat von ihrer Gründung an nicht ohne Erfolg gearbeitet und sie wird weiter daran arbeiten, das tschechoslowakische Proletariat aus der Gefangenschaft dieser Illusion, die nichts anderes als eine bürgerliche Lüge darstellt, zu befreien. Es muß allen tschechoslowakischen Proletariern zum Bewußtsein gebracht werden, daß in Versailles bei Schaffung des tschechoslowakischen Staates nicht das Streben nach Befreiung der Völker das Entscheidende war. Die Tschechoslowakei sollte zu einem nur fiktiv selbständigen Staate werden. In Wirklichkeit sollte sie einen Vasallenstaat der kapitalistischen Großmächte der Entente, einen Pfeiler ihrer, besonders der französischen Oberherrschaft bilden.

Bei der Schaffung des tschechoslowakischen Staates waren weder nationale, noch wirtschaftliche Interessen der Bevölkerung, sondern militärische und imperialistische Interessen entscheidend.

Es war kein Zufall, daß in Versailles in die Grenzen des neugeschaffenen tschechischen Staates unverhältnismäßig viel *anderssprachige Bevölkerung* einverleibt wurde, deren nationales Selbstbestimmungsrecht nicht berücksichtigt wurde. Die Herrscher der Entente haben sich dabei nach der Losung gerichtet, auf welche sich die Macht der Reaktion schon im früheren Österreich-Ungarn stützte: „Teile und herrsche!" Sie haben folgendermaßen gerechnet: „Wenn wir dem tschechoslowakischen Staate fast ein Drittel Deutscher, Ungarn, Polen, Ukrainer einverleiben, werden wir mit beiden Gruppen, den herrschenden und den beherrschten, spielen können. Wir werden in beiden die nationalen Voreingenommenheiten pflegen, wir werden die eine gegen die andere ausnützen, und so werden wir das Land in Abhängigkeit von uns halten. Die tschechoslowakische Majorität wird mit der Irredenta in den nationalen Minoritäten rechnen. Sie wird deswegen die bürgerlichen Rechte beschränken, ein reaktionäres Regime aufrechterhalten, schon aus innerpolitischen Gründen ein starkes Heer unterhalten und sich auf uns stützen müssen. Das reaktionäre Regime und das starke Heer ist gut nicht nur gegen die nationalen Minderheiten, sondern auch gegen das Proletariat, zur Stärkung desjenigen Systems, das jetzt der Kapitalismus der großen Staaten der Entente in ganz Europa ersehnt. Das starke Heer der Tschechoslowakei wird im Ernstfalle eines kriegerischen Konfliktes den Großstaaten der Entente zur Disposition stehen!"

In Versailles fielen nur die militärischen und imperialistischen Gründe der Entente in die Wagschale. Bei der Konstruktion der Staaten in Mittel- und Südosteuropa wurden sogar diejenigen wirtschaftlichen Momente nicht berücksichtigt, die vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaft selbst logisch sein sollten. Zum Weltkriege war es deswegen gekommen weil der Rahmen selbst der größten Staaten für den Aufschwung der Produktionskräfte viel zu klein war. Und dieser Krieg endete in Mittel- und Südosteuropa anstatt mit einer

wirtschaftlichen Einheit mit der Balkanisierung dieses Gebietes. Unter dem ententistischen Einfluß richten sich alle kleinen Staaten dieses Teiles Europas auf ihre Isolierung ein. Jeder von ihnen strebt nach einer vollkommenen wirtschaftlichen Selbständigkeit, jeder bemüht sich, in seinen Grenzen alle Industrien einzuführen, auch solche, für die er keine guten natürlichen Bedingungen hat und deren Erzeugnisse er viel vorteilhafter auf dem Wege des planmäßigen internationalen Austausches bekommen könnte. Dies verursacht eine große Verschwendung und Fesselung der Produktionskräfte in einer Zeit, wo die durch den Krieg verarmte Welt so sehr die Produktion braucht.

Während eine Reihe von Staaten eine schwere Krise infolge des Mangels an Industrieerzeugnissen durchmacht, ist in der Tschechoslowakei ein technisch guter industrieller Apparat für den Konsum von 70 Millionen vorhanden, das Land hat aber nur 14 Millionen Einwohner. Die regierende bourgeoise Clique bereitet sich, anstatt den Weg aus der Isolierung heraus — dem Osten und Rußland zu — zu suchen, auf das Kommando des Ententekapitals hin vor, wenigstens die ganze Hälfte des schon eingerichteten, technisch guten Apparates abzubauen, ihn definitiv zu vernichten. Dabei ist ihr das Schicksal der Massen vollkommen gleichgültig, die sich im Umkreise der jetzt geschlossenen Fabriken angehäuft haben. Der Versailler Frieden führt also in seinen Konsequenzen im Großen direkt zum Abbau der schon existierenden Produktionsmittel. Dieser Umstand ist der klarste Beweis dafür, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, mit seinen Methoden die Probleme zu lösen, die im Schoße seiner Ordnung notwendig entstehen. In der jetzigen Epoche steht jeder Versuch der bürgerlichen Klasse, sich noch weiter am Leben zu erhalten, im Gegensatz zur Entwicklung der Produktionskräfte.

Die Konstruktion des Versailler Friedens hat in der Tschechoslowakei das bourgeoise Prinzip der nationalen Selbstbestimmung für nationale Minderheiten nicht durchgeführt. Aber sie hat die nationale Frage nicht einmal für die heute herrschende tschechische Nation gelöst. Auch in den nationalen Kreisen der tschechischen Bourgeoisie herrscht das Gefühl der Unsicherheit über das weitere Schicksal des Landes und der Nation. Die Bourgeoisie fühlt, daß sie mit den Kräften, die heute die Hauptkräfte der Reaktion und Konterrevolution sind, sie fühlt, daß auf diesem Wege gegen den Strom der geschichtlichen Unabwendbarkeiten die kleine Nation in eine Sackgasse gebracht werden kann, in die Gefahr, erdrückt zu werden in der Flut der großen sozialen Stürme, die eben in das akute Stadium treten und die über das morgige Gesicht Europas und der ganzen Welt entscheiden werden.

Die Konzeption des Versailler Friedens dient nur den militärischen Zielen der Entente, sie nimmt keine Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse nicht nur der Arbeiter, sondern auch eines großen Teiles der nichtproletarischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Die natürliche Konsequenz davon ist, daß, wenn die künstlich hervorgerufenen Illusionen einmal überwunden werden, sich diese Konzeption im tschechischen Staate nicht auf das Prinzip der Demokratie stützen können wird. Schon heute bemüht sich der fremde französische Einfluß, eine Clique in der Regierung zu halten, die sozial und politisch verhältnismäßig sehr schwache Wurzeln hat. Je mehr diese Clique ihren

Einfluß unter der Bevölkerung verliert, desto vorbehaltloser bietet sie sich den imperialistischen und konterrevolutionären Tendenzen der Politik des französischen Kapitals als Werkzeug an, ebensowohl gegen das unter den Reparationen zusammenbrechende Deutschland, wie gegen Österreich, aber besonders gegen Sowjetrußland. Man muß darauf vorbereitet sein, daß diejenigen ausländischen Einflüsse, durch die die Tschechoslowakei auf der Grundlage des Versailler Friedens gehalten wird, die inneren Verhältnisse in der Tschechoslowakei zu einer offenen Regierung der Minderheit, zur unverhüllten Diktatur der Bourgeoisie, zu einem Regime vom Typus des Fascismus drängen werden.

Die tschechischen Arbeiter beginnen schon zu erkennen und werden immer mehr erkennen, daß der Versailler Frieden die nationale Frage nicht gelöst hat und daß er für sie als Klasse direkt ein Unglück bedeutet. Im Munde der Bourgeoisie sind die Worte über die „Rechte der Nationalitäten", die von seiten der Entente für das politische Ziel des Weltkrieges ausgegeben worden waren, nur eine Phrase und Lüge. Die kommunistischen Arbeiter der Tschechoslowakei müssen sich bewußt werden, daß für uns der nationale Gedanke kein primärer Gedanke ist. Auch wir stehen den nationalen Bestrebungen und Kämpfen nicht blind gegenüber. Es ist komisch, zu meinen, daß die Kommunistische Internationale keinen anderen Gedanken hat als den, die kleinen, in kapitalistischen Verhältnissen lebenden Nationen — unter ihnen auch die Tschechoslowakei — ihrer staatlichen sogenannten Selbständigkeit zu berauben. Wir beurteilen aber jede nationale Bewegung nach ihrer konkreten Form. Unser Standpunkt ihr gegenüber ist davon abhängig, ob die konkrete nationale Bewegung eine Stärkung unserer Kampflinie, der sozialen Revolution, bedeutet, oder ob sie ein Werkzeug in den Händen der Weltkonterrevolution ist. So konnte das nationale Streben der Tschechoslowaken als eine Erscheinung des geschichtlichen Fortschrittes beurteilt werden, solange es auf die Zersetzung der früheren Organisation von Europa, auf die Zertrümmerung des feudal-dynastischen Österreich-Ungarns hinzielte. Es muß als konterrevolutionäre Kraft betrachtet werden, insoweit es sich infolge des Einflusses der tschechischen Bourgeoisie mit dem Versailler Frieden und mit der konterrevolutionären Verschwörung der kapitalistischen Großstaaten der Entente verbunden hat. Seit diesem Momente ist der Nationalismus der tschechoslowakischen Bourgeoisie zum Verbündeten einer jeden Reaktion in ganz Europa geworden.

Die nationale Frage wird erst dann gelöst werden, wenn die Kräfte der kapitalistischen Anarchie und der Produktionskonkurrenz überwunden werden, die notwendigerweise zu kriegerischen Konflikten führen. Die neue Regelung Europas, die die Planmäßigkeit in der Produktion einführt und ein wirklich freies, ruhiges Zusammenleben der Völker ermöglicht, wird auf den Trümmern des Versailler Friedens erstehen. Ihre Form wird nicht eine Isolierung und eine „Souveränität" sein, die heute nur den Mantel für die vasallenartige Abhängigkeit der kleinen Staaten von den großen abgibt, sondern eine universale Föderation der Sowjetstaaten der Welt. Diese Losung, die den einzigen Ausweg aus der jetzigen, nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Anarchie bedeutet, beginnt in erster Linie für Mitteleuropa und für die Balkanländer akut zu werden. Sie ist das Gegenteil der



Rückkehr zum früheren Österreich-Ungarn, an dessen Erneuerung die konservativen, klerikalen Gruppen in Frankreich und England infolge der verzweifelten Situation des Kapitalismus und der bürgerlichen Klasse wieder instinktiv zu denken beginnen. Nur die rücksichtslose, internationale, koordinierte revolutionäre Aktion der Arbeiter und armen Bauern wird die monarchistischen, konterrevolutionären Kräfte besiegen, die sich hier ansammeln. Auch für die Lösung der nationalen Frage der kleinen Nationen in Mittel- und Osteuropa ist die unumgängliche Vorbedingung der große Kampf unserer Klasse, der Sieg der sozialen Revolution.

RADIC (Jugoslavien): Die zahlreichen Konferenzen der Ententestaaten seit 1919 haben ganz klar gezeigt, daß der Versailler Friede und die ihm angeschlossenen Friedensverträge, die die Hegemonie des französischen Imperialismus in Europa, England, im Nahen Osten und auf dem Meere sichern sollten, undurchführbar sind. Sie befinden sich im vollen Liquidationsprozeß.

Nach der eisernen Logik der ökonomischen Entwicklung wurden die Ententestaaten bei der Ausarbeitung dieser Verträge durch ihre imperialistischen Tendenzen geleitet. Die Kriegsentschädigung, die die besiegten Staaten zahlen sollten, übertraf enorm ihre finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte. Neue Staaten wurden gebildet, und die Grenzen wurden ohne Rücksicht darauf gezogen, ob die neuen Staaten lebensfähig sind, ob die Grenzen den neuen Staaten, ihren ökonomischen Bedürfnissen und nationalen Momenten entsprechen. Auf diese Weise wurde in ganz Europa und besonders im Donaubecken und auf der Balkanhalbinsel eine unmögliche Lage geschaffen. Der Balkan und das Donaubecken, die eine ökonomische Einheit bilden und ein merkwürdiges Mosaik von Nationalitäten darstellen, sind in viele Staaten zerteilt, von denen jeder starke Nationalitätenminderheiten umfaßt. Die schwierige ökonomische Lage der einzelnen Staaten, die jahrhundertelang beisammen waren, und die Beraubung des Territoriums durch fremde Elemente bewirkt, daß die Verhältnisse zwischen diesen Staaten äußerst gespannt sind und in jedem Moment die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes droht. Die nationalistischen Krankheiten wachen wieder auf, und die Bourgeoisie, besonders die aller neugebildeten Staaten, versucht, ihre imperialistischen und räuberischen Klasseninteressen als gemeinsame nationale Interessen hinzustellen, um durch diese Parole die ganze Nation für die Verteidigung und Aufrechterhaltung des durch den Versailler Frieden geschaffenen Zustandes zu gewinnen. Und mit derselben Parole sucht die Bourgeoisie die etwa antistaatlichen Elemente unschädlich zu machen und führt die schwerste politische und soziale Reaktion durch, deren Schärfe in erster Linie gegen das revolutionäre Proletariat gerichtet ist. Die nationalen Kämpfe, die früher im Donaubecken und auf dem Balkan an der Tagesordnung waren, sind heute ebenso akut. Nicht nur, daß die Nationalprobleme durch die Versailler-Neuilly-Trianon-Verträge nicht gelöst sind, sie sind im Gegenteil noch komplizierter und schärfer geworden. Die neuen Staaten, die sehr starke nationale Minoritäten umfassen, führen eine rücksichtslose Entnationalisierungspolitik gegenüber den Minoritäten durch, die zu Bürgern zweiten Ranges degradiert sind. Bei der Durch-

führung der Agrarreform sind diese Minderheiten ausgeschlossen, in kultureller Hinsicht werden sie nicht berücksichtigt, und bei jeder harmlosen Opposition gegenüber der Regierung wird gegen sie am schärfsten aufgetreten. Infolge dieser Politik, die alle Staaten der Kleinen Entente gegenüber den nationalen Minderheiten treiben, wird der Widerstand dieser Minderheiten immer größer und äußert sich in verschiedenen Formen. In Mazedonien z. B. kämpfen die Bulgaren und Albanesen gegen die imperialistische Politik der serbischen Bourgeoisie mit der Waffe, die Deutschen und Ungarn in allen neuen Staaten wehren sich mit passiver Resistenz und planmäßiger Sabotage gegen diese Politik. Die interessierten Staaten nützen diese Umstände aus, um ihre Irridenta zu stärken, und die Verhältnisse zwischen den Nachbarstaaten werden immer unhaltbarer.

All diese Verträge verschlechtern nicht nur die Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten, sondern zwischen den Stämmen einer Nation. Ein klassisches Beispiel dafür bietet Jugoslavien, wo die Kämpfe zwischen Serben und Kroaten, die einem und demselben Volke angehören, einen solchen Umfang angenommen haben, daß die stärksten kroatischen Parteien mit der Parole der vollen Selbständigkeit auftreten. Der Grund hierfür ist nicht nur innerpolitischer, sondern auch außenpolitischer Natur. Die serbische Bourgeoisie ist an der uneingeschränkten Durchführung der Verträge von Versailles, Trianon, Neuilly wegen der Reparationen, die den Serben darin garantiert sind, interessiert. Infolgedessen geht die serbische Bourgeoisie in dieser Frage Hand in Hand mit Frankreich und folgt blind der französischen imperialistischen Politik. Die Bourgeoisie Kroatiens und anderer Gebiete Jugoslaviens außer Serbien, die nicht unmittelbar an der Frage der Reparationen interessiert sind, stehen in scharfer Opposition zur Regierung. Das hat sich am besten während der Konferenz in Genua gezeigt, als sich die Kroaten mit separaten Memoranden an die Konferenz wandten.

Alle diese neuen Staaten, hauptsächlich von Frankreich zwecks Verteidigung seiner imperialistischen Interessen finanziert und gegründet, sind in voller Abhängigkeit vom französischen Kapital und befinden sich in der Lage französischer Kolonien. Durch diese Staaten führt Frankreich seine hegemonistische Politik in Europa durch und versucht, den Versailler Frieden aufrechtzuerhalten. Gegenüber Sowjetrußland verteidigen Polen und Rumänien die französischen Interessen, Jugoslavien steht gegenüber Italien und als Wächter französischer Interessen im Nahen Osten die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland. Die gemeinsame Abhängigkeit von Frankreich, das gemeinsame Interesse an der uneingeschränkten Durchführung der Friedensverträge sowie die gemeinsame Gefahr, die von Ungarn droht, waren der Grund zu dem engeren militärischen Bündnis zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslavien und Rumänien unter dem Protektorat Frankreichs, das nicht nur den Militarismus dieser Staaten finanziert, sondern auch organisiert, kontrolliert und über ihn de facto verfügt. Auch Polen steht in enger Verbindung mit diesen Staaten. Trotz des Bündnisses zwischen diesen Staaten bestehen Differenzen zwischen ihnen, welche öfter an die Oberfläche kommen. Das Banatgebiet ist auch immer ein Zankapfel zwischen Jugoslavien und Rumänien. Die Tschechenfrage verschärft ebenso die

Lage zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Alles das zeigt, daß die neue Konstellation der Staaten unhaltbar ist.

Diese Staaten sind aber die eifrigsten Verfechter aller Verträge, denn jede Revision würde für sie starke territoriale und ökonomische Opfer bedeuten. Deshalb begnügen sie sich, diesen unhaltbaren Zustand durch starken Militarismus, der ihre finanziellen und ökonomischen Kräfte übersteigt, aufrechtzuerhalten. Die Bourgeoisie jeder dieser Staaten versucht, aus einem ökonomischen Ganzen mehrere zu schaffen, innerhalb deren Grenzen der heimischen Bourgeoisie eine Monopolstellung gesichert ist.

Ein Blick auf die Balkanhalbinsel und das Donaubecken zeigt klar die vollkommene Absurdität aller Friedensverträge seit 1913, die diese Gebiete tangieren. So z. B. Fiume, das der beste und beinahe einzige Zugang zum Meere für das nordwestliche Jugoslavien und Ungarn ist, ist de facto von Italien besetzt, was die Verhältnisse zwischen Jugoslavien und Italien außerordentlich gespannt sein läßt. Dasselbe ist der Fall mit Saloniki, das der beste Hafen für die ganze Balkanhalbinsel ist und mit seinem sehr kleinen Hinterlande im Besitz von Griechenland ist, ohne daß es eine Bedeutung für den griechischen Handel hätte.

Das industrielle Österreich ist von den Gebieten, von denen es Nahrungsmittel und Rohstoffe bezog, vollkommen abgetrennt und dadurch lebensunfähig geworden usw.

Diese unlogischen Erscheinungen sind aber an das Wesen des Kapitalismus gebunden und führen zu unausweichlichen Zusammenstößen der interessierten Staaten.

Die Rolle der Kleinen Entente gegenüber Sowjetrußland war immer klar, und ihre unversöhnliche Haltung ist für sie charakteristisch. Nicht nur Polen und Rumänien, die territorial unmittelbar an dem Verhältnis zu Rußland interessiert sind, nehmen eine feindliche Haltung gegenüber Sowjetrußland ein, ebenso ist es mit Jugoslavien, das als französischer Vasall Rußland feindlich gegenübersteht. So befinden sich z. B. trotz aller Dementis seitens der jugoslavischen Regierung in Jugoslavien die Reste der ehemaligen Wrangelarmee, vollkommen bewaffnet und organisiert; dort sind russische konterrevolutionäre Militärschulen, und als Vertreter der russischen Regierung ist noch immer ein von der Koltschakregierung ernannter Gesandter tätig. Diese ganze konterrevolutionäre Armee, ihre Schulen und anderen Institutionen werden von Jugoslavien und Frankreich finanziert und stellen einen Staat im Staate dar. Diese Armee ist zu Aktionen gegen Sowjetrußland bestimmt, ebenso aber auch zur Durchführung der reaktionären Tendenzen, die im Einklang mit den imperialistischen Interessen Frankreichs stehen, wie es z. B. in Bulgarien der Fall war.

Die Rolle der Kleinen Entente übrigens äußert sich klar auf allen Konferenzen sowie in allen Maßregeln, die gegen Sowjetrußland unternommen werden. Trotzdem aber die Regierungen der Kleinen Entente eine feindliche Politik gegenüber Sowjetrußland einnehmen, ist die Stimmung bei den Volksmassen eine ganz andere, d. h. die Masse hat sehr große Sympathie für Sowjetrußland, wobei die ungelöste Agrarfrage eine große Rolle spielt.

Die neueste Krise im Nahen Osten hat die vollkommene Abhängigkeit der Kleinen Entente von Frankreich gezeigt. Jugoslavien hat als



Exponent des französischen Imperialismus im Nahen Osten eine besondere Rolle bekommen. Am Anfang der Krise versuchte es noch, auf seine eigenen Interessen hinzuweisen und sich auf den englischen Standpunkt zu stellen, d. h. es war gegen die Rückkehr der Türkei nach Europa aus Furcht vor einem näheren territorialen Kontakt zwischen Bulgarien und der Türkei und einem evtl. Bündnis gegen Jugoslavien. Gleichzeitig versuchte Jugoslavien diese Krise auszunutzen, um sich Salonikis zu bemächtigen. Alle diese Versuche der Selbständigkeit aber wurden von dem Protektor Jugoslaviens, von Frankreich, verhindert. Im großen und ganzen dominierte in dieser Krise die französische Orientierung auch gegenüber Rußland.

Die Zerstörung der ökonomischen Einheiten, starke Gegensätze zwischen den Staaten der kleinen Entente und den anderen Staaten auf dem Balkan und im Donaubecken, Gegensätze zwischen den Staaten der kleinen Entente untereinander, schwere nationale Kämpfe innerhalb eines jeden einzelnen Staates, rücksichtslose Entnationalisierung und Unterdrückung der nationalen Minderheiten, Reaktion und Ausnahmegesetze für die Arbeiterklasse in allen diesen Staaten, — alles das, gestützt auf einen starken Militarismus, der die ökonomischen Kräfte dieser Staaten übersteigt, führt zum unvermeidlichen Bruch und zur Liquidation des Versailler Vertrages und der anderen Verträge und des durch sie geschaffenen Zustandes.

Unter solchen Verhältnissen muß die Aufgabe der kommunistischen Parteien sein, das gesamte revolutionäre Proletariat für den Kampf gegen den imperialistischen Frieden und gegen imperialistische Kriege zu mobilisieren. In diesem Kampf müssen die kommunistischen Parteien alle die erwähnten Gegensätze, insbesondere die nationalen, auszunutzen verstehen. Dem Proletariat und Halbproletariat auf dem Balkan und im Donaubecken muß gesagt werden, daß ihre nationale, politische und ökonomische Befreiung nur durch den revolutionären Kampf unter dem Banner und der Führung der kommunistischen Parteien zu erreichen ist, und daß die Garantie für den Frieden, für die normale Entwicklung und Lösung aller Streitfragen auf dem Balkan und im Donaubecken nur in einer föderativen Sowjetrepublik der Donau- und Balkanländer liegt.

Die Balkanföderation der kommunistischen Parteien der Balkanstaaten arbeitet schon längere Zeit in dem Sinne, muß aber künftig ihre Tätigkeit noch mehr steigern bis zum endgültigen Siege im Zusammenarbeiten mit allen anderen kommunistischen Parteien. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Es wird vorgeschlagen, folgendes Telegramm zur Absendung zu bringen:

„An den Allindischen Gewerkschaftskongreß,

Lahore.

Genossen! Das Proletariat des Westens beglückwünscht Euch mit Begeisterung zu dem Kampf, den Ihr während der letzten Jahre für die wirtschaftliche Besserstellung der indischen Arbeiterklasse geführt habt. Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale sendet Euch seine herzlichsten Grüße. Genossen, während wir Euch unserer Sympathie versichern und Euch die vollste Unterstützung für den Sieg Eurer Sache

versprechen, müssen wir Euch doch daran erinnern, daß Eure Aufgabe sehr groß ist, und daß man sie nicht einschränken darf. Die indische Arbeiterklasse kämpft nicht für „einen Lohn, der der geleisteten Arbeit entspricht". Die wirtschaftliche Befreiung der indischen Arbeiter und Bauern hängt von der politischen Freiheit der Nation ab. Im Rahmen imperialistischer Ausbeutung ist jede Verbesserung der Lebensbedingungen unmöglich. Aus diesem Grunde werdet Ihr eine wichtige Rolle in dem Kampf für nationale Unabhängigkeit spielen. Bereitet Euch auf diese historische Rolle vor: Das fortgeschrittene Proletariat der auf diesem Kongreß vertretenen 52 Länder ist mit Euch! Hütet Euch vor der falschen Freundschaft und den irreführenden Ratschlägen der dem Imperialismus Vorschub leistenden Arbeiterführer.

Mit brüderlichen Grüßen

Der 4. Weltkongreß der Komintern."

(Einstimmig angenommen.)

Schluß der Sitzung 4,15 Minuten.

SECHSUNDZWANZIGSTE SITZUNG

MITTWOCH, DEN 29. NOVEMBER 1922.

Versailler Friedensvertrag. Aufruf der österreichischen Kommission zum Genfer Vertrag. Bericht der Reorganisationskommission.

Redner: Murphy, Keller, Connolly, Friedländer, Eberlein.

Eröffnung: 12,45 Uhr mittags.

Vorsitz: *Marchlewski.*

MURPHY (Großbritannien): Genossen, der Versailler Vertrag ist unzertrennlich vom Kampf des Imperialismus um die Weltmacht. Er ist kein Friedensvertrag, sondern ein Kriegsvertrag, der den militärischen Zwiespalt von 1914—18 auf das ökonomische und politische Gebiet überträgt. Wenn wir uns diesem Gegenstand von einem anderen Gesichtspunkt aus zu nähern versuchen würden, so würden wir in dieselben Schwierigkeiten verwickelt werden, wie die Führer der II. Internationale. Ihre Stellungnahme zum Versailler Vertrag hat nicht mehr und nicht weniger bewiesen, als daß sie Werkzeuge des verbündeten Imperialismus sind. Zum Beispiel stellte Mr. Ramsay Mac Donald, als er sich über die auf den Konferenzen von Amsterdam und Frankfurt in den Jahren 1921 und 1922 dargelegte Politik der Arbeiterschaft aussprach, folgende Behauptung auf: „Die Prinzipien, auf die sich die Arbeiterpolitik in der Reparationsfrage stützt, sind in Kürze die folgenden:

„1. Die Summe und die Form der Reparationen erfordern zweierlei Sanktionen: erstens, die der Gerechtigkeit, zweitens die der Ökonomie.

2. Die Sanktion der Gerechtigkeit muß durch die vor Friedensschluß erfolgten Unterhandlungen eine Einschränkung erfahren.

3. Die Sanktion der Ökonomie erfährt eine Einschränkung nicht nur durch die Frage, was Deutschland zahlen kann, sondern auch durch die Frage, was wir bekommen können, ohne unser eigenes Volk zu schädigen, und welche Formen die Reparation ohne Gefahr annehmen darf."

Diese Sprache ist die Sprache der Liberalen unter den Kapitalisten der siegreichen Staaten und keineswegs die Sprache der Arbeiterklasse, die sowohl in den siegreichen, als auch in den besiegten Ländern unter allen Folgen des Vertrages zu leiden hatte. Sie beruht ferner auf der

Annahme, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich war, — eine Theorie, die sich bereits unter den Führern der Zweiten Internationale selbst überlebt hat.

Die Beweisführung, daß die Kanonen von selbst losgegangen sind, mag gewiß sehr interessant sein, doch sie hilft uns gar nichts, soweit die aus dem Versailler Vertrag entspringenden Kämpfe in Betracht kommen. Wir können ihn bloß als eine Fortsetzung des imperialistischen Krieges betrachten, und der Kommunistischen Internationale bleibt keine Wahl, als dem Vertrag mit der gleichen unbeugsamen Opposition entgegenzutreten, die sie dem Kriege entgegenstellte. So wie es die Aufgabe der Kommunisten ist, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, so ist es jetzt die Aufgabe der Kommunistischen Internationale, alle politischen und ökonomischen Konsequenzen des Vertrages als Hebel unter den Massen und als Werkzeug zur Entwicklung der internationalen Massenaktion nicht nur gegen den verbündeten Imperialismus, sondern auch gegen den Weltimperialismus zu benutzen. Die Rechtfertigung einer derartigen Politik liegt für uns klar auf der Hand. Der Krieg von 1914—18 begann zwischen Deutschland und England, als den Hauptkonkurrenten um die Weltmacht. Der militärische Konflikt endete im Jahre 1918, als neue Protagonisten auf dem Kampfplatz erschienen. Vor Britannien stand nicht nur ein besiegtes Deutschland, sondern auch ein siegreiches Frankreich, Amerika, Japan und die Proletarierrevolution, als Mitbewerber um die Weltmacht. Darauf erschien Mr. Wilson im Gewande der Taube und präsentierte das Ölblatt des Friedens, aber die räuberischen Instinkte der Urheber des Versailler Vertrages sind nicht im geringsten dadurch beeinträchtigt worden. Das war keine Versammlung von Freunden, sondern eine Diebsversammlung, wo jeder gierig nach der Beute langte. Die großen Diebe waren Clemenceau und Lloyd George, die mit Mr. Wilsons Traum vom Völkerbunde unter der Hegemonie Amerikas kurzen Prozeß machten, und statt dessen die Karikatur eines Völkerbundes schufen, der dem Hohen Rat der Verbündeten dazu diente, die Träumer in die Irre zu führen und die Arbeiter über ihre wahren Ziele zu täuschen.

Nach Aufgabe des Idealismus schützten sie vor, sich gegen die Revolution verteidigen zu müssen. Zu diesem Zweck „balkanisierten" sie Europa und schufen eine Anzahl kleiner Staaten, die sie „Sanitätskordon" benannten, um die russische Revolution an ihrer Weiterverbreitung nach Westeuropa zu verhindern.

Dann beschleunigte Mr. Lloyd George das Tempo im Interesse des britischen Kaiserreichs. Er sorgte für die Übergabe der deutschen Kolonien in Ost-Afrika und der Mandate für Palästina und Mesepotamien an Britannien. Australien sicherte sich die deutschen Besitzungen südlich vom Äquator, und Neu-Seeland erhielt die Insel Samoa. Alle diese Dinge sind kein zufälliges Ergebnis der Konferenz, sondern das wohlbedachte Einhalten einer bestimmten Politik, die lange vor der Konferenz im Kopf der Führer feste Gestalt angenommen hatte.

Wenn wir uns nur über die Bedeutung dieser Mandate und dieser Gebietsübergabe klar werden, so mögen wir daran die zur Verwirklichung des großen Traumes des britischen Imperialismus verwandten Mühen ermessen. Denn dadurch wurde nicht nur für die Kap-Kairo-Bahn, son-



dern auch für die Kairo-Kalkutta-Bahn der Weg gebahnt, durch die der afrikanische Kontinent mit dem asiatischen verbunden und man jenen neuen Märkten des Orients nahegebracht würde, auf die sowohl Amerika und Japan, als auch der im Entstehen begriffene Kapitalismus Chinas ihr Augenmerk gerichtet haben. Mit dieser Ausdehnung fällt die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in Indien zusammen, wie auch die Schwierigkeiten, vor die sich das britische Kapital daheim gestellt sieht.

Die letzten zwölf Monate waren Zeuge des ungeheuren Kapitalexports nach Indien und des schnellen Wachsens der Industrien. Im Laufe von 12 Monaten haben die Textilmaschinenbauer ihren Export nach Indien um 400% erhöht, während die britischen Blätter offen erklärten, daß die in Britannien als Stahlmagnaten wohlbekannten Cammel Lairds in Indien Anlagen einrichten würden, um den billigsten Stahl der Welt zu produzieren.

Diese Entwicklung verfolgt zwei verschiedene Richtungen: die eine führt zu den Märkten des Orients, die andere wendet sich unmittelbar gegen das Proletariat des Occidents. Der Orient bietet im Malaiischen Archipel unberührte Märkte, doch um die Märkte des Westens heranzuziehen, ist es notwendig, die billigste Arbeitskraft zu verwenden. Wo wäre billigere Arbeitskraft erhältlich als in den Ländern des Orients? Und während das Lebensniveau des Proletariats Englands und Europas ständig im Sinken begriffen ist, sehen wir das Kapital nach Osten strömen, nicht nur, um neue Märkte zu erobern, sondern auch um auf diese Weise das Proletariat des Heimatlandes zu besiegen. Aber das ist noch nicht die ganze Geschichte. Es gibt noch andere imperialistische Staaten als Britannien. Frankreich und Amerika leisten Widerstand. Britannien muß sich den Kornfeldern und Baumwollpflanzungen Ägyptens und den Naphthaquellen Mesopotamiens zuwenden, um sich aus der Abhängigkeit von Amerika hinsichtlich des Korns, der Baumwolle und des Naphthas zu befreien. Aber noch jemand schaut nach Osten und sucht die den Träumen der britischen Imperialisten entsprechende Entwicklung des Britenreiches zu verhindern. Clemenceau, der Verfechter des französischen Imperialismus, blickt gleichfalls nach Osten und setzt den Kampf fort, der, seit Britannien Teile Indiens der französischen Herrschaft entwunden und den Suezkanal an sich gerissen hat, all diese Jahre hindurch angedauert hat. Die gegenwärtige Krise des Nahen Ostens und die Lausanner Konferenz bilden die moderne Form der Schwierigkeiten, die bis in die Zeit der ersten Kämpfe des französischen und britischen Imperialismus zurückreichen.

Im Jahre 1875 kaufte die britische Regierung eine große Menge Suez-Kanal-Aktien. Dann wurde der Kanal wirklich Eigentum des britischen Imperialismus und dessen Schlüssel zum Orient. Die „Times" erklärte am 26. November 1875:

„Es ist unmöglich, in unseren Kalkulationen den Ankauf der Suez-Kanal-Aktien von der Frage der künftigen englisch-ägyptischen Beziehungen oder Ägyptens Schicksal von dem Damoklesschwert, das über der Türkei hängt, zu trennen... Ob der politische und finanzielle Zusammenbruch der Türkei infolge Aufruhrs, Angriffs von außen oder durch innere Korruption erfolgen wird, jedenfalls könnte die Notwendigkeit eintreten, Maßnahmen für die Sicherheit jenes Teiles der

vom Sultan beherrschten Ländereien zu ergreifen, mit denen wir am engsten verbunden sind."

Am 18. September 1914 erklärte England Ägypten als britisches Schutzgebiet. Und als wir dann zum Versailler Vertrag gelangten, sicherte sich Frankreich, das gegen die Entwicklung des britischen Imperialismus ankämpfte und gleichfalls nach Naphtha verlangte, das Mandat für Syrien, und schuf dadurch für die Entwicklung des britischen Reiches neue Schwierigkeiten.

Doch das Mandat für Syrien bildete nicht die einzige Antwort auf die Mandate für Palästina und Mesopotamien, — Britanniens Errungenschaften auf den Ölgebieten Mesopotamiens hatten Unterhandlungen zwischen Frankreich und der Türkei zur Folge und führten zur Restauration des türkischen Heeres, zur Aufhebung des Vertrages von Sèvres und zur Restauration der Türkei im Nahen Osten. Auf diese Weise setzt die Lausanner Konferenz den Konflikt fort, den der Versailler Vertrag vertieft hatte. Dieser im Nahen Osten stattfindende Kampf um Erweiterung der Grenzen, um Ölquellen und Märkte steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kämpfen der Länder des Westens. Doch Frankreich sicherte sich durch den Versailler Vertrag nicht nur ein Mandat für Syrien, sondern gewann auch Elsaß-Lothringen und Marokko. Aus den folgenden Ereignissen werden wir sehen, daß die sich ständig in den Händen Frankreichs konzentrierende Macht den Kampf zwischen Frankreich und Britannien sowohl im Westen, als auch im Osten verschärfen wird. Obgleich sie der Welt erklären, große Freunde und Waffenbrüder zu sein, ist es doch leicht zu sehen, daß Frankreich und Britannien jetzt Todfeinde sind; aber Britannien kann sich noch nicht von dieser Allianz oder dieser Entente mit Frankreich losmachen, ehe es sich in Europa nicht Hilfsquellen erschlossen hat, aus denen es im Falle eines offenen Kampfes mit Frankreich Kraft schöpfen könnte; desgleichen kann es Frankreich nicht dem ungehemmten Einfluß Amerikas überlassen. Darum befolgt es die Freundschaftspolitik mit Frankreich und operiert mit dem Vertrag, während es für Änderungen kämpft und sich nach neuen Hilfsquellen im Norden und Osten umsieht.

Infolge des Versailler Vertrages ist Frankreich allmählich sowohl zu einem Industrie- als auch zu einem Agrarland geworden. Es hat jetzt Aussicht, in der Stahlproduktion zum zweiten Lande der Welt zu werden. An erster Stelle steht Amerika. An zweiter Stelle wird Frankreich stehen. Infolge der Entwicklung seiner industriellen Kräfte wird es nun zu einem Faktor auf dem Weltmarkt, ein scharfer Konkurrent Englands an Deutschlands Stelle.

Der Versailler Vertrag hat sich darum als ein Vertrag herausgestellt, der noch andere Fragen als nur die Reparationsfrage allein stellt. Er ist eine Fortsetzung des energischen und erbitterten Kampfes der imperialistischen Mächte, die einander zu stürzen suchen, während sie gleichzeitig bemüht sind, die Arbeiterklasse auf ihrem Wege zur Revolution zu unterdrücken.

Diese Bewegungen und Kämpfe konnten an den Massen der Bevölkerung nicht spurlos vorübergehen. Infolge all dieser ungeheuren Veränderungen der letzten Jahre ist der Orient erwacht und zum Proletariat des Occidents in nähere Beziehungen getreten. Darum erhebt

50*



sich vor der Kommunistischen Internationale das bedeutende Problem, diesen unbewußten Prozeß in einen bewußten umzuwandeln und in den Arbeitern des Westens und Ostens das Bewußtsein der Einheit und Gemeinsamkeit ihrer Interessen zu erwecken. Wir müssen alle diese Kräfte des Orients dem Westen nähern und eine Lage zu schaffen suchen, die es möglich macht, gemeinsam gegen den Imperialismus vorzugehen.

Doch weiter. Der Rückschlag, der durch die Anwendung des Versailler Vertrages in den Ländern des Westens erfolgte, rief gleichwichtige Massenbewegungen hervor. Cachin sprach von den Reparationen im Hinblick auf Frankreich und Deutschland und von der Notwendigkeit, die deutsche und die französische Kommunistische Partei in engeren Kontakt zueinander zu bringen und betreffs der Reparationen irgendwelche Aktionen zu veranstalten. Doch die Aufgabe ist noch viel umfangreicher. Wenn wir bloß die Ereignisse der letzten zwölf Monate überblicken, so müssen wir einsehen, wie groß, wie ungeheuerlich und weitreichend die Folgen dieses Vertrages sind.

Mit Hilfe dieses Vertrages raubte Britannien nicht nur Deutschlands Kriegsflotte, sondern auch seine Handelsflotte. Es verkaufte dann zwei Millionen Tonnen auf offenem Markt zu 1 £ pro Tonne. Der Schiffsbau, der pro Tonne 5 £ 25 nahm, konnte damit nicht konkurrieren. Darauf erfolgte dann ein ungeheurer Druck auf das Lebensniveau der europäischen Arbeiter. Ebenso unheilvoll waren die Ergebnisse der Reparationskohle. Laut Vertrag hat Deutschland monatlich zwei Millionen Tonnen an Frankreich zu liefern. Der sofortige Erfolg davon war dann eine Überschwemmung Frankreichs mit Kohle. Der britische Kohlenexport wurde erstickt. Dann erfolgte ein wütender Angriff auf die Grubenarbeiter, die man zu entsetzlichen sozialen Verhältnissen herabzwang. Sogleich nach dem Zusammenbruch in England, wo die Grubenarbeiterlöhne unglaublich reduziert worden sind, was sehen wir da in Frankreich? Schließung der Gruben, Angriffe auf die Löhne und eine Überhäufung des ganzen Marktes mit britischer und Reparationskohle.

Doch damit endet es noch nicht. Sogleich, nachdem die Grubenarbeiter in Frankreich, Britannien und Deutschland vernichtet worden waren, erfolgte ein Angriff auf die Grubenarbeiter in Amerika. Den Folgen dieses Vertrages sind keine Grenzen gesetzt, weder hinsichtlich der ökonomischen Zersetzung der Welt, noch betreffs der Entwicklung der Massenbewegung der Welt.

Statt durch die Balkanisierung Europas das Umsichgreifen der Revolution zu verhindern, wurden dadurch nur die Massen Westeuropas in Bewegung gesetzt und die Orientvölker geweckt. Hier muß die Kommunistische Internationale die Gelegenheit ergreifen... Sie muß die Mißstände der Reparationen aufdecken und die Massen über den Grundcharakter des Vertrages und seine Beziehung zu den Kämpfen des Imperialismus um die Weltmacht aufklären. Auf der einen Seite peitscht der Versailler Vertrag die imperialistischen Mächte in ihrem wilden Wettrennen um Naphtha, Land und Märkte vorwärts, eine Hetzjagd, die in einem ungeheuren Kriege ihren Höhepunkt finden muß; auf der anderen Seite schafft er eine Lage, die es der Kommunistischen Internationale ermöglicht, die Massen der Revolution zuzuführen. Der

Versailler Vertrag brachte den Frieden, um dem Frieden ein Ende zu bereiten, denn er führt den Weltkrieg oder die Weltrevolution herbei. Auf Grund dessen müssen wir wiederum bestätigen, daß der Kampf gegen den Versailler Vertrag vom Kampf gegen den Imperialismus unzertrennlich ist. Ihm ein Ende bereiten, heißt dem Imperialismus ein Ende bereiten, und die einzige Waffe, mit der man dem Imperialismus ein Ende bereiten kann, das ist die Weltrevolution.

KELLER (Polen): Ganze Generationen hindurch, im Verlaufe des ganzen 19. Jahrhunderts galt der Name Polen als ein Pseudonym für Insurrektion: Der Kampf gegen die Tyrannei der Zaren und das Auferstehen des unabhängigen Polen war eine der Losungen der westeuropäischen revolutionären Demokratie.

Karl Marx und Friedrich Engels waren glühende Anhänger der Wiederherstellung Polens und in einer Londoner Versammlung im Jahre 1864, die einberufen wurde, um den Sympathien für die polnischen Aufständischen Ausdruck zu geben, entstand die Idee, die Internationale Arbeitervereinigung, die erste Internationale zu gründen.

Seither ist aber in Polen infolge des Aufblühens des Kapitalismus eine neue Revolution gemacht worden. Die besitzenden Klassen, mit der Großbourgeoisie an der Spitze, verzichteten auf alle traditionellen Tendenzen der nationalen Unabhängigkeit; die Anpassung an die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in jedem einzelnen der drei Erbstaaten wurde ihr Losungswort. Die alten nationalen Verteidigungstendenzen vegetierten in der Form von Überbleibseln in einzelnen Schichten der Kleinbourgeoisie und der intellektuellen Klasse weiter.

Als einige Jahre später in Polen die moderne Arbeiterbewegung zustande kam, spielten diese patriotischen Traditionen ihr gegenüber eine ausgesprochen reaktionäre Rolle, indem sie darauf abzielten, die Arbeitermassen Polens von dem gemeinsamen und mit dem russischen Proletariat solidarischen Kampf gegen die Zarenherrschaft zu trennen.

Das revolutionäre Proletariat Polens stellte der kleinbürgerlichen patriotischen Ideologie den Kampf um den Sozialismus entgegen, der die Arbeiterklasse Europas befreien und damit auch das polnische Volk der nationalen Unterdrückung entledigen sollte.

Erst nach dem Sturz des Zarismus, erst nach der Aufrichtung einer proletarischen Regierung in Rußland und dem Untergang der Hohenzollern infolge eines revolutionären Aufstandes in Deutschland, beeilten sich die besitzenden Klassen Polens, die dem Zaren und den beiden Kaisern bis dahin sklavisch treu waren, Polen von dem revolutionären Feuerherd des Orients und des Westens durch die Errichtung eines bürgerlichen und reaktionären und sodann unabhängigen polnischen Staates zu isolieren.

Die Entente, für die bis zum Sieg der Arbeiterschaft und des Bauerntums in Rußland die polnische Frage überhaupt nicht vorhanden gewesen war, beeilte sich nun, sich das neue Programm der polnischen Bourgeoisie anzueignen. Für die Entente handelte es sich darum, Sowjetrußland durch einen Damm oder durch einen Stacheldrahtzaun vom übrigen Europa zu trennen. Für Frankreich handelte es sich ganz besonders darum, in der Gestalt eines vasallischen Polen einen Ersatz für das zusammengebrochene Zarenreich zu finden, der angesichts des



geknechteten und zu Boden geworfenen Deutschland bereit wäre, Frankreich zu helfen.

Neben den durch die Entente gegen Sowjetrußland gesandten Expeditionskorps, neben Koltschak, Judenitsch und Wrangel wurde Polen in der Hand der Entente zu einem mächtigen Kriegsinstrument gegen die russische Revolution. Die gesamte Ausrüstung der polnischen Armee von den Kanonen und den Luftfahrzeugen bis zur Schuhbekleidung der Soldaten wurde von Frankreich oder England geliefert, neben Pilsudski selbst wurde ein französischer General gestellt.

Die französische Bourgeoisie, die sehr gut wußte, wie gefährlich es wäre, ihre eigenen Soldaten gegen die russische Revolution aufmarschieren zu lassen, war bereit, diese Revolution bis zum Tode des letzten polnischen Soldaten zu bekämpfen.

Nach der Niederlage sämtlicher Kriegsunternehmungen, die darauf gerichtet waren, den roten Riesen niederzuwerfen, verzichtete die Entente für den Augenblick auf diese Methoden. Der Interventionsplan gegen Rußland verschwand jedoch aus dem Programm Pilsudskis nicht.

Die Zerstückelung Sowjetrußlands, die Abtrennung der Ukraine, Weißrußlands, Kaukasiens, die Schaffung eines Kranzes von unabhängig genannten Staaten, von Finnland angefangen über Estland, Lettland, Litauen und Rumänien bis zu Georgien unter der Hegemonie eines mächtigen Polen im Zentrum: das sind für Pilsudski und seine Freunde die einzigen wirklichen Garantien der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes. Die Bourgeoisie haßt Sowjetrußland als ihren Klassenfeind, Pilsudski, die Kleinbourgeoisie, die vom Größenwahn befallene sozialpatriotische Partei fürchten es als die Verkörperung des Prinzips der Proletarierregierung, aber auch als angebliche Bedrohung der Unabhängigkeit Polens und seiner Rolle als Großmacht.

Die polnische Großbourgeoisie ist bereit, auf den Befehl der Entente den Krieg gegen Rußland zu entfesseln. Die Außenpolitik Pilsudskis beherrscht der Traum der Befreiung der Ukraine und der Föderation von Finnland bis Georgien. Die Idee eines Krieges gegen Rußland hat außerdem auch die Bedeutung eines doppelten Blitzableiters: einerseits gegen die Arbeiterbewegung, andererseits gegen die Bauern, die, seit dem Krieg der Auswanderungsmöglichkeit beraubt, mehr denn je unter dem Bodenhunger zu leiden haben und den entschlossenen Kampf gegen die Großgrundbesitzer aufzunehmen drohen.

Der Friedensvertrag von Versailles, der die polnische Republik geschaffen hat, hat diese an allen Grenzen mit zahlreichen Konfliktquellen umgeben. Der Distrikt Teschen, Oberschlesien, der „Korridor", die Freistadt Danzig, Ostgalizien, Litauen, all diese bilden zusammen eine Kette, deren jedes einzelne Glied von einem Tag auf den anderen in eine Kriegsfront verwandelt werden kann.

Es ist auch natürlich, daß Polen durch seine Führer und Schutzmächte in ein ungeheures militärisches Lager verwandelt worden ist. Die polnische Armee kommt auf dem europäischen Kontinent hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke gleich nach der französischen Armee.

Hieraus folgt eine immer zunehmende Abhängigkeit Polens von den Briganten der Entente. Sechs Monate nach dem Frieden von Riga betrug die Auslandsschuld Polens 4000 Milliarden polnische Mark; seither ist diese Zahl noch astronomischer geworden.

Das französische Kapital, das Polen die Okkupation Oberschlesiens zugesichert hatte und die endlose Okkupation Ostgaliziens duldet, eignete sich als Entlohnung die schlesischen Bergwerke und Betriebe und die galizischen Mineralölquellen an. Es läßt sich außerdem einige zehntausend polnische Arbeiter schicken, um sie in den Bergwerken Nordfrankreichs aufs niederträchtigste ausbeuten zu können.

Die Grenzen des imperialistischen Polens umfassen jetzt 40% nichtpolnischer Volksrassen: Deutsche, Ukrainer, Juden, Litauer, Weißrussen. Als vorwiegend militaristischer Staat mit zentralisierter Verwaltung unterdrückt Polen diese Völker und führt einen unerbittlichen Krieg gegen jegliche Selbständigkeitstendenz, worin es den schlimmsten Beispielen der ehemaligen Unterdrücker der polnischen Nationalität folgt.

Die betreffenden Punkte des Friedensvertrages von Versailles versprechen in feierlichen Ausdrücken Freiheitsgarantien für die Minoritätssprachengruppen, die aber offenkundig tote Buchstaben geblieben sind.

Die verbrecherischen Bande, die durch den Friedensvertrag von Versailles zwischen Polen und den Hauptaktionären der Entente geschaffen wurden, wurden durch den militärischen Spezialvertrag, den Frankreich Pilsudski im Februar 1921 aufgedrängt hat, noch befestigt. Dieser letzte Vertrag hat die polnische Bourgeoisie endgültig zum Instrument in der Hand Frankreichs gemacht.

Die Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles und des französisch-polnischen militärischen Bündnisses ist daher das Hauptziel der Außenpolitik des revolutionären Proletariats Polens geworden.

Weit davon entfernt, der polnischen Nation die Unabhängigkeit zu gewähren, hat der Friedensvertrag von Versailles und der französisch-polnische Vertrag aus ihr eine Kolonie gemacht; sie machen aus Polen ein Werkzeug zur Unterdrückung der nationalen Minderheiten; sie machen aus ihm eine ständige Drohung gegen den Frieden und die Freiheit seiner Nachbarn; und schließlich verdoppeln sie die Kräfte der Unterdrückung des Proletariats durch die führenden Kräfte Polens.

Der französische Gesandte in Polen interveniert regelmäßig in allen inneren Angelegenheiten des Landes, und zwar stets im reaktionärsten Sinne.

Wenn sich also die Arbeiterklasse Polens den Proletariern der ganzen Welt in dem Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles und gegen all seine Konsequenzen anschließt, verfolgt sie damit ihre einfachsten Interessen.

Das polnische Proletariat hat aber noch einen Grund, seine Kräfte mit jenen des Weltproletariats zum Kampf gegen den Frieden von Versailles zu vereinigen. Die Entente hat den polnischen Bourgeoisstaat vor allem deshalb geschaffen, um gegen die große Rote Sowjetrepublik eine ungeheure Armee aufmarschieren lassen zu können. Der erste Versuch, das revolutionäre Rußland mit Hilfe der polnischen Soldaten zu erwürgen, endete mit einer Niederlage, kostete jedoch Rußland ungeheure Opfer und verzögerte seine Wiederaufbauarbeit.

Nach dem Friedensschluß fuhr Polen fort, auf seinem Gebiet gegenrevolutionäre Verschwörungen anzuzetteln, es versuchte unabhängig, Rußland durch die Banden Sawinkows, Petljuras und Bulak-Balachowitschs



zu beunruhigen. Der Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles und gegen den französisch-polnischen Vertrag bedeutet also für das Proletariat Polens den Kampf für Sowjetrußland.

Eine polnische Regierung, die den Mut und die Kraft hätte, die Bande zu zerreißen, die Polen mit der Entente und mit Frankreich verbinden, würde schon dadurch eine revolutionäre Handlung von größter Tragweite vollbringen; sie würde dadurch die unterdrückten nationalen Minderheiten befreien und das Joch der unbegrenzten Ausbeutung abschütteln, das auf den Arbeitermassen Polens lastet. Sie würde dadurch logischerweise veranlaßt, sich Sowjetrußland zu nähern und die revolutionäre Bewegung bei allen Randvölkern zu begünstigen. Dies könnte nur eine revolutionäre Gruppierung herbeiführen. Wenn also das polnische Proletariat in Polen für die Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles kämpft, erfüllt es nicht nur seine internationale Pflicht, sondern kämpft auch für seine eigene Befreiung, für seine eigene Revolution.

CONNOLLY (Irland): Die Beziehungen Irlands zum Versailler Friedensvertrag haben einen rein negativen Charakter, denn trotzdem der Vertrag die Lage einiger unterdrückter Nationen in Europa im Interesse seiner Urheber änderte, ließ er die Lage Irlands unverändert. Wir wissen alle, daß die moralische Basis des Vertrages die berühmten 14 Punkte des Präsidenten Wilson waren. Der Hauptpunkt dieser 14 Punkte war das „Recht der Selbstbestimmung für alle Nationen". Wir wissen ferner, daß speziell diese Formel zu einem Instrument gemacht wurde nicht für die Befreiung der unterdrückten Völker, sondern für die imperialistischen und reaktionären Pläne der drei großen siegreichen Mächte, England, Frankreich und Amerika. Aus diesem Grunde konnte natürlich keine Rede davon sein, dieses beste Heilmittel auf die Völker anzuwenden, die unter dem Joche des englischen und amerikanischen Imperialismus stöhnen.

Als der Versailler Friedensvertrag entworfen wurde, nahm die irische national-revolutionäre Bewegung gerade an Stärke zu. Sie war noch nicht in den entscheidenden Kampf gegen die englische Herrschaft in Irland eingetreten. Die kleinbürgerlichen Führer der Bewegung glaubten bis zu einem gewissen Grade an die Möglichkeit einer friedlichen, pazifistischen Lösung der Frage durch ihre Überweisung an den Völkerbund, der, wie man hoffte, das Recht der Selbstbestimmung wirklich überall in der Welt durchsetzen würde. Sie glaubten an die Macht der Gerechtigkeit und an die 14 Punkte; sie konnten die imperialistische Natur der in dem Völkerbund vereinigten Mächte und des Friedensvertrages, der damals entworfen wurde, nicht begreifen. Sie verstanden auch nicht, daß demgemäß die irische nationale Frage nicht von den 5 großen in Versailles versammelten Mächten gelöst werden konnte. Sie schickten ihre Delegierten zu der Versailler Konferenz, um für die Sache der Freiheit zusammen mit den anderen unterdrückten Völkern der ganzen Welt zu plädieren. Von Korea im Osten bis zu Irland im Westen baten alle Vertreter der unterdrückten Völker um ihre Unabhängigkeit. Aber die irischen nationalen Vertreter in Versailles sahen sehr schnell ein, daß jede Hoffnung, von dem Obersten Rat nationale Unabhängigkeit zugesprochen zu bekommen,



vergeblich war. Und bis zu einem gewissen Grade wurden die irischen Nationalisten ihrer Illusionen beraubt.

Dies war von besonderer Wichtigkeit, weil daraufhin die irischen National-Revolutionäre beschlossen, daß, wenn sie ihre Freiheit nicht durch Anrufung der Menschlichkeit der Großmächte erhalten könnten, sie sich diese selbst durch Anwendung von Machtmitteln gegen den britischen Imperialismus in Irland erobern wollten. Aus diesem Grunde hatten wir nach dem Versailler Friedensvertrag zweieinhalb Jahre lang einen intensiven nationalen Krieg in England. Der hitzige Kampf der irischen Revolutionäre gipfelte von seiten Englands in einem barbarischen Terror, der jedoch wegen des Widerstandes der irischen Revolutionäre aufgegeben werden mußte. Nach einem zweieinhalb Jahre währenden entschlossenen Versuch, Irland zu unterjochen kam Lloyd George auf den Gedanken, daß, wenn er nicht durch Waffengewalt siegen könne, er vielleicht durch diplomatische Mittel den Sieg erringen könne. In Übereinstimmung hiermit wurde es Lloyd George, dem Haupturheber des Versailler Friedensvertrages, durch den er den Imperialismus im Osten und im Westen gesichert hatte, klar, daß man vielleicht auch in Irland den Imperialismus durch einen Friedensvertrag auf eine sichere und unerschütterliche Basis stellen könne.

Aus diesem Grunde verhandelte er mit den Führern der irischen revolutionären Bewegung. Das Resultat dieser Unterhandlungen war der berühmte englisch-irische Vertrag vom 6. Dezember 1921. Der Vertrag zwischen England und Irland hat jedoch die irische Frage nicht gelöst; er hat nur die oberen Schichten der irischen Bourgeoisie für England gewonnen, und zwar gegen das Entgelt eines Anteils an der Ausbeutung des irischen Proletariats und der irischen Bauernschaft. Der Vertrag befreite das irische Volk nicht einmal vom Imperialismus, denn alle seine Paragraphen, die angeblich dem irischen Volk seine Freiheit sichern sollten, ketteten es nur noch fester an den englischen Imperialismus, und zwar durch verschiedene Ausnahmen und Garantien, wie z. B. die Maßnahme, die die Exekutivgewalt des sogenannten Freistaats in den Händen des Königs von England und des Vertreters des englischen Imperialismus, des Generalgouverneurs, ließ. Es ist ferner eine Tatsache, daß der Vertrag England das Recht einräumte, eine Anzahl irischer Häfen, die als Flottenstützpunkte oder drahtlose Stationen gebraucht werden konnten, zu behalten. Die Tatsache, daß der Vertrag England diese Rechte in Irland einräumte, zeigt, daß er keineswegs den Ansprüchen an vollkommene Unabhängigkeit genügt. In Wirklichkeit braucht England selbstverständlich die ihm in dem Friedensvertrag eingeräumten Rechte in Irland gar nicht, denn seine überlegene Kriegsflotte, seine Armee und ihre Ausrüstung setzen es jederzeit instand wenn das englische Recht bedroht ist, die Flottenstützpunkte und Häfen auch ohne einen Friedensvertrag zu besetzen. Aber es ist möglich zu beweisen, daß selbst, was die Form anbetrifft, der von den Vertretern des britischen Imperialismus und von der irischen Bourgeoisie unterzeichnete Vertrag nicht die irischen Ansprüche auf Unabhängigkeit erfüllt.

Das Resultat dieses Vertrages war praktisch dasselbe wie das Resultat der sogenannten Versailler Friedensverträge. Statt der Nation oder dem Volk, auf das der Vertrag Anwendung fand, Frieden und Har-



monie zu bringen, brachte er Chaos, Bürgerkrieg und das Wachstum der revolutionären Kräfte im Lande. Das Resultat des Vertrages zwischen England und Irland ist, daß faktisch 5 Monate nach der Errichtung des Freistaats (als der Methode, durch welche der Vertrag ausgeführt werden soll), ein beispielloser Terror in Irland wütet, ein Terror, dessen die irische Bourgeoisie bedarf, um den Friedensvertrag durchzuführen. Wenn dieser Vertrag auch nur irgendwie den irischen Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit entgegenkäme, würde es keines Terrors bedürfen. Aber selbst die gewöhnlichen Hilfsmittel, mit denen ein bürgerlicher Staat seinem Willen Nachdruck verleiht, können in Irland nicht angewendet werden, und die Tatsache, daß man sich außerordentlicher, außerhalb des Staates liegender Mittel bedient und einen Terror organisiert, zeigt, daß auch dieser Vertrag, wie der von Versailles und der von Sèvres, bankrott gemacht hat. Der gegenwärtige Bürgerkrieg wird in seiner intensivsten Form verdeutlicht durch den bewaffneten Kampf zwischen der Armee des Freistaates und den irischen Republikanern. Wenn die Kommunistische Internationale diesen Kampf gegen den Freistaat oder gegen den Vertrag als einen Teil des Kampfes gegen den ganzen Versailler Friedensvertrag ansieht, muß sie darüber unterrichtet sein, welche sozialen Klassen an diesem Kampf beteiligt sind und welche Klassen die verschiedenen militärischen Organisationen vertreten.

Eine Prüfung der Lage in Irland zeigt ganz deutlich, daß der Freistaat und seine Armee Vertreter des britischen Imperialismus sind und daß sie die Unterstützung der Grundbesitzer, des Finanzkapitals und der irischen Kapitalisten genießen. Auf der anderen Seite kann man sagen, daß die republikanische Armee, trotzdem es schwieriger ist, ihre soziale Zusammensetzung zu prüfen, die Unterstützung einer großen Masse der landlosen Bauern und der noch nicht klassenbewußten städtischen Arbeiter genießt und von der Intelligenz und dem Kleinbürgertum geführt wird. Dies ist, kurz gesagt, die soziale Zusammensetzung dieser zwei Faktoren. Es ist von spezieller Wichtigkeit für die Kommunistische Internationale, einzusehen, daß die republikanischen Kräfte sich einerseits aus dieser großen Menge landarmer Bauern und andererseits aus irischen Arbeitern zusammensetzen. Dieser Kampf berechtigt uns zu dem Glauben, daß, wenn der Kampf gegen den Freistaat sich weiter entwickelt, die Arbeitermassen und die Bauern ihre Forderung ganz bestimmt diesem Kampfe aufdrücken werden und ihn nach und nach aus einem rein unabhängigen und nationalistischen Kampf gegen den Freistaat in einen Klassenkampf für die Diktatur des Proletariats und für eine irische Sowjetregierung umwandeln werden. Dies ist der Hauptgedanke betreffs der republikanischen Bewegung in Irland und die Unterstützung dieser Bewegung gegen den Freistaat muß als unzertrennlicher Teil des internationalen Kampfes gegen den Versailler Friedensvertrag und seine Folgen angesehen werden.

Später, wenn die Kommission sich über die irische Frage geeinigt haben wird, werden wir die Möglichkeit haben, über diese Situation des weiteren zu reden. Außerhalb Irlands weiß man nur wenig von der irischen Frage; daher ist es auch unmöglich, auf diesem Kongreß in einer Rede über den Versailler Friedensvertrag, die nur 15 Minuten dauert, diesem Gegenstand volle Gerechtigkeit wider-

fahren zu lassen. Auf der anderen Seite muß die Kommunistische Internationale augenblicklich Schritte in der irischen Frage tun. Die letzten hierher gelangten Nachrichten besagen, daß der Terror seinen Gipfelpunkt erreicht hat: der Freistaat, der bürgerliche Staat, fangen an, die während des Bürgerkrieges gemachten Gefangenen zu erschießen. In dem Bewußtsein, daß die Kommunistische Internationale mit ihren internationalen Kräften und Verbindungen am geeignetsten ist, dem Kampfe gegen den irischen Freistaat und dem gegen die Revolutionäre und irischen Arbeiter angewandten Terror eine bestimmte Form zu geben, hat die irische Kommunistische Partei eine Resolution über den Terror und die Erschießungen verfaßt, die das Präsidium prüfen und dem Kongreß später vorlegen wird.

FRIEDLÄNDER (Österreich): Genossen, es ist zweifellos die Lage und die Entwicklung in Deutschland für die gegenwärtige ökonomische und politische Situation wie für die kommende revolutionäre Entwicklung in Europa ausschlaggebend. Darum muß auch der Kampf gegen den Frieden von Versailles im Mittelpunkt der Perspektive und des Kampfplanes der Kommunistischen Internationale für die nächste Zeit stehen.

Daneben darf aber nicht übersehen werden, daß es noch andere wichtige Brennpunkte der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa gibt, die der Kommunistischen Internationale *Aufgaben* stellen. Es handelt sich auch da hauptsächlich um die Gebiete, wo sich die übrigen Friedensverträge auswirken, Friedensverträge, die womöglich noch schärfer gegen das Interesse der arbeitenden Bevölkerung Europas gerichtet sind, als der Frieden von Versailles. Teilweise haben sich diese Friedensverträge selbst schon ad absurdum geführt. Jedenfalls wurde durch sie in Mittel-, Süd- und Osteuropa kein dauerndes politisches Gleichgewicht geschaffen, sondern ein labiler Zustand, in dem sich revolutionäre und konterrevolutionäre Tendenzen durchkreuzen. Siehe Ungarn, Jugoslavien, die Türkei.

Darum muß die Kommunistische Internationale, insbesondere aber die in Betracht kommenden Parteien der Kommunistischen Internationale in enger Verbindung neben dem Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles, bezw. gegen dessen Folgen, einen *systematischen Kampf gegen die übrigen Friedensverträge* und ihre Folgen führen, und zwar lediglich vom Standpunkte der Interessen der Arbeiterklasse aus, lediglich vom revolutionären Gesichtspunkte geleitet. Dies im Gegensatz zur Sozialdemokratie aller Länder, die ihre Politik bestimmt nach dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung im Innern eines jeden Landes, sowie der Schaffung eines Gleichgewichtszustandes zwischen den bürgerlichen Staaten, die ferner die Abwälzung der Lasten des Weltkrieges und aller Friedensverträge auf die Schultern der Arbeiterklasse duldet, ja sogar mitmacht.

Die Friedensverträge haben ein *wirtschaftliches* Chaos und gerade dadurch auch die größte *politische* Verwirrung in Europa und auf der ganzen Erde herbeigeführt. Zur Überwindung dieses für die Bourgeoisie gefahrdrohenden Zustandes hat sich die Methode der bürgerlichen Regierungen herauskristallisiert, sich über die wirtschaftliche Krise mit

bloßen politischen Gewaltmitteln auf Kosten der Arbeiterklasse hinwegzuhelfen. Dies führt dort, wo die Sozialdemokratie der reaktionären Bourgeoisie aktiv oder passiv Vorschub leistet — und wo ist dies nicht der Fall? — zu vorübergehenden Erfolgen der Bourgeoisie.

Die Rolle der Sozialdemokratie, sowohl der 2. als auch der 2½ Internationale war vor, bei und nach Abschluß der Friedensverträge die Mitwirkung an diesem Werke, an der Neuaufrichtung bürgerlicher Staaten in Europa. Anstatt die akute revolutionäre Situation in Europa unmittelbar nach dem Kriegsende zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, vor allem in Deutschland, Österreich, Ungarn auszunutzen, haben sie dies planmäßig verhindert. Seitdem treiben sie im selben Sinne Erfüllungspolitik.

Nunmehr ist die Situation in Europa bedeutend verändert. Der Bankrott der Friedensverträge ist offenbar.

Österreich kann als das klassische Beispiel des Bankrotts der Friedensverträge bezeichnet werden. Der Friedensvertrag von St. Germain hat sich politisch und wirtschaftlich ad absurdum geführt. Die Staatsfinanzielle Katastrophe in Österreich war schon seit Jahr und Tag so weit gediehen, daß sich der famose Völkerbund, daß sich eine Reihe europäischer Staaten, vor allem Frankreich, England, die Tschechoslowakei und Italien, veranlaßt sahen, einzugreifen. Gegenwärtig befindet sich Österreich in einer entscheidenden Situation. Und, Genossen, wenn ich die Aufmerksamkeit des Kongresses der Kommunistischen Internationale auf Österreich lenke, so nicht aus irgendeinem lokalpatriotischen Interesse heraus, sondern aus dem Grunde, weil das, was jetzt in Österreich vor sich geht in eminentem Maße eine internationale Angelegenheit ist.

Es ist nämlich eine internationale Aktion für Österreich im Gange, eine Aktion, die eigentlich *im internationalen Maßstab gegen die Arbeiterklasse Österreichs gerichtet ist.* Der Völkerbund demonstriert derzeit an Österreich, was er ist, nämlich die maskierte Konterrevolution. Die österreichische Bourgeoisie hat sie selbst herbeigerufen.

Für die Sieger- und Gläubigerstaaten Österreichs — es sind 13 bzw. 17 an der Zahl — war das finanzielle Fiasko der Friedensverträge von Anfang an klar. Sie haben auch wohl oder übel die österreichische Reparationsschuld auf 20 Jahre stunden müssen. Allerdings verstand es das ausländische Kapital gleich, wie Deutschland und Ungarn, auch Österreich als Quelle des Profits bis aufs letzte auszuschöpfen, indem der österreichische Arbeiter zum Kuli herabgedrückt wurde, wodurch in Österreich eine Scheinkonjunktur der Produktion entstand.

Dadurch aber hat sich, ähnlich wie in Deutschland, wenn auch natürlich in entsprechend geringerem Maße, in dem Maße als Österreich kleiner ist als Deutschland, die Entente ins *eigene Fleisch* geschnitten, indem sie sich einen Schmutzkonkurrenten auf dem Weltmarkt geschaffen hat. Von dieser Scheinkonjunktur in Österreich hat übrigens weder die österreichische Wirtschaft noch die österreichische Arbeiterschaft einen Nutzen gehabt. Immerhin war die österreichische Arbeiterschaft vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Und Arbeitslosigkeit in diesem von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößten Land bedeutet nackte Hungersnot.

Nunmehr haben verschiedene daran interessierte Ententestaaten den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um zur Erleichterung ihrer eigenen Wirtschaftslage Österreich vom Weltmarkt auszuschalten, seine Produktivität, die hauptsächlich auf den Export eingestellt ist, zunichte zu machen. Die österreichische Bourgeoisie, die sich von der christlichsozialen Partei führen läßt, die die Regierung innehat und die in erster Linie eine reaktionäre Bauernpartei ist, tut dabei mit in der Hoffnung, durch Schaffung einer kolossalen Reservearmee von Arbeitslosen, die sich politisch nicht rühren kann, die Löhne der österreichischen Arbeiter noch mehr herabzudrücken und die sonstigen Arbeitsbedingungen wesentlich zu verschlechtern. Um eine derartige Ausplünderung der Arbeiterschaft durchsetzen zu können, soll der Demokratie in Österreich ein entscheidender Schlag versetzt werden.

Das ist der Zweck der Aktion des Völkerbundes, die angeblich der Rettung Österreichs und der Beschaffung von Krediten für Österreich dienen soll.

Nun, Genossen, von der Beschaffung von Krediten durch die Sieger- und Gläubigerstaaten ist gar keine Rede. Das hat der Völkerbund zunächst mit aller Ausdrücklichkeit festgestellt von Anfang an, daß nämlich die Staaten, die im Völkerbund zusammengefaßt sind, gar nicht daran denken können, Österreich einen Kredit zu geben. Der Grund ist klar: Solange die Verhältnisse in Österreich nicht stabilisiert sind, hat gar keine Regierung ein Interesse daran, Österreich Kredit zu geben. Es ist der Grund, der auch maßgebend ist für ihr Verhalten zu Deutschland, ebenso wie zu Rußland, wenn es sich um Kredite handelt.

Also was bringt der Völkerbund? Die *Garantie* Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei für Kredite, die ausländische Privatkapitalisten Österreich geben sollen. Aber es ist aus demselben Grunde, der für die Regierungen der ausländischen Staaten maßgebend ist, auch seitens der Privatkapitalisten für Österreich nichts zu erwarten.

Dazu kommt noch, daß es gar nicht wahrscheinlich ist, daß diese Garantie durch die Parlamente der angeführten Garantiestaaten ratifiziert wird. Insbesondere dürfte Italien, das hat Mussolini bereits deutlich geäußert, keineswegs dazu bereit sein. Es pflegt derzeit die Aspiration auf Einverleibung eines Teils Österreichs. Auch hat es bereits Österreich eine kleine Anleihe gewährt und hat vor allem ein Interesse daran, diese Schuld einzutreiben. Es denkt daher nicht daran, eine neue Anleihe an Österreich zu geben.

Wozu also die Genfer Konvention über Österreich? Diese Genfer Konvention dient nicht zur Realisierung von Krediten, *sondern zur Realisierung der Bedingungen, welche an diese Kredite geknüpft sind.* Und diese Bedingungen bedeuten, daß die österreichische Arbeiterklasse, die ein bedeutender Machtfaktor nicht nur in Österreich, sondern in Europa ist und die, mit Unterstützung der österreichischen Sozialdemokratie, von der Entente bisher in Schach gehalten wurde, *nunmehr endgültig mattgesetzt werden soll.* Österreich soll ein reaktionärer Stütz- und Knotenpunkt für die Entente werden. Ist es doch das Verbindungsland zwischen Bayern und Horthy-Ungarn, zwischen Jugoslavien und der Tschechoslowakei, zwischen Italien und Horthy-Ungarn bzw. Bayern.

Österreich soll mit Hilfe der ausländischen Bourgeoisie ein reaktionärer Stützpunkt, gleichzeitig aber auch eine sichere Domäne der sonst so schwachen inländischen Bourgeoisie werden.

Welches sind nun die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die an die Garantien für die Kredite Österreichs geknüpft werden?

Die wesentlichen politischen Bestimmungen sind: Einsetzung eines Statthalters des Völkerbundes, der als Diktator der ausländischen und inländischen Bourgeoisie und insbesondere der Garantiestaaten zu funktionieren hat. Er ordnet die Gesetze und Maßnahmen an, welche die österreichische Regierung zu treffen hat. Ihm beigegeben ist ein Kontrollkomitee, bestehend aus den Vertretern der Garantiestaaten. Das österreichische Parlament soll auf zwei Jahre hinaus ausgeschaltet werden. Die Ruhe und Ordnung zur Ausübung dieser Finanzdiktatur muß durch verstärkte Gendarmerie und Polizei, bei gleichzeitigem Abbau der aus proletarischen Elementen bestehenden Wehrmacht Österreichs, die so wie so eine geringe Quantität darstellt, aufrechterhalten werden.

Diese politischen Bestimmungen, die zur vollständigen Knebelung jeder Arbeiterbewegung und zur Liquidierung der österreichischen Demokratie führen, erklären sich durch die wirtschaftlichen Bestimmungen der Genfer Konvention. Danach soll jeder Arbeiter zwei Millionen Kronen an Steuern und Abgaben leisten; das ist mehr als sein Einkommen von sechs Wochen. Es werden in dem vom Import der Lebensmittel und Rohstoffe völlig abhängigen Österreich Hochschutzzölle und Bahntarife eingeführt, welche weit über die Weltparität hinausgehen. Das bedeutet nicht nur eine Vernichtung der Exportproduktion, sondern durch die damit verbundene Teuerung aller Waren und Lebensmittel erst recht die Verhinderung einer aufsteigenden Inlandsproduktion, weil die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung noch mehr geschwächt wird, als sie es schon ist. Die Folgen davon sind ungeheurer Lohndruck und ungeheuere Arbeitslosigkeit. Dazu kommt die Verschacherung der Staatsbetriebe an Privatkapitalisten, ein kolossaler Abbau von Staatsbeamten usw. Es ist eine Summe von wirtschaftlichen Maßnahmen, die sämtlich gegen die arbeitende Klasse gerichtet sind und von denen jede einzelne in einem anderen Lande, das nicht so lebens- und aktionsunfähig wie Österreich ist, beispielsweise in Deutschland, zu revolutionären Bewegungen der Arbeiterschaft führen müßte.

Die Kommunistische Partei Österreichs erkennt als einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage Österreichs *die Verhinderung der Genfer Konvention und die radikale Erfassung des Besitzes im eigenen Lande.* Sie hat ein entsprechendes Programm aufgestellt, ein proletarisches Sanierungsprogramm. Die kleine österreichische Kommunistische Partei hat bereits eine Aktion gegen den Genfer Vertrag begonnen. Am letzten Sonntag hat sie, wie heute in der „Prawda" steht, eine respektable Massendemonstration, die durch zahlreiche Versammlungen vorbereitet war, gegen den Genfer Vertrag zustandegebracht, und sie führt die Aktion gegen den Genfer Sklavenvertrag weiter fort. Sie ist aber, das muß unterstrichen werden, in diesem Kampfe *vollständig isoliert.* Die österreichische Sozialdemokratie hat zwar eine Protestaktion gegen das Genfer Abkommen durchgeführt, denkt aber gar nicht daran, es zu verhindern, obwohl es zweifellos in ihrer Macht läge. Die öster-

reichische Sozialdemokratie kann auch gar nicht anders. Sie hat selbst an der Verhinderung der proletarischen Revolution in Österreich unmittelbar nach dem Kriege mitgewirkt; sie hat selbst an der Schaffung des lebens- und aktionsunfähigen Österreich mitgewirkt und den Anschluß Österreichs an Räte-Ungarn seinerzeit verhindert. Für sie war und ist Österreich ein ideales Terrain für die typisch „unabhängige" Taktik. In Österreich konnte sie mit Erfolg revolutionäre Phrasen machen, proletarische Scheininstitutionen herbeiführen und zugleich erklären, daß jede ernstliche revolutionäre Aktion, jeder Kampf gegen die Bourgeoisie infolge der absoluten Abhängigkeit Österreichs vom Auslande unmöglich ist. In der Genfer Konvention erntet die österreichische Sozialdemokratie das, was sie selbst gesät hat. Die Otto Bauer und Friedrich Adler haben durch ihr konkretes Verhalten die Finanzdiktatur über das österreichische Proletariat geradezu heraufbeschworen, und nach den letzten Nachrichten werden sie sogar eine Art Koalition mit der Bourgeoisregierung zur Durchführung des „Wiederaufbaues" Österreichs im Sinne des Völkerbundes in der Form eines erweiterten Kabinettrates bilden, in dem sie als hoffnungslose Minorität sitzen.

Es ist nun Aufgabe der Komintern und insbesondere der kommunistischen Parteien in den sogenannten Garantiestaaten, also in der Tschechoslowakei, Italien, Frankreich und England, den Scheinkampf der Sozialdemokratie in einen wirklichen Kampf zur Verhinderung der Genfer Konvention hinüberzuführen und dabei den Völkerbund und die Sozialdemokratie zu entlarven. Das österreichische Proletariat hat nur dann Interesse an Krediten, wenn die Bedingungen dafür sich nicht gegen das Proletariat Österreichs, sondern lediglich gegen die Bourgeoisie richten, wenn nur die besitzende Klasse Österreichs und Europas belastet wird. Das muß der springende Gesichtspunkt bei der Stellungnahme der kommunistischen Parteien sein. Es dürfen keine falschen Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden, wie das schon hin und wieder vorgekommen ist. Da die kommunistischen Parteien, insbesondere der Tschechoslowakei, Frankreichs und Italiens, ein Faktor in ihren Ländern sind, ein stärkerer Faktor als die Sozialdemokratie dieser Länder, so *müssen sie in diesem Sinne aktiv und intensiv in der Presse, im Parlament, in Versammlungen usw. eingreifen, um die politische und wirtschaftliche Knebelung Österreichs zu verhindern und die derzeit einsam kämpfende kleine österreichische Kommunistische Partei in ihrem Kampfe gegen die Genfer Konvention zu unterstützen.*

Was in Österreich geschieht, ist übrigens auch *ein Menetekel für Deutschland.* Die Entente übt sich an Österreich, um in Deutschland in großem Maßstabe ihr Werk fortzusetzen und womöglich die deutsche Arbeiterschaft durch dieselbe Methode und in demselben Maße wie die österreichische unschädlich zu machen. Auch die deutsche Bourgeoisie ist genau so wie die österreichische bereit, die ausländische Bourgeoisie für diesen Zweck zu mobilisieren.

Und noch eins! Österreich ist ein fast willenloses Objekt der internationalen Politik. Auf Österreich, das wirtschaftlich und politisch als Staatsgebilde unhaltbar ist, erstrecken sich die Aspirationen verschiedener Siegerstaaten, insbesondere der Tschechoslowakei und Italiens. Österreich kann der Ausgangspunkt eines neuen imperialisti-

schen und kriegerischen Konflikts in Europa werden. Um so notwendiger ist es, daß die Komintern sich mit den Interessen der österreichischen Arbeiterschaft identifiziert und alle Kraft daran setzt, durch konkretes politisches Vorgehen die Pläne der internationalen kapitalistischen Raubpolitik zu durchkreuzen. Die gegenwärtige Lage in Österreich und der Kampf gegen die Genfer Konvention kann und muß für die kommunistischen Parteien ein Ausgangspunkt sein, um im Gegensatz zu den reaktionären Bestrebungen, die sich um und in Österreich konzentrieren, *die revolutionäre Entwicklung in Mitteleuropa weiter zu treiben.* (Beifall.)

VORSITZENDER: Genossen, es ist uns zum Versailler Friedensvertrage ein von einer speziell eingesetzten Kommission ausgearbeiteter Aufruf zugegangen, der die österreichische Frage zum Gegenstand hat. Da dort jetzt eine Aktion in dieser Frage stattfindet, bringen wir diesen Aufruf jetzt zur Verlesung.

BERON (Frankreich): Genossen, die vom Präsidium eingesetzte österreichische Kommission, bestehend aus den Genossen Radek, Stern und Smeral, hat folgenden Aufruf verfaßt:

„An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Das österreichische Proletariat steht in einem schweren Abwehrkampfe gegen die Versklavungspläne des internationalen Kapitals und der Weltreaktion, welcher die größte Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder erfordert. Unter der Vortäuschung der Bereitschaft zu einer Hilfe für die zusammenbrechende österreichische Wirtschaft will der Völkerbund, wollen vor allem England, Frankreich, die Tschechoslowakei und Italien sowie einige kleinere Staaten gemeinsam mit der herrschenden Kapitalistenklasse Österreichs dem österreichischen Proletariat die letzten Reste seiner Freiheit rauben, sogar die bürgerliche Scheindemokratie beseitigen und an ihrer Stelle eine offene, brutale, kapitalistische Diktatur des in- und ausländischen Kapitals aufrichten.

Die Staaten, welche sich als Retter Österreichs aufspielen, wollen ihm keine wirkliche Hilfe leisten. Sie borgen Österreich keinen Heller. Sie erlauben ihm nur gnädigst, sich die Privatkapitalisten zu suchen, die bereit sind, Österreich etwas zu borgen, und wollen lediglich im nächsten Jahre, wenn ihre Parlamente zustimmen, eine Garantie für die Rückzahlung dieser Kredite übernehmen. Dafür aber soll Österreich, ohne Rücksicht darauf, ob es diese Kredite, ja auch nur diese Garantien wirklich bekommt oder nicht, das Parlament für zwei Jahre in einer Weise ausschalten, wie es nicht einmal in Horthy-Ungarn üblich ist, den Arbeitern mehr als vier Billionen neuer Steuern auferlegen, die Staatsbetriebe dem Privatkapital ausliefern, Massenentlassungen vornehmen, die Arbeitszeit verlängern und die Ausbeutung der Arbeitskraft während der Arbeitszeit verschärfen, ferner die proletarische Wehrmacht abbauen und dafür die reaktionäre Gendarmerie und Polizei ausgestalten und den zur Verzweiflung getriebenen Massen gegenüber mit brutaler Gewalt die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Gleichzeitig soll sich Österreich freiwillig zu einer Kolonie niedersten Grades machen lassen. Ein Generalkommissar des Völkerbundes soll als unumschränkter Herr in Österreich herrschen; die gegenüber den Massen mit

diktatorischer Vollmacht ausgestattete Regierung soll nur ein willenloses Werkzeug in seiner Hand sein.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Die Verwirklichung dieses Planes, die Annahme des Genfer Vertrages, liefert die österreichische Arbeiterschaft der furchtbarsten Verzweiflung aus. Die österreichischen Arbeiter würden ihre eigene Bourgeoisie mit Leichtigkeit hindern können, derartige Pläne zu verwirklichen, aber der österreichischen Bourgeoisie kommen die Kapitalisten der anderen Länder, kommen insbesondere Eure kapitalistischen Regierungen, Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zu Hilfe. Darum ist es Eure selbstverständliche Pflicht, den österreichischen Arbeitern zu Hilfe zu kommen und Eure Regierungen mit allen Mitteln daran zu hindern, Österreich in solcher Weise mit der österreichischen Bourgeoisie gemeinsam zu versklaven und auszuplündern. Was Eure Regierungen gegen die österreichischen Arbeiter unternehmen, ist nichts anderes als ein Eroberungskrieg, in welchem Eure Regierungen die Mittel des blutigen Kampfes noch nicht nötig zu haben glauben. Genau so, wie es Eure Pflicht wäre, einen gewaltsamen Krieg nicht zu dulden, so ist es auch Eure Pflicht, diesen mit den Mitteln der List und der Erpressung geführten Eroberungskrieg auf das allerschärfste zu bekämpfen.

Aber nicht nur die Pflicht der Solidarität, — Euer eigenes Interesse erfordert es, daß Ihr alles daran setzt, um die Pläne Eurer Regierungen zu durchkreuzen und dem österreichischen Proletariat in seinem Abwehrkampfe zum Siege zu verhelfen. Die Weltreaktion und der internationale Kapitalismus legen nicht umsonst der Unterjochung Österreichs eine viel größere Bedeutung bei, als man nach der Kleinheit dieses Landes erwarten sollte. In Österreich will die Weltreaktion einen wichtigen und bedeutsamen Stützpunkt gegen das Weltproletariat und gegen die Weltrevolution gewinnen. In Österreich ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber verhältnismäßig noch immer sehr stark. Die Bourgeoisie sah sich in Österreich noch immer genötigt, gewisse demokratische Freiheiten zu achten. Österreich ist auch das einzige Land, in welchem die Wehrmacht einen proletarischen Charakter trägt und nicht gegen das Proletariat verwendet werden kann. Die Weltreaktion hat ein großes Interesse daran, auch hier endlich an die Stelle der Scheindemokratie brutalere Formen der kapitalistischen Diktatur zu setzen. Damit wird die reaktionäre Brücke zwischen Bayern und Horthy-Ungarn, zwischen Jugoslavien und der Tschechoslowakei hergestellt, damit wird zugleich auch für die weitere Erstarkung der Reaktion in Deutschland vorgearbeitet. Gelingt der Plan, der dem Genfer Vertrag zugrunde liegt, dann werden gar bald die Arbeiter Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens an ihrem eigenen Leibe zu spüren bekommen, daß sich die kapitalistische Reaktion in der ganzen Welt stärker und sicherer fühlt. Für die nahenden großen Entscheidungskämpfe zwischen der Weltreaktion und der Weltrevolution wird sich dann die Reaktion einen wichtigen und bedeutsamen Stützpunkt, eine neue gefährliche Machtposition gesichert haben, deren Bedeutung nach dem Siege des Fascismus in Italien noch viel größer ist. Die Versklavung Österreichs ist auch nur der erste vorbereitende Schritt, um eine ähnliche für das Weltproletariat noch viel gefährlichere Versklavung

Deutschlands vorzubereiten. Das Weltkapital versteht es auch ganz genau, daß in Österreich der kapitalistische Zusammenbruch, der allen kapitalistischen Staaten bevorsteht, die größten Fortschritte gemacht hat und daß daher für das Weltkapital die Gefahr besteht, daß endlich auch das österreichische Proletariat in stärkerem Maße als bisher revolutioniert wird und dadurch der Weltrevolution neue Kräfte zugeführt sowie ein neuer gefährlicher Revolutionsherd geschaffen werden könnte. Die Kolonisierung Österreichs bringt aber auch die Gefahr neuer imperialistischer Konflikte zwischen den Staaten mit sich, die Österreich gemeinsam kolonisieren wollen. Wie im Jahre 1914 kann wiederum, neben dem Balkan Österreich leicht zum Ausgangspunkt eines neuen verheerenden Weltbrandes werden.

Die Bedrohung der letzten Reste der Freiheit der österreichischen Arbeiterschaft ist für die Internationale Arbeiterschaft eine solche Gefahr, daß selbst die sozialdemokratischen Parteien begreifen, daß es ihre Pflicht wäre, gegen diesen Vorstoß der Weltreaktion den Kampf aufzunehmen. Die sozialdemokratischen Arbeiter verstehen die Größe der Gefahr und drängen zum Abwehrkampf. Aber ihre Führer sind außerstande, einen ernstlichen Kampf zu wagen. Ihre Politik ist mit eine der Hauptursachen, daß es so weit kommen konnte. Niemals hätte es in Österreich so weit kommen können, wenn die Sozialdemokratie in den Novembertagen oder wenigstens zur Zeit der ungarischen Räterepublik ihre Pflicht erfüllt hätte. Damals war die Bourgeoisie ohnmächtig, die Sozialdemokratie half ihr, unter dem Deckmantel der Demokratie ihre Kräfte zu sammeln. Nun setzt sie der Arbeiterschaft den Fuß auf den Nacken. In Österreich hat die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft von jedem Kampfe auch nur für ein Stückchen Brot dadurch abgehalten, daß sie erklärte, ein solcher Kampf würde die Demokratie gefährden, die Kräfte müßten aufgespart werden für den Fall, daß ein Angriff auf diese Demokratie erfolgen sollte. Daher konnte die Bourgeoisie infolge dieses ständigen Zurückweichens so übermütig werden, daß sie auch an die Beseitigung der Demokratie denken kann. Und nun erklären die sozialdemokratischen Führer, daß ein Kampf zum Schutze der Demokratie die österreichische Arbeiterschaft der Gefahr des Hungertodes aussetzen würde. Dennoch war der Druck der Arbeiterschaft so stark, daß sich die Sozialdemokratie wenigstens zu einem Scheinkampfe entschließen mußte. Sie war genötigt, in Österreich eine Aktion einzuleiten, von der sie nichts mehr fürchtete, als saß sie Erfolg haben könnte. Die 2½ Internationale forderte die Arbeiter aller Länder auf, gegen die Versklavung Österreichs durch den Genfer Vertrag einzutreten. Aber schon sind die österreichischen. Sozialdemokraten umgefallen und haben sogar den Scheinwiderstand aufgegeben. Sie sind bereit, an einer verschleierten Koalition zur Durchführung der Genfer Konvention teilzunehmen.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder! Wir wußten und wissen genau, daß die Führer der österreichischen Sozialdemokratie und der in den letzten Zügen liegenden 2½ Internationale keinen ernsten Kampf wollen. Eure Aufgabe aber ist es, diese Helden zu hindern, den Kampf, den sie notgedrungen wenigstens zum Schein aufnehmen mußten, aufzugeben, ehe er noch recht begonnen, und diesen Scheinkampf zu einem wirklichen Kampf umzugestalten. Nehmt die

Helden beim Wort, zeigt, daß Ihr bereit seid, den Kampf, den sie selbst für notwendig erklären mußten, mit größter Entschlossenheit zu führen, treibt sie vorwärts und schließt, wenn sie im entscheidenden Augenblick versagen, über sie hinweg die Reihen zum gemeinsamen unbeugsamen Kampf.

Arbeiter und Arbeiterinnen Österreichs!

Die Arbeiter der anderen Länder können und müssen Euch zu Hilfe kommen, indem sie die Bourgeoisie der anderen Länder hindern, Eurer Bourgeoisie zu Hilfe zu kommen. Den entscheidenden Kampf gegen Eure eigene Bourgeoisie aber müßt Ihr selbst führen. Ihr seid stark genug dazu, wenn Ihr nur wollt. Laßt Euch nicht durch Eure sozialdemokratischen Führer abschrecken, den Kampf gegen die Versklavung mit voller Wucht aufzunehmen. Erkennt, daß Euch die Kommunistische Partei Eures Landes allein den richtigen Weg weist. Kämpft gemeinsam ohne Unterschied der Partei gegen die gemeinsame Gefahr.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder! Arbeiter und Arbeiterinnen vor allem von Frankreich, von Italien und der Tschechoslowakei! Erkennt die Pflicht proletarischer Solidarität gegenüber der schwer bedrohten österreichischen Arbeiterschaft, begreift, daß Eure eigenen Interessen, daß die Interessen der Weltrevolution auf dem Spiele stehen. Laßt Eure Regierungen nicht ungehindert ihre reaktionäre Raubpolitik betreiben, setzt Eure ganze Kraft ein, um die Pläne der internationalen Kapitalistenklasse zu durchkreuzen. Reißt den kapitalistischen Heuchlern, die Euch gegenüber, um Euch einzulullen, die Demokratie im Munde führen, während sie in Österreich die letzten Reste der Demokratie zertrümmern, die Maske vom Antlitz, ruft ihnen Euer entschlossenes Nein entgegen und zeigt, daß Ihr eine Macht seid, die berücksichtigt werden muß. Der internationalen kapitalistischen Front der Reaktion setzt die internationale Front des revolutionären Proletariats entgegen! Schließt die internationale Einheitsfront des Proletariats!

Gegen den Genfer Sklavenvertrag!
Gegen die internationale Weltreaktion!
Für die internationale proletarische Solidarität!
Für die Einheitsfront des internationalen kämpfenden Proletariats!
Für den Sieg der Weltrevolution!"

VORSITZENDER: Genossen, wir kommen zur Abstimmung über den verlesenen Aufruf. Wer dafür ist, den bitte ich die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? Der Aufruf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: *Reorganisation des Exekutiv-Komitees* der Kommunistischen Internationale und seine weitere Tätigkeit. Dazu erhält Gen. Eberlein das Wort.

EBERLEIN (Deutschland): Genossen, die vom Kongreß eingesetzte Kommission für die Vorbereitung der Reorganisation der Exekutive und ihre weitere Arbeit hat getagt. Sie wird ihre Beschlüsse Ihnen in Thesen vorlegen. Zu diesen vorzuschlagenden Thesen möchte ich einiges sagen.

Es war für uns selbstverständlich, daß die Organisation der Kommunistischen Internationale auf jedem Weltkongreß von neuem einer

51*



Prüfung unterzogen werden muß, damit festgestellt wird, ob die Organisation und der Apparat der Kommunistischen Internationale den ihnen gestellten Aufgaben gewachsen sind. Und es war Aufgabe der Kommission zu versuchen, die Organisation der Exekutive den Aufgaben anzupassen, die auch auf diesem Weltkongreß der Exekutive zur Durchführung überwiesen werden und überwiesen worden sind. Aus diesem Grunde, sage ich, ist es notwendig, daß auf jedem Weltkongreß von neuem die Frage aufgeworfen wird: Genügt der Apparat, genügt die Organisation der Exekutive zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben, oder ist eine Erweiterung, eine Reorganisation notwendig?

Von diesem Gesichtspunkt aus wurde die Arbeit der Kommission geleitet. Wir kamen dazu, Ihnen erhebliche Abänderungen der bisherigen Organisation der Exekutive vorzuschlagen, Abänderungen, die sich alle nach einem gewissen Ziel richten, Abänderungen, die einen gewissen Weg gehen sollen, um das uns gesteckte Ziel mehr und mehr zu erreichen. Und das heißt, den etwa noch vorhandenen föderalistischen Geist in der Organisation auszumerzen, zu versuchen, eine Exekutive zu schaffen, die die Leitung einer wirklich zentralisierten Weltpartei in die Hände nehmen kann, zu versuchen, all die Fehler, all die Mängel, die sich im Laufe des letzten Jahres gezeigt haben, auszuschalten, um eine wirklich straff zentralisierte Weltpartei zu schaffen, in der die Beschlüsse der Weltkongresse, die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive, die Beschlüsse der Exekutive auch wirklich in die Tat umgesetzt werden, damit auch jeder Versuch Einzelner oder einzelner Sektionen unmöglich wird, die gefaßten Beschlüsse zu sabotieren, sie nicht in die Tat umzusetzen.

Das schwebte uns bei der Arbeit als Ziel vor, und wir hoffen, daß wir diesem Ziele durch die Vorschläge, die ihnen gemacht werden, einen wesentlichen Schritt näherkommen.

Daß diese Arbeit notwendig ist, daß wir mehr und mehr zu einer wirklich zentralisierten Weltpartei kommen müssen, ergibt sich für die Komintern von selbst, denn die letzten Beispiele können uns heute noch zur Genüge schrecken. Die 2. Internationale war für uns in dieser Beziehung immer ein warnendes Beispiel, eine Internationale, die mehr föderalistisch, als zentralistisch zusammengefaßt ist, deren Tätigkeit in der Hauptsache in regelmäßigen oder unregelmäßigen Zusammenkünften besteht, auf denen die schönsten Reden gehalten und die schönsten Beschlüsse gefaßt werden, die dann doch kein Mensch in die Tat umsetzt; eine Internationale, in der jede einzelne Sektion machen kann, was sie will, in der jeder nach seiner eigenen Pfeife tanzt, genügt nicht für die Kommunistische Internationale. Hier gilt es, daß sich die Parteien mehr und mehr daran gewöhnen, die Zentralleitung der Internationale wirklich als eine führende Zentrale zu betrachten. Wir müssen sagen: es haben sich auch in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Ereignissen zugetragen, die für uns ein Beweis dafür sind, daß dieses Ziel noch nicht völlig erreicht ist. Es ist z. B. einer der betrübendsten Augenblicke dieses Kongresses gewesen, daß ein Vertreter hier auftreten und sagen konnte: wenn Ihr nicht so beschließt, wie wir wollen, dann verlassen wir den Kongreß! Das ist eine Unmöglichkeit für die Komintern, das darf sich nicht wieder ereignen, daß muß in der Komintern für alle Zeiten unmöglich gemacht werden.

Wir haben im letzten Jahre weiter erlebt, daß die Durchführung der Beschlüsse der verschiedenen Kongresse durch die einzelnen Sektionen nicht mit der nötigen Energie und nicht immer mit dem nötigen guten Willen vorgenommen wurden. Wenn Sie heute die Beschlüsse des 2. und 3. Weltkongresses durchlesen und die Arbeit in den einzelnen Sektionen vergleichen, so werden Sie fast in allen Sektionen finden, daß keineswegs alle Beschlüsse restlos durchgeführt worden sind, und, was noch schlimmer ist, daß noch nicht einmal überall der nötige gute Wille vorhanden war, diese Beschlüsse auch wirklich in die Tat umzusetzen. Hier ist eine wesentlich straffere Disziplin notwendig auf der Seite der Sektionen und eine wesentlich straffere Kontrolle und ein energischeres Eingreifen von seiten der Exekutive, um die gefaßten Beschlüsse der Kongresse nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen, um diese Beschlüsse auch wirklich in die Tat umzusetzen.

Wir haben weiter erlebt, daß Aufrufe, die die Komintern im Interesse der Gesamtbewegung herausgegeben hat, von einzelnen Parteien nicht abgedruckt worden sind, daß sie sich geweigert haben, diese Beschlüsse abzudrucken, weil diese nicht im Einklang mit ihren eigenen Wünschen standen, oder daß sie nur Auszüge aus diesen Beschlüssen veröffentlicht haben usw. Auch das sind Dinge, die so schwere Disziplinwidrigkeiten sind, daß sie in der Komintern nicht vorkommen dürfen, daß sie unter allen Umständen vermieden werden müssen.

Ein weiteres Übel hat sich im Laufe des letzten Jahres in der Tatsache gezeigt, daß führende Parteigenossen in den verschiedenen Sektionen, wenn sie mit dem einen oder anderen Beschluß der Internationale nicht einverstanden waren, einfach die Flinte ins Korn warfen, ihre Ämter der Partei oder der Internationale zur Verfügung stellten und davonliefen, daß sie einfach demissionierten. Das sind unerträgliche Erscheinungen, die unter allen Umständen und mit den schärfsten Mitteln ausgerottet werden müssen. Wir brauchen die internationale Disziplin, wenn wir wirklich eine geschlossene Weltpartei, eine Kampforganisation des Proletariats sein wollen, und in dieser Kampforganisation müssen die einzelnen Genossen ihre persönlichen Wünsche den Gesamtinteressen der Internationale unter allen Umständen unterordnen.

In der Kommission wurde weiter die Frage der Parteitage der Sektionen behandelt und rief dort eine Debatte hervor. Die Komintern hat durch ihre Exekutive im letzten Jahre einen Beschluß gefaßt, der dahin ging, daß die Parteitage der Sektionen in Zukunft nach dem Weltkongreß stattfinden müssen. Einige Parteien hatten gegen diesen Beschluß opponiert und verlangt, daß die Parteitage in Zukunft vor dem Weltkongreß stattfinden sollten. Sie erklärten, daß nur durch das Stattfinden der Parteitage vor dem Weltkongreß auf dem Weltkongreß selbst ein klares Bild von der Stimmung und dem Wirken der einzelnen Sektionen gegeben werden könne. Die Kommission war anderer Auffassung. Sie stimmte dem Beschluß der Exekutive zu und bringt auch in diesen Thesen erneut den Antrag, daß die Parteitage in Zukunft nach dem Weltkongreß, wenigstens in der Regel stattfinden sollen. Sie läßt aber der Exekutive einen ziemlich weiten Spielraum, indem sie ihr das Recht einräumt, in besonders wichtigen Fällen und bei besonders wichtigen politischen Veranlassungen zuzustimmen, daß diese oder jene

Sektion ihren Parteitag vor dem Kongreß abhält. Aber auf jeden Fall muß das von dem Beschluß der Exekutive abhängig sein. Die Kommission kam zu diesem Resultate, weil sie sich sagte, daß es in einer wirklich zentralistischen Weltpartei unerträglich ist, daß die einzelnen Sektionen sich vor der Entscheidung des Weltkongresses in politischen und sonstigen Fragen festlegen und dann mit einer festen, gebundenen Marschroute zum Kongreß kommen. Erstens ist es für den Weltkongreß schwieriger, eine Verständigung in den einzelnen Fragen herbeizuführen, wenn sich verschiedene Parteien auf ihren Parteitagen bereits festgelegt haben, zweitens ist es für die in Frage kommenden Parteien schwierig, wenn der Weltkongreß, der nach dem Parteitag stattgefunden hat, andere Beschlüsse faßt als der Parteitag, und dann die Partei vor die Alternative gestellt wird, sich entweder der internationalen Disziplin zu fügen und die Beschlüsse ihres Parteitages zu annullieren oder sich gegen die Beschlüsse der Internationale auf Grund ihrer Parteibeschlüsse zu wenden.

Da die internationale Disziplin für uns an erster und wichtigster Stelle stehen muß, glauben wir, daß die beste Lösung auch für die Zukunft ist, wenn die Parteitage der einzelnen Sektionen erst nach dem Weltkongreß stattfinden. Diejenigen, die befürworten, daß die Parteitage vor dem Weltkongreß stattfinden, begründen ihre Stellungnahme auch damit, daß sie sagen, ohne Parteitag sei eine genügende Vorbereitung der Arbeiten zum Weltkongreß nicht möglich. Diese Begründung erklärt die Kommission als keineswegs stichhaltig. Es ist sehr wohl nötig und selbstverständlich, daß vor dem Kongreß in den einzelnen Sektionen die geeigneten Körperschaften zusammentreten, z. B. die Bezirksparteitage, die Reichszentralausschüsse und die sonstigen Instanzen und Organisationen der Sektionen, um zu den auf dem Weltkongreß zur Tagesordnung stehenden Fragen eingehend Stellung zu nehmen. Wir bitten unserem Antrag zuzustimmen, die Parteitage in Zukunft erst nach dem Weltkongreß abzuhalten.

Ein weiterer Mißstand hat sich auf dem jetzigen Weltkongreß gezeigt, und der besteht darin, daß verschiedene Sektionen ihre Delegationen zum Weltkongreß mit gebundenem Mandat schickten. Diese Maßnahme lehnt die Kommission ab und bittet Sie, zu beschließen, daß gebundene Mandate zum Weltkongreß für die Zukunft unter allen Umständen ungültig sind. Es ist unerträglich, und verstößt völlig gegen den Geist der Kommunistischen Internationale, wenn einzelne Delegationen mit gebundenem Mandat erscheinen und alle Auseinandersetzungen, alle Diskussionen und Versuche der Verständigung umsonst sind, denn die Delegierten sind durch ihre Partei gebunden, so und nicht anders zu stimmen. Wir glauben deshalb, daß der Kongreß gar nicht anders kann, als für die Zukunft gebundene Mandate für ungültig zu erklären, sie zu annullieren.

Aber, Genossen, diese strenge zentralistische Leitung der Kommunistischen Internationale kann nur geschaffen werden, wenn wir gleichzeitig versuchen, auch die Leitung der Kommunistischen Internationale so zu gestalten und zusammenzusetzen, daß damit eine wirklich führende Körperschaft der Internationale geschaffen wird, daß sich hier, am Sitze der Kommunistischen Internationale, Männer versammeln, die auch wirklich imstande sind, die Arbeit und die ungeheuere Verantwortung

der Führung der Kommunistischen Internationale zu übernehmen. Und dazu ist nach Ansicht der Kommission notwendig, daß in Zukunft das Präsidium und die Exekutive der Internationale sich aus den Vertretern der verschiedensten Parteien zusammensetzen, wie das ja auch bisher der Fall war, aber mit dem Unterschiede, daß diese Vertreter nicht mehr wie bisher von den einzelnen Sektionen an den Sitz der Exekutive delegiert werden, sondern daß sie hier vom Weltkongreß gewählt werden und dann alle gewählten Vertreter für die Exekutive auch die wirklich verantwortlichen Mitarbeiter und Führer der Kommunistischen Internationale sind. Es ist also notwendig, daß in der Art der Delegationen Änderungen eintreten, daß es nicht mehr jeder Partei und jeder Sektion überlassen sein kann, den Vertreter zu schicken, den sie will, und daß die Partei ihn wieder abberuft, wenn es ihr gefällt. Wenn diese Vertreter hier gewählt werden, dann können sie als verantwortliche Mitarbeiter im Präsidium und in der Exekutive der Kommunistischen Internationale tatsächlich mitarbeiten.

Dieser Beschluß ist nicht aus Gründen der Agitation gefaßt worden, etwa deshalb, weil die Gegner der Kommunistischen Internationale dauernd und immer von neuem davon schwatzen, daß die Leitung der Kommunistischen Internationale doch in den Händen der Russen liegt und daß die Kommunistische Internationale doch nur auf Diktat der Russen in den einzelnen Sektionen und Ländern arbeitet. Das ist keineswegs der Grund zu diesem Antrage. Im Gegenteil, wir sind überzeugt und sprechen es ganz offen aus, daß es selbstverständlich für uns ist, daß auch in Zukunft in der Leitung der Kommunistischen Internationale, im Präsidium und in der Exekutive, den russischen Genossen ein stärkerer und der stärkste Einfluß eingeräumt werden muß, denn sie sind es ja gerade, die auf dem Gebiet des internationalen Klassenkampfes die größte Erfahrung gesammelt haben, sie sind die einzigen, die wirklich die Revolution durchgeführt haben und infolgedessen an Erfahrungen auf Grund ihrer Erlebnisse allen Delegierten aus den anderen Sektionen weit überlegen sind. Deshalb müssen sie auch in Zukunft einen erheblich stärkeren Einfluß in der Kommunistischen Internationale haben. Es ist aber notwendig, daß die anderen Parteien mehr und mehr dazu übergehen, in der Leitung der Kommunistischen Internationale mitzuarbeiten und daß sie ihre besten und tüchtigsten Vertreter hierher schicken, damit eine wirklich internationale Zusammensetzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Internationale garantiert wird. Wir hoffen dabei auch zu erreichen, daß das Interesse der einzelnen Sektionen für internationale Angelegenheiten und für die gesamte Kommunistische Internationale sich erheblich vergrößert und erweitert. In der Tat ist es ein starker Mangel in vielen unserer Sektionen, daß auch die besten Genossen in diesen Sektionen abgeschlossen in ihrer Partei leben und abgeschlossen nur für ihre Partei arbeiten, ohne das genügende Interesse und die nötigen Kenntnisse für die gesamte internationale Arbeit zu besitzen. Es ist notwendig, und wir hoffen es, daß sich die einzelnen Sektionen mehr als bisher für die gesamte internationale Arbeit interessieren und zur Mitarbeit an ihr bereit erklären.

Die Zusammensetzung der Leitung der Kommunistischen Internationale schlagen wir nach diesen Gesichtspunkten wie folgt vor:



Wir schlagen Ihnen vor, einen Präsidenten und eine Exekutive von 25 Mitgliedern zu wählen der zwei Vertreter der Jugendinternationale angehören. Diese 25 Vertreter sollen hier auf dem Weltkongreß gewählt werden. Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Sektionen das Vorschlagsrecht haben. Die endgültige Wahl muß aber hier vom Weltkongreß vorgenommen werden. Da aber Fälle eintreten können, daß von diesen Mitgliedern der Exekutive der eine oder der andere aus wichtigen politischen Gründen in seine Sektion zurückkehren muß oder von der Kommunistischen Internationale zur Arbeit in andere Sektionen gesandt werden muß, schlagen wir weiter vor, außer diesen 25 ständigen Mitgliedern der Exekutive 10 Kandidaten zu wählen, die in ihrem Lande verbleiben, bis sie als Ersatzleute in ihrem Lande angefordert werden.

Die Kommission schlägt weiter vor, daß die erweiterte Sitzung aus dieser Exekutive ein Präsidium wählen soll; die Zahl der Mitglieder des Präsidiums steht noch nicht fest, es werden wahrscheinlich 9—11 Mitglieder werden. Das Präsidium, das gleichzeitig als eine Art politisches Büro zu betrachten ist, hat die politischen Aufgaben der Internationale zu lösen. Es organisiert ein Organisationsbüro, das sich wahrscheinlich aus 7 Mitgliedern zusammensetzen wird. Dabei ist Voraussetzung, daß in dieses Organisationsbüro zwei Mitglieder des Präsidiums gewählt werden. Die Aufgaben des Organisationsbüros sind ganz neue Aufgaben, die bisher von der Kommunistischen Internationale und von ihrer leitenden Organisation nur erst sehr wenig in Angriff genommen worden sind. Es ist notwendig — das zeigt sich immer mehr —, auch von seiten der Kommunistischen Internationale auf die organisatorische Gestaltung der einzelnen Sektionen einzuwirken, den einzelnen Sektionen beim organisatorischen Aufbau behilflich zu sein, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das Organisationsbüro soll diese Aufgaben übernehmen. Sie sind unseres Erachtens außerordentlich umfangreich, denn heute sind der Kommunistischen Internationale eine ganze Reihe von Sektionen angeschlossen, die noch keineswegs über die Organisation verfügen, die sie haben müßten, wenn sie wirklich kommunistische Parteien sein wollen. So manche Sektion ist heute noch vorhanden, die in ihrem organisatorischen Aufbau einem alten sozialdemokratischen Wahlverein ähnelt, wie ein faules Ei dem anderen. Das muß anders werden. Wir können in der Kommunistischen Internationale keinen Wahlverein gebrauchen, wir gebrauchen Kampforganisationen. Darauf müssen die Sektionen bei ihrer Arbeit sich einstellen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale muß im kommenden Jahr ihr größtes Augenmerk darauf legen, den organisatorischen Aufbau, die organisatorische Durchbildung der einzelnen Sektionen vorzunehmen, den einzelnen Sektionen bei dieser Arbeit behilflich zu sein.

Der Organisationsabteilung, dem Organisationsbüro wird noch eine weitere außerordentlich wichtige Funktion zugewiesen. Das ist die Verfolgung der illegalen Arbeit in den einzelnen Sektionen; Beschlüsse in dieser Beziehung sind von den früheren Kongressen wiederholt gefaßt worden, aber getan ist von den einzelnen Sektionen nach unserer Kenntnis außerordentlich wenig. Das Organisationsbüro soll sein Augenmerk auch auf diese Arbeit richten. Wie notwendig auch diese Arbeit ist, das sehen wir gerade jetzt, in einer Zeit, in der die Konterrevolution von Monat zu Monat unverschämter ihr Haupt erhebt, und

nicht nur im politischen Kampfe; die Bande geht heute mit Terror und Schwert, mit Mord und Zuchthaus gegen die Kommunisten vor. Wie notwendig die illegale Arbeit in den einzelnen Sektionen für die Zukunft ist, dafür sind die Ereignisse in Italien ein Beispiel. Wir erwarten, daß die Sektionen im kommenden Jahre dieser Aufgabe eine wesentlich größere Bedeutung beimessen, als bisher geschehen ist. Das Organisationsbüro der Internationale soll bei dieser Arbeit behilflich sein.

Wir schlagen weiter die Einrichtung eines Generalsekretariats vor, das ein Hilfsorgan des Präsidiums sein soll, mit einem Generalsekretär, der von der Erweiterten Exekutive gewählt wird und dem einige Hilfssekretäre zur Verfügung gestellt werden. Das Generalsekretariat selbst hat nicht das Recht, bindende Beschlüsse zu fassen. Es ist ein Hilfsmittel des Präsidiums und soll nichts anderes sein.

Wir schlagen weiter die Einrichtung einer Agitations- und Bildungsabteilung vor. Diese Abteilung soll dem Präsidium direkt unterstehen, sie soll versuchen, die Agitation in der Kommunistischen Internationale möglichst zu zentralisieren, mit Vorschlägen und Anweisungen den einzelnen Parteien an die Hand zu gehen.

Die gleiche Aufgabe hat die Bildungsabteilung, die mit der Agitationsabteilung zusammenhängt. Auch sie soll versuchen, einheitliche Richtlinien, einheitliche Anweisungen für die Bildungsarbeit in der Kommunistischen Internationale zu geben. Ich glaube, die Aufgaben dieser Abteilungen sind so selbstverständlich, daß ich mir weitere Ausführungen darüber ersparen kann.

Die nächste noch zu beschließende Abteilung ist die Orientabteilung. Die Dinge liegen so, daß die Orientabteilung unter ganz besonderen Verhältnissen arbeiten muß, da in den ihr angeschlossenen Ländern kommunistische Parteien so gut wir noch gar nicht vorhanden sind, da sich dort erst kleine Ansätze von kommunistischen Parteien zeigen, so daß die Bearbeitung des gesamten Orients in der Hauptsache von den übrigen Parteien erfolgen muß, von den Parteien, in denen tatsächlich schon stabilisierte kommunistische Parteien vorhanden sind. Die Arbeit entwickelt sich aber im Laufe des letzten Jahres zusehends, die politische Bedeutung des Orients trat auch für die KI. immer mehr hervor, und wir glauben, es ist notwendig, einer besonderen Abteilung diese Frage zu überweisen, deren Leiter Mitglied des Präsidiums sein muß, der mitarbeitet an der gesamten Arbeit der Internationale.

Wir haben dann in unseren Thesen noch gesagt, daß es der Exekutive und dem Präsidium erlaubt ist, weitere Abteilungen einzurichten, wenn sie dies für die Arbeit der Internationale für notwendig halten, daß aber alle diese Abteilungen Mitgliedern des Präsidiums oder der Exekutive unterstehen, von ihnen geleitet werden müssen, so daß die Verantwortung für die Arbeit dieser Abteilungen unter allen Umständen ein Mitglied des Präsidiums trägt.

Wir schlagen dann eine Erweiterte Exekutive vor. Es hat sich im Laufe der letzten Jahre gezeigt, daß die Sitzungen der Erweiterten Exekutive sehr nützlich gearbeitet haben und daß insbesondere bei wichtigen politischen Entscheidungen es erwünscht ist, wenn ein größerer Kreis von verantwortlichen Parteiarbeitern aus den verschiedenen Sektionen zusammenkommt, um über wichtige politische Fragen zu entscheiden. Die Erweiterte Exekutive soll zweimal im Jahr zusammen-

treten, alle vier Monate, so daß neben dem Weltkongreß noch zwei Sitzungen der Erweiterten Exekutive im Jahr stattfinden würden.

Die Zusammensetzung der Erweiterten Exekutive denken wir uns so, daß ihr zunächst die 25 Mitglieder der Exekutive angehören, dann je weitere drei Vertreter der Parteien Deutschlands, Frankreichs, Rußlands, der Tschechoslowakei, Italiens, sowie drei Vertreter der Jugendinternationale und der Profintern, unter Voraussetzung, daß auf dem Kongreß der Profintern nicht andere Beschlüsse gefaßt werden, die die Art des jetzigen Zusammenarbeitens aufheben, dann je zwei Vertreter aus England, Polen, Amerika, Bulgarien und Norwegen und ein Vertreter aus allen übrigen stimmberechtigten Sektionen, die der KI. angeschlossen sind. Bei der Zusammensetzung des Präsidiums und der Exekutive haben wir in der Kommission ein wesentliches Gewicht mit darauf gelegt, daß eine sorgfältige Arbeitsverteilung unter den Mitgliedern der Exekutive vorgenommen wird, so daß die einzelnen Vertreter, die aus den Parteien hierher an den Sitz der Exekutive kommen, sich nicht mehr allein als Repräsentanten ihrer Partei fühlen, sondern als wirklich verantwortliche Mitarbeiter der Exekutive. Es soll auch nicht Pflicht sein, daß die 25 gewählten Vertreter der Exekutive sich ständig am Sitz der Exekutive aufhalten. Nach unserem Vorschlage müssen mindestens 15 Vertreter ständig anwesend sein. Die übrigen Vertreter können im Auftrag der Exekutive zur Arbeit in andere Parteien geschickt werden, können als Bevollmächtigte geschickt werden, oder können auch zur Arbeit in ihre eigene Partei zurückkehren.

Eine weitere Neueinrichtung schlägt die Kommission dem Kongreß vor, — das ist ein Beschluß über das Recht der Exekutive, Bevollmächtigte in die einzelnen Sektionen zu schicken. Es hat sich im Laufe des letzten Jahres gezeigt, daß allein der briefliche Verkehr und auch die nach Moskau gesandten Delegierten nicht ausreichen, daß es vielmehr notwendig ist, der Exekutive das Recht zu geben, ihre Bevollmächtigten in die einzelnen Sektionen zu schicken. Diese Bevollmächtigten sollen die Aufgabe haben, entweder konkrete Aufträge, die ihnen von der Exekutive gestellt werden, auszuführen, oder sie sollen beauftragt werden — und das in hervorragendem Maße —, in die Sektionen zu gehen, um festzustellen und zu kontrollieren, wie weit die 21 Bedingungen der KI. in den Sektionen in der Tat durchgeführt worden sind. Sie sollen weiter eine scharfe Kontrolle darüber ausüben, ob alle übrigen Beschlüsse der KI. und ihrer Kongresse wirklich durchgeführt werden. Diese Bevollmächtigten sollen aus den qualifiziertesten Vertretern der Sektionen genommen werden, sie sollen zu den besten und tüchtigsten Kommunisten gehören, und ihre Funktionen sollen von der Exekutive klar und eindeutig umschrieben werden, bevor die Bevollmächtigten in die Sektionen gehen. Wir bitten auch diesem Antrag zuzustimmen.

Des weiteren schlagen wir Ihnen eine Änderung in der Zusammensetzung der bisherigen Kontrollkommission vor. Die Aufgabe der Kontrollkommission war, wenn ich so sagen darf, mehr die Erledigung von Ehrensachen in der KI. Sie hatte außerdem die Kontrolle der Kassen vorzunehmen und Streitigkeiten in den einzelnen Parteien oder unter einzelnen Persönlichkeiten einer Partei zu schlichten. Die Kontrollkommission war aus Vertretern der verschiedensten Parteien zusammengesetzt. Es hat sich aber gezeigt, daß eine so zusammengesetzte Kontroll-

kommission arbeitsunfähig ist. Es ist im Laufe des Jahres nicht ein einziges Mal möglich gewesen, sämtliche Vertreter der Kontrollkommission gleichzeitig zusammenzubringen; denn jeder Vertreter hatte so viele andere Funktionen und sie waren so weit voneinander entfernt, daß ein wirkliches Arbeiten dieser Kontrollkommission nicht möglich war. Wir schlagen aus diesem Grunde vor, die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission in Zukunft, von Jahr zu Jahr wechselnd, zwei Sektionen zu überweisen, so daß immer zwei Sektionen eine Kontrollkommission wählen, die die Arbeiten der Kontrollkommission erledigt. Der nächste Weltkongreß wird dann laufend zwei weitere Parteien ernennen, die diese Kontrollkommission bilden. Die Bestätigung der Mitglieder dieser Kontrollkommission unterliegt der Exekutive. Für dieses Jahr schlägt die Exekutive vor, die deutsche und französische Partei zu beauftragen, diese Kontrollkommission zu bilden, und zwar soll jede Partei drei Vertreter wählen. Wir glauben, daß dann die Möglichkeit besteht, eine bessere Arbeit dieser Kommissionen zu erreichen.

Eine weitere Frage ist in diesen Thesen erörtert worden, und das ist die Frage der gegenseitigen Verbindungen. Der Kontakt der einzelnen Parteien mit der KI. ist bisher außerordentlich lose gewesen, und es zeigt sich immer mehr, daß fast jede politische Frage, die meinetwegen in Westeuropa in einem Lande auf der Tagesordnung steht, gewaltige Auswirkungen zeitigt auch auf die anderen Länder. Ein intensives Zusammenarbeiten und eine dauernde Verständigung der einzelnen Parteien untereinander scheint eine der wichtigsten Aufgaben des nächsten Jahres zu sein, und aus diesem Grunde empfehlen wir, daß die größeren Parteien ihre Vertreter gegenseitig austauschen. Das kommt natürlich nur für die wichtigeren, für die größeren Parteien in Frage. Es ist nicht möglich, daß alle 61 Parteien, die der Internationale angeschlossen sind, ihre Vertreter in sämtlichen Parteien zu sitzen haben.

Es ist kein zwingender Beschluß, den wir vorschlagen, aber es soll doch der Wunsch des Kongresses ausgesprochen werden, daß die größeren Parteien solche gegenseitigen Vertretungen einrichten.

Ferner schlagen wir vor zu beschließen, daß die Parteien verpflichtet werden, in Zukunft regelmäßig die Protokolle ihrer Zentralinstanzen dem Exekutivkomitee einzusenden, damit dies schon auf diesem Wege neben den laufenden Berichten, die regelmäßig der Internationale aus den Sektionen zugehen sollen — sie sind bisher in sehr vielen Fällen leider nicht zugegangen —, über die laufende Arbeit in den Sektionen informiert ist. Die Protokolle müssen dann natürlich auch so abgefaßt werden, daß sie für den von der Zentrale der Sektion weiter Absitzenden verständlich sind. Wir bitten, auch diesem Beschluß zuzustimmen.

Des weiteren haben wir, wie ich bereits einleitend andeutete, Ihnen einen Beschluß vorzulegen, der die Demissionen der Mitglieder der Zentralinstanzen verbietet, der Demissionen von dem Beschluß der Exekutive abhängig macht und der auch selbst dann, wenn die Zentralkomitees der betreffenden Sektion mit der Demission ihrer eigenen Mitglieder oder eines Teiles ihrer Mitglieder einverstanden sind, doch vorher einen Beschluß der Exekutive verlangt, bevor solche Demissionen Gültigkeit haben.

Weiter haben wir, wie ich ebenfalls schon erwähnte, ein Verbot gebundener Mandate in den Thesen ausgesprochen.

Zum Schlusse habe ich noch kurz darauf hinzuweisen, daß die Exekutive in das Exekutivkomitee der Jugendinternationale zwei Vertreter als ständige Mitarbeiter entsendet, so daß hier ein Austausch vorgenommen wird, indem die Vertreter der Jugend mit beratender Stimme im Präsidium und in der Exekutive, mit beschließender Stimme in der Erweiterten Exekutive sitzen, und umgekehrt die KI. ihre Vertreter in die Exekutive der KJI. delegiert, um ein enges Zusammenarbeiten zu sichern.

Ein Vertreter des Internationalen Frauensekretariats soll hier gewählt werden. Das Internationale Frauensekretariat bleibt an seinem bisherigen Sitz.

Inwieweit eine Regelung der Verbindung mit der Profintern erfolgen kann, läßt sich in diesem Augenblick noch nicht sagen, da der Profinternkongreß seine diesbezüglichen Beschlüsse noch nicht gefaßt hat und wir uns erst mit dieser Frage beschäftigen können, sobald Beschlüsse vorliegen. Es scheint uns aber sehr wichtig, daß, nachdem sich überall mehr und mehr zeigt, daß die wirtschaftlichen Kämpfe aufs engste mit den politischen verknüpft sind, auch eine enge Verbindung und ein enger Kontakt für die Zukunft zwischen der Komintern und der Profintern aufrechterhalten wird.

Bezüglich der Abhaltung des Weltkongresses schlagen wir Ihnen vor, daß diesmal noch beschlossen wird, den Weltkongreß im nächsten Jahre wieder abzuhalten. Ob es möglich sein wird, im nächsten Jahre die Zeitspanne zwischen den einzelnen Weltkongressen zu vergrößern, soll erst nächstes Jahr entschieden werden. Wir glauben, daß wir allmählich dazu kommen werden, so große und umfangreiche Kongresse, wie in diesem Jahre, seltener, vielleicht alle zwei Jahre abzuhalten.

Die Zahl der Teilnehmer an diesem Kongreß soll auch in Zukunft wie bisher nach der Mitgliederzahl und den politischen Verhältnissen festgesetzt werden.

Soweit die Vorschläge, die Ihnen die Reorganisationskommission zu machen hat.

Es wurde dann in der Kommission noch die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, das Statut der KI. einer Revision zu unterziehen. Dieser Vorschlag wurde zwar einstimmig als berechtigt anerkannt, wir glauben aber doch, daß es jetzt kurz vor Schluß des Kongresses so Hals über Kopf nicht mehr möglich ist, eine endgültige Revision des Statuts der KI. vorzunehmen. Wir schlagen deshalb vor, die Exekutive zu beauftragen, die Vorbereitungsarbeiten für die Revision und Erweiterung des Statuts vorzunehmen und diese Vorschläge rechtzeitig den einzelnen Sektionen zu übermitteln, damit der nächste Weltkongreß endgültig das erweiterte Statut beschließen kann. Bis dahin muß selbstverständlich das jetzige Statut als das richtige und einzig geltende anerkannt werden.

Genossen, wir hoffen, daß, wenn Sie die Vorschläge der Reorganisationskommission annehmen, wir dann im kommenden Jahre bei der Organisation der KI. einen wesentlichen Schritt dem Ziele näherkommen und daß es möglich sein wird, nach dieser Reorganisierung die



Sektionen enger und fester an die KI. zu binden, die Sektionen besser zu vereinigen und die Führung straffer und funktionsfähiger zu gestalten, so daß wir im kommenden Jahre eine straffe, wohlorganisierte und tüchtige Leitung der KI. bekommen. Daß diese Leitung notwendig ist, wird niemand bezweifeln, denn die Aufgaben, die der KI. in Zukunft, auch schon im kommenden Jahre gestellt sind, sind so ungeheuer groß, daß wir zu ihrer Bewältigung die besten Genossen hier in der Exekutive vereinigen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung um 4.25 Uhr nachmittags.



SIEBENUNDZWANZIGSTE SITZUNG

DONNERSTAG, DEN 30. NOVEMBER 1922.

Diskussion zur Organisation des EK. der KI. Kundgebung gegen den weißen Terror in Jugoslavien. Thesen zur Negerfrage. Agrarisches Aktionsprogramm. Resolution zum „Roten Kreuz" der Gefangenen. Poale Zion-Antrag.

Redner: Bordiga, Kolarow, Grün, Katayama, Eberlein, Radic, Sascha, Varga, Felix Kon, Marchlewski.

Eröffnung: 12,40 Uhr mittags.

Vorsitz: ***Marchlewski,*** später ***Kolarow.***

BORDIGA (Italien): Ich habe um das Wort gebeten, um über den Bericht des Gen. Eberlein zur Reorganisierung des Exekutivkomitees der Internationale zu sprechen. In die Kommission berufen, bemerkte ich, daß es sich nicht bloß um die Reorganisierung des Exekutivkomitees und seiner Arbeit, sondern um die Reorganisierung der ganzen Internationale handelt. Es handelt sich um wichtige Fragen, die die tatsächliche Revision der Statuten der Internationale in bezug auf sämtliche Beziehungen zwischen den Sektionen und der Zentrale und die gesamte organisatorische Arbeit der Internationale im allgemeinen bedeuten.

Ich habe die Frage der Notwendigkeit einer Revision der Statuten der Internationale aufgeworfen. Gen. Eberlein sagte aber soeben, daß diese Angelegenheit bis zum nächsten Kongreß vertagt sei.

Ich finde den Organisationsentwurf in all seinen Teilen durchaus annehmbar. Er enthält Verfügungen, die, objektiv betrachtet, sehr wichtig sind, insofern sie darauf abzielen, die letzten Überreste der föderalistischen Organisationsmethode der alten Internationale auszumerzen.

Wenn es möglich wäre, in diesem Stadium des Kongresses die Diskussion ein wenig zu erweitern, könnte man die Frage stellen, ob all das, was zur Verwirklichung der tatsächlichen revolutionären Zentralisation erforderlich ist, mit Hilfe einer Reform des Organisationsapparates durchgeführt werden kann.

Ich habe darüber bereits in meiner Rede zum Bericht des Exekutivkomitees einige Worte gesagt. Ich will sie jetzt nicht wiederholen. Ich habe hierzu keine Zeit, ich muß jedoch neuerdings erklären, daß, wenn wir eine tatsächliche Zentralisierung, d. h. eine Synthese der spontanen

Kräfte des Vortrupps der revolutionären Bewegung in den verschiedenen Ländern zustande bringen wollen, um die Disziplinskrisen aus der Welt schaffen zu können, die wir jetzt konstatieren, wir den Organisationsapparat zentralisieren, gleichzeitig aber die Kampfmethoden vereinheitlichen und alles, was sich auf das Programm und auf die Taktik bezieht, genau präzisieren müssen. Alle Gruppen und alle Genossen, die der Internationale angehören, müssen wir genau darüber aufklären, was die Verpflichtung des unbedingten Gehorsams bedeutet, die sie eingehen müssen, sobald sie in unsere Reihen eintreten.

Was die internationalen Kongresse anbelangt, so bin ich mit der Abschaffung der imperativen Mandate und der Einberufung der Landeskongresse nach den internationalen Kongressen vollständig einverstanden. Ich gebe ohne Vorbehalt zu, daß dies Maßnahmen sind, die den Prinzipien der Zentralisation entsprechen, dennoch aber bin ich der Ansicht, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, zu erklären, daß im Interesse der richtigen Zentralisation die imperativen Mandate abgeschafft und die internationalen Kongresse vor den Landeskongressen abgehalten werden müssen, sondern daß über die Arbeit und die Organisation der Kongresse noch ernstere Worte gesagt werden müssen.

Wir sind bei den letzten Sitzungen des Kongresses angelangt und müssen zugeben, daß dieser Kongreß nicht in jeder Hinsicht Zufriedenstellendes geleistet hat.

Es wurden viele wichtige Fragen untersucht. Wir stehen in den letzten Tagen der Debatten und sehen, daß diese Debatten nicht besonders aktiv waren.

Wir müssen die Frage der Demissionen untersuchen. Ich stimme der Ansicht zu, daß man die Demissionen verhindern müsse. Man könnte aber auch die Regel anwenden, die wir in unserer Partei mit Erfolg angewandt haben, und die darin besteht, daß sämtliche Demissionen unverzüglich angenommen werden und derjenige, der seine Demission gegeben hat, in den nächsten ein oder zwei Jahren seinen Platz in der Partei nicht wieder einnehmen kann. Ich glaube, daß dieses System zur erheblichen Abnahme der Zahl der Demissionen führen wird.

Es ist noch eine Frage vorhanden, die ich trotz des Stadiums, in dem die Arbeiten des Kongresses sich jetzt befinden, unbedingt berühren muß: es ist dies der Vorschlag, der sich auf die zweijährige Frist zwischen den einzelnen Weltkongressen bezieht. Sollte der nächste Kongreß mit Arbeit und mit Fragen nicht so überhäuft sein, wie es dieser Kongreß war, so wäre es sehr richtig, diesen bedeutenden organisatorischen, finanziellen usw. Aufwand nicht zu wiederholen. Ich werfe jedoch die spezielle Frage des Zeitraums auf, der uns vom 5. Kongreß trennt.

Wir sind im Begriffe, Fragen von hoher Wichtigkeit an diesen nächsten Kongreß zu verweisen; wir sind im Begriffe, die Aufstellung eines neuen Planes der Kommunistischen Internationale, besser gesagt des ersten Programms der Kommunistischen Internationale, zu vertagen. Wir haben namentlich die Revision der Statuten, d. h. des organischen Bandes, das die Internationale mit ihren Sektionen verbindet, vertagt.

Wir haben nach dem Bericht der Exekutive die Frage der Taktik lange erörtert; die verschiedenen Redner, die nacheinander die Tribüne betraten, haben jedoch das große Problem der Taktik der Internationale nicht behandelt. Sie beschränkten sich darauf, einige Bemerkungen

des Exekutivkomitees über die Arbeit oder über die Situation dieser oder jener Landessektion zu diskutieren, sehr wichtige Fragen jedoch — wie z. B. die Frage der Arbeiterregierung — wurden in dieser Diskussion nicht geklärt. Der Text wurde einer Kommission überwiesen, die noch zu keinen Ergebnissen gelangt ist. Die Frage ist also noch nicht geklärt, und wir werden hierzu keine Zeit mehr haben. Ich schlage nicht vor, über die Frage der Taktik von neuem eine große Debatte zu eröffnen; wenn ich aber an das Programm, an die Statuten, an die Taktik denke, finde ich den Gedanken absurd, den 5. Weltkongreß erst in zwei Jahren abzuhalten. Ich behalte mir vor, im Namen der Majorität der italienischen Delegation dem Kongreß den Vorschlag zu unterbreiten, den 5. Kongreß der Internationale in Anbetracht dessen, daß sehr wichtige Gegenstände aufgeschoben wurden, im Sommer oder im Herbst 1923 abzuhalten.

VORSITZENDER: Das Wort hat Gen. Kolarow zur Abgabe einer Erklärung.

KOLAROW (Bulgarien): Wenn Gen. Bordiga im Glauben, die Kommission habe vorgeschlagen, daß der nächste Kongreß nicht im nächsten Jahre, sondern erst im übernächsten Jahre stattfinden soll, sich dagegen gewendet hat, so beruht das auf einem Mißverständnis. Die Kommission hat in demselben Sinne beschlossen, wie es Gen. Bordiga wollte: zwar sollen in Zukunft die Weltkongresse alle zwei Jahre stattfinden, der nächste Weltkongreß muß aber unbedingt nächstes Jahr stattfinden.

BORDIGA: Ich nehme diese Aufklärung mit Freude zur Kenntnis. Das Mißverständnis wurde durch die ein wenig zu wörtliche Übersetzung der Rede des Gen. Eberlein verursacht.

GRÜN (Österreich): Genossen! Der 3. Kongreß der Komintern hat in bezug auf die organisatorische Arbeit der Komintern und der angeschlossenen Sektionen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die, wie Gen. Lenin in seinem Referat deutlich ausgeführt hat, bisher zum größten Teil auf dem Papier geblieben sind. Zum Teil ist dies erklärlich, begreiflich, verzeihlich. Als der 3. Kongreß diese organisatorischen Richtlinien aufgestellt hatte, war man noch, und mit Recht, der Ansicht, daß es möglich sein würde, bis zum 4. Kongreß die Konsolidierung der Kommunistischen Internationale durchzuführen. Man stand damals unmittelbar vor der Schaffung der tschechoslowakischen Partei und man glaubte, einen gewissen Abschluß in bezug auf die anderen Parteien auch schon in allernächste Nähe gerückt zu haben. Dies ist aber bisher nicht zur Tatsache geworden. Erst der 4. Kongreß wird die notwendige Konsolidierung der inzwischen verschmolzenen tschechoslowakischen Partei durchführen. Erst der 4. Kongreß wird aus der norwegischen Sektion, die eine Sammlung von Kollektivanschlüssen von Gewerkschaften ist, eine Partei machen, erst der 4. Kongreß wird die künftige große italienische Partei schaffen und die französische Partei konsolidieren. Wenn also ein großer Teil der organisatorischen Beschlüsse des 3. Kongresses bisher nicht durchgeführt werden konnte, so ist dies zu einem Teile verständlich, da die erwartete Konsolidierung der Sektionen bisher noch nicht eingetreten ist. Zu einem andern Teile ist es aber auch aus internatio-

nalen Gründen zu erklären, eben daraus, daß der internationale Apparat noch nicht auf den notwendigen Übergang von *der ersten Periode der Tätigkeit der Komintern, von der agitatorisch-demonstrativen Periode zur organisatorischen Periode eingestellt ist,* in die wir jetzt eintreten müssen und in die wir zum Teil bereits eingetreten sind. Die Anschauungen können verschieden sein, welche unmittelbaren organisatorischen Wirkungen die bevorstehende Verschmelzung der 2. und 2½ Internationale in der nächsten Zeit haben wird. Politisch wird sie der Komintern ohne Zweifel in einem absehbaren Zeitraum zugute kommen. Organisatorisch sind aber durch sie der Werbetätigkeit der Komintern nach außen wohl auf einige Zeit gewisse Grenzen gesteckt, und dieser Zeitraum, der vielleicht nur ein ganz kurzer sein wird, kann und soll ausgenutzt werden zur gründlichen Durchorganisierung der Komintern von oben bis unten. In dieser Beziehung sind ja von der Organisationskommission dem Kongreß Anträge vorgelegt worden, die eine Annäherung an dieses Ziel bedeuten.

Gen. Sinowjew hat in einem Artikel, der zu Beginn des Kongresses geschrieben ist, auf das *Endziel* der Reorganisierung der Exekutive hingewiesen. Es soll aus der bisher losen föderativen Form, in der die Exekutive bisher zusammengesetzt war, als Endziel ein straff organisiertes Zentralkomitee der *einen* großen Internationalen Kommunistischen Partei erreicht werden; die Anträge, die von der deutschen Delegation in der Organisationskommission gestellt worden sind, liefen darauf hinaus, *sofort* zu diesem straffen Zentralkomitee zu gelangen. Das ist aber vorläufig noch nicht ganz möglich. Wir haben noch nicht die konsolidierte internationale Partei, die ein straffes Zentralkomitee haben könnte, das ohne Rücksicht auf die Parteien zusammengestellt wäre.

Die Vorschläge, zu denen die Organisationskommission gelangt ist und die dem Kongreß vorgelegt werden, bilden den *Übergang* von dem bisherigen System, in dem die Exekutive ganz aus Vertretern der Sektionen bestand, zu dem Endziele des einheitlichen Zentralkomitees, das nicht nach den Wünschen der Sektionen zusammengesetzt wird, sondern das dadurch zustande kommt, daß nach den Wünschen des internationalen Kongresses diejenigen Kräfte bestimmt werden, die, von ihren Sektionen auf eine Zeitlang losgelöst, sich ausschließlich der Aufgabe hinzugeben haben, das Zentralkomitee der einheitlichen Internationalen Kommunistischen Partei zu bilden. Dieses Ziel wird hoffentlich auf dem 5. oder 6. Kongreß erreicht werden; die heutigen Vorschläge — darüber brauchen wir uns keinem Zweifel hinzugeben — sind bloß eine Annäherung an dieses Ziel.

Wir haben also Vorschläge der Kommission vor uns, welche einen Übergang darstellen, welche noch eine gewisse Berücksichtigung der Sektionen, die das Vorschlagsrecht auf dem Kongreß haben, beibehalten; es soll aber auch durch die größere Zahl, die für die Mitglieder der Exekutive vorgesehen ist, die Möglichkeit gegeben werden, daß die verschiedenen größeren und mittleren Parteien, unter Umständen die einzelnen Strömungen, die noch nicht ganz überwunden sind, ihre Vertretung innerhalb der Exekutive finden. In dieser Beziehung weist aber der Vorschlag der Engeren Kommission, die aus der erweiterten Organisationskommission gewählt wurde und die unmittelbar dem Kongreß

ihre Vorschläge erstattet hat, einen gewissen Mangel an Folgerichtigkeit auf.

Es sollen nämlich neben den 25 Mitgliedern vom Kongreß unmittelbar noch 10 Kandidaten gewählt werden. Nun wird es sich praktisch ergeben, daß diese 10 Kandidaten den größeren Parteien entnommen werden, bei denen man eher die Möglichkeit voraussieht, daß sie im Laufe des Jahres einen Wechsel in der Vertretung vornehmen, und bei denen man auch voraussieht, daß aus ihren Reihen Genossen bereitgehalten werden können, die im Bedarfsfalle von ihrer Arbeit im Bereich der Sektionen zur Arbeit im Bereich des Exekutiv-Komitees überzugehen haben.

Das ist ein gewisser Mangel an Folgerichtigkeit, denn wenn wir uns schon auf den Standpunkt stellen, daß die Exekutive vorläufig unter Berücksichtigung der Vorschläge der Sektionen gewählt werden soll, daß sie noch nicht das straffe Gebilde des einheitlichen Zentralkomitees ist, so müssen wir auch den kleineren und mittleren Parteien die Möglichkeit geben, ihre Beteiligung an der Arbeit der Exekutive auch dann zu sichern, wenn sich im Laufe des Jahres Änderungen in der Person des vom Kongreß gewählten Vertreters ergeben sollten und daß, wenn von Parteien Vertreter nachträglich bestimmt werden, sie der beschließenden Stimme verlustig gehen, daß die betreffende Partei dann höchstens mit beratender Stimme in der Exekutive der Internationale vertreten ist. Durch eine kleine Korrektur läßt sich diese Unvollkommenheit beseitigen.

Die Rechte des Kongresses werden in einer ganzen Anzahl von Fällen auf die *Erweiterte Exekutive* übertragen, deren Bedeutung ja dann noch mehr wachsen wird, wenn man vom nächsten Jahre an dazu übergehen wird, den Vollkongreß nur alle zwei Jahre einzuberufen. Es besteht kein Zweifel, daß die Tagungen der Erweiterten Exekutive sich dann zu einer Art *internationaler Konferenzen*, zu kleinen Kongressen entwickeln werden; und ich glaube, den Erweiterten Exekutiven, diesen künftigen nationalen Konferenzen, kann auch das Recht übertragen werden, in gewissen Fällen an Stelle des Kongresses die Exekutive zu ergänzen, wenn die eine oder andere Partei es für notwendig befindet, ihren Vertreter auszuwechseln. Selbstverständlich wird sich jede Partei hüten, das ohne Not zu tun, weil sie dabei Gefahr läuft, der beschließenden Stimme verlustig zu gehen wenn ihr die Erweiterte Exekutive nicht zustimmt.

In diesem Sinne liegt ein *Antrag der österreichischen Delegation* vor, der bei der endgültigen Redigierung zu berücksichtigen sein wird und dessen Annahme auch anderen kleineren und mittleren Parteien, deren Anzahl und Mitgliederzahl in der Kommunistischen Internationale in ständigem Wachsen ist, zugute kommen wird.

Was ich bisher gesagt habe, habe ich im Namen der österreichischen Delegation erklärt.

Was ich jetzt über den Ausbau des Zentralapparates der Kommunistischen Internationale sagen werde, sage ich persönlich auf Grund langjähriger Erfahrungen vor und nach dem Kriege und besonders auf Grund von Erfahrungen, die ich in meiner Tätigkeit in der Exekutive gesammelt habe.

Die Gliederung des Zentralapparates der Kommunistischen Internationale soll nach den Vorschlägen der Organisationskommission der Gliederung der Sektionen zum Vorbild dienen. Und das ist ohne Zweifel richtig. Sie muß derart gestaltet werden, daß sich entsprechende Stellen in den Zentralen der Sektionen herausbilden, mit denen ein entsprechender Verkehr eingeleitet und durchgeführt wird. Dieses Vorbild kann und soll erreicht werden, wenn eine noch schärfere Herausarbeitung stattfindet, eine straffere Gliederung eintritt, als sie der Vorschlag vorsieht.

Es sind im Vorschlag zwei Büros vorgesehen: ein Organisationsbüro und das Präsidium, das die Aufgaben eines politischen Büros zu erfüllen hat. Es ist einerlei, ob der Name Präsidium oder Politisches Büro lautet, es muß aber schärfer herausgearbeitet werden, daß die Büros Unterabteilungen der Exekutive sind. Das ist in dem Entwurf nicht mit genügender Schärfe herausgearbeitet. Außerdem erscheinen in dem jetzigen Entwurf die Abteilungen nicht deutlich den einzelnen Büros unterstellt, sondern neben sie gestellt. Es muß die Unterabteilung der Exekutive in die Büros und der Büros in die einzelnen Abteilungen deutlicher zum Ausdruck gebracht werden.

Weiter ist ein *Generalsekretär* des Präsidiums vorgesehen. Der Generalsekretär hat aber der *Sekretär der Exekutive* zu sein. Das Präsidium (das Politische Büro) muß eben so sehr seinen besonderen, ihm verantwortlichen *Sekretär* haben wie das *Organisationsbüro*.

Die übrigen Sekretäre, die sich in die Verantwortung für die einzelnen Abteilungen teilen, müssen auch in ein klares, organisatorisch durchaus unzweideutiges Verhältnis zu den übrigen Sekretären gebracht werden. Ich glaube, durch kleine Korrekturen an dem vorliegenden Entwurf ist es leicht zu erreichen, daß die Organisation des künftigen Zentralkomitees der Internationalen Kommunistischen Partei tatsächlich zum *Vorbild für die Organisation der Zentralen* der einzelnen Sektionen wird. Wir haben ja heute meines Wissens eigentlich schon zwei Parteien, die in bezug auf die Gliederung der Zentrale als Vorbild dienen können: das sind die *Kommunistische Partei Deutschlands* und die *Kommunistische Partei Österreichs*, in denen diese klare Gliederung bereits durchgeführt ist. Durch die Übernahme dieser Gliederung im internationalen Maßstabe kann dieses Vorbild auch in den übrigen Sektionen der Internationale verwirklicht werden, in denen dies bisher noch nicht der Fall war.

Ich möchte mit einem Vergleiche schließen. Die Kommunistische Internationale hatte bisher, wie ich einleitend sagte, vorwiegend demonstrativ agitatorische Aufgaben. Sie hatte sich in erster Linie mit der Zerstörung der vorhandenen Illusionen in der Arbeiterschaft und der Entlarvung der anderen Internationalen zu befassen. Dieser Aufgabe ist sie in vollem Maße gerecht geworden. Nun geht sie aber dazu über, sich selbst in weit höherem Maße zu organisieren. Wir sind an einem gewissen Abschluß unserer ersten Arbeit angelangt und wissen nicht, von welchem Zeitpunkte ab wir sie in gleichem oder größerem Maße fortsetzen werden können. Wir sind jedenfalls genötigt, uns intensiv organisatorisch durchzubilden. Bisher hatten wir ein *Werkzeug*, einen *Hammer*, einen schweren, wuchtigen Hammer, der oft mit größter Wirkung auf die Gegner niedergefallen ist, aber ein Werkzeug, das von mehreren Händen gehandhabt worden ist und

52*

nicht immer von den berufensten. Es wird notwendig sein, Maßnahmen zu treffen, daß sich das nicht wiederholen kann. Nun gehen wir zu einem andern Betriebe über, der *Präzisionsarbeit* erfordert. Da kommen wir mit diesem schweren wuchtigen Werkzeug, das bei vielen politischen Interventionen im Rahmen unserer eigenen Internationale schon schwer zu handhaben war und bei den künftigen organisatorischen Interventionen der Zentralleitung bei den einzelnen Sektionen noch schwerer zu handhaben sein würde, nicht mehr aus; wir müssen es vielmehr zu einem *Präzisionswerkzeug*, und nicht nur zu einem Präzisionswerkzeug, sondern bei den gesteigerten Aufgaben sogar zu einer *Präzisionsmaschine* ausgestalten. Wir müssen vom Handbetriebe zum Maschinenbetrieb übergehen, vom Handhammer zum Dampfhammer und noch besser zu einer elektrisch betriebenen Hammermaschine, die mit noch viel größerer Wucht auf die Feinde außen und innen niederschlagen kann, aber doch dabei die feinste Ziselierarbeit politischer und organisatorischer Art innerhalb der Kommunistischen Internationale zu leisten imstande ist. Was uns von der Kommission vorgeschlagen wird, bietet eine halbwegs brauchbare Grundlage dazu, und es kann durch etwas Nacharbeit, durch etwas Feinarbeit am Schluß des Kongresses das hergestellt werden, was wir für die Zukunft brauchen. Ich bin davon überzeugt, daß der Kongreß diese notwendige Arbeit der Umwandlung des Handwerkszeuges in eine Präzisionsmaschine leisten *kann* und leisten *wird*.

KATAYAMA (Japan): Genossen! Wir stimmen mit dem vom Gen. Eberlein gemachten Vorschlag überein. Ich möchte den Genossen hier die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Arbeit der Komintern und der Sparsamkeit mit ihren Kräften klarmachen. Bisher hat sich die Komintern mit den wichtigeren nationalen Fragen beschäftigt. Es ist selbstverständlich, daß wenn z. B. die Revolution in Deutschland Wirklichkeit wird, die Komintern der deutschen Frage sehr große Beachtung schenken wird, — darüber kann kein Zweifel herrschen; aber Genossen, die Bedeutung der Komintern ist international. Bisher haben wir zuviel Zeit mit nationalen Fragen und Propaganda gegen die 2. und 2½ Internationale verloren. Wir wünschen eine Zentralisation der Arbeit der Komintern herbei. Viele kommunistische Parteien im Westen können nicht über die Grenzen ihres Landes hinaussehen. Ich will ein Beispiel anführen: die mexikanische Partei, die noch ziemlich jung ist. Als ich in Mexiko war, suchte ich engere Beziehungen zwischen dieser Partei und der Kommunistischen Partei Amerikas herzustellen. Wir richteten an diese Partei viele Briefe und schickten ihr viele Artikel, aber die Briefe wurden niemals beantwortet und die Artikel niemals gedruckt. Die meisten von uns dachten, daß persönliche Gründe hier im Spiel waren. Aber nachdem ich Mexiko verlassen hatte, wandte sich ein Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei Mexikos an die amerikanische Partei mit einem Vorschlag der Zusammenarbeit; auch er erhielt keine Antwort. Das heißt, daß die amerikanische Partei noch niemals über die Grenze ihres Landes hinausgesehen hat. Das ist weder die Idee, noch das Prinzip der Komintern. Aus diesem Grunde unterstützen wir den Organisationsplan der Komintern.

Nun möchte ich von meinen Erfahrungen in Moskau während der letzten 10 Monate reden. Wenn man auf diesem Kongreß 25 Mitglieder und 10 Stellvertreter in die Exekutive wählt, möchte ich, daß man Genossen wählt, die als gute Kommunisten bekannt sind, Genossen, die wirklich ausführende Mitglieder der Komintern, und zwar nicht nur für ihr eigenes Land, sondern auch für alle anderen Länder sind. Es ist nötig, daß diese Genossen gute Kommunisten sind; zugleich müssen sie aber einen weiten Blick und einen weiten Horizont haben.

In der Vergangenheit hat das Präsidium eine große, wichtige und gute Arbeit geleistet. Aber wir haben hier Mitglieder der Exekutive aus verschiedenen Ländern gehabt, die manchmal gar nichts taten und sogar oft nicht einmal wußten, was in der Komintern vorging, oder was das Präsidium tat. Gewiß, manche wichtigen Angelegenheiten müssen auch den Exekutivmitgliedern der Komintern ein Geheimnis bleiben, dies muß so sein. Aber wählt vertrauenswürdige Genossen in das Exekutivkomitee, so daß sie etwas zur Arbeit der Komintern beitragen können. Wenn sie dies nicht tun können, sollten sie von dem Präsidium und der Komintern dazu erzogen werden. Das ist mein Gedanke, das ist meine Erfahrung. Wenn man eine Exekutive wählt, sollte man Genossen dazu aussuchen, denen vom Präsidium Vertrauen entgegengebracht werden kann.

Nun komme ich zur *Frage des Fernen Ostens.* Wie Gen. Eberlein schon gesagt hat, sollen wir als eine wichtige Sektion der Komintern anerkannt werden, denn in den nächsten Jahren wird der Ferne Osten der Mittelpunkt des Kapitalismus und Imperialismus werden. Im Osten haben wir nur kleine und schwache kommunistische Parteien, denen man helfen muß, der kommunistischen Bewegung in der ganzen Welt zu dienen. Wir speziell sollten als ein der Komintern direkt unterstehender Teil anerkannt werden; denn ein Teil des Fernen Ostens ist ja heute ein Teil Sowjetrußlands, ein Gebiet, wo Sowjetrußland und die russische Revolution dem Weltkapital und dem Weltimperialismus gegenüberstehen, so daß jedes Zusammentreffen der beiden und jede aggressive Aktion des Imperialismus die russische Revolution und die Sowjetregierung bedrohen. Aus diesem Grunde erstreben wir eine starke und gut organisierte Orientierung nach dem Osten, um den dortigen revolutionären Arbeitern und kommunistischen Parteien zu helfen.

EBERLEIN (Deutschland): Genossen! Aus der Diskussion ergibt sich, daß wesentliche Vorschläge für eine Abänderung unserer Thesen nicht gemacht worden sind. Wir dürfen daraus schließen, daß Sie im großen und ganzen mit unseren Vorschlägen einverstanden sind.

Gen. Bordiga hat zweifellos recht, wenn er sagt, daß die politische Durchbildung der Internationale und der Sektionen unsere Hauptaufgabe ist. Es ist selbstverständlich, daß Fehler und Mängel, die auf politischem Gebiet begangen werden, auch durch die beste Organisation nicht wettgemacht werden können, wenn die politische Linie, die politische Arbeit vernachlässigt oder auf einen falschen Weg geführt wird. Aber meine Aufgabe war es ja gerade, mich nicht mit den politischen Aufgaben des Kongresses, sondern mit der Organi-

sation zu beschäftigen. Alle anderen Tagesordnungspunkte beschäftigen sich ja in überreicher Zahl und in der Hauptsache mit den politischen Aufgaben der Internationale.

Ein Wort zu den Vorschlägen, die in der Diskussion gemacht worden sind! Gen. Bordiga hat mich wahrscheinlich falsch verstanden, wenn er glaubt, daß von jetzt an der Weltkongreß alle zwei Jahre stattfinden soll. Nein, auch unser Vorschlag geht dahin, im nächsten Jahre noch einen Weltkongreß abzuhalten und bis dahin zu überlegen, ob es für später zweckmäßig sei, die Weltkongresse in größeren Abständen zu veranstalten. Das wird zu einem wesentlichen Teil auch daran liegen, wie sich im Laufe des kommenden Jahres die erweiterten Sitzungen der Exekutive bewähren. Die wenigen Sitzungen, die im vergangenen Jahre gewesen sind, haben in dieser Beziehung wertvolle Arbeit geleistet, so daß wir glauben, daß auch in Zukunft die erweiterten Sitzungen einen wesentlichen Teil der Arbeit der künftigen Weltkongresse erledigen können, was sie um so besser können, als sie öfter und regelmäßiger stattfinden und die großen und wichtigen politischen Fragen dann nicht auf lange Zeit bis zu ihrer Entscheidung verschoben werden müssen. Wir glauben, daß die erweiterten Sitzungen als eine Art Ersatz für den Weltkongreß eine sehr gute Wirkung haben werden.

Wenn ich Gen. Bordiga richtig verstanden habe, dann sagte er zur Frage der Demissionen, daß die Demissionen von der Exekutive akzeptiert werden sollten, und daß die demissionierenden Mitglieder für einige Zeit — für 1 oder 2 Jahre — von der Parteiarbeit suspendiert werden sollen, daß sie also für ihre Demission eine Art Strafe bekommen.

Genossen! Dieser Auffassung sind wir nicht. Erstens haben wir in der Internationale nicht einen so großen Überfluß an tüchtigen politischen Kräften, als daß wir sie ohne weiteres für längere Zeit suspendieren könnten. Andererseits müssen schon aus disziplinarischen Gründen die Genossen mehr und mehr lernen, in der Kommunistischen Internationale sich dem Willen der Gesamtheit unterzuordnen, auch wenn in der einen oder anderen Frage ihre persönliche Auffassung mit dem gefaßten Beschluß nicht konform geht.

In all den Fällen, die bis jetzt vorlagen, zeigte es sich gerade, daß die Genossen sehr wohl auch weiter ihre Funktion ausüben können, wenn sie genug Disziplin und Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit zeigen. Selbstverständlich können Fälle eintreten, in denen Demissionen notwendig sind und in denen Demissionen auch angenommen werden müssen. In unseren Vorschlägen werden sie auch nicht generell verboten, sondern es wird die Zustimmung der Exekutive zu solchen Demissionen verlangt. Wir glauben, daß dann die Möglichkeit gegeben ist, auch den berechtigten Wünschen der Genossen Rechnung zu tragen, ihnen dort entgegenzukommen, wo es aus politischen oder persönlichen Gründen zweckmäßig erscheint.

Ich würde also der Kommission nicht vorschlagen, den Wunsch des Gen. Bordiga zu akzeptieren.

Gen. Grün erklärt, daß die Zahl der Kandidaten im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder der Exekutive zu gering sei.

Es dürfen nicht in jeder Sitzung neue Mitglieder erscheinen, die schon nach wenigen Sitzungen wieder verschwinden, und die nicht förderlich für die Arbeit, sondern ein Hindernis für die systematische und planmäßige Arbeit in der Exekutive und im Präsidium sind. Kommen Genossen aus anderen Ländern hierher oder werden Genossen aus anderen Ländern zu Verhandlungen hierher berufen, dann sollen sie die konkreten Aufgaben, die ihnen gestellt sind, erledigen und so schnell wie möglich zu ihrer Partei, zu ihrer Arbeit zurückkehren und nicht längere Zeit sich hier am Sitz der Exekutive aufhalten.

Die weitere Frage, die Gen. Grün anschneidet, beruht scheinbar auf einem Irrtum. Er sagt, die einzelnen Büros, die gebildet werden sollen, sind nicht streng und straff genug der Exekutive oder dem Präsidium unterstellt. Das entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir haben — und ich hebe das hervor — neben der Exekutive das Präsidium, das sich aus einer geringeren Zahl von Genossen zusammensetzt und das eigentliche politische Büro der Internationale ist.

Diesem politischen Büro sind alle Abteilungen unterstellt und verantwortlich. Ja, wir gehen darüber hinaus und haben bestimmt, daß alle wichtigsten Abteilungen verantwortlich von Mitgliedern des Präsidiums geleitet werden müssen, so daß das Organisationsbüro, das Agitations- und Propagandabüro und die Orientabteilung dem Präsidium direkt unterstehen, und die übrigen Abteilungen, die statistische Abteilung usw., dem Organisationsbüro unterstehen und von diesem geleitet werden müssen. Wir glauben, daß dadurch gerade das erreicht ist, was Gen. Grün wünscht.

Wir werden also, wie gesagt, die wenigen Vorschläge, die hier in der Diskussion gemacht worden sind, in der Kommission noch einmal prüfen und wir bitten Sie, wenn Ihnen heute oder morgen die Thesen vorgelegt werden, diese noch einmal genau nachzuprüfen und dann den Vorschlägen der Organisationskommission zuzustimmen.

RADIC (Jugoslavien): Die jugoslavische Delegation beantragt folgenden Aufruf zu erlassen:

„An die Arbeiterklasse der ganzen Welt!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Genossen!

Die reaktionäre Regierung des jungen jugoslavischen Kapitalismus hat im Laufe des in Jugoslavien seit 2 Jahren herrschenden weißen Terrors bereits mehrere Verbrechen am jugoslavischen kommunistischen Proletariat begangen. Ihre weißen Justizbehörden haben bereits mehrere Todesurteile gefällt. Eines ihrer Opfer soll dieser Tage hingerichtet werden.

Dieses neueste Opfer ist unser Gen. Keroschewic jun. Er wurde zum Tode verurteilt, weil er einer der Führer des Generalstreiks der jugoslavischen Grubenarbeiter im Jahre 1920 war.

Obwohl außerhalb des Gesetzes gestellt, haben das revolutionäre Proletariat Jugoslaviens und unsere Genossen die Möglichkeit gefunden, im Lande eine große Kampagne gegen dieses neueste Verbrechen der jugoslavischen Regierung einzuleiten. Auch haben sie an die Mitglieder der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale im Lande einen Aufruf gerichtet, in dem sie diese auffordern, gegen den

weißen Terror die Einheitsfront der gesamten jugoslavischen Arbeiterklasse zu bilden. Sie gaben eine ablehnende Antwort.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale gibt hiermit seiner unbedingten Solidarität mit dem kommunistischen Proletariat Jugoslaviens, das im Kampfe gegen die Reaktion steht, Ausdruck. Er richtet an das revolutionäre Proletariat aller Länder den Aufruf, sich mit seinen Protesten jenen des jugoslavischen Proletariats anzuschließen, und erklärt sich mit dem letzteren in seinem Kampfe gegen die Hinrichtung des Gen. Keroschewic vollständig solidarisch.

Mit den Führern, — wenn es möglich ist, ohne die Führer, — wenn es notwendig ist, muß die gesamte Arbeiterklasse der Welt ihren einmütigen und dröhnenden Protestruf erheben, um die Ausführung dieses jüngsten Verbrechens der jugoslavischen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Verbündeten zu verhindern.

Nieder mit dem weißen Terror!

Es lebe das kommunistische Proletariat Jugoslaviens!" (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig *angenommen.* Das Wort hat der Gen. Katayama zu einem Antrag.

KATAYAMA (Japan): Genossen! Die ägyptische Kommission ist verschiedene Male zusammengetreten; sie hat den Bericht der Sozialistischen Partei Ägyptens entgegengenommen und die Frage sehr gründlich diskutiert. Wir erkennen an, daß Ägypten eine wichtige Stelle einnimmt, einerseits als Grenze zwischen dem Osten und Westen und andererseits als Bindeglied zwischen dem Westen und Osten. Ägypten ist das Tor zum Fernen Osten und zum eigentlichen — Orient, und aus diesem Grunde ist die kommunistische Bewegung in Ägypten von Wichtigkeit.

Seit 40 Jahren ist das ägyptische Volk von englischen und französischen Imperialisten ausgebeutet. Der Weltkrieg hat eine Änderung des Verhaltens des ägyptischen Volkes zur Folge gehabt. Die Ägypter haben sich gegen den englischen Imperialismus aufgelehnt. Das ägyptische Kleinbürgertum und die ägyptischen Kapitalisten begnügen sich mit der nominellen Unabhängigkeit Ägyptens, aber die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter sind von dieser papiernen Unabhängigkeit nicht befriedigt. Sie wollen wirkliche Unabhängigkeit, und hier sollte die Komintern ihnen helfen. Wir, die ägyptische Kommission, stimmen darin überein, daß die kommunistische Bewegung in Ägypten unterstützt und ermuntert werden sollte. Eine starke kommunistische Bewegung sollte in Ägypten aufgebaut werden, um den Schlüssel zum Orient und dem Fernen Osten in ihrer Hand zu halten. Wenn in Indien ein Aufstand ausbrechen sollte, würde Ägypten, dank seiner geographischen Lage, der Schlüssel zur indischen Revolution sein und könnte diese Revolution durch die Blockade des Suezkanals unterstützen. Aus diesem Grunde wollen wir der ägyptischen kommunistischen Bewegung helfen und die ägyptische Sozialistische Partei anerkennen. Die Sozialistische Partei Ägyptens ist noch jung und in vieler Hinsicht noch unerfahren, trotzdem die ägyptischen Genossen für die Komintern

und nach den Direktiven der Komintern arbeiten. Aber wir möchten gewisse Bedingungen für die Zulassung der Partei zur Komintern aufstellen, und haben uns auf die folgende Resolution geeinigt:

„Nach verschiedenen Sitzungen ist die Kommission zu folgendem Schluß gekommen:

1. Der der Kommission vorgelegte Bericht des Delegierten der Sozialistischen Partei Ägyptens ist ein genügender Beweis dafür, daß die Sozialistische Partei Ägyptens eine sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Bewegung der Kommunistischen Internationale befindliche, wesentliche revolutionäre Bewegung vertritt.

2. Die Kommission hält es jedoch für notwendig, daß der Anschluß der Sozialistischen Partei Ägyptens aufgeschoben wird, bis

a) die Partei gewisse unerwünschte Elemente ausgeschlossen hat;

b) die Partei einen Kongreß einberufen hat, auf dem der Versuch gemacht werden soll, die augenblicklich außerhalb der Partei existierenden kommunistischen Elemente in Ägypten, die die 21 Bedingungen der KI. annehmen wollen, der Sozialistischen Partei Ägyptens zuzuführen;

c) die Partei ihren Namen in „Kommunistische Partei Ägyptens" umgewandelt hat.

3. Der Sozialistischen Partei Ägyptens wird hiermit aufgetragen, zu dem obigen Zweck bald, und zwar nicht später als bis zum 15. Januar 1923, einen Kongreß einzuberufen.

VORSITZENDER: Es macht sich die Bildung einer Kommission zur Entscheidung der *koreanischen* Frage notwendig. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, in diese Kommission folgende Mitglieder zu entsenden:

Felix Kon, Katayama, Chen-Tu-Shiu, Manner, Pruchniak, Kuusinen, Wojtinski, Zetkin.

Wenn Einwände dagegen nicht erhoben werden, nehme ich an, daß Sie mit der Bildung dieser Kommission und der Entsendung der genannten Mitglieder in diese Kommission einverstanden sind.

Einwände werden nicht erhoben.

Das Wort zu einem Bericht über die Beschlüsse der Kommission der *Negerfrage* hat Genossin Sascha.

SASCHA (Amerika): Genossen! Ich werde jetzt die zwecks Klarstellung und Erweiterung zurückgegebene These über die Negerfrage vorlesen und hoffe, daß sie einstimmig vom Kongreß angenommen wird:

Während und nach dem Kriege entwickelte sich unter den kolonialen und halbkolonialen Völkern gegen die Macht des Weltkapitals eine Aufstandsbewegung, die immer noch erfolgreiche Fortschritte macht. Die Durchdringung und die intensive Kolonisierung der von den schwarzen Rassen bewohnten Gebiete ist das letzte große Problem, von dessen Lösung die weitere Entwicklung des Kapitalismus selbst abhängt. Der französische Kapitalismus hat klar erkannt, daß der französische Nachkriegsimperialismus sich nur durch die Schaffung eines französischen afrikanischen Reiches halten kann, das durch eine Transsahara-Bahn mit dem Mutterlande verbunden wird. Amerikas Finanzmagnaten (die in den Vereinigten Staaten schon 12 Millionen

Neger ausbeuten), haben nun die friedliche Durchdringung Afrikas aufgenommen. Die Furcht, die England vor einer Bedrohung seiner Position in Afrika hat, zeigt sich deutlich in den extremen Mitteln, die zur Unterdrückung des Randstreiks (Südafrika) angewandt wurden. Geradeso wie am Stillen Ozean, als Resultat des Wettbewerbs zwischen den dortigen imperialistischen Mächten, die Gefahr eines neuen Weltkrieges akut geworden ist, so gibt es auch unheildrohende Anzeichen dafür, daß Afrika das Objekt ihrer rivalisierenden Bestrebungen wird. Außerdem haben der Krieg, die russische Revolution und die großen aufständischen Bewegungen der asiatischen und muselmanischen Völkerschaften gegen den Imperialismus auch das Rassenbewußtsein von Millionen von Negern geweckt, die der Kapitalismus seit Jahrhunderten nicht nur in Afrika, sondern auch, und vielleicht noch mehr, in Amerika unterdrückt und erniedrigt hat.

Die Geschichte des Negers in Amerika befähigt ihn dazu, eine wichtige Rolle in dem Befreiungskampf der ganzen afrikanischen Rasse zu spielen. Vor 300 Jahren wurde der amerikanische Neger von seinem Heimatboden fortgeschleppt, unter den grausamsten und unbeschreiblichsten Bedingungen auf Sklavenschiffe gebracht und in die Sklaverei verkauft. Seit 250 Jahren hat er als Sklave unter der Peitsche amerikanischer Aufseher gearbeitet. Seine Arbeitskraft lichtete die Wälder, baute die Wege, pflanzte die Baumwolle, legte das Geleise der Eisenbahnen und unterhielt die Aristokratie des Südens. Sein Lohn war Armut, Unwissenheit, Erniedrigung und Elend. Der Neger war kein genügsamer Sklave; seine Geschichte erzählt von Aufständen, Aufruhr und unterirdischen Methoden zur Erlangung der Freiheit. Aber alle seine Kämpfe wurden in barbarischer Weise unterdrückt. Er wurde mit der Tortur zur Unterwerfung gezwungen und die bürgerliche Presse und Religion erklärten sein Sklaventum als berechtigt. Die Sklaverei wuchs sich zu einem Hindernis auf dem Weg der Entwicklung Amerikas auf kapitalistischer Basis aus; in dem Kampfe zwischen Leibeigenschaft und Lohnsklaverei mußte die Leibeigenschaft unterliegen. Der Bürgerkrieg, der kein Krieg zur Befreiung der Neger, sondern zur Erhaltung der industriellen Vorherrschaft des Kapitals in den nördlichen Staaten war, stellte die Neger vor die Wahl zwischen Sklaverei im Süden und Lohnsklaverei im Norden. Die Sehnen, das Blut und die Tränen des „befreiten" Negers waren ein Teil des Baumaterials des amerikanischen Kapitalismus, und als Amerika, mittlerweile zur Weltmachtstellung emporgestiegen, unabwendbar in den Strudel des Weltkriegs hineingerissen wurde, wurde der Neger als dem Weißen ebenbürtig erklärt. Er durfte für die „Demokratie" töten und sich töten lassen. 400 000 farbige Arbeiter wurden in die amerikanische Armee eingezogen und in Negerregimentern zusammengeschlossen. Unmittelbar nach den schrecklichen Opfern des Weltkrieges sah sich der zurückkehrende Neger Rassenverfolgungen, dem Lynchen, Mord, Entziehung des Stimmrechts, Ungleichheiten zwischen ihm und den Weißen gegenüber. Er wehrte sich und mußte dafür teuer zahlen. Die Verfolgung der Neger wurde intensiver und weitgehender als vor dem Kriege, bis sie gelernt hatten, ihre „Überhebung" zu vergessen. Die Nachkriegsindustrialisierung der Neger im Norden und der durch die Verfolgungen und Brutalitäten nach dem Kriege hervorgerufene Geist der Rebellion

(der, obschon unterdrückt, doch emporlodert, wenn Scheußlichkeiten, wie sie in Tulsa stattfanden, Protest erzeugen) weisen dem amerikanischen Neger, und speziell dem im Norden, einen Platz in der Vorhut des Kampfes gegen die Unterdrückung in Afrika an.

Die Kommunistische Internationale beobachtet mit Genugtuung, wie die ausgebeuteten Neger sich dem Angriff der Ausbeuter widersetzen, denn der Feind seiner Rasse und der Feind der weißen Arbeiter sind identisch: der Kapitalismus und der Imperialismus. Der internationale Kampf der Negerrasse ist ein Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Die Negerbewegung der Welt muß auf dieser Basis organisiert werden, und zwar in Amerika, dem Zentrum der Negerkultur und dem Kristallisationspunkt der Negerproteste; in Afrika, dem Reservoir menschlicher Arbeitskraft für die weitere Entwicklung des Kapitalismus; in Zentralamerika (Costa-Rica, Guatemala, Kolumbia, Nicaragua und anderen „unabhängigen" Republiken), wo der amerikanische Imperialismus vorherrscht; in Porto-Rico, Haiti, San-Domingo und auf anderen Inseln im Karaibischen Meer, wo die brutale Behandlung unserer schwarzen Mitmenschen durch die amerikanischen Besatzungstruppen einen Protest der bewußten Neger und der revolutionären weißen Arbeiter in der ganzen Welt hervorgerufen hat; in Südafrika und im Kongo, wo die sich verstärkende Industrialisierung der Negerbevölkerung verschiedenartige Ausbrüche zur Folge gehabt hat; in Ostafrika, wo das gegenwärtig vor sich gehende Eindringen des Weltkapitals die Eingeborenen zu aktivem Widerstand gegen den Imperialismus treibt.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Internationale, die Neger darauf hinzuweisen, daß sie nicht das einzige Volk sind, das unter der Unterdrückung des Imperialismus und Kapitalismus zu leiden hat, daß die Arbeiter und Bauern Europas, Asiens und Amerikas auch Opfer der imperialistischen Ausbeuter sind, daß in Indien und China, in Persien und der Türkei, in Ägypten und Marokko sich die unterdrückten farbigen Völker heroisch gegen die imperialistischen Ausbeuter wehren, daß diese Völker sich gegen dieselben Mißstände auflehnen, gegen die sich auch die Neger empören, — Rassenunterdrückung, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten und intensive industrielle Ausbeutung, daß diese Völker für dieselben Ziele wie die Neger kämpfen, — die politische, wirtschaftliche und soziale Befreiung und Gleichberechtigung.

Die Kommunistische Internationale, die den weltumspannenden Kampf der revolutionären Arbeiter und Bauern gegen die Macht des Imperialismus verkörpert, die Kommunistische Internationale, die nicht nur die Organisation der geknechteten weißen Arbeiter in Europa und Amerika ist, sondern auch die Organisation der unterdrückten farbigen Völker der Welt, hält es für ihre Pflicht, die internationale Organisation der Neger in ihrem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zu unterstützen und zu fördern.

Das Negerproblem ist zur lebenswichtigen Frage der Weltrevolution geworden; die Kommunistische Internationale, die bereits eingesehen hat, was für eine wertvolle Hilfe die asiatischen farbigen Völker in den Halbkolonialländern der proletarischen Revolution sein können, betrachtet auch die Mithilfe unserer unterdrückten schwarzen Mitmenschen als

absolut notwendig für die proletarische Revolution und die Zerstörung der kapitalistischen Macht. Der 4. Kongreß erklärt es aus diesem Grunde für die spezielle Pflicht der Kommunisten, die *„Thesen über die Kolonialfrage“* auch auf das Negerproblem anzuwenden.

1. Der 4. Kongreß anerkennt die Notwendigkeit, jede Form der Negerbewegung, die den Kapitalismus entweder unterminiert oder schwächt oder seinem weiteren Vordringen Hindernisse in den Weg legt, zu unterstützen.

2. Die Kommunistische Internationale wird für die Gleichheit der weißen und der schwarzen Rasse kämpfen, für gleiche Löhne und gleiche politische und soziale Rechte.

3. Die Kommunistische Internationale wird sich jedes ihr zur Verfügung stehenden Mittels bedienen, um die Gewerkschaften zu zwingen, schwarze Arbeiter aufzunehmen, oder wo dieses Recht dem Namen nach schon besteht, eine spezielle Propaganda für den Eintritt der Neger in die Gewerkschaften durchzuführen. Wenn sich dies als unmöglich erweisen sollte, wird die Kommunistische Internationale die Neger in eigenen Gewerkschaften organisieren und sich speziell der Einheitsfronttaktik bedienen, um ihre Zulassung zu erzwingen.

4. Die Kommunistische Internationale wird sofort Schritte unternehmen, um einen allgemeinen Negerkongreß oder eine allgemeine Negerkonferenz einzuberufen.

Nun, Genossen, möchte ich noch einige Worte über die Negerfrage hinzufügen, und zwar betreffs des Paragraphen über die Negerarbeiter und die Gewerkschaften. In der American Federation of Labor z. B. werden die Neger in den meisten Gewerkschaften nominell zugelassen. Aber es werden, mit Ausnahme vereinzelter Fälle, absolut keine Anstrengungen gemacht, um die Neger in die Reihe der Gewerkschaften hineinzuziehen. In den Vereinigten Staaten haben wir ein Parteiinstrument, mit dem wir auf die American Federation of Labor einen Druck ausüben können, um die farbigen Arbeiter zuzulassen. Wir müssen eine definitive Kampagne organisieren, um dies zu erreichen. Gerade so wie unsere Parteieinheiten bemüht sind, die radikalen Elemente in den Gewerkschaften zu kristallisieren, so können wir auch, langsam, klar und in definitiver Weise, für die Aufnahme der Neger in die Gewerkschaften arbeiten. Wenn wir eine solche Kampagne in den in Betracht kommenden Ländern durchführen, Genossen, und wenn wir dann finden sollten, daß sie ein Mißerfolg war, dann wird es unsere Pflicht sein, die Neger in Negergewerkschaften zusammenzufassen, die weißen und die schwarzen Arbeiter, die eine Einheitsfront bilden wollen, zusammenzubringen und unsere Kampagne für die Aufnahme durchzuführen, und zwar hauptsächlich auf industriellem Gebiet, wo die schwarzen und die weißen Arbeiter Seite an Seite arbeiten, wo sie streiken und zusammen durch die wirtschaftliche Unterdrückung des Kapitalismus leiden. Dann können wir hoffen, die Einheit, das Verständnis und das Bindemittel zu schaffen, die diese Arbeiter durch eine gemeinsame Organisation einmal in den Kampf bringen. Der Kongreß hat selbstverständlich, wie ich glaube, einen großen Schritt in der richtigen Richtung getan, indem er sich für eine allgemeine Negerkonferenz erklärte. Aber unsere Hauptarbeit ist die Aufnahme der in der Industrie

beschäftigten Neger in die Gewerkschaften, wo sie auf gleichem Fuße mit den weißen Arbeitern den Kampf für die gleiche Befreiung führen werden.

Genossen, ich möchte diejenigen unter Euch bitten, in deren Ländern es schwarze und farbige Arbeiter gibt, auf der Basis der Kommunistischen Internationale ein Programm zu entwerfen, das Euch mit Instruktionen versieht, um den Kampf, und zwar speziell in den Gewerkschaften, fortzuführen. Ich bitte Euch, nicht zuzugeben, daß diese Thesen tote Buchstaben bleiben, sondern sie in die Praxis umzusetzen, und den schwarzen Arbeiter zu einem lebenswichtigen Teile der Kommunistischen Internationale zu machen.

VORSITZENDER: Die Resolution ist Ihnen in der Übersetzung zugegangen und verlesen worden. Wir kommen zur Abstimmung über diese Resolution in der Negerfrage. (Einstimmig angenommen.)

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Gen. Varga wird über die Beschlüsse der neu eingesetzten Agrarkommission berichten, die einige Änderungen an der vorgelegten Resolution vorgenommen hat.

VARGA (Ungarn): Werte Genossen! Wie Sie wissen, wurde nach der Agrardebatte eine neue Redaktionskommission eingesetzt, um gewisse Änderungen an dem vorgelegten Entwurf vorzunehmen. Die Arbeit der Redaktionskommission wurde vor allem durch einen Brief des Gen. Lenin gelenkt. In diesem Briefe, der den meisten Genossen bekannt ist — er wurde in vier Sprachen verteilt —, wies Gen. Lenin darauf hin, daß man auch den kleinsten Anschein vermeiden müsse, als ob zwischen der Resolution des 2. Kongresses in der Agrarfrage und zwischen dem gegenwärtigen agrarischen Aktionsprogramm irgendein tatsächlicher oder auch nur scheinbarer Widerspruch bestände, welcher Widerspruch unseren Feinden die Möglichkeit gäbe, uns den Vorwurf zu machen, daß wir unsere Ansichten alle zwei Jahre ändern. Die Redaktionskommission hat daher sehr sorgfältig die Thesen des 2. Kongresses mit diesem Aktionsprogramm verglichen und jene Stellen, wo die Möglichkeit eines Mißverständnisses vorliegen könnte, geändert. Die vorgenommenen Änderungen wurden bereits in deutscher und französischer Sprache verteilt. Ich will sie hier ganz kurz anführen.

Die wichtigste Änderung ist die eines Untertitels, der folgendermaßen heißt:

„Anweisung zur Anwendung der Agrarthesen des 2. Kongresses.“

Durch diesen Untertitel wollen wir andeuten, daß dieses agrarische Aktionsprogramm in unmittelbarstem Zusammenhang mit den Thesen des 2. Kongresses steht und nicht etwas ist, was diesen in irgend einer Weise widersprechen oder sie abändern soll.

Zu Punkt 1 wurde ein Satz hinzugefügt. Am Schluß der Definition, was man unter einem armen Bauern versteht, wurden die Worte hinzugefügt:

„Oder in anderer Weise vom Großgrundbesitz oder Kapital ausgebeutet werden.“

Wir dachten hierbei an jene Kategorien, die zwar unmittelbar keine Lohnarbeit verrichten, die aber durch Schuldknechtschaft, durch

Teilpachtungen, durch Pachtungen zu außerordentlich schweren Bedingungen ausgebeutet werden und tatsächlich zum ländlichen Halbproletariat gehören, trotz des Scheines der selbständigen Wirtschaftsführung.

Geändert wurde dann der Punkt 5, 2. Absatz, der über die Bewegung in den Kolonialländern spricht, und zwar deshalb, weil es hier zwei Typen dieser Länder gibt. Der eine Typus wird z. B. durch die Türkei repräsentiert, wo gegenwärtig die Bauern mit den feudalen Grundherren gemeinsam gegen den fremden Imperialismus kämpfen. Der andere Typus, den wir ursprünglich im Sinne hatten, ist der Typus Indiens, wo die feudalen Grundherren mit den Imperialisten zusammen gegen die Bauern kämpfen.

In der Türkei wird der Kampf der Bauern gegen die feudalen Grundherren beginnen, wenn der nationale Befreiungskampf, der Kampf gegen Frankreich und England beendet sein wird.

In Indien ist der Kampf gegen den Imperialismus zugleich ein Kampf gegen die feudalen Grundherren. Wir haben diese Abteilung in zwei Teile zerlegt, um diesen Unterschied hervorzuheben.

In Punkt 6, dort, wo wir davon sprechen, daß die KP. die Streiks der landwirtschaftlichen Arbeiter unterstützt, haben wir einen Satz eingefügt:

„im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die dem landwirtschaftlichen Proletariat bei seinem Kampf in den Rücken fallen."

Das ist in vielen Ländern geschehen, vor allem in Deutschland, wo die Sozialdemokratie offiziell gegen die Streiks der Landarbeiter Stellung nahm, weil die Landwirtschaft „ein lebenswichtiger Betrieb" sei. Wir wollten daher auf den Unterschied des Verhaltens der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei hinweisen.

In Punkt 7 wurde nur ein Satz eingefügt, der irrtümlicherweise bei der Abschrift der Resolution auf der Schreibmaschine ausgeblieben ist: Er heißt:

„Gegen die Ausbeutung durch das Leih- und Wucherkapital, welche die armen Bauern in die Schuldknechtschaft zwingen."

In Punkt 9 wurde dort, wo davon die Rede ist, daß eine bürgerliche Agrarreform den rein proletarischen Elementen nichts bieten kann, eingefügt:

„und halbproletarischen Elementen",

da gewisse halbproletarische Elemente, die einen ungenügenden Besitz an Produktionsmitteln haben, wenn sie zu bürgerlichen Bedingungen Land bekommen, unweigerlich in die Schuldknechtschaft der Banken versinken und ihre Lebenslage nicht verbessern können.

In Punkt 10 haben wir, ebenfalls von dem Bestreben ausgehend, die Einheit dieses Aktionsprogramms mit den Thesen des 2. Kongresses stärker hervorzuheben, an jene Stelle, an der wir schrieben „im Sinne der Thesen des 2. Kongresses" ein ziemlich umfangreiches Zitat aus diesen Thesen selbst gesetzt. Ich glaube, es ist überflüssig, dieses Zitat vorzulesen, da der Text in den Händen der Delegationen ist.

Endlich zum Schluß haben wir im letzten Punkt, wo wir davon sprechen, daß die agrarischen Parteien, die Großbauern und Großgrundbesitzer, bestrebt sind, die scheinbaren oder nebensächlichen Inter-

essengegensätze zwischen den eigentlichen Landarbeitern und den Kleinbauern, den Zwergbauern, aufzubauschen, „und nebensächliche" gestrichen. Wir sind davon ausgegangen, daß es sich um wirklich ganz nebensächliche Interessengegensätze hierbei handelt, die wir ruhig als nichtexistierend annehmen können. Um unseren Gegnern nicht die Möglichkeit zu geben, darauf hinweisen zu können, daß die Kommunistische Partei in ihrem Aktionsprogramm es selbst anerkennt, daß Interessengegensätze, wenn auch nebensächliche, zwischen echten landwirtschaftlichen Proletariern und Zwergbauern bestehen können, haben wir es für richtig gehalten, diese zwei Worte zu streichen.

Ich glaube nun, Genossen, daß auf diese Weise jeder Grund zu jenen Befürchtungen, die der Gen. Lenin hegte, daß irgend ein Widerspruch aus diesem Aktionsprogramm zu den Thesen des 2. Kongresses herausgelesen oder hineininterpretiert werden könnte, vollkommen und endgültig aus dem Wege geräumt ist.

Was die wirkliche Differenz anbelangt, die zwischen den Thesen des 2. Kongresses und dem Aktionsprogramm besteht, so ist das der Hinweis in dem Aktionsprogramm auf die Notwendigkeit der Anknüpfung an die tatsächlichen Bedürfnisse sowohl des landwirtschaftlichen Proletariats im engeren Sinne, als auch aller arbeitenden Schichten auf dem Lande. Dieser Unterschied ist, wie ich schon in meinem ersten Referat sagte, durch die gegenwärtige historische Lage, durch die Notwendigkeit bedingt, in ähnlicher Weise, wie wir es im Sinne der Einheitsfronttaktik bei den industriellen Arbeitern machen, auch an die täglichen Interessen der weiten Schichten der landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung anzuknüpfen. Dieser Unterschied ist natürlich notwendig, aber es ist kein Unterschied des Wesens, sondern ein Unterschied der durch die veränderte historische Lage bedingten, geänderten Taktik und Methode unseres Herankommens an die breiten Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Ich glaube, Genossen, daß nach diesen redaktionellen Änderungen der Kongreß mit voller Ruhe dieses Aktionsprogramm annehmen kann und daß die einzelnen Parteien, wenn sie genügend Kräfte in diese Arbeit werfen, auf dieser Grundlage mit großem tatsächlichem Erfolge werden arbeiten können. (Beifall.)

VORSITZENDER: Die endgültige Fassung des agrarischen Aktionsprogramms lautet folgendermaßen:

AGRARISCHES AKTIONSPROGRAMM.

Anweisung zur Anwendung der Agrarthesen des 2. Kongresses.

Die Grundlagen unseres Verhältnisses zu den arbeitenden Massen auf dem Lande wurden bereits in den Agrarthesen des 2. Kongresses festgestellt. In der gegenwärtigen Phase der Offensive des Kapitals gewinnt die Agrarfrage eine erhöhte Bedeutung. Der 4. Kongreß ermahnt alle Parteien, die Gewinnung der arbeitenden Massen auf dem Lande mit aller Kraft zu betreiben und stellt für diese Arbeit folgende Richtlinien auf.

1. Die große Masse der ländlichen Proletarier und armen Bauern, die nicht genug eigenes Land besitzen und teilweise Lohnarbeit ver-

richten müssen, oder in anderer Weise vom Großgrundbesitz oder Kapital ausgebeutet werden, können nur durch eine proletarische Revolution aus ihrer gegenwärtigen Knechtschaft und von den im Kapitalismus unvermeidlichen Kriegen endgültig befreit werden: eine Revolution, die den Grund und Boden der Großgrundbesitzer samt aller Produktionsmittel ohne Entschädigung konfisziert und den Arbeitenden zur Verfügung stellt, die an Stelle des Staates der Großgrundbesitzer und Kapitalisten den Sowjetstaat der Proletarier und werktätigen Bauern setzt und auf diese Weise den Weg zum Kommunismus ebnet.

2. In dem Kampf gegen den Staat der Großgrundbesitzer und Kapitalisten sind die arbeitenden, armen Bauern und Kleinpächter die natürlichen Kampfgenossen des landwirtschaftlichen und industriellen Proletariats. Der Anschluß ihrer revolutionären Bewegung an den Kampf des Proletariats in Stadt und Land fördert wesentlich den Sturz des bürgerlichen Staates; während das städtische Proletariat die politische Macht ergreift, die Produktionsmittel der Bourgeoisie enteignet, bemächtigen sich das ländliche Proletariat und die armen Bauern des Grund und Bodens, verjagen die Großgrundbesitzer und bereiten der Herrschaft der Agrarier und Bourgeoisie auf dem Lande ein Ende.

3. Um außer den landwirtschaftlichen Arbeitern auch die armen Bauern (Zwergbauern, Kleinpächter und ein Teil der Kleinbauern) für die Sache der Revolution, die Mittelbauern aber für eine wohlwollende Neutralität zu gewinnen, müssen letztere Schichten dem Einfluß und der Führung der mit den Großgrundbesitzern verbundenen Großbauern entrissen werden. Sie müssen zu der Einsicht gelangen, daß, da ihre Interessen nicht mit jenen der Großbauern, sondern mit jenen des Proletariats zusammenfallen — nur die revolutionäre Partei des Proletariats, die Kommunistische Partei, ihr Führer im Kampfe sein kann. Um diese Loslösung der armen Bauern von der Führung der Grundbesitzer und Großbauern zu beschleunigen, genügt das bloße Aufstellen eines Programms oder die Entfaltung einer Propaganda nicht: die Kommunistische Partei muß durch *fortgesetzte Aktionen* im Interesse dieser Schichten den Beweis erbringen, daß sie tatsächlich die Partei aller Arbeitenden und Unterdrückten ist.

4. Die Kommunistische Partei stellt sich daher an die Spitze jedes Kampfes, den die arbeitenden Massen des Landes gegen die herrschenden Klassen führen. An die Tagesforderungen dieser Schichten innerhalb des Kapitalismus anknüpfend, vereinigt die Kommunistische Partei die zersplitterten Kräfte der Arbeitenden auf dem Lande, steigert ihren Kampfeswillen, unterstützt den Kampf durch Einsetzen der Kräfte des industriellen Proletariats, weist denselben stets neue und in die Richtung auf die Revolution führende Ziele. Der gemeinsam mit den industriellen Arbeitern geführte Kampf, die Tatsache, daß industrielle Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei für die Interessen der Arbeiter und armen Bauern auf dem Lande kämpfen, wird diese davon überzeugen, daß 1. es nur die Kommunistische Partei ehrlich mit ihnen meint, während alle anderen, sowohl agrarischen wie sozialdemokratischen Parteien trotz demagogischer Phrasen sie nur betrügen wollen und tatsächlich im Dienste der Großgrundbesitzer und Kapitalisten stehen; 2. daß innerhalb des Kapitalismus eine endgültige Verbesserung der Lage der Arbeiter und armen Bauern unmöglich ist.

5. Unsere konkreten Kampfesforderungen müssen sich den verschiedenen Arten der Abhängigkeit und Unterdrückung der Arbeiter, der armen Bauern und mittleren Bauern durch Grundbesitzer und Kapitalisten, wie auch den Interessen der einzelnen Schichten anpassen.

In den *Kolonialländern mit unterdrückter, eingeborener Bauernbevölkerung* wird der nationale Befreiungskampf entweder von der ganzen Bevölkerung gemeinsam geführt, wie z. B. in der Türkei; in diesem Falle beginnt der Kampf der unterdrückten Bauernschaft gegen die Grundbesitzer unvermeidlich nach dem Sieg des Befreiungskampfes; oder die feudalen Grundherren stehen im Bündnis mit den imperialistischen Räubern; in diesen Ländern, z. B. in Indien, fällt der soziale Kampf der unterdrückten Bauern mit dem nationalen Befreiungskampf zusammen.

In jenen Gebieten, wo auf dem Lande noch *starke Reste des Feudalismus* bestehen, wo die bürgerliche Revolution ihre Aufgabe nicht beendet hat, wo mit dem Großgrundbesitz noch feudale Vorrechte verknüpft sind, müssen diese Vorrechte im Verlauf des Kampfes um den Boden, welcher hier von entscheidender Wichtigkeit ist, aus dem Wege geräumt werden.

6. In allen Ländern, wo es ein eigentliches landwirtschaftliches Proletariat gibt, ist diese Schicht zum wichtigsten Faktor der revolutionären Bewegung auf dem Lande bestimmt. Die KP unterstützt, organisiert und vertieft im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die dem ländlichen Proletariat bei seinen Kämpfen in den Rücken fallen, alle Kämpfe des landwirtschaftlichen Proletariats zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage. Um die Revolutionierung des Landproletariats zu beschleunigen und es für den Kampf um die Diktatur des Proletariats, die sie allein von der Ausbeutung endgültig befreien kann, zu schulen, unterstützt die KP. das landwirtschaftliche Proletariat in seinem Kampfe um die *Erhöhung des Reallohnes:*

Verbesserung der gesamten Arbeits-, Wohn- und Kulturverhältnisse, volle Freiheit der Versammlungen, der Vereinigung, der gewerkschaftlichen Bewegung, der Streiks, der Presse usw., zum mindestens dieselben Rechte, wie sie die industrielle Arbeiterschaft besitzt:

Achtstundentag durchschnittlich im Jahre, Versicherung gegen Unfälle, Altersversicherung, Verbot der Lohnarbeit der Kinder, Ausbau des Berufsschulwesens usw., zumindest die Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung, wie sie für das Proletariat besteht.

7. Die Kommunistische Partei kämpft bis zu der Zeit, wo die Bauern durch die soziale Revolution endgültig aus ihrer Knechtschaft befreit werden, gegen alle Arten von Ausbeutung der armen und mittleren Bauernschaft durch das Kapital, gegen die Ausbeutung durch das Leih- und Wucherkapital, welches die armen Bauern in die Schuldknechtschaft zwingt.

Gegen die Ausbeutung durch das *Handels- und Spekulationskapital,* welches die geringen Produktionsüberschüsse der armen Bauern billig aufkauft und zu teueren Preisen an das städtische Proletariat absetzt. Die KP. tritt ein für die Ausschaltung dieses parasitären Spekulationskapitals und eine unmittelbare Verbindung zwischen den Ge-

nossenschaften der kleinen Bauern und den Konsumgenossenschaften des städtischen Proletariats, gegen die Ausbeutung durch das *Industriekapital,* welches seine Monopolstellung dazu ausnutzt, die Preise der industriellen Waren künstlich hochzuhalten. Wir kämpfen daher für die Belieferung der armen Bauern mit Produktionsmitteln (Kunstdünger, Maschinen usw.) zu einem verbilligten Preise. Die industriellen Betriebsräte sollen durch die Preiskontrolle hierbei mitwirken.

Gegen die Ausbeutung durch das private Monopol des Transportwesens, wie es vor allem in den angelsächsischen Ländern der Fall ist.

Gegen die Ausbeutung durch den kapitalistischen Staat, der in seinem Steuersystem die armen Bauern zugunsten der Großgrundbesitzer einseitig belastet. Wir fordern vollkommene Steuerfreiheit für die armen Bauern.

8. Die schwerste Ausbeutung erleidet aber die landarme Bevölkerung in allen Nicht-Kolonialländern durch das *Privateigentum der Großgrundbesitzer* an Grund und Boden. Die landarmen Bauern sind, um ihre Arbeitskraft voll auszunutzen und um überhaupt leben zu können, gezwungen, für Hungerlöhne bei den Großgrundbesitzern zu arbeiten oder Boden zu so hohen Preisen zu pachten oder zu kaufen, daß ein Teil des Arbeitslohnes den arbeitenden Bauern geraubt und den Großgrundbesitzern zugeschanzt wird. Der Mangel an Boden zwingt die landarmen Bauern unter modernen Formen die mittelalterliche Knechtschaft auf sich zu nehmen. Die KP. kämpft daher für die Konfiszierung des Besitzes samt Einrichtung und Verfügungstellung des Bodens an jene, die ihn tatsächlich bearbeiten. Bis dies durch die proletarische Revolution erkämpft wird, unterstützt die KP. den Kampf der landarmen Bauern um die:

a) Verbesserung der Lebenslage der Teilpächter (Motar-Mezzadrias) durch Herabsetzung des Anteils, den der Besitzer erhält,

b) Herabsetzung der Pachten für Kleinpachtungen, eine unbedingte Vergütung der vom Pächter gemachten Verbesserungen bei Ablauf des Pachtvertrages usw. Die von den Kommunisten geführten Gewerkschaften der landwirtschaftlichen Arbeiter werden die Kleinpächter in diesem Kampfe unterstützen, z. B. keine Arbeit auf den Feldern verrichten, die von dem Grundbesitzer dem kleinen Pächter wegen Pachtstreitigkeiten entzogen werden usw.

c) Zuteilung von Land, Vieh und Produktionsmitteln an alle landarmen Bauern zu Bedingungen, welche ihr Fortkommen sichern, keinesfalls von Bodenfetzen, welche ihren Besitzer an die Scholle fesseln und ihn zwingen, zu Hungerlöhnen bei den benachbarten Grundbesitzern oder Großbauern Arbeit zu suchen, sondern die *Zuteilung bzw. Ergänzung auf volle Ackernahrung.* Hierbei soll das Interesse der Landarbeiter besonders berücksichtigt werden.

9. Die herrschenden Klassen versuchen durch eine bürgerliche Agrarreform, durch Zuteilung von Land an die führenden Elemente der Bauernschaft, den revolutionären Charakter der Landbewegung zu dämpfen. Es gelingt ihnen, ein zeitweiliges Abflauen der revolutionären Bewegung zu erreichen. Aber jede bürgerliche Agrarreform stößt auf die Schranken des Kapitalismus: Boden kann nur gegen Entschädigung und an Leute verteilt werden, die bereits im Besitz von Produktions-

mitteln zur Bewirtschaftung desselben sind. Den rein proletarischen und halbproletarischen Elementen kann eine bürgerliche Agrarreform absolut nichts bieten. Die schweren Bedingungen, welche bei einer bürgerlichen Bodenverteilung unausbleiblich den Landempfängern auferlegt werden und daher zu keiner tatsächlichen Besserung der Lage, sondern zur Schuldknechtschaft der Boden erhaltenden Bauern führen, geben die Grundlage zur Weiterführung der revolutionären Bewegung und zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen den reichen und armen Bauern, wie auch den Landarbeitern, die keinen Boden erhalten und durch Aufteilung der großen Güter die Arbeitsgelegenheit verlieren.

10. Eine endgültige Befreiung aller Arbeitenden auf dem Lande kann nur eine proletarische Revolution bringen, welche den Grund und Boden der Großgrundbesitzer samt Einrichtung ohne Entschädigung konfisziert, den Boden des arbeitenden Bauern aber unangetastet läßt und *von allen Lasten, Pachtzinsen, Hypotheken,* feudalen Einschränkungen *befreit* und die werktätigen Bauern auf jede Weise unterstützt.

Über die Art und Weise der weiteren Bewirtschaftung des von den Grundbesitzern konfiszierten Bodens werden die Arbeitenden selbst entscheiden! In dieser Frage heißt es in den Thesen des 2. Kongresses:

„Für die fortgeschrittensten Länder erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen.

Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Bildung von Kollektivbetrieben (Gutsgenossenschaften, Kommunen) zu unterstützen.

Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrt die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der besitzlosen Landarbeiter und der halbproletarischen Parzellenbesitzer, die ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den Großbetrieben verdienen, am besten. Außerdem macht die Nationalisierung der Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage von der Bauernschaft unabhängig.

Andererseits kann es dort, wo noch Überreste der mittelalterlichen Verfassung — des Fronsystems — zu besonderen Formen der Ausbeutung führen, wo noch Servitute oder das System der Halbpacht bestehen oder ähnliches, unter Umständen notwendig sein, den Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen.

In Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, die danach trachten, Land zu erhalten, wird die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebes nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.

Jedenfalls müssen dort, wo eine Aufteilung des Großgrundbesitzes eintritt, in erster Linie die Interessen der ländlichen Proletarier gewahrt werden."

* * *



In organisatorischer Beziehung haben alle Kommunisten, die in der Landwirtschaft und den damit verbundenen industriellen Betrieben arbeiten, in die Organisationen der Landarbeiter einzutreten und in diesen die revolutionären Elemente zu sammeln und zu führen, mit dem Zweck, diese Organisationen in revolutionäre Instrumente umzuwandeln. Wo keine Gewerkschaften bestehen, haben die Kommunisten die Schaffung derselben zu veranlassen. In den gelben, fascistischen und christlichen konterrevolutionären Organisationen haben sie eine zähe Aufklärungsarbeit zu leisten mit dem Ziele der Zersetzung dieser gegenrevolutionären Verbände. In den Großbetrieben selbst sollen Gutsräte der Arbeiter zur Verhinderung der Extensivierung der Wirtschaft gebildet werden. Sie haben das Industrieproletariat aufzurufen, die Kämpfe der Landarbeiter zu unterstützen und umgekehrt diese in die Bewegung der industriellen Betriebsräte einzugliedern.

Angesichts der ungeheueren Bedeutung der armen Bauern für die revolutionäre Bewegung ist es die unerläßliche Aufgabe der Kommunisten, *in die Organisation der Kleinbauern* (Wirtschafts-, Konsum- und Kreditgenossenschaften) einzutreten, dieselben zu revolutionieren, die scheinbaren Interessengegensätze zwischen Lohnarbeitern und landarmen Bauern, die von den Grundbesitzern und Großbauern künstlich vergrößert und in den Vordergrund gestellt werden, aus der Welt zu schaffen und die Bewegungen und Aktionen dieser Organisationen in eine enge Verbindung mit jenen des Land- und Stadtproletariats zu bringen.

Nur die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte in Stadt und Land ermöglicht es, dem Angriff des Kapitals erfolgreichen Widerstand zu leisten und, von der Defensive zur Offensive übergehend, den endgültigen Sieg zu erkämpfen."

VORSITZENDER: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das vorgeschlagene Aktionsprogramm in der Agrarfrage. Wenn Einwendungen dagegen nicht erhoben werden, werde ich die Resolution samt den von Genossen Varga vorgetragenen Änderungen zur Abstimmung bringen.

Einwendungen erfolgen nicht. Wir stimmen also ab (geschieht). Die Resolution mit den soeben vom Gen. Varga vorgetragenen Änderungen wird *angenommen.*

FELIX KON (Polen): Werte Genossen! Zu Beginn dieses Kongresses haben wir einen Aufruf an die Eingekerkerten des Kapitalismus angenommen. Seit dieser Zeit ist nur ein Monat vergangen, und während dieses Monats haben wir neue Nachrichten über neue Verhaftungen fast in allen Ländern bekommen. In Amerika, in Polen, in Jugoslavien, in Japan, überall sind unsere Genossen und die Führer der Arbeiterschaft, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen und kämpfen, in die Kerker geworfen worden. Es ist jetzt die höchste Zeit, daß wir ein politisches Rotes Kreuz in allen diesen Ländern gründen. Die „Vereinigung der alten russischen Bolschewiki" stellt daher den Antrag, daß hier von dieser Stelle aus die Gründung dieses politischen Roten Kreuzes ausgeht, und daß bestimmt wird, daß das politische Rote Kreuz in allen Ländern durch alle kommunistischen Parteien zu gründen ist.

Genossen, wir müssen in diesem Augenblicke unsere gefangenen Genossen nicht nur materiell, sondern auch moralisch unterstützen. Das, was in den Gefängnissen geschieht, muß in allen kommunistischen Zeitungen veröffentlicht werden, damit die ganze Arbeiterklasse weiß, wie der Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse kämpft. Ich schlage im Namen der „Vereinigung der alten Bolschewiki" folgende Resolution vor und bitte um ihre Annahme:

„Bei der Offensive des Kapitals in allen bürgerlichen Ländern steigt die Zahl der in Kerkern schmachtenden Kommunisten und parteilosen Arbeiter, die in den Kampf gegen den Kapitalismus getreten sind.

Der 4. Kongreß fordert alle kommunistischen Parteien auf, eine Organisation zu schaffen, die den eingekerkerten Opfern des Kapitals materielle und moralische Hilfe leistet, und begrüßt die Initiative der russischen „Vereinigung der alten Bolschewiki", die eine internationale Vereinigung solcher Hilfsorganisationen zu schaffen im Begriffe ist." (Beifall.)

VORSITZENDER: Die Resolution, die Gen. Kon soeben verlesen hat, gelangt zur Abstimmung. Ist jemand gegen die Annahme der Resolution? Nicht. Die Resolution ist angenommen.

MARCHLEWSKI (Polen): Genossen, dem Präsidium ist ein Schreiben von einigen Genossen, die bis jetzt der Partei der Poale Zion angehört haben, zugegangen. Die Genossen teilen mit, daß die Meinungsverschiedenheiten dort zu scharfen Kämpfen geführt, und daß die betreffenden Genossen beschlossen haben, sich der Kommunistischen Partei anzuschließen. Ich will vorausschicken, daß die Exekutive mit der Partei Poale Zion, die sich in der letzten Zeit eine Kommunistische Vereinigung genannt hat, verschiedentlich verhandelt hat, um den Anschluß dieser Partei, des Kommunistischen Weltverbandes der jüdischen Arbeiter, wie sie sich auch nennt, an die Internationale herbeizuführen. Alle diese Bestrebungen sind infolge der nationalistischen Strömungen, die in dieser Organisation vorhanden waren, gescheitert.

Nun teilen uns die Genossen mit, daß eine Konferenz stattgefunden hat, in der der volle Bruch vollzogen wurde. Die Genossen, die aus der Poale Zion austreten und sich der Kommunistischen Partei anschließen wollen, wenden sich an die Internationale, damit ihnen der Eintritt in die kommunistischen Parteien erleichtert wird. In der Hauptsache wird es sich hier um Genossen handeln, die unter dem jüdisch sprechenden Proletariat in Rußland, Polen und vielleicht in einigen osteuropäischen Ländern noch wirken.

Wir schlagen Ihnen vor, diese Frage der Liquidierung der Angelegenheiten der Poale Zion der Exekutive zu überweisen.

VORSITZENDER: Ist jemand dagegen? Nicht. Die Überweisung ist akzeptiert.

Schluß der Sitzung 3 Uhr nachmittags.

ACHTUNDZWANZIGSTE SITZUNG

FREITAG, DEN 1. DEZEMBER 1922.

Französische Frage.

Redner: Trotzki.

Eröffnung: 1 Uhr mittags.

Vorsitz: *Kolarow.*

TROTZKI (mit Beifall empfangen): Wir haben jetzt eine äußerst wichtige und sehr schwierige Frage auf der Tagesordnung: die Frage unserer französischen Partei.

Die Kommunistische Partei Frankreichs macht jetzt eine sehr schwere Krise durch. Und diese Krise der Partei trifft merkwürdigerweise mit der Krise der französischen Bourgeoisie und ihres Staates zusammen.

Ich sage: merkwürdigerweise, denn im allgemeinen pflegen gerade die Krisen der bürgerlichen Organismen eine für die Entwicklung einer revolutionären Partei günstige Lage zu schaffen. Gewöhnlich schöpft die revolutionäre Partei aus der Krise der bürgerlichen Gesellschaft Kraft.

Das Zusammentreffen dieser beiden Krisen veranlaßt mich, darauf zu schließen, daß die französische Partei in ihrer Organisation und in ihrer Aktion noch nicht jene absolute Selbständigkeit und Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber erlangt hat, deren sie bedarf, um die Krise der letztgenannten frei und ausgiebig ausnutzen zu können. Wir werden dies später eingehender und genauer sehen.

Worin besteht aber diese Krise, deren Vorhandensein niemand in Abrede stellt?

Es wird auf den Stillstand und sogar auf den Rückgang der Werbetätigkeit hingewiesen. Die Auflage unserer Blätter, unserer Pressemitteilungen und besonders der „Humanité" nehmen ab. Das innere Leben der Organisationen stockt.

Das sind die frappantesten und zugleich offenkundigsten und unleugbarsten Anzeichen.

Es gibt aber auch noch andere. In der Partei hat sich das Fraktionssystem eingenistet. Die Kämpfe der Fraktionen, die herben, zuweilen sogar persönlichen Polemiken bilden verschiedene, unbestreitbare Ausdrucksformen einer tiefen Krise im Organismus der Partei.

Diese äußeren Erscheinungen sind nicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung unserer französischen Partei.

Der Rückgang unserer Werbetätigkeit bedeutet keine große Gefahr, wenn er nur vorübergehend ist und wenn er nur eine Folge der Tatsache ist, daß unsere Partei in der ersten Periode Elemente an sich gezogen hat, die weder durch ihre Mentalität noch durch ihren Standpunkt zu uns gehören, und daß sie diese Elemente entfernt, um ihre Einheit, ihre kommunistische Festigkeit zu steigern und zu stabilisieren. Selbst die Abnahme der Auflagen der Presse bedeutet keine Gefahr. Dies ist vielleicht nur eine vorübergehende Erscheinung, die durch die Veränderung der politischen Lage hervorgerufen wurde.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß wir in der Geschichte unserer verschiedenen Parteien beobachtet haben, daß ihre Entwicklungslinie keine ganz gerade ist, daß es einen unvermeidlichen Wechsel von Ebbe und Flut gibt, daß zur Zeit der Flut die Partei eine großangelegte äußere Aktion entwickeln muß, um die Massen an sich zu reißen, während sie zur Zeit der Ebbe sich auf sich selbst konzentrieren, sich in sich selbst kehren muß, um ihre Organisation zu entwickeln, ihre Ideen zu präzisieren und sich auf die unvermeidlichen Kämpfe vorzubereiten.

Viel bedeutungsvoller ist das Fraktionswesen und der Fraktionskampf.

Woher kommen die Fraktionen? Wer trägt die Verantwortung für dieses System?

Man kann hierauf eine Antwort geben, die mehr beschreibend ist, eine Antwort, der man in der Presse unserer französischen Partei ziemlich häufig begegnet. Ich werde einen Genossen zitieren, der Ihnen wohl bekannt ist, den Gen. Frossard, der in der „Humanité" vom 16. Juli einen Artikel mit der Überschrift: „Das wird also nie ein Ende nehmen!" geschrieben hat. Ich entnehme daraus folgende Sätze: „Es ist ja, als kämen wir aus Byzanz! Wir sind ja die richtigen Haarspalter! Wir sind ja armselige Nörgler! Wie müssen wir die wahren Helden bedauern, die uns lesen!"

Das ist ein sehr düsteres Bild. In diesen Sätzen finden wir aber nur eine äußere Beschreibung der Lage der Partei. Weshalb sind wir so, als kämen wir aus Byzanz? Weshalb sind wir armselige Nörgler und Haarspalter? Was liegt dieser Behauptung zugrunde? Eine Frage, die unbedingt eine Antwort erfordert. Es wird zuweilen auch die Frage aufgeworfen, von welcher Seite die Polemiken, die allgemeinen Polemiken und die persönlichen Polemiken, stammen.

Jene Genossen, die derselben Tendenz angehören wie unser Gen. Frossard, bezeichnen oft die Linke als die Triebkraft dieser Polemiken und gleichzeitig als Triebkraft des Fraktionssystems. Dieses Fraktionssystem wird aber sehr oft von Genossen bloßgestellt, die selber den Fraktionen angehören und die dieses System als durchaus künstlich betrachten, als System, das in keiner Hinsicht auf Ideen beruht und das weder den politischen Fähigkeiten, noch den politischen Zielen entspricht. Ich gestatte mir aus einem Artikel Daniel Renoulds zu zitieren, der im September in der „Humanité" erschienen ist: „Wie mein Freund Duret — dem übrigens in dieser Frage nie eine Antwort zuteil

wurde — sagte, kann eine ernste und wichtige Gruppierung in der Partei nur in der Aktion und durch die Aktion bewerkstelligt werden."

Man sieht also, daß die Fraktionen sich einerseits grimmig bekämpfen und daß andererseits die Vertreter der beiden Fraktionen erklären, daß diese Gruppen bloß in künstlicher Weise gebildet worden sind und daß man eine richtige Gruppierung in der Partei durch die Aktion, d. h. durch die zukünftige Aktion bewerkstelligen könne. Ich glaube nicht, daß diese Analyse richtig ist.

Vor allem müßte man sich fragen, woher es kommt, daß Genossen, die die ideologische und politische Form dieser Fraktionen leugnen, einer der drei wichtigsten Fraktionen der Partei angehören.

Dann muß man sich auch fragen, ob das Argument, es sei von der Aktion zu erwarten, daß sie uns in einem richtigen Rahmen gruppiere, stichhaltig sei.

Hätte es sich bloß um die revolutionäre Aktion, d. h. um den Kampf, um die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse gehandelt, so hatten wir unrecht, als wir uns von den Dissidenten trennten, weil diese behaupten, daß die Spaltung von einem äußeren Willen, nicht aber durch die inneren Bedürfnisse der Partei diktiert war.

Das gesamte Leben der Partei muß jedoch eine Reihe von Aktionen abgeben, die eine Kette bilden, und diese Kette muß zu der größten Aktion, der Eroberung der Macht durch das Proletariat, führen.

Wenn man nun sagt, daß die Gruppen, die gebildet wurden, nicht definitiv sind, sind wir damit einverstanden, und ich glaube, daß wir die Richtigkeit einer solchen Behauptung nie in Abrede stellen werden.

Ich glaube, daß es immer eine Gruppierung nach Tendenzen geben wird und daß im Augenblick der entscheidenden revolutionären Aktion die überwiegende Mehrheit der Mitglieder aller Fraktionen auf derselben Grundlage zusammentreffen wird. Das ist wahr. Aber die Behauptung, daß die Tendenzen, die heute bestehen und sich gegenseitig bekämpfen, bloß eine künstliche Einteilung darstellen, ist hinsichtlich der französischen Partei, die ganz aus Tendenzen besteht und die außerhalb der Tendenzen gar nicht existiert, in der Tat unzutreffend; es muß für ihre Existenz und ihre Kämpfe einen triftigen Grund geben.

Die Gruppierung, sagt man, kann nur durch die Aktion gegeben werden. Aber gerade durch die Aktion suchte ja die Internationale 1½ Jahre hindurch eine Umgruppierung in der französischen Partei herbeizuführen, und im Interesse dieser Aktion schlug die Internationale zwei Wege vor, die beide zu demselben Ziel führen: die Aktion in den Gewerkschaften sowie die Aktion durch die Gewerkschaften und die Aktion durch die Einheitsfront.

Um aber eine Aktion führen zu können, muß man einen mehr oder minder genauen Begriff von ihr haben und die Zustimmung der Mehrheit der Partei besitzen. Als die Umgruppierung der Partei durch die Aktion vorgeschlagen wurde, standen dieser Aktion immer unmittelbare Hindernisse im Wege. Man wollte die methodische und organisierte Aktion in den wichtigsten und größten — wenn auch erheblich zusammengeschrumpften — Organisationen Frankreichs, sowie die Aktion durch die Losung der Einheitsfront nicht zulassen.

Es ist eine bereits banal gewordene Wahrheit, daß man in einem Lande, wo man nicht einmal das Vertrauen der erdrückenden Majorität

der Arbeiterklasse besitzt, wo das Proletariat gewerkschaftlich und politisch in verschiedene Fraktionen gespalten ist, wo die Mitglieder dieser Fraktionen sowohl in den Gewerkschaften, wie auch in der Partei nur einen verschwindend geringen Teil der Arbeiterklasse darstellen, eine Aktion nur mit Hilfe der Losung der Einheitsfront, nur in der Form einer gemeinsamen Aktion entfalten kann. Wenn man diese Aktionsmöglichkeit, die keine gekünstelte Erfindung, sondern eine Notwendigkeit der Aktion selbst ist, ablehnt, so lehnt man damit die Aktion selbst ab. Und wenn man sich dann über Gruppierungen beschwert, häuft man damit nur die unzulässigen Widersprüche.

Sie wissen, Genossen, daß im Verlaufe dieses letzten Jahres zwischen der Internationale und der französischen Partei — d. h. der Mehrheit, die in dieser Frage durch zwei Richtungen, der Richtung des Zentrums und der Richtung Renoult vertreten war — ein ständiger Kampf — ich muß diesen Ausdruck gebrauchen — im Gange war.

Man wollte unserer französischen Partei die Notwendigkeit der Einheitsfront klarmachen. Gestern erinnerte der Genosse Sinowjew in der Kommission, die Sie zur Erledigung der französischen Frage eingesetzt haben, an das Argument, dessen man sich jetzt bei dieser wichtigen Frage in Frankreich gegen die Internationale bedient hat, nämlich, daß es die Internationale war, die der französischen Partei in Form der Einheitsfront die Rückkehr zur Burgfriedenspolitik und zum Millerandismus aufgezwungen hätte. So weit gingen die Mißverständnisse über eine Frage, die zugleich ein mächtiges Mittel zur Entfaltung einer Aktion in der französischen Partei bildete.

Heute bemächtigt sich die französische bürgerliche Presse dieses Arguments und das ist die Sühne für die Fehler, die in dieser Polemik begangen wurden. Es ist eine Strafe für sie, sehen zu müssen, wie sich der Feind der falschen Formel bemächtigt, wie er sie präzisiert und auf den politischen Markt wirft. Im „Temps" kann man folgendes lesen:

„Es ist nicht gesagt, daß dieser erniedrigende Gehorsam genügen wird, um den Zorn Moskaus zu beschwichtigen, denn es ist gar nicht so leicht, den Geist und den Buchstaben der Politik der Internationale zu befolgen, die grenzenlos veränderlich ist, je nach den augenblicklichen Interessen der Sowjetregierung und je nach den Umständen, denen die Führer dieser Regierung Rechnung tragen müssen, um das Fiasko des reinen Kommunismus nach Möglichkeit zu verbergen."

Nicht sie haben diese Formel erfunden. Sie haben sie einem Vertreter einer der Richtungen unserer Partei entliehen, sie haben sie präzisiert und gegen unsere ganze Partei gerichtet.

Erst vor einigen Tagen wandte sich Frossard, der ebenfalls gegen die Einheitsfront gekämpft hat, an die Reformisten, um ihnen eine Aktion im Sinne der Grundsätze der Einheitsfront vorzuschlagen.

In der Antwort der Dissidenten ist die ganze Terminologie enthalten, die wir sehr gut kennen, die wir bereits in der Presse unserer Partei gelesen haben und deren sich jetzt unsere Feinde bedienen.

Noch schlimmer ist es aber, daß man mehr als ein Jahr gewartet hat und zuließ, daß die Dissidenten sich der Idee der Einheitsfront bemächtigten; jetzt erscheint vor dem französischen Proletariat nicht unsere französische Partei als die Urheberin dieser Formel,

sondern die Dissidenten sind es, die auf diesem Gebiete schon den Wettkampf mit uns aufnehmen. Es genügt, im „Populaire" die Artikel über die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit zu lesen.

Das Fraktionssystem wurde also nicht in künstlicher Weise und gelegentlich unter dem Einfluß eines äußeren Willens geschaffen; es beruht auf Strömungen, die Produkte der Aktion oder des Aktionsmangels sind, der in der französischen Partei ebenfalls keine zufällige Erscheinung darstellt.

Auf die Frage, wem die Verantwortung für diese Politik zufällt, antworte ich, daß nicht die Linke, sondern leider vielleicht die Internationale selbst die Verantwortung trägt. Man konnte die Aktion nicht durchführen, weil man die Voraussetzungen dieser Aktion nicht akzeptieren wollte. Es gilt, durch Polemik die ideologischen Hindernisse der Aktion zu beseitigen. Deshalb hat die Internationale selbst die Initiative zu dieser Polemik ergriffen.

Um die Richtlinien rechtfertigen zu können, die wir der französischen Partei gegenüber in diesen zwei Jahren verfolgt haben, ließ ich eine Rede heraussuchen, die ich im Juni 1921 in der Sitzung der Erweiterten Exekutive über die französische Frage gehalten habe; das ist also 1½ Jahre her.

Ich muß gestehen, mich hat frappiert, daß wir nicht vom Fleck kommen.

Ich will nur einige wesentliche Stellen aus dieser Rede in Erinnerung bringen:

„Man merkt nicht, welchen Abgrund unsere Presse, unsere Reden zwischen der Kommunistischen Partei und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft schaffen muß. Man merkt es nicht. Die Arbeiter müssen jetzt kommen und Euch sagen: Aber was macht Ihr denn dort? Warum redet Ihr keine kommunistische Sprache? Bei Euch herrscht ja eine Verschwommenheit, die kaum klarer ist als das Dunkel der Longuetisten, im Wesen aber mit diesem identisch ist." Ich füge hinzu: Man muß hier noch eine Tatsache kennen und richtig einschätzen: nämlich das Verhalten der Partei den Syndikalisten gegenüber ist durchaus unrichtig.

Und dann: „Wir müssen daher der Kommunistischen Partei Frankreichs freundschaftlich, aber energisch sagen: Wir verlangen von Euch nicht, revolutionäre Aktionen zu unternehmen, ohne Euch dessen bewußt zu sein, ob die Lage günstig ist oder nicht. Wir verlangen von Euch bloß, nicht nur formell, sondern in Euren Taten, in Euren Ideen, in Euren Gefühlen, in Eurem ganzen Verhalten, daß Ihr mit Eurem früheren Verhalten, mit Euren früheren Beziehungen, mit Eurem früheren Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft und ihren Einrichtungen für immer brecht."

Klingen diese Worte nicht, als wären sie dieser Tage, zur Zeit der Diskussion über das Freimaurertum gesprochen worden?

Dann weiter: „Wir verlangen von Euch bloß, daß Euer revolutionärer Wille in Eurer Presse, im Parlament, in den Gewerkschaften, überall zum Ausdruck gelange und schließlich seinen höchsten Ausdruck auf den Pariser Barrikaden finde . . ."

So haben wir die Frage dem Exekutivkomitee dargelegt. Meine Stimme war nur eine Stimme der Exekutive, die in dieser Frage voll-

kommen einmütig war; es ist anderthalb Jahre her. Wir haben gegen den Geist des Konservatismus — der die Vergangenheit darstellte — gekämpft im Interesse des revolutionären Geistes, der der Geist der Zukunft war. Ich kann nicht sagen, daß unsere Bemühungen ganz erfolglos geblieben seien. Etwas hat sich ja in der Partei geändert. Die gegenwärtige Krise, die gewiß sehr unangenehm ist, hat dem Konservatismus der Partei einen tödlichen Schlag versetzt.

Selbstverständlich, wenn die Partei zur Überwindung dieser Krise nicht die erforderliche Kraft aufbringt, kann sie einen Rückschlag in der ganzen revolutionären Entwicklung des französischen Proletariats herbeiführen. Es ist aber gar keine Ursache vorhanden, die Möglichkeiten, die sich der französischen Partei erschließen, pessimistisch zu beurteilen. Ich wiederhole: Der Inhalt der Krise ist einerseits das Ergebnis der Polemik und andererseits des Kampfes, den die Internationale gegen den Konservatismus geführt hat, und die Schärfe dieser Krise, ihr ganzer Charakter kommt daher, daß der Konservatismus sehr stark, sogar zu stark geblieben ist.

Wir haben nach Tours Sitten und Gepflogenheiten mitgebracht, die vor denen der Kommunistischen Aktion nicht weichen wollen. Darauf ist das Entstehen des Fraktionsgeistes zurückzuführen, das nichts anders bedeutet, als den Kampf der Zukunft gegen die Vergangenheit, oder die Zwischentendenz, die nach Orientierung sucht.

Es wurde oft darauf hingewiesen, daß viele Faktoren der Partei selbst die raschere Entwicklung dieser Partei verhindern; es wurde auf die französische Tradition und auf den Individualismus des französischen Arbeiters hingewiesen. Nun aber darf eine Partei, die eine Partei des Kampfes werden will, sich nicht bloß auf den Standpunkt eines Geschichtsschreibers stellen, der sich jenseits von Gut und Böse der Partei stellt und nur die Ursachen bezeichnet, die ihre Entwicklung verhindern.

Ich will unserem Gen. Vaillant-Couturier ein vortreffliches Argument entleihen. Er sagte: Ihr behauptet, daß Ihr es mit Arbeitern zu tun habt, die vom individualistischen Geist ganz durchdrungen sind, und daß dieser individualistische Geist die Organisierung einer revolutionären Partei verhindere. Hat aber die kapitalistische Gesellschaft im Kriege vor dem französischen Individualismus haltgemacht? War dieser Individualismus ein Hindernis für die Sozialpatrioten? Mit nichten. Im Gegenteil, sie haben mit Hilfe der Polizei und der aktiven Armee, hauptsächlich aber mit Hilfe der öffentlichen Meinung auf den angeblichen Individualismus des französischen Arbeiters einen wachsenden Druck ausgeübt und diesen in die Schützengräben gebracht, wo er 4½ Jahre verblieb.

Man wußte, wie dieser Individualismus besiegt werden kann, solange es sich um die bürgerlichen Interessen handelte. Darf uns dieser Individualismus wirklich unbesiegbar erscheinen, sobald es sich darum handelt, ihn im Interesse des Proletariats selbst zu besiegen?

Dieses Argument müssen wir also zurückweisen. Freilich ist bei jedem Arbeiter eine stark entwickelte individualistische Seite vorhanden. Es ist besonders der französischen Geschichte zuzuschreiben, daß dieser Individualismus beim französischen Arbeiter vielleicht stärker entwickelt ist, als bei den anderen Arbeitern.

Er hat aber auch eine großherzige Seite. Wir müssen es verstehen, an diese Großherzigkeit zu appellieren, indem wir ihm die Perspektiven einer Aktion eröffnen, der er seine ganze Hingabe, seine ganze Selbstlosigkeit widmen kann, und Sie werden sehen, daß er nicht nur seine materiellen Interessen, sondern auch sein Leben zu opfern wissen wird, sobald der Kampf es erfordert.

Man muß hierzu aber fähig sein. Wenn ich höre, daß ein Kommunist sagt: Es ist alles vergebens, die Arbeiter sind so sehr individualistisch gesinnt! — so muß ich sagen, daß diese Erklärung nur geeignet ist, Mißtrauen der Partei oder einer gewissen Tendenz gegenüber hervorzurufen und ihre Ohnmacht zu beweisen.

Die Gewerkschaftsfrage.

Wir haben über die Gewerkschaftsfrage im Verlaufe dieses Kongresses viel gesprochen und sind bei der Richtung des Zentrums und der Richtung Renoult auf dieselben Hindernisse gestoßen, die sich in den Protokollen des Pariser Kongresses widerspiegeln.

Ich will Ihnen einige Aussprüche unseres Gen. Jacob zitieren, der der Gewerkschaftsdelegation angehört. Seine Rede auf dem Pariser Kongreß ist äußerst charakteristisch und wichtig und — ich sage es freundschaftlich — durchaus falsch, schier gefährlich falsch.

Gen. Jacob ist Mitglied der Partei und zugleich befähigtes Mitglied der Gewerkschaftsorganisation. Er bezeichnet die Rolle, die die Partei in der Arbeiterbewegung spielen soll, folgendermaßen:

„Die Partei darf die Aktion der Gewerkschaften nicht stören; gewisse Stellen der Resolution des Zentralkomitees können aber diese Aktion nur behindern. Manuilski ist über den Streik von Le Hawre falsch unterrichtet. Frossard und Lopez sagten, die Kommunistische Partei hätte ihre Pflicht im Streik nicht erfüllt. Wir hingegen meinen, daß die Partei damit überhaupt nichts zu tun hatte . . .

Eine äußerst gefährliche Auffassung. Man könnte vielleicht sagen, daß dies bloß ein Temperamentsausbruch sei. Möglich! Eine solche Entgleisung ist aber dennoch für die ganze Mentalität der Partei ungemein charakteristisch. Parteimitglieder sind es — nicht die freundschaftlich gesinnten Syndikalisten, wie z. B. Monmousseau oder Monatte —, Parteimitglieder sind es, die der Partei sagen: „Du hast bei einem Ereignis, wie der Streik von Le Havre, nichts zu suchen."

Sie wissen, daß im Streik von Le Havre der Bürgermeister von Le Havre, Mayer, ein bürgerlicher Radikaler, und der seither verstorbene Abgeordnete Siegfried interveniert haben; außerdem haben die Gewehre des Herrn Poincaré interveniert: Das ist eben Politik. Nur eine Partei hat als solche in diesem Streik nicht interveniert. Gewiß, diese Partei hat für die Streikenden viel getan: sie hat durch tägliche Subskriptionen bedeutende Geldbeträge gesammelt, es wurden zahlreiche Artikel geschrieben; aber als Organisation, die Ratschläge erteilen kann, die auftreten kann, ohne der Aktion der Gewerkschaften entgegenzuarbeiten, die den Arbeitern ihr politisches Angesicht zeigen und sagen kann: Wir sind hier, um Euch zu helfen, was fordert Ihr von uns, wir sind bereit, es zu tun! — in diesem Sinne hat die Partei als solche für den Streik von Le Havre nichts getan.

Es gab lokale Gewerkschaftler, die erklärten (ich habe es von hier anwesenden Genossen erfahren): Kompromittiert uns nicht vor der Regierung, die behaupten wird, Ihr macht einen kommunistischen Streik, vielleicht sogar auf Anweisung Moskaus.

Darauf schlich sich die Partei davon.

Ich begreife wohl, daß es Umstände geben kann, unter denen die Partei während des Streiks sogar der rückständigsten Auffassung der Masse oder ihrer lokalen Vertreter Konzessionen machen darf. Dann hätte man aber in der „Humanité" schreiben müssen: Wir haben den Führern des Streiks von Le Havre unsere Dienste angeboten; sie gaben uns die Antwort: Wir sind mit Mayer, mit Siegfried in Verbindung: kompromittiert uns nicht! Aber wir sagen ihnen: Achtung, da ist eine Falle! Ihr habt es mit bürgerlichen Berufspolitikern zu tun, sie werden Euch verraten und verkaufen. Nur eine Partei gibt es, die im Augenblick des großen Kampfes mit Euch marschieren wird: das ist die Kommunistische Partei!

Hättet Ihr diese Worte vom ersten Tage des Streiks von Le Havre an oder während der Entwicklung des Streiks, vor den tragischen Ereignissen des 28. August und vor dem Gemetzel gesprochen, so wäre Eure Autorität viel größer, denn man wüßte dann, daß Ihr den Entwicklungsgang der Ereignisse vorausgesehen habt.

Aber nein. Wir haben uns gefügt. Gen. Frossard sagte: „Die Partei konnte auf diesem Gebiete nichts unternehmen." Und ein Kommunist, der in den Gewerkschaften arbeitet, erklärt: „Die Partei hat dort nichts zu suchen."

Das ist eine sehr traurige und sehr gefährliche Lage, denn von da führt nur ein Schritt zu unserem Gen. Erneste Lafont, der sich in seiner auf dem Pariser Kongreß gehaltenen Rede an den „Lagardellismus" anlehnte. Sie wissen wohl, was dieser „Lagardellismus" ist; das ist kein Syndikalismus, das ist ein Mischmasch verschiedener ideologischer Abfälle des Syndikalismus, vermengt mit Politikasterei. Und Erneste Lafont erklärt: Die Gewerkschaften sind ein Ding zweiten Ranges und ich bin für dieses sekundäre Ding geschaffen.

Lagardelle war ein großer Philosoph. Er ist jetzt ein Angestellter kapitalistischer Organisationen. Man setzt die durch und durch opportunistische, reformistische und nichtrevolutionäre Aktion in der Partei fort, indem man sich auf die Philosophie stützt, derzufolge die Revolution außerhalb der Partei gemacht werden soll. Und Erneste Lafont findet eine sehr glückliche Formel, indem er sagt: Was haben wir Advokaten uns in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumengen?

Und Gen. Jacob, der weder Advokat, noch Lagardellist, sondern ein guter Kommunist und ein guter syndikalistischer Arbeiter ist, sagt: „Ja, die Partei hat dort nichts zu suchen."

Dieses Zusammentreffen ist ungemein gefährlich.

Ich finde es ein wenig auch in der Deklaration, die Monatte — mein Freund — und die Genossen Louzon, Chambellan u. a. unterzeichnet haben.

Man kann es begreifen, wenn Monatte — der der Partei nicht angehört — sagt: „Wir sind revolutionäre Syndikalisten, d. h. wir er-

kennen der Gewerkschaft im revolutionären Kampf um die Befreiung des Proletariats die Hauptrolle zu."

Eine solche Erklärung ist erst vor kurzem, gleich nach dem Pariser Kongreß in dem unter der Leitung des Gen. Rosmer stehenden Blatte „Lutte de classe" mit einer Anmerkung der Redaktion erschienen.

Ich begreife derartige Behauptungen Monattes, der außerhalb der Partei verbleibt, — ich verstehe aber weder Louzon, noch Chambellan, noch Clavel, noch Orlianges, die der Partei angehören und zugleich Mitglieder der Exekutivkommission der CGTU. sind.

Was soll das heißen: „Wir erkennen der Gewerkschaft im revolutionären Kampf um die Befreiung die Hauptrolle zu . . .?" Welcher Gewerkschaft? Wir kennen in Frankreich verschiedene Gewerkschaften. Handelt es sich um die Gewerkschaft der Jouhauxisten? Selbstverständlich doch nicht. Oder um die Gewerkschaft unseres Gen. Monmousseau? Vielleicht. Sie wollen aber eine Vereinigung, eine Fusion der beiden Gewerkschaften herbeiführen. Wir haben heute Monmousseau als Generalsekretär bei der CGTU., wir hatten aber gestern eine Verwaltungskommission dieser CGTU., die sich in der Hand der Urheber des Paktes: der Besnard, der Verdier usw. befand.

Kann das Proletariat unter ihrer Leitung der Revolution entgegenmarschieren und die Revolution machen? Glauben Sie im Ernst, daß die Rolle der Führerin der Arbeiterklasse der Gewerkschaft gebührt? Glauben Sie wirklich, daß die von den Reformisten, von den Konfusionisten und jenen Kommunisten geleitete Gewerkschaft, die sich der Disziplin und der Theorie ihrer Partei nicht unterwerfen wollen, die erste Arbeiterorganisation der Welt ist, oder ist es eine von den kommunistischen Ideen durchdrungene Gewerkschaft, wie wir sie vertreten? Sie bedienen sich einer Formel des Syndikalismus, den Sie seines revolutionären und ideologischen Inhaltes beraubt haben, und erklären, die Gewerkschaft ist das erste Ding der Welt!

Natürlich, wenn es sich um eine Gewerkschaft handelte, die unter der Führung der besten, wohlorganisiertesten und bewußtesten Elemente der Arbeiterklasse stünde, die vom Geiste jener Theorie beseelt wären, die die Interessen des revolutionären Kampfes verträten, so wäre das eine vortreffliche Gewerkschaft. Eine solche gibt es aber nicht, zumal nicht in Frankreich. Sie muß erst geschaffen werden. Durch welche Mittel? Durch das Zusammenwirken jener Genossen, die der Partei nicht angehören, mit jenen, die ihr angehören. Man muß die Elite der Arbeiterklasse organisieren, ihr die kommunistischen Ideen einprägen und diese in den Geist aller Arbeiterorganisationen eindringen lassen.

Ihr laßt in die Gewerkschaften jene Arbeiter eintreten, die außerhalb der Partei stehen, die nicht revolutionär sind, die die rückständigsten Vorurteile hegen: z. B. die katholischen Arbeiter. Ihr seid gezwungen, dies zu tun, denn wenn sich in den Gewerkschaften nur Kommunisten und solche Syndikalisten befinden würden, die infolge einiger Vorurteile noch nicht der Partei angehören, wenn sich in den Gewerkschaften nur diese Elemente befinden würden, so hätten sie gar keinen Wert, weil sie lediglich eine Wiederholung der Partei wären.

Dies wäre aber noch schlimmer, denn die Partei ist homogener oder müßte zu mindest homogener sein, als die Gewerkschaften, in

denen sich Kommunisten befinden, die sich der Disziplin ihrer Partei nicht unterwerfen, und Syndikalisten, die keiner Partei angehören und Angst vor der Partei haben, zur selben Zeit, da sie das Bedürfnis haben, ihre Ideen, ihre Methoden zu analysieren und keine politische Partei haben, in der sie es tun könnten.

Wenn die Gewerkschaften nur so beschaffen wären; so wären sie eine verschlechterte Auflage der politischen Partei.

Die Bedeutung der Gewerkschaft besteht darin, daß ihre Mehrheit aus Elementen besteht oder bestehen muß, die dem Einfluß einer Partei noch nicht unterworfen sind; es ist aber evident, daß es in den Gewerkschaften verschiedene Schichten gibt: vollkommen bewußte Schichten und Schichten, die ein gewisses Klassenbewußtsein haben, aber auch einen Rest von Vorurteilen hegen, und jene Schichten, die noch revolutionäres Bewußtsein herauszubilden suchen.

Wer muß da aber die Führung übernehmen?

Wir dürfen die Rolle des Paktes nicht vergessen. Er muß vor jedem einzelnen französischen Arbeiter, sogar vor dem rückständigsten, vor dem einfachsten als Beispiel dastehen. Man muß ihnen die Tatsache klarmachen, daß infolge der Schwäche der Partei auf gewerkschaftlichem Gebiete einige anarchisierende oder anarchistische Elemente einen geheimen „Pakt" geschlossen haben, die Führerschaft der Bewegung zu übernehmen. Die Gewerkschaften bringen eine Elite hervor, die ein Bedürfnis nach leitenden Ideen empfindet; diese Ideen sind nicht spontaner Natur, sie fallen nicht vom Himmel herab; in diesen Ideen muß eine Kontinuität vorhanden sein, durch die Erfahrung bestätigt, analysiert und kritisiert werden, und diese Arbeit muß von der Partei vollbracht werden.

Der große Einwand, den man uns heute entgegenstellt, ist unsere Forderung der Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei.

Jawohl, wir wollen das Bewußtsein der Arbeiterklasse den revolutionären Ideen unterordnen. Das ist unser Streben. Es wäre dumm, zu behaupten, daß wir mit Hilfe eines von außen kommenden Drucks arbeiten können, der nicht auf dem freien Willen der Arbeiter selbst beruht, oder daß die Partei über Pressionsmittel verfügt, die sie den Gewerkschaften gegenüber anwenden kann, die an Zahl stärker sind oder wenigstens stärker sein müssen als sie. Die Reaktion in allen Ländern hat immer wieder behauptet, daß die Partei und die Gewerkschaften die Arbeiterklasse ihrem eigenen Willen zu unterwerfen suchen.

Betrachten wir die reaktionärste und perfideste Presse in Frankreich, in Deutschland, überall, auch in Amerika. Überall finden wir dieselben Behauptungen. Demnach bemächtigen sich die Arbeiterorganisationen entgegen dem Willen der Arbeiterklasse ihrer Aktionen, die sich als notwendig erweisen und die infolge ihrer Manöver zu der Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Organisationen führen.

Und was antworten sie darauf? Sie erklären: nein, wir bieten unsere Dienste der Arbeiterklasse an, wir gewinnen das Vertrauen der Arbeiterklasse. Der fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse tritt in die Gewerkschaften ein; die große Masse unterstützt die Gewerkschaften im Kampfe und tritt nach und nach in die Gewerkschaften ein.

Verhält es sich mit der Partei nicht ebenso? Wir wollen das Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gewinnen. Ist

es nicht unser Recht, ist es nicht unsere Pflicht, bei jeder Aktion, besonders aber bei den schwierigen Aktionen, als die mutigsten Träger der Aktion vor die Arbeiter zu treten, um sie anzustacheln, um sie zu ermutigen, um die schwersten Posten einzunehmen, die mit den größten Gefahren verbunden sind, um zu beweisen, daß die Kommunisten immer und überall die treuesten Elemente des revolutionären Kampfes sind?

Ist das nicht unsere Pflicht und unser Recht?

Lesen Sie über diesen Gegenstand den Artikel des Gen. Soutif in der letzten oder vorletzten Nummer des „Bulletin Communiste", also nach dem Pariser Kongreß. Man hat in Frankreich eine bestimmte Art, die Internationale zu kritisieren: man fügt sich der Internationale und erteilt gleichzeitig einen tüchtigen Hieb nach links, besonders in jenen Fragen, in denen die Linke in treuester Weise die Ideen der Internationale vertritt. Soutif sagt: „Diese Resolution — es war dies die Resolution Rosmers, die ich vortrefflich finde —, diese Resolution verkündet, daß die Kommunistische Partei *‚die Bestrebungen der Arbeiterklasse am besten auszudrücken und ihre Befreiung zu sichern am meisten befähigt zu sein glaubt‘*. Die Mehrheit des Zentralkomitees hat diesen Antrag natürlich abgelehnt."

Das Zentralkomitee einer Partei, das der Arbeiterklasse am besten zu dienen behauptet, müsse eine solche Erklärung „selbstverständlich" zurückweisen. Und das schreibt in einem Organ unserer Partei ein Mitglied des Zentralkomitees, das der Linken vorwirft, sich zu der Behauptung verstiegen zu haben, daß unsere Partei imstande sei, der Arbeiterklasse am besten zu dienen.

Man kann all das nicht begreifen. Wenn wir uns in unseren Organen, von den Mitgliedern unseres Zentralkomitees derart bloßstellen lassen, können wir dann das Vertrauen der Arbeiterklasse gewinnen? Kann man das Wochen hindurch dulden? Eine lebendige Partei, die das Vertrauen der Arbeiterklasse gewinnen will, müßte dem Verfasser dieses Artikels sofort das ABC des Kommunismus beibringen.

Das ist nicht der erste derartige Artikel. Es ist einer in der ganzen langen Reihe von Artikeln, die wir in unseren Briefen, in unseren Unterredungen, in unseren Telegrammen bloßgestellt haben.

Die Konsequenzen sehen wir im Streik von Le Havre und besonders in dem großen allgemeinen Proteststreik gegen Ende des Streiks von Le Havre, nach dem Gemetzel vom 28. August.

Sie kennen all diese Ereignisse. Der Streik von Havre dauerte 110 Tage. Er endete mit einem Gemetzel. Vier Arbeiter wurden ermordet, mehrere verwundet. Ich will Ihnen nun einige Dokumente zeigen, die der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung angehören; es sind Ausschnitte aus der „Humanité". Da ist der Aufruf der CGTU. und des Seineverbandes der Gewerkschaften. Dieser Aufruf ist in der „Humanité" am Montag erschienen. Da wird der Arbeiterklasse der Mord von Le Havre mitgeteilt und nachher folgt ein Nachtrag: „Dienstag, d. h. am nächsten Tag, 24stündiger Generalstreik." Und hinzugefügt wird: „Einstweilen beschließt die Bauarbeitergewerkschaft den Generalstreik für heute." Also schon für Montag!

Die Partei hatte, wie unser Gen. Jacob erklärte, mit dem Streik von Le Havre nichts zu tun. Das sei eine wirtschaftliche Frage gewesen. Man hat „wirtschaftlich" vier Arbeiter getötet und mehrere Arbeiter in einer rein gewerkschaftlichen Frage verwundet. Und nun befassen sich mit dieser Angelegenheit wirtschaftliche Organisationen: zunächst die Bauarbeitergewerkschaft „einstweilen", d. h. ohne abzuwarten, die Aktion sabotierend. Sie stürzt sich in einen Streik, den sie als Generalstreik proklamiert.

Und was macht die CGTU.? Sie fügt sich der Bauarbeitergewerkschaft. Warum? Weil sie ihren Platz nicht den Anarchisten überlassen kann, die behaupten würden, daß sie bessere Revolutionäre seien als die übrigen, und die sagen würden: Wir haben den Generalstreik proklamiert und die Syndikalisten, die Halbkommunisten der CGTU. haben unsere große Aktion sabotiert, — die ja gar keine Aktion, sondern in jenem Augenblick bloß eine ausgegebene Losung war.

Man fügt sich dem großen Fehler, — und was macht hierauf die Partei? Sie fügt sich der CGTU. Welche Verkettung von Fehlern! Wer macht den Anfang? Einige junge Anarchisten, die vielleicht gar nicht so schuldig sind. Sie gingen zur Zentralstelle ihrer Organisation und erklärten: Es muß etwas geschehen, und sie fanden dort einen Genossen, der ihnen die Antwort gab: Aber natürlich, es muß etwas getan werden. Wir werden den Generalstreik proklamieren.

Und die CGTU. fügt sich. Die Partei, die mit dem Streik von Le Havre nicht viel anzufangen wußte, die bei dieser Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern von Le Havre und der großen bürgerlichen Gesellschaft ein vollkommen überflüssiger Organismus geblieben ist, diese Partei? Sie fügt sich der CGTU. Welche Verkettung von Fehlern!

Und das Resultat? Ein Zusammenbruch! Ein vollkommenes Fiasco. Warum? Weil es so vorherbestimmt, weil es so prädestiniert war. Und die Zeitungsausschnitte, die ich Ihnen hier zeige, sollten die Arbeiterklasse Frankreichs vom Montag auf Dienstag zum allgemeinen Streik mobilisieren. Ist das möglich?

Selbst in einem Lande, wie hier in Rußland, wo wir im Besitz des Telegraphennetzes, des Funkentelegraphen sind, wo die Partei stark ist, wo die Gewerkschaften in vollem Einvernehmen mit der Partei arbeiten, wo unserer Partei, unseren Gewerkschaften keine andere Partei, keine andere Gewerkschaft gegenübersteht, ist dies unmöglich. So hat man z. B. vor der Demonstration zu Ehren des 4. Weltkongresses den Arbeitern zuerst erklären müssen, was der 4. Weltkongreß eigentlich ist. Es gab unter den Soldaten solche, die am 7. November mit einem gewissen Enthusiasmus vor Ihnen vorbeimarschiert sind, den Sie ihnen vielleicht angesehen haben. Woher kommt dieser Enthusiasmus? Es gab unter ihnen junge Bauernburschen, die die Geographie nicht besonders gut kennen und die nicht wissen, was in Frankreich vorgeht, was außerhalb Rußlands vorgeht. Man mußte ihnen die Bedeutung des 4. Weltkongresses erklären. Und was verlangte man schließlich von ihnen? Daß sie einfach vor den ausländischen Delegierten vorbeimarschieren und ihnen ihren brüderlichen Gruß entbieten.

Sie aber, die von der französischen Arbeiterklasse einen Generalstreik forderten, Sie hätten dieser Arbeiterklasse erklären müssen, was

in Le Havre vorging und sich nicht mit der einfachen Formel „Mörderregierung" begnügen dürfen.

In Frankreich fabriziert man diese Formeln viel besser, als in irgendeinem anderen Lande. Man versteht sich darauf. Es wäre notwendig gewesen, jedem einzelnen Arbeiter und jeder einzelnen Arbeiterin, den Landarbeitern, den Bauern und den Bäuerinnen zu erklären, was sich in Le Havre ereignet hatte: Man hat in Le Havre vier Arbeiter getötet, nachdem man ihrer 1½ Millionen im Krieg getötet hatte. Man stellt, wenn möglich, die Photographien der Getöteten aus; man zeigt die Photographien der Töchter und der Söhne dieser getöteten Arbeiter. Sie müssen sofort Korrespondenten hinschicken die diese Fragen und das Leben der Arbeiter kennen, Genossen, die imstande sind, zu den Familien der getöteten Arbeiter zu gehen, an ihrer Qual teilzunehmen und die ganze entsetzliche Geschichte der Arbeiterklasse zu erzählen.

Es wäre notwendig gewesen, in Paris und im ganzen Lande sofort tausend der besten Kommunisten und revolutionären Syndikalisten zu mobilisieren, und zwar Hand in Hand mit der CGTU., und sie überall hinzuschicken, nicht nur in alle Winkel von Paris, sondern auch in das ganze Land, in die Städte und auf das flache Land, damit sie dort eine intensive Propaganda betreiben. Gleichzeitig hätte man in zwei, drei oder vier Millionen Exemplaren Flugblätter und Aufrufe drucken sollen, um die Arbeiterklasse über die Ereignisse zu unterrichten, und hierbei sagen müssen: Wir können dieses Verbrechen nicht ohne Protest vorübergehen lassen.

Muß man zu diesem Zwecke sofort in einen 24stündigen Generalstreik eintreten? Nein. Man muß die gesamte Arbeiterklasse durch eine intensive Propaganda, die ausschließlich in der Erklärung der Ereignisse besteht, in Bewegung setzen. Man muß der Arbeiterklasse alles kurz erklären und erzählen: das ist die erste Vorbedingung.

Warum hat man es nicht getan? Man hatte Angst, das Gefühl der Empörung bei der Arbeiterklasse würde nicht drei, vier oder fünf Tage anhalten. Dieses absolute Mißtrauen ist das bürokratische Mißtrauen unseres revolutionären Syndikalismus und unseres Kommunismus der Arbeiterklasse gegenüber. (Beifall.)

Man hätte der Arbeiterklasse die Tatsachen erzählen und erläutern müssen. Unsere Genossen vom Pas-de-Calais sind aber in die Gruben hinabgefahren und haben erst nachträglich erfahren, daß sie streiken sollten. Natürlich war die Aktion von vornherein gelähmt und kompromittiert. Ich frage mich, ob jemand, der sie absichtlich kompromittieren wollte, anders hätte handeln können.

Und dann hat man — natürlich nicht für immer — die Dissidenten, die Reformisten, die Jouhauxisten gerettet. Warum? Sehr einfach, Genossen. Hat die Bourgeoisie, als sie in Frankreich vier Arbeiter tötete, ihre Freunde, die Dissidenten und Reformisten, nicht in eine äußerst schwierige Lage versetzt? Mit den Reformen, mit den Ideen vom Nationalblock, mit der Teilnahme Jouhaux' an den bürgerlichen Versammlungen zur Verbesserung des Schicksals der Arbeiter kann man die Werktätigen noch hinters Licht führen. Deshalb war das Gemetzel von Le Havre ein fast tötlicher Schlag für unsere Gegner.



Was hätte man tun müssen? Man hätte in jeder Nummer der „Humanité", eine oder zwei Wochen hindurch, alle möglichen Propagandamittel, alle zweckentsprechenden Agitationsmittel in Anspruch nehmen und die reformistische CGT. und die Dissidenten fragen müssen: „Was schlagt Ihr jetzt vor? Es handelt sich nicht um die Diktatur des Proletariats, nicht diese schlagen wir Euch jetzt vor, obgleich wir ihre getreuesten Anhänger sind. Was schlagt Ihr aber gegen die Bourgeoisie vor, die soeben vier Arbeiter getötet hat? Was schlagt Ihr gegen die Regierung, gegen Poincaré vor?"

Das ist eine Frage, die man hätte Tag für Tag wiederholen und durch die Propagandisten, die Agitatoren der Partei und der Gewerkschaften an allen Straßenecken, in allen Winkeln des Landes, in jedem Dorf, wo sich nur ein Arbeiter und eine Arbeiterin befinden, eine oder zwei Wocnen hindurch wiederholen lassen müssen. Das wäre in der Tat eine große Etappe der Arbeiterbewegung gewesen. Statt dessen hat man aber die Situation verdorben. Man hat diesen verrückten Aufruf zum unverzüglichen Streik herausgegeben. Man kündet nicht auf diese Weise am Montag einen allgemeinen Streik für den Dienstag an, denn das dient den Dissidenten und den Reformisten natürlich als Vorwand, sich zurückzuziehen und zu sagen: Wir werden uns an einer derart riskanten Unternehmung nicht beteiligen.

Und da der Generalstreik von vornherein kompromittiert war, beschlossen sie, den Opfern den Arbeitslohn auszubezahlen. Sie führten diesen Beschluß nicht durch. Ihr Verbrechen jedoch, das in ihrer Passivität bestand, geriet allenthalben in Vergessenheit, denn im Mittelpunkt der ganzen Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft stand der in gefährlicher Weise kompromittierte Generalstreik.

Und nachher schreibt der „Temps": „Der Mißerfolg des Generalstreiks bedeutet ein ermutigendes Symptom für die Zukunft."

Der „Temps" hat recht. Und die „Humanité" erklärt: die Bourgeoisie will diese unerhörte Passivität der Arbeiterklasse ausnutzen.

Es war ein entsetzlicher Mißerfolg; dennoch erklärte man nachher, es sei ein großer Erfolg gewesen. Da aber diese Stellungnahme unhaltbar war, erklärte man später: Die Bourgeoisie will diese unerhörte Passivität der Arbeiterklasse ausnutzen. Man wälzt die Verantwortung immer auf die Schultern der Arbeiterklasse ab. Es offenbarte sich eine Schwäche der CGTU. und der Arbeiterklasse, und man schiebt den Mißerfolg der Arbeiterklasse in die Schuhe, — ein Verfahren, das die Arbeiterklasse nicht weiter dulden darf. Sie wird ihre Führer auffordern müssen, ihre Fehler zu analysieren, damit sie aus den Erfahrungen des Kampfes etwas lernen. Es ist wahrhaftig höchste Zeit dazu, Genossen.

Wir hatten in Frankreich ein großes Ereignis; der Proteststreik kann nur als jämmerliche Wiederholung dieses Ereignisses betrachtet werden. Dies ist die Bewegung vom 1. Mai 1920. Die Partei hieß damals noch nicht „Kommunistische Partei". Die Spaltung in den Gewerkschaften war noch nicht erfolgt. Die Kräfte waren aber sowohl auf politischem wie auch auf gewerkschaftlichem Gebiet dieselben. Die Linkselemente hatten die Aktion nicht vorbereitet. Die von der

54*

Rechten hatten alles getan, um die Bewegung zu kompromittieren und sie durch ihren Verrat zu vernichten. Das gelang ihnen nicht. Sie wissen, von welcher Bedeutung dieser 1. Mai 1920 in der Nachkriegsgeschichte Frankreichs ist.

Der revolutionäre Elan der Arbeiterklasse hat plötzlich nachgelassen, die Stabilität der Bourgeoisieherrschaft plötzlich zugenommen. Nach diesem mißlungenen Generalstreik trat eine große Veränderung ein.

Zwei Jahre und drei Monate sind seit dieser ziemlich anschaulichen Lektion verflossen, und jetzt wird dieser Streik in Form des großen Proteststreiks gegen das Gemetzel von Le Havre wiederholt. Natürlich kam eine Enttäuschung und das Ergebnis ist die Passivität der Arbeiterklasse und die unvermeidliche Konservierung des Jouhauxschen Reformismus und Syndikalismus.

Warum? Weil es die Partei nicht verstanden hat, mit ihren Ratschlägen beizuspringen, weil sie es unterlassen hat, zu intervenieren, die Lage vor sich selbst klarzulegen, ihre Ansicht mitzuteilen und unseren Gen. Monmousseau, der der Partei nicht angehört und gegen die organische Verbindung ist, aufzufordern, zu entscheiden, was zu tun sei. Man hätte ihm sagen sollen: Ihr schlagt den Generalstreik für morgen, Dienstag, vor; das ist aber vollkommen unmöglich; Ihr werdet dadurch den Streik kompromittieren und eine für den Kampf der Arbeiterklasse ungünstige Lage schaffen.

Ich bin überzeugt, daß unser Gen. Monmousseau geantwortet hätte: Ich bin bereit, mit Euch zu verhandeln, meine Organisation ist jedoch autonom und sie wird Beschlüsse fassen, die sie für angebracht und richtig hält.

Wäre es aber nicht notwendig gewesen, sich an einen Tisch zu setzen, um die Lage zu analysieren und Ansichten auszutauschen?

Um so mehr, als ja die CGTU. nichts anderes tat, als daß sie sich der Initiative der Bauarbeitergewerkschaft fügte. Das Resultat haben wir gesehen. Nach dem 1. Mai 1920 hat man Monate, mehr als Monate verloren, während doch im Kampf der Arbeiterklasse die Zeit von höchstem Wert ist. Die Bourgeoisie verliert keine Zeit. Wir haben zwei Jahre verloren und es gibt Genossen, die behaupten, wir hätten diese Zeit gewonnen.

Auf dem Pariser Kongreß hat unser Gen. Frossard die Beziehungen der Partei zur Internationale mit folgender Formel charakterisiert: „Wir müssen Zeit gewinnen."

Der Generalsekretär der Partei, der bereits zur Zeit des Kongresses von Tours Sekretär war, also am meisten befugt ist, die Partei zu vertreten, drückt sich in einem, die „Die Krise" überschriebenen, in der „Humanité" veröffentlichten Bericht folgendermaßen aus:

„Welches sind die Ursachen der Krise? Seit zwei Jahren bin ich geteilt zwischen meiner Treue zur Internationale und dem Interesse meiner Partei. Bei mir ist eine permanente Krise der Pflicht. Man kann bei mir ein verschiedenartiges Verhalten beobachten. Das kommt daher, daß ich meiner selbst nicht sicher bin. („Langanhaltender Beifall".)"

Man applaudiert also, wenn jener Genosse, der am meisten befugt ist, die Partei zu vertreten, erklärt: Ich werde von meiner Treue zur



Internationale und meiner Treue zur Partei zerrissen. Es gibt also zweierlei Treuen, die nicht zusammentreffen, die einander widersprechen: „Wenn sie sagen, man könne bei mir Schwankungen, zwei verschiedene Stellungnahmen beobachten, so kommt das daher, daß ich zwischen zwei ständigen Gegensätzen hin- und hergerissen werde." Und darauf folgt laut dem Bericht der „Humanité" langanhaltender Beifall.

Des weiteren sagt Gen. Frossard:

„Angesichts gewisser undurchführbarer Beschlüsse der Internationale, wollte ich, ich muß es sagen, Zeit gewinnen. Ich zog dies vor, statt meiner Partei das Genick zu brechen."

Demnach bestand also zwischen der Internationale und der Kommunistischen Partei Frankreichs ein Gegensatz. Der Generalsekretär der Partei befand sich in einem Zustand ständiger Konflikte und er suchte hauptsächlich Zeit zu gewinnen, um seiner Partei nicht das Genick zu brechen. Das ist ziemlich ehrlich. So oft ich dieses Zitat lese, rege ich mich darüber immer wieder auf, so überraschend klingt es!

Wie denn? Man gehört zwei Jahre hindurch der Internationale an und erklärt dann, daß diese oder jene Resolution der Internationale der Partei das Genick zu brechen drohe. Warum gehört man aber dann der Internationale an? Unbegreiflich!

Als ich die betreffende Nummer der „Humanité" erhielt und diese Stelle zum ersten Male las, sagte ich mir: das ist die Vorbereitung des Bruchs mit der Internationale.

Wir kennen unseren Gen. Frossard genügend. Er ist nicht der Mann, der sich von seinem Temperament hinreißen läßt. Er ist ein Mann der kühlen Berechnung, und wenn er, gar nicht so nebenbei, sondern auf dem Kongreß seiner Partei als Generalsekretär erklärt, daß er zwei Jahre hindurch nichts anderes getan habe, als Zeit zu gewinnen, weil die Internationale Resolutionen angenommen habe, die seiner Partei schädlich wären, so muß ich mich fragen, ob man das anders auffassen kann, als die Vorbereitung des Bruches mit der Internationale. (Beifall.)

Noch ernster wird die Sache, wenn man die Tatsachen betrachtet, die seiner Rede vorangegangen waren. In dem sogenannten Antrag Frossard-Souvarine, den Frossard unterschrieben hatte und der dem Parteikongreß unterbreitet wurde, lesen wir:

„Beim Licht der Erfahrung muß man anerkennen, daß die Überbleibsel des sozialdemokratischen Geistes der alten Partei und die Verkennung des Sinnes der Resolutionen der Kommunistischen Internationale der Erstarkung und der Vervollkommnung der jungen Kommunistischen Partei geschadet haben."

Am Vorabend des Kongresses sagt man also in einem Antrag, die Verkennung des Wertes der Resolutionen der Internationale sei es, die der französischen Partei hauptsächlich geschadet habe.

Es handelt sich um den Wert der Resolutionen über die Einheitsfront und über die gewerkschaftliche Aktion. Frossard unterzeichnet sie, und noch ist die Tinte, mit der er sie unterzeichnet hat, nicht trocken, als er schon von der Rednertribüne herab erklärt, daß die aus

Moskau und von der Internationale kommenden Resolutionen der Partei das Genick zu brechen drohen.

Wer dies versteht, den lade ich ein, uns dieses Verhalten zu erklären. Wir haben versucht, die Erklärung aus dem beredten Mund unseres Gen. Frossard zu vernehmen. Wir haben ihn eingeladen. Wir haben unsere Einladung in Form von Briefen und Telegrammen, ja sogar Beschlüssen der Exekutive wiederholt. Leider sind unsere Bemühungen erfolglos geblieben. Dennoch würde es uns sehr freuen, eine Erklärung dieses Verhaltens zu bekommen, das uns weder besonders konsequent, noch sehr klar erscheint.

Um ihnen wenigstens ein knappes Bild von den Beziehungen zwischen der Internationale und der französischen Partei (hauptsächlich deren Zentralkomitee und deren Generalsekretär) zu geben, um Ihnen zu demonstrieren, in welcher Weise die Exekutive der Kommunistischen Partei Frankreichs das Genick zu brechen gedroht hat, wollen Sie mir gestatten, die Liste der Briefe, Telegramme und Resolutionen, die wir abgesendet haben, zu verlesen. Es ist eine sehr trockene und wenig unterhaltende Lektüre. Es ist ein Katalog. Ich erwähne hier nicht die Privatbriefe, die ich geschrieben habe. Ich ließ unter den Mitgliedern der großen Kommission die Abschriften der Briefe verteilen, die ich in meinem eigenen Namen, jedoch immer mit Einwilligung der Exekutive und in vollem Einvernehmen mit ihr an die französischen Genossen gerichtet habe.

Ich zähle also nur die offiziellen Dokumente auf.

Im Juni 1921 wurde eine Sitzung der Erweiterten Exekutive abgehalten, auf der ich die Rede hielt, aus der ich Ihnen eben einige wesentliche Stellen zitiert habe.

Im Juli 1921 wurden nach dem 3. Weltkongreß drei Resolutionen der Exekutive gefaßt, und zwar über die Kontrolle der Presse, über die Arbeit in den Gewerkschaften und über die Auflösung des Komitees der Kommunistischen Internationale.

Betrachten wir diese Resolutionen. Drohte vielleicht die Resolution über die Kontrolle der Presse, die Resolution über die Angelegenheit Fabre und Brizon, die sich mit ihrer Autorität als Parteimitglieder deckten, um persönliche und die Partei kompromittierende Unternehmungen betreiben zu können, drohte vielleicht diese Resolution der Partei das Genick zu brechen? War es nicht nützlich, die Taktik aufzugeben, die darin bestand, daß man sehr wichtige Posten in der Kommunistischen Partei bekleidete und gleichzeitig an bürgerlichen Organen mitarbeitete, die die Volksmassen vergiften?

Da ist also gleich eine Resolution, die meiner Ansicht nach nicht der französischen Partei, sondern höchstens einigen streberhaften Journalisten der französischen Partei das Genick zu brechen drohte. Diese Resolution wurde überhaupt nicht durchgeführt.

Über unsere Diskussion über die Arbeit in den Gewerkschaften habe ich Ihnen einiges erzählt.

Eine einzige dieser drei Resolutionen wurde durchgeführt, und zwar jene, die sich auf die Auflösung des Komitees der Kommunistischen Internationale bezog.



Wenn wir Fehler begangen haben — und wir haben deren mehrere begangen —, war es meiner Ansicht nach unser größter Fehler, daß wir der Treue jener Genossen, die damals die französische Partei führten, ein bischen zu viel Vertrauen schenkten.

Am 26. Juli 1921: vertraulicher Brief der Exekutive an das Zentralkomitee mit freundschaftlicher Kritik und Anregungen über die parlamentarische Arbeit der Partei, über die Beziehungen der Partei zur Internationale und über die Parlamentsberichte der „Humanité" (unsere Genossin Marthe Bigot hat über diesen Punkt in der Kommission einige Bemerkungen gemacht, die die Richtigkeit unserer Kritik bestätigen); über die Beziehungen zu den Syndikalisten, über die Arbeit in den Gewerkschaften, über die Reorganisation des Zentralkomitees (damals haben wir zum ersten Male schriftlich beantragt, jene schreckliche Oligarchie zu schaffen, die das politische Büro des Zentralkomitees genannt wird); über die Struktur der Partei, über die Unzulänglichkeit der „Humanité", über die Kontrolle der Presse.

Einladung Frossards und Cachins nach Moskau.

Am 1. Oktober 1921: Telegramm an die Partei, mit der Aufforderung, Frossard nach Moskau zu schicken.

Am 15. Dezember 1921: Offener Brief der Exekutive an den Marseiller Kongreß mit Kritiken und Anregungen über: die Schwäche der Parteileitung, die Disziplin, die Gewerkschaftspolitik, die Kontrolle der Presse, die Rechtstendenz und das „Journal du Peuple".

Das war nicht der Anfang; den Anfang bildeten schon die Gespräche mit der Delegation während des 3. Kongresses. Dann kam die Resolution über die Kontrolle der Presse im Juli 1921, als die Frage Fabre zum ersten Male aufgeworfen wurde. Der dritte Schritt war der vom 15. Dezember 1921. Natürlich haben wir die Bedeutung Fabres „übertrieben", jetzt aber scharen sich alle jene, die zurückgewiesen worden sind, um das „Journal du Peuple". Es bildet sich dort ein Eitergeschwür, diesmal aber außerhalb der Partei und unter der Mitwirkung der nunmehr berüchtigten Sippe der Vorstadtbürgermeister.

Über das Eindringen der Partei in die Betriebe, über die Einbeziehung der Arbeiter in die Direktion, über die Gleichgültigkeit der Partei dem Leben der Internationale gegenüber.

Weiter! Am 19. Dezember 1921: vertraulicher Brief an das Zentralkomitee, enthaltend Kritiken und Anregungen über folgende Fragen: Duldsamkeit dem „Journal du Peuple" gegenüber; zum dritten Male: Unterlassung der Durchführung der Beschlüsse der Internationale. Duldsamkeit Brizon und der „Vague" gegenüber, Beziehungen der Partei zur Internationale, Präsidium oder politisches Büro der Partei.

Wenn Sie mich fragen, warum ich die Antworten nicht anführe, so muß ich Ihnen darauf sagen, daß eben keine Antworten kamen. Nicht ein einziges Mal haben sie geantwortet.

Am 9. Januar 1922: Resolution über die Marseiller Demissionen; Telegramme, die 5 Vertreter der Partei nach Moskau beriefen.

Am 15. Januar 1922: telegraphische Wiederholung der Einladung französischer Delegierter mit Rücksicht auf die Krise.

23. Januar 1922: telegraphische Aufforderung an Frossard und Cachin und Mitteilung, daß die französische Frage auf die Tages-

ordnung der Februarsession der Erweiterten Exekutive gesetzt worden sei.

24. Januar 1922: Telegramm, in dem die Notwendigkeit der Ankunft Frossards und Cachins betont und nachdrücklich auf den unerwünschten Eindruck hingewiesen wird, den ihre Abwesenheit hervorrufen würde.

27. Januar 1922: Telegramm, in dem die Ankunft Frossards gefordert wird, „dessen Abwesenheit auf die ganze Exekutive den schlechtesten Eindruck machen würde", und in dem mitgeteilt wird, daß die Eröffnung der Erweiterten Exekutivsitzung um einige Tage verschoben wird, damit Frossard rechtzeitig eintreffen kann.

Während dieser Tage, in denen wir uns anschickten, die französische Frage vor die Internationale zu verweisen und sie den Parteien zu unterbreiten, fragten wir uns gegenseitig jeden Morgen und jeden Abend telephonisch:

„Glauben Sie, Trotzki, daß er kommen wird?" — „— Was weiß ich?"

„Glauben Sie, Sinowjew, daß er kommen wird?" — „Keine Ahnung."

Wan wartet, man schickt Telegramme, und worum handelt es sich? Wenn wir sofort nach Paris hätten fahren können, um uns mit unseren Freunden dort zu beraten, so hätte jeder von uns versucht, sich als erster in den Eisenbahnzug zu werfen. (Beifall.)

Es handelte sich jedoch darum, die schwierigen Probleme der französischen Partei zu erörtern, sie zu analysieren, um sie lösen zu können. Und wir suchen immer ihre kompetentesten Führer einzuladen, damit sie mit uns diskutieren. Deshalb wurden diese 5 Telegramme abgesandt, um die Führer der französischen Partei einzuladen, zur Internationale zu kommen und die französische Frage zu lösen.

Zur selben Zeit: Intervention Radeks bei Cachin in Berlin, um ihn zu bewegen, sich nach Moskau zu begeben.

Februar 1922: Erweiterte Exekutive — Resolution über die französische Frage, Kritik des Opportunismus, des Blocks der Linken, des kleinbürgerlichen Pazifismus, der Untätigkeit dem Syndikalismus gegenüber, der unzulänglichen Führung der Partei, des Föderalismus.

Verpflichtung der Delegation des Zentrums, Fabre auszuschließen. Zum vierten Male wird die Frage der Wiedereinsetzung der in Marseille demissionierten Genossen und der Anwendung der Marseiller Gewerkschaftsthesen aufgeworfen.

April 1922: Nationalrat der französischen Partei.

9. Mai 1922: Ausschluß Fabres durch die Exekutive (als die Frage zum fünften Male aufgeworfen und der Artikel 9 der Statuten in Anwendung gebracht wurde).

12. Mai 1922 vertraulicher Brief an das Zentralkomitee mit Kritiken und Anregungen über folgende Fragen:

Wachsender Einfluß der Rechten;

Passivität in der Angelegenheit Fabre (zum sechsten Male);

Schweigen der „Humanité" über die brennendsten Fragen;

Untätigkeit den Anarchisten und den Syndikalisten gegenüber;



Feindseligkeit der Einheitsfront gegenüber, Kampagne der „Humanité" und der „Internationale" als Sabotage der Aktion der Kommunistischen Internationale;

Disziplinlosigkeit der Partei gegenüber den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale;

Böswilligkeit bei der Durchführung der Resolutionen, für die die verschiedenen französischen Delegationen in Moskau gestimmt haben; Wiederholung der von der Kommunistischen Internationale schon unzählige Male unternommenen Schritte zur Versöhnung;

Aufforderung, die Beziehungen der französischen Partei zur Internationale nunmehr zu klären.

Zugleich telegraphische Aufforderung an Frossard, zur Junisitzung der Erweiterten Exekutive zu kommen.

Juni 1922: Erweiterte Exekutive — Resolutionen über:

die Struktur der Partei;
die innere Disziplin;
den Seineverband;
die Gewerkschaftsfrage;
die Einheitsfront;
den Block der Linken;
die Parteipresse;
die Fraktionen der Partei;
die Rüge an Daniel Renoult;
die Angelegenheit Fabre (zum siebenten Male);
den Parteikongreß;
die Notwendigkeit eines Manifestes des Zentralkomitees;

Juli 1922: 3 Telegramme mit der Aufforderung an die Partei, Verfeuil, Mayoux und Lafont auszuschließen.

Juli 1922: Brief an den Seineverband über:

Föderalismus und Zentralismus;
den Artikel 9 der internationalen Statuten;
die Angelegenheit Fabre (zum achten Male);
die Disziplin.

September 1922: Botschaft an den 2. Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs, in der sämtliche, in den vorhergegangenen Briefen erwähnten Fragen behandelt werden.

6. Oktober 1922: ergänzende Botschaft an den Pariser Kongreß über:

die erneute Abstimmung über die 21 Bedingungen;
Ausschluß Verfeuils.

November 1922: mehrere Telegramme mit der Einladung an Frossard und Cachin, dem 4. Kongreß beizuwohnen.

Das ist die trockene Aufzählung der Briefe, Telegramme, Vorschläge und Anregungen, die wir seit anderthalb Jahren abgesendet haben und die fast immer ohne Widerhall und ohne Antwort geblieben sind. Das ist die Zeit, die unser Gen. Frossard gewonnen zu haben behauptet. Wir erklären, daß diese Zeit in der Geschichte der französischen Partei als Verlust einzutragen ist, an dem die Passivität, die

materielle und politische Untätigkeit jener Genossen Schuld tragen, die zu jener Zeit verantwortliche Führer der Partei waren.

Man möge mir doch sagen, welche von den Anregungen, die ich jetzt hier aufgeführt habe, der Partei schädlich sein kann.

Warum war es denn notwendig, beim Ausschluß Fabres, der ja so selbstverständlich und unvermeidlich war, ferner in den Fragen der Presse, des politischen Büros und hauptsächlich der gewerkschaftlichen Einheit und der Einheitsfront Zeit zu gewinnen?

Gewiß sind die Mitglieder der Internationale nicht unfehlbar; das bezweifelt niemand. Kann uns aber jemand beweisen, daß die Internationale in diesen Anträgen, Vorschlägen und Resolutionen Fehler begangen hätte? Wo sind diese Fehler? Möge man uns doch zeigen, daß man der französischen Partei eine Wohltat erwiesen hat, als man diese Anträge und Versuche der Internationale überging. Möge man uns doch beweisen, daß man Zeit gewonnen und nicht verloren hat.

Wenn der Generalsekretär der Partei selbst erklärt, er habe der Internationale gegenüber, die der französischen Partei das Genick zu brechen drohte, Zeit gewonnen, ist es selbstverständlich, daß die mit der ständigen Propaganda betrauten Parteimitglieder dasselbe sagen und dasselbe tun, nur in einfacherer Form. So kommt es, daß Gen. Auclair der Jugend erzählt, daß die Beschlüsse der Internationale sich auf „ragots" stützen, wie er sich ausdrückt.

Als wir an Frossard die Frage richteten, ob er tatsächlich Auclair mit der Propaganda betraut hätte, gab er uns zur Antwort, dies wäre nur provisorisch geschehen. Das stimmt auch.

Nun aber sehen wir nach dem Pariser Kongreß, daß dieser Genosse auf seinem Posten belassen wurde. Und als wir hierüber unseren französischen Genossen vom Zentrum Vorhaltungen machten, antworteten sie: Sie übertreiben! Wir übertreiben also bei Fabre, wir übertreiben bei Auclair, wir übertreiben in unseren Aufforderungen zur Einheitsfront und zur gewerkschaftlichen Aktion, wir übertreiben in der Frage der Presse, wir übertreiben immer.

Und doch ist es natürlich, daß wir uns gegen die Kundgebungen eines antikommunistischen Geistes, wie er bei Fabre und Auclair oder in der Mitarbeit bei der bürgerlichen Presse zum Ausdruck kommt, gewendet haben. Jede dieser Tatsachen hat, einzeln betrachtet, tiefe Wurzeln in den tiefsten Schichten der Partei. Wer sie als bedeutungslos hinstellt, hat unrecht, denn das sind Anzeichen, über die sich ein Parteikämpfer nicht hinwegtäuschen darf. Was wollen Sie denn dann als sicheres Zeichen dafür ansehen, daß man nicht Kommunist ist? Wenn Frossard erklärt, daß die Beschlüsse der Internationale der französischen Partei das Genick zu brechen drohen, und wenn Auclair das mit der Behauptung ergänzt, daß diese Resolutionen auf Grund eines Getratsches gefaßt worden seien, so kann man einen Begriff davon haben, welches Licht die tieferen Schichten der Partei erhellt, die überhaupt nicht informiert sind.

Wir haben darüber außerordentlich wertvolle Angaben unseres Gen. Louis Sellier (der nicht zu verwechseln ist mit dem aus der Partei ausgeschlossenen Henri Sellier). Louis Sellier hat eine Zeitlang die Partei in Moskau vertreten. Er ist jetzt nach Frankreich zurückgekehrt

und ist als stellvertretender Generalsekretär der Partei vorgeschlagen, ein Beweis, daß dieser Genosse in der französischen Partei in hoher Achtung steht. Wir, die wir ihn in Moskau kennengelernt haben, teilen diese Wertschätzung des Gen. Louis Sellier.

In der „Humanité" vom 27. August 1922 veröffentlicht er unter der Überschrift· „Beseitigen wir vor allem die absurden Legenden" einen Artikel, in dem es heißt:

„Wir haben Genossen, die sicherlich sehr boshaft sind. Sie beginnen damit, daß sie die Hand auf's Herz legen und erklären, sie wären und seien der russischen Revolution mit Leib und Seele ergeben, aber . . . Und da beginnt eine ganze Reihe von drohenden, feierlichen, absurden „Wenn" und „Aber". Wenn aber Moskau aus der Partei eine kleine besoldete und servile Sekte machen will, wenn Moskau der Partei ihre Unabhängigkeit in jeder Hinsicht nehmen will, wenn Moskau die Guillotine als ständige Einrichtung in die Partei einführen will . . . usw."

Dann weiter:

„Wir würden die Erfüllung unserer elementarsten Pflichten unterlassen, wenn wir unseren Genossen von der Majorität, unseren Genossen vom Zentrum nicht zubrüllen würden, daß man sie betrügen will, wenn man ihnen über Moskau Dummheiten erzählt, von denen wir die perfidesten soeben zitiert haben. Moskau will keinesfalls, daß die Kommunistische Internationale ebenso zusammenbreche, wie es mit der 2. Internationale der Fall war."

Das schreibt Louis Sellier. Man muß den Genossen vom Zentrum also „zubrüllen", daß Moskau nicht eine kleine besoldete und servile Sekte schaffen will. Das sagt ein Genosse vom Zentrum.

Louis Sellier berichtet den Ausspruch: „Wenn Moskau die Partei ihrer Unabhängigkeit in jeder Richtung berauben will . . ." Und wir konnten in der großen französischen Kommission einige Worte in diesem Sinne hören: Gewisse Interventionen der Internationale bedrohen die Würde der Partei. Das sind Gefühle, das ist eine Mentalität, das ist eine Auffassung, die uns ganz fremd sind und die wir nicht begreifen können.

Im Februar gab es hier eine Kommission für die russische Frage. Den Vorsitz in dieser Kommission führte, wenn ich nicht irre, Gen. Marcel Cachin. Es handelte sich um ein inneres Übel unserer russischen Partei. Diese Kommission arbeitete nicht in Paris, weil wir leider unsere Kongresse noch nicht in Paris abhalten können. Das wird auch noch kommen! Es war also in Moskau. Diese Kommission bestand aus ausländischen Genossen, die in einer Frage zu beschließen hatten, die für unsere Partei sehr peinlich war, denn es handelte sich um die sogenannte Arbeiteropposition gegen das Zentralkomitee der russischen Partei.

Sinowjew, ich und einige andere Genossen wurden vor die Kommission geladen. Wir haben unsere Ansicht auseinandergesetzt. Es entstand bei uns ein Gefühl der Erleichterung, daß es eine internationale Institution, eine höchste Instanz gab, und niemand sah darin eine Erniedrigung der Autorität unserer Partei. Im Gegenteil,

man war sehr glücklich, eine wichtige Frage mit Hilfe der Kommunistischen Internationale erledigen zu können.

Die Intervention dieser Kommission ergab ein glänzendes Resultat im Interesse unserer Partei, denn die Arbeiteropposition hörte nach der Intervention dieser höchsten Instanz auf.

Was ist denn die Würde der Partei? Es gibt nur ein Interesse der Partei, das ist das höchste Gesetz, und diesem höchsten Gesetz muß sich jeder von uns fügen. Darin besteht die Würde der Partei und jedes einzelnen Mitgliedes der Partei. (Applaus.)

Ich verweilte bei diesem Punkt, weil man auf dem Pariser Kongreß dieses Gespenst der Würde der Partei auffahren ließ. Sie kennen die ganze Lage, die der Pariser Kongreß geschaffen hat. Einige Monate vor dem Kongreß hatten wir vorgeschlagen, einen Block zu bilden zwischen den beiden stärksten Fraktionen, zwischen dem Zentrum und der Linken gegen die Rechte und mit einem gewissen, ich möchte sagen abwartenden Verhalten der Richtung Renoult—Dondicol gegenüber.

Was war die Grundidee dieses Planes? Sehr einfach: Die Exekutive hatte den Fraktionskampf vorhergesagt; eben unserem Gen. Sellier haben wir einige Male wiederholt, daß, wenn der Konservatismus des Zentrums sich hält, die Bildung von Fraktionen als notwendige und heilsame Reaktion im Interesse der Partei — damit diese nicht im Sumpf der Passivität versinke — unvermeidlich sei.

Zur selben Zeit, als sich dieser unvermeidliche Prozeß abspielte, ergab sich die Notwendigkeit, der Partei die Möglichkeit zur Führung ihrer äußeren Aktion zu bieten. Zu jener Zeit machte die Fraktion Renoult—Duret gegen die Einheitsfronttaktik die äußerste Opposition. Es bestand damals nicht die geringste Möglichkeit, ein Zusammenwirken mit dieser Fraktion ins Auge zu fassen, obgleich es der Exekutive bekannt war, daß sie vortreffliche Arbeiterelemente enthielt, gegen den Parlamentarismus und gegen die Kombinationen mit den Dissidenten gerichtete, d. h. von reinem revolutionären Geist erfüllte, jedoch schlecht informierte Elemente. Wir nahmen dieser Richtung gegenüber eine abwartende Haltung ein, indem wir sie kritisierten.

Auch waren wir uns immer dessen bewußt, daß trotz einiger Fehler, die die Linke hin und wieder beging, sie es war, die die Vorwärtsbewegung in der Partei gegen den Konservatismus und gegen die Passivität vertrat.

Anderseits haben wir das Zentrum, trotz seiner Fehler, die die Grundlagen der Partei selbst bedrohen, nie außer acht gelassen. Diese Fraktion umfaßt zahlreiche vortreffliche Arbeiterelemente, die sich morgen oder übermorgen auf derselben Grundlage revolutionärer Aktion vereinigen werden. Wir schlugen daraufhin einen Block der beiden großen Gruppen, des Zentrums und der Linken, vor, um die Aufgabe des Pariser Kongresses zu erleichtern, die ausschließlich darin bestand, die Ideen der Partei zu klären und jene Zentralorgane zu schaffen, die imstande wären, sie zu leiten. Der Fraktionskampf führte die Partei in eine Sackgasse. Es mußte eine Kombination getroffen werden, die, wenn sie auch nicht vollkommen war, so doch für das nächste Jahr eine mehr oder minder entsprechende Lösung zu bringen vermochte.



Dieser Block mußte mit der Spitze gegen die Rechte gerichtet sein und auf der Grundlage der von kommunistischem Geist erfüllten und von der Linken vorbereiteten Resolutionen stehen. Die Unterhandlungen über diesen Block begannen in Moskau mit dem Gen. Louis Sellier, der Gen. Lucie Leiciague und mit Frossard, als Vertretern des Zentrums.

Wir bestanden immer auf der Verwirklichung dieses Blocks auf revolutionärer Grundlage; dieser Block mußte mit aller Energie gegen die Rechte gerichtet sein, damit diese Frage vollständig, endgültig und in politischer Weise gelöst werden konnte. Unter solchen Umständen hätten wir die Möglichkeit gehabt, eine kraftvolle Aktion einzuleiten, und die Partei hätte vor dem 4. Kongreß als eine viel diszipliniertere Partei hintreten können, die imstande ist, die Aktion zu führen.

Unzählige Male wurde gesagt und wiederholt: Wenn das Zentrum sich widersetzt, wenn es sich von Elementen des Konservatismus und der Reaktion in passiver Weise mitziehen läßt, um Zeit zu gewinnen, so glauben wir, daß es seiner Zersetzung entgegengeht, und seine Zersetzung wird über die ganze Partei die peinlichste Krise heraufbeschwören.

Ich will hier nicht die ganze Geschichte der Verhandlungen erzählen, die in Paris über die Bildung der Zentralorgane stattgefunden haben, — die Fraktionen stießen auf Schwierigkeiten, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Bei Verhandlungen zwischen zwei sich bekämpfenden Fraktionen sind die Organisationsfragen stets peinlich: Es gibt Diskussionen, übertriebene Forderungen beiderseits. Das ist gar nicht anders möglich. Der Bruch erfolgte jedoch auf vollkommen klare Vorschläge und nicht auf übertriebene Forderungen der Linken hin, wie behauptet wird, sondern auf Vorschläge zur paritätischen Lösung, die die Vertreter der Exekutive machten.

Das Zentrum zog es vor, die Verhandlungen zu unterbrechen; es lehnte die Parität, sogar die bis zum Kongreß gültige provisorische Parität ab. Gen. Ker hielt am 17. Oktober über diesen Gegenstand eine große Rede. Er stellte die Frage folgendermaßen: „Es handelt sich darum, ob die französische Partei nicht die Freiheit haben soll, die Männer, die sie führen sollen, selbst zu wählen." Ich entnehme das dem Bericht der „Humanité" vom 18. Oktober über die Sitzung vom 17. Oktober.

Sobald die Verhandlungen auf die Initiative des Zentrums abgebrochen sind, sagt man also den Provinzdelegierten, denen die Vorschläge der Internationale noch nicht bekannt sind, es handele sich darum, ob die französische Partei nicht die Freiheit habe, die Männer, die sie führen sollen, selbst zu wählen.

Was soll das heißen? Die Unterhandlungen werden ja vom Zentrum mit der Linken geführt, um die Zusammensetzung der Zentralorgane festzustellen. Und das Zentrum fand, daß diese Unterhandlungen zu keinem Ergebnis führen können. Das Zentrum fand, daß die Intervention der Exekutive unrichtig und gefährlich sei. Statt aber zu sagen: Wir haben uns mit der anderen Fraktion über die Zusammensetzung der Zentralorgane nicht geeinigt, läßt man Gerüchte über die Unterhandlungen verbreiten und erklärt: es handelt sich darum, ob die



französische Partei nicht die Freiheit haben soll, die Männer, die sie führen sollen, selber zu wählen.

Es wurden also einerseits die Linke und andererseits die Vertreter der Internationale denunziert, daß sie die Absicht hätten, der französischen Partei das Recht zu entziehen, über ihre Autonomie als Partei selbst zu verfügen. Diese Anklage war vollkommen ungerecht und sehr gefährlich vom Standpunkt der nationalen und anti-internationalen Bestrebungen aus.

Diese Idee kehrt in dem Aufruf wieder, der von dem neuen, aus den Mitgliedern des Zentrums zusammengesetzten Zentralkomitee unterzeichnet ist. Am Tage nach dem Pariser Kongreß sagt man: „Der 4. Weltkongreß wird die Lage der Partei untersuchen... Die Partei befindet sich in einem Konflikt, der sich hauptsächlich darauf bezieht, ob der Kongreß des Rechtes beraubt werden kann, die Männer, denen er sein Vertrauen schenkt, und die die Aufgabe haben, ihn in den leitenden Organen der Partei zu vertreten, selber zu wählen."

Genossen, es handelt sich darum, für jede Sektion eine Richtlinie ihrer Aktion festzustellen, Ratschläge zu erteilen über die Organisierung einer Partei, die Richtung einer Partei zu überwachen. Jede Partei kann sich ja fragen, ob sie über sich selbst frei verfügen kann, oder ob ihr nicht die Gefahr droht, ihrer Rechte beraubt zu werden.

Worin besteht das Selbstbestimmungsrecht einer Partei? Im gegenwärtigen Falle bestand es darin, daß die beiden Fraktionen, die vereint die erdrückende Majorität der Partei bilden, sich verständigen sollten, um eine gemeinsame Liste aufzustellen, die Zusammensetzung der Zentralorgane im gegenseitigen Einvernehmen festzustellen und diese Liste dem Kongreß mit den Worten vorzulegen: Das sind unsere Vorschläge, deren Annahme wir anraten, weil sie in der gegenwärtigen Periode der drohenden Zersetzung der Partei den besten Ausweg zeigen.

Die Frage wurde jedoch nicht in dieser Form vorgelegt. Nach den Unterhandlungen mit der Linken und den Vertretern der Internationale als Institutionen, Organen und Personen, die die Würde und die Souveränität der französischen Partei bedrohen, und nach dem Tumult und der Nervosität des Kongresses erklärt man in einem Aufruf, der die Unterschriften der Mitglieder des Zentralkomitees trägt: „Der Weltkongreß wird sich mit der Frage beschäftigen müssen; es handelt sich darum, ob der Landeskongreß berechtigt ist, sein Zentralkomitee selber zu wählen."

Aber das ist ja ein unbestrittenes Recht! Wir sehen, daß dieses Recht besteht. Wir sehen, daß dieselben Genossen, ich kann sagen, nicht gewagt haben, den Vorschlag zu machen, seine Souveränität dadurch zu behaupten und zu wahren, daß er ein normales Zentralkomitee bildet. Sie selbst haben den Vorschlag gemacht, ein provisorisches Zentralkomitee zu bilden. Warum? Weil sie selbst die Souveränität des Kongresses geschmälert haben und weil sie, nachdem sie sie geschmälert hatten, in Anbetracht der Situation der Partei diesen Kongreß nicht veranlassen konnten, mit zwei Fünfteln der Stimmen ein Zentralkomitee zu bilden. Nun blieb nichts übrig, als sich an den internationalen Kongreß zu wenden, damit dieser die durch die Schuld des Zentrums zerrissenen Bande wieder knüpfe.

Genossen, ich sagte Ihnen bereits, daß ich Ihnen nicht die ganze Geschichte des Pariser Kongresses erzählen kann. Es ereignete sich aber ein Zwischenfall, den ich Ihnen zur Kenntnis zu bringen für notwendig halte. Dieser Zwischenfall wurde in der großen Kommission von unserer Gen. Clara Zetkin behandelt. Es handelt sich um einen ungemein peinlichen Zwischenfall, da er mit dem Namen Jean Jaurès' verbunden ist. Ich halte es für notwendig, darüber einige Worte zu sagen, nicht um die Szene vom Pariser Kongreß aufzufrischen, sondern nur um eine ernste Ideenfrage zu klären.

Die Konfliktkommission, deren Sekretär, wie mir berichtet wurde, ein junger Genosse von der Linken ist, hatte den Antrag unterbreitet, Henri Sellier, der vollkommen reif zum Ausschluß war, aus der Partei auszuschließen. Dieser Antrag wies darauf hin, daß Henri Sellier sich in seiner demokratischen Auffassung auf die jaurèsistische Tradition stützte.

Jedermann wird zugeben, daß es im Ausschlußantrag vollkommen überflüssig war, Jaurès auch nur in indirekter Weise anzuführen. Aus dieser Ungeschicklichkeit wurde nicht nur auf dem Kongreß, sondern auch nach dem Kongreß in der Parteipresse ein großer politischer Zwischenfall gemacht.

Eine Resolution wurde in aller Eile verfaßt, man machte daraus eine Tendenzfrage und forschte danach, wer für und wer gegen die Tradition Jaurès' sei. In dieser Form wurde die Frage gestellt. Ich glaube, daß das weder dem Andenken Jaurès' noch der Partei selbst nützlich war.

Wir alle haben Jaurès gekannt, wenn nicht persönlich, so doch durch seinen politischen Glanz. Wir alle kennen seine große und monumentale historische Gestalt, die seine Gedanken überragt und die in der Geschichte immer als eine der schönsten menschlichen Erscheinungen fortleben wird. Und wir können heute sagen, wir werden es auch morgen sagen können, daß jede revolutionäre Partei, jedes unterdrückte Volk, jede unterdrückte Arbeiterklasse, und vor allem der Vortrupp der unterdrückten Völker und Arbeiterklassen, die Kommunistische Internationale, Jaurès, sein Andenken, seine Gestalt, seine Persönlichkeit ihr eigen nennen dürfen. Jaurès ist unser aller, er gehört den revolutionären Parteien, den unterdrückten Klassen, den unterdrückten Völkern.

Jaurès hat jedoch in einer gewissen Periode, in einem gewissen Lande, in einer gewissen Partei, in einer gewissen Tendenz dieser Partei eine gewisse Rolle gespielt. Das ist die andere Seite Jaurès'.

Die Geschichte seiner politischen Aktivität ist unserem Gen. Marcel Cachin besser bekannt als mir.

In Frankreich gab es vor dem Krieg in der Sozialistischen Partei zwei Richtungen. Der geistige und politische Führer der anderen Richtung war Jules Guesde, der ebenfalls eine große und glänzende Gestalt in der Geschichte der französischen und internationalen Arbeiterklasse ist. Es gab einen großen Kampf zwischen Jaurès und Guesde, und in diesem Kampf behielt Guesde Jaurès gegenüber recht.

Wir dürfen das niemals vergessen.

Wenn wir uns von der jaurèsistischen Tradition lossagen, so bedeutet das nicht, daß wir die Persönlichkeit und das Andenken Jaurès'



den unsauberen Händen der Dissidenten und der Reformisten überlassen. Das bedeutet lediglich, daß unsere Politik eine große Änderung erfahren hat.

Wir werden die Überbleibsel und die Vorurteile dessen, was man die jaurèsistische Tradition nennt, in der französischen Arbeiterbewegung bekämpfen. Wer aus diesem Zwischenfall einen Ideenkampf macht, als könnten sich die Kommunisten wirklich auf die demokratischen und sozialistischen Traditionen Jaurès' berufen, der erweist der Arbeiterklasse Frankreichs einen schlechten Dienst. Lesen wir die Bücher Jaurès', seine sozialistische Geschichte der Großen Französischen Revolution, sein Buch über die neue Armee, seine Reden: wir werden uns immer in einem neuen Geist, einem neuen Glauben wiedergeboren fühlen. Gleichzeitig müssen wir aber die großen Schwächen wahrnehmen, die den Untergang der 2. Internationale verursachten. Und am allerwenigsten können wir die Hüter der Schwächen und der Vorurteile der 2. Internationale sein, jener 2. Internationale, die in genialster Weise in Jaurès verkörpert war. Wir können nicht Hüter dieser Vorurteile sein; im Gegenteil, wir kämpfen gegen diese Tradition, wir müssen sie bekämpfen und sie durch die kommunistische Ideologie ersetzen.

Genossen, die große Kommission, die Sie eingesetzt haben, hat nach eingehender und mitunter leidenschaftlicher Diskussion eine Subkommission mit der Erledigung der Organisationsfragen und der Ausarbeitung eines politischen Resolutionsentwurfes beauftragt. Sie haben unseren schriftlichen Vorschlag erhalten. Bei der Abfassung dieses Vorschlages ließen wir uns durch zwei Gedanken leiten.

Die in erster Linie von der führenden Fraktion der Kommunistischen Partei Frankreichs — dem Zentrum — begangenen Fehler und politischen Irrtümer müssen verurteilt werden. Die von der Richtung Daniel Renoult—Duret—Dondicol begangenen Fehler müssen unterstrichen werden. Und es muß zugegeben werden, daß, welche Fehler zweiten Ranges die Linksfraktion auch begangen haben mag, es doch diese Fraktion ist, die die Internationale, ihre Ideen, ihre Eingebungen in den für das Leben und für den Kampf der französischen Arbeiterklasse wichtigsten Fragen vertreten hat.

Das ist es, was wir in unserer politischen Resolution anerkannt haben.

Was unseren Vorschlag über die Organisation und die Zusammensetzung der Zentralorgane der Parteien betrifft, haben wir versucht, das Kräfteverhältnis der verschiedenen Richtungen abzuschätzen und die Zusammensetzung der Zentralorgane der augenblicklichen Lage der Partei anzupassen. Selbstverständlich gehen wir gewöhnlich anders vor. Wir lehnen das Prinzip der proportionellen Vertretung unbedingt ab, weil dieses Prinzip immer die Gefahr enthält, aus der Partei eine Föderation verschiedener Richtungen zu machen. Es ist eine Ermutigung jeder einzelnen Gruppe, die eine Tendenz bilden will. Dieses System schadet der Partei und ihrer Tätigkeit.

Wir befinden uns aber in einer durch die vorhergegangenen Ereignisse geschaffenen Lage, über die ich Ihnen einiges gesagt habe, — ich hoffe, genug, um Ihnen unsere Politik begreiflich zu machen.

In Anbetracht dieser Lage haben wir also für das Zentralkomitee und für die übrigen Zentralorgane der Partei das proportionelle Ver-

tretungssystem gefordert. Die Subkommission, die diesen Vorschlag ausgearbeitet hat, bestand aus den Gen. Zetkin, Bordiga, Kolarow, Humbert-Droz, Katayama, Manuilski und Trotzki.

Die große Kommission, der wir unseren, nach gründlicher Diskussion ausgearbeiteten, Entwurf unterbreiteten, nahm alle Vorschläge politischer oder organisatorischer Natur einstimmig an, und wir ersuchen den Kongreß, dasselbe zu tun und sich den votierten Resolutionen einstimmig anzuschließen.

Das Freimaurertum.

Während der Beratung der großen Kommission wurde uns eine neue Frage gestellt. Es ist die Frage des Freimaurertums, die bis jetzt im Leben der Partei unbeachtet geblieben ist. Nie wurden hierüber Artikel geschrieben, noch Polemiken geführt. Nie wurde in der Presse erwähnt, daß in der Kommunistischen Partei, sowie übrigens auch in den revolutionären und reformistischen Gewerkschaften eine nicht unerhebliche Zahl von Genossen gleichzeitig auch dem Freimaurertum angehören.

Als die Kommission diese Tatsache erfuhr, war sie höchst verblüfft, denn kein einziger der ausländischen Genossen hätte geglaubt, daß zwei Jahre nach Tours die Kommunistische Partei Frankreichs noch immer Genossen beherbergen kann, die Organisationen angehören, deren Charakter ich auf einem kommunistischen Weltkongreß vielleicht nicht zu definieren brauche.

Ich versuchte zunächst, es in einem Artikel im Organ des Kongresses, dem „Bolschewik", zu tun. Um diesen Artikel schreiben zu können, mußte ich in meinem Gedächtnis längst vergessene, staubbedeckte Argumente gegen das Freimaurertum aufstöbern.

Ich will Sie mit der Wiederholung dieser Argumente nicht langweilen. Tatsache ist, daß in Frankreich die radikale Bourgeoisie, die recht mittelmäßige Führer und eine recht armselige Presse hat, sich geheimer Institutionen, z. B. des Freimaurertums bedient, und zwar hauptsächlich, um ihr reaktionäres Gebaren, ihr kleinliches Getue, ihre Perfidie zu verbergen, die ihre Ideen, ihren Geist, ihr Programm kennzeichnen. Das Freimaurertum ist eine dieser Institutionen, eines dieser Werkzeuge.

Vor 1½ Jahren sagten wir der französischen Partei: „Wir sehen den Abgrund nicht, den unsere Presse, unsere Reden zwischen der Kommunistischen Partei und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft schaffen müßte."

Heute sehen wir, daß dieser Abgrund nicht nur nicht vorhanden ist, sondern daß es gut gebaute, ein wenig maskierte, ein wenig verdeckte Brücken gibt: das sind die Brücken des Freimaurertums, der Liga für Menschen- und Bürgerrechte usw. Diese Brücke sichert die Verbindung zwischen der Liga, dem Freimaurertum und den Institutionen der Partei, der Redaktion des Blattes, dem Zentralkomitee, dem Verbandskomitee.

Man hält freilich Reden, man schreibt Artikel darüber, daß diese korrupte Gesellschaft durch den Klassenkampf des Proletariats zerstört werden muß, das aber selber unter der Führung einer vollkommen unabhängigen Partei der bürgerlichen Gesellschaft steht. Man ist



revolutionär bis zum äußersten und geht in die Freimaurerlogen, um dort die älteren Brüder anzutreffen und zu umarmen, die die bürgerlichen Klassen vertreten.

Wie soll man diese Mentalität und dieses Vorgehen verstehen! Manche Genossen sagten: Jawohl, auch wir sind der Ansicht, daß jeder Kommunist seine ganze Kraft der Partei widmen muß und nicht einen gewissen Teil dieser Kraft anderen Institutionen, anderen Unternehmungen, anderen Organisationen usw. schenken darf. Das ist aber nicht der einzige Grund. Ist ein Kommunist Musiker, so möge er doch die Konzerte, die Theater besuchen; wir können von ihm nicht fordern, daß er irgend ein Opfer bringe, das die Lage nicht erfordert; ist er Familienvater, so möge er doch einen Teil seines Lebens seinen Kindern widmen, wir können von ihm freilich nicht viel fordern, aber wir können auch keinesfalls fordern, daß er seine Kinder vernachlässige. Aber nicht darum handelt es sich. Es handelt sich nicht um eine gewisse Teilung seiner Arbeit, seiner Aufmerksamkeit, seines Lebens zwischen zwei Institutionen oder zwei Beschäftigungen. Durchaus nicht! Wenn Sie diese Frage vor die Arbeiterklasse in dieser Form hinstellen werden, wird diese nie begreifen, warum sich die Internationale dafür interessiert. Es muß die vollständige, absolute, unversöhnliche Unvereinbarkeit des revolutionären Geistes mit dem Geist des freimaurerischen Kleinbürgertums, dieses Werkzeuges der Großbourgeoisie, betont werden. (Beifall.)

Leider wurde diese Frage nach dem Kongreß von Tours nicht aufgeworfen. Sie ist nur vor unsere Kommission gelangt dank dem Fraktionskampf. Als die Kommission von diesen Tatsachen Kenntnis erhielt, setzte sie sie unverzüglich als Tatsache von großer Wichtigkeit auf die Tagesordnung ihrer Tätigkeit.

Man sagte uns: Ihr übertreibt!

Immer dieselbe Geschichte. Immer wieder kehrt der Fall Fabre wieder. Fabre ist unsterblich; einmal sogar schon von der Kommunistischen Internationale getötet, feiert er immer unter einem anderen Namen, immer unter einer anderen Maske, sogar unter der Maske des geheimen Freimaurertums, seine Auferstehung.

Man sagte uns: Ihr übertreibt! Im Gegenteil, wir glauben, daß wir uns diesmal einer Frage gegenüber befinden, die zu einem Hebel werden kann, der geeignet ist, etwas in unserer Partei in wirksamer Weise unverzüglich zu ändern.

Es gibt große Fragen: die Frage der Gewerkschaften, die Frage der Einheitsfront. Diese Fragen bilden die Grundlage, auf der sich die Arbeiterbewegung entwickelt. Die parlamentarische Tradition der französischen Partei hat sich jedoch in der höheren Schicht der Abgeordneten, der Journalisten, der Advokaten, der Intellektuellen herauskristallisiert, und diese Kristallisierung hat gewissermaßen einen Staat im Staate geschaffen.

Hauptsächlich finden wir den opportunistischen Geist bei den intellektuellen Elementen entwickelt, deren Gehirn zuweilen mit Reminiscenzen der verschiedenartigen Situationen voll ist, die sie durchgemacht haben, und in dem nichts mehr entziffert werden kann.

Es bedarf einer Erschütterung. Besonders in dieser Schicht der Partei wäre die Erschütterung heilsam, nicht nur für die Partei — was

ein Grund ersten Ranges ist —, sondern auch für die wertvollen Elemente, die in dieser führenden, ein wenig den Traditionen nachlaufenden, viel zu konservativen Schicht natürlich vorhanden sind, die sich immer auf den gestrigen oder vorgestrigen Tag beruft, statt sich in der Richtung der Zukunft zu orientieren.

Das wird eine große Erschütterung geben, denn das kann für die Arbeiterklasse nicht eine Richtungslinie für immer bilden. Das ist eine Frage von Beziehungen, Gewohnheiten, Fähigkeiten, persönlichen Sitten jener Genossen, die dieser führenden Schicht angehören.

Viele Funktionäre der Partei besuchen die Freimaurerlogen regelmäßig. Selbstverständlich machen sie dort aus ihrer kommunistischen Überzeugung kein Hehl, wie sie ihr Freimaurertum verbergen, wenn sie unter uns sind, jedenfalls geben sie aber ihrem Kommunismus einen, den bürgerlichen Brüdern passenden Anstrich, damit er in dieser so empfindlichen Gesellschaft, deren Nerven so verfeinert sind, geduldet wird. Maeterlinck, der Dichter, sagte einmal, wer seine Seele zwischen den Sternen verbirgt, wird sich schließlich selbst nicht mehr wiederfinden. Nun, wenn man sich in einem derartigen Kreise aufhält und seine Ansichten dem auserlesenen Geschmack dieser in der radikalen Politik raffinierten Brüder entsprechend abändert, wird man schließlich sein echtes kommunistisch-revolutionäres Angesicht nicht mehr wiederfinden.

Deshalb ist das für uns und für die führenden Schichten der Partei eine so schwerwiegende Frage. Selbstverständlich wird das Zentralkomitee, wenn es diese Aufgabe, die wir ihm vorschlagen, erfüllen wird, in Frankreich sofort neun Zehntel der offiziellen öffentlichen Meinung gegen sich haben. Man sieht bereits mit einer gewissen revolutionären Genugtuung voraus, daß diese reaktionären, katholischen, freimaurerischen Kreise, von der Farbe der Léon Daudet oder von der Farbe der Freunde Herriots, sich mit ihrer ganzen Presse auf die Internationale und auf die Kommunistische Partei stürzen werden. Wenn Ihr Euch aber mit Entschuldigungen, mit Beschwichtigungen, mit Erklärungen hinstellen und sagen werdet, daß das Freimaurertum an und für sich ja gar nicht zu verurteilen sei, daß man aber sein Herz nicht zwischen der Partei und dem Freimaurertum teilen dürfe, weil die Partei alle vier Viertel unseres Herzens beansprucht, dann werdet Ihr Euch, Genossen vom Zentralkomitee, eine unhaltbare Lage geschaffen haben. Im Gegenteil, die Partei muß energisch mit der Faust auf den Tisch schlagen und erklären: Jawohl, wir haben einen Fehler begangen, als wir zuließen, daß wertvolle Genossen aus sträflicher Trägheit dem Freimaurertum angehörten. Sobald wir aber einmal diesen Fehler erkannt haben, sagen wir diesem Apparat zur Verhinderung der Revolution den unversöhnlichen Kampf an. Die Liga für Menschenrechte und das Freimaurertum sind bürgerliche Institutionen, die das Bewußtsein der Vertreter des französischen Proletariats trüben. Wir erklären diesen Methoden einen unversöhnlichen Kampf, weil sie einen geheimen und perfiden Teil der ganzen bürgerlichen Maschinerie darstellen.

Beginnt das Zentralkomitee seine Aktion mit dieser unversöhnlichen Energie, so wird es selbstverständlich die Dissidenten, die Léon Blum gegen sich haben; die Katholiken werden sogar die Freimaurer ver-

55*



teidigen. Dem Freimaurertum zuliebe werden katholische Bannsprüche die Kommunisten verfluchen. Die Partei wird ein ganzes Gemisch der Bourgeoisie und all ihrer Schattierungen gegen sich haben; die Kommunistische Partei wird jedoch all diesem Politikastertum, all diesen Betrügereien der bürgerlichen Gesellschaft zum Trotz aufrecht bleiben als revolutionärer Fels, der die höchsten Interessen des Proletariats verficht.

Und ich bin überzeugt, daß Sie, wenn Sie die heilsame Erschütterung vornehmen, in einem Monat, in zwei Monaten Ihre Partei in einer Lage wiederfinden werden, die sich wesentlich unterscheidet von der Lage, in der sie jetzt vor dem 4. Weltkongreß dasteht.

Man wird ein großes Geschrei anstimmen gegen die „Befehle" Moskaus. Man wird von neuem über die Meinungsfreiheit, aber die Meinungsfreiheit der Freimaurer schreien; dieselben Genossen werden wiederum die Freiheit des Gedankens und der Kritik fordern. Richten aber diese Genossen, die um die Freiheit kämpfen, ihr Augenmerk auf die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb der kommunistischen Kaders bestehen? Nein. Sie möchten einen Kadre haben, der die Pazifisten, die Freimaurer, die Propagandisten des heiligen katholischen Gesetzes, die Reformisten, die Anarchisten, die syndikalistisch-tuenden Elemente umfaßt. Das nennen sie Gedankenfreiheit.

Diese Leute, die fast immer der Schicht der Intellektuellen angehören, verbringen neun Zehntel ihrer Zeit in bürgerlichen Kreisen; sie gehen Beschäftigungen nach, die sie von der Arbeiterklasse vollständig trennen. An sechs Tagen der Woche, die sie dort verbringen, wird ihr Geist in diesem Kreise geformt. In die Partei kommen sie am Sonntag. Bis dahin haben sie die Prinzipien der Partei vergessen und müssen natürlich mit der Kritik, besonders aber mit dem Zweifel anfangen. Sie sagen: wir fordern für uns Gedankenfreiheit. Daraufhin verfaßt man eine neue Resolution, die man ihnen aufzwingt. Nachher kehren sie in ihren Kreis zurück und fangen von neuem an. Das sind Amateure, das sind Dilettanten, unter denen es viele Streber gibt.

Sie müssen beseitigt werden. Die Partei muß von diesen Elementen, die in ihr nichts anderes sehen, als eine offene Tür zu einem Posten, einem Mandat, befreit werden.

Deshalb nehmen wir als strenge Richtlinie den Grundsatz an, daß neun Zehntel der der Partei zur Verfügung gestellten wählbaren Posten mit Arbeitern besetzt werden müssen, und zwar nicht mit solchen Arbeitern, die selber Funktionäre der Partei geworden sind, sondern mit Arbeitern, die noch im Betrieb oder auf dem Acker arbeiten.

Man muß der Arbeiterklasse zeigen, daß sie bis jetzt irregeführt wurde und daß die verschiedenen Parteien sich ihrer als Sprungbrett bedient haben, um von dort aus ihre Karriere zu machen. Man muß ihr zeigen, daß unsere Partei das parlamentarische Gebiet als ein Stück, als einen Teil ihres ganzen revolutionären Tätigkeitsgebietes betrachtet.

Die Arbeiterklasse ist es, die sich auf diesem Gebiete bewegt; ihre reinsten, besten Vertreter sind es, jene, die ihre Klasse am besten vertreten und die in das Parlament eingeführt werden müssen, natürlich ergänzt durch einige unbedingt ergebene und zuverlässige Genossen, die eine gewisse Bildung besitzen. Die erdrückende Majorität unserer

parlamentarischen, munizipalen, kantonalen usw. Fraktionen muß jedoch besonders in Frankreich in Anbetracht der Sitten, der Auffassungen, der Gewohnheiten dieses Landes im Besitze der Arbeitermassen sein.

Die Presse.

Es muß endlich dem System ein Ende gemacht werden, daß die Presse als ein Gebiet betrachtet wird, auf dem sich journalistische Talente tummeln. Es ist sehr gut, wenn ein Journalist Talent hat. Die Presse ist jedoch nichts anderes, als ein Instrument des Kampfes, ein Instrument, das möglichst selbständig sein, die Kollektivität vertreten und die leitenden Ideen der Arbeiterklasse, nicht aber die besonderen Ideen dieses oder jenes Individuums widerspiegeln muß.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, vertritt der „Populaire" sehr gut die Traditionen der parlamentarischen Partei.

Ich habe hier einen Leitartikel des „Populaire" mit einer Anmerkung der Redaktion; der Chefredakteur erklärt: „Ich glaube daran erinnern zu müssen, daß für die Leitartikel des Blattes nur die Verfasser verantwortlich sind."

Das ist ihre Moral; für die Leitartikel sind nur ihre Verfasser verantwortlich . . . Man fordert, daß die Arbeiter ihre Groschen opfern für ein Blatt, das sich auf den Sozialismus beruft, und das als allgemeine Regel den Grundsatz aufstellt, daß für die Leitartikel nur deren Verfasser verantwortlich sind.

Bei uns ist für die Artikel die Partei verantwortlich. Der Journalist muß der Partei anonym zur Verfügung stehen. Und wenn uns die Herren Journalisten — auch ich gehöre ein wenig dieser Kaste an — antworten, daß dieses Verfahren ihre persönliche Würde verletzt, so antworten wir hierauf, daß die höchste Würde eines kommunistischen Journalisten darin besteht, das treueste und möglichst unversöhnliche Werkzeug der Mentalität, der Politik und des Kampfes der Arbeiterklasse zu sein.

Unsere Aktion unter den Bauern.

Ich muß ganz besonders noch zwei Fragen streifen. Zunächst die Frage unserer Aktion unter den Bauern.

Diese Frage wurde auf dem Pariser Kongreß in rascherem Tempo erledigt, als alle anderen prinzipiellen Fragen. Sie wurde von unserem Gen. Jules Blanc in die Diskussion geworfen, der erklärte, daß man durch die Briefe von Bauern beweisen könne, daß unter ihnen ein revolutionäres Empfinden zu beobachten ist, was die Möglichkeit gibt, gegen den Beinamen „Kleinbürger" zu protestieren, den man der Bauernklasse all zu rasch anhängt, und daß die Verbreitung von Broschüren, in denen die Bauernklasse als Kleinbourgeoisie behandelt wird, der Propaganda der Partei einen bösen Streich spielt.

Denselben Einwand erhob Gen. Renaud Jean, und ich glaube, über unsere Arbeit unter den Bauern einige Worte sagen zu müssen.

Der Ausdruck „Kleinbürger" ist keine Beleidigung. Es ist ein wissenschaftlicher Ausdruck, dessen Inhalt die Tatsache bestimmt, daß der Produzent im Besitze seiner Produktionsmittel ist. Er ist seiner Produktionsmittel nicht ganz entblößt und ist auch kein Lohnarbeiter.

Das ist die Bedeutung des Ausdrucks „Kleinbürger".



Wenn ein Bauer während einer propagandistischen Rede und nicht in einem wissenschaftlichen Kurs die Frage an mich richtet, bin ich denn Kleinbürger? — so werde ich ihm Aufklärungen geben, die, glaube ich, ihn nicht verletzen werden. Man trifft nur zu oft Bauern, die sich vom Proletarier, der nichts hat, nur dadurch unterscheiden, daß sie im Besitze ihrer Produktionsmittel sind. Diese Tatsache verursacht, daß sie eine individualistischere Denkungsart haben als die Arbeiter.

Dieser Ausdruck ist richtig und notwendig, damit wir uns selbst nicht über den Charakter dieser Bauernklasse täuschen und auch die Arbeiter nicht täuschen. Trotz der Differenzen jedoch, durch die sich das Leben und die Denkweise dieser beiden Klassen unterscheiden, darf dieser Ausdruck unsere Aktion unter den Bauern nicht im geringsten hemmen.

Die andere Frage ist die Kolonialfrage. Ich weiß nicht, ob die Resolution der Sektion von Sidi-bel-Abbas hier erwähnt wurde. Diese Resolution einer Gruppe, die sich kommunistisch nennt, ist, so klein diese Gruppe auch ist, ein großer Skandal. Die Resolution besagt: In der Koloniafrage geht sie (die Sektion) mit den Moskauer Thesen vollkommen auseinander. Nur die kommunistischen Verbände der Eingeborenen sind befugt, eine kommunistische lokale Aktionstaktik festzustellen. Die algerischen kommunistischen Verbände können unter keinerlei Vorwand zugeben, daß in Algier Manifeste veröffentlicht werden, die, obgleich sie dafür verantwortlich sind, weder dem Geist noch dem Inhalt nach von ihnen herrühren.

Die Internationale darf also in den inneren Fragen der Partei nicht allzu unmittelbar intervenieren. Eine koloniale Sektion lehnt sich also gegen ihre Partei und gegen ihre Internationale auf und erklärt: nein, nein, soweit es sich um Eingeborene handelt, gehört das Gebiet ganz uns.

Die Resolution besagt ferner:

„Ein siegreicher Aufstand der muselmanischen Massen Algiers, dem nicht ein ebenso siegreicher Aufstand der proletarischen Massen des Mutterlandes voranging, würde in Algier notwendigerweise die Rückkehr zu einem System herbeiführen, das unmittelbar an den Feudalismus grenzt, was ja nicht das Ziel einer kommunistischen Aktion bilden kann."

Das ist der Kern der Sache. Man darf eine Revolte, noch dazu die siegreiche Revolte der Eingeborenen in den Kolonien, nicht gestatten, denn wenn man die Dummheit begeht, sich von der Herrschaft der französischen Bourgeoisie zu befreien, so kehrt man zum Feudalismus zurück, und die französischen Kommunisten Algiers dürfen nicht dulden, daß die armen Eingeborenen sich durch einen revolutionären Aufstand von der französischen Bourgeoisie befreien und in den Feudalismus zurückfallen.

Keine zwei Stunden, keine zwei Minuten darf man Genossen in der Partei dulden, die die Mentalität von Sklavenhaltern haben, und die wünschen, daß sie Poincaré unter der wohltätigen Herrschaft der kapitalistischen Zivilisation halte, denn Poincaré ist der Vertrauensmann einer solchen Gruppe, da er es ja ist, der mit Hilfe seiner Unterdrückungsmittel die armen Eingeborenen vor dem Feudalismus, vor dem

Barbarismus rettet. Ein Verrat in der Aktion deckt sich stets mit der Unabhängigkeit, mit der Autonomie, mit der Aktionsfreiheit. Man protestiert beständig gegen die Interventionen der Internationale und der französischen Partei selbst. Nun gibt es in der französischen Partei vieles zu ändern. Und wir sehen schon, wie sich die Dissidenten über die Lage der Partei freuen, wenn sie in ihren Artikeln, für die nur der Verfasser verantwortlich ist, schreiben: „Infolge der Zersetzung der Kommunistischen Partei ist die Stunde günstig. Es geht jetzt nicht mehr darum, uns zu verteidigen, sondern darum, zur kräftigen Offensive überzugehen usw."

Die Dissidenten sehen ein Anschwellen ihrer Partei voraus, eine Prophezeiung, die ganz bestimmt nicht in Erfüllung gehen wird. Im Gegenteil, man kann, ohne vor der Kunst der Stenographie Angst zu haben, vorhersagen, daß, wenn die Parteien so bleiben, wie sie heute beschaffen sind, wenn vor der Arbeitermasse bloß zwei verschiedene Schattierungen mit ihren Anhängern, mit ihren Kirchen und ihrer hierarchischen Bürokratie dastehen, — dies jahre- und jahrzehntelang dauern kann; sobald aber in der Kommunistischen Partei eine radikale Änderung eintritt, sobald sie zu einer Partei wird, die ganz anders beschaffen ist, als die übrigen Parteien, und in der die Arbeiter mehr als eine bloße Partei, die Vorbereitung der proletarischen Revolution erblicken können — in diesem Falle kann man voraussagen, daß die Dissidenten tot sind, daß sie, ebenso wie die Reformisten von der CGT. nicht mehr existieren.

Und ich kann Ihnen mit voller Sicherheit sagen, daß nicht die CGTU. mit ihren eigenen Kräften die reformistische CGT. töten wird. Nein. Es gibt nur eine große, mächtige und wahrhaft revolutionäre Partei, die die ganze Elite der Arbeiterklasse erfaßt: sie wird den politischen und syndikalistischen Reformismus vollkommen zerschmettern. Sie werden es bald erleben.

In den ersten Wochen des Kampfes gegen das Freimaurertum oder gegen die Liga für Menschenrechte werden sich Schwächen ergeben, wird es Deserteure geben, die zu den Dissidenten überlaufen werden.

Ich bin dessen sicher, daß die Dissidenten zunächst gewinnen werden, es ist aber der Abfall und der Auswurf der Kommunistischen Partei, den sie bekommen werden. (Beifall.)

Es handelt sich darum, schmerzhafte Operationen energisch und kräftig durchzuführen, um den Prozeß zu beschleunigen und eine große Aktion zur Bildung einer revolutionären Partei in Angriff nehmen zu können.

Im Namen unserer Kommission schlagen wir Ihnen ein Aktionsprogramm vor, das der Kommission von der Linken unterbreitet und mit Abänderungen mehr sekundärer Natur einstimmig angenommen wurde.

Die Grundlage dieses Programms bietet die Möglichkeit, nunmehr eine großangelegte Aktion der Partei in Angriff zu nehmen, indem wir alle Elemente beseitigen, die dieser revolutionären Aktion hinderlich sind. Man sage ja nicht, daß diese unmittelbaren Forderungen in der französischen Bewegung einen neuen Reformismus schaffen können. In dieser Periode des Verfalles der bürgerlichen Gesellschaft werden die unmittelbaren Forderungen zum Schlüssel der wahrhaft

revolutionären Bewegung. Diese Bewegung muß sich derart entwickeln, daß sie zum Ausgangspunkt die Betriebsräte und als notwendige Formel die Einheitsfront annimmt, um alle Möglichkeiten der Aktion und des Erfolges erlangen zu können, die ferner, als besonders in Frankreich sehr notwendige Formel, die Arbeiterregierung annimmt.

Die Zwistigkeiten über diese Fragen müssen ein Ende nehmen, denn die Polemiken über diese Losung werden nur dazu führen, das Bewußtsein der bereits genügend beunruhigten Arbeiterschaft zu trüben.

Die Idee einer Regierung Blum-Frossard ist bloß symbolisch gemeint, um sie ganz kurz zu bezeichnen; es handelt sich aber gar nicht um eine Kombination zwischen Parlamentariern zur Bildung einer existenzfähigen Regierung, denn, um die Mehrheit im Parlament zu besitzen, um die Dissidenten und die Kommunisten in der Hand zu haben, dazu ist es nötig, daß die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit für die Dissidenten und die Kommunisten stimmt; um aber zu diesem Resultat gelangen zu können, ist es notwendig, daß die Dissidenten die Arbeiterklasse nicht mehr auffordern, für den Block der Linken zu stimmen; die Dissidenten müssen sich vom Block der Linken, von der bürgerlichen Gesellschaft lossagen. Der französischen Arbeiterklasse muß vor allem gezeigt werden, wie notwendig es ist, sich von der Bourgeoisie loszusagen und sich ihr in jeder Hinsicht zu widersetzen. Bei einem Fall, wie dem Streik von Le Havre und dem Niedermetzeln von Arbeitern, müssen wir den Arbeitern sagen, daß unter einer Arbeiterregierung derartige Gemetzel nicht hätten stattfinden können; unsere Vertreter im Parlament müssen erklären, daß die Arbeiterklasse eine Regierung Poincaré oder einen Block der Linken nicht dulden kann, daß sie ausschließlich eine Regierung anerkennt, die die Arbeiterklasse vertritt und aus Arbeitern besteht.

Wir Kommunisten, wir orientieren uns mit aller Kraft in der Richtung der durch eine revolutionäre Bewegung zu schaffenden Arbeiterregierung, wenn aber die Arbeiter glauben, daß eine solche Regierung mit Hilfe der parlamentarischen Methoden geändert werden kann, müssen wir ihnen sagen: Versucht es; aber um es erreichen zu können, müßt Ihr Euch vor allem vom Block der Linken und von den bürgerlichen Kombinationen vollständig lossagen, denn hierzu bedarf es nur eines Arbeiterblocks. Wenn Ihr Euch von der Bourgeoisie vollkommen loslöst, aber noch immer an die parlamentarischen Methoden glaubt, sagen wir Euch: Wir haben kein Vertrauen zu diesen Methoden, sobald Ihr Euch jedoch von der Bourgeoisie lossagt, unterstützen wir Eure Aktion. Wenn man uns fragt: Ist eine Koalitionsregierung der Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, möglich? so werde ich antworten: Selbstverständlich; aber keinesfalls auf der Grundlage einer parlamentarischen Kombination, sondern auf der Grundlage einer großen Bewegung, die sämtliche Zweige des Kampfes der Proletarierklasse und auch das Parlament umfaßt.

Die Hauptsache ist, daß diese Bewegung der Arbeiterklasse den einfachen Gedanken beibringen kann, daß sie imstande ist, eine Arbeiterregierung zu bilden durch die Arbeiter und für die Arbeiter.

Wenn Ihr uns fragt: Sind wir dessen sicher, daß die Dissidenten uns nicht betrügen werden? so antworte ich Euch: dessen werden wir nie sicher sein. Deshalb eben müssen wir sie sogar in dem Augenblick, in

dem wir mit ihnen eine revolutionäre Arbeiterregierung bilden, mit derselben Aufmerksamkeit und mit demselben Mißtrauen beobachten, das unseren schlimmsten Feinden gebührt, und sie, sobald sie sich schwach zeigen, sobald sie Verrat üben, aus der Regierung hinauswerfen, wie wir es bei uns mit unseren linken Sozialrevolutionären getan haben, die in der von uns gebildeten Arbeiterregierung das Bauerntum vertraten, und die wir dann hinauswerfen mußten, um der Arbeiterklasse die ganze Macht zu sichern.

Die Losung der Arbeiterregierung bedeutet in erster Linie die unbedingte Unabhängigkeit unserer Partei. Diese Unabhängigkeit muß rasch erlangt werden. In Frankreich wird das Zentrum in den nächsten Wochen die Verantwortung für diese energische Aktionsarbeit in unserer französischen Kommunistischen Partei tragen müssen. Ich bin überzeugt, daß die schmerzlichen Auseinandersetzungen, die wir in der Kommission mit unseren französischen Genossen hatten und die ich Ihnen hier in Form eines Berichtes unterbreitete, sich nicht mehr wiederholen können. Die Rede Frossards zeigt uns die Gefahr. Ich habe sie zitiert, ich habe sie interpretiert, jetzt ist es am Zentrum, der Gefahr vorzubeugen, sie für immer aus der Welt zu schaffen. Ich sehe keinen Grund zum Bruch; im Gegenteil, ich glaube, daß die Situation für unsere französische Partei außerordentlich günstig ist. Angesichts des Verfalles des Nationalen Blocks, der vollständigen Unmöglichkeit der Reparationen, der schwierigen Lage des Blocks der Linken, glaube ich, daß unsere Partei die Zukunft Frankreichs und somit der ganzen Menschheit in der Hand hält. Wir sind überzeugt, daß das Zentrum, beseelt von diesen großen und herrlichen Perspektiven, seine Pflicht bis zum äußersten erfüllen wird und daß wir auf dem nächsten Kongreß eine einheitliche, homogene, revolutionäre Partei haben werden, die ihre Pflicht treu erfüllen wird bis zur siegreichen Revolution des französischen Proletariats. (Langanhaltender Beifall.)

Schluß der Sitzung um 4.15 Uhr nachm.

NEUNUNDZWANZIGSTE SITZUNG

SONNABEND, DEN 2. DEZEMBER 1922.

Inhalt: Französische Frage. Dänische Frage. Reorganisation des E.K. der KJ. Kommunistische Jugendbewegung. Sympathiekundgebung für die verurteilten französischen Genossen.

Redner: Cachin, Renoult, Souvarine, Renaud Jean, Canellas, Trotzki, Humbert Droz, Kuusinen, Eberlein, Schüller.

Vorsitz: *Kolarow.*

Eröffnung: 1 Uhr mittags.

VORSITZENDER: Die französische Delegation hat das Wort, um zum Bericht des Gen. Trotzki und zu den Vorschlägen der Kommission Stellung zu nehmen.

CACHIN: Wir wollen nur die Deklaration unserer Fraktion zum Bericht und zu den darauf folgenden Kommentaren verlesen:

„Um der sie erschütternden Krise ein Ende zu machen, hat die gesamte französische Partei sich an den 4. Kongreß gewandt und ohne Vorbehalt sich seinen Verfügungen unterworfen. Sie hat sich somit verpflichtet, sich seinem Beschluß zu fügen und seiner Disziplin zu unterwerfen.

Wir haben der französischen Kommission Erklärungen abgegeben, die wir vor Ihnen wiederholen wollen.

Der Bericht enthält eine außerordentliche Kritik über die Mehrheit der Partei. Diese Kritik ist eine einseitige, denn sie läßt die Linke unberührt. Weder die Demissionen, die dem Pariser Kongreß folgten, noch die Angriffe, denen die Kämpfer der Majorität ausgesetzt waren, sind beachtet worden. Im Gegenteil sind die Vertreter des Zentrums in diesem Dokument beschuldigt worden, die Haupturheber der Krise zu sein.

Sie können diese Behauptung nicht aufrechterhalten. Unter anderem hat der Berichterstatter einem Satz Frossards auf dem Pariser Kongreß erkünstelte und an den Haaren herbeigezogene Schlüsse beigelegt. Die Wahrheit ist aber die, daß er, wie wir alle, bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Internationale auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die nur zu berechtigt waren. Trotz unseres guten Willens sind wir, Frossard und wir, gezwungen, im gemeinsamen Interesse mit diesen Schwierigkeiten zu rechnen.

Gegenwärtig finden die von der Kommunistischen Internationale berührten Probleme bei uns die erwartete Lösung. Das gilt für die zentralisierte Organisation der Partei, das gilt für den Bruch mit der Rechten, das gilt für die Einheitsfront.

Morgen wird in der Sitzung der Roten Gewerkschaftsinternationale die Frage der Partei und der Gewerkschaften nach den vom 4. Kongreß formulierten Sätzen gelöst werden. Die Rolle Frossards in St. Etienne muß eine bedeutsame gewesen sein, wenn sie zu diesem glücklichen Ergebnis führen konnte.

Morgen werden die auf die Freimaurerei und andere im Bericht erwähnten Institutionen bezüglichen Beschlüsse strikt und im Sinne der Internationale befolgt werden.

Es werden also die Direktiven der Kommunistischen Internationale die treueste Beachtung finden. Wenn es in der Vergangenheit Fehler und Irrtümer gegeben hat, so war die Partei als Ganzes an ihnen beteiligt, denn sie steht unter einer gemeinsamen Leitung.

Das meiste Unheil aber haben im französischen Kommunismus die inneren Fraktionskämpfe angerichtet. Diese Kämpfe haben in letzter Zeit eine derartige Heftigkeit angenommen, daß die Beziehungen unter den Genossen dadurch erschwert wurden. Nicht wir waren die Ursache dieser Heftigkeit. Es genügt aber nicht, gemeinsam einige Papiere zu unterzeichnen, um in den Gemütern die Ruhe wiederherzustellen. Es wird notwendig sein, unverzüglich allen noch stattfindenden persönlichen Streitigkeiten ein Ende zu bereiten. Die rivalisierenden Fraktionen müssen unbedingt unterdrückt werden. Sollte der Internationale das nicht gelingen, so werden wir schon morgen fortfahren, uns in schmutzigen Zänkereien zu erschöpfen, statt den Interessen des Proletariats und der Revolution zu dienen.

Was die auf unsere innere Organisation bezüglichen Vorschläge anbelangt, so haben wir einige der Kommission unterbreitet. Sie sind für das Wohlergehen der Partei von Wichtigkeit. Wir bedauern, daß sie nicht alle angenommen worden sind.

Wir werden zu unserer Partei zurückkehren und ihr den Urteilsspruch des 4. Kongresses übermitteln.

Sie hat im vorhinein erklärt, sich ihm unterwerfen zu wollen.

Sie wird es tun, und wir auch.

Die Delegation des Zentrums.

RENOULT: Im Namen unserer Fraktion habe ich Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

Die Unterzeichneten erklären sich bereit, die Beschlüsse des 4. Kongresses als Ganzes, sowohl betreffs der gemeinsamen Aktion der Internationale, als auch hinsichtlich der besonderen Probleme der französischen Bewegung anzunehmen.

Sie verpflichten sich, in den verschiedenen Fragen die Beschlüsse des Weltkongresses sich zur Richtschnur zu nehmen.

Die Kritik, der sie einige Losungsworte bei der Anwendung der Einheitsfront unterwarfen, wurde von dem aufrichtigen Wunsch diktiert, jede Gefahr falscher, verwirrender und opportunistischer Deutungen zu verhüten. Die Arbeit des Kongresses selbst hat sehr viel dazu beigetragen, die entstandenen Mißverständnisse zu zerstreuen und die in



dieser Hinsicht begangenen Fehler gutzumachen. Diese Arbeiten haben bewiesen, daß diese Taktik die Organisation und das Inbewegungsetzen der Massen des Proletariats bedeutet, die dem Einfluß der Führer der Sozialdemokraten, die vom parlamentarischen und Wahlgeist durchtränkt sind, entrissen werden müssen. Die Unterzeichneten erneuern außerdem ihre vorherigen Deklarationen, sie verpflichten sich mit allen Fraktionen ihrer Partei und der Internationale zusammenzuarbeiten, um die Taktik der Einheitsfront zu verwirklichen.

Gleichzeitig begrüßen die Unterzeichneten den Anschluß der CGTU. an die Rote Gewerkschaftsinternationale als Verheißung einer neuen Ära in der Zusammenarbeit des Kommunismus und der französischen Gewerkschaften und versichern den Kongreß ihrer Bereitwilligkeit, für die Anwendung der Beschlüsse des Kongresses in der Gewerkschaftsfrage zu arbeiten. Sie betrachten es als die ständige Pflicht der Kommunisten, sich in den Gewerkschaften unter der Kontrolle der Parteileitung ausschließlich an die Weisungen der Internationale zu halten.

Sie werden die Verwirklichung aller Beschlüsse auf das gründlichste unterstützen und, falls es notwendig sein sollte, gegen alle ankämpfen, die sich ihnen widersetzen sollten. Sie schließen sich dem von der Internationale gefällten Urteil an, wonach die Anwesenheit von Kommunisten in den von der Bourgeoisie geschaffenen Vereinigungen, die, wie die Freimaurerei, die Liga der Menschenrechte usw. die Arbeiter dem Klassenkampf abwendig machen, absolut verdammt wird. Sie sind überzeugt, daß die über diesen Gegenstand vom 4. Kongreß angenommene Resolution dazu angetan ist, der Partei eine wahrhaft proletarische und revolutionäre Richtung zu sichern, indem sie alle verdächtigen Elemente aus ihren Reihen entfernt.

Sie geben bereitwillig zu, daß die verschiedenen Fraktionen der Partei, die von ihnen vertretene miteingeschlossen, im Laufe der die Partei so tief erschütternden Krise sich zu mehr oder weniger ernsten Vergehen gegen die Disziplin haben hinreißen lassen. Der gemeinsame gute Wille wird Rückfälle verhüten.

Die Unterzeichneten, die durchaus nur die Absicht hatten, eine ideelle Opposition — ihrer Ansicht nach zum Besten des Kommunismus — zu bilden, verwerfen jede Solidarität mit jenen, die direkt oder indirekt die Internationale angegriffen haben.

Sie versichern diese nochmals ihrer rückhaltlosen Ergebenheit.

Duret, R. Lespagnol, Level, Daniel Renoult, G. Werth.

SOUVARINE: Die Linke ist mit den von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen einverstanden und stimmt für sie.

Sie findet in ihnen die Rechtfertigung ihrer Haltung und ihrer Arbeit in der Vergangenheit. Sie ist stolz darauf, in der Orientierung und den wichtigsten Aktionen ihrer Politik die Anerkennung der Internationale zu besitzen.

Die Linke wird in ihrem Verhalten fortfahren und wird es verstehen, aus der freundschaftlichen Kritik der Internationale, die ihr über einige minder wichtige Punkte ihrer Tätigkeit zuteil ward, Vorteil zu ziehen.

Sie wird immer gern die Kritik, die Vorschläge und den Rat der Organe und der qualifizierten Kämpfer der Internationale entgegennehmen, da sie darin ein Zusammenarbeiten und eine Unterstützung

sieht. Sie wird diese Verpflichtung treu einhalten, wie sie es immer getan hat. Sie wird immer die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, die sie über alles stellt, befolgen.

Béron, Marthe Bigot, Lauridan, Rieux, Rosmer, Souvarine, David, Laporte, Péeju, Pért.

RENAUD JEAN: Genossen, ich halte einige von der Kommission vorgeschlagene Beschlüsse praktischer Art für die französische Kommunistische Partei und infolgedessen auch für die Kommunistische Internationale für gefahrvoll.

Zwar sind sie in gewisser Hinsicht durch die gegenwärtigen Umstände gerechtfertigt, aber die Wahl der Mitglieder des Zentralkomitees seitens des 4. Kongresses bildet einen ernsten Präzedenzfall, der, da er dem klar ausgedrückten Willen des Pariser Kongresses zuwiderläuft, neue Schwierigkeiten hervorrufen könnte.

Die für die „Humanité" festgesetzte doppelte Leitung droht in ihrem Wirkungskreise Konflikte hervorzurufen, die es unmöglich machen würden, die Verantwortlichkeit für die Lähmung der Entwicklung des Blattes festzustellen. Die unverzügliche Rückkehr der demissionierten Journalisten zu ihrer Tätigkeit wird — falls sie nicht von einer ohne tendenziöse Absicht vorgenommenen Personaleinschränkung begleitet sein wird, wobei man die Länge der Dienstzeit, die Fähigkeit und den Berufseifer in Betracht ziehen müßte —, dem Blatt schwere finanzielle Lasten aufbürden und das bereits beeinträchtigte Vertrauen der Arbeiter und Bauern in die Partei noch mehr erschüttern.

Die Maßnahmen gegen jene Parteimitglieder, die gleichzeitig der Freimaurerei oder der Liga der Menschenrechte angehören, drohen durch ihren unvorhergesehenen Charakter als ein Bruch jenes Kontraktes zu erscheinen, der die Kommunistische Partei an die Internationale bindet, und eine neue Entstellung der Tatsachen zu provozieren, da die Partei die Beschlüsse des 2. Kongresses und das Vorhandensein des 22. Punktes nicht kannte. Doch obgleich ich moralisch gegen diesen Beschluß bin, den ich vor der Kommission bekämpfte, verpflichte ich mich im Sinne der Disziplin alles von mir Abhängige zu tun, um die Verwirklichung dieses Beschlusses zu sichern.

VORSITZENDER: Ich muß Ihnen den Vorschlag des Präsidiums unterbreiten, zum Bericht des Gen. Trotzki über die Frage der französischen Partei keine Debatten zu eröffnen.

Tatsächlich ist die Frage sehr eingehend innerhalb der Kommission erörtert worden, in der alle wichtigen Delegationen des Kongresses vertreten waren. Sie haben ihre Ansichten kundgetan und zur Klärung der Frage beigetragen.

Hier, auf dem Kongreß, hat Gen. Trotzki mit großer Schärfe alle Seiten desselben Problems beleuchtet und es scheint uns, daß man durch Einwendungen seitens der anderen Delegationen nicht mehr Licht auf diese Frage wird werfen können.

Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, den Vorschlag anzunehmen und keine Debatten zu eröffnen.

Verlangt jemand das Wort zur Tagesordnung?

CANELLAS (Brasilien): In Anbetracht dessen, daß die Debatten zur französischen Frage auf dem Kongreß ungenügend waren;

in Anbetracht dessen, daß der Kongreß in einseitiger Weise und zu voreingenommen informiert worden ist;

in Anbetracht dessen, daß einige Delegierte, die anderer Ansicht sind, als die Exekutive, ihrer Meinung nicht Ausdruck geben konnten:

protestiert der Delegierte Brasiliens gegen dieses Vorgehen und stimmt gegen die dem Kongreß zur Bestätigung vorgelegten Resolutionen.

VORSITZENDER: Der Vorschlag des Genossen aus Brasilien kommt ein wenig verfrüht, da noch nichts beschlossen worden ist. Er ist als Vorschlag zur Eröffnung der Debatten und als Einwand gegen den Vorschlag des Präsidiums zu betrachten.

Ich stelle den Vorschlag des Präsidiums zur Abstimmung.

Sollen die Debatten eröffnet werden, oder nicht?

Sind Sie für den Vorschlag des Präsidiums, keine Debatten zu eröffnen? (Einstimmig angenommen gegen 1 Stimme). Gen. Trotzki hat das Wort.

TROTZKI: Ich möchte bloß über drei wesentliche Punkte einige Worte sagen:

1. Ich sehe mich genötigt, in der Deklaration unseres Gen. Renaud Jean, in der er über die Designierung der Mitglieder des Zentralkomitees durch den Weltkongreß spricht, einen Ausdruck richtig zu stellen, der zu Mißverständnissen führen könnte.

Wenn sich diese meiner Ansicht nach schlechte Formulierung in dieser Form verbreitet, kann sie dem Beschluß, den wir alle annehmen, nur schaden. Für uns handelt es sich nicht darum, das Zentralkomitee der französischen Partei durch den Kongreß designieren zu lassen. Wir haben auf Initiative des Pariser Kongresses selbst und sämtlicher Richtungen der Partei einen Versuch unternommen, hier einen Antrag zu verfassen, der dem Nationalrat der französischen Partei unterbreitet werden soll.

Diesen Antrag stellten die Delegationen der Fraktionen der französischen Partei selbst, und zwar in vollem Einvernehmen mit der vom Kongreß designierten Kommission. Von den Fraktionen wurden drei verschiedene Listen aufgestellt. Nach einigen Berichtigungen sekundärer Natur gelang es, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Diese Liste ist wie gesagt der Antrag, für den die Einwilligung des Nationalkongresses der französischen Partei zu erlangen, die drei Fraktionen sich durch ihre bevollmächtigten Vertreter verpflichtet haben.

Die von Ihnen zur Untersuchung der französischen Frage eingesetzten Kommissionen — und zwar sowohl die kleine wie auch die große — haben diese Liste einstimmig angenommen, nicht als eine in jeder Hinsicht ideale Liste — Einwände gegen sie sind selbstverständlich immer möglich —, sondern als die einzige Möglichkeit für die französische Partei, aus der durch den Pariser Kongreß geschaffenen Sackgasse herauszukommen.

Daher ist die Kommission in vollem Einvernehmen mit der französischen Delegation der Meinung, daß, wenn jetzt ein gewisser Teil unserer französischen Sektion gegen diesen Antrag, der tatsächlich der französischen Partei nur zum Heil gereichen kann, Opposition zu

machen beginnt, diese Opposition die Sabotierung des Willens aller Fraktionen, also der gesamten Partei bedeutet. Im Namen der Kommission, die der französischen Delegation bei der Aufstellung dieser Liste behilflich war, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß diese Liste, die der Kongreß zur Kenntnis genommen hat oder zur Kenntnis nehmen wird, von diesem Kongreß gebilligt und vom Nationalkongreß der französischen Partei akzeptiert und endgültig bestätigt werden wird.

Das ist die einzige Möglichkeit, die persönlichen Kämpfe aus der Welt zu schaffen, die die Fraktionen auf dem dornigen Boden der Zusammenstellung des Zentralkomitees gegeneinander führen.

Das ist ebenso kein Präzedenzfall, wie es die Anwendung des proportionellen Vertretungssystems bei den Arbeiten unserer Landessektionen oder unserer internationalen Kongresse sein kann. Es handelt sich nur darum, daß unsere französische Partei aus der Sackgasse herauskomme, in der sie sich jetzt befindet. Wir sind überzeugt, daß in der französischen Partei niemand sich diesem weisen, notwendigen und sogar heilsamen Antrag widersetzen wird, den die durch alle Fraktionen vertretene französische Delegation verfaßt hat.

2. Der zweite Punkt betrifft die Deklaration des Zentrums. Man macht mir den Vorwurf, daß ich die Irrtümer und Fehler der Linken, besonders die Demissionen unerwähnt gelassen habe.

Freilich habe ich hierüber in meinem Bericht nichts gesagt. Ich betrachtete und betrachte diese Frage durch die Erklärung, die die Linke selbst in der großen Kommission abgegeben hat, als erledigt. In der ersten oder zweiten Sitzung der Kommission haben wir in den Debatten zum Ausdruck gebracht, daß in einer revolutionären kommunistischen Partei die Demission oder die Drohung mit Demission der revolutionären Disziplin widerspricht, unter welchen Umständen sie immer auch erfolgen mag.

Das war auch die Überzeugung der ganzen Kommission. Die Linke gab zu diesem Punkt eine Erklärung ab, in der sie die Lage auseinandersetzt, die sie zur Demission veranlaßte; dann heißt es in der Erklärung:

„Die mit der Untersuchung der französischen Frage betraute Kommission ist der Ansicht, daß die Demissionen und die im „Bulletin Communiste Internationale" erschienenen Mitteilungen einen politischen Fehler bedeuteten. Die Linke hat durch ihre Handlungen stets bewiesen, daß sie die Disziplin der Kommunistischen Internationale ernst nahm, und sie brauchte nicht erst zu erklären, daß sie sich den Beschlüssen des 4. Weltkongresses unbedingt anpassen wird. Wenn sie in dem speziellen Punkte der Demissionen und des „Bulletin" das Urteil der Subkommission akzeptiert, besteht sie darauf, daß dieser Entschluß, durch das Gesamtbild der Tatsachen ergänzt, die ihn hervorgerufen haben, seine wahre Bedeutung beibehalte."

Ihre Organisationskommission wird Ihnen übrigens einen allgemeinen Vorschlag unterbreiten, der ein für alle Male die Möglichkeit jeder Demission aus irgendwelchen oppositionellen Gründen, jederlei persönliche Demission oder Demissionen von Gruppen ausschließt, seien sie nun gegen das Zentralkomitee oder gegen die Internationale gerichtet.



3. Es handelt sich um einen Antrag, den die Erklärung des Zentrums über das Fraktionswesen enthält.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Fraktionswesen für jede Partei, die darunter zu leiden hat, ein schweres Übel bedeutet. Ich habe versucht, in meiner Rede auseinanderzusetzen, daß dieses Fraktionswesen eine traurige Folge einer traurigen Lage ist. Wir haben Maßnahmen allgemeiner politischer Natur und Maßnahmen organisatorischer Natur vorgeschlagen. Alle Fraktionen, d. h. die ganze französische Partei verpflichtet sich durch ihre kompetenten Vertreter, diese Maßnahmen, die abgesehen von einigen Vorbehalten in vollem Einvernehmen mit der französischen Delegation ausgearbeitet wurden, in Anwendung zu bringen. Das erlaubt uns zu hoffen, daß wir diesmal auf eine praktische, systematische, konsequente und wenn es sein muß, nachdrückliche Durchführung der Beschlüsse des 4. Kongresses rechnen können.

In einigen Wochen wird der Nationalrat der französischen Partei zusammentreten, der den Beschlüssen organisatorischer Natur den letzten Schliff geben wird.

Wir hoffen, daß die Lage der Partei nach der Bestätigung dieser Beschlüsse durch den Nationalrat eine gründliche Änderung erfahren wird und daß infolge dieser Tatsache jeglicher Sinn der Fraktionen sogar in den Augen der Fraktionsleute selbst verloren gehen wird.

Was die Internationale anbelangt — die, wie wir hoffen, auf dem Nationalkongreß durch die Delegation ihrer Exekutive vertreten sein wird, — ich sage dies auf Grund einer Unterredung mit Ihrem Präsidium —, so wird diese mit aller Kraft darauf bestehen, daß, sobald die Resolutionen einmal zur Anwendung gelangen, das Fraktionswesen in der französischen Partei und der Fraktionskampf ein Ende nehmen, und wir hoffen, daß die französische Partei sowohl in ihren Gedankengängen, als auch in ihren Aktionen für immer zur einheitlichen Partei werden wird. (Beifall.)

VORSITZENDER: Wir werden über die Vorschläge der Kommission abstimmen.

Es liegt ein politischer und ein organisatorischer Antrag vor.

Der *politische* Antrag wurde an alle Delegationen verteilt. Er ist daher bereits bekannt, so daß er nicht verlesen zu werden braucht. (Siehe Beilage III.)

Wir stimmen ab.

Der politische Antrag ist *einstimmig*, ohne die Stimme des Präsidenten, angenommen worden.

Gen. Humbert-Droz wird jetzt den *organisatorischen* Vorschlag verlesen

HUMBERT-DROZ (Schweiz): Die Kommission für die französischen Angelegenheiten hat bezüglich der inneren Organisation der Partei folgende Resolutionen angenommen. Der Kongreß wird aufgefordert, diese Resolutionen anzunehmen.



a) Zentralkomitee. In Anbetracht der durch den Pariser Kongreß hervorgerufenen scharfen Krise wird das Zentralkomitee ausnahmsweise auf proportioneller Grundlage gebildet, indem als Grundlage die Abstimmung des Kongresses über die Zentralorgane dient.

Das Zahlenverhältnis der verschiedenen Fraktionen wird folgendes sein:

Zentrum: 10 Mitglieder, 3 Ersatzmitglieder,
Linke: 9 Mitglieder, 2 Ersatzmitglieder.
Richtung Renoult: 4 Mitglieder, ein Ersatzmitglied.
Minderheit Renaud Jean: 1 Mitglied.
Jugend: 2 Vertreter mit beschließender Stimme.

Das politische Büro wird auf derselben Grundlage gebildet; die Fraktionen erhalten: Zentrum 3, Linke 3, Richtung Renoult 1.

Die Mitglieder des Zentralkomitees sowie die des politischen Büros und der wichtigeren Zentralorgane werden, um jeden persönlichen Streit zu vermeiden, der die Krise noch mehr zuspitzen könnte, von den Fraktionen in Moskau bestimmt. Die so ausgearbeitete Liste wird die zum 4. Weltkongreß entsandte Delegation dem Nationalrat unterbreiten und sie verpflichtet sich, die Liste vor der Partei zu verfechten. Der 4. Kongreß nimmt diese Deklaration zur Kenntnis und gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß einzig und allein diese Liste geeignet ist, die Krise der Partei zu überwinden.

Die von den Fraktionen ausgearbeitete Liste des neuen Zentralkomitees lautet folgendermaßen:

Zentrum:

Mitglieder:

Frossard	Sekretär, Delegierter zur Exekutive.
Louis Sellier	
Marcel Cachin	Interimssekretär.
Jacob	Sekretär des Textilarbeiterverbandes.
Garchery	Pariser Munizipalrat.
Lucie Leiciague	Stenographin.
Marrane	Mechaniker; Sekretär des Seineverbandes.
Gourdeaux	Angestellter beim Post- und Telegraphenamt.
Laguesse	Entlassener Lehrer; Sekr. des Verbandes Seine et Marne.
Paqueraux	Eisendreher; Sekr. des Verbandes Seine et Oise.

Ersatzmitglieder:

Pierpont	Textilarbeiter.
Dupillet	Kassierer des Vereinigten Kanalarbeiterverbandes (unter Vorbehalt der Bestätigung in Paris).
Plais	Telephonarbeiter.

56

Linke:

Mitglieder:

Rosmer	Angestellter.
Treint	Entlassener Lehrer.
Vaillant-Couturier	Abgeordneter.
Souvarine	Journalist.
Tommasi	Auto- und Flugzeugführer.
Christen	Mechaniker.
Amadé Dunois	Journalist.
Cordier	Friseur.
Bouchez	Mechaniker.

Ersatzmitglieder:

Salles	Metallarbeiter.
Deporter	Weber.

Fraktion Renoult:

Mitglieder:

Barberet	Metallarbeiter.
Fromont	Auto- und Flugzeugarbeiter.
Dubus	Grubenarbeiter im Pas-de Calais.
Werth (Roger Gérald)	Metallarbeiter.

Ersatzmitglied:

Lespagnol	Angestellter.

Diese Liste wird spätestens in der zweiten Januarhälfte ein mit den Befugnissen eines Kongresses ausgestatteter Nationalrat bestätigen.

Bis dahin bleibt das vom Pariser Kongreß ernannte provisorische Zentralkomitee im Amt.

b) Die Presse.

Der Kongreß bestätigt das bereits beschlossene Presseregime: 1. die Leitung der Blätter wird dem politischen Büro übergeben: 2. ohne Unterschrift erscheinen die Leitartikel, die die Leser jeden Tag mit den Ansichten der Partei bekanntmachen; 3. Verbot an die Journalisten der Partei, für die bürgerliche Presse zu arbeiten.

Leiter der „Humanité": Marcel Cachin.

Generalsekretär: Amadé Dunois.

Beide sind mit den gleichen Rechten ausgestattet, d. h. jeder unter ihnen entstehende Konflikt wird vor das politische Büro gebracht und von diesem gelöst.

Redaktionssekretariat: 1 Mitglied des Zentrums und 1 Mitglied der Linken.

Die Redaktion des „Bulletin Communiste" wird einem Genossen von der Linken anvertraut.

Die demissionierten Redakteure werden wieder in die Redaktion aufgenommen.

Zur Vorbereitung des Nationalrates wird jeder Richtung das Recht eingeräumt, im Parteiblatt zu schreiben.



c) Generalsekretariat.

Das Parteisekretariat wird auf paritätischer Grundlage von einem Genossen vom Zentrum und einem von der Linken versehen; jeder Konflikt wird vom politischen Büro geschlichtet.

Mitglied: Frossard, Ersatzmitglieder: Louis Sellier und Treint.

d) Delegierte in der Exekutive:

Zur Herstellung einer vollständig normalen und freundschaftlichen Verbindung zwischen dem Exekutivkomitee und der französischen Partei hält es der Kongreß für unbedingt notwendig, daß die beiden wichtigsten Tendenzen in Moskau durch die befähigtesten und über die größte Autorität verfügenden Mitglieder vertreten werden, d. h. durch die Genossen Frossard und Souvarine, und zwar mindestens drei Monate, bis die Krise, die die französische Partei jetzt durchmacht, überwunden ist.

Die Vertretung der französischen Partei in Moskau durch Frossard und Souvarine wird volle Sicherheit bieten, daß die ganze Partei jedem einzelnen, im Einvernehmen mit diesen beiden Genossen gemachten Antrag der Exekutive zustimmen wird.

Auf Antrag der Fraktion Daniel Renoult wurde der Genosse Duret als Vertreter dieser Fraktion für drei Monate als Ersatzmitglied in das EK. der KI. gewählt.

e) Bezüge der Parteifunktionäre:

Was die Bezüge der Parteifunktionäre, Redakteure usw. anbelangt, wird die Partei eine Kommission einsetzen, bestehend aus Genossen, die das volle moralische Vertrauen der Partei genießen, um diese Frage von zwei Gesichtspunkten aus lösen zu können: 1. Beseitigung jeder Möglichkeit der Anhäufung von Gehältern, die in der Arbeitermasse der Partei eine gerechte Entrüstung hervorruft; 2. für jene Genossen, deren Arbeit für die Partei unbedingt notwendig ist, eine Lage zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, alle ihre Kräfte dem Dienste der Partei zu widmen.

f) Kommissionen:

1. Verwaltungsrat der „Humanité": 6 Mitglieder vom Zentrum, 5 von der Linken, 2 von der Tendenz Renoults.

Der Kongreß ist damit einverstanden, daß auch bei den wichtigen Kommissionen ausnahmsweise das proportionelle Vertretungssystem in Anwendung gebracht werde.

2. Gewerkschaftssekretariat: 1 Sekretär vom Zentrum und 1 Sekretär von der Linken; jeder Konflikt zwischen beiden wird vom politischen Büro untersucht.

g) Strittige Fälle:

Die dei Anwendung der in Moskau gefaßten organisatorischen Beschlüsse entspringenden Streitfälle müssen von einer speziellen Kommission erledigt werden, die aus einem Vertreter des Zentrums, einem Vertreter der Linken und dem Vertreter der Exekutive als Vorsitzenden besteht.

h) Posten, die für ehemalige Freimaurer verboten sind:

Unter Posten, die für die ehemaligen Freimaurer verboten sind, sind jene Posten zu verstehen, deren Inhaber ermächtigt sind, die Ideen

56*



der Partei vor der Arbeitermasse mit Wort und Schrift mehr oder minder selbständig zu vertreten.

Sollten sich bei der Besetzung solcher Posten zwischen den beiden Fraktionen Meinungsverschiedenheiten ergeben, so werden diese von der obenbezeichneten Kommission gelöst.

Im Falle technischer Schwierigkeiten bei der Wiedereinsetzung der abgedankten Redakteure, sind diese Schwierigkeiten durch die obenerwähnte Kommission zu lösen.

Alle Resolutionen, mit Ausnahme jener, die sich auf die Bildung des Zentralkomitees bezieht, sind unverzüglich durchzuführen.

Außer diesen Resolutionen stellte die Richtung Renoult das Verlangen, für drei Monate neben Frossard und Souvarine ein Ersatzmitglied in die Exekutive entsenden zu dürfen.

Die Kommission hat diesen Wunsch der Richtung Renoult einstimmig akzeptiert.

VORSITZENDER: Wir werden über die Organisationsvorschläge en bloc abstimmen.

Einstimmig angenommen gegen 2 Stimmen, und zwar jene von:

Brançon (Frankreich).

Antonio B. Canellac (Brasilien).

Eine Stimmenthaltung.

Die französischen Genossen teilen uns soeben mit, daß Genosse Victor Méric wegen antimilitaristischer Propaganda zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Ich glaube den Gefühlen sämtlicher Delegationen Ausdruck zu verleihen, wenn ich dem Genossen Méric wegen seines mutigen Verhaltens, das die bürgerlich-gegenrevolutionäre Justiz Frankreichs gegen ihn aufgebracht hat, die Sympathien des Kongresses ausdrücke. (Beifall.)

Wir gehen zu einem anderen Punkt der Tagesordnung über. Es folgt die *spanische Frage*. Berichterstatter: Gen. Humbert-Droz.

HUMBERT-DROZ (Schweiz): Die spanische Kommission wurde auf Wunsch der spanischen Delegation eingesetzt, und zwar nicht zum Studium irgendeines inneren Konfliktes, sondern mit der Bestimmung, gewisse taktische Punkte und gewisse wichtige politische Fragen, die die Aktion unserer Partei in Spanien berühren, mit der Internationale zu erörtern und zu lösen.

Eine der wichtigsten Fragen, die unsere Partei beschäftigt, bildet ihr Verhalten der anarcho-syndikalistischen Bewegung gegenüber.

Die Situation der Arbeiterbewegung steht in Spanien im Zeichen des Verfalles der anarcho-syndikalistischen Bewegung, die gegen Ende des Krieges bedeutende Arbeitermassen vereinigt und an sich gerissen hatte. Heute hat die Taktik der anarcho-syndikalistischen Führer — eine anarchistische Taktik der individuellen und terroristischen Aktion — Repressalien seitens der Regierung und der Bourgeoisie hervorgerufen und die Zerbröckelung der Organisation verursacht.

Wir sehen, wie die anarcho-syndikalistischen Organisationen die Arbeitermassen im Stiche lassen und wie die Führer dieser Bewegung sich in der Richtung nach einer Art Neoreformismus neu orientieren.

Der Augenblick ist also für unsere Partei günstig, um in diesem Milieu eine Propaganda und eine Aktion entfalten zu können. In der

Kommunistischen Partei Spaniens machte sich eine Strömung geltend, die forderte, daß die Partei in gewissen Punkten ihre kommunistische Intransigenz aufgebe und der anarcho-syndikalistischen Ideologie einige Zugeständnisse mache — besonders auf dem Gebiete des Parlamentarismus —, um diese Elemente rascher gewinnen zu können.

Die Kommission war der Ansicht, daß, wenn auch eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei darin besteht, die Elemente an sich zu ziehen, die aus der anarcho-syndikalistischen Bewegung und aus jenen Massen kommen, die durch die Taktik der spanischen Anarchistenführer enttäuscht wurden, unsere Partei diese Elemente nicht durch eine Abweichung von ihren Prinzipien erobern dürfe. Im Gegenteil, es ist besser, wenn unsere Partei diese Elemente in langsamerem Tempo, jedoch tatsächlich für den Kommunismus erobert.

Würde unsere Partei eine Zeitlang gewisse Ideen über den Apolitismus der Arbeiterbewegung zugeben, oder sich vom parlamentarischen Gebiet fernhalten, so würde dies in der nächsten Zukunft ganz sicher zu neuen Krisen führen.

Die Kommission empfahl unserer Partei einstimmig, der im Niedergang befindlichen anarcho-syndikalistischen Ideologie keine Zugeständnisse zu machen, sondern die anarcho-syndikalistischen Kreise in unserem Sinne zu bearbeiten, ihnen klar und deutlich zu erklären, daß der Parlamentarismus der Kommunistischen Partei nicht identisch ist mit dem Parlamentarismus der alten sozialdemokratischen Parteien, und sie diesbezüglich besonders an die Thesen des 2. Weltkongresses zu erinnern.

Das 2. Problem, das unserer Kommission vorgelegt wurde, bezieht sich auf das Verhalten, das unsere Partei der spanischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber annehmen soll.

Sie wissen, daß die spanische Gewerkschaftsbewegung in zwei große Zentren geteilt ist, und zwar die reformistische Zentrale (Allgemeine Union) und die anarcho-syndikalistische Zentrale (Nationale Konföderation). Außer diesen beiden Zentralen gibt es einige autonome Gewerkschaften.

In der Partei besteht eine Strömung, die die reformistischen Gewerkschaften wegen der Machenschaften der Amsterdamer Führer, die in Spanien dieselben sind wie in allen anderen Ländern, verlassen will. Die Kommission gab unserer Partei einstimmig den Rat, gegen diese Tendenz im Innern der Partei anzukämpfen und unseren Genossen zu empfehlen, die Reihen der Allgemeinen Union nicht zu verlassen, sondern im Gegenteil dort zu verbleiben, um in ihnen Zellen bilden und sie für das kommunistische Ideal gewinnen zu können.

Wenn aus der Allgemeinen Union Gewerkschaften ausgeschlossen werden, wie dies unlängst bei jenen Gewerkschaften der Fall war, die sich mit der Kommunistischen Partei an der Aktion der Einheitsfront beteiligt haben, raten wir unserer Partei, ihre Mitglieder nicht aus Solidarität aus der Allgemeinen Union austreten zu lassen, sondern an sämtliche Mitglieder die Losung auszugeben, in der Allgemeinen Union zu verbleiben und im Innern der Union für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen zu kämpfen. Sollte dieser Kampf um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen fruchtlos bleiben, so geben wir unseren Genossen den Rat, diese ausgeschlossenen Gewerkschaften der Natio-



nalen Konföderation zuzuführen, keinesfalls aber mit ihnen zwischen den beiden bereits bestehenden Zentralen eine dritte zu bilden.

Andererseits hält es die Kommission für zweckmäßig, an die Stellung unserer Partei zur Einheitsfront zu erinnern.

Unsere spanische Partei hat im Februar mit der französischen und der italienischen Partei gegen die Einheitsfronttaktik gestimmt, aber schon gegen Ende Mai oder Anfang Juni brachte unsere Kommunistische Partei anläßlich der großen Streiks der Stahlbetriebe die Einheitsfronttaktik mit Intelligenz und Verständnis zur Anwendung, und zwar nicht bloß aus mechanischem Gehorsam und mechanischer Disziplin den Losungen der Internationale gegenüber. Wir sahen uns veranlaßt, diese Tatsache hervorzuheben.

Ebenso wurde auch die Tatsache hervorgehoben, daß die innere Krise, die in einem gewissen Augenblick unsere Partei untergraben hatte, durch Festigung der inneren Disziplin beigelegt wurde.

Die Kommission unterbreitet einstimmig folgende Resolution.

1. Die Kommunistische Partei Spaniens, die in der Februarsitzung der Erweiterten Exekutive mit Frankreich und Italien gegen die Einheitsfronttaktik stimmte, erkannte bald ihren Fehler und brachte schon im Mai anläßlich des großen Streiks der Stahlbetriebe, nicht aus formeller Disziplin, sondern mit Verständnis, Überzeugung und Intelligenz die Einheitsfronttaktik in Anwendung. Diese Aktion bewies der spanischen Arbeiterklasse, daß die Partei zum Kampf um ihre täglichen Forderungen bereit und imstande ist, sich in das Vordertreffen des Kampfes zu stellen und dadurch die Arbeiterklasse in den Kampf einzubeziehen.

Durch Verharren auf diesem Wege, durch Wahrnehmung aller Aktionsmöglichkeiten, um die Gesamtheit der Arbeiterorganisationen in die Aktion einzubeziehen und das Proletariat in den Kampf zu führen, wird die Kommunistische Partei Spaniens das Vertrauen der Massen gewinnen und ihre historische Mission durch die Vereinigung ihrer revolutionären Kräfte erfüllen.

2. Der 4. Weltkongreß konstatiert mit Freuden, daß die durch Disziplinlosigkeit hervorgerufene Krise, die die Partei zu Beginn dieses Jahres untergraben hat, mit der Befestigung der inneren Disziplin der Partei glücklich beendet ist. Der Kongreß ruft die Partei auf, auf diesem Wege zu verharren und fordert ganz besonders die Jugend auf, mit all ihren Kräften an dieser Festigung der inneren Disziplin mitzuwirken.

3. Die spanische Arbeiterbewegung steht gegenwärtig im Zeichen des Verfalles der syndikalistisch-anarchistischen Ideologie und Bewegung. Diese Bewegung, der es noch vor einigen Jahren gelang, breite Arbeitermassen zu vereinigen und an sich zu reißen, enttäuschte die Hoffnungen und den Willen der letzteren dadurch, daß sie nicht die marxistische und kommunistische Taktik der Massenaktion und der zentralisierten Organisierung des Kampfes, sondern die anarchistische Taktik der individuellen Aktion, des Terrorismus und des Föderalismus in Anwendung brachte, also die Aktion zerbröckelte.

Heute verlassen die enttäuschten Arbeitermassen diese Bewegung und die Führer, die die Massen auf diese Weise irregeführt haben, und gleiten in raschem Tempo zum Reformismus hinüber.

Eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei besteht darin, die enttäuschten Arbeitermassen zu gewinnen und zu erziehen und jene anarcho-syndikalistischen Elemente an sich zu ziehen, die zum Bewußtsein der Irrigkeit ihrer Lehre gelangt sind, indem sie den Neoreformismus der syndikalistischen Führer bloßstellten.

Bei diesem Bestreben, das Vertrauen der anarcho-syndikalistischen Elemente zu gewinnen, muß es die Kommunistische Partei jedoch vermeiden, ihrer, durch die Erfahrung des spanischen Proletariats selbst widerlegten Ideologie prinzipielle und taktische Konzessionen zu machen. Sie muß jene Tendenzen innerhalb der Partei, die in dieser Hinsicht, mit dem Zwecke, die Syndikalisten rascher gewinnen zu können, die Partei auf den Weg der Konzessionen führen wollen, bekämpfen und verdammen. Es ist besser, wenn die Assimilierung der syndikalistischen Elemente sich langsamer vollzieht, wenn sie nur wirklich für die Sache des Kommunismus gewonnen werden, als daß sie in rascherem Tempo gewonnen werden, aber um den Preis einer Abweichung der Partei von ihren Prinzipien, die schon in naher Zukunft neue, peinliche Krisen hervorrufen würde. Die spanische Partei muß den Anarcho-Syndikalisten ganz besonders die revolutionäre Taktik des Parlamentarismus, wie sie der 2. Weltkongreß definiert hat, klarlegen und begreiflich machen. Die Wahlaktion ist für die Kommunistische Partei ein Mittel der Propaganda und des Kampfes der Arbeitermassen, nicht aber ein Asyl für die reformistischen oder kleinbürgerlichen Streber.

Durch die wiederholte Anwendung wird die Einheitsfronttaktik das Vertrauen der noch immer unter dem Einfluß der anarcho-syndikalistischen Ideologie stehenden Massen erwerben und wird den letzteren beweisen, daß die Kommunistische Partei eine politische Organisation der revolutionären Kämpfe des Proletariats ist.

4. Der spanischen Gewerkschaftsbewegung muß unsere Partei mehr Aufmerksamkeit und Mühe widmen. Die Kommunistische Partei muß in sämtlichen Gewerkschaftsorganisationen eine intensive und methodische Propaganda für die *Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Spanien* einleiten. Um diese Aktion richtig zu führen, muß sie sich auf ein Netz kommunistischer Zellen stützen können in allen Gewerkschaften, die der Nationalen Konföderation und der Allgemeinen Union angehören, ferner auch in sämtlichen autonomen Gewerkschaften. Sie muß daher jede Tendenz oder Richtung zurückweisen und bekämpfen, die den Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften verkünden. Wenn Gewerkschaften oder kommunistische Gruppen aus den reformistischen Gewerkschaften ausgeschlossen werden, müssen es die Kommunisten vermeiden, den Wünschen der Amsterdamer Anhänger der Spaltung dadurch entgegenzukommen, daß sie aus Solidarität austreten. Im Gegenteil, sie müssen ihre Solidarität mit den Ausgeschlossenen dadurch manifestieren, daß sie in der Allgemeinen Union verbleiben und dort energisch für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen kämpfen. Wenn trotz dieser fortgesetzten Bemühungen Gewerkschaften und Gruppen ausgeschlossen bleiben, muß die Kommunistische Partei diese veranlassen, der Nationalen Konföderation beizutreten. Die der Nationalen Konföderation angehörenden Kommunisten müssen dort in Verbindung mit der Gewerkschaftskom-

mission der Partei ihre Zellen bilden. Sie werden zweifellos mit jenen Syndikalisten, die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale sind, ohne der Partei anzugehören, in bester Freundschaft zusammenarbeiten. Sie müssen aber ihre eigene Organisation beibehalten, dürfen ihren kommunistischen Standpunkt nicht aufgeben und müssen mit den Syndikalisten über jene Fragen, in denen Uneinigkeiten bestehen, in freundschaftlicher Weise debattieren.

Um den Kampf um die gewerkschaftliche Einheit richtig führen zu können, muß die Kommunistische Partei ein gemischtes Komitee für die Einheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung einsetzen, das zugleich ein Propagandazentrum und ein Zentrum zur Vereinigung der Gewerkschaften beider Organisationen und der autonomen Gewerkschaften sein wird, die für das Prinzip der Einheit eintreten. Die Partei übernimmt die Aufgabe, den Arbeitermassen Spaniens begreiflich zu machen, daß ausschließlich die persönlichen Ambitionen und Interessen der reformistischen und anarcho-reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die gewerkschaftliche Einheit gerichtet sind und daß die Einheit das höchste Interesse und das größte Bedürfnis der Arbeiterklasse bildet, wenn sie sich vom Joche des Kapitalismus vollständig befreien will. (Beifall.)

VORSITZENDER: Ich nehme die Abstimmung über den Antrag der spanischen Kommission vor.

Einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung steht die dänische Frage. Das Wort gehört dem Berichterstatter.

KUUSINEN (Finnland): Genossen und Genossinnen! In Dänemark haben wir gegenwärtig zwei kommunistische Parteien und beide haben an den Kongreß appelliert. Auf Grund dieser Appellationen wird vom Präsidium der Entwurf zu einer Resolution vorgelegt, über den ich kurz Bericht erstatten soll.

Die dänische kommunistische Bewegung ist aus zwei Quellen entstanden: einmal aus dem oppositionellen Flügel der sozialdemokratischen Jugendbewegung und dann aus dem revolutionären Flügel der Syndikalisten. Es war ein Glücksfall für die kommunistische Bewegung, daß sie den größten Teil der Syndikalisten auf ihre Seite zu bekommen vermochte, man muß aber sagen, daß die führenden dänischen Genossen, die aus der Jugendbewegung kamen, der Aufgabe, die sie in dieser Sache vor sich hatten, nicht gewachsen waren. Diese Genossen bildeten die Leitung der ursprünglichen kleinen Kommunistischen Partei. Und mit dieser Leitung war dann der revolutionäre Flügel der Syndikalisten in einer Föderation verbündet.

Vor etwa einem Jahre gab die Exekutive der Komintern der Partei die Direktive, endgültig in Dänemark aus dieser losen Organisation der beiden Flügel eine Einheitspartei zu bilden. Wir hatten uns auch schon beinahe davon überzeugt, daß es wirklich zu einer festen Vereinigung in Dänemark kommen würde, als wir plötzlich erfuhren, daß dort eine vollständige Spaltung in sehr scharfen Formen vor sich gegangen war, und zwar zu einer Zeit, als der größte Arbeiterkampf, den Dänemark bisher gesehen hat, stattfand, nämlich der Lock out im Februar d. J. Gerade in dieser Zeit gerieten die Kommunisten Dänemarks, deren Kräfte noch so gering sind und die diese wenigen Kräfte für den Kampf

gegen die Arbeitgeber viel notwendiger brauchten, in den schärfsten Streit miteinander. Das konnte die Exekutive nicht passiv mit ansehen. Sie hat von beiden Seiten nachdrücklichst die Vereinigung gefordert. Sie setzte zunächst eine interskandinavische Vereinigungskommission ein, deren Mitglieder aus schwedischen, norwegischen und aus Genossen aus beiden dänischen Lagern bestanden und deren Vorsitzender der finnische Genosse Manner war. Diese Kommission hat mit allen gegen die Stimmen der alten kleinen leitenden Gruppe der dänischen KP. die Vereinigung gefordert, und hat einen Vorschlag ausgearbeitet, über den die beiden Organisationen in Dänemark abstimmen sollten. Es sollte also eine Urabstimmung über die Vereinigung stattfinden. Diese Urabstimmung ist so verlaufen, daß aus der sogenannten neuen Partei beinahe alle Mitglieder für den Vorschlag der skandinavischen Genossen gestimmt haben. Von der sogenannten alten Partei — beide waren damals, glaube ich, gleich groß — hat die Mehrheit gegen diesen Vorschlag gestimmt, eine bedeutende Minderheit hat aber auch für ihn gestimmt.

Im August dieses Jahres kamen dann von beiden Seiten Vertreter hierher nach Moskau. Die Exekutive der KI. hielt immer noch an der Forderung der Vereinigung fest. Sie forderte eine endgültige Bildung der Vereinigten Partei und gab beiden Seiten zu diesem Zwecke besondere Direktiven. Die Vertreter der beiden Seiten, die hier waren, erklärten, daß sie sich diesen Direktiven der Exekutive fügen würden. Trotzdem muß man sagen, daß dieser Schritt der Exekutive in Dänemark nicht vollständig, sondern erst teilweise zum Ziel geführt hat. Die sogenannte neue Partei hat sich den Direktiven der Exekutive vollkommen loyal gefügt. Ein bedeutender Teil der sogenannten alten Partei hat sich auch mit ihr vereinigt. Es hat dort, entsprechend den Direktiven der Exekutive, ein Vereinigungskongreß stattgefunden. Es gibt also jetzt eine Vereinigte Kommunistische Partei. Aber ein Teil der alten Partei hat sich doch gegen diese Vereinigung gestellt und appelliert jetzt an den 4. Kongreß. Mit welchem Vorschlag? Mit dem etwas eigentümlichen Vorschlag, der Kongreß möge bis auf weiteres *keine* der Parteien anerkennen. Das Präsidium ist jedoch der Meinung, daß Dänemark ein allzu kleines Land ist, als daß es dort zwei kommunistische Parteien geben könnte, und daß wir die Vereinigte Partei, die die Beschlüsse der Internationale loyal ausführt, anerkennen müssen.

Der Kongreß richtet aber gleichzeitig eine Aufforderung an alle Organisationen, die noch außerhalb der Reihen der Vereinigten Partei stehen, sich im Laufe der nächsten drei Monate der Vereinigten Partei anzuschließen. Es werden ihnen keine erniedrigenden Bedingungen gestellt. Wir fordern nicht, daß die Mitglieder, die noch außerhalb der Vereinigten Partei stehen, sich nur individuell anschließen dürfen. Es soll ihnen erlaubt sein, sich als ganze Organisation anzuschließen. Aber *eine* Bedingung müssen wir doch stellen: daß sie loyal die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale ausführen werden. Ohne die Erfüllung dieser Bedingung kann keine natürliche Vereinigung zustandekommen.

Wir hoffen, daß die meisten Organisationen, die noch außerhalb

der Vereinigten Partei stehen, sich mit ihren kommunistischen Genossen in der Vereinigten Partei zusammenschließen werden.

Die neue Vereinigte Partei hat in der letzten Zeit schon teilweise durch ihre Arbeit ihre Existenzberechtigung erwiesen. Man muß natürlich in dieser Hinsicht viel mehr von der Partei in der Zukunft erwarten. Die Aufgaben der Partei in Dänemark sind sehr groß, die Partei ist sehr klein. Die Partei ist noch keine Massenpartei. Es liegt noch ein langer Weg vor ihr, bevor sie es zu einer lebendigen Verbindung mit den großen Massen bringen kann. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in Dänemark eine sehr stark organisierte Sozialdemokratie gibt, verhältnismäßig vielleicht eine stärkere, als in irgendeinem andern Lande. Die sozialdemokratische Organisation beherrscht die Gewerkschaftsorganisation. Diese Organisation stellt eigentlich die organisierte Arbeiterklasse in Dänemark selbst dar. In vielen wichtigen Produktionszweigen gehören 95 % der Arbeiter der gewerkschaftlichen Zentralorganisation an. Es gibt natürlich oppositionelle Stimmungen, oppositionelle Bestrebungen in dieser Gewerkschaftsbewegung; aber unsere Genossen, die Kommunisten, haben bisher noch nicht verstanden, diese Lage auszunutzen, haben noch nicht die Verbindung mit den oppositionellen Elementen zustande gebracht.

Das ist eine der Hauptaufgaben, die vor den dänischen Genossen in der nächsten Zukunft stehen wird.

Der Entwurf der Resolution ist sehr kurz. Ich werde ihn Ihnen verlesen. Er enthält zwei Punkte:

RESOLUTION ÜBER DIE KOMM. PARTEI DÄNEMARKS.

„1. Der Kongreß erklärt, daß die jetzige Kommunistische Partei Dänemarks, die als eine Vereinigung der kommunistischen „Einheitspartei" und eines Teils der sogenannten alten Partei in Übereinstimmung mit den Direktiven der Exekutive der KI. gebildet worden ist, und die auch im übrigen alle Beschlüsse der KI. loyal ausgeführt hat, als die einzige Sektion der KI. in Dänemark anerkannt wird. Nur ihr Hauptorgan „Arbejderbladet" und andere von dieser Partei anerkannte Zeitungen sind als kommunistische Parteizeitungen anzusehen.

2. Der Kongreß fordert alle noch außerhalb dieser Vereinigten Partei gebliebenen kommunistischen Organisationen auf, sich dieser Partei anzuschließen. Solche Organisationen und Mitglieder der sogenannten alten Partei, die sich im Laufe der nächsten drei Monate für den Anschluß an diese Vereinigte Kommunistische Partei entschließen und sich bereit erklären, alle Beschlüsse dieser Partei und ihrer Parteileitung, wie auch die Beschlüsse der KI. loyal auszuführen, sollen ohne weiteres in die Partei aufgenommen werden."

VORSITZENDER: Ich lasse über den Antrag des Gen. Kuusinen über die Kommunistische Partei Dänemarks abstimmen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir gehen zur *Arbeitsorganisation der Exekutive* über. Gen. Eberlein hat das Wort zur Ausführung der kleinen Änderungen, die im ursprünglichen Text vorgenommen wurden.

EBERLEIN (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Die „Thesen zur Reorganisation der Exekutive und ihrer weiteren Tätigkeit" sind ihnen allen in der Übersetzung zugegangen. Die Kommission bittet, diese Thesen anzunehmen. Änderungen sind an diesen Thesen nicht vorgenommen worden. Der Engeren Kommission lagen lediglich zwei Anträge vor, die ich Ihnen vortragen möchte; und zwar zunächst ein Antrag der österreichischen Delegation, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Ersatz eines vom Kongreß gewählten Mitgliedes des EK. der KI. durch ein anderes Mitglied derselben Sektion der KI. kann nur in Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung des Erweiterten EK. der KI. erfolgen."

Die Engere Kommission ist der Auffassung, daß der Antrag abgelehnt werden muß. Wir haben bei unseren Vorschlägen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Delegierten nicht als Repräsentanten ihrer Partei in das EK. der KI. gewählt werden, sondern als Mitglieder der Zentralleitung der KI. hier zu arbeiten haben. Aus diesem Grunde ist es nicht möglich, daß der einen oder anderen Sektion das Recht zugestanden wird, einen Genossen abzuberufen, sei es auch mit Zustimmung der Exekutive. Die Genossen sollen hier bleiben und in der Exekutive für die gesamte Internationale arbeiten. Die Möglichkeit einer Änderung in der Besetzung der Exekutive besteht nur dort, wo Kandidaten nominiert sind. Und da 10 Kandidaten vorhanden sind, so besteht die Möglichkeit, in außerordentlich dringlichen Fällen einen Austausch mit Zustimmung der Exekutive vorzunehmen; die Engere Kommission bittet also, diesen Antrag abzulehnen.

Der andere Antrag, der vorlag, hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß bestätigt, daß alle kommunistischen Organe wie bisher verpflichtet sind, alle Dokumente der Exekutive (Aufrufe, Briefe, Resolutionen usw.) sofort abzudrucken, wenn die Exekutive es fordert."

Die Engere Kommission bittet, diesen Antrag anzunehmen und in die vorliegenden Reorganisationsthesen einzugliedern. Der Antrag besagt eigentlich etwas Selbstverständliches. Da aber doch im Laufe des letzten Jahres sich wiederholt gezeigt hat, daß einzelne Sektionen den Abdruck von Aufrufen, Briefen und Resolutionen der Exekutive abgelehnt oder erst lange Verhandlungen mit der Exekutive geführt haben, ehe sie sich dazu bequemten, den Abdruck vorzunehmen, möchten wir in den Reorganisationsthesen niederlegen, daß alle kommunistischen Organisationen wie bisher verpflichtet sind, alle die genannten Dokumente der Exekutive sofort zu veröffentlichen, wenn diese es fordert. Ich bitte also, diesem Antrage zuzustimmen.

VORSITZENDER: Bevor wir zur Abstimmung über den Antrag der Kommission übergehen, lasse ich über den ersten Antrag der österreichischen Delegation abstimmen.

Der Antrag ist abgelehnt.

Da der zweite Antrag von der Kommission angenommen wurde, lasse ich über alle Resolutionen auf einmal, darunter auch über diesen Antrag abstimmen.

Einstimmig angenommen gegen eine Stimme. (Siehe Beilage IV!)



Auf der Tagesordnung steht die *Jugendfrage*. Berichterstatter: Gen. Schüller.

SCHÜLLER (Österreich): Die vom Präsidium eingesetzte Kommission hat die Resolution über die Kommunistische Jugendinternationale geprüft und nach einigen Änderungen folgenden Text vorgeschlagen:

RESOLUTION ÜBER DIE KOMMUNISTISCHE JUGEND-INTERNATIONALE.

I. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des 3. Kongresses der KI. beschloß der 2. Weltkongreß der KJI. die politische Unterordnung der KJO. unter die KP. und die *Umstellung* der KJO. von eng in sich abgeschlossenen nur — politischen Vortruppsorganisationen zu breiten *Massenorganisationen* der Arbeiterjugend, die sich im Rahmen der Arbeit der Arbeiterklasse und unter der politischen Führung der KP. die Interessenvertretung der Arbeiterjugend auf *allen* Gebieten zur Aufgabe stellten. Nach wie vor aber sollten die KJO. politische Organisationen und die Anteilnahme am politischen Kampfe die Grundlage ihrer Tätigkeit bleiben. Der Kampf für die wirtschaftlichen Tagesforderungen der Arbeiterjugend und gegen den bürgerlichen Militarismus wurde als wichtigstes unmittelbarstes Mittel zur Aufrüttelung und Eroberung der breiten Massen der Arbeiterjugend erkannt. Eine den neuen Aufgaben entsprechende Umgestaltung der organisatorischen Arbeitsformen und der Verbandstätigkeit wurde verlangt. Besonders wurde die Einführung einer planmäßigen kommunistischen Bildungsarbeit im Inneren der Organisation und einer Massenbildungsarbeit unter den außenstehenden Jugendlichen als notwendig erkannt.

Der Durchführung der Beschlüsse des 2. Weltkongresses, die notwendigerweise erst durch lange und zähe Arbeit erfolgen kann, stellten sich Schwierigkeiten in den Weg, wie die Neuheit der verlangten Aufgaben für die meisten Verbände. So ferner die wirtschaftliche Krise (Verarmung, Arbeitslosigkeit), die ungünstig auf die Mitgliedsstärke einwirkte, und der Ansturm der Reaktion, der manche Verbände zur Illegalität zwang und sie verkleinerte. Das zeitweise Niedergehen der revolutionären Welle und die Schwächung der revolutionären Stimmung in der gesamten Arbeiterschaft zog auch die Arbeiterjugend in Mitleidenschaft und ihre Stimmung hat sich in dieser Epoche in der Richtung einer Verminderung des politischen Interesses hin verändert. Gleichzeitig verstärkte die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie ihre Bemühungen zur Beeinflussung der Organisierung der arbeitenden Jugend. Die KJO. haben seit dem 2. Weltkongreß der KJI. ihre Unterordnung unter die kommunistischen Parteien überall durchgeführt, jedoch ist das gegenseitige Verhältnis zwischen Partei und Jugend im allgemeinen noch nicht im Sinne der vollen Anwendung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse durchgeführt. Denn insbesondere die notwendige Unterstützung von seiten der Partei für die Arbeit des Jugendverbandes erfolgt oft *nicht* im entsprechenden Maße. Es ist den Bemühungen der KJI. in den verflossenen 15 Monaten gelungen, in den meisten KJO. bereits *wichtige praktische Schritte zur Umge-*



staltung der Organisation im Sinne der Beschlüsse des 2. Weltkongresses durchzuführen, und so wichtige Voraussetzungen für die Umwandlung in eine Massenorganisation zu schaffen. Die KJO. in einer Reihe von Ländern haben weiter durch die *Propaganda* für die wirtschaftlichen und politischen Kampfforderungen der Arbeiterjugend auch schon den Weg eingeschlagen, der sie im Laufe der Weiterverfolgung zur Beeinflussung großer Massen führen muß, und haben bereits eine *Reihe von Kampagnen und selbst konkrete Kampfaktionen* eingeleitet und durchgeführt.

Die Umwandlung zu Massenorganisationen im Sinne sowohl der zahlenmäßigen Ausdehnung als auch der organischen Verschmelzung in den Massen und ihrer *ständigen* Beeinflussung und Führung konnten die KJO. jedoch bisher noch nicht vollziehen, woraus sich für sie wichtige Aufgaben für die Zukunft ergeben.

2. *Die Offensive des Kapitals* hat mit aller Wucht auch die arbeitende Jugend getroffen. Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung im Handwerk treffen sie nicht nur ebenso wie die erwachsene Arbeiterschaft, sondern erfolgen für sie unter noch schlimmeren Formen und Begleitumständen. Die arbeitende Jugend wird dabei gegen die erwachsene Arbeiterschaft ausgespielt und als Lohndrücker und Streikbrecher wie als Vermehrer der Arbeitslosigkeit der erwachsenen Arbeiter verwendet. Diese für die gesamte Arbeiterklasse verhängnisvollen Verhältnisse werden aufrechterhalten und noch verschärft durch die verräterische Haltung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die die Interessen der arbeitenden Jugend unbeachtet läßt oder gar sie opfert und die Massen der jugendlichen Arbeiter von den Kämpfen der erwachsenen Arbeiterschaft fernhält. Ja, oft versagt sie ihnen sogar den Eintritt in die Gewerkschaften. Mit dem Anwachsen des bürgerlichen Militarismus vermehren sich ebenfalls auch die Leiden der jugendlichen Arbeiter und Bauern, die in den Waffenrock des Kapitalismus gepreßt werden und zum Kanonenfutter der kommenden imperialistischen Kriege bestimmt sind. Die Reaktion wütet besonders auch unter der europäischen Jugend und nimmt ihr stellenweise das Recht zur Bildung kommunistischer Jugendorganisationen, selbst wo kommunistische Parteien bestehen.

Die beiden *sozialdemokratischen* Jugendinternationalen haben sich bisher gegenüber der Not der arbeitenden Jugend untätig verhalten und haben versucht, den Willen der Massen vom Kampfe in geeinter Form der erwachsenen Arbeiterschaft und der gesamten Arbeiterjugend durch die Bildung eines Blocks untereinander zum Schweigen zu bringen. Diese Blockbildung sollte nicht nur die leidenden Massen der Arbeiterjugend vom Kampfe und der Einheitsfront der gesamten Arbeiterjugend ablenken, sie war direkt gegen die Kommunistische Internationale gerichtet und führte zu der bevorstehenden Verschmelzung der sozialdemokratischen Jugendinternationalen.

Die Kommunistische Internationale erklärt die unbedingte Notwendigkeit der Einheitsfront zwischen jugendlicher und erwachsener Arbeiterschaft und ruft die kommunistischen Parteien und die gesamten Arbeiter der ganzen Welt auf, die Forderungen der arbeitenden Jugend im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals, den bürgerlichen Militarismus und die Reaktion energisch zu vertreten.

Sie begrüßt den Kampf, den die *Kommunistische Jugendinternationale* für die lebenswichtigen Forderungen, für die Einheitsfront der arbeitenden Jugend im Namen der Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse und für die Einheitsfront zwischen jugendlicher und erwachsener Arbeiterschaft führt und gewährt ihm *vollste Unterstützung*. Die Angriffe des Kapitals, welche die Arbeiterjugend in die tiefste Verelendung zu stürzen drohen und sie zu einem hilflosen Opfer des Militarismus und der Reaktion machen sollen, müssen den eisernen und geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterklasse finden.

3. Die kommunistische Jugendbewegung bedarf zu der Bewältigung der Arbeit und der Aufgaben, die sich für sie auf dem Wege zur Eroberung und Erziehung der Massen ergeben, des *sorgsamen Verständnisses* und der tatkräftigen *Unterstützung* von seiten der KP.

Durch innige Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugend auf allen Gebieten und ständige Heranziehung der KJO. zum politischen Leben der Parteien müssen in der kommunistischen *Jugendbewegung das politische Interesse und die politischen Kräfte lebendig erhalten werden.* Denn diese sind für die Kommunistische Partei in ihrem Kampfe und ihrer Arbeit für die Verwirklichung der Beschlüsse der KI. unerläßlich und sind die Grundlage für eine gesunde kommunistische Jugendbewegung. Die kommunistischen Parteien müssen der KJ. *organisatorische* Hilfe gewähren. Sie sollen jüngere Mitglieder auch zur Mitarbeit in der KJ. bestimmen, durch Abgabe der jungen Parteimitglieder und Propaganda Jugendorganisationen an Orten gründen, wo Parteiorganisationen bestehen. Da vor den KJO nunmehr die Aufgabe steht, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in die Massen der Arbeiterjugend zu verlegen, sollen die KP. besonders die Gründung und Arbeit der Organe der KJ. (Zellen und Fraktionen) in den Betrieben und ihre Fraktionen in den Gewerkschaften fördern. Die gegenseitige Vertretung in allen Organen der Partei und Jugend (Zellen, Ortsgruppen, Bezirksleitungen, Zentralkomitees, Kongressen, Fraktionen usw.) muß durchgeführt werden.

Die KJO. müssen sich durch die Verstärkung ihrer wirtschaftlichen Propaganda und die ständige konkrete Beschäftigung mit dem Leben und den Fragen der Arbeiterjugend und die dauernde und tägliche Vertretung ihrer Interessen in den Massen der Arbeiterjugend verwurzeln und sie zum Kampfe gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft führen. Deshalb müssen die KP. die wirtschaftliche Arbeit der KJ. in diesen Zellen und Fraktionen in Betrieb, Schule und Gewerkschaft kräftig unterstützen, und es muß eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der KJ. und der KP. in den Gewerkschaften durchgeführt werden. In den Gewerkschaften ist es Aufgabe der Parteimitglieder, besonders dafür zu sorgen, daß die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in die Gewerkschaften gleichberechtigt eingereiht, daß ihre Mitgliedsbeiträge ermäßigt werden, daß die Forderungen der Arbeiterjugend in den gewerkschaftlichen Kämpfen mitvertreten und daß sie beim Abschluß von Tarifverträgen und dgl. berücksichtigt werden. Die KP. soll die wirtschaftlich gewerkschaftliche Arbeit der KJO. ferner durch Propaganda und aktive Unterstützung ihrer Aktionen und durch Aufnahme ihrer Forderungen unter die Gegenstände des eigenen täglichen Kampfes fördern.

Angesichts der Verstärkung der imperialistischen Kriegsgefahr und dem Wachsen der Reaktion sollen die KP. dem antimilitaristischen Kampf der KJO., in welchem sie die praktische, tatkräftige Führung ausüben müssen, die größte Unterstützung gewähren. Die KJO. müssen die eifrigsten Kämpfer im Dienst der Partei, in der Verteidigung der Arbeiterklasse gegen die Reaktion bilden.

Die ***kommunistische Bildungsarbeit*** erhält durch die Umstellung der KJO. in der Richtung zur breiten Massenorganisation eine große Bedeutung. Denn mit der Gewinnung der Massen wird ihre kommunistische Schulung und Erziehung besonders notwendig. Die Bildungsarbeit der KJO. bedarf einer besonderen und selbständigen Organisierung und muß planmäßig durchgeführt werden. Durch reichliches Zurverfügungstellen von Bildungskräften und Bildungsmaterial von seiten der Partei, Mithilfe bei der Organisierung von Schulen und Kursen der KJ., Einräumung von Plätzen für die KJ. in den Parteischulen, Aufnahme von Jugendschriften in das Programm des Parteiverlages soll ihr die notwendige Unterstützung gewährt werden.

Der Kongreß hält es für notwendig, daß die Parteipresse den Kampf der KJO. sowohl durch Herausgabe von regelmäßig erscheinenden Jugendbeilagen und Jugendspalten, als auch durch ständige Berücksichtigung des Lebens und Kampfes der Arbeiterjugend im übrigen Teil des Blattes mehr als bisher unterstützt.

Die bürgerliche Welt, deren Bemühungen an dem Klassenbewußtsein der erwachsenen Arbeiterschaft und der revolutionären Arbeiterjugend Widerstand findet, sucht besonders die Kinder der Arbeiterklasse zu vergiften und ihr zu entfremden. Deshalb kommt der Organisierung und Förderung der ***kommunistischen Kindergruppen*** große Wichtigkeit zu. Diese sollen organisatorisch der Jugend unterstellt und von ihr geleitet werden, und die Partei soll diese Arbeit durch Stellung von Kräften und Beteiligung an der Kindergruppenzentrale unterstützen. Die kommunistische Kinderpresse, deren Herausgabe die KJO. der verschiedenen Länder begonnen hat, soll die Förderung der Partei erhalten.

Besonders innige Zusammenarbeit zwischen der KJ. und der Partei ist notwendig in den Ländern, in denen die kommunistische Bewegung durch die Reaktion zur *Illegalität* gezwungen ist.

Indem der 4. Kongreß die besondere Wichtigkeit der kommunistischen Arbeit zur Gewinnung der Massen der Arbeiterjugend betont, hebt er die besondere Bedeutung hervor, die heute der Kommunistischen Jugendinternationale zukommt, und grüßt diese, den eifrigsten Mitkämpfer der KI., in der Gegenwart und ihre Reserve für die Zukunft!

VORSITZENDER: Ich lasse über die Resolution bezüglich der Jugend abstimmen.

Einstimmig angenommen.

Genossen, ich muß zur Verurteilung des Gen. Méric eine Berichtigung vornehmen und eine ergänzende Mitteilung machen. Nach den letzten Nachrichten, die wir erhalten haben, wurde Gen. Méric zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt.



Es versteht sich von selbst, daß wir auch Gen. Blonchart gegenüber unsere Sympathien ausdrücken. (Beifall.)

Vor Abschluß der Sitzung ersucht das Präsidium die Delegationen, sich zur Beratung über die Zusammensetzung des neuen Exekutivkomitees zu versammeln. Die Kandidaten müssen nicht durchaus Delegierte auf dem Kongreß sein.

Schluß der Sitzung um 4 Uhr nachmittags.



DREISSIGSTE SITZUNG

MONTAG, DEN 4. DEZEMBER 1922.

Inhalt: Die italienische Frage. Die tschechoslowakische Frage.

Redner: Sinowjew, Bordiga, Serrati, Graziadei, Radek, Sturc, Smeral.

Vorsitz: *Neurath.*

Eröffnung: 1,45 mittags.

SINOWJEW: Genossen, ich habe Ihnen ein Kapitel unserer modernen Arbeiterbewegung vorzutragen, ein Kapitel, das mit dem Blute der besten Söhne der italienischen Arbeiterklasse geschrieben ist, ein Kapitel, das am besten die ganze Lage der Arbeiterklasse illustrieren kann. Wenn der Geschichtsschreiber der proletarischen Revolution das Jahrzehnt, in dem wir leben, wird charakterisieren müssen, wird er sagen: in diesem letzten Jahrzehnt der Herrschaft der Bourgeoisie war das Proletariat zahlenmäßig stark genug, um das bürgerliche Regime zu stürzen, aber dieses zahlenmäßig starke Proletariat war geistig und politisch zu schwach, um seine Aufgaben lösen zu können. Die Tragödie unserer Klasse in den letzten Jahrzehnten besteht darin, daß, obwohl wir als Klassenkämpfer die physische Kraft schon längst haben, um den Kapitalismus zu stürzen, und obwohl die objektiven Vorbedingungen für den Sieg unserer Klasse schon längst da sind, wir innerhalb unserer Klasse so große Überbleibsel der bürgerlichen Ideologie haben und die Einflüsse der Bourgeoisie innerhalb unserer Klasse trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der Arbeiter noch so groß sind, daß wir doch unfähig sind, die Bourgeoisie sofort und endgültig zu besiegen.

Das ist die Lehre der Jahre 1914 bis 1919, und diese Tatsache ist besonders in Italien klar vor Augen getreten.

1914 und 1919 sind zwei Daten von größter Wichtigkeit: Die Rolle der Sozialdemokratie, die Rolle der 2. Internationale, d. h. derjenigen Elemente, die eben den Einfluß der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse repräsentieren, wird am besten durch das illustriert, was die Sozialdemokratie in den Jahren 1914 und 1919 getan hat.



1914 hat die Sozialdemokratie, statt die Arbeitermassen zu führen, die Arbeitermassen verführt. Die Sozialdemokratie, die 2. Internationale, hat unsere Klasse in den Krieg hineingehetzt, hat die Arbeiter, die sich dem Krieg widersetzten, in den Rücken gestoßen, um sie auf die Schlachtfelder zu jagen. 1919 bis 1920, als der Krieg zu Ende war und überall der Unmut der Massen den höchsten Grad erreicht hatte, und als die Massen in verschiedenen Ländern nach diesen vier schrecklichen Jahren doch zum Bewußtsein gekommen waren und sich in den Kampf gegen die Bourgeoisie stürzen wollten, war es die Rolle der Sozialdemokratie, sich schützend vor die Bourgeoisie zu stellen, den Arbeitern in den Arm zu fallen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, sich gegen den Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie zu wenden. Die Sozialdemokratie hat eine Lage geschaffen, die so zu formulieren ist: nur über meine Leiche hinweg könnt ihr die Bourgeoisie anpacken! Die Sozialdemokratie, die 2. Internationale, stellte sich zwischen die Arbeitermasse und die Bourgeoisie. Die geballten Fäuste der Arbeiter hat die Sozialdemokratie auf verschiedene Weise gelähmt.

1914 war die Lage so, daß die Arbeiterklasse sich mit eigenen Händen den Strick um den Hals gelegt hatte. 1919, als die Arbeiterklasse bereit war, diesen Strick fortzuwerfen und ihn vielleicht um den Hals der Bourgeoisie zu schlingen, hat die Sozialdemokratie noch einmal die Verwirrung in die Reihen unserer eigenen Klasse — und zwar in noch größerem Maße als 1914 — getragen und damit die Bourgeoisie gerettet. Die ganze Lage während dieser Jahre ist eben durch die konterrevolutionäre Rolle der alten sozialdemokratischen Partei charakterisiert. Das ist der Inhalt der Tragödie, die die Arbeiterklasse während der letzten Jahre durchgemacht hat. Besonders wird diese Tatsache, wie gesagt, in Italien illustriert.

In den Jahren 1919 bis 1920 war die Stimmung der Arbeitermassen, besonders in Italien, vollkommen revolutionär. Ich glaube, ich tue am besten, wenn ich Ihnen die Lage, die wir 1919 bis 1920 in Italien hatten, mit den Worten charakterisiere, mit denen sie die italienischen Sozialisten selbst charakterisiert haben. In einem sozialistischen Almanach, einer offiziellen Veröffentlichung der Italienischen Sozialistischen Partei, wurde die Lage im Jahre 1920 folgendermaßen charakterisiert:

„Das Proletariat frohlockte am Ende des Krieges. Es sah endlich das Ende seines Martyriums. Es sah eine neue Ära vor sich, die ihm den Sieg bringen sollte. Es bereitete sich zu Kämpfen vor. Es wollte keine Revanche. Glühend von dem bisher unterdrückten und verborgenen Zorn, blutend aus tausend Wunden, bereitete es sich vor, die Macht aus der Hand der impotenten mörderischen Bourgeoisie zu reißen und sein Recht zu verkünden. Die Proletarier richteten ihre Augen auf die Sozialistische Partei. Alle ihre heißesten Hoffnungen setzten sie auf

diese. Kaum hatten sie den verhaßten Soldatenrock weggeworfen, da liefen sie in die Reihen unserer Partei. Von ihr verlangten sie Rat und Tat. Sie forderten sie auf und trieben sie an, die Arbeitermassen zu sammeln und zur Eroberung der Macht zu führen."

So war die Stimmung in den tiefsten Tiefen der Arbeiterklasse, der italienischen Proletarier 1919 bis 1920. So war ungefähr, nebenbei gesagt, auch die Stimmung in anderen Ländern, aber in Italien war diese Stimmung der Arbeitermasse besonders ausgeprägt. Die Bourgeoisie stand wirklich impotent da. Das bürgerliche Regime war morsch und faul. Die Arbeitermassen strömten zu Tausenden und Zehntausenden in die Reihen unserer Partei. Die demobilisierten Soldaten drängten, wie sie schon aus dem Zitat ersehen, in großen Massen zu unserer Partei und drängten diese Partei zur Erhebung.

Ich kann nicht umhin, Ihnen Serrati zu zitieren, der die Lage in einem Berichte an die Exekutive der Kommunistischen Internationale im Jahre 1920 folgendermaßen charakterisiert:

„Nach Abschluß des Waffenstillstandes verschärfte und verwickelte sich die Lage in Italien. Alle Fraktionen der Bourgeoisie erkannten, daß der Krieg mit dem allgemeinen Bankerott und der vollen Verleugnung der Prinzipien geendet hatte, um die er nach den Worten seiner Anhänger unternommen worden war. Was die Massen anbelangt, so wuchs ihre Gereiztheit und Unzufriedenheit mit jedem Tage, wobei sowohl die Gründe als auch die Ausdrucksformen nicht wirtschaftlicher, sondern sozialistischer Art waren, was sich am deutlichsten in ihrer ständigen Losung äußerte: „Wir wollen nicht für die Kapitalisten arbeiten!"

Kurz, die Arbeitermassen standen mit geballten Fäusten bereit da, sie drängten zur Entscheidung. Die Partei wuchs in unerhörtem Maße. Das werden Ihnen folgende Ziffern zeigen. Die Italienische Sozialistische Partei hatte Anfang 1914 58 000 Mitglieder, im Jahre 1919 stieg die Mitgliederzahl auf 83 000, und 1920 betrug sie 216 000. In einem Jahre hat sich die Mitgliederzahl beinahe verdreifacht. Im Jahre 1919—20, also im Jahre des Kriegsschlusses, hatten die Arbeitermassen das größte Vertrauen zu unserer Partei und kamen scharenweise zu ihr.

Einen ähnlichen Prozeß hat die Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit durchgemacht. Die Gewerkschaften zählten am Anfang des Krieges 1914 nur 320 000 Mitglieder, 1919 zählten sie 1 150 000 und 1920 — 2 150 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl hat sich auch hier in einem Jahre mehr als verdoppelt. Die Masse hatte Vertrauen zu den Gewerkschaften, sie hoffte, daß die Gewerkschaften und unsere Partei sie zum Kampfe und Siege führen würden.

Man kann jedoch nicht sagen, daß unsere Partei sich in diesem Moment ganz der Lage bewußt gewesen war. Wenn Sie die Resolutionen lesen, z. B. die Resolution des Parteitages in Bologna 1919, so

57*

werden Sie allerdings glauben, die italienische Partei habe die Lage klar erkannt. Diese Resolution ist im kommunistischen Sinne gehalten. Ich will sie nicht ganz zitieren; es genügt, wenn ich hier nur daran erinnere, was der Parteitag in Bologna beschlossen hat.

„1. Die Organisation der Italienischen Sozialistischen Partei auf die oben dargelegten — d. h. kommunistischen — Prinzipien einzustellen.

2. Den Anschluß an die Kommunistische Internationale, die Organisation des Weltproletariats, die diese Prinzipien verficht und verteidigt, auszusprechen."

Und dann hieß es dort wörtlich weiter:

„Der revolutionäre Kampf des Proletariats zum gewaltsamen Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und zur Organisation des Proletariats als herrschende Klasse muß beginnen. Wer eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie für möglich hält, wer glaubt, der Kampf auf Leben und Tod zwischen Proletariat und Bourgeoisie läßt sich vermeiden, wer jetzt noch an gütliche Abmachungen und einen friedlichen Übergang zum Sozialismus glaubt — der hat keine Bürgerrechte mehr in unserer Partei. Wer zögert, wer nicht mit uns ist, der gehe von uns! Wir haben eine Welt zu erobern. Die erobert man aber nicht mit Schwächlingen und Schwankenden. Dazu gehört Mut und ganze Hingabe an das Ideal! Zu uns, Genossen!"

Stolze, goldene Worte hat da der Parteitag in Bologna gesprochen, und es schien, als ob unsere Partei damals wirklich auf der Höhe der Situation stand und als ob sie wirklich bereit war, zum Sprachrohr dieser rebellierenden proletarischen Massen zu werden. Aber es ist anders gekommen. Nach allen diesen Beschlüssen des Parteitages in Bologna tauchte sofort die Frage auf, ob die Reformisten in der Partei bleiben sollen oder nicht. Und da mußten wir das traurige Schauspiel erleben, daß die Mehrheit beschloß, die Reformisten sollten in der Partei bleiben.

Interessant ist die Position der Reformisten selbst.

Ich muß sagen, wenn man die Naturgeschichte des Reformismus verfolgt, so muß man ihm in einem recht geben. Der Reformismus als Welterscheinung zeigte sehr große Elastizität und unendliche Anpassungsfähigkeit, und das ist eben eine Eigenschaft, die für die Bourgeoisie sehr kostbar ist, denn die Bourgeoisie kann keinen hölzernen Reformismus gebrauchen, sondern braucht einen elastischen Reformismus, der sich an alle Bedingungen anpassen kann, und die italienischen Reformisten haben gezeigt, welch anpassungsfähiges Tier dieser Reformismus ist.

In dieser Lage, da die Arbeitermassen den roten Fahnen folgten und auf entscheidende Kämpfe drangen, da die Soldaten, wie in diesem Zitat gesagt wird, sofort, als sie den Soldatenrock ausgezogen hatten, zur Sozialistischen Partei gingen, in diesem Moment haben die Re-



formisten es verstanden, sich nicht von der Partei trennen zu lassen, sondern innerhalb der Partei zu bleiben und sie von innen her zu sabotieren.

Der russische Menschewismus, den wir gut kennen — wir haben an dieser Universität ja ungefähr 15 Jahre studiert und diese Universität war gewissermaßen für uns alle entscheidend —, hat es 1905 ebenfalls verstanden, große Elastizität zu zeigen. Er klammerte sich an uns mit der Parole: „Einheit der Partei", und erst 1912 ist es uns gelungen, endgültig die Umarmung der Menschewisten loszuwerden.

Die italienischen Menschewiki haben — das muß man ihnen lassen — gezeigt, daß sie nicht weniger Anpassungsfähigkeit und Elastizität besitzen als die russischen; und die politische Equilibristik ist die erste Eigenschaft des italienischen Menschewismus. Die italienischen Menschewiki haben es verstanden, auf diesem Gebiete der politischen Equilibristik manches zu leisten. Turati und D'Aragona haben erklärt, sie bleiben in der Partei, fügen sich der Partei, wollen mitmachen und sind auch für die Revolution. Das war das entscheidende Moment. Manche unserer Freunde glaubten, je mehr Mitglieder, desto besser; wenn die Reformisten erklären, daß sie sich fügen und bei uns bleiben wollen, um so besser.

So wurde beschlossen: die Reformisten bleiben in der Partei.

Nun fing die Maskerade an. D'Aragona, Serrati — dieser vielleicht weniger als andere —, aber Turati, ein ausgesprochener Bürgerlicher, der aber jahrelang schon in den Reihen der Arbeitermassen als Sozialist auftrat, diese Leute haben sich als Kommunisten verkleidet und spielten die Komödie mit.

D'Aragona und Dugona und eine Anzahl anderer kamen 1920 unter Führung Serratis nach Rußland. Ich habe selbst aus dem Munde D'Aragonas Reden gehört, die in dem Rufe ausklangen: „Es lebe der Kommunismus!" Das war in dem Moment, als Rußland sich in der Blockade befand, als die russischen Arbeiter nach internationalen Verbindungen direkt lechzten. Jeden Genossen, der aus dem Ausland kam, empfing man wie einen Bruder, und wir mußten das traurige Bild erleben, daß unsere Petrograder und Moskauer Arbeiter die D'Aragona und Colombino buchstäblich auf den Händen trugen, weil sie in ihnen die Vertreter des italienischen revolutionären Proletariats sahen und weil sie ihren Worten Glauben schenkten.

Es gab damals eine internationale Lage, in der nicht nur italienische Reformisten, sondern auch Reformisten anderer Länder zu uns nach Moskau eilten und versuchten, den Eintritt in die Kommunistische Internationale zu erlangen. Es war derjenige Moment, den wir in einer Resolution mit den Worten charakterisiert haben: „Die Kommunistische

Internationale fängt an, Mode zu werden." Sie werden sich erinnern, daß in diesem Saale die Herren Dittmann und Crispien begeisterte Reden für die Diktatur des Proletariats gehalten und erklärt haben, sie seien keine schlechteren Kommunisten als die andern, sie wollten auch zur Kommunistischen Internationale gehören.

Aus allen Ländern eilten damals die Reformisten und Halbreformisten zu uns. Ich erinnere mich noch eines spanischen Professors, De los Rios, der als Vertreter der spanischen Partei nach Moskau kam und um Aufnahme in die Kommunistische Internationale ersuchte. Aber dieser Professor war eben ein Professor, er war also in der Politik etwas naiv. (Heiterkeit.) Die anwesenden Professoren werden mir's verzeihen, es gibt auch Ausnahmen. Genosse Graziadei — (Zwischenruf Graziadeis: „Ich bin ein gewesener Professor!"): Es gibt selbstverständlich auch Ausnahmen. Also dieser Professor sagte mit fast rührender Naivität: „Wissen Sie, Genossen, ich persönlich bin Reformist, aber die spanischen Arbeiter drängen, sie wollen zur Kommunistischen Internationale, und sie haben mich hierher geschickt, damit sie in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden."

Dieser Professor war wirklich fast ein Heiliger, er hat alles ganz offen herausgesagt. D'Aragona und Colombino sind alles andere als Heilige und alles andere als naiv. Diese Schufte haben es vorgezogen, mit Reden zu Ehren des Kommunismus hierher zu kommen.

Die 21 Bedingungen waren für unsere Internationale doch sehr heilsam: einige sind freilich auch durch sie hindurchgeschlüpft, aber im großen und ganzen hat die Front gehalten, es ist nicht vielen gelungen, hindurchzuschlüpfen.

Also in jenem Moment spielte sich die italienische Tragödie — oder wenn Sie wollen, Tragikomödie — hier in Moskau ab. Aber die Komödie war bald zu Ende. Die italienischen Arbeiter drängten. Es kam zu entscheidenden Ereignissen. Im Herbst 1920 begannen die italienischen Arbeiter die Fabriken zu besetzen. Und da, wie Sie wohl wissen, hört die Gemütlichkeit auf. Wenn der Arbeiter anfängt, die Fabriken zu besetzen, wenn er anfängt, rote Garden zu bilden, — in diesem Moment hört für die Reformisten die Gemütlichkeit auf, und in diesem Moment mußten die D'Aragona ihre Maske ablegen. D'Aragona war in jenem Moment schon nach Italien zurückgekehrt, Serrati war noch in Moskau.

Wenn man dieses Kapitel jetzt ein bißchen studiert, die Ereignisse im Herbst 1920, die Besitzergreifung der Fabriken durch die italienischen Arbeiter, den Anfang zur Bildung der Roten Garden durch die Arbeiter, und wenn man sieht, welche Rolle die Reformisten gespielt haben, so fragt man sich: Kann es noch offenkundigeren Verrat geben als das, was die Leute im Herbst 1920 getan haben?

Fünf Tage und fünf Nächte — buchstäblich — dauerten die Beratungen der Gewerkschaftsführer und der Zentrale der Sozialistischen Partei, fünf Tage und fünf Nächte, in einem Moment, wo die Arbeiter schon die Fabriken besetzt hatten, wo sie auf weiteren Kampf drängten. In diesem Moment sitzen die Herren Führer und beraten fünf Tage und fünf Nächte lang, in einer Lage, in der fünf Stunden entscheidend waren. Jetzt, wo Mussolini die Macht ergriffen hat, haben sich Turati und D'Aragona, wie Sie aus meinen weiteren Mitteilungen ersehen werden, ziemlich schnell bereit erklärt, ihn zu unterstützen, jetzt brauchten sie nicht fünf Tage und fünf Nächte lang zu beraten. Aber in dem Moment, als die Arbeiter anfingen, den Traum ihres ganzen Lebens in die Wirklichkeit umzusetzen, als sie anfingen, die Bourgeoisie wirklich zu bekämpfen, sagte man zu den Arbeitern: Seid ruhig, wir sitzen schon und beraten! Und man brauchte fünf Tage und fünf Nächte dazu. Dies war das Ende dieser soliden Diskussion.

Die Gewerkschaftsführer standen in einem gewissen formalen Pakt mit der Sozialistischen Partei; es bestand ein Pakt, der besagte, daß die Gewerkschaften der Sozialistischen Partei in allen entscheidenden Kämpfen folgen müßten. Ich erinnere mich, als wir Serrati 1920 darauf aufmerksam machten, daß die Führung der Gewerkschaften sich in reformistischen Händen befände und daß dies für unsere Bewegung das größte Unglück werden könnte, daß er versuchte, uns dadurch zu beschwichtigen, daß er sagte: Es besteht ein Pakt zwischen der Sozialistischen Partei und den Gewerkschaften, und das ist eine genügende Garantie.

Während der Kämpfe, 1920 haben die Reformisten selbstverständlich diesen Pakt in den Papierkorb geworfen. Sie haben das in folgender Form getan. D'Aragona und Gesinnungsgenossen erklärten: Ja, wir haben den Pakt, wir fügen uns: aber wenn Ihr beschließt, die Kämpfe weiterzuführen, müssen wir demissionieren, müssen die Führung der Gewerkschaften niederlegen.

Das genügte selbstverständlich für die italienischen Zentristen vollkommen, um sich sofort vor D'Aragona auf die Knie zu werfen: Man sagt, Vater D'Aragona will demissionieren, ein solches Unglück können wir nicht ertragen; lieber wollen wir schon die Arbeiterklasse verraten und die Kämpfe abbrechen, nur soll uns D'Aragona nicht verlassen . . .

Es kam zur Abstimmung. Anderthalb Millionen Arbeiter nahmen daran teil; trotz all dieser Verrätereien der Gewerkschafts- und Parteiführer wurde nur mit einer ganz knappen Mehrheit beschlossen, die Kämpfe abzubrechen. D'Aragona kam in die Sitzung, noch ganz warm von den Umarmungen der bürgerlichen Minister. Die Reihenfolge war



so: zunächst Beratung im bürgerlichen Ministerium, dann Beratung in der Confederazione del Lavoro, dann Beratung in der Sozialistischen Partei.

Man sieht jetzt mit vollster Klarheit, wie diese Kette des Verrates von der Bourgoisie bis zur Spitze der Sozialistischen Partei reichte.

Die Arbeiter waren verraten und verkauft, das war der entscheidende Punkt. Von nun an fängt die politische und ökonomische Offensive des Kapitals an, diejenige Offensive, die jetzt mit dem Siege von Mussolini geendet hat . . .

Was war die Rolle der Kommunistischen Internationale in allen diesen Kämpfen? Mit Stolz, Genossen, können wir konstatieren, daß die Kommunistische Internationale in Gestalt ihrer Exekutive die Lage vollkommen klar gesehen hat. Schon vor der Besitzergreifung der Fabriken, am Ende des 2. Kongresses, schrieb die Exekutive in einem offiziellen Brief an die Italienische Sozialistische Partei folgende Worte:

„Italien erlebt jetzt eine Zeit, in der sich der Sieg der Revolution nur infolge ungenügender Organisiertheit der Arbeiterklasse verzögert und in der der zeitweilige Sieg der wütendsten bürgerlichen Reaktion durchaus möglich ist. Jeder, der in einer solchen Zeit die Partei hindert, eine richtige Orientierung zu finden, jeder, der sich in einer solchen Zeit mit „Vereinigung" mit Reformisten und Halbreformisten beschäftigt, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterrevolution — ob er will oder nicht."

Das haben wir vor den Septemberereignissen geschrieben. Mit dem Gen. Serrati hatten wir die ersten Meinungsverschiedenheiten während des 2. Kongresses. Wenn ich mich jetzt frage, welcher Irrtum der Grundirrtum des Gen. Serrati war, so sage ich — wenn ich das Beste von ihm vermute: der Grundirrtum war eine falsche Einstellung in der Frage der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit der Partei. Mit der Parole der Einheit haben die Reformisten schon in manchen Ländern glänzende Siege über uns erfochten und nicht zuletzt auch in Rußland. Die Idee der Einheit hat so große Anziehungskraft in den Reihen der Arbeitermassen, daß die Reformisten durch diese Idee die Arbeitermasse am besten an der Nase herumführen können. Es ist leicht zu verstehen, daß dem so ist, denn die Arbeitermasse *braucht* die Einheit, wie wir die Luft brauchen. Die Hauptkraft der Arbeitermasse ist die Zahl. Durch die Einheit, durch das Zahlenmäßige bekommt die Arbeitermasse erst die Kraft, die Bourgeoisie zu besiegen. Das Streben zur Einheit ist ein urwüchsiges Streben, das manchmal alles andere zur Seite schiebt und die Führer der Reformisten, die Equilibristen des Reformismus, die schlauesten Agenten der Bourgeoisie, verstehen es gut, dieses Streben zur Einheit zu verwenden, und die Masse fällt leicht

darauf hinein. Wie gesagt, wenn ich bei Serrati bestenfalls einen Irrtum annehmen will, sage ich: er ist auch auf diesen Fehler hineingefallen; für ihn war die Frage der Einheit die entscheidende Frage, und alle seine weiteren Irrtümer rühren, wie es scheint, von diesem Grundirrtum her.

Im Jahre 1920 sagte z. B. Serrati folgendes:

„In diesen Tagen erobern wir Hunderte, Tausende von Gemeinden. Tausende von Genossenschaften und Tausende von anderen proletarischen Einrichtungen sind bereits erobert oder werden erobert werden. Überall sucht unsere Partei nach geeigneten Leuten für die Arbeit in den Gemeinden, Genossenschaften, Arbeitskammern usw. Es besteht ein Mangel an fähigen Leuten, und da schreibt nun der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale vor, auf alle diese Posten Kommunisten zu stellen, unbesorgt darum, wie weit sie dafür tauglich sind. Hier befinden wir uns im Reiche des Unglaublichen. Stellt Euch die Mailänder Kommune unter Leitung einer Gruppe unfähiger Neulinge vor, die sich im letzten Augenblicke als eifrige Kommunisten ausgegeben haben."

Man könnte über diese Worte Serratis mit einem Scherz hinweggehen, aber ich glaube, in diesem Moment, wo wirklich der Spaß aufgehört hat, wo die Lage in Italien gerade tragisch genug ist, kann man nicht verstehen, wie ein Mann wie Serrati zu solchen Schlußfolgerungen kommen konnte. Für ihn war im Jahre 1920 die Frage, ob Leute vorhanden seien. Er suchte Leute zu finden, um die Tausende von Dorf- und Stadtgemeinden zu besetzen, und besonders war seine Sorge groß, geeignete Leute zu finden, um die Mailänder Gemeinde zu besetzen. Er sagt: Kann man dort Neulinge, unerprobte Kommunisten hinstellen? Diese falsche Einstellung in der Frage der Einheitsfront, dieses Prinzip, „je mehr, desto besser", hat eine ganz falsche Perspektive für die Beurteilung der Lage geschaffen. Die Einheitsparole wurde zum Fetisch, der Unitarismus wurde zum Abgott. Darum hat sich Serrati selbst die Möglichkeit genommen, die grundlegenden politischen Fragen jener Zeit zu entscheiden.

Er beging diesen ersten Grundfehler, und alles andere kam dann mit Naturnotwendigkeit nach, alle die anderen Irrtümer und das ganze frivole Auftreten gegen die Kommunistische Internationale und den Kommunismus im ganzen. Man hat uns gesagt, Serrati habe sofort nach dem 2. Kongreß eine Fraktion gebildet, die sich genannt habe: „Sozialisten-Kommunisten-Unitarier". Sozialisten ist gut, Kommunisten auch, Unitarier noch besser, und wenn man das alles nimmt: Sozialisten-Kommunisten-Unitarier, dann glaubt man, das ist das Beste in der Welt.

In Wirklichkeit war es aber im besten Falle ein Mischmasch und objektiv genommen nicht das, was wir Kommunisten brauchen. Vor dem Parteitag in Livorno, als man uns von seiten Serratis beschwor, nicht auf die Spaltung zu drängen, haben wir geantwortet, man kann uns doch nicht einreden, daß die „Critica Sociale", das Organ von Turati, ein kommunistisches Blatt sei.

Wir kennen dieses Organ länger als ein Jahrzehnt. Schon der verstorbene Plechanow hat, als er Marxist war, gegen diese Zeitschrift, als eine halb bürgerliche, halb reformistische angekämpft. Wir schrieben den Satz:

„Alle Unitarier der Welt werden uns nicht davon überzeugen können, daß die „Critica Sociale" kein bürgerliches Blatt ist."

Wir wußten damals noch nicht, daß die „Critica Sociale" und die „Banca Commerciale" eigentlich züeinander gehören (Heiterkeit). Wir hatten die Sache nur vom theoretischen Standpunkt aus betrachtet. Jetzt wissen wir, wenn man „Critica Sociale" schreibt, so muß man gleichzeitig „Banca Commerciale" lesen, weil die „Critica Sociale" wie bekannt pekuniär von der „Banca Commerciale" unterstützt wird. Und mit diesen Leuten wollte man in einer Partei bleiben!

Also, Genossen, vergegenwärtigen wir uns jetzt die Lage, wie sie vor Livorno war. Im September 1920 wurde der schwerste Verrat an der Arbeiterklasse begangen. D'Aragona und Konsorten hielten fünf Tage und fünf Nächte Beratungen ab und erreichten, daß die Sozialistische Partei sich vor ihnen auf die Knie warf, und die Arbeiterklasse war verraten. Die „Critica Sociale" als Exponent der „Banca Commerciale" blieb innerhalb der Sozialistischen Partei, und das alles geschah unter dem Deckmantel: „Einheit der Arbeiterklasse".

Bei dieser Lage war die Spaltung eine unvermeidliche und notwendige Sache, und wir sagen ganz offen und ehrlich: Sollte sich irgendwo und irgendwann einmal wieder eine Lage herausstellen, die ähnlich ist, so werden wir es als die heiligste Pflicht eines Revolutionärs betrachten, für eine Spaltung wieder einzutreten. Wir leben jetzt in einer neuen Etappe, es fängt eine Sammlung der kommunistischen Kräfte an. Die Etappe der Spaltungen ist im großen und ganzen vorbei. Aber gerade darum müssen wir erklären, daß wir keineswegs prinzipiell gegen jede Spaltung sind, sondern daß wir, wenn einmal eine ähnliche Lage kommen sollte, noch einmal für eine Spaltung eintreten werden.

Dann kam Livorno. Die Zentristen haben eine Scheidung, einen Bruch mit der Internationale vorgezogen, um nur die 14 000 oder 16 000 Reformisten zu behalten. Sie werden sich vielleicht des Briefes erinnern, den Gen. Lenin an den Gen. Serrati geschrieben hat, in dem er

erklärte, was wir alle erklärten. Wir fordern von Euch nicht, Ihr sollt sofort Revolution machen. Wir fordern nur, daß Ihr eine revolutionäre Partei seid und die Vorbereitung zur Revolution macht, d. h. daß Ihr diejenigen, die gegen die Revolution sind, die Reformisten, ausschließt. Und Sie werden sich auch erinnern, daß der Gen. Serrati — das kann ich ihm nicht ersparen — in einem Artikel auf den Brief des Gen. Lenin geantwortet hat:

„Gestatten Sie mir, auf Ihre Frage, ob Reformisten in den Reihen der Partei geduldet werden können, mit einer anderen Frage zu antworten: Wer ist Reformist?"

Diese fast philosophische Frage hat der Gen. Serrati nach alledem, was im Herbst 1920 geschehen ist, aufgeworfen. Ich glaube, die Ereignisse haben das klar beantwortet, und Gen. Serrati könnte uns jetzt einen ausführlichen Vortrag halten, wer Reformist in Italien ist. Reformist ist derjenige, der jahrelang für die sogenannte Kollaboration der Klassen eingetreten ist. Reformist ist derjenige, der wie Turati mit seinem ganzen Geiste — und je mehr Geist, desto schlimmer für unsere Sache — die Arbeiterklasse preisgegeben hat. Reformist ist derjenige, der im Jahre 1920, in einem Augenblick, als Hunderttausende von Arbeitern unserer Fahne zugeströmt sind mit der tiefsten, innersten Überzeugung, wir würden sie zum Kampfe führen, sich in unsere Reihen eingeschlichen hat, um die Arbeitermassen zu beschwichtigen und vom Kampfe abzuhalten. Reformist ist derjenige, der jetzt Stiefelputzer von Mussolini geworden ist. Es ist gewiß keine große politische Kunst, das jetzt einzusehen, und ich glaube, die Raben, die jetzt in Italien herumflattern, die können Serrati diese Frage, wer ein Reformist ist, beantworten. Aber auch im Jahre 1920 war das keine große Kunst. Man mußte blind sein, um nicht zu sehen, und taub, um nicht zu hören, was damals schon in Italien geschah.

Bei dieser Frage, Genossen, war es unsere Pflicht, auf eine Spaltung der alten Partei *hinzuarbeiten.* Und wenn wir jetzt nach zwei Jahren hier stehen und uns fragen, ob die junge Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei das zu bereuen haben, daß sie in Livorno die Spaltung durchgeführt haben, so sagen wir: *Keinesfalls!* Würde eine ähnliche Lage kommen, so müßten wir noch einmal für eine solche Spaltung eintreten. Wir haben das nicht zu bereuen. Die italienische Kommunistische Partei hat freilich unsere Klasse nicht zum Siege geführt, das konnte sie nicht, sie war dazu zu schwach, und der Moment war schon verpaßt. Das konnte unsere junge Kommunistische Partei nicht leisten, aber sie hat doch die Ehre der italienischen Arbeiterklasse und die revolutionäre Fahne in Italien gerettet (Lebhafter Beifall!). Wir sind es ihr schuldig, das anzuerkennen.

Was haben nun die Reformisten aus der Partei und den Gewerkschaften gemacht? Was die Partei anbelangt, so genügt es Ziffern zu bringen. Ich habe schon gesagt, daß die Sozialistische Partei im Jahre 1920 216 000 Mitglieder zählte. Der „Avanti“ hatte 1919 und 1920 eine Auflage von 400 000 Exemplaren, mehr konnte er technischer Hindernisse wegen nicht herstellen. Er war nicht nur das Arbeiterblatt, sondern das Volksblatt für ganz Italien. Es waren damals die glänzendsten Tage dieses Blattes. Es war damals als revolutionäres Blatt vorbildlich, ein Blatt, das an die besten Zeiten der französischen Revolution erinnerte.

Was haben die Reformisten jetzt daraus gemacht? Sie wissen, Genossen, daß die italienische Sozialistische Partei so geschwächt ist wie nur möglich. Serrati erklärte 1920, als wir ihn aufforderten, sich von den Reformisten zu trennen, man müsse den Moment abwarten, wo die Massen das verstehen würden. Nun, Genossen, es genügt, eine einzige Ziffer anzuführen. In Livorno hatte Serrati fast 100 000, die Kommunisten 58 000, die Reformisten 14 000 Stimmen. In Rom, vor einigen Wochen, hatten die Reformisten und die Maximalisten beider Fraktionen fast die gleiche Zahl, ungefähr je 25 000. Die Reformisten haben also fast um das Doppelte zugenommen, während die allgemeine Zahl der Parteimitglieder auf den vierten Teil gesunken ist. Durch diese unitaristische Politik hat man es also so weit gebracht, daß die Reformisten, die während des Parteitages in Livorno eine quantité négligeable darstellten, wirklich eine große Kraft geworden sind. Und wenn man jetzt sagt: 1920 wäre die Spaltung mißverstanden worden, 1922 ist sie verstanden worden, so sind das nichts anderes als Sophisma. Die Massen hätten 1920 die Spaltung viel besser und viel leichter durchgemacht als 1922 und die Partei wäre nicht zugrunde gegangen.

Das also haben die Reformisten aus der Sozialistischen Partei gemacht. Man sagte sich: je mehr Mitglieder, desto besser! Man wollte das alte stolze Gebäude der Partei aufrechterhalten, und man hat es dazu gebracht, daß es zusammengebrochen ist und daß dabei die Hälfte der Mitglieder in das Lager der Reformisten desertierte. Man hat nicht nur die Revolution, sondern auch die Partei verraten, wenn man die Partei überhaupt der Revolution entgegenstellen kann. Es gibt ja solche, die das tun. Auch die Sozialdemokratie sagte, sie hätte 1914 vielleicht gegen den Krieg gekämpft, aber die schönen Gewerkschaften und die vollen Kassen, die man mit solcher Mühe zusammengebracht hatte, die wollte man doch nicht preisgeben, u. a. m.

Nun, Genossen, in Italien ist nicht nur die Arbeiterklasse zugrunde gerichtet worden, sondern auch die Partei, weil die Partei



der führende Teil der Arbeiterklasse ist. Wenn die Arbeiterklasse zugrunde geht, geht auch die Partei zugrunde.

Was haben die Reformisten aus den Gewerkschaften gemacht? Die Einheit der Gewerkschaften ist so notwendig wie das tägliche Brot. Wir sind für die Einheit der Gewerkschaften, für die größte Vorsicht auf diesem Gebiet. Nun hat es sich aber gezeigt, wie streng die Geschichte uns bestraft, wenn wir die Führung der Gewerkschaften zu lange in den Händen der Reformisten belassen. Die Gewerkschaften, die 1920 mehr als 2¼ Millionen Mitglieder hatten, haben jetzt knapp ½ Million. Und wir müssen uns darüber klar sein: wenn wir die Gewerkschaften jetzt nicht den Händen D'Aragonas entreißen, dann wird er sie ganz und gar an Mussolini verraten, dann wird er sie auf die gröbste Art der Bourgeoisie in die Hände spielen.

Ich will Ihnen, Genossen, eine kleine Diskussion aus dem italienischen Parlament mitteilen, die in den letzten Tagen stattgefunden hat.

Mussolini hielt dort, wie Sie wissen, eine programmatische Rede, die in gewisser Beziehung sehr interessant war, z. B. wo er sagte:

„Nicht zu viel leeres Gechwätz, meine Herren! 52 eingeschriebene Redner, die über meine Erklärungen sprechen sollen, das ist zuviel."

Mussolini endete seine Rede folgendermaßen:

„So möge mich Gott bei der Vollbringung meiner schweren Aufgabe bis zu ihrer siegreichen Beendigung unterstützen."

Mussolini ist also, wie Sie sehen, schon mit dem lieben Herrgott befreundet. Das gehört zum Beruf: die bürgerliche Diktatur muß sich mit Gott befreunden.

Es ist aber interessant, daß auch Turati und Mussolini sich befreunden. Ich werde Ihnen ein Duett mitteilen, das von Mussolini und Turati im Parlament gesungen wurde.

Turati sagt, daß er gegen den Marsch der Fascisten nach Rom war, und erklärt, das, was Mussolini jetzt im Parlament gemacht habe, sei in parlamentarischer Hinsicht die Weiterführung dieses Marsches der Fascisten nach Rom, oder, wie er sich ausdrückt:

„Es ist im Wesen der Marsch nach Rom, der jetzt in tadellosem Redingote vollzogen wird."

Mussolini unterbricht ihn und sagt:

„Nicht im Redingote, in schwarzen Kitteln."

Turati fährt fort:

„Dies bedeutet — ich brauche es wohl nicht durch Dokumente zu beweisen —, daß nach der Meinung der Regierung das italienische Parlament auch nach dem Vertrauensvotum, das es jetzt erteilen wird, aufhören wird, politisch zu existieren."

Turati fährt fort:

„Jedes italienische Parlament, das von Italienern gewählt wurde, hat aufgehört zu existieren. Wir negieren nicht das Recht auf die Revolution, wir sind und wollen eine revolutionäre Partei sein."

Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: „Ironisches Lächeln bei den Fascisten". Ich kann mir wohl vorstellen, daß die Fascisten ironisch gelächelt haben, als Turati erklärte, seine Partei sei eine revolutionäre Partei.

Turati sagt dann:

„Wir negieren nicht das Recht der Fascisten auf die Revolution, sondern wir sagen, daß Eure Machtergreifung keinen revolutionären Charakter trägt . . ."

Mussolini:

„Ihr werdet es schon merken."

Turati weiter:

„. . und wir sagen, daß sie nie einer Logik gefolgt ist."

Also Turati findet, daß Mussolini nicht ganz konsequent sei.

„. . . sei es einer Logik einer Revolution, sei es einer Revolte, die sich selbst achtet, — denn es gibt eine Logik der Revolution. Ihr habt das Versprechen, die Hälfte der herrschenden Klasse wegzujagen, nicht gehalten."

Dieses kleine Versprechen hat Mussolini noch nicht erfüllt.

Mussolini sagt:

„Ich werde dieses Versprechen einhalten . . ."

Turati

„lobt dann als Sozialist und als Patriot die Direktiven der äußeren Politik, die Mussolini gab, trotz ihrer nationalistischen Phraseologie, doch ist er mit dem Urteil Mussolinis über die Wiederherstellung des inneren Friedens nicht einverstanden. Die Konflikte werden noch andauern . . ."

Mussolini sagt:

„In zwei Wochen gab es nur vier Tote. Denkt an die Vergangenheit!"

Turati fährt fort:

„Die finanzielle und die Wirtschaftspolitik der Regierung haben dieselbe Linie, wie sie neulich der Generalverband der Industriellen vorgezeichnet hat.

. . . Mussolini hat, um sein Programm auszuführen, seine demagogische Reserve geschaffen: die nationalen Syndikate. Die Demokratie muß mit Notwendigkeit siegen. Das Proletariat hat nichts zu fürchten. Die Demokratie ist die Geschichte."

Mussolini macht sich das Vergnügen, zu bemerken:



„Die Geschichte hat kein obligatorisches Geleise . . ."

Das ist das Gespräch zwischen Mussolini und Turati.

Sie erlauben mir aber, Ihnen noch ein Duett Mussolinis und D'Aragonas mitzuteilen, in dem der letztere die Gewerkschaften berührt.

Er beginnt mit der Erklärung, daß seine Stimme nicht die einer politischen Partei, sondern der Ausdruck der Gewerkschaftsbewegung sei.

Dazu muß ich Ihnen kurz eine Aufklärung geben. Ich habe Ihnen schon mitgeteilt, daß bis 1922 ein Pakt zwischen den Gewerkschaften und der Partei bestand. Dieser Pakt, dieses goldene Dokument, das Gen. Serrati immer in seiner linken Tasche trug (wodurch er sich gegen jeden Verrat der Reformisten gesichert fühlte), ist jetzt feierlich aufgehoben. Nachdem die Spaltung in Rom vollzogen worden ist, haben die Gewerkschaftsführer erklärt, der Pakt existiere nicht mehr.

Und noch eine interessante Erscheinung. Sofort hat sich D'Aragona in das Kostüm der Neutralität der Gewerkschaften geworfen. Er sagte: Uns geht die Politik nichts an, wir sind neutral, wir sind unabhängig, wir wollen keine Politik treiben.

Das ist eine sehr interessante Erscheinung. D'Aragona ist einer der Begründer der neuen sozialdemokratischen Partei, der er eine ganze Anzahl von Arbeitern zugeführt hat, soweit er die Gewerkschaften in den Händen hat.

Sie sehen, wie grob dieses Kartenspiel der Reformisten manchmal wird.

In einem Atemzug, im gleichen Moment, mittags 12 Uhr, gründet er eine reformistische Partei mit offen kollaboristischem Programm, und um 1 Uhr sagt er: Ich, als Gewerkschaftler, bin neutral; meine Gewerkschaften sind unabhängig, treiben keine Politik. So grob ist der Betrug. Und dennoch sind viele unserer Klassengenossen noch so unerfahren, daß sogar ein so grober Betrug manchmal zieht.

Es ist ein interessanter Beweis für die Schwäche der reformistischen Partei, daß sie jetzt nicht wagt, ihre Gewerkschaften offen reformistisch auftreten zu lassen, sondern daß sie unter der Flagge der Unabhängigkeit der Gewerkschaften auftreten.

D'Aragona erklärt also, nicht als Parteiangehöriger, sondern als unabhängiger Gewerkschaftler trete er auf. Und er sagt:

„Ich ersuche die Regierung (d. h. Mussolini, der daneben sitzt), in der Antwort, die sie der Kammer erteilen wird, mit der größtmöglichen Klarheit und Präzision mitzuteilen, welche Absichten sie gegenüber der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung hat."

Mussolini sagt: „Gut". D'Aragona fährt fort:



„Wir wollen eine Gewerkschaftsbewegung im Rahmen der Gesetze. Das ist eine alte Erklärung von mir. Übrigens beweist die Geschichte, daß die Confederazione del Lavoro niemals für eine Illegalität verantwortlich war."

So verbeugt er sich vor Mussolini.

„Ich habe immer behauptet, daß es leichter ist, den arbeitenden Klassen vier Soldi mehr Tageslohn und eine Stunde weniger Arbeitszeit zu bieten, als sie zum Bewußtsein zu bringen und zu erziehen."

Das sagt er dem Herrn Mussolini von der Arbeiterklasse. Mit einer solchen Frechheit, einer solchen Pöbelhaftigkeit behandelt dieser Mann die Arbeiterklasse.

Und er sagt weiter:

„Ich frage die Regierung, ob eine solche Bewegung, die die arbeitende Klasse schützt, ein Recht hat zu existieren."

Da steht Mussolini auf und sagt:

„Ja, eine solche Bewegung darf existieren."

Buchstäblich steht das alles im Protokoll.

D'Aragona fährt weiter fort:

„Wenn es wahr ist, was uns von verschiedenen Seiten erklärt wird, so scheint es, als ob die Regierung die Absicht hätte, als Gewerkschaften nur jene anzuerkennen, die auf die Beziehungen mit Gewerkschaften anderer Länder verzichten."

Also Amsterdam! Und D'Aragona ist, wie Sie wissen, entschiedener Internationalist.

Nebenbei: D'Aragona hat hier in Moskau mit uns die Profintern mitgegründet. In der ersten Sitzung, in der die Profintern gegründet wurde, hat D'Aragona als Vertreter der italienischen Arbeiter das Protokoll mitunterzeichnet. Das können Sie sich in unserem Revolutionsmuseum ansehen, wenn Sie wollen. Also, dieser Herr sagt jetzt zu Mussolini in der Frage der Internationale:

„Wir sind einer internationalen Bewegung angeschlossen, so wie auch die weißen Gewerkschaften und die Industriellen selbst. Wir wollen in der Internationale verbleiben und glauben nicht, uns dadurch in einen Gegensatz zu unserem Lande zu stellen. Wie können wir Italiener sonst die Interessen unserer Landsleute schützen, die in fremde Länder auswandern?"

Wollt Ihr also den Grund wissen, warum Turati zur Internationale gehört? Darum, weil er die Interessen der Italiener, die nach anderen Ländern auswandern, schützen will.

„Ich hörte sagen, daß ein noch größerer Teil unserer Arbeitskräfte ins Ausland ziehen muß. Ich hoffe, daß sich dies machen läßt. Dann müssen wir aber trachten, daß unsere Arbeit durch die Ge-



werkschaftsbewegung dort draußen nicht herabgewürdigt werde. Wir wollen auch dort die Würde Italiens wahren. Wir wollen, daß die Zeiten aufhören, wo die Ausländer das Elend unserer Emigration gesehen haben. Ich war in der Emigration, auch Sie (Mussolini nickt zustimmend), und Sie wissen, daß alles, was die Würde des Emigranten hebt, auch die Würde des Vaterlandes schützt."

Wie Sie sehen, ist die Würde D'Aragonas die Würde ganz Amsterdams. Es sind ganz ähnliche „Würden", und ich kann die Amsterdamer wirklich beneiden, daß sie in Italien einen so würdigen Vertreter haben. Ich glaube, daß Mussolini (mit dem Kopfe nickend) zustimmen wird, daß D'Aragona ruhig in Amsterdam verbleiben soll.

Herr D'Aragona kann aber nicht umhin, am Ende seiner Rede ein Pogrom gegen die Kommunisten anzuzetteln. Er endet sein Duett mit folgenden Worten:

„Wir widersetzen uns jeder Form der Gewalt, sei es, daß sie von diesen Bänken kommt (D'Aragona zeigt auf die extreme Linke), sei es, daß sie von rechts kommt, weil wir glauben, daß die Gewalt selbst siegreich, immer eine große Gefahr mit sich bringt."

So, Genossen, ist jetzt die Lage in den italienischen Gewerkschaften. Sie sehen, daß es dem Gen. Serrati nicht ganz gelungen ist, durch dieses goldene Dokument, das er in der Tasche hatte, die Gewerkschaften der Arbeiterklasse wirklich zu erhalten. Dieses Dokument hat nicht verhütet, daß die Gewerkschaften jetzt ein Instrument in den Händen unseres schlimmsten Feindes geworden sind. Ich habe die letzte Resolution der Gewerkschaftsführung der Confederazione del Lavoro, worin davon gesprochen wird, daß ein Kongreß der Gewerkschaften, den die Kommunisten und die Sozialisten jetzt fordern, auf einen unbestimmten Termin vertagt wird. D'Aragona sagte sogar in seiner Resolution, der Kongreß werde in einer noch festzusetzenden Epoche einberufen werden. Es soll also eine neue Epoche erst eintreten. D'Aragona hat bewiesen, daß er wirklich nur in Epochen denkt. Er hat während des Krieges sieben Jahre den Kongreß der Gewerkschaften nicht einberufen, trotzdem wir darauf drängten, und jetzt sagt er, erst in einer neuen Epoche würde er einen Kongreß einberufen. Das will sagen, daß D'Aragona, trotzdem die Mehrheit gegen ihn ist, jetzt der Bourgeoisie diese Organisation direkt in die Hände spielen will. Das ist bewiesen.

So ist die Lage der Gewerkschaften in Italien. Sie liegen in Trümmern. Das, was wir dort noch haben, ist in die Gewalt des Herrn D'Aragona gegeben. Ein Kongreß ist jetzt unmöglich, erst in einer neuen Epoche sollen die Leute einberufen werden. Das, was noch entschieden in den Gewerkschaften ist, kann D'Aragona täglich an

58

Mussolini verkaufen, und er wird es tun, wenn es uns nicht gelingt, jetzt ernsten Widerstand zu leisten.

Das ist das Fazit dieser zwei Jahre Unitarismus.

Man wollte die Einheit, man wollte eine große Partei, eine einheitliche Arbeiterbewegung, eine große solide Einheitsbewegung, und alles liegt jetzt in Trümmern, die Arbeitermasse ist verraten und verkauft.

D'Aragona hat die Frage der Aufopferung aufgeworfen. Er sagte: Ich bin für Euch, ich will nur nicht, daß das Blut der Arbeiter fließe. Darum bin ich für eine evolutionistische Entwicklung. Eine Evolution haben wir aber nicht bekommen, und die Opfer sind da. Tausende und aber Tausende sind schon im Kampfe gefallen, und das italienische Proletariat steht erst am Anfang einer neuen Sammlung und eines neuen Kampfes. So ist die Lage.

Ein Grundfehler, der einmal von einem Führer der Partei in einer revolutionären Epoche gemacht wird, zieht mit Naturnotwendigkeit eine Anzahl weiterer Irrtümer nach sich und führt schließlich unvermeidlich zur Katastrophe der Partei und der ganzen Bewegung unserer Arbeiterklasse. So ist es in Italien geschehen, und darum haben wir in diesem Lande, das der Revolution am nächsten stand, die klarsten Instruktionen zu den allgemeinen Fragen der Taktik der Kommunistischen Internationale, zur Einschätzung des Zentrismus usw. Wir versuchten in dem ersten Teil der Resolution, daraus Schlüsse zu ziehen. Die Schlüsse sind, kurz gesagt, folgende:

1. Der Reformismus ist unser Hauptfeind. 2. der Zentrismus wird lebensgefährlich für eine proletarische Partei. Das ist die zweite Lehre. Diese zwei Lehren sind das wichtigste, was uns das italienische Kapitel der allgemeinen Tragödie unserer Zeit gegeben hat, und das müssen wir auf unserem Kongreß beherzigen. Keinesfalls darf dieses Kapitel aus unserem Gedächtnis ausgemerzt werden. In diesem Jahrzehnt, in dem wir wahrscheinlich noch neue Niederlagen werden erleben müssen, ist das lehrreichste Kapitel das italienische. Es handelt sich nicht darum, die Schuld dieses oder jenes Führers ausfindig zu machen, obwohl selbstverständlich die Geschichte unserer Arbeiterbewegung einmal alle Irrtümer, die wir gemacht haben, abschätzen wird, und alles Gute, was der einzelne von uns für die Bewegung getan hat, — es handelt sich jetzt um etwas Größeres. Es handelt sich darum, die *Lehren des Klassenkampfes*, des Bürgerkrieges in Italien zu *beherzigen*. In dem Moment, wo die Masse der Arbeiterklasse wirklich auf Kampf drängt, dürfen wir nicht mit dieser flachen Idee der Einheit um jeden Preis kommen, nicht mit der Parole der Vermengung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten, des Paktes mit den Reformisten, sondern

wir müssen mit Hingebung und mit kühner kommunistischer Taktik den Massen vorangehen. So, Genossen, beurteilt unsere Kommission die Vergangenheit.

Die Vergangenheit ist sehr wichtig, aber es handelt sich jetzt um die Zukunft. Was soll weiter geschehen? Die Kommission hat einstimmig beschlossen, *daß jetzt eine schnelle Vereinigung der KP. mit der SP. Italiens, die von den Reformisten befreit worden ist, vollzogen werden soll.* Das ist der einstimmige Beschluß der Kommission. Unsere Freunde aus der Mehrheit der Kommunistischen Partei Italiens haben sich dagegen gesträubt. Ich hoffe, daß die Widerstände überwunden worden sind.

Ich muß sagen, ich verstehe die psychologischen Widerstände, die bei unseren Freunden von der Mehrheit der Kommunistischen Partei bestehen und bestehen müssen. Zu vergiftet war manchmal der Kampf während dieser Monate, nicht von seiten der Kommunisten, sondern von seiten der Maximalisten. Nur zu verständlich ist der Zorn beim Durchschnitt der kommunistischen Arbeiter, die sich sagen: Ja, im Jahre 1920 konnten wir alles gewinnen, wir haben aber alles verloren; wir stehen jetzt am Anfang eines blutigen, schweren Weges; man hat uns den Sieg aus den Händen geschlagen! Diese Stimmung herrscht bei den Arbeitern. Und sie muß herrschen, sie ist eine gesunde Stimmung. Wir verstehen diese Stimmung der Mehrheit der Kommunistischen Partei Italiens.

Genossen, wir dürfen uns aber nicht durch Stimmungen leiten lassen. Wir müssen das Psychologische überwinden. Vor uns steht die große politische Frage: ist die Sozialistische Partei Italiens, so wie sie *jetzt nach der Spaltung von den Reformisten* vor uns steht, tauglich, um zu den Kommunisten zu kommen? Ist das Menschenmaterial in der Mehrheit, in seinem proletarischen Teil dort so, daß es gebraucht werden kann? Das ist die *politische* Frage, und diese *politische* Frage hat die Kommission *bejaht.* Ich persönlich bin auch der festen Überzeugung, daß diese Frage bejaht werden *muß.* Wir sagten uns in der Kommission: wir hatten in Rußland ein ähnliches Beispiel. Wir haben während unserer Revolution eine Parteiwoche organisiert, eine Woche, wo fast jeder Arbeiter in unsere Partei aufgenommen wurde, der gewünscht hatte, in die Partei zu kommen. Es sind Zehntausende gekommen. *Zu welcher Zeit* war das? Es war zu einer Zeit, wo Denikin vor Moskau und General Judenitsch vor Petrograd stand. Es war die schwierigste Zeit für die russischen Kommunisten. Es war jene Zeit, als die russischen Kommunisten schlaflose Nächte hatten, wo jeder Tag einen entscheidenden Schlag in das Herz des kommunistischen Rußland bringen konnte. Es war ein Moment, wo alles auf

des Messers Schneide stand. In diesem Moment — so sagten wir uns — können wir die Probe aufs Exempel machen, und wir riefen alle Arbeiter, alle Proletarier, die mit uns die Gefahr teilen wollten, die in dieser schwierigen, entscheidenden Stunde zu uns kommen wollten, mit uns zusammenzugehen. Ich meine, in Italien ist jetzt eine ähnliche Lage. Gewiß, man kann nicht alles vergleichen, aber eine Parallele kann man doch ziehen. Die Lage in Italien ist jetzt für die Kommunisten sehr gefährlich. Es gehört jetzt Courage, persönliche Ehrlichkeit dazu, zur Kommunistischen Internationale zu kommen. Jetzt geht es um Kopf und Kragen, jetzt ist die Probe aufs Exempel zu machen. Mussolini erklärt zwar, nur vier Tote habe es vorläufig gegeben. Wir wissen aber, daß wir erst am Anfang dieser mussolinischen Periode stehen. Jetzt ist eine Epoche, wo wir ruhig sagen können: Mit denjenigen, die endlich die Reformisten von sich abgeschüttelt haben, die jetzt zur Kommunistischen Internationale kommen wollen, müssen wir zusammenzukommen versuchen. Gewiß, die Sozialistische Partei Italiens hat vieles versäumt. Sie hat keine illegale Organisation geschaffen. Sie hat sogar ziemlich große Schwächen jetzt in den ersten Tagen des mussolinischen Regimes gezeigt. Aber dennoch sieht man, daß die Sozialisten etwas gelernt haben. Ich habe vor mir einen Aufruf der Sozialistischen Partei, den ich in den letzten Tagen in die Hände bekommen habe. Dieser Aufruf ist sehr wichtig. Die Genossen schlagen darin eine Anzahl von Maßnahmen zur Vorbereitung einer illegalen Organisation vor. Sie sagen, die Führer der Organisation müssen überall im voraus beauftragt werden, und die Funktionäre der Organisation sind für jeden Fall zu sichern. Das ist eine richtige Stellungnahme. Gewiß, die Notwendigkeit einer illegalen Organisation proklamieren, heißt noch nicht, sie in Wirklichkeit schaffen. Es ist immerhin gut, daß die Sozialistische Partei diese Notwendigkeit verstanden hat.

Die allgemeine Lage in Italien ist so, daß wir glauben, das Experiment darf ruhig gemacht werden. Und das ist nicht ein Experiment im frivolen Sinne dieses Wortes, sondern ein Versuch, wirklich das zu vereinigen, was vereinigt werden soll und muß.

Das will nicht besagen, daß die Sozialistische Partei, so wie sie ist, ganz zu uns kommen muß. Die Kommission hat beschlossen, den Abgeordneten Vella und diejenigen, die sich mit ihm solidarisch erklären, nicht aufzunehmen, sondern auszuschließen, und überhaupt alle diejenigen, die Reservate zu den 21 Bedingungen machen, nicht aufzunehmen. Vella, von dem man sagt, daß er persönlich ein ehrlicher Mann ist — ich kenne ihn nicht persönlich — hielt auf dem Parteitag in Rom eine Rede, in der er erklärt hat, daß er gegen die 21 Bedingungen und für die Beibehaltung des alten Namens „Sozialistische

Partei" sei, und er hat vorgeschlagen, daß die Kommunistische Partei aufgelöst werde und in der Sozialistischen Partei aufgehe. Er ist einer derjenigen, für die die Kommunistische Internationale noch ein Instrument des russischen Auswärtigen Amtes ist. Zwar hat Gen. Serrati in einem seiner letzten Artikel diese letztere Behauptung folgendermaßen behandelt: Gut, zugegeben, daß die Internationale wirklich nur eine Waffe in den Händen des russischen proletarischen Staates ist; wenn dem also auch so ist, so ist das aber doch nicht so schlimm, denn der russische Staat ist ja ein proletarischer Staat.

Aber diese Unterstellung des Genossen Serrati trifft nicht zu. Wir kennen alle die Verhältnisse ganz genau, es ist nicht so, wie es in dem Satze des Genossen Serrati dargestellt wird.

Kurz und gut, Vella ist kein Kommunist, und wir müssen ihn und seine Gesinnungsgenossen von der Vereinigten Partei fernhalten. Das hat die Kommission beschlossen, und ich hoffe, daß der Kongreß es gutheißen wird.

Es ist aber notwendig, daß der Kongreß einstimmig unseren kommunistischen Genossen, d. h. der Mehrheit der Delegation Italiens, sagt, daß die Einheit absolut notwendig ist und daß die psychologischen Widerstände unbedingt überwunden werden müssen. Wir sind überzeugt, daß, wenn wir eine einzige Partei in Italien haben, dies dort von den Arbeitern als eine neue Ära empfunden wird. Der einfache Arbeiter wird sich sagen: Die Zeit der Spaltungen, der Niederlagen, der Hilflosigkeit, des Verrats und der Demoralisation ist vorüber, ein neues Kapitel fängt an; durch alle Niederlagen, durch alle grausamen Fehler und durch alle Hilflosigkeit sind wir hindurch und an einem neuen Zeitpunkt angekommen, wo es darauf ankommt, eine Sammlung aller proletarischen Kräfte herbeizuführen. Und der italienische Arbeiter wird aufatmen, wenn er sieht, daß die Spaltung aufhört und eine Sammlung aller revolutionären und proletarischen Elemente unter der Fahne der Kommunistischen Internationale eintritt.

Ich verhehle mir dabei nicht, daß wir nicht am Ende des italienischen Kapitels stehen, sondern in der Mitte, oder wahrscheinlich erst am Anfang eines neuen Kapitels. Wir werden noch schwere Kämpfe haben. Die unversöhnlichsten Kommunisten sagen: Heute, im Jahre 1922 vereinigt Ihr beide Teile, und 1923 werdet Ihr auf dem 5. Kongreß eine ähnliche Rede zur italienischen Frage halten müssen, wie sie Genosse Trotzki zur französischen Frage gehalten hat. So schwarze Perspektiven malt man uns. Ich will nun keineswegs behaupten, daß diese Schwierigkeiten nicht bestehen. Es stehen uns viele Schwierigkeiten bevor. Eine kommunistische Partei wird nicht so einfach gemacht, dazu braucht man



Zeit. Es werden noch Umgruppierungen kommen. Sogar von den prominentesten Führern kann man nicht sagen, wohin sie am Ende gelangen werden. Das wird der Kampf bringen, die Zeit, und ich hoffe, die *nächste* Zeit. Aber die Kommunistische Internationale muß alles mögliche tun, um den einzelnen Führern — von den Massen nicht zu sprechen — die Möglichkeit zu geben, sich mit den Massen zusammenzufinden.

Es handelt sich nicht um Rechthaberei, es handelt sich um die Sammlung der aufrichtigen kommunistischen Elemente in den Reihen einer einzigen Partei. Große Fehler sind gemacht worden, viele Schläge hat man gekriegt. Es gibt ein russisches Sprichwort: „Für einen Geschlagenen gibt man zwei nicht Geschlagene." Nun, die italienischen Maximalisten sind tüchtig geschlagen worden. Vielleicht wird das Sprichwort wirklich auf sie anzuwenden sein.

Schwierigkeiten werden wir haben. Aber ich glaube nicht, daß wir in Italien jetzt eine solche Schwierigkeit haben werden, wie wir sie auf diesem Kongresse in der französischen Partei haben. Das, was manche Richtungen in der französischen Partei jetzt am akutesten durchmachen, ist in Italien in anderer Form vor der Spaltung schon durchgemacht worden, und jetzt beginnt die Genesung. Gewiß, es können da noch Krankheiten kommen, aber ich glaube, die große Krankheit, die des Zentrismus, ist dort schon überstanden, und es beginnt jetzt die Besserung. Es ist gewissermaßen die Rückentwicklung dessen, was wir in manchen Teilen der französischen Partei in diesem Jahre haben.

Schwierigkeiten werden wir haben, und es wäre leichtfertig, wenn wir sagen würden: Wenn wir es jetzt beschließen, dann haben wir die Vereinigte Partei, dann geht alles gut. Nein, es werden noch Umgruppierungen kommen. Die Exekutive sagt zu den italienischen Genossen ganz offen: Wir werden es als unsere Pflicht betrachten, die Bewegung zu verfolgen und in der Vereinigten Partei die Elemente zu stützen, die wirklich Kommunisten sind und weiter eine kommunistische Partei ausbauen wollen.

Es werden Umgruppierungen kommen. Das hat auch das deutsche Beispiel gezeigt. In Deutschland ist die Wunde schon ganz vernarbt. Das Wort „Vereinigte" Partei ist schon vor einem Jahre abgestorben oder noch früher.

In Italien wird es vielleicht nicht so schnell gehen. Wir werden in Italien die Elemente unterstützen, die Kommunisten sein wollen. Wir werden nicht fragen: Woher bist Du gekommen — aus der alten Partei oder aus der neuen? von welchem Flügel? Wir werden nur fragen: Was machst Du jetzt, wo stehst Du jetzt?



Aber wir sagen Ihnen im voraus, daß es Schwierigkeiten geben wird. Und die Kommunistische Internationale muß die Lage sehen, wie sie ist.

Die erste Aufgabe: Wir müssen den Reformismus mit vereinten Kräften schlagen. Das ist eine Aufgabe, die in Italien jetzt leicht gelöst werden kann, weil Italien sich in der Epoche des Bürgerkrieges befindet und weil diese Aufgabe für jeden italienischen Arbeiter jetzt klar ist.

Zweitens: Wir müssen die Einheitsfront in Italien auf politischem wie auf ökonomischem Gebiet durchführen. Wenn es irgend ein Land gibt, auf das die Einheitsfront am besten zugeschnitten ist, so ist es das gegenwärtige Italien; jeder Arbeiter, jeder parteilose Arbeiter wird jetzt bereit sein, gegen den Fascismus zu kämpfen.

Die zweite Aufgabe ist also die wirkliche Durchführung der Einheitsfront auf ökonomischem wie *politischem Gebiete.* Die Kommunistische Partei Italiens hat vieles auf diesem Gebiete versäumt, wie andere Debatten hier schon gezeigt haben.

Drittens: Die Parole der Arbeiterregierung. Wenn es ein Land gibt, wo mit dieser Parole ein Maximum zu erreichen ist, so ist es Italien. Mit jeder Woche wird das Regime Mussolinis verhaßter werden, mit jeder Woche wird vor breiteren Massen die Frage auftauchen: Was nun? Welche Regierung soll die Regierung Mussolinis ablösen? Man muß da eine volkstümliche Parole haben, die jeder Arbeiter, jeder Bauer versteht, — und das ist die Parole der Arbeiterregierung.

Viertens: Hinein in die fascistischen Gewerkschaften! Das klingt vielleicht etwas sonderbar, muß aber gefordert werden. Manche italienischen Genossen widerstreben dem, meines Erachtens mit Unrecht. Ich habe das Protokoll einer der letzten Sitzungen — vor ein paar Wochen — der Zentrale der fascistischen Gewerkschaften. Die Führer der fascistischen Gewerkschaften behaupten 1½ Millionen Mitglieder zu haben. Das ist wahrscheinlich — höflich ausgedrückt — sehr übertrieben. Es waren vertreten u. a. Körperschaften der Handelsmarine, der Agrikultur, der Kunst, des Theaters, technisch-industrielle Komitees, ferner 46 Gewerkschaftssekretariate aus der Provinz.

Gewiß, die Herren Fascisten versuchen jetzt, die Arbeiter durch Gewalt in die Gewerkschaften hineinzudrängen. Wenn man aber einen Beweis dafür braucht, daß der Fascismus wirklich eine kleinbürgerliche Erscheinung ist, so ist das Programm ihrer Gewerkschaften der beste Beweis dafür. Ich will nur ein ganz kurzes Zitat daraus anführen. Ein Führer der fascistischen Gewerkschaften, Rossoni, sagt folgendes:

„*Die* Mittelklassen haben immer die Zeche bezahlt, denn sie haben sich nie zu der Gewissenlosigkeit entschließen können, die Nation wegen ihrer eigenen Interessen zu ruinieren. Die Mittelklassen sind das



Gehirn der Nation, die Klasse der Kultur und des Talents. Der nationale Syndikalismus, der ein Syndikalismus der ‚Auswahl' sein will, rechnet vor allem mit diesen Mittelklassen, die, wenn der Krieg von den Bauern und den Arbeitern als Masse durchgefochten wurde, die Kaders unserer bewunderungswürdigen Offiziere geliefert haben.

Die gegenwärtige Lage der Regierung wird durch die Tatsache charakterisiert, daß die Zahl der Angeschlossenen eine Million überschreitet.

Wir haben gesiegt, aber die Revolution ist nicht vollendet. Unsere Revolution muß vollständig sein, um die neue Harmonie der Nation im Namen der Arbeit, unter Anerkennung des Wertes des Syndikalismus, aufbauen zu können. Der gerechte Profit muß zwischen den Industrien und den Arbeitern verteilt werden."

Hier sehen Sie, Genossen, die Ideologie dieses fascistischen Syndikalismus. Es ist die kleinbürgerliche Ideologie, die eigentlich nicht so weit von der der Sozialdemokratie entfernt ist, wie man dies manchmal denkt. Die Ideologie ist im Grunde genommen dieselbe in anderer Form. Es ist eher die noskitische Form der Sozialdemokratie unter italienischen Bedingungen, könnte man sagen. Man könnte ganz gut diese These aufstellen und verteidigen. Der moderne Fascismus in Italien ist nicht so weit von der Sozialdemokratie Noskes entfernt, angepaßt an die gegebenen italienischen Verhältnisse. Es ist kein Zufall, daß die Reformisten, die italienischen Noskes, sich mit den Fascisten verbrüdern.

Nun fragt es sich bei einer solchen Lage: Müssen wir diesen Gewerkschaften fern bleiben? Keineswegs. Wir müssen den Mut haben, direkt die Parole aufzustellen: Hinein in die fascistischen Gewerkschaften! Gut, es gibt dort nicht 1½ Millionen Mitglieder, aber vielleicht eine halbe Million; es wird aber jetzt mehr geben, wo der Regierungsapparat in den Händen der Fascisten ist. Wir müssen in diese Gewerkschaften hinein, ebenso wie in die fascistischen Genossenschaften. Wer hineingeht und wirklich Kommunist ist, wird auch darin Kommunist bleiben. Wir müssen in diesen Organisationen sein, um die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen. Es ist eine ganz eigenartige Lage. Unsere Confederazione del Lavoro kann morgen vielleicht ganz zerbrochen werden. Unsere Gewerkschaften, wenn sie auch bestehen bleiben, sind momentan in den Händen der Agenten des Fascismus, in den Händen D'Aragonas. Andererseits gibt es in den fascistischen Gewerkschaften, wo viele Beamte sind, auch Arbeiter, in erster Linie landwirtschaftliche Arbeiter und arme Bauern, die Mussolini durch soziale Demagogie an sich zu reißen verstanden hat. Wenn wir eine Massenpartei sein wollen, müssen wir in diese Gewerkschaften hinein. Wir

müssen dort unsere Zellen bilden. Wenn wir das nicht machen, können wir in dem gegebenen Moment nicht als Massenpartei auftreten. Darum, glaube ich, muß diese Parole aufgestellt werden, obwohl sie unangenehm ist. Wir, die russischen Bolschewiki, haben auch an den sogenannten „Subatowschen" Gewerkschaften, die von einem zaristischen General gegründet worden sind, teilgenommen. Wir haben unsere besten Arbeiter dahin geschickt und für uns wirken lassen. Dazu gehört selbstverständlich eine bewußte, gut organisierte, festgefügte kommunistische Partei. Wir müssen auch diesen fascistischen Gewerkschaften die Einheitsfront in verschiedenen Situationen vorschlagen. Wir dürfen davor nicht zurückschrecken.

Fünftens: Wir müssen verstehen, jetzt ein Vortrupp zu werden für den ganzen Kampf gegen den Fascismus. Unsere kommunistische Partei hat auf diesem Gebiete grobe Fehler gemacht. Sie hat in der Frage der Arditti del Popolo versagt. Wir waren zu schwach, den Arditti del Popolo, die eine Organisation aus demobilisierten Soldaten, aus Offizieren, aus revolutionären Soldaten, aber auch aus konfusen Köpfen war, zu einem Stoßtrupp gegen den Fascismus zu machen. Unsere kommunistische Partei beging den doktrinären Fehler — der Doktrinarismus ist überhaupt der Hauptfehler der Kommunistischen Partei Italiens —, daß sie die Arditti del Popolo ignoriert hat. Unsere italienischen Freunde haben sie von oben herab angesehen. Sie sagten: das sind keine Kommunisten. Wenn wir jetzt dasselbe sagen: wir haben eine kommunistische Partei, wir brauchen diese Leute nicht mehr, so ist das ein Fehler, den ich schon in der Kommission mit einem Worte Lenins gekennzeichnet habe. Lenin hat gesagt: es gibt bei uns eine Art Kommunisten, die glauben, sie wissen alles, sie können alles. Im russischen heißt das: „Komtschwanstwo" — „kommunistische Hochnäsigkeit". Der Kommunist kann alles, er weiß alles. Diese kommunistische Hochnäsigkeit ist eine Krankheit mancher kommunistischer Genossen in Italien. Diese Erscheinung ist offen in der Frage der Arditti del Popolo zutage getreten. Man sagte: Sollen wir wirklich mit solchen konfusen Leuten etwas anfangen? Sie haben doch nicht einmal den dritten Band des „Kapital" von Marx gelesen. Das stimmt: sie haben vielleicht nicht einmal den ersten Band gesehen, geschweige denn gelesen. Aber trotzdem waren es Leute, die bereit waren, gegen den Fascismus zu kämpfen. Und darum ist es jetzt in erster Linie notwendig, alle italienischen Arbeiterkreise, die gegen den Fascismus zu kämpfen bereit sind, zu vereinigen, wer es auch sei, Arbeiter, Bauern und konfuse Soldaten. Wir haben alle Elemente um unsere Fahne zu gruppieren; das heißt noch nicht in unsere Partei aufzunehmen. — Die Partei muß eine geschlossene Partei bleiben. Aber wir müssen verstehen, den Massen voranzugehen.



Die Parole gegen den Fascismus, die jetzt noch etwas schwach ist, wird von Tag zu Tag stärker werden, bis sie endlich losdonnern wird in dem Kampfe gegen die herrschende Klasse. Wir müssen verstehen, dieses anwachsende Tempo der Bewegung gegen den Fascismus um uns zu gruppieren und der proletarischen Revolution als wirklicher Vortrupp beizustehen. Das ist der fünfte Punkt.

Der *sechste* Punkt ist die Einheit. Eine vereinigte kommunistische Partei in Italien, wie sie die Kommission beschlossen hat, wird ein Symbol für die ganze Arbeiterklasse bilden, wird eine neue Epoche einleiten, wird das Selbstbewußtsein unserer Arbeiter heben. Der Mut ist jetzt verloren gegangen. Nach allen diesen Niederlagen, nach allen diesen Schlägen, nach der Zerspaltung und Zersplitterung ist es selbstverständlich, daß einem Teil der Arbeiter der Mut verloren gegangen ist. Die Vereinigung wird aber neue Stimmung in die Massen bringen. Die Vereinigung wird die Arbeitermassen zusammenfassen zum wirklichen Kampf gegen die Reformisten und Fascisten. Die Einheit ist darum absolut notwendig und muß vollzogen werden.

Das sind die Anträge, die wir Ihnen zu unterbreiten haben. Das Kapitel über die Irrtümer der italienischen Arbeiterklasse ist, wie gesagt, mit dem Herzblut der italienischen Arbeiter geschrieben. Gewiß, man kann nicht so leicht über alle diese sogenannten Irrtümer — das ist ein sehr euphemistischer Ausdruck für das, was in Italien geschehen ist — zur Tagesordnung übergehen, aber was geschehen ist, ist geschehen. Wir müssen uns jetzt um die Zukunft kümmern, und wir hoffen, daß diese schwere Niederlage, dieses schreckliche Los, das uns in Italien betroffen hat, dazu führen wird, daß unsere Partei jetzt dieses Blatt der Geschichte umwenden wird, und wenn die Stunde gekommen ist, wenigstens die Lehren der Vergangenheit beherzigen wird. In keinem Lande sind wir von den Reformisten, von der 2. Internationale so an der Nase herumgeführt worden, wie in Italien. Darum hoffe ich, wird nirgends ein solcher Haß gegen die Reformisten vorhanden sein wie in Italien. Ich hoffe, daß wir es noch erleben werden, daß wir, wenn die Stunde der Revolution geschlagen hat, den Herrn D'Aragona mit seinem langen Barte und die anderen Herren Reformisten an diese fünf schlaflosen Nächte erinnern, während deren sie diskutiert haben, daß wir sie erinnern an die Dialoge mit Mussolini, daß wir sie erinnern an alle diese Verrätereien, die sie gegen die italienische Arbeiterklasse verübt haben. Das wird die italienische Arbeiterklasse nie vergessen und es ihnen vergelten, wie es ihnen geziemt. Ich glaube, Genossen, dieser Moment wird kommen und dieser Moment ist nicht mehr weit. Nach der schweren Nacht wird ein frischer

Morgen kommen. Und einstweilen wollen wir dessen eingedenk sein: je finsterer die Nacht, desto heller die Sterne! (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Bevor wir über die Resolution abstimmen, die uns von der italienischen Kommission vorgelegt worden ist, werden von der italienischen Delegation einige Erklärungen abgegeben werden.

BORDIGA: Die Mehrheit der italienischen Delegation hat ihre Ansicht über die Fusion der Kommunistischen Partei Italiens mit der Sozialistischen Partei Italiens sowohl in der kleinen wie auch in der großen italienischen Kommission auseinandergesetzt.

Die Mehrheit der Kommunistischen Partei Italiens hat das ganze Problem der italienischen Situation und der Beziehungen zur Sozialistischen Partei Italiens von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, daß die Bildung der Kommunistischen Partei Italiens in Livorno sich die Eroberung der italienischen Massen für die Kommunistische Internationale und für die revolutionäre Richtung in der Form des allmählichen Beitrittes der aus den Organisationen der übrigen Parteien ausgetretenen Arbeiter zur Kommunistischen Partei Italiens zum Ziel gesetzt hat und daß dieses Ziel logischerweise selbst nach dem Sozialistenkongreß in Rom jede Fusion ausschließt.

Die Kommunistische Internationale faßt dieses Problem anders auf und nach der Resolution der Kommission, die alle Delegationen einstimmig billigen, ist es ganz evident, daß der 4. Kongreß für die Fusion ist.

Die Mehrheit der italienischen Delegation hat nach der italienischen Debatte an den Debatten über die praktischen Garantien der Vereinigung teilgenommen und Anträge gemacht, die sie jetzt, nachdem die Resolution der Kommission ausgearbeitet und festgestellt ist, hier nicht auseinandersetzen will.

In Anbetracht dessen, daß in der gegenwärtigen Lage, zumal der Antrag der Kommunistischen Internationale klar und bestimmt ist, die Abstimmung nicht den Wert einer theoretischen Manifestation der Ansichten hat — die übrigens in ausgiebiger Weise erfolgt ist —, sondern eine politische Handlung darstellt, auf Grund deren die Loyalität beurteilt wird, mit der die Kommunistische Partei Italiens die Resolutionen der Internationale durchführt, erklärt die Partei und übernimmt die feierliche Verpflichtung, daß die gesamte Partei ihre Aktion und ihre Politik ohne Widerspruch und ohne Zögern, in Übereinstimmung mit den vom 4. Kongreß aufgestellten Richtlinien verfolgen wird.

Um einen überzeugenden Beweis ihrer Disziplin zu geben, wird die Mehrheit der italienischen Delegation ihre Teilnahme an der Debatte auf diese Deklaration beschränken und für die Resolution der Kommission stimmen, indem sie erklärt, daß sie für die Durchführung dieser Resolution ihr möglichstes tun wird.

SERRATI: Nach Zurkenntnisnahme der von der Kommission für die italienische Frage unterbreiteten Vorschläge und nach Erörterung des Wortlautes der Vorschläge erklärt die Delegation der Sozialistischen Partei Italiens:

1. Der jüngste in Rom abgehaltene Kongreß der Sozialistischen Partei Italiens hat, nachdem er die Reformisten und alle offenen oder



verkappten Burgfriedler ausgeschlossen hat, einmütig für den Eintritt in die Kommunistische Internationale gestimmt.

2. Dieser Beitritt bedeutet folglich die unzweideutige Annahme der 21 Punkte und den festen Willen, mit der Kommunistischen Partei zu fusionieren, um eine einzige Sektion der Internationale zu bilden.

3. Wir treten auf Grund des Antrages bei, den uns der Kongreß gemacht hat und der unsere unverzügliche Verschmelzung unter den von der Kommission für die italienische Frage festgestellten Bedingungen akzeptiert; wir werden hier sofort daran arbeiten, die Bedingungen in allen Einzelheiten auszuarbeiten und sie in Italien durchzuführen.

4. Da aber unser Mandat „ad referendum" lautet und wir verpflichtet sind, die Leitung unserer Partei über unsere Aktion zu informieren, baten wir um die Erlaubnis, einen Teil unserer Delegation nach Italien zu entsenden, damit diese dort die Einwilligung und Zustimmung der Leitung unserer Partei zu den persönlichen Beschlüssen einhole, die wir hier gefaßt haben, und damit die Parteileitung uns ermächtige, die Ausarbeitung der praktischen Organisationsbedingungen der beiden Parteien fortzusetzen und zu beenden.

5. Der Beweggrund dieser Bitte ist ganz einfach der einmütige Wille aller Delegierten unserer Partei, jede Polemik bei unserer Rückkehr zu vermeiden und mit um so weniger Schwierigkeiten an der Verwirklichung der Vereinigung der revolutionären kommunistischen Bewegung arbeiten zu können.

6. Die Verhältnisse, unter denen die Spaltung in Rom stattgefunden hat, zur selben Zeit als die Reaktion das italienische Proletariat und die ganze revolutionäre Bewegung in heftigster Weise heimsuchte, haben in unserer Partei eine sehr klare und radikale Auswahl zur Folge gehabt. Die Stunde der Opportunisten und der Streber ist jetzt vorüber. Diejenigen, die bei uns geblieben sind, sind aufrichtige Anhänger, die entschlossen mit der Linken marschieren, während die Opportunisten in Italien, wie in allen anderen Ländern nach rechts gehen. Diese Tatsache ist ein Pfand der Aufrichtigkeit unseres Beitrittes und eine Garantie unseres festen Willens, mit aller Energie und mit der größten Disziplin für das Programm und die Taktik der Kommunistischen Internationale zu arbeiten. Wir wünschen, daß die Polemiken der Vergangenheit, deren Erinnerung nur als Beispiel und als Lehre für die Zukunft dienen kann, von niemandem mehr als Mittel ausgenutzt werden zur Spaltung und zum Kampf unter denjenigen, die die Einheit aller wahren Kommunisten in der Verteidigung des Proletariats gegen die Reaktion, im Kampf um den Sieg der sozialen Revolution anstreben.

GRAZIADEI: Obwohl die Verschmelzung selbstverständlich ihre Gefahren und ihre Schwierigkeiten hat, gegen die die Minorität auch die notwendigen Garantien gefordert hat, stimmt auch die *Minorität mit voller Überzeugung* für die unterbreitete Resolution.

Sie ist dessen sicher, daß der außer Zweifel stehenden Disziplin der Genossen von der Mehrheit der italienischen Delegation eine warme und überzeugungsvolle Aufnahme seitens der Arbeitermassen entsprechen wird, die in der Fusion eine notwendige Vorbedingung der Wiederaufnahme ihrer Bewegung erblicken werden.

VORSITZENDER: Bevor wir zur Abstimmung über die italienische Resolution kommen, mache ich darauf aufmerksam, daß in der Kommission einige Änderungen des ursprünglichen Textes vorgenommen worden sind. In der Fassung mit den Abänderungen ist die Resolution den Delegationen und allen Mitgliedern der Delegationen vorgelegt worden. Der Text der Resolution ist also bekannt. (Siehe Beilage V!) Wünscht noch jemand zur Resolution zu sprechen? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen die Resolution? Enthält sich jemand der Abstimmung? — Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere die *einstimmige* Annahme dieser für das italienische und das internationale Proletariat so äußerst wichtigen Resolution. Es lebe das Proletariat Italiens, es lebe die Kommunistische Partei Italiens! (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Es kommt nunmehr die tschechoslowakische Frage. Als Berichterstatter hat das Wort Gen. Radek.

RADEK: Genossen und Genossinnen! Die Kommission, die sich mit der tschechoslowakischen Frage beschäftigt hat, unterbreitet Ihnen eine einstimmig angenommene Resolution. Dies ist von um so größerer Wichtigkeit, da Sie wissen, daß der Konflikt in der tschechoslowakischen Partei gewissermaßen als ein grundsätzlicher Konflikt zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Partei aufgefaßt wurde. In unserer Kommission saßen Genossen, die prinzipiell in vielen Fragen nicht immer mit der Exekutive einverstanden waren und sozusagen dem linken Flügel zugerechnet wurden. Trotzdem gelangten wir zu einer einstimmigen Resolution.

Das Wesen des Konfliktes in der tschechoslowakischen Partei ist der KI. weniger bekannt, als ähnliche Konflikte in anderen Parteien, denn der Konflikt kam erst in den letzten Monaten zum Ausdruck. Trotzdem hat er eine längere Vorgeschichte. Kurz zusammengefaßt besteht diese Vorgeschichte darin, daß die tschechoslowakische KP. dadurch gebildet wurde, daß die Mehrheit der alten Sozialdemokratischen Partei sich zum Kommunismus entwickelt hat. Im Prozesse dieser Entwicklung haben Genossen, die in dieser Entwicklung politisch-geistig bahnbrechend auftraten, organisatorisch in gewissen Situationen dieses Entwicklungsprozesses der Partei eine zurückhaltende Stellung eingenommen. So hat z. B. Genosse Smeral, der in den Kämpfen der tschechoslowakischen Partei von Anfang an eine hervorragende Rolle gespielt hat, Ende 1920 — als die Frage der Parteibildung schon reif wurde — den Standpunkt eingenommen, daß sie noch verfrüht sei. Und aus diesen damaligen Streitigkeiten in der Partei über den Moment der organisatorischen Bildung der Kommunistischen Partei entstand in gewissen Kreisen der Partei ein Mißtrauen. Es waren die Kämpfe in der sich erst bildenden tschechischen Kommunistischen Partei, die uns schon vom 3. Kongreß her bekannt waren, und mit den Überresten dieses Mißtrauens haben wir es hier bei den Konflikten in der tschechoslowakischen Partei zu tun.

Die tschechoslowakische Kommunistische Partei ist, wie alle unsere großen Massenparteien, eine Partei, die sich erst zum praktischen Kommunismus durchgearbeitet hat. Wie wir keine einzige Massenpartei haben, die auf einmal geboren wurde und als eine in ihrer Praxis ge-

schlossene Kommunistische Partei dasteht, so ist das auch in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei nicht der Fall. Diese existiert erst seit sehr kurzer Zeit und ist entstanden durch die Verbindung einer ganzen Reihe nationaler kommunistischer Organisationen. Ihre politische Zentralisation ist noch sehr gering, sie entspricht noch nicht den Kampfaufgaben der Partei. Diese Mängel haben wir zusammen mit den Vertretern der heutigen Opposition und mit den Vertretern des Parteivorstandes im Juli auf der Erweiterten Exekutive sorgfältig geprüft. Diese Mängel bestanden darin, daß die Partei ihre Gewerkschaftsfraktionen wenig ausgebaut hatte und daß sie darum in dem Kampfe gegen die Amsterdamer sehr oft den Dingen ihren Lauf lassen mußte. Sie bestanden weiter darin, daß die parlamentarische Fraktion der Partei im tschechoslowakischen Parlament eine zu wenig demonstrativ-agitatorische Stellung eingenommen hat. Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei wußten noch zu wenig ihre Tätigkeit im Parlament mit der Tätigkeit der Partei draußen im Lande zu verbinden. Wenn Sie eine solche Frage, wie die unserer Agitation unter den Soldaten nehmen, so hat diese Frage in der Tschechoslowakei auch in der bürgerlichen Presse viel Staub aufgewirbelt. Die tschechoslowakische Regierung sucht die Sache so darzustellen, als ob hier in Moskau furchtbare Konspirationen gegen Massaryk und seine Republik geschmiedet werden. In der Tschechoslowakei haben die Soldaten Wahlrechte, sie haben also auf Grund der Verfassung das Recht, am politischen Leben teilzunehmen, und da haben wir der Partei gesagt: Ihr habt die Pflicht, die durch die Verfassung gegebenen Rechte auszunutzen, damit die tschechoslowakischen Soldaten nicht nur wissen, um was der Kampf in der Tschechoslowakei geht, sondern inwieweit sie als Arbeiter oder Bauern auf seiten des arbeitenden Volkes stehen. Und wenn die tschechoslowakische Bourgeoisie glaubt, bei dieser Frage zum Angriff gegen die Partei übergehen zu müssen, so sagen wir ihr: dieser Angriff wird in erster Linie ein Angriff gegen die politischen Rechte der Soldaten sein, und wir werden sehen, ob die tschechoslowakische Bourgeoisie dann diesen Angriff riskieren wird. Die Partei hat bisher auf diesem Gebiete zu wenig getan, und wegen dieser zu geringen Aktivität der Partei verstand es die Partei, als jetzt die Arbeitslosigkeit mit jedem Moment wuchs, nicht sofort und nicht genügend mit den Arbeitslosen sich zu verbinden, für deren Sache im Parlament und in den Gewerkschaften zu kämpfen und die Arbeiter zusammen mit den Arbeitslosen im Kampfe aufzubieten. Diese Schwächen und Mängel der Partei haben das Mißtrauen einer Gruppe alter, guter Parteigenossen gestärkt. Würden sich diese Genossen damit begnügen, diese Mängel, die die Zentrale der Partei und die Kommunistische Internationale anerkannt haben, zu unterstreichen, und würden sie sich damit begnügen, praktisch zu helfen, diese Mängel zu überwinden, so könnte man gegen eine solche Kritik, gegen eine solche positive Arbeit nichts einwenden; sie wäre ein gesunder Teil der allgemeinen Arbeit der Partei. Leider haben sich aber die Genossen in ein Mißtrauen, in eine Stimmung hineinjagen und hineinreißen lassen, die sie nicht verantworten können. In der Partei wurden seitens dieser Genossen Behauptungen verbreitet, die vollkommen grundlos waren. So haben die Genossen von der Opposition das Gerücht verbreitet, daß die Parteileitung unter der

Führung des Gen. Smeral im stillen eine Koalition mit der Bourgeoisie vorbereite. Es genügte, daß in Marienbad irgendeine bürgerliche Zusammenkunft stattfand. Gen. Smeral brauchte gar nicht in Marienbad zu sein, — er war in Karlsbad, und zwar nicht in einer bürgerlichen Versammlung, sondern in einer Parteiversammlung, aber das genügt: Bad ist Bad, und mit wem er gebadet hat, ist nicht klar (Heiterkeit).

In der Partei aber verbreitete man die Parteieinheit vergiftende Nachrichten über das Techtelmechtel der Parteileitung mit den bürgerlichen Parteien. Wir sagen: diese Behauptungen sind heller Wahnsinn. Denn stellen Sie sich vor: die Partei tritt für die Einheitsfront und die Regierung der Arbeiterparteien ein, das alles führt Smeral durch und gleichzeitig hält er Verhandlungen ab über einen Regierungseintritt. Würde er so verrückt sein, wäre er vielleicht in die Regierung gekommen, aber aus der Kommunistischen Partei wäre er ausgeschieden. Es genügt, daß bei dem Konflikt in der Partei bürgerliche Blätter schrieben, Smeral reinige die Partei von den linken Elementen, und die oppositionellen Genossen sagten: Hier ist der Beweis, daß das Vorgehen Smerals im Einvernehmen mit der Bourgeoisie geschieht. Aus dieser Stimmung heraus haben sich gute Genossen dazu verleiten lassen, daß sie erstens krampfhaft ein Organ der Fraktion haben wollten. In der alten tschechischen Sozialdemokratischen Partei hatten wir, als wir eine Opposition waren, auch unser Blatt „Kommunista". Es war unser Dynamit in der tschechischen Sozialdemokratischen Partei. Dieses Blatt existierte weiter, aber nur deshalb, weil zufälligerweise der Genosse Sturc sein Herausgeber war. Die Opposition ging so weit, daß sie einen Aufruf an die Vertrauensleute schrieb, wofür sie von der Zentrale der Partei eine Verwarnung erhielt, daß man nicht breite Massen der Partei mit unwahren Behauptungen beunruhigen solle. Die Opposition hat sich dem Beschluß der Parteileitung nicht unterworfen. Auf der Parteikonferenz wurden ihre Behauptungen als unrichtig zurückgewiesen, und es wurde verlangt, sie solle diese Behauptungen zurücknehmen. Die Opposition hat diese Behauptungen nicht zurückgenommen, sie wurde dafür von der Parteikonferenz ausgeschlossen. Die Exekutive hat diesen Beschluß auf Ausschluß der Opposition nicht bestätigt und sie wurde darum hier von der Mehrheit der tschechischen Genossen angegriffen. Sie wurde angegriffen, weil man sagte, daß man auf diese Weise die Disziplin der Partei untergrabe. Nun, Genossen, um die Disziplin in der tschechischen Partei ist es schlecht bestellt. Es passieren dort z. B. Dinge, daß ein Provinzredakteur sagt: ich bin hier lange genug gewesen. Man sagt ihm: bleibe, wir haben keinen Ersatz. Dann kündigt der Genosse innerhalb dreier Monate und geht nach Prag. Oder die Disziplin wird an einem anderen Beispiel illustriert, daß die Redaktion Artikel schreibt, die nicht die Meinung der Partei wiedergeben und doch nicht persönlich gezeichnet werden, und daß die Redaktion sagt: wir sind der heilige Geist und wir sind in unserer Politik autonom.

Mit dieser Disziplinlosigkeit, die ein Erbstück der alten Sozialdemokratie ist, muß endlich ein Ende gemacht werden. Aber wenn man diese Disziplinlosigkeit solange duldete und jetzt den Genossen Sturc und andere Genossen kurzerhand aus der Partei wies, so konnten wir das nicht verstehen. Wir meinten, man hätte warten können bis zum



Kongreß, um hier zusammen mit uns mit den Genossen aus der tschechischen Opposition ein ernstes Wort zu reden.

Aber nicht nur diese Gründe bewogen uns zu diesem Beschluß. Bei jeder Opposition sammeln sich um diese Opposition viele Elemente, auf deren Dauer der Zugehörigkeit zur Partei ich nicht schwören würde. Aber es sind auch alte ehrliche Genossen dabei, die wir in der Partei behalten wollen, nicht weil wir sie für besser hielten, sondern deshalb, weil wir von ihrem proletarischen Empfinden überzeugt sind, und weil sie, falls ihr großes Mißtrauen zerstreut wird, gute Genossen werden können.

Wir haben uns redlich Mühe gegeben, in der Kommission alle diese Dinge zu prüfen. Es wurden Anklagen gegen den Gen. Smeral erhoben, von denen wir sagen mußten: nein, diese Anklagen stimmen nicht, das machen wir nicht mit. Aber trotzdem sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß der Ausschluß aus der Partei nicht bestätigt werden darf. Da die Genossen jedoch einen groben Disziplinbruch begangen haben und da wir ein Interesse daran haben, daß die tschechischen Genossen verstehen, daß es keine Kampfpartei ohne Disziplin gibt, so sind wir dafür, daß die Genossen nicht ausgeschlossen werden, sondern daß sie bis zum nächsten Kongreß der tschechischen Partei von ihren Ämtern suspendiert werden. Werden sie nach dem Weltkongreß beweisen, daß sie gewillt sind, ernstlich in der Partei mitzuarbeiten, so steht dem nichts im Wege, daß die tschechischen Genossen sie wieder wählen können.

Aber, Genossen, ich will hier einige Worte sagen, von denen ich möchte, daß die Genossen sie möglichst beherzigen. In der Kommission war es manchmal so: wir bewiesen in der klarsten Weise, daß eine Anklage lächerlich sei, und zehn Minuten später steckten die Genossen die Hand in die Tasche und behaupteten, es sei hier festgestellt, daß gerade das wahr sei. Die Genossen haben gegen die Partei die Anklage erhoben, die Parteileitung suche die Partei mit der Bourgeoisie zu verbinden. Wir stellten fest, daß nichts derartiges geschehen ist, daß die tschechische Partei eine gute proletarische Partei ist. Dann kamen die Genossen und behaupteten: Ihr bestätigt ja nur, daß wir recht hatten. Ich wende mich speziell an die Gen. Bolen und Sturc. Wenn Ihr in dieser Weise beginnen wollt und arbeitet, so wird die Internationale nicht imstande sein, der Partei in den Arm zu fallen, wenn die Partei sich ihrer Haut wehren wird. Es muß diesen unbegründeten Ausstreuungen gegen die Partei ein Ende bereitet werden. Wenn Ihr Schlechtes in der Partei seht, kämpft dagegen, wendet Euch an die Internationale. Aber die Partei muß das Gefühl haben, daß an ihrer Spitze nicht Verräter und Überläufer stehen, sondern Genossen, die sich in der Parteiarbeit entwickelt haben und zu denen die Parteigenossen Vertrauen haben. Wollte man die Gen. Smeral, Kreibich und andere als Verräter hinstellen, so kennen wir diese Genossen allzulange, als daß wir das als wahr hinnehmen sollten. Wir zeigen die Fehler auf, die in der Partei vorhanden sind. Und an diesen Fehlern hat die Opposition nicht weniger schuld als die andern Teile. (Zuruf: Sehr richtig!) Nur gemeinsame Arbeit im brüderlichen Geiste kann der Partei helfen, aus dieser

Situation herauszukommen. Die tschechoslowakische Partei steht in einer so ernsten Situation, wie keine andere Partei der Internationale.

Ein Land mit drei Millionen Industriearbeitern, 600 000 Arbeitslosen, ein Land mit 12 Millionen Einwohnern, unter denen eine tiefe Mißstimmung herrscht, bei den Slowaken, bei den Deutschen, d. h. wo große nationale und soziale Konfliktsstoffe vorhanden sind, in einer solchen Situation ist die Tschechoslowakei in erster Linie eines der Länder, wo wir große Überraschungen erleben können. Ich bezweifle, daß die tschechoslowakische Partei diesen Überraschungen schon gewachsen ist. Darum muß unsere Arbeit darauf gerichtet sein, daß wir die nächste Zeit in angestrengtester Arbeit dazu ausnutzen, die Partei in die Lage zu versetzen, positive Arbeit zu leisten, damit die Partei in der Lage ist, wenn es darauf ankommen wird, nicht mit Ausstreuungen und mit Mißtrauen zu beweisen, daß sie eine gute Partei ist, sondern positive revolutionäre Arbeit zu leisten.

Wir schlagen vor, die Resolution, die wir Ihnen vorlegen, anzunehmen. Sie ist in der Kommission einstimmig angenommen worden von den Genossen, die sozusagen etwas auf dem linken Fuße hinken, und von den Genossen, von denen man behauptet, daß sie manchmal nach rechts schielen. Sie ist einstimmig angenommen worden, nach langen Diskussionen, nach der Bearbeitung eines großen Materials, das wir genötigt waren durchzulesen, obwohl es keinesfalls ein erfreuliches Material war. Das ganze Material gab uns den Beweis, daß wir hier einen Ansatzpunkt zu einer anarcho-syndikalistischen Richtung haben. Wir wollen sie nicht außerhalb der Partei haben, wir wollen sie in der Partei in positiver Arbeit überwinden. Wir bitten Sie, von jeder Diskussion abzusehen und die Resolution der Kommission anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Da alle Delegationen, oder fast alle Delegationen in der tschechoslowakischen Kommission vertreten waren und die Mitglieder dieser Kommission die Resolution kennen, so brauche ich sie wohl nicht noch einmal vorzulesen. Ich muß aber doch fragen, ob die Versammlung damit einverstanden ist, daß von der Vorlesung Abstand genommen wird. (Zurufe: Vorlesen!)

Dann muß ich sie vorlesen. Sie lautet:

RESOLUTION ÜBER DIE ANGELEGENHEIT IN DER KPTSCH.

I. Die Opposition.

Der Ausschluß der Gen. *Jilek, Bolen* usw. war ein Resultat der wiederholten Verletzung der Disziplin, deren sich diese Genossen in der Partei schuldig gemacht haben. Nachdem ihr Vertreter, Gen. *Jilek,* ebenso wie der Vertreter des Parteivorstandes, Gen. *Smeral,* in Moskau der Resolution seine Zustimmung gegeben haben, die feststellte, daß in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei keine grundsätzlichen Differenzen bestehen, aber gleichzeitig in einer Reihe von Fragen die Mängel der Praxis der Partei kritisierte, war es die Aufgabe aller Genossen, die diese Mängel zugaben, dafür einzutreten, daß

diese Mängel abgeschafft werden. Statt dessen erhob die Opposition die Forderung auf die Existenz eines fraktionellen Organs „Kommunista", was im Gegensatz zu der Resolution des 3. Kongresses steht, die die Bildung von Fraktionen verbietet. Im Kampfe um das Fraktionsorgan verübte die Opposition einen krassen Disziplinbruch, indem sie ein paar Tage vor dem Zusammentritt des Parteiausschusses und der Parteikonferenz entgegen den Warnungen der Zentrale einen Aufruf versandte, der die schwersten Beschuldigungen gegen die Zentrale enthielt. Die Opposition hat durch die Weigerung der Zurückziehung dieser Anschuldigungen den Parteiausschuß und die Parteikonferenz auf das äußerste gereizt und auf diese Weise ihren Ausschluß unvernünftigerweise provoziert.

Vor dem Forum der Internationale hat die Opposition gegen die Mehrheit der Zentrale und den Gen. Smeral die Anklage erhoben, sie arbeiteten auf eine Regierungskoalition mit den linken Elementen der Bourgeoisie hin. Diese Anklage steht im Widerspruch zu den offenkundigen Tatsachen der Tätigkeit der Partei und sie muß als vollkommen unbegründet abgewiesen werden. Die programmatischen Forderungen der Opposition, wie sie im Programmentwurf Vajtauers ausgedrückt sind, enthalten syndikalistische und anarchistische, also nicht marxistische und nicht kommunistische Auffassungen. Die Tatsache, daß die Opposition sich mit ihnen solidarisiert, beweist, daß sie in diesen Grundfragen eine anarchistisch-syndikalistische Abweichung von den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale darstellt.

Trotzdem hält der 4. Kongreß den Ausschluß der Opposition aus der Partei für nicht zweckmäßig, er ersetzt ihn durch eine scharfe Rüge und durch die Suspendierung von den Funktionen bis zu dem nächsten Parteitage der KPTsch. Sein Beschluß, den Beschluß als unzweckmäßig nicht zu bestätigen, ist nicht als irgendwelche Übereinstimmung mit der programmatischen Linie der Opposition aufzufassen, sondern war durch folgende Erwägungen bestimmt: Der Parteivorstand hat versäumt, im vorhinein der Opposition klarzumachen, daß die Bildung von Fraktionsorganen unzulässig ist, darum glaubte diese sich im Rechte, für die Existenz des Fraktionsorgans zu kämpfen. Er hat eine Reihe von ihren früheren Disziplinbrüchen ohne Ahndung gelassen und so das Gefühl der Notwendigkeit der Disziplin und der Verantwortlichkeit bei der Opposition geschwächt. Der 4. Kongreß beläßt die ausgeschlossenen Genossen in der Partei, indem er die Notwendigkeit der striktesten Einhaltung der Verpflichtungen, die die Opposition übernommen hat, sich rückhaltlos der Disziplin der Partei zu unterwerfen, betont. Diese Unterwerfung unter die Disziplin der Partei verpflichtet die Opposition zu verzichten auf alle die Einheit der Partei unterwühlenden Behauptungen und Anklagen, die sich als unbegründet und unwahr in der Untersuchung der Kommission erwiesen haben. Sie verpflichtet sie, allen Anordnungen der Zentrale zu folgen. Sollte irgendein Genosse der Überzeugung sein, daß ihm Unrecht geschieht, kann er sich an die nächst kompetenten Körperschaften der Partei (erweiterter Vollzugsausschuß, Reichskonferenz), in letzter Instanz an die Kontrollorgane der Kommunistischen Internationale wenden. Bis zur Entscheidung der höheren Instanz muß sich jeder unbedingt stets den gefaßten Beschlüssen der Parteikörperschaften unterwerfen.

II. Die Presse.

Die Presse der Partei muß einheitlich von der Zentrale geleitet werden. Es ist ein unzulässiger Zustand, daß das Zentralorgan der Partei es wagen kann, nicht nur eine Sonderpolitik zu treiben, sondern diese Sonderpolitik sogar als sein Recht anzusehen. Selbst wenn die Redaktion der Meinung ist, daß die verantwortliche Führung der Partei in einer konkreten Sache Fehler begangen hat, so ist es ihre Pflicht, sich der getroffenen Entscheidung unterzuordnen. Die Stellung der Redaktion ist nicht gleichbedeutend mit einer Überinstanz, sondern sie soll, wie alle anderen Parteistellen, der Zentrale untergeordnet sein. Damit ist nicht gesagt, daß den Redakteuren der Partei nicht freisteht, ihre abweichende Meinung in Diskussionsartikeln mit Namenszeichnung zum Ausdruck zu bringen. Die Diskussionen über Parteiangelegenheiten sollen geführt werden in der allgemeinen Parteipresse. Diese Diskussionen dürfen jedoch auf keinen Fall in einer die Parteidisziplin gefährdenden Art geführt werden. Es ist die Pflicht der Parteizentrale und aller Organisationen, ihre Aktionen vorzubereiten durch eine Aussprache in den Parteiorganisationen.

III. Die Mängel der Partei.

Der 4. Kongreß bestätigt vollauf die Thesen der Erweiterten Exekutive vom Juli, in der die Mängel der KPTsch. festgestellt und aus ihrem Übergang von der Sozialdemokratischen zur Kommunistischen Partei erklärt wurden. Der Umstand, daß diese Mängel ebenso von der Zentrale, wie von der Opposition anerkannt werden, erhöht nur für alle Genossen die Pflicht, an ihrer Beseitigung eifrig zu arbeiten. Der Kongreß stellt fest, daß die Partei nur sehr langsam an die Abschaffung dieser Mängel geht; so hat z. B. die Partei nicht genug getan, um unter der tschechischen Armee für die Verbreitung der Idee des Kommunismus zu sorgen, obwohl ihr ihre Legalität und die Tatsache, daß die tschechischen Soldaten Wahlrechte besitzen, dies zu tun erlaubt.

Der 4. Kongreß fordert die Kommunistische Partei auf, mehr als bisher sich der Arbeitslosenfrage zu widmen. Angesichts des großen Umfanges der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei und der prekären Lage der Arbeitslosen ist es die Pflicht der Partei, sich nicht zu begnügen mit dieser oder jener Demonstration, sondern sie hat eine systematische Agitations- und Demonstrationsaktion im Lande unter den Arbeitslosen einzuleiten und im Parlament und in den Gemeinderäten gleichzeitig in der schärfsten Weise für die Interessen der Arbeitslosen einzutreten, die parlamentarische Aktion mit der in den Gewerkschaften und mit Massenaktionen zu vereinigen.

Die parlamentarische Aktion der Partei muß einen viel demonstrativeren Charakter erhalten. Sie muß den Massen in krasser Form das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu der Politik der herrschenden Klasse vor Augen führen und sie erfüllen mit dem Willen, die Macht im Staate zu erobern.

Angesichts der großen Wirtschaftskämpfe, die in der Tschechoslowakei stattfinden und die jeden Tag in große politische Kämpfe umschlagen können, muß die Zentrale so organisiert werden, daß sie zu jeder Frage schnell und entschieden Stellung nehmen kann. Die Partei-

59*



organisation und die Parteimitglieder sind verpflichtet, die Disziplin der Partei ohne Schwanken und Wanken aufrechtzuerhalten.

Die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung hat die Partei als Ganzes richtig durchgeführt. Einzelne Fehler, wie die Auffassung des Gen. *Votava*, es handle sich bei dieser Frage der Arbeiterregierung um eine rein parlamentarische Kombination, hat der Parteivorstand mit Recht zurückgewiesen. Die Partei muß sich bewußt sein, daß die Arbeiterregierung in der Tschechoslowakei erst dann möglich sein wird, wenn es ihr gelingt, durch eine breit angelegte Agitation große Massen der Nationalsozialen, der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter von der Notwendigkeit des Bruches mit der Bourgeoisie zu überzeugen, Teile des Bauerntums und der unter der Teuerung leidenden Schichten des städtischen Kleinbürgertums von der Bourgeoisie abzulösen und in die anti-kapitalistische Front einzureihen. Um dies zu erreichen, muß die Partei in den sozialen Konflikten ihren Mann stellen, durch ihr entschiedenes Vorgehen, durch die Ausbreitung der Konflikte, wenn die Verhältnisse es erlauben, den Massen das Gefühl beibringen, daß die KPTsch. das Zentrum der Einheitsfrontbestrebungen aller anti-kapitalistischen Elemente ist, daß sie gewillt ist, das Kräfteverhältnis in der Tschechoslowakei im Massenkampfe zugunsten der arbeitenden Schichten zu verschieben.

Damit die Arbeiterregierung entstehen und sich halten kann, muß die Partei alle Kräfte anstrengen, um die aus den Amsterdamer Gewerkschaften ausgeschlossenen Arbeiter zu starken Gewerkschaften zusammenzufassen, sie muß wenigstens einen Teil der Proletarier und Bauern im Waffenrock für die Interessen der Arbeiterklasse gewinnen und so die Gefahr der Entstehung des Fascismus, der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die bewaffnete Gewalt der Bourgeoisie bannen. Deshalb ist die Propaganda und der Kampf für die Arbeiterregierung stets zu führen in Verbindung mit der Propaganda und dem Kampf für proletarische Massenorgane (Abwehrausschüsse, Kontrollausschüsse, Betriebsräte) ebenso wie es notwendig ist, das Programm der Arbeiterregierung (Abwälzung der staatlichen Ausgaben auf die Besitzenden, Kontrolle der Produktion durch die Organe der Arbeiterschaft, Bewaffnung der Arbeiterschaft) ständig vor den breiten Massen aufzurollen, um den Unterschied zwischen der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition und der auf Arbeiterorgane sich stützenden Arbeiterregierung aufzuzeigen.

An dieser Arbeit haben alle Mitglieder der Partei mitzuarbeiten. Nicht das Nörgeln, nicht das Verbreiten von falschen Anschuldigungen, nicht das Säen von Mißtrauen gegen die Führung der Partei, sondern sachliche Kritik an ihren Mängeln, tägliche positive Arbeit zu ihrer Überwindung wird die Partei zu einer kampffähigen kommunistischen Partei machen, die den großen Aufgaben gewachsen sein wird, vor die sie durch die Entwicklung der Ereignisse in der Tschechoslowakei gestellt wird.

STURC (Tschechoslowakei): Genossen und Genossinnen! Wir kamen nach Moskau, um im Namen der oppositionellen Arbeiterschaft die erwägenswerten Erscheinungen der Versumpfung und der Zersetzung in unserer Partei zu zeigen. Auf unsere Warnungen wurde nicht genügend

Rücksicht genommen und unsere Ausführungen wurden nicht genügend geprüft. Darum löst der Kongreß unsere Parteikrise durch ein Kompromiß, obwohl wir vor einer solchen Lösung gewarnt haben. Die vorgeschlagene Resolution wird die Gefahr, die wir rechtzeitig gezeigt haben, nicht beseitigen. Wir unterwerfen uns zwar dem Beschlusse der Mehrheit des Kongresses, halten es aber gleichzeitig für unsere Pflicht, zu betonen, daß wir die breiten Massen unzufriedener Arbeiter vertreten, die wahrscheinlich diese Resolution nicht verstehen werden, und es wird auch schwer sein, sie von der Fortsetzung der Arbeit zur Beseitigung alles Ungesunden in der KPTsch. zurückzuhalten.

SMERAL (Tschechoslowakei): Genossen und Genossinnen! Im Namen der tschechoslowakischen Delegation erkläre ich, daß wir mit der Resolution einverstanden sind und für sie stimmen werden. Dem Parteivorstande unserer Partei und der Reichskonferenz lag nicht an einem Ausschluß um jeden Preis, sondern an der Durchsetzung der Disziplin. So wie die Dinge bei uns vor dem Kongreß konkret lagen, waren wir ratlos und hilflos dem Standpunkte gegenüber, auf dem die ausgeschlossenen Genossen beharrten. Die Resolution konstatiert richtig, daß durch ihre starre Unnachgiebigkeit die Entscheidung der Reichskonferenz direkt provoziert wurde. Wir hoffen aber, daß die Diskussionen des Weltkongresses eine genügende Lehre sein werden und daß mit Hilfe der neuen Exekutive in unserer Partei eine wirkliche kommunistische Disziplin sich durchsetzen wird. Die Autorität der Führung und Disziplin ist absolut nötig, damit unsere Partei rasch diejenigen Mängel beseitigt, die in der Resolution angeführt sind und deren wir uns bewußt sind. Unsere Partei ist erst ein Jahr alt, sie wirkt in ziemlich komplizierten Verhältnissen, und wir glauben auch aussprechen zu dürfen, daß das letzte Jahr wichtige positive Resultate ihrer Arbeit gebracht hat. Trotzdem aber ist jetzt nicht die Zeit, über das schon Erreichte zu sprechen. Wir halten es für unsere Aufgabe, an der weiteren Vervollkommnung unserer Partei zu arbeiten, und dieser Arbeit wollen wir alle Kräfte widmen. So wie wir Disziplin in der Partei fordern, so wollen wir uns absolut der Kontrolle und der Disziplin der Internationale unterwerfen. Auf diese Art hoffen wir die Partei nicht nur organisatorisch in wirklich kommunistischem Sinne zu gestalten, sondern aus ihr einen so aktiven, kampffähigen Teil unserer internationalen Armee zu machen, daß sie das Vertrauen der Internationale durch ihre Taten im Kampfe erwerben wird. Im nächsten Jahr können wir in der Tschechoslowakei wichtige Ereignisse erwarten. Wir sind überzeugt, daß die einheitliche, fest konsolidierte und disziplinierte Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ihren großen Aufgaben gewachsen sein wird und daß wir der gesamten Internationale im nächsten Jahre nicht geringe Erfolge bringen werden.

Im Namen der tschechoslowakischen Delegation erklären wir also, daß wir unsere Stimme für die Resolution, die hier vorgelesen wurde, abgeben werden.

VORSITZENDER: Vor der Abstimmung sehe ich mich genötigt, folgendes im Auftrage des Präsidiums zu erklären: Der Genosse Sturc hat in seiner Erklärung davon gesprochen, daß die tschechische Frage

nicht genügend untersucht worden sei. Ich erkläre hier, daß diese Behauptung nicht zutreffend ist. Die Opposition hat selbstverständlich das Recht, hier Erklärungen abzugeben, aber es muß die Behauptung der Erklärung zurückgewiesen werden, daß die tschechische Frage nicht genügend geprüft wurde.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ist jemand gegen die von der Kommission vorgeschlagene Resolution? — Ich konstatiere die Annahme der Resolution gegen eine Stimme.

Genossen, wir sind damit für heute mit unseren Arbeiten fertig. Der Bericht über die amerikanische Frage kann heute nicht mehr gegeben werden. Ich mache nur noch darauf aufmerksam, daß morgen vormittag 11 Uhr eine Besprechung aller Genossinnen stattfinden wird. Ferner werden die Delegationen aufgefordert, bis morgen vormittag dem Gen. Humbert-Droz Vorschläge zur Kandidatur für die Zusammensetzung der Exekutive zu machen.

Schluß der Sitzung um 4,50 nachm.



EINUNDDREISSIGSTE SITZUNG

DIENSTAG, DEN 5. DEZEMBER 1922.

Die Frage der proletarischen Hilfe für Sowjetrußland. Die jugoslavische Frage. Die norwegische Frage.

Redner: Münzenberg, Felix Kon, Stanic, Radic, Marynko, Bucharin.

Eröffnung: 12,50 Uhr vorm.

Vorsitz: *Neurath.*

VORSITZENDER: Wir haben auf der Tagesordnung zunächst die Behandlung der Resolution über die Wirtschaftshilfe. Gen. Münzenberg wird über die Abänderungen berichten.

MÜNZENBERG: Genossen, mit der Frage der Wirtschaftshilfe hat sich die vom Kongreß gewählte Kommission in mehreren Sitzungen beschäftigt, ferner gestern abend nochmals das Präsidium des Kongresses und schließlich eine vom Präsidium gewählte Kommission. Im Auftrage dieser Kommission unterbreite ich dem Kongreß folgende Resolution, um deren einstimmige Annahme ich bitte:

RESOLUTION ZUR FRAGE DER PROLETARISCHEN HILFE FÜR SOWJETRUSSLAND.

1. An der Erhaltung und Festigung Sowjetrußlands sind die Arbeiter aller Länder, ohne Unterschied ihrer politischen und gewerkschaftlichen Stellung, interessiert. Neben dem tief eingewurzelten proletarischen Solidaritätsgefühl hat vor allem diese Erkenntnis alle Arbeiterparteien zur Unterstützung der Hilfsaktion für die Hungernden in Sowjetrußland bestimmt und Millionen Werktätiger in allen Ländern zu den größten Opfern begeistert. Mit Unterstützung der proletarischen Hilfsaktion, die zu der mächtigsten und langandauernsten internationalen Solidaritätsaktion seit Bestehen der Arbeiterbewegung anwuchs, hat Sowjetrußland die schwersten Tage der Hungersnot überstanden und den Hunger besiegt.

Aber schon während der Hungerhilfsaktion erkannten weite Teile der helfenden Arbeiterorganisationen, daß mit einer einmaligen Lebensmittelunterstützung Sowjetrußland nicht geholfen ist. Der Wirtschaftskrieg der imperialistischen Staaten gegen Sowjetrußland dauert fort. Die Warenblockade besteht in Form der Kreditverweigerung weiter, und



in allen Fällen, wo kapitalistische Gruppen mit Sowjetrußland in geschäftlichen Verkehr treten, geschieht es zu dem Zweck, Gewinne in Rußland einzuheimsen, und mit der Tendenz, Sowjetrußland auszubeuten.

Wie in allen anderen Konflikten Sowjetrußlands mit seinen imperialistischen Feinden haben die Arbeiter aller Länder die Pflicht, auch in dem wirtschaftlichen Krieg zugunsten Sowjetrußlands gegen seine imperialistischen Feinde einzugreifen und Sowjetrußland mit allen Mitteln, auch mit dem Mittel wirtschaftlicher Hilfe, wirksam und praktisch zu unterstützen.

2. Die beste Unterstützung Sowjetrußlands im Wirtschaftskrieg ist der politische revolutionäre Kampf der Arbeiter und der zunehmende Druck auf die Regierung in jedem Lande, mit der Forderung nach Anerkennung der Sowjetregierung und Herstellung günstiger Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Bei der Bedeutung Sowjetrußlands für alle Werktätigen muß aber außer der politischen auch das Maximum der wirtschaftlichen Kraft des Weltproletariats zur Unterstützung Sowjetrußlands mobilisiert werden.

Jede Fabrik und Werkstätte, die Sowjetrußland ohne kapitalistische Kredite mit Unterstützung der Arbeiter in Gang bringt, bedeutet eine wirksame Hilfe Sowjetrußlands im Kampfe gegen die imperialistische Raubpolitik, und jede Stärkung Sowjetrußlands, des ersten Arbeiterstaates der Welt, stärkt das internationale Proletariat im Kampfe gegen seinen Klassenfeind, die Bourgeoisie.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale bezeichnet es daher als die Pflicht aller Arbeiterparteien und Organisationen, vor allem der Kommunisten, neben dem politisch revolutionären Kampf Sowjetrußland durch eine von den breitesten Massen getragene wirtschaftliche Hilfsaktion bei dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft sofort und praktisch zu unterstützen.

3. Die wichtigste Aufgabe der proletarischen Wirtschaftshilfe außerhalb Sowjetrußlands besteht in der Aufbringung von Mitteln, die den Ankauf von Maschinen, Rohstoffen, Werkzeugen usw. für Sowjetrußland ermöglichen. Außer den bisher geübten Methoden der Sammlungen, Stiftungen, Organisierung von besonderen Veranstaltungen usw. kommt hierbei die Beteiligung der Parteigruppen, Gewerkschaften, Genossenschaften und weiter Kreise der Arbeiter an der Arbeiteranleihe für Sowjetrußland in Betracht.

Die Propaganda für die proletarische Wirtschaftshilfe bietet gleichzeitig Gelegenheit, die beste Agitation für Sowjetrußland zu entfalten. Sie ist daher in engster Verbindung mit den Sektionen der einzelnen Länder durchzuführen.

Da die Frage der wirtschaftlichen Unterstützung Sowjetrußlands eine Frage von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft ist, ist es notwendig, zur Organisierung und Leitung dieser Aktion Komitees aus Delegierten der verschiedensten Arbeiterorganisationen, ähnlich den Arbeiterhilfskomitees für die Hungernden in Rußland, oder besondere Gesellschaften zu schaffen. Diese Komitees oder Gesellschaften haben die Aufgabe, die breitesten Arbeiterkreise für die Wirtschaftshilfe zu interessieren und zu gewinnen.

Sie unterstehen der Kontrolle der Kommunistischen Internationale.



4. Die Verwendung der von den Komitees und Gesellschaften aufgebrachten Mittel muß in engster Angliederung an die bestehenden russischen Wirtschaftskörper, sei es des Staates oder der Arbeiterorganisationen, geschehen.

5. Eine Masseneinwanderung ausländischer Arbeiter nach Rußland bedeutet in dem gegenwärtigen Stadium des Wirtschaftslebens keine Unterstützung, sondern eine Erschwerung bei dem Wiederaufbau Rußlands und darf unter keinen Umständen gefördert werden. Bei der Einwanderung von ausländischen Arbeitern nach Rußland muß man sich auf einzelne Spezialarbeiter, die in den Betrieben dringend notwendig sind, beschränken. Aber auch in solchen einzelnen Fällen soll die Vermittlung erst nach Verständigung und Zustimmung der russischen Gewerkschaften geschehen.

6. Die proletarische Wirtschaftshilfe muß harmonisch das Streben nach dem idealen Ziel der Konzentrierung der internationalen Arbeitersolidarität auf die Hilfe für den ersten proletarischen Staat der Welt mit dem Trachten nach greifbaren wirtschaftlichen Resultaten vereinigen.

7. Gemäß den Grundsätzen der sozialistischen Kooperation und Wirtschaftsführung darf der erzielte Überschuß nur für die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes verwandt werden.

VORSITZENDER: Wir stimmen über die Resolution ab, die samt den Abänderungen von der Kommission und dem Präsidium genehmigt ist.

Ist jemand gegen die soeben von Gen. Münzenberg mit den Abänderungen verlesene Fassung der Resolution?

Das ist nicht der Fall.

Die Resolution gilt damit als angenommen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Arbeiten der *jugoslavischen* Kommission.

Felix KON (Polen): Werte Genossen, ehe ich zum Bericht zur Frage der jugoslavischen Partei im Namen der dazu vom Kongreß bestimmten Kommission schreite, erlaube ich mir, mich auf ein Zitat aus der Rede des Gen. Sinowjew zu berufen: „Wir sind dem Schoße der 2. Internationale entsprungen und haben von ihr viele Traditionen übernommen, die nicht an einem Tage ausgemerzt werden können, doch wenn dieser Tag einige Jahre währt, so müssen wir eine Beschleunigung dieses Prozesses fordern." Das alles trifft auf die jugoslavische Partei zu.

Wenn wir vor dem Kongreß über diese Partei Bericht erstatten, so ist es nötig, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die große Macht des Kommunismus darin besteht, daß er auch dann die Wahrheit zu sagen versteht, wenn diese Wahrheit bitter ist.

Leider und unglücklicherweise müssen wir diese bittere Wahrheit aussprechen, sobald wir von der jugoslavischen Partei reden.

Die jugoslavische Partei entstand in jenem Augenblick, als im Jahre 1919—20 die Losungen des Kommunismus die Massen an sich zogen; wo einerseits die italienische Bewegung, andererseits die Begeisterung der Arbeiterklasse selbst in jedem einzelnen Lande die Möglichkeit einer breiten Entwicklung boten. Und wir waren Zeugen davon, wie die bis dahin ziemlich unbedeutende und unlängst erst von

reformistischen Elementen befreite jugoslavische Partei plötzlich zu einer der mächtigsten Parteien wurde, sich vieler Kommunalverwaltungen bemächtigte, 59 Deputierte in das Parlament entsandte und im allgemeinen, wie es schien, eine bedeutende Macht darstellte.

Aber diese an Zahl so bedeutende Partei dachte gerade wegen dieses Zustromes und des in dieser Beziehung verhältnismäßig leichten Sieges lange Zeit gar nicht daran, daß sie ohne die Feuertaufe des Kampfes und nur durch Aufkleben der kommunistischen Etikette keine kommunistische Partei geworden sei, daß sie nach wie vor alle negativen Züge der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei besaß, sie blieb eine Partei der Resolutionen, eine Partei, die ihrer Teilnahme im Parlament eine ungeheure Bedeutung beimaß, die darauf rechnete, auf diesem Wege die Bourgeoisie beeinflussen zu können, die Arbeiterklasse verteidigen zu können, und die nicht daran dachte, daß, je stärker die Massen nach Kampf verlangten — und diese Kampflust der Massen zeigte sich gerade in dem Zustrom zur Kommunistischen Partei —, desto stärker die Aufmerksamkeit des Klassenfeindes des Proletariats sein wird, daß er desto mehr Maßnahmen treffen wird, um es zu erdrücken. In dieser Hinsicht schien die Partei sich mit allen Kräften und mit allen Mitteln an die Legalität zu klammern. Wir müssen darauf hinweisen, daß die jugoslavische Bruderpartei eine jener glücklicherweise wenigen Parteien ist, die die 21 Bedingungen des Eintritts in die Internationale bei sich nicht veröffentlicht haben; eine Partei, die die Resolution der Kommunistischen Internationale betreffs deren Stellungnahme zum Parlamentarismus bei sich nicht veröffentlicht hatte, — als ob sie befürchtete, dadurch die parlamentarische Position zu schwächen. Und ungeachtet dessen, daß die objektiven Verhältnisse alle sichtbar darauf hinausliefen, diesen leichten Sieg in eine ebenso leichte Niederlage zu verwandeln, — trotzdem traf die Partei die ganze Zeit hindurch keine Maßnahmen, um sich nicht mit Resolutionen, sondern mit Taten auf Kämpfe vorzubereiten. Und als das berühmte Dekret vom Staatsschutz erschien (und das Dekret bleibt ein halbes Jahr lang in Kraft und muß vom Parlament bestätigt werden, um zum Gesetz zu werden), da rechnete die Partei darauf, daß das Parlament das Dekret nicht bestätigen und nicht zum Gesetz erheben würde, und statt zum Kampf überzugehen, kam es so weit, daß die Kommunalverwaltungen, wo die Kommunisten in der Mehrzahl waren, aufgelöst und die Kommunisten aus dem Parlament vertrieben wurden. Und das alles geschah unter Umständen, die in keinem Lande ihresgleichen hatten. Die Massen wurden nicht zum Protest in Bewegung gesetzt, nirgends ein Lebenszeichen, nirgends ein Protest, nirgends ein Versuch, auf dem gewöhnlichen kommunistischen Wege zu kämpfen, — das alles gab es in Jugoslavien nicht. Der vom Klassenfeind des Proletariats kampf- und widerstandslos errungene Sieg schien durch seine Leichtigkeit die Sieger selbst zu verblüffen. Es regnete Repressalien auf die Kommunisten, auf die Arbeiterklasse. Die Presseorgane wurden gesperrt, die Gewerkschaften aufgelöst und den Kompromißlerorganisationen übergeben, Menschen wurden eingekerkert, — aber seitens der Partei war nicht das geringste Anzeichen eines Kampfes gegen diese Ausschweifungen der Konterrevolution zu bemerken. Gleichzeitig regnete es Repressalien auf die Partei, und deren Ergebnis war eine Erscheinung, die sowohl Rußland, als auch anderen unterirdisch

kämpfenden Ländern wohl bekannt ist. Der größte Teil der aktiven Genossen mußte, um der Verhaftung zu entgehen, ins Ausland flüchten.

So entstand die Emigration mit allen ihr eigenen Begleiterscheinungen. Der jugoslavischen Partei war das neu. Einer Partei, die jahrzehntelang unterirdisch besteht, ist das wohl bekannt. Die aus dem Gleise des unmittelbaren Lebens, des unmittelbaren Kontaktes mit den Proletariermassen und der Sicherheit geworfenen Führer erörterten des langen und breiten die Ursachen ihrer Niederlage und, wie gewöhnlich, schoben sie die Schuld bald auf den einen, bald auf den anderen. Es fand keine marxistische Analyse der Ereignisse in Jugoslavien statt. Statt dessen konnte man das beobachten, was unter dem Namen „Emigrantentum" bekannt ist. Trotzdem keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, entstanden Zwistigkeiten, deren Ursache ein gegenseitiges Mißtrauen war in dem Sinne, daß die eine Gruppe der anderen nicht zutraute, die gefaßten Resolutionen richtig zu interpretieren. Es gab hier keine taktischen Meinungsverschiedenheiten, sondern das Mißtrauen, das die eine Gruppe der Führer in den politischen Takt, die Feinfühligkeit und die Fähigkeit der anderen Gruppe setzte. Und das zeigte sich besonders scharf zur Zeit der Einberufung der Wiener Konferenz.

Genossen, hier gehe ich zu einer Frage über, die zu berühren alte erfahrene Revolutionäre sich schämen, sie schämen sich vor sich selber und vor den Genossen, denen sie davon sprechen müssen. Als die jugoslavische Partei eine legale Partei war, hatte sie bestimmte Organisationsstatuten ausgearbeitet. Seitdem ist alles auf den Kopf gestellt worden. Und dort, wo anscheinend alle Vorbedingungen zur Entwicklung des Kampfes vorhanden waren, dort sind fast nur Ruinen übrig geblieben. Man mußte um jeden Preis irgend etwas einberufen, einerlei unter welcher Bezeichnung: Konferenz, Kongreß, Beratung, — es mußten unbedingt die aktiven Genossen versammelt werden, um über den Ausweg aus der Lage und über die Restauration der ganz und gar zerschmetterten Organisation zu beraten. Es ist uns klar, daß man unter solchen Umständen nicht die unter legalen Verhältnissen verfaßten Statuten beachtet und nicht prüft, ob die Einberufung der Konferenz diesem oder jenem Punkte entspricht oder nicht. Das Leben der Partei, die Interessen der Arbeiterklasse müssen, scheint es, darüber stehen. Und wir müssen feststellen, daß die Wiener Konferenz unter den Umständen, unter denen sie einberufen wurde — bei möglichst maximaler Beobachtung dieser Punkte der Statuten —, doch in der Weise einberufen wurde, daß einige dieser Punkte beachtet wurden. Ja, alle Punkte wurden nicht eingehalten, das stelle ich fest. Wenn aber die Konferenz infolge Beobachtung aller dieser Punkte nicht einberufen worden wäre, so wären die an der Unterlassung der Einberufung Schuldigen dem Gericht der Kommunistischen Internationale unterworfen gewesen.

Zum Glück wurde die Konferenz einberufen. Und hierbei ist zu beachten, daß bestimmte politische und Organisationsresolutionen ausgearbeitet wurden, die die Sanktion der Exekutive der Komintern erhielten, wobei zu beachten ist, daß diese Resolutionen weder von der einen noch von der anderen Seite irgendwelche Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen haben. Genossen, wenn die Kom-

mission unter solchen Umständen die Angelegenheiten der jugoslavischen Partei schlichten muß, wenn sie Zeuge davon ist, daß irgend etwas die dort tätigen Genossen in zwei Lager teilt, so muß man — trotz all ihrer Erklärungen, daß tatsächlich keine Meinungsverschiedenheiten beständen — darüber nachdenken, ob es vielleicht nicht solche Meinungsverschiedenheiten gibt, die noch keine feste Form angenommen haben. Und die Kommission steckte sich das Ziel, in Gegenwart der Genossen alle politischen Fragen zu analysieren, die in den anderen Parteien zu Meinungsverschiedenheiten führen: die Frage der politischen Lage, die Frage der Stellung der Partei zu den Gewerkschaften; die Frage, die gerade für die jugoslavische Partei von schwerwiegendster Bedeutung ist, nämlich die *nationale Frage*, die Frage der Wechselbeziehungen der legalen Organisation zur illegalen, sowie über die Unterstellung der legalen Organisation unter die Leitung der illegalen, — alle diese Fragen wurden von uns in der Kommission aufgeworfen und ventiliert, und, Genossen, wir müssen hier feststellen, daß es in all diesen Fragen zwischen beiden Gruppen keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Unwillkürlich erhebt sich die Frage, weswegen denn der ganze Spektakel entstanden sei. Genossen, ich habe schon darauf hingewiesen, weswegen er entstand. Er entsteht immer nach einer Niederlage unter der Emigration und zu dieser Frage muß man sich entsprechend stellen. Genossen, für uns ist dieser Augenblick im höchsten Grade wichtig. Wenn es keine politischen Meinungsverschiedenheiten gibt, so muß man bestimmte Organisationsnormen aufstellen, die allen Arbeitsfähigen die Möglichkeit geben, an der Arbeit teilzunehmen, die die Möglichkeit geben, in gemeinsamer Arbeit das gegenseitige Mißtrauen zu überwinden, wie es schon in einigen Parteien der Fall ist. In dieser Beziehung ist eine ganze Reihe von Normen organisatorischer Natur ausgearbeitet worden, die wir der Exekutive der Komintern zur Annahme empfehlen. Da wir es hier mit einer Partei zu tun haben, die größtenteils unterirdisch, illegal tätig ist, so werden die Genossen zugeben, daß diese Fragen organisatorischer Natur nicht hier im Plenum erörtert werden dürfen, sondern der Exekutive der Komintern übergeben werden müssen. Was die politische Lage betrifft, in der sich die Partei befindet, so werde ich Ihnen die von der Kommission verfaßte Resolution mitteilen, wobei ich mir erlaube, zum Schluß nicht nur die Hoffnung, sondern die tiefe Überzeugung auszudrücken, daß sich alle Genossen der jugoslavischen Partei von dem Augenblick an, wo die höchste Parteiinstanz — der 4. Kongreß — hier seine Entscheidung getroffen hat, sich dieser Entscheidung bedingungslos unterwerfen und sie nicht nur bloß zur Kenntnis nehmen, wie es bis jetzt ihrerseits geschehen ist, sondern sie strikt durchführen —, daß sie die Ärmel aufstreifen und sich an die Arbeit in jenem Lande machen werden, das der Arbeiter harrt. Und ich bin überzeugt, daß wir zum nächsten Kongreß eine einheitliche kampffähige Partei vor uns sehen werden, die sich auf ganz ungeheure Reihen von Proletariern stützt, die Kommunistische Partei Jugoslaviens.

Ich gehe zur Verlesung der Resolution über. Sie mag den Genossen ein wenig länger erscheinen, als sonst Resolutionen zu sein pflegen, aber die Kommission hielt es für notwendig, daß in dieser zur Veröffentlichung bestimmten Resolution kein Tüpfelchen auf dem i

fehle, damit keine Mißverständnisse und unrichtigen Deutungen entstehen können.

„RESOLUTION ZUR JUGOSLAVISCHEN FRAGE.

Die Kommunistische Partei Jugoslaviens wurde in den Provinzen, aus denen das Land jetzt besteht, definitiv aus den alten sozialdemokratischen Parteien gebildet, und zwar derart, daß die Rechtselemente und später auch die zentristischen Elemente aus der Partei entfernt wurden und die Partei der Kommunistischen Internationale beitrat (Kongreß von Vukovar 1920). Die allgemeine revolutionäre Gärung, die damals in Mitteleuropa herrschte (Vormarsch der Roten Armee auf Warschau, Besetzung der Metallindustriebetriebe in Italien), sowie die mit elementarer Gewalt ausgebrochene Streikbewegung in Jugoslavien trugen zum Wachstum der Kommunistischen Partei bei, die in kurzer Zeit sich so entwickelte, daß sie zu einer Massenpartei wurde, die auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern einen bedeutenden Einfluß ausübte. Das beweisen die Ergebnisse der Munizipalwahlen, in denen die Partei viele Gemeindeverwaltungen (darunter auch die von Belgrad) eroberte, und später das Ergebnis der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, in die die Partei 59 Abgeordnete entsenden konnte. Gerade dieses drohende Anwachsen des Einflusses der Kommunistischen Partei beunruhigte die herrschende Militär- und Bankieroligarchie und veranlaßte diese zum systematischen Vernichtungskampf gegen die kommunistische Bewegung. Nach der gewaltsamen Unterdrückung des allgemeinen Streiks der Transportarbeiter (April 1920) jagte sie die kommunistischen Munizipalräte der Stadt Agram davon (Juni), suspendierte die kommunistische Munizipalverwaltung der Stadt Belgrad (August) und löste am 29. Dezember durch einen Erlaß sämtliche kommunistischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf, unterdrückte die kommunistische Presse und übergab die Klubs und die Einrichtungen der Partei den Sozialpatrioten. Im Juni wurde durch das Gesetz zum Schutze des Staates und der Ordnung die Kommunistische Partei als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und aus ihrem letzten Asyl, dem Parlament und den Munizipalverwaltungen, verjagt.

Außer den objektiven Gründen, die in der allgemeinen Lage des Landes wurzeln, ist die Vernichtung der Kommunistischen Partei Jugoslaviens in bedeutendem Maße auch ihrer inneren Schwäche zuzuschreiben, da weder eine, ihrem äußeren Wachstum entsprechend entwickelte und geschlossene Organisation, noch ein genügendes kommunistisches Bewußtsein bei den Parteimitgliedern vorhanden war. Die Partei hatte keine Zeit, ihre Entwicklung in kommunistischer Richtung zu beenden. Es ist jedoch heute klar, daß die Parteileitung sehr schwere Fehler und Irrtümer begangen hat, die auf ihre falsche Auffassung über die Kampfmethoden der Kommunistischen Internationale zurückzuführen sind. Diese Fehler und Irrtümer haben die Aufgabe der gegenrevolutionären Regierung erleichtert. Während die Arbeitermassen durch eine Reihe gewaltiger Streiks ihre revolutionäre Energie und ihren revolutionären Willen kundgaben, zeigte die Partei eine ganz schwache revolutionäre Initiative. So geschah es, daß im Jahre 1920 die Polizei die Demonstrationen am



1. Mai in Belgrad verbot und die Parteileitung nicht einmal den Versuch unternahm, die Massen zu einer Protestkundgebung anzueifern. Derselbe Fall wiederholte sich im darauffolgenden Jahr. Ebenso hat die Partei keinerlei Massenaktion zum Schutz der Munizipalräte der Stadt Agram unternommen, die gewaltsam davongejagt wurden, und sie tat nichts, als die Munizipalverwaltung der Stadt Belgrad den Kommunisten in brutalster Weise entrissen wurde. Ihre Passivität ermutigte die Regierung, bis zum äußersten zu gehen. In der Tat machte sich die Regierung den Grubenarbeiterstreik Ende Dezember zunutze, um an die Auflösung der Partei und der Berufsverbände zu schreiten. In diesem bedeutungsvollen Augenblick antwortete die Partei, die bei den Wahlen ungefähr 210 000 Stimmen erhalten und 59 Abgeordnete in das Parlament entsandt hatte, wiederum mit keinerlei Massenaktion. Die Passivität der Partei den brutalen Hieben der Reaktion gegenüber entsprang ihrer ungenügenden kommunistischen Orientierung. Sie hatte sich von der alten sozialdemokratischen Auffassung noch nicht vollständig befreit. Seinerzeit trat die Partei der Kommunistischen Internationale mit Begeisterung bei, was bewies, daß die Massen zum Kampfe bereit waren; die Parteileitung empfand jedoch auf dem neuen Wege ein gewisses Unbehagen. So wagte sie es z. B. nicht, die vom 2. Weltkongreß votierten 21 Bedingungen zu veröffentlichen, ebenso wie sie auch die Thesen über den revolutionären Parlamentarismus nicht veröffentlichte. Dadurch ließ sie die Partei und die ihr folgenden Massen in völliger Unwissenheit über all das, was die Kommunistische Internationale von den verschiedenen Parteien fordert, damit sie zu wirklichen kommunistischen Parteien werden. Die Parteileitung ihrerseits hat keine ernsten Schritte unternommen, um die Partei und die Massen unter allen Verhältnissen zum Kampf gegen die drohende Reaktion vorzubereiten; sie hatte ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Wahlerfolge der Partei konzentriert und hütete sich wohl, den kleinbürgerlichen Elementen das Wesen der Kommunistischen Partei und ihrer Kampfmethoden zu zeigen und sie dadurch abzuschrecken. Und während die Bankier- und Militäroligarchie Belgrads sich zum entscheidenden, heftigen, zügellosen Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorbereitete, konzentrierte die Kommunistische Partei Jugoslaviens die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Partei auf eine Position von geringerer Bedeutung, wie es der Parlamentarismus ist, und ließ den Rücken der Partei unorganisiert und ohne Deckung. Das war ihr grundlegender Fehler.

Unter dem weißen Terror erwies sich die Partei als machtlos und außerstande, sich zu verteidigen. Sie besaß keinen illegalen Apparat, der ihr ermöglicht hätte, unter den neuen Verhältnissen zu arbeiten und ihre Verbindung mit den Massen aufrechtzuerhalten; bis zur Auflösung der parlamentarischen Gruppe dienten nur die kommunistischen Abgeordneten als Bindeglieder zwischen dem Zentrum und den Provinzen. Hernach wurde auch diese Verbindung unterbrochen. Nach der Verhaftung der führenden Genossen, sowohl im Zentrum, als auch in der Provinz, stand die Bewegung enthauptet da. So hörte die Partei plötzlich sozusagen auf zu existieren. Die lokalen Organisationen der Partei ereilte dasselbe Schicksal, so daß die Gefahr entstand, daß die sich selbst überlassenen Arbeiter zerstreut würden. Die von der Po-

lizei unterstützten Sozialdemokraten bemühten sich, sich diese günstige Situation zunutze zu machen, jedoch ohne besonderen Erfolg.

Unter der Herrschaft des Terrors orientierte sich die Parteileitung langsam in der Richtung der durch die neuen Verhältnisse diktierten Organisationsformen und Kampfmethoden. Sie blieb lange Zeit passiv, in der Erwartung, daß dieses Regime ohne die aktive Intervention der Proletariermassen sich bald verbraucht haben würde, wobei sie ausschließlich auf die Gegensätze und Kämpfe innerhalb der herrschenden Klassen und Parteien rechnete. Erst als die Hoffnung, daß die vor Gericht gestellten Kommunisten freigesprochen und später anläßlich der Hochzeit des Königs von der Regierung begnadigt würden, sich als einfache Illusion erwiesen hatte, schritt die Parteileitung an die Reorganisierung der Partei, um sie ins Leben zurückzurufen. Erst im Juli 1922 versammelte sich das Plenum der Partei in Wien zum ersten Male zu einer erweiterten Sitzung. Die Wiener Konferenz als erster Versuch zur Wiederaufrichtung der Partei muß trotz der Fehler, die vom Standpunkte der Parteistatuten aus bei der Zusammensetzung dieser Konferenz begangen wurden, mit warmer Freude begrüßt werden. Die Verhältnisse, in denen sich das Land befand, die infolge der Verhaftungen oder des Verrats einiger ihrer Mitglieder und ihrer Passivität im Verlaufe von 1½ Jahren eingetretenen Veränderungen ließen den Glauben gar nicht aufkommen, daß es möglich wäre, ein beschlußfähiges Plenum zu versammeln, das als genügende Vertretung der Partei betrachtet werden könnte. Deshalb hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtig gehandelt, als es dem erweiterten Plenum die Kompetenz zuerkannte, die Kommunistische Partei Jugoslaviens zu vertreten, und dessen Resolutionen, wenn auch mit einigen Abänderungen bezüglich der Zusammensetzung des neuerwählten Zentralkomitees, die übrigens durchaus angebracht waren, bestätigte. Aus demselben Grunde müssen wir in dem Versuch einiger jugoslavischer Genossen, die Konferenz am 16. Tage zu verlassen und mit ihr somit zu brechen, ungeachtet ihrer aufrichtigen Absichten eine Aktion erblicken, die der Partei objektiv schädlich ist und müssen sie daher als solche verurteilen.

Die Beschlüsse der Wiener Konferenz bezüglich der allgemeinen Lage in Jugoslavien und der unmittelbaren Aufgaben der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaftsbewegung, der Reorganisation der Partei und der Resolutionen der 3. Kommunistischen Balkankonferenz, die das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unverändert bestätigt hat, bedeuten keinerlei wesentliche Uneinigkeit zwischen den Vertretern der erwähnten Majorität und der erwähnten Minorität der Partei. Diese Einmütigkeit hinsichtlich der wichtigsten Fragen der Partei ist ein überzeugender Beweis dafür, daß keinerlei Grund vorhanden ist, die jugoslavische Partei unter der Benennung Majorität und Minorität in Fraktionen zu teilen, und daß die auf der Wiener Konferenz in den führenden Schichten eingetretene Spaltung ausschließlich durch Meinungsverschiedenheiten persönlicher Natur hervorgerufen wurde. Im Augenblick ihrer Wiedergeburt muß die jugoslavische Partei als eine Partei von straffer Einheit behandelt werden.

Gleichzeitig ist es aber unbedingt notwendig, daß sie ihre Einheit auch für die Zukunft beibehält. Nichts wäre so verhängnisvoll für

die Partei und für die revolutionäre Bewegung in Jugoslavien, als eine Fraktionsspaltung der Partei angesichts der im Lande wütenden kapitalistischen und sozialdemokratischen Reaktion. Deshalb hat die neue Parteileitung die unbedingte Pflicht, ihr möglichstes zu tun und alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die unruhigen Geister in der Partei zu beruhigen, um das persönliche Mißtrauen zu beseitigen, um das unentbehrliche Vertrauen in der Partei wiederherzustellen und alle Kämpfer, die im gegenrevolutionären Sturm aufrecht geblieben sind, um die Flagge der Partei zu vereinigen. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles dient einerseits die Durchführung des Beschlusses der Wiener Konferenz bezüglich der Befreiung der Partei von den kompromittierten Elementen und andererseits die Heranziehung der aktiven Genossen von der Minderheit der Wiener Konferenz zu den verantwortlichen Arbeiten. In dieser Richtung könnte die jugoslavische Partei in der Kommunistischen Balkanföderation eine wertvolle Stütze erhalten; hierzu ist es aber erforderlich, daß die übrigen kommunistischen Parteien des Balkans unverzüglich ihre Vertreter in das Balkanexekutivkomitee entsenden. Bei der Rekonstruierung und inneren Befestigung der jugoslavischen Partei ist dieser auch die Unterstützung seitens der Kommunistischen Internationale gesichert, deren Exekutive in ausgiebigerem Maße als in der Vergangenheit eine innige Verbindung mit der Parteileitung aufrechterhalten muß. Hauptsächlich aber ist die Zukunft der Partei in die Hände der politisch und moralisch gesund gebliebenen Genossen gelegt. Bereichert durch die harten Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, vereint durch die Organisation und durch den glühenden Glauben an den Sieg der internationalen Revolution, wird es ihnen gelingen, die zerstreuten und ohne Leitung gebliebenen proletarischen Elemente zu sammeln und zu vereinigen und die jugoslavische Sektion der Kommunistischen Internationale zu organisieren und zu verstärken.

Der Kongreß beauftragt die Exekutive der Kommunistischen Internationale, die durch die Umstände gebotenen organisatorischen Maßnahmen zu treffen."

Genossen, damit diese Resolution einen möglichst autoritativen Charakter erhält und in Jugoslavien, das unserer Entscheidung bedarf, eine möglichst große Wirkung ausübt, bitten wir Euch, diese Resolution einstimmig anzunehmen. (Beifall.) Ich muß hinzufügen, daß der von der Kommission ausgearbeitete Plan organisatorischer Maßnahmen der Exekutive bereits unterbreitet worden ist.

VORSITZENDER: Zu dem Berichte über die Arbeit der jugoslavischen Kommission haben sich zwei Genossen zum Worte gemeldet. Zunächst hat das Wort Gen. Stanic zur Abgabe einer Erklärung.

STANIC (Jugoslavien): Im Namen der erwähnten Minderheit, d. h. der Linken der Kommunistischen Partei Jugoslaviens, erkläre ich uns mit dieser Resolution der Kommission einverstanden, d. h. mit ihrer Kritik, mit der Kritik der Handlungsweise der Opportunisten und der im Laufe der letzten zwei Jahre seitens der Kommunistischen Partei Jugoslaviens begangenen Fehler. Die Resolution bestätigt unsere Kritik vollkommen, aber zwischen dieser Kritik der Kommission und den Orga-

nisationsmaßnahmen, die sie zur Regelung des inneren Konfliktes der Partei vorschlägt, besteht ein tiefer Widerspruch, denn sie überträgt die Leitung der Partei den seit der Wiener Konferenz von den Opportunisten unterstützten Genossen.

Wir beantragten und beantragen nochmals, daß die Leitung der Partei zu gleichen Teilen festgesetzt werde, trotzdem wir eigentlich das Recht hätten, die Vorherrschaft zu fordern, da im Konflikt die Majorität auf unserer Seite ist und unsere kommunistische Stellung dabei eine anti-opportunistische ist. Wir bitten nur um dasselbe, was der französischen Partei bereits gewährt worden ist.

VORSITZENDER: Von der jugoslavischen Delegation hat sich noch Gen. Radic zu Worte gemeldet, ebenfalls zu einer Erklärung.

RADIC (Jugoslavien): Im Namen von drei Mitgliedern der aus vier Mitgliedern bestehenden jugoslavischen Delegation erkläre ich folgendes:

Wenn wir auch in Betracht ziehen, daß die letzte erweiterte Konferenz des Parteirates in Wien befugt war, die endgültigen Beschlüsse über alle Fragen zu fassen, auch die neue Exekutive zu wählen, was von der Exekutive des EK. der KI., sowie von der Kommission für die jugoslavische Frage bestätigt wurde, zwecks Beseitigung aller Mißverständnisse und Konzentration aller Kräfte, die für die Partei so nötig sind, akzeptieren wir dennoch den Beschluß der Kommission, werden uns auf seine Durchführung mit voller Energie werfen und stimmen der Resolution zu. (Bravo!)

VORSITZENDER: Noch eine dritte Erklärung, — Gen. Marynko.

MARYNKO (Jugoslavien): Genossen, die Delegation des Kommunistischen Jugendverbandes Jugoslaviens stimmt mit den Ausführungen des Gen. Kon vollständig überein und erklärt, daß die Kommunistische Jugend Jugoslaviens die politische und organisatorische Resolution nicht nur annehmen wird, sondern auch alle ihre Kräfte für ihre konkrete Durchführung einsetzen wird, und dies um so mehr, weil sie der bisherigen Arbeit des Verbandes in dieser Hinsicht entsprechen. (Bravo!)

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution, die die jugoslavische Kommission vorgelegt hat. Ist jemand gegen die Resolution? — Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall.

Die Resolution ist also einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu dem Berichte der norwegischen Kommission. Das Wort hat der Berichterstatter Gen. Bucharin.

BUCHARIN (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Wie Sie alle wissen, besteht innerhalb der norwegischen Arbeiterpartei eine ziemlich schwere Krise. Diese Krise kommt in dem Vorhandensein zweier Fraktionen zum Ausdruck. Diese beiden Fraktionen kämpfen gegeneinander und eine von ihnen steht auch zur Internationale in keinem guten Verhältnis, zum mindesten liegen verschiedene Fälle und Tatsachen vor, die als Symptom einer Krise im Verhältnis zwischen der norwegischen Arbeiterpartei und der Exekutive erscheinen.



Ich möchte zuerst die beiden norwegischen Fraktionen im allgemeinen charakterisieren. Die Existenz dieser Fraktionen hat ziemlich tiefe historische Wurzeln, und man kann sie nur begreifen, wenn man die Geschichte der norwegischen Arbeiterpartei kennt. Die erste Strömung, die jetzt die Mehrheit innerhalb der norwegischen Partei hat, kann man als die Strömung bezeichnen, die teilweise syndikalistische, teilweise reformistische Tendenzen hat. Das Vorhandensein solcher Tendenzen in der norwegischen Arbeiterpartei kommt in folgenden untergeordneten Tendenzen zum Ausdruck. Erstens im Föderalismus. Die syndikalistische Tradition hat zur Folge föderalistische Tendenzen. Früher, als die Genossen, die diese Tendenz vertraten, gegen die sozialdemokratische Richtung kämpften, war dieser syndikalistische Föderalismus sozusagen ein Instrument zur Zerstörung der alten sozialdemokratischen Organisation. Es waren die zentralisierte Sozialdemokratie und die zentralisierten Gewerkschaften da und ferner die revolutionäre Opposition und besonders die Opposition in den Gewerkschaften. Diese Opposition basierte auf dem föderalistischen Prinzip. Man kann auch sagen, daß einige von den führenden Genossen dieser gewerkschaftlichen Opposition die Schüler der amerikanischen Richtung der IWW., einer revolutionären föderalistischen Richtung waren; diese Lehre der IWW. haben sie nach Norwegen übertragen und man kann nicht sagen, daß diese damals prinzipiell etwas Schlechtes war. Gerade umgekehrt. Es war ein ziemlich gutes Instrument, um die alte Organisation zu desorganisieren und wichtige strategische Punkte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in Norwegen zu erobern.

Aber dieselben föderalistischen Tendenzen — als die Fortsetzung dieser Tendenzen — wirken auch jetzt, wo die Mehrheit unserer Partei gehört, wo die Mehrheit unserer Richtung, d. h. der revolutionären Richtung angehört, wo die Sozialdemokraten schon vollständig besiegt und zerschlagen sind. Natürlich sind diese föderalistischen Prinzipien in der jetzigen Epoche schon in ihr Gegenteil verwandelt und sind deswegen natürlich ein Fehler. Aber eine Richtung in der Partei begeht diesen Fehler.

Das zweite Merkmal dieser Richtung liegt in der Betonung des gewerkschaftlichen Kampfes und in der Betonung der Gewerkschaften überhaupt. Man kann sich auch leicht vorstellen, warum das der Fall ist. Der größte Teil der Partei ist aus dieser gewerkschaftlichen Opposition entstanden. Auf dieser Basis sind unsere Kräfte erwachsen und deswegen ist es begreiflich, daß auch jetzt die Gewerkschaften als das Primäre angesehen werden.

Das ist der theoretische Standpunkt dieser Genossen. Damit kann man auch die ganz spezifische und ganz originelle Parteistruktur erklären. Bis in die letzte Zeit hinein und auch jetzt noch basiert unsere norwegische Bruderpartei auf den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind en bloc in die Partei eingetreten, und deswegen besteht der originelle Zustand, daß auch in der Kommunistischen Partei keine Kommunisten vorhanden sind. Das kann man mit der ganzen Geschichte der norwegischen Bewegung erklären.

Das dritte Merkmal ist die Tendenz, die als Lostrennung der Politik im allgemeinen von der parlamentarischen Politik bezeichnet wird. Man kann auch das von dem allgemeinen Standpunkt der historischen Ent-

wicklung der Partei aus leicht begreifen. Wenn das Primäre in dem Gewerkschaftskampf liegt, wenn als die primären Organisationen die Gewerkschaften erscheinen, so muß ein solcher Zustand natürlich theoretisch und logisch auf einer solchen Tendenz basieren, die immer in größerem oder kleinerem Maßstabe die Meinung vertritt, daß sozusagen die Ökonomie in einer Tasche liegt, während sich die Politik in einer anderen Tasche befindet.

Dieser Standpunkt ist absolut unrichtig. Wir wissen alle, daß die Politik nur der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie ist. Aber trotzdem besteht eine solche Tendenz innerhalb dieser Strömung, die ich jetzt betrachte.

Dann Punkt 4, auch ein Charakterzug dieser Tendenz. Das ist nämlich die Unfähigkeit des Manövrierens. Diese Unfähigkeit wird theoretisch mit sehr revolutionär klingenden Phrasen begründet. Man sagt z. B., man muß eine gerade politische proletarische Linie haben. Man braucht keine Kompromisse zu schließen, man soll nur einen direkten geraden Weg gehen. Man braucht die sich gegenwärtig bekämpfenden Kräfte innerhalb der Bourgeoisie nicht auszunutzen usw.

Das klingt sehr revolutionär. In Wirklichkeit aber kann man, mit Verlaub, diese Erscheinung auf folgende Weise erklären. Die betreffende Richtung stellt sich die kapitalistische Ordnung, das gesamte kapitalistische System als etwas Gegebenes, Festes vor. Im Rahmen dieses Systems, dieser Ordnung vertritt man spezifische, professionelle Arbeiterinteressen und kümmert sich überhaupt nicht um andere Schichten, die man als Hilfskräfte im Kampfe für die Zerstörung des kapitalistischen Systems ausnutzen könnte. Und diese originelle Vorstellung, die, oberflächlich betrachtet, sehr revolutionär aussieht, basiert in Wirklichkeit, mit Verlaub, auf einer ziemlich reformistischen Vorstellung über den Gang der Entwicklung. Natürlich behaupte ich nicht, daß alle diese Gedanken ganz bestimmt in den Köpfen der Genossen dieser Richtung leben. Aber die sachliche Analyse aller dieser Erscheinungen im Zusammenhang mit der Analyse anderer Fragen und anderer taktischer Problemstellungen unterstützt meine Ansicht.

Die 2. Richtung in der Partei, die zweite Fraktion basiert, historisch betrachtet, auf der Entwicklung der Jugendbewegung. Während die erste Richtung auf den alten Gewerkschaften und speziell auf der gewerkschaftlichen Opposition basierte, die im Rahmen der alten Gewerkschaften vorhanden war, beruht die andere Strömung auf der Grundlage der Jugendbewegung. Die Jugendbewegung entwickelte sich besonders während des Krieges als extrem revolutionäre Bewegung. Der charakteristische Zug dieser taktischen Orientierung, wenn wir die taktische Orientierung als Gegenstück zu der ersten Fraktion betrachten, ist eine viel größere Betonung der Notwendigkeit des politischen Kampfes. Während die erste Strömung eine gewisse apolitische Tendenz hat, betont die zweite Fraktion die Wichtigkeit der Politik und Eroberung der politischen Macht. Man kann auch sagen, diese Fraktion ist vom marxistischen Standpunkt aus mehr orthodox marxistisch, beschäftigt sich in größerem Umfange mit der Marxschen Lehre. In unserer Parlamentsfraktion hatte bisher keine Strömung die Führung inne. Aber aus verschiedenen Gründen, besonders deswegen, weil der revolutionäre Parlamentarismus in Norwegen ein ganz neues Ding ist,

60*



hat diese Strömung verschiedene, teilweise große Fehler in der parlamentarischen Tätigkeit gemacht. Diese Fehler sind seinerzeit von der Exekutive scharf kritisiert worden und wir können sie nicht negieren.

Die Gesamtsituation innerhalb der Partei ist also folgende: In der ersten Fraktion gibt es verschiedenartige Elemente, einige von ihnen mit syndikalistischen Tendenzen, andere mit reformistischen Tendenzen. Und die dritte Tendenz innerhalb der ersten Fraktion vereinigt manchmal ganz originell den reformistischen oder zum Reformismus tendierenden Sinn mit der syndikalistischen Hülle.

Die zweite Fraktion ist auch keineswegs homogen. Es gibt Genossen in ihr, die als sehr gute Marxisten zu bezeichnen sind, es gibt aber auch einige opportunistische Elemente.

Und so ist es möglich, daß die erste Strömung die zweite Richtung sehr oft bekämpft, objektiv betrachtet, vom reformistischen Standpunkte und doch mit der Revolutionsphraseologie. Der ganze Komplex verschiedener Strömungen, Tendenzen, Gruppierungen und Untergruppierungen innerhalb unserer norwegischen Partei ist also ziemlich schwer mit wenigen Worten zu bezeichnen. Darin besteht meines Erachtens die ganze Schwierigkeit des Problems. Im großen und ganzen stehen aber diese zwei Fraktionen so, wie ich sie jetzt geschildert habe. Der ersteren Fraktion gehört jetzt die Mehrheit der Parteizentrale an, und verschiedene taktisch-politische Fehler und auch theoretische Fehler, die als Basis verschiedener taktischer Fehler dienen, haben in vielen Fällen ihre konkreten Ausdrücke gefunden.

Ich möchte einige Worte über diese konkreten Fehler sagen. Zuerst die Frage des Föderalismus! Dieser Föderalismus hat einen besonders krassen Ausdruck in dem Verhältnis der Partei zur Kommunistischen Internationale gefunden. Wir befinden uns auf dem Wege der sich immer mehr vergrößernden Zentralisation. Unser Kongreß hat in der Organisationsfrage schon einen Beschluß gefaßt, er hat einen Schritt getan, der diese unsere Tendenz zu immer schärferer Zentralisation vollständig klar zum Ausdruck bringt. Das ist die Meinung fast aller Delegationen, fast aller Bruderparteien. Anders ist aber die Meinung unserer norwegischen Bruderpartei.

Als wir einen Konflikt zwischen der norwegischen Partei und der Exekutive hatten, druckte das Zentralorgan unserer norwegischen Bruderpartei eine offizielle Mitteilung ab. Diese offizielle Mitteilung sollte den Standpunkt der Zentrale der norwegischen Bruderpartei klarstellen, sollte klarlegen, wie das Verhältnis der nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale zu der gesamten Internationale ist. In diesem Artikel waren verschiedene sehr krasse Formulierungen enthalten, die uns über das Verhalten unserer norwegischen Bruderpartei zur Frage des Verhältnisses zur Kommunistischen Internationale Aufklärung gaben. In einem Falle des Konfliktes schrieb das Zentralorgan der norwegischen Arbeiterpartei „Socialdemokraten" wörtlich folgendes:

„Es ist bedauerlich, daß eine internationale Organisation in einen inneren Parteistreit eingreift, wie es die Kommunistische Internationale im vorliegenden Fall getan hat."

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß es die norwegische Bruderpartei als bedauerliche Erscheinung betrachtet, wenn sich die Exekutive der Kommunistischen Internationale in die inneren Angelegenheiten der

Partei einmischt. Diese Formulierung ist so kraß, wie sie krasser nicht sein kann.

An einer anderen Stelle derselben Erklärung des norwegischen Zentralorgans heißt es:

„Eine bestimmte Fraktion hat versucht, das Exekutivkomitee in innernorwegischen Parteiangelegenheiten auszuspielen und dadurch erreicht, daß die Autorität der Internationale untergraben wird."

Aus diesen Zeilen kann man herauslesen, daß man es bedauern soll, wenn irgendein Teil der Partei an die Internationale appelliert. Das ist also ein ganz klarer Standpunkt, und diesen klaren Standpunkt kann man so formulieren: Die Kommunistische Internationale kann verschiedene Beschlüsse fassen und der Kongreß kann sich auf diese Beschlüsse festlegen usw., aber die Kommunistische Internationale darf sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Partei einmischen. Das ist die Anwendung des reinsten Föderalismus innerhalb unserer kommunistischen internationalen Organisation und dieser Föderalismus unterliegt absolut keiner Kritik. Wir müssen natürlich alle dagegen sehr scharf protestieren.

Oder ein anderer Fall!

Unsere Kommission hat die norwegischen Genossen mehrfach eingeladen und wir haben auch verschiedene Fragen an die norwegischen Genossen gestellt. Innerhalb dieses Fragenkreises haben wir ganz scharf die Frage nach dem Verhältnis zwischen der norwegischen Partei und der Kommunistischen Internationale und einigen norwegischen Genossen mit größerem oder kleinerem Vorbehalt gestellt. Man hat Zweifel daran ausgedrückt, ob die Kommunistische Internationale sich wirklich sozusagen „brutal" in die inneren Verhältnisse der nationalen Sektionen einmischen darf.

Dann haben wir einen sehr bedauerlichen Fall, einen Fall, der im Zusammenhang mit unserem jetzigen Kongresse steht. Das ist der sogenannte Fall Tranmael. Früher hatten wir schon verschiedene Mißverständnisse und verschiedene kleinere Konflikte zwischen der norwegischen Zentrale und der Exekutive. Wir haben daher gebeten, den namhaftesten Vertreter der Richtung, die die Mehrheit in der Zentrale der norwegischen Partei hat, zu diesem Kongresse zu schicken. Dreimal haben wir der norwegischen Partei diesen Wunsch ausgesprochen. Zuerst hat Sinowjew ein Telegramm geschickt, dann die Exekutive und dann die Exekutive noch einmal, als die norwegischen Delegierten schon hier waren. Diesen unseren Wunsch, der ganz offiziell im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale ausgesprochen wurde, weigerte sich die Mehrheit der Zentrale, und persönlich der Genosse Tranmael, zu erfüllen. Man hatte natürlich verschiedene Gründe, technische Gründe, innerpolitische Gründe und verschiedene andere. Wir betrachten diesen Fall aber keineswegs als einen normalen Fall. Wir haben auch einen Präzedenzfall in dieser Richtung, das war nämlich unser Verhältnis zu der französischen Kommunistischen Partei. Wie Sie wissen, hat zuletzt einer der Führer der Mehrheit der französischen Kommunistischen Partei, Genosse Cachin, aber schließlich doch an dem Kongreß teilgenommen. Der Fall Tranmael steht in dieser Beziehung einzig da. Nach wiederholten Bitten, nach verschiedenen Briefen, Anregungen und Forderungen seitens der Exekutive, den nam-

haftesten Vertreter der Partei hierher zu entsenden, ist dieser Bitte nicht entsprochen worden, wodurch die Lage ziemlich verschärft worden ist.

Alle diese Sachen haben ihren prinzipiellen Grund. Das ist natürlich nicht nur eine persönliche Schuld des Genossen Tranmael, sondern der Ausdruck der ganzen politischen Atmosphäre und der ganzen politischen Orientierung, die bis jetzt leider innerhalb der norwegischen Partei die Mehrheit hatte, vielleicht nicht innerhalb der Masse der Arbeiter, die zur norwegischen Partei gehören, aber innerhalb der Parteiinstanzen, und da gewiß und absolut. Das ist der Ausdruck dieser föderalistischen Tradition, und gerade darin, daß diese föderalistische Tradition so tiefe Wurzeln hat, liegt die Schwierigkeit des Problems, und gerade deswegen sollen wir mit großer Geduld diese Krise zu überwinden versuchen, um diese taktische politische Orientierung zu beseitigen.

Dieselbe Tendenz des Mißverhältnisses zur Kommunistischen Internationale kam ferner im Nichterfüllen verschiedener Direktiven der Kommunistischen Internationale oder besser gesagt in der Verzögerung der Erfüllung dieser Direktiven zum Ausdruck. Das betrifft zunächst die Frage der Parteiorganisation. Aus dem, was ich früher schon gesagt habe, geht ganz klar hervor, daß wir die Partei reorganisieren müssen. Man muß unter den jetzigen Verhältnissen eine vollkommen zusammengeschlossene Partei haben, und eine Partei ist nicht so zusammengeschlossen, wenn sie auch aus Nichtkommunisten besteht, die ganz mechanisch zusammen mit anderen Genossen in die Partei eingetreten sind. Es wurde deshalb, als Genosse Sinowjew das erstemal als Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Halle war, ein „Vertrag" — natürlich Vertrag in Gänsefüßchen — mit den Vertretern der norwegischen Bruderpartei und dem Genossen Tranmael persönlich geschlossen, daß die Partei reorganisiert werden muß. Seitdem ist sehr lange Zeit verstrichen und die Reorganisation der norwegischen Partei geht nur sehr langsam vor sich. Bis heute ist diese Aufgabe noch nicht erfüllt. Natürlich wendet man ein, daß sehr große Schwierigkeiten in Norwegen bestehen: die norwegischen Transportverhältnisse seien schlecht, die Finanzlage der norwegischen Partei sei schlecht, es bestünden alte Traditionen usw. Wir erkennen alle diese Schwierigkeiten an, aber wir haben den norwegischen Genossen zwei Beispiele aus dem russischen Parteileben entgegengestellt. Wir haben nämlich in Rußland auch zwei große Reorganisationen durchgeführt: 1. die Reinigung unserer Partei und 2. die Reorganisierung unserer Gewerkschaften. Und wir haben beides innerhalb weniger Monate zustande gebracht. Wir haben 170 000 Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Das war eine sehr große Arbeit, die sich auf riesige Strecken von Sowjetrußland erstreckte. Und trotzdem haben wir diese Arbeit innerhalb weniger Monate durchgeführt. Dann die Reorganisierung der Gewerkschaften! Nachdem wir den sogenannten neuen Kurs, unsere neue ökonomische Politik angefangen hatten, haben wir sofort eingesehen, daß der frühere Zustand in unseren Gewerkschaften, wo alle Arbeiter, die in der Fabrik beschäftigt sind, auch ganz mechanisch der Gewerkschaft angehören, unter der neuen ökonomischen Politik absolut unhaltbar ist, denn es ist klar, daß die neue

ökonomische Politik und damit das Wachsen der Privatfabriken nicht einen so mechanischen, sondern einen mehr organischen Zusammenschluß aller Mitglieder in den Gewerkschaften erfordert. Auch diese große Organisationsarbeit, die unsere Gewerkschaften auf eine vollkommen neue Basis stellt und eine vollständige Reorganisierung aller Gewerkschaften bedeutet, haben wir während einiger Monate durchgeführt, und unsere Gewerkschaften zählen einige Millionen Mitglieder. Dabei hatten auch wir ein vollständig zerrüttetes Transportwesen, schlechte Finanzen, Hunger usw. usw., und trotzdem haben wir diese beiden Reorganisationen in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt. Demgegenüber fragen wir unsere norwegischen Parteigenossen: Warum können sie nicht auch das Tempo ihrer Reorganisation beschleunigen, warum können sie diese unbedingt notwendige Arbeit, die von keiner Seite bestritten wird, nicht rascher ausführen? Während verschiedener scharfer Diskussionen haben wir dieses Verhalten der norwegischen Genossen sogar als eine unbewußte Sabotage der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bezeichnet. Ich will nicht so harte Ausdrücke hier gebrauchen, aber es ist klar, daß die Sache zu lange dauert, und deshalb stellen wir in unserer Resolution die Forderung an die norwegische Partei, die Parteiorganisation möglichst zu fördern und in kürzester Frist zu erledigen.

Dann die Frage bezüglich der Namen der Parteien! Es klingt fast komisch, daß gerade die Mehrheit der Partei, die syndikalistisch gefärbt ist, die Frage der Namensänderung in die Länge gezogen hat. Formell ist die Sache so, daß schon der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen hat, alles Sozialdemokratische zu streichen. Wir haben seitdem schon einige Briefe an die norwegische Bruderpartei geschrieben, aber trotzdem seit der Zeit schon ungefähr 2 Jahre vergangen sind, sind immer noch die alten Namen da. Sie haben gehört, Genossen, daß Gen. Meyer von dieser Tribüne aus verkündet hat, daß die Namensfrage doch nur eine Kleinigkeit sei. Wie aber betrachten wir diese Sache? Wir haben bereits mehrere Präzedenzfälle mit den Namen: ich erinnere an den Fall Vella innerhalb der italienischen Partei. Und wir wissen sehr wohl, welchen Wert diese Namensbenennung hat und das wissen auch unsere Feinde sehr gut. Ich zitiere aus dem Organ der rechten Sozialdemokraten Norwegens, aus der „Arbeider-Politiken", wo in einem Artikel vom 8. September d. J. folgendes zu lesen ist:

„Socialdemokraten", dette blad hvis navn allerede er nok til aa vise forvrövlingen innen det kommunistiske parti i Norge."

Das heißt: „Socialdemokraten" ist ein Ausdruck für die Konfusion innerhalb der Kommunistischen Partei Norwegens. Die rechten Sozialdemokraten betrachten also ganz richtig das Wort „Socialdemokraten" als den Ausdruck einer Konfusion innerhalb unserer norwegischen Bruderpartei. Deshalb schlägt die Kommission vor, die Frage der Namensänderung auch in kürzester Frist zu erledigen, denn das ist für uns keine Kleinigkeit, sondern eine bedeutende politische Sache.

Weiter gehe ich zu einer ziemlich wichtigen taktischen Frage über, zu einer Frage der allgemeinen Taktik. Es besteht, wie ich schon gesagt habe, eine Differenz zwischen zwei Fraktionen. Den Gegensatz zwischen diesen Fraktionen kann man in folgender Weise formulieren.

Die erste Fraktion, die Mehrheitsfraktion, sagt: wir sind eine echt proletarische Partei, wir müssen den Klassenkampf gegenüber der gesamten Bourgeoisie führen. Wir sind gegen Manövrieren usw. Die andere Fraktion, die Minderheit, die persönlich vom Gen. Scheflo vertreten ist, sagt: Wir müssen natürlich gegen die ganze kapitalistische Ordnung kämpfen, aber wir müssen zwischen verschiedenen Teilen des Bürgertums unterscheiden und besonders müssen wir zwischen Großkapitalisten und Großagrariern einerseits und verschiedenen Schichten des Bauerntums andererseits unterscheiden. Die Exekutive hat politisch die zweite Richtung unterstützt, und ich werde infolgedessen diese Richtung auch hier verteidigen.

Wir haben das in unserer Resolution gerade deswegen formuliert, weil diese Frage eine ziemlich große Rolle in Norwegen spielt. Wenn wir natürlich annehmen, daß wir nur die fachmännischen Interessen der Arbeiterschaft zu verteidigen haben und uns nicht zu kümmern brauchen um die großen Schichten des arbeitenden Volkes als einer Reserve, die wir während der Revolution ausnützen müssen, dann ist die Haltung der ersten Richtung vollständig gerechtfertigt. Aber die Sache ist in Norwegen nicht so. Es gibt schon Anfänge des Fascismus dort. Wir fordern, daß unsere Partei als Ziel die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft aufstellen soll, also die Revolution. Es gibt scharfe Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten des Bürgertums. Ein Teil der Bauern stimmt schon für uns, ein anderer Teil — die reicheren Bauern — werden von einer bürgerlich-radikalen Partei beherrscht. Es ist absolut notwendig, daß wir unsere Basis immer mehr erweitern; das heißt nicht, daß wir diese Bauern in unsere Partei hineinziehen sollen, sondern daß wir sie in unserem Manöver-Kampf gegen die gesamte kapitalistische Ordnung ausnutzen sollen. Wir sollen uns keineswegs mit solchen Schichten begnügen, die jetzt schon für uns sind, sondern wir sollen eine solche Politik führen, die „venstrepartiet", die eine radikal-bürgerliche und zu gleicher Zeit auch eine Bauernpartei ist, spaltet und diejenigen Schichten des Bauerntums, die für das Bürgertum sind, auch auf unsere Seite zieht. Das ist unsere Pflicht, das ist keine Sünde gegen den Marxismus, sondern die praktische Anwendung der marxistischen Lehre auf die heutige Situation in Norwegen.

Diese Frage spielt eine ziemlich große Rolle. Wir haben in den Diskussionen, die wir in der Kommission mit den norwegischen Genossen gehabt haben, alle gemerkt, daß diese Frage eine wirklich große politische Rolle in Norwegen spielt; deswegen soll sie in unserer Resolution fixiert werden.

Aber andererseits sollen wir den Genossen von der Richtung Scheflo immer wieder sagen, daß sie in ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf der Grundlage einer im allgemeinen ganz richtigen politischen Orientierung doch einige große Fehler begangen haben. Der größte Fehler, den die Parlamentsfraktion begangen hat, war die Zustimmung in der Frage der Zwangs-Arbitrage. Unsere Genossen haben im Parlament für die Zwangs-Arbitrage während der Konflikte zwischen den Arbeitern und den Industriellen gestimmt. Die große Macht, die Macht in den Händen der Kapitalistenklassen, wurde also von unseren Genossen sanktioniert. Es gab verschiedene Motivierungen dafür. Die Sachlage

war wirklich ziemlich kompliziert. Die Genossen meinten, daß man mit einer solchen gesetzlich formulierten Arbitrage gegen die Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft wirke. Aber objektiv gesprochen war es ein großer Fehler. Und besonders groß war der Fehler deswegen, weil in Norwegen eine alte Tradition besteht, gegen diese Sache sehr scharf zu kämpfen. Ich erinnere mich, daß z. B. vor einigen Jahren in Christiania sogar ein allgemeiner Streik gegen die Zwangs-Arbitrage proklamiert wurde. Deswegen sollen wir nochmals sagen, das war ein Fehler, und sollen ihn nicht leugnen. Aber zu gleicher Zeit müssen wir sagen, daß die Ausnutzung der innerhalb des Bürgertums bestehenden einander entgegengesetzten Kräfte richtig, absolut marxistisch und kommunistisch ist.

Ich gehe zu der Frage der Zeitschrift „Mot Dag" über. Darüber hat schon Gen. Sinowjew gesprochen und auch Gen. Meyer in einem anderen Zusammenhang. Das ist eine Gruppe der kommunistischen Akademiker, und zwar eine geschlossene Gruppe. Das heißt, ein neues Mitglied kann nur eintreten unter Zustimmung der schon vorhandenen Mitglieder dieser Gruppe. Und wir wissen schon, daß all solche Gruppierungen immer Keime zu neuen Fraktionen sind. Und da diese Fraktion sich schon im Keime auch taktisch falsch orientiert, soll der Kongreß, soll die Kommunistische Internationale diese falsche Tendenz bekämpfen und auch einige organisatorische Maßnahmen treffen.

Die Kommission hat einstimmig in dieser Frage folgendes beschlossen: Als geschlossene Gruppe darf die Gruppe nicht existieren, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß überhaupt keine akademische Gruppe existieren darf; doch darf sie nur als eine offene Gruppe bestehen, so daß jeder kommunistische Student ihr angehören kann und sie sozusagen eine offene kommunistische Studentenzelle darstellt.

Was aber die Zeitschrift dieser Gruppe betrifft, so haben wir beschlossen, daß sie nicht als lose Zeitschrift existieren darf, die der Partei nicht untergeordnet ist. Wir haben in der Kommission verschiedene Artikel aus dieser Zeitschrift zitiert, z. B. einen Artikel des Redakteurs dieser Zeitschrift, in dem unsere ganze deutsche Bruderpartei als eine intellektuelle Clique bezeichnet wird. Natürlich kann man das nicht dulden, und die Verbreitung solcher „falschen Gerüchte" über unsere kommunistischen Parteien sind natürlich etwas ganz Unzulässiges.

Im ersten unserer Entwürfe haben wir zwei Eventualitäten skizziert: entweder diese Zeitschrift einzustellen oder sie in eine Parteizeitschrift umzuwandeln. Die norwegischen Genossen haben uns erklärt, daß sie für den zweiten Weg sind, und wir haben ihnen diese Konzession gemacht.

Jetzt komme ich zur kommunistischen Presse und dem Zentralorgan. Wir möchten hier über den Inhalt bloß folgendes sagen: Die norwegischen Genossen sollen in der Presse, in ihrem Zentralorgan, das durchführen, was schon auf früheren Kongressen der Kommunistischen Internationale beschlossen wurde. Sogar in seinem Äußeren sieht der „Socialdemokrat" ganz eigenartig aus. Was den Inhalt betrifft, so können wir da alles lesen, über alles diskutiert man, und es gibt fast nichts, was eine feste politische Linie vertritt. Über das Verhältnis zur Internationale diskutiert man, über die Beschlüsse der

Parteizentrale diskutiert man, über alle Fragen diskutiert man, es herrscht eine permanente Diskussion. Diskussion ist eine gute Sache, aber man darf sie nicht übertreiben. Die Parteiorganisation soll eine gewisse, scharf umgrenzte Politik durchführen. Davon findet man keine Spur in dem Zentralorgan unserer norwegischen Bruderpartei. Deswegen sollen wir nochmals betonen, daß in bezug auf unsere norwegische Presse und auch in bezug auf das Zentralorgan in erster Linie die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der früheren Kongresse durchgeführt werden sollen.

Jetzt zwei „persönliche" Sachen.

Es gibt zwei Genossen in Norwegen, deretwegen es Streitigkeiten innerhalb der Partei gibt, was auch in den Sitzungen unserer Kommission, an denen die norwegischen Genossen teilnahmen, zum Ausdruck kam. Das sind die Gen. Karl Johansen und Halvard Olsen.

Der Fall des ersteren besteht in folgendem: Karl Johansen ist ein ganz neues Parteimitglied; früher war er bürgerlicher Journalist, später wurde er Parteimitglied, und als solches hat er sofort eine Offensive gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung begonnen. Es besteht jetzt folgende originelle Situation, daß ein gewesener bürgerlicher Journalist, einer der eifrigsten Mitarbeiter des Zentralorgans unserer Bruderpartei ist; er schreibt Artikel, die im großen und ganzen scharf gegen die Kommunistische Internationale gerichtet sind. Wir betrachten diesen Herrn als einen Agenten innerhalb unserer norwegischen Bruderpartei. Wir haben schon einmal eventuell beschlossen — die Exekutive hat das in der Form einer Eventualität gemacht —, diesen Herrn auszuschließen. Jetzt schlagen wir dem Kongreß vor, ihn absolut auszuschließen. Die norwegischen Genossen haben uns gesagt, das sei auch ein persönlicher Fall, der nicht von dem Kongreß erledigt werden dürfe. Wenn wir aber die Gesamtlage betrachten, Genossen, so haben wir auf verschiedenen Seiten solche Tendenzen aufgedeckt, die in ihrer Akkumulierung schon als sehr gefährliche Erscheinung betrachtet werden müssen, und besonders gefährlich sind solche Erscheinungen, die eine direkte Agentur der Bourgeoisie in unseren Reihen darstellen. Wir haben das bereits in der italienischen Frage und dann in der französischen Frage und jetzt wieder hier bei den norwegischen Genossen gesehen. Von unserer ganzen reichen Erfahrung ausgehend, bitten wir, diesen Kerl auszuschließen.

Ein anderer Fall ist der Fall Halvard Olsen. Halvard Olsen ist ein alter Arbeiter, ein alter Parteifunktionär. Bis jetzt war er ein sehr treuer Genosse, aber er hat wirklich sehr große Fehler begangen. Auf dem Kongreß des Metallarbeiterverbande in Norwegen hat er die Parteidisziplin gebrochen. Er hat seine Stimme gegen die Kandidatur unserer norwegischen Bruderpartei für den Syndikalisten und für den Rechtssozialisten abgegeben und er hat verschiedene Äußerungen auf diesem Kongresse gemacht, die keineswegs als kommunistisch bezeichnet werden können. Die Partei hat ihn ausgeschlossen, aber wir wollen hier dieselbe Politik verfolgen wie in der tschechoslowakischen Angelegenheit. Wir unterscheiden zwischen dem bürgerlichen Journalisten Karl Johansen und dem Arbeiter Gen. Halvard Olsen. Wir wollen ihm noch die Möglichkeit geben, sich sozusagen zu bessern. Deswegen halten wir es für richtig, diesen Genossen wieder in unsere Reihen auf-

zunehmen. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir weitere Fehler und Dummheiten von ihm dulden werden. Die Exekutive wird ihn ausschließen, falls er die früheren Fehler immer und immer wieder wiederholen wird. Aber wir haben die Hoffnung, daß er sich bessern wird. Deswegen schlagen wir im Namen der Kommission vor, diesen Fall so zu erledigen, daß wir den Gen. Halvard Olsen in unsere Reihen wieder aufnehmen. Die Exekutive wird dann später ihre Entscheidung treffen, je nachdem, was dieser Genosse später machen wird.

Genossen, ich lese ihnen jetzt nach diesem Berichte den Entwurf der Resolution über die norwegische Frage vor. Dieser Entwurf ist von den Mitgliedern der Kommission angenommen worden. Wir haben aus diesem Entwurf die persönlichen Dinge absolut eliminiert. Das, was ich ihnen jetzt über den Fall Tranmael usw. erzählt habe, haben wir aus dieser Resolution vollständig ausgelassen. Wir haben den norwegischen Genossen hier sehr große Konzessionen gemacht in bezug auf das, was die Reorganisation der Partei, was die Frist über die Namensänderungen unserer Parteiblätter usw. betrifft. Deswegen können wir hoffen, daß diese Resolution einstimmig angenommen wird und daß wir mit dieser Resolution dazu beigetragen, die Krise innerhalb unserer norwegischen Partei zu überwinden. Der Entwurf der Resolution lautet:

RESOLUTION ZUR NORWEGISCHEN FRAGE.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes der Kommission beschließt der Kongreß:

1. Das Zentralkomitee der norwegischen Bruderpartei aufmerksam zu machen auf die Notwendigkeit einer genaueren Durchführung aller Beschlüsse der Internationale, sowohl ihrer Kongresse, als auch ihrer Vollzugsorgane. In den Parteiorganen, sowie in den Resolutionen und Beschlüssen der leitenden Instanzen der Partei dürfen keinerlei Zweifel über die Zulässigkeit ihres Eingreifens in die inneren Parteiangelegenheiten der nationalen Sektionen statthaben.

2. Der Kongreß fordert die Durchführung der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der individuellen Mitgliedschaft in längstens einem Jahre nach dem nächsten Landeskongreß der Partei. Über die praktischen Maßnahmen und Resultate auf dem Gebiete dieser Arbeit ist die Exekutive periodisch, nicht seltener als einmal in zwei Monaten, zu informieren.

3. Was den Inhalt der Presse betrifft, ist die Partei verpflichtet, die Beschlüsse der früheren Weltkongresse und die in dem Briefe der Exekutive vom 23. September d. J. erhaltenen Direktiven sofort durchzuführen. Die sozialdemokratischen Namen der Parteizeitungen müssen im Laufe von drei Monaten, vom Schlußtage des Kongresses der Kommunistischen Internationale an gerechnet, geändert werden.

4. Der Kongreß bestätigt die Richtigkeit des Standpunktes der Exekutive, die auf die parlamentarischen Fehler der Parteivertreter hingewiesen hat. Der Kongreß ist der Meinung, daß die kommunistischen Parlamentarier selbstverständlich der Kontrolle der Partei und der Kritik der Parteipresse unterstehen. Aber diese Kritik muß immer sachlich und kameradschaftlich sein.

5. Der Kongreß hält es für zulässig und notwendig, im Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie die Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten der norwegischen Bourgeoisie auszunutzen, insbesondere die Gegensätze zwischen dem Großkapital und den Agrariern einerseits und der Bauernschaft andererseits. Der Kampf um die Bauernschaft muß eine der Hauptaufgaben der proletarischen Partei Norwegens sein.

6. Der Kongreß bestätigt nochmals, daß die Parlamentsfraktion, sowie die Organe der Parteipresse dem Zentralkomitee der Partei restlos und vorbehaltlos untergeordnet werden müssen.

7. Die Gruppe „Mot Dag", die eine geschlossene Vereinigung ist, wird aufgelöst. Das Bestehen einer kommunistischen Studentengruppe, die für jeden kommunistischen Studenten offen ist und unter voller Kontrolle der Zentrale steht, ist selbstverständlich durchaus zulässig Die Zeitschrift „Mot Dag wird Parteiorgan unter der Bedingung, daß ihre Redaktion vom Zentralkomitee der NAP. im Einvernehmen mit der Exekutive der KI. bestimmt wird.

8. Der Kongreß gibt der Appellierung des Genossen H. Olsen statt, und da er ein alter und treuer Parteigenosse, Arbeiter und stets sehr aktiver Parteifunktionär war, setzt der Kongreß ihn in seine Rechte als Parteimitglied wieder ein, konstatiert aber ausdrücklich die Unrichtigkeit seines Verhaltens auf dem Kongreß des Metallarbeiterverbandes.

9. Der Kongreß beschließt, Karl Johansen aus den Reihen der Kommunistischen Internationale und der Norwegischen Arbeiterpartei auszuschließen.

10. Zwecks Herstellung einer besseren Verbindung der norwegischen Partei mit der Exekutive und einer möglichst reibungslosen Überwindung der Konflikte erteilt der Kongreß der künftigen Exekutive den Auftrag, zum nächsten Parteitag ihre bevollmächtigten Vertreter zu entsenden.

11. Der Kongreß beauftragt die Exekutive mit der Ausarbeitung eines Briefes, der die vorstehende Resolution erläutert.

12. Die vorliegende Resolution und der Brief der Exekutive sollen in allen Organen der Parteipresse veröffentlicht und allen Organisationen der Partei vor den Wahlen der Vertreter zum nächsten Parteitag bekanntgemacht werden.

Das ist unsere Resolution, und ich bitte, diese Resolution allseitig zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung um 3.25 nachm.)



ZWEIUNDDREISSIGSTE SITZUNG

DIENSTAG, DEN 5. DEZEMBER 1922.

Die norwegische Frage. Resolution über den Terror in Irland. Frage des Versailler Friedensvertrages. Die Taktik der KI. Orientfrage. Bildungsarbeit. Aktionsprogramm der KP. Frankreichs. Resolution zur russischen Revolution. Wahl des Exekutivkomitees. Schlußrede Sinowjews.

Redner: Haakon Meyer, Connolly, Hörnle, Bordiga, Clara Zetkin, Kolarow, Billings, Grün, Torp, Sinowjew.

Eröffnung: 6.50 abends.

Vorsitz: Neurath.

HAAKON MEYER (Norwegen): Die Mehrheit der norwegischen Delegation erklärt, daß sie mit der vorliegenden Resolution nicht zufrieden ist. Eine Reihe von Punkten entsprechen nicht unseren Ansichten. In einzelnen Fällen sind wir der Meinung, daß die Kommission den konkreten Fall zu abstrakt, schematisch behandelt hat. Das gilt z. B. von dem Fall Halvard Olsen und von dem Fall Karl Johansen. Was den letzten Punkt betrifft, so lag von der gesamten Delegation ein Vorschlag für eine andere Formulierung vor, die aber von der Kommission abgelehnt wurde. In anderen Fällen scheint es uns, daß die Resolution nicht objektiv genug ist. Das gilt sowohl für den Punkt betreffend „Mot Dag“, welche Gruppe nach unserer Behauptung nicht eine abgeschlossene Gruppe ist, als auch für den Punkt 4, der die Kritik betrifft.

Nachdem aber alle Streitfragen in der Kommission gründlich diskutiert worden sind, werden wir hier im Plenum keine weitere Debatte einleiten, sondern erklären, daß auch die Mehrheit der Delegation für die Resolution stimmen wird.

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung über die von der norwegischen Kommission vorgeschlagene Resolution. Ist jemand gegen diese Resolution? — Enthält sich jemand der Abstimmung? — Das ist nicht der Fall. Die Revolution ist angenommen.

Genossen, es ist von der amerikanischen Kommission mitgeteilt worden, daß einige Punkte noch nicht völlig geklärt sind und daß aus diesem Grunde das Material der Sitzung der Erweiterten Exekutive überwiesen werden muß. Dem ist zuzustimmen.

Eine ähnliche Mitteilung wurde uns von der polnischen Kommission und von der koreanischen Kommission gemacht.

Wir kommen jetzt zu einer Resolution, die sich auf die Ermordung von fünf Nationalrevolutionären in I r l a n d bezieht. Dazu hat Genosse Connolly das Wort.

CONNOLLY (Irland): Genossen, im Namen der Delegation der irischen Kommunistischen Partei schlage ich folgende Resolution vor:

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale protestiert auf das schärfste gegen die am 25. November erfolgte Hinrichtung von fünf Nationalrevolutionären durch den irischen Freistaat. Er lenkt die Aufmerksamkeit aller Arbeiter und Bauern der Welt auf diesen viehischen Auswuchs eines weitverbreiteten und wüsten Terrors in Irland. Schon sind mehr als 6000 kühne Kämpfer gegen den britischen Imperialismus ins Gefängnis geworfen und schrecklichen Bedingungen ausgeliefert worden, viele Frauen waren im Gefängnis zum Hungerstreik gezwungen, und schon sind in diesem fünf Monate währenden Kampf gegen den Terror, der Beispiele von schrecklichen Scheußlichkeiten hervorbrachte, wie sie die Schwarz-Gelben, die Fascisten in Italien, oder die Banditen der amerikanischen Trusts niemals verübt haben, 1800 Verluste zu verzeichnen. Der Freistaat hat ohne zu zögern die ihm von der englischen Regierung zur Verfügung gestellte Artillerie und Munition, Gewehre und Bomben gebraucht; er hat selbst Flugzeuge mit todspeienden Maschinengewehren gegen Unbewaffnete wie gegen bewaffnete Revolutionäre gebraucht, und hat alles dies übertrumpft durch die Hinrichtung der fünf Revolutionäre, und zwar nur aus dem Grunde, weil sie Waffen in ihrem Besitz gehabt hatten. Diese verzweifelte Erschießung von Gefangenen ist das direkte Resultat des zugegebenen Bankerotts des Freistaats, und sein letztes Mittel, um den Widerstand der gegen ihre Versklavung durch das britische Weltreich kämpfenden irischen Massen zu brechen. Die Unterdrückung der Republikaner kann nur in der Richtung einer gefestigten imperialistischen und terroristischen Regierung enden, einer Regierung, die keinen Augenblick zögern wird,. dieselben brutalen Waffen gegen die irische Arbeiterbewegung zu gebrauchen, sobald die letztere nur die ersten Zeichen von ihrem Marsch zur Macht oder zu besseren Bedingungen geben wird. Da dies eine unbestreitbare Tatsache ist und bleibt, stellt die Aktion der Majorität der Labour Party unter der Führung von Johnson, die die Hinrichtung billigte, einen Verrat dar, wie ihn selbst diese Verräter der Arbeiterklasse noch nicht begangen haben. Das wird ganz besonders klar durch die Tatsache, daß selbst das reaktionärste kapitalistische irische Organ, das im Jahre 1916 das Blut Connollys forderte, diese Aktion der Regierung bedauert. Die Kommunistische Internationale warnt die Arbeiterklasse Irlands vor diesem Verrat an den Idealen Connollys und Larkins und weist die irischen Arbeiter und Bauern darauf hin, daß die einzige Möglichkeit, dem Terrorismus des Freistaates und der imperialistischen Unterdrückung zu entgehen, in einem organisierten und koordinierten Kampf auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiete liegt. Der bewaffnete Kampf allein, ohne die Ergänzung und Unterstützung durch wirtschaftliche und politische Aktionen, wird mit einem Mißerfolg enden. Um den Erfolg zu erringen, müssen die Massen gegen den Freistaat mobilisiert werden; dies kann nur auf der Basis des sozialen Programms der Kommunistischen Partei Irlands geschehen.

Die Kommunistische Internationale sendet den kämpfenden irischen National-Revolutionären ihre brüderlichen Grüße und spricht ihre Überzeugung aus, daß sie bald den Pfad zur wahren Freiheit, den Weg zum

Kommunismus, einschlagen werden. Die Kommunistische Internationale wird alle Anstrengungen unterstützen, die darauf hinauslaufen, den Kampf gegen diesen Terror zu führen und den irischen Arbeitern und Bauern zum Siege zu verhelfen.

Es lebe der irische nationale Kampf für Unabhängigkeit!

Es lebe die irische Arbeiterrepublik!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen die Resolution? — Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere die einstimmige Annahme der Resolution.

Die Kommission, die sich damit beschäftigt hat, die Resolution über den *Versailler Friedensvertrag* auszuarbeiten, teilt uns mit, daß eine endgültige Fassung der Resolution fertiggestellt ist und daß diese Resolution bereits an alle Mitglieder verteilt worden ist. (Siehe Beilage VI!) Wir können infolgedessen von der Verlesung dieser Resolution Abstand nehmen und kommen sofort zur Abstimmung.

Ist jemand gegen die Resolution? — Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere, daß auch die Resolution bezüglich des Versailler Friedensvertrages einstimmig angenommen ist.

HÖRNLE (Deutschland): Zu den Thesen über die Taktik der Komintern sind von zwei Delegationen, der deutschen und der österreichischen, Abänderungsvorschläge eingereicht worden. Es wurde deshalb noch eine kleine Redaktionskommission eingesetzt, die diese Abänderungsvorschläge geprüft hat. Die Redaktionskommission legt Ihnen folgende Abänderungen vor.

Auf Seite 5 der Ihnen vorliegenden Thesen über die Taktik der Komintern soll der zweite und dritte Absatz gestrichen werden, und dafür soll folgender Wortlaut eingesetzt werden:

„Die letzten Ereignisse in einem an sich kleinen Lande wie dem gegenwärtigen *Österreich* sind als Symptom der politischen Lage in Europa von großer Bedeutung. Auf das von der österreichischen Bourgeoisie freudig begrüßte Diktat des Entente-Imperialismus ist die ganze ominöse Demokratie, die den Stolz der Führer der 2½ Internationale bildete, deren Schutz ihnen zum Vorwand für jede Preisgabe der Arbeiterinteressen diente und deren Obhut sie auch den rechten Monarchisten, den Christlich-Sozialen und Großdeutschen anvertrauten, denen sie nur zur Wiederherstellung ihrer Macht diente, durch einen Federstrich in Genf vernichtet und durch die unverhüllte Diktatur eines einfachen Bevollmächtigten der Entente ersetzt worden. Sogar das bürgerliche Parlament ist tatsächlich ausgeschaltet worden, seinen Platz hat ein von den Entente-Bankiers eingesetzter Kommis eingenommen. Die Sozialdemokraten haben nach kurzem demagogischem Scheinwiderstand kapituliert und freiwillig mitgeholfen, den Schandvertrag zu verwirklichen. Sie haben sich sogar bereit erklärt, in nur schlecht verhüllter Form, in die Koalition wieder einzutreten, um einen Widerstand des Proletariats nach Möglichkeit zu verhindern.

Diese Ereignisse in dem kleinen Österreich, wie auch der letzte fascistische Umsturz in Italien, beleuchten blitzartig die Unsicherheit der ganzen Lage und beweisen am besten, daß die Demokratie nur ein

Scheingebilde ist und in Wirklichkeit eine verschleierte Diktatur der Bourgeoisie bedeutet, an deren Stelle die Bourgeoisie, wo es ihr zweckdienlich zu sein scheint, die brutale Form der weißgardistischen, terroristischen Reaktion setzt."

Diese Änderung ist eine stärkere Hervorhebung der Rolle der österreichischen Sozialdemokratie und eine Einfügung der neuesten Tatsachen.

Dann soll auf Seite 9, erster Absatz, der zweite Satz, der mit den Worten beginnt: „Da die zunehmende Verelendung auch die Mittelschichten usw.", etwas ergänzt werden, damit nicht der Anschein entsteht, als ob die Ursachen des Fascismus nur darin bestehen, daß die Mittelschichten, das Bauerntum nicht mehr ein absolut willfähriges Werkzeug der Bourgeoisie seien.

Der Satz soll nunmehr wie folgt heißen:

„Da die zunehmende Verelendung die Massen immer mehr revolutioniert, auch die Mittelschichten einschließlich der Beamten erfaßt und die Sicherheit der Bourgeoisie, in der Bürokratie ein absolut willfähriges und ausreichendes Werkzeug zu haben, erschüttert, genügen der Bourgeoisie die legalen Unterstützungsmethoden nicht mehr. Sie geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Garden zu schaffen . . ."

Die Gründung von besonderen weißen Garden wird also mit der zunehmenden Revolutionierung der breiten Massen begründet, die immer mehr auch die Schichten der kleinen Beamten usw. erfaßt.

Dann soll auf derselben Seite 9 am Ende des zweiten Absatzes noch ein Nebensatz angehängt werden. Der zweite Absatz beginnt mit den Worten: „Das charakteristische Merkmal des italienischen Fascismus, des „klassischen Fascismus" usw. und schließt mit den Worten: „sogar in gewissen Teilen der Arbeiterschaft schaffen". Hier soll der Nebensatz angefügt werden:

„. . . zu schaffen, wobei sie die notwendigen Enttäuschungen über die sogenannte Demokratie für ihre reaktionären Zwecke geschickt auszunutzen verstehen."

Im dritten Absatz derselben Seite soll zwischen „Deutschland", „Bayern" und „in Amerika" noch eingefügt werden „Österreich", weil dort ebenfalls fascistische Erscheinungen sichtbar sind.

Die größten Abänderungen hat der Absatz über die Arbeiterregierung erfahren. Es kam der Kommission darauf an, die Frage der Arbeiterregierung so klar wie möglich und so scharf wie möglich abzugrenzen und herauszuschälen.

Auf Seite 19, wo von den Bedingungen die Rede ist, unter denen die Teilnahme der Kommunisten an einer Arbeiterregierung möglich ist, wurde eine neue Bedingung hinzugefügt. Der Text muß jetzt lauten:

1. Die Teilnahme an einer Arbeiterregierung kann nur mit Zustimmung der Komintern erfolgen.

Das ist das Neue.

Dann geht es weiter mit denselben Worten wie beim ersten Entwurf:

2. die kommunistischen Teilnehmer an einer solchen Regierung müssen unter der strengsten Kontrolle ihrer Partei stehen.

3. Die betreffenden kommunistischen Teilnehmer an dieser Arbeiterregierung müssen in engster Fühlung mit revolutionären Organisationen der Massen stehen.

4. Die Kommunistische Partei muß ihr eigenes Gesicht und die volle Selbständigkeit ihrer Agitation unbedingt behalten.

Bei allen großen Vorteilen hat die Arbeiterregierungsparole auch ihre Gefahren, ebenso wie die gesamte Taktik der Einheitsfront Gefahren in sich birgt. Um diesen Gefahren vorzubeugen, müssen die kommunistischen Parteien folgendes ins Auge fassen: Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats.

In der ursprünglichen Fassung heißt es: „eine sozialistische Regierung".

Die Kommission hat diese drei Worte gestrichen und dafür gesetzt: „d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats." Denn das Wort „sozialistisch" ist zu vieldeutig. Es kommt darauf an, zu sagen, was der Klasseninhalt der Regierung sein soll.

Der Absatz fährt dann weiter fort:

„Die Kommunistische Internationale muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:"

Nun kommen die fünf Möglichkeiten, die zum Teil auch neu formuliert wurden.

1. Liberale Arbeiterregierung. Eine solche gab es in Australien, eine solche wird auch in absehbarer Zeit in England möglich sein.

2. Sozialdemokratische Arbeiterregierung (Deutschland).

In der ursprünglichen Fassung stand als dritter Punkt:

„Arbeiter- und Bauernregierung."

Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß in gewissen Ländern eine Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit irgendeiner christlichen Bauernpartei, die nicht arme und Kleinbauern, sondern reiche vertritt, sich diesen Namen beilegen könnte, wie es in Österreich der Fall war. Damit klar ausgedrückt wird, was gemeint ist, lautet der Absatz jetzt:

3. *Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern.* Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei usw.

Ursprünglich hieß der vierte Punkt: „Sozialdemokratisch-*Kommunistische* Koalitionsregierung." Die Kommission war der Meinung, daß die Formulierung zu eng ist. Es handelt sich nicht nur um eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern es ist sehr wohl möglich, daß auch parteilose, syndikalistische, eventuell auch christlich organisierte Arbeiter in einer solchen Regierung sind. Es ist also geschrieben worden: „Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten."

Der fünfte Punkt ist unverändert geblieben.

61



5. Wirklich proletarische Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann.

Der nächste Absatz bringt noch eine größere Einschaltung. Es war notwendig zu sagen, daß die beiden ersten der obengenannten Formen der Arbeiterregierung keine revolutionären Arbeiterregierungen sind, sondern in Wirklichkeit nichts anderes als verkappte Koalitionsregierungen. Die Stellung der Kommunisten hierzu muß präzisiert werden. Die Kommission schlägt deshalb folgende Fassung vor:

„Die beiden ersten Typen sind keine revolutionären Arbeiterregierungen, sondern in Wirklichkeit verkappte Koalitionsregierungen zwischen Bourgeoisie und antirevolutionären Arbeiterführern. Solche „Arbeiterregierungen" werden in kritischen Zeiten von der geschwächten Bourgeoisie geduldet, um das Proletariat über den wahren Klassencharakter des Staates zu täuschen oder gar mit Hilfe der korrumpierten Arbeiterführer den revolutionären Ansturm des Proletariats abzuwehren und Zeit zu gewinnen. Die Kommunisten können sich an einer solchen Regierung nicht beteiligen. Sie müssen im Gegenteil den wahren Charakter dieser falschen „Arbeiterregierung" unerbittlich vor den Massen entlarven. In der gegebenen Niedergangsperiode des Kapitalismus, wo die wichtigste Aufgabe darin besteht, die Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution zu gewinnen, können aber auch diese Regierungen objektiv dazu beitragen, den Zersetzungsprozeß der Gewalt zu beschleunigen.

Die Kommunisten sind bereit, auch mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats noch nicht erkannt haben, mit sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen, syndikalistischen usw. Die Kommunisten sind also auch bereit, unter gewissen Bedingungen und unter gewissen Garantien eine nichtkommunistische Arbeiterregierung zu unterstützen. Die Kommunisten erklären aber der Arbeiterschaft unter allen Umständen offen, daß nur die Diktatur des Proletariats der Arbeiterklasse die wirkliche Befreiung sichert."

Zum Schlusse ist die Rede von den zwei weiteren Typen der Arbeiterregierung, das ist also die Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern und die Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten. Der erste Satz des letzten Absatzes auf Seite 29 fällt aus. Es muß dann heißen:

„Die zwei weiteren Typen der Arbeiterregierung (Ziffer 3 und 4), an denen die Kommunisten teilnehmen können, bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht einmal eine geschichtlich unvermeidliche Übergangsform zur Diktatur, aber sie können dort, wo sie zustandekommen, einen Ausgangspunkt zur Erkämpfung dieser Diktatur bilden. Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung (Ziffer 5), die aus Kommunisten besteht."

Die Kommission glaubt, daß bei dieser Fassung hinlängliche Klarheit über die verschiedenen Formen der Arbeiterregierung und die Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen Formen geschaffen ist.

Zum Schluß soll auf Seite 21 ein neuer Paragraph als § 14 eingefügt werden:

14. *Die Komintern als Weltpartei.* Die Kommunistische Internationale muß in immer höherem Maße gleichzeitig mit ihrer organisatorischen Ausgestaltung zu einer kommunistischen Weltpartei sich auch politisch als solche betätigen; sie hat insbesondere der Führung der notwendigen Aktionen in ganzen Ländergruppen ihr Augenmerk zuzuwenden.

Der letzte Absatz über die internationale Disziplin ist also nunmehr der 15. Absatz.

Die Kommission bittet den Kongreß, die Resolution mit den hier verlesenen Abänderungen einstimmig anzunehmen.

BORDIGA (Italien): Genossen, die Majorität der italienischen Delegation hätte zu den dem Kongreß soeben unterbreiteten Thesen über die Taktik einige Bemerkungen zu machen.

Ich habe sogar ein Projekt anderer Thesen, die in einigen Kapiteln von der vorgeschlagenen These abweichen, redigiert und der Kommission unterbreitet. Aber im gegenwärtigen Augenblick des Kongresses und infolge politischer Umstände, die mit der besonderen Lage unseres Landes im Zusammenhang stehen, sind wir der Ansicht, daß es nicht absolut wichtig ist, auf einer Debatte über Fragen der Taktik zu bestehen.

Unser Thesenentwurf enthält einige Abänderungen betreffs der Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Wir hoffen, ja, wir sind überzeugt, daß diese Fragen bei den Sitzungen der Erweiterten Exekutive erörtert werden, oder daß sie zumindest auf dem 5. Kongreß zur Sprache kommen, denn dieser wird sich mit dem Programm der Internationale beschäftigen müssen und wird, unserer Überzeugung nach, notwendigerweise in systematischer Art die Fragen der Taktik modifizieren müssen.

Aus diesem Grunde ersuchen wir die Exekutive, die jetzt gewählt werden wird, das von mir unterbreitete Projekt als Dokument zurückzubehalten, das zur Information, zur Erörterung und zum gründlichen Studium der Frage dienen kann.

Nachdem wir diese Erklärungen abgegeben haben, werden wir jetzt die vorgeschlagene Resolution votieren. (Beifall.)

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung über die Taktik-Thesen. (Siehe Beilage VII!) Stimmt jemand gegen den Vorschlag der Kommission? Gibt es Stimmenthaltungen? Beides ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß die Taktik-Resolution mit den vorgeschlagenen Abänderungen einstimmig angenommen ist. (Beifall.)

Die Kommission, die sich mit der Resolution über die *Offensive des Kapitals* beschäftigt hat, hatte auch die Aufgabe, einen offenen Brief an die Amsterdamer wegen der Offensive des Kapitals und wegen der Einheitsfrontfrage zu verfassen. Die Kommission teilt uns mit, daß diese Arbeit noch nicht vollständig abgeschlossen ist und daß auch dieses Material der Exekutive überwiesen werden soll. (Siehe Beilage VIII!)

Die *Orient*kommission hat ihre Resolution fertiggestellt, vervielfältigt und an die Delegierten verteilt. (Siehe Beilage IX!) Es ist deshalb nicht notwendig, sie zu verlesen. Wir kommen zur Abstimmung über diese Resolution.

61*

Ist jemand gegen diese Resolution? — Das ist nicht der Fall. Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Ebenso ist die Resolution, die sich auf die *Erziehungsfrage* bezieht, vervielfältigt und verteilt worden, so daß wir gleich darüber abstimmen können. (Siehe Beilage X!)

Ist jemand gegen diese Resolution? Das ist nicht der Fall. Auch diese Resolution ist einstimmig genehmigt.

Den Delegierten liegt ferner das *Aktionsprogramm der französischen Partei vor.* (Siehe Beilage XI!) Das Präsidium ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß alle drei Fraktionen der französischen Delegation sich völlig über die Grundsätze einig sind, die in diesem Aktionsprogramm formuliert sind.

Wir kommen zur Abstimmung darüber. Stimmt jemand gegen dieses Aktionsprogramm? Gibt es Stimmenthaltungen? Beides ist nicht der Fall. Das Aktionsprogramm der französischen Partei ist einstimmig angenommen.

Wir kommen ferner zu der Resolution, die sich auf die Referate: „Fünf Jahre Russische Revolution" bezieht. Das Wort dazu hat Genossin Clara Zetkin.

CLARA ZETKIN:

RESOLUTION ZUR FRAGE DER RUSSISCHEN REVOLUTION.

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale spricht dem schaffenden Volk Sowjet-Rußlands tiefsten Dank und höchste Bewunderung dafür aus, daß es im revolutionären Kampfe nicht nur die Staatsmacht erobert und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet hat, sondern die Errungenschaften der Revolution bis heute siegreich gegen alle Feinde im Innern und von außen verteidigte. Es hat sich damit unsterbliches Verdienst für die Befreiung der Ausgebeuteten, der Unterdrückten aller Länder erworben.

Der 4. Weltkongreß stellt mit größter Genugtuung fest, daß der erste Arbeiterstaat der Welt, den die proletarische Revolution geschaffen hat, in den fünf Jahren seines Bestehens trotz gehäufter, außerordentlichster Schwierigkeiten und Gefahren seine Lebens- und Entwicklungskraft vollauf bewiesen hat. Der Sowjetstaat ist aus den Schrecken des Bürgerkriegs befestigt hervorgegangen. Er hat dank dem unübertroffenen Heldenmut der Roten Armee die von der Weltbourgeoisie ausgerüstete und unterstützte militärische Gegenrevolution an allen Fronten niedergeworfen. Er hat politisch alle Versuche der kapitalistischen Staaten zurückgeschlagen, ihn durch diplomatische Kniffe und wirtschaftliche Macht zur Preisgabe des proletarischen Inhalts, des kommunistischen Ziels der Revolution zu zwingen: zur Anerkennung des Rechts des Privateigentums auf die gesellschaftlichen Produktionsmittel, zum Verzicht auf die Nationalisierung der Industrie. Unerschütterlich hat er gegen den Ansturm der Weltbourgeoisie die Grundbedingung der proletarischen Befreiung verteidigt: das Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln. Er bewahrte die Arbeiter und Bauern der Sowjet-



republik davor, durch Übernahme einer riesigen nationalen Schuldenlast zu Kolonialhörigen der Kapitalisten aller möglichen Länder herabgedrückt zu werden.

Der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale stellt fest, daß Sowjetrußland, der Proletarierstaat, seit er nicht mehr gezwungen ist, mit Waffengewalt seine Existenz verteidigen zu müssen, mit beispielloser Energie daran gegangen ist, die Wirtschaft der Republik aufzubauen und zu entwickeln, den Blick unverwandt auf die Umwälzung zum Kommunismus gerichtet. Die einzelnen Etappen und Maßnahmen zu diesem Ziel, die Übergangsperiode der sogenannten neuen Politik sind Auswirkungen einerseits der in Rußland gegebenen besonderen objektiven und subjektiven geschichtlichen Bedingungen, andererseits des langsamen Entwicklungstempos der Weltrevolution und der Isolierung der Räterepublik inmitten kapitalistischer Staaten. Trotz der dadurch geschaffenen ungeheuren Schwierigkeiten kann der Arbeiterstaat entschieden Fortschritte im wirtschaftlichen Aufbau verzeichnen.

Wie die russischen Proletarier für die Arbeiter der ganzen Welt bei der Eroberung und Verteidigung der politischen Macht und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur höchstes Lehrgeld gezahlt haben, so sind sie es auch, die sich suchend und versuchend unter schweren Opfern mit den Problemen und Aufgaben der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus auseinandersetzen müssen. Sowjet-Rußland ist und bleibt die reichste Fundgrube geschichtlicher revolutionärer Erkenntnis für das Weltproletariat.

Der 4. Weltkongreß stellt mit Befriedigung fest, daß Sowjet-Rußlands Politik die wichtigste Vorbedingung für den Aufbau und die Entwicklung zur kommunistischen Gesellschaft gesichert und befestigt hat: Nämlich die Sowjetmacht, die Sowjetordnung, d. h. die Diktatur des Proletariats. Denn diese Diktatur allein wirft alle bürgerlichen, kapitalistischen Widerstände gegen die volle Emanzipation der Arbeiter nieder und verbürgt damit die vollständige Überwindung des Kapitalismus und freie Bahn für die Verwirklichung des Kommunismus.

Der 4. Weltkongreß stellt des weiteren den entscheidenden ruhmreichen Anteil fest, den die zielklare, kühne Haltung der Kommunistischen Partei Rußlands, als führende Klassenpartei des Proletariats, daran hat, daß dieses, unterstützt von den Bauern, die Staatsgewalt zu erobern und zu behaupten vermochte. Die ideologische und organisatorische Geschlossenheit und starke Disziplin der Partei hat den Massen revolutionäre Ziel- und Wegsicherheit gegeben, ihre Entschlossenheit und Opferwilligkeit zum höchsten, hingebungsvollen Heroismus entflammt und einen unzerstörbaren organischen Zusammenhang zwischen Führung und Aktivität der Massen geschaffen.

Der 4. Weltkongreß mahnt die Proletarier aller Länder daran, daß die proletarische Revolution nie innerhalb eines einzigen Landes vollständig siegen kann, daß sie vielmehr international, als Weltrevolution siegen muß. Sowjet-Rußlands Arbeit und Kampf für seine Existenz, für die Errungenschaften der Revolution ist der Kampf für die Befreiung der Proletarier, der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt aus Ketten und Knechtschaft. Die russischen Prole-

tarier haben ihre Pflicht als revolutionäre Vorkämpfer des Weltproletariats überreich getan. Das Weltproletariat muß endlich die seinige tun. In allen Ländern müssen die Arbeiter, die Enterbten und Versklavten moralisch, wirtschaftlich und politisch aktivste Solidarität mit Sowjet-Rußland bekunden. Nicht bloß die internationale Solidarität, ihr ureigenes Interesse fordert, daß sie zu diesem Zweck den schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat aufnehmen. Ihre Losung muß in jedem Lande sein: Hände weg von Sowjet-Rußland! Rechtliche Anerkennung Sowjet-Rußlands! Tatkräftige Unterstützung jeder Art für den wirtschaftlichen Aufbau Sowjet-Rußlands! Jede Stärkung Sowjet-Rußlands bedeutet eine Schwächung der Weltbourgeoisie. Sowjet-Rußlands fünfjähriges Bestehen ist der schwerste, nicht zu verwindende Schlag, den der Weltkapitalismus bis nun erhalten hat.

Der 4. Weltkongreß ruft die Proletarier aller noch kapitalistischen Länder auf, angefeuert durch Sowjetrußlands Beispiel, zum Todesstoß wider den Kapitalismus auszuholen, ihre Macht aufzubieten für die Weltrevolution.

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen die vorgeschlagene Resolution? — Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Beifall.) Dann kommen wir zum nächsten Punkt unserer Tagesordnung, zur Wahl der Exekutive. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, in deren Namen nunmehr Gen. Kolarow berichten wird.

KOLAROW: Auf Grund der Resolution über die Organisation der Exekutive, wird die künftige Exekutive aus 1 Präsidenten, 24 Mitgliedern und 10 Kandidaten bestehen.

Dieser Resolution zufolge hat das Präsidium die verschiedenen Delegationen ersucht, Kandidaten aufzustellen und ganze Listen vorzubereiten. Einige haben ganze Listen unterbreitet, während andere nur ihre Kandidaten bezeichnet haben.

Die kleine Kommission hatte ein sehr schwieriges Problem zu lösen, da, wie Sie wissen, unsere Internationale aus 62 kommunistischen Parteien besteht. Alle diese Parteien möchten gern in der Exekutive vertreten sein, was natürlich ein unlösbares Problem ist.

Die kleine Kommission mußte notgedrungen ihre Wahl derart treffen, daß sie gewissen Parteien den Vorzug gab, nämlich solchen Parteien, die infolge ihrer numerischen Stärke oder ihrer politischen Rolle für die Internationale von größerer Bedeutung sind.

Andererseits war die kleine Kommission bemüht, in der neuen Exekutive beinahe den ganzen Erdball vertreten zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß es der kleinen Kommission in mehr oder weniger befriedigender Weise gelungen ist, dieses Problem zu lösen. In die Liste, die sie Ihnen unterbreitet, hat sie die Vertretungen aller Kontinente, aller großen Parteien und aller Parteigruppen, die sich in einigermaßen gleichen Verhältnissen befinden, aufzunehmen gewußt.

Die von der kleinen Kommission zusammengestellte Liste ist nach einigen Abänderungen vom Präsidium bestätigt worden, und ich bin beauftragt, sie Ihnen vorzulegen. Hier ist sie:

		Vertreter:	Kandidaten	
Präsident	1	Sinowjew	—	—
Frankreich	2	Frossard, Souvarine	1	Duret
Deutschland	2	Zetkin, Hörnle	1	Böttcher
Rußland	2	Bucharin, Radek	2	Lenin, Trotzki
Tschechoslowakei	2	Smeral, Neurath	1	Muna
Italien	2	Gennari, Gramsci	1	Bordiga
Jugendintern.	2	Schüller, Schatzkin	—	—
England	1	Mac Manus	1	Newbold
Amerika	1	Carr	1	Damon
Skandinavien	2	Höglund, Scheflo	—	—
Polen	1	Pruchnjak	—	—
Finnland	1	Kuusinen	—	—
Balkan	1	Kolarow	1	Macavei
Australien	1	Garden	—	—
Südamerika	1	Stirner	—	—
Südafrika	1	Andrews	—	—
Orient	2	Katayama, Safarow	1	Roy
	25		10	

Der italienischen Partei wird das Recht eingeräumt, nach ihrem Vereinigungsparteitag neue Vorschläge für ihre Vertreter in der Exekutive zu machen, die aber von der Exekutive bestätigt werden müssen.

Im Namen des Präsidiums ersuche ich Sie, diese Liste womöglich einstimmig anzunehmen.

Es wurden seitens einiger Parteien, deren Vertreter in dieser Liste keinen Raum mehr fanden, eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Gründe dieses Raummangels habe ich Ihnen am Anfang dieses kleinen Berichtes auseinandergesetzt. Ich ersuche die Delegationen, deren Vorschläge nicht berücksichtigt werden konnten, nicht auf ihnen zu bestehen und sich dem ihnen vom Präsidium unterbreiteten Antrag anzuschließen. (Beifall.)

VORSITZENDER: Ich schlage vor, daß wir folgendermaßen vorgehen. Wenn irgendwelche Abänderungen vorgeschlagen werden sollten, was wir nicht annehmen, würden wir zunächst diese Vorschläge erledigen und dann im ganzen über die vorgeschlagene Liste abstimmen. Es ist uns bis jetzt nur mitgeteilt worden, daß ein Teil der amerikanischen Delegation nicht ganz mit der Art, wie von der Delegation die Kandidatur erledigt worden ist, einverstanden war. Ich stelle hier im Namen des Präsidiums fest, daß jede Delegation die Möglichkeit hatte, Kandidaten vorzuschlagen und daß jetzt der Kongreß darüber zu entscheiden hat.

Ich frage also: Wünscht jemand für den Vorschlag der Kommission einen Abänderungsantrag zu stellen? — Wie es scheint, ist doch eine Diskussion nicht zu vermeiden. Wir hoffen aber, daß sich diese Diskussion nur auf ganz allgemeine Dinge bezieht, so daß wir dann sofort zur Abstimmung gelangen können.

BILLINGS (Amerika): Gen. Vorsitzender und Genossen, ich möchte gegen die Wahl des Gen. Damon als Kandidaten für das Exe-

kutivkomitee protestieren. Die Genossen, die den Gen. Damon ernannten, taten das mit Hintansetzung der Parteidisziplin im Hinblick darauf, daß die Majorität der amerikanischen Delegation berechtigt ist, Kandidaten für das Exekutivkomitee aufzustellen. Die Minorität, die das tat, hat es ohne vorherige Beratung mit der Majorität der Delegation der Partei getan. Auf der Delegationssitzung wurde mittels Abstimmung vereinbart, daß Gen. Carr der Kandidat für das Exekutivkomitee sein würde und Gen. Billings Stellvertreter. Darum protestiere ich im Namen der Majorität der Delegation gegen die Ernennung des Gen. Damon und möchte den Gen. Carr und als seinen Stellvertreter den Gen. Billings auf die Liste gesetzt sehen.

GRÜN (Österreich): Ich bin von den Delegationen der Parteien Österreichs, der Schweiz und Hollands beauftragt, den Antrag zu stellen, diesen drei Parteien, die mittlerer Größe sind, insgesamt eine Mitgliedschaft von über 23 000 Mitgliedern aufzuweisen haben und sich aus Ländern zusammensetzen, die eine Bevölkerung von 17 Millionen umfassen, die Möglichkeit einer Vertretung zu geben. Es ist im Vorschlag der Kommission eine doppelte Vertretung für die skandinavischen Länder enthalten, die insgesamt kaum etwas über 10 Millionen Einwohner haben und deren Parteien zusammengenommen auch nicht viel größer sind als die drei Parteien, in deren Auftrage ich hier spreche.

Ich glaube, es wird vollkommen genügen, wenn unter den Mitgliedern des Exekutivkomitees sich für die skandinavischen Parteien ein Vertreter in der Exekutive und ein Kandidat befinden. Es könnte dann unter Umständen der Kandidat für die amerikanische Partei, deren Bedeutung ja erst noch im Wachsen ist, entfallen. Ich bitte, durch Annahme dieses grundsätzlichen Antrages den drei Delegationen Gelegenheit zu geben, nach einer kleinen Pause mit einem namentlichen Vorschlag hervorzutreten.

TORP (Norwegen) (spricht norwegisch, übersetzt von Wallenius): In der Vorschlagsliste der Kommission ist Gen. Scheflo als Mitglied Norwegens in der Exekutive genannt worden. Die norwegische Delegation hat ein Telegramm nach Norwegen abgesandt und bei der Parteileitung angefragt, ob diese nicht für den Gen. Meyer wäre und hat die Antwort erhalten, daß die Parteileitung gegen eine Stimme für Meyer ist. Torp schlägt deshalb vor, daß anstatt des Gen. Scheflo der Gen. Meyer gewählt wird. Er meint, daß die große Krise, die die norwegische Partei jetzt durchmacht, dadurch leichter überwunden werden wird und daß auch das Einverständnis mit der Exekutive leichter hergestellt wird. Gen. Scheflo ist außerdem Reichstagsabgeordneter und kann infolgedessen nicht in Moskau sein, während das für den Gen. Meyer leichter ist. Er stellt darum den Antrag, daß Gen. Meyer vom Kongreß als Mitglied in die Exekutive gewählt wird.

VORSITZENDER: Die Debatte ist geschlossen. Für die Wahlkommission erteile ich dem Gen. Kolarow das Wort.

KOLAROW (Bulgarien): Genossen, der vom Gen. Billings aus Amerika erhobene Protest ist ganz und gar unangebracht. Die von den Delegationen gemachten Vorschläge sind informierender und provisorischer Natur. Das sind keineswegs Vorschläge, an die das Präsidium

und die Kommission gebunden sind. Nach dem vom Kongreß selbst gefaßten Beschluß hat der Kongreß das Recht, die von den verschiedenen Delegationen gemachten Vorschläge unberücksichtigt zu lassen. Wir wollen eine internationale Partei sein und ein internationales Komitee haben, ein Exekutivkomitee, das vom Kongreß selbst gewählt und ernannt ist.

Es ist natürlich klar, daß der Kongreß bei der Wahl seines Exekutivkomitees die verschiedenen Parteien, ihre Kräfte, ihre Politik, ihre Bedürfnisse in Rechnung ziehen wird, aber es wäre eine durchaus falsche Vorstellung, daß der Wunsch jeder Partei, jeder Delegation vom Kongreß befolgt werden müßte.

Der Gen. Damon, den das Präsidium auf die Liste gesetzt hat, ist ein alter amerikanischer Revolutionär; wenn das Präsidium Ihnen also diesen Genossen als Kandidaten für Amerika vorschlägt, so fordert es Sie damit bloß auf, einen revolutionären Genossen zu wählen, der würdig ist, stellvertretendes Mitglied des Exekutivkomitees zu werden.

Die Parteien Österreichs, Hollands und der Schweiz haben bei dieser Gelegenheit ein Bündnis geschlossen. Ich weiß nicht, ob dieses Bündnis noch anderen Bedürfnissen entspricht, als bloß dem der Ernennung eines Delegierten. Ich muß wiederholen, daß es absolut unmöglich ist, alle Parteien zu befriedigen. Wir haben deren zuviel und wir hoffen, daß nächstes Jahr ihrer noch viel mehr sein werden. Infolgedessen werden viele Parteien ohne direkte Vertretung durch ihren eigenen Delegierten bleiben und nur durch das Exekutivkomitee vertreten sein, das das Komitee der internationalen Partei ist.

Der Delegierte aus Norwegen macht im Namen des Exekutivkomitees der norwegischen Partei den Vorschlag, den Gen. Scheflo durch den Gen. Meyer zu ersetzen.

Ich muß im Namen des Präsidiums und der Wahlkommission erklären, daß dieser Vorschlag unannehmbar ist, und wir werden auch offen sagen, warum. Der Genosse, der vor mir gesprochen hat, hat darauf hingewiesen, daß Gen. Scheflo bei den Spaltungen, die innerhalb der norwegischen Partei bestehen, für die Minderheit Partei ergriffen hat und daß er infolgedessen nicht den Willen, die Gesinnung und die Taktik der Majorität der Partei vertritt.

Genossen, es handelt sich hier nicht darum, zu wissen, welches die Gesinnung und die Orientierung der Majorität der norwegischen Partei ist, denn es handelt sich nicht darum, ein Mitglied des leitenden Komitees der norwegischen Partei zu wählen. Es handelt sich lediglich darum, ein Mitglied des Exekutivkomitees der Internationale zu wählen; infolgedessen ist es wichtig zu wissen, welches die Orientierung und die Taktik der Kommunistischen Internationale ist.

Wir erklären, daß Gen. Scheflo in Norwegen die Orientierung der Kommunistischen Internationale vertritt und daß wir das Recht und die Pflicht haben, ihn als Mitglied des Exekutivkomitees in Vorschlag zu bringen.

Aus diesem Grunde schlage ich Ihnen im Namen des Präsidiums und der Kommission vor, die von Ihnen gehörten Änderungsvorschläge zu verwerfen. (Beifall.)

VORSITZENDER: Genossen, wir sehen uns veranlaßt, die Abstimmung jetzt so vorzunehmen, daß wir die Wahl des Präsidenten von der Wahl der Mitglieder der Exekutive loslösen. Wenn kein Einwand erfolgt, werden wir so vorgehen.

Da kein Einspruch erhoben wird, schreiten wir jetzt zur Wahl des Präsidenten. Die Komintern schlägt den Gen. Sinowjew vor. (Nicht endenwollender Beifall.)

Genossen, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich bitte alle diejenigen, die mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich konstatiere die einstimmige Wahl des Gen. Sinowjew zum Präsidenten der Exekutive der Kommunistischen Internationale. (Der Beifall wiederholt sich.)

Nun, Genossen, zu den übrigen Abstimmungen. Zunächst mache ich darauf aufmerksam, daß wir über drei Vorschläge getrennt abstimmen müssen. Zunächst über den Vorschlag eines Teiles der amerikanischen Delegation, anstatt des Gen. Damon den Gen. Billings zu wählen. Genossen, sie haben die Begründung des Gen. Kolarow gehört. Es liegt für die Kommission kein Grund vor, von ihrem Vorschlag abzuweichen.

Ich frage nun: Wer stimmt für den Vorschlag, nämlich dafür, daß der Gen. Billings anstatt des Gen. Damon gewählt wird? — Ich bitte jetzt um die Gegenprobe: Wer stimmt für den Antrag der Kommission? — Die Frage ist erledigt, Gen. Damon ist gewählt.

Wir kommen jetzt zu dem norwegischen Vorschlage. An Stelle des Gen. Scheflo soll nach dem Vorschlage eines Teiles der norwegischen Delegation der Gen. Meyer gewählt werden. Ich frage wieder: Wer ist für den Vorschlag der norwegischen Delegation, daß nicht der Kommissionsvorschlag angenommen werden soll, sondern daß an Stelle des Gen. Scheflo Gen. Meyer gewählt werden soll? — Wer ist für den Kommissionsvorschiag? — Ich stelle fest, daß Gen. Scheflo gewählt ist.

Dann liegt ein Vorschlag der österreichischen Delegation vor. Es handelt sich darum, daß die Delegationen gewisse Vorschläge machen, und es handelt sich ferner darum, daß dann die Delegierten im Plenum zu dem Vorschlag der Kommission Stellung nehmen. Die neuen Vorschläge sollen und können sich natürlich nur auf die vorgeschlagenen Kandidaten beziehen. Das was Gen. Grün vorschlägt, ist eine Sache, die mit der Debatte, die wir jetzt führen, und mit dem Gegenstand, über den wir jetzt beraten, nur mittelbar etwas zu tun hat. Trotzdem wollen wir darüber abstimmen. Gen. Grün schlägt vor, daß die drei Länder Österreich, Holland und die Schweiz zusammengefaßt werden und eine Vertretung erhalten. Gen. Kolarow hat erklärt, daß die Kommission keine Veranlassung hat, von ihrem Standpunkte abzugehen. Ich frage: Wer ist für den Vorschlag des österreichischen Genossen? — Wer ist dafür, daß es beim Vorschlage der Kommission bleibt? — Der Vorschlag der Kommission ist angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über alle Kandidaten. Wünschen Sie, daß wir über jeden Kandidaten einzeln abstimmen? (Zurufe: Nein!) Wir werden also die Abstimmung en bloc vornehmen. Ich bitte diejenigen Delegierten, die für den Vorschlag der Kommission sind, die

Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Enthält sich ein Delegierter der Abstimmung? — Ich konstatiere die einstimmige Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Kandidaten. (Beifall.)

SINOWJEW: Genossen, unser 4. Kongreß war ein Kongreß der Präzisierung, der Konkretisierung, des Studiums und der Differenzierung der Fragen. Unser Kongreß tagte in einer Lage, wo keine besonderen, speziellen, neuen Aufgaben zu formulieren waren. Wir hatten eine andere Aufgabe, die ich schon kurz charakterisiert habe, nämlich die Aufgabe, diejenigen Beschlüsse, die wir auf den ersten drei Kongressen und besonders auf dem 3. Kongreß gefaßt haben, zu konkretisieren, zu präzisieren und zu differenzieren. Diese Aufgabe hat meiner Meinung nach unser Kongreß glänzend erfüllt. Wir haben zum ersten Male als eine wirklich internationale Weltpartei getagt. Das hat sich äußerlich darin ausgedrückt, daß wir die wichtigsten Angelegenheiten einer ganzen Anzahl von Parteien speziell auf unserem Kongreß behandelt haben.

Worin bestand eigentlich der größte Teil der Arbeiten unseres Kongresses? Darin, daß wir die wichtigsten Fragen herausgegriffen und in Kommissionen, von denen jede eigentlich eine kleine internationale Konferenz war, studiert haben. Wir haben eine französische, eine italienische, eine tschechoslowakische, eine norwegische, eine dänische, eine jugoslavische, eine polnische, eine amerikanische, eine spanische Frage und noch andere Fragen behandelt. Das waren alles Lebensfragen für die Bewegungen der betreffenden Länder, und alle diese Fragen haben wir studiert unter Hinzuziehung der besten Vertreter anderer Parteien, das will heißen, unter Ausnutzung der gesamten Erfahrung, die alle unsere Parteien haben. Das bedeutet, daß unsere Internationale endlich anfängt, eine wirkliche Weltpartei zu werden. Die Kommissionen haben mit größter Sorgfalt alle politischen und organisatorischen Fragen, die in den einzelnen Parteien aufgetaucht sind, geprüft; man kann sagen, wie ein guter, aufmerksamer Arzt seinen Patienten behandelt, so hat unser Kongreß jede einzelne Partei, jede einzelne Nuance in den Parteien und jede einzelne Streitfrage der Parteien untersucht; die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, sind tatsächlich das Ergebnis der Kollektiverfahrung und des kollektiven Geistes unserer internationalen Organisation. Wenn auch in einzelnen Fragen gewisse Minderheiten bestehen (anders geht das nicht), so müssen diese Minderheiten doch das im Auge haben, daß das, was hier in den einzelnen Fragen beschlossen worden ist, tatsächlich das ist, was die gesamte Internationale für gut hält. Zum ersten Male konnten wir uns den Luxus leisten, so genau und eingehend die internen Fragen einer ganzen Anzahl von Parteien zu prüfen.



Wir hatten die französische Frage. Ich hoffe, daß wir unserer Bruderpartei in Frankreich geholfen haben, die Überbleibsel der alten Partei zu überwinden. Wir haben mit unseren französischen Freunden über die Schwächen in der Partei offen gesprochen; wir haben ihr eine Anzahl von Weisungen aus der gesamten Internationale gegeben und wir können jetzt ruhig das Resultat dieser Verhandlungen abwarten, in der Hoffnung, daß unsere französische Bruderpartei ihre Krankheiten überwindet.

Wir hatten dann die italienische Frage. Da ging es um etwas anderes. Dort galt es, der zerbröckelten revolutionären Arbeiterklasse wieder neue Arbeitskraft, neue Siegeszuversicht zu verleihen, die besten Elemente der Sozialistischen Partei mit der Kommunistischen Partei zu vereinigen und die schweren Lehren der Vergangenheit zu beherzigen.

Wir hatten eine tschechische Krise, die, wie ich hoffe, jetzt gelöst ist. Es handelte sich darum, eine wenn auch kleine Arbeitergruppe, die infolge der Schwierigkeit der Lage auf einen falschen Weg geraten ist, zurück auf das richtige Geleise zu bringen, und es gewährt uns eine große Befriedigung, daß die Mehrheit der tschechischen Delegation, obwohl sie das volle Recht hatte, sich über einen Disziplinbruch, der von einem Teil der Partei in der Tschechoslowakei begangen worden war, zu entrüsten, dennoch dem Beschlusse des Kongresses voll zugestimmt hat, der, wie wir hoffen, in der Tschechoslowakei das wieder gut machen wird, was gefehlt worden ist.

Wir hatten ferner eine norwegische Frage. Dort geht ein Kampf vor sich, wie ihn Genosse Bucharin heute ausführlich und klar dargelegt hat. Es sind dort Überbleibsel gleichzeitig halbreformistischer und halbsyndikalistischer Natur. Föderalistische Traditionen sind in der Partei mit halbsozialdemokratischen Elementen vermengt. Es handelte sich nur darum, unserer norwegischen Partei, die eine der stärksten Parteien der Kommunistischen Internationale und überhaupt der Arbeiterbewegung der Welt ist, die volle Wahrheit zu sagen.

Wir haben eine ganze Anzahl anderer Fragen behandelt und haben sie hoffentlich glücklich gelöst.

Diejenigen Minderheiten, die im Moment des Abschlusses unseres Kongresses vielleicht nicht ganz mit seinen Beschlüssen zufrieden sind, mögen doch die Erfahrungen, die mit ihnen gemacht werden, abwarten, und sie werden sich ebenso überzeugen müssen, wie der Kongreß sich in der italienischen Frage überzeugen konnte, daß die kommunistische Frage der gesamten Kommunistischen Internationale doch etwas Bedeutenderes ist als unsere und die einzelner Parteien, die zur Internationale gehören.

Wir hatten auf unserem Kongreß 65 Delegationen, die 62 Länder vertraten. Während des 3. Kongresses waren es nur 52. Unsere Internationale ist im Wachsen begriffen, und eben darum ist es notwendig, daß wir anfangen, unsere Arbeit genau vorzubereiten, zu präzisieren, auf die Einzelheiten einzugehen und zu versuchen, den Parteien nicht nur mit allgemeinen politischen Losungen und taktischen Formen, wie es bisher nötig war, sondern auch mit ganz konkreten Ratschlägen zu Hilfe zu kommen. Dieser Prozeß bedeutet zusammengenommen eben, daß die Kommunistische Internationale nicht nur eine Propagandagesellschaft ist, eine Gesellschaft zur gemeinsamen politischen Agitation, sondern eben eine einheitliche Weltorganisation des Proletariats zu werden anfängt.

Wir haben aber auch eine Anzahl von allgemeinen Fragen besprochen, und auch in allen diesen allgemeinen Fragen bestand unsere Arbeit darin, daß wir die bisherigen Beschlüsse präzisiert und definiert haben. Die taktische Resolution, die wir heute angenommen haben, hat nur die bescheidene Aufgabe, die Richtlinien des 2. und besonders des 3. Kongresses weiterzuführen und ganz konkret den politischen Aufgaben der gegenwärtigen Lage anzupassen.

Wir haben hier zum ersten Male die Frage der Arbeiterregierung ausführlich besprochen. Wir mußten im Verlaufe der Diskussion manches ändern und präzisieren. Dazu ist aber der Kongreß da, daß wir einander beeinflussen und letzten Endes die Erfahrungen der ganzen Internationale formulieren. Unser Freund Hörnle, mit dem wir in der Subkommission gearbeitet haben, sagte über unsere Arbeit: Ja, die Formulierung der Arbeiterregierung ist auch heute vielleicht noch nicht ganz vollständig. Und ich stimme ihm da zu. Ich habe ihm geantwortet: Wir müssen zunächst einmal zwei oder drei Arbeiterregierungen wirklich haben, und diese müssen Erfahrungen sammeln und einen wirklich revolutionären Kampf unter dieser Parole durchführen. — Ich hoffe, daß es nicht mehr lange dauert, daß wir solche Erfahrungen in einem oder einigen Ländern machen.

Wir haben in der Frage der Einheitsfront eine ganz präzise Taktik formuliert. Im Dezember wurde die Linie im allgemeinen schon festgesetzt, aber auf dem 4. Kongreß hatten wir die Erfahrungen fast eines ganzen Jahres zu summieren und die Widerstände, die wir gegen diese Taktak erfahren haben, zu kennzeichnen. Jetzt haben wir die Taktik der Einheitsfront, wie ich hoffe, für eine ganze Periode genau formuliert, und es handelt sich jetzt darum, diese Taktik anzuwenden.

Dasselbe ist z. B. auch mit der Agrarfrage der Fall. Es handelt sich darum, die allgemeinen Linien, die auf dem 2. Kongreß vom theoretischen Standpunkt aus glänzend formuliert worden sind, den



konkreten Verhältnissen und Bedingungen der gegebenen Epoche in den einzelnen Ländern anzupassen; das hat der 4. Kongreß geleistet. Wir haben auf dem vierten Kongreß nicht die Opposition gehört, die Wir haben auf dem 4. Kongreß nicht die Opposition gehört, die Kommunisten sich überhaupt nicht viel um die Bauernschaft zu kümmern haben. Das ist jetzt eine gewonnene Position in der Kommunistischen Internationale. Wir haben jetzt eine klare Linie in der Agrarfrage, und das heißt die Hälfte der Vorbereitung des Sieges. Denn die Arbeiterklasse kann nur dann wirklich siegen und den Sieg behalten, wenn sie es versteht, die Mehrheit der Arbeiterklasse unter die Fahne des Kommunismus zu bringen. Aber die zweite Hälfte der Aufgabe besteht darin, daß wir auch verstehen, im Kampfe gegen die Bourgeoisie den einen Teil des Bauerntums zu neutralisieren und den anderen Teil an uns zu reißen. Durch die theoretischen Beschlüsse des 2. Kongresses und durch die praktischen Aktionsbeschlüsse des 4. Kongresses haben wir eine feste Basis für unsere ganze Agitation auf dem Lande, für unsere ganze Agrararbeit geschaffen.

Nehmen wir die *Orientfrage*. Schon auf dem 2. Kongreß haben wir die allgemeine theoretische Linie festgesetzt, die sich als absolut richtig erwiesen hat. Unser Verhältnis zu den revolutionären nationalen Bewegungen, die nicht kommunistisch sind, ist klar in der Resolution des 2. Kongresses niedergelegt worden; die theoretische Linie bleibt die alte. Es handelt sich jetzt um Wichtigeres: es handelt sich jetzt darum, sie praktisch in einer Anzahl von Ländern anzuwenden, die sich in einer revolutionären Entwicklung befinden. Und ich hoffe, dem 4. Kongreß ist es gelungen, in bezug auf die praktische Arbeit unter den Millionen und aber Millionen der Völker des Orients einen großen, wichtigen Schritt vorwärts zu tun.

Wir haben auf dem 4 Kongreß das Programm der Kommunistischen Internationale zwar noch nicht angenommen, aber den ersten Stein zum Fundament unseres Programms haben wir doch schon gelegt. Die Diskussion, die wir hatten, die Entwürfe, die vorgelegt wurden, werden selbstverständlich umgearbeitet werden müssen; wir werden im Laufe dieses Jahres die kollektiven Gedanken der Internationale zu erfassen versuchen. Aber dennoch — die ersten Schritte sind getan, die ersten zusammenfassenden Maßregeln sind getroffen, und wir haben schon die generelle Linie unseres zukünftigen Programms.

Wir haben ausführlich über die *Jugendfrage* gesprochen, über die *Frauenfrage*, über die *Konsumgenossenschaften*, über alle praktischen Fragen der Bewegung, die Fragen, die zusammengenommen eben den Inhalt unserer ganzen Arbeit ausmachen.



Wir haben in der *Gewerkschaftsfrage* einen wichtigen Beschluß gefaßt. Wir haben mit dem besten Teil der ganzen syndikalistischen Welt einen Block geschlossen. Und unsere Verständigung mit den Syndikalisten ist absolut nicht diplomatisch, es ist eine brüderliche, offene Verständigung, wie sie Revolutionären geziemt. Zwar haben wir sehr wichtige Meinungsverschiedenheiten mit unseren syndikalistischen Genossen, die nicht Kommunisten sind, sich aber so nennen. Wir haben starke theoretische und auch manche praktische Meinungsverschiedenheiten mit ihnen. Aber was wir hier getan haben, ganz öffentlich, so daß jeder Arbeiter den Bericht darüber erhalten kann, das bedeutet eine Verständigung zwischen unserer Kommunistischen Internationale, die den Anspruch erhebt, wirklich den Geist der gesamten Arbeiterklasse zu verkörpern, und einem Teil der Arbeiterklasse, der noch nicht zu uns gehört, der aber für den Kommunismus kämpfen will. Diese Verständigung mit der syndikalistischen Welt ist ein sehr wichtiger Beschluß und ein sehr wichtiger Faktor in der Vorbereitung der internationalen proletarischen Revolution.

Alles in allem: nehmen Sie die Agrarfrage, die Frage der Heranziehung der Bauern; nehmen Sie die Orientfrage, die Frage der Heranziehung der unterdrückten Völker; nehmen Sie die Frage der Verständigung mit den Syndikalisten, die Frage der Heranziehung bedeutender Teile der Arbeiterschaft, die noch nicht zu uns gehören; nehmen Sie die Beschlüsse über die Arbeiterregierung, d. h. die Beschlüsse über die Heranziehung parteiloser, syndikalistischer, ja sogar christlicher Arbeiter, die gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen, des Teiles der sozialdemokratischen Arbeiter, der mit uns kämpfen will: wenn Sie das alles nehmen, haben Sie das Bild einer planmäßigen, bewußten, ernsten, *praktischen Vorbereitung* aller der Faktoren, die zum wirklichen Sieg der proletarischen Revolution gehören.

Wir konnten in diesem Moment keine direkten Beschlüsse zur Offensive fassen. Dazu war der Moment noch nicht gegeben. Aber alle vorbereitenden Schritte, um im gegebenen Augenblick zur Offensive aufzurufen, um vermittels ihrer die Arbeiterklasse im gegebenen Moment auf die Beine zu bringen, haben wir auf dem 4. Kongreß getan.

In dieser Beziehung, glaube ich, war die Arbeit des Kongresses eine grandiose Arbeit. Der Kongreß war eine große Universität für uns alle. Wir haben alle viel gelernt. Wir haben zum ersten Male unsere einzelnen Parteien gut sondiert, studiert, sie kennengelernt. Wir kennen jetzt nicht nur die Zentralkomitees dieser Parteien, sondern die Parteien selbst, ihre Schwächen, ihre Probleme, ihre inneren



Schwierigkeiten, ihre Ziele, ihren Geist. Das ist ein wichtiges Ereignis für die ganze internationale Arbeiterbewegung.

In der Gewerkschaftsfrage haben wir die Parole der Einheit der Gewerkschaften noch einmal mit besonderer Kraft betont, weil die Notwendigkeiten der Zeit das fordern. Wir müssen jetzt wie ein Mann für die Einheit der Gewerkschaften in der ganzen Welt eintreten, eben weil die Amsterdamer die Spaltung vorbereiten. Das heißt nicht, daß wir unsere kommunistischen Prinzipien verleugnen werden. Keinesfalls.

Am 11. Dezember beginnt im Haag ein Friedenskongreß, der von den Herren Amsterdamern einberufen wird. Sie waren so gütig, die russischen Gewerkschaften und die russischen Konsumgenossenschaften einzuladen. Zwar haben sie unsere Kommunistische Internationale nicht eingeladen, sie halten wahrscheinlich dafür, daß sie nicht gegen den Krieg kämpfen will oder in diesem Kampfe nichts bedeutet. Nun, wir werden diesen Leuten das nicht übelnehmen; es ist klar, sie fürchten, die Komintern einzuladen, und haben ihre Gründe dafür. Aber sie haben die russischen Gewerkschaften und die russischen Konsumgenossenschaften eingeladen. Unsere Genossen sind dahin geeilt. Die russischen Genossen haben mitgeteilt, daß auch ein Mitglied unserer Exekutive, Gen. *Radek*, als Vertreter der russischen Gewerkschaften nach dem Haag gereist ist. Gen. *Losowski*, als Vertreter der russischen Gewerkschaften, ist auch dorthin gefahren. Unsere Genossen werden dort, wenn die Herren Amsterdamer uns nicht das Wort abschneiden — was von diesen Herren Demokraten zu erwarten ist —, den Kampf offen aufnehmen und den Amsterdamern ins Gesicht sagen, was gesagt werden muß. Das heißt, sie werden ihnen sagen: „Ja, meine Herren, wenn Ihr gegen den Krieg kämpfen wollt, müßt Ihr zunächst die Parole der „Vaterlandsverteidigung" aufgeben. Man kann nicht gegen den Krieg kämpfen, wenn man die Vaterlandsverteidigung als Plattform hat. Wenn Ihr gegen den Krieg kämpfen wollt, dann müßt Ihr die Notwendigkeit der Propaganda in der Armee anerkennen, illegale Arbeit in der Armee leisten. Wenn Ihr einen Generalstreik gegen den Krieg proklamieren wollt, so müßt Ihr das vorbereiten; so muß man anfangen, zunächst vielleicht einen eintägigen Streik gegen den Militarismus zu organisieren; so muß man zunächst anfangen, die Armee gegen den Krieg vorzubereiten. Denn wenn man diese zwanzig Jahre lang im Sinne der Bourgeoisie erzieht, dann kann man nicht eines schönen Tages im 21. Jahre sagen: „Jetzt wollen wir der Armee vorschlagen, in den Streik zu treten."

Das also werden wir den Herren Amsterdamern ins Gesicht sagen. Wir werden sie daran erinnern, daß sie den Versailler Frieden

unterzeichnet haben, daß sie also an der ganzen Lage mitschuldig sind. Wir werden sie daran erinnern, daß die Internationale der Gewerkschaften 1914 die Hauptkraft in den Händen der kriegführenden bürgerlichen Regierungen gewesen ist. Wir werden ihnen nichts schenken, wir werden ihnen im Haag alles offen ins Gesicht schleudern.

Aber, Genossen, dessenungeachtet werden wir doch für die Einheit der Gewerkschaften überall eintreten, für die Einheit um jeden Preis, damit wir am Vorabend der Revolution nicht mit leeren Händen dastehen. Diese einzige wirkliche Massenorganisation des Proletariats, dieses unersetzliche Instrument des Befreiungskampfes unserer Klasse — es wird unersetzlich werden, wenn es' in die Hände der Kommunisten gelangt — müssen wir vor dem Zerschlagen bewahren; wir müssen die Einheit der Gewerkschaften um jeden Preis bewahren.

Das, Genossen, ist in großen Zügen der Inhalt unserer Beschlüsse. Wir haben auf diesem Kongreß nicht Fanfaren geblasen. Wir haben jetzt eine unermüdliche Arbeit *der Vorbereitung* in allen Parteien zu führen, eine Sanierungsarbeit. Wenn man hörte, daß man da oder dort einen bürgerlichen Journalisten ausgeschlossen hat, so könnte das vielleicht als eine kleinliche Sache erscheinen. Nein, Genossen, das ist keine kleinliche Sache, das ist die vorbereitende Sanierung der Parteien, die notwendige „Sanierungsarbeit", die der Kongreß, nachdem er sich sozusagen die Ärmel aufgekrempelt hatte, in verschiedenen Parteien durchgeführt hat. Das ist eine prosaische und nicht immer sehr angenehme Arbeit. Aber wer eine wirklich kommunistische internationale Partei zum Kampf vorbereiten will, muß jetzt jeden Tag dazu benutzen, um die Parteien zu untersuchen, damit wir eine wirklich kommunistische Partei bekommen und sie im gegebenen Moment ihre historische Rolle spielen kann.

Wir haben, Genossen, organisatorische Beschlüsse von großer Bedeutung gefaßt; wir haben alles Föderalistische oder fast alles Föderalistische, was noch in unserem Aufbau war, liquidiert. Wir hoffen, daß es auf dem 5. Kongreß unmöglich eine solche Debatte zur Wahl der Exekutive geben wird, wie wir sie heute gehabt haben. Man kann darüber streiten, ob der oder jener in die Exekutive gehört. Das sollen wir tun und ruhig sagen, wer unser Vertrauen hat und wer nicht, aber eine Situation, wie wir sie heute gehabt haben, daß Blocks von zwei oder drei Ländern für sich einen Vertreter in die Exekutive haben wollten, und zwar lediglich vom nationalen Standpunkt aus, muß in Zukunft unterbleiben. Ein solches Schauspiel haben wir hoffentlich heute zum letzten Male gesehen. Wir sind eine einheitliche kommunistische Weltpartei. Darum müssen wir ein einheitliches Zentral-

komitee der Weltpartei haben. Die Mitglieder dieses Zentralkomitees können vom Balkan, aus Japan, aus Deutschland oder aus Rußland kommen. Wir nehmen unsere besten proletarischen Kräfte aus der Bewegung dort, wo sie uns gegeben sind. Wir werden von nun an alles Föderalistische bekämpfen und eine wirkliche Disziplin durchführen.

Zur Disziplin noch ein paar Worte! Manchmal betonen die Genossen, sie seien diszipliniert, weil sie diejenigen Beschlüsse durchführen, mit denen sie einverstanden sind. Das ist noch keine Disziplin! Disziplin fängt eben erst dort an, wo man einen Beschluß auszuführen hat, mit dem man nicht ganz einverstanden ist. (Sehr richtig!) Genossen, wir bitten diejenigen Minderheiten, die vielleicht den einen oder anderen Beschluß, der sie betrifft, nicht gutheißen, in diesem besonderen Falle Disziplin zu üben. Dort, wo man einverstanden ist, ist keine Disziplin erforderlich: das ist Überzeugung. Aber in dem Moment, wo ich etwas auszuführen habe, was mir nicht ganz paßt, fängt wirklich die internationale Disziplin an.

Und ich glaube, daß der Sinn der Reorganisation unserer Exekutive ein sehr großer ist.

Es ist nicht nur eine organisatorische Maßregel, sondern eine politische Maßregel von großer Tragweite, eine Maßregel, die bedeutet, daß wir zur Weltpartei werden und in allen Fällen wirklich internationale Disziplin üben werden müssen. Wir haben in unserer Resolution betont, daß wir das schon auf dem 3. Kongreß gesagt haben. Wir haben das einfach wiederholt. Wir haben gesagt: jeder große Streik, jeder Teilaufstand, sogar jede bedeutende parlamentarische Krise kann bei gegebenem labilem Gleichgewicht zum Ausgangspunkt für eine große revolutionäre Bewegung und sogar für eine Revolution werden. Wir haben in dieser Resolution jedes Wort zwanzigmal abgewogen und abgeschätzt, ehe wir diese Fassung gewählt haben. Dieser Satz ist absolut richtig und wissenschaftlich zu beweisen. Niemand kann sagen, wie lange noch diese labile Periode dauern wird, wie lange noch die Offensive des Kapitals anhalten wird. Niemand kann sagen, wann der Moment anfangen wird, wo wir von der Defensive zur Offensive übergehen. Aber es ist klar: wir haben jetzt nicht in Jahrzehnten zu denken, sondern in Jahren. Nicht um Jahrzehnte handelt es sich, sondern um Jahre.

Bezüglich der Dimension unserer Revolution handelt es sich nicht um einzelne Parteien, sondern um die Gesamtlage, und in der Zeit handelt es sich nicht um Jahrzehnte, sondern um Jahre. So ist die Lage. Man braucht gar nicht optimistisch zu sein, man kann das ruhig vor aller Öffentlichkeit konstatieren. Unsere Hauptaufgabe ist zu-

nächst, die Masse der Arbeiter zu gewinnen. Dazu die vorbereitende Arbeit und dazu überhaupt die Kommunistische Internationale. Noch ein paar Jahre, und wir haben solide Fundamente kommunistischer Parteien, durch die wir in die Lage versetzt werden, daß wir nichts mehr zu scheuen haben.

Die fünf Jahre russischer Revolution sind nicht umsonst verflossen. Alles mögliche ist geschehen. Der größte Stolz der russischen Arbeiter und Bauern besteht darin, daß sie sagen: Trotz alledem, Ihr werdet schon sehen, es ist uns doch gelungen, etwas zu tun, um die Arbeitermassen der anderen Länder zu heben und zu organisieren. (Beifall.)

Also, wie gesagt, noch ein paar Jahre Arbeit, und wir können aufatmen. Wir sehen, die Vorbereitungsarbeit ist getan. Wir haben in jedem Lande eine feste kommunistische Partei, und das ist von historischer Bedeutung. Die Bildung eines festen Kernes einer kommunistischen Partei in irgendeinem entfernten Lande hat jetzt mehr historische Bedeutung als der Versailler Frieden, als die Lausanner Konferenz, oder als alle diese sogenannten Weltkonferenzen, auf denen sich die hohen Diplomaten herumtreiben. Die Bildung eines festen Kernes einer kommunistischen Partei in Indien hat z. B. — historisch gesprochen — eine viel größere Bedeutung als alle diese Konferenzen.

Darum, Genossen, an die Arbeit! Schweren Zeiten gehen wir entgegen. Wir haben in unserer Resolution konstatiert, daß der internationale Fascismus im Anmarsch ist. Das bedeutet, daß Hunderte und Tausende unserer besten Kämpfer in die Gefängnisse kommen und getötet werden von der Bourgeoisie und den Herren Sozialpatrioten, die Arm in Arm mit den Weißgardisten gehen. Wir gehen einer schweren Zeit entgegen. Aber die Zeit, die bisher verflossen ist, ist nicht umsonst verflossen. Die Bourgeoisie hat zusammen mit der glänzenden 2. und 2½ Internationale alles versucht, um uns zu besiegen. Es ist ihnen nicht gelungen. In der Taktik der Einheitsfront haben wir den taktischen Schlüssel zur Gesamtlage, zur ganzen Position im gegebenen Moment. Wir wenden uns jetzt mit einem offenen Brief an die 2. Internationale und an die Amsterdamer. Die Leute werden ja die Einheitsfront ablehnen, ebenso wie es die Sozialpatrioten getan haben. Ich habe heute einen Artikel im „Populaire" gelesen, also im Zentralorgan der französischen Sozialpatrioten. Als unsere französischen Genossen gesagt haben: Kommt!, haben sie geantwortet: Wir können mit Euch keine Einheitsfront machen. Seht, was Lenin über uns geschrieben hat in folgenden Zitaten. — Und nun folgen liebenswürdige Ausdrücke Lenins über die französischen Sozialpatrioten. Auf der nächsten Seite heißt es: Seht, was Trotzki über



uns gesagt hat! Und nun folgt eine Anzahl noch besserer Zitate. (Heiterkeit.) Endlich kommt eine Anzahl von Zitaten meiner Wenigkeit. Ich habe ihnen auch manche Komplimente gemacht. Das tragen sie nun alles zusammen und sagen: Wir können mit Euch keine Einheitsfront bilden. — Vielleicht wird die 2. Internationale das auch so machen. Die Leute denken vielleicht, wir würden sie hätscheln, wir würden ihre Verbrechen gegen die Arbeiterklasse vergessen, wir würden aufhören, sie vor der Arbeiterklasse zu geißeln! *Niemals!* Unsere Hauptaufgabe wird es gerade in der nächsten Zeit sein, der 2. Internationale das dauernd vorzuwerfen. Die Amsterdamer Internationale ist die Internationale des Verrates, weil sie ein Instrument der Bourgeoisie ist. Aber trotz alledem die Einheitsfront mit allen Arbeitern, die gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen!

In diesem Sinne, Genossen, beenden wir unsere Arbeit. Wir sind überzeugt, daß für alle 62 Parteien, die zu uns gehören, der 4. Weltkongreß Wichtiges geleistet hat. An die Arbeit, Genossen, und wir wünschen Euch den größten Erfolg bei allen diesen Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben. Ihr sollt dann die Kunde nach Hause bringen, daß die Internationale jetzt gewappnet ist durch ganz konkrete Beschlüsse, daß Ihr alle unsere Aktionen gut durchstudiert und Schritt für Schritt verschiedenen Bruderparteien geholfen habt, aus der schwierigen Lage herauszukommen. Ihr sollt ihnen die Kunde bringen, daß wir einheitlicher dastehen als je, daß unsere Parteien eine neue Periode der Sammlung aller wirklich revolutionären Kräfte begonnen haben, kurz, daß wir angefangen haben, eine einheitliche Weltpartei des Kommunismus zu werden. Davor mögen die Bourgeoisie und ihre weiße oder gelbe 2. Internationale zittern! Die Zukunft gehört uns! Es lebe die Kommunistische Weltpartei!

(Rauschender, nicht endenwollender Beifall. Die Kapelle der Kursantenschule des Kremls intoniert die „Internationale", die stehend von der Versammlung gesungen wird. Darauf wieder lebhafter Beifall und Zurufe vom Präsidium: „die Carmagnole!" Die Italiener und Franzosen singen die „Bandiera Rossa". (Beifall.)

KOLAROW (französisch): Ich bitte Sie, mich zu autorisieren, unseren russischen Genossen im Namen aller ausländischen Delegationen unsern Dank auszusprechen, und ich ersuche Sie, mir zu gestatten, das in der Sprache der russischen Genossen tun zu dürfen. (Beifall.)

(Russisch): Werte Genossen Rußlands! Es ist mir eine angenehme Pflicht, im Namen der ausländischen Delegation des 4. Weltkongresses, in Ihrer Person der russischen Kommunistischen Partei und dem ganzen russischen Proletariat und der revolutionären Bauernschaft unsern tiefgefühlten Dank für den brüderlichen Empfang auszusprechen, den Sie uns, den auswärtigen Delegierten, zuteil werden ließen.

Sie haben dem Weltkongreß alle nur möglichen und denkbaren Bequemlichkeiten verschafft, um den regelrechten und ruhigen Fluß seiner langwierigen und mühsamen Arbeit zu sichern. Wir haben vielleicht unsere Arbeit zu sehr in die Länge gezogen und diese Gastfreundschaft mißbraucht, aber Sie werden nachsichtig mit uns sein.

Sie haben uns, den auswärtigen Delegierten, die Möglichkeit geboten, uns davon zu überzeugen, welchen unbeschreiblichen Enthusiasmus und welche unerschöpfliche Energie die große Oktoberrevolution beim russischen Proletariat erweckt hat, und wir konnten mit eigenen Augen sehen, wie das russische werktätige Volk, trotz ungeheurer innerer Schwierigkeiten und trotz aller seitens der imperialistischen Staaten ringsum drohenden Gefahren, durch zähe Arbeit und nur gestützt auf die eigene Kraft und die wachsenden Sympathien der Arbeiter und der unterdrückten Völker der ganzen Welt, sich einen neuen Sowjetstaat und eine kommunistische Gesellschaft schafft.

Durch Ihre unmittelbare und energische Teilnahme an den Arbeiten des Kongresses haben Sie seinen Beschlüssen die reiche Erfahrung der russischen Revolution und die scharfgeschliffene marxistische Idee zugrundegelegt. Alle Debatten des Kongresses fanden unter dem Einfluß der großen Proletarierrevolution und ihrer großen Führer statt.

Sie haben uns außerdem mit einer Atmosphäre brüderlicher Liebe und warmer Sympathie umgeben. Wir kannten auch schon vorher die liebevolle Gesinnung des russischen Volkes, jetzt aber haben wir uns überzeugt, daß die Revolution die Entwicklung aller großen Tugenden, auf die sich die Solidarität der Werktätigen aller Völker stützt, im höchsten Grade begünstigt.

Wir vergelten Ihnen Ihren brüderlichen Empfang dadurch, daß wir entschlossen und kühn den Weg verfolgen, den uns die Oktoberrevolution gewiesen hat, und daß wir den revolutionären Kampf um den Sturz der Herrschaft des Weltkapitals energisch fortsetzen.

Noch einmal — unsern wärmsten Dank!

(Französisch): Es lebe die russische Kommunistische Partei! Es lebe das werktätige Volk Rußlands! (Anhaltender Beifall.)

VORSITZENDER: Das Präsidium hat beschlossen, daß in diesem Moment alle Delegierten verpflichtet sind, alle Sprachen zu verstehen, und daß keine Übersetzung erfolgt. (Heiterkeit.)

Das Büro sagt dann vor allem den technischen Mitarbeitern für ihre fleißige und ersprießliche Arbeit den besten Dank. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Präsidiums und, wie ich wohl hinzufügen darf, im Namen aller Delegierten sagen wir ferner den russischen Arbeitern unseren besten Dank für den herzlichen Empfang, den sie uns sowohl in Petrograd als auch in Moskau bereitet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sendboten des internationalen klassenbewußten Proletariats können heute nur hier in Rußland ruhig und ungestört arbeiten und die wichtigsten Probleme der Arbeiterbewegung beraten und studieren, hier auf dem Boden, auf welchem die russischen Bauern und Arbeiter unbeschränkte Herren der Situation sind. Wir sind gern hierhergekommen, um die wichtigsten Beschlüsse zu fassen und diejenigen Kämpfe vor-

zubereiten, die in dem gewaltigen internationalen Kampfe, in der Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit ausmünden sollen. Dennoch sagen wir den russischen Arbeitern und Bauern, daß wir unsere vornehmste Aufgabe darin erblicken, gestützt auf die Beschlüsse dieses Kongresses, so zu arbeiten, daß wir allmählich in die Lage versetzt werden, nicht mehr als Gäste hierherzukommen, sondern umgekehrt als Gastgeber in demjenigen Lande, in dem wir zuerst die Bourgeoisie niederwerfen und die Diktatur des Proletariats aufrichten, die russischen Proletarier als Gäste zu empfangen. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne begrüßen wir die russischen Bauern und Arbeiter. Es lebe die russische Arbeiterklasse! Es lebe die tapfere russische Kommunistische Partei! Es lebe das internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution! (Rauschender Beifall.)

Ich erkläre den 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale für geschlossen.

(Auf einen Zwischenruf Bordigas hin wird noch ein Vers der „Internationale" mit Musikbegleitung gesungen, ferner die „Carmagnole", und schließlich werden unter den Klängen der Musik einzelnen Mitgliedern der Kommunistischen Internationale besondere Huldigungen dargebracht.)

Schluß der Sitzung 9,45 Uhr abends.

Zur Richtigstellung. Erklärung Domskis (Polen).

Die Ausführungen Sinowjews, die sich gegen meinen angeblichen polnischen Nationalismus wendeten, beruhten auf tatsächlichen Mißverständnissen. Mein inkriminierter Artikel war nicht während der Offensive gegen Warschau, sondern viel früher — etwa Anfang Juli — geschrieben. Ich entwickelte in diesem Artikel keine grundsätzliche Theorie von der Unzulässigkeit der Hineintragung der proletarischen Diktatur in ein Land auf den Spitzen der Bajonette und halte derartige Theorien für vollkommen unrichtig. Ich hielt einen solchen Versuch nur unter den damaligen konkreten Umständen in Polen für einen Fehler und schrieb in dem Glauben, daß die Sowjetregierung diesen Fehler nicht machen würde. Ich erlaubte mir später, in einem vertraulichen Briefe an die russischen Freunde auf den Fehler hinzuweisen; daß es ein Fehler war, hat Gen. Lenin ein Jahr später öffentlich festgestellt.

Was den Vorwurf betrifft, daß ich in meiner Rede die Arbeiterregierung nur für Polen ablehnte (wieder eine nationalistische Einstellung), so habe ich eine derartige Äußerung nicht getan.

L. Domski (Polen).

Protest der amerikanischen Kommission.

In der Rede, die Gen. Sullivan am 12. November im Plenum hielt, griff er in den heftigsten Worten das Organ der Workers' Party, den „Worker", an, wobei er einen Satz aus einem Artikel in dieser Zeitung zitierte und sich verpflichtete, den betreffenden Artikel der amerikanischen Kommission vorzulegen. Nach Einsichtnahme in den Artikel erklärt die Kommission, daß der betreffende Satz im Text des Artikels den entgegengesetzten Sinn hat als den, der ihm vom Gen. Sullivan unterschoben wurde. Die Kommission mißbilligt auch ganz entschieden die Art und Weise, in der im Plenum ein Organ, das die größten Verdienste im Kampf um die Verbreitung kommunistischer Ideen in Amerika hat, von Gen. Sullivan behandelt worden ist.

Die amerikanische Kommission
gez. Walecki.

Die politische Resolution in der französischen Frage.

Die Parteikrise und die Rolle der Fraktionen.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt fest, daß die Entwicklung der Kommunistischen Partei Frankreichs vom parlamentarischen Sozialismus zum revolutionären Kommunismus mit außerordentlicher Langsamkeit vor sich geht, was sich keineswegs nur durch die objektiven Verhältnisse, die Tradition und die nationale Psychologie des Arbeiters usw. erklärt, sondern vor allem durch den direkten und zu Zeiten außerordentlich hartnäckigen Widerstand von nicht kommunistischen Elementen, die in der Oberschicht der Partei und insbesondere in der Fraktion des Zentrums, das seit Tours die Leitung der Partei hauptsächlich in der Hand gehabt hat, noch sehr stark sind.

Der Hauptgrund der gegenwärtigen akuten Parteikrise liegt in der unentschlossenen, schwankenden, abwartenden Politik der führenden Elemente des Zentrums, die angesichts der unaufschiebbaren Bedürfnisse der Parteiorganisationen Zeit zu gewinnen suchen, und auf diese Weise einen Deckmantel schaffen für die Politik der direkten Sabotage in den Fragen der Gewerkschaftsbewegung, der Einheitsfront, der Parteiorganisation u. a. Die Zeit, die die leitenden Elemente des Zentrums auf diese Weise gewannen, war für die revolutionäre Entwicklung des französischen Proletariats eine verlorene Zeit.

Der Kongreß macht es der Exekutive zur Pflicht, mit aller Aufmerksamkeit das innere Leben der Kommunistischen Partei Frankreichs zu verfolgen, um, gestützt auf ihre unzweifelhaft revolutionäre proletarische Mehrheit, sie von dem Einfluß der Elemente zu befreien, die die Krise hervorgerufen haben und sie fortwährend verschärfen.

Der Kongreß läßt auch nicht einmal den Gedanken an eine Spaltung zu, da die Sachlage der Partei eine solche in keiner Weise erfordert. Die erdrückende Mehrheit ihrer Mitglieder ist der Sache des Kommunismus aufrichtig und tief ergeben. Nur ein Mangel an Klarheit in bezug auf Parteidoktrinen und an Selbstbewußtsein in der Partei hat es ihren konservativen, zentristischen und halbzentristischen Elementen ermöglicht, große Verwirrung zu stiften und Fraktionen hervorzurufen. Eine entschlossene und beständige Bemühung, vor der Gesamtpartei das Wesentliche der Streitfragen klarzulegen, wird die erdrückende Mehrheit der Parteimitglieder und vor allem ihre proletarische Basis auf den Boden der Beschlüsse des gegenwärtigen Kongresses stellen. Was die Elemente betrifft, die der Partei zwar angehören, aber gleichzeitig nach ihrer ganzen Denk- und Lebensweise an die Sitten und Gebräuche der bürgerlichen Gesellschaft gebunden sind und weder die wahrhaft proletarische Politik begreifen, noch sich der revolutionären Disziplin unterordnen können, so bildet die Reinigung der Partei von solchen Elementen eine notwendige Vorbedingung für die Gesundung, Festigung und Aktionsfähigkeit.

Die kommunistische Vorhut der Arbeiterklasse bedarf selbstverständlich derjenigen Intellektuellen, die in die Organisation ihre theoretischen Kenntnisse, ihre agitatorischen oder schriftstellerischen Fähigkeiten hineinbringen; aber die Vorbedingung ist, daß diese Elemente mit den Sitten und Gebräuchen der bürgerlichen Umgebung vollkommen und endgültig gebrochen, alle Brücken zu dem Lager, aus dem sie hervorgegangen sind, abgebrochen haben und keinerlei Ausnahmen und Privilegien für sich fordern, sondern sich der Parteidisziplin ebenso unterordnen, wie die einfachen Kämpfer.

Die in Frankreich so zahlreichen Intellektuellen, die der Partei als Amateure oder solche, die Carriere machen wollen, angehören, bringen der Partei nicht nur den größten Schaden, sie verzerren auch ihr revolutionäres Gesicht, kompromittieren sie vor den proletarischen Massen und hindern sie, das Vertrauen der Arbeiterklasse zu erobern. Die Partei muß um jeden Preis von solchen Elementen gesäubert werden und ihnen in Zukunft ihre Tore verschließen. Der beste Weg dazu ist eine Neuregistrierung der Parteimitglieder durch eine besondere Kommission von Arbeitern, die von dem Gesichtspunkt kommunistischer Moral aus unantastbar sind.

Der Kongreß stellt fest, daß der Versuch der Exekutive, die Auswirkung der Krise auf dem Boden der Organisation dadurch zu mildern, daß die leitenden Organe nach dem Grundsatz der Parität den beiden Hauptrichtungen, dem Zentrum und der Linken, entnommen wurden, vereitelt worden ist durch das Zentrum unter dem unzweifelhaften Einfluß äußerst konservativer Elemente, die jedesmal, wenn das Zentrum sich der Linken gegenüberstellt, eine unvermeidliche Vorherrschaft im Zentrum erlangen.

Der Kongreß hält es für notwendig, allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei Frankreichs klarzumachen, daß die Anstrengungen der Exekutive, die darauf gerichtet waren, eine vorläufige Verständigung zwischen den Hauptfraktionen zu erzielen, den Zweck hatten, die Arbeit des Pariser Kongresses zu erleichtern, in keiner Weise jedoch einen Eingriff in die unbestreitbaren Rechte des Kongresses als das oberste Organ der Kommunistischen Partei Frankreichs darstellen.

Der Kongreß hält es für notwendig, festzustellen, daß die Linke, mag sie auch diese oder jene Einzelfehler begangen haben, in der Hauptsache bestrebt war, sowohl vor dem Pariser Kongreß, als auch während desselben die Politik der Kommunistischen Internationale durchzuführen, und in den wichtigsten Fragen der revolutionären Bewegung: in den Fragen der Einheitsfront, in der Gewerkschaftsfrage eine richtige Stellung eingenommen hat, im Gegensatz zur Stellungnahme des Zentrums und der Gruppe des Gen. Renoult.

Der Kongreß fordert alle wahrhaft revolutionären, wahrhaft proletarischen Elemente der Fraktion des Zentrums, die in ihm die unzweifelhafte Mehrheit bilden, dringend auf, der Opposition der konservativen Elemente ein Ende zu machen und sich mit der Linken zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden. Dasselbe gilt auch für die notorisch an dritter Stelle stehende Fraktion, die gegen die Politik der Einheitsfront einen besonders scharfen und offenbar irrigen Kampf führt.

Der äußerste linke Flügel.

Die Seine-Föderation hat durch die Liquidierung des föderalistischen Charakters ihrer Organisation die offenbar falsche Stellung des sogen. äußersten linken Flügels zurückgewiesen. Dieser letztere, in der Person der Gen. Heine und Lavergne, hat es jedoch für angängig erachtet, dem Bürger Delplanque ein gebundenes Mandat zu geben, das den Bürger Delplanque verpflichtete, sich in allen Fragen der Stimme zu enthalten und keinerlei Verpflichtungen zu übernehmen. Eine derartige Handlungsweise der erwähnten Vertreter des extrem linken Flügels beweist, daß sie den Sinn und das Wesen der Kommunistischen Internationale nicht im mindesten begriffen haben. Die unserer Organisation zugrunde liegenden Prinzipien des demokratischen Zentralismus schließen die Möglichkeit eines gebundenen Mandates vollständig aus, ob es sich nun um Teilkongresse, um nationale oder internationale Kongresse handelt. Die Kongresse haben nur in dem Maße einen Sinn, wie die kollektiven Entscheidungen der Organisationen — der lokalen, nationalen oder internationalen — im freien Meinungsaustausch und bei freier Entschließung aller Delegierten ausgearbeitet werden. Es ist klar, daß die Debatten, der Austausch der Erfahrungen und Argumente auf den Kongressen jeden Sinn verlieren würden, wenn die Delegierten von vornherein durch ihre Mandate gebunden wären.

Die Verletzung der grundlegenden Organisationsprinzipien der Internationale wird in diesem Falle noch verschlimmert durch die Weigerung dieser Gruppe, irgendwelche Verpflichtungen gegenüber der Internationale zu übernehmen, als ob die bloße Tatsache der Zugehörigkeit zur Internationale nicht schon allen ihren Mitgliedern die Pflicht bedingungsloser Disziplin und der Durchführung aller gefaßten Beschlüsse auferlegte. Der Kongreß fordert das Zentralkomitee unserer französischen Partei auf, diesen ganzen Zwischenfall an Ort und Stelle zu untersuchen und alle sich aus ihm ergebenden politischen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen.

Die Gewerkschaftsfrage.

Die vom Kongreß in der Gewerkschaftsfrage gefaßten Beschlüsse enthalten gewisse organisatorische und formale Zugeständnisse, die der Partei die Annäherung an die Gewerkschaftsorganisationen oder an die gewerkschaftlich organisierten Massen, soweit diese noch nicht auf dem kommunistischen Standpunkt stehen, erleichtern sollen. Aber es hieße vollständig den Sinn dieser Beschlüsse verdrehen, wollte man sie im Sinne der Billigung einer Politik des gewerkschaftlichen Verzichts deuten. Diese Politik war in der Partei herrschend und wird noch heute von zahlreichen Mitgliedern propagiert. Die in dieser Frage von Erneste Lafont vertretenen Tendenzen stehen in vollem und unversöhnlichem Widerspruch zu den revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse und zur ganzen Auffassung des Kommunismus. Die Partei kann und will die Autonomie der Gewerkschaften nicht antasten, muß jedoch diejenigen ihrer Mitglieder, die die Autonomie zur Durchführung ihrer eigenen desorganisierenden, anarchistischen Arbeit in den Gewerkschaften fordern, unbarmherzig entlarven und bestrafen. In dieser höchst wichtigen Frage wird die Internationale weniger als

auf irgendeinem anderen Gebiet ein weiteres Abweichen vom kommunistischen Wege dulden, der sowohl vom Standpunkt der Theorie, als auch vom Standpunkt der internationalen Praxis der einzig richtige ist.

Die Lehren des Proteststreiks gegen den Mord von Le Havre.

Der Ausstand von Le Havre stellt trotz seines lokalen Charakters unzweifelhaft einen Beweis für das Anwachsen der Kampfbereitschaft des französischen Proletariats dar. Die kapitalistische Regierung antwortete auf den Ausstand mit der Ermordung von vier Arbeitern, als wollte sie sich beeilen, das französische Proletariat daran zu erinnern, daß es nur um den Preis des härtesten Kampfes, des höchsten Heroismus, der größten Selbstaufopferung und vieler Opfer die Macht erobern und die kapitalistische Sklaverei stürzen kann.

Wenn die Antwort des französischen Proletariats auf den Mord in Le Havre ganz unzureichend war, so trifft die Verantwortung dafür nicht nur den zur Regel gewordenen Verrat der Dissidenten und reformistischen Gewerkschaften, sondern auch die offenbar fehlerhafte Handlungsweise der CGTU. und der Kommunistischen Partei. Der Kongreß hält es für erforderlich, bei dieser Frage zu verweilen, weil sie ein sprechendes Beispiel für eine grundfalsche Behandlung der Fragen der revolutionären Aktion darstellt.

Indem die Partei einer prinzipiell falschen Trennung des Klassenkampfes des Proletariats in zwei angeblich voneinander unabhängige Gebiete — das wirtschaftliche und das politische — folgte, hat sie auch diesmal nicht die geringste selbständige Initiative an den Tag gelegt, sondern sich in ihrer Arbeit auf die Unterstützung der CGTU. beschränkt, als ob die Ermordung von vier Proletariern durch die kapitalistische Regierung ein wirtschaftlicher Akt und nicht ein politisches Ereignis von größter Bedeutung wäre. Was nun die CGTU. anbetrifft, so hat sie unter dem Druck der Pariser Bauarbeitergewerkschaft am Tage nach dem Mord in Le Havre, also am Sonntag, einen allgemeinen Proteststreik auf den Dienstag festgesetzt. Die Arbeiter Frankreichs vermochten nicht einmal überall Kenntnis auch nur von der Ermordung zu erhalten, geschweige denn von dem Aufruf zum Generalstreik.

Unter solchen Umständen war der Generalstreik von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Unzweifelhaft hat die CGTU. ihre Politik auch diesmal den anarchistischen Elementen angepaßt, denen das Verständnis für die revolutionäre Aktion und ihre Vorbereitung organisch fremd ist, und die den revolutionären Kampf durch die revolutionären Aufrufe ihrer Zirkel ersetzen, ohne sich um die tatsächliche Durchführung des Geforderten zu kümmern. Die Partei ihrerseits hat vor dem offensichtlich falschen Schritt der CGTU. schweigend kapituliert, statt den Versuch zu machen, bei dieser in freundschaftlicher, aber energischer Form den Aufschub der Streikkundgebung zwecks Entfaltung einer weitgehenden Massenagitation durchzusetzen.

Die erste Pflicht sowohl der Partei, als auch der CGTU. angesichts des schändlichen Verbrechens der französischen Bourgeoisie wäre gewesen, unverzüglich eine Menge der besten Agitatoren der Partei und der Gewerkschaften sowohl in Paris als auch in der Provinz zu mobilisieren, um auch den rückständigsten Elementen der Arbeiter-

klasse den Sinn der Ereignisse in Le Havre klar zu machen und die Volksmassen zum Protest und zur Gegenaktion vorzubereiten. Die Partei war in einem solchen Falle verpflichtet, in Millionen Exemplaren einen Aufruf an die französische Arbeiterklasse und Bauernschaft über die Schandtat von Le Havre zu erlassen. Das Zentralorgan der Partei mußte den Sozialverrätern — den Sozialisten und Syndikalisten — täglich die Frage vorlegen, „welches ist die Form des Kampfes, die Ihr als Antwort auf den Mord in Le Havre vorschlagt?" Ihrerseits mußte die Partei zusammen mit der CGTU. die Idee des Generalstreiks propagieren, ohne dessen Termin und Dauer im voraus festzulegen, sondern ihn abhängig machen von der Entwicklung der Agitation und Bewegung im Lande. Es hätte der Versuch gemacht werden müssen, in den einzelnen Betrieben, Stadtvierteln, Städten und Bezirken zeitweilige Protestkomitees zu schaffen. Die Kommunisten und revolutionären Syndikalisten hätten als deren Anreger zur Teilnahme an diesen Komitees die Mitglieder oder Vertreter der örtlichen reformistischen Organisationen heranziehen müssen.

Erst eine solche planmäßige, konzentrierte, umfassende, angespannte und unermüdliche Kampagne während einer Woche und darüber hinaus hätte in einer großen und eindrucksvollen Bewegung in Gestalt eines Massenproteststreiks, zahlreicher Straßenmanifestationen usw. ihre Krönung finden können. Das dauernde Ergebnis einer solchen Kampagne hätte sich geäußert in einer Festigung des Kontaktes mit den Massen, einer Stärkung der Autorität und des Einflusses sowohl der Kommunistischen Partei als auch der CGTU. bei den Massen, in ihrer gegenseitigen Annäherung auf dem Gebiete revolutionärer Arbeit und in der Annäherung des Teiles der Arbeiterklasse an sie, der heute noch den Reformisten folgt.

Der sogenannte Generalstreik vom 1. Mai 1921, den die revolutionären Elemente nicht vorzubereiten verstanden, die Reformisten aber verbrecherisch sabotiert haben, bildete einen Wendepunkt im inneren Leben Frankreichs, indem er das Proletariat schwächte und die Bourgeoisie stärkte. Der „Allgemeine Proteststreik" im August 1922 war im Grunde genommen eine Wiederholung sowohl des Verrates der Rechten, als auch der Fehler der Linken. Die Internationale fordert die französischen Genossen, in welchem Zweige der proletarischen Bewegung sie auch tätig sein mögen, in entschiedenster Weise auf, sich Fragen der Massenaktion gegenüber mit äußerster Aufmerksamkeit zu verhalten, ihre Bedingungen und Methoden sorgfältig zu studieren, die Fehler ihrer Organisationen in jedem konkreten Falle einer aufmerksamen kritischen Prüfung zu unterziehen, auch die bloße Möglichkeit einer Massenaktion sorgfältig durch ausgedehnte und angespannte Agitation vorzubereiten und ihre Parolen mit der Bereitschaft und Fähigkeit der Massen zur Aktion in Einklang zu bringen.

Die Führer der Reformisten stützen sich bei ihren verräterischen Handlungen auf die Ratschläge, Eingebungen und Hinweise der gesamten bürgerlichen öffentlichen Meinung, mit der sie untrennbar verbunden sind. Die revolutionären Syndikalisten, die in den Gewerkschaftsorganisationen natürlich nur eine Minderheit sein können, werden um so weniger Fehler begehen, je mehr die Partei als solche ihre Aufmerksamkeit allen Fragen der Arbeiterbewegung zuwendet, die Verhältnisse

und die Lage sorgfältig studiert und durch ihre Mitglieder den Gewerkschaften diese oder jene Vorschläge macht, die mit der Gesamtlage in Einklang stehen.

Das Freimaurertum, die Liga der Menschenrechte und die bürgerliche Presse.

Die Unvereinbarkeit des Freimaurertums mit dem Sozialismus war von der Mehrzahl der Parteien der 2. Internationale anerkannt worden. Die Sozialistische Partei Italiens schloß im Jahre 1914 die Freimaurer aus ihrer Mitte aus, und diese Maßregel gehörte zweifellos mit zu den Ursachen, die es der Partei ermöglichten, während des Krieges eine oppositionelle Politik durchzuführen, da die italienischen Freimaurer als Werkzeug der Entente zugunsten der Intervention tätig waren.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat den Eintrittsbedingungen in die Internationale nur deshalb keinen besonderen Punkt über die Unvereinbarkeit des Kommunismus mit dem Freimaurertum beigefügt, weil dieser Grundsatz bereits seinen Platz in einer besonderen Resolution gefunden hatte, die mit Einstimmigkeit vom Kongreß angenommen worden ist. Die Tatsache, die auf dem 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale ans Licht getreten ist, daß eine bedeutende Anzahl französischer Kommunisten den Freimaurerlogen angehören, bildet in den Augen der Internationale den deutlichsten und zugleich beklagenswertesten Beweis dafür, daß unsere französische Partei nicht nur das psychologische Erbe der Epoche des Reformismus, Parlamentarismus und Patriotismus bewahrt hat, sondern auch ganz konkrete, die Spitzen der Partei höchst kompromittierende Beziehungen zu den geheimen politischen und karrieristischen Institutionen der radikalen Bourgeoisie.

Während die kommunistische Vorhut die Kräfte des Proletariats zum unversöhnlichen Kampfe gegen alle Gruppen und Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft und für die proletarische Diktatur sammelt, bewahrt eine ganze Reihe von verantwortlichen Funktionären der Partei, Abgeordneten, Journalisten und sogar Mitgliedern des Zentralkomitees enge Beziehungen zu den geheimen Organisationen unserer Feinde.

Besonders niederdrückend ist die Tatsache, daß keine der Richtungen der Partei nach Tours diese Frage aufgeworfen hat, trotz der absoluten Klarheit derselben für die gesamte Internationale. Erst der Kampf der Fraktionen im Innern der Partei hat diese Tatsache in ihrer ganzen drohenden Bedeutung zur Kenntnis der Internationale gebracht.

Die Internationale hält es für notwendig, diesen kompromittierenden und demoralisierenden Beziehungen der Spitzen der Kommunistischen Partei zu den politischen Organisationen der Bourgeoisie ein für allemal ein Ende zu machen. Es muß für das französische revolutionäre Proletariat Ehrensache sein, seine gesamten Klassenorganisationen von allen Elementen zu säubern, die gleichzeitig beiden kämpfenden Lagern angehören wollen:

Der Kongreß beauftragt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs damit, bis zum 1. Januar 1923 jede Beziehung der Partei in der Person gewisser Mitglieder oder Gruppen zur Freimaurerei

zu lösen. Jeder Kommunist, der heute noch zu den Freimaurern gehört und bis zum 1. Januar 1923 seiner Organisation durch Veröffentlichung in der Parteipresse nicht öffentlich erklärt hat, daß er mit dem Freimaurertum vollkommen gebrochen hat, scheidet damit automatisch aus der Kommunistischen Partei aus, ohne das Recht, auch in noch so ferner Zukunft wieder aufgenommen zu werden. Falls jemand seine Zugehörigkeit zum Freimaurertum verheimlicht, muß dies als das Eindringen eines feindlichen Agenten in die Reihen der Partei betrachtet und die betreffende Person vor dem gesamten Proletariat als ehrlos gebrandmarkt werden.

In Anbetracht dessen, daß allein die Tatsache, zu den Freimaurern zu gehören — ganz gleich, ob man ein rein materielles Ziel verfolgt oder nicht, Karriere machen will, oder irgendeinem anderen entwürdigenden Ziel nachgeht —, Zeugnis gibt von einer außerordentlich ungenügenden Entwicklung des kommunistischen Bewußtseins und des Klassengefühls: hält der 4. Kongreß es für unbedingt notwendig, daß die Genossen, die bisher zum Freimaurertum gehört haben und jetzt mit ihm brechen wollen, zwei Jahre lang das Recht verlieren, wichtige Posten in der Partei zu bekleiden. Nur durch angespannte Arbeit für die Sache der Revolution als einfache Kämpfer können diese Genossen das volle Vertrauen wiedergewinnen und das Recht, in der Partei wichtige Posten einzunehmen.

Angesichts dessen, daß *die Liga zum Schutze der Menschen- und Bürgerrechte* ihrem Wesen nach eine Organisation des bürgerlichen Radikalismus ist, und daß sie ihre einzelnen Kampagnen gegen diese oder jene „Ungerechtigkeiten" zur Ausstreuung von Illusionen und Vorurteilen der bürgerlichen Demokratie benutzt, und daß sie vor allen Dingen in den wichtigsten und entscheidensten Fällen, z. B. während des Krieges, dem in der Gestalt des Staates organisierten Kapital ihre volle Unterstützung verleiht: betrachtet der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Zugehörigkeit zur Liga zum Schutze der Menschen- und Bürgerrechte als unbedingt unvereinbar mit dem Namen eines Kommunisten und als den elementaren Grundlagen der kommunistischen Weltanschauung widersprechend, und fordert alle der Liga angehörenden Parteimitglieder auf, die Reihen der Liga bis zum 1. Januar 1923 zu verlassen unter entsprechender Benachrichtigung ihrer Organisation und unter Bekanntgabe des Austrittes in der Presse.

Der 4. Kongreß fordert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs auf:

a) unverzüglich einen Aufruf an die ganze Partei zu erlassen, der Sinn und Bedeutung dieser Resolution klarlegt;

b) alle sich aus der Resolution ergebenden Maßnahmen zu treffen, damit die Säuberung der Partei vom Freimaurertum und der Abbruch aller Beziehungen zur Liga zum Schutze der Menschen- und Bürgerrechte ohne jegliche Nachsicht und Versäumnis bis zum 1. Januar 1923 durchgeführt wird. Der Kongreß drückt seine Überzeugung aus, daß das Zentralkomitee bei dieser Reinigungs- und Sanierungsarbeit die Unterstützung der erdrückenden Mehrheit der Parteimitglieder finden wird, welcher Fraktion sie auch angehören mögen.

Das Zentralkomitee muß Listen aller Genossen aufstellen, die — in Paris oder in der Provinz —, obgleich sie zur Kommunistischen Partei gehören, und selbst verschiedene, darunter auch verantwortliche Ämter bekleiden, zu gleicher Zeit in der bürgerlichen Presse mitarbeiten. Es muß diese Elemente auffordern, bis zum 1. Januar ihre völlige und endgültige Wahl zu treffen zwischen dem bürgerlichen Organ der Korruption der Volksmassen und der revolutionären Partei der proletarischen Diktatur.

Die Funktionäre der Partei, die diese mehrfach aufgestellte und wiederholte Vorschrift verletzt haben, sollen ein Jahr lang das Recht verlieren, Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.

Die Kandidaten der Partei.

Um der Partei einen wahrhaft proletarischen Charakter zu geben, und aus ihren Reihen die Elemente zu entfernen, die in ihr nur einen Durchgang zum Parlament, zu den Gemeindevertretungen, den Generalräten usw. sehen, ist es erforderlich, die bindende Regel aufzustellen, daß die Listen der Parteikandidaten bei den Wahlen mindestens zu neun Zehnteln aus kommunistischen Arbeitern, die noch in den Werkstätten, im Betriebe oder auf den Feldern arbeiten, und aus Bauern bestehen müssen. Die Vertreter freier Berufe können nur in eng begrenztem Maßstabe zugelassen werden, und zwar zu nicht mehr als einem Zehntel der Gesamtzahl der Sitze, die die Partei einnimmt oder durch ihre Mitglieder zu besetzen hofft; wobei in der Auswahl der Kandidaten, die den freien Berufen angehören, besondere Strenge herrschen muß. (Sorgfältige Prüfung ihrer politischen Vergangenheit, ihrer gesellschaftlichen Beziehungen, ihrer Treue und Ergebenheit für die Sache der Arbeiterklasse durch besondere, aus Proletariern bestehende Kommissionen.)

Nur unter solchen Umständen werden die kommunistischen Parlamentarier, Gemeinde- und Generalräte und Bürgermeister aufhören, eine in ihrer Mehrzahl mit der Arbeiterklasse nur schwach verbundene Berufskaste zu bilden, und werden statt dessen eines der Werkzeuge des revolutionären Kampfes der Massen werden.

Die kommunistische Arbeit in den Kolonien.

Der 4. Kongreß richtet noch einmal die Aufmerksamkeit auf die außerordentliche Wichtigkeit einer richtigen und systematischen Arbeit der Kommunistischen Partei in den Kolonien. Der Kongreß verurteilt scharf die Stellung der kommunistischen Sektion von Sidi-Bel Abbas, die durch eine pseudo-marxistische Phraseologie einen Standpunkt reiner Sklaverei bemäntelt und im Grunde genommen die imperialistische Herrschaft des französischen Kapitals über seine Kolonialsklaven unterstützt. Der Kongreß ist der Ansicht, daß unsere Arbeit in den Kolonien sich nicht auf Elemente, die so durchdrungen sind von kapitalistischen und nationalistischen Vorurteilen, stützen darf, sondern auf die besten einheimischen Elemente und in erster Linie auf die einheimische Proletarierjugend.

Nur der entschiedenste Kampf der Kommunistischen Partei im Mutterlande gegen die Kolonialsklaverei und ein systematischer Kampf



in den Kolonien selbst kann den Einfluß der extrem-nationalistischen Elemente der unterdrückten Kolonialvölker auf die arbeitenden Massen abschwächen, die Sympathie dieser letzteren für die Sache des französischen Proletariats gewinnen und dadurch dem französischen Kapital die Möglichkeit nehmen, in der Epoche der revolutionären Erhebung des Proletariats die Eingeborenen der Kolonien als letzte Reserve der Konterrevolution zu benutzen. Der 4. Weltkongreß fordert die französische Partei und ihr Zentralkomitee auf, der Kolonialfrage und der Propaganda in den Kolonien unvergleichlich mehr Aufmerksamkeit, Kräfte und Mittel als bisher zuzuwenden, und insbesondere beim Zentralkomitee selbst ein ständiges Büro zu schaffen für die Arbeit in den Kolonien unter Heranziehung von Vertretern der kommunistischen Organisationen von Eingeborenen.

Beschlüsse über die Reorganisation der Exekutive der KI. und ihre weitere Tätigkeit.

Weltkongreß.

Der Weltkongreß findet wie bisher alljährlich statt. Den Termin setzt die Erweiterte Exekutive fest. Alle angeschlossenen Sektionen haben die Pflicht, Delegierte zu entsenden. Deren Zahl wird von der Exekutive bestimmt. Die Kosten tragen die Parteien. Die Stimmenzahl für die Sektionen bestimmt der Kongreß nach der Mitgliederzahl und den politischen Verhältnissen des Landes. Gebundene Mandate sind unzulässig und werden von vornherein kassiert, da solche Mandate dem Geist einer internationalen, zentralisierten, proletarischen Partei widersprechen.

Exekutive.

Die Exekutive wird vom Kongreß gewählt. Sie besteht aus dem Präsidenten, 24 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern. Von den Mitgliedern der Exekutive müssen mindestens 15 ständig ihren Sitz in Moskau haben.

Erweiterte Exekutive.

Alle vier Monate findet in der Regel eine Sitzung der Erweiterten Exekutive statt. Diese Sitzung wird folgendermaßen zusammengesetzt:

1. Aus den 25 Mitgliedern der Exekutive,
2. aus je 3 weiteren Vertretern folgender Parteien: Deutschland, Frankreich, Rußland, Tschechoslowakei und Italien, sowie Jugend-Internationale und Profintern,
3. aus je 2 Vertretern von England, Polen, Amerika, Bulgarien und Norwegen,
4. aus je einem Vertreter aller übrigen stimmberechtigten Sektionen.

Das Präsidium ist verpflichtet, alle größeren grundsätzlichen Fragen, die einen Aufschub zulassen, einer Sitzung der Erweiterten Exekutive vorzulegen. Die erste erweiterte Exekutivsitzung findet unmittelbar nach dem Weltkongreß statt.

Präsidium.

Die Erweiterte Exekutive wählt in ihrer ersten Sitzung das Präsidium, dem ein Vertreter der Jugend und der Profintern mit beratender Stimme angehören, und bildet folgende Abteilungen:

1. Eine Orientabteilung, deren Arbeit die Exekutive für das nächste Jahr besondere Aufmerksamkeit widmen muß; der Leiter der Orientabteilung muß dem Präsidium angehören. In der politischen Arbeit



untersteht diese Abteilung dem Präsidium; das Verhältnis zum Org-Büro regelt das Präsidium.

2. Eine Organisationsabteilung (Org-Büro), dem mindestens zwei Mitglieder des Präsidiums angehören müssen. Das Org-Büro untersteht dem Präsidium.

3. Eine agitatorisch-propagandistische Abteilung, die von einem Mitglied der Exekutive geleitet wird. Diese Abteilung untersteht auch unmittelbar dem Präsidium.

4. Eine Abteilung für Statistik und Information, die dem Org-Büro untersteht.

Die Exekutive hat das Recht, weitere Abteilungen einzurichten.

Arbeitsteilung unter den Mitgliedern der Exekutive.

Unter den Mitgliedern der Exekutive, wie auch des Präsidiums ist eine genaue Arbeitsteilung einzuführen. Zur Vorbereitung der Arbeit der einzelnen Sektionen wird vom Präsidium für alle wichtigsten Länder je ein verantwortlicher Referent ernannt. In der Regel soll dieser ein Mitglied der Exekutive, oder, wenn möglich, des Präsidiums sein. Solche Referenten, die nicht der Exekutive oder dem Präsidium angehören, arbeiten unter der Kontrolle eines Mitgliedes des Präsidiums.

Das Präsidium organisiert ein Generalsekretariat, das von einem Generalsekretär geleitet wird. Diesem Generalsekretär gibt die Exekutive zwei Stellvertreter. Das Sekretariat hat nicht die Funktion einer selbständigen politischen Organisation, es ist nur ein Vollzugsorgan des Präsidiums.

Die Exekutive wird beauftragt, in allen Parteien dahin zu wirken, daß eine ähnliche Arbeitsteilung unter Berücksichtigung der Verhältnisse und der Lage in jedem einzelnen Lande durchgeführt wird.

Bevollmächtigte.

Die Exekutive sendet in besonderen Fällen Bevollmächtigte in die einzelnen Länder, die den qualifiziertesten Genossen der einzelnen Sektionen entnommen werden. Diese Vertreter sollen von der Exekutive mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet werden. In speziellen Instruktionen müssen die Funktionen dieser Bevollmächtigten, ihre Rechte und Pflichten und ihr Verhältnis zu der betreffenden Partei genau umschrieben werden.

Die Exekutive wird bevollmächtigt, mit besonderem Nachdruck die Überwachung der wirklichen Durchführung der 21 Bedingungen und der Beschlüsse des Weltkongresses durchzuführen. Ihre Bevollmächtigten sind mit dieser Überwachung nachdrücklichst zu betrauen. Die Bevollmächtigten müssen mindestens einmal monatlich über die Resultate ihrer Arbeit Bericht erstatten.

Internationale Kontrollkommission.

Die internationale Kontrollkommission bleibt bestehen. Ihre Aufgaben sind dieselben, wie sie vom 3. Weltkongreß formuliert worden sind. Der Weltkongreß bestimmt alljährlich 2 benachbarte Sektionen, deren Zentralen je drei Mitglieder der Kontrollkommission aus ihrer Mitte wählen, die von der Exekutive bestätigt werden müssen. Für das kommende Jahr überträgt der Weltkongreß diese Funktion der deutschen und der französischen Sektion.



Technisches Informationsbüro.

Die technischen Informationsbüros bleiben bestehen. Sie haben den Zweck, technische Informationen zu geben und unterstehen in ihrer Arbeit der Exekutive.

„Kommunistische Internationale".

Die „Kommunistische Internationale" ist das Organ der Exekutive; die Redaktion wird von der Exekutive gewählt und untersteht derselben.

Veröffentlichungen der Exekutive.

Der Kongreß bestätigt, daß alle kommunistischen Organe wie bisher verpflichtet sind, alle Dokumente der Exekutive (Aufrufe, Briefe, Resolutionen usw.) sofort abzudrucken, wenn die Exekutive es fordert.

Protokolle der Landesparteien.

Die Zentralen aller Sektionen sind verpflichtet, die Protokolle aller ihrer Tagungen regelmäßig der Exekutive zuzustellen.

Gegenseitige Vertretung.

Es ist erwünscht, daß die wichtigsten Sektionen benachbarter Länder zwecks gegenseitiger Information und Koordinierung der Arbeit eine gegenseitige Vertretung unterhalten. Die Berichte dieser Vertretung sollen gleichzeitig der Exekutive zur Verfügung gestellt werden.

Ferner ist es erwünscht, daß die Ernennung solcher Vertreter im Einverständnis mit der Exekutive erfolgt.

Parteitage der Sektionen.

In der Regel sollen vor dem Weltkongreß der KI. Parteikonferenzen, bzw. erweiterte Reichsausschüsse stattfinden, die die Vorbereitung des Weltkongresses und die Wahl der Delegierten vorzunehmen haben. Die Parteitage der einzelnen Sektionen finden nach dem Weltkongreß statt. Ausnahmen können nur mit Zustimmung der Exekutive erfolgen.

Durch ein solches Verfahren wird erreicht, daß gleichzeitig die Interessen der einzelnen Sektionen am besten gewahrt werden und die Möglichkeit besteht, von „unten nach oben" die gesamten Erfahrungen der internationalen Bewegung auszuwerten.

Zugleich besteht bei einem solchen Verfahren die Möglichkeit für die Kommunistische Internationale als zentralisierte Weltpartei „von oben nach unten" auf dem Wege des demokratischen Zentralismus die aus den gesamten internationalen Erfahrungen folgenden Direktiven den einzelnen Parteien zu vermitteln.

Demissionen.

Der Kongreß verurteilt aufs entschiedenste die Fälle der Demissionen, die seitens einzelner Genossen verschiedener Parteizentralen und ganzer Gruppen solcher Mitglieder erfolgt sind. Der Kongreß betrachtet diese Demissionen als die größte Desorganisation der kommunistischen Bewegung. Jedes führende Amt in einer kommunistischen Partei gehört



nicht dem Mandatträger, sondern der Kommunistischen Internationale in ihrer Gesamtheit.

Der Kongreß beschließt: Gewählte Mitglieder zentraler Körperschaften einer Sektion können ihr Mandat nur mit Zustimmung der Exekutive niederlegen. Demissionen, die von einer Parteizentrale ohne Zustimmung der Exekutive angenommen werden, sind ungültig.

Illegale Arbeit.

Dem Beschluß des Kongresses folgend, in dem darauf hingewiesen wird, daß eine Anzahl der wichtigsten Parteien allem Anschein nach einer illegalen Periode entgegengehen, wird das Präsidium beauftragt, sich in erhöhtem Maße der Vorbereitung der betreffenden Parteien zu dieser illegalen Arbeit zu widmen. Sofort nach Beendigung des Kongresses soll das Präsidium mit allen in Frage kommenden Parteien entsprechende Verhandlungen anknüpfen.

Internationales Frauensekretariat.

Das internationale Frauensekretariat bleibt wie bisher bestehen. Die Exekutive bestimmt die Frauensekretärin und im Einverständnis mit dieser alle weiteren organisatorischen Maßnahmen.

Vertretung in der Jugend-Exekutive.

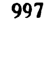
Der Kongreß beauftragt die Exekutive, eine regelrechte Vertretung der Komintern in der Jugendinternationale zu schaffen. Der Kongreß erachtet als eine der wichtigsten Aufgaben der Exekutive, die Arbeit der Jugendbewegung zu fördern.

Vertretung in der Profintern.

Der Kongreß beauftragt die Exekutive, gemeinsam mit der Zentrale der Profintern die Formen der gegenseitigen Verbindung der Komintern und Profintern auszuarbeiten. Er weist darauf hin, daß besonders in der gegenwärtigen Periode die ökonomischen Kämpfe mit den politischen am nächsten verbunden sind, also eine besonders innige Koordinierung der Kräfte aller revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse erfordern.

Revision der Statuten.

Der Kongreß bestätigt die Statuten, die vom 2. Kongreß angenommen worden sind, und beauftragt die Exekutive, auf Grund der neu gefaßten Beschlüsse diese Statuten zu redigieren und zu vervollständigen. Diese Arbeit muß rechtzeitig ausgeführt, allen Parteien zur Vorberatung zugestellt und vom 5. Weltkongreß endgültig bestätigt werden.



Resolution zur italienischen Frage.

Schon der 2. und 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale haben sich ausführlich mit der italienischen Frage beschäftigen müssen. Der 4. Kongreß ist imstande, ein gewisses Fazit zu ziehen.

Am Ende des imperialistischen Weltkrieges war die Lage in Italien objektiv revolutionär. Der Bourgeoisie waren die Zügel aus der Hand geglitten. Der Apparat des bürgerlichen Staates war zerrüttet. Die herrschende Klasse fühlte sich unsicher. Die gesamten Arbeitermassen waren voll Zorn gegen den Krieg und befanden sich in verschiedenen Teilen des Landes in hellem Aufruhr. Bedeutende Teile des Bauerntums begannen sich gegen die Grundherren und gegen den Staat zu erheben und waren geneigt, die Arbeiterklasse im revolutionären Kampf zu unterstützen. Die Soldaten waren gegen den Krieg und bereit, sich mit den Arbeitern zu verbünden.

Die *objektiven* Vorbedingungen für eine siegreiche Revolution waren gegeben. Es fehlte nur der wichtigste *subjektive* Faktor: eine entschlossene, kampfbereite, selbstbewußte, revolutionäre Arbeiterpartei, d. h. eine wirkliche kommunistische Partei, die entschlossen die Führung der Massen übernommen hätte.

In großen Zügen war bei Kriegsende in fast allen am Krieg beteiligten Ländern die Lage ähnlich. Wenn die Arbeiterklasse in den Jahren 1919—1920 in entscheidenden Ländern nicht gesiegt hat, so ist das dem Mangel einer revolutionären Arbeiterpartei zuzuschreiben. Besonders kraß trat das zutage in Italien, dem Lande, wo die Revolution unmittelbar vor der Tür stand, und das jetzt in den tiefsten Abgrund der Konterrevolution geraten ist.

Die Besetzung der Fabriken durch die italienischen Arbeiter im Herbst 1920 war ein entscheidender Moment in der Entwicklung des Klassenkampfes in Italien. Die italienischen Arbeiter drängten instinktiv auf eine Lösung der Krise im revolutionären Sinne. Das Nichtvorhandensein einer revolutionären Arbeiterpartei entschied jedoch das Los der Arbeiterklasse, besiegelte ihre Niederlage in diesem Augenblick und bereitete den jetzigen Sieg des Fascismus vor. Die Arbeiterklasse hat sich also infolge mangelnder revolutionärer Führung nicht entschieden genug gezeigt, während des Höhepunktes ihrer Kraft die Macht in die eigene Hand zu nehmen. So ist es gekommen, daß nach Ablauf einer gewissen Zeit die Todfeindin der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie, in Gestalt ihres energischsten Flügels, des Fascismus, der Arbeiterklasse die Pistole auf die Brust gesetzt und die Diktatur aufgerichtet hat. Das italienische Beispiel ist von größter Bedeutung. Nirgends ist der Beweis, wie bedeutsam die historische Rolle einer kommunistischen Partei für die Weltrevolution ist, so handgreiflich



gewesen wie in Italien, wo mangels einer solchen Partei der Gang der Geschichte sich zugunsten der Bourgeoisie gewandt hat.

Nicht, daß es in Italien in diesen entscheidenden Jahren überhaupt keine Arbeiterpartei gegeben hätte: Die alte Sozialistische Partei war groß an Mitgliederzahl und hatte — äußerlich gesehen — starken Einfluß. Sie barg jedoch in ihrem Schoße die reformistischen Elemente, die sie bei jedem revolutionären Schritt lähmten. Trotz der ersten Spaltung, die im Jahre 1912 erfolgte (Ausschluß der äußersten Rechten), und der zweiten Absplitterung von 1914 waren im Jahre 1919—1920 noch eine große Anzahl Reformisten und Zentristen in der SPI. In allen entscheidenden Situationen wirkten die Reformisten und Zentristen als Bleigewicht an den Füßen der Partei. Nirgends war es so klar wie in Italien, daß die Reformisten die wahren, gefährlichsten Instrumente der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse sind. Kein einziges Mittel bleibt ihrerseits unerprobt, um die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu verraten. Solche Verrätereien, wie die seitens der Reformisten während der Besitzergreifung der Fabriken im Jahre 1920 sind in der Geschichte des Reformismus oft zu verzeichnen, die eine ununterbrochene Kette von Verrat ist. Die wirklichen Vorläufer und Wegbereiter des Fascismus sind unstreitig die Reformisten. Für die entsetzlichen Qualen der italienischen Arbeiterklasse sind in erster Linie die Verrätereien der Reformisten verantwortlich. Wenn die italienische Arbeiterklasse jetzt gleichsam wieder ganz am Anfang des revolutionären Vormarsches steht und noch einen unendlich schweren Weg vor sich hat, so darum, weil die Reformisten zu lange in der italienischen Partei geduldet worden sind.

Anfang des Jahres 1921 erfolgte der Bruch der Mehrheit der Sozialistischen Partei mit der Kommunistischen Internationale. In Livorno zog es das Zentrum vor, sich von der Kommunistischen Internationale und von den 58 000 italienischen Kommunisten zu trennen, um nur nicht mit 16 000 Reformisten brechen zu müssen. Es bildeten sich zwei Parteien: die junge Kommunistische Partei, die entschlossen und erbittert den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre reformistischen Helfershelfer aufnahm, aber trotz all ihres Mutes und ihrer Hingabe doch zu schwach war, um die Arbeiterklasse zum Siege zu führen, — und die alte Sozialistische Partei, in der jetzt, nach Livorno, der verderbliche Einfluß der Reformisten noch ausschlaggebender wurde. Die Arbeiterklasse stand gespalten und hilflos da. Mit Hilfe der Reformisten behauptete die Bourgeoisie das Feld. Jetzt erst begann die Offensive des Kapitals auf ökonomischem wie auf politischem Gebiete. Es bedurfte fast voller zwei Jahre Rückzugs, ununterbrochenen und schwärzesten Verrats der Reformisten, damit endlich auch die Führer des Zentrums der Partei unter dem Drucke der Massen ihren unheilvollen Irrtum einsahen und sich bereit erklärten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Erst im Oktober 1922, auf dem Parteitag in Rom, wurden die Reformisten aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen. So weit war es gekommen, daß die prominentesten Führer der Reformisten jetzt offen damit prahlten, es sei ihnen gelungen, die Revolution dadurch zu sabotieren, daß sie in der SPI. blieben und diese in allen entscheidenden Stunden zur Untätigkeit zwangen. Die Reformisten gingen aus den Reihen der SPI. offen in das Lager der Konterrevolution über.

Sie hinterließen bei den Massen ein Gefühl der Kraftlosigkeit, Demütigung und Enttäuschung, und sie haben die Sozialistische Partei numerisch und politisch in höchstem Maße geschwächt.

Diese traurigen, aber inhaltreichen Lehren der italienischen Entwicklung müssen die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt beherzigen: 1. Der Reformismus ist *der* Feind; 2. das Schwanken und Zaudern der Zentristen ist lebensgefährlich für eine Arbeiterpartei; das Vorhandensein einer geschlossenen und selbstbewußten kommunistischen Partei ist die erste Vorbedingung für den siegreichen Kampf des Proletariats. Das sind die Ergebnisse der italienischen Tragödie.

In Anbetracht des Beschlusses der SPI. in Rom (Oktober 1922), der die Reformisten aus der Partei ausgeschlossen und seine Bereitschaft erklärt hat, sich bedingungslos der Kommunistischen Internationale anzuschließen, beschließt der 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale:

1. Die allgemeine Lage in Italien, besonders nach dem Siege der fascistischen Reaktion, erfordert gebieterisch die schnellste Vereinigung aller revolutionären Kräfte des Proletariats. Die italienischen Arbeiter werden aufatmen, wenn nach ihren Niederlagen und Spaltungen eine neue Sammlung aller revolutionären Kräfte beginnt.

2. Die Kommunistische Internationale sendet der schwergeprüften Arbeiterklasse Italiens brüderliche Grüße. Sie ist von der aufrichtigen revolutionären Gesinnung der von den Reformisten befreiten SPI. vollständig überzeugt und beschließt, die SPI. in die Kommunistische Internationale aufzunehmen.

3. Die Durchführung der 21 Bedingungen hält der 4. Weltkongreß für eine Selbstverständlichkeit und beauftragt die Exekutive der Kommunistischen Internationale, in Anbetracht der Vorgänge in Italien, auf die Innehaltung dieser Bedingungen besonders streng zu achten — mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

4. Der 4. Weltkongreß beschließt, nachdem er von der Rede des Abgeordneten Vella auf dem Parteitag in Rom Kenntnis genommen hat, daß Vella und diejenigen, die sich mit seiner Auffassung solidarisieren, außerhalb der zukünftigen Kommunistischen Partei Italiens stehen; der 4. Weltkongreß beauftragt die Zentrale der Sozialistischen Partei Italiens, alle diejenigen aus der Partei auszuschließen, die irgendwelche Vorbehalte zu den 21 Bedingungen machen.

Da auf Grund des Statutes der Kommunistischen Internationale in jedem Lande nur eine Sektion der Kommunistischen Internationale bestehen kann, beschließt der 4. Weltkongreß die sofortige Vereinigung der Kommunistischen Partei mit der Sozialistischen Partei Italiens. Die Vereinigte Partei soll den Namen führen: „Vereinigte Kommunistische Partei Italiens (Sektion der Kommunistischen Internationale)".

6. Zur praktischen Durchführung dieser Vereinigung ernennt der 4. Kongreß ein besonderes Organisationskomitee aus je 3 Mitgliedern beider Parteien, die unter dem Vorsitz eines Mitgliedes der Exekutive arbeiten sollen. Es wurden in dieses Organisationskomitee gewählt: von der Kommunistischen Partei: die Gen. *Tasca*, *Gramsci* und *Succimarro*, von der Sozialistischen Partei: die Gen. *Serrati*, *Maffi* und *Tonetti*, von der Exekutive: Gen. *Sinowjew*, mit dem Recht für

die Exekutive, ihn nötigenfalls durch ein anderes Mitglied der Exekutive zu ersetzen. Das Komitee hat schon in Moskau ausführlich alle Bedingungen der Vereinigung auszuarbeiten und in Italien die Durchführung der Vereinigung zu leiten. Die letzte Entscheidung in allen strittigen Fragen steht der Exekutive zu.

Die Zentralen beider Parteien erledigen die laufenden Geschäfte ihrer Parteien bis zum Vereinigungsparteitag, unterstehen jedoch in ihrer ganzen politischen Arbeit sowie in der gesamten Vorbereitung der Vereinigung dem Organisationskomitee.

7. In den einzelnen Betrieben und Großstädten werden ebenfalls sofort solche Organisationskomitees gebildet, und zwar durch je zwei Genossen von der Kommunistischen Partei Italiens, zwei Genossen von der Sozialistischen Partei Italiens; der Vorsitzende wird vom Vertreter der Exekutive ernannt.

8. Diese Organisationskomitees haben die Pflicht, zentral wie lokal nicht nur die Vereinigung organisatorisch vorzubereiten, sondern auch von nun an die gemeinsamen politischen Aktionen beider Organisationen zu leiten.

9. Es wird außerdem sofort ein gemeinsames Gewerkschaftskomitee gebildet, das die Aufgabe hat, in der Confederazione del Lavoro den Verrat der Amsterdamer nachzuweisen und die Mehrheit für die Profintern zu gewinnen. Auch dieses Komitee wird gebildet aus zwei Vertretern beider Parteien unter dem Vorsitz eines Genossen, den die Exekutive der Kommunistischen Internationale oder das Organisationskomitee bestimmt. Das Gewerkschaftskomitee arbeitet nach den Direktiven und unter der Kontrolle des Organisationskomitees.

10. In den Städten, in denen eine kommunistische und eine sozialistische Zeitung bestehen, müssen diese spätestens bis zum 1. Januar 1923 verschmolzen werden. Die Redaktion des Zentralorgans wird für das nächste Jahr von der Exekutive der Kommunistischen Internationale bestimmt.

11. Der Vereinigungsparteitag muß spätestens bis zur ersten Hälfte des Monats März 1923 zustandekommen. Die Exekutive entscheidet darüber, ob, wann und unter welchen Bedingungen vor dem Vereinigungsparteitag noch Parteitage der beiden Parteien stattfinden, die informatorischen und vorbereitenden Zwecken dienen.

12. Der Kongreß beschließt, zur Vereinigungsfrage ein Manifest zu veröffentlichen, das mit den Unterschriften des Präsidiums des 4. Weltkongresses und der Delegierten beider Parteien auf dem 4. Weltkongreß sofort verbreitet werden muß.

13. Der Kongreß erinnert alle italienischen Genossen an die Notwendigkeit strenger Disziplin. Alle Genossen ohne Ausnahme werden verpflichtet, ihr Bestes zu tun, um die Vereinigung schnellstens und ohne Störung durchzuführen. Jeder Mangel an Disziplin ist bei der gegenwärtigen Lage ein Verbrechen an dem italienischen Proletariat und der Kommunistischen Internationale.

Resolution zur Frage des Versailler Friedensvertrages.

Der Weltkrieg endete mit dem Sturz dreier imperialistischer Mächte: Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands. Vier große Räuberstaaten blieben siegreich auf dem Kampfplatze: die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich und Japan.

Die Friedensverträge, deren Kern der Versailler Friedensvertrag bildete, stellen den Versuch dar, die Weltherrschaft dieser vier siegreichen Mächte politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren, indem die ganze übrige Welt zu ihrem kolonialen Ausbeutungsgebiet herabgedrückt wird; sozial, indem die Herrschaft der Bourgeoisie sowohl gegenüber dem Proletariat des eigenen Landes als gegenüber dem siegreichen revolutionären Proletariat Rußlands durch ein Bündnis der Bourgeoisien aller Länder gesichert wird. Zu diesem Zwecke wurde ein Wall von kleinen Vasallenstaaten um Rußland errichtet und bewaffnet, um bei passender Gelegenheit Sowjetrußland zu erwürgen. Die besiegten Staaten sollten außerdem die im Kriege erlittenen materiellen Schäden der Siegerstaaten vollkommen ersetzen.

Heute ist es jedermann klar, daß alle Voraussetzungen, auf die sich die Friedensverträge aufbauen, unrichtig waren. Der Versuch, ein neues Gleichgewicht auf kapitalistischer Grundlage zu errichten, ist mißlungen. Die Geschichte der letzten vier Jahre zeigt ein fortwährendes Schwanken, eine ständige Unsicherheit, Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit, Ministerkrisen, Parteikrisen, außerpolitische Krisen. In einer ganzen Reihe von Konferenzen versuchten die imperialistischen Mächte den Zerfall des durch die Friedensverträge aufgebauten Weltsystems aufzuhalten und die Tatsache des Bankrottes des Versailler Friedens zu verhüllen.

Die Versuche, in *Rußland* die Diktatur des Proletariats zu stürzen, sind gescheitert. Das Proletariat aller kapitalistischen Länder nimmt immer entschiedener für Sowjetrußland Stellung. Selbst die Führer der Amsterdamer Internationale mußten offen erklären, daß der Fall der proletarischen Herrschaft in Rußland den Sieg der Weltreaktion gegenüber dem gesamten Proletariat bedeuten würde.

Die *Türkei* als Vorhut des sich revolutionierenden Ostens hat der Durchführung des Friedensvertrages mit Waffengewalt erfolgreichen Widerstand geleistet: Auf der Konferenz von Lausanne findet das feierliche Begräbnis eines wichtigen Teiles des Friedenswerkes statt.

Die anhaltende *Wirtschaftskrise* hat den Beweis erbracht, daß die wirtschaftliche Konzeption des Versailler Friedensvertrages unhaltbar ist. Die führende europäische imperialistische Macht, *England*, das im höchsten Grade auf den Welthandel angewiesen ist, kann seine wirtschaftliche Basis ohne eine Wiederaufrichtung Deutschlands und Ruß-



lands nicht konsolidieren. Die *Vereinigten Staaten*, die stärkste imperialistische Macht, haben sich vom Friedenswerk völlig abgewendet und suchen auf eigene Faust ihren Weltimperialismus aufzurichten. Sie haben hierzu die Unterstützung wichtiger Teile des englischen Weltreiches — Kanadas, Australiens — gewonnen.

Die unterdrückten Kolonien Englands, die Grundlage seiner Weltmacht, rebellieren; die ganze mohammedanische Welt ist in offenem oder latentem Aufruhr.

Alle Voraussetzungen des Friedenswerkes sind hinfällig geworden, bis auf die eine: daß das Proletariat aller bürgerlichen Länder die Lasten des Krieges und des Versailler Friedens zu bezahlen habe.

Frankreich.

Scheinbar hat Frankreich von allen Siegerstaaten den größten Machtzuwachs erhalten. Außer der Eroberung von Elsaß-Lothringen, der Besetzung des linken Rheinufers, des Anspruches auf ungezählte Milliarden deutscher Kriegsentschädigung ist es tatsächlich die stärkste Militärmacht des europäischen Kontinents geworden. Mit seinen Vasallenstaaten, deren Armeen von französischen Generälen geschult und geführt werden (Polen, Tschechoslowakei, Rumänien), mit seinem eigenen großen Heere, mit seinen Unterseebooten und seiner Luftflotte beherrscht es den europäischen Kontinent; es spielt die Rolle des Wächters des Versailler Friedensvertrages. Aber die ökonomische Basis Frankreichs, seine geringe und sich vermindernde Bevölkerung, seine ungeheuere innere und äußere Verschuldung und die dadurch entstandene wirtschaftliche Abhängigkeit von England und Amerika sind kein genügendes Fundament für seine uferlosen imperialistischen Ausdehnungsgelüste. In machtpolitischer Beziehung ist es durch die Beherrschung aller wichtigen Seestützpunkte durch England und durch das Petroleummonopol Englands und Amerikas ungemein beengt. In wirtschaftlicher Beziehung ist der Zuwachs an Eisenerzen, den ihm der Versailler Friedensvertrag brachte, dadurch entwertet, daß die dazugehörige Kohle aus dem Ruhrgebiet bei Deutschland verblieb. Die Hoffnung, die zerrütteten französischen Finanzen durch die Reparationszahlungen Deutschlands in Ordnung zu bringen, hat sich als trügerisch erwiesen. Alle Finanzsachverständigen der Welt sind darin einig, daß Deutschland jene Summen, die Frankreich zur Sanierung seiner Finanzen braucht, unmöglich bezahlen kann. Nur der Weg der Herabdrückung der Lebenshaltung des französischen Proletariats auf das Niveau des deutschen bleibt für die französische Bourgeoisie offen. Die Hungersnot des deutschen Arbeiters ist das Vorbild des morgigen Elends der französischen Arbeiter. Die Entwertung des Franken, die von gewissen Kreisen der französischen Schwerindustrie bewußt gefördert wird, wird das Mittel sein, die Lasten des Krieges — nach dem das Versailler Friedenswerk sich als unbrauchbar erwiesen hat — auf die Schultern des französischen Proletariats abzuwälzen.

England.

Der Weltkrieg brachte England die Vereinheitlichung seines kolonialen Weltreiches vom Kap der Guten Hoffnung über Ägypten und Arabien bis nach Indien. Es hat alle wichtigen Zugänge zum

Weltmeer weiter in Besitz behalten. Durch Konzessionen an seine Siedlungskolonien suchte es ein anglo-sächsisches Weltimperium aufzubauen.

Aber trotz aller Schmiegsamkeit der englischen Bourgeoisie, trotz der zähen Arbeit zur Wiedereroberung des Weltmarktes ergab es sich, daß in der vom Versailler Friedensvertrag geschaffenen Weltlage ein Fortkommen Englands unmöglich ist. Der englische Industriestaat kann nicht existieren, wenn Deutschland und Rußland wirtschaftlich nicht wiederhergestellt werden. In diesem Punkte verschärft sich der Gegensatz zwischen England und Frankreich: England will Waren nach Deutschland verkaufen, was der Versailler Vertrag unmöglich macht: Frankreich will von Deutschland Riesensummen für Kriegskosten eintreiben, was die Kauffähigkeit Deutschlands zugrunde richtet. Daher ist England für den Abbau der Reparationsverpflichtungen, während Frankreich im Nahen Osten einen verhüllten Krieg gegen England führt, um es in der Reparationsfrage zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Während das englische Proletariat in der Form von Millionen von arbeitslosen Arbeitern die Kriegslasten trägt, einigt sich die Bourgeoisie Englands und Frankreichs immer wieder auf Kosten Deutschlands.

Mitteleuropa und Deutschland.

Das wichtigste *Objekt* des Versailler Friedenswerkes ist Mitteleuropa, das neue Kolonialgebiet der imperialistischen Räuber. Zerklüftet in unzählige kleine Staaten, in eine Reihe von wirtschaftlich nicht lebensfähigen Gebieten geteilt, sind diese Gebiete zu einer selbständigen Politik unfähig geworden. Sie sind zu Kolonien des englischen und französischen Kapitals herabgesunken. Sie werden je nach den wechselnden Interessen dieser Großmächte gegeneinander gehetzt. Die Tschechoslowakei, aus einem Wirtschaftsgebiet von 60 Millionen Menschen herausgeschnitten, befindet sich in einer ständigen Wirtschaftskrise. Österreich ist zu einem lebensunfähigen Gebilde zusammengeschrumpft, das nur infolge der gegenseitigen Eifersucht der Nachbarländer scheinbar eine politisch selbständige Existenz führt. Polen, welchem große, fremdsprachige Gebiete zugeteilt wurden, ist der vorgeschobene Posten Frankreichs, eine Karikatur des französischen Imperialismus. In allen diesen Ländern hat das Proletariat in der Form der Herabsetzung seiner Lebenshaltung oder in starker Arbeitslosigkeit die Kosten des Krieges zu zahlen.

Das wichtigste *Objekt* des Versailler Friedensvertrages ist aber *Deutschland.* Entwaffnet, jeder Verteidigungsmöglichkeit beraubt, ist es den imperialistischen Mächten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die deutsche Bourgeoisie versucht, ihre Interessen bald mit jenen der Bourgeoisie Englands, bald mit denen Frankreichs zu verbinden. Sie trachtet durch scharfe Ausbeutung des deutschen Proletariats einen Teil der Ansprüche Frankreichs zu befriedigen und zugleich ihre eigene Herrschaft über das deutsche Proletariat mit fremder Hilfe zu sichern. Aber selbst die stärkste Ausbeutung des deutschen Proletariats, die Herabdrückung des deutschen Arbeiters zum Kuli Europas, das ungeheure Elend, in welches das Proletariat Deutschlands infolge des Versailler Friedensvertrages gesunken ist, ergibt noch immer nicht die Möglichkeit, die Reparationszahlungen zu leisten. Deutschland wird



daher zum Spielball Englands und Frankreichs. Die französische Bourgeoisie will durch Besetzung des Ruhrgebietes die Frage mit Gewaltanwendung lösen. England stellt sich dem immer wieder entgegen. Nur die Mithilfe der größten Wirtschaftsmacht, der Vereinigten Staaten, hätte es ermöglicht, die widerstrebenden Interessen Englands, Frankreichs und Deutschlands annähernd auszugleichen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Vereinigten Staaten haben sich aber längst vom Versailler Friedenswerk zurückgezogen, indem die Ratifizierung des Vertrages verweigert wurde. Die Vereinigten Staaten, die aus dem Weltkriege als die stärkste wirtschaftliche und politische Macht hervorgingen, der gegenüber die europäischen imperialistischen Mächte in eine starke Verschuldung gerieten, zeigten keine Lust, durch weitere große Kredite an Deutschland die Möglichkeit zu schaffen, die Finanzkrise Frankreichs zu überwinden. Das Kapital der Vereinigten Staaten wendet sich immer mehr vom europäischen Chaos ab, sucht sich mit großem Erfolge in Mittel- und Südamerika und im Fernen Osten ein großes Kolonialreich aufzubauen und durch die Schutzzölle die Ausbeutung des inneren Marktes für die eigene herrschende Klasse zu sichern. Indem es auf diese Weise Kontinentaleuropa seinem Schicksal überläßt, stößt es auf der anderen Seite auf die gegenteiligen Interessen Englands und Japans. Die Vereinigten Staaten haben durch Einsetzung ihrer wirtschaftlichen Übermacht im Bau von Kriegsschiffen die anderen imperialistischen Mächte zum Washingtoner Abkommen gezwungen. Sie haben damit eine der wichtigsten Grundlagen des Versailler Friedenswerkes, die Übermacht Englands auf dem Weltmeere, zerstört und dadurch das Festhalten an der dort vorgesehenen Mächtegruppierung für England sinnlos gemacht.

Japan und die Kolonien.

Die jüngste imperialistische Weltmacht, Japan, hält sich von dem europäischen Chaos, das der Versailler Friedensvertrag schuf, fern. Aber seine Interessen wurden durch die Entwicklung der Vereinigten Staaten zu einer Weltmacht stark berührt. Es wurde in Washington gezwungen, sein Bündnis mit England zu lösen, womit wieder eine der wichtigsten Grundlagen der in Versailles geschaffenen Weltaufteilung wegfiel. Gleichzeitig rebellieren nicht nur die unterdrückten Völker gegen die Vorherrschaft Englands und Japans, sondern auch die Siedlungskolonien Englands suchen ihre Interessen in dem bevorstehenden Kampfe zwischen den Vereinigten Staaten und Japan durch einen engeren Anschluß an die Vereinigten Staaten zu sichern. Das Gefüge des britischen Weltimperialismus wird hierdurch immer mehr gelockert.

Einem neuen Weltkrieg entgegen.

Der Versuch der imperialistischen Großmächte, eine ständige Grundlage ihrer Weltherrschaft zu schaffen, ist an ihren widerstrebenden Interessen kläglich gescheitert. Das große Friedenswerk liegt in Trümmern. Die Großmächte rüsten mit ihren Vasallenstaaten zu einem neuen Kriege. Der Militarismus ist stärker als je. Und obwohl die Bourgeoisie eine gewaltige Furcht vor einer neuen proletarischen Re-



volution im Gefolge eines Weltkrieges hat, treiben die inneren Gesetze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung doch unaufhaltsam einem neuen Weltkonflikt entgegen.

Die Aufgaben der kommunistischen Parteien.

Die 2. und 2½ Internationale bemühen sich, den radikalen Flügel der Bourgeoisie, welcher vor allem die Interessen des Handels- und Bankkapitals vertritt, in seinem kraftlosen Kampfe um den Abbau der Reparationsverpflichtungen zu unterstützen. Sie gehen, wie in jeder Frage, auch hierin mit der Bourgeoisie zusammen. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien, in erster Linie jener der Siegerländer, ist es, den Massen klarzumachen, daß das Versailler Friedenswerk alle Lasten — sowohl in den Sieger- wie in den besiegten Ländern — auf die Schultern des Proletariats abwälzt, daß die Proletarier aller Länder die wirklichen Opfer des Friedenswerkes der Bourgeoisie sind. Auf dieser Grundlage müssen die kommunistischen Parteien, vor allem jene Deutschlands und Frankreichs, einen *gemeinsamen Kampf* gegen den Versailler Friedensvertrag führen. Die deutsche Kommunistische Partei muß die Bereitschaft des deutschen Proletariats betonen, die Proletarier und Bauern im verwüsteten Norden Frankreichs beim Wiederaufbau ihres Heims zu unterstützen, und muß gleichzeitig einen scharfen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie führen, die bereit ist, gemeinsam mit der französischen Bourgeoisie (Stinnesvertrag) auf Kosten des deutschen Proletariats Erfüllungspolitik zu treiben und Deutschland als Kolonie an die fransische Bourgeoisie auszuliefern, wenn nur ihre Klasseninteressen gewahrt bleiben. Die französische Kommunistische Partei muß mit aller Kraft gegen die imperialistischen Bestrebungen ihrer Bourgeoisie, gegen den Versuch, durch weitere verschärfte Ausbeutung des deutschen Proletariats die französische Bourgeoisie zu bereichern, für sofortige Aufhebung der Okkupation des linken Rheinufers, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, gegen die Zerstückelung Deutschlands, gegen den französischen Imperialismus kämpfen. Heute genügt es nicht, in Frankreich gegen die Vaterlandsverteidigung zu kämpfen: heute gilt es, den Versailler Frieden auf Schritt und Tritt zu bekämpfen. Der tschechoslowakischen, polnischen und den kommunistischen Parteien der anderen Vasallenländer Frankreichs fällt die Pflicht zu, den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Kampf gegen den französischen Imperialismus zu verbinden. Durch gemeinsam geführte Massenaktionen muß es dem Proletariat klargemacht werden, daß der Versuch einer Durchführung des Versailler Friedensvertrages das Proletariat ganz Europas in das tiefste Elend herabdrücken muß und daß der Kampf dagegen das gemeinsame Interesse des Proletariats aller Länder ist.

Über die Taktik der Komintern.

1. Bestätigung der Resolutionen des 3. Kongresses.

Der 4. Weltkongreß konstatiert vor allem, daß die Resolutionen des 3. Weltkongresses:

1. über die Weltwirtschaftskrise und die Aufgaben der Komintern und

2. über die Taktik der Komintern — durch den Gang der Ereignisse und die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Zeit zwischen dem 3. und 4. Kongreß vollständig bestätigt worden sind.

2. Die Niedergangsperiode des Kapitalismus.

Nach Abschätzung der ökonomischen Weltlage konnte der 3. Kongreß mit vollkommener Bestimmtheit konstatieren, daß der Kapitalismus nach Erfüllung seiner Mission, die Entwicklung der Produktivität zu fördern, in unversöhnlichen Widerspruch zu den Bedürfnissen nicht nur der gegenwärtigen historischen Entwicklung, sondern auch der elementarsten menschlichen Existenzbedingungen geraten ist. Im letzten imperialistischen Kriege spiegelte sich dieser fundamentale Widerspruch wider, der durch den Krieg noch verschärft wurde und der die Produktions- und Zirkulationsverhältnisse den schwersten Erschütterungen aussetzte. Der überlebte Kapitalismus ist in das Stadium getreten, in dem die Zerstörungsarbeit seiner zügellosen Kräfte die schöpferischen wirtschaftlichen Errungenschaften, die das Proletariat noch in den Fesseln kapitalistischer Knechtschaft geschaffen hat, lähmt und vernichtet.

Das Gesamtbild des Verfalles der kapitalistischen Wirtschaft erleidet keine Abschwächung durch jene unausbleiblichen Schwankungen der Konjunktur, die dem kapitalistischen System sowohl bei seinem Aufschwung wie bei seinem Abstieg eigentümlich sind. Die Versuche der bürgerlichen und sozialdemokratischen Nationalökonomie, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 in den Vereinigten Staaten und in weit geringerem Maße in Japan und England, teilweise auch in Frankreich und anderen Ländern eingetretene Besserung der Konjunktur als Anzeichen einer Wiederherstellung des kapitalistischen Gleichgewichts zu deuten, beruhen teils auf dem Willen zur Fälschung der Tatsachen, teils auf dem Mangel an Einsicht bei den Lakaien des Kapitals. Der 3. Kongreß, der noch vor Beginn der gegenwärtigen industriellen Wiederbelebung tagte, sah voraus, daß diese Wiederbelebung unausbleiblich in mehr oder weniger naher Zukunft eintreten wird, und beurteilte sie schon damals in bestimmtester Form als eine oberflächliche Welle auf der Grundlinie der fortschreitenden Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaft. Schon läßt sich bestimmt voraussehen, daß, wenn die



jetzige Belebung der Industrie auch nicht im entferntesten fähig ist, das kapitalistische Gleichgewicht wiederherzustellen oder auch nur die vom Kriege hinterlassenen klaffenden Wunden zu heilen, die nächste zyklische Krise, deren Wirkung mit der Hauptlinie des kapitalistischen Zerfalls zusammentreffen muß, alle Äußerungen des letzteren verstärken und dadurch die revolutionäre Lage außerordentlich verschärfen wird.

Der Kapitalismus wird bis zu seiner Todesstunde zyklischen Schwankungen unterliegen. Nur die Ergreifung der Macht durch das Proletariat und die sozialistische Weltrevolution können die Menschheit vor der Katastrophe retten, die durch das Bestehen des heutigen Kapitalismus hervorgerufen wird.

Was der Kapitalismus heute durchmacht, ist nichts anderes als sein Untergang. Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist unabwendbar.

3. *Die internationale politische Lage.*

Auch die internationale politische Lage spiegelt den fortschreitenden Zerfall des Kapitalismus wider.

Die Reparationsfrage ist immer noch ungelöst. Während eine Konferenz der Ententestaaten nach der anderen stattfindet, geht der wirtschaftliche Zerfall Deutschlands immer weiter vor sich und bedroht die Existenz des Kapitalismus in ganz Mitteleuropa. Die katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands wird entweder die Entente zwingen, auf die Reparationen zu verzichten, wodurch die wirtschaftliche und politische Krise Frankreichs beschleunigt wird, oder sie wird zur Schaffung eines deutsch-französischen Industrieblocks auf dem Kontinent führen, und diese Tatsache wird die wirtschaftliche Lage Englands und seine Stellung auf dem Weltmarkt verschlechtern, sie wird England und den Kontinent einander politisch gegenüberstellen.

Im *Nahen Osten* erlitt die Politik der Entente völligen Bankrott. Der Friede von Sèvres wurde durch die türkischen Bajonette zerrissen. Der griechisch-türkische Krieg und die anschließenden Ereignisse haben handgreiflich gezeigt, wie labil das jetzige politische Gleichgewicht ist. Das Gespenst eines neuen imperialistischen Weltkrieges wurde deutlich sichtbar. Nachdem das imperialistische Frankreich aus Gründen der Konkurrenz gegenüber England geholfen hat, das gemeinsame Werk der Entente im Nahen Osten über den Haufen zu rennen, wird es jetzt wieder durch seine kapitalistischen Interessen in die gemeinsame Front des Kapitalismus gegen die Völker des Orients zurückgetrieben. Dadurch demonstriert aber das kapitalistische Frankreich den Völkern des Nahen Ostens noch einmal, daß sie ihren Verteidigungskampf gegen die Unterdrückung nur auf der Seite Sowjetrußlands und mit der Unterstützung des revolutionären Proletariats der ganzen Welt führen können.

Im *Fernen Osten* versuchten die siegreichen Ententestaaten, den Frieden von Versailles in Washington zu revidieren. Sie waren jedoch nur imstande, sich eine Atempause zu verschaffen, indem sie *eine* Art der Rüstungen, nämlich die Zahl der großen Schlachtschiffe, für die nächsten Jahre verminderten. Zu irgendeiner Lösung der Frage sind sie nicht gekommen. Der Kampf zwischen Amerika und Japan geht weiter und schürt weiter den Bürgerkrieg in China. Das Gestade des Stillen Ozeans bleibt nach wie vor ein Brandherd großer Konflikte.

Das Beispiel der *nationalen Befreiungsbewegungen* in Indien, Ägypten, Irland und der Türkei zeigt, daß die kolonialen und halbkolonialen Länder Brandherde einer wachsenden revolutionären Bewegung gegen die imperialistischen Mächte bilden und unerschöpfliche Reservoire revolutionärer Kräfte darstellen, die sich bei der gegebenen Lage objektiv gegen die ganze Existenz der bürgerlichen Weltordnung auswirken.

Der *Versailler Frieden* wird durch die Tatsachen liquidiert. Er macht aber nicht Platz einer allgemeinen Verständigung der kapitalistischen Staaten, einem Abbau des Imperialismus, sondern schafft neue Gegensätze, neue imperialistische Gruppierungen und neue Rüstungen. Der Wiederaufbau Europas ist bei der gegebenen Lage unmöglich. Das kapitalistische Amerika will für den Wiederaufbau der europäischen kapitalistischen Wirtschaft keine Opfer bringen. Das kapitalistische Amerika steht da als Aasgeier des kapitalistischen Zerfalls in Europa und es wird sein Erbe sein. Amerika wird das kapitalistische Europa versklaven, falls die europäische Arbeiterklasse nicht die politische Macht ergreift und nicht an die Aufräumung der Trümmer des Weltkrieges geht und mit dem Aufbau einer föderativen Räterepublik Europas beginnt.

Die letzten Ereignisse in einem an sich kleinen Lande wie in dem gegenwärtigen *Österreich* sind als Symptom der politischen Lage in Europa von großer Bedeutung. Auf das von der österreichischen Bourgeoisie freudig begrüßte Diktat des Entente-Imperialismus ist die ganze ominöse Demokratie, die den Stolz der Führer der 2½ Internationale bildete, deren Schutz ihnen zum Vorwand für jede Preisgabe der Arbeiterinteressen diente und deren Obhut sie auch den rechtesten Monarchisten, den Christlich-Sozialen und Großdeutschen anvertrauten, denen sie nur zur Wiederherstellung ihrer Macht diente, durch einen Federstrich in Genf vernichtet und durch die unverhüllte Diktatur eines einfachen Bevollmächtigten der Entente ersetzt worden. Sogar das bürgerliche Parlament ist tatsächlich ausgeschaltet worden, sein Platz hat ein von den Entente-Bankiers eingesetzter Kommissar eingenommen. Die Sozialdemokraten haben nach kurzem demagogischem Scheinwiderstand kapituliert und freiwillig mitgeholfen, den Schandvertrag zu verwirklichen. Sie haben sich sogar bereit erklärt, in nur schlecht verhüllter Form in die Koalition wieder einzutreten, um einen Widerstand des Proletariats nach Möglichkeit zu verhindern.

Diese Ereignisse in dem kleinen Österreich, wie auch der letzte fascistische Umsturz in Italien beleuchten blitzartig die Unsicherheit der ganzen Lage und beweisen am besten, daß die Demokratie nur ein Scheingebilde ist und in Wirklichkeit eine verschleierte Diktatur der Bourgeoisie bedeutet, an deren Stelle die Bourgeoisie, wo es ihr zweckdienlich zu sein scheint, die brutale Form der weißgardistischen terroristischen Reaktion setzt.

Zu gleicher Zeit hat sich die internationale politische Lage *Sowjetrußlands*, des einzigen Landes, wo das Proletariat die Bourgeoisie besiegt hat und fünf Jahre lang unter den Anstürmen der Feinde die Macht behauptete, in ungeheurem Maße gestärkt. In Genua und im Haag versuchten die Ententekapitalisten die russische Sowjetrepublik zu

zwingen, auf die Nationalisierung der Industrie zu verzichten, und ihr eine Schuldenlast aufzubürden, die Sowjetrußland in der Tat zu einer Kolonie der Entente machen würde. Der proletarische Staat Sowjetrußland war jedoch stark genug, dieser Anmaßung Widerstand entgegenzusetzen. In dem Chaos des verfallenden kapitalistischen Staatensystems steht Sowjetrußland von der Beresina bis Wladiwostok, vom Murman bis zu den Bergen Armeniens da als ein wachsender Machtfaktor in Europa, im Nahen und Fernen Osten. Trotz des Versuches der kapitalistischen Welt, Sowjetrußland durch eine finanzielle Blockade zu erdrosseln, wird diese imstande sein, an seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau heranzugehen. Es wird zu diesem Zwecke ebenso seine eigenen wirtschaftlichen Hilfsquellen ausnutzen, wie auch die Konkurrenz der kapitalistischen Mächte untereinander, die sie nötigen wird, Sonderverhandlungen mit Sowjetrußland zu führen. Ein Sechstel des Erdballes befindet sich in der Macht der Sowjets. Schon die Existenz der Sowjetrepublik Rußland wirkt auf die bürgerliche Gesellschaft als ein beständiges Element der Schwächung, als wichtigster Faktor der Weltrevolution. Je mehr Sowjetrußland ökonomisch wieder aufersteht und erstarkt, um so mächtiger wird dieser hervorragendste revolutionäre Faktor der internationalen Politik an Einfluß wachsen.

4. Offensive des Kapitals.

Da das Proletariat aller Länder, ausgenommen in Rußland, den durch den Krieg geschaffenen Schwächezustand des Kapitalismus nicht zu entscheidenden Schlägen ausnutzte, konnte die Bourgeoisie — dank der Hilfe der Sozialdemokraten — die kampfbereiten revolutionären Arbeiter niederschlagen, ihre eigene politische und ökonomische Macht wieder befestigen und eine neue Offensive gegen das Proletariat beginnen. Alle Versuche der Bourgeoisie, die internationale Warenproduktion und Warenverteilung nach den Stürmen des Weltkrieges wieder in Gang zu bringen, geschahen allein auf Kosten der Arbeiterschaft. Die im Weltmaßstabe systematisch organisierte Offensive des Kapitals gegen alle Errungenschaften der Arbeiterklasse erfaßte im Wirbel alle Länder. Überall baut das reorganisierte Kapital schonungslos den realen Arbeitslohn der Arbeiter ab, verlängert den Arbeitstag, beschneidet die bescheidenen Rechte der Arbeiterschaft im Betriebe und zwingt in den Ländern mit niedriger Valuta die bettelarmen Arbeiter, das Unheil zu bezahlen, das im Wirtschaftsleben durch die Geldentwertung entsteht, u. a. m.

Die Offensive des Kapitals, die in den letzten Jahren Riesendimensionen angenommen hat, zwingt die Arbeiterschaft in allen Ländern zu Abwehrkämpfen. Tausende und aber Tausende von Arbeitern der wichtigsten Produktionsgebiete nahmen den Kampf auf. In den Kampf treten immer neue Gruppen von Arbeitern, die für das Wirtschaftsleben von entscheidender Bedeutung sind (Eisenbahner, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Staats- und Gemeindearbeiter). Die meisten dieser Streiks führten bisher zu keinem unmittelbaren Erfolg. Aber dieser Kampf erzeugt bei neuen gewaltigen Scharen der früher rückständigen Arbeiter unendlichen Haß gegen die Kapitalisten und die sie schützende Staatsmacht. Diese dem Proletariat aufgezwungenen Kämpfe zerstören die von den Sozialreformisten und Gewerkschaftsbürokraten be-

triebene Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Diese Kämpfe zeigen selbst den rückständigsten Schichten des Proletariats den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik. Jeder große Streik wird heute zu einem großen politischen Ereignis. Dabei hat sich gezeigt, daß die Parteien der 2. Internationale und die Führer der Amsterdamer Gewerkschaften den in schweren Abwehrkämpfen stehenden Arbeitermassen nicht nur keine Hilfe gewährten, sondern sie direkt im Stiche ließen und sie an das Unternehmertum und die bürgerlichen Regierungen verrieten.

Es ist eine der Aufgaben der kommunistischen Parteien, diesen unerhörten fortwährenden Verrat an den Pranger zu stellen und an den täglichen Kämpfen der Arbeitermassen zu illustrieren. Es ist Pflicht der kommunistischen Parteien aller Länder, die zahlreich ausbrechenden wirtschaftlichen Streiks auszuweiten, zu vertiefen und sie, wenn möglich, in politische Streiks und Kämpfe ausmünden zu lassen. Es ist selbstverständlich Pflicht der kommunistischen Parteien, die Abwehrkämpfe und die revolutionäre Erkenntnis und den Kampfeswillen der proletarischen Massen derart zu stärken, daß diese bei genügender Stärke von der Defensive zur Offensive übergehen.

Die systematische Verschärfung der Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist mit der Ausdehnung dieser Kämpfe unausbleiblich. Die Lage bleibt objektiv revolutionär und selbst der geringste Anlaß kann heute der Ausgangspunkt großer revolutionärer Kämpfe werden.

5. *Der internationale Fascismus.*

Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, wie sie sich am krassesten im internationalen Fascismus äußert. Da die zunehmende Verelendung die Massen immer mehr revolutioniert, auch die Mittelschicht einschließlich der Beamten erfaßt und die Sicherheit der Bourgeoisie, in der Bürokratie ein absolut willfähriges und ausreichendes Werkzeug zu haben, erschüttert, genügen der Bourgeoisie die legalen Unterstützungsmethoden nicht mehr. Sie geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Garden zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen.

Das charakteristische Merkmal des italienischen Fascismus — des „klassischen" Fascismus, der jetzt eine Zeitlang das ganze Land gewonnen hat — besteht darin, daß die Fascisten nicht nur engere konterrevolutionäre, bis an die Zähne bewaffnete Kampforganisationen bilden, sondern auch versuchen, durch soziale Demagogie sich einen Boden in der Masse, in der Bauernschaft, im Kleinbürgertum, sogar in gewissen Teilen der Arbeiterschaft zu schaffen, wobei sie die notwendigen Enttäuschungen über die sogenannte Demokratie für ihre reaktionären Zwecke geschickt auszunutzen verstehen. Die Gefahr des Fascismus besteht jetzt in vielen Ländern: In der Tschechoslowakei, in Ungarn, in fast allen Balkanländern, in Polen, in Deutschland (Bayern), in Österreich, in Amerika, und sogar in Ländern wie Norwegen. In dieser oder jener Form ist der Fascismus auch nicht in Ländern wie Frankreich und England ausgeschlossen.



Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ist die, den Widerstand gegen den internationalen Fascismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Fascistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiete die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden, *wobei die Methoden illegaler Organisationen unbedingt notwendig sind.*

Die wahnwitzige Fascistenorganisation ist aber auch die letzte Karte im Spiele der Bourgeoisie. Die offene Herrschaft der weißen Garden richtet sich zugleich gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt. Die breitesten Massen des arbeitenden Volkes überzeugen sich durch diese Tatsache, daß die Herrschaft der Bourgeoisie nur durch die unverhüllte Diktatur über das Proletariat möglich ist.

6. *Die Möglichkeit neuer pazifistischer Illusionen.*

Was die internationale politische Lage im gegebenen Moment charakterisiert, ist der Fascismus, der Belagerungszustand und die steigende Welle des weißen Terrors gegen die Arbeiterschaft. Das schließt jedoch nicht aus, daß in absehbarer Zeit in sehr wichtigen Ländern die offene bürgerliche Reaktion durch eine „demokratisch-pazifistische" Ära abgelöst wird. In England (Stärkung der Labour Party bei den letzten Wahlen), in Frankreich (die unvermeidlich kommende Periode des sogenannten „linken Blocks") ist eine solche „demokratisch-pazifistische" Übergangsperiode wahrscheinlich und sie kann ihrerseits eine Wiederbelebung der pazifistischen Hoffnungen im bürgerlichen und sozialdemokratischen Deutschland auslösen. Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Eventualitäten ins Auge fassen; sie müssen verstehen, bei *jeder* Lage die revolutionären Positionen zu verteidigen.

7. *Die Lage innerhalb der Arbeiterbewegung.*

In der gleichen Zeit, in der infolge der Offensive des Kapitals die Arbeiterklasse in eine Defensivstellung getrieben wird, vollzieht sich die Annäherung und schließlich die Verschmelzung der Parteien des Zentrums (Unabhängige) mit den offenen Sozialverrätern (Sozialdemokraten). In der Zeit des revolutionären Aufstieges erklärten sich unter dem Druck der Massenstimmung selbst die Zentristen für die Diktatur des Proletariats und suchten den Weg zur Kommunistischen Internationale. Mit der absteigenden Welle der Revolution, die aber nur vorübergehend ist, fallen diese Zentristen wieder in das Lager der Sozialdemokraten zurück, aus dem sie sich innerlich nie gelöst hatten. Sie, die in den Zeiten revolutionärer Massenkämpfe stets eine zögernde und schwankende Haltung einnahmen, versagen jetzt in den Abwehrkämpfen und kehren in das Lager der 2. Internationale zurück, die immer bewußt antirevolutionär war. Die zentristischen Parteien und die ganze zentristische Internationale 2½ sind im Zerfall begriffen. Der beste Teil der revolutionären Arbeiter, der vorübergehend im Lager des Zentrismus steht, wird mit der Zeit zur Kommunistischen Internationale über-



gehen. Hier und da hat dieser Übergang bereits begonnen (Italien). Die überwiegende Mehrheit der zentristischen Führer, die sich jetzt mit Noske, Mussolini usw. verbünden, wird dagegen zu erbitterten Konterrevolutionären werden.

Objektiv kann die Verschmelzung der Partei der 2. und 2½ Internationale für die revolutionäre Arbeiterbewegung nur von Nutzen sein. Die Fiktion einer zweiten, außerhalb des kommunistischen Lagers stehenden revolutionären Partei verschwindet. In der Arbeiterklasse werden nur noch zwei Gruppierungen miteinander um die Mehrheit der Arbeiter ringen: die 2. Internationale, die den Einfluß der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterschaft darstellt, und die Kommunistische Internationale, die das Banner der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats erhoben hat.

8. Die Spaltung der Gewerkschaften und die Vorbereitung des weißen Terrors gegen die Kommunisten.

Die Vereinigung der Parteien der 2. und 2½ Internationale hat zweifellos zur Aufgabe, eine „günstige Atmosphäre" für den systematischen Feldzug gegen die Kommunisten vorzubereiten. Ein Teil dieses Feldzuges ist die planmäßige Spaltung der Gewerkschaften durch die Führer der Amsterdamer Internationale. Die Amsterdamer schrecken vor jedem Kampfe gegen die Offensive des Kapitals zurück und setzen vielmehr ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik mit den Unternehmern fort. Um nicht von den Kommunisten in diesem Bündnis mit dem Unternehmertum gestört zu werden, suchen sie den Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften planmäßig auszuschalten. Da die Kommunisten trotzdem in vielen Ländern bereits die Mehrheit in den Gewerkschaften erobert haben oder zu erobern im Begriff sind, schrecken die Amsterdamer weder vor Ausschlüssen, noch vor formellen Spaltungen der Gewerkschaften zurück. Nichts schwächt so die Kräfte des proletarischen Widerstandes gegen die Offensive des Kapitals, wie die Spaltung der Gewerkschaften. Das wissen auch die reformistischen Führer der Gewerkschaften. Da sie aber merken, daß sie den Boden unter den Füßen verlieren und daß ihr Bankrott unvermeidlich und nahe ist, beeilen sie sich, die Gewerkschaften, dieses unersetzliche Werkzeug des proletarischen Klassenkampfes, zu spalten, damit die Kommunisten als Erbteil nur noch die Scherben und Splitter der alten Gewerkschaftsorganisationen übernehmen können. Einen schlimmeren Verrat hat die Arbeiterklasse seit dem August 1914 nicht gesehen.

9. Die Aufgaben der Eroberung der Mehrheit.

Unter diesen Umständen bleibt die grundlegende Anweisung des 3. Weltkongresses, „einen kommunistischen Einfluß unter der Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und den entscheidenden Teil dieser Klasse in den Kampf zu führen", voll bestehen.

Noch mehr als zur Zeit des 3. Kongresses hat heute die Auffassung Gültigkeit, daß bei dem jetzigen labilen Gleichgewicht der bürgerlichen Gesellschaft ganz plötzlich die schärfste Krise ausgelöst werden kann infolge eines großen Streiks, eines Kolonialaufstandes,



eines neuen Krieges oder selbst einer Parlamentskrise. Aber gerade deshalb gewinnt der „subjektive" Faktor ungeheure Bedeutung, d. h. der Grad des Selbstbewußtseins, des Kampfeswillens und der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse Amerikas und Europas zu gewinnen, — das ist nach wie vor die Kardinalaufgabe der Komintern.

In den kolonialen und halbkolonialen Ländern hat die Komintern zweierlei Aufgaben: 1. einen Kern von kommunistischen Parteien zu schaffen, die die Gesamtinteressen des Proletariats vertreten, und 2. mit allen Kräften die nationalrevolutionäre Bewegung zu unterstützen, die sich gegen den Imperialismus richtet, zur Avantgarde dieser Bewegung zu werden und innerhalb der nationalen Bewegung die soziale Bewegung hervorzuheben und zu steigern.

10. Taktik der Einheitsfront.

Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit der Taktik der Einheitsfront. Die Losung des 3. Kongresses „Zu den Massen" hat jetzt mehr denn je Gültigkeit. Erst jetzt beginnt der Kampf um die Bildung der proletarischen Einheitsfront in einer größeren Zahl von Ländern. Erst jetzt beginnt man auch die Schwierigkeiten der Taktik der Einheitsfront zu überwinden. Als bestes Beispiel kann Frankreich dienen, wo der Gang der Ereignisse auch diejenigen, die noch vor kurzem prinzipielle Gegner dieser Taktik waren, von der Notwendigkeit der Anwendung dieser Taktik überzeugte. Die Komintern fordert, daß alle kommunistischen Parteien und Gruppen die Taktik der Einheitsfront auf das strengste durchführen, weil sie allein in der gegenwärtigen Periode den Kommunisten den sicheren Weg zur Eroberung der Mehrheit der Werktätigen weist.

Die Reformisten brauchen jetzt die Spaltung. Die Kommunisten sind an der Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus interessiert.

Die Taktik der Einheitsfront bedeutet das Vorangehen der kommunistischen Avantgarde in den täglichen Kämpfen der breiten Arbeitermassen um ihre notwendigsten Lebensinteressen. In diesem Kampfe sind die Kommunisten sogar bereit, mit den verräterischen Führern der Sozialdemokraten und der Amsterdamer zu unterhandeln. Die Versuche der 2. Internationale, die Einheitsfront als organisatorische Verschmelzung aller „Arbeiterparteien" hinzustellen, sind selbstverständlich auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Versuche der 2. Internationale, unter dem Deckmantel der Einheitsfront die weiter linksstehenden Arbeiterorganisationen aufzusaugen (Vereinigung der SP. und USP. in Deutschland), bedeuten in der Tat nichts anderes als die Möglichkeit für die sozialdemokratischen Führer, neue Teile der Arbeitermassen an die Bourgeoisie auszuliefern.

Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegenüber der Bourgeoisie und der konterrevolutionären Sozialdemokratie ist die wichtigste historische Errungenschaft des Proletariats, auf die die Kommunisten unter keinen Umständen verzichten werden. Die kommunistischen Parteien allein verfechten die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Taktik der Einheitsfront bedeutet auch keinesfalls sogenannte „Wahlkombinationen" der Spitzen, die diese oder jene parlamentarischen Zwecke verfolgen. Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen.

Eine besonders wichtige Aufgabe bei der Durchführung der Einheitsfront ist die Erreichung nicht nur agitatorischer, sondern auch *organisatorischer* Resultate. Keine einzige Gelegenheit darf verpaßt werden, um in der Arbeitermasse selbst organisatorische Stützpunkte (Betriebsräte, Kontrollkommissionen aus Arbeitern aller Parteien und Parteilosen, Aktionskomitees usw.) zu schaffen.

Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen. Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von „unten", aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst. Die Kommunisten können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gegebenen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. Über den Gang dieser Unterhandlungen müssen die Massen jedoch dauernd und vollkommen unterrichtet sein. Die Selbständigkeit der Agitation der Kommunistischen Partei darf auch während der Verhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden.

Es versteht sich von selbst, daß je nach den konkreten Bedingungen die Taktik der Einheitsfront in den verschiedenen Ländern in verschiedener Form anzuwenden ist. Aber dort, wo in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die objektiven Verhältnisse für die sozialistische Umwälzung reif sind und wo — von konterrevolutionären Führern geleitet — die sozialdemokratischen Parteien bewußt auf die Spaltung der Arbeiterschaft hinarbeiten, wird die Taktik der Einheitsfront für eine neue Epoche maßgebend sein.

11. Die Arbeiterregierung.

Als allgemeine propagandistische Parole ist die Arbeiterregierung (evtl. Arbeiter- und Bauernregierung) fast überall zu gebrauchen. *Als aktuelle politische Losung* aber hat die Arbeiterregierung die größte Bedeutung in denjenigen Ländern, wo die Lage der bürgerlichen Gesellschaft besonders unsicher ist, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt. In *diesen* Ländern ergibt sich die Losung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlußfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront.

Die Parteien der 2. Internationale versuchen, in diesen Ländern die Lage dadurch zu „retten", daß sie eine Koalition der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten propagieren und verwirklichen. Die neuesten Versuche einiger Parteien der 2. Internationale (z. B. in Deutschland),

eine offene Teilnahme an einer solchen Koalitionsregierung abzulehnen und sie gleichzeitig in versteckter Form durchzuführen, bedeuten nichts anderes, als ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber den protestierenden Massen, als einen raffinierten Betrug der Arbeitermassen. Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischem und politischem Gebiete zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. Im vereinten Kampfe aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der ganze Staatsapparat in die Hände der Arbeiterregierung gelangen, und dadurch sollen die Machtpositionen der Arbeiterklasse gestärkt werden.

Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.

Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parlamentarischen Ursprungs ist, *kann* den Anlaß zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben. Es ist selbstverständlich, daß die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muß. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Losung der Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen.

Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, zusammen mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden. Sie können das aber nur dann tun, wenn Garantien dafür vorhanden sind, daß die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird. Dabei bestehen die selbstverständlichen Bedingungen der Teilnahme der Kommunisten an einer solchen Regierung darin, daß

1. die Teilnahme an einer Arbeiterregierung nur mit Zustimmung der Komintern erfolgen kann;
2. die kommunistischen Teilnehmer an einer solchen Regierung unter der strengsten Kontrolle ihrer Partei stehen;
3. die betreffenden kommunistischen Teilnehmer an dieser Arbeiterregierung in engster Fühlung mit den revolutionären Organisationen der Massen stehen;
4. die Kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht und die volle Selbständigkeit ihrer Agitation unbedingt behält.

Bei allen großen Vorteilen hat die Arbeiterregierungsparole auch ihre Gefahren, ebenso wie die gesamte Taktik der Einheitsfront Gefahren in sich birgt. Um diesen Gefahren vorzubeugen, müssen die kommunistischen Parteien folgendes ins Auge fassen: Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats. Die Kommunistische Internationale muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:

I. Scheinbare Arbeiterregierungen:

1. *Liberale* Arbeiterregierung, eine solche gab es in Australien, eine solche Regierung wird auch in absehbarer Zeit in England möglich sein.
2. *Sozialdemokratische* Arbeiterregierung (Deutschland).

II. Wirkliche Arbeiterregierungen:

3. Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern. Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, der Tschechoslowakei usw.
4. Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten.
5. Wirkliche revolutionäre proletarische Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann.

Die Kommunisten sind bereit, auch mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats noch nicht erkannt haben. Die Kommunisten sind also auch bereit, unter gewissen Bedingungen und unter gewissen Garantien eine nicht rein kommunistische, ja sogar eine bloß scheinbare Arbeiterregierung zu unterstützen, natürlich nur soweit sie Arbeiterinteressen vertritt. Die Kommunisten erklären der Arbeiterschaft aber ebenso offen, daß ohne den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie, eine wirkliche Arbeiterregierung weder zu erreichen noch zu erhalten ist. Als wirkliche Arbeiterregierung ist nur eine Regierung aufzufassen, die entschlossen ist, den ernsten Kampf wenigstens zur Erfüllung der wichtigsten Tagesforderungen der Arbeiter gegen die Bourgeoisie aufzunehmen. Nur an einer solchen Arbeiterregierung können Kommunisten teilnehmen.

Die ersten zwei Typen der scheinbaren Arbeiterregierung (liberale und sozialdemokratische) sind nicht revolutionäre Regierungen, können aber unter Umständen den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gewalt beschleunigen. Die zwei weiteren Typen der Arbeiterregierung (Arbeiter- und Bauernregierung, sozialdemokratisch-kommunistische Regierung) bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht einmal ein geschichtlich unvermeidliches Übergangsstadium zur Diktatur, aber sie sind, wenn sie irgendwo zustandekommen, ein wichtiger Ausgangspunkt zur Erkämpfung dieser Diktatur. Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung (Ziffer 5), die aus Kommunisten besteht.

12. Betriebsrätebewegung.

Keine kommunistische Partei kann als ernsthafte und solide organisierte kommunistische Massenpartei betrachtet werden, wenn sie keine festen kommunistischen Zellen in den Betrieben, Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. hat. Eine Bewegung kann unter den jetzigen



Verhältnissen nicht als planmäßig organisierte proletarische Massenbewegung angesehen werden, wenn es der Arbeiterklasse und ihren Organisationen nicht gelingt, Betriebsausschüsse als Rückgrat dieser Bewegung zu schaffen. Insbesondere ist der Kampf gegen die Offensive des-Kapitals und für die Kontrolle der Produktion aussichtslos, wenn die Kommunisten nicht über feste Stützpunkte in allen Betrieben verfügen und wenn die Arbeiterschaft sich nicht ihre eigenen proletarischen Kampforgane in den Betrieben (Betriebsräteausschüsse, Arbeiterräte) geschaffen hat.

Der Kongreß betrachtet es daher als eine der Hauptaufgaben aller kommunistischen Parteien, sich mehr als bisher in den Betrieben zu verankern und die Betriebsrätebewegung zu unterstützen oder die Initiative zur Bildung dieser Bewegung zu ergreifen.

13. Die Komintern als Weltpartei.

Die Kommunistische Internationale muß in immer höherem Maße gleichzeitig mit ihrer organisatorischen Ausgestaltung zu einer kommunistischen Weltpartei sich auch politisch als solche betätigen; sie hat insbesondere der Führung der notwendigen Aktionen in ganzen Ländergruppen ihr Augenmerk zuzuwenden.

14. Internationale Disziplin.

Um die Taktik der Einheitsfront international und in jedem einzelnen Lande durchzuführen, bedarf es jetzt mehr denn je der strengsten internationalen Disziplin in der Komintern und in jeder ihrer einzelnen Sektionen.

Der 4. Kongreß fordert kategorisch von allen Sektionen und allen Mitgliedern die strengste Disziplin in der Durchführung der Taktik, die nur dann Früchte zeitigen kann, wenn die einmütige und planmäßige Durchführung dieser Taktik in allen Ländern nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten geschehen wird.

Die Zustimmung zu den 21 Bedingungen schließt in sich die Durchführung aller taktischen Beschlüsse der Weltkongresse und der Exekutive als das Organ der Komintern in den Zeiten zwischen den Weltkongressen. Der Kongreß beauftragt die Exekutive, die Durchführung auch der taktischen Beschlüsse durch alle Parteien auf das strengste zu fordern und zu überwachen. Nur die scharf umrissene revolutionäre Taktik der Komintern sichert der internationalen proletarischen Revolution den möglichst raschen Sieg.

* * *

Der Kongreß beschließt, den Text der Dezember-Thesen (1921) der Exekutive über die Einheitsfront dieser Resolution als Anhang anzufügen, da diese Thesen ausführlich und richtig die Taktik der Einheitsfront beleuchten.

Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die die anarcho-syndikalistischen Organisationen unterstützen.

(Einstimmig angenommen von der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 18. Dezember 1921.)

1. Die internationale Arbeiterbewegung macht gegenwärtig eine eigentümliche Übergangsetappe durch, die sowohl die Kommunistische Internationale im allgemeinen, als auch ihre einzelnen Sektionen vor neue, wichtige taktische Probleme stellt.

Diese Etappe wird hauptsächlich durch folgendes gekennzeichnet: Die wirtschaftliche Weltkrise verschärft sich. Die Arbeitslosigkeit wächst. Das internationale Kapital ist fast in allen Ländern zur systematischen Offensive gegen die Arbeiter übergegangen, die sich vor allem in dem ziemlich offenkundigen Bestreben der Kapitalisten äußert, den Arbeitslohn und die gesamte Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Der Bankrott des Versailler Friedens wird immer augenfälliger für die breitesten Schichten der Werktätigen. Die Unvermeidlichkeit eines neuen imperialistischen Krieges oder gar mehrerer solcher Kriege ist klar, falls das internationale Proletariat die bürgerliche Regierung nicht stürzt: Washington hat das sehr deutlich gezeigt.

Die im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Umständen eingetretene Belebung der reformistischen Illusionen in breiten Schichten der Arbeiter fängt unter den Schlägen der Wirklichkeit an, einer anderen Stimmung Platz zu machen. Die nach dem Abschluß des imperialistischen Gemetzels aufs neue entstandenen „demokratischen" und reformistischen Illusionen der Arbeiter (einerseits der besser gestellten Arbeiter, andererseits aber der rückständigsten, politisch unerfahrensten) verblühen, ehe sie recht aufgeblüht sind. Der Verlauf und der Abschluß der „Arbeiten" der Washingtoner Konferenz werden diese Illusionen noch stärker erschüttern. Wenn man vor einem halben Jahre mit einer gewissen Berechtigung von einer allgemeinen Schwenkung der Arbeitermassen in Europa und Amerika nach rechts reden konnte, so kann man gegenwärtig im Gegenteil zweifelsohne den Beginn einer Schwenkung nach links feststellen.

2. Andererseits ist unter dem Einfluß der sich verstärkenden Angriffe des Kapitals unter den Arbeitern ein spontanes, buchstäblich nicht zurückzuhaltendes *Streben zur Einheit* erwacht, das mit einem allmählichen Anwachsen des Vertrauens der breiten Arbeitermassen zu den Kommunisten Hand in Hand geht.

Immer breitere Arbeiterkreise beginnen erst jetzt den Mut der kommunistischen Vorhut richtig einzuschätzen, die sich in den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse stürzte zu einer Zeit, als die ganze ungeheuere Arbeitermasse gleichgültig blieb, oder sogar dem Kommunismus feindlich gegenüberstand. Immer breitere Arbeiterkreise überzeugen sich jetzt davon, daß nur die Kommunisten, unter den schwierigsten Verhältnissen, bisweilen unter den größten Opfern,

die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse verteidigt haben. Die Achtung und das Vertrauen zu der unversöhnlichen kommunistischen Vorhut der Arbeiterklasse beginnen jetzt aufs neue zu wachsen, da selbst die rückständigeren Schichten der Arbeiter die Aussichtslosigkeit reformistischer Hoffnungen eingesehen und begriffen haben, daß es außer dem Kampfe keine Rettung vor dem Raubzug der Kapitalisten gibt.

3. Die kommunistischen Parteien können und sollen jetzt die Früchte des Kampfes ernten, den sie zuvor in dem überaus ungünstigen Milieu der Gleichgültigkeit der Massen geführt haben. Aber, indem die Arbeitermassen von immer größerem Vertrauen zu den unversöhnlichen, kampfesmutigen Elementen der Arbeiterklasse, den Kommunisten, durchdrungen werden, zeigen sie als Ganzes einen noch nie dagewesenen Drang nach Einheit. Die zum aktiven Leben erwachenden neuen Schichten der politisch weniger erprobten Arbeiter träumen von der Vereinigung aller Arbeiterparteien und sogar aller Arbeiterorganisationen überhaupt und hoffen auf diese Weise ihre Widerstandskraft den Kapitalisten gegenüber zu vergrößern. Neue Arbeiterschichten, die früher oft keinen tätigen Anteil am politischen Kampf genommen haben, gehen jetzt auf Grund eigener Erfahrung aufs neue an die Prüfung der praktischen Pläne des Reformismus heran. Wie diese neuen Schichten, so wollen sich auch bedeutende Arbeiterschichten, die den alten sozialdemokratischen Parteien angehören, nicht mehr mit dem Feldzug der Sozialdemokraten und Zentristen gegen die kommunistische Vorhut zufriedengeben, sie fangen schon an, eine Verständigung mit den Kommunisten zu fordern. Aber sie haben gleichzeitig *noch nicht* ihren Glauben an die Reformisten überwunden, und bedeutende Massen unterstützen noch die Parteien der 2. und der Amsterdamer Internationale. Diese Arbeitermassen formulieren ihre Pläne und Bestrebungen nicht klar genug, aber im großen und ganzen läßt sich die neue Stimmung auf den Wunsch zurückführen, die Einheitsfront herzustellen und zu versuchen, die Parteien und Verbände der 2. und der Amsterdamer Internationale zum Kampf gegen den Angriff des Kapitals zusammen mit den Kommunisten zu veranlassen. *Soweit* ist diese Stimmung progressiv. — Im wesentlichen ist der Glaube an den Reformismus untergraben. Unter den allgemeinen Verhältnissen, in denen sich die Arbeiterbewegung jetzt befindet, wird jede ernste Massenaktion, auch wenn sie nur von Teilforderungen ausgeht, unvermeidlich allgemeinere und grundlegendere Fragen der Revolution auf die Tagesordnung stellen. Die kommunistische Vorhut kann nur gewinnen, wenn neue Arbeiterschichten sich durch eigene Erfahrung von den Illusionen des Reformismus und des Kompromißlertums überzeugen.

4. In der Anfangsperiode des Aufkeimens eines bewußten und organisierten Protestes gegen den Verrat der Führer der 2. Internationale hatten diese letzteren den gesamten Apparat der Arbeiterorganisationen in ihren Händen. Sie benutzten das Prinzip der Einheit und der proletarischen Disziplin, um dem revolutionären proletarischen Protest erbarmungslos den Mund zu stopfen und ohne Widerstand die ganze Macht der Arbeiterorganisationen in den Dienst des nationalen Imperialismus zu stellen. Unter diesen Umständen mußte sich der revolutionäre Flügel um jeden Preis die Freiheit der Agitation und Propa-

ganda erkämpfen, d. h. die Freiheit, den Arbeitermassen den beispiellosen geschichtlichen Verrat zu erklären, den die durch die Arbeitermassen selbst geschaffenen Parteien begangen haben und noch jetzt begehen.

5. Nachdem sie sich die organisatorische Freiheit der *geistigen Einwirkung* auf die Arbeitermassen gesichert haben, sind die kommunistischen Parteien aller Länder bestrebt, jetzt in allen Fällen eine möglichst breite und vollkommene Einheit der *praktischen Aktion* dieser Massen zu erreichen. Die Amsterdamer und die Helden der 2. Internationale predigen in Worten diese Einheit, tatsächlich handeln sie aber umgekehrt. Nachdem es den reformistischen Kompromißlern Amsterdams nicht gelungen war, organisatorisch die Stimme des Protestes und des revolutionären Aufruhrs zu unterdrücken, suchen sie jetzt den Ausweg aus der Sackgasse, in die sie sich durch ihre eigene Schuld verrannt haben, durch das *Hineintragen der Spaltung*, der Desorganisation, der organisatorischen Sabotage in den Kampf der werktätigen Massen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei ist es jetzt, diese neuen Formen der alten Verräterei in flagranti zu entlarven.

6. Tiefe innere Prozesse zwingen jedoch die Diplomaten und Führer der 2., 2½ und Amsterdamer Internationale auch ihrerseits die Frage der Einheit in den Vordergrund zu rücken. Wenn bei den zu neuem, bewußtem Leben erwachenden, wenig erfahrenen Arbeiterschichten die Parole der Einheitsfront wirklich das aufrichtigste Bestreben ist, die Kräfte der unterdrückten Klasse gegen den Vormarsch der Kapitalisten zusammenzuschließen, so ist für die Führer und Diplomaten der 2., 2½ und Amsterdamer Internationale das Aufstellen der Einheitsparole ein neuer Versuch, die Arbeiter zu betrügen und sie auf eine neue Art auf den alten Weg der „Zusammenarbeit" der Klassen zu locken. Die nahende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges (Washington), das Wachsen der Rüstungen, die hinter den Kulissen geschlossenen neuen imperialistischen Geheimverträge, — alles das veranlaßt die Führer der 2., 2½ und Amsterdamer Internationale nicht etwa Alarm zu schlagen, um nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat die internationale Vereinigung der Arbeiterklasse zu verwirklichen; dies alles wird im Gegenteil innerhalb der 2. und der Amsterdamer Internationale unvermeidlich Reibungen und Teilungen im großen und ganzen von derselben Art hervorrufen, wie sie sich im Lager der internationalen Bourgeoisie selbst zeigen. Diese Erscheinung ist deshalb unvermeidlich, weil die Solidarität der reformistischen „Sozialisten" mit der Bourgeoisie gerade „ihres" Landes der Eckstein des Reformismus ist.

Das sind die allgemeinen Bedingungen, unter denen die Kommunistische Internationale als Ganzes und ihre einzelnen Sektionen ihr Verhältnis zu der Parole der sozialistischen Einheitsfront zu formulieren haben.

7. Angesichts dieser Lage ist die Exekutive der Kommunistischen Internationale der Meinung, daß die Parole des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale „Zu den Massen" und die allgemeinen Interessen der kommunistischen Bewegung überhaupt von den kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale als



Ganzes die *Unterstützung der Parole der Einheitsfront der Arbeiter* und die Übernahme der Initiative in dieser Frage fordern. Dabei muß natürlich die Taktik der kommunistischen Parteien im Zusammenhang mit den Verhältnissen eines jeden Landes konkretisiert werden.

8. In *Deutschland* hat die Kommunistische Partei auf ihrer letzten Reichskonferenz die Parole der Einheitsfront der Arbeiter unterstützt und sich bereit erklärt, eine einheitliche Arbeiterregierung zu unterstützen, die geneigt ist, einigermaßen ernst den Kampf gegen die Macht der Kapitalisten aufzunehmen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält diesen Beschluß für unbedingt richtig und ist überzeugt, daß die KPD., bei voller Wahrung ihrer selbständigen politischen Stellung, in breitere Arbeiterschichten einzudringen und den Einfluß des Kommunismus auf die Massen zu verstärken vermag. In Deutschland werden sich eher als in einem anderen Lande die breiten Massen mit jedem Tage mehr davon überzeugen, wie recht die kommunistische Vorhut hatte, als sie in der schwierigsten Zeit die Waffen nicht strecken wollte und hartnäckig die Wertlosigkeit der vorgeschlagenen Anwendung reformistischer Heilmittel hervorhob, da die Krise nur durch die proletarische Revolution gelöst werden kann. Indem die Partei diese Taktik befolgt, wird sie mit der Zeit auch alle revolutionären Elemente des Anarchismus und Syndikalismus um sich gruppieren, die jetzt abseits vom Massenkampf stehen.

9. In *Frankreich* ist die Kommunistische Partei unter den politisch organisierten Arbeitern in der Mehrheit. Dadurch steht die Frage der Einheitsfront in Frankreich etwas anders als in anderen Ländern. Aber auch hier ist es notwendig, daß die ganze Verantwortung für die Spaltung des einheitlichen Arbeiterlagers auf unsere Gegner fällt. Der revolutionäre Teil der französischen Syndikalisten führt mit Recht den Kampf gegen die Spaltung der Gewerkschaften, d. h. für die Einheit der Arbeiterklasse im ökonomischen Kampfe gegen die Bourgeoisie. Der Kampf der Arbeiter aber endet nicht im Betrieb. Die Einheit ist auch notwendig angesichts des Anschwellens der Reaktion, der imperialistischen Politik usw. Die Politik der Reformisten und Zentristen hat dagegen zur Spaltung der Partei geführt und bedroht jetzt auch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, wodurch nur bewiesen wird, daß *Jouhaux* ebensowohl wie *Longuet* objektiv der Sache der Bourgeoisie dienen. Die Parole der Einheitsfront des Proletariats im wirtschaftlichen wie politischen Kampfe gegen die Bourgeoisie bleibt das beste Mittel zur Durchkreuzung dieser Spaltungspläne.

Wenn auch die reformistische CGT., die von *Jouhaux, Merrheim* und Konsorten geführt wird, die Interessen der französischen Arbeiterklasse verrät — die französischen Kommunisten und die revolutionären Elemente der französischen Arbeiterklasse überhaupt müssen vor Beginn jedes Massenstreiks, vor jeder revolutionären Demonstration oder irgend einer anderen revolutionären Massenaktion den Reformisten vorschlagen, diese Aktion zu unterstützen; und wenn sie sich weigern, den revolutionären Kampf der Arbeiter zu unterstützen, sind sie systematisch zu entlarven. Auf diesem Wege werden wir am leichtesten die parteilosen Arbeitermassen erobern. Selbstverständlich soll das keinesfalls die Kommunistische Partei Frankreichs veranlassen, ihre Selbständigkeit einzuschränken, z. B.

während der Wahlkampagnen irgendwie den „linken Block" zu unterstützen, oder sich jenen schwankenden Kommunisten gegenüber tolerant zu verhalten, die noch immer die Trennung von den Sozialpatrioten beweinen.

10. In *England* hat die reformistische Labour Party der Kommunistischen Partei die Aufnahme neben den anderen Arbeiterorganisationen verweigert. Unter dem wachsenden Einfluß der ebengenannten Stimmungen unter den Arbeitern haben die Londoner Arbeiterorganisationen unlängst den Beschluß der Aufnahme der Kommunistischen Partei Englands in die Labour Party gefaßt.

Selbstverständlich ist England in dieser Beziehung eine Ausnahme, denn infolge eigentümlicher Bedingungen ist die Labour Party in England eine Art von allgemeiner Arbeitervereinigung des ganzen Landes. Es ist die Aufgabe der englischen Kommunisten, eine energische Kampagne für ihre Aufnahme in die Labour Party zu beginnen. Der kürzliche Verrat der Gewerkschaftsführer während des Kohlenarbeiterstreiks, der systematische Druck der Kapitalisten auf den Arbeitslohn der Arbeiter usw., — alles das hat eine tiefe Gärung unter den sich revolutionierenden Massen des englischen Proletariats hervorgerufen. Die englischen Kommunisten sollen alle Anstrengungen machen, um jeden Preis unter der Parole der revolutionären Einheitsfront gegen die Kapitalisten in die Tiefe der Arbeitermassen einzudringen.

11. In *Italien* beginnt die junge Kommunistische Partei, ihre Agitation unter der Parole der proletarischen Einheitsfront gegen die Offensive der Kapitalisten zu führen, trotzdem sie äußerst unversöhnlich gegenüber der reformistischen Sozialistischen Partei Italiens und der sozialverräterischen Arbeitskonföderation gestimmt war, die kürzlich ihrem offenen Verrat an der proletarischen Revolution die Krone aufgesetzt haben. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält diese Agitation der italienischen Kommunisten für durchaus richtig und besteht nur auf ihrer Verstärkung in derselben Richtung. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist überzeugt, daß die Kommunistische Partei Italiens bei genügendem Weitblick der gesamten Internationale ein Muster des kampfbereiten Marxismus zeigen kann, der erbarmungslos auf Schritt und Tritt die Halbheit und den Verrat der Reformisten und Zentristen, die sich in den Mantel des Kommunismus gehüllt haben, entlarven und *gleichzeitig* eine unermüdliche, sich immer steigernde, in immer breitere Massen dringende *Kampagne für die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie führen kann.*

Die Partei muß dabei selbstverständlich alles tun, um alle revolutionären Elemente des Anarchismus und Syndikalismus in den gemeinsamen Kampf hineinzuziehen.

12. In der *Tschechoslowakei*, wo die Kommunistische Partei einen bedeutenden Teil der politisch organisierten Arbeiter hinter sich hat, sind die Aufgaben der Kommunisten in einigen Beziehungen den Aufgaben der Kommunisten in Frankreich analog. Ihre Selbständigkeit festigend und die letzten zentristischen Traditionen ausmerzend, wird die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zugleich die Parole der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu popularisieren verstehen und auf diese Weise die Führer der Sozialdemokratie und der Zentristen, die in der Tat Agenten des Kapitals sind, endgültig in den



Augen der rückständigen Arbeiter entlarven. Und zugleich sollen die Kommunisten der Tschechoslowakei an die Eroberung der Gewerkschaften, die sich noch immer in bedeutendem Umfang in den Händen der gelben Führer befinden, mit verstärkter Energie herangehen.

13. In *Schweden* ist nach den letzten Parlamentswahlen eine solche Situation entstanden, daß die kleine kommunistische Fraktion eine große Rolle spielen kann. Einer der hervorragendsten Führer der 2. Internationale, Herr Branting, der zugleich Premierminister der schwedischen Bourgeoisie ist, befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in welcher für ihn zur Bildung der Parlamentsmehrheit die Stellung der kommunistischen Fraktion des schwedischen Parlaments nicht gleichgültig ist. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale findet, daß die kommunistische Fraktion des schwedischen Parlaments unter gewissen Umständen dem menschewistischen Ministerium Brantings die Unterstützung nicht verweigern darf, wie es auch die deutschen Kommunisten in einigen Landesregierungen Deutschlands (Thüringen) richtig getan haben. Das heißt jedoch durchaus nicht, daß die Kommunisten Schwedens in irgendwelchem Maße ihre Selbständigkeit einschränken oder der Entlarvung des Charakters der menschewistischen Regierung entsagen sollen; im Gegenteil, je mehr Macht die Menschewiki besitzen, desto mehr Verrat an der Arbeiterklasse begehen sie, und desto mehr Anstrengungen müssen die Kommunisten machen, um die Menschewiki in den Augen der breitesten Arbeiterschichten zu entlarven. Die Kommunistische Partei muß auch weiter auf dem Wege der Heranziehung der syndikalistischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie schreiten.

14. In *Amerika* beginnt die Vereinigung aller linken Elemente der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung; diese Vereinigung gibt den Kommunisten die Möglichkeit, in die breiten Massen des amerikanischen Proletariats einzudringen, den zentralen Platz in dieser linken Vereinigung einzunehmen. Mit Hilfe von kommunistischen Vereinigungen sollen die amerikanischen Kommunisten überall, wo es nur einige Kommunisten gibt, an die Spitze dieser Bewegung für die Vereinigung aller revolutionären Elemente treten und die Parole der Einheitsfront der Arbeiter, z. B. zum Schutze der Arbeitslosen usw., mit Nachdruck aufstellen. Als Hauptanklage gegen die Gewerkschaften Gompers' soll von nun an der Umstand dienen, daß sie nicht an der Bildung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten zum Schutz der Arbeitslosen usw. teilnehmen wollen. Eine spezielle Aufgabe der Kommunistischen Partei bildet noch die Heranziehung der besten Elemente der IWW.

15. In der *Schweiz* hat unsere Partei einigen Erfolg in dieser Richtung zu verzeichnen. Dank der Agitation der Kommunisten für die revolutionäre Einheitsfront ist es gelungen, die Gewerkschaftsbürokratie zu zwingen, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, der bald stattfinden soll, und auf welchem unsere Freunde es verstehen werden, vor allen Schweizer Arbeitern die Lügenhaftigkeit des Reformismus zu entlarven und die Arbeit des revolutionären Zusammenschlusses des Proletariats weiterzutreiben.

16. In einer Reihe anderer Länder steht die Frage infolge ganz neuer lokaler Bedingungen anders. Nach Aufzeichnung der allge-

meinen Linie ist die Exekutive der Kommunistischen Internationale überzeugt, daß die einzelnen kommunistischen Parteien sie entsprechend den Verhältnissen, die sich in jedem Lande herausbilden, anzuwenden verstehen werden.

17. Für Hauptbedingungen, die für die kommunistischen Parteien aller Länder gleich und unbedingt ultimativ sind, hält die Exekutive der Kommunistischen Internationale die absolute Selbständigkeit und die völlige Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, die dieses oder jenes Übereinkommen mit den Parteien der 2. und 2½ Internationale trifft, und zwar mit Bezug auf volle Freiheit in der Darlegung ihrer Anschauungen und in der Kritik der Gegner des Kommunismus. Während die Kommunisten sich den Prinzipien der *Aktion* fügen, sollen sie dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, nicht nur vor und nach der Aktion, sondern, wenn nötig, *auch während der Aktion* ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äußern. Ein Aufgeben dieser Bedingung ist unter keinen Umständen zulässig. Die Parole der größtmöglichen Einheit aller Arbeiterorganisationen in jeder *praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front* unterstützend, können die Kommunisten indessen keinesfalls von der Darlegung ihrer Anschauungen Abstand nehmen, die allein der konsequente Ausdruck der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes sind.

18. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält es für nützlich, alle Bruderparteien an die Erfahrungen der russischen Bolschewiki zu erinnern, jener vorläufig einzigen Partei, der es gelungen ist, den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen und die Macht in ihre Hände zu nehmen. Während der 1½ Jahrzehnte, die seit der Entstehung des Bolschewismus bis zu seinem Sieg über die Bourgeoisie verflossen sind (1903—1917), hat der Bolschewismus nicht aufgehört, einen unermüdlichen Kampf gegen den Reformismus oder, was dasselbe ist, den Menschewismus zu führen. Aber zugleich haben die russischen Bolschewiki im Laufe dieser 1½ Jahrzehnte auch öfter Übereinkommen mit den Menschewiki getroffen. Die formelle Trennung von den Menschewiki geschah im Frühling 1905. Aber unter dem Einfluß der stürmischen Arbeiterbewegung bildeten die Bolschewiki schon Ende 1905 eine gemeinsame Front mit den Menschewiki. Das zweite Mal fand die formelle Trennung von den Menschewiki endgültig im Januar 1912 statt. Aber zwischen den Jahren 1905 und 1912 hatte man abwechselnd bald Spaltungen, bald Vereinigungen und halbe Vereinigungen in den Jahren 1906—1907 und auch 1910, und diese Vereinigungen und halben Vereinigungen geschahen nicht nur im Laufe des Fraktionskampfes, sondern auch unter dem direkten Druck der breiten Arbeitermassen, die zum aktiven politischen Leben erwachten und verlangten, daß man ihnen die Möglichkeit gebe, durch eigene Erfahrung zu prüfen, ob die Wege des Menschewismus wirklich grundsätzlich von der Bahn der Revolution abweichen. Vor der neuen revolutionären Bewegung, nach den Streiks an der Lena, kurz vor dem Beginn des imperialistischen Krieges, ließ sich unter der Arbeitermasse Rußlands ein besonders starkes Streben zur Einheit beobachten, das die Führer und Diplomaten des russischen Menschewismus ungefähr ebenso für ihre Zwecke auszunutzen versuchten, wie es jetzt die Führer der 2., der 2½ und der

Amsterdamer Internationale versuchen. Die russischen Bolschewiki antworteten nicht auf das Streben der Arbeiter zur Einheit mit einem Lossagen von einer Einheitsfront. Im Gegenteil. Als Gegengewicht gegen das diplomatische Spiel der menschewistischen Führer stellten die russischen Bolschewiki die Parole der „Einheit von unten" auf, d. h. der Einheit der Arbeitermassen im praktischen Kampf um die revolutionären Forderungen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Die Praxis hat gezeigt, daß dies die einzig richtige Antwort war. Und im Ergebnis dieser Taktik, die sich je nach den Umständen, je nach der Zeit und dem Orte änderte, wurde ein großer Teil der besten menschewistischen Arbeiter für den Kommunismus erobert.

19. Indem die Kommunistische Internationale die Parole der Einheitsfront der Arbeiter aufstellt und Übereinkommen der einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale mit den Parteien und Verbänden der 2. und 2½ Internationale zuläßt, kann sie sich selbstverständlich nicht von ebensolchen Übereinkommen im internationalen Maßstabe lossagen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat der Amsterdamer Internationale im Zusammenhang mit der Hilfsaktion für die Hungernden Rußlands einen Vorschlag gemacht. Sie hat diesen Vorschlag im Zusammenhang mit dem weißen Terror und den Verfolgungen der Arbeiter Spaniens und Jugoslaviens wiederholt. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale macht jetzt der Amsterdamer, der 2. und 2½ Internationale einen neuen Vorschlag im Zusammenhang mit der ersten Tätigkeitsperiode der Washingtoner Konferenz, die bewiesen hat, daß der internationalen Arbeiterklasse ein neues imperialistisches Gemetzel droht. Die Führer der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale haben bisher durch ihr Benehmen bewiesen, daß sie *in der Tat* ihre Einheitsparole fallen lassen, wenn es sich um *praktische Aktionen* handelt. In allen solchen Fällen wird es die Aufgabe der Kommunistischen Internationale als Ganzes und jeder ihrer Sektionen im besonderen sein, den breitesten Arbeitermassen die Heuchelei der Führer der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale zu erklären, die die Einheit mit der Bourgeoisie der Einheit mit den revolutionären Arbeitern vorziehen, und z. B. dadurch, daß sie im Internationalen Arbeitsamt des Völkerbundes bleiben, einen Bestandteil der Washingtoner imperialistischen Konferenz bilden, anstatt den Kampf gegen das imperialistische Washington zu organisieren. Aber ein Ablehnen dieser oder jener praktischen Vorschläge der Kommunistischen Internationale durch die Führer der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale wird uns nicht veranlassen, der Taktik der Einheitsfront zu entsagen, die tiefe Wurzeln in den Massen hat, und die wir systematisch und unausweichlich entwickeln müssen. In den Fällen, wo der Antrag eines gemeinsamen Kampfes von unseren Gegnern zurückgewiesen wird, ist es notwendig, daß die Massen das erfahren und auf diese Weise lernen, wer der wirkliche Zerstörer der Einheitsfront der Arbeiter ist. In den Fällen, wo der Antrag von dem Gegner angenommen wird, muß man bestrebt sein, den Kampf allmählich zu vertiefen und ihn auf die höchste Potenz zu steigern. In beiden Fällen ist es notwendig, daß die Aufmerksamkeit der breiten Arbeitermassen durch die Unterhandlungen der Kommunisten mit den anderen Organisationen gefesselt wird, denn es ist notwendig, die Arbeitermassen in

allen Stadien des Kampfes für die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter zu interessieren.

20. Indem die Exekutive der Kommunistischen Internationale den hier dargelegten Plan aufstellt, weist sie alle Bruderparteien auch auf die Gefahren hin, mit denen er unter Umständen verbunden sein kann. Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend ausgebaut und gefestigt, nicht alle haben mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gänzlich gebrochen. Es sind Fälle von Überschreitungen möglich, Tendenzen, die tatsächlich die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in dem einheitlichen formlosen Block bedeuten würden. Um die neue Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchzuführen, ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien, die diese Taktik durchführen, stark und fest zusammengeschlossen sind, und daß ihre Führung sich durch ideelle Klarheit auszeichnet.

21. In den Gruppierungen innerhalb der Kommunistischen Internationale selbst, die mehr oder weniger begründet als rechts oder sogar halbzentristisch gewertet werden, gibt es zweifellos Tendenzen zweierlei Art. Die einen Elemente haben nicht wirklich mit der Ideologie und den Methoden der 2. Internationale gebrochen, haben sich nicht von der Pietät gegen die frühere organisatorische Macht derselben befreit und suchen halbbewußt oder unbewußt die Wege ideeller Verständigung mit der 2. Internationale und folglich auch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Andere Elemente, die gegen den formalen Radikalismus, gegen die Fehler der sogenannten „Linken" u. a. kämpfen, sind bestrebt, der Taktik der jungen kommunistischen Partei mehr Geschmeidigkeit und Manövrierfähigkeit zu geben, um ihr die Möglichkeit schnelleren Eindringens in die Tiefe der Arbeitermassen zu sichern.

Der rasche Entwicklungsgang der kommunistischen Parteien hat bisweilen äußerlich diese beiden Tendenzen in dasselbe Lager, gewissermaßen in dieselbe Gruppierung gestoßen. Die Anwendung der oben angeführten Methoden, deren Aufgabe es ist, der kommunistischen Agitation eine Stütze in den vereinigten Massenaktionen des Proletariats zu geben, legt am besten die wirklich reformistischen Tendenzen innerhalb der kommunistischen Parteien dar und trägt bei richtiger Anwendung der Taktik außerordentlich zur inneren revolutionären Konsolidierung der kommunistischen Parteien bei, sowohl durch die Erziehung der ungeduldigen oder sektiererisch gestimmten Elemente auf dem Wege der Erfahrung als auch durch die Befreiung der Parteien von reformistischem Ballast.

22. Unter der Einheitsfront der Arbeiter ist die Einheit aller Arbeiter zu verstehen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, also auch der Arbeiter, die noch den *Anarchisten*, *Syndikalisten* usw. folgen. In manchen Ländern können solche Arbeiter auch im revolutionären Kampfe mithelfen. Die Kommunistische Internationale hat schon seit den ersten Tagen ihres Bestehens eine freundschaftliche Linie zu diesen Arbeiterelementen eingenommen, die allmählich die Vorurteile überwinden und zum Kommunismus kommen. Um so aufmerksamer müssen die Kommunisten ihnen gegenüber sein, jetzt, wo die Einheitsfront der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten zur Wirklichkeit wird.

65*



23. Zur endgültigen Bestimmung der künftigen Arbeit in der geschilderten Richtung beschließt die Exekutive der Kommunistischen Internationale, in nächster Zeit eine Sitzung der Exekutive unter Heranziehung von Vertretern der Parteien in doppelter Anzahl einzuberufen.

24. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale wird sorgfältig jeden praktischen Schritt auf dem fraglichen Gebiet verfolgen und bittet alle Parteien, von jedem Versuch und jedem Erfolg auf diesem Gebiete der Exekutive der Kommunistischen Internationale unter Anführung aller faktischen Details Mitteilung zu machen.

Offener Brief.

An die 2. Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft. An die Gewerkschaften aller Länder und die Haager Intern. Gewerkschafts- und Genossenschaftskonferenz !

Die Parole des 4. Kongresses: Einheitsfront!

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der 62 Parteien Europas, Amerikas, Asiens und Australiens umfaßt, hat in entschiedenster Form bestätigt, was die Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale schon zweimal beschlossen hat: daß es die Pflicht aller kommunistischen Parteien ist, mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß dem Angriff des Weltkapitals auf alle Positionen der Arbeiterklasse von ihnen in geschlossener Einheitsfront Widerstand geleistet wird. Die höchste Instanz der kommunistischen Parteien hat somit bestätigt, was Inhalt und Ziel unserer Arbeit im letzten Jahre war, und sie hat als Parole für die kommende Arbeit ausgegeben: Kampf um die Einheitsfront des Weltproletariats, Kampf um die Vereinigung zur gemeinsamen Abwehr aller Proletarier, ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung und Einstellung.

Die Kommunistische Internationale hat sich schon im Frühjahr an die 2. Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Aufforderung gewandt, auf einem Weltarbeiterkongreß diesen gemeinsamen Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages, gegen die Lohndrückerei, gegen die Beseitigung aller Eroberungen der Gewerkschaften, gegen die neuen Rüstungen, gegen die Gefahr eines neuen Krieges zu organisieren. Auf der Berliner Konferenz der Vertreter der drei Exekutiven haben die Vertreter der Kommunistischen Internationale diesen Vorschlag begründet. Die Parteien der 2. Internationale haben ihn abgelehnt. Sie stellten als erste Bedingung der Einberufung eines Weltarbeiterkongresses, daß die Sowjetregierung ihren Kampf gegen die Parteien einstelle, die den russischen Proletarier zum Verzicht auf die wichtigsten Eroberungen der Revolution, auf den Besitz der Fabriken, zur Rückgabe der Macht an die Bourgeoisie auffordern; sie stellten zweitens die Bedingung, daß die Kommunisten es aufgeben, in den Gewerkschaften für ihre Auffassungen zu kämpfen, zu kämpfen gegen den Teil der Gewerkschaftsleitungen, die entgegen der offensichtlichen Notwendigkeit der Stärkung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie die Milderung dieses Kampfes befürworteten. Die Kommunistische Internationale mußte die Vorschläge ablehnen, weil ihre Annahme den Zweck und den Sinn der Einheitsfront zunichte machte.

Wir treten für die proletarische Einheitsfront darum ein, um die Kampfkraft, die Abwehrkraft des Proletariats gegen die internationale Bourgeoisie zu steigern, nicht aber, um sie zu mindern.

Sechs Monate Offensive des Kapitals.

Ein neues halbes Jahr ist verflossen, seitdem unser Vorschlag der Aufrichtung der Einheitsfront des Proletariats, der Organisierung seines Abwehrkampfes gescheitert war. Dieses halbe Jahr bedeutet das ununterbrochene Fortschreiten der Angriffe der Bourgeoisie in allen Ländern.

In England haben die scharfmacherischen Elemente der Bourgeoisie die Oberhand gewonnen. Sie haben den Versuchen Lloyd Georges, die aggressive Politik des englischen Kapitals mit Phrasen der Sorge um den Frieden und den Wiederaufbau Europas zu verschleiern, ein Ende bereitet. Die Konservative Partei, die jetzt ungeteilt die Macht besitzt, hat als ihre Losung „Ordnung und Ruhe" proklamiert, die „Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft", d. h. sie gibt den Kapitalisten vollkommen freie Hand zur Abwürgung der Proletarier. Ihr erster Schritt war der Versuch der Abschaffung des Existenzminimums. Bonar Law lehnte es sogar ab, die Arbeitslosen anzuhören.

In Frankreich hat die Regierung schon 4 Jahre, nachdem das Morden aufgehört hat, in Le Havre auf streikende Arbeiter zu schießen befohlen. Sie greift den Achtstundentag offen an.

In Deutschland hat die Koalitionsregierung der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie offen und klar die Auspumpung von Mehrarbeit aus den unterernährten Proletariermassen als einzigen Weg zur Stabilisierung der Mark proklamiert. Sie hat offen die Aufhebung der letzten Überreste der Regulierung der Wirtschaft proklamiert, d. h. freie Hand dem rücksichtslosen Spekulantentum gegeben. Die neue Regierung Cuno ist die Regierung der Industriekapitäne, ist der Vorläufer der offenen Diktatur der Eisen- und Kohlenbarone. Ihr Charakter ist so offen großkapitalistisch, so offen gegen die einfachsten Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, daß die Sozialdemokratie genötigt war, den Eintritt in diese Regierung abzulehnen. Die extreme Konterrevolution bereitet von Bayern aus den bewaffneten Angriff auf die letzten Überreste der Novemberrevolution, auf die Republik, vor. Sie wird in diesem Bestreben angefeuert durch den Sieg des italienischen Fascismus, der ohne den geringsten Widerstand der demokratischen Bourgeoisie die Diktatur des Säbels proklamierte, das Parlament in eine Null verwandelte und sich zum Ziel setzt, die Herrschaft der Bourgeoisie dadurch zu stärken, daß er die Arbeiterklasse zwingt, sich voll und ganz, mit Schweiß und Blut, dem Kapital zur Verfügung zu stellen.

In der Tschechoslowakei werfen die Kapitalisten Tag für Tag Tausende von Arbeitern auf die Straße. Die Arbeitslosigkeit wächst; sie suchten durch eine Aussperrung nach der anderen die Löhne der Arbeiter zu drücken.

Österreich ist zur Kolonie des Ententekapitals heruntergedrückt. Die Sanierung der österreichischen Finanzen soll vollzogen werden auf Kosten der österreichischen Arbeiterklasse, auf Kosten der Hungerlöhne der Arbeiter und niederen Beamten, die in Staatsdiensten stehen. Die Vertreter des Ententekapitals sollen über Tod und Leben der Volksmassen entscheiden.

In den Vereinigten Staaten Amerikas versuchen die Unternehmer die Gewerkschaften zu zertrümmern, indem sie den Arbeitern das Recht



nehmen wollen, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter einer Fabrik einer Gewerkschaft angehören. Das Kapital soll seine mächtigen Trusts haben, und niemand soll das Recht haben, ein Glas Milch zu trinken, ohne dem Trust dabei einen Tribut zu zahlen. Aber die Arbeiterklasse soll wie Sand sein, den jeder Windstoß zerstäubt.

In Südafrika arbeitet als Henker General Smuts, das Juwel des internationalen Liberalismus. General Smuts, der Pazifist aus der Völkerliga, er läßt nicht nur streikende Arbeiter niederschießen, sondern acht Monate nach dem durch seine Regierung provozierten Kampf der südafrikanischen Bergarbeiter läßt er ihre Vorkämpfer hängen.

Neuen Kriegen entgegen.

Das sind nur Tatsachen, die zeigen, wie die nächsten, einfachsten Interessen der Arbeiterklasse immer mehr mit Füßen getreten werden. Aber der Angriff des Kapitals ist nicht nur darauf gerichtet, die Ausbeutung des Proletariats zu erhöhen, sondern von neuem im klarsten Tageslichte ist die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges aufgetreten. Bis heute ist kein einziger kapitalistischer Staat darangegangen, die durch die Washingtoner Konferenz beschlossene Herabsetzung der Rüstungen zur See durchzuführen. Kein einziges Kriegsschiff ist zum alten Eisen gewandert. Der Bau der neuen Kriegsschiffe ist nicht unterbrochen.

Der Vorschlag der russischen Sowjetregierung auf Abrüstung oder wenigstens Herabsetzung der Rüstungen zu Lande ist in Genua von allen kapitalistischen Mächten abgelehnt worden. Die Völkerliga ist ohnmächtig, auch das Geringste auf diesem Gebiete zu tun, selbst wenn sie es wollte. Ihre Beschlüsse müßten einstimmig sein, und sie erfordern die Ratifizierung der Regierungen, die gegen die Abrüstung sind.

Europa starrt noch mehr in Waffen, als es schon vor dem Kriege der Fall war. Und im September dieses Jahres während der Orientkrise sah die Welt, was das bedeutet. Nur der Verzicht der türkischen Regierung auf ihr Recht, ihre Hauptstadt zu besetzen und die Zufuhrstraßen zu ihr, die Dardanellen, zu überschreiten, nur dieser Verzicht der türkischen Regierung auf ihr Selbstbestimmungsrecht hat Europa vor einem neuen Krieg gerettet. Die englischen Gewerkschaften und die englische Labour Party haben Lloyd George angeklagt, daß er einen neuen Krieg heraufbeschworen habe, einen Krieg, der sich nicht auf den Balkan beschränken würde. Und wer will behaupten, daß die konservative Regierung Englands weniger entschieden die Raubinteressen des englischen Kapitalismus verteidigen wird, als die Regierung Lloyd Georges? Mit Mühe und Not hat die Sowjetregierung Polen, Lettland, Estland und Finnland dazu gebracht, sich zu einer Rüstungseinschränkungskonferenz in Moskau zu versammeln. Rumänien ist auf der Konferenz nicht vertreten, weil die rumänischen Bojaren als Lohn für das Erscheinen auf der Konferenz ein Stück russischen Bodens, Bessarabien und die darauf wohnenden Bauern, forderten. In dem Moment, wo der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale auseinandergeht, ist die Moskauer Konferenz noch nicht zu Ende. Aber aus dem Auftreten der Vertreter der Vasallenstaaten der Entente ist es klar, daß sie keine Minderung der Rüstungen wollen. Also das bedeutet: der große Krieg, der 12 Millionen



Menschen das Leben gekostet hat, er war nicht der letzte Krieg. Die Bourgeoisie bereitet neue vor!

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wendet sich an die Arbeiter der 2. Internationale und der Wiener Internationale, an die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der ganzen Welt, an ihre Führerschaft, an die Konferenz im Haag mit der Frage: Wollt Ihr untätig dastehen und zusehen, wie der Achtstundentag, die erste Bedingung des Aufstieges der Arbeiterklasse, vernichtet wird? Wie der Lebensstandard der Arbeiter der ältesten industriellen Länder zum Niveau des Lebensstandards der chinesischen Kulis herabgedrückt wird? Wie die einfachsten Freiheiten der Arbeiter, vermittels deren Ihr doch gehofft habt, auf friedlichem Wege zu Eurer Befreiung vom Joche des Kapitalismus zu gelangen, vernichtet werden? Wie die Diktatur des Kapitalismus aufgerichtet wird? Wollt Ihr tatenlos dastehen und zusehen, wie das siegreiche Kapital, aller Hemmungen frei, diktatorisch einen neuen Krieg beschließen wird, in dem Ihr von neuem für die Interessen des Kapitals bluten werdet?

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale fordert alle ihr angeschlossenen Parteien, fordert alle mit ihr sympathisierenden Gewerkschaften in allen Ländern, Staat nach Staat, Land nach Land, auf, sich mit dieser Frage an alle Arbeiterparteien zu wenden und sie aufzufordern zum gemeinsamen Kampfe gegen die rechtliche oder faktische Abschaffung des Achtstundentages, gegen die Drückung der Löhne, gegen die Abschaffung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse, gegen die neuen Rüstungen, gegen die neue Kriegsgefahr, für den Achtstundentag, für das Existenzminimum der Arbeiter, für volle Freiheit der Organisation der Arbeiterklasse, für die Abrüstung und für den Frieden unter den Völkern.

Die Aufforderung des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wendet sich an die 2. Internationale und an die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der klaren Frage, ob sie gewillt sind, jetzt, nachdem ihre Politik noch weiter die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert hat, die Hand zu bieten, zur Aufrichtung der gemeinsamen Front des internationalen Proletariats für den Kampf um die einfachsten Rechte und die einfachsten Interessen der Arbeiterklasse.

Er wendet sich an die Amsterdamer Internationale mit der Frage, ob sie gewillt ist, aufzuhören, die Gewerkschaften zu spalten, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen, ob sie gewillt ist zu helfen, in einheitlicher Front die Proletarier in den Kampf zu führen.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wendet sich mit der Frage an die Haager Konferenz der Gewerkschaften und Genossenschaften, die sich in dem Moment versammelt, wo in Lausanne die Kapitalisten der Entente nach dem Bankrott des Friedens von Versailles einen neuen Versailler Frieden dem türkischen Volke aufdrängen, und so den Grund zu neuen Kriegen legen wollen, ob sie gewillt ist, zusammen mit uns durch den Aufmarsch der Arbeiterklasse der Bourgeoisie zu zeigen, daß das internationale Proletariat nicht mehr gewillt ist, widerstandslos sich auf neue Schlachtfelder schleppen zu lassen.

Wie wir es auf der Berliner Konferenz gesagt haben, mutet die Kommunistische Internationale den Parteien der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, den Amsterdamer Gewerkschaftsführern nicht zu, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, die unser Ziel war und bleibt. Aber wir fragen sie, ob sie gegen die Diktatur des Kapitals kämpfen wollen, ob sie wenigstens die Überreste der Demokratie ausnutzen wollen, um den Widerstand gegen den Sieg desselben Kapitals zu organisieren, das die Welt in ein Massengrab verwandelt hat und nun für unsere proletarische Jugend schon von neuem Massengräber schaufelt.

Die Kommunistische Internationale hat gesprochen. Sie hat ihren Parteien die Losung zum Kampf gegeben:

Für die Einheitsfront des Proletariats,

für die Kontrolle der Produktion,

für den Achtstundentag,

für das Existenzminimum des Proletariats,

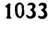
für die Bewaffnung der Arbeiter und die Entwaffnung der Bourgeoisie,

für die Regierungen der verbündeten Arbeiterparteien als Instrument des Kampfes um die nächsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Wort haben jetzt die 2. Internationale, die Wiener Arbeitsgemeinschaft, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und ihr Haager Kongreß!

Moskau, 4. Dezember 1922.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale.



Beilage IX.

Leitsätze zur Orientfrage.

I. Allgemeine Leitsätze.

1. Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat auf Grund der Erfahrung des Sowjetaufbaues im Osten und des Anwachsens der nationalistisch-revolutionären Bewegungen in den Kolonien eine allgemeine prinzipielle Darstellung der nationalen Kolonialfrage in der Epoche des langwierigen Kampfes zwischen dem Imperialismus und der proletarischen Diktatur gegeben.

Seit dieser Zeit ist eine bedeutende Verschärfung des Kampfes gegen die imperialistische Bedrückung in den Kolonial- und Halbkolonialländern eingetreten, auf Grund einer Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Nachkrise des Imperialismus. Als Beweis dafür dient:

1. der Bankrott des Friedensvertrages von Sèvres über die Aufteilung der Türkei und die Möglichkeit einer völligen Wiederherstellung ihrer nationalen und politischen Unabhängigkeit.

2. das stürmische Anwachsen der nationalistisch-revolutionären Bewegung in Indien, Mesopotamien, Ägypten, Marokko, China und Korea;

3. die ausweglose innere Krise des japanischen Imperialismus, die im Lande ein rasches Anwachsen der Elemente der bürgerlich-demokratischen Revolution und den jetzigen Übergang des japanischen Proletariats zum selbständigen Klassenkampf hervorruft;

4. das Erwachen der Arbeiterbewegung in allen Ländern des Ostens und die Bildung kommunistischer Parteien fast in allen diesen Ländern.

Die aufgezählten Tatsachen sind gleichbedeutend mit einer Veränderung der sozialen Basis der revolutionären Bewegung der Kolonien; diese Veränderung führt zu einer Verschärfung des anti-imperialistischen Kampfes, dessen Leitung somit nicht mehr ausschließlich in den Händen der feudalen Elemente und der nationalen Bourgeoisie verbleibt, die zu Kompromissen mit dem Imperialismus bereit sind.

Der imperialistische Krieg von 1914—18 und die darauffolgende Dauerkrise des Imperialismus — vor allem des europäischen — haben die wirtschaftliche Vormundschaft der Großmächte über die Kolonien geschwächt.

Andererseits haben dieselben Elemente, die zu einer Verengerung der wirtschaftlichen Basis und der politischen Einflußsphäre des europäischen Kapitalismus führten, eine Verschärfung des imperialistischen Konkurrenzkampfes um die Kolonien zur Folge gehabt, und dadurch das Gleichgewicht des ganzen imperialistischen Weltsystems gestört.

(Der Kampf um die Naphthaquellen, der englisch-französische Konflikt in Kleinasien, die japanisch-amerikanische Rivalität im Stillen Ozean usw.).

Eben diese Schwächung des imperialistischen Druckes auf die Kolonien hat zusammen mit der ständigen Verschärfung der Rivalität zwischen den verschiedenen imperialistischen Gruppen die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus in den Kolonial- und Halbkolonialländern erleichtert, der über die engen und hemmenden Schranken der imperialistischen Herrschaft der Großmächte hinausgewachsen ist und immer weiter hinauswächst. Bisher war das Kapital der Großmächte bestrebt, die rückständigen Länder vom weltwirtschaftlichen Umsatz zu isolieren, um auf diese Weise seine Monopolrechte auf die Erzielung von Extraprofiten aus der kommerziellen, industriellen und steuerlichen Ausbeutung dieser Länder sicherzustellen. Die von der nationalistischen Bewegung in den Kolonien aufgestellte Forderung der nationalen und wirtschaftlichen Selbständigkeit ist der Ausdruck für die Bedürfnisse der bürgerlichen Entwicklung in diesen Ländern. Die Aufwärtsbewegung der einheimischen Produktivkräfte in den Kolonien gerät somit in einen unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen des Weltimperialismus; denn das Wesen des Imperialismus besteht in der Ausnutzung der verschiedenen Entwicklungsstufen der Produktivkräfte in den verschiedenen Gebieten der Weltwirtschaft zwecks Erzielung monopolistischer Extraprofite.

II. Die Kampfbedingungen.

Die Rückständigkeit der Kolonien äußert sich in jener Mannigfaltigkeit nationalistisch-revolutionärer Bewegungen gegen den Imperialismus, die die verschiedenen Stadien des Überganges von feudalen und feudal-patriarchalischen Verhältnissen zum Kapitalismus widerspiegeln. Diese Mannigfaltigkeit drückt der Ideologie dieser Bewegung einen bestimmten Stempel auf. Insoweit der Kapitalismus in den Kolonialländern auf feudaler Grundlage in verkrüppelten und unvollständigen Übergangsformen entsteht und sich entwickelt, die in erster Linie dem Handelskapital zur Vorherrschaft verhelfen, geht auch die Abtrennung der bürgerlichen Demokratie von den feudal-bürokratischen und feudal-agrarischen Elementen häufig auf verwickeltem und langwierigem Wege vor sich. Darin liegt das Haupthindernis für einen erfolgreichen Massenkampf gegen die imperialistische Bedrückung, da der fremdländische Imperialismus in allen rückständigen Ländern die feudale (und zum Teil auch halbfeudale, halbbürgerliche) Oberschicht der einheimischen Gesellschaft zum Werkzeug der Verwirklichung seiner Herrschaft macht (die einheimischen Militärgouverneure — Tuxune — in China, die einheimische Aristokratie und die Pächter der Bodensteuer in Indien — Semindare und Talukdare — die feudale Bürokratie und Aristokratie in Persien, die Agrarier und Plantagenbesitzer kapitalistischer Art in Ägypten usw.).

Daher erweisen sich die herrschenden Klassen der Kolonial- und Halbkolonialvölker als unfähig und abgeneigt, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, soweit dieser Kampf die Form einer revolutionären Massenbewegung annimmt. Nur dort, wo die feudal-patriarchalischen Verhältnisse noch nicht genügend zersetzt sind, um die ein-

heimische Aristokratie von den Volksmassen vollkommen zu trennen, wie beispielsweise bei den Nomaden und Halbnomaden, können die Vertreter dieser Oberschichten als aktive Führer im Kampfe gegen die imperialistische Gewaltpolitik auftreten (Mesopotamien, Mongolei).

In den mohammedanischen Ländern findet die nationale Bewegung anfangs ihre Ideologie in den religiös-politischen Losungen des Panislamismus, und dies gewährt den Beamten und Diplomaten der Großmächte die Möglichkeit, die Vorurteile und die Unwissenheit der breiten Massen zum Kampf gegen diese Bewegung auszunützen (das Spiel der englischen Imperialisten mit dem Panislamismus und Panarabismus, die englischen Pläne einer Verlegung des Kalifats nach Indien, die Spekulation des französischen Imperialismus mit seinen „mohammedanischen Sympathien"). Doch in dem Maße, wie das Wachstum der nationalen Befreiungsbewegungen sich ausbreitet, werden auch die religiös-politischen Losungen des Panislamismus immer mehr durch konkrete politische Forderungen ersetzt. Der kürzlich in der Türkei ausgefochtene Kampf für die Trennung der weltlichen Macht vom Kalifat bestätigt dies.

Die Hauptaufgabe, die allen nationalrevolutionären Bewegungen gemeinsam ist, besteht in der Verwirklichung der nationalen Einheit und in der Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit. Die reale und folgerichtige Lösung der Aufgabe hängt davon ab, inwieweit diese oder jene nationale Bewegung imstande sein wird, jede Verbindung mit den reaktionären feudalen Elementen abzubrechen, und so breite werktätige Massen für sich zu gewinnen und in ihrem Programm den sozialen Forderungen dieser Massen Ausdruck zu verleihen.

Indem die Kommunistische Internationale dem Umstande vollauf Rechnung trägt, daß Träger des Willens der Nation zu staatlicher Selbständigkeit unter verschiedenen geschichtlichen Verhältnissen die verschiedenartigsten Elemente sein können, unterstützt sie jede nationalrevolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus. Gleichzeitig aber läßt sie nicht außer acht, daß nur eine konsequente revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breitesten Massen in den aktiven Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Siege zu führen vermag. Die Verbindung der einheimischen Bourgeoisie mit den feudalreaktionären Elementen gestattet den Imperialisten eine weitgehende Ausnützung der feudalen Anarchie, der Rivalität zwischen den einzelnen Führern, Geschlechtern und Stämmen, des Antagonismus zwischen Dorf und Stadt, des Kampfes der Stände und nationalreligiösen Sekten im Interesse einer Desorganisation der Volksbewegung (siehe China, Persien, Kurdistan, Mesopotamien).

III. Die Agrarfrage.

In den meisten Ländern des Ostens (Indien, Persien Ägypten, Syrien und Mesopotamien) ist die Agrarfrage im Kampfe für die Befreiung vom Joch des Despotismus der Großmächte von hervorragender Bedeutung. Indem der Imperialismus die bäuerliche Mehrheit der rückständigen Nationen ausbeutet und ruiniert, beraubt er sie ihrer elemen-



tarsten Existenzmittel, während die schwach entwickelte und nur an einzelne Knotenpunkte des Landes gebundene Industrie nicht imstande ist, den entstehenden Überschuß der Landbevölkerung aufzunehmen, der auch jede Auswanderungsmöglichkeit genommen ist. Die auf ihrem Grund und Boden verbleibenden verarmten Bauern werden zu Hörigen. Wenn in den fortgeschrittenen Ländern die Industriekrisen vor dem Kriege die Rolle eines Regulators der gesellschaftlichen Produktion spielten, so fällt in den Kolonien die Rolle eines solchen Regulators dem Hunger zu. Da der Imperialismus das stärkste Interesse daran hat, bei geringstem Kapitaleinsatz größte Gewinne zu erzielen, unterstützt er in den rückständigen Ländern solange nur irgend möglich die feudalwucherischen Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft. In einigen Ländern, z. B. in Indien, übernimmt er das Monopol des einheimischen Feudalstaates auf den Grund und Boden und verwandelt die Grundsteuer in einen Tribut an das großmächtige Kapital und seine Diener — die Semindare und Talukdare; in anderen sichert er sich die Grundrente durch die einheimischen Organisationen des Großgrundbesitzes, z. B. in Persien, Marokko, Ägypten usw. Der Kampf für die Befreiung des Bodens von den feudalen Abgaben und Schranken nimmt somit den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus und den feudalen Großgrundbesitz an. Als Beispiel können dienen: der Aufstand der Moplah gegen die Gutsbesitzer und Engländer in Indien im Herbst 1921 und der Sikhaufstand im Jahre 1922.

Nur die Agrarrevolution, die sich die Expropriation des Großgrundbesitzes zum Ziel setzt, vermag die gewaltigen Bauernmassen in Bewegung zu setzen und ist berufen, einen entscheidenden Einfluß auf den Kampf gegen den Imperialismus auszuüben. Die Angst der bürgerlichen Nationalisten (in Indien, Persien, Ägypten) vor den agrarischen Losungen und ihr Bestreben, sie auf jede Weise zu beschneiden, zeugt von der engen Verbindung der einheimischen Bourgeoisie mit dem feudalen und feudal-bürgerlichen Großgrundbesitz und von ihrer ideell-politischen Abhängigkeit von letzterem. Dieses Wanken und Schwanken muß von allen revolutionären Elementen zu systematischer Kritik und zur Entlarvung der Halbheit der bürgerlichen Führer der nationalistischen Bewegungen ausgenutzt werden. Gerade diese Halbheit behindert die Organisierung und den Zusammenschluß der werktätigen Massen, wie der Bankrott der Taktik des passiven Widerstandes („Non-Cooperation") in Indien beweist.

Die revolutionäre Bewegung in den rückständigen Ländern des Ostens kann nicht erfolgreich sein, wenn sie sich nicht auf die Aktionen der breiten Bauernmassen stützt. Daher müssen die revolutionären Parteien aller orientalischen Länder ein klares Agrarprogramm formulieren, in dem die völlige Beseitigung des Feudalsystems und seiner Überbleibsel in Form von Großgrundbesitz und Grundsteuerpacht gefordert werden muß. Zwecks aktiver Heranziehung der Bauernmassen zum Kampfe für die nationale Befreiung muß eine radikale Änderung der Grundlagen der Bodenbesitzrechte propagiert werden; ebenso ist es notwendig, die bürgerlich-nationalen Parteien zu zwingen, sich dieses revolutionäre Agrarprogramm in weitestgehendem Maße zu eigen zu machen.

IV. Die Arbeiterbewegung im Osten.

Die junge Arbeiterbewegung im Osten ist ein Produkt der Entwicklung des einheimischen Kapitalismus der letzten Zeit. Bisher befindet sich dort die Arbeiterklasse, selbst wenn man ihre fortgeschrittensten Elemente ins Auge faßt, noch in einem Übergangsstadium, noch auf dem Wege vom zünftigen Kleinhandwerk zur großkapitalistischen Fabrik. Soweit die bürgerlich-nationalistische Intelligenz die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den Kampf gegen den Imperialismus hineinzieht, leiten ihre Vertreter anfangs auch die aufkeimenden gewerkschaftlichen Organisationen und der Aktionen. Anfangs geht das Proletariat bei solchen Aktionen nicht über den Rahmen der „allgemeinen nationalen" Interessen der bürgerlichen Demokratie hinaus (siehe die Streiks gegen die imperialistische Bürokratie und Administration in China und Indien). Häufig kommt es vor — schon der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat darauf hingewiesen —, daß die Vertreter des bürgerlichen Nationalismus unter moralischer Ausnutzung der politischen Autorität Sowjetrußlands und in Anpassung an den Klasseninstinkt der Arbeiter ihre bürgerlich-demokratischen Bestrebungen in eine „sozialistische" und „kommunistische" Form kleiden, um auf diese Weise, zuweilen ohne sich selbst dessen bewußt zu sein, die ersten aufkeimenden proletarischen Vereinigungen von den unmittelbaren Aufgaben einer Klassenorganisation abzulenken (so die Partei Eschil-Ordu, die den Pantürkismus in der Türkei kommunistisch verbrämt hat, so der „Staatssozialismus", der von einigen Vertretern der Partei „Kuo-Min-Tang" in China gepredigt wird).

Trotzdem hat sowohl die gewerkschaftliche, als auch die politische Bewegung der Arbeiterklasse in den rückständigen Ländern im Laufe der letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Die Bildung selbständiger proletarischer Klassenparteien fast in allen Ländern des Ostens ist eine bedeutsame Tatsache, wenn auch die überwältigende Mehrheit dieser Parteien noch eine große innere Arbeit leisten muß, um sich von Dilettantismus, Sektiererei und vielen anderen Mängeln zu befreien. Der Umstand, daß die Kommunistische Internationale von Anfang an die Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung im Osten gebührend gewürdigt hat, ist eine ungemein bedeutungsvolle Tatsache, denn in ihr findet die wahrhafte internationale Vereinigung der Proletarier der ganzen Welt unter dem Banner des Kommunismus beredten Ausdruck. Die 2. und 2½ Internationale haben bisher noch in keinem einzigen rückständigen Lande Anhänger gefunden, eben deshalb, weil sie gegenüber dem europäisch-amerikanischen Imperialismus nur die Rolle seiner „Angestellten" spielen.

V. Die allgemeinen Aufgaben der kommunistischen Parteien im Osten.

Während die bürgerlichen Nationalisten die Arbeiterbewegung von dem Standpunkt aus beurteilen, ob sie für den Sieg des Bürgertums von Wichtigkeit ist, bewertet das internationale Proletariat die junge Arbeiterbewegung des Ostens vom Standpunkt ihrer revolutionären Zukunft. Unter der Herrschaft des Kapitalismus können die rückständigen Länder der Errungenschaften der modernen Technik und Kultur nicht teilhaftig werden, ohne durch ihre barbarische Ausbeutung und Be-

drückung an das Kapital der Großmächte einen gewaltigen Tribut zu entrichten. Das Bündnis mit dem Proletariat der fortgeschrittenen Länder diktieren ihnen nicht nur die Interessen des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus, sondern auch die Tatsache, daß die Arbeiter des Ostens nur von dem siegreichen Proletariat der fortgeschrittenen Länder eine uneigennützige Hilfe für die Entwicklung ihrer zurückgebliebenen Produktivkräfte erhalten werden. Das Bündnis mit dem Proletariat des Westens bahnt den Weg zur internationalen Föderation der Sowjetrepubliken. Die Sowjetordnung bildet für die rückständigen Völker die schmerzloseste Übergangsform von den primitiven Existenzbedingungen zur Hochkultur des Kommunismus, die berufen ist, in der ganzen Weltwirtschaft die kapitalistische Produktions- und Distributionsmethode zu ersetzen. Davon zeugt die Erfahrung des Sowjetaufbaus in den befreiten Kolonien des russischen Reiches. Nur die Sowjetform der Regierung ist imstande, die konsequente Durchführung der bäuerlichen Agrarrevolution zu sichern. Die spezifischen Bedingungen der Landwirtschaft in einem bestimmten Teil der Orientländer (künstliche Bewässerung), die früher durch die eigenartige Organisation einer kollektiven Arbeitsgemeinschaft auf feudal-patriarchalischer Grundlage aufrechterhalten, später vom System kapitalistischen Raubbaus untergraben wurden, fordern ebenfalls eine staatliche Organisation, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen in planmäßiger und organisierter Form nachzukommen vermag. Infolge der besonderen klimatischen und speziellen geschichtlichen Verhältnisse werden Genossenschaften der Kleinproduzenten im Osten überhaupt eine bedeutende Rolle in der Übergangszeit spielen.

Die objektiven Aufgaben der kolonialen Revolution sprengen schon deshalb den Rahmen der bürgerlichen Demokratie, weil ein entscheidender Sieg dieser Revolution unvereinbar ist mit der Herrschaft des Weltimperialismus. Wenn ursprünglich die einheimische und die bürgerliche Intelligenz die Vorkämpfer der kolonialen revolutionären Bewegungen sind, so beginnt mit der Einbeziehung der proletarischen und halbproletarischen bäuerlichen Massen in diese Bewegungen die Abkehr der großbürgerlichen und bürgerlich-agrarischen Elemente von der Bewegung. in dem Maße, wie die sozialen Interessen der unteren Volksschichten in den Vordergrund treten. Dem jungen Proletariat der Kolonien steht noch ein langer Kampf im Verlaufe einer ganzen geschichtlichen Epoche bevor — der Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und gegen seine eigenen herrschenden Klassen, die alle Vorteile der industriellen und kulturellen Entwicklung in ihrem Besitz zu monopolisieren und die breiten werktätigen Massen in ihrem früheren „prähistorischen" Zustand festzuhalten suchen.

Dieser Kampf um den Einfluß bei den bäuerlichen Massen muß für das einheimische Proletariat als Vorbereitung für die Rolle des politischen Führers dienen. Erst wenn es diese Arbeit an sich selbst und an den ihm nächststehenden Gesellschaftsschichten vollzogen hat, wird es imstande sein, gegen die bürgerliche Demokratie aufzutreten, die unter den Verhältnissen des rückständigen Ostens einen noch viel heuchlerischeren Charakter trägt als im Westen.

Die Weigerung der Kommunisten der Kolonien, an dem Kampf gegen die imperialistische Vergewaltigung teilzunehmen, unter Vorgabe an-



geblicher „Verteidigung" selbständiger Klasseninteressen, ist Opportunismus schlimmster Sorte, der die proletarische Revolution im Osten nur diskreditieren kann. Als nicht minder schädlich muß auch der Versuch bezeichnet werden, dem Kampf für die dringendsten und alltäglichen Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der „nationalen Einigung" oder des „Burgfriedens" mit den bürgerlichen Demokraten fernzubleiben. Die kommunistischen Arbeiterparteien der kolonialen und halbkolonialen Länder stehen vor einer zweifachen Aufgabe: einerseits kämpfen sie für eine möglichst radikale Lösung der Aufgaben einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die auf die Eroberung der staatspolitischen Unabhängigkeit gerichtet ist; andererseits organisieren sie die Arbeiter- und Bauernmassen zum Kampfe für ihre besonderen Klasseninteressen, wobei sie alle Gegensätze im nationalistischen bürgerlich-demokratischen Lager ausnutzen. Durch Aufstellung sozialer Forderungen lösen sie die revolutionäre Energie aus, die in den bürgerlich-liberalen Forderungen keinen Ausweg findet, und spornen ihre Entwicklung an. Die Arbeiterklasse der Kolonien und Halbkolonien muß sich bewußt sein, daß nur die Erweiterung und Vertiefung des Kampfes gegen das imperialistische Joch der Großmächte ihr die Rolle eines revolutionären Führers zu sichern vermag, und umgekehrt ist nur die wirtschaftliche und politische Organisierung und politische Erziehung der Arbeiterklasse und der halbproletarischen Schichten imstande, den revolutionären Schwung des Kampfes gegen den Imperialismus zu vergrößern.

Die kommunistischen Parteien der kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens, die sich noch mehr oder minder in einem Embryonalzustande befinden, müssen an jeder Bewegung teilnehmen, die ihnen Zutritt zu den Massen eröffnet. Dessenungeachtet müssen sie einen energischen Kampf führen gegen die patriarchalischen und zünftigen Vorurteile und gegen die bürgerliche Ideologie, die in den Arbeiterverbänden vorherrscht, um diese unentwickelten Formen der Gewerkschaftsorganisation vor reformistischen Tendenzen zu bewahren und sie in Kampforgane der Massen zu verwandeln. Sie müssen alle Anstrengungen machen zur Organisierung der zahlreichen landwirtschaftlichen Tagelöhner und Tagelöhnerinnen und Lehrlinge beiderlei Geschlechts auf dem Boden des Schutzes ihrer Tagesinteressen.

VI. Die anti-imperialistische Einheitsfront.

Wenn im Westen unter den Verhältnissen einer Übergangsperiode, die mit einer organisierten Ansammlung der Kräfte verbunden ist, die Losung der proletarischen Einheitsfront aufgestellt wurde, so muß im kolonialen Osten gegenwärtig die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront betont werden. Die *Zweckmäßigkeit* dieser Losung ergibt sich aus der Perspektive eines dauernden und langwierigen Kampfes mit dem Weltimperialismus, der die Mobilisierung aller revolutionären Elemente erfordert. Diese Mobilisierung ist um so notwendiger, als die einheimischen herrschenden Klassen geneigt sind, mit dem ausländischen Kapital Kompromisse zu schließen, die sich gegen die Lebensinteressen der Volksmassen richten. Und wie die Losung der proletarischen Einheitsfront im Westen zur Entlarvung des sozialdemokratischen Verrates an den Interessen des Proletariats beigetragen hat und

noch weiter beiträgt, so wird die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront zur Entlarvung des Schwankens der einzelnen Gruppen des bürgerlichen Nationalismus beitragen. Diese Losung wird auch die Entwicklung des revolutionären Willens und die Klärung des Klassenbewußtseins der werktätigen Massen fördern und sie in die vordersten Reihen der Kämpfer nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Überbleibsel des Feudalismus stellen.

Die Arbeiterbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern muß sich vor allem die Stellung eines selbständigen revolutionären Faktors in der anti-imperialistischen Gesamtfront erkämpfen. Erst wenn ihr diese selbständige Bedeutung zuerkannt wird und sie sich dabei ihre politische Unabhängigkeit bewahrt, sind zeitweilige Verständigungen mit der bürgerlichen Demokratie zulässig und notwendig. Das Proletariat unterstützt und stellt auch selbst Teilforderungen auf, wie z. B. die Forderung einer unabhängigen demokratischen Republik, die Beseitigung der Rechtlosigkeit der Frauen usw., insofern das gegenwärtig bestehende Kräfteverhältnis es ihm nicht gestattet, die Verwirklichung seines Sowjetprogramms zur Gegenwartsaufgabe zu machen. Gleichzeitig sucht es seinerseits Losungen aufzustellen, die die Herstellung einer politischen Verbindung der bäuerlichen und halbproletarischen Massen mit der Arbeiterbewegung fördern. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Taktik der anti-imperialistischen Einheitsfront, den breiten werktätigen Massen die Notwendigkeit eines Bündnisses mit dem internationalen Proletariat und mit den Sowjetrepubliken klarzumachen. Die koloniale Revolution kann nur zusammen mit der proletarischen Revolution in den hochentwickelten Ländern siegen und ihre Eroberungen behaupten.

Die Gefahr einer Verständigung zwischen dem bürgerlichen Nationalismus und einer oder mehreren sich einander befehdenden imperialistischen Mächten ist in den halbkolonialen Ländern (China, Persien) oder in den Ländern, die um ihre staatliche Selbständigkeit ringen (Türkei), infolge der Rivalität der Imperialisten untereinander weitaus größer als in den Kolonien. Ein jedes derartiges Abkommen bedeutet eine recht ungleiche Teilung der Macht zwischen den einheimischen herrschenden Klassen und dem Imperialismus und beläßt unter dem Deckmantel einer formalen Selbständigkeit das Land in seiner früheren Lage eines halbkolonialen Pufferstaates im Dienste des Weltimperialismus. Die Arbeiterklasse kann die Zulässigkeit und die Notwendigkeit von teilweisen und zeitweiligen Kompromissen zur Herstellung einer Atempause in dem revolutionären Befreiungskampf gegen den Imperialismus anerkennen, muß aber mit absoluter Unversöhnlichkeit gegen jeden Versuch einer offenen oder versteckten Teilung der Macht zwischen dem Imperialismus und den einheimischen herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung der Klassenprivilegien der letzteren auftreten. Die Forderung eines engen Bündnisses mit der proletarischen Sowjetrepublik ist das Wahrzeichen der anti-imperialistischen Einheitsfront. Zugleich mit der Aufstellung dieser Losung muß der entschiedenste Kampf geführt werden für die weitestgehende Demokratisierung des politischen Regimes, um die in politischer und sozialer Hinsicht reaktionärsten Elemente ihrer Stütze im Lande zu berauben und den Werktätigen

organisatorische Freiheit im Kampf für ihre Klasseninteressen zu sichern (für die Forderungen: demokratische Republik, Agrarreform, Steuerreform, Organisierung des Verwaltungsapparates auf der Grundlage weitgehender Selbstverwaltung, Arbeitergesetzgebung, Schutz der Kinderarbeit, Mutter- und Kinderschutz usw.). Sogar in der unabhängigen Türkei genießt die Arbeiterklasse keine Koalitionsfreiheit, was für das Verhalten der bürgerlichen Nationalisten gegenüber dem Proletariat bezeichnend ist.

VII. Die Aufgaben des Proletariats der Länder am Stillen Ozean.

Die Notwendigkeit einer Organisierung der anti-imperialistischen Einheitsfront ist weiter auch durch die ständige und ununterbrochene Verschärfung der imperialistischen Rivalität bedingt. Diese Rivalität hat gegenwärtig ein so akutes Stadium erreicht, daß ein neuer Weltkrieg, dessen Schauplatz der Stille Ozean sein wird, unvermeidlich ist, sofern die internationale Revolution dem nicht zuvorkommt.

Die Washingtoner Konferenz war ein Versuch, die drohende Gefahr zu bannen, in Wirklichkeit hat sie jedoch die imperialistischen Gegensätze nur vertieft und zugespitzt. Der jüngste Kampf zwischen Wu-Pei-Fu und Tschan-Tso-Lin in China war eine direkte Folge des mißglückten Versuches des japanischen und anglo-amerikanischen Kapitalismus, die gegenseitigen Interessen in Washington in Einklang zu bringen. In den die Welt bedrohenden neuen Krieg werden nicht nur Japan, Amerika und England, sondern auch andere kapitalistische Staaten (Frankreich, Holland u. a.) verwickelt werden. Er droht noch größere Zerstörungen anzurichten als der Krieg von 1914—18.

Die Aufgabe der kommunistischen Parteien der kolonialen und halbkolonialen Länder am Stillen Ozean hat in einer energischen Propaganda, die den Massen die Gefahr klar macht, sie zum aktiven Kampf für die nationale Befreiung aufruft, und in der Orientierung nach Sowjetrußland als dem Schutzwall aller bedrückten und ausgebeuteten Massen zu bestehen.

Die kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder Amerika, Japan, England, Australien und Kanada sind verpflichtet, sich angesichts der drohenden Gefahr nicht nur auf eine Propaganda gegen den Krieg zu beschränken, sondern alle Anstrengungen zur Beseitigung der Faktoren zu machen, die die Arbeiterbewegung in diesen Ländern desorganisieren und die Ausnützung der Gegensätze zwischen den Nationen und Rassen durch die Kapitalisten verstärken.

Diese Faktoren sind: die Einwanderungsfrage und die Frage der billigen farbigen Arbeitskräfte.

Das Kontraktsystem bildet noch heute die Hauptmethode für die Anwerbung farbiger Arbeiter auf den Zuckerplantagen im südlichen Teil des Stillen Ozeans, wohin die Arbeiter aus China und Indien gebracht werden. Dieser Umstand veranlaßte die Arbeiter der imperialistischen Länder, eine Einführung von Gesetzen gegen die Einwanderung und gegen die farbigen Arbeiter zu fordern, sowohl in Amerika als auch in Australien. Diese Gesetze vertiefen den Gegensatz zwischen den farbigen und den weißen Arbeitern, zersplittern und schwächen die Einheit der Arbeiterbewegung.

Die kommunistischen Parteien Amerikas, Kanadas und Australiens müssen eine energische Kampagne führen gegen die Gesetze zur Verhinderung der Einwanderung und müssen den proletarischen Massen dieser Länder klarmachen, daß solche Gesetze, indem sie den Rassenhaß schüren, letzten Endes ihnen selbst zum Schaden gereichen.

Andererseits verzichten die Kapitalisten auf Gesetze gegen die Einwanderung, um die freie Einfuhr billiger farbiger Arbeitskräfte zu ermöglichen und auf diese Weise die Arbeitslöhne der weißen Arbeiter herabzudrücken. Diese Absicht der Kapitalisten, zum Angriff überzugehen, kann nur durch ein Mittel erfolgreich vereitelt werden — die einwandernden Arbeiter müssen in die bestehenden Gewerkschaften der weißen Arbeiter aufgenommen werden. Gleichzeitig muß gefordert werden, daß die Entlohnung der farbigen Arbeiter den Arbeitslöhnen der weißen Arbeiter gleichgestellt wird. Ein solcher Schritt der kommunistischen Parteien wird die Absichten der Kapitalisten entlarven und den farbigen Arbeitern gleichzeitig anschaulich zeigen, daß das internationale Proletariat keine Rassenvorurteile kennt.

Zur Durchführung der erwähnten Schritte müssen die Vertreter des revolutionären Proletariats der Länder des Stillen Ozeans eine ozeanische Konferenz einberufen, um die richtige Taktik auszuarbeiten und die entsprechenden organisatorischen Formen zu einer tatsächlichen Einigung des Proletariats aller Rassen am Stillen Ozean zu finden.

VIII. Die Aufgaben der Parteien der Metropolen in den Kolonien.

Die außerordentliche Bedeutung der kolonialen Revolutionsbewegungen für die internationale proletarische Revolution macht es notwendig, daß die Arbeit in den Kolonien gesteigert wird, vor allem seitens der kommunistischen Parteien der imperialistischen Mächte.

Der französische Imperialismus gründet alle seine Berechnungen auf die Unterdrückung des proletarischen Revolutionskampfes in Frankreich und Europa durch Ausnützung seiner kolonialen Arbeiter als Kampfreserve der Konterrevolution. Der englische und der amerikanische Imperialismus fahren noch immer fort, die Arbeiterbewegung zu spalten, indem sie die Arbeiteraristokratie auf ihre Seite bringen durch das Versprechen, ihr einen bestimmten Anteil an den aus der kolonialen Ausbeutung gezogenen Extraprofiten zuzuweisen.

Jede kommunistische Partei der Kolonien besitzenden Länder muß die Aufgabe übernehmen, eine systematische ideelle und materielle Hilfe für die proletarische und revolutionäre Bewegung in den Kolonien zu organisieren. Die quasi-sozialistischen kolonisatorischen Tendenzen einiger Kategorien gut bezahlter europäischer Arbeiter in den Kolonien müssen entschlossen und hartnäckig bekämpft werden. Die europäischen kommunistischen Arbeiter in den Kolonien müssen die einheimischen Proletarier zu organisieren suchen und ihr Vertrauen durch konkrete wirtschaftliche Forderungen erobern. (Anpassung des Arbeitslohnes der eingeborenen Arbeiter an die Entlohnung der europäischen Arbeiter, Arbeitsschutz, Versicherung usw.) Die Schaffung gesonderter europäischer kommunistischer Organisationen in den Kolonien (Ägypten, Algier) ist eine versteckte Form der Kolonisierung und unterstützt nur die Interessen der Imperialisten. Jeglicher Aufbau von kommunistischen



Organisationen auf Grund des nationalen Merkmals widerspricht den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Alle Parteien der Kommunistischen Internationale sind verpflichtet, den breiten werktätigen Massen die ganze Wichtigkeit des Kampfes gegen die imperialistische Herrschaft in den rückständigen Ländern klarzumachen. Die kommunistischen Parteien, die in den Ländern der Großmächte arbeiten, müssen aus dem Bestande ihrer Zentralkomitees ständige Kolonialkommissionen zur Verfolgung der erwähnten Ziele bilden. Die Hilfe der Kommunistischen Internationale muß sich vor allem in einer Unterstützung zur Organisierung des Pressewesens, zur Herausgabe von periodischen Druckerzeugnissen und von Organen in den Landessprachen äußern. Besondere Aufmerksamkeit muß der Arbeit unter den europäischen Arbeiterorganisationen und unter den Okkupationstruppen in den Kolonien zugewandt werden. Die kommunistischen Parteien der Länder der Großmächte dürfen keine Gelegenheit zur Entlarvung der räuberischen Kolonialpolitik ihrer imperialistischen Regierungen, sowie der bürgerlichen und reformistischen Parteien unbenutzt lassen.

Die Bildungsarbeit der kommunistischen Parteien.

Der Aufbau einer marxistischen Bildungsarbeit ist eine notwendige Aufgabe aller kommunistischen Parteien. Das Ziel dieser Bildungsarbeit ist die Erhöhung der Aufklärungs-, Organisations- und Kampfkraft der Mitglieder und Funktionäre der Partei. Den Funktionären sind neben der allgemeinen marxistischen Schulung auch die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten für ihre Spezialarbeitsgebiete zu vermitteln.

Die kommunistische Bildungsarbeit, die ein integrierender Bestandteil der Gesamttätigkeit der Partei sein soll, muß unbedingt der zentralen Leitung der Partei unterstehen. In den Ländern, wo die revolutionäre Arbeiterbildung vorwiegend in den Händen besonderer, außerhalb der KP. stehender Organisationen liegt, ist dieses Ziel durch systematische Arbeit der Kommunisten in diesen Organisationen anzustreben.

Es ist wünschenswert, daß bei den Zentralkomitees der Parteien zur Leitung der gesamten Bildungstätigkeit der Partei Bildungssekretariate geschaffen werden. Alle diejenigen Mitglieder der KP., welche in allgemeinen, nicht von der Partei geleiteten, proletarischen Bildungsorganisationen (Arbeiterbildungsvereine, proletarische Universitäten, Proletkult, Labour Colleges usw.) tätig sind, sind der Kontrolle und den Direktiven der Parteiorgane unterworfen.

Zur Durchführung der kommunistischen Bildungsarbeit richten die Parteien, je nach Möglichkeit, und unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, zentrale und lokale Parteischulen, Tages- und Abendkurse und dergleichen ein, stellen den Gruppen Wanderlehrer und Referenten zur Verfügung, organisieren Bibliotheken usw.

Die Parteien sind verpflichtet, die selbständige Bildungsarbeit der kommunistischen Jugend nach Kräften materiell und ideell zu unterstützen. Die kommunistische Jugend ist zu allen bildenden Veranstaltungen der Partei zuzuziehen. Die revolutionäre Erziehung der proletarischen Kinder ist gemeinsam mit der kommunistischen Jugend durchzuführen. Richtlinien hierfür gibt die beim EK. der KI. einzurichtende Bildungssektion heraus.

Beim EK. der KI. wird eine internationale Bildungssektion geschaffen. Ihre Aufgabe ist vor allem die grundsätzliche weitere Klärung der Probleme der kommunistischen Bildungsarbeit, die Leitung der gesamten Parteibildungsarbeit, die Vereinheitlichung der Arbeit in den außerhalb der Partei stehenden proletarischen Bildungsorganisationen. Hierzu gehört: Sammlung und Vermittlung der internationalen Erfahrungen, Bereicherung der Formen und Methoden der Arbeit in den einzelnen Ländern, Ausarbeitung und Herausgabe von Leitfaden, Handbüchern und anderem Material und die Entscheidung aller besonderen Probleme, die auf dem Gebiete der Bildungsfrage in den einzelnen Län-



dern auftreten. Dem internationalen Bildungssekretär obliegt auch die Untersuchung und Vorbereitung der Probleme der Schulpolitik der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale.

Zur vertieften marxistischen Schulung und praktischen kommunistischen Ausbildung geeigneter Genossen aus den Sektionen der KI. werden bei der „Sozialistischen Akademie" und anderen entsprechenden Institutionen Sowjetrußlands internationale Kurse eingerichtet.

1. Agitationspflicht.

1. Jedes Mitglied der Kommunistischen Internationale ist verpflichtet, sich als Agitator unter den außenstehenden Arbeitern zu betätigen. Das kann immer und überall geschehen, wo nur die Arbeiter am besten zu finden sind, in den Werkstätten und auf den anderen Arbeitsplätzen, in den Gewerkschaften, in den Volksversammlungen, in Arbeitervereinen, Sport-, Gesang-, Mieter- und Konsumvereinen, in Volkshäusern und Arbeiterrestaurants, auch auf der Eisenbahn, in den Dörfern usw., oft am besten in den Wohnungen der Arbeiter (Hausagitation).
2. Die Agitation soll immer ihren Ausgangspunkt von den konkreten Verhältnissen und Bedürfnissen der betreffenden Arbeiter nehmen, mit dem Zweck, sie auf den Weg des organisierten revolutionären Klassenkampfes zu leiten. Man soll nicht solche kommunistischen Prinzipien oder Forderungen aufdrängen, welche die Zuhörer noch gar nicht verstehen können, man muß sie aber immer zum Auftreten und zum Kampfe für gemeinsame Forderungen des Proletariats antreiben, gegen die Kapitalisten und die bürgerliche Klassenherrschaft auf allen Gebieten.
3. An allen Kampfbewegungen der Arbeiter gegen die Kapitalisten und die bürgerliche Klassenherrschaft sollen die Kommunisten energisch teilnehmen, in vorderster Reihe für die Gesamtinteressen kämpfen, ihre persönlichen Vorteile zurückstellen, durch ihr Beispiel andere mitreißen.
4. Die leitenden Parteiorgane sollen an alle Ortsgruppen praktische Instruktionen geben über die regelmäßige Agitationsarbeit aller Parteimitglieder, so auch über diese Arbeit bei den Kampagnen (Wahlkampagnen, bei Teuerungs- und Steuerkampagnen, bei Betriebsrätekampagnen und Arbeitslosenbewegungen) und anderen von der Partei geleiteten Aktionen. (Eine Kopie von allen Instruktionen ist an das EK. der KI. zu senden).
5. Alle Parteimitglieder sind berechtigt, von den Vertrauensleuten ihrer Organisation noch nähere konkrete Anweisungen darüber zu fordern, wie sie die Agitation zu betreiben haben. Besonders liegt es den Obleuten der kommunistischen Zellen, Arbeitsgruppen, Zehnergruppen und Fraktionen ob, solche Anweisungen zu geben und die Ausführung zu kontrollieren. Wo solche Gruppen mit Obleuten noch nicht vorhanden sind, sollen zu diesem Zweck besondere Agitationsleiter bestimmt werden.
6. Über jedes Parteimitglied soll im Kreise der kleinsten Parteiorganisation, der es angehört, im Laufe des nächsten Winters sicher festgestellt werden:

1. **Ob es Agitation unter den außenstehenden Arbeitern treibt,**
   a) **regelmäßig? oder**
   b) **nur zufällig? oder**
   c) **gar nicht?**
2. **Oder andere Parteiarbeit verrichtet?**
   a) **regelmäßig? oder**
   b) **nur zufällig? oder**
   c) **gar nicht?**

Die zur eindeutigen Auslegung dieser Fragen notwendigen Erklärungen soll die Parteizentrale, nach einer näheren Verständigung mit dem EK. der KI., in einem Rundschreiben allen Organisationen bekannt geben.

Die Bezirksleitungen und Ortsgruppen sind verantwortlich für die pünktliche Durchführung dieser Enquete. Die Resultate sind durch die Parteizentrale an das EK. der KI. zu schicken.

Kenntnis der wichtigsten Beschlüsse der Partei und der KI.

1. Jedes Mitglied der KI. soll nicht nur die wichtigsten Beschlüsse der eigenen Partei, sondern auch die wichtigsten Beschlüsse der Kommunistischen Internationale kennen.
2. Alle Organisationen der angeschlossenen Sektionen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß jedes Parteimitglied wenigstens das Programm der *eigenen Partei und die 21 Bedingungen* der Komintern kennen lernt, gleichfalls solche Beschlüsse der KI., die besonders seine Partei betreffen. Die Mitglieder sind über den Stand ihrer Kenntnisse zu prüfen.
3. Die verantwortlichen Funktionäre sollen alle wichtigsten taktischen und organisatorischen Beschlüsse der Weltkongresse gründlich kennen und zu diesem Zweck sich Prüfungen unterziehen. Das ist auch für möglichst viele andere Parteimitglieder wünschenswert, aber noch nicht obligatorisch.
4. Die Parteizentrale einer jeden Sektion ist verpflichtet, an die Organisation geeignete Instruktionen zur Durchführung dieser Beschlüsse zu geben, und über die Resultate dem EK. der KI. im nächsten Frühjahr Bericht zu erstatten.

Arbeits- und Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Frankreichs.

1. Die dringendste Aufgabe der Partei ist die Organisierung des Widerstandes des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals, die sich in Frankreich und in den übrigen großen Industriestaaten entwickelt. Die Verteidigung des Achtstundentages, die Sicherung und Erhöhung der erreichten Arbeitslöhne, der Kampf um alle täglichen wirtschaftlichen Forderungen bildet die beste Plattform, mit deren Hilfe das zerstreute Proletariat gesammelt und ihm das Vertrauen auf seine eigene Kraft und seine Zukunft gegeben werden kann. Die Partei muß unverzüglich die Initiative zu allen gemeinsamen Aktionen ergreifen, die geeignet sind, die Offensive des Kapitals zum Scheitern zu bringen und die Arbeiterklasse wieder zu vereinigen.

2. Die Partei muß eine Kampagne einleiten, um den Arbeitern den gegenseitigen Zusammenhang zwischen der Aufrechterhaltung des Achtstundentages und der Sicherung der Arbeitslöhne, die unvermeidliche Rückwirkung dieser Forderungen aufeinander klarzulegen. Sie muß als Agitationsmittel nicht nur die Anschläge der Arbeitgeber, sondern auch die Angriffe ausnützen, die der Staat gegen die unmittelbaren Interessen der Arbeiter richtet, z. B. die Lohnsteuer und alle wirtschaftlichen Fragen, die die Arbeiterklasse interessieren, die Erhöhung der Miete, die Verbrauchssteuer, die soziale Versicherung usw. Die Partei wird eine aktive Propagandakampagne in der Arbeiterklasse unternehmen im Interesse der Bildung von Betriebsräten, die die Gesamtheit der Arbeiter jeder einzelnen Unternehmung umfassen, ohne Rücksicht darauf, ob sie wirtschaftlich oder politisch bereits organisiert sind oder nicht, und die namentlich berufen sind, über die Arbeits- und Produktionsverhältnisse eine Arbeiterkontrolle auszuüben.

3. Die Losungen des Kampfes um die dringenden materiellen Forderungen des Proletariats müssen als Mittel zur Verwirklichung der Einheitsfront gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion dienen. Die Taktik der Arbeitereinheitsfront wird die allgemeine Regel der Massenaktion bilden. Die Partei muß Bedingungen schaffen, die den Erfolg dieser Taktik fördern, indem sie dazu schreitet, ihre eigene Organisation und die sympathisierenden Elemente mit allen Mitteln der Propaganda und der Organisation, über die sie verfügt, ernstlich vorzubereiten. Die Presse, die Abhandlungen, die Broschüren, die Versammlungen jeder Art, — all dies muß bei dieser Vorbereitungsarbeit, die die Partei auf alle proletarischen Gruppen, zu denen Kommunisten gehören, ausdehnen wird, mitwirken. Die Partei muß nachdrücklich an die rivalisierenden bedeutenderen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen appellieren und darf nie aufhören, ihre Vor-

schläge oder jene der Reformisten, die Annahme und die Ablehnung der einen oder der anderen öffentlich zu kommentieren. Sie darf in keinem Falle auf ihre vollständige Unabhängigkeit, auf ihr Recht zur Kritisierung der Teilnehmer der Aktion verzichten. Sie muß immer danach streben, die Initiative zu ergreifen und zu behalten und jede andere Initiative im Sinne ihres eigenen Programms zu beeinflussen.

4. Um in der Lage zu sein, an Arbeiteraktionen jeder Art teilzunehmen, um zur Orientierung der Arbeiterschaft beizutragen oder unter gewissen Umständen eine entscheidende Rolle erfüllen zu können, muß die Partei, ohne einen Tag zu verlieren, ihre Organisation zur gewerkschaftlichen Arbeit bilden. Die Bildung der Gewerkschaftskommissionen bei den Föderationen und Sektionen (die von dem Pariser Kongreß beschlossen wurde) und von kommunistischen Gruppen in den Betrieben und großen kapitalistischen oder staatlichen Unternehmungen wird die Verzweigungen der Partei in die Arbeitermassen hineinführen, so daß die Partei in die Lage kommen wird, ihre Losungsworte zu verbreiten und den kommunistischen Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu steigern. Die Gewerkschaftskommissionen müssen auf allen Stufen der Struktur der Partei und der Gewerkschaften die Verbindung mit den Kommunisten, die im Einvernehmen mit der Partei in der reformistischen CGT. verblieben sind, aufrechterhalten und sie in ihrer Opposition gegen die Politik ihrer offiziellen Führer leiten; sie müssen die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Partei registrieren, ihre Tätigkeit kontrollieren und ihnen die Weisungen der Partei übermitteln.

5. Die kommunistische Arbeit in allen Gewerkschaften ohne Ausnahme besteht in erster Linie im Kampf um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit, die zum Siege des Proletariats unentbehrlich ist. Die Kommunisten müssen jede Gelegenheit wahrnehmen, um die schädlichen Wirkungen der jetzigen Spaltung zu zeigen und die Fusion zu verkünden. Die Partei muß jede Tendenz, die der Zersplitterung der Organisation, dem professionellen oder lokalen Partikularismus, der anarchistischen Ideologie dient, bekämpfen. Sie muß die Notwendigkeit der Zentralisierung der Bewegung, die Bildung großer Organisationen nach Industriezweigen, die Vereinigung der Streiks verkünden, um an Stelle der lokalisierten und von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilten Aktionen gemeinsame Aktionen zu setzen, die geeignet sind, das in die eigene Kraft gesetzte Vertrauen der Arbeiter zu steigern. In der CGTU. müssen die Kommunisten jede Tendenz bekämpfen, die dem Anschluß der französischen Gewerkschaften an die Rote Gewerkschaftsinternationale zuwiderlaufen. In der reformistischen GGT. müssen sie die Amsterdamer Internationale und die burgfriedliche Tätigkeit der Führer bloßstellen. In den beiden CGT. müssen sie Demonstrationen und gemeinsame Aktionen, gemeinsame Streiks, die Einheitsfront, die organische Einheit, das vollinhaltliche Programm der Roten Gewerkschaftsinternationale verkünden.

6. Die Partei muß jede spontane oder organisierte Massenbewegung von gewisser Ausdehnung ausnutzen, um den politischen Charakter jedes Klassenkampfes beleuchten und die Verhältnisse ausnutzen zu können, die der Propagierung ihrer politischen Kampflosungen, die der Amnestie, der Annullierung des Friedensvertrages von Versailles, der Räumung des linken Rheinufers von der Besatzungsarmee usw. günstig sind.

7. Der Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles und seine Folgen muß unter den Dingen, die die Partei beschäftigen, den ersten Platz einnehmen. Es handelt sich darum, die Solidarität des französischen und deutschen Proletariats gegen die Bourgeoisie der beiden Länder, denen der Friedensvertrag gewinnbringend ist, wirksam zu gestalten. Die französische Partei hat daher die dringende Pflicht, die Arbeiter und Soldaten mit der tragischen Situation ihrer deutschen Brüder vertraut zu machen, die unter den materiellen Schwierigkeiten des Lebens ächzen, die hauptsächlich den Folgen des Friedensvertrages zuzuschreiben sind. Der deutsche Staat kann die Ansprüche der Verbündeten nur befriedigen, wenn er die Arbeiterklasse noch schwerer belastet. Die französische Bourgeoisie verschont die deutsche Bourgeoisie, verhandelt mit ihr auf Kosten der Arbeiter, begünstigt jede Unternehmung, die sich des öffentlichen Dienstes bemächtigt und gewährt ihr Schutz und Hilfe gegen die revolutionäre Bewegung. Beide Bourgeoisien schicken sich an, ein Bündnis des französischen Eisens mit der deutschen Kohle zu schließen und sich über die Besetzung des Ruhrgebietes zu verständigen, die die Knechtung der Grubenarbeiter des Ruhrgebietes bedeuten wird. Nicht nur den Ausgebeuteten des Ruhrgebietes, sondern auch den französischen Arbeitern, die außerstande sind, mit der deutschen Arbeiterschaft zu konkurrieren, die dank der Markentwertung den französischen Kapitalisten außerordentlich billig zur Verfügung stehen, droht Gefahr.

Die Partei muß der französischen Arbeiterklasse diese Situation begreiflich machen und sie veranlassen, der unmittelbar drohenden Gefahr gegenüber auf der Hut zu sein. Ihre Presse muß die Leiden des deutschen Proletariats, dieses Opfers des Friedensvertrages von Versailles, unablässig schildern, und die Undurchführbarkeit des Vertrages beweisen. Eine besondere Propaganda muß in den militärisch besetzten Gebieten und in den verwüsteten Gebieten unternommen werden, um beide Bourgeoisien als verantwortlich für alle Übel bloßzustellen, unter denen diese Gegenden zu leiden haben, und um den Geist der Solidarität zwischen den Arbeitern beider Länder zu entwickeln. Die kommunistische Losung muß die Verbrüderung der französischen und deutschen Soldaten und Arbeiter auf dem linken Rheinufer bilden. Die Partei muß mit der deutschen Bruderpartei eine innige Verbindung aufrechterhalten, um diesen Kampf gegen den Vertrag von Versailles und dessen Folgen einem günstigen Ausgang zuzuführen. Die Partei muß den französischen Imperialismus nicht nur in seiner Politik Deutschland gegenüber, sondern in seiner auf der ganzen Erdkugel befolgten Politik bekämpfen; ganz besonders müssen die Friedensverträge von St. Germain, Neuilly, Trianon und Sèvres bekämpft werden.

8. Die Partei muß eine systematische Arbeit zur Einführung des Kommunismus in die Armee einleiten. Die antimilitaristische Propaganda muß sich klar und deutlich vom heuchlerischen bürgerlichen Pazifismus unterscheiden und sich auf das Prinzip der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der Bourgeoisie stützen. In der Presse, im Parlament, bei jeder günstigen Gelegenheit müssen die Kommunisten die Forderungen der Soldaten unterstützen, die Anerkennung der politischen Rechte der letzteren usw. fordern. Gelegentlich der Einberufung von Altersklassen, bei neuer Kriegsgefahr muß die revolutionäre

antimilitärische Agitation vertieft werden. Sie muß unter der Leitung eines speziellen Organs der Partei und unter Beteiligung der kommunistischen Jugend geführt werden.

9. Die Partei muß sich der Sache der durch den französischen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung der Kolonien annehmen, muß ihre nationalen Forderungen unterstützen, die ihre Befreiung vom Joch der ausländischen Kapitalisten näherbringen, muß ihr Recht auf Autonomie oder auf Unabhängigkeit ohne Vorbehalt verfechten. Die unmittelbare Aufgabe der Partei ist, für die unbeschränkte politische und gewerkschaftliche Freiheit dieser Völker, gegen die Einberufung der Eingeborenen zum militärischen Dienst und für die Forderungen der eingeborenen Soldaten zu kämpfen. Sie muß die sogar bei gewissen Arbeiterelementen bestehenden reaktionären Tendenzen, die die Rechte der Eingeborenen einschränken wollen, unerbittlich bekämpfen. Sie muß neben ihrem Zentralkomitee ein spezielles Organ schaffen, das der kommunistischen Arbeit in den Kolonien gewidmet ist.

10. Die Propaganda in der Bauernklasse, die darauf abzielt, die Mehrheit der landwirtschaftlichen Arbeiter, Pächter und Teilpächter für die Sache der Revolution zu gewinnen und die Sympathien der Kleingrundbesitzer zu erwerben, muß von einer Aktion im Interesse besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnarbeit verrichtenden oder von den Großgrundbesitzern abhängigen Bauern begleitet sein. Eine derartige Aktion erfordert, daß die Bezirksorganisationen der Partei Programme aufstellen und propagieren, die die unmittelbaren Forderungen enthalten und den besonderen Verhältnissen jeder einzelnen Gegend angepaßt sind. Die Partei muß die landwirtschaftlichen Vereinigungen, Genossenschaften und Gewerkschaften, die dem Individualismus des Bauern entgegentreten, begünstigen. Sie muß sich mit besonderem Eifer der Schaffung und Entwicklung der Fachgewerkschaften unter den Landarbeitern widmen.

11. Die kommunistische Arbeit unter den Arbeiterinnen ist von hervorragender Wichtigkeit und erfordert eine spezielle Organisation. Eine Zentralkommission neben dem Zentralkomitee mit einem ständigen Sekretariat, Ortskommissionen in immer wachsender Anzahl, ein der Frauenpropaganda gewidmetes Organ sind erforderlich. Die Partei muß die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Ausgleichung der Arbeitslöhne für ein und dieselbe Arbeit ohne Unterschied des Geschlechtes, die Teilnahme der ausgebeuteten Frauen an den Kampagnen und den Kämpfen der Arbeiter unterstützen.

12. Der Entwicklung der kommunistischen Jugend muß eine methodischere und nachdrücklichere Tätigkeit gewidmet werden, als dies seitens der Partei in der Vergangenheit der Fall war. Zwischen der Partei und der kommunistischen Jugend müssen auf allen Stufen der Organisation gegenseitige Beziehungen aufgenommen werden. Im Prinzip muß die Jugend in allen Kommissionen vertreten sein, die neben dem Zentralkomitee gebildet werden. Die Verbände, Sektionen und Propagandisten der Partei sind verpflichtet, den bestehenden Jugendgruppen ihren Beistand angedeihen zu lassen und neue zu bilden. Das Zentralkomitee hat über die Entwicklung der Presse der Jugend zu

wachen und der Jugend in den Zentralorganen der Partei eine Tribüne einzuräumen. Die Partei muß sich in den Gewerkschaften jener Forderungen der Arbeiterjugend annehmen, die mit ihrem Programm übereinstimmen.

13. In den Genossenschaften müssen die Kommunisten das Prinzip der einheitlichen Landesorganisationen verfechten und kommunistische Gruppen bilden, die durch Vermittelung einer, dem Zentralkomitee beigeordneten Kommission mit der Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale verbunden sind. In jedem Verband muß sich eine spezielle Kommission der kommunistischen Arbeit in den Genossenschaften widmen. Die Kommunisten müssen sich bemühen, das Genossenschaftswesen als Hilfsmittel der Arbeiterbewegung auszunutzen.

14. Die in das Parlament und in die Munizipalverwaltungen usw. gewählten Vertreter der Partei müssen in enger Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterschaft und den unter der Führung der Partei und der Gewerkschaftsorganisationen stehenden Kampagnen auch außerhalb des Parlaments den energischsten Kampf führen. Die kommunistischen Abgeordneten müssen unter der Kontrolle und der Führung des Zentralkomitees der Partei, die kommunistischen Munizipal-, General- und Bezirksräte unter der Kontrolle und Leitung der Sektionen und Verbände der Partei im Sinne der Thesen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale als Agenten der Agitation und der Propaganda verwendet werden.

15. Um sich auf die Höhe der in ihrem Programm enthaltenen und durch die nationalen und internationalen Kongresse festgestellten Aufgaben erheben zu können und um zur Durchführung dieser Aufgaben fähig zu sein, muß die Partei nach dem Beispiel der großen kommunistischen Parteien der übrigen Länder und im Sinne der Regeln der Kommunistischen Internationale ihre Organisation vervollkommnen und verstärken. Sie muß über eine strenge Zentralisation, über eine unerschütterliche Disziplin, über eine unbedingte Subordination jedes einzelnen Parteimitglieds unter die verantwortlichen Organe der Partei, jedes einzelnen Organs unter das höhere Organ verfügen. Auch muß unbedingt die marxistische Erziehung der Parteikämpfer durch systematische Vermehrung der theoretischen Kurse in den einzelnen Sektionen und durch Eröffnung von Parteischulen, die unter der Leitung einer Zentralkommission oder eines leitenden Komitees stehen, entwickelt werden.

Richtlinien für die kommunistische Aktion in den Gewerkschaften.

I. Stand der Gewerkschaftsbewegung.

1. Im Verlauf der beiden letzten Jahre, die gekennzeichnet sind durch den allgemeinen Angriff des Kapitals, wurde die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern merklich geschwächt. Mit wenigen Ausnahmen (Deutschland, Österreich) haben die Gewerkschaften eine große Zahl ihrer Mitglieder verloren. Dieser Rückgang erklärt sich gleichzeitig durch die starke Offensive der Bourgeoisie und durch die Ohnmacht der reformistischen Gewerkschaften, dem kapitalistischen Angriff ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen und die elementarsten Interessen der Arbeiter zu verteidigen.

2. Über diese kapitalistische Offensive einerseits und das Fortbestehen der Zusammenarbeit der Klassen andererseits sind die werktätigen Massen mehr und mehr enttäuscht; daher kommen nicht allein ihre Versuche, neue Organisationen zu schaffen, sondern auch die Zerstreuung einer großen Anzahl von Arbeitern, die weniger klassenbewußt sind und die Organisationen verlassen. Die Gewerkschaft hat für viele aufgehört ein Punkt der Anziehung zu sein, weil sie es nicht verstanden hat und in vielen Fällen nicht verstehen wollte, den Angriff des Kapitals aufzuhalten und die schon eroberten Positionen zu verteidigen. Die Unfruchtbarkeit des Reformismus hat sich augenscheinlich in der Praxis offenbart.

3. Die Gewerkschaftsbewegung trägt in allen Ländern den Charakter einer inneren Unbeständigkeit. Ziemlich zahlreiche Gruppen von Arbeitern hören nicht auf, sich von ihr loszulösen, während die Reformisten eifrigst in ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaften fortfahren, unter dem Vorwande „das Kapital zugunsten der Arbeiter auszunützen". In Wirklichkeit hat aber das Kapital fortwährend die reformistischen Organisationen seinen Interessen nutzbar gemacht, indem es sie zu Helfershelfern bei der Herabsetzung der Lebenshaltung der Massen benutzte. Die verflossene Periode hat besonders das Band verstärkt, welches schon zwischen den Regierungen und den reformistischen Führern bestand, ebenso wie die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter diejenigen der herrschenden Schichten.

II. Der Angriff Amsterdams gegen die revolutionären Gewerkschaften.

4. Im selben Augenblick, wo sie auf der ganzen Linie dem bürgerlichen Druck wichen, begannen die reformistischen Führer ihren Angriff gegen die revolutionären Arbeiter. Da sie sahen, daß ihr Mangel an Willen, den Widerstand gegen das Kapital zu organisieren, eine tiefe



Erbitterung in den arbeitenden Massen hervorgebracht hatte, und da sie entschlossen waren, die Organisationen von revolutionären Keimen zu reinigen, unternahmen sie gegen die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung einen regelrechten Angriff, der zum Ziel hatte, die revolutionären Minderheiten durch alle Mittel, die in ihrer Macht standen, zu zersetzen und zu demoralisieren und die Befestigung der erschütterten Herrschaft der Bourgeoisie zu erleichtern.

5. Um ihre Autorität zu erhalten, zögerten die Führer der Amsterdamer Internationale nicht, nicht allein einzelne Personen oder Gruppen auszuschließen, sondern ganze Organisationen. Um nichts in der Welt wollen die Leute von Amsterdam in der Minderheit bleiben; und im Falle der Drohung der revolutionären Elemente, der Anhänger der RGI. und der Kommunistischen Internationale, haben sie sich entschlossen, die Spaltung hervorzurufen, vorausgesetzt, daß sie sich dabei den Verwaltungsapparat und die materiellen Quellen erhalten können. So haben es die Führer der französischen CGT. gemacht; auf demselben Wege befinden sich die Reformisten der Tschechoslowakei und die Führer des deutschen ADGB. Die Interessen der Bourgeoisie verlangen die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung.

6. Zu gleicher Zeit, als der reformistische Angriff in den verschiedenen Ländern begann, begann der gleiche Angriff in der ganzen Welt. Die internationalen Verbände, die Anhänger von Amsterdam sind, schlossen systematisch die entsprechenden nationalen revolutionären Verbände aus oder weigerten sich, sie zuzulassen. So haben die internationalen Kongresse der Erdarbeiter, der Textilarbeiter, der Angestellten, der Leder- und Häutearbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter und der Post- und Telegraphenangestellten sich geweigert, die russischen Gewerkschaften und die anderen revolutionären Gewerkschaften zuzulassen, weil diese letzteren der RGI. angehören.

7. Dieser Feldzug der Amsterdamer gegen die revolutionären Gewerkschaften ist ein Ausdruck des Feldzuges des internationalen Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Er verfolgt dieselben Ziele: das kapitalistische System zu befestigen auf den Knochen der arbeitenden Massen. Den Reformismus bedrängt sein nahes Ende; er will vermittels der Ausschlüsse und der Abspaltung der kampffreudigsten Elemente die Arbeiterklasse bis zum äußersten schwächen, um sie unfähig zu machen, die Macht und die Produktionsmittel zu erobern.

III. Die Anarchisten und der Kommunismus.

8. Zu gleicher Zeit wurde eine „Offensive", die derjenigen der Amsterdamer ziemlich ähnlich war, durch den anarchistischen Flügel der Arbeiterbewegung gegen die Kommunistische Internationale, die kommunistischen Parteien und die kommunistischen Zellen der Gewerkschaften gerichtet. Eine gewisse Zahl von anarcho-syndikalistischen Organisationen erklärte sich offen als Feinde der Kommunistischen Internationale und der russischen Revolution, trotz ihres feierlichen Anschlusses an die Kommunistische Internationale im Jahre 1920 und ihrer Sympathiekundgebung für das russische Proletariat und für die Oktoberrevolution: so die italienischen Syndikalisten, die lokal organisierten



Deutschen, die spanischen Anarcho-Syndikalisten und verschiedene anarcho-syndikalistische Gruppen Frankreichs, Hollands und Schwedens.

9. Im Namen der gewerkschaftlichen Autonomie schlossen gewisse syndikalistische Organisationen (Nationales Sekretariat der Arbeiter Hollands, die IWW., die italienische Syndikalisten-Vereinigung usw.) die Anhänger der RGI. im allgemeinen und die Kommunisten im besonderen aus. So ist die Parole der Unabhängigkeit, nachdem sie überrevolutionär gewesen ist, antikommunistisch geworden, d. h. konterrevolutionär, und stimmt überein mit derjenigen von Amsterdam, die dieselbe Politik unter der Fahne der Unabhängigkeit macht, obwohl es für niemand mehr ein Geheimnis ist, daß sie ganz und gar von der nationalen und internationalen Bourgeoisie abhängig ist.

10. die Aktion der Anarchisten gegen die KI. und RGI. und die russische Revolution haben Spaltung und Verwirrung in ihre eigenen Reihen gebracht. Die besten Elemente der Arbeiterschaft haben gegen diese Ideologie protestiert. Der Anarchismus und der Anarcho-Syndikalismus haben sich in mehrere Gruppen und Richtungen gespalten, die einen erbitterten Kampf für oder gegen die RGI., für oder gegen die proletarische Diktatur, für oder gegen die russische Revolution führen.

IV. *Neutralität und Unabhängigkeit.*

11. Der Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat findet seinen Ausdruck in der Theorie der Neutralität: die Gewerkschaften dürfen sich ausschließlich rein zünftige, eng wirtschaftliche Ziele stecken, und keineswegs allgemeine Klassenziele. Die Neutralität ist immer eine rein bürgerliche Lehre gewesen, gegen welche der revolutionäre Marxismus einen entschiedenen Kampf führt. Gewerkschaften, die sich keine Klassenziele stecken, d. h. die nicht den Sturz des kapitalistischen Systems ins Auge fassen, sind trotz ihrer proletarischen Zusammensetzung die besten Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

12. Diese Theorie der Neutralität hat sich immer auf das Argument gestützt, daß die Gewerkschaften sich nur für wirtschaftliche Fragen interessieren dürfen, ohne sich in die Politik zu mischen. Die Bourgeoisie hat immer die Tendenz, die Politik von der Wirtschaft zu trennen, da sie vollkommen begreift, daß, wenn es ihr gelingt, die Arbeiterklasse in den Rahmen der Zunftinteressen hineinzudrängen, keine ernsthafte Gefahr ihre Herrschaft bedroht.

13. Dieselbe Grenze zwischen Wirtschaft und Politik wird auch durch die anarchistischen Elemente der Gewerkschaftsbewegung gezogen, um die Arbeiterbewegung von dem politischen Wege abzulenken unter dem Vorwande, daß jede Politik gegen die Arbeiter gerichtet sei. Diese Theorie, im Grunde rein bürgerlich, wird den Arbeitern dargeboten als diejenige der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit, und man versteht die letztere als Gegensatz der Gewerkschaften zu den kommunistischen Parteien und als eine Kriegserklärung an die kommunistische Arbeiterbewegung, immer im Namen der berüchtigten Unabhängigkeit und Autonomie.

14. Dieser Kampf gegen die „Politik" und die politischen Parteien der Arbeiterklasse bringt einen Rückgang der Arbeiterbewegung und der



Arbeiterorganisationen hervor, ebenso wie einen Feldzug gegen den Kommunismus, den konzentrierten Ausdruck des Klassenbewußtseins des Proletariats. Die Unabhängigkeit in allen ihren Formen, sie sei nun anarchistisch oder anarcho-syndikalistisch, ist eine antikommunistische Lehre, und der entschiedenste Widerstand muß ihr entgegengesetzt werden, denn im besten Falle hat sie eine Unabhängigkeit vom Kommunismus und einen Antagonismus zwischen Gewerkschaft und kommunistischen Parteien zur Folge, wenn sie nicht zu einem erbitterten Kampf der Gewerkschaften gegen die kommunistischen Parteien, den Kommunismus und die soziale Revolution führt.

15. Die Theorie der Autonomie, so wie sie dargelegt wird durch die französischen, italienischen und spanischen Anarcho-Syndikalisten, ist ihrem Wesen nach die Kampflosung des Anarchismus gegen den Kommunismus. Die Kommunisten müssen von innen heraus in den Gewerkschaften einen entschiedenen Feldzug führen gegen dieses Bestreben, unter der Flagge der Autonomie den anarchistischen Schund einzuschmuggeln, und die Arbeiterbewegung in Teile zu zerspalten, die einander befehden, um den Triumph der Arbeiterklasse zu verlangsamen und aufzuhalten.

V. *Syndikalismus und Kommunismus.*

16. Die Anarcho-Syndikalisten verwechseln Gewerkschaften und Syndikalismus, indem sie ihre anarcho-syndikalistische Partei als die einzige Organisation hinstellen, die wahrhaft revolutionär ist und fähig, die Aktion des Proletariats bis ans Ende zu führen. Der Syndikalismus, der einen ungeheuren Fortschritt gegenüber dem Trade-Unionismus darstellt, schließt trotzdem zahlreiche Fehler und üble Seiten in sich, denen man mit äußerster Festigkeit widerstehen muß.

17. Die Kommunisten können und dürfen nicht im Namen abstrakter anarcho-syndikalistischer Prinzipien ihr Recht aufgeben, innerhalb der Gewerkschaften, welches auch immer deren Orientierung sei, „Zellen" zu organisieren. Dieses Recht kann ihnen niemand nehmen. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten, welche innerhalb der Gewerkschaften kämpfen, ihre Aktion mit derjenigen der Syndikalisten, welche aus den Erfahrungen des Krieges und der Revolution gelernt haben, verbinden müssen.

18. Die Kommunisten müssen die Initiative ergreifen, innerhalb der Gewerkschaften einen Block mit den revolutionären Arbeitern anderer Richtungen zu schaffen. Die dem Kommunismus Nächststehenden sind die Syndikalisten-Kommunisten, die die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur anerkennen und gegen die Anarcho-Syndikalisten das Prinzip des Arbeiterstaates verteidigen. Aber die Gemeinsamkeit der Aktion setzt eine Organisation der Kommunisten voraus. Unorganisierte, vereinzelt handelnde Kommunisten würden nicht imstande sein, mit wem es auch sei, zusammenzuwirken, weil sie keine ernsthafte Macht darstellen würden.

19. Indem sie in der energischsten und konsequentesten Form ihre Prinzipien durchführen, indem sie die antikommunistischen Theorien der Unabhängigkeit und der Trennung von Politik und Wirtschaft, diese dem revolutionären Fortschritt der Arbeiterklasse so schädliche Auf-



fassung, bekämpfen, müssen die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften aller Richtungen sich bemühen, ihre Aktion im praktischen Kampf gegen den Reformismus und die anarcho-syndikalistische Spiegelfechterei in Übereinstimmung zu bringen mit allen revolutionären Elementen, die für den Umsturz des Kapitalismus und die Diktatur des Proletariats eintreten.

20. In den Ländern, in denen wichtige syndikalistisch-revolutionäre gewerkschaftliche Organisationen (Frankreich) bestehen, und wo unter dem Einfluß einer ganzen Reihe von historischen Ursachen das Mißtrauen gegen die politischen Parteien bei gewissen Schichten der revolutionären Arbeiter fortbesteht, müssen die Kommunisten, in Übereinstimmung mit den Syndikalisten, entsprechend den Besonderheiten des Landes und der in Frage stehenden Arbeiterbewegung, die Formen und Methoden des gemeinsamen Kampfes und der Zusammenarbeit in allen Aktionen des Angriffs und der Verteidigung gegen das Kapital herausarbeiten.

VI. Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften.

21. Die Parole der Kommunistischen Internationale gegen die Spaltung der Gewerkschaften muß auch fernerhin mit unverminderter Energie angewendet werden, trotz der wütenden Verfolgungen. denen die Reformisten aller Länder die Kommunisten aussetzen. Die Reformisten wollen durch die Ausschlüsse die Spaltung hervorrufen. Indem sie systematisch die besten Elemente aus den Gewerkschaften vertreiben, hoffen sie, daß die Kommunisten ihre Kaltblütigkeit verlieren, aus den Gewerkschaften hinausgehen und so den tief bedachten Plan der Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus aufgeben, indem sie sich für die Spaltung entschließen. Aber die Reformisten sollen dieses Resultat nicht erreichen.

22. Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen, stellt die größte Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung dar. Die Spaltung der Gewerkschaften würde die Arbeiterklasse um mehrere Jahre zurückwerfen, denn die Bourgeoisie könnte dann leicht die elementarsten Eroberungen der Arbeiterschaft rückgängig machen. Die Kommunisten müssen unbedingt die Spaltung der Gewerkschaften mit allen Mitteln, mit allen Kräften ihrer Organisation verhindern, sie müssen dem verbrecherischen Leichtsinn, mit welchem die Reformisten die Gewerkschaftseinheit zerstückeln, Einhalt tun.

23. In den Ländern, wo zwei Gewerkschaftszentralen nebeneinander bestehen (Spanien, Frankreich, Tschechoslowakei etc.), sollen die Kommunisten für die Verschmelzung der nebeneinander bestehenden Organisationen kämpfen. Da dieses Ziel der Verschmelzung der Gewerkschaften, die schon gespalten sind, gegeben ist, ist es nicht vernünftig, einzelne Kommunisten und revolutionäre Arbeiter aus den reformistischen Gewerkschaften herauszureißen, um sie in revolutionäre Gewerkschaften zu bringen. Keine einzige reformistische Gewerkschaft soll des kommunistischen Gärungsstoffes beraubt werden. Eine tatkräftige Arbeit der Kommunisten in beiden Organi-



sationen ist eine Vorbedingung der Wiederherstellung der zerstörten Einheit.

24. Die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit, ebenso wie die Wiederherstellung der zerstörten Einheit ist nur möglich, wenn die Kommunisten im voraus ein Arbeitsprogramm für jedes Land und für jeden Industriezweig aufstellen; auf dem Boden einer praktischen Arbeit, eines praktischen Kampfes kann man die zerstreuten Elemente der Arbeiterbewegung sammeln und im Falle einer gewerkschaftlichen Spaltung die Voraussetzungen für eine organisatorische Wiedervereinigung schaffen. Jeder Kommunist muß im Auge behalten, daß die Spaltung der Gewerkschaften nicht nur die augenblicklichen Eroberungen der Arbeiterklasse bedroht, sondern eine Drohung für die soziale Revolution ist. Die Versuche der Reformisten, die Gewerkschaften zu spalten, müssen im Keim erstickt werden, aber dies kann nur erreicht werden durch energische, organisatorische und politische Arbeit in den Arbeitermassen.

VII. Der Kampf gegen den Ausschluß der Kommunisten.

25. Die Ausschlüsse der Kommunisten haben zum Ziel, die revolutionäre Bewegung zu verwirren, indem sie die Führer von den Arbeitermassen trennen. Daher können sich die Kommunisten nicht mehr auf die Formen und Methoden des Kampfes beschränken, die sie bis jetzt angewendet haben. Die Gewerkschaftsbewegung der Welt ist an einem kritischen Punkt angelangt. Der Wille der Reformisten zur Spaltung hat sich gesteigert, unser Wille zur Einheit der Gewerkschaften ist durch zahlreiche Tatsachen bestätigt, und die Kommunisten müssen in der Zukunft praktisch zeigen, welchen Wert sie auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung legen.

26. Je augenscheinlicher die Spaltungstendenz unserer Feinde wird, mit desto mehr Kraft müssen wir das Problem der Einheit der Gewerkschaftsbewegung hervorheben. Keine einzige Fabrik, kein einziger Betrieb, keine Arbeiterversammlung darf vergessen werden, überall muß man Protest gegen die Taktik von Amsterdam erheben. Das Problem der Spaltung der Gewerkschaften muß jedem Gewerkschaftler gestellt werden, nicht nur in dem Augenblick, wo die Spaltung unmittelbar bevorsteht, sondern schon dann, wenn sie vorbereitet wird. Die Frage des Ausschlusses der Kommunisten aus der Gewerkschaftsbewegung muß auf die Tagesordnung der gesamten Gewerkschaftsbewegung aller Länder gestellt werden. Die Kommunisten sind stark genug, um sich nicht wortlos abwürgen zu lassen. Die Arbeiterklasse soll wissen, wer für die Spaltung und wer für die Einheit ist.

27. Der Ausschluß der Kommunisten nach ihrer Wahl durch die lokalen Organisationen darf nicht allein Proteste gegen die Vergewaltigung des Willens der Wähler hervorrufen, ein solcher Ausschluß muß einen entschlossenen, gut organisierten Widerstand zur Folge haben. Die Ausgeschlossenen dürfen nicht zerstreut werden. Die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht darin, nicht zuzugeben, daß die ausgeschlossenen Elemente auseinandergehen. Sie müssen sich in Gewerkschaften der Ausgeschlossenen organisieren und zum Mittel-

punkt ihrer politischen Arbeit die Parole ihrer Wiederaufnahme in die Gewerkschaften machen.

28. Der Kampf gegen den Ausschluß ist in der Tat ein Kampf um die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung. Hier sind alle Maßregeln gut, welche auf die Wiederherstellung der zerstörten Einheit hinzielen. Die Ausgeschlossenen dürfen nicht isoliert und abgeschnitten von der gesamten Opposition bleiben, sowie von den bestehenden revolutionären unabhängigen Organisationen. Die ausgeschlossenen Gruppen sollen sich sofort eng an die Opposition in den Gewerkschaften und die revolutionären Organisationen, die in dem betreffenden Lande bestehen, anschließen unter dem Gesichtspunkt eines gemeinsamen Kampfes gegen den Ausschluß und zur Gemeinsamkeit der Aktion im Kampf gegen das Kapital.

29. Die praktischen Maßnahmen des Kampfes können und sollen vervollständigt und verändert werden in Übereinstimmung mit den örtlichen Bedingungen und Besonderheiten. Es ist wichtig, daß die kommunistischen Parteien klar ihren Standpunkt gegen die Spaltung einnehmen und alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Woge der Ausschließungen zu überwinden, welche sich fühlbar verstärkt hat im Zusammenhang mit dem Beginn der Verschmelzung der 2. und 2½ Internationale. Es gibt keine allgemeinen und endgültigen Mittel und Methoden im Kampf gegen die Ausschließungen. Unter diesem Gesichtspunkt haben alle kommunistischen Parteien die Möglichkeit, mit den Mitteln zu kämpfen, die ihnen als die wichtigsten erscheinen, um zum Ziel zu kommen: die Eroberung der Gewerkschaften und die Wiederherstellung der zerstörten Gewerkschaftseinheit.

30. Die Kommunisten sollen den energischsten Kampf entfalten gegen den Ausschluß der revolutionären Gewerkschaften aus den internationalen Industrieverbänden. Die kommunistischen Parteien können und wollen nicht müßige Zuschauer bleiben beim systematischen Ausschluß der revolutionären Gewerkschaften aus dem einfachen Grunde, weil sie revolutionär sind. Den internationalen Komitees für die Propaganda in den Betrieben, die durch die RGI. geschaffen sind, muß die eifrigste Unterstützung seitens der kommunistischen Parteien zuteil werden, derart, daß alle verfügbaren revolutionären Kräfte eingestellt werden für das Ziel, zu kämpfen für die Schaffung von internationalen einheitlichen Industrieverbänden.

Dieser ganze Kampf muß geführt werden unter der Parole der Zulassung aller Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung, ohne Unterschied der politischen Strömung zu einer einzigen Industrieorganisation.

Schluß.

Indem er seinen Weg der Eroberung der Gewerkschaften und des Kampfes gegen die Spaltungspolitik der Reformisten verfolgt, erklärt der 4. Kongreß der KI. feierlichst, daß jedesmal, wenn die Amsterdamer ihre Zuflucht nicht zu den Ausschlüssen nehmen werden, jedesmal, wenn sie den Kommunisten die Möglichkeit geben werden, mit geistigen Waffen für ihre Prinzipien innerhalb der Gewerkschaften

67*



zu kämpfen, die Kommunisten als disziplinierte Mitglieder in den Reihen der einigen Organisation kämpfen werden, indem sie bei allen Zusammenstößen und allen Konflikten mit der Bourgeoisie in den vordersten Reihen stehen werden.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale macht es allen kommunistischen Parteien zur Pflicht, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Gewerkschaftsspaltung zu verhindern, um die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung, dort, wo sie zerstört ist, wiederherzustellen, und den Anschluß der Gewerkschaftsbewegung des betreffenden Landes an die Rote Gewerkschaftsinternationale zu erlangen.



SPRECHREGISTER.

SACHREGISTER.

(* kennzeichnet unmittelbar auf den Weltkongreß Bezügliches.)

B.

C.

F.

G.

H.

I.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

U.

V.

W.

Z.

NAMENREGISTER.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

I.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

Druck von H. S. Hermann & Co., Berlin SW 19, Beuthstr. 8.

VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Früher erschienen:

Giulio Aquila: Die Italienische Sozialistische Partei. 46 Seiten.

E. Brand und **H. Walecki:** Der Kommunismus in Polen. 85 Seiten.

A. Bubnow: Die Hauptmomente in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Rußlands. 78 Seiten.

R. Conolly: Der republikanische Kampf in Irland. 72 Seiten.

Ch. Kabaktschiew: Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens. 56 Seiten.

Z. Leder: Die Offensive des Kapitals und die Einheitsfront des Proletariats. 59 Seiten.

T. Loaf: Der Kampf der Kohlenarbeiter in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. 67 Seiten.

S. Markowic: Der Kommunismus in Jugoslawien. 87 Seiten.

Karl Radek: Die Liquidation des Versailler Friedens. 72 Seiten.

G. Sinowjew: Die Taktik der Kommunistischen Internationale. 77 Seiten.

G. Sinowjew: Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale. 104 Seiten.

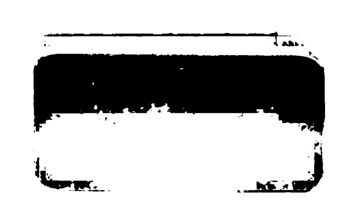
Über die Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale orientiert:

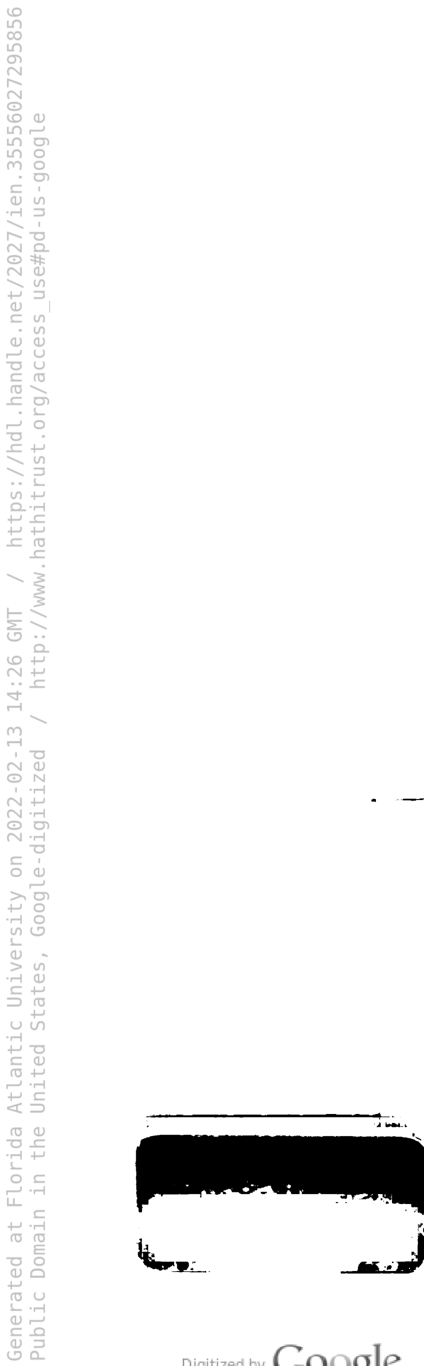
Katalog des Verlages der K. I. 1920—1922

[illegible] Seiten und 16 Illustrationen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg 8







PAGE NOT AVAILABLE